

Die Vereinbarkeit von Art. VII des Friedens von Lunéville mit der
Reichsverfassung

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
der Juristischen Fakultät
der Eberhard Karls Universität Tübingen
vorgelegt von

Hermann Uhrig
aus Stuttgart

2011
TOBIAS-lib

Dekanin: Prof. Dr. Barbara Remmert
1. Berichterstatter: Prof. Dr. Dr. h.c. Jan Schröder
2. Berichterstatter: Prof. Dr. Gottfried Schiemann
Tag der mündlichen Prüfung: 7. Februar 2011

C o n s p e c t u s

Gliederung

Einleitung

Erster Teil

Der Inhalt von Art. VII

Zweiter Teil

Die Verpflichtung des Reiches zur Gewährung von Entschädigungen an die linksrheinisch
depossedierten Reichsstände

Dritter Teil

Vereinbarkeit der alleinigen Entschädigung durch rechtsrheinische geistliche Staaten mit der
Reichsverfassung?

Schluss

Unvereinbarkeit der in Art. VII festgelegten alleinigen Schadenstragung der geistlichen
Reichsstände mit der Reichsverfassung

Annex

Die linksrheinischen gebietlichen Verluste und die rechtsrheinischen Entschädigungen

Abkürzungs-, Quellen- und Literaturverzeichnis

II

Gliederung

Einleitung

Erster Teil

Der Inhalt von Art. VII

A

Die Struktur von Art. VII

I

Der Wortlaut von Art. VII

II

Ansichten der zeitgenössischen Publizisten zum Inhalt der in Art. VII getroffenen
Entschädigungsregelung

1. *Seuffert*

2. *Bingel*

3. *Batz*

III

Ausnahme zu Lasten der dem Haus Österreich gehörenden linksrheinischen Besitzungen

1. Die im Friedensvertrag von Lunéville vorgenommene Unterscheidung in die generelle
Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete von dem besonderen Verzicht auf die
österreichischen Besitzungen

2. Entschädigung aus venetianischen Gebieten für das Haus Österreich im Friedensvertrag
von Campo Formio vom 17. Oktober 1797

III

3. Entschädigungsregelungen des Friedensvertrages von Campo Formio als Grundlage des Friedensvertrages von Lunéville

IV

Die auf dem Rastatter Kongress zu den Entschädigungen aufgestellten Grundsätze als das Ausgangskriterium zur Ermittlung des Inhaltes der in Art. VII getroffenen Entschädigungsregelung

B

Die Rastatter Grundsätze

I

Der Beschluss der Reichsfriedensdeputation vom 4. April 1798 und die Note der französischen Gesandten vom 19 germinal an VI (8 avril 1798) mit den Rastatter Grundsätzen

II

Der in dem Beschluss der Reichsfriedensdeputation vom 4. April 1798 bei den Entschädigungen angebrachte Vorbehalt der Erhaltung der Verfassung des deutschen Reiches und der Wiederherstellung des Wohles seiner Mitglieder als das maßgebende Kriterium zur Ermittlung des Inhaltes der Rastatter Grundsätze

III

Die Willensbildung der französischen Gesandten

1. Die Gewährung von Entschädigungen als eine aus der Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete sich ergebende Forderung
2. Instruktion der französischen Gesandten, dass Säkularisationen verlangt werden sollten
3. Verneinung der Existenzberechtigung der geistlichen Staaten durch den französischen Gesandten Napoléon Bonaparte
4. Beschränkung der Säkularisationen auf die Entschädigungen nach dem von dem directeur Reubell am 22 frimaire an VI (12 déc. 1798) verfassten Gedankenschema

5. Wunsch nach vollständiger Säkularisation bei der Unterredung zwischen den französischen Gesandten und dem preußischen Bevollmächtigten am 17. Januar 1798
6. Die Note vom 25 ventôse an VI (15 mars 1798)
7. Die Note vom 7 germinal an VI (27 mars 1798)
 - a) Die in der Note vorgenommene Bezugnahme auf die von der Französischen Republik in ihren mit Reichsständen zuvor abgeschlossenen Separatabkommen vereinbarten Entschädigungen
 - b) Der französisch-hessen-kasselische Baseler Friedensvertrag vom 28. August 1795
 - c) Der französisch-preußische Baseler Friedensvertrag vom 5. April 1795 und die Berliner Konvention vom 5. August 1796
 - d) Die französisch-wirtembergische und französisch-badische Pariser Friedensverträge vom 7. und 23. August 1796
 - e) Der französisch-österreichische Friedensvertrag von Campo Formio vom 17. Oktober 1797
 - f) Sinn der Note: Entschädigungen durch Säkularisationen
8. Die Note vom 19 germinal an VI (8 avril 1798)
9. Die dem Entschädigungsbeschluss nachfolgenden Noten der französischen Gesandten
10. Ergebnis: Alleinige Entschädigungen durch Säkularisationen nach Ansicht der französischen Gesandten

IV

Die Willensbildung der Reichsfriedensdeputation

1. Der mehrheitliche Inhalt der abgegebenen Voten
 - a) Die Voten der Subdelegierten der Herzöge von Baiern und Bremen und des Markgrafen von Baden
 - b) Die Voten der Subdelegierten des Landgrafen von Hessen-Darmstadt, der Reichsstadt Frankfurt und des Kurfürsten von Sachsen
 - c) Die Voten der Subdelegierten des Bischofs von Würzburg, des Erzherzogs von Österreich und des Kurfürsten von Mainz

V

- d) Das in sich widersprüchliche Votum des Subdelegierten der Reichsstadt Augsburg
 - e) Nach der Mehrheit der von den Subdelegierten vertretenen Ansichten: Alleinige Verwendung von Säkularisationen
2. Die von den beiden Subdelegierten des Herzogs von Baiern und des Bischofs von Würzburg in ihren Voten angebrachten Vorbehalte
 3. Die Säkularisationen als die nach Ansicht der Reichsfriedensdeputation alleinigen Entschädigungen
 4. Kein Ausschluss der geistlichen Kurfürstentümer

V

Zusammenfassung: Entschädigungen allein durch Säkularisationen

C

Erfuhren die Rastatter Grundsätze durch ihre Einbeziehung in den Friedensvertrag von Lunéville einen Bedeutungswandel?

I

Die zu Beginn des Art. VII ausgesprochene Schadenstragung durch das gesamte Reich als möglicher Bedeutungswandel

II

Die Friedensverhandlungen

1. Verhandlung des kaiserlichen Bevollmächtigten auch für das Reich
2. Die gewollte Abtretung der gesamten linksrheinischen Reichsgebiete an die Französische Republik
3. Anfänglicher Ausschluss einer Entschädigungsregelung
4. Einigung auf Entschädigung durch Säkularisationen im weiteren Verlauf der Verhandlungen

- a) Das Schreiben von Außenminister Talleyrand an Joseph Bonaparte vom 30 nivôse an IX (20 janvier 1801)
- b) Der französische Vertragsentwurf vom 9 pluviôse an IX (29 janvier 1801)
- c) Das kaiserliche Vertragsprojekt vom 2. Februar 1801
- d) Das französische Ultimatum vom 15 pluviôse an IX (4 février 1801)
- e) Festhalten Cobenzls an seinem Entwurf
- f) Beharren der Französischen Republik auf Nichtentschädigung der geistlichen Kurfürsten
- g) Das französische Vertragsprojekt als Grundlage der Entschädigungsregelung des Art. VII des Friedensvertrages von Lunéville

D

Die Ratifikationen

I

Die Eilbedürftigkeit

II

Durch das Reich

1. Die Beratungen und die erfolgte Abstimmung im Reichsfürstenrat

- a) Die weltlichen Stimmen
 - aa) Die katholischen Voten
 - aaa) Mit speziellen Instruktionen
 - bbb) Vermöge genereller Instruktionen
 - ccc) Abest
 - ddd) Vacat
 - bb) Die evangelischen Voten
 - aaa) Mit speziellen Instruktionen

bbb) Vermöge genereller Instruktionen

ccc) Vacat

cc) Das gemischtkonfessionelle Votum

b) Die geistlichen Stimmen

aa) Die katholischen Voten

aaa) Mit speziellen Instruktionen

bbb) Vermöge genereller Instruktionen

ccc) Abest

ddd) Vacat

bb) Die evangelischen Voten

aaa) Mit speziellen Instruktionen

bbb) Vermöge genereller Instruktionen

cc) Die mit speziellen Instruktionen Einwände und Vorbehalte machenden katholischen Voten

c) Die Zustimmung des Reichsfürstenrates zu der in Art. VII getroffenen Entschädigungsregelung ohne Einwände und Vorbehalte

2. Die Beratungen und die erfolgte Abstimmung im Kurfürstenrat

a) Die weltlichen Stimmen

aa) Die katholischen Voten

aaa) Mit speziellen Instruktionen

bbb) Abest

bb) Die evangelischen Voten

aaa) Mit speziellen Instruktionen

bbb) Vermöge genereller Instruktionen

b) Die katholischen geistlichen Stimmen

aa) Mit speziellen Instruktionen

VIII

- bb) Abest
 - c) Die Zustimmung des Kurfürstenrates zu der in Art. VII getroffenen Entschädigungsregelung ohne Einwände und Vorbehalte
3. Die Beratungen und die erfolgte Abstimmung im Reichsstädterat
- a) Die katholischen Voten
 - aa) Mit speziellen Instruktionen
 - bb) Vacat
 - cc) Abest
 - b) Die evangelischen Voten
 - aa) Mit speziellen Instruktionen
 - bb) Vermöge genereller Instruktionen
 - cc) Vacat
 - c) Die gemischtkonfessionellen Voten
 - aa) Mit speziellen Instruktionen
 - bb) Vacat
 - d) Die vermöge genereller Instruktionen Einwände äußernden evangelischen Voten
 - e) Die Zustimmung des Reichsstädterates zu der in Art. VII getroffenen Entschädigungsregelung ohne Einwände und Vorbehalte
4. Die Zustimmung des Reichstages der in Art. VII getroffenen Entschädigungsregelung ohne Einwände und Vorbehalte
5. Die reichsoberhauptliche Genehmigung am 9. März 1801
6. Das Ratifikationsinstrument des Reiches vom 9. (16.) März 1801

III

Durch die Französische Republik

1. Das Ratifikationsverfahren der Konsulatsverfassung

2. Die völkerrechtliche Ratifikation

- a) Die Beratung im Conseil d'État am 24 pluviôse an IX (13 févr. 1801)
- b) Die Prüfung durch den Sénat conservateur am 24 pluviôse an 9 (13 févr. 1801)
- c) Die Willensbekundungen im Tribunal und im Corps Législatif am 24 pluviôse an IX (13 févr. 1801)
 - aa) Die Botschaften der Konsule mit der Verlesung des Friedensvertrages von Lunéville
 - bb) Die Reden im Tribunal und im Corps Législatif
- d) Das Ratifikationsinstrument der Französischen Republik vom 20 ventôse an IX (11 mars 1801)

3. Die Beschliessung des Friedensvertrages von Lunéville als Gesetz der Französischen Republik

- a) Das Verfahren
- b) Die Beschlussfassung des Conseil d'État am 25 ventôse an IX (16 mars 1801)
- c) Die Einbringung des Gesetzesentwurfes am 26 ventôse an IX (17 mars 1801) im Corps Législatif
- d) Die Beratungen und die Beschlussfassung des Tribunal am 27 ventôse an IX (18 mars 1801)
- e) Die Abstimmung und der Gesetzesbeschluss des Corps Législatif am 28 ventôse an IX (19 mars 1801)

E

Der völkerrechtliche Abschluss des Art. VII nach seinem beiderseitig gemeinten Wortlaut ohne Vorbehalte

F

Der konkretisierte Inhalt von Art. VII

I

Die zu entschädigenden linksrheinischen gebietlichen Verluste

1. Reichsgrafen

a) *Seuffert*

b) Zugehörigkeit der Reichsgrafen zu den princes héréditaires nach dem französischen Sprachgebrauch

c) Keine Zugehörigkeit der Reichsgrafen zu den erblichen Reichsfürsten nach dem deutschen Sprachgebrauch

d) Argumente für die französische Bedeutung

e) Gleiche Situation von Reichsgrafen und anderen Reichsständen

f) Ergebnis

2. Linksrheinische Reichsstädte?

3. Ritterschaftliche Güter der erblichen Reichsstände

a) Eingeschränkte Landeshoheit der ritterschaftlichen Güter

b) Die auf dem Rastatter Kongress erzielte Einigung zur Entschädigung der den erblichen Reichsständen zugehörenden linksrheinischen Rittergüter

4. Domainen- und Chatoul-Güter der erblichen Reichsstände

II

Die rechtsrheinische Entschädigungsmasse

1. Die vier evangelischen geistlichen Staaten

2. Weltliche Lehen der geistlichen Reichsstände

3. In den rechtsrheinischen weltlichen Staaten gelegene landsässige katholische geistliche Güter?

4. Landsässig geistliche Güter geistlicher Staaten?

III

Zusammenfassung: Keine allgemeine Säkularisation

Zweiter Teil

Die Verpflichtung des Reiches zur Gewährung von Entschädigungen an die linksrheinisch depossedierten Reichsstände

A

Der aus dem Notrecht sich ergebende Aufopferungsanspruch

I

Das Reich als ein aus mehreren Staaten zusammengesetzter Staat

1. Der von *Pütter* kreierte Begriff des aus mehreren Staaten zusammengesetzten Staates
2. Die Qualifizierung des Reiches als ein aus mehreren Staaten zusammengesetzter Staat

II

Die aus der staatsrechtlichen Natur des Reiches sich ergebende allgemeine Schutzverpflichtung desselben für die Reichsstände

III

Die Unterscheidung in die unmittelbaren Schutzhandlungen und in die mittelbare Entschädigungsverpflichtung des Aufopferungsanspruches

IV

Der Aufopferungsanspruch als das aus dem Notrecht sich ergebende Gegenrecht der einzelnen Reichsstände auf Gewährung einer Entschädigung gegen das Reich

1. Das Notrecht und der Aufopferungsanspruch als ein immanenter Anspruch des staatlichen Gemeinwesens
2. Geltung des Aufopferungsanspruches in dem Verhältnis des Reiches zu den Reichsständen

XII

V

Die Gewährung von Entschädigungen an die linksrheinisch depossedierten Reichsstände als Frage des speziellen Aufopferungsanspruches

VI

Die Voraussetzungen des Notrechtes und des Aufopferungsanspruches in ihrer begrifflichen Festlegung

1. Das Vorliegen einer Gefahr für den tatsächlichen Bestand des Reiches
2. Die Vornahme von Eingriffen in die iura quaesita der Reichsstände zur Abwendung der Kollision
3. Der Inhalt der iura quaesita

B

Die Voraussetzungen des Aufopferungsanspruches bei Abschluss des Friedensvertrages von Lunéville

I

Das Vorhandensein einer Gefahr für den tatsächlichen Bestand des Reiches?

1. Die Situation der Französischen Republik an der Wende zum neuen Jahrhundert
 - a) Die schwierige Lage unter dem Direktorium im Herbst 1799
 - b) Die neue Regierung des Konsulats
 - aa) Die in der Konsulatsverfassung vom 22 frimaire an VIII (13 déc. 1799) bewirkte starke Stellung der Exekutivgewalt des 1. Konsuls Bonaparte
 - bb) Die Verwaltungs- und Gerichtsreform
 - cc) Die Neuordnung der Finanzen und der Beginn des wirtschaftlichen Aufschwunges
 - dd) Der weitere Ausbau der militärischen Überlegenheit der Französischen Republik
 - ee) Die Befriedigung der Chouans und der Vendéer
 - ff) Die Rückkehr der Emigranten

gg) Die Herbeiführung des religiösen Friedens

hh) Ergebnis

2. Die militärische Lage des Reiches zu Anfang des Jahres 1801

a) Die 2. Koalition gegen die Französische Republik

b) Die militärischen Erfolge der koalitierten Heere von Frühjahr bis Herbst 1799

c) Die militärischen Erfolge der französischen Armeen im Herbst 1799 in der Schweiz und in den Niederlanden und das Auseinanderbrechen der Koalition am Ende des Jahres

d) Das Vordringen von Moreau in Süddeutschland im Frühjahr 1800 bis Ulm

e) Der italienische Feldzug Bonapartes im Mai und Juni 1800 mit der Schlacht von Marengo am 14. Juni 1800

f) Das weitere Vordringen Moreaus bis in das Herzogtum Baiern mit dem Parsdorfer Waffenstillstand am 15. Juli 1800

g) Der neue Waffenstillstand von Hohenlinden am 20. September 1800

h) Die Schlacht von Hohenlinden am 3. Dezember 1800

i) Die Einkreisung der österreichischen Lande

j) Ergebnis

3. Die für das Reich bei einer Verweigerung des Friedensschlusses zu erwartenden Folgen

a) Die Befürchtung eines späteren härteren Friedensschlusses

b) Der Wunsch nach Befreiung von allen Kriegshandlungen und Abzug der feindlichen Armeen

c) Die Abtretung von rechtsrheinischen Reichsgebieten und die Einräumung von rechtsrheinischen Hoheitsrechten an die Französische Republik

d) Die Gründungen von Tochterrepubliken auf rechtsrheinischem Reichsgebiet

e) Unmöglichkeit der Auflösung des Reiches

4. Ergebnis: Gefahr für den Bestand des Reiches

II

Willentliche Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete durch das Reich?

1. Voraussetzung des Aufopferungsanspruches: ein vom Willen der Gesamtheit abhängiges Schadensereignis
2. Keine Willensabhängigkeit wegen der französischen Abtretungsforderung?
 - a) Gestattungen zur Besetzung ihrer linksrheinischen Gebiete durch den König von Preußen und den Landgrafen von Hessen-Kassel
 - b) Abtretungen ihrer eigenen linksrheinischen Reichsgebiete durch den Herzog von Württemberg, den Markgrafen von Baden und den Kaiser
 - c) Abstimmungsverpflichtungen des Königs von Preußen, des Herzogs von Württemberg, des Markgrafen von Baden und des Kaisers gegenüber der Französischen Republik
3. Ergebnis: Abtretung als ein vom Willen des Reiches getragenes Ereignis

III

Eingriffe in die iura quaesita?

1. Der Verlust des linksrheinischen gebietlich-territorialen Besitzes und Eingriffe in die Landeshoheit und in die Reichsstandschaft als Folge der Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete
2. Die Eigenschaft der Landeshoheit als ius quaesitum
 - a) Die Stimmen in der Literatur
 - b) Die Landeshoheit als ius quaesitum
3. Die ius quaesitum-Eigenschaft der Reichsstandschaft
 - a) Die Stimmen in der Literatur
 - b) Die kurfürstliche Reichsstandschaft als ius quaesitum
 - c) Die fürstlichen, gräflichen und prälatischen Reichsstandschaften als iura quaesita
4. Der gebietlich-territoriale Besitz
 - a) Die Allodialgüter

b) Die Lehnsgüter

5. Ergebnis: Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete als Eingriff in die *iura quaesita* von Reichsständen

IV

Einwilligung der Reichsstände in die Nichtgewährung von Entschädigungen durch Zustimmung zur Kriegserklärung von 1793

1. Literatur: *Samhaber*
2. Maßgeblichkeit der vom Reichstag am 22. März 1793 gegen die Französische Republik ausgesprochenen Kriegserklärung für den Friedensschluss von Lunéville
3. Erforderlichkeit der Zustimmung der Reichsstände
4. Die Beratungen und Abstimmungen in den drei Reichstagskollegien zu der Kriegserklärung des Reiches
5. Bindung der nicht zustimmenden Reichsstände
6. Die Funktionsverschiedenheit von Kriegszustimmung und Entschädigungsverzicht
7. Ergebnis

V

Zusammenfassung: Entschädigungsverpflichtung des Reiches

Dritter Teil

Vereinbarkeit der alleinigen Entschädigung durch rechtsrheinische geistliche Staaten mit der Reichsverfassung?

A

Die aus den Grundüberlegungen des Aufopferungsanspruches gebotene Aufteilung der linksrheinischen Gebietsverluste auf alle Reichsstände

I

Die Entschädigung jedes depossidierten Reichsstandes als Konsequenz der individualbegünstigenden Natur des Aufopferungsanspruches

II

Die Heranziehung aller Reichsstände als Konsequenz der gemeinschaftsbelastenden Natur des Aufopferungsanspruches

III

Aufteilung des Schadens auf alle Reichsstände als Konsequenz

B

Das Erfordernis eines besonderen Rechtsgrundes für die alleinige Schadenstragung der geistlichen Reichsstände

C

Die Einwilligungen der geistlichen Reichsstände in ihre alleinige Schadenstragung?

I

Volenti non fit iniuria als möglicher Rechtsgrund der alleinigen Schadenstragung der geistlichen Reichsstände

XVII

II

Keine Einwilligung durch die vor dem Friedensvertrag von Lunéville von Reichsständen mit der Französischen Republik abgeschlossenen Separatfriedensverträgen

III

Keine Zustimmung der geistlichen Reichsstände zu ihrer alleinigen Schadenstragung auf dem Rastatter Kongress

IV

Keine Zustimmung bei neun geistlichen Stimmen im Reichstag am 6. und 7. März 1801 zu der in Art. VII festgelegten alleinigen Schadenstragung der geistlichen Reichsstände

1. Die geistlichen Stimmen im Reichsfürstenrat

a) Die katholischen Voten

- aa) Mit speziellen Instruktionen
- bb) Vermöge genereller Instruktionen
- cc) Abest
- dd) Vacat

b) Die evangelischen Voten

- aa) Mit speziellen Instruktionen
- bb) Vermöge genereller Instruktionen

c) Die von katholischen Voten mit speziellen Instruktionen angebrachten Vorbehalte

2. Die geistlich-katholischen Stimmen im Kurfürstenrat

- a) Mit speziellen Instruktionen
- b) Abest

V

Die alleinige Schadenstragung der geistlichen Reichsstände nicht durch ihre Einwilligungen gerechtfertigt

D

Ein nach der Reichsverfassung bestehender geringerer Bestandsschutz der geistlichen Staaten gegenüber den weltlichen Staaten?

I

Die Stimmen im Schrifttum

II

Keine Entscheidung der Frage in Art. VIII § 1 IPO

III

Keine Regelung des Bestandsschutzes in Art. V § 14 IPO

IV

Die Frage der Gleichwertigkeit des Bestandsschutzes der weltlichen und geistlichen Staaten als Problem der Gleichwertigkeiten ihrer Landeshoheiten, ihrer Reichsstandschaften und ihres gebietlich-territorialen Besitzes

V

Die Gleichwertigkeit der Landeshoheiten

1. Die Stimmen in der Literatur
2. Die Gleichwertigkeit der Entstehungs- und Erwerbsgründe der Landeshoheiten bei den weltlichen und geistlichen Staaten
 - a) Das Geschehen zur Ausbildung der Landeshoheit
 - aa) Die Entstehung der Landesherrschaft
 - aaa) Die Grundherrschaften
 - bbb) Das Grafenamt und die Herzogsgewalten
 - ccc) Die Immunitäten und die Bannbezirke
 - ddd) Der Erwerb der Grafenämter durch die Geistlichen
 - eee) Die Vogteien

- fff) Die Regalien
- ggg) Der Forstbann und die Rodungen
- hhh) Der Machtzuwachs des jüngeren Reichsfürstenstandes
- iii) Die mit dem Verlehnungsprozess hervorgerufenen Tendenzen zur
Dezentralisierung und Territorialisierung
- jjj) Die Territorialherzogtümer
- kkk) Die beiden Fürstengesetze Kaiser Friedrichs II. der Jahre 1220 und 1232
- bb) Die weitere Ausbildung der Landeshoheit
 - aaa) Das Große Interregnum der Jahre 1254-1273
 - bbb) Die Goldene Bulle Kaiser Karls IV. vom Jahre 1356
 - ccc) Die Gottes- und Landfriedensbewegung
 - ddd) Die Rezeption des Römischen Rechtes
 - eee) Die Gerichtsprivilegien
 - fff) Die Mitwirkungsrechte der Landstände
 - ggg) Die Reformation
 - hhh) Die kaiserlichen Wahlkapitulationen
 - iii) Der fürstliche Absolutismus und die Ausbildung der Landeshoheit im 17.
Jahrhundert mit dem Westfälischen Friedensschluss
- cc) Die Zeit nach dem Westfälischen Frieden bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts
- b) Ergebnis: Gleichwertigkeit der Entstehungs- und Erwerbsgründe der Landeshoheiten bei
den weltlichen und geistlichen Staaten
- 3. Die Gleichwertigkeit der mit der Landeshoheit verbundenen Befugnisse bei den weltlichen
und geistlichen Staaten
 - a) Die Landeshoheit als umfassende Hoheits- und Regierungsgewalt
 - b) Die Gleichwertigkeit des weltlichen Bereiches der Landeshoheit
 - c) Die Gleichwertigkeit des geistlichen Bereiches der Landeshoheit

aa) Die Unterscheidung von geistlichem Bereich der Landeshoheit und von geistlicher Gewalt

bb) Nichtzugehörigkeit der geistlichen Gewalt der Landesherrn zu ihrer Landeshoheit

cc) Ergebnis: Gleichwertigkeit des geistlichen Bereiches der Landeshoheit bei den weltlichen und geistlichen Staaten

d) Zusammenfassung: Gleichwertigkeit der mit der Landeshoheit verbundenen Befugnisse bei den weltlichen und geistlichen Staaten

4. Zusammenfassung

VI

Die Gleichwertigkeit der Reichsstandschaften

1. Die Stimmen in der Literatur

2. Die Gleichwertigkeit der Reichsstandschaften der Reichsstände, welche im Reichsfürstenrat Virilstimmen innehatten

a) Die normativen Voraussetzungen

aa) Die alten Fürsten

bb) Die neuen Fürsten

b) Der gebietliche Besitz

aa) Die weltlichen Stimmen

aaa) Der herzogliche Besitz der alten Fürsten

bbb) Der fürstenmäßige Besitz der neuen Fürsten

bb) Die geistlichen Stimmen

aaa) Der grafenmäßige Besitz der geistlichen Fürsten

c) Gleichwertigkeit der Reichsstandschaften der geistlichen Fürstenstimmen mit jenen der weltlichen Fürstenstimmen

3. Die Gleichwertigkeit der Reichsstandschaften der weltlichen und geistlichen Kurfürsten

a) Die normativen Voraussetzungen

- b) Der gebietliche Besitz eines Kurlandes
 - c) Die mit der kurfürstlichen Reichsstandschaft verbundenen Befugnisse
 - d) Die Reichsstandschaften der weltlichen und geistlichen Kurfürsten gleichwertig
4. Die Gleichwertigkeit der Reichsstandschaften der Teilhabe von Curiatstimmen
- a) Die normativen Voraussetzungen
 - b) Der gebietliche Besitz
 - aa) Der grafenmäßige Besitz der weltlichen Grafenstimmen
 - aaa) Das Wetterauische Grafenkollegium
 - bbb) Das Schwäbische Grafenkollegium
 - ccc) Das Fränkische Grafenkollegium
 - ddd) Das Westfälische Grafenkollegium
 - bb) Der abteiliche Besitz der geistlichen Prälatenstimmen
 - aaa) Das Schwäbische Prälatenkollegium
 - bbb) Das Rheinische Prälatenkollegium
 - c) Gleichwertigkeit der Reichsstandschaften geistlicher und weltlicher Teilhabe der Curiatstimmen
5. Ergebnis: Gleichwertigkeit der Reichsstandschaften der geistlichen und der weltlichen Staaten

VII

Die Gleichwertigkeit des gebietlich-territorialen Besitzes

1. Überwiegender Allodbesitz der geistlichen Staaten
2. Überwiegender Lehnsbesitz der erblich-weltlichen Staaten
3. Die Gleichwertigkeit des reichsständischen weltlichen und geistlichen Allodbesitzes
4. Die Gleichwertigkeit des reichsständischen weltlichen und geistlichen Lehnsbesitzes

a) Weltliche und geistliche Reichsstände mit Virilstimmen

b) Weltliche und geistliche Reichsstände mit Teilhaben an den Curiatstimmen

5. Der gebietlich-territoriale Besitz bei weltlichen und geistlichen Staaten gleichwertig

VIII

Zusammenfassung: Gleichwertigkeit des Bestandsschutzes der geistlichen Staaten und der weltlichen Staaten nach der Reichsverfassung

E

Eine Verfassungsreform im Interesse des Reiches zur Beseitigung der bei den geistlichen Staaten vorhandenen Mängel?

I

Des Domherren von Fulda *von Bibra* am 4. April 1786 gestellte Preisfrage über die bei den geistlichen Staaten vorhandenen Mängel

II

Die Verbindung der Reform der geistlichen Staaten mit der Frage der Gewährung von Entschädigungen für die linksrheinischen Gebietsverluste

III

Der Zeitgeist

1. Der Pietismus und der Jansenismus als die Vorläufer der Aufklärung

a) Erneuerung des evangelischen Glaubens im protestantischen Deutschland durch den Pietismus

b) Geringere Bedeutung des Jansenismus im katholischen Deutschland

2. Die Aufklärung

a) Festhalten der Aufklärung an der Einheit von Glaube und Vernunft bis zu Kant

- aa) Wendung des Thomasius (1656-1728) mit seiner Unterscheidung von Verstand und Wille gegen eine einseitige Ausrichtung des Menschen auf das Denken
 - bb) Leibnizens (1646-1716) Erkenntnisquelle die gesamte menschliche Natur
 - cc) Wolffs (1679-1754) Erkenntnisquelle: die Seele mit ihren Empfindungen und ihrem Verstand
 - dd) Festhalten der deutschen Aufklärungsphilosophie bis Kant an der Einheit von Glaube und Vernunft im Gegensatz zur westeuropäischen Aufklärung
- b) Aufspaltung von Glaube und Vernunft und Kants Kritische Philosophie
- aa) Trennung der Vermischung und Verbindung von Glaube und Vernunft und die Kritik der reinen Vernunft in der Erkenntnislehre
 - bb) Verstärkung der Dualität von Denken und Handeln und die Kritik der praktischen Vernunft
- c) Die Verbindung von Aufklärung und Theologie
- aa) Die Verbindung von Aufklärung und Theologie als deutsches Spezifikum
 - bb) Die Neologie von 1740 bis 1790 als die deutsche Aufklärungstheologie
 - aaa) Das Festhalten der Neologie an der Offenbarung und an den Grundprinzipien des Christentums
 - bbb) Zuwendung der Neologie zum Menschen
- d) Anerkennung der Religion nur noch im Rahmen der Vernunft und dem seit dem Jahr 1790 eingetretenen religiösen Rationalismus
- e) Die Toleranz der Aufklärung
- aa) Die Toleranzidee der Aufklärung
 - bb) Die europäischen Unionsbestrebungen am Anfang des 18. Jahrhunderts
 - cc) Die Gewährung von Toleranz als Anliegen der aufgeklärten Fürsten im Reich
 - aaa) Die preußischen Könige als Vorreiter der Toleranz
 - bbb) Die Österreichischen Staaten
 - ccc) Das Kurerzstift Mainz
 - ddd) Das Kurerzstift Trier

eee) Das Erzstift Salzburg

fff) Das Hochstift Speyer, die Markgrafschaft Baden und das Herzogtum Württemberg

dd) Ausfluss der Toleranz: eine geistesgeschichtliche Säkularisierung

f) Säkularisation der geistlichen Staaten als Forderung der Aufklärung seit Kant

3. Die Säkularisationsprojekte in der Mitte des 18. Jahrhunderts

a) König Friedrich II. von Preußen als besonderer Befürworter von Säkularisationen

b) Die Säkularisationen von süddeutschen Erz- und Hochstiftern zur Errichtung einer eigenen Hausmacht für Kaiser Karl VII. und zur Beendigung des österreichischen Erbfolgestreites

c) Die Säkularisationen norddeutscher Erz- und Hochstifter zur Beendigung des Siebenjährigen Krieges

4. Die Aufhebung des Jesuitenordens am 21. Juli 1773

5. Die Klostersaufhebungen Kaiser Josephs II. von 1782-1786

6. Die Ideen von 1789

a) Einziehung der Kirchengüter im revolutionären Frankreich

b) Säkularisation mitintendiert durch die von der Französischen Revolution gewollte Beseitigung des Einflusses von Kirche und Religion auf den Staat

c) Die während der Revolution stattgehabten Veräußerungen von 94 % der Kirchengüter

d) Die Ansichten der deutschen Jakobiner über Religion und Staat als Spiegelbild der revolutionären Veränderungen in Frankreich

7. Der philosophische Deutsche Idealismus und die literarische Deutsche Klassik als geistesgeschichtliche Säkularisierung

a) Abkehr des Deutschen Idealismus von einem persönlichen Gott

b) Abwendung der Deutschen Klassik von der christlichen Religion

8. Die Romantik und die Erweckungsbewegung

9. Übereinstimmung der Säkularisation mit dem Zeitgeist zu Ausgang des 18. Jahrhunderts

IV

Die Struktur der geistlichen Staaten

1. Die Nachteile der geistlichen Staaten

- a) Die Geo-Populare Unterlegenheit
 - aa) Die gebietliche Unterlegenheit der geistlichen Staaten
 - bb) Die geringere Bevölkerung in den geistlichen Staaten
- b) Die institutionellen Mängel
 - aa) Der doppelte Aufgabenbereich des geistlichen Reichsstandes
 - bb) Die Beschränkung der Regierungsgewalten durch die Wahlkapitulationen
 - cc) Die größere Beeinflussung des Staatszweckes durch die geistlichen Belange
 - dd) Der größere Einfluss der Konfessionen bei der Besetzung der Ämter
 - ee) Die größeren Beschränkungen in den Denkfreiheiten und in den Geistestätigkeiten
- c) Die wirtschaftlichen Rückständigkeit
 - aa) Keine Unterlegenheit der geistlichen Staaten für ein wirtschaftliches Wirken nach ihren natürlichen Gegebenheiten
 - bb) Überwiegende katholische Religionszugehörigkeit der geistlichen Staaten und ihrer Einwohner
 - cc) Größeres wirtschaftliches Wirken der protestantischen Bevölkerung als der katholischen
 - dd) Fehlender Handel und Vernachlässigung von Industrie in den geistlichen Staaten
- d) Größere Geldabflüsse
- e) Übermäßige Armut und Bettelei
- f) Die spezifisch machtmäßige Unterlegenheit
 - aa) Das Fehlen einer stehenden Armee in den geistlichen Staaten
 - bb) Kein Ersatz der weltlichen Fürstenhäuser durch die Kapitel der geistlichen Staaten
 - aaa) Die großen Mitgliederzahlen der Kapitel

- bbb) Die unterschiedlichen ständischen Voraussetzungen zur Aufnahme in die Kapitel
- ccc) Die verschiedenen Modalitäten zum Erwerb einer Kapitelsstelle
- ddd) Die höchst heterogene Zusammensetzung der erz- und hochstiftischen Kapitel zu Ausgang des 18. Jahrhunderts
- eee) Keine Vergleichbarkeit von Macht und Ansehen der Kapitel mit den Fürstenhäuser und Dynastien
- cc) Das Fehlen von erblich-dynastischen Hausmachtsinteressen in den geistlichen Staaten
 - aaa) Desinteresse der geistlichen Reichsstände an der Ansammlung und Bildung von eigener Hausmacht
 - bbb) Keine Bildung einer eigenen Hausmacht durch die Koadjutorie
 - ccc) Keine Bildung einer eigenen Hausmacht durch Kumulation
- dd) Weniger dynastische Verbindungen zu den mächtigen Fürstendynastien bei den geistlichen Staaten

2. Die Vorteile der geistlichen Staaten

- a) Die etatistischen Vorteile
 - aa) Die gegenseitige Ergänzung von Weltlichem und Geistlichem zur Aufrechterhaltung und Förderung des staatlichen Zusammenlebens
 - bb) Das reifere Lebensalter der geistlichen Reichsstände und ihre persönlichen Qualifizierungen
 - cc) Die Mitwirkungen der Kapitel bei der Regierung
 - dd) Das Ansammeln von Kulturgütern und das Vorhandensein von zahlreicheren und besseren schulischen und sozialen Einrichtungen
- b) Die Vorteile der Bevölkerung in den geistlichen Staaten
 - aa) Die Nichtheranziehung zum Kriegsdienst in Friedenszeiten und die Nichtverwendung für fremde Kriegsdienste
 - bb) Mildere Ausübung von Leibeigenschaft
 - cc) Die geringeren Geld- und Sachauflagen

dd) Weniger Zwang und vernünftige Freiheit

ee) Die aus der engeren Verbindung von Religion und Politik sich ergebende allgemeine bessere Ertüchtigung des Menschen

ff) Glücklichere Bevölkerung in den geistlichen Staaten als in den weltlichen Staaten

3. Schwäche der geistlichen Staaten gegenüber den weltlichen

a) Schwäche der geistlichen Staaten in ihrer allgemein politischen, wirtschaftlichen und militärischen Bedeutung gegenüber den erblich-weltlichen Staaten

b) Keine zusätzliche Macht der drei Erzstifter Mainz, Trier und Köln als Kurländer

4. Hervorgehobene Bedeutung der geistlichen Reichsstände und ihrer geistlichen Staaten für Kaiser und Reich

V

Keine Rechtfertigung der alleinigen Schadenstragung der geistlichen Reichsstände durch eine im Interesse des Reiches durchzuführende Verfassungsreform

1. Allgemeiner Konstitutionsgrund als Grenze einer Verfassungsreform

2. Mehr Nachteile als Vorteile der Säkularisation der geistlichen Staaten für die überkommene Privilegienordnung des Reiches

3. Keine Rechtfertigung der Säkularisation durch zu erwartende Vorteile

F

Das Vorhandensein einer Notlage für das Reich?

I

Die französische Forderung zur Entschädigung der linksrheinisch depossidierten Reichsstände durch Säkularisationen

II

Determinanten für eine rechtfertigende Notlage des Reiches: die Interessen der Französischen Republik an den Säkularisationen und die Mitverantwortung des Reiches

III

Die Interessen der Französischen Republik an den Entschädigungen durch Säkularisationen und ihre Motive

1. Die Übertragung der im revolutionären Frankreich durchgeführten kirchlich-religiösen Veränderungen auf das Reich

- a) Keine Religions- und Kirchenfeindlichkeit der Französische Revolution in ihren Anfängen
- b) Keine genuine Kirchen- und Religionsfeindlichkeit des Reformprogramms der Assemblée nationale constituante
- c) Der von den Geistlichen im November 1790 geforderte Freiheit-Gleichheit-Eid als Ausgangspunkt für die Auseinandersetzungen mit Kirche und Religion
- d) Die Dechristianisierung von Herbst 1793 bis Frühjahr 1794
- e) Wendung gegen den Atheismus durch Robespierres Culte de l'êtré suprême im Mai 1794
- f) Die noch unter der Convention nationale eingetretene religiöse Entspannung mit der im Frühjahr 1795 erfolgten Trennung des Staates von den Kulturen
- g) Das weitere Festhalten an spezifisch priesterfeindlichen Maßnahmen
- h) Die Wiederbelebung des katholischen Kultes im Frühjahr 1795 und die neue église gallicane
- i) Die erfolglosen Bemühungen des Direktoriums in der 2. Hälfte des Jahres 1796 um einen religiösen Ausgleich mit Papst Pius VI.
- j) Der weitere Zuwachs des katholischen Kultes in Paris im Jahr 1796 und in den auswärtigen départements
- k) Der neue Kult der théophilanthropie im Jahr 1797
- l) Die erneuten priester- und religionsfeindlichen Maßnahmen nach dem Staatsstreich vom 18 Fructidor an V (4 sept. 1797)
- m) Die Herbeiführung des religiösen Friedens durch den 1. Konsul Bonaparte

- aa) Die Beendigung der gegen die Priester und gegen den katholischen Glauben gerichteten Maßnahmen
 - bb) Der allgemeine Ausgleich mit der Katholischen Kirche durch das Konkordat mit Papst Pius VII. am 15. Juli 1801
 - n) Absicht der Franzosen: Schwächung der Reichskirche durch Säkularisationen, aber ohne religions- und kirchenfeindliche Haltung
2. Die außenpolitischen Ziele und Interessen der Französischen Republik zu den Säkularisationen
- a) Die Säkularisationen als Mittel der Französischen Republik zur weiteren inneren Schwächung des Reiches
 - b) Die Säkularisationen als Mittel der Französischen Republik zur Vermeidung von Revancheabsichten seitens der mächtigen erblichen Reichsstände und ihrer Dynastien
 - c) Die Feindschaft der Französischen Republik gegen die geistlichen Reichsstände
 - aa) Die geistlichen Reichsstände als die entschiedensten Gegner der kirchlich-religiösen Veränderungen in Frankreich
 - bb) Die Forderung der geistlichen Reichsstände in der Elsässer Angelegenheit auf Rückgängigmachung der Beeinträchtigungen
 - aaa) Unterwerfung der deutschen Fürsten und Stände im Hinblick auf ihre linksrheinischen feudalen Gebiete, Besitzungen und Rechte unter die mit der Krone Frankreichs getroffenen Vereinbarungen
 - bbb) Die deutschen Fürsten und Stände mit Berechtigungen im Elsass, in Lothringen und in Burgund
 - ccc) Die dem Reich zugehörenden Gebiete deutscher Fürsten im Elsass, in Lothringen und in Burgund
 - ddd) Die kirchlich-geistlichen Berechtigungen der deutschen geistlichen Reichsstände im Elsass, in Lothringen und in Burgund
 - eee) Die von der Assemblée nationale constituante verfügte Anwendung ihrer Dekrete auf die Gebiete, Besitzungen und Rechte der deutschen Fürsten und Stände im Elsass, in Lothringen und in Burgund
 - fff) Besondere Aktivität der geistlichen Reichsstände bei den Beschwerden der deutschen Stände am königlichen französischen Hof, vor der Assemblée nationale constituante, beim Reichstag und vor dem Kaiser bis zum Ende des Jahres 1790

- ggg) Besonderer Widerstand der geistlichen Reichsstände gegen die von der Assemblée nationale constituante im Jahr 1790 den deutschen Ständen angebotenen Entschädigungen in Geld
- hhh) Verschärfung des Konfliktes durch die Anwendung der französischen Regelungen auf die kirchlich-geistlichen Berechtigungen der deutschen geistlichen Reichsstände im Elsass, in Lothringen und in Burgund
- iii) Erfolglosigkeit der neuen Entschädigungsverhandlungen zu Ende des Jahres 1790 bis in die erste Hälfte von 1791 wegen des Widerstandes der geistlichen Reichsstände
- jjj) Widerstand der geistlichen Reichsstände bei den Beratungen und Abstimmungen über die Elsässer Angelegenheit im Reichstag im Juli und August 1791
- cc) Asylgewährung durch die geistlichen Reichsstände mit ihren geistlichen Staaten für die französischen Emigranten
 - aaa) Besondere Eignung der geistlichen Staaten wegen ihrer gebietlichen Nachbarschaft zu Frankreich und ihres geistlichen Standes für die Aufnahme von den Emigranten
 - bbb) Die beiden rheinischen Erzstifter Trier und Mainz als Zentren der französischen Emigration
 - ccc) Die weiteren geistlichen Staaten
 - ddd) Nach Ansicht der französischen Regierung gegenrevolutionäres Verhalten der Emigranten

IV

Die Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete: Im Gegensatz zu den Säkularisationen das nationale französische Anliegen auf Erlangung der natürlichen Rheingrenze

1. Nationales Anliegen schon unter dem Ancien Régime
2. Die Rheingrenze: Vision und Handeln der Girondisten
3. Revolutionäres Sendungsbewusstsein der Französischen Republik als Grundlage für die Erlangung der natürlichen Rheingrenze
4. Erstrebung der natürlichen Rheingrenze durch die Convention nationale
5. Konstanter Wille des Direktoriums zur Errichtung der Rheingrenze

6. Dezierte Forderung der natürlichen Rheingrenze durch den Ersten Konsul

V

Zusammenfassung: Vermutlich keine Fortsetzung des Krieges allein zur Erzwingung der Säkularisationen

VI

Mitverursachung der militärischen und politischen Überlegenheit der Französischen Republik durch das Reich

1. Mangelnde Unterstützung der Reichsarmee durch viele Reichsstände
2. Das preußische Ausscheiden aus dem Reichskrieg gegen die Französische Republik
 - a) Frankreichs stetiges Bestreben, den König von Preußen aus der Koalition zu ziehen
 - b) Der erfolglose Antrag König Friedrich Wilhelms II. von Preußen auf teilweise Übernahme seiner Kriegskosten beim Reichstag am 12. Januar 1794
 - c) Die Initiative von Kurmainz an den Reichstag zur Aufnahme von Friedensverhandlungen seitens des Kaisers mit der Französischen Republik
 - d) Aufnahme von Friedensverhandlungen durch König Friedrich Wilhelm II. von Preußen aufgrund der 3. Polnischen Teilung und den eigenen finanziellen Schwierigkeiten
 - e) Politische und militärische Schwächung des Reiches durch den französisch-preußischen Baseler Friedensvertrag vom 5. April 1795 und die am 5. August 1796 vereinbarte Berliner Konvention
3. Der Reichsschluß vom 3./29. Juli 1795 über die vom Kaiser ungeteilt zu führenden Friedensverhandlungen als Folge des französisch-preußischen Baseler Friedensvertrages
4. Die im 1. Koalitionskrieg (1792-1797) von weiteren Reichsständen mit der Französischen Republik abgeschlossenen Friedensverträge
 - a) Die separaten Friedensverhandlungen
 - b) Der französisch-hessen-kasselische Baseler Friedensvertrag vom 28. August 1795
 - c) Die französisch-wirtembergische und französisch-badische Pariser Friedensverträge vom 7. und 22. August 1796

d) Der österreichisch-französische Friedensvertrag von Campo Formio vom 17. Oktober 1797

5. Die im 2. Koalitionskrieg (1799-1801) von 6 weiteren weltlichen Reichsständen mit der Französischen Republik abgeschlossenen Separatfriedens- und Neutralitätsverträge

VII

Vorbestimmung der Willensbildung im Reichstag durch die Separatfrieden von fünf weltlichen Reichsständen

1. Der französisch-preußische Baseler Friedensvertrag vom 5. April 1795

2. Der französisch-hessen kasselische Baseler Friedensvertrag vom 28. August 1795

3. Die preußisch-französische Berliner Geheimkonvention vom 5. August 1796

4. Der französisch-wirtembergische Pariser Friedensvertrag vom 7. August 1796

5. Der französisch-badische Pariser Friedensvertrag vom 22. August 1796

6. Der österreichisch-französische Friedensvertrag von Campo Formio vom 17. Oktober 1797

a) Der Wortlaut

b) Der Vertragsentwurf des französischen Bevollmächtigten Bonaparte als Ausgangspunkt für beide Vertragsteile bei der Festlegung der Entschädigungen

c) Absicht und Vorstellung der Französischen Republik die linksrheinischen gebietlichen Verluste durch Säkularisationen zu entschädigen

aa) Korrespondenz Außenminister Delacroix

bb) Korrespondenz Außenminister Talleyrand (seit 14. Juli 1797)

cc) Korrespondenz Bevollmächtigter Bonaparte

dd) Korrespondenz des kaiserlich-österreichischen Hauses

d) Gewährung von Entschädigungen durch Säkularisationen als Ausgangspunkt des Hauses Österreich

aa) Die Pyrmonter Erklärung vom 7. Juli 1797 mit der um sie geführten Korrespondenz

bb) Korrespondenz des kaiserlich-österreichischen Hauses

- e) Die in Art. XII und VIII der Geheimartikel des Vertrages von Campo Formio festgelegten Entschädigungen an die linksrheinisch depossedierten weltlichen Fürsten und an die drei geistlichen Kurfürsten durch rechtsrheinische Säkularisationen

7. Ergebnis

VIII

Zusammenfassung: Unmöglichkeit einer Berufung des Reiches auf eine Notlage

1. Mitverursachung der Notlage durch das Reich selbst
2. Keine maßgebliche Mitwirkung der geistlichen Reichsstände an der militärischen und politischen Schwächung des Reiches
3. Keine Berufung des Reiches auf eine mögliche eigene Notlage

G

Ein Reichsherkommen zur alleinigen Schadenstragung der geistlichen Reichsstände?

I

Das Reichsherkommen als Teil der Reichsverfassung

II

Die Voraussetzungen für die Bildung eines Reichsherkommens

1. Das gemeinsame Zusammenwirken von Kaiser und den Reichsständen
2. Das Vorhandensein einer Präzedenz

III

Kein Ausschluss eines Reichsherkommens durch die in dem Geheimartikel des Fürstenbundes vom 23. Juli 1785 gegen die Säkularisation geistlicher Staaten vereinbarten Bestimmungen

IV

Die dem Friedensvertrag von Lunéville zugrundeliegende historische Situation als die Vergleichsbasis für die Bildung eines die alleinige Schadenstragung der geistlichen Reichsstände rechtfertigenden Reichsherkommens

V

Keine Präzedenz durch die von den Reformatoren durchgeführten Einziehungen von Kirchengütern

VI

Die Präzedenz des Westfälischen Friedensschlusses

1. Vorhandensein latenter Säkularisationsgerüchte im Reich seit den im Westfälischen Friedensschluss durchgeführten Säkularisationen
2. Säkularisationen als das Tuch, woraus Entschädigungen geschnitten werden sollen, nach Trautmannsdorff
3. Das Bestehen eines Reichskrieges gegen die beiden Königreiche Schweden und Frankreich
4. Mitbeteiligung des Reiches an den beiden Friedensverträgen
5. Die Regelungen des IPO
 - a) Die Abtretung der brandenburgischen Gebiete an die Krone Schweden mit dem Entschädigungsausgleich im Reich
 - aa) Die Zusprechung brandenburg-pommerscher Gebiete an Königin Christine von Schweden
 - bb) Der Entschädigungsausgleich im Reich
 - aaa) Entschädigung von Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg durch die Hochstifter Halberstadt, Minden, Camin und das Erzstift Magdeburg
 - bbb) Die den geistlichen Reichsständen für ihre erlittenen Säkularisationen gewährten Ausgleichungen
 - aaaa) Kein Ausgleich an Bischof Leopold Wilhelm von Halberstadt für den Verlust seines Hochstiftes

- bbbb) Ausgleich an Bischof Franz Wilhelm von Minden für den Verlust seines Hochstiftes
 - cccc) Ausgleich an Bischof Ernst Bogislav von Camin für den Verlust seines Hochstiftes
 - dddd) Verbleib des Erzstiftes Magdeburg bei Administrator August von Magdeburg bis zu seinem Ableben
 - b) Die Abtretung der mecklenburg-schwerinschen Gebiete an die Krone Schweden mit dem Entschädigungsausgleich im Reich
 - aa) Der Übergang von Stadt und Hafen Wismar auf Königin Christine von Schweden
 - bb) Der Entschädigungsausgleich im Reich
 - aaa) Entschädigung von Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg-Schwerin und des Hauses Mecklenburg durch die Hochstifter Schwerin, Ratzeburg, durch Geldeinkünfte und ein landsässiges geistliches Gebiet
 - bbb) Die den geistlichen Reichsständen für ihre erlittenen Säkularisationen gewährten Ausgleichungen
 - aaaa) Schwerin: Schon vorher ein landsässiger Besitz Mecklenburg-Schwerin
 - bbbb) Ratzeburg: Entschädigung der bisherigen Administratoren durch 2 Dompfründen
 - c) Entschädigungsausgleich nach den Abtretungen des Erzstiftes Bremen und des Hochstiftes Verden an die Krone Schweden
 - aa) Verzicht Erzbischofs Friedrich von Bremen
 - bb) Entschädigung Bischofs Wilhelm von Verden durch die Zusprache des Hochstiftes Regensburg
6. Die Regelungen des IPM
- a) In Lothringen
 - aa) Die Abtretung der drei Hochstifter und gleichnamigen Reichsstädte Metz, Toul und Verdun an König Ludwig XIV. von Frankreich
 - bb) Nichtvorhandensein einer Säkularisation wegen schon bestehender französischer Souveränität über die drei Hochstifter und Reichsstädte
 - b) Im Elsass

- aa) Die Abtretung der Stadt Breisach, der Landgrafschaft Ober- und Unterelsass, des Suntgauers und der Landvogtei über die 10 im Elsass gelegenen Reichsstädte an König Ludwig XIV.
- bb) Keine Entschädigung für diese Abtretung

7. Ergebnis: Kein einheitliches Prinzip der im Westfälischen Frieden durchgeführten Entschädigungen

- a) Die generelle Frage der Gewährung einer Entschädigung
- b) Die Verwendung von Säkularisationen geistlicher Staaten als Entschädigung
- c) Kein Präzedenzfall durch den Westfälischen Friedensschluss für die im Friedensvertrag von Lunéville festgelegten Säkularisationen

VII

Die Präzedenz der dem Westfälischen Friedensschluss nachfolgenden Friedensverträge

1. Der Pyrenäenfriede vom 7. November 1659
2. Der Devolutionskrieg von 1667 bis 1668
3. Der Holländische und Schwedische Krieg von 1672 bis 1679
 - a) Das historische Geschehen
 - b) Der Nymwegener Friede von 1679 zwischen dem Reich und dem Königreich Frankreich
 - aa) Die vereinbarten Regelungen
 - bb) Die Vergleichbarkeit mit dem Friedensvertrag von Lunéville
 - c) Der Nymwegener Friede von 1679 zwischen dem Reich und dem Königreich Schweden
4. Die Reunionen der Jahre 1678 bis 1684
 - a) Das historische Geschehen
 - b) Die Vergleichbarkeit mit dem Friedensvertrag von Lunéville
5. Der Pfälzische Erbfolge- und Reunionskrieg von 1688 bis 1697
 - a) Das historische Geschehen

- b) Der Ryswijker Friede von 1697 zwischen dem Reich und dem Königreich Frankreich
 - aa) Die vereinbarten Regelungen
 - bb) Die Vergleichbarkeit mit dem Friedensvertrag von Lunéville
- 6. Der Spanische Erbfolgekrieg von 1701 bis 1714
 - a) Das historische Geschehen
 - b) Der Badener Friede von 1714 zwischen dem Reich und dem Königreich Frankreich
 - aa) Die vereinbarten Regelungen
 - bb) Die Vergleichbarkeit mit dem Friedensvertrag von Lunéville
- 7. Der Große Nordische Krieg von 1700 bis 1720
- 8. Der Polnische Thronfolgekrieg von 1733 bis 1735
 - a) Das historische Geschehen
 - b) Der Wiener Definitivfrieden von 1738 zwischen dem Reich und dem Königreich Frankreich
 - aa) Die vereinbarten Regelungen
 - bb) Die Vergleichbarkeit mit dem Friedensvertrag von Lunéville
- 9. Der Österreichische Erbfolgekrieg von 1740 bis 1748
- 10. Der Siebenjährige Krieg von 1756 bis 1763
 - a) Das historische Geschehen
 - b) Der Hubertusburger Friede vom 15. Februar 1763
- 11. Der Bayerische Erbfolgekrieg von 1778 bis 1779
- 12. Keine Vergleichbarkeit der dem Westfälischen Friedensschluss folgenden Friedensverträge mit dem Friedensvertrag von Lunéville

H

Ein in der Reichsverfassung vorhandener Grundsatz einer ungleichen Belastbarkeit der Reichsstände?

I

Das Vorhandensein eines Grundsatzes einer ungleichen Belastung der Reichsstände in der Reichsverfassung

1. Der Schutz von individuellen Interessen der Reichsstände durch die verfahrensmäßige Regelung ihrer Zustimmung
 - a) Die lehnsrechtliche Struktur der Verhältnisse der Reichsstände zu Kaiser und Reich
 - b) Die in der Reichsverfassung vorhandenen Beispiele von besonderen Zustimmungen der Reichsstände
 - c) Die ungleiche Belastung der Reichsstände: Kein Bereich der Zustimmungen der Reichsstände
2. Die objektiven Normen der Reichsverfassung
 - a) Fehlen eines Gleichheitsgrundsatzes wegen der ständischen Privilegienordnung des Reiches
 - b) Die tatsächlichen Belastungen der Reichsstände
 - aa) Die Erhebungen der Reichssteuern
 - bb) Die Stellung der Kontingente zur Reichsarmee
 - c) Die Reichsgrundgesetze
3. Nach der Reichsverfassung gegebene Möglichkeit, die Reichsstände unterschiedlich zu belasten

II

Rechtfertigung der alleinigen Schadenstragung der geistlichen Reichsstände durch den Grundsatz der ungleichen Belastbarkeit der Reichsstände?

1. Die der alleinigen Schadenstragung der geistlichen Reichsstände zugrundeliegenden Umstände

2. Maßgebliche Mitbestimmung der in Art. VII des Friedensvertrages von Lunéville festgelegten alleinigen Schadenstragung der geistlichen Reichsstände durch die Französische Republik
3. Vorbestimmung der nachherigen Festlegungen und Zusprachen von geistlichen Entschädigungen an die erblichen Reichsstände durch die Französische Republik im Einvernehmen mit dem Kaiserreich Russland
 - a) Ungewisse Garantstellung des Kaiserreichs Russland
 - b) Dominanz der Französischen Republik bei den von ihr mit dem Kaiserreich Russland am 3. Juni und 26. September 1802 aufgestellten Entschädigungsplänen
 - c) Weitgehende Übernahme der französisch-russischen Entschädigungspläne durch den *RDH vom 25. Februar 1803*
4. Vorzeitige Inbesitznahme der geistlichen Entschädigungen durch die erblichen Reichsstände
5. Keine Rechtfertigung der alleinigen Schadenstragung der geistlichen Reichsstände

I

Ein Verfassungswandel in Richtung auf Auflösung der geistlichen Staaten?

I

Der mögliche Eintritt eines Verfassungswandels

1. *Kants* Befürwortung einer evolutionären Veränderung der Verhältnisse
2. *Justis* Unterscheidung von *pouvoir constituant* und *pouvoir constitué*
3. *Fichtes* Bejahung revolutionärer und evolutionärer Veränderungen der Verfassungen
4. Der demokratische Volkswille als Konstitutionsgrund für die Entstehung und Formierung von staatlichen Gemeinschaften bei den *Publizisten* des Würzburger Bischofstuhles
5. Bejahung von Verfassungsänderungen durch den Zeitgeist bei dem Verfasser von *Ueber die Einwirkung des Geistes in das Verderbniß der deutschen Constitution*

II

Das gemeinsame Zusammenwirken von Kaiser und Reichsständen zum Schutze und Erhalt der alten Privilegienordnung als der nach dem historischen Selbstverständnis des Reiches maßgebende Konstitutionsgrund seiner Verfassung

III

Die Veränderung des Konstitutionsgrundes der Reichsverfassung durch das Gedankengut der Aufklärung

1. Die aufgeklärten Staatstheorien des 17. und 18. Jahrhunderts

- a) Die rationale Deutung der Entstehung des Staates
- b) Keine Volkssouveränität in der von Hobbes vertretenen Gesellschafts- und Staatstheorie
- c) Volkssouveränität in den von Althusius, Spinoza, Locke, Montesquieu, Rousseau und Kant vertretenen Gesellschafts- und Staatstheorien

2. Befürwortung der Volkssouveränität in der Literatur der Aufklärung

3. Die Veränderung des Konstitutionsgrundes der Reichsverfassung durch ein evolutionäres geistig-literarisches Einwirken des Gedankengutes der Aufklärung

- a) Gelehrter und wissenschaftlicher Charakter der Aufklärung in Deutschland
- b) Das Fehlen eines sich das Gedankengut der Aufklärung zueigenmachenden Bürgertums in Deutschland
- c) Keine demokratischen Mitwirkungsrechte des Volkes im aufgeklärten Absolutismus
- d) Keine Veränderung des Konstitutionsgrundes der Reichsverfassung durch das Gedankengut der Aufklärung

IV

Die Veränderung des Konstitutionsgrundes der Reichsverfassung durch die Ideen von 1789

1. Die rege publizistische Verbreitung der Volkssouveränität und demokratische Mitwirkung des Volkes fordernde Ideen von 1789 in Deutschland

2. Zustimmung zu den Ideen von 1789 bei der geistigen Elite Deutschlands

3. Die von den deutschen Bildungsschichten für die eigenen Verhältnisse vorgenommene Umdeutung der Ideen von 1789
4. Die Aufruhre und Aufstände im Reich nach dem Ausbrechen der Revolution in Frankreich
5. Die im Gebiet des Reiches erfolgten und geplanten Einführungen der französischen Revolutionsideen
 - a) Der Aachener Konvent Ende Februar 1793
 - b) Die Mainzer Republik im Frühjahr und Sommer 1793
 - c) Die Einverleibungen von Reichsgebieten in die Französische Republik während der Jahre 1793-1795
 - d) Die Cisirhenanische Bewegung im Jahre 1797
 - e) Die Departementalisierung, Munizipalisierung und Entfeudalisierung der linksrheinischen Reichsgebiete im Jahre 1798
6. Das Fehlen einer evolutionären Einwirkung und einer revolutionären Geltendmachung der Ideen von 1789

V

Das Zusammenwirken von Kaiser und Reichsständen zum Schutze und Erhalt der alten Privilegienordnung als der zu Ausgang des 18. Jahrhunderts noch maßgebende Konstitutionsgrund des Reiches

VI

Die Beeinflussung des Volkswillens im Reich zur Auflösung der geistlichen Staaten

1. Verschiedene, den Volkswillen im Reich im Sinne einer Auflösung der geistlichen Staaten möglicherweise beeinflussende Umstände
2. Aufrechterhaltung und Förderung des religiösen Bewusstseins der Bevölkerung durch die Aufklärung
3. Die christliche Religion mit ihren Konfessionen als Grundlage der Erziehung und Bildung des Volkes
 - a) Die Aufklärung als pädagogisches Zeitalter

- b) Bildungsferne der Bevölkerung zu Ausgang des 18. Jahrhunderts
 - c) Prägung der Dorfschule zu Ausgang des 18. Jahrhunderts noch weitgehend durch Religions- und Katechismusunterricht
 - d) Ausrichtung der neu errichteten Industrieschulen an einem praktischen Christentum
 - e) Alleinige religiöse Erziehung und Bildung für die Masse der Bevölkerung
4. Die christlich-religiöse Verwurzelung der Bevölkerung im Reich
5. Keine Säkularisationswünsche der Bevölkerung in den geistlichen Staaten
6. Ergebnis: Keine Beeinflussung des Volkswillens im Sinne einer Auflösung der geistlichen Staaten

Schluss

Unvereinbarkeit der in Art VII festgelegten alleinigen Schadenstragung der geistlichen Reichsstände mit der Reichsverfassung

A

Die im Friedensvertrag von Lunéville in Art. VII selbst enthaltenen Regelungen

B

Art. VII des Friedensvertrages von Lunéville und die im nachfolgenden RDH vom 25. Februar 1803 enthaltenen Regelungen

I

Die generellen Regelungen für die geistlichen Reichsstände

1. Der weitere Erhalt ihrer persönlicher Reichsunmittelbarkeit

2. Der weitere Erhalt von Gerichtsbarkeiten über ihre Dienerschaft
3. Die Gewährung einer standesgemäßen Wohnung
4. Die Zahlungen von Sustentationen

II

Die für den Erzbischof/Kurfürsten von Mainz, den Hoch- und Teutschmeister und den Johanniter-Meister getroffenen Regelungen

1. Die Regelungen für den Erzbischof/Kurfürsten von Mainz
2. Die Regelungen für den Hoch- und Teutschmeister und für den Johanniter-Meister

C

Keine Modifizierung der in Art. VII des Friedensvertrages von Lunéville vereinbarten alleinigen Schadenstragung der geistlichen Reichsstände durch den RDH

Annex

Die linksrheinischen gebietlichen Verluste und die rechtsrheinischen Entschädigungen

A

Die linksrheinischen Verluste der erblichen Fürsten und Reichsstände

B

Die rechtsrheinischen geistlichen Gebiete

Abkürzungs -, Quellen - und Literaturverzeichnis

Einleitung

Die verfassungshistorische Periode des Heiligen Römischen Reiches vom Ausbruch der Französischen Revolution in der Mitte des Jahres 1789 bis zu der am 6. August 1806 durch Kaiser Franz II. vorgenommenen Niederlegung der Kaiserkrone des Reiches,¹ welche zum Niedergang und zur Auflösung des alten Reiches geführt hatte,² gehört zu den bewegendsten Zeiten deutscher Verfassungsgeschichte. Innerhalb dieser Periode bewirkte der am 9. Februar 1801³ zwischen dem Reich und der Französischen Republik in Lunéville abgeschlossene Friedensvertrag⁴ eine Zäsur, da er von den seitens Frankreich gegen das Reich bis zu dessen Auflösung geführten drei Revolutionskriegen⁵ die beiden ersten beendete, und das Ergebnis der Revolutionskriege Frankreichs gegen das Reich brachte.

Seitens der Französischen Republik war der Friedensvertrag von den drei Konsule in ihrer am 24 pluviôse an IX (13 févr. 1801) dem Corps législatif und dem Tribunat mitgeteilten Botschaft als der Kontinentalfriede bezeichnet worden:

„La paix continentale a été signée à Lunéville. ...“⁶

Ebenso auch vom Königreich Sardinien-Piemont in der von dessen Regierungskommission in Piemont am 18. Februar 1801 bekannt gemachten Veröffentlichung seines Abschlusses:

¹ Unten, S. 279.

² Unten, S. 279.

³ 20 pluviôse an IX.

⁴ *Napoleonische Friedensverträge*, II., S. 19-25.

⁵ Erster Koalitionskrieg, begonnen durch die von dem König der Franzosen Ludwig XVI. am 20. April 1792 gegen Franz II. als König von Ungarn und Böhmen ausgesprochenen Kriegserklärung (unten, S. 303) und beendet durch den am 17. Okt. 1797 zwischen dem Kaiser als Oberhaupt seines Hauses Österreich und der Französischen Republik in Campo Formio abgeschlossenen Friedensvertrag (unten, S. 304),

Zweiter Koalitionskrieg, ausgebrochen während der Schlußphase des Rastatter Kongresses im März 1799 (unten, S. 243-251) und beendet durch den am 9. Febr. 1801 zwischen dem Reich und der Französischen Republik in Lunéville abgeschlossenen Friedensvertrag.

Dritter Koalitionskrieg, geführt von September 1805 bis zu dem am 26. Dez. 1805 zwischen Kaiser Franz II. als Oberhaupt seines Hauses Österreich und dem Kaiser der Franzosen Napoléon I. in Pressburg abgeschlossenen Friedensvertrag (unten, S. 281).

⁶ *Moniteur*, Quintidi, 25 pluviôse an 9, ..., N° 145., INTÉRIEUR, ACTES DU GOUVERNEMENT, Du 24 pluviôse an 9. Message des consuls adressé au corps-législatif et au tribunal, p. 604-605 (604).

Der erfolgte Abschluss des Friedensvertrages wurde am selbigen Tag in Paris dem Volk durch sich stündlich wiederholende Artilleriesalven mitgeteilt und sein Inhalt im Amtsblatt veröffentlicht (*Teutsche Staatskanzley*, Jahrg. 1801, I. Band, II. Abschnitt, S. 59).

In Wien wurde der Friedensvertrag am 16. Febr. 1801 durch den öffentlichen Anschlag einer Proklamation bekannt gemacht (*Teutsche Staatskanzley* ebd., S. 61).

„... ,Die Wünsche der Menschheit sind endlich erhört. Der Friede auf dem festen Lande wurde am 9 d. M. ... im Namen des ersten Konsuls der franz. Republik, und ... im Namen des Kaisers unterzeichnet; ...“⁷

Seitens des Reiches war er vom Direktorium des Reichsfürstenrates, in dessen Proposition zu den am 6. März 1801 beginnenden Beratungen, als der sehnliche Wunsch des Reiches bezeichnet worden:

„Der sehnliche Wunsch des teutschen Reichs ist erfüllt. Beygelegt ist der Krieg, den Teutschland zu seiner Vertheidigung gegen Frankreich zu führen gezwungen war. ...“⁸

Auch in den deutschen Landen war sein Abschluss allgemein begrüßt worden. Friedrich Hölderlin verfasste unter dem unmittelbaren Eindruck seiner Nachricht den Gesang:

„Versöhnender der du nimmergeglaubt
Nun da bist, Freundesgestalt mir
Annimmst Unsterblicher, ...
Und fast wie ein Blinder muß ich
Dich, himmlischer fragen wozu du mir,
Woher du seiest, seeliger Friede!“⁹

Friedrich Schiller konzipierte im März 1801 zu seinem Abschluss das Gedichtsfragment [Deutsche Größe]¹⁰ :

⁷ In deutscher Übersetzung in: *Allgemeine Zeitung*, Jahrg. 1801, I. Band, Nro. 64., 5 März. 1801., Italien, S. 255-256 (255) und *Teutsche Staatskanzley*, Jahrg. 1801, I. Band, II. Abschnitt, Beilagen, VI., d), 41., S. 214-216 (214)).

⁸ *Im Reichs=Fürsten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801*, Directorium., S. 1-2 (1) (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

⁹ *Hölderlin*, Sämtliche Werke, II. Band, 1. Hälfte, Die Vaterländischen Gesänge, S. 136-137 (136 Z 1-3 und 6-8), insg., S. 136-137, mit der Überlieferung, den Lesarten und Erläuterungen, II. Band, 2. Hälfte, S. 698-712 (698). Der Gesang war auch der Entwurf zu der im Herbst 1802 entstandenen, inhaltlich gleichfalls den Friedensvertrag von Lunéville betreffenden Friedensfeier (*ebd.*, III. Band, Friedensfeier von Friedrich Hölderlin, S. 531-568 (533-538, 539)).

¹⁰ Später so betitelt Gedichtsfragment Schillers. Schiller bringt darin zum Ausdruck, dass der Deutsche, auch wenn er ruhmlos aus dem tränenvollen Krieg geht und zwei übermächtige Völker, der Franke und der Brite sein politisches Geschick bestimmen, er sich dennoch seines Namens rühmen und freuen darf „... Er geht unglücklich aus dem Kampf, aber das, was seinen Werth ausmacht, hat er nicht verloren. Deutsches Reich und deutsche Nation sind zweierlei Dinge. Die Majestät des Deutschen ruhte nie auf dem Haupt s. Fürsten. Abgesondert von dem politischen hat der Deutsche sich einen eigenen Werth gegründet und wenn auch das Imperium unterginge, so bliebe die deutsche Würde unangefochten. ... Sie ist eine sittliche Größe, sie wohnt in der Kultur u: im Character der Nation, der von ihren politischen Schicksalen unabhängig ist. – Dieses Reich blüht in Deutschland, es ist in vollem Wachsen und mitten unter den gothischen Ruinen einer alten barbarischen Verfaßung bildet sich das Lebendige aus. ..., und indem das politische Reich wankt hat sich das Geistige immer fester und vollkommener gebildet.) ... Das ist nicht des Deutschen Größe Obzusiegen mit dem Schwert, In das Geisterreich zu dringen Vorurtheile zu besiegen, ... Männlich mit dem Wahn zu kriegen Das ist s. Eifers werth. ...“ (*Schiller*, Werke, II. Band, 1. Teil, Pläne, Entwürfe und Fragmente ..., S. 431-436 (Zitate S. 431 Z 10-21, 23-30, 32-35, S. 435 Z 8-11, 13-14); *Suphan*, Deutsche Größe, 1-6., S. 3-20 (3., S. 9-11) und *Cassirer*, Freiheit und Form, 6. Kap., 1. S. 475-479).

„Lächelnd naht der
goldne Friede“¹¹

Im Herzogtum Württemberg fand anlässlich des Friedensschlusses am 25. Mai 1801 ein öffentliches Friedens-Dankfest statt.¹² Zu diesem hielt in Tübingen der Professor der Theologie und Special-Superintendent Georg Heinrich Müller in der Stiftskirche eine Predigt:

„... Was seit vielen Jahren der Gegenstand unserer Sehnsucht und unserer innigsten Wünsche, der Gegenstand unserer bald sinkenden, bald neu auflebenden Hoffnungen war; was wir nicht nur als u n s e r e Angelegenheit, als den Grund der wiederkehrenden Ruhe und Wohlfahrt für u n s, sondern noch mehr als Angelegenheit und Glück der Menschheit betrachteten; dieß ist nach lange verzögertem und ungewißem Warten endlich erfüllt: d e r F r i e d e d e s d e u t s c h e n R e i c h s m i t d e m f r a n z ö s i s c h e n V o l k e i s t w i e d e r h e r g e s t e l l t. Es ist Friede nach einem beynahe zehnjährigen, beyspiellosten Kriege; Friede nach einem Krieg, der in seinem Umfang, in seinen Anstrengungen, Entwiklungen und Folgen seines Gleichen nicht hat; ...“¹³

In der reformierten Kirche in Eupen wurde noch am 9. November 1801 ein Friedenslied auf ihn gesungen:

„Triumph! die Friedenssonne scheint
Nach grausem Kriegeswetter.
Triumph! ihr Herzen, dankt vereint,
O dankt dem Menschenretter! ...
O Gott, der unser Flehn vernahm!
Du, König aller Himmel,
Gebotst dem Frieden = und er kam
Nach heißem Schlachtgetümmel;
So hold kommt er auf uns herab,
Umschwebt von Wonnetagen,“¹⁴

¹¹ Schiller, Werke, II. Band, 1. Teil, Pläne, Entwürfe und Fragmente ..., S. 431 Z 10-11.

¹² *Schwaebische Chronik*, Den 30 Mai. 1801, Herzogthum Württemberg, [HofBericht.], S. 199-201 (199 linke Sp., S. 199-201: zu den in der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart stattgefundenen Feierlichkeiten); *G. H. Müller*, Predigt, S. 3, 30-32 (das in den Herzoglichen Landen vorgeschriebene Dankgebet) und *Anhäuser*, Predigt, S. 1 (Titelblatt), S. 25-31 (das ... Dankgebet).

¹³ *G. H. Müller*, Predigt, S. 3, insg., S. 3-32 (3-5).

Predigt zu dem Friedens-Dankfest am 25. Mai 1801, gehalten von *Johannes Anhäuser*, Pfarrer der reformierten Gemeinde zu Kantstadt (heutiges Stuttgart-Cannstatt)-Ludwigsburg in der reformierten Kirche in Stuttgart „... Es ist Friede! Es ist Friede! - Erkennet und fühlet meine Freunde den Inhalt dieser Worte. Denket euch in diesem Augenblicke alle Schrecknisse des fürchterlichsten Krieges, der nicht nur unser sonst so glückliches Land, sondern einen grosen Theil von Deutschland, ja selbst von ganz Europa verwüstete, der Tausenden das Leben kostete und Tausende in Armuth und Elend stürzte, ... der, wenn er noch länger gewüetet hätte, uns alle an den Rand des gänzlichen Verderbens gebracht haben würde - Denket euch dieß Alles in diesem Augenblicke, und euer Herz wird sich erheben, wenn ihr es hört, ... : Es ist Friede! ...“ (*Anhäuser*, Predigt, S. 3-4, insg., S. 3-31).

¹⁴ Von (*W. Fremere*), in: *Niederrheinische Blaetter fuer Belehrung und Unterhaltung*, II. Band (II. Band, 3. Quartal), 1802, VII., S. 653-656 (653), insg., S. 653-656. *Ebd.*, I. Band (I. Band, 1. Quartal), 1801, I., S. 1-3: das

Trotz dieser für die gesamte Verfassungsperiode, und auch bereits in der damaligen Zeit erkannten Bedeutung des Friedensvertrages¹⁵ wurde ihm in der rechtshistorischen Literatur wenig Beachtung geschenkt. Diese beschäftigte sich zumeist mit dem ihm nachfolgenden und inhaltlich auch ausführenden Reichsdeputationshauptschluß vom 25. Februar 1803.¹⁶

Die inhaltlichen Schwerpunkte des Friedensvertrages von Lunéville waren die in Art. II und VI vom Reich an die Französische Republik vorgenommene Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete,¹⁷ durch welche das Reich ca. $\frac{1}{10}$ seines Territoriums, fast $\frac{1}{8}$ seiner Bevölkerung und beinahe $\frac{1}{11}$ seiner Einkünfte verlor,¹⁸ und die in Art. VII in Aussicht gestellten rechtsrheinischen Entschädigungen an die Fürsten und Stände des Reiches, welche ihre linksrheinischen Gebiete und Besitzungen verlieren sollten.¹⁹ Für die weitere innere Entwicklung des Reiches und seiner Verfassung und auch seiner einzelnen Territorien wurden diese in Art. VII festgelegten Entschädigungen von maßgebender Bedeutung. Bei den über den Friedensvertrag von Lunéville im Reichstag stattfindenden Beratungen und Abstimmungen hatten mehrere der geistlichen Reichsstände Einwände und Vorbehalte gegen die in Art. VII getroffene Entschädigungsregelung angebracht,²⁰ so dass Bedenken gegen ihre Vereinbarkeit mit der Verfassung des Reiches bestehen.

Vorliegende Untersuchung ermittelt den Inhalt der in Art. VII getroffenen Entschädigungsregelung und ihre Vereinbarkeit mit der Reichsverfassung.

dem abgeschlossenen Frieden von Lunéville gegoltene Gedicht mit Komposition: Dem Frieden. (von L. W. Werner, Melodie von Kapellmeister Weber zu Berlin):

„Auf, ihr meine deutschen Brüder!/Seht, der Gott des Friedens winkt;/...“.

¹⁵ Harl, Deutschlands neueste Staats- und Kirchenveraenderungen (1804), Einleitung, 1., S. 1 „Daß der Lueneviller Friede in seinen Folgen, und besonders wegen des in demselben aufgestellten Entschädigungs = Sekularisations = Systems, eben so, wie vormals der Westphälische, eine der wichtigsten Epochen in der Deutschen Staatsverfassungs = Geschichte bilden werde, ist wohl außer allem Zweifel; ...“.

¹⁶ *Das Ende des Alten Reiches*, A., II., S. 14-65.

¹⁷ Unten, S. 11

¹⁸ Bei den die links- und rechtsrheinischen Reichsgebieten insgesamt ausmachenden 12 000 geographische Quadratmeilen, 28 Millionen Menschen und 275 Millionen Gulden an Einkünften, verlor das Reich durch die Abtretung seiner linksrheinischen Reichsgebiete 1 210 Quadratmeilen, 3, 6 Millionen Menschen und mehr als 20 Millionen Gulden Einkünfte. Der gebietliche Verlust war zweimal so groß als das Territorium der aus den vormaligen Generalstaaten der Vereinigten Niederlande in den Jahren 1795/96 errichteten Batavischen Republik und um $\frac{1}{4}$ mehr als jenes der Schweiz. Der Bevölkerungsverlust entsprach mehr als den einzelnen Bevölkerungen von Portugal, Dänemark und Schweden. Der Verlust an Einkünften war eines beträchtlichen Königreiches vergleichbar (*Ueber Deutschlands Verlust und das dabei eintretende Entschädigungssystem*, S. 30-33).

¹⁹ Unten, S. 5.

²⁰ Unten, S. 329-344.

Erster Teil

Der Inhalt von Art. VII

A

Die Struktur von Art. VII

I

Der Wortlaut von Art. VII

Art. VII legt die Regelung für die linksrheinischen gebietlichen Verluste in folgendem Wortlaut fest:

„Et comme par suite de la cession que fait l'Empire à la République française, plusieurs Princes et Etats de l'Empire se trouvent particulièrement dépossédés, en tout ou en partie, tandis que c'est à l'Empire germanique collectivement à supporter les pertes résultantes des stipulations du présent traité, il est convenu entre S. M. l'Empereur et Roi, tant en son nom qu'au nom de l'Empire germanique, et la République française, qu'en conformité des principes formellement établis au congrès de Rastadt, l'Empire sera tenu de donner aux Princes héréditaires qui se trouvent dépossédés à la rive gauche du Rhin, un dédommagement qui sera pris dans le sein dudit Empire, suivant les arrangements qui, d'après ces bases, seront ultérieurement déterminés.“¹

¹ *Napoleonische Friedensverträge*, II., S. 21-22.

II

Ansichten der zeitgenössischen Publizisten zum Inhalt der in Art. VII getroffenen Entschädigungsregelung

Zum Inhalt des Art. VII vertraten die zeitgenössischen Publizisten verschiedene Ansichten.

Seuffert, Versuch einer doctrinellen Auslegung des siebenten Friedensartikels, urteilt hierüber:

„Kaum gab es jemals einen Friedensartikel, welcher so bald nach seiner Bekanntmachung so verschiedenartig ausgelegt wurde, als der **s i e b e n t e A r t i k e l** d e s F r i e d e n s z u L u e n e v i l l e . . .“²

Die Meinungsunterschiede bezogen sich einmal auf die zu seinem Anfang in einer generalklauselartiger Formulierung festgelegte Tragung des durch die Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete eingetretenen Schadens auf das gesamte Reich:

„... , tandis que c’est à l’Empire germanique collectivement à supporter les pertes résultantes des stipulations du présent traité, ...“³

und zum anderen auf nachfolgend und unter Bezugnahme auf die Prinzipien des vorangegangenen Rastatter Kongresses⁴ festgelegten Kreis der zum Erhalt einer Entschädigung Berechtigten und Verpflichteten:

„... , qu’en conformité des principes formellement établis au congrès de Rastadt, l’Empire sera tenu de donner aux Princes héréditaires qui se trouvent dépossédés à la rive gauche du Rhin, un dédommagement qui sera pris dans le sein dudit Empire, ...“⁵

1. *Seuffert*

Der (damals) im Dienst des Fürstbischofs von Würzburg stehende *Johann Michael Seuffert* vertrat in zwei 1801 erschienen Schriften⁶ folgende Auffassung: Mit der Generalklausel zu

² (Einleitung), S. 1.

³ *Napoleonische Friedensverträge*, II., S. 21.

⁴ Vom 9. Dez. 1797 bis Ende April 1799. Am 9. Dez. 1797 fand im Fürstlich-badischen Rastatter Schloss die 1. Sitzung der Reichsfriedensdeputation statt (*Protocoll Rastatt*, I. Band, SESSIO I., den 9ten Dezember 1797, S. 3-27). Der Rastatter Kongress wurde durch das Ausbrechen des 2. Koalitionskrieges Ende April 1799 beendet (unten, S. 243-244).

⁵ *Napoleonische Friedensverträge*, II., S. 21.

⁶ *Versuch einer doctrinellen Auslegung des siebenten Friedensartikels; Der siebente Artikel des Friedens von Lueneville bedarf allerdings einer Auslegung.*

Beginn des Art. VII habe eine Aufteilung des Schadens, der durch Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete entstanden sei, auf alle Reichsstände festgelegt werden sollen. Ihr Rechtsgrund sei allein diese zwischen den Vertragsteilen vereinbarte Entschädigungsregelung, womit die zu erfolgende Aufteilung des Schadens auf alle Reichsstände habe festgelegt werden sollen.⁷ Dies stünde auch nicht in Widerspruch zu der in Art. VII anschließend vorgenommenen Bezugnahme auf die Rastatter Grundsätze. Auf dem Rastatter Kongress sei als der Hauptgrundsatz allein die Verpflichtung des Reiches zu einer Gewährung von Entschädigungen an die linksrheinisch depossedierten Reichsstände festgelegt worden. Säkularisationen⁸ seien nur als eine der hierfür in Betracht zu ziehenden Entschädigungen bestimmt worden.⁹ Hinsichtlich des Kreises der zum Erhalt einer Entschädigung Berechtigten seien in Art. VII, unter Abänderung der Rastatter Grundsätze, allein den linksrheinisch depossedierten *princes héréditaires*, den linksrheinischen erblichen Fürsten, wozu die Reichsgrafen nicht gehören würden, Entschädigungen zuerkannt worden.¹⁰

Nach Seuffert waren demnach zum Erhalt einer Entschädigung die linksrheinisch depossedierten erblichen Reichsfürsten unter Ausschließung der Reichsgrafen berechtigt. Zu ihrer Entschädigung sollten geistliche und weltliche Reichsstände mit ihrem unmittelbaren

Die von Seuffert hierzu im Jahre 1801 noch verfasste dritte Schrift: *Rechtfertigung des Versuchs einer doctrinellen Auslegung des siebenten Friedensartikels von Lueneville. Gegen den Versuch einer natuerlichen Erklarung des besagten Friedensartikels* konnte in den Bibliotheken der Bundesrepublik Deutschland nicht nachgewiesen werden.

⁷ Seuffert, Versuch einer doctrinellen Auslegung des siebenten Friedensartikels, 1. Abschnitt, §. 1., S. 4-6.

⁸ Als ein bis dahin unbekannter Ausdruck war das Wort Säkularisieren erstmalig auf dem Westfälischen Friedenskongress von dem französischen Gesandten zu Münster Henri II. duc de Longueville am 8. April 1646 gegenüber den Gesandten evangelischer Reichsstände verwandt worden, als er ihnen eröffnete, dass es für die katholischen Religion gewiss wäre, dass die Katholischen Mächte nicht in einen Vergleich einwilligen würden, in welchem katholische Kirchen dieser entzogen werden würden.

Meiern, Acta Pacis Westphalicae „... Der Herr Hertzog von L o n g u e v i l l e antwortete hierauf, ..., da haetten sie sich schon hiebevör zu mehrmalen vernehmen lassen, und muesten der Meynung annoch bleiben, dass wann sie den Evangelischen aufrichtig rathen, und diese ihnen selbst ... bey diesem Werck wohl verstehen wollten, so sollten sie auf einen ewigen Vergleich nicht dringen, dann einmal e x p r i n c i p i s der Catholischen Religion gewiß waere, daß in ihren, der Catholischen, Maechten nicht stuede, wegen Geistlicher Gueter einen solchen Vergleich zu treffen, daß dieselben der Catholischen Kirchen entzogen, und, wie er redete, s e c u l a r i s i r e t wuerden, es sey dann, daß der Papst darin ausdruecklich consentirte. ...“ (II. Theil, 15. Buch, §. XIV., S. 636-637, insg., S. 635-637) und Moser, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 16., S. 536 „... Dann ordentlicher Weise heißt secularisiren, wann einem Erz= oder Hoch= Stiff die geistliche Qualitaet voellig benommen und die Erz= oder Bischoeffliche Wuerde ganz extinguiert wird: ...“, S. 533-534 „... Secularisirte Fuerstenthuemern heissen diejenigen Erz= Bisthuemern, Bisthuemern und Abteyen, denen durch den Westphaelischen Friden die geistliche Qualitaet benommen, selbige dagegen zu weltlichen Herzog= oder Fuerstenthuemern erklaret, und gewissen weltlichen Fuerstlichen Haeussern, mit dem Recht, eigenen Siz und Stimm deßwegen auf der weltlichen Fuersten= Banck zu fuehren, erblich ueberlassen worden seynd. ...“.

⁹ Seuffert, Versuch einer doctrinellen Auslegung des siebenten Friedensartikels, 1. Abschnitt, S. 4-24; *ders.*, Der siebente Artikel bedarf einer Auslegung, 1. Abschnitt, S. 4-19.

¹⁰ Seuffert, Versuch einer doctrinellen Auslegung des siebenten Friedensartikels, 2. Abschnitt, §. 8., §. 9., S. 32-35, §. 11., S. 37-43; *ders.*, Der siebente Artikel bedarf einer Auslegung, 2. Abschnitt, S. 20-24.

und mittelbaren Besitz und auch mit Geldleistungen verwendet werden. Die Säkularisationen waren nur eine der möglichen Entschädigungen.¹¹

Diese Ansicht von Seuffert war insbesondere auch vom Verfasser der im Jahre 1802 erschienenen *Freymuethige Beytraege ueber den Frieden von Lueneville*¹² und auch vom Verfasser der im Jahre 1801 erschienenen Abhandlung *Noch ein Wort ueber das Saekularisationswesen*¹³ übernommen und mitbefürwortet worden.

2. Bingel

Der Fürstlich-Anhaltische Hofrat und Legations-Sekretär *Bingel* vertrat in seinen im Jahre 1801 erschienenen beiden Schriften: „Bedarf der siebente Artikel einer Auslegung?“ und „Der Friede von Lueneville ist ueber alle Auslegung erhaben“ die Ansicht, dass die Vertragsparteien bei der Abfassung des Art. VII von einem durch die Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete verursachten doppelten Schaden, dem beim Reich entstandenen und den bei den einzelnen Reichsständen eingetretenen Schäden ausgegangen seien.¹⁴ Hinsichtlich des beim Reich entstandenen Schadens sei mit der zu Beginn des Art. VII enthaltenen generalklauselartigen Formulierung festgelegt worden, „..., daß das ganze Reich (collectivement) den Schaden ohne Ersatz tragen soll, der ihm aus den Verabredungen dieses Traktats erwachsen ist. ...“¹⁵ Hinsichtlich der bei den einzelnen Reichsständen eingetretenen Schäden sei, um Streitigkeiten unter ihnen zu vermeiden, mit den in Art. VII nachfolgenden Formulierungen:

„..., il est convenu entre S. M. l’Empereur et Roi, ..., et la République française, qu’en conformité des principes formellement établis au congrès de Rastadt, l’Empire sera tenu de donner aux Princes héréditaires qui se trouvent dépossédés à la rive gauche du Rhin, un dédommagement ...“¹⁶

¹¹ *Seuffert*, Versuch einer doctrinellen Auslegung des siebenten Friedensartikels, 1. Abschnitt, §. 15., S. 22-24; *ders.*, Der siebente Artikel bedarf einer Auslegung, 1. Abschnitt, §. 3. u. §. 4., S. 11-19.

¹² Zur Zuerkennung von Entschädigungen an die linksrheinisch depossedierten erblichen Reichsstände unter Ausschließung der Reichsgrafen: *Freymuethige Beytraege ueber den Frieden von Lueneville*, 4. Abschnitt, §. 49.-§. 52., S. 51-54; zu den neben den Säkularisationen von Gebieten rechtsrheinisch weltlicher Reichsstände zu erfolgenden Mitverwendung von Gebieten rechtsrheinisch weltlicher Reichsstände: *ibd.*, 3. Abschnitt, S. 31-50; und zu der ihren alleinigen Rechtsgrund in dieser Regelung des Art. VII habenden Verpflichtung des Reiches zur Gewährung von den Entschädigungen: *ibd.*, §. 2.-§. 5., S. 6-10.

¹³ *Noch ein Wort ueber das Saekularisationswesen*, Dritter Satz, S. 42-48.

¹⁴ *Bingel*, Bedarf der siebente Artikel einer Auslegung? I., S. 7.

¹⁵ *Bingel*, Bedarf der siebente Artikel einer Auslegung? I., S. 7-9 (Zitat S. 9); *ders.*, Der Friede von Lueneville ist ueber alle Auslegung erhaben, 1. Abschnitt, Ad §. 2., S. 8-13.

¹⁶ *Napoleonische Friedensverträge*, II., S. 21.

dem Reich die Verpflichtung auferlegt worden, die Schäden der Reichsstände zu regulieren.¹⁷ Hierzu müsse es sich, wie dies auch bereits auf dem Rastatter Kongress vereinbart gewesen sei, der Säkularisationen bedienen.¹⁸ Mit dem zur Festlegung des Kreises der Entschädigungsberechtigten verwandten Begriff der *princes héréditaires* seien die erblichen Reichsstände unter Einbeziehung auch der Reichsgrafen zu verstehen,¹⁹ welche auch auf dem Rastatter Kongress zu den Entschädigungsberechtigten gehört hätten.

Nach Bingel waren demnach zum Erhalt einer Entschädigung die linksrheinisch depossezierten erblichen Reichsstände einschließlich der Reichsgrafen berechtigt. Zu ihrer Entschädigung sollten allein die Säkularisationen rechtsrheinisch geistlicher Reichsstände verwendet werden.

3. Batz

Der im Dienst des Herzogs von Württemberg stehende Legations-Rat *August Friedrich Batz* befürwortete in seinen im Jahre 1801 und 1802 erschienenen beiden Schriften: „Versuch einer natuerlichen Erklarung des siebenten Friedensartikels“ und „Ueber die sogenannte Rechtfertigung des Versuchs einer doktrinellen Auslegung des siebenten Friedensartikels“, dass die zu Beginn des Art. VII enthaltene generalklauselartige Formulierung der durch das gesamte Reich zu erfolgenden Schadenstragung weder im Sinne einer Schadensverteilung auf alle Reichsstände (so Seuffert) noch im Sinne einer Verpflichtung des Reiches zur Tragung seines eigenen Schadens ohne Erhalt einer eigenen Entschädigung (so Bingel) zu verstehen sei. Vielmehr habe damit im allgemeinen bestimmt werden sollen, „...., wer den Schaden zu tragen habe, und nehmen zur Regel an: daß dies die *S a c h e* *d e s* *g e s a m m t e n* deutschen Reichs, also nicht der verlierenden *e i n z e l n e n* Fürsten und Stände sey, die unmittelbar vorher angeführt sind. ...“²⁰

Mit den nachfolgenden Formulierungen:

„...., l’Empire sera tenu de donner aux Princes héréditaires qui se trouvent dépossédés à la rive gauche du Rhin, un dédommagement ...“²¹

¹⁷ *Bingel*, Bedarf der siebente Artikel einer Auslegung? I., S. 9-11; *ders.*, Der Friede von Lueneville ist ueber alle Auslegung erhaben, 1. Abschnitt, Ad §. 2., S. 13-14.

¹⁸ *Bingel*, Bedarf der siebente Artikel einer Auslegung? I., S. 14-23; *ders.*, Der Friede von Lueneville ist ueber alle Auslegung erhaben, 1. Abschnitt, ad §. 3. u. Ad §. 4., S. 15-23.

¹⁹ *Bingel*, Bedarf der siebente Artikel einer Auslegung? II., S. 23-27; *ders.*, Der Friede von Lueneville ist ueber alle Auslegung erhaben, 2. Abschnitt, Ad. §. 3.-Ad §. 5., S. 27-30.

²⁰ *Batz*, Versuch einer natuerlichen Erklarung des siebenten Friedensartikels, II., A), §. 5., S. 11, insg., §. 3.-§. 5., S. 6-11; *ders.*, Ueber die sogenannte Rechtfertigung des Versuchs einer doktrinellen Auslegung des siebenten Friedensartikels, II., A, ad §. 7 und 8., S. 13-15.

²¹ *Napoleonische Friedensverträge*, II., S. 21.

sei eine in diesem Friedensvertrag allein beruhende Verpflichtung des Reiches zur Gewährung von Entschädigungen an die linksrheinisch depossedierten Reichsstände festgelegt worden,²² wobei sich das Reich entsprechend den auf dem Rastatter Kongress festgesetzten Grundsätzen allein der Entschädigungen durch Säkularisationen zu bedienen habe.²³ Hinsichtlich des Kreises der Entschädigungsberechtigten seien mit der vom Reich zugunsten der linksrheinisch depossedierten princes héréditaires übernommenen Verpflichtung zur Gewährung von Entschädigungen die linksrheinisch depossedierten erblichen Reichsstände unter Einbeziehung auch der Reichsgrafen zu verstehen, welche bereits auch auf dem Rastatter Kongress zu den Entschädigungsberechtigten gehört hätten.²⁴

Nach Batz waren demnach entschädigungsberechtigt die linksrheinisch depossedierten erblichen Reichsstände einschließlich der Reichsgrafen und sollten zu ihrer Entschädigung allein die Säkularisationen rechtsrheinischer geistlicher Reichsstände verwendet werden.

²² Batz, Versuch einer natuerlichen Erklaerung des siebenten Friedensartikels, II., A), §. 11. (vielmehr §. 6.)-§. 12., S. 11-18; *ders.*, Ueber die sogenannte Rechtfertigung des Versuchs einer doktrinellen Auslegung des siebenten Friedensartikels, II., A, ad §. 7 und 8., S. 16-17.

²³ Batz, Versuch einer natuerlichen Erklaerung des siebenten Friedensartikels, II., A), §. 16.-§. 18., S. 22-32; *ders.*, Ueber die sogenannte Rechtfertigung des Versuchs einer doktrinellen Auslegung des siebenten Friedensartikels, II., A, ad §§. 16-21., S. 29-36. Diese Ansicht von Batz war von Hoff, Das Teutsche Reich, II. Theil, 2. Abtheilung, 2. Abschnitt, I., 1., S. 10-12 ohne direkte Bezugnahme auf diesen inhaltlich zugrundegelegt worden.

²⁴ Batz, Versuch einer natuerlichen Erklaerung des siebenten Friedensartikels, II., B), §. 24., S. 44-45, §. 28.-§. 30., S. 49-56; *ders.*, Ueber die sogenannte Rechtfertigung des Versuchs einer doktrinellen Auslegung des siebenten Friedensartikels, II., B, ad §§. 28-30., S. 38-45.

III

Ausnahme zu Lasten der dem Haus Österreich gehörenden linksrheinischen Besitzungen

1. Die im Friedensvertrag von Lunéville vorgenommene Unterscheidung in die generelle Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete von dem besonderen Verzicht auf die linksrheinischen österreichischen Besitzungen

Art. VI des Friedensvertrages von Lunéville enthielt die Einwilligung von Kaiser und Reich in die generelle Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete an die Französische Republik:

„S. M. l’Empereur et Roi, tant en son nom qu’en celui de l’Empire germanique, consent à ce que la République française possède désormais, en toute souveraineté et propriété, les pays et domaines situés à la rive gauche du Rhin, et qui faisaient partie de l’Empire germanique; de manière qu’en conformité de ce qui avait été expressément consenti au congrès de Rastadt par la députation de l’Empire, et approuvé par l’Empereur, le thalweg du Rhin soit désormais la limite entre la République française et l’Empire germanique, savoir, depuis l’endroit où le Rhin quitte le territoire helvétique, jusqu’à celui où il entre dans le territoire batave.
...“²⁵

Art. II sah zusätzlich den von Kaiser und Reich besonders ausgesprochenen Verzicht auf die dem Haus Österreich linksrheinisch gehörenden Besitzungen zugunsten der Französischen Republik:

„La cession des ci-devant provinces belgiques à la République française, stipulée par l’article III du traité de Campo-Formio, est renouvelée ici de la manière la plus formelle; en sorte que Sa Majesté Impériale et Royale, pour elle et ses successeurs, tant en son nom qu’au nom de l’Empire germanique, renonce à tous ses droits et titres aux susdites provinces, lesquelles seront possédées à perpétuité, en tout souveraineté et propriété, par la République française, ... Sont pareillement cédés à la République française, par Sa Majesté Impériale et Royale et du consentement formel de l’Empire: 1° Le Comté de Falkenstein, ...; 2° Le Frickthal
...“²⁶

Diese in Art. II des Friedensvertrages von Lunéville von Kaiser und Reich ausgesprochenen Verzicht auf die Belgischen Provinzen, die Grafschaft Falkenstein und das Fricktal waren auch in dem zuvor vom Kaiser als Oberhaupt seines Hauses Österreich mit der Französischen Republik am 17. Oktober 1797 in Campo Formio abgeschlossenen Friedensvertrag mit dem in Art. III seiner offenen Artikel erklärten kaiserlichen Verzicht auf die Österreichischen

²⁵ *Napoleonische Friedensverträge*, II., S. 21, insg., S. 21.

²⁶ *Napoleonische Friedensverträge*, II., S. 20, nach seinem weiteren Inhalt sollte mit dem Fricktal „... et tout ce qui appartient à la Maison d’Autriche sur la rive gauche du Rhin, entre Zurzach et Bâle; ...“ an die Französische Republik gelangen. Hierbei „...; la République française se réservant de céder ce dernier pays à la République helvétique.“ (S. 20).

Niederlande²⁷ und der in den Art. III und VI seiner geheimen Artikel²⁸ vereinbarten Abtretung der Grafschaft Falkenstein²⁹ und des Fricktales an die Französische Republik³⁰ vereinbart gewesen.

2. Entschädigung aus venetianischen Gebieten für das Haus Österreich im Friedensvertrag von Campo Formio vom 17. Oktober 1797

Der Friedensvertrag von Campo Formio hatte für den Verlust der dem Haus Österreich gehörenden beiden linksrheinischen Österreichischen Niederlande und Grafschaft Falkenstein und weiterer vom ihm in Italien besessenen, nunmehr Bestandteile der Cisalpinischen Republik³¹ gewordener Gebiete³² in Art. VI seiner offenen und in Art. IV seiner geheimen Artikel zugunsten des Hauses Österreich einen gebietlichen Ausgleich durch bisher der Republik Venedig gehörenden Gebiete, nämlich eines Teils des italienischen Festlandes, der Stadt Venedig mit den Lagunen, Istrien, Dalmatien, den adriatischen Inseln und den Mündungen des Cattaro vorgesehen.³³

²⁷ *Napoleonische Friedensverträge*, I., S. 10.

²⁸ Zur Geltung von Zusatz und geheimer Zusatzartikel *Moser*, Erste Grundlehren des jezigen Europaeischen Voelcker=Rechts, 16. Cap., §. 34., S. 200 „Vile Tractaten haben separat=Articul, welche dem Haupttractat angehaenget werden, und mit demselbigem einerley Verbindlichkeit haben.“, §. 35., S. 201 „Manche derselben sollen (wenigstens biß auf eine gewisse Zeit,) geheim bleiben; manche auch nicht.“

²⁹ *Napoleonische Friedensverträge*, I., Articles secrets, S. 15.

³⁰ *Napoleonische Friedensverträge*, I., Articles secrets, S. 16.

³¹ Errichtet am 28. Juni 1797

³² Die vom général en chef de l'armée d'Italie Bonaparte am 28. Juni 1797 errichtete Cisalpinische Republik (unten, S. 243) war in Art. VIII, VII u. VI des Friedensvertrages von Campo Formio v. 17. Okt. 1797 seitens Österreich, bestehend aus der ehemaligen Lombardei, den Provinzen Bergamo, Brescia, Crema, der Stadt und Festung Mantua, dem Mantuanischen, Peschiera, einem festländischen Teil der ehemalige venezianischen Staaten, dem Modenesischen, dem Fürstentum Massa und Carrara und den drei Legationen Bologna, Ferrara, Romagna als ein unabhängiger Staat anerkannt worden (*Napoleonische Friedensverträge*, I., S. 10-11).

³³ In Art. VI der offenen Artikel willigte die Französische Republik ein, dass der Kaiser mit voller Souveränität und Eigentum besitzt: Istrien, Dalmatien, die ehemals venetianischen Inseln im Adriatischen Meer, die Mündungen des Cattaro, die Stadt Venedig, die Lagunen und die Länder, welche zwischen den Erbstaaten des Kaisers, dem Adriatischen Meer und einer Linie gelegen sind, die von Tirol ausgehend dem Bergstrom vorwärts Gardola folgend, den Gardasee durchquerend bis nach Lacisa. Von dort soll eine beiden Teile gleich vorteilhafte Linie bis nach San Giacomo durch von beiden Seiten ernannte Genie-Offiziere noch vor der Auswechselung der Ratifikation des gegenwärtigen Vertrages gezogen werden. Die Grenzlinie soll hierauf bei San Giacomo über die Etsch gehen, dem linken Ufer dieses Flusses bis zur Mündung des Weißen Kanal folgen, mit Einbeziehung des Teiles von Porto Legnago, der auf dem rechten Ufer der Etsch liegt, nebst einem umliegenden Bezirk von 3 000 Toisen. Die Linie soll an dem linken Ufer des Weißen Kanals, an dem linken Ufer des Tartaro, an dem linken Ufer des Kanals Polisella bis zu seiner Ergießung in den Po und an dem linken Ufer des Großen Po bis in das Meer fortlaufen (*Napoleonische Friedensverträge*, I., S. 10-11).

Nach dem Art. IV der geheimen Artikel sollten diese vom Kaiser nach Art. VI der offenen in Besitz zu nehmenden Länder als Ersatz für jene Länder diesen, auf welche er in Art. III (Belgische Provinzen) und VII der offeneren Artikel (vormals von ihm in Italien besessenen, nunmehr der Cisalpinischen Republik zugehörenden

Allein für das linksrheinisch gelegene Fricktal sollte der Kaiser nach Art. VI der geheimen Artikel beim späteren Frieden eine entsprechende Entschädigung erhalten.³⁴

3. Entschädigungsregelungen des Friedensvertrags von Campo Formio als Grundlage des Friedensvertrages von Lunéville

Die in Art. II des Friedensvertrages von Lunéville ausgesprochene Abtretung der Belgischen Provinzen und der Grafschaft Falkenstein erfolgte unter ausdrücklicher Bezugnahme und Erneuerung der Regelungen des Friedensvertrages von Campo Formio:

„La cession des ci-devant provinces belgiques à la République française, stipulée par l'article III du traité de Campo-Formio, est renouvelée ici de la manière la plus formelle; ... Sont pareillement cédés à la République française, par Sa Majesté Impériale et Royale et du consentement formelle de l'Empire: 1° Le Comté de Falkenstein, avec ses dépendances; ...“³⁵

Der Verzicht des Kaisers auf seine in Italien besessenen, nunmehr der Cisalpinischen Republik gehörenden Gebiete erfolgte in Art. XII des Friedensvertrages von Lunéville gleichfalls unter Bezugnahme auf die in Art. VIII des Vertrages von Campo Formio erfolgten Vereinbarungen:

„Sa Majesté Impériale et Royale renonce, ..., en faveur de la République cisalpine, à tous les droits et titres ... sur les pays qu'elle possédait avant la guerre, et qui, aux termes de l'article VIII du traité de Campo-Formio, font maintenant partie de la République cisalpine, laquelle les possédera en toute souveraineté et propriété, ...“³⁶

Der dem Kaiser zuerkannte Erwerb der venetianischen Gebiete war in Art. III des Friedensvertrages von Lunéville gleichfalls unter Erneuerung und Bestätigung der in Art. VI des Vertrages von Campo Formio geübten Festlegung ausgesprochen worden:

„De même, en renouvellement et confirmation de l'article VI du traité de Campo-Formio, S. M. l'Empereur et Roi possédera, en toute souveraineté et propriété, les pays ci-dessous désignés, savoir: L'Istrie, la Dalmatie, et les îles ci-devant

Gebieten) und in Art. III der geheimen Artikel (Grafschaft Falkenstein) verzichtet hatte (*Napoleonische Friedensverträge*, I., Articles patents, S. 15).

³⁴ „Sa Majesté Impériale et Royale cédera à la paix de l'Empire, à la République française la souveraineté et propriété de Frickthal et de tout ce qui appartient à la Maison d'Autriche sur la rive gauche du Rhin entre Zurzach et Bâle, moyennant qu'à la paix susdite Sa Majesté obtienne une compensation proportionnelle en Allemagne qui soit à sa convenance. ...“ (*Napoleonische Friedensverträge*, I., I., Articles secrets, S. 16).

³⁵ *Napoleonische Friedensverträge*, II., S. 20, insg., S. 20.

³⁶ *Napoleonische Friedensverträge*, II., S. 23, insg., S. 23.

vénitiennes de l'Adriatique ..., les bouches du Cattaro, la ville de Venise, les lagunes ...“³⁷

Der im Friedensvertrag von Campo Formio dem Haus Österreich für den Verlust seiner linksrheinischen Belgischen Provinzen, der Grafschaft Falkenstein und seiner in Italien besessenen Gebieten zugesagte Entschädigungsausgleich aus venetianischen Gebieten lag demnach auch dem Friedensvertrag von Lunéville zugrunde und wurde von ihm bestätigt.

Die systematische Stellung des die Entschädigung regelnden Art. VII innerhalb des Friedensvertrages von Lunéville, als unmittelbar dem die generelle Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete an die Französische Republik beinhaltenden Art VI nachfolgend, während die besondere Regelung der linksrheinischen österreichischen Besitzungen in dem vorgehenden Art. II erfolgte, spricht auch dafür, dass die allgemeine Entschädigungsregelung des Art. VII ihren inhaltlichen Bezug allein zu der in Art. VI ausgesprochenen generellen Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete an die Französische Republik haben sollte, und nicht auch zu dem in Art. II speziell festgelegten Übergang der österreichischen Reichsgebiete an die Französische Republik.³⁸

Der Reichsdeputationshauptschluß vom 25. Februar 1803 sprach auch in dem die kaiserlich-österreichischen Entschädigungsausgleichungen enthaltenden § 1³⁹ dem Kaiser allein für den Verlust seiner rechtsrheinischen Landvogtei Ortenau,⁴⁰ für welche er die beiden

³⁷ *Napoleonische Friedensverträge*, II., S. 20, insg., S. 20.

³⁸ Mit dem Verlust der Österreichischen Niederlande und den hierfür in Oberitalien zugesprochenen und erhaltenen Entschädigungen entfiel die unmittelbare territoriale Nachbarschaft des Hauses Österreich mit Frankreich und trat eine Konzentrierung seiner Gebiete und seiner Macht um seine Erbländer ein. Der dem Haus Österreich stets gemachte Vorwurf, es habe das Reich in seine gebietlichen Streitigkeiten und Interessengegensätze mit Frankreich verwickelt und sich seiner bedient, wurde damit relativiert.

Harl, Deutschlands neueste Staats- und Kirchenveraenderungen, Einleitung, 28., S. 38 „Da die staerkste Spannung, in welcher das Reich bisher gegen Außen war, meist durch die feindlichen Verhaeltnisse zwischen Oestreich und Frankreich erzeugt wurde, diese beide Maechte aber, durch das Zuruecktreten der einen in ihre Graenzen, nun wohl nicht sobald wieder in Kollision kommen koennen, so werden auch die hierunter drohenden Gefahren vom Reiche abgewendet werden. Es ist ein bekannter Vorwurf, welchen man dem Hause Oestreich mehrmals gemacht hat, daß durch selbiges das Reich in mehr als einem Falle in Krieg verwickelt worden sey. Indeß laeßt sich nun nach der neuen Lage der Dinge hoffen, daß fuer das Reich nie wieder der unglueckliche Fall eintreten duerfte, daß es auf diese Weise in irgend einen auswaertigen Krieg verwickelt wird, oder sonst einiges Kollidiren zwischen seinem Interesse und jenem des Hauses Oestreich entstehen koenne. ...“ und

Verhaeltnisse des aeusserlichen Staatsinteresse Oesterreichs, Das wahre Staatsinteresse des Hauses O e s t e r r e i c h, naemlich eine systematisirte Erhaltung seiner Erblaender, beruht in keinem Betracht auf der imaginaeren Grundveste des d e u t s c h e n R e i c h s, sondern ganz allein auf mehrerer Conzentrierung seiner Staatskraefte zur Vermeidung der vielen und entfernten Angriffspunkte, wegen denen O e s t e r r e i c h auf keine gegenseitige Beywirkung zu seiner Erhaltung mehr rechnen kann. ...“ (*Magazin der Europaeischen Staatenverhaeltnisse*, I. Band, 4. Heft, I., 1, S. 404).

³⁹ *Das Ende des Alten Reiches*, A., II., S. 17-19.

⁴⁰ Die ganz rechtsrheinisch gelegene Landvogtei Ortenau war dem Herzog von Modena in § 1 Abs. 5 RDH als weitere Entschädigung neben dem Breisgau für den Verlust seiner italienischen modenesischen Besitzungen zuerkannt worden (*Das Ende des Alten Reiches*, A., II., S. 19), welche modenesischen Gebiete nach Art. VIII des Vertrages von Campo Formio Teile der Cisalpinischen Republik wurden (oben, S. 12). In Art. IV des Friedensvertrages von Lunéville selber war dem Herzog von Modena unter Bezugnahme auf Art. XVIII des

Hochstifte Trient und Brixen erhielt⁴¹ und für den Verlust seines von ihm als Sekundogenitur in Italien besessenen Großherzogtums Toskana,⁴² für welches er das Erzstift Salzburg, das Stift Berchtesgaden und Teile des Hochstiftes Passau zugesprochen erhielt,⁴³ Entschädigungen zu. Er enthielt hingegen keine Entschädigungen, für den Verlust seiner linksrheinischen Gebiete.⁴⁴

Vertrages von Campo Formio für seine verlorenen Staaten in Italien der Breisgau zuerkannt worden (*Napoleonische Friedensverträge*, II., S. 20 (Lunéville), I., S. 13 (Campo Formio)).

⁴¹ § 1 Abs. 1 RDH (*Das Ende des Alten Reiches*, A., II., S. 17-18).

⁴² In Art. V Abs. 1 Satz 1 des Friedensvertrages von Lunéville erhielt der den spanischen Bourbonen zugehörige Herzog von Modena das Großherzogtum Toskana (*Napoleonische Friedensverträge*, II., S. 20-21).

⁴³ In Art. V Abs. 1 Satz 2 des Friedensvertrages von Lunéville war festgelegt worden, dass der Großherzog von Toskana (Ferdinand III., 2. Sohn Kaiser Leopolds II., Bruder Kaiser Franz II.) für den Verlust seiner italienischen Staaten eine volle und ganze Entschädigung in Deutschland erhalten soll (*Napoleonische Friedensverträge*, II., S. 21), wobei in dem zum Friedensvertrag von Lunéville am selbigen Tag (9 févr. 1801) mitvereinbarten Article séparé et secret hierzu vorzugsweise das Erzstift Salzburg und die Propstei Berchtesgaden bestimmt wurden (*ibd.*, S. 24-25). Im RDH v. 25. Febr. 1803 wurde dem nunmehrigen Erzherzog Großherzog für die Toskana in § 1 Abs. 2 das Erzbistum Salzburg, die Propstei Berchtesgaden und ein Gebietsteil des Bistums Passau zugesprochen (*Das Ende des Alten Reiches*, A., II., S. 18).

⁴⁴ Der weitere Inhalt von § 1 RDH sah in seinem Abs. 3 die von dem Bayerischen Kreis zu erfolgende Trennung der bisher diesem Kreis zugehörenden Erzbistum Salzburg, Propstei Berchtesgaden und des an den vormaligen Großherzog von Toskana weiter zu gelangenden Teiles des Bistums Passau mit deren nunmehrigen Einverleibung in den Österreichischen Kreis vor. Gleichfalls auch die Neuregelung von deren geistlichen Metropolitan- und Diözesangerichtsbarkeiten, welche ebenfalls durch die Grenzen dieser beiden Kreise abgesondert wurden. Sein Abs. 4 enthielt zugunsten des nunmehrigen Erzherzog Großherzog noch dessen weiteren Erwerb des Bistums Eichstätt (*Das Ende des Alten Reiches*, A., II., S. 17-19).

IV

Die auf dem Rastatter Kongress zu den Entschädigungen aufgestellten Grundsätze als das Ausgangskriterium zur Ermittlung des Inhaltes der in Art. VII getroffenen Entschädigungsregelung

Zur Festlegung des Kreises der Entschädigungsberechtigten Verpflichteten bezieht sich Art. VII neben der zu seinem Beginn ausgesprochenen allgemeinen Schadenstragung durch das gesamte Reich⁴⁵ auf die beim vorangegangenen Rastatter Kongress (9. Dez. 1797 - Ende April 1799)⁴⁶ zu den Entschädigungen aufgestellten Grundsätze:

„..., il est convenu entre S. M. l’Empereur et Roi, tant en son nom qu’au nom de l’Empire germanique, et la République française, qu’en conformité des principes formellement établis au congrès de Rastadt, l’Empire sera tenu de donner aux Princes héréditaires qui se trouvent dépossédés à la rive gauche du Rhin, un dédommagement qui sera pris dans le sein dudit Empire, suivant les arrangements qui, d’après ces bases, seront ultérieurement déterminés.“⁴⁷

Auch war der Friedensvertrag von Lunéville, wie die Formulierungen seiner Präambel zeigen:

„..., Sa dite Majesté ayant d’ailleurs égard à ce qui a été consenti par la députation de l’Empire au précédent congrès de Rastadt, ...“⁴⁸

seitens Kaiser und Reich allgemein unter Berücksichtigung dessen, was auf dem vorangegangenen Rastatter Kongress von der Reichsfriedensdeputation eingewilligt worden war, abgeschlossen worden. Die dem Friedensvertrag von Lunéville zeitlich vorausgehenden, Rastatter Grundsätze bilden demnach das Ausgangskriterium zur Ermittlung der in Art. VII vereinbarten Entschädigungen.

⁴⁵ „..., tandis que c’est à l’Empire germanique collectivement à supporter les pertes résultantes des stipulations du présent traité, ...“ (*Napoleonische Friedensverträge*, II., S. 21).

⁴⁶ Oben, S. 6.

⁴⁷ *Napoleonische Friedensverträge*, II., S. 21-22.

⁴⁸ *Napoleonische Friedensverträge*, II., S. 19.

B

Die Rastatter Grundsätze

I

Der Beschluss der Reichsfriedensdeputation vom 4. April 1798 und die Note der französischen Gesandten vom 19 germinal an VI (8 avril 1798) mit den Rastatter Grundsätzen

Nachdem⁴⁹ die Reichsfriedensdeputation⁵⁰ in die Forderung der französischen Gesandten⁵¹ auf Abtretung des gesamten linken Rheinufers am 27./28. März 1798 eingewilligt hatte,⁵²

⁴⁹ Auf dem Rastatter Kongress sollte bei dem Friedensschluss mit Frankreich auch die notwendige Reform der Reichsverfassung miterfolgen.

„Seit vielen Jahrhunderten ist, nächst dem Westphälischen, kein Friede für Deutschland wichtiger gewesen, als derjenige, welcher gegenwärtig zu R a s t a d t geschlossen, oder vielmehr von den Franzosen dictirt, und von Kaiser und Reich gehorsamst angenommen wird. Er wird und soll dem Deutschen Reiche n e u e G r ä n z e n und eine mit demselben übereinstimmende V e r f a s s u n g geben. Ein sehr ansehnlicher Theil von Deutschland – wir wollen ihn einstweilen auf ein Zehntel des Ganzen rechnen – geht verloren; und in diesem Theile von Deutschland sind Länder enthalten, deren Verlust die Constitution des Reichs angreift ...“
(*Deutschlands Gewinn und Verlust bei der Rastatter Friedens-Basis*, I., S. 3-4).

⁵⁰ Durch den Reichsschluß vom 21. Aug./9. Sept. 1795: *An Jhro Roemisch=Kaiserl. Majestaet allerunterthaenigstes Reichs=Gutachten, de dato Regensburg den 21. August 1795. Die Einleitung zu einem annehmlichen Reichs=Frieden, und insbesondere die deswegen vorlaeufig ernannte ausserordentliche Reichs=Deputation betreffend/diét.* 25. Augusti 1795; *Kaiserlich=allergnaedigstes Hof=Ratifikations=Dekret an die Hochloebliche allgemeine Reichsversammlung zu Regensburg, de dato Wien den 9ten Sept. 1795. Die Einleitung zu einem annehmlichen Reichsfrieden und insbesondere die deswegen vorlaeufig ernannte ausserordentliche Reichsdeputation betreffend/diét.* 15. Septembris 1795 war für die Friedensverhandlungen mit der Französischen Republik die 10 köpfigen Reichsfriedensdeputation, bestehend aus fünf katholischen Mitglieder: Kurfürsten von Mainz und Pfalz-Baiern, Erzherzog von Österreich, Bischof von Würzburg, Reichsstadt Augsburg und aus fünf der Augsburgischen Konfession Zugehörigen: Kurfürst von Sachsen, Herzog von Bremen, Landgrafen von Hessen-Darmstadt, Markgrafen von Baden, Reichsstadt Frankfurt gebildet worden (*Regensburger Correspondenz*, LIII. Band, 50. u. 59. Stück). Im nachfolgenden Reichsschluß vom 7. Okt./19. Nov. 1795: *An Jhro Roemisch=Kaiserl. Majestaet allerunterthaenigstes Reichs=Gutachen, de dato Regensburg den 7ten October 1795. Die Einleitung zu neinem annehmlichen Reichs=Frieden, und insbesondere auch die der ernannten Reichs=Deputation zu ertheilende Instruktion, Vollmacht u. s. w. betreffend/diét.* 14. Oóctobris 1795, mit Beilagen, Num. I.-IV. (Num I., S. 1, Num III., S. 2-8); *Kaiserlich=allergnaedigstes Hof=Ratifikations=Dekret an die Hochloebliche allgemeine Reichsversammlung zu Regensburg, de dato Wien den 19ten Nov. 1795. Die Einleitung zu einem annehmlichen Reichsfrieden, und insbesondere auch die der ernannten Reichsdeputation zu ertheilende Instruktion, Vollmacht u. s. w. betreffend/diét.* 27. November 1795, mit Anlagen 1.-4. war ihr allein die Bevollmächtigung zur Abschließung eines Reichsfriedens auf der Grundlage der territorialen Integrität des Reiches erteilt gewesen. Die General=Reichsvollmacht und Reichs=Instruktion auf die Abschließung eines Reichsfriedens, bei einer Restitution der beschwerten Reichsstände lauteten auf die Herstellung des vorkriegsmäßigen Status (*ebd.*, LIII. Band, 76. u. 98. Stück).

Diese bereits vor 2 Jahren gebildet gewesenen Reichsfriedensdeputation war in dem *Kaiserlich=allergnaedigstes Hofdekret an die hochloebliche allgemeine Reichsversammlung zu Regensburg, de dato Wien den 1ten November 1797. Die bald moeglichste Ausrueckung der Reichs=Friedensdeputation nach Rastadt und die Benennung des Kaiserl. Herrn Bevollmaechtigten dazu betreffend/diét.* 4. Novembris 1797 zur

Aufnahme von den Verhandlungen mit der Französischen Republik in Rastatt bestimmt worden (*ebd.*, LV. Band, 64. Stück).

Die beschränkte Bevollmächtigung der Reichsfriedensdeputation war von den französischen Gesandten in der mit dem kurmainzischen Directorial-Gesandten Albini am 16. Dez. 1797 stattgehabten Konferenz als nicht ausreichend angesehen und die Erteilung einer unbeschränkten Vollmacht gefordert worden (*Protocoll Rastatt*, IV. Band, 10. Beylage, S. 24-25).

Die am 1. Dez. 1797 zwischen dem Kaiser und der Französischen Republik in Rastatt abgeschlossene Militärkonvention mit einem vereinbarten weiteren Rückzug der kaiserlichen Truppen hinter den Inn (*Martens*, *Traité puissance de l'Europe*, Tome VII, N° 26., p. 225-228), die Benennung von der Festung Ehrenbreitstein durch französischen Truppen (*Posselts Annalen*, Jahrg. 1798, 2. Band, 6. Stück, IV., §. 4., S. 300), die stattgehabte Übergabe der Festung Mainz an diese am 29. Dez. 1797 (*Lautzas*, *Die Festung Mainz*, 2. Kap., B, IV., S. 101, C, S. 120-123 und *Martens ebd.*, N° 27., p. 229-237) und die Überschreitung der vereinbarten Waffenstillstandslinie durch sie (*Posselts Annalen*, Jahrg. 1798, 2. Band, 6. Stück, IV., §. 4., S. 300) führten im Reichstag am 8. Jan. 1798 zur Aufnahme von Beratungen über eine neue Bevollmächtigung und wurde mit dem Reichsschluß vom 8./11. Jan. 1798 der Reichsfriedensdeputation eine unbeschränkte General=Reichs=Vollmacht, unter Vorbehaltung der Ratifizierung durch das Reich erteilt (*Protocoll ebd.*, I. Band, SESSIO XIV., den 15ten Jänner 1798, §. 47., Fußn. 79), S. 206-216, IV. Band, 66. Beylage, S. 188-189). Diese wurde am 15. Jan. 1798 mit jener der französischen Gesandtschaft in Rastatt ausgewechselt (*Protocoll ebd.*, IV. Band, 70. Beylage, S. 201).

⁵¹ Dies waren zu Beginn des Kongresses die drei bevollmächtigten Minister citoyens Bonaparte général en chef de l'armée d'Italie, auch président der französischen Gesandtschaft und die beiden citoyens Jean Baptiste Treilhard und Ange Elisabeth Bonnier, welcher Bonaparte jedoch bereits am 2. Dez. 1797 den Kongress verließ (*Protocoll Rastatt*, IV. Band, 67. Beylage, S. 190; *Handbuch des Congresses zu Rastadt*, (bis April 1798), I., I., II.), S. 9-10 und *Robinet*, *Dictionnaire 1789-1815*, Tome II, Treilhard ..., p. 791-792, Tome I, Bonnier-d'Alco ..., p. 227-228). Ihre Bevollmächtigung beinhaltete zuerst allein, „... pour les negociations avec l'Empire Germanique ...“ (*Protocoll ebd.*, IV. Band, S. 190), am 5 pluviöse an VI (24 janv. 1798) war ihnen eine neue Vollmacht, „... pour conclure et signer ...“ erteilt worden (*Protocoll ebd.*, I. Band, SESSIO XX., den 31ten Jänner 1798, §. 65., S. 285).

Mitte Juni 1798 kam der neue dritte Bevollmächtigte Claude Roberjot nach Rastatt, Bevollmächtigung durch das Direktorium am 22 prairial an VI (10 juin 1798) (*Protocoll ebd.*, V. Band, 199. Beylage, S. 57 und *Vivenot*, *Zur Geschichte des Rastadter Congresses*, 5. Cap., S. LI).

Für den am 27 prairial an VI (15 juin 1798) in das Direktorium gewählten Treilhard wurde Jean Antoine Debry neuer bevollmächtigter Minister für Rastatt (*Handbuch des Congresses zu Rastadt*, Erste Fortsetzung ... für die Monate May und Junius 1798, I., 2), a), S. 4 und *Robinet ebd.*, Tome II, Treilhard ..., p. 791-792 (792), Tome I, De Bry ..., p. 565-566).

⁵² Die französischen Gesandten hatten bereits in einer am 16. Jan. 1798 mit den beiden preußischen Bevollmächtigten Görtz und Jacobi-Klöst gehalten Unterredung den Wunsch ihrer Regierung auf Erhalt des gesamten linken Rheinufer mitgeteilt und dies auch am nächsten Tag gegenüber dem kaiserlichen Plenipotentiär und dem Churmainzischen Deputations-Direktorium geäußert und hatte dies der französische Gesandte Treilhard am 18. Jan. 1798 gegenüber dem Bevollmächtigten des Königs von Ungarn und Böhmen Cobenzl verlangt (*Hüffer*, *Der rastatter Congreß und die zweite Coalition*, I. Theil, 4. Kap., S. 87-89; *Haller*, *Geheime Geschichte der Rastadter Friedensverhandlungen*, IV. Theil, 6. Abschnitt, S. 3-7 (3) und *Protocoll Rastatt*, IV. Band, 74. Beylage, S. 205-215 (210-211)).

Am 22./25. Jan. 1798 beriet die Reichsdeputation über diese von den französischen Gesandten verlangte Friedens-Basis und war durch ihren Beschluss vom 25. Jan. dies als Grundlage des Friedens zu nehmen verworfen und in ihrer 1. Note vom 25./27. Jan. 1798 (die Noten der Reichsdeputation sind als ihre jeweiligen Erlasse an die kaiserliche Plenipotenz gerichtet, welche diese nach der seitens ihr erteilten Zustimmung den französischen Bevollmächtigten weiterleitete: *Posselts Annalen*, Jahrgang 1798, 2. Band, 6. Stück, IV., §. 4., Erste Epoche: ..., 1., S. 305, Fußnote) den französischen Gesandten mitgeteilt worden (*Protocoll ebd.*, I. Band, SESSIO XVII., den 22ten Jänner 1798, S. 236, §. 58., S. 237-265, SESSIO XVIII., den 25ten Jänner 1798, S. 267, §. 60., S. 268-269, IV. Band, 79. u. 80. Beylage, S. 225-230, 83. Beylage, Anlagen, Lit A., S. 238-241).

In ihrer Gegen-Note vom 9 pluviöse an VI (28 janv. 1798) forderten die französische Gesandten, nachdem auch die gesamten linksrheinischen Reichsgebiete seit dem 23. Jan. 1798 provisorisch in vier départements eingeteilt worden waren (unten, S. 1125-1126), erstmalig in einer schriftlichen Erklärung die Rheingrenze. Das

Reich sei der Angreifer gewesen, seine Verfassung werde allein dadurch, dass sich sein Gebiet verkleinere, nicht abgeändert und es fordere sowohl die Sicherheit der Republik als auch jene des Reiches die Rheingrenze (*Protocoll ebd.*, IV. Band, 82. Beilage, S. 235-236).

In ihrer Note vom 31. Jan./2. Febr. 1798 wies die Reichsdeputation darauf hin, dass, erst nachdem Frankreich den Krieg gegen das Reich tatsächlich geführt habe, ihm von Seiten des Reiches der Krieg zu seiner abgenötigten Verteidigung erklärt worden sei, und berief sich auf die in Leoben vereinbarte Integrität des Reiches (*Protocoll ebd.*, I. Band, SESSIO XIX., den 29ten Jänner 1798, S. 272, §. 62., S. 273-282, SESSIO XX., den 31ten Jänner 1798, S., 284-285, §. 66., S.,286-288, IV. Band, 82. u. 83. Beilage, S. 235-241, 88. Beilage, S. 263-265, 91. Beilage, S. 268-273, 93. Beilage, Anlagen, Lit. A., S. 275-280).

In der französischen Gegen-Note vom 15 pluviöse an VI (3 févr. 1798) wurde auf den seitens der Reichsstände den Emigranten gewährten Schutz als Ursache zu dem Eingreifen von Selbstverteidigungsmaßregeln hingewiesen. Die Integrität des Reiches sei nie als Basis für einen Reichsfrieden festgelegt worden und wurde die Deputation für die Folgen ihrer Weigerung, einer gerechten und für beide Staaten nützlichen Friedensgrundlage beizutreten verantwortlich erklärt, deren Annahme den auf dem linken Rheinufer verloren Habenden eine Schadloshaltung auf dem rechten ermöglichen würde (*Protocoll ebd.*, IV. Band, 93. Beilage, Anlagen, Lit. B., S. 280-281).

Die Reichsdeputation erklärte in ihrer 3. Note vom 8./10. Febr. 1798, sie müsse, um den Umfang und den Wert der Abtretungen beurteilen zu können, die Modifikationen wissen, unter denen dies erfolgen solle (*Protocoll ebd.*, I. Band, SESSIO XXII., den 6ten Februar 1798, S. 300, §. 70., S. 301-320, SESSIO XXIII., den 8ten Februar 1798, S. 322, §. 74., S. 323, IV. Band, 101. Beilage, S. 304-305, 105. Beilage, S. 313-314).

In ihrer gegen Gegen-Note vom 22 pluviöse an VI (10 févr. 1798) wurde von den französischen Gesandten der Rhein als das unabänderliche Verlangen der Republik erklärt (*Protocoll ebd.*, IV. Band, 107. Beilage, Anlage, S. 316-317).

Hierauf bot die Reichsdeputation in ihrer 4. Note vom 16./19. Febr. 1798 als Frieden-Proposition die Hälfte der auf der linken Seite des Rheins liegenden deutschen Reichslande an (*Protocoll ebd.*, I. Band, SESSIO XXIV., den 12ten Februar 1798, S. 326-332, SESSIO XXV., den 14ten Februar 1798, S. 333-345 mit 110. Beilage, S. 320 und 114. Beilage, S. 327-328 und SESSIO XXVI., den 16ten Februar 1798, S. 346, §. 79., S. 347-351, IV. Band, 108. u. 109. Beilage, S. 318-319, 115.-129. Beilage, S. 329-352, 135. Beilage, Anlagen, Lit. A., S. 360-361).

Dies wurde von den französischen Gesandten in ihrer Gegen-Note vom 2 ventôse an VI (20 févr. 1798) abgelehnt. Die vorgeschlagene Teilung würde all die Unverträglichkeiten bestehen lassen, welche von der Natur nicht selber vorgezeichneten Grenzen anhaften, es sei außerdem allgemein bekannt, dass alle weltlichen Fürsten und Stände, welche Besitzungen auf dem linken Rheinufer haben, ihren Wunsch zu einer Abtretung, deren Notwendigkeit sie einsähen, kundgetan hätten (*Protocoll ebd.*, IV. Band, 135. Beilage, Anlagen, Lit. B., S. 361-362).

In ihrer 5. Note vom 2./3. März 1798 wies die Reichsdeputation darauf hin, ihr sei nur bekannt, dass ein Teil dieser Stände sich einzeln bereit erklärt habe, dem Wohl des Vaterlandes das Opfer ihrer überrheinischen Besitzungen zu erbringen. Sie überlasse jedoch der französischen Regierung die jenseits des Rheines und an dem rechten Ufer der Mosel liegenden Reichsgebiete und dazu noch einen weiteren kleineren Teil in den dem Reich verbleibenden linksrheinischen Reichslande, um dort nach ihrer Wahl eine militärische Grenzlinie bestimmen zu können, dies unter 18 aufgeführten Bedingungen (*Protocoll ebd.*, I. Band, SESSIO XXVII., den 22ten Februar 1798, S. 352, §. 83. u. §. 84., S. 354-358, SESSIO XXVIII., den 26ten Februar 1798, S. 359, §. 86., S. 360-409, SESSIO XXIX., den 6ten (vielmehr 1ten) März 1798, S. 410-427 (§. 87., S. 412-416), SESSIO XXX., den 2ten März 1798, S. 428, §. 89., S. 429, IV. Band, 134.-137. Beilage, S. 358-365, 140. Beilage, S. 367-369, 141, Beilage, S. 369-372, 144. Beilage, Anlagen, S. 384-388 und *Großer Historischer Weltatlas*, III. Teil, S. 38).

In ihrer Gegen-Note vom 14 ventôse an VI (4 mars 1798) wiesen die französischen Gesandten dies als mit den Interessen der beiden Staaten nicht vereinbar zurück und ersuchten die Reichsdeputation um eine positive Erklärung, ob sie der vorgeschlagenen Basis beitrete oder nicht (*Protocoll ebd.*, IV. Band, 144. Beilage, Anlagen, Copie d'une Note des Ministres plénipotentiaires français, ..., S., 388).

In ihrer 6. Note vom 11./13. März 1798 erklärte sich nunmehr die Reichsdeputation mit der Basis der Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete einverstanden. Dies unter der Voraussetzung, dass sich die französischen Truppen sofort von der rechten Seite des Rheins zurückziehen und in der Hoffnung, dass

fanden die Beratungen über die Entschädigungen in ihren 37., 38. und 39. Sitzungen am 29. März, 2. und 4. April 1798 statt.⁵³

Am Ende des 3. Beratungstages am 4. April 1798 äußerten sich die Subdelegierten der Reichsfriedensdeputation in einem von dem Direktorium entworfenen und von ihrer Mehrheit als konform angesehenen Beschluss⁵⁴ zu den Entschädigungen:

„...; so sehe die Deputation, um diese Unterhandlungen und den Augenblick der endlichen Pacification sobald als möglich herbeizuführen, sich gedrungen, auch

französische Gouvernement wenigstens für den letzten Strich der deutschen Lande am Unterrhein, vom Ursprung der Roer bis sie sich in die Maas ergießt, sodann aufwärts vom Ursprung der Nette bis sie in den Rhein fällt, eine Ausnahme Statt geben werden und solchen Strich Landes dem Reich zu überlassen sich entschließen werde (*Protocoll* ebd., I. Band, SESSIO XXXI., den 6ten März 1798, S. 431, §. 91., S. 431-435, SESSIO XXXII., den 9ten März 1798, S. 437, §. 93., S. 437-460, SESSIO XXXIII., den 11ten März 1798, S. 461-462, IV. Band, 143.-146. Beilage, S. 382-390, 148.-152. Beilage, S. 393-398, 154. Beilage, Anlagen, Erste ..., S. 399-400 und *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz*, Blatt III., Blatt I., Blatt IV).

In ihrer Gegen-Note vom 25 ventôse an VI (15 mars 1798) nahmen die französischen Gesandten die Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete an, ohne auf die von der Reichsdeputation gemachten Vorbehalte einzugehen (*Protocoll* ebd., IV. Band, 154. Beilage, Anlagen, Zweyte ..., S. 400-401) und *Blum*, Coup d'oeil sur la négociation de la paix à Rastatt, Section I., §. XIV., p. 27 „Les ministres français ayants reçu la communication de cette note par le Ministre imperial, acceptèrent dans leur note du 15 mars, la cession de tout le cours du Rhin, comme absolue, pure et simple et sans restriction. ...“

In ihrer 7. Note vom 22./27. März 1798 ersuchte die Reichsdeputation die französischen Gesandten dringendst, sich zu den in ihrer Note vom 11./13. März angebrachten Voraussetzungen und geäußerten Hoffnung des Erhaltes eines Stückes Landes auf der linken Rheinseite zu äußern (*Protocoll* ebd., I. Band, SESSIO XXXIV., den 17ten März 1798, S. 463, §. 96., S. 463-466, SESSIO XXXV., den 20ten März 1798, S. 471, §. 100., S. 470-483 und SESSIO XXXVI., den 22ten März 1798, S. 484-485, IV. Band, 153.-156. Beilage, S. 398-402, 163. Beilage, S. 417-419, 165. Beilage, Anlagen, S. 419-421 (421)).

Hierauf drückten die französischen Gesandten in ihrer Gegen-Note vom 7 germinal an VI (27 mars 1798) der Reichsdeputation ihr Missfallen aus, anstelle sich nachdrücklichst damit zu beschäftigen, die zu lange getäuschten Hoffnungen der Völker zu erfüllen und zur Entschädigung der Verlierenden auf dem linken Rheinufer eine seit langer Zeit vorgesehene und angekündigte Grundlage anzunehmen, würde sie sich darauf beschränken, einen Strich der jenseitigen Lande wieder zu erlangen. Sie beschwören die Reichsdeputation im Namen der Menschheit das Friedenswerk nicht länger aufzuhalten (*Protocoll* ebd., IV. Band, 165. Beilage, Anlagen, S. 421-422).

Hierauf wurden von der Reichsdeputation keine weiteren Einwände und Vorbehalte hinsichtlich der Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete vorgebracht (Gegen-Note der französischen Gesandten v. 19 germinal an VI (8 avril 1798: *Protocoll* ebd., IV. Band, 173. Beilage, Anlagen, S. 449-450).

⁵³ In diesen Sitzungen von dem Directorium gemachte Proposition, verlesenen Erklärungen, erfolgten Umfragen und gefassten Conclusa (*Protocoll Rastatt*, I. Band, SESSIO XXXVII., den 29ten März 1798, S. 486, §. 103., S. 486-489 mit IV. Band, 164. u. 165. Beilage, S. 419-422: alle Subdelegierten hielten in Ansehung der Hauptsache das Protokoll offen, I. Band, SESSIO XXXVIII., den 2ten April 1798, S. 491, §. 105., S. 491-529, I. Band, SESSIO XXXIX., den 4ten April 1798, S. 530, §. 107., S. 530-537 mit IV. Band, 171. Beilage, S. 446-447).

⁵⁴ *Protocoll Rastatt*, I. Band, SESSIO XXXIX., den 4ten April 1798, §. 107., S. 535:

„D i r e c t o r i u m habe in Gemaeßheit der in juengster Sitzung vorliegenden majorum ein Project Conclusi entworfen, und da die so eben abgelegten Aeusserungen an der vorliegenden Majoritaet etwas nicht aenderten, so wolle Directorium dasselbe nunmehr verlesen:

Legebatur Project Conclusi.

D. D. Subdelegati faenden dieses Project Conclusi den majoribus conform, hinc C o n c l u s u m.

...“

noch in die verlangte, durch Säcularisationen zu erzielende Entschädigungen für den auf dem linken Rhein=Ufer entstehenden Verlust sich einzulassen, und darüber in nähere Unterhandlung zu treten, jedoch dergestalt, daß dabey mit allen denjenigen Maaßregeln und beschränkenden Vorsichten eingeschritten werde, welche zu Erhaltung der Constitution des deutschen Reichs in jeder Hinsicht, auch zu Wiederherstellung und Befestigung des darauf gegründeten Wohls der Stände, Reichs=Angehörigen und Unterthanen wesentlich erforderlich seyen. ...“⁵⁵

Der Beschluss war von dem kaiserlichen Plenipotentiär am selben Tag den französischen Bevollmächtigten, ohne die sonst übliche Mitteilung seiner Vereingung mit der Reichsdeputation diesem zugesandt worden.⁵⁶ Sein Inhalt wurde von den französischen Gesandten in ihrer unmittelbar nachfolgenden Gegen-Note vom 19 germinal an VI (8 avril 1798) angenommen, indem sie die von Seiten der Reichsfriedendeputation erfolgte Anerkennung des Prinzipes zur Entschädigung durch Säkularisationen bestätigte:

„En reconnaissant la nécessité des Sécularisations pour fournir des indemnités sur la rive droite du Rhin, aux Etats qui ont perdu des possessions sur la rive gauche, et en adoptant le principe, la Députation de l'Empire ...“⁵⁷

Harl, Deutschlands neueste Staats= und Kirchenveraenderungen:

„... Unter dem 4ten April wurde darauf von der damaligen Reichsdeputation zu Rastadt in einer Note an die Minister der Franzoesischen Republik die Sekularisation zugestanden, ... Aus der Gegenerklaerung der Franzoesischen Minister vom 8ten desselben Monats: ‚D a ß n u n m e h r ... e i n e v o l l k o m m e n e U e b e r e i n s t i m m u n g ..., h e r r s c h e,‘ entstand ein wechselseitiges, festes, keiner Zweideutigkeit unterliegendes Anerkenntniß dieses Grundsatzes. ...“⁵⁸

und das von dem *Gesandten des Königs von Preußen*, für das ihm gehörende Herzogtum Magdeburg im Reichsfürstenrat⁵⁹ am 24. August 1801 abgegebene Votum:

„... So sind also durch den Luneviller Tractat gewisse Grundsätze über die Entschädigung, welche bereits auf dem Rastadter Congreß förmlich, d. h. durch eine in diplomatischer Art ausgedrückte Einwilligung beider Theile, aufgestellt

⁵⁵ *Protocoll Rastatt*, I. Band, SESSIO XXXIX., den 4ten April 1798, §. 107., Conclusum, S. 535-537 (536) mit dem *Erlaß der Reichs=Friedens=Deputation an die kaiserliche Plenipotenz, de dato Rastatt den 4ten April 1798* (IV. Band, 171. Beilage, S. 446- 447), insg. (I. Band, S. 535-537).

⁵⁶ *Erlaß der kaiserlichen Plenipotenz an die Reichs=Friedens=Deputation, de dato Rastatt den 11ten April 1798* (*Protocoll Rastatt*, IV. Band, 173. Beilage, S. 447-448).

⁵⁷ *Protocoll Rastatt*, IV. Band, 173. Beilage, Anlagen, S. 449-450 (449).

⁵⁸ Einleitung, 8., S. 17-18.

Patriotische Wuensche fuer Teutschland bei dem bevorstehenden Defintiv=Reichs=Frieden, II., §. 12., S. 21 „... Die Rastaedter Reichsdeputation erkannte diese Verbindlichkeit in ihrer Note vom 8ten April 1798., so wie die Nothwendigkeit der Saekularisation an.“

⁵⁹ Die Stimme wurde von König Friedrich Wilhelm III. von Preußen für das ihm zugehörende Herzogtum Magdeburg geführt (unten, S. 91).

waren. ...; die Reichsdeputation erklärte in der ihrigen vom 4ten April, daß sie in die verlangte ,d u r c h S e c u l a r i s a t i o n e n z u e r z i e l e n d e E n t s c h ä d i g u n g e n für den auf dem linken Rheinufer entstehenden Verlust eingehen wolle.' Die französische Gesandtschaft nahm diese Einstimmung unter dem 8ten April noch ausdrücklich an; ...“⁶⁰

⁶⁰ *Im Reichs=Fürsten=Rath 24ten August 1801, Magdeburg:, S. 2-6 (3) (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 71. Stück).*

II

Der in dem Beschluss der Reichsfriedensdeputation vom 4. April 1798 bei den Entschädigungen angebrachte Vorbehalt der Erhaltung der Verfassung des deutschen Reiches und der Wiederherstellung des Wohles seiner Mitglieder als das maßgebende Kriterium zur Ermittlung des Inhaltes der Rastatter Grundsätze

Die Reichsfriedensdeputation brachte in ihrem in die Entschädigungen durch Säkularisationen einwilligenden Beschluss vom 4. April 1798 einen Vorbehalt dahingehend an:

„..., daß dabey mit allen denjenigen Maaßregeln und beschraenkenden Vorsichten eingeschritten werde, welche zu Erhaltung der Constitution des deutschen Reichs in jeder Hinsicht, auch zu Wiederherstellung und Befestigung des darauf gegruendeten Wohls der Staende, Reichs=Angehoeigen und Unterthanen wesentlich erforderlich seyen. ...“⁶¹

Diesem Vorbehalt hatten die französischen Gesandten mit der in ihrer Gegen-Note vom 19 germinal an VI (8 avril 1798) ohne weiteres erklärten Einwilligung in die Entschädigungen durch Säkularisationen zugestimmt:

„En reconnaissant la nécessité des Sécularisations pour fournir des indemnités sur la rive droite du Rhin, aux Etats qui ont perdu des possessions sur la rive gauche, et en adoptant le principe, la Députation de l’Empire ...“⁶²

Seuffert, Versuch einer doctrinellen Auslegung des siebenten Friedensartikels, stellt fest:

„... Die französischen Minister ließen sich diese einschraenkende und bedingte Annahme der Entschädigungsart, zu welcher sich die Reichsfriedens-Deputation endlich verstand, gefallen, wie sich aus der weitem Note derselben vom 8 ten April 1798 ergibt; ...“⁶³

Dieser bei den Entschädigungen durch Säkularisationen angebrachte Vorbehalt: zur Erhaltung der Verfassung des deutschen Reiches und zur Wiederherstellung des Wohles seiner Mitglieder, konnte von den beiden Verhandlungsteilen in zweifachen Sinn gemeint gewesen sein.

Zum einen dahingehend, dass bei den durch Säkularisationen zu erfolgenden Entschädigungen mit der Zuteilung der rechtsrheinischen geistlichen Gebiete an die linksrheinisch depossedierten weltlichen Reichsstände die Reichsverfassung und das Wohl ihrer Glieder zu beachten sei. Da die rechtsrheinischen geistlichen Gebiete die

⁶¹ *Protocoll Rastatt*, I. Band, SESSIO XXXIX., den 4ten April 1798, §. 107., S. 535-537 (536).

⁶² *Protocoll Rastatt*, IV. Band, 173. Beilage, Anlagen, S. 449-450 (449).

⁶³ 1. Abschnitt, §. 12., S. 18.

linksrheinischen gebietlichen Verluste der weltlichen Reichsstände überwogen, sollte mit dem Vorbehalt der Erhaltung der Verfassung und des Wohles der Reichsglieder insbesondere einer allgemeinen Säkularisation auf dem rechten Rheinufer ein Hindernis vorgebeugt werden.

In diesem Sinne deutete *Bingel*, Bedarf der siebente Artikel einer Auslegung? den Inhalt des Vorbehaltes:

„... Daß aber durch die zweite basis eine allgemeine Secularisation aller geistlichen Staende erkannt worden seye, das liegt so wenig in der Forderung der Franzoesischen Gesandten, als in der nachgiebigen Erklarung der Deputation vom 4. April 1798, wo dieselbe begrundet wird. Es wuerde in all und jedem Fall auch sehr voreilig von den unterhandelnden Gesandtschaften gehandelt gewesen seyn, wenn sie eine allgemeine Secularisation verlangt oder beschlossen haetten, da sie nicht wissen konnten ob der Verlust der jenseitigen Besitzungen, den Ertrag der disseitigen geistlichen Staaten absorbire, oder nicht, und nach einer gesunden Auslegungskunst die Secularisation nur so weit ausgedehnt werden konnte, als es der **casus Necessitatis** erfordern kann, aus dem Grund schrenkt sich auch die Deputation in ihrer Note vom 4. April auf Vorsichtsmaasregeln ein, welche die Erhaltung der Constitution und das Wohl der einzelnen Staende bezielen. ...“⁶⁴

Zum anderen dahingehend, dass für die Frage, in welchem Umfang und Ausmaß die Entschädigungen durch Säkularisationen erfolgen sollten, die Reichsverfassung zu beachten ist. Gebot diese auch die Heranziehung von anderen Entschädigungen als Säkularisationen, so sollten diese nicht allein durch geistliche Besitzungen, sondern auch durch andere Entschädigungen erfolgen.

In diesem Sinne verstand *Seuffert*, Versuch einer doctrinellen Auslegung des siebenten Friedensartikels den Inhalt des angebrachten Vorbehaltes:

„...; es folget demnach heraus: daß zwar zu Rastadt einige Saecularisirungen beliebt worden seyen, daß man aber hiebey die Erhaltung der Reichsverfassung **i n j e d e r H i n s i c h t** als wesentliche Bedingniß angenommen habe⁽⁶⁵⁾. ... Ob nun dergleichen andere Entschaedigungsmittel außer den Saecularisirungen beygezogen werden sollen, ist eine Frage, die zwar zu Rastadt nicht auf eine bestimmte Weise bejahend entschieden wurde; gewiß aber ist es, daß sie nicht nur nicht verneinend entschieden worden sey, sondern die bejahende Entscheidung manche Gruende für sich habe. ...“⁶⁶

Für die Beantwortung der Frage nach dem Sinn des Vorbehaltes ist in Betracht zu ziehen, dass die Rastatter Grundsätze einmal auf einer gemeinsamen Willensübereinstimmung zwischen der Reichsfriedensdeputation und den französischen Gesandten beruhten, und zum anderen, dass dem Beschluss der Reichsfriedensdeputation vom 4. April 1798 eine mehrheitliche Abstimmung ihrer zehn Subdelegierten zugrundelag. Hieraus folgt, dass der bei

⁶⁴ I., S. 17-18.

⁽⁶⁵⁾ 1. Abschnitt, §. 12., S. 18.

⁶⁶ 1. Abschnitt, §. 14., S. 20, insg., §. 11.-§. 14., S. 17-22.

den Entschädigungen durch Säkularisationen angebrachte Vorbehalt zur Erhaltung der Constitution des Reiches einmal im Sinne einer gemeinsam vorhandenen Willensübereinstimmung zwischen den Subdelegierten der Reichsfriedensdeputation und den französischen Gesandten auszulegen ist, und zum anderen, dass der von den Subdelegierten kundgetane Wille im Sinne ihrer mehrheitlich abgegebenen Einzelvoten zu deuten ist.

III

Die Willensbildung der französischen Gesandten

1. Die Gewährung von Entschädigungen als eine aus der Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete sich ergebende Forderung

Für die französischen Gesandten war neben ihrer Forderung auf den Erhalt der gesamten linksrheinischen Reichsgebiete die Frage der Zusprache von Entschädigungen für die dadurch ihre linksrheinischen Gebiete verlierenden Fürsten und Stände des Reiches eine sich hieraus ergebende notwendige Folgeforderung.

Ihre Noten an den kaiserlichen Plenipotentiär vom 22 pluviôse an VI (10 février 1798):

„... La Cession de ce qui est au-de-là du Rhin, voilà la base; l'indemnité sur la rive droite, voilà la conséquence; les évaluations, le mode et l'application de l'indemnité viennent ensuite. ...“⁶⁷

Der Verfasser von *Ueber Entschädigung der ihre Lande und Besitzungen auf dem linken Rheinufer verlierenden Weltlichen Reichsstaende*:

„Die bevollmächtigten Minister der franzoesischen Republik haben zu der offiziellen Erklärung, durch welche sie die Abtretung der Lande auf dem linken Rheinufer als eine Satisfaction vom teutschen Reiche verlangt haben, noch ausdruecklich hinzugefuegt, daß alle diejenigen, welche durch die Rheingrenze ihre Lande und Besitzungen verlieren wuerden, entschaedigt werden sollen. Auch haben sie in der Folge der Unterhandlungen zu erkennen gegeben, daß diese Entschaedigung auf der rechten Seite des Rheins auszuermitteln sey. ...“⁶⁸

Die französischen Gesandten wollten die Frage der Entschädigungen nicht dem Reich selber überlassen, sondern wollten sie in den mit dem Reich abzuschließenden Friedensvertrag selber aufgenommen haben und zwar in ihren einzelnen individuellen Modalitäten.⁶⁹

Der Verfasser von *Ueber Entschädigung der ihre Lande und Besitzungen auf dem linken Rheinufer verlierenden Weltlichen Reichsstaende*:

„... es ist also nur die Frage: von w e m die Ausmittlung und Bestimmung dieser Entschaedigungen geschehen soll – ob von K a i s e r u n d R e i c h a l l e i n

⁶⁷ *Protocoll Rastatt*, IV. Band, 107. Beylage, Anlage, S. 316-317 (317), insg., S. 316-317.

⁶⁸ S. 3.

⁶⁹ Teilungsplan in dem von Außenminister Talleyrand angefertigten *Mémoire sur les sécularisations* vom 14 brumaire: 4 nov. 1797 (unten, S. 27).

a u f d e m R e i c h s t a g e oder mit Dazwischenkunft und Einwirkung des
franzoesischen Gouvernements bey dem gegenwaertigen
Reichsfriedens=Congresse?

Daß die franzoesische Regierung nicht gesonnen sey, sich mit der blossen
Indemnitions-Zusicherung im Friedensschlusse zu begnuegen und der voelligen
Ausmittlung derselben zu entsagen, und daß es vielmehr in ihrem Plane liege,
den Indemnitäts-Punkt bey dem dermaligen Friedens-Congresse selbst zu
behandeln, jede individuelle Entschaedigung festzusetzen und demnaechst die
bestimmte Resultate dem Friedens-Instrumente einzuverleiben, beweisen die von
ihren bevollmaechtigten Ministern sowohl muendlich als auch schriftlich
gegebenen Erklärungen: daß es mit den Indemnitionen der Republik ein
ernstlicher Wille sey; ...⁷⁰

2. Instruktion an die französischen Gesandten, dass Säkularisationen verlangt werden sollten

Die vom Außenminister Talleyrand seinen Gesandten Treillard und Bonnier am 12
brumaire an 6 (2 nov. 1797) gemachten *Considérations pour servir de base aux instructions*⁷¹
sprach in Erwartung des Beistandes von Preußen:

„..., elle doit diriger tous ses efforts vers la plus complète application du principe
des sécularisations. ...“⁷²

In dem *Mémoire sur les sécularisations* vom 14 brumaire war unter Formulierung eines
Teilungsplanes, die komplette Säkularisation gefordert worden:

„... Un moyen de décider l’Autriche à consentir à cette mesure,⁽⁷³⁾ c’est d’insister
sue la sécularisation complète, sur celle des électors même, soit pour le moment
actuel, soit qu’à la mort de chaque titulaire son titre passe sut tel out el prince
d’Allemagne.
...“⁷⁴

⁷⁰ S. 6-7, insg., S. 5-9.

⁷¹ *Considérations pour servir de base aux instructions des plénipotentiaires au Congrès de Rastadt.*

⁷² 1^e mémoire: *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Allemagne, VOL 674, pièce 6; gedruckt bei: *Koehlin*, La politique française au Congrès der Rastadt, Les préliminaires et la fondation du congrès, II, in: *Ann de l’Éc des Sc polit*, 1. année, I.- Articles originaux, p. 99-108 (Zitat p. 106).

⁽⁷³⁾ 3^e mémoire: Das Ansinnen lautete dahingehend, um die Unabhängigkeit Deutschlands und die Garantie der Parität der beiden Religionen zu erhalten, soll Österreich den erblichen Kaiser des Reiches und Preußen den erblichen König der Deutschen stellen: (*Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Allemagne, VOL 674, pièce 8).

⁷⁴ 3^e mémoire: *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Allemagne, VOL 674, pièce 8. Der Teilungsplan sah vor, dass der Kaiser für seine an kleinere Fürsten zu deren Entschädigung abzugebenden schwäbischen Besitzungen die Erz- Hochstifter Salzburg, Trient, Brixen, Berchtesgaden. Pfalz-Baiern sollte bei dem Verlust des Herzogtums Berg und zu seiner Erweiterung die Hochstifter Augsburg, Würzburg, Bamberg, Freising, Regensburg, Speyer, Konstanz, Worms, Kempten Ellwangen erwerben. Zuzüglich des Herzogtums Berg sollte Preußen, welches Ansbach und Bayreuth dem Erbstatthalter in Holland abgeben soll, die Erz- Hoch- und Stifter Kön, Trier, Münster (rechtsrheinisch), Osnabrück, Hervord, Quedlinburg erhalten.

Die *Instructions générales*⁷⁵ vom 17 brumaire an 6 (7 nov. 1797) forderten gleichfalls die komplette Säkularisation:

„... Tous les efforts des plénipotentiaires devront se porter vers la sécularisation complète des puissances ecclésiastiques de l’une at l’autre religion, depuis les électors jusqu’aux chapitres. ...“⁷⁶

3. Verneinung der Existenzberechtigung der geistlichen Staaten durch den französischen Gesandten Napoléon Bonaparte

Bei seinem von Mitte November bis 2. Dezember 1798 kurzzeitigen Aufenthalt in Rastatt wollte der französische Gesandte Bonaparte die geistlichen Fürsten auf den drohenden Verlust ihrer weltlichen Ämter aufmerksam machen. Um ihren Untergang zu rechtfertigen, erklärte er ihre Existenz als ohne Berechtigung. Dem Subdelegierten des Fürstbischofs von Würzburg Baron Stadion⁷⁷ hielt er die Unvereinbarkeit der geistlichen und weltlichen Funktionen der deutschen Bischöfe vor. Insbesondere bemängelte er ihren mit dem Evangelium nicht zu vereinbarenden Reichtum.

„... ,Les évêques allemands sont à la fois des ecclésiastiques et des guerriers? Comment ces titres peuvent-ils s’accommoder? Comment les fondent-ils sur l’Évangile? Ils parlent du royaume du ciel, mais leurs richesses leur en ferment les portes. Ignorent-ils que l’Évangile dit que les riches n’entreront pas au royaume de Dieu? ,...“⁷⁸

4. Beschränkung der Säkularisationen auf die Entschädigungen nach dem von dem directeur Reubell am 22 frimaire an VI (12 déc. 1798) verfassten Gedankenschema

Mit Zustimmung der vier anderen directeurs⁷⁹ verfasste directeur Reubell am 22 frimaire an VI (12 déc. 1798) ein Gedankenschema von Instruktionen. In diesem wies er darauf hin, dass die französischen Gesandten, um ein glückliches Ergebnis zu erreichen und um eine Zusammenarbeit zwischen Österreich und Preußen zu verhindern, ihrem äußeren Anschein nach mit den kaiserlichen Vorstellungen, jedoch ihrer tatsächlichen Intention nach mit jenen des Königs von Preußen verbunden sein sollen.⁸⁰ Um dieses Ergebnis nicht zu erschweren

⁷⁵ *Instructions générales pour les plénipotentiaires de la République française au congrès de Rastadt.*

⁷⁶ 5^e mémoire: *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Allemagne, VOL 674, pièce 12.

⁷⁷ Als sich ihm dieser im Kostüm eines Domkapitulars zeigte (*Sorel, L’Europe et la Révolution française*, V. Partie, Livre 1, Chap. VII, II, p. 269).

⁷⁸ *Sorel, L’Europe et la Révolution française*, V. Partie, Livre 1, Chap. VII, II, p. 269.

⁷⁹ Die Drektorialverfassung v. 5 fructidor an III (22 août 1795) kannte 5 directeurs.

⁸⁰ *Guyot, Le Directoire et la paix de l’Europe*, Chap. XV, I., p. 675 „... ,Nos plénipotentiaires, écrit Reubell dans un canevas d’instructions du 22 frimaire (12 décembre)¹, seront en apparence très liés avec les plénipotentiaires de l’Empereur pour tirer d’eux tout ce qui sera possible pour amener les choses à un résultat

und zu gefährden, werde man nicht mehr säkularisieren, als für die versprochenen Entschädigungen notwendig sei:

„... Pour ne pas compliquer et compromettre l'entreprise, on ne séculariserait que juste assez pour fournir aux indemnités promises. ...“⁸¹

5. Wunsch nach vollständiger Säkularisation bei der Unterredung zwischen den französischen Gesandten und den preußischen Bevollmächtigten am 17. Januar 1798

In der am 16. Januar 1798 zwischen den beiden französischen Gesandten Treilhard und Bonnier mit den preußischen Gesandten Goertz und Jakobi geführten Besprechung⁸² war von preußischer Seite eine komplette Säkularisation gewollt,⁸³ während die französischen Gesandten sich allein auf das Prinzip und nicht auf eine totale Säkularisation festlegen wollten.

Brief von *Treilhard* an seinen Außenminister Talleyrand vom 28 nivôse an VI (17 janv. 1798):

„... : nous lui avons observé que ce mot *totale* donnerait lieu à des difficultés; qu'il fallait mettre en avant le principe, et quand il serait convenu, on tirerait les conséquences; que peut-être alors la sécularisation totale s'ensuivrait-elle, mais que, quant à présent, il fallait se borner au principe. On a trouvé ma réflexion juste. ...“⁸⁴

Wegen des zu erwartenden Widerstand des Kaisers wollten sich aber die preußischen Gesandten nicht offen auf Säkularisationen festlegen, vielmehr sollte Frankreich diese

heureux. Dans la réalité, il se lieront avec ceux de la Prusse en les prévenant de ne pas prendre ombrage de la liaison avec l'Autriche ... et quand on aura tiré tout ce qu'on pourra de l'Autriche, s'arranger avec la Prusse. ...“ (nach: *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Allemagne, VOL 674, fol 130, Minute autographe, approuvée par les cinq Directeurs).

⁸¹ *Guyot*, Le Directoire et la paix de l'Europe, Chap. XV, I., p. 675 (nach: *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Allemagne, VOL 674, fol 130, Minute autographe, approuvée par les cinq Directeurs).

⁸² *Koehlin*, La politique française au Congrès der Rastadt, L'Ouverture du congrès et les premières demarches des plénipotentiaires français, III, in: *Ann de l'Éc des Sc polit*, 1. année, I.- Articles originaux, p. 417-418.

⁸³ Brief von *Treilhard* an seinen Außenminister Talleyrand vom 28 nivôse an VI (17 janv. 1798) „... ,Les ministres prussiens ... Ils nous ont marqué le désir d'indemniser les princes héréditaires, cela ne peut se faire que par les sécularisations, et par une sécularisation *totale*; ...“ (*Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Allemagne, VOL 674, pièce 133; in Teilen gedruckt bei: *Koehlin*, La politique française au Congrès der Rastadt, L'Ouverture du congrès et les premières demarches des plénipotentiaires français, III, in: *Ann de l'Éc des Sc polit*, 1. année, I.- Articles originaux, p. 418-419 (418)).

⁸⁴ *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Allemagne, VOL 674, pièce 133; in Teilen gedruckt bei: *Koehlin*, La politique française au Congrès der Rastadt, L'Ouverture du congrès et les premières demarches des plénipotentiaires français, III, in: *Ann de l'Éc des Sc polit*, 1. année, I.- Articles originaux, p. 418-419 (418).

fordern.⁸⁵ Bei den Hinweisen von Jakobi, welche Vorteile das Haus Österreich durch Säkularisationen haben würde,⁸⁶ erklärten die französischen Gesandten nochmals, dass es sich jetzt allein um die Festlegung des Prinzips der Säkularisationen handele.

„... Nous avons répondu ..., il ne fallait rien confondre, et que chaque question viendrait en son temps; qu’aujourd’hui il ne s’agissait que des limites de la République, de la rive gauche du Rhin; que de là on passerait au principe des sécularisations qui en est la suite; qu’on viendrait enfin à l’application du principe, et qu’alors on calculeraient l’importance des cessions respectives. ...“⁸⁷

6. Die Note vom 25 ventôse an VI (15 mars 1798)

In ihrer Note vom 25 ventôse an VI erklärten sich die französischen Gesandten erstmals schriftlich gegenüber der Reichsfriedensdeputation zu den von ihnen gewünschten Entschädigungen durch Säkularisationen:

„... Pour accélérer ce grand ouvrage, il convient d’abord de régler le mode de prestation des indemnités aux États qui ont perdu sur la rive gauche du Rhin. Les Ministres plénipotentiaires de la République française en trouvent la base dans des sécularisations.

La Députation de l’Empire se convaincra facilement que cette base n’est pas moins nécessaire que celle déjà adoptée sur les limites. ...“⁸⁸

Der von ihnen hierbei zur Kennzeichnung der Säkularisationen verwandte Begriff „base“ war, wie die sich anschließenden Formulierungen:

⁸⁵ Brief von *Treillard* an seinen Außenminister Talleyrand vom 28 nivôse an VI (17 janv. 1798) „... ,Les Prussiens ne voudraient pas se donner l’air de poursuivre les sécularisations, pendant que l’Empereur ferait semblant d’y résister. Ils voudraient que ce fût la France qui les demandât ...“ (*Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Allemagne, VOL 674, pièce 133; gedruckt bei: *Koehlin*, La politique française au Congrès der Rastadt, L’Ouverture du congrès et les premières demarches des plénipotentiaires français, III, in: *Ann de l’Éc des Sc polit*, 1. année, I.- Articles originaux, p. 418-419 (418)).

⁸⁶ Brief von *Treillard* an seinen Außenminister Talleyrand vom 28 nivôse an VI (17 janv. 1798) „... ,M. Jacobi est alors revenu aux avantages que les sécularisations devaient procurer à l’Autriche; ... Nous avons répondu que l’Autriche, ayant perdu d’un côté, il ne serait pas étonnant qu’elle eût acquis de l’autre, mais qu’il ne fallait pas juger la quotité de ces dédommagements d’après des bruits populaires et des préventions; ...“ (*Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Allemagne, VOL 674, pièce 133; gedruckt bei: *Koehlin*, La politique française au Congrès der Rastadt, L’Ouverture du congrès et les premières demarches des plénipotentiaires français, III, in: *Ann de l’Éc des Sc polit*, 1. année, I.- Articles originaux, p. 418-419 (419)).

⁸⁷ *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Allemagne, VOL 674, pièce 133; in Teilen gedruckt bei: *Koehlin*, La politique française au Congrès der Rastadt, L’Ouverture du congrès et les premières demarches des plénipotentiaires français, III, in: *Ann de l’Éc des Sc polit*, 1. année, I.- Articles originaux, p. 418-419.

„... Observé de notre part: 1^o que les sécularisations devant amener un autre ordre de choses, il y aurait plutôt, par la suite, avantage que défaveur de les avoir provoquées; 2^o que les États perdant avaient un intérêt pressant à les solliciter; 3^o que nous nous concerterions sur la manière de faire arriver la demande, qui, au surplus, était une conséquence de notre première proposition. ...“ (pièce 133, p. 418).

⁸⁸ *Protocoll Rastatt*, IV. Band, 154. Beylage, Anlagen, Zweyte ..., S. 400-401 (400).

„... Il serait sans doute superflu d’observer qu’il ne s’agit pas, dans ce moment, d’évaluer les pertes qui pourront donner lieu à indemnité, ni indiquer les objets qui pourraient y être employés. On ne peut, on ne doit s’occuper de l’application d’un principe que lorsqu’il est bien reconnu. ...“⁸⁹

zeigen, im Sinne der Festlegung eines allgemeinen Entschädigungsprinzips, dessen einzelne Modalitäten noch später festzulegen sind, gemeint. Hingegen nicht im Sinne einer allgemeinen Entschädigungsart, neben welcher noch andere Entschädigungen zu verwenden wären.

7. Die Note vom 7 germinal an VI (27 mars 1798)

- a) Die in der Note vorgenommene Bezugnahme auf die von der Französischen Republik in ihren mit Reichsständen zuvor abgeschlossenen Separatabkommen vereinbarten Entschädigungen

In ihrer, dem Entschädigungsbeschluss der Reichsfriedensdeputation vom 4. April 1798 unmittelbar vorausgegangenen Note vom 7 germinal an VI (27 mars 1798) hatten die französischen Gesandten der Deputation ihr Missfallen über die noch nicht erfolgte Annahme der von ihnen gewünschten und seit langer Zeit vorgesehenen und angekündigten Entschädigungen ausgedrückt:

„Les Ministres plénipotentiaires de la République française, ont vu avec surprise par la Note que vient de leur transmettre le Ministre plénipotentiaire de S. M. l’Empereur, qu’au lieu de s’occuper efficacement de remplir l’espoir trop longtemps déçu des Peuples, en adoptant pour les indemnités des pertes sur la rive gauche du Rhin, un mode depuis longtemps prévu et annoncé, et dont chaque Membre de la Députation ne peut au fond de sa conscience, se dissimuler la justice et la nécessité, on se borne après de longs délais, à reproduire l’espoir non-fondé d’acquiescer une portion de territoire de l’autre côté du Rhin, ...“⁹⁰

Mit dem Begriff „un mode depuis longtemps prévu et annoncé“ nahmen die französischen Gesandten auf die von der Französischen Republik in ihren mit den Reichsständen zuvor abgeschlossenen Separatabkommen vereinbarten Entschädigungen Bezug. Solche waren in den Geheimartikeln der mit König Friedrich Wilhelm II. von Preußen, Landgraf Wilhelm IX. von Hessen-Kassel, Herzog Friedrich Eugen von Württemberg, Markgraf Karl Friedrich von Baden und Kaiser Franz II. als Oberhaupt seines Hauses Österreich abgeschlossenen Separatfriedensverträge enthalten.

⁸⁹ *Protocoll Rastatt*, IV. Band, 154. Beylage, Anlagen, Zweyte ..., S. 400-401 (400-401), insg., S. 400-401.

⁹⁰ *Protocoll Rastatt*, IV. Band, Anlagen zur 165. Beylage, S., 421-422 (421).

b) Der französisch-hessen-kasselische Baseler Friedensvertrag vom 28. August 1795

Nach dem Art. I seiner Geheimartikel war dem Landgrafen von Hessen-Kassel für seinen im künftigen Reichsfriedensschluss eintretenden Verlust eigener linksrheinischer Gebiete eine Entschädigung aus geistlichen oder anderen Territorien auf dem rechten Rheinufer in Aussicht gestellt worden.⁹¹

c) Der französisch-preußische Baseler Friedensvertrag vom 5. April 1795 und die Berliner Konvention vom 5. August 1796

Nach Art. II der Geheimartikel des französisch-preußischen Baseler Friedensvertrag vom 5. April 1795 sollte der König von Preußen, bei einer Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete an die Französische Republik, sich mit ihr über eine Entschädigung für seine eigenen linksrheinischen Verluste einverstehen, wofür insbesondere Säkularisationen geistlicher Staaten zu verwenden seien.⁹²

In der nachherig am 5. August 1796 zwischen denselben Vertragsteilen vereinbarten Berliner Geheimkonvention und der sie ergänzenden Pyrmonter Erklärung des Königs von Preußen am 3. Juli 1797 verpflichtete sich dieser, bei einer späteren Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete, für das Prinzip der Entschädigungen durch Säkularisationen zu stimmen.⁹³ Für seine eigenen Verluste wurde ihm ein Teil des Hochstiftes Münster und das Land Recklinghausen, ein Bestandteil des Erzstiftes Köln zugesagt.⁹⁴ Die Fürsten des Hauses Hessen sollten für ihre linksrheinischen Verluste die Säkularisationen der ihrem Wunsch entsprechenden geistlichen Staaten⁹⁵ und der Fürst von Oranien die beiden reichsständischen Hochstifter Würzburg und Bamberg erhalten.⁹⁶

d) Die französisch-wirtembergische und französisch-badische Pariser Friedensverträge vom 7. und 23. August 1796

In den Art. III und VIII ihrer Geheimartikeln hatten sich die beiden Reichsstände gegenüber der Französischen Republik verpflichtet, mit ihren Stimmen im Reichstag dabei mitzuwirken, dass zur Entschädigung der ihre linksrheinischen Gebiete verlierenden

⁹¹ Unten, S. 913-914.

⁹² Unten, S. 911-913.

⁹³ Unten, S. 914-917.

⁹⁴ Unten, S. 914-915.

⁹⁵ Unten, S. 915.

⁹⁶ Unten, S. 915-916.

weltlichen Fürsten eine Anzahl geistlicher Fürstentümer auf dem rechten Rheinufer säkularisiert würden.⁹⁷

Hinsichtlich der Entschädigung für die württembergischen und badischen linksrheinischen Verluste hatte sich die Französische Republik ihrerseits in den Art. I der beiden Geheimartikel und der diese ergänzenden französisch-württembergischen Pariser Konvention vom 28. Oktober 1796 verpflichtet, beim späteren Friedensschluss mit dem Reich darauf hinzuwirken, dass sie säkularisierten geistlichen Besitz erhielten.⁹⁸ Der Herzog von Württemberg sollte mehrere geistliche Fürstentümer und auf seine Bitte, einen rechtsrheinischen Teil des Hochstiftes Straßburg, das Stift Zwiefalten, das fürstliche Stift Ellwangen, die Stifte Marchtal, Neresheim, Rotenmünster und die dem Hochstift Augsburg zugehörige Stadt Effingen erhalten.⁹⁹ Dem Markgraf von Baden waren zugesagt: das Hochstift Konstanz mit der Abtei Reichenau und der Propstei Öhningen, das dem Hochstift Basel gehörende Amt Schlingen, der rechtsrheinische Teil des Hochstiftes Speyer mit den Besitzungen seines Großkapitels und der Propstei von Odenheim, das Amt Ettenheim des Hochstiftes Straßburg, linksrheinische Teile des Erzstiftes Mainz mit der Stadt Seligenstadt und die Säkularisation und Vereinigung aller landsässigen geistlichen Güter, die zur Markgrafschaft oder in den mit ihr zu vereinigenden Staaten gehören, deren Hauptort auf dem rechten Ufer des Rheines liegt.¹⁰⁰

e) Der französisch-österreichische Friedensvertrag von Campo Formio vom 17. Oktober 1797

Im Art. XII seiner Geheimartikel hatten sich die beiden Vertragsteile, bei der von ihnen vereinbarten Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete mit der Begrenzung auf die Nette-Rur-Linie gegenseitig verpflichtet, die dadurch linksrheinisch depossedierten erblichen Fürsten und Stände des Reiches und die drei geistlichen Kurfürsten durch rechtsrheinische Säkularisationen zu entschädigen.¹⁰¹

f) Sinn der Note: Entschädigungen durch Säkularisationen

In den in der Note Bezug genommenen Separatabkommen waren mit dem Landgrafen von Hessen-Kassel geistliche oder andere Territorien, dem König von Preußen, dem Herzog von Württemberg, dem Markgrafen von Baden und dem Kaiser die Säkularisation von rechtsrheinischen geistlichen Staaten und geistlichem Besitz für ein Verlustiggehen

⁹⁷ Unten, S. 917-918.

⁹⁸ Unten, S. 918-919.

⁹⁹ Unten, S. 917-918.

¹⁰⁰ Unten, S. 918-919.

¹⁰¹ Unten, S. 920-935 (934-935).

linksrheinischer Reichsgebiete weltlicher Reichsstände in Aussicht gestellt worden. Der Kaiser hatte auch in rechtsrheinische Säkularisationen als Entschädigung für den Verlust der drei geistlichen Kurfürsten eingewilligt.

Bei der durch den Begriff „mode depuis longtemps prévu et annoncé“¹⁰² intendierten Verallgemeinerung zur Kennzeichnung der Entschädigungen ist der Inhalt der Note im Sinne von Entschädigungen durch Säkularisationen zu deuten.

Brief vom Staatskanzler und Minister der auswärtigen Geschäfte *Thugut*¹⁰³ an Starhemberg, Dietrichstein und Reuss vom 7. Juli 1798:

„... Die Aeusserung der französischen Bevollmächtigten vom 27. März, wo sie der Reichsdeputation den Grundsatz der Säkularisation im Allgemeinen und ohne alle Einschränkung vorgeschrieben haben, machte zwar die Deputirten der geistlichen Reichsstände niedergeschlagen, ...“¹⁰⁴

8. Die Note vom 19 germinal an VI (8 avril 1798)

In ihrer den Entschädigungsbeschluss der Reichsfriedensdeputation vom 4. April 1798 annehmenden Note vom 19 germinal an V (8 avril 1798) hatten die französischen Gesandten die Säkularisationen als die von der Reichsdeputation im Prinzip notwendig anzuerkennenden Entschädigungen bezeichnet:

„En reconnaissant la nécessité des Sécularisations pour fournir des indemnités sur la rive droite du Rhin, aux Etats qui ont perdu des possessions sur la rive gauche, et en adoptant le principe, la Députation de l'Empire ...“¹⁰⁵

¹⁰² *Protocoll Rastatt*, IV. Band, Anlagen zur 165. Beilage, S., 421-422 (421).

¹⁰³ Johann Amadeus Franz de Paula Thugut wurde Ende März 1793 von Kaiser Franz II. bei der Aufteilung der bis dahin von Graf Cobenzl geführten österreichischen Staatskanzlei in ein Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und in ein Bureau für italienische Angelegenheiten zum Generaldirektor für auswärtige Angelegenheiten ernannt und übernahm Cobenzl das zweite Bureau. Nach dem Tod des österreichischen Staatskanzlers Kaunitz am 13. Juli 1794 wurde ihm wenige Tage danach unter dem Titel eines Ministers für auswärtigen Geschäfte die einstweilige Vertretung der sämtlichen zur Stelle eines geheimen Hof-, Staats- und Hauskanzlers sonst gehörigen Verrichtungen übertragen.

¹⁰⁴ *Vivenot*, Zur Geschichte des Rastadter Congresses, Erste Abtheilung, IV. (vielmehr V.), S. 47-53 (47).

¹⁰⁵ *Protocoll Rastatt*, IV. Band, 173. Beilage, Anlagen, S. 449-450 (449).

9. Die dem Entschädigungsbeschluss nachfolgenden Noten der französischen Gesandten

Die französischen Gesandten hatten sich auch in den weiteren Noten nach dem Entschädigungsbeschluss der Reichsfriedensdeputation zu den durch Säkularisationen zu erfolgenden Entschädigungen geäußert.

So in ihren beiden Noten an den kaiserlichen Plenipotentiär Metternich vom 14 floréal an VI (3 mai 1798):

„La Cession de la rive gauche du Rhin, l’adoption du principe des sécularisations, pour fournir des indemnités, ne laissent actuellement à discuter qu’un mode d’exécution de ces deux bases formellement reconnues. ...“¹⁰⁶

und vom 1 thermidor an VI (19 juillet 1798):

„... La Députation de l’Empire doit se rappeler que les Ministres plénipotentiaires de la République française ont manifesté dès l’ouverture de la négociation, l’intention où ils étaient pour l’avantage commun, d’en régulariser la marche, ... Au premier rang sans contredit était celle de la cession des pays situés à la rive gauche du Rhin, venait ensuite le mode d’indemnités par la voie des sécularisations: mais ces questions une fois résolue n’en excluèrent point de subséquentes; ...“¹⁰⁷

10. Ergebnis: Alleinige Entschädigung durch Säkularisationen nach Ansicht der französischen Gesandten

Nach den Erklärungen der französischen Gesandten war die Gewährung von Entschädigungen für ein Verlust der linksrheinischen Reichsgebiete eine aus dieser Abtretung sich ergebende Forderung.¹⁰⁸

Die vom Direktorium seinen Gesandten erteilten Instructions forderte eine teilweise und totale Säkularisation.¹⁰⁹ Nach der von dem Gesandten Bonaparte auf dem Rastatter Kongress getanen Äußerung war die Existenz der geistlichen Staaten nicht mehr zu rechtfertigen.¹¹⁰ Es sollten nach dem von dem directeur Reubell am 22 frimaire an VI (12 déc. 1798) verfassten Gedankenschema allein die Säkularisationen als Entschädigung dienen.¹¹¹

¹⁰⁶ *Protocoll Rastatt*, V. Band, 179. Beylage, Anlage, S. 5-6 (5), insg., La Députation de l’Empire ... dans ses précédentes communications.“ (S. 5).

¹⁰⁷ *Protocoll Rastatt*, V. Band, Anlage zur 208. Beylage, Anlage, S. 68-72 (69), insg., S. 69.

¹⁰⁸ Oben, S. 26-27.

¹⁰⁹ Oben, S. 27-28.

¹¹⁰ Oben, S. 28.

¹¹¹ Oben, S. 28-29.

Bei der Besprechung der französischen Gesandten mit den beiden preußischen Bevollmächtigten am 17. Januar 1798 sollten zum jetzigen Zeitpunkt allein das Prinzip der Entschädigung durch Säkularisationen ohne Konkretisierung der Modalitäten festgelegt werden.¹¹²

Von Seiten der französischen Gesandten waren in ihren formellem Noten am 25 ventôse an VI (15 mars 1798) die Säkularisationen als ein Entschädigungsprinzip ohne Festlegung von seinen einzelnen Modalitäten,¹¹³ am 7 germinal an VI (27 mars 1798) die Säkularisationen als „mode depuis longtemps prévu et annoncé“¹¹⁴ und am 19 germinal an VI (8 avril 1798) als die von der Reichsfriedensdeputation im Prinzip notwendigerweise anzuerkennende Entschädigung bezeichnet und gefordert worden.¹¹⁵ Auch in den ihrer Annahme des Entschädigungsbeschlusses zeitlich nachfolgenden beiden Noten vom 14 floréal an VI (3 mai 1798) und vom 1 thermidor an VI (19 juillet 1798) waren die Säkularisationen als für die Entschädigungen angegeben worden.¹¹⁶

Nach Ansicht der französischen Gesandten sollten demnach die gebietlichen Verluste der weltlichen Reichsstände durch Säkularisationen ausgeglichen werden. Diese ihre Ansicht hatten sie auch der Reichsfriedensdeputation zur ihrer Kenntnis gegeben.

Beuerlin, Ueber den Laenderverlust und die Entschädigung durch Sekularisationen¹¹⁷ :

„... Die Franzosen trugen daher gleich, nachdem die Reichsdeputation in die Abtretung des linken Rheinufer gewilligt hatte, unmittelbar darauf an, daß die auf dem linken Rheinufer Verlust leidenden deutschen e r b l i c h e n Reichsstände durch S e k u l a r i s a t i o n e n auf dem rechten Rheinufer entschädigt werden müßten. Die den geistlichen Fürsten und Praelaten gehoerigen Laender waren es demnach, welche die Franzosen in eine andere Lage gestellt haben, die sie in andern weltlichen Haenden wissen wollten. ...“¹¹⁸

der Verfasser von *Ueber die Nothwendigkeit einer allgemeinen Saecularisation der deutschen Erzbisthuemer, Bisthuemer, Praelaten und Kloester*¹¹⁹ :

„... - So wird der Rhein die naturliche Grenze zwischen beyden Reichen ..., und so entstehet die N o t h w e n d i g k e i t d e r E n t s c h ä d i g u n g für

¹¹² Oben, S. 29-30.

¹¹³ Oben, S. 30-31.

¹¹⁴ Oben, S. 31-34.

¹¹⁵ Oben, S. 34.

¹¹⁶ Oben, S. 35.

¹¹⁷ Verfasst am 14. April 1798 (Vorrede, S. VIII).

¹¹⁸ S. 3-4, insg., S. 3-4.

¹¹⁹ 1798 erschienen.

diejenigen fuerstlichen und graeflichen Familien, die auf jener Seite ihre Besitzungen verloren haben.

Die Reichsfriedens=Deputation findet es für die Ruhe der deutschen Staaten weit zutraeglicher, diese Forderung in dem Drang der Umstaende zu bewilligen, ... Aber ... wenn von Bestimmung der Entschaedigungsmittel bisher die Rede war, die doch wohl nur auf der uebrigen deutschen Erdflaeche liegen konnten; so wollte es keine Stimme wagen, sie in den Besitzungen der Geistlichkeit zu suchen, und das fuerchterliche Wort *S a e k u l a r i s a t i o n* auszusprechen, bis es, wie ein elektrischer Schlag, zuerst in einer Note der fraenkischen Gesandtschaft erschien. Dem Sieger war es freylich vorbehalten, ueber diesen Gegenstand zuerst entscheidend zu sprechen, da er ihn als *u n m i t t e l b a r e F o l g e d e r F r i e d e n s l a g e* bestimmt voraus setzte; ...¹²⁰

der Verfasser der *Skizzen zum reifen Nachdenken ueber die richtige Bestimmung der beym Rastatter Reichsfriedenskongreß abzuhandelnden Indemnitions= und Saekularisationsbasis*¹²¹ :

„Seitdem die franzoesische Republik bey dem Friedenskongreß zu Rastatt die Saekularisation auf dem rechten Rheinufer zum Fond der Entschaedigung für die auf dem linken Rheinufer verlierenden ReichsStaende anverlangt hat; ist vieles über diese Materie geschrieben worden,...“¹²²

der Verfasser von *Cassandra oder der neue Prophet Micha ueber die Saecularisationen und ihre Folgen*¹²³ :

Dialog zwischen A. und B.:

”””

B. ... Was vormals blos Schulgezaenke war, ist zu unsern Zeiten eine *b e w a f f n e t e* Disputation geworden, und je nachdem unsre Großen die Voschlaege der Franzosen annehmlich finden und vollziehen oder sie verwerfen, je nachdem wird auch das Eine oder das Andere erfolgen.

...

B. ... den jetzigen Friedensunterhandlungen, ... bey keinen, deren die Geschichte gedenkt, hat wohl die ganze religioese und politische Existenz einer Nation so sehr auf einer Nadelspitze geschwebt, als bey den gegenwaertigen.

A. Was sind das aber für Voschlaege, von deren Annahme und Verwerfung so vieles anhaengen soll?

B. Nun die *S a e c u l a r i s a t i o n e n* der geistlichen Staaten in Deutschland zur Entschaedigung der Fuersten, Grafen, Ritter, die auf dem linken Rheinufer verloren haben.

...“¹²⁴

¹²⁰ S. 31-33, insg., S. 31-33.

¹²¹ Erschienen 1798.

¹²² Einleitung, S. 3.

¹²³ Erschienen 1798.

¹²⁴ S. 4-5, insg., S. 4-6.

und der Verfasser von *Ueber Secularisationen, Reichsvicariat, und Bißthum Regensburg*¹²⁵ :

„... Von der Ankunft der franzoesischen Gesandten in Rastadt und vom Anfange der dortigen Unterhandlungen an blickte der unerschuetterliche Entschluß der franzoesischen Regierung unverkennbar allenthalben durch, den geistlichen Staaten Deutschlands, wo nicht allen, doch einigen derselben eine Regierungaenderung zu bereiten. ...“¹²⁶

¹²⁵ Im August 1798 erschienen (Titelblatt).

¹²⁶ S. 9-10: Ziff. a), insg., S. 9-10.

IV

Die Willensbildung der Reichsfriedensdeputation

Die Ansicht der Reichsfriedensdeputation zu den Entschädigungen ergibt sich aus dem Inhalt der von den Subdelegierten ihrer zehn Mitglieder abgegebenen Einzelvoten. Die in den Einzelvoten formulierten und angebrachten Vorbehalte¹²⁷ sind aber mitzuberücksichtigen.

1. Der mehrheitliche Inhalt der abgegebenen Voten

a) Die Voten der Subdelegierten der Herzöge von Baiern und Bremen und des Markgrafen von Baden

Die Subdelegierten der beiden Herzöge von Baiern und Bremen und des Markgrafen von Baden vertraten in ihren in der 38. Sitzung der Reichsfriedensdeputation am 2. April 1798 abgegebenen Voten ausdrücklich die Ansicht, dass zu Entschädigungen allein Säkularisationen zu verwenden seien.

Voten der *Subdelegierten*:

des *Herzogs von Baiern*:

„... Entweder muß nun das Geschaefft stehen bleiben, oder man muß sich mit dem Object der Entschaedigungen durch Saecularisationen befassen, ohne welchen keine weitere Vorschritte in Friedens=Geschaefte hoffen zu lassen, bestimmt erklart wird. Es ist keinem Zweifel unterworfen, daß bey dieser Alternative das Letzte gewaehlt werden muesse. Subdelegatus findet sich also gedrunen, sich hierueber zu aeussern.

Die Frage, ob das Reich seinen Mitstaenden, welche durch Abtretung des linken Rhein=Ufers beschaedigt sind, durch Saecularisation Ersatz zu machen verbunden seye, mag immer problematisch bleiben, denn wir sind nicht in dem Falle, daß diese Frage aus dem deutschen Staats=Recht, auch nicht zwischen Staenden und Staenden entschieden werden muesse.⁽¹²⁸⁾ ...

Wenn nun aber schon die Nothwendigkeit sowohl von aussen als von innen einen so harten Schritt maechtig gebietet, so gebietet sie aber auch zugleich mit, daß dabey in der Erfuellung des Geschaeftes mit derjenigen Vorsicht, Maeßigung und Ordnung zu Werk gegangen werde, wodurch der constitutionsmaeßigen Organisirung, dem Religionswesen, dem Wohlstand derer, die nun weiteren Beschaedigungen unterliegen, und vorzueglich auch dem Beduerfniß und der Ruhe der Reichs=Unterthanen moeglichst vorgesorgt werde. ...

¹²⁷ Unten, S. 48-49.

⁽¹²⁸⁾ *Protocoll Rastatt*, I. Band, SESSIO XXXVIII., den 2ten April 1798, §. 105., Umfrage, Bayern, S. 492-496 (493).

Dieses alles nun zusammengenommen, bewegt Subdelegatum, dahin abzustimmen:

,Daß man durch eine weitere in via solita an die franzoesische Be-
 ,vollmaechtigte zu uebergebende Note nunmehr erklaeren muesse: man
 ,wolle sich auch in die anverlangte, durch Saecularisation zu erzielende
 ,Entschaedigungen fuer die zu Verlust gehenden Laender, jedoch derge-
 ,stalt einlassen, daß dabey mit allen denjenigen Maaßregeln und
 ,Vorsichten eingeschritten werden muesse, welche die Constitution des
 ,deutschen Reichs in religioesen und politischen Hinsichten, und das
 ,darauf gegruendete Wohl der Staende, Reichs=Angehorigen und Un-
 ,thanen, so viel immer moeglich, theils erhalten und befestigen,
 ,theils wieder herstellen koenne. ...“¹²⁹

des *Herzogs von Bremen*:

„Gesandter ist ausdruecklich angewiesen, zu bezeigen, daß unter den vorhandenen Umstaenden eine Indemnisation fuer dasjenige, was durch den gegenwaertigen Frieden itzt cedirt und aufgeopfert werden muß, von Seite des deutschen Reichs nicht ganz verkannt, und daß dazu schlechterdings kein anderes Mittel als einige Saecularisationen ausgefunden und angewendet werden koennen. Subdelegatus haelt demnach dafuer, daß die letztere franzoesische Note folgendermaaßen zu beantworten sey:

,Wie die Reichs=Deputation mit dem *M o d o* von Saecularisationen,
 ,als dem einzigen moeglichen in *T h e s i* sich einverstehen muesse, von
 ,Seiten des deutschen Reiches zu den erforderlichen Indemnisationen zu gelangen.⁽¹³⁰⁾...
 ..., wird diesemnaechst es jedoch annoch auf die Principia von der subjectiven Admissibilitaet der Indemnisationen und von der Bestimmung und moeglichsten Beschraenkung der Saecularisationen zur Erhaltung der Integritaet des deutschen Reichs ankommen, worueber sich Subdelegatus das Weitere reserviren, und das Protocoll offen behalten muß.“¹³¹

¹²⁹ *Protocoll Rastatt*, I. Band, SESSIO XXXVIII., den 2ten April 1798, §. 105., Umfrage, Bayern, S. 492-496 (496), insg., S. 492-496.

⁽¹³⁰⁾ *Protocoll Rastatt*, I. Band, SESSIO XXXVIII., den 2ten April 1798, §. 105., Umfrage, Bremen, S. 501-502 (501).

und des *Markgrafen von Baden*:

„... Frankreich verlangt also, daß diejenigen Staende, welche jenseits Rheins in Verlust fallen, auf der rechten Rheinseite durch das Mittel von Saecularisirungen entschädigt werden, und fordert dieses eben so, wie die Cession des linken Rhein=Ufers, als unnachlaßige conditionem pacis sine qua non. Damit wird der etwaige Zweifel gehoben, ob die Reichs=Deputation ermächtigt sey, auf diese zweyte Basis sich einzulassen. Und wenn denn nun Frankreich, ... zum Entschädigungsmittel Saecularisirungen nicht blos vorschlaegt, sondern als Sieger anbedinget, und wenn ein anderes minder beschwerliches Mittel nicht ausfindig zu machen, wenigstens Subdelegatio nicht bekannt ist, so wird die Eroerterung der Frage, ob Zweck und Mittel gerecht und billig und dem Reichs=Verband angemessen seyn moegen, oder nicht, ziemlich ueberflueßig; sie faellt in ein und dieselbe Cathegorie mit der Frage ueber den Abtritt des linken Rhein=Ufers, und aus eben denselben Beweg=Ursachen, welche diesen unvermeidlich gemacht haben, wozu noch der Grund der hoechsten Billigkeit kommt, stimmt man dieß Orts nun auch auf die Bewilligung der zweyten basis, salva ratificatione Caesaris et Imperii, in der Maaße, daß sie nur nach Nothdurft angewendet werde, und zwar ganz nach dem Vorgang und in dem Sinn des westphaelischen Friedens:
 pro aequivalente recompensatione quod ad promo vendam pacem universalem juribus suis
 cesserint, praestanda.

I. P. O. Art. XI-XIV. ...¹³²

b) Die Voten der Subdelegierten des Landgrafen von Hessen-Darmstadt, der Reichsstadt Frankfurt und des Kurfürsten von Sachsen

Die Subdelegierten des Landgrafen von Hessen-Darmstadt, der Reichsstadt Frankfurt und des Kurfürsten von Sachsen vertraten in ihren gleichfalls in der 38. Sitzung am 2. April 1798 abgegebenen Voten erkennbar die Ansicht, dass zu den Entschädigungen allein Säkularisationen zu verwenden seien.

Voten der *Subdelegierten*:

des *Landgrafen von Hessen-Darmstadt*:

„... In Ansehung des uebrigen Innhalts der franzoesischen Note berge zwar Subdelegirter nicht, daß Entschädigungen aus dem Vermoegen und Besitzungen eines unschuldigen Dritten nehmen zu wollen, freylich auch nach seiner Ueberzeugung, der strengen Gerechtigkeit an sich nicht zu entsprechen scheine. Indessen kaeme es doch in jedem dergleichen Fall auf die dabey eintretende

¹³¹ *Protocoll Rastatt*, I. Band, SESSIO XXXVIII., den 2ten April 1798, §. 105., Umfrage, Bremen, S. 501-502 (502), insg., S. 501-502.

¹³² *Protocoll Rastatt*, I. Band, SESSIO XXXVIII., den 2ten April 1798, §. 105., Umfrage, Baden, S. 502-506 (505-506), insg., S. 502-506.

besondere Umstaende vorzueglich an, welche eine solche Abweichung von der Regel nothwendig machten, oder doch rechtfertigen. Es muesse in Staats=Sachen leider oft die Convenienz das ersetzen, was dem Recht abgehe, und es sey nicht zu laeugnen, daß jene Richtschnur bey gar vielen aelteren und neueren Friedensschluessen freyer europaeischer Voelker gleichwohlen zum Grund gelegt worden sey, und selbst der westphaelische Friede habe ihr in Deutschland in Ruecksicht des fuer den an Land und Leuten erlittenen Verlust auch damals billig befundenen Ersatzes und sonstiger von Reichswegen gebuehrender Schadloshaltung bereits eine Anwendung gegeben, welcher mehrere hohe deutsche reichsstaendische Haeuser ansehnliche Gebiete verdankten. ... Die franzoesische Gesandtschaft verbinde aber den Entschaedigungs=Punct mit dem Friedenswerk, mache ihn gleichsam mit zur eigenen Sache, und nehme ihm dadurch die allenfallsige Eigenschaft einer inneren Reichs=Angelegenheit. Gleich anfangs haette sie Schadloshaltungen auf dem rechten Rhein=Ufer zugesagt, solches hernach wiederholt, und bereits in ihrer vorigen Note die Annahme des dazu von ihr vorgeschlagenen Mittels zur Erhaltung des Reichsfriedens fuer eben so nothwendig erklaert, als die vorhinige Graenz=Basis; und in ihrer letzten Antwort vom 27ten März (7ten Germinal) aeussere sie unumwunden, daß ohne selbiges der Friede unmoeglich zu Stande kommen koenne. Wenn also die Reichs=Deputation ihrer erhaltenen uneingeschraenkten Vollmacht, alles dasjenige, was zu Wiederherstellung des allgemeinen Reichs=Friedens dienet, zu berathschlagen, zu verhandeln und zu beschliessen, treu bleiben, ..., und wenn sie sonst keinen andern annehmblichen Vorschlag zu thun im Stande sey: so sehe Subdelegirter nicht ein, wie dieselbe, ohne den Weg zu noch groeßerm Unglueck und zu neuer und weiterer Verbreitung verheerender Kriegsbedraengnisse selbst zu oeffnen, das aufgestellte Principium abzulehnen vermoege; indem man doch mit groeßtem Recht voraussetzen muesse, daß bey dessen nothgedrungenener Anwendung alle nur ersinnliche Schonung der Reichs=Verfassung werde beobachtet werden. ...¹³³

der Reichsstadt Frankfurt:

„Wenn man die juengste Note der franzoesischen Minister vom 27ten v. M. (7ten Germ.) mit der vorletzten vom 15ten Maerz (25ten Ventose) und ihrer allerersten am 17ten und 20ten Jaenner d. J. gemachten muendlichen Eroeffnung zusammen haelt, so ergiebt sich nur allzuklar, daß das franzoesische Gouvernement das aufgestellte Entschaedigungs=System nicht bloß als eine Folge der abgedrungenen Ueberlassung der Reichslande auf der linken Rheinseite betrachtet, ...; sondern daß vielmehr der aufgestellte Grundsatz nebst dem vorgeschlagenen Modo zur z w e y t e n H a u p t = F r i e d e n s = B e d i n g n i ß gemacht wird, ohne dessen Anerkennung der Frieden eben so wenig zu Stand kommen soll.⁽¹³⁴⁾... Das franzoesische Gouvernement kann indessen noch durch mildere Grundsätze den doch immer unersetzlichen Verlust der ueberlassenen Reichslaender um vieles mindern, und durch großmuethige Nachgebung bey denen darueber annoch festzusetzenden naehern Bestimmungen, wozu die franzoesischen Minister in

¹³³ *Protocoll Rastatt*, I. Band, SESSIO XXXVIII., den 2ten April 1798, §. 105., Umfrage, Hessen=Darmstadt, S. 507-509 (508-509).

⁽¹³⁴⁾ *Protocoll Rastatt*, I. Band, SESSIO XXXVIII., den 2ten April 1798, §. 105., Umfrage, Frankfurt, S. 512-514 (512).

ihren beyden letzten Noten die troestliche Hoffnung geben, die Entschaedigungsweise selbst und die dabey eintretende ungemein große Schwierigkeiten um gar vieles erleichtern.

Gleichwohl ist unter den tiefen und unheilbaren Wunden, welche der ungluecklichste Ausgang eines verderblichen Krieges dem deutschen Reich geschlagen, allerdings eine der empfindlichsten, daß es sich auch das Mittel zu den in mancher Ruecksicht nicht auszuweichenden Entschaedigungen so sehr im Widerspruch mit den constitutionellen Gesetzen, und den Principien rechtlicher Zulaessigkeiten durch die Vorschrift des Ueberwinders zum Gesetz aufdringen lassen muß. Aber bey dem Abgang anderer anwendbarer Mittel und Aushilfe, solches abzuwenden, kann man auch dieser Seits die traurige Unvermeidlichkeit, dem Gesetz der Noth nachgeben zu muessen, nicht verkennen, und glaubt man daher, daß auf die Anerkennung des im Allgemeinen aufgestellten Entschaedigungs=Grundsatzes, jedoch mit einstweiligem Vorbehalt der unumgaenglichen Restrictionen und Modificationen, so wie unter denen in den fuertreflichen Abstimmungen von Bayern und Bremen ausgehaltenen Bestimmungen, Einschraenkungen und angefuegtem Vorbehalt einzugehen seyn moegte.“¹³⁵

und des *Kurfürsten von Sachsen*:

„Die franzoesischen Minister haben erklart, daß ohne Anerkenntniß der von ihnen eroeffneten Entschaedigungs=Art die Abschliessung des Friedens unmoeglich Statt finden koenne, und es ist auf diese so bestimmte Erklaerung in den meisten vorliegenden Votis wegen der Hauptfrage sich in uebereinstimmender Maaße geaussert worden; unter diesen dringenden Umstaenden hat Subdelegatus folgendes zu erkennen zu geben: Jhro kurfuerstliche Durchlaucht zu Sachsen koennen sich zwar nicht ueberzeugen, daß die Entschaedigungen fuer den Verlust der Mitstaende und Angehoerigen des Reichs jenseits des Rheins durch Land und Leute diesseits desselben, die ihren bisherigen rechtmäßigen Besitzern entzogen werden sollen, der Gerechtigkeit, deren Grundsaeetze aufs genaueste zu befolgen, Hoechstdieselbe jederzeit getrachtet haben, gemaeß seyen. Wenn aber der Abschluß des so allgemein gewuenschten Friedens oder die Fortsetzung des verderblichsten Krieges mit allen seinen nicht zu uebersehenden Folgen von dergleichen Entschaedigungen bey vorliegenden Umstaenden abhangen sollte; so muessen Jhro kurfuerstliche Durchlaucht nach moeglichster Erfuellung Jhrer reichsstaendischen Obliegenheiten der Nothwendigkeit nachgeben, und zu Vermeidung des ungleich groeßern Uebels das kleinere unter der Bedingung geschehen lassen, daß zugleich auf moeglichste Erleichterung der bisherigen Besitzer in ihren kuenftigen Verhaeltnissen der vorzuegliche Bedacht genommen werde.

Uebrigens wuerde die Bestimmung der Entschaedigungen, wobey man ohnehin die groeße Mäßigung und Beschraenkung so wie die Aufrechterhaltung der Grundverfassung des Reiches voraussetzet, nach der Natur der Sache nicht eher

¹³⁵ *Protocoll Rastatt*, I. Band, SESSIO XXXVIII., den 2ten April 1798, §. 105., Umfrage, Frankfurt, S. 512-514 (513-514), insg., S. 512-514.

Statt finden koennen, als bis der Verlust der Staende und Angehoerigen des Reichs jenseits des Rheins voellig zu beurtheilen steht. ...“¹³⁶

- c) Die Voten der Subdelegierten des Bischofs von Würzburg, des Erzherzogs von Österreich und des Kurfürsten von Mainz

Die Subdelegierten des Bischofs von Würzburg, des Erzherzogs von Österreich und des Kurfürsten von Mainz befürworteten in ihren in der 38. Sitzung am 2. April und in der 39. Sitzung am 4. April 1798 abgegebenen Voten, dass neben den Säkularisationen auch andere Entschädigungen zu verwenden seien.

Voten der *Subdelegierten*:

des *Bischofs von Würzburg*, abgegeben in der 38. Sitzung am 2. April 1798:

„... Wenn aber einmal Entschädigungen vorgenommen werden müeßten, wie dann itzt die Reichs=Deputation, da sie als Friedens=Bedingniß vorgetragen werden, nicht umhin koenne, sich damit zu beschaeftigen, so koennten sie nur fuer die beschaedigten Reichsstaende in so fern bestimmt werden, als sie in dem Kampfe fuer die Sache des Reichs und zur Erhaltung des Friedens ihre zum deutschen Reiche gehoerige Besitzungen und Zustaendigkeiten verlieren; die Entschädigung muesse aber in diesem Fall nach allen Regeln der Gerechtigkeit von dem ganzen Reiche praestirt werden, da fuer dieses die Aufopferungen geschehen, dieses bey dem Verluste der einzelnen gewinnt. Mit welchem Schein von Recht wollte man aber nur von einer Classe von Staenden von den Geistlichen, die an dem Krieg und an dem Frieden nur wegen ihrer Verbindung mit dem Reiche, gleich ihren Mitstaenden, Theil haben, deren Eigenthum und Rechte eben so wie die der andern Staende rechtlich begruendet, und vermoege der deutschen Verfassung nicht mehr wie diese der Disposition des Reichs unterworfen sind, allein die Leistung der Entschädigungen fordern? ...“¹³⁷

in der 39. Sitzung am 4. April 1798:

„vermoege nicht, sich demjenigen, was diese Reichs=Deputation beschliessen werde, zu widersetzen, koenne aber vermoeg seiner Abstimmung und Schluß=Vorbehalts in letzterer Sitzung die Bemerkung nicht unterdruecken, daß dadurch, daß in der Antwort, in welcher auf den zweyten Friedens=Vorschlag der franzoesischen Gesandten, die Entschädigungen betreffend, die Negociation eroeffnet wird, die Saecularisationen allein als Entschädigungsmittel angefuehrt wuerden, der Reichs=Deputation, und gewissermaaßen den franzoesischen Gesandten selbst, die Befugniß genommen zu werden scheine, auch andere weniger gehaeßige Mittel vorzuschlagen; es wuerden sich aber doch, besonders,

¹³⁶ *Protocoll Rastatt*, I. Band, SESSIO XXXVIII., den 2ten April 1798, §. 105., Umfrage, Kursachsen, S. 527-528 (527-528), insg., S. 527-528.

¹³⁷ *Protocoll Rastatt*, I. Band, SESSIO XXXVIII., den 2ten April 1798, §. 105., Umfrage, Wuerzburg, S. 497-501 (500).

wenn einmal das Geschaefft mehr im Einzelnen behandelt werde, gewiß dergleichen Mittel ergeben, die fuer das Reich weniger bedenklich und fuer seine Staende weniger laestig und destructiv waeren; da nun einmal die Negociation hierueber angegangen, und dergleichen schwere Aufopferungen nachgegeben werden sollten, so wuensche Subdelegatus in Anbetracht obiger Gruende, daß in der zu erlassenden Antwort der Vorbehalt, auch andere Mittel zur Entschaedigung anzuwenden, ausgedrueckt werde, allenfalls in verbis:

,Vorbehaltlich jedoch, vordersamst diejenigen Entschaedigungsmittel
,aufzusuchen und anzuwenden, welche in die Reichs=Verfassung we-
,niger eingreifen, und wodurch die hierauf gegruendete Erhaltung
und das Wohl der Reichsstaende, Reichs=Angehoerigen und Unter-
,thanen mehrt gewahr werde, welche Mittel sich dann bey einzelner
,Behandlung der Entschaedigung naeher ergeben wuerden.‘
...“¹³⁸

des *Erzherzogs von Oesterreich*, abgegeben in der 39. Sitzung am 4. April 1798:

„... Wenn diese Reichs=Friedens=Deputation findet, daß Entschaedigungen fuer die auf dem linken Rhein=Ufer durch die Kriegs=Unfaelle Verlierenden aller Art von jenen auf dem rechten Ufer geleistet werden sollen; so wird der Grundsatz vorzueglich billig seyn, daß nach der Reichs=Verfassung diese Entschaedigungen in billigen und thunlichen Verhaeltnissen fuer geistliche und weltliche Staende, die Laender verlieren, eintreten muessen.

Vorzueglich aber wird erfordert, um die Reichs=Verfassung im Ganzen zu erhalten, daß denen drey geistlichen Kurfuersten ein ihrer Wuerde und Existenz angemessener Stand sicher gestellt werde.

Da weiter die Entschaedigungen nur als ein Ersatz fuer das Verlorne angesehen werden muessen, keineswegs aber die Absicht seyn kann, solche zu einer Acquisition gebrauchen zu wollen, und auch ohnehin diese Reichs=Friedens=Deputation auf Entschaedigungsmittel und Auswege, deren einige der Verfassung weniger nachtheilig und in dem deutschen Staate gefunden werden duerften, ernstlich sich wird beschaeftigen muessen, so wird die Existenz mancher Reichsstaende hierdurch annoch gerettet werden koennen. Auch muß man von wegen Oesterreich ausdruecklich darauf antragen, dieses der Antwort der Deputation an die franzoesischen Bevollmaechtigte einzuverleiben, und als einen Entschaedigungsweg aufzustellen. ...“¹³⁹

¹³⁸ *Protocoll Rastatt*, I. Band, SESSIO XXXIX., den 4ten April 1798, §. 107., Wuerzburg, S. 533-534 (533-534), insg., *ebd.*, SESSIO XXXVIII., den 2ten April 1798, §. 105., Umfrage, Wuerzburg, S. 497-501 und SESSIO XXXIX., den 4ten April 1798, §. 107., Wuerzburg, S. 533-534.

¹³⁹ *Protocoll Rastatt*, I. Band, SESSIO XXXIX., den 4ten April 1798, §. 107., Oesterreich, S. 530-533 (531), insg., S. 530-533.

und des *Kurfürsten von Mainz*, abgegeben in der 38. Sitzung am 2. April 1798:

„... Die franzoesischen Minister erklæaren in ihrer juengsten Note, daß ohne Berichtigung des von ihnen proponirten Entschædigungs=Puncts, wozu sie als Mode auf Saecularisationen bestehen, kein Friede zu Stand kommen koennte;⁽¹⁴⁰⁾

...

Subdelegatus hat bereits vorhin mehrmals ausfuehrlicher bemerkt, daß Entschædigungen solcher Art, wovon hier die Frage sey, im Reich niemals geleistet worden, daß solche noch weniger auf eine Classe von Staenden und Reichs=Angehorigen mit Recht geworfen werden koennten, und daß endlich die Reichs=Deputation ganz nicht bevollmaechtigt sey, dergleichen Entschædigungen zu verwilligen. Dieser Ueberzeugung bleibt Subdelegatus stets getreu. Da aber die franzoesischen Minister gegenwaertig erklæaren, daß sie in nichts weiter eher eingehen wuerden, bis nicht wegen dieser Entschædigungen und wegen deren Modus die Deputation nachgegeben haben werde, daß ohne dieß kein Friede zu Stand kommen koennte; ...

Subdelegatus hat hier lediglich zwischen zwey Uebeln zu waehlen; Er muß sich gefallen lassen, was Er nicht aendern kann; Er muß also den Antrag, daß fuer die Beschædigte Entschædigung eintreten, und daß hierzu Saecularisationen vorgenommen werden moegen, nunmehr in der Hoffnung nachgeben, daß bey der Anwendung selbst noch manche andere unschaedlichere Mittel sich vorfinden duerften, und es der Deputation noch gluecken werde, so wenig als immer moeglich von den Landen der geistlichen Wahl=Staaten zu zerruetten. ...“¹⁴¹

in der 39. Sitzung am 4. April 1798:

„Was in dem heutigen Nachtrage zur fuertreflich erzherzoglich oesterreichischen Abstimmung wegen der drey geistlichen Herren Kurfuersten erinnert werde, auch was in diesem Nachtrag sowohl als in dem heutigen fuertreflich wuerzburgischen Voto von andern noch auszufindenen Entschædigungsmitteln gesagt werde, sey demjenigen, was Subdelegatus in seinem juengsten Voto sowohl als mehreren andern vorhergehenden, ausgefuehrt habe, vollkommen conform, und wuerde daher Subdelegatus um so mehr zweckmaeßig finden, daß der an die franzoesische Minister abzugebenden Antwort dieses beygerueckt werde, als sich diejenigen Mittel, welche Er hierunter verstehe, gewiß auch mit der Jntention der franzoesischen Gesandtschaft vertrueden, und es gewiß jedermann vorzueglich erwuenscht seyn muesse, eigentliche Saecularisationen, so viel als immer thunlich, zu vermeiden, um dadurch unuebersehliche Folgen zu verhueten. ...“¹⁴²

⁽¹⁴⁰⁾ *Protocoll Rastatt*, I. Band, SESSIO XXXVIII., den 2ten April 1798, §. 105., Umfrage, Kurmainz, S. 514-527 (514).

¹⁴¹ *Protocoll Rastatt*, I. Band, SESSIO XXXVIII., den 2ten April 1798, §. 105., Umfrage, Kurmainz, S. 514-527 (515-516).

¹⁴² *Protocoll Rastatt*, I. Band, SESSIO XXXIX., den 4ten April 1798, §. 107., Kurmainz, S. 534-535 (534-535), insg., *ebd.*, SESSIO XXXVIII., den 4ten April 1798, §. 105., Umfrage, Kurmainz, S. 514-527 und SESSIO XXXIX., den 4ten April 1798, §. 107., Kurmainz, S. 534-535.

d) Das in sich widersprüchliche Votum des Subdelegierten der Reichsstadt Augsburg

Das von dem Subdelegierten der *Reichsstadt Augsburg* in der 39. Sitzung am 4. April 1798 abgegebene Votum ist in sich widersprüchlich. Bei einer Feststellung, dass man sich in den Abstimmungen auf eine möglichst beschränkende Annahme der Entschädigungen durch Säkularisationen entschieden habe, bezieht es sich dann sowohl auf das allein Säkularisationen fordernde Votum des Subdelegierten des Herzogs von Baiern¹⁴³ als auch auf das neben Säkularisationen noch andere Entschädigungen fordernde Votum des Subdelegierten des Erzherzogs von Österreich¹⁴⁴:

„In den letzteren fuertreflichen Abstimmungen auf die Note der franzoesischen Gesandtschaft vom 7ten Germ. (27ten Maerz) schein der besondere Drang der Umstaende fuer die so viel moeglich beschraenkte Annahme der zu kuenftigen Entschaedigungen geforderten Basis in Saecularisationen entschieden zu haben. Und diesem Drange der bemerkten Umstaende kann man sich auch diesseits, unter Bezug auf die alles erschoeffende herzoglich bayerische, und unter besonderer Ruecksicht auf die heutige oesterreichische Abstimmung, nicht widersetzen.“¹⁴⁵

e) Nach der Mehrheit der von den Subdelegierten vertretenen Ansichten: Alleinige Verwendung von Säkularisationen

Von den Subdelegierten der zehn Mitglieder der Reichsfriedensdeputation vertraten in ihren Voten die drei der Herzöge von Baiern, von Bremen und des Markgrafen von Baden ausdrücklich und die drei des Landgrafen von Hessen-Darmstadt, der Reichsstadt Frankfurt und des Kurfürsten von Sachsen erkennbar die Ansicht, dass die linksrheinischen gebietlichen Verluste allein durch Säkularisationen auszugleichen seien. Die Subdelegierten des Bischofs von Würzburg, des Erzherzogs von Österreich und des Kurfürsten von Mainz forderten hingegen neben den Säkularisationen auch andere Entschädigungen. Das Votum der Reichsstadt Augsburg ist in sich widersprüchlich. Die inhaltliche Mehrheit der von den Subdelegierten in ihren Voten vertretenen Ansichten¹⁴⁶ lautete demnach für eine alleinige Verwendung von Säkularisationen zur Ausgleichung der linksrheinischen gebietlichen Verluste.

¹⁴³ Oben, S. 39-40.

¹⁴⁴ Oben, S. 45.

¹⁴⁵ *Protocoll Rastatt*, I. Band, SESSIO XXXIX., den 4ten April 1798, §. 107., Augsburg, S. 534.

¹⁴⁶ Dem Beschluss der Reichsfriedensdeputation vom 4. April 1798 lag eine mehrheitliche Beschlussfassung zugrunde (oben, S. 20).

2. Die von den beiden Subdelegierten des Herzogs von Baiern und des Bischofs von Würzburg in ihren Voten angebrachten Vorbehalte

Für die Beschlussfassung der Reichsfriedensdeputation zu den Entschädigungen brachten die beiden Subdelegierten des Herzogs von Baiern und des Bischofs von Würzburg in ihren Voten Vorbehalte an.¹⁴⁷

Der Vergleich ihrer Vorbehalte, mit dem von der Reichsfriedensdeputation am 4. April 1798 selbst angebrachten Vorbehalt:

„...; so sehe die Deputation, ..., sich gedrunge, auch noch in die verlangte, durch Saecularisationen zu erzielende Entschädigungen fuer den auf dem linken Rhein=Ufer entstehenden Verlust sich einzulassen, ..., jedoch dergestalt, daß dabey mit allen denjenigen Maaßregeln und beschraenkenden Vorsichten eingeschritten werde, welche zu Erhaltung der Constitution des deutschen Reichs in jeder Hinsicht, auch zu Wiederherstellung und Befestigung des darauf gegruendeten Wohls der Staende, Reichs=Angehoerigen und Unterthanen wesentlich erforderlich seyen. ...“¹⁴⁸

zeigt, dass dieser in seiner Diktion mehr dem von dem *Subdelegierten des Herzogs von Baiern* in seinem inhaltlich allein auf Säkularisationen lautenden Votum¹⁴⁹ angebrachten Vorbehalt:

„...: man
,wolle sich auch in die anverlangte, durch
Saecularisation zu erzielende
,Entschädigungen für die zu Verlust gehenden Laender,
jedoch derge-
,stalt einlassen, daß dabey mit allen denjenigen
Maaßregeln und
,Vorsichten eingeschritten werden muesse, welche die
Constitution des
,deutschen Reichs in religioesen und politischen
Hinsichten, und das

¹⁴⁷ Der von dem Subdelegierten des Herzogs von Bremen in seinem in der 38. Sitzung am 2. April 1798 abgegebenen, inhaltlich alleinig Säkularisationen fordernden Votum (oben, S. 40-41) angebrachte Vorbehalt:

„... Subdelegatus haelt demnach dafuer, daß die letztere franzoesische Note folgendermaaßen zu beantworten sey:

,Wie die Reichs=Deputation mit dem Modo von Saecularisationen,
,als dem einzigen moeglichen in Thesi sich einverstehen muesse, von
,Seiten des deutschen Reiches zu den erforderlichen Indemnisationen zu gelangen. Dieselbe muesse aber nunmehr zugleich auf die
,ungesaemte Zurueckziehung der franzoesischen Truppen auf dem rechten Rhein=Ufer und auf die anderen vorhin ausgedruckten Voraussetzungen dringend insistiren.‘ ...” (*Protocoll Rastatt*, I. Band, SESSIO XXXVIII., den 2ten April 1798, §. 105., Umfrage, Bremen, S. 501-502 (501-502), betraf nicht eine bei den Säkularisationen selber anzubringende Beschränkung.

¹⁴⁸ *Protocoll Rastatt*, I. Band, SESSIO XXXIX., den 4ten April 1798, §. 107., Conclusum, S. 535-537 (536).

¹⁴⁹ Oben, S. 39-40.

,darauf gegruendete Wohl der Staende,
 Reichs=Angehorigen und Un-
 ,terthanen, so viel immer moeglich, theils erhalten und
 befestigen,
 ,theils wieder herstellen koenne. ...“¹⁵⁰

und nicht dem von dem *Subdelegierten des Bischof von Würzburg*, in seinem neben den Säkularisationen auch andere Entschädigungen befürwortenden Votum,¹⁵¹ angebrachten Vorbehalt:

”...
 ,Vorbehaltlich jedoch, vordersamst diejenigen
 Entschaedigungsmittel
 ,aufzusuchen und anzuwenden, welche in die
 Reichs=Verfassung we-
 ,niger eingreifen, und wodurch die hierauf gegruendete
 Erhaltung
 ,und das Wohl der Reichsstaende, Reichs=Angehorigen
 und Unter-
 ,thanen mehrt gewahr werde, welche Mittel sich dann bey
 einzelner
 ,Behandlung der Entschaedigung naeher ergeben wuerden.‘
 ...“¹⁵²

entspricht.

Der textliche Vergleich der von den Subdelegierten zu den zu gewährenden Entschädigungen selber vorformulierten Vorbehalte mit dem von der Reichsfriedensdeputation angebrachten Vorbehalt spricht demnach auch dafür, dass der von der Reichsfriedensdeputation in ihrem Entschädigungsbeschluss vom 4. April 1798 angebrachte Vorbehalt im Sinne einer alleinigen Verwendung von Säkularisationen zu deuten ist.

¹⁵⁰ *Protocoll Rastatt*, I. Band, SESSIO XXXVIII., den 2ten April 1798, §. 105., Umfrage, Bayern, S. 492-496 (496). Der weitere Inhalt des Vorbehaltes lautete:

„... Wie aber die Bemessung der Be-
 ’schaedigungen groeßentheils auf Berichtigung der in den vorigen No-
 ’ten der Reichs=Friedens=Deputation ausgedrueckten Voraussetzungen
 ’und Modificationen beruhe, so koenne nach dieser nun geschehenen
 ’Erklaerung kein fernerer Anstand mehr vorwalten, zugleich auch ohne
 ’Verschub über solche sich in Unterhandlung zu setzen, um dadurch
 ’dem Ziel eines erwuenschten Friedens naeher zu kommen.‘ “ (S. 496).

¹⁵¹ Oben, S. 44-45.

¹⁵² *Protocoll Rastatt*, I. Band, SESSIO XXXIX., den 4ten April 1798, §. 107., Wuerzburg, S. 533-534 (534).

3. Die Säkularisationen als die nach Ansicht der Reichsfriedensdeputation alleinigen Entschädigungen

Die mehrheitliche Inhalt der von den zehn Mitgliedern der Reichsfriedensdeputation zur Frage der Gewährung von Entschädigungen abgegebenen Voten lautete auf eine alleinige Verwendung von Säkularisationen. Dieses Ergebnis wird auch durch den Text des von der Reichsdeputation in ihrem Entschädigungsbeschluss vom 4. April 1798 angebrachten Vorbehaltes, welcher dem Vorbehalt des Subdelegierten des Herzogs von Baiern ähnelt, bestätigt.

4. Kein Ausschluss der geistlichen Kurfürstentümer

Aretin, Heiliges Römisches Reich 1776–1806 vertritt die Ansicht, dass die Reichsdeputation mit dem Vorbehalt „... zu Erhaltung der Constitution des deutschen Reichs ...“¹⁵³ in eine Entschädigung durch Säkularisationen unter Ausschluss der drei geistlichen Kurfürstentümer eingewilligt hätten:

„... Am 4. April gaben die Stände auch dem harten Drängen Frankreichs nach und billigten die bedingte Säkularisation unter Ausschluß der drei geistlichen Kurfürstentümer, die erhalten bleiben sollten. ...“¹⁵⁴

Ein Erhalt der drei geistlichen Kurfürstentümer hätte vorausgesetzt, dass die drei geistlichen Kurfürsten von Mainz, Trier und Köln, anders als die anderen linksrheinisch depossedierten geistlichen Fürsten und Prälaten, und wie die linksrheinisch depossedierten weltlichen Reichsstände für den Verlust ihrer linksrheinischen Gebiete Entschädigungen aus rechtsrheinischen geistlichen Besitzungen erhalten mussten, und dass die ihnen verbleibenden rechtsrheinischen Gebiete, im Gegensatz zu den rechtsrheinischen Gebieten der anderen geistlichen Fürsten und Prälaten bei der Entschädigung der linksrheinisch depossedierten weltlichen Reichsstände ausgenommen blieben. Nach dem Wortlaut des Entschädigungsbeschlusses der Reichsdeputation vom 4. April 1798:

„...; so sehe die Deputation, ..., sich gedungen, auch noch in die verlangte, durch Saecularisationen zu erzielende Entschädigungen für den auf dem linken Rhein=Ufer entstehenden Verlust sich einzulassen, und darueber in naechere Unterhandlung zu treten, jedoch dergestalt, daß dabey mit allen denjenigen Maaßregeln und beschraenkenden Vorsichten eingeschritten werde, welche zu Erhaltung der Constitution des deutschen Reichs in jeder Hinsicht, auch zu Wiederherstellung und Befestigung des darauf gegruendeten Wohls der Staende, Reichs=Angehorigen und Unterthanen wesentlich erforderlich seyen. ...“¹⁵⁵

¹⁵³ *Protocoll Rastatt*, I. Band, SESSIO XXXIX., den 4ten April 1798, §. 107., Conclusum, S. 535-537 (536).

¹⁵⁴ Teil I, Kap. IV, 9., S. 349.

¹⁵⁵ *Protocoll Rastatt*, I. Band, SESSIO XXXIX., den 4ten April 1798, §. 107., S. 535-537 (536).

war eine solche Ausschließung der drei geistlichen Kurfürstentümer nicht vorgesehen gewesen. In den sechs Voten der Subdelegierten der beiden Herzöge von Baiern und Bremen, des Markgrafen von Baden, des Landgrafen von Hessen-Darmstadt, der Reichsstadt Frankfurt und des Kurfürsten von Sachsen waren weder Entschädigung der drei geistlichen Kurfürsten für ihre linksrheinischen gebietlichen Verluste und die Nichtheranziehung ihrer verbleibenden rechtsrheinischen Gebiete zur Entschädigung der weltlichen Reichsstände, noch ihre weitere Erhaltung vorgesehen.¹⁵⁶

Solches war vielmehr nur und dies auch nur andeutungsweise in den Minderheitsvoten der *Subdelegierten des Erzherzogs von Österreich*:

„... Vorzüglich aber wird erfordert, um die Reichs=Verfassung im Ganzen zu erhalten, daß denen drei geistlichen Kurfuersten ein ihrer Wuerde und Existenz angemessener Stand sicher gestellt werde. ...“¹⁵⁷

und dem sich diesem anschließenden Votum des *Subdelegierten des Kurfürsten von Mainz*:

„... Was in dem heutigen Nachtrage zur fuertreflich erzherzoglich oesterreichischen Abstimmung wegen der drei geistlichen Herren Kurfürsten erinnert werde, ..., sey demjenigen, was Subdelegatus in seinem juengsten Voto

¹⁵⁶ In der 38. Sitzung der Reichsfriedensdeputation am 2. April 1798 abgegebenen Voten der Subdelegierten: des Herzogs von Baiern (*Protocoll Rastatt*, I. Band, SESSIO XXXVIII., den 2ten April 1798, §. 105., Umfrage, Bayern, S. 492-496 mit dem oben, S. 39-40 wiedergegebenen Teilausschnitt), des Herzogs von Bremen (*ibd.*, Bremen, S. 501-502 mit den oben, S. 40-41 wiedergegebenen Teilausschnitt), des Markgrafen von Baden (*ibd.*, Baden, S. 502-506 (504-506) mit dem oben, S. 41 wiedergegebenen Teilausschnitt), des Landgrafen von Hessen-Darmstadt (*ibd.*, Hessen=Darmstadt, S. 507-509 (508-509) mit dem oben, S. 41-42 wiedergegebenen Teilausschnitt), der Reichsstadt Frankfurt (*ibd.*, Frankfurt, S. 512-514 mit dem oben, S. 42-42 wiedergegebenen Teilausschnitt), des Kurfürsten von Sachsen (*ibd.*, Kursachsen, S. 527-528 mit dem oben, S. 43-44 wiedergegebenen Teilausschnitt), und den von dem Subdelegierten des Herzogs von Baiern in seinem Votum vom 2. April 1798 vorformulierten Vorbehalt:

„... Dieses alles nun zusammengenommen, bewegt Subdelegatum, dahin abzustimmen:

„...: man ,wolle sich auch in die anverlangte, durch Saecularisation zu erzielende ,Entschaedigungen für die zu Verlust gehende Laender, jedoch dergestalt einlassen, daß dabey mit allen denjenigen Maaßregeln und ,Vorsichten eingeschritten werden muesse, welche die Constitution des ,deutschen Reichs in religioesen und politischen Hinsichten, und das ,darauf gegruendete Wohl der Staende, Reichs=Angehorigen und Un-,terthanen, so viel immer moeglich, theils erhalten und befestigen, ,theils wieder herstellen koenne. ...“ (*ibd.*, Bayern, S. 492-496 (496).

¹⁵⁷ In seinem in der 39. Sitzung der Reichsdeputation am 4. April 1798 abgegebenen Votum (*Protocoll Rastatt*, I. Band, SESSIO XXXIX., den 4ten April 1798, §. 107., Oesterreich, S. 530-533 (531)).

sowohl als mehreren andern vorhergehenden, ausgeführt habe, vollkommen conform, ...“¹⁵⁸

enthalten.¹⁵⁹

¹⁵⁸ In seinem in der 39. Sitzung der Reichsdeputation am 4. April 1798 abgegebenen Votum (*Protocoll Rastatt*, I. Band, SESSIO XXXIX., den 4ten April 1798, §. 107., Kurmainz, S. 534-535 (534-535)).

¹⁵⁹ In dem neben den Säkularisationen auch noch andere Entschädigungen fordernden weiteren dritten Minderheitsvotum des Subdelegierten des Fürstbischofs von Würzburg war neben den verlangten Säkularisationen keine Ausführungen oder Hinweise für eine zu erfolgende Aufrechterhaltung der drei geistlichen Kurfürstentümer vorgesehen gewesen (*Protocoll Rastatt*, I. Band, SESSIO XXXVIII., den 2ten April 1798, §. 105., Umfrage, Wuerzburg, S. 497-501, SESSIO XXXIX., den 4ten April 1798, §. 107., Wuerzburg, S. 533-534 mit insbesondere den oben, S. 44-45 wiedergegebenen Teilausschnitten und oben, S. 49 vorformulierten Vorbehalt).

V

Zusammenfassung: Entschädigungen allein durch Säkularisationen

Nach dem übereinstimmenden Willen der beiden Verhandlungsteile, der französischen Gesandten und der Reichsfriedensdeputation sollten die durch die Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete den weltlichen Reichsständen und Fürsten eintretenden gebietlichen Verluste allein durch rechtsrheinische Säkularisationen ausgeglichen werden.

Der auch von den französischen Gesandten gebilligte Vorbehalt der Erhaltung der Constitution des Reiches und der Wiederherstellung des Wohles seiner Glieder, ist demnach nur im Sinne eines Maßstabes bei der Verteilung der Säkularisationen zu deuten. Insbesondere sollte damit einer über die Entschädigung hinausgehenden Totalsäkularisation ein Hindernis entgegengestellt werden.¹⁶⁰

Der Verfasser von *Ueber Schadloshaltung der jenseits des Rheins verlierenden Reichsstände*¹⁶¹ :

„Der Schluss, welchen die Reichsfriedensdeputation in ihrer 39^{sten} Sitzung fasste, hat endlich über das Schicksal entschieden, welches so manche geistliche Wahlstaaten treffen soll. ...“¹⁶²

¹⁶⁰ Bei den auf dem Rastatter Kongress sich abzeichnenden Säkularisationen in Deutschland berief Papst Pius VI. eine Kongregation, bestehend aus den Kardinälen Antonelli, Gerdil, Pietro zur Beratung über die Massregeln, welchen den Säkularisationen soviel als möglich vorbeugen könnten. Diese fasste unter seinem Vorsitz 5 Beschlüsse, für den nach Rastatt zu entsendenden Nuntius am Kölner Hof Annibale della Genga, zuzüglich von den Kardinälen alleinig genehmigten Instruktionen. Unter dem Zwang der Verhältnisse willigte der Pöpst in eine teilweise Säkularisation ein. Eine an den Kaiser, die katholischen Kurfürsten und die Bischöfe gerichtete Breve enthielt, sich mit allen Kräften dem Säkularisationsprojekt zu widersetzen. Im Fall zu ausgedehnter Säkularisationen sollte Nuntius Genga Protest einlegen, aber in Form einer väterlichen Ermahnung und nicht einem bitteren Vorwurf, denn nicht minder als die Besitzungen seien die Gerechtsamen der Kirche „,Wenn das Kleid des Herrn zerrissen und verkauft ist, möge das depositum fidei unberührt bleiben.““ Mit den Säkularisationen müsse vertragsmäßig die ungeschmälerete Erhaltung und Sicherung der Rechte des Papstes als Basis für das künftige Konkordat mit der deutschen Nation festgelegt werden. Mache die Säkularisation auch vor den Bistümern nicht Halt, müsste eine Arrangement für die Errichtung neuer Bistümer, für die Fundierung der bischöflichen Mensen und Seminarien und für die Freiheit der Kollationen getroffen werden. Die Beeinflussung des Nuntius auf die neben den Säkularisationen auch andere Entschädigungen fordernden Voten, des Bischofs von Würzburg (oben, S. 44-45) und des Erherzogs von Österreich (oben, S. 45-46) liegt nahe (*Döberl*, Die Säkularisation und die päpstliche Diplomatie. (1798-1803.), (I.), in: *Hist-pol Blätter kath Deutschland*, CLIII. Band, S. 760-763 (Zitat S. 762) und *Rinieri*, La S. Sede e la secolarizzazione dei principati e dei beni ecclesiastici della Germania (1798-1805), I., in: *La Civiltà Cattolica*, Anno 56^o-1905, Vol. III, p. 167- 169; *ders.*; La cause della secolarizzazione dei beni ecclesiastici della Germania (Federico II, Giuseppe II, Bonaparte), II., in: *La Civiltà Cattolica*, Anno 56^o-1905, Vol. II, p. 157-159).

¹⁶¹ Von einem unbekanntem Reichstagsgesandten (Titelblatt) am 12. April 1798 (S. 45) niedergeschriebener Bericht an seinen herzoglichen Herrn (S. 1).

¹⁶² S. 3.

Beuerlin, Ueber den Laenderverlust und die Entschädigung durch Sekularisationen¹⁶³ :

„..., die Reichsdeputation willigte endlich auch, wiewohl unter einigen unbedeutenden Bedingungen, in die Entschädigung durch Sekularisationen auf dem rechten Rheinufer ein. ...“¹⁶⁴

der Verfasser von *Ueber Secularisationen, Reichsvicariat, und Bisthum Regensburg*¹⁶⁵ :

„... Der Entschädigungsweg durch Secularisationen ist nun einmal schon als unabänderliche Basis in die Friedensunterhandlungen aufgenommen worden. ...“¹⁶⁶

der Verfasser der *Unbefangenen Anmerkungen ueber das neueste Project der Nothwendigkeit einer allgemeinen Sekularisation*¹⁶⁷ :

„..., nachdem einmal der Frankreichische Sekularisationsplan selbst von der hohen Reichsdeputation als das einzige Heilmittel der beschädigten weltlichen Staaten angenommen ward, ...“¹⁶⁸

der Verfasser von *Ueber die Nothwendigkeit einer allgemeinen Saecularisation der deutschen Erzbisthuemer, Bisthuemer, Praelaten und Kloester*¹⁶⁹ :

„... der Schluß der Reichsfriedensdeputation in ihrer 9ten Sitzung⁽¹⁷⁰⁾ entschied endlich die Nothwendigkeit der Sekularisationen; allein dieses in geistlichen Augen so desperate Mittel sollte nur mit aller Mäßigung gebraucht, und die ehrwürdige deutsche Constitution dadurch auf keiner Seite verletzt werden. - ...“¹⁷¹

¹⁶³ Verfasst am 14. April 1798 (Vorrede, S. VIII).

¹⁶⁴ S. 4, insg., S. 4.

¹⁶⁵ Im August 1798 erschienen (Titelblatt).

¹⁶⁶ S. 11: Ziff. b), insg., S. 5-8, 11.

¹⁶⁷ Im September 1798 erschienen (Titelblatt), von einem unbekanntem Regensburger.

¹⁶⁸ S. 5, insg., S. 5-6.

¹⁶⁹ 1798 erschienen.

⁽¹⁷⁰⁾ Vielmehr 39. Sitzung.

¹⁷¹ S. 33-34, insg., S. 32-34.

der Verfasser der *Skizzen zum reifen Nachdenken ueber die richtige Bestimmung der beym Rastatter Reichsfriedenskongreß abzuhandelnden Jndemnisations= und Saekularisationsbasis*¹⁷²:

„Da die Saekularisation einmahl unwiederruflich beschlossen ist; so ist der Streit über Billig=oder Unbilligkeit schon entschieden, ...“¹⁷³

das *Kaiserliche Hof=Dekret 30ten Juny 1803. Den in dem kaiserl. allergnaedigsten Kommissions=Ratifikationsdekrete vom 27ten April d. J. noch ausgeschiedenen Gegenstand der Stimmen im Reichsfuerstenrathe betreffend*:

„Das Entschaedigungs=Prinzip durch Saekularisationen, vereinigt mit dem Prinzip der Erhaltung der Konstitution des teutschen Reichs in jeder Hinsicht, wie solche im Jahre 1798 bestand, waren jene zu Rastadt foermlich aufgestellten Grundsaeetze, ...“¹⁷⁴

und die im *RDH vom 25. Februar 1803* enthaltene Einleitung:

„Demnach zu Beendigung des zwischen Kaiserlicher Majestät und dem Teutschen Reiches eines - dann der Französischen Republik andern Teils - ausgebrochenen Kriegs, ... ein Friedenskongreß ... zu Rastadt eröffnet worden, auch daselbst die Unterhandlungen bereits so weit gediehen, daß im Namen des Teutschen Reichs in die Überlassung der Lande der linken Rheinseite nicht nur gewilligt, sondern auch wegen des dadurch auf solcher Rheinseite entstehenden Verlustes die Grundlage der Entschädigung durch Säkularisationen angenommen, ...“¹⁷⁵

¹⁷² 1798 erschienen.

¹⁷³ §. 1., S. 7.

¹⁷⁴ *Regensburger Correspondenz*, LXI. Band, 69. Stück.

¹⁷⁵ *Das Ende des Alten Reiches*, A., II., S. 14.

C

Bedeutungswandel der Rastatter Grundsätze durch den Friedensvertrag von Lunéville?

I

Die zu Beginn des Art. VII ausgesprochene Schadenstragung durch das gesamte Reich als möglicher Bedeutungswandel

Der zu Beginn von Art. VII des Friedensvertrages von Lunéville ausgesprochene Grundsatz der wegen den linksrheinischen gebietlichen Verluste durch das gesamte Reich zu erfolgenden Schadenstragung:

„..., tandis que c'est à l'Empire germanique collectivement à supporter les pertes résultantes des stipulations du présent traité, ...“¹⁷⁶

beinhaltete eine Aufteilung der linksrheinischen gebietlichen Verluste auf alle links- und rechtsrheinischen Reichsstände, im Gegensatz zu den allein auf Entschädigung durch Säkularisationen lautenden Rastatter Grundsätzen.

Die danach in Art. VII ausgesprochene alleinige Zusprache von Entschädigungen an die linksrheinisch depossedierten Princes héréditaires, unter Bezugnahme auf die Rastatter Grundsätze:

„..., qu'en conformité des principes formellement établis au congrès de Rastadt, l'Empire sera tenu de donner aux Princes héréditaires qui se trouvent dépossédés à la rive gauche du Rhin, un dédommagement, qui sera pris dans le sein dudit l'Empire, ...“¹⁷⁷

steht ihrerseits der zu Beginn ausgesprochenen grundsätzlichen Aufteilung des durch die Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete eingetretenen Schadens auf alle Reichsstände entgegen.

Der auf dem Rastatter Kongress festgesetzte Grundsatz zu Entschädigung durch Säkularisationen könnte bei ihrer Einbeziehung in den Art. VII des Friedensvertrages von Lunéville einen von den beiden Vertragsteilen gewollten Bedeutungswandel erfahren haben.

¹⁷⁶ *Napoleonische Friedensverträge*, II., S. 21.

¹⁷⁷ *Napoleonische Friedensverträge*, II., S. 21.

II

Die Friedensverhandlungen

1. Verhandlung des kaiserlichen Bevollmächtigten auch für das Reich

Am 7. November 1800 wurden im lothringischen Lunéville¹⁷⁸ die Verhandlungen zur Abschließung des Friedens eröffnet.¹⁷⁹

¹⁷⁸ Die zuvor am 28. Juli 1800 in Paris vereinbarten Friedenspräliminarien (*Martens*, *Traité des puissances de l'Europe*, Tome VII, N° 62., p. 407-409) hatten keine Wirksamkeit erlangt.

Das vom 1. Konsul Bonaparte nach der von ihm am 14. Juni 1800 gewonnenen Schlacht von Marengo am 28. prairial an VIII (16 juin 1800) an Kaiser Franz II. gerichtete Schreiben mit dem Ersuchen um Abschließung eines Friedens auf der Grundlage des Friedensvertrages von Campo Formio (*Bonaparte*, *Correspondance de Napoléon I^{er}*, Tome VI, 4914., p. 460-462 (462)), war von diesem mit der Entsendung von General-Major Graf von Saint-Julien nach Paris, mit einem an den 1. Konsul gerichteten Schreiben vom 8. Juli 1800 zur Ermittlung der Friedensbedingungen, deren Grundlage jedoch nicht der Frieden von Campo Formio sein könne, beantwortet worden (*Thugut*, *Vertrauliche Briefe*, II. Band, MCLV., S. 239-241 (239, 240) mit Anm. 64, Anmerkungen, S. 446-447).

Nach 5 von Saint-Julien mit dem französischen Außenminister Talleyrand am 22., 23., 24., 27. und 28. Juli 1800 gehaltenen Konferenzen (*Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, pièce 23., fol. 65 r-68 r: première conference, 3 thermidor an 8 (22 juillet 1800); fol. 68 r: seconde conference, 4 thermidor (23 juillet 1800); fol. 68 r-69 r: 3^eme conference, 5 thermidor an 8 (24 juillet 1800); fol. 69 r et v: quatrième conference, 8 thermidor an 8 (27 juillet 1800); fol. 70 r et v: cinquième conference, 9 thermidor an 8 (28 juillet 1800); gedruckt in: *Du Casse*, *Histoire des négociations diplomatiques*, Tome II, Note A., p. 423-429) war am 28. Juli der Vorfriedensvertrag abgeschlossen worden. Dieser sah insbesondere vor:

die Vereinbarung des Friedens und der Freundschaft zwischen dem Kaiser und der Französischen Republik (Art. I, *Martens* ebd., p. 408),

die Festlegung des Vertrages von Campo Formio als der Grundlage des endgültigen Friedens (Art III, p. 408),

die Beibehaltung von der Rheingrenze wie man über sie auf dem Rastatter Kongress übereinkam (Art. IV, p. 408),

die Vereinbarung, dass der Kaiser für seine, ihm in den Geheimartikeln des Vertrages von Campo Formio in Deutschland zugesagten Entschädigungen solche in Italien erhalten und dies zusätzlich für das Erzstift Salzburg, das Innviertel und das an die Französische Republik selber abgetretene Fricktal (Art. VI, p. p. 408-409),

die zu erfolgende Auswechslung der Ratifikationen in Wien vor dem 27 thermidor (15 août 1800) (Art. VII, p. 409) und

das Fortgehen der Verhandlungen für den endgültigen Frieden unmittelbar nach dem Austausch der Ratifikationen (Art. VIII, p. 409).

Bei der nach 24 Stunden erfolgten Ratifizierung der Friedenspräliminarien durch den 1. Konsul (Ratifikationsurkunde vom 10 thermidor an VIII, in: (*Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371: pièce 25., fol 74 r et v; gedruckt in: *Du Casse* ebd., Note B., p. 431) wurde jedoch von Seiten des kaiserliche Hofes die Übergabe der französischen Ratifikation verhindert und die Erteilung von der eigenen Ratifikation verweigert, welcher kaiserliche Hof sah die Abschließung der Friedenspräliminarien als die Überschreitung der von ihm Saint-Julien erteilten Vollmacht ansah (*Posselts Annalen*, Jahrg. 1800, 3. Band, 9. Stueck, II., 6., S. 199-200; *Moreau und sein letzter Feldzug*, S. 57-58; *Quellen zur Geschichte der Kriege von 1799 und 1800*, II. Band, III.: *Négociations qui eurent lieu à Paris au mois de juillet 1800, ... entre le Premier Consul Bonaparte, le ministre des affaires étrangères ..., Talleyrand, et monsieur comte de Saint Julien, ... verfasst von Graf Adam Adalbert Neipperg*, S. 125/127-144 (143) und *Du Casse* ebd., Introduction, p. 29-31). Auch wollte der Kaiser

Seitens der Französischen Republik wurden sie vom citoyen Joseph Bonaparte, conseiller d'État, dem älteren Bruder des 1. Konsuls,¹⁸⁰ und seitens des Kaisers von dem österreichischen Hof- und Staatsvizekanzler und Minister der auswärtigen Angelegenheiten Graf Cobenzl geführt.¹⁸¹

Graf Cobenzl besaß eine ihm allein vom Kaiser erteilte Vollmacht. Nach Art. IV, § 11 der kaiserlichen Wahlkapitulation¹⁸² hätte er zur Aufnahme von Friedensverhandlungen und für das Abschließen eines Friedensvertrages im Namen des Reiches einer Bevollmächtigung des Reichstages oder im Notfall der Einwilligung der Kurfürsten bedurft.¹⁸³ Solches war jedoch wegen der Eilbedürftigkeit eines Friedensschlusses mit der Französischen Republik nicht geschehen, wie auch die Präambel des Friedensvertrages von Lunéville selber ausdrückt:

„... Sadite Majesté Impériale et Royale ne désirant pas moins vivement de faire participer l'Empire germanique aux bienfaits de la paix, et les conjonctures présentes ne laissant pas le temps nécessaire pour que l'Empire soit consulté, et puisse intervenir par ses députés dans la négociation. ...“¹⁸⁴

wegen seines mit König Georg III. von Großbritannien gehabten Bündnisses (Brief von Thugut an Talleyrand v. 5 Sept. 1800 „Monsieur, j'ai rendu compte à l'Empereur ..., et l'on peut dire à sa véritable gloire.“ (*Du Casse* ebd., Introduction, p. 39-43) bei insbesondere mit dem von ihm mit Großbritannien am 20. Juni 1800 gehabten Abschlusses eines Subsidienvtrages (*Parry, Treaty series, Vol. LV, p. 235-245*), dass dessen Gesandte auf einem allgemeinen Friedenskongress mitzugelassen werde (*Posselts Annalen, Jahrg. 1800, 3. Band, 9. Stueck, II., 6., S. 200; Moreau und sein letzter Feldzug, S. 63; Quellen zur Geschichte der Kriege von 1799 und 1800 ebd., III.: Négociations qui eurent lieu à Paris au mois de juillet 1800, ... verfasst von Graf Adam Adalbert Neipperg, S. 125/127-144 (143-144)*).

¹⁷⁹ Brief des französischen Bevollmächtigten Joseph Bonaparte an seinen Außenminister Talleyrand v. 18 brumaire an IX (9. Nov. 1800) (*Min Aff Étr, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, pièce 70., fol 165 r; gedruckt in: Du Casse, Histoire des négociations diplomatiques, Tome II, Traité de Lunéville, p. 67-68, p. 66-67*).

¹⁸⁰ Seine ihm vom 1. Konsul am 30 oct. 1800 erteilten Vollmacht (*Min Aff Étr, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, fol. 73-75 r; gedruckt in: Du Casse, Histoire des négociations diplomatiques, Tome II, Note C., p. 342*).

¹⁸¹ Dieser hatte nach dem Rücktritt von dem eine kriegsorientierte Politik verfolgenden Staatskanzler und Außenminister Thugut am 26. Sept. 1800 am 5. Okt. das Amt des Staatsvizekanzlers und Minister der auswärtigen Angelegenheiten übernommen, welcher Thugut jedoch während der Abwesenheit Cobenzls in Wien die Geschäfte des Außenministers bis zu der von den Kaiserlichen in der Schlacht von Hohenlinden am 3. Dez. 1800 erlittenen Niederlage (unten, S. 266-268) weiter besorgte (*Quellen zur Geschichte der Kriege von 1799 und 1800, II. Band, V., Einschaltung. ..., I., S. 385-386*).

¹⁸² Wahlkapitulation von Kaiser Franz II. v. 5. Juli 1792: datiert nach dem Tag seiner Wahl und beschworen von seinen Kommissarien (*Die kaiserliche Wahlkapitulation Franz des Zweyten, Fußn. 2*), S. 208 und Schluß, S. 209).

¹⁸³ „Sodann sollen und wollen Wir auch keine verbindliche Praeliminar=, weniger Haupt=Friedenstraktaten, ohne Zuthun und Mitbewilligung Kurfuersten, Fuersten und Staende des Reichs, vornehmen, weniger schließen, es waere dann, daß eine wahre und wirkliche eilende Noth ein solches nicht gestatte, welchenfalls wir wenigstens einweil, bis die Sache an das gesamte Reich gebracht werden kann, des kurfuerstlichen Collegiums Einwilligung einholen wollen, ehe Wir Uns in etwas Verbindliches einlassen. Sofort wollen Wir auch gedachte Kurfuersten, Fuersten und Staende des Reichs bei den Friedenshandlungen ihres Deputations= und Beiwirkungsrechts sich ungeschmaelert gebrauchen, ... lassen, ...“ (*Die kaiserliche Wahlkapitulation Franz des Zweyten, S. 43*), insg., § 11 (S. 43-44).

¹⁸⁴ *Napoleonische Friedensverträge, II., S. 19.*

Von Seiten des französischen Bevollmächtigten war an den kaiserlichen das Ansinnen auf Abschließung des Friedensvertrages auch im Namen des Reiches gestellt worden, wobei auf das Beispiel der den Spanischen Erbfolgekrieg von 1701-1714¹⁸⁵ beendenden Rastatter und Badener Friedensverhandlungen des Jahres 1714 verwiesen wurde. Der damalige Rastatter Friedensvertrag war allein vom Hause Österreich¹⁸⁶ und der nachfolgende inhaltsgleiche Badener Friedensvertrag auch im Namen des Reiches mit König Ludwig XIV. abgeschlossen worden.¹⁸⁷ Da der französische Bevollmächtigte in Lunéville die Abschließung des Friedensvertrages im Namen des Reiches als die notwendige Voraussetzung für den weiteren Fortgang der Friedensverhandlungen machte, willigte Cobenzl von sich aus hierin ein. In seinem an die Kurfürsten und anderen angesehenen Reichsfürsten gerichteten Handschreiben vom Februar 1801 teilte Kaiser Franz II. diesen dies mit.¹⁸⁸

Wegen der Eilbedürftigkeit und der französischen Übermacht, welche das Reich bedrohte, und insbesondere, um das harte Kriegsschicksal, welches bei einer noch längere Hinauszögerung des Friedens größere Teile von Deutschland bedrohte,¹⁸⁹ genehmigte Kaiser Franz II. diesen Schritt seines Bevollmächtigten, wobei es jedoch nicht seine Absicht war, den

¹⁸⁵ Unten, S. 1004-1011.

¹⁸⁶ Unten, S. 1009.

¹⁸⁷ Unten, S. 1009-1011.

¹⁸⁸ „Meinem nach Luneville zur Unterhandlung des Friedens mit der franzoesischen Republik abgesendeten K. K. bevollmaechtigten Minister geschah von dem Bevollmaechtigten des franzoesischen Governements der bestimmte Antrag, daß in dem mit Mir abzuhandelnden Friedensschlusse zugleich der Reichsfrieden in Meiner Eigenschaft als Reichsoberhaupt berichtet werden solle.

Dem K. K. Bevollmaechtigten war nicht entgangen, daß das Mitwirkungsrecht der Kurfuersten, Fuersten, und Staende des Reichs in Friedenssachen durch die Grundgesetze des teutschen Reichs klar entschieden, somit kein hierin Meine Kaiserliche Autoritaet, ohne vorher zu dem Ende eine besondere Vollmacht von dem Reiche erhalten zu haben, durch die Rechte der teutschen Verfassung beschaenkt sey. Diese dem obigen Antrage in ihrem vollen Gewichte, nebst andern, entgegengestellte Betrachtung fand aber den Eingang nicht, den Mein Bevollmaechtigter von der Staerke deren verfassungsmaeßigen Richtigkeit erwartet hatte. Vielmehr ward auf dem Antrage, unter namentlicher Beziehung auf das Beyspiel der Friedens=Unterhandlungen zu Rastadt und zu Baden vom Jahre 1714 so beharrlich, fest und dringend bestanden, daß sich alle Friedensunterhandlungen wuerden aufgeloeßt haben, wenn nicht endlich, nach fruchtloß erschoepten Vorstellungen, Mein Bevollmaechtigter der franzoesischen Ansinnen, unter gleichmaeßiger Beziehung auf die Unterhandlungsart zu Rastadt und zu Baden beygetreten waere. ...“ (Anlage I. – gedruckt – des *Kaiserlich=allergnaedigstes Hofdekret an die hochloebliche allgemeine Reichsversammlung zu Regensburg, de dato Wien den 21sten Hornung 1801. Wodurch der mit der Franzoesischen Republik abgeschlossene Friedenstractat mitgetheilt, und wegen dessen Ratification ein schleunigst zu ertheilendes Reichsgutachten verlangt wird/diét. 25. Febr. 1801, in: Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 12. Stück).*

Dem das kaiserliche Handschreiben als Anlage beigefügten Kaiserliche Hofdekret v. 21. Febr. 1801 sprach dies auch aus:

„...: An den ... zur Unterhandlung des Friedens mit der Franzoesischen Republik nach Lueneville abesoenderten Kaiserl. Koenigl. Bevollmaechtigten geschah von dem Bevollmaechtigten des Franzoesischen Gouvernements unter namentlicher Beziehung auf das Beispiel der Friedenshandlungen zu Rastadt und zu Baaden vom Jahre 1714, der bestimmteste Antrag, daß dort zugleich der Reichsfriede in Allerhoechstihrer Eigenschaft als ReichsOberhaupt berichtet und unterzeichnet werde. ...“ (*Kaiserlich ... Hofdekret ... , de dato Wien den 21sten Hornung 1801. ... , in: ebd.*).

¹⁸⁹ Unten, S. 272-273.

abzuschließenden Friedensvertrag der späteren Einsicht und Ratifikation des Reichstages zu entziehen. Er ging vielmehr davon aus, dass die Reichsstände mit grösster Wahrscheinlichkeit¹⁹⁰ in einer ähnlich beschwerlichen Lage auch so gehandelt hätten.

Mit seiner Genehmigung wollte der Kaiser auch keinesfalls die reichsständischen Mitwirkungsrechte in den Friedenssachen beeinträchtigen und ging davon aus, es würden bei der Verhandlung des Friedensschlusses vor dem Reichstag sich die Reichsstände davon überzeugen, dass er zur Sicherung ihrer Gerechtsame schon im voraus alle mögliche Vorsorge getroffen habe.¹⁹¹

Der von den kaiserlichen und französischen Bevollmächtigten am 9. Februar 1801 in Lunéville abgeschlossene Friedensvertrag wurde demnach von kaiserlicher Seite im Namen

¹⁹⁰ „... Groß war Meine Verlegenheit in der Eigenschaft als Reichsoberhaupt, als ich durch Meinen Bevollmaechtigten von diesem Hergange der Sache die Nachricht erhielt, und es war fuer mich ein hoechst wichtiges Anliegen, die Sache reiflichst zu erwagen. Die Vorstellung den Schritt Meines Bevollmaechtigten zu genehmigen, und in Folge dieser Genehmigung zur Abhandlung der Reichsfriedens=Artikel vorzuschreiten, wenn gleich hiebey die Absicht keineswegs ist, den Friedenstractat der nachherigen Einsicht und Ratifikation der allgemeinen Reichsversammlung zu entziehen, lag sehr mit Meiner pflichtmaeßigen Achtung fuer die Reichsstaendischen Rechte und Befugnisse im Streite: der Mißbilligung hingegen des Beitritts Meines Bevollmaechtigten zu jenseitigem Ansinnen wirkte die Vorstellung des harten Verhaengnisses, welches gegenwaertig ueber einem sehr ansehnlichen Theile Teutschlands schwebte, ...; und Jch beschloß zu Folge der von Meinem Bevollmaechtigten gegebenen und von Mir unter solchen Verhaeltnissen genehmigten Erklaerung auch die Reichsfriedenspunkte abschließen zu lassen, und vertraue anbey sehr auf die bewaehrte Wohlerwaegung Eurer etc. daß Dieselben nach groeßter Wahrscheinlichkeit in aehnlicher beschwerlichen lage eben die Entschließung gefaßt haben wuerden. ...“ (Anlage I. – gedruckt – des *Kaiserlich=allergnaedigstes Hofdekret an die hochloebliche allgemeine Reichsversammlung zu Regensburg, de dato Wien den 21sten Hornung 1801. Wodurch der mit der Franzoesischen Republik abgeschlossene Friedenstractat mitgetheilt, und wegen dessen Ratification ein schleunigst zu ertheilendes Reichsgutachten verlangt wird/diét.* 25. Febr. 1801, in: *Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 12. Stück).

¹⁹¹ „... Wenn ich nun eine Beruhigung darinn finde, Euer etc. durch gegenwaertiges Handschreiben mit dem wahren Verhaeltnisse der Sache und Meiner gefaßten Entschließung bekannt zu machen: so finde Jch zugleich eine nicht geringere in dem Bewußtseyn der reinsten Reichsoberhauptlichen Absicht, die ueberdieß durch mehrer oeffentliche Erklaerungen an den Reichstag, besonders durch das Kaiserliche Hofdekret vom 19ten May 1795 auf das feierlichste verbuerget ist, auf keine Weise dadurch dem Reichsstaendischen Mitwirkungsrechte in Friedenssachen zu nahe treten zu wollen; und auch der Erfolg, wenn spaeterhin der Friedensabschluß an die Kurfuersten, Fuersten und Staende bey der allgemeinen Reichsversammlung gelanget, wird bestaetigen, und Eure etc. vollkommen ueberzeugen und beruhigen, daß selbst bey der Leitung des erwahnten Friedensgeschaefts, eben in Gemaeßheit des obgedachten Beispiels der Rastaedtischen und Badischen Friedenshandlungen vom Jahre 1714, von Mir schon zum voraus zur Sicherstellung der Reichsstaendischen Gerechtsame alle moegliche Vorsorge getroffen worden sey. ...“ (Anlage I. – gedruckt – des *Kaiserlich=allergnaedigstes Hofdekret an die hochloebliche allgemeine Reichsversammlung zu Regensburg, de dato Wien den 21sten Hornung 1801. Wodurch der mit der Franzoesischen Republik abgeschlossene Friedenstractat mitgetheilt, und wegen dessen Ratification ein schleunigst zu ertheilendes Reichsgutachten verlangt wird/diét.* 25. Febr. 1801, in: *Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 12. Stück).

Das Kaiserliche Hofdekret v. 21. Febr. 1801:

„... Seine Kaiserl. Majestaet durften keinen Anstand nehmen, unverzueglich saemmtliche Kurfuersten in ihrer kurfuerstlichen sowohl, als fuerstlichen Eigenschaft, und andere angesehene Reichsfuersten mittelst eines eigenen ... Handschreibens in die Kenntniß des wahren Verhaeltnißes der Sache und J h r e r gefaßten Entschliessung zu setzen. Dasselbe enthaelt den reinen Ausdruck A l l e r h o e c h s t i h r e r Empfindungen und Grundsaeetze, und ... theilen hievon auch der allgemeinen Reichsversammlung in der ersten Anlage eine Abschrift mit, des festen Vertrauens auf ihr wohl bewaehrtes Urtheil, daß bei richtiger Abwaegung des ganzen Jnhalts dieses Handschreibens selbst jeder Schein verfassungswidriger Absicht weichen werde. ...“ (*Kaiserlich ... Hofdekret ... , de dato Wien den 21sten Hornung 1801. ...*, in: *ibd.*).

von Kaiser und Reich vereinbart. Dies brachte auch seine vorangestellte Präambel mit der Festlegung des Abschlusses des Vertrages im Namen des Corps germanique:

„... Sadite Majesté Impériale et Royale ..., a résolu, ..., de stipuler au nom du Corps germanique. ...“¹⁹²

und seine im Art. I festgelegte Friedensvereinbarung für Kaiser und Reich mit der kaiserlichen Verpflichtung zur Bewirkung der Ratifikation durch das Reich:

„Il aura, à l’avenir, et pour toujours, paix, amitié et bonne intelligence entre S. M. l’Empereur, roi de Hongrie et de Bohême, stipulant tant en son nom qu’en celui de l’Empire germanique, et la République française; s’engageant Sadite Majesté à faire donner par ledit Empire sa ratification en bonne et due forme au présent traité. ...“¹⁹³

zum Ausdruck.

Die fehlende vorherige Zustimmung des Reichstages oder im Notfall erforderliche Einwilligung der Kurfürsten wurde durch das im spätere Ratifikationsverfahren im Reichstag mit der am 6. und 7. März 1801¹⁹⁴ erteilten Zustimmung des Reichstages zum Friedensvertrag nachgeholt. Das die Ratifikation beinhaltende Reichs=Gutachten vom 7. März 1801 sprach dies auch ausdrücklich aus:

„... Die drey Reichstagkollegien haetten dieses allerhoechste Kaiserliche Hofdekret⁽¹⁹⁵⁾ in reife, dem wichtigen Inhalte desselben angemessene, und dabei nach den dringenden Umstaenden, schleunigste Berathung genommen, und so wie sich dieselben wegen des, Kurfuersten, Fuersten und Staenden des Reichs nach den Reichsgetzen zustehenden Mitwirkungsrechts in Friedenssachen bei denen in dem - dem Kaiserlichen Hofdekrete in der ersten Anlage beigelegten Kaiserlichen Handschreiben, ausfuehrlich angefuehrten Gruenden, und bey denen fuer die anerkannten, und ohnehin unbezweifelten Rechte des Reichs, wiederholten Kaiserlichen Versicherungen sich jezt allerdings beruhigen koennen, so haetten auch die Beweggruende, welche Se. Kaiserliche Majestaet, den Frieden in der vorgelegten Maaße abzuschließen bestimmt haben, ..., die allgemeine Reichsversammlung zu dem Schluß bewogen, daß der ... zu Luneville abgeschlossene Friede von Jhro Kaiserlichen Majestaet und des Reichs wegen zu ratifiziren, ...“¹⁹⁶

¹⁹² *Napoleonische Friedensverträge*, II., S. 19.

¹⁹³ *Napoleonische Friedensverträge*, II., S. 19.

¹⁹⁴ Unten, S. 83-136.

⁽¹⁹⁵⁾ Gemeint war das Kaiserliche Hofdekret v. 21. Febr. 1801.

¹⁹⁶ *An Jhro Roemisch=Kaysperl. Majestaet allerunterthaenigstes Reichs=Gutachten, de dato Regensburg den 7 Maerz 1801. Den von Jhro Kaisperl. Majestaet und des Reichs wegen zu ratifizirenden am 9ten Febr. d. J. zu Lueneville abgeschlossenen Frieden betreffend/dict. 9. Martii 1801 (Regensburer Correspondenz, LIX. Band, 20. Stück).*

Die fehlende vorherige Bevollmächtigung des kaiserlichen Bevollmächtigten Cobenzl zur Abschließung des Friedensvertrages im Namen des Reiches wurde demnach durch die im nachgefolgten Ratifikationsverfahren vom Reichstag ausgesprochene Ratifikation geheilt.

2. Die gewollte Abtretung der gesamten linksrheinischen Reichsgebiete an die Französische Republik

Seitens der Französischen Republik war von Beginn der am 7. November 1800 in Lunéville eröffneten Friedensverhandlungen¹⁹⁷ ihr Erwerb der gesamten linksrheinischen Reichsgebiete niemals in Frage gestellt worden.

Die von Außenminister Talleyrand noch vor der Eröffnung der Verhandlungen auf Anweisung des 1. Konsuls seinem Bevollmächtigten Bonaparte vorläufig gegebenen Instruktionen vom 3 brumaire an 9 (25 oct. 1800) forderten unter Bezugnahme auf die Pariser Friedenspräliminarien vom 28. Juli 1800¹⁹⁸ und die von Dezember 1797 bis April 1799 geführten Rastatter Friedensverhandlungen¹⁹⁹ dies:

„....

6^o Quel est le traité qui servira de base à la négociation?

Le premier est celui des préliminaires conclus à Paris avec M. le comte de saint-Julien. Ces préliminaires ne sont eux-mêmes qu'une modification du traité de campo-Formio, et une conséquence des choses convenues à Rastadt.

7^o A mesure que la négociation se développera, le gouvernement enverra les instructions qui pourraient être nécessaires.

Cependant, en système général, tous les pays situés à la gauche du Rhin et dont la cession à la France avait été consenti à Rastadt, la Savoie, le comté de Nice, ne peuvent être même en discussions. ...“²⁰⁰

Am 16 frimaire an IX (7 déc. 1800) schrieb Talleyrand, noch ohne Kenntnis von dem bei Hohenlinden am 3. Dezember erfochtenen Sieg²⁰¹ seinem Bevollmächtigten:

Dies gleichfalls: *Conclusum Electorale, vom 7ten Maerz 1801*/dict. 9. Martii 1801; *Reichsfuerstenraths=Schluß gezogen von Oesterreich, am 7. Maerz 1801*/dict. 9. Martii 1801; *Conclusum Collegii civitatensis, d. d. 7. Maerz 1801*/dict. 9. Martii 1801 (*ebd.*, 21. Stück).

¹⁹⁷

Oben, S. 57.

¹⁹⁸

Oben, S. 57-58.

¹⁹⁹

Oben, S. 6.

²⁰⁰

Du Casse, Histoire des négociations diplomatiques, Tome II, Traité de Lunéville, p. 45-49 (48).

²⁰¹

Die beiden Briefe von Talleyrand an Joseph Bonaparte v. 9. déc. 1800, in welchem einem er diesem ohne einen Augenblick zu verlieren, über den großen Vorteil unterrichtet, welcher der Sieg von Moreau bei Hohenlinden davontragen wird (*Du Casse, Histoire des négociations diplomatiques, Tome II, Traité de Lunéville, p. 161-162 (161)*) und dem anderen, in welchem er sich beeilt, diesem durch einen Sonderkurier die wichtige Neuigkeit aus Deutschland, den Sieg von Hohenlinden mitzuteilen (*Du Casse ebd., p. 162-164 (162).*

„... Si la négociation s’ouvre sur-le-champ, voici à quelles conditions vous pouvez conclure un traité définitif.

1° La ligne du Rhin pour la République.

...

10° L’Empereur stipulera pour l’empire. Ci ces conditions ne sont pas acceptées par l’empereur, la guerre ayant son cours, ...“²⁰²

In der von den Konsulen der Französischen Republik verbreiteten Botschaft vom 12 nivôse an IX (2 janv. 1801), von Talleyrand in seinem an Joseph Bonaparte gerichteten Brief vom selbigen Tag als die allgemeine Richtlinie für seine zu führenden Verhandlungen angegeben,²⁰³ wurde die Rheingrenze als das unabänderliche Verlangen der französischen Regierung bezeichnet:

„... Le gouvernement, fidele à ses principes et au voeu de l’humanité, dépose dans votre sein, et proclame à la France et à l’Empire entière les intentions qui l’animent.

La rive gauche du Rhin sera la limite de la république française; elle ne prétend rien sur la rive droite. ... Telles sont les intentions invariables du gouvernement:

...“²⁰⁴

Auch der kaiserliche Bevollmächtigte Cobenzl billigte sie nach der erlittenen Niederlage von Hohenlinden und der anschließenden Einkreisung der österreichischen Länder²⁰⁵ selber.

Brief des französischen Bevollmächtigten Joseph Bonaparte an seinen Außenminister Talleyrand vom 10 nivôse an IX (31 déc. 1800):

„... M. de Cobenzl a répondu ...; que le protocole pouvait être ouvert sur-le-champ, si j’étais autorisé à traiter sur des bases qui fussent admissibles, comme seraient:

1° La rive gauche du Rhin à la France. ...“²⁰⁶

²⁰²

Du Casse, Histoire des négociations diplomatiques, Tome II, Traité de Lunéville, p. 158-161 (160).

²⁰³

„...; et si M. de Cobenzl a besoin d’être rassuré sur les conséquences de tant de triomphes, donnez-lui à connaître le message des Consuls, que je joins ici. La politique du gouvernement s’y trouve tout entière, et je ne puis pas donner une meilleure direction que de vous engager à vous conformer, dans vos conversations et dans vos écrits, à l’esprit de ce message.“ (*Du Casse*, Histoire des négociations diplomatiques, Tome II, Traité de Lunéville, p. 208).

²⁰⁴

Moniteur, Duodi et tridi, 12 et 13 nivôse, an 9, ..., N° 102 et 103., ACTES DU GOUVERNEMENT, Du 12 nivôse an 9. Les consuls de la république au corps-législatif, p. 414-415 (415), insg., p. 415.

²⁰⁵

Unten, S. 268-271.

²⁰⁶

Du Casse, Histoire des négociations diplomatiques, Tome II, Traité de Lunéville, p. 198-203 (201).

Bei den am 2. Januar 1801 eröffneten Konferenzverhandlungen,²⁰⁷ denen sechs weitere am 5., 11., 15., 24., 25. und 29. Januar folgten,²⁰⁸ bestand dann auch sofort bei den beiden Bevollmächtigten das Einvernehmen über die Abtretung der gesamten linksrheinischen Reichsgebiete an die Französische Republik,²⁰⁹ wie sie danach in den Art. VI und II des Friedensvertrages von Lunéville unter Bezugnahme auf den Rastatter Kongress und auf den Friedensvertrag von Campo Formio vereinbart wurde.²¹⁰

3. Anfänglicher Ausschluss einer Entschädigungsregelung

Sowohl auf Seiten der Französischen Republik als auch des kaiserlichen Bevollmächtigten war zuerst nicht intendiert gewesen, den Gliedern im Reich ihre durch die Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete entstehenden Verluste durch Erwerbungen auf dem rechten Rheinufer auszugleichen.

In seinem Brief vom 16 frimaire an IX (7 déc. 1800) teilte Talleyrand seinem Bevollmächtigten Joseph Bonaparte die einzelnen konkreten Bedingungen für den Friedensschluss mit:

„... Les nouvelles communications de M. Cobenzl ont été, comme vous pouvez le croire, l’objet des plus sérieuses méditations du premier Consul; ... L’intention du premier Consul est que vous fassiez connaître à M. de Cobenzl, par voie de conversation ou de communication inofficielle, ainsi qu’il a fait lui-même: ... Que si M. de Cobenzl a des pouvoirs pour traiter, il peut conclure et signer le traité

²⁰⁷

Das zu dieser Konferenz angefertigte Protokoll (*Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, pièce 133, fol 272 r und fol 273 r und *HHStA*, Staatskanzlei, Friedensacten, 1800-1801 Friede von Luneville, Karton 95, fol 28 r et v; gedruckt in: *Du Casse*, Histoire des négociations diplomatiques, Tome II, Traité de Lunéville, p. 209-210).

²⁰⁸

Die zu diesen Sitzungen angefertigten Protokolle: 2. Konf. am 5. Jan (*Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, pièce 137, fol 276 r und *HHStA*, Staatskanzlei, Friedensacten, 1800-1801 Friede von Luneville, Karton 95, fol 38; gedruckt in: *Du Casse*, Histoire des négociations diplomatiques, Tome II, Traité de Lunéville, p. 213-214), 3. Konf. am 11. Jan. (*Min Aff Étr* aaO., pièce 141, fol 281 r et v und *HHStA* aaO., fol 65 r-66; gedruckt in: *Du Casse* ebd., p. 222-224), 4. Konf. am 15. Jan. (*Min Aff Étr* aaO., pièce 145, fol 285 r et v; gedruckt in: *Du Casse* ebd., p. 228-230), 5. Konf. am 24. Jan. (*Min Aff Étr* aaO., pièce 159, fol 343 r-344 v und *HHStA* aaO., fol 121 r-122 v; gedruckt in: *Du Casse* ebd., p. 252-255), 6. Konf. am 24. Jan. (*Min Aff Étr* aaO., pièce 160, fol 345 r-315 r und *HHStA* aaO., fol 127 r-133 v; gedruckt in: *Du Casse* ebd., p. 260-270) und 7. Konf. am 29. Jan. (*HHStA* aaO., fol 216 r-217; gedruckt in: *Du Casse* ebd., p. 286-287).

²⁰⁹

Die von französischer Seite zu den Konferenzen angefertigte Inhaltsübersicht „*Conférence pour les Négociations de Paix à Lunéville.*“, 2^e^{me} conférence, 3^e^{me} conférence (*Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, fol 25 r-32 r (25 r)).

²¹⁰

Art. VI enthält die unter Bezugnahme auf das beim Rastatter Kongress Vereinbarte von Kaiser und Reich ausgesprochene Einwilligung zur generellen Gelangung der linksrheinischen Reichsgebiete an die Französische Republik (oben, S. 11).

Art. II enthält den von Kaiser und Reich unter Bezugnahme auf Art. III des Friedensvertrages von Campo Formio v. 17. Okt. 1797 zusätzlich und besonders ausgesprochenen Verzicht auf seine eigenen dem Haus Österreich zugehörnden linksrheinischen Besitzungen, der Österreichischen Niederlande, der Grafschaft Falkenstein und dem Fricktal (oben, S. 11-12).

définitif dans quarante-huit heures. ... Si la négociation s'ouvre sur-le-champ, voici à quelles conditions vous pouvez conclure un traité définitif.

1° La ligne du Rhin pour la République.

2° En Italie, la ligne du Mincio, plus tout le Mantouan, jusqu'à l'Oglio.

3° Au grand-duc de Toscane, le Ferrarais, la Romagne, le Bolonais.

4° A la cisalpine, la Sessia, le Mincio pour limites, ce qui comprend Parme et Modène.

5° Au duc de Parme, la Toscane.

6° Au roi de Sardaigne, le Piémont, jusqu'à la Sessia.

7° A Gênes, les fiefs impériaux, Oneille, Loano et Lucques.

8° La Valteline restera à la Cisalpine.

9° La Suisse aura un gouvernement indépendant.

10°. L'Empereur stipulera pour l'empire.

...²¹¹

welche keine zu gewährenden Entschädigungen für die linksrheinischen gebietlichen Verluste vorsahen.

Sollten vom Kaiser diese Bedingungen nicht akzeptiert werden und der Krieg weitergehen, so werde das Prinzip der Entschädigungen von Frankreich nicht mehr angenommen werden:

„... Si ces conditions ne sont pas acceptées par l'Empereur, la guerre ayant son cours, le principe des indemnités ne sera plus admis par la France. ...“²¹²

In seiner Antwortsnote vom 19 frimaire an IX (10 déc. 1800) schrieb *Joseph Bonaparte* an Talleyrand, er habe Cobenzl darauf hingewiesen, falls der Krieg fortgehe, werde das Prinzip der Entschädigungen von Frankreich nicht mehr akzeptiert werden:

„Citoyen ministre, j'ai reçu hier votre dépêche du 7; elle contient deux objets: 1° la manière d'engager la négociation séparée, si M. de Cobenzl en avait la faculté; 2° les termes auxquels je suis autorisé à signer un traité. ... Je n'ai pas manqué, au surplus, de faire sentir à M. de Cobenzl que si les hostilités continuaient, les principes d'indemnité ne seront plus admis par la France.“²¹³

In seinem nachfolgenden Brief vom 5 nivôse an IX (26 déc. 1800) teilte *Joseph Bonaparte* Talleyrand mit, der kaiserliche Bevollmächtigte sei zur Unterzeichnung von Friedenspräliminarien ermächtigt. Dies unter den drei Voraussetzungen des Erwerbes der drei päpstlichen Legationen als Ausgleich für das, was dem Haus Österreich im Vertrag von Campo Formio in Deutschland zugesichert worden war, Entschädigungen für das Mehr auf dem linken Rheinufer, was im Vertrag von Campo Formio zugesagt wurde und einen

²¹¹ *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, pièce 108, fol 235 r-236 v; gedruckt in: *Du Casse*, Histoire des négociations diplomatiques, Tome II, Traité de Lunéville, p. 158-161 (158, 159, 160).

²¹² *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, pièce 108, fol 235 v; gedruckt in: *Du Casse*, Histoire des négociations diplomatiques, Tome II, Traité de Lunéville, p. 158-161 (160).

²¹³ *Du Casse*, Histoire des négociations diplomatiques, Tome II, Traité de Lunéville, p. 164-167 (164, 167).

allgemeinen Waffenstillstand:

„Citoyen ministre, je vous ai annoncé par ma dépêche d’hier, une conférence avec M. de Cobenzl pour aujourd’hui à onze heures. Il s’est rendu chez moi avec la lettre qu’il a reçue de l’Empereur; ... Elle est datée de Vienne du 18 décembre. L’Empereur ne se dissimule pas les grands revers qu’a éprouvés son armées; ... Il autorise son ministre ... à conclure et signer des préliminaires sous le secret, sur les bases suivantes:

1^o Les trois Légations jusqu’à l’Oglio (comme équivalentes de ce que le traité de Campo-Formio assurait à l’Autriche, en Allemagne.)⁽²¹⁴⁾

2^o Compensation pour le surplus de la rive gauche du Rhin au-delà de ce qui est stipulé par l’article 1er du traité de Campo Formio, en faveur de la France.⁽²¹⁵⁾

3^o Armistice signé en même temps que les préliminaires, pour être exécutés lors de leur ratification.

...^{“216}

Er habe an das erinnert, dass was er so oft gesagt habe, dass das Prinzip der Entschädigungen von Frankreich nicht mehr akzeptiert werde, falls der Krieg fortgehe:

„... Je lui ai rappelé ce que je lui ai dit si souvent, que la guerre ayant lieu, le principe des indemnités ne serait plus admis par la France. Il est convenu qu’il trouvait cela raisonnable; ...^{“217}

Später habe ihm Cobenzl auch die Unterzeichnung eines definitiven Friedensvertrages zugesagt. Unter der Voraussetzung des Erwerbes der drei Legationen werde er den Anspruch auf einer Entschädigung für das, was Österreich über den Vertrag von Campo Formio linksrheinisch besitze, aufgeben, werde er auf der Wiedereinsetzung des Herzogtums Modena bestehen, verlange er, dass das Prinzip der Säkularisationen in Deutschland aufgegeben werde, so schlimm dies auch für jene sei, welche verlieren und dass wir den König von Preußen entschädigen könnten, falls dies uns gefalle:

„... Je viens d’avoir ce soir un nouvel entretien avec M. de Cobenzl. Il m’a dit qu’il prendrait sur lui de signer un traité définitif, mais sous le sceau du secret, sur les bases des trois Légations et de l’Oglio; qu’il abandonnerait la seconde, c’est-à-dire la compensation de ce que nous possédons sur la rive gauche du Rhin, au-delà des stipulations de Campo-Formio; qu’il insisterait sur le rétablissement du duché de Modène; qu’il demandait que le principe des sécularisations fût abandonné pour l’Allemagne; que tant pis pour qui perdrait, et, pour me servir de

⁽²¹⁴⁾ In Art. V seiner Geheimartikel sollte der Kaiser das Erzbistum Salzburg und zu dessen gebietlichen Abrundung den Teil des Bayerischen Kreises gelegen zwischen diesem, den Flüssen Inn und Salzach und dem Tirol erhalten (*Napoleonische Friedensverträge*, I., S. 16).

⁽²¹⁵⁾ Art. I seiner Geheimartikel begrenzte die Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete an die Französische Republik auf die Nette-Rur-Linie (unten, S. 290).

²¹⁶ *Du Casse*, Histoire des négociations diplomatiques, Tome II, Traité de Lunéville, p. 185-190 (185, 186).

²¹⁷ *Du Casse*, Histoire des négociations diplomatiques, Tome II, Traité de Lunéville, p. 185-190 (186).

son expression, chi ne a anto ne ha auto, que nous pouvions indemiser le roi de Prusse si cela nous faisait plaisir; ...“²¹⁸

In der von den *drei Konsulen an den Corps Législatif gerichteten Botschaft vom 12 nivôse an IX* (2 janv. 1801) waren bei den Forderungen nach der Rheingrenze, der Nichtüberschreitung der Etsch durch den Kaiser und der Unabhängigkeit der Batavischen und Helvetischen Republiken:

„... Le gouvernement, fidele à ses principes et au voeu de l’humanité, dépose dans votre sein, et proclame à la France et à l’Europe entiere les intentions qui l’animent.

La rive gauche du Rhin sera la limite de la république française; elle ne prétend rien sur la rive droite. L’intérêt de l’Europe ne veut pas que l’empereur passe l’Adige. L’indépendance des républiques helvétique et batave sera assurée et reconnue. ... Telles sont les intentions invariables du gouvernement: ...“²¹⁹

keine Entschädigungen angegeben worden.

In dem in der 4. Konferenz am 15. Januar 1801 von den beiden Bevollmächtigten dann verfassten *Geheimartikel* war eine Vermeidung von Säkularisationen ausdrücklich in der Weise festgelegt worden, dass die weltlichen Fürsten die für sie aus der Abtretung des linken Rheinufer entstehenden Verluste selber zu tragen hatten und die geistlichen Fürsten, welche bei dieser Abtretung in ihrer Gesamtheit oder zu ihrem größten Teil ihre Besitzungen verlustig gehen, aus der Vereinigung von anderen geistlichen Gütern zu entschädigen seien:

„Article séparé et secret

L’expérience ayant prouvé les difficultés insurmontables et les inconveniens sans nombres attachés aux sécularisations des ecclésiastiques en Allemagne, d’où il résulterait l’anéantissement de la constitution germanique, et S. M. l’Empereur Roi de Hongrie et de Bohême, et la République Française ayant également à coeur le maintien de cette constitution, il est convenu entre les deux parties contractantes que qu’à la prochaine pacification avec l’Empire germanique, elles s’emploient efficacement à empêcher ses sécularisations d’avoir lieu, en sorte que les Princes laïques auront à supporter les pertes, qui résulter pour eux de la cession de la rive gauche du Rhin; et que assurer l’existence des Princes ecclésiastiques, qui par cette cession perdraient la totalité, ou la plus grande partie de leurs possessions ils en seront dedommagés par la réunion d’autres bénéfice ecclésiastiques, au moyen d’arrangemens qui étant réservés aux princes et Etats l’Empire, pourront être définitivement réglés par eux d’après les lois et constitutions de l’Empire germanique.“²²⁰

²¹⁸

Du Casse, Histoire des négociations diplomatiques, Tome II, traité de Lunéville, p. 185-190 (187-188).

²¹⁹

Moniteur, Duodi et tridi, 12 et 13 nivôse, an 9, ..., N° 102 et 103., ACTES DU GOUVERNEMENT, Du 12 nivôse an 9. Les consuls de la république au corps-législatif, p. 414-415 (415).

²²⁰

Min Aff Étr, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, pièce 148, fol 291 v: pour Copie conforme à l’original laissé dans ses mains.

Der zu dieser Konferenz angefertigte *Inhaltsbericht*:

In dem von dem kaiserlichen Bevollmächtigten Cobenzl am 16. Januar 1801 dem französischen Bevollmächtigten Bonaparte übergebenen *Traité définitif*²²¹ war bei der in Art. II²²² und V vorgesehenen Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete an die Französische Republik,²²³ bei der in seinem Art. I festgelegten Friedensvereinbarung,²²⁴ des in seinem Art. III vorgesehenen Erwerbes von Venedig,²²⁵ der in seinem Art. IV festgelegten Abtretung des Breisgaus an den Herzog von Modena,²²⁶ der in Art. VI geregelten Wiedereinsetzung des Großherzogs von Toskana in seine Länder²²⁷ und in den nachfolgenden Art. VII-XXIII²²⁸

„... Les plénipotentiaires respectifs déclarèrent ensuite qu’il n’y avait aucune difficulté à ce que, immédiatement après la conclusion de la paix entre S. M. l’Empereur et Roi et la République française, la paix avec la République et l’Empire fût conclue à Lunéville par un article séparé et secret proposé à cette quatrième conférence. Il fut stipulé que l’expérience avait prouvé les difficultés insurmontables et les inconvénients sans nombre attachés aux sécularisations des biens ecclésiastiques en Allemagne, d’où il résulterait l’anéantissement de la constitution germanique, constitution que S. M. l’Empereur avait également à coeur de maintenir; qu’en conséquence, il était convenu entre les deux parties contractantes qu’à la prochaine pacification avec l’Empire germanique, elles s’emploieraient efficacement pour empêcher ces sécularisations d’avoir lieu, en sorte que les princes laïques auront à supporter les pertes qui résulteraient pour eux de la cession de la rive gauche du Rhin, et que, pour assurer l’existence des princes ecclésiastiques qui, par cette cession, perdraient la totalité ou la plus grande partie de leurs possessions, ils en seraient dédommagés par la réunion d’autres bénéfices ecclésiastiques au moyen d’arrangements qui, étant réservés aux princes et États de l’Empire, pourraient être définitivement réglés par eux d’après les lois et constitutions de l’Empire germanique.“ (*Min Aff Étr* aaO., pièce 133, fol 285 r et v; gedruckt in: *Du Casse*, Histoire des négociations diplomatiques, Tome II, Traité de Lunéville, p. 228-230 (229-230)).

²²¹ Copie d’un traité définitif. (*Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, pièce 148, fol 288 r-291 v).

Das Vertragsprojekt wurde von Joseph Bonaparte in seinem an Außenminister Talleyrand gerichteten Brief v. 28 nivôse an IX (18 janv. 1801) übersandt (*Min Aff Étr* aaO., pièce 147, fol 287 r; gedruckt in: *Du Casse*, Histoire des négociations diplomatiques, Tome II, Traité de Lunéville, p. 232).

²²² „La cession des provinces Beligiques à la République française, stipulée par l’art. 3 du traité de Campoformio, est renouvelées ici de la manière la plus formelle en sorte que S. M. Empereur et Royal apostolique pour elle et ses successeurs, renonce à tous ses droits et titres aux susdites provinces, lesquelles seront possédées à perpetueté en toute souveraineté et propriété par la République française.“ (*Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, pièce 148, fol 288 r et v).

²²³ „S. M. l’Empereur en sa qualité de Roi de Hongrie et de Bohème et d’état de l’Empire germanique ne s’opposera à ce que la paix de l’Empire assure à la République Française la totalité de la rive gauche du Rhin, depuis l’endroit où ce fleuve quitte le territoire de la Suisse, jusqu’à celui où il entre dans le territoire de la République Batave. Sa dite Maj. S’engage de plus, à céder à la République Française en toute propriété le Comté de Falkenstein et ses dépendances. ...“ (*Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, pièce 148, fol 288 v-289 r).

Im nachfolgenden Satz verpflichtete sich der Kaiser, falls der Friede mit dem Reich nicht zustandekomme, nur sein ihm nach der Verfassung des Reiches obliegendes Kontingent zur Reichsarmee zu stellen:

„... Si contre toute attente la paix avec l’Empire germanique ne parvenait pas à sa conclusion, S. M. l’Emp. en sa qualité de Roi de Hongrie et de Bohème, et d’Etat de l’Empire s’engage formellement à ne fournir à l’armée d’Empire que son contingent, sans que pas là il ne soit porté aucune atteinte à la paix et à l’amitié qui sont rétablies à sa dite Mte et la République Française.“ (*aaO.*, fol 289 r).

²²⁴ *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, pièce 148, fol 288 r-291 r (288 r).

²²⁵ *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, pièce 148, fol 288 r-291 r (288 r).

²²⁶ *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, pièce 148, fol 288 r-291 r (288 v).

²²⁷ *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, pièce 148, fol 288 r-291 r (289 r).

keine Entschädigung für die Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete vorgesehen gewesen.

4. Einigung auf Entschädigung durch Säkularisationen im weiteren Verlauf der Verhandlungen

a) Das Schreiben von Außenminister Talleyrand an Joseph Bonaparte vom 30 nivôse an IX (20 janvier 1801)

In seinem Schreiben vom 30 nivôse an IX (20 janv. 1801) gab der französische Außenminister Talleyrand seinem Bevollmächtigten Bonaparte die Anweisung, dass der Vertrag von Campo Formio, obgleich zu verändern, weiterhin die Basis für den künftigen Friedensschluss sei:

„... Je vais ajouter ici quelques observations qui devront servir à régler vos conversations sur les objets qu’elles concernent, et que vous regarderez comme faisant partie des instructions que je vous ai annoncées:
1^o Ayez toujours soin de rappeler le traité de Campo-Formio. Quoique les évènements qui sont survenus aient rendu nécessaire de le modifier dans un grand nombre d'articles, les principaux serviront toujours de bases au traité futur, et ils doivent être relatés avec application. ...“²²⁹

Der vergangene Krieg sei auch ein solcher des Reiches gewesen und dieses habe demnach in seiner Gesamtheit die aus ihm entstehenden Schäden in dem abzuschließenden Friedensvertrag zu tragen. Das Reich müsse demnach seine Fürsten und Stände, welche links der Rheines entsetzt seien, entschädigen:

„...
2^o La guerre actuelle ayant été, étant encore une guerre d’Empire, les pertes qui en sont résultées doivent être supportées par l’Empire collectivement, et, en conséquence, c’est à l’Empire à indemniser les princes et États qui se trouvent particulièrement dépossédés à la gauche du Rhin. ...“²³⁰

²²⁸ Art. VII: Wiedereinsetzung von Erzherzog Karl und Erherzogin Christine in ihre Liegenschaften (*Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, pièce 148, fol 288 r-291 r (289 v), Art. VIII: Übergang der Hypotheken (289 v), Art IX: Freigabe der Sequester (289 v-290 r), Art. X und XI: Könige von Sizilien und von Sardinien betreffend (290 r), Art. XII: gegenseitige Anerkennungen der Regierungsformen (290 r) Art. XIII: Allgemeinerklärung in der Batavischen Republik (290 r), Art. XIV u. XV: Cisalpinische Republik betreffend (290 v), Art. XVI: gegenseitige Nichteinmischungen (290 v), Art. XVII: keine weiteren Verfolgungen der Einwohner (290 v), Art. XVIII: Zurückzug der Truppen nach Ratifizierung (291 r), Art. XIX: gestrichen (291 r) Art. XX: Freigabe der Kriegsgefangenen (291 r), Art. 21: keine gegeneinander gerichteten Kriegsleistungen mehr (291 r), Art. XXII: Etikette (291 r), Art. XXIII: Ratifikationen (291 r).

²²⁹ *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, pièce 151, fol 295 r-298 v (296 v-297 v); gedruckt in: *Du Casse*, Histoire des négociations diplomatiques, Tome II, Traité de Lunéville, p. 235-239 (237-238).

²³⁰ *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, pièce 151, fol 295 r-298 v (296 v-297 v); gedruckt in: *Du Casse*, Histoire des négociations diplomatiques, Tome II, Traité de Lunéville, p. 235-239 (237-238).

Diese Entschädigung müsse auf die erblichen Fürsten beschränkt werden, weil die geistlichen Staaten als Kosten dienten. Die Republik könne nicht schweigend die Entschädigung der erblichen Fürsten passieren lassen, jedoch solle nur das Prinzip in den Vertrag aufgenommen werden, trotz des von Seiten Österreichs zu erwartenden Widerstandes:

„... Cette indemnisation doit être naturellement restreinte aux princes héréditaires, puisqu'en définitive ce sont les États ecclésiastiques qui en feront les frais. La République française ne peut passer sous silence les indemnités des princes héréditaires dépossédés; elle n'entend pas cependant en régler immédiatement le détail, mais elle veut que le principe soit posé dans le traité à conclure, et l'Autriche, malgré toutes les résistances, doit y être amenée. ...“²³¹

Dieses Prinzip sei auch bereits in Rastatt vom Reich zugestanden und vom Kaiser genehmigt worden:

„... Il est bon de rappeler à cet égard que le principe avait déjà été, à Rastadt, avoué par l'Empire et sanctionné par l'Empereur; il n'y a donc rien de nouveau à faire; ...“²³²

b) Der französische Vertragsentwurf vom 9 pluviôse an IX (29 janvier 1801)

In seinem nachfolgenden Schreiben vom 4 pluviôse an IX (24 janv. 1801) teilte Talleyrand seinem Bevollmächtigten mit, der 1. Konsul habe von dem Cobenzlschen Vertragsprojekt vom 16. Januar 1801 Kenntnis genommen. Dieses enthalte jedoch nicht die für Frankreich wichtige Vereinbarung für einen definitiven Vertrag:

„... Je me suis empressé de mettre sous les yeux du premier Consul le projet de traité que M. de Cobenzl vous a communiqué, et en même temps je lui ai fait connaître que vous étiez impatient de recevoir des instructions définitives et d'après lesquelles vous pussiez conclure et signer. Il n'est pas extraordinaire que, dans le projet de M. de Cobenzl, on n'ait point trouvé la stipulation qu'il importe le plus à la France de faire comprendre dans le traité définitif. ...“²³³

²³¹ *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, pièce 151, fol 295 r-298 v (296 v-297 v); gedruckt in: *Du Casse*, Histoire des négociations diplomatiques, Tome II, Traité de Lunéville, p. 235-239 (238).

²³² *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, pièce 151, fol 295 r-298 v (296 v-297 v); gedruckt in: *Du Casse*, Histoire des négociations diplomatiques, Tome II, Traité de Lunéville, p. 235-239 (238).

Sein weiterer Inhalt:

„... Ne lui taisez pas que le gouvernement français n'est plus porté à consentir que le grand-duc de Toscane obtienne aucune indemnité sur la rive droite de l'Adige; que, d'une autre part, la Toscane, quand elle lui serait restituée, ne formerait désormais, pour lui, qu'une possession toujours précaire et de peu d'avantage; qu'il paraîtrait donc tout-à-fait convenable que le grand-duc y renonçât et qu'il trouvât un nouvel apanage; ce qui serait d'autant plus facile, qu'il faut s'attendre que les réclamations de la presse pour l'indemnité de ses provinces trans-rhénales, son intervention en faveur de la maison d'Orange, celle de la Russie pour les maisons Palatine et de Wurtemberg et nos propres engagements, rendront indispensable l'emploi de quelque grande mesure pour assurer l'indemnité de ces princes, et qu'alors le dédommagement du grand-duc serait pris à la même source. Vous ajouterez que, dans ce cas, la Toscane serait donnée au duc de Parme. ...“ (*Min Aff Étr* aaO.,; gedruckt in: *Du Casse* ebd., p. 236).

Wenn das Haus Österreich endgültig von seinen in Italien gemachten Ansprüchen Abstand nehme, so wolle es sich Deutschland erhalten. Es schlage uns vor, die depossedierten Fürsten und das System der Säkularisationen aufzugeben. Dies würde jedoch Frankreich und das Reich diskreditieren und noch die geistliche Partei stärken und die Allmacht Österreichs sichern:

„... Si l’Autriche se désiste enfin de ses prétentions exagérées sur l’Italie, il paraît qu’elle veut encore se conserver l’Allemagne. Elle nous propose d’abandonner les princes dépossédés et le système des sécularisations. Ce serait discréditer à jamais la France et l’Empire; ce serait fortifier encore le partie ecclésiastiques, et y assurer la toute-puissance de l’Autriche. Le piège est évident; mais il était prévu, et le gouvernement français demeurera attaché à des principes tout différents.
...“²³⁴

Auf Anweisung des 1. Konsuls füge er ein Vertragsprojekt bei, welches als definitive Anweisung zu betrachten sei. Es sichere die Interessen Frankreichs, ohne über das hinauszugehen, was seit langem in Europa vorhergesagt sei und bereits in Rastatt vereinbart wurde. Es bereite in Deutschland die Anwendung des Prinzips der Säkularisationen vor. Russland und Preußen hätten auch dasselbe Interesse daran, dass die linksrheinisch depossedierten erblichen Fürsten eine Entschädigung in Deutschland erhielten:

„... Je joins ici, par ordre du premier Consul, un projet de traité que vous regarderez comme instruction définitive⁽¹⁾. Il est conforme aux instructions partielles que je vous ai successivement transmises, et notamment à ma dépêche du 20. Il assure les intérêts de la France, sans rien faire au-delà de ce qui est prévu en Europe depuis long-temps, de ce qui avait été consenti à Rastadt;⁽²³⁵⁾ ...; il prépare en Allemagne les meilleurs arrangements, qui peuvent tous naître de l’application du principe des sécularisations; il est tel, enfin, que nous pouvons le conclure d’après nos nouvelles relations avec la Russie et d’après les sentiments connus de la Prusse, puisque ces deux puissances manifestent un intérêt égal à ce que l’Empereur ne soit pas trop puissant en Italie, et à ce que les princes héréditaires dépossédés à la rive gauche du Rhin obtiennent une indemnité en Allemagne. ...“²³⁶

²³³ *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, pièce 156, fol 330 r-335 v (330 r et v); gedruckt in: *Du Casse*, Histoire des négociations diplomatiques, Tome II, Traité de Lunéville, p. 240-245 (240).

²³⁴ *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, pièce 156, fol 330 r-335 v (330 r et v); gedruckt in: *Du Casse*, Histoire des négociations diplomatiques, Tome II, Traité de Lunéville, p. 240-245 (240).

⁽²³⁵⁾ Der weitere Inhalt „...; il garantit l’indépendance de l’Italie, en mettant derrière l’Adige, l’Autriche et tout ce qui appartient à cette maison; ...“ (*Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, pièce 156, fol 330 r-335 v (330 r et v); gedruckt in: *Du Casse*, Histoire des négociations diplomatiques, Tome II, Traité de Lunéville, p. 240-245 (240-241)).

²³⁶ *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, pièce 156, fol 330 r-335 v (330 r et v); gedruckt in: *Du Casse*, Histoire des négociations diplomatiques, Tome II, Traité de Lunéville, p. 240-245 (240-241).

Es sei vorauszusehen, dass dies sehr den Widerstand von Österreich herausfordere:

„... Il est à prévoir que ce qui excitera le plus la résistance de l'Autriche, c'est: ..., de consentir formellement à la cession de la rive gauche, et de reconnaître en même temps le principe des indemnités restreint aux héréditaires; ...“²³⁷

Das diesem Brief beigefügte Vertragsprojekt²³⁸ wurde in der am 29. Januar 1801 stattgefundenen 7. Konferenz von dem französischen Bevollmächtigten dem kaiserlichen in Erwiderung von dessen am 16. Januar 1801 eingereichten Projekt eines Friedensvertrages als Ultimatum seiner Regierung übergeben.²³⁹ Sein die Entschädigungen betreffenden Art. (VII)²⁴⁰ lautete:

²³⁷ *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, pièce 156, fol 330 r-335 v (330 r et v); gedruckt in: *Du Casse*, Histoire des négociations diplomatiques, Tome II, Traité de Lunéville, p. 240-245 (241).

²³⁸ *Projet de traité (Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, pièce 157, fol 336 r-340 v; gedruckt in: *Du Casse*, Histoire des négociations diplomatiques, Tome II, Note D., p. 432-437.

²³⁹ Das zu dieser Konferenz angefertigte *Protokoll*:
 „... Le Plénipotentiaire de la République française a remis au Plénipotentiaire de S. M l'Empereur et Roi un projet de Traité entre sadite Majesté, stipulant tant en son nom qu'au nom du Corps Germanique, et ladite République, en reponse à celui, qui lui avait été remis le 26 nivose, 16 Janvier, par le Plénipotentiaire de S. M. Impériale et Royale. ... Le même Plénipotentiaire a déclaré en consequence, que le projet de traité qu'il présentait, contenait l'ultimatum de son Gouvernement; que le fonds et la forme étaient déjà trop boen entendres, pour qu'il fût justifier de laisser plus longtemps l'Empire dans l'incertitude; ...“ (*Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, pièce 164, fol 360 r-361 r (360 r et v) und *HHStA*, Staatskanzlei, Friedensacten, 1800-1801 Friede von Luneville, Karton 95; gedruckt in: *Du Casse*, Histoire des négociations diplomatiques, Tome II, Traité de Lunéville, p. 286-287).

Das in dieser Sitzung von dem französischen Bevollmächtigten übergebene „*Projet remis par le Plenipotentiaire Français au Plenipotentiaire Autrichien le 9 Pluviose*. ...“ (*Min Aff Étr* aaO., VOL 371, pièce 179, No 1., fol 384 r-392 r und in weiterer Abschrift aaO., VOL 370, fol 216 r-234 v) war mit dem von dem französischen Außenminister am 4 pluviôse an IX (24. Jan. 1801) übersandten Vertragsentwurf identisch (*Min Aff Étr* aaO., VOL 371, pièce 157, fol 336 r-340 v).

Sein die Entschädigungen betreffender Art. VII lautete:

„Art: 7.

Et comme par suite de la cession que fait l'Empire à la République française, plusieurs Princes et Etats d'Empire se trouvent particulièrement depossédés, en tout ou en partie, tandis que c'est à l'Empire germanique collectivement à supporter les pertes résultantes des stipulations du présent Traité, il est convenu entre S. M. l'Empereur et Roi, tant en son nom qu'au nom de l'Empire germanique, et la République française, qu'en conformité des principes formellement établis au Congrès de Rastadt, L'Empire sera tenu de donner aux Princes héréditaires, qui se trouvent dépossédés à la rive gauche du Rhin, un dédommagement qui sera pris dans le sein dudit Empire.“ (*Min Aff Étr* aaO., VOL 371, pièce 179, N° 1., fol 384 r und 388 r et v und in weiterer Abschrift VOL 370, fol 226 v).

²⁴⁰ Das Vertragsprojekt war in eine Einleitung und in noch nicht durchnummerierte 15 Artikel gegliedert (*Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, pièce 157, fol 336 r-340 v; gedruckt in: *Du Casse*, Histoire des négociations diplomatiques, Tome II, Note D., p. 432-437).

„Et comme, par suite de la cession que fait l'Empire à la République française,⁽²⁴¹⁾ plusieurs princes et États d'Empire se trouvent particulièrement dépossédés en tout ou en partie, tandis que c'est à l'Empire germanique collectivement, à supporter les pertes résultant des stipulations du présent traité, il est convenu entre S. M. I., tant en son nom qu'au nom de l'Empire germanique, et la République française, qu'en conformité des principes formellement établis au congrès de Rastadt l'Empire sera tenu de donner aux princes héréditaires qui se trouvent dépossédés à la rive gauche du Rhin, un dédommagement qui sera pris dans le sein dudit Empire.“²⁴²

Mit seiner Zusprechung von Entschädigungen an die linksrheinisch depossedierte erblichen Fürsten entsprechend den auf dem Rastatter Kongress festgesetzten Grundsätzen war er auf Säkularisationen ausgerichtet.

c) Das kaiserliche Vertragsprojekt vom 2. Februar 1801

Die kaiserliche Seite hatte am 2. Februar 1801 durch ihren Bevollmächtigten ein Gegenvertragsprojekt²⁴³ dem französischen Bevollmächtigten übergeben.²⁴⁴

²⁴¹

In Art. (II) war die Abtretung der Belgischen Provinzen, der Grafschaft Falkenstein und des Fricktals, wie bereits im Vertrag von Campo Formio festgelegt vorgesehen:

„La cession des provinces belgiques à la République française, stipulée par l'article 3 du traité de Campo-Formio, est renouvelée ici de la manière la plus formelle; en sorte que S. M. I. et R., pour elle et ses successeurs, tant en son nom qu'au nom de l'Empire germanique, renonce à tous ses droits et titres aux susdites provinces, lesquelles seront possédées à perpétuité, en toute souveraineté et propriété, par la République française; sont pareillement cédés à la République française et du consentement formel de l'Empire, par S. M. I.:

1° Le comté de Falkenstein avec ses dépendances;

2° Le Frechthal et tout ce qui appartient à la maison d'Autriche sur la rive gauche du Rhin, entre Zurich et Bâle; la République française se réservant de céder ce dernier pays à la République Helvétique.“ (*Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, pièce 157, fol 336 v-337 r; gedruckt in: *Du Casse*, Histoire des négociations diplomatiques, Tome II, Note D., p. 433-434; Frechthal=Frictal, Zurich=Zurzach).

Art. (VI) enthielt die generelle Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete an die Französische Republik:

„S. M. l'Empereur et Roi, tant en son nom qu'en celui de l'Empire germanique, consent à ce que la République française possède désormais en toute souveraineté et propriété, les pays et domaines situés à la rive gauche du Rhin, et qui feraient partie de l'Empire germanique, de manière qu'en conformité de ce qui avait été expressément consenti à Radstadt par la députation de l'Empire et approuvé par l'Empereur, le talweg du Rhin soit désormais la limite entre la République française et l'Empire germanique, savoir: depuis l'endroit où le Rhin quitte le territoire helvétique jusqu'à celui où il entre dans le territoire batave. ...“ (*Min Aff Étr* aaO., fol 337 v-338 r; gedruckt in: *Du Casse* ebd., p. 434-435).

²⁴²

Min Aff Étr, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, pièce 157, fol 338 r et v; gedruckt in: *Du Casse*, Histoire des négociations diplomatiques, Tome II, Note D., p. 435.

²⁴³

Contre projet du Plénip.re autrichien, remis au Plénip. français le 13 pluviôse.

²⁴⁴

Brief von Joseph Bonaparte an seinen Außenminister v. 15 pluviôse an IX (4. févr. 1801) „... M. de Cobenzl m'a remis le 2 son contre-projet; ...“ (*Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, pièce 177, fol 380 r-382 r (380 r) mit VOL 371, pièce 179, N° 2., fol 384 r-393 r und in weiterer Abschrift VOL 370, fol 217 r-239 r; gedruckt in: *Du Casse*, Histoire des négociations diplomatiques, Tome II, Traité de Lunéville, p. 305-312 (305)).

Sein Art VIII enthielt eine allgemeine Entschädigungsregelung für die in Art. III²⁴⁵ und VII²⁴⁶ festgelegten Abtretungen der linksrheinischen Reichsgebiete an die Französische Republik:

„Art: 8

Et comme par suite de la cession que fait l'Empire à la République française, plusieurs Princes et Etats de l'Empire se trouvent particulièrement dépossédés, en tout ou en partie, tandis que c'est à l'Empire germanique collectivement à supporter les pertes résultantes des stipulations du présent traité, il est convenu entre S. M. l'Empereur et Roi, tant en son nom qu'au nom de l'Empire germanique et la République française, que l'Empire sera tenu de donner aux Princes héréditaires, qui se trouvent dépossédés à la rive gauche du Rhin, un dédommagement qui sera pris dans le sein dudit Empire suivant les arrangements, qui d'après ces bases seront déterminés par S. M. l'Empereur et ledit Empire; bien entendu cependant, que les trois Electeurs de Mayence, de Treves et de Cologne, dont l'existence intéresse particulièrement le maintien de la constitution germanique, seront préférablement dédommagés de leurs pertes, au moyen de la réunion de quelques autres bien ecclésiastiques.“²⁴⁷

Zugunsten des Königs von Preußen sah sein zweiter Geheimartikel eine spezielle Entschädigung vor:

„Article Séparé et Secret.

Il eut convenu entre les Parties Contractantes, que si S. M. Prussienne consent à céder ses possession transrhénanes à la République Française, sa dite majesté pourra en obtenir en Allemagne, par-sécularisation, une indemnité d'une valeur parfaitement égale.“²⁴⁸

Die allgemeine Entschädigungsregelung enthielt mit ihrer Zusprache von Entschädigungen an die linksrheinisch depossedierten erblichen Fürsten durch im Reich noch zu treffende Vereinbarungen:

„... de donner aux Princes héréditaires, qui se trouvent dépossédés à la rive gauche du Rhin, un dédommagement qui sera pris dans le sein dudit Empire, suivant les arrangements, qui d'après ces bases seront déterminés ...“²⁴⁹

keine Bezugnahme auf die Rastatter Grundsätze und war demnach nicht auf Säkularisationen ausgerichtet.

²⁴⁵ Belgische Provinzen (*Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, pièce 179, N° 2, fol 385).

²⁴⁶ Linksrheinische Reichsgebiete (*Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, pièce 179, N° 2, fol 386 u. 387).

²⁴⁷ *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, pièce 179, N° 2, fol 388 r et v, in weiterer Abschrift VOL 370, fol 227 r u. 228 r und VOL 371, pièce 178, fol 383.

²⁴⁸ *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, pièce 179, N° 2, fol 393 r, in weiterer Abschrift VOL 370, fol 239 r.

²⁴⁹ *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, pièce 179, N° 2, fol 388 r.

Dagegen sollten den drei geistlichen Kurfürsten wegen ihrer linksrheinischen Gebietsverlusten vorzugsweise aus anderen rechtsrheinischen geistlichen Gütern Entschädigungen gewährt werden:

„..., que les trois Electeurs de mayence, de treves et de Cologne, dont l’existence intéresse particulièrement le maintien de la constitution germanique, seront préférablement dédommagés de leurs pertes, au moyen de la réunion de quelques autres biens ecclésiastiques.“²⁵⁰

Der kaiserliche Bevollmächtigte wollte demnach den linksrheinisch depossidierten erblichen Fürsten rechtsrheinische Entschädigungen und den drei geistlichen Kurfürsten für ihre linksrheinischen Gebietsverluste rechtsrheinische Säkularisationen gewähren.

Der französischen Bevollmächtigte Joseph Bonaparte berichtete über die zuvor am 29. Dezember 1801 stattgefundene 7. und letzte Konferenz :

„... M de Cobenzl qui ne consent qu’à regret aux sécularisations, voudrait en faire exempter les Electeurs Ecclésiastiques & leurs réserver ainsi qu’à un petit nombre des Princes héréditaires le bénéfice des sécularisations. ... M. de Cobenzl aurait voulu que les Electeurs Ecclésiastiques faisant dédommagés de leurs pertes préférablement à tous autres Princes, et il avait tenté de nous ôter le droit d’intervenir dans les arrangemens préparatoires des Jndemnités. Il refusait pareillement l’insertion à l’art 7. des mots ’en conformité des principes formellement établis au Congrès de Rastadt.’ ...“²⁵¹

und an seinen Außenminister Talleyrand a 9 pluviôse an IX (29 janv. 1801):

„... Vous verrez par le protocole ci-joint, que je presse M. de Cobenzl de se décider promptement, et que je ne lui dissimule pas quelles seraient les conséquences de ses hésitations. ... Voici les points sur lesquels il fait en ce moment les plus grandes difficultés: ... 2^o Quoique M. de Cobenzl sente que la politique de son gouvernement est éventée, et qu’il lui est impossible de nous donner le change sur ce qu’il appelle les fausses conséquences, pour la constitution germanique, du système des indemnités, il y résiste de tout son pouvoir à eu reconnaître le principe, restreint aux princes héréditaires; au moins voudrait-il que peu de ces derniers et les électeurs ecclésiastiques en reçussent l’application. Il ne conteste plus que, dans le cas où le principe serait adopté pour les princes héréditaires seulement, le roi de Prusse, l’électeur de Bavière, le duc de Wurtemberg, et même les maisons d’Orange, ne soient en droit d’en profiter; mais

²⁵⁰

Min Aff Étr, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, pièce 179, N° 2, fol 388 v.

²⁵¹

Min Aff Étr, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, *Conférences pour les Négociations de la Paix à Lunéville, Septième conférence.*, fol 25 r-28 v (28 r et v).

il demande quels autres princes nous voulons mettre sur les rangs? Y aurait-il à ce sujet quelques explications conciliatoires à lui donner au protocole? ...“²⁵²

d) Das französische Ultimatum vom 15 pluviôse an IX (4 février 1801)

In Erwiderung auf das kaiserliche Gegenvertragsprojekt vom 2. Februar 1801 hatte der französische Bevollmächtigte am 15 pluviôse an IX (4 févr. 1801) dem kaiserlichen Bevollmächtigten das vorherige eigene Vertragsprojekt vom 9 pluviôse an IX (29 janv. 1801) mit einem Zusatz am Ende von Art. VII übergeben:

„Ultimatum définitif remis au Plenipotentiaire autrichien le 15 Pluviose.⁽²⁵³⁾ ... Rétabli comme au N^o 1. avec ces mots à la fin, suivant les arrangemens qui d’après ces bases seront ultérieurement déterminer.“²⁵⁴

Brief des französischen Bevollmächtigten an Außenminister Talleyrand vom 15 pluviôse an IX (4 févr. 1801):

”....
2^o Vous verrez par l’article 7, ... J’ai rétabli l’article tel qu’il soit être, en y ajoutant à la fin quelques mots fort insignifiants pour paraître céder quelque chose.“²⁵⁵

e) Festhalten Cobenzls an seinem Entwurf

Der kaiserliche Bevollmächtigte verweigerte aber die Zustimmung zur Einfügung der Rastatter Grundsätze und bestand auf einer vorzugsweisen Entschädigung der drei geistlichen Kurfürsten.

Brief des französischen Bevollmächtigten an seinen Außenminister Talleyrand vom 15

²⁵² *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, pièce 163, fol 358 r-359 v (358 v und 359 r); gedruckt in: *Du Casse*, Histoire des négociations diplomatiques, Tome II, Traité de Lunéville, p. 281-286 (282, 283-284).

²⁵³ *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, pièce 179, N^o 3., fol 384 r-392 v (384 r).

²⁵⁴ *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, pièce 179, N^o 3, fol 388 r, in weiterer Abschrift *aaO.*, VOL 370, fol 217 r-237 r (227 r).

Das insgesamt französische Vertragsprojekt unter Einschluss des am 15 pluviôse an IX zu seinem Art. VII angebrachten Zusatz befindet sich auch als „*Ultimatum définitif remis par le Plenipot. re de la République Française le 15 Pluviose an 9^e*“ in: *HHSIA*, Staatskanzlei, Friedensacten 1800-1801 Friede von Luneville, Karton 95.

²⁵⁵ *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, pièce 177, fol 380 r-382 r (381 r).

pluviôse an IX (4 févr. 1801):

„... Les articles ... 7 ne sont pas moins l’objet de vives et interminables discussions. ... 2^o Vous verrez, par l’articles 7, que M. de Cobenzl renonce enfin au système qu’il avait consigné dans l’article séparé de son premier objet. Vous jugerez, même par la pièce ci-jointe, portant rédaction de ses offres du 1er février, combien je suis parvenu à lui faire faire de chemin jusqu’au 21; mais il persiste encore à refuser l’insertion des mots: en conformité des principes formellement établis au congrès de Rastadt. Il veut que les électeurs ecclésiastiques soient préférablement dédommagés de leurs pertes, et il tente de nous ôter le droit d’intervenir dans les arrangements d’exécution. J’ai rétabli l’article tel qu’il doit être, en y ajoutant à la fin quelques mots fort insignifiants, pour paraître céder quelque chose. Je me félicite d’être à même, d’après vos dernières instructions, de lui démontrer que nous ne prétendons pas anéantir les électeurs ecclésiastiques, mais seulement nous abstenir de les comprendre dans les indemnités. ...“²⁵⁶

f) Beharren der Französischen Republik auf Nichtentschädigung der geistlichen Kurfürsten

Bei der Französischen Republik bestand weiterhin nicht die Absicht, zu einer Gewährung von Entschädigungen an die drei geistlichen Kurfürsten.

Briefe von Außenminister Talleyrand an seinen Bevollmächtigten Bonaparte:
vom 12 pluviôse an IX (1 févr. 1801):

„... 1^o Il faut que le principe des indemnités soit établis et restreint aux princes héréditaires. Les trois électeurs ecclésiastiques conservent assez de puissances et de domaine en Allemagne, et il est de toute justice que les pertes éprouvées par l’Empire soient plus particulièrement supportées par des propriétaires usufruitiers sans famille et sans successeurs. D’ailleurs leurs titres électoraux pourront, avec le temps, être transportés, celui de Cologne à Munster, celui de Trèves à Augsbourg, celui de Mayence dans quelque autre évêché. ...“²⁵⁷

und vom 17 pluviôse an IX (6 févr. 1801):

„... Maintenez votre article 7, les électeurs ecclésiastiques ne doivent pas y être nommés, ni même dans aucun article secret; ...“²⁵⁸

²⁵⁶ *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, fol 381 r; gedruckt in: *Du Casse*, Histoire des négociations diplomatiques, Tome II, Traité de Lunéville, p. 305-312 (309-310).

²⁵⁷ *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, pièce 175, fol 372 r-377r (372 v); gedruckt in: *Du Casse*, Histoire des négociations diplomatiques, Tome II, Traité de Lunéville, p. 297-302 (298).

²⁵⁸ *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, pièce 180, fol 394 r-397 r (395 v); gedruckt in: *Du Casse*, Histoire des négociations diplomatiques, Tome II, Traité de Lunéville, p. 313-316 (314).

g) Das französische Vertragsprojekt als Grundlage der Entschädigungsregelung des Art. VII des Friedensvertrages von Lunéville

Der Vergleich der von den beiden Bevollmächtigten dem anderen jeweils übergebenen Vertragsprojekte zeigt, dass das von dem französischen Bevollmächtigten in der 7. Konferenz am 29. Januar 1801 eingereichte Vertragsprojekt, ergänzt um den am 4. Februar als endgültiges Ultimatum angebrachten Zusatz, und abgesehen von dem später miteingefügten „particulièrement“, der in Art. VII des Friedensvertrages von Lunéville vereinbarten Entschädigungsregelung entspricht.

Art. VII des französischen Vertragsentwurfes:

„Et comme, par suite de la cession que fait l'Empire à la République française, plusieurs princes et États de l'Empire se trouvent dépossédés en tout ou en partie, tandis que c'est à l'Empire germanique collectivement à supporter les pertes résultant des stipulations du présent traité, il est convenu entre S. M. l'Empereur et Roi, tant en son nom qu'au nom de l'Empire germanique et la République française, qu'en conformité des principes formellement établis au congrès de Rastadt, l'Empire sera tenu de donner aux princes héréditaires qui se trouvent dépossédés à la rive gauche du Rhin, un dédommagement qui sera pris dans le sein dudit Empire suivant les arrangements qui, d'après ces bases, seront ultérieurement déterminés.“²⁵⁹

Art. VII des Friedensvertrages von Lunéville:

„Et comme par suite de la cession que fait l'Empire à la République française, plusieurs Princes et États de l'Empire se trouvent **particulièrement**⁽²⁶⁰⁾ dépossédés, en tout ou en partie, tandis que c'est à l'Empire germanique collectivement à supporter les pertes résultantes des stipulations du présent traité, il est convenu entre S. M. l'Empereur et Roi, tant en son nom qu'au nom de l'Empire germanique, et la République française, qu'en conformité des principes formellement établis au congrès de Rastadt, l'Empire sera tenu de donner aux Princes héréditaires qui se trouvent dépossédés à la rive gauche du Rhin, un dédommagement qui sera pris dans le sein dudit Empire, suivant les arrangements qui, d'après ces bases, seront ultérieurement déterminer.“²⁶¹

Hingegen weicht das von dem kaiserlichen Bevollmächtigten Cobenzl am 2. Februar 1801 übergebene Gegenvertragsprojekt, obgleich mit demselben Eingang:

²⁵⁹ *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, pièce 179, N° 1, N° 3, fol 387 r, 388 r.

⁽²⁶⁰⁾ Hervorhebung von Verfasser H. U.

²⁶¹ *Napoleonische Friedensverträge*, II., S. 21-22.

„Et comme par suite de la cession que fait l'Empire germanique à la République française, plusieurs Princes et Etats de l'Empire se trouvent particulièrement dépossédés, en tout ou en partie, tandis que c'est à l'Empire germanique collectivement à supporter les pertes résultantes des stipulations du présent traité, il est convenu entre S. M. l'Empereur et Roi, tant en son nom qu'au nom de l'Empire germanique et la République française ...“²⁶²

mit der fehlenden Bezugnahme auf die Rastatter Grundsätze:

„..., que l'Empire sera tenu de donner aux Princes héréditaires qui se trouvent dépossédés à la rive gauche du Rhin, un dédommagement ...“²⁶³

und mit der Zuerkennung von Entschädigungen an die drei geistlichen Kurfürsten durch einige rechtsrheinische geistliche Güter:

„..., que les trois Electeurs de Mayence, de Treves et de Cologne, dont l'existence intéresse particulièrement le maintien de la constitution germanique, seront préférablement dédommagés de leurs pertes, au moyen de la réunion de quelques autres biens ecclésiastiques. “²⁶⁴

welche Regelung im Art. VII des Friedensvertrages von Lunéville überhaupt nicht vorhanden ist, erheblich von der in Art. VII vereinbarten Entschädigungsregelung ab.

Da sich die beiden Bevollmächtigten von zwei unterschiedlichen Vertragsprojekten auf das das französische einigten, hatte demnach der kaiserliche Bevollmächtigte Cobenzl seine abweichenden Ansichten aufgeben und die Ansicht des französischen Bevollmächtigten übernommen.

Brief von *Joseph Bonaparte* an seinen Außenminister vom 20 pluviôse an IX (9 févr. 1801):

„Citoyen ministre, le traité vient enfin d'être signé aujourd'hui à cinq heures du soir. Il est tel que le gouvernement l'a désiré, à de légères nuances près; il suffit de ce succès pour que je me dispense de vous faire part en détail de la chaleur des discussions de ces derniers jours.

La suppression des articles secrets proposés, le silence sur les électeurs ecclésiastiques et le mode d'exécution du traité, l'admission des articles 9 et 10, la renonciation à la Toscane, tout, jusqu'à la mention du consentement de l'Empereur aux actes de la députation de Radstadt dont M. de Cobenzl me défiait de lui donner la preuve, a été défendu avec opiniâtreté, jusqu'au dernier moment. M. de Cobenzl s'obstinait à référer mon insistance à la cour de Vienne; j'ai dû alors céder Cassel, et je ne dois qu'à cette latitude que vous m'aviez laissée, ainsi qu'à l'article secret sur le grand-duc, la signature obtenu. En faisant cette cession, j'ai exigé qu'il adoptât littéralement tous les articles de l'*ultimatum* sans désenparer; à défaut de quoi je l'ai menacé de la rupture des négociations et de la

²⁶² *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, pièce 179, N° 2, fol 388 r.

²⁶³ *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, pièce 179, N° 2, fol 388 r.

²⁶⁴ *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, pièce 179, N° 2, fol 388 v.

reprise imminente des hostilités, en lui déclarant que, si le sort des armes continuait à nous être favorable, la maison d'Autriche devait s'attendre à trouver le talweg de l'Adige sur la crête des Alpes Juliennes; qu'il n'était aucune puissance en Europe qui ne vît avec plaisir les Autrichiens hors de l'Italie.

Je n'ai pas cru; à la dernière extrémité, devoir m'obstiner davantage et soutenir une stipulation en contradiction manifeste avec le message des consuls, qui; en nous donnant pour limite, en Allemagne, le Rhin a donné, en Italie, l'Adige pour limite à l'Autriche. En cédant cet objet conditionnellement, j'ai exigé la signature de tout le reste, et M. de Cobenzl s'y est déterminé. ...²⁶⁵

Es bestand demnach am Ende der Verhandlungen unter den beiden Bevollmächtigten das Einvernehmen, dass die linksrheinischen gebietlichen Verluste entsprechend den Rastatter Grundsätzen allein durch Säkularisationen auszugleichen seien, und es sollten zur Entschädigung nur die linksrheinisch depossedierten princes héréditaires berechtigt sein.

²⁶⁵ *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, pièce 183., fol 407 r et v (r); gedruckt in: *Du Casse*, Histoire des négociations diplomatiques, Tome II, Traité de Lunéville, p. 319-321 (319-320).

D

Die Ratifikationen

I

Die Eilbedürftigkeit

Nach Art. XIX des Friedensvertrages von Lunéville hatten die Ratifikationen innerhalb von 30 Tagen zu erfolgen²⁶⁶ :

„Le présent traité sera ratifié par S. M. l'Empereur et Roi, par l'Empire, et par le gouvernement de la République française, dans l'espace de trente jours, ou plus tôt si faire se peut; ...“²⁶⁷

Die Beratungen und Abstimmungen im Reichstag fanden am 6. und 7. März 1801 statt²⁶⁸ und wurde das kaiserliche Ratifikationsdekret am 9. März 1801 erteilt.²⁶⁹ Die Ratifikation seitens der Französischen Republik erfolgte am 24 pluviôse an IX (13 févr. 1801)²⁷⁰ und 20 ventôse an IX (11 mars 1801).²⁷¹ Die Ratifikationsurkunden wurden am 16. März 1801²⁷² in Paris ausgetauscht.²⁷³

²⁶⁶ Moser, Grund=Sätze des jetzt ueblichen Europaeischen Voelcker=Rechts in Friedens=Zeiten, 11. Buch, 5. Cap., §. 1., S. 545 „Grosse Herrn pflegen die Tractaten nicht unmittelbar in ihrem eigenen Nahmen zu schließen, sondern Bevollmaechtigte zu ernennen, welche selbige in ihrem der Bevollmaechtigten, eigenen Nahmen, abfassen und unterzeichnen.“, §. 35., S. 549 „Die Ratification muß ordentlicher Weise ohnbedingt seyn.“ §. 36., S. 549 „Doch koennen sich auch Faelle ereignen, daß eine bedingte Ratification statt findet.“, §. 30., S. 549 „Endlich wird allezeit an dem Schluß derer Tractaten eine Zeit bestimmt, innerhalb welcher selbige von denen Principalen ratificiret werden sollen.“ §. 31., S. 549 „Wann ein Bevollmaechtigter ueber oder gegen Instruction handelt, ist der Souverain nicht schuldig, es zu ratificiren, wann dessen Ratification vorbehalten worden ist.“, §. 32., S. 549 „Ausser deme aber ist er darzu gehalten.“

Ein Vertragsteil durfte den Vertrag nicht einseitig zu seinen Gunsten auslegen. Moser, Erste Grundlehren des jezigen Europaeischen Voelcker=Rechts, 16. Cap., §. 53., S. 204 „Es ist auch dem Voelckerrecht zuwider, daß ein compaciscirender Theil einen Tractat zu seinem Vortheil einseitig und eigenmaechtig auslege: Und noch mehr, daß er solche Auslegung mit Gewalt durchseze.“.

²⁶⁷ *Napoleonische Friedensverträge*, II., S. 19-25 (24). Nach seinem weiteren Inhalt sollten die beiden Armeen in ihren bisherigen Positionen bis zu der in Lunéville stutzufindenden Austauschung der Ratifikationsurkunden verbleiben „...; et il est convenu, que les armées des deux Puissances resteront dans les positions où elles se trouvent, tant en Allemagne qu'en Italie, jusqu'à ce que lesdites ratifications de l'Empereur et Roi, de l'Empire et du gouvernement de la République française aient été simultanément échangées à Lunéville entre les plénipotentiaires respectifs. ...“ (S. 24).

²⁶⁸ Unten, S. 83-135.

²⁶⁹ Unten, S. 136.

²⁷⁰ Unten, S. 142-148.

²⁷¹ Unten, S. 148-149.

Zu dieser außergewöhnlichen Eile *Teutsche Staatskanzley*:

„... In dem 19ten Artikel des Friedensschlusses selbst wurde die Ratifikation des Tractats durch die paciscirenden Theile selbst in 30 Tagen und wo moeglich noch frueher zugesichert.

Diese Uebereinkunft mußte in die Berathschlagungen der Reichsversammlung eine bisher *n i c h t g e w o h n t e T h a e t i g k e i t* bringen. Wirklich ist auch kein Beispiel eines so raschen Entschlusses des teutschen Staatskoerpers in einer Angelegenheit von solcher Wichtigkeit bekannt, als dieses, da am 25. Febr. das Hofdecret zur Dictatur gebracht, die Berathschlagungen am 6. Merz begonnen, das Reichsgutachten am 7. Merz erstattet, und am 9. Merz die kaiserliche Ratifikation ertheilt wurde. ...“²⁷⁴

²⁷² 25 ventôse an IX.

²⁷³ Unten, S. 136-138.

²⁷⁴ Jahrg. 1801, I. Band, 2. Abschnitt, S. 65.

II

Durch das Reich

1. Die Beratungen und die erfolgte Abstimmung im Reichsfürstenrat

a) Die weltlichen Stimmen

Weltliche Stimmen waren die 59 Virilstimmen auf der weltlichen Bank,²⁷⁵ die dortigen 4 gräflichen Curiatstimmen²⁷⁶ und die auf der geistlichen Bank mit 2 dortigen Virilstimmen einsitzenden Erzherzog von Österreich²⁷⁷ und Herzog von Burgund.²⁷⁸

Bei erfolgtem Aufruf aller 65 Stimmen wurden 43 Virilstimmen und die 4 Curiatstimmen²⁷⁹ abgegeben.

²⁷⁵ 37 alte Fürstenstimmen (unten, S. 457), 13 neue Fürstenstimmen (unten, S. 460), 9 säkularisierte Fürstenstimmen (unten, S. 460).

²⁷⁶ Wetterauische, Schwäbische, Fränkische, Westfälische Grafenkollegium (unten, S. 531-532).

²⁷⁷ Für sein Sitzen auf der geistlichen Bank war ursächlich der von den beiden Herzögen Rudolf IV. (1339-1365) und Friedrich III. von Österreich (1415-1493) (seit 1453 Kaiser Friedrich III.) in den Jahren 1359 und 1453 sich zugelegte Titel eines Erzherzogs von Österreich (*Büsching*, Erdbeschreibung, V. Theil, Der oestreichische Kreis, I., Das eigentliche Erzherzogthum Oestreich, ..., (Einleitung), §. 9., S. 399-400 und *Europäische Stammtafeln*, I. Band, Tafel 14). Damit beanspruchten sie im Reichsfürstenrat ihren Rang vor dem Herzog von Baiern. Dies wurde jedoch von diesem als dem älteren Herzog abgelehnt, worauf der Erzherzog von Österreich auf der geistlichen Bank Platz nahm. Nach dortigen Streitigkeiten mit dem Erzbischof von Magdeburg wurde ihm von dem Erzbischof im Jahr 1566 der erste Rang zugestanden (*Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. IV., §. 91., p. 92-93), §. 102., *Scamn. Eccl.*, 1. Oesterreich, p. 105 und *Häberlin*, *Handbuch Teutschen Staatsrechts*, Band I, 2. Buch, 4. Cap., §. 91., S. 301-302, §. 102., Geistliche Bank, Ziff. 1., S. 330-332 (330)).

²⁷⁸ Die Herzöge von Burgund hatten in älteren Zeiten sogar den Rang vor den Kurfürsten für sich beansprucht. Nach dem Erwerb der Burgundischen Erbschaft im Jahre 1477 durch das Haus Österreich, hätte der nunmehr auch Herzog von Burgund seiende Erzherzog von Österreich bei seiner Zugehörigkeit zur geistlichen Bank in seiner Eigenschaft als Herzog von Burgund auf der weltlichen Bank einsitzen müssen. Um auch dort befürchtete Rangstreitigkeiten zu vermeiden, hielt er sich als Herzog von Burgund zur geistlichen Bank, womit sich auch der Erzbischof von Salzburg einverstanden (*Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. IV., §. 91., p. 92-93), §. 102., *Scamn. Eccl.*, 3. Burgund, p. 105 und *Häberlin*, *Handbuch Teutschen Staatsrechts*, Band I, 2. Buch, 4. Cap., §. 91., S. 91-92, §. 102., Geistliche Bank, Ziff. 3., S. 330-332 (330)).

²⁷⁹ Abgegebenen 47 Voten: *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801*, Oesterreich, S. 2-3, Baiern, S. 3-4, Burgund, S. 4, Magdeburg, S. 4-5, Pfalz=Lautern, S. 5, Pfalz=Simmern, S. 5, Pfalz=Neuburg, S. 6, Bremen, S. 7, Pfalzzweibruecken, S. 8, Pfalz Veldenz, S. 9, Sachsen Coburg, S. 10, Sachsen=Weimar, S. 13, Sachsen. Eisenach, S. 13, Brandenburg=Onolzbach, S. 13, Brandenburg=Culmbach, S. 14, Braunschweig=Zell, S. 14, Braunschweig Calenberg, S. 14, Braunschweig Grubenhagen, S. 14, Halberstadt, S. 15, Verden, S. 17, Wuerttemberg, S. 17-18, Hollstein Glueckstadt, S. 18, Baaden Durlach, S. 18, Baaden Baaden, S. 18, Baaden Hochberg, S. 18, Vorpommern, ..., S. 18, Hinterpommern, S. 19, Hessen=Darmstadt, S. 19, Hessen=Cassel, S. 19, Sachsen=Lauenburg, S. 19, Minden, S. 19, Leuchtenberg, S. 19, Anhalt, S. 19, Henneberg, S. 19, Camin, S. 19, Hersfeld, S. 19, Nomeny, S. 19,

aa) Die katholischen Voten

aaa) Mit speziellen Instruktionen

Mit von seiten ihrer Höfe erhaltenen speziellen Instruktionen²⁸⁰ stimmten die Gesandten²⁸¹ der 13 katholischen Virilstimmen dem Friedensvertrag von Lunéville und seiner in Art. VII getroffenen Entschädigungsregelung ohne Einwände und Vorbehalte zu.

Österreich²⁸²:

„... Indessen so widrig sich die Umstaende auch darstellen, so haben gleichwohl Se. Kais. Majestaet ferner dadurch noch ein Recht auf den Dank des gesammten Reichs sich erworben, daß dieses nicht nur mit keinen neuen, wesentlichen Bedingnißen, in dem Friedenstraktat belaeestigt wird, die nicht schon zuvor zu Rastadt von der Mehrheit der Reichsdeputation in der Hauptsache nachgegeben worden waeren, sondern, daß vielmehr, in mancher Hinsicht noch bessere Bestimmungen in dem Definitiv = Frieden, bewirkt worden sind. Durch diese wichtige Betrachtungen finden sich demnach Se. K. K. Majestaet bewogen, auch

Moempelgardt, S. 19, Hohenzollern, S. 20, Ostfriesland, S. 20, Schwarzenberg, S. 20, Thurn und Taxis, S. 20-21, Wetterauische Grafen, S. 22, Fraenkische Grafen, S. 22, Westphaelische Grafen, S. 22, Hollstein=Oldenburg, S. 22 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück) und *Erste Fortsetzung des Protokolls. Im Reichs=Fuersten=Rath Samstag den 7. Maerz 1081: vielmehr 1801*, Basel, Fulda, Johannitermeister, und Schwaebische Grafen, S. 26 (*ebd.*, 18. Stück).

Nicht abgegebenen 18 Voten: *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801*, Sachsen=Gotha, S. 11, Sachsen=Altenburg, S. 12, Braunschweig Wolfenbuettel, S. 14, Meklenburg=Schwerin, S. 15, Meklenburg=Guestrau, S. 17, Savoyen, S. 19, Schwerin, S. 19, Razeburg, S. 19, Aremberg, S. 19, Lobkowiz, S. 20, Salm:, S. 20, Dietrichstein, S. 20, Nassau Hadamar und Siegen, S. 20, Nassau Dillenburg, Siegen und Dietz, S. 20, Auersberg, S. 20, Fuerstenberg, S. 20, Lichtenstein, S. 20, Schwarzburg, S. 21 (*ebd.*, 6. Stück).

²⁸⁰ Die Abgabe des Votums nach vom Hof erhaltener special=Instruction war in den Angelegenheiten von einiger Bedeutung die Rede (*Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band VI, 2. Theil, 31. Cap., §. 46., S. 58-59).

Zu der offiziellen Beratung und Abstimmung in den Reichstagskollegien wurde dann geschritten, wenn eine Vorberatung des Reichsdirectoriums (Kurfürst von Mainz) mit den erschienenen Gesandten und Bevollmächtigten der Reichsstände ergab, dass „... die mehrsten und wichtigsten Hoefe ihren Gesandten Instruction ertheilt haben, ...“ (*Hüberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band I, 4. Buch, 3. Cap., §. 147., S. 490-494 (491, 493-494, Zitat S. 494) und *Pütter*, Institutioes Ivris Pvblici, Lib. 4, Cap. III, §. 147., p. 159-161).

²⁸¹ Seit dem Ständigen Reichstag vom Jahre 1663 ließen sich die Kurfürsten und die fürstlichen Reichsstände durch Gesandte und die Reichsstädte durch Abgeordnete auf dem Reichstag vertreten. Sie erhielten von ihren Committenten für die jeweils anstehenden Beratungen und Abstimmungen Instruktionen und waren allein diesen verantwortlich. Sie genossen persönlich die nach dem Völkerrecht Gesandten zuerkannten Rechte und Freiheiten. Ehe zu den offiziellen Beratungen geschritten wurde, informierte sich das Reichsdirectorium bei den die mehrsten und wichtigsten Höfe vertretenden Gesandten über ihre gegebene Einholung von Instruktionen (*Hüberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band I, 4. Buch, 3. Cap., §. 141., S. 475-476, §. 147., S. 494 und *Leist*, Lehrbuch teutschen Staatsrechts, 1. Aufl., (B)), 1. Buch, 2. Theil, 2. Abschnitt, II., §. 65., (b) und c), S. 197-201).

²⁸² Kaiser Franz II. als Erzherzog von Österreich (*GRSH*, 1801, I. Theil, 1. Abschnitt, 1. Abtheilung, Kaiserlich roemisch=deutsches Haus, ..., S. 1-5 (1-2), 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Oesterreich, S. 198 und *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 1. (536), §. 58., S. 568-570, §. 18., S. 537-543, §. 19., S. 543-545, §. 12., S. 529-530 (529)).

in Ihrer reichsstaendischen Eigenschaft Allerhoechstihren unbedingten Beytritt zur Reichsratifikation hierdurch erklaren zu lassen. ...²⁸³

Baiern²⁸⁴ :

„... Ihre kurfl. Durchlaucht naehmen daher um so weniger Anstand, dem von K. Majestaet dem Reich vorgelegten Friedens = und Freundschafts = Traktat mit der fraenkischen Republik beyzutreten, und auf dessen Ratifikation von Reichswegen anzutragen, als darinn in Ruecksicht auf das deutsche Reich die zwey Hauptgrundlagen des Reichsfriedens eben so festgesetzt worden seyen, wie es bereits durch die Reichs = Deputation zu Rastadt mit Beytretung Ihrer K. Majestaet geschehen war, und, als die darinn angenommenen Grundsaeetze weder dem Westphaelischen noch dem darauf sich beziehenden Teschner = Frieden widerspraechen; ...; *Ulteriora, si opus, reservando*⁽²⁸⁵⁾...²⁸⁶

Burgund²⁸⁷ :

„*accedit*⁽²⁸⁸⁾ *voto Austriaco.*⁽²⁸⁹⁾...²⁹⁰

²⁸³ *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801, Oesterreich: S. 2-3 (3) (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 6. Stück).*

²⁸⁴ Kurfürst Maximilian Joseph II. von Pfalz-Baiern als Herzog zu Baiern (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Bayern, S. 118-119, Pfalz und Bayern, S. 202-207 (202- 203); *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., *Scamn. Secvl.*, 2. Baiern, p. 105 und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 563-537 Nr. 3. (536), §. 12., S. 529-530 (529)).

²⁸⁵ Der am Ende eines Votums angebrachte Vorbehalt „*Ulteriora, si opus reservando*“ beinhaltet, dass der Votant sich vorbehielt, seinem abgegebenen Votum bis zur Abfassung des *Conclusums* noch weiteres hinzuzufügen und dies auch noch abändern zu können, ohne präkludiert zu sein (*Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band VI, 2. Theil, 31. Cap., S. 69-70).

²⁸⁶ *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801, Baiern: S. 3-4 (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 6. Stück)*

²⁸⁷ Kaiser Franz II. als Herzog zu Burgund (*GRSH* 1801, I. Theil, 1. Abschnitt, 1. Abtheilung, Kaiserlich roemisch=deutsches Haus, ..., S. 1-5 (1-2) und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 2. (536), §. 59., S. 570-572, §. 12., S. 529-530 (529), 1. Buch, 9. Cap., §. 15., S. 301-302 (302)).

²⁸⁸ Die Bezugnahme auf ein vorangegangnes Votum erfolgte insbesondere, wenn der Gesandte in dem Reichstagskollegium mehrere Stimmen zu führen hatte (*Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band VI, 2. Theil, 31. Cap., §. 31., S. 35).

⁽²⁸⁹⁾ Zustimmend (oben, S. 84-85).

²⁹⁰ *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801, Burgund: S. 4 (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 6. Stück).*

Pfalz = Lautern²⁹¹ :

„Wie Baiern.“⁽²⁹²⁾,²⁹³

Pfalz = Simmern²⁹⁴ :

„Wie Baiern.“⁽²⁹⁵⁾,²⁹⁶

Pfalz = Neuburg²⁹⁷ :

„Wie Baiern.“⁽²⁹⁸⁾,²⁹⁹

Pfalzzweibruecken³⁰⁰ :

„Wie Baiern.“⁽³⁰¹⁾,³⁰²

²⁹¹

Kurfürst Maximilian Joseph von Pfalz-Baiern als Pfalzgraf bei Lautern (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Pfalz und Bayern, S. 202-203, A), S. 203-204; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 6. Pfalz=Lautern, p. 105 und *Moser*, *Neues deutsches Staatsrecht*, Band III 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 5. (536), §. 12., S. 529-530 (529)).

⁽²⁹²⁾ Zustimmend (oben, S. 85).

²⁹³

Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801, Pfalz=Lautern:, S. 5 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

²⁹⁴

Kurfürst Maximilian Joseph II. von Pfalz-Baiern als Pfalzgraf zu Simmern (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Pfalz und Bayern S., 202-203, A., S. 203-204; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 8. Pfalz=Simmern, p. 105 und *Moser*, *Neues deutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 6. (536), §. 12., S. 529-530 (529)).

⁽²⁹⁵⁾ Zustimmend (oben, S. 85).

²⁹⁶

Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801, Pfalz=Simmern:, S. 5 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

²⁹⁷

Kurfürst Maximilian Joseph II. von Pfalz-Baiern als Herzog zu Neuburg (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Pfalz und Bayern, S. 202-203, A), S. 203-204; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 10. Pfalz=Neuburg, p. 105 und *Moser*, *Neues deutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 7. (536), §. 12., S. 529-530 (529)).

⁽²⁹⁸⁾ Zustimmend (oben, S. 85).

²⁹⁹

Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801, S. Pfalz=Neuburg:, S. 6 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

³⁰⁰

Kurfürst Maximilian Joseph II. von Pfalz-Baiern als Herzog zu Zweibrücken (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Pfalz und Bayern, S. 202-203, A), S. 203-204 (203); *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 14. Pfalz=Zweybruecken, p. 105 und *Moser*, *Neues deutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 9. (536), §. 12., S. 529-530 (530)).

⁽³⁰¹⁾ Zustimmend (unten, S. 85).

Pfalz Veldenz³⁰³ :

„Wie Baiern.“^{(304),}„³⁰⁵

Leuchtenberg³⁰⁶ :

„Wie Baiern.“^{(307),}„³⁰⁸

Nomeny³⁰⁹ :

„Wie Oesterreich.“^{(310),}„³¹¹

Hohenzollern³¹² :

„Behalt sich das Protokoll offen.“³¹³ (6. März 1801)

³⁰² *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801*, Pfalzweibruecken:, S. 8 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

³⁰³ Kurfürst Maximilian Joseph II. von Pfalz-Baiern als Pfalzgraf zu Veldenz und Lautereck (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Pfalz und Bayern, S. 202-203, A), S. 203-204; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 16. Pfalz=Veldenz, p. 105 und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 10. (536), §. 12., S. 529-530 (530)).

⁽³⁰⁴⁾ Zustimmend (oben, S. 85).

³⁰⁵ *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801*, Pfalz Veldenz:, S. 9 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

³⁰⁶ Kurfürst Maximilian Joseph II. von Pfalz-Baiern als Landgraf zu Leuchtenberg (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Pfalz und Bayern, S. 202-203, A), S. 203-204; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 72. Leuchtenberg, p. 105 und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 39. (537), §. 12., S. 529-530 (529)).

⁽³⁰⁷⁾ Zustimmend (oben, S. 85).

³⁰⁸ *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801*, Leuchtenberg:, S. 19 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

³⁰⁹ Kaiser Franz II. als Herzog von Lothringen (*GRSH* 1801, I. Theil, 1. Abschnitt, 1. Abtheilung, Kaiserlich roemisch=deutsches Haus, ..., S. 1-5 (1-2), 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Lothringen, S. 185-186; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 79. Nomeny, p. 105 und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 46. (537), §. 12., S. 529-530 (530), §. 85., S. 602, 1. Buch, 9. Cap., §. 15., S. 301-302).

⁽³¹⁰⁾ Zustimmend (oben, S. 84-85).

³¹¹ *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801*, Nomeny:, S. 19 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

³¹² Fürst Hermann Friedrich Otto von Hohenzollern-Hechingen (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Hohenzollern, S. 155-156, (A) Hohenzollern=Hechingen, S. 156-158 (156); *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 82. Hohenzollern, p. 105 und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 49. (537), §. 12., S. 529 u. 539 (530)).

„Ad majora.“³¹⁴ (7. März 1801)

Schwarzenberg³¹⁵ :

„... Sr. Kaiserl. Majestaet gebuehrte mit vollem Rechte der ehrerbietigste Dank, daß Allerhoehstdieselbe ..., mit so vieler ruehrender Offenheit dem Reiche dargelegten mannigfaltigen Vorstellungen sich haben bewegen laßen, dem Ansinnen der franzoesischen Republik nachzugeben, und den Frieden auch fuer das Reich abzuschließen, ...; waere der Frieden um einen minder theueren Preis, und waere mehr als was der Friedenstractat zu Lueneville vom 9. Febr. d. J. ergiebt, von der franzoes. Republik fuer das Reich ausharrende Standhaftigkeit und durch so viele eigenen große Aufopferungen ganz Teutschland erprobten Sorgfalt Sr. Kaiserl. Majestaet wohl zutrauen, daß solches geschehen waere. Mit dieser ganz konkludenten Voraussetzung vereinige sich die traurige Betrachtung, daß mit einem jeden Augenblicke welcher zur Ertheilung der Reichsratifikation verzoegert wird, der groeste Schaden fuer Teutschland sich vermehre, - um diesen nach Kraeften seiner Seits zu vermindern, benuzten Se. Hochfuerstl. Durchlaucht zu Schwarzenberg die erste Gelegenheit, zu Ertheilung der Reichseinwilligung in den vorgelegten Friedenstractat zu stimmen, und auf ein schleunigst zu ertheilendes Reichsgutachten an Jhro Kaiserl. Majestaet anzutragen. ...“³¹⁶

Thurn und Taxis³¹⁷ :

„Nachdem Se. Hochfuerstliche Durchlaucht von Thurn und Taxis bei jeder Gelegenheit Hoehstihren lebhaftesten Wunsch zu Herstellung eines dauerhaften Reichsfriedens an den Tag gelegt haben, so koennen Hoehchstsie ... von der Nothwendigkeit, den taeglich unerschwinglicher werdenden, die aeusserste Noth und Erschoepfung hervorbringenden Kriegsdrangsalen ein Ende zu machen, durchdrungen, nicht umhin, auf die schleunigste Ratifikation des vorliegenden

³¹³ *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801, Hohenzollern:, S. 20 (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 6. Stück).*

³¹⁴ *Erste Fortsetzung des Protokolls. Im Reichs=Fuersten=Rath Samstag den 7. Maerz 1081: vielmehr 1801, Hildesheim und Paderborn, auch Hohenzollern:, S. 26 (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 18. Stück).*

³¹⁵ Fürst Joseph Johann von Schwarzenberg (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Schwarzenberg, S. 236-238 (237); *Pütter*, Institutviones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 91. Schwarzenberg, p. 105 und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 58. (537), §. 12., S. 529-530 (530)).

³¹⁶ *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801, Schwarzenberg:, S. 20 (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 6. Stück).*

³¹⁷ Fürst Carl Anselm von Thurn und Taxis (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Thurn und Taxis, S. 246-247 (246); *Pütter*, Institutviones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 93. Thurn und Taxis, p. 105; *Lohner*, Geschichte von Thurn und Taxis, 1. Teil, A., § 3., S. 17; *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 1. Buch, 4. Cap., §. 28.-§. 35., S. 92-171, 2. Buch, 2. Cap., §. 12., S. 529-530 (530) und *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der schwaebische Kreis, Die gefuerstete Grafschaft Friedberg=Scheer, S. 555-556 (555)).

Friedensinstruments mit der franzoesischen Republik von Reichswegen anzutragen, und darauf in in vollster Maaße, abzustimmen. ...“³¹⁸

bbb) Vermöge genereller Instruktionen

Bei dem Abgehen von Seiten seinen Hofes erhaltener spezieller Instruktion stimmte vermöge seiner generellen Instruktion³¹⁹ der Gesandte der katholischen Curiatstimme:

Schwäbische Grafen³²⁰ :

„Sub spe rati quoad ratificationem ad majora.“³²¹

dem Friedensvertrag von Lunéville und seiner Entschädigungsregelung in Art. VII ohne Einwände und Vorbehalte zu.

ccc) Abest

Als abest³²² wurden die 3 katholischen Virilstimmen von Lobkowitz,³²³ Salm³²⁴ und Dietrichstein³²⁵ aufgerufen.³²⁶

³¹⁸ *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801, Thurn und Taxis:, S. 20-21 (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 6. Stück).*

³¹⁹ Bei dem Abgehen von einer erhaltenen special=Instruktion durch ihre Höfe konnten die Bevollmächtigten ihre Voten vermöge ihrer instructine generali sub (indubia) spe rati abgeben. Bei dem nachherigen Erhalt von einer Spezial-Instruktion konnten diese bis zur Abfassung des Conclusums des Reichstagskollegiums wieder abgeändert werden (*Moser, Neues deutsches Staatsrecht, Band VI, 2. Theil, 31. Cap., §. 47., S. 59-60, 33. Cap., §. 16., S. 146-152 (149-152).*)

Die hierzu von dem Bevollmächtigten des Herzogs von Magdeburg (König Friedrich II. von Preußen) im Reichsfürstenrat im Jahre 1768 allein vertretene Ansicht, dass bei solchen Angelegenheiten mit keiner Kleinigkeit oder wenn es auf die Conclusion per Majora ankomme, die vermöge ihrer instructiōne generali sub spe rati abgegebenen Voten nicht „...., die gleich = und vollgueltige Acht = und Zaehlung ...“ gegen die Vota instructa hätten, war von dem österreichischen Direktorium mit den 24 Stimmen von Salzburg, Teutschmeister, Straßburg, Hildesheim, Paderborn, Trident, Brixen, Münster, Lüttich, Stablo, Corvey, Hohenzollern, Würzburg, Fulda, Bamberg, Speyer, Weissenburg, Freysingen, Regensburg, Chur, Augsburg, Passau, Eichstätt, Lobkowiz entgegengetreten worden (*Moser ebd., 33. Cap., §. 16., S. 148-152 (Zitat S. 152).*)

Zu der Beratung und Abstimmung wurde jedoch erst geschritten, wenn von den meisten und wichtigsten Höfe Instruktionen vorlagen (oben, S. 84).

³²⁰ Gehörte der katholischen Konfession zu (unten, S. 539-540).

³²¹ *Erste Fortsetzung des Protokolls. Im Reichs=Fuersten=Rath Samstag den 7. Maerz 1081: vielmehr 1801, Basel, Fulda, Johannitermeister und Schwaebische Grafen:, S. 26 (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 18. Stück).*

ddd) Vacat

Vacat³²⁷ waren die 5 katholische Virilstimmen Savoyen,³²⁸ Arenberg,³²⁹ Auersberg,³³⁰
Fürstenberg³³¹ und Liechtenstein.³³³

³²²

Abest waren die Reichsstände, deren Gesandte bei einer allgemeinen Anwesenheit beim Reichstag zu den gerade anstehenden Beratungen und Abstimmungen nicht zugegen waren (*Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band VI, 1. Theil, 8. Cap., §. 3., S. 152).

³²³

Fürst Franz Joseph von Lobkowitz (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Lobkowitz, S. 180-181, A), S. 181-182 (181); *Pütter*, Institutviones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 83. Lobkowitz, p. 105 und *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 1. Buch, 4. Cap., §. 11. u. §. 12., S. 40-45, §. 14., S. 45-46, §. 15., S. 46-52 (52), 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 50. (537), §. 12., S. 529-530 (530), §. 89., S. 609).

³²⁴

Die Fürsten zu Salm-Salm und Salm-Kyrburg, mit jährlich abwechselnder Stimmenführung (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Salm, S. 224-225, 1), S. 225, a), S. 225-227 (225), b), S. 227-228 (227); *Pütter*, Ivris Pvblici Germanici, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secl., 84. Salm, p. 105; *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 51 (537), §. 12., S. 529-530 (530), §. 90., S. 609 und unten, S. 486).

³²⁵

Fürst Johann Baptist Carl Walther von Dietrichstein (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Dietrichstein, S. 129-132 (129-130); *Pütter*, Institutviones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 85. Dietrichstein, p. 105 und *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 52. (537), §. 12., S. 529-530 (530)).

³²⁶

Jm Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801, Lobkowitz., S. 20 „abest.“, Salm.: S. 20 „abest.“, Dietrichstein.: S. 20 „Similiter abest.“ (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

³²⁷

Vacat waren die Reichsstände, deren Gesandte zu den anstehenden Beratungen und Abstimmungen im Reichstag überhaupt nicht erschienen waren (*Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band VI, 1. Theil, 8. Cap., §. 3., S. 152).

³²⁸

König Karl IV. Emanuel von Sardinien als Herzog von Savoyen (*GRSH* 1801, II. Theil, 1. Abschnitt, Sardinien, S. 47-48 (47); *Pütter*, Institutviones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secl., 71. Savoyen, p. 105; *Büsching*, Erdbeschreibung, IV. Theil, Italien, Ober=Italien, I., 1., §. 1., S. 28; *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band I, 3. Cap., §. 22.-§. 28., S. 87-90 (§. 28., S. 90), Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 77., S. 597 und *Schweder*, Theatrum Historicum Praetensionum et Controversiarum illustrium, I. Theil, 1. Buch, 12. Cap., S. 45).

³²⁹

Herzog Ludwig Engelbert von Arenberg (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Arenberg, S. 110-112 (110-111); *Pütter*, Institutviones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 81. Arenberg, p. 105 und *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 1. Buch, 4. Cap., §. 9., S. 37, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 48. (537), §. 12., S. 529-530 (530), §. 87., S. 608).

³³⁰

Fürst Carl Joseph Anton von Auersperg (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Auersperg, S. 112-113; *Pütter*, Institutviones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 88. Auersperg, p. 105; *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 55. (537), §. 12., S. 529-530 (530) und *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der schwaebische Kreis, Die gefuerstete Grafschaft Thengen, S. 529-530).

³³¹

Fürst Carl Joachim von Fürstenberg (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Fuerstenberg, S. 132, Die Stuehlinger Linie, S. 132-133, 1), S. 133-134 (133); *Pütter*, Ivris Pvblic Germanici, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 90. Fuerstenberg, p. 105 und *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 57. (537), §. 12., S. 529-530 (530), 1. Buch, 5. Cap., §. 11., S. 237-238).

bb) Die evangelischen Voten

aaa) Mit speziellen Instruktionen

Mit erhaltenen speziellen Instruktionen stimmten die Gesandten der 26 evangelischen Virilstimmen dem Friedensvertrag von Lunéville und seiner in Art. VII getroffenen Entschädigungsregelung ohne Einwände und Vorbehalte zu.

Magdeburg³³⁴ :

„Sr. Koenigl. Majestaet von Preußen lebhafter sehnlichster Wunsch war es stetshin, ueber das gesammte Reich, nach so vielen Leidenvollen Jahren die Segnungen der Ruhe und des Friedens wieder ausgebreitet zu sehen, und es kann Allerhoechstihnen gewiß nichts angenehmer seyn, als hierzu das Jhrige in bester aufrichtigster Absicht auf das ungesaeumteste beyzutragen. Unter diesen Gesinnungen stimmen Se. Koenigl. Majestaet, in Jhrer reichsstaendischen Eigenschaft dahin, daß von wegen des gesammten Reichs die Ratification des durch das Hoechstverehrliche in Proposition gestellte K. Hofdekret de dato 21ten et diét 25ten Febr. 1801. dem Reich mitgetheilten, mit in seinem Namen von des Kaisers Majestaet mit der franzoesischen Republik am 9ten vorigen Monats zu Luneville abgeschloenen Friedens, sofort ertheilet werde. ...“³³⁵

Bremen³³⁶ :

„Behaelt sich noch zur Zeit das Protocoll offen.“³³⁷ (6. März 1801)

³³² Fürst Aloys Joseph von Liechtenstein (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Liechtenstein, S. 173-177 (174); *Pütter*, Institutviones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 92. Liechtenstein, p. 105 und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 1. Buch, 4. Cap., §. 25., S. 83-88, §. 26., S. 88-90 (88), §. 42., S. 180, §. 44., S. 181-186 (186), 5. Cap., §. 12., S. 239 u. 249, §. 18., S. 252-254, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 59. (537), §. 12., S. 529-530 (530), §. 97., S. 613).

³³³ *Jm Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801*, Savoyen:, S. 19 „Vacat.“, Aremberg:, S. 19 „Vacat“, Auersberg:, S. 20 „Vacat.“, Fuerstenberg:, S. 20 „Vacat.“, Lichtenstein:, S. 20 „Vacat.“ (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

³³⁴ König Friedrich Wilhelm III. von Preußen und Kurfürst von Brandenburg als Herzog zu Magdeburg, reformiert (*GRSH* 1801, I. Theil, 1. Abschnitt, 1. Abtheilung, Preussen, S. 18-21 (18-19); *Pütter*, Institutviones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 4. Magdeburg, p. 105 und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 4. (536), §. 13., S. 531, Reformirte Nr. 1.).

³³⁵ *Jm Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801*, Magdeburg:, S. 4-5 (4) (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

³³⁶ König Georg III. von Großbritannien und Kurfürst von Braunschweig-Lüneburg-Hannover als Herzog zu Bremen, lutherisch (*GRSH* 1801, I. Theil, 1. Abschnitt, 1. Abtheilung, Großbritannien, S. 12-15 (12-13), 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Braunschweig, S. 122, B), S. 126; *Pütter*, Institutviones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 12. Bremen, p. 105 und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 8. (536), §. 13., S. 531, Lutheraner Nr. 1.).

³³⁷ *Jm Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801*, Bremen:, S. 7 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

„Jhro Koenigl. Majestaet von Grosbritannien, als Churfuerst zu Braunschweig und Lueneburg, verkennen keinesweges die ausserordentlichen dringenden Umstaende, welche bey der dermaligen Abschließung des Friedens ueberall vorgewaltet, ...: also nehmen Seine Koenigliche Majestaet, als Churfuerst zu Braunschweig und Lueneburg, hiemit keinen Umgang, mit Allerhoechstihro Mitstaenden darinn sich zu konformiren, daß zu dem von Seiner Roemisch = Kaiserlichen Majestaet fuer sich und Namens des Reichs mit der franzoesischen Republik am 9ten Febr. dieses Jahrs zu Lueneville in 19 Artikeln abgeschlossenen Friedenstraktat in der Maase, als selbiger durch das Kaiserliche allerhoechste Hofdekret vom 21 Februar an das versammelte Reich gebracht worden, die Genehmigung und Ratifikation des teutschen Reichs ertheilet und vordersamst erklaert werde.“³³⁸ (7. März 1801)

Sachsen-Coburg³³⁹ :

„Behaelt sich das Protokoll offen.“³⁴⁰ (6. März 1801)

„Quoad ratificationem pacis wie Magdeburg.“⁽³⁴¹⁾,³⁴² (7. März 1801)

Sachsen-Weimar³⁴³ :

„Wird noch vor dem Schluß des Protokolls seine Abstimmung abgeben.“³⁴⁴ (6. März 1801)

³³⁸ Erste Fortsetzung des Protokolls. Im Reichs=Fuersten=Rath Samstag den 7. Maerz 1081: vielmehr 1801, Bremen cum ceteris votis, S. 25 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 18. Stück).

³³⁹ Herzog Franz Friedrich Anton von Sachsen-Coburg-Saalfeld und Herzog Georg von Sachsen-Meiningen mit abwechselnder 1 ½ und 2 ½ jährigen Stimmenführung, lutherisch (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Sachsen, S. 213-215, A), 3), S. 218-219 (218), 4), S. 219-221 (219-220), 5), S. 221-222 (221); *Pütter*, Institutviones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 22. Sachsen=Coburg, p. 105; *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 13. (536), §. 13., S. 531, Lutheraner Nr. 4. und *Büsching*, Erdbeschreibung, VIII. Theil, Der obersaechsische Kreis, Das Fuerstenthum Coburg, S. 624-642 (§. 5., S. 626, §. 7., S. 627-629, §. 8., S. 629, §. 9., I., S. 629-633, II., S. 633-637, IV., S. 637-642).

³⁴⁰ Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801, Sachsen-Coburg:, S. 10 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

⁽³⁴¹⁾ Zustimmend (oben, S. 91).

³⁴² Erste Fortsetzung des Protokolls. Im Reichs=Fuersten=Rath Samstag den 7. Maerz 1081: vielmehr 1801, Sachsen=Weimar und Sachsen=Eisenach:, S. 26 „Quoad ratificationem pacis wie Magdeburg.“, Sachsen=Coburg:, S. 26 „ingleichen.“ (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 18. Stück).

³⁴³ Herzog Carl August zu Sachsen-Weimar, lutherisch (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Sachsen, S. 213-215, A), 1), S. 215-216 (215); *Pütter*, Institutviones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 18. Sachsen=Weimar, p. 105 und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 11. (536), §. 13., S. 531, Lutheraner Nr. 2.).

³⁴⁴ Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801, Sachsen=Weimar:, S. 13 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

„Quoad ratificationem pacis wie Magdeburg.“⁽³⁴⁵⁾„³⁴⁶ (7. März 1801)

Sachsen-Eisenach³⁴⁷ :

„Wie Sachsen = Weimar.“⁽³⁴⁸⁾„³⁴⁹ (6. März 1801)

„Quoad ratificationem pacis wie Magdeburg.“⁽³⁵⁰⁾„³⁵¹ (7. März 1801)

Brandenburg-Onolzbach³⁵² :

„Wie Magdeburg.“⁽³⁵³⁾„³⁵⁴

Brandenburg-Culmbach³⁵⁵ :

„Wie Magdeburg.“⁽³⁵⁶⁾„³⁵⁷

⁽³⁴⁵⁾ Zustimmend (oben, S. 91).

³⁴⁶ *Erste Fortsetzung des Protokolls. Im Reichs=Fuersten=Rath Samstag den 7. Maerz 1081: vielmehr 1801, Sachsen=Weimar und Sachsen=Eisenach:., S. 26 (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 18. Stück).*

³⁴⁷ Herzog Carl August zu Sachsen-Weimar, lutherisch (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Sachsen, S. 213-215 (1), a), S. 214), A), 1), S. 215-216 (216); *Pütter*, Institutviones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 20. Sachsen=Eisenach, S. 105 und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 12. (536), §. 13., S. 531, Lutheraner Nr. 3.).

⁽³⁴⁸⁾ „Wird noch vor dem Schluß des Protokolls seine Abstimmung abgeben.“ 6. März 1801 (oben, S. 92).

³⁴⁹ *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801, Sachsen. Eisenach:., S. 13 (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 6. Stück).*

⁽³⁵⁰⁾ Zustimmend (oben, S. 91).

³⁵¹ *Erste Fortsetzung des Protokolls. Im Reichs=Fuersten Rath Samstag den 7. Maerz 1081: vielmehr 1801, Sachsen=Weimar und Sachsen=Eisenach:., S. 26 (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 18. Stück).*

³⁵² König Friedrich Wilhelm III. von Preußen und Kurfürst von Brandenburg als Markgraf zu Brandenburg-Onolzbach, reformiert (*GRSH* 1801, I. Theil, 1. Abschnitt, 1. Abtheilung, Preussen, 18-21 (18-19), 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Brandenburg, S. 119, 2), B), S. 120-122 und *Pütter*, Institutviones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 28. Brandenburg=Onolzbach, p. 105).

⁽³⁵³⁾ Zustimmend (oben, S. 91).

³⁵⁴ *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801, Brandenburg=Onolzbach:., S. 13 (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 6. Stück).*

³⁵⁵ König Friedrich Wilhelm III. von Preußen und Kurfürst von Brandenburg als Markgraf zu Brandenburg-Culmbach, reformiert (*GRSH* 1801, I. Theil, 1. Abschnitt, 1. Abtheilung, Preussen, S. 18-21 (18-19), 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Brandenburg, S. 119, 2), S. 120, A), S. 121-122 und *Pütter*, Institutviones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., Brandenburg=Culmbach, p. 105).

⁽³⁵⁶⁾ Zustimmend (oben, S. 91).

Braunschweig-Zell³⁵⁸ :

„Wie Bremen.“⁽³⁵⁹⁾,³⁶⁰

Braunschweig-Calenberg³⁶¹ :

„Wie Bremen.“⁽³⁶²⁾,³⁶³

Braunschweig-Grubenhagen³⁶⁴ :

„Wie Bremen.“⁽³⁶⁵⁾,³⁶⁶

³⁵⁷ *Jm Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801*, Brandenburg=Culmbach:, S. 14 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

³⁵⁸ König Georg III. von Großbritannien und Kurfürst von Braunschweig-Lüneburg-Hannover als Herzog zu Braunschweig-Zell, lutherisch (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Braunschweig, S. 122, B), S. 126, 1. Abschnitt, 1. Abtheilung, Großbritannien, S. 12-15 (12-13); *Pütter*, Institutviones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 32. Braunschweig=Zell, S. 105 und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 18. (536), §. 13., S. 531, Lutheraner Nr. 9.).

⁽³⁵⁹⁾ Zustimmend (oben, S. 91-92).

³⁶⁰ *Jm Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801*, Braunschweig Zell:, S. 14 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

³⁶¹ König Georg III. von Großbritannien und Kurfürst von Braunschweig-Lüneburg-Hannover als Herzog zu Calenberg, lutherisch (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Braunschweig, S. 122, B), S. 126, 1. Abschnitt, 1. Abtheilung, Großbritannien, S. 12-15 (12-13); *Pütter*, Institutviones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 34. Braunschweig=Calenb., p. 105 und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 20. (536-537), §. 13., S. 531, Lutheraner Nr. 11.).

⁽³⁶²⁾ Zustimmend (oben, S. 91-92).

³⁶³ *Jm Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801*, Braunschweig Calenberg:, S. 14 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

³⁶⁴ König Georg III. von Großbritannien und Kurfürst von Braunschweig-Lüneburg-Hannover als Herzog zu Grubenhagen (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Braunschweig, S. 122, B), S. 126, 1. Abschnitt, 1. Abtheilung, Großbritannien, S. 12-15 (12-13); *Pütter*, Institutviones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 36. Braunschweig=Grubenhagen, p. 105 und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 19. (536), §. 13., S. 531, Lutheraner Nr. 10.).

⁽³⁶⁵⁾ Zustimmend (oben, S. 91-92).

³⁶⁶ *Jm Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801*, Braunschweig Grubenhagen:, S. 14 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

Halberstadt³⁶⁷ :

„Wie Magdeburg.“⁽³⁶⁸⁾,³⁶⁹

Verden³⁷⁰ :

„Wie Bremen.“⁽³⁷¹⁾,³⁷²

Wirtemberg³⁷³ :

„Indem Se. Herzogl. Durchlaucht zu Wuerttemberg, auf die simple Ratification des am 9. vorigen Monats, zu Lueneville unterzeichneten Friedens zu stimmen sich bewogen finden, wuenschen Hoechst dieselben um so mehr jede Verzoeigerung entfernt zu sehen, als nur allein durch die, in moeglichster Kuerze beyzubringende Ratification, die, noch in so vollem Maase auf die betheiligten Staende fortdaurende Kriegsdrangsale und unerschwingliche Lasten gehoben, und entfernt werden koennen; ...“³⁷⁴

³⁶⁷ König Georg III. von Großbritannien und Kurfürst von Braunschweig-Lüneburg-Hannover als Fürst zu Halberstadt, reformiert (*GRSH* 1801, I. Theil, 1. Abschnitt, 1. Abtheilung, Preussen, S. 18-21 (18-19); *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 40. Halberstadt, S. 105 und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 22. (537), §. 13., S. 531, Reformirte Nr. 2.).

⁽³⁶⁸⁾ Zustimmend (oben, S. 91).

³⁶⁹ *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801*, Halberstadt:, S. 15 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

³⁷⁰ König Georg III. von Großbritannien und Kurfürst von Braunschweig-Lüneburg-Hannover als Herzog zu Verden, lutherisch (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Braunschweig, S. 122, B), S. 126, 1. Abschnitt, 1. Abtheilung, Großbritannien, S. 12-15 (12-13); *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 46. Verden, p. 105 und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 23. (537), §. 13., S. 531, Lutheraner Nr. 13.).

⁽³⁷¹⁾ Zustimmend (oben, S. 91-92).

³⁷² *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801*, Verden:, S. 17 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

³⁷³ Herzog Friedrich zu Wirtemberg, lutherisch (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Wuerttemberg, S. 252, 1), S. 252-255 (253); *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 52. Wuertenberg, p. 105 und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 24. (537), §. 13., S. 531, Lutheraner Nr. 14.).

³⁷⁴ *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801*, Wuerttemberg:, S. 17-18 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

Baaden-Durlach³⁷⁵ :

„Des Herrn Margrafen zu Baaden, Hochfuerstl. Durchlaucht verehrten mit dem tiefsten Dank, daß Ihre Kaiserl. Majestaet, indem Allerhoechstdieselbe Sich entschloßen, den Uibeln des Kriegs ein Ende zu machen, zugleich den allergnaedigsten Bedacht genommen haetten, auch das teutsche Reich der Wohlthaten des Friedens theilhaftig zu machen; da dieser sehnlichst erwuenschte Endzweck durch den von Seiten allerhoechstdgedacht Ihrer Majestaet, dem Kaiser und der Republik Frankreich am 9. vorigen Monats zu Lueneville unterzeichneten Friedensschluß wirklich erzielet worden, und nun die Ratification desselben von Seiten des teutschen Reichs annoch erforderlich sei, so truegen hoechstgedacht Jhro Hochfuerstl. Durchlaucht geziemend darauf an, daß solche ungesaeumt ertheilet, somit das Vaterland von denen immer noch fortdauernden drueckenden Kriegslasten ehestens befreyet werden moege. ...“³⁷⁶

Baaden Baaden³⁷⁷ :

„Wie Baaden Durlach.“^{(378),379}

Baaden-Hochberg³⁸⁰ :

„Wie Baaden Durlach.“^{(381),382}

³⁷⁵ Markgraf Karl Friedrich von Baden, lutherisch (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Baden, S. 116-118 (116-117); *Pütter*, Institutviones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 60. Baden=Durlach, p. 105 und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 28. (537), §. 13., S. 531, Lutheraner Nr. 16.).

³⁷⁶ *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801*, Baaden Durlach:, S. 18 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

³⁷⁷ Markgraf Karl Friedrich von Baden, lutherisch (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Baden, S. 116-118 (116-117); *Pütter*, Institutviones, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 58. Baden=Baden, p. 105 und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 27. (537), §. 12., S. 529-530 Nr. 5 (529) „... Wann aber Baden=Baden abgeheth, verliehren Sie eine. ...“ (530), §. 13., S. 531, Lutheraner Nr. 16.).

⁽³⁷⁸⁾ Zustimmend (oben, S. 95-96).

³⁷⁹ *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801*, Baaden Baaden:, S. 18 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

³⁸⁰ Markgraf Karl Friedrich von Baden, lutherisch (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Baden, S. 116-118 (116-117); *Pütter*, Institutviones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 62. Baden=Hochberg, p. 105 und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 29. (537), §. 13., S. 531, Lutheraner Nr. 17.).

⁽³⁸¹⁾ Zustimmend (oben, S. 95-96).

³⁸² *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801*, Baaden Hochberg:, S. 18 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

Hinterpommern³⁸³ :

„Wie Magdeburg.“⁽³⁸⁴⁾ „³⁸⁵

Hessen-Darmstadt³⁸⁶ :

„Behaelt sich das Protokoll annoch offen.“³⁸⁷ (6. März 1801)

„Des regierenden Herrn Landgrafen zu Hessen = Darmstadt Hochfuerstl. Durchl. halten in materia proposita dafuer, daß Allerhoechstihro Kais. Majestaet fuer die durch Dero bevollmaechtigten Minister zu Lueneville zum Vortheil des teutschen Reichs gemachte Einleitung der allerunterthaenigste Dank ehrerbiethigst abzustatten sey. Seine Hochf. Durchlaucht nehmen auch keinen Anstand, nach Dero schon bethaetigten friedliebenden Gesinnungen, und um die so wuensenswerthen freundschaftlichen Verhaeltniße des gesamten Reichs mit der franzoesischen Republik baldigst aufs vollkommenste herzustellen, sich mit denjenigen vortreflichen Abstimmungen zu vereinigen, welche auf die unverweilte Ratifikation des am 9ten Febr. zu Lueneville abgeschlossenen Friedens von Seiten des Reichs antragen. ...“³⁸⁸ (7. März 1801)

Hessen-Kassel³⁸⁹ :

„Des Herrn Landgrafen Hochfuerstl. Durchlaucht, vom innigsten Wunsche belebt, den Segen des Friedens fuer das ganze Reich auf das baldeste wiederkehren zu sehen, haben treuehorsamste Gesandtschaft angewiesen dafuer zu stimmen, daß

³⁸³ König Friedrich Wilhelm III. von Preußen und Kurfürst von Brandenburg als Herzog von Hinterpommern, reformiert (*GRSH* 1801, I. Theil, 1. Abschnitt, 1. Abtheilung, Preussen, S. 18-21 (18-19); *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 44. Hinter=Pommern, p. 105 und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 33. (537), §. 13., S. 531, Reformirte Nr. 4.).

⁽³⁸⁴⁾ Zustimmend (oben, S. 91).

³⁸⁵ *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801*, Hinterpommern:, S. 19 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

³⁸⁶ Landgraf Ludwig X. von Hessen-Darmstadt, lutherisch (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Hessen, S. 136-137, B) Die Darmstaedter Hauptlinie, 1) Hessen=Darmstadt, S. 144-146 (144); *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 56. Hessen=Darmstadt, p. 105 und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 26. (537), §. 13., S. 531, Lutheraner Nr. 15.).

³⁸⁷ *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801*, Hessen=Darmstadt:, S. 19 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

³⁸⁸ *Erste Fortsetzung des Protokolls. Im Reichs=Fuersten=Rath Samstag den 7. Maerz 1081: vielmehr 1801*, Hessen=Darmstadt, ..., S. 26 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 18. Stück).

³⁸⁹ Landgraf Wilhelm IX. von Hessen-Kassel, reformiert (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Hessen, S. 136-137, A) Die Casselsche Hauptlinie, und zwar 1) Hessen=Cassel, S. 137-140 (137); *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 54. Hessen=Cassel, p. 105 und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 25. (537), §. 13., S. 531, Reformirte Nr. 3.).

dem durch das Allerhoehchste am 25ten v. M. diktirte K. Hofdekret dem Reiche vorgelegten, am 9ten Febr. zu Luneville von Sr. K. Maj. auch im Namen des Reichs geschlossenen Frieden die Ratifikation von gesammten Reichswegen ertheilt werde, und im uebrigen sich mit der fuertreflichen Magdeburgischen Abstimmung zu vereinigen.“³⁹⁰

Sachsen-Lauenburg³⁹¹ :

„Wie Bremen.“^{(392), 393}

Minden³⁹⁴ :

„Wie Magdeburg.“^{(395), 396}

Anhalt³⁹⁷ :

„Behaelt sich das Protokoll offen.“³⁹⁸ (6. März 1801)

³⁹⁰ *Jm Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801, Hessen=Cassel, S. 19 (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 6. Stück).*

³⁹¹ König Georg III. von Großbritannien und Kurfürst von Braunschweig-Lüneburg-Hannover als Herzog zu Sachsen-Lauenburg, lutherisch (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Braunschweig, S. 122, B), S. 126, 1. Abschnitt, 1. Abtheilung, Großbritannien, S. 12-15 (12-13); *Pütter*, Institutviones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 66. Sachsen=Lauenburg, p. 105 und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 526-537 Nr. 34. (537), §. 13., S. 531, Lutheraner Nr. 21.).

⁽³⁹²⁾ Zustimmend (oben, S. 91-92).

³⁹³ *Jm Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801, Sachsen=Lauenburg:, S. 19 (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 6. Stück).*

³⁹⁴ König Friedrich Wilhelm III. von Preußen und Kurfürst von Brandenburg als Fürst zu Minden, reformiert (*GRSH* 1801, I. Theil, 1. Abschnitt, 1. Abtheilung, Preussen, S. 18-21 (18-19); *Pütter*, Institutviones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 68. Minden, p. 105 und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 37. (537), §. 13., S. 531, Reformirte Nr. 5.).

⁽³⁹⁵⁾ Zustimmend (oben, S. 91).

³⁹⁶ *Jm Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801, Minden:, S. 19 (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 6. Stück).*

³⁹⁷ Fürst Leopold Friedrich Franz von Anhalt-Dessau, Fürst Alexius Friedrich Christian von Anhalt-Bernburg und Fürst Christian Friedrich von Anhalt-Cöthen, reformiert (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Anhalt, S. 101, 1), S. 101-104 (101-102), 2), S. 104, A), S. 104-105 (104), B), S. 105-107 (105), 3), S. 107-109 (107), 4), S. 109-110 (109); *Pütter*, Institutviones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secl., 73. Anhalt, p. 105; *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 40. (537), §. 13., S. 531, Reformirte Nr. 6.; *Büsching*, Erdbeschreibung, VIII. Theil, Der obersaechsische Kreis, Das Fuerstenthum Anhalt, S. 787-819 (§. 4., S. 790-792 (791-792), §. 9., S. 796); *Ersch-Gruber*, Allgemeine Encyclopaedie der Wissenschaften und Kuenste, 1. Section, IV. Theil) Anhalt, ..., S. 115-134 (132 linke Sp, 130 rechte Sp.) und *ADB*, IV. Band, Christian August, Fürst zu Anhalt=Zerbst, ..., S. 157-159 (159)): Die 4. Zerbstische Linie war mit dem am 3. März 1793 ohne Kinder verstorbenen Fürst Friedrich August von Zerbst-Anhalt ausgestorben, womit seine Besitzungen nach den Hausgesetzen unter die 3 verbliebenen Linien Dessau, Bernburg und Cöthen aufgeteilt wurden.

„Quoad ratificationem pacis wie Magdeburg.“⁽³⁹⁹⁾„⁴⁰⁰ (7. März 1801)

Camin⁴⁰¹ :

„Wie Magdeburg.“⁽⁴⁰²⁾„⁴⁰³

Hirschfeld⁴⁰⁴ :

„Wie Hessen = Cassel.“⁽⁴⁰⁵⁾„⁴⁰⁶

Mömpelgard⁴⁰⁷ :

„Wie Wuerttemberg.“⁽⁴⁰⁸⁾„⁴⁰⁹

³⁹⁸ *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801, Anhalt., S. 19 (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 6. Stück).*

⁽³⁹⁹⁾ Zustimmend (oben, S. 91).

⁴⁰⁰ *Erste Fortsetzung des Protokolls. Im Reichs=Fuersten=Rath Samstag den 7. Maerz 1081: vielmehr 1801, Sachsen=Weimar und Sachsen=Eisenach:, S. 26 „Quoad ratificationem pacis wie Magdeburg.“, Sachsen = Coburg:, S. 26 „ingleichen.“, Anhalt:, S. 26 „Similiter.“ (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 18. Stück).*

⁴⁰¹ König Friedrich Wilhelm III. von Preußen und Kurfürst von Brandenburg als Fürst zu Camin, reformiert (*GRSH* 1801, I. Theil, 1. Abschnitt, 1. Abtheilung, Preussen, S. 18-21 (18-19); *Pütter*, Institutviones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 76. Camin, p. 105 und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 43. (537), §. 13., S. 531, Reformirte Nr. 7.).

⁽⁴⁰²⁾ Zustimmend (oben, S. 91).

⁴⁰³ *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801, Camin:, S. 19 (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 6. Stück).*

⁴⁰⁴ Landgraf Wilhelm IX. von Hessen-Kassel als Fürst von Hersfeld, reformiert (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Hessen, S. 136-137, A), 1), S. 137-140 (137); *Pütter*, Institutviones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 78. Hirschfeld, p. 105 und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 45. (537), §. 13., S. 531, Reformirte Nr. 8.).

⁽⁴⁰⁵⁾ Zustimmend (oben, S. 97).

⁴⁰⁶ *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801, Hersfeld:, S. 19 (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 6. Stück).*

⁴⁰⁷ Herzog Friedrich II. von Wirtemberg als Fürst zu Mömpelgard, lutherisch (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Wuerttemberg, S. 252, 1), S. 252-255 (253), 2), S. 255-256; *Pütter*, Institutviones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secl., 80. Muempelgard, p. 105 und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, III. Band, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 47. (537), §. 13., S. 531, Lutheraner Nr. 27.).

⁽⁴⁰⁸⁾ Zustimmend (oben, S. 95).

⁴⁰⁹ *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801, Moempelgardt:, S. 19 (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 6. Stück).*

Ostfriesland⁴¹⁰:

„Wie Magdeburg.“⁽⁴¹¹⁾⁴¹²

Gleiches die Gesandten der beiden beiden evangelischen Curiatstimmen:

Wetterauischen Grafen⁴¹³:

„Erhaltener Instruction nach vereinigt sich dießortige Abstimmung mit einer dankbaren allerunterthaenigsten Anerkennung und Verehrung der eben so huldreich und beruhigend dargelegten – als in dem aeußersten Drang der Umstaende gegruendeten Reichsoberhauptlichen Vorsorge – so wie mit der zu wuenshenden moeglichst beschleunigten Ratification des nunmehr auch fuer das Reich unter dem 9ten Febr. a. c geschlossenen definitiven Friedens = Tractates, wodurch einem großen Theil unsers teutschen Vaterlandes die Befreyung von den seitherigen langjaehrigen Kriegs = Drangsalen – und denen sonst besonders ungluecklichen Fuerstlich und Graeflichen Haeusern dieser hauptsaechlich nothleidenden Wetterauischen und uebriger Reichsgraeflichen Einigungen ihre Rettung, Conservation der noch besitzenden – und verhaeltnißmaeßige Entschaedigung fuer die verlohnrne Lande gewaehret wird.“⁴¹⁴

Fränkischen Grafen⁴¹⁵:

„Wie Wetterauische Grafen.“⁽⁴¹⁶⁾⁴¹⁷

⁴¹⁰ König Friedrich Wilhelm III. von Preußen und Kurfürst von Brandenburg als Fürst zu Ostfriesland, reformiert (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Ostfriesland, S. 201-202; *Pütter*, Institvtiones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scann. Secvl., 89. Ostfriesland, p. 105 und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 56. (537), §. 13., S. 531, Reformirte Nr. 11.).

⁽⁴¹¹⁾ Zustimmend (oben, S. 91).

⁴¹² *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081:vielmehr 6. März 1801*, Ostfriesland:, S. 20 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

⁴¹³ Der evangelischen Konfession zugehörend (unten, S. 533-534).

⁴¹⁴ *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801*, Wetterauische Grafen:, S. 22 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

⁴¹⁵ Bei wechselseitigen Reservationen ihre Zugehörigkeit zur katholischen oder evangelischen Konfession wurde ihre Stimme von einem evangelischen Gesandten geführt (unten, S. 545-546).

⁽⁴¹⁶⁾ Zustimmend (oben, S. 100).

⁴¹⁷ *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801*, Fraenkische Grafen:, S. 22 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

bbb) Vermöge genereller Instruktionen

Vermöge ihrer generellen Instruktionen stimmten die Gesandten der 4 evangelischen Virilstimmen:

Hollstein-Glückstadt⁴¹⁸:

„Da diesseitige Gesandtschaft eine specielle Instruction ueber den vorliegenden Gegenstand unmoeglich erhalten koennen, so tritt solche im allgemeinen unter anhoffender allerhoechsten Genehmigung dem erlauechteten Magdeburgischen Voto bey. Haelt sich jedoch naechere Erklaerung vor Schluß der Berathschlagung bevor.“⁴¹⁹

Vorpommern⁴²⁰:

„Diesseitige treu gehorsamste Gesandtschaft hat bei der Kuerze der Zeit zwar noch mit keiner Instruction versehen werden koennen, indeßen glaubt dieselbe bei der jetzigen Lage der Dinge und da Teutschland sich nach so vielen Kriegsleiden und Aufopferungen durch den bereits abgeschlossenen Frieden nunmehr wieder erquicken kann, den Gesinnungen Sr. Koenigl. Majestaet am besten zu entsprechen, wenn dieselbe sub spe rati dem von Magdeburg in materia proposita zu Protokoll gegebenen Voto beitriff. ...“⁴²¹

⁴¹⁸ König Christian VII. von Dänemark als Herzog Friedrich Christian zu Holstein-Glückstadt (*GRSH* 1801, I. Theil, 1. Abschnitt, 1. Abtheilung, Daennemark, S. 9-11 (10), 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Holstein, S. 159-160, I), S. 160, A), S. 160, II), S. 163-165 (163); *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., *Scamn. Secvl.*, 64. Holstein=Glueckstadt, P. 105 und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 35. (537), §. 13., S. 531. *Lutheraner* Nr. 22., §. 74., S. 595.).

⁴¹⁹ *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801*, Hollstein Glueckstadt, S. 18 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

⁴²⁰ König Gustav IV. von Schweden als Herzog Gustav IV. zu Pommern, lutherisch (*GRSH* 1801, I. Theil, 1. Abschnitt, 1. Abtheilung, Schweden, S. 24-26 (25); *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., *Scamn. Secvl.*, 42. Vor=Pommern, p. 105 und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 32. (537), §. 13., S. 531, *Lutheraner* Nr. 20.).

⁴²¹ *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801*, Vorpommern, ex Commissione per Luebeck:, S. 18 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

Die Stimmabgabe Ex Commissione erfolgte, wenn der Gesandte eines Reichsstandes sowohl im Kurfürsten- als auch im Reichsfürstenrat Stimmen zu führen hatte und in beiden Gremien zur gleichen Zeit beraten und abgestimmt wurde. Er pflegte dann, eines seiner Voten dem Gesandten eines anderen Reichsstandes zu übermitteln und diesen um dessen Abgabe zu ersuchen (*Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band VI, 2. Theil, 31. Cap., §. 23., S. 31-32).

Henneberg⁴²²:

„Verdankt zufoerderst dem hohen Directorio die Anzeige seiner Legitimation, indem es sich saemmtlichen verehrlichen Mitgliedern des Collegii zu fernerm schaeztbaren Zutrauen bestens empfiehlt. In materia proposita behaelt sich das Protokoll noch offen.“⁴²³ (6. März 1801)

„Dießeitige Gesandtschaft habe zwar die erwartete Instruktion noch nicht erhalten, finde es jedoch unbedenklich, von der sonst gewoehnlichen laengern Offenhaltung des Protokolls, bey dem fuer jeden Tag auf dem Verzug haftenden, sehr betraechtlichen Verlust, welcher die Fortdauer der Kriegslasten verursache, in dem vorliegenden Falle abzugehen, und wolle daher der vortreflichen Magdeburgischen und Bremischen Abstimmung, unter nicht bezweifelnder Genehmigung ihres hoechsten Hofes, beytreten.“⁴²⁴ (7. März)

Hollstein-Oldenburg⁴²⁵:

„Wie Luebek.“⁴²⁶

Luebek: „Unter anhoffender hoechster Genehmigung wie Magdeburg.“^{(427),428}

dem Friedensvertrag von Lunéville und seiner in Art. VII getroffenen Entschädigungsregelung ohne Einwände und Vorbehalte zu.

⁴²²

Kurfürst Friedrich August von Sachsen, Herzog Friedrich von Sachsen-Hildburghausen und Herzog Karl August von Sachsen-Weimar-Eisenach, in einem 4, 4, 2, 2 jährig wechselnden Turnus, lutherisch (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Sachsen, S. 213-215, A), 1), S. 215-216 (215), 4), S. 219-221 (219- 220), B), S. 222-224 (222); *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., *Scamn. Secvl.*, 74. Henneberg, P. 105 und *Moser*, *Neues deutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 41 (537), §. 13., S. 531, *Lutheraner* Nr. 24. und unten, S. 476-477).

⁴²³

Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801, Henneberg:, S. 19 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

⁴²⁴

Erste Fortsezung des Protokolls. Im Reichs=Fuersten=Rath Samstag den 7. Maerz 1081: vielmehr 1801, Henneberg:, S. 26 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 18. Stück).

⁴²⁵

Herzog Peter Friedrich Wilhelm von Holstein-Oldenburg, bei Ausübung seiner Stimme von dem Landesadministrator Bischof Friedrich Ludwig von Lübeck, lutherisch (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Holstein, II) Die juengere oder gottorische Hauptlinie ..., Holstein=Oldenburg, S. 163-164, 2. Abschnitt, 1. Hauptabtheilung, Luebeck, S. 76; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., *Scamn. Secvl.*, 70. Holstein=Oldenburg, p. 105; *Moser*, *Neues deutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 15., S. 532-533 (532), §. 47., S. 561-562 und *Büsching*, *Erdbeschreibung*, IX. Theil, Der niedersaechsische Kreis, Das Hochstift Luebeck, S. 542-547 (§. 1., S. 543, §. 2., S. 544-545) und unten, S. 475-476).

⁴²⁶

Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801, Hollstein=Oldenburg, ..., S. 22 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

⁽⁴²⁷⁾

Zustimmend (oben, S. 91).

⁴²⁸

Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801, Luebek, S. 18 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

ccc) Vacat

Vacat waren die 10 evangelischen Virilstimmen von Sachsen-Gotha,⁴²⁹ Sachsen-Altenburg,⁴³⁰ Braunschweig-Wolfenbüttel,⁴³¹ Mecklenburg-Schwerin,⁴³² Mecklenburg-Güstrow,⁴³³ Schwerin,⁴³⁴ Ratzeburg,⁴³⁵ Nassau-Hadamar,⁴³⁶ Nassau-Dillenburg⁴³⁷ und Schwarzburg.⁴³⁸

⁴²⁹ Herzog Ernst II. von Sachsen-Gotha, lutherisch (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Sachsen, S. 213-215, A), 2), S. 216-218 (216-217); *Pütter*, Institvtiones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 24. Sachsen=Gotha, p. 105 und *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 14. (536), §. 13., S. 531, Lutheraner Nr. 5.).

⁴³⁰ Herzog Ernst II. von Sachsen-Gotha, als Fürst zu Altenburg, lutherisch (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Sachsen, S. 213-215. A), 2), S. 216-218 (216-217); *Pütter*, Institvtiones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 26. Sachsen=Altenburg, S. 105 und *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 14. (536), §. 13., S. 531, Lutheraner Nr. 6.).

⁴³¹ Herzog Carl II. Wilhelm von Braunschweig-Wolfenbüttel, lutherisch (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Braunschweig, S. 122, A), S. 122-125 (122-123); *Pütter*, Institvtiones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 38. Braunschweig=Wolfenbuettel, p. 105 und *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 21. (537), §. 13., S. 531, Lutheraner Nr. 12.).

⁴³² Herzog Friedrich Franz zu Mecklenburg-Schwerin, lutherisch (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Mecklenburg, S. 186-187, 1), S. 187-188 (187); *Pütter*, Institvtiones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 48. Mecklenburg=Schwerin, p. 105 und *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 30. (537), §. 13., S. 531, Lutheraner Nr. 18.).

⁴³³ Herzog Friedrich Franz zu Mecklenburg-Schwerin als Herzog zu Mecklenburg-Güstrow, lutherisch (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Mecklenburg, S. 186-187, 1), S. 187-188 (187); *Pütter*, Institvtiones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 50. Mecklenburg=Guestrow, p. 105 und *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 31. (537), §. 13., S. 531, Lutheraner Nr. 19.).

⁴³⁴ Herzog Friedrich Franz zu Mecklenburg-Schwerin als Fürst zu Schwerin, lutherisch (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Mecklenburg, S. 187-188 (188); *Pütter*, Ivris Pvblici germanici, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 75. Schwerin, p. 105 und *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 42. (537), §. 13., S. 531, Lutheraner Nr. 25.).

⁴³⁵ Herzog Carl von Mecklenburg-Strelitz als Fürst zu Ratzeburg, lutherisch (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Mecklenburg, S. 186-187, 2), S. 188-190 (188-189); *Pütter*, Institvtiones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., *Pütter*, Institvtiones, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 76. Camin, p. 105 und *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 44. (537), §. 13., S. 531, Lutheraner Nr. 26.).

⁴³⁶ Fürst Wilhelm V. zu Nassau-Dietz, vormaliger Erbstatthalter der vereinigten Provinzen – Fürstentümer Hadamar und Siegen katholischer Linie –, reformiert (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Nassau, S. 190, II., S. 194-195, Nassau-Oranien und Dietz, S. 195-198 (195); *Pütter*, Ivris Pvblici Germanici, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 86., p. 107; *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 53. (537), §. 13., S. 531, Reformirte Nr. 9. und unten, S. 915-916, 243).

⁴³⁷ Fürst Wilhelm V. zu Nassau-Dietz, vormaliger Erbstatthalter der vereinigten Provinzen – Fürstentümer Dillenburg, Siegen reformierter Linie und Dietz –, reformiert (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Nassau, S. 190, II., S. 194-195, Nassau-Oranien und Dietz, S. 195-198 (195); *Pütter*, Ivris Pvblici Germanici, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 87., p. 107; *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 54. (537), §. 13., S. 531, Reformirte Nr. 10. und unten, S. 915-916, 243).

cc) Das gemischtkonfessionelle Votum

Mit speziellen Instruktionen stimmte der Gesandte der gemischtkonfessionelle Curiatstimme:

Westfälischen Grafen⁴⁴⁰:

„Wie Wetterauische Grafen.^{(441),⁴⁴²}“

dem Friedensvertrag von Lunéville und seiner in Art. VII getroffenen Entschädigungsregelung ohne Einwände und Vorbehalte zu.

b) Die geistlichen Stimmen

Geistliche Stimmen waren die auf der geistlichen Bank einsitzenden 30 Virilstimmen der katholischen Erz-, Bischöfe, Prälaten, Äbte,⁴⁴³ die auf der dortigen Querbank einsitzenden beiden evangelischen Bischöfe von Lübeck und Osnabrück⁴⁴⁴ und die 2 katholischen Curiatstimmen der Schwäbischen und Rheinischen Prälaten.⁴⁴⁵

⁴³⁸ Die Fürsten von Schwarzburg sondershausischer und rudolstädtischer Linien, lutherisch (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Schwarzburg, S. 233, Schwarzburg=Sondershausen, S. 233-235 (233), Schwarzburg=Rudolstadt, S. 235-236 (235); *Pütter*, Institutiones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., §. 102., Scamn. Secvl., 94. Schwarzburg, p. 105 und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 60 (537), §. 13., S. 531, Lutheraner Nr. 28.).

⁴³⁹ *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801*, Sachsen=Gotha., S. 11 „Vacat“, Sachsen=Altenburg., S. 12 „Vacat.“, Braunschweig Wolfenbuettel., S. 14 „vacat.“, Meklenburg=Schwerin., S. 15 „Vacat.“, Meklenburg=Guestrau., S. 17 „Vacat.“, Schwerin., S. 19 „Vacat.“, Razeburg., S. 19 „Vacat.“, Nassau Hadamar und Siegen., S. 20 „Vacat“, Nassau Dillenburg, Siegen und Diez., S. 20 „Similiter vacat.“, Schwarzburg., S. 21 „Vacat.“ (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

⁴⁴⁰ War am Ende des 18. Jahrhunderts ein gemischtes Kollegium und wurde seine Stimme wechseln von einer Materie zur anderen von einem evangelischen oder katholischen Gesandten geführt (unten, S. 551-552).

⁽⁴⁴¹⁾ Zustimmend (oben, S. 100).

⁴⁴² *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801*, Westphaelische Grafen., S. 22 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

⁴⁴³ Erzbischof von Salzburg, Hoch- und Teutschmeister, Bischöfe von Bamberg, Würzburg, Worms, Eichstätt, Speyer, Straßburg, Konstanz, Augsburg, Hildesheim, Paderborn, Freising, Regensburg, Passau, Trient, Brixen, Basel, Münster, Lüttich, Chur, Fulda, Kempten, Propst von Ellwangen, Großprior des Johanniter-Orden, Pröpste von Berchtesgaden, Weissenburg, Äbte von Prüm, Stablo, Abt/Bischof von Corvey (unten, S. 457).

⁴⁴⁴ Lübeck (unten, S. 352, 457, 507), Osnabrück (unten, S. 457, 506, 982).

⁴⁴⁵ Unten, S. 531-532.

Bei erfolgtem Aufruf aller 34 Stimmen wurden 26 Virilstimmen und die 2 Curiatstimmen abgegeben.⁴⁴⁶

aa) Die katholischen Voten

aaa) Mit speziellen Instruktionen

Mit erhaltenen speziellen Instruktionen stimmten die Gesandten der 8 Virilstimmen: Erzbischof von Salzburg,⁴⁴⁷ Bischöfe von Bamberg,⁴⁴⁸ Eichstätt,⁴⁴⁹ Hildesheim,⁴⁵⁰ Paderborn,⁴⁵¹ Trient,⁴⁵² Brixen⁴⁵³ und Chur⁴⁵⁴ dem Friedensvertrag von Lunéville und seiner in Art. VII getroffenen Entschädigungsregelung ohne Einwände und Vorbehalte zu.⁴⁵⁵

⁴⁴⁶ Zu den abgegebenen 26 Virilstimmen: *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801*, Salzburg, S. 5, Hoch= und Teutschmeister, S. 5-6, Bamberg, S. 6-7, Worms, S. 7-8, Wuerzburg, S. 8-9, Eichstaedt, S. 9-10, Speyer, S. 10-11, Straßburg, S. 12, Konstanz, S. 12-13, Hildesheim, S. 13, Paderborn, S. 14, Freysing, S. 14, Regensburg, S. 14, Trient, S. 14, Brixen, ..., S. 14-15, Basel, S. 15, Luettich, S. 15-17, Oßnabrueck, S. 17, Muenster, S. 17, Luebek, S. 18, Chur, S. 18, Fulda, S. 18, Johannitermeister, S. 19, Berchtesgaden, ..., S. 19, Probstey Weissenburg, S. 19, Stablo, S. 19 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

Zu den abgegebenen 2 Curiatstimmen: *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801*, Schwaebische Praelaten, S. 21-22, Rheinische Praelaten, S. 22 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

Zu den nicht abgegebenen 7 Virilstimmen: *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801*, Bisanz, S. 5, Augsburg, S. 13, Passau, S. 14, Kempten, S. 18, Ellwangen, S. 18, Pruem, S. 19, Korvey, S. 19 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

⁴⁴⁷ Erzbischof Hieronymus von Salzburg (Graf von Colloredo und Walsee und Mels) (*GRSH* 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Hauptabtheilung, Salzburg, S. 81; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. IV., p. 105-107 (105-106), *Scamn. Eccl.*, 5 Salzburg, p. 105 und *Moser*, *Neues deutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 15., S. 532-533 (532)).

⁴⁴⁸ Bischof Christoph Franz von Bamberg (reichsfreiherrliches Geschlecht von Buseck) (*GRSH* 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Hauptabtheilung, Bamberg, S. 67-68; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. IV., p. 105-107 (105-106), *Scamn. Eccl.*, 11. Bamberg, p. 106 und *Moser*, *Neues deutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 15., S. 532-533 (532)).

⁴⁴⁹ Bischof Joseph von Eichstätt (Graf und Herr von Stubenhagen) (*GRSH* 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Hauptabtheilung, Eichstaedt, S. 71; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. IV., p. 105-107 (105-106), *Scamn. Eccl.*, 17. Eichstaedt, p. 106 und *Moser*, *Neues deutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 15., S. 532-533 (532)).

⁴⁵⁰ Bischof Franz Egon von Hildesheim, auch Bischof von Paderborn (freiherrliches Geschlecht von Fürstenberg zu Herdringen) (*GRSH* 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Hauptabtheilung, Hildesheim, S. 74; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. IV., p. 105-107 (105-106), *Scamn. Eccl.*, 27. Hildesheim, p. 106 und *Moser*, *Neues deutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 15., S. 532-533 (532)).

⁴⁵¹ Bischof Franz Egon von Paderborn (*GRSH* 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Hauptabtheilung, Paderborn, S. 79; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. IV., p. 105-107 (105-106), *Scamn. Eccl.*, 29. Paderborn, p. 106 und *Moser*, *Neues deutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 15., S. 532-533 (532)).

Gleiches die Gesandten der beiden Curiatstimmen: Schwäbische Prälaten⁴⁵⁶ und Rheinischen⁴⁵⁷ Prälaten.⁴⁵⁸

bbb) Vermöge genereller Instruktionen

Vermöge ihrer generellen Instruktionen stimmten die Gesandten der 3 Virilstimmen: Bischöfe von Basel,⁴⁵⁹ Fulda⁴⁶⁰ und Johannitermeister⁴⁶¹ dem Friedensvertrag von Lunéville und seiner Entschädigungsregelung in Art VII ohne Einwände und Vorbehalte zu.⁴⁶²

⁴⁵² Bischof Emanuel Joseph von Trient (Reichsgraf von Thun und Hohenstein) (*GRSH* 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Hauptabtheilung, Trient, S. 83; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. IV., p. 105-107 (105-106), *Scamn. Eccl.*, 37. Trient, p. 106 und *Moser*, *Neues deutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 15., S. 532-533 (532)).

⁴⁵³ Bischof Carl Franz von Brixen (Lateranus, Graf von Lodron) (*GRSH* 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Hauptabtheilung, Brixen, S. 69; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. IV., p. 105-107 (105-106), *Scamn. Eccl.*, 39. Brixen, p. 106 und *Moser*, *Neues deutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 15., S. 532-533 (532)).

⁴⁵⁴ Bischof Carl Rudolph von Chur (reichsfreiherrliches Haus von Buol zu Schauenstein) (*GRSH* 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Hauptabtheilung, Chur, S. 69-70; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. IV., p. 105-107 (105-106), *Scamn. Eccl.*, 51. Chur, p. 106 und *Moser*, *Neues deutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 15., S. 532-533 (532), §. 48., S. 562).

⁴⁵⁵ Unten, S. 323-325.

⁴⁵⁶ Der katholischen Konfession zugehörend (unten, S. 558-559).

⁴⁵⁷ Der katholischen Konfession zugehörend (unten, S. 568-569).

⁴⁵⁸ Unten, S. 326.

⁴⁵⁹ Bischof Franz Xaver von Basel (freiherrliches Haus von Neveu) (*GRSH* 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Hauptabtheilung, Basel, S. 68; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. IV., p. 105-107 (105-106), *Scamn. Eccl.*, 41. Basel, p. 106 und *Moser*, *Neues deutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 15., S. 532-533 (532), §. 43., S. 560).

⁴⁶⁰ Bischof und Abt Adalbert von Fulda (reichsfreiherrliches Geschlecht von Harstall) (*GRSH* 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Hauptabtheilung, Fulda, S. 73; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. IV., p. 105-107 (105-106), *Scamn. Eccl.*, 53. Fulda, p. 106; *Moser*, *Neues deutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 15., S. 532-533 (532) und unten, S. 580).

⁴⁶¹ Großprior und Obristmeister des Johanniter-Ordens in Deutschland Ignaz Balthasar als Fürst zu Heitersheim (Freiherr Rink von Baldenstein) (*GRSH* 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Hauptabtheilung, Johanniter= (Maltheser=) Ordens Obermeisterthum zu Heitersheim, S. 74-75; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. IV., p. 105-107 (105-106), *Scamn. Eccl.*, 59. Johanniter=Meister, p. 106 und *Moser*, *Neues deutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 15., S. 532-533 (532), §. 52., S. 563-566).

⁴⁶² Unten, S. 327.

ccc) Abest

Als abest wurden die beiden Virilstimmen: Äbte von Kempten⁴⁶³ und Corvey⁴⁶⁴ aufgerufen.⁴⁶⁵

ddd) Vacat

Vacat⁴⁶⁶ waren die 5 Virilstimmen: Bischöfe von Augsburg,⁴⁶⁷ Passau,⁴⁶⁸ Propst von Ellwangen,⁴⁶⁹ Abt von Prüm⁴⁷⁰ und Erzbischof von Besançon,⁴⁷¹ welcher Erzbischof von Besançon jedoch zu Ausgang des 18. Jahrhunderts kein Stand des Reiches mehr

⁴⁶³ Abt Castolus von Kempten (Freiherr Reichlin von Meldegg) (*GRSH* 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Hauptabtheilung, Kempten, S. 75; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. IV., p. 105-107 (105-106), *Scamn. Eccl.*, 55. Kempten, p. 106 und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 15., S. 532-533 (532)).

⁴⁶⁴ Abt/Bischof Ferdinand von Corvey (Freiherr von Lünig) (*GRSH* 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Hauptabtheilung, Corvey, S. 71; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. IV., p. 105-107 (105-106), *Scamn. Eccl.*, 69. Corvey, p. 106 und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 15., S. 532-533 (532)).

⁴⁶⁵ Unten, S. 328.

⁴⁶⁶ Unten, S. 328.

⁴⁶⁷ Bischof Clemens Wenceslaus von Augsburg, auch Erzbischof/Kurfürst von Trier, Propst von Ellwangen und Administrator von Prüm (*GRSH* 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Hauptabtheilung, Augsburg, S. 67; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. IV., p. 105-107 (105-106), *Scamn. Eccl.*, 25. Augsburg, p. 106 und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 15., S. 532-533 (533)).

⁴⁶⁸ Bischof Leopold von Passau (Graf von Thun) (*GRSH* 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Hauptabtheilung, Passau, S. 79-80; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. IV., p. 105-107 (105-106), *Scamn. Eccl.*, 35. Passau, p. 106 und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 15., S. 532-533 (532)).

⁴⁶⁹ Propst Clemens Wenceslaus von Ellwangen (Herzog von Sachsen und königlicher Prinz von Polen) (*GRSH* 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Hauptabtheilung, Ellwangen, S. 71-72; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. IV., p. 105-107 (105-106), *Scamn. Eccl.*, 57. Ellwangen, p. 106 und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch 2. Cap., §. 15., S. 532-533 (532)).

⁴⁷⁰ Erzbischof/Kurfürst Clemens Wenceslaus von Trier (Herzog von Sachsen und königlicher Prinz von Polen) als Administrator der Abtei Prüm (*GRSH* 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Hauptabtheilung, Prüm, S. 80; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. IV., p. 105-107 (105-106), *Scamn. Eccl.*, 65. Prüm, p. 106 und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 1. Buch, 5. Cap., §. 2., S. 231, 2. Buch, 2. Cap., §. 15., S. 532-533 (532), §. 55., S. 567).

⁴⁷¹ Die Erzbischöfe von Besançon hatten bis in die Mitte des 13. Jahrhunderts die Herrschaft über die in der dem Reich zugehörenden Grafschaft Burgund gelegene Stadt Besançon erworben und war ihnen bei ihrer am Ende des 13. Jahrhunderts erlangten Reichsunmittelbarkeit noch das Kapitelsgebiet in der nunmehrigen Reichsstadt und einige Besitzungen außerhalb von ihr verblieben (*Histoire de Besançon*, Tome I, Livre 2, Chap. VI, Le pouvoir temporel ..., p. 249-252, Conclusion, p. 319-320, Livre 3, Chap. I, III., Le pouvoir ..., p. 334-335, Chap. III, II., Le pouvoir ..., p. 385-386 mit den Karten Fig. 77., (I.), p. 378, Fig. 78., (I.), p. 384 und *Helvetia Sacra*, Abteilung 1, Band I, Erzbistümer und Bistümer, Das Erzbistum Besançon (v. W. Kundert), Einleitung, S. 438).

war.⁴⁷²

Bei der Wahl der Erzbischöfe durch das Kapitel wurden sie vom Kaiser bis in die Mitte des 17. Jahrhunderts mit ihren Regalien belehnt und besaßen Sitz und Stimme im Reichstag (*Dunod de Charnage*, Histoire des Besançon, Tome I, Histoire de l'église de Besançon, LXXXI., p. 257-268 (259-260), LXXXII., p. 268-274 (269), LXXXIII., p. 274-278 (274-275), LXXXIV., p. 278-286 (279), XCIII., p. 344-369 (350) und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 26., S. 552-553 (553)).

Besançon in den Jahren 1654-1664 vom Kaiser mit dem König von Spanien gegen Frankenthal ausgetauscht, gelangte es bei seiner weiteren Zugehörigkeit zum Reich unter die Hoheit der spanischen Krone (*J. Meynier*, Réunion de Besançon à la Franche-Comté (1654-1664), in: *Mém Soc d'Émul Doubs*, 7. Série, II. Vol., Mémoires, p. 18-27; *Histoire de Besançon*, Tome II, Livre 1, Chap. II, L'échange ..., p. 26-30 (26-29) und *Dunod de Charnage* ebd., XCIII., p. 350-351), wobei Kaiser und Reich sich ihre an dem Erzbischof und seinem Domkapitel zugehörenden Rechte vorbehalten (*Dunod de Charnage* ebd., Histoire de l'église de Besançon, XCIII., p. 349-351). Erzbischof Antoine Pierre I. wurde dann auch weiterhin im Jahre 1663 vom Kaiser investiert (*Dunod de Charnage* ebd., Histoire de l'église de Besançon, CXIII., p. 350 mit p. 344).

Besançon im Holländischen Krieg (1672-1679) im Jahr 1674 von Ludwig XIV. mit der Franche-Comté besetzt (*Dunod de Charnage* ebd., Histoire de l'église de Besançon, XCIII., p. 353), gelangte der Erzbischof von Besançon bei der danach am 17. Sept. 1678 zwischen den beiden Königen von Frankreich und Spanien im Nymwegener Friedensvertrag vereinbarten Abtretung der Franche-Comté mit Besançon an Frankreich (*Vast*, Traités Louis XIV, Tome II, II, p. 79-99 (Art. XI u. XII, p. 87-90)) und dies mit seinem ihm noch verbliebenen Besitz unter die Souveränität der französischen Könige. In dem am 29. Juni 1698 von Ludwig XIV. mit dem Haut-Doyen und den Kanonikern des Kapitels und der Kirche von Besançon abgeschlossenen Konkordat, war, in Gemäßheit des zuvor im Jahre 1516 zwischen Papst Leo X. und König Franz I. vereinbarten Konkordates mit seiner Zubilligung zur alleinigen Besetzung der Bischofsstühle an die Könige von Frankreich ([De regia nominatione ad prelaturas facienda], in: *Staat und Kirche in Frankreich I*, Die Gall ... Königskirche, 1., A., S. 13-15), Ludwig XIV. das bisher dem Kapitel zugestandene Recht zur Wahl der Erzbischöfe abgetreten worden (*Dunod de Charnage* ebd., Preuves pour l'histoire de l'église de Besançon (Anhang), p. CIV-CIX (CV)). Die nachfolgenden Erzbischöfe François Joseph de Grammont 1698-1717, René de Mornay 1717-1721, Honoré François de Grimaldi 1724-1731, Antoine François de Blisterswick 1732-1734, Antoine-Pierre II. de Grammont 1735-1754 und Raymond de Durfort-Léobard, ernannt am 16. Jan. 1774, gestorben am 19. März 1792 wurden alle von den französischen Königen ernannt (*Hugues du Tems*, Le clergé en France, Tome II, Besançon, Archevêques, XCIV., p. 85, XCV., p. 85, XCVI., p. 85, XCVIII., p. 86, C., p. 86; *Dunod de Charnage* ebd., Histoire de l'église de Besançon, XCIV., p. 369-374 (370), XCV., p. 374, XCVI., p. 374-375, XCV., p. 374, XCVII., p. 375-376 (375), XCIII., p. 377, XCVIII., p. 376-377 (377) und *Helvetia Sacra* ebd., Raymond de Durfort, S. 448).

Im Reichsfürstenrat hatten die Erzbischöfe seit dem Jahre 1676 ihre dortige Stimme nicht mehr ausgeübt (*Moser* ebd., S. 553).

⁴⁷² Die mit aufgerufene Stimme des Erzbischofs von Besançon *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801*, Bisanz: „Vacat.“, S. 5 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück) – Jean Baptiste Demandre von Besançon, évêque constitutionnel du département du Doubs, auch évêque métropolitain de l'Est – , war zu Ausgang des 18. Jahrhunderts keine reichsständische Stimme mehr. Von der am 12. Juli 1790 beschlossenen Constitution civile du clergé betroffen (unten, S. 773-774), die in ihrem Titre I, Art. 2 für das département du Doubs und für das arrondissement métropole de l'est mit Sitz Besançon einen évêque métropolitain bestimmte (*Staat und Kirche in Frankreich II*, Die Konst ... Nationalk ..., 4., S. 103-106 (103, 105), wurden Philippe Charles François Seguin am 14. Febr. 1791 mit Resignation am 5. April 1797 und Jean Baptiste Demandre am 9. April 1798 mit seiner Resignation am 12. Okt. 1801 von dem département zu den neuen évêques constitutionnels gewählt (*Histoire de Besançon* ebd., Livre 2, Chap. VI, l'évêché métropolitain ..., p. 233-234 und *Helvetia Sacra* ebd., S. 448).

Obleich die Erzbischöfe von Besançon im Reichsfürstenrat weiterhin auf der geistlichen Bank mit 7. Rang aufgerufen wurden (*Im Reichs=Fuersten=Rath Montag den 26. August 1799.*, S. 3 „Bisanz: Vacat.“, in: *Regensburger Correspondenz*, LVII. Band, 61. Stück und *Moser* ebd., I. Band, 2. Cap., §. 20., S. 54, III. Band, §. 26., S. 553) und sie vom Reich damit weiterhin als sein Reichsstand angesehen und beansprucht wurden (*Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 26., S. 552-553 (553), I. Band, §. 20., S. 54 und

bb) Die evangelischen Voten

aaa) Mit speziellen Instruktionen

Mit erhaltenen speziellen Instruktionen stimmte der Gesandte der Virilstimme des Bischofs von Osnabrück⁴⁷³ dem Friedensvertrag von Lunéville und seiner Entschädigungsregelung in Art. VII ohne Einwände und Vorbehalte zu.⁴⁷⁴

bbb) Vermöge genereller Instruktionen

Vermöge seiner generellen Instruktionen stimmte der Gesandte des Bischof von Lübeck⁴⁷⁵ dem Friedensvertrag von Lunéville und seiner Entschädigungsregelung in Art. VII ohne Einwände und Vorbehalte zu.⁴⁷⁶

Pütter, *Institutviones Ivris Pvblici*, Lib. 1, Cap., I., §. 14., p. 16-18, Lib. 2, Cap. IV., §. 92., p. 93-94 (93)), kann der Erzbischof seiner tatsächlichen Zugehörigkeit zu Ausgang des 18. Jahrhunderts nach, bei den in Frankreich seit Sommer 1789 sich ereignenden revolutionären Veränderungen nur noch als ein der Französischen Republik zugehöriger évêque constitutionnel angesehen werden. Für *Hoff*, *Das Teutsche Reich*, I. Theil, 1. Abtheilung, II., 3., S. 102-103 war der Erzbischof von Besançon kein Angehöriger des Reiches mehr und zählte seine Reichsstandschaft zu den Antiquitäten des deutschen Staatsrechtes.

⁴⁷³ Bischof Franz von Osnabrück (königlicher Prinz von Großbritannien, Herzog von York und Albanien, Herzog von Braunschweig-Lüneburg), lutherisch (*GRSH* 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Hauptabtheilung, Osnabrueck, S. 78-79 mit S. 67, 1. Abschnitt, 1. Abtheilung, Großbritannien, S. 12-15 (S. 13, Kinder: 2)); *Pütter*, *Institutviones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. IV., p. 105-107 (106), *Scamn. Eccl.*, 45. Osnabrueck, p. 106 und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 15., S. 532-533 (532), §. 45., S. 561).

⁴⁷⁴ Unten, S. 328-329.

⁴⁷⁵ Bischof Peter Friedrich Ludwig von Lübeck, lutherisch (*GRSH* 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Hauptabtheilung, Luebeck, S. 76; *Pütter*, *Institutviones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. IV., p. 105-107 (106), *Scamn. Eccl.*, 49. Luebeck, p. 106 und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 15., S. 532-533 (532), §. 47., S. 561-562).

Bei der in Art. V § 2, § 30 u. § 31, Art. VII § 1 IPO erfolgten Festschreibung der konfessionellen Verhältnisse der reichsunmittelbaren Territorien im Reich zum Stand des Normaljahres 1624 (*Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... *Caesareo-Suecicum* ..., S. 26, 36-37, 46-47) war das, seit 1561 sich endgültig der Reformation zugewandte Hochstift (*Büsching*, *Erdbeschreibung*, IX. Theil, *Der niedersaechsische Kreis*, *Das Hochstift Luebeck*, §. 1., S. 542-544 (543)) evangelisch-lutherisch.

⁴⁷⁶ Unten, S. 329.

cc) Die mit speziellen Instruktionen Einwände und Vorbehalte machenden katholischen Voten

Bei den restlichen 13 mit erhaltenden speziellen Instruktionen abgegebenen katholischen Virilstimmen: Hoch- und Teutschmeister,⁴⁷⁷ Bischöfe von Worms,⁴⁷⁸ Konstanz,⁴⁷⁹ Münster,⁴⁸⁰ Würzburg,⁴⁸¹ Speyer,⁴⁸² Freising,⁴⁸³ Regensburg,⁴⁸⁴ Lüttich,⁴⁸⁵ Straßburg,⁴⁸⁶ Präpste von Berchtesgaden,⁴⁸⁷ Weissenburg⁴⁸⁸ und Abt von Stablo⁴⁸⁹ stimmten ihre

⁴⁷⁷ Hoch- und Teutschmeister Maximilian (Erzherzog von Österreich) (*GRSH* 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Abtheilung, Teutschen Ordens Hochmeisterthum zu Mergentheim, S. 82-83 (83); *Pütter*, Institutviones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., p. 105-107 (105-106), Scamn. Eccl., 9. Hoch- und Teutschmeister, p. 106 und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 15., S. 532-533 (532)).

⁴⁷⁸ Bischof Friedrich Karl Joseph von Worms (Reichsfreiherr von und zu Erthal, Erzbischof von Mainz) (*GRSH* 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Hauptabtheilung, Worms, S. 85; *Pütter*, Institutviones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., p. 105-107 (105-106), Scamn. Eccl., 15. Worms, p. 106 und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 15., S. 532-533 (532)).

⁴⁷⁹ Bischof Carl Theodor von Konstanz (freiheitliches Geschlecht von Dalberg) (*GRSH* 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Hauptabtheilung, Costanz (Costnitz), S. 70-71; *Pütter*, Institutviones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., p. 105-107 (105-106), Scamn. Eccl., 23. Costanz, p. 106 und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 15., S. 532-533 (532), §. 34., S. 557-558).

⁴⁸⁰ Bischof Maximilian Franz von Münster (Erzherzog von Österreich, Erzbischof von Köln) (*GRSH* 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Hauptabtheilung, Muenster, S. 78; *Pütter*, Institutviones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., p. 105-107 (105-106), Scamn. Eccl., 43. Muenster, p. 106 und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 15., S. 532-533 (532)).

⁴⁸¹ Bischof Georg Carl von Würzburg (Freiherr von Fechenbach) (*GRSH* 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Hauptabtheilung, Wuerzburg, S. 85-86 (85); *Pütter*, Institutviones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., p. 105-107 (105-106), Scamn. Eccl., 13. Wuerzburg, p. 106 und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 15., S. 532-533 (532)).

⁴⁸² Bischof Philipp Franz Wilderich von Speyer (Graf von Walderdorf) (*GRSH* 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Hauptabtheilung, Speyer, S. 81, 2. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Speyer, S. 92-93 (92); *Pütter*, Institutviones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., p. 105-107 (105-106), Scamn. Eccl., 19., p. 106 und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 15., S. 532-533 (532)).

⁴⁸³ Bischof Joseph Conrad von Freising (Reichsfreiherr von Schroffenberg) (*GRSH* 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Hauptabtheilung, Freysingen, S. 72-73; *Pütter*, Institutviones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., p. 105-107 (105-106), Scamn. Eccl., 31. Freisingen, p. 106 und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 15., S. 532-533 (532)).

⁴⁸⁴ Bischof Joseph Conrad von Regensburg (Reichsfreiherr von Schroffenberg) (*GRSH* 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Hauptabtheilung, Regensburg, S. 80; *Pütter*, Institutviones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., p. 105-107 (105-106), Scamn. Eccl., 33. Regensburg, p. 106 und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 15., S. 532-533 (532)).

⁴⁸⁵ Bischof Franz Anton von Lüttich (Graf von Mean und Beaurieux) (*GRSH* 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Hauptabtheilung, Luettich, S. 76-77; *Pütter*, Institutviones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., p. 105-107 (105-106), Scamn. Eccl., 47. Luettich, p. 106 und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 15., S. 532-533 (532)).

⁴⁸⁶ Bischof Louis René Edouard von Straßburg (Prince de Rohan) (*GRSH* 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Hauptabtheilung, Straßburg, S. 82; *Pütter*, Institutviones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., p. 105-107 (105-106), Scamn. Eccl., 21. Straßburg, p. 106 und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, II. Band, 2. Buch, 2. Cap., §. 15., S. 532-533 (532), §. 33., S. 557).

Gesandten dem Friedensvertrag von Lunéville im allgemeinen zu.⁴⁹⁰ Sie brachten jedoch zu seiner in Art. VII festgelegten Entschädigungsregelung zur gemeinsamen Schadenstragung aller Reichsstände, Einwände und Vorbehalte dahingehend an, dass neben den geistlichen auch die weltlichen Reichsstände heranzuziehen sind.

Die Einwände und Vorbehalte des Hoch- und Teutschmeister, der Bischöfe von Worms, Konstanz und Münster waren hierbei keine bedingende Voraussetzung für ihre Zustimmung zu Art. VII.⁴⁹¹

Die Einwände und Vorbehalte der Bischöfe von Würzburg, Speyer, Freising, Regensburg, Lüttich, Straßburg, Propst von Berchtesgaden, Propst von Weissenburg und des Abtes von Stablo dass sie der in Art. VII getroffenen Entschädigungsregelung nur im Sinne von einer neben der Säkularisationen geistlicher Reichsstände auch erfolgenden Heranziehung von weltlichen Reichsständen zu gemeinsamen Schadenstragung zustimmen können⁴⁹²

c) Die Zustimmung des Reichsfürstenrates zu der in Art. VII getroffenen Entschädigungsregelung ohne Einwände und Vorbehalte

Der Abstimmung im Reichsfürstenrat lag, in Entsprechung des für die Abstimmungen in den drei Reichstagskollegien seit dem 15. Jahrhundert geltenden Majoritätsprinzip⁴⁹³ eine mehrheitliche Abstimmung zugrunde.⁴⁹⁴

⁴⁸⁷ Propst Joseph Conrad von Berchtesgaden (Reichsfreiherr von Schroffenberg) (*GRSH* 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Hauptabtheilung, Berchtolsgaden, S. 68; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. IV., p. 105-107 (105-106), *Scamn. Eccl.*, 61. Berchtolsgaden, p. 106 und *Moser*, *Neues deutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 15., S. 532-533 (532)).

⁴⁸⁸ Propst Philipp Franz Wilderich von Weissenburg (Graf von Waldersorf) (*GRSH* 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Hauptabtheilung, Weissenburg, S. 84; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. IV., p. 105-107 (105-106), *Scamn. Eccl.*, 63. Probstey Weissenburg, p. 106 und *Moser*, *Neues deutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 15., S. 532-533 (532), §. 54., S. 566-567, 1. Buch, 5. Cap., §. 22. u. §. 23., S. 254-256 (§. 23., S. 256)).

⁴⁸⁹ Abt Cölestan von Stablo (Haus Tys) mit seinen vereinigten Stiften Stablo und Malmedy (*GRSH* 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Hauptabtheilung, Stablo und Malmedy, S. 81-82; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. IV., p. 105-107 (105-106), *Scamn. Eccl.*, 67. Stablo, p. 106 und *Moser*, *Neues deutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 15., S. 532-533 (532)).

⁴⁹⁰ Unten, S. 329-341.

⁴⁹¹ Hoch- und Teutschmeister (unten, S. 329-331), Bischof von Worms (unten, S. 331), Bischof von Konstanz (unten, S. 334-336), Bischof von Münster (unten, S. 338-339).

⁴⁹² Bischof von Würzburg (unten, S. 332), Bischof von Speyer (unten, S. 332-334), Bischof von Freising (unten, S. 336), Bischof von Regensburg (unten, S. 337), Bischof von Lüttich (unten, S. 337-338), Propst von Berchtesgaden (unten, S. 339), Propst von Weissenburg (unten, S. 339-340), Abt von Stablo (unten, S. 340), Bischof von Straßburg (unten, S. 340-341).

⁴⁹³ *Leist*, *Lehrbuch teutschen Staatsrechts*, 2. Aufl., B), 1. Buch, 3. Theil, 3. Abschnitt, 2. Absatz, §. 84., S. 258 „...., ist das Directorium in jedem Reichscollegium zur Entwerfung des Collegialschlusses berechtigt,

Von den 65⁴⁹⁵ weltlichen und den 34 geistlichen Voten⁴⁹⁶ wurden 47 weltliche⁴⁹⁷ und 28 geistliche⁴⁹⁸ abgegeben. Die 47 weltlichen⁴⁹⁹ und 19 von den geistlichen Voten⁵⁰⁰ stimmten dem Friedensvertrag von Lunéville und seiner Entschädigungsregelung des Art. VII uneingeschränkt zu. Hingegen brachten die weiteren 9 geistlichen Reichsstände zu seiner in Art. VII getroffenen Entschädigungsregelung Vorbehalte an, dass sie diese nur im Sinne von einer neben den Säkularisationen geistlicher Reichsstände auch erfolgenden Heranziehung von weltlichen Reichsständen zur gemeinsamen Schadenstragung zustimmen könnten.⁵⁰¹

Die weiteren nicht durch Gesandte vertretenen 25 Voten: weltliche 3 abest, 15 vacat,⁵⁰² geistliche 2 abest, 4 vacat⁵⁰³ waren alle vom Direktorium zur Stimmabgabe aufgerufen worden. Umstritten war, das Bestehen eines Reichsherkommen dahingehend, dass die Stimmen der nicht erschienenen aber zur Stimmabgabe aufgerufenen Voten als Zustimmung zu der anstehenden Abstimmung anzusehen sind.⁵⁰⁴

Bei der mehrheitlichen Abstimmung lautete die maßgebende Willensbildung bei 63 uneingeschränkt erteilten Zustimmungen zum Friedensvertrag von Lunéville und seiner Entschädigungsregelung des Art. VII ebenso, ausgesprochen in dem die uneingeschränkte Genehmigung erteilenden *Reichsfuerstenraths=Schluß gezogen von Oesterreich, am 7. Maerz 1801*:

„...., und daher beschlossen: ... 2. von gesammten Reichswegen die unbedingte Genehmigung der von Sr. Kaiserl. Majestaet im Namen des teutschen Reichs mit

welcher nach der r e s p e c t i v e n S t i m m e n m e h r h e i t gezogen werden muß, indem diese nicht nur in den drey Collegien des Reichstags, sondern auch ueberhaupt in allen reichstaendischen Versammlungen die Regel ausmacht¹⁾. ...“.

⁴⁹⁴ Aus der von dem Direktorium des Reichsfürstenrates am Ende der Sitzung am 6. März 1801 abgegebenen Stellungnahme: „Da bereits 54 Abstimmungen zum Protokoll gelangt seyen, welche bey der gegenwaertigen Zahl der activen fuerstlichen Stimmen die absolute Majoritaet bey weitem uebersteigen, ..., so wuerde Directorium in der vorliegenden Materie, keinen Anstand finden, alsbald zur Ziehung des Fuerstenrats=Schlusses zu schreiten: ...“ (*Jm Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801, Directorium, S. 23, in: Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 6. Stück*).

⁴⁹⁵ Oben, S. 83.

⁴⁹⁶ Oben, S. 104.

⁴⁹⁷ Oben, S. 83-84.

⁴⁹⁸ Oben, S. 105.

⁴⁹⁹ Oben, S. 84-102, 104.

⁵⁰⁰ Oben, S. 105-111.

⁵⁰¹ Oben, S. 111.

⁵⁰² Abest (oben, S. 89), vacat (oben, S. 90-91, 103-104).

⁵⁰³ Abest (oben, S. 107), vacat: Erzbischof von Besançon kein Reichsstand (oben, S. 107-109).

⁵⁰⁴ Insbesondere von *Aegidi*, Der Fuersten=Rath nach dem Luneviller Frieden, §. 35., S. 255-256 bejaht.

der franzoesischen Republik geschlossenen und unterzeichneten Friedens=Artikels, ohne allen Verzug zu ertheilen, ...“⁵⁰⁵

2. Die Beratungen und die erfolgte Abstimmung im Kurfürstenrat

a) Die weltlichen Stimmen

Bei erfolgtem Aufruf ihrer fünf Voten⁵⁰⁶ wurden vier Stimmen abgegeben.⁵⁰⁷

⁵⁰⁵ Reichsfuerstenraths=Schluß gezogen von Oesterreich, am 7. Maerz 1801/diét. 9, Martii 1801 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 21. Stück), insg., (*ebd.*).

⁵⁰⁶ Kurfürst und König von Böhmen, Kurfürst und Herzog von Pfalz-Baiern, Kurfürst und Herzog von Sachen, Kurfürst und Markgraf von Brandenburg, Kurfürst und Herzog von Braunschweig-Lüneburg-Hannover (unten, S. 519-522, 524-525).

⁵⁰⁷ Zu den abgegebenen 4 Stimmen: *In Collegio Electorali Veneris die 6. Martii 1801 (Teutsche Staatskanzley*, Jahrg. 1801, I. Band, 2. Abschnitt, Beilagen, VIII., a), 45., S. 223-226: Kurpfalz, S. 224-225, Kursachsen, S. 225, Kurbrandenburg, S. 225, Kurbraunschweig, S. 225); *In Collegio Electorali Sabbathi die 7. Martii 1801 (Teutsche Staatskanzley ebd.*, S. 226-230: Kurbraunschweig, S. 228); *In Collegio Eleótorali Veneris, den 6. Maerz 1801*, Chur Pfalz, S. 2, Chur Sachsen, S. 2, Chur Brandenburg, S. 2, Chur Braunschweig, S. 2; *In Collegio Eleótorali Sabbathi den 7ten Mart. 1801*, Chur Sachsen, S. 4, Chur Braunschweig, S. 4 (*Stadtarchiv Reutlingen*, Reichstagsakten 1801, Teil I).

Zu der nicht abgegebenen Stimme: *In Collegio Eleótorali Veneris, den 6. Maerz 1801*, Chur Boehmen, S. 2 „Abest“; *In Collegio Eleótorali Sabbathi den 7ten Mart. 1801*, Chur Boehmen, S. 4 „adhuc abest.“ (*Stadtarchiv Reutlingen*, Reichstagsakten 1801, Teil I),

zu Chur Böhmen: *In Collegio Eleótorali Sabbathi den 7ten Mart. 1801*, Directorium, S. 4-5 „Es fehle zwar noch die vortrefliche Chur = Boehmische Stimme, bey aller Verehrung fuer den aller Verehrung fuer den allerhoesten Hof koenne aber Directorium nach der Lage der bereits abgelegten Abstimmungen und bey dem mit jedem Verzug verknuepften Schaden das Conclusum und dadurch das Reichs = Gutachten keinen Augenblick aufhalten. Es werde daher einen Entwurf dieses Conclusi den vortreflichen Gesandtschaften in dem Churfuerstl. Nebenzimmer vorlegen, und dann das Conclusum nach seiner Ajustirung zum Protocoll geben.“,

Directorium, S. 5 „post reditum legebat das Conclusum Eleótorale vom 7ten Mart. 1801.“, S. 5 „Domini Eleótorales waeren mit dem Concluso einverstanden.“ (*Stadtarchiv Reutlingen*, Reichstagsakten 1801, Teil I).

Zwar legitimierte sich nach dem bereits verlesenen und genehmigten Conclusum Eleótorale der chur-boehmische Gesandte Reichsgraf Colloredo Mannsfeld bei dem Chur-Mainzischen Reichsdirektorium und ersuchte es, das Votum Bohemicum noch ad Protocollum zu nehmen, was dann auch noch vor der Re-und Correlation mit dem Fürstenraths-Directorium geschah: *In Collegio Eleótorali Sabbathi den 7ten Mart. 1801*, S. 5: Directorium zeigte an, ... (*Stadtarchiv Reutlingen*, Reichstagsakten 1801, Teil I).

Dieses Votum lautete: *In Collegio Eleótorali Sabbathi den 7ten Mart. 1801*, Chur Boehmen, S. 5 „Verdanke vorerst dem vortreflichen Reichs = Directorio seine so eben zum Protocoll gegebene Anzeige der dießseitigen vollbrachten Legitimation, und empfiehlt sich saemmtlichen Gesandtschaften zum Collegialischen Geschaeftsvertrauen. Quoad materiam propositam wie folgt: Die Ursachen und Betrachtungen, welche Se. Kaiserliche Majestaet und so weiter wie Oesterreich im Reichs = Fuersten = Raths = Protokoll vom 6ten Mart. 1801, S. 2 bis an die Worte: und die unbedingte Einwilligung des Reichs in den abgeschlossenen Frieden ohne allen Verzug zu ertheilen.“ (*Stadtarchiv Reutlingen*, Reichstagsakten 1801, Teil I).

Zwar stellte das Directorium fest, *In Collegio Eleótorali Sabbathi den 7ten Mart. 1801*, S. 5 „Da das abgelegte vortrefliche Chur = Boehmische Votum das Conclusum Eleótorale noch mehr bestaerke; so wolle

aa) Die katholischen Voten

aaa) Mit speziellen Instruktionen

Mit erhaltenen speziellen Instruktionen stimmte der Gesandte des Votums des Pfalzgrafen bei Rhein (Kurfürst von Pfalz-Baiern)⁵⁰⁸:

„Dießseitige Gesandtschaft verdanket geziemend die geschehene Anzeige ihrer Legitimation und empfiehlt sich saemtl. fuerrefl. Mitgliedern dieses hohen Collegii, zu fernem schaezbaeren Vertrauen, ...
In der vorgetragenen Sache ist dieselbe befehliget etc vid. Baiern im fuerstl. Protokoll vom 6. Maerz 1801.^{(509)“510}

dem Friedensvertrag von Lunéville mit seiner in Art. VII getroffenen Entschädigungsregelung ohne Einwände und Vorbehalte zu.

bbb) Abest

Als abest wurde das Votum des Königs von Böhmen (Kaiser Franz II.)⁵¹¹ aufgerufen.⁵¹²

bb) Die evangelischen Voten

aaa) Mit speziellen Instruktionen

Mit erhaltenen speziellen Instruktionen stimmten die Gesandten der Voten:

nummehrö Directorium zu der hergebrachten Re – und Correlation mit dem Hochloeblichen Reichs=Fuersten=Raths=Directorio schreiten.“ und äußerte sich der Gesandte von Chur Boehmen, S. 5 „Trete dem abgefaßten Concluso Electorali ebenfalls bey.“ (*Stadtarchiv Reutlingen*, Reichstagsakten 1801, Teil I).

Da jedoch dieses kur-böhmische Votum nach der bereits erfolgten Beschlussfassung des Kurfürstenrates abgegeben wurde, kann es für dessen Willensbildung nicht berücksichtigt werden und war das kur-böhmische Votum abest.

⁵⁰⁸ Kurfürst Maximilian Joseph II. von Pfalz-Baiern (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Pfalz und Bayern, S. 202-203 (202), A), S. 203-204 (203) und *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. III., §. 89., Anm. (b), p. 90, „5) Palatinus“ (zu p. 89)).

⁽⁵⁰⁹⁾ Zustimmend (oben, S. 85).

⁵¹⁰ *In Collegio Electorali Veneris die 6. Martii 1801 (Teutsche Staatskanzley*, Jahrg. 1801, I. Band, 2. Abschnitt, Beilagen, VIII., a), 45., S. 223-226: Kurpfalz, S. 224-225).

⁵¹¹ Kaiser Franz II. als König Franz. II. von Böhmen (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Boehmen, S. 9, Kaiserlich roemisch=deutsches Haus, ..., S. 1-5 und *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. III., §. 89., Anm. (b), p. 90, „4) Bohemiae rex“ (zu p. 89)).

⁵¹² Oben, S. 113-114.

Markgraf von Brandenburg (König von Preußen⁵¹³ ⁵¹⁴):

„Wie Magdeburg im fuerstl. Protokoll vom 6. Maerz 1801.“⁽⁵¹⁵⁾,⁵¹⁶

und Herzog von Braunschweig-Lüneburg-Hannover (König von Großbritannien⁵¹⁷ ⁵¹⁸):

„Behalte sich noch zur Zeit das Protokoll offen.“⁵¹⁹ (6. März 1801)

„Wie Bremen im Reichsfuersten=RathsProtokoll vom 7. Maerz d. J.“⁽⁵²⁰⁾,⁵²¹ (7. März 1801)

⁵¹³

Kurfürst Friedrich III. von Brandenburg hatte in dem am 16. Nov. 1700 mit Kaiser Leopold I. abgeschlossenen Preußischen Krontraktat gegen die insbesondere Zusage zur Stellung von 8 000 Mann in dessen in Aussicht stehenden Krieg um die Spanische Erbfolge die Bewilligung wehalten, sich wegen seines dem Reich nicht zugehörenden Herzogtums Preußen zum König zu krönen (*Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Supplément, Tome troisième, Tome II Partie I, N° CCIX., p. 461-463 (Art. VI-VIII, p. 462-463) und *Frey*, Friedrich I., IV, S. 63-70, 72-75 mit Anm., S. 243-244), welche Krönung am 18. Jan. 1701 erfolgte (*Frey ebd.*, S. 70-72 mit Anm., S. 244).

⁵¹⁴

König Friedrich Wilhelm III. von Preußen als Kurfürst und Markgraf Friedrich Wilhelm III. von Brandenburg, bei persönlicher Zugehörigkeit zur reformierten Konfession sein Votum lutherisch (*GRSH* 1801, I. Theil, 1. Abschnitt, 1. Abtheilung, Preussen, S. 18-21 und *Pütter*, Institvtiones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. III., §. 89., Anm. (b), p. 90, „7) Brandenburgicus“ (zu p. 89)).

⁽⁵¹⁵⁾

Zustimmend (oben, S. 91).

⁵¹⁶

In Collegio Electorali Veneris die 6. Martii 1801 (Teutsche Staatskanzley, Jahrg. 1801, I. Band, 2. Abschnitt, Beilagen, VIII., a), 45., S. 223-226: Kurbrandenburg, S. 225).

⁵¹⁷

Mit dem Tod von Königin Anna von Großbritannien am 12. Aug. 1714, womit die Stuarts ausstarben, war der Sohn von Kurfürst Ernst August, Kurfürst Georg Ludwig auf Grund seiner und seiner Mutter Herzogin Sophie von Hannover, der Tochter Kurfürst Friedrich V. von der Pfalz (30. 10. 1630-8. 6. 1714) gegebenen verwandtschaftlichen Beziehungen, als Enkelin (Mutter Sophie) von König Jakob I. von Schottland und England (19. 6. 1566-27. 3. 1625), welches englische Parlament in dem Act of Settlement v. 22. Juni 1701 die hannoverische Thronfolge festgelegt hatte, als König George I auf den Thron von Großbritannien (*Schnath*, Geschichte Hannovers 1674-1714, I. Band I, 2. Buch, 9. Kap., 5., S. 491-500 (493), IV. Band IV, 5. Buch, Kap. 1, S. 3-47 (5., S. 30-34), Kap. 2, S. 48-98, Kap. 5, S. 172-207, Kap. 6-10, S. 208-435 (Kap. 10, 1., S. 400, 4., S. 426-427, 435) und *Europäische Stammtafeln*, I. Band, Tafel 65, Band II, Tafel 95).

⁵¹⁸

König George III von Großbritannien als Kurfürst und Herzog Georg III. von Braunschweig-Lüneburg-Hannover, bei persönlicher Zugehörigkeit zur Anglikanischen Kirche sein Votum lutherisch (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Braunschweig, B), S. 126, 1. Abschnitt, 1. Abtheilung, Großbritannien, S. 12-15; *Pütter*, Institvtiones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. III., §. 89., Anm. (b), p. 90, „8) Brunsvico-Luneburgicus elector“ (zu p. 89); *Büsching*, Erdbeschreibung, IX. Theil, Der niedersaechsische Kreis, Von den Laendern des Churhauses Braunschweig=Lueneburg ueberhaupt, (§. 1.), S. 65-66, §. 6., S. 69-70, §. 7., S. 79-80, §. 8., S. 80-81, Das Fuerstenthum Lueneburg ..., S. 136-194, Das Fuerstenthum Grubenhagen, S. 194-226, Das Fuerstenthum Calenberg, S. 226-301, VI. Theil, Der westphaelische Kreis, Die Grafschaft Hoya, S. 431-449, Die Grafschaft Diepholz, S. 451-456).

⁵¹⁹

In Collegio Electorali Veneris die 6. Martii 1801 (Teutsche Staatskanzley, Jahrg. 1801, I. Band, 2. Abschnitt, Beilagen, VIII., a), 45., S. 223-226: Kurbraunschweig, S. 225).

⁽⁵²⁰⁾

Zustimmend (oben, S. 91-92).

⁵²¹

In Collegio Electorali Sabbathi die 7. Martii 1801 (Teutsche Staatskanzley, Jahrg. 1801, I. Band, 2. Abschnitt, Beilagen, VIII., a), 45., S. 226-230: Kurbraunschweig, S. 228).

dem Friedensvertrag von Lunéville mit seiner in Art. VII getroffenen Entschädigungsregelung ohne Einwände und Vorbehalte zu.

bbb) Vermöge genereller Instruktionen

Vermöge seiner generellen Instruktion stimmte der Gesandte des Votums Herzog von Sachsen⁵²² :

„Verdankt zuvorderst dem hohen Directio die Anzeige seiner Legitimation, indem er sich saemmtlich verehrlichen Mitgliedern zu fernerm schaezbaren Zutrauen bestens empfiehlt, behaelt sich uebrigens in materia proposita das Protokoll offen.“⁵²³ (6. März 1801)

„Diesseitige Gesandtschaft habe zwar die erwartete Instruccion noch nicht erhalten, finde jedoch unbedenklich von der sonst gewoehnlichen laengern Offenhaltung des Protocolls, bey dem fuer jeden Tag auf dem Verzug haftenden sehr betraechtlichen Verlust, welchen die Fortdauer d e r Kriegslast verursache, in dem vorliegenden Falle abzugehen, und wolle daher den vortreflichen Chur = Brandenburgischen und Chur = Braunschweigischen Abstimmungen, unter unbezweifelter Genehmigung seines hoechsten Hofes, beytreten,⁵²⁴ setze dabey jedoch ausdruecklich voraus, daß das Protocoll heute noch geschlossen – und zur Abfassung des Reichs = Gutachtens geschritten werde.“⁵²⁵ (7. März 1801)

⁵²²

Kurfürst und Herzog Friedrich August von Sachsen, bei persönlicher Zugehörigkeit zur katholischen Konfession sein Votum lutherisch (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Sachsen, B), S. 222-224 und *Pütter*, *Institutioes Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. III., §. 89. Anm. (b), p. 90, „6) Saxonicus“ (zu p. 89)).

⁵²³

In Collegio Electorali Veneris die 6. Martii 1801 (Teutsche Staatskanzley, Jahrg. 1801, I. Band, 2. Abschnitt, Beilagen, VIII., a), 45., S. 223-226: Kursachsen, S. 225).

⁵²⁴

Chur=Brandenburg: zustimmend (oben, S. 115), Chur=Braunschweig: zustimmend (oben, S. 115-116).

⁵²⁵

In Collegio Electorali Sabbathi den 7ten Mart. 1801, S. 4 (*Stadtarchiv Reutlingen*, Reichstagsakten 1801, Teil I).

Zwar wurde nach Erhalt der speziellen Instruktion vom kursächsischen Hof von dem kursächsischen Gesandten am 9. März 1801 im Kurfürstenrat das Votum noch verlesen. *Bericht eines Reichstags-Gesandten an seinen Hof, Regensburg 10. Maerz 1801* „... Der Chur Saechsische Gesandte erhielt auch inzwischen seine Instruktion und las in ihrer Gemaeßheit gestern bey Rath in Circulo das beyfaellige und auf Ratifikation gehende Votum daraus ab. ...“. Dieses lautete: „Se. KurFuerstliche Durchlaucht nehmen die von Ihrer Kaiserl. Maj. dem Reich eroeffneten ReichsOberhauptlichen Gesinnungen, daß durch den gegenwaertigen Vorgang dem verfassungsmæßigen KonkurrenzRechte der ReichsStaende bei FriedensSchluessen einiger Nachtheil nicht zugezogen werden soll, mit dem geziemendsten gehorsamsten Dank an; Sie treten auch in der reinsten Absicht, damit der Genuß der FriedensFruechte dem unter den KriegsLasten seufzenden Theil des Reiches nicht laenger vorenthalten werden moechte, denjenigen Abstimmungen bei, die auf die Ratifikation des geschlossenen Friedens abgelegt wurden, obgleich einiges in demselben noch auf weitere Bestimmungen ausgesetzt ist. In Ansehung dieser Bestimmungen, in so fern sie die Entschaedigungen betraefen, haetten Jhro KurFuerstl. Durchlaucht schon zu dem Rastatter ReichsDeputationsProtokoll durch Jhre damalige Subdelegation Jhre Gesinnungen in dem Maase erklæaren lassen, wie Jhre unwandelbaren GrundSaeze es Hoechst denselben zur Pflicht machen. Unter Beziehung auf diese Erklæarung setzten Sie auch izt voraus, daß die in Verfolg des geschlossenen Friedens sich zu treffenden Bestimmungen nach der Konstitution und nach der Billigkeit mit moeglichster Schonung u. Erleichterung derer, welche dadurch in Verlust kommen werden, verhandelt und hiernach eingerichtet, insonderheit aber durch dasjenige, was im 7 Art. des FriedensVertrags dißfalls

dem Friedensvertrag von Lunéville und seiner in Art. VII getroffenen Entschädigungsregelung ohne Einwände und Vorbehalte zu.

b) Die katholischen geistlichen Stimmen

Bei erfolgtem Aufruf ihrer drei Stimmen⁵²⁶ wurden zwei abgegeben.⁵²⁷

collectivement angenommen werden wollen, keine – in den vormaligen FriedensSchlüssen, mittelst derer ebenmaessige Abtretungen u. Entschädigungen stipulirt worden sind, niemals vorgekommene Verbindlichkeiten, welche der Gerechtigkeit, der Konstitution, und den Zustaendigkeiten einzelner ReichsStaende zuwider seyn koennten, gemeint seyn werden.““ (*Schwaebischer Merkur*, Auf das Jahr 1801, Nro. 62. – Freitag, den 27. Merz 1801, S. 257-258, K u r s a c h s e n ...; in handschriftlicher Überlieferung, in: *Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 27. Stück).

Da jedoch dieses Votum nach der Abfassung des kurfürstlichen Conclusums am 7. März 1801 (unten, S. 119) kundgegeben wurde, kann es für die Willensbildung des Kurfürstenrates nicht berücksichtigt werden.

⁵²⁶ Erzbischöfe und Kurfürsten von Mainz, Trier, Köln (unten, S. 519).

⁵²⁷ Zu den beiden abgegebenen Stimmen von Kur Mainz und Kur Köln: *In Collegio Electorali Veneris, den 6. Maerz 1801*, Chur Coelln, S. 1-2, Chur Maynz, S. 2-3 (*Stadtarchiv Reutlingen*, Reichstagsakten 1801, Teil I),

zu der nicht abgegebenen Stimme von Chur Trier: *In Collegio Electorali Veneris, den 6. Maerz 1801*, Chur Trier., S. 1 „Abest.“ und *In Collegio Electorali Veneris Sabbathi den 7ten Mart. 1801*, Directorium bemerkte ad Protocollum, S. 3-4: Der kur-trierische Legations Rath und Sekretär Steffens habe bereits am 4. dieses Monats dem Direktorium ein von Kurfürst Clemens Wenceslaus von Trier an seinen kur-trierischen Comitial-Gesandten Freiherr vom Linker adressiertes Reskript mit der chur-trierischen Abstimmung für die jetzt zur Beratung und Abstimmung anstehende Friedenssache zugestellt. Der chur-trierische Legations-Rath habe das Direktorium darum gebeten, falls der Gesandte nicht vor der Abfassung des Conclusums hier sein sollte, dieses in Collegio abzulesen. Dieses Gesuch sei von ihm auch gestern noch wiederholt worden. Nach der bisherigen Observanz könnten nur jene Vota, welche von den Herren Prinzipalen (Comitial-Gesandten) unmittelbar an das Reichs-Direktorium gelangten, auf diese Art zu Protokoll kommen. Das Direktorium getraue sich auch in Rücksicht auf die Folgen nicht, von dieser Observanz abzugehen. Freiherr von Linker habe vor seiner Abreise keine Substitutions-Vollmacht zurückgelassen. Das Direktorium habe daher bis zu dem Augenblick, da, wegen des durch jeden Verzug sich vermehrenden unermeßlichen Schadens das Conclusum gezogen werden müsse, dessen Ankunft abgewartet. Diese sei bis jetzt nicht erfolgt, und könne demnach das Direktorium nichts anderes tun, als das kur-trierische Votum voerst ad Acta Imperii zu nehmen, und es dem Freiherr von Linker zu überlassen, ob er dieses der Ordnung und der Verfassung gemäß, ad Protocollum nachtragen wolle. Das Direktorium glaube aber, in den jetzigen ganz außerordentliche Falle und bei dem äußerst wichtigen Gegenstand, eine Ausnahme von der Regel citra omnes consequentiam dahin machen zu können, daß es aus dem kur-trierischen Votum ad materiam propositam hier anmerke, dass

„1.) von Sr. Churfuerstl. Durchl. Von Trier au einen allerunterthaenigsten Dank an Se. Kaiserliche Majestaet wegen der Reichsvaeterlichen Vorsorge in Uebernehmung des Reichsfriedens angetragen werde,

2.) daß Hoehstdieselbe die Ratification desselben auf das vollkommenste ertheilen.“ (*Stadtarchiv Reutlingen*, Reichstagsakten 1801, Teil I).

Die zu den Akten gelegte „Chur = Trierische Abstimmung.“ lautete:

„Seine Churfuerstliche Durchlaucht glauben, daß ueber die itzige Lage des Reiches jede Aeueßerung ueberflueßig sey, da die Geschichte solche der Nachwelt ohnehin in dem Ursprunge, dem Laufe des Krieges und dem ganzen Umfange ueberliefern werde, und da Hoehstdieselbe jederzeit ein unbeschraenktes und respektuoses Vertrauen zu Jhro Kaiserlichen Majestaet getragen haetten, so seyen sie beglaubt, daß das Jnteresse des Reiches in keine bessern als Allerhoechtsdero Hände haette gelegt werden koennen, und mithin diese Reichsvaeterliche Vorsorge wegen Uebernahme des Reichsfriedens Jhro Kaiserlichen Majestaet

aa) Mit speziellen Instruktionen

Mit erhaltenen speziellen Instruktionen stimmten die Gesandten des Votums Erzbischof von Köln⁵²⁸ und des Erzbischofs von Mainz⁵²⁹ dem Friedensvertrag von Lunéville und seiner in Art. VII getroffenen Entschädigung ohne Einwände und Vorbehalte zu.⁵³⁰

bb) Abest

Als abest wurde das Votum des Erzbischofs von Trier⁵³¹ aufgerufen.⁵³²

allerunterthaenigst zu verdanken sey; Uebrigens sey die Erschoepfung der ohnehin schon durch mancherley Ungluecksfaelle, Kriegspraestationen, Einquartierungen, und Kontributionen ueber alle Einbildung gedruckten Unterthanen von der Art, daß die Ratifikation des Friedens von Reichswegen keinen Augenblick verzoeget und erschwert werden koenne, welche Sr. Churfl. Durchl. hiermit ihres Orts auf das vollkommenste ertheilen. Hoechstieselbe hegen aber das feste und billige Vertrauen zu Jhro Kaiserl. Majest., daß die Art. VII. vorbehaltenen weitem Arrangements von der Art seyn moegen, daß wenigstens die Reichs = Konstitution in wesentlichen Theilen erhalten, und nicht ein Theil allein unterdrueckt, und ein Opfer fuer das Ganze werde.“ (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 24. Stück).

Da das Direktorium ausdrücklich feststellte „... Nach der bisherigen Observanz koennten nur diejenigen Vota, welche von den hoechst = und hohen Herren Prinzipalen unmittelbar an das Reichs = Directorium gelangten, auf die erwaehte Art ad Protocollum kommen, und Directorialis getraute sich auch in Ruecksicht auf die Folgen nicht, von dieser Observanz abzugehen. ...“: *In Collegio Eleéctorali Veneris Sabbathi den 7ten Mart. 1801*, Directorium, S. 3 (*Stadtarchiv Reutlingen*, Reichstagsakten 1801, Teil I), kann demnach die kur-trierische Abstimmung bei ihrer allein von dem hierfür auch nicht durch diesen bevollmächtigt gewesenen kur-trierischen Legations-Rath und Sekretär Steffen dem Direktorium zugestellt, nicht als für die anstehenden Beratungen und Abstimmung des Kurfürstenrats ad Protocollum angesehen werden.

Die dennoch durch das Direktorium erfolgte generelle Bekanntgabe ihres Inhaltes bedeutete allein eine Ausnahme von dem weiteren Verbot der Bekanntgabe ihres Inhaltes durch das Direktorium, bis zu der von dem Principal-Gesandten auf seine eigene Veranlassung nach dem Conclusum erfolgten Nachtragung seines Inhaltes.

⁵²⁸ Erzbischof und Kurfürst Maximilian Franz von Köln (Erzherzog von Österreich) (*GRSH* 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Hauptabtheilung, Coeln, S. 77 und *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. III., §. 83. „Coloniensis“, p. 83).

⁵²⁹ Erzbischof und Kurfürst Friedrich Karl Joseph von Mainz (reichsfreiherrliches Geschlecht von Erthal) (*GRSH* 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Hauptabtheilung, Mainz, S. 77 und *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. III., §. 83. „Moguntinus“, p. 83).

⁵³⁰ Köln (unten, S. 342-343), Mainz (unten, S. 343).

⁵³¹ Erzbischof und Kurfürst Clemens Wenceslaus von Trier (Herzog von Sachsen und königl. Prinz von Polen) (*GRSH* 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Hauptabtheilung, Trier, S. 83-84 und *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. III., §. 83. „Treuirensis“, p. 83).

⁵³² Unten, S. 343-344.

c) Die Zustimmung des Kurfürstenrates zu der in Art. VII getroffenen
Entschädigungsregelung ohne Einwände und Vorbehalte

Von den 5 weltlichen⁵³³ und den 3 geistlichen Voten⁵³⁴ wurden 4 weltliche⁵³⁵ und 2 geistliche⁵³⁶ abgegeben, welche alle dem Friedensvertrag von Lunéville und seiner Entschädigungsregelung des Art. VII ohne Einwände und Vorbehalte zustimmten.⁵³⁷

Die beiden nicht abgegebenen weltlichen und geistlichen Voten waren abest.⁵³⁸

Bei der mehrheitlichen Abstimmung lautete die Willensbildung ebenso, erklärt in dem *Conclusum Electorale, vom 7ten Maerz 1801*:

„...., das Kurfuerstl. Kollegium zu dem Schluß bewogen, daß der von Sr. Kaiserl. Majestaet in Allerhoechtsihrem und des Reichs Namen mit der Franzoes. Republik am 9ten Hornung de l. J. zu Lunéville abgeschlossene Frieden von Ihrer Kaiserl. Majestaet und des Reichswegen zu ratifiziren, darueber an Allerhoechstdieselbe schleunigst ein allerunterthaenigstes Reichsgutachten zu erlassen, ... und Allerhoechstdieselben ehrerbiethigst zu ersuchen seyen, den gedachten Frieden in Allerhoechstihrem und des heil. roem. Reichs Namen zu ratificiren und zu bestaetigen.“⁵³⁹

⁵³³ Oben, S. 113.

⁵³⁴ Oben, S. 117.

⁵³⁵ Oben, S. 113-114.

⁵³⁶ Oben, S. 117-118.

⁵³⁷ Weltliche (oben, S. 114-117), geistliche (oben, S. 118).

⁵³⁸ Weltliche (oben, S. 114), geistliche (oben, S. 118).

⁵³⁹ *Conclusum Electorale, vom 7ten Maerz 1801/diét. 9. Martii 1801 (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 21. Stück), insg., (ibd.).*

3. Die Beratungen und die erfolgte Abstimmung im Reichsstädterat

Die Stimmen im Reichsstädterat besaßen die 14 auf der Rheinischen Bank⁵⁴⁰ und die 37 auf der Schwäbischen Bank⁵⁴¹ einsitzenden Reichsstädte.

Bei erfolgtem Aufruf aller 51 Stimmen wurden 42 Voten abgegeben.⁵⁴²

⁵⁴⁰ Köln (unten, S. 123), Aachen (unten, S. 123), Lübeck (unten, S. 129), Worms (unten, S. 124), Speyer (unten, S. 131), Frankfurt (unten, S. 125), Goslar (unten, S. 126), Bremen (unten, S. 129), Hamburg (unten, S. 130), Mühlhausen (unten, S. 134), Nordhausen (unten, S. 134), Dortmund (unten, S. 124), Friedberg (unten, S. 124), Wetzlar (unten, S. 124).

⁵⁴¹ Regensburg (unten, S. 128), Augsburg (unten, S. 133), Nürnberg (unten, S. 131), Ulm (unten, S. 123), Esslingen (unten, S. 124), Reutlingen (unten, S. 124), Nördlingen (unten, S. 125), Rothenburg (unten, S. 126), Schwäbisch Hall (unten, S. 124), Rottweil (unten, S. 122), Überlingen (unten, S. 121), Heilbronn (unten, S. 126), Schwäbisch Gmünd (unten, S. 121), Memmingen (unten, S. 127), Lindau (unten, S. 124), Dünkelsbühl (unten, S. 132), Biberach (unten, S. 132), Ravensburg (unten, S. 133), Schweinfurt (unten, S. 127), Kempten (unten, S. 127), Windsheim (unten, S. 130), Kaufbeuren (unten, S. 133), Weil (unten, S. 121), Wangen (unten, S. 121), Isny (unten, S. 122), Pfullendorf (unten, S. 121), Offenburg (unten, S. 121), Leutkirchen (unten, S. 131), Wimpfen (unten, S. 124), Weißenburg (unten, S. 128), Giengen (unten, S. 131), Gengenbach (unten, S. 121), Zell (unten, S. 121), Buchhorn (unten, S. 122), Aalen (unten, S. 128), Buchau (unten, S. 121-122), Bopfingen (unten, S. 124).

⁵⁴² Zu den 42 abgegebenen Stimmen: *In Collegio Civitatis Freytag den 6. Mart: 1801*, Luebek, S. (3)-(7), Ulm, S. (7)-(11), Worms, Eßlingen, Dortmund, Duenkelsbuehl, Friedberg, Wetzlar, Wimpfen, Bopfingen, S. (11), Reutlingen, Schwaebis Hall, Lindau, S. (11), Frankfurth, S. (14)-(16), Noerdlingen, S. (16)-(17), Rothenburg ob der Tauber, S. (17)-(19), Ueberlingen, Schwäbisch-Gmünd, Biberach, Weil, Wangen, Pfullendorf, Offenburg, Gengenbach, Buchau am Federsee, Zell am Hammersbach, S. (19)-(21), Rothweil, Buchhorn, S. (21), Goslar, S. (21-23), Heilbronn, S. (23), Muehlhausen, S. (23), Nordhausen, S. (23), Memmingen, S. (23)-(26), Bremen, S. (26), Hamburg, S. (26)-(28), Kempten, S. (28-30), Windsheim, S. (30), Kaufbeuren, S. (30)-(32), Weißenburg, S. (32)-(33), Aalen, S. (33), Regensburg, S. (33)-(37) (*Staatsarchiv Nürnberg*, Reichsstadt Nürnberg, Reichstagsakten, Nr. 606) und *Continuatio In Collegio Civitatis, Sonnabend den 7. Mart: 1801*, Bremen, S. (1)-(3), Windsheim, S. (3)-(4), Mühlhausen Nordhausen, S. (4)-(6) (*Staatsarchiv Nürnberg* aaO.).

Zu den nicht abgegebenen 9 Stimmen: *In Collegio Civitatis Freytag den 6. Mart: 1801*, Coelln, S. (3), Augsburg, S. (3), Aalen, S. (3), Nuernberg, S. (3), Ravensburg, S. (28), Jßny, S. (32), Giengen, S. (33), Leutkirch, S. (33) (*Staatsarchiv Nürnberg* aaO.) und *Protokoll des reichsstaedtischen Kollegiums in dieser Sache vom 6. Maerz. In Collegio Civitatis. Freitags, den 6. Maerz 1801*, (*Teutsche Staatskanzley*, Jahrg. 1801, I. Band, 2. Abschnitt, Beilage VIII., a), 47., S. 232-247), Speyer, S. 236).

Bei den Beratungen und der Abstimmung über den Friedensvertrag von Lunéville im Reichsstädterat am 6. März 1801 war Gelnhausen mit vacat mitaufgerufen worden. *In Collegio Civitatis. Freytag den 6. Mart: 1801*, Gellenhausen, S. (32) „Vacat“ (*Staatsarchiv Nürnberg*, Reichsstadt Nürnberg, Reichstagsakten, Nr. 606). Die vormalige Reichsstadt Gelnhausen hatte sich während der Regierung Kaiser Karls VII. (1740-1745) ihren beiden Pfandschaften Kurpfalz und Hanau unterworfen, welches Hanau (Landgraf von Hessen-Kassel) im Jahre 1746 den kurpfälzischen Anteil erwarb. Aus der hanau-münzenberg/hessen-kasselischen Pfandschaft konnte sich Gelnhausen nicht mehr befreien (*Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober-rheinische Kreis, Die Grafschaft Hanau=Muenzenberg, §. 8., 16., S. 266-267).

Weiterhin waren im Reichsstädterat zur Stimmabgabe aufgerufen, wurde das nicht mehrige Gegebensein ihrer Stimmen mit cessat festgestellt, so auch bei den Beratungen und der Abstimmung über den Friedensvertrag von Lunéville am 6. März 1801 im Reichsstädterat. *In Collegio Civitatis. Freytag den 6. Mart: 1801*, Hagenau, S. (17) „Cessat.“, Collmar, S. (19) „Cessat.“, Schlettstadt, S. (19) „Cessat.“, Weißenburg am Rhein, S. (28) „Cessat.“, Oberesenheim, S. (28) „Cessat.“, Kaisersheim, S. (30) „Cessat.“, Muenster, S. (30) „Cessat.“, Roßheim, S. (30) „Cessat.“, Tuerkheim, S. (30) „Cessat.“ (*Staatsarchiv Nürnberg*, Reichsstadt Nürnberg,

a) Die katholischen Voten⁵⁴³

aa) Mit speziellen Instruktionen

Mit von ihren Magistraten erhaltenen speziellen Instruktionen stimmten die Abgeordneten der Reichsstädte Überlingen,⁵⁴⁴ Schwäbisch-Gmünd,⁵⁴⁵ Weil,⁵⁴⁶ Wangen,⁵⁴⁷ Pfullendorf,⁵⁴⁸ Offenburg,⁵⁴⁹ Gengenbach,⁵⁵⁰ Buchau,⁵⁵¹ Zell⁵⁵² in einem gemeinsamen Votum:

Reichstagsakten, Nr. 606) und *In Collegio Civitatensi Freytag den 6. Mart: 1801*, Landau, S. (8) „Cessat.“ (*Stadtarchiv Reutlingen*, Reichstagsakten 1801, Teil I).

⁵⁴³ Die konfessionelle Zugehörigkeit der Reichsstädte orientierte sich nach Art. V § 29 u. § 2 IPO nach der tatsächlichen Religionsausübung von dem Magistrat und mit der Bürgerschaft im Normaljahr 1624. Hierbei konnten in den evangelischen Reichsstädten sich auch einige der katholischen Religion anhängenden Bürger aufhalten und das eine oder andere Kloster, Stift oder Kirche katholisch geblieben sein. Maßgebend für die katholische oder evangelische Zuordnung war die Kennzeichnung der Religionsausübung als herrschende, mit einer staatsgrundgesetzlichen Einführung, dass sie uneingeschränkt ausgeübt werden kann und ihre Bekenner den Zugang zu allen öffentlichen Bedienungen haben (*Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 35-36, 26); *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2., Cap. V., §. 105., p. 109-110 und *Häberlin*, *Handbuch Teutschen Staatsrechts*, Band I, 2. Buch, 5. Cap., §. 105., S. 338-340).

⁵⁴⁴ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Ueberlingen, S. 253; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109 (109), II) *Scamni Svevici*: 11. Ueberlingen und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Roemisch=Catholisch: 4.).

⁵⁴⁵ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Schwaebisch=Gmuend, S. 250; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109 (109), II) *Scamni Svevici*: 13. Schwaebisch Gmuend und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Roemisch=Catholisch: 5.).

⁵⁴⁶ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Weil, S. 256; *Pütter*, *Institvtiones*, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109 (109), II) *Scamni Svevici*: 23. Weil, §. 105., Ziff. 6., p. 110 und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Roemisch=Catholisch: 6.).

⁵⁴⁷ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Wangen, S. 255-256; *Pütter*, *Institvtiones*, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109 (109), II) *Scamni Svevici*: 24. Wangen, §. 105., Ziff. 7., p. 110 und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Roemisch=Catholisch: 7.).

⁵⁴⁸ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Pfullendorf, S. 245; *Pütter*, *Institvtiones*, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109 (109), II) *Scamni Svevici*: 26. Pfullendorf, §. 105., Ziff. 8., p. 110 und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Roemisch=Catholisch: 9.).

⁵⁴⁹ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Offenburg, S. 245; *Pütter*, *Institvtiones*, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109 (109), II) *Scamni Svevici*: 27. Offenburg, §. 105., Ziff. 9., p. 110 und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Roemisch=Catholisch: 10.).

⁵⁵⁰ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Gengenbach, S. 230-231; *Pütter*, *Institvtiones*, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109 (109), II) *Scamni Svevici*: 32. Gengenbach, §. 105., Ziff. 10., p. 110 und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Roemisch=Catholisch: 11.).

⁵⁵¹ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Buchau, S. 224; *Pütter*, *Institvtiones*, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109 (109), II) *Scamni Svevici*: 36. Buchau, §. 105., Ziff. 13., p. 110 und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Roemisch=Catholisch: 14.).

⁵⁵² *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Zell am Hammersbach, S. 258; *Pütter*, *Institvtiones*, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109 (109), II) *Scamni Svevici*: 33. Zell am Hammersbach, §. 105., Ziff. 11., p.

„... der so lange und sehnlich gewünschte Frieden gefolgt ist. Indem man nun demselben nach seinem wesentlichen Inhalt beitrifft, so will man auch zugleich all jenen Einleitungen und Negotiationen anderer Wohlloeblicher Reichs - Staedte, welche auf Beibehaltung ihrer Reichs - Ständischen Unmittelbarkeit und Sicherung derselben Verfassung abzweken, sich andurch anschließen, und zugleich dieselbe dem allerhoechsten Schuz Seiner Kaiserlichen Majestät Jhres allerhoechsten Reichs - Oberhauts allerunterthaenigst empfehlen.“⁵⁵³

und dies gleichfalls Rottweil⁵⁵⁴ und Buchhorn⁵⁵⁵ in einem gemeinschaftlichen Votum:

„wie Überlingen.“^{(556),557}

dem Friedensvertrag von Lunéville mit seiner in Art. VII getroffenen Entschädigungsregelung ohne Einwände und Vorbehalte zu.

bb) Vacat

Als vacat⁵⁵⁸ wurde die Stimme Isny⁵⁵⁹ aufgerufen.

110 und Moser, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058 Roemisch=Catholisch: 12.).

⁵⁵³ *In Collegio Civitatensi. Freytag den 6. Mart: 1801*, Überlingen, Schwäbisch-Gmünd, ..., Weil, Wangen, Pfullendorf, Offenburg, Gengenbach, Buchau am Federsee, Zell am Hammersbach, ..., S. (19)-(21) ((20-21)) (*Staatsarchiv Nürnberg*, Reichsstadt Nürnberg, Reichstagsakten, Nr. 606).

⁵⁵⁴ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Rottweil, S. 248-250 *Pütter*, Institvtiones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109 (109), II Scamni Svevici: 10. Rotweil und Moser, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Roemisch=Catholisch: 3.).

⁵⁵⁵ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Buchhorn, S. 224; *Pütter*, Institvtiones, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109 (109), II Scamni Svevici: 34. Buchhorn, §. 105., Ziff. 12., p. 110 und Moser, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Roemisch=Catholisch: 13.).

⁽⁵⁵⁶⁾ Zustimmend (oben, S. 121-122).

⁵⁵⁷ „suo loco et ordine, etc s. a. j. ex Commissione per Überlingen: ... wie Überlingen.“ *In Collegio Civitatensi Freytag den 6. Mart: 1801*, Rothweil, Buchhorn, S. (21) (*Staatsarchiv Nürnberg*, Reichsstadt Nürnberg, Reichstagsakten, Nr. 606).

⁵⁵⁸ *In Collegio Civitatensi Freytag den 6. Mart: 1801*, Jßny, S. (32) „Vacat.“ (*Staatsarchiv Nürnberg*, Reichsstadt Nürnberg, Reichstagsakten, Nr. 606).

⁵⁵⁹ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Jßny, ..., S. 234 –235; *Pütter*, Institvtiones, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109 (109), II Scamni Svevici: 25. Jßni und Moser, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Roemisch=Catholisch: 8.).

cc) Abest

Abest⁵⁶⁰ waren die beiden Stimmen Köln⁵⁶¹ und Aachen.⁵⁶²

b) Die evangelischen Voten

aa) Mit speziellen Instruktionen

Mit erhaltenen speziellen Instruktionen stimmten die Abgeordneten der 22 Stimmen dem Friedensvertrag von Lunéville mit seiner in Art. VII vereinbarten Entschädigungen ohne Einwände und Vorbehalte zu.

Ulm⁵⁶³:

„... Jhro Majestaet der Kaiser, ... daß Allerhoechst dieselben zu diesem Ende auch in der Eigenschaft als Reichs = Oberhaupt, mit der Republik Frankreich, im Namen des teutschen Reichs, den Friedens - Tractat zu Luneville sub dato ... also habe man auch dießorts die specielle Instruction erhalten der Ratification wegen belobten Friedens-Tractat hiemit gleichfalls beyzutreten. ..., so vertraue man auch ... Kaiserlichen Majestät die allerunterthänigsten Bitte vorzutragen, das Reichs=Staedtische Collegium, also einen mit der Reichs=Verfassung wesentlich verbundenen Theil, in seinem Esse und Jntegritaet zu erhalten ...“⁵⁶⁴

⁵⁶⁰ *In Collegio Civitatensi. Freytags den 6. Mart: 1801*, Coelln, S. (3) „Abest.“, Aachen, S. (3) „abest.“ (Staatsarchiv Nürnberg, Reichsstadt Nürnberg, Reichstagsakten, Nr. 606).

⁵⁶¹ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Coelln, S. 224; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109, I) *Scamni Rhenani*: 1. Coelln, p. 108, §. 105., Anm. (b), Ziff. 1., p. 110 und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Roemisch=Catholisch: 1.).

⁵⁶² *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Aachen, S. 220; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109, I) *Scamni Rhenani*: 2. Aachen, p. 108, §. 105., Ziff. 2., p. 110 und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Roemisch=Catholisch: 2.).

⁵⁶³ Evangelisch-lutherisch (*GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Ulm, S. 254-255; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109 (109), II) *Scamni Svevici*: 4. Ulm und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Evangelische: 14.)).

⁵⁶⁴ *In Collegio Civitatensi. Freytag den 6. Mart: 1801*, Ulm:, S. (7)-(11) ((8-11)) (Staatsarchiv Nürnberg, Reichsstadt Nürnberg, Reichstagsakten, Nr. 606).

Worms,⁵⁶⁵ Eßlingen,⁵⁶⁶ Dortmund,⁵⁶⁷ Friedberg,⁵⁶⁸ Wetzlar,⁵⁶⁹ Wimpfen,⁵⁷⁰ Bopfingen⁵⁷¹ in
 einem gemeinschaftlichen Votum:

„ad Majora Collegii Civitatensis.“⁵⁷²

Reutlingen,⁵⁷³ Schwäbisch Hall,⁵⁷⁴ Lindau⁵⁷⁵ in einem gemeinschaftlichen Votum:

⁵⁶⁵ Evangelisch-lutherisch (*GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Worms, S. 258; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109, I) *Scamni Rhenani*: 4. Worms, p. 108 und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Evangelische: 2.)).

⁵⁶⁶ Evangelisch-lutherisch (*GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Eßlingen, S. 226-227; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109 (109), II) *Scamni Svevici*: 5. Eslingen und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Evangelische: 15.)).

⁵⁶⁷ Evangelisch-lutherisch (*GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Dortmund, S. 224; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109, I) *Scamni Rhenani*: 12. Dortmund, p. 109 und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Evangelische: 9.)).

⁵⁶⁸ Evangelisch-lutherisch (*GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Friedberg, S. 230; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109, I) *Scamni Rhenani*: 13. Friedberg, p. 109 und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Evangelische: 10.)).

⁵⁶⁹ Evangelisch-lutherisch (*GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Wetzlar, S. 257; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109, I) *Scamni Rhenani*: 14. Wetzlar, p. 109; und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Evangelische: 11.)).

⁵⁷⁰ Evangelisch-lutherisch (*GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Wimpfen, S. 257; *Pütter*, *Institvtiones*, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109 (109), II) *Scamni Svevici*: 29. Wimpfen und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Evangelische: 27.)).

⁵⁷¹ Evangelisch-lutherisch (*GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Bopfingen, S. 223; *Pütter*, *Institvtiones*, Lib. 2, Cap. V. Cap., §. 104., Anm. (a), p. 108-109 (109), II) *Scamni Svevici*: 37. Bopfingen und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Evangelische: 31.)).

⁵⁷² *In Collegio Civitatensi. Freytag den 6. Mart: 1801*, Worms, Eßlingen, Dortmund, ..., Friedberg, Wetzlar, Wimpfen, Bopfingen, ..., S. (11) (*Staatsarchiv Nürnberg*, Reichsstadt Nürnberg, Reichstagsakten, Nr. 606).

⁵⁷³ Evangelisch-lutherisch (*GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Reutlingen, S. 247-248; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109 (109), II) *Scamni Svevici*: 6. Reutlingen und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Evangelische: 16.)).

⁵⁷⁴ Evangelisch-lutherisch (*GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Schwäebisch=Hall, S. 250-252; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109 (109), II) *Scamni Svevici*: 9. Schwäebisch Hall und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Evangelische: 19.)).

⁵⁷⁵ Evangelisch-lutherisch (*GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Lindau, S. 236-238; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109 (109), II) *Scamni Svevici*: 15. Lindau und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Evangelische: 22.)).

„...; und waere demnach dem allerdevotest zu verehrenden Wunsch Seiner Kaiserlichen Majestät gemaß diesem Friedens - Instruement die Bestätigung des Reichs durch ein allerunterthaenigstes Reichs - Gutachten zu ertheilen. Auch sey Ihrer Kaiserlichen Majestaet maechtigstem Schuz das Wohl sämmtlicher wohlloeblicher Reichs-Staedte allersubmissesest zu empfehlen.“⁵⁷⁶

Frankfurt⁵⁷⁷ :

„... Daß die Reichsvaeterliche Vorsorge Jhro Kaiserlichen Majestät womit Allerhoechst diesselben. unter den vorliegenden ganz ausserordentlichen Umstaenden den Frieden mit der franzoesischen Republik zugleich auch fuer das Reich abzuschliessen geruhet, ..., mit allersubmissesestem Dank zu erkennen und anzunehmen, wie auch der also errichtete Friedensschluß ddo. 9ten Februar a. c. von wegen seines ganzen Inhalts zu genehmigen, somit Jhro Kaiserlichen Majestaet allerunterthaenigst zu ersuchen seÿen, in allerhoechst Jhro Eigenschaft als Reichs - Oberhaupt, die Ratification des gedachten Friedensschlusses zu ertheilen, ...“⁵⁷⁸

Nördlingen⁵⁷⁹ :

„Tritt in Ansehung des in Proposition gestellten Gegenstandes der so eben vernommenen Stimme der Wohlloeblichen Reichs - Stadt Lübek beÿ,⁽⁵⁸⁰⁾ und ist bereit, alle Mittel mitanzugeben, wodurch Jhro Kaiserliche Majestät die Erhaltung der saemmtlichen Reichs - Staedte besonders ans Herz gelegt werden will.“⁵⁸¹

⁵⁷⁶ *In Collegio Civitatensi. Freytag den 6. Mart: 1801*, Reutlingen, SchwaebischHall, Lindau, S. (11)-(13) ((13)) (*Staatsarchiv Nürnberg*, Reichsstadt Nürnberg, Reichstagsakten, Nr. 606).

⁵⁷⁷ Evangelisch-lutherisch (*GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Frankfurt am Main, S. 227-230; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109, I) *Scamni Rhenani*: 6. Frankfurt am Main, p. 108 und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Evangelische: 4.)).

⁵⁷⁸ *In Collegio Civitatensi. Freytag den 6. Mart: 1801*, Frankfurth, S. (14)-(16) (*Staatsarchiv Nürnberg*, Reichsstadt Nürnberg, Reichstagsakten, Nr. 606).

⁵⁷⁹ Evangelisch-lutherisch (*GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Noerdlingen, S. 241; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109 (109), II) *Scamni Svevici*: 7. Noerdlingen und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Evangelische: 17)).

⁵⁸⁰ Zustimmend (unten, S. 129).

⁵⁸¹ *In Collegio Civitatensi. Freytag den 6. Mart: 1801*, Noerdlingen, S. (16)-(17) (*Staatsarchiv Nürnberg*, Reichsstadt Nürnberg, Reichstagsakten, Nr. 606).

Rothenburg⁵⁸² :

„So wie die.Kaiserliche Freye Reichs - Stadt Rothenburg ...; also beharret sie auch fest in dieser ihrer allerunterthänigsten ... Treue ... an ... Jhro Römisch Kaiserlichen Majestät, verehret das erlassene allergnädigste Kaiserliche Hof - Decret vom 21ten Hornung in Herstellung des Reichs - Friedens mit aller submissistem Dank, schließt sich dem zu Folge mit an, und unterwirft sich in aller devotestem Vertrauen auf fernern allerhoechsten Kaiserlichen Schuz und Schirm zu dessen Verfassungsmaeßigen Berichtung und Ratification der angetragenen Bevollmächtigung Jhro Kaiserlich-Königlichen Majestät allerunterthaenigst.“⁵⁸³

Goslar⁵⁸⁴ :

„Dießorts halte man sich verpflichtet, ... nicht nur seinen allerehrfurchtsvollsten lebhaftesten Dank fuer die von Seiner Kaiserlichen Majestaet weisest getroffenen Einleitungen zur Erlangung des von Teutschland so sehnlichst gewuenschten Friedens oeffentlich an den Tag zu legen, sondern auch seinen reichsstaendischen submissesten Beitritt zu dem abgeschlossenen Friedens-Tractat votando zu erklaren, mit der angefuegten dringendsten allerunterthänigsten Bitte, daß das allerhhoechste Reichs - Oberhaupt Allerhoechstdero weisesten Bemuehungen und Einleitungen dahin lenken und richten moege, damit beÿ gegenwaertigen kritischen Periode das teutsche Reich sowohl im Ganzen als auch in Ansehung seiner einzelnen Theile und Glieder in seiner gluecklichen gesezlichen Verfassung moeglichst erhalten werden moege.“⁵⁸⁵

Heilbronn⁵⁸⁶ :

„Wie Noerdlingen.“^{(587), 588}

⁵⁸² Evangelisch-lutherisch (*GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Rothenburg, S. 248; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109 (109), II) *Scamni Svevici*: 8. Rothenburg an der Tauber und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Evangelische: 18.)).

⁵⁸³ *In Collegio Civitatensi. Freytag den 6. Mart: 1801*, Rothenburg ob der Tauber, S. (17)-(19) (*Staatsarchiv Nürnberg*, Reichsstadt Nürnberg, Reichstagsakten, Nr. 606).

⁵⁸⁴ Evangelisch-lutherisch (*GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Goslar, S. 131; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109, I) *Scamni Rhenani*: 7. Goslar, p. 108 und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Evangelische: 5.)).

⁵⁸⁵ *In Collegio Civitatensi. Freytag den 6. Mart: 1801*, Goslar, S. (21)-(23) (*Staatsarchiv Nürnberg*, Reichsstadt Nürnberg, Reichstagsakten, Nr. 606) und *Teutsche Staatskanzley*, Jahrg. 1801, I. Band, 2. Abschnitt, Beilagen VIII., a), 47., S. 232-247 (Goslar, S. 241).

⁵⁸⁶ Evangelisch-lutherisch (*GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Heilbronn, S. 233-234; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109 (109), II) *Scamni Svevici*: 12. Heilbronn und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Evangelische: 20.)).

⁽⁵⁸⁷⁾ Zustimmend (oben, S. 125).

Memmingen⁵⁸⁹ :

„... Da der voellige Genuß der wohlthätigen und segensreichen Folgen dieses dem teutschen Vaterland verschafften Friedens von seiner Ratification abhaengt; so traegt diesseitige Reichs - Stadt votando darauf an, daß der von Seiner Kaiserlichen Majestaet zu diesem Ende dem Reich allergnaedigst mitgetheilte Friedensschluß nach seinem ganzen Inhalt unverweilt und unbedingt bestaetiget werde, wobey zugleich in dem Laufe der ferneren Verhandlungen die Reichs - Staedte der allerhoechst Kaiserlichen und des Reichs - Obsorge und Schuz so angelegentlichst als submisses empfohlen werden.“⁵⁹⁰

Kempton⁵⁹¹ :

„Daß Seine Kaiserliche Majestät an dem mit der franzoesischen Republik unterm 9ten Februar dieses Jahr abgeschlossenen Friedens - Tractat auch das gesammte teutsche Reich allergnaedigst einbegreifen wollen, verehrtet auch die Reichs - Stadt Kempton mit dem allertiefsten und ehrfurchtsvollsten Dank, und saeumet nicht, den von Seiner Kaiserlichen Majestät durch das allergnaedigste Hof - Decret vom 27sten Hornung angesonnenen Ratification des Friedens - Traktacs von gesammten Reichs wegen mit beyzustimmen, zugleich aber auch die Fortdauer des bisher so sehr begluekenden maechtigsten Reichs - Oberhauptlichen Schuzes fuer ihr dadurch allein zu erhaltendes Wohl angelegentlichst zu erflehen.“⁵⁹²

Schweinfurt⁵⁹³ :

„Wie Heilbronn.“^{(594),595}

⁵⁸⁸ *In Collegio Civitateni. Freytag den 6. Mart: 1801, Heilbronn, S. (23) (Staatsarchiv Nürnberg, Reichsstadt Nürnberg, Reichstagsakten, Nr. 606).*

⁵⁸⁹ Evangelisch-lutherisch (*GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Memmingen, S. 239-240; *Pütter*, *Institviones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109 (109), II) *Scamni Svevici*: 14. Memmingen und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Evangelische: 21.)).

⁵⁹⁰ *In Collegio Civitateni. Freytag den 6. Mart: 1801, Memmingen, S. (23)-(26) ((25-26)) (Staatsarchiv Nürnberg, Reichsstadt Nürnberg, Reichstagsakten, Nr. 606).*

⁵⁹¹ Evangelisch-lutherisch (*GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Kempton, S.235-236; *Pütter*, *Institviones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109 (109), II) *Scamni Svevici*: 20. Kempton und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch. 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Evangelische: 24.)).

⁵⁹² *In Collegio Civitateni. Freytag den 6. Mart: 1801, Kempton, S (28)-(30) (Staatsarchiv Nürnberg, Reichsstadt Nürnberg, Reichstagsakten, Nr. 606).*

⁵⁹³ Evangelisch-lutherisch (*GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Schweinfurt, S. 252; *Pütter*, *Institviones*, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109 (109), II) *Scamni Svevici*: 19. Schweinfurt und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Evangelische: 23.)).

Weißenburg⁵⁹⁶ :

„Jndem man auch dießorts Jhro Kaiserlich Majestaet den schuldigsten und innigsten Dank fuer Allerhoechstdero Reichsväterliche Vorsorge und Verwendung beÿ dem am 9ten Februar dieses Jahr zu Luneville mit der franzoesischen Republik und zugleich fuer das Reich mit abgeschlossenen Frieden allersubmissest erstattet ... tritt auch unverweilt denen das gedachte Friedens - Instrument ratificirenden Stimmen beÿ.“⁵⁹⁷

Aalen⁵⁹⁸ :

„Wie Weißenburg.“⁽⁵⁹⁹⁾⁶⁰⁰

Regensburg⁶⁰¹ :

„...; man ermangelt daher dießorts nicht, denjenigen Stimmen beÿzutreten, welche auf ein allerehrerbietigstes, den von Kaiserlicher Majestät zu Luneville am 9ten Februar dieses Jahr im Namen des Reichs abgeschlossenen Frieden ratificirendes Reichs - Gutachten antragen; wobey man uebrigens das Interesse aller Wohlloeblichen Reichs - Staedte den Reichsvaeterlichen Gesinnungen unsers allergnaedigsten Reichs-Oberhauts hiemit in tiefster Ehrfurcht empfohlen haben will.“⁶⁰²

⁽⁵⁹⁴⁾ Zustimmend (oben, S. 126-127).

⁵⁹⁵ *In Collegio Civitatensi. Freytag den 6. Mart: 1801*, Schweinfurth, S. (30) (*Staatsarchiv Nürnberg*, Reichstadt Nürnberg, Reichstagsakten, Nr. 606).

⁵⁹⁶ Evangelisch-lutherisch (*GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Weissenburg, S. 256-257; *Pütter*, *Institvtiones*, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109 (109), II) *Scamni Svevici*: 30. Weissenburg im Nordgau und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Evangelische: 28.)).

⁵⁹⁷ *In Collegio Civitatensi. Freytag den 6. Mart: 1801*, Weißenburg im Nordgau, S. (32)-(33) (*Staatsarchiv Nürnberg*, Reichsstadt Nürnberg, Reichstagsakten, Nr. 606).

⁵⁹⁸ Evangelisch-lutherisch (*GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Aalen, S. 220; *Pütter*, *Institvtiones*, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109 (109), II) *Scamni Svevici*: 35. Aalen und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Evangelische: 30.)).

⁵⁹⁹ Zustimmend (oben, S. 128).

⁶⁰⁰ *In Collegio Civitatensi. Freytag den 6. Mart: 1801*, Aalen, S. (33) (*Staatsarchiv Nürnberg*, Reichsstadt Nürnberg, Reichstagsakten, Nr. 606).

⁶⁰¹ Evangelisch-lutherisch (*GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Regensburg, S. 246-247; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109 (109), II) *Scamni Svevici*: 1. Regensburg und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Evangelische: 12.)).

⁶⁰² *In Collegio Civitatensi. Freytag den 6. Mart: 1801*, Regensburg, S. (33)-(37) ((35-37)) (*Staatsarchiv Nürnberg*, Reichsstadt Nürnberg, Reichstagsakten, Nr. 606).

bb) Vermöge genereller Instruktionen

Vermöge ihrer generellen Instruktionen stimmten die Abgeordneten der 4 Reichsstädte:

Lübeck⁶⁰³ :

„...; - man finde daher keinen Anstand, durch dießortige Beystimmung mit zu wirken, damit die bereits bestehenden Grundlagen desselben durch des Reichs Genehmigung so schleunig als moeglich ihre vollstaendige Gültigkeit erhalten; - uebrigens benueze man durch diese Gelegenheit um Seine Kaiserl. Majestät allerunterthaenigst zu bitten, daß Allerhoechstdieselben geruhen moechten, auch bey diesem Friedenswerke so wie ueberhaupt aller Reichs - Staedte, also auch besonders der drey Hanse - Staedte Lübek, Bremen und Hamburg Unmittelbarkeit, Freyheit und Handels - Sicherheit in Allerhoechst Jhren besondern Schuz zunehmen, ... So viel einstweilen, wegen weiter Entfernung und daraus herfliessender Unmoeglichkeit einer besondern Instructions - Ertheilung, in der Voraussetzung der Genehmhaltung von Seiten diesseitiger Prinzipalschaft.“⁶⁰⁴

Bremen⁶⁰⁵ :

„Behaelt sich das Protokoll offen.“⁶⁰⁶ (6. März 1801)

„Obwohl der Bevollmaechtigte der Wohlloeblichen Reichs und Hansestadt Bremen das Kaiserl. Allergnädigste Hof Decret in betreff des mit der franzoese. Republik abgeschlossenen Friedens durch eine eigene Staffette an seine Herren und Obere, pflichtschuldigstermaaßen hat gelangen lassen, so soehet sich doch derselbe wegen der Entlegenheit dieser Wohlloeblichen Rs Stadt gegenwaertig noch ohne alle spezielle Verhaltensbefehle. In Folge seiner habenden allgemeinen Instruction kann derselbe jedoch nicht unterlassen, in den Dank u. Jubel der

⁶⁰³ Evangelisch-lutherisch (*GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Cap., Luebeck, S. 238-239; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109, I Scamni Rhenani: 3. Luebeck, p. 108 und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Evangelische: 1.)).

⁶⁰⁴ *In Collegio Civitatensi. Freytag den 6. Mart: 1801*, Luebek, S. (3)-(7) ((5-7)) (*Staatsarchiv Nürnberg*, Reichsstadt Nürnberg, Reichstagsakten, Nr. 606).

Dem Votum wurde nach Erhalt einer zustimmenden Instruktion diese am 13. März 1801 nachgetragen (*Teutsche Staatskanzley*, Jahrg. 1801, I. Band, 2. Abschnitt, Beilagen VIII., a), 47., S. 252-256 (252-254)). Bei Abfassung des *Conclusum Collegii civitatis* am 7. März 1801 (unten, S. 135) und der erfolgten Ratifikation des Friedensvertrages von Lunéville durch den Reichstag am selben Tag (unten, S. 135-136) ist sie nicht zu berücksichtigen.

⁶⁰⁵ Evangelisch reformiert (*GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Bremen, S. 223-224; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109, I Scamni Rhenani: 8. Bremen, p. 108 und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Evangelische: 6.)).

⁶⁰⁶ *In Collegio Civitatensi. Freytag den 6. Mart: 1801*, Bremen, S. (26) (*Staatsarchiv Nürnberg*, Reichsstadt Nürnberg, Reichstagsakten, Nr. 606).

Nation miteinzustimmen, dass Jhro Kays. Maj. nach Allerhhoehst dero Weisheit und Klugheit geruhet haben, das teutsche Vaterland mit dem so lange u. brünstig erflehten Frieden zu beglueken, und den Uebeln des langwuehrigen Kriegs zu steuern, - bezieht sich im uebrigen auf das von dem Reichs = Stadt Luebekischen Herrn Bevollmächtigten nomine der wohlloeblichen Hansestaedte ins Protokoll gelegte gemeinsame Votum, ...⁶⁰⁷ (7. März 1801)

Hamburg⁶⁰⁸:

„Wegen der Wichtigkeit des leztern allergnaedigsten Kaiserlichen Hof - Decrets, den mit der Republik Frankreich geschlossenen Frieden betreffend, hat diesseitiger Bevollmaechtigter sich verpflichtet erachtet, dieserhalb eine eigene Staffette an seinen Herren Obere und Committenten abgehen zu lassen, konnte aber wegen der Entlegenheit dieser wohlloeblichen Reichs - und Hansee Stadt noch mit keiner speciellen Instruction versehen seyn.

Demungeachtet haelt es derselbe seiner Pflicht gemaes, Jhro Kaiserlichen Majestaet auch im Namen dieser Reichs - Stadt, den ehrerbietigsten Dank ab zu statten, daß Allerhoochstdieselben nach Jhrer Weisheit und Klugheit geruhet haben dem teutschen Reich den schon so lange sehnlichst gewuenschten Frieden zu verschaffen, ... Den Hauptgegenstand von gegenwaertiger Berathung betreffend, bezieht man sich auf das so eben von dem Reichs - Stadt - Luebekschen Herrn Commitial - Bevollmaechtigten im Namen der drey Hanse - Staedte zum Protokoll gegebene gemeinsame Votum,⁶⁰⁹ ...⁶¹⁰

und Windsheim⁶¹¹

„Behaelt sich das Protokoll offen.“⁶¹² (6. März 1801)

⁶⁰⁷

Continuatio In Collegio Civitateni, Sonnabend den 7n Mart: 1801, Bremen, S. (1)-(3) (*Staatsarchiv Nürnberg*, Reichsstadt Nürnberg, Reichstagsakten, Nr. 606).

Dem Votum wurde nach Erhalt einer inhaltlich zustimmenden Instruktion diese am 13. März 1801 – nicht zu berücksichtigen – nachgetragen (*Teutsche Staatskanzley*, Jahrg. 1801, I. Band, 2. Abschnitt, Beilagen VIII., a), 47., S. 252-256 (252-254)).

⁶⁰⁸

Evangelisch-lutherisch (*GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Hamburg, S. 232-233; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109, I) *Scamni Rhenani*: 9. Hamburg, p. 108 und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Evangelische:), §. 35., S. 1079-1084).

⁽⁶⁰⁹⁾

Zustimmend (oben, S. 129).

⁶¹⁰

In Collegio Civitateni. Freytag den 6. Mart: 1801, Hamburg, S. (26)-(28) (*Staatsarchiv Nürnberg*, Reichsstadt Nürnberg, Reichstagsakten, Nr. 606).

Dem Votum wurde nach Erhalt einer inhaltlich zustimmenden Instruktion diese am 13. März 1801 – nicht zu berücksichtigen – nachgetragen (*Teutsche Staatskanzley*, Jahrg. 1801, I. Band, 2. Abschnitt, Beilagen VIII., a), 47., S. 254-256 (254-255)).

⁶¹¹

Evangelisch-lutherisch (*GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Windsheim; S. 257-258; *Pütter*, *Institvtiones*, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109 (109), II) *Scamni Svevici*: 21. Windsheim und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Evangelische: 25.), §. 64., S. 1097).

„Von wegen wohlloebli. Reichs Stadt Windsheim ist man zur Zeit auf das eingesandte allergnaedigs Kayserl. Hof Decret in materia pacis noch ohne bestimmte Instruktion, verehret jedoch mit allerunterthaenigstem Dank die Reichsvaeterlichen Gesinnungen, die sich nach so viele Jahre lang gedauerten äussersten Anstrengungen zum Besten des Reichs nunmehr auch in der Art und Weise der Mittheilung des Friedensschlusses aeußeren. und vorzueglich in den mindern Ständen in Betreff ihrer Aufrechterhaltung das unbegrenzteste Vertrauen erweken, und daher der Reichs Stadt Windsheim zum ehrfurchtvollsten Dank fuer die schleunige Abschließung des Friedens verpflichten.“⁶¹³ (7. März 1801)

dem Friedensvertrag von Luneville und seiner in Art. VII getroffenen Entschädigungsregelung ohne Einwände und Vorbehalte zu.

cc) Vacat

Als vacat⁶¹⁴ wurden die 4 Stimmen Nürnberg,⁶¹⁵ Speyer,⁶¹⁶ Leutkirchen⁶¹⁷ und Giengen⁶¹⁸ aufgerufen.

⁶¹² *In Collegio Civitateni. Freytag den 6. Mart: 1801, Windsheim, S. (30) (Staatsarchiv Nürnberg, Reichsstadt Nürnberg, Reichstagsakten, Nr. 606).*

⁶¹³ *Continuatio In Collegio Civitateni, Sonnabend den 7. Mart: 1801, Windsheim, S. (3)-(4) (Staatsarchiv Nürnberg, Reichsstadt Nürnberg, Reichstagsakten, Nr. 606).*

⁶¹⁴ *In Collegio Civitateni Freytag den 6. Mart: 1801, Nuernberg, S. (3) „Vacat.“, Giengen, S. (33) „Vacat.“, Leutkirch, S. (33) „Vacat.“ (Staatsarchiv Nürnberg, Reichsstadt Nürnberg, Reichstagsakten, Nr. 606) und Protokoll des reichstaedtischen Kollegiums in dieser Sache vom 6. Maerz. In Collegio Civitateni. Freitags, den 6. Maerz 1801, Speyer „vacat.“ (Teutsche Staatskanzley, Jahrg. 1801, I. Band, 2. Abschnitt, Beilagen, VIII., a), 47., S. 232-247 (236)).*

⁶¹⁵ Evangelisch-lutherisch (*GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Nuernberg, S. 242-245; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109 (109), II) *Scamni Svevici*: 3. Nuernberg und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Evangelische: 13.)).

⁶¹⁶ Evangelisch-lutherisch (*GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Speyer, S. 252-253; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109, I) *Scamni Rhenani*: 5. Speyer, p. 108 und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Evangelische: 3.), §. 56., S. 1093-1095)).

⁶¹⁷ Evangelisch-lutherisch (*GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Leutkirch, S. 236; *Pütter*, *Institvtiones*, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109 (109), II) *Scamni Svevici*: 28. Leutkirchen und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Evangelische: 26.)).

⁶¹⁸ Evangelisch-lutherisch (*GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Giengen, S. 231; *Pütter*, *Institvtiones*, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109 (109), II) *Scamni Svevici*: 31. Giengen und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Evangelische: 29.)).

cc) Die gemischt-konfessionellen Voten

Gemischt-konfessionelle Stimmen⁶¹⁹ waren Dünkelsbühl, Biberach, Ravensburg, Augsburg und Kaufbeuren.

aa) Mit speziellen Instruktionen

Mit erhaltenen speziellen Instruktionen stimmten die Abgeordneten der 3 Reichsstädte:

Dünkelsbühl⁶²⁰:

„ad Majora Collegii Civitatisi.“⁶²¹

Biberach⁶²²:

„... Indem man nun demselben nach seinem wesentlichen Inhalt beytritt, so will man auch zugleich allen jenen Einleitungen und Negotiationen anderer Wohlloeblicher Reichs - Staedte, welche auf Beybehaltung ihrer Reichs - Ständischen Unmittelbarkeit und Sicherung derselben Verfassung abzwecken, sich andurch anschließen, und zugleich dieselbe dem allerhoechsten Schuz Seiner Kaiserlichen Majestät Jhres allerhoechsten Reichs - Oberhauptes allerunterthaenigst empfehlen.“⁶²³

⁶¹⁹ Gemischt-konfessionell waren die Reichsstädte mit jeweils 2 in den Ratstellen und für die Bevölkerung herrschenden Konfessionen. Darüber hinaus gab es noch Reichsstädte mit Parität, mit einer genauen anteilmäßigen Besetzung ihrer Ratsstellen mit Katholiken und Protestanten. Diese Eigenschaft war ihnen in Art. V § 3-§ 11, § 29, Satz 2 u. 3 IPO selber zugeschrieben worden.

Art. V § 3-§ 11, § 29, Satz 2 u. 3 IPO (*Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 26-28, 35-36); *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2., Cap. V., §. 105. mit Anm. (a) und (b), p. 109-110; *Häberlin*, *Handbuch Teutschen Staatsrechts*, Band I, 2. Buch, 5. Cap., §. 105., S. 339 und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Gemischte Reichs=Staette)).

⁶²⁰ Gemischt-konfessionell-paritätisch (Art. V § 3-§ 11, § 29, Satz 2 u. 3 IPO: *Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 26-28, 35-36; *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Duenkelsbuehl, S. 224-226; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109 (109), II) Scamni Svevici: 16. Duenkelsbuehl, §. 105. mit Anm. (a) und (b), p. 109-110 und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Gemischte Reichs=Staette: 2.)).

⁶²¹ *In Collegio Civitatisi. Freytag den 6. Mart: 1801*, ..., Duenkelsbuehl, ..., S. (11) (*Staatsarchiv Nürnberg*, Reichsstadt Nürnberg, Reichstagsakten, Nr. 606).

⁶²² Gemischt-konfessionell-paritätisch (Art. V § 3-§ 11, § 29, Satz 2 u. 3 IPO: *Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 26-28, 35-36; *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Biberach, S. 222-223; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici*, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109 (109), II) Scamni Svevici: 17. Biberach, §. 105. mit Anm. (a) und (b), p. 109-110 und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Gemischte Reichs=Staette: 3.)).

⁶²³ *In Collegio Civitatisi. Freytag den 6. Mart: 1801* ..., Biberach, ..., S. (19)-(21) ((20-21)) (*Staatsarchiv Nürnberg*, Reichsstadt Nürnberg, Reichstagsakten, Nr. 606).

und Kaufbeuren⁶²⁴:

„... leuchten ... fuer das allgemeine Beste mit Hinsicht auf das einzelne aus den gepflogenen Friedens - Unterhandlungen und deßen Abschliessung hervor und erfordern in einem zur Ratificirung des allergnaedigst mitgetheilten Friedens - Instruments allerunterthaenigst zu erstattenden Reichs - Gutachten die allerdevoteste Dankverehrung. Wobey uebrigens dem maechtigsten Reichs - Oberhauptlichen Schuze sowohl diesseitige, als saemmtliche Wohlloebliche Reichs - Staedte allersubmissesst zu empfehlen seÿen.“⁶²⁵

dem Friedensvertrag von Lunéville mit seiner in Art. VII getroffenen Entschädigungsregelung ohne Einwände und Vorbehalte zu.

bb) Vacat

Als vacat⁶²⁶ wurden die beiden Reichstädte Augsburg⁶²⁷ und Ravensburg⁶²⁸ aufgerufen.

⁶²⁴ Gemischt-konfessionell (Art. V § 29, Satz 2 u. 3 IPO: *Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 35-36; *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Kaufbeuren, S. 235; *Pütter*, Institutviones, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109 (109), II) Scamni Svevici: 22. Kaufbeuren und *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Gemischte Reichs=Staette: 5.)).

⁶²⁵ *In Collegio Civitatensi. Freytag den 6. Mart: 1801*, Kaufbeuren, S. (30)-(32) ((31-32)) (*Staatsarchiv Nürnberg*, Reichsstadt Nürnberg, Reichstagsakten, Nr. 606).

⁶²⁶ *In Collegio Civitatensi Freytag den 6. Mart: 1801*, Augsburg, S. (3) „Vacat.“, Ravensburg, S. (28), „Vacat.“ (*Staatsarchiv Nürnberg*, Reichsstadt Nürnberg, Reichstagsakten, Nr. 606).

⁶²⁷ Gemischt-konfessionell-paritätisch (Art. V § 3-§ 11, § 29, Satz 2 u. 3 IPO: *Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 26-28, 35-36; *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Augsburg, S. 220-222; *Pütter*, Institutviones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109 (109), II) Scamni Svevici: 2. Augsburg, §. 105. mit Anm. (a) und (b), p. 109-110 und *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Gemischte Reichs=Staette: 1.)).

⁶²⁸ Gemischt-konfessionell-paritätisch (Art. V § 29, Satz 2 u. 3 IPO: *Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 35-36; *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Ravensburg, S. 245-246 *Pütter*, Institutviones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109 (109), II) Scamni Svevici: 18. Ravensburg, §. 105. mit Anm. (a) und (b), p. 109-110 und *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Gemischte Reichs=Staette: 4.)).

d) Die vermöge genereller Instruktionen Einwände äußernden evangelischen Voten

Die Abgeordneten der beiden evangelischen Stimmen Mühlhausen⁶²⁹ und Nordhausen⁶³⁰ stimmten in ihrem gemeinsamen Votum für einen Beitritt des Reiches zum Friedensvertrag von Lunéville:

„... Diesseitige Prinzipalschaften waren zwar zumal in den leztern Jahren von den schrecklichen Kriegsvorfällen und deren unmittelbaren traurigen Folgen entfernt, sahen sich aber doch auf mancherley Weise von den Kriegslasten gedrückt und empfanden auch bey den Nachrichten von den vielen Bedraengnissen ihrer Mitstaende u. Mitbuerger das innigste Mitleiden. Sowie sie sich also auch ihrseits nach Wiederherstellung des Friedens auf das lebhafteste - sehnen; so sahen sie sich durch die in dem am 25n v. M. dictirten Allerhöchsten Kays. Hofdekret enthaltene Nachricht von dem auch Namens des Reichs abgeschlossenen Frieden mit der lebhaftesten Freude beseelt. Sie ermangeln daher nicht, sowohl fuer die dieserhalb an Allerhoechst Se. Kays. Maj. angewandten Bemuehungen den allersubmissesten Dank anmit zu bezeugen, als auch ihre Comitialstimme in dieser Sache dahin abzugeben, daß durch ein schleunig zu ertheilendes Reichs - Gutachten des gesamten Reichs Beytritt zu dem abgeschlossenen Friedenstractat erklært, ...,“⁶³¹

Der von ihnen nachfolgend geäußerte Einwand, dass bei zu erfolgenden Entschädigungen und Ausgleichungen zur möglichsten Erhaltung und Sicherung der Verfassung des Reiches und der politischen Existenz eines jeden Reichsstandes:

„..., zugleich das Allerhoechste Reichs Oberhaupt allerunterthaenigst gebeten werde, durch Allerhoechst Dero weise Einleitungen u. Verwendungen dieser kritischen Periode Deutschlands die Richtung zu geben, damit bey den erfolgenden Entschädigungen u. Ausgleichungen nicht nur die Verfaßung des Reichs im Ganzen sondern auch die politische Existenz jedes einzelnen Reichsstandes und das Verhaeltniß der mittelbaren Unterthanen zu ihren Landersherren u. Obrigkeiten moeglichst erhalten u. gesichert werden moege.“⁶³²

⁶²⁹ Evangelisch-lutherisch (*GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Muehlhausen, S. 240; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvbllici*, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109, I Scamni Rhenani: 10. Muehlhausen, p. 108 und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Evangelische: 7.)).

⁶³⁰ Evangelisch-lutherisch (*GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 4. Kap., Nordhausen, S. 241-242; *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvbllici*, Lib. 2, Cap. V., §. 104., Anm. (a), p. 108-109, I Scamni Rhenani: 11. Nordhausen, p. 108-109 und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 2. Buch, 5. Cap., §. 13. a., S. 1057-1058 (1058, Evangelische: 8.)).

⁶³¹ *Continuatio In Collegio Civitatensi, Sonnabend den 7n Mart: 1801*, Mühlhausen Nordhausen, S. (4)-(6), „s. l. e. o. geben ihre besonderen Abstimmung noch dahin ab. Dießeitige Prinzipalschaften ...“ (*Staatsarchiv Nürnberg*, Reichsstadt Nürnberg, Reichstagsakten, Nr. 606).

⁶³² *Continuatio In Collegio Civitatensi, Sonnabend den 7n Mart: 1801*, Mühlhausen Nordhausen, S. (4)-(6) ((6)) (*Staatsarchiv Nürnberg*, Reichsstadt Nürnberg, Reichstagsakten, Nr. 606).

kann wegen der möglichsten Erhaltung und Sicherung nicht als ein Vorbehalt für die Zustimmung zu Art. VII gedeutet werden.

e) Die Zustimmung des Reichsstädterates zu der in Art. VII getroffenen Entschädigungsregelung ohne Einwände und Vorbehalte

Von den 51 Voten⁶³³ wurden 42 abgegeben,⁶³⁴ welche alle dem Friedensvertrag von Lunéville und seiner Entschädigungsregelung des Art. VII ohne Einwände und Vorbehalte⁶³⁵ zustimmten.

Die weiteren nicht durch Bevollmächtigte vertretenen 9 Voten: 7 vacat,⁶³⁶ 2 abest waren alle vom Direktorium zur Stimmabgabe aufgerufen worden.

Bei der mehrheitlichen Abstimmung lautete die Willensbildung ebenso, erklärt in dem die Genehmigung erteilenden *Conclusum Collegii civitatis, d. d. 7. Maerz 1801*:

„...: so ist dafuergehalten und geschlossen worden: ... der zu Lueneville von Sr. Kaiserlichen Majestaet im Namen des Reichs an einem, und der Republik Frankreich am andern Theil den 9. Febr. d. J. geschlossene Frieden von Reichswegen seinem ganzen Inhalt nach zu genehmigen, und Jhro Kaiserl. Majestaet allerunthaenigst zu ersuchen sey, in Allerhoechstihro Eigenschaft, als Reichsoberhaupt die Ratifikation des gedachten Friedensschlusses zu ertheilen, ...“⁶³⁷

4. Die Zustimmung des Reichstages zu der in Art. VII getroffenen Entschädigungsregelung ohne Einwände und Vorbehalte

Die in den drei Reichstagskollegien maßgebenden Willensbildungen stimmten dem Friedensvertrag von Lunéville und seiner in Art. VII getroffenen Entschädigungsregelung jeweils ohne Einwände und Vorbehalte zu.

Die im Wege der Re- und Correlation herbeigeführte Beschlussfassung des Reichstages lautete ebenso, erklärt in dem *An Jhro Roemisch-Kaiserl. Majestaet allerunterthaenigstes*

Am Tag zuvor 6. März hatten die beiden Reichsstädte sub spe rati wie das seine Zustimmung erteilende Goslar gestimmt. *In Collegio Civitatis. Freytag den 6. Mart: 1801*, Muehlhausen, S. (23) „sub spe rati, wie Goslar.“, Nordhausen, S. (23) „Wie Muehlhausen.“. (*Staatsarchiv Nürnberg* aaO).

⁶³³ Oben, S. 120.

⁶³⁴ Oben, S. 120-121.

⁶³⁵ Oben, S. 121-134.

⁶³⁶ Vacat (oben, S. 122, 131, 133), abest (S. 123).

⁶³⁷ *Conclusum Collegii civitatis, d. d. 7. Maerz 1801*/diét. 9. Martii 1801 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 21. Stück), insg. (*ebd.*).

Reichs=Gutachten, de dato Regensburg den 7ten Maerz 1801. Den von Jhro Kaiserl. Majestaet und des Reichs wegen zu ratifizirenden am 9ten Febr. d. J. zu Lueneville abgeschlossenen Frieden betreffend:

„...; so haetten auch die Beweggruende, welche Se. Kaiserliche Majestaet, den Frieden in der vorgelegten Maaße abzuschließen bestimmt haben, durch ihre Staerke, und durch die bekannte traurige Lage Teutschlands, welches den Frieden so sehr wuensche, und desselben so sehr beduerfe, die allgemeine Reichsversammlung zu dem Schluß bewogen, daß der von Sr. Kaiserlichen Majestaet und des Reichs wegen zu ratifiziren, darueber an Allerhoechstdieselbe schleunigst ein allerunterthaenigstes Reichsgutachten zu erlassen, ..., und Allerhoechstdieselbe ehrerbietigst zu ersuchen seyen den gedachten Frieden in Allerhoechstihrem und des heil. roem. Reichs Namen zu ratifiziren und zu bestaetigen. ...“⁶³⁸

5. Die reichsoberhauptliche Genehmigung am 9. März 1801

Das Kaiserlich=allergnaedigstes Kommissions=Ratifikationsdekret an die hochloebliche allgemeine Reichsversammlung zu Regensburg, de dato 9. Maerz 1801. Die von Jhro Kaiserl. Majestaet ertheilte Ratifikation des Reichsgutachtens vom 7ten Maerz ueber den am 9ten Febr. d. J. zu Lueneville abgeschlossenen Frieden betreffend enthielt die unbedingte Genehmigung des Friedensvertrags von Lunéville und seiner in Art. VII getroffenen Entschädigungsregelung:

„...vorerwaehten Reichsgutachten die reichsoberhauptliche allergnaedigste Genehmigung ohne allen Aufenthalt zu ertheilen, und in dessen Gemaeßheit die foermliche und feyerliche Ratifikations=Urkunde in A l l e r h o e c h s t i h r e m und des Reichs Namen aufs schleunigste nach Lueneville befoerden zu lassen. ...“⁶³⁹

⁶³⁸ *An Jhro Roemisch=Kaysrl. Majestaet allerunterthaenigstes Reichs=Gutachten, de dato Regensburg den 7ten Maerz 1801. Den von Jhro Kaiserl. Majestaet und des Reichs wegen zu ratifizirenden am 9ten Febr. d. J. zu Lueneville abgeschlossenen Frieden betreffend/diét. 9. Martii 1801 (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 20. Stück).*

⁶³⁹ *Kaiserlich=allergnaedigstes Kommissions=Ratifikationsdekret an die hochloebliche allgemeine Reichsversammlung zu Regensburg, de dato den 9. Maerz 1801. Die von Jhro Kaiserl. Majestaet ertheilte Ratifikation des Reichsgutachtens vom 7ten Maerz ueber den am 9ten Febr. d. J. zu Lueneville abgeschlossenen Frieden betreffend/diét. 10. Martii 1801 (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 22. Stück).*

6. Das Ratifikationsinstrument des Reiches vom 9. (16.) März 1801

Bei der am 16. März 1801 in Paris erfolgten Austauschung der Ratifikationsurkunden⁶⁴⁰ wurde seitens des Reiches das *Instrumentum Ratificationis Caesaris suo et Imperii nomine pacis in Lunari villa conclusae*⁶⁴¹ ausgetauscht.

In ihm wurden der Friedensvertrag von Lunéville mit allen seinen Artikeln uneingeschränkt ratifiziert und waren keine Erklärungen zu den wegen den linksrheinischen gebietlichen Verlusten zu gewährenden Entschädigungen aufgenommen:

„NOS FRANCISCUS SECUNDUS divina favente clementia electus Romanorum Imperator, ...

Notum facimus omnibus et singulis preasentes literas inspecturis, lecturis, vel legi audituris, aut quomodocunque infra scriptorum notitia ad ipsos pervenire poterit: postquam ad restringendum, quod inter Nos et Romanum Imperium ex una, et Rempublicam gallicam ex altera parte per plures annos duravit, gravissimum bellum consilia pacis collata fuerunt, divina bonitate factum esse, ut per constitutos utrimque Plenipotentiarios pax et amicitia conclusa sit forma et tenore sequenti:

Sa Majesté l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bohême, et le premier Consul de la République française, ...

...

Art. VII.

Et comme par suite de la cession, que fait l'Empire à la République française, plusieurs Princes et Etats de l'Empire se trouvent particulièrement dépossédés, en tout ou en partie, tandis que c'est à l'Empire germanique collectivement à supporter les pertes résultantes des stipulations du présent traité, il est convenu entre S. M. l'Empereur et Roi, tant en son nom qu'au nom de l'Empire germanique, et la République française, qu'en conformité des principes formellement établis au congrès de Rastadt, l'Empire sera tenu de donner aux princes hereditaires, qui se trouvent dépossédés à la rive gauche du Rhin, un dédommagement qui sera pris dans le sein du dit Empire, suivant les arrangements qui, d'après ces bases, seront ultérieurement déterminés.

...

⁶⁴⁰

Kaiserlich=allergnaedigstes Kommissions=Dekretan die hochloebliche allgemeine Reichsversammlung zu Regensburg, de dato Regensburg den 7ten April 1801. Wodurch die am 16. Maerz zu Paris ausgewechselten Ratifikations=Urkunden des zu Lueneville von Jhro Kaiserlichen Majestaet auch Namens des Reichs mit der Republik Frankreich am 9ten Febr. d. J. geschlossenen Friedens mitgetheilt werden/diçt. 8. April 1801 (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 30. Stück).

⁶⁴¹

Anlage 1. des Kaiserlich=allergnaedigstes Kommissions=Dekretan die hochloebliche allgemeine Reichsversammlung zu Regensburg, de dato Regensburg den 7ten April 1801. Wodurch die am 16. Maerz zu Paris ausgewechselten Ratifikations=Urkunden des zu Lueneville von Jhro Kaiserlichen Majestaet auch Namens des Reichs mit der Republik Frankreich am 9ten Febr. d. J. geschlossenen Friedens mitgetheilt werden/diçt. 8. April 1801 (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 30. Stück).

Fait et signé à Lunéville le neuf Février mil huit cent un. (vingt Pluviôse an 9 de la République française.)

...

Nos igitur haec omnia et singula, prout hic verbotenus inserta et descripta leguntur, praehabita matura et diligenti consideratione ex certa Nostra scientia approbamus, ratificamus et confirmamus, rataque et firma esse et fore virtute praesentium declaramus, simulque verbo Imperiali promittimus pro Nobis Nostrique successoribus et Imperio Romano (cujus Status Ratisbonae per Deputatos congregati memoratum pacis instrumentum, vigore conclusi nuperrime facti et a Nobis ratificati, in omnibus et singulis articulis approbarunt, et ratum habuerunt) Nos omnes et singulos supra descriptos articulos, et quidquid tota hac pacis conventionione continetur, firmiter, constanter, ac inviolabiliter servaturos, atque executioni mandaturos, nullaque ratione, ut vel ex Nostra Parte, vel per alios ullo unquam tempore contraveniatur, passuros, quomodocunque id fieri possit; omni dolo et fraude exclusis. In horum omnium testimonium et fidem sigillum Nostrum Caesareum maius huic diplomati manu appendi fecimus. Datum in civitate Nostra Vienna in Austria die nona, mensis Martii, anno millesimo octingentesimo primo, Regnorum Nostrorum, Romani nono, Hungarici et Bohemici vero decimo.

Franciscus.

Vt. Princeps de Colloredo-Mannsfeld.

Ad Mandatum Sacrae Caesar. Majestatis
Proprium.

*Petrus Antonius L. B. à Franck.*⁶⁴²

⁶⁴²

Anlage 1. des Kaiserlich=allerghnaedigstes Kommissions=Dekretan die hochloebliche allgemeine Reichsversammlung zu Regensburg, de dato Regensburg den 7ten April 1801. Wodurch die am 16. Maerz zu Paris ausgewechselten Ratifikations=Urkunden des zu Lueneville von Jhro Kaiserlichen Majestaet auch Namens des Reichs mit der Republik Frankreich am 9ten Febr. d. J. geschlossenen Friedens mitgetheilt werden/diét. 8. April 1801 (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 30. Stück).

III

Durch die Französische Republik

1. Das Ratifikationsverfahren der Konsulatsverfassung

Titre IV, Art. 49 der Verfassung des Konsulats vom 22 frimaire an 8 (13 déc. 1799) sprach der Regierung die Kompetenz zu Unterzeichnung und Abschluss der völkerrechtlichen Verträge zu:

„Le Gouvernement entretient des relations politiques au dehors, conduit les négociations, fait les stipulations préliminaires, signé, fait signer et conclut tous les traités de paix et d’alliance, de trêve, de neutralité, de commerce, et autres conventions.“⁶⁴³

Der nachfolgende Art. 50 enthielt, dass die Erklärungen des Krieges, die Friedens-, Allianz- und die Verträge der wirtschaftlichen Beziehungen als Gesetze beschlossen werden:

„Les déclarations de guerre et les traités de paix, d’alliance et de commerce, sont proposés, discutés, décrétés et promulgués comme des lois. ...“⁶⁴⁴

Bei dieser unklaren Verfassungslage⁶⁴⁵ – die vorangegangene Verfassung des Direktoriums vom 5 fructidor an III (22 août 1795) hatte vor der völkerrechtlichen Ratifikation von Verträgen durch das Direktorium die Zustimmung des Corps Législatif vorgesehen⁶⁴⁶ – war von dem die Befugnis zur Auslegung der Gesetze zukommenden Conseil

⁶⁴³ Duvergier, Collection des lois, Tome XII, p. 20-30 (23).

⁶⁴⁴ Duvergier, Collection des lois, Tome XII, p. 20-30 (23).

⁶⁴⁵ Premier sénatus consulte de 16 nivôse an IX (5 janv. 1801) „... ,Considérant ... que, dans le silence de la Constitution et des lois ... le Sénat ..., spécialement chargé de maintenir ou d’annuler les actes favorables ou contraires à la charte constitutionnelle, est l’interprète et le gardien de cette charte et le juge naturel de la mesure proposée par le gouvernement, déclare que cette mesure est conservatrice de la constitution.“ ...“ (Piétri, Napoléon et le Parlement, Chap. VII, p. 107).

⁶⁴⁶ Nach der Verfassung des Direktoriums v. 5 fructidor an III (22 août 1795) schloss das Direktorium die Friedens- und Bündnisverträge für die Französische Republik durch von ihm ernannte diplomatische Agenten ab.

Titre XII, Art. 329 „Le Directoire seul peut entretenir des relations politiques au-dehors, conduire les négociations, ...“ (Duvergier, Collection des lois, Tome VIII, p. 223-242 (239)),

Art. 330 „Il est autorisé à faire des stipulations préliminaires, telles que des armistices, des neutralisations; il peut arrêter aussi des conventions secrètes.“ (p. 239-240),

Art. 331 „Le Directoire exécutif arrête, signe ou fait signer avec les puissances étrangères, tous les traités de paix, d’alliance, de trêve, de neutralité, de commerce et autres conventions qu’il juge nécessaire au bien de l’État. Ces traités et conventions sont négociés, au nom de la République française, par des agents diplomatiques nommés par le Directoire exécutif, et chargés de ses instructions.“ (p. 240).

Die Verträge bedurften zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung des Corps-Législatif.

d'État⁶⁴⁷ am 24 pluviôse an 9 (13 févr. 1801) für den Friedensvertrag von Lunéville beschlossen worden. Der Sénat conservateur,⁶⁴⁸ welchem nach der Verfassung eine nachfolgende Überprüfung der Gesetze und Handlungen der Regierung auf ihre Vereinbarkeit mit der Verfassung obliegt,⁶⁴⁹ er auch mit der Regierung die Befugnis zur Abänderung der Verfassung im Wege eines Sénatus consulte besitzt⁶⁵⁰ und dem im System der Verfassung eine hervorgehobene Bedeutung zukommt,⁶⁵¹ hat vor der Ratifikation des Friedensvertrages

Titre XII, Art. 333 „Les traités ne sont valables qu'après avoir été examinés et ratifiés par le Corps-Législatif, néanmoins les conditions secrètes peuvent recevoir provisoirement leur exécution, dès l'instant même où elles sont arrêtées par le Directoire.“ (p. 240),

Die geheimen Artikel eines Vertrages durften seinen offenen nicht widersprechen, noch eine Veräußerung von Gebieten der Republik enthalten (Art. 332: p. 240).

⁶⁴⁷ Art. XI u. XII Règlement pour l'organisation du Conseil-d'Etat v. 5 nivôse an VIII (26 déc. 1799) übertrugen dem Conseil d'État auf Anfrage der Konsule die Auslegung der Gesetze „Le Conseil d'Etat développe le sens des lois, sur le renvoi qui lui est fait par les Consuls, des questions qui leur ont été présentées (1). ...“, und die Entscheidung der Streitigkeiten zwischen der Verwaltung und den Gerichten, sowie jenen rechtlichen Angelegenheiten, welchen früher den Ministern oblagen (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 48-49 (49)).

⁶⁴⁸ 80 Mitglieder: Titre II, Art. 15 der Konsulatsverfassung „Le Sénat conservateur est composé de quatre-vingts membres, inamovibles et à vie, âgés de quarante ans ou moins. ...“ (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 20-30 (21)).

⁶⁴⁹ Der Sénat conservateur überprüfte auf Antrag des Tribunat die Gesetze auf ihre Verfassungsmäßigkeit, dies nicht mehr bei den vom 1. Konsul bereits ausgefertigten:

Titre III, Art. 28 „Le Tribunat ... Il défère au Sénat, pour cause d'inconstitutionnalité seulement, ..., les actes du Corps-Législatif ...“, „Titre II. Du Sénat conservateur (8).“, Art. 21 „Il maintient ou annule tous les actes qui lui sont déferés comme inconstitutionnels par le Tribunat ou par le Gouvernement: ...“, Art. 37 „Tout décret du Corps-Législatif, le dixième jour après son émission, est promulgué par le premier Consul, à moins que, dans ce délai, il n'y ait eu recours au Sénat pour cause d'inconstitutionnalité. Ce recours n'a point lieu contre les lois promulguées.“ (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 20-30 (22)).

Vandal, Avènement de Bonaparte, Tome I, Chap. XII, V, p. 530 „... Le Tribunat obtenait même un certain pouvoir general de contrôle. Il lui appartenait de déférer au Sénat, pour cause d'inconstitutionnalité, les actes du gouvernement autant que les décrets législatifs. ...“.

⁶⁵⁰ Die Verfassung des Konsulats sah selber kein Verfahren zu ihrer Abänderung vor (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 20-30). Da der Sénat conservateur die Kompetenz zur Überprüfung der Gesetze auf die Verfassungsmäßigkeit besaß, ließ der 1. Konsul annehmen, dass er auch zur Veränderung der Verfassung in Übereinstimmung mit der Regierung im Wege eines Sénatus consulte befugt sei „... La Constitution était muette sur le pouvoir constituant, mais Bonaparte se l'attribua conjointement avec le Sénat. ...“ (*Godechot*, Les institutions de la France sous la Révolution et l'Empire, Livre V, Chap. II, I, p. 560, 569).

⁶⁵¹ In der Systematik der Verfassung selber: Die Bestimmungen des Sénat conservateur folgten dem Eingangartikel Titre I. „De l'exercice des droits de cité“ (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 20-30 (20-21) nach: Titre II. „Du Sénat conservateur“ (*ibd.*, p. 21-22). Danach die weiteren Artikel: Titre III.: „Du pouvoir législatif“ (*ibd.*, p. 22), Titre IV.: „Du Gouvernement“ (*ibd.*, p. 22- 24), Titre V.: „Des tribunaux“ (*ibd.*, p. 24), Titre VI. „De la responsabilité des fonctionnaires publics“ (*ibd.*, p. 24) und Titre VII. „Dispositions générales“ (*ibd.*, p. 25- 30).

Der Sénat conservateur war das Wahlorgan:

der 3 Konsule, welche Verfassung selber den citoyen Bonaparte, ex-Consul provisoire zum 1. Konsul, den citoyen Cambacérès, ex-ministre de la justice zum 2. Konsul und den citoyen Lebrun, ex-ministre de la commission du Conseil des Anciens zum 3. Konsul bestellte (unten, S. 217),

der Mitglieder des Tribunat und des Corps législatif aus der liste (de notabilité) nationale mit einer jährlichen ¹/₅ Erneuerung (Titre I, Art. 7-9, Titre II, Art. 19 u. 20: *ibd.*, p. 21-22),

von Lunéville seine Verfassungsmäßigkeit zu überprüfen, und bei seiner Genehmigung hat ihn danach das Corps législatif zu einem Gesetz zu beschließen.

Piétri, Napoléon et le Parlement:

„... Pour le traité de Lunéville, la question se pose, au Conseil d'État, de savoir s'il doit être ratifié par une loi ou par un sénatus-consulte. Les avis sont partagés. Thibaudeau, vieux routier des assemblées, trouve la formule. On déférera le traité au Sénat, qui appréciera logiquement lui-même, et par avance, s'il est conforme à la Constitution. Dans l'affirmative, le Corps législatif n'aura qu'à promulguer.
...”⁶⁵²

Damit lag die völkerrechtliche Ratifikation des Friedensvertrages von Lunéville, nach seiner vorherigen Genehmigung der Verfassungsmäßigkeit durch den Sénat conservateur, bei der Regierung. Dies mit der alleinig entscheidenden Funktion des 1. Konsuls und den beratenden Funktionen des 2. und 3. Konsuls.⁶⁵³

Hiervon ging auch der Friedensvertrag von Lunéville in seinem Art. XIX selber aus:

der juges de cassation, aus der liste (de notabilité) nationale lebenslänglich (unten, S. 221),

der commissaires à la comptabilité – Rechnungshof – (Titre I, Art. 7-9, Titre II, Art. 19 u. 20, Titre VII, Art. 89: *ibd.*, p. 21-22, 29).

Der zwischen 60-80 Mitglieder habende Sénat conservateur, ergänzte sich selbst, welche Bürger Sieyès und Ducos seine ersten Mitglieder waren (Titre II der Verfassung: *ibd.*, p. 21-22).

Piétri, Napoléon et le Parlement, Chap. III, p. 59 „... L'originalité véritable de l'an VIII est dans le Sénat. Om demeure surpris de voir planer sur un régime républicain un aréopage de pontifes investis à vie, se continuant par cooptation, et exclusivement chargé, d'une part, de veiller sur l'observance de la Constitution, d'autre part, de tamiser le suffrage populaire en choisissant, parmi ses élus, les plus dignes de composer les assemblée proprement législatives. ...“, p. 57 „... Un Sénat ou haute assemblée d'une centaine de membres inamovibles; élue au début, puis se recrutant par cooptation; ne participant pas à la confection des lois, mais ayant le pouvoir de les casser comme anti-constitutionnelles; siégeant, le cas échéant, comme Cour suprême de justice avec le concours des grands corps judiciaires; chargée, au surplus, de veiller au respect des libertés publiques? ...“, Chap. V, p. 82 „... le Sénat ... N'était-il pas le gardien permanent du régime et de ses lois, l'électeur des autres collèges, l'arbitre suprême de tous les conflits? ...“.

⁶⁵² Chap. VII, p. 109-110.

Nach dem vom prairial bis thermidor an 10 (mai-août 1802) durchgeführten Referendum: „Napoléon Bonaparte sera-t-il consul à vie?“, mit 3 568 855 oui, 8 374 non und 500 000 abstentions (*Godechot*, Les institutions de la France sous la Révolution et l'Empire, Livre V, Chap. II, II, p. 570-571), am 18 thermidor an 10 (4 août 1802) gefassten Senatus consulte wurde festgelegt, dass der 1. Konsul die Friedens- und Allianzverträge ratifiziert, nachdem er die Ansicht des Conseil privé zur Kenntnis nimmt und er vor der Promulgation dem Sénat conservateur Kenntnis gibt.

Titre V., Art 58 „Le premier Consul ratifie les traités de paix et d'alliance, après avoir pris l'avis du conseil privé. Avant de les promulguer, il en donne connaissance au Sénat.“ (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XIII, p. 262-267 (265)).

Art. 57 „... un conseil privé, composé des Consuls, de deux ministres, de deux Sénateurs, de deux conseillers d'Etat et de deux grands-officiers de la Légion-d'Honneur. ...“ (p. 265).

⁶⁵³ Unten, S. 217.

„Le présent traité sera ratifié par S. M. l'Empereur et Roi, par l'Empire, et par le gouvernement de la République française, dans l'espace de trente jours, ou plus tôt si faire se peut; ...“⁶⁵⁴

Schlabrendorf, Napoleon Bonaparte und das französische Volk unter seinem Consulate:

„... Die Ratification der Tractaten mit auswärtigen Mächten hat sich der Consul auch allein vorbehalten; vermuthlich weil sich, bei der Ratification des Tractats mit Russland, das Tribunal Bemerkungen über den unschicklichen Ausdruck von U n t e r t h a n e n erlaubte. ...“⁶⁵⁵

2. Die völkerrechtliche Ratifikation

a) Die Beratung im Conseil d'État am 24 pluviôse an IX (13 févr. 1801)

Bei der Beratung des Friedensvertrages von Lunéville im Conseil d'État am 24 pluviôse an 9 (13 févr. 1801) beschloss der 1. Consul den Inhalt des Friedensvertrages noch am selben Tag im Sénat conservateur einzubringen⁶⁵⁶ und ihn – obgleich keine notwendige Voraussetzung für die völkerrechtliche Ratifikation – vor das Tribunal⁶⁵⁷ und den Corps Législatif zu bringen.⁶⁵⁸

b) Die Prüfung durch den Sénat conservateur am 24 pluviôse an IX (13 févr. 1801)

Von seinen Mitgliedern wurden in dieser Sitzung keine Bedenken und Äußerungen gegen seine Vereinbarkeit mit der Verfassung vorgebracht.⁶⁵⁹

⁶⁵⁴ *Napoleonische Friedensverträge*, II., S. 19-25 (24).

⁶⁵⁵ S. 165.

⁶⁵⁶ *Durdent*, Histoire critique du Sénat-conservateur, p. 32 „... Le 24 pluviôse, le premier consul apprit au Sénat que la paix avec l'Autriche venait d'être signée à Lunéville. ...“.

⁶⁵⁷ *Procès-verbal des séances du Tribunal*, Pluviôse an IX, Du 24 Pluviôse, l'an neuvième ..., p. 242.

⁶⁵⁸ *Procès-verbal des séances du Corps Législatif*, Pluviôse, an IX, Du 24 pluviôse, an 9 ..., p. 167.

⁶⁵⁹ *Durdent*, Histoire critique du Sénat-conservateur, p. 32–33 „... Les conseillers-d'état Portalis, Berlier et Thibeaudeau, furent chargés du message, et le premier s'exprime d'abord ainsi:

„Nos vœux appelaient la paix. Des armées, devant lesquelles *la terre se tait* (I), l'ont commandée. Le génie de la France en a dicté les conditions.“

L'Angleterre, il est vrai, n'était pas comprise dans le traité; et le président du Sénat, le citoyen Laplace, observa très-bien „qu'il restait encore à conquérir la liberté des mers.“ ...“.

c) Die Willensbekundungen im Tribunal und im Corps Législatif am 24 pluviôse an IX (13 févr. 1801)

aa) Die Botschaften der Konsule mit der Verlesung des Friedensvertrages von Lunéville

Zwei gleichlautende Erklärungen der Konsule vom 24 pluviôse an 9 (13 févr. 1801) wurden am selben Tag im Tribunal:

„*Les Consuls de la République au Tribunal*. Paris, le 24 pluviôse l’an 9 de la République française. ,T r i b u n s“⁶⁶⁰

und im Corps Législatif:

„*Les Consuls de la République au Corps législatif*. ,L é g i s l a t e u r s“⁶⁶¹

verlesen.

In ihnen wurde auf die mit dem Friedensschluss bewirkte Wiederherstellung der alten Grenzen Galliens mit der für die betroffenen Bevölkerung gebrachten Freiheit verwiesen:

„La paix du continent a été signée à Lunéville; elle est telle que la vouloit le peuple français. Son premier voeu fut la limite du Rhin; des revers n’avoient point ébranlé sa volonté; des vicôtoires n’ont point dû ajouter à ses prétentions. ,Après avoir réplacé les anciennes limites de la Gaule, il devoit rendre à la liberté des peuples qui lui étoient unis par une commune origine, par le rapport des intérêts & des moeurs.
...“⁶⁶²

Österreich habe nun keine an Frankreich angrenzenden Gebiete mehr, womit es diese Rivalität nicht mehr gibt:

⁶⁶⁰ *Procès-verbal des séances du Tribunal*, Pluviôse an IX, Du 24 Pluviôse, l’an neuvième ..., p. 243-245 (243) und *Archives parlementaires de 1787 à 1860*, 2. série, Tome II, Tribunal. Présidence du Citoyen Thibault. Séance du 24 pluviôse (p. 375-381), Français (*de Nantes*), p. 379.

⁶⁶¹ *Procès-verbal des séances du Corps Législatif*, Pluviôse, an IX, Du 24 pluviôse, an 9 ..., p. 168-170 (168) und *Archives parlementaires de 1787 à 1860*, 2. série, Tome II, Corps Législatif. Présidence du Citoyen Poisson. Séance du 24 pluviôse (p. 370-375), p. 370-371 (370).

⁶⁶² *Procès-verbal des séances du Tribunal*, Pluviôse an IX, Du 24 Pluviôse, l’an neuvième ..., p. 243-245 (243); *Procès-verbal des séances du Corps Législatif*, Pluviôse, an IX, Du 24 pluviôse, an 9 ..., p. 168-170 (168) und *Archives parlementaires de 1787 à 1860*, 2. série, Tome II, Corps Législatif. Présidence du Citoyen Poisson. Séance du 24 pluviôse (p. 370-375), p. 370-371 (370), Tribunal. Présidence du Citoyen Thibault. Séance du 24 pluviôse (p. 375-381), Français (*de Nantes*), p. 379, nachfolgend „... ,La liberté de la Cisalpine & de la Ligurie est assurée. ,Après ce devoir, il en étoit un autre que lui impositoient la justice & la générosité. ,Le roi d’Espagne a été fidèle à notre cause, & a souffert pour elle. Ni nos revers, ni les insinuations perfides de nos ennemis, n’ont pu le détacher de nos intérêts. Il sera payé d’un juste retour: un prince de son sang va s’asseoir sur le trône de Toscane. ,Il se souviendra qu’il le doit à la fidélité de l’Espagne & à l’amitié de la France. Ses rades & ses ports seront fermés à nos ennemis, & deviendront l’asyle de notre commerce & de nos vaisseaux. ...“ (... *du Tribunal* ebd., p. 243; ... *du Corps Législatif* ebd., p. 168-169 und *Archives parlementaires* ebd., p. 370-371, 379).

”...“

,L’Autriche, & c’est là qu’est le gage de la paix; l’Autriche, séparée désormais de la France par de vastes régions, ne connaîtra plus cette rivalité, ces ombrages qui, depuis tant de siècles, ont fait le tourment de ces deux puissances & les calamités de l’Europe.

...“⁶⁶³

Mit diesem Friedensvertrag benötige man keinen Friedenskongress mehr:

”...“

,Par ce traité tout est fini pour la France; elle n’aura plus à lutter contre les formes & les intrigues d’un congrès.

...“⁶⁶⁴

Der Abschluss eines generellen Frieden in Europa wurde allein durch die Haltung Englands verhindert:

”...“

,Pourquoi faut-il que ce traité ne soit pas le traité de la paix générale? C’étoit le voeu de la France, c’étoit l’objet constant des efforts du Gouvernement; mais tous ses efforts ont été vains. L’Europe sait tout ce que le ministère britannique a tenté pour faire échouer les négociations de Lunéville.

,En vain un agent autorisé par le Gouvernement lui déclara, le 9 octobre 1800, que la France étoit prête à entrer avec lui dans une négociation séparée; cette déclaration n’obtint que des refus, sous le prétexte que l’Angleterre ne pouvoit abandonner son allié. ...“⁶⁶⁵

Es verletze Verträge, erhebe Ansprüche auf alle anderen Nationen und möchte die Meere und die Kolonien unter seine Souveränität bringen:

⁶⁶³

Procès-verbal des séances du Tribunal, Pluviose an IX, Du 24 Pluviose, l’an neuvième ..., p. 243-245 (244); *Procès-verbal des séances du Corps Législatif*, Pluviose, an IX, Du 24 pluviose, an 9 ..., p. 168-170 (169) und *Archives parlementaires de 1787 à 1860*, 2. série, Tome II, Corps Législatif. Présidence du Citoyen Poisson. Séance du 24 pluviôse (p. 370-375), p. 370-371 (371), Tribunal. Présidence du Citoyen Thibault. Séance du 24 pluviose (p. 375-381), Français (*de Nantes*), p. 379.

⁶⁶⁴

Procès-verbal des séances du Tribunal, Pluviose an IX, Du 24 Pluviose, l’an neuvième ..., p. 243-245 (244); *Procès-verbal des séances du Corps Législatif*, Pluviose, an IX, Du 24 pluviose, an 9 ..., p. 168-170 (169) und *Archives parlementaires de 1787 à 1860*, 2. série, Tome II, Corps Législatif. Présidence du Citoyen Poisson. Séance du 24 pluviôse (p. 370-375), p. 370-371 (371), Tribunal. Présidence du Citoyen Thibault. Séance du 24 pluviose (p. 375-381), Français (*de Nantes*), p. 379, nachfolgend „...“, Le Gouvernement doit un témoignage de satisfaction au ministre plénipotentiaire qui a conduit cette négociation à cet heureux terme. Il ne reste ni interprétations à craindre, ni explications à demander, ni de ces dispositions équivoques dans lesquelles l’art de la diplomatie dépose le germe d’une guerre nouvelle. ...“ (... *du Tribunal* ebd., p. 244; ... *du Corps Législatif* ebd., p. 169 und *Archives parlementaires* ebd., p. 371, 379).

⁶⁶⁵

Procès-verbal des séances du Tribunal, Pluviose an IX, Du 24 Pluviose, l’an neuvième ..., p. 243-245 (244); *Procès-verbal des séances du Corps Législatif*, Pluviose, an IX, Du 24 pluviose, an 9 ..., p. 168-170 (169) und *Archives parlementaires de 1787 à 1860*, 2. série, Tome II, Corps Législatif. Présidence du Citoyen Poisson. Séance du 24 pluviôse (p. 370-375), p. 370-371 (371), Tribunal. Présidence du Citoyen Thibault. Séance du 24 pluviose (p. 375-381), Français (*de Nantes*), p. 379, nachfolgend „...“, Depuis, lorsque cet allié a consenti à traiter sans l’Angleterre, ce gouvernement cherche d’autres moyens d’éloigner une paix si nécessaire au monde. ...“ (... *du Tribunal* ebd., p. 244; ... *du Corps Législatif* ebd., p. 169-170 und *Archives parlementaires* ebd., p. 371, 379).

„...“

,Il viole des des conventions que l’humanité avoit consacrées, & déclare la guerre à de misérables pêcheurs.

,Il élève des prétentions contraires à la dignité & aux droits de toutes les nations.

,Tout le commerce de l’Asie, & des colonies immenses ne suffisent plus à son ambition; il faut que toutes les mers soient soumises à la souveraineté exclusive de l’Angleterre.

...“⁶⁶⁶

Die von ihm bedrohten Reiche im Norden hätten die Unterstützung Frankreichs:

„...“

,Il arme contre la Russie, le Dannemarck & la Suède,⁽⁶⁶⁷⁾ ...

,Les puissances du nord, injustement attaquées, ont droit de compter sur la France. Le Gouvernement français vengera avec elles une injure commune à toutes les nations, sans perdre jamais de vue qu’il ne doit combattre que pour la paix & pour le bonheur du monde.

,Le premier Consul,

,Signé, B O N A P A R T E.

...“⁶⁶⁸

Die anschließenden Verlesungen des Textes des Friedensvertrages von Lunéville mit seinem Art. VII wurden von den Mitgliedern des Tribunat:

Procès-verbal des séances du Tribunat, Pluviose an IX, Du 24 Pluviose, l’an neuvième ...:

„... Cette lecture est suivie des acclamations unanimement répétées: *Vive la République!* ...“⁶⁶⁹

⁶⁶⁶

Procès-verbal des séances du Tribunat, Pluviose an IX, Du 24 Pluviose, l’an neuvième ..., p. 243-245 (244-245); *Procès-verbal des séances du Corps Législatif, Pluviose, an IX, Du 24 pluviose, an 9 ...*, p. 168-170 (170) und *Archives parlementaires de 1787 à 1860*, 2. série, Tome II, Corps Législatif. Présidence du Citoyen Poisson. Séance du 24 pluviôse (p. 370-375), p. 370-371 (371), Tribunat. Présidence du Citoyen Thibault. Séance du 24 pluviose (p. 375-381), Français (*de Nantes*), p. 379.

⁽⁶⁶⁷⁾

Procès-verbal des séances du Tribunat, Pluviose an IX, Du 24 Pluviose, l’an neuvième ..., p. 243-245 (245); *Procès-verbal des séances du Corps Législatif, Pluviose, an IX, Du 24 pluviose, an 9 ...*, p. 168-170 (170) und *Archives parlementaires de 1787 à 1860*, 2. série, Tome II, Corps Législatif. Présidence du Citoyen Poisson. Séance du 24 pluviôse (p. 370-375), p. 370-371 (371), Tribunat. Présidence du Citoyen Thibault. Séance du 24 pluviose (p. 375-381), Français (*de Nantes*), p. 379, nachfolgend „... parce que la Russie, la Suède & le Dannemarck ont assuré, par des traités de garantie, leur souveraineté, & l’indépendance de leur pavillon. ...“ (... *du Tribunat* ebd., p. 245; ... *du Corps Législatif* ebd., p. 170) und *Archives parlementaires* ebd., p. 371, 379).

⁶⁶⁸

Procès-verbal des séances du Tribunat, Pluviose an IX, Du 24 Pluviose, l’an neuvième ..., p. 243-245 (245); *Procès-verbal des séances du Corps Législatif, Pluviose, an IX, Du 24 pluviose, an 9 ...*, p. 168-170 (169) und *Archives parlementaires de 1787 à 1860*, 2. série, Tome II, Tribunat. Présidence du Citoyen Thibault. Séance du 24 pluviose (p. 375-381), p. 370-371 (371), Tribunat. Présidence du Citoyen Thibault. Séance du 24 pluviose (p. 375-381), Français (*de Nantes*), p. 379.

⁶⁶⁹

p. 245-256 (256).

und des Corps Législatif:

Procès-verbal des séances du Corps Législatif, Pluviose an IX, Du pluviose, Du 24 pluviose, an 9 ...:

„... La lecture de ce traité de paix est accueillie par une acclamation unanime de *vive la République!* ...“⁶⁷⁰

und *Archives parlementaires de 1787 à 1860*, Corps Législatif. Séance du 24 pluviôse:

„... Tous les membres de l'Assemblée se lèvent au cri de *vive la République!* Ce cri est répété par un concours nombreux de spectateurs. ...“⁶⁷¹

mit einstimmigen Akklamationen aufgenommen.

bb) Die Reden im Tribunat und im Corps Législatif

Im Tribunat ging Président citoyen Thibault auf die kriegerischen Ereignisse, mit den Siegen der eigenen Armeen ein. Die siegreiche Republik wird den Weltfrieden bringen, sie wird Wohlstand und Recht wieder herstellen und die allgemeine Versöhnung bringen.⁶⁷²

Im Corps Législatif sprach Président citoyen Poisson ebenfalls von den kriegerischen Ereignissen, das französische Volk habe beschlossen, frei zu sein. Der Wohlstand erwache, die Künste kehren zurück ins Leben, die Industrie lebe wieder auf, der Handel kehre zu seiner ersten Aktivität zurück und das öffentliche Wohl resultiert von der Weisheit aller Bereiche der Gesetzgebung.⁶⁷³

Archives parlementaires de 1787 à 1860, 2. série, Tome II, Tribunat. Présidence du Citoyen Thibault. Séance du 24 pluviose (p. 375-381), Français (*de Nantes*), p. 379, Corps Législatif. Présidence du Citoyen Poisson. Séance du 24 pluviôse (p. 370-375), p. 370-371.

⁶⁷⁰
p. 170-181 (181).

⁶⁷¹
Archives parlementaires de 1787 à 1860, 2. série, Tome II, Corps Législatif. Présidence du Citoyen Poisson. Séance du 24 pluviôse (p. 370-375), p. 370-371 (371).

⁶⁷²
Die siegende Republik werde den Weltfrieden bringen, das industrielle Handwerk wird seine Arbeit vervielfachen, um die Verluste auszugleichen. Die Künste – Kinder des Friedens – werden ihren antiken Glanz wieder einnehmen, Wissenschaft und Bildung werden ihre Domainen vergrößern für das Wohl der Menschheit. Der Fabrikant wird seine wirtschaftlichen Beziehungen mit den friedlichen Staaten erneuern, denn der Friede gibt das Vertrauen. Die unbeugsame Hand der Justiz ist genommen, nie war die Zeit besser, um die Milde einer Regierung wirken zu lassen, welche auch den Ruhm des Verzeihens setzt. Was auch die Meinungen, Fehler, Vorurteile, Verluste waren, vergessen wir die Vergangenheit an diesem feierlichen Tag der allgemeinen Wiederversöhnung.

Archives parlementaires de 1787 à 1860, 2. série, Tome II, Tribunat. Présidence du Citoyen Thibault. Séance du 24 pluviôse (p. 375-381), Thibault, p. 379 und *Procès-verbal des séances du Tribunat*, Pluviose an IX, Du 24 Pluviose, l'an neuvième ..., p. 256-259.

⁶⁷³
Dieses Mal habe man wirklich alle Hindernisse der Natur überwunden, die eisigen Berge überquert und danach vorzügliche Armeen zerstört. Die unsterblichen Tage von Marengo, Hohenlinden, denkwürdige

Die nachgefolgten Reden von 4 citoyens im Tribunal und im Corps législatif sprachen selbige Themen an und enthielten gleichfalls keinerlei Ausführungen zu der in Art. VII des Friedensvertrages von Lunéville getroffenen Entschädigungsregelung.⁶⁷⁴

Überquerungen der Alpen, des Inn und des Mincio erhalten den Preis, geschuldet dem Mut jener, welche mit so vielen Wundertaten operierten. Der Wohlstand erwacht, die Künste kehren ins Leben zurück, die Industrie lebt wieder auf, der Handel kehrt zu seiner ersten Aktivität zurück. Das öffentliche Wohl resultiert von der Weisheit aller Bereiche der Gesetzgebung. Dies sind die Früchte des Wertes und des Genies unserer siegreichen Armeen. Sie erhalten und hören den Ausdruck der öffentlichen Dankbarkeit.

Archives parlementaires de 1787 à 1860, 2. série, Tome II, Corps Législatif. Présidence du Citoyen Poisson. Séance du 24 pluviôse (p. 370-375), Poisson, p. 372-373 und *Procès-verbal des séances du Corps Législatif*, Pluviose an IX, Du 24 pluviôse, an 9 ..., p. 181-184.

⁶⁷⁴

Im Tribunal:

Citoyen Séchillez pries die Wohltaten des Friedens, die Regierung habe heute die Schuld eingelöst, die sie uns versprach. Die Regierung wird auch ihren weiteren Verpflichtungen nachkommen, es ist dies aber kein Moment für Reflexionen sondern vielmehr für Freude „*Vive la paix!*“ (*Archives parlementaires de 1787 à 1860*, 2. série, Tome II, Tribunal. Présidence du Citoyen Thibault. Séance du 24 pluviôse (p. 375-381), M. L. E. Sédillez, p. 379-380 (380)).

Citoyen Fréville lobte die Soldaten, und es soll eine Kommission gebildet werden, beauftragt eine neue Welt zu entwerfen, in welcher Frankreich die ihm gebührende Stellung einnimmt (*Archives parlementaires ebd.*, Tribunal, Villot-Fréville, p. 380-381 und *Procès-verbal des séances du Tribunal*, Pluviose an IX, Du 24 Pluviose, l'an neuvième ..., p. 259-260 „... Un membre retrace ... de l'admiration publiques. ...“).

Citoyen Carion-Nizas pries den glorreichen Frieden. Die Armeen und die beauftragten Diplomaten haben sich für das Vaterland verdient gemacht, die letzteren auch für die Menschheit (*Archives parlementaires ebd.*, Tribunal, Carion-Nizas, p. 381 und *Procès-verbal des séances du Tribunal ebd.*, p. 260 „... Un autre membre ... & de l'humanité. ...“).

Citoyen Jean-de-Bry beantragte die Beauftragung einer Kommission, ein Gedenkfest für den Festlandfrieden zu entwerfen, das alle 5 Jahre und mit der größten Feierlichkeit begangen werden wird (*Archives parlementaires ebd.*, Tribunal, Jean Debry, p. 381 und *Procès-verbal des séances du Tribunal ebd.*, p. 260-261 „... Un troisième membre ... des fêtes républicaines. ...“).

Im Corps Législatif:

Citoyen Mollevaut drückte selbige Gedanken aus wie président Poisson (*Archives parlementaires de 1787 à 1860*, 2. série, Tome II, Corps Législatif. Présidence du Citoyen Poisson. Séance du 24 pluviôse (p. 370-375), Mollevaut, p. 373-374 und *Moniteur*, Quintidi, 25 pluviôse an 9 ..., N° 145., Corps-Législatif. Présidence de Poisson. Séance du 24 Pluviôse, Mollevaut, p. 606).

Für citoyen Félix-Faulcon war es ein Tag der Freude. Die Humanität erwacht, die Hoffnung entsteht in den Herzen, ein lange Zeit des Wohlstandes beginnt. Die während den Stürmen der Revolution Lebenden können sich des Friedens erfreuen. Die Vereinigung aller Willen entsteht, alle Franzosen können sich nun glücklich vereinigen. Es erfolge eine Wiederbelebung von Industrie und gerechte und liberale Gesetze entstehen (*Archives parlementaires ebd.*, Corps Législatif, Félix Faulcon, p. 374-375 und *Moniteur ebd.*, Félix-Faulcon, p. 606).

Citoyen Viennot-Vaublanc sprach von der Tapferkeit der Armeen und der Weisheit und der Entschlossenheit der Regierung. Die Freiheit kann nur auf einer entschlossenen Regierung gegründet werden. Noch größere Dinge werden erwartet, der maritime Frieden wird seine Wohltaten dem Festlandsfrieden hinzufügen. Wir haben keine vielen Feinde mehr. Gegen den Wohlstand der Republik wird nichts mehr opponieren, der Handel, die Künste und die Industrie werden wiedergeboren, nach der ermutigenden Stimme unserer Regierung (*Archives parlementaires ebd.*, Corps Législatif, Viennot-Vaublanc, p. 375 und *Moniteur ebd.*, Viennot-Vaublanc, p. 606).

Für citoyen Guyot-Desherbiers war die Republik nunmehr vom alten Kontinent anerkannt und sie werde dies auch bald von der ganzen Welt sein. Die Revolution ist beendet, die mit so vielen Gewittern vorbeizog. Das Glück und die Ordnung, das das Ziel jener war, die sie begannen, hat nun begonnen. Der längste und

d) Das Ratifikationsinstrument der Französischen Republik vom 20 ventôse an IX (11 mars 1801)

Das Ratifikationsinstrument der Französischen Republik wurde durch den 1. Konsul am 20 ventôse an 9 (11 mars 1801) ausgefertigt. Es sprach die uneingeschränkte Ratifikation des Friedensvertrages von Lunéville aus:

„**B O N A P A R T E**, premier Consul, au Nom du Peuple Français,

Les Consuls de la République ayant vu et examiné le Traité conclu, arrêté et signé à Luneville le vingt Pluviose an neuf de la République Française (neuf Février mil huit cent-un) par le citoyen Joseph Bonaparte, Conseiller d'état, en vertu des pleins-pouvoirs qui lui avaient été conférés à cet effet, avec le Sieur Louis, Comte du St. Empire Romain, de Cobenzl, Ministre plénipotentiaire de Sa Majesté l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bohême également muni de pleins-pouvoirs et du quel Traité la teneur suit:

Sa Majesté l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bohême, et le premier Consul de la République française, ...

...

Art. VII.

Et comme par suite de la cession, que fait l'Empire à la République française, plusieurs Princes et Etats de l'Empire se trouvent particulièrement dépossédés, en tout ou en partie, tandis que c'est à l'Empire germanique collectivement à supporter les pertes résultantes des stipulations du présent traité, il est convenu entre S. M. l'Empereur et Roi, tant en son nom qu'au nom de l'Empire germanique, et la République française, qu'en conformité des principes formellement établis au congrès de Rastadt, l'Empire sera tenu de donner aux princes héréditaires, qui se trouvent dépossédés à la rive gauche du Rhin, un dédommagement qui sera pris dans le sein du dit Empire, suivant les arrangements qui, d'après ces bases, seront ultérieurement déterminés.

...

Fait et signé à Lunéville le neuf Février mil huit cent un. (vingt Pluviôse an 9 de la République française.)

verheerendste Krieg ist beendet – Junger Held, verspricht der Welt den Frieden, wie du ihn für Frankreich besorgt hast – . Die glorreichen Armeen haben mit ihren Siegen die Republik gegründet und bekräftigt. Es ist an eurer Bestimmung, konstant zu sein, im Frieden wie im Krieg, die Wohltäter der Nation. Landwirtschaft und Handel werden bald wieder zu ihrem Wohlstand gelangen (*Archives parlementaires* ebd., Corps Législatif, Guyot-Desherbiers, p. 375 und *Moniteur* ebd., Guyot-Desherbiers, p. 606).

...

Approuve le Traité ci-dessus en tous et chacun des articles, qui y sont contenus, declare qu'il est accepté, ratifié et confirmée et promet qu'il sera inviolablement observé.

En foi de quoi sont données les présentes, signées contresignées et scellées du grand sceau de la République.

A Paris le vingt Ventose an neuf de la République (onze Mars mil huit cent un.)

B o n a p a r t e .

Le Ministre des relations Par le premier Consul
 exterieures le Secretaire d'Etat,
Ch. Mau. Talleyrand. *Hugue B. Maret.*⁶⁷⁵

3. Die Beschlussfassung über den Friedensvertrag von Lunéville als Gesetz der Französischen Republik

Die in der Verfassung des Konsulats vorgesehene Beschließung des Friedensvertrages von Lunéville – bei seiner Eigenschaft eines Friedensvertrages – als Gesetz der Republik⁶⁷⁶ erfolgte am 25-28 ventôse an IX (16-19 mars 1801).

a) Das Verfahren

Die gesetzgebende Gewalt lag bei der die Gesetzesentwürfe abfassenden Regierung – Conseil d'État – , dem Tribunat, dem Corps-Législatif und dem Sénat conservateur.

Titre III, Art. 25:

„Il ne sera promulgué de lois nouvelles que lorsque le projet en aura été proposé par le Gouvernement, communiqué au Tribunat, et décrété par le Corps-Législatif.“⁶⁷⁷

⁶⁷⁵ Anlage 2.: *Ratifikations=Instrument der franzoesischen Regierung ueber den zu Lueneville abgeschlossenenen Reichs=Frieden des Kaiserlich=allergnaedigstes Kommissions=Dekretan die hochloebliche allgemeine Reichsversammlung zu Regensburg, de dato Regensburg den 7ten April 1801. Wodurch die am 16. Maerz zu Paris ausgewechselten Ratifikations=Urkunden des zu Lueneville von Jhro Kaiserlichen Majestaet auch Namens des Reichs mit der Republik Frankreich am 9ten Febr. d. J. geschlossenen Friedens mitgetheilt werden/diét. 8. April 1801 (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 30. Stück) und Teutsche Staatskanzlei, Jahrg. 1801, II. Band, I. Abschnitt, a), 51., 2., S. 16-17 mit I. Band, II. Abschnitt, V.), 28., S. 164-175 (169-170: Art. 7).*

⁶⁷⁶ „Les déclarations de guerre et les traités de paix, d'alliance et de commerce, sont proposés, discutés, décrétés et promulgués comme des lois. ...“, Titre IV, Art 50 (oben, S. 139).

⁶⁷⁷ *Duvergier, Collection des lois, Tome XII, p. 20-30 (22).*

Titre III, Art. 37:

„Tout décret du Corps-Législatif, le dixième jour après son émission, est promulgué par le premier Consul, à moins que, dans ce délai, il n’y ait eu recours au Sénat pour cause d’inconstitutionnalité. ...“⁶⁷⁸

Der Conseil d’État⁶⁷⁹ redigierte unter der Leitung der Konsule die Gesetzesentwürfe⁶⁸⁰ und vertrat diese mit Mitgliedern vor dem Corps Législatif.⁶⁸¹

Im dem 100 Mitglieder habenden Tribunal⁶⁸² wurden die Gesetzesentwürfe beraten, und von ihm – ohne bindende Wirkung – befürwortet oder zurückgewiesen.⁶⁸³

Das 300 Mitglieder habende Corps-Législatif⁶⁸⁴ entschied danach in geheimer Abstimmung über das Gesetz, ohne Beratung seiner Mitglieder, nachdem zuvor Redner des Tribunats und der Regierung vor ihm die Gesetzesvorlagen diskutierten.⁶⁸⁵

⁶⁷⁸ Duvergier, Collection des lois, Tome XII, p. 20-30 (22).

Sieyès hatte die Vorstellungen von den 4 assemblées parlementaires (*Piétri*, Napoléon et le Parlement, Chap. II, p. 34-48).

„Dans la constitution de l’an VIII, rédigée par une commission parlementaire ..., Bonaparte ... met aucun obstacle à l’organisation législative, laquelle comporte quatre assemblées distinctes et une procédure compliquée. ...“ (p. 34).

⁶⁷⁹ 30-40 Mitglieder (unten, S. 218).

⁶⁸⁰ Titre IV, Art. 52 der Konsulatsverfassung „Sous la direction des Consuls, un Conseil-d’Etat est chargé de rédiger les projet de loi ...“ (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 20-30 (23)).

Die Gesetzesentwürfe wurden von dem zuständigen Minister vorbereitet, nach Billigung durch die 3 Konsule der zuständigen section des Conseil d’État zur Ausarbeitung als Gesetz überwiesen, danach von der assemblée générale des Conseil d’État beraten und bei Zustimmung der Konsule als Gesetzesvorschlag redigiert: Art. 1 des Règlement pour l’organisation du Conseil-d’Etat vom 5 Nivôse an 8 (26 déc. 1799) (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 48-49 (48-49)).

⁶⁸¹ Titre IV, Art. 53 der Konsulatsverfassung „C’est parmi les membres du Conseil-d’Etat que sont toujours pris les orateurs chargés de porter la parole au nom du Gouvernement devant le Corps-Législatif. ...“ (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 20-30 (23)).

Art. 8 des Règlement pour l’organisation du Conseil-d’Etat vom 5 Nivôse an 8 (26 déc. 1799) „Si les Consuls approuvent la rédaction, ..., s’il s’agit d’une loi, ils s’arrêtent qu’elle sera proposée au Corps Législatif. ..., le premier Consul nomme, parmi les conseillers d’Etat, un ou plusieurs orateurs, qu’il charge de présenter le projet de loi et d’en soutenir la discussion. Les orateurs, en présentant les projets des lois, développent les motifs de la propositions du Gouvernement.“ (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 48-49 (49)).

⁶⁸² Titre III, Art. 27 der Konsulatsverfassung „Le Tribunal est composé de cent membres, âgés de vingt-cinq ans ou moins; ils sont renouvelés par cinquième tous les ans, ...“ (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 20-30 (22)).

⁶⁸³ Titre III, Art. 28 der Konsulatsverfassung „Le Tribunal discute les projets des loi: il en vote l’adoption ou le rejet. Il envoie trois orateurs pris dans son sein, par lesquels les motifs du voeu qu’il a exprimé sur chacun de ces projets sont exposés et défendus devant le Corps-Législatif. ...“, Art 29 „Il exprime son voeu sur les lois faites et à faire, sur les abus à corriger, ... Les voeux qu’il manifeste en vertu du present article n’ont aucune suite nécessaire, et n’obligent aucune autorité constituée à une délibération.“ (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 20-30 (22)).

Der Sénat conservateur überprüfte auf Antrag des Tribunat die Gesetze auf ihre Verfassungsmäßigkeit.⁶⁸⁶

b) Die Beschlussfassung des Conseil d'État am 25 ventôse an IX (16 mars 1801)

Der Conseil d'État fasste an diesem Tag den den Beschluss:

„... ,Les Consuls de la République arrêtent qu'il sera proposé au Corps législative un projet de la loi sur la presentation au Corps législative du traité de paix conclu à Lunéville.

...

,Le premier Consul nomme pour presenter le projet de loi, & pour soutenir la discussion, les citoyens Champagny, Régnier & Portalis.

,Le Gouvernement pense que la discussion sur ce projet doit s'ouvrir le 28 de ce moi.

,Le premier Consul,

,Signé, B o n a p a r t e.

...⁶⁸⁷

c) Die Einbringung des Gesetzesentwurfes am 26 ventôse an IX (17 mars 1801) im Corps Législatif

Das Gesetz zum Friedensvertrag von Lunéville wurde an diesem Tag im Corps-Législatif von den Rednern der Regierung eingebracht⁶⁸⁸ und von diesem am selben Tag dem Tribunat überwiesen.⁶⁸⁹

⁶⁸⁴ Titre III, Art. 31 der Konsulatsverfassung „Le Corps-Législatif est composé de trois cents membres, âgés de trente ans ou moins; ils sont renouvelés par cinquième tous les ans. ...“ (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 20-30 (22)).

⁶⁸⁵ Titre III, Art. 34 der Konsulatsverfassung „Le Corps-Législatif fait la loi en statuant par scrutin secret, et sans aucune discussion, de la part de ses membres, sur le projets de loi débattus devant lui par les orateurs du Tribunat et du Gouvernement.“ (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 20-30 (22)).

Piètri, Napoléon et le Parlement, Chap. III, p. 52 „... Cette unique assemblée législative, statuant sur les propositions de deux assemblées préparatoires, constitue le fameux Corps *muét* né des méditations de Sieyès et qui, après avoir écouté concurremment les orateurs du Conseil d'État et du Tribunat, se prononce en silence, à la façon d'un jury, pour ou contre l'adoption des projets gouvernementaux. ‚C'est la sentence du peuple.‘, déclarait Sieyès avec sa manie des formules lapidaires. ...“.

⁶⁸⁶ Oben, S. 140.

⁶⁸⁷ *Procès-verbal des séances du Tribunat*, Ventose an IX, Du 26 Ventose, l'an neuvième ..., p. 391-392.

⁶⁸⁸ *Dutruch*, Le Tribunat sous le Consulat et l'Empire, 1. Partie. Chap. I., §. 1, p. 45 „... Quand le gouvernement avait arrêté la proposition d'une loi, il en prévenait le Corps législatif par un message; puis un orateur du Conseil d'Etat venait lire dans cette assemblée le projet et en exposer les motifs. Aussitôt après, le

Die Regierung beantragte hierzu die in Titre IV, Art. 50 der Verfassung⁶⁹⁰ vorgesehenen Beratungen und Abstimmungen im Tribunal und im Corps-Législatif in geheimen Sitzungen.

”...“

„Le Gouvernement demande, en vertu de l’article 50 de la Constitution, que l’exposition, la discussion & la deliberation, tant en Corps legislative qu’au Tribunal, soient secretes; qu’en consequence le Corps législatif communiqué au Tribunal, en manuscrit seulement, le projet de loi & les motifs développés par les orateurs.

...“⁶⁹¹

d) Die Beratungen und die Beschlussfassung des Tribunal am 27 ventôse an IX (18 mars 1801)

Im Tribunal wurde an diesem Tag in geheimer Sitzung der Gesetzesentwurf des Friedensvertrages von Lunéville beraten.⁶⁹² Er wurde von ihm ohne jegliche Einwände und Vorbehalte befürwortet.⁶⁹³

Corps législatif devait transmettre ,sans délai une expédition du projet au Tribunal qui désormais en était officiellement saisi’ (1). Quand le projet était voté par le Tribunal, trois de ses membres allaient le soutenir devant le Corps législatif. ...“.

⁶⁸⁹

„... Extrait du procès-verbal des séances du Corps législatif.

Du 26 ventose, l’an neuvième de la République française, une & indivisible.

„Le Corps législatif arrête que le projet de loi concernant le traité de paix conclu à Lunéville le 20 pluviöse an 9 (9 février 1801), & dont les ratifications ont été échangées à Paris le 25 ventose an 9, présenté aujourd’hui au Corps législatif par les orateurs du Gouvernement, ainsi qu’une expédition de l’acte du Conseil d’Etat, relatif à la présentation de ce projet de loi, & de l’exposition des motifs, seront transmis au Tribunal par un message, le tout manuscrit & cacheté. ... (Procès-verbal des séances du Tribunal, Ventose an IX, Du 26 Ventose, l’an neuvième ..., p. 391).

⁶⁹⁰

„Les déclarations de guerre et les traités de paix, d’alliance, et de commerce, sont proposés, discutés, décrétés et promulgués comme des lois. Seulement les discussions et délibérations sur ces objets, tant dans le Tribunal que dans le Corps-Législatif, se font en comité secret, quand le Gouvernement le demande.“ (Duvergier, Collection des lois, Tome XII, p. 20-30 (23)).

⁶⁹¹

In dem Beschluss des Conseil d’État vom 25 ventôse an 9 (15 mars 1801) (Procès-verbal des séances du Tribunal, Ventose an IX, Du 26 Ventose, l’an neuvième ..., p. 391-392 (392)).

⁶⁹²

Nach dem *Règlement intérieur du Tribunal v. 27 nivôse an 8 (17 janv. 1800)*, Art. 40 „Le Tribunal, ayant à voter l’adoption ou le rejet des déclarations de guerre ou des traités de paix, d’alliance et de commerce, ne prend de délibérations qu’après avoir entendu une commission spéciale de cinq membres au moins, nommés au scrutin et à la majorité absolue des voix.“ (Duvergier, Collection des lois, Tome XII, p. 61-64 (62)). Die Abstimmung erfolgte mit suffrages scrutins (Art. 53-56, p. 63), Art. 43 „Si le Tribunal adopte l’avis de la commission concernant l’adoption ou le rejet d’un projet de loi, le rapporteur est un des orateurs du Tribunal auprès du Corps-Législatif; des deux autres sont chosis au scrutin.“ (p. 63).

⁶⁹³

Es wurde zur Prüfung des Friedensvertrages eine 11 köpfige Kommission gebildet. Diese überließ ihre Entscheidung ihrem Berichterstatter citoyen Moreau, dem Bruder des Siegers von Hohenlinden (général Moreau, unten, S. 267-268), welcher die Annahme des Friedensvertrages von Lunéville befürwortete.

e) Die Abstimmung und der Gesetzesbeschluss des Corps Législatif am 28 ventôse an IX
(19 mars 1801)

Nach an diesem Tag stattgefundenen Anhörung und Beratung der Redner des Tribunal und der Regierung in geheimer Sitzung,⁶⁹⁴ mit anschließender geheimer Abstimmung,⁶⁹⁵ beginnend nachmittags um 5 Uhr – bei Bejahung des Friedensvertrags von Lunéville von anwesenden 290 Mitgliedern⁶⁹⁶ – wurde nach Wiederherstellung der öffentlichen Sitzung um 6 Uhr⁶⁹⁷ vom président citoyen Lefebvre-Cayet das Gesetz verkündet:

Der Mitglied des Tribunal und dieser Kommission seiende *Girardin*, Lunéville en l'an IX:

„... An IX 27 nivôse (vielmehr 27 ventôse).

Un message du corps Législatif annonce au Tribunal un projet de loi relatifs au traité de Paix signé à Lunéville, et ratifié à Paris le 25 ventôse, et déclare que, conformément à l'article 50 de la Constitution, le gouvernement demande qu'il discuté en comité secret.

Le Comité secret formé, le président rappelle que les Commissions chargées d'examiner les traités de paix doivent être nommées au scrutin, aux termes du règlement. L'assemblée, voulant s'épargner la peine de voter, charge le bureau d'indiquer les membres qui composeront la commission.

Le président nomme:

Adet, Fréville, Gallois, Beaujour-Felix, Jean de Bry, Girardin, Chauvelin, Trouvé, Duveyrier, Gaudin, Moreau.

et lève ensuite la séance.

...

La Commission des onze, chargée d'examiner le traité de Paix signé à Lunéville le 20 pluviôse, s'étant rassemblée après la séance du 26 ventôse, commença par nommer un rapporteur. Moreau réunit tous les suffrages; son nom, dans cette occasion, valait seul un rapport, et valait beaucoup mieux que le meilleur des rapports. Les Français ont un sentiment des convenances dont ils donnent des preuves dans toutes les occasions. Le frère du vainqueur de Hohenlinden était désigné par la victoire pour annoncer la paix.“ (*Revue des études historiques*, 1919, janvier février, Articles, p. 43).

Procès-verbal des séances du Tribunal, Du 29 Ventose, l'an neuvième ..., p. 413 „Le procès-verbal de la séance du 28 est lu & adopté.

Le Corps législatif annonce, par un message, que dans la séance de la veille il a décrété, 1o. le projet de loi concernant la ratification du traité de paix conclu & signé à Lunéville le 20 pluviôse dernier, entre la République française & sa majesté l'Empereur & roi de Hongrie & de Bohême, lequel avoit été proposé par le Gouvernement le 26 de ce mois, communiqué le même jour par le Corps législatif, & dont le Tribunal a vote l'adoption dans la séance secrète du lendemain. ...“.

⁶⁹⁴ *Procès-verbal des séances du Corps Législatif*, Du 28 ventose, an 9 ..., p. 300 „... Le Corps législatif se forme à l'instant en comité secret par continuation de celui qui a eu lieu le 26 de ce mois. ...“, Du 26 ventose, an 9 ..., p. 284 „... Le Corps législatif termine sa séance publique & se forme en comité secret, qui a eu lieu jusqu'à quatre heures. ...“.

⁶⁹⁵ Titre III, Art. 34 (oben, S. 151).

⁶⁹⁶ *Schwaebischer Merkur*, Auf das Jahr 1801, Nro. 63. – Sonntag, den 29 Merz 1801, Frankreich, [FriedensSache.], S, 261.

⁶⁹⁷ *Archives parlementaires de 1787 à 1860*, 2. série, Tome II, Corps Législatif. Présidence du Citoyen Lefebvre-Cayet. Séance du 28 ventôse (p. 644-651), p. 651 „... Le Corps législatif se forme à l'instant en comité-secret – Il est cinq heures.

A six heures la séance est rendu publique. ...“

„...“

Le président proclame la loi dont la teneur suit:

,Le Corps législatif, réuni au nombre de membres prescrit par l'article 90 de la Constitution; lecture faite du projet de loi sur la présentation au Corps législatif du traité de paix conclu à Lunéville, proposé par le Gouvernement le 26 de ce mois en comité secret, & communiqué au Tribunal le même jour;

,Les orateurs du Tribunal & ceux du Gouvernement entendus dans le comité secret d'aujourd'hui;

,Les suffrages recueillis au scrutin secret,

,Décrète:

,Le traité dont la teneur suit, conclu à Lunéville le 20 pluviôse an 9 (9 février 1801), & dont les ratifications ont été échangées à Paris le 25 ventose an 9, sera promulgué comme une loi de la République.

Traité de paix définitif entre Sa Majesté l'Empereur & la République française.

,Sa Majesté l'Empereur, roi de Hongrie & de Bohême, & le Premier Consul de la République française, ...

...

VII.

,Et comme par suite de la cession que fait l'Empire à la République française, plusieurs Princes & États de l'Empire se trouvent particulièrement dépossédés en tout ou en partie, tandis que c'est à l'Empire germanique collectivement à supporter les pertes résultantes des stipulations du present traité, il est convenu entre Sa Majesté l'Empereur et Roi, tant en son nom qu'au nom de l'Empire germanique, & la République française, qu'en conformité des principes formellement établis au congrès de Rastadt, l'Empire sera tenu de donner aux Princes héréditaires qui se trouvent dépossédés à la rive gauche du Rhin, un dédommagement qui sera pris dans le sein dudit Empire, suivant les arrangemens qui, d'après ces bases, seront ultérieurement déterminés.'

...⁶⁹⁸

und *Procès-verbal des séances du Corps Législatif*, Ventose, an IX, Du 28 ventose, an 9 ..., p. 300-301 ,... Le Corps législatif se forme à l'instant en comité secret par continuation de celui qui a eu lieu le 26 de ce mois.

A six heures la séance est rendue publique. ...“, *Procès-verbal des séances du Corps Législatif*, Ventose, an IX, Du 26 ventose, an 9 ..., p. 284 ,... Le Corps législatif termine sa séance publique & se forme en comité secret, qui a eu lieu jusqu'à quatre heures. ...“.

⁶⁹⁸

Procès-verbal des séances du Corps Législatif, Ventose, an IX, Du 28 ventose, an 9 ..., p. 301 mit *Procès-verbal des séances du Corps Législatif*, Pluviôse, an IX, Du 24 pluviôse, an 9 ..., p. 171-181 (176: Art. 7) und *Archives parlementaires de 1787 à 1860*, 2. série, Tome II, Corps Législatif. Présidence du Citoyen Lefebvre-Cayet. Séance du 28 ventôse (p. 644-651), p. 651 mit Corps Législatif. Présidence du Citoyen Poisson. Séance du 24 pluviôse (p. 370-375), p. 371-372 (Art. 7, p. 372: „..., plusieurs princes des États de l'Empire ...“ (vielmehr „..., plusieurs princes et États de l'Empire ...“).

E

Der völkerrechtliche Abschluss des Art. VII nach seinem beiderseitig gemeinten Wortlaut ohne Vorbehalte

Nach dem Wortlaut des Art. VII sollten in Gemäßheit der auf dem Rastatter Kongress aufgestellten Grundsätze – Entschädigung der linksrheinisch depossedierten weltlichen Reichsständen und Fürsten allein durch rechtsrheinische Säkularisationen,⁶⁹⁹ – die linksrheinisch depossedierten erblichen Reichsstände Entschädigungen erhalten. Bei der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Lunéville am 9. Februar 1801 bestand zwischen den beiden Verhandlungsteilen das Einvernehmen, dass die linksrheinischen gebietlichen Verluste entsprechend den Rastatter Grundsätzen allein durch Säkularisationen auszugleichen

Nachfolgend *Archives parlementaires* ebd., Corps Législatif. Présidence du Citoyen Lefebvre-Cayet. Séance du 28 ventôse (p. 644-651), p. 651 „... Les cris répétés de *vive la République!* se font entendre dans toutes les parties de la salle.

On demande l'impression des discours prononcés en séance secrète.

Plusieurs voix. Cela ne se peut pas.

Le Président. J'observe que le Gouvernement ayant requis que la discussion et la délibération sur le projet que vous venez de convenir en loi n'eussent lieu qu'en comité secret, le Corps législatif ne peut ordonner la publicité des discours qui ont précédé la discussion.

La sèsnace est levée.“

Selbiger Wortlaut hatte auch der im Gesetzblatt unter dem 28 ventôse an 9 (19 mars 1801) verkündete Text des Gesetzes:

„Le traité dont la teneur suit, conclu à Lunéville le 20 pluviôse an 9 (9 février 1801), et dont les ratifications ont été échangées à Paris le 25 ventôse an 9, sera promulgué comme une loi de la République.

Traité de paix définitive entre sa majesté l'empereur et la République française.

Sa majesté l'empereur, roi de Hongrie et de Bohême, et le preemier Consul de la République française, ...

...

7. Et comme, par suite de la cession que fait l'empire à la République française, plusieurs princes et états de l'empire se trouvent particulièrement dépossédés en tout ou en partie, tandis que c'est à l'empire germanique collectivenemt à supporter les pertes resultant des stipulations du present traité, il est convenu entre sa majesté l'empereur et roi, tant en son nom qu'au nom de l'empire germanique et la République française, qu'en confomrité des principes formellement établis au congrès de Rastadt, l'empire sera tenu de donner aux princes héréditaires qui se trouvent dépossédés à la rive gauche dur Rhin un dédommagement qui sera pris dans le sein dudit empire, suivant les arrangemens qui, d'après ces bases, seront ultérieurement déterminés.

...“ (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 398-401 (Art. 7: p. 400).

⁶⁹⁹

Oben, S. 5, 53.

sind, und es sollten Entschädigung nur die linksrheinisch depossedierten princes héréditaires erhalten.⁷⁰⁰

Sowohl das Reich als auch die Französische Republik tätigten ihre Ratifikationen des Friedensvertrages von Lunéville ohne Vorbehalte. Die zur Entschädigungsregelung des Art. VII ausgesprochenen beiderseitigen Ratifikationen übernahmen und bestätigten den beiderseitig gemeinten Wortlaut von Art. VII., der Zusprache von Entschädigungen an die linksrheinisch depossedierten princes héréditaires allein durch rechtsrheinische Säkularisationen. Der völkerrechtlich vereinbarte Inhalt des Art. VII lautete dahin.

⁷⁰⁰ Oben, S. 80.

F

Der konkretisierte Inhalt von Art. VII

I

Die zu entschädigenden linksrheinischen gebietlichen Verluste

1. Reichsgrafen

a) *Seuffert*

Seuffert folgert in seinen „Versuch einer doctrinellen Auslegung des siebenten Friedensartikels von Lueneville“ und „Der siebente Artikel des Friedens von Lueneville bedarf allerdings einer Auslegung“, dass bei den in Art. VII vereinbarten Entschädigungen die linksrheinischen Reichsgrafen nicht dem Kreis der Entschädigungsberechtigten zugehörten.

Er begründete dies damit, dass auf dem Rastatter Kongress mit dem dort festgelegten Grundsatz der Entschädigungen mittels Säkularisationen zwar die Reichsgrafen zu den Entschädigungsberechtigten gehört hätten. Art. VII des nachfolgenden Friedensvertrages von Lunéville habe jedoch mit seinem zur Kennzeichnung der Entschädigungsberechtigten verwendeten Begriff „Princes héréditaires“,⁷⁰¹ welcher Begriff im deutschen Sprachgebrauch mit Fürst auszulegen sei, und daher die Reichsgrafen nicht miteinbezöge, die Rastatter Grundsätze insoweit abgeändert:

„So wie aber die geistlichen Fürsten, welche jenseits des Rheines verlieren, nicht zu dem Subjecte gehören, welches entschädiget werden soll; eben so wenig können die Reichsgrafen in diese Kategorie gesetzt werden; denn der Friede erkennt nur den Erbfürsten eine Entschädigung zu. ..., der siebente Artikel des Friedens von Lueneville handelt lediglich von der Bestimmung staatsrechtlicher Verhältnisse für Teutsche; es muß demnach der Grundsatz angenommen werden, daß alle in diesem Artikel gebrauchte Worte keine andere Bedeutung haben, als jene, welche denselben nach dem staatsrechtlichen Sinne des teutschen Reiches eigen ist. Nun werden aber unter dem Worte *Fürsten* sowohl nach dem gemeinen als staatsrechtlichen Sprachgebrauche nicht auch die Reichsgrafen begriffen**). Die Reichsgrafen gehören demnach um so weniger zu dem Subjecte, welches nach dem Frieden von Lueneville entschädiget werden soll, als derselbe, hätte er den Reichsgrafen auch eine Entschädigung zuerkennen wollen, statt des Wortes: *princes héréditaires*, sich des Ausdruckes: *états héréditaires*, hätte bedienen müssen. ... Es thut nichts zur Sache, daß in den geheimen Artikeln des Friedens zu Campo formio für einige

⁷⁰¹ *Napoleonische Friedensverträge*, II., S. 21.

Reichsgrafen und Titular = Fuersten eine Entschaedigung bedungen worden sey, oder daß in den Friedensunterhandlungen zu Rastadt den Reichsgrafen einige Entschaedigungsansprueche gesichert worden seyen. Der Friede zu Lueneville als der neueste Vertrag geht allen vorher gegangenen als Entschaedigungsquelle und Richtschnur vor. ...⁷⁰²

b) Zugehörigkeit der Reichsgrafen zu den princes héréditaires nach dem französischen Sprachgebrauch

Der damalige französische Sprachgebrauch bezog den Begriff des prince auf die Innehabung der Staatsgewalt in einem Staat und verstand unter ihm jene Personen, welche in einem staatlichen Gemeinwesen die höchste Gewalt ausüben.

Die im Jahre 1780 erschienene *Encyclopédie, ou Dictionnaire raisonné des Sciences, des Arts et des Métiers*:

„P r i n c e, en terme de Politique, signifie une *personne* revêtue du suprême commandement sur un état ou un pays, & qui est indépendant de tout autre supérieur. V. S o u v e r a i n, M o n a r q u e, R o i.

Prince se dit aussi d'un homme qui commande souverainement à son pays, quoiqu'il ait un supérieur à qui il paye tribut ou rend hommage.

Tous les *princes* d'Allemagne sont feudataires de l'empereur, & cependant ils sont aussi absolus dans leurs états que l'empereur l'est dans les siens, mais ils sont obligés à donner certains secours d'argent & de troupes. ...⁷⁰³

das *Dictionnaire de l'Académie française* von 1802:

„PRINCE. s. m. Nom de dignité. Personne revêtue du suprême commandement sur un État, sur un pays, roi. souverain. *C'est un très-puissant, un de plus grands princes de l'Europe. ... Les princes d'Allemagne. ... Prince du saint Empire. ...*⁷⁰⁴

von 1740:

„... Lorsque le mot de *Prince* se dit absolument avec l'article défini, il s'entend ordinairement Du Souverain qui commande dans le lieu dont on parle. ...⁷⁰⁵

und *Seuffert*, Versuch einer doctrinellen Auslegung des siebenten Friedensartikels:

„... Das Wort p r i n c e bedeutet zwar nach dem franzoesischen Sprachgebrauche jede Person, welche die oberste Gewalt in einem Staate oder Lande hat, sie mag

⁷⁰² Versuch einer doctrinellen Auslegung des siebenten Friedensartikels, 2. Abschnitt, §. 11., S. 37-39.

⁷⁰³ Tome XXVII, p. 401-402 (401).

⁷⁰⁴ Nouvelle édition, Tome II, p. 401.

⁷⁰⁵ 3. édition, Tome II, p. 426.

uebrigens von jedem Obern unabhaengig seyn, oder in bestimmten Unterwerfungsverhaeltnissen zu einem Obern stehen*). In diesem Verstande koennte wohl auch ein Reichsgraf und sogar ein unmittelbarer Edelmann des Reiches prince genennet werden, ...“⁷⁰⁶

Nach dem damaligen französischen Sprachgebrauch gehörten die Reichsgrafen zu den *princes héréditaires*.

c) Keine Zugehörigkeit der Reichsgrafen zu den erblichen Fürsten nach dem deutschen Sprachgebrauch

Sowohl der damaligen deutsche allgemeine als auch engere ständische Sprachgebrauch deutete die deutsche Übersetzung des Begriffes prince, Fürst nicht in Bezug auf die Innehabung der höchsten Gewalt in einem Staat, sondern in Hinblick auf die verschiedenen Stände im Reich.

Encyklopaedie von Krünitz, erschienen im Jahr 1786:

„Fuerst ... 2. Im deutschen Reiche bezeichnete dieses Wort, als ein allgemeiner Ausdruck, ehemals gleichfalls die ersten und vornehmsten unter den deutschen Staenden, von dem Kaiser an bis auf die Grafen und Dynasten: ... Jetzt wird es nur noch mit Ausschließung der Grafen und Herren gebraucht. Ein geistlicher Fuerst, ein weltlicher Fuerst. 3. In engerm Verstande ist es eine Benennung desjenigen hohen Adels, der zwischen den Churfuersten und Grafen mitten innestehet, und die Herzoge, MarkGrafen, Landgrafen, einige Burggrafen, einige vornehme mit der fuerstlichen Wuerde versehene Geistliche, und die Fuersten im engsten Verstande begreifet.“⁷⁰⁷

Nach dem damaligen deutschen Sprachgebrauch gehörten die Reichsgrafen den *princes héréditaires* nicht zu.

⁷⁰⁶

2. Abschnitt, §. 11., S. 37-38 und *Bingel*, Der Friede von Lueneville ist ueber alle Auslegung erhaben, 2. Abschnitt, Ad. §. 4., S. 28.

⁷⁰⁷

Krünitz, Oekonomisch=technologische Encyklopaedie, oder allgemeines System der Stats= Stadt= Haus= und Land= Wirthschaft, und der Kunst= Geschichte, in alphabetischer Ordnung, XV. Theil, S. 455-456, insg., *ebd.*, Ziff. 1.-4. und *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 2., S. 523-524 (523).

Nach *Pistorius*, Historisch= und Juridische Anmerckungen ueber allerhand Den Ursprung, Historie, Vor=Rechte etc. derer Des Heil. Roem. Reichs Graven betreffende Materien, 3. Theil, Cap. I. Ausfuehrlicher Beweis/daß die Graven zu denen mittleren Zeiten unter die Principes gerechnet worden, Sectio I., S. 261-271 (261-269) wurde das Wort princeps, deutsch Fürst seit den Karolingern bis ungefähr in das 14. Jahrhundert im Sinne einer Vergleichung für diejenigen, welche die ersten sind, wozu auch die Markgrafen mitzugehörten gebraucht wurde und man demnach mit ihnen jene Reichsstände bezeichnete, welche immediate vor den Reichsgrafen hergehen.

d) Argumente für die französische Bedeutung

Dem im völkerrechtlichen Verkehr bis in das 18. Jahrhundert als Vertragssprache angewandten Latein,⁷⁰⁸ war während des 18. Jahrhunderts und dies bis in das 19. Jahrhundert das Französisch als die einheitliche Vertragssprache⁷⁰⁹ gefolgt.⁷¹⁰ Erst während des 19. Jahrhunderts mit seinem nationalen Denken kam die Forderung nach einer Mehrsprachigkeit bei den zwischen den Staaten und Völkern abzuschließenden Verträgen auf.⁷¹¹

⁷⁰⁸

IPO/IPM (*Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... *Caesareo-Suecicum* ..., S. 11-78; *Vast*, *Traité Louis XIV*, Tome I, I, *Traité* ..., p. 12-64), Pyrenäenfriede 1659: Könige von Frankreich und Spanien (*Vast ebd.*, Tome I, III, *Traité* ..., p. 93-175), Nymwegener Friede 1679: Kaiser, Reich und König von Frankreich (*Vast ebd.*, Tome II, II, p. 100-116), Ryswijker Friede 1697: Kaiser, Reich und König von Frankreich (*Vast ebd.*, Tome II, III, p. 228-253), Badener Friede 1714: Kaiser, Reich und König von Frankreich (*Du Mont*, *Corps universel diplomatique du droits des gens*, Tome VIII Partie I, N° CLXXIV., p. 436-441), Wiener Definitivfriede 1738: Kaiser, Reich und König von Frankreich (*Wenck*, *Codex iuris gentium*, Tomus I, I., 24., p. 88-122).

⁷⁰⁹

Zur Prädominanz des Französisch: *Rivarol*, *De l'Universalité de la langue française*, p. 1-62 (42-61):

„... Ce qui distingue notre langue des langues anciennes et modernes, c'est l'ordre et la construction de la phrase. Cet ordre doit toujours être direct et nécessairement clair. Le Français nomme d'abord le *sujet* du discours, ensuite le *verbe* qui est l'actio, et enfin l'*objet* de cette action: voilà la logique naturelle à tous les hommes; voilà ce qui constitue le sens commun. ...“ (p. 43),

„... *Ce qui n'est pas clair n'est pas français*;¹ ce qui n'est pas clair est encore anglais, italien, grec ou latin. ...“ (p. 44),

„...La prononciation de la langue française porte l'empreinte de son caractère; elle est plus variée que celle des langues du midi, mais moins éclatante; elle est plus douce que celle des langues du nord, parce qu'elle n'articule pas toutes ses lettres. ...“ (p. 51),

„... puisqu'il faut le dire, elle est de toutes les langues la seule qui ait une probité attachée à son génie. Sûre, sociale, raisonnable, ce n'est plus la langue française, c'est la langue humaine. Et voilà pourquoi les puissances l'ont appelée dans leurs traités; elle y règne depuis les conférences de Nimègue;¹ et désormais les intérêts des peuples et les volontés des rois reposeront sur une base plus fixe; on ne sèmera plus la guerre dans des paroles de paix. ...“ (p. 51).

⁷¹⁰

Rastatter 1714: Kaiser und König von Frankreich (*Vast*, *Traité Louis XIV*, Tome III, p. 162-186, 2. Article separé enthielt noch den Hinweis, dass die Verwendung der von den beiden Feldherren im Friedensinstrument gebrauchten französischen Sprache, den Franzosen kein Recht gebe, bei künftigen Verträgen sich statt des Lateins ihrer Landessprache zu bedienen (*Du Mont*, *Corps universel diplomatique du droits des gens*, Tome VIII Partie I, N° CLXX., p. 415-423 (422)).

Dresdner Friede 1745: Maria Theresia und König von Preußen; Könige von Preußen und Polen (Kurfürst von Sachsen) (*Wenck*, *Codex iuris gentium*, Tomus II, XXXV., 2., p. 194-202, XXXVI., p. 207-215), Hubertusburger Friede 1763: Maria Theresia und König von Preußen; Könige von Preußen und Polen (Kurfürst von Sachsen) (*Wenck ebd.*, Tomus III, CI., 368-379, CII., p. 380-388), Teschener Friede 1779: Maria Theresia und König von Preußen mit Garantie König von Frankreich, Zarin von Russland (*Martens*, *Traité Puissances de l'Europe*, Tome II, N° 71 a., p. 1-8, N° 71 b., p. 9).

Moser, *Versuch des neuesten Europaeischen Voelker=Rechts*, VIII. Theil, 15. Buch, 3. Cap., §. 11., S. 262-263, X. Theil, II. Band, 22. Buch, 7. Cap., §. 4., S. 368 und *F. C. Moser*, *Abhandlung von den Europaeischen Hof= und Staats=Sprachen*, 2. Buch, 1. Cap., §. 5.-§. 125., S. 46-104.

⁷¹¹

In dem dem Friedensvertrag von Lunéville nachfolgenden, den Friedensschluss der Französischen Republik und ihrer beiden Verbündeten König Karl IV. von Spanien und der Batavischen Republik mit König George III von Großbritannien und Irland vereinbarten Friedensvertrag von Amiens am 27. März 1802 (*Napoleonische Friedensverträge*, III., S. 26-36) war bereits die Mehrsprachigkeit erfolgt.

Article séparé: „... Il est également convenu que les langues française et anglaise, employées dans tous les exemplaires du présent traité, ne formeront point un exemple qui puisse être allégué, ni tirer à conséquence, ni

Diesem völkerrechtlichen Gebrauch gemäß war der Friedensvertrag von Lunéville allein in der einheitlichen französischen Vertragssprache gefasst worden.⁷¹²

Die zur Abschließung des Friedensvertrages von Lunéville hinführenden Vertragsverhandlungen waren sowohl von französischer als auch von der kaiserlichen Seite allein in Französisch erfolgt.⁷¹³

Die einheitliche französische Vertragssprache mit den französisch geführten Vertragsverhandlungen sprechen dafür, dass der in Art. VII zur Kennzeichnung der Entschädigungsberechtigten verwandte Begriff *princes héréditaires* in seiner französischen und nicht in seiner deutschen Bedeutung auszulegen ist.

Bingel, Der Friede von Lueneville ist ueber alle Auslegung erhaben:

„...; der Friede ist Franzoesisch abgefaßt, und doch soll er nicht nach ber Sprache im welchem er geschrieben ist verstanden werden!! Die Forderung ist doch die sonderbarste von der Welt, ...“⁷¹⁴

porter préjudice en aucune manière aux Puissances contractantes dont les langues n'ont point¹¹ été employés; et que l'on se conformera, à l'avenir, à ce qui a été observé et doit être observé à l'égard et de la part des Puissances qui sont en usage et possession de donner et de recevoir des exemplaires de semblables traités en une autre langue; le présent traité ne laissant pas d'avoir la même force et vertu que si le susdit usage y avait été observé. ...“, mit Fußn. 11 „pas“ (*Napoleonische Friedensverträge*, III., S. 26-36 (34-35)).

⁷¹² *Napoleonische Friedensverträge*, II., S. 19-25.

⁷¹³ *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, Autriche: ~ 1800=1801. – ans VIII=IX. ~ *Negociations et traité de Lunéville und Du Casse*, Histoire des négociations diplomatiques, Tome II, Traité de Lunéville, p. 45-351, Note A. u. B., p. 423-431, Note D. u. E., p. 432-437.

Dies entsprach auch dem allgemeinen Gebrauch des Französischen bei den zwischenstaatlichen vertraglichen Verhandlungen. *Moser*, Erste Grundlehren des jezigen Europaeischen Voelcker=Rechts, 22. Cap., §. 77., S. 287 „Die Sprache, worinn bey Fridenscongressen gehandelt wird, ist zuweilen anderst in denen Schrifften, und anderst in denen muendlichen Unterredungen.“, §. 78., S. 287 „In Schrifften ware sonst unter denen christlichen Maechten meistens die lateinische Sprache ueblich: Nunmehr aber wird viles auch Franzoesisch verhandelt.“, §. 79., S. 288 „Und muendlich bedienet man sich nunmehr insgemein abermalen der Franzoesischen Sprache.“.

⁷¹⁴ 2. Abschnitt, Ad. §: 4., S. 29.

Rayneval, Institutions du droit de la nature et des gens, Livre III., Chap. XXV., p. 290-293 ging gleichfalls davon aus, dass bei einer einheitlichen Vertragssprache die Auslegung für beide Vertragsteile nach dieser erfolgt.

Seuffert, Versuch einer doctrinellen Auslegung des siebenten Friedensartikels, folgerte auch, weil die Reichsritter als die höchste Gewalt in ihren Territorien innehabend, damit unter Zugrundelegung des französischen Sprachgebrauches den *princes héréditaires* zugehören würden, sie aber keine Entschädigungen erhalten sollten, auf die Nichtanwendbarkeit des französischen und auf die Anwendbarkeit des deutschen Sprachgebrauches: „... Das Wort *p r i n c e* bedeutet zwar nach dem franzoesischen Sprachgebrauche jede Person, welche die oberste Gewalt in einem Staate oder Lande hat, ... In diesem Verstande koennte wohl auch ein Reichsgraf und sogar ein unmittelbarer Edelmann des Reiches *prince* genennet werden, ...“ (2. Abschnitt, §. 11., S. 37-38), „... daß die Bedeutung des Wortes *E r b f u e r s t e n* nicht im Sinne des franzoesischen Sprachgebrauches genommen werden duerfe, weil sonst auch die unmittelbaren Edelleute hierunter verstanden werden mueßten, ...“ (2. Abschnitt, §. 4., S. 22). Er verkannte, dass die Reichsritter für ihre ritterschaftlichen Güter zwar die dingliche Reichsunmittelbarkeit hatten, ihnen jedoch im Gegensatz zu den Reichsständen die

e) Gleiche Situation von Reichsgrafen und anderen Reichsständen

Die Reichsgrafen hatten wie die anderen Reichsstände mit ihrem gebietlich-territorialen Besitz die damit verbundenen Rechte der Landeshoheit⁷¹⁵ und der Reichsstandschaft.⁷¹⁶

Da ein weiteres Fortbestehen dieser Rechte mit ihrem ständischen Charakter und ihren ständischen Hoheitsbefugnissen mit dem durch die Revolution hervorgebrachten modernen Staatscharakter der Französischen Republik unvereinbar war,⁷¹⁷ und in Art. VI des Friedensvertrages von Lunéville festgelegt worden war, dass die Französische Republik die linksrheinischen Gebiete zu voller Souveränität und Eigentum erwerbe,⁷¹⁸ hatte dies zur Folge, dass die Reichsgrafen für ihre linksrheinischen Besitzungen genau so wie die anderen linksrheinisch depossidierten Reichsstände mit ihrem dortigen gebietlichen Besitz auch die mit diesem verbundenen Rechte der Reichsstandschaft und der Landeshoheit einbüßten.⁷¹⁹

f) Ergebnis

Die von den Vertragsteilen einheitlich gewählte französische Vertragssprache spricht dafür, dass der in Art. VII zur Kennzeichnung des Kreises der Entschädigungsberechtigten verwandte Begriff der *princes héréditaires* in seinem die Reichsgrafen einzubeziehenden Sprachgebrauch auszulegen ist.

Dies wird dadurch bestätigt, dass bei den Reichsgrafen wie bei den anderen linksrheinisch depossidierten erblichen Reichsständen mit der Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete an die Französische Republik derselbe Verlust ihrer linksrheinischen Besitzungen mit ihren Rechten eintrat.

Reichsstandschaft abging (unten, S. 164) und sie eine inhaltlich beschränkte Landeshoheit ausübten (unten, S. 164). Gegenständig den reichsständischen Landesherren besaßen sie in ihren reichsritterlichen Besitzungen gerade nicht die oberste Gewalt und ist ihre Zugehörigkeit zu den *princes héréditaires* im französischen Sprachgebrauch nicht gegeben.

⁷¹⁵ Die Landeshoheit beinhaltet die Herrschergewalt, welche den Territorialherren zur Regierung ihrer Länder insgesamt zustand (unten, S. 447).

⁷¹⁶ Die Reichsstandschaft beinhaltet das Recht zur Teilnahme an den Beratungen und Abstimmungen im Reichstag mit *votum decisivum*, als ein mit den Territorien verbundenes und von den Reichsständen subjektiv ausgeübtes Recht (unten, S. 356, 461-462).

⁷¹⁷ Unten, S. 294-295.

⁷¹⁸ „... que la République française possède désormais en toute souveraineté et propriété, les pays et domaines situés à la rive gauche du Rhin ...“ (Art. VI Satz 1, in: *Napoleonische Friedensverträge*, II., S. 21).

⁷¹⁹ Bei den gräflichen Territorien mit alleinig linksrheinischem Besitz bewirkte dies ihren beiden vollständigen Verlust. Bei den gräflichen Territorien mit links- und rechtsrheinisch gelegenen Besitz blieben neben dem rechtsrheinischen gebietlichen Besitz auch die Reichsstandschaft und die Landeshoheit mit ihren nunmehrigen räumlichen Beschränkungen auf den rechtsrheinischen Besitz weiter fortbestehen (unten, S. 295).

2. Linksrheinische Reichsstädte?

Mit der in Art. VII erfolgten Zusprechung von Entschädigungen an die linksrheinischen princes héréditaires wurden nach seinem begrifflichen Wortlaut die auch den weltlichen Reichsständen zugehörenden vier linksrheinischen Reichsstädte Köln, Aachen, Worms und Speyer⁷²⁰ vom Erhalt von Entschädigungen ausgeschlossen.

Ihre Ausschließung von Entschädigungen ergab sich daraus, dass bei ihnen infolge ihrer republikanischen Staatsform⁷²¹ kein Entzug von persönlichem gebietlich-territorialem Besitz erfolgte. Anders als bei den persönlichen Reichsständen ergab sich demnach bei ihnen auch nicht die Frage der Gewährung von Entschädigungen wegen Verlustes von subjektiv-persönlichen Rechten. Die in Art. VII nicht vorgesehene Entschädigung der vier linksrheinischen Reichsstädte resultierte demnach aus ihrer allgemein staatsrechtlichen Struktur.

Hoff, Das Teutsche Reich:

„... Bei den Staedten war ihrer Natur nach eine Entschaedigung nicht denkbar, da in ihnen das Subject der Regierung selbst in den Stand der Unterthanen an die franzoesische Republik mit uebergienng. ...“⁷²²

3. Ritterschaftliche Güter der erblichen Reichsstände

a) Eingeschränkte Landeshoheit der ritterschaftlichen Güter

Kennzeichen der in Art. VII zum Erhalt von einer Entschädigung Berechtigten „...Princes héréditaires qui se trouvent dépossédés à la rive gauche du Rhin, ...“⁷²³ war bei dem anzuwendenden französischen Sprachgebrauch eine Ausübung von höchster Gewalt in einem Territorium.

⁷²⁰ *Hoff*, Das Teutsche Reich, I. Theil, 2. Abtheilung, 4., c., 1.-4., S. 195-196.

⁷²¹ *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band II, 5. Buch, 5. Cap., §. 209., S. 117, §. 211. u. §. 212., S. 124-128 und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band XVIII, 1. Buch, 1. Cap., §. 14., S. 21-29, 2. Cap., §. 1.-§. 11., S. 30-58.

⁷²² II. Theil, 2. Abtheilung, 2. Abschnitt, I., 1., S. 8-9.

⁷²³ *Napoleonische Friedensverträge*, II., S. 21.

Bei den ritterschaftlichen Gütern im Reich, wie von Reichsrittern⁷²⁴ und von Reichsständen besessen wurden, waren die landeshoheitlichen Berechtigungen nicht identisch mit der umfassenden Landeshoheit der reichsständischen Landesherrn⁷²⁵ und ging ihnen anders als diesen die Reichsstandschaft ab.⁷²⁶ Die ritterschaftlichen Güter besaßen jedoch wie die Besitzungen der reichsständischen Landesherren die dingliche Reichsunmittelbarkeit,⁷²⁷ so dass sie mit ihrer beschränkten Herrschaftsausübung gleichfalls allein dem Reich und keinem anderen Landesherrn unterstanden.

b) Die auf dem Rastatter Kongress erzielte Einigung zur Entschädigung der den erblichen Reichsständen zugehörigen linksrheinischen Rittergüter

Auf dem Rastatter Kongress hatten die französischen Gesandten in ihrer Note vom 14 floréal an VI (3 mai 1798) als Entschädigungsberechtigte zum Erhalt von Entschädigungen durch das Reich für das Verlustigehen ihrer linksrheinischen Gebieten als berechtigt, neben den Fürsten und Ständen des Reiches auch die Reichsritter genannt:

„... Il ne reste plus qu’à indiquer celles des possessions de la rive gauche, qui doivent être remplacées sur la rive droite. Les Ministres de la République française ne pensaient pas qu’il dût être nécessaire de s’expliquer sur ce point, la

⁷²⁴ Bei der generellen Einteilung der deutsche Adel in den hohen und niederen Adel, welche nicht zwei verschiedene Stufen innerhalb eines einheitlichen Adelsstandes, sondern zwei in sich verschiedene Adelsstände waren, gehörten zum höheren Adel die Fürsten, Grafen und Freiherren, welche letztere auch von den Fürsten und Grafen abstammten, jedoch selber nicht als Herzöge, Pfalzgrafen, Landgrafen, Markgrafen, Burggrafen, Grafen Dienste ausübten und ihre Ehrenstellen und Würden innehatten, sondern als Besitzer großer Güter diese verwalteten. Der hiervon zu trennenden niederen Adel bildeten die Reichsritter (*Pütter*, Ueber den Unterschied der Staende, IV.-XIII., S. 31-154, insb. V., Rz XIX.-XXV., S. 69-72, VI., S. 73-92, IX., Rz I.-XIII., S. 111-119 und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band XIII, 3. Buch, 3. Cap., §. 3., S. 919-920).

⁷²⁵ Während ihre Landeshoheit im Geistlichen jener der reichsständischen Landesherren entsprach, insbesondere auch Art. V § 28 IPO ihnen das ius reformandi zubilligte (*Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 34) mit Art. V § 30 IPO (*ebd.*, S. S. 36), war ihre Landeshoheit im Weltlichen beschränkt. Bei gesetzgebender Gewalt, Besteuerungsrecht, Kriegs- Bündnis- und Gesandtschaftsrecht besaßen insbesondere den Blutbann nur bei einem speziellen Erwerbsgrund. Bei der Unterschiedlichkeit der ritterschaftlichen Güter gegenüber den reichsständischen Länder in Bezug auf ihren Ursprung, ihrer Einrichtung und ihren Größen ist Landesherrlichkeit zu bejahen (*Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band III, 13. Buch, 1. Cap., §. 462., S. 549-551; *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 3. Buch, 1. Cap., §. 31.-§. 47., S. 1278-1301, Band XIV, 4. Cap., §. 5., S. 58-60 und *Bingel*, Bedarf der siebente Artikel einer Auslegung? II., S. 25-26).

⁷²⁶ Im Reichstag saßen im Kurfürstenrat die geistlichen und weltlichen Kurfürsten, im Reichsfürstenrat die geistlichen und weltlichen Fürsten, die Prälaten die Grafen und Freiherren, im Reichsstädterat die Reichsstädte.

Bei der abgehenden Reichsstandschaft erbrachten die Reichsritter keine Reichssteuern, keine Soldaten zur Reichsarmee und hatten auch keine Verbindung zu den Reichskreisen.

⁷²⁷ *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band III, 13. Buch, 1. Cap., §. 462., S. 549 „Aus der der Reichsritterschaft zustehenden Unmittelbarkeit ihrer Gueter ergibt sich, daß sich kein Reichsstand landesherrliche Rechte, in Ansehung derselben anmassen koenne. ...“.

Députation n'ayant jamais pu se dissimuler que tout ce qui appartient aux Princes, Etats de l'Empire, et nobles immédiats doit être transféré sur la droite. ...⁷²⁸

Die Reichsfriedensdeputation hatte in ihrer Note vom 14./18. Mai 1798 die mit den inneren staatsrechtlichen Verhältnissen des Reiches weniger vertrauten französischen Gesandten darauf hingewiesen, dass die Güter von Reichsrittern wie jene von Privatpersonen anzusehen seien, deren Unverletzlichkeit diesen in ihrer früheren Note vom 19. germinal an VI (8. avril 1798) zugesichert worden war⁷²⁹:

„...⁽⁷³⁰⁾ Es ist nicht abzusehen, aus welchen Gründen man diese ritterschaftliche Güter und Zuständigkeiten für etwas anders als fuer solches Privat=Eigenthum halten könne, dessen Unverletzlichkeit in der Note vom 8ten April (19. Germinal) zugesichert worden ist. Es kann diese in Ansehung der Ritterschaft geschehene Aeusserung nur auf einer irrigen Beurtheilung ihrer Verhältnisse zum Reiche beruhen; ...“⁷³¹

Sie erläuterte den Unterschied zwischen Reichsständen und den nicht reichsständischen Reichsrittern. Es gebe ritterschaftlichen Besitz nicht nur bei den Reichsrittern sondern auch bei den Reichsständen.⁷³² Die mit seinem Eigentum verbundenen Berechtigungen seien mit

⁷²⁸ *Protocoll Rastatt*, V. Band, 179. Beylage, Anlage, S. 5-6 (6), insg., S. 5-6.

⁷²⁹ „... Enfin sur les articles joints à la Note du 13. Ventose (3. Mars) les Ministres plénipotentiaires de la République française sont forcés d'observer que ces articles ne paraissent nullement avoir été proposés dans la vue d'accélérer la négociation; quelques uns n'ont jamais pu être l'objet d'un doute sérieux de la part de la Députation de l'Empire, comme par exemple, la conservation des propriétés des particuliers, le libre exercice des Cultes, en se conformant aux Loix, l'oubli des opinions professées pendant le cours de la guerre, et il en est d'autres évidemment inconciliables avec la souveraineté de la République, et avec sa constitution. Les Soussignés ne peuvent assés temoigner leur étonnement de ce qu'on a pu élever des doutes sur les uns, et se résoudre à demander les autres. ...“ (*Protocoll Rastatt*, IV. Band, 173. Beylage, Anlagen, S. 449-450 (Zitat S. 450)).

⁽⁷³⁰⁾ „... Eine ganz neue Forderung der bevollmaechtigten Minister der franzoesischen Republik erscheint hiernaechst darinn, daß zu den Besitzungen der Reichs=Staende auf dem linken Rhein=Ufer, für welche auf dem rechten Ufer Verguetungen Statt finden sollten, nunmehr auch dasjenige gerechnet werde, was der unmittlere Reichs=Ritterschaft gehoert. Es ist nicht abzusehen, ...“ (*Protocoll Rastatt*, V. Band, 185. Beylage, Anlage, S. 11-21 (Zitat S. 18) und *Haller*, Geheime Geschichte der Rastadter Friedensverhandlungen, IV. Theil, S. 49-67 (60-61)).

⁷³¹ *Protocoll Rastatt*, V. Band, 185. Beylage, Anlage, S. 11-21 (Zitat S. 18) und *Haller*, Geheime Geschichte der Rastadter Friedensverhandlungen, IV. Theil, S. 49-67 (61).

⁷³² „... Diese unmittelbare Adelichen sind naemlich keine Staende des Reichs, ...; der unmittelbare Adel, wovon hier die Frage ist, macht zwey ganze Cantone aus, naemlich die Cantone Ober= und Nieder= Rhein; beyde haben alle ihre Besitzungen auf der linken Rhein=Seite; ... Die ritterschaftlichen Besitzungen selbst hingegen in diesen beyden Cantonen sind einzeln in allen reichsstaendischen Landen zerstreut; ... Mehrere graeffliche Familien, die von einigen Besitzungen Reichs= und Kreis= Anschlaege bezahlen, auch davon in Reichs=Grafen=Curien Sitz und Stimme haben, gehoeren uebrigens mit ihren Guetern zu diesen Ritter=Cantonen, und diese sind es hauptsaechlich, welche mehrere ganze ritterschaftliche Orte besitzen. ...; dann besitzen auch Reichs=Staende, ... dergleichen ritterschaftliche Orte und einzelne Gueter; diese letztere geben hievon, so wie alle ritterschaftliche Gueter=Besitzer, ihre Steuern an den Canton. ...“ (*Protocoll Rastatt*, V. Band, 185. Beylage, Anlage, S. 11-21 (Zitat S. 18-19) und *Haller*, Geheime Geschichte der Rastadter Friedensverhandlungen, IV. Theil, S. 49-67 (61-62)).

der französischen Verfassung zu vereinbaren⁷³³ und könnten demnach von den Reichsständen und den Reichsrittern, wie jene von den Privatpersonen weiterhin besessen werden.⁷³⁴

In ihrer Note vom 4 messidor an VI (22 juin 1798) willigten die französischen Gesandten ein, den Besitz jener Reichsritter, welche nicht zugleich Grafen, Fürsten und Reichsstände sind, wie solchen von Privatpersonen anzusehen.⁷³⁵

Die Reichsfriedensdeputation forderte jedoch in ihrer Note vom 6./9. Juli 1798 von den französischen Gesandten die Zusicherungen zum weiteren Erhalt des ritterschaftlichen Besitzes nicht nur für die Reichsritter, sondern auch bei den Reichsständen.⁷³⁶

In ihrer Erwiderungs-Note vom 1 thermidor an VI (19 juillet 1798) bestanden jedoch die französischen Gesandten auf dem Inhalt ihrer Note vom 4 messidor an VI. Die Vorstellungen der Reichsdeputation könnten keine Folgen haben, da sie gegen die Prinzipien und Gesetze der Französischen Republik seien.⁷³⁷

⁷³³ Titre XII, Art. 335 der Verfassung des Direktoriums v. 5 fructidor an III (22 août 1795) „Les étrangers, établis ou non en France, succèdent à leurs parens étrangers ou français; ils peuvent contracter, acquérir et recevoir des biens situés en France, et en disposer de même que les citoyens français, par tous les moyens autorisés par les lois.“ (*Duvergier*, Collection des lois, Tome VIII, p. 223-242 (240)).

⁷³⁴ „...; ihre Eigenthums=Rechte sind mit den franzoesischen Gesetzen ganz vertraeglich; ... Es sind demnach diese unmittelbaren Adelichen nichts anderst, als blose Propriétaires von Privat=Guetern anzusehen, und da nach Tit. 12. § 335. der franzoesischen Constitution selbst Fremde, ..., in derselben Gueter besitzen, erben, kaufen ..., so muß auf die Unmittelbare von Adel, ... auf ihre auf dem linken Rhein=Ufer gelegene eigene Gueter, ... dasjenige angewendet werden, was die franzoesische Note vom 5ten April (19. Germinal) mit den Worten bestimmt zusichert: ‚Que la conservation des propriétés des particuliers n’a jamais pu être l’objet d’un doute sérieux.‘ ...“ (*Protocoll Rastatt*, V. Band, 185. Beylage, Anlage, S. 11-21 (Zitat S. 18-19) und *Haller*, Geheime Geschichte der Rastadter Friedensverhandlungen, IV. Theil, S. 49-67 (61-62)).

⁷³⁵ „... 3.^o Les vives réclamations des Plénipotentiaires de l’Empire en faveur des Nobles immédiats seront accueillies par le Gouvernement français. Il consentira à ce que ceux qui ne sont pas en même tems Comtes, Princes, Etats d’Empire, qui n’ont à la Diète voix collective ni individuelle soient considerés comme de simples particuliers, et traités comme tels. Bien entendu néanmoins que de leur part il n’y aura lieu à aucune répétition ni indemnité quelconque, ...“ (*Protocoll Rastatt*, V. Band, 189. Beylage, Anlage, S. 24-26 (Zitat S. 25-26)).

⁷³⁶ „... Diesseits hat man ferner aus der juengsten Note der franzoesischen Minister ersehen, daß das franzoesische Gouvernement sich nunmehr entschlossen habe, d e r u n m i t t e l b a r e n R e i c h s = R i t t e r s c h a f t das Eigenthum ihrer Gueter und Besitzungen auf der linken Rhein=Seite zuzusichern, zugleich jedoch dieser Zusage einige wichtige Beschaenkungen beyzufuegen. Wie nun aber, soviel diese Beschaenkungen betrifft, die reichsritterschaftlichen Gueter, welche gerade in dem jetzigen Augenblicke zufaelliger Weise von einem, eine Viril= oder Kuriat=Stimme auf dem Reichstage fuehrenden Reichs=Stande besessen werden, darum nicht minder ritterschaftliche Gueter sind; da Titel und Reichsstandschaft des Besitzers die Eigenschaft der Gueter nicht aendert, da folglich ein Unterschied unter ritterschaftlichen Guetern nach ihren Besitzern unbillig ist; ...; so glaubt man von der Gerechtigkeits=Liebe des franzoesischen Gouvernements auch noch erwarten zu koennen, daß saemmtliche reichsritterschaftliche Gueter ... ihren sowohl abwesenden, als auf ihren Guetern wirklich lebenden Eigenthuemern ... nicht werden entzogen, ...“ (*Protocoll Rastatt*, V. Band, 198. Beylage, Anlage, S. 52-57 (Zitat S. 55-56) und *Haller*, Geheime Geschichte der Rastadter Friedensverhandlungen, IV. Theil, S. 71-79 (77-78)).

⁷³⁷ „... 5.^o En ce qui concerne la Noblesse immédiate, les Soussignés persistent dans l’article 3. de leur Note du 4 Messidor. Les représentations de la Députation de l’Empire faites à ce sujet ne peuvent avoir aucune suite, parcequ’elles sont contraires aux principes et aux loix de la République française. ...“ (*Protocoll Rastatt*, V. Band, 208. Beylage, Anlage, S. 68-72 (Zitat S. 71)).

Nach weiteren Noten der Reichsfriedensdeputation und den Erwiderungsnoten der französischen Gesandten vom 7./10. August 1798⁷³⁸ - 12 vendémiaire an VII (3 oct. 1798),⁷³⁹ 15./17. Oktober 1798⁷⁴⁰ - 7 brumaire an VII (28 oct. 1798),⁷⁴¹ 6. Dezember 1798⁷⁴² - 16 frimaire an VII (6 déc. 1798)⁷⁴³ erklärte die Reichsfriedensdeputation in ihrer Note vom

⁷³⁸ Die Reichsdeputation sah erneut eine Unterscheidung bei der Erhaltung der linksrheinischen ritterschaftlichen Gütern nach ihren Besitzern als unbillig an „... Ad 5.) Muß man in Ansehung der r e i c h s r i t t e r s c h a f t l i c h e n B e s i t z u n g e n ... des franzoesischen Gouvernements eine weitere Nachgiebigkeit eintreten werde. ...“ (*Protocoll Rastatt*, V. Band, 213. Beilage, S. 81 mit II. Band, SESSIO LV., den 7ten August 1798, S. 286, §. 129., Conclusum, S. 287-295 (291-292) und V. Band, 214. Beilage, Anlage, S. 82-87 (Zitat S. 85-86)).

⁷³⁹ „... 5.° Rien ne saurait être changé dans les dispositions de l’article 3. de la Note des Soussignés du 4. Messidor concernant la noblesse immédiate. Il rénovent seulement pour la dernière fois l’observation peremptoire énoncée dans l’article 5. de la Note du 1. Thermidor, que les demandes formées par la Députation de l’Empire, pour l’amélioration de la condition des nobles immédiats sont contraires aux principes et aux loix constitutionnelles de la République, qui ne fléchissent devant aucune considération. ...“ (*Protocoll Rastatt*, V. Band, 264. Beilage, S. 181 mit 265. Beilage, Anlage zur 264. Beilage, S. 182-193 (Zitat S. 190-191)).

⁷⁴⁰ Die Reichsfriedensdeputation ersuchte die französischen Gesandten nochmals um eine Gleichbehandlung der ritterschaftlichen Güter der Reichsstände mit jenen der Reichsritter „... Ad. 5. Kann die Reichs=Friedens=Deputation in Ansehung der unmittelbaren R e i c h s = R i t t e r s c h a f t noch immer dem Bestreben nicht entsagen, ihren diebfallsigen so gerechten Vorstellungen gewuehrigen Eingang zu verschaffen. Sie kann sich noch immer nicht ueberzeugen, daß es den franzoesischen Grundsuetzen zuwiderlaufe, wenn reichsritterschaftliche Mitglieder, welche zugleich Reichs=Staende sind, mit solchen, die keine Reichs=Staende sind, in Ruecksicht ihrer auf dem linken Rhein=Ufer besitzenden reichsritterschaftlichen Gueter in eine Klasse gesetzt wuerden; ...“ (*Protocoll Rastatt*, V. Band, 274. Beilage, S. 221-222 mit II. Band, SESSIO LXXI., den 15ten October 1798, §. 150., Conclusum, S. 554-565 (559-560), V. Band, 275. Beilage, Anlagen, S. 224-238 (Zitat S. 230)).

⁷⁴¹ Die französischen Gesandten wiesen dies erneut unter Beharren auf den Inhalt ihrer Note vom 12 vendémiaire an VII zurück „... Les Soussignés persistent dans tout le contenu de leur Note du 12. Vendémiaire. ...“ (*Protocoll Rastatt*, V. Band, 282. Beilage, Anlagen, S. 247), insg., (S. 247).

In ihrer nachfolgenden Note vom 21 brumaire an VII (11 nov. 1798) brachten sie zum Ausdruck, dass das Reich und keines seiner Mitglieder links des Talweges des Rheines irgend ein Eigentum oder Recht beibehalten könne „...: *le Gouvernement français ne consentira jamais à ce que l’Empire ou l’un de ses membres puissent conserver en aucune manière quelque propriété ou droit sur des parties situées à la gauche du Thalweg tel qu’il a été déterminé.* ...“ (*ebd.*, V. Band, 288. Beilage, Anlagen, S. 256-258 (Zitat S. 256)), insg. (S. 256-257). Dies wurde in ihrer weiteren Note vom 3 frimaire an VII (23 nov. 1798) in Bezug auf die links des Talweges des Rheines liegenden Inseln von Reichsständen und von Sitz und Stimme im Reichstag habenden Reichsrittern, gegensätzlich zu den ihr dortiges Eigentum weiterhin behaltenden Privatpersonen genauer konkretisiert „... 1.° Relativement à l’articles 1. de la dite Note du 12. Vendémiaire, ..., par les deux Puissances contractantes. ...“ (*ebd.*, VI. Band, 306. Beilage, Anlagen, S. 9-10 (Zitat S. 9)).

⁷⁴² Die Reichsdeputation willigte hinsichtlich der im Oberrhein links des Talweges gelegenen den Reichsständen zugehörenden Inseln hierin ein, hierbei sie jedoch zu Ausdruck brachte, dass man in dieser Gegend keine Inseln links des Rheines kenne, welche Reichsstände zugehörten „... Sehr gerne vernahm man weiter, Ad 1.) In Betreff ..., die zugleich Reichs=Staende wären. ...“ (*Protocoll Rastatt*, VI. Band, 313. Beilage, Anlagen, S. 20-23 (20-21)), insg. (S. 20-21).

⁷⁴³ Die französischen Gesandten forderten in ultimativer Form von der Reichsdeputation bis zum Ablauf des 22 frimaire ihre Zustimmung zu dem die Modalitäten der Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete festlegenden Inhalt ihrer Note vom 12 vendémiaire, näher erläutert durch die nachfolgenden Noten vom 21 und 23 brumaire, 3 frimaire und der gegenwärtigen, wobei sie nochmals dem keine Stimme auf dem Reichstag habenden unmittelbaren Reichsadel ihre Besitzungen auf den französisch gewordenen Gebieten zusicherte „... La demande de transférer sur la rive droite toutes les propriétés de la Noblesse immédiate, situés à la gauche, ayant causé des inquiétudes, et excité des réclamations de la part de la Députation de l’Empire, on a accordé que les immédiats qui n’ont pas voix à la Diète, conservassent leurs domaines dans le territoire devenu français. ... Ils

10./11. Dezember 1798 ihr Einverständnis, dass die vom Reich zu gewährenden Entschädigungen sich auch auf die von den Reichsständen besessenen linksrheinischen Rittergüter erstrecke.⁷⁴⁴

Es bestand demnach auf dem Rastatter Kongress zwischen den beiden Verhandlungsteilen das Einverständnis, dass bei der Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete an die Französische Republik von den dortigen linksrheinischen Rittergütern die den Reichsrittern selber zugehörenden, diesen weiterhin verbleiben, womit sich bei ihnen nicht die Frage von Entschädigungen stellte. Hingegen sollten die den Reichsständen zugehörenden linksrheinischen ritterschaftlichen Besitzungen ihnen verloren gehen, so dass die weltlichen Reichsstände auch für sie eine rechtsrheinische Entschädigung durch Säkularisationen erhalten sollten.⁷⁴⁵

Während der Verhandlungen zum Abschluss des Friedensvertrag von Lunéville wurden diese Fragen nicht nochmals angesprochen.⁷⁴⁶

4. Domainen- und Chatoul-Güter der erblichen Reichsstände

Art. VI des Friedensvertrages von Lunéville, die Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete an die Französische Republik festlegend, sah neben dem Übergang der linksrheinischen „pays“ auch den der „domaines“ an die Französische Republik vor:

„S. M. l’Empereur et Roi, tant en son nom qu’en celui de l’Empire germanique, consent à ce que la République française possède désormais, en toute souveraineté et propriété, les pays et domaines situés à la rive gauche du Rhin, et qui faisant partie de l’Empire germanique; ...“⁷⁴⁷

Der anzuwendende französische Sprachgebrauch erfasste mit dem Begriff *domaine* neben dem *domaine public*, den für die Belange des Staates bestimmten Gütern des Regenten, auch den *domaine privé*, die für seine privaten Belange besessenen.

déclarent avec l’expression de mêmes sentimens que si dans le delai de six jours, à compter de demain 17. Frimaire, la Députation de l’Empire n’a pas donné et transmis aux soussignés une réponse cathégorique et satisfaisante, sur tous les points de ladite Note qui sont en contestation, leurs pouvoirs doivent cesser. ...“ (*Protocoll Rastatt*, VI. Band, 316. Beilage, Anlagen, S. 24-27 (Zitat S. 26, 27)), insg. (S. 24-27).

⁷⁴⁴ *Protocoll Rastatt*, VI. Band, 324 Beilage, S. 39-40 mit III. Band, SESSIO LXXXIV. den 10. Dec. 1798, S. 107, §. 163., S. 107-112: Conclusum, S. 109-112.

⁷⁴⁵ *Bingel*, Bedarf der siebente Artikel einer Auslegung? II., S. 25-26.

⁷⁴⁶ *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, Autriche: ~ 1800=1801. – ans VIII=IX. ~ *Negotiations et traité de Lunéville* und *Du Casse*, Histoire des négociations diplomatiques, Tome II, Traité de Lunéville, p. 45-351, Note A. u. B., p. 423-431, Note D. u. E., p. 432-437.

⁷⁴⁷ *Napoleonische Friedensverträge*, II., S. 21.

Encyclopédie, ou Dictionnaire raisonné des Sciences, des Arts et des Métiers (1782):

„D o m a i n e d e l a C o u r o n n e. Le *domaine de la couronne*, qu'on appelle aussi *domaine du roi*, ou par excellence simplement *le domaine*, est le patrimoine attaché à la couronne, & comprend toutes les parties dont il est composé.⁽⁷⁴⁸⁾ ...

Les Romains avoient deux natures de fisc, *alia reipublicae*, *alia principis*, le public & le privé. Ce dernier, qui appartenoit personnellement à l'empereur, étoit tellement séparé de l'autre, qu'il y avoit deux procureurs différens chargés d'en prendre le soin. On

faisoit en France la même distinction sous les deux premières races de nos rois. Le *domaine public* étoit composé de possessions attachées à leur Couronne; des tributs ou impositions ou impositions réelles, qui se payoient alors en deniers, ou en fruits & denrées en nature, de péages ... Le *domaine privé* étoit le patrimoine personnel du Roi, qui lui appartenoit lors de son avènement à la Couronne, ou qui lui étoit échu par succession, acquisition, ou autrement. Cette distinction du *domaine public & privé* est aujourd'hui inconnue, ...⁷⁴⁹

Der Begriff *domaines* betraf demnach die den Reichsständen zur Aufrechterhaltung ihrer landesherrlichen Gewalt und ihres Hofes gehörenden *Domainen-Kammergüter*,⁷⁵⁰ das von den erblichen Reichsständen besessene dynastische Familienstammgut, die von ihnen für ihre persönlichen Belange gehabten *Chatoulgüter*⁷⁵¹ – ein in Frankreich unbekannter Begriff⁷⁵² – und die von den geistlichen Reichsständen für selbige Zwecke innegehabten *Mensalgüter*.⁷⁵³

⁽⁷⁴⁸⁾ Tome XI, *Domaine de la Couronne*, p. 198-209 (198).

⁷⁴⁹ Tome XI, *Domaine de la Couronne*, p. 198-209 (199).

⁷⁵⁰ Die *Domainen- oder Kammergüter*, als persönliches Eigentum des Landesherrn zur Aufrechterhaltung des Hofes und der landesherrlichen Gewalt bestimmt und flossen die Einkünfte sie verwaltenden Kammer zu (*Schreber*, *Abhandlung von Cammerguetern und Einkuenften*, 1. Abschnitt, §. 6., S. 16; *Leist*, *Lehrbuch teutschen Staatsrechts*, 2. Aufl., B), I. Buch, II. Theil, I. Abtheilung, I. Abschnitt, §. 28., S. 92-93 und *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band XIII, 1. Buch, 17. Cap., §. 10., S. 208, insg., §. 10.-§. 12., S. 208-212).

⁷⁵¹ Das dynastische Familienstammgut unterlag den fideikommissarischen Bindungen der Familien, musste den nachfolgenden Generationen weitergegeben werden und konnte der erbliche Reichsstand nicht allein darüber verfügen. Die *Chatoulgüter* besaß der erbliche Landesherr allein für sich und zu seiner freien Verwaltung und Disposition, welche Einkünfte auch nicht in die Kammer flossen (*Leist*, *Lehrbuch teutschen Staatsrechts*, 1. Aufl., B), I. Buch, I. Theil, I. Abtheilung, II. Abschnitt, II. Hauptstueck, §. 33., S. 88-89 (89); *Häberlin*, *Handbuch Teutschen Staatsrechts*, Band III, 12. Buch, 2. Cap., §. 454., S. 525; *Schnaubert*, *Anfangsgruende des Staatsrechts der gesammten Reichslande*, 3. Buch, 2. Hauptstueck, §. 145., S. 98-99; *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band XIII, 1. Buch, 17. Cap., §. 14., S. 212; *Posse*, *Ueber die Sonderung reichsstaendischer Staats- und Privatverlassenheit*, 2. Abtheilung, §. 50., S. 168 und *Laufs-Mahrenholz-Mertens*, *Das Eigentum an Kulturgütern aus badischem Hofbesitz*, 1. Teil, Kap. A, I., 2., c), bb), S. 15-16).

⁷⁵² *Encyclopédie, ou Dictionnaire raisonné des Sciences, des Arts et des Métiers* (1782), Tome VII, p. 565-566, insbesondere in den unmittelbar aufeinanderfolgenden Erläuterung von *Chatouilleux* und *Chat-Pard*, p. 566 ist *Chatoul* nicht angeführt.

⁷⁵³ *Mensalgüter*, die den geistlichen Reichsständen zu ihren persönlichen Bedürfnissen beständig gewidmeten Güter, entsprachen den von den Kapitularen innegehabten Pfründen (*Zedler*, *Universal-Lexicon*, XX. Band, MENSÆ EPISCOPALIS, Sp. 714; *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band XIII, 1. Buch, 7. Cap., §. 3., S. 204-205; *Leist*, *Lehrbuch teutschen Staatsrechts*, 2. Aufl., B), I. Buch, II. Theil, I. Abtheilung, I. Abschnitt, §. 28., S. 93 und *Schnaubert*, *Anfangsgruende des Staatsrechts der gesammten Reichslande*, 3. Buch, 2. Hauptstueck, §. 141., S. 95).

Auf dem Rastatter Kongress hatten die französischen Gesandten in ihrer Note vom 4 messidor an VI (22 juin 1798) erklärt, alle diejenigen in dem Genuss ihres Privat-Eigentums zu belassen,⁷⁵⁴ welche weder Fürsten, Grafen, noch Stände mit individuelle oder Kuriat-Stimme sind.⁷⁵⁵

In ihrer Note vom 21 brumaire an VII (11 oct. 1798) brachten sie zum Ausdruck, dass das Reich und keines seiner Mitglieder links des Talweges des Rheines irgend ein Eigentum oder Recht beibehalten könne:

„...: le Gouvernement français ne consentira jamais à ce que l’Empire ou l’un de ses membres puissent conserver en aucune manière quelque propriété ou droit sur des parties situées à la gauche du Thalweg tel qu’il a été déterminé. ...“⁷⁵⁶

und konkretisierten dies in ihrer weiteren Note vom 3 frimaire an VII (23 nov. 1798) in Bezug auf die links des Talweges des Rheines liegenden Inseln von Reichsständen und von reichsständischen Reichsrittern:

„..., les soussignés tombent d’accord que la propriété des isles possédées au côté gauche du Thalweg, par des particuliers, leur sera conservée, en se conformant aux lois; mais quant à celles dudit côté qui appartiennent à des Princes et états d’Empire, et nobles immédiats, ayant voix à la diète, il est entendu que la souveraineté, et la propriété de toutes ces isles sans distinction, sont cédées et transportées à la République française, ...“⁷⁵⁷

In ihrer Erwiderungs-Note vom 6. Dezember 1798 willigte die Reichsfriedensdeputation hinsichtlich der im Oberrhein links des Talweges gelegenen den Reichsständen zugehörigen Inseln ein, brachte jedoch zum Ausdruck, dass man in dieser Gegend keine Inseln links des Rheines kenne, welche Reichsständen zugehören.⁷⁵⁸

⁷⁵⁴ In ihrer Note vom 14./18. Mai 1798 hatte die Reichsfriedensdeputation darauf hingewiesen, dass nach dem Europäischen Völkerrecht die Besitzungen, Güter, Rechte von den Privaten niemals mit den Domainen der das abgetretene Gebiet erwerbenden Nation vereinigt werden könnten (*Protocoll Rastatt*, V. Band, 185. Beilage, Anlage, S. 11-21 (19) und *Geheime Geschichte der Rastatter Friedensverhandlungen*, IV. Theil, S. 49-67 (63)).

⁷⁵⁵ „... Il consentira à ce que ceux qui ne sont pas en même tems Comtes, Princes, Etats d’Empire, qui n’ont à la Diète voix collective ni individuelle soient considerés comme de simples particuliers, et traités comme tels. Bien entendu néanmoins que de leur part il n’y aura lieu à aucune répétition ni indemnité quelconque, ...“ (*Protocoll Rastatt*, V. Band, 189. Beilage, Anlage, S. 14-26 (Zitat S. 25-26) und *Geheime Geschichte der Rastatter Friedensverhandlungen*, IV. Theil, S. 67-71 (70)).

⁷⁵⁶ *Protocoll Rastatt*, V. Band, 288. Beilage, Anlagen, S. 256-258 (256), insg., S. 256-257.

⁷⁵⁷ *Protocoll Rastatt*, VI. Band, 306. Beilage, Anlagen, S. 9-10 (9), nachfolgend „... tous arrangemens, Conventions et observances contraires sur ce point, devant cesser comme incompatibles avec la limite solennellement et irrévocablement fixée et reconnue dans la présente négociation, par les deux Puissances contractantes. ...“ (S. 9).

⁷⁵⁸ „... Die bevollmaechtigten Minister der franzoesischen Republik tragen ... an, daß der franzoesischen Republik das Eigenthum jener Inseln im Ober=Rheine, wo vorhin schon der Thalweg die Graenze machte, ueberlassen werde, welche Staenden des Reichs gehoeren. Diesseits, um einen abermaligen Beweis zu geben, wie sehr man den Frieden zu erleichtern sich bestrebe, will man nun auch noch dem franzoesischen Verlangen ueber diesen Gegenstand accediren, mit der Bemerkung, daß man in dieser Gegend keine Inseln auf der linken

Auf dem Rastatter Kongress hatte demnach zwischen der Reichsfriedensdeputation und den französischen Gesandten hinsichtlich der Rheininseln das Einvernehmen bestanden, dass das Eigentum – Domainen-Kammergüter, Chatoul-Mensalgüter – der Reichsstände links des Talweges des Rheins diesen verloren gehen sollte.⁷⁵⁹

Die in Art. VI des Friedensvertrages von Lunéville getroffene Regelung über den Verlust ihrer linksrheinischen „domaines“ verallgemeinerte der Regelung des Rastatter Kongresses für die Rheininseln.

Die in Art. XVI des Friedensvertrages von Lunéville über die Restitution von Erzherzog Carl und den Erben von Erzherzogin Christiane:

„Les biens fonciers et personnels non aliénés de S. A. R. l’archiduc Charles, et des héritiers de feu S. A. R. Madame l’archiduchesse Christine, qui sont situés dans les pays cédés à la République française leur seront restitués, à la charge de les vendre de l’espace de trois ans. ...“⁷⁶⁰

war die ausdrücklich festgelegte Ausnahme von der grundsätzlichen Regelung, dass die den Reichsständen zugehörigen Domainen-Kammergüter, Chatoul- und Mensalgüter diesen verloren gehen sollten.

Für das von den Privatpersonen linksrheinisch gehabte Eigentum sah Art IX des Friedensvertrages:

„Aussitôt après l’échange des ratifications du présent traité, il sera accordé dans tous les pays cédés, acquis ou échangés par ledit traité, à tous les habitants ou¹ propriétaires quelconques, mainlevée du séquestre mis sur leurs biens, effets et revenus, à cause de la guerre qui a eu lieu. Les Parties contractantes s’obligent à acquitter tout ce qu’elles peuvent devoir pour fonds à elles prêtés par ledits particuliers, ...“⁷⁶¹

dessen weitere eigentumsmäßige Berechtigung unter der Souveränität der Französischen Republik vor.

Rhein=Seite kenne, welche Unmittelbaren von Adel zugehoerten, die zugleich Reichs=Staende waeren. ...“ (*Protocoll Rastatt*, VI. Band, 313. Beilage, Anlagen, S. 20-23 (20-21, Zitat S. 20-21)).

⁷⁵⁹ *Batz*, Versuch einer natuerlichen Erklarung des siebenten Friedensartikels, II., C), §. 36., S. 67-68 „Wenn einzig und allein verlohrene Laender, und der damit verknuepfte Verlust von landesherrlichen Guetern (Domainen) und Rechten oder Regalien, zur Entschaedigung nach dem Luneviller Frieden berechtigen; so koennen die Fuersten und Staende fuer allen uebrigen Verlust auf dem linken Rheinufer – er bestehe nun in Guetern oder in Rechten – keine ansprechen. Dieser Verlust trifft ihr Privateigenthum; sie sind hierin Particuliers, und sie sollten dasselbe, so fern es nicht schon vor dem Frieden veraeußert worden, wie andere Privatleute, unter franzoesischer Hoheit besitzen, oder zu Geld machen koennen. Zwar wollte Frankreich bey dem Congreß zu Rastadt darein nicht willigen; ...“.

⁷⁶⁰ *Napoleonische Friedensverträge*, II., S. 23.

⁷⁶¹ *Napoleonische Friedensverträge*, II., S. 22 mit Fußn. 1 „et“.

Der *RDH* vom 25. Februar 1803 ging in seinem § 45:

„Obige Verfügungen vernichten alle Ansprüche auf die durch den Frieden von Lüneville an die französische Republik abgetretenen Länder; ...“⁷⁶²

von Entschädigungen der Reichsstände für ihren verlorenen linksrheinischen Domainen-Chatoul-Besitzes aus.

Die Entschädigungsregelung des Art. VII des Friedensvertrages von Lunéville erfasste demnach die den erblichen Reichsständen auf dem linken Rheinufer zugehörenden Domainen-Chatoul-Güter.⁷⁶³

⁷⁶² *Das Ende des Alten Reiches*, A., II., S. 48.

⁷⁶³ Der Ansicht von *Bingel*, Bedarf der siebente Artikel einer Auslegung? III., S. 37 „... Wenn der Fuerst, ausser den Staatsguetern, noch einige besaß, die er als *privatis* acquirirt hatte, so machten diese einen Theil seines Privateigenthums aus, allein diese Gueter werden nie unter dem Namen *Domainen* begriffen, der Fuerst hat das Recht, sie zu verkaufen und zu verschenken, das darf er sich, nach dem strengem Recht, einseitig bei den *Domainen* nicht erlauben, allein eben deswegen, weil diese Gueter Privateigenthum sind, und fuer das Privateigenthum im Frieden keine Entschaedigung bedungen ist, koennen sie auch in die Entschaedigungsliste nicht aufgenommen werden. Auf diese Gueter ist der 9te Art. des Friedens, wo von Aufhebung des *sequester* die Rede ist, passend. ...“

und *Batz*, Versuch einer natuerlichen Erklaerung des siebenten Friedensartikels, II., C), § 31., S. 57 „Der Luneviller Friede schuf und bestimmte den Gegenstand der Entschaedigung. Jenes geschah durch die Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich, dieses durch den Verlust oder Schaden, den aus dieser Abtretung einzelne Reichsstaende als Territorialbesitzer erlitten. ... Jeder Verlust der Staende, der nicht seinen Grund in der gedachten Abtretung hat, oder den sie nicht in der Eigenschaft als Regenten und Besitzer von Territorien litten, ist kein Objekt dieser Entschaedigung. Wenn also ein Reichsstand auf dem linken Rheinufer Privatgueter, oder nach einer unrichtigen Benennung Domainen besaß, und dieser verlohrt, so hat er dafuer keinen Ersatz zu verlangen.“

kann nicht gefolgt werden.

II

Die rechtsrheinische Entschädigungsmasse

1. Die vier evangelischen geistlichen Staaten

Zu Ausgang des 18. Jahrhunderts gehörten das Hochstift Lübeck und die drei Damenstifter Quedlinburg, Herford und Gandersheim den evangelischen Konfessionen zu.⁷⁶⁴ Bei den Übertritten ihrer vormaligen katholisch geistlichen Landesherrn zu den evangelischen Konfessionen waren sie ihrer Eigenschaft als geistliche Staaten nicht verlustig gegangen.⁷⁶⁵ Ihre strukturelle Identität mit den katholisch-geistlichen Staaten spricht dafür, dass die in Art. VII festgelegten Säkularisationen auch sie betrafen.

Dies wird auch dadurch belegt, dass auf dem Westfälischen Friedensschluss, bei welchem erstmalig zur Entschädigung von weltlichem Besitz geistliche Staaten herangezogen wurden und hierfür der Begriff der Säkularisationen kreiert wurde,⁷⁶⁶ zur Entschädigung nur deren evangelische Erz-, Hoch- und Stifter verwandt worden waren.⁷⁶⁷

Gaspari, Der Deputations-Recess:

„Durch den Westphälischen Frieden wurde ...; 3) das erste Beyspiel von Säcularisationen in Deutschland gegeben, welche aber lauter evangelisch gewordene Stifter und einige Johanniter-Commenden traf, (doch war, was wohl zu merken ist, bey den Friedensunterhandlungen auch schon die Rede von Säcularisation katholischer Stifter;) ...“⁷⁶⁸

Im *RDH vom 25. Februar 1803* wurden dann auch die evangelisch geistlichen Staaten, das Hochstift Lübeck dem Herzog von Hollstein-Oldenburg,⁷⁶⁹ die beiden Stifter Quedlinburg

⁷⁶⁴ Lübeck (unten, S. 352), Quedlinburg, Herford, Gandersheim (unten, S. 568).

⁷⁶⁵ Unten, S. 450.

⁷⁶⁶ Oben, S. 7.

⁷⁶⁷ Hochstifter Halberstadt, Minden, Camin, Erzstift Magdeburg (unten, S. 352, 962-969), Hochstifter Schwerin, Ratzeburg (unten, S. 352, 969-972), Erzstift Bremen, Hochstift Verden (unten, S. 352, 972-974).

⁷⁶⁸ 1. Theil, II., S. 52.

⁷⁶⁹ § 8 RDH (*Das Ende des Alten Reiches*, A., II., S. 24).

und Herford dem König von Preußen⁷⁷⁰ und das Stift Gandersheim dem Haus Braunschweig-Wolfenbüttel⁷⁷¹ für ihre linksrheinischen gebietlichen Verluste zugesprochen.

2. Weltliche Lehen der geistlichen Reichsstände

Die von den geistlichen Reichsständen besessenen geistlichen Staaten wurden durch die Art des Bestellsaktes – Wahl des Würdenträgers nach Kanonischem Recht⁷⁷² und Belehnung durch Kaiser und Reich mit den weltlichen Rechten⁷⁷³ – gekennzeichnet.

Die daneben von wenigen geistlichen Reichsständen als weltliche Gebiete besessenen Territorien, zu Ausgang des 18. Jahrhunderts insbesondere das dem Erzbischof von Köln zugehörige Herzogtum Westfalen,⁷⁷⁴ das von dem Erzbischof von Mainz innegehabte Erfurt und Eichsfeld⁷⁷⁵ und die von der Äbtissin von Buchau besessene Herrschaft Strasberg⁷⁷⁶ erfüllten nicht den Begriff des geistlichen Staates. Für die Frage der rechtsrheinischen Entschädigungen durch Säkularisationen sind sie jedoch gleichfalls als von den geistlichen Reichsständen besessene reichsunmittelbare Territorien mitzuberücksichtigen. Weder auf dem Rastatter Kongress⁷⁷⁷ noch auf den Verhandlungen zur Abschließung des Friedensvertrages von Lunéville⁷⁷⁸ finden sich Hinweise für ihre Nichtberücksichtigung, wovon auch die zeitgenössischen Publizisten bei der Auslegung des Art. VII des Friedensvertrages von Lunéville ausgegangen waren.⁷⁷⁹

⁷⁷⁰ § 3 RDH (*Das Ende des Alten Reiches*, A., II., S. 20-21 (21)).

⁷⁷¹ § 4 RDH (*Das Ende des Alten Reiches*, A., II., S. 21-22 (22)).

⁷⁷² Unten, S. 347.

⁷⁷³ Die 3 geistlichen Kurfürsten und die Virilstimmen im Reichsfürstenrat innehabenden 32 geistlichen Reichsfürsten wurden mit den höhere kaiserlichen Thronlehen belehnt (unten, S. 530, 517).

Die Anteile an den beiden Curiatstimmen im Reichsfürstenrat habenden Prälaten wurden mit den niederen Reichshofratslehen und auch landsässigen Lehen belehnt (unten, S. 579-580).

⁷⁷⁴ Unten, S. 347-348.

⁷⁷⁵ Stadt Erfurt mit zugehörigen Gebieten und das Eichsfeld (unten, S. 347-348).

⁷⁷⁶ Unten, S. 347-348.

⁷⁷⁷ *Protocoll Rastatt*, I. Band, SESSIO XXXVIII., den 2ten April 1798, §. 105., Umfrage, Frankfurt, S. 512-514 (512), SESSIO XXXIX., den 4ten April 1798, §. 107., Kurmainz, S. 534-535.

⁷⁷⁸ *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371: Autriche: ~ 1800=1801. – ans VIII=IX. ~ *Negociations et traité de Lunéville* und *Du Casse*, Histoire des négociations diplomatiques, Tome II, Traité de Lunéville, p. 45-351, Note A. u. B., p. 423-431, Note D. u. E., p. 432-437.

⁷⁷⁹ *Seuffert*, Versuch einer doctrinellen Auslegung des siebenten Friedensartikels, 1. Abschnitt, §. 14., S. 20-22; *ders.*, Der siebente Artikel bedarf einer Auslegung, 1. Abschnitt, § 4., S. 14-17; *Bingel*, Bedarf der siebente

3. In den rechtsrheinischen weltlichen Staaten gelegene landsässige katholische geistliche Güter?

Die Säkularisation von landsässigen geistlichen Gütern, welche nur katholische Güter – Klöster, Abteien, Propsteien – betraf – von den evangelischen Landesherren waren sie im Zuge der Reformation eingezogen worden⁷⁸⁰ –, bedeutete einen Eingriff in die Landeshoheit ihres Landesherrn.⁷⁸¹ Da nach Art. VII der durch die Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete eingetretene Schaden allein von den geistlichen Reichsständen zu tragen war, hätte eine Säkularisation von landsässigen geistlichen Gütern eine Mitheranziehung von weltlichen Reichsständen zur Schadenstragung bedeutet. Eine solche sollte jedoch nach dem Wortlaut von Art. VII nicht erfolgen.⁷⁸²

Artikel einer Auslegung? I., S. 14-17; *ders.*, Der Friede von Lueneville ist ueber alle Auslegung erhaben, 1. Abschnitt, Ad §. 1.-ad §. 3., S. 7-18 und *Batz*, Versuch einer natuerlichen Erklarung des siebenten Friedensartikels, II., A), §. 14.-§. 17., S. 19-28; *ders.*, Ueber die sogenannte Rechtfertigung des Versuchs einer doktrinellen Auslegung des siebenten Friedensartikels, II., A), ad §. 15., ad §§. 16.-21., S. 23-36.

⁷⁸⁰ Bei der von der lutherischen Lehre geforderten Abkehr vom mönchischen Leben gab es keine evangelischen Klöster mehr, sondern diese waren in Schulen und anderen mildtätigen Stiftungen umgewandelt worden. Der Begriff von Säkularisation als der Umwandlung von bisher geistlichem Besitz in weltlichen war demnach bei ihnen wegen ihren bereits stattgehabten Einziehungen durch ihre Landesherren nicht anwendbar.

Gaspari, Der Deputations-Recess, 2. Theil, V., §. 35., S. 277-278 „Diess ist einer der unerklärbarsten Punkte im ganzen Entschädigungs-Plane. Nach den ausdrücklichen Stipulationen sollten die Entschädigungen durch Säcularisationen bewirkt werden. Diese lassen sich nicht anders denken, als von katholischen geistlichen Stiftungen. Die Protestanten haben dergleichen nicht. Was bey ihnen Stift, Abtey oder Kloster heisst, hat bloss den Namen einer geistlichen Anstalt und höchstens zuweilen einen äusserlichen geistlichen Anstrich von den katholischen Zeiten (vor der Reformation) her beybehalten. Dem Innern, dem Wesen nach sind es blosser Versorgungs- oder Unterrichts – Anstalten. Der König von Preussen giebt die Pfründen seiner Dom- und andern Stifter verdienten Militair- und Civil-Personen, und sie bleiben dabey eben so weltlich wie vorher. Die Aebte von Murhard und Kloster Berge sind Schulvorsteher, nichts weiter. Der Abt von Amelunxborn ist zwar ein Geistlicher, aber nicht als Abt, sondern als Generalsuperintendent, und sein Prior ist der Schulrector. So geht es durchaus. Die Kloster-Fräulein von Mecklenburg, Holstein u. s. w. denken nicht daran, Nonnen zu seyn. Es ist ihnen gar nicht um Singen und Beten, sondern einzig um die Hebung zu thun, und von einem Gelübde der Keuschheit wissen sie nichts? Wo ist denn nun das geistliche, das Säcularisirbare? Alle diese Stiftungen wurden schon mit der Reformation säcularisirt, und in Belohnungs- Bildungs- und Versorgungs-Anstalten umgeschaffen. ...“; *Wiese*, Handbuch des gemeinen in Teutschland ueblichen Kirchenrechts, III. Theil, 1. Abschnitt, §. 402., S. 273-274 und *Häberlin*, Ueber Aufhebung mittelbarer Stifter, §. 34., S. 85-86, §. 38., S. 95-96.

⁷⁸¹ Die landsässigen geistlichen Güter unterstanden ihrer Landeshoheit.

⁷⁸² Bei der im *RDH vom 25. Febr. 1803* mit seinen über Art. VII des Friedensvertrag von Lunéville hinausgehenden Entschädigungen, insbesondere von § 35: den zur Entschädigung berechtigten als auch den eine Entschädigung nicht erhaltenen Landesherrn werden ihre landsässig geistlichen Güter sowohl in den alten und den neuen Besitzungen zu ihrer freien Disposition gestellt (unten, S. 176-177), waren dann auch landsässiger geistlicher Besitz in weltlichen Staaten zur Entschädigung herangezogen.

Das unter baierischer Landeshoheit gestandene Augustiner Eremiterklöster Schönthal (*Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der bayerische Kreis, Das Herzogthum Bayern, II. Die obere Pfalz, I., 12., 2), S. 781) gelangte nach § 6 mit Landeshoheit unter Vorbehalt der Rechte des weltlichen Fürsten an den Herzog von Wirtemberg (*Das Ende des Alten Reiches*, A., II., S. 22). Dies gleichfalls das adelige Frauenkloster Heiligenkreuzthal, ein schwäbisch-österreichischer Landstand, dem Haus Österreich insbesondere das Besteuerungsrecht zugestanden und die Kriminalobrigkeit in Abhängigkeit mit dem Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen ausgeübt (*Klosterlandschaft Oberschwaben I Heiligkreuztal – Salem*, Heiligkreuztal v. G.

4. Landsässig geistliche Güter geistlicher Staaten?

Die Zusprechung der rechtsrheinische geistlich-katholischen Staaten an die linksrheinisch depossedierten erblichen Reichsstände bewirkte ihre nunmehrige Zugehörigkeit zu einem weltlich-katholischen oder weltlich-evangelischen Landesherrn.

Die Frage der Säkularisation der landsässigen katholisch-geistlichen Güter durch ihren weltlichen Landesherrn sprach die seit der Reformation aufgekommene Frage der Einziehung geistlicher Gütern durch den eigenen Landesherrn an.

Den zu den evangelischen Konfessionen übergetretenen oder später zugehörenden Landesherrn war dies als Bestandteil ihrer Landeshoheit gestattet gewesen.⁷⁸³ Hingegen war den katholischen Landesherrn dies wegen ihrer Zugehörigkeit zur katholischen Konfession nicht gestattet gewesen.⁷⁸⁴ Hiervon ging auch die Regelung des Art. V § 26 IPO aus, nach welcher den katholischen Amtsträgern untersagt wurde, ihre landsässigen geistlichen Güter in andere geistliche Orden umzuwandeln, für deren Regeln sie ursprünglich nicht bestimmt waren, es sei denn, diese Orden seien erloschen:

„...; non tamen in alios religiosorum ordines, quam quorum regulis primitus dicata sunt, commutentur, nisi talium religiosorum ordo plane interciderit. ...“⁷⁸⁵

Nach der Reichsverfassung bestanden unterschiedliche Regelungen in Bezug auf die Einziehung der katholisch-landsässigen geistlichen Güter durch ihre evangelischen oder katholischen Landesherrn und damit auch für die Entschädigung nach Art. VII.

Die in Art. VII des Friedensvertrages von Lunéville in einer Generalklausel festgelegte Schadenstragung der linksrheinisch depossedierten erblichen Reichsstände durch rechtsrheinische Säkularisationen geistlicher Staaten sprach diese Frage nicht an. Dies wird dadurch bestätigt, dass in dem nachfolgenden *RDH vom 25. Februar 1803* eine detaillierte Regelung zu dieser Frage aufgenommen wurde, in welchem § 35 sowohl den zur Entschädigung berechtigten als auch den eine Entschädigung nicht erhaltenden Landesherrn ihre landsässig geistlichen Güter zu ihrer Disposition gestellt wurden:

Denzinger, I., 2., b., S. 6-7, III., Das Territorium Heiligkreuztals um 1790; *Roeder*, Lexikon von Schwaben, I. Band, heil. Kreuzthal, Sp. 1185-1186 und *GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Hohenzollern, B), S. 158-159), das er zugesprochen bekam (§ 6: *Das Ende des Alten Reiches* ebd.).

⁷⁸³ Nach Art. VIII § 1 IPO mit der freien Ausübung der Landeshoheit im geistlichen und weltlichen Bereich (unten, S. 439-440). Das *ius circa sacra* hatte im 17. Jahrhundert einen überkonfessionellen, rein staatsrechtlichen Inhalt, die kirchenregimentlichen Befugnisse (*J. Heckel*, *Cura religionis, ius in sacra, ius circa sacra*, in: *Festschrift Stutz*, I. u. II., S. 225-281, IV. u. V., S. 283-298 (298)).

⁷⁸⁴ Nach dem Kanonischen Recht war bei den Kirchlichen Vermögen die Verfügungsgewalt der Bischöfe/Äbte an den Konsens der Kapitel gebunden und wurde zusätzlich die Erlaubnis des heiligen Stuhles benötigt. Ohne diese Erlaubnis abgeschlossenen Verträge sind nichtig. Prälaten, welche hiergegen gehandelt haben, sollen von Amt und Würden kommen und soll der andere Teil der Strafe des Kirchenbanns verfallen (unten, S. 589).

⁷⁸⁵ *Instrumenta Pacis Westphalicae, ... Caesareo-Suecicum ...*, S. 33.

„Alle Güter der fundirten Stifter, Abteien und Klöster, in den alten sowohl als in den neuen Besitzungen, katholischen sowohl als A. C. verwandten, mittelbarer sowohl als unmittelbarer, deren verwendung in den vorhergehenden Anordnungen nicht –förmlich festgesetzt ist, werden der freien und vollen Disposition der respektiven Landesherrn, sowohl zum Behuf des Aufwandes für Gottesdienst, Unterrichts- und andere gemeinnützige Anstalten, als zur Erleichterung der Finanzen überlassen, unter dem bestimmten Vorbehalte der festen und bleibenden Ausstattung der Domkirchen, welche werden beibehalten werden, und der Pensionen für die aufgehobene Geistlichkeit, nach den unten theils wirklich bemerkten, theils noch unverzüglich zu treffenden näheren Bestimmungen.“⁷⁸⁶

Berghaus, Deütschland seit hundert Jahren:

„... Dieser Paragraph enthält eine Verfügung, welche gegen alles Gefühl der Schicklichkeit und einen Gebrauch verstieß, der durch seine Übung während einer Zeit von fast dreihundert Jahren geheiligt war. ...“⁷⁸⁷

Häberlin, Ueber die Aufhebung mittelbarer Stifter ging von der Nichtbetroffenheit der in den geistlichen Staaten gelegenen landsässigen geistlichen Güter von der Entschädigungsregelung des Art. VII aus:

„Ohne die allerdings sehr haeckliche Frage beruehren zu wollen, ob ueberhaupt der Friede mit Frankreich nicht anders als gegen das Versprechen der erblichen Reichsstaende fuer ihren durch Abtretung des linken Rhein=Ufers erlittenen Territorial=Verlust, in Gemaeßheit der zu Rastadt bereits aufgestellten Grundsaeetze, das heißt durch S a e c u l a r i s i r u n g d e r g e i s t l i c h e n L a e n d e r zu entschaeidigen, kann die Nothwendigkeit der Entschaeidigung durch Saecularisation g e i s t l i c h e r L a e n d e r gern zugegeben werden. Folgt hieraus aber auch die absolute Nothwendigkeit der Saecularisirung der e i n z e l n e n, in diesen zu saecularisirenden Landen befindlichen m i t t e l b a r e n Stifter, Abteien und Kloester? Auch ohne diese konnte die versprochene Entschaeidigung geschehen, wie wohl Niemand leugnen wird, wenn man den Verlust mit der Entschaeidigungs = Masse vergleicht. Wenigstens war keine allgemeine Aufhebung oder Saecularisirung dieser Stifter in den Entschaeidigungs=Landen zum Vortheile der neuen Landesherrn noethig, wie denn wirklich anfangs auch nur e i n z e l n e n Fuersten die in ihren zu erhaltenden Entschaeidigungs=Landen befindlichen mittelbaren Stifter zur Entschaeidigung angewiesen, und dadurch so wie durch das zweite Princip der Considerations générales des ersten Plans zu erkennen gegeben wurde, daß die nicht ausdruecklich angewiesenen Stifter von i h r e n n e u e n L a n d e s h e r r e n nicht eingezogen, sondern zu andern Zwecken verwandt werden sollten.“⁷⁸⁸

⁷⁸⁶

Das Ende des Alten Reiches, A., II., S. 44.

§ 42 des *RDH* sah alleinig bei den geschlossenen Frauenklöstern die Zustimmung des Bischofs vor. „Die Säcularisation der geschlossenen Frauenklöster kann nur im Einverständnis mit dem Diözesanbischofe geschehen. Die Mannsklöster hingegen sind der Verfügung des Landesherrn oder neuen Besitzer unterworfen, welche sie nach freiem Belieben aufheben oder beibehalten können. ...“ (S. 47).

⁷⁸⁷

2. Abtheilung, I. Band, 16. Kap., § 35., S. 364.

III

Zusammenfassung: Keine allgemeine Säkularisation

Art. VII legte die rechtsrheinischen Säkularisationen allein zur gebietlichen Entschädigung für die den linksrheinisch depossedierten erblichen Reichsständen eintretenden gebietlichen Verluste fest:

„..., l'Empire sera tenu de donner aux Princes héréditaires qui se trouvent dépossédés à la rive gauche du Rhin, un dédommagement qui sera pris dans le sein dudit Empire, ...“⁷⁸⁹

Die gebietlichen Verluste der linksrheinisch depossedierten erblichen Reichsstände beliefen sich auf 442 Quadratmeilen, 1 184 816 Menschen und 10 031 299 Gulden jährliche Einkünfte.⁷⁹⁰

Die Territorien der rechtsrheinischen Staaten geistlicher Reichsstände hatten einschließlich ihrer landsässigen geistlichen Güter eine insgesamt gebietliche Größe von 1 066 Quadratmeilen, eine Menschenzahl von 2 299 912 und jährliche Einkünften von 13 691 779⁷⁹¹ Gulden. Hiervon machten die Territorien der allein zur Entschädigung bestimmten Staaten geistlicher Reichsstände ca. $\frac{9}{10}$ gegenüber den ca. $\frac{1}{10}$ ihrer nicht zur Entschädigung mitbestimmten landsässigen geistlichen Güter aus.⁷⁹²

Bei diesem weiten Überwiegen der zur Entschädigung bestimmten rechtsrheinischen Staaten geistlicher Reichsstände gegenüber den linksrheinischen gebietlichen Verlusten sollte demnach nach Art. VII des Friedensvertrag von Lunéville im Reich keine allgemeine Säkularisation der rechtsrheinischen geistlichen Staaten stattfinden. Vielmehr sollten die rechtsrheinischen geistlichen Staaten nach ihrer gebietlichen Verkleinerung und zahlenmäßigen Verringerung als solche im Reich weiterhin fortbestehen.

Dies bestätigt auch der von *Trauttmansdorff* in seinem im Oktober 1801 angefertigten Rechtfertigungsbericht⁷⁹³ über das vom Wiener Hof mit dem neuen Zar Alexander I. von Russland⁷⁹⁴ erzielte Einvernehmen:

„... Diese bestunden in Ansehung der Indemnisationen im wesentlichen darin,

⁷⁸⁸ §. 24., S. 60-61.

⁷⁸⁹ *Napoleonische Friedensverträge*, II., S. 21-22.

⁷⁹⁰ Annex, S. 30.

⁷⁹¹ Annex, S. 65.

⁷⁹² Annex, S. 31-66.

⁷⁹³ Über seine Tätigkeit als kommissarischer Leiter der auswärtigen Geschäfte.

⁷⁹⁴ Bestieg am 24. März 1801 den Thron.

1. daß man sich bloß zu billigen Entschädigungen, keineswegs aber unter diesem Vorwande zu Vergrößerungen irgendeines Hofes einverstehen und
2. soviel möglich die Reichskonstitution beibehalten, mithin den allgemeinen Säkularisationsgrundsatz vermeiden wolle. ...⁷⁹⁵

⁷⁹⁵

Aretin, Heiliges Römisches Reich 1776-1806, Teil II, Aktenstück 58, S. 307-313 (310).

Zweiter Teil

Die Verpflichtung des Reiches zur Gewährung von Entschädigungen an die linksrheinisch depossedierten Reichsstände

A

Der aus dem Notrecht sich ergebende Aufopferungsanspruch

I

Das Reich als ein aus mehreren Staaten zusammengesetzter Staat

1. Der von *Pütter* kreierte Begriff des aus mehreren Staaten zusammengesetzten Staates

Unter Zugrundelegung des Vorhandenseins von zusammengesetzten Gesellschaften¹ und unter Relativierung der alleinigen Einteilung von Staaten in die aristotelische Dreiheit Monarchie, Aristokratie, Demokratie,² hinter welcher eine höhere, in die einfachen und zusammengesetzten Staatskörper zu denken ist,³ folgerte *Pütter* als Begrifflichkeit der

¹ *Pütter*, Beytraege zum Teutschen Staats= und Fuersten= Rechte, I. Theil, I., §. 5., S. 20-21: Es gibt Gesellschaften, die nur aus einzelnen Personen bestehen, wie Familien aus Ehegatten, Kinder und Gesinde. Mehrere Familien können auch eine Gemeinschaft – Landschaft – und mehrere Landschaften ein Reich ausmachen. Eine große Armee kann aus mehreren Heeren verschiedener Mächte bestehen, ein Heer wiederum aus mehreren Regimentern, und diese wiederum aus mehreren Kompanien. Mehrere kleinere Gesellschaften können sich wiederum zu Mitglieder zu einer größeren Gesellschaft vereinigen. „Erwachset nun daraus die philosophisch ganz richtig abstrahirte Abtheilung einfacher und zusammengesetzter Gesellschaften; warum sollten sich nicht auf eben die Art erst einfache und zusammengesetzte Staaten von einander abtheilen lassen, ehe man noch an die weitere Afterabtheilung von Monarchien und Republiken koemmt?“ (§. 6., S. 21), „Erfahrung und Geschichte stimmen damit ueberein, daß es nichts weniger als ungewoehnlich ist, daß mehrere einzelne Staaten in einen groesseren vereinigt werden. ...“ (§. 7., S. 21-22).

² „In allen Schriften, die mir noch ueber diese Materie vorgekommen sind, hat man, wo ich nicht irre, den Grundfehler begangen, daß man einen unvollstaendigen Maaßstab angenommen hat, indem man sich bloß in die Aristotelische Eintheilung der Staaten in Monarchien, Aristocratien und Democratien gehalten hat; ...“ (*Pütter*, Beytraege zum Teutschen Staats= und Fuersten= Rechte, I. Theil, I., §. 3., S. 20), insg. (*ebd.*).

³ „Aber ueber diese Abtheilung muß man sich noch eine hoehere denken, vermoege deren auf gleiche Art, wie es einfache oder zusammengesetzte Gesellschaften gibt, so auch einfache oder zusammengesetzte Staatskoerper seyn koennen.“ (*Pütter*, Beytraege zum Teutschen Staats= und Fuersten= Rechte, I. Theil, I., §. 3., S. 20).

allgemeinen Staatslehre und für das Reich, den aus mehreren Staaten zusammengesetzten Staat.⁴ Im Gegensatz zu den staatlichen Personalvereinigungen,⁵ den Realverbindungen⁶ und der verbunden-föderalen Staaten⁷ ist sein generelles Merkmal neben der Dauerhaftigkeit eine über den einzelnen Staaten stehende gemeinsame Gewalt.⁸

⁴ Erstmals in seinen *Elementa juris Publici Germanici*, § 121, 122 (1754), zusammenfassend in seinen *Beytraege zum Teutschen Staats= und Fuersten= Rechte*, I. Theil, I. u. II., S. S. 19-57.

⁵ „Wenn zwey oder mehrere Staaten zwey einerley Regenten haben, aber doch in ihren Grundgesetzen unterschieden bleiben, wie z. E. Ungarn und Boehmen, Großbritannien und Hannover u. s. w.; so ist das nur eine personliche Vereinigung, die nicht hindert, daß ein jeder Staat fuer sich vom andern unabhaengig bleibt, ohne daß man davon noch Beyspiele eigentlich zusammengesetzter Staaten hernehmen kann. ...“ (*Pütter*, *Beytraege zum Teutschen Staats= und Fuersten= Rechte*, I. Theil, I., §. 8., S. 22), insg., *ebd.*

⁶ „Es koennen aber auch verschiedene urspruenglich einander nichts angehende Staaten sich dergestalt, daß aus mehreren einer wird, vereinigen, und also in Realverbindung treten, ...“ (*Pütter*, *Beytraege zum Teutschen Staats= und Fuersten= Rechte*, I. Theil, I., §. 9., S. 22). Beispiele: England-Schottland, Jülich-Berg, welche ein gemeinschaftliches Parlament, Landschaft haben, beide Völker stehen in völliger Gleichheit und wird auch keines ein Teil des anderen (*ebd.*, §. 10.-§. 11., S. 23-24).

⁷ Beispiele die 7 Niederländischen Provinzen und die 13 Helvetischen Eidgenossenschaften: sie haben sich auf ewig vereinigt, einander beizustehen, gegen auswärtige Mächte und auch in bestimmten Fällen, wie Münzen alle für einen Mann zu stehen, so gut, als ob sie alle in einem Staatskörper vereinigt wären, sie haben aber ihre ganz eigene von den anderen unabhängige Staatsverfassung, sie sind nur in einer gemeinsamen Verbindung, unbeschadet ihrer ursprünglichen Gleichheit und Unabhängigkeit, sie werden nicht zu einem Staat, sie sind von den eine höchste Gewalt Suchenden zu unterscheiden (*Pütter*, *Beytraege zum Teutschen Staats= und Fuersten= Rechte*, I. Theil, I., §. 12. u. §. 13., S. 24-26).

Grundsätzliche oder größere Gleichheit seiner einzelnen Mitgliedsstaaten. Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten. Keine Bundesgerichte für die Einwohner der Mitgliedsstaaten.

⁸ „Das Wesen eines Staats erfordert fuer alle, die dazu gehoeren, eine einige gemeinsame hoechste Gewalt. ...“, „Aber sollte es sich nicht auch als moeglich gedenken lassen, daß mehrere Staaten auf solche Art dergestalt in Verbindung traeten, daß ein jeder zwar in seiner innerlichen Verfassung seine eigne Regierung mit allen Hoheitsrechten voellig behielte; aber daß sie alle doch noch eine hoehere gemeinsame Gewalt ueber sich haetten, welcher gewisse Hoheitsrechte allein vorbehalten blieben, und an welche z. E. auch Beschwerden und Appellationen aus jedem einzelnen Staate angebracht werden koennten?“ „Hier eroeffnet sich erst eine neue Aussicht noch einer besonderer Gattung von Staatsverfassung, da man sich ordentlicher Weise zwar einen jeden Staat mit einer ihm eignen h o e c h s t e n Gewalt ganz frey und unabhaengig von aller andern hoeheren Gewalt vorstellet. Allein warum sollten nicht auch Staaten moeglich seyn, deren Regierung noch einer andern hoeheren Gewalt mit gewissen Bestimmungen untergeordnet seyn koennte?“ (*Pütter*, *Beytraege zum Teutschen Staats= und Fuersten= Rechte*, I. Theil, I., §. 14. u. §. 15., S. 26-27).

Die italienischen Fürsten üben zwar alle Hoheitsrechte über ihre Länder aus, müssen jedoch den Kaiser als ihr Oberhaupt und ihren Lehns Herrn verehren. In den mittleren Zeiten waren in nahezu allen europäischen Reichen Beispiele solcher Feudalverhältnisse zwischen Fürsten und Königen gegeben und in gewisser Weise erkannten alle christlichen Mächte, wie sie den Papst als ihr geistliches Oberhaupt, so den Kaiser als ihr gemeinsames weltliches Oberhaupt an (*ebd.*, §. 16., S. 27).

„... Und wer erkennt hier nicht gleich schon einen der Hauptzuege unserer Teutschen Reichsverfassung?“ (*ebd.*, §. 17., S. 28). Historisch war der König der einzig wahre Regent der ganzen Monarchie gewesen, aus seinen königlichen Befehlshabern den Grafen und den Herzögen wurden erbliche Vasallen und wahre Regenten, nur dass sie dem König als Lehn- und Oberherrn untergeordnet blieben. „Also war in Teutschland ... der ganz besondere Fall, daß es zwar in allem Betrachte wuerklich nur einen Staat ausgemacht hatte; aber nach und nach in mehrere besondere Staaten zerfiel, deren jeder seine voellig eigne Regierung bekam, nur daß doch die Verbindung, worinn zuvor das Teutsche Reich unter seinem einigen Oberhaupte gestanden hatte, nicht ganz aufhoerte, sondern alle jene besondere Staaten sich nach wie vor doch noch als Mitglieder eines Reichs und unter einem gemeinsamen hoechsten Oberhaupte vereiniget, erkannten. Und das ist offenbar der Fall, worinn wir uns noch jetzt finden.“ (*ebd.* §. 16.-§. 21., S. 27-30, Zitat §. 21., S. 29-30).

Pütter, Beytraege zum Teutschen Staats= und Fuersten= Rechte:

„Ganz unschicklich ist es daher ueberhaupt die Lehre von der Regierungsform des Teutschen Reichs gleich mit der Frage anzufangen: ob Teutschland eine Monarchie oder Aristocratie sey? Sondern das ist billig die erste Frage: ob es ein einfacher oder zusammengesetzter Staat sey? Und da wird wohl niemand einen Augenblick anstehen, das einzuraeumen, daß Teutschland nicht so wie Frankreich, Daenemark, Schweden, u. s. w., keiner weitem Zergliederung beduerfe, sondern daß es allerdings ein aus mehreren besonderen Staaten zusammengesetzter Staatskoerper sey; zwar auch nicht, wie die Schweiz und die vereinigten Niederlande bloß ein Inbegriff mehrerer verbundenen unabhaengigen Staaten, sondern ein Reich, das aus mehreren besonderen jedoch einer gemeinsamen hoehern Gewalt noch unter geordneten Staaten bestehet.“⁹

2. Die Qualifizierung des Reiches als ein aus mehreren Staaten zusammengesetzter Staat

Die positiven Verfassungsstrukturen des Reiches und seiner Territorien bestätigen die staatlichen Qualitäten von beiden.

In den Territorien besaßen die Regenten¹⁰ seit der im 17. Jahrhundert stattgehabten Ausbildung der Landeshoheit¹¹ mit deren Bestätigung im Westfälischen Friedensschluss von 1648¹² für ihre Gebiete¹³ eine umfassende,¹⁴ originäre¹⁵ und eigene Gewalt¹⁶ mit

⁹ I. Theil, I., §. 22., S. 30-31.

¹⁰ In den Flächenstaaten die Kurfürsten, Fürsten, Prälaten, Grafen, Freiherren; in den Reichsstädten ihre Magistrate.

¹¹ Unten, S. 439.

¹² Unten, S. 439-440.

¹³ Der Kaiser besaß als Oberhaupt des Reiches kein Gebiet mehr, in dem er der Landesherr war, gleiches galt auch für die Regalien, er hatte keine Domänengüter mehr, von dem früheren Reichsgut war sämtlicher gebietlicher Besitz und die Regalien an die Landesherrn und an die Reichsritter gelangt. (*Pütter*, Beytraege zum Teutschen Staats= und Fuersten= Rechte, I. Theil, II, 2), §. 50.-§. 63., S. 44-51, II, C), §. 66., S. 52).

¹⁴ Unten, S. 447.

¹⁵ *Leist*, Lehrbuch teutschen Staatsrechts, 1. Aufl., B), 1. Buch, 1. Theil, 1. Abtheilung, 1. Abschnitt, § 17., S. 47-48 „Die Landeshoheit ist der Inbegriff saemmtlicher Regierungs= oder HoheitsRechte, welche ..., aus eigener Macht ..., ausgeuebt werden²). ...“; *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band XIV, 1. Cap., §. 7., S 13 „Der eigentliche und groeste Vorzug derer Teutschen Reichsstaende bestehet darinn, daß sie ... die Landeshoheit ..., nicht in des Roem. Kaysers, als des Reichs Oberhaupt, Namen, oder als dessen Statthaltere, Beamte, u. s. w., oder Namens des Reichs, ausueben, sondern aus eigener Gewalt, ...“; *Gönner*, Teutsches Staatsrecht, 1. Theil, 1. Buch, 2. Abschnitt, 9. Hauptstück, 1. Absatz, §. 226., I), S. 333 „... der, unsere Staatsconstitution von allen anderen Verfassungen unterscheidende ... Grundsatz: der teutsche Staat wird in allen seinen Theilen durch eine besondere jedem Theile eigene oberste Staatsgewalt, ..., regiert. ...“ und *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band I, 3. Buch, 1. Cap., §. 116., S. 373 „... Die landesherrlichen Rechte werden jedoch nicht nur ausschließlich von einem jeden Reichsstand, sondern auch aus eigener Gewalt, ... ausgeuebt. ...“.

¹⁶ *Leist*, Lehrbuch teutschen Staatsrechts, 1. Aufl., B), 1. Buch, 1. Theil, 1. Abtheilung, 1. Abschnitt, § 17., S. 47-48 „Die Landeshoheit ist der Inbegriff saemmtlicher Regierungs= oder HoheitsRechte, welche ..., in eigenem Namen, ..., ausgeuebt werden²). ...“; *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band XIV, 1. Cap., §. 7., S 13 „Der

gesetzgebenden,¹⁷ exekutiven¹⁸ und judikativen Befugnissen.¹⁹ Sie konnten alle Massregeln treffen, welche die innere und äußere Sicherheit ihrer Territorien betrafen²⁰ und hatten zudem die Befugnis, zur Eingehung von Bündnisse mit auswärtigen Mächten, soweit sie nicht gegen Kaiser und Reich gerichtet waren.²¹

Das Reich konnte die Verhältnisse der Territorien untereinander und ihre Beziehungen zu ihrer Gesamtheit bestimmen,²² wobei es – bei der christlichen Zweckbestimmung des Reiches²³ – deren konfessionellen Status festlegte und diesen den Untertanen und Ständen garantierte.²⁴ Bei den vom Reich für ihre Gesamtheit zu erledigenden Aufgaben besaßen die Regenten der Territorien keine gleichen Mitwirkungsrechte – anders als die verbunden-föderalen Staaten – , sondern hatten – entsprechend staatlichen Strukturen – ihren politischen Bedeutungen und tatsächlichen Machtverhältnissen gemäß unterschiedliche Gewichtungen²⁵

eigentliche und groeste Vorzug derer Teutschen Reichsstaende bestehet darinn, daß sie ... die Landeshoheit ..., nicht in des Roem. Kaysers, als des Reichs Oberhaupts, Namen, oder als dessen Statthaltere, Beamte, u. s. w., oder Namens des Reichs, ausueben, sondern ..., in eigenem Namen, ...“ und *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band I, 3. Buch, 1. Cap., §. 116., S. 373 ,... Die landesherrlichen Rechte werden jedoch nicht nur ausschließlich von einem jeden Reichsstand, sondern ..., keineswegs aber nur im Namen des Kaisers und Reichs von ihnen ausgeuebt. ...“.

¹⁷ *Leist*, Lehrbuch teutschen Staatsrechts, 1. Aufl., B), 2. Buch, 2. Abtheilung, 2. Abschnitt, III., § 93., S. 285-288; *Gönner*, Teutsches Staatsrecht, 1. Theil, 2. Buch, 4. Hauptstück, 1. Absatz, §. 289., S. 455; *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band II, 6. Buch, 3. Cap., §. 221., S. 159-160, §. 223., S. 167-169 und *Pütter*, Beytraege zum Teutschen Staats= und Fuersten= Rechte, I. Theil, I., §. 25., S. 32.

¹⁸ *Leist*, Lehrbuch teutschen Staatsrechts, 1. Aufl., B), 2. Buch, 2. Abtheilung, 3. Abschnitt, § 98., S. 300-303 (303); *Gönner*, Teutsches Staatsrecht, 1. Theil, 2. Buch, 4. Hauptstück, 3. Absatz, §. 299., S. 471-472; *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band II, 6. Buch, 6. Cap., §. 242., S. 223-225 und *Pütter*, Beytraege zum Teutschen Staats= und Fuersten= Rechte, I. Theil, I., §. 25., S. 32.

¹⁹ *Leist*, Lehrbuch teutschen Staatsrechts, 1. Aufl., B), 2. Buch, 3. Abtheilung, 2. Abschnitt, 2. Hauptstueck, §. 135., S. 432-435, 3. Abschnitt, II., §. 146., S. 469; *Gönner*, Teutsches Staatsrecht, 1. Theil, 2. Buch, 5. Hauptstück, 3. Absatz, §. 324.-§. 326., S. 540-547; *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band II, 7. Buch, 1. Cap., 6. Abschnitt, §. 287., S. 423-424 und *Pütter*, Beytraege zum Teutschen Staats= und Fuersten= Rechte, I. Theil, I., §. 25., S. 32.

²⁰ *Leist*, Lehrbuch teutschen Staatsrechts, 1. Aufl., B), 2. Buch, 3. Abtheilung, 4. Abschnitt, 1. Hauptstueck, §. 152., S. 485-486, §. 155.-§. 157., S. 490-495, 2. Hauptstueck, §. 158.-§. 160., S. 496-502; *Gönner*, Teutsches Staatsrecht, 1. Theil, 2. Buch, 6. Hauptstück, §. 328., S. 549-550, §. 330., S. 553; *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band II, 7. Buch, 3. Cap., §. 331.-§. 334., S. 551-560 und *Pütter*, Beytraege zum Teutschen Staats= und Fuersten= Rechte, I. Theil, I., §. 25., S. 32; *ders.*, Institutviones Ivris Pvblici, Lib. IX., Cap. I., §. 378., p. 437-439, §. 381.-§. 383., p. 442-446.

²¹ Nach Art VIII § 2 IPO (unten, S. 937).

²² *Gönner*, Teutsches Staatsrecht, 1. Theil, 1. Buch, 1. Abschnitt, 3. Hauptstück, 1. Absatz, §. 89., S. 96, 2. Absatz, §. 90., S. 98-99, 2. Abschnitt, 9. Hauptstück, 1. Absatz, §. 228., S. 338-340; *Pütter*, Beytraege zum Teutschen Staats= und Fuersten= Rechte, I. Theil, XVII., S. 293-298 (§. 4.-§. 6., S. 295-296), XVIII., §. 1., S. 300 und *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band II, 5. Buch, 3. Cap., S. 86-89.

Dies erfolgte in den Reichsgrundgesetzen.

²³ Unten, S. 436.

²⁴ Unten, S. 436, 453.

²⁵ Zu Ausgang des 18. Jahrhunderts: Im Kurfürstenkollegium besaßen die 8 Kurfürsten jeweils eine Stimme, im Reichsfürstenrat hatten die Fürsten 93 Virilstimme und die Prälaten, Grafen und Freiherren Anteile an den 6

und unterschiedliche inhaltliche Kompetenzen.²⁶ Das Reich konnte direkt in die inneren Verhältnisse der Territorien durch Reichsgesetze eingreifen, welche für die Stände des Reiches, die Landstände und die Untertanen galten²⁷ und es konnten die Regenten der Territorien für ihre eigenen Landesangelegenheiten von ihren Ständen und Untertanen vor den Reichsgerichten²⁸ zur Verantwortung gezogen werden.²⁹

Die wechselseitigen Beziehungen des Reiches zu seinen Territorien waren in normativen, alle Territorien gleichermaßen betreffenden Regelungen und nicht in zweiseitigen Abkommen enthalten und festgelegt. Diese Regelungen besaßen die Qualität einer Verfassung.³⁰

Das Reich besaß demnach eine staatliche Qualität.³¹

Curiatstimmen, im Reichsstädterat hatten die Reichsstädte jeweils eine Einzelstimme, welches Kurfürstenkollegium, Reichsfürstenrat und Reichsstädterat dezisive Mitwirkungen hatten.

²⁶ Während die Fürsten, Prälaten, Grafen, Freiherrn und Reichsstädte bei den vom gesamten Reichstag zu erledigenden Aufgaben mitwirkten, besaßen die Kurfürsten noch darüber hinausgehende Aufgaben, insbesondere die Wahl des Römischen Königs und künftigen Kaisers und die Abfassung der Wahlkapitulationen.

²⁷ *Leist*, Lehrbuch teutschen Staatsrechts, 1. Aufl., B), 1. Buch, 1. Theil, 1. Abtheilung, 1. Abschnitt, §. 20., S. 54-56, 2. Buch, 2. Abtheilung, 1. Abschnitt, §. 88., S. 268-269, 2. Abschnitt, II., §. 91., S. 276-280; *Gönner*, Teutsches Staatsrecht, 1. Theil, 1. Buch, 2. Abschnitt, 9. Hauptstück, 1. Absaz, §. 226., S. 333, 2. Buch, 4. Hauptstück, 1. Absaz, §. 287., S. 450-452 (452); *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band I, 3. Buch, 1. Cap., §. 117., S. 374; *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band XIV, 13. Cap., S. 248-274, 14. Cap., §. 6., S. 277-278; *Pütter*, Beytraege zum Teutschen Staats= und Fuersten= Rechte, I. Theil, XVIII., S. 299-316 (§. 9., S. 305 „... In dem allem zeigt sich die Teutsche Reichsverfassung in der That auf eine sehr vortheilhafte Seite, da ein jeder Reichsstand in seinem Lande zwar Gutes zu thun freye Haende hat, aber Boeses zu thun durch eine hoehere Gewalt abgehalten werden kann. ...“) und *Schönberg*, Das Recht der Reichslehen im 18. Jahrhundert, 4. Abschnitt, A., V., 5., a), S. 203.

²⁸ Reichskammergericht und Reichshofrat.

²⁹ *Leist*, Lehrbuch teutschen Staatsrechts, 1. Aufl., B), 1. Buch, 1. Theil, 1. Abtheilung, 1. Abschnitt, §. 20., S. 54-55; *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band I, 3. Buch, 1. Cap., §. 117., S. 375 und *Gönner*, Teutsches Staatsrecht, 1. Theil, 1. Buch, 2. Abschnitt, 9. Hauptstück, 3. Absaz, §. 252., X., S. 380, 2. Buch, 5. Hauptstück, 2. Absaz, §. 323., S. 537-540.

³⁰ *Leist*, Lehrbuch teutschen Staatsrechts, 1. Aufl., A), 1. Absaz, §. 1. u. §. 2., S. 1-2, 2. Absaz, S. 11-23, B), 1. Buch, Vorerinnerungen, §. 15., S. 41-45; *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band I, 1. Buch, 5. Cap., S. 179-199 (§. 39., S. 179); *Gönner*, Teutsches Staatsrecht, Einleitung, 2. Hauptstück, S. 12-36 (§. 11., S. 12-13, §. 26., S. 30-31), 1. Theil, 1. Buch, §. 44., S. 50; *Pütter*, Institutviones Ivris Pvblici, I. Conspectvs generalis totivs ivris pvblici, p. XXVII: 2. b. quibus *fundamentis* haec constitutio reipublicae nitatur?, Lib I., Cap. V., §. 39., p. 43-46; *ders.*, Beytraege zum Teutschen Staats= und Fuersten= Rechte, I. Theil, I., §. 37. u. §. 38., S. 36-38, II., 1), §. 46., S. 42 und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band I, 6. Cap., S. 181-195 (§. 1., S. 182, §. 4., S. 185, §. 10., S. 191), 7. Cap., S. 195-213 (§. 3., S. 196-198, §. 5., S. 198-199).

³¹ Pütters aus mehreren Staaten zusammengesetzter Staat erfüllt noch nicht die Begrifflichkeit des Bundesstaates. Nach Pütter lag die Reichsstaatsgewalt allein beim Kaiser. Die Reichsstände besaßen eine Kontrolle und Mitwirkung bei ihrer Ausübung, „... daß es zweyerley monarchische Regierungsformen gibt, nachdem der Person des Monarchen entweder eine ganz unbeschraenkte Gewalt anvertrauet ist, oder gewisse Dinge nicht ohne Bewilligung der Nation oder derer, welche dieselbe zu repraesentiren berechtigt sind, vorgenommen werden duerfen.“ Die Reichsstände handelten im Reichstag als Teil des gesamten Volkes, als Bestandteil des Reiches zur Beschränkung der Macht des Kaisers und nicht als die Regenten ihrer Territorien zur eigenen Wahrnehmung von deren territorialen Interessen. Es ging dem Reich die bundesstaatliche essentielle der 2. Kammer ab (*Pütter*, Beytraege zum Teutschen Staats= und Fuersten= Rechte, I. Theil, II., C), §. 64.-§. 75., S. 51-57, Zitat §. 68., S. 53 und *Schlie*, Pütters Reichsbegriff, Einleitung, S. 1-9, 4. Kap., S. 41-55 (49-55).

Pütter, Institutiones Iuris Publici:

„... Sed necdum tamen unquam pristinus imperii nexus sublatus fuit, verum mansit potius I) omnium ac singularum rerum publicarum Germaniae specialium inter se inuicem vinculum, idque II) nec foederis temporarii, sed perpetui, nec III) solum per modum systematis foederatarum ciuitatum, sed IV) sub vno communi supremo imperio, et vnam eandemque adhuc legum fundamentalium auctoritatem observans. Ideoque, si omnia in vnum collegeris, *imperiū Germanicū est regnū diuisum in plures respublicas plane diuersas, quae tamen adhuc vnitae sunt in modum reipublicae compositae sub communi supremo imperio monarchico restricto electio* (a). ...“³²

Häberlin, Handbuch Teutschen Staatsrechts:

„Wenn nun aber gleich Teutschland aus lauter einzelnen Staaten besteht, und wenn gleich alle diese Staaten von einander voellig unabhaengig sind, so ist demohnerachtet Teutschland nicht sowohl ein System mehrerer verbundener Staaten, wie die aus 13. Cantons bestehende Schweiz, als vielmehr noch immer ein Staat, oder ein Reich, indem noch jetzt, wie ehemals, alle die verschiedenen Theile ein Ganzes bilden und unter einem gemeinschaftlichen Oberhaupte auf beständig verbunden sind. ... Die Vereinigung der teutschen Staaten ist auch keine bloße persönliche, die schon dann vorhanden ist, sobald nur mehrere Laender ein und denselben Regenten haben, wenn gleich sonst ein jedes Land seine eigne besondere Staatsverfassung hat; wie z. B. dies der Fall mit Ungern, Boehmen und Oesterreich ist; ... Es gelten also die teutschen Reichsgrundgesetze in dem einen teutschen Reichslande wie in dem andern, und es kann sich eben so gut der unmaechtigste Praelat, als der maechtigste Kurfuerst darauf beziehen. Und eben hierauf gruendet sich so wie auf der Einheit des Reichstags die Einheit des teutschen Reichs selbst.

Das Resultat von allem diesem ist also: Teutschland ist ein in mehrere ganz verschiedene Staaten getheiltes Reich, welche aber doch nach Art eines zusammengesetzten Staats unter einem gemeinschaftlichen, hoechsten, zwar monarchischen, jedoch eingeschränkten, erwählten Oberhaupte vereinigt sind. ...“³³

³² Lib. I., Cap. III., §. 32., p. 34-35.

Die beiderseitigen staatlichen Qualitäten des Reiches und seiner Territorien bedingten auch die Existenz eines Staatsrechtes des Reiches und seiner Territorien „... Etiamsi vero omnes et singulae illae respublicae speciales suum quaeque habeant *ius publicum speciale*; vnum tamen nihilominus adhuc est *ius publicum* totius imperii Germanici *generale*; modo pro natura et indole omnium rerum compositarum probe semper fecernas, quae ad vniuersum singulasue eius partes spectant(b).“ (p. 35).

³³ Band I, 1. Buch, 3. Cap., §. 32., S. 151-152, insg., S. 150-153. Neben der Existenz des Staatsrechtes des Reiches und der Staatsrechte seiner einzelnen Territorien gab es auch das „Staatsrecht der gesammten Reichsländer“, welches ist „... in dem all gemeinen teutschen Staatsrecht mit abzuhandeln, das Staatsrecht der einzelnen Territorien selbst aber nicht. ...“ (S. 152-153).

Leist, Lehrbuch deutschen Staatsrechts:

„I Das teutsche Reich²⁾ ist ein aus mehreren großen und kleinen Laendern, welche eben so viel besondere Staaten wieder bilden, gleichwohl einer gemeinsamen obersten Staatsgewalt bestaendig unterworfen bleiben, und denselben ReichsGrundgesetzen gehorchen, z u s a m m e n g e s e t z t e r Staat (*civitas composita*), folglich doch immer E i n Staat, woraus die Unrichtigkeit der Idee³⁾, als ob Teutschland ein eigentlicher S t a a t e n b u n d oder F o e d e r a l s t a a t (*systema civitatum foederatarum*) sey, hinreichend sich ergibt. Aber gerade diese Absonderung der integrirenden Theile des Ganzen in Particularstaaten begruendet die Entstehung einer d o p p e l t e n Staatsgewalt in Teutschland⁴⁾, naemlich a) der Reichs S t a a t s g e w a l t (R e i c h s h o h e i t, ...), die ueber das gesammte teutsche Reich sich erstreckt, und b) der L a n d e s S t a a t s g e w a l t (L a n d e s h o h e i t, ...“³⁴

Gönner, Teutsches Staatsrecht:

„Von der Staatseinheit des Reichs.

§. 88.

Teutschland ist Ein Staat – oberster Grundsatz des teutschen StR.

So verschieden auch die Theile des teutschen Staatskörpers an sich und in ihrer Zusammensetzung sind, so beweisen doch überwiegende Gründe, dass Teutschland rechtlich e i n S t a a t, kein System föderirter Staaten sei. Eine gemeinsame Reichsgrundgesetzgebung, öfters über Gegenstände, welche auf die in besondere Staaten gebildeten Theile des Reichskörpers sich beziehen – eine gemeinsame oberste Staatsgewalt, welche der teutsche Wahlmonarch bald mit bald ohne Concurrenz der Reichsstände ausübt -- ein allgemeines Reichsbürgerrecht mit vielen rechtlichen Folgen (§.54.55.) -- ein Reichsgebieth (§.46) -- gemeinsame Reichsanstalten und Anlagen u. dgl. m. setzen es ausser allem Zweifel.

Hiemit ist auch die S t a a t s e i n h e i t als oberster Grundsatz des teutschen Staatsrechts ausgesprochen dahin, dass allenthalben, wo die Staatseinheit wirken kann, alle andere Rücksichten und Verhältnisse als untergeordnet weichen müssen. ...“³⁵

Roth, Staatsrecht deutscher Reichslande:

„Deutschland ist ein aus vielen einzelnen **Staaten** und **Gebieten** zusammengesetztes **Reich**.*)

Das **Reich** wird von der Majestaet des **Kaisers** – die einzelnen **Staaten** von den **Reichsstaenden** und **Landesherrn** – die einzelnen **Gebiete** von der **unmittelbaren Reichsritterschaft** regiert.

³⁴ 2. Aufl., B), 1. Buch, 1. Theil, II), §.16., A) ReichsStaatsverfassung im allgemeinen¹⁾, S. 54-56.

³⁵ 1. Theil, 1. Abschnitt, 3. Hauptstück, 1. Absatz, S. 94-95, nachfolgend „... Die Reichsbürgerpflicht geht allen übrigen Verhältnissen vor k), wie selbst die Reichsgrundgesetze bei dem Bündnissrecht der Reichsstände l) anerkennen.“ (S. 95).

Dieß ist die heutige Staatsgrundverfassung von Deutschland, der wahre Karakter, wodurch Deutschland von allen bekannten Staaten wesentlich unterschieden wird.

Deutschland hat demnach nach seiner wirklichen **Staatsgrundverfassung** eine **zweifache** ganz verschiedene Regierungsverfassung; die Regierungsverfassung Deutschlands als **eines** Staates **im Ganzen** – und die Regierungsverfassung Deutschlands **in seinen Theilen**, und folglich ein **zweifaches** Staatsrecht (§. I.)
...³⁶

und *Dabelow*, Lehrbuch des Staats- und Völkerrechts der Deutschen:

„*Deutschland* ist ein Staat, der ... aus mehreren einzelnen von einander unabhängigen *Geist-* und *Weltlichen Staaten*, ... besteht. In so fern man auf diejenigen Bestandtheile Deutschlands Rücksicht nimmt, welche einzelne für sich bestehende Staaten abgeben, ist Deutschland allerdings ein *zusammengesetzter* Staat – kein System vereinigter Staaten, wie z. B. Holland und die Schweiz. Betrachtet man dasselbe hingegen nach seinen übrigen Bestandtheilen, so ist der Begriff eines *einfachen* Staats darauf anzuwenden.“³⁷

„*Deutschland* ist also eigentlich und strenge die Sache genommen, *theils ein zusammengesetzter*, *theils ein einfacher Staat*. Da indess die *vorzüglichsten* Bestandtheile des deutschen Staats mehrere einzelne Staaten sind, so nimmt man daher gemeinlich den Begriff des deutschen Staats und den Lehrsatz an: *Deutschland ist ein zusammengesetzter Staat*.“³⁸

³⁶ I. Theil, Vorkenntnisse, §. IV., S. 2-3, insg., S. 2-3.

³⁷ I. Theil, 1. Hauptstück, §. 1., S. 8.

³⁸ I. Theil, 1. Hauptstück, §. 2., S. 8-9. Die im natürlichen Recht wurzelnden und aus ihm sich ergebenden einzelnen Prinzipien des zusammengesetzten Staates lassen sich nicht generell auf das Reich anwenden, für dieses ist auch seine historische Entwicklung einschlägig „So richtig dieser Lehrsatz mit der gehörigen Modification auch immer seyn mag, so lassen sich doch die Principien des *natürlichen Rechts* von zusammengesetzten Staaten nicht *durchgehends* auf Deutschland anwenden. *Besonders* fällt hier der Lehrsatz: *dass sich bey einem zusammengesetzten Staate diejenige Bestandtheile desselben, die einzelne für sich bestehende Staaten bilden, zum Ganzen eben so verhalten müssen, wie in einem einfachen Staate einzelne Personen, Familien und Gewohnheiten, g ä n z l i c h* weg. *Vielmehr* muss das Verhältnis der einzelnen deutschen Staaten zum Ganzen, *theils* aus der *älteren Entstehung* derselben, *theils* aber auch aus ihrer nachherigen *ferneren Ausbildung* allein bestimmt werden.“ (§. 3., S. 9).

Mit weiteren Belegen zur Natur des Reiches als eines zusammengesetzten Staates *Willoweit*, Rechtsgrundlagen der Territorialgewalt, Schlussbemerkung, S. 355-359.

Der von *Randelzhofer*, Völkerrechtliche Aspekte des Heiligen Römischen Reiches nach 1648 vertretene Ansicht, das Reich sei als Staat spätestens 1648 untergegangen, seine Territorien seien unabhängige Staaten geworden, welche nur noch in völkerrechtlichen Beziehungen zueinander gestanden hätten, das innerstaatliche Verfassungsrecht des Reiches sei zu völkerrechtlichem Vertragsrecht geworden, was den Zeitgenossen nicht zum Bewusstsein gekommen sei (insb. 4. Teil, 4. Kap., 2., c), bb), (4), S. 193, 5. Teil. 5. Kap., 5., S. 295-296, 6. Kap., 2., S. 299-300, Schlußwort, S. 301-302), kann nicht gefolgt werden. Dies auch verneinend: Buchbesprechung von *Dickmann*, Albrecht Randelzhofer, Völkerrechtliche Aspekte des heiligen Römischen Reiches nach 1648, in: *HZ*, CCVIII. Band, Bericht über das Schrifttum, A., S. 143-145.

II

Die aus der staatsrechtlichen Natur des Reiches sich ergebende allgemeine Schutzverpflichtung desselben für die Reichsstände

Ursprünglicher und primärer Zweck eines jeglichen Staates mit der seine Staats- und Regierungsform konstituierenden Verfassung liegt in seiner allgemeinen Schutz- und Friedensfunktion die Gewährung von Schutz zugunsten seiner Mitglieder.

Jacobi, Beytrag zur Entwicklung der natuerlichen Rechte der hoechsten Gewalt, in Ruecksicht auf buergerliche Freiheit:

„Der a l l g e m e i n e Zweck der Staaten leidet keine andere Absicht, als a e u s s e r e u n d i n n e r e Sicherheit der Person, des E i g e n t h u m s, u n d d e s G e n u s s e s, a l l e r u n d j e d e r M i t g l i e d e r.“³⁹

Baur, Allgemeine Grundsätze des Völkerrechtes:

„... Das Reich ist so, wie jeder Staat, eine Gesellschaft zu dem Zwecke, dass jedem Mitgliede sein Eigenthum gesichert werde, ...“⁴⁰

und *Samhaber*, Freymuethige Gedanken ueber die Saecularisirung:

„... Die teutsche Verfassung bezwecket, wie jede vernuenftige Verfassung, die Erhaltung des Staats, wie des Privat=Eigenthumes. Der wesentliche Zweck jeder buergerlichen Gesellschaft ist nothwendig Sicherheit der Personen und des Eigenthumes. ...“⁴¹

Aus dieser allgemeinen Schutz- und Friedensfunktion des Reiches ergab sich, dass ihm bei einem von einer ausländischen Macht um das Reichsgebiet geführten Krieg die verfassungsrechtliche Verpflichtung oblag, seine Mitglieder, die Reichsstände, vor den Angriffen der ausländischen Macht und insbesondere ihren Armeen zu schützen.

Leist, Lehrbuch teutschen Staatsrechts:

„... Wird II) ein einzelner teutscher Staat von einer auswaertigen Macht mit Krieg ueberzogen, so kann Kaiser und Reich der Regel nach n i c h t neutral bleiben, sondern es muß, in Gemaeßheit der Reichsconstitution, dem Angegriffenen Schutz und Beystand geleistet werden. ...“⁴²

³⁹ 18., S. 24, insg., S. 24.

⁴⁰ 2. Hauptstück, §. V., 2., S. 155.

⁴¹ §. 7., S. 20.

⁴² 2. Aufl., B), 2. Buch, 3. Theil, 6. Abschnitt, 1. Hauptstueck, §. 253., S. 740.

Angewendet auf die historische Situation der von der Französischen Republik gegen das Reich bis zum Abschluss des Friedensvertrages von Lunéville geführten beiden Ersten und Zweiten Koalitionskriege folgt hieraus, dass dem Reich während ihrer Dauer die verfassungsrechtliche Verpflichtung oblag, die Reichsstände und ihre Territorien vor den Angriffen der französischen Armeen zu schützen.

III

Die Unterscheidung in die unmittelbaren Schutzhandlungen und in die mittelbare Entschädigungsverpflichtung des Aufopferungsanspruches

Die dem Reich gegenüber den Reichsständen obgelegene Schutz- und Friedensfunktion beinhaltete als seine erste Verpflichtung, die Reichsstände und ihre Territorien vor den Angriffen der französischen Armeen durch direkte und unmittelbare Abwehrhandlungen zu schützen.

Hiervon zu unterscheiden ist die weitere Frage, ob dem Reich die verfassungsrechtliche Verpflichtung oblag, seinen Reichsständen den wertmäßigen Bestand ihrer Territorien zu erhalten, so dass bei einem nach von ihm geführten und verlorenen Reichskrieg eingetretenen Verlust, ihm die Verpflichtung oblag, seinen Reichsständen hierfür Entschädigungen zu gewähren.

Der wertmäßige Erhalt der reichsständischen Territorien spricht die Frage des Aufopferungsanspruches an.

IV

Der Aufopferungsanspruch als das aus dem Notrecht sich ergebende Gegenrecht der einzelnen Reichsstände auf Gewährung einer Entschädigung gegen das Reich

1. Das Notrecht und der Aufopferungsanspruch als ein immanenter Anspruch des staatlichen Gemeinwesens

Sowohl die Reichspublizisten als auch die anderen Publizisten billigten dem Staat das Notrecht, die plenitudo potestatis/ius eminens zu, welches den Konfliktfall des Vorhandenseins einer Kollision zwischen den Interessen der Allgemeinheit und jenen der Einzelnen regelte.

Das Notrecht beinhaltete die Befugnis des Staates bei einer gegebenen Kollision zwischen diesen beiden Interessen die Interessen der Einzelnen zugunsten jener der Allgemeinheit aufzuopfern. Als Gegenrecht erwuchs dem Einzelnen ein Anspruch gegenüber dem die Allgemeinheit repräsentierenden Staat auf Erhalt einer wertmäßigen Entschädigung, der Aufopferungsanspruch.⁴³

Pütter, Institutviones Ivris Pvblici:

„DE IVRE ET MODO REGIMINIS EX
 CONSTITVTIONE ET VCV GERMANIAE IN GENERE.
 Cap. I. DE IVRE REGIMINIS SEV DE SVMMA
 POTESTATE IN IMPERIO GERM. IN GENERE.⁽⁴⁴⁾ ...
 §. 119. In vtroque autem, tam caesareo quam territoriali regimine non solum I) *ordinum* imperii prouincialiumue *consensus* opus est, vbi id legibus vel obseruantiae conuenit, sed vniuerse etiam II) communis vtrique potestati numquam negligenda *NORMA* est, vt *tantum ad salutem publicam* vtraque locum habeat. Et ex huius quidem suprema omnium ratione 1) *circumscribi potest libertas subditorum naturalis*, modo non vltra modum, nec solum principis emolumento, sed reapse *salutis publicae causa* id fiat. Sarta autem teқтаque 2) *IVRA* ciuium *QVAESITA* maneant (scilicet quae speciali titulo adquisita

⁴³ Bereits bei *Hugo Grotius* hatten sich das Notrecht und der Aufopferungsanspruch in seinem im Jahre 1626 erschienenen *De iure belli ac pacis* in ihren Grundgedanken befunden „Sed hoc quoque sciendum est, posse subditis ius etiam quaesitum auferri per regem duplici modo, aut in poenam, aut ex vi supereminentis domini: set vt id fiat ex vi supereminentis domini primum requiritur vtilitas publica; deinde , vt si fieri potest, compensatio fiat ei qui suum amisit ex communi. Hoc ergo sicut in rebus aliis locum habet, ita & in iure quod ex promissio aut contractu quaeritur.“ (*De iure belli ac pacis*, Lib. 2, Cap. XIV., VII., p. 292-293).

Für die Gebiete der preußischen Staaten waren sie auch positivgesetzlich im ALR festgelegt gewesen, Einleitung, „§. 74. Einzelne Rechte und Vortheile der Mitglieder des Staats müssen den Rechten und Pflichten zur Beförderung des gemeinschaftlichen Wohls, wenn zwischen beyden ein wirklicher Widerspruch (Collision) eintritt, nachstehn.“, „§. 75. Dagegen ist der Staat denjenigen, welcher seine besondern Rechte und Vortheile dem Wohle des gemeinen Wesens aufzuopfern genöthigt wird, zu entschädigen gehalten.“ (*Allgemeines Landrecht für die Preussischen Staaten*, I. Band, S. 12-13).

⁽⁴⁴⁾ Lib. III., p. 119.

non ex sola libertate naturali obtinent,) omnino fas est, nisi forte a) conseruatio vniuersi cum iure singuli in *collisionem* veniat, quo casu quippe plane extraordinario demum locum habet P L E N I T V D O P O T E S T A T I S, sed salua tamen et tunc necessitate indemnem reddendi, qui in commune commodum patitur; qua ratione b) nec iniuste commoditatem priuatam cum *commoditate publica* collidentem negligi dixeris, maxime si dissensus causa iudiciarie cognita non fati idonea deprehendatur. ...⁴⁵

Hüberlin, Handbuch Teutschen Staatsrechts:

„Von den einzelnen, besonders den allgemeinen kaiserlichen und reichsstaendischen Regierungsrechten.⁽⁴⁶⁾ ...

Von der Kaiserlichen und Landesherrlichen Machtvollkommenheit.⁽⁴⁷⁾

§. 260. Schon in dem vorhergehenden ist es bemerkt, daß in außerordentlichen Faellen und wenn die Erhaltung des Ganzen, oder eines Theils desselben mit den Rechten einzelner Personen in Collision kommt, die hoechste Gewalt befugt sey, einzelnen Unterthanen ihre wohl erworbene Gerechtsame zu nehmen **). Diese Befugniß wird M a c h t v o l l k o m m e n h e i t, *Raison d'État*, *ratio status*, *ius eminens* genannt. ... Da aber die E r h a l t u n g des Wohls des Staats das hoechste Gesetz ist, so ist doch die hoechste Gewalt auch berechtigt, alles zu thun, was hiezu beytragen kann, und es muß die Erhaltung des Einzelnen der Erhaltung des Ganzen nachstehen.⁽⁴⁸⁾ ... Recht und Billigkeit erfordern aber alsdann, daß derjenige, dessen Vermoegen zum Besten des Staats aufgeopfert ist, auch von dem Staat entschaedigt wird. Die Roemer haben die natuerliche Verbindlichkeit, daß derjenige, dessen Vermoegen zur Erhaltung des Vermoegens anderer zum Opfer gebracht werden, von diesen entschaedigt werden muesse, in der bekannten L. R h o d i a d e i a c t u bestaetigt, und es ist gewiß, daß dieses Gesetz auch auf den obangefuehrten Fall angewandt, und aus demselben utiliter gegen die Staatscasse geklagt werden kann.⁴⁹

Repertorium des Teutschen Staats und Lehnrechts:

„Unter O b e r e i g e n t h u m versteht man gewoehnlich das Recht der hoechsten Gewalt in einem Falle, da die Erhaltung des Staats mit den Rechten des einzelnen Buergers streitet, zum Besten des Staats dem einzelnen Buerger etwas zu entziehen. Aber billig sollte dieses Recht das h o e c h s t e oder a e u ß e r s t e Recht (*ius eminens*) und nur dann O b e r e i g e n t h u m (*dominium eminens*) genannt werden, wenn es ueber die Gueter des Buergers ausgeuebt wird. ...⁵⁰

⁴⁵ Lib. III., Cap. I., §. 119., p. 123. *Ders.*, Kurzer Begriff des Teutschen Staatsrechts, 3. Buch, I. Hauptstueck, §. 66., S. 49-50 und Beytraege zum Teutschen Staats- und Fuersten- Rechte, I. Theil, XX., §. 15., S. 358.

⁽⁴⁶⁾ Band II, 6. Buch, S. 138.

⁽⁴⁷⁾ Band II, 6. Buch, 9. Cap., S. 291.

⁽⁴⁸⁾ Band II, 6. Buch, 9. Cap., §. 260., S. 291-291.

⁴⁹ Band II, 6. Buch, 9. Cap., §. 260., S. 293, insg., S. 291-294.

⁵⁰ III. Theil (von *Hüberlin*), O., 3. Obereigenthum, §. 1., S. 684, nachfolgenden „... Aeußert sich hingegen dasselbe ueber die Person des Buergers selbst, so heist es o b e r s t e H e r r s c h a f t, a e u ß e r s t e G e w a l t (potestats eminens).“ (S. 684).

„Da aber die Erhaltung des Wohls des Staats das hoechste Gesez ist, so ist die hoechste Gewalt auch berechtigt, alles zu thun, was hiezu beytragen kann, und muß die Erhaltung des einzelnen der Erhaltung des Ganzen nachstehen. ... Kann der Friede nicht anders, als durch Abtretung einiger Provinzen, Districte oder Gueter erhalten werden, so ist auch hiezu die hoechste Gewalt berechtigt; kurz, sie kann sowohl ueber das Vermoegen, als ueber die Personen der Buerger selbst, im aeueßten Fall disponiren.“⁵¹

Weisse, Nachtrag ueber die Sekularisation deutscher geistlicher Reichslaender nebst des Nothrechts:

„Unter dem Nothrechte des Regenten, welches auch das aeueßte Recht und die Machtvollkommenheit (*Jus eminens plenitudo potestatis*) genannt wird, verstehe ich das Befugniß desselben, wegen einer außerordentlichen Ursache solche Rechte aufzuopfern, zu deren Erhaltung er in dem gewoehnlichen Zustande des Staats verbunden ist. ...“⁵²

„Bey der Art und Weise, wie das Nothrecht schon nach dem allgemeinen Staatsrechte ausgeuebt werden muß, kommt ferner die Regel in Betrachtung, daß es nur gegen hinlaengliche Entschaedigung ausgeuebt werden darf, sobald sie der Natur der Sache nach moeglich ist. ...“⁵³

ders., Ueber die Sekularisation Deutscher geistlicher Reichslaender:

„Rechtliche Grundsaeetze in Ansehung der Sekularisationen geistlicher Reichslaender.

§. 1.

I. Quellen derselben

Die rechtlichen Grundsaeetze in Ansehung der Sekularisationen sind natuerlich durch keine positiven Gesetze bestimmt, indem man unmoeglich bey der Gesetzgebung auf einen solchen außerordentlichen Zustand des Deutschen Reichs Ruecksicht nehmen konnte, als derjenige ist, der die Verwandlung eines geistlichen Staats in einen weltlichen nothwendig macht. Hieraus aber ergiebt sich von selbst, daß die Vorschriften des allgemeinen Staatsrechts und die Natur der Sache die einzigen Quellen sind, aus welchen sich jene ableiten lassen. ...“⁵⁴

§. 2.

II. Von der Rechtmæßigkeit der Sekularisationen geistlicher Reichslaender.

Darin stimmen wohl die meisten Staatsrechtsgelehrten ueberein, daß sich die Rechtmæßigkeit der Sekularisationen geistlicher Reichslaender auf keine Weise

⁵¹ III. Theil (von *Häberlin*), O. 3. Obereigenthum, §. 2., S. 684, insg. 3. Obereigenthum, S. 684-685.

⁵² Von dem Umfang und den Graenzen des Nothrechts mit besondrer Ruecksicht auf die deutsche Staatsverfassung, §. 1., S. 59.

⁵³ Von dem Umfang und den Graenzen des Nothrechts mit besondrer Ruecksicht auf die deutsche Staatsverfassung, §. 7., S. 85, insg., S. 85-87.

⁵⁴ 2. Abschnitt, §. 1., S. 156.

vertheidigen laeßt, wenn nicht eine *a u ß e r o r d e n t l i c h e U r s a c h e* ein solches Opfer erfordert. Diese aber scheint uns nur in einem solchen Falle vorhanden zu seyn, in welchem diese Aufopfrung wohlerworbener Rechte zur Erhaltung des ganzen nothwendig ist. Die Moeglichkeit eines solchen Falles wird niemand bezweifeln; das Recht der hoechsten Gewalt aber, welcher hieraus entspringt, ist schon laengst in den Theorien des Staatsrechts unter dem Nahmen der Machtvollkommenheit (*Plenitudo potestatis*) oder des aeußersten Rechts (*Jus eminens*) bekannt, und laeßt sich aus dem Grundsätze erweisen, daß es widersprechend waere, das Ganze einer Zerstoerung auszusetzen, wenn es durch einen Theil desselben (der unter jenem auch begriffen ist) erhalten werden koennte. ...⁵⁵

Gönner, Teutsches Staatsrecht:

„D.
A u s s e r o r d e n t l i c h e M i t t e l .
§. 447.

Anlässe derselben, Säculisationen.

I. Ausserordentliche Fälle, welche die Reichsgewalt zur Ergreifung ausserordentlicher Mittel berechtigen, sind zunächst Reichskriege und Reichsfrieden. Wie sie sich II. bei Reichskriegen durch Benützung des Reichsgebiets und der Staatskräfte äussert, ist oben (§. 361.) vorgekommen. III. Ausser diesem Fall kann ohne Comitialbewilligung der Kaiser kein ausserordentliches Mittel ergreifen. IV. Das merkwürdigste Beispiel, bei welchem das Reich das *Dominium eminens* in Anwendung brachte, sind die Säcularisationen, welche im westphälischen Frieden und zur Leistung der den Erbständen zugesagten, dem Reiche ‚collectivement‘ aufgelegten Entschädigung im lüneviller Frieden 1) und seiner Berichtigung staatt gefunden haben.“⁵⁶

Westphal, Teutsche Staatsrecht:

„§. 1.

Die ausserordentliche Gewalt des Fuersten, wozu ihn ein ganz besonderer Nutzen des Staats, oder ein ausserordentlicher Nothfall desselben berechtigt, geht weiter, als das gewoehnliche Recht des Regenten.

§. 2. Weil der Unterthan sich ohne Einschraenkung dem unterworfen hat, was der Zweck des Staats erfodert, so muß er sich auch eine Ungleichheit und Einschraenkungen gefallen lassen, welche unter gewissen besondern Umstaenden, oder zu gewissen ausserordentlichen Zeiten, die gemeine Wohlfarth, oder eine besondere Noth des Staats, erfodert. ...⁵⁷

„§. 2. Diese ausserordentliche Gewalt wird *Plenitudo potestatis*, *dominium*, oder *potestatis eminens*, die Macht = Vollkommenheit, ... genannt.“⁵⁸

⁵⁵ 2. Abschnitt, §. 2., S. 157.

⁵⁶ 1. Theil, 2. Buch, 13. Hauptstück, 2. Absaz, D., §. 447., S. 746.

⁵⁷ 7. Abhandlung, §. 1. u. §. 2., S. 79.

⁵⁸ 7. Abhandlung, §. 3., S. 79.

„§. 9. Die eigentliche *Potestatis eminens*, so unumschraenkt sie ist, hat doch auch ihre Graenzen. 1) Derjenige, der dabey besonders einen ungleichen Schaden leidet, muß dafuer auf eine andere Art entschaediget werden, so daß die Last von allen mit gleichen Schultern getragen werde. ... Dies will die *Iustitia distributiva*.“⁵⁹

Leist, Lehrbuch teutsches Staatsrechts:

„Die Inhaber der Staatsgewalt duerfen den Unterthanen ihre wohlerworbenen Rechte, moegen diese auf Reichs= oder Particulargesetzen, Vetraegen, Reversalen und Privilegien beruhen, oder auf eine andere gueltige Weise entstanden seyn, durch Ausuebung der Regierrungsrechte weder gaenzlich *entziehen*, noch ueberhaupt *kraenken*¹⁾. Nur in dem außerordentlichen Falle findet von dieser Regel eine Ausnahme Statt, wenn die Erhaltung der Rechte einzelner Unterthanen mit der Erhaltung und Wohlfahrt des ganzen Staats, oder eines beträchtlichen Theils desselben, in eine *wahre und wirkliche Collision* geraeth²⁾. Sobald nun aber dieses *äußerste Recht* der Staatsgewalt (*potestas, ius, imperium eminens*), welches Einige unpassend *Staats=Obereigenthum (dominium eminens)*, oder auch *Machtvollkommenheit (plenitudo potestatis)*³⁾ nennen, zur Ausuebung gebracht wird, so muessen die Unterthanen, welche auf diese Weise ihre Rechte dem Staate aufopfern, *vollkommen entschaedigt* werden⁴⁾, und davon koennte nur dringendste Noth des Staats eine Ausnahme machen. ...“⁶⁰

Kretschmann, Versuch eines Lehrbuchs des positiven Rechts der Deutschen:

„... Die hoechste Gewalt besteht also aus drey Haupttheilen der gesezgebenden, der vollziehenden und der aufsehenden Gewalt. Wohlerworbene Rechte muessen der hoechsten Gewalt des Staates heilig seyn, willkuehrliche Rechte sind Verbrechen gegen den Staat, sie sind nur dann den Verfuegungen der hoechsten Gewalt unterworfen, so oft sie mit dem Zweck des ganzen Staats in Kollision kommen. Diese Bestimmung des Umfangs der hoechsten Gewalt ueberhaupt wird *Machtvollkommenheit* genennt. Bey Ausuebung derselben muß der Kollisionsfall wuerklich klar seyn, und der, welcher das Seinige hergeben muß, muß schlechterdings entschaediget werden, wenn der Staat die Mittel hat oder kuenftig erhaelt.“⁶¹

Samhaber, Freymuethige Gedanken ueber die Saecularisirung:

„... Wahr ist es, und jeder Recht und Billigkeit liebende Mann wird es anerkennen, daß, wenn die Erhaltung des Staates mit den wohl erworbenen Rechten Einzelner in eine solche unvermeidliche Collision geraeth, daß entweder der Staat zu Grunde gehen, oder Einer oder Mehrere ihr wohl erworbenes Recht verlieren muessen; - wahr ist es, und alle Vernuenftige werden es nicht mißkennen, daß

⁵⁹ 7. Abhandlung, §. 9., S. 81, insg., §. 1.-§. 9., S. 79-82.

⁶⁰ 2. Aufl., B), 2. Buch, 1. Theil, §. 102., S. 318-319.

⁶¹ I. Theil, 4. Buch, 1. Hauptstueck, §. 174., S. 59.

alsdann die Erhaltung des Ganzen dem Wohle Einzelner vorgezogen werden koenne und muesse.“⁶²

„Aber ganz ein Anderes, saget man, ist es alsdann, wenn der S c h a d e fuer einzelne Reichsstaende erst aus dem F r i e d e n selbst entsteht, welcher dem andern Krieg fuehrenden Theile, der auswaertigen Macht, mit der Teutschland im Kriege befangen war, Laender oder Landestheile zuspricht, die das rechtmæßige Eigenthum solcher betroffenen Reichsstaende gewesen waren. Da koennte es scheinen der Fall zu seyn, wo es Recht und Billigkeit forderte, die Verlierenden schadlos zu halten: da koennten diese ein strenges Recht zu haben scheinen, nach welchem sie auf eine solche Schadloshaltung dringen koennten: - dann moechte dafuer gehalten werden, daß das im Rechte und in der Billigkeit gegruendete Princip eintrete, derjenige, der f u e r A l l e gelitten hat, muß schadlos gehalten werden. ...“⁶³

und der Verfasser der *Patriotischen Wuensche fuer Teutschland bei dem bevorstehenden Definitiv=Reichs=Frieden*:

„..., die Verbindlichkeit der Entschædigung zu erfuellen, welche schon in dem allgemeinen Staatsrecht gegruendet ist. Jedes Staatsmitglied, das fuer die andere leidet, hat gerechte Ansprache an leztere, entschædigt zu werden. ...“⁶⁴

2. Geltung des Aufopferungsanspruches in dem Verhältniß des Reiches zu den Reichsständen

Bei der Kennzeichnung des Notrechtes und damit mittelbar auch des Aufopferungsanspruches verwendeten die Reichspublizisten für die Verpflichteten des Notrechtes und damit mittelbar für die Berechtigten des Aufopferungsanspruches den Begriff des Untertanen.

Pütter, *Institvtiones Ivris Pvblici*:

„... Et ex huius quidem suprema omnium ratione 1) *circumscribi potest libertas subditorum naturalis*, modo non vltra modum, nec solum principis emolumento, sed reapse *salutis publicae causa* id fiat. Sarta autem teétaque 2) I V R A ciuum

⁶² §. 17., S. 62.

⁶³ §. 8., p. 22-23. Die von *Samhaber* gewählte konjunktive Sprachform ergibt sich daraus, dass er im Ergebnis die Zuspache von Entschädigungen an die linksrheinisch depossedierten weltlichen und geistlichen Reichsstände verneint. Infolge der seitens der Französischen Republik an das Reich gestellten Forderung auf Durchführung der Entschädigungen durch Säkularisationen bejahte er die Zufälligkeit des Schadensereignisses und er nahm gleichfalls von den Reichsständen mit ihrer Beschließung des Reichskrieges mitabgegebene Einwilligungen zur Tragung ihrer eigenen Schäden an (§. 9., S. 24-28, §. 7., S. 22, §. 10., S. 33).

⁶⁴ II., §. 12., S. 20-21.

Q V A E S I T A maneat ... omnino fas est, nisi forte a) conseruatio vniuersi cum iure singuli in *collisionem* veniat, ...⁶⁵

Häberlin, Handbuch Teutschen Staatsrechts:

„..., die hoechste Gewalt befugt sey, einzelnen Unterthanen ihre wohl erworbene Gerechtsame zu nehmen **). ...“⁶⁶

Westphal, Teutsche Staatsrecht:

„Weil der Unterthan sich ohne Einschraenkung dem unterworfen hat, was der Zweck des Staats erfodert, so muß er sich auch eine Ungleichheit und Einschraenkungen gefallen lassen, welche unter gewissen besondern Umstaenden, oder zu gewissen ausserordentlichen Zeiten, die gemeine Wohlfahrth, oder eine besondere Noth des Staats, erfodert. ...“⁶⁷

und *Leist*, Lehrbuch teutschen Staatsrechts:

„Die Inhaber der Staatsgewalt duerfen den Unterthanen ihre wohlerworbenen Rechte, ... weder gaenzlich e n t z i e h e n, noch ueberhaupt k r a e n k e n ¹). Nur in dem außerordentlichen Falle findet von dieser Regel eine Ausnahme Statt, ...“⁶⁸

Da man im allgemeinen und im juristischen Sprachgebrauch mit den Untertanen jene Personen bezeichnete, welche sich nicht unter Kaiser und Reich, sondern unter der Zugehörigkeit eines Reichsstandes oder eines anderen reichsunmittelbaren Territorialherren befanden,

Moser, Neues deutsches Staatsrecht:

„Unter Teutschen Unterthanen verstehe ich hier diejenige Einwohner und Glider des Teutschen Reichs, welche nicht unmittelbar unter dem Kayser und Roem. Reich, sondern unter einem Reichsstand, oder doch einem anderen Reichsunmittelbaren Herrn, stehen. ...“⁶⁹

könnte dies die Schlussfolgerung nahelegen, dass ihrer Ansicht nach, das Notrecht und der Aufopferungsanspruch nur in dem Verhältnis der Territorialherren zu ihren Untertanen Geltung haben sollte.

⁶⁵ Lib. III., Cap. I., §. 119., p. 123; *ders.*, Beytraege zum Teutschen Staats- und Fuersten= Rechte, I. Theil, XX., §. 12., S. 357 „Ein einziger Fall bleibt nur noch uebrig, wo auch einzelner Unterthanen Eigenthum ein Opfer fuers gemeine Beste abgeben muß, ...“.

⁶⁶ Band II, 6. Buch, 9. Cap., §. 260., S. 291.

⁶⁷ 7. Abhandlung, §. 2., S. 79.

⁶⁸ 2. Aufl., B), 2. Buch, 1. Theil, §. 102., S. 318.

⁶⁹ Band XVII, 1. Buch, 1. Cap., §. 1., S. 1.

Die von den Reichspublizisten dem Notrecht und dem Aufopferungsanspruch gegebenen systematischen Einordnungen mit ihren Titelüberschriften – Von der Regierung des Deutschen Reichs –, – Von der höchsten Gewalt in Deutschland –, – Von der kaiserlichen und landesherrlichen Regierung und Machtvollkommenheit –

Pütter, *Institvtiones Ivris Pvblici*:

„Lib. III. DE IVRE ET MODO REGIMINIS EX
CONSTITVTIONE ET VSV GERMANIAE IN GENERE.
Cap. I. DE IVRE REGIMINIS SEV DE SVMMA
POTESTATE IN IMPERIO GERM. IN GENERE. ...“⁷⁰

„2) *Regimen caesareum*.“⁷¹

„Regimini itaque *auspicius caesareis* exercendo nil superest, quam I) quidquid *vniuersam Germanicam* tamquam *vnam* adhuc *republicam* concernit, ... ; deinde II) quidquid ad *omnes respublicas* Germaniae *speciales* coniunctim spectat, ...“⁷²

„II) *Normae communes regiminis caesar. et territ.*“⁷³

„In vtroque autem, tam caesareo quam territoriali regimine non solum I) *ordinum* imperii prouinciliumue *consensu* opus est, ..., sed vniuerse etiam II) communis vtrique potestati numquam negligenda *n o r m a* est, vt *tantum ad salutem publicam* vtraque locum habeat. Et ex huius quidem suprema omnium ratione 1) *circumscribi potest libertas subditorum naturalis*, modo non vltra modum, nec solum principis emolumento, sed reapse *salutis publicae causa* id fiat. ...“⁷⁴

Kretschmann, Versuch eines Lehrbuchs des positiven Rechts der Deutschen:

„V i e r t e s B u c h. Von der Regierung oder der Art der Ausuebung der hoechsten Gewalt in Deutschland in Ruecksicht auf die innern Staatsverhaeltnisse. E r s t e s H a u p t s t u e k. Von den allgemeinen Regierungsrechten. ...“⁷⁵

Häberlin, Handbuch Teutschen Staatsrechts:

„S e c h s t e s B u c h. V o n d e n e i n z e l n e n, b e s o n d e r s d e n a l l g e m e i n e n k a i s e r l i c h e n u n d r e i c h s s t a e n d i s c h e n R e g i e r u n g s r e c h t e n.“⁷⁶ ... N e u n t e s C a p i t e l. Von der Kaiserlichen und Landesherrlichen Machtvollkommenheit.“⁷⁷

⁷⁰ Lib. III., Cap. I., p. 119.

⁷¹ Lib. III., Cap. I., §. 118., p. 122.

⁷² Lib. III., Cap. I., §. 118., p. 122.

⁷³ Lib. III., Cap. I., §. 119., p. 123.

⁷⁴ Lib. III., Cap. I., §. 119., p. 123.

⁷⁵ I. Theil, 4. Buch, 1. Hauptstuek, S. 174.

⁷⁶ Band II, 6. Buch, S. 138.

⁷⁷ Band II, 6. Buch, 9. Cap., §. 260., S. 291.

wobei *Häberlin* das äußerste Recht auch ausdrücklich im Verhältnis vom Reich zu den Reichsständen bejahte,

Handbuch Teutschen Staatsrechts:

„... Nur derjenige, welcher die hoechste Gewalt in einem Staate hat, kann das aeußerste Recht ausueben. Hieraus folgt also, daß in Teutschland, als ein Staat betrachtet, bos vom Kaiser und dem Corpus der Reichsstaende dies Recht ausgeuebt werden koenne, in den einzelnen teutschen Reichslanden aber von der Landesobrigkeit. ...“⁷⁸

und wobei *Weisse* ausdrücklich das Notrecht für die Säkularisationen geistlicher Reichsländer für einschlägig hielt,

Ueber die Sekularisation Deutscher geistlicher Reichslaender:

„Darin stimmen wohl die meisten Staatsrechtsgelehrten ueberein, daß sich die Rechtmäßigkeit der Sekularisationen geistlicher Reichslaender auf keine Weise vertheidigen laeßt, wenn nicht eine *a u ß e r o r d e n t l i c h e U r s a c h e* ein solches Opfer erfordert. ... Die Moeglichkeit eines solches Falles wird niemand bezweifeln; das Recht der hoechsten Gewalt aber, welches hieraus entspringt, ist schon laengst in den Theorien des Staatsrechts unter dem Nahmen der Machtvollkommenheit ... bekannt, ...“⁷⁹

und die von den Reichspublizisten für das Notrecht und den Aufopferungsanspruch angegebenen Beispiele, der Säkularisationen geistlicher Reichsstände und der Gebietsabtretungen in einem Reichsfriedensschluss:

Häberlin, Handbuch Teutschen Staatsrechts:

„...Kaiser und Reich haben dies große Recht mehrmals bey Friedensschluessen, vorzueglich auf dem westphaelischen Friedens=Congresse ausgeuebt, indem hier, um den verheerenden Krieg zu endigen, Bisthuemer secularisirt wurden.“⁸⁰

Gönnert, Teutsches Staatsrecht:

„I. Ausserordentliche Fälle, welche die Reichsgewalt zur Ergreifung ausserordentlicher Mittel berechtigen, sind zunächst Reichskriege und Reichsfrieden. ... IV. Das merkwürdigste Beispiel, bei welchem das Reich das Dominium eminens in Anwendung brachte, sind die Säcularisationen, welche im westphälischen Frieden und zur Leistung der den Erbständen zugesagten, dem

⁷⁸ Band II, 6. Buch, 9. Cap., §. 260., S. 293-294.

⁷⁹ 2. Abschnitt, §. 2., S. 157.

⁸⁰ Band II, 6. Buch, 9. Cap., §. 260., S. 294.

Reiche ‚collectivement‘ aufgelegten Entschädigung im lüneviller Frieden 1) und seiner Berichtigung staatt gefunden haben.“⁸¹

Repertorium des Teutschen Staats und Lehnrechts:

„... Da aber die Erhaltung des Wohls des Staats das hoechste Gesez ist, so ist die hoechste Gewalt auch berechtigt, alles zu thun, was hiezu beytragen kann, und es muß die Erhaltung des einzelnen der Erhaltung des Ganzen nachstehen. ... Kann der Friede nicht anders, als durch Abtretung einiger Provinzen, Districte oder Gueter erhalten werden, so ist auch hiezu die hoechste Gewalt berechtigt; ...“⁸²

und *Samhaber*, Freymuethige Gedanken ueber die Saecularisirung:

„Aber ganz ein Anderes, saget man, ist es alsdann, wenn der Schade fuer einzelne Reichstaende erst aus dem
F r i e d e n selbst entsteht, welcher dem andern Krieg fuehrenden Theile, der auswaertigen Macht, mit der Teutschland im Kriege befangen war, Laender oder Landestheile zuspricht, ...“⁸³

zeigen, dass ihrer Ansicht nach das Notrecht und der Aufopferungsanspruch gerade auch in dem Verhältniß der Reichsstände zum Reich ihre Geltung hatten.⁸⁴

⁸¹ 1. Theil, 2. Buch, XIII. Hauptstück, II. Absaz, D., §. 447., S. 746.

⁸² III. Teil (von *Häberlin*), O, 3. Obereigenthum, §. 2., S. 684.

⁸³ §. 8., S. 22.

⁸⁴ Die von dem Mainzer Bürger *Hochheim*; Das Saekularisationsprojekt nach dem Zeitgeist kuehn entworfen und geprueft zur Verneinung von Entschädigungen zugunsten der linksrheinisch depossedirten Reichsstände und des Bestehens des Aufopferungsanspruches in dem Verhältniß der Reichsstände zu Kaiser und Reich angegebenen Begründung, dieses sei kein staatsrechtliches sondern ein völkerrechtliches, „... Die Staaten Deutschlands befinden sich daher zu einander und zu Kaiser und Reich durchaus in dem Verhaeltniße, in welchem freye Voelker, die keine Verbindung miteinander eingegangen haben, gegeneinander stehen, ausgenommen die oben beruehrte Faelle, naemlich, daß sie zur wechselseitiger Vertheidigung und gemeinsamen Schutze verbunden sind, und daß sich ein gemeinsamer Richter vorfindet, der die unter ihnen entstehenden Streitigkeiten schlichtet, und dadurch den Zustand des Kriegs verhindert, der bey Voelkern, die sich in keiner gemeinschaftlichen Verbindung befinden und keinen gemeinschaftlichen Richter ueber sich anerkennen, bey entstehenden Jrrungen jedes Mal eintritt. ...“ (S. 167), „... Der Grund einer Verguetung wegen erlittenen Schadens (Entschaedigung) welchen man dießmal zum Aushaengeschild und zur Maske der Eroberungssucht macht, ist gewiß nicht weniger laeppisch. Es ist oben schon angefuehrt, daß es noch nie der Fall war, daß wenn ein Alliirter etwas im Kriege verlohr, er den erlittenen Schaden mit seinen Alliirten ausgeglichen haette. - Und aus welchem Grunde Rechtens wuerde es dieß gekonnt haben? Weil sie als socii zu betrachten kommen, sollen sie nach den Sozietaetsregeln behandelt werden. - Dieß kann wohl bey Buergern eines und desselben Staats eintreten, welche das positive Recht mit einander gemein haben, aber wo - wie unter freyen Staaten der Fall ist - kein positives Recht existirt, da kann doch wohl keine Verbindlichkeit aus einem Rechte eintreten, das nirgends existirt. Die Staaten befinden sich blos im Verhaeltniße des Naturrechts zu einander, und dies kennt keine andre Sozietaetsrechte und Verbindlichkeiten, als jene, die sich auf einen desfalls eingegangenen Vertrag gruenden. ...“ (S. 172-173) kann nicht gefolgt werden. Sowohl seinem historischen Selbstverständnis als auch seiner Verfassung nach verstand sich das Reich nicht als eine zwischen-staatlich-völkerrechtliche Verbindung der Reichsstände unter Einschluss des Kaisers, sondern vielmehr als ein staatsrechtlicher Zusammenschluss dieser zu einem Gesamtstaat.

V

Die Gewährung von Entschädigungen an die linksrheinisch depossedierten Reichsstände als Frage des speziellen Aufopferungsanspruches

Die Frage einer allgemeinen Erstattung von Kriegsschäden durch den Staat war von den zeitgenössischen Publizisten und Reichspublizisten erörtert worden.

Nach *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, hatte das Reich nach dem Reichsherkommen keine Verpflichtung, den Reichsständen ihre Kriegsschäden zu ersetzen. Diese habe vielmehr jeder Reichsstand selber zu tragen.⁸⁵ Seinem Begriff von Kriegsschaden legte er hierbei, wie die von ihm angeführten Beispiele der bei den früheren Friedensschlüssen an die siegreichen ausländischen Mächte vorgenommenen, zu Lasten von Reichsständen gegangenen gebietlichen Abtretungen zeigen, nicht nur die durch die kriegerischen Handlungen selber verursachten Schäden, sondern auch die durch den Abschluss von Friedensschlüssen seitens des Reiches bei den Reichsständen eingetretenen gebietlichen Verluste zugrunde.⁸⁶

Die um die Jahrhundertwende erschienen Schriften von *Weber*,⁸⁷ *Hatzfeld*⁸⁸ und *Haus*⁸⁹ bejahten hingegen im grundsätzlichen die Verpflichtung des Staates zu einer Erstattung der den Einzelnen auf seinem Gebiet entstandenen Kriegsschäden.⁹⁰ Gegensätzlich zu Moser legten sie jedoch ihrem Begriff von Kriegsschaden allein die während der kriegerischen Handlungen selber verursachten Schäden zugrunde.⁹¹ Auch beantworteten sie diese Frage

⁸⁵ Band IV, 8. Buch, 14. Cap., §. 8.-§. 16., S. 995-1006, insb. §. 8., S. 995.

⁸⁶ Zu den im Westfälischen Friedensschluss an die siegreichen ausländischen Mächte vorgenommenen und zu Lasten von Reichsständen gegangenen gebietlichen Verluste §. 9., S. 996-997 und zu den im Nymwegener Frieden vom Jahre 1679 an Frankreich vorgenommene und zu Lasten des Hauses Österreich gegangene Abtretung der Stadt Freiburg §. 11., S. 997-998.

⁸⁷ *Ueber die Repartition der Kriegsschaeden, in juristischer und kammeralistischer Hinsicht.*

⁸⁸ *Pruefung der Grundsaeetze welche ueber die Peraequation der Kriegslasten bisher sind aufgestellt worden.*

⁸⁹ *Beytraege zur Berichtigung der rechtlichen Grundsaeetze ueber den Ersatz und die Vertheilung der Kriegsschaeden.*

⁹⁰ *Weber*, Ueber die Repartition der Kriegsschaeden, in juristischer und kammeralistischer Hinsicht, 1. Hauptstueck, 2. Abschnitt, §. 28. u. §. 29., S. 72-77; *Hatzfeld*, Pruefung der Grundsaeetze welche ueber die Peraequation der Kriegslasten bisher sind aufgestellt worden, 1. Abschnitt., I. Kap., §. 8.-§. 12., S. 9-14 und *Haus*, Beytraege zur Berichtigung der rechtlichen Grundsaeetze ueber den Ersatz und die Vertheilung der Kriegsschaeden, II., §. 11., S. 22-24.

⁹¹ *Weber*, Ueber die Repartition der Kriegsschaeden, in juristischer und kammeralistischer Hinsicht, 3. Abschnitt unter „Berichtigung des Begriffes von Kriegsschaeden.“ (S. 139), §. 52.-§. 54., S. 139-146; Beispiele,

Hatzfeld, Pruefung der Grundsaeetze welche ueber die Peraequation der Kriegslasten bisher sind aufgestellt worden, 2. Abschnitt, I. Kap., §. 44., S. 54-56, insb. die auf S. 55 angeführten Beispiele und Einteilungen der Kriegsschäden: absolut notwendige Kriegslasten, die Kosten, Schäden des eigenen Heeres oder jener nach dem Kriegsgebrauch den Feinden zugefügten, zufällige: Plünderungen und Verheerungen,

Haus, Beytraege zur Berichtigung der rechtlichen Grundsaeetze ueber den Ersatz und die Vertheilung der Kriegsschaeden, VI., §. 65.-§. 70., S. 171-192, §. 66., S. 171-176: Requisitionen, Contributionen, Einquartierung, Vorspann, Fuhren, Dienste, §. 68., S. 178-181: Folgeschäden, negative Schäden, §. 69., S. 181-

nicht in Bezug auf das spezielle Verhältnis der Reichsstände zu Kaiser und Reich sondern für das allgemeine des Staates zu seinen Untertanen.⁹²

Weber befürwortete im Prinzip die Verpflichtung des Staates zur Erstattung von allen eingetretenen Kriegsschäden, da der Krieg ein Faktum des ganzen Staates sei.

„... Der Krieg ist das Factum des ganzen Staates, und nicht das Factum einzelner Individuen; es muß also der Staat, und nicht das Individuum, den Schaden tragen, und daher muß das Individuum, welches den Schaden erlitt, vom Staate entschädiget, ... werden. ...“⁹³

Er machte insofern eine Einschränkung, als der schädigende Akt auf kriegsbedingten Handlungen seitens der Ober-Generäle und nicht auf solche von einzelnen oder mehreren Soldaten beruhen müsse.⁹⁴

Hatzfeld machte sich bei dem Grund der staatlichen Erstattungsverpflichtung die Ansicht von *Weber* zu eigen.⁹⁵ Es beschränkte diese jedoch auf die unmittelbar notwendigen Folgen des Krieges, die Kriegslasten, wogegen die nichtnotwendigen zufälligen Kriegsschäden jeder Einzelne selber tragen müsse.⁹⁶

Haus begründete die grundsätzliche Erstattungsverpflichtung des Staates für die Kriegsschäden durch die aus der staatlichen Machtvollkommenheit, dem *dominum eminens* sich ergebende negative Ersatzpflicht des Staates.⁹⁷ Ausgenommen hiervon seien die zufälligen Schäden, worunter er insbesondere die durch die feindlichen Armeen verursachten Schäden rechnet, welcher jeder Einzelne selber zu tragen habe.⁹⁸

185: Beschädigungen der Staatsdiener, §. 70., S. 185-187: Schäden der Geißeln, §. 71., S. 188-192: Kriegsschäden der Pächter.

⁹² *Weber*, Ueber die Repartition der Kriegsschaeden, in juristischer und kammeralistischer Hinsicht, 1. Hauptstueck, 2. Abschnitt, §. 28. u. §. 29., S. 72-77; *Hatzfeld*, Pruefung der Grundsaeetze welche ueber die Peraequation der Kriegslasten bisher sind aufgestellt worden, 1. Abschnitt, I. Kap., §. 8.-§. 12., S. 9-14 und *Haus*, Beytraege zur Berichtigung der rechtlichen Grundsaeetze ueber den Ersatz und die Vertheilung der Kriegsschaeden, II., §. 11., S. 22-24.

⁹³ *Weber*, Ueber die Repartition der Kriegsschaeden, in juristischer und kammeralistischer Hinsicht, 1. Hauptstueck, 2. Abschnitt, §. 28., S. 73.

⁹⁴ *Weber*, Ueber die Repartition der Kriegsschaeden, in juristischer und kammeralistischer Hinsicht, 1. Hauptstueck, 2. Abschnitt, §. 30., S. 77-79.

⁹⁵ *Hatzfeld*, Pruefung der Grundsaeetze welche ueber die Peraequation der Kriegslasten bisher sind aufgestellt worden, 1. Abschnitt, I. Kap., §. 12., S. 13-14.

⁹⁶ *Hatzfeld*, Pruefung der Grundsaeetze welche ueber die Peraequation der Kriegslasten bisher sind aufgestellt worden, 2. Abschnitt, I. Kap., S. 30-70, insb. §. 45., S. 56 mit §. 44., S. 54-56.

⁹⁷ *Haus*, Beytraege zur Berichtigung der rechtlichen Grundsaeetze ueber den Ersatz und die Vertheilung der Kriegsschaeden, II., §. 11., S. 22-24, insb. S. 24 am Ende und I., §. 7., S. 14-17, insb. S. 16-17.

⁹⁸ *Haus*, Beytraege zur Berichtigung der rechtlichen Grundsaeetze ueber den Ersatz und die Vertheilung der Kriegsschaeden, II., §. 23., S. 48-50.

Die Frage der allgemeinen Erstattung von Kriegsschäden durch den Staat ist von der hier vorliegenden Frage, ob dem Reich unter dem speziellen Gesichtspunkt des Notrechtes und Aufopferungsanspruches die Verpflichtung oblag, den durch die Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete an die Französische Republik ihre Gebiete und Besitzungen verlierenden Reichsständen Entschädigungen gewähren zu müssen, zu unterscheiden. Die Frage der allgemeinen Erstattung von Kriegsschäden durch den Staat sprach nicht notwendigerweise die Voraussetzungen des Notrechtes und Aufopferungsanspruches, des Vorhandensein einer Gefahr für den tatsächlichen Bestand des Reiches mit einer Kollision zwischen seinen Interessen und jenen der einzelnen Reichsstände zu ihrer Abwendung, welche nur durch Eingriffe in die iura quaesita der Reichsstände abgewendet werden kann, an. Dies gilt insbesondere für die durch die eigenen und fremden Truppen verursachten Flur-, Requisitions-, Kontributions-, Einquartierungs-, Vorspann- und allgemeinen Plünderungsschäden, bei welchen das Vorliegen einer Gefahr für den tatsächlichen Bestand des Reiches bei einer gegebenen Kollision zwischen seinen Interessen und jener der Reichsstände mit der Notwendigkeit zur Vornahme von Eingriffen in ihre iura quaesita zur Abwendung dieser nicht vorzuliegen brauchte. Bei den durch die Truppen der ausländischen Mächte hervorgerufenen Flurschäden hätte es zudem auch an der immanenten Voraussetzung des Aufopferungsanspruches, dass das schadensstiftende Ereignis auf einem Willensakt der den Schaden erleidenden Reichsständen übergeordneten staatlichen Gesamtheit, dem Reich, beruhte, gefehlt.⁹⁹

Die Frage einer allgemeinen Erstattung von Kriegsschäden durch das Reich ist demnach von der hier vorliegenden Frage, ob dem Reich unter dem speziellen Gesichtspunkt des Aufopferungsanspruches die Verpflichtung oblag, den durch den Frieden von Lunéville depossedierten Reichsständen Entschädigungen gewähren zu müssen, zu unterscheiden.

Batz, Versuch einer natuerlichen Erklarung des siebenten Friedensartikels:

„Die Antwort auf die Frage? , warum sollten die Fuersten den Verlust, welchen der Krieg herbey fuehrte, nicht eben so allein und fuer sich tragen, als jeder Particulier oder jede Gemeinde, deren Gebaeude und Besitzungen durch den Krieg zerstoert wurde.* liegt in dem wichtigen Unterschied zwischen dem Verlust im K r i e g und dem Verlust aus einem F r i e d e n s t r a k t a t, den der Krieg veranlaßte. Jener eine Folge des Ungluecks trifft den Reichsfuersten wie den Privatmann, beyde mueßen ihn tragen, keiner kann dafuer Entschaedigung fordern (casum sentit Dominus). Dieser entspringt aus dem Willen der Nation durch einen Akt der hoechsten Gewalt.⁽¹⁰⁰⁾ ... Der Buerger, dessen noch unbeschuedigtes Haus der Regent zu Abwendung groeßerer Gefahr in Feuersnoth einreissen laeßt, hat ein Recht auf Ersatz wie der Reichsstand, dessen Land das Reich zu Verhuetzung groeßeren Schadens durch Fortsetzung des Kriegs im Luneviller Frieden an Frankreich hingab. Beydes fließt aus dem Princip: Kein einzelner, weder unmittel=noch mittelbarer Buerger hat eine positive Pflicht, sein Recht und Eigenthum dem G a n z e n aufzuopfern; aber er hat eine negative, oder er ist

⁹⁹ *Haus*, Beytraege zur Berichtigung der rechtlichen Grundsuetze ueber den Ersatz und die Vertheilung der Kriegsschaeden, IX., B., S. 182-196.

¹⁰⁰ §. 4., S. 9.

schuldig zu leiden, daß der Staat im Collisionsfall des oeffentlichen und
Privatrechts durch seinen Schaden, doch nur gegen Ersatz, den Schaden des
G a n z e n abwende. ...¹⁰¹

¹⁰¹ §. 4., S. 10.

VI

Die Voraussetzungen des Notrechtes und des Aufopferungsanspruches in ihrer begrifflichen Festlegung

1. Das Vorliegen einer Gefahr für den tatsächlichen Bestand des Reiches

Zu der ersten Voraussetzung des Notrechtes und des Aufopferungsanspruches, des Vorhandenseins einer Kollision zwischen den Interessen der Allgemeinheit und jenen Einzelner wurden von den Reichspublizisten und zeitgenössischen Publizisten zwei verschiedene Ansichten vertreten.

Von ihrer großen Mehrzahl wurde das Vorhandensein einer das Notrecht und den Aufopferungsanspruch rechtfertigenden Kollision nur bejaht, wenn eine Gefahr für den tatsächlichen Bestand des Staates gegeben ist.

Häberlin, Handbuch Teutschen Staatsrechts:

„... Soll dies aber geschehen, so muß eine wirkliche und wahre Noth vorhanden seyn. Die bloße Befoerderung des Wohls des Staats ist hiezu nicht immer hinreichend. Denn sonst wuerde das Eigenthum des Staatsbuergers sehr unsicher seyn, sondern es muß der Fall so beschaffen seyn, daß das Wohl des Staats nicht ohne Aufopferung der Privatbefugnisse erhalten werden kann, und dem Staat der groeßte Ruin droht. ...“¹⁰²

Repertorium des Teutschen Staats und Lehnrechts:

„Unter Obereigenthum versteht man gewoehnlich das Recht der hoechsten Gewalt in einem Falle, da die Erhaltung des Staats mit den Rechten des einzelnen Buergers streitet, zum Besten des Staats dem einzelnen Buerger etwas zu entziehen. ...“¹⁰³

Weisse, Nachtrag ueber die Sekularisation deutscher geistlicher Reichslaender nebst des Nothrechts:

„Die Einschränkungen des Nothrechts, zu welchen ich gegenwaertig uebergehe, betreffen theils seinen Zweck, theils seinen Gegenstand, theils die Art und Weise wie es ausgeuebt wird. Was die erste Klasse derselben betrifft, so fließen sie insgesamt aus dem Grundsatz, daß jenes Befugniß der hoechsten Gewalt blos dann, wenn eine wahre Noth vorhanden ist, d. h. wenn es die

¹⁰² Band II, 6. Buch, 9. Cap., §. 260., S. 293.

¹⁰³ III. Teil (von *Häberlin*), O, 3. Obereigenthum, §. 1., S. 684.

Erhaltung des Staats erfordert, ausgeuebt werden kann, keineswegs aber wegen Befoerderung des Wohlstandes oder Bequemlichkeit. ...¹⁰⁴

und *Samhaber*, Freymuethige Gedanken ueber die Saecularisirung:

„..., daß, wenn die Erhaltung des Staates mit den wohl erworbenen Rechten Einzelner in eine solche unvermeidliche Collision geraeth, daß entweder der Staat zu Grunde gehen, oder Einer oder Mehrere ihr wohl erworbenes Recht verlieren muessen; ...“¹⁰⁵

Hingegen nahmen:

Pütter, Kurzer Begriff des Teutschen Staatsrechts:

„Sowohl die kayserliche Gewalt als die Landeshoheit haben I) mit jeder andern h o e c h s t e n G e w a l t diese w e s e n t l i c h e G r e n z e gemein, daß nur die gemeine W o h l f a h r t (salus publica) ihr Ziel seyn darf. Dieses Ziel ist II) zwar weit gnug gesteckt, da zu allem, was dahin dienet, in Absicht derer der hoechsten Gewalt unterworfenen Personen und Sachen, der hoechsten M a c h t = V o l l k o m m e n h e i t (plenitudini potestatis) alles offen stehet. Indessen muessen III) alle G e r e c h t s a m e n aller und jeder Unterthanen u n g e k r a e n k t bleiben, so daß der Unterthanen natuerliche Freyheit zum gemeinen Besten zwar eingeschraenket, aber niemanden sein wohl erworbenes Recht (ius quaesitum) benommen werden kann; es sei denn, daß IV) eines einzelnen Recht mit der Wohlfahrt des Ganzen in solchen Widerspruch komme, daß dieses ohne des erstern Hindansetzung nicht erhalten werden koennte. Je ueberwiegender alsdenn die Wohlfahrt des Ganzen vor der Bequemlichkeit eines einzelnen Theiles ist; je billiger wird hier die Macht=Vollkommenheit in Anwendung gebracht, jedoch niemals anders, als moeglichst=vollkommenster Schadloshaltung dessen, der an Guetern oder Rechten fuer das gemeine Beste etwas einbuessen muß.“¹⁰⁶

Beytraege zum Teutschen Staats= und Fuersten= Rechte:

„Von diesen Grundsuetzen kann selbst alsdann Gebrauch gemacht werden, wenn nicht sowohl die Frage davon ist, ein ganzes Land vom Untergange zu retten, als nur zum Nutzen und zu mehrerer Aufnahme des gemeinen Wesens etwas zu veranstalten; wie insonderheit der Fall mit Anlegung neuer gerader Heerstrssen zum besten Beyspiele dienen kann.“¹⁰⁷

¹⁰⁴ Von dem Umfang und den Graenzen des Nothrechts mit besondrer Ruecksicht auf die deutsche Staatsverfassung, §. 4., S. 71.

¹⁰⁵ §. 17., S. 62.

¹⁰⁶ 3. Buch, I. Hauptstueck, §. 66., S. 49-50.

¹⁰⁷ I. Theil, XX., §. 15., S. 358.

Ders., Kurzer Begriff des Teutschen Staatsrechts, §. 66., S. 49-50, insb. „...; es sey denn, daß IV) eines einzelnen Recht mit der Wohlfahrt des Ganzen in solchen Widerspruch komme, ...“ (S. 50).

und mit abgeschwächten Formulierungen:

Westphal, Teutsche Staatsrecht:

„Weil der Unterthan sich ohne Einschraenkung dem unterworfen hat, was der Zweck des Staats erfordert, so muß er sich auch eine Ungleichheit und Einschraenkungen gefallen lassen, welche unter gewissen besondern Umstaenden, oder zu gewissen ausserordentlichen Zeiten, die gemeine Wohlfahrt, oder eine besondere Noth des Staats, erfordert. ...“¹⁰⁸

das Vorhandensein dieser Kollision bereits bei einer Förderung des allgemeinen Wohles an.

Aus der sachlich-immanenten Natur des Notrechtes ergibt sich, dass dieses seine Anwendung in dem außerordentlichen Bereiche zur Abwendung einer drohenden Gefahr und nicht hingegen in dem allgemeinen Bereich einer Förderung des allgemeinen Wohles hat. Der von der Mehrzahl der Reichspublizisten vertretenen Ansicht des Vorhandenseins einer Gefahr für den tatsächlichen Bestand des Reiches ist demnach zu folgen.

2. Die Vornahme von Eingriffen in die *iura quesita* der Reichsstände zur Abwendung der Kollision

Zu der weiteren Grundvoraussetzung des Notrechtes und Aufopferungsanspruches, den zu erfolgenden Eingriffen in die Rechte der Einzelnen zur Abwendung der Kollision vertrat die überwiegende Mehrzahl der Reichspublizisten und zeitgenössischen Publizisten die Ansicht, dass hierzu Eingriffe in die wohlerworbenen Rechte in die *iura quaesita* der Einzelnen erforderlich seien.

Pütter, *Institvtiones Ivris Pvblici*:

„... Sarta autem teétaque 2) I V R A ciuium Q V A E S I T A maneant ... omnino fas est, nisi forte a) conseruatio vniuersi cum iure singuli in *collisionem* veniat, ...“¹⁰⁹

Häberlin, Handbuch Teutschen Staatsrechts:

„..., die hoechste Gewalt befugt sey, einzelnen Unterthanen ihre wohl erworbene Gerechtsame zu nehmen **). ...“¹¹⁰

¹⁰⁸ 7. Abhandlung, §. 2., S. 79.

¹⁰⁹ Lib. III., Cap. I., §. 119., p. 123.

Auch *ders.*, *Beytraege zum Teutschen Staats= und Fuersten= Rechte*, I. Theil, XX., §. 12., S. 357: er benennt das Eigentum der Einzelnen als ihr Opfer für das Notrecht und den Aufopferungsanspruch.

¹¹⁰ Band II, 6. Buch, 9. Cap., §. 260., S. 291.

Leist, Lehrbuch teutschen Staatsrechts:

„Die Inhaber der Staatsgewalt duerfen den Unterthanen ihre wohlerworbenen Rechte, ... weder gaenzlich e n t z i e h e n, noch ueberhaupt k r a e n k e n¹⁾. Nur in dem außerordentlichen Falle findet dieser Regel eine Ausnahme Statt, ...“¹¹¹

Kretschmann, Versuch eines Lehrbuchs des positiven Rechts der Deutschen:

„... Wohlerworbene Rechte muessen der hoechsten Gewalt des Staates heilig seyn, ..., sie sind nur dann den Verfuegungen der hoechsten Gewalt unterworfen, so oft sie mit dem Zweck des ganzen Staats in Kollision kommen. ...“¹¹²

und *Samhaber*, Freymuethige Gedanken ueber die Saecularisirung:

„..., daß, wenn die Erhaltung des Staates mit den wohl erworbenen Rechten Einzelner in eine solche unvermeidliche Collision geraeth, ...“¹¹³

Weisse, Nachtrag ueber Sekularisation deutscher geistlicher Reichslaender nebst des Nothrechts, befürwortete hingegen, dass das jus eminens des Regenten diesen in außerordentlicher Ursache zu Eingriffen in die Rechte der Einzelnen, welche sich auf einen allgemeinen oder besonderen Titel gründen und auch in Rechte des gesamten Volkes berechtigen:

„Unter dem Nothrechte des Regenten, welches auch das aeußerste Recht oder die Machtvollkommenheit (Jus eminens plenitudo potestatis) genannt wird, verstehe ich das Befugniß desselben, wegen einer außerordentlichen Ursache solche Rechte aufzuopfern, zu deren Erhaltung er in dem gewoehnlichen Zustande des Staats verbunden ist. Dahin aber gehoeren theils Rechte einzelner Staatsbuerger, welche durch irgend einen rechtmæßigen Titel sind erworben worden, theils Rechte des gesammten Volks, welche durch die Grundverfassung des Staats garantirt worden sind. J n A n s e h u n g d e r e r s t e r n ist es, ungeachtet der gewoehnlichen entgegengesetzten Meinung, sie selbst P u e t t e r²⁾ und H a e b e r l i n³⁾ vertheidigen, gleichgueltig, ob sich das Recht des Einzelnen auf einen allgemeinen oder besondern Rechtstitel gruendet. ...“¹¹⁴

Weisse machte jedoch bei den sich auf einen allgemeinen oder besonderen Rechtstitel gründenden Rechten der Einzelnen die Unterscheidung, dass Eingriffe in besondere

¹¹¹ 2. Aufl., B), II. Buch, I. Theil, §. 102., S. 318.

¹¹² I. Theil, §. 174., S. 59.

¹¹³ §. 17., S. 62.

Westphal, Teutsche Staatsrecht ging gleichfalls davon aus, dass das Notrecht und der Aufopferungsanspruch nur bei Eingriffen in die iura quaesita gegeben seien, da seine diese beinhaltenden Erörterungen über die außerordentliche Gewalt des Fürsten (7. Abhandlung, §. 1.-§. 9., S. 78-82) unmittelbar nach seinen Ausführungen zu den iura quaesita folgten, bei denen er Eingriffe seitens des Regenten in ordentlichem Falle nicht angehen ließ (6. Abhandlung, §. 7. u. §. 8., S. 77-78).

¹¹⁴ Von dem Umfang und den Graenzen des Nothrechts mit besondrer Ruecksicht auf die deutsche Staatsverfassung, §. 1., S. 59-60, insg., S. 59-61.

Rechtstitel nicht durch Gesetzgebung möglich sind, es sei denn es träten außerordentliche Umstände hinzu, hingegen erstere, welche sich auf den Gesetzgeber gründen, auch durch ihn wieder aufgehoben werden können:

„... Nur insofern also findet zwischen denjenigen Rechten, die sich auf einen *a l l g e m e i n e n*, und denjenigen, die sich auf einen *b e s o n d e r n* Rechtstitel gründen, ein Unterschied Statt, dass letztere in der Regel (d. h. wenn nicht außerordentliche Umstände eintreten) ganz außer dem Kreise der Gesetzgebung liegen, weil sie sich entweder gar nicht auf die Einwilligung des Gesetzgebers gründen, oder auf eine solche Verleihung des Regenten, die von dem andern acceptirt wurde, und daher die Kraft eines verbindlichen Vertrags äußert; erstere aber insofern einer Abänderung von Seiten des Gesetzgebers unterworfen sind, als von diesem die Vorschrift selbst kann aufgehoben werden, worauf sie sich gründen. ...“¹¹⁵

Auch bei Entschädigungen kennt *Weisse* einen engeren Bereich des Notrechtes insofern, als er Entschädigungen bei einer Verletzung der Grundverträge des Volkes nicht gewährt:

„... Dieses aber wird nicht immer der Fall seyn, so kann wegen einer im Nothfall geschehnen Verletzung der Grundvertraege schon deswegen keine Entschädigung denkbar seyn, weil hier nicht die Rechte des Einzelnen fuer die uebrigen, sondern die Rechte des Volks zu dessen eignen Besten aufgeopfert werden. ...“¹¹⁶

Innerhalb des *Weisseschen* Notrechtsbegriffes entspricht demnach jener Teilbereich, in dem die auf einem besondereren Rechtstitel gründenden Rechte der Einzelnen nicht den Eingriffen des Gesetzgebers unterliegen, dem von den Reichspublizisten und zeitgenössischen Publizisten befürworteten Begriff von dem *Jus eminens*.

Unter Zugrundelegung der von den Reichspublizisten und zeitgenössischen Publizisten vertretenen Ansichten muß demnach als die weitere Grundvoraussetzung des Notrechtes und des Aufopferungsanspruches das Vorliegen von Eingriffen in die *iura quaesita* der Einzelnen zur Abwendung der zwischen den Interessen der Allgemeinheit und jener der Einzelnen bestehenden Kollision gefordert werden.¹¹⁷

¹¹⁵ Von dem Umfang und den Graenzen des Nothrechts mit besondrer Ruecksicht auf die deutsche Staatsverfassung, §. 1., S. 61, insg., S. 61-63 und §. 2. u. §. 3., S. 63-71.

¹¹⁶ Von dem Umfang und den Graenzen des Nothrechts mit besondrer Ruecksicht auf die deutsche Staatsverfassung, §. 7., S. 85-86, insg., S. 85-91.

¹¹⁷ Mit dieser begrifflichen Festlegung des Notrechtes und des Aufopferungsanspruches, des Vorliegens einer Gefahr für den tatsächlichen Bestand des Staates mit der Notwendigkeit zur Vornahme von Eingriffen in die *iura quaesita* der Einzelnen zur Abwendung der Gefahr, entfallen auch die von *Berg*, Ueber das Staatsnothrecht als Grund des Rechtes zu säcularisiren und dem Verfasser von *Noch ein Wort ueber das Saekularisationswesen* gegen das Nothrecht vorgebrachten Bedenken, es sei zu unbestimmt und es habe keine sicheren Grenzen, so dass dem Einzelnen Willkühr und Despotismus drohe (*Berg ebd.*, insb. S. 5-6 und *Noch ein Wort ebd.*, Erster Satz, S. 17-18).

3. Der Inhalt der iura quaesita

Die inhaltliche Bedeutung der iura quaesita war zu verschiedenen Zeiten eine unterschiedliche,¹¹⁸ da sie als Anknüpfungs- und Bezugspunkt für die Begrenzung und Beschränkung der staatlicher Herrschergewalt gegenüber den rechtlich geschützten Belangen der Einzelnen verwandt und herangezogen wurden.¹¹⁹

Ihr generelles Merkmal war immer ihre besondere Erwerbsart. Nach der seit *Pütter*, *Institutiones Ivris Pvblci* (1770) allgemein anerkannten Definition¹²⁰:

„..., fas est, adeo vt si vel circumscribi possit *libertas* subditorum *naturalis*, tamen non infringere liceat vllius i v s q v a e s i t v m (i e. ni fallor, quod, *speciali titulo adquisitum*, non ex sola libertate naturali obtinet.); ...“¹²¹

„... Sarta autem teétaque 2) I V R A ciuium Q V A E S I T A maneant (scilicet quae speciali titulo adquisita non ex sola libertate naturali obtinent.) omnino fas est, ...“¹²²

war ihr positives Kennzeichen ihr Erwerb auf Grund eines besonderen Rechtstitels und ihr negatives Kennzeichen ihre Nichtinnehabung auf Grund der natürlichen Freiheit der Einzelnen.

Da der Erwerb auf Grund eines besonderen Rechtstitels eine Heraushebung gegenüber sonstigen Erwerbsmöglichkeiten ist, kann demnach die dem Erwerb der iura quaesita zugrundeliegende Erwerbsart dahingehend gekennzeichnet werden, dass sie nicht im Rahmen der durch die bloße Rechtsordnung gebotenen Erwerbsmöglichkeiten und nicht in der natürlichen Freiheit der Einzelnen begründet ist.

Zudem: Selbst wenn man der von *Pütter* vertretenen Ansicht zur Förderung des allgemeinen Wohles folgen würde, so kann, ungeachtet der Frage einer genaueren begrifflichen Festlegung der Kollisionslage wegen der aus dem Notrecht sich ergebenden Gegenverpflichtung des Staates zur Gewährung von Entschädigung an die Einzelnen eine Gefahr von Willkür und Despotismus durch das Notrecht nicht angenommen werden. *Weisse*, Nachtrag ueber Sekularisation deutscher geistlicher Reichslaender nebst des Nothrechts, Nachtrag ... Sekularisation ..., §. 7., S. 22-23 führt neben der genauen inhaltlichen Festlegung der Notlage die ansonsten auch gegebene Möglichkeit eines Missbrauches der höchsten Gewalt an.

¹¹⁸ *Anschütz*, Der Erstattungsanspruch aus Vermögensbeschädigungen durch rechtmäßige Handhabung der Staatsgewalt, 1. Studie, 2., in: VA, V. Band, A., I., S. 9 „... Was ist nun ein ‚erworbenes Recht‘? Die Antwort hierauf vermöchte nur zu geben, wer die vielhundertjährige Dogmengeschichte des Begriffes erzählt;¹⁶ – denn unter einem erworbenen Recht (ius quaesitum) hat man sich zu verschiedenen Zeiten Verschiedenes vorgestellt. ...“

¹¹⁹ *HRG*, II. Band, Jura quaesita, von *D. Pirson*, Sp. 472-476 „... Die j. q. dienten namentlich der naturrechlichen Staatstheorie als Anknüpfungspunkt für eine Bestimmung der Grenzen der Herrschermacht. ...“ (473).

¹²⁰ *HRG*, II. Band, Jura quaesita, von *D. Pirson*, Sp. 472-476 „... Eine allgemein akzeptierte Definition findet sich bei *Pütter* (*Institutiones* § 119) ...“ (472).

¹²¹ *Institutiones Ivris Pvblci* (1770), Lib. III., Cap. I., §. 119., p. 108.

¹²² *Institutiones Ivris Pvblci* (1792), Lib. III., Cap. I., §. 119., p. 123.

O. Mayer, Deutsches Verwaltungsrecht:

„... Wohlerworben heißen sie im Gegensatz einerseits zu dem, was schon als Inhalt der allgemeinen Freiheit dem Einzelnen von selbst zusteht, andererseits zu bloßen Erwerbsmöglichkeiten, welche die Rechtsordnung eröffnet: es muß ein bestimmter tatsächlicher Vorgang durch die Kraft der Rechtsordnung zugunsten dieses Untertanen bereits wirksam geworden sein, um ihn auszustatten mit einer Willensmacht bestimmtes Inhalts. ...“¹²³

Hierbei ist nicht erforderlich, dass das Recht gegenüber dem es berührenden Hoheitsträger erworben wurde, sondern auch ein Erwerb gegenüber jedermann begründet das *ius quaesitum*.¹²⁴

¹²³ I. Band, Allgemeiner Teil, 1. Abschnitt, §. 3., II., 2., S. 31.

¹²⁴ Die Ansicht von *Struben*, Rechtliche Bedenken, V. Band, CXXVIII. Bedenken, S. 272: nur die unmittelbar gegenüber dem Landesherrn erworbenen Rechte sind *ius quaesitum* war nicht die allgemeine: *Leist*, Lehrbuch teutsches Staatsrechts, 1. Aufl., B), II. Buch, I. Abtheilung, §. 86., S. 263-264; *Neurath*, Observationes de cognitione et potestate iudiciaria, § IV., P. XIV-XVI. und *O. Mayer*, Deutsches Verwaltungsrecht, I. Band, Allgemeiner Teil, 1. Abschnitt, §. 3., II., 2., S. 31.

B

Die Voraussetzungen des Aufopferungsanspruches bei Abschluss des Friedensvertrages von Lunéville

I

Das Vorhandensein einer Gefahr für den tatsächlichen Bestand des Reiches?

1. Die Situation der Französischen Republik an der Wende zum neuen Jahrhundert

a) Die schwierige Lage unter dem Direktorium im Herbst 1799

Die beiden Staatstreiche vom 22 floréal an VI (11 mai 1798)¹²⁵ und vom 30 prairial an VII (18 juin 1798)¹²⁶ zeigten erneut die staatsstreichanfällige Zeit des Direktoriums.¹²⁷

¹²⁵ Die Neuwahlen im Frühjahr 1798 zu den beiden Conseils – Conseil des Cinq-Cents und Conseil des Anciens – erbrachten den erwartenden starken jakobinischen und auch reaktionären royalistischen Zuwachs. Das Direktorium ließ durch das Gesetz v. 22 floréal an VI (11 mars 1798) bei Kennzeichnung von einer in zwei Flügeln gespaltenen Verschwörung, die Mandate von 106 überwiegend jakobinischer Abgeordneten für ungültig erklären und ersetze sie mit Regierungstreuen (*Suratteau*, Les élections de l’an VI et le coup d’État du 22 floréal, Notice préliminaire, p. 19-27, 1.-3. Partie, p. 29-438, Conclusion, p. 439-451, Table ..., p. 453-454, Table ..., p. 455; *Meynier*, Le Vingt-deux floréal an VI et le Trente prairial an VI, Le 22 ..., p. 1-109 (Chap. II und III, p. 39-109); *Soboul*, Révolution française, 3. Partie, Chap. III, I, 2., p. 436-438; *Furet-Richet*, La Révolution, Tome II, Chap. 6, p. 302-303 und *Duvergier*, Collection des lois, Tome X, p. 186-187, 285).

¹²⁶ Die Neuwahlen im Frühjahr 1799 erbrachten wiederum unter Ablehnung der von der Regierung Empfohlenen einen starken jakobinischen Zuwachs. Die beiden Conseils ließen sich aber dieses Mal ein weiteres Machtspiel des Direktoriums nicht gefallen. Sie erklärten ihrerseits am 28 prairial an VII (16 juin 1799) die Wahl des directeurs Treilhard für ungültig und forderten am 30 prairial an VII die Rücktritte der zum Inbegriff von Korruption und Machtmissbrauch gewordenen beiden directeurs Merlin de Douai und La Reveillère-Lépeaux, welche, von ihren Kollegen nicht unterstützt, zurücktraten und durch den Régicide Roger Ducos und den unscheinbaren général commandant de l’armée de l’Ouest Moulin ersetzt wurden. Auch die Regierung wurde nach dem Willen der Conseils mit général Bernadotte als Kriegsminister, Cambacérès als Justizminister, Fouché als Polizeiminister und dem ehemaligen Mitglied des Comité du salut public Robert Lindet als Finanzminister neu besetzt. Damit hatten die beiden Conseils dem Direktorium und seinem Regierungspersonal ihren Willen aufgezwungen und es in der Öffentlichkeit weiter diskreditiert (*Meynier*, Le Vingt-deux floréal an VI et le Trente prairial an VI, Le 30 ..., p. 111-230 (Chap. V und VI, p. 186-230); *Lefebvre*, La France sous le Directoire, 2. Partei, Chap. XX, p. 651-669; *Soboul*, Révolution française, 3. Partie, Chap. III, III, 2., p. 452-455 und *Furet-Richet*, La Révolution, Tome II, Chap. 6, p. 295, 303, 304-305).

¹²⁷ Den beiden Staatstreichen war insbesondere der frühere vom 18 Fructidor an V (5 sept. 1797) vorausgegangen, in welchem eine jakobinische Restauration des 2. Direktoriums erfolgte (unten, S. 808-809).

Während der zweiten Hälfte von 1799 brach erneut der Bürgerkrieg der Chouans und der Vendéer aus.¹²⁸ Auf dem Lande nahm das Räuber- und Bandenwesen einen neuen Zuwachs.¹²⁹

Das Direktorium verfügte trotz der zur Senkung der Staatsschuld durchgeführten Zweidrittelbankrottes¹³⁰ vorgenommenen Verbesserungen bei der Erhebung von Steuern¹³¹

¹²⁸ Vorbereitet in England mit dem nach dorthin emigrierten Comte d'Artois und mithervorgerufen durch das nach dem 30 Prairial an VII (18 juin 1799) am 24 messidor an VII (12 juillet 1799) erlassene Gesetz zur Geiselnahme. Nach ihm wurde jeder Mord an einem Beamten, Käufer von Nationalgütern und der Verfassung des Jahres III zugetanen Bürgern mit der Deportation von 4 Geiseln geahndet, welche aus den Emigranten der ehemaligen Adelligen und den allgemein als aufständisch Bekannten entnommen wurden (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XI, p. 278-281).

Die Kampfhandlungen begannen um Mitte Okt. 1799: Frotté in der Normandie, Bourmont im Maine und im bretonischen Morbihan unter Cadoudal mit 40 000 Mann und in der Vendée d'Autichamp mit 6 000. Le Mans wurde von Bourmont am 14. Okt. für 4 Tage eingenommen und Nantes in der Nacht v. 20./21. Okt. 1799 mehrere Stunden besetzt, Saint-Brieuc in der Bretagne am 26./27. Okt. angegriffen und aus dem Gefängnis wurden 300 Royalisten befreit. Vannes wurde am 26. Okt. von Cadoudal bestürmt und die Aufständischen beherrschten die Gegend von Rennes (*Montagnon*, Les guerres de Vendée, VII, p. 267-271 mit Chronologie, p. 409 und Cartes, p. 412-415; *Les guerres de l'ouest 1793-1815*, p. 10 (Karte), 6., p. 229, 7., p. 230 (Karte), La troisième ..., p. 277-283; *Doré Graslin*, Itinéraires de la Vendée militaire, Chap. III, 1796-1801, p. 200-202; *Muret*, Guerres de l'ouest, Tome V, Chap. II., p. 59-91, Chap. III., p. 92-136 mit Carte ..., (am Ende); *Erlanning*, La résistance bretonne, Introduction, p. 9 u. 10, 1. Partei, Chap. I und II, p. 13-45 und *Chassin*, Les pacification de l'ouest 1794-1801, Tome III, Chap. XLV, p 313-316, Chap. XLVII und XLVIII, p. 343-429).

¹²⁹ Gegen die Aushebungen für den 2. Koalitionskrieg erhob sich Widerstand, womit die Räuberbanden Zuwachs fanden. Die örtlichen Behörden leisteten dem in Misskredit geratenen Pariser Regime weniger Gehorsam, weil die in Paris vorhandene Korruption für die Tugend der unteren Beamten auf dem Land abträglich war. Trotz einer großen Anzahl von Staatsdienern war das Land unterverwaltet. Die auf Seiten der staatlichen Ordnung Stehenden wurden bedroht, was den terreur als einen royalisme de brigande kennzeichnete. Über ganz Frankreich verbreitet, lagen seine Zentren im Westen zwischen Le Mans und Vannes, im Süden im Rhôneal und in den westlichen Cevennes. In Evreux erbeuteten die Räuber die Waffen des corps du garde. In Toulouse wüteten 20 Banden, bei Nantes beherrschten zahlreiche Räuber die großen Straßen. Die Ardennenwälder waren voll von hors-la-loi. Mit dem Verbrennen der Füße zur Erlangung der versteckten Gegenstände – les chauffeurs – zeigten sich die Grausamkeiten der alten bauerlichen Zivilisation (*Furet-Richet*, La Révolution, Tome II, Chap. 6, p. 316-317 und *Conte*, Le 1. Janvier 1800, VII, p. 185-186).

¹³⁰ Durch das Gesetz v. 9 vendémiaire an VI (30 sept. 1797), Titre XIV erhielten $\frac{2}{3}$ der Staatsschuldner zur Ablösung ihres Kapitals für den Ankauf von Nationalgütern bestimmte Schuldverschreibungen. Das weitere Drittel wurde durch Eintragung in das Große Buch den Titeln von Bargeld gleichgestellt (*Duvergier*, Collection des lois, Tome X, p. 54-65 (64-65)). Dadurch wurde die öffentliche Schuld von 250 Millionen Francs auf 83 Millionen gesenkt (*Godechot*, Les institutions de la France sous la Révolution et l'Empire, Livre IV, Chap. V, II, p. 510). Bei der zu Beginn des Jahres VII (22. Sept. 1798) erfolgten Entrichtung des vollen Kaufpreises für die Nationalgüter wurden dann die Zweidrittelpapiere für 100 Francs Nennwert auf den Kurswert zwischen 2,50 und 5 Francs reduziert (*Furet-Richet*, La Révolution, Tome II, Chap. 6, p. 308).

¹³¹ Die Assemblée nationale constituante hatte für die direkten Steuern die Eintragungen der Steuerrollen und ihre Erhebung allein den in den départements und communes gewählten Beamten übertragen (*Soboul*, Révolution française, 3. Partie, Chap. III, I, 3., p. 439 und *Fürst*, Bonapartes finanzielle Sanierungsaktion, I. Teil, 1.), b), (§ 4), S. 16). Das Gesetz v. 22 brumaire an VI (12 nov. 1797) schuf hingegen eine unter dem ministre de finances stehende agence des contributions directes. Die besaß für jedes der départements die commissaires du Directoire exécutif près les administrations centrales et municipales, denen die Mitwirkung bei der Aufstellung der Steuer-Stammrollen oblagen, zuzüglich eines inspecteurs zur aktiven Überwachung der eigentlichen Steuereinnahmen (*Duvergier* ebd., Tome X, p. 106-112 mit *Marion*, Histoire financière de la France, Tome IV, Chap. IV, Agence des contributions directes, p. 83-87).

und Einführung von neuen Steuern¹³² im Oktober 1799 über keine nennenswerten Geldmittel.¹³³

Die Landwirtschaft konnte sich trotz der mit dem Verkauf der Nationalgüter eröffneten größeren Möglichkeiten zur Produktion nicht vergrößern.¹³⁴ Die gewerbliche Produktion lag bei den Unsicherheiten des Verkehrs im Binnenland, dem geschwächten Handel mit den europäischen Staaten und dem Ausfall des Überseehandels darnieder.¹³⁵

Die von den koalitierten Heeren im Frühjahr und Sommer des Jahres 1799 in der Schweiz, in Italien und in den Niederlanden erzielten militärischen Erfolge¹³⁶ mit der Gefahr einer

¹³² Als neue Steuern wurden insbesondere eingeführt, eine Tabaksteuer am 22 brumaire an VII (12 nov. 1798) (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XI, p. 45-47) und eine Steuer auf Türen und Fenster am 4 frimaire an VII (24 nov. 1798), womit von der Wohnungseinrichtung auf das allgemeine Einkommen geschlossen wurde (*Duvergier* ebd., p. 64-65).

Neu geregelt und erhöht wurden die Stempelsteuer am 13 brumaire an VII (3 nov. 1798), welche auch auf Zeitungen und Anschläge ausgedehnt wurde (*Duvergier* ebd., p. 33-41), die Grundsteuer am 3 frimaire an VII (23 nov. 1798) (*Duvergier* ebd., p. 51-64) und die Militärsteuer am 3 nivôse an VII (23 déc. 1798) (*Duvergier* ebd., p. 138-139). Darüber hinaus wurden noch weitere Steuern – auch direkte – eingeführt und neu geregelt (*Soboul*, Révolution française, 3. Partie, Chap. III, I, 3., p. 439 und *Furet-Richet*, La Révolution, Tome II, Chap. 6, p. 308).

¹³³ Am Tage nach dem 18 Brumaire an VIII (9/10 nov. 1799), am 11 nov. 1799 sollten sich im Trésor public noch 167 000 Francs befunden haben. Die Armeen waren ohne Sold und die Staatsbeamten unbezahlt. In manchen départements schuldete man den Friedensrichtern mehr als 50 000 Francs und verließen die Lehrer wegen fehlender Besoldung ihre Schulen. Die staatlichen Einkünfte waren im voraus den Lieferanten abgetreten, welche sich, sobald Einnahmen in den Kassen waren, ihr Geld dort unmittelbar holten. Bei den noch zusätzlich vorhandenen Mängeln in den Steuerrollen waren von einzelnen Steuern ihre Einkünfte nicht zu realisieren, höchstens unregelmäßig und unvorhersehbar (*Conte*, Le 1. Janvier 1800, VII, p. 182-183; *Bonaparte*, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome XXX Oeuvres de Napoléon I^{er} à Sainte-Hélène, Consuls provisoires, III., p. 390; *Tulard*, Napoléon, 2. Partie, Chap. II, Le redressement financier, p. 124 und *Stourm*, Les finances du Consulat, 1. Partie, p. 39-40 (39)).

¹³⁴ Die landwirtschaftliche Produktion erreichte bei ihrem Absinken während der revolutionären Jahre, im Jahre 1799 wieder den Stand von 1789 (*Aftalion*, L'économie de la Révolution française, IX, La famine de l'an III, p. 225).

¹³⁵ Vor Ausbruch der Revolution waren mit nahezu allen Staaten Europas die landwirtschaftlichen Erzeugnisse und die Verbrauchs- und Gebrauchsgegenstände geliefert und getauscht worden. Von 1715 bis 1789 hatte sich der Außenhandel vervierfacht und überstieg im Jahre 1788 eine Milliarde Livres. Der Kriegszustand mit nahezu allen Staaten Europas mit seinen kriegerischen Ereignissen ließen ihn jedoch zusammensinken. Die Seehandelsstädte Marseille, Bordeaux, Nantes und Le Havre wurden durch die gegen sie gerichteten Embargos, sowohl von den sich im Krieg befindenen Staaten als auch der neutralen Staaten. Die Überseeflotte besaß noch 10 % ihres Bestandes von 1789. Mit der ägyptischen Expedition Bonapartes im Sommer 1798 endete auch der Handel mit der Levante. Im Jahre VIII sank trotz den gebietlichen Eroberungen die Ausfuhr auf die Hälfte von 1789.

Die fabrikindustrielle Produktion war mit nicht mehr als 90 Spinnmaschinen im Jahre 1790 und ein Dutzend Dampfmaschinen in den 90. Jahren zwar vorhanden, aber wenig ausgebildet.

Die gesamte gewerbliche Produktion befand sich im Niedergang. Die Mehrzahl der Produktionsstätten waren geschlossen. In den Dörfern auf dem Lande mangelte es bei den republikanischen und auch royalistischen Rekrutierungen, den Räuberbanden und den vor ihnen Geflohenen an Arbeitskräften. Die Straßen waren verwüstet, die Märkte fanden nicht mehr statt. Die Mehrzahl der Landsitze waren angezündet oder geplündert (*Conte*, Le 1. Janvier 1800, VII, p. 183-184; *Soboul*, Révolution française, 3. Partie, Chap. III, I, 3., p. 440-441; *See*, Les origines du capitalisme moderne, Chap. V, 4., p. 104 und *Mager*, Frankreich vom Ancien Régime zur Moderne, Teil 2, II., 2., S. 168).

¹³⁶ Unten, S. 251-255.

Invasion in das französische Staatsgebiet¹³⁷ und der in der Bevölkerung nach dem revolutionären Jahrzehnt auch vorhandene Wunsch nach stabilen Verhältnissen, welche allein ein Königtum zu gewähren schien, ließen die erneute Gefahr einer royalistisch-bourbonischen Restauration entstehen. Im Mai 1799 brach dann auch im Süd-Westen der royalistische Aufstand aus.¹³⁸

Die im Frühjahr 1800 anstehenden Neuwahlen zu den beiden Conseils sollten nach den idéologues nicht mehr jährlich stattfinden.¹³⁹ Bei diesen ungewissen politischen Verhältnissen¹⁴⁰ erwuchs eine soziale Angst, in der besitzende Bauern um ihr Eigentum und das Unternehmertum um seine wirtschaftliche Betätigung fürchteten.¹⁴¹

Es war in Frankreich ein Zustand eingetreten, in welchem es sich eine starke Führung erwünschte. Diese konnte nur von einem seiner erfolgreichen Truppenführer mit Hilfe der allein intakt verbliebenen Ordnungsmacht, der Armee bewirkt werden.¹⁴²

b) Die neue Regierung des Konsulats

aa) Die in der Konsulatsverfassung vom 22 frimaire an VIII (13 déc. 1799) bewirkte starke Stellung der Exekutivgewalt des 1. Konsuls Bonaparte

Der von dem directeur Sieyès, dem am 20. Juli 1799¹⁴³ als Außenminister zurückgetreten Talleyrand,¹⁴⁴ dem am 9. Oktober 1799 aus Ägypten zurückgekehrten général Bonaparte¹⁴⁵

¹³⁷ Mit dem Ziel der Wiedererrichtung der bourbonischen Monarchie (unten, S. 250).

¹³⁸ Insbesondere im département Haute-Garonne und in den sechs anliegenden départements im Aug. 1799, mit 16 000 Aufständischen unter der Führung des Comte de Paulon. Bedrohung von Toulouse am 5./6. Aug. durch den général Rougé. In Bordeaux gab es am 6. Aug. Straßenkämpfe. Die royalistischen Aufständischen erlitten 4 000 Tote (*Godechot*, La contre-Révolution, 2. Partie, Chap. XVII, 5., p. 365-372; *Muret*, Guerres de l'ouest, Tome V, Pièces justificatives, Insurrection royaliste du Languedoc en 1799, p. 551-556 und *Conte*, Le 1 janvier 1800, VII, p. 181-182).

¹³⁹ Bei der Verfassungsreform stand nicht mehr das Zensuswahlrecht, sondern der Liberalismus des jährlich neu zu wählenden Drittels der beiden Conseils im Mittelpunkt, welcher die Stabilität der Regierung störte. Unter den idéologues mit ihrer Zeitung La Décade philosophique wurden sowohl eine monarchische Restauration als auch eine Demokratisierung bekämpft. Sieyès dachte daran, die bisherigen jährlichen Wahlen durch Kooptation zu ersetzen. Benjamin Constant veröffentlichte 1797 seine Des réactions politiques, in welchen er eine Stärkung und Festigung der Regierung forderte, welche allein den Bürgern die Sicherheit der Person und die Unverletzlichkeit ihres Eigentums garantiere (*Soboul*, Révolution française, 3. Partie, Chap. III, IV, 1., p. 460-461 und *Constant*, Cours de politiques constitutionnelle, Tome II, Des réactions politiques, p. 71-128 (116-128: Chap. IX. u. X.)).

¹⁴⁰ Mit einem noch zusätzlich neuen jakobinischen Druck.

¹⁴¹ *Soboul*, Révolution française, 3. Partie, Chap. III, IV, 1., p. 461.

¹⁴² *Furet-Richet*, La Révolution, Tome II, Chap. 6, p. 314, 297.

¹⁴³ 2 thermidor an VII.

¹⁴⁴ Talleyrand, der den Niedergang des Direktoriums voraussah und auch von Teilen in der Öffentlichkeit als die geheime Seele der gegen die Französische Republik gerichteten 2. Koalition und als einer der Verschwörer

und seinem am 23. Oktober 1799¹⁴⁶ zum Präsidenten des Conseil des Cinq-Cents gewählten jüngeren Bruder Lucien Bonaparte¹⁴⁷ initiierte und am 18/19 brumaire an VIII (9/10 nov. 1799) durchgeführte Staatsstreich¹⁴⁸ brachte die neue Konsulatsverfassung hervor. Auf der Grundlage eines Entwurfes von Sieyès', welcher von Bonaparte in bezug auf die Exekutivgewalt verändert wurde,¹⁴⁹ war die neue Konsulatsverfassung vom 22 frimaire an

gegen das Direktorium angesehen wurde, war vom Direktorium am 2 thermidor an VII (20 juillet 1799), nach wiederholten eigenen Anträgen, sein Rücktritt als Außenminister bewilligt worden (*Poniatowski*, Talleyrand et le Directoire, Chap. XXVI, p. 762-797 und *Masson*, Le département des Affaires étrangères pendant la Révolution, Chap. XI, p. 430-432, Chap. XII, p. 445).

¹⁴⁵ Bonaparte war am 9. Okt. 1799 in der Bucht von Saint Raphaël gelandet und am 16 Okt. in Paris angelangt. Seine Fahrt gestaltete sich als dem populären Kriegshelden, von dem man sich eine Veränderungen der inneren und äußeren Verhältnisse erwartete, in eine triumphale Reise (*Ollivier*, Le Dix-huit brumaire, Chronologie, 1799, p. 272 und *Bonaparte*, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome XXX Oeuvres de Napoléon I^{er} à Sainte-Hélène, 18 Brumaire, II., p. 363-364).

¹⁴⁶ 16 brumaire an VII.

¹⁴⁷ Lucien Bonaparte am 21. Mai 1775 geboren und 6 Jahre jünger als Napoléon Bonaparte (15. Aug. 1769) war am 1 brumaire an VIII (23 oct. 1799), auch unter dem Einfluss der Rückkehr seines älteren Bruder zum président du Conseil des Cinq-Cents gewählt worden (*Soboul*, Dictionnaire Révolution française, Bonaparte Lucien ..., p. 130, Bonaparte Napoléon, p. 130-133 (133) und *Ollivier*, Le Dix-huit brumaire, Chronologie, 1799, p. 272).

¹⁴⁸ Sieyès, der Hauptplaner des Staatsreiches wollte ein rein parlamentarisches Vorgehen. Der Conseil des Anciens, dessen président Lemercier für den Staatsstreich gewonnen war, stimmte am Morgen des 18 brumaire wegen einer vorgeblich jakobinischen Verschwörung der Verlegung der Sitzungen der beiden Conseils nach St. Cloud zu und beauftragte général Bonaparte mit der Ausführung dieses Dekrets und unterstellte ihm, entgegen der Verfassung, die in Paris befindlichen Truppen. Das Direktorium war damit seiner Macht entzogen. Am selben Tag traten sein directeur Sieyès, der ihm immer nachfolgende co-directeur Ducos und der in den Staatsgeschäften müde gewordene und unter der Einwirkung von Talleyrand passiv einwilligende Barras zurück. Seine beiden unbedeutenden jakobiner-directeurs Gahier und Moulin wurden von General Moreau unter Hausarrest gestellt. Zudem billigten auch die Minister, voran Justizminister Cambacérès und Polizeiminister Fouché den Staatsstreich.

Angesichts der Auflösung des Direktoriums sollten die beiden am 19 brumaire im Schloss St. Cloud – um welches Bonaparte 4 000 Soldaten zusammengezogen hatte – tagenden conseils einer Änderung der Verfassung zustimmen. Es erhoben sich jedoch gegen die Einführung einer neuen Exekutive Widerstände. Nach der von den Grenadiere Bonapartes herbeigeführten Räumung des Saales, beschloss der eingeschüchterte Conseil des Anciens, das bisherige Direktorium durch einen aus 10 Mitglieder bestehenden Exekutivausschuss zu ersetzen. Die anschließend gewonnenen ca. 100 Abgeordneten des Conseils des Cinq-Cents fassten den Beschluss, das Direktorium durch eine die volle Direktorialgewalt innehabende commission consulaire exécutive, aus den beiden directeurs Sieyès, Ducos, dem General Bonaparte (Art. I-IV) und die beiden Conseils durch zwei von ihnen gewählte, jeweils 25 Mitglieder habende commissions zu ersetzen (Art. V-VIII (VIII)). Diese sollten auf Vorschlag der commission consulaire exécutive alle eilenden Sachen in Polizei, in Gesetzgebung und in Finanzen festlegen (Art. IX u. X) und eine Änderung der Verfassung beraten, welche nur zum Ziel haben dürfte „... de consolider, garantir et consacrer inviolablement la souveraineté du peuple français, la République une et indivisible, le système représentatif, la division des pouvoirs, la liberté, l'égalité, la sûreté et la propriété.“ (Art. XI-XIII). Diesem Beschluss stimmte anschließend der Conseil des Anciens zu (*Ollivier*, Le Dix-huit brumaire, 2. Partie, Chap. II-V, p. 145-228, Chronologie, 1799, p. 272; *Bonaparte*, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome XXX Oeuvres de Napoléon I^{er} à Sainte-Hélène, 18 Brumaire, p. 361-384; *Thiry*, Le coup d'État du 18 brumaire, Chap. III, I-III, p. 38-50, Chap. IV-VIII, p. 57-189; *Meynier*, Le Dix-huit brumaire, Le 18 ..., Chap. VI und VII, p. 89-130; *Furet-Richet*, La Révolution, Tome II, Chap. 6, p. 326-335; *Duvergier*, Collection des lois, Tome XI, p. 373-374, Tome XII, p. 1-4 (Zitat p. 2) und *Schaffner*, Die Siéyès'schen Entwürfe, II., S. 19-21).

¹⁴⁹ Der Entwurf Sieyès sah ein System von Notabeln vor, einen Sénat conservateur, welcher das Corps législatif und einen Grand électeur wählte. Diesem oblag die Wahl und die Absetzung der aus einem Friedens- und Kriegskonsul bestehenden Regierung. Der Grand-électeur war Bonaparte zugeordnet. Bonaparte wollte sich jedoch mit diesem rein repräsentativen Amt nicht begnügen, sondern wollte unter Wegfall des Grand-électeur

VIII (13 déc. 1799)¹⁵⁰ in einem Plebiszit im nivôse an VIII (22 déc. 1799-20 janv. 1800) angenommen worden.¹⁵¹ Sie trat aber bereits am 4 nivôse an VIII (25 déc. 1799) in Kraft.¹⁵²

Ihr bestimmendes Kennzeichen war eine von der Regierung¹⁵³ ausgeübte umfassende Exekutivgewalt – innere Sicherheit, äußere Verteidigung mit der Verteilung und Lenkung der Land- und Seemacht¹⁵⁴ –, deren Entscheidungskompetenz allein dem 1. Consul Bonaparte zukam. Die beiden 2. und 3. Konsule Cambacérès und Lebrun hatten nur in minderen Fällen beratende Stimmen.¹⁵⁵

eine aus Konsulen bestehende Regierung mit einem bevorrechtigten 1. Consul Bonaparte. Auch wandte er sich gegen Absetzungsrechte des Grand-électeur. Ein weiterer Entwurf stammte von Daunou, welcher bereits maßgebend die Verfassung des Direktoriums an III mitgestaltet hatte (*Schaffner*, Die Siéyès'schen Entwürfe, I., S. 1-18 (8-11), II., S. 19-44 mit Anhang, S. 45-56; *Godechot*, Les institutions de la France sous la Révolution et l' Empire, Livre V, Chap. I, II, p. 553-555, III, p. 555-556, Livre IV, Chap. I, I, p. 458 und *Bonaparte*, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome XXX Oeuvres de Napoléon I^{er} à Sainte-Hélène, Consuls provisoires, X. und XI., p. 405-412).

¹⁵⁰ *Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 20-30 (20).

¹⁵¹ Titre VII, Art. 95 sah vor „La présente constitution sera offerte de suite à l'acceptation du peuple français.“ (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 20-30 (30)). Die während nivôse an VIII (22 déc. 1799-20 janv. 1800) stattgehabte Abstimmung – „... Les résultats ne furent proclamés que le 18 pluviôse (7 février 1799). ...“ - erbrachte bei 4 Millionen Enthaltungen 3 011 007 Zustimmungen gegen 1 562 Verneinungen (*Godechot*, Les institutions de la France sous la Révolution et l'Empire, Livre 5, Chap. I, III, p. 556-557 (Zitat p. 556) und *Tulard*, Napoléon, 2. Partei, Chap. II, Le plébiscite, p. 119-120).

¹⁵² Obwohl die Abstimmungen noch im Januar 1800 stattfanden und das Wahlergebnis erst am 18 pluviôse an VIII (7 févr. 1800) bekannt gemacht wurde, trat die Verfassung bereits am 4 nivôse an VIII (25 déc. 1799) in Kraft (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 45-46: 3 nivôse an VIII (24 décembre 1799). – Loi sur la mise en activité de la constitution und *Godechot*, Les institutions de la France sous la Révolution et l'Empire, Livre V, Chap. I, III, p. 556).

¹⁵³ Die Regierung war den auf 10 Jahren ernannten drei Konsulen anvertraut, welche Konsule wiedergewählt werden konnten, welche 1., 2. und 3. Konsule jedoch unterscheidende Eigenschaften besaßen. Wahlorgan war der Sénat conservateur. Die Verfassung selber bestimmte den citoyen Bonaparte, ex-Consul provisoire zum 1. Consul, den citoyen Cambacérès, ex-ministre de la justice zum 2. Consul und den citoyen Lebrun, ex-ministre de la commission du Conseil des Anciens zum 3. Consul, Titre I, Art. 7-9, Titre II, Art. 19 u. 20, Titre IV, Art. 39 (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 20-30 (21-23)).

¹⁵⁴ Titre IV, Art. 47 (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 20-30 (23)).

Die Regierung schlug die Gesetze vor und machte die nötigen Verordnungen, um ihre Vollziehung zu sichern (Titre IV, Art. 44, *ibd.*, p. 23). Sie leitete die Einnahmen und Ausgaben des Staates nach den Vorschriften der Gesetze und wachte über die Ausprägung der Münzen (Titre IV, Art. 45, *ibd.*, p. 23). Sie erließ bei Unterrichtung von einer Verschwörung Vorführungs- und Haftbefehle gegen die verdächtigen Personen (Titre IV, Art. 46, *ibd.*, p. 23). Sie besorgte im Ausland die politischen Verhältnisse, leitete die Unterhandlungen, machte Primärabschlüsse, unterzeichnete, ließ unterzeichnen und schloss alle Friedensverträge, Bündnisse, Waffenstillstände, Neutralitäts-, Handels- und anderen Verträge ab (oben, S. 139).

¹⁵⁵ Titre IV, Art. 40 „Le premier Consul a des fonctions et des attributions particulières, dans lesquelles il est momentanément suppléé, quand il y a lieu, par un de ses collègues.“ (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 20-30 (23)).

Der 1. Consul verkündete ohne Mitwirkung der beiden anderen Konsule die Gesetze, er ernannte und entsetzte nach seinem Belieben die Mitglieder des Conseil d'État, die Minister, die Gesandten und die anderen agens extérieurs en chef, die Offiziere der Land- und Seemacht, die Mitglieder der öffentlichen Verwaltungen, die Regierungskommissare bei den Gerichtshöfen und ohne sie absetzen zu können alle Kriminal- und Zivilrichter, mit Ausnahme der unteren Friedensrichter und der oberen Kassationsrichter (Titre IV, Art. 41, *ibd.*, 23).

Der vom 1. Konsul besetzte¹⁵⁶ und unter seiner Leitung stehende Conseil d'État¹⁵⁷ bestimmte die Verwaltung.¹⁵⁸ Er fasste die Vorschläge zu den Gesetzen ab, vertrat diese vor dem Corps Législatif¹⁵⁹ und es wurden von ihm im Jahre 1800 bereits 911 Gesetze, Dekrete und arrêtés beraten.¹⁶⁰

Die Alleinherrschaft des 1. Konsuls war legitimiert durch das ihm damals von dem französischen Volk entgegengebrachte ungewöhnliche Vertrauen.¹⁶¹

bb) Die Verwaltungs- und Gerichtsreform

Durch das Gesetz vom 28 pluviôse an VIII (17 févr. 1800) wurden bei weiterer Erhaltung der gebietlichen Einteilung des Landes in départements,¹⁶² arrondissements und communes,¹⁶³

Die beiden 2. und 3. Konsule: Titre IV, Art 42 „Dans les autres actes du Gouvernement, le second et le troisième Consul ont voix consultative: ils signent le registre de ces actes pour constater leur présence, et, s'ils le veulent, ils y consignent leurs opinions; après quoi la décision du premier Consul suffit.“ (*ibd.*, p. 23).

¹⁵⁶ Der 1. Konsul entnahm die von ihm nach seinem Belieben zu ernennenden Mitglieder des Conseil d'État (oben, S. 217) aus allen politischen Richtungen, frühere Jakobiner, Royalisten, Girondisten und Feuillants (*Godechot, Les institutions de la France sous la Révolution et l'Empire, Livre V, Chap. II, I, p. 561*).

Art. I des am 5 nivôse an VIII (26 déc. 1799) erlassenen Règlement pour l'organisation du Conseil-d'Etat legte seine Mitglieder auf zwischen 30 und 40 fest (*Duvergier, Collection des lois, Tome XII, p. 48-49 (48)*).

¹⁵⁷ Titre IV, Art. 52 der Verfassung „Sous la direction des Consuls, un Conseil-d'Etat est chargé de ...“ (*Duvergier, Collection des lois, Tome XII, p. 20-30 (23)*).

Nach dem Règlement formierte sich der Conseil d'État in eine vom 1. Konsul präsiidierte assemblée générale und in die fünf sections des finances, de législation civile et criminelle, de la guerre, de la marine, de l'intérieur, welchen vom 1. Konsul jährlich ernannte conseillers d'État vorstanden.

¹⁵⁸ Er beschäftigte sich nach Titre IV, Art. 52 der Verfassung mit der Abfassung der Vorschläge zu den Verordnungen der öffentlichen Verwaltung und mit der Auflösung der Schwierigkeiten in ihr (*Duvergier, Collection des lois, Tome XII, p. 20-30 (23)*).

Er übte auch gerichtliche Funktionen aus. Art. XI u. XII des Règlement übertrugen dem Conseil d'État auf Anfrage der Konsule die Auslegung der Gesetze und die Entscheidung der Streitigkeiten zwischen der Verwaltung und den Gerichten, sowie die rechtlichen Angelegenheiten, welchen früher den Ministern obgelegen haben (oben, S. 140).

¹⁵⁹ Das 300 Mitglieder habende Corps-Législatif statuierte die Gesetzesvorschläge ohne eigene Beratung in geheimer Abstimmung. Zuvor mussten sie von dem 100 Mitglieder habenden Tribunat beraten werden, welcher ihre Annahme oder Ablehnung empfahl (oben, S. 150-151).

¹⁶⁰ Mit seiner ihm vom 1. Konsul in praxi zuerkannten Regierungsweise erlangte der Conseil d'État eine wichtige Rolle im Staat. Er zeigte sich immer zugetan für eine Erweiterung der Macht der Regierung und eines Zuwachses des Zentralismus. Bei seinen ausgedehnten Zuständigkeiten blieb er stets dem 1. Konsul zugeordnet (*Godechot, Les institutions de la France sous la Révolution et l'Empire, Livre V, Chap. II, I, p. 562-563*).

¹⁶¹ Ausgedrückt insbesondere in der trotz den zahlreichen Enthaltungen nahezu einstimmigen Annahme der Verfassung in dem Plebiszit (oben, S. 217).

Fürst, Bonapartes finanzielle Sanierungsaktion, Einleitung (§ 1), S. 8 „... Von dem Augenblick, der Bonaparte zum Chef der französischen Regierung machte, war er auch einziger Träger der Souveränität, zwar noch nicht rechtlich, aber tatsächlich.²⁾ Er konnte diesen notwendigen Bruch mit der Vergangenheit wagen, weil seine Herrschaft, wie keine französische Regierung vorher, wirklich vom Vertrauen des Volkes getragen war.³⁾ ...“.

die den lokalen Verwaltungen vorgestandenen kollegialen, wählbaren und autonomen Organe¹⁶⁴ abgeschafft. Als neue Organe¹⁶⁵ fungierten die *préfets*,¹⁶⁶ *sous-préfets*¹⁶⁷ und

¹⁶² Nach der Einführung der neuen commune-Verfassung durch die Assemblée nationale constituante am 14. Dez. 1789 (*Duvergier*, Collection des lois, Tome I, p. 63-71 (63-67)) hatte diese mit ihren weiteren Gesetzen v. 22. Dez. 1789 und 26. Febr. 1790 das Königreich Frankreich in 83 départements eingeteilt. Damit waren aufgehoben die im Ancien Régime die eigentliche absolutistische Verwaltung innehabenden 34 généralités mit ihren königlichen Intendanten sowie die ihre eigenen Gesetze, Gebräuche, Traditionen, Mundarten habenden 35 provinces. Von letzteren hatten auch einige sie leitende États provinciaux und besaßen sie alle seit dem Jahre 1787 assemblées provinciales. Die neuen départements waren untergegliedert in 3-9 districts, diese ihrerseits wieder untergegliedert in die jeweils ca. 4 französische QM habenden cantons (*Duvergier* ebd., Tome I, p. 73-78 (Art 1-3, p. 73, Sect. III, Art. 8 u. 9, p. 77), p. 102-110 und *Godechot*, Les institutions de la France sous la Révolution et l'Empire, Livre II, Chap. III, I, p. 93-98, Carte I, face p. 102). Die Verfassung des Direktoriums behielt die départements in Titre I bei, insb. Art. 3 „La France est divisée en ... départements. ...“ (*Duvergier* ebd., Tome VIII, p. 223-242 (224-225, Zitat p. 224) und blieben sie in der neuen Verfassung des Konsulats in Titre I, Art. 1 „La République française est une et indivisible. Son territoire européen est distribué en départements. ...“ (*Duvergier* ebd., Tome XII, p. 20-30 (20)) erhalten.

¹⁶³ Die Verfassung des Direktoriums sah in Titre I, Art. 5 als Untergliederung der départements die cantons und die communes vor „Chaque département est distribué en cantons, chaque canton en communes. ...“ (*Duvergier*, Collection des lois, Tome VIII, p. 223-242 (224-225, Zitat p. 224)). Die neue Konsulatsverfassung schuf in Titre I, Art. 1 als Zwischenglied zwischen den départements und den communes, anstelle der cantons, die arrondissements „La République française ... est distribué en départements et arrondissemens communaux.“ (*ebd.*, Tome XII, p. 20-30 (20)).

¹⁶⁴ Unter dem Directoire stand an der Spitze der départements eine 5 köpfige administration centrale, gewählt jedes Jahr zu einem Fünftel aus den assemblées électorales. Ihnen oblagen unter der Aufsicht des ministre der Eingang der Steuern, die Erhebung der Requisitionen, die Aufrechterhaltung der Ordnung und der öffentlichen Ruhe, die Anwendung der revolutionären Gesetze hinsichtlich den prêtres réfractaires und den émigrés, die Direktion der öffentlichen Macht, gendarmerie, garde nationale und öffentliche Aufgaben. Titre VII, Art. 174-178, 186-201, Titre IV (Art. 41 chiffre 4^o) der Verfassung des Direktoriums (*Duvergier*, Collection des lois, Tome VIII, p. 223-242 (232-234, 226-227 (227))); *Godechot*, Les institutions de la France sous la Révolution et l'Empire, Livre IV, Chap. II, I, p. 470-471 und *Soboul*, Dictionnaire Révolution française, Administrations locales, III, p. 9-10).

Während des Directoires besaßen die Gemeinden unter 5 000 Einwohner keine eigenen Munizipalverwaltungen, sondern nur einen von ihren assemblées communales gewählten agent municipal und adjoint. Die von den agens municipaux eines jeden cantons mit dem von den assemblées primaires gewählten président formierte Vereinigung bildeten die administration municipale. Communes über 5 000 bis 10 000 Einwohner hatten 5 officiers municipaux, Communes bis zu 50 000 Einw. deren 7 und Communes bis zu 100 000 Einw. deren 9, welche von den assemblées primaires gewählt wurden. Communes über 100 000 Einwohner besaßen wenigstens 3 Munizipalverwaltungen und ein von den Verwaltungen der départements ernanntes 3 köpfiges bureau central. Sie wurden alle für 2 Jahre gewählt, hierbei jedes Jahr ihre Hälfte ausgewechselt wurde.

Den Municipalverwaltungen oblag unter der Aufsicht der Départements-Verwaltungen die Verteilung der direkten Steuern auf die Steuerpflichtigen, die Erhebung der öffentlichen Gelder, die kommunalen Angelegenheiten und die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Titre VII u. III. (Art. 27 chiffre 3^o) der Verfassung des Direktoriums (*Duvergier*, Collection des lois, Tome VIII, p. 223-242 (232-234, 225-226 (226))); *Godechot*, Les institutions de la France sous la Révolution et l'Empire, Livre IV, Chap. II, II, p. 472-476 und *Soboul*, Dictionnaire Révolution française, Administrations locales, III, p. 9-10.

¹⁶⁵ Die Neuorganisation der Verwaltung erfolgte durch das Gesetz v. 28 pluviôse an VIII (17 févr. 1800). – Loi concernant la division du territoire français et l'administration (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 78-116).

¹⁶⁶ Die préfets standen den départements vor, Titre II, § I., Art. 2 des Gesetz v. 28 pluviôse an VIII (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 78-116 (78)). Sie wurden insbesondere aus den gemäßigten Notabeln, den Eigentümern und Kaufleuten genommen (*Tulard*, Les révolutions, Chap. VII, La centralisation, p. 176).

maires,¹⁶⁸ welchen – vom 1. Konsul aus den Notabelnlisten¹⁶⁹ ernannt¹⁷⁰ – allein die Aufgaben der Verwaltung in einer hierarchischen Weise oblagen.¹⁷¹

¹⁶⁷ Die sous-préfets standen den arrondissements communaux vor, Titre II, § II., Art. 8 des Gesetz v. 28 pluviôse an VIII (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 78-116 (97)).

¹⁶⁸ Neben den maires gab es in den communes noch die adjoints. Bei Gemeinden unter 2 500 Einwohner 1 maire und 1 adjoint, bei Gemeinden bis 10 000 Einw. 1 maire und 2 adjoints, bei Gemeinden über 10 000 Einw. 1 maire mit bei ansteigender Zahl der Einw. mehrere adjoints. In den Städten ab 100 000 Einw. bestand für jede der Gemeindeverwaltungen 1 maire und 1 adjoint, dazu 1 commissaire général de police, Titre II, § III., Art 12 u. 14 des Gesetz v. 28 pluviôse an VIII (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 78-116 (97-98)).

¹⁶⁹ Die Notabeln-Wählbarkeitslisten zu den öffentlichen Ämtern wurden in einer dreifachen Stufenwahl in die listes communales, listes départementales und listes nationales erstellt. Zuerst wählten die Bürger jedes arrondissement communal aus ihren eigenen Stimmberechtigten ¹/₁₀, welche sie zu den öffentlichen Geschäften am fähigsten hielten, aus welchen listes communales die öffentlichen Beamten der arrondissements entnommen wurden. Die in den listes communales aufgenommenen Bürger wählten ihrerseits ¹/₁₀ unter ihnen zu den listes départementales, aus welchen die Beamten der départements zu entnehmen waren. Die in den listes départementales Enthaltenen wählten weitere ¹/₁₀ unter ihnen zu den listes nationales, aus welchen die für jedes département zu den nationalen Stellen Wählbaren zu entnehmen waren, Titre I, Art. 2-4 der Verfassung des Konsulates (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 20-30 (21)).

¹⁷⁰ Der 1. Konsul ernannte alle préfets, sous-préfets und bei Gemeinden über 5 000 Einwohner die maires und adjoints. Soweit in den Städten eingerichtet, ernannte er auch die commissaires généraux de police. Bei Gemeinden unter 5 000 Einwohner wurden die maires und adjoints von den préfets ernannt, Titre II, § IV, Art. 18 u. 20 des Gesetz v. 28 pluviôse an VIII (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 78-116 (98)).

¹⁷¹ Préfets: Titre II, § I, Art. 2 u. 3 des Gesetz v. 28 pluviôse an VIII, insb. Art. 3 „Le préfet sera chargé seul de l'administration (1).“ (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 78-116 (78-79 (79))) mit *Godechot*, Les institutions de la France sous la Révolution et l'Empire, Livre V, Chap. III, I, p. 586-590.

Sous-préfets: Titre II, § II, Art. 9 u. 10 des Gesetz v. 28 pluviôse an VIII, insb. Art. 9 „Le sous-préfet remplira les fonctions exercées maintenant par les administrations municipales et les commissaires de canton, ...“ (*Duvergier* ebd., p. 78-116 (97)) mit *Godechot* ebd., II, p. 592-593.

Maires und adjoints: Titre III, § III, Art. 13 u. 16 des Gesetz v. 28 pluviôse an VIII, insb. Art. 13 „Les maires et adjoints rempliront les fonctions administratives exercées maintenant par l'agent municipal et l'adjoint: ...“ (*Duvergier* ebd., p. 78-116 (98)) mit *Godechot* ebd., III, p. 595-599.

Zur alleinigen Zuordnung der Verwaltung auf die neuen Organe und ihre zentralistische Abhängigkeit von der Regierung in Paris, conseiller d'État Chaptal, der im Corps-Législatif am 28 pluviôse an VIII (17 févr. 1800) den Gesetzesentwurf für die Regierung vertrat „... C'est en parlant de ces principes incontestables que le projet de loi propose d'établir un préfet par département, lequel serait chargé seul de l'exécution, et correspondrait, sans intermédiaires, avec les ministres. Le préfet ne connaît que le ministre, le ministre ne connaît que le préfet. Le préfet ne discute point les actes qu'on lui transmet; il les applique, il en assure et surveille l'exécution. ... Le préfet essentiellement occupé de l'exécution, transmet les ordres au sous-préfet; celui-ci aux maires des villes, bourgs et villages. De manière que la chaîne d'exécution descend sans interruption du ministre à l'administré, et transmet la loi et les ordres du gouvernement jusqu'aux dernières ramifications de l'ordre social avec la rapidité du fluide électrique. ...“ (*Moniteur*, Sextidi, 6 ventôse an 8, N° 156., Corps-législatif, Présidence de Grégoire, Suite de la séance du 28 pluviôse, p. 623-624 (Zitat p. 624 linke Sp.)).

Die daneben noch vorhandenen Kollegialorgane: conseil général de département mit 24, 20, 16 Mitgliedern, conseil d'arrondissement mit 11 Mitglieder, beider Mitgliedern vom 1. Konsul ernannt und der conseil municipal mit 10, 20, 30 von den préfets ernannten Mitgliedern besaßen alleinig Befugnisse in finanziellen Angelegenheiten, Titre II, § I, Art. 2, 6, § II., Art. 8, 10, § III, Art. 15, § IV, Art. 18-20 des Gesetz v. 28 pluviôse an VIII (*Duvergier* ebd., p. 78-116 (78-79, 91-98)) mit *Godechot* ebd., Livre V, Chap. III, I, p. 590-592, II, p. 593-595, III, p. 597-598.

Der den préfets beigeordnete, von diesem vorgestandene und bei Stimmgleichheit seiner entscheidenden Stimme unterliegende conseil de préfecture mit 5, 4, 3 vom 1. Konsul ernannten Mitglieder, beschränkte sich auf die Erledigung von Streitsachen in der Verwaltung, Titre II, § I, Art. 2, 4 u. 5, § IV, Art. 18 des Gesetz v. 28 pluviôse an VIII (*Duvergier* ebd., p. 78-116 (78-91, 98)) mit *Godechot* ebd., Livre V, Chap. III, I, p. 590.

Im nachfolgenden Gesetz vom 27 ventôse an VIII (18 mars 1800) wurden neue Gerichte und Zuständigkeiten geschaffen.¹⁷² Alle Richter mit Ausnahme der Kassationsrichter ernannte der 1. Konsul,¹⁷³ ebenso die den Gerichten zugeordneten Regierungskommissare.¹⁷⁴

Damit waren die nach dem Ende der Schreckensherrschaft eingetretenen Eigenbrödeleien und mangelnden Vollziehungen der Gesetze beendet. Die nunmehrige Durchsetzung der staatlichen Anordnungen verhalf dem französischen Staat zu neuem Ansehen und Geltung.¹⁷⁵

¹⁷² Jedes arrondissement bekam ein Zivilgericht: 1. Instanz und Berufungen gegen die Friedensrichter und ein Strafgericht: Kammer für Ordnungswidrigkeiten, Titre V, Art. 61 u. 64 der Verfassung des Konsulats (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 20-30 (24)) und Titre II des Gesetzes v. 27 ventôse an VIII (18 mars 1800), insb. Art. 6 u. 7 (*Duvergier* ebd., Tome XII, p. 151-165 (152-154 (152))). Aufgehoben wurden die bisherigen Polizeigerichte für Ordnungswidrigkeiten und die Zivil- und Strafgerichte der départements, Titre I, Art. 1 des Gesetzes v. 27 ventôse an VIII (*Duvergier* ebd., Tome XII, p. 151-165 (151-152)). Die von den cantons bisher gehaltenen Friedensrichter: ein oder mehrere und unmittelbar von seinen Bürgern auf 3 Jahre gewählt, welche die Parteien vergleichen sollten, gingen gleichfalls auf die arrondissements über. Daneben gab es noch Handelsrichter und die von den Parteien selbst bestimmten Schiedsgerichte, Titre IV, Art. 60, 68 der Verfassung des Konsulats (*Duvergier* ebd., Tome XII, p. 20-30 (24)) mit Titre VIII, Art. 212, 213 der Verfassung des Direktoriums (*Duvergier* ebd., Tome VIII, p. 223-242 (234)) und Titre I, Art. 2 u. 3 des Gesetzes v. 27 ventôse an VIII (*Duvergier* ebd., Tome XII, p. 151-165 (152)). Bei unter dem Direktorium gehaltenen 6 000 Friedensrichter legte, bei gehabter Verminderung der Zahl der arrondissements gegenüber den cantons, das Gesetz v. 8 pluviôse an IX (28 janv. 1801) ihre Zahl zwischen 3 000 und 3 500 fest (*Duvergier* ebd., Tome XII, p. 363 und *Godechot*, Les institutions de la France sous la Révolution et l'Empire, Livre V, Chap. V, I, p. 617).

Jedes département erhielt eine Strafkammer: 1. Instanz für alle Kriminalfälle, Berufungsinstanz gegen die Urteile der Kammer für Ordnungswidrigkeiten, Titre V, Art. 62 der Verfassung des Konsulats (*Duvergier* ebd., Tome XII, p. 20-30 (24)) und Titre IV und Titre V – Sonderbestimmungen für das département Seine und für die Stadt Paris – des Gesetzes v. 27 ventôse an VIII (*Duvergier* ebd., Tome XII, p. 151-165 (156-158)).

29 Tribunaux d'appel mit gebietlicher Zuständigkeiten der ehemaligen Provinzen: gegen die Urteile des Zivilgerichts 1. Instanz und gegen die Urteile des Handelsgerichtes, Titre V, Art. 61 der Verfassung des Konsulats (*Duvergier* ebd., Tome XII, p. 20-30 (24)) und Titre III des Gesetzes v. 27 ventôse an VIII (*Duvergier* ebd., Tome XII, p. 151-165 (154-156)) mit *Godechot* ebd., Carte I: Divisions administratives de la France en 1790, avec l'indication des anciennes provinces, face p. 102).

Cour de cassation in Paris mit den drei sections des requêtes, de civile, de criminelle, Titre V, Art. 65 u. 66 der Verfassung des Konsulats (*Duvergier* ebd., Tome XII, p. 20-30 (24)) und Titre VI des Gesetzes v. 27 ventôse an VIII (*Duvergier* ebd., Tome XII, p. 151-165 (158-162)).

¹⁷³ Ernannt vom 1. Konsul auf Lebenszeit, Titre IV, Art. 41, 68 der Verfassung des Konsulats (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 20-30 (23, 24)) und mussten die Richter der Gerichtshöfe 1. Instanz aus der liste (de notabilités) communal oder liste (de notabilités) départementale und die Richter der Appellationsgerichte aus der liste (de notabilités) départementale entnommen werden, Titre IV, Art. 67 der Verfassung des Konsulats (*ebd.*, p. 24).

Die juges de cassation, vom Sénat conservateur aus der liste (de notabilité) nationale lebenslänglich ernannt, Titre I, Art. 7-9, Titre II, Art. 19 u. 20, Titre V, Art. 67, 68 der Verfassung des Konsulats (*ebd.*, p. 21-22, 24).

¹⁷⁴ Hatten die Aufgaben des Staatsanwaltes und der Kontrolle der Gerichte, Titre IV, Art. 41, Titre V, Art. 63 der Verfassung des Konsulats (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 20-30 (23, 24)).

¹⁷⁵ *Fürst*, Bonapartes finanzielle Sanierungsaktion, III. Teil, 1.) (§ 10), S. 38-39.

Die Verwaltungs- und Justizreform stützte insbesondere auch weiter die Macht des 1. Konsuls. *Berry*, Études sur les monnaies de France, Tome II, p. 684 „Depuis le 29 ventôse an VIII le gouvernement s'était affermi sous la main victorieuse de Bonaparte; et, par la force des choses, le premier Consul de la République française était devenu le seul chef réel du gouvernement.“.

cc) Die Neuordnung der Finanzen und der Beginn des wirtschaftlichen Aufschwunges

Die vom 1. Konsul hergestellte Einheit der Regierungsgewalten in seiner Person und seine große Vertrauensbasis in der Bevölkerung, durch die Stetigkeit, Festigkeit der Ziele und des Handelns und nicht das momentane Eingehen auf kurzfristige Wünsche der Bevölkerung und der Staatsgläubiger möglich waren, boten die Voraussetzungen für eine Sanierung der Finanzen. Auch konnte die Finanzpolitik von nun an als integraler Bestandteil der allgemeinen Politik angesehen werden und entfiel ihre ressortmäßige Zuordnung und Beschränkungen.¹⁷⁶

Als erste Nothilfe gaben mehrere Bürger und Städte der Regierung größere Summen.¹⁷⁷

Am 27 brumaire an VIII (18 nov. 1799) wurde bei gleichzeitiger Aufhebung einer noch unter dem Direktorium festgelegten Zwangsanleihe eine außerordentliche Kriegsabgabe, als

¹⁷⁶ Während des Konsulats trat der Zusammenhang zwischen allgemeiner Politik und der Finanzpolitik deutlich zu Tage (*Fürst*, Bonapartes finanzielle Sanierungsaktion, Vorwort, S. 1-2, Einleitung (§ 1), S. 8-9).

Der 1. Konsul gewann mit seinem Finanzminister Martin-Michel Gaudin (1756-1841) – Finanzfachmann und früherer Mitarbeiter Jacques Neckers, hatte sein Ressort bis zum Ende der napoleonischen Herrschaften 1814/15 inne, sein praktischer Verstand ergänzte des 1. Konsuls Intuitionen und trugen viel zum Gelingen der finanziellen Sanierung bei – und dem Leiter der neu gegründeten *caisse d’amortissement* François-Nicolas Mollien, comte de (1758-1850) – hatte in England die Krise der Bank von England beobachtet, von Adam Smith stark beeindruckt, erkannte die Fehlerhaftigkeit der physiokratischen Anschauungen vom Volksreichtum als den Erträgen von Grund und Boden und eines Überhanges im Export, sah die Notwendigkeit einer Verbindung der finanziellen Probleme mit der Kenntnis von dem Zustand der gesamten Gesellschaft – für die finanziellen Fragen fähige Personen (*Marion*, Histoire financière de la France, Tome IV, Chap. VI, Nomination de Gaudin ..., p. 171-172, Caisse d’amortissement, p. 184-185; *Godechot*, Les institutions de la France sous la Révolution et l’Empire, Livre V, Chap. VI, I, p. 639-640; *Fürst*, Bonapartes finanzielle Sanierungsaktion, Einleitung (§ 1), S. 9-10; *Ivernois*, Usurpation et chute du général Bonaparte, Chap. VII, p. 167; *Soboul*, Dictionnaire Révolution française, Gaudin, p. 493, Lindet, Jean - ..., p. 677-678; *Nouvelle biographie générale*, Tome XXXV, Mollien, p. 910-917 und *Stourm*, Les finances du Consulat, Chap. II, § 3., p. 20-22, Chap. I, § 2., p. 6).

¹⁷⁷ Collot ein alter Hauslieferant der armée d’Italie gab 5-800 000 Francs. Man verschaffte sich von Genua 2 Millionen, von Hamburg 4 ½ Millionen. Flessingen wurde für mehrere Millionen an die Batavische Republik verkauft. Im nivôse an VII (22 déc. 1799-20 janv. 1800) gab der Bankier Portal 1 Million Francs mit 1 ½ monatlicher Verzinsung. Hingegen lehnte es der unter dem Direktorium durch Schiebereien und Börsengeschäfte sich zum reichsten Mann Frankreichs mit um die 62 Millionen Francs gemachte Ouvrad ab, der Regierung 12 Millionen Francs vorzuschießen, worauf ihn der 1. Konsul am 7 pluviôse an VIII (27 janv. 1800) verhaften und unter Hausarrest stellen und ihn erst gegen Rückzahlung von 14 Millionen Francs frei ließ (*Marion*, Histoire financière de la France, Tome IV, Chap. VI, Premiers expédients, p. 174-178; *Bonaparte*, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome XXX Oeuvres de Napoléon I^{er} à Sainte-Hélène, Consuls provisoires, III., p. 390, Tome VI, 4555., p. 140-141 und *Stourm*, Les finances du Consulat, 1. Partie, Chap. VI, § 1., p. 53-56).

Am 3 frimaire an VII (24 nov. 1799) übernahmen die bedeutendsten Bankiers und Kaufleute von Paris eine Anleihe von 12 Mill. Francs, denen weitere des Handels von Lyon, Marseille und Nantes nachfolgten. Die Bankiers und Kaufleute waren durch die zuvor am 27 brumaire an VIII (18 nov. 1799) beschlossene Aufhebung der noch unter dem Direktorium festgesetzten und sie insbesondere betreffende Zwangsanleihe günstig gestimmt. Die von ihnen nunmehr der Regierung gewährten freiwilligen Anleihen sollten aus den Bareingängen der am 27 brumaire an VIII mitbeschlossenen neuen Kriegsabgabe zurückbezahlt werden (*Stourm* ebd., Chap. VI, § 2., p. 56-58; *Marion*, Histoire financière de la France, Tome IV, Chap. VI, Premiers expédients, p. 175-176; *Fürst*, Bonapartes finanzielle Sanierungsaktion, II. Teil, 1) (§ 7), S. 29-30; *Bonaparte* ebd., Tome XXX Oeuvres de Napoléon I^{er} à Sainte-Hélène, Consuls provisoires, III., p. 390; *Ivernois*, Usurpation et chute du général Bonaparte, Chap. VIII., 2^o, p. 181-182 und unten, S. 223).

einem 25 % -iger Zuschlag zu den direkten Steuern beschlossen, welche im Jahre VIII (23 sept. 1799-22 sept. 1800) 30 Millionen Francs einbrachte.¹⁷⁸

Den Käufern von Nationalgütern wurden am 11 und 16 frimaire an VIII (2/7 déc. 1799) für die Begleichung ihres Restkaufpreises eine letzte Frist bis zum 1 vendémiaire an IX (23 sept. 1800) gesetzt.¹⁷⁹ Das nachfolgende Gesetz vom 21 nivôse an VIII (11 janv. 1800) gestattete den Schuldern von Staatsrenten¹⁸⁰ diese mit der Zahlung ihres 15 fachen Jahresbetrages abzulösen, womit im Jahre VIII weitere 42 Millionen Francs eingingen.¹⁸¹

¹⁷⁸ Die noch unter dem Direktorium mit den Gesetzen v. 10 messidor an VII (28 juin 1799), Art. VI-IX, vom 19 thermidor an VII (6 août 1799) und vom 6 fructidor an VII (23 août 1799) festgelegte progressive Zwangsanleihe sollte nur die begüterten Bürger, die Steuerpflichtigen ab 300 Francs Grundsteuer und von 10 000 Francs beweglichen Einkünften treffen und war für insgesamt 100 Millionen Francs vorbestimmt (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XI, p. 268, 292-294, 298-299 mit *Marion*, Histoire financière de la France, Tome IV, Chap. V, L'emprunt forcé de l'an VII., p. 151-161; *Godechot*, Les institutions de la France sous la Révolution et l'Empire, Livre IV, Chap. V, II, p. 514-515 und *Stourm*, Les finances du Consulat, 1. Partie, Chap. IV, § 2., p. 43-44). Bei der fehlenden Fähigkeit des Direktoriums zu ihrer Rückzahlung wurde sie in ihrer Wirkung allgemein als eine neue Steuer angesehen und erbrachte unter dem ausgehenden Direktorium bei der in der Bevölkerung vorhandenen Zahlungsunlust nur 10 Millionen Francs. Insbesondere die Bankiers und die Kaufleute betreffend, war sie gerade jener Bevölkerung, welche der 1. Konsul zu seiner finanziellen Erneuerung benötigte, ein Dorn im Auge. Das Kreditbedürfnis der neuen Konsulatsregierung gebot demnach ihre Aufhebung (*Fürst*, Bonapartes finanzielle Sanierungsaktion, II. Teil, 1) (§ 7), S. 29-30; *Marion* ebd., Chap. V, Débats sur l'emprunt forcé, p. 166-169; *Godechot* ebd., p. 515 und *Stourm* ebd., § 2., p. 44).

Die an ihrer Stelle am 27 brumaire an VIII (18 nov. 1799) beschlossene außerordentliche Kriegssteuer, einem 25 % Zuschlag zu den Grundeigentums-, persönlichen, beweglichen und Luxus Steuern musste zur Hälfte in bar und zur anderen Hälfte im Quittungen für schon einbezahlte Beträge auf die aufgehobene Zwangsanleihe entrichtet werden (*Duvergier* ebd., Tome XII, p. 7-8). Sie stieß bei der Mitaufhebung der Zwangsanleihe in der Pariser Finanzwelt auf Zustimmung und erbrachte im Jahre VIII (23 sept. 1799-22 sept. 1800) bei im Haushalt für sie eingeplanten 62 ½ Millionen Francs tatsächlich 30 Millionen, mit zwischen 8-10 Millionen Münzgold (*Marion* ebd., Chap. VI, Nomination de Gaudin ..., p. 173-174; *Fürst* ebd., S. 29-30 und *Stourm* ebd., Chap. IV, § 1., p. 41-43, § 3. u. § 4., p. 44-47).

¹⁷⁹ Die noch auf die assignats oder mandats territoriaux lautenden Schulden mussten in bar nach dem Kurs am Tage ihres Vertragsabschlusses bezahlt werden. Jeder Käufer hatte sich binnend eines Monats zu seiner Schuld zu bekennen und für diese 4 Wechsel, jeder nach 2 Monaten zahlbar auszustellen (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 11-12, 15 mit *Fürst*, Bonapartes finanzielle Sanierungsaktion, II. Teil, 2.) (§ 8), S. 33-34).

¹⁸⁰ Damit waren insbesondere die Käufer der Nationalgüter betroffen.

¹⁸¹ Bei der schwierigen finanziellen Lage glaubte Gaudin auch wieder auf die durch den Wertverlust der assignats und mandats territoriaux kompromittierten Verkäufe von Nationalgütern zurückgreifen zu müssen. Sein von ihm zum Erhalt von 150 Millionen Francs hierfür vorgeschlagenes neues Papier inscriptions foncières wurde zwar von den Konsulen am 25 frimaire an VIII (16 déc. 1799) angenommen, kam jedoch bei den Einwänden der commission des Anciens nicht zur Ausführung (*Fürst*, Bonapartes finanzielle Sanierungsaktion, II. Teil, 2.) (§ 8), S. 31-32; *Ivernois*, Usurpation et chute du général Bonaparte, Chap. VIII., 3^o, p. 183-186 und *Stourm*, Les finances du Consulat, 1. Partie, Chap. V, p. 49-51). Bei dem dafür am 21 nivôse an VIII (11 janv. 1800) beschlossenen Gesetz griff man auch wieder auf die Nationalgüter zurück. Dieses Mal jedoch nicht im Wege ihres Verkaufes, sondern durch die eröffnete Möglichkeit, zur Ablösung der auf ihnen lastenden Rentenschulden, welche jährlich dem Staat 3 ½ Millionen Francs einbrachten. Bei ihrer einmaligen Ablösung konnte man mit insgesamt 52 ½ Millionen Franc rechnen und erhielt man bei im Haushalt für an VIII vorgeplanten 20 Millionen tatsächlich 42 Millionen (*Duvergier* ebd., Tome XII, p. 58-59 mit *Stourm* ebd., 1. Partie, Chap. VII, p. 63-64, § 1.-§ 3., p. 64-70, 4. Partie, Chap. XXIV, § 2., p. 274: Rachats de rentes ...; *Fürst* ebd., S. 32-33 und *Ivernois* ebd., 4^o, p. 186-189).

Durch das Gesetz v. 3/26 nivôse an VIII (24 déc. 1799/16 janv. 1800) wurde den Konsulen auch der Verkauf von dem Staat noch verbliebenen Vermögensobjekten gestattet: mehrere Häusern in Paris und die Meeressalinen in den westlichen départements und an den Küsten des Mittelmeers, welcher Preis zu einem großen Teil in bar

Insbesondere wurde die unter dem Direktorium halbherzig eingeleitete Neuordnung der Finanzen zu Ende geführt. Das Gesetz vom 3 frimaire an VIII (24 nov. 1799) entzog die Anfertigung der Steuerrollen den gemeindlichen Behörden und hob die commissaires, die sie nicht wirkungsvoll überwacht hatten, auf,¹⁸² für welche neue steuerliche Fachbeamte der départements die Steuerrollen anfertigten. Bereits im Jahr VIII wurden die rückständigen 35 000 Steuerrollen hergestellt.¹⁸³

Durch eine Reorganisation des allgemeinen Staatsschatzes wurden die Steuermoral und die Kreditwilligkeit der Bevölkerung gehoben.¹⁸⁴

zu entrichten war. Von dieser Vollmacht wurde jedoch bis zum 1 pluviöse an IX (21 janv. 1801) kein Gebrauch gemacht (*Duvergier* ebd., p. 46, 60 mit *Stourm* ebd., 1. Partie, Chap. VIII, § 1. u. § 2., p. 79-82; *Fürst* ebd., S. 32 und *Ivernois* ebd., 5^o, p. 189-190).

¹⁸² Die unter dem Directoire vom Volk gewählten gemeindlichen Steuererheber hatten wenig Interesse an einer ordnungsgemäßen Herstellung der Steuerrollen. Unabhängig von einer Sorge um den Fiskus und waren sie bemüht um ihre eigene Popularität in den Gemeinden, gestatteten sie bei Nichtzahlungen von Steuern großzügige Steuernachlässe und Bittgesuche. Die sie überwachenden commissaires du Directoire exécutif près les administrations centrales et municipales und inspecteurs de chaque département konnten, da sie selbst keine Steuerfachbeamte sondern politische Agenten und selber unbeständig waren und sie auch kein Interesse für die ihnen übertragenen Aufgaben hatten, die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen (*Marion*, Histoire financière de la France, Tome IV, Chap. VI, Direction des contributions directes, p. 178-179; *Fürst*, Bonapartes finanzielle Sanierungsaktion, II. Teil, 3.) (§ 9), S. 34 und *Godechot*, Les institutions de la France sous la Révolution et l'Empire, Livre V, Chap. VI, I, p. 640).

¹⁸³ Es gab für jedes département eine direction des recouvrements des impositions directes mit einem directeur, einem inspecteur und entsprechend seiner gebietlichen Größe mehreren contrôleurs (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 9 mit *Marion*, Histoire financière de la France, Tome IV, Chap. VI, Direction des contributions directes, p. 179-180; *Fürst*, Bonapartes finanzielle Sanierungsaktion, II. Teil, 3.) (§ 9), S. 34 und *Godechot*, Les institutions de la France sous la Révolution et l'Empire, Livre V, Chap. VI, i, p. 640). Insgesamt 1 038 Beamte, davon 99 directeurs, 99 inspecteurs und 840 contrôleurs (*Fürst* ebd., S. 34-35 und *Godechot* ebd., p. 640). Neben der schnelleren und besseren Ausfertigung der Steuerrollen fielen bei den 1 038 neuen Beamten mit ihren jährlichen Kosten von 3 Millionen Francs auch 2 Millionen weniger an, als bei den bisherigen departementalen und gemeindlichen commissaires und inspecteurs (*Fürst* ebd., S. 34-35; *Marion* ebd., p. 179-180; *Godechot* ebd., p. 640 und *Bonaparte*, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome XXX Oeuvres de Napoléon I^{er} à Sainte-Hélène, Consuls provisoires, III., p. 390-391).

¹⁸⁴ Die unter dem Directoire die Einnahmen verwaltende und die Verwendung der Gelder und die Zahlung der öffentlichen Ausgaben anordnende zentrale Finanzbehörde, die Trésorerie nationale war von 5 vom Conseil des Anciens gewählten commissaires geleitet worden. Ohne ministerielle Zugehörigkeit unterstanden sie allein der Aufsicht des Direktoriums (*Godechot*, Les institutions de la France sous la Révolution et l'Empire, Livre IV, Chap. V, p. 506-507 und *Furet-Richet*, La Révolution, Tome II, Chap. 2, p. 91).

Durch seinen arrêté v. 1 pluviöse an VIII (21 janv. 1800) (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 65-67) übertrug der 1. Konsul diese Aufgaben einem nunmehr dem ministre de finances zugeordneten Trésor public (Art. I, p. 65). Unter Aufhebung der 5 commissaires (Art. III, p. 65) wurde er von einem aus dem Conseil d'État ernannten directeur général alleinig geleitet (Art. II, p. 65). Seinen 4 Hauptbeamten, vom 1. Konsul ernannt: payeurs généraux für den Krieg, die Marine, die öffentliche Schuld und die anderen Verwaltungen und konnten auf ihre Anweisungen allein die Auszahlungen erfolgen, waren 4 gleichfalls vom 1. Konsul ernannte contrôleurs zu- und gegengeordnet (Art. VI u. VII, p. 66). Zusätzlich überwachten 4 bureaux die Tätigkeiten der payeurs généraux (Art. XIV Abs. 2, p. 66). Auch musste der directeur général dem 1. Konsul allmonatlich Rechenschaft abgeben (Art. XV, p. 67).

Nach der in den revolutionären Zeiten gehaltenen Korruption gewann der französische Staat damit und dies insbesondere auch bei den nach dem arrêté v. 1 pluviöse an VIII in allen Einzelheiten festgelegten Rechenschaftsberichten (*Duvergier* ebd., p. 65-67) eine über jeden Verdacht stehende Zentralbehörde der Finanzen. Die Bürger bekamen das Bewusstsein, dass ihre Steuergelder auch tatsächlich für das Gemeinwesen

Den für den Eingang der Steuergelder in den départements zuständigen receveurs généraux gebot das Gesetz vom 6 frimaire an VIII (27 nov. 1799) für die einzutreibenden Steuerforderungen am Jahresbeginn 12 Schuldverschreibungen auszustellen, die Regierung konnte damit bereits zu diesem Zeitpunkt über sie verfügen. Als Kautionen mussten sie ^{1/20} davon aus ihrem Privatvermögen stellen.¹⁸⁵

verwendet werden, womit ihre Steuermoral und Kreditwürdigkeit gehoben wurde (*Fürst*, Bonapartes finanzielle Sanierungsaktion, III. Teil, 2.) (§ 11), S. 41).

¹⁸⁵ Die von den receveurs généraux, ernannt von der Regierung aufzustellenden Schuldverschreibungen waren zum Umlauf bestimmt und nach je einem Monat fällig. Sie wurden von den receveurs aus den eingehenden Steuergeldern beglichen. Die von ihnen auch zu stellenden Kautionen gingen in die mitbegründete caisse d'amortissement. Insbesondere wegen ihren Kautionen war den receveurs an einem vollen und schnellen Eingang der Steuern gelegen. Die Öffentlichkeit sah zwar diese Kautionen wieder als Anleihen an, was jedoch ihren primären Zweck, den sicheren Eingang der Steuern abzudecken, nicht hinderte. Beide Zahlungsmittel waren nicht unbekannt und es hatte sie bereits im Ancien Régime gegeben. Auch das unter dem Direktorium erlassene Gesetz v. 15 germinal an IV (4 avril 1796) hatte den damaligen receveurs des impositions directes der départements eine Kaution in Grundstücken auferlegt. Neu war jedoch ihre nunmehrige gegenseitige Zuordnung und Verbindung, womit die Regierung bereits vor Fälligkeit und erfolgter Einziehung der Steuern durch mittelst Kautionen abgesicherte Schuldverschreibungen über die Steuererträge verfügen konnte (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 9-10, Tome XI, p. 71 mit *Marion*, Histoire financière de la France, Tome IV, Chap. VI, Soumissions des receveurs généraux, p. 180-182; *Fürst*, Bonapartes finanzielle Sanierungsaktion, II. Teil, 3.) (§ 9), S. 35-37; *Godechot*, Les institutions de la France sous la Révolution et l'Empire, Livre V, Chap. VI, I, p. 640-641; *Ivernois*, Usurpation et chute du général Bonaparte, Chap. VIII., 6^o, p. 190-194 und *Stourm*, Les finances du Consulat, 1. Partie, Chap. X, § 1., p. 95-96).

Auch bei der Einziehung der Steuern appellierte der 1. Konsul an das Ehrgefühl. Durch den arrêté der Konsule v. 17 ventôse an VIII (8 mars 1800), Art. I wurde das département, welches bis zum Ende von germinal (20 avril 1800) den größten Teil von seinen Steuerzahlungen erbringen wird „... sera proclamé comme ayant bien mérité de la patrie.“ (*Bonaparte*, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome VI, 4650., p. 217-218 (217)).

Aus den erbrachten Kautionen wurde am 6/8 frimaire an VIII (27/29 nov. 1799) die vom allgemeinen Staatsschatz unabhängige caisse d'amortissement, zur Rückzahlung der zu Protest gegangenen Schuldverschreibungen, zum Abbau der öffentlichen Schuld und zur Mitfinanzierung der noch zu errichtenden Banque de France gegründet. Eine caisse d'amortissement zur Rückzahlung von der Staatsschuld hatte es auch im Ancien Régime gegeben. Nunmehr flossen ihr jedoch, unter ihrem neuen Leiter Mollien die Kautionen der noch einzutreibenden Steuern zu und konnte die Regierung die von ihr veräußerten und zu Protest gehenden Schuldverschreibungen von Steuerforderungen aus ihrer eigenen Kasse beglichen. Der Abbau der öffentlichen Schuld sollte durch den Rückerwerb von Rentenforderungen erfolgen (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 9-10 (Art. V-VIII, p. 10); *Fürst* ebd., II. Teil, 3.) (§ 9), S. 36-37, V. Teil, 1.) (§ 17), S. 62-66; *Marion* ebd., Chap. VI, Soumissions des receveurs généraux, p. 182-183, Caisse d'amortissement, p. 184-185; *Godechot* ebd., p. 641; *Ivernois*, ebd., 9^o, p. 202-207; *Stourm* ebd., 3. Partie, Chap. XXII, p. 244-245 und *Tulard*, Napoléon, 2. Partie, Chap. II, Le redressement financier, p. 124-125).

Zu den Wirkungen der caisse d'amortissement *Bonaparte* ebd., Tome XXX Oeuvres de Napoléon I^{er} à Sainte-Hélène, Consuls provisoires, III., p. 390-391 „... Le nouveau ministre Gaudin ... Il créa la caisse d'amortissement, ... Dès ce moment, toutes les contributions directes rentrèrent au trésor avant le commencement de l'exercice, et en masse; il put en disposer pour le service dans toutes les parties de la France. ... Cette loi a été une des sources de la prospérité et de l'ordre qui ont depuis régné dans les finances. ...“ Bei von im Jahr VIII von den receveurs généraux in die caisse d'amortissement eingebrachten 10 800 000 Francs Kautionen gingen 4 ½ Millionen Francs Schuldverschreibungen zu Protest, wurden Aktien von 5 Millionen Franc von der am 24 pluviôse an VIII (13 févr. 1800) gegründeten Banque de France erworben und konnten, zunächst nur 686 234 Francs staatliche Rentenschulden zurückgekauft werden (*Stourm* ebd., 3. Partie, Chap. XXII, § 1., p. 245-246, § 2., p. 247-248; *Marion* ebd., Chap. VI, Caisse d'amortissement, p. 184; *Fürst*, Bonapartes finanzielle Sanierungsaktion, V. Teil, 1.) (§ 17), S. 63-64 und *Godechot* ebd., p. 641).

Auch bei den weiteren mit Einnahmen verbundenen wichtigeren Ämtern wurden von ihren Inhabern Kauttionen verlangt,¹⁸⁶ welche im Jahr VIII 32 Millionen Francs erbrachten.¹⁸⁷

Um die von der industriellen Produktion und dem Handel geforderten Kredite gewähren zu können, wurde am 24 pluviöse an VIII (13 févr. 1800) als eine private Aktiengesellschaft die Banque der France mit einem Eigenkapital von 30 Millionen Francs gegründet.¹⁸⁸

In der 2. Hälfte des Jahres VIII (22 mars-22 sept. 1800) konnten die staatlichen Renten und Pensionen bei Verwendung der Banque de France wieder in barem Geld ausbezahlt werden, was angesichts eines unter dem Direktorium fehlgeschlagenen ähnlichen Versuches, das Vertrauen der Bevölkerung zur neuen Regierung festigte.¹⁸⁹

¹⁸⁶ Durch das Gesetz v. 7 ventôse an VIII (26 févr. 1800): Von den régisseurs, administrateurs, employés der régies und administrations der öffentlichen Register, Domainenverwaltungen Kauttionen von 5 Millionen Francs, loterie nationale 3 Millionen und Post- und Zollverwaltungen je 500 000 Francs, von den Notaren nach der Größe der Bevölkerung der Städte ihrer Gerichtshöfe zwischen 400-6 000 Francs, sie erbrachten von den 13 060 Notaren im Jahr VIII gleichfalls 9 Millionen Francs. Diese Kauttionen standen der Regierung im Jahr VIII für ihre Ausgaben zur Verfügung (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 118-119 und *Stourm*, Les finances du Consulat, 1. Partie, Chap. X, § 2., p. 96-100).

Durch das Gesetz über die Neuordnung der Justiz v. 27 ventôse an VIII (18 mars 1800), Titre VII, Art. 97 mussten je nach der Bevölkerung der Städte ihrer Gerichtshöfe Gerichtsvollzieher Kauttionen zwischen 200-1 500 Francs, Rechtsanwälte – avoués – zwischen 600-4 500 Francs und Gerichtsschreiber zwischen 800-6 000 Francs stellen (*Duvergier* ebd., p. 151-163 (163)).

Durch ein am selbigen Tag erlassenes Gesetz wurden den in den arrondissements für den Eingang von Steuergeldern zuständigen receveurs particuliers entsprechend den von den receveurs généraux der départements zu leistenden Kauttionen, solche in Höhe von $\frac{1}{20}$ der voraussichtlichen Jahressteuern auferlegt (*Duvergier* ebd., p. 164).

Durch das Gesetz v. 4 germinal an VIII (25 mars 1800) mussten die payeurs und die caissiers des Trésor public Kauttionen stellen, welche 6 Millionen Francs nicht überschreiten durften (*Duvergier* ebd., p. 170-171).

¹⁸⁷ 32 224 000 Francs, davon 8 Millionen comptant und 24 Millionen in Obligationen (*Stourm*, Les finances du Consulat, 1. Partie, Chap. X, § 3., p. 101, 4. Partie, Chap. XXIV, § 2., p. 274: Cautionnements. Lois des 7 et 17 ventôse et 4 germinal).

¹⁸⁸ Gründungsakt am 24 pluviöse an VIII (13 févr. 1800) mit einem Grundkapital von 30 000 Aktien zu je 1 000 Francs. Als private Aktiengesellschaft gegründet, um ein potentieller Defizit in ihrem Haushalt nicht durch Inflation zu finanzieren und um möglichst viele vermögende Privatpersonen zu ihren Anteilseignern zu gewinnen. Der 1. Konsul zeichnete 30 Aktien, Mallet 15, Hortense Beauharnais 10, Gaudin, Sieyès, Duroc, Bourrienne, Lagarde je 5 und Maret und Murat je 2. Die eine Hälfte ihres Grundkapitals musste von der caisse d'amortissement erworben werden. Insbesondere mit der Diskontierung und dem Rückerwerb von Wechseln und mit anderen Wertpapiergeschäften betraut, begann sie ihre Tätigkeit am 1 ventôse an VIII (20 févr. 1800).

Ihr Führungspersonal wurde vom 1. Konsul bestimmt und erhielt sie am 24 germinal an XI (14 avril 1803) das Monopol zur Ausgabe von Geldscheinen. Daneben wurde eine Bank für Anlagen und Ersparnisse eröffnet (*Stourm*, Les finances du Consulat, 3. Partie, Chap. XXI, § 1.-§ 5., p. 230-242; *Fürst*, Bonapartes finanzielle Sanierungsaktion, V. Teil, 3.), a) (§ 20), S. 71-74; *Marion*, Histoire financière de la France, Tome IV, Chap. VI, Création de la Banque de France, p. 207-210, Privilège de la Banque de France, p. 210-212; *Ivernois*, Usurpation et chute du général Bonaparte, Chap. VIII., 10°, p. 207-211; *Godechot*, Les institutions de la France sous la Révolution et l'Empire, Livre V, Chap. VI, III, p. 650; *Tulard*, Napoléon, 2. Partie, Chap. II, Le redressement financier, p. 125; *Cabanis*, Introduction à l'histoire économique et sociale, 1. Partie, Chap. I, Sect. 3, p. 29-31; *Moniteur*, Septidi, 27 pluviöse an 8 ..., N° 147., Banque de France, p. 585 und *Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 64: Arrêté qui destine un local à l'établissement de la Banque de France, Tome XIV, p. 67-69).

¹⁸⁹ Durch den arrêté v. 23 thermidor an VIII (11 août 1800) wurden die staatlichen Renten und Pensionen für die 2. Hälfte von an VIII (22 mars-22 sept. 1800), fällig ab dem 1 nivôse an IX (22 déc. 1800) in baren

Im Kriegs-Jahr VIII (23 sept. 1799-22 sept. 1800) konnten die Einnahmen auf 527 Millionen Francs erhöht und die Ausgaben auf 563 Francs Millionen gesenkt werden.¹⁹⁰ Bei einem weiter regierenden Direktorium hätten sich die Einnahmen auf 344 Millionen Francs und die Ausgaben auf 600 bis 800 Millionen belaufen.¹⁹¹ Für das Friedensjahr IX (23 sept. 1800-22 sept. 1801)¹⁹² betragen die Einnahmen 495 Millionen bei Ausgaben von 526 Millionen Francs.¹⁹³

Mit dieser Sanierung der staatlichen Finanzen setzte auch in der Landwirtschaft, im Handel und in der industriellen Produktion¹⁹⁴ eine durch das Ansteigen der Preise gekennzeichnete Aufwärtsbewegung ein,¹⁹⁵ welche jedoch zunächst anfällig blieb.¹⁹⁶

Auszahlungen festgelegt, welche Banque de France auf Anweisung der Trésorie nationale die Zahlungen vornahm. Die Ankündigung rief bei der Bevölkerung großes Erstaunen und auch Unglauben hervor. Ein unter dem Direktorium am 2 nivôse an V (22 déc. 1796) beschlossenes Gesetz, das die Auszahlung der gesamten Gehälter der öffentlichen Bediensteten in Metallgeld vorgesehen hatte, war nicht durchgeführt worden. Bei der am 16 pluviôse an V (4 févr. 1797) wegen seines inhaltlichen Wertverlustes geübten Abschaffung des letzten Papiergeldes der Revolution, den mandats territoriaux festigte die nunmehrige stetige Auszahlung der Renten und Pensionen in Bar-Geld, mit einem festen Wert das Vertrauen der Bevölkerung zur neuen Regierung (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 282, Tome IX, p. 247-248, 270-272; *Fürst*, Bonapartes finanzielle Sanierungsaktion, Vorwort, S. 1, I. Teil, 1., a.) (§ 3), S. 11-14, IV. Teil, 1.) (§ 14), S. 55, V. Teil, 3., a) (§ 20), S. 74; *Stourm*, Les finances du Consulat, 3. Partie, Chap. XXV, § 3., p. 286-289; *Marion*, Histoire financière de la France, Tome IV, Chap. VI, Paiements des rentes en numéraire, p. 194-197 (195-196) und unten, S. 231-232).

¹⁹⁰ Die von der neuen Konsulatsregierung für das Jahr VIII veranschlagt gewesenen Einnahmen von 577 672 000 Francs betragen tatsächlich 527 324 000 Francs, denen tatsächliche Ausgaben von 563 000 000 Francs gegenüberstanden (*Stourm*, Les finances du Consulat, 4. Partie, Chap. XXIV, p. 272-279 und *Marion*, Histoire financière de la France, Tome IV, Chap. VI, Recettes et dépenses de l'an VIII., p. 206-207).

¹⁹¹ Bei den Undurchsichtigkeiten und Unklarheiten der Finanzen des Direktoriums können die Einnahmen mit Wahrscheinlichkeit mit 344 Millionen Francs und die Ausgaben mit zwischen 600 und 800 Millionen Francs angegeben werden (*Stourm*, Les finances du Consulat, 4. Partie, Chap. XXIII, p. 267-271 und *Marion*, Histoire financière de la France, Tome IV, Chap. V, Prévisions budgétaires pour l'an VIII., p. 161-164).

¹⁹² Das auf dem Kontinent überwiegende Friedensjahr.

¹⁹³ Nach der Berechnung vom 1 vendémiaire an XI (23 sept. 1802). Bei den Einnahmen von 495 477 041 Francs sind inbegriffen, die außerordentlichen Einnahmen von 22 Millionen aus fremden Gebieten, 3 763 000 zufälligen und 20 Millionen Verkäufe von Nationalgütern, dagegen nicht Anleihen, Staatsschulden und Antizipationen.

Die Ausgaben betragen 526 777 000 Francs, worin die Staatsschulden, die Kriegskosten und die allgemeine Verwaltung: administration civile mitenthalten sind. Es bestand demnach ein Defizit von 31 Millionen. Die durch das spätere Gesetz v. 4 germinal an XI (25 mars 1803), Titre II dem Jahr IX zusätzlich berechneten Einnahmen von 31 Millionen, welche zu einem nachherigen ausgeglichenen Haushalt führten, werden nicht mitberücksichtigt (*Stourm*, Les finances du Consulat, 4. Partie, Chap. XXV, § 1. und § 2., p. 280-286; *Hauterive*, De l'état de la France à la fin de l'an VIII., Chap. VI., Section premier, p. 216-217 und *Duvergier*, Collection des lois, Tome XIV, p. 45-51 (45-46)).

¹⁹⁴ Des 1. Konsuls Wirtschaftspolitik orientierte sich im Gegensatz zu seinen gesellschaftlichen Zielen, von liberté und égalité, welche égalité bei ihm überwog, seinen in das 19. Jahrhundert weisenden Reformen in der Verwaltung, in den Finanzen, in der Justiz und in dem Verhältnis von Staat und Kirche (unten, S. 811-826) an der merkanitilistischen Tradition des 18. Jahrhunderts, dies trotz seiner persönlichen Kenntnis der neuen Volkswirtschaftslehre Adam Smith'. Ziel von wirtschaftlicher Betätigung war weniger die subjektiv-individuelle Verbesserung der sozialen Lage der breiten Volksschichten, als vielmehr die staatlich-politischen Belange zum Erhalt von gesunden Finanzen, zur Beseitigung von Arbeitslosigkeit und zur Versorgung der Bevölkerung mit

dd) Der weitere Ausbau der militärischen Überlegenheit der Französischen Republik

Die bereits unter der Assemblée législative,¹⁹⁷ der Convention nationale¹⁹⁸ und dem Directoire¹⁹⁹ bei den Heeren eingeführten levée en masse,²⁰⁰ Anwendung von neuen

Nahrungsmitteln. Reichtum eines Landes sollte das Ergebnis eines hohen Exportes bei einem geringen Import sein. Als die Grundlage aller wirtschaftlichen Betätigung erschien dem 1. Konsul weiterhin die Landwirtschaft (*Histoire économique et sociale de la France*, I Vol., 1. Partie, Livre 1, Chap. II, I, 2., La tradition mercantiliste, p. 72-73; Ziebur, Frankreich 1789-1870, 5. Kap., 2., S. 88-89 mit Anm. zu Kap. 5, S. 197 und *Las Casas*, Le Mémorial de Sainte-Hélène, Tome I, Dimanche 23 (Juin 1816), - Commerce - ..., p. 775-777).

¹⁹⁵ Durch den Aufschwung der staatlichen Finanzen, mit den eröffneten Kreditmöglichkeiten und bei dem Vertrauen der Bevölkerung in die neue Regierung wurden ohne dirigistische Eingriffe Landwirtschaft, Handel und gewerbliche Produktion mitgetragen und verbessert. Die fabrikmäßige Herstellung setzte sich seit 1800 und dies insbesondere in der Baumwollindustrie durch. Der ökonomisch weiterhin bestimmende Getreide-Weizenpreis, welcher für einen Hektoliter vom Jahre 1798 zum Jahr 1799 von 17, 07 Francs auf 16, 20 = minus 4, 5 % gefallen war, stieg zum Jahr 1800 auf 20, 34 Francs = plus 21, 6 % und zum Jahr 1801 auf 22, 40 Francs = plus 10, 80 % an. 1 kg Brot im Jahr 1800 mit 0, 275 Franc, kostete im folgenden Jahr 0, 33 Franc = plus 15, 4 %. Der Weinpreis bei einem Sinken vom Jahr 1798 zum Jahr 1799 um minus 7, 5 % stieg zum Jahr 1800 um plus 2, 5 % und zum Jahr 1801 um plus 18 % an. Bei den sonstigen Grundnahrungspreisen gab es gleichfalls zumeist ein Ansteigen der Preise, womit sich die Zahl der für den Markt produzierenden Bauern vergrößerte, was eine Verbesserung der Agrarlöhne und der Bodenrendite bewirkte.

Auch bei den Waren der industriellen Produktion gab es einen Preisanstieg. Wolle stieg vom Jahr 1799 zum Jahr 1800 um plus 13, 5 % und zum Jahr 1801 um plus 26, 5 %. Die Textilprodukte allgemein, bei einem vom Jahr 1798 zum Jahr 1799 geübten Sinken um minus 12, 7 %, Anstiege zum Jahr 1800 um plus 17, 2 %, zum Jahr 1801 um plus 1, 5 % und zum Jahr 1802 um plus 17, 2 %. Die Metalle Eisen, Blei und Stahl hatten bei einem Sinken vom Jahr 1799 zum Jahr 1800 um minus 7, 5 %, zum Jahr 1801 ein Ansteigen um plus 9, 6 % und zum Jahr 1802 um 2, 2 %. Der Außenhandel vergrößerte sich von im Jahr 1799 553 Millionen Francs auf im Jahr 1802 790 Millionen (*Histoire économique et sociale de la France*, I Vol., 1. Partie, Livre 1, Chap. II, I, 2., La tradition mercantiliste, p. 72-73, 3., p. 74-88, II, 3., Le progrès technique, p. 107; Ziebur, Frankreich 1789-1870, 5. Kap., 2., S. 88-89 mit Anm. zu Kap. 5, S. 197; Mager, Frankreich vom Ancien Régime zur Moderne, Teil 2, II., 2., S. 168; Tulard, Les révolutions, Chap. VII, La réorganisation financière, p. 179; Chabert, Essai sur les mouvements des prix et des revenus de 1789 à 1820, Chap. I., p. 5-18, Chap. II., Sect. I, p. 19-50 (§ II., p. 20-21, § IV., Graph. n° V, p. 28, § VI., Graph n° IX, p. 38, Annexe n° I.: d'après les Archives Statistiques, p. 44, Annexe n° VI., p. 50), Sect. II-VII, p. 51-91, Sect. VIII, p. 92-97 (Graph. n° XXV, p. 95, Annexe n° XXII., p. 96-97), Sect. IX-XI, p. 99-118, Chap. III, p. 119-152, Chap. IV, p. 153, Sect. I, p. 154-158 (Graph. n° XXXIII, p. 157), Sect. II, p. 159-162, (Sect. III), p. 163-167 (Annexe n° XLVIII., p. 166-167), (Sect. IV)-Sect. VI (vielmehr VII), p. 168-184, Sect IV (vielmehr VIII), p. 185-195 (Annexe n° LV., p. 194-195), (Sect. IX), p. 196-204 (Graph. n° XXXIX, p. 197, Annexe n° LIX., p. 204), Chap. V, p. 205-237, Appendice, p. 238-250).

¹⁹⁶ Die Aufwärtsbewegung blieb zunächst brüchig. Bei der schon dürftigen Ernte des Jahres 1800 wurde für das Jahr 1801 eine weitere sehr schlechte Ernte erwartet. Dies ließ im Frühjahr 1801 die Brotpreise in der Hauptstadt plötzlich emporschnellen. Es kam wieder zu Schlangenbildungen vor den Bäckereien. Am 10. Sept. 1801 wurde in der rue Saint-Honoré ein Brottransport geplündert. Redner schalten die Regierung. Der 1. Konsul griff jedoch wirkungsvoll ein. Die Presse durfte nicht darüber berichten. Finanzmakler wurden beauftragt, alle Getreidelager in holländischen und englischen Häfen aufzukaufen. Schnell wurde der Brotpreis wieder unter die Grenze von für Paris für 4 Pfund 18 sous (1 sou = 5 centimes) herabgedrückt. Handelstransporte durchquerten demonstrativ das Landesinnere. Den meist schlecht gehenden Firmen wurden zinslose Darlehen gewährt und wurden in der Hauptstadt Arbeitsstätten für Arbeitslose eröffnet. Die Beseitigung der Not verhalf dem 1. Konsul erneut zu Popularität (Tulard, Les révolutions, Chap. VII, La réorganisation financière, p. 179-180; ders., Le Consulat et l'Empire, 3. Partie, Chap. II, p. 307-312 und Ziebur, Frankreich 1789-1870, 5. Kap., 2., S. 90 mit Anm. zu Kap. 5, S. 197).

¹⁹⁷ 1 oct. 1791-20 sept. 1792.

¹⁹⁸ 21 sept. 1792-26 oct. 1795.

¹⁹⁹ Premier Directoire: 2 nov. 1795-4 sept. 1797, Second Directoire: 5 sept. 1797-9 nov. 1799.

Taktiken,²⁰¹ größere Schnelligkeit und bessere Manövrierfähigkeit,²⁰² größere Schlachtenmobilität,²⁰³ individueller Kampfesifer der Revolutionssoldaten,²⁰⁴ allgemeine

²⁰⁰ Durch das 1. Requisitionsgesetz v. 24 févr. 1793: Aushebung von 300 000 Freiwilligen nach Auswahl von den örtlichen Behörden Bestimmten (*Duvergier*, Collection des lois, Tome V, p. 169-172 (Titre I., p. 169-170) und insbesondere durch das 2. Requisitionsgesetz v. 23 août 1793, in welchem die Verpflichtung aller Franzosen zum Heeresdienst festgelegt wurde (*Duvergier* ebd., Tome VI, p. 107-108). Im Feldzug 1794 hatten die französischen Armeen im März 959 230 Mann, hingegen die Koalitierten bei Eröffnung der Feindseligkeiten am 1. Sept. 175 553 Mann (*Frankreichs Streitkräfte*, S. 14-17).

²⁰¹ Der Übergang von der bisherigen Kampfweise der geschlossenen Linie bei den Heeren des Ancien Régime zu jener der offenen der Revolutionsarmeen wurde ermöglicht und war auch geboten durch die bei den Revolutionssoldaten abgehende Furcht vor Deserturen, ihrem individuellen Kampfesifer, wie auch ihrem fehlenden eigenen Exerzitium (*Wohlfeil*, Vom Stehenden Heer des Absolutismus zur allgemeine Wehrpflicht, G., 2., b., S. 171-173; *Delbrück*, Geschichte der Kriegskunst, IV. Teil, 4. Buch, 2. Kap., S. 461-464 und *Laukhard*, Leben und Schicksale, von ihm selbst beschrieben, 4. Theils 1. Abtheilung, 6. Kap., S. 65-66). Hieraus entstanden: Die Tirailleurtaktik: der im freien Feld operierende moderne Infanterist (*Wohlfeil* ebd., S. 171-173; *Delbrück* ebd., S. 461-464; *Fuller*, The conduct of war 1789-1961, Chap. II, 3., p. 36; *Jähns*, Das französische Heer, VI. (vielmehr IV.), S. 78; *Lynn*, The bayonets of the Republic, Sect. 3, Chap. 11., p. 241-243 mit Notes, p. 324 und *Knesebeck*, Betrachtung ueber den jetzigen Krieg, Eigenthümlichkeit ..., S. 76-77, 64-65), die Kolonnenbildung: mit der tiefgestaffelten Kolonne konnte man besser das gegnerische Zentrum der in den dünnen langgezogenen Linien der geschlossenen Kampfweise antretenden Söldnerheere des Ancien Régime durchbrechen, damit zumeist auch den entscheidenden Vorstoß zur Gewinnung der Schlacht herbeiführen (*Wohlfeil* ebd., S. 173-174, 171; *Delbrück* ebd., S. 463-464 und *Jähns* ebd., S. 67-68), die mobilgemachte Feldartillerie: sie konnte nach den jeweiligen Erfordernissen, dies auch noch während der Schlacht und an der schwächsten Stelle des Gegners eingesetzt werden, auch zur Vorbereitung des nachfolgenden Angriffes der Kolonne und der Infanterie (*Wohlfeil* ebd., S. 174-175). Insbesondere führte auch das operative und kumulative Zusammenwirken von Tirailleurtaktik, Kolonnenbildung, Lineartaktik und Artilleriebeschuss zum Erfolg (*Wohlfeil* ebd., S. 171-175 (173) und *Lynn* ebd., p. 250-251).

²⁰² Bei den Revolutionssoldaten konnte man bei ihrer vorhandenen Eigenmotivation, mit der bei ihnen damit nicht zu befürchtenden Desertion anstelle der Übernachtungen in den Zelten (*Fuller*, The conduct of war 1789-1961, Chap. II, 3., p. 35 und *Laukhard*, Briefe eines preußischen Augenzeugen ueber den Feldzug 1792, I. Pack, 6. Brief, S. 107-126 (121), II. Pack, 11. Brief, S. 79-122 (79): zu der preußischen Invasionsarmee des Feldzuges 1792) das freie Biwack einführen (*Fuller* ebd., p. 35; *Delbrück*, Geschichte der Kriegskunst, IV. Teil, 4. Buch, 2. Kap., S. 461 und *Soden*, Die Franzosen in Franken, 3. Buch, 1. Kap., S. 149). Damit entfielen bei den Revolutionsarmeen die schwerfälligen Packpferde und Packwagen (*Fuller* ebd., p. 35; *Pütter*, Historische Entwicklung der heutigen Staatsverfassung des Teutschen Reichs, III. Theil, 12. Buch, IV., IV., S. 102: zur preußischen Armee und *Delbrück* ebd., S. 460-461). Zudem wurde bei den Revolutionsarmeen ihre Verpflegung mittelst Requisitionen sichergestellt (*Fuller* ebd., Chap. II, 3., p. 35-36; *Delbrück* ebd., S. 477-479; *Soden* ebd., 1. Kap., S. 149, 4. Kap., S. 175-192; *Mittler*, Reminiszensen, Ursachen der ... erlittenen Unglücksfälle, S. 14 und *Knesebeck*, Betrachtung ueber den jetzigen Krieg, Eigenthümlichkeit ..., S. 56), womit die langandauernden Nachschubtransporte überflüssig wurden (*Fuller* ebd., Chap. II, 3., p. 35-36, Chap. I, 4., p. 22-23 und *Delbrück* ebd., S. 477-479). Die französischen Revolutionsarmeen gewannen damit eine größere Schnelligkeit und bessere Manövrierfähigkeit gegen die Söldnerheere des alten Europas (*Gentner*, Beschreibung der zu Lueneville abgetretenen und ertheilten Laender, I. Theil, Bemerkungen ueber die franzoesische Staatsveraenderung, in besonderer Hinsicht auf Deutschland, S. 87-89 und *Fuller* ebd., Chap. II., 3., p. 36).

²⁰³ Das mit den Rekrutierungen gegebene größere Menschenmaterial ließ bei den französischen Revolutionsarmeen die Eigenschaft ihrer Soldaten als teure Mangelware entfallen. Dies ermöglichte ihre rasche Ersetzung nach der Schlacht. Der mittelst der Austragung und Gewinnung einer Schlacht zu suchenden Kriegsentscheidung brauchte nicht mehr ausgewichen zu werden, sondern diese konnte bewusst gesucht werden. Im Gegensatz hierzu die ihre Soldaten zu einer teuren Mangelware habenden Söldnerheere des Ancien Régime, welche weiterhin die Entscheidung des Krieges in einem geschickten Ausmanövrieren des Gegners herbeiführen mussten (*Knesebeck*, Betrachtung ueber den jetzigen Krieg, Eigenthümlichkeit ..., S. 68-73; *Fuller*, The conduct of war 1789-1961, Chap. I, 4., p. 21-25, Chap. II, 3., p. 35 und *Gentner*, Beschreibung der zu Lueneville abgetretenen und ertheilten Laender I. Theil, Bemerkungen ueber die franzoesische Staatsveraenderung, in besonderer Hinsicht auf Deutschland, S. 58).

Verjüngung des Offizierkorps,²⁰⁵ aus dem vormaligen 3. Stand entstammende Truppenführer,²⁰⁶ Einheitlichkeit der politisch militärischen Führung,²⁰⁷ Realisierung der

²⁰⁴ Mit der Revolution erwuchs im französischen citoyen der neue Nationalismus. Die von der Revolution den Einzelnen neu gewährten subjektiv-persönlichen Freiheit und Gleichheit ließen bei den französischen Revolutionssoldaten ein Enthusiasmus zu ihrer Erhaltung mit einem nationalen Ehrgefühl entstehen. Diese persönliche Eigenmotivation zur Verteidigung der neuen revolutionären Errungenschaften, welche den Revolutionssoldaten auszeichnete, gingen den um ihren Sold kämpfenden Söldnersoldaten des Ancien Régime ab, da die dynastischen Interessen ihrer Fürstenhäuser, für die sie kämpften, sie persönlich nicht oder wenig betrafen. Der subjektiv-persönliche Kampfesifer der Revolutionssoldaten hielt auch bei den stattgehabten revolutionären Veränderungen – 9. Thermidor, Directoire, Consulat –, bei der von diesen hiervon am wenigsten betroffenen und beeinflussten Armee weiter an. Mit den fortdauernden Siegen entstand ein allgemeines Überlegenheitsgefühl mit einem Enthusiasmus zur Freiheit, zur politischen Unabhängigkeit und zum eigenen Ruhm (*Gentz*, Ueber den Ursprung und Charakter des Krieges gegen die die Franzoesische Revolution, 2. Abschnitt, 2., S. 200-214; *Fuller*, The conduct of war 1789-1961, Chap. II, 3., p. 33, 33 u. 35; *Wohlfeil*, Vom Stehenden Heer des Absolutismus zur Allgemeinen Wehrpflicht, B., 2., c), S. 50; *Laukhard*, Schilderung der jetzigen Reichsarmee nach ihrer wahren Gestalt, S. 66-71, 175-178, 79-96; *ders.*, Leben und Schicksale, 4. Theils 1. Abtheilung, 6. Kap., S. 65-94; *Mittler*, Reminiszenzen, Kriegsvorfälle bei der Festung Landau, im Juli 1794, S. 185; *Ueber das franzoesische Militair, von einem Officiere in einem Briefe aus Aachen*, in: *Frankreich im Jahre 1796*, I. Band, 1. Stück, II., S. 24-27 und *Ueber die Nothwendigkeit einer allgemeinen Saecularisation der deutschen Erzbisthuemer, Bisthuemer, Praelaten und Kloester*, S. 27-28). Dagegen waren nach *Laukhard* ebd., bei der Reichsarmee während den Revolutionskriegen zu beklagen: ein Mangel an Subordination (S. 55-60), ein fehlender Patriotismus, welcher seine Ursachen auch in den konfessionellen Gegensätze hatte (S. 66-96), eine unter den einfachen Soldaten auch vorhandene Missgunst (S. 117-127), eine wegen der geringen Bedeutung und Verachtung der Kreissoldaten vorhandene Missachtung des Soldatenstandes (S. 143-154), eine starke Desertion zwischen den Reichstruppen (S. 161-164), ein fehlendes Ehrgefühl ihrer Offiziere (S. 174-178) und eine spezifisch schlechte Behandlung der Soldaten in den Reichslazaretten, die, falls sie nicht verstarben, zumeist zu Bettlern wurden (S. 196-197, 191-196).

Auch wurden durch die Methoden der modernen Kriegspropaganda die im Volk einsetzende nationale Begeisterung bei dem Revolutionssoldaten bewusst erweckt und gesteigert. Dies bereits in dem 2. Requisitionsgesetz v. 23 août 1793, Art. I, Satz 2 vorgeschrieben „...; les vieillards se feront porter sur les places publiques, pour exciter le courage des guerriers, prêcher la haine des rois et l'unité de la République.“ (*Duvergier*, Collection des lois, Tome VI, p. 107-108 (107), Art. XI (p. 108)); *Fuller* ebd., p.34-35; *Knesebeck*, Betrachtung ueber den jetzigen Krieg, Eigenthümlichkeit ..., S. 57 und *Gentz* ebd., S. 204.

²⁰⁵ Die allgemeine Verjüngung des Offizierskorps. Im Frankreich des Ancien Régime war die Offizierslaufbahn überwiegend dem Adel vorbehalten. Die aristokratische Reaktion der 70. und 80. Jahre hatte zusätzlich die Rückgängigmachung der bis dahin auch der Bourgeoisie eröffneten Möglichkeiten zu einer Erlangung von Offiziersstellen gebracht (*Godechot*, Les institutions de la France sous la Révolution et l'Empire, Livre II, Chap. IV, I, p. 117-118; *Scott*, The response of the Royal army, Chap. I, The Officer Corps, p. 19-20 und *L'armée et la guerre*, Chap. 2., p. 22). Die Assemblée nationale constituante erklärte dagegen in ihrem Dekret v. 28 févr. 1790 für jeden Bürger alle militärischen Stellen und Grade offen und untersagte jeden dahingehenden Ämterkauf, Art. V u. IX (*Duvergier*, Collection des lois, Tome I, p. 111). Die aus den gardes nationales gewonnenen volontaires der Jahre 1792 und 1792 wählten ihre Offiziere und Unteroffiziere selbst, Dekret v. 4 août 1791, Art. XIII-XVIII (*Duvergier* ebd., Tome III, p. 179-180 (180)). Das amalgame der Linienregimenter mit den Freiwilligenbataillonen der Convention nationale v. 21 févr. 1793 brachte bei der Offiziersbeförderung $\frac{2}{3}$ durch die Wahl ihrer Batallione und $\frac{1}{3}$ nach Seniorität, Titre I Sect. II. (*Duvergier* ebd., Tome V, p. 162-167 (164-165)). Nach ihrem weiteren Dekret v. 1 thermidor an II (19 juillet 1794) bestimmte sie von den zu Wählenden $\frac{1}{3}$ selbst (*Duvergier* ebd., Tome VII, p. 224-225, insb. Art. 1-3, p. 224-225). Die gescheiterte Flucht König Ludwigs XVI. am 21/22 juin 1791 rief bei den Offizieren der Linienarmee die größte Emigrationswelle hervor. Bis zum Ende des Jahres 1791 waren bereits 6 000 – mehr als 60 % – ausgewandert und in der kurzen Zeit von der Kriegserklärung am 20 avril 1792 bis Mitte Juli selben Jahres weitere 600 (*Scott* ebd., Chap. III, Varennes ..., p. 106, The Coming of War, p. 108-114 (114)). Dies führte zu einer allgemeinen Verjüngung des Offizierskorps. Im Sommer 1794 gehörten von ihnen 21 % den volontaires 1791 und 28 % den volontaires 1792 zu. Mitte 1794 waren mehr als 50 % der Generäle unter dem 36. Lebensjahr, von den Colonels 30 % unter dem 35. Lebensjahr und 58 % unter dem 45. Lebensjahr und war die Hälfte der schweren Infanterie-Capitaines in ihren 20iger Jahren (*Lynn*, The bayonets of the Republic, Sect. 2, Chap. 4, p. 75-76 mit Notes, p. 305).

eigenen Ressourcen,²⁰⁸ Verwendung von neuen Techniken²⁰⁹ und die besondere Geographie

²⁰⁶ Mit der durch die *carrière aux talents* verbundenen Öffnung nach unten, der Errichtung der *gardes nationales* mit ihrem das ganze französische Volk beeinflussenden militärischen Geist, der während der Revolutionszeit eintretenen Vernachlässigung der Industrie, dem weniger Berührtsein der Armee von den revolutionären Veränderungen, insbesondere vom revolutionären *terreur* und der neuen von der Armee ausgehenden patriotischen und nationalen Ehre (*Gentz*, Ueber den Ursprung und Charakter des Krieges gegen die Franzoesische Revoluzion, 2. Abschnitt, 2., S. 215-221), gewann die Französische Revolution aus dem, die neue bürgerliche Idee verkörpernden, in den geistig, literarisch, kulturell und wissenschaftlichen Bereichen und im politisch-revolutionären Geschehen die Führung innehabenden *Tiers État* junge, gebildete, mit militärischer Begabung, einsatz-, risiko- und verantwortungsfreudige und der Sache der Revolution innerlich zumeist zugetane Truppenführer: Augereau, Bernadotte, Berthier, Bonaparte, Davout, Hoche, Jourdan, Kellermann, Kléber, Macdonald, Marmont, Moreau, Murat, Ney, Pichegru und Soult (*Wohlfeil*, Vom Stehenden Heer des Absolutismus zur Allgemeinen Wehrpflicht, B., 2., d., d., S. 52 und *Robinet*, Dictionnaire 1789-1815, Tome I, p. 68-69, 160-161, 168-169, Tome II, p. 595-604, Tome I, p. 561-562, Tome II, p. 176-178, 237-238, 248-249, 253, 315-316, 469-470, 519-521, 580-582, 591-593, 608-611, 652-653, 762). Hingegen waren die Unteroffiziersstellen zumeist mit älteren erfahrenen und auch meistens in der ehemaligen königlichen Armee gedient habenden Hauptleuten besetzt (*Wohlfeil* ebd., S. 52-53 und *L'armée et la guerre*, chap. 2, p. 22-23). Mit den revolutionären jüngeren Truppenführern und den älteren erfahrenen Unteroffizieren war bei den Revolutionsarmeen eine personell optimale Struktur gegeben.

²⁰⁷ Dem durch das Dekret der *Convention nationale* v. 6 avril 1793 errichteten *Comité de salut public* war bei dringenden Umständen die allgemeine äußere und innere Verteidigung übertragen worden (*Duvergier*, *Collection des lois*, Tome V, p. 240 (Ziff. 3)). Mit der am 19 vendémiaire an II (10 oct. 1794) erfolgten Festlegung der provisorischen Regierung Frankreichs bis zur Beendigung des Krieges als für weiter revolutionär (*Duvergier* ebd., Tome VI, p. 219-220), war dem *Comité de salut public* die Vereinigung aller Exekutivbefugnisse zuerkannt worden. Seiner Kontrolle wurde unterstellt der provisorische Exekutivrat, die Minister, die Generäle und die verfassungsmäßigen Organe und er hatte allein der *Convention nationale* einen wöchentlichen Bericht zu erstatten. Alle vom Exekutivrat die Sicherheit betreffenden Maßnahmen konnten nur mit Billigung des *Comité de salut public* getroffen werden (Art. I-III, V, VII, XII, p. 219). Die kommandierenden Generäle wurden auf seinen Vorschlag von der *Convention nationale* ernannt (Art. V, p. 219). Zudem entsandte die *Convention nationale* zu den Revolutionsarmeen die *représentants en mission*, welchen die Versorgung der Truppen, die Überwachung der Offiziere und der Heereslieferanten oblagen und die vorläufig Generäle ihres Amtes entledigen konnten (*Jeschonnek*, *Revolution in Frankreich, Ereignisse-....*, „Repräsentanten in Mission“, S. 200-201 und Section III., Art. 2 des Dekrets der *Convention nationale* über die Grundsätze der revolutionären Regierung v. 14 frimaire an II (4 déc. 1793): *Duvergier* ebd., Tome VI, p. 317-322 (319)).

Im *Directoire* (2 nov. 1795-9 nov. 1799): Titre VI, Art. 132, 144, 146 der Verfassung, das 5 köpfige Direktorium sorgte für die äußere Sicherheit der Republik, verfügte über die bewaffnete Macht und ernannte die kommandierenden Generäle der Armee (*Duvergier* ebd., Tome VIII, p. 223-242 (231)). Auch das Direktorium bediente sich von *commissaires aux armées* (*Soboul*, *Dictionnaire Révolution française, Commissaires aux armées*, p. 258-259).

Im *Consulat* (seit 10 nov. 1799): Die gesamte Militärgewalt lag beim 1. Konsul (oben, S. 217-218).

Die Einheitlichkeit des Heeressystem war bei dem Pariser Zentralismus gegeben. Insbesondere galt die am 1 août 1792 für das ganze französische Heerwesen in Kraft getretene Dienst- und Exerziervorschrift bis in das Jahr 1931 (*Wohlfeil*, Vom Stehenden Heer des Absolutismus zur Allgemeinen Wehrpflicht, G., 2., b., S. 171).

²⁰⁸ Die Französische Revolution konnte die zahlreichen und mannigfachen Hilfsquellen Frankreichs trotz der inneren revolutionären Unruhen und Veränderungen wirksam realisieren (*Gentz*, Ueber den Ursprung und Charakter des Krieges gegen die die Franzoesische Revoluzion, 2. Abschnitt, 2., S. 185-186).

Dies vor allem durch die unerschöpflichen Verkäufe der *biens nationaux*: *biens du clergé*, *biens des émigrés*, *biens des condamnés* (unten, S. 823-824), welche Verkäufe durch die Ausgabe der *Assignate*, eingeführt durch das Dekret der *Assemblée nationale constituante* v. 19 déc. 1789, ermöglicht wurden (*Duvergier*, *Collection des lois*, Tome I, p. 72-73). Bei Vernichtung der *Assignaten* am 19 févr. 1796 wurden danach die Verkäufe durch die *mandats territoriaux* – Dekret v. 28 ventôse an IV (18 mars 1796) – getätigt (*Duvergier* ebd., Tome IX, p. 63-65). Die *mandats* waren im Juli 1797 nicht mehr konkursfähig und erfolgte im Frühsommer 1797 die Rückkehr zum Metallgeld (*Schultze*, *Die Grundzüge der Assignatenwirtschaft der französischen Revolution*, §. 2., II., B)-E., S. 97-236, §. 3., II., B., S. 294-295).

Frankreichs²¹⁰ strukturierten die französischen Heere um. Im Gegensatz zu den Heeren des Ancien Régimes, ihren um Sold kämpfenden Soldaten, ihren aus dem Adel rekrutierten und überalterten Offizieren,²¹¹ ihren jeweils erforderlichen Absprachen der mehreren Staaten

Ein Beytrag zur Geschichte der Separatfriedensschlüsse vom Jahr 1795 und 1796 „... Die Verhältnisse der Macht bestehen nicht ganz alleine in der Staerke der Armeen, sondern in dem augenblicklichen Geist der Opinion, der einen Theil besser als den andern organisirt. ...“ (*Magazin der Europaeischen Staatenverhaeltnisse*, I. Band, 2. Heft. I., 3., S. 177-178).

²⁰⁹ Die französischen Revolutionsarmeen bedienten sich bereits der neuen Techniken. Die Benutzung von Ballons zur Erkundung und Aufklärung der feindlichen Truppenbewegungen war erstmalig im Feldzug des Jahres 1794 im Mai an der Nordfront angewandt worden (*Richard*, Le Comité de salut public et les fabrications de guerre, Chap. XIX, II., p. 618-632). Die Verwendung des im Jahre 1791 erfundenen optischen Flügeltelegraphen ermöglichte eine viel raschere Übermittlung zum und vom Kriegsgeschehen und wurde seit Sommer 1794 von Paris zu den Nord- und Ostgrenzen verwandt. Zu Beginn des Jahres 1801 gab es drei in Betrieb genommene Fernlinien: Paris-Lille-Dunkerque, Paris-Strasbourg und Paris-Brest (*Richard* ebd., I., p. 612-618; *Posselts Annalen*, Jahrg. 1795, 1. Band, 2. Stück, VI., S. 228-230 mit Taf. I. u. Taf. II.; *Boeckmann*, Versuch ueber Telegraphic, S. 12-14, 87-107 mit Tab. III u. II nach S. 120; *Chappe*, Histoire de la télégraphie, Introduction, p. I-XVI, Livre 2., Chap. I.-VI., p. 97-131 (Chap. VI., p. 129-131) und *Wilson*, The old telegraphs, Chap. X, p. 120-130).

²¹⁰ Von drei Seiten durch das Mittelmeer, den Atlantik und den Kanal und von zwei Seiten durch die Alpen und durch die Pyrenäen geschützt, waren allein seine östlichen und nord-westlichen Grenzen nicht von natürlichen Vorgaben begrenzt. Aber auch hier gab es verschiedentlich natürliche Befestigungspunkte und vor allem künstlich Errichtete. *Gentz*, Ueber den Ursprung und Charakter des Krieges gegen die die Franzoesische Revoluzion, 2. Abschnitt, 2., S. 197 „... Unter allen Europäischen Staaten hat keiner durch seine geographische Lage, bei übrigens gleichen Bedingungen, in jeder militärischer Hinsicht so entschiedne Vortheile als Frankreich. Auf drei Seiten von Meere umflossen, durch die kurze Linie der Pyrenäen von dem unverhältnißmäßig schwächern Spanien, und durch die Alpen von dem noch weit schwächern Italien getrennt, bietet es eigentlich den Angriffen fremder Mächte, nur die einzige östliche Gränze dar; selbst diese ist auf vielen ihrer Punkte durch natürliche Befestigungs=Mittel gegen alle militärischen Operationen gedeckt, und, wo die natürlichen Befestigungs=Mittel fehlen, hat die Kunst sie mit Meisterhand ersetzt.*) ...“, insg., S. 196-198; *Friedrich II. von Preußen* in seinen Considérations sur l'état présent du corps politique de l'Europe „... La France est bornée à l'occident par les monts Pyrénées, qui la séparent de l'Espagne, et qui forment une espèce de barrière que la nature même a posée. L'Océan sert de bornes au côté septentrional de la France, la mer Méditerranée et les Alpes au midi; mais du côté de l'orient elle n'a d'autres limites que celles de sa modération et de sa justice. L'Alsace et la Lorraine, démembrées de l'Empire, ont reculé les bornes de la domination de la France jusqu'au Rhin. ...“ (*König Friedrich II. von Preußen*, Oeuvres de Frédéric le Grand, Tome VIII, I., Considération ..., p. 16) und *Knesebeck*, Betrachtung ueber den jetzigen Krieg, Eigenthümlichkeit ..., S. 52-53.

²¹¹ Die Heerführer des alten Europa entstammten zumeist dem Hoch- und mittleren Adel: Freiherr Alvincy von Berbereck (*Ersch-Gruber*, Allgemeine Encyclopaedie der Wissenschaft und Kuenste, I. Sect., III. Theil, Alvincy, ..., S. 280-282 und *Wurzbach*, Biographisches Lexikon des Kaiserthums Oesterreich, I. Theil, Alvincy ..., S. 22-23), Herzog Carl II. Wilhelm Ferdinand von Braunschweig-Wolfenbüttel (*Europäische Stammtafeln*, I. Band, Tafel 66.), Graf Clerfayt (*Ersch-Gruber* ebd., XVIII. Theil, Clerfayt, ..., S. 55-56 (55)), Erzherzog Carl von Österreich (*Europäische Stammtafeln* ebd., Tafeln 17. u. 18.), Freiherr von Krayow (*Wurzbach* ebd., XIII. Theil, Kray von Krajow, ..., S. 161-168 (161) mit *ebd.*, Kray, ..., S. 159-161 (159, 161)), Prinz Friedrich Josias von Sachsen-Coburg-Saalfeld (*Europäische Stammtafeln* ebd., Tafel 50.), Graf Suworow (*Smitt*, Suworow und Polens Untergang, 1. Theil, 1. Abschnitt, S. 3-4) und Graf Wurmser (*Wurzbach* ebd., LIX Theil, Wurmser, ..., S. 1-7 (1)). Ausnahmen von adeliger Herkunft waren: Freiherr von Melas, ein Soldatenkind (*Wurzbach* ebd., XVII. Theil, Melas, ..., S. 322-328 (322- 323)), Freiherr von Hotze, Vater war Arzt und Chirurg (*Wurzbach* ebd., IX. Theil, Hotze, ..., S. 341-345 (341)) und Freiherr von Mack, Vater war ein Amtmann und der Lehnpropst einer reichsunmittelbaren Familie (*Wurzbach* ebd., XVI. Theil, Mack Freiherr ..., S. 211-221 (211) und *Ritter von Rittersberg*, Biographien der Feldherrn der k. k. österreichischen Armee 1788-1821, 37., S. 827-899 (827)). Von diesen erwies sich allein Erzherzog Carl von Österreich, der zweitjüngere Bruder Kaiser Franz' II. als ein – nach dem Tode Hoche am 9. Sept. 1797 (*Soboul*, Dictionnaire Révolution française, Hoche ... Lazare, p. 551-554 (554)) – den beiden Spitzenführern der Französischen Republik Bonaparte und Moreau ebenbürtiger Gegner. Dies veranlasste auch Bonaparte im März 1797 zu dem Ausspruch „... ,l'Autriche, après lui avoir opposé des armées sans général, lui opposait finalement un général sans armée'. ...“ (*Furet-Richet*, La Révolution, Tome II, Chap. 3, p. 178).

zugehörigen politischen und militärischen Führer,²¹² ihren funktionellen Verschiedenheiten,²¹³ und begründete die allgemeine Überlegenheit der französischen Revolutionsheere gegenüber jenen der Koalition.²¹⁴

Insbesondere die Reichsarmee war wegen ihrer noch immer noch kreis- und reichsständischen Aufstellung, Gliederung und Zersplitterung²¹⁵ nicht zur Führung von Kriegen geeignet.²¹⁶

²¹² Bei den Koalition bedurften, sowohl die allgemeine Kriegsplanung als auch die operative Kriegsführung den jeweiligen Absprachen zwischen den Mächten. Ihre vorhandenen unterschiedlichen Interessen und Ziele wirkten sich mehrmals negativ auf ihre Kriegsführung aus: Ende 1793 das Nichtzustandekommen eines gemeinsamen Mosel- und Rheingriffes wegen den österreichischen Absichten auf das Elsass, worauf Herzog Carl II. von Braunschweig-Wolfenbüttel Anfang des Jahres 1794 wegen mangelnder Kooperation der österreichischen Truppen den Oberbefehl über die preußischen Truppen niederlegte (*Heilbrunn*, Die politische und militärische Bedeutung der Schlacht von Morlautern, in: *JbGSLK*, XVI./XVII. Band, 1. Teil, S. 6-10 (10) mit Anm., S. 15 und *Die französische Revolution und die Saar*, Kat. Nr. 138, S. 135). Ende 1794/Anfang 1795 schied König Friedrich Wilhelm II. von Preußen wegen seiner in Polen gebabten Interessen zur 2. Polnischen Teilung und wegen der Erschöpfung seines Staatsschatzes gänzlich aus der Koalition gegen Frankreich aus (unten, S. 895-897). Im 2. Koalitionskrieg 1799/1800 schied Zar Paul I. von Russland wegen seiner mit Österreich um dessen Kriegsführung in der Schweiz und um die zu erfolgende Wiedereinsetzung der vormaligen Regenten in Italien gebabten Streitigkeiten gleichfalls gänzlich aus der Koalition aus (unten, S. 257-258).

Ein Beytrag zur Geschichte der Separatfriedensschlusse vom Jahr 1795 und 1796 „... Die Feinde Frankreichs, welche nicht insgesamt aus einem und ebendemselben Zweck zusammen getreten, vielweniger vereinigt waren, ...“ (*Magazin der Europäischen Staatenverhaeltnisse*, I. Band, 2. Heft. I., 3., S. 178).

²¹³ Die aus den verschiedenen Armeen mehrerer Staaten und Mächte zusammensetzenden Heere der Koalition differierten in ihrer Logistik, Ausbildung ihrer Soldaten und ihren Bewaffnungen.

²¹⁴ Der Verfasser von *Ueber die Geistlichen Staaten in Deutschland*, S. 59-60 „... Sobald Frankreich den Grundsatz in seiner neuen Constitution aufstellte, daß jeder Bürger Soldat sey, und diesen Grundsatz wirklich in Ausübung brachte; so mußte Deutschland, wenn es vor Frankreich bestehen wollte, den nämlichen Grundsatz einhalten, und seine vier und zwanzig Millionen Menschen Frankreichs Millionen entgegen stellen. Geschah dieses nicht; so mußte es verlieren, und so muß es in jedem künftigen Kriege verlieren. ...“, S. 58 „... Sobald die französische Nation als Soldat auftrat; dann konnte kein aus verschiedenen Nationen zusammen gesetztes Heer, auch nicht, wenn es nur eine Armee ausgemacht hätte, vor ihr bestehen. Es konnte dem französischen Heere an Zahl der Streiter, nimmer mehr an Einheit des Interesses, an Vaterlandsiebe, an Stolz, an Vertrauen auf seine Allmacht gleichkommen. ...“ und *Gentz*, *Ueber den Ursprung und Charakter des Krieges gegen die Französische Revolution*, 2. Abschnitt, 2., S. 287-288 „... Die Wirkung vereinigter Armeen kann aus allgemein bekannten Gründen, bei gleicher Truppen=Zahl nie so groß und so gesichert seyn, als die einer einzigen, die ein Geist, ein System und ein Interesse belebt. ...“.

²¹⁵ Die vom Reich zu stellende Reichsarmee setzte sich aus den verschiedenen 10 Reichskreisen zusammen. Die von den Reichskreisen zu stellenden Reichskontingente waren in die Subrepartionen, der von ihren einzelnen Kreis-Reichsstände zu stellenden Kontingente untergeteilt (unten, S. 1036-1038). Bei den Kreistruppen wirkten sich bereits und insbesondere die Unterschiede in den Uniformen, den Armaturen, den Provisionen (Kleidung und Geldzahlungen), einer vorhandenen Eifersucht unter den Offizieren negativ aus (*Laukhard*, *Schilderung der jetzigen Reichsarmee nach ihrer wahren Gestalt*, S. 34-36, 37-39, 137-138, 39-44, 44-53). *Häberlin*, *Handbuch Teutschen Staatsrechts*, Band III, 9. Buch, 2. Cap., §. 385., S. 242: oftige Stellung einer Kompanie gemeinschaftlich nur von mehreren Reichsständen, ihre Soldaten hatten nicht gemeinsam exerziert, S. 243: Bestehen manches Regiment aus vielerlei Kontingenten mehrerer Reichsstände, jedes hatte seine eigene Versorgung, ein richtiges Magazin konnte bei der Armee niemals formiert werden, bereits innerhalb einer Kompanie, wegen den verschiedenen Zugehörigkeiten der Reichsstände gab es einen Erhalt von gutem und schlechtem Brot an die Soldaten, S. 244: Unterschiede in den Löhnungen bei dem gemeinen Mann, sowohl nach der Zeit als auch dem Fuß, S. 244-245: Innehabung eines eigenen Hospitals zumeist bei jedem Kreis, wo nicht gar bei jedem Reichsstand, durch Transporte in ganz entlegene Dörfer traten Verluste ein. Zu der Schwäche der Reichsarmee *Laukhard* ebd., S. 33 „... Der erste unverbesserliche Hauptfehler eines

Bonapartes Feldherrengabe gelang es, diese durch die Revolutionsheere gebotenen und geschaffenen neuen Möglichkeiten zur vollen Ausformung zu bringen und zu einer organischen Betrachtung von Schlacht und Krieg zu vereinigen. Die von ihm kreierte Einteilung der Armee in mehrere in sich selbstständig handelnde Armeekorps, anstelle der bisherigen monolithischen Armee, machte die Korps selbst zu kleineren in sich selbstständig operierenden Armeen, die der gegnerischen Armee bis zum Erscheinen eines anderen Korps widerstehen konnten. Dadurch gewannen seine Armeen noch mehr Schnelligkeit und Manövrierfähigkeit gegenüber der unbeweglicheren monolithischen Armee. Der Kampf wurde aus der eigenen Tiefe mit starken Reserven und nicht durch Anfangs- und Zuersterfolge entschieden, wie auch die zahlenmäßige Überlegenheit und Konzentration der eigenen Kräfte am entscheidenden Punkt, selbst bei einer zahlenmäßigen Unterlegenheit gegenüber dem Gegner. Wichtig war auch die Gewinnung der Rückzugslinie des Gegners mit seiner Vernichtung anstelle seiner Ausmanövrierung und Verfolgung.²¹⁷

ee) Die Befriedigung der Chuoans und der Vendéer

Bereits die Ernennung von Bonaparte zum 1. Konsul schüchterte die Chouans ein.²¹⁸ Wie weitere Royalisten erhofften sie sich, er würde ihnen zu einem neuen Königtum verhelfen.²¹⁹

Reichsregiments und der ganzen Reichsarmee liegt darin, daß sie aus zu vielerley Volk komponirt oder zusammengesetzt ist, daß folglich niemals Einformigkeit oder feste Taktik statt dabey haben kann. ...“.

²¹⁶ Moser, Neues teutsches Staatsrecht, Band IV, 8. Buch, 3. Cap., §. 16., S. 810 „... Die bey einem Reichs=Krieg und einer Reichs=Armee sich aeussernde Gebrechen seynd so groß, auch vil und mancherley, daß man, so lang das Teutsche Reich in seiner jezigen Verfassung bleibt, demselben auf ewig verbieten sollte, keinen Reichs=Krieg zu fuehren, so lang es nur immer moeglich ist. ...“, Band II, 4. Cap., §. 12., 8., S. 376; Häberlin, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band III, 9. Buch, 2. Cap., §. 385., S. 245 „... Am besten ist es daher, wenn das teutsche Reich, das nach seiner bestehenden und sonst gluecklichen Verfassung, gar nicht zum Kriegfuehren gemacht ist, und das noch nie den mindesten Vortheil, wohl aber immer den groesten Schaden von seinen Kriegen gehabt hat, sich nicht weiter in Kriege verwickeln ließe - ...“ und Pütter, Historische Entwicklung der heutigen Staatsverfassung des Teutschen Reichs, III. Theil, 12. Buch, IV., Randz. IV., S. 102 „... (So lange diesen und wer weiß wie viel anderen hier nicht bemerkten Maengeln und Gebrechen nicht abgeholfen ist, wird jeder Teutscher Biedermann schon aus diesen Umstaenden die Wichtigkeit des Wunsches erkennen, daß das heilige Roemische Reich fuer Krieg in Gnaden bewahrt bleiben moege!)“.

²¹⁷ Kessel, Die Wandlung der Kriegskunst im Zeitalter der französischen Revolution, in: *HZ*, CXLVIII. Band, Aufsätze, S. 250-264 (250-251, 252-253, 254-256, 258, 262-263) und B. Druène, Der Feldherr Napoleon - Theorie und Praxis seiner Kriegskunst, in: *Napoleon I. und das Militärwesen seiner Zeit*, S. 45, 48-50.

²¹⁸ Montagnon, Les guerres de Vendée, VII, p. 271-272; *Les guerres de l'ouest 1793-1815*, La troisième ..., p. 283 (nach ihm auch wegen den zuvor gehabt eigenen Misserfolgen); Doré Graslin, *Itinéraires de la Vendée militaire*, Chap. III, 1796-1801, p. 202 und Godechot, *La contre-Révolution*, 2. Partie, Chap. XVII, 6., p. 375-76).

²¹⁹ Die Royalisten und insbesondere der im russisch-lettländischen Mitau im Exil lebende Comte de Provence, Bruder Ludwigs XVI., nach diesem thronberechtigt und spätere Louis XVIII., glaubten, Bonaparte die Rolle eines George Monk zuschreiben zu können. Die von dem 1. Konsul am 3 nivôse an VIII (24 déc. 1799) veranlasste Aufhebung des am 21 janv. jährlich gefeierten Festes der Hinrichtung Ludwigs XVI. und der von ihm verfügten Aufnahme der Gemäßigten aller Parteien in die Staatsämter (unten, S. 239) wurde von ihnen auch in diesem Sinne propagandistisch gedeutet. Eine Gruppe wollte die Herstellung der Monarchie unter dem in Amerika lebenden Louis-Philippe d'Orléans. Eine zweite die Rückkehr des Comte de Provence als neuer

Am 17./18. Dezember 1799 akzeptierten²²⁰ die meisten der aufständischen Führer den Abschluss eines Waffenstillstandes im allgemeinen.²²¹

Das von den Vendée- und Chouans Führer²²² am 26. Dezember 1799 an den 1. Konsul gerichtete Ansinnen, ihn zur Herbeiführung einer allgemeinen Vereinigung aller Franzosen zu einer monarchischen Restauration zu bewegen, wurde von diesem entschieden abgelehnt.²²³

Ludwig XVIII. Eine dritte wollte sich zunächst mit Bonaparte zum 1. Konsul als einer Übergangsregierung arrangieren.

Der Comte de Provence wandte sich auch in einem Schreiben v. 20 févr. 1800 an den 1. Konsul und ersuchte ihn, um seine eigene Rückkehr, wobei er Bonaparte die Rolle eines Connétable anbot. Der 1. Konsul gab ihm jedoch, nach seinem im Mai/Juni 1800 siegreichen Feldzug in Italien (unten, S. 259-261), in seinem Antwortschreiben am 20 fructidor an VII (7 sept. 1800) eine eindeutige Absage „... Vous ne devez pas souhaiter votre retour en France; il vous faudrait marcher sur 100,000 cadavres. Sacrifiez votre intérêt au repos et au bonheur de la France ... L'histoire vous en tiendra compte. ...“ (*Godechot*, La contre-Révolution, 2. Partie, Chap. XVIII, 2., p. 383-385; *Madelin*, La Contre-Révolution, 2. Partie, Chap. VI, p. 133-140, Chap. VII, p. 167-168; *Bonaparte*, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome VI, 4441., p. 43, 4442., p. 44, 5090., p. 574 (Zitat), Tome XXX Oeuvres de Napoléon I^{er} à Sainte-Hélène, Consuls provisoires, VIII., p. 400, IX., p. 400-401; *Lever*, Louis XVIII, Chap. X, p. 249-261 und *Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 46).

²²⁰ Bereits am 22 brumaire an VIII (13 nov. 1799) wurde das die Chouans vor allem betreffende Geiselsgesetz vom 24 messidor an VII (12 juillet 1799) (oben, S. 213) aufgehoben, wurden die in Geiselschaft einsitzenden Personen sofort freigelassen und jede Beschlagnahme von Gütern bei Erstattung des entgangenen Nutzens aufgehoben (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 5).

Auf Hinwirken des 1. Konsuls hatte der die republikanischen Truppen im Westen befehligende général Hédouville am 24 nov. 1799 eine Aussetzung von den Feindseligkeiten angekündigt (*Chassin*, Les pacifications de l'ouest 1794-1801, Tome III, Chap. L, p. 459).

²²¹ Auf ihrer Konferenz in der in der Bretagne gelegenen Burg Pouancé am 17./18. Dez. 1799, anwesend waren insbesondere die Vendée-Führer Suzannet, comte d'Autichamp, comte Châtillon (général en chef, président du conseil), comte d'Andigne und die Chouans-Führer comte de Frotté, vicomte de Bourmont, La Prévalaye, George Cadoudal (*Chassin*, Les pacifications de l'ouest 1794-1801, Tome III, Chap. LI, p. 490-504 (496-499) und *Muret*, Guerres de l'ouest, Tome V, Chap. IV., p. 151-153).

Cadoudal und der weitere Chouans-Führer in der Bretagne Sol de Grisolles hatten bereits am 10. Dez. 1799 den Waffenstillstand angenommen (*Chassin* ebd., Chap. L. p. 471-472).

²²² Dies durch die Vermittlungsdienste des Vendée-Geistlichen abbé Bernier. Étienne-Alexandre Bernier, geb am 31. Dez. 1764 in Daon (Mayenne), dortiger curé de Saint-Laud hatte den Eid der église constitutionelle verweigert. Er schloss sich der armée catholique et royale der Vendéer an, wurde einer ihrer Unterführer und organisierte die Verwaltung der aufständischen Anjou und Poitou. Erkennend, dass die Vendéer niemals zu vernichten sind, jedoch auch die Rückkehr der Bourbonen gegenwärtig unwahrscheinlich ist, bot er nach dem 18 Brumaire dem 1. Konsul seine Vermittlungsdienste an (*Robinet*, Dictionnaire 1789-1815, Tome I, Bernier (Étienne - ..., p. 164; *Soboul*, Dictionnaire Révolution française, Bernier, p. 110; *Bonaparte*, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome XXX Oeuvres de Napoléon I^{er} à Sainte-Hélène, Consuls provisoires, IX., p. 402-403 und *Muret*, Guerres de l'ouest, Tome V, Chap. IV., p. 140-142).

²²³ Vorgebracht durch den im Auftrag der Vendée- und Chouans Führer sprechenden royalistische Agent in Paris Hyde de Neuville und den comte d'Andigne, chevalier de Sainte-Gemme, im Beisein von Außenminister Talleyrand. Sie überbrachten dem 1. Konsul ein in Pouancé am 18 déc. 1799 von Suzannet, Bourmont, Châtillon, Frotté, La Prévalaye und d'Autichamp verfasstes Schreiben, in welchem diese „..., se déclaraient ‚désireux de concourir à la réunion générale des Français‘ avec le nouveau chef du gouvernement, ‚espérant trouver dans son caractère la garantie du bonheur de leur pays‘. ...“ Nach des 1. Konsuls Worte dürfte man jedoch nicht daran denken, den Thron der Bourbonen in Frankreich wieder herzustellen. Dies könnten sie nur erreichen, wenn sie über 500 000 Tote gingen. Er beabsichtige die Vergangenheit zu vergessen und die Unterwerfung all jener anzunehmen, die im Sinne der Nation vorgehen wollten. Gerne würde er mit Châtillon, Bernier, Bourmont, Suzannet, d'Autichamp und den anderen verhandeln, aber nur unter der Voraussetzung, dass sie in Zukunft der nationalen Regierung treu wären und jede Verbindung mit den Bourbonen und dem Ausland

In seiner 2 Tage danach²²⁴ an die Einwohner der West-Provinzen gerichteten Proklamation forderte der 1. Konsul bei der Zusage zur Freiheit der Religionsausübung ihre Unterwerfung unter die allgemeinen Gesetze,²²⁵ welche Proklamation jedoch wenig Wirkung zeigte. Die Chouans verstärkten sich sogar noch.²²⁶

Der 1. Konsul erließ darauf am 18/21 nivôse an VIII (8/11 janv. 1800) zwei weitere, einen neuen und schnellen Feldzug ankündigende, Proklamationen an die armée de l'Ouest und die dortigen Einwohner,²²⁷ gab militärische Anweisungen,²²⁸ ernannte am 24 nivôse an VIII (14 janv. 1800) General Brune zum neuen général en chef de l'armée de l'Ouest²²⁹ und entsandte in Holland stationierte Truppen dorthin, womit er die Vernichtung der Aufständischen bei einem weiteren Widerstand androhte.²³⁰

Auf Einwirken von abbé Bernier²³¹ wurden von den Führern der Vendéer am 18. /20. Januar 1800 die Friedensverhandlungen gegen die Zusage zur Freiheit der Religionsausübung

aufgaben (*Chassin*, Les pacifications de l'ouest 1794-1801, Tome III, Chap. LII, p. 510-512 (Zitat p. 510) und *Bonaparte*, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome XXX Oeuvres de Napoléon I^{er} à Sainte-Hélène, Consuls provisoires, IX., p. 400-401).

²²⁴ Am 17 nivôse an VIII (28 déc. 1799).

²²⁵ Er versprach ihnen ein völliges Vergessen und sein besonderes Interessen und Sorge ihrer Landwirtschaft, ihren Fabriken und ihrem Handel zukommen zu lassen, ansonsten er ihnen jedoch ihre gewaltsame Unterwerfung in Aussicht stellte (*Bonaparte*, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome VI, 4473., p. 62-64 mit *Chassin*, Les pacifications de l'ouest 1794-1801, Tome III, Chap. LII, p. 512-516).

²²⁶ Die meisten Führer der aufständischen Chouans und der Vendéer lehnten die Proklamation ab und legten nicht die Waffen nieder, sondern verstärkten sich noch durch neue Rekrutierungen (*Chassin*, Les pacifications de l'ouest 1794-1801, Tome III, Chap. LII, p. 516-518 und *Doré Graslin*, Itinéraires de la Vendée militaires, Chap. III, 1796-1801, p. 203).

²²⁷ Der 1. Konsul wies insbesondere darauf hin, dass sich der größte Teil ihrer Einwohner mit der Regierung ausgesöhnt habe und 60 000 Mann der armée de l'ouest bereitstünden (*Chassin*, Les pacifications de l'ouest 1794-1801, Tome III, Chap. LII, p. 525-526 und *Bonaparte*, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome VI, 4506., p. 93-94). Zuvor hatte der 1. Konsul in einer Proklamation v. 15 nivôse an VIII (5 janv. 1800) die Soldaten der armée de l'Ouest aufgefordert, bei Einhaltung von eigener strenger Disziplin unerbitlich zu den Räubern zu sein und einen kurzen und erfolgreichen Feldzug zu führen (*Bonaparte* ebd., 4498., p. 86-87).

²²⁸ In einem miterlassenen arrêté, beigefügt der Proklamation an die Einwohner der Westprovinzen v. 21 nivôse (11 janv. 1800): Es ist keinem General oder öffentlichen Bedienten erlaubt, mit den Anführern der Rebellen eine Verbindung aufzunehmen, die Gardes nationales aller Gemeinden haben die Räuber aus ihren Gebieten zu vertreiben, jede Gemeinde, welche Schutz und Beistand gewährt, ist wie Rebellen zu behandeln, bewaffnete Personen und Einwohner, welche dem Aufstand und Widerstand das Wort reden, sind zu erschießen (*Bonaparte*, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome VI, 4506., p. 93-94 (94)).

²²⁹ Die vom 1. Konsul général Brune an diesem Tag mitteilte Anweisung zur Bekämpfung der Aufständischen: die von ihm kommandierte armée de l'Ouest hat mehr als 60 000 Mann, durch Verfolgung der Aufständischen soll dem Krieg ein schnelles Ende bereitet werden, von seiner Beendigung ist auch der Friede in Europa abhängig (*Bonaparte*, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome VI, 4523., p. 109-112).

²³⁰ *Bonaparte*, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome XXX Oeuvres de Napoléon I^{er} à Sainte-Hélène, Consuls provisoires, IX., p. 402 und *Godechot*, La contre-Révolution, 2. Partie, Chap. XVII, 6., p. 376.

²³¹ Er wollte neue kriegerische Auseinandersetzungen vermeiden.

aufgenommen²³² und wurden die noch weiter kämpfenden Chouans-Führer bis zum 18. Februar 1800 besiegt.²³³

ff) Die Rückkehr der Emigranten

Die am 4 nivôse an VIII (25 déc. 1799) in Kraft getretene Konsulatsverfassung²³⁴ sah in ihrem Titre VI, Art. 93 ein der vorangegangenen Verfassung des Direktoriums nahezu inhaltsgleiches Verbot zur Rückkehr von den Emigranten vor.²³⁵

²³² Abbé Bernier bewirkte eine Versammlung der Vendéer des linken Loireufers in Montfaucon-sur-Moine. Nach stürmischen Diskussionen wurde am 18. Jan. 1800 von ihren Mehrheits-Führern Suzannet und comte d'Autichamp die von général Hédouville vorgegebenen Bedingungen für den Frieden angenommen: Die Niederlegung der Waffen durch die Aufständischen bei ihrer freien Kultausübung, welche Regierung nichts fordern wird, was dem Gewissen und den Ansichten der Religionsdiener entgegen ist (*Chassin*, Les pacifications de l'ouest 1794-1801, Tome III, Chap. LII, p. 534-537, Chap. LI, p. 499-504 (501-504); *Muret*, Guerres de l'ouest, Tome V, Chap. IV., p. 173-176; *Montagnon*, Les guerres de Vendée, VII, p. 273-274 und *Doré Graslin*, Itinéraires de la Vendée militaire, Chap. III, 1796-1801, p. 203-204).

Das rechte Ufer der Loire, auf der Konferenz von Candé am 20. Jan., für Haute-Bretagne (Teile von Maine) und Anjou, der comte de Châtillon und comte d'Andigne und nach den Bedingungen von Montfaucon (*Chassin* ebd., p. 537-540 und *Montagnon* ebd., p. 274).

²³³ Von den nördlichen Chouans-Führern sammelte Vicomte de Bourmont im Maine seine Truppen bei Laval, wurde jedoch am 23. Jan. 1800 bei Meslay-du-Maine von dem republikanischen General Chabot besiegt, er unterwarf sich am 4. Febr. 1800 nach den Bedingungen von Montfaucon und Candé und am 15. Febr. uneingeschränkt. Gleiches auch der bei Rennes und Fougères befehlende La Prévalaye. (*Chassin*, Les pacifications de l'ouest 1794-1801, Tome III, Chap. LII, p. 550-555, 567-575, Chap. LI, p. 493 und *Muret*, Guerres de l'ouest, Tome V, Chap. V., p. 197-201).

Der die Chouans in der Bretagne befehlende Georges Cadoudal wurde mit seinen Truppen von einer von général Hatry befehligten subdivision Brunet bei Grandchamp mit 400 Tote und vielen Verwundeten besiegt. Cadoudal mit seinen wichtigsten Führern und mit 12 000 Mann wurde am 4./5. Febr. 1800 von Brunet mit 15 000 Mann in den Wäldern von Elven nahe Vannes eingekreist und musste zur Vermeidung ihrer Vernichtung kapitulieren. Er schloss am 13. Febr. 1800 für die départements des Côtes-du-Nord und Finistère in Beauregard mit Brunet den Frieden: Verpflichtung zur Auslieferung der Waffen (Art. II), Unterstellung der katholischen Geistlichen unter den Schutz der Regierung (Art. VII), für alle an dem Krieg teilnehmenden Einwohner gewährte Wiederherstellung des Zustandes vor Ausbruch der Feindseligkeiten (Articles additionnels, I.) (*Chassin* ebd., Chap. LIII, p. 559-567; *Erlanning*, La résistance bretonne, 1. Partie, Chap. IV, p. 59-81 und *Bonaparte*, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome XXX Oeuvres de Napoléon I^{er} à Sainte-Hélène, Consuls provisoires, IX., p. 404).

Der allein noch in der Bretagne in den beiden départements Orne und Manche gegen die republikanischen Truppen bei den forges de Cossé am 25. Jan. 1800 weiter kämpfende Comte de Frotté musste am 7. Febr. seinen Begleitern die Aussichtslosigkeit des Kampfes eingestehen. Bei der zu weiten Entfernung vom Meer konnte er nicht nach England entfliehen und wurde mit 6 seiner Offiziere unter Nichteinhaltung des ihm zugesagten freien Geleites bei der Aufsuchung der republikanischen Generäle in Alençon in der Nacht v. 15./16. Febr. gefangengenommen und am 18. Febr. erschossen (*Chassin*, ebd., Chap. LIV, p. 578-591; *Muret* ebd., p. 201-214 und *Les guerres de l'ouest 1793-1815*, La troisième ..., p. 288).

²³⁴ Oben, S. 217.

²³⁵ Titre VI, Art. 93 der Verfassung des Konsulats „La nation française déclare qu'en aucun cas elle ne souffrira le retour des Français qui, ayant abandonné leur patrie depuis le 14 juillet 1789, ne sont pas compris dans les exceptions portées aux lois rendues contre les émigrés; elle interdit toute exception nouvelle sur ce point. Les biens des émigrés sont irrévocablement acquis au profit de la République⁽²⁾.“ (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 20-30 (29)).

Jedoch wurde durch einen von den Konsulen am nächsten Tag²³⁶ erlassenen arrêté 40 namentlich benannten Personen,²³⁷ unter ihnen Carnot,²³⁸ Barthélemy,²³⁹ Boissy-d'Anglas,²⁴⁰ Portalis,²⁴¹ Barbé-Marbois²⁴² und den nach dem 9 Thermidor proskribierten Barère²⁴³ und Vadier²⁴⁴ ihre Rückkehr nach Frankreich gestattet.²⁴⁵

Titre XIV, Art. 373 der Verfassung des Direktoriums hatte bei einer inhaltsgleichen Regelung, allein abweichend den 15. Juli 1789 als den ersten Tag des Verbotes zur Rückkehr von ausgewiesenen Emigranten bestimmt (*ebd.*, Tome VIII, p. 223-242 (241)).

²³⁶ 5 nivôse an VIII (26 déc. 1799).

²³⁷ Darunter 38 Deputierte des 18 Fructidor (Staatsstreich am 4 sept. 1797).

²³⁸ Lazare Carnot bis zum Staatsstreich des 18 Fructidor einer der directeurs konnte diesem entfliehen und in die Schweiz gelangen (*Robinet*, Dictionnaire 1789-1815, Tome I, Carnot (Lazare - ..., p. 334-336 (335); *Biographie moderne*, Tome I., Carnot l'aîné, ..., p. 392-394 (393-394) und *Soboul*, Dictionnaire Révolution française, Carnot ..., p. 189-191 (191)).

²³⁹ François Barthélemy, unter dem Direktorium die Baseler Friedensverträge des Jahres 1795 mit König Friedrich Wilhelm II. von Preußen am 5. April, mit König Karl IV. von Spanien am 22. Juli und mit Landgraf Wilhelm IX. von Hessen-Kassel am 28. Aug. ausgehandelt, war im Juni 1797 zum directeur gewählt worden. Als geheimer Royalist geltend, wurde er beim 18 Fructidor gefangen genommen, nach Guyana deportiert, konnte nach 6 Monaten über British-Guyana nach England entfliehen und gelangte im August 1799 nach Hamburg (*Robinet*, Dictionnaire 1789-1815, Tome I, Barthélemy (François, ..., p. 113; *Biographie moderne*, Tome I, Barthélemy (François), ..., p. 163-164 und *Soboul*, Dictionnaire Révolution française, Barthélémy ..., p. 87-89).

²⁴⁰ François Boissy d'Anglas (1756-1826) Mitglied der Constituante und der Convention nationale, girondin, während des Prairial an III-Aufstandes (mai 1795) ihr président, hatte sich unter dem Direktorium dem royalistischen Club de Clichy angenähert, beim 18 Fructidor wurde er auf die Atlantikküste Oléron verbannt (*Robinet*, Dictionnaire 1789-1815, Tome I, Boissy d'Anglas ..., p. 214-215; *Biographie moderne*, Tome I, Boissy-d'Anglas ..., p. 264-267 und *Soboul*, Dictionnaire Révolution française, Boissy d'Anglas ..., p. 127-128).

²⁴¹ Jean Étienne Portalis (1745-1807) député aux États de Provence und bekannter avocat in Paris, war unter dem Direktorium Mitglied des Conseil des Anciens und gehörte der partie contre-révolutionnaire zu, nach dem 18 Fructidor musste er sich in der Schweiz, im Herzogtum Holstein und in Frankreich verstecken (*Robinet*, Dictionnaire 1789-1815, Tome II, Portalis ..., p. 664; *Biographie moderne*, Tome IV, Portalis ..., p. 81-83 und *Soboul*, Dictionnaire Révolution française, Portalis ..., p. 853-854).

²⁴² François Barbé-Marbois (Marquis de) (1745-1837) unter Ludwig XVI. Konsul in den Vereinigten Staaten, Intendant auf Saint-Domingue, wurde beim 18 Fructidor mit anderen Royalisten nach Guyana und später auf Oléron deportiert (*Robinet*, Dictionnaire 1789-1815, Tome I, Barbé de Marbois ..., p. 97-98; *Biographie moderne*, Tome I., Barbé-Marbois, ..., p. 143-144 (143) und *Soboul*, Dictionnaire Révolution française, Barbé-Marbois ..., p. 74).

²⁴³ Bertand Barère (1755-1841) Mitglied der Constituante und der Convention nationale, jacobin, im Königsprozess ihr président, régicide contre l'appel au peuple, 1793 Mitglied des Comité de salut public, thermidorien, danach vom Direktorium nach Guyana bestimmt, konnte sich durch Flucht entziehen und im Süden Frankreichs verbergen (*Robinet*, Dictionnaire 1789-1815, Tome I, Barère de Vieuzac ..., p. 103-104; *Biographie moderne*, Tome I, Barère ..., p. 148-152 und *Soboul*, Dictionnaire Révolution française, Barère ..., p. 74-77).

²⁴⁴ Marc Guillaume Vadier (1736-1828) Mitglied der Constituante und der Convention nationale, jacobin, régicide contre l'appel au peuple, 1793/94 président du Comité de Surêté nationale, thermidorien, wurde vom Direktorium als ancien terroriste auf die Insel Pelée nahe Cherbourg verbracht (*Robinet*, Dictionnaire 1789-1815, Tome II, Vadier ..., p. 800; *Biographie moderne*, Tome IV, Vadier, ..., p. 428-429 und *Soboul*, Dictionnaire Révolution française, Vadier ..., p. 1063-1065).

²⁴⁵ *Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 49 u. 50 mit dem Gesetz v. 19 fructidor an V (5 sept. 1797), Art. XII-XIV (*Duvergier ebd.*, Tome X, p. 34-37 (35-36)).

Mehrere von ihnen erhielten, wie Carnot,²⁴⁶ Barthélémy,²⁴⁷ Boissy-d'Anglas,²⁴⁸ Barbé-Marbois,²⁴⁹ der spätere Hauptredakteur der Articles organiques des Konkordates vom 15. Juli 1801,²⁵⁰ und Portalis²⁵¹ hohe Staatsämter.

Auch setzte der 1. Konsul zwei persönlich fähige vormalige revolutionnaires wieder in ihre früheren Ämter ein: Talleyrand als Außenminister²⁵² und Fouché als Polizeiminister.²⁵³

Ihre Rückkehr erweckte bei den Mitgliedern des Tribunat und anderen Etablierten Unruhe, sie sahen sie, als Proskripierte des noch in Erinnerung seienden 18 Fructidor (4 sept. 1797) als Feinde der Revolution an. Dies hingegen nicht bei der Bevölkerung, welche dem arrêté des 1. Konsuls, auch succession d'édits de Nantes genannt, zustimmten (*Madelin*, De Brumaire à Marengo, Chap. VIII, p. 123-124 mit Notes ..., p. 325).

²⁴⁶ Vom 1. Konsul am 12 germinal an VIII (2 avril 1800) zum Kriegsminister ernannt (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 178).

²⁴⁷ Ernannnt zum Mitglied des Sénat-conservateur am 18 pluviôse an VIII (7 févr. 1800) (*Bonaparte*, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome VI, 4571., p. 150), danach auch in das Institut national berufen (*Biographie moderne*, Tome I, Barthélemy (François), ..., p. 163-164 (164)).

²⁴⁸ Ernannnt zum Mitglied des Tribunat im März 1801 und im Dezember 1802 zu seinem président gewählt (*Biographie moderne*, Tome I, Boissy-d'Anglas ..., p. 264-267 (267) und *Robinet*, Dictionnaire 1789-1815, Tome I, Boissy d'Anglas (François-Antoine, comte), avocat, ..., p. 214-215 (215)).

²⁴⁹ Ernannnt zum Mitglied des Conseil d'État am 5 thermidor an VIII (24 juillet 1800) und zum ministre du Trésor public am 5 vendémiaire an X (27 sept. 1801) (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 258, Tome XIII, p. 12).

²⁵⁰ Unten, S. 825-826.

²⁵¹ Ernannnt am 15 germinal an VIII (5 avril 1800) zum commissaire du Gouvernement près le Conseil des prises, danach zu einem der commissaires chargés de la rédaction du Code civil und am 5 jour complémentaire an VIII (22 sept. 1800) zum Mitglied des Conseil d'État. Im Oktober 1801 berufen an die direction des affaires concernant les cultes, war er der Hauptverfasser der Articles organiques des Konkordates und einer der 5 Hauptredakteure des Code civil: 21 mars 1804 (*Biographie moderne*, Tome IV., Portalis ..., p. 81-83 (83); *Robinet*, Dictionnaire 1789-1815, Tome II, Portalis ..., p. 664; *Soboul*, Dictionnaire Révolution française, Portalis ..., p. 853-854; *Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p., 306 und *Moniteur*, Sextidi, 16 germinal an 10 ..., N^o 196., Corps-Législatif, Séance du 15 germinal, p. 783 rechte Sp.-p. 790; Septidi, 17 germinal an 10 ..., N^o 197., Conseil d'État, p. 791-796).

²⁵² Talleyrand (1754-1838) Bischof von Autun, Mitglied der Constituante hatte die motion zur Beschlagnahme der Kirchengüter am 2. Nov. 1789 gestellt, auf dem fête de la Fédération am 14 juillet 1790 am Altar des Vaterlandes die Messe zelebriert, die Fahnen der Föderierten geweiht und als einer der ersten den Eid auf die Constitution civile du clergé geleistet. Als Außenminister des Direktoriums am 20 juillet 1799 zurückgetreten (oben, S. 215-216), wurde er, anstelle des in Schorndorf/Wirtemberg geborenen und zum französischen Staatsbürgers gewordenen Karl Friedrich Reinhard, am 1 frimaire an VIII (22 nov. 1799) vom 1. Konsul erneut zum Außenminister ernannt (*Robinet*, Dictionnaire 1789-1815, Tome II, Talleyrand-Périgord (Charles - ..., p. 768-769 (768); *Soboul*, Dictionnaire Révolution française, Talleyrand-Périgord ..., p. 1013-1015 (1013-1014), Reinhard, p. 889-891 (890); *Bonaparte*, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome XXX Oeuvres de Napoléon I^{er} à Sainte-Hélène, Consuls provisoires, III., p. 392; *Masson*, Le département des Affaires étrangères pendant la Révolution, Chap. XI, p. 442 und *Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 8).

²⁵³ Joseph Fouché (1754-1820) Oratorianer-Mönch, Mitglied der Convention, girondin, régicide contre l'appel au peuple, représentant en mission, verteidigte gegen die aufständischen Vendéer im März/April 1793 Laval, Rennes, Nantes. Hébertiste, zur Unterwerfung des aufständischen Lyon von nov. 1793-janv. 1794 entsandt, wo er keine Milde walten ließ. Thermidorien, verschaffte ihm der kleine Staatsstreich v. 30 Prairial an VIII (18 juin 1799) zwei Tage danach das Polizeiministerium. Gleich Sieyès eine starke Exekutive wollend, unterstützte er den Staatsstreich vom 9 Brumaire, behielt dieses Amt entgegen den Wünschen Sieyès. Zwar stimmte der 1. Konsul diesem zu, dass man sich auf Fouché wegen seiner abgehenden moralischen Bindungen und seines Wankelmutes nicht verlassen könne, jedoch habe er der Republik große Verdienste geleistet. Als fondateur de la police moderne leitete Fouché das Polizeiministerium mit den Methoden der modernen

Durch den arrêté der Konsule vom 11 ventôse an VIII (2 mars 1800) wurden die emigrierten Mitglieder der früheren Assemblée constituante, welche für die Einführung von Gleichheit und für die Abschaffung des Adels gestimmt hatten, von der Emigrantenliste gestrichen,²⁵⁴ kehrten auch zurück und erhielten wieder Ämter.²⁵⁵

Niebuhr, Geschichte des Zeitalters der Revolution:

„... Bonaparte wählte seine Gehülfen vortrefflich. Er rief die verbannten und deportirten vom 18. Fructidor zurück und stellte gleich Anfangs mehrere der ausgezeichnetsten unten ihnen an. Er wählte seine Männer ohne irgend eine Rücksicht auf die Parteien, und stellte oft geflissentlich die herbsten Männer der

Propaganda (*Robinet*, Dictionnaire 1789-1815, Tome I, Fouché ..., p. 814-816 (814-815); *Soboul*, Dictionnaire Révolution française, Fouché ..., p. 462-467 (462-466) und *Bonaparte*, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome XXX Oeuvres de Napoléon I^{er} à Sainte-Hélène, Consuls provisoires, III., p. 392-393).

²⁵⁴ Bei ihrer Rückkehr erhielten sie ihre Güter zurück, soweit sie noch nicht veräußert waren (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 119-120).

²⁵⁵ La Fayette: der 1. Konsul stand in enger Verbindung zu ihm, schätzte seinen Rat sehr, bis sich La Fayette bei seiner Erhebung im mai 1802 zum Konsul auf Lebenszeit von ihm abwandte (*Charavay*, La Fayette, XXIII, p. 376-387; *Castries*, La Fayette, 3. Partie, (Chap.) II, p. 297-309 mit Notes, p. 507; *Robinet*, Dictionnaire 1789-1815, Tome II, La Fayette (Marie-..., p. 276-281 (280); *Soboul*, Dictionnaire Révolution française, La Fayette, p. 624-626 (625) und *Bonaparte*, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome XXX Oeuvres de Napoléon I^{er} à Sainte-Hélène, Consuls provisoires, VI., p. 396).

Vicomte de Noailles: trat in die Armee als général de brigade ein und nahm an der Expedition gegen das aufständische Saint-Domingue unter Leclerc der Jahre 1802/03 teil, bei welchen er tödlich verwundete (*Robinet* ebd., Tome II, Noailles (Louis - ..., p. 612-613 (613); *Biographie moderne*, Tome III, Noailles (Louis ..., p. 461-462 (462) und *Forneron*, Histoire générale des émigrés pendant la Révolution, Tome II, Livre 8, Chap. XXIX, III, p. 392).

Duc de Montmorency: wurde maire de Courtalain und conseiller général (*Robinet* ebd., Tome II, Montmorency (Anne - ..., p. 578 und *Forneron* ebd., p. 392).

Comte Latour-Maubourg: wurde vom 1. Konsul zurückgerufen und im janvier 1801 vom Sénat conservateur in das Corps-législatif als député du département de la Haute-Loire berufen (*Robinet* ebd., Tome II, Latour-Maubourg (Marie-Charles-..., p. 338-339 (339); *Biographie* ebd., Tome III, Latour-Maubourg ..., p. 102 und *Bonaparte* ebd., p. 396).

La Rochefoucauld-Liancourt: neben und mit der Verwaltung seiner Güter förderte er die Schulen in Liancourt (*La Rochefoucauld-Wolikow-Ikni*, Le duc de La Rochefoucauld-Liancourt, Chap. VII, p. 279-285; *Robinet* ebd., Tome II, La Rochefoucauld (François-Alexandre-..., p. 326-327 (327); *Soboul* ebd., La Rochefoucauld-Liancourt, p. 647-648 (648) und *Madelin*, De Brumaire à Marengo, Chap. VIII, p. 121 mit Notes ..., p. 325).

De Valence: wurde président du canton de Versy (*Robinet* ebd., Tome II, Valence, p. 801; *Biographie* ebd., Tome IV, Valence ..., p. 431-432 (432) und *Forneron* ebd., p. 392).

Die Brüder Lameth: Théodore, Charles, Alexandre: von welchen Alexandre préfet du département de la Basse-Alpes wurde (*Robinet* ebd., Tome II, Lameth (Théodore-..., p. 310, Lameth (Charles-..., p. 308-309 (309), Lameth (Alexandre-..., p. 309-310 (309); *Biographie* ebd., Tome III, Lameth (Théod. ..., p. 58, Lameth (Ch. ..., p. 58-59 (59), Lameth (Alex. ..., p. 59-61 (61) und *Forneron* ebd., p. 392).

Bureaux de Pusy: von Ludwig XVI. zum Ordre de Saint-Louis ernannt, wurde er préfet du département de l'Allier (*Robinet* ebd., Tome I, Bureaux de Pusy, p. 302-303 (303); *Biographie* ebd., Tome I, Bureau-de-Pusy, ..., p. 360-361 (361) und *Bonaparte* ebd., p. 396).

Der duc d'Aiguillon verstarb unvorhergesehen in Hamburg am 4. Mai 1800 als er aus der Liste der Emigranten gestrichen wurde (*Robinet* ebd., Aiguillon, p. 12-13 (13); *Biographie* ebd., Tome I, Aiguillon ..., p. 22-24 (24) und *Forneron* ebd., p. 392).

Revolution neben solche die im Grunde noch die Contrerevolution wollten, wenn sie nur fähig waren, und gewöhnte sie in kurzer Zeit sich als von ihm ganz abhängig zu betrachten. Talent und Fähigkeit wurden emporgehoben, wo sie sich fanden, welche eine Masse noch vorhanden war ist bewunderungswürdig. ... Er gewann die entgegengesetzten Parteien ohne die Leute sorgfältig zu bearbeiten er stellte sie aber an an den rechten Ort und schlug die rechten Saiten an. ...²⁵⁶

Durch das Gesetz vom 12 ventôse an VIII (3 mars 1800) wurde festgelegt, dass die gegen die Emigranten erlassenen Gesetze bei ihrer Ausreise aus Frankreich seit dem Tage des Inkrafttretens der neuen Verfassung am 25 déc. 1799²⁵⁷ nicht mehr anzuwenden seien und die Emigrantenliste für die Zukunft geschlossen.²⁵⁸

Durch den weiteren arrêté der Konsule vom 28 vendémiaire an IX (20 oct. 1800) wurden die Bauern, Handwerker, Handarbeiter, Bedienten, Eltern und Erben von Emigranten, nahezu alle Frauen und die noch nicht sechzehn Jährigen, Opfer der Revolutionsgerichte und die Geistlichen aus der Emigrantenliste gestrichen.²⁵⁹

Mit diesem arrêté sank die Zahl der Emigranten von 145 000 auf 52 000, und kehrte im Herbst 1800 die Hälfte zurück.²⁶⁰

²⁵⁶ II. Band, XXIII., S. 168-169.

²⁵⁷ 4 nivôse an VIII.

²⁵⁸ Die vor dem Tage des Inkrafttretens der Konsulats-Verfassung Emigrierten behielten zwar ihren Status. Sie wurden aber bei ihrer Rückkehr nicht mehr von den tribunaux militaires, sondern von den tribunaux criminels ordinaires abgeurteilt (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 120-121 mit p. 70: 5 pluviôse an 8 (25 janv. 1800). – Délibération du Conseil-d'État, sur la manière de procéder contre les émigrés rentrés und *Greer*, The emigration, Chap. V, 2., p. 103-104).

²⁵⁹ Zusätzlich wurden die von den lokalen Behörden bereits vorläufig aus der Emigrantenliste Gestrichenen, die in die Kapitulation von Malta Miteinbezogenen und die Frankreich vor dem 14 Juillet 1789 Verlassenden von der Emigrantenliste gestrichen (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 317-319 mit p. 118: 7 ventôse an 8 (26 février 1800). – Arrêté qui détermine la manière ... en radiation de la liste des émigrés).

²⁶⁰ *Greer*, The incidence of the emigration during the French Revolution, Chap. I, 1., p. 1-5 (3), 2., p. 5-17 (7), Chap. II, 1., p. 18-21 (18), Chap. V, 2., p. 103-104, Tables I-VII, p. 109-131; *Godechot*, La contre-Révolution, 2. Partie, Chap. IX, I., p. 151-152 und *Madelin*, La Contre-Révolution, 2. Partie, Chap. VII, p. 168-170). Zur Zahl der Emigranten (145 000) werden, bei den sich widersprechenden und die bereits Rückgekehrten auch nicht berücksichtigenden Angaben, jene aus der offiziellen *Liste générale par ordre alphabétique des émigrés de toute la république, berichtiger Stand Oktober 1800* entnommen. In ihr sind neben den Emigranten aus dem Territorium Frankreichs des Ancien Régime auch jene der eingegliederten Gebiete, wie insbesondere Belgien und Porrentury (1 168) mitenthalten sind. Die aus dem Gebiet Frankreichs des Ancien Régime insgesamt Emigrierten und in die Listen aufgenommenen, dürften bei 130 000 liegen. Hierzu kommen noch 20-30 000 inoffizielle Emigranten (*Greer* ebd., Chap. II, 1., p. 18-20 mit Bibliography ..., I., p. 139 und *Godechot* ebd., p. 151-152).

Durch den nachfolgenden Senatus-consulte v. 6 floréal an X (26 avril 1802) wurde eine generelle Amnestie für alle Emigranten gewährt. Ausgenommen waren allein die schwere militärische und politische Handlungen gegen die Französische Republik Begangenen, ihre insgesamt Zahl durfte 1 000 nicht übersteigen. Die heimkehrenden Emigranten mussten einen Eid auf die Regierung schwören, konnten ihre veräußerten Güter nicht mehr zurückverlangen und wurden unter eine zehnjährige Aufsicht der Regierung gestellt (unten, S. 863).

gg) Die Herbeiführung des religiösen Friedens

Der 1. Konsul war zur Überzeugung gelangt, dass man Religion zur Regierung eines Landes benötige und die katholische Religion erschien ihm als die geeignetste.²⁶¹

Bereits wenige Tage nach seinem Regierungsantritt wurden gegen die Geistlichen erlassenen Gesetze von ihm aufgehoben.²⁶²

Zur Herbeiführung des vom 1. Konsul und auch vom französischen Volk gewünschten allgemeinen Ausgleiches mit der Katholischen Religion und der Römisch-katholischen Kirche Papst Pius' VII.²⁶³ wurde nach Verhandlungen, beginnend am 6. November 1800, am 15. Juli 1801, das Konkordat abgeschlossen.²⁶⁴ Es erbrachte die Anerkennung der katholischen Religion als jener der großen Mehrheit der Franzosen,²⁶⁵ und zur Aufrechterhaltung des sozial-gesellschaftlichen Friedens allein die Zurückgabe noch nicht veräußerten – ca. $\frac{1}{15}$ - Kirchengütern.²⁶⁶

hh) Ergebnis

Die in der Konsulatsverfassung bewirkte starke Stellung der Exekutivgewalt des 1. Konsuls, die von ihm durchgeführte Verwaltungs- und Gerichtsreform, die Neuordnung der Finanzen mit dem Beginn des wirtschaftlichen Aufschwunges, seine zur vollen Ausformung gebrachte allgemeine militärische Überlegenheit der Französischen Republik, die Befriedigung der Chouans und der Vendéer, die Rückkehr der Emigranten und die Herbeiführung des religiösen Friedens mit Papst Pius VII. hatten dazu geführt, dass die Französische Republik während des Jahres 1800 politisch und militärisch erstarkte.

²⁶¹ Unten, S. 811-814.

²⁶² Unten, S. 814-817.

²⁶³ Unten, S. 817-819.

²⁶⁴ Unten, S. 820-821.

²⁶⁵ Unten, S. 823.

²⁶⁶ Unten, S. 823-824.

2. Die militärische Lage des Reiches zu Anfang des Jahres 1801

a) Die 2. Koalition gegen die Französische Republik

Auslösendes Ereignis für die Bildung der 2. Koalition gegen die Französische Republik und ihre Verbündeten, die Batavische,²⁶⁷ Cisalpinische,²⁶⁸ Helvetische,²⁶⁹ Ligurische

²⁶⁷ Bereits vor der Errichtung der Batavischen Republik im April 1798 (*Soboul*, Dictionnaire Révolution française, Batave (République), p. 94-96 (95) und unten, S. 872) war von der Französischen Republik mit der damals noch existenten Republik der Vereinigten Provinzen am 27 floréal an III (16 mai 1797) in Den Haag ein Friedens-, Freundschafts-, Offensiv- und Defensiv-Allianzvertrag abgeschlossen worden (*Martens*, Traités puissances de l'Europe, Tome VI, p. 532-540, Text: a., p. 532-536), Art. I: Anerkennung der Republik der Vereinigten Provinzen durch die Französische Republik als eine freie und unabhängige Macht (p. 532), Art. II: Vereinbarung des gegenseitigen Friedens und der Freundschaft (p. 532), Art. III-VI: Vereinbarung einer gegenseitigen offensiven und defensiven Allianz bis zum Ende des Krieges gegen jeden Feind, insbesondere gegen England (p. 533), Art. VII: Stellung von 12 Linienschiffen und 18 Fregatten durch die Republik der Vereinigten Provinzen während dieses Feldzuges und falls sie darum ersucht werde, wenigstens die Hälfte ihrer Landtruppen ins Feld (p. 534).

²⁶⁸ Die Cisalpinische Republik war vom général en chef de l'armée d'Italie Bonaparte am 28. Juni 1797 aus der sich im Sommer 1796 in der Lombardei gebildeten provisorischen Transpadanischen Republik und der von ihm von Okt. 1796 bis März 1797 aus den beiden Herzogtümern Modena und Reggio und den beiden päpstlichen Legationen Bologna, Ferrara errichtet erlassenen Cispadanischen Republik proklamiert worden. Sie erfasste die Gebiete der beiden Herzogtümer Modena, Reggio, die beiden Fürstentümer Massa, Carrara und die der Republik Venedig zugehörigen Gebiete von Bergamo und Crema (*Posselts Annalen*, Jahrg. 1797, 3. Band, 7. Stueck, V., §. 3., S. 112-118, §. 2., (Tafel) II. ... (zwischen S. 104 u. 105), II., 1.; *Le Costituzioni Italiane 1796-1799*, ... della Repubblica Cisalpina (8 Luglio 1797 - ...), p. 81-84, 87-119, (1 Settembre 1798), p. 84-86, 120-153; *Palmer*, The Age of the democratic revolution, Tome II, X., p. 305-306, 310-323 und *Sorel*, L'Europe et la Révolution française, V. Partie, Livre 1., Chap. V, III, p. 196-197). Zu ihnen kam der sich am 13. Juni 1797 von dem Graubündner Freistaat lossagende und seine Vereinigung mit der Cisalpinischen Republik fordernde Veltin um dem 21. Okt. 1797 hinzu (*Posselts ebd.*, VI., S. 126-127; *Gaffarel*, Bonaparte et les républiques italiennes, Chap. I, VI, p. 49-50 und *Bonaparte*, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome III, 1959., p. 196-197, 1978. u. 1979., p. 217-218, 2172., p. 370-371, 2313., p. 525, 2352., p. 571-572).

Ihr am 3 ventôse an VI (21 févr. 1798) mit der Französischen Republik in Paris eingegangenes Bündnis, einem Offensiv- und Defensivvertrag mit einem Handelsabkommen (*Martens*, Traités puissances de l'Europe, Tome VII, 30., a., p. 243-246), Art. I: Anerkennung der Cisalpinischen Republik als freie und unabhängige Macht durch die Französische Republik (p. 243), Art. II: Vereinbarung des gegenseitigen Friedens und der Freundschaft (p. 243), Art. III: Teilnahme der Cisalpinischen Republik mit allen ihren Landkräften bei jedem Krieg der Französischen Republik (p. 243), Art. IV und V: Stellung eines Truppen-Corps von 25 000 Mann seitens der Französischen Republik für die Cisalpinischen Republik zur Aufrechterhaltung ihrer Freiheit, ihrer Unabhängigkeit und inneren Ruhe (p. 244).

²⁶⁹ In der Schweizer Eidgenossenschaft war von Januar bis Ende April 1798 die von der Französischen Republik geförderte und auch während des Einmarsches ihrer unter den Generälen Brune und Schauenburg stehenden Truppen stattgefunden Helvetische Revolution ausgebrochen, welche insbesondere die bisherigen in den Kantonen, Landschaften und Städten vorhandenen aristokratischen Regierungsformen durch Repräsentationsverfassungen ablöste (*Posselts Annalen*, Jahrg. 1798, 1. Band, 2. Stueck, I., 3. u. 4., S. 155-193, II., S. 193-201, 3. Stueck, II., S. 259-293, III., 6.-8., S. 294-298, 10., S. 301-303, 2. Band, 4. Stueck, II., S. 76-90, 5. Stueck, III., S. 154-275 (vielmehr S. 175), IV., S. 185-205, Jahrg. 1799, 2. Band, 6. Stueck, I., S. 209-248; *Amtliche Sammlung der Acten aus der Zeit der Helvetischen Republik (1798-1803)*, I. Band, Einleitung, XIII.-XVIII., S. 134-448 und *Handbuch der Schweizer Geschichte*, II. Band, Ancien Régime, v. *Ulrich Im Hof*, S. 772-779, Helvetik, v. *Andreas Staehelin*, S. 787-790). Am 12. April 1798 wurde in Aarau unter dem Schutz der Französischen Republik die zuerst aus zehn Kantonen bestehende ein und unteilbare Helvetische Republik ausgerufen (*Amtliche Sammlung ebd.*, Actensammlung, 14., S. 623-630, 15., S. 630-632, 2., S. 566-587 und *Handbuch ebd.*, S. 779 (*Im Hof*), 790-794 (*Staehelin*), welcher bis zum Sommer selbigen Jahres die anderen Kantone angeschlossen wurden (*Handbuch ebd.*, S. 794-796 (*Staehelin*)).

Republik²⁷⁰ und dem König von Spanien²⁷¹ war Nelsons Seesieg bei Aboukir am 1./2. August 1798 über die dortige französische Flotte, womit dem ägyptischen Expeditionskorps Bonapartes der Rückzug nach Frankreich versperrt wurde. Die bis dahin auf dem Lande stets

Ihr am 2 fructidor an VI (19 août 1798) mit der Französischen Republik in Paris eingegangenes Bündnis, einer Friedens-, Freundschafts-, Offensiv- und Defensivallianz (*Martens*, *Traité des puissances de l'Europe*, Tome VII, 37., p. 279-284), Art. I: gegenseitiger Friede und Freundschaft (p. 279), Art. II: gegenseitige offensive und defensive Allianz, im Falle eines Krieges kann jede der beiden Republiken ihren Verbündeten zur Mitwirkung und zur Stellung von Truppen auffordern (p. 279-280). Ihre mit der Französischen Republik danach am 10 frimaire an VII (30 nov. 1798) in Luzern abgeschlossene Besonderen Konvention (*Martens* ebd., 38., p. 284-287), Art. I u. II: zusätzliche Aufstellung eines Hilfskorps von 18 000 Mann seitens der Helvetischen Republik, gegen den von der Regierung der Französischen Republik bezeichnet werdenden Feind (p. 284-285).

²⁷⁰ In der Aristokratenrepublik Genua waren von Mai bis Anfang Sept. 1797 zwischen örtlichen Revolutionsanhängern – motiviert durch Bonapartes erfolgreichen Italienfeldzug mit dem nahegelegenen Mailand als Beispiel einer Demokratie – und den alten Gewalten Unruhen ausgebrochen. Von Bonaparte mit seiner in Italien erstrittenen Machtstellung und seiner erfolgten Entsendung von 12 000 Mann unter General Duphot zugunsten ersterer entschieden, wurde sie in die Ligurische Republik umgewandelt. Ihre neue Verfassung wurde im Hauptquartier Bonapartes in ihren Grundzügen festgesetzt, am 2. Dez. 1797 von dem ligurischen Volk in der *assemblée primaire* gebilligt und trat am 1. Jan. 1798 in Kraft (*Posselt's Annalen*, Jahrg. 1798, 1. Band, 1. Stueck, I., S. 3-37, 3. Band, 8. Stueck, II., S. 191-192, Jahrg. 1797, 3. Band, 7. Stueck, III., S. 58-85; *Martens*, *Traité des puissances de l'Europe*, Tome VII, 21., p. 190-192; *Godechot*, *Les Révolutions (1770-1799)*, 2. Partie, Chap. IX, 4), p. 200; *Le Costituzioni Italiane 1796-1799*, ... di Genova (2 Dicembre 1797 - ...), p. 155-199; *Gaffarel*, *Bonaparte et les républiques italiennes*, Chap. II, p. 75-94 und *Bonaparte*, *Correspondance de Napoléon I^{er}*, Tome III, 2344., p. 558-562).

Das von der damaligen République de Gênes am 18 vendémiaire an V (9 oct. 1796) in Paris abgeschlossene Bündnis (*Martens*, *Traité des puissances de l'Europe*, Tome VI, 88., p. 647-650), Art. I: Schließung der genuesischen Reedereien und Häfen für die Engländer bis zum Friedensschluss (p. 647), Art. II: strengstes Verbot der genuesischen Einwohner den englischen Schiffen Munition, Provision und Lebensmittel zukommen zu lassen (p. 647), Art. IV: bei Kriegshandlungen des Königs von England gegen die Republik Genua wird die Französische Republik ihren Handel und ihre Schifffahrt so viel als möglich schützen (p. 648), Art V: benötigt die Republik Genua eine besondere Unterstützung, kann sie sich an die Französische Republik wenden (p. 648).

²⁷¹ Der am 4 thermidor an III (22 juillet 1795) in Basel von König Karl IV. von Spanien mit der Französischen Republik – von der Convention nationale war am 7 mars 1793 dem König von Spanien der Krieg erklärt worden (*Gebhardt*, *Recueil des traités*, 2. Partie, VII., 1., b., p. 400-405) – abgeschlossene Friedens- und Bündnisvertrag hatte seine Herauslösung aus der 1. Koalition erbracht (*Clercq*, *Traité de la France*, Tome I, p. 245-249 (Art. I, p. 245)). Bereits im August selben Jahres fanden neue Verhandlungen zwischen der Französischen Republik und dem König von Spanien statt (*Sorel*, *La diplomatie française et l'Espagne de 1792 à 1796 (1797)*, IV.–*Le traité d'alliance entre la République et l'Espagne 1795-1797*, in: *RH*, Tome XIII, *Articles de fond*, p. 241-278), welche am 2 fructidor an IV (19 août 1796) in Saint-Ildephose mit dem Abschluss eines Offensiv- und Defensiv- Allianzvertrages endeten (*Martens*, *Traité des puissances de l'Europe*, Tome VI, 91., p. 656-664, Text: a., p. 656-661), Art. I: Vereinbarung einer gegenseitigen dauernden offensiven und defensiven Allianz (p. 657), Art. II: gegenseitige Garantie ihrer Staaten (p. 657), Art. XVIII: Ausrichtung dieser Allianz allein gegen England, Spanien wird gegen die anderen sich im Krieg mit der Französischen Republik befindlichen bewaffneten Mächte neutral bleiben (p. 661). Am 7. Okt. 1796 erklärte König Karl IV. von Spanien Großbritannien den Krieg (*Barthélemy*, *Papiers de Barthélemy*, Tome VI, *Paix avec l'Espagne ...*, Conclusion, Fußn. 3 zu 184., p. 195-196, 185., p. 196 und *Sorel*, *La diplomatie ...*, in: *ebd.*, p. 274).

siegreiche Französische Republik erlitt damit eine empfindliche Niederlage,²⁷² womit sich auch ihre potentielle Verwundbarkeit zeigte.²⁷³

Gegen die Französische Republik mit ihren Verbündeten kämpften König Georg III. von Großbritannien, dem die Republik am 5 brumaire an VI (26 oct. 1797) nochmals²⁷⁴ auf Biegen und Brechen den Krieg²⁷⁵ erklärte,²⁷⁶ wobei Großbritannien mit seinen Subsidienzahlungen an die Koalitierten²⁷⁷ auch die politische Führung der Koalition innehatte.²⁷⁸

²⁷² Sieg Nelsons mit 14 Linienschiffen gegen die bei Aboukir lagernde ägyptische Expeditionsflotte Bonapartes von 13 Linienschiffen und 4 Fregatten unter Vice-Admiral Brueys d'Agalliers. Französische Verluste: 2 im Kampf gesunkene Linienschiffe, 3 von den Briten verbrannte, 6 zu Prisen genommene und 2 gesunkene Fregatten. 1 700 Tote, 1 500 Verwundete und 3 000 Gefangene. Britische Verluste: 1 schwer und 5 erheblich beschädigte Linienschiffe, 218 Tote und 678 Verwundete. Mit der gewonnenen Schlacht erlangte Großbritannien auch im Mittelmeer die maritime Vorherrschaft (*Chevalier*, Histoire de la Marine française sous la première République, Livre X, IV, p. 364-381).

²⁷³ *Posselts Annalen*, Jahrg. 1801, 3. Band, 7. Stueck, II., VII., S. 33-35 und 4. Band, 12. Stueck, IV., S. 229-231.

Die Seeschlacht von Aboukir als das auslösendes Ereignis zur Bildung der 2. Koalition (*Posselts ebd.*, 3. Band, 7. Stueck, II., VII., S. 34-37; *Moulin*, Les Marins de la République, Chap. VII, IV, p. 111 und *Jenisch*, Geist und Charakter des achtzehnten Jahrhunderts, 3. Theil, 1. Buch, (I.) Kriegsgeschichte, S. 71).

²⁷⁴ Die Hinrichtung des vormaligen Königs Ludwigs XVI. am 21. Jan. 1793, von den anderer Monarchien als Angriff auf die gesamteuropäische und sakrale Institution des Königtumes angesehen (unten, S. 303), hatte zur Bildung der Großen Koalition aus König Wilhelm III. von Großbritannien, dem Generalstatthalter der Vereinigten Niederlande, König Karl IV. von Spanien, dem Reich, Kaiser Franz II. als Oberhaupt seines Hauses Österreich und König Friedrich Wilhelm II. von Preußen geführt (*Wahl*, Geschichte der französischen Revolution, 4. Kap., S. 79; *Haller*, Geheime Geschichte der Rastadter Friedensverhandlungen, I. Theil, Einleitung, §. 12., S. 26-27 und *Lacour-Gayet*, Marie Caroline, 2. partie, Chap. VII, p. 92-93 mit Notes, p. 373). Von der Convention nationale war am 1 févr. 1793 dem König von England und dem Statthalter der Vereinigten Provinzen der Krieg erklärt worden (*Duvergier*, Collection des lois, Tome V, p. 134-135).

²⁷⁵ Das durch das Vorliegen einer iusta causa – eines vom Kriegsgegner begangenen Unrechtes – eingeschränkte freie Kriegsführungsrecht der Staaten (*Augustinus*, Quaestionum in Heptateuchum Libri VII, Liber VI., Quaest. X., in: *Corpus Christianorum*, Series Latina, XXXIII, Quaestionum ..., p. 319; *Thomas von Aquin*, Summa Theologiae, Secunda Secundae, Quaestio XL, Articulus I., p. 1266-1267; *Grotius*, De iure belli ac pacis, Lib. 2, Cap. I De belli causis, et primum de defensione sui et rerum, p. 167-184, insb. §. I. u. § II., p. 167-171, § I., (4) „Causa¹⁹ iusta belli suscipiendi nulla esse alia potest, nisi iniuria.“, p. 169, Lib. I, Cap. II An bellare unquam iustum sit, p. 48-88; *C. A. Beck*, Recht und Verfassung des Reiches, I Kern des Natur- und Völkerrechts ..., 3. Buch, 6. Kap., § 1, S. 328, § 6, S. 331, insg., § 1-§ 3, S. 328-330, § 6-§ 11, S. 331-334 und *Vattel*, Le droit des gens, ou principes de la loi naturelle, Tome III, Livre III., Chap. III. Des justes causes de la guerre, p. 31-71, insb. §. 26., p. 33 „Le droit d'user de force, ou de faire la guerre, n'appartient aux nations que pour leur défense & pour le maintien de leurs droits (§. 3). Or si quelqu'un attaque une nation au viole ses droits parfaits, il lui fait injure. ...“), galt zu Ausgang des 18. Jahrhunderts nach weit verbreiteter Auffassung auch zur bloßen Verfolgung von Interessen, falls vertragliche Ansprüche dies nicht hinderten (*Verdross*, Völkerrecht, 2. Teil, Die Sanktionen des allgemeinen Völkerrechts, B., V., c), 1., a), S. 436 und *Moser*, Grund=Saeze des Europaeischen Voelcker=Rechts in Kriegs=Zeiten, 2. Buch, 2. Cap., S. 82-89, insb. §. 70., S. 89: lässt die Lehre von der iusta causa nur insoweit gelten, „....., daß zuweilen durch Vertraege ausgemacht wird, daß dieses oder jenes nicht als eine rechtmäßige Ursach eines Krieges angesehen werden solle. ...“).

²⁷⁶ *Duvergier*, Collection des lois, Tome X, p. 85: Arrêté du Directoire exécutif, qui ordonne le rassemblement d'une armée, sous le nom d'Armée d'Angleterre, commandée par les généraux Bonaparte et Desaix.

²⁷⁷ *English historical documents 1783-1832*, Part V., D., 399.: *Statement of the amount of loans and subsidies to foreign states during the wars of 1793-1814*, p. 580-581 (580): 1793: 833 273 £ (Hannover 492 650

Österreich, welches um die Jahreswende 1798/99 den russischen Truppen den Durchzug durch seine habsburgischen Gebiete gestattete und auf dem Rastatter Kongress die von den französischen Gesandten an den kaiserlichen Plenipotentiär²⁷⁹ und den österreichischen Bevollmächtigten²⁸⁰ am 2./31. Januar 1799 gerichteten Noten, der Reichstag und der Kaiser sollten sich deren Eintritt in das Reichsgebiet und in die österreichischen Lande widersetzen, ansonsten man die Verhandlungen abbrechen und dies als eine feindliche Haltung ansehen werde,²⁸¹ unbeantwortet ließ, wurde von der Französischen Republik am 12. März 1799 mit seiner Sekundogenitur, dem Großherzog Ferdinand III. von Toskana,²⁸² erneut der Krieg erklärt.²⁸³

Zar Paul I. von Russland, erstmals russische Truppen²⁸⁴ entsendend,²⁸⁵ begründete die 2. Koalition maßgebend mit.²⁸⁶

£, Hessen-Kassel 190 623 £), 1794: 2 550 245 £ (Preußen 1 226 495 £, Hannover 559 376 £), 1795: 5 724 961 £ (Reich 4 600 000 £, Hannover 478 348 £), 1796: 32 870 £ (Hessen-Darmstadt 20 076 £, Braunschweig 12 794 £), 1797: 1 684 586 £ (Reich 1 620 000 £, Hessen-Darmstadt 57 015 £), 1798: 127 013 £ (Portugal 120 013 £, Braunschweig 7 000 £), 1799: 849 812 £ (Russland 825 000 £, Prinz von Oranien 20 000 £), 1800: 2 613 177 £ (Reich 1 066 666 £, Russland 545 494 £, Baiern 501 017 £, deutsche Fürsten 500 000 £), 1801: 690 114 £ (Portugal 200 114 £, deutsche Fürsten 200 000 £, Reich 150 000 £, Hessen-Kassel 100 000 £, Sardinien 40 000 £).

²⁷⁸ *Garden*, Histoire générale des traités de paix, Tome VI, Quatrième période ... 1791-1815, Chap. XXVII., p. 90; *Günther*, Geschichte des Feldzuges von 1800, Einleitung, S. 14 und *Markov-Soboul*, 1789, die Grosse Revolution, Kap. X, 3., Der Ausbruch des Zweiten Koalitionskrieges, S. 419.

²⁷⁹ Graf Metternich.

²⁸⁰ Graf Lehrbach.

²⁸¹ Die Inhalte der an den kaiserlichen Plenipotentiär Metternich am 13 nivôse an VII (2 janv. 1799) gerichteten Note, in welcher vom Reichstag verlangt wurde, sich dem Einmarsch der russischen Truppen wirksam zu widersetzen, ansonsten die Verhandlungen abgebrochen werden und man sich wieder in dem Zustand vor den Leobener Friedenspräliminarien befände (*Protocoll Rastatt*, VI. Band, 336. Beilage, Anlage, S. 53-54 (53)) und die dem österreichischen Bevollmächtigten Lehrbach am 12 pluviôse an VII (31 janv. 1799) übergebene Note, welche vom Kaiser durch diesen innerhalb von 15 Tagen die bestimmte Versicherung verlangte, dass die russischen Truppen sein Gebiet räumen, ansonsten man dies als Beitritt des Kaisers zu dem russischen Unternehmen und als feindliche Handlung betrachten werde (deutsche Übersetzung in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1799, 1. Band, 1. Stueck, IV., §. 11., 47., S. 81-82). In ihrer am selbigen Tag an den kaiserlichen Plenipotentiär gerichteten weiteren Note erklärten sie, keine Note mehr über irgend einen Punkt der Unterhandlung zu geben oder anzunehmen, bis auf ihre Note v. 13 nivôse eine kategorische und befriedigende Antwort gegeben sei (*Protocoll ebd.*, 348. Beilage, Anlage, S. 69).

²⁸² Großherzog Ferdinand III. von Toskana, der nächstjüngere Bruder Kaiser Franz' II. (*Pesendorfer*, Ein Kampf um die Toskana, 3., S. 51-52, 64-67) war unter Aufgabe seiner bis dahin innegehabten Neutralität am 8. Okt. 1793 ohne formelle Kriegserklärung dem Krieg auf Seiten der Koalition beigetreten (*Posselts Annalen*, Jahrg. 1795, II. Band, 4. Stück, VIII., nach S. 92, §. 1. und *Pesendorfer ebd.*, 4., S. 71-97 (87-90)).

²⁸³ *Duvergier*, Collection des lois, Tome XI, p. 179-183.

Der durch die Kriegserklärung von König Ludwig XVI. am 20. April 1792 gegen Franz II. als König von Ungarn und Böhmen gegen das Haus Österreich eingetretene Kriegszustand (unten, S. 303), war durch den am 17. Okt. 1797 zwischen der Französischen Republik und Kaiser Franz II. als Oberhaupt seines Hauses Österreich in Campo Formio abgeschlossene Friedensvertrag beendet (unten S. 304).

²⁸⁴ Zarin Katharina II. hatte im 1. Koalitionskrieg von 1792 bis 1797 trotz von ihr mit Österreich am 14. Juli 1792, mit Preußen am 7. Aug. 1792, 23. Jan. 1793 und Großbritannien am 25. März 1793 gegen das revolutionäre Frankreich eingegangener Bündnisse (*Parry*, Treaty series, Vol. LI., p. 359-376 (Art. III-VII, p. 363-365), p. 399-411 (Art. II u. III, p. 402-403), p. 449-458 (Art. I, p. 453), Tome LII., p. 1-6 (Art. I-III, p. 4-5)

Die Osmanische Pforte erklärte nach der Landung von Bonapartes ägyptischer Expeditionsarmee in Alexandria²⁸⁷ der Französischen Republik am 1., 2. und 9. September 1798 den Krieg.²⁸⁸

Das Reich stellte durch den Reichsschluß vom 16. September/31. Oktober 1799 das weitere Fortbestehen des Krieges²⁸⁹ gegen die Französische Republik fest,²⁹⁰ wobei von den

keine tatsächlichen Hilfeleistungen erbracht. Dies, obgleich sie über die Hinrichtung Louis Capets am 21. Jan. 1793 besonders entrüstet war, alle Verbindungen mit Frankreich abbrach, den Comte de Provence zum neuen französischen Regenten anerkannte, alle französische Literatur verbot, den in ihrem Land lebenden Franzosen die Nichtanerkennung der republikanischen Verfassung auferlegte und in ihrem letzten Regierungsjahr 1796 für den Krieg gegen Frankreich aufrüstete. Jedoch bestimmten die beiden 2. und 3. Polnischen Teilungen der Jahre 1793 und 1795 ihre tatsächlichen Kriegshandlungen (*Michailowski-Danilewski-Miliutin*, Krieg Rußland mit Frankreich im Jahre 1799, I. Band, 1. Theil, Kap. I., S. 1-15; *La patrie en danger 1792-1793*, 4., p. 100; *Heigel*, Deutsche Geschichte, II. Band, 3. Buch, 1. Abschnitt, S. 43; *Real*, Von Potsdam nach Basel, 3. Kap., S. 60-61, 4. Kap., S. 69 und *Larivière*, Catherine II et la Révolution française, 2. Partie, Chap. VIII, p. 135-138).

²⁸⁵ Zar Paul I. – Tod Katharinas II. am 17. Nov. 1796 – verweigerte zuerst auch der Koalition eine aktive Teilnahme an dem Krieg gegen die Französische Republik. Nach der Inbesitznahme von Malta am 10. Juni 1798 durch die französische Expeditionsarmee Bonapartes, womit dessen Ziel Ägypten erkennbar wurde, sandte er am 24. Aug. 1798 der hiervon betroffenen Pforte einen Teil seiner im Schwarzen Meer liegenden Flotte zu Hilfe. Es war ihm auch ein Hilfersuchen von Sultan Saladin III., er würde der Französischen Republik den Krieg erklären, falls Russland der Pforte Beistand leisten werde, zugegangen. Die vereinigte russisch-türkische Flotte entriss von Oktober 1798 bis Anfang März 1799 die der vormaligen Republik Venedig zugehörenden und der Französischen Republik in Art. VI des Friedensvertrages von Campo Formio abgetretenen (oben, S. 12) und von ihr auch bereits als départements in ihr Staatsgebiet eingegliederten Ionischen Inseln (*Posselts Annalen*, Jahrg. 1801, 4. Band, 12. Stueck, III., S. 213-225).

²⁸⁶ In seinen abgeschlossenen Bündnisverträgen mit König Ferdinand IV. beider Sizilien am 29. Nov. 1798 in St. Petersburg (*Martens*, Traités puissances de l'Europe, Tome VII, 42., p. 303-307), der Osmanischen Pforte am 23. Dez. 1798 in Konstantinopel (*Martens* ebd., 45., p. 313-318), mit König Georg III. von Großbritannien am 29. Dez. 1798 und 22. Juni 1799 in St. Petersburg (*Martens* ebd., 46., a., p. 318-322, c., p. 329 und b., p. 323-328) und mit seiner am 26. Juli 1799 gegen den mit der Französischen Republik verbündeten König Karl IV. von Spanien ausgesprochenen Kriegserklärung (*Posselts Annalen*, Jahrg. 1800, 1. Band, 1. Stueck, II., S. 17-18 (deutsche Übersetzung)).

²⁸⁷ 1.-2. Juli 1798.

²⁸⁸ *Hatti Chérif* (Erlass) von Sultan Selim III. v. 1. Sept. 1798 an kaymakam (Stellvertreter des von ihm entlassenen Groß-Vezir), worin er insbesondere diesen anweist, überall den Gläubigen mitzuteilen, dass er sich im Kriege mit Frankreich befinde (*Karal*, Fransa-Misir ve Osmalî imparatorluğu (1797-1802), Misir seferi, c), S. 95), der am nächsten Tag in Konstantinopel verbreiteten, die Erklärung des Krieges gegen Frankreich ausdrückenden fetva (Spruch) (*Karal* ebd., S. 95-96) und das Kriegsmanifestes v. 9. Sept. 1798 (*Cevdet*, Tarih-i Cevdet, cilt 6, S. 408-412).

Danach schloss die Osmanische Pforte in Konstantinopel Allianzverträge mit dem Kaiser aller Reussen am 23. Dez. 1798 (*Martens*, Traités puissances de l'Europe, Tome VII, 45., p. 314-318), dem König Georg III. von Großbritannien am 5. Jan. 1799 (*Martens* ebd., 47., p. 330-334) und mit dem König beider Sizilien am 21. Jan. 1799 (*Martens* ebd., 49., p. 337-340) ab.

²⁸⁹ Das Reich befand sich seit dem 22. März 1793 im Kriegszustand mit der Französischen Republik (unten, S. 303-394).

²⁹⁰ Der im Friedensvertrag von Campo Formio v. 17. Okt. 1797 vereinbarte Friede war nur zwischen dem Kaiser als Oberhaupt seines Hauses Österreich und der Französischen Republik vereinbart worden. Die vom Reich gegen die Französische Republik am 22. März 1793 ausgesprochene Kriegserklärung, mit dem dadurch eingetretenen Kriegszustand bestand weiter fort.

Seitens des Reiches war auch in dem Reichsschluß v. 16. Sept./31. Okt. 1799 festgestellt worden „... Auch das gesammte Reich finde sich vollkommen ueberzeugt, daß durch die von Frankreich waehrend und nach den Rastadter Friedensunterhandlungen, auch noch neuerlich gegen Deutschland ausgeuebt, mit jedem Tage sich

Gliedern des Reiches jedoch neben Österreich allein noch die beiden Kurfürsten von Mainz²⁹¹ und Pfalz-Baiern²⁹² und der Herzog von Württemberg Truppen stellten.²⁹³

vermehrden Feindseligkeiten, der vorige Zustand des Kriegs wieder eingetreten, ... sey, ...; daß daher ..., die Reichskriegs=Bewaffung wiederum auf das Fuenffache zu erhoehen, ... sey, ... Zur Befoerderung dieses großen Endzwecks seyden demnach zur Bestreitung der Kriegskosten 100 Roemermonate ... von Reichs wegen zu bewilligen, ...“ *An Jhro Roemisch=Kaiserl. Majestaet allerunterthaenigstes Reichs=Gutachen, de dato Regensburg den 16ten September 1799. Den wiedereingetretenen Reichs=Kriegsstand, und die damit verbundene Erfuellung der reichsschlußmaeßigen Obliegenheiten, insonderheit die Verwilligung neuer roemermonatlichen Beitraege betreffend/diét.* 18. Sept. 1799 (Zitat) (*Regensburger Correspondenz*, LVII. Band, 68. Stück); *Kaiserlich=allergnaedigstes Hof=Ratifikations=Dekret an die hochloebliche allgemeine Reichsversammlung zu Regensburg, de dato Wien den 31ten Octob. 1799. Den Inhalt des allerunterthaenigsten Reichs=Gutachtens vom 16ten September 1799 betreffend/diét.* 8. Nov. 1799 (*ebd.*, 82. Stück) mit dem *Kaiserlichen Kommissions=Dekret 12ten Julius 1799 (ebd.*, 44. Stück) und die Beratungen und Abstimmungen: *Im Reichs=Fuersten=Rath Montag den 26. August 1799. ...*, (*ebd.*, 61. Stück), *Erste Fortsetzung des Protokolls. ... den 2. September 1799. ...*, (*ebd.*, 63. Stück), *Zweite Fortsetzung des Protokolls. ... den 13ten September 1799. ...*, (*ebd.*, 66. Stück), *Dritte Fortsetzung des Protokolls. ... den 17ten September 1799. ...* (*ebd.*, 67. Stück).

²⁹¹ Kurfürst-Erzbischof Friedrich Karl Joseph (v. Erthal) von Mainz schloss mit König Georg III. von Großbritannien am 30. April 1800 in Pfora bei Donaueschingen einen Subsidienvvertrag (*Martens, Traités puissances de l'Europe*, Tome VII, 64., p. 418-424), Art. I u. II: Stellung eines Korps von 3 464 Mann seitens des Kurfürsten zur Disposition des Königs, wo er dieses in Europa zu verwenden wüschte und welches gänzlich unabhängig von dem ihm als Kurfürst zur Reichsarmee zu stellenden Kontingents ist (p. 419), Art. III-XII: Bestreitung seiner Aushebungskosten durch den König (p. 420-423), Art. XIII: Verpflichtung des Kurfürsten, sich in keine Verhandlungen mit Frankreich ohne Vorwissen des Königs einzulassen, vielmehr ihm alle gemachten Vorschläge mitzuteilen, mit der entsprechenden Verpflichtung des Königs, keinen Frieden mit Frankreich abzuschließen, ohne dass der Kurfürst darin namentlich mitbegriffen und seine Interessen geregelt sind (p. 423).

²⁹² In dem von dem Kaiser aller Reussen (Paul I.) und Kurfürst Maximilian I. Joseph von Pfalz-Baiern am 1. Okt. 1799 in Gatschino (bei St. Petersburg) abgeschlossenen Allianzvertrag (*Martens, Traités puissances de l'Europe, Supplément*, Tome II, 30., p. 252-255), Art. I u. II: erneute Garantie Russlands für den bayerischen Besitz, wie von ihm bereits im Teschener Friede am 13. Mai 1779 ausgesprochen, mit dem weiterem Versprechen, sich beim allgemeinen Friedensschluss jeder Aufteilung oder Austauschung pfalz-bayerischen Gebietes ohne Genehmigung des Kurfürsten zu widersetzen und die Verfassung des Reiches zu erhalten (p. 253), Art. III-V: die Verpflichtung Russlands ein Subsidienvvertrag beim Londoner Hof für 20 000 bayerische Truppen zu vermitteln, welche Truppen von Pfalz-Baiern über sein Reichskontingent hinaus zu den nach Deutschland entsandten Truppen zu stellen sind (p. 254).

In dem weiteren vom Kurfürsten von Pfalz-Baiern mit König Georg III. von Großbritannien am 16. März 1800 in München abgeschlossenen Subsidienvvertrag mit *Articles séparés et secrets* (*Martens ebd.*, 31., p. 256-263) und der ergänzenden am 15. Juli 1800 in Bamberg abgeschlossenen Konvention (*Martens ebd.*, 32., p. 264-268), Art. I-IV u. XII *articles patents*: Stellung eines Kontingents von 12 000 Mann mit einem elften Teil Kavallerie durch den Kurfürsten, unabhängig von seinem reichsständischen Korps, unter dem Oberbefehl eines von Großbritannien zu bestimmenden Generals in jedem Teil von Europa, bei Zahlungen von Großbritannien für einen Infanteristen 30 Taler und einen Kavalleristen 80 Taler (p. 257-258, 261), Art. III *articles séparés et secrets*: Verpflichtung des Kurfürsten, sich in keine Verhandlungen mit Frankreich ohne Wissen des Königs einzulassen, vielmehr ihm alle gemachten Vorschläge mitzuteilen, mit der entsprechenden Verpflichtung des Königs, keinen Frieden mit Frankreich abzuschließen, ohne dass der Kurfürst darin namentlich mitbegriffen und seine Interessen geregelt sind (p. 262).

²⁹³ Herzog Friedrich II. von Württemberg (23. Dez. 1797-30. Okt. 1816, seit 1. Jan. 1806 König Friedrich I. von Württemberg) hatte sich im Januar 1799 gegenüber Kaiser Franz II. verpflichtet, von dem von Herzog Friedrich Eugen (20. Mai 1795-23. Dez. 1797) mit der Französischen Republik am 7. Aug. 1796 abgeschlossenen Separatfriedensvertrag zurückzutreten. Er erklärte auch in dem mit dem Kaiser am 2. Juli 1799 in Wien abgeschlossenen Allianzvertrag diesen für ungültig (unten, S. 287) und verpflichtete sich, zu einem Truppenkontingent von 6 000 Truppen unter österreichischem Oberbefehl außerhalb der Kreistruppen (*Hölzle, Das alte Recht und die Revolution*, II. Buch, 3. Kap., V., S. 247-248 und *Borck, Der Schwäbische Reichskreis im Zeitalter der Revolutionskriege*, Teil IV:, 2., c), S. 163).

Den Königreichen beider Sizilien²⁹⁴ und Sardinien-Piemont²⁹⁵ war von der Französischen Republik am 16 frimaire an VII (6 déc. 1798) der Krieg erklärt worden.²⁹⁶ Der Kriegszustand gegen das Königreich Portugal bestand fort.²⁹⁷

In dem von König Georg III. von Großbritannien und dem Herzog von Württemberg am 20. April 1800 in Ludwigsburg abgeschlossenen Subsidienvvertrag (*Martens, Traités puissances de l'Europe, Supplément, Tome II, 33., p. 269-276*), Art. II-VII, XV: von den vom Herzog am 2. Juli 1799 Österreich versprochenen 6 000 Mann wird ein Kontingent von 5 000 Mann, zur Disposition von Großbritannien gestellt, wo es dieses in Europa verwenden will, Großbritannien kommt für seine Aushebung, Ausrüstung und Besoldung auf (p. 270-273), in Art. XIII: die Verpflichtung des Herzogs, sich in keine Verhandlungen mit Frankreich, ohne Wissen des Königs einzulassen, vielmehr ihm alle gemachten Vorschläge mitzuteilen, mit der entsprechenden Verpflichtung des Königs, keinen Frieden mit Frankreich abzuschließen, ohne dass der Herzog darin namentlich mitbegriffen und seine Interessen geregelt sind (p. 274).

²⁹⁴ König Ferdinand IV. beider Sizilien, den spanischen Bourbonen zugehörend und mit Marie-Caroline, einer älteren Schwester Marie-Antoinettes seit April 1768 verheiratet (*Lacour-Gayet, Marie-Caroline, 1. partie, Chap. I, p. 15-16, 20-21, Tables généalogiques, I-IV., p. 367-370, Notes, p. 371*) trat, nach seinem am 12. Juli 1793 mit Großbritannien abgeschlossenen, gegen Frankreich gerichteten Bündnis, mit seiner Zusage, den Krieg gegen Frankreich als eine gemeinsame Sache zu betrachten und 6 000 Mann zu Land und 12 Kriegsschiffen zu stellen (*Martens, Traités puissances de l'Europe, Tome V, 21., p. 158-161 (Art. I. u. III., p. 159)*), am 1. Sept. 1793 ohne formelle Kriegserklärung dem Krieg auf Seiten der Koalition bei (*Posselts Annalen, Jahrg. 1795, 2. Band, 4. Stück, VIII., §. 1., nach S. 92; La patrie en danger 1792-1793, 4., p. 100; Lacour-Gayet ebd., 2. partie, Chap. VII, p. 92-93, Chap. VIII, p. 96-100, Notes, p. 373-374 und Von den Verhältnissen des äusserlichen Staatsinteresses des Königreiches der beyden Sicilien, §. 8., in: Magazin der Europäischen Staatenverhältnisse, II. Band, 11. Heft, I., 2., S. 589-590*).

²⁹⁵ Der Conseil exécutif gab am 8. Sept. 1792 wegen des feindlichen Verhaltens von König Viktor Amadeus II. von Sardinien (Herzog Viktor Amadeus III. von Savoyen) dem général de l'armée du Midi den förmlichen Befehl, anzugreifen und die Alpen zwischen Frankreich und diesem neuen Feind zu bringen (*Archives parlementaires de 1787 à 1860, 1. série, Tome XLIX, p. 681-682 und Posselts Annalen, Jahrg. 1795, 2. Band, 4. Stück, VIII., §. 1., nach S. 92*). Am 16. Sept. drang von der 20 000 Mann starken armée du Sud ihr Hauptteil in das Herzogtum Savoyen ein, nahm dieses bis in die ersten Tage von Okt. 1792 in seine Gewalt und besetzte sein kleinerer Teil am 29. Sept. die gleichfalls dem König von Sardinien zugehörende Grafschaft Nizza (*Renouard, Revolutionskrieg 1792, 4. Abschnitt, S. 239-243; Posselt, Krieg 1792, 3. Buch, §. 15., S. 189-190, 4. Buch, §. 14.-§. 16., S. 217-222; Posselts Annalen, Jahrg. 1795, 4. Band, 12. Stück, VIII., S. 405-407 mit der am Ende des 12. Stückes befindlichen Übersicht: Alpen=Armee ..., Jahrg. 1796, 1. Band, 1. Stück, V., S. 88-89 mit der am Ende des 1. Stückes befindlichen Übersicht: Italienische Armee ... und Boniface, Die Feldzüge in Italien, I. Theil, Einleitung, 1792, S. 26-31 mit Anhang, S. 266*). Savoyen wurde am 27 nov. 1792 von der Convention nationale als neues département Mont-Blanc und am 31 janv. 1793 die Grafschaft Nizza zu neuen integralen Bestandteile der Französischen Republik erklärt (*Duvergier, Collection des lois, Tome V, p. 59-60, p. 130*).

²⁹⁶ Nach den Bündnisverträgen von König Ferdinand IV. beider Sizilien mit dem Kaiser als Oberhaupt seines Hauses Österreich am 19. Mai 1798 in Wien, dem Kaiser aller Reussen am 29. Nov. 1798 in St. Petersburg und mit König Georg III. von Großbritannien am 1. Dez. 1798 (*Martens, Traités puissances de l'Europe, Tome VII, 32., p. 253-255, 42., p. 303-307, 43., p. 307-309*) war ihm (roi de Naples) von der Französischen Republik am 6. Dez. 1798 mit König Karl Emanuel II. von Sardinien (Herzog Karl Emanuel IV. von Savoyen) (roi de Turin) der Krieg erklärt worden (*Duvergier, Collection des lois, Tome XI, p. 88 und Moniteur, Duodi, 22 frimaire an 7 ..., N° 82., Corps Législatif, Conseil des Cinq-Cents, Suite de la séance du 16 frimaire, p. 335 mittlere Sp., Tridi, 23 frimaire an 7 ..., N° 83., Corps Législatif, Conseil des Anciens, Suite de la séance du 16 frimaire, p. 338-339 (339)*).

²⁹⁷ Königin Marie I. von Portugal, von Schwermut befallen, ihre Regierungsgeschäfte von ihrem Sohn Johann ausübend, schloss am 26. Sept. 1793 mit König Georg III. von Großbritannien ein Bündnis gegen Frankreich (*Parry, Treaty series, Vol. LII., p. 147-156 (Art. I. u. II., p. 149-150, 153-154)*) und nahm mit 6 000 Soldaten in dem seit April 1793 im Roussillon ausgetragenen Krieg von Spanien gegen Frankreich teil (*Labourdette, Le Portugal de 1780 à 1802, 3. Partie, Chap. III, III, p. 164, 2, p. 166; Dicionário de História de Portugal, Vol III, João VI, ..., p. 402 rechte Sp.; Posselts Annalen, Jahrg. 1795, II. Band, 4. Stueck, VIII., nach S. 92, §.1.: Kriegszustand seit dem 7. März 1793 und Von den Verhältnissen der äusserlichen Staatsinteressen Portugals überhaupt, §. 10., in: Magazin der Europäischen Staatenverhältnisse, II. Band, 11. Heft, I., 1., S. 563-*

Allgemeines Kriegsziel der Koalierten war wie bei der 1. Koalition die Zurückdrängung der Französischen Republik auf die vormaligen Grenzen des Ancien Régime mit dessen Wiedererrichtung in Frankreich unter dem neuen König Ludwig XVIII.²⁹⁸ Hierzu sollten ihre Truppen aus der Schweiz, von Holland und Italien nach Frankreich vordringen.²⁹⁹

565 (564)). Der Kriegszustand sollte durch den am 10. Aug. 1797 zwischen ihr und der Französischen Republik in Paris abgeschlossenen Friedensvertrag beendet werden (*Martens, Traités puissances de l'Europe, Tome VII, 24., (a.), p. 201-206*). Bei vom Directoire exécutif am 24 thermidor an V erfolgten Bestätigung seines Inhaltes (*Martens ebd., 24., b., p. 205*), vom Conseil des Anciens am 26 fructidor an V (12 sept. 1797) erteilten (Ratifikations)-Zustimmung (*Martens ebd., 24., c., p. 206*), war er jedoch durch den Beschluss des Direktoriums v. 5 brumaire an VI (26 oct. 1797) wegen der von Seiten der Königin von Portugal nicht erfolgten Übersendung von einer „... ratification pure et simple ...“, in der bisherigen Zeit von 2 Monaten seit seinem Abschluss, stattdessen der von ihrer Seite erfolgten Übergabe von Befestigungen und wichtigen Posten in die Hände der englischen Armee, als für die Zukunft nicht mehr wirksam erklärt worden (*Martens ebd., 24., d. 207*).

Am 28. Sept. 1799 schloss die Königin von Portugal mit dem Kaiser aller Reussen in St. Petersburg einen gegenseitigen Defensiv-Allianzvertrag ab (*Martens ebd., 53., p. 346-352*).

²⁹⁸ Ross, *The War of the Second Coalition, Chap. V, p. 170* und *Streisand, Deutschland von 1789 bis 1815, 2. Kap., 3., S. 80*.

Louis Stanislas Xavier, comte de Provence, der nächstjüngere Bruder Ludwigs XVI. hatte nach dessen Hinrichtung am 21. Jan. 1793 am 28. selben Monats die Regentschaft für den von Österreich, Preußen, Spanien, Russland, den Emigranten, den Vendéer und der jungen Republik der Vereinigten Staaten von Amerika als neuen König Ludwig XVII. anerkannten 8 jährigen Dauphin übernommen. Nach dessen Versterben am 8. Juni 1795 im Pariser Temple, nahm er in Verona den Titel eines Ludwig XVIII. an (*Castries, La fin des rois, Tome I, 1. Partie, p. 118-120, 139-145, 2. Partie, p. 147-149; Lever, Louis XVIII, Chap. VIII, p. 200-201, 209-212; Castlot, Louis XVII, Chap. IV, p. 54-55, Chap. VII, p. 111-127 und Furet-Richet, La Révolution, Tome II, Chap. 1, p. 64-65*).

²⁹⁹ Nach dem von dem britischen Ministerium ausgearbeiteten und von den Höfen in Wien und St. Petersburg auch mit Modifikationen angenommenen Kriegsplan sollte das Kriegsgeschehen an mehreren Fronten nach Frankreich hineingetragen werden. Hauptangriffslinie sollte die Schweiz sein, deren Grenzen zu Frankreich infolge der von der früheren Eidgenossenschaft besessenen Neutralität wenig befestigt waren. Aus ihr sollte ein von russisch-österreichischen Truppen gemeinsam vorgetragener Angriff durch die Franche-Comté in das Innere Frankreichs, mit der anschließend stattzufindenden Proklamierung von Ludwig XVIII. in Lyon erfolgen. Ihre rechte Flanke sollte Erzherzog Carl mit seinen österreichischen Truppen durch einen Vorstoß in das Elsass mit den Belagerungen von Hüningen und Belfort abdecken. Ein weiteres österreichisches Korps unter Prinz Ferdinand von Wirtemberg sollte sich am Mittelrhein bei Mainz sammeln.

Im Norden, und hierzu fanden seit März 1799 Verhandlungen zwischen Großbritannien und Russland statt, sollte ein gemeinsam britisch-russischer Angriff auf das Gebiet der Batavischen Republik erfolgen, mit der Wiedereinsetzung des Erbstatthalters, welchem auch zusätzlich die Regentschaft über Belgien übertragen werden sollte.

Im Süden in Italien war ein gemeinsam österreichisch-russisches Vorgehen unter Suvorov, mit der dortigen Zurückdrängung der französischen Truppen und einer Absicherung der Alpenlinie intendiert. Österreich sollte auch in Italien für den Verlust seiner vormaligen Österreichischen Niederlande einen gebietlichen Ausgleich erhalten (*Ross, The War of the Second Coalition, Chap. V, p. 170, II-IV., p. 183-198; Michailowski-Danilewski-Miliutin, Krieg Rußland mit Frankreich im Jahre 1799, III. Band, 5. Theil, Kap. LI., S. 117-118; Hüffer, Der Krieg des Jahres 1799 und die zweite Koalition, I. Band, 4. Kap., I., S. 105, 11. Kap., I., S. 419; Quellen der Kriege von 1799 und 1800, I. Band, VII., 1., S. 151-152, 13., S. 166-167; Bonaparte, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome XXX Oeuvres de Napoléon I^{er} à Sainte-Hélène, Précis des événements militaires arrivés pendant les six derniers mois de 1799, I., p. 323-324, V., 1. observation, 1^o, p. 343 und Posselts Annalen, Jahrg. 1799, 2. Band, 6. Stueck, I., §. 1., S. 211-212*).

b) Die militärischen Erfolge der koalitierten Heere von Frühjahr bis Herbst 1799

Bei den im März 1799 in Süddeutschland beginnenden kriegerischen Auseinandersetzungen lag die zahlenmäßige Überlegenheit mit 255 000 kaiserlich-österreichischen Truppen,³⁰⁰ zu welchen im April noch 47 000 russische Soldaten unter Suworov stießen³⁰¹ gegen die 181 000 französischen³⁰² und 48 000 verbündeten Truppen³⁰³ bei den Koalitierten.

Nach dem am 1. März 1799 erfolgten Übersetzen der armée du Danube Jourdans mit 35 000 Mann bei Kehl und der armée d'observation Bernadottes mit 8 000 Mann bei Mannheim über den Rhein,³⁰⁴ besiegte Erzherzog Carl mit seinen 72 000 kaiserlichen

³⁰⁰ In Deutschland am Lech unter Erzherzog Carl 80 000 Mann mit noch 15 000 als Rückhalt in Böhmen (*Quellen der Kriege von 1799 und 1800*, I. Band, Einleitung, III., S. 13), in Vorarlberg und Graubünden unter Hotze 26 000 Mann (*ebd.*, S. 13), in Tirol unter Bellegarde 48 000 Mann (*ebd.*, S. 13-14) und in den ehemaligen venetianischen Gebieten, Illyrien, Istrien und Steiermark unter Kray 86 000 Mann (*ebd.*, S. 14).

³⁰¹ Das russische Hilfskorps von 20 000 Mann unter General Rosenberg befand sich seit Jan. 1799 in Winterquartieren an der Donau und ein weiteres Heer von 27 000 Mann unter General Numsen an der österreichischen Grenze bei Brest (*Quellen der Kriege von 1799 und 1800*, I. Band, Einleitung, III., S. 14).

³⁰² Für den 2. Koalitionskrieg galt das Gesetz Jourdan-Delbrel v. 19 fructidor an VI (5 sept. 1798), in dem man wieder auf die allgemeine Wehrpflicht zurückgriff. Alle Franzosen zwischen dem 20. und 25. Lebensjahr, soweit sie nicht vor dem 23 nivôse an VI (12 janv. 1798) verheiratet waren, galten als wehrpflichtig. Jeder Jahrgang bildete eine Klasse, wovon die Regierung nach ihrem Bedarf die jeweils Jüngsten, deren Zahl der Corps Législatif festlegte, einrücken lassen konnte. Freikauf durch Stellung eines Ersatzmannes war nicht möglich. Eine Entziehung wurde mit hohen Strafen belegt (*Duvergier*, Collection des lois, Tome X, p. 343-348).

Für die Westprovinzen ließ sich das Direktorium die Genehmigung erteilen, in dem kaum befriedeten Aufstandsgebiet Ausnahmen zuzulassen (*Furet-Richet*, La Révolution, Tome II, Chap. 6, p. 312).

Da die Aushebung des 1. Jahrganges mit seinen 150 000 Dienstauglichen kaum 80 000 der Armee zuführten (*Furet-Richet ebd.*), wurde durch das weitere Gesetz v. 28 germinal an VII (17 avril 1799) die Ausfüllung durch die 2. und 3. Jahrgänge vorgesehen. Die Gemeinden sollten ihre Kontingente aus den 2. und 3. Klassen zuerst mit aus den Wehrpflichtigen sich freiwillig Meldenden ausfüllen (*Duvergier ebd.*, Tome XI, p. 195 und *Moniteur*, Nonidi, 29 germinal an 7 ..., N^o 209., Corps Législatif, Conseil des Cinq-Cents, N. B., p. 852 mittlere und rechte Sp. (rechte Sp.)).

Armée de Mayence (später armée du Danube) im Elsass unter Jourdan 37 000 Mann (*Quellen der Kriege von 1799 und 1800*, I. Band, Einleitung, III., S. 15), armée d'observation in der Umgebung von Mainz unter Bernadotte 8 000 Mann (*Quellen ebd.*, S. 15), in Italien insgesamt 91 000 Mann, davon armée d'Italie unter Scherer 58 000 (*Quellen ebd.*, S. 15), armée d'Helvétie unter Masséna 30 000 Mann (*Quellen ebd.*, S. 15), armée gallo-batave unter Brune 15 000 Mann (*Quellen ebd.*, S. 14-15).

³⁰³ In Oberitalien: Piemonteser, verbündete Tochterrepubliken und polnische Legion 26 000 Mann (*Quellen der Kriege von 1799 und 1800*, I. Band, Einleitung, III., S. 15), in der Schweiz 10 000 schweizer Hilfstruppen (*Quellen ebd.*, S. 15), in der Batavischen Republik 12 000 batavische Hilfstruppen (*Quellen ebd.*, S. 14-15).

³⁰⁴ Am 1. März 1799 übersetzte Jourdan mit seiner 35 000 Mann starken armée du Danube bei Kehl über den Rhein und drang durch die Schwarzwaldpässe und entlang der Donau vor. Am 5./6. März näherte er sich dem nahe dem Bodensee gelegenen Stockach an und wollte über Bregenz und Lindau Mitte selbigen Monats sich mit dem in der Schweiz operierenden Masséna vereinigen. Am selben 1. März ging Bernadotte mit den 8 000 Mann der armée d'observation bei Mannheim über den Rhein, welche Festung am nächsten Tag in seine Hände fiel und besetzte am 4. März Heidelberg, forderte die vor Mannheim gelegenen Reichsfestung Philippsburg zur Kapitulation auf und drohte im Neckartal weiter südwärts vorzudringen. Erzherzog Carl konnte hingegen, mit seinen 72 000 kaiserlichen Truppen aus Bayern kommend, erst am 4./5. März den Lech überschreiten und dehnten sich diese längst der Iller von Ulm bis Kempten aus (*Carl, Erzherzog von Österreich*, Geschichte des Feldzuges von 1799 in Deutschland und in der Schweiz, I. Theil, 7. Abschnitt, S. 151-164; *Posselts Annalen*, Jahrg. 1799, 2. Band, 6. Stueck, II., 1., S. 249, 255-262, 278-281, III., §. 2., I., S. 302-303; *Hüffer*, Der Krieg des

Truppen die armée du Danube Jourdans am 21. März 1799 bei Ostrach und am 25. März bei Stockach, womit die armée de Danube zur Rückkehr über den Rhein am 5. April bei Breisach und Kehl gezwungen wurde. Wenige Tage danach ging auch Bernadotte mit seiner armée d'observation bei Mannheim über den Rhein.³⁰⁵

Bei diesem Umschwung des Kriegsgeschehens bemächtigten sich dagegen auch die österreichischen Truppen wieder im April und Mai des von Masséna mit seiner 35 000 Mann starken armée d'Helvétie seit dem 6. März 1799 besetzten Engadins und Graubündens.³⁰⁶ Nach den von Erzherzog Carl gegen die Truppen Massénas bei Zürich vom 2.-4. Juni geführten siegreichen Gefechten, geriet $\frac{1}{3}$ der Helvetischen Republik in österreichische Gewalt.³⁰⁷

Jahres 1799 und die zweite Koalition, I. Band, 1. Kap., I., S. 21, II., S. 21-22, 26-29; *Gouvion Saint-Cyr, Mémoires histoire militaire sous le Directoire, le Consulat et l'Empire, Tome I, Campagne de 1799, en Souabe, Chap. Ier p. 98-117 mit Pièces justificatives, N° 22.-27., p. 306-314, N° 41.; Zedler, Universal Lexicon, XXVII. Band, Philippsburg, ..., eine kleine Stadt in dem Stift Speyer, ..., Sp. 1958-1959 und *Großer Historischer Weltatlas*, III. Teil, S. 38, C 3).*

³⁰⁵ Jourdan, obgleich seine armée du Danube von Bernadottes armée d'observation nur wenig Verstärkung erhielt, griff am 21. März die kaiserlichen Truppen Erzherzogs Carl bei Ostrach an, wurde jedoch von diesem und am 25. März bei Stockach besiegt. Zum Rhein zurückkehrend, konnte die seit dem 3. April unter Ernouf stehende, halb aufgelöste armée du Danube am 5. April bei Breisach und Kehl über den Rhein setzen. Bernadotte gab mit seiner armée d'observation auch wenige Tage danach die Belagerung von Philippsburg auf, hinterließ in Mannheim nur eine Besatzung und überschritt mit seinem Rest den Rhein (*Carl, Erzherzog von Österreich, Geschichte des Feldzuges von 1799 in Deutschland und in der Schweiz, I. Theil, 7. Abschnitt, S. 164-183, 8. u. 9. Abschnitt, S. 183-242; Posselts Annalen, Jahrg. 1799, 2. Band, 6. Stueck, II., 1., S. 249, 281-292, 296-297, III., §. 2., I., S. 304-307; Hüffer, Der Krieg des Jahres 1799 und die zweite Koalition, 1. Band, 1. Kap., II., S. 29-32 mit Karte am Ende: Schlacht bei Stockach, ...; Gouvion Saint-Cyr, Mémoires histoire militaire sous le Directoire, le Consulat et l'Empire, Tome I, Campagne de 1799, en Souabe, Chap. II. u. III., p. 118-157, Chap. IV., p. 158-168 mit Pièces justificatives, N° 28.-33., p. 314-322 und *Quellen der Kriege von 1799 und 1800, I. Band, VII., 23., S. 176-177, 25., S. 178-179*).*

³⁰⁶ Masséna drang mit seiner 35 000 Mann starke armée d'Helvétie seit dem 6. März 1799 aus dem linksrheinischen Gebiet in die Schweiz und mit den von ihm selbst befehligten Truppen in Graubünden ein. Er nahm am nächsten Tag bei Chur den dortigen österreichischen Oberkommandierenden Auffenberg mit 7 000 Mann gefangen. Seine Divisions-Generäle drangen danach, Oudinot bei Feldkirch in das Vorarlbergische gegen Hotze und Lecourbe im Engadin mit 9 000 Mann gegen die 48 000 Österreicher unter Bellegarde vor. Die französischen Truppen konnte bei einem innerhalb von 3 Wochen österreichischen Verlust von 12 000 Mann den größten Teil Graubündens besetzten und wurde unter ihrem Schutz am 21. April 1799 seine Vereinigung mit der Helvetischen Republik vollzogen. (*Posselts Annalen, Jahrg. 1799, 2. Band, 6. Stueck, II., 1., S. 255-256, 261, 262-272, 277, 283-285, 292-296, III., §. 2., II., S. 307-312; Carl, Erzherzog von Österreich, Geschichte des Feldzuges von 1799 in Deutschland und in der Schweiz, I. Theil, 4.-6. Abschnitt, S. 61-151; Hüffer, Der Krieg des Jahres 1799 und die zweite Koalition, I. Band, 1. Kap., II., S. 22-26; Michailowski-Danilewski-Miliutin, Krieg Rußland mit Frankreich im Jahre 1799, I. Band, 2. Theil, Kap. XVII., S. 169-185 mit Beilagen, S. 508-520, Kap. XXIII., S. 265-272 mit Beilagen, S. 588-596; *Quellen der Kriege von 1799 und 1800, I. Band, I., S. 23-30 mit S. 22-23 und Amtliche Sammlung der Acten aus der Zeit der Helvetischen Republik (1798-1803), IV. Band, 41., S. 159, 77., S. 265-267*).*

³⁰⁷ Die Truppen Erzherzogs Carl besetzten am 13. April Schaffhausen und am 17. April Eglisau. Bellegarde drang am 22. April in das Engadin ein. Hotze bemächtigte sich am 30. April/1. Mai den den Schlüssel zu Graubünden seienden Lucien-Stieg und stieß in den südlichen Teil der Helvetischen Republik vor, womit sich Graubünden am 17. Mai wieder in österreichischer Hand befand. Erzherzog Carl, bei Stein und Schaffhausen über den Rhein gegangen, konnte sich nach Gefechten bei Wintertur am 27. Mai mit Hotze vereinigen, womit sich Masséna in seine Verschanzungen bei Zürich zurückzog. Aus diesen wurde er von Erzherzog Carl in Gefechten vom 2.-4. Juni vertrieben, und zog sich Masséna auf den links der Limnat gelegenen Bergrücken Uetli zurück. Damit war neben dem Engadin und Graubünden auch $\frac{1}{3}$ des Gebietes der Helvetischen Republik in

In Süd- und Mittelitalien konnte die neapolitanische Armee, unterstützt von Nelsons Kriegsschiffen von Mitte März bis in den Juni 1799 in einem erbitterten und grausam geführten Krieg das von den beiden Generälen Championnet und Macdonald mit ihrer 28 000 Mann starken armée de Rome im Januar eroberte festländische Territorium des Königreiches Neapel und Sizilien³⁰⁸ wieder zurückgewinnen. Auch wurde Rom im Juli von ihren Truppen besetzt und die Römische Republik beendet.³⁰⁹

österreichische Hände gelangt (*Posselts Annalen*, Jahrg. 1799, 3. Band, 8. Stück, (I.), S. 91-125, 4. Band, 10. Stueck, I., 7., S. 26-33; *Carl, Erzherzog von Österreich*, Geschichte des Feldzuges von 1799 in Deutschland und in der Schweiz, I. Theil, 11.-14. Abschnitt, S. 251-387; *Hüffer*, Der Krieg des Jahres 1799 und die zweite Koalition, I. Band, 2. Kap., II., S. 57-60, 4. Kap., I., S. 98-118, II. Band, Karte am Ende: Die Schlachten bei Zürich ...; *Michailowski-Danilewski-Miliutin*, Krieg Rußland mit Frankreich im Jahre 1799, I. Band, 2. Theil, Kap. XXIII., S. 272-277 mit Beilagen, S. 596-598, II. Band, 3. Theil, Kap. XXX., S. 101-115 mit Beilagen, S. 442-449 und *Quellen der Kriege von 1799 und 1800*, I. Band, VII., 27., S. 180-181, 29. u. 30., S. 182-183, 32., S. 184, 34. u. 35., S. 186-187, 39. u. 40., S. 194-195, 46., S. 119-120).

³⁰⁸ General Berthier hatte während der 1. Hälfte von Febr. 1798 mit seiner armée d'Italie die Herrschaft von Papst Pius VI. über die ihm noch verbliebenen Teile seines Kirchenstaates beendet, ihn am 20. Febr. 1798 zum Verlassen von Rom gezwungen und hatte von dortigen revolutionären Anhängern die Römische Republik proklamieren lassen. Sie zuerst nach Siena, danach in die Certosa von Florenz begebend, von welcher er Ende März 1799 nach Valence am 14. Juni 1799 verbracht wurde, starb Papst Pius VI. am 29. Aug. 1799 82-jährig und nach einem 24 ½-jährigen Pontifikat (*Posselts Annalen*, Jahrg. 1798, 3. Band, 7. Stueck, I., §. 6., S. 13-24, Beilagen, N^o. 1.-6., S. 24-29 u. 29-33, Jahrg. 1799, 1. Band, 2. Stueck, III., I., S. 175; *Palmer*, The Age of the democratic revolution, Tome II, XII, p. 372-379; *Gouvion Saint-Cyr*, Mémoires histoire militaire sous le Directoire, le Consulat et l'Empire, Tome I, Récit des événements ... en Italie, ... à Rome, ... 1798, p. 29-97 mit Pièces justificatives, N^o 2.-20., p. 270-304; *Pastor*, Geschichte der Päpste (1740-1799), III. Abteilung, XVI., S. 586-592, XVII., 2., S. 603-628; *Guyot*, Du Directoire au Consulat, V., in: *RH*, Tome CXI, p. 25-28; *ders.*, Le Directoire et la paix de l'Europe, Chap. XVII, II., p. 806-807; *Sorel*, L'Europe et la Révolution française, V. Partie, Livre 1., Chap. VII, V, p. 290-292 und *Le Costituzioni Italiane 1796-1799*, ... della Repubblica Romana (20 Marzo 1798), p. 223-257).

König Ferdinand IV. beider Sizilien konnte mit seiner vom österreichischen Feldmarschall Mack befehligten 40 000 Mann starken neapolitanischen Armee die Stadt Rom am 27. Nov. 1798 gegen die 17 000 Franzosen unter General Championnet entsetzen, es konnte jedoch von den französischen Truppen nach der von den Neapolitanischen am 4. Dez. 1798 bei Civita-Castellana erlittenen Niederlage am 13. Dez. 1798 wieder zurückgewonnen wurde (*Posselts Annalen*, Jahrg. 1799, 1. Band, 3. Stueck, I., (1.), S. 205-215, 3., S. 220-226, II., 1., S. 237-239; *Palmer* ebd., p. 380-381; *Sorel* ebd., Livre 2., Chap. II, I, p. 345-349, VI, p. 372-374; *Pastor*, Geschichte der Päpste (1740-1799), III. Abteilung, XVI., S. 598; *Lacour-Gayet*, Marie Caroline, 2. partie, Chap. XII, p. 155-157, Chap. XIII, p. 158 und *Hüffer*, Die Neapolitanische Republik 1799, I., in: *HTb*, VI. Folge, S. 283-284). Beim Nachsetzen von Championnet und Macdonald in das neapolitanische Gebiet mit ihrer 28 000 Mann starken armée de Rome geriet mit der Flucht Königs Ferdinand IV. nach Palermo sein festländischer Teil in französische Gewalt. Entgegen dem alleinig eine provisorische Verwaltung wünschenden Direktorium ließ Championnet am 22. Jan. 1799 in Neapel von revolutionären Anhängern die Parthenopeische Republik proklamieren (*Hüffer*, Die Neapolitanische Republik ..., I. u. II., in: *ebd.*, S. 284-296; *Le Costituzioni Italiane* ebd., ... della Repubblica Napoletana (1799), p. 259-304; *Palmer* ebd., p. 381-382, 382-387; *Sorel*, Livre 2., Chap. II, VI, p. 374-378, VII, p. 378-388; *Gaffarel*, Bonaparte et les républiques italiennes, Chap. V, p. 274-281; *Sybel*, Geschichte der Revolutionszeit 1795-1800, II. Band, 7. Buch, 3. Cap., S. 332-341; *Lacour-Gayet* ebd., Chap. XIII, p. 158-173 und *Histoire générale du IV^e siècle à nos jours*, Tome VIII, Chap. XVIII, IV., L'invasion de Naples ..., p. 787-788, Chap. VIII, III., Championnet à Naples ..., p. 464-465).

³⁰⁹ Dies gelang der vom Ratgeber König Ferdinand IV. Kardinal Ruffo gebildete armata christiana von 40 000 lazzaroni und verließ Macdonald, um sich mit den Truppen Moreaus in Oberitalien zu vereinigen, am 8. Mai Neapel. Das von örtlichen Republikanern verteidigte Neapel wurde von den neapolitanischen Truppen vom 13.-19. Juni eingenommen und Rom im Juli besetzt (*Sorel*, L'Europe et la Révolution française, V. Partie, Livre 2., Chap. III, III, p. 412-415; *Hüffer*, Die Neapolitanische Republik 1799, II.-V., in: *HTb*, VI. Folge, S. 296-359; *Palmer*, The Age of the democratic revolution, Tome II, XII, p. 387-389; *Sybel*, Geschichte der Revolutionszeit 1795-1800, II. Band, 7. Buch, 3. Cap., S. 341-368; *Histoire générale du IV^e siècle à nos jours*, Tome VIII, Chap. XVIII, IV., L'invasion de Rome ..., p. 787, L'invasion de Naples ..., p. 788-789; *Lacour-Gayet*, Marie

In Oberitalien vereinigten sich die österreichischen und russischen Truppen unter Suvorov. Von Ende April bis in den August erstritt diese Kriegsmacht mit dem Sieg bei Cassano am 27. April, der Besetzung Mailands am 29. April mit der Auflösung der Cisalpinischen Republik, der Einnahme von Turin am 27. Mai und der von der armée d'Italie Jouberts in der Hauptschlacht bei Novi am 15. August erlittenen schweren Niederlage einen Siegeszug, womit nahezu ganz Oberitalien wieder in die Gewalt der Koalition gelangte.³¹⁰

In den Niederlanden konnte das britisch-russische Expeditionskorps unter dem Herzog von York am 27. August 1799 auf dem Helder landen. Es erbeutete am 29. und 30. August die batavische Flotte und es wurde von ihm am 10. September ein von den französisch-

Caroline, 2. partie, Chap. XIII, p. 173, Chap. XIV, p. 174-188 und *Gaffarel*, Bonaparte et les républiques italiennes, Chap. V, p. 281-293).

Das seit März 1799 in die Hände der französischen Truppen gelangte Großherzogtum Toskana wurde währenddessen von den österreichisch-russischen Truppen besetzt (*Histoire générale* ebd., Chap. XVIII, IV., Occupation de la Toscane, p. 790).

³¹⁰ Die von der 46 300 Mann starken armée d'Italie unter Scherer in der Absicht vorgenommene Offensive, die 58 000 österreichischen Truppen unter Kray bis zur Ankunft der russischen Truppen über den Etsch zurückzudrängen, war mit der am 5. April 1799 bei Magnano an der Etsch erlittenen Niederlage gescheitert. Hierauf zog sich Scherer über die Mincio, Oglio an die Adda zurück und übertrug am 25. April das Kommando über seine noch 28 000 Truppen Moreau, welcher sich 45 000 Österreichern gegenüber sah.

Am 17. April erreichte das russische Korps von 25 000 Mann Verona und übernahm Suvorov den Oberbefehl über die vereinigte österreichisch-russische Kriegsmacht in Italien. Er besiegte mit 24 500 Mann den ihm mit 10 500 gegenüberstehenden Moreau am 27. April bei Cassano, welcher Moreau nach Piemont zurückwich. Suvorov zog am 29. April in Mailand ein, löste die Cisalpinische Republik, mit der Einsetzung einer provisorischen Regierung, vorbehaltlich den von Österreich noch zu treffenden Maßnahmen auf. Moreau räumte aus Mangel an Truppen den nördlichen Piemont und besetzte Suvorov am 27. Mai Turin. Der aus Neapel mit seinen ihm noch verbliebenen Truppen herbeieilende, die Vereinigung mit Moreau bei Tortona nahe Alessandria suchende und durch dieses Kriegsgeschehen in Oberitalien auch Zeit gewinnende Macdonald, konnte zwar am 24. Mai nach Florenz gelangen. Er konnte jedoch, bei seinen gegen die Hauptstreitkräfte Suvorovs erlittenen Niederlagen bei San Giovanni am 17. Juni und an der Trebbia am 18./19. Juni die Vereinigung nicht vollziehen. Suvorov musste jedoch auch, wegen des über Genua vordringenden Moreau von seiner Verfolgung ablassen. Die in französische Hände sich noch befindenen beiden Hauptfestungen Alessandria und Mantua kapitulierten am 21. und 28. Juli und konnte sich Moreau noch mit den Macdonald verbliebenen Truppen hinter dem Apennin im Genuesischen vereinigen. Jedoch besiegte Suvorov am 15. Aug. in der Hauptschlacht bei Novi mit 51 200 Mann die seit dem 4. Aug. unter dem Oberbefehl von Joubert stehende 34 900 Mann starke armée d'Italie, womit ganz Oberitalien, mit Ausnahme der Riviera wieder in die Gewalt der Koalition geriet (*Posselts Annalen*, Jahrg. 1799, 3. Band, 7. Stueck, I., S. 9-40, II., S. 41-49, 9. Stueck, I-IV., S. 197-271, 4. Band, 10. Stueck, I., 6., S. 5-26, IV., S. 53-54, 11. Stueck, I., 8., S. 85-87, 98-111, Jahrg. 1803, 4. Band, 12. Stueck, I., S. 195-223; *Gouvion Saint-Cyr*, Mémoires histoire militaire sous le Directoire, le Consulat et l'Empire, Tome I, Campagne de 1799, en Italie, p. 172-266 mit Pièces justificatives, N° 34.-40., p. 322-329, N° 42.; *Michailowski-Danilewski-Miliutin*, Krieg Rußland mit Frankreich im Jahre 1799, I. Band, 1. Theil, Kap. IX., S. 84-90, Kap. XI., S. 100-102, Kap. XII. u. XIII., S. 103-118 mit Beilagen, S. 399-412, 426-427, 428-457, 2. Theil, Kap. XVIII.-XXII., S. 186-264 mit Beilagen, S. 521-587, II. Band, 3. Theil, Kap. XXIV.-XXIX., S. 3-101 mit Beilagen, S. 343-441, 4. Theil, Kap. XXXV.-XL., S. 181-287 mit Beilagen, S. 487-578, III. Band, 5. Theil, Kap. XLV.-XLVIII., S. 5-71 mit Beilagen, S. 221-307; *Hüffer*, Der Krieg des Jahres 1799 und die zweite Koalition, I. Band, 1. Kap., II., S. 32-35, 2. Kap., I., S. 36-57, 7. Kap., I-III., S. 258-306, 8. Kap., II., S. 335-359 mit Karten am Ende: Schlachten bei Cassano, .../am Tidone und an der Trebbia, .../bei Novi, ...; *Quellen der Kriege von 1799 und 1800*, I. Band V., S. 96-114, 137-141 mit S. 71-96, VI., S. 143-146 mit S. 142-143, VII., 19.-22., S. 174-176, 24., S. 178, 26., S. 179-180, 28., S. 182, 31., S. 184, 33., S. 185-186, 36.-38., S. 187-194, 41. u. 42., S. 195-197, 44. u. 45., S. 198, 48.-52., S. 200-206, 54.-59., S. 206-225, 61.-67., S. 226-234, 70. u. 71., S. 237-239, 77., S. 254-255, 83., S. 263-264, 86. u. 87., S. 266, 92. u. 93., S. 281-284, 102.-104., S. 290-291, 113. u. 114., S. 299-302, 116., S. 303-304, 120. u. 121., S. 307-308, 160., S. 350-354 und *Bonaparte*, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome XXX Oeuvres de Napoléon I^{er} à Sainte-Hélène, Précis des événements militaires arrivés pendant les six derniers mois de 1799, IV., p. 336-339, V., 5. observation, p. 354-355).

batavischen Truppen unter Brune am Zyper-Damm gegen die dortigen verschanzten britischen Truppen vorgetragener Angriff abgewehrt.³¹¹

- c) Die militärischen Erfolge der französischen Armeen im Herbst 1799 in der Schweiz und in den Niederlanden und das Auseinanderbrechen der Koalition am Ende des Jahres

In der Schweiz besiegte Masséna mit seiner armée d'Hévetique bei einem verspäteten Eintreffen von Suworov aus Italien³¹² am 25./26. September 1799 bei Zürich die dortigen

³¹¹ Der nach dem Kriegsplan gemeinsame britisch-russische Angriff auf die Batavische Republik mit 27 000 britischen und 20 000 russischen Soldaten unter dem Oberbefehl des Herzogs von York sollte die Wiederherstellung der Statthalterschaft des Hauses Oranien, den Verlust der batavischen Flotte und die dortige Zurückdrängung der französischen Truppen auf ihr eigenes Territorium erbringen. Er begann mit der Landung von 12 000 britischen Truppen unter General Abercromby am 27. Aug. 1799 auf dem Helder, mit dessen anschließender Räumung durch die batavisch-französischen Truppen Brunos. Am 29. Aug. konnte ein britischer Flottenteil unter Vice-Admiral Mitchell im Hafen von Nieuwe Diep 1 Arsenal, 3 Linienschiffen und 5 Fregatten erbeuten und gelang ihm am 30. Aug. unter Zeigung der Flagge des Erbstatthalters die kampflose Ergabe der sich in das Vlieter zurückgezogenen batavischen Flotte von 8 Linienschiffen und mehreren Fregatten, deren Matrosen für den Erbstatthalter sympathisierten und sich gegen den eigenen Befehlshaber Admiral Story auflehnten. Am 1. Sept. rückte Abercromby in Erwartung der restlichen koalitierten Truppen weiter südwärts in eine verschanzte Stellung hinter dem Zyper-Damm ein und konnte er am 10. Sept. ein von Brune mit 21 000 batavisch-französischen Truppen gegen seine 17 000 britischen vorgetragener Angriff erfolgreich abwehren. Anschließend landeten vom 13.-17. Sept. die zweite britische Division unter dem Oberbefehlshaber Herzog von York und das Hauptkontingent der russischen Truppen von 13 000 Mann, womit die Koalitionsarmee eine Stärke von 35 000 besaß (*Posselts Annalen*, Jahrg. 1799, 4. Band, 11. Stueck, IV., S. 166-183, 12. Stueck, I., S. 185-190, II., 1.-3., S. 203-209, III., S. 211-214; *Michailowski-Danilewski-Miliutin*, Krieg Rußland mit Frankreich im Jahre 1799, III. Band, 5. Theil, Kap. LI., S. 104-117 mit Beilagen, S. 328-341, V. Band, 7. Theil, Kap. LXVII. und LXVIII., S. 5-31 mit Beilagen, S. 259-277; *Hüffer*, Der Krieg des Jahres 1799 und die zweite Koalition, II. Band, 6. Kap., I.-IV., S. 166-198, V., S. 198-199 und *Bonaparte*, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome XXX Oeuvres de Napoléon I^{er} à Sainte-Hélène, Précis des événements militaires arrivés pendant les six derniers mois de 1799, III., p. 329-333, V., 3. observation, 1^o u. 2^o, p. 345-347, 4. observation, 1^o-4^o, p. 348-353).

³¹² Dem im Herbst 1799 stattgefundenen weiteren Kriegsgeschehen lag auf Seiten der Koalitierten, bei den im Frühjahr und Sommer erstrittenen großen militärischen Erfolgen Suworovs in Italien und der am 22. Juni 1799 vereinbarten gemeinsamen britisch-russischen Invasion in die Batavische Republik ein abgeänderter Kriegsplan zugrunde. Unter weiterer Berücksichtigung der besonderen strategischen Bedeutung der Schweiz, war vom Londoner Ministerium Anfang Juni 1799 ein und auch von Zar Paul I. seinen Absichten gemäß gebilligter Vorschlag ausgearbeitet worden, den weiteren Besitz von Italien alleinig den österreichischen und piemontesischen Truppen aufzuerlegen. Damit sollte Suworov die Möglichkeit erhalten, seine eigenen Truppen mit dem in der Schweiz unter Korsakoff stehenden 2. Russischen Korps zu insgesamt 60 000 russischen Truppen, zuzüglich des Condéischen Emigrantenkorps zu vereinigen. Er sollte in die Franche-Comté nach Frankreich vordringen, gedeckt auf der rechten Seite von Erzherzog Carl. Die weiteren österreichischen Truppen in Italien sollten Savoyen besetzen und die dortigen französischen Grenzfestungen belagern. Dieser Plan war vom Wiener Hof, welcher sich mit den koalitierten Waffenerfolgen auch die Zurückgewinnung seiner früheren Österreichischen Niederlande erhoffte, mit Zustimmung der beiden anderen Höfen dahingehend modifiziert worden, dass Erzherzog Carl mit seiner Hauptmacht von 65 000 Mann den Rhein abwärts, diesen bei Mannheim überschreiten, Mainz einschließen, mit seinem rechten Flügel bis an die belgische Grenze vordringen und die Berührung mit den aus den Niederlanden vorrückenden britisch-russischen Truppen herstellen sollte. Mit seiner Veranlassung der dortigen Bevölkerung zur Auflehnung gegen die französische Besatzung, sollte er die Wiedergewinnung von Belgien unter die Habsburger bringen. Die aus der Schweiz nach Frankreich vordringenden russischen Truppen Suworovs, sollten von der weiteren österreichische Armee unter Prinz Ferdinand von Württemberg gedeckt werden, welche als Intermediär-Armee die Festungen Hüningen und Breisach einnehmen und die Verbindung zwischen dem Erzherzog Carl und Suworov herstellen sollte (*Michailowski-Danilewski-Miliutin*, Krieg Rußland mit Frankreich im Jahre 1799, III. Band, 5. Theil, Kap. LI.,

russischen Truppen Korssakoffs, womit der größte Teil der Schweiz wieder in französische Gewalt gelangte.³¹³

S. 104-110, 116-125 mit Beilagen, S. 328-331, 341-350; *Sybel*, Geschichte der Revolutionszeit 1795-1800, II. Band, 7. Buch, 4. Cap., S. 390-398; *Hüffer*, Der Krieg des Jahres 1799 und die zweite Koalition, I. Band, 11. Kap., I., S. 418-425 und *Christe*, Thugut und die Kriegsführung 1793-1801, in: *Oest mil Z*, 49. Jahrg., I. Band, 3. Heft, S. 407-408).

³¹³ Das nach dem Direktorium im August 1799 wieder offensiv zu beginnenden Kriegsgeschehen war in der Schweiz von Masséna in der Mitte des Monats mit einem Angriff auf die österreichischen Stellungen vom Züricher See bis zu den Pässen des Wallis eröffnet worden. Währenddessen traf das 2. Russische Korps unter Korssakoff über österreichisches Gebiet kommend, mit 27 355 Mann vom 14.-23. Aug. in Schaffhausen und am 28. Aug. in Zürich ein, wo es 10 000 Mann zur Verstärkung der russischen Truppen Suvorovs nach Italien entsandte.

Erzherzog Carl, sein Hauptquartier in dem nahe Zürich gelegenen Kloten nehmend, verlegte zur Abwehr des Ende Aug./Anfang Sept. von der neu formierten armée du Rhin unter Müller von Mannheim aus zur Belagerung von Philippsburg über Heidelberg und Schwetzingen vorgetragenen Angriffes, und zu der von Österreich für die Erhaltung seiner Interessen zu seinen vormaligen österreichischen Niederlande gewollten Verlagerung des Kriegsgeschehens aus der Schweiz in den süddeutschen Raum, nach hierüber mit Korssakoff gehalten Auseinandersetzungen, welcher sein dortiges weiteres Verbleiben bis zur Ankunft Suvorovs aus Italien wünschte, sein Hauptquartier vom 30. Aug. bis 3. Sept. mit 36 000 seiner österreichischen Truppen in das süddeutsche Donaueschingen. Am 4. Sept. in St. Blasien und am 11. Sept. in Vaihingen an der Enz ankommend, zwang der Erzherzog auch Müller die Belagerung und Beschießung von Philippsburg am 12. Sept. aufzugeben und konnte die Festung Mannheim am 18. Sept. zurückgewinnen werden.

Jedoch hatte der diese Gelegenheit eines Abmarsches von Erzherzog Carl mit dem größten Teil seiner Truppen stets erhoffende Masséna aus seinen auf dem Uetli nahe Zürich gehalten Verschanzungen, bei auch zwischenzeitlichem Erhalt von weiteren Verstärkungen am 25. Sept. mit 32 500 Mann die in und bei Zürich allein verbliebenen russischen Truppen Korssakoffs angegriffen und sie bis zum nächsten Tag schwer besiegt. Sein général de division Soult schlug mit 11 500 Mann am selbigen Tag das entlang der Linth zwischen Zürichsee und dem Walensee verbliebene österreichische Korps Hotzes.

Suvorov mit seinen ihm noch verbliebenen 20 000 Russen, wegen einer verspäteten österreichischen Weisung im italienischen Bellizona erst am 21. Sept. zur Hilfeleistung von Korssakoff über die Alpen aufbrechend, gelang zwar der Übergang über den St. Gotthard, gegen die andauernden Angriffe französischer Stellungen und gegen die Witterungsverhältnisse mit einem Verlust von 1 200 Toten und Verwundeten und kam am 26. Sept. im schweizerischen Altdorf an. Er konnte jedoch dem von Masséna am 25./26. Sept. bei Zürich besiegten Korssakoff keine Hilfe mehr erbringen.

Bei dem sich über den Rhein bei Eglisau und Schaffhausen am 27./28. Sept. zurückziehenden Korssakoff und dem in das österreichische Vorarlberg entweichenden Korps Hotzes, wandte sich Masséna gegen den nunmehr allein verbliebenen Suvorov. Er zwang diesen nach mehreren Gefechten im Muota- und Klöntal sich über Glarus am 1. Okt. und Chur am 8. mit noch 15 000 Mann nach Feldkirch am 12. Okt. zurückzuziehen. Damit war die gesamte Schweiz mit Ausnahme der italienischen Landvogteien und auch Graubündens wieder in französische Gewalt gelangt (*Michailowski-Danilewski-Miliutin*, Krieg Rußland mit Frankreich im Jahre 1799, III. Band, 5. Theil, Kap. XLIX., S. 72-88 mit Beilagen, S. 308-315, Kap. LI., S. 117-125 mit Beilagen, S. 341-350, Kap. LII.-LIV., S. 126-177 mit Beilagen, S. 351-405, Kap. LVI., S. 205-218 mit Beilagen, S. 445-476, IV. Band, 6. Theil, Kap. LVII.-LXV., S. 5-160 mit Beilagen, S. 185-334; *Posselts Annalen*, Jahrg. 1799, 4. Band, 11. Stueck, I., 8., S. 85-98, 115-120, 9., S. 120-148; *Carl, Erzherzog von Österreich*, Geschichte des Feldzuges von 1799 in Deutschland und in der Schweiz, II. Theil, 4.-11. Abschnitt, S. 80-322; *Quellen der Kriege von 1799 und 1800*, I. Band, II., S. 33-59 mit S. 31-33, III., S. 61-66 mit S. 60-61, IV., S. 68-70 mit S. 67-68, V., S. 114-137, VII., 60., S. 225-226, 68. u. 69., S. 235-237, 72.-76., S. 240-254, 78.-82., S. 255-263, 85., S. 264-266, 88.-91., S. 267-281, 94.-101., S. 284-290, 105.-112., S. 292-299, 115., S. 302-303, 117.-119., S. 304-307, 123.-130., S. 311-317, 132.-148., S. 318-333, 150.-159., S. 335-350, 161.-257., S. 354-430, 259.-287., S. 431-456, 290., S. 457-458, 293.-305., S. 460-471, 324. u. 325., S. 499-503, 328., S. 504-505, 330., S. 508-510, 332.-341., S. 514-528; *Hüffer*, Der Krieg des Jahres 1799 und die zweite Koalition, I. Band, 11. Kap., II. und III., S. 425-441, 12. Kap., S. 442-472, II. Band, 1.-4. Kap., S. 1-125 mit Karte am Ende: Die Schlachten bei Zürich ...; *Bonaparte*, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome XXX Oeuvres de Napoléon I^{er} à Sainte-Hélène, Précis des événements militaires arrivés pendant les six derniers mois de 1799, II., p. 324-327, V., 2. observation, 1^o, p. 344; *Christe*,

In Holland konnte Brune seine französisch-batavischen Truppen während der 2. Hälfte von September und der 1. Hälfte von Oktober 1799 verstärken. Angesichts der von dem englisch-russischen Expeditionskorps Yorks am 6. Oktober bei Castricum in einem fehlgeschlagenen Angriff erlittenen Niederlage und den verstärkt einsetzenden Verpflegungs-, Krankheits- und Nachschubschwierigkeiten musste das Korps am 18. Oktober aufgeben und wurde zur Rückkehr gezwungen.³¹⁴

Diese militärischen Niederlagen und auch die Streitigkeiten zwischen Zar Paul I. und dem Haus Österreich über die Kriegsziele der Koalition in Italien und die in der Kriegsführung über Ancona und Malta aufkommenden Uneinigkeiten, veranlassten den Zaren am Ende des Jahres, seine Truppen aus der Koalition zurückzuziehen.³¹⁵ Damit verblieben als die

Thugut und die Kriegsführung 1793-1801, in: *Oest mil Z*, 49. Jahrg., I. Band, 3. Heft, S. 408-410 und *Günther*, Geschichte des Feldzuges von 1800, Einleitung, S. 15).

³¹⁴ Bei dem am 19. Sept. von den Koalitionären – die am 13.-17. Sept. gelandeten britischen und russischen Truppen erbrachten eine insgesamt Stärke von 35 000 Mann – mit 33 000 Mann unter ihrem Oberbefehlshaber York gegen die 22 000 französisch-batavischen Truppen bei Alkmaar vorgetragenen Angriff waren die koalitionären Truppen noch nicht genügend ausgeruht, worunter insbesondere die russischen litten und konnte ihr Angriff von Brune abgewehrt werden. Zwar gelang es den Koalitionären bei einem zweiten am 2. Okt. mit 21 000 Mann gegen 19 000 gegnerische Truppen vorgetragenen Angriff Alkmaar einzunehmen. Jedoch wurde ein weiterer von ihnen am 6. Okt. auf die von den französisch-batavischen Truppen zwischen Beverwijk und Wijk an Zee innegehabten Stellungen vorgetragener Angriff, bei insbesondere einer von ihrem général en chef Brune selber angeführten Reiterattacke erfolgreich abgewehrt.

Bei den auf beiden Seiten erlittenen hohen Verlusten von jeweils 10 000 Toten, Gefangenen und Verwundeten, zuzüglich einer beträchtlichen Anzahl Erkrankter, hierbei die von den Koalitionären noch 18 000 unter Waffen Stehenden in dem menschenleeren Gebiet keinen weiteren Nachschub erhielten, hingegen den französisch-batavischen Truppen laufend personelle und materielle Verstärkung aus der Batavischen Republik und aus Belgien zukamen, veranlassten den Herzog von York Alkmaar am 7. Okt. aufzugeben. Auf die befestigten Stellungen hinter dem Zyper-Damm zurückweichend, wo sich seine Truppen am 11. Okt. fest verschanzten, wurden sie von den französisch-batavischen Truppen immer enger eingeschlossen. Nachdem man auch von der Niederlage Korssakoffs gegen Masséna am 25./26. Sept. bei Zürich genauere Nachricht erhielt, wurde die Kapitulation am 18. Okt. vereinbart. Bei einer sofortigen Einstellung der Feindseligkeiten mussten die britisch-russischen Truppen, ohne Herbeiführung von weiterem Schaden, Überschwemmungen, Durchstechung von Dämmen oder anderen der Schifffahrt nachteiligen Verderbnissen bis zum 30. Nov. das batavische Gebiet verlassen. 8 000 vor dem Feldzug in Gefangenschaft geratene Franzosen und Bataver mussten zurückgegeben werden. Hingegen wurde der weiteren französisch-batavischen Forderung auf Zurückgabe der am 29./30. Aug. von den Koalitionären erbeuteten batavischen Flotte nicht nachgegeben (*Posselts Annalen*, Jahrg. 1799, 4. Band, 12. Stueck, I., S. 190-203, II., 4., S. 209-211, III., S. 214-216; *Michailowski-Danilewski-Miliutin*, Krieg Rußland mit Frankreich im Jahre 1799, V. Band, 7. Theil, Kap. LXVIII., S. 29-31 mit Beilagen, S. 272-277, Kap. LXIX.-LXXI., S. 32-75 mit Beilagen, S. 278-319; *Hüffer*, Der Krieg des Jahres 1799 und die zweite Koalition, II. Band, 6. Kap., V., S. 199-210 und *Bonaparte*, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome XXX Oeuvres de Napoléon I^{er} à Sainte-Hélène, Précis des événements militaires arrivés pendant les six derniers mois de 1799, III., p. 333-336, V., 1. observation, 3^o, p. 343, 3. observation, 3^o-5^o, p. 347-348, 4. observation, 5^o u. 6^o, p. 353-354).

³¹⁵ Zar Paul I. wünschte, dass in Italien die einheimischen Regenten und insbesondere König Karl Emanuel II. von Sardinien (Herzog Karl Emanuel IV. von Savoyen) und der Herzog von Aosta in sein Herzogtum wieder eingesetzt werden. Österreich wollte dagegen Teile von ihren Territorien als Kriegsentschädigung in seine Herrschaft bringen. Paul I. schob auch die von seinen Truppen Korssakoffs in der Schlacht bei Zürich am 25./26. Sept. gegen Masséna erlittene schwere Niederlage dem Erzherzog Carl, wegen dessen, vor der mit Suworov zu erfolgender Vereinigung, erfolgten Abzuges aus der Schweiz nach Süddeutschland zu.

Streitigkeiten gab es auch bei der operativen Kriegsplanung und Kriegsführung wegen den ständigen Beobachtungen und Kontrollen Suworovs durch Thugut ergebene Anhänger und der mangelnden Verpflegung der russischen Truppen durch die österreichischen Stellen.

Paul I. gelangte zur Einsicht, dass es dem Haus Österreich mehr um den Erwerb eigenen Gebietes und weniger, wie von ihm gewollt, auf eine Bekämpfung der revolutionären Gewalten in Frankreich ankomme.

Hauptkriegsmächte auf dem europäischen Kriegsschauplatz gegen die Französische Republik das Haus Österreich und Großbritannien.³¹⁶

d) Das Vordringen von Moreau in Süddeutschland im Frühjahr 1800 bis Ulm

Moreau eröffnete am 25. April mit seiner 96 000 Mann starken *armée du Rhin* auf dem süddeutschen Kriegsschauplatz gegen die im Felde 123 800 Mann zählenden kaiserlich-österreichischen Truppen unter Kray durch Überschreiten des Rheines bei Kehl und Breisach den Feldzug.³¹⁷ Nach siegreichen Gefechten bei Engen am 3. Mai, Messkirch am 5. Mai, Biberach am 9. Mai und Memmingen am 10. Mai, während welchen ersten 14 Tagen die Kaiserlichen bereits einen Verlust von nahezu 20 000 Toten und Verwundeten erlitten, hingegen die *armée du Rhin* nur ca. deren Hälfte, zog sich die kaiserliche Armee am 11./13. Mai in ihre Verschanzungen bei Ulm zurück. Moreau beherrschte damit das süddeutsche Gebiet zwischen dem Rhein, der Donau, der Iller und dem Bodensee und hatte neben einer großen Anzahl von Gefangenen auch viele kaiserliche Magazine erbeutet. Zudem hatte er den Kaiserlichen die Verbindung zu ihrem im Vorarlberg und Graubünden stehenden österreichischen Armeekorps abgeschnitten und damit auch die zukünftige Operation der *armée de Réserve* des 1. Konsuls nach und in Italien abgesichert.³¹⁸

Suvorov entsagte dann am 14. Okt. 1799 einem von Erzherzog Carl gewünschten weiteren offensiven Vorgehen und wollte seine Winterquartiere außerhalb der Schweiz nehmen. Paul I. teilte selber in einem Schreiben am 22. Okt. Kaiser Franz II. mit, dass, wegen des seine Truppen ins Unglück bringenden übereilten Abzuges von Erzherzog Carl, und weil das Wohl Europas den Plänen der Vergrößerung der österreichischen Staaten zum Opfer gebracht werde und die falsche und hinterlistige Handlungsweise seines Ministeriums, ihn veranlassen, sein Interesse zu verlassen und sich bloß mit seinen eigenen und jenen der übrigen Verbündeten zu beschäftigen (*Michailowski-Danilewski-Miliutin*, Krieg Rußland mit Frankreich im Jahre 1799, II. Band, 3. Theil, Kap. XXV., S. 20-34 mit Beilagen, S. 371-374, III. Band, 5. Theil, Kap. LV., S. 183-196 mit Beilagen, S. 409-429, Kap. LVI., S. 197-218 mit Beilagen, S. 430-476, IV. Band, 6. Theil, Kap. LXV. u. LXVI., S. 145-182 mit Beilagen, S. 303-356; *Sybel*, Geschichte der Revolutionszeit 1795-1800, II. Band, 7. Buch, 2. Cap., S. 322-325, 4. Cap., S. 381-387, 7. Cap., S. 489-495 und *Hüffer*, Der Krieg des Jahres 1799 und die zweite Koalition, II. Band, 4. Kap., I., S. 98-111, II., S. 111-114, 7. Kap., S. 211-212, 216-217).

³¹⁶ Der Beitrag der Osmanischen Pforte erging sich in der Bekämpfung von der französischen Invasionsarmee in Ägypten.

³¹⁷ Dies erfolgte auch zur Abdeckung der sich Ende April/Anfang Mai 1800 in Dijon zusammenziehenden *armée de Réserve* unter dem 1. Konsul.

³¹⁸ Moreau überschritt mit 2 Armeekorps seiner *armée du Rhin* am 25. April bei Kehl und Alt-Breisach den Rhein. Sein weiterer rechter Flügel konnte mit geschickten Manövern und schnellen Märschen gegen den sein Hauptquartier in Donaueschingen habenden Oberbefehlshaber der kaiserlich-österreichischen Armee Kray am 1. Mai zwischen Schaffhausen und Stein über den Rhein setzen. In den nachfolgenden Tagen vereinigte Moreau seine gesamte Armee bei Singen, welche dortige württembergische Festung am 1. Mai kapitulierte (*Posselts Annalen*, Jahrg. 1800, 2. Band, 6. Stueck, III., S. 192-219; *Günther*, Geschichte des Feldzuges von 1800, III., S. 98-118 mit Anm., S. 182-186, Uebersicht ..., S. 191-192, Beilage am Ende zu S. 98: Uebersichtskarte von Oberdeutschland und Oberitalien; *Gouvion Saint-Cyr*, Mémoires histoire militaire sous le Directoire, le Consulat et l'Empire, Tome II, Campagne de 1800, en Souabe, Chap. I.-VI., p. 101-257 mit Pièces justificatives, N° 15.-55., p. 344-385, N° 109.-111.; *Der Feldzug von 1800 in Deutschland*, in: *Oest mil Z*, Jahrg. 1836, I. Band, 3. Heft, I., S. 247-274, II. Band, 4. Heft, I., S. 3-30, 6. Heft, III., S. 294-297; *Bonaparte*, Correspondance de

e) Der italienische Feldzug Bonapartes im Mai und Juni 1800 mit der Schlacht von Marengo am 14. Juni 1800

In Oberitalien konnten die im Herbst 1799 und im Frühjahr 1800 weitere Niederlagen erleitenden französischen Truppen unter Masséna mit 34 400 Mann gegen eine dreifache österreichische Überlegenheit noch die Gebiete der genuesischen Riviera und um den Kleinen Sankt Bernhard behaupten.³¹⁹ Bei diesen Voraussetzungen gelang es der Ende April/Anfang Mai 1800 von dem 1. Konsul in Dijon zusammengezogenen armée de Réserve³²⁰ überraschend, während den beiden letzten Dritteln des Mai den Großen Sankt Bernhard zu überschreiten. Damit konnte der 1. Konsul, obwohl der österreichischen Oberbefehlshaber

Napoléon I^{er}, Tome XXX Oeuvres de Napoléon I^{er} à Sainte-Hélène, Ulm. – Moreau, II., p. 471, IV.-VI., p. 473-481, (Remarques critiques), p. 485-489, Notes ... sur les campagnes de 1799 à 1814, 2. Note, p. 592-595, Tome VI, 4694. u. 4695., p. 254-258; *Teutsche Staatskanzley*, Jahrg. 1800, IV. Band, 1. Abschnitt, S. 1-4, I., 1), (1)-4), S. 4-17, 2), 1)-7), S. 81-102 und *Quellen der Kriege von 1799 und 1800*, II. Band, V., Einschaltung. ..., I., S. 382-383).

³¹⁹ Im Kriegsjahr 1799 hatten die koalitierten Truppen der armée d'Italie am 11. Sept. noch die Zitadelle von Tortona entnommen. Die danach vereinigten beiden armée d'Italie und armée des Alpes erlitten auch nach dem Abmarsch Suvorovs am 21. Sept. gegen die nunmehr allein kämpfenden österreichischen Truppen unter Melas bei Savigliano und Genola am 4. und 5. Nov. eine weitere schwere Niederlage mit 4 000 Toten, Verwundeten und 3 500 Gefangenen. Dies zog auch die Kapitulation der wichtigen Festung Coni am 3./5. Dez. mit 3 000 französischen Gefangenen nach sich und mussten die seit dem 23. Nov. 1799/10. Febr. 1800 unter dem Oberbefehl von Masséna stehenden französischen Truppen sich auf die 240 km lange Linie von Fozzi bei Genua bis zum Kleinen St. Bernhard zurückziehen.

Bei Eröffnung der Feindseligkeiten am 5. April 1800 verfügte Masséna über 34 428 Mann, denen 93 070 österreichische Truppen und weitere 20 000 in der Lombardei, Venezien und in der Toskana gegenüberstanden. Bei dem Vordringen Melas' in das westliche Küstenland von Genua, musste sich Masséna mit noch 9 600 streitbaren Soldaten und 18 000 Kranken, Verwundeten in die Festung Genua zurückziehen. Seit dem 23. April vom Lande von 40 000 österreichischen Truppen und von der See durch die britische Flotte belagert, kapitulierte er, bei überwältigender Hungersnot und einem entbehrensreichem Widerstand am 3./4. Juni 1800, erhielt jedoch für seine Truppen freien Abzug nach Nizza und Antibes (*Posselts Annalen*, Jahrg. 1799, 4. Band, 11. Stueck, I., 8., S. 110 u. 111, 12. Stueck, IV., S. 217-233, Jahrg. 1800, 2. Band, 5. Stueck, I., S. 85-117 mit (Tabellen) N^o 1. u. 2. nach S. 144, 3. Band, 7. Stueck, II., 1., S. 52-55, 4. Band, 10. Stueck, II., S. 64-98, Jahrg. 1801, 1. Band, 1. Stueck, I., S. 3-55, 3. Stueck, III., S. 229-285, 289-300; *Günther*, Geschichte des Feldzuges von 1800, Einleitung, S. 22-23, 28-33 mit Anm., S. 175-176, I., S. 38-66 mit Anm., S. 176-179, Uebersicht ..., S. 191-193, Beilage am Ende zu S. 38: Uebersichtskarte von Oberdeutschland und Oberitalien; *Mras*, Der Feldzug 1800 in Italien, in: *Oest mil Z*, Jahrg. 1822, III. Band, 7. Heft, II., S. 19-55, 8. Heft, III., S. 173-200, 9. Heft, III., S. 283-313, IV. Band, 10. Heft, IV., S. 80-107, 12. Heft, I., S. 259-292; *Quellen der Kriege von 1799 und 1800*, I. Band, VII., 122., S. 308-311, 131., S. 317-318, 134., S. 321, 148. u. 149., S. 333-335, 154., S. 340-341, 258., S. 430-431, 288. u. 289., S. 456-457, 291. u. 292., S. 458-460, 306.-323., S. 472-499, 326. u. 327., S. 503-504, 329., S. 506-508, 331., S. 510-514, II. Band, I., S. 39-63 mit Vorwort, IV., S. 20-24, II., S. 102-103, IV., S. 147-162 mit Vorwort, S. 145-147 und Karte nach S. 190: Umgebung von Genua, V., 1.-55., S. 193-249 mit der Beilage zu Nr. 3. (zu S. 193) zwischen S. 192/193, 57.-78., S. 250-265, 80.-82., S. 266-269, 84. u. 85., S. 271-274, 87. u. 88., S. 274-275, 90.-93., S. 276-280, 99., S. 283-284, 103., S. 286-287, 116. u. 117., S. 294-295; *Bonaparte*, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome XXX Oeuvres de Napoléon I^{er} à Sainte-Hélène, Précis des événements militaires arrivés pendant les six derniers mois de 1799, IV., p. 339-342, V., 1. observation, 5^o, p. 343, 6. observation, 3^o u. 4^o, p. 357-358, 7. observation, p. 358-359; *Teutsche Staatskanzley*, Jahrg. 1800, IV. Band, 1. Abschnitt, II., b), 6)-9), S. 211-223, V. Band, 3. Abschnitt, V., β, S. 307-314 und *Frankreichs Streitkraefte*, Feldzug von 1800, S. 35-36).

³²⁰ Nomineller Oberbefehlshaber der armée de Réserve war, da der 1. Konsul nach der Verfassung des Konsulats, Titre IV, Art. 41, 42, 47 zwar die Offiziere der Land- und Seemacht ernennen und auch diese leiten konnte, aber kein Oberkommando übernehmen durfte (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 20-30 (23)) Kriegsminister général Berthier. Tatsächlich lag jedoch die gesamte Ausführung des Feldzuges in den Händen des 1. Konsuls.

Melas sein Hauptquartier in Turin hatte, am 2. Juni in Mailand einziehen und dort am 4. Juni wieder die Cisalpinische Republik errichten und danach auch die gesamte Lombardei wieder kontrollieren.³²¹

In der bei Marengo am 14. Juni 1800 ausgetragenen Hauptschlacht unterlag die von Melas kommandierte österreichische Armee von 28 500 Mann gegen die von Bonaparte befehligte 28 170 starke *armée de Réserve*, wobei die französischen Truppen zuerst das Schlachtfeld hatten räumen müssen, jedoch durch den am späten Nachmittag vorgetragenen Angriff der *division Desaix* bei beiderseits nahezu gleich hohen Verlusten dennoch gewann.³²² Durch diese Schlacht gelangte ganz Oberitalien wieder in die französische Gewalt und ging das militärische Übergewicht endgültig auf ihre Seite über.³²³ Sie konsolidierte das Konsulat von Bonaparte.³²⁴

³²¹ *Posselts Annalen*, Jahrg. 1800, 3. Band, 7. Stueck, I., 4., S. 3-38, Jahrg. 1806, 3. Band, 9. Stueck, I., S. 197-206; *Günther*, Geschichte des Feldzuges von 1800, II., S. 67-88 mit Anm., S. 179-180, Uebersicht ..., S. 192-194, Beilage am Ende zu S. 67: Karte Marengo 1800; *Mras*, Der Feldzug 1800 in Italien, in: *Oest mil Z*, Jahrg. 1822, IV. Band, 11. Heft, III., S. 165-203, 12. Heft, I., S. 239-260, Jahrg. 1823, III. Band, 7. Heft, I., S. 3-27, 8. Heft, I., S. 119-155; *Quellen der Kriege von 1799 und 1800*, II. Band, I., S. 63-75, II., S. 103-106 mit S. 98-99, IV., S. 162-164, V., 56., S. 249, 68., S. 257-258, 72., S. 261-262, 79., S. 265, 83., S. 269-271, 86., S. 274, 88. u. 89., S. 275, 94.-115., S. 280-294, 118.-139., S. 295-309, 179., S. 352-357 (352-354); *Bonaparte*, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome XXX Oeuvres de Napoléon I^{er} à Sainte-Hélène, Marengo, I.-VII., p. 437-454, VIII., p. 454-457, Tome VI, 4642., p. 209-211, 4651., p. 218, 4728., p. 288-290 und *Teutsche Staatskanzley*, Jahrg. 1800., IV. Band, 1. Abschnitt, II., a), 1)-12), S. 137-177, 13), S. 178, b), 1)-10), S. 200-225, V. Band, 3. Abschnitt, III., c), 1)-8), S. 264-275.

³²² Der österreichischen Armee mit 23 294 Mann Infanterie, 5 202 Mann Kavallerie stand die *armée de Réserve* mit 23 791 Mann Infanterie, 3 688 Mann Kavallerie und 690 Mann Artillerie, mit Einbezug der herbeigeeilten *division Desaix-Boudet* von 5 316 Mann gegenüber. Ausschlaggebend für den französischen Sieg waren der am späten Nachmittag völlig überraschende Angriff der herbeigeeilten *division Desaix* und die vom Reitergeneral Kellermann mitvorgetragene Kavallerieattacke, nachdem sich die österreichischen Truppen bereits als Sieger sahen. Die österreichischen Verluste beliefen sich auf 963 Tote, 5 519 Verwundete und 2 921 Gefangene, und die französischen zu 1 100 Tote, 3 600 Verwundete und 900 Gefangene (*Günther*, Geschichte des Feldzuges von 1800, II., S. 88-97 mit Anm., S. 179-182 und Uebersicht ..., S. 194; *Posselts Annalen*, Jahrg. 1800, 3. Band, 7. Stueck, I., 4., S. 38-46, Jahrg. 1806, 3. Band, 9. Stueck, I., S. 206-216 mit Beilagen I. u. II.; *Mras*, Der Feldzug 1800 in Italien, in: *Oest mil Z*, Jahrg. 1823, III. Band, 8. Heft, I., S. 139-155, 9. Heft, I., S. 235-272; *Bonaparte*, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome XXX Oeuvres de Napoléon I^{er} à Sainte-Hélène; Marengo, VIII., p. 457-462, Tome VI, 4910., p. 453-456; *Quellen der Kriege von 1799 und 1800*, II. Band, I., S. 70-71, 75-90, II., S. 106-118, IV., S. 164, nach S. 190: Plan der Schlacht von Marengo ..., V., 140. u. 141., S. 309-314, 143., S. 316-317, 153., S. 325-331 (325-329), 159., S. 334-336, 179., S. 352-357 (354-356) und *Teutsche Staatskanzley*, Jahrg. 1800, IV. Band, 1. Abschnitt, II., a), 13)-15), S. 178-197, b), 11), S. 225-229, 15), S. 231).

³²³ Nach dem diese Schlacht beendenden am nächsten Tag (15. Juli) in Alessandria abgeschlossenen Waffenstillstand erhielten die französischen Truppen zu ihrer Besetzung die Länder zwischen der Chiesa, dem Oglio und dem Po, konnte die österreichische Armee die Gebiete zwischen dem Mincio, der Fossa Maestra und dem Po, sowie die Toskana und Ancona besetzen, während das Gebiet zwischen der Chiesa und dem Mincio unbesetzt blieb, sollten die Festungen in Piemont, in der Lombardei und in den Legationen sowie Genua bis zum 20./24./26. Juni den französischen Truppen übergeben werden und kamen Piemont und die Gebiete der Cisalpinischen Republik wieder in den französischen Machtbereich (*Quellen der Kriege von 1799 und 1800*, II. Band, II., S. 118-124, IV., S. 164-167, V., 144.-152., S. 318-325, 153., S. 325-331 (329-331), 154.-178., S. 331-351, 179., S. 352-357 (356-357); *Posselts Annalen*, Jahrg. 1800, 3. Band 7. Stueck, I., 4., S. 46-51; *Bonaparte*, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome XXX Oeuvres de Napoléon I^{er} à Sainte-Hélène, Marengo, IX. u. X., p.

f) Das weitere Vordringen Moreaus bis in das Herzogtum Baiern mit dem Parsdorfer Waffenstillstand am 15. Juli 1800

Moreau hatte am 19. Mai 1800 mit seiner immer noch 88 000 Mann starken armée du Rhin, während die Kaiserlichen noch 76 000 zählten, die Donau bei Höchstädt überschreiten können. Die dort gewonnene Schlacht sicherte ihm die weitere Herrschaft über Süddeutschland. Während sich Kray an den Inn zurückzog, besetzte Moreau am 26./27. Juni München mit den inneren Gebieten des Herzogtums Baiern und stieß bis zum 12./13. Juli in das Allgäu³²⁵ und den helvetischen Kanton Graubünden vor, womit er auch die direkte Verbindung zu den französischen Truppen in Italien herstellte.³²⁶

In dem am 15. Juli in Parsdorf für die beiderseitigen Armeen in Deutschland, im Tirol, in der Schweiz und in Graubünden vereinbarten Waffenstillstand wurde die Demarkationslinie von dem am Hinterrhein gelegenen Splügen über Chur, längs der Vorarlberger Grenze zu den Quellen des Lech, über den Walchensee nach Gmund am Tegernsee, Ebersbach, Hohenlinden, Vilsbiburg an der Vils festgelegt, womit insbesondere München und Regensburg, der Sitz des Reichstages, in französischen Händen verblieben und die Belagerungen der eingeschlossenen Festungen Philippsburg, Ulm und Ingolstadt durch die

462-466 und *Teutsche Staatskanzley*, Jahrg. 1800, IV. Band, 1. Abschnitt, II., a), 16) u. 17), S. 197-200, b), 12)-14), S. 229-230, V. Band, 3. Abschnitt, III., a), 2), S. 228, c), 9) u. 10), S. 275-280).

³²⁴ Die inneren Gegner Bonapartes hatten bei einem Verlustiggehen der Schlacht eine Wiedererrichtung des Direktoriums gefasst, ja sogar die bourbonischen Monarchie in Betracht gezogen (*Teutsche Staatskanzley*, Jahrg. 1800, V. Band, 3. Abschnitt, III., a), 1), S. 226-227, 3)-8), S. 229-240; *Günther*, Geschichte des Feldzuges von 1800, Vorwort, S. 4; *Bonaparte*, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome XXX Oeuvres de Napoléon I^{er} à Sainte-Hélène, Marengo, IX., p. 465-466 und *Madelin*, Le Consulat, Chap. I., p. 6-7). Der bei Marengo erstrittene Sieg war auch die Grundlage für das am 28 floréal an XII (18 mai 1804) errichtete französisch-napoleonische Kaisertum (*Quellen der Kriege von 1799 und 1800*, II. Band, I., Vorwort, I., S. 3; *Günther* ebd., Vorwort, S. 5-6; *Herrmann*, Der Aufstieg Napoleons, 8. Kap., III., S. 448-449 und *Duvergier*, Collection des lois, Tome XV, p. 1-12).

³²⁵ Nach Immenstadt, Füssen, Feldkirch.

³²⁶ Moreau verfügte nach Entsendung eines 10 000 Mann starken Korps am 12. Mai zur Verstärkung der armée de Réserve nach Italien noch zu 88 000 Mann. Nach mehreren zuerst von ihm erfolglos unternommenen Manövern, Kray aus seinen Verschanzungen bei Ulm herauszulocken, zu welchem hierzu, bei einem am 16. Mai an der unteren Iller stattgefundenen Treffen sich zwei französische Divisionen gegen die gesamte kaiserliche Armee behaupteten, gelang Moreau am 19. Mai das Überschreiten der Donau bei Höchstädt mit einem Verlust der Kaiserlichen von 200 Toten, Verwundeten und 2 000 Gefangenen. Durch das Abschneiden der kaiserlich-österreichischen Truppen von ihren Magazinen in Donauwörth und Regensburg zwang er Kray aus seinen Verschanzungen bei Ulm. Bei dessen Rückzug über Nördlingen und Neustadt erlitten die Kaiserlichen bei dem dortigen Gefecht am 26. Juni 700 Tote, Verwundete und 560 Gefangene, bei nur 200 französischen Gefangenen. Kray zog sich weiter über Ingolstadt, Landshut nach dem nahe der Inn gelegenen Haag und Ampfing, und besetzte Moreau die inneren Gebiete von Baiern (*Posselts Annalen*, Jahrg. 1800, 3. Band, 8. Stueck, I., 5., S. 88-145; *Gouvion Saint-Cyr*, Mémoires histoire militaire sous le Directoire, le Consulat et l'Empire, Tome II, Campagne de 1800, en Souabe, Chap. VII. und VIII., p. 258-298 mit Pièces justificatives, N^o 55.-70., p. 384-399, N^o 17., p. 349; *Günther*, Geschichte des Feldzuges von 1800, III., S. 118-133 mit Anm., S. 186-188, Uebersicht ..., S. 192-194; *Der Feldzug von 1800 in Deutschland*, in: *Oest mil Z*, Jahrg. 1836, II. Band, 6. Heft, III., S. 297-312, III. Band, 8. Heft, III., S. 172-192, 9. Heft, I., S. 227-246; *Bonaparte*, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome XXX Oeuvres de Napoléon I^{er} à Sainte-Hélène, Ulm. – Moreau, VII. und VIII., p. 481-485, (Remarques critiques), p. 489-491; *Teutsche Staatskanzley*, Jahrg. 1800, IV. Band, 1. Abschnitt, I., 1), 6)-12), S. 18-81, 2), 8)-26), S. 102-137 und *Quellen der Kriege von 1799 und 1800*, II. Band, V., Einschaltung. ..., I., S. 383).

französischen Truppen fort dauerten.³²⁷ Der Waffenstillstand wurde auf dem Festlande allgemein bereits als ein Vorläufer des Friedens angesehen.³²⁸

g) Der neue Waffenstillstand von Hohenlinden am 20. September 1800

Insbesondere wegen der von Kaiser Franz II. verweigerten Ratifikation der Pariser Friedenspräliminarien³²⁹ kündigte auf Befehl des 1. Konsuls Moreau am 1. September den Waffenstillstand. Die Kampfhandlungen sollten am 20. September wieder aufgenommen werden.

Auf das Ersuchen um eine Verlängerung des Waffenstillstandes durch Kaiser Franz II., welcher am 8. September bei seinem Erscheinen im kaiserlichen Hauptquartier in Altötting seinen jüngeren 18 jährigen Bruder Erzherzog Johann zum neuen Oberbefehlshaber ernannte,³³⁰ wurde auf Anordnung des 1. Konsuls von Moreau in der am 20. September bei Hohenlinden vereinbarten Konvention eine Verlängerung um weitere 45 Tage gegen

³²⁷ Den in den Festungen eingeschlossenen kaiserlich-österreichischen Truppen wurde ein von zehn zu zehn Tagen erfolgende Verpflegung gestattet, welcher Waffenstillstand mit einer 12 tägigen Frist aufgekündigt werden konnte (*Martens, Traités puissances de l'Europe, Tome VII, 61., e., p. 401-404*) mit *Quellen der Kriege von 1799 und 1800*, II. Band, V., Einschaltung. ..., I., S. 383 und *Großer Historischer Weltatlas*, III. Teil, S. 38.

³²⁸ *Günther, Geschichte des Feldzuges von 1800*, IV., S. 134 und *Posselts Annalen*, Jahrg. 1801, 1. Band, 2. Stueck, III., 7., S. 113.

³²⁹ Auch glaubte man auf Seiten der französischen Regierung „..., daß der Kaiser nur Zeit zu gewinnen suche, um neue Armeen aufzustellen, und ihrerseits den Rest des Herbstes nicht fuer die Kriegs=Operationen verlieren wollte, ...“ (*Posselts Annalen*, Jahrg. 1800, 3. Band, 9. Stueck, II., 6., S. 200).

³³⁰ Kray war bereits zuvor am 26. Aug. seines Oberkommandos enthoben worden. Kaiser Franz II. erschien am 7. Sept. 1800 persönlich im Hauptquartier bei Altötting und ernannte am nächsten Tag seinen jüngeren Bruder Erzherzog Johann von Österreich zum neuen Oberbefehlshaber. Dem kaum 18 Jährigen wurden als Ratgeber und eigentliche Leiter der kaiserlich-österreichischen Armee Feldzeugmeister Lauer und Oberst Weyrother zugeordnet (*Quellen der Kriege von 1799 und 1800*, II. Band, V., Einschaltung. ..., I., S. 383-385; *Teutsche Staatskanzley*, Jahrg. 1800, V. Band, 3. Abschnitt, IV., a), 2) u. 3), S. 287, 6) u. 7), S. 290-294; *Der Feldzug von 1800 in Deutschland*, in: *Oest mil Z*, Jahrg. 1836, III. Band, 9. Heft, I., S. 246-247; *Posselts Annalen*, Jahrg. 1800, 3. Band, 9. Stueck, II., S. 203-204 und *Günther, Geschichte des Feldzuges von 1800*, IV., S. 135).

Übergabe der Festungen Philippsburg, Ulm und Ingoldstadt zugebilligt.³³¹ Innerhalb dieser Frist sollten auch die Friedensverhandlungen aufgenommen werden.³³²

h) Die Schlacht von Hohenlinden am 3. Dezember 1800

Angesichts der Weigerung³³³ des kaiserlichen Bevollmächtigten, ohne britische Gesandte³³⁴ Friedensverhandlungen aufzunehmen,³³⁵ womit bei der Unbesiegtheit Großbritanniens auf dem Meer³³⁶ und seinem im außereuropäischen Kolonialkrieg³³⁷

³³¹ *Posselts Annalen*, Jahrg. 1800, 3. Band, 9. Stueck, II., 6., S. 200-209; *Der Feldzug von 1800 in Deutschland*, in: *Oest mil Z*, Jahrg. 1836, III. Band, 9. Heft, I., S. 246-248; *Teutsche Staatskanzley*, Jahrg. 1800, V. Band, 3. Abschnitt, III., a), 12), S. 246-249, b), 8) u. 9), S. 261-263, IV., a), 4) u. 5), S. 288-290, 8)-10), S. 294-296, V., d), S. 349; *Günther*, Geschichte des Feldzuges von 1800, IV., S. 134-135, Uebersicht ..., S. 194, Beilage am Ende zu S. 134 Karte Hohenlinden 1800; *Moreau und sein letzter Feldzug*, S. 58-67; *Quellen der Kriege von 1799 und 1800*, II. Band, V., Einschaltung. ..., I., S. 383-386; *Schleifer*, Die Schlacht bei Hohenlinden, Einleitung, S. 2-3 und *Martens*, *Traité des puissances de l'Europe*, Tome VII, 63., a., p. 410-412, b., p. 413-414.

³³² *Posselts Annalen*, Jahrg. 1800, 3. Band, 9. Stueck, II., 6., S. 204-205, Jahrg. 1801, 2. Band, 4. Stueck, I., 9., S. 5, 15, 44 und *Moreau und sein letzter Feldzug*, S. 65.

³³³ Beim 1. Konsul war zuerst die Bereitschaft zur Führung von Friedensverhandlungen mit Großbritannien zur Gelangung eines allgemeinen Festlands- und Seefriedens unter der Voraussetzung des Zustandekommens eines allgemeinen Friedens vorhanden gewesen. Für einen Waffenstillstand zur See fanden auch Erörterungen in London von 24. Aug. bis 9. Okt. 1800 statt, welche jedoch an den zu vereinbarenden Modalitäten zur Versorgung der französischen Truppen auf Malta und in Ägypten und wegen der vorhandenen Möglichkeit von neuen Landungen britischer Truppen in Italien scheiterten. Nach dem Fall von Malta am 5. Sept. 1800 an Großbritannien ging der 1. Konsul hiervon ab und bestand auf getrennten Verhandlungen mit diesem und dem Reich (*Teutsche Staatskanzley*, Jahrg. 1800, V. Band, 2. Abschnitt, S. 82-96, Aktenstücke und Urkunden, S. 97-225 und *Roberts*, *The negotiations preceding the peace of Lunéville*, II, in: *Transactions Roy Hist Soc*, Vol XV, p. 72-80).

³³⁴ In der von Kaiser Franz II. für sein Haus Österreich mit König Georg III. von Großbritannien am 20. Juni 1800 in Wien abgeschlossenen Konvention hatten sich die beiden Vertragsteile für die Zeit ihrer vom 1. März 1800 bis Ende Februar 1801 festgelegten Vertragsdauer verpflichtet, keinen gesonderten Frieden mit der Französischen Republik, ohne des anderen Teiles vorherige und ausdrückliche Einwilligung abzuschließen. Auch in keine Verhandlungen mit dem Feind einzutreten oder von ihm Eröffnungen zu diesem Zweck anzunehmen, weder zu einem besonderen noch zu einem allgemeinen Friedensschluss, ohne sich hierüber gegenseitig offenherzige Mitteilungen zu machen und in jeder Hinsicht in vollkommenem Einvernehmen zu handeln (*Martens*, *Traité des puissances de l'Europe*, Tome VII, 59., p. 387-389 (Art. V und VI, p. 389)).

³³⁵ Die Noten Cobenzls an den französischen Bevollmächtigten Joseph Bonaparte vom 11. und 15. November 1800 (*Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, pièce 77., fol 173 r et v, pièce 87., fol 187 r et v; gedruckt in: *Du Casse*, *Histoire des négociations diplomatiques*, Tome II, *Traité de Lunéville*, p. 70-72 (71-72), 85-87) und *Roberts*, *The negotiations preceding the peace of Lunéville*, III, in: *Transactions Roy Hist Soc*, Vol XV, p. 82-83).

³³⁶ Großbritannien war in den Seetreffen gegen:

die Französische Republik: Toulon vom 27. Aug.-18. Dez. 1793 (*Chevalier*, *Histoire de la Marine française sous la première République*, Livre II, V, p. 73-83), westlich der bretonischen Insel Quessant vom 28. Mai-1. Juni 1794 (*Chevalier* ebd., Livre IV, II-IV, p. 129-153), beim bretonischen Lorient (Isle Groix) am 23. Juni 1795 (*Chevalier* ebd., Livre VI, I, p. 201-215), beim ägyptischen Aboukir vom 1.-2. Aug. 1798 (oben, S. 244-245)

und ihren Verbündeten, Batavischen Republik: beim Kap der Guten Hoffnung am 16. Aug. 1796 (*Posselts Annalen*, Jahrg. 1797, 3. Band, 9. Stueck, III., II., §. 2., 1., S. 310-313), beim holländischen Kamperduin am 11. Okt. 1797 (*Posselts* ebd., Jahrg. 1798, 3. Band, 9. Stueck, I., Erster Abschnitt, §. 3., S. 245-254), beim

erworbenen großen französisch³³⁸-holländisch³³⁹-spanischen³⁴⁰ Kolonialbesitz für den in Lunéville abzuschließenden Festlandfrieden auch die kaiserliche Verhandlungsposition

holländischen Den Halder vom 29.-30. Aug. 1799 (*Fortescue*, A history of the British army, Vol. IV-Part II, Book XII, Chap. XXIII, p. 653-657) und

Königreich Spanien: beim portugiesischen Kap St. Vincent am 14. Febr. 1797 (*Chevalier* ebd., Livre IX, I, p. 317-320)

stets siegreich geblieben.

Hauterive in seinem im brumaire an IX (Okt. 1800) erschienenen *De l'État de la France à la fin de l'an VIII* „... Les vaisseaux de l'Angleterre couvrent toutes les mers: elle envoie des soldats, des armes, de l'or, des agents sur les quatre parties du Monde; il n'existe pas de colonie assez éloignée que ses expéditions lointaines ne menacent; ...“ (Chap. IV., p. 117-118)

und *Emerich* in seinem am 20 floréal an IX (10. Mai 1801) erschienenen *Blick in die Zukunft bei dem Lunéviller Frieden*, S. 23 „... Mag nun England als Gegenstück zu diesem Gemälde auftreten. Groß und furchtbar steht es da im Augenblicke eines Friedens, den sein unbiegsamer Starsin durch tausend Verirrungen eben so gut erschaffen half, als das unwandelbare Wohlwollen des Gluecks fuer Frankreich. Europas gesammte Flotte kann sich mit der Englischen allein nicht messen. ...“.

³³⁷ Nach der im *Moniteur*, 23 messidor an X (12 juin 1802) erschienenen Abhandlung von *Peuchet* hatte Frankreich im Jahre 1788 unter den Seevölkern den bedeutendsten und vorteilhaftesten Handel mit seinen Kolonien. Aus seinen Niederlassungen von den Antillen und in Guyana bezog es eine Einfuhr an Produkten nach Frankreich von 218 Millionen Francs mittelst 686 Schiffen, welche allein dem Seehandel einen Gewinn von 17 Millionen Francs einbrachten. Die Ausfuhr von Produkten und Waren von Frankreich nach seinen Kolonien betrug 76 Millionen Francs, beschäftigte 677 Schiffe und gab dem Seehandel einen Gewinn von 19 Millionen Francs. Zum Ankauf von Farbigen in Afrika wurden 16-17 Millionen Francs verwandt, wofür 30 000 Neger erkaufte wurden und auf 105 Schiffen erfolgte. Insgesamt erbrachte der reine Handelsverkehr zwischen Frankreich und seinen Kolonien einen Gewinn von 56 Millionen Francs. Durch den Verkauf von den Kolonialwaren erhielt es zudem eine beträchtliche Schuldforderung gegen alle Nationen Europas, was ihm einen sehr großen Handelskredit für das Ausland ermöglichte (*Moniteur*, Tridi, 23 messidor an 10 ..., N^o 293, Colonies, p. 1205).

Nach *Hauterive*, *De l'État de la France à la fin de l'an VIII* bewirkten die Entstehung eines neuen Reiches im Norden von Europa Russland, die Erhebung Preußens zum Rang der ersten Mächte und die ungeheure Erweiterung des Kolonial- und See-Systems in allen vier Erdteilen die Veränderung der im Westfälischen Friedensschluss und seinen nachfolgenden Verträgen festgesetzten oder vorbereiteten Verhältnissen (Chap. I., p. 3-29). Die Erweiterung des See- und Kolonialsystems mit insbesondere des Wohlstandes und der Macht der Seestädte, des Zuwachses der Industrie auf dem Lande hatte insbesondere am meisten die föderativen Verhältnisse Frankreichs, seine Beziehungen zu anderen Staaten und damit auch zu jenen der großen Staaten Europas getroffen und hatte die Entwicklung des Seesystems über die Interessen obsiegt, welche die Mächte des Festlandes im Westfälischen Frieden vereinigen sollte, und die Natur ihrer Verhältnisse und Verbindungen fast gänzlich verändert (Chap. III., p. 53-55).

³³⁸ Westindische Inseln:

Tobago am 14. April 1793 (*Duffy*, *Soldiers, sugar and seapower*, Introduction, I, 5., p. 33-35), Martinique vom 6. Febr.-22. März 1794 (*Duffy* ebd., Part 1, 3, 2. und 3., p. 67-88), Marie-Galante, Desiderade und 8 Inselchen Saintes vom 9.-20. April 1794 (*Duffy* ebd., Part 1, 4, 1., p. 93-95), Sainte-Lucie vom 26. April-25. Mai 1796 (*Duffy* ebd., Part 2, 9, 3., p. 221-236), sein ²/₅ Teil von Saint-Martin am 24. März 1801 (*Duffy* ebd., Epilogue, 13, 5., p. 323-324),

Nordamerika: das Inselarchipel Saint-Pierre et Miquelon – Rest des ehemaligen kanadischen Besitzes – am 14. Mai 1793 (*Martin*, *L'Empire renaissant*, 1. Partie, 2., De Saint-Pierre ..., p. 47),

Indien: Niederlassungen Yanaon im Juli 1793 (*Sen*, *The French in India 1763-1816*, Chap. XVII, Yanam, p. 490, Chandernagore, VIII., p. 472), Chandernagor am 11. Juni 1793 (*Sen* ebd., Chap. XVII, Chandernagore, VIII., p. 472), Karikal am 19. Juni 1793 (*Sen* ebd., Chap. XVII, Karikal, II., p. 486), Mahé am 16. Juli 1793 und sein Kontor Calicut im Juni 1793 (*Sen* ebd., Chap. XVII, Mahe, III., p. 481 mit Calicut and Surat, p. 481), Pondichéry, der Hauptort von Französisch-Indien am 22./23. Aug. 1793 (*Sen* ebd., Chap. XVI, IX., p. 445-449),

Tipu Sahib Sultan von Mysore, in freundschaftlichem Verhältnis zu Frankreich stehend und mit diesem ein Offensiv- und Defensivbündnis eingehend, worauf der Plan Bonapartes zur Vertreibung der Briten aus Indien beruhte, verlor 1790-1792 und von Febr.-4. Mai 1799 seine Gebiete an die britische East India Compagny und den mit ihr sympathisierenden Fürsten (*Forrest*, Tiger of Mysore, 12-14, p. 149-202 und *Martens*, Traités puissances de l'Europe, Supplément, Tome II, N° 27. u. 28., p. 192-225), was die Französische Republik in Indien zusätzlich schwächte,

im Indischen Ozean: Seychellen-Archipel, ca. 20 Insel, 1794 verständigten sie sich mit englischen Kriegsschiffen zu ihrer Neutralität (*Saintoyant*, La Colonisation française pendant la période napoléonienne, 3. Partie, Chap. VIII, p. 426),

Afrika: Niederlassung Ouidah in Dahomey (Goldküste) zerstört am 30. Aug. 1792 (*Saintoyant*, La Colonisation française sous l'ancien régime, Tome II, 4. Partie, Chap. V, p. 383-384), Insel Gorée (vor Senegal) im April 1800 (*Biarnès*, Les Français en Afrique Noire, (I.) Le temps de la traite, 2, p. 61), Niederlassung Foulpointe (östliche Küste Madagaskars) im Nov. 1796 (*Saintoyant*, La Colonisation française pendant la période napoléonienne, 3. Partie, Chap. VIII, p. 420).

Saint-Domingue, der wichtigsten Kolonie Frankreichs (*Posselts Annalen*, Jahrg. 1802, 1. Band, 2. Stueck, IV., §. 1., S. 189-199, Jahrg. 1797, 3. Band, 9. Stueck, III., II., §. 3., 1., S. 317, insb. Diese Insel allein trug ihm mehr ein, als vier seiner schoensten Provinzen: ...“), war nach Aufständen der weißen Kreolen und der Farbigen gegen das örtliche und gegen das Pariser Ancien Régime im Aug. 1791 der Aufstand der Negersklaven ausgebrochen, dem sich die Farbigen anschlossen und diesen auch zeit- und teilweise anführten. Mit den Revolutionskriegen besetzten Spanien, welches den anderen und doppelt so großen Teil der Insel Haiti zu seiner Kolonie Santo Domingo besaß, während der Jahre 1793/94 seine Nordprovinz und Großbritannien seine West- und Südprovinzen nahezu. Sie wurden jedoch von den beiden feindlichen aufständischen Parteien, den von Toussaint Louverture angeführten Negersklaven im Norden und den Farbigen unter Rigaud im Süden wieder verdrängt. Das Pariser Direktorium konnte sich des Aufstandes insbesondere auch wegen der von der Convention nationale erlassenen beiden Dekreten v. 28 mars 1792 über die Gleichstellung der Farbigen und der freien Neger in den Kolonien mit den weißen Pflanzern (*Duvergier*, Collection des lois, Tome IV, p. 90-91) und v. 16 pluviôse an II (4 févr. 1794) über die Abschaffung der Negersklaverei in den Kolonien (*Duvergier* ebd., Tome VII, p. 30) nicht mehr bemächtigen. Im Aug. 1800 war Toussaint Louverture Alleinherrscher von Saint-Domingue und kontrollierte Ende Jan. 1801 die gesamte Insel (*James*, The black Jacobins, I-X, p. 6-240 mit card (vor Titelblatt)),

³³⁹ Nach dem Einmarsch der armée du Nord Jourdans im Winter 1794 in das Gebiet der Republik der Vereinigten Provinzen mit der Flucht von Erbstatthalter Wilhelm V. um die Jahreswende nach England (unten, S. 872), womit Großbritannien befürchtete, die Französische Republik könnte sich nunmehr auch des niederländischen Kolonialbesitzes bemächtigen, bewog es den in Kew bei London residierenden Wilhelm V., welche Erbstatthalter seit 1749 auch Direktoren der niederländischen Ost-Indischen Gesellschaft waren (*Klerk de Reus*, Geschichtlicher Ueberblick der niederländisch-ostindischen Compagnie, (B.), (I), 6., p. 59-67), sich in einem Zirkular-Brief am 7. Febr. 1795 an die überseeischen niederländischen Gouverneure und Kommandanten zu wenden. Sie sollten sich mit ihren Gebieten in den Schutz der britischen Truppen begeben, welche britische Majestät versprochen habe, bei der Rückkehr der rechtmäßigen Regierung in den Niederlande, diese zurückzugeben. König Georg III. von Großbritannien hatte auch dem Freistaat der Vereinigten Niederlande am 15. Sept. 1795 den Krieg erklärt (*Tarling*, Anglo-Dutch rivalry, Chap. 3, p. 51-53; *Geschiedenis van Nederlandsch Indië*, Deel IV, 23. Hoofdstuk, Bl. 361-362 und *Posselts Annalen*, Jahrgang 1796, 1. Band, 1. Stueck, IV., S. 80-82),

Vorgebirge der Guten Hoffnung: von Mitte Juni bis 16. Sept. 1795 (*Fortescue*, A history of the British army, Vol. IV-Part I, Book XII, Chap. XV, p. 394-401, (Part III), Map (23.): Cape of Good Hope ...),

Indien: Niederlassungen Chinsura im Juni 1795 (*Kail*, The Dutch in India, Chap. XI, p. 192), Pulicut am 16. Juli 1795 (*Kail* ebd., Chap. VII, p. 94-99), Cochin am 19. Okt. 1795 (*Kail* ebd., Chap. XI, p. 192-193, 195-201),

Ceylon: ein großer Teil, insbesondere die Küstengebiete von Anfang Aug. 1795 bis Mitte Febr. 1796 (*Pieris*, Ceylon and the Hollanders 1658-1796, Chap. X., p. 106-111),

Ostindien:

Halbinsel Malakka, die Stadt und Hafen Malakka am 18. Aug. 1795 (*Tarling*, Anglo-Dutch rivalry, Chap. 3, p. 53-54 und *Fortescue*, A history of the British army, Vol. IV-Part II, Book XII, Chap. XV, p. 404),

gestärkt gewesen wäre,³⁴¹ kündigte auf Anweisung der französischen Regierung Moreau am 12. November den Waffenstillstand bis zum 28. November 1800 auf.³⁴²

Die hinter dem Inn bei Mühldorf und Braunau zusammengezogenen kaiserlich-österreichischen Truppen sollten nach dem Operationsplan eine offensive Schlacht suchen. Ihre Hauptmacht³⁴³ überschritt auch in der Nacht vom 30. November zum 1. Dezember den Inn bei Mühldorf und Kraiburg. Der von ihrem Oberbefehlshaber Erzherzog Johann

Insel Sumatra, der Kommandement in Padang am 30. Nov. 1795, die Posten an der Westküste während der 2. Hälfte 1795 (*Encyclopaedie van Nederlandsch-Indië*, III. Deel, Padang. Hoofplaats ..., Bl. 236 und *Klerk de Reus*, Geschichtlicher Ueberblick der niederländisch-ostindische Compagnie, (A), S. XLIV),

Molukken-Gewürzinseln, die davon schatzbarsten Teile, Gouvernements von Banda am 9.-10. März 1796, von Amboina am 16.-17. Febr. 1797, von Ternate im März und April 1797 und nach vorläufiger Rückgewinnung mit französischer Hilfe im Juli 1799 am 21./23. Juni 1801 kapitulierte (*Fortescue*, A history of the British army, Vol. IV-Part II, Book XII, Chap. XV, p. 404-405 und *Geschiedenis van Nederlandsch Indië*, Deel IV, 23. Hoofdstuk, Bl. 378-379),

Insel Celebes, die Hauptstadt Manado und nördlichen Teile im Febr. 1797 (*Geschiedenis van Nederlandsch Indië* ebd., Bl. 378),

südamerikanisch Guyana: die Niederlassungen Essequibo am 22. April 1796, Berbice am 3. Mai 1796 (*Daly*, The making of Guyana, Chap. 12, p. 115) und Surinam am 20./22. Aug. 1799 (*Duffy*, Soldiers, sugar and seapower, Epilogue, 4., p. 315-316),

westindische Curaçao-Inseln: am 13. Sept. 1800 (*Duffy*, Soldiers, sugar and seapower, Epilogue, 13, 3., p. 317-318).

³⁴⁰ Westindische Insel Trinidad: am 17./18. Febr. 1797 (*Duffy*, Soldiers, sugar and seapower Part 3, 12, 3., p. 276-283),

Mittelmeerinsel Menorca: vom 7.-15. Nov. 1798 (*Fortescue*, A history of the British army, Vol IV.-Part II, Book XII, Chap. XXII, p. 615-619), (Part III), Map (25., 3)), Minorca).

³⁴¹ Damit war nicht nur eine rein verfahrensmäßige Teilnahme Großbritanniens an dem zwischen der Französischen Republik und dem Reich abzuschließenden Festlandsfrieden intendiert. Vielmehr und wie dies auch von Österreich und Großbritannien in ihren zuvor abgeschlossenen Bündnisverträgen am 30. Aug. 1793 und am 20. Mai 1795 vereinbart gewesen war: die Waffen, es sei denn in einem gemeinsamen Einverständnis nicht eher niederzulegen, bis sie in allen ihren vor dem Krieg besessenen Länder wieder restituiert sind (*Martens*, Traités puissances de l'Europe, Tome V, N° 24., p. 170, 172, 174 (Art. IV, p. 172), Tome VI, N° 67., p. 522, 524, 526, 528, 530 (Art. II u. IV, p. 522, 524), sollte eine inhaltliche Verbindung des von dem Reich mit der Französischen Republik abzuschließenden Festlandfrieden mit dem von Großbritannien mit der Französischen Republik abzuschließenden Seefrieden hergestellt werden (dies ausdrückende Note Cobenzls an den französischen Bvollmächtigten Joseph Bonaparte vom 26. Nov. 1800 (*Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, pièce 102., fol 220 r-fol 225 r (fol 223 r et v; gedruckt in: *Du Casse*, Histoire des négociations diplomatiques Tome II, Traités de Lunéville, p. 133-141 (138-139)).

Teutsche Staatskanzley, Jahrg. 1800, V. Band, 2. Abschnitt, S. 83 „... Oesterreich wagte seinem System und seiner Lage nach ganz nichts, wenn es seinem Alliirten von den geschehenen Friedensantraegen Nachricht gab, im Gegentheile konnte es allem Anscheine nach durch den Antheil Großbritanniens an den Unterhandlungen nur gewinnen, weil die damalige widrige Kriegslage Oesterreichs durch die glänzende Eroberungen und furchtbare Seeherrschaft seines Alliirten aufgewogen wurde. ...“.

³⁴² *Posselts Annalen*, Jahrg. 1801, 1. Band, 2. Stueck, III., 7., S. 116-117 und *Günther*, Geschichte des Feldzuges von 1800, IV., S. 137.

³⁴³ Ihre Avantgarde war bereits am 28. November von Eggenfelden bis nach Landshut vorgerückt.

befehligte $\frac{2}{3}$ Armeeteil konnte am 1. Dezember 1800 bei dem nahegelegenen Haun gegen zwei halb so starke französische Divisionen gewinnen.³⁴⁴

Jedoch besiegte Moreau in der von ihm zur Austragung der Hauptschlacht selber ausgewählten bei dem Dorf Hohenlinden gelegenen Ebene³⁴⁵ mit seiner noch 49 000 Mann starken armée du Rhin die mit 57 000 Mann kämpfenden kaiserlich-österreichischen Truppen, in welchen auch ein pfalz-bayerisches Subsidienkorps von 9 221 Mann mittritt, vernichtend.³⁴⁶ Den französischen Verlusten von 2 500 Mann standen österreichische von 11 860 zuzüglich pfalz-bayerische von 1 694 gegenüber.³⁴⁷

Zu dem Ausmaß der erlittenen kaiserlichen Niederlage:

*die von den Konsulen der Französischen Republik an das Corps Législatif gerichteten Botschaft vom 12 nivôse an IX (2 janv. 1801), in allen Zeitungen veröffentlicht*³⁴⁸:

„... La victoire de Hohenlinden a retenti dans toute l'Europe; elle sera comptée par l'histoire au nombre des plus belles journées qui aient illustré la valeur français;
...“³⁴⁹

Posselt in seinen im Jahre 1801 erschienen Annalen:

„... Die S c h l a c h t b e i H o h e n l i n d e n, so glaenzend und so entscheidend, muste die groesten Erfolge herbeifuehren. ...“³⁵⁰

die von einem *Offizier* des moreauschen Generalstabes geschriebene im Jahre 1801 erschienene Abhandlung „Moreau und sein letzter Feldzug“:

³⁴⁴ Dies bei einem eigenen Verlust von 3 070 Mann gegen 600 Franzosen (*Schleifer*, Die Schlacht bei Hohenlinden, Einleitung, Treffen bei Hanau ..., S. 10).

³⁴⁵ Auf der Straße von Haun nach München und 34 km östlich von diesem.

³⁴⁶ *Posselts Annalen*, Jahrg. 1801, 1. Band, 2. Stueck, III., 7., S. 112-141; *Schleifer*, Die Schlacht bei Hohenlinden, Einleitung, S. 3-12, Die Schlacht bei Hohenlinden ..., S. 12-35, Die Entscheidung, S. 35-41, Die Nachmittagskämpfe ..., S. 41-48 mit (Karte) und Legende ..., am Ende; *Der Feldzug von 1800 in Deutschland*, in: *Oest mil Z*, Jahrg. 1836, III. Band, 9. Heft, I., S. 248-256, IV. Band, 10. Heft, I., S. 3-37; *Günther*, Geschichte des Feldzuges von 1800, IV., S. 135-145 mit Anm., S. 188-189 und Uebersicht ..., S. 194; *Teutsche Staatskanzley*, Jahrg. 1800, IV. Band, 2. Abschnitt, §. 26.-§. 28., S. 232-259; *Bonaparte*, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome XXX Oeuvres de Napoléon I^{er} à Sainte-Hélène, Diplomatie. - Guerre, VII., p. 507-513; *Quellen der Kriege von 1799 und 1800*, II. Band, V., Einschaltung. ..., I., S. 386-392, 201.-232., S. 405-450, 234.-241., S. 452-472, 243. u. 244., S. 473-480; *Moreau und sein letzter Feldzug*, S. 69-100 und *O. Bezzel*, Geschichte des Kurpfalzbayerischen Heeres, Die Feldzüge, Die Reichskriege gegen Frankreich, Das Subsidienkorps, S. 600-615 mit Skizze 14. (am Ende) und Anlage, 17., S. 738.

³⁴⁷ Nach anderer Angabe französische Verluste nur 1 300 Mann. Die österreichischen Verluste: 978 Tote, 3 687 Verwundete, 7 195 Gefangene, 50 Geschütze und 85 Munitionswagen. Die 1 694 Verluste des pfalz-bayerischen Subsidienkorps: hauptsächlich Gefangene, 24 Tote und 90 Verwundete, 18 Liniengeschütze und 39 Munitionswagen (*Schleifer*, Die Schlacht bei Hohenlinden, Die Nachmittagskämpfe ..., Verluste ..., S. 46).

³⁴⁸ *Du Casse*, Histoire des négociations diplomatiques, Tome II, Traité de Lunéville, p. 208, Fußnote.

³⁴⁹ *Moniteur*, Duodi et tridi, 12 et 13 nivôse, an 9 ..., N^o 102 et 103., ACTES DU GOUVERNEMENT, Du 12 nivôse an 9. Les consuls de la république au corps-législatif, p. 414-415 (414).

³⁵⁰ Jahrg. 1801, 1. Band, 2. Stueck, III., 7., S. 141.

„... Die Geschichte zaehlt wenig Beispiele von Niederlagen, wie die der Kaiserlichen bei Hohenlinden war. ...“³⁵¹

Miot de Melito, Mitglied des Conseil d'État in seinen Mémoires:

„... Les hostilités étaient commencées; l'armée d'Allemagne venait d'ouvrir une campagne d'hiver, et le 11 frimaire (2 décembre), Moreau avait remporté à Hohenlinden en Bavière une victoire aussi brillante que compète sur les Autrichiens. ...“³⁵²

Quellen zur Geschichte der Kriege von 1799 und 1800:

„... Wie Bonaparte bei Marengo, so hatte Moreau bei Hohenlinden nicht bloss einen Sieg, sondern die Entscheidung eines Feldzuges, ja man könnte sagen eines Krieges erfochten. An Toten und Gefangenen hatten Österreicher und Bayern gegen 15000 Mann verloren. Und was über den Inn zurückgelangte, war völlig erschöpft, mutlos, alles Vertrauen zu den Anführern bar, zu nachhaltigem Widerstande unfähig. ...“³⁵³

Schleifer, Die Schlacht bei Hohenlinden:

„... So endete die Schlacht bei Hohenlinden; es war die letzte große Waffenthat der ersten französischen Republik. Die Franzosen schreiben ihren bedeutenden Sieg besonders dem Umstande zu, daß alle Befehle stricte ausgeführt wurden. ...“³⁵⁴

und *Niebuhr*, Geschichte des Zeitalters der Revolution:

„... Hier war es, wo am 3. December der Erzherzog Johann die entsetzliche Niederlage bei Hohenlinden erlitt; das österreichische Heer ward ganz vernichtet und Moreau hätte auf Wien marschiren können. ...“³⁵⁵

i) Die Einkreisung der österreichischen Lande

Angesichts der zu einer Verteidigung nicht mehr fähigen kaiserlich-österreichischen Truppen stieß Moreau mit seiner armée du Rhin nach weiteren Gefechten aus dem Herzogtum Baiern in das Erzstift Salzburg³⁵⁶ und durch dieses weit in das Erzherzogtum Österreich vor.

³⁵¹ S. 17.

³⁵² Mémoires, Tome I, Chap. XII., p. 351-352 mit Chap. X., p. 321-322.

³⁵³ II. Band, V., Einschaltung. ..., I., S. 392 (Vorwort).

³⁵⁴ Die Nachmittagskämpfe und das Ende der Schlacht, S. 47.

³⁵⁵ II. Band, XXIV., 3. Dec. 1800. S. 176.

³⁵⁶ Erreichte Salzburg am 14. Dezember 1800.

Am 25. Dezember wurde in Steyr 100 km vor Wien der für Deutschland geltende Waffenstillstand vereinbart.³⁵⁷

Währenddessen drang seit dem 12. November vom unteren Main die armée Gallo-Batave Augereaus mit 12 000 Mann gegen die 29 000 Mann zählende kaiserlich-österreichischen Truppen Albinis in das Fränkische vor. Sie bezog am 27. Dezember ihr Hauptquartier in Nürnberg und hielt ihre auf Amberg und die Naab vorrückenden Truppen bei dem Erhalt der Nachricht von dem am 25. Dezember vereinbarten Steyrer Waffenstillstand am 30. Dezember an.³⁵⁸

In Italien eröffnete die die mittel- und oberitalienischen Gebiet kontrollierende armée d'Italie unter Brune³⁵⁹ am 24. November 1800 zwischen der Chiesa und dem Mincio mit

³⁵⁷ Moreau überschritt mit seiner armée du Rhin den Inn zwischen Kufstein und Rosenheim bei Neubeuren am 9. Dez. und bei Rosenheim am 9./10. Dez., setzte am 13. Dez. zwischen Lauffen und Salzburg über die Salzach und rückte nach einem hartnäckigen Gefecht am 14. Dez. am nächsten Tag in Salzburg ein. Nach erneuten Gefechten bei Frankenmarkt am 17., Vöklabruk und Schwanstadt am 18., Lambach am 19., wobei Erzherzog Carl am Tage zuvor das Oberkommando über die kaiserlich-österreichischen Truppen übernommen hatte, überschritt die armée du Rhin am 19. die dortige Brücke über den Traun und am 20. diesen bei Wels und besetzte am gleichen Tag Linz. Am 21. ging er bei Steyr über die Ens und kamen seine Vorposten bis zu dem hier am 25. Dez. vereinbarte Waffenstillstand 22 Marschstunden = ca. 100 Meilen vor Wien an. Moreau hatte in den letzten 26 Tagen 20 000 Gefangene gemacht, weitere 20 000 Mann außer Gefecht gesetzt und 150 Kanonen, 400 Caissons (Proviant- Munitionswägen) und 6 000 Fahrzeuge aller Art erbeutet (*Posselts Annalen*, Jahrg. 1801, 1. Band, 2. Stueck, III., 7., S. 141-174; *Günther*, Geschichte des Feldzuges von 1800, IV., S. 145-151 mit Uebersicht ..., S. 194-195; *Der Feldzug von 1800 in Deutschland*, in: *Oest mil Z*, Jahrg. 1836, IV. Band, 10. Heft, I., S. 37 u. 38, 11. Heft, III., S. 197-210, 211-224; *Quellen der Kriege von 1799 und 1800*, II. Band, V., 233., S. 451-452, 242., S. 472-473, 245.-271., S. 480-507, 274.-277., S. 511-514; *Moreau und sein letzter Feldzug*, S. 100-131 und *Teutsche Staatskanzley*, Jahrg. 1800, IV. Band, 2. Abschnitt, §. 29.-§. 32., S. 259-284, §. 33., S. 284-286).

³⁵⁸ Am unteren Main war die von Augereau zusammengezogene armée Gallo-Batave nach der am 9. Nov. erfolgten Aufkündigung des Waffenstillstandes, seit dem 24. Nov. geführt in 3 Divisionen in das fränkische Gebiet vorgedrungen. Ihr standen das Korps Klenau mit 5 190 in Stadt am Hof, Herzog Wilhelm von Baiern mit 12 000 Subsidiären bei Sulzbach, das Korps Simbschen mit 10 000 zwischen Bamberg und Forchheim und Albini mit 2 000 Mainzer in Aschaffenburg gegenüber, welche 4 Truppenteile nominell unter Albini standen, jedoch selbstständig operierten. Am 25. Nov. rückten Truppen der armée Gallo-Batave in Aschaffenburg ein, besetzte ihre batavische Division Dumonceau Würzburg am 30. Nov. und belagerte seine Zitadelle. Ihre beiden französischen Divisionen Barbou und Duhesme warfen das Simbsche Korps zurück und besetzten über die Regnitz vordringend, am 16. Dez. Nürnberg, Würzburg, Bamberg und Forchheim. Das Simbsche Korps konnte zwar nach Erhalt von Verstärkung des am 13. Dez. von Regensburg aufbrechenden Korps Klenau in den am 18. Dez. bis zum 22. Dez. zwischen Nürnberg und dem dieser Reichsstadt zugehörenden Lauf stattgefundenen Treffen die französischen Truppen wieder über die Regnitz zurückweisen. Jedoch zwang der dies erkennende Moreau mit der Wegnahme der den Reichstag residierenden Reichsstadt Regensburg am 26. Dez. das in seinem Rücken dadurch bedrohte Korps Lenau, sich wieder am nächsten Tag vom Simbschen Korps abzusetzen. Die nachfolgende armée Gallo-Batave bezog am nächsten Tag erneut ihr Hauptquartier in Nürnberg und wurden ihre auf Amberg und die Naab vorrückenden Truppen durch den Erhalt der Nachricht am 30. Dez. von dem am 25. Dez. in Steyr in Deutschland abgeschlossenen Waffenstillstand unterbrochen (*Posselts Annalen*, Jahrg. 1801, 1. Band, 2. Stueck, III., 8., S. 174-184; *Günther*, Geschichte des Feldzuges von 1800, IV. S. 151-152, Uebersicht ..., S. 194-195; *Teutsche Staatskanzley*, Jahrg. 1800, IV. Band, 2. Abschnitt, §. 33., S. 285-288; *Der Feldzug von 1800 in Deutschland*, in: *Oest mil Z*, Jahrg. 1836, IV. Band, 11. Heft, III., S. 194-197, 210-216 und *Frankreichs Streitkrafte*, Feldzug von 1800, S. 43).

³⁵⁹ Auf dem italienischen Kriegsschauplatz, welche dortige armée d'Italie seit dem 24. Aug. unter dem Oberbefehl von Brune und die dortigen österreichischen Truppen seit dem kaiserlichen Erscheinen im Hauptquartier Altötting am 7. Sept. unter dem Befehl von Bellegarde standen, verlängerte die am 29. Sept in

55 000 Mann gegen die dortigen 49 900 österreichischen Truppen die Feindseligkeiten. Nach Vordringen von Moreau in das Erzherzogtum Österreich im letzten Drittel im Dezember überschritt sie am 25./26. Dezember den Mincio. Nach hartnäckigen Gefechten mit erheblichen Verlusten mussten sich die österreichischen Truppen sich am 27. Dezember hinter die Etsch, am 8. Januar 1801 über die Brenta und am 13. Januar über die noch weiter süd-östliche Piave zurückziehen.³⁶⁰

In dem von Moreau mit Erzherzog Karl am 25. Dezember 1800 in Steyr in Deutschland für die beiden armée du Rhin, armée Gallo-Batave und die kaiserlichen Truppen mit ihren Verbündeten für eine 30 tägige Dauer abgeschlossenen Waffenstillstand versprach der Kaiser, sofort mit der Französischen Republik den Frieden zu verhandeln, welches auch die Entschließung seiner Alliierten sein möge. Auch wurden die Festungen Kufstein, Scharniz, Würzburg, Braunau den französischen Truppen übergeben und räumten die kaiserlichen Truppen das nördliche Tirol.³⁶¹

In dem in Italien am 16. Januar 1801 in Treviso vereinbarten Waffenstillstand wurden die Flüsse Livenza und Tagliamento als die Demarkationslinien zwischen den französischen und österreichischen Truppen festgelegt und mussten die festen Plätze Peschiera, Sermione,

Castiglione abgeschlossene Konvention den Waffenstillstand mit selbiger Dauer wie der am 20. Sept. in Hohenlinden in Deutschland vereinbarte bis zum 4. Nov. 1800.

In dem von dem Waffenstillstand nicht miteinbezogenen Großherzogtum Toskana marschierte ein Korps der armée d'Italie vom 8. bis 19. Okt. zu ihrem eigenen Schutz und zur Niederhaltung von dortigen Aufständischen und den österreichischen Truppen ein und besetzten es. Nach der von Brune am 13. Okt erfolgten Aufkündigung des Waffenstillstandes wurde dieser wegen den in Lunéville zu erwartenden Friedensverhandlungen (eröffnet am 9. Nov. 1800) und der Abhängigkeit der französischen und österreichischen Oberbefehlshaber in Italien vom deutschen Kriegsschauplatz am 20. Okt. nochmals um 4 Wochen verlängert. Zur armée d'Italie stieß die aus der 2. armée de Réserve in Graubünden zusammengezogene und die Herstellung einer Verbindung zwischen der armée du Rhin Moreaus und der armée d'Italie aufgebenen und von dem Waffenstillstand nicht mit betroffenen armée des Grisons Macdonalds mit 13 700 Mann, welcher vom 25. Nov. bis 6. Dez. unter größten Anstrengungen der Übergang über den Splügen-Paß in das südliche Tirol bis Trient glückte (*Posselts Annalen*, Jahrg. 1801, 2. Band, 4. Stueck, I., 9., S. 3, 4-24; *Mras*, Der Feldzug 1800 in Italien, in: *Oest mil Z*, Jahrg. 1828, I. Band, 1. Heft, II., S. 34-56, 2. Heft, II., S. 172-188, 3. Heft, II., S. 274-289, II. Band, 4. Heft, IV., S. 302-330, III. Band, 7. Heft, II., S. 68-71; *Günther*, Geschichte des Feldzuges von 1800, IV., S. 153-164 mit Anm., S. 189, Uebersicht ..., S. 194-195; *Teutsche Staatskanzley*, Jahrg. 1800, IV. Band, 2. Abschnitt, §. 34., S. 288-292; *Martens*, Traités puissances de l'Europe, Tome VII, 63., c., p. 414-415; *Quellen der Kriege von 1799 und 1800*, II. Band, I., V., S. 27, IV., S. 167-173, V., 197. u. 198., S. 376-377 und *Frankreichs Streitkraefte*, Feldzug 1800, S. 43).

³⁶⁰ Bei den Kämpfen der die Mincio am 25./26. Dez. bei La Volta und Moncambano überschreitenden Truppen der armée d'Italie erlitten die Österreicher 8 339 Tote, Verwundete und Gefangene. Nach deren Zurückweichen über die Etsch am 27. Dez. übersetzte die armée d'Italie am 1./2. Jan. 1801 bei Bussolengo über diese. Von den österreichischen Truppen wurden besetzt Verona am 3. Jan., Vicenza am 8. Jan., Padua am 10. Jan. und Venedig von der Landseite gänzlich abgeschlossen (*Posselts Annalen*, Jahrg. 1801, 2. Band, 4. Stueck, I., 9., S. 3-4, 24-41; *Mras*, Der Feldzug 1800 in Italien, in: *Oest mil Z*, Jahrg. 1828, II. Band, 4. Heft, IV., S. 325-330, III. Band, 7. Heft, II., S.35-68, 8. Heft, I., S. 117-169, 9. Heft, III., S. 307-323, IV. Band, 10. Heft, II., S. 33-64; *Günther*, Geschichte des Feldzuges von 1800, IV., S. 164-172 mit Anm., S. 189-190, Uebersicht ..., S. 195 und *Quellen der Kriege von 1799 und 1800*, II. Band, I., V., S. 27, IV., S. 173-190, V., 278.-281., S. 515-524).

³⁶¹ Als Demarkationslinie der beiden Armeen wurde die Tiroler Grenze, die Heeresstraße nach St. Michael, die Mur bis nach Leoben, das linke Erlauer von Marienzell bis München, das rechte Donauufer bis Regensburg, von dort über Stadt am Hof, Laber, Parsdorf, Nürnberg, Erlangen nach Baiersdorf (*Quellen der Kriege von 1799 und 1800*, II. Band, V., 273., S. 508-511).

Verona, Legnago, Ferrara und Ancona in 6 Wochen von den österreichischen Truppen geräumt werden.³⁶²

In dem von diesem Waffenstillstand nicht betroffenen Königreich beider Sizilien Ferdinands IV. besiegte die 3. armée de Réserve Murats mit 8 500 Mann bei Siena am 14. Januar 6 000 Mann der neapolitanischen Truppen und mussten diese, nachdem Anfang Februar weitere 12 000 Mann von der armée d'Italie zu Murat stießen, den Kirchenstaat wieder gänzlich räumen.³⁶³

j) Ergebnis

Die von den kaiserlich-österreichischen Armeen in den Schlachten von Marengo in Oberitalien und Hohenlinden in Süddeutschland am 3. Dezember 1800 erlittenen vernichtende Niederlagen und die anschließende Einkreisung und Umfassung der österreichischen Länder von Franken, Baiern und Oberitalien durch die Franzosen, aus welcher sich die allein für das Reich noch kämpfenden österreichischen Truppen nicht mehr befreien konnten, hatten bewirkt, dass das Reich den Krieg gegen die Französische Republik nicht mehr gewinnen konnte.

Posselt in seinen im Jahre 1801 erschienenen Annalen:

„... Die Arme des Generals *B r u n e* hielt izt das ganze obere Italien vom Var bis zum Livenza=Fluß, im mittlern ganz Toscana, Modena, Ferrara, Bologna, Romagna, und die Festung Ancona; die des Generals *M a c d o n a l d*, das welche Tirol; die des Generals *M o r e a u*, den uebrigen Theil Tirols, ganz Schwaben, Baiern, den groesten Theil Oesterreichs; endlich die des Generals *A u g e r e a u*, den fraenkischen und den auf dem rechten RheinUfer liegenden Theil des kurrheinischen Kreises besetzt. ...“³⁶⁴

Gentz, Ueber den Ursprung und den Charakter des Krieges gegen die Franzoesische Revolution:

„... Nun unterstuetzten sich die beiden Franzoesischen Armeen wechselweise durch die fortschreitende Entwicklung ihrer Kraefte, zogen engre und immer engre Linien um den Mittelpunkt des feindlichen Staates, und bewirkten ihre

³⁶² Zwischen den beiden Demarkationslinien durften keine Truppen stationiert werden, welche beiden Linien nach Durchschneidung des zwischen dem Venezianischen und dem Tirol gelegenen Gebirges sich bei Lienz im Pustertal an die Demarkationslinie der Armeen in Deutschland anschloß (*Quellen der Kriege von 1799 und 1800*, II. Band, V., 278., S. 515-518).

³⁶³ Die 3. armée de Réserve bestand insgesamt aus 11 000 Mann Infanterie und 1 600 Mann Kavallerie (*Günther*, Geschichte des Feldzuges 1800, V., S. 172, Uebersicht ..., S. 195; *Posselts Annalen*, Jahrg. 1801, 2. Band, 4. Stueck, I., 9., S. 17; *Mras*, Der Feldzug 1800 in Italien, in: *Oest mil Z*, Jahrg. 1828, II. Band, 4. Heft, IV., S. 330, IV. Band, 10. Heft, II., S. 64 und *Teutsche Staatskanzley*, Jahrg. 1800, IV. Band, 2. Abschnitt, §. 34., S. 291).

³⁶⁴ Jahrg. 1801, 2. Band, 4. Stueck, I., 9., S. 46, insg., S. 45-46.

unmittelbare Verbindung am Fuße der letzten natuerlichen Verschanzungen der Oesterreichischen Monarchie. ...³⁶⁵

die von den *Konsulen der Französischen Republik* verbreiteten Botschaft vom 12 nivöse an IX (2 janv. 1801):

„..., La république triomphe, et ses ennemis implorent encore sa modération. ... L'armée du Rhin a passé l'Inn; chaque jour a été un combat, et chaque combat un triomphe. L'armée gallo-batave a vaincu à Bamberg; l'armée des Grisons, à travers les neiges et les glaces, a franchi le Splugen pour tourner les redoutables lignes du Mincio et de l'Adige. L'armée d'Italie am emporté de vive force le passage de Mincio et bloque Mantoue. Enfin Moreau n'est plus qu'à cinq journées de Vienne, maître d'un pays immense et de tous les magasins des ennemis. ...³⁶⁶

und der Verfasser der *Patriotischen Wuensche fuer Teutschland bei dem bevorstehenden Definitiv=Reichs=Frieden*:

„... Wenn daher das Reich nur durch Abtretung des linken Rheinufers Frieden machen kann, so ist es eine moegliche Schadloshaltung schuldig. ...³⁶⁷

3. Die für das Reich bei einer Verweigerung des Friedensschlusses zu erwartenden Folgen

a) Die Befürchtung eines späteren härteren Friedensschlusses

Als Grund für den von kaiserlicher Seite ohne die nach der Reichsverfassung gebotene vorherige Zustimmung des Reichstages oder der Kurfürsten getätigten Abschluss des Friedensvertrages³⁶⁸ von Lunéville waren die Befürchtung eines ansonsten noch härteren Friedensschlusses und die mächtig gewordene Friedenswünsche angegeben worden:

„Meinem nach Luneville zur Unterhandlung des Friedens mit der franzoesischen Republik abgesendeten K. K. bevollmaechtigten Minister geschah von dem Bevollmaechtigten des franzoesischen Gouvernements der bestimmte Antrag, daß in dem mit Mir abzuhandelnden Friedensschlusse zugleich der Reichsfrieden in Meiner Eigenschaft als Reichsoberhaupt berichtet werden solle. ... Groß war Meine Verlegenheit in der Eigenschaft als Reichsoberhaupt, als ich durch meinen Bevollmaechtigten von diesem Hergange der Sache die Nachricht erhielt, und es wegen fuer Mich ein hoechst wichtiges Anliegen, die Sache reiflichst zu erwaaegen. ...: der Mißbilligung hingegen des Beitritts Meines Bevollmaechtigten zu jenseitigem Ansinnen wirkte die Vorstellung des harten Verhaengnisses, welches gegenwaertig ueber einem sehr ansehnlichen Theile Teutschlands

³⁶⁵ 2. Abschnitt, 6., S. 268, insg., S. 268.

³⁶⁶ *Moniteur*, Duodi et tridi, 12 et 13 nivöse an 9, ..., N^o 102 et 103., ACTES DU GOUVERNEMENT, Du 12 nivöse an 9. Les consuls de la république au corps-législatif, p. 414-415 (414).

³⁶⁷ II., §. 12., S. 21.

³⁶⁸ Oben, S. 58-61.

schwebt, die Vorstellung eines noch haerteren Schicksals, womit die franzoesische Uebermacht das Reich bey laengerer Aussetzung des Friedenswerks bedroht, die Vorstellung der allgemein gewordenen Friedenswuensche, und des baldigen Genusses der Friedensfruechte maechtig entgegen; ...³⁶⁹

- b) Der Wunsch nach Befreiung von allen Kriegshandlungen und Abzug der feindlichen Armeen

In dem die Ratifikation des Friedensvertrages erbittenden kaiserlichen *Hofdekret vom 21. Februar 1801* waren für die ersuchte beschleunigte Ratifikation die von französischer Seite in Aussicht gestellte Befreiung von allen Kriegshandlungen und die Abziehung der Armeen aus dem Reich angegeben worden:

„... Die Beweggruende, welche S e. K a i s e r l. M a j e s t a e t zu Abschliessung dieses Friedens bestimmt haben, werden nun auch durch ihre Staerke bey Kurfuersten, Fuersten und Staenden den Entschluß erzeugen, die Ratifikation des vorliegenden Friedensinstruments moeglichst zu beschleunigen; besonders da das franzoesische Gouvernement den Genuß der ersten Friedensfruechte, naemlich die Befreiung von allen Kriegsexactionen und die Abziehung der Armeen aus dem Reiche von der baldigsten Reichsgenehmigung anhaengig gemacht hat. ...³⁷⁰

Es sollten damit weitere Flurschäden für das Reichsgebiet und auch die Erbringung von weiteren Kontributionszahlungen vermieden werden.

Der Verfasser von *Die Vernunft fordert Saekularisationen*:

„... Deutschland hat in den bisherigen Kriegen unendlich viel gelitten, und leidet noch taeglich, indem nicht nur Handel und Wandel stockt, sondern noch franzoesische Truppen disseits stehen und taeglich Summen kosten. ...³⁷¹

³⁶⁹ Anlage I., S. (1)-(2) des *Kaiserlich=allergnaedigstes Hofdekret an die hochloebliche allgemeine Reichsversammlung zu Regensburg, de dato Wien den 21sten Hornung 1801. Wodurch der mit der Franzoesischen Republik abgeschlossene Friedenstractat mitgetheilt, und wegen dessen Ratification ein schleunigst zu ertheilendes Reichsgutachten verlangt wird/diét. 25. Febr. 1801 (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 12. Stück).*

³⁷⁰ *Kaiserlich=allergnaedigstes Hofdekret an die hochloebliche allgemeine Reichsversammlung zu Regensburg, de dato Wien den 21sten Hornung 1801. Wodurch der mit der Franzoesischen Republik abgeschlossene Friedenstractat mitgetheilt, und wegen dessen Ratification ein schleunigst zu ertheilendes Reichsgutachten verlangt wird/diét. 25. Febr. 1801, S. (1)-(4), ((3)) (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 12. Stück).*

³⁷¹ §. 58., S. 45.

c) Die Abtretung von rechtsrheinischen Reichsgebieten und die Einräumung von rechtsrheinischen Hoheitsrechten an die Französische Republik

Das Wort von der Erlangung der natürlichen Grenze des Rheines³⁷² sprach nur in verallgemeinernder Weise die französischen Gebietsambitionen aus. Bereits bei den unter dem Ancien régime getätigten Friedensschlüssen hatten die französischen Könige vom Reich die Einräumung von Hoheitsrechten auf rechtsrheinischem Gebiet und deren Abtretungen verlangt, und sie waren ihnen auch zugebilligt worden.

Im Westfälischen Friedensschluss des Jahres 1648 war ihnen die rechtsrheinische Stadt und Festung Breisach abgetreten³⁷³ und ihnen das Besatzungsrecht über die rechtsrheinische Festung Philippsburg zuerkannt worden.³⁷⁴

Im Friedensschluss vom Nymwegen des Jahres 1679 war die rechtsrheinische Stadt und Festung Freiburg an sie gelangt.³⁷⁵

Auch auf dem vorangegangenen Rastatter Kongress hatten die französischen Gesandten rechtsrheinische Hoheits- und Gebietsansprüche geltend gemacht.

In ihrer Note vom 14 floréal an VI (3 mai 1798) forderten sie die Abtretung der beiden rechtsrheinischen Forts Kehl³⁷⁶ und Cassel,³⁷⁷ aller Rheininseln, somit auch die rechts des Talweges gelegenen,³⁷⁸ einer Strecke von 50 Morgen gegenüber der ehemaligen Hüniger Brücke³⁷⁹ einschließlich des nötigen Weges um dorthin zu gelangen, die Wiederherstellung der Kommunikationsbrücke zwischen dem rechtsrheinischen Alt-Breisach und dem linksrheinischen Neu-Breisach,³⁸⁰ die Schleifung der rechtsrheinischen Festung Ehrenbreitstein³⁸¹ und die freie Schifffahrt für die Französische Nation auf dem Rhein und

³⁷² Unten, S. 864.

³⁷³ Unten, S. 977.

³⁷⁴ Unten, S. 979.

³⁷⁵ Unten, S. 989.

³⁷⁶ *Großer Historischer Weltatlas*, III. Teil, S. 38, B 3.

³⁷⁷ Fort Cassel lag rechtsrheinisch gegenüber der linksrheinischen Stadt und Festung Mainz. *Zedler Universal Lexicon*, V. Band, Sp. 1263 „Cassel ein Staedtgen im Churfuerstenthum Mayntz der Stadt Mayntz gegen ueber am Rhein gelegen.“

³⁷⁸ Im Friedensvertrag von Lunéville war nach seinem Art. VI Satz 1 der Talweg des Rheines von nun ab die Grenze Frankreich und dem Reich (*Napoleonische Friedensverträge*, II., S. 21). Damit gelangten nur die links des Talweges des Rheines gelegenen Gebietsteile der Rheininseln an die Französische Republik.

³⁷⁹ Hünigen war eine am Baseler Knie linksrheinisch gelegene französische Festung. *Zedler, Universal Lexicon*, XIII. Band, „Hueningen, ..., eine beruehmte Franzoesische Festung am Rhein=Strome, lieget eine Viertheil Meile unterhalb Basel in dem Elsaßischen Gebiete., Sp. 1089-1090 (1089) und *Großer Historischer Weltatlas*, III. Teil, S. 27, H 6.

³⁸⁰ *Großer Historischer Weltatlas*, III. Teil, S. 27, H 5, S. 38, B 3-4.

³⁸¹ Die Festung Ehrenbreitstein lag rechtsrheinisch gegenüber Koblenz. *Zedler, Universal-Lexikon*, Ehrenbreitstein oder Hermanstein, Sp. 428-429 und *Großer Historischer Weltatlas*, III. Teil, S. 22/23a, C 3.

allen Flüssen, welche sich in diesen ergießen und auf allen anderen großen Flüssen im Reich, namentlich der Donau.³⁸²

Auf Gegenvorstellungen der Reichsfriedensdeputation³⁸³ waren die französischen Gesandten von ihren rechtsrheinischen Hoheits- und Gebietsansprüchen zum größten Teil wieder abgegangen. In ihren Noten vom 4 messidor an VI (22 juin 1798) hatten sie auf die 50 Morgen Land jenseits der Hüniger Brücke³⁸⁴ und vom 1 thermidor an VI (19 juillet 1798) auf alle Rheininseln verzichtet und sich mit den durch die Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete miterfassten begnügt.³⁸⁵ In ihren beiden Noten vom 28 fructidor an VI (14 sept. 1798) und 12 vendémiaire an VII (3 oct. 1798) hatten sie ihre gebietlichen Ansprüche auf die beiden Forts Kehl und Cassel aufgegeben, welche jedoch geschleift werden sollten.³⁸⁶

Die Reichsfriedensdeputation hatte sich jedoch ihrerseits in der Note ihres Bevollmächtigten Graf Metternich vom 21. August 1798 mit der Schleifung der Festung Ehrenbreitstein einverstanden erklärt.³⁸⁷

Obgleich die Französische Republik in Art. VI Satz 2 des Friedensvertrages von Lunéville alle rechtsrheinischen Hoheits- und Gebietsansprüche aufgegeben hatte,³⁸⁸ musste bei einem späteren Friedensschluss mit weitergehenden rechtsrheinischen Forderungen gerechnet werden.

³⁸² *Protocoll Rastatt*, V. Band, Anlage zur 179. Beilage, S. 5-6.

³⁸³ Noten der Reichsfriedensdeputation vom 18. Mai 1798 (*Protocoll Rastatt*, V. Band, Anlage zur 185. Beilage, S. 11-21), vom 9. Juli 1798 (*ibd.*, Anlage zur 198. Beilage, S. 52-57), vom 10. Aug. 1798 (*ibd.*, Anlage zur 214. Beilage, S. 82-87), vom 21. Aug. 1798 (*ibd.*, Anlagen zur 221. Beilage, S. 95-96), vom 31. Aug. 1798 (*ibd.*, Anlage zur 235. Beilage, S. 112-113) und vom 11. Sept. 1798 (*ibd.*, Anlagen zur 248. Beilage, S. 140-143).

³⁸⁴ *Protocoll Rastatt*, V. Band, Anlage zur 189. Beilage, S. 24-26 (2.^o, S. 25).

³⁸⁵ *Protocoll Rastatt*, V. Band, Anlage zur 280. Beilage, S. 68-72 (2.^o, S. 70-71).

³⁸⁶ *Protocoll Rastatt*, V. Band, Anlagen zur 251. Beilage, N^o I., S. 147-149 (1.^o, S. 149) und Anlage zur 264. Beilage, S. 182-193 (S. 182, 10.^o, S. 193).

³⁸⁷ *Protocoll Rastatt*, V. Band, 221. Beilage, S. 94 mit den Anlagen zur 221. Beilage, S. 95-96 (Ad Art. 3., S. 95).

Die Reichsdeputation forderte bei diesem Verzicht „Die Reichs=Friedens=Deputation, ..., habe beschlossen, ... dem so schmerzlichen Antrage der franzoesischen bevollmaechtigten Minister: ‚daß die Festungs=Werke von ‚Ehrenbreitstein nach dem Frieden geschleift wuerden, ‚jedoch sub conditione sine qua non et resolutiva nachzugeben; daß dagegen auch das franzoesische Gouvernement alle feste Punkte auf der rechten Rhein=Seite und diesseits des Thalwegs, als Kehl, Kastel, die Mars=Schanze, (Fort Mars) und die Petersaue (l’Isle St. Pierre,) saemmtlich ebenfalls demolirt, dem Reiche wieder einraeume, und auf alle Ansprueche und Anforderungen an diese und andere feste Punkte diesseits des Thalweges feyerlich verzichte. ...“ (Ad Art. 3., S. 95).

³⁸⁸ „S. M. l’Empereur et Roi, ..., consent à ce que la République française possède désormais, en toute souveraineté et propriété, les pays et domaines situés à la rive gauche du Rhin, ... En conséquence de quoi la République française renonce formellement à toute possession quelconque sur la rive droite du Rhin, et consent à restituer à qui il appartient les places de Dusseldorf, Ehrenbreitstein, Philipsbourg, le fort de Cassel et autres fortifications vis-à-vis de Mayence à la rive droite, le fort de Kehl et le vieux Brisach, sous la condition expresse que ces places et forts continueront à rester dans l’état où ils se trouveront lors de l’évacuation.“ (*Napoleonische Friedensverträge*, II., S. 21).

d) Die Gründungen von Tochterrepubliken auf rechtsrheinischem Reichsgebiet

In ihrem revolutionären Sendungsbewusstsein war es der Französischen Republik auch darum gegangen, ihre staatlich-sozialen Idiome von *liberté, fraternité, égalité* in den von ihr mit militärischer Gewalt eroberten Gebieten einzuführen.

In den Dekret der Convention nationale vom 19 nov. 1792³⁸⁹ war die Bringung von Brüderlichkeit und Freiheit an alle Völker, welche die Freiheit wollten auch mit militärischem Beistand zugesichert worden.³⁹⁰

In ihrem weiteren Dekret vom 15 déc. 1792 über die Einführung der revolutionären Gewalten in den von ihren Armeen besetzten Ländern, waren die von den Generälen abzugebenden Proklamierungen der Volkssouveränität, der Unterdrückung aller bestehenden Gewalten, der Aufhebung der Feudalität, die Ankündigungen an das Volk zur Bringung von Frieden, Brüderlichkeit, Freiheit und Gleichheit, der Sicherstellung allen beweglichen und unbeweglichen Güter des Staates, der Fürsten und der Kirchen zugunsten der Französischen Republik und die Einberufung des Volkes zu den *assemblées primaires* und *communales* hinsichtlich einer provisorischen Verwaltung und Rechtsprechung festgelegt worden.³⁹¹

Demgemäß hatte sich die Französische Republik auch zu ihrem eigenen Schutz und zur Erweiterung ihrer eigenen Einflussphäre³⁹² mit einem Kranz von nahegelegenen

³⁸⁹ Unter der Herrschaft der Gironde.

³⁹⁰ *Décret qui promet secours et fraternité à tous les peuples qui voudront recouvrer leur liberté* „... La Convention nationale déclare, au nom de la nation française, qu'elle accordera fraternité et secours à tous les peuples qui voudront recouvrer leur liberté, et charge le pouvoir exécutif de donner aux généraux les ordres nécessaires pour porter secours à ces peuples, et défendre les citoyens qui auraient été vexés, ou qui pourraient l'être pour la cause de la Liberté. ...“ (*Moniteur*, Mardi 20 Novembre 1792. L'an premier de la République ..., N° 325., Convention nationale, Séance du lundi 19 novembre, p. 1379 linke Sp. und *Duvergier*, Collection des lois, Tome V, p. 50).

³⁹¹ *Decret par lequel la France proclame la liberté et la souveraineté de tous les peuples chez lesquels elle à porté et portera ses armes: Décret contenant la déclaration des motifs qui déterminent les résolution de la France, et l'exposition des principes qui dirigeront sa conduite dans l'exercice du droit de la guerre* (*Duvergier*, Collection des lois, Tome V, p. 82-84), in Art. I: Proklamierung zur Abschaffung der bisherigen Gewalten, der Bringung von Frieden, Beistand, Brüderlichkeit, Freiheit und Gleichheit durch die Generäle in den von den französischen Armeen besetzten Gebieten (p. 82), in Art. II, III, V: Proklamierung von Volkssouveränität und der Aufhebung von allen bisher bestehenden Gewalten, und die zu erfolgenden Einberufungen des Volkes in die *assemblées primaires* und *communales* durch die Generäle zur Errichtung von einer vorläufigen Verwaltung (p. 82-83), in Art. IV: Unter Schutz- und Obhutstellung aller beweglichen und unbeweglichen Güter des Staates, der Fürsten und der Kirchen durch die Generäle zugunsten der Französischen Republik (p. 83), in Art. VI, VII u. VIII: Ernennung von Nationalkommissaren durch den *Conseil exécutif*, um sich mit der vom Volk ernannten vorläufigen Verwaltung über die gemeinsame Verteidigung und über die Mittel zur Verpflegung der dortigen Armeen zu verständigen (p. 83), in Art. IX: Beendigung der vorläufigen Verwaltung und der Tätigkeit der Nationalkommissare, wenn das Volk seine Souveränität, seine Freiheit und Unabhängigkeit erklärt, und sich eine freie demokratische Regierung gebildet hat (p. 83).

³⁹² *Von dem aeußerlichen Staatsinteresse Frankreichs ueberhaupt*, §. 13. „... die Machtverhaeltnisse der Republik zu konzentriren, und diese rings um sich her durch kleine Staaten angrifsfrey zu machen. ...“ (*Magazin der Europäischen Staatenverhaeltnisse*, II. Band, 10. Heft, I., 1., S. 444).

revolutionären Tochterrepubliken, insbesondere der Batavischen,³⁹³ Cisalpinischen,³⁹⁴ Helvetischen³⁹⁵ und Ligurischen Republik³⁹⁶ umgeben.

Die Gründung von solchen lag auch, insbesondere nach den Errichtung der auf linksrheinischen Gebiete von Oktober 1792 bis März 1793 bestandenen Mainzer Republik³⁹⁷ und der Cistrhenanischen Föderation im Jahr 1797,³⁹⁸ für die rechtsrheinischen Reichsgebiete nahe. Hierfür kam insbesondere das verbliebene rechtsrheinische Rheinland in Betracht, in welchem Rheinland die Revolutionsideen am meisten Zuspruch und Anhänger gefunden hatten.³⁹⁹

Für das süddeutsche Gebiet hatte es im Frühjahr 1799 ein konkretes von den örtlichen Militärbefehlshabern unterstütztes Projekt zur Revolutionierung Schwabens mit seiner Einverleibung in die Helvetische Republik gegeben.⁴⁰⁰

Sorel, L'Europe et la Révolution française:

„..., à la conception même des limites naturelles. Ces frontières n'étaient pas encore atteintes par les armées républicaines que déjà elles ne suffisaient plus aux imaginations. Ce n'était pas assez d'une barrière: il fallait, au delà, pour protéger la barrière, un rempart de républiques confédérées. ...“⁴⁰¹

und *Pahl, Patriotisches Appel an den Friedenscongreß in Lueneville:*

„... Zwar werden wir den Franzosen nichts mehr abtreten koennen. Aber sie werden dann eine von ihnen in der That noch nicht aufgegebenene Idee realisiren, sie werden durch die Revolutionirung von S c h w a b e n, und durch die

³⁹³ Oben, S. 243.

³⁹⁴ Oben, S. 243.

³⁹⁵ Oben, S. 243.

³⁹⁶ Oben, S. 243-244.

³⁹⁷ Unten, S. 1118-1120.

³⁹⁸ Unten, S. 1122-1125, insb. das Schreiben des Pariser Direktoriums an General Hoche vom 13. April 1797 „... Ils seraient plutôt propres à former une République séparée, ...“ (*Hansen, Quellen Rheinland*, III. Band, (III., 4), Nr. 266. b), S. 946-947 (946).

³⁹⁹ *Handbuch der Deutschen Geschichte*, Band 3/I, 1. Teil, 1. Abschnitt (von *K. v. Raumer*), Die politische Auseinandersetzung mit der Französischen Revolution, Deutschland in der Krise zwischen West und Ost: ..., Der erste Koalitionskrieg ..., S. 98, Randstichwort: Revolutionsanhänger im Rheinland.

⁴⁰⁰ Bei einer Unterstützung durch die örtlichen Militärbefehlshaber hatte das Projekt nicht die Zustimmung des Pariser Direktoriums gefunden. *Scheel, Süddeutsche Jakobiner*, Kap. IV, 2., S. 215-241, Kap. VII, 4. u. 5., S., 452-522, insb. S. 215 „Frankreich ließ die revolutionären Demokraten in Süddeutschland schmäählich im Stich. ...“ und *List, Zur Geschichte der revolutionären Bewegung in Schwaben im Frühjahr 1799*, in: *WVjLG*, 25. Jahrg., S. 523-531, insb. Fußn. 7), S. 526 „Die französische Regierung selber leugnete bekanntlich entschieden, daß sie Süddeutschland ‚revolutionieren‘ wolle. ...“.

⁴⁰¹ III. Partie, Livre 1, Chap. IV, II, p. 208.

Vereinigung desselben mit H e l v e t i e n ein unersteigliches Bollwerk an ihrer Ostgrenze aufrichten, ...⁴⁰²

e) Unmöglichkeit der Auflösung des Reiches

Die von der Französischen Republik gegenüber dem Reich verfolgten außenpolitischen Zielen hielten sich im Rahmen des traditionellen außenpolitischen Programms Frankreichs.⁴⁰³ Für dieses war die Schwächung des Reiches das immer anzustrebende Ziel gewesen. Das Reich sollte jedoch als Ordnungsfaktor in der Mitte Europas erhalten bleiben.

Abbé Sieyès drückte dies in seinem dem Comité de salut public, nach seinem dortigen Eintritt am 15 ventôse an III (5 mars 1795) vorgelegten Plan zu einem Friedensschluss mit dem Reich⁴⁰⁴ auch aus:

„... Il importe de conserver la constitution de l’Empire qui nous est utile. ...“⁴⁰⁵

Halder, Sollte man die Vernichtung der teutschen Reichsverfassung wuentschen?

„... Die Erhaltung des politischen Gleichgewichts, dieser eben so vortreflichen als haeufig mißbrauchten Erfindung der neuern Jahrhunderte, gab jenen Maechten ein vorzuegliches Interesse, ueber den u n v e r r u e k t e n Zustand des teutschen Reichs zu wachen. ...“⁴⁰⁶

⁴⁰² S. 20.

⁴⁰³ *Von dem aeusserlichen Staatsinteresse Frankreichs ueberhaupt*, Einleitung „... F r a n k r e i c h mag ein Koenigreich, oder eine Republik seyn, so wird es sein aeusserliches Staatsinteresse nicht beyseite setzen; indem seine Beziehungen mit andern Staaten viel zu ausgedehnt und zu stark sind, als daß es sich derselben so schlechterdings begeben kann. ...“, §. 13 „Es scheint ein grosses Staatsproblem zu seyn, ob F r a n k r e i c h als Republik ein anderes aeusserliches Staatsinteresse habe, als es vorhin als Koenigthum gehabt hat. ... In dem gegenwaertigen Revolutionskriege scheint die franzoesische Republik sich nicht die geringste Abweichung von ihrem aeusserlichen Staatsinteresse selbst bey dem Zusammenschlag der innerlichen groeßten Thorheiten, Grausamkeiten und Zerruettungen zu erlauben; alle Eroberungen, alle Friedensschluesse, alle Allianzen sind den unveraenderlich = angenommenen Grundsuetzen des aeusserlichen Staatssystemes angemessen, die Machtverhaeltnisse der Republik zu konzentriren, ... Der innerliche Zweck der franzoesischen Revolution scheint schon gaenzlich in die Politik des aeusserlichen Staatsinteresse uebergangen zu seyn, oder wenigstens wird gegenwaertig ganz allein darauf gearbeitet, die innerliche Staatsruhe und Sicherheit durch die Verstaerkung und Befestigung der aeusserlichen Machtverhaeltnisse herzustellen. ...“ (*Magazin der Europaeischen Staatenverhaeltnisse*, II. Band, 10. Heft, I., 1., S. 412, 443-444).

Als Grund für das stetige Gelingen der gebietlichen Vergrößerungen, §. 12. „... Die Hauptursache aber, warum F r a n k r e i c h immer der gewinnende und niemals der verlierende Theil weder in seinen Kriegen noch Friedensschluesen gewesen ist, duerfte nach der Meinung des grossen sardinischen Staatsministers Marquis von Orméra wohl darinn bestanden seyn, weil es sich niemals gegen sein wahres Staatsinteresse vergroesserte, sondern alle seine Eroberungen mit dem Centralpunkt in eine zusammenhaengende Verbindung gesetzt hat.*) - Vielleicht ist dieses noch gegenwaertig ebenderselbe Fall**), wenn man sieht, wie es den Hauptstaat durch eine Kette von neuen Arrondirungen zu befestigen sucht. ...“ (*ebd.*, S. 442).

⁴⁰⁴ *Sorel*, L’Autriche et le Comité de salut public Avril 1795, I., in: *RH*, Tome XVII., Articles de fond, p. 31-33.

⁴⁰⁵ *Sorel*, L’Autriche et le Comité de salut public Avril 1795, I., in: *RH*, Tome XVII., Articles de fond, p. 31.

Das europäische Ausland war insbesondere aus Handels- und Militärinteressen am weiteren Fortbestehen des Reiches interessiert und gelegen.

Halder, Sollte man die Vernichtung der deutschen Reichsverfassung wuenschen?

„... Zerstückelt in mehrere kleine Staaten muß sich nemlich der Handel Teutschlands nie zu der Hoehe emporarbeiten koennen, wohin ihn sonst der Fleiß und die einsichtsvolle Thaetigkeit seiner Bewohner, bei so manchen Beguenstigungen der Natur, zu erheben vermoegte. ...“⁴⁰⁷

„... Dieser den leztern so guenstige Zustand konnte ihnen nicht verborgen bleiben; sie wusten es nur zu gut, daß das zerstückelte Reich nicht nur ein allzeit offener Markt, so wohl fuer ihre natuerliche als auch kuenstliche Produkten, sondern auch durch seine Unmacht ausser Stande sey, so wie sie durch strenge Handelsgeseze den Eingang fremder Waaren zu verbieten, und sie suchten es deswegen auf alle moegliche Art darinn zu erhalten. Auch konnten manche der fremden Regierungen bei den allgemeinen Angelegenheiten von Europa noch besondere Vortheile von dem Daseyn der kleinen germanischen Staaten ziehen, indem sie bei manchen derselben eine nicht unbedeutende militairische Macht fanden, welche sich gerne gegen Bezahlung guter Subsidien, wider alle ihre Feinde gebrauchen ließ. ...“⁴⁰⁸

Die 5 ½ Jahre danach mit der von Kaiser Franz II. am 6. August 1806 erfolgten Niederlegung der Kaiserkrone des Reiches und der Entbindung der Reichsorgane von ihren Verpflichtungen⁴⁰⁹ herbeigeführte Auflösung des Reiches⁴¹⁰ entsprang einer anderen

⁴⁰⁶ S. 69.

⁴⁰⁷ S. 70.

⁴⁰⁸ S. 72-73.

⁴⁰⁹ *Das Ende des Alten Reiches*, B., IV., S. 89-91.

⁴¹⁰ Der Akt der Niederlegung der Kaiserkrone des Reiches mit der kaiserlichen Erklärung der Entbindung der Reichsorgane und der Reichsstände von ihren Pflichten gegenüber Kaiser und Reich (*Das Ende des Alten Reiches*, B., IV., S. 89-91), konnte zwar seinen unmittelbaren rechtlichen Wirkungen nach nicht zur Auflösung des Reiches führen, da der Kaiser hierzu allein nicht die Kompetenz besaß, vielmehr eine Auflösung des Reiches nur vom Kaiser und den Reichsständen gemeinsam, als den nach der Reichsverfassung beiden obersten Verfassungsorganen des Reiches hätte ausgesprochen werden können (*Walter*, *Der Zusammenbruch des Reiches*, A., II., 3., b), S. 77-81 und *Huber*, *Deutsche Verfassungsgeschichte*, I. Band, Kap. I, § 5., III., 4., S. 71-72). Der Akt der Niederlegung der Kaiserkrone hatte jedoch zur Folge, dass die Reichsorgane ihre Tätigkeiten einstellten und sich selber aufhoben. Von den Reichsständen, als den neben dem Kaiser verfassungsmäßigen Trägern des Reiches, war allein von König Georg III. von Großbritannien als Kurfürst von Hannover gegen die Niederlegung der Kaiserkrone Protest eingelegt worden, hingegen die anderen Reichsstände in ihrer offiziellen Politik den Untergang des Reiches bis zum Jahre 1807 anerkannten. Bei der Bevölkerung im Reich war der Reichsgedanke und der Wille zum Reich erloschen (*Walter ebd.*, A., III., 2.-4., S. 83-91, B., II., S. 99-100 (100); *Huber ebd.*, 5., S. 72-73 und *Acten des Wiener Congresses*, I. Band, 1. Heft, XVII., S. 83-87 (84)). In der zeitgenössischen Staats- und Völkerrechtswissenschaft wurde allgemein die Ansicht vertreten, dass ein Staat auch durch rechtswidrige Vorgänge seine Existenz verlieren könne. Der Akt der Niederlegung der Kaiserkrone des Reiches hatte demnach, vermöge der von ihm hervorgerufenen Folgen und Auswirkungen zur Auflösung des Reiches hingeführt (*Walter ebd.*, B., III., u. IV., S. 103-110, C., S. 129-130 und *Huber ebd.*, 5., S. 72-74).

Ihr ging voraus das am 30. Juli 1806 von seinem nunmehrigen Kaiser Napoléon (28 floréal an XII (18 mai 1804) das erblich-männlich-primogenitur Kaisertum: *Duvergier*, *Collection des lois*, Tome XV, p. 1-12 (Titre I., Art. 1. u. 2., Titre II., Art. 3, p. 1) an Kaiser Franz II. gerichtete und bis zum 10. Aug. 1806 befristete Ultimatum

historischen Situation als der dem Friedenvertrag von Lunéville zugrundegelegenen. Sie war bestimmt durch die innere Veränderung der Reichsverfassung seit dem RDH vom 25. Februar 1803,⁴¹¹ die am 12. Juli 1806 erfolgte Gründung des Rheinbundes,⁴¹² dessen 16 Reichsstände⁴¹³ sich von den Gesetzen des Reiches⁴¹⁴ und seinem Gebiet lossagten⁴¹⁵ und die

auf Niederlegung der Kaiserkrone des Reiches (*Sorel, L'Europe et la Révolution française*, VII. Partie, Livre I, Chap. I, VI, p. 81), welches Ultimatum jedoch nicht auf eine Auflösung des Reiches gerichtet war.

⁴¹¹ Entgegen Art. VII des Friedensvertrages von Lunéville erfolgte die Säkularisation nahezu aller geistlichen Staaten, ausgenommen blieben:

§ 25 RDH: der Erzbischof/Kurfürst und Erzkanzler von Mainz: bei Beibehaltung seiner Ämter als Kurfürst und Reichserzkanzler, bekam er die Würden eines Primas von Deutschland, Metropolitan-Erzbischof mit der Domkirche zu Regensburg. Als territorialen Besitz erhielt er das neu geschaffene geistliche Kurfürstentum, bestehend aus den beiden Fürstentümern Aschaffenburg und Regensburg und zusätzlich die Reichsstadt Wetzlar in der Eigenschaft einer Grafschaft (unten, S. 1159-1160).

§ 26, 32 RDH: der Hoch- und Teutschmeister: erhielt nominell die mittelbaren Stifter, Abteien und Klöster im Vorarlberg, im österreichischen Schwaben und überhaupt alle Mediätklöster der Augsburger und Konstanzer Diözesen in Schwaben, worüber nicht disponiert worden ist, mit Ausnahme der im Breisgau gelegenen, zugesprochen, tatsächlich bekam er 36, mit Beibehaltung seiner Stimme im Reichsfürstenrat (unten, S. 1160-1161).

§ 26, 32 RDH: der Johanniter-Meister: erhielt die Grafschaft Bondorf, die Abteien St. Blasi, St. Trupert, Schuttern, St. Peter, Tennenbach und überhaupt alle Stifter, Abteien und Klöster im Breisgau mit allen auf der rechten Rheinseite gelegenen Zugehörungen, mit Beibehaltung seiner Stimme im Reichsfürstenrat (unten, S. 1160-1161).

Die Mediatisierung der meisten Reichsstädte, ausgenommen wurden nach § 27 RDH Augsburg, Lübeck, Nürnberg, Frankfurt, Bremen und Hamburg (*Das Ende des Alten Reiches*, A., II., S. 35-37).

Bei Beibehaltung der 3 Kollegien des Reichstages erfolgten die Veränderungen ihrer Mitglieder:

Kurfürstenrat: bei Wegfall der beiden geistlichen Erzbischöfe von Trier und Köln das nunmehrige 10 köpfige Kollegium, 4 katholische: Kurerzkanzler, Böhmen, Pfalz-Baiern, Salzburg, 6 evangelische: Sachsen, Brandenburg, Braunschweig, Baden, Hessen, Württemberg (§ 31, in: *Das Ende des Alten Reiches* ebd., S. 39),

Reichsfürstenrat: dem die neuen Stimmen mit 131 Virilstimmen festlegenden § 32 RDH (*Das Ende des Alten Reiches* ebd., S. 39-43), war von Kaiser Franz II. in seinem Ratifikations-Dekret vom 27. April 1803, soweit er die Vermehrung der Virilstimmen anordnete die Genehmigung versagt worden (unten, S. 1048). Demnach verblieb es bei dem bereits mit dem nach dem Friedensvertrag von Lunéville eingetretenen Zustand von ⁵¹/50 evangelischen und ²⁹/30 katholischen Stimmen (*Hömig, Der Reichsdeputationshauptschluß* vom 25. Februar 1803, Kap. V, I., 1., b), S. 65-66, 2., S. 67-68),

Reichstädterat (§ 27 RDH): alleinig Augsburg (gemischt-konfessionell-paritätisch, oben, S. 133), Lübeck, Nürnberg, Frankfurt, Hamburg (evangelisch-lutherisch, oben, S. 129, 131, 125, 130), Bremen (evangelisch-reformiert, oben, S. 129).

Die den Landesherren eröffnete Möglichkeit der Einziehung der landsässigen geistlichen Güter, nach § 35 RDH (oben, S. 176-177).

⁴¹² *Das Ende des Alten Reiches*, B., II., S. 68-80.

⁴¹³ Seine 16 Gründungsmitglieder waren: Könige von Bayern und Württemberg, Kurfürst-Erkkanzler, Kurfürst von Baden, Herzog von Berg und Kleve, Landgraf von Hessen-Darmstadt, Fürsten von Nassau-Usingen, Nassau-Weilburg, Hohenzollern-Hechingen, Hohenzollern-Sigmaringen, Salm-Salm, Salm-Kyrburg, Isenburg-Birstein, Herzog von Aremberg, Fürst von Liechtenstein und Graf von Leyen (*Das Ende des Alten Reiches*, B., II., Präambel, S. 68-69, Article premier, S. 69-70).

⁴¹⁴ Art. II „Toute loi de l'Empire Germanique qui a pu jusqu'à present concerner et obliger Leurs Majestés et Leurs Altesses Sérénissimes ..., sera à l'avenir relativement à Leursdites Majestés et Altesses et audit comte à leurs états et sujets respectifs nulle et de nul effet, sauf néanmoins les droits acquis à des créanciers et pensionnaires par le recès de mil huit cent trois et les dispositions du paragraphe trente neuf dudit recès relatives

nach der Niederlage bei Austerlitz noch ungünstigere militärisch-politische Situation des Reiches.⁴¹⁶

4. Ergebnis: Gefahr für den Bestand des Reiches

Für das Reich hatte es am Ende des Jahres 1800 keine Möglichkeit mehr gegeben, den Krieg gegen die Französische Republik zu gewinnen oder ihn zu einem militärisch besseren Ausgang zu bringen.

Ohne den Abschluss des Friedensvertrags von Lunéville im Februar 1801 bestand für das Reich die konkrete Gefahr von:

- durch das Kriegsgeschehen auf dem Reichsgebiet eintretenden weiteren Flurschäden mit den Erbringungen von weiteren Contributionen,
- Forderungen der Französischen Republik auf Einräumung von Hoheitsrechten und auf Abtretung von rechtsrheinischen Reichsgebieten an sie
- und Gründungen von Tochterrepubliken der Französischen Republik auf rechtsrheinischem Reichsgebiet.

à l'octroi de navigation du Rhin, lesquelles continueront d'être exécutées suivant leur forme et teneur.“ (*Das Ende des Alten Reiches*, B., II., S. 70).

⁴¹⁵ Nach der am 1. Aug. 1806 von dem französischen Geschäftsträger am Reichstag Bacher abgegebenen Erklärung, der nicht mehr Anerkennung der Verfassung des Reiches durch den Kaiser der Franzosen [Note remise à la diète de Ratisbonne par Mr. Bacher, chargé d'affaires de France, le 1 août 1806] (*Das Ende des Alten Reiches*, B., III., 1., S. 82-84), wurde am selbigen Tag auf Initiative und Betreiben Frankreichs von den Fürsten des Rheinbundes im Reichstag die Erklärung ihres Austrittes aus dem Reich abgegeben (*Das Ende des Alten Reiches* ebd., 2., S. 84-86), insb. „... Indem sie sich durch gegenwärtige Erklärung von ihrer bisherigen Verbindung mit dem deutschen Reichskörper lossagen, befolgen sie bloß das durch frühere Vorgänge und selbst durch Erklärungen der mächtigeren Reichsstände aufgestellte System. ...“ (S. 85).

⁴¹⁶ Dritter Koalitionskrieg von September 1805 bis zu dem am 26. Dez. 1805 zwischen Kaiser Franz II. als Oberhaupt seines Hauses Österreich und dem Kaiser der Franzosen Napoléon I. in Pressburg abgeschlossenen Friedensvertrag (*Gebhardt*, Deutsche Geschichte, 9. Aufl., III. Band, I., § 11 u. § 12, S. 39-45).

Schlacht von Austerlitz am 2. Dez. 1805, Sieg des Kaisers Napoléon I. mit seiner Grande armée (60 000 Mann Infanterie, 13 000 Mann Kavallerie) über die koalitierten österreichisch-russischen Truppen Kaiser Franz' II. und Zar Alexanders I. (69 460 Mann Infanterie, 16 565 Mann Kavallerie). Den koalitierten Verlusten: 4 000 Tote, 12 000 Verwundete, 9 767 russische und 1 686 österreichische Gefangenen standen 1 290 französische Tote und 6 943 Verwundete gegenüber. War der größte militärische Erfolg Napoléons (*Pigeard*, Dictionnaire des batailles de Napoléon, Classement alphabétique ..., Austerlitz, le 2 décembre 1805, p. 72-83 (73, 76, 82) und führte zum Pressburger Frieden am 26. Dez. 1805 (*Napoleonische Friedensverträge*, IV., S. 37-44), mit insbesondere, den Rangerhöhungen der bisherigen Kurfürsten von Baiern und Württemberg zu Könige, bei ihrer weiteren Zugehörigkeit zur Confédération germanique (Art. 7, p. 38), Anerkennung von ihrer und des Kurfürsten von Baden vollen Souveränität in ihren Gebieten (Art. 14, p. 40), weitere gebietliche Veränderungen, insbesondere Aufteilung von Vorderösterreich unter Baden und Württemberg (Art. 8, p. 38-39), die Länder von Salzburg und Berchtesgaden werden dem Kaiserreich Österreich einverleibt (Art. 10, p. 39).

Diese Maßnahmen, welchen das Reich keinen wirksamen Widerstand hätte entgegen bringen können, hätten sowohl zu seiner weiteren gebietlichen Verkleinerung geführt, als auch seine weitere erhebliche innere Schwächung verursacht.

Eine Gefahr für den tatsächlichen Bestand des Reiches lag demnach bei einem Nichtabschluss des Friedensvertrages von Lunéville für das Reich vor.

Der erzherzog-österreichischen Direktorial-Gesandten im Reichsfürstenrat *Fahnenberg*, Ueber die Fortdauer der ueberrheinischen Reichstags=Stimmen⁴¹⁷:

„... Nie wuerde das deutsche Reich das linke Rheinufer an Frankreich abgetreten haben, haette es nicht das Mißgeschik des Kriegs, und die Uebermacht der franzoesischen Waffen dazu gezwungen. Dieser volkreiche und fruchtbare Theil des deutschen Staatskoerpers wurde also abgerissen, um den uebrigen groeßern Theil zu erhalten ...“⁴¹⁸

Beuerlin, Ueber den Laenderverlust des deutschen Reichs auf dem linken und die Entschaedigung durch Sekularisationen auf dem rechten Rheinufer⁴¹⁹,

zu der auf dem Rastatter Kongress am 27./28. März 1798 ausgesprochenen Einwilligung der Reichsfriedensdeputation in die Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete,⁴²⁰ bei welchem Rastatter Kongress die militärische Situation noch nicht so eindeutig für die Französische Republik sprach⁴²¹:

„Endlich hat die Reichsdeputatation zu Rastadt in die gaenzliche Abtretung der auf dem linken Rheinufer gelegenen deutschen Reichslande eingewilligt. Sie mußte dem Drang der Umstaende, der Uebermacht des andern kontrahirenden Theils nachgeben, wenn sie nicht Gefahr laufen wollte, Veranlassung zu geben, einen eben so grossen, vielleicht einen noch groessern Flaechenraum auf dem rechten Rheinufer zu verlieren, und Deutschlands grosse Maschine aus allen ihren Fugen zu reissen. ...“⁴²²

⁴¹⁷ Am 24. März 1801 erschienen.

⁴¹⁸ Staatsrechtliches Gutachten ueber die Frage:, S. 9.

⁴¹⁹ Verfasst am 14. April 1798, erschienen im selbigen Jahr.

⁴²⁰ Oben, S. 17-20.

⁴²¹ Am Ende des Rastatter Kongresses war die 2. Koalition gebildet worden (oben, S. 243-251).

⁴²² S. 1.

II

Willentliche Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete durch das Reich?

1. Voraussetzung des Aufopferungsanspruches: ein vom Willen der Gesamtheit abhängiges Schadensereignis

Inhalt des Aufopferungsanspruches ist es, eine zwischen den Interessen der Allgemeinheit und jenen der Einzelnen eintretende Kollision zugunsten der Einzelnen wertmäßig auszugleichen.

Notwendige Voraussetzung des Aufopferungsanspruches ist, dass das schadensstiftende Ereignis auf einem Willensakt der dem Einzelnen übergeordneten Gesamtheit beruht. Ist dieses vom Willen der Gesamtheit unabhängig, so kann der Einzelne keine Entschädigung verlangen, da der Einzelne die Risiken für die in seinem Verhältnis zur Gesamtheit zufälligen Schäden selber zu tragen hat.

In dem Verhältnis der Landesherren zu ihren Untertanen konnten die letzteren für die zufällig bei Ihnen eintretenden Schäden von Naturereignissen und deliktischen Handlungen keine Entschädigungen von ihrem Landesherrn verlangen, wobei gleiches auch in dem verfassungsrechtlichen Verhältnis der Reichsstände zu Kaiser und Reich gilt.

Samhaber, Freymuethige Gedanken ueber die Saecularisirung:

„... Aber folgt daraus, daß wenn durch einen Ungluecksfall das Haus eines Gesellschafters, eines Staatsbuergers von den Flammen verzehret wird, die uebrigen Mitglieder der buergerlichen Gesellschaft, abgesehen von aller conventionellen Einrichtung fuer solche Faelle, auf ihre Kosten dem Verunglueckten sein Haus wieder aufbauen lassen muessen? – Oder der Eine leidet durch einen betraechtlichen Diebstahl an seinem Vermoegen: bringet es das gemeinsame Band, welches alle Mitglieder zu einem Ganzen umschlinget, nothwendig mit sich, daß alle Uebrige, um diesen Verlust dem Beschaedigten zu ersetzen, ihre Gelder zusammen schließen muessen? Aller Verbindung im Staate ungeachtet leidet bloß der Beschaedigte den z u f a e l l i g e n Schaden, und keinem faellt es ein, eine absolute Verbindlichkeit als Mitglied des Staates anzuerkennen, nach welcher er denselben ersetzen mueßte.⁽⁴²³⁾ ... Aber es liegt in keiner Verfassung eine s o l c h e Sicherheit der Rechte und des Eigenthumes, daß auf den Fall, da ein Mitglied des Staates durch einen ungluecklichen Zufall an dem einen oder dem andern einen Verlust gelitten hat, alle uebrigen Staatsbuerger die natuerliche und absolute Verbindlichkeit haetten, mittelst eines verhaeltnißmaeßigen Beytrages diesen Verlust zu ersetzen. Vielmehr muß jedes Mitglied des Staates, Trotz dem wesentlichen Zwecke desselben, die

⁴²³ §. 7., S. 20-21.

persoenlichen Rechte und das Eigenthum zu sichern, den erlittenen zufaelligen Schaden selbst tragen, ...⁴²⁴

Notwendige Voraussetzung für die Gewährung von Entschädigungen an die linksrheinisch depossedierten Reichsstände war also, dass das schadensstiftende Ereignis, die an die Französische Republik erfolgte Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete auf einem Willensakt der den Reichsständen übergeordneten Gesamtheit, des Reiches beruhte.

2. Keine Willensabhängigkeit wegen der französischen Abtretungsforderung?

Für den Ausschluss der Abhängigkeit des Schadensereignisses vom Willen des Reiches ist die Forderung auf Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete in Betracht zu ziehen, eine von der Französischen Republik unablässige vorgetragene Bedingung für den Friedensschluss.⁴²⁵

Der Verlust der linksrheinischen Reichsgebiete hätte dann auf einem Willensakt der ausländischen Siegermacht beruht und nicht auf einem der Gesamtheit, dem Reich. Für die linksrheinisch depossedierten Reichsstände wäre dann ihr Verlust der linksrheinischen Besitzungen ein zufälliges Ereignis gewesen.

Mit dieser Begründung verneinte *Samhaber*, Freymuethige Gedanken ueber die Saecularisirung die Abhängigkeit des Schadensereignisses vom Willen des Reiches:

„... Diese Grundsätze finden auch ihre Anwendung auf den Fall, da diejenige Macht, mit welcher wir zeither Krieg gefuehrt haben, den uns durch das erlittene Kriegsunglueck nothwendig gewordenen Frieden nicht anders, als unter der Bedingniß zustehen will, daß ein bestimmter Theil unseres Staatsgebiethes ihr abgetreten werde. Die Abtretung geschiehet alsdann durch eine traurige Nothwendigkeit. Werde der Zustand der *Abgetretenen* dadurch noch so sehr *verschlimmert*: Niemand denket gleichwohl zum Besten derselben an

⁴²⁴ §. 9., S. 24-25.

⁴²⁵ Nachdem die Französische Republik bereits auf dem Rastatter Kongress vom 16. Jan.-27. März 1798 die unbedingte Forderung auf Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete gestellt hatte und dies seitens der Reichsfriedensdeputation am 27./28. März 1798 nachgegeben worden war (oben, S. 17-20), war während den Verhandlungen zum Friedensschluss von Lunéville von Beginn der Verhandlungen selbige Forderung seitens der Französischen Republik als unablässliche Bedingung für den Friedensschluss an das Reich gestellt worden (oben, S. 62-64).

Samhaber, Freymuethige Gedanken ueber die Saecularisirung, §. 11., S. 38 „Allein das eiserne Gesetz der Nothwendigkeit gebiethet kategorisch Aufopferungen an Landen und Leuten fuer die franzoesische Republik, welche unter keinen andern Bedingung dem teutschen Reiche den von so vielen Tausenden gewuenschten Frieden geben will. ...“

und das von dem Gesandten des *Bischofs von Lüttich* in seinem bei den über den Friedensvertrag von Lunéville im Reichsfürstenrat am 6. März 1801 abgegebenen Votum „... Auf den aeußersten Fall nun, daß der Gewalt des siegenden Feindes durchaus nicht anderst, als durch einen diese harte Bedingung genehmigenden Reichstagschluß ausgewichen, und der im allgemeinen so sehnlichst gewuenschte Friede auf keine sonstige Weise zu Stande gebracht werden koenne, ...“ (*Jm Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081 (vielmehr 6. März 1801)*, S. 15-17 (16), in: *Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

einen Ersatz fuer das dadurch verlorne und verminderte Gut.⁽⁴²⁶⁾ ... Der Fall ist auch hier in der That ganz anders, als wenn ein einzelner Staatsbuerger von der hoechsten Gewalt, der er unterworfen ist, gezwungen wird, zur Erhaltung des Ganzen, oder zur groeßeren Bequemlichkeit desselben sein Eigenthum oder einen Theil desselben herzugeben. Man spricht ihm alsdann billig Schadloshaltung von Seiten aller Uebrigen zu, die dadurch gerettet, oder deren Bequemlichkeit dadurch befoerdert worden ist. Hier in dem Falle, von welchem wir sprechen, fordert nicht die h o e c h s t e G e w a l t ein solches Opfer: hier dictirt der F e i n d den Frieden, und mit ihm seine Erwerbung einiger Staatsbezirke als unabaenderliche Bedingniß des Friedens. Es ist ein bloßer Zufall, daß gerade d i e s e r T h e i l des gesammten Staats = Territoriums dem Feinde bequemer lieget, oder sonst vortheilhafter ist, als ein anderer. ...⁴²⁷

Die Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete an die Französische Republik kam durch die dem Friedensvertrag von Lunéville am 6. und 7. März 1801 durch den Reichstag erteilten Zustimmung⁴²⁸ und seine reichsoberhauptlichen Genehmigung⁴²⁹ zustande. Seitens des Reiches lagen ihr das Interessen auf eine Befreiung von allen weiteren Kriegshandlungen, auf eine baldige Abziehung der Truppen aus dem Reichsgebiet und die Befürchtung eines späteren noch härteren Friedensschlusses zugrunde.⁴³⁰

Außerdem gingen ihr frühere einschlägige Vereinbarungen der Französischen Republik mit verschiedenen Reichsständen voraus.

a) Gestattungen zur Besetzung ihrer linksrheinischen Gebiete durch den König von Preußen und den Landgrafen von Hessen-Kassel

König Friedrich Wilhelm II. von Preußen⁴³¹ hatte seinem am 5. April 1795 in Basel mit der Französischen Republik abgeschlossenen Friedensvertrages in Art. I dieser die weitere Besetzung seiner linksrheinischen Besitzungen, das ganz linksrheinische Herzogtum

⁽⁴²⁶⁾ §. 9., S. 25-26.

⁴²⁷ §. 9., S. 27.

⁴²⁸ Oben, S. 81-135 (135).

⁴²⁹ Oben, S. 136.

⁴³⁰ Oben. S. 272-273.

⁴³¹ In der von Kaiser Leopold II. und König Friedrich Wilhelm II. von Preußen am 7. Febr. 1792 in Berlin abgeschlossenen Defensiv-Allianz hatten sich die beiden Monarchen für den Fall eines fremden Einfalles in ihre Staaten zu einer gegenseitigen Unterstützung mit 15 000 Mann Infanterie und 5 000 Mann Kavallerie verpflichtet (*Martens*, *Traité des Puissances de l'Europe*, Supplément, Tome II, 24., p. 172-177 (Art. IV, p. 173)). König Friedrich Wilhelm II. hatte sich, nach der Kriegserklärung Ludwigs XVI. am 20 avril 1792 gegen Franz II. als König von Ungarn und Böhmen (unten, S. 303) dem Kriegszustand auf dessen Seite gegen Frankreich angeschlossen. *Exposé succinct des Raisons, qui ont déterminé Sa Majesté le Roi de Prusse à prendre les armes contre la France ... Berlin, le 26 Juin 1792* (*Teutsche Staatskanzley*, XXXVI. Theil, 2. Abschnitt, IX., S. 237-244) und das in Koblenz am 25. Juli 1792 abgegebene Manifest des Herzogs von Braunschweig (unten, S. 858).

Geldern⁴³² und den ca. hälftigen Teil seines Herzogtums Kleve⁴³³ bis zum allgemeinen Friedensschluss mit dem Reich gestattet, wobei jede endgültige Übereinkunft über sie dem Friedensschluss mit dem Reich vorbehalten blieb:

„Les troupes de la République Française continueront d’occuper la partie des Etats du Roi, située sur la rive gauche du Rhin. Tout arrangement définitif, à l’égard de ces Provinces, sera renvoyé jusqu’à la Pacification générale entre l’Empire germanique & la France.“⁴³⁴

Landgraf Wilhelm IX. von Hessen Kassel⁴³⁵ hatte in seinem am 28. August 1795 in Basel abgeschlossenen Friedensvertrag in Art. V der Französischen Republik die weitere Besetzung seiner linksrheinischen Gebieten, der Festung Rheinfels, der Stadt St. Goar und des linksrheinischen Teiles seiner Grafschaft Katzenellenbogen gestattet, wobei jede endgültige Übereinkunft über sie bis zum allgemeinen Friedensschluss zurückgestellt blieb:

„La République Française continuera d’occuper la forteresse de Rheinfels, la ville de Saint Goar, & la partie du comté de Catzenellenbogen située sur la rive gauche du Rhin. Tout arrangement définitif à l’égard de ces pays sera renvoyé jusqu’à la pacification entre la République Française & les parties de l’Allemagne encore en guerre avec elle.“⁴³⁶

⁴³² *Leonhardi*, Erdbeschreibung der Preußischen Monarchie, III. Band, 1. Abtheilung, 4. Abschnitt, §. 1., S. 348 und *Großer Historischer Weltatlas*, III. Teil, S. 38, AB 2.

Ca. 24 QM groß (*Leonhardi* ebd., §. 1., S. 348) und im Jahr 1782 Landbevölkerung 43 284 Einw. und Stadtbevölkerung 3 994 Einw., insgesamt 47 278 Einw. (*Leonhardi* ebd., §. 5., S. 353-357 (354)).

⁴³³ *Leonhardi*, Erdbeschreibung der Preußischen Monarchie, I. Band, Einleitung, §. 9., S. 67, IV. Band, 1. Abtheilung Westphaelische Lande, 5. Abschnitt, §. 2., S. 586 und *Großer Historischer Weltatlas*, III. Teil, S. 38, AB 2.

Insgesamt 40 QM und im Jahr 1794 97 000 Einwohner (*Leonhardi* ebd., IV. Band, §. 3., S. 597, I. Band ebd., §. 5., S. 53) und jährliche Einkünfte von 629 223 Reichstaler (*Leonhardi* ebd., IV. Band, §. 10., S. 615).

⁴³⁴ *Martens*, Traités puissances de l’Europe, Tome VI, 63. a., p. 496-497.

⁴³⁵ Landgraf Wilhelm IX. von Hessen-Kassel hatte sich mit seiner auf Grund der von ihm am 31. Juli 1792 mit den beiden Österreichischen und Preußischen Majestäten vereinbarten Konvention erfolgten tatsächlichen Stellung von 6 000 Mann zur preußisch-französischen Invasionsarmee dem Krieg der beiden Großmächte gegen Frankreich ohne formelle Kriegserklärung angeschlossen, im Manifest des Herzogs von Braunschweig am 25. Juli 1792 war er, als Verbündeter Preußens mitwirkend (*Renouard*, Revolutionskrieg 1792, 2. Abschnitt, S. 67-73, 79-80, 99, Beilage III., S. 489 und *Posselts Annalen*, Jahrg. 1795, 2. Band, 4. Stück, VIII., §. 1., nach S. 92, 4. Band, 11. Stück, VIII., S. 233).

⁴³⁶ *Martens*, Traités Puissances de l’Europe, Tome VI, 71., a., p. 549.

b) Abtretungen ihrer eigenen linksrheinischen Reichsgebiete durch den Herzog von Württemberg, den Markgrafen von Baden und den Kaiser

Herzog Friedrich II. von Württemberg hatte in seinem am 7. August 1796 in Paris abgeschlossenen Friedensvertrag⁴³⁷ in Art. IV zugunsten der Französischen Republik auf alle seine linksrheinischen Besitzungen verzichtet:

„S. A. S. le Duc de Württemberg & Teck renonce, en faveur de la République Française, pour lui, ses successeurs & ayans cause, à tous ses droits sur la principauté de Montbéliard, les seigneuries d’Héricourt, de Passavant, & autres en dépendantes; le comté de Horbourg, ainsi que les seigneuries de Riquewir & Ostheim, & lui cède généralement toutes les propriétés, droits & revenus fonciers qu’il possède sur la rive gauche du Rhin & les arrérages qu’il pourrait réclamer.
...⁴³⁸

Von diesen gehörte die Grafschaft Mömpelgard dem Reich zu.⁴³⁹ Zwar hatten die Herzöge von Württemberg den Königen von Frankreich über diese 7 burgundischen und 2 elsässischen Herrschaften die Souveränität zugestanden, dies jedoch vom Reich niemals anerkannt worden.⁴⁴⁰

Markgraf Karl Friedrich von Baden hatte in seinem am 22. August 1796 in Paris abgeschlossenen Friedensvertrag⁴⁴¹ in Art. IV der Französischen Republik seine sämtlichen linksrheinischen Besitzungen abgetreten:

”S. A. S. le Marggrave de Bâde, pour lui, ses successeurs & ayans cause, cede à la République Française tous les droits qui peuvent lui appartenir sur les

⁴³⁷ *Martens, Traités puissances de l’Europe, Tome VI, N° 92. c., p. 670.*

Ratifiziert durch das Direktorium am 28 thermidor an IV (10 août 1796) und am selben Tag durch Herzog Friedrich mit erfolgter Austauschung der Ratifikationen (p. 672, Fußnote).

Der Nachfolger Herzog Friedrichs (gestorben am 23. Dez. 1797) Herzog Friedrich II. von Württemberg hatte sich zwar im Januar 1799 gegenüber Kaiser Franz II. verpflichtet, von dem mit der Französischen Republik abgeschlossenen Separatfriedensvertrag zurückzutreten (*Klüpfel, Die Friedensunterhandlungen Württembergs mit der französischen Republik 1796-1802, in: HZ, X. Band, Aufsätze, VI., S. 403, 411-415 (411)*) und erklärte auch in dem mit dem Kaiser am 2. Juli 1799 in Wien abgeschlossenen Allianzvertrag, den ihm von Seiten Frankreichs im Jahre 1796 erzwungenen Frieden für ungültig (*Hölzle, Das alte Recht und die Revolution, II. Buch, 3. Kap., V., S. 247-248*).

Dieser einseitige Widerruf hat jedoch seine bereits gehabte völkerrechtliche Wirksamkeit nicht beseitigt.

⁴³⁸ *Martens, Traités puissances de l’Europe, Tome VI, 92. c., p. 671, nachfolgend „... Il renonce à toute répétition qu’il pourrait faire contre la République, pour non-jouissance desdits droits & revenus, & pour toute autre cause, de quelque espece qu’elle soit, antérieure au présent traité.“ (p. 671).*

⁴³⁹ Unten, S. 482.

⁴⁴⁰ Annex, S. 5.

⁴⁴¹ *Martens, Traités puissances de l’Europe, Tome VI, N° 93. b., p. 679.*

Bei der von Ende August 1796 bis zu Anfang des Jahres 1797 geglückten Befreiung von Süddeutschland von den französischen Armeen (unten, S. 904) hatte Markgraf Karl Friedrich von Baden, auf Einwirkung von Thugut den noch nicht ratifizierten Friedensvertrag vorläufig widerrufen. Der Austausch der Ratifikationen erfolgte auch erst am 15. Dez. 1797 in Paris (*Karl Friedrich, Herzog von Baden, Politische Correspondenz, II. Band, Einleitung, 7., S. XXXVIII-XLIV, (Quellen), VII., 502.-691., S. 425-625*).

seigneuries de Rodemackern & Hespringen, dans le ci-devant Duché de Luxembourg; la portion à lui appartenante dans le comté de Sponheim, & ses droits sur l'autre portion; la seigneurie de Grevenstein; les bailliages de Benheim & de Roth, & généralement tous les territoires, droits & revenus qu'il possédait ou prétendait avoir droit de posséder sur la rive gauche du Rhin. ...⁴⁴²

Von diesen hatten mit Ausnahme der im Luxemburgischen gelegenen Herrschaft Rodemachern, über welche die Markgrafen von Baden den Französischen Königen die Souveränität zugebilligt hatten,⁴⁴³ und des im Elsass unter französischer Souveränität stehenden Amtes Beinheim,⁴⁴⁴ alle übrigen dem Reich unbestritten zugehört.⁴⁴⁵

Kaiser Franz II. hatte als Oberhaupt seines Hauses Österreich in dem am 17. Oktober 1797 abgeschlossenen Friedensvertrag von Campo Formio⁴⁴⁶ der Französischen Republik in Art. III der offenen Artikel auf seine Österreichischen Niederlande verzichtet:

„S. M. l'Empereur, roi de Hongrie et de Bohême, renonce, pour elle et ses successeurs, en faveur de la République française, à tous ses droits et titres sur les ci-devants provinces belgiques, connues sous le nom de Pays-Bas autrichiens. La République française possédera ces pays à perpétuité, en toute souveraineté et propriété, et avec tous les biens territoriaux en dépendent.“⁴⁴⁷

in den Geheimartikeln in Art. III auf die Grafschaft Falkenstein zugunsten der Französischen Republik verzichtet:

„Sa Majesté Impériale et Royale renonce pour elle et ses successeurs en faveur de la République française à la souveraineté et propriété du Comté de Falkenstein et de ses dépendances.“⁴⁴⁸

und in Art. VI ihr das Frickthal abgetreten:

„Sa Majesté Impériale et Royale cédera à la paix de l'Empire, à la République française la souveraineté et propriété de Frickthal et de tout ce qui appartient à la Maison d'Autriche sur la rive gauche du Rhin entre Zurzach et Bâle, ... La République française réunira lesdits pays à la République helvétique moyennant

⁴⁴² *Martens*, Traités puissances de l'Europe, Tome VI, 93. b., p. 680, insg., p. 680.

⁴⁴³ Annex, S. 7.

⁴⁴⁴ Annex, S. 7-8.

⁴⁴⁵ Annex, S. 7-8.

⁴⁴⁶ In den vorangegangenen Leobener Friedenspräliminarien vom 18. April 1797 hatte der Kaiser (Österreich) der Französischen Republik in Art. VI (patents) seine Österreichischen Niederlande verzichtet und die von ihr selber dekretierten Grenzen anerkannt „S. M. l'Empereur et Roi renonce à tous ses droits sur les Provinces Belgiques, connues sous le nom de Pays-Bas Autrichiens et reconnaît les limites de la France décrétées par les lois de la République Française. ...“ (*Clercy*, Traités de la France, Tome I, p. 319-320 (320)).

⁴⁴⁷ *Napoleonische Friedensverträge*, I., S. 10.

⁴⁴⁸ *Napoleonische Friedensverträge*, I., S. 15.

les arrangements qu'elles pourront prendre entr'elles sans porter préjudice à S. M. l'Empereur et Roi, ni à l'Empire.“⁴⁴⁹

c) Abstimmungsverpflichtungen des Königs von Preußen, des Herzogs von Württemberg, des Markgrafen von Baden und des Kaisers gegenüber der Französischen Republik

König Friedrich Wilhelm II von Preußen hatte sich in der am 5. August 1796 abgeschlossenen Berliner Geheimkonvention in Art. I verpflichtet, falls beim nachfolgenden Friedensschluss mit dem Reich von der Abtretung des linken Rheinufer die Rede sein werde, sich nicht hiergegen zu wenden:

„... pour le cas où la dite rive seroit cedée à la France, à l'époque de la paix avec l'Empire, ... ; S. M. Prussienne pour donner à la République Française une preuve de ses sentimens d'amitié, déclare, que lorsqu'il sera question de la cession de la rive gauche du Rhin à la France, Elle ne s'y opposera pas, ...“⁴⁵⁰

Herzog Friedrich von Württemberg sagte in Art. III seiner Pariser Geheimartikel vom 7. August 1796 der Französischen Republik zu, bei Gelangung des noch abzuschließenden Reichsfriedens an den Reichstag, mit seiner dortigen Stimme mitzuwirken, die dem deutschen Reich auf dem linken Rheinufer zugehörenden Gebiete mit der Französischen Republik zu vereinigen:

„Le Duc de Württemberg s'oblige, en sa qualité de Membre de l'Empire Germanique, à concourir par son suffrage à la Diète, lorsque le traité de paix conclure entre la République Française et l'Empereur y sera porté, 1^o A ce que tout le territoire dépendant de l'Empire Germanique, situé sur la rive gauche du Rhin, les îles et les cours de ce fleuve, soient réunis à la République Française ...“⁴⁵¹

Markgraf Karl Friedrich von Baden sagte in Art. VIII seiner Pariser Geheimartikel vom 22. August 1796 der Französischen Republik zu, bei Gelangung des noch abzuschließenden Reichsfriedens an den Reichstag mit seiner dortigen Stimme mitzuwirken, dass alle dem deutschen Reich zugehörenden Gebiete auf dem linken Rheinufer mit der Französischen Republik vereinigt würden:

„Le Margrave de Bade s'oblige, en sa qualité de Membre de l'Empire Germanique, à concourir par son suffrage à la Diète, lorsque le Traité de paix à conclure entre la République Française, l'Empereur et l'Empire, y sera porté: 1^o A ce que tous les territoires dépendans de l'Empire Germanique situés sur la rive

⁴⁴⁹ *Napoleonische Friedensverträge*, I., S. 16.

⁴⁵⁰ *Martens*, *Traité des puissances de l'Europe*, Tome VI, N^o 90., p. 654, insg., p. 654.

⁴⁵¹ *Clercq*, *Traité de la France*, Tome I, p. 286.

gauche du Rhin, les îles et les cours de ce fleuve soient réunis à la République Française; ...“⁴⁵²

Kaiser Franz II. sagte in den Geheimartikeln von Campo Formio vom 17. Oktober 1797 der Französischen Republik zu, sich beim späteren Friedensschluss mit dem Reich dafür zu verwenden, den Erwerb der linksrheinischen Reichsgebiete mit einer Beschränkung an die an die beiden Flüsse Nette und Ruhr angelegte Grenzlinie in Art. I:

„S. M. l’Empereur, roi de Hongrie et de Bohême, consent que les limites de la République française s’étendent jusqu’à la ligne ci-dessous désignée, et s’engage à employer ses bons offices lors de la paix avec l’Empire germanique pour que la République française obtienne cette même ligne. Savoir: La rive gauche du Rhin depuis la frontière de la Suisse au-dessous de Bâle jusqu’au confluent de la Nette au dessus d’Andernach, ..., l’une et l’autre rive de la Nette, depuis son embouchure jusqu’à sa source ... Les deux rives de la Roer ... la ville de Venloo et son arrondissement. ...“⁴⁵³

und in Art. VI unter der Voraussetzung des Erhaltes von einer angemessenen Entschädigung das Frickthal alles, was er auf dem linken Rheinufer besitzt, abzutreten:

„Sa Majesté Impériale et Royale cédera à la paix de l’Empire, à la République française ... de Frickthal ..., moyennant qu’à la paix susdite Majesté obtienne une compensation proportionnelle en Allemagne qui soit à sa convenance. ...“⁴⁵⁴

⁴⁵² Clercq, *Traité de la France*, Tome I, p. 297.

⁴⁵³ *Napoleonische Friedensverträge*, I., Articles secrets, S. 14-15.

Sein vollständiger, die Festlegung der an die Französische Republik zu gelangenden linksrheinischen Reichsgebiete betreffender Inhalt lautete „... pour que la République française obtienne cette même ligne. Savoir: La rive gauche du Rhin depuis la frontière de la Suisse au-dessous de Bâle jusqu’au confluent de la Nette au-dessus d’Andernach, y compris la tête de pont de Mannheim sur la rive gauche du Rhin, et la ville et forteresse de Mayence, l’une et l’autre rive de la Nette, depuis son embouchure jusqu’à sa source près de Bruch; de là une ligne passant par Senscherade et Borlar jusqu’à Kerpen et de cette ville à Ludensdorff, Blanckenheim, Marmagen, Soetenich, Call, Gemund, y compris les arrondissements et banlieues de ces communes; puis les deux rives de l’Olf jusqu’à son embouchure dans la Roer. Les deux rives de la Roer en y comprenant Heimbach, Nidecken, Duren et Juliers avec leurs arrondissements et banlieues ainsi que les villages riverains et leurs arrondissements jusqu’à Linnich; de là une ligne passant par Roffern, Erckelens, Dalen, Lilar, Papelermol, Latelfort, Radenberg, Haversloch (s’il se trouve dans la direction de la ligne), ander-Heyden, Kald-Kirchen, Wambach, Herringen et Grotray avec la ville de Venloo et son arrondissement. ...“ (S. 14-15) mit *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz*, Blatt IV., Blatt III., Blatt I.

⁴⁵⁴ „Sa Majesté Impériale et Royale cédera à la paix de l’Empire, à la République française la souveraineté et propriété de Frickthal et de tout ce qui appartient à la Maison d’Autriche sur la rive gauche du Rhin entre Zurzach et Bâle, moyennant qu’à la paix susdite Majesté obtienne une compensation proportionnelle en Allemagne qui soit à sa convenance. La République française réunira lesdits pays à la République helvétique moyennant les arrangements qu’elles pourront prendre entr’elles sans porter préjudice à S. M. l’Empereur et Roi, ni à l’Empire“ (*Napoleonische Friedensverträge*, I., S. 16).

3. Ergebnis: Abtretung als ein vom Willen des Reiches getragenes Ereignis

Die in Art. II und VI des Friedensvertrages von Lunéville vorgenommenen Abtretungen waren durch die vom Reichstag ausgesprochene Einwilligung und die reichsoberhauptliche Genehmigung des Kaisers erfolgt. Seitens des Reiches lagen ihr die Interessen und Anliegen der sofortigen Befreiung von allen weiteren Kriegshandlungen, der Abziehung der französischen Truppen aus dem Reich und die Befürchtung eines späteren noch härteren Friedensschlusses zugrunde.

Mit der von dem König von Preußen und dem Landgraf von Hessen-Kassel, welchem seine 14 000 Mann starke Armee einen Rang unter den europäischen Mächten anwies,⁴⁵⁵ in ihren Friedensverträgen vom 5. April/28. August 1795 mit der Französischen Republik gestatteten weiteren militärischen Besetzung ihrer linksrheinischen Gebiete brachten diese 4 ½ Jahre vor der Abschließung des Friedensvertrages von Lunéville und für diese Zeitdauer unter einen ungestörten französischen Besitz.

Durch die von dem Herzog von Württemberg, dem Markgraf von Baden und dem Kaiser an die Französische Republik in ihren Friedensverträgen vom 7./22. August 1796 und 17. Oktober 1797 erklärten Verzichte und vorgenommene Abtretung ihrer eigenen linksrheinischen Gebiete gelangten diese bei einem weiteren Verbleiben im Reich,⁴⁵⁶ jedoch auch bei einem Nichteintritt der Französischen Republik mit ihnen in das Reich⁴⁵⁷ in dem Verhältnis dieser Reichsstände zur Französischen Republik an diese und brachten gleichfalls eine 3 ½ und 2 ¼ Jahre frühere französische Herrschaft mit sich.

Die von dem König von Preußen, dem Herzog von Württemberg, dem Markgrafen von Baden und dem Kaiser in den Geheimartikeln ihrer Friedensverträge vom 5./7./22. August

⁴⁵⁵ *Gebhardt*, Deutsche Geschichte, 9. Aufl., II. Band, II., D., § 50, S. 193; *Philippi*, Die Landgrafschaft Hessen-Kassel, Landgraf Friedrich II. (1760-1785), S. 71, 78-79, Landgraf Wilhelm IX. (1785-1806), S. 88 und *Landgraf Karl von Hessen-Kassel 1654-1730*, Einleitung von *H. Philippi*, S. 5-18: hinterließ das nächst den Kurfürstentümern seiner Qualität zu den vornehmsten Fürstentümern zugehörend (S. 18).

Dies trotz einer nur eigenen Bevölkerung von 400 000 (*Renouard*, Revolutionskrieg 1792, 2. Abschnitt, S. 67 und *Posselts Annalen*, Jahrg. 1795, IV. Band, 11. Stück, VII., S. 233).

⁴⁵⁶ Zu einem Ausscheiden aus dem Reich hätte es seiner Zustimmung bedurft. *Leist*, Lehrbuch teutschen Staatsrechts, 1. Aufl., B), 1. Buch, 1. Theil, 1. Abtheilung, 1. Abschnitt, §. 20., S. 55 „... Auch darf 5) die Reichsgrenze durch Abtretung der Landeshoheit an auswaertige Maechte, ohne Einwilligung der ReichsStaatsgewalt, auf keine Weise veraendert werden⁵⁾. ...“.

⁴⁵⁷ Die Französische Republik trat mit diesen von den 3 Reichsständen an sie ausgesprochenen Verzichte und vorgenommenen Abtretung ihrer linksrheinischen Reichsgebiete nicht in das Reich ein. Ungeachtet, dass es auch hierzu der Zustimmung des Reiches bedurft hätte, wäre auch inhaltlich ein Eintritt der Französischen Republik mit diesen in das Reich nicht möglich gewesen. Mit dem durch die Revolution hervorgebrachten modernen Staatsquarakter der Französischen Republik war es nicht vereinbar, sich in das den lehnsrechtlich-mittelalterlichen Verfassungsstrukturen der Reichsverfassung und den dem Ancien régime verhafteten Sozialstrukturen im Reich einzugliedern.

Dies gilt insbesondere, da die Französische Republik in ihrem Dekret vom 15 déc. 1792 über die Politik in den von den französischen Armeen besetzten Gebieten ihre eigenen revolutionären Verfassungs- und Sozialstrukturen mit der Proklamierung von Volkssouveränität, der Aufhebung aller bisherigen Gewalten, der Abschaffung der Feudalrechte, der Leibeigenschaft und der Erklärung, dass man dem Volk Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit bringen werde (oben, S. 276) einführte.

1796 und 17. Oktober 1797 gegenüber der Französischen Republik eingegangenen Verpflichtungen⁴⁵⁸ waren von den beiden mächtigsten und angesehensten Reichsständen, dem Kaiser und dem König von Preußen⁴⁵⁹ und durch die beiden mittelgroßen Reichsstände, dem Herzog von Württemberg und dem Markgrafen von Baden zugestanden worden. Durch deren Zusammenwirken konnte eine Abstimmung im Reichstag weitgehend vorbestimmt und festgelegt werden und dies beeinflusste die Willensbildung im Reichstag maßgebend.

Die im nachfolgenden Friedensvertrag von Lunéville vorgenommenen Abtretungen der linksrheinischen Reichsgebiete an die Französische Republik waren demnach durch diese von fünf Reichsständen in ihren zuvor mit der Französischen Republik abgeschlossenen Separatabkommen für ihre eigenen linksrheinischen Gebieten und für die nachfolgende vom Reich vorzunehmende Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete getroffenen Regelungen unmittelbar und weitgehend vorbereitet und vorbestimmt worden.

⁴⁵⁸ Beim nachfolgenden Friedensschluss mit dem Reich für die Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete zu stimmen (König von Preußen, Herzog von Württemberg, Markgraf von Baden) und seinen Einfluss hierfür geltend zu machen (Kaiser).

⁴⁵⁹ Der Kaiser und der Kurfürst von Preußen waren die Führer der katholischen und evangelischen Religionsparteien. Bereits mit den im Westfälischen Friedensschluss erworbenen Gebieten (Erlangung der säkularisierten Hochstifter Halberstadt, Minden, Camin, des Erzstiftes Magdeburg gegen die an Schweden abgetretenen Vorpommern/Rügen und Teilen von Hinterpommern, unten, S. 962-964) war Kurfürst Friedrich Wilhelm I. von Brandenburg dem bisherigen Führer der evangelischen Religionspartei Kurfürst Johann Georg I. von Sachsen ebenbürtig. Mit dem 7-jährigen Krieg (1756-1763) und seiner erfolgreichen Beendigung wurden die Könige von Preußen die unbestrittenen Führer der evangelischen Religionspartei, während bei den Katholiken dies stets Österreich war.

Rohr, Der deutsche Reichstag vom Hubertusburger Frieden bis zum Bayerischen Erbfolgekrieg, I., S. 52 „... Neben die katholische, traditionelle Führungsmacht Österreich – als Dynastiestaat wieder gefestigt, als unerschütterte Macht des Beharrens bewährt, doch politisch weiter nach Osten gedrängt, und stärker auf den Süden des Reichs beschränkt – trat die vorwärts drängende, protestantische, neue Führungsmacht Preußen. ...“ und *Aretin*, Das Alte Reich 1648-1806, III. Band, Kap. 1, 9., S. 108 „... Die Bedeutung des Corpus evangelicorum für Preußen war in diesem Krieg für Friedrich erkennbar geworden. Auch wenn Sachsen formal das Haupt dieses Corpus blieb, so war doch die Rolle Preußens als protestantische Führungsmacht im Reich vorgezeichnet. ...“

Beide gehörten der Pentarchie der 5 europäischen Großmächte zu. Durch sein im 7-jährigen Krieg erstrittenes Bestehen gegen die große europäische Koalition: Österreich, Frankreich, Russland stieg Preußen in den Kreis der europäischen Großmächte auf. Für die Pentarchie: Frankreich, Großbritannien, Österreich, Preußen, Russland war bestimmend, dass keine der 5 Großmächten allein stark genug war, die anderen zu determinieren. Obwohl Preußen wohl die kleinste Großmacht war, hatte es sich als solche in Europa etabliert.

Gebhardt, Deutsche Geschichte, 10. Aufl., XI. Band, C., § 13, d), S. 434 „... Preußen mit dem Hubertusburger Frieden auch schon zur ‚Großmacht‘ werden und neben England, Frankreich, Österreich und Rußland in die europäische ‚Pentarchie‘ einrücken, ...“, insg *ebd.*; *Immich*, Geschichte des europäischen Staatensystems 1660-1789, Abschnitt III., 5. Kap., § 134., S. 380 „... Friedrich hatte seinen Staat in den schlesischen Kriegen zur Großmacht erhoben, der Siebenjährige Krieg lieferte den Beweis, daß sein Preußen dieser Stellung gewachsen war und niemand es wagen durfte, ihm diesen Ruhm streitig zu machen. ...“ und *Andreas*, Friedrich der Grosse, der Siebenjährige Krieg und der Hubertusburger Friede „... Preußens Eintritt in den Kreis der Großmächte, seine Gleichberechtigung in der europäischen Staatengesellschaft schien damit unwiderruflich begründet. ...“ (*HZ*, CLVIII. Band, Aufsätze, S. 303).

Preußen übte auch in den beiden Koalitionskriege gegen Frankreich seine europäische Großmachtsstellung erneut aus und bestätigte sie. Seine mit der Französischen Republik am 5. April 1795 im Baseler Friedensvertrag und am 5. Aug. 1796 in der Berliner Konvention vereinbarte und von ihm bis zum Abschluss des Friedensvertrages von Lunéville am 9. Febr. 1801 realisierten Neutralisierung Norddeutschlands war sichtbarer Ausdruck hiervon (unten, S. 897-901).

Trotz der von der Französischen Republik an das Reich gestellten Forderung auf Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete war demnach dieses ein vom Willen des Reiches formell – Zustimmungen vom Reichstag und Kaiser – und materiell – Vermeidung von weiteren Schäden und eines späteren härteren Friedensschlusses – mitgetragenes Ereignis, welches durch im Reich stattgefundene Vorgänge – die von Reichsständen mit der Französischen Republik zuvor abgeschlossenen Separatfriedensverträge – unmittelbar und weitgehend vorbereitet und vorbestimmt worden war. Die Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete an die Französische Republik war damit, trotz der dahingehenden Forderung der Französischen Republik an das Reich ein vom Willen des Reiches abhängiges Schadensereignis.

III

Eingriffe in die iura quaesita?

1. Der Verlust des linksrheinischen gebietlich-territorialen Besitzes und Eingriffe in die Landeshoheit und in die Reichsstandschaft als Folge der Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete

Hinsichtlich des Status der abgetretenen linksrheinischen Reichsgebiete war in Art. VI des Friedensvertrages von Lunéville deren Übergang in die Souveränität und Eigentum der Französischen Republik festgelegt worden:

„S. M. l’Empereur et Roi, tant en son nom qu’en celui de l’Empire germanique, consent à ce que la République française possède désormais, en toute souveraineté et propriété, les pays et domaines situés à la rive gauche du Rhin, et qui faisaient partie de l’Empire germanique; ...“⁴⁶⁰

Mit den Territorien waren auch die damit verbundenen Rechte der Landeshoheit⁴⁶¹ und der Reichsstandschaft⁴⁶² verloren gegangen.⁴⁶³

Da ein weiteres Fortbestehen dieser Rechte mit ihrem ständischen Charakter und ihren ständischen Hoheitsbefugnissen mit dem durch die Revolution hervorgebrachten modernen Staatscharakter der Französischen Republik, insbesondere der am 4. August 1789 beschlossenen Aufhebung aller Feudalrechte⁴⁶⁴ unvereinbar war, hatte dies zur Folge, dass die Reichsstände alle mit den linksrheinischen Besitzungen verbundenen Rechte verloren.

Batz, Versuch einer naturlichen Erklärung des siebenten Friedensartikels von Lunéville:

„... Die deutschen Reichsstände sind nicht bloß große Güterbesitzer, sondern Landesherren oder Landesgewalthaber. Nicht in jener Eigenschaft, d. i. also

⁴⁶⁰ Art. VI, Satz 1 (*Napoleonische Friedensverträge*, II., S. 21).

⁴⁶¹ Die umfassende Hoheits- und Regierungsgewalt eines Landes (unten, S. 447).

Seit der in Art. V § 1 IPO den Ständen des Reiches erfolgten Bestätigung der Landeshoheit (unten, S. 439-440/458), wurde sie als Annex des gebietlichen Besitzes angesehen (unten, S. 440-442).

⁴⁶² Die Reichsstandschaft als das Recht zur Teilnahme und Mitwirkung im Reichstag mit entscheidender Stimme (unten, S. 356), wurde seit dem Ende des 16. und dem Beginn des 17. Jahrhunderts nicht mehr als ein den Reichsständen persönlich zugestandenes Recht, sondern als das mit ihren Territorien verbundene Recht angesehen (unten, S. 461-462).

⁴⁶³ Neben der Reichsstandschaft und der Landeshoheit waren mit dem gebietlich-territorialen Besitz auch die dingliche Reichsunmittelbarkeit mit ihrer direkten Zu- und Unterordnung des Territoriums unter die Hoheit von Kaiser und Reich und dem Fehlen einer Zugehörigkeit zu einem anderen Landesherrn mitgegeben. Da sie nach der erfolgten Ausbildung der Landeshoheit immanent mit dieser mitgegeben und ein notwendiger Bestandteil von ihr war, wird sie hier nicht besonders berücksichtigt (unten, S. 356-357).

⁴⁶⁴ Décret portant abolition de régime féodale, ... vom 4. 6. 7. 8. und 11. Aug. 1789: Abschaffung des Feudalwesens, der grundherrlichen Gerichtsbarkeiten, der Zehnten, der Käufligkeit von Ämtern, der Privilegien, der Annaten und der Mehrheit von Benefizien (unten, S. 771).

Privaten, sondern gerade in dieser, wurde ihnen Entschädigung bedungen; waeren sie bloße Privaten, und stunden ihre Laender unmittelbar unter der Hoheit des Reichs; so waeren sie, wie jetzt ihre Unterthanen mit dem Land an Frankreich uebergangen, und da hatte, wenn man ihnen ihre Gueter und Eigenthum gelassen haette, von Entschädigung freylich keine Frage seyn koennen. Da sie dies aber nicht sind, und die franzoesische Constitution nicht erlaubte, daß sie bey der geschehenen Laenderabtretung in ihrer alten Categoric diese Lande unter franzoesischer Oberhoheit regierten; so muß die bedungene Entschädigung ihnen auch in der Regenteneigenschaft gelten. ...⁴⁶⁵

Für die Landeshoheit bewirkte dies, dass sie bei allein linksrheinisch gelegenen Territorien verloren ging, bei Territorien mit links- und rechtsrheinischen Gebieten allein für den rechtsrheinischen Besitz erhalten blieb.

Für die Reichsstandschaften bewirkte dies, dass sie bei den reichsständischen Territorien mit allein linksrheinisch gelegenen Gebiet verloren ging,⁴⁶⁶ hingegen bei reichsständischen Territorien mit links- und rechtsrheinischen Gebieten für den rechtsrheinischen Besitz erhalten blieb.

Votum des *Kurfürsten von Baden* in der Sitzung des Reichsfürstenrates am 2. Dez. 1803:

„Es ist durch die Reichsgesetze klar entschieden, daß das reichstaendische Stimmenrecht auf dem Besitz von Reichslanden beruhe, und eben so ist durch das Reichsherkommen ausser allen Zweifel gesetzt, daß dieses Stimmrecht auf dem ganzen Lande und auf jedem Theil desselben hafte, auch daß keine gewaltsame Abreissung einzelner Landestheile, selbst wenn in diesen die ehemalige reichstaendische Residenz gewesen waere, solches schmaelere oder ausloesche, wie das Beispiel des Bisthums Strasburg allein schon diesen Satz hinlaenglich bewaehrt, indem bekanntlich die Stadt Strasburg und die bischoeflich = Straßburgische Lande jenseits Rheins schon laengstens unter franzoesische Hoheit gekommen sind, demohngeachtet aber das Stimmrecht auf den diesseits rheinischen reichstaendischen Landen unveraendert verblieben ist.“⁴⁶⁷

⁴⁶⁵ II., C), §. 32., S. 58-59.

⁴⁶⁶ *Fahrenberg*, Über die Fortdauer der ueberrheinischen Reichstags=Stimmen, Staatsrechtliches Gutachten ueber die Frage:, S. 6, bei dem Verlust der linksrheinischen Reichsgebiete fielen die 14 Stimmen im Reichsfürstenrat: Burgund, Pfalz-Lautern, Pfalz-Simmern, Pfalz-Zweibrücken, Pfalz-Veldenz, Basel, Lüttich, Weissenburg, Prüm, Stablo, Nomeny, Mömpelgard, Arenberg, Salm weg.

Nach *Hömig*, Der Reichsdeputationshauptschluß vom 25. Februar 1803, Kap. III, III., 2., S. 34-35 waren dies 18 Stimmen: Burgund, Pfalz-Lautern, Besançon, Pfalz-Simmern, Pfalz-Zweibrücken, Worms, Pfalz-Veldenz, Speyer, Straßburg, Basel, Lüttich, Chur, Weißenburg, Prüm, Stablo, Savoyen, Nomeny, Mömpelgard.

⁴⁶⁷ *Zweite Fortsetzung des Protokolls im Reichs=Fuerstenraths Freytag am 2. December 1803 ...*, S. 39 (*Regensburger Correspondenz*, LXI. Band, 108. Stück).

2. Die Eigenschaft der Landeshoheit als ius quaesitum

a) Die Stimmen in der Literatur

Weisse, Ueber die Sekularisation Deutscher geistlicher Reichslaender:

„... Dieses aber scheint allerdings der Fall bey den geistlichen Staaten zu seyn, auf deren Landeshoheit bloß dem jetztlebenden Besitzer ein wohl erworbenes Recht zusteht, ...“⁴⁶⁸

bejahte ausdrücklich die iura quaesita-Eigenschaft der Landeshoheit.

Leist, Lehrbuch teutschen Staatsrechts:

„Die L a n d e s h o h e i t²⁾ ist der Inbegriff saemmtlicher Hoheits- oder Regierungsrechte, welche, in Gemaeßheit der ReichsGrundgesetze³⁾, ueber einen teutschen Particularstaat, ... ausgeuebt werden⁴⁾. ...“⁴⁶⁹

mit dazugehörender Fußnote:

„darin liegt gerade der rechtliche Grund der Landeshoheit ...“⁴⁷⁰

bejahte, da seiner Ansicht nach die Landeshoheit ihre Legitimation in den Reichsgrundgesetzen habe, mittelbar ihre Zugehörigkeit zu den iura quaesita.

b) Die Landeshoheit als ius quaesitum

Die Landeshoheit hatte ihre Ursprünge in:

- den auf den Allodialgütern vermöge der Grundherrschaften zugunsten der Eigentümer vorhandenen tatsächlichen Herrschaftsverhältnissen,⁴⁷¹
- den Angehörigen des Reichsadels durch die deutschen Könige und römisch-deutschen Kaiser kraft ihren königlich-kaiserlichen Machtvollkommenheiten zuerst amtsmäßig und

⁴⁶⁸ Zweyter Abschnitt, §. 2., S. 160.

⁴⁶⁹ 2. Aufl., B), 1. Buch, 2. Theil, 1. Abtheilung, 1. Abschnitt, §. 20., S. 70-71.

⁴⁷⁰ 2. Aufl., B), 1. Buch, 2. Theil, 1. Abtheilung, 1. Abschnitt, §. 20., S. 71, Fußn. 3).

⁴⁷¹ Unten, S. 359-360.

danach durch Belehnungen vergebenen Grafenämtern,⁴⁷² Herzogsgewalten,⁴⁷³
Immunitäten,⁴⁷⁴ Vogteien,⁴⁷⁵ Regalien,⁴⁷⁶ Forstbann,⁴⁷⁷ Territorialherzogtümern,⁴⁷⁸

- den stattgefundenen eigenen Aneignungen der Grafenämter, Herzogsgewalten,⁴⁷⁹
Vogteien,⁴⁸⁰ Immunitäten-Bannbezirke⁴⁸¹ und Rodungen⁴⁸² durch die domini terrae,
- dem Machtzuwachs des jüngeren Reichsfürstenstandes⁴⁸³
- der mit dem Verlehnungsprozess bewirkten Dezentralisierung und Territorialisierung⁴⁸⁴
- und den beiden Fürstengesetzen Kaiser Friedrichs II. vom 26. April 1220 und Mai 1232
mit ihren von Kaiser Friedrich II. den geistlichen und weltlichen Fürsten zugestandenen
Rechten und Befugnissen,⁴⁸⁵

welche überwiegend dem Reichsadel seitens der deutschen Könige und römisch-deutschen Kaiser kraft ihrer Machtvollkommenheiten gegeben worden waren. Sie waren nicht Bestandteil der natürlichen Freiheit der domini terrae und entsprangen auch nicht ihren durch die Rechtsordnung gebotenen bloßen Erwerbsmöglichkeiten, sondern stellten besondere Rechtstitel dar.⁴⁸⁶

⁴⁷² Unten, S. 361-365, 369-372.

⁴⁷³ Unten, S. 361-364.

⁴⁷⁴ Unten, S. 366-369.

⁴⁷⁵ Unten, S. 372-376.

⁴⁷⁶ Unten, S. 376-379.

⁴⁷⁷ Unten, S. 379-382.

⁴⁷⁸ Ihnen gleichstehend: die Markt-, Pfalz- und Landgrafschaften (unten, S. 392-397).

⁴⁷⁹ Unten, S. 364-365.

⁴⁸⁰ Unten, S. 374.

⁴⁸¹ Unten, S. 369.

⁴⁸² Unten, S. 382-384.

⁴⁸³ Unten, S. 385-389.

⁴⁸⁴ Unten, S. 389-392.

⁴⁸⁵ Unten, S. 397-399.

⁴⁸⁶ Die Zuordnung des weiteren auf einer Rechtsposition beruhenden Ursprunges der Landeshoheit, dem bei den weltlichen Lehen vorhandenen Leihezwang, als eines besonderen Rechtstitels ist hingegen zweifelhaft. Resultierte er in einer objektiven Norm des reichsverfassungsrechtlichen Gewohnheitsrechtes (so die herrschende Deutung, unten, S. 390) so können seine Entstehungsgründe auch in der natürlichen Freiheit der Einzelnen oder der diesem im Rahmen der Rechtsordnung gebotenen bloßen Erwerbsmöglichkeiten gelegen haben. Resultierte er dagegen in individuellen subjektiven Ansprüchen der jeweiligen Erben von Lehns Männern (so die neuere Ansicht, jedoch wohl nur auf die Zeit des 12./13. Jahrhunderts beschränkt, unten, S. 390), so müssen dieselben als besondere Rechtstitel angesehen werden.

Zur der weiteren Ausbildung der Landeshoheit hatten hingeführt:

- das Große Interregnum der Jahre 1254-1273 mit seinem Ausfall von königlich-kaiserlicher Autorität und Macht,⁴⁸⁷
- die Goldene Bulle Kaiser Karls IV. vom Jahre 1356 mit den den Kurländern der anfänglichen sieben Kurfürsten zuerkannten zusätzlichen territorialbezogenen Rechten,⁴⁸⁸
- die Gottes- und Landfriedensbewegung mit den kaiserlichen Reichslandfrieden, insbesondere dem Ewigen Landfrieden vom Jahre 1495,⁴⁸⁹
- die Rezeption des Römischen Rechtes,⁴⁹⁰
- die kaiserlichen Vergaben der privilegia de non appellando et de non evocando an die größeren Territorialherren,⁴⁹¹
- die Mitwirkungsrechte der Landstände,⁴⁹²
- das mit der Reformation entstandene Recht cuius regio eius religio, das im Augsburger Religionsfrieden von 1555 beiden Konfessionen gewährt wurde,⁴⁹³
- die kaiserlichen Wahlkapitulationen,⁴⁹⁴
- der fürstliche Absolutismus⁴⁹⁵
- und die in Art. VIII § 1 IPO den Reichsständen im Geistlichen und Weltlichen in bestätigender Weise zuerkannte freie Ausübung der Landeshoheit,⁴⁹⁶

welche überwiegend in den Reichsgrundgesetzen den Landesherrn zugebilligt wurden und nicht Bestandteil ihrer natürlichen Freiheit waren und nicht ihren durch die Rechtsordnung gebotenen bloßen Erwerbsmöglichkeiten entsprangen, sondern besondere Rechtstitel darstellten.

⁴⁸⁷ Unten, S. 399-404.

⁴⁸⁸ Unten, S. 404-407.

⁴⁸⁹ Unten, S. 407-416.

⁴⁹⁰ Unten, S. 416-425.

⁴⁹¹ Unten, S. 425-430.

⁴⁹² Unten, S. 430-434.

⁴⁹³ Unten, S. 435-438.

⁴⁹⁴ Unten, S. 438-439.

⁴⁹⁵ Unten, S. 439.

⁴⁹⁶ Unten, S. 439-440.

Die Landeshoheit beruhte überwiegend auf besonderen Rechtstiteln, so dass sie in Übereinstimmung mit den Ansichten der Literatur als *ius quaesitum* zu bewerten ist.

3. Die *ius quaesitum*-Eigenschaft der Reichsstandschaft

a) Die Stimmen in der Literatur

Laband, Der Begriff der Sonderrechte nach Deutschem Reichsrecht:

„... Der Begriff der *iura quaesita* ... Insbesondere rechnete man dahin die Rechte der Kurfürsten auf Grund der Goldenen Bulle, die Rechte der einzelnen Stände auf Sitz und Stimme im Reichstage u. dgl.¹⁾ ...“⁴⁹⁷

bejahte ausdrücklich die Zugehörigkeit der Reichsstandschaft zu den *iura quaesita*.

Hinsichtlich der Kurwürde enthielt die Wahlkapitulation Kaiser Franz' II.:

„Sie bei ihrer wohlverlangten Kurwürde und sonderbaren Rechten, Hoheiten, Praeeminenzien und Praerogativen ... zu lassen, erhalten, besonders wie allsolche in der goldnen Bulle ausgedrueckt sind;“⁴⁹⁸

eine dies bejahende Regelung.

b) Die kurfürstliche Reichsstandschaft als *ius quaesitum*

Die Herausbildung der besonderen kurfürstlichen Rechtsstellung durch die drei Königswahlen der Jahre 1198, 1257 und 1273⁴⁹⁹ war durch die Goldene Bulle Kaiser Karls IV. vom Jahre 1356 auf eine neue reichsgrundgesetzliche Grundlage gestellt worden.⁵⁰⁰

Die nachfolgenden bei den Kuren eintretenen Veränderungen, erfolgten bis zum Westfälischen Friedensschluss von 1648 aus eigener kaiserlicher Machtvollkommenheit und danach mit Zustimmung aller Reichsstände.⁵⁰¹

Sowohl die Goldene Bulle, die kaiserlichen Machtvollkommenheiten und die seit dem Westfälischen Frieden geforderte zusätzliche Zustimmung aller Reichsstände entsprangen nicht dem Inhalt der natürlichen Freiheit der Einzelnen und der ihnen im Rahmen der Rechtsordnung gebotenen Erwerbsmöglichkeiten sondern stellten besondere Rechtstitel dar.

⁴⁹⁷ I., Sp. 1496.

⁴⁹⁸ Art. III, §. 4. (*Schmelzer*, Die kaiserliche Wahlkapitulation Franz des Zweyten, S. 23).

⁴⁹⁹ Unten, S. 517-519.

⁵⁰⁰ Unten, S. 519-520.

⁵⁰¹ Unten, S. 520-522.

c) Die fürstlichen, gräflichen und prälatischen Reichsstandschaften als iura quaesita

Die fürstliche Reichsstandschaft hatte zuerst auf der Zuziehung der Fürsten zum Reichstag durch die deutschen Könige und römisch-deutschen Kaiser beruht.⁵⁰²

Seit dem Augsburger Reichstag vom Jahre 1582 wurde für die Aufnahme von Reichsfürsten in den Reichstag die Zustimmung der hierbei interessierten Reichsstände⁵⁰³ und seit dem Reichsabschied von 1641 zusätzlich der Besitz von fürstmäßigen Reichsgütern, der Erwerb der Kreisstandschaft mit der Übernahme eines standeswürdigen Beitrages zu den Reichslasten erforderlich.⁵⁰⁴

Für die im 15.-17. Jahrhundert entstehenden curiatmäßigen Stimmrechte in den beiden prälatischen und den vier gräflichen Kollegien⁵⁰⁵ waren mit den Wahlkapitulationen Kaiser Leopolds I. vom 18. Juli 1658 und Kaiser Karls VI. vom 12. Oktober 1711 die Zustimmung des Kurfürsten- und des Reichsfürstenrates, der jeweiligen Grafen- und Prälatenbänke erforderlich, sowie bei den Prälaten der Besitz einer reichsunmittelbaren Abtei, bei den Grafen und Freiherren einer reichsunmittelbaren Graf- oder Herrschaft und bei beiden der Erwerb der Kreisstandschaft mit Übernahme eines standeswürdigen Beitrages zu den Reichslasten.⁵⁰⁶

Sowohl die fürstlichen als auch die prälatisch-gräflichen Reichsstandschaften beruhten zuerst auf kaiserlicher Machtvollkommenheit und danach auf der zusätzlichen Zustimmung der betroffenen Reichsstände und einem standeswürdigen Besitz, der Übernahme von Reichslasten und des Erwerbes der Kreisstandschaft. Damit waren auch sie nicht Bestandteil der natürlichen Freiheit der Einzelnen und entsprangen nicht der durch die Rechtsordnung gebotenen bloßen Erwerbsmöglichkeit, sondern stellten besondere Rechtstitel dar.

4. Der gebietlich-territoriale Besitz

a) Die Allodialgüter

Der im Eigentum stehende gebietlich-territoriale Besitz gehörte als der stärkste Rechtstitel unbestrittenermaßen zu den iura quaesita.

⁵⁰² Unten, S. 457-460.

⁵⁰³ Unten, S. 460-462.

⁵⁰⁴ Unten, S. 462-465.

⁵⁰⁵ Unten, S. 531-532.

⁵⁰⁶ Unten, S. 532-533.

Pütter, Beytraege zum deutschen Staats= und Fuersten= Rechte:

„Doch von der naturlichen Freyheit ist noch ungemein unterschieden, was ein jeder an besonderen Guetern oder Gerechtsamen als sein rechtmæssig erworbenes Eigenthum (ius quaesitum) sich zuzueigen berechtigt ist.“⁵⁰⁷

b) Die Lehnsgüter

Das Lehnsgut, welches dem Lehnsmanne das dominum utile – Nutzeigentum – gewährte,⁵⁰⁸ wurde von diesem innerhalb des Lehnverhältnisses⁵⁰⁹ mit dem zur Begründung des dinglichen Rechtsverhältnisses erforderlichen Investiturstück⁵¹⁰ erworben.

Die Investiturstücke waren besondere Rechtstitel, und gehörte das Lehnseigentum – insbesondere auch wegen seiner rechtlichen Bindung seitens des Reiches – zu den iura quaesita.⁵¹¹

5. Ergebnis: Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete als Eingriff in die iura quaesita von Reichsständen

Die Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete an die Französische Republik hatte den Verlust der iura quaesita darstellenden Reichsständschaften, der Landeshoheit und des Allod- und Lehnbesitzes zur Folge.

⁵⁰⁷ I. Band, XX., §. 8, S. 355.

⁵⁰⁸ Unten, S. 587, 592-593.

⁵⁰⁹ *HRG*, II. Band, Lehnendienst, Sp. 1704-1707, Lehnseid, Sp. 1707-1708, Lehnsfähigkeit, Sp. 1710-1711, Lehngericht, Sp. 1714-1717, Lehnspflichten, Sp. 1722-1725, Lehnsträger, Sp. 1747-1749, Lehnvertrag, Sp. 1749-1750 (von *K.-H. Spieß*), Lehngebräuche, Sp. 1712-1714, Lehnsschulden, Sp. 1743-1745, Lehnstaxe, Sp. 1745-1747, Lehnware, Sp. 1752-1755 (von *V. Rödel*).

⁵¹⁰ *HRG*, II. Band, Investitur, von *H.-J. Becker*, 2., Sp. 403-406 (404-405).

⁵¹¹ *Struben*, Rechtliche Bedenken, V. Band, CXXVIII. Band, S. 272 „... daß nur alsdenn dem Gesetzgeber ein *J u s q u a e s i t u m* entgegen gesetzt werden koenne, wenn durch Vertraege vom Landesherrn erlangte Rechte , ihm durch Gesetze entzogen, ...“ und *O. Mayer*, Deutsches Verwaltungsrecht, I. Band, Allgemeiner Teil, 1. Abschnitt, § 3., II., 2., S. 32 „...“, wo das wohlerworbene Recht gegen den *L a n d e s h e r r n s e l b s t* begründet worden ist. ... Was der Vertrag bewirken kann, ... So entstehen den Hoheitsträgern gegenüber mancherlei privilegia und immunitates. Das hätte aber alles keinen Wert, wenn es den Landesherrn nicht bände, auch den gesetzanordnenden. Erst dadurch sind sie *jura quaesita*¹⁵. ...“.

IV

Einwilligung der Reichsstände in die Nichtgewährung von Entschädigungen durch das Reich durch Zustimmung zur Kriegserklärung von 1793?

1. Literatur: Samhaber

Aus der Zustimmung der Reichsstände zur Kriegserklärung des Reiches folgerte *Samhaber*, Freymuethige Gedanken ueber die Saecularisirung eine Einwilligung, ihre eigenen aus dem Reichskrieg entstehenden Schäden zu tragen:

„Vielmehr nimmt es jeder, da er seine Einwilligung zur Fuehrung des Krieges entweder *w i r k l i c h*, oder durch die Stimmenmehrheit in Gefolge der Verfassung *r e c h t l i c h* ertheilet, sogleich stillschweigend auf sich, seinen aus dem Kriege entstehenden Schaden selbst zu tragen.⁽⁵¹²⁾ ...: genug sie nahmen diese Gefahr auf sich, da sie mittelst ihrer Einwilligung den Krieg mit beschließen halfen, oder die Stimmenmehrheit fuer die Fuehrung des Krieges ausfiel; welches fuer jeden Einzelnen der Verfassung gemaef eben die Wirkung hat, als wenn seine eigene Stimme kategorisch fuer diese Unternehmung sich erklart haette.“⁵¹³

Auch *Batz*, Versuch einer natuerlichen Erklaerung des siebenten Friedensartikels befürwortete im grundsätzlichen diese Ansicht:

„Kein kriegsfuehrender Staat, also auch nicht das Reich, ist verbunden, den eigentlichen Kriegsschaden zu ersetzen. Die Buerger, welche er trifft, muessen ihn leiden; sie haben dadurch, daß sie fuer den Krieg stimmten, oder dafuer gestimmt zu haben rechtlich gehalten werden, diesen Schaden, als eine im allgemeinen nothwendige und fuer sie zufaellige Folge des Kriegs, voraus uebernommen, ...“⁵¹⁴

Er schränkte jedoch die Einwilligung auf die eigentlichen Kriegsschäden, als welche er die durch die kriegerischen Handlungen selber verursachten Schäden ansah, ein, welche als zufällig jeder einzelne selber zu tragen habe. Dagegen sah er die Abtretung von Reichsgebieten nicht mehr von diesen Einwilligungen als gedeckt an:

„Der Satz: Wer wegen Kriegsschaeden keine Entschaedigung verlangen darf, kann sie auch wegen des durch den Frieden zugefuegten Schadens nicht begehren; ist deswegen unrichtig, weil den Kriegsschaden der Feind oder seine zufaellige Uebermacht zufuegt, welche niemand abwenden kann; (*c a s u m s e n t i t d o m i n u s*) der Schaden aus dem Frieden aber von der Staatsgewalt, die ihn schließt, zugefuegt und sanktionirt wird. Das Gesellschafts=Glied der Reichsstand, der fuer den Krieg stimmt, willigt in keine andere Ungleichheit als die, welche das

⁽⁵¹²⁾ §. 7., S. 22.

⁵¹³ §. 9., S. 28.

⁵¹⁴ II., A), §. 3., S. 6.

Unglueck im Kriege machte, und eben dieser Reichsstand sollte voraus eingewilliget haben, daß seine Mitstaende auf seine Kosten erhalten werden, und daß das Reich ihn und seine Lande zu Erreichung dieses Zwecks ohne weiters aufopfern duerfe? Welch ein Rechtsprincip? ...⁵¹⁵

2. Maßgeblichkeit der vom Reichstag am 22. März 1793 gegen die Französische Republik ausgesprochenen Kriegserklärung für den Friedensschluss von Lunéville

Das Königreich Frankreich hatte durch seinen König Ludwig XVI. am 20. April 1792 während der Kaiservakanz in Deutschland⁵¹⁶ Franz II. als König von Ungarn und Böhmen der Krieg erklärt.⁵¹⁷ Die Kriegserklärung war weder ihrem Wortlaut noch ihrem Inhalt nach gegen das Reich gerichtet,⁵¹⁸ und hatte nicht zu einem Kriegszustand zwischen dem Königreich Frankreich und dem Reich geführt.

Dieser trat vielmehr mit der vom Reichstag am 22. März 1793 auf Initiative von Kaiser Franz II. gegen die Französische Republik ausgesprochene Kriegserklärung ein.⁵¹⁹

⁵¹⁵ *Batz*, Ueber die sogenannte Rechtfertigung des Versuchs einer doktrinellen Auslegung des siebenten Friedensartikels, II., A, ad §. 7 und 8., S. 15-16, insg., S. 13-16; *ders.*, Versuch einer natuerlichen Erklarung des siebenten Friedensartikels, II., A), §. 3., S. 6-7.

⁵¹⁶ Tod Kaiser Leopolds II. am 1. März 1792, Regierungsantritt – persönliche Beschwörung der Wahlkapitulation – des am 5. Juli 1792 zum neuen römisch-deutschen Kaiser gewählten Franz II. erfolgte am 12. Juli 1792 und seine Krönung am 14. Juli 1792 (*Heigel*, Deutsche Geschichte, I. Band, 2. Buch, 4. Abschnitt, S. 506, 553, 554).

⁵¹⁷ Beschlossen von der *Assemblée nationale législative* (*Duvergier*, Collection des lois, Tome IV, p. 117-118).

⁵¹⁸ *Declaration de Guerre de la France contre la Cour de Vienne* (Beilage 12. des *Kaiserlich=allergnaedistes Hof=Dekret an die Hochloebliche Reichsversammlung zu Regensburg, de dato Iten September 1792. Den von Seiten Frankreich im Elsaß, Lothringen und sonst geschehenen und fortdauernden Friedensbruch, und die von Reichs wegen deßwegen vorzukehrenden Maaßregeln betreffend/diét. 7. Septembris 1792* (*Regensburger Correspondenz*, XLV. Band, 29. Stück).

⁵¹⁹ *An Jhro Roemisch=Kaiserl. Majestaet allerunterthaenigstes Reichs=Gutachten, de dato Regensburg den 22. Maerz 1793. Den von Seiten Frankreichs geschehenen und noch fortdauernden Friedensbruch, und die deßwegen vorzukehrenden Maasregeln betreffend/diét. 3. Aprilis 1793, insb. Ad 1. (Regensburger Correspondenz, XLVIII. Band, 15. Stück), welches Reichsgutachten auf Grund des Kaiserlich=allergnaedistes Hof=Dekret an die Hochloebliche Reichsversammlung zu Regensburg, de dato Iten September 1792. Den von Seiten Frankreich im Elsaß, Lothringen und sonst geschehenen und fortdauernden Friedensbruch, und die von Reichs wegen deßwegen vorzukehrenden Maaßregeln betreffend/diét. 7. Septembris 1792* ((S. 8), Ziff I.) (*Regensburger ebd.*, , XLV. Band, 29. Stück) erging.

Auslösendes Moment für die Kriegserklärung war die Hinrichtung Louis Capet', des vormaligen Königs von Frankreich Ludwig XVI. am 21. Jan. 1793, welche Hinrichtung von der europäischen Monarchien als ein Angriff auf die gesamteuropäische und sakrale Institution des Königstumes angesehen wurde (*La patrie en danger 1792-1793*, 4., p. 95). Die Beratungen und Abstimmungen im Reichstag waren dann auch hauptsächlich auf Initiative und Betreiben Kaiser Franz II. erfolgt.

Eine förmliche Kriegserklärung, abzugeben von Kaiser Franz II. im Namen des Reiches gegen die Französische Republik wurde bei dem bereits gehaltenen Kriegszustand der Häuser Österreich (seit dem 20. April 1792), Brandenburg-Preußen und Hessen Kassel (beide seit dem 15. Juli 1792) mit der Französischen Republik (oben, S. 286 und *Posselts Annalen*, Jahrg. 1795, II. Band, 4. Stueck, VIII., nach S. 92, §. 1.) nicht mehr

Der Kriegszustand zwischen dem Reich und der Französischen Republik wurde nicht durch den zwischen dem Kaiser und der Französischen Republik am 17. Oktober 1797 abgeschlossenen Friedensvertrag von Campo Formio und den nachfolgenden Rastatter Kongress von Dezember 1797 bis April 1797 beendet. Der Friedensvertrag von Campo Formio mit seiner in Art. I festgelegten Friedensvereinbarung war vom Kaiser Franz II. allein in seiner Eigenschaft als Oberhaupt seines Hauses Österreich abgeschlossen worden.⁵²⁰

Der nachfolgende Rastatter Kongress hatte zu keinem Friedensschluss zwischen dem Reich und der Französischen Republik geführt. Nach Aufnahme der Feindseligkeiten im Februar 1799 war dann auch keine weitere Kriegserklärung des Reiches gegen die Französische Republik ausgesprochen worden, sondern durch den Reichsschluß vom 16. September/31. Oktober 1799 das weitere Fortbestehen des Krieges gegen die Französische Republik festgestellt worden.⁵²¹

Maßgeblich für die Herbeiführung des dem Friedensvertrag von Lunéville vom 9. Februar 1801 zugrundeliegenden Kriegszustandes mit der Französischen Republik war also die vom Reichstag am 22. März 1793 gegen sie ausgesprochene Kriegserklärung.

3. Erforderlichkeit der Zustimmung der Reichsstände

Nach der in Art VIII § 2 IPO enthaltenen Bestimmung:

„Gaudeant sine contradictione iure suffragi in omnibus deliberationibus super negotiis imperii ..., bellum decernendum, ...“⁵²²

und nach der von Kaiser Franz II. in seiner Wahlkapitulation in Art. IV beschworenen Regelung:

„..., noch Krieg in= und ausserhalb des Reichs von desselben wegen, ..., anfangen, ..., es geschehe dann solches mir der Kurfuersten, Fuersten und Staende Konsens auf offenem Reichstage, ...“⁵²³

benötigte er vor der Abgabe der Kriegserklärung des Reiches gegen die Französische Republik⁵²⁴ die Zustimmung des Reichstages.⁵²⁵

ausgesprochen. Mit der Aufnahme der Kriegshandlungen durch das Reich gegen die Französische Republik wurde sie jedenfalls konkludent seitens des Kaisers und des Reiches erklärt (*Posselts Annalen* ebd.: Kriegszustand seit dem 22. März 1793).

⁵²⁰ Art. I enthielt alleinig die Friedensvereinbarung zwischen dem Kaiser, König von Ungarn und Böhmen und der Französischen Republik, welches Reich nicht erwähnt wird (*Napoleonische Friedensverträge*, I, S. 9).

⁵²¹ Oben, S. 247-248.

⁵²² *Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 48.

⁵²³ *Die kaiserliche Wahlkapitulation Franz des Zweyten*, S. 38-39.

4. Die Beratungen und Abstimmungen in den drei Reichstagskollegien zu der Kriegserklärung des Reiches

Im Kurfürstenrat fanden die Beratungen und Abstimmungen am 4., 11., 18. und 22. März 1793 statt.⁵²⁶ Gegen die Abgabe der Reichskriegserklärung stimmten die Gesandten des Pfalzgrafen bei Rhein und des Herzogs von Braunschweig-Lüneburg,⁵²⁷ wogegen jene der sechs anderen Kurfürsten dafür stimmten.⁵²⁸

Im Reichsfürstenrat erfolgten die Beratungen und Abstimmungen am 4., 11. und 15. März 1793.⁵²⁹ Gegen die Abgabe der Reichskriegserklärung stimmten die Gesandten von Baiern, Bremen, Braunschweig-Wolfenbüttel, Braunschweig-Zell, Braunschweig-Calenberg, Braunschweig-Grubenhagen, Osnabrück, Verden, Sachsen-Lauenburg, Leuchtenberg, Pfalz-Lautern, Pfalz-Simmern und Pfalz-Neuburg,⁵³⁰ wogegen die Gesandten der anderen Stimmen dafür stimmten.⁵³¹

⁵²⁴ Konkludent mit der Aufnahme der Kriegshandlungen durch das Reich erklärt (oben, S. 303-304).

⁵²⁵ Nach der weiteren in Art. IV § 2 seiner Wahlkapitulation enthaltenen Regelung „..., oder zum wenigstens der saemtlichen Kurfuersten Vorwissen, Rath und Einwilligung in eilenden Faellen, wo hernaechst gleichwohl und sobald mit gesamtem Reiche die Gebuehr zu beobachten.“ (*Die kaiserliche Wahlkapitulation Franz des Zweytten*, S. 39) konnte Kaiser Franz II. in Eilfällen auch allein die Zustimmung der Kurfürsten einholen, wobei er jedoch danach die Bestätigung des Reichstages benötigte (*ebd.*, S. 38-39).

⁵²⁶ *In Collegio Eleótorali. Lunae die 4. Mart. 1793; In Collegio Eleótorali. Lunae die 11. Mart. 1793; In Collegio Eleótorali. Lunae die 18. Mart. 1793; In Collegio Eleótorali. Veneris die 22. Mart. 1793 (Regensburger Correspondenz, XLVIII. Band, 12. Stück).*

⁵²⁷ *In Collegio Eleótorali. Lunae die 11. Mart. 1793, Chur=Pfalz, S. 7 (Regensburger Correspondenz, XLVIII. Band, 12. Stück)* mit Bezugnahme auf das bayerische Votum in Reichsfürstenrat (unten, S. 305), Chur=Braunschweig, S. 8 (*ebd.*) mit Bezugnahme auf das bremische Votum im Reichsfürstenrat (unten, S. 305).

⁵²⁸ *In Collegio Eleótorali. Lunae die 4. Mart. 1793; In Collegio Eleótorali. Lunae die 11. Mart. 1793; In Collegio Eleótorali. Lunae die 18. Mart. 1793; In Collegio Eleótorali. Veneris die 22. Mart. 1793 (Regensburger Correspondenz, XLVIII. Band, 12. Stück).*

⁵²⁹ *Jm Reichs Fuersten Rath Montag den 4ten Maerz 1793 (Regensburger Correspondenz, XLVIII. Band, 6. Stück); Jm Reichs Fuersten Rath Montag den 11ten Maerz 1793 (ebd., 13. Stück); Jm Reichs Fuersten Rath Freytag den 15ten Maerz 1793 (ebd., 8. Stück).*

⁵³⁰ *Jm Reich Fuersten Rath Montag den 4ten Maerz 1793, Pfalz-Lautern, S. 10: wie Bayern, Pfalz=Simmern, S. 10: wie Bayern, Pfalz=Neuburg, S. 10: wie Bayern (Regensburger Correspondenz, XLVIII. Band, 6. Stück); Jm Reichs Fuersten Rath Montag den 11ten Maerz 1793, Baiern, S. 1-3, Bremen, S. 5-6, Braunschweig=Wolfenbuettel, S. 14: wie Bremen, Braunschweig=Zell, S. 14: wie Bremen, Braunschweig=Calenberg, S. 15: wie Bremen, Braunschweig=Grubenhagen, S. 15: wie Bremen, Oßnabruock, S. 16: wie Bremen, Verden, S. 16: wie Bremen (ebd., 13. Stück); Jm Reichs Fuersten Rath Freytag den 15ten Maerz 1793, Sachsen=Lauenburg, S. 3: wie Bremen, Leuchtenberg, S. 3: wie Baiern (ebd., 8. Stück).*

⁵³¹ *Jm Reichs Fuersten Rath Montag den 4ten Maerz 1793 (Regensburger Correspondenz, XLVIII. Band, 6. Stück); Jm Reichs Fuersten Rath Montag den 11ten Maerz 1793 (ebd., 13. Stück); Jm Reichs Fuersten Rath Freytag den 15ten Maerz 1793 (ebd., 8. Stück).*

Die Westfälischen Grafen vertraten zwar die Ansicht, es bedürfe, da sich das Reich infolge der bereits stattgefundenen Angriffe der französischen Armeen gegen das Reichsgebiet in einem Defensivkrieg gegen die Französische Republik befinde, keiner förmlichen Kriegserklärung oder eines Kriegsmanifestes seitens des Reiches gegen diese. Da sie jedoch den mit dem Krieg überzogenen Reichsständen einen uneingeschränkten Beistand und Hilfeleistung durch das gesamte Reich hatten zukommen lassen wollen, befürworteten sie

Im Reichsstädterat fanden die Beratungen und Abstimmungen am 4., 11., 15., 18. und 21. März 1793 statt.⁵³² Alle Abgeordneten stimmten der Abgabe der Reichskriegserklärung zu.⁵³³

5. Bindung der nicht zustimmenden Reichsstände

Die Abgabe der Kriegserklärung durch das Reich gehörte nicht zu den die Einstimmigkeit erforderten Angelegenheiten, wie den Religionssachen und den Eingriffen in iura quaesita und in die iura singulorum.⁵³⁴ Auch war bei ihr keine *Itio in Partes*⁵³⁵ angeordnet worden. Demnach galt für sie das für die Abstimmungen innerhalb der drei Reichstagskollegien geltende Mehrheitsprinzip,⁵³⁶ so dass auch die der Reichskriegserklärung nicht zustimmenden Reichsstände an die Beschlußfassungen des Reichstages und des Kaisers gebunden waren.

6. Die Funktionsverschiedenheit von Kriegszustimmung und Entschädigungsverzicht

Bei der den Reichsständen seit dem Westfälischen Frieden von 1648 zustehenden Landeshoheit war ihr hoheitlicher Funktionsbereich ein zweifacher. Einmal ihre Mitwirkung bei der Erledigung der Reichsangelegenheiten und zum anderen die Regentschaft ihrer Territorien.⁵³⁷

Die Zustimmung der Reichsstände zur Kriegserklärung des Reiches war notwendig, um im Reichstag die Abgabe der Kriegserklärung durch das Reich herbeizuführen. Sie betrafen

inhaltlich die Führung eines Reichskrieges gegen die Französische Republik (*Jm Reichs Fuersten Rath Freytag den 15ten Maerz 1793*, Westphaelische Grafen, S. 9-11, ad Imum., S. 9 (*ebd.*, 8. Stück).

⁵³² *Jn Collegio Civitatensi Montag den 4. Martij 1792: vielmehr 1793; Continuatio Jn Collegio Civitatensi Montag den 11. Mart: 1793, ... Freytag den 15. Martij 1793; ...Freytag: vielmehr Montag den 18. Martij 1793; ... extraordinarie Donnerstag den 21. Mart: 1793 (Stadtarchiv Reutlingen, Reichstags-Akten 1793, Teil I).*

⁵³³ *Jn Collegio Civitatensi Montag den 4. Martij 1792: vielmehr 1793; Continuatio Jn Collegio Civitatensi Montag den 11. Mart: 1793, ... Freytag den 15. Martij 1793; ...Freytag: vielmehr Montag den 18. Martij 1793; ... extraordinarie Donnerstag den 21. Mart: 1793 (Stadtarchiv Reutlingen, Reichstags-Akten 1793, Teil I).*

⁵³⁴ Unten, S. 1030-1032.

iura singulorum, die Rechte der Reichsstände, welche ausserhalb des mit dem Zusammenschluss des Reichsverbandes verfolgten Zweckes standen.

⁵³⁵ Unten, S. 1031.

⁵³⁶ Seit dem 15. Jahrhundert (oben, S. 111-112).

⁵³⁷ *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatrechts, Band I, 2. Buch, 2. Cap., §. 71., S. 259-260.

Damit unterschieden sie sich von dem französischen und englischen Adel. Dem französischen und englischen Adel standen zwar bei ihrer Mitwirkung in den États généraux und dem Parliament hoheitliche Befugnisse bei der Erledigung ihrer Königreiche zu. Für die von ihnen besessenen und regierten Gebiete waren sie jedoch alleinig Eigentümer und Besitzer oder falls ihnen auch hierfür hoheitliche Rechte zustanden, so übten sie diese im Namen und aus Machtvollkommenheit ihrer Könige aus.

demnach eine vom gesamten Reich zu erledigende Aufgabe und gehörten dem Funktionsbereich ihrer Mitwirkung bei den Reichsangelegenheiten zu.

Die eventuellen Einwilligungen der Reichsstände zur Tragung ihrer eigenen aus dem Reichskrieg entstehenden Schäden betrafen die Reichsstände in ihrer Stellung als hoheitlichen Regenten, Lehnsmann und Allodial-Eigentümer ihrer besessenen Territorien. Sie gehörten demnach ihrem reichsständischen Funktionsbereich der Regentschaft ihrer Territorien zu.

Die beiden reichsständischen Funktionsbereiche betrafen zwei in sich verschiedene Tätigkeiten. Grundsätzliche Unterschiede bestanden einmal im sachlich-gegenständlichen Bereich wegen der inhaltlichen Verschiedenartigkeit der vom gesamten Reich und der von ihnen als Landesherr für ihre Territorien zu erledigenden Aufgaben. Grundsätzliche Unterschiede bestanden weiterhin bei ihrer funktionellen Ausübung, als die von den Reichsständen bei den Reichsangelegenheiten zu erledigenden Aufgaben von ihnen innerhalb der im Reichstag stattfindenden Beratungen und Abstimmungen vorzunehmen waren,⁵³⁸ wogegen die von ihnen als Regent und Landesherr ihrer Territorien gehaltenen Aufgaben von ihnen allein oder mit Zustimmung ihrer eigenen Landstände und dies ohne Mitbeteiligung anderer Reichsstände zu erfolgen hatten.⁵³⁹

Diese strukturelle Verschiedenartigkeiten sowohl im sachlich-gegenständlichen Bereich als auch in der funktionellen Ausübung sprechen dagegen, in den Zustimmungen zur Kriegserklärung des Reiches, zugleich Einwilligungen in die Tragung ihrer eigenen aus dem Reichskrieg entstehenden Schäden zu erblicken.

Auch in der besonderen Zustimmung der Kurfürsten in die Kriegserklärung ist kein solcher Entschädigungsverzicht zu sehen.

Zwar sahen die kaiserlichen Wahlkapitulationen von Kaiser Karl V. – 28. Juni 1519 – bis zu Kaiser Karl VI. – 19. Dezember 1711 – vor der Abgabe der Kriegserklärung des Reiches seitens des Kaisers neben der Zustimmung des Reichstages auch allein jene der Kurfürsten vor.

Dies während den Regierungszeiten⁵⁴⁰:

⁵³⁸ Reichsstandschaft (unten, S. 356), Beratungen und Abstimmung im Reichstag (oben, S. 81, 83, 113, 120).

⁵³⁹ Eigene und originäre Gewalt (oben, S. 182-183), mögliche Zustimmung der Landstände (S. 430-434).

⁵⁴⁰ Der Anfang der kaiserlichen Regierungszeit datierte bei dem *Rex Romanorum vacante imperio* mit der persönlichen Beschwörung der Wahlkapitulation durch den Gewählten, welche vor seiner Krönung zu erfolgen hatte. War die Wahl in seiner Abwesenheit erfolgt, wie gewöhnlich der Fall, so genügte hierfür die unmittelbar nach der Wahl von seinem bevollmächtigten Gesandten vorgenommene einstweilige Beschwörung der Wahlkapitulation nicht (*Die kaiserliche Wahlkapitulation Franz des Zweyten*, Art. XXX § 5 u. § 8, S. 207-208).

Beim *Rex Romanorum vivente imperatore* begann die kaiserliche Regierung mit dem Ende der Regentschaft des bisherigen Kaisers, ohne dass es hierzu noch weiterer Akte oder Formalitäten bedurfte (*Hüberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band III, 15. Buch, 4. Cap., §. 507., S. 680). Das Ende der kaiserlichen Regentschaft datierte mit dem Tod, der Abdankung oder der Absetzung des Kaisers (*Gönner*, Teutsches Staatsrecht, 1. Theil, 1. Buch, 2. Abschnitt, 1. Hauptstück, §. 106., II, S. 120-121 und *Zoepfl*, Grundsätze des gemeinen deutschen Staatsrechts, 1. Theil, 7. Abschnitt, §. 87., S. 183).

Kaiser Karls V. vom 23. Oktober 1520-7. September 1556 nach Art. XI seiner Wahlkapitulation vom⁵⁴¹ 28. Juni 1519:

„Wir sollen und wollen Uns darzu ...: kein Gezaenck Fehde noch Krieg in oder ausserhalb des Reichs von desselben wegen anfahren oder unternehmen: ... ohne Vorwissen Rath und Bewilligung der Reichs=Staende zum wenigsten der sechs Churfuersten: ...“⁵⁴²

Kaiser Ferdinands I. vom 7. September 1556-25. Juli 1564 nach Art. X seiner Wahlkapitulation vom 5. Januar 1531,⁵⁴³

Kaiser Maximilians II. vom 25. Juli 1564-12. Oktober 1576 nach Art. XI seiner Wahlkapitulation vom 24. November 1562,⁵⁴⁴

Kaiser Rudolfs II. vom 12. Oktober 1576-20. Januar 1612 nach Art. X seiner Wahlkapitulation vom 27. Oktober 1575,⁵⁴⁵

Kaiser Matthias' vom 18. Juni 1612-20. März 1619 nach Art. XI seiner Wahlkapitulation vom 13. Juni 1612,⁵⁴⁶

Kaiser Ferdinands II. vom 28. August 1619-15. Februar 1637 nach Art. IX seiner Wahlkapitulation vom 28. August 1619,⁵⁴⁷

Kaiser Ferdinands III. vom 15. Februar 1637-2. April 1657 nach Art. XI seiner Wahlkapitulation vom 22. Dezember 1636,⁵⁴⁸

Kaiser Leopolds I. vom 18. Juli 1658-5. Mai 1705 nach Art. XIII seiner Wahlkapitulation vom 18. Juli 1658,⁵⁴⁹

Kaiser Josephs I. vom 5. Mai 1705-17. April 1711 nach Art. XIII seiner Wahlkapitulation vom 24. Januar 1690⁵⁵⁰ und

⁵⁴¹ Die kaiserliche Wahlkapitulation datierte auf den Tag der Wahl (*Die kaiserliche Wahlkapitulation Franz des Zweyten*, Fußn. 2), S. 208).

⁵⁴² S. 7-20 (12).

⁵⁴³ Ziegler, Wahl=Capitulationes, S. 22-37 (28).

⁵⁴⁴ Ziegler, Wahl=Capitulationes, S. 37-53 (43).

⁵⁴⁵ Ziegler, Wahl=Capitulationes, S. 55-70 (60).

⁵⁴⁶ Ziegler, Wahl=Capitulationes, S. 73-94 (78).

⁵⁴⁷ Ziegler, Wahl=Capitulationes, S. 97-119 (102).

⁵⁴⁸ Ziegler, Wahl=Capitulationes, S. 123-152 (130).

Die Wahlkapitulation des Römischen Königs Ferdinand IV. vom 31. Mai 1653 (Wahl zum Römischen König) (*ebd.*, S. 157-193) hatte keine Wirksamkeit erlangt, da er noch während der bis zum 2. April 1657 dauernden Regentschaft seines Vaters Ferdinand III. am 19. Juli 1654 verstorben war (*Hermkes*, Das Reichsvikariat in Deutschland, IV., G., 1., S. 54 mit Fußn. 270).

⁵⁴⁹ Ziegler, Wahl=Capitulationes, S. 200-277 (223).

Kaiser Karls VI. vom 19. Dezember 1711-20. Oktober 1740 nach Art. IV seiner Wahlkapitulation vom 12. Oktober 1711.⁵⁵¹

Die nachfolgenden Wahlkapitulationen sahen zwar auch weiterhin die fakultativen Zustimmungen der Kurfürsten vor, wobei jedoch die Kaiser nachträglich die bestätigenden Genehmigungen des Reichstages einholen mussten.⁵⁵²

Aber eine Deutung der Zustimmungen der Kurfürsten zur Kriegserklärung des Reiches als gleichzeitige Einwilligungen der anderen Reichsstände in die Tragung der aus dem Reichskrieg entstehenden Schäden ist nicht möglich. Auch wenn die Kurfürsten bei den Zustimmungen zur Kriegserklärung des Reiches Vertreter – Repräsentanten für die anderen Reichsstände waren,⁵⁵³ so konnte sich diese ihre Vertretung – Repräsentation allein auf deren reichsständischen Funktionsbereich der Mitwirkung bei der Willensbildung zur Reichskriegserklärung und nicht auf deren anderen reichsständischen Funktionsbereich, der eigenen landeshoheitlichen Interessen bezogen haben.

7. Ergebnis

Die strukturelle Verschiedenartigkeit der Zustimmungen der Reichsstände zur Kriegserklärung des Reiches und der etwaigen Einwilligung in die Tragung ihrer eigenen Kriegsschäden lässt eine Deutung ihrer Zustimmung zur Kriegserklärung des Reiches als Entschädigungsverzicht nicht zu.

Der Gegenansicht von *Samhaber*, Freymuethige Gedanken ueber die Saecularisirung, und ihrer Modifizierung von *Batz*, Versuch einer natuerlichen Erklaerung des siebenten Friedensartikels, kann nicht gefolgt werden.

⁵⁵⁰ *Ziegler*, Wahl=Capitulationes, S. 306-360 (323).

⁵⁵¹ *Kaeyser Carls des Sechsten Wahl=Capitulation*, S. 33 rechte Sp.

⁵⁵² Die nachfolgenden Wahlkapitulationen:

Kaiser Karls VII. vom 24. Januar 1742 (31. Januar 1742-20. Januar 1745), Art. IV § 2 (*Jhro Roemisch=Kayserlichen Majestaet Carls des Siebenden Wahl=Capitulation*, S. 16),

Kaiser Franz' I. vom 13. September (25. September 1745-18. August 1765), Art. IV § 2 (*Wahl=Capitulation Des Fuersten Herrn Francisci*, S. 25-26),

Kaiser Josephs II. vom 27. März 1764 (18. August 1765-20. Februar 1790), Art. IV § 2 (*Roth*, Die zwei wichtigsten Reichsgrundgesetze, Wahlkapitulation Josephs II., S. 19 u. 29),

Kaiser Leopolds II. vom 30. September 1790 (4. Oktober 1790-1. März 1792), Art. IV § 2 (*Wahlkapitulation des roemischen Kaisers Leopolds des Zweiten*, S. 17),

Kaiser Franz' II. vom 5. Juli 1792 (12. Juli 1792-6. August 1806), Art. IV § 2 (*Die kaiserliche Wahlkapitulation Franz des Zweyten*, S. 37-39).

⁵⁵³ Sie galten als die innersten Glieder und als die Hauptstützen des Reiches (unten, S. 527).

V

Zusammenfassung: Entschädigungsverpflichtung des Reiches

Bei der in Art VI des Friedensvertrages von Lunéville vorgenommenen Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete an die Französische Republik lagen die Voraussetzungen des Aufopferungsanspruches, nämlich des Bestehens einer Gefahr für den tatsächlichen Bestand des Reiches, der Abhängigkeit des Schadensereignisses vom Willen des Reiches und der Vornahme von Eingriffen in die iura quaesita von Reichsständen zur Abwendung dieser Gefahr vor. Es bestand demnach für das Reich die Verpflichtung zur Gewährung einer Entschädigung an die linksrheinisch depossedierte Reichsstände.⁵⁵⁴

Bingel, Der Friede von Lueneville ist ueber alle Auslegung erhaben, 3. Abschnitt, Ad. §. 4., S. 33 „... und das wird doch wohl nicht geleugnet werden wollen, daß in Teutschland auch die Laender im staatsrechtlichen Sinn zum Eigenthum der Staende gezaehlt werden, und daß mit deren Verlust Einkuenfte zu Grund gehen, die der Besitzer als Eigenthuemmer der Laender einbueßte, ...“.

⁵⁵⁴ Die in der Elsässer Angelegenheit während der Jahre 1790-92, durch die Anwendung der Dekrete der Assemblée nationale constituante: Abschaffung des Feudalwesens 4 août 1798, Zurverfügungstellung der Kirchengüter für die Zwecke der Nation 2 nov. 1789 (unten, S. 771-773) auf die von Reichsständen linksrheinisch unter französischer Souveränität stehend oder im französischen Territorium liegend, ausgegliederten Reichsgebiete besessenen Gebiete, Besitzungen und Rechte, den betroffenen Reichsständen hierfür in Aussicht gestellten Entschädigungen, können nicht als Vorläufer der Entschädigung in Art. VII des Lunéviller Friedens angesehen werden. Das revolutionäre Frankreich hatte diese Gebiete, Besitzungen und Rechte einseitig unter seine Souveränität gestellt, ohne Mitwirkung des Reiches. Die betroffenen Reichsstände und das Reich hatten dagegen wiederholt Protest eingelegt. Die den Reichsständen in Aussicht gestellten Entschädigungen sollten von Frankreich und nicht seitens des Reiches erbracht werden. Sie waren auf einen geldwerten Ersatz ausgerichtet, was vor allem von den geistlichen Reichsständen abgelehnt wurde, welche auf eine tatsächliche Restitution ihrer Gebiete, Besitzungen und Rechte bestanden. Die Convention nationale widerrief ihrerseits in ihrem Dekret am 20 frimaire an Ï (10 déc. 1792) alle zugesagten Entschädigungen (unten, 831-856 (856)).

Dritter Teil

Vereinbarkeit der alleinigen Entschädigung durch rechtsrheinische geistliche Staaten mit der Reichsverfassung?

A

Die aus den Grundüberlegungen des Aufopferungsanspruches gebotene Aufteilung der linksrheinischen Gebietsverluste auf alle Reichsstände

I

Die Entschädigung jedes depossedierten Reichsstandes als Konsequenz der individualbegünstigenden Natur des Aufopferungsanspruches

Seiner Grundüberlegung nach will der Aufopferungsanspruch das von dem Einzelnen für die Allgemeinheit erbrachte Opfer diesem durch eine wertmäßige Entschädigung ausgleichen. Der Aufopferungsanspruch ist demnach seiner Grundüberlegung nach ein individualbegünstigender Anspruch. Treten bei einer Gruppe von Personen durch dasselbe schadensstiftende Ereignis dieselben für die Allgemeinheit erbrachten Opfer ein, so hat jeder der hierdurch geschädigten Einzelnen einen eigenen und von den Ansprüchen der anderen Mitgeschädigten unabhängigen Anspruch gegenüber der Gesamtheit auf Erhalt eines wertmäßigen Ausgleiches.

Aus dieser individualbegünstigenden Natur des Aufopferungsanspruches folgt, dass nach seiner Grundüberlegung jedem der durch die Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete depossedierten und einen Schaden erleidenden Reichsstände ein eigener und von den Ansprüchen der anderen mitdepossedierten Reichsstände unabhängiger Anspruch auf Entschädigung gegenüber dem Reich zustand.

II

Die Heranziehung aller Reichsstände als Konsequenz der gemeinschaftsbelastenden Natur des Aufopferungsanspruches

Seiner Grundüberlegung nach will der Aufopferungsanspruch das für die Gesamtheit erbrachte Opfer dem Einzelnen durch eine ihm zu gewährende Entschädigung wertmäßig ausgleichen. Der Aufopferungsanspruch ist demnach seiner Grundüberlegung nach ein gemeinschaftsbelastender Anspruch. Wer für die Allgemeinheit ein Opfer erbracht hat, soll von dieser hierfür eine Entschädigung erhalten. Da die zu gewährende Entschädigung das sachliche Gegenstück und der wertmäßige Ersatz für das erbrachte Opfer ist, müssen die durch das Opfer Begünstigten mit den zur Entschädigung Verpflichteten identisch sein. Der Einzelne hat seinen Anspruch auf Erhalt einer Entschädigung gegen die durch sein Opfer begünstigte Gesamtheit.

Aus dieser gemeinschaftsbelastenden Natur des Aufopferungsanspruches folgt, dass die Ansprüche der verlierenden Reichsstände auf Entschädigung gegen die begünstigte Gesamtheit, den verbliebenen rechtsrheinischen Restteil des Reiches zu richten sind.

Bei seiner auch zu Ausgang des 18. Jahrhunderts noch bestehenden allgemeinen lehnmäßigen Struktur¹ ist hierbei das Reich nicht als eine abstrakte juristische Person, sondern vielmehr als die personenhafte Vereinigung aller Reichsstände unter Einbeziehung des Kaisers zu deuten.²

¹ Unten, S. 587.

² *Batz*, Versuch einer natuerlichen Erklarung des siebenten Friedensartikels, II., A), §. 11. (vielmehr §. 6.), S. 12 „...“, daß das deutsche Reich in seiner G e s a m m t h e i t als Inbegriff von Kaiser und saemmtlichen Staenden ihn tragen soll. ...“.

III

Aufteilung des Schadens auf alle Reichsstände als Konsequenz

Verbindet man die aus der individualbegünstigenden und gemeinschaftsbelastenden Natur des Aufopferungsanspruches sich ergebenden Folgen, so hat jeder der depossedierten Reichsstände einen eigenen und von den Ansprüchen der anderen mitdepossedierten Reichsständen unabhängigen Anspruch auf Entschädigung gegen die begünstigte Gesamtheit, den rechtsrheinisch verbliebenen Teil des Reiches, in seiner personenhaften Vereinigung aller Reichsstände unter Einschluss des Kaisers. Nach den Grundüberlegungen des Aufopferungsanspruches war demnach der durch die Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete eingetretene Schaden auf alle links- und rechtsrheinischen Reichsstände gleich- und anteilmäßig aufzuteilen.

Samhaber, Freymuethige Gedanken ueber die Saecularisirung:

„... und wenn auch die Schadloshaltungs=Verbindlichkeit, ..., noch so fest begründet da stünde, ...; so würde doch diese nie eine *particulare* Verbindlichkeit einzelner Staatsmitglieder seyn, ... sondern eine *allgemeine* des *gesammten Staates* und *aller einzelnen Reichsstaende*. Wenn der Grundsatz: *Der fuer Alle gelitten hat, muß von Allen schadlos gehalten werden*, hier geltend gemacht werden koennte; so würden *es alle Staende ohne Ausnahme* seyn, die zu diesem Zwecke der Entschädigung in einem richtig abgemessenen Verhaeltnisse beytragen müßten.“³

der Verfasser von *Die Vernunft fordert Saekularisationen*:

„... Wenn der Staat in Noth ist, so kann man nicht einzelne im Staat oder eine einzelne Klasse der Mitglieder desselben anhalten, mit ihrer ausschließlichen Aufopferung den Staat zu retten, sondern dies ist gemeinschaftliche Pflicht der Staats=Einwohner. Alle deutsche Staende muessen auch hier nach den allgemeinen Gesellschafts=Pflichten zur Entschädigung ihrer beteiligten Mitstaende beytragen.“⁴

der Verfasser von *Ueber Schadloshaltung der jenseits des Rheins verlierenden ReichsStaende*:

„... Wenn die Entschädigung der Fürsten und Stände, welche auf dem linken RheinUfer ihre Besitzungen verlieren, gerecht und billig seyn soll; so muss dieselbe von dem ganzen Staate, und zwar zugleich von den Verlierenden nach der auf sie fallenden Rata mitgetragen werden. ...“⁵

³ §. 10., S. 33-34.

⁴ §. 48., S. 34-35.

⁵ S. 8-9.

und *Weisse*, Nachtrag ueber die Sekularisation deutscher geistlicher Reichslaender nebst des Nothrechts:

„... Uebrigens ergibt sich aus demselbigen Princip, daß die Entschaedigung nicht von dem Regenten selbst, oder der Obrigkeit des Orts, welche eine solche Verfuegung getroffen hat, sondern von allen Staatsbuergern geleistet werden muß, fuer welche irgend eine Aufopfrung erfolgte. ...“⁶

⁶ Von dem Umfang und den Graenzen des Nothrechts mit besonderer Ruecksicht auf die deutsche Staatsverfassung, §. 7., S. 87.

B

Das Erfordernis eines besonderen Rechtsgrundes für die alleinige Schadenstragung der geistlichen Reichsstände

Da nach den Grundüberlegungen des Aufopferungsanspruches der Schaden auf alle links- und rechtsrheinische Reichsstände hätte gleich- und anteilmäßig aufgeteilt werden müssen, bedurfte die in Art. VII des Friedensvertrages hiervon abweichende Regelung, nach der allein die geistlichen Reichsstände den Schaden tragen sollten, eines besonderen Rechtsgrundes.

Samhaber, Freymuethige Gedanken ueber die Saecularisirung:

„... Eine besondere Verbindlichkeit einzelner Staende, diese Schadloshaltung zu leisten, laeßt sich schlechterdings nicht anders annehmen, als in Voraussetzung eines besonderen Rechtsgrundes, aus welchem diese Verbindlichkeit abgeleitet werden koennte. ...“⁷

Als diese kommen in Hinblick auf die geltenden Normen der bestehenden Verfassung des Reiches in Betracht:

- die Einwilligungen der geistlichen Reichsstände in ihre alleinige Schadenstragung (C)
- ein sich aus der Reichsverfassung ergebender geringerer Bestandsschutz der geistlichen Staaten gegenüber den weltlichen Staaten (D)
- eine durch die Forderung der Französischen Republik, zur Entschädigung allein Säkularisationen zu verwenden, für das Reich eingetretene Notlage (F)
- ein Reichsherkommen mit dem Inhalt der alleinigen Schadenstragung der geistlichen Reichsstände (G)
- ein in der Reichsverfassung enthaltener Grundsatz der ungleichen Belastbarkeit der Reichsstände⁸ (H)

⁷ §. 10., S. 35.

Angesichts der von der alleinigen Schadenstragung der geistlichen Reichsstände mit der Säkularisation von rechtsrheinischen geistlichen Staaten für die weitere Entwicklung der Reiches gebabten Bedeutung ist auch:

— eine im Interesse des Reiches erforderliche Verfassungsreform mit dem Ziel einer Beseitigung der bei den geistlichen Staaten vorhandenen Mängel (E)

in Betracht zu ziehen.

⁸ Die reichsgrundgesetzliche Regelung des Friedensvertrages von Lunéville selber scheidet als Rechtsgrund für seine in Art. VII festgelegte alleinige Schadenstragung der geistlichen Reichsstände aus. Der Aufopferungsanspruch hatte seine Legitimation und seine Rechtfertigung in den staatsrechtlichen Beziehungen seienden Verhältnissen der Reichsstände zu Kaiser und Reich. Er hätte demnach in seiner inhaltlichen Ausgestaltung, der zu erfolgenden Schadenstragung aller Reichsstände i. S. zu einer alleinigen Schadenstragung der geistlichen Reichsstände nur durch ein die staatsrechtliche Natur des Reiches auflösendes Reichsgrundgesetz abgeändert werden können. *Jacobi*, Beytrag zur Entwicklung der natuerlichen Rechte der hoechsten Gewalt, in Ruecksicht auf buergerliche Freiheit, 20., S. 28-29 „Bringt es nun auf solche Weise die Natur der Staaten von selbst mit sich, daß bey dergleichen Collisionen der groessere Theil der Gesellschaft den Vorzug behalten muesse; ...“, insg., *ebd.* Art. VII des Friedensvertrages ging selber, mit seiner Bezugnahme auf die Rastatter Grundsätze, welche die Einhaltung der Verfassung des Reiches innerhalb der alleinigen Schadenstragung der geistlichen Reichsstände vorschrieben, vom weiteren Fortbestehen des Reiches und seiner Verfassung aus und implizierte dies. Umstritten und umkämpft war bei den von der Französischen Republik gegen das Reich geführten 1. und 2. Koalitionskriegen, mit dem sie beendenden Friedensschluss von Lunéville, nach dem zugrunde gelegenen historischen Geschehen auch nicht die Reichsverfassung selber, dies gegensätzlich zu dem 150 Jahre zuvor stattgefundenen 30 jährigen Krieg mit dem Westfälischen Friedensschluss. Sein Art. VII ergab sich vielmehr als die Folge der Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete

Die von *Weisse*, Ueber die Sekularisation Deutscher geistlicher Reichslaender für die Rechtfertigung der alleinigen Schadenstragung der geistlichen Reichsstände gemachten Begründung: die Entschädigung an die linksrheinisch depossedierten erblichen Reichsstände durch das Reich ergäbe sich zwar nicht aus seiner Verpflichtung zur Gewährung von Entschädigungen an die linksrheinisch depossedierten Reichsstände, sondern aus seiner Befugnis, die Reichsstände auswählen zu können, welche es unmittelbar oder mittelbar der siegreichen Macht zu deren Kriegsgewinn aufopfere:

„... Man denke sich den Fall, daß der Feind das Reichsland, welches er zur Entschädigung in dem Frieden verlangte, nicht genau bestimmte, oder wenigstens Unterhandlungen deßhalb einzugehen bereit waere, so wuerde es unstreitig von der hoechsten Reichsgewalt abhaengen das Opfer selbst auzuwaehlen, das zur Erhaltung des Ganzen gebraucht werden sollte, und sie wuerde ihm daher ein geistliches Reichsland statt eines weltlichen anbieten koennen. Verlangt aber der Feind selbst gewisse Reichslaender als die einzige Bedingung des Friedens, so wird nun allerdings jene Wahl insofern beschaenkt, als es jetzt nicht mehr von der Willkuehr des Reichs abhaengt, diejenigen Personen zu bestimmen, deren Rechte und Laender dem Feinde u n m i t t e l b a r sollen abgetreten werden, warum aber sollte jetzt nicht dem Reiche zustehen, diejenigen Personen zu waehlen, die m i t t e l b a r dem Feinde sollen aufgeopfert werden, d. h. zur Entschädigung derjenigen, die zunaechst durch den Frieden leiden muessen? ... denn auch hier muß man sich erinnern, dass die Rechtmäßigkeit der Sekularisationen im gegenwaertigen Falle nicht aus der Verbindlichkeit des Reichs zum Schadenersatz erwiesen wird, sondern aus dem Befugnisse des Reichs unter denjenigen Personen zu waehlen, deren Rechte fuer das ganze Ganze sollen aufgeopfert werden. ...“ (Zweyter Abschnitt, §. 2., S. 159, 163),

vermag gleichfalls kein Rechtfertigungsgrund für die alleinige Schadenstragung der geistlichen Reichsstände zu begründen. Auch wenn man dem Reich diese Befugnis zubilligte und es sich hierbei richtigerweise für die geistlichen Reichsstände entschieden hätte, so hätte dem Reich unter dem Gesichtspunkt des Aufopferungsanspruches die Verpflichtung obgelegen, den ihre Gebiete der siegreichen ausländischen Macht mittelbar aufopfernden geistlichen Reichsstände hierfür eine Entschädigung zu gewähren. Zumal auch *Weisse* selber zu den Befürwortern des aus dem Notrecht sich ergebenden Aufopferungsanspruches als wertmäßiger Ausgleich für das vom Einzelnen zugunsten der Allgemeinheit erbracht Opfer gehört (oben, S. 193-194).

Bei den während der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts und insbesondere nach dem Ausbrechen der Revolution in Frankreich in Deutschland stattgehabten sozialen Veränderungen und dem philosophisch-literarisch-geistesgeschichtlichen Umbruch und Neuorientierung ist auch der überpositive Gesichtspunkt:

- des Eintrittes eines Verfassungswandels in Richtung auf Auflösung der geistlichen Staaten (I)

zu erörtern.

C

Die Einwilligungen der geistlichen Reichsstände in ihre alleinige Schadenstragung?

I

Volenti non fit iniuria als möglicher Rechtsgrund der alleinigen Schadenstragung der geistlichen Reichsstände

Rechtsgrund der alleinigen Schadenstragung der geistlichen Reichsstände könnte nach dem Grundsatz *volenti non fit iniuria* ihre Einwilligung sein.

Bingel, Bedarf der siebente Artikel einer Auslegung?

„Es ist die Absicht bei weitem nicht behaupten zu wollen, daß es mit den Regeln des strengen Rechts uebereinkomme, daß die geistlichen Staende das Tuch hergeben sollen, woraus Entschaedigungen geschnitten werden sollen, ich lasse diese Frage vielmehr um so lieber ganz unberuehrt, als es nach den der indemnisation halber zu Rastadt zum Grund gelegten Principien, und nach der vom gesammten Reich, folglich auch von den geistlichen Staenden, dem Frieden von Luneville ertheilten Ratification gar nicht mehr darauf ankommen kann, ob die zum Grund gelegte basis und der Friede selbst mit den strengen Regeln des gesellschaftlichen Verbands vereinbar sind, oder nicht? Die geistlichen Staende haben zu Rastadt in die Secularisation zu Entschaedigung der weltlich Verlierenden eingewilligt, sie haben diese Secularisation zur zweiten basi des damals kuenftigen Friedens erhoben, haben den Frieden von Luneville durch ihren Beitritt ratificiren helfen, sie haben sich also selbst freiwillig zum Opfer des Verlusts, der aus der Cession des linken Rheinufers fuer die weltlichen Fuersten entspringt, hingegeben,⁽¹⁾ ... Wer sich selbst ein Gesetz schreibt, es seye auch noch so hart, der darf sich ueber die Vollstreckung desselben gar nicht beklagen, kam die von den Franzoesischen Gesandten zu Rastadt geforderte zweite basis den geistlichen Staenden unrecht vor, warum traten sie derselben bei? und warum ratificirten sie den Frieden? wenn sie beides nicht gethan haetten, und man wollte dennoch ihre Laender zu Entschaedigungen gebrauchen, dann koennten sie wenigstens doch laute Klagen ueber die Verletzungen ihrer Rechte fuehren, die sie izt nicht fuehren koennen, *ad renunciatam enim non datur regressus.*“²

⁽¹⁾ I., S. 15-16.

² I., S. 17, insg., S. 15-17.

II

Keine Einwilligung durch die vor dem Friedensvertrag von Lunéville von Reichsständen mit der Französischen Republik abgeschlossenen Separatfriedensverträgen

In den von König Friedrich Wilhelm II. von Preußen am 5. April 1795³/5. August 1796,⁴ Landgraf Wilhelm IX. von Hessen-Kassel am 25. April 1795,⁵ Herzog Friedrich II. von Württemberg am 7. August 1796⁶/28. Oktober 1796,⁷ Markgraf Karl Friedrich von Baden am 22. August 1796⁸ und Kaiser Franz II. als Oberhaupt des Hauses Österreich am 17. Oktober 1797⁹ mit der Französischen Republik abgeschlossenen Separatabkommen und Separatfriedensverträge hatten sich diese Reichsstände mit der Französischen Republik dahin geeinigt und hatten sich gegenseitig dahingehend verpflichtet, dass beim zukünftigen Friedensschluss mit dem Reich die eigenen linksrheinischen gebietlichen Verluste und die Verluste der anderen erblich-weltlichen Reichsstände durch rechtsrheinische Säkularisationen auszugleichen seien.

Diese von Reichsständen in ihren mit der Französischen Republik vor dem Lunéviller Friedensschluss abgeschlossenen Separatfriedensverträge enthielten jedoch allein von diesen fünf weltlichen Reichsständen erklärte Einwilligungen in die alleinige Schadenstragung der geistlichen Reichsstände.

³ Unten, S. 911-913.

⁴ Unten, S. 914-917.

⁵ Geistliche Territorien oder sonstige (unten, S. 913-914).

⁶ Unten, S. 917-918.

⁷ Unten, S. 918.

⁸ Unten, S. 919.

⁹ Unten, S. 934-935.

III

Keine Zustimmung der geistlichen Reichsstände zu ihrer alleinigen Schadenstragung auf dem Rastatter Kongress

In den dem Entschädigungsbeschluss der Reichsfriedensdeputation vom 4. April 1798 zugrundeliegenden Voten ihrer Delegierten stimmten die Subdelegierten der Herzöge von Baiern,¹⁰ von Bremen¹¹ und des Markgrafen von Baden¹² ausdrücklich und jene des Landgrafen von Hessen-Darmstadt,¹³ der Reichsstadt Frankfurt¹⁴ und des Kurfürsten von Sachsen¹⁵ erkennbar dafür, dass die linksrheinischen gebietlichen Verluste allein durch Säkularisationen auszugleichen seien. Die Delegierten des Bischofs von Würzburg,¹⁶ des Erzherzogs von Österreich¹⁷ und des Kurfürsten von Mainz¹⁸ forderten hingegen neben den Säkularisationen auch andere Entschädigungen. Das Votum der Reichsstadt Augsburg war in sich widersprüchlich.¹⁹

Dem auf dem Rastatter Kongress zu den Entschädigungen durch Säkularisationen gefassten Beschluss der 10 köpfigen Reichsfriedensdeputation lagen demnach keine Voten von geistlichen Reichsständen zugrunde, die in ihre alleinige Schadenstragung einwilligten.

Dem von den Subdelegierten der zehnköpfigen Reichsfriedensdeputation am 4. April 1798 gefassten Beschluss zur Ausgleichung der linksrheinischen gebietlichen Verluste durch Säkularisationen lag hingegen eine mehrheitliche Abstimmung ihrer Mitglieder zugrunde,²⁰ womit auch die in ihre alleinige Schadenstragung nicht zustimmenden beiden geistlichen Reichsstände, Bischof von Würzburg und Erzbischof von Mainz an ihn gebunden waren.

Die von dem Reichstag der Rastatter Reichsfriedensdeputation am 8./11. Januar 1798 erteilte General=Reichs=Vollmacht fuer die zu den Friedens=Handlungen ernannten

¹⁰ Oben, S. 39-40, 48-49.

¹¹ Oben, S. 40-41.

¹² Oben, S. 41.

¹³ Oben, S. 41-42.

¹⁴ Oben, S. 42-43.

¹⁵ Oben, S. 43-44.

¹⁶ Oben, S. 44-45, 48-49.

¹⁷ Oben, S. 45.

¹⁸ Oben, S. 46.

¹⁹ Oben, S. 47.

²⁰ Oben, S. 47.

Reichs=Deputirten, lautete:

„... dasjenige zu berathschlagen, zu verhandeln und zu beschliessen, auch zu unterzeichnen, was zu Wiederherstellung eines billigen, anständigen und dauerhaften allgemeinen Reichs=Friedens dienen, und überhaupt zur gemeinen Wohlfahrt und Beruhigung des Vaterlandes gereichen mag. Was nun durch Sie, Reichs=Deputirte, ... also gehandelt, beschlossen und unterzeichnet werden wird, solches soll von dem gesammten Reiche in der wechselseits zu bestimmenden zulaenglichen Zeit ratificirt, angenommen, und unverbruechlich gehalten, ...“²¹

Sie besaß demnach keine Bevollmächtigung zur Abschließung eines definitiven Friedensvertrages mit der Französischen Republik und konnte für das Reich keine völkerrechtlich verbindlichen Erklärungen gegenüber der Französischen Republik hinsichtlich der für die linksrheinischen gebietlichen Verluste zu gewährenden Entschädigungen abgeben.

In Bezug auf die gehabte interne Bevollmächtigung der Reichsfriedensdeputation anstelle des Reichstages zu handeln,²² war dem Entschädigungsbeschluss der Reichsfriedensdeputation vom 4. April 1798 durch die von dem kaiserlichen Bevollmächtigten Metternich vor seiner Abreise am 7. April 1799²³ abgegebenen Erlass der kaiserlichen Plenipotenz an die Reichs=Friedens=Deputation:

„... Unterzeichneter hat von Seiner kaiserlichen Majestaet den bestimmten Auftrag erhalten, ..., Ihrer Seits allen waehrend des hiesigen Congresses an die Bevollmaechtigten Minister der franzoesischen Republik gemachten, und nach den allgemein anerkannten voelkerrechtlichen Grundsuetzen ohnehin nur Salva ratificatione Caesaris et Imperii verbindlichen Zusicherungen die bisher bestandene Rechtskraft wieder zu entziehen; ...“²⁴

seine Wirksamkeit entzogen worden.

Bei der Nichtbevollmächtigung der Reichsfriedensdeputation zur Abschließung eines definitiven Friedens mit der Französischen Republik und der nachträglichen kaiserlichen Erklärung seiner auch im Reich internen Unwirksamkeit hatte demnach der die alleinige Schadenstragung der geistlichen Reichsstände beinhaltende Entschädigungsbeschluss der Reichsfriedensdeputation vom 4. April 1798 weder eine verbindliche Wirkung für die an ihm mitwirkenden beiden geistlichen Reichsstände noch für die von diesen und von der Reichsfriedensdeputation vertretenen anderen geistlichen Reichsstände. Aus dem

²¹ *Protocoll Rastatt*, IV. Band, 66. Beilage, S. 188-189 (189).

²² „... dasjenige zu berathschlagen, zu verhandeln und zu beschliessen, auch zu unterzeichnen, was zu Wiederherstellung eines billigen, anständigen und dauerhaften allgemeinen Reichs=Friedens dienen, und überhaupt zur gemeinen Wohlfahrt und Beruhigung des Vaterlandes gereichen mag. ...“ (*Protocoll Rastatt*, IV. Band, 66. Beilage, S. 188-189 (189)).

²³ Der Rastatter Kongress löste sich im März 1799 auf.

²⁴ *Protocoll Rastatt*, VI. Band, 374. Beilage, S. 95-99 (99).

Entschädigungsbeschluss können demnach keine Einwilligungen von geistlichen Reichsstände in ihre alleinige Schadenstragung gefolgert und abgeleitet werden.

IV

Keine Zustimmung bei neun geistlichen Stimmen im Reichstag am 6. und 7. März 1801 zu der in Art. VII festgelegten alleinigen Schadenstragung der geistlichen Reichsstände

1. Die geistlichen Stimmen im Reichsfürstenrat

a) Die katholischen Voten

aa) Mit speziellen Instruktionen

Mit erhaltenen speziellen Instruktionen stimmten die Gesandten der 8 Virilstimmen dem Friedensvertrag von Lunéville und seiner in Art. VII getroffenen Entschädigungsregelung ohne Einwände und Vorbehalte zu.

Erzbischof von Salzburg²⁵:

„Stellet alles der weisesten Fuersorge Sr. Kaiserl. Majestaet gaenzlich anheim.“²⁶

Bischof von Bamberg²⁷:

„Diesseitige treu gehorsamste Gesandtschaft ist in der zur Berathung aufgestellten Materie dahin zu aeussern, angewiesen.

Durch die Vorgaenge der Vorzeit belehrt, habe Bamberg seine Stimme, den gegenwaertigen Reichskrieg gegen Frankreich zu unternehmen, nie gegeben, gleichwohl habe dasselbe alle Kraeften zur allgemeinen Reichsvertheidigung vom Anfange des Krieges bis jezt beharrlich, und bis zur gaenzlichen Erschoepfung aufgebothen. ...

Da dieser laengst erwartete Friede nunmehr von Sr. Kaiserl. Majestaet auch Namens des Reiches zu Stande gebracht, und der Reichs = Versammlung foermlich zur Ratifikation mitgetheilet worden sey, da ferner eben die dringende Umstaende, die den beschleunigten Abschluß des Friedens veranlaßt haetten, auch deßen baldigste Genehmigung nicht minder nothwendig machten.

So tragen Se. Hochfuerstl. Gnaden Jhres Orts vordersamst auf die unterthaenigste Dankeserstattung an Se. Kaiserl. Majestaet fuer die Mittheilung

²⁵ Oben, S. 105.

²⁶ *Jm Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801, Salzburg., S. 5 (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 6. Stück).*

²⁷ Oben, S. 105.

des auch Namens des Reiches in Luneville am 9 Febr= d. J. abgeschloßenen, und zur gegenwaertigen verfaßungsmaeßigen Berathung ausgesetzten Friedens an. ...

Se. Hochfuerstl. Gnaden stimmten dahero fuer die schleunigste Ratifikation des zwischen Sr. Kaiserl. Majestaet als Reichs = Oberhaupt, mit der franzoes. Republik am 9 Febr. d. J. zu Lueneville abgeschloßenen Friedens, und deren schleunigste Auswechslung.

Se. Hochfuerstl. Gnaden ueberließen Sich uebrigens vertrauensvoll der Hofnung, daß dieser Friede unter der maechtigen Verwendung und weisesten Leitung Sr. Kaiserl. Majestaet mit der moeglichsten Erhaltung der Verfassung, der Staende, und der Reichsangehoerigen zur gegenwaertig = und zukuenftigen Wohlfahrt des teutschen Vaterlandes baldigst vollzogen werden moege. ...²⁸

Bischof von Eichstädt²⁹:

„Se. Hochfuerstl. Gaden verdanken Sr. Kaiserl. Majestaet allerehrfurchtsvollest, daß es Allerhoechstdero Weisheit gefaellig gewesen sey, dem Drange der Umstaende nachzugeben, und in dem mit Allerhoechstdenenselben, und der Franzoes. Republik abgehandelten Friedensschluß zugleich den Reichsfrieden in Allerhoechstihro Eigenschaft als Reichs = Oberhaupt berichtigen zu lassen.

Da nun diese Allerhoechste Einschreitung durch den Vorgang der Friedensunterhandlungen zu Rastadt, und zu Baaden vom Jahr 1714. sich von selbst ganz legitimiret, und die Reichstaendische Rechte, und Befugniße durch das Allerhoechste, dem allergnaedigsten Hofdekret unter Ziffer I. beygelegte Handschreiben vollkommen gewahret sind, so findeten Se. Hochfuerstl. Gnaden um so weniger einiges Bedenken der Ratification des vorliegenden Friedens = Instruments beyzutretten, und auf desselben moeglichste Beschleunigung anzutragen, als Sr. Hochfuerstl. Gnaden hierdurch Befreyung von dem bisher unertraeglichen feindlichen Druck erzielet werden kann, und Se. Hochfuerstl. Gnaden die Sich fuer die gute Sache ganz zum Opfer hingegeben, alle Ursachen haben, sich ganz in die Arme des Allerhoechsten Reichsoberhauptes vertrauensvollest hinzuwerfen.³⁰

Bischof von Hildesheim³¹:

„Wird noch vor dem Concluso sein Votum nachtragen.“³² (6. März 1801)

„Ad majora.“³³ (7. März 1801)

²⁸ *Jm Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801, Bamberg:, S. 6-7 (Regensburger Correspondenz, LIX.Band, 6. Stück).*

²⁹ Oben, S. 105.

³⁰ *Jm Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801, Eichstaedt:, S. 9-10 (Regensburger Correspondenz, LIX.Band, 6. Stück).*

³¹ Oben, S. 105.

³² *Jm Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801, Hildesheim:, S. 13 (Regensburger Correspondenz, LIX.Band, 6. Stück).*

Bischof von Paderborn³⁴:

„Wie Hildesheim.“⁽³⁵⁾„³⁶ (6. März 1801)

„Ad majora.“³⁷ (7. März 1801)

Bischof von Trient³⁸:

„Danket gehorsamst fuer die gefaelligst angezeigte Legitimation des Hochwuerdigen Domkapitels: in materia proposita ad majora.“³⁹

Bischof von Brixen⁴⁰:

„Se. Hochfuerstl. Gnaden zu Brixen verdanken vorzueglichst in allerunterthaenigster Ehrfurcht jene große Aufopferungen und Anstrengungen, welche Se. Kaiserl. Majestaet seit der Dauer des Krieges zur Rettung des deutschen Vaterlandes verwendet haben...., und in solch vollkommenster Ueberzeugung finden Se. Hochfuerstl. Gnaden nicht den mindesten Anstand, Ihres Orts auf die Beschleunigung der Ratifikation des mittels allergnaedigsten Kaiserl. Hofdekrets de dato Wien den 21. et diétato 25. Hornung der Reichsversammlung mitgetheilten obbesagten Friedens mit der franzoesischen Republik zu stimmen, Sich dabei zu ferneren allerhoechsten Schutz empfehlend.“⁴¹

Bischof von Chur⁴²:

„In materia proposita ad majora.“⁴³

³³ Erste Fortsetzung des Protokolls. Im Reichs=Fuersten=Rath Samstag den 7. Maerz 1081: vielmehr 1801, Hildesheim und Paderborn, auch Hohenzollern:, S. 26 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 18. Stück).

³⁴ Oben, S. 105.

⁽³⁵⁾ Zustimmend (oben, S. 324).

³⁶ *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801*, Paderborn:, S. 14 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

³⁷ Erste Fortsetzung des Protokolls. Im Reichs=Fuersten=Rath Samstag den 7. Maerz 1081: vielmehr 1801, Hildesheim und Paderborn, auch Hohenzollern:, S. 26 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 18. Stück).

³⁸ Oben, S. 106.

³⁹ *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801*, Trient:, S. 14 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

⁴⁰ Oben, S. 106.

⁴¹ *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801*, Brixen, ex Commissione per Trient:, S. 14-15 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

⁴² Oben, S. 106.

Gleiches die Gesandten der beiden Curiatstimmen:

Schwäbische Prälaten⁴⁴:

„... Das schwaebische Reichspraelaten = Collegium danket dem Allerhoechsten Reichsoberhaupt eben so innigst fuer diese Reichsvaeterliche Entschließung und Sorgfalt, als vertrauensvoll dasselbe den maechtigen Kaiserlichen Schutz ferner sich erbitten und solchen mit einer solchen Beruhigung hoffen und erwarten kann, welche diesem, immer einen wesentlicher Bestandtheil der teutschen Reichsverfassung ausmachenden Collegio das Bewußtseyn aller seiner in dem ganzen Kriege gegen Jhro Kaiserl. Majestaet und das Reich willig, ... und thaetig geleisteten Pflichten gegen alle widrige Eindruecke und Besorgniße verschafft. – So wie aber die erste Friedensfruechte von der Beschleunigung der Ratifikation des mitgetheilten, auch fuer das Reich abgeschloßenen Friedens abhaengt, so versaeumet das schwaebische Reichs = Praelaten Collegium keinen Augenblick, auch seiner Seits seine Genehmigung hiezu, zu ertheilen, und auf ein so bald als moeglich deßfalls an Se. Kaiserl. Majestaet zu erstattendes allerunterthaenigstes Reichsgutachten geziemend anzutragen, behaelt sich aber auch dasjenige, was noch zur gaenzlichen Berichtigung des Reichs = Friedensgeschaefts in denen zu einer besondern Uibereinkunft in dem Friedens = Tractat zu Lueneville am 9ten Febr. d. J. ausgesetzten Punkten noch zu thun uebrig ist, des allgemeinen Reichs und auch seines eigenen dabey so wesentlich versirenden Interesse wegen, ... das Weitere bey der bereits beschlossenen Eroeffnung des Protokolls ... bevor. ...“⁴⁵

und Rheinischen Prälaten⁴⁶:

„Unter Verdankung der erfolgten Legitimations = Anzeige, tritt man dießorts der bereits vorliegenden Mehrheit der Stimmen vor der Hand bey, und behaelt sich allenfalls das Weitere bevor.“⁴⁷

⁴³ *Jm Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801, Chur., S. 18 (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 6. Stück).*

⁴⁴ Oben, S. 106.

⁴⁵ *Jm Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801, Schwaebische Praelaten., S. 21-22 (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 6. Stück).*

⁴⁶ Oben, S. 106.

⁴⁷ *Jm Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801, Rheinische Praelaten., S. 22 (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 6. Stück).*

bb) Vermöge genereller Instruktionen

Vermöge ihrer generellen Instruktionen stimmten die Gesandten der 3 katholischen Virilstimmen:

Bischof von Basel⁴⁸:

„Behaelt sich das Protokoll offen.“⁴⁹ (6. März 1801)

„Sub spe rati quoad ratificationem ad majora.“⁵⁰ (7. März 1801)

Bischof von Fulda⁵¹:

„Behaelt sich das Protokoll offen.“⁵² (6. März 1801)

„Sub spe rati quoad ratificationem ad majora.“⁵³ (7. März 1801)

und Johannitermeister⁵⁴:

„Behaelt sich das Protokoll offen.“⁵⁵ (6. März 1801)

„Sub spe rati quoad ratificationem ad majora.“⁵⁶ (7. März 1801)

dem Friedensvertrag von Lunéville und seiner Entschädigungsregelung in Art VII ohne Einwände und Vorbehalte zu.

⁴⁸ Oben, S. 106.

⁴⁹ *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801, Basel:., S. 15 (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 6. Stück).*

⁵⁰ *Erste Fortsetzung des Protokolls. Im Reichs=Fuersten=Rath Samstag den 7. Maerz 1081: vielmehr 1801, Basel, Fulda, Johannitermeister und Schwaebische Grafen:., S. 26 (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 18. Stück).*

⁵¹ Oben, S. 106.

⁵² *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801, Fulda:., S. 18 (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 6. Stück).*

⁵³ *Erste Fortsetzung des Protokolls. Im Reichs=Fuersten=Rath Samstag den 7. Maerz 1081: vielmehr 1801, Basel, Fulda, Johannitermeister und Schwaebische Grafen:., S. 26 (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 18. Stück).*

⁵⁴ Oben, S. 106.

⁵⁵ *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801, Johannitermeister:., S. 19 (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 6. Stück).*

⁵⁶ *Erste Fortsetzung des Protokolls. Im Reichs=Fuersten=Rath Samstag den 7. Maerz 1081: vielmehr 1801, Basel, Fulda, Johannitermeister und Schwaebische Grafen:., S. 26 (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 18. Stück).*

cc) Abest

Als abest⁵⁷ wurden die beiden katholischen Virilstimmen Abt von Kempten⁵⁸ und Abt von Corvey⁵⁹ aufgerufen.

dd) Vacat

Vacat⁶⁰ waren die 5 Virilstimmen: Bischöfe von Augsburg⁶¹ und von Passau,⁶² Propst von Ellwangen,⁶³ Abt von Prüm,⁶⁴ und der kein Stand des Reiches zu Ausgang des 18. Jahrhunderts mehr seiende Erzbischof von Besançon.⁶⁵

b) Die evangelischen Voten

aa) Mit speziellen Instruktionen

Mit erhaltenen speziellen Instruktionen stimmte der Gesandte der evangelischen Virilstimme:

Bischof von Osnabrück⁶⁶:

„Conformirt sich gaenzlich denen verehrlichen Abstimmungen von Magdeburg und Bremen.“⁶⁷ (beide zustimmend)⁶⁸

⁵⁷ *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801*, Kempten:, S. 18 „Abest.“, Korvey:, S. 19 „abest.“ (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

⁵⁸ Oben, S. 107.

⁵⁹ Oben, S. 107.

⁶⁰ *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801*, Bisanz:, S. 5 „Vacat.“, Augsburg:, S. 13 „Vacat.“, Passau:, S. 14 „vacat.“, Ellwangen:, S. 18 „Vacat.“, Pruem:, S. 19 „Vacat.“ (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

⁶¹ Oben, S. 107.

⁶² Oben, S. 107.

⁶³ Oben, S. 107.

⁶⁴ Oben, S. 107.

⁶⁵ Oben, S. 107-109.

⁶⁶ Oben, S. 109.

⁶⁷ *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801*, Oßnabrueck:, S. 17 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

⁶⁸ Magdeburg (oben, S. 91), Bremen (oben, S. 91-92).

dem Friedensvertrag von Lunéville und seiner Entschädigungsregelung in Art. VII ohne Einwände und Vorbehalte zu.

bb) Vermöge genereller Instruktionen

Vermöge seiner generellen Instruktion stimmte der Gesandte der evangelischen Virilstimme:

Bischof von Lübeck⁶⁹:

„Unter anhoffender hoechster Genehmigung wie Magdeburg.^{(70)«,71}

dem Friedensvertrag von Lunéville und seiner Entschädigungsregelung in Art. VII ohne Einwände und Vorbehalte zu.

c) Die von katholischen Voten mit speziellen Instruktionen angebrachten Vorbehalte

Bei den restlichen 13 abgegebenen katholischen Virilstimmen stimmten ihre Gesandten mit speziellen Instruktionen dem Friedensvertrag von Lunéville im allgemeinen zu. Sie brachten jedoch zu seiner in Art. VII festgelegten Entschädigungsregelung, der alleinigen Zusprache von Entschädigungen an die linksrheinischen erblichen Reichsstände durch Säkularisationen rechtsrheinischer geistlicher Staaten Einwände und Vorbehalte an.

Hoch- und Teutschmeister⁷²:

„Nachdem die aeusserste Anstregungen „Nachdem die aeusserste Anstregungen Sr. Kaiserlichen Majestaet zur gluecklichen Beendigung eines seit beinahe neun Jahren ununterbrochenen Reichskriegs nicht vermocht haben, fuer Teutschland – in Bezug seines Friedens – guenstigere Verhaeltniße als die dermaligen herbeyzufuehren, und die baldigste Herstellung des Friedens nicht bos sehlichster Wunsch, sondern auch dringendstes Beduerfniß geworden ist, ...: so koennen Se. Kurfuerstliche Durchlaucht zu Koelln, als Hoch = und Teutschmeister, in der festen Ueberzeugung – daß es zur Erreichung dieser, dem Ganzen so wohlthuetigen Absicht, kein zweckmaeßigeres Mittel, als die von Sr. Kaiserlichen Majestaet geschehende Uebernahme des Reichs = Friedensgeschaefts gebe ...

⁶⁹ Oben, S. 109.

⁽⁷⁰⁾ Zustimmend (oben, S. 91).

⁷¹ *Jm Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801, Luebek:, S. 18 (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 6. Stück).*

⁷² Oben, S. 110.

In dieser Voraussetzung, und einzig von dem dermaligen Standpunkt der oeffentlichen Angelegenheiten aus betrachtet, koennen Se. Kurfuerstliche Durchlaucht um so weniger umhin, Jhrerseits dem beizustimmen, was von Sr. Kaiserlichen Majestaet zur schleunigsten Berichtigung des Reichsfriedens bereits geschehen ist, und in dem Allerhoechstdenselben allerunterthaenigst zu erstattenden Reichsgutachten auf dessen Ratifikation anzutragen, als – nach kalter Uebersicht aller hier einwirkenden politischen und sonstigen Verhaeltnisse – die Fortsetzung des Kriegs keine mehr beruhigende Wahrscheinlichkeit eines gluecklicheren Erfolgs zu geben im Stande ist.

In Ruecksicht des angenommenen Prinzips der Entschaedigung koennen Se. Kurfuerstliche Durchlaucht sich zwar nicht die Ueberzeugung abgewinnen, wie in einer National = Angelegenheit – an welcher alle Mitglieder vermoege der Pflichten des gesellschaftlichen Bandes Antheil zu nehmen hatten – einzelne auf Entschaedigung in der Art Anspruch zu machen befugt seyn koennen, daß dadurch sogar die ganze Existenz derer, welche der Zufall des Krieges erhalten hat, verlohren zu gehen Gefahr laufe; kein Recht, kein Grund der Billigkeit, koenne fuer ein anderes Resultat entscheiden, als daß im gemeinschaftlichen Kampfe ein jeder seinen Schaden trage.

Allein sobald ein solches Prinzip als unerlaeßliche Bedingniß des Friedens, dem Reiche aufgedrungen werde, hoerten alle diese Betrachtungen – selbst die Betrachtungen der Folgen – auf, welche die Anwendung dieses Grundsatzes in so manichfaltiger Ruecksicht mit so gerechter Besorgniß ahnen lasse. Und wenn durch die weitgreifende Wirkungen dieser dadurch bevorstehenden Veraenderungen nur der wahre Vortheil aller hiebei interessirten Maechte erreicht, und Teutschlands dauernde Ruhe dadurch befestiget werde, so koennten Se. Kurfuerstliche Durchlaucht Jhre Wuensche darauf beschraenken, daß das Prinzip der Entschaedigung in dem moeglichst = geringsten Umfang zur Anwendung komme; daß es auf jene, welche in der Constitution durch den definitiven Friedensschluß wuerden erhalten werden, einzig in so weit ausgedehnt werde, als es deren dadurch werdende Verhaeltniße forderten; daß alle in ihrer verfaßungsmaessigen Existenz bleiben, deren Aufloesung das unglueckliche Verhaengniß der Zeiten nicht unaufhaltsam abnoethige, und endlich, daß die ferner eintretende Unterhandlungen die einzige Richtung behielten, von welcher die moeglichst kleinste Summe der Veraenderungen in Bezug auf die Constitution und deren Geist die sichere Folge seye.“⁷³

welcher Einwand sich zwar auf die Säkularisationen bezog, jedoch allein eine möglichst inhaltliche beschränkende Anwendung der Säkularisationen ausdrückte, und demnach keine bedingende Voraussetzung für die erteilte Zustimmung zu Art. VII war.⁷⁴

⁷³ *Jm Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801, Hoch= und Teutschmeister., S. 5-6 (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 6. Stück).*

⁷⁴ *Teutsche Staatskanzley, Jahrg. 1801, I. Band, 2. Abschnitt, Inhaltsbericht (von Reuß) zu den über den Friedensvertrag von Luneville im Reichstag stattgefundenen Beratungen und Abstimmungen,*

Bischof von Worms⁷⁵:

„... Was hiernaechst aber die Entschaeidigungen betrifft, welche nach dem Artikel 5 in Teutschland, und nach dem Artikel 7 von dem uebrigen teutschen Reiche geleistet werden sollen; so erfodern diese Artikel eine kuenftige naehere Aufklaerung und Bestimmung, bevor man im Stande ist, die Groeße des hierunter versirenden Reichsinteresse verlaeßig zu beurtheilen. Allemal duerfen Se. Kurfuerstl. Gnaden als Fuerstbischof zu Worms vermuthen, daß einzelne Ausdruecke des besagten 7 Artikels nach dem allgemeinen eben so billigen, als gerechten Entschaeidigungs=Grundsatz auszulegen seyen, welcher diesem Artikel ausdruecklich vorgesezt ist; ... Alles dieses, und was sonst noch in Gefolge der festgesetzten Hauptgrundsaezte nach den so verschiedenen einzelnen Landesverhaeltnißen nur noch einer naeherer Bestimmung bedarf, gehoert eigentlich zum Vollzug dieses Friedens, ohne daß hierdurch die Ratifikation des gegenwaertigen Hauptdefinitiv=Friedens, worauf Se. Kurfuerstl. Gnaden, als Fuerstbischof von Worms hiemit abgestimmt haben wollen, im mindesten aufzuhalten ist.

Ulteriora, si opus, reservando.“⁷⁶

welcher Einwand sich zwar auf eine alleinige Verwendung von Säkularisationen bezog, jedoch mit seiner Verweisung auf den nachfolgenden Vollzug des Friedens keine bedingende Voraussetzung für die erfolgte Zustimmung zu Art. VII war.⁷⁷

„... Hoch = und Teutschmeister ... macht einen wohl motivirten Antrag auf Ratifikation, und giebt eine gemaessigte Aeusserung ueber das Entschaeidigungs=Princip, ohne sich auf eine Erklaerung des VII. Artikels einzulassen. ...“ (S. 77-79 (77-78)),

„... Auf die Ratifikation des Friedens trugen unbedingt an: 1) vermoege erhaltener Instruktionen a) 16. geistliche Stimmen, naemlich ... Hoch = und Teutschmeister, ...“ (S. 89)

sah in dem Einwand keinen bedingenden Vorbehalt und rechnete das Votum des Hoch- und Teutschmeisters zu den unbedingt Zustimmenden.

⁷⁵ Oben, S. 110.

⁷⁶ *Jm Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801, Worms:*, S. 7-8 (8) (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

⁷⁷ *Teutsche Staatskanzley*, Jahrg. 1801, I. Band, 2. Abschnitt, Inhaltsbericht (von *Reuß*) zu den über den Friedensvertrag von Luneville im Reichstag stattgefundenen Beratungen und Abstimmungen,

„... W o r m s, ... Ueber die Entschaeidigungen sind solche Aeusserungen angehaengt, welche auch auf jene Erklaerung hinzuzielen scheinen, die aus dem – im Anfang des 7. Artikels vorkommenden Wort: C o l l e c t i v e m e n t, hergeleitet werden will. ,Allemal, heißt es, duerfen Se. kurfuerstl. Gnaden als Fuerstbischof zu Worms, vermuthen, daß e i n z e l n e Ausdruecke des besagten 7. Artikels n a c h d e m a l l g e m e i n e n, e b e n s o b i l l i g e n, a l s g e r e c h t e n E n t s c h a e i d i g u n g s g r u n d s a z auszulegen seyen, welcher diesem Artikel a u s d r u e c k l i c h v o r g e s e z t i s t.“ (S. 81-82 (81)),

„... Auf die Ratifikation des Friedens trugen unbedingt an: 1) vermoege erhaltener Instruktionen a) 16. geistliche Stimmen, naemlich ..., Worms, ...“ (S. 89-90)

sah in dem Einwand keinen bedingenden Vorbehalt und rechnete das Votum des Fürstbischofs von Worms zu den unbedingt Zustimmenden.

Bischof von Würzburg⁷⁸:

„... Se. Hochfuerstl. Gnaden vertrauen vollkommen, daß unter diesen reichsvaeterlichen und reichsverfassungsmaessigen Gesinnungen des allerhoechsten Reichsoberhauptes, und dessen maechtigem Schutze der gegenwaertige Friede noch mit solcher Schonung fuer die Erhaltung des Reiches, seiner Verfassung, und der Rechte seiner Staende und Angehoerigen, ganz zum Ende und zur Ausfuerung gelangen werde, als die gegenwaertige hoechstbedenkliche Lage es zulaeßt. Hoechtsdieselbe beziehen Sich hierbey Jhres Orts auf jene Grundsaeetze, zu denen Sie Sich als Reichsdeputirter bey dem Rastadter Reichsfriedens=Congreße, insbesondere im Betreffe der Entschaedigungen, und der dabei eintretenden Ermaeßigung und nothwendigen Ruecksicht auf das Eigenthum und die Rechte der Reichsstaende und Angehoerigen, deren Erhaltung mit der Existenz des Reichs enge verbunden ist, bekennet haben.

In Folge alles dieses stimmen Se. Hochfuerstl. Gnaden fuer die schleunigste Ratifikation des ... am 9. Hornungs d. J. zu Lueneville abgeschlossenen Friedens,
 ...⁷⁹

welcher Einwand mit seiner inhaltlichen Bezugnahme auf das ausdrücklich auch andere Entschädigungen als Säkularisationen fordernde Rastatter Votum⁸⁰ als bedingende Voraussetzung seiner Zustimmung zu Art. VII anzusehen ist.⁸¹

Bischof von Speyer⁸²:

„... Seine Hochfuerstliche Gnaden der Herr Fuerstbischoff von Speyer wollen ... – in Hinsicht auf die in den vorliegenden Friedenspunkten gemachten Abtretungen und dagegen aufgestellten Entschaedigungs=Prinzipien aber von Sr. Kaiserlichen Majestaet reichsvaeterlichen Vorsicht zuversichtlich hoffen, daß Allerhoechstdieselben die weisesten Vorsehungen getroffen haben, und auch fernerhin noch zu treffen allergnaedigst geruhen werden, damit der Verlust der am

⁷⁸ Oben, S. 110.

⁷⁹ *Jm Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801, Wuerzburg:., S. 8-9 (9) (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 6. Stück).*

⁸⁰ Oben, S. 44-45, 48-49.

⁸¹ *Teutsche Staatskanzley, Jahrg. 1801, I. Band, 2. Abschnitt, Inhaltsbericht (von Reuß) zu den über den Friedensvertrag von Luneville im Reichstag stattgefundenen Beratungen und Abstimmungen,*

„... W u e r z b u r g. Jm Wesentlichen, wie B a m b e r g; nur mit beigefuegter Beziehung auf die bei dem Rastadter Kongreß geaeusserten Grundsaeze. ...“ (S. 82),

„... Auf die Ratifikation des Friedens trugen unbedingt an: 1) vermoege erhaltener Instruktionen a) 16. geistliche Stimmen, naemlich ..., Wuerzburg, ...“ (S. 89-90)

rechnete das wuerzburgische Votum zu den unbedingt Zustimmenden, wobei er jedoch nicht argumentativ auf den Inhalt des von dem Subdelegierten des Bischofs von Würzburg auf dem Rastatter Kongreß am 2. April 1798 abgegebenen Votums einging, welches neben den Säkularisationen auch andere Entschädigungen forderte.

⁸² Oben, S. 110.

linken Rheinufer gelegenen reichsstaendischen Besitzungen und Domainen, ... – in Gemaeßheit der im 7ten Artikel ausdruecklich gemachten Bestimmung – vom gesammten Reiche getragen, die den betreffenden Reichsstaenden dafuer zu leistenden Entschaedigungen also von der Gesamtmaße des deutschen Reichs genommen, und – saemmtlichen dabey betheiligten geistlich und weltlichen Staenden, je nach Verhaeltniß ihres an Land, Leuten, Rechten und Einkuenfte erleidenden effektiven Verlustes ohne Ausnahme zu Theil werden. So will es wenigstens die teutsche Grundverfassung, und der dabey zur unumstoeßlichen Norm angenommene Reichs=Sozial=Verband – und Se. Hochfuerstlichen Gnaden koennen es ... um so weniger vereinbaren, den befraglichen Artikeln 6 und 7 des Traktats einen andern beyzulegen, als es die schreyendste ... Ungerechtigkeit seyn wuerde, die am linken Rheinufer gelegenen reichsstaendischen Besitzungen ohne Unterschied, fuer die Rettung des teutschen Gesamt=Staates zum Opfer hinzugeben, bey Vertheilung der Entschaedigungen aber lediglich die weltlichen, oder sogenannten Erbfuerstlichen Haeuser zu beruecksichtigen, da doch die Rechte der geistlichen Wahlfuersten und Reichsstifter nicht minder gegruendet und wohlerworben, im Geiste des Reichs=Social=Verbandes nicht weniger heilig sind, als jene der weltlichen, folgsam die Ansprueche auf Entschaedigungen fuer jene, wie fuer diese gleich vollwichtig sind – fuer einen, wie fuer den andern gelten muessen, und keiner vor dem andern bevorthelt oder verkuerzt werden darf, wenn nicht der Spezial=Vertrag verletzt – die deutsche Reichsverfassung in ihren wesentlichen Grundpfeilern erschuettert – die katholische Religion, ohne welche doch saemmtliche uebrige christlichen Gemeinden nicht lange ruhig fortbestehen doerften, vertilgt – und das bey seiner Verfassung so vorzueglich glueckliche Teutschland einer allgemeinen Verstoehrung preis gegeben werden will.

Se. Hochfuerstl. Gnaden glaubten es Jhrem Fuerstbischoefflichen Pflichten und Jhrem Gefuehle fuers vaterlaendische Gesamtwohl schuldig zu seyn, Sr. Kaiserl. Majestaet und saemmtlichen am Reiche versammelten Kurfuersten, Fuersten und Staenden bemerklich zu machen, in welchem Sinne Sie die befraglichen Friedenspunkten verstehen, und zu derenselben Ratifikation mit beiwirken koennen – in verehrungsvollester Zuversicht, daß Se. Kaiserliche Majestaet und diese hohe Versammlung es Jhnen nicht zum vorsetzlichen Widerspruch ausdeuten werden, wenn Sie, nur in obiger, auf die Gesetze der Vernunft, auf die natuerliche Billigkeit und auf die teutsche Grundverfassung gegruendete zuversichtliche Voraussetzung, Hoechst= und Hochihren fuer die Ratifikation dieser Friedenspunkten stimmenden Reichsmitstaenden beipflichten, ...⁸³

welcher Einwand zu einer nicht alleinigen Schadenstragung der geistlichen Reichsstände eine bedingende Voraussetzung für die Zustimmung zu Art. VII war.⁸⁴

⁸³ *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801, Speyer, S. 10-11 (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 6. Stück).*

⁸⁴ *Teutsche Staatskanzley, Jahrg. 1801, I. Band, 2. Abschnitt, Inhaltsbericht (von Reuß) zu den über den Friedensvertrag von Luneville im Reichstag stattgefundenen Beratungen und Abstimmungen,*

Bischof von Konstanz⁸⁵:

„... Diejenigen Erbfuersten des linken Rheinufer, welche ihre Herrschaften und Domaenen verlieren, seyen allerdings in solcher Lage, in welcher ihnen ein Ersaz um so mehr zu goennen ist, da der Verlust eine Folge der erfuellten Reichsstaendischen Pflichten war. Aber sehr zu bedauern seyen diejenigen geistlich = und weltlichen Staende, welche aus gleicher patriotischen Veranlassung ihr Eigenthum auf dem linken Rheinufer verlieren, ohne daß ihnen ein Ersaz in dem 6ten Artikel des Friedens vom 9ten Febr. zugesichert wird. Wenn nach dem 7ten Artikel des gedachten Friedens ein solcher Ersaz der ganzen Reichsmasse obliegt, so koenne man nach wahren Grundsaezen der Billigkeit erwarten, daß saemtl. hoechste und hohe Reichsstaende ohne Ausnahm eine solche verhaeltnißmaessige Entschaedigung uebernehmen werden= Eine solche Uebernahm wuerde der Nachwelt ein schoenes Beyspiel edler teutscher Gesinnungen und desjenigen Gemeingeistes geben, in welchen lediglich die Staerke eines jeden Reichs, und aller Staaten ohne Ausnahm, bestehet.

...

Se. Hochfuerstl. Gnaden von Konstanz als Mitkreisausschreibender Fuerst von Schwaben, empfehlen dem kaiserl. allerhoechsten Schuze allerunterthaenigt und angelegentlichst, das Wohl aller treuen in Pflichterfuellung ausharrenden Schwaebischen Kreisstaenden; Sie empfehlen allerunterthaenigt und

„... S p e i e r. Dieß ist die erste Stimme, welche dem Lueneviller Frieden a u s d r u e k l i c h in Ansehung des 7. Artikels die nachher in einigen Flugschriften gegebene und von andern angefochtene Deutung giebt.

Es hofft naemlich von Sr. kaiserl. Majestaet reichsvaeterlicher Vorsorge zuversichtlich, daß Allerhoechstdieselben die weisesten Vorsehungen getroffen haben und noch ferner treffen werden, damit der kraft des 6ten Artikels zu leidende Verlust, in Gemaeßheit der im 7. Artikel ausdruerklich gemachten Bestimmung, v o m g e s a m m t e n R e i c h e getragen, die den betreffenden Reichsstaenden dafuer zu leistende Entschaedigungen also v o n d e r G e s a m m t m a s s e d e s t e u t s c h e n R e i c h s genommen, und saemtlichen dabei beteiligten geistlich und weltlichen Staenden, je nach Verhaeltniß ihres an Land, Leuten, Rechten und Einkuenften erleidenden affektiven Verlusts ohne Ausnahme zu Theil werden. So wolle es die teutsche Reichsverfassung. Eine andere Auslegung wuerde die schreiendste ohne Beleidigung des Kaisers und der Staende nicht einmal denkbare Ungerechtigkeit seyn.

In dieser Voraussetzung erklaert sich also Speier ausdruerklich nicht nur fuer die Entschaedigung a u s d e r G e s a m m t m a s s e d e s R e i c h s, sondern auch g e g e n d i e a u s s c h l i e s s e n d e E n t s c h a e d i g u n g d e r E r b f u e r s t e n. ...

Diese Stimme zeichnet sich auch noch besonders dadurch aus, daß sie n i c h t u n b e d i n g t, sondern n u r i n o b i g e r a u f d i e G e s e z e d e r V e r n u n f t, a u f d i e n a t u e r l i c h e B i l l i g k e i t u n d a u f d i e t e u t s c h e G r u n d v e r f a s s u n g g e g r u e n d e t e n z u v e r s i c h t l i c h e n V o r a u s s e t z u n g d e n A n t r a e g e n a u f R a t i f i k a t i o n b e i s t i m m e n k o e n n t e n. ...“ (S. 82-85 (82-83)),

„ ... Auf die Ratifikation des Friedens trugen unbedingt an: 1) vermoege erhaltener Instruktionen a) 16. geistliche Stimmen, naemlich Salzburg, Hoch= und Teutschmeister, Bamberg, Worms, Wuerzburg, Eichstedt, Straßburg, Konstanz, Hildesheim, Paderborn, Trient, Brixen, Muenster, Chur, Schwaebische Praelaten und Rheinische Praelaten. ... 2) Sub spe rati stimmten unbedingt a) 4. geistliche: Basel, Fulda, JohanniterMeister und Luebeck; ...“ (S. 89-90)

sah in dem Vorbehalt eine Bedingung für die von dem Fürstbischof von Speyer erteilte Zustimmung zu Art. VII.

⁸⁵ Oben, S. 110.

angelegentlichst die Rettung der Schwaebischen Reichsstifter, die in ihrer Gegend den Gottesdienst, die Bildung der Jugend, und die Fortschritte nuezlicher Wissenschaften wesentlich befoerdern. Sie empfehlen allerunterthaenigst und angelegentlichst die Erhaltung Jhres eigenen Hochstifts, Jhres Domkapitels, Jhrer Raethen, Dienere und Unterthanen. Auf die Rettung Jhres Hochstifts vertrauen Sie um so zuversichtlicher, als das Hochstft Konstanz seit mehr als tausend Jahren seine Reichsstaendischen Pflichten treulich erfuehlt hat.

Schluesselich empfehlen Se. Hochfuerstl. Gnaden von Konstanz allerunterthaenigst und angelegentlichst dem allerhoechsten Reichsoberhaupt, als allerhoechsten Beschirmer der Kirche das Wohl der Religion ...

In allen diesen Gegenstaenden der aufrichtigsten und heissesten Wuenschen sezen Se. Hochfuerstl. Gnaden von Konstanz Jhr unbegraenztes ehrerbiethigstes Vertrauen auf die reichsvaeterliche Sorgfalt Sr. K. Majestaet, in der vollkommensten Gewisheit, daB Allerhoechstdieselben alles anwenden, was nach Jhrer Ueberzeugung zur Erhaltung und zu dem Wohl aller und jeder treuer Reichsangehoerigen beytragen kann.

Nach allen diesen Voraussetzungen vereinigen Sich Se. Hochfuerstl. Gnaden hiemit foermlich und bestimmt mit demjenigen, was K. Majestaet und das Reich gemeinsam in betreff des Friedens=Instruments vom 9ten Febr. beschliessen werden.⁸⁶

welcher Einwand mit seiner allein an den Kaiser gerichteten Empfehlung zur Erhaltung des eigenen Hochstiftes und der Schwäbischen Reichsstifter keine bedingende Voraussetzung für die Zustimmung zu Art. VII war.⁸⁷

⁸⁶ *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801, Konstanz, S. 12-13 (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 6. Stück).*

⁸⁷ *Teutsche Staatskanzley, Jahrg. 1801, I. Band, 2. Abschnitt, Inhaltsbericht (von Reuß) zu den über den Friedensvertrag von Luneville im Reichstag stattgefundenen Beratungen und Abstimmungen,*

„... K o n s t a n z haelt dafuer, man muesse sich der Haerte der Friedensbedingungen unterwerfen, wenn keine Milderung mehr zu bewirken sey, und ist unter die unbedingt auf Genehmigung stimmenden Staende zu rechnen.

Uebrigen zeichnet sich diese Stimme vorzueglich durch ihre Aeusserung ueber die E n t s c h a e d i g u n g s s a c h e aus. Sie behauptet: ‚Nach Grundsaezen des Staatsrechts koenne es keine Frage seyn, ob die Verlust leidende Staende d u r c h V e r n i c h t u n g a n d e r e r S t a e n d e auf dem rechten Rheinufer entschaedigt werden koennen.‘ Hier werden besonders die in Ansehung der Hoch = und Reichsstifter entgegenstehenden Gruende folgender Masen aufgezaelt: 1) die geistlichen Staende seyen nur Nuzniesser. Ueber das Eigenthum, welches Kirchengut sey, koennen sie nicht entscheiden, 2) es sey auch keinem zuzumuthen, sich durch seine Stimme in Gefahr seiner Selbstvernichtung zu sezen; 3) die Staende samt und sonders seyen nicht befugt, die r e c h t m a e s i g e S t a a t s v e r f a s s u n g e i n e s i h r e r M i t s t a e n d e zu vernichten.

Den Erbfuersten des linken Rheinuferes sey ein Ersaz zu goennen; aber sehr zu bedauern seyen diejenigen geist = und weltlichenStaende, denen ein solcher Ersaz nicht zugesichert werde. Der Ersaz liege nach dem 7. Artikel d e r g a n z e n R e i c h s m a s s e ob. Es folge daraus die v e r h a e l t n i ß m a e s i g e Uebernahme der EntschaeDIGung von saemtlichen Kurfuersten, Fuersten und Staenden.

Endlich empfiehlt K o n s t a n z der kaiserl. Fuersorge insbesondere das Wohl aller treuen in Pflichterfuellung ausharrenden schwaebischen Kreisstaende, die Rettung der schwaebischen Reichsstifter, die

Bischof von Freising⁸⁸:

„... In der zuverlaeßigsten Voraussetzung und dem schuldigsten allerunterthaenigsten Vertrauen auf die reichsvaeterliche Sorgfalt und Billigkeit, daß Jhro Roem. K. Majestaet jedem Stande des Reichs die naemliche Rechte gesichert und verwahret, folglich auch die Artikel 7. zugesicherte Entschaedigungen nur collective aus der gesammten Massa des Reichs genommen, und, von jedem Stande ohne Ausnahme, gleichhaltig. nach seinem verhaeltnißmaessigen Besitzstand, ohne Verletzung seiner erforderlichen Subsistenz, konkurriert werde; so koenne man auch nicht einen Augenblick zu der so sehnlichst gewuenschten Ratifikation die Bewilligung verzoegern. ...“⁸⁹

welcher Einwand zu einer Heranziehung aller Reichsstände für die Schadenstragung eine bedingende Voraussetzung für die Zustimmung zu Art. VII war.⁹⁰

Erhaltung seines eigenen Hochstifts, das seit mehr als 1000 Jahren sein reichsstaendische Pflichten treu erfuehlt habe, ...

Doch am Ende vereinigt sich auch diese Stimme mit dem, was Kaiser und Reich gemeinsam wegen des Friedens von Lueneville beschliessen werden. ...“ (S. 85-86),

„... Auf die Ratifikation des Friedens trugen unbedingt an: 1) vermoege erhaltener Instruktionen a) 16. geistliche Stimmen, naemlich ..., Konstanz, ...“ (S. 89-90)

sah in dem Einwand keinen bedingenden Vorbehalt und rechnete das Votum des Fürstbischofs von Konstanz zu den unbedingt Zustimmenden.

⁸⁸ Oben, S. 110.

⁸⁹ *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801*, Freysing:, S. 14 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

⁹⁰ *Teutsche Staatskanzley*, Jahrg. 1801, I. Band, 2. Abschnitt, Inhaltsbericht (von *Reuß*) zu den über den Friedensvertrag von Luneville im Reichstag stattgefundenen Beratungen und Abstimmungen,

„... Freisingen stimmt wie Speier, nur in der Voraussetzung, daß jedem Stand gleiche Rechte gesichert und verwahrt seyen, folglich die Entschaedigungen nur collective aus der gesammten Masse des Reichs, von jedem Stande verhaeltnißmaessig werden getragen werden, auf Ratifikation; ...“ (S. 87),

„... erklaert sich also Speier ausdruecklich nicht nur fuer die Entschaedigung aus der Gesammtmasse des Reichs, sondern auch gegen die ausschliessende Entschaedigung der Erb fuersten. ...; und jener Erklarung des 7. Art. der Behauptung, daß nach demselben die Entschaedigungen von dem gesammten Reich zu leisten seyen, traten ohnehin mehrere geistlich = fuerstliche Stimmen bei; wie z. B. ..., Freisingen, ...“ (S. 83-84),

„... Auf die Ratifikation des Friedens trugen unbedingt an: 1) vermoege erhaltener Instruktionen a) 16. geistliche Stimmen, naemlich Salzburg, Hoch = und Teutschmeister, Bamberg, Worms, Wuerzburg, Eichstedt, Straßburg, Konstanz, Hildesheim, Paderborn, Trient, Brixen, Muenster, Chur, Schwaebische Praelaten und Rheinische Praelaten. ... 2) Sub spe rati stimmten unbedingt a) 4. geistliche: Basel, Fulda, JohanniterMeister und Luebeck; ...“ (S. 89-90)

sah in dem Vorbehalt eine Bedingung für die von dem Fürstbischof von Freising erteilte Zustimmung zu Art. VII.

Bischof von Regensburg⁹¹:

„Ex Commissione per Freysing. Wie Freysing.“⁹²

welches Votum mit seiner inhaltlichen Bezugnahme auf das einen Vorbehalt enthaltende Votum des Bischofs von Freising⁹³ einen solchen gleichfalls enthielt.⁹⁴

Bischof von Lüttich⁹⁵:

„... und da es bekanntermassen eine, in der natuerlichen Billigkeit, in den Gesetzen der Vernunft, und selbst in allen sowohl gemeinen als besondern teutschen Staats= und Privatrechten unerschuetterlich beruhende Regel ist, daß derjenige, dessen saemmtliche Rechte und Gerechtsame fuer die Rettung des Ganzen aufgeopfert werden, auch von dem Ganzen verhaeltnißmaeßig entschaediget werden muesse; und eben diese Regel selbst in dem 7ten Artikel des zur Frage stehenden Friedensschlusses, aufs deutlichste angenommen, und anerkannt ist; so leben Se. hochfuerstliche Gnaden der allerunterthaenigsten Zuversicht, daß Se. K. K. Majestaet und die gesammten hoechsten und hohen Reichsmitstaende die Lage Sr. hochfuerstlichen Gnaden, des Herrn Fuerstbischofs zu Luettich, auf die moeglichste Art zu erleichtern, so fort Hoechstdenenselben eben so gerechtest, als den uebrigen durch die mehr erwaehte Cession des linken

⁹¹ Oben, S. 110.

⁹² *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801*, Regensburg: Ex Commissione per Freysing., S. 14 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

⁹³ Oben, S. 336.

⁹⁴ *Teutsche Staatskanzley*, Jahrg. 1801, I. Band, 2. Abschnitt, Inhaltsbericht (von *Reuß*) zu den über den Friedensvertrag von Luneville im Reichstag stattgefundenen Beratungen und Abstimmungen, S. 87,

„... Freisingen stimmt wie Speier, nur in der Voraussetzung, daß jedem Stand gleiche Rechte gesichert und verwahrt seyen, folglich die Entschaedigungen nur collective aus der gesammten Masse des Reichs, von jedem Stande verhaeltnißmaesig werden getragen werden, auf Ratifikation, welcher Stimme auch Regensburg ... beitraten ...“ (S. 87),

„... erklaert sich also Speier ausdruecklich nicht nur fuer die Entschaedigung aus der Gesammtmasse des Reichs, sondern auch gegen die ausschliessende Entschaedigung der Erbuersten. ...; und jener Erklaerung des 7. Art. der Behauptung, daß nach demselben die Entschaedigungen von dem gesammten Reich zu leisten seyen, traten ohnehin mehrere geistlich = fuerstliche Stimmen bei; wie z. B. ..., Regensburg, ...“ (S. 83-84),

„... Auf die Ratifikation des Friedens trugen unbedingt an: 1) vermoege erhaltener Instruktionen a) 16. geistliche Stimmen, naemlich Salzburg, Hoch = und Teutschmeister, Bamberg, Worms, Wuerzburg, Eichstedt, Straßburg, Konstanz, Hildesheim, Paderborn, Trient, Brixen, Muenster, Chur, Schwaebische Praelaten und Rheinische Praelaten. ... 2) Sub spe rati stimmten unbedingt a) 4. geistliche: Basel, Fulda, JohanniterMeister und Luebeck; ...“ (S. 89-90)

rechnete das Votum des Fürstbischof von Regensburg zu den bedingt erteilten Zustimmungen zu Art. VII.

⁹⁵ Oben, S. 110.

Rheinufers leidenden hoechsten und hohen Mitstaenden eine verhaeltnißmaeßige Entschaedigung, zu bestimmen, ...“⁹⁶

welcher Einwand mit seiner Forderung der Zusprache von Entschädigungen an den Fürstbischof von Lüttich selber und an die anderen linksrheinisch depossedierten Reichsstände ein bedingender Vorbehalt der Zustimmung zu Art. VII war.⁹⁷

Bischof von Münster⁹⁸:

„Wie Hoch= und Teutschmeister.“⁹⁹

welches Votum mit seiner inhaltlichen Bezugnahme auf das keinen Vorbehalt enthaltende Votum des Hoch- und Teutschmeister¹⁰⁰ auch dahingehend lautete.¹⁰¹

⁹⁶ *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801, Luettich., S. 15-17 (16) (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 6. Stück).*

⁹⁷ *Teutsche Staatskanzley, Jahrg. 1801, I. Band, 2. Abschnitt, Inhaltsbericht (von Reuß) zu den über den Friedensvertrag von Luneville im Reichstag stattgefundenen Beratungen und Abstimmungen,*

„... L u e t t i c h und nach ihm S t a b l o erklart zuerst sein Dankgefuehl gegen kaiserl. Majestaet, und aeussert dann seine schmerzhaftige Empfindungen ueber das harte traurige Schicksal, das ihn durch die Abtretung des linken Rheinufers treffe, ueber den Verlust aller Revenueen, aller Domainen, aller Tafelgueter, aller UnterhaltsQuellen fuer sich, seine Minister und Diener geistlichen und weltlichen Stands. Der Bischof kann sich bei solchen Umstaenden nicht entschliessen, in eine so ausserordentliche harte und HoechstSie, Ihre gesammte Fuerstenrechte und Ihre voellige politische Existenz auf einmal ganz zernichtende Friedensbedingung einzuwilligen und sich selbst gleichsam das Urtheil zu sprechen.

Auf den aeussersten Fall hofft der Bischof auf Entschaedigung nach der im 7. Artikel selbst aufs deutlichste angenommenen und anerkannten Regel ...“ (S. 87-88),

„... erklart sich also Speier ausdruecklich nicht nur fuer die Entschaedigung aus der Gesamtmasse des Reichs, sondern auch gegen die ausschliessende Entschaedigung der Erbuersten. In Ansehung dieses Gegenstandes fuehrte Luettich eine aehnliche Sprache; ...“ (S. 83),

„... Auf die Ratifikation des Friedens trugen unbedingt an: 1) vermoege erhaltener Instruktionen a) 16. geistliche Stimmen, naemlich Salzburg, Hoch = und Teutschmeister, Bamberg, Worms, Wuerzburg, Eichstedt, Straßburg, Konstanz, Hildesheim, Paderborn, Trient, Brixen, Muenster, Chur, Schwaebische Praelaten und Rheinische Praelaten. ... 2) Sub spe rati stimmten unbedingt a) 4. geistliche: Basel, Fulda, JohanniterMeister und Luebeck; ...“ (S. 89-90)

sah in dem Vorbehalt eine Bedingung für die von dem Fürstbischof von Lüttich erteilte Zustimmung zu Art. VII.

⁹⁸ Oben, S. 110.

⁹⁹ *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801, Muenster., S. 17 (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 6. Stück).*

¹⁰⁰ Oben, S. 329-331.

¹⁰¹ *Teutsche Staatskanzley, Jahrg. 1801, I. Band, 2. Abschnitt, Inhaltsbericht (von Reuß) zu den über den Friedensvertrag von Luneville im Reichstag stattgefundenen Beratungen und Abstimmungen,*

„... H o c h = T e u t s c h m e i s t e r (und mit ihm M u e n s t e r) macht einen wohl motivirten Antrag auf Ratifikation, und giebt eine gemaessigte Aeusserung ueber das Entschaedigungs = Princip, ohne sich auf eine Erklaerung des VII. Artikels einzulassen. ...“ (S. 77-79 (77-78)),

Propst von Berchtesgaden¹⁰²:

„..., ex Commissione per Freysing: Wie Freysing und Regensburg.“¹⁰³

welches Votum mit seiner inhaltlichen Bezugnahme auf die beiden inhaltlich bedingende Vorbehalte enthaltenden Voten der Bischöfe von Freising und Regensburg¹⁰⁴ auch dahingehend lautete.¹⁰⁵

Propst von Weissenburg¹⁰⁶:

„Wie Speyer.“¹⁰⁷

welches Votum mit seiner Bezugnahme auf das inhaltlich einen bedingenden Vorbehalt habenden Votum des Bischofs von Speyer¹⁰⁸ gleichfalls diesen enthielt.¹⁰⁹

„... Auf die Ratifikation des Friedens trugen unbedingt an: 1) vermoege erhaltener Instruktionen a) 16. Geistliche Stimmen, ... naemlich ..., Muenster, ...“ (S. 89-90)

rechnete das Votum des Fürstbischofs von Münster zu den unbedingt erteilten Zustimmungen zu Art. VII.

¹⁰² Oben, S. 110-111.

¹⁰³ *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801*, Berchtesgaden, ex Commissione per Freysing: S. 19 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

¹⁰⁴ Freising (oben, S. 336), Regensburg (oben, 336-337).

¹⁰⁵ *Teutsche Staatskanzley*, Jahrg. 1801, I. Band, 2. Abschnitt, Inhaltsbericht (von Reuß) zu den über den Friedensvertrag von Luneville im Reichstag stattgefundenen Beratungen und Abstimmungen,

„... Freisingen stimmt wie Speier, nur in der Voraussetzung, daß jedem Stand gleiche Rechte gesichert und verwahrt seyen, folglich die Entschädigungen nur collective aus der gesammten Masse des Reichs, von jedem Stande verhältnißmässig werden getragen werden, auf Ratifikation, welcher Stimme auch ... Berchtolds gaden beitraten. ...“ (S. 87),

„... erklart sich also Speier ausdruecklich nicht nur fuer die Entschädigung aus der Gesammtmasse des Reichs, sondern auch gegen die ausschliessende Entschädigung der Erb fuersten. ...; und jener Erklarung des 7. Art. der Behauptung, daß nach demselben die Entschädigungen von dem gesammten Reich zu leisten seyen, traten ohnehin mehrere geistlich = fuerstliche Stimmen bei; wie z. B. ..., Berchtols gaden, ...“ (S. 83-84),

„... Auf die Ratifikation des Friedens trugen unbedingt an: 1) vermoege erhaltener Instruktionen a) 16. geistliche Stimmen, naemlich Salzburg, Hoch = und Teutschmeister, Bamberg, Worms, Wuerzburg, Eichstedt, Straßburg, Konstanz, Hildesheim, Paderborn, Trient, Brixen, Muenster, Chur, Schwaebische Praelaten und Rheinische Praelaten. ... 2) Sub spe rati stimmten unbedingt a) 4. geistliche: Basel, Fulda, Johanniter Meister und Luebeck; ...“ (S. 89-90)

rechnete das Votum des Fürstpropstes von Berchtesgaden zu den bedingt erteilten Zustimmungen zu Art. VII.

¹⁰⁶ Oben, S. 110-111.

¹⁰⁷ *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801*, Probstey Weissenburg:, S. 19 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

¹⁰⁸ Oben, S. 332-334.

Abt von Stablo¹¹⁰:

„Wie Luettich.“¹¹¹

welches Votum mit seiner inhaltlichen Bezugnahme auf das einen bedingenden Vorbehalt habende Votum des Bischofs von Lüttich¹¹² diesen auch enthielt.¹¹³

Bischof von Straßburg¹¹⁴:

„Jst noch nicht instruiert.“¹¹⁵ (6. März 1801)

¹⁰⁹ *Teutsche Staatskanzley*, Jahrg. 1801, I. Band, 2. Abschnitt, Inhaltsbericht (von *Reuß*) zu den über den Friedensvertrag von Luneville im Reichstag stattgefundenen Beratungen und Abstimmungen,

„... erklart sich also Speier ausdruecklich nicht nur fuer die Entschaedigung aus der Gesamtmasse des Reichs, sondern auch gegen die ausschliessende Entschaedigung der Erbuersten. ...; und jener Erklarung des 7. Art. der Behauptung, daß nach demselben die Entschaedigungen von dem gesammten Reich zu leisten seyen, traten ohnehin mehrere geistlich = fuerstliche Stimmen bei; wie z. B. ..., Weissenburg. ...“ (S. 83-84),

„... Auf die Ratifikation des Friedens trugen unbedingt an: 1) vermoege erhaltener Instruktionen a) 16. geistliche Stimmen, naemlich Salzburg, Hoch = und Teutschmeister, Bamberg, Worms, Wuerzburg, Eichstedt, Straßburg, Konstanz, Hildesheim, Paderborn, Trient, Brixen, Muenster, Chur, Schwaebische Praelaten und Rheinische Praelaten. ... 2) Sub spe rati stimmten unbedingt a) 4. geistliche: Basel, Fulda, JohanniterMeister und Luebeck; ...“ (S. 89-90)

rechnete das Votum des Fürstpropstes von Weissenburg zu den bedingt erteilten Zustimmungen zu Art. VII.

¹¹⁰ Oben, S. 110-111.

¹¹¹ *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801*, Stablo., S. 19 (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

¹¹² Oben, S. 337-338.

¹¹³ *Teutsche Staatskanzley*, Jahrg. 1801, I. Band, 2. Abschnitt, Inhaltsbericht (von *Reuß*) zu den über den Friedensvertrag von Luneville im Reichstag stattgefundenen Beratungen und Abstimmungen,

„... Luettich und nach ihm Stablo erklart zuerst sein Dankgefuehl gegen kaiserl. Majestaet, und aeussert dann seine schmerzhaftige Empfindungen ueber das harte traurige Schicksal, das ihn durch die Abtretung des linken Rheinufers treffe, ueber den Verlust aller Revenueen, aller Domainen, aller Tafelgueter, aller UnterhaltsQuellen fuer sich, seine Minister und Diener geistlichen und weltlichen Stands. Der Bischof kann sich bei solchen Umstaenden nicht entschliessen, in eine so ausserordentliche harte und HoechstSie, Ihre gesammte Fuerstenrechte und Ihre voellige politische Existenz auf einmal ganz zernichtende Friedensbedingung einzuwilligen und sich selbst gleichsam das Urtheil zu sprechen.

Auf den aeussersten Fall hofft der Bischof auf Entschaedigung nach der im 7. Artikel selbst auf deutlichste angenommenen und anerkannten Regel ...“ (S. 87-88),

„... Auf die Ratifikation des Friedens trugen unbedingt an: 1) vermoege erhaltener Instruktionen a) 16. geistliche Stimmen, naemlich Salzburg, Hoch = und Teutschmeister, Bamberg, Worms, Wuerzburg, Eichstedt, Straßburg, Konstanz, Hildesheim, Paderborn, Trient, Brixen, Muenster, Chur, Schwaebische Praelaten und Rheinische Praelaten. ... 2) Sub spe rati stimmten unbedingt a) 4. geistliche: Basel, Fulda, JohanniterMeister und Luebeck; ...“ (S. 89-90)

rechnete das Votum des Fürstabtes von Stablo zu den bedingt erteilten Zustimmungen zu Art. VII.

¹¹⁴ Oben, S. 110.

„Wie Worms und Luettich.“¹¹⁶ (7. März 1801)

welches Votum mit seiner inhaltlich gleichzeitigen Bezugnahme auf das einen bedingten Vorbehalt habende Votum des Bischofs von Lüttich¹¹⁷ und auf das eine alleinige Verwendung von Säkularisationen mit Verweisung auf den nachfolgenden Vollzug des Friedens lautende Votum des Bischofs von Worms¹¹⁸ auch bedingt zu Art. VII erteilt wurde.¹¹⁹

2. Die geistlich-katholischen Stimmen im Kurfürstenrat

a) Mit speziellen Instruktionen

Mit erhaltenen speziellen Instruktionen stimmte der Gesandte des Erzbischofs von Köln¹²⁰:

„Nachdem die aeusserste Anstrengungen Sr. Kaiserl. Majestaet zur gluecklichen Beendigung etc. etc. und so weiter wie Hoch= und Teutschmeister im Reichs = Fuersten = Raths = Protocoll vom 6. dieses S. 5. bis zu den Worten: z u g e b e n i m S t a n d e i s t, wo es dann weiter heißt:

Es gehe zwar Ihrem Herzen aeusserst nahe, zu Bewilligungen Ihre Beystimmung zu geben, deren unmittelbare und unabwendbare Folge die Trennung von Land und Leuten sey, die zu ihrem ewigen Ruhm in der kurzen Epoche Hoechstihrer ruhigen Regierung durch Treue und Rechtschaffenheit sich ausgezeichnet – und mitten im Sturm der franzoesischen Revolution und deren verschiedensten Perioden den Charakter deutscher Redlichkeit und eine durch nichts zu erschuetternde Anhaenglichkeit an Verfassung und Vaterland unwandelbar behauptet haetten; allein die gebieterischen Umstaende und der Menschheit Wohl fordern dieses Opfer, und machen es Sr. Churfuerstl. Durchlaucht auf eine fuer Sie gewiß hoechst empfindliche Weise nur noch

¹¹⁵ *Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081: vielmehr 6. März 1801, Straßburg:, S. 12 (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 6. Stück).*

¹¹⁶ *Erste Fortsetzung des Protokolls. Im Reichs=Fuersten=Rath Samstag den 7. Maerz 1081: vielmehr 1801, Straßburg:, S. 26 (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 18. Stück).*

¹¹⁷ Oben, S. 337-338.

¹¹⁸ Oben, S. 331.

¹¹⁹ *Teutsche Staatskanzley, Jahrg. 1801, I. Band, 2. Abschnitt, Inhaltsbericht (von Reuß) zu den über den Friedensvertrag von Luneville im Reichstag stattgefundenen Beratungen und Abstimmungen,*

„... S t r a ß b u r g votirt wie Worms und Luettich, und tritt also auch der von letzterem Stand bestimmt und von dem ersteren verstecker gegebenen Erklaerung des Worts collectivement bey. ...“ (S. 89),

„... Auf die Ratifikation des Friedens trugen unbedingt an: 1) vermoege erhaltener Instruktionen a) 16. geistliche Stimmen, naemlich ..., Straßburg, ...“ (S. 89-90)

rechnete das straßburgische Votum zu den unbedingt Zustimmenden, wobei er jedoch nicht auf den Inhalt des in Bezug genommenen und nur bedingt gegebenen Votums des Fürstbischofs von Lüttich einging.

¹²⁰ Oben, S. 118.

moeglich, der Nachwelt dieses Denkmal einer so sehr verdienten Erkenntlichkeit zurueck zu lassen.

In Ruecksicht des angenommenen Principis etc. und so weiter, bis ans Ende des Hoch = und Teutschmeisterischen Voti.¹²¹

welches Votum des Hoch- und Teutschmeisters mit seiner allgemeinen Zustimmung zum Friedensvertrag von Lunéville keinen bedingten Vorbehalt seiner Zustimmung zu der in Art. VII getroffenen Entschädigungsregelung enthielt,¹²² dem Friedensvertrag von Lunéville mit seiner Entschädigungsregelung in Art. VII ohne Einwände und Vorbehalte zu.

Dies gleichfalls der Gesandte des Erzbischofs von Mainz¹²³:

„Se. Churfuerstl. Gnaden haben waehrend des gegenwaertigen ungluecklichen Reichs = Kriegs, (worin Sie bey allen Jhren eigenen großen Leiden Jhre Reichsstaendische und besonders Reichs = Erzkanzlerische Pflichten anhaltend auf das genaueste erfuehlt haben) so bald und so oft nur die Frage von Frieden seyn konnte, denselben aufrichtig und thaetig zu suchen sich jedesmal nach allen Jhren Kraeften bemuehet. Selbst die Reichstags = Akten vom Jahre 1794. an bis hieher lieferten hievon die sprechendsten Beweise. S. Churfuerstl. Gnaden mueßten billig besorgen, selbst die gerechte Achtung eines maechtigen Feindes, welche Sie sich hierdurch erworben zu haben hoffen, ferner nicht zu verdienen, wenn Sie nicht auch jezt in dem entscheidendsten Augenblicke ueber das vorliegende Kaiserl. Hof = Decret und dem zur Reichs = Ratification vorgelegten Frieden, mit anstaendiger Offenheit alles dasjenige aeusserten, was Sie an Jhrer Stelle zu sprechen allenthalben verbunden sind.

Se. Kais. Majestaet haben Hoechstselbst erleuchtet eingesehen, daß Sie nach der bestehenden Reichsverfassung, und Jhrer Kais. Wahl = Capitulation etc. und so weiter wie Worms im Reichsfuersten = Raths = Protocoll vom 6. d. S. 7.¹²⁴

welches in Bezug genommene Worms'sche Votum mit seiner allgemeinen Zustimmung zum Friedensvertrag von Lunéville keinen bedingenden Vorbehalt zu seiner in Art. VII getroffenen Entschädigungsregelung enthielt.¹²⁵

¹²¹ *In Collegio Electorali Veneris, den 6. Maerz 1801, Chur Coelln, S. 1-2 (Stadtarchiv Reutlingen, Reichstagsakten 1801, Teil I).*

¹²² Oben, S. 329-331.

¹²³ Oben, S. 118.

¹²⁴ *In Collegio Electorali Veneris, den 6. Maerz 1801, Chur Maynz, S. 2-3 (Stadtarchiv Reutlingen, Reichstagsakten 1801, Teil I).*

¹²⁵ Oben, S. 331.

b) Abest

Abest war das Votum des Erzbischofs von Trier¹²⁶ aufgerufen.¹²⁷

Bei den Abstimmungen im Reichstag stimmten demnach 9 geistliche Reichsstände der in Art. VII für das Verlustiggehen der linksrheinischen Reichsgebiete enthaltenen alleinigen Schadenstragung der geistlichen Reichsstände nicht zu.

¹²⁶ Oben, S. 119.

¹²⁷ *In Collegio Electorali Veneris, den 6. Maerz 1801, „Chur Trier: Abest.“, S. 1-2 (Stadtarchiv Reutlingen, Reichstagsakten 1801, Teil I).*

V

Die alleinige Schadenstragung der geistlichen Reichsstände nicht durch ihre Einwilligungen gerechtfertigt

In den von Reichsständen mit der Französischen Republik abgeschlossenen Separatfriedensverträgen hatten geistliche Reichsstände nicht in ihre Schadenstragung zugestimmt.¹²⁸

Auf dem Rastatter Kongress waren keine Einwilligungen geistlicher Reichsstände zu ihrer alleinigen Schadenstragung erteilt worden.¹²⁹

Bei dem Ratifikationsverfahren im Reichstag über den Friedensvertrag von Lunéville hatten von den 37 geistlichen Stimmen im Kurfürsten- und Reichsfürstenrat¹³⁰ 9 Voten der in Art. VII festgelegten alleinigen Schadenstragung der geistlichen Reichsstände ihre Zustimmung verweigert.¹³¹

Betroffen von der alleinigen Schadenstragung der geistlichen Reichsstände waren 70 geistlichen Reichsstände: die 3 geistliche Kurfürsten,¹³² 29 geistliche Reichsfürsten,¹³³ bei Nichtberücksichtigung des Erzbischofs von Salzburg und des Propstes von Berchtesgaden, welche von Art. VII nicht angesprochen waren¹³⁴ und 38 Prälaten,¹³⁵ 23 im Schwäbischen¹³⁶ und 15 im Rheinischen Kollegium¹³⁷ sitzend.

¹²⁸ Oben, S. 319.

¹²⁹ Oben, S. 320-322.

¹³⁰ 32 Virilstimmen, 2 Curiatstimmen im Reichsfürstenrat und 3 Stimmen im Kurfürstenrat.

¹³¹ Oben, S. 323-343.

¹³² Erzbischöfe/Kurfürsten von Mainz, Trier und Köln (unten, S. 519).

¹³³ Erzbischof von Salzburg, Hoch- und Teutschmeister, Bischöfe von Bamberg, Würzburg, Worms, Eichstätt, Speyer, Straßburg, Konstanz, Augsburg, Hildesheim, Paderborn, Freising, Regensburg, Passau, Trient, Brixen, Basel, Münster, Osnabrück, Lüttich, Lübeck, Chur, Fulda, Kempten, Propst von Ellwangen, Großprior des Johanniter-Orden, Pröpste von Berchtesgaden, Weissenburg, Äbte von Prüm, Stablo, Abt/Bischof von Corvey (unten, S. 458).

¹³⁴ Oben, S. 15.

¹³⁵ Mit ihrer Teilhabe an den Curiatstimmen besaßen sie die Reichsstandschaft (unten, S. 531).

¹³⁶ Die Äbte von Salmansweiler, Weingarten, Ochsenhausen, Elchingen, Jrsee, Urspring, Kaisersheim, Roggenburg, Roth, Weissenau, Schussenried, Marchthal, Petershausen, der Propst von Wettenshausen, die Äbte von Zwiefalten, Gengenbach, Neresheim, die Äbtissinnen von Heggbach, Gutenzell, Rotenmünster, Baidt, Söflingen und der Abt von St. Georg zu Isny (unten, S. 558)

¹³⁷ Der Abt von Werden, der Land-Comthur der Deutschen Ritter-Ordens Ballei Coblenz, die Äbte von Odenheim, St. Ulrich und St. Afra, St. Corneli-Münster, St. Emmeran, die Äbtissinnen von Essen, Buchau, Quedlinburg, Hervord, Niedermünster, Obermünster, Burscheid, Gandersheim und Thorn (unten, S. 568).

Die in Art. VII festgelegte alleinige Schadenstragung der geistlichen Reichsstände war als Grundsatz in einem völkerrechtlichen Vertrag zwischen dem Reich und der Französischen Republik festgelegt worden. Als Grundsatz beinhaltete sie, dass alle betroffenen geistlichen Reichsstände zur Schadenstragung herangezogen werden, wobei bei der nachfolgenden Aufteilung und Festlegung des Schadens auf ihre einzelnen geistlichen Mitglieder die Reichsverfassung zu beachten war.¹³⁸

Die von der alleinigen Schadenstragung der geistlichen Reichsstände betroffenen 70 geistlichen Reichsständen konnten und mussten bei ihren Abstimmungen im Reichstag davon ausgehen, dass alle ihre 70 Mitglieder herangezogen werden. Eine Nichtheranziehung von 8 ihrer Mitglieder – das neunte Nein-Votum des Propstes von Berchtesgaden ist wegen seiner eigenen Nichtbetroffenheit von Art. VII¹³⁹ nicht zu berücksichtigen – war in Art. VII nicht vorgesehen gewesen. Die von der der Entschädigungsregelung des Art. VII betroffenen und ihr zustimmenden 62 geistlichen Reichsstände hatten ihre Zustimmungen unter der Voraussetzung einer Schadenstragung aller 70 betroffenen geistlichen Reichsstände erteilt. Bei einer Nichtheranziehung von 8 ihrer Mitglieder, worunter sich auch mit den Bischöfen von Würzburg,¹⁴⁰ Speyer,¹⁴¹ Freising,¹⁴² Regensburg,¹⁴³ Lüttich,¹⁴⁴ Straßburg¹⁴⁵ und des Abtes von Stablo¹⁴⁶ von ihren gebiets-, bevölkerungs- und einkommensmäßig größere befanden, hätten sie ihre Zustimmung zu Art. VII nicht erteilt.

Bei der in Art. VII festgelegten Heranziehung aller geistlichen Reichsstände als Entschädigungsmasse, wovon die von ihr betroffenen und ihr zustimmenden geistlichen Reichsstände ausgingen und ihren Zustimmungen zugrundelegten, ist eine Aufteilung der geistlichen Entschädigungen in die Gebiete der ihr zustimmenden und in die Gebiete der ihr nicht zustimmenden geistlichen Reichsstände nicht möglich.

Die Verweigerung der Zustimmung zur Entschädigungsregelung des Art. VII seitens 8 von ihr betroffener geistlicher Reichsstände hatte bei dieser Nichtteilbarkeit der geistlichen Entschädigungen zur Folge, dass die nicht gegebenen Zustimmungen der 8 geistlichen Reichsstände den Grundsatz der Schadenstragung der geistlichen Reichsstände insgesamt betrafen. Der in Art. VII festgelegte Grundsatz der alleinigen Schadenstragung der geistlichen

¹³⁸ Oben, S. 155, 53.

¹³⁹ Oben, S. 15.

¹⁴⁰ 96 QM, 262 409 Einw., 1 500 000 Gulden jährliche Einkünfte (Annex, S. 33).

¹⁴¹ 20 QM, 52 000 Einw., 336 000 Gulden jährliche Einkünfte (unten, S. 502).

¹⁴² 21 QM, 42 000 Einw., 170 000 Gulden jährliche Einkünfte (Annex, S. 36-37).

¹⁴³ 6 QM, 9 000 Einw., 111 379 Gulden jährliche Einkünfte (Annex, 37-38).

¹⁴⁴ 103 ½ QM, 220 000 Einw., 1 200 000 Gulden jährliche Einkünfte (unten, S. 507).

¹⁴⁵ 8 ½ QM, 26 188 Einw., 130 000 Gulden jährliche Einkünfte (unten, S. 502, Annex, S. 35).

¹⁴⁶ 8 ½ QM, 13 000 Einw., 86 000 Gulden jährliche Einkünfte (unten, S. 512).

Reichsstände kann bei 8 verweigerten Zustimmungen von betroffenen geistlichen Reichsständen, bei auch gegebenen 62 Zustimmungen von betroffenen geistlichen Reichsständen nicht durch eine Zustimmung der geistlichen Reichsstände in ihre alleinige Schadenstragung gerechtfertigt sein.

D

Ein nach der Reichsverfassung bestehender geringerer Bestandsschutz der geistlichen Staaten gegenüber den weltlichen Staaten?

Rechtsgrund für die alleinige Schadenstragung der geistlichen Reichsstände könnte ihr gegenüber den weltlichen Staaten nach der Reichsverfassung geringerer Bestandsschutz nach der Reichsverfassung sein.

I

Die Stimmen im Schrifttum

Im zeitgenössischen Schrifttum war die Frage des Bestandsschutzes von den Publizisten im Zusammenhang mit einer Reichssäkularisation erörtert worden. Insbesondere äußerten sich hierzu die Anhänger und Befürworter der geistlichen Staaten und wurde von ihnen die Gleichwertigkeit des Bestandsschutzes von geistlichen¹ und weltlichen² Staaten bejaht.

¹ Der Begriff des geistlichen Staates wird durch den Bestimmungsvorgang des Landesherrn bestimmt. Sowohl den Wahlvorgang, der Wahlkörper als auch die persönlichen Eigenschaften des zu Wählenden werden durch das kanonische Recht bestimmt. Zu den katholisch geistlichen Staaten *Sartori*, Geistliches und Weltliches Staatsrecht der Reichsstifter, I. Band, 2. Theil, §. 334., S. 79 „Die Wahlsachen gehören zwar zu dem Kirchenrecht; ... Das kanonische Recht bestimmt eigentlich, wie die Wahl in Ansehung der Wählenden als auch des Gewählten beschaffen seyn müße.“ Unter den gegenwärtigen Staaten entspricht allein noch der Vatikanstaat der Konstruktion des geistlichen Staates. Dem Heiligen Stuhl und damit dem nach dem kanonischen Recht gewählten Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche werden das Eigentum und die ausschließliche, unumschränkte souveräne Gewalt und Jurisdiktion über den Vatikan zuerkannt (Trattato fra la Santa Sede e l'Italia vom 11. Febr. 1929, in: *Die Lateran=Verträge*, I., S. 8-34, insb. Art. III u. IV, S. 10 u. 12).

² Die Problematik des unterschiedlichen Bestandsschutzes der den geistlichen und weltlichen Reichsständen zugehörigen Staaten beschränkt sich auf die von den geistlichen Reichsständen besessenen geistlichen Staaten gegenüber den von den weltlichen Reichsständen besessenen weltlichen Staaten. Die von einigen geistlichen Reichsständen, neben ihren geistlichen Staaten als weltliche Lehen besessenen weltlichen Staaten, insbesondere: das dem Erzbischof von Köln nach der Ächtung Heinrichs des Löwen im Jahre 1180 als Teil aus seinem Stammesherzogtum Sachsen zuerkannte Herzogtum Westfalen, von Kaiser Friedrich I. im Jahr 1180 an Erzbischof Philipp von Köln mit einem Fahnenlehen vergeben (*Boerger*, Die Belehnungen der deutschen geistlichen Fürsten, I. Kap., S. 28), die dem Erzbischof von Mainz zugehörige Stadt Erfurt mit Gebieten und das Eichfeld (*Büsching*, Erdbeschreibung, VI. Theil, Der chur=rheinische Kreis, Die chur=maynzische Laender, § 17., II., S. 540-547: Erfurt), III., S. 547-557: Eichsfeld und *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Mainz, 2. Erfurt, nebst Gebiet, 3. Das Eichsfeld, S. 68), die von der Äbtissin von Buchau besessene Herrschaft Strasberg (unten, S. 540), von diesen auch zu Ausgang des 18. Jahrhunderts besessen, sind, da sie ihrer Struktur nach

Samhaber, Freymuethige Gedanken ueber die Saecularisirung:

„... Unlauegbar ist es also, daß die R e c h t e der teutschen Bischoefe auf ihre Laender so g e w i ß und b e s t i m m t sind, und so h e i l i g und u n v e r l e t z b a r, als jene der Erbfuersten auf ihre Staaten.⁽³⁾ ... Fest und unerschuetterlich stehet also ihr Recht auf ihre Laender, und dieses ist eben so heilig und unverletzbar, als jenes der Erbfuersten auf ihre weltlichen Staaten.“⁴

„... Aber so bald dieses Loos ein Mahl entschieden hat, hat derjenige, welchem es guenstig war, dasselbe heilige und unverletzbare Recht auf sein geistliches Fuerstenthum, als der Erstgeborne einer durchlauchtigen Erb= Fuersten= Familie auf seine Landeshoheit und Reichsstandschaft immer haben mag. ...“⁵

der Verfasser des *Merkwuerdigen Sendschreibens die Unrechtmassigkeit der Saekularisationen:*

„... ,daß die geistlichen Fuersten, ihre Laender, Regalien und Rechte, seit eben so vielen Jahrhunderten unter der Garantie der naemlichen Friedensschlusse besitzen, wie die weltlichen – daß sie mit diesen gleiche Verhaeltnisse und Rechte haben – mithin: es nicht nur Reichsverfassungswidrig, sondern auch das schreyendste Unrecht waere, ..., ueber ihre Lande und Rechte willkuehrlich disponiren, ...“⁶

der Verfasser von *Noch ein Wort ueber das Saekularisationswesen:*

„..., daß die Existenz der geistl. Staaten mit den Prinzipien der Reichskonstitution in ihren wsesentlichsten Bestandtheilen auf das innigste zusammenhaenge; sie gehoeren so nothwendig zur Totalitaet des teutschen Staatskoerpers als die weltliche Lande.⁽⁷⁾ ...; sie wurden mit allen ihnen bisher adhaerirenden Gerechtsamen in jedem Jahrhunderte, sowohl in den wichtigsten Friedensinstrumenten als auch andern unbestreitbaren Reichsurkunden eben so einmuethig anerkannt und garantirt als die uebrigen teutschen Besitzungen;⁽⁸⁾... die Laender der Erbfuersten, welchen nach dem klaren Buchstaben der teutschen Konstitution, nicht das geringste Vorrecht in Ansehung ihrer politischen Erhaltung gebuehrt, ...“⁹

weltliche Staaten waren, bei der Gegenueberstellung des Bestandsschutzes der geistlichen und weltlichen Staaten nicht zu beruecksichtigen.

³ §. 4., S. 13-14.

⁴ §. 4., S. 14.

⁵ §. 11., S. 40.

⁶ S. 36.

⁽⁷⁾ Zweiter Satz, S. 27-28.

⁽⁸⁾ Zweiter Satz, S. 28.

⁹ Zweiter Satz, S. 30, insg., S. 27-30.

der Verfasser der *Vorstellungen der deutschen Fuerstbischoefean die meisten Hoefe Europens ueber den Frieden zu Lueneville*:

„... Die Stuetze aller Reiche ist Gerechtigkeit; und wider diese laeuft geradezu, daß nur Ein Stand Entschaedigung leisten soll, und zwar nur die Geistlichen. Hat dann der Erbfuerst zu seinem Lande mehr Recht, als der Wahlfuerst? ...“¹⁰

Seuffert, Versuch einer doctrinellen Auslegung des siebenten Friedensartikels:

„... Die Staaten der geistlichen Fuersten sind so wenig Nationalgueter, als es die Staaten der Erbfuersten sind. Die Erwerbungsarten jener sind den Erwerbungsarten dieser entweder ganz gleich, oder, wo moeglich, noch rechtlicher; da die Geschichte aller Erz- und Hochstifte lehret, daß ihre meisten Besitzungen nach und nach mittelst oneroeser Titeln erworben worden seyen. Die geistlichen Fuersten herrschen eben so, wie die Erbfuersten, ueber Voelker, welche ihre eigene Verfassung, ihre eigenen Gerechtsamen haben. Die Verhaeltnisse jener und ihrer Staaten zum Kaiser und Reiche sind von den Verhaeltnissen der Erbfuersten und ihrer Staaten zum Kaiser und Reiche gar nicht verschieden. ...“¹¹

der *Gesandte des Bischofs von Speyer* in seinem über den Friedensvertrag von Lunéville im Reichsfürstenrat am 6. März 1801 erfolgten Beratungen und Abstimmung abgegebenen Votum:

„... da doch die Rechte der geistlichen Wahlfuersten und Reichsstifter nicht minder gegruendet und wohlerworben, im Geiste des Reichs=Social=Verbandes nicht weniger heilig sind, als jene der weltlichen, ...“¹²

und der *Subdelegierte des Bischofs von Würzburg* in seinem in der Sitzung der Rastatter Reichsfriedensdeputation am 2. April 1798 abgegebenen Votum:

„... Mit welchem Schein von Recht wollte man aber nur von einer Classe von Staenden von den Geistlichen, die an dem Krieg und an dem Frieden nur wegen ihrer Verbindung mit dem Reiche, gleich ihren Mitstaenden, Theil haben, deren Eigenthum und Rechte eben so wie die der andern Staende rechtlich begruendet, und vermoege der deutschen Verfassung nicht mehr wie diese der Disposition des Reichs unterworfen sind, allein die Leistung der Entschaedigungen fordern? ...“¹³

¹⁰ §. I., a) und b), S. 4.

¹¹ 1. Abschnitt, §. 7., S. 10-11.

¹² *Jm Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 6. Februar 1081 (vielmehr 6. März 1801)*, S. 10-11 (11) (*Regensburger Correspondenz*, LIX. Band, 6. Stück).

¹³ *Protocoll Rastatt*, I. Band, SESSIO XXXVIII., S. 497-501 (500).

II

Keine Entscheidung der Frage in Art. VIII § 1 IPO

Art. VIII § 1 IPO bestätigte und bekräftigte allen und jeden Kurfürsten, Fürsten und Stände des Reiches ihre Rechte, in denen sie von niemanden tätlich gestört werden durften:

„..., omnes et singuli electores, principes et status imperii Romani in antiquis suis iuribus, praerogativis, libertate, privilegiis, libero iuris territorialis tam in ecclesiasticis quam politicis exercitio, ditionibus, regalibus horumque omnium possessione vigore huius transactionis ita stabiliti firmaque sunt, ut a nullo unquam sub quocunque praetextu de facto turbari possint vel debeant.“¹⁴

Bei diesen im IPO zugunsten der reichsständischen Rechte aller Reichsstände enthaltenen Bestimmungen ist zu berücksichtigen, dass sie, wie zu Beginn von Art. VIII § 1 ausgesprochen:

„Ut autem provisum sit, ne posthac politico controversiae suboriantur, ...“¹⁵

zur Aufrechterhaltung der politischen Ordnung im Reich und zur Vermeidung von sonst dort entstehenden Streitigkeiten festgelegt worden waren. Sie bezogen sich auf das Verhältnis der Reichsstände zu Kaiser und Reich, in welchem den Reichsständen die freie Ausübung ihrer alten Rechte, Vorzüge, Freiheiten, Privilegien,¹⁶ freie Ausübung der Landeshoheit im Geistlichen und Weltlichen zugesichert worden waren.

Mit dieser Bestätigung und Bekräftigung ihrer bisher innegehabten einzelnen und unterschiedlichen Rechte durften keine Angleichungen und Nivellierungen der bisherigen Ungleichheiten erfolgen. Vielmehr sollte unter Zugrundelegung des grundsätzlichen Verständnisses des Reiches als der staatlichen Ordnung zur Aufrechterhaltung von der überlieferten und althergebrachten ständischen Privilegienordnung¹⁷ der innere Friede im Reich erhalten bleiben.

Die in Art. VIII § 1 IPO im Interesse des Friedens im Reich zum Schutze und Erhalt der verschiedenen ständischen Rechte aller Reichsstände enthaltenen Bestimmungen, womit insbesondere auch die verschiedenen Privilegien der weltlichen Reichsstände untereinander und die verschiedenen Privilegien der geistlichen Reichsstände untereinander betroffen waren und gewährleistet wurden, sprachen demnach nicht die Frage eines gegenseitig bezogenen Bestandsschutzes der geistlichen und weltlichen Staaten an.

¹⁴ *Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 47-48.

¹⁵ *Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 47.

¹⁶ „Privilegium eine Freyheit. Gnade, Begnadigung, ein besonderes Recht, welches dem gemeinen Rechts=Innhalt zuwider, aus bewegenden Ursachen geordnet und eingefuehret. ...“ (*Oberländer*, *Lexicon Jvridicvm Romano-Tevtonicum*, S. 559).

¹⁷ Das Reich verstand sich bis zu seinem Ende im Jahre 1806 als ein in den Privilegien seiner einzelnen Mitglieder verhafteter und durch diese begründeter und legitimierter Staat (unten, S. 1130-1132).

III

Keine Regelung des Bestandsschutzes in Art. V § 14 IPO

Art. V § 14 IPO sah zugunsten der reichsunmittelbaren geistlichen Güter katholischer und augsburgischer Konfession die Festschreibung ihres zum Zeitpunkt des neuen Normaljahres 1. Januar 1624 von den Religionsparteien innegehabten tatsächlichen Besitzes vor:

„Bona ecclesiastica immediata quod attinet, ..., ea seu catholici seu Augustanae confessionis status die prima Ianuarii anni millesimi sexcentissimi vicesimi quarti possederint, omnia et singula nullo plane excepto eius religionis consortes, qui dicto tempore in reali eorum possessione fuerunt, usque dum de religionis dissidiis per dei gratiam conventum fuerit, tranquille et imperturbate possideant...“¹⁸

Der in Art. V § 14 IPO zur Kennzeichnung des Objektes für die getroffenen Regelungen verwandte Begriff „Bona ecclesiastica immediata“ war, wie die ihm nachgesetzten Beispiele:

„Bona ecclesiastica immediata, quod attinet, sive sint archiepiscopatus, episcopatus, praelaturae, abbatiae, balliviae, praepositurae, commendae, sive liberae fundationes seculares aut alia, ...“¹⁹

zeigen, im Sinne des mittelalterlich geistlich-politischen Kirchengutsbegriffes, welcher die geistlichen Staaten in ihrer politischen Existenz kennzeichnete und nicht im Sinne des altprotestantischen Kirchengutsbegriffes, welcher allein vermögensrechtlich ausgerichtet war²⁰ zu verstehen.

Bei der in Art. VII § 1 IPO festgelegten allgemeinen Gleichsetzung der reformierten mit den katholischen und augsburgischen Konfessionen²¹ galten diese Regelungen auch für die von den der reformierten Konfession zugehörenden Reichsständen besessenen reichsunmittelbaren geistlichen Güter.

Die in Art. V § 14 IPO getroffenen Regelungen der Festschreibung der geistlichen Güter zum Stand des neuen Normaljahres 1. Januar 1624 sprachen demnach die geistlichen Staaten aller drei nach der Reichsverfassung zugelassenen Konfessionen an.

Nach dem weiteren Inhalt von § 14 war es keiner Religionspartei erlaubt, weder auf gerichtliche Weise noch durch tatsächliche Maßnahmen, die andere in ihrem zum 1. Januar 1624 innegehabten Besitz geistlicher Staaten zu stören oder zu beeinträchtigen:

¹⁸ *Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 28.

¹⁹ *Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 28.

²⁰ J. Heckel, Kirchengut und Staatsgewalt, IX. u. X., in: *Rechtsprobleme in Staat und Kirche*, S. 111-112.

²¹ *Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 46-47.

„..., neutrique parti liceat alteri seu in iudicio seu extra negotium facessere, multo minus turbas aut impedimentum aliquod inferre. ...“²²

Die in § 14 erfolgte Zuschreibung des tatsächlichen Besitzes der geistlichen Staaten zur jeweiligen Religionspartei zum Stand des neuen Normaljahres, eine unter den beiden Religionsparteien besonders umstrittene und umkämpfte Frage,²³ betraf allein das Verhältnis der beiden Religionsparteien zu- und untereinander und sprach nicht die Umwandlung und Säkularisierung eines geistlichen Staat in einen weltlichen Staat innerhalb der jeweiligen Religionspartei an. Diese aus dem Wortlaut sich ergebende alleinige Betroffenheit und Zuordnung der geistlichen Staaten zu der eigenen Religionspartei im Verhältnis zu der anderen, wird auch durch den Zusammenhang des § 14 mit weiteren Bestimmungen im Art V IPO belegt.

Zu seinem Beginn waren als Begründung für die in seinen nachfolgenden Paragraphen getroffenen einzelnen Regelungen die Beschwerden, welche zwischen den Kurfürsten,

²² *Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 28, nachfolgend „... Si vero, quod deus prohibeat, de religionis dissidiis amicabiliter conveniri non possit, nihilominus haec conventio perpetua sit et pax semper duratura.“ (S. 29).

²³ Dies insbesondere wegen des vorangegangenen Restitutionsedikts Kaiser Ferdinands II. vom Jahre 1629. Auf Grund des von dem Römischen König Ferdinand I. im Augsburger Religionsfriede vom 25. Sept. 1555 in seinem Art. VI einseitig für die der katholischen Konfession zugehörenden geistlichen Güter eingefügten geistlichen Vorbehaltes (*Religionsvergleiche des 16. Jahrhundert*, III., 1., S. 49, 2., S. 68-69: *Declaratio Ferdinandae v. 24. 9. 1555*) war von Kaiser Ferdinand II. auf dem Höhepunkt seiner kaiserlichen Macht ohne Zustimmung des Reichstages am 6. März 1629 das Restitutionsedikt erlassen worden. Es enthielt die zu erfolgenden Zurückgaben der von den Evangelischen eingezogenen „... mit Gewalt oder in andere Weg eingezogene Ertz= vnnnd Bisthumber/Praelaturen, Kloester/vnd andere Geistliche Gueter/Hospitalien vnnnd Stiftungen/deren die Catholische zu Zeit deß Passawischen Vertrags/oder seythero in Possess gewesen/vnnnd vnrechtmaessig distituir worden/...“ (*Theatrum Evroepaeum*, II. Theil, Jahr 1629, S. 10-18 (S. 18 linke Sp.)). Betroffen hiervon waren (seit dem Passauer Vertrag vom 2. Aug. 1552) neben landsässigen geistlichen Besitzungen die beiden reichsunmittelbaren Erzstifte Magdeburg, Bremen sowie die 12 Hochstifter Minden, Verden, Halberstadt, Lübeck, Ratzeburg, Brandenburg, Havelberg, Lebus, Camin, Meißen, Merseburg, Naumburg. Die drei letzteren verblieben ausnahmsweise dem sich zur augsburgischen Konfession bekennenden Kurfürsten von Sachsen (*Ploetz*, Konferenzen und Verträge, III. Band, Teil 2, 1629 März 06 ..., S. 61). Das Edikt, welches einen entscheidenden Machtzuwachs zugunsten der katholischen Konfession und der kaiserlichen Partei bedeutete, rief auswärtige Reaktionen und insbesondere auch das Eingreifen von König Gustav II. Adolf von Schweden hervor. Das Restitutionsedikt war in Art. XVII § 3 IPO, soweit es den Bestimmungen des IPO entgegenstand, als gegenstandslos erklärt worden (*Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 75-76).

Die konfessionelle Zuschreibung des geistlichen Besitzes war ein Hauptgegenstand und eine der wichtigsten Grundlagen des im Westfälischen Friedensschluss zwischen den Religionsparteien etablierten religiösen Friedens.

A. *Schindling*, Der Westfälische Frieden und der Reichstag, II. „... Bei dem Religions-Ausgleich auf den Friedens-Traktaten stand ja im Mittelpunkt das Schicksal der reichsunmittelbaren Stifter, die den Kampfpreis darstellten, um den es als ‚das rechte pomum Eridis‘⁴⁸ ein Jahrhundert lang zwischen den Konfessionen gegangen war. ...“ (*Politische Ordnungen und soziale Kräfte im alten Reich*, S. 126) und *Pütter*, Geist des Westphaelischen Friedens, 2. Theil, 4. Buch, IV., I., S. 406 „Ein anderer Hauptgegenstand der Religionsbeschwerden betraf der Widerspruch, worin Catholische und Evangelische wegen der geistlichen Stiftungen gegen einander standen.“

Fürsten und Reichsstädten beider Religionen obgewaltet und größtenteils Ursache und Anlaß für den gegenwärtigen Krieg gegeben haben, angegeben.²⁴

Der aus § 14 im nachfolgenden § 15 in direkter Weise „Si igitur“²⁵ abgeleitete geistliche Vorbehalt gestattete zwar dem geistlichen Landesherrn genauso wie dem weltlichen Landesherrn einen in seiner Person vorgenommenen Konfessionswechsel.²⁶ Anders als ein weltlicher Landesherr, welcher damit eine Spaltung zwischen seiner Konfession und seines Territoriums bewirkte,²⁷ ging der geistliche Landesherr seiner Stellung als Landesherr verlustig. Während man bei dem weltlichen Landesherrn das Abweichen seiner persönlichen Konfession von der seines Landes hinzunehmen wollte, hielt man dies bei einem geistlichen Landesherrn wegen seiner geistlichen Persönlichkeit und seiner Amtsstellung nicht für möglich. Die von den Kapiteln neu durchzuführenden Wahlen des geistlichen Landesherrn stellten sicher, dass der neue geistliche Landesherr persönlich der bisherigen Konfession des geistlichen Staates zugehörte. Mit dem geistlichen Vorbehalt war demnach das Verbleiben der geistlichen Staaten innerhalb ihrer Konfessionen noch zusätzlich gewährleistet.²⁸ Die Frage der Umwandlung des geistlichen Staates in einen weltlichen innerhalb derselben Religionspartei wurde durch ihn nicht angesprochen, wie auch mit der territorialen konfessionellen Festschreibung zum neuen Normaljahr die Frage der Umwandlung eines

²⁴ „Cum autem praesenti bello magnam partem gravamina, quae inter utriusque religionis electores, principes et status imperii vertebantur, causam et occasionem dederint, de iis prout sequitur conventum et transactum est: ...“ (*Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 25).

²⁵ *Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 29.

²⁶ Mit der in Art. V § 1 IPO erfolgten Einbeziehung des Augsburger Religionsfriede vom Jahre 1555 in das IPO „Transactio ... hanc anno millesimo quingentesimo quinquagesimo quinto secuta pax religionis, prout ea anno millesimo quingentesimo sexagesimo sexto Augustae Vindelicorum et post in diversis sacri Romani imperii comitiis universalibus confirmata fuit, in omnibus suis capitulis unanimi imperatoris, electorum, principum et statuum utriusque religionis consensu initis ac conclusis rata habeatur sancteque et inviolabiliter servetur. ...“ (*Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 25) war die im Augsburger Religionsfrieden vom 25. Sept. 1555 in seinen Art. III und IV den katholischen und der augsburgischen Konfession zugehörenden Landesherrn zugestandene Befugnis zur Wechselung der Konfession (*Religionsvergleiche des 16. Jahrhunderts*, III., 1., S. 47-49) in das IPO einbezogen worden. Nach der Reichsverfassung war es demnach dem Landesherrn möglich, für seine Person die Konfession zu wechseln.

²⁷ Bei der in Art. V § 2 IPO erfolgten konfessionellen Festschreibung des Reichs mit seinen Territorien zum Zeitpunkt des neuen Normaljahres 1624 mit der generellen Restitution der Kurfürsten, Fürsten und Stände des Reiches beider Religion zum neuen Normaljahr 1. Januar 1624 „Terminus a quo restitutionis in ecclesiasticis et quae intuitu eorum in politicis mutata sunt, sit dies prima Ianuarii anni millesimi sexcentissimi vicesimi quarti. Fiat itaque restitutio omnium electorum, principum et statuum utriusque religionis, comprehensa libera imperii nobilitate ut et communitatibus et pagis immediatis, plenarie et pure, ..., reductione ad statum dicti anni dieique in omnibus facta.“ (*Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 26) und der in § 31 und § 32 festgelegten Beibehaltung der öffentlichen und privaten Religionsausübung der Untertanen katholischer, augsburgischer und reformierter Konfessionen zum Stand des neuen Normaljahres 1624 (*ibd.*, S. 36-37) mit Art. VII § 1 IPO (*ibd.*, S. 46-47).

²⁸ *Deutsche Encyclopaedie oder Allgemeines Real=Woerterbuch aller Kuenste und Wissenschaften von einer Gesellschaft Gelehrten*, XI. Band, Geistlicher Vorbehalt, S. 526-527 (526) „... Wie nachtheilig diese Clausel dem evangelischen Religionstheil sey, ist ohne weitere Ausfuehrung klar, und es ist nicht zu verwundern, wenn die Geschichte uns lehrt, daß seit dem geistlichen Vorbehalt, fast kein einziger unmittelbarer Catholik, der als Geistlicher eine etwas beträchtliche Praebende besessen, zu der Augspurgischen Confeßion uebergangen sey. ...“.

weltlichen Staates in einen geistlichen bei der Zugehörigkeit zur bisherigen Konfession nicht tangiert wurde.

Die in Art. V § 14 mit § 15 IPO zum Stand des neuen Normaljahres 1. Januar 1624 festgeschriebene dauernde Zuordnung der geistlichen Staaten zu ihren Religionsparteien war für den in Art. V § 1 IPO zwischen den beiden Religionsparteien erstrebten Religionsfrieden²⁹ und das konfessionelle Gleichgewicht³⁰ eine wichtige Voraussetzung.

Art. V § 14 IPO beinhaltet, was auch seine Entstehungsgeschichte bestätigt³¹ allein die konfessionelle Zuschreibung der geistlichen Staaten zu den beiden Religionsparteien und

²⁹ Oben, S. 353.

³⁰ „... In reliquis omnibus autem inter utriusque religionis electores, principes, status omnes et singulos sit aequalitas exacta mutuaque, quatenus formae reipublicae, constitutionibus imperii et praesenti conventioni conformis est, ...“ (*Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 25).

³¹ Ausgangspunkt für die in Art. V § 14 IPO getroffene Regelung waren die von evangelischer und von katholischer Seite um die Gültigkeit des im Augsburger Religionsfrieden vom 25. Sept. 1555 aufgenommenen geistlichen Vorbehaltes gestellte Forderungen.

Von evangelische Seite war im November 1645, am 15. Dez. 1645 und am 14. Febr. 1646, unter Bestreitung seiner Gültigkeit, weil von kaiserlicher Seite einseitig im Augsburger Religionsfriede aufgenommen, die Zuteilung der Erz- und Immediatstifter nach den allgemeinen Regeln, wie bei den weltlichen Staaten gefordert worden. Ein in der Person des geistlichen Reichsstandes vorgenommener Konfessionswechsel dürfe demnach nicht zur Aberkennung seiner eigenen reichsständischen Stellung sondern vielmehr zur Zugehörigkeit des Erz- und Immediatstifter zur anderen Konfession führen, hierbei der zugrundliegende Besitzstand auf das Jahr 1621 zurückzuführen sei (*Vollstaendiges Gutachten der Evangelischen Staende zu Oßnabrueck, wie solches auf beyder Cronen Propositiones und die Kayserliche Responiones ist ausgelieffert worden* (von Nov. 1645), *Gravamina Ecclesiastica*, I., in: *Meiern, Acta Pacis Westphalicae Publica*, I. Theil, 8. Buch, §. IX., S. 801-831 (814-816), die *Gravamina Evangelicorum* (vom 15. Dez. 1645), I., in: *ebd.*, II. Theil, 15. Buch, §. II., S. 522-537 (522-524) und die *Media Compositionis in puncto Reservati Ecclesiastici*, von Seiten der Evangelischen (vom 14. Febr. 1646), Ziff. 4) u. 9)-16), in: *ebd.*, II. Theil, 15. Buch, §. IV., S. 565, 566-568 (566-567)). Von katholischer Seite war dagegen am 2. Febr. 1646 entsprechend der von ihr bejahten Gültigkeit des geistlichen Vorbehalt die Wiedereinsetzung in alle nach dem Passauer Vertrag vom 1521 und dem Augsburger Religionsfriede von den Augsburgischen Konfessionsverwandten in Besitz genommenen Erz- und Immediatstifter und anderen gefordert worden (*Antwort und Gegen=Beschwehrden der alten Catholischen Religion zugethaner Chur=Fuersten und Staende, auf die von den Augspurgischen Confessions=Verwandten Fuersten und Staenden am 15. Dec. 1645. zu Oßnabrueck uebergebene Gravamina*, Ad I. Gravamen, in: *ebd.*, II. Theil, 15. Buch, §. III., N. II., S. 539-565 (540-547, insb. S. 546-547)). Die Katholischen bezogen sich hierbei insbesondere auf die Geltung des in Art. VI des Augsburger Religionsfrieden vom 25. Sept. 1555 für die katholischen geistlichen Reichsstände vom Römischen König Ferdinand I. einseitig festgelegten geistlichen Vorbehaltes (S. 546-547), was eine Wiedereinsetzung aller geistlichen Staaten zur katholischen Religionspartei bedeutete hätte.

Nachdem hierüber zwischen den beiden Konfessionsverwandten keine Einigung erzielt werden konnte (*Protocollum ueber die, den Kayserlichen Gesandten geschehene Insinuirung der ferneren Mediorum Compositionis Evangelicorum*, in: *ebd.*, II. Theil, 15. Buch, §. XIII., N. I., S. 632-633), wurden von ihnen Kompromissvorschläge unterbreitet.

Zu Anfang Juni 1646 von katholischer Seite, dass die von den Augsburgischen Konfessionsverwandten besessenen geistlichen Güter von ihnen noch weitere 100 Jahre in Besitz behalten werden und für die von den katholischen Religionsverwandten gehaltenen geistlichen Güter uneingeschränkt der geistliche Vorbehalt und damit ihre Erhalt für sie zu gelten habe (*Der alten Religion zugethaner Staende Hauptsaechliche Erklaerung ueber die Religions=Gravamina* (von Anfang Juni 1646), *Wegen der Geistlichen Gueter*, in: *ebd.*, III. Theil, 20. Buch, §. XII., N. II., S. 153-155 (153-154)). Am 9. Juni 1646 von evangelischer Seite, dass die von den beiden Konfessionsverwandten im Jahre 1618 besessenen Immediat-Stiftungen von diesen weiterhin ungestört besessen werden, wobei für die von den Konfessionsverwandten selber vorgenommenen Konfessionswechsel für beide Teile uneingeschränkt der geistliche Vorbehalt zu gelten habe (*Evangelicorum Fernere Erklaerung in puncto*

keinen darüber hinausgehender einzelner oder kollektiver Bestandsschutz der geistlichen Staaten gegenüber den weltlichen.³²

Gravaminum vom 9. Juni 1646, Von Immediat-Geistlichen Guetern, Ziff. 8), 13)-15), in: *ebd.*, III. Theil, 20. Buch, §. XIV., N. I., S. 160-168 (162)).

Am 6. Juli 1646 von katholischer Seite, dass die von den Augsbürgischen Konfessionsverwandten im Jahr 1624 besessenen Immediat-Stifter diesen noch weitere 100 Jahre im Besitz belassen werden, ausgenommen die Stifter Halberstadt, Verden, Osnabrück und Minden, wobei man sich nach dieser Zeit nochmals über sie vergleichen solle, und dass die von den katholischen Religionsverwandten im Jahre 1624 besessenen geistlichen Güter ungestört allein der katholischen Religion zugetan bleiben sollen und für sie allzeit der geistliche Vorbehalt zu gelten habe (*Weitere und Endliche Compositions=Vorschlaege in puncto Gravaminum vom 6. Juli 1646*, Ziff. 3) u. 12), in: *ebd.*, III. Theil, 20. Buch, §. XXIV., N. II., S. 193-199 (193-194, 196)).

Am 14./18. August 1646 von evangelischer Seite, dass die von den Evangelischen und Augsbürgischen Konfessionsverwandten im Jahr 1621 besessenen Immediat-Stifter diesen noch weitere 100 Jahre im Besitz gelassen und man sich nachher über sie nochmals vergleichen soll, wobei für die von Angehörigen beider Konfessionsverwandten vorgenommenen Konfessionswechsel der geistliche Vorbehalt zu gelten habe (*Evangelischer Schluß zu Laengerich, oder Gegen=Erklaerung in puncto Gravaminum vom (14./18. Aug. 1646)*, Ziff. 3., in: *ebd.*, III. Theil, 21. Buch, §. IX., N. I., S. 330-340 (331-332)).

Alle diese von den beiden Konfessionverwandten gemachten Vorschläge beinhalteten immer nur ein zeitliches oder auch endliches Verbleiben der von ihren Angehörigen besessenen geistlichen Staaten innerhalb ihrer eigenen Konfessionsverwandten.

³² *J. Heckel*, Kirchengut und Staatsgewalt, XV., in: *Rechtsprobleme in Staat und Kirche*, S. 116 „... Diesen status quo festzulegen, ist der Sinn der Vorschriften des IPO über die bona ecclesiastica. Sein Schutzversprechen wendet sich denn auch nicht schlechthin gegen die weltliche Gewalt, sondern gegen das ius reformandi in der Hand des konfessionsfremden Landesherrn. Daß dem Kirchenwesen von dem konfessionsverwandten Herrscher keine Gefahr drohte, ergab sich aus der staatsrechtlichen Stellung des Fürsten zu seiner Religion (geistlicher Stand der geistlichen Fürsten, Kirchenvogtei der katholischen weltlichen Fürsten, cura religionis der protestantischen Herrscher) von selbst. Nur der konfessionsfremde Fürst konnte in Versuchung geraten, das Kirchengut der anderen Religion anzutasten, seine Funktion für das zu schützende Kirchenwesen zu mißachten und damit nicht nur dieses selbst aus dem öffentlichen Leben zu beseitigen, sondern auch das Gleichgewicht der Religionsparteien zu stören. ...“

Die Kommentierung von *Pütter*, Geist des Westphaelischen Friedens, 2. Theil, 4. Buch, IV., S. 406-420 zu den reichsunmittelbaren geistlichen Stiftungen lässt gleichfalls erkennen, dass mit der Regelung des Art. V § 14 IPO allein das Verhältnis beider Religionsparteien zu- und untereinander tangiert wurde. So bereits die Überschrift „Vom Verhaeltnisse der beiden Religionstheile zu den reichsunmittelbaren geistlichen Stiftungen.“ (S. 406).

HRG, II. Band, Kirchengut, von *H.-J. Becker*, Sp. 753-761 (759) „... Im → Westfälischen Frieden von 1648 ... wurde als ‚Normaljahr‘ für den Besitz von *bona ecclesiastica immediata* der 1. I. 1624 festgesetzt; damit wurden alle Erwerbungen kirchlicher Güter und Stifter durch die Protestanten seit dem Religionsfrieden von 1555 bestätigt. ... Die Vorschriften stellen Schutzbestimmungen für die jeweilige Religionspartei und das in ihrer Hand befindliche K. dar, überlassen es aber den Religionsparteien, wie sie mit dem K. verfahren. ...“

IV

Die Frage der Gleichwertigkeit des Bestandsschutzes der weltlichen und geistlichen Staaten als Problem der Gleichwertigkeiten ihrer Landeshoheiten, ihrer Reichsstandschaften und ihres gebietlich-territorialen Besitzes

Die Frage der Gleichwertigkeit des Bestandsschutzes der weltlichen und geistlichen Staaten in ihrer insgesamt politischen Existenz, hatte in der Reichsverfassung keine rechtliche Normierung erhalten. Demnach bedarf es des Zurückgreifens auf die ihre politisch-rechtliche Existenz begründenden und diese ausmachenden Rechte. Dies waren die Landeshoheit, als das umfassende Herrschaftsrecht des Reichsstandes über sein eigenes Land,³³ die Reichsstandschaft, als die Befugnis des Reichsstandes zur Teilnahme an den Reichsangelegenheiten³⁴ und³⁵ der gebietlich-territoriale Besitz.

³³ Unten, S. 447.

³⁴ Die Reichsstandschaft beinhaltete das Recht zur Teilnahme und Mitwirkung an den Reichsangelegenheiten im Reichstag mit entscheidender Stimme. *Leist*, Lehrbuch teutschen Staatsrechts, 2. Aufl., B), 1. Buch, 3. Theil, 3. Abschnitt, 1. Absatz, § 71., S. 218-219; *Hüberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band I, 2. Buch, 2. Cap., §. 71., S. 259; *Schmauß*, Academische Reden und Vorlesungen ueber das teutsche Staatsrecht, 1. Buch, IX. Cap., §. 1., S. 135-136 und *Brülcke*, Die Entwicklung der Reichsstandschaft der Städte, S. 3.

³⁵ Neben der Reichsstandschaft und der Landeshoheit war mit dem gebietlich-territorialen Besitz auch die dingliche Reichsunmittelbarkeit mitgegeben. Ihr Inhalt war die direkte Zu- und Unterordnung des Territoriums unter die Hoheit von Kaiser und Reich, mit der abgehenden Zugehörigkeit zu einem anderen Landesherrn. *Leist*, Lehrbuch teutschen Staatsrechts, 2. Aufl., B), 1. Buch, 1. Theil, II., §. 18., S. 65-66 „... Die d i n g l i c h e Reichsunmittelbarkeit steht allen Laendern zu, welche keine Bestandtheile eines teutschen Particularstaats, sondern ueberhaupt nur des teutschen Reichs ausmachen, und somit selbst Staaten bilden, deren Staatsgewalt folglich unmittelbar der Reichshoheit untergeordnet ist. Diese Immedietaet geht als ein Realvorrecht auf jeden Besitzer des Landes ueber. ...“ und *Gönner*, Teutsches Staatsrecht, 1. Theil, 1. Buch, 1. Abschnitt, 2. Hauptstück, 3. Absatz, §. 59., III., S. 62 „... Die d i n g l i c h e Immedietaet haftet auf den Particularstaaten, mit welchen sie als dingliches Recht auf jeden Besitzer uebergeht; ...“. Die dingliche Reichsunmittelbarkeit ist von der persönlichen Reichsunmittelbarkeit zu unterscheiden, welche in der Person der Reichsunmittelbaren begründet war: Reichsstände, Landesherren mit ihren Familienangehörigen – Kinder, Gemahlinnen, Witwen, Apanagirte, Schwestern –, Reichsritter, einige adelige Familien, reichsständische und andere Corporationen, bei den Reichsgerichten und Reichskanzleien angestellte Beamte (*Leist* ebd., S. 64-67 (66-67)).

Der ursprüngliche originäre Erwerb der dinglichen Reichsunmittelbarkeit war mit dem Erwerb der persönlichen Reichsunmittelbarkeit mitgegeben und war mit ihr erfolgt. *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band XIII, 1. Buch, 9. Cap., §. 3., S. 118 „Urspruenglich unmittelbar seynd diejenige Lande, deren Regenten allezeit, so lang Teutschland ein gemeinsames Reichs=Ober=Haupt gehabt hat, unmittelbar unter demselben gestanden seynd, z. E. Bayern, Sachsen, etc. welche Herzoge gehabt haben, unter denen, wenigstens ordentlicher Weise, alles gestanden ist, was sich in dem Umfang solcher Herzogthuemer befunden hat.“ Bei der anfänglich gegebenen Zuordnung der persönlichen Reichsunmittelbarkeit im Reichsadel, als den königsnahen Personen, für dessen anfängliche Zugehörigkeit die Macht und der Wille zur Teilnahme an den Reichsangelegenheiten maßgebend waren (unten, S. 458-459), hatte ihr originärer Erwerb bei den Territorien des Reichsadels stattgefunden. Bei dem späteren, aus der Zugehörigkeit eines anderen Territorialherren abgeleiteten Erwerb der dinglichen Reichsunmittelbarkeit, waren die Einwilligungen dieser Territorialherren, unter deren Hoheit das betroffene Gebiet bisher gestanden hatte, erforderlich. *Gönner* ebd., § 60, I., S. 63 „Kaiserliche Standeserhoehungen koennen einer mittelbaren Person oder ihren Guetern ohne landesherrliche Einwilligung die Unmittelbarkeit nicht verschaffen.“ Für diesen späteren Erwerb von ihr war nicht mehr die persönliche Reichsunmittelbarkeit die notwendige Voraussetzung. *Zoepfl*, Grundsätze des gemeinen deutschen Staatsrechts, 1. Theil, §. 105., I., S. 252 „Auch konnte weder von der Reichsunmittelbarkeit der Person auf gleiche Eigenschaft ihrer Güter, noch umgekehrt, geschlossen werden⁵⁾.“

V

Die Gleichwertigkeit der Landeshoheiten

1. Die Stimmen in der Literatur

Die Frage der Gleichwertigkeit der Landeshoheit der reichsständischen Territorien war neben den Anhängern und Befürwortern der geistlichen Staaten auch von Reichspublizisten erörtert und bejaht worden.

Samhaber, Freymuethige Gedanken ueber die Saecularisirung:

„... Was fuer eine rechtliche Begrueundung auf Regentschaft ueber Laender und Leute der weltliche Reichsstand hat, eben dieselbe hat auch der geistliche,⁽³⁶⁾ ... nur sind die einzelnen Regalien, deren durch Jahrhunderte allmaehlich angewachsenes und zur Reife gediehenes Aggregat den Stoff zur voelligen Landeshoheit hergegeben hat, noch weit frueher den geistlichen, als den weltlichen Staenden in unserem Teutschlande zu Theil geworden.⁽³⁷⁾ ... Aber in unserem teutschen Reiche und nach unserer Constitution sind die Titel und Rechte zur ... Landeshoheit voellig gleich, ohne Unterschied an Groeße und Staerke. ...“³⁸

der Verfasser von *Teutschland am Rande des Abgrunds*:

„... Die Geschichte beweiset es unwidersprechlich, daß die Bischoefe mit eben sovielem Rechte, und schon frueher, zur ... Landeshoheit gelanget sind, als die andern, Weiland Kaiserlichen Beamten, Herzogen, Grafen etc ...“³⁹

der Verfasser von *Ueber Schadloshaltung der jenseits des Rheins verlierenden ReichsStände*:

„... Für die ErbFürsten ist die Geburt, für die WahlFürsten die Wahl der Titel zur Regierung. Beyde sind an RechtsKraft einander gleich, beyde in den Gesetzen und der Verfassung gegründet, folglich beyde gleich unverletzbar. ...“⁴⁰

Nach der im 16./17. Jahrhundert stattgehabten Ausbildung von der Landeshoheit (unten, S. 439-440) war die dingliche Reichsunmittelbarkeit mit der Landeshoheit immanent mitgegeben und ein notwendiger Bestandteil von ihr. Allein in dem seltenen Fall, dass ein bisher landsässiges Gebiet mit Zustimmung des übergeordneten Territorialherrn reichsunmittelbar wurde, waren für ihren Erwerb noch weitere Akte erforderlich. Dies galt für die weltlichen und die geistlichen Gebiete in gleicher Weise. Bei ihrer nahezu immer gehaltenen Mitverbundenheit mit der Landeshoheit bleibt sie hier unberücksichtigt.

³⁶ §. 6., S. 17.

³⁷ §. 6., S. 18.

³⁸ §. 6., S. 17.

³⁹ II., S. 10.

⁴⁰ S. 18.

Fabritius, Ueber den Wehrt der geistlichen Staaten:

„... Wenn es erwiesen ist – und der Beweis kann einem unpartheiischen Geschichtsforscher u. Publicisten nicht schwer fallen – daß die Bischoefe eben so gut im rechtlichen Besitz ihrer Wuerde und Landeshoheit sind, als die weltlichen Reichsstaende, ...“⁴¹

Für die reichsständischen Territorien generell, ungeachtet ihrer Eigenschaft als geistliche oder weltliche Staaten:

Häberlin, Handbuch Teutschen Staatsrechts:

„Indessen ist doch so viel gewiß, daß, wenn es gleich verschiedene Gattungen und Grade der Landeshoheit giebt, indem in einigen Laendern die Landesherrschaft bey Ausuebung landeshoheitlicher Rechte durch Vertraege mit benachbarten, oder den Unterthanen selbst mehr eingeschraenkt ist, als in den andern, dennoch die Landeshoheit an und fuer sich allen Reichsstaenden in gleicher Maaße zukomme, und daß sie, abstrahirt von Vertraegen, durch ganz Teutschland ein und dieselbe sey. ... Die Reichsgesetze machen zwischen der Landeshoheit der Reichsstaende keinen Unterschied. Der maechtigste Kurfuerst hat eben die Landeshoheit, die der kleinste Graf hat. *D i e i n d e r L a n d e s h o h e i t* liegenden Rechte sind allen Reichsstaenden gemein*); ...“

Leist, Lehrbuch teutschen Staatsrechts:

„... Nach den R e i c h s Grundgesetzen ist die Landeshoheit in saemmtlichen besondern teutschen Staaten sich v o e l l i g g l e i c h, und von demselben Umfange⁵⁾: ...“⁴²

und *Halder*, Sollte man die Vernichtung der teutschen Reichsverfassung wuenschen?

„... So ungleich aber auch diese Staaten in Hinsicht ihrer Macht sind, so wenig unterscheiden sich dieselben doch in ihren Regierungsrechten. Die hoechste Gewalt ist in den kleinsten wie in dem groesten beinahe ganz von einerlei Umfang. Alle besitzen das Recht der Gesezgebung und der vollziehenden Gewalt, ...“⁴³

⁴¹ Vorrede, S. I.

⁴² 2. Aufl., B), 1. Buch, 2. Theil, 1. Abtheilung, 1. Abschnitt, §. 20., S. 71-72.

⁴³ S. 32-33.

2. Die Gleichwertigkeit der Entstehungs- und Erwerbsgründe der Landeshoheiten bei den weltlichen und geistlichen Staaten

a) Das Geschehen zur Ausbildung der Landeshoheit

aa) Die Entstehung der Landesherrschaft

Die Anfänge der Landesherrschaft reichen bis in die Fränkische Zeit zurück. Sie liegen in den auf den Allodialgütern zugunsten ihrer Eigentümer vorhandenen grundherrschaftlichen Berechtigungen und insbesondere in den von den deutschen Königen und römisch-deutschen Kaiser den Angehörigen des Reichsadels vergebenen Ämtern und mit den von diesen angemäßen eigenen Herrschaftsbefugnissen.⁴⁴

aaa) Die Grundherrschaften

Auf den von den Allodialgütern der wohlhabenden Familien, Gutsbesitzer und geistlichen Würdenträger⁴⁵ hatten diese Herrschaft über Menschen auf einem bestimmten Grund und Boden. Dem Grundherrn stand ein Obereigentum und den Grundholden ein Nutzungseigentum an dem Leihegut zu. Auch bestand die mit der Gewere verbundene Zwangsgewalt als land- oder grundherrliches Recht.⁴⁶ Neben den sachlichen Leistungen, insbesondere den Verpflichtungen zur Zahlung von Grundzins, Laudemien,⁴⁷ Besthaupt⁴⁸ und den der Grundholden persönlichen Leistungen, Frondienst – soweit nicht in Geldabgabe umgewandelt –, militärische Folgepflicht, beinhaltete sie auch polizeiliche Befugnisse des Grundherrn und die niedere Gerichtsbarkeit, die Einweisungen und Abstiftungen von

⁴⁴ In den dualistischen Anfängen der Landeshoheit zeigt sich bereits die Eigenart des mittelalterlichen Staates, in welcher die Staatlichkeit selber geteilt war und nicht nur ihre Ausübung (*T. Mayer, Die Ausbildung der Grundlagen des modernen deutschen Staates im hohen Mittelalter, in: Herrschaft und Staat im Mittelalter, S. 293-294*).

⁴⁵ *D. G. Struben, Vom Ursprung der Landeshoheit, §. XXII. „... Der hohe Adel besasse in den aeltesten Zeiten ansehnliche Striche Landes eigenthuemlich, und deren Einwohner waren ihm unterworfen. Es ist leicht zu ermessen, daß den Heerfuhrern, und denen, die den groesten Theil am Regiment hatten, bey Eroberung fremder Laender von selbigen ein mehreres als andern zugebilliget worden. Diese Antheile sind demnaechst durch Heyrathen und Sterbfaelle, auch wohl durch innerliche Kriege, und den Fleiß der Eigenthuemmer, welche die Waelder ausrodten, und zu geschlachtetem Lande machen lassen, sehr verbessert. ...“ (ders., Neben=Stunden, IV. Theil, 22. Abhandlung, S. 26).*

⁴⁶ Bei den Anfängen der Landeshoheit handelt es sich um die ältere Grundherrschaft des 9. und 10. Jahrhunderts, der Verbindung des adeligen Grundeigentums mit den Zwangsgewalten. Die jüngere Grundherrschaft bei ihrer zeitlichen Zugehörigkeit zum 12. Jahrhunderts, mit den zu dieser Zeit von den deutschen Königen und römisch-deutschen Kaiser dem Reichsadel vergebenen Ämtern, damit gegebenen neuen Herrschaftsstrukturen (unten, S. 361-363), stand in der damit eingetretenen Unterscheidung von Grundeigentum und Hoheitsgewalt (*T. Mayer, Die Ausbildung der Grundlagen des modernen deutschen Staates im hohen Mittelalter, in: Herrschaft und Staat im Mittelalter, S. 294-295*).

⁴⁷ Gebühren bei Besitzwechsel.

⁴⁸ Beim Tode fällig.

Grundholden.⁴⁹ Die Grundherrschaft war keine einseitige Herrschaft des Grundherrn, sondern eine rechtlich zweiseitige Beziehung.⁵⁰

Bei der nicht stets gegebenen Beaufsichtigung der Grundherrschaften durch die höheren Gewalten hatten nach den tatsächlichen Verhältnissen ihre eigenstummäßigen Besitzer auch über die land- und grundherrlichen Rechte hinausgehende Befugnisse ausgeübt.⁵¹

Obgleich die Grundherrschaft nicht der hauptsächliche Ursprung für die Landesherrschaft war,⁵² lag ihre Bedeutung insbesondere darin, dass sie die Mittel zur Erlangung der landesherrschaftlichen Rechte gab.⁵³

⁴⁹ Den Rechten zur Beziehung von Natural- und Geldleistungen aus dem eigentumsmäßigen Besitz und der dort ansässigen Bewohnern (*Zoepfl*, Alterthümer des Deutschen Reichs und Rechts, II. Band, I., I., §. 2., S. 8). Zu den den geistlichen Würdenträgern auf ihren Allodialgütern zugestandenen land- oder grundherrlichen Rechten, S. 8-10.

⁵⁰ *Schwsp.*, Ldr. § 308 „... wir svln den herren dar vmbe dienen. daz si vns beschirmen. vnde beschirment si vns nvt. so sin wir in nvt dienestes schuldig nach rehte. ...“ (*Der Schwabenspiegel*, Das Landrechtsbuch, S. 133, insg., S. 131-134).

⁵¹ *Pütter*, Beytraege zum Teutschen Staats=und Fuersten=Rechte, I. Theil, VI., §. 6., S. 111 „Nur das kann man vielleicht als den ersten Grundstoff zur nachherigen Landeshoheit ansehen, daß eines Theils von je her ansehnliche Familien in Teutschland gewesen, die ganze Striche Landes als grosse Gueter beynahe mit unumschraenker Freyheit besassen, ohne daß eine hoehere Gewalt sich leicht darum bekueemmerte, was solche Gueterbesitzer mit dem Jhrigen vorzunehmen moechten; und daß andern Theils auch Herzoge und Grafen als bestellte Befehlshaber an statt ihrer Besoldung mit ansehnlichen Guetern belehnet, imgleichen Bischoefe und Praelaten fuer ihre Stifter und Kloester immer reichlicher mit Guetern begabt wurden, mit deren Benutzung sie ebenfalls frey schalten und walten konnten, ohne daß ihnen darinn eine hoehere Gewalt leicht Ziel und Maaß setzte.“, insg., §. 6.-§. 8., §. 10.-§. 11., S. 111-114.

⁵² Der Grundherrschaft kam nur eine untergeordnete Bedeutung bei der Entstehung von der Landesherrschaft zu (*Waas*, Herrschaft und Staat im deutschen Frühmittelalter, 1. Kap., S. 11).

⁵³ *Knapp*, Zur Geschichte der Landeshoheit, Die Grundlage, in: *WVjLG*, 38. Jahrg., S. 17-21, insb. „... Im allgemeinen ist die Grundherrschaft zwar eine willkommne, ja unentbehrliche Stütze der werdenden Landesherrschaft – wohin hätten sonst die Mittel kommen sollen, die nötig waren, um eine landesherrliche Stellung zu erlangen und zu behaupten? ... Daß allgemein oder auch nur in der Regel aus der Grundherrschaft die Landesherrschaft hervorgegangen sei, trifft nicht zu³¹)...“ (S. 21), „... die Grundherrschaft der Ausgangspunkt der landesherrlichen Gewalt ist; aber sie ist nicht die Wurzel, nur der Nährboden; wenn ihr Inhaber zur Landesherrschaft aufsteigen soll, so muß er zu seinen grundherrlichen Befugnissen hinzu solche des öffentlichen Rechts, Grafenrechte erworben haben¹⁰⁴), ...“ (S. 38) und *U. Eisenhardt*, Die Bedeutung der kaiserlichen privilegia de non appellando für die Entstehung der deutschen Territorialstaaten, 1. „... Früher betrachtete man den fürstlichen Grundbesitz als das wesentliche Element der Landeshoheit. Wenn auch der Grundbesitz einen starken Rückhalt zu geben vermochte, so war er doch so lange nicht von ausschlaggebender Bedeutung, wie er nicht mit Herrschaftsrechten verbunden war. Staatsbildend konnten Grundbesitz und Grunderwerb erst werden, als Herrschaftsrechte daran geküpft wurden²¹. ...“ (*Die kaiserlichen privilegia de non appellando*, Teil I, S. 6).

bbb) Das Grafenamt und die Herzogsgewalten

Von den vormalig unumschränkten deutschen Königen und römisch-deutschen Kaisern waren zur Regierung des Reiches⁵⁴ den Angehörigen des Reichsadels die Grafenämter⁵⁵ vergeben worden.⁵⁶ Hingegen beruhten die am Ende des 9. und zu Beginn des 10. Jahrhunderts sich neu bildenden 5 jüngeren Stammesherzogtümer⁵⁷ Sachsen,⁵⁸ Baiern,⁵⁹ Schwaben,⁶⁰ Franken⁶¹ und Lothringen⁶² trotz Vergaben und Einsetzungen durch die deutschen Könige⁶³ mehr auf ihrer stammesmäßigen Verbundenheit.⁶⁴

⁵⁴ Das germanisch-deutsche Rechtsdenken mit der Ausübung von Herrschaftsgewalt war gekennzeichnet durch die Dualität von Volksrecht und Bann. Das stammesmäßig gewohnheitsrechtliche Volksrecht stand im Gegensatz zum obrigkeitlichen Bann. Dies entsprach dem römisch-rechtlichen Begriffspaar von *ius civile* und *ius honorarium*, welcher Bann die Parallele zum römischen *Imperium* war. Während das Volksrecht personenorientiert, personengebunden und stammespartikulär war, war der Bann Territorialrecht und Reichsrecht. Das Volksrecht ging von der Selbstmündigkeit aus, wogegen der Bann die Entwicklung zu einer bevormundenden und polizeilichen, staatlichen Gewalt innehatte (*Sohm*, Die fränkische Reichs- und Gerichtsverfassung, 2. Abschnitt, §. 6., S. 102-104, 133-137, 143-146). Die königlichen Herrschaftsmittel waren geteilt in die Gruppe der volkrechtlichen und der herrschaftsrechtlichen. Die volkrechtlichen trafen alle Reichsangehörige in gleichem Maße ohne Zugehörigkeit zu einem engeren oder weiteren Kreis. Dies war die allgemeine königliche Schutzpflicht und das anfängliche allgemeine Heeresaufgebot. Die herrschaftsrechtlichen entstanden hingegen aus besonderen Beziehungen, vor allem Abhängigkeiten. Während das Volksrecht nur dem König zustand, konnten die Herrschaftsrechte auch anderen, insbesondere dem Adel zustehen. Während der volkrechtliche Teil der königlichen Schutzrechte im Frühmittelalter seine Kraft verlor, nahmen die herrschaftsrechtlichen, die Königsmunt zu, hierbei die herrschaftsrechtlichen, des Königs gegenüber jenen des Adels eine hervorgehobene Bedeutung behielten, da der König auch noch das Volksrecht besaß (*Waas*, Herrschaft und Staat im deutschen Frühmittelalter, 5. Kap., § 1., S. 285-286, § 2., S. 305-306).

⁵⁵ Im Karolingerreich waren die Grafen den *missi dominici* – Gewaltboten des Königs – , welche den allgemeinen Auftrag besaßen, das Recht zu wahren, untergeordnet, welche *missi* die Grafen ein- und absetzen konnten und ihre Funktionen, insbesondere Richter des Volkserichts übernehmen konnten. Gegensätzlich zu den Grafen richteten sie bei Königsbann (*Sohm*, Die fränkische Reichs- und Gerichtsverfassung, 2. Abschnitt, §. 19., S. 479-508 und *Rosenstock*, Herzogsgewalt und Friedensschutz, 1. Teil, 1. Kap., S. 3-5, Die Einrichtung der *missi* ist in Deutschland nie durchgedrungen²⁴), jedenfalls sehr rasch verfallen, ...“ (*T. Mayer*, Geschichtliche Grundlagen der deutschen Verfassung, S. 8 mit Anm., S. 25).

⁵⁶ Die Bezirke der Grafschaften entsprachen nicht mehr den alten gebietlich zusammenhängenden Gaugrafschaften, sondern waren einzelne Herrschaften mit der Grafengewalt (*Schulze*, Das Recht der Erstgeburt, Spezieller Theil, 2. Cap., 1. Unterabtheilung, §. 21., S. 72-74).

⁵⁷ Nachdem die 4 älteren Stammesherzogtümer, entstanden im 7. Jahrhundert: Franken, Baiern, Sachsen, Schwaben, welche Herzöge königliche Amtspersonen waren, von den karolingischen Kaisern, vor allem Karl dem Großen beseitigt worden waren (*Schulze*, Das Recht der Erstgeburt, Spezieller Theil, 2. Cap., 1. Unterabtheilung, §. 22., S. 75-76), hatten sich um die Wende vom 9. zum 10. Jahrhundert die 5 jüngeren Stammesherzogtümer gebildet.

⁵⁸ Otto der Erlauchte, Vater König Heinrichs I. (seit 919) erlangte die herzogliche Stellung (*Jordan*, Herzogtum und Stamm in Sachsen während des hohen Mittelalters, in: *NJb*, XXX. Band, Aufsätze, S. 4-6).

⁵⁹ Unter Arnulf von Kärnten die ersten Ansätze, nach seiner Thronbesteigung zum König der Ostfranken im Jahr 887 ging die Herzogswürde auf Luitpold, Graf (um Regensburg) und nach dessen Tod im Jahre 907 auf seinen Sohn Arnulf über (*K. Bosl*, Das bayerische Stammesherzogtum, in: *Zur Geschichte der Bayern*, S. 4-7; *ders.*, Das „jüngere“ bayerische Stammesherzogtum der Luitpoldinger, I., II., III.-VII., in: *ebd.*, S. 331-334, 336-337, 338-356).

⁶⁰ Burchard Markgraf von Rätien seit dem Jahre 916 Herzog von Alemannien (*H. W. Klewitz*, Das alemannische Herzogtum bis zur staufischen Epoche, I., in: *ders.*, Ausgewählte Aufsätze, S. 231-234).

⁶¹ Unter Eberhard Graf in Hessen, Bruder König Konrads I. gab es nach dessen Tod im Jahre 918 erste Ansätze zur Entwicklung eines Stammesherzogtums, welche Entwicklung durch seinen Sturz im Jahre 939

Während das Grafenamt insbesondere die hohe Gerichtsbarkeit beinhaltete,⁶⁵ wobei die ottonische Grafschaft nicht mehr im königlichen Volksrecht wurzelte, sondern die Eigenheit einer Banngrafschaft hatte,⁶⁶ war die Herzogsgewalt neben der Heerführerschaft⁶⁷ auf die

unterbrochen wurde und blieb Franken seither eine Provinz unter der Verwaltung des Königs, welche sich als Herzöge von Franken betrachteten (*Karnbaum*, Die Aufhebung des Herzogtums Franken, in: *NA*, XXXVII. Band, XVI., S. 786-790 und *NDB*, IV. Band, Eberhard, Herzog von Franken, ..., S. 227-228).

⁶² Lothringen (West-Franken): seit dem Jahre 931 Giselbert als Herzog von König Heinrich I. titulierte und ernannt (*Mohr*, Geschichte des Herzogtums Lothringen, I. Teil, Das erste lothringische Herzogtum, ..., S. 12-29).

⁶³ *T. Mayer*, Geschichtliche Grundlagen der deutschen Verfassung, S. 10 „... Kraftvolle Herrscher haben die Verwaltung immer so bestellt, wie sie es für notwendig erachteten. Ob die Verleihung dann in Form von Lehen vor sich ging, war von geringer Bedeutung, der Amtscharakter konnte trotzdem bestehen bleiben. Ein Beispiel dafür sind wohl auch die deutschen Herzogtümer, die seit Konrad I. und Heinrich I. als etwas Ursprüngliches, nicht vom König Hergeleitetes galten, was seinen Ausdruck in der Bezeichnung Stammesherzogtum findet. Diese wurde durch das Lehensband mit der Zentralgewalt verbunden, es wurde aber auch durch das Lehen eine Gewalt abgeleitet. Nicht selten wurden im 10.-12. Jahrh. Herzoge usw. abgesetzt, was auf den Amtscharakter ebenso hinweist, wie die Tatsache, daß die Könige bei ihrem Regierungsantritt ihre Herzogtümer abgaben. ...“ und *K. Bosl*, Das „jüngere“ bayerische Stammesherzogtum der Luitpoldinger, I. „... Das jüngere Herzogtum beruht auch auf dem Besitz von Ämtern, die der König verlieh; ...“ (*Zur Geschichte der Bayern*, S. 332).

⁶⁴ *Stengel*, Land- und lehnrechtliche Grundlagen des Reichsfürstenstandes, II. „... Das Stammesherzogtum war von Haus aus Repräsentant eines rein personalen Verbandes, das Haupt des Stammes, auf den es sich bezog. Aber längst hatte sich mit dem Begriff des Stammes die Vorstellung des geschlossenen und begrenzten Raumes verbunden, der Landschaft, in der der Stamm der Wanderzeit zu fester Siedlung gelangt war. So hatte man sich in der nachfränkischen Zeit auch mehr und mehr daran gewöhnt, unter den Herzogtümern des Reiches die Stammesgebiete selbst mit zu verstehen, in denen die Herzoge geboten. ...“ (*ZRG*, GA, LXVI. Band, VII. (vielmehr VIII.), S. 312-313), III. „... Und was die deutschen Stammesherzogtümer betrifft, so erhält sich in ihnen sogar die Tradition, daß sie nicht so sehr im Reiche als im Stamme wurzeln¹⁴⁶). Der Herzog, mag er auch im Namen des Königs amtieren und Führer des Reichsheeres sein, fühlt sich daneben doch immer als Gewalthaber eigenen Rechts. ...“ (S. 332), insg., S. 332-333; *Tellenbach*, Königtum und Stämme, 4. Kap., S. 97; *Schulze*, Das Recht der Erstgeburt, Spezieller Theil, 2. Cap., 1. Unterabtheilung, §. 22., S. 77; *K. Bosl*, Das „jüngere“ bayerische Stammesherzogtum der Luitpoldinger, I., in: *Zur Geschichte der Bayern*, S. 332 und *Läwen*, Stammesherzog und Stammesherzogtum, 4. Kap., S. 61-62.

⁶⁵ Während die gräfliche Gewalt der karolingischen Gaugrafschaft eine umfassende Militär-, Finanz- und Gerichtshoheit gewesen war, konzentrierte sie sich danach auf die hohe Gerichtsbarkeit, als die Jurisdiktion von der schweren Blutwunde an. Die Blutgerichtsbarkeit war Teil von ihr, mit ihrem Exekutionsrecht der peinlichen Urteile. *Waas*, Herrschaft und Staat im deutschen Frühmittelalter, 3. Kap., S. 155 „... Die Vereinigung von Militär- und Zivildgewalt blieb auch ein Charakteristikum der Grafschaft das ganze Mittelalter hindurch, mit der Modifikation, daß mit dem Verblässen des alten Heerbannes immer mehr nur die richterliche Gewalt im Hochgericht und die Polizeigewalt den Grafen charakterisierte. ...“ und *Gasser*, Entstehung und Ausbildung der Landeshoheit im Gebiete der Schweizerischen Eidgenossenschaft, 1. Teil, 2. Kap., S. 23-24, 29-33. Der in fränkischer Zeit gehabte gräfliche Heerbann, welcher die gemeinfreien Grafschaftsleute erfasste, war Königsbann gewesen, er zerfiel jedoch (für den Breisgau *Fehr*, Die Entstehung der Landeshoheit im Breisgau, 1. Periode (bis 1218), § 6., a., S. 47-50). Die königlichen Grafschaften gab es insbesondere dort, wo in größerem Maße noch Reichsguts als Restbestand des karolingischen Königsgutes vorhanden war, wie in Franken und in Schwaben und in Sachsen, wo sich die Herzogsgewalt der Billunger nicht im ganzen Stammesherzogtum hatte durchsetzen können (*Mitteis*, Der Staat des hohen Mittelalters, 2. Teil, 2. Abschnitt (Die Zeit vor dem Investiturstreit), Kap. 14, I., 5., S. 158).

Die primäre und besondere Bedeutung der Gerichtsbarkeit für die Entstehung der Landeshoheit ist die Folge der Beschränktheit der mittelalterlichen Staatsidee und der Unvollkommenheit des mittelalterlichen Staates.

⁶⁶ Während die karolingische Grafschaft eine Amtsgrafschaft war, beruhend in der im allgemeinen Volksrecht wurzelnden Aufgabe des Königs zur Aufrechterhaltung des Friedens, hatten sie seit den Ottonen die Eigenart von königlichen Bannbezirken (*Waas*, Herrschaft und Staat im deutschen Frühmittelalter, 2. Kap., § 3., S. 151-152, 3. Kap., S. 166-176).

Gerichtshoheit⁶⁸ und die Wahrung des Landfriedens⁶⁹ ausgerichtet.⁷⁰ Da das Reichsgebiet die Herzogtümer nicht erfasste, war von Anfang an eine große Anzahl von direkt dem König

Zu ihrer geübten Bedeutung für die Entstehung der Landeshoheit, *Waas*, Herrschaft und Staat im deutschen Frühmittelalter, 3. Kap., S. 224-225 „... Auch auf die Frage der Entstehung der Landeshoheit fällt durch unsere Ergebnisse neues Licht. Denn die so oft wiederholte Antwort, daß die ‚Grafschaft‘ eine der wichtigsten Wurzeln der Landeshoheit darstelle, bleibt oft zu Recht bestehen.¹⁶⁰ Auch die Gerichtsherrschaften, auf denen sich im späteren Mittelalter oft die entstehende Landeshoheit aufbaut, sind im ganzen als Teile oder Reste alter Banngraftschäften, Immunitäten oder Bannbezirke zu fassen, und so in die Linie, die von der frühmittelalterlichen Banngraftschafft zur Landeshoheit führt, einzubeziehen. Aber der von uns gewonnene Begriff der Graftschafft schließt das volkrechtliche Graftenamnt aus dem Prozeß der Entstehung der Landeshoheit aus. Denn zwischen das karolingische Graftenamnt und die spätmittelalterliche Landeshoheit schiebt sich die Ottonische Banngraftschafft mit den aus ihr erwachsenen Gebilden und die ihr gleichartige Kirchenvogtei ein. Aus ihnen erwächst die Landeshoheit und damit aus dem Muntrecht und insbesondere aus den dem König entgleitenden Königsmuntrechten über weltliches und geistliches Gut. ...“.

⁶⁷ Der Herzog als Heerführer: Führung des Stammesaufgebotes im Reichskrieg, persönliche Verwendung bei militärischen Sonderaktionen, Schutz des Stammesgebietes gegen die andringenden Nachbarn und die inneren Feldzüge, Fehden mit anderen Herzögen und Grafen waren seine ursprüngliche und Hauptfunktion. *Läwen*, Stammesherzog und Stammesherzogtum, 2. Kap., a), S. 28-36; *Schulze*, Das Recht der Erstgeburt, Spezieller Theil, 2. Cap., 1. Unterabtheilung, §. 22., S. 77 „... Als Kernpunkt der herzoglichen Gewalt ist der Heerbann zu betrachten, welcher dem Herzoge einen grossen Einfluss auf alle in seinem Fürstenamte gesessenen Reichsbeamte, auf alle zum Reichsdienste verpflichtete Herren und Freie gab. Der Herzog hatte das Recht, alle die zu seinem Sprengel gehörigen Reichsdienstleute aufzubieten. ...“ und *Fehr*, Die Entstehung der Landeshoheit im Breisgau, 1. Periode (bis 1218), § 1., a., S. 2 „... Die Militärbefugniss bilden den eigentlichen Kern des Herzogsamtes. Der Herzog war der oberste Heerführer seiner Provinz und seinem Aufgebot hatte der Graf Folge zu leisten. ...“, insg., S. 2-3.

⁶⁸ Die herzogliche Gerichtsgewalt ging über die gräfliche hinaus. *Hirsch*, Die hohe Gerichtsbarkeit, 2. Teil, 7. Kap., S. 208 „... Aber das, was Markgraf und Herzog als Gerichtsherrschaft gefordert haben, ist wesentlich mehr als die bloße Summierung der Grafenrechte. Das Recht, den Hochrichter einzusetzen, so daß niemand ohne Genehmigung des Herzogs eine Blutgerichtsbarkeit ausüben durfte, und die Durchführung des mittelalterlichen Standrechtes, die Verfolgung der landschädlichen Leute, gehen über den Umfang der gräflichen Gerichtsrechte wesentlich hinaus. ...“, insg., S. 204-211.

Neben der ursprünglichen herzoglichen Gerichtsgewalt: Banngewalt, Verleihung an die Grafen – nur im Herzogtum Baiern nachweisbar –, Gericht über Eigen, Gericht über Fürsten, Landfriedensgericht (*Läwen*, Stammesherzog und Stammesherzogtum, 2. Kap., b), S. 37-51), sprach der Herzog auch als Inhaber von Graftschäften Recht (S. 36-37).

⁶⁹ *Hirsch*, Die hohe Gerichtsbarkeit, 2. Teil, 7. Kap., S. 206 „... Die Wahrung des Landfriedens gehörte schon vor dem Investiturstreit zu den wichtigsten Aufgaben eines Herzogs.⁷ ...“, insg., S. 206-207 und *Fehr*, Die Entstehung der Landeshoheit im Breisgau, 1. Periode (bis 1218), § 1., a., S. 3 „... Der Schwerpunkt in der richterlichen Stellung des Herzogs lag in seiner Eigenschaft als oberster Hüter des Landfriedens. Die territoriale Grundlage des Landfriedens bildete nicht die Graftschafft, sondern das Herzogtum²; die Grafen waren dem Herzog zur Aufrechterhaltung des Landfriedens in ihrer Graftschafft verantwortlich. ...“ Auch der frühmittelalterliche Staat war trotz seiner Bezeichnung als Personenverbandsstaat eine bodenbezogene Herrschaft. *Jordan*, Herzogtum und Stamm in Sachsen während des hohen Mittelalters „... Es ist im letzten Menschenalter üblich geworden, vom Unterschied zwischen ‚Personenverbandsstaat‘ und dem ‚Flächenstaat‘ in der mittelalterlichen Verfassungsentwicklung zu sprechen. Der Staat des Frühmittelalters ist ein Personenverbandsstaat, d. h.: die Herrschaft erstreckt sich in ihm in erster Linie auf Personen und Verbände, nicht so sehr auf bestimmte Gebiete. Dem stellt man den spätmittelalterlichen und modernen Flächenstaat gegenüber, der vornehmlich auf der Herrschaft über ein geschlossenes Gebiet beruht. Dieser Unterschied ist zweifellos gegeben, nur darf man ihn nicht übersteigern. Auch im Frühmittelalter ist jede Herrschaft auf den Boden bezogen. ...“ (*NJb*, XXX. Band, Aufsätze, S. 2-3).

⁷⁰ Weitere Funktionen: eigene Außenpolitik mit Kriegen und Bündnissen (*Sickel*, Das Wesen des Volksherzogthums, in: *HZ*, XVI. Band, Aufsätze, VII., S. 451-453; *Weller*, Geschichte des schwäbischen Stammes bis zum Untergang der Staufer, IX., S. 157 und *Tellenbach*, Königtum und Stämme, 4. Kap., S. 92), eigenes Münzrecht (*Menadier*, Das Münzrecht der deutschen Stammesherzoge, in: *ZfNum*, XXVII. Band, S. 158-167), in Sachsen: Herzog Bruno, König Heinrichs I. Oheim (S. 159), in Lothringen: Herzog Giselerbert,

zugeordneten Grafen vorhanden, welche auch stets versuchten, sich aus dem herzoglichen Stammesverband zu lösen.⁷¹ Auch bei Vorhandensein eines Herzogs erhielten sie ihren Gerichtsban unmittelbar vom König.⁷²

Neben den vom König vergebenen Grafenämtern hatte der Hochadel kraft seines eigenen Adelsverständnisses⁷³ auch die gräflichen Gewalten ausgeübt,⁷⁴ gleiches gilt auch für die

Schwiegersohn von König Heinrich I. (S. 160), in Schwaben: Herzog Hermann von Schwaben (S. 162), wobei es kein königliches Münzregal an die Herzöge gab (S. 163), Einberufung der Hof- und Landtage (*Sickel*, Das Wesen ..., in: *ebd.*, S. 458-459; *Läwen*, Stammesherzog und Stammesherzogtum, 4. Kap., b), S. 66-75 und *Fehr*, Die Entstehung der Landeshoheit im Breisgau, 1. Periode (bis 1218), § 1., a., S. 3-4), Kirchenhoheit mit Besetzung der Bistümer und Abteien und Anteil an den kirchlichen Einkünften, zeitweise in Sachsen unter Herzog Heinrich (912-919), hingegen nicht in Baiern (*Tellenbach*, Königtum und Stämme, 4. Kap., S. 93), in Einzelfällen auch gesetzgebende Gewalt (*Sickel*, Das Wesen ..., in: *ebd.*, S. 449-450).

⁷¹ Dies führte insbesondere zu dem Vorgang um Heinrich dem Löwen. *Schulze*, Das Recht der Erstgeburt, Specieller Theil, 2. Cap., 1. Unterabtheilung, §. 22., S. 78 „... Die Herzogthümer umfassten nicht ganz Deutschland und es gab daher Grafen, welche unter keinem Fürstenamte gessen, sondern dem Reiche u n m i t t e l b a r untergeben waren. Die Zahl der letzteren nahm besonders mehr überhand, als sich die Politik der Kaiser von neuem gegen die Herzogthümer wandte und sie entweder auflöste oder wenigstens beschränkte. Die dem Herzogthume unterworfenen Grafen arbeiteten dem Bestreben der Kaiser dabei rüstig in die Hände und die Herzogthümer verschwinden in ihrer f r ü h e r e n Bedeutung mehr und mehr. Die Geschichte Heinrich's des Löwen und seines Untergangs giebt uns ein deutliches Bild von dem Hergange der Sache. Nach seinem Sturze erscheinen sämmtliche sächsische Bischöfe und ein grosser Theil der weltlichen Herren auf einmal als F ü r s t e n, welche unmittelbar unter dem Reiche stehen³). Das Herzogthum, welches nach Heinrich's Sturze in Sachsen Bernhard von Anhalt, in Baiern Otto von Wittelsbach erhielt, steht dem früheren Herzogthume weder an Umfang, noch an Macht gleich⁴). ...“.

⁷² *Schulze*, Das Recht der Erstgeburt, Specieller Theil, 2. Cap., 1. Unterabtheilung, §. 22., S. 77-78 „... Die Grafschaften standen regelmässig unter solchen Herzogthümern und mussten der Hauptfahne des Herzogs mit ihren Dienstmännern folgen. Trotz dieser Unterordnung unter ein Fürstenamt erhielten die Grafen den B a n n u n m i t t e l b a r vom Reiche, weil der Kaiser als die einzige Quelle aller Gerichtsbarkeit galt. Da die Gerichtsbarkeit, *jurisdictio* im Sinne des Mittelalters, als das wesentlichste Hoheitsrecht angesehen wurde, so erschienen die Grafen als die eigentlichen L a n d e s h e r r e n, domini terrae. Die Herzöge hatten immer in einzelnen Theilen ihres Herzogthums Grafschaften, wo sie selbst die Landesherrlichkeit ausübten¹); in den übrigen Grafschaften stand diese jedoch den unter ihrem Heerbann gessenen Grafen zu und das Herzogthum erschien in Bezug auf letzteres vorzugsweise als ein M i l i t ä r b e z i r k. Im Sinne des früheren Mittelalters hiessen sowohl Grafen als Herzöge F ü r s t e n, weil beide den Bann in der z w e i t e n H a n d, d. h. unmittelbar vom Kaiser erhielten²). ...“.

⁷³ *T. Mayer*, Geschichtliche Grundlagen der deutschen Verfassung, S. 19 „... Es wäre aber falsch, die Ausbildung der Landeshoheit ausschließlich auf Usurpation von königlichen Rechten zurückzuführen. Die Landesfürsten haben vielmehr den modernen Staat durch Übernahme von staatlichen Aufgaben und Ausbau eigener Rechte, endlich auch durch Einordnung der Dynasten unter ihre Landesherrschaft gebaut. ...“ und *Mitteis*, Der Staat des hohen Mittelalters, 4. Teil, Kap. 28, IV, 2., S. 359-360 „... A b e r e s w ä r e v e r f e h l t z u g l a u b e n, d a ß d i e g a n z e L a n d e s h o h e i t a u s s o l c h e n u s u r p i e r t e n R e i c h s r e c h t e n e n t s t a n d e n w ä r e. Die Fürsten haben nicht etwa nur die Reichsgewalt ausgeplündert und ausgeraubt; viele Positionen haben sich die Fürsten aus eigener Kraft erkämpft, dadurch, daß sie weit mehr leisteten, als wozu sie als Reichsbeamte verpflichtet gewesen wären. Sie haben nicht nur dem Reiche etwas genommen, was es besaß, sondern auch vieles aus eigener Kraft erworben, was das Reich nie besessen hatte. Diese ihre eigene Leistung zeigt sich z. B. auf dem Gebiete der Justiz, beim Aufbau einer durchgreifend organisierten Gerichtsbarkeit, aber auch in der Einrichtung einer wirksamen Verwaltung nach Vorbild der Städte¹); ...“.

⁷⁴ *Waas*, Herrschaft und Staat im deutschen Frühmittelalter, 3. Kap., S. 160 „... Es ist dabei für die im späten Frankenreich allgemein zu beobachtende Spannung zwischen Amtsrecht und Herrenrecht sehr bezeichnend, daß, wie wir hören, wiederholt Versuche gemacht werden, eine eigene Herrschaft im Rahmen der königlichen Schutzhers(r)chaft aufzurichten, oder die Königsherrschaft durch eine eigene Herrschaft zu ersetzen; und zwar gehen diese Versuche sowohl von den königlichen Grafen wie von den Herren unter den Siedlern aus. Diese

Herzogsgewalten, für deren Entstehung neben den königlichen Gewaltzuweisungen insbesondere auch autochthone Zuwächse ursächlich wurden.⁷⁵

Versuche enthalten in nuce die ganze Verfassungsgeschichte des deutschen Mittelalters. Denn auch diese ist dadurch charakterisiert, daß an die Stelle königlicher Schutz- und Muntherrschaft die Herrschaft derer, die diese Muntherrschaft im Namen des Königs auszuüben haben, tritt oder doch zu treten sucht. Der Unterschied liegt nur darin, daß unter Karl eine starke Königshand beizeiten solchen Versuchen Einhalt gebieten konnte, die im frühmittelalterlichen Deutschland nicht immer zur Stelle war. ...“; *U. Eisenhardt*, Die Bedeutung der kaiserlichen privilegia de non appellando für die Entstehung der deutschen Territorialstaaten, 1. Neben dem Königtum gab es in Gestalt der Adelherrschaft stets schon Teilgewalten, die nicht von Königtum abgeleitet und teilweise älter als die königliche Gewalt waren¹². So behauptete der Adel neben dem König eine angestammte, nicht vom König abgeleitete Gerichtsbarkeit, die älter als die königliche war¹³. ...“ (*Die kaiserlichen privilegia de non appellando*, Teil I, S. 4); *Stengel*, Land- und lehnrechtliche Grundlagen des Reichsfürstenstandes, III. Herzogtum und Grafschaft sind im hohen Mittelalter gewiß weitgehend unter den Einfluß des Lehnswesens geraten. Ganz abhängig von ihm sind sie aber nicht geworden. Es gibt allodiale Grafschaften, die gar nicht im Lehnsverband stehen. ...“ (*ZRG, GA, LXVI. Band, VII. (vielmehr VIII.)*, S. 332) und *T. Mayer*, Die Ausbildung der Grundlagen des modernen deutschen Staates im hohen Mittelalter; in: *Herrschaft und Staat im Mittelalter*, S. 290.

⁷⁵ *Hirsch*, Die hohe Gerichtsbarkeit, 2. Teil, 7. Kap., S. 210 „... Man hat die Entstehung der neuen Herzogtümer im 12. Jahrh. und das Fortschreiten landesfürstlicher Gründungen im 13. Jahrh. mit Vorliebe vom Standpunkt der Zersetzung und des Verfalles der Reichsrechte dargestellt. Aber diese Auffassung hat nicht einmal vom politischen Standpunkte aus, ..., unbedingte Geltung.¹⁾ Abzulehnen ist sie jedenfalls vom verfassungsrechtlichen Gesichtspunkte aus. ... Die Herzogtümer des 12. und 13. Jahrh. sind nicht entstanden, weil sich von der königlichen Gewalt Teile absplitterten und diese selbst verfiel, sondern weil durch den Eintritt der breiten Masse in das Gebiet einer geordneten Rechtspflege dem Königtum Aufgaben erwachsen waren, die es im Rahmen der geltenden Reichsverfassung einfach nicht erfüllen konnte. ...“, insg., S. 210-211: Erhebung von Österreich zum Herzogtum nicht in erster Linie wegen Zersplitterung des bayerischen Stammesgebietes sondern wegen der Einfügung des südöstlichen Kolonisationsgebietes in den Gesamtbau des Reiches, Herzöge waren als die von jeher gewesenen Hüter des Friedens zur Rechts- und Friedenswahrung von selbst bestimmt; *Werle*, Titelherzogtum und Herzogsherrschaft, II. Das rheinische ‚Herzogtum‘ der Salier ist das erste Beispiel einer Frühform des Territorialstaates, bei der es jedoch nicht, wie bei vielen anderen autogenen Herrschaftsgebilden in Deutschland, an einer Bindung zur Reichsgewalt fehlte. Eine Einordnung in den Staatsaufbau des ottonischen Reiches ist für dieses ‚Herzogtum‘ schwer zu vollziehen. Unter die Amtsherzogtümer ist es nicht zu rechnen, da diese zum Teil vom König selbst geschaffen, zum Teil aus dem Stammesherzogtum umgestaltet wurden. War der allgemeine Vorgang, daß ein Hochadeliger, der über ein Herzogtum gesetzt wurde, damit zum Herzog wurde, so ergab sich bei dem Salier Otto, daß er die Würde, die er als Amtsherrzog erworben hatte, behielt, das Herzogtum aber verlor und nun seinen Hausbesitz durch die ihm immerhin vom König verliehene Herzogswürde als einen neuen Dukatus, den ‚Ducatus Wormatiensis‘ auswies¹⁴²⁾. Damit haben wir fast schon eine Entscheidung darüber getroffen, ob es sich bei dem salischen Dukatus um eine personengebundene ‚dignitas‘ oder um die neue Form des Dukatus handelt, den wir im 11. Jahrhundert vor allem in den Händen der Kirchenfürsten antreffen und der auf der Zusammenfassung einer meist geschlossenen Gruppe von Grafschaften fußte¹⁴³⁾. Auf der gleichen Grundlage bauten auch die Herzogtümer der Billunger und der lothringischen Herzöge auf¹⁴⁴⁾. Die Basis war also bei den Salier gegeben, nur fehlte die Beteiligung des Königs an der Errichtung ihres ‚Herzogtums‘, da eine Verbindung mit dem Königtum höchstens über die ‚dignitas‘ bestand. ...“ (*ZRG, GA, LXXIII. Band, IV.*, S. 258-259); *Schulze*, Das Recht der Erstgeburt, Spezieller Theil, 2. Cap., 1. Unterabtheilung, §. 22., S. 77 „... ‚Eine planmäßige Eintheilung des g a n z e n Reichs in Herzogthümer hat jedoch nie stattgefunden;‘ die Wiederherstellung der herzoglichen Würde ist aus der Macht der Thatsachen, nicht aus dem f r e i e n Entschlusse der Könige hervorgegangen. ...“ und *Knapp*, Zur Geschichte der Landeshoheit, Die Grundlage, in: *WVJLG*, 38. Jahrg., S. 36.

ccc) Die Immunitäten und die Bannbezirke

Inbesondere bei den kirchlichen⁷⁶ jedoch auch bei weltlichen Grundherrschaften⁷⁷ waren von den deutschen Königen und römisch-deutschen Kaisern im 10. und 11. Jahrhunderts Immunitätsprivilegien⁷⁸ vergeben worden.⁷⁹ Mit den Befreiungen von den gräflichen

⁷⁶ Den Bischöfen war vor den Klöstern die Immunität zuerkannt worden. *Knapp*, Zur Geschichte der Landeshoheit, Die Grundlage ,... Früher noch als irgend welchen Klöstern wurde den B i s c h ö f e n Immunität zuerkannt, Befreiung von weltlicher Gewalt, immer weiter greifend bis zu völliger Unabhängigkeit von jedem Träger öffentlicher Gewalt mit Ausnahme des Königs. Auch die Bistümer¹⁷³⁾ galten als Bestandteile des Reichsguts; ...“ (*WVjLG*, 38. Jahrg., S. 56, insg., S. 56-57). Die bereits dem karolingischen Haus- und Reichsgut zugehörigen Männer-Reichsklöster (*T. Mayer*, Fürsten und Staat, XIII., S. 229) hatten auch bereits unter den Karolingern eigene Immunitäten erhalten. *Scheyhing*, Eide, Amtsgewalt und Bannleihe, II. Hauptteil, 5. Kap., II., 4., S. 209, Fußn. ⁴⁴⁾ ,... Die Reichsklöster stammen ausnahmslos aus den karolingischen Haus- und Reichsgut und haben unter den Karolingern eigene ‚Immunität‘ erhalten. Spätere Gründungen sind mit wenigen Ausnahmen dieser Rechtsstellung in vollem Umfang nie teilhaftig geworden.“ Die Zusprachen von Immunitäten an Geistliche kam wegen ihres Zölibates mit seiner abgehenden Vererblichkeit besonders in Betracht. *Kloß*, Das Grafschaftsgerüst des Deutschen Reiches im Zeitalter der Herrscher aus sächsischem Hause, Einleitung, 1., S. 7 ,... Wenn die Kirche als besonders bevorzugter Immunitätsempfänger erscheint, so wird uns das nicht verwundern. Denn – abgesehen von der Sonderstellung, zu welcher die Sachwalterin des Heiligen ohnehin berufen erscheinen mußte – fiel bei ihr bis zu gewissem Grade¹⁴⁾ infolge des Zölibates die Gefahr der Erblichkeit fort, und außerdem war es dem Könige verhältnismäßig leicht, die Reichskirche zu staatlichen Leistungen persönlicher, wie auch wirtschaftlicher Art heranzuziehen¹⁵⁾. ...“.

⁷⁷ *Kloß*, Das Grafschaftsgerüst des Deutschen Reiches im Zeitalter der Herrscher aus sächsischem Hause, Einleitung, 1., S. 7 ,... Aber wir haben Veranlassung zu glauben, daß auch der Grundbesitz mancher weltlicher Herren der Immunität teilhaftig war¹⁶⁾. Ganz abgesehen von dem grundsätzlich immunen Königsgut¹⁷⁾ – auch wo es als Lehen ausgegeben war – sind Beispiele für das Bestehen ‚allodialer Hochgerichtsbarkeit‘ bereits aus der Zeit vor dem Investiturstreit vorhanden, die nicht über Nacht entstanden sein können¹⁸⁾. ...“.

⁷⁸ Von der allgemeinen königlich-kaiserlichen Immunität ist die engere Immunität, bei Abteien: ummauerte Klostergebiet, Klostergebäude, zugehörige Wirtschaftshöfe, teilweise das um das Kloster gelegene Salland, bei Bistümern: Domkirche mit Kirchhof, Bischofshof, Domherrenkurie zu unterscheiden, welche Muntaten auf dem Kanonischen Recht beruhten. Die hier Ansässigen sind von der weltliche Gerichtsbarkeit befreit und es herrscht das geistliche Gericht. Es bestand die Freiheit von der Gewalt des Grafen, welche einen nach dorthin geflüchteten Delinquenten nicht verfolgen, sondern nur seine Auslieferung von dem Abt und Bischof fordern konnten. Bereits das germanische Recht hatte einem eingefriedeten Ort einen höheren Rechtsfrieden gewährt, das kirchliche Asylrecht verstärkte die Muntat und verlieh ihr eine Garantie nach außen. Reichte die Macht des Bischofs/Abtes hierzu nicht aus, konnten sie die Zwangsgewalt des Vogtes anrufen. Bis zum 14. Jahrhundert, wegen des kanonischen Verbotes von der Blutgerichtsbarkeit mussten die Äbte die Auslieferung an den Vogt vornehmen (*Hirsch*, Die Klosterimmunität, 5. Kap., S. 152-213 und *Schröder-Künßberg*, Deutsche Rechtsgeschichte, 3. Periode, 2. Kap., §. 49., 4., S. 616).

⁷⁹ Insbesondere: König Konrad I.: Bestätigungen der Immunitäten von Bistum Eichstätt – 912, Kloster St. Gallen – 14. 3., 912, Kloster Fulda – 12. 4. 912, Kloster Corvey – 3. 2. 913, Kloster Hersfeld – 18. 2. 913, Kloster Murbach – 12. 3. 913, Bistum Utrecht – 9. 7. 914, Bischof Seben Brixen – 6. 7. 916, Bistum Würzburg – 4. 7. 918 (*MGH*, DD, Tomus I., Konrad I., N^o 4., p. 4-5, N^o 5., p. 5-6, N^o 6., p. 6-8, N^o 14., p. 14, N^o 15., p. 15, N^o 17., p. 16-17, N^o 24., p. 23-24, N^o 30., p. 27-28, N^o 34., p. 31-32), Verleihung von Immunitäten an die Nonnen von Meschede – 18. 2. 913, Kloster Lorsch – 22. 6. 913 (*MGH*, DD, Tomus I., Konrad I., N^o 16., p. 15-16, N^o 18., p. 17-18), König Heinrich I.: Bestätigungen der Immunitäten von Kloster Fulda – 3. 4. 920, Kloster Corvey – 22. 4. 922, Bistum Würzburg – 8. 4. 923, Kloster Hersfeld – 30. 3. 925, 1. 12. 930, Kloster St. Gallen – 4. 11. 926, Kloster Werden – 23. 2. 931, Bistum Utrecht – Anfang 931, Bistum Verden – 7. 1. 932, Bistum Paderborn – 9. 5. 935 (*MGH*, DD, Tomus I., Heinrich I., N^o 1., p. 39-40, N^o 3., p. 41-42, N^o 7., p. 45, N^o 9., p. 46-47, N^o 25., p. 60, N^o 12., p. 48-49, N^o 26., p. 61-62, N^o 27., p. 62-63, N^o 31., p. 66, N^o 37., p. 71-72), König Otto I.: Bestätigungen der Immunitäten von Kloster Fulda – 14. 10. 936, Kloster Corvey – 17. 10. 936, Kloster Hersfeld – 4. 11. 936, Kloster Werden – 30. 12., 936, Bistum Halberstadt – 4. 2. 937, Hamburger Kirche – 30. 6. 937, Nonnen von Meschede – 2. 7. 937, Kirche von Magdeburg – 21. 2. 937, Bistum Utrecht – 2. 1. 938, Bistum Osnabrück – 18. 5. 938, Nonnen von Herford – 2. 4. 940, Kloster St. Gallen – 17. 4. 940 (*MGH*, DD, Tomus I., Otto I., N^o 2., p. 90-91, N^o 3., p. 92, N^o 4., p. 92-93, N^o 5., p. 93-94, N^o 7., p. 95-96, N^o 11., p. 98-99, N^o 12., p. 99-100, N^o 14., p. 101-102, N^o 19., p. 106-107, N^o 20., p. 107-108, N^o 24., p. 111, N^o 25., p. 111-112). Seit dem

Amtsgewalten⁸⁰ und dem für den Immunitätsherrn für sein Immunitätsgebiet mitgebenen Erwerb gräflicher Befugnisse⁸¹ schieden die kirchlichen und weltlichen Grund-Immunitätsherrschaften aus den Grafschaften⁸² aus.⁸³ Während die ältere Immunität allein auf die niedere Gerichtsbarkeit ausgerichtet war,⁸⁴ erfassten die im 10. Jahrhundert vergebenen neueren Immunitäten die durch Geldzahlungen ablösbare hohe Gerichtsbarkeit⁸⁵ und im 11.

11. Jahrhundert gab es Immunitätsverleihungen nur selten und noch Bestätigungen von solchen (*T. Mayer*, Fürsten und Staat, III., S. 39-40).

⁸⁰ *Kloß*, Das Grafschaftsgerüst des Deutschen Reiches im Zeitalter der Herrscher aus sächsischem Hause, Einleitung, I., S. 6 „... Auf jeden Fall besaß das Königtum in der Möglichkeit, Immunitäten zu verleihen, eine Handhabe zur Gegenwirkung gegenüber unbequemer Grafenmacht: ...“.

⁸¹ Hierbei gab es die Unterscheidung zwischen aktiver und passiver Immunität, welche aktive Immunität zu einer selbstständigen Persönlichkeit führte, die sich in ihren Rechtsangelegenheiten und vor Gericht selber vertrat oder dies durch einen Vogt, den sie aus eigener Machtvollkommenheit eingesetzt hatte und welche Immunitätsherrschaft für alle in der Herrschaft vorkommenden Angelegenheiten autonom war. Dagegen, bei der abgeleiteten passiven Immunität war die Anstalt ein Teil einer fremden Immunität, welche von dem Inhaber jener Immunität, in welche sie eingeschlossen war, vertreten wurde. Dies bei der Aufnahme eines Klosters in die königliche Schutzherrschaft, womit der König den Vogt ernannte, der damit nicht Beauftragter des Abtes war. Der Abt besaß nicht die Hoheitsrechte, wurde nicht mit ihnen belehnt, diese waren vielmehr beim König, der häufig auch der Eigenkirchenherr war. Neben den Königsklöstern gab es diese passive Immunität bei den Dynasten- und Bischofsklöstern, deren Herren an die Stelle des Königs traten, wobei bei den Eigenklöstern geistlicher Korporationen ihre Immunität auch ausdrücklich bestätigt werden konnte (*T. Mayer*, Fürsten und Staat, III., S. 42 und *Hirsch*, Die Klosterimmunität, 1. Kap., S. 6).

Dem öffentlichen Beamten (Graf und Centenar) wurden mittelst der Verbote des introitus iudicum (kein Betreten des Gebietes zur Vornahme von Amtshandlungen), exactio (keine Erhebungen von fiskalischen Gefälle) districtio (keine Anwendung von öffentlicher Amtsgewalt gegen die Bewohner) alle amtlichen Hoheitsrechte über das Immunitätsgebiet abgesprochen. Damit ging die gaugräfliche Gewalt, gerichtlicher und finanzieller Art in vollem Umfang auf den Immunitätsherrn über (*Gasser*, Entstehung und Ausbildung der Landeshoheit im Gebiete der Schweizerischen Eidgenossenschaft, 1. Teil, 3. Kap., S. 61-68 und *E. Stengel*, Immunität, I., in: *ders.*, Abhandlungen und Untersuchungen zur mittelalterlichen Geschichte, S. 30-32). Die Immunität bewirkte zumeist auch das Ende des Eigenklostertums (*Hirsch*, Die Klosterimmunität, 1. Kap., S. 1-9 (9) für die alemanischen Eigenklöster St. Gallen, Rheinau, St. Blasien, Beromünster, Hirsau, Muri, Schaffhausen).

⁸² Bei der Erteilung der Immunitäten insbesondere im 9. und 10. Jahrhundert waren dies noch zumeist die alten Grafschaftsgaue der Karolingerzeit.

Während der größere Gau, pagus major als dem Grafschaftsgau der römischen civitas und diocese entsprach, bildete das Land jeder einzelnen Völkerschaft den Untergau, pagus minor. Im Laufe des 9. Jahrhunderts, insbesondere unter Karl II., dem Kahlen (840-877) setzte sich die Entwicklung des Untergaus zum Grafschaftsgau durch (*Sohm*, Die fränkische Reichs- und Gerichtsverfassung, 2. Abschnitt, §. 8., S. 201-205).

⁸³ *Mitteis*, Der Staat des hohen Mittelalters, 2. Teil, 2. Abschnitt (Die Zeit vor dem Investiturstreit), Kap. 14, I., 3., S. 157 „... Das gräfliche Territorium ist durchbrochen von zahlreichen geistlichen und weltlichen Immunitäten; es ist kein zusammenhängender Komplex, sondern aus weit verstreuten Splintern zusammengesetzt und schwer zu übersehen. ...“; *Dungern*, Adels Herrschaft im Mittelalter, I., S. 8-9 „... In der Regel läßt sich feststellen, daß dem Grafen im Immunitätsgebiet Rechte, die ihm durch die Verleihung der Immunität formell genommen wurden, tatsächlich geblieben sind. In anderen Fällen ist es umgekehrt dem Immunitätsherrn gelungen, die Grafen noch mehr einzuschränken, als dies in den königlichen Verleihungen bewilligt war. ...“ (Immunitätsurkunden sind die einzig ergiebigen Quellen zur Verfassungsgeschichte vom Ende des 9. bis zum Ende des 12. Jahrhunderts, sie geben jedoch den wirklichen Zustand auch nur unvollständig an, S. 8-9) und *Knapp*, Zur Geschichte der Landeshoheit, Die Grundlage, in: *WVjLG*, 38. Jahrg., S. 36.

⁸⁴ Bereits im Karolingerreich vergeben (*Hauck*, Die Entstehung der bischöflichen Fürstenmacht, S. 43-44).

⁸⁵ Daneben gab es Bestätigungen der alten Immunität. *Santifaller*, Zur Geschichte des ottonisch-salischen Reichskirchensystems, 1. Aufl., Anhang, II, 1., S. 48 „... Im 10. Jahrhundert besitzt, nach allem, was wir wissen, die Immunität vielfach bereits die Hochgerichtsbarkeit, aber meist nur soweit die Hochgerichtsfälle durch

Jahrhundert die Blutgerichtsbarkeit mit dem Blutbann.⁸⁶ Im Zeitalter der Ottonen⁸⁷ der Königsmunt gleichkommend,⁸⁸ wurde sie eine der gräflichen Gewalt ebenbürtige.⁸⁹ Eine

finanzielle Leistungen zu sühnen waren; die Blutgerichtsbarkeit war in der Regel noch dem Grafen vorbehalten. ...“; *Stengel*, Zur Geschichte der Kirchenvogtei und Immunität, „...“, daß die Immunität im 10. Jahrhundert rechtlich die Steigerung zu einer der gräflichen Kompetenz ebenbürtigen Gewalt erfahren hat. ...“ (*VjSWG*, X. Band, II., S. 121, insg., S. 120-121) und *Hauck*, Die Entstehung der bischöflichen Fürstenmacht, S. 44 „... Schon seit der zweiten Hälfte des neunten Jahrhunderts kam es nun vor, dass der Inhalt der Immunität dahin erweitert wurde, dass die Angehörigen des immunen Gebiets vor niemand Recht zu nehmen hätten, als vor dem Vogte. ... Die Angehörigen der Immunität wurden somit von jeder öffentlichen Gerichtsbarkeit eximirt. Diese Fassung der Immunität wurde unter Otto I herrschend. Er hat ebenso wie spätere Fürsten zahlreiche Immunitätsprivilegien nach den alten Formeln erneuert. Daneben finden sich jedoch nicht wenige andere, in denen die neue Vorstellung herrscht. ...“ Otto II. bestätigte der Hamburger Kirche am 27. 9. 973 Schutz und Immunität (*MGH*, DD, Tomus II., Pars prior, Otto III., N° 61., p. 70-71), die in der von seinem Vater Otto I. am 30. 6. 937 an die Hamburger gemachten Ausgangsbestätigung enthaltenen Worte „... quimdiu eos ... permaneat. ...“ (*MGH* ebd., Tomus I., N° 11., p. 98-99 (98 Z 42-99 Z 1)) wurden weggelassen (*MGH* ebd., Tomus II. ebd.): trat der bischöfliche Beamte völlig an die Stelle des königlichen. Inhaltsähnlich die von Otto I. im Jahr 945 der Kirche Salzburg gemachte Erneuerung ihrer Immunität (*MGH* ebd., Tomus I., N° 68., p. 148 (Z 28-32)), wofür die Urkunde Ludwigs II (der deutsche) vom 24. 2. 837 als Vorlage diente (*MGH* ebd., Germaniae ex stirpe Karolinorum, Tomus I., N° 22., p. 26-28).

⁸⁶ *Santifaller*, Zur Geschichte des ottonisch-salischen Reichskirchensystems, 1. Aufl., Anhang, II, 1., S. 48 „... Die volle Hochgerichtsbarkeit, also einschließlich des Blutbannes, erlangte die Immunität im wesentlichen erst seit dem Beginn des 11. Jahrhunderts.“ und *Mitteis*, Der Staat des hohen Mittelalters, 2. Teil, 1. Abschnitt (Die Zeit der sächsischen Könige), Kap. 6, II., 2., S. 118 „... Vom Standpunkt seiner Zeit aus handelte indessen Otto folgerecht, wenn er durch große Schenkungen aus Krongut die Leistungen der kirchlichen Anstalten zum Höchstmaß zu steigern suchte; auch die geistliche Immunität erreichte damals ihren Höhepunkt; die ottonischen Privilegien räumen den Bischöfen die volle Gerichtsbarkeit, einschließlich der schweren Kriminalfälle, ein; ...“.

⁸⁷ König Heinrich I.: 919-936; Kaiser Otto I.: 936 (962)-973; Kaiser Otto II. 973-983; Kaiser Otto III. 983 (986)-1002; Kaiser Heinrich II.: 1002 (1014)-1024.

⁸⁸ *Waas*, Herrschaft und Staat im deutschen Frühmittelalter, 5. Kap., § 1., S. 288-289 „... Die Zeitspanne von den Ottonen bis zum Investiturstreit erhält ihre Gepräge durch eine voll durchgeführte Unterwerfung der Kirche unter die Herrschaft des Königs (Eigenkirche). Diese Herrenstellung der Könige ist das ganz bewußte Werk der Ottonen. Unter ihren Urkunden nehmen die Immunitätsurkunden, die die Königsmunt über die Kirche begründen oder bestä(t)igen, bei weitem die erste Stelle ein, und spiegeln damit die Bedeutung, die diese Politik für die Ottonen hatte. Die Immunität ist allerdings keineswegs eine neue Institution, aber sie bekommt einen neuen Charakter dadurch, daß die Gleichsetzung von Königsmunt und Immunität voll durchgeführt wird, und daß – ausgesprochen von den niederdeutschen Königen – das Wort Immunität der Königsmunt gegenüber nur noch einen Schmuck, einen Hinweis auf die traditionelle Linie aus dem römischen Recht her bedeutet, ohne noch Wesentliches auszusagen. ...“ und *Hauck*, Die Entstehung der bischöflichen Fürstenmacht, S. 49 „... Die Politik Ottos d. Gr. hat ihn herbeigeführt. ... indem er die Fortbildung der Immunität zur Gerichtsgewalt förderte oder mindestens geschehen liess, hat er die entscheidenden Schritte gethan. ...“.

⁸⁹ *Gasser*, Entstehung und Ausbildung der Landeshoheit im Gebiete der Schweizerischen Eidgenossenschaft, 1. Teil, 3. Kap., S. 64 „... Das Immunitätsgebiet wurde somit aus dem ordentlichen Grafschaftsverbände in aller Form ausgeschieden und gleichsam zu einer selbständigen Grafschaft erhoben.“⁹ ...“; *E. Stengel*, Grundherrschaft und Immunität, VII. „... So war staatsrechtliche Norm der Immunität im Zeitalter der ottonischen Privilegien – ich kann mich nicht entschließen, diese ‚herrschende Ansicht‘ aufzugeben – eine der gräflichen ebenbürtige Gewalt. ...“ (*ders.*, Abhandlungen und Untersuchungen zur mittelalterlichen Geschichte, S. 65, insg., S. 64-65); *Heilmann*, Die Klostervogtei Konstanz, 2. Teil, 4. Kap., § 13., S. 93 „Ihre rechtshistorische Bedeutung für die Entwicklung der deutschen Reichs- und Gerichtsverfassung haben die kirchlichen Immunitäten erst auf einer höheren Stufe erreicht, als zu der bisherigen Niedergerichtsbarkeit auch die hohe Jurisdiktion auf die geistlichen Immunitätsherren übertragen wurde und die Vermittlungsbeziehungen zwischen Immunität und Grafschaft, wie sie zur Zeit der niederen Immunität weiter bestehen blieben, gelöst und die kirchlichen Immunitäten zu selbständigen, grafschaftsebenbürtigen Hochgerichtsbezirken konstituiert wurden. ...“; *Fehr*, Die Entstehung der Landeshoheit im Breisgau, 1. Periode (bis 1218), § 6. (vielmehr § 7.), a., S. 52-53 „... sind nun die beiden Wege angedeutet, welche den Ausgangspunkt der Landeshoheit bilden. Entweder ist der Ausgangspunkt die a l t e

vorhandene personelle Identität von Grundherrschaft und Immunitätsherr förderte zudem die Ausbildung einer einheitlichen Herrschaftsgewalt im Immunitätsgebiet.⁹⁰

Aus den Immunitäten entstanden durch eigenmächtige Ausdehnungen bei den geistlichen und weltlichen Immunitäten die größeren und in sich geschlossenen Bannbezirke.⁹¹

ddd) Der Erwerb der Grafenämter durch die Geistlichen

Obwohl die kirchlichen Würdenträger zuerst von dem Erwerb des Grafenamtes ausgeschlossen waren,⁹² hatten ihre hohen Geistlichen diese mit dem ottonisch-salischen

Grafschaft oder der neugebildete Gerichtsbezirk, das sog. Territorium. Entweder entwickelt sich die Landeshoheit unmittelbar aus der alten Amtsgewalt, der gräflichen Gerichtsgewalt, oder sie entsteht aus der Übertragung von Gerichtsgewalt in einem von der gräflichen Amtsgewalt eximierten Gebiete. Grundlage der Landeshoheit wird die alte Grafschaft dann; wenn keine Exemtionen stattfinden oder die Exemtionen den Grafschaftsverband nicht zu sprengen vermögen. Wo die gräfliche Gerichtsgewalt nur zurückgedrängt aber nicht durchbrochen ist, da ist für die Territorialbildung kein Raum vorhanden. Grundlage der Landeshoheit wird dagegen das Territorium, wenn das eximierte Gebiet aus dem alten Gerichtsbezirk wirklich auszuscheiden vermag. ...“; *Die kaiserlichen privilegia de non appellando*, Teil 1, 1., S. 4 und *Rosenstock*, Herzogsgewalt und Friedensschutz, 2. Teil, 1. Kap., S. 58.

⁹⁰ Nach *RGG*, III. Band, Immunität, S. 680-681 (2., S. 680) hatte die Immunität insbesondere auch am Ausbau von der Reichsunmittelbarkeit mitgeholfen, womit sie die Grundlage für die Landeshoheit gewesen wäre.

Generell gab es keine räumliche Identität von Grundherrschaft und Gerichtsherrschaft, welche Grundherrschaft Streubesitz und welche Gerichtsherrschaft territorial geschlossen war (*Fehr*, Die Entstehung der Landeshoheit im Breisgau, 2. Periode (1218-1318), § 4.,3., S. 83-88: mit Einzelbeispielen für den Breisgau).

⁹¹ *Mitteis*, Der Staat des hohen Mittelalters, 2. Teil, Kap. 5 (Die Auflösung des karolingischen Reiches), III., 1., S. 101-102 „... Die Immunitätsbezirke selbst vergrößerten sich zusehends; teils durch freiwillige Unterwerfung, teils durch Zwang dehnten sie sich über Landstriche aus, in denen der Immunitätsherr nicht einmal Grundbesitz hatte; die Ohnmacht der staatlichen Gerichte führte zur Bildung zusammenhängender, geschlossener Rechtsbezirke in der Hand geistlicher und weltlicher Territorialherren; so entstanden die adligen ‚Bannbezirke‘.³⁾ Der Zuständigkeit nach beschränkte sich diese Gerichtsbarkeit längst nicht mehr auf mit Geld sühnbare Sachen; ohne sich in jedem einzelnen Falle auf eine königliche Ermächtigung berufen zu können, übten die adligen Bannherren jetzt auch die Strafjustiz in vollem Umfange. Die Berechtigung dazu fanden sie in der Not der Zeit, die das Verbrechen überhand nehmen ließ; dazu kam, daß die Verarmung weiter Volksteile, die Verwüstung der Staaten und des Viehbestandes durch die feindlichen Räuber es immer schwerer machte, die Bußen beizutreiben, so daß peinliche Strafe an deren Stelle treten mußten.¹⁾ ...“; *Kloß*, Das Grafschaftsgerüst des Deutschen Reiches im Zeitalter der Herrscher aus sächsischem Hause, Einleitung, 1., S. 8 „...: Die von Immunitätsherren in ihrem meist verstreut liegenden Grundbesitz geübte Gerichtsbarkeit mußte den Wunsch zum Zusammenschluß nahelegen. Ihm wurde Rechnung getragen in der Bildung sog. ‚Bannbezirke‘. D. h. man erweiterte die Gerichtsbarkeit des Immunitätsherren auch auf den ihm nicht gehörenden Grundbesitz, welcher seine einzelnen Teilgebiete voneinander trennte²⁾. Umfaßte der Bann die Hochgerichtsbarkeit, so dürfte in dem betreffenden Bannbezirk ein grafschaftsebenbürtiges Gebilde entstanden sein²⁾. Und wenn in Köln ein Burggraf und nicht der Immunitätsvogt in einem Bannbezirk Hochgericht hielt, so mag dies ein Hinweis darauf sein, daß man sich bewußt war, es mit etwas grafschaftsähnlichem zu tun zu haben²⁾. ...“; *Hauck*, Die Entstehung der geistlichen Territorien, S. 670 [26] „...: der geistliche Fürst wurde Landesherr in den größeren oder kleineren Bezirken, in denen er Hoheitsrechte erlangte, behauptete oder okkupierte, unangesehen, ob er dort Grundherr war, oder nicht. ...“ und *Richter*, Historische Geographie Hochstift Salzburg, I. „... Die Immunität ist nur insofern die Voraussetzung der Landeshoheit, dass ohne Immunität überhaupt keine Landeshoheit konstituiert werden kann, wie weit sich aber das Gebiet der Landeshoheit ausdehnt, hängt nicht von dem Umfange der Güter ab, welchen die Immunität zukommt. ...“ (*MIÖG*, I. Ergänzungsband, S. 598).

⁹² Das Immunitätsgericht des Bischofs/Abtes ersetzte das Grafengericht (*Santifaller*, Zur Geschichte des ottonisch-salischen Reichskirchensystems, 2. Aufl., III., 2., 10., S. 35-36).

Reichskirchensystem⁹³ erhalten.⁹⁴ Aber diese Grafschaften in kirchlicher Hand büssten ihre

⁹³ Unter Übernahme der karolingischen *ecclesia universalis*, Einheit von *regnum* und *sacerdotium*, welche – Gelasius entsprechend – 2 Häupter: Königtum und Priestertum hatte, deren König/Kaiser das Schwert der Kirche, *rex* und *sacerdos*, war, und deren Herrscher mit ihrer bei der Krönung erhaltenen Salbung durch göttliche Gnadenvermittlung *christus domini* wurden, hatten die deutschen Könige und römisch-deutschen Kaiser den geistlich-hierarchischen Vorrang. Ihr geistlich-hierarchisches Vorrang begründete das mittelalterliche Staatskirchentum. Der König hatte die Verantwortung vor Gott, die Kirche richtig zu leiten. Bei ihrem sakralen Rang setzten die deutschen Könige Bischöfe und Äbte ein. Die Pippinsche Schenkung am 14. April 754 mit Papst Stephan II., Geburtstunde der *advocatio ecclesiae*, war von Otto I. mit seiner Kaiser- und Rompolitik wieder aufgenommen worden, mit den kaiserlichen Verpflichtungen, den Papst und sein Gebiet nach innen und außen zu schützen und in geistlichen Dingen zum Schutze des Glaubens der Kirche seinen Arm zu leihen (*R. Müller*, Die *advocatio ecclesiae*. 31-41 (35)). Otto I. bediente sich anlässlich der Auflehnung der seiner eigenen Familie entstammenden Stammesherzöge im Jahre 955 der Bischöfe und Reichsäbte als Gegenmittel gegen die partikularen Selbstständigkeiten und Gewalten. Die Bischöfe/Erzbischöfe bestimmte er selbst und ließ sie dann von Klerus und Gemeinde wählen ließ. Erzbischöfe von Mainz und Köln wurden sein natürlicher Sohn Wilhelm und sein jüngster Bruder Brun, Erzbischof von Trier wurde sein Vetter Heinrich und er entsandte vereinzelt sächsische Bischöfe und Äbte nach Franken und Baiern. Die damit verliehenen Ämter und Hoheitsrechte waren bei dem Zölibat der Geistlichen nicht vererblich. Sie fielen an den König zu seinem freien Ermessen ihrer Wiedervergabe zurück. Otto I. sah das Recht zur Einsetzung der Bischöfe und der Reichsäbte als unbedingtes königliches Recht an. Durch die enge Verbindung von Krone mit der Reichskirche und ihren Machtmitteln sollte ein Gegengewicht gegen die partikularen Gewalten geschaffen werden. Die Kirche wurde damit zu der einzigen Zentralinstitution des Reiches. Dieses königliche Eigenkirchenrecht schloss den Ring des vom grundherrlichen Eigenkirchenrecht angefangenen, nur dass die Könige nicht auch die Stifter der Bistümer und Abteien waren. Von Otto I. (936 [962]-973) begründet, von Otto II. (973 [967 Mitkaiser]-983), Otto III. (983 [bis 994 unter Vormund.]-1002) fortgeführt, erreichte es unter dem letzten sächsischen Kaiser Heinrich II. (1002 [1014]-1024) und den beiden ersten Saliern Konrad II. (1024 [1027]-1039) und Heinrich III. (1039 [1046]-1056) seinen Höhepunkt. Mit der Ausübung von Hoheitsrechten durch die Kirche wuchs auch ihre Macht, was wiederum einen Zuwachs der königlichen Kirchenherrschaft und damit der königlich/kaiserlichen Macht bedeutete. Von den starken Königen, insbesondere Heinrich II., wurden auch viele Grafschaften der Kirche geschenkt, um die von ihnen selbst stark gemachte Kirche noch mehr zu beherrschen. Bereits unter Otto I. wurde das Papsttum hierin eingeschlossen, um mit seiner Beherrschung bei der existierenden geistlich-kirchlichen Hierarchie seinen Einfluss über die Reichsbischöfe und Reichsäbte nicht zu gefährden. Das Privilegium Ottonianum vom 13. Febr. 962 bestimmte, dass der in kanonischer Form gewählte Papst die Konsekration erst nach einem Treueeid gegenüber dem Kaiser erhalte „*Salva in omnibus potestate ... noster Leo sponte fecisse dinoscitur.*“ (*MGH, DD, Tomus I., Otto I., N° 235., p. 322-327 (326 Z 17-27)*). Nach der Niederwerfung des Aufstandes der Römer von 963 leisteten diese am 3. Nov. 963 den Schwur, niemals mehr den Papst ohne Zustimmung des Kaisers zu wählen (*MGH, SS, Rerum germanicarum, Die Werke Liudprands von Cremona, Liudprandi liber de rebus gestis Ottonis Magni Imperatoris, VIII., p. 159-175 (164)*). Bis zu Kaiser Heinrich III. hatten die deutschen Könige/Kaiser einen weitgehenden Einfluss auf die Einsetzung und Absetzung der Päpste genommen. Dieser kaiserlichen *electio principalis* folgte die kein Veto ausmachende *electio publica et generalis* in Rom nach (*Stutz*, Buchbesprechung *Cesare Magni, Elezioni episcopali in Italia II*, in: *ZRG, KA XX, Literatur*, S. 648-649). Auf der Synode von Sutri im Jahre 1046 setzte Kaiser Heinrich III. bei Erhalt der Würde eines *Patricius Romanorum* und damit der ausschlaggebenden Rolle des Principats der Papstwahl „*in electione semper ordinandi pontificis principatum*“ (*Schramm, Kaiser, Rom und Renovatio, I. Teil, Kap. VI, 1., S. 227-238 (236)*) 3 römische Päpste ab und ernannte Bischof Suidger von Bamberg zum Papst Clemens II., dem er 3 weitere deutsche Bischöfe zu Nachfolgern gab. Obgleich er bei seiner tiefen Religiosität bereits von der cluniazensischen Klosterreform ergriffen war, hielt er an seinen königlichen Rechten gegenüber den Äbten fest, ließ ihn jedoch zumeist ihre Wählbarkeit und bedachte sie auch mit zahlreichen Schenkungen (*Mitteis, Der Staat des hohen Mittelalters, 2. Teil, 1. Abschnitt (Die Zeit der sächsischen Könige), Kap. 6, II., 2., S. 117-121; Santifaller, Zur Geschichte des ottonisch-salischen Reichskirchensystems, 1. Aufl., II., S. 15-21, III., S. 21-35; Tellenbach, Libertas, 3. Kap., S. 77-108; Kallen, Der Investiturstreit, S. 8, 10-11 mit Anm., S. 33-34; Hauck, Die Entstehung der bischöflichen Fürstenmacht, S. 24-37; Feierabend, Die politische Stellung der deutschen Reichsabteien während des Investiturstreites, 1. Kap., S. 3-6; K. Jordan, Das Zeitalter des Investiturstreites als politische und geistige Wende des abendländischen Hochmittelalters, in: *ders., Aufsätze Mittelalter, I, 1., S. 12-13 und Waas, Herrschaft und Staat im deutschen Frühmittelalter, 5. Kap., § 1., S. 294*). Bei der Wahl König Ottos I. am 8. Aug. 936 in Aachen hatten die Bischöfe noch ausschließlich als kirchliche Beamte fungiert, und war die Volkswahl – das aus allen Freien bestehendes Volk – von den Großen ausgeübt worden, den nicht ihre Stellung dem König verdankenden Herzöge und den vom König ernannten Grafen. Bei der Wahl König Heinrichs II. am 6. Juni 1002 hatte sich dagegen die Macht der Erzbischöfe, Bischöfe unter dem Einfluss der Politik Ottos I. so gefestigt, dass*

Eigenheit als Amt des Reiches nicht ein.⁹⁵ Durch sie wurde die gebietliche Gaueinteilung bei den bereits bestehenden Immunitäten schneller durchbrochen.⁹⁶ Es entstanden, im

dieser unter Mitwirkung des hohen Klerus von dem bayerischen, fränkischen und oberlothringischen Adel gewählt wurde (*Hauck*, Die Entstehung der bischöflichen Fürstenmacht, S. 17-18, 49 und *Mikoletzky*, Kaiser Heinrich II. und die Kirche, Heinrich als Herzog von Bayern, S. 15, Fußn. 3)).

⁹⁴ Insbesondere: König Heinrich I.: 28. 12. 927 – verleiht dem Bistum Toul die Einkünfte der Grafschaft (*MGH*, DD, Tomus I., Heinrich I., N^o 16., p. 52), welche aus der ursprünglich römischen Grafschaft erwachsen ist (*Waas*, Herrschaft und Staat im deutschen Frühmittelalter, 3. Kap., S. 166) und wohl die erste Verleihung einer Grafschaft war; Kaiser Otto III: 9. 7. 985 – verleiht der bischöflichen Kirche zu Lüttich die noch übrigen königlichen Rechte an den Einkünften der Grafschaft Huy und dehnt auf sie die der Lütticher Kirche zustehenden Immunität aus, Mai-August 988 – bestätigt der bischöflichen Kirche zu Lüttich die Grafschaft Brunengeruuz, 15. 5. 1000 und 30. 5. 1000 – schenkt der bischöflichen Kirche Würzburg die Grafschaften Saltzgouui, Waldsassen und Rangau nebst allen Rechten, 1. 1. 1001 – bestätigt dem Bischof von Paderborn die 5 Comitatus über den Paternga, Aga, Treversga, Auga, Sorethfeld (*MHG* ebd., Tomus II., Pars prior, Otto III., N^o 16., p. 413-414, N^o 45., p. 445-446, N^o 361., p. 790-791, N^o 366., p. 795, N^o 387., p. 816-817); Kaiser Heinrich II.: 15. 4. 1007 – schenkt dem Nonnenkloster Bergen die Besitzungen des Grafen zu Dollenstein, 22. 10. 1007 – verleiht der bischöflichen Kirche zu Cambrai die Grafschaft Cambrai, 10. 4. 1011 u. 14. 1. 1016 – verleiht der bischöflichen Kirche zu Paderborn die Grafschaft des verstorbenen Grafen Hahold, 9. 5. 1011 – verleiht dem Bischof von Worms die Grafschaft im Gau Wingarteiba, das einstige Lehen des Grafen Bobbo in Hassmersheim und die Grafschaft im Lobdengau, 11. 5. 1008 – schenkt der bischöflichen Kirche zu Worms das Lehen des Grafen Becilin im Lahngau, 21. 6. 1013 – verleiht der bischöflichen Kirche zu Würzburg die zum Hof Gerou gehörende Grafschaft Bessungen, 16. 2. 1021 – verleiht der bischöflichen Kirche zu Paderborn die Grafschaft des verstorbenen Grafen Dodico, 1. 3. 1021 – verleiht der bischöflichen Kirche zu Paderborn die Grafschaft des verstorbenen Grafen Liudolf, 28. 7. 1021 – verleiht dem Kloster Gandersheim die Grafschaft des Boto und dessen Besitz in Svilben- und Ammergau, 3. 1. 1024 – verleiht der bischöflichen Kirche zu Utrecht die Grafschaft Drenthe, Jahr 1024 – schenkt dem Kloster Fulda die Grafschaft Stoddenstadt (*MGH* ebd., Tomus III., Heinrich II., N^o 131., p. 157-158, N^o 142., p. 168-169, N^o 176., p. 210, N^o 225., p. 261-262, N^o 344., p. 438-439, N^o 226., p. 262, N^o 227., p. 263, N^o 268., p. 318, N^o 439., p. 561-562, N^o 440., p. 562, N^o 444., p. 566-567, N^o 504., p. 645-646, N^o 509., p. 651-652); Kaiser Konrad II.: 29. 3. 1025 – schenkt dem Kloster Fulda die Grafschaft Netra, 26. 7. 1025 – bestätigt der bischöflichen Kirche Utrecht die Grafschaft Drenthe, 14. 7. 1026 – verleiht der bischöflichen Kirche zu Utrecht die Grafschaft im Teisterbant, 1. 6. 1027 – verleiht der bischöflichen Kirche zu Trient die Grafschaften Vinschgau und Bozen, 7. 6. 1027 – verleiht der bischöflichen Kirche zu Bozen die dem früheren Grafen Welf übertragene Grafschaft im Eisack- und Innthale, 30. 7. 1031 – verleiht der erzbischöflichen Kirche zu Trier die Grafschaft Marienfels im Einrichgau, 18. 1. 1032 – verleiht der bischöflichen Kirche zu Paderborn die Grafschaft des Grafen Hermann im Augau, Nettegau und Hessigau, 30. 4. 1034 – verleiht der erzbischöflichen Kirche zu Ravenna die Grafschaft Faenza (*MHG* ebd., Tomus IV., Konrad II., N^o 23., S. 16, N^o 43., S. 48-49, N^o 64., S. 77-79, N^o 102., S. 144-146, N^o 103., S. 146-147, N^o 169., S. 225-226, N^o 178., S. 237-238, N^o 208., S. 282-285); Kaiser Heinrich IV.: April 1057 – bestätigt der bischöflichen Kirche zu Utrecht die Grafschaft Drenthe und die Grafschaft im Teisterbant, 25. 4. 1057 – verleiht der erzbischöflichen Kirche zu Bremen-Hamburg die Grafschaften in den Gauen Hunesga und Fiuilga, 3. 7. 1057 – bestätigt der bischöflichen Kirche zu Hildesheim die Grafschaft Bruns (*MGH* ebd., Tomus VI., Pars prior, Heinrich IV., N^o 15., p. 19-20, N^o 16., p. 20-21, N^o 18., p. 22-23, N^o 22., p. 27-28). *Santifaller*, Zur Geschichte des ottonisch-salischen Reichskirchensystems, 1. Aufl., Anhang, II., 4., S. 67-71 (67) gibt bis in das Jahr 1056 (Beginn König Heinrich IV.) 37 verliehene Grafschaften und danach bis 1125 (Tod Heinrich V.) weitere 14 Grafschaften an.

⁹⁵ *Rosenstock*, Herzogsgewalt und Friedensschutz, 2. Teil, 1. Kap., S. 58-59 „... Um das Jahr 1000 etwa tritt dann der Immunität zur Seite die Uebertragung ganzer Grafschaften an die Kirche. Auch diese Massnahme verändert den Charakter der Grafschaft als Amt des Reichs keineswegs unmittelbar. ...“.

⁹⁶ *Schulze*, Das Recht der Erstgeburt, Specieller Theil, 2. Cap., 1. Unterabtheilung, §. 21., S. 71-72 „... Den ersten grossen Riss in die Gauverfassung machten die zahlreichen Exemtionen, welche den geistlichen Besitzungen verliehen wurden. Die Bisthümer, Stifte und Abteien bildeten sehr bald nicht bloss Immunitäten, worin der Immunitätsherr nichts als ein Vertretungsrecht der Hintersassen hatte, sondern die Kirche wusste sich für ihre Güter die Grafengerichtsbarkeit selbst zu verschaffen¹⁾. Der bischöfliche Bezirk und der Bezirk des Grafen lagen daher in dem Gau, als zerstreutes Besitzthum, durch einander. Bald rechneten die geistlichen Stände ihre Güter gar nicht mehr zu einem Gau, sondern zu ihren Bistümern und Abteien, die aus einzelnen Stücken verschiedener Gaue zusammengesetzt waren²⁾. Der Ausdruck Bisthum erhielt daher

Unterschied zu den am eigenen gebietlichen, zumeist Streubesitz ausgerichteten Immunitäten flächenorientierte Herrschaftsbezirke.⁹⁷ Die Bischöfe strebten insbesondere unter dem Einfluss der ottonischen Kirchenpolitik⁹⁸ eine Befreiung von den herzoglichen Gewalten für ihre Diözesen durch ihren direkten Bezug zum König an.⁹⁹

eee) Die Vogteien

Für die geistlichen Grundherren, die ihre Blutgerichtsbarkeit mit der von der Belehnung unterschiedenen Bannleihe erhielten¹⁰⁰ geboten die erhaltenen Immunitäten und

sehr bald den Begriff eines mit Grafenrechten besessenen Distrikts; schon im elften Jahrhunderte wirkten sich Bischöfe ganze Grafschaften als kaiserliches Geschenk aus. So erhielt das Bisthum Worms von Heinrich II. zwei Grafschaften, den Lobdengau und Weingarteibagau, das Bisthum Strassburg im Jahre 1077 von Heinrich IV. zu Eigen eine Grafschaft im Breisgau (quendam comitatum situm in pago Brisgowe in proprium tradendo firmavimus). Wenn auch anfangs seltener den Bischöfen ganze Grafschaften geschenkt wurden, so wussten sie sich doch bald für alle ihre Immunitäten die Grafengewalt zu erwerben, wodurch das System der Gaueintheilung noch schneller zerrissen wurde. ...“.

⁹⁷ Richter, Historische Geographie Hochstift Salzburg, I. Wenn es somit als erwiesen angesehen werden darf, dass die Landeshoheit der Bischöfe sich nur in jenen Territorien gegenüber der herzoglichen entwickeln konnte, wo dieselben neben und ausser der Immunität auch die Grafengewalt an sich zu bringen vermochten, so scheint es doch, als ob gerade bei Salzburg nach einer Richtung eine Ausnahme zu machen wäre. ...“ (MIÖG, I. Ergänzungsband, S. 616).

⁹⁸ Hauck, Die Entstehung der bischöflichen Fürstenmacht, S. 49 Die Politik Ottos d. Gr. hat ihn herbeigeführt. Indem er die Eingliederung der Bistümer in die Stammesherzogtümer hinderte ..., hat er die entscheidenden Schritte gethan. ...“.

⁹⁹ Läden, Stammesherzog und Stammesherzogtum, V. Kap., S. 79-80 Unter Otto II. wurde zum erstenmal eine Grafschaft an eine Kirche verliehen²¹). Von da ab häufen sich derartige Verleihungen. Es lag nahe, dass die Bistümer erstrebten, möglichst alle Grafschaften ihrer Diözese zu erwerben. Da sie diese vom König erhielten, trat der Einfluß des Herzogs mit der Abrundung des bischöflichen Besitzes immer mehr zurück. Völlig auszuschalten war er jedoch nicht, da die herzogliche Stellung ja auf einer völlig anderen Grundlage ruhte wie die gräfliche. Andererseits mußte nach der Überwindung der Grafschaft die gänzliche Lösung aus dem Verbands des Herzogtums allein das Ziel der Bischöfe sein. Überall da, wo der Stammesverband als Fundament des Herzogtums nicht tragfähig genug war, erwarb sich die Kirche eine dominierende, vom Herzog unabhängige Stellung. Dafür ist die selbständige Stellung der niederlothringischen Bischöfe, die Stellung Kölns in Westfalen, Würzburgs in Franken Beweis genug, während Salzburg sich nur im Süden und Osten eine gefestigte Stellung erwerben konnte. Ohne die Hilfe der Kirche hat sich am Rhein nie ein Stammesherzogtum durchsetzen können. Solange das Herzogtum jedoch seine ursprüngliche Kraft, seine Verbundenheit mit dem Stamm bewahrte, war es der Kirche unmöglich, sich den Ansprüchen des Herzogs zu entziehen, weil sie dem Herzog nicht auf gleichen Boden entgetreten konnte. ...“

Den Bischöfen waren auch, die in ihrer eigenen stammesmäßigen Verbundenheit und nicht auf hierarchischen und rechtlichen Strukturen fußenden Stammesherzogtümer wenig gelegen. *Ebd.*, S. 76 „Die Stellung der Kirche innerhalb des Herzogtums wird bestimmt durch die traditionelle Politik des Königtums seit Otto I., der sich in seinem Kampf gegen das Herzogtum auf den Klerus stützte. Seitdem waren die Bischöfe die Stützen des Reiches, das durch die kurzsichtige, nur von persönlichem Ehrgeiz bestimmte Politik der Herzöge immer wieder erschüttert wurde, geblieben. Der Gegensatz zwischen Herzog und Kirche mußte deshalb ein latenter sein¹). Die Kirche konnte eine Stellung nicht anerkennen, die so wenig wie die herzogliche auf rechtlicher Befugnis, sondern teils auf dem persönlichen Ansehen des Herzogs, teils auf der natürlichen Grundlage des Stammes beruhte. ... Der Bund mit dem König, der sie in dessen Abhängigkeit brachte, mußte ihr demgegenüber als das kleinere Übel erscheinen. ...“.

¹⁰⁰ Die Blutgerichtsbarkeit erfolgte bei den geistlichen Fürsten mit der von der Belehnung verschiedenen Bannleihe.

Grafschaften¹⁰¹ die Bestellung eines Vogtes.¹⁰² Die Vögte erhielten ihren Gerichtsban von den Königen.¹⁰³ Während die Bischöfe die Befugnis zur Bestellung eines Vogtes stets selber besaßen,¹⁰⁴ hatte dies bei den Reichs- und Königsklöstern zuerst den Kaisern obgelegen.¹⁰⁵

Der Hofgerichtsspruch vom 21. 8. 1149 forderte die Bannleihe für alle Kirchenvögte (*MGH*, Const, Tomus I., N° 127., p. 181-182 mit *Scheyhing*, Eide, Amtsgewalt und Bannleihe, II. Hauptteil, II., 4., S. 210, Fußn. 51).

Hirsch, Die Klosterimmunität, 5. Kap., S. 175 „... Nun ist die Zuwendung hochgerichtlicher Befugnisse als allgemeinere Erscheinung erst seit dem 14. Jahrh. nachweisbar. ...“

Bei den weltlichen Fürsten gab es keine Bannleihe, war mit der Belehnung mitgegeben.

¹⁰¹ Es galt *ecclesia non sitit sanguinem*. Bereits die Synode von Westminster von 1173: verbot den Klerikern *causis sanguinis agere*, die Teilnahme an Prozessen zu einem Todesurteil oder einer Verstümmelungsstrafe hinführend (*Mansi*, Sacrorum conciliorum nova, Tomus XXII, Westmonasteriense Concilium, p. 141-144 (c. 17, p. 143), Synode von Rouen von 1178: untersagte die Abhaltung von weltlichen Kapitalprozessen in Kirchen und auf Kirchhöfen (*Mansi* ebd., Concilium Domini Walteri, p. 581-588 (c. 18, p. 584), Synode von Dublin von 1214: verbot den Klerikern eine Teilnahme an Turnieren und Duellen (*Mansi* ebd., Dublinense, p. 925-932 (925). C. 18 des IV. Laterankonzils von 1215 enthielt eine zusammenfassende Regelung. Kein Kleriker: darf ein Bluturteil verfassen oder aussprechen; darf keine Blutstrafe vollziehen oder deren Vollzug beiwohnen, ansonsten wird er mit Kirchenstrafe belegt; darf ein Schreiben verfassen oder diktieren, das auf ein Bluturteil hinausläuft; darf als Anführer von Wegelagerer, Bogenschützen oder derartigen Blutmännern fungieren; Subdiakone, Diakone und Priester dürfen keine Chirurgie ausüben, bei welcher gebrannt, geschnitten wird und dürfen nicht bei einem Gottesurteil bei Anwendung von siedendem oder kaltem Wasser oder glühendem Eisen irgend eine Segens- oder Weihehandlung ausführen; die früher veröffentlichten Verbote von Duellen bleiben weiterhin in Kraft (*Mansi* ebd., Lateranense IV., c. 18, p. 1006-1007). Diese Grundsätze haben in *X 3 L 5* Aufnahme gefunden.

¹⁰² Karl der Große hatte im März 802 den Bischöfen, Äbten und Äbtissinnen geboten, geeignete Männer, die die Gesetze kennen und die Gerechtigkeit lieben, als Vögte einzusetzen, und wurde ihnen eine einwandfreie Amtsführung zur Pflicht gemacht (*MGH*, LL, Tomus I., N° 43. Capitulare Aquisgranense a. 802, p. 90-96 (13., p. 92, 33., p. 95)). Es gab die Schutz- oder Schirmvogtei, welche die Kirche und ihre Güter gegen feindliche Angriffe zu verteidigen hatte und ihre Rechtsstreitigkeiten vor Gericht vertrat, die Kastvogtei, welcher die eigentliche Verwaltung der Kirchengüter oblag, die Ding- oder Gerichtsvogtei, welche namens der Bischöfe und Äbte, denen die Blutgerichtsbarkeit verboten war, die Gerichtsbarkeit über die Untertanen des Stiftes ausübte. Sehr früh und regelmäßig wurden auch Schirm- und Gerichtsvogtei in einer Hand vereinigt (*Berchtold*, Die Entwicklung der Landeshoheit, I. Theil, 1. Abschnitt, VI., 4), S. 133-134).

T. Mayer, Analekten der Entstehung der Landeshoheit „... Die geistlichen Fürsten haben Grafschaften erhalten, aber sie mußten Vögte einsetzen, die die Hoheitsrechte ausübten und sich allmählich aneigneten. Da war es entscheidend, ob die Vogtgeschlechter im 13. Jahrhundert ausstarben oder nicht. Starben sie vorher aus, mußte der betreffende Bischof oder Abt einen neuen Vogt einsetzen, starben sie später aus, dann war das Erbrecht der Vögte schon so gefestigt, daß die Nachfolge geklärt war. ...“ (*BdL*, 89. Jahrg., S. 99).

¹⁰³ *Hauck*, Die Entstehung der bischöflichen Fürstenmacht, S. 45 „... Der Vogt des Bischofs übte diese Funktionen als staatliche: der König übertrug ihm seinen Bann⁶). Um so leichter konnte es geschehen, dass seiner Gewalt auch die nicht vom Bistum abhängigen, aber auf den Gute des Stifts wohnhaften Liten und Freien unterworfen wurden. Neben seiner Gerichtsbarkeit hörte jede andere auf. ...“. König Otto II. bestätigt auf Rat und Weisung von Kaiser Otto I. am 27. 10. 967 der Hamburger Kirche Schutz und Immunität „... Ipso vero advocati nostro banno constringant omnes viros predictarum ecclesiarum ad omnem iustitiam faciendam. ...“ (*MHG*, DD, Tomus II., Pars prior, Otto II., N° 16., p. 24 (Z 32-33)). *Rosenstock*, Herzogsgewalt und Friedensschutz, 2. Teil, 1. Kap., S. 58 „... Auch der Stiftsvogt empfängt vom König den Bann, auch er ist nicht nur Lehensmann des Grundherrn, sondern gleichzeitig Beamter des Reichs. ...“ *Bosl*, Die Reichsministerialität der Salier und Staufer, I. Teil, I., 3., S. 12 „Die Zusammenfassung der Hochgerichtsbarkeit¹) in der Hand des Königs durch die Bannleihe²) und die Möglichkeit ihrer Handhabung durch die neuen ergebnen Kräfte der Königsdienstmannen ist ein Kernstück der Staatsreform, die Heinrich IV. in die Wege leitete. ...“, S. 15 „... Die drei Grundtatsachen des salischen Staatserneuerungsplanes, Blutbannleihe, Landfriedensgesetzgebung und herrschaftliche Organisation von Königsländern hingen wesentlich davon ab, wie weit es gelang, neue tragende Organe heranzuziehen und einen entsprechenden Beamtenapparat aufzubauen. ...“.

¹⁰⁴ Den Reichsbistümern stand kraft Gewohnheitsrecht die Wahl des Vogtes zu. Aus dem die Schenkungen und die Immunität bestätigenden Diplom Kaiser Otto III. an das Bistum Chur vom 20. Okt. 988 „... advocati

Aber die Äbte erlangten mehr und mehr das Recht, den Vogt selber zu bestellen.¹⁰⁶ Auch massten sich die Dynasten die Vogtei in zahlreichen Fällen ohne Rechtsgrund an.¹⁰⁷ Seit der Mitte des 11. Jahrhunderts erhielten die Vögte ihre Ämter als Lehn und hatten sie am Ende erblich inne.¹⁰⁸ Mit der Angleichung von Grafen- und Vogteigewalten¹⁰⁹ wurde die

quem episcopus et praesens et futurus ad hoc [opus elegerit], sicut mos est in aliis episcopis nostri regni, ...“ (MGH, DD, Tomus II., Pars post., Otto III., 48., p. 449-450 (450 Z 30-31)) und *Scheyhing*, Eide, Amtsgewalt und Bannleihe, II. Hauptteil, 5. Kap., II., 4., S. 209-210.

Neben der Wahl des Vogtes auch seine Einsetzung durch die Bischofskirchen, Verleihungen von: Kaiser Otto I. dem Erzbischof von Trier am 27. 1. 947 (MGH, DD, Tomus I., N° 86., p. 168-169); Kaiser Otto II. der Hamburger Kirche am 27. 1. 947 (*ebd.*, Tomus II., Pars prior, Otto II., N° 61., p. 70-71); Kaiser Heinrich II. der Bamberger Kirche im Jahr 1021 (*ebd.*, Tomus III., N° 438., p. 560-561); Kaiser Konrad II. der Speyerer Kirche am 11. 9. 1024 und dem Bischof von Verden am 18. 1. 1025 (*ebd.*, Tomus IV., N° 4., p. 5-6, N° 16., p. 18-19).

Bei den Eigenkirchen weltlicher Herren wurde diese in der Regel von diesen selber gehandhabt (*Hirsch*, Die Klosterimmunität, 1. Kap., S. 5-6).

¹⁰⁵ Die Vögte waren zuerst nur vom König eingesetzt, welchem König nach der germanischen Rechtsanschauung die oberste Vogtei über die Kirchen zustand (*Berchtold*, Die Entwicklung der Landeshoheit, I. Theil, 1. Abschnitt, VI., 4), S. 134). Keiner von den Königen/Kaisern des 12. Jahrhunderts hat sich auf den Titel „advocatus ac specialis sacrosancte Romane ecclesie defensor“ mehr berufen als Kaiser Friedrich I., welcher insbesondere die Vogtei der Zisterzienserklöster beanspruchte (*Hirsch*, Die Klosterimmunität, 4. Kap., S. 113-119) und hatte Kaiser Friedrich II. noch in den Jahren 1213-1220 die Vogtei über mehr als 60 deutsche Klöster und Kirchen übernommen (*Berchtold ebd.*, S. 135, Fußn. 212)).

¹⁰⁶ Unter Zustimmung des Königs wurden danach die Vögte von den Kirchenvorständen selbst bestimmt, wenn nicht die Fundatoren und ihre Familien sich selbst die Bestellung vorbehielten (*Berchtold*, Die Entwicklung der Landeshoheit, I. Theil, 1. Abschnitt, VI., 4), S. 134). Zu den Klöstern *Mitteis*, Der Staat des hohen Mittelalters, 2. Teil, Kap. 5 (Die Auflösung des karolingischen Reiches), III., 1., S. 101 „... Viele Klöster erwarben sich das Recht der freien Vogtwahl; sie wählten zu Vögten mächtige weltliche Magnaten, die ihnen zwar wirksamen militärischen Schutz gewähren konnten, andererseits aber die volle Herrschaft über das Kloster anstrebten. War der Abt ein Laie, so konnte er selbst Justiz üben; daher behielt oft der adlige Klosterstifter die Vogtei sich und seinen Nachkommen vor; sie wurde von diesen selbst ausgeübt oder auf ihr Geheiß als erbliches Lehen vergabt.“²⁾ ...“ Nach *Hirsch*, Klosterimmunität, 1. Kap., S. 9, 2. Kap., S. 45, 63 war die Vogtei eine Fortsetzung des früheren Eigenkirchenwesens, während die früheren Vogteigewalten des Eigenkirchenherrn privatrechtlicher Natur waren, war die nunmehrige als Folge der königlichen Immunitas gegebene Vogteigewalt öffentlich-rechtlicher Natur.

¹⁰⁷ *Berchtold*, Die Entwicklung der Landeshoheit, I. Theil, 1. Abschnitt, VI., 4), S. 135 „... Alle Welt drängte sich unter so bewandten Umständen zur Erlangung von Vogteien,²¹²⁾ und zahlreich sind die Fälle, daß sich Dynasten die Vogteien ohne allen Rechtsgrund angemaßt haben. ...“, insg., S. 135. Bezeichnenderweise wurde durch Reichssentenz vom Jahre 1170 ausgesprochen „...: nullum prorsus advocatum aliquod ius habere in dotem alicuius ecclesie, ...“ (MGH, LL, Tomus II., Sententia de dote ecclesiarum contra advocatus, p. 141 Z 17-18) und versprach König Philipp im Jahre 1205 Papst Innozenz III. (1198-1216) „... 6. Advocatos, sive patronos ecclesiarum, ab exactionibus, angariis et perangariis, in quantum potero, cessare compellam.“ (MGH *ebd.*, Philippi promissa Papae, p. 208-209 (208 Z 41-42)).

¹⁰⁸ *T. Mayer*, Fürsten und Staat, I., S. 21 und *Aubin*, Die Entstehung der Landeshoheit nach niederheinischen Quellen, Kap. V, S. 315-316 (316): zu Ausgang des 11. Jahrhunderts war die Erblichkeit der Vögte allgemein anerkannt.

Die Vogtei wurde auch erblich, was dazu führte, dass die Vögte sie nach ihrer Willkür ausübten und sie als ihr Privateigentum betrachteten, was auch zur Folge hatte, dass sie ihrerseits Untervögte und teilten das Vogteigebiet in mehrere Teile einteilten (*Berchtold*, Die Entwicklung der Landeshoheit, I. Theil, 1. Abschnitt, VI., 4), S. 135).

¹⁰⁹ *Mitteis*, Der Staat des hohen Mittelalters, 2. Teil, 1. Abschnitt (Die Zeit der sächsischen Könige), Kap. 6, II., 2., S. 118 „...; auch die geistliche Immunität erreichte damals ihren Höhepunkt; die ottonischen Privilegien räumen den Bischöfen die volle Gerichtsbarkeit, einschließlich der schweren Kriminalfälle, ein; die Vogtei wird jetzt der Grafschaft ebenbürtig, eine Gerichtsbarkeit unter staatlicher Kontrolle (Bannleihe!) in der Hand eines von der Kirche frei gewählten und belehnten Dynasten, oft des Gaugrafen, der so zum ‚Vogt-Grafen‘ wurde.“¹⁾

Vogteiverfassung das kennzeichnende Merkmal vom 10.-12. Jahrhundert.¹¹⁰ Bei einer Erbllichkeit der Vogtei¹¹¹ setzte sich diese weltliche Territorialbildung zumeist gegenüber der geistlichen¹¹² durch.¹¹³

...“, 2. Abschnitt (Die Zeit vor dem Investiturstreit), Kap. 14, I., 5., S. S. 158 „... Aber die Grafschaften näherten sich im Charakter immer mehr den kirchlichen Vogteien an, sie verschmolzen mit diesen bis zur Ununterscheidbarkeit. Entsprechendes gilt schließlich von den Grafschaften, die noch königlich geblieben waren. ...“, S. 159; *Hirsch*, Die hohe Gerichtsbarkeit, 2. Teil, 5. Kap., S. 183 „... Im Laufe des 10. und 11. Jahrh. steigt die Vogtgerichtsbarkeit allmählich zu einer der gräflichen Gewalt ebenbürtigen Befugnis empor. ...“; *Heilmann*, Die Klostersvogtei Konstanz, 2. Teil, 4. Kap., § 13., S. 100 „... Es bleibt bestehen, ‚daß der Vogt einer Immunitätsherrschaft materiell durchaus die Stellung eines Grafen hatte‘.²⁾ ...“ (für die rechtsrheinischen Gebiete der Diözese Konstanz), 5. Kap., § 14., S. 101 „... Gleich dem provinziellen Hochgerichtsbeamten, dem Grafen, erhielten auch die hohen Vögte der Immunitäten ein Drittel von dem finanziellen Ertrag der Gerichtsbarkeit, von den Friedensgeldern und Bannbußen – ein Beweis für die Identität ihrer Befugnisse.²⁾ ...“; *Schröder-Künßberg*, Deutsche Rechtsgeschichte, 3. Periode, 2. Kap., § 49., S. 615 „... In den hohen Vogteien bedurfte es zweier Beamten, eines für die gräfliche, eines anderen für die Schultheißengerichtsbarkeit. Träger der ersteren und der eigentlichen Vogtrechte war der Stifts- oder Kirchenvogt, der regelmäßig dem Herrenstande angehörte, nicht selten ein Fürst oder Graf, ... Die Gerichtsbarkeit der hohen Vogteien entsprach durchaus der Gerichtsbarkeit der Grafen. ...“; *Stengel*, Grundherrschaft und Immunität „... So sind seit dem 10. Jahrhundert Graf und Vogt in ihren Befugnissen einander nebengeordnet. ... Nur darin ist die Überordnung des Grafen noch erhalten geblieben, daß stets der Vogt, gleichviel ob er beklagt wurde oder klagte, ‚infra comitatum in mallidicis‘ erscheinen mußte, nie aber der Graf im Vogtgerichte. In diesem abgeschwächten Sinne – mag man in der Tat sagen –, blieb das Immunitätsgebiet ein Gebiet der Grafschaft‘ ...“ (*ZRG, GA, XXV. Band, VIII., S. 305, insg., S. 296-305*); *Rietschel*, Das Burggrafnamt und die hohe Gerichtsbarkeit in den deutschen Bischofsstädten, 5. Kap., § 17., S. 306 „... S t r a ß b u r g, zeigt nach unseren Untersuchungen eine geradezu überraschende Kongruenz zwischen der Gewalt des bischöflichen Vogtes und der Grafengewalt.⁴⁾ ...“; mit 1. Kap., § 2., S. 17, Anm. 1 und *T. Mayer*, Die Ausbildung der Grundlagen des modernen deutschen Staates im hohen Mittelalter, Zusatz I, in: *Herrschaft und Staat im Mittelalter*, S. 319.

¹¹⁰ *Mitteis*, Der Staat des hohen Mittelalters, 2. Teil, 1. Abschnitt (Die Zeit der sächsischen Könige), Kap. 6, I., S. 108 „... Der Bauer ist unter das Hofrecht getreten; in den meisten und wichtigsten seiner Angelegenheiten hat er nicht mehr mit einem staatlichen Richter, sondern mit dem Vogt der geistlichen oder weltlichen gefreiten Grundherrschaft zu tun; man kann die ‚Vogteiverfassung‘ als das kennzeichnende Merkmal der Zeit vom 10. bis zum 12. Jahrhundert ansehen.²⁾ ...“ und *T. Mayer*, Die Ausbildung der Grundlagen des modernen deutschen Staates im hohen Mittelalter „... Was bei den Reformklöstern im einzelnen geregelt wurde, hat sich bei den Zisterziensern als allgemeiner Grundsatz durchgesetzt. Sie hatten keine Grundherrschaften im alten Sinne mehr, keinen adligen Herrenvogt, sondern sie unterstanden einfach der staatlichen Gewalt, die die Hoheitsrechte und den Schutz ausübte, die also Rechte und Funktionen, die früher dem Grundherrn und Eigenkirchenherrn zugekommen waren, als staatlich nun für sich übernahm. Aus dieser Entwicklung ergibt sich, wie sehr die Erlangung von Vogteien als der politischen Herrschaft über die Klostergebiete ganz allgemein eines der wichtigsten Mittel zur Bildung des neuen Staates geworden und die Bedeutung des Grundeigentums zurückgedrängt worden ist. Auf die Erwerbung und wohl auch auf die Neuausbildung von Hoheitsrechten war von nun an die Staatspolitik gerichtet. ...“ (*Herrschaft und Staat im Mittelalter*, S. 295-296); *ders.*, Fürsten und Staat, I., S. 2 „... Die Kirchenvogtei, die eine Möglichkeit, das politische Potential der materiellen Macht der Kirche für den Staat auszuwerten und nutzbar zu machen darstellte, ist ein entscheidender aktiver Faktor in der Ausbildung des Staates geworden, gleichzeitig aber auch ein wichtiges Kampfbjekt in diesem langandauernden Ringen. ...“, III., S. 41 „... Klar kommt dagegen das Hervortreten des Vogtes zum Ausdruck, der so zum Kristallisationskern in einem Verfassungswandel wurde³⁾. ...“.

¹¹¹ *T. Mayer*, Die Ausbildung der Grundlagen des modernen deutschen Staates im hohen Mittelalter, Zusatz I, „... Die geistlichen Fürsten haben Grafschaften erhalten, aber sie mußten Vögte einsetzen, die die Hoheitsrechte ausübten und sich allmählich aneigneten. Da war es entscheidend, ob die Vogtgeschlechter im 13. Jahrhundert ausstarben oder nicht. Starben sie vorher aus, mußte der betreffende Bischof oder Abt einen neuen Vogt einsetzen, starben sie später aus, dann war das Erbrecht der Vögte schon so gefestigt, daß die Nachfolge geklärt war. ...“ (*Herrschaft und Staat im Mittelalter*, S. 324) und *Waas*, Vogtei und Bede in der deutschen Kaiserzeit, I. Teil, 1. Kap. S. 8 „... Im 11. Jahrh. soll die für die ganze Stellung des Klosters maßgebende

fff) Die Regalien

Neben den Immunitäten, Grafen- und Herzogsgewalten waren von den deutschen Königen und römisch-deutschen Kaiser den weltlichen und geistlichen¹¹⁴ Fürsten die Regalien – die kaiserlichen Reservatsrechte –,¹¹⁵ das Befestigungs-,¹¹⁶ Geleits-,¹¹⁷ Jagd-Fischerei-,¹¹⁸ Judenschutz-,¹¹⁹ Markt-,¹²⁰ Zoll-,¹²¹

Umbildung der Beamtenvogtei in eine Herrenvogtei, wie sie uns die bitteren Klagen der Stifter kennen lehren, stattgefunden haben, also gerade in einer Zeit, wo die Macht der Klöster in stetem Steigen begriffen war.²⁾ Die Klöster sträubten sich mit allen Kräften dagegen, Könige und Päpste griffen zu ihren Gunsten ein, und doch gelang es den Stiftern nicht, diese Entwicklung an allen Stellen zu hindern. ...“.

¹¹² *Fehr*, Die Entstehung der Landeshoheit im Breisgau, 1. Periode (bis 1218), § 6. (vielmehr § 7.), a., S. 52-53 „... sind nun die beiden Wege angedeutet, welche den Ausgangspunkt der Landeshoheit bilden. Entweder ist der Ausgangspunkt die alte Grafschaft oder der neugebildete Gerichtsbezirk, das sog. Territorium. Entweder entwickelt sich die Landeshoheit unmittelbar aus der alten Amtsgewalt, der gräflichen Gerichtsgewalt, oder sie entsteht aus der Übertragung von der Gerichtsgewalt in einem von der gräflichen Amtsgewalt eximierten Gebiete. Grundlage der Landeshoheit wird die alte Grafschaft dann; wenn keine Exemtionen stattfinden oder die Exemtionen den Grafschaftsverband nicht zu sprengen vermögen. Wo die gräfliche Gerichtsgewalt nur zurückgedrängt aber nicht durchbrochen ist, da ist für die Territorialbildung kein Raum vorhanden. Grundlage der Landeshoheit wird dagegen das Territorium, wenn das eximierte Gebiet aus dem alten Gerichtsbezirke wirklich auszuschneiden vermag. ...“.

¹¹³ *T. Mayer*, Fürsten und Staat, I., S. 21 „... Bei diesem Prozeß ergaben sich allenthalben schwerste Auseinandersetzungen über die Rechte und Funktionen der Vögte und ihre Stellung gegenüber dem Immunitätsherren, indem die Vögte ihre Ämter seit der Mitte des 11. Jahrhs. als Lehen erhielten und erblich innehatten¹⁾. Sie verfügten dadurch über die weltlichen Machtmittel der Kirchen und Klöster. Es kam dann darauf an, wem es gelang, den modernen Staat, den Territorialstaat zu errichten, dem Immunitätsherrn oder dem Vogt, ob es dem Immunitätsherren gelang, den Vogt, der nur noch sein Vasall war, zu verdrängen, die Vogtei einzuziehen und durch Beamte verwalten zu lassen oder ob der Vogt seine Macht behielt und als Grundlage für seine eigene Staatsbildung gebrauchte, wie z. B. in Tirol, wo der Bischof von Brixen schließlich gegenüber dem zum Landesfürsten aufgestiegenen Vogt, dem Grafen von Tirol landsässig wurde, während etwa der Erzbischof von Salzburg sich der Vogtei zu erwehren vermochte, weil die Vogtfamilien im 13. Jahrh. ausstarben. ...“, Zusammenfassung, S. 310 „... Die Grafschaft war jene Institution, die den Staat überhaupt vorzüglich verkörperte und seine wichtigsten Funktionen ausübte, so daß einen Staat nur bilden konnte, wer diese Rechte in der Hand hatte und über sie verfügte, das war für gewöhnlich der Graf. Diese Rechte konnte aber auch der Inhaber einer hohen Immunität haben, dann konnte dieser, aber auch sein Vogt Landesherr werden. ...“.

¹¹⁴ *Santifaller*, Das ottonisch-salische Reichskirchensystem, 1. Aufl., Anhang, II., 3., S. 60: Verleihungen von sonstigen Hoheitsrechten an Bistümer und Klöster unter den Karolingern von Pippin bis in das Jahr 911 deren insgesamt 44, davon 25 an Bistümer und 19 an Klöster: Zollfreiheiten, Markt, Münze, Handelsfreiheit, Inquisitions- und Reklamationsrecht. „... Für die Zeit von 911 bis 1056 zählen wir insgesamt etwa 280 Verleihungen, also siebenmal soviel als in der vorangegangenen karolingischen Epoche; inhaltlich treten zu den bisherigen Regalien neu hinzu: Burgrecht, Bergrecht und Schiffssteuer.“ (Nachweise: a. Bistümer, S. 61-63, b. Stifte und Klöster, S. 63-66).

¹¹⁵ Es waren die von den deutschen Königen/römisch-deutschen Kaiser beanspruchten Hoheiten über die von den Landleuten nicht unmittelbar in Gebrauch genommenen oder von ihnen beherrschten Gebiete, zurückgehend auf die ursprünglichen Stammesländer, „... ; er übt die Herrschaft über die im Lande wohnenden Fremden, über die Straßen und damit über Geleite, Zoll und Münze. Es ist der außerhalb der das Leben beherrschenden Sphäre der Agrarwirtschaft liegende Bereich des Waldes, der Bergschätze, der Verkehrswirtschaft, der dem König als Herrn der Stammesländer zusteht. ...“ (*O. Brunner*, Land und Herrschaft, V., 1., d), 368-369 (368), III., 2., S. 191-192).

¹¹⁶ Burgen und Ortsbefestigungen anzulegen (*HRG*, I. Band, Befestigungsrecht, von *K. H. Allmendinger*, Sp. 348-349) „... Bald entglitt das B. dem Königtum und wurde von geistl. und weltl. Fürsten zum Ausbau ihrer Landesherrschaft benutzt. Burgen wurden zu Mittelpunkten der landesherrlichen Verwaltung. ...“ (Sp. 348).

¹¹⁷ Reisende, besonders reisende Kaufleute sicheres Geleit gegen Gewalttätigkeiten und Überfälle zu gewährleisten gegen Geleitsgeld (*HRG*, I. Band, Geleitsrecht, von *B. Koehler*, Sp. 1481-1498) „... Das ma.

Münz-,¹²²

Geleitsrecht gehörte zu den sog. → Regalien. Im Laufe des 13. Jh. wurde das Geleitsrecht zu einem fürstlichen Hoheitsrecht unbeschadet des kgl. Rechts, mit dem es konkurrierte. So wurde von Friedrich I. 1180 dem Erzbischof von Köln das Herzogtum Westfalen mit allen Geleitsrechten übertragen ...“ (Sp. 1483).

¹¹⁸ Die Befugnis zur Aneignung wilder jagdbarer Tiere, Fische und zur Bestimmung der Rechte und Pflichten auf dem Gebiete der Jagd (*HRG*, II. Band, Jagd- und Fischereirecht, von *Chr. Hafke*, Sp. 281-288 (I., Sp. 281-285, II., Sp. 286)) „... Mit Abschwächung der königlichen Gewalt und erstarkender → Landesherrschaft geht das Wildbannrecht auf die Landesherren über. Diese Entwicklung beginnt mit dem Ende der Salier; ... Wie das Wildbannrecht im einzelnen in die Hand der Landesherren gelangte, ist weitgehend ungeklärt. Man wird wohl neben königlichen Verleihungen weitgehend eine Usurpation im 12. und 13. Jh. anzunehmen haben. ...“ (I., Sp. 282-283). Das ausschließliche Recht zur hohen Jagd auf Rot- und Schwarzwild, die Anordnungen über die Ausübung der niederen Jagd, über Schonung des Wildes. König Heinrich II. verlieh Bischof Adalbero von Basel im Jahre 1008 für den einen Teil des Breisgaus seienden Mooswald das Jagdregal (*Fehr*, Die Entstehung der Landeshoheit im Breisgau, 2. Periode (1218-1318), § 8., I., S. 132-134).

¹¹⁹ Gewährung von Schutz insbesondere an Kirchen, Geistliche, Kaufleute, Frauen gegen Schutzzins (*HRG*, II. Band, Juden, von *B. Koehler/H. Lentze*, Sp. 454-465 (I.-III., Sp. 456-458)) „... Seit dem 13. Jh. übertrug das Reich den Judenschutz (Judenregal) Landesherren und Städten. ...“ (III., Sp. 457).

¹²⁰ Das Recht Märkte zu schaffen (*HRG*, III. Band, Markt, von *R. Sprangel*, Sp. 324- 330 (324-328)) „... In ottonischer und frühsalischer Zeit werden über 100 M. als Rechtsgebilde durch königliches Privileg gegründet. ... Im 11. und 12. Jh. war es in Deutschland regionalen Fürsten zunächst nur möglich, Wochen- und Nahhandelsmärkte selbständig zu errichten. Für Jahresmärkte brauchten sie die Bestätigung des Königs. Mehr und mehr verzichteten sie allerdings auf diese Bestätigung. ... Im Laufe des HochMA. verbindet sich mit dem Marktrecht mehr und mehr ein Monopolrecht. ...“ (Sp. 325, 328).

¹²¹ Zölle (Maut) zu errichten und zu nützen (*HRG*, V. Band, Zollregal, von *M. Schmoeckel*, Sp. 1759-1769 (1759-1765)) „... Die Übernahme der Zölle eines Gebietes und der dortigen Gerichtsbarkeit sind als wichtige Instrumente der weltlichen Fürsten zum Ausbau ihrer Landeshoheit ab dem 9. Jh. ausgemacht worden. ...; für die geistlichen Fürsten wurde diese Verleihungsform im Wormser Konkordat bestätigt. Somit können im 11. Jh. Inhaber der Zollgewalt erscheinen, ohne durch Verleihungsurkunden zugunsten der eigenen Person legitimiert zu sein. ... Die Übertragung der Zölle an die Bischöfe und Äbte ab dem 7. Jh. diente der Sicherung der Zolleinkünfte gegen gräfliche Übergriffe. ... Das Z. scheint kaum je in so weitem Umfang wahrgenommen worden zu sein wie bei Friedrich Barbarossa. Philipp von Schwaben und Otto IV. verzichteten dagegen auf alte Reichszölle; Otto versprach 1208 dem Erzbischof von Magdeburg, in dessen Gebiet keine Zölle mehr ohne seine Zustimmung zu erlassen. Unter Friedrich II. schließlich wurden die bisher größten Einschnitte in das königliche Zollrecht schriftlich festgelegt. ...“ (Sp. 1761-1763).

¹²² Beinhaltete die Münzhoheit: Befugnis zur Organisierung des Münzwesens mit Festsetzung des Kurses, Bestimmung der Münzeinheit, des Münzfußes, des Münzbildes; das Münzrecht: Herstellung von Münzen, das Recht auf Münznutzen. Sie befanden sich in der obersten Zuständigkeit des Königs (*HRG*, III. Band, Münzwesen (rechtlich), von *E. Wadde*, Sp. 770-790 (770-781 (II., 2., Sp. 771-773))). In ottonisch-salischer Zeit entsprach die wachsende Zahl von Verleihungen immer umfangreicheren Berechtigungen der Privilegierten und zu Beginn des 11. Jahrhunderts stand die Mehrzahl der Münzstätten nicht mehr in unmittelbarer königlicher Herrschaft (II., 2., Sp. 773). Neben den königlichen, den herzoglichen, den gräflichen Münzstätten, „...Vor allem aber gelangen, entsprechend der allgemeinen ottonischen Politik, die geistlichen Fürsten, Erzbischöfe und Bischöfe, Äbte und Äbtissinnen in den Besitz des Münzrechts. Und nun stehen die herzoglichen Münzstätten nicht etwa nur in einer Reihe mit diesen geistlichen, sondern sie werden von ihnen überflügelt. Nicht die Münzen der herzoglichen Offizinen haben sich als typenbildend erwiesen, sondern die der Bischofsstädte, und die numismatische Geographie folgt nicht der politischen, sondern der kirchlichen, wofür Trier das schlagendste Beispiel liefert. ...“ (*Menadier*, Das Münzrecht der deutschen Stammesherzoge, in: *ZfNum*, XXVII. Band, S. 164). Die geistlichen Münzherrschaften setzten sich vor den weltlichen bei ihren entsprechenden Entwicklungstendenzen durch (*HRG* ebd., II., 3., Sp. 778). Die Münzen waren aber weiterhin königliche (II., 2., Sp. 773). Um 1150 hatte der territoriale Münzherr auch die Befugnis, Münzfuß und Münznutzen selbst zu bestimmen – regionale Münzpfennige – . An diesen Münzgerechtigten standen Domkapitel, Landständen und Städte Mitwirkungs- und Nutzungsrechte zu (II., 3., Sp. 778-779). „... Wie andere Hoheitsrechte gerät auch das Münzregal in den Sog der Territorialisierung; wo es den entstehenden Landesherrschaften als Baustein dient, ...“ (II., 3., Sp. 779). In staufischer Zeit wurden königliche Anordnungen zur Münzhoheit – Münzaufsicht – gemacht, welche die bereits an die domini terrae verliehenen und von ihnen selbstständig weitergebildeten

Berg-,¹²³ Salz-¹²⁴ und Flussrecht¹²⁵ vergeben worden,¹²⁶ welche auf ein wirtschaftliches Wirken ausgerichtet waren,¹²⁷ so dass der hochmittelalterliche Staat¹²⁸ sich bereits als Feudalstaat verstand.¹²⁹

Münzrechte schützen sollten (II., 2., Sp. 773-774) und anstelle der Ortsgebundenheit erfolgte die Zuordnung zur terra principis (*Zeumer*, Quellensammlung, 1. Teil, Nr. 53., S. 55-56 (17., S. 56)). Mit den erteilten Privilegien führte dies zur territorialen Münzhoheit mit der Prägung neuer Münzsorten, auch in Einzelfällen ausdrücklich verliehen, an den Erzbischof von Trier im Jahr 1310, an den Erzbischof von Köln (Kaiser Karl IV.) am 26. 11. 1346 (*HRG* ebd., II., 3., Sp. 779 und *MGH*, Const, Tomus VIII., N^o 123., p. 203-206 (4., p. 204-205)).

¹²³ Das Recht auf Bergbau war vom Grundeigentum getrennt, und der Grundherr bedurfte hierzu eines besonderen regalen Titels. Es war vor allem auf Silber ausgerichtet und stand seit dem 12. Jahrhundert dem König zu und war in der Ronkalischen Konstitution von 1158 bestätigt worden (*HRG*, I. Band, Bergrecht, von *W. Wegener*, Sp. 373-378 (373-375) und Bergregal, von *W. W...*, Sp. 378-381). Zwischen Anfang des 11. und während des 13. Jahrhunderts „...“, erscheinen die Erzfunde als *iuris imperii* in dem Sinne, daß ihre Nutzung von der Bewilligung durch den Herrscher abhängt. Diese Bewilligung, meist wohl in Formen des Lehnrechts, erhält derjenige, der vordem kraft Gewohnheitsrecht in eigener Machtvollkommenheit Bergbau treiben konnte, nämlich der Herr des Bodens. Wie andere Regalien geht auch das Bergregal durch Verleihung oder Aneignung mit und ohne Rechtstitel in die Hand der Fürsten über. ...“ (Sp. 380), „... Infolge der Übertragung des Bergregals durch die Goldene Bulle Karls IV. im Jahre 1356 auf die Kurfürsten und die von da ausgehende Erwerbung des gleichen Rechts auch durch die meisten anderen Reichsfürsten entfaltete sich die Förderung des Bergbaues durch die Landesherren. ...“ (Sp. 374). Kaiser Konrad II. verlieh dem Bischof von Basel im Jahre 1028 Silberadern und Gruben an Orten im Breisgau. Danach gelangte das Bergregal an die Herzöge von Zähringen (*Fehr*, Die Entstehung der Landeshoheit im Breisgau, 2. Periode (1218-1318), § 8., 2., S. 134-136).

¹²⁴ Gewinnung von Salz als Teil der Bodennutzung, zuerst ein Besteuerungsrecht, wurde später zu einem Bewilligungsrecht für den Eigentümer (*HRG*, IV. Band, Salzregal, von *P. Putzer*, Sp. 1291-1293) „... 1158 wird es in die → Ronkalischen Gesetze aufgenommen und gelangt im Verlauf der Zeit, wie die Regalien insgesamt durch Verleihungen oder Usurpation in die Hände der Landesfürsten, wo sie erst wirklich ertragreich werden. Für einzelnen Fürstentümer wurde das S. neben dem Bergregal von entscheidender wirtschaftlicher Bedeutung: → Bayern, Berchtesgaden und → Salzburg partizipieren am selben Salzvorkommen (Reichenhall). ... ging ab dem 13. Jh. wie das Bergregal an die → Landesherrn über und führte zu einer weitgehenden Staatsaufsicht oder sogar zu staatlichen Monopolen ...“ (Sp. 1292).

¹²⁵ Für die schiffbaren Flüsse und ihren Nebenflüsse: Rhein, Main, Elbe, Donau, Verkehrswege für den Handel und für Kriegsführung, dazugehörend die Einzelrechte: Errichtung von Wasser- und Verkehrsbauten, Brücken, Häfen, Kanälen (*HRG*, V. Band, Stromschifffahrtsrecht, von *G. Neusser*, Sp. 49-51), erstmalig rechtlich erfasst in der Constitutio de regalibus – Curia roncalia. 1158. Nov. (*MGH*, Const, Tomus I., N^o 175., p. 244-245) „Regalia sunt hec: ..., flumina navigabilia, et ex quibus fiunt navigabilia, portus, ripatica, ...“ (p. 244 Z 34-35). Der Rhein wird in der Constitutio de correctione Rheni. 1165 Nov. (*MGH* Const, Tomus I., N^o 228., p. 323-324) zur „... Rheni, (libera et regia) strata, ...“ gemacht (p. 324 Z 7). „...“, erwähnt die → Goldene Bulle das Stromregal nicht unter denen, die den → Kurfürsten zustanden. Das zeigt, daß es nach wie vor Recht des Königs war, wiewohl von ihm häufig bereits im Einzelfall an Landesherrn oder Städte verliehen. ...“ (*HRG* ebd., Sp. 49).

¹²⁶ *Schröder-Künßberg*, Deutsche Rechtsgeschichte, 3. Periode, 2. Kap., § 50., 1., S. 644 „... Innerhalb der Territorien wurde die Ausübung verschiedener königlicher Hoheitsrechte (Anlage von Reichsburgern, Errichtung neuer Märkte, Münz- oder Zollstätten) seit den Privilegien Friedrichs II an die Zustimmung der Landesfürsten gebunden. Dazu kam die zunehmende Übertragung nutzbarer Hoheitsrechte vom Reich auf die Fürsten. ...“, § 51., S. 685-686 „... Die Erteilung von Stadtrechtsprivilegien blieb bis zum 13. Jh. ein ausschließliches Recht des Königs, weil Marktrecht, Befestigungsrecht und gerichtliche Exemtionen nur von ihm erteilt werden konnten³². Nachdem Friedrich II den Fürsten das Befestigungsrecht bewilligt und gegen die Errichtung von Konkurrenzmärkten ihnen ein Widerspruchsrecht eingeräumt hatte, fingen sie mehr und mehr an, unter stillschweigender Duldung des Reiches auf eigene Hand Stadtprivilegien zu erteilen³³. Nur Nichtfürsten gegenüber wurde das Regal auch fernerhin streng aufrecht erhalten³⁴. ...“; *Stengel*, Land- und lehnrechtliche Grundlagen des Reichsfürstenstandes, II., „... Als wesentlichstes Attribut fürstlicher Herrschaft galt – bis im 13. Jahrhundert auch die Regalien wie Münze, Zoll, Befestigungsrecht usw. in den Vordergrund traten⁸⁸) – die Gerichtsgewalt⁸⁹), ...“ (*ZRG*, GA, LXVI. Band, VII. (vielmehr VIII.), S. 316) und *Fehr*, Die Entstehung der Landeshoheit im Breisgau, 1. Periode (bis 1218), § 5., 2., b., S. 36 „Über das Immunitätsgebiet hinaus waren nun

Die Regalienordnung mit ihren flächenmäßig-raumbezogenen Wirkungen und dem durch sie bedingten zunehmenden Einfluss von der Geldwirtschaft führte zu einer Intensivierung, Verdinglichung, Rationalität¹³⁰ und auch Wohlfahrtsorientierung im Handeln der domini terrae.¹³¹

Thieme, Die Funktion der Regalien im Mittelalter:

„... waren ja die Regalien das Instrument gewesen, womit anfangs im Reich, dann in den Ländern, nur mit ungleichen Mitteln und verschiedenem Erfolg, die Aufgaben einer am Wohlfahrtszweck orientierten Staatsverwaltung erstmalig zu lösen versucht worden sind. Die Regalität schlägt somit eine Brücke vom mittelalterlichen Personenverbandsstaat zum neuzeitlichen Flächenstaat. ...“¹³²

ggg) Der Forstbann und die Rodungen

Mit dem vom Kaiser vergebenen jus forestis¹³³ erlangten die geistlichen¹³⁴ und weltlichen domini forestae durch die Heraushebung des Gebietes¹³⁵ aus der allgemeinen Nutzung alle

aber Kirchen und Klöster in den Besitz selbständiger Herrschaftsrechte gelangt. Jagd-, Fisch-, Berggerechtigkeiten ... waren den geistlichen Herren übertragen worden. ...“.

¹²⁷ Finanziell ergiebig waren insbesondere die Berg-, Münz- und Judenregale. Der sie innehabende fürstliche Herr konnte die Verkehrswirtschaft beherrschen und sie durch Münzen und Zölle finanziell gebrauchen (*O. Brunner*, Land und Herrschaft, V., 1., d), S. 269).

Für das Herzogtum Baiern waren vor allem die Fluss-, Markt- und Zollregale eine wichtige Einnahmequelle (*Spindler*, Die Anfänge des bayerischen Landesfürstentums, II, Rechtliche Grundlagen, S. 114-115).

¹²⁸ *Mitteis*, Der Staat des hohen Mittelalters, 2. Teil, 1. Abschnitt (Die Zeit der sächsischen Könige), Kap. 6, II., 2., S. 118 „... Da mit der Gerichtsbarkeit noch andere nutzbare Rechte, wie Zölle, Markt- und Bannrechte, verbunden zu sein pflegten, kann man die ottonischen Privilegien als Grundlage für die sog. ‚jüngere Immunität‘ und damit den Ausbau der bischöflichen Territorialmacht bezeichnen. ...“.

¹²⁹ Bereits das hochmittelalterliche Reich wandte sich vom Lehnsstaat zum Feudalstaat zu, dessen Eigenschaft die allgemeine Veräußerung von Hoheitsrechten an privilegierte Unterherrschaften, mit faktischer Vererblichkeit war (*Gasser*, Entstehung und Ausbildung der Landeshoheit im Gebiete der Schweizerischen Eidgenossenschaft, 2. Teil, 9. Kap., IV., S. 414-416, 1. Teil, 5. Kap., S. 153-154, 1. Kap., S. 7-8, Fußn. 8).

¹³⁰ *E. Kern*, Moderner Staat und Staatsbegriff, I. Teil, III., 1., S. 62-70 (61-63, 65, 68-70).

¹³¹ *Thieme*, Die Funktion der Regalien im Mittelalter, I.-VI., in: *ZRG*, GA, LXII. Band, III., S. 61-87 (IV., S. 75-76, VI., S. 83-87).

¹³² VI., in: *ZRG*, GA, LXII. Band, III., S. 87.

¹³³ Forestis war das vom König für sich durch Okkupation beanspruchte Waldgebiet, welches er aus der gemeinen Mark herausnahm. Das jus forestis erfasste alle Nutzungsrechte: Jagd, Fischerei, Schweinemast, Viehweide, Holztrieb, Siedlung, welche mit der königlichen Banngewalt für Draußenstehende ausgeschlossen wurden (*Thimme*, Forestis, I., in: *AfUrF*, II. Band, S. 102-126).

¹³⁴ Das Forstprivileg wurde vielfach an geistliche Fürsten vergeben (*Hauck*, Die Entstehung der geistlichen Territorien, S. 668 [24]).

¹³⁵ Seit dem 10. Jahrhundert nicht nur auf dem eigenen, sondern auch auf fremdem Grund und Boden erteilt (*T. Mayer*, Die Ausbildung der Grundlagen des modernen deutschen Staates im hohen Mittelalter, Zusatz II, in: *Herrschaft und Staat im Mittelalter*, S. 326 und *Hauck*, Die Entstehung der geistlichen Territorien, S. 668 [24]).

dortigen Nutzungsrechte, insbesondere Jagd, Fischerei, Holztrieb, Siedlung und auch die Rodung und die Gerichtsbarkeit.¹³⁶ Dies bewirkte eine immunitätsgleiche Herrschaft,¹³⁷ welche im Unterschied zur Immunität nicht die zukünftigen Erwerbungen miterfasste. Auch die Ausübung ihrer einzelnen Rechte beruhte mehr auf machtmäßigen Strukturen.¹³⁸ Der geistliche dominus forestae benötigte jedoch nicht in gleicher Weise einen Vogt.¹³⁹

Wegen ihrer im Gegensatz zur Grafengewalt die dortigen freien Personen und ihre Besitze erfassenden Gewalt,¹⁴⁰ tendierte die Forstherrschaft zu einem territorialen Flächenstaat.¹⁴¹

¹³⁶ T. Mayer, *Geschichtliche Grundlagen der deutschen Verfassung*, S. 15-16 „... Wir besitzen eine Reihe von neueren Untersuchungen über die foresta oder forestes⁵⁶), die Forste. Forst bedeutet die Heraushebung eines bestimmten Gebietes aus der allgemeinen Nutzung, aber auch, und das ist in unserem Zusammenhang wichtiger, aus der allgemeinen Staatsverwaltung. Wohl bezog sich der Forstbegriff ursprünglich auf Wald und Jagd, aber er umfaßte weiterhin alle Nutzungs- und sonstigen Rechte am und über den Wald, schloß besonders auch das Recht zur Rodung in sich. Schon in einer Urkunde König Sigiberts I. kommt dieser Gedanke zum Ausdruck, in den Urkunden über die spanischen apprisiones wird auch ausgesprochen⁵⁷), daß damit die Gerichtsbarkeit verbunden war. ...“ mit Anm., S. 29.

¹³⁷ T. Mayer, *Geschichtliche Grundlagen der deutschen Verfassung*, S. 16 „...In einer St. Galler Formel wird die Immunität als forestis bezeichnet. Daß forestis soviel wie Immunität bedeutet zeigen die Verhältnisse in Fulda⁵⁸). Das lehrreichste Beispiel neben den ganz gleichliegenden aus Hessen bietet wieder das Erzbistum Salzburg. Der Erzbischof hat nämlich die Rodung überhaupt ohne Privileg begonnen, wie das sehr häufig vorkam, er wollte sich aber doch den Besitz sichern und hat zu diesem Zweck knapp vor 977 eine Kaiserurkunde fälschen lassen, die dann allerdings bestätigt worden ist⁵⁹). Obwohl der Erzbischof im Rodegebiet alle Hoheitsrechte ausübte, hat man nicht eine Verleihung von Grafen-, Gerichts- oder Immunitätsprivilegien gefälscht, sondern ein Forstprivileg⁶⁰). Daß ein solches als genügender Besitztitel angesehen wurde, kennzeichnet treffend den Inhalt und die Bedeutung des Forstbegriffes. ...“ mit Anm., S. 29-30 und Hauck, *Die Entstehung der geistlichen Territorien*, S. 668 [24] „... Eine Parallele zur Erwerbung der Grafschaften und Gerichtssprengel bildete der Übergang der großen Forsten an die geistlichen Herren. ... Es war Königsrecht, ein Waldgebiet unter Bann zu stellen und dadurch die Forstnutzung dem König vorzubehalten. Dieses Recht wurde vielfach an geistliche Fürsten vergeben. Der Inhaber desselben erschien als dominus forestae; von seiner Genehmigung war besonders die Rodung des Forstes und damit die Gründung neuer Niederlassungen abhängig.¹³⁸) Da infolgedessen alle neu Angesiedelten Immunitätsleute waren, so erlangte der Forstherr die Gerichtsgewalt: so wurde er zum Landesherrn. ...“.

¹³⁸ T. Mayer, *Die Ausbildung der Grundlagen des modernen deutschen Staates im hohen Mittelalter*, Zusatz II, „... Forst und Immunität hatten in verfassungsrechtlicher Hinsicht sehr viel gemeinsam, sie unterschieden sich aber in bedeutsamer Weise dadurch, daß der Forstbann immer für ein bestimmtes, fest umgrenztes Gebiet gewährt wurde, die Immunität aber für den Besitz des Privilegierten, also nicht über fremdes Gebiet, was beim Forst möglich war; dagegen wurde bei der Immunität auf zukünftige Erwerbungen Rücksicht genommen, sie konnten ohne weiteres in die Immunität einbezogen werden. Eine solche Ausweitungsmöglichkeit bestand beim Forst normalerweise nicht. Dazu kam noch ein weiterer Faktor, der sich stark auswirken konnte. Während die verfassungsmäßige Eigenart der Immunität in den Urkunden klar umschrieben wurde, bezogen die Forstprivilegien nach ihrem Wortlaut nur auf die Jagd, alle weitergehenden wurden aus ihr – sehr weitherzig – abgeleitet, aber sie waren nirgends genau schriftlich oder auf andere Weise festgelegt. Das hieß, daß sie dann praktisch vorhanden waren, wenn sie der Forstinhaber durchsetzte, daß sie aber von einem mächtigen Gegner wirksam bestritten werden konnten. *Der Forstbann lieferte eine ausgezeichnete Möglichkeit zur ordnungsgemäßen Durchsetzung von beanspruchten Hoheitsrechten, er gab aber nicht ohne weiteres die Rechte selbst. ...“* (*Herrschaft und Staat im Mittelalter*, S. 327-328).

¹³⁹ T. Mayer, *Die Ausbildung der Grundlagen des modernen deutschen Staates im hohen Mittelalter*, Zusatz I „... Ein anderer wichtiger Ausgangspunkt für die Bildung von Territorialstaaten waren die F o r s t e⁹⁶; man kann sie am ehesten den Immunitäten an die Seite stellen, es scheint jedoch, daß die geistlichen Inhaber von Forstrechten dort nicht Vögte einzusetzen brauchten. ...“ (*Herrschaft und Staat im Mittelalter*, S. 325).

¹⁴⁰ T. Mayer, *Die Ausbildung der Grundlagen des modernen deutschen Staates im hohen Mittelalter*, Zusatz II, „... Der Forst war ... weitgehend einer Immunität gleich, er stand wie diese neben, nicht unter der Grafschaft, von der er sich aber in bedeutsamen Punkten unterschied. In einer Grafschaft lebten auch freie Personen, die

Die insbesondere im 12. Jahrhundert von geistlichen und weltlichen Fürsten¹⁴²

eigene, mitunter wichtige öffentliche Rechte gegenüber dem Grafen hatten. In einem Forst gab es solche Freiheit grundsätzlich nicht, wenn aber ein Forstbann für einen Bezirk gewährt wurde, innerhalb dessen auch freie Personen wohnten oder eigene Besitzungen, praedia, besaßen, mußten diese gefragt werden und ihre Zustimmung geben, sich also freiwillig unterwerfen. ...“ (*Herrschaft und Staat im Mittelalter*, S. 327).

¹⁴¹ T. Mayer, *Geschichtliche Grundlagen der deutschen Verfassung*, S. 17-18 „... Wir wissen, daß der frühmittelalterliche Staat als Verband von Personen zu bezeichnen ist, bei dem die Herrschaft über das Land sekundär ist. ... Es macht sehr große Schwierigkeiten, den Übergang zum Flächenstaat zu erklären. Man könnte an die Immunitäten schlechthin denken, doch haben diese wegen der starken Streulage des Kirchenbesitzes doch nicht die entscheidende Bedeutung gehabt. ... In der forestis haben wir einen Ausgangspunkt gefunden, weil hier die Hoheitsrechte nicht vom Recht über Personen, sondern über ein Gebiet hergeleitet sind. ... Inhaber öffentlicher Rechte, obrigkeitliche Personen, ..., konnte man in Frankreich grundsätzlich nur durch Übertragung dieser Rechte von Seiten des Staates oder durch rechtswidrige Usurpation werden, in Deutschland konnte man diese Rechte auch anderweitig, aber rechtmäßig erwerben. Das war die verfassungsrechtliche und politische Bedeutung der forestis, die zu den alten partikularistischen Herrschafts- und Stammesrechten und –ansprüchen hinzutrat. ...“ mit Anm., S. 30; *ders.*, *Die Ausbildung der Grundlagen des modernen deutschen Staates im hohen Mittelalter*, Zusatz II „... Der Forst war das Prototyp der Flächenherrschaft, dort galt der Grundsatz ‚Luft bindet an die Fläche‘, ordnet in die Flächenlandschaft ein. Deshalb war der Forst ein gegebener Ausgang für die Ausbildung der neuen Staatsform des institutionellen Flächenstaates, eine Keimzelle der Landeshoheit. Er war für die Verfassungsentwicklung ebenso wichtig, ja mitunter wichtiger als die Grafschaft. ...“ (*Herrschaft und Staat im Mittelalter*, S. 327).

Zu den Hochstifter Brixen, Passau, Regensburg, Freising, Augsburg: K. Bosl, *Forsthoheit als Grundlage der Landeshoheit in Baiern: Die Diplome Friedrich Barbarossas von 1156 und Heinrichs VI. von 1194 für das Augustinerchorherrenstift Berchtesgaden. ...*, I „... Die Gebiete, in denen der Bischof von Brixen Landesherr war, decken sich zum großen Teil mit den an das Hochstift geschenkten Königsforsten Lüssen und Antholz.⁴ Die Forsthoheit und nicht die als Lehen weggegebenen Grafschaftsrechte haben die Landeshoheit des Brixener Bischofs begründet, ... Ähnlich bestellt ist es mit den Hoheitsrechten der Hochstifter Passau,⁵ Regensburg,⁶ Freising und Augsburg. ...“, „... Die im 18. Jahrh. reichsunmittelbare, regensburgische Hofmark Vogtareuth geht auch auf eine kgl. forstis zurück und hat ganz eigenartige, durch Rodung bedingte Besitzverhältnisse aufzuweisen. ...“ (*Gymnasium und Wissenschaft*, S. 3 mit Fußn. 6).

Zum Erzstift Salzburg: T. Mayer, *Analekten der Entstehung der Landeshoheit* „... Für die Salzburger Erzbischöfe war der Besitz der Forsten von größter Bedeutung. Sie bildeten den Raum, auf dem von allem Anfang an die Territorialhoheit des Erzbischofs gesichert war. Diese Entwicklung ist durch die Arbeiten von E. d. Richter längst bekannt, ich möchte hier aber auf ein anderes Beispiel eingehen, wo auch aus dem Forst ein Fürstentum erwuchs, obwohl der Fürst niemals eine Grafschaft besessen oder erhalten hat, das ist das Berchtesgadener Land. ...“ (*BdL*, 89. Jahrg., S. 100), das mitbetroffene Hochstift Berchtesgaden im Privileg Kaiser Friedrich I. vom 13. 6. 1156: für das Gebiet des silva wird auch forstum angegeben, in dem Kaiserdiplom Heinrichs VI. vom 22. 3. 1194 die Exemption des Forstgebietes und der dort Wohnenden (S. 100-110).

Zum Erzherzogtum Österreich: K. Bosl, *Forsthoheit als Grundlage der Landeshoheit in Baiern ...*, I „... Alte Hoheitsbezirke und Grafschaften lassen sich im niederösterreichischen Rodeland nördlich der Donau erschließen, ... Ähnlich liegen die Verhältnisse im nördlichen Waldgebiet Oberösterreichs, wo ... ausgedehnte Königsforsten ... Auf dem kleinen Raum der Grundherrschaft des Klosters Lambach (OÖ) ... auch Forstrechte auf Rodungsland festgestellt.⁸ ...“ (*ebd.*, S. 3).

Zu dem vormaligen Hochstift Merseburg, welches den Forst zwischen Pleiße und Mulde geschenkt erhielt, wobei im 13. Jahrhundert der bischöfliche Villicus in Zwenkau das Blutgericht bis in die Nähe von Leipzig ausübte und der Wegzoll dem Bistum gehörte: Hauck, *Die Entstehung der geistlichen Territorien*, S. 668-669 [24-25].

Zum Hochstift Fulda und und Stift Prüm, welche beide großenteils aus Bannforsten erwachsen: Hauck *ebd.*, S. 669 [25].

¹⁴² Helbok, *Deutsche Siedlung*, 3. Teil, I., S. 184 „... Obwohl die Klosterchroniken sehr viel über Rodung berichten und sich daraus die allgemeine Auffassung bildete, die Klöster ständen an der Spitze der agraren Kulturpioniere, muß doch ganz allgemein geltend gemacht werden, daß der Verdienst des Adels als Grundherrn und des einfachen Mannes überhaupt viel größer ist. ...“ Die Zisterzienser, durften den Zehnten von allen Neubrüchen, die sie anlegten selber behalten und war jede Abtei selbständig, ein kräftiger Antreib für die

vorgenommenen zahlreichen Rodungen,¹⁴³ der Landesausbau im Innern¹⁴⁴ – vor allem in den walddreichen deutschen Mittelgebirgen¹⁴⁵ – und in der Ostsiedlung,¹⁴⁶ erbrachten mit zumeist

Rodungstätigkeiten, ließen sich in abgelegenen, meist unbewohnten Gegenden nieder (*Weller*, *Besiedlungsgeschichte Württembergs vom 3. bis 13. Jahrhundert*, VIII., S. 250-258).

¹⁴³ *Helbok*, *Deutsche Siedlung*, 3. Teil, I., S. 184 „... Die zweite setzt hauptsächlich im 10. Jahrhundert ein und läuft bis 1300. In ihr werden das schwere Rodungswerk, zum Schlusse vor allem im Nadelwald, und die Bezwingung des Wassers durch den Deichbau und andere Werke geleistet. ...“ Insbesondere Ursachen hierfür waren: die beträchtliche Bevölkerungsvermehrung: im westlichen Mitteleuropa stieg die Bevölkerung zwischen Anfang des 11. und dem Ende des 13. Jahrhundert um das Dreifache (*Haverkamp*, *Aufbruch und Gestaltung*, II., 3., a), S. 178), zu Beginn des 14. Jahrhunderts in Deutschland ca. 14 Millionen Bewohner (*Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, I. Band, 9., f), S. 198) und die verbesserte Landwirtschaft: vermehrter Einsatz des Pferdes als Zugtier, der schwere Radpflug, Ausbreitung der Dreifelderwirtschaft (*Gebhardt*, *Deutschen Geschichte*, 10. Aufl., V. Band, B., § 2, b), S. 34).

¹⁴⁴ *Bosl*, *Die Reichsministerialität der Salier und Staufer*, I. Teil, I., 2., S. 8 „... Im Gegensatz zu den alten Kulturländern des Südens und Westens war Deutschland ein Gebiet des Landausbaus, der Rodung, die der hohe Adel neben der Kirche in größtem Umfang betrieb, ...“.

¹⁴⁵ Im Schwarzwald: am Ende des 11. und zu Beginn des 12. Jahrhunderts erschienen neben Hirsau die weiteren Reformklöster St. Peter, St. Blasien, St. Georgen und Alpirsbach, welche mit der Abtei Gengenbach und dem wohl noch größeren Anteil habenden weltlichen Adel die Rodungstätigkeiten durchführten, was zu einer Neugestaltung der politischen Struktur der Landschaft führte, die Zähringer hatten bis 1125 die Vogtei über die Klöster inne (*Büttner*, *Vogesen und Schwarzwald*, in: *DALVf*, 3. Jahrg., S. 678-679, 683-684 und *T. Mayer*, *Die Besiedlung und politische Erfassung des Schwarzwaldes im Hochmittelalter*, in: *ZGO*, LII. Band, *Miszellen*, S. 504-522).

In den Alpengebieten, vor allem im Alpenvorland, in den Vogesen, in den Gäuen und Juragebirgen des Südwesten: Pfälzer Wald, Eifel, Taunus, Hunsrück, Westerwald, Randgebirge des Neckar- und Maintales, und Hohe Rhön, mittel- und norddeutsche Landschaften außerhalb der Ostkolonisation der innere Landesausbau (*K. S. Bader*, *Volk, Stamm, Territorium*, III, in: *Herrschaft und Staat im Mittelalter*, S. 271-273).

Im Hochstift Salzburg: das Gebiet zwischen der Traun im Osten, dem Wolfgang-See im Norden und der Salzach im Westen, eine unbewohnte mit Wald und Alpenweide erfüllte Landschaft wurde durch Rodung und Anbau gewonnen (*Richter*, *Historische Geographie Hochstift Salzburg*, I., in: *MIÖG*, I. Ergänzungsband, S. 616-618).

Im Herzogtum Baiern: ein beträchtlicher Teil von Altbaiern war Rodungsgebiet, insbesondere die Landgerichte Ettal, Tölz, halb Traunstein, Vilshofen (Nordhäfte), Kraiburg, die Grafschaften Ortenburg und Neuburg, die Herrschaften Hohenaschau und Hohenwaldeck, die Klostergerichte Tegernsee und Benediktbeuren waren Rodungsland, welche außerhalb des Grafschaftsverbandes stehend, sich selbstständig entwickelten (*K. Bosl*, *Forsthoheit als Grundlage der Landeshoheit in Baiern: Die Diplome Friedrich Barbarossas von 1156 und Heinrichs VI. von 1194 für das Augustinerchorherrenstift Berchtesgaden. ...*, I, in: *Gymnasium und Wissenschaft*, S. 3-4).

In der Niedergrafschaft Katzenellenbogen und in der Grafschaft Wittgenstein: die Rodung war die treibende Kraft für die Ausbildung der Landeshoheit (*T. Mayer*, *Geschichtliche Grundlagen der deutschen Verfassung*, S. 14 mit Anm., S. 28).

¹⁴⁶ Das Gebiet östlich der Elbe und Saale, dies insbesondere vom großen Bevölkerungswachstum hervorgerufen, war von den weltlichen und geistlichen Fürsten und den kirchlichen Grundherren: Benediktiner, Augustiner, Zisterzienser, Prämonstratenser, Johanniter getragen (*W. Kuhn*, *Kirchliche Siedlung als Grenzschutz 1200 bis 1250*, 1), in: *ders.*, *Vergleichende Untersuchungen zur mittelalterlichen Ostsiedlung*, IX, S. 369-374, Abb. IX. Geistlicher Grundbesitz im mittleren Odergebiet bis 1250, nach S. 384).

Mecklenburg: nach dem Slawenaufstand (983) kam das Gebiet durch das Vordringen Heinrichs des Löwen wieder unter deutsche Hoheit und war von deutschen Bauern besiedelt, seit 1164 die verstärkte Christianisierung, gegen Ende des 12. Jahrhunderts war das Land bis zum Schweriner See besiedelt, Heinrich der Löwe musste aber 1167 den größten Teil dem einheimischen Fürst Pribislaw abgeben, die Grafschaft Schwerin verblieb beim Reich, und es war bis 1250 das Gebiet bis Vorpommern mit einem Netz deutscher Siedler überzogen (*F. Engel*, *Zur Siedlungsgeschichte Mecklenburgs*, 1., in: *ders.*, *Beiträge zur Siedlungsgeschichte und historischen Landeskunde*, S. 81-84; *Die Geschichte Mecklenburgs*, 3. Begründung des

allodialen Aneignungen von Grafenbefugnissen¹⁴⁷ und auch dem Erwerb des Forstprivilegs¹⁴⁸

mecklenburgischen Territorialstaates 1160/67-1348 (von *E. Münch*), S. S. 25- 30 und *Hampe*, Der Zug nach Osten, IV., S. 50-51). Wagrien, zwischen Kieler und Lübecker Bucht, von Graf Adolf von Holstein um 1250, bei Zugehörigkeit zum Reich durch Westfalen, Holländer, Friesen besiedelt (*Propyläen Geschichte Deutschlands*, II. Band (*Keller*), Die Neugestaltung der Lebensverhältnisse ..., Der Aufbruch, Gestaltung der Kulturlandschaft, S. 243-244).

Kaiser Friedrich I. erteilte im Juni 1154 Heinrich dem Löwen den Auftrag „..., in provincia ultra Albim, ...“ Bistümer und Kirchen zu errichten, und verlieh ihm „... et omnibus sibi in hac provincia successuris concedimus investituram trium episcopatum Aldenburc, Michelinburc, Racezburc, ...“ (*MGH*, Const, Tomus I., N° 206, N° 147, p. 206-207 (206 Z 34-207 Z 4). Er gründete die Bistümer und Hochstifter: Lübeck 1160-1170 (*Jordan*, Die Bistumsgründungen Heinrichs des Löwen, Teil I, 2., S. 12-18), Ratzeburg 1158-1174 (*Jordan* ebd., Teil I, 3., S. 18-45, Teil II, 3., S. 85-91), Schwerin 1170 (*Jordan* ebd., Teil I, 4., S. 46-66, Teil II, 4., S. 93-94), mit Ausstattungen von Grundbesitz und Rechten (Zehnt) von Kolonialland und auch von eigenem Allodbesitz (*Jordan* ebd., Teil II, 5., S. 110-121).

Markgrafschaft (Altmark): Sein dem Reich weiter verbliebener Teil (Aufstand der Wenden von 983) war von Kaiser Lothar im April 1134 dem Askanier Albrecht den Bär (musste 1142 zugunsten von Heinrich dem Löwen auf das Herzogtum Sachsen verzichten) verliehen worden, er gewann wieder Siedlung und Burg Brandenburg, die Prignitz, die westliche Mittelmark und setzte Siedler vor allem aus dem Niederrhein ein, verlegte 1157 seinen Sitz in die Siedlung Brandenburger mit der neuen Namensgebung Markgraf von Brandenburg, und erfolgte im Jahr 1180 die Gründung des 1. Kloster (Zisterzienser) (*Schultze*, Die Mark Brandenburg, I. Band, 5., S. 41-45, 8., S. 63-83 (67, 74), 9., S. 84-95 (86-87, 93), 10., S. 96-102 (101) und *E. Schmidt*, Die Mark Brandenburg unter den Askaniern, 2. Kap., S. 24-55, 3. Kap., 1. Abschnitt, S. 56-63).

Pommern: 1121 gelangte das westliche Pommern unter die Hoheit des polnischen Herzogs und war im selben Jahr von Kaiser Friedrich I. mit Herzog Bogislaw I. ein unmittelbares Verhältnis zum Reich hergestellt worden. Nach dem Sturz Heinrichs des Löwen wurde im Jahr 1185 die dänische Lehnshoheit anerkannt, zuvor war 1140 die Gründung des Bistums Wollin erfolgt und 1176 seine Verlegung nach Camin. Die während der 2. Hälfte des 12. Jahrhunderts errichteten Klöster zogen die wirtschaftliche Kolonisation durch deutsche Adelige, Bauern und Bürger nach (*J. Petersohn*, Pommerns staatsrechtliches Verhältnis zu den Nachbarmächten im Mittelalter, in: *Die Rolle Schlesiens und Pommerns deutsch-polnische Beziehungen*, S. 101-107 und *Bollnow*, Pommersche Burgen und Städte im 12. und 13. Jahrhundert, Kolberg, II., 5., S. 131-138, 9., S. 166-169, Kammin, II., 2., S. 184-190, Usedom, II., 1.-2., S. 227-235, 4., S. 247-255).

Schlesien: Die Piastenherzöge, häufig mit deutschen Prinzessinnen vermählt, nahmen die deutsche Sprache an, förderten die Ansiedlung deutscher Bauern und wurde unter Herzog Heinrich I. (1201-1238) die einheimische Bevölkerung für das Christentum und die deutsche Kultur gewonnen. Die schlesischen Herzogtümer waren im 12. Jahrhundert über polnische Fürsten mittelbar mit dem Reich verbunden und wurde das Fürstentum Breslau 1280 ein unmittelbares Reichsglied (*Weber*, Das Verhältnis Schlesiens zum Alten Reich in der frühen Neuzeit, I., 1., S. 24-25 und *Hampe*, Der Zug nach dem Osten, IV., S. 55-56).

Der bäuerlichen Bevölkerung folgten während der 2. Hälfte des 12. Jahrhunderts die Gründungen von Städten und der Ausbau von Markorten zu Städten nach, womit die wirtschaftliche Durchdringung des Raumes begann. Das Bannmeilenrecht erschien erstmalig in den Stadtgründungsurkunden in Schlesien und der böhmischen Markgrafschaft (*Küchler*, Das Bannmeilenrecht, Einleitung, S. 6-9, I., 1., S. 10-12 und *Hampe*, Der Zug nach Osten, III., S. 39-48).

Die Ostsiedlung beinhaltete keine Kolonisation zum Nutzen des Mutterlandes sondern die gebietliche Ausdehnung einer politisch-staatlichen Herrschaft, mit der insbesondere Ausbreitung des sächsisch-magdeburgischen Rechtes. Mit der Ostsiedlung bildeten sich dann auch die Neustämme deutscher Sprache: Mecklenburger, Brandenburger, Pommern.

¹⁴⁷ *T. Mayer*, Die Ausbildung der Grundlagen des modernen deutschen Staates im hohen Mittelalter „...; noch jünger aber ist die Ausbildung der sogenannten Allodialgrafschaften, bei denen die Rodung eine starke Rolle gespielt hat. ...“ (*Herrschaft und Staat im Mittelalter*, S. 292). Im Gegensatz zu dem Streubesitz in den alten adeligen Grundherrschaften entstanden nunmehr in sich geschlossenen Bezirke und dehnte der hohe Adel seine ihm vom Kaiser erhaltenen Grafenrechte auf diese aus, insbesondere Beispiel die Grafschaft Nellenburg (S. 301-302).

¹⁴⁸ *T. Mayer*, Geschichtliche Grundlagen der deutschen Verfassung, S. 16 „... Wir wollen uns vor völliger Verallgemeinerung hüten, und wollen nicht behaupten, daß der ganze Hochadel schlechthin dem Rodungswerk

geschlossene Herrschaftsbereiche.¹⁴⁹ Der Landesausbau wurde insbesondere von den fürstlichen Ministerialen bewirkt,¹⁵⁰ welche auch dadurch in den Kreis der hochadeligen Familien aufsteigen konnten.¹⁵¹

hhh) Der Machtzuwachs des jüngeren Reichsfürstenstandes

seine Stellung und seine Rechte verdankt, dazu müssen noch eingehendere Untersuchungen aller einzelnen Geschlechter durchgeführt werden, aber es doch sicher, daß die Rodung in größerem Stil zur Erwerbung der forstis, d. h. der öffentlichen Hoheitsrechte führte ...“.

¹⁴⁹ Die Bischöfe von Breslau errichteten durch Rodung ein großes Herrschaftsgebiet mit der Neiße als Mittelpunkt und bestimmten damit die Grenze zu dem Gebiet der schlesischen Herzöge. Die Erzbischöfe von Salzburg schufen mit den Rodungen ein stattliches Landesfürstentum, ohne daß ihnen jemals Grafenrechte oder Gerichtsbarkeit übertragen worden waren. Bei der Grafschaft Wittgenstein war die Rodung die treibende Kraft für die Herrschaft. In Hessen und im Mittelrhein- Maingebiet entstanden durch Rodungen Neuland. Hochadelige Geschlechter: Leiningen, Sponheim, Wildgrafen, Solms, Arnburger, Büdingen, Isenburger, Hanauer, Katzenellenbogen, Arnstein, Diez, Nassau, deren älteste Besitze im altesiedelten Land lagen, errichteten Herrschaften mit Hauptsitz im Neuland mit daraus entstandenen Landesfürstentümern, hingegen im Altland kein hochadeliges Geschlecht seine Herrschaft aufrichtete und dort nur niederer Adel saß. In Baiern gab es eine Reihe hochadeliger Geschlechter mit ihren Besitzen nördlich der Donau im Ausbauland (*T. Mayer, Geschichtliche Grundlagen der modernen Verfassung, S. 13-15 mit Anm., S. 27-29*).

Ders., Die Ausbildung der Grundlagen des modernen deutschen Staates im hohen Mittelalter „... Die alte adelige Grundherrschaft war durch die Streulage des Besitzes gekennzeichnet. Dieser Streubesitz war nur schwer oder gar nicht zu einer Geschlossenheit zusammenzufassen, die zur Ausbildung staatlicher Räume geeignet war; er gewährte wirtschaftliche, damit mittelbar auch politische Machtmittel, aber keine territorialen Grundlagen. Anders wurde es im Ausbauland; dort entstanden verhältnismäßig große Flächenherrschaften, die völlig geschlossene Bezirke darstellten⁴⁶, wo alle Rechte dem einen Herrn eigneten. Da aber Deutschland ein Land mit sehr viel Rodungen war, spielte die Besetzung von Neuland und dann der Gegensatz zwischen Alt- und Neuland eine entscheidende Rolle im Werden des Staates auf neuer Grundlage. ...“ (*Herrschaft und Staat im Mittelalter, S. 301-302*) „... Das staatliche Leben und Gefüge, das Werden eines Volkes ist sehr verschieden, je nachdem ein stark oder ein schwach besiedeltes Land, ein Land mit guten oder schlechten Verkehrsverhältnissen der Schauplatz seiner Tätigkeit ist. Vor allem aber ist die Besiedlung selbst, die Rodung eines Landes ein Vorgang von gewaltiger Dynamik, die sich im Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsleben eines Volkes entscheidend auswirkt. ...“ (S. 285-286).

¹⁵⁰ *T. Mayer, Analekten der Entstehung der Landeshoheit* „... Die Ausbildung der Landeshoheit war die größte positive Aufbauleistung des deutschen Fürstentums, die als rein juristisches Problem nicht genügend erfaßt werden kann. Es gehört dazu ganz allgemein die organisatorische Erfassung des Landes, die Durchsetzung der staatlichen Gewalt und Hoheit über alle Einwohner eines Landes, wodurch sich diese neue Staatsform, die auf die Flächenherrschaft aufgebaut war, grundsätzlich vom Personenverbandsstaat unterscheidet. Einer der wichtigsten Faktoren ist die Besiedlung eines Landes; Altsiedelländer und Ausbauländer unterscheiden sich dabei weitgehend und tief. K. B o s l hat in seiner umfassenden Untersuchung und Darstellung der Geschichte und der historischen Fakten der Reichsministerialität gezeigt²⁴, was Rodung und organisatorische Erfassung für die Staatsbildung bedeutete. Was er für die Reichsministerialität feststellte, gilt auch für die fürstliche Ministerialität. Sie war das wichtigste Instrument der mittelalterlichen Staatsbildung. Man kann den Satz prägen: Ohne Ministerialität gelang eine Territorialstaatsbildung nicht. ...“ (*BdL, 89. Jahrg., S. 91*).

¹⁵¹ *T. Mayer, Geschichtliche Grundlagen der modernen Verfassung, S. 15* „... Unter diesen Umständen liegt doch der Schluß nahe, daß die Familien, die sich im Rodungsbau hervorgetan haben, auch eine besondere rechtliche Stellung erlangt haben. Wir können hinzufügen, dass Ministerialengeschlechter, die im Rodeland größeren Besitz hatten, wie in unserer Gegend die Bolanden, Hagen, Erbach, schon sehr früh dem Hochadel angeglichen wurden und das Connubium tatsächlich erreichten⁵⁴), ihr Aufstieg fällt in eine jüngere Zeit, als der Kreis der hochadeligen Familien schon geschlossen war.“ mit Anm., S. 29.

Der Investiturstreit von 1065 bis 1125¹⁵² erbrachte mit seiner stärkeren Unterscheidung von sacerdos und imperium eine geistesgeschichtliche Säkularisierung mit einer Profanisierung der kaiserlichen Person und einer Öffnung des Papsttumes für die irdische Machtfrage.¹⁵³ Die Fürsten im Reich wurden sowohl von kaiserlicher¹⁵⁴ als auch von

¹⁵² Ausgegangen von Cluny während der ersten Hälfte des 10. Jahrhunderts und zuerst ein rein innerkirchlich-religiöse Bewegung mit dem Ziel, die altkirchlichen Ideale, von mönchisch-asketischen Weltabwendung, Verbot von Simonie, keine Einsetzung von Geistlichen durch Laien, das Zölibat wieder lebendig zu machen, erfasste sie auch bald die Laien, hierbei die Cluniazenser an der allgemeinen und großen Einheit von Geistlichem und Weltlichem, am Monismus der Frühscholastik festhielten. Von dem tiefreligiösen Kaiser Heinrich III. gefördert, der sich selber gegen die Simonie wandte, war ihr inhaltliches Programm auf der Lateransynode am 13. April 1059 unter Vorsitz von Papst Nikolaus II. von 113 Bischöfen ausgesprochen worden „Ut per laicos nullo modo quilibet clericus aut presbyter obtineat ecclesiam nec gratis nec precio.“ (Can 6, in: *MGH*, Const, Tomus I., N° 384., p. 546-548 (547)). Dies konkretisierte sich in seinem *Papstwahldekret von 1059*, die Wahl des Papstes mit dem Vorstimmrecht der Kardinäle, der übrige Klerus und das Volk von Rom besitzen nur ein Akklamationsrecht und sollte der dem König/Kaiser gebührende honor und reverentia, allein bei der Auswahl des Kandidaten gewahrt bleiben (*Krause*, Das Papstwahldekret, Anhang, P (echte, sog. päpstliche Fassung), S. 271-273, II. Kap., I., 2., S. 74-75). Die damit einsetzende und andere politische Dimensionen annehmende Gregorianische Reformbewegung machte sich den Dualismus der Hochscholastik zu eigen. Ihr prägender Ausdruck war, anstelle des früheren alleinigen Schwertes des Kaisers für die Kirche, die wieder entdeckte *Zweischwerterlehre*. Sie wandte sich nicht schlechthin gegen das Eigenkirchenwesen, sondern nur insoweit, als es sich in Laienhand befand, da bereits im 11. Jahrhundert die Mehrzahl der Eigenkirchen in kirchlicher Hand waren. Die *Zweischwerterlehre*, mit Papst Gregors VII. (1073-1085) *Dictatus papae* (März 1075): Libertas ecclesiae: Freiheit für die geistliche Sphäre, Befreiung der Kirche von jeglicher Laiengewalt, höherer Rang und höhere Macht des Geistlichen (*Der Investiturstreit*, Texte ..., Nr. 14, S. 56, 58, 60): 3. Leitsatz: „Quod ille solus possit deponere episcopos vel reconciliare.“ (S. 56), 12. Leitsatz „Quod illi liceat imperatores deponere.“ (S. 58), 14. Leitsatz „Quod de omni ecclesia quocunque voluerit clericum valeat ordinare.“ (S. 58), 27. Leitsatz „Quod a fidelitate iniquorum subiectos potest absolvere.“ (S. 60) waren aber kanonisch nicht zu verwirklichen. Unter dem Schutz des Kirchenrechtes (*Decretum Gratiani von 1140*) erreichte die kirchliche Reformbewegung mit der Bulle *Unam Sanctam* von Papst Boniface VIII. am 18. 11. 1302, mit den Seele-Leib, Unvergänglichem-Vergänglichem, Sonne-Mond Vergleiche ihren Höhepunkt (*Mirbt*, Quellen zur Geschichte des Papsttums, 372., S. 210-211). Das päpstliche Ultimatum vom 26.-28. 2. 1075 zur Beseitigung der königlichen Investitur „... papa habita Romae synodo palam interdicat regi, ius deinde habere aliquod in dandis episcopatibus, omnesque laicas ab investituris ecclesiarum summovet personas. ...“ (*MGH*, SS, Tomus VIII., *Arnulfi Gesta*, Lib. III., p. 27 Z 18-20), beantwortete König Heinrich IV. mit den Wormser Beschlüssen von 24. 1. 1076, in welchen 26 geistlichen Fürsten einzeln dem Papst ihren Gehorsam aufkündigten und Gregor VII. nicht mehr als Papst anerkannten (*MGH*, Const, Tomus I., N° 58., p. 106-108). Heinrich IV. forderte am 27. 3. 1076 unter Berufung auf seine Stellung als Patricius Romanorum Gregor VII. zum Verzicht auf „... Descende, descende, per secula dampnande!“ (*MGH*, Const, Tomus I., N° 62., p. 110-111 (111 Z 24), was von Gregor VII. in der Fastensynode 1076 mit der Exkommunikation und der Verlustigerklärung Heinrichs IV. seiner Königstellung beantwortet wurde (*Mirbt* ebd., 279., S. 147). Bei der Abkehr von den Fürsten (unten, S. 386-387), erfolgte vom 25.-28. Febr. 1077 der Gang zu Canossa.

¹⁵³ Der Investitionsstreit bewirkte mit seiner Forderung auf Beseitigung der Einsetzung der Geistlichen durch die Könige/Kaiser eine Säkularisierung der königlich/kaiserlichen Person und ihre Einbuße als sacerdos. Dies und mit seiner gebrachten Unterscheidung, in die von kirchlicher Seite erfolgte Einsetzung in die spirituali mit Ring und Stab und in die vom Kaiser gemachte Investitur in die temporalia mit dem Szepter, wurden die geistlichen und weltlichen Bereiche der insgesamt staatlichen Idee und der Herrschaft inhaltlich-strukturell genauer unterschieden und personell bestimmter zugeordnet. Dies bewirkte die erste geistesgeschichtliche Säkularisierung (*Berchtold*, Die Entwicklung der Landeshoheit, I. Theil, Einleitung, II., S. 14-16), mit einer Priorität des Geistlichen. Kaiser und Imperium verloren ihre seit den Karolingern innegehabten genuin-sakralen Charakter, indem ihre Bedeutung allein auf ihre tatsächlichen Machtstrukturen zurückgedrängt wurden, folgerichtig wurde auch unter Kaiser Heinrich IV. von Juristen in Ravenna erstmalig der Versuch unternommen, das römische Recht für das mittelalterliche Staatsdenken geltend zu machen. Der Vorgang der geistesgeschichtlichen Säkularisierung förderte zudem die Institutionalisierung des Staates. Der Herrscher sollte seines sakralen Charakters entledigt werden und ein rex terrenus sein. Nach dem Konkordat von Sutri vom 4. 2. 1111, welches nicht ausgeführt werden konnte, hätte die Kirche alle vom Reich empfangenen Güter und Rechte zurückgeben müssen, hierfür hätten die Könige auf die Investitur der Bischöfe und Äbte verzichtet müssen (*MGH*, Const, Tomus I., N° 83.-86., p. 137-139), was das Ende der geistlichen Fürsten im Reich gewesen wäre.

päpstlicher Seite für ihre Positionen beansprucht.¹⁵⁵ Sie waren auch bei den ersten Gegenkönigen im Reich¹⁵⁶ die tatsächlichen Gewinner.¹⁵⁷ Die damit von den deutschen

Die päpstliche Universalgewalt gab dagegen für eine Machtpolitik ihre ursprüngliche Bestimmung auf, allein der Sphäre der Geistlich-Geistigen zuzugehören. Damit verlor sie ihre mythische Weihe, Natur und sakramentalen Charakter, womit sie als tatsächlich-rechtliche Institution dem Diesseits zugehörte und sich den weltlichen Machtfragen eröffnete, was dann auch zum französischen Asyl in Avignon führte. Die frühere *ecclesia universalis* wurde durch die *christianitas*, die Gemeinschaft aller Christen ersetzt, welche nunmehrige *ecclesia* eine von jeder Laiengewalt unterschiedene Institution wurde, rein hierarchisch gegliedert, steht an ihrer Spitze der Papst und sie bildet das Haupt der *christianitas* (*Kallen*, *Der Investiturstreit*, S. 16-27 mit Anm., S. 34-35; *Santifaller*, *Zur Geschichte des ottonisch-salischen Reichskirchensystems*, 1. Aufl., IV., S. 35-37; *K. Jordan*, *Das Zeitalter des Investiturstreites als politische und geistige Wende des abendländischen Hochmittelalters*, in: *ders.*, *Aufsätze Mittelalter*, I, 1., S. 11-16 und *Tellenbach*, *Libertas*, 3. Kap., IV., S. 104-108, 4. u. 5. Kap., S. 109-192, Schlusswort, S. 193-198).

Der Investiturstreit ging zeitlich parallel mit der Entwicklung zur Ausbildung der Landeshoheit.

¹⁵⁴ Auf der Fürstenversammlung in Tribur am 16.-26. 10. 1076 hatte König Heinrich IV. (1056 [1084]-1106) bei stattgehabter Vereinigung der gegen ihn gerichteten sächsischen Opposition mit den süddeutschen Fürsten auf Drängen ihrer Mehrheit, die Erklärung nach Rom geben müssen, dass er dem Papst Gehorsam erweise, dem Papst Genugtuung leiste und sie ihn, falls er länger als ein Jahr exkommuniziert ist, nicht mehr als König anerkennen (*MGH*, *Const*, *Tomus I*, N° 64. u. 65., p. 113-114 und *Propyläen Geschichte Deutschlands*, II. Band (Keller), *Das Reich der Salier ...*, *Das Reich in der Krise, Schicksal und Kämpfe Heinrichs IV.*, S. 180-181). Nach seiner Rückkehr aus Italien Pfingsten 1097 gewann Heinrich IV. durch Zugeständnisse die mächtigsten Fürsten, darunter Herzog Welf IV. von Baiern und wurde sein 2. Sohn Heinrich (V.) im Mai 1098 in Köln zum König gewählt (*Propyläen* ebd., S. 186-187). Süddeutsche und sächsische Adelskreise zogen Heinrich V. auf ihre Seite, um den Thronwechsel zu bekommen, und wurde er 1105 in Schwaben und Sachsen als König anerkannt. Heinrich IV. suchte im Sommer 1205 ein Schlachtentscheidung, jedoch traten die beiderseitig verbündeten Fürsten nicht an, sondern lösten sich die Heerlager auf. Heinrich V. dankte am 31. Dez. 1105 ab und erfolgte am 5/6. 1. 1106 in Mainz die Königswahl und Huldigung Heinrichs V. (*Propyläen* ebd., S. 187-188, Fürstliches Bemühen um neue Stabilität). Auf dem Würzburger Reichstag im Herbst 1121 nahmen sich die Fürsten im Reich in aller Form als Fürstenpartei an und vermitteln den Frieden mit dem Papst (*MGH* ebd., N° 106., p. 158).

Kallen, *Der Investiturstreit*, S. 29-30 „... 1077 hatte das Gegenkönigtum Rudolfs von Rheinfelden eine Bresche geschlagen in die Alleingültigkeit des germanischen Geblütsrechts; daneben stand jetzt die Wahl. 1121 hatte Heinrich V. in Würzburg den Fürsten ständiges Konsensrecht für alle das Reich betreffenden Fragen zugesichert, um sie für sich und gegen den Papst zu gewinnen; er hat damit der Monarchie die Grundlage entzogen: Deutschland war hinfortan eine Fürstenaristokratie mit einem gewählten König an der Spitze. Der alte fest gefügte ottonische Verfassungsstaat ist zusammengebrochen, um einem Lehnssystem Platz zu machen, das auf Treue ausgebaut ist und nicht mehr auf Gehorsam beruht. Dies ist das politische Ergebnis des Investiturstreites. ...“

¹⁵⁵ Bei der Zusammenführung der sächsischen und süddeutschen Fürstenopposition in einer Widerstandsfront als Laien und Geistlichen mit den Gregorianer, sollte die Königsfrage auf einem Fürstengericht, beginnend am 2. 2. 1077 in Augsburg unter dem Vorsitz von Gregor VII. entschieden werden (*Propyläen Geschichte Deutschlands*, II. Band (Keller), *Das Reich der Salier ...*, *Das Reich in der Krise, Schicksal und Kämpfe Heinrichs IV.*, S. 181). *Kallen*, *Der Investiturstreit*, S. 28 „... Eine Entscheidung konnte nur die M a c h t bringen; gerade darum suchte der Papst ja politische Verbündete. ...“

Fürstenversammlung in Forchheim im März 1077: Bei Wahl des Gegenkönigs Rudolf von Rheinfelden insbesondere durch die süddeutschen Herzöge, Erzbischöfe von Mainz, Salzburg, Magdeburg und 3 weiteren Bischöfen, ließ sich der persönlich erscheinen sollende Gregor VII. durch einen Legaten vertreten (*Propyläen* ebd., S. 182).

¹⁵⁶ Während der Regentschaft Heinrichs IV. (1056 [1084]-1106).

König Rudolf von Rheinfelden, 1077-15. 10. 1080: Fürstenversammlung in Forchheim am 15. 3. 1076 Wahl des Herzogs von Schwaben Rudolf von Rheinfelden zum neuen König, bei ausdrücklichem Verzicht auf eine dynastische Erbfolge, förmliche Absetzung von Heinrich IV., König Rudolf fiel im offenen Kampf (*Propyläen Geschichte Deutschlands*, II. Band (Keller), *Das Reich der Salier ...*, *Das Reich in der Krise, Schicksal und Kämpfe Heinrichs IV.*, S. 182-183),

Königen und römisch-deutschen Kaiser erlittenen Ansehens- und Machteinbußen¹⁵⁸ und der am Ende des 12. Jahrhunderts mit dem Prozess gegen Heinrich dem Löwen erlangte weitere Machtzuwachs der deutschen Fürsten¹⁵⁹ mit der erfolgten Umwandlung der Stammeshertzogtümer¹⁶⁰ in die neuen Territorialherzogtümer¹⁶¹ führten zur Umwandlung der älteren in die jüngeren Reichsfürsten.¹⁶² Diese Einbußen von königlich-kaiserlicher Autorität und Macht wurden durch die neuen lehnsrechtlichen Verbindungen, nach denen fürstliche Lehnsleute nicht mehr abhängige Amtsträger des Königs,¹⁶³ sondern eigenständige

König Hermann von Salm, 1081-28. 9. 1088: am 6. 8. 1081 Graf Hermann von Salm von der Fürstenopposition zum neuen König gewählt, von Anhängern Heinrichs IV. getötet (*Propyläen* ebd., Schicksal und Kämpfe Heinrichs IV., S. 184),

Mit-König Konrad, 1087-Mai 1098: ältester Sohn Heinrichs IV., ließ ihn 1087 zum König wählen, seine Absetzung im Mai 1098 durch ein Fürstengericht (*Propyläen* ebd., Schicksal und Kämpfe Heinrichs IV., S. 185, 187),

König Heinrich V., 1098: 2. Sohn Heinrichs IV.: im Mai 1098 auf Initiative Heinrichs IV. von den Fürsten zum künftigen König bestimmt, wurde am 6. 1. 1106 in Mainz gekrönt (*Propyläen* ebd., Schicksal und Kämpfe Heinrichs IV., S. 187, Fürstliches Bemühen um neue Stabilität, S. 190): 1106 [1111]-1125).

¹⁵⁷ *Kallen*, Der Investiturstreit, S. 29 „... Der Investiturstreit war damit beendet, ein vorübergehender Friede erzielt. Weder das Papsttum hatte sich durchgesetzt, noch das deutsche Königtum. Die eigentlichen Gewinner waren die deutschen Fürsten. ...“.

¹⁵⁸ *K. Jordan*, Das Zeitalter des Investiturstreites als politische und geistige Wendung des abendländischen Hochmittelalters „... Schon die Zeitgenossen haben das Außerordentliche dieser Ereignisse empfunden. Bonizo von Sutri, ein eifriger Parteigänger Gregors, drückt dies mit den Worten aus: ‚Der ganze römische Erdkreis erzitterte, als die Nachricht vom Bann gegen den König bekannt wurde.‘ Und Benno von Alba, ein leidenschaftlicher Anhänger der königlichen Sache spricht in fast apokalyptischen Bildern vom Umsturz der Natur. ...“ (*ders.*, Aufsätze Mittelalter, I, 1., S. 11).

Otto von Freising, ein Enkel Heinrichs IV., schrieb zwei Menschenalter später in seiner Weltchronik „... Lego et relego Romanorum regum sive imperatorum gesta et nusquam invenio quemquam eorum ante hunc a Romano pontifice excommunicatum vel regno privatum ...“ (*Otto von Freising*, Chronica, VI, 35., p. 490 Z 25-27), er empfindet die Störung des Gleichgewichts im Sacrum Romanorum Imperium Reich und spürt, dass die Ereignisse von Canossa bis in seine Zeit nachwirken.

Kallen, Der Investiturstreit, S. 26 mit Anm., S. 35 „... Heinrich IV. hat durch sein Verhalten das deutsche Königtum in die Situation von Canossa gebracht. Wenn seine Zähigkeit und sein diplomatisches Geschick in hier auch faktisch als Sieger hervorgehen ließ, indem er durch die Buße Gregor zwang, ihn vom Bann zu lösen und so das Komplott von Papst und Fürsten vereitelte – es blieb an Canossa doch der Eindruck eines gedemütigten Königtums haften³⁶⁾. ...“.

¹⁵⁹ Kaiser Friedrich I. konnte Heinrich den Löwen nur mit Hilfe der Fürsten (Grafen) besiegen und musste ihnen für ihre Hilfe die ihm angefallenen beiden Stammeshertzogtümer in Gestalt von kleineren Herrschaften wieder ausgeben (unten, S. 392-393).

¹⁶⁰ Sachsen, Franken, Lothringen, Schwaben und Baiern.

¹⁶¹ Unten, S. 392-396.

¹⁶² *HRG*, I. Band, Fürst, von *G. Theuerkauf*, IV., a) und b), Sp. 1337-1351 (1345-1346). Im ersten Landfriedensprozess, auch wegen der Mitwirkung von schwäbischen Stammesangehörigen, welche Forderung die neue Abgrenzung des Fürstenstandes nicht vertrat, legte man den Standesbegriff noch im alten Sinne aus. Hingegen in dem zweiten zeitlich überschneidenden Lehnsprozess mit der Gelnhäuser Urkunde vom 13. April 1180 sind die mitwirkenden Fürsten nur im lehnsrechtlichen Sinne bezeichnet (*F. Güterbock*, Die Neubildung des Reichsfürstenstandes und der Prozeß Heinrichs des Löwen, in: *Zeumer Historische Aufsätze*, S. 579-590).

¹⁶³ Die Zuweisung der Grafen-Herzogsämter und der Regalien war bei den weltlichen Reichsadeligen zuerst überwiegend in einer amtsmäßigen Vergabe und nur in der Minderzahl durch Lehen erfolgt. Bei den Herzögen hatten die Großen des Landes mitgewirkt und bei den Grafen fehlte zumeist ein Benefizium (*Scheyhing*, Eide, Amtsgewalt und Bannleihe, I. Hauptteil, 2. Kap., I., 2., S. 80-84).

Funktionsträger wurden¹⁶⁴ strukturiert.¹⁶⁵ Die im Wormser Konkordat vom 11. September 1122 erfolgte Trennung in die geistlichen *spiritualia* und in die weltlichen *temporalia*¹⁶⁶ eröffnete bei den geistlichen Fürsten die Möglichkeit, ihre Einsetzung in die weltlichen Ämter und Regalien genauso wie bei den weltlichen Reichsfürsten nunmehr nach dem Lehnrecht zu begreifen und vorzunehmen.¹⁶⁷

Im 12. Jahrhundert konstituierte sich dann auch der Reichstag mit seiner vom König zu allen wichtigen Angelegenheiten des Reiches benötigten Zustimmung zu dem 2. Verfassungsorgan im Reich.¹⁶⁸

Bei den Bischöfen und Äbten bis zum Ende des Investiturstreites nahezu immer und einheitlich mit den vom Kaiser allein vorgenommenen Einsetzungen in ihr geistliches Amt und ihre Grafen-Herzogsämter und Regalien, welche auch eine amtsmäßige Vergabe war. *Boerger*, Die Belehnungen der deutschen geistlichen Fürsten, III. Kap., S. 47 „... Von spezifisch geistlichen Fürstenlehen im Gegensatz zu weltlichen Lehen ist so überhaupt vor dem Auftreten des Ssp. kaum etwas zu merken. Die Regalia der geistlichen Fürsten hatten eben bis dahin noch nicht den gleichen rechtlichen Charakter wie die feuda: Die Regalia sind bis Ende des 12. Jahrhunderts schlechterdings keine feuda. ...“; *Heinemann*, Lehnerteilungen Karls IV., 1. Abschnitt, S. 7-8 und *Scheyhing* ebd., I., 3., S. 84-88 mit Fußn. 77), S. 88-89, welcher eine lehnsrechtliche Annäherung annimmt (S. 87).

¹⁶⁴ Als Lehnmänner waren die Reichsfürsten nicht mehr weisungsgebundene und abhängige Amtsträger des Königs, sondern wurden eigenständige und autonome Funktionsträger, welche diesem nur noch ihre lehnsrechtlichen Dienste zu erbringen hatten (*Schönherr*, Die Lehre vom Reichsfürstenstande des Mittelalters, 2. Teil, Abschnitt IV., Kap. III., S. 133-143).

¹⁶⁵ *Spindler*, Die Anfänge des bayerischen Landesfürstentums, Allgemeine Ursachen der Territorienbildung im deutschen Mittelalter, S. 188 „... Die Bedeutung des Lehenswesens für die Entwicklung der Landeshoheit steht außer Zweifel. Es hat räumlich und rechtlich vorgearbeitet, indem es die territorialen Grundlagen mitschuf und in die Ämterverfassung umbildend eindrang. Es trug Kräfte in sich, die im Fall ihrer siegreichen Durchsetzung die öffentlichen Funktionen lahm legen konnten. ... Allein in Deutschland ist es ja gar nicht vollständig und bis in seine letzten Konsequenzen durchgebildet worden. Eine ganze Reihe von Reichseinrichtungen wurden von ihm nicht oder nur zum Teil erfaßt.¹ In Deutschland wirkte es überhaupt nur staatsprengend durch die besondere Ausprägung, die es hier erfuhr: durch die Schmälerung der Herrenrechte und Steigerung der Vasallenrechte, ...“.

¹⁶⁶ „... Electus autem regalia ... per sceptrum a te recipiat et quae ex his iure tibi debet faciat. ...“ (*Zeumer*, Quellensammlung, 1. Teil, Nr. 5., b., S. 4). Die begriffliche Unterscheidung zwischen *temporalia* und *spiritualia* wurde von der Schule von Chartres erkannt.

¹⁶⁷ *Boerger*, Die Belehnungen der deutschen geistlichen Fürsten, III. Kap., S. 47-48 „... Um die Wende des 12. und 13. Jahrhunderts aber scheint dann der lehnsrechtliche Charakter des geistlichen Fürstentums die ausdrückliche Anerkennung zu erlangen. ...“, S. 53 „... Seit Mitte des 13. Jahrhunderts werden die früheren Regalien der geistlichen Fürsten, der Reichsbischöfe, Reichsäbte und Reichsäbtissinnen als *regalia feuda*, als Lehen im wahren Sinne des Wortes bezeichnet, die mit dem Szepter verliehen werden. ...“; *T. Mayer*, Geschichtliche Grundlagen der deutschen Verfassung, S. 9 mit Anm., S. 25 „... Nach dem Wormser Konkordat war das Verhältnis der Bischöfe zum König ähnlich dem der weltlichen Fürsten²⁸). Sie alle standen in einem persönlichen Treuverhältnis zum König, das vielfach eng und stark war, das man aber nicht als Amt und auch nicht als Lehen bezeichnen kann, obwohl Elemente beider vorhanden waren. ...“; *Scheyhing*, Eide, Amtsgewalt und Bannleihe, I. Hauptteil, 2. Kap., I., 3., S. 88 und *P. Classen*, Das Wormser Konkordat in der deutschen Verfassungsgeschichte, IV., in: *Investiturstreit und Reichsverfassung*, S. 422-431.

¹⁶⁸ Dies anstelle ihres früheren alleinigen Beratungsrechtes. Zuerst während der Regierungszeit Kaiser Heinrichs IV. 1056 [1084]-1106 und dann unter Kaiser Heinrich V. 1106 [1111]-1125. *Guba*, Der deutsche Reichstag in den Jahren 911-1125, 6. Kap., S. 93-98 und *Kallen*, Der Investiturstreit, S. 29 „... 1121 hatte Heinrich V. in Würzburg den Fürsten ständiges Konsensrecht für alle das Reich betreffenden Fragen zugesichert,

iii) Die mit dem Verlehnungsprozess hervorgerufenen Tendenzen zur Dezentralisierung und Territorialisierung

Der von Kaiser Friedrich I.¹⁶⁹ in der 2. Hälfte des 12. Jahrhunderts eingeleitete Verlehnungsprozess¹⁷⁰ erfasste neben den Fürsten auch weitere Bevölkerung.¹⁷¹ Neben der strukturellen Hinwendung des fürstlichen Lehnsmanne zu einem eigenständigen Funktionsträger, bewirkten die im 12. Jahrhundert sich veränderten wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse¹⁷² eine intensivierete Ausübung von Hoheitsrechten und Regalien durch die Fürsten in ihren territorialen Hoheitsbereichen.¹⁷³

Im 11. Jahrhundert entstand bei den weltlichen Lehen der Leihezwang, welcher durch die jeweils neu zu erfolgende Vergabe der heimgefallenen Lehen zu einer tatsächlichen Vererblichkeit der lehnmässigen Amtsbefugnisse, Regalien und des gebietlichen Besitzes¹⁷⁴

um sie für sich und gegen den Papst zu gewinnen; er hat damit der Monarchie die Grundlage entzogen: Deutschland war hinfornan eine Fürstenaristokratie mit einem gewählten König an der Spitze. ...“. Das den Investiturstreit beendende Wormser Konkordat v. 23. Sept. 1122 war von Kaiser Heinrich V. mit Zustimmung von 9 geistlichen und 9 weltlichen Fürsten vereinbart worden. Urkunde Heinrichs V. „... Haec omnia acta sunt consensu et consilio principum, quorum nomina subscripta sunt: Adelbertus archiepiscopus Mogontinus, F. Coloniensis archiepiscopus, ..., Henricus dux, Fridericus dux, S. dux, ...“ (*Zeumer*, Quellensammlung, 1. Teil, Nr. 5., a., S. 4 und *Classen*, Das Wormser Konkordat in der deutschen Verfassungsgeschichte, XII., in: *Investiturstreit und Reichsverfassung*, S. 455-456). *Conrad*, Deutsche Rechtsgeschichte, I. Band, 3. Teil, 2. Abschnitt, 3. Kap., § 2., S. 241 „... In der salischen Zeit entstand der im 12. Jahrhundert voll anerkannte Grundsatz, daß der König zur Erledigung wichtiger Reichsangelegenheiten der Zustimmung der Großen auf den Hoftagen bedürfe. Die Großen des Reiches hatten nunmehr ein Recht, an der Regierung des Reiches teilzunehmen. Der Hoftag war zum Reichstag geworden, zu einem Organ der Reichsregierung neben dem König¹³. ...“ und *Schröder-Künßberg*, Deutsche Rechtsgeschichte, 3. Periode, 2. Kap., § 46., S. 554 „... seit Lothar III galt es als ein Verfassungssatz, daß allgemeine Staatsangelegenheiten nicht ohne Mitwirkung des Reichstages erledigt werden konnten⁵. ...“ (Lothar III. 1125 (1133 Kaiser)-1137). Die Bezeichnung Reichstag entstand erst im 15. Jahrhundert, vorher sprach man von *generalis conventus*, *curia generalis* (*Conrad* ebd.).

¹⁶⁹ 1152 [1155]-1190.

¹⁷⁰ *HRG*, II. Band, Lehn(s)recht, Lehnswesen, von *K.-H. Spieß*, III., Sp. 1731-1734.

¹⁷¹ *Dungern*, Die Entstehung der Landeshoheit in Oesterreich, I, S. 19 „... Hiezu kommt, dass sich mit dem Lehnrecht eben zu derselben Zeit eine tiefgreifende Veränderung vollzog. In vorstauferischer Zeit hatte das Lehnrecht in Deutschland ausschliesslich dazu gedient, öffentlichrechtliche Abhängigkeitsverhältnisse freier Herren zu begründen. Während der stauferischen Periode sehen wir an und für sich schon persönlich abhängige, unfreie Bevölkerungselemente zunächst passiv, dann auch aktiv lehensfähig werden. Das ist keine Aenderung des nackten abstrakten Lehnssystems; die Form der gegenseitigen Abhängigkeit blieb die gleiche. Ob ein Staffelbau von sechs, sieben oder nur von zwei Abhängigkeitsstufen bestand – die rechtliche Konstruktion der gegenseitigen Abhängigkeiten ist die gleiche. Die Einbeziehung bisher vom Lehnrecht ausgeschlossener Menschen in den Aufbau weist auf Veränderungen, die von der Geschichte des öffentlichen Rechts im Mittelalter in dem Kapitel über die S t ä n d e abgehandelt werden. ...“.

¹⁷² Handel, Verkehr, Landwirtschaft und Städte stiegen an. Dreifelderwirtschaft.

¹⁷³ Die reine Territorienwirtschaft im 9.-11. Jahrhundert war in der Stauferzeit durch den intensiveren wirtschaftlichen Fortschritt und die kulturelle Blütezeit, welche eine neue sozial-hoheitliche Organisierung, durch eine insbesondere an und durch die Ausübung von den Hoheitsrechten und Regalien ausgerichtete Verbandsstruktur, einen Untertanenverband gebot, abgelöst worden (*Dungern*, Die Entstehung der Landeshoheit in Oesterreich, I, S. 22-23).

¹⁷⁴ Die weltlichen Fürsten hatten bereits in den Anfängen des Lehenswesens neben Hoheitsrechten und Regalien auch gebietlichen Besitz zu Lehen erhalten. Der unten den Hohenstaufern durchgeführte Verlehnungsprozess bewirkte insbesondere auch die Umwandlung von bisherigem Allodbesitz in Lehnsgut.

innerhalb der weltlichen Familien und Dynastien führte.¹⁷⁵ Bei den geistlichen Fürsten hatte der Leihzwang seine Entsprechung in der Begrenzung des königlichen Regalienrechts, da sie die Regalien¹⁷⁶ der heimgefallenen Szepterlehen eines Bistums und einer Reichsabtei nicht länger als Jahr und Tag nutzen durften.¹⁷⁷

¹⁷⁵ *Ssp.*, Ldr., 3. Buch, Art. LX, § 1 „... Nen vanlen ne mut he ok hebben jar unde dach ledich.“ und Art. LIII, § 3 „...; also ne mut de koning nen vanlen, he ne verlie't binnen jare unde dage.“ (*Sachsenspiegel*, Landrecht, Landr., S. 245, 239).

Der Leihzwang hatte nach der noch h. L. seine Ursachen in einer objektiven Norm des Reichsherkommens. *Mitteis*, Lehnrecht und Staatsgewalt, 3. Teil, 10. Kap., III., S. 686-703, insb. S. 686 „... Bekanntlich hat sich im deutschen Reichsrecht der Leihzwang durchgesetzt ...“ und *Heinemann*, Lehnserteilungen Karls IV., 2. Abschnitt, S. 62 „... Die Erbllichkeit der Lehen war seit dem 11. Jahrhundert zu einem allgemein anerkannten Gewohnheitsrecht geworden. ...“ Gegen diese Lehre haben sich *Gunia*, Der Leihzwang, I.-IV, S. 1-76 und *Goez*, Der Leihzwang, Einleitung, S. 1-19, I.-IV. Abschnitt, S. 20-256 gewandt. Insbesondere *Goez* glaubt nachweisen zu können, dass es einen generellen, auf einer objektiven Norm des Reichsverfassungsrechtes beruhenden Leihzwang nicht gab, sondern, dass die tatsächlich geübte Praxis der Neuverlehnungen ihre Ursachen in persönlichen Rechtstiteln erblicher und vertraglicher Art gehabt haben, insb. *ebd.*, IV. Abschnitt, 2., S. 226 „...: Es gab keinen generellen Leihzwang im deutschen Reichslehnsrecht! ...“ mit Fußn. 1, S. 226 „Die häufige Existenz eines Leihzwanges auf Grund von persönlichen Ansprüchen auf Investitur ist dagegen ausdrücklich zu bejahen.“ Diese Ansicht hätte sich jedoch auf die Zeit des 12. und 13. Jahrhunderts beschränkt, was bei *Gunia* insbesondere deutlich wird (*Gunia ebd.*, III.-IV., S. 19-76 (IV., S. 76)). Für die spätere Zeit hatte sich infolge der andauernden Rechtspraxis eine Reichsherkommen dieses Inhaltes gebildet.

Bader, Der deutsche Südwesten in seiner territorialstaatlichen Entwicklung, 1. Teil, Das Interregnum ... bis zur Königswahl Rudolfs von Habsburg, S. 49 „... Als die Krone später auf das Lehnsrecht zurückgriff, sah sie sich vor eine neue Sachlage gestellt: der *Leihzwang*, der Grundsatz also, daß der König zur Verleihung der Reichslehen und zur Erneuerung aller Lehensbande verpflichtet sei, hatte sich im Rechtsbewußtsein der das Reich tragenden Adelsschicht derart festgesetzt, daß ihn keiner der künftigen Herrscher umzustößen vermochte. Dieses Bewußtsein, ein Anrecht, einen selbständigen, in Herkunft und Stellung begründeten subjektiven Anspruch auf Herrschaftsrecht aller Art zu haben, ist im Interregnum ausgebildet, zum mindesten aber gestärkt worden. ...“

Bei den nichtfürstlichen weltlichen Reichslehen gab es keinen Leihzwang (*Krieger*, Die Lehnsheite der deutschen Könige im Spätmittelalter, 5. Kap., III., 2, a), S. 375 mit Anm. 271 und 272, S. 375-376).

Der Leihzwang wurde zwar seinen normativen Grundlagen nach durch die in Art. XXIV der Wahlkapitulation Kaiser Karls V. vom Jahre 1519 erstmalig und in den nachfolgenden Wahlkapitulationen immer wieder festgelegten Einbehaltungszwang der heimgefallenen Reichslehen zur Unterhaltung des Reiches (*Ziegler*, Wahl=Capitulationes, S. 7-29 (16-17), die nachfolgenden: S. 22-37 (33), 37-53 (48-49), S. 55-70 (65-66), 73-94 (86-87), 97-119 (111), 123-152 (141-142), 246-247, 341) beendet. Bei den für ihn mitfestgelegten Ausnahmen (*Ziegler ebd.*, S. 17, 33, 49, 66, 87, 111, 142, 247, 341) hatte jedoch der Einbehaltungszwang seinerseits keine tatsächliche Bedeutung erlangt (*Schönberg*, Das Recht der Reichslehen im 18. Jahrhundert, 3. Abschnitt, C., I., 1., b), S. 113-114).

Spindler, Die Anfänge des bayerischen Landesfürstentums, Allgemeine Ursachen der Territorienbildung im deutschen Mittelalter, S. 188 „... Die Bedeutung des Lehenswesens für die Entwicklung der Landesheite steht außer Zweifel. ... In Deutschland wirkte es überhaupt nur staatssprenkend durch die besondere Ausprägung, die es hier erfuhr: ..., besonders durch den unglücklichen Leihzwang. ...“

¹⁷⁶ Gebietlicher Besitz wurde den geistlichen Fürsten zu Lehen erst im 14. Jahrhundert und auch nur vereinzelt vergeben (*Zoepfl*, Alterthümer des Deutschen Reichs und Rechts, II. Band, §. 4., S. 26).

¹⁷⁷ Kraft des Regalienrechtes durfte der König bei den Bistümern und Reichsabteien während ihrer Stuhlerledigung ihre Erträge beanspruchen. Die Dauer wurde auf 1 Jahr nach der Stuhlerledigung bestimmt. *MGH*, Const, Tomus II., N° 56. Cessio iuris spoliū et regaliae vom 11.-13. Mai 1216 von Kaiser Friedrich II., p. 67-70, insb. „... consueverant occupare acⁿ convertere in usus proprios occupatas, quam etiam redditus et proventus per tocius anni primi^o circulum ...“ (p. 68 Z 24-25); *Mitteis*, Der Staat des hohen Mittelalters, 3. Teil, Kap. 23, IV., S. 259 und *Schröder-Künßberg*, Deutsche Rechtsgeschichte, 3. Periode, 1. Kap., § 40., S. 449-450).

Mit dem Verlehungsprozess erfolgte auch die Abkehr von der königlichen Bannleihe.¹⁷⁸ Nunmehr besaßen die weltlichen und geistlichen Fürsten selber die Banngewalt und hohe Gerichtsbarkeit und konnten sie ihrerseits übertragen.¹⁷⁹ Damit konnten die geistlichen Fürsten den Blutbann selber an ihre Ministerialenvögte¹⁸⁰ übertragen¹⁸¹ und mit der Abkehr¹⁸² und endgültigen Aufhebung des kanonischen Verbot *ecclesia non sinit sanguinem* durch Papst Bonifaz VIII. im Jahre 1298¹⁸³ auch selbst ausüben.¹⁸⁴

¹⁷⁸ Als Träger der hohen Gerichtsbarkeit hatten die Könige/Kaiser sich das Recht vorbehalten, bei allen nicht reichslehnbaren Vergaben von der hohen Gerichtsbarkeit – ihre reichslehnbare Vergabe enthielt die Bannleihe in sich – die hohe Gerichtsbarkeit durch seine königliche Bannleihe den einzelnen Richtern zu übertragen. Der vom geistlichen Fürsten beauftragte Kirchenvogt bedurfte ihrer genauso wie der vom weltlichen Fürsten mit der Gerichtsgewalt beliehene Graf (*Zallinger*, Ueber den Königsbann, in: *MIÖG*, III. Band, S. 541).

¹⁷⁹ *Voltelini*, Königsbannleihe und Blutbannleihe, in: *ZRG*, GA, XXXVI. Band, S. 329-332 und *Zallinger*, Zur Geschichte der Bannleihe, in: *MIÖG*, X. Band, S. 224-243.

O. Brunner, Land und Herrschaft, III., 4., S. 232 „... Diese Landesherrschaften sind erst entstanden, als sich das Königtum auf eine lehenrechtliche Herrschaft zurückzog¹), die Bannleihe des Königs verschwand und damit der Raum zur Ausbildung der Landesherrschaft frei wurde²). ...“,

Bader, Der deutsche Südwesten in seiner territorialstaatlichen Entwicklung, 1. Teil, Das Interregnum ..., S. 49 „... Die Rechtsgrundlage für die Vervollständigung herrschaftlicher Rechte bildete vor allem der Wegfall der königlichen Bannleihe. Bisher hatte sie die Abhängigkeit der Teile vom Ganzen, die abgeleitete Gewalt wenigstens symbolisch dargestellt. Jetzt war sie durch Jahre hindurch in Wegfall geraten. Trat ein Lehensfall ein, so brauchte man nicht erst die Belehnung durch den König abzuwarten; man betrachtete sich kraft eigenen Rechts als Lehnsnachfolger. ...“,

T. Mayer, Geschichtliche Grundlagen der deutschen Verfassung, S. 19 „... Darin liegt der Sinn des Staatsreformversuches Heinrichs IV.⁶⁷), daß er die Ausübung der hohen Gerichtsbarkeit, des wichtigsten staatlichen Rechtes, von der Bewilligung des Königs, von der königlichen Bannleihe abhängig und damit zu einer staatlichen Funktion machen wollte. Heinrich IV. griff tatsächlich in die Rechte des Hochadels ein, die dieser wirklich besaß. Der König ist über diesen Versuch gestürzt und damit war der erste Versuch gescheitert. ...“ mit Anm., S. 30.

¹⁸⁰ Dies insbesondere für die Erz- und Bischöfsstädte: in Salzburg, Passau, Freising, Worms, Speier, Mainz, Toul, Verdun, Naumburg, Münster, Paderborn, Bamberg, Trier, Halberstadt, Merseburg, Osnabrück, Magdeburg, Köln, Eichstätt (*Rietschel*, Das Burggrafnamt und die hohe Gerichtsbarkeit in den deutschen Bischofsstädten, 5. Kap., § 17., S. 313-315).

¹⁸¹ *T. Mayer*, Die Ausbildung der Grundlagen des modernen deutschen Staates im hohen Mittelalter, Zusatz I, „... Im 13. Jahrhundert erhielten die geistlichen Fürsten vom Reich und dann vom Papst das Recht, selbst den Blutbann zu leihen, seit damals vermochten sie die Ausübung der Hoheitsrechte an Ministerialen zu übertragen und damit für die Landeshoheit zu wahren. ...“ (*Herrschaft und Staat im Mittelalter*, S. 324-325).

¹⁸² *Scheyhing*, Eide, Amtsgewalt und Bannleihe, II. Hauptteil, 8. Kap., I, 3., S. 273 „... Das kanonische Verbot der Blutgerichtsbarkeit ist bereits im 13. Jahrhundert zugunsten der geistlichen Fürsten durchbrochen worden, ...“.

¹⁸³ VI 3 24 3.

¹⁸⁴ Auch die belehnten Ministerialenvögte – obgleich in völliger Abhängigkeit zu ihrem bischöflichen Stadtherren sich befanden – strebten die Vererblichkeit und damit größere Selbstständigkeit ihres Vogteiamtes an. Dies veranlasste die Erz- und Bischöfe: in Salzburg, Passau, Freising, Bamberg, Eichstätt, Trier, Paderborn, Osnabrück, Verden, Halberstadt, Merseburg die Vogtei, in Magdeburg die hohe Gerichtsbarkeit und die Kölngaugrafschaft, diese überhaupt nicht mehr zu Lehen auszugeben, sondern einzubehalten ((*Rietschel*, Das Burggrafnamt und die hohe Gerichtsbarkeit in den deutschen Bischofsstädten, 5. Kap., § 17., S. 315-316). Insbesondere in Magdeburg – Erzbischöfe von Magdeburg Vorsitzende im Burggrafendung – , Mersenburg – Bischof hält die Vogtei selber ab – , Halberstadt – Bischof wurde der Vogt, wiederholt Vorsitzender im Stadtgericht – , Paderborn und Verden beschäftigen sich die Erz- Bischöfe selber mit der hohen Gerichtsbarkeit (*ebd.*, 5. Kap., § 17., S. 316, 4. Kap., § 15., S. 259, § 16., S. 290, 289, 282-283, Anm. 1, 9).

Insbesondere auch das Zusammenwirken der Lehnstrukturen – eigenständiger Lehnsmann, intensiviert Regalienutzung – mit dem Leihezwang, dem Regalienrecht und dem Wegfall der Bannleihe bewirkten eine Dezentralisierung¹⁸⁵ und Territorialisierung. Die Zunahme der territorialen Herrschafts- und Machtstrukturen verursachten jedoch nicht auch eine Schwächung des Reiches in seiner insgesamt politischen Existenz.¹⁸⁶

jjj) Die Territorialherzogtümer

Aus den vormaligen Stammesherzogtümern¹⁸⁷ waren insbesondere mit dem österreichischen Privilegium minus vom Jahre 1156¹⁸⁸ und der Neuvergabe der aus den Stammesherzogtümern Baiern und Sachsen im Jahre 1180 entstandenen kleineren Gebietseinheiten die Territorialherzogtümer hervorgegangen,¹⁸⁹ welche zu einer nunmehrigen

¹⁸⁵ Obgleich das Lehnrecht bei der Ableitung seiner einzelnen Rechte aus einer obersten Zentralgewalt seiner Natur nach monistisch und zentralistisch war, wirkte es in Deutschland sich nicht dahingehend aus, sondern bewirkte das Gegenteil zu einer Dezentralisierung, gegensätzlich zur Zentralisierung in Frankreich. Das Lehnrecht stellte allein eine äußere Form von zweiseitigen Beziehungen dar, welches nicht per se zu einem zentralistischen Einheitsstaat führen musste. Bei den in Deutschland gegebenen Machtverhältnissen bewirkte es eine Stabilisierung des territorialen Machtpotentials der Fürsten, mit dualistischen und partikularistischen Strukturen (*T. Mayer, Die Ausbildung der Grundlagen des modernen deutschen Staates im hohen Mittelalter, in: Herrschaft und Staat im Mittelalter, S. 312; ders., Geschichtliche Grundlagen der deutschen Verfassung, S. 12 mit Anm., S. 26 und Dungern, Die Entstehung der Landeshoheit in Oesterreich, I., S. 16-17*). Bei der Verbindung von Hoheitsrechten und dem zur Ausstattung dieser dienenden Grundbesitz, ergab sich eine enge Korrelation, welche Ausübung von Ämtern als an den Grundbesitz gebunden angesehen wurde, was insbesondere mit dem Leihezwang und dem Regalienrecht eine Stärkung der fürstlichen regionalen Gewalten ermöglichte (*T. Mayer, Geschichtliche Grundlagen ebd., S. 9-10 mit Anm., S. 25-26*) „... Die Ämter gingen häufig vom Vater auf den Sohn über, wurden allmählich von den Familien der Inhaber angeeignet. So ergab sich eine Zersetzung der staatlichen Verwaltung, eine Auflösung in kleinere staatsähnliche Gebilde. ...“ (S. 9).

¹⁸⁶ Bei der Zunahme der Macht durch die intensiviert Regalienutzung, womit ein weiterer Rechtsverlust des Reiches nicht mitverbunden war, wurde das Reich selber nicht weiter geschwächt. Die Zeit der Hohenstauffer gehört zu den Zeiten der großen deutschen Herrschafts- und Machtausübung (*Dungern, Die Entstehung der Landeshoheit in Oesterreich, I., S. 21-22*).

¹⁸⁷ König Konrad I (911-919) war in seinem Kampf gegen die Stammesherzöge unterlegen. König Heinrich I. (919-936) hatte darauf „... die Stämme und Stammländer als tragende Elemente anerkannt und die genügende Kraft des Ganzen mit möglichst freier Bewegung der einzelnen Glieder zu vereinigen suchte. Das gab die Staatsform, die dem Teile alle Rechte ließ, soweit sie und ihre Ausübung nicht den Interessen des Gesamtstaates zuwiderliefen. ...“ (*T. Mayer, Geschichtliche Grundlagen der deutschen Verfassung, S. 4*). König/Kaiser Otto I. (936 [962]-973) hatte vom Jahre 941 die enge Verbindung der Herzogtümer mit der regierenden Dynastie gewollt. Nach der missglückten Auflehnung im Jahre 954 strebte er die Reichskirche als dem neuen Herrschaftsträger an (*Tellenbach, Königtum und Stämme, 4. Cap., S. 97-100*).

¹⁸⁸ Durch Kaiser Friedrich I. am 17. Sept. 1156: Herauslösung der bisherigen Markgrafschaft Österreich aus dem Verband des Herzog Heinrich dem Löwen zugehörenden Stammesherzogtums Baiern zu einem eigenständigen Herzogtum, vererblich in direkter männlich und weiblicher Linie in der Dynastie der Babenberger, Ausübung der Gerichtsbarkeit von den ansässigen Grafen und freien Herren, welche an die Zustimmung des Herzogs gebunden ist, seine Hoffahrtspflicht nur bei in Baiern stattfindenden Reichstagen und seine Heerfahrtspflicht nur bei Reichskriegen gegen Österreich benachbarte Länder (*MGH, Const, Tomus I., N^o 455., p. 683-685*).

¹⁸⁹ Vom Stammesherzogtum Baiern war in Jahren 976/995 die karentanische Mark als eigenes Herzogtum abgezweigt worden, gab Heinrich der Löwe im Jahr 1156 die Ostmark ab und wurde nach seiner Ächtung die steirische Mark zu dem neuen Herzogtum Steier erhoben und der verbliebene Rest an das Haus Wittelsbach verliehen (*Schröder-Künßberg, Deutsche Rechtsgeschichte, 3. Periode, 1. Kap., § 39., S. 424-426*).

gebietlichen und dynastischen Herrschaft einer Fürstenfamilie über ein Gebiet führten.¹⁹⁰ Die Herzogsgewalten strebten nach einer umfassenden im Herzogtum selber liegenden Gerichtsherrschaft.¹⁹¹ Sie wurden in ihrer Eigenart als institutionelle Flächenstaaten¹⁹² das Vorbild für Dynastien und geistliche Fürsten, welche ihrerseits sich von ihnen für den Ausbau ihrer eigenen terrae¹⁹³ zu befreien suchten.¹⁹⁴ Für den Bischof von Würzburg und den

Vom Stammesherzogtum Sachsen waren nach dem Sturz Heinrichs des Löwen 1180 die herzoglichen Rechte über Westfalen als Herzogtum Westfalen auf Erzbischof Philipp von Köln übertragen worden, war das transalpingische Herzogtum als territoriales Herzogtum an Bernhard von Anhalt verliehen worden, der den Titel eines Herzogs von Sachsen annahm und waren die allodialen Besitzungen des welfischen Hauses in Ostfalen und Engern im Jahre 1235 zum Herzogtum Braunschweig erhoben worden. Der Zerfall des Stammesherzogtums Sachsen begünstigte die Entstehung von geistlichen und weltlichen Territorialbildungen: Erzstifter Magdeburg, Bremen, Hochstifter Halberstadt, Münster, Osnabrück, Paderborn, Hildesheim, Lübeck, Ratzeburg, Schwerin, Verden, Fürsten von Anhalt, Grafen von Holstein, Schwerin, Oldenburg, Tecklenburg, Arnsberg, Altena (*Berchtold*, Die Entwicklung der Landeshoheit, I. Theil, Einleitung, II., S. 24-25 und *Schröder-Künßberg* ebd., § 39., S. 425).

¹⁹⁰ Die Umwandlung der fünf älteren Stammesherzogtümer in die neuen, kleineren, damit zahlreicheren Territorialherzogtümer war bestimmt, dass, neben der größeren Zahl der sie besitzenden Reichsfürsten ihre funktionelle Umwandlung eintrat. Der bisherige stammesmäßigen Verband – Stammherzogtümer –, mit seinen zu wahren ethnischen Belangen wurde in den neuen Territorialherzogtümer zum institutionelle Flächenstaat, dessen Kennzeichen die gebietliche und dynastische Herrschaft einer Fürstenfamilie über ein Gebiet war (*Kallen*, Das Kölner Erzstift und der „ducatu Westfalie et Angarie“ (1180), VI., S. 25-26, 29 und *Spindler*, Die Anfänge des bayerischen Landesfürstentums, II, Rechtliche Grundlagen, S. 111-112).

¹⁹¹ *Hirsch*, Die hohe Gerichtsbarkeit, 2. Teil, 7. Kap., S. 209 „... Unter Führung des Herzogtumes bilden sich im Laufe des 12. und 13. Jahrh. Gerichtsherrschaften aus, an deren Spitze ein Herzog, Bischof oder sonst ein weltlicher Landesherr steht. Innerhalb dieser Gebiete besteht ein Rechtszustand, dem zufolge, wie Stolz dies von Deutschirol behauptet hat,⁵) ‚alle Gerichtsgewalt vom Landesfürsten‘ ausgehend betrachtet wird. Nicht im Reich hat sich die königliche Blutbannleihe allgemein durchzusetzen vermocht, dafür aber in den Ländern die landesfürstliche Bannleihe. ...“, insg., S. 209-210; *Schröder-Künßberg*, Deutsche Rechtsgeschichte, 3. Periode, 2. Kap., § 45., S. 538: Pfalzgrafschaft bei Rhein, Herzogtümer Schwaben, Baiern, Sachsen, Böhmen, Österreich, Steier, Kärnten, Lothringen, Brabant war eigentümlich, dass sie mehrere Grafschaften erfassten, von denen der Fürst nur eine in seiner unmittelbaren Verwaltung hatte, während die übrigen mit Lehngrafen besetzt waren, welche ihre Gewalten in Gestalt der Bannleihe vom König empfangen; Markgrafschaften Brandenburg, Meißen, Lausitz: hatten ebenfalls eine größere Zahl von Landgerichten, von denen sich gleichfalls nur eines in unmittelbarer landesherrlicher Verwaltung befand, die übrigen nicht mit durch Königsbann versehenen Lehngrafen sondern durch landesherrliche Beamte im Namen ihrer Herrn (bei seinen Hulden) verwaltet wurden, „... Hiernach lag bei dreizehn unter den sechzehn Reichsfürstentümern der Schwerpunkt offenbar in der oberherrlichen Stellung, die der Fürst gegenüber einer größeren Zahl zu seinem Territorium gehörender Landgerichte einnahm. ...“ und *Werle*, Titelerzogtum und Herzogsherrschaft, II. „... In den Stammes- und vor allem in den Amtsherzogtümern verfügten die Herzöge über einen ‚teils ursprünglichen, teils später erworbenen großen Grafschaftsbesitz‘¹⁵⁹), der von Lehngrafen verwaltet wurde. Die Gewalt des Herzogs über diese Grafschaften war ‚keine wesentlich herzogliche, sondern nur eine summierte gräfliche‘, wie sie die salischen Herzöge in ihren rheinischen Grafschaften besaßen¹⁶⁰). Wo der Herzog die Grafschaft als Lehen ausgegeben hatte, konnte er seine Ansprüche eher durchsetzen als gegenüber einem ihm nur landrechtlich verpflichteten Grafen. ...“ (*ZRG*, GA, LXXIII. Band, S. 263).

¹⁹² Geprägt von Theodor Mayer.

¹⁹³ *T. Mayer*, Fürsten und Staat, XV., S. 279 „... So sehr auch die Grafschaft den Staat repräsentierte, ihre Rechte und Funktionen allein genügten zur Errichtung der Landeshoheit nicht, dazu waren Stellung und Rechte eines Fürsten notwendig. Den Grundtypus des Fürsten stellte der Herzog dar; der Fürst trat in Erscheinung einerseits als Reichsfürst durch seine Stellung im Reiche, seine Teilhabe am Reiche, andererseits als Landesfürst durch seine Hoheitsrechte gegenüber einem Lande. Die Herzöge waren gleichzeitig die Vertreter des Königs und hatten als solche vizekönigliche Rechte, daneben waren sie in der Macht und Tradition der Stämme verwurzelt und aus ihr herausgewachsen. Auf Grund dieser verschiedenartigen Aufgaben und Rechte übernahmen sie im Laufe der Zeit die Wahrung des Landfriedens, die Blutgerichtsbarkeit und gelegentlich das königliche Heimfallsrecht. ...“; *Hirsch*, Die hohe Gerichtsbarkeit, 2. Teil, 7. Kap., S. 208 „... Für die Dynasten, die über ein Konglomerat von Eigenkirchen und Grafschaftsrechten, von hohen Vogteien, Grundherrschaften und

Erzbischof von Köln waren ihre Ernennungen zu Herzögen¹⁹⁵ mit dem Erhalt von herzoglichen Gewalten der ducatus Wirzburgensis¹⁹⁶ und der ducatus Westfalie et Angarie¹⁹⁷

Allodialbesitzungen verfügten, war so ein Fingerzeig gegeben, auf welchem Wege diese verschiedenartigen Befugnisse durch einheitliche Rechtsauffassungen zu ersetzen waren. Die große Bedeutung, die die neuen Herzogtümer für die Ausbildung des Reichsfürstenstandes gehabt haben, ... wurde entscheidend, daß die Herzöge standesrechtlich über allen Grafen standen. Noch größer aber ward der Einfluß der Herzogtümer auf die Ausbildung der Landesherrlichkeit; die Gerichtsherrschaft der Herzöge wurde ein Vorbild für die Dynasten und geistliche Fürsten, die in ihrer ‚terra‘ ähnliche Ziele zustrebten. Wer die Herzogtümer von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, muß die Gerichtsrechte des Herzogs vor allen anderen Rechten betonen, ohne deshalb ... bestreiten zu wollen, daß zum verfassungsrechtlichen Begriff des Herzogtums außerdem noch anderes Wichtiges gehört. ...“ und *Werle*, Titelherzogtum und Herzogsherrschaft „... Da die allodiale Grundlage beim deutschen Hochadel allgemein gegeben war, galt es für ihn, jene öffentliche Gewalt zu erringen, die es ihm erlaubte, sich jedem die eigene autonome Stellung innerhalb des Herrschaftsbereiches einschränkenden fremden Gewalthaber zu entziehen; der Hochadel mußte demnach dieselbe Würde und Amtsbefugnis erstreben wie derjenige, von dem eine solche Beeinträchtigung zu erwarten war. Dies war in Deutschland bei größeren Herrschaftsgebieten mit gräflichen Hoheitsrechten der Herzog mit seiner vizeköniglichen Amtsgewalt⁶). Die Herzogswürde zu erlangen, war deshalb das Ziel jedes Adels Herrn, der auf den Ausbau einer eigenen staatlichen Herrschaft hinsteuerte; ...“ (*ZRG, GA, LXXIII. Band, IV., S. 226-227, insg., ebd.*).

Schröder-Künßberg, Deutsche Rechtsgeschichte, 3. Periode, 1. Kap., § 39., S. 424-425 „... Diese neuenstandenen Herzogtümer stellten, da die zu ihnen gehörigen Grafschaften herzoglich blieben und nicht reichsunmittelbar wurden, eine bedeutende territoriale Macht dar, aber die auf der Geschlossenheit des Stammes beruhende Kraft und die aus dem Stammespartikularismus hervorgehende Neigung der Stammesherzogtümer zur Selbständigkeit auf Kosten der Reichseinheit ging ihnen ab. ...“ und *Kallen*, Das Kölner Erzstift und der „ducatus Westfalie et Angarie“ (1180), VI., S. 26 „... Die Territorien aber, die im ‚institutionellen Flächenstaat‘ ihren Schatten vorauswarfen, sind nicht mehr eine natürliche Gliederung, sie bedeuten die Aufspaltung des Ganzen in zahlreiche, neue Zellen mit politischen Eigenrechten. Und hier erst, bei diesen Reichsfürsten, entsteht aus schwachem Keim, aber in ständigem Wachstum, der schließlich reichsfremde, wenn nicht gar reichsfeindliche deutsche Partikularismus, die ‚fürstliche Libertät‘. ...“ Es gab auch Herzogtümer, bei denen es nicht zur Ausbildung von einem Territorium kam. Das zähringische Herzogtum „... das rund 120 Jahre bestanden hat und gleichwohl nach dem Aussterben des Herzogsgeschlechts völlig zerfiel, indem das Reich einen Teil einzog und der Rest an die Familien kam, in die die beiden zähringischen Erbinnen hineingeheiratet hatten. ...“ (*T. Mayer, Fürsten und Staat, XV., S. 300*).

Bosl, Die Reichsministerialität der Salier und Staufer, I. Band, I., 4., S. 17-18 „... Der große Staufer begann folgerichtig mit der Zerschlagung der großen Stammesherzogtümer; die Umwandlung der Stammes- in die Gebietsherrschaft erwies sich als verfassungsrechtlich und machtpolitisch folgenschwerste Entwicklung. ...“.

¹⁹⁴ *Läwen*, Stammesherzog und Stammesherzogtum, 5. Kap., S. 80 „... Solange das Herzogtum jedoch seine ursprüngliche Kraft, seine Verbundenheit mit dem Stamm bewahrte, war es der Kirche unmöglich, sich den Ansprüchen des Herzogs zu entziehen, weil sie dem Herzog nicht auf gleichen Boden entgentreten konnte. Erst als die Integrationskraft des Stammverbandes sich abschwächte, als die neuen Formen der Territorialherrschaften, ..., an Boden gewannen, konnte die Kirche den Kampf gegen das Herzogtum von einer sicheren Grundlage aus aufnehmen. ...“.

¹⁹⁵ Als Vorläufer der bischöflichen Dukate wird man das im Jahr 1180 errichtete Friedensgericht des Bischofs von Lüttich für seine Diözese, welche mit dem niederlothringischen Herzogtum konkurrierte ansehen müssen (*Stengel*, Land- und lehenrechtliche Grundlagen des Reichsfürstenstandes, II., in: *ZRG, GA, LXVI. Band, VII. (vielmehr VIII.), Fußn. 71, S. 311 u. S. 318*).

¹⁹⁶ In der karolingischen Zeit stimmte die Landschaft Ostfranken – auch nur Franken – benannt, mit den Grenzen der Diözese Würzburg überein und gehörten ihr 19 Gaue an, welches Land seit dem Tode Eberhards von Franken im Jahre 939 keinen Herzog mehr hatte (*Rosenstock*, Herzogsgewalt und Friedensschutz, 2. Teil, 4. Kap., Untersuchung, S. 98, 102). Im Jahr 1000 schenkte Kaiser Otto III. dem Bischof den pagus Saltzgouui und die Grafschaften Waldsassen und Rangau (oben, S. 371) und erhielten sie auch die weiter reichsunmittelbaren und vogteilichen Grafschaften Gozfeld, Badenachgau, Gollachgau, Jphgau (*G. Schmidt*, Das würzburgische Herzogtum, Teil I., Kap. 1., S. 6-9). Im Jahr 1116 war das Gebiet von Ostfranken von König Heinrich V. an seinen Neffen Konrad (nachheriger Kaiser Konrad III.) als Herzogtum Ostfranken übergeben worden, womit Bischof Erlung von Würzburg seine bis dahin gehabte Gerichtsbarkeit verlor (*MGH, SS, Tomus VI., Chronicon Wirzburgense ... Ekkehardo*, A. D. 1116, p. 249-250). Herzog Konrad büßte jedoch seine Bedeutung nahezu

und Ribuarien¹⁹⁸ eine vornehmliche Ursache für die Entstehung ihrer territorialen Herrschaften.¹⁹⁹

wieder ein, als am 1. Mai 1120 die Gerichtsbarkeit in ganz Ostfranken dem Bischof Erlung wieder verliehen wurde (*Monumenta Boica*, Vol. XXIX, Pars I., CCCCXXXIV., p. 238-240). Diese richterliche Gewalt mit seinen eigenen Grafschaften in seiner Diözese wurde nach 1120 inoffiziell auch mit dem Namen Dukat bezeichnet (*Schmidt ebd.*, Teil I., Kap. 1., S. 9-10 und Kap. 2., S. 15 „... Jm Ganzen stammen, das kann man feststellen, die würzburgischen Hoheitsrechte meist aus der Erwerbung ganzer Grafschaften, seltener aus der Ausbildung eines Immunitätsbezirks zu einem der Grafschaften ebenbürtigen Territorium. ...“, insg., S. 12-15). Die seit dem Anfang des 12. Jahrhunderts im Besitz der Grafen von Henneberg gewesene Vogtei war bis in die 2. Hälfte des Jahrhunderts an den Bischof übergegangen (*Schmidt ebd.*, Teil I., Kap. 3., S. 26-28). Durch das Diplom der goldenen Freiheit vom 10. Juli 1168 bestätigte Kaiser Friedrich I. Bischof Herold und der Kirche von Würzburg die seit Karl dem Großen an alle seine Vorgänger verliehene Gerichtsbarkeit im ganzen Bistum und Herzogtum Würzburg (*MGH, DD*, Tomus X., Pars III, N° 546., p. 3-7) „... omnem iurisdictionem seu plenam potestatem faciendi iusticiam ... de rapinis et incendiis, de allodiis et beneficiis, de hominibus ...“ (p. 5 Z 41-44). Es wurde insbesondere das Bistum als Herzogtum anerkannt, welches Herzogtum als vorhanden vorausgesetzt wird, welches jedoch kein ducatus orientalis Franciae sondern ein ducatus Wirzburgensis ist und welches Herzogtum gebietlich der Diözese entsprach „... per totum episcopatum et ducatum Wirzburgensem et per omnes comitatus in eodem episcopatu vel ducatu sitas ...“ (p. 5 Z 42-43). Damit gingen die Vogteirechte endgültig auf den Bischof über, der die damit erworbenen gerichtlichen Grafenrechte auf das Herzogtum bezog, und eine gegenüber den konkurrierenden Grafen, über diese stehende Gerichtsbarkeit, wie sonst auch nur ein Herzog besaß (*Schmidt ebd.*, Teil I., Kap. 3., S. 27-28). Der Herzog/Bischof saß persönlich dem Landgericht des Herzogtums zu Franken vor und erfolgte die Ernennung des Zehntgrafen und seine Bannleihe durch ihn (*Schmidt ebd.*, Teil II., Kap., 1., § 1., S. 37-50). Die Grafschaft Henneberg ging im 14./15. Jahrhundert aus der alten Gaugrafschaft hervor, ihre Landeshoheit war zwischen dem Herzog/Bischof und den Grafen umstritten (*Schmidt ebd.*, Teil II., Kap. 2., § 1., S. 59-75). Der Burggraf zu Nürnberg behielt sein kaiserliches Landgericht und blieb unabhängig (*Schmidt ebd.*, Teil II., Kap. 2., § 2., S. 76-77). Die Grafen von Wertheim, Rieneck, Castell, Hohenlohe standen zunächst unter einer nicht sehr intensiven Landeshoheit des Herzogs/Bischof (*Schmidt ebd.*, Teil II., Kap. 3., S. 77-98).

Mit der Reichsreform: mit dem Reichskammergericht wurde das Landgericht Franken weitgehend überflüssig; mit den Reichskreisen ging die Wahrung des Landfriedens auf diese über und erlangten diese Grafen und Herren ihre eigene Landeshoheit, und hatte das Herzogtum nur noch für das eigene würzburgische Territorium seine Bedeutung, jedenfalls hatten die herzoglichen Rechte zur Ausbildung der eigenen Landeshoheit beigetragen (*Schmidt ebd.*, Teil III., Kap. 2., S. 109-124).

¹⁹⁷ Erzbischof Philipp von Köln hatte in der Gelnhäuser Urkunde v. 13. April 1180 den größeren westlichen Teil des Herzogtums Sachsen Heinrichs des Löwen zugesprochen erhalten. Den rechtsrheinischen Teil der Diözese Köln und die Diözese Paderborn ausmachend, war es kein in sich geschlossenes Gebiet, insbesondere trennte die Grafschaft Berg den rheinischen von dem westfälischen Teil. Dem Herzog/Erzbischof standen die Grafschaften, Vogteien, Geleitsrechte, Aufbietungen des Landtages (Botding), der westfälische Heerbann, die Überwachung der Befestigungen zu, dieser Gebietsteil hatte auch bereits unter Heinrich dem Löwen Züge eines Territorialherzogtumes besessen, „... unam partem, eam videlicet que in episcopatum Coloniensem et per totum Pathebrunnensem episcopatum extendebatur^k, cum omni iure et iurisdictione, videlicet cum comitatibus, cum advocatiis, cum conductibus, cum mansis, cum curtibus, cum beneficiis, cum ministerialibus, cum mancipiis et cum omnibus ad eundem ducatum pertinentibus ecclesie Coloniensi legitime donavimus et de^k imperiali liberalitate contulimus. ...“ (*MGH, Const*, Tomus I., N° 279., p. 384-386 (385 Z 35-40); *Kallen*, Das Kölner Erzstift und der „ducatus Westfalie et Angarie“ (1180), III., S. 12-15 und *Hecker*, Die territoriale Politik des Erzbischofs Philipp I. von Köln, 4. Kap., S. 87-94, Beilagen, IV., S. 113-116).

¹⁹⁸ Kaiser Konrad II. belehnte Erzbischof Arnold II. von Köln im Jahre 1151 neben seinen bischöflichen Regalien mit denen des Herzogs von Ribuarien, welches Herzogtum sich im allgemeinen mit der linksrheinischen Diözese, mit Vorstößen im Süden ins Trierische, im Westen nach Limburg und Lüttich und im Norden in die Grafschaft Kleve deckte. Der Herzog/Erzbischof besaß die Burggrafschaft in Köln und damit die Gaugrafschaft im Köllingau und die Hochgerichtsbarkeit in der Stadt Köln, er beanspruchte Kirchenvögte zu beseitigen und sich selber als Kirchenvogt einzusetzen und Hoftage abzuhalten, womit das Herzogtum ein frühes Territorialherzogtum war (*Kallen*, Das Kölner Erzstift und der „ducatus Westfalie et Angarie“ (1180), IV., S. 19-22 und *Hecker*, Die territoriale Politik des Erzbischofs Philipp I. von Köln, Beilagen, I., S. 104-110).

Den Herzogtümern gleich standen die aus herzogsfreien Gebieten hervorgegangenen²⁰⁰ und ihnen ebenbürtigen Pfalz-²⁰¹ Mark- und Landgrafschaften.²⁰²

¹⁹⁹ Neben den würzburgischen, westfälischen und ribuarischen geistlichen Herzogtümern hatte es noch in Magdeburg (jenseits der Elbe ducatus transalbinus), Hildesheim, Münster, Brixen, Lüttich Ansätze zu einer herzoglichen Gewalt bei Erz- und Bischöfen gegeben, welche aber nicht von Intensität waren und keinen Bestand hatten (*Stengel*, Land- und lehnrechtliche Grundlage des Reichsfürstenstandes, II., in: *ZRG, GA*, LXVI. Band, VII. (vielmehr VIII.), S. 309 und *Rosenstock*, Königshaus und Stämme, 3. Teil, 18. Abschnitt, S. 355).

²⁰⁰ Anfänglich herzogsfrei und wo sich die Herzogsgewalt nicht hatte durchsetzen können. Herzogsgewalten waren insbesondere nicht in Schwaben, bei dem Untergang der Hohenstauffer mit dem Tod des letzten Herzogs von Schwaben Konrad II. (Konradin) am 29. Okt. 1268 (*NDB*, XII. Band, Konradin ..., Sp. 557-559) und in Franken existent. *T. Mayer*, Fürsten und Staat, XV., S. 299 ,... Den Ausgangspunkt bildet die Tatsache, daß es in Schwaben keinen Herzog gab, von dem die Territorialbildung durchgeführt werden konnte, so daß sie an die Grafen und andere Faktoren überging. ...“; *Schröder-Künßberg*, Deutsche Rechtsgeschichte, 3. Periode, 1. Kap., § 39., S. 426) und *Werle*, Titelherzogtum und Herzogsherrschaft, V., in: *ZRG, GA*, LXXIII. Band, IV., S. 284-285).

²⁰¹ Aus den Hofpfalzgrafen der Karolinger waren während der Zeit der ostfränkischen Könige in der Mitte des 9. Jahrhunderts die Provinzialpfalzgrafen entstanden. Sie hatten unter Kaiser Otto I. insbesondere die Funktion des königlichen Gegengewichtes gegen die Macht der Herzöge erhalten. Bei den 4 Provinzialpfalzgrafschaften in Sachsen seit dem Jahre 950, in Baiern seit 953, in Lothringen seit 989 und in Schwaben seit 1005 war in Franken die Pfalzgrafenwürde mit dem Herzogsamt verbunden worden. Allgemein als eine Vertretung der königlichen Rechte neben dem Herzog wahrzunehmen, hatten die Pfalzgrafen die oberste Gerichtsgewalt nach dem König und Verwaltungs- und Aufsichtsrechte über das königliche Fiskalwesen und das Reichsgut. Zu einer eigenen territorialen Entwicklung hatte es nur der lothringische Pfalzgraf als Pfalzgraf bei Rhein gebracht, dies wegen seiner Eigenschaft als fränkischer Pfalzgraf und seiner Nähe zu Aachen (*Lintzel*, Der Ursprung der deutschen Pfalzgrafschaften, in: *ZRG, GA*, II. Band, V., S. 233-263 (I., S. 235, 238-241, II., S. 259, 261)).

T. Mayer, Geschichtliche Grundlagen der deutschen Verfassung, S. 8 ,..., die Pfalzgrafen haben schon im 9. Jahrhundert ihre Bedeutung verloren²⁵). ...“ mit Anm. S. 25.

²⁰² *Stengel*, Land- und lehnrechtliche Grundlagen des Reichsfürstenstandes, II. ,... Längst nämlich war das herrschaftliche Prinzip über sich und seine engen Grenzen auch außerhalb der Stammesherzogtümer hinausgewachsen, indem man, wie gesagt, nach deren Vorbild überall, wo es anging, Herzogtümer oder eine herzogliche Stellung erstrebte. Offenbar geschah es zu dem Zweck, die eigene Herrschaft auf eine höhere Stufe zu heben. Der ursprüngliche Begriff des S t a m m e s herzogtums wich dabei immer mehr zurück; neben diejenigen, die ausdrückliche Herzöge hießen, konnten daher jetzt auch Nichtherzöge, Mark-, Pfalz-⁷⁰) und Landgrafen⁷¹) treten, wenn sie nur eine übergräfliche Stellung einnahmen und von der Gewalt eines Herzogs entweder frei waren oder sie abgeschüttelt hatten, wenn sie ‚herzoggleich‘⁷² waren. ...“ (*ZRG, GA*, LXVI. Band, VII. (vielmehr VIII.), S. 310-311).

Neben den eigentlichen Markgrafschaften an den Grenzgebieten gab es die Titularmarkgrafschaften (im Inneren), welche selbige Entwicklung wie jene durchmachten, ihrer Herauslösung aus dem Herzogsverband, um einen unabhängigen Status für ihre Territorialherrschaft zu erlangen. Bei ihrer Forderung nach der Befreiung von jeglicher herzoglichen Gewalt entsprachen jedenfalls ihre bedeutenden einer Herzogsherrschaft. Der Unterschied zwischen den alten Markgrafschaften an den Grenzen und den neuen Markgrafschaften (Landgrafschaft) im Innern wurde durch die Verherrschftlichung der alten Markgrafschaften vermindert, was zu einer Gleichartigkeit von Herzogtümern, alter Markgrafschaft und Titular-Landgrafschaft in ihrer territorialstaatlichen Form führte (*Werle*, Titelherzogtum und Herzogsherrschaft, I., in: *ZRG, GA*, LXXIII. Band, IV., S. 235-236).

Schulze, Das Recht der Erstgeburt, Spezieller Theil, 2. Cap., 1. Unterabtheilung, §. 22., S. 79 ,... Schon früher waren die Markgrafen und Pfalzgrafen vom herzoglichen Heerbanne eximirt gewesen, die übrigen Grafen, welchen es gelang, dieselbe bevorzugte Stellung zu erreichen und sich den Heerbann über ihre Besitzungen selbst zu verschaffen, erhielten den Namen ‚L a n d g r a f e n.‘ ...“

kkk) Die beiden Fürstengesetze Kaiser Friedrichs II. der Jahre 1220 und 1232

In den beiden Fürstengesetzen Kaiser Friedrich II.,²⁰³ der von ihm allein mit den geistlichen Fürsten des Reiches abgeschlossenen *Confoederatio cum principibus ecclesiasticis* vom 26. April 1220²⁰⁴ und dem von ihm mit den geistlichen und weltlichen Fürsten vereinbarten *Statutum in favorem principum* vom Mai 1232²⁰⁵ waren den Fürsten Teile ihrer zuvor einzelnen erworbenen Rechte und Befugnisse bestätigt und ihnen noch neue erteilt worden.²⁰⁶ Beide Fürstengesetze hatten ihre Wirkungen weniger im Inhalt der Rechte, welche

Rosenstock, Königshaus und Stämme, 2. Teil, 7. Abschnitt, S. 125-127 „... Lothar hat spätestens 1129 Hermann II. von Winzenburg zum Landgrafen in Thüringen gemacht¹⁶⁾. Es stand aber diesem Fürsten eben das zu, was das Kennzeichen des echten Herzogtums ausmacht und bei allen ohne Ausnahme sich findet: Geleitsschutz auf allen Straßen der Stammeserde¹⁷⁾, Schutz der Kirchen innerhalb des Landes, das Recht, Burgen zu bauen und Burgen zu brechen, den Frieden zu wahren und den Fehden der Edlen durch seine Tage zu Mittelhausen Einhalt zu gebieten¹⁸⁾, das heißt, samt und sonders Befugnisse, die jenseits der Kompetenz des gräflichen Gerichts liegen. ...“

Bei der Land-Grafschaft Breisgau im Gebiet des weggefallenen Herzogtums Schwaben (961-1268, oben, S. 396), war hingegen die Bezeichnung Landgrafschaft eine reine Titulatur, bei welcher die meisten Merkmale einer Landgrafschaft nicht existent waren (*Fehr*, Die Entstehung der Landeshoheit im Breisgau, 2. Periode (1218-1318), § 2., 1., S. 60-63).

²⁰³ Die von Kaiser Friedrich II für sein Königreich Sizilien am 11. 9. 1231 erlassenen Konstitutionen von Melfi – Liber Augustana – : Überwindung der Fehde und Sicherung des Landfriedens, Rechtsetzungsgewalt beim König, rechtliche Absicherung des staatlichen Hoheits- und Machtmonopols, Anfänge einer Beamtenorganisation für Rechtsprechung, Finanzverwaltung, Polizei (*E. Kern*, Moderner Staat und Staatsbegriff, II. Teil, I., 1.-4., S. 82-92, II., 2., S. 97-109), inhaltliche Regelung aller Bereiche des menschlichen Lebens, die Vorstellung zur Herstellung von Gerechtigkeit möglichst durch ein genau-gutes Prozessrecht, mit 3 Instanzen, dem Territorialprinzip, Unbestechlichkeit der Beamten, rationale Beweismittel und keine Gottesurteile, Ketzerverbrennungen (*Dilcher*, Die sizilianische Gesetzgebung Kaiser Friedrichs II., Einleitung, IV., S. 58-64, Quellenuntersuchung, LA I, 1, S. 67-75). Mit ihrer Abwendung von den mittelalterlich metajuristischen Momenten und ihrer Hinwendung zur staatlichen Rationalität und Intensität, wiesen die Melfischen Konstitutionen auf den neuzeitlichen Staat hin. Entsprechend ihrer Zugehörigkeit zum westeuropäischen Kulturkreis und den westfranzösischen Rechten (*E. Kern* ebd., I., S. 81-82) hatten sie in Frankreich – Souveränitätsgedanke – und in England – Beamtschaft – Eingang gefunden, hingegen nicht im Reich und seinen Territorien.

²⁰⁴ Die *Confoederatio* war das Zugeständnis Kaiser Friedrichs II. an die geistlichen Fürsten, für ihre Zusage zur Wahl seines Sohnes Heinrich zum Römischen König Heinrich VII. am 23. April 1220 (*ADB*, XI. Band, Heinrich (VII.), römischer König, ..., S. 433-439 (433)). Mit seiner Wahl waren Herrschaftsrechte während der Abwesenheit Kaiser Friedrichs II. in Italien und während seines Kreuzzuges mitgegeben. Diese benötigte Heinrich VII., da Friedrich II. mit dieser Wahl seinen Sohn und seine eigene Dynastie fester an Deutschland band. Bei der zu erwartenden erneuten Vereinigung des Reiches mit Sizilien, wie unter Kaiser Heinrich VI. (1169 (1191)- 1197, 1194 König von Sizilien), musste Friedrich II. den Widerstand des Papstes und seiner Partei im Reich und der Reichsfürsten wegen dieser Wahl befürchten (*Klingelhöfer*, Die Reichsgesetze von 1220, 1231/32 und 1235, 1. Teil, 1. Kap., A., S. 5-7 und *Mitteis*, Der Staat des hohen Mittelalters, 4. Teil, Kap. 28, 2., S. 344-345).

²⁰⁵ Das *Statutum* beruhte auf einer nahezu inhaltsgleichen Urkunde des Königs Heinrich VII. (Römische König Heinrich VII. war auf Betreiben deutscher Fürsten in Abwesenheit von Kaiser Friedrich II. am 8. Mai 1222 in Aachen zum Deutschen König gekrönt worden: *Franzel*, König Heinrich VII. von Hohenstaufen, § 4., S. 37 mit *NDB*, VIII. Band, Heinrich (VII.), König, ..., S. 326-329 (326)), welche Heinrich VII. nach dem Misslingen seiner fürstenfeindlichen Politik diesen auf dem Reichstag zu Worms 1231 (1. Mai) hatte zugestehen müssen, Kaiser Friedrich II. musste diese notgedrungen bestätigen. Dies auch, um von ihnen ihre Unterstützung für die bevorstehende Auseinandersetzung mit dem Langobardenbund zu erhalten (*Klingelhöfer*, Die Reichsgesetze von 1220, 1231/32 und 1235, 1. Teil, 2. Kap., A., S. 61-65, insb. S. 65).

²⁰⁶ In der *Confoederatio cum principibus ecclesiasticis* verzichtete der Kaiser auf das Spolienrecht bei verstorbenen Kurfürsten (Art. I) und auf die Anlegung neuer Zoll- und Münzstätten in ihren Territorien ohne ihre

zum weitaus grössten Teil den Fürsten bereits zugestanden hatten,²⁰⁷ als durch die von ihnen ausgehenden funktionellen Wirkungen, eines erstmals einheitlichen Auftretens der Fürsten als geschlossene Gruppe und Vertreter ihrer Interessen gegen den Kaiser, welche Interessen sie in vertraglichen Vereinbarungen mit diesem auch durchsetzten.²⁰⁸ Vermöge dieses gemeinsamen Auftretens der Fürsten gegen die kaiserliche Herrschaft erlangten sie eine wichtige Ausgangsposition für die weitere Ausbildung der Landeshoheit.²⁰⁹

Einwilligung (Art. II), sprach er aus die Verbote der Aufnahme von Hörigen der Kirchenfürsten in den königlichen Städten (Art. III), die Übergriffe von Kirchenvögten auf das Kirchengut (Art. IV), den Burgen- und Städtebau auf kirchlichem Boden (Art. IX), die Ausübung von königlicher Amtsgewalt in Zoll-, Münz- und anderen Sachen in den Städten der Kirchenfürsten außer bei Hoftagen (Art. X), die Anerkennung des freien Verfügungsrechtes der Kirchenfürsten auf die heimgefallenen Kirchenlehen (Art. V) und die Verpflichtung, dem kirchlichen Bann die kaiserliche Acht innerhalb von 6 Wochen nachfolgen zu lassen (Art. VI-VIII) (*Zeumer*, Quellensammlung, 1. Teil, Nr. 39., S. 43-44 und *Klingelhöfer*, Die Reichsgesetze von 1220, 1231/32 und 1235, 1. Kap., B., 1.-8., S. 11-59).

Inhalt des Statutum in favorem principum waren: das erneute Verbot der Errichtung von neuen Burgen und Städten auf geistlichem Gebiet (Art. I), Schutzbestimmungen zugunsten der bereits bestehenden Märkte und Straßen (Art. II-IV), Zusage zur Beseitigung der Bannmeile in den neuen königlichen Städten (Art. V), Gerichtsbestimmungen zugunsten der domini terrae um die fürstliche Gerichtsbarkeit vor Beeinträchtigungen durch die königlichen Städte und Beamte zu bewahren (Art. VI-IX), Verzicht auf Prägung von Münzen in dem Land eines Fürsten (Art. XVII), weitere gegen die Städte und insbesondere die königlichen gerichteten Bestimmungen, vor allem, Abschaffung des Pfahlbürgertums (Art. X), Verbote: die Erhebung von Bauernzins durch die Städte (Art. XI), die Aufnahme von Eigenleuten der Fürsten in den königlichen Städten (Art. XII) und von Landschädlingen (Art. XVI) und die gebietliche Ausweitung der Gerichtsbarkeit der königlichen Städte auf Kosten der fürstlichen (Art. XVIII), (insg., Art. I-XXII) (*Zeumer*, Quellensammlung, 1. Teil, Nr. 53., S. 55-56 und *Klingelhöfer*, Die Reichsgesetze von 1220, 1231/32 und 1235, 1. Teil, 2. Kap., B., 1.-7., S. 67-93).

²⁰⁷ Zur Confoederatio *Mitteis*, Der Staat des hohen Mittelalters, 4. Teil, Kap. 28, II., 1., S. 345 „... Nur wenige seiner Bestimmungen enthalten wirklich Neues; die meisten den geistlichen Fürsten verbrieften Rechte hatten diese längst erworben, und die Verzichte des Königs betrafen Befugnisse, die für ihn schon fast wertlos geworden waren. ...“, insg., S. 345-346; *Klingelhöfer*, Die Reichsgesetze von 1220, 1231/32 und 1235, 1. Teil, 1. Kap., C., S. 60 „...; denn Neues war in diesem mit Ausnahme der Art. 6 und 7 nicht enthalten. ...“, Schluss, 9. Kap., A., S. 212-214 und *K. Weller*, Zur Organisation des Reichsguts in der späteren Stauferzeit, in: *Forschungen und Versuche zur Geschichte des Mittelalters und der Neuzeit: Festschrift Schäfer* (VII.), S. 214 „... 1220 ... Im gleichen Jahr erteilte Friedrich II. den geistlichen Fürsten das bekannte große Privileg, worin er versprach, in keinem Gebiet eines geistlichen Fürsten ohne dessen Zustimmung neue Münzen oder Zölle zu errichten. Doch bedeutete dieses Zugeständnis tatsächlich nur die Fixierung des längst bestehenden Gewohnheitsrechts. ...“

Zum Statutum *Klingelhöfer* ebd., Schluss, 9. Kap., B., S. 216-218, insb., S. 218 „... Neue Rechte werden auch hier den Fürsten nicht zugebilligt⁴⁾. ...“ und *Franzel*, König Heinrich VII. von Hohenstaufen, § 15., S. 123 „... Sie wird weniger neue Rechtsverhältnisse geschaffen, als schon bestehende staatsrechtlich kodifiziert haben und der König gab wohl nur preis, was er nicht mehr besaß.“, insg., S. 123.

²⁰⁸ Die ältere Forschung sah in den beiden Fürstengesetzen „... - ,entscheidende Marksteine auf dem Weg zum deutschen Parikularismus‘. ...“ und es „... wurde diesen beiden ,Grundgesetzen zu Gunsten der deutschen Fürsten‘ epochaler Rang in der deutschen Verfassungsgeschichte eingeräumt. ...“ (*HRG*, I. Band, Fürstenprivilegien Friedrichs II., von *W. Goetz*, Sp. 1358-1361 (Sp. 1358).

²⁰⁹ Dies nach der neueren Forschung.

Klingelhöfer, Die Reichsgesetze von 1220, 1231/32 und 1235, 2. Teil, 8. Kap., S. 210 „... Die nachträgliche Wirkung der Fürstenprivilegien für das Königtum lag einzig und allein in der reichsgesetzlichen Festlegung bestimmter, von den Territorialherren zum großen Teil usurpierter Gewohnheitsrechte, die für die Entwicklung der allgemeinen staatsrechtlichen Verhältnisse kaum etwas bedeuteten, das Königtum jedoch insoweit trafen, als sie dem Ausgreifen königlicher Territorialpolitik ein – zwar leicht zu überschreitendes – Hindernis wurden¹⁾. ...“

bb) Die weitere Ausbildung zur Landeshoheit

aaa) Das Große Interregnum²¹⁰ der Jahre 1254-1273

In dem nach dem Tode des letzten staufischen Königs Konrad IV. am 21. Mai 1254²¹¹ beginnenden,²¹² mit der Wahl von König Rudolf I. von Habsburg am 1. Oktober 1273²¹³ endenden, Großen Interregnum waren am 13. Januar 1257 Herzog Richard von Cornwall, der

Schluss, 9. Kap., A., S. 214-215, B., S. 218-219; *Schrader*, Ursprünge und Wirkungen der Reichsgesetze Friedrichs II. „... Die Fürstenprivilegien sollen nicht die Hoheitsrechte des Königs schmälern, sondern nur – soweit es um Hoheitsrechte überhaupt geht – ihrer Ausübung in bestimmten Fällen Grenzen setzen, ... In den Fürstenprivilegien tritt uns die nicht mehr rückgängig zu machende Stellung der fürstlichen Territorien entgegen. Die Fürsten sind domini terrae, sie werden es nicht erst, nur daß ihre Stellung anerkannt und gestärkt wird. ... Geschlossen treten die Fürsten dem Kaiser entgegen, und er muß sich ihnen fügen. Soweit war es also im Reiche schon gekommen. ...“ (*ZRG*, GA, LXVIII. Band, S. 394); *Mitteis*, Der Staat des hohen Mittelalters, 4. Teil, Kap. 28, II., 2., S. 351-352 „... den Zeitgenossen ... Für diese mag das Entscheidende an diesen Gesetzen weniger ihr materieller Inhalt als ihr Vertragscharakter gewesen sein. Daß das Reich mit seinen Fürsten Abmachungen in Gesetzesform traf, die fast die Natur völkerrechtlicher Verträge trugen, war ein bedeutender Schritt auf dem Wege zur föderalen Gestaltung des Reiches. ...“, I., S. 346 „...“, so war doch die Zusammenfassung vieler einzelner Zusagen zu einem Gesamtprivileg etwas durchaus Neues; schon ihre Häufung mußte den Zeitgenossen Eindruck machen. ...“ und *Schröder-Künßberg*, Deutsche Rechtsgeschichte, 3. Periode, 2. Kap., § 50., S. 643.

Die Übernahme von staatlichen Funktionen durch die Fürsten schwächte zwar das Reich, bewirkte aber, dass diese von den kleineren Einheiten wohl besser durchgeführt werden konnte, als von dem größeren Reich. *Bader*, Territorialbildung und Landeshoheit „... Man kann daher, und im folgenden wird sich dies noch zeigen, mit gutem Recht sagen, daß die Ausbildung der Territorialherrschaften das Reich nicht etwa nur schwächte, sondern zu einem Teil auch festigte: dort nämlich, wo jetzt selbständige Ordnungsfunktionen von den Teilgewalten übernommen wurden, die das Reich als solches niemals mit gleicher Intensität erfüllen konnte. ...“ (*BdL*, 90. Jahrg., S. 119).

²¹⁰ Der vollständige Untergang der Hohenstauffer mit dem Tod von Herzog Konrad von Schwaben (Konradin) am 20. Okt. 1268, Sohn des letzten staufisch-deutschen Königs Konrad IV., bewirkte neben seiner unmittelbaren Folge, des Großen Interregnums der Jahre 1254-1273, dass eine Entwicklung des Reiches zu einem einheitlichen Staat, ähnlich England und Frankreich nicht mehr möglich war (*Niebuhr*, Geschichte des Zeitalters der Revolution, I. Band, Zustand Europa's vor der Revolution, II., S. 63).

²¹¹ König Konrad IV., Sohn Kaiser Friedrichs II. und seiner 2. Gemahlin Jolanthe, der letzte dem hohenstaufischen Haus entstammende Römische König, von Kaiser Friedrich II. zum Haupterben im König- und Kaiserreich bestimmt (*Zeller*, König Konrad IV. in Italien, S. 1-2), war es gelungen, seine Herrschaft in seinem Königreich Sizilien zu stabilisieren (*Zeller ebd.*, 1251., S. 47-61, 1253., S. 62-86, 1254., S. 86-93, insb. 1253., S. 78, 81, 83). Bei der im Februar 1251 erhaltenen Nachricht vom Tod Kaiser Friedrichs II. am 13. Dez. 1250 bei Lucera, nördliches Apulien (*BWDG*, I. Band, Friedrich II. (Reich), ..., Sp. 752-758 (756)), hatte er noch im Frühjahr 1251 zu einem Heereszug nach Mittel- und Norditalien und in das regnum teutonicum aufbrechen wollen (*Zeller ebd.*, 1254., S. 93 und *Hoffmann*, Das deutsche Königtum Konrads IV., III., 2., Die Kämpfe um Österreich, S. 180-183). Er starb am 21. Mai 1254 in Lavello nahe Melfi (*Zeller ebd.*, 1254., S. 93).

²¹² Der am 3. Okt. 1247 von der päpstlichen Partei als Gegenkönig zu Kaiser Friedrich II. gewählte Graf Wilhelm von Holland (*BWDG*, III. Band, Wilhelm von Holland (Reich), ..., Sp. 3146-3149 (3146-3147)), I. Band, Friedrich II. (Reich), ..., Sp. 752-758 (756)) verstarb am 28. Jan. 1256 (*ebd.*, Wilhelm von Holland (Reich), ..., Sp. 3148).

²¹³ Graf Rudolf von Habsburg war am 1. Okt. 1273 in Frankfurt einmütig von den 3 Erzbischöfen von Mainz, Trier, Köln, dem Pfalzgrafen bei Rhein, dem Herzog von Sachsen, dem Markgrafen von Brandenburg und dem Herzog von Niederbayern zum Römischen König gewählt (*Reisinger*, Die Römisch-Deutschen Könige und ihre Wähler 1198-1273, V., S. 100) und am 24. Okt. 1273 in Aachen zum Deutschen König gekrönt worden (*BWDG*, II. Band, Rudolf I. von → Habsburg (Reich), Sp. 2382-2388 (2382-2383)).

Bruder König Heinrichs III.²¹⁴ von England,²¹⁵ und am 1. April 1257 König Alfons von Kastilien,²¹⁶ ein Enkel König Philipps von Schwaben,²¹⁷ zu Römischen Königen gewählt worden,²¹⁸ welcher Richard von Cornwall am 17. Mai 1257 in Aachen auch zum deutschen König gekrönt worden war.²¹⁹

König Richard von Cornwall hielt sich vom 1. Mai 1257 bis Januar 1258²²⁰ und danach, mit zwischenzeitlichen Aufenthalten in England,²²¹ von Juni bis Oktober 1260,²²² Juli 1262 bis Februar 1263,²²³ August 1268 bis August 1269 im Reich,²²⁴ aber fast nur auf linksrheinischem und überwiegend in den rheinischen Gebieten auf.²²⁵ Dabei wurde er von Mitte Mai 1264 bis September 1265 in England gefangen gehalten,²²⁶ womit auch seine Regententätigkeit für das Reich betroffen war. In England verstarb er am 2. April 1271.²²⁷

²¹⁴ Auch Schwager von Kaiser Friedrich II., welche im Jahr 1235 geheiratete dritte Gemahlin Kaiser Friedrichs II. Isabella (Elisabeth) die Schwester Richards von Cornwall war (*Koch*, Richard von Cornwall. Erster Teil, 1. Buch, S. 36-37).

²¹⁵ Gewählt von Erzbischof Gerhard I. von Mainz, welcher Erzbischof Konrad I. von Köln mitvertrat und von Pfalzgraf Ludwig II. bei Rhein, mit nachherigem Anschluss von König Ottokar II. von Böhmen (*Reisinger*, Die Römisch-Deutschen Könige und ihre Wähler 1198-1273, IV., S. 79, Versprechungen und Zahlungen, Kurfürsten, Mainz und Köln, S. 80-82, Böhmen und Pfalz/Bayern, S. 83-85).

²¹⁶ König Alfons von Kastilien und Leon.

²¹⁷ Sein Vater Ferdinand III. König von Kastilien und Leon war mit Beatrix, einer Tochter König Philipps IV. von Schwaben vermählt (*Herrmann*, Alfons X. von Castilien als römischer König, 1. Abschnitt, S. 16-17).

²¹⁸ Gewählt von Erzbischof Arnold II. von Trier, welcher den Herzog Albrecht I. von Sachsen und den Markgraf Otto III. von Brandenburg mitvertrat, mit gleichfalls nachherigem Anschluss von König Ottokar II. von Böhmen (*Reisinger*, Die Römisch-Deutschen Könige und ihre Wähler 1198-1273, IV., S. 79, Versprechungen und Zahlungen, Kurfürsten, Trier und Böhmen, S. 82-84, Sachsen, Brandenburg, S. 85-86). Papst Alexander IV. hatte den deutschen Fürsten die Empfehlung seiner Wahl gemacht (*Neumann*, Die deutschen Königswahlen und der päpstliche Machtanspruch während des Interregnums, 1. Kap., 2., S. 16-17).

²¹⁹ *Gebauer*, Leben und denckwuerdige Thaten Herrn Richards, 1. Buch, CXXIX., S. 125.

²²⁰ *Gebauer*, Leben und denckwuerdige Thaten Herrn Richards, 1. Buch, CXXVI., S. 124, 2. Buch, XXIX., S. 150-151.

²²¹ Diese hatten ihre Ursachen zumeist in den dortigen Konflikten seines königlichen Bruders mit den Baronen (*Gebauer*, Leben und denckwuerdige Thaten Herrn Richards, 2. Buch, XXVII., S. 148-149, LXXVIII., S. 192-194).

²²² *Gebauer*, Leben und denckwuerdige Thaten Herrn Richards, 2. Buch, XXXVII., S. 160, LIV., S. 174.

²²³ *Gebauer*, Leben und denckwuerdige Thaten Herrn Richards, 2. Buch, LXI., S. 181, LXXVI., S. 191.

²²⁴ *Gebauer*, Leben und denckwuerdige Thaten Herrn Richards, 2. Buch, CXVI., S. 237, CXXXIV., S. 260-261 (261).

²²⁵ *Gebauer*, Leben und denckwuerdige Thaten Herrn Richards, 2. Buch, 1. Buch, CXXVI.-CXXIIX., S. 124-126, 2. Buch, (I.)-XXIX., S. 129-151 (1. Aufenthalt), XXXVII.-LIV., S. 160-174 (2. Aufenthalt), LXI.-LXXVI., S. 181-191 (3. Aufenthalt), CXVI.-CXXXIV., S. S. 237-261 (4. Aufenthalt).

²²⁶ *Gebauer*, Leben und denckwuerdige Thaten Herrn Richards, 2. Buch, LXXXI.-LXXXII., S. 198-201.

²²⁷ *Gebauer*, Leben und denckwuerdige Thaten Herrn Richards, 2. Buch, CLXXXIII., S. 300.

Dagegen war sein Gegenkönig Alfons von Kastilien niemals im Reich gewesen,²²⁸ womit auch seine kastilisch-päpstliche Partei im Reich rasch zerfiel.²²⁹

Durch die häufig oder ständig Abwesenheit der beiden Gegenkönige im Reich, die keine Autorität und allgemeinen Anerkennung erlangten,²³⁰ und die Nichtexistenz von Statthaltern im Reich²³¹ wurde das mittelalterliche König- und Herrschertum,²³² das in hohem Maße von

²²⁸ *Busson*, Die Doppelwahl des Jahres 1257 und das römische Königthum Alfons X. von Castilien, III. Abschnitt, S. 68.

²²⁹ *Busson*, Die Doppelwahl des Jahres 1257 und das römische Königthum Alfons X. von Castilien, III. Abschnitt, S. 69; *Reisinger*, Die Römisch-deutschen Könige und ihre Wähler 1198-1273, IV., S. 79 und A. *Gerlich*, Rheinische Kurfürsten und deutsches Königthum im Interregnum, 3., in: *Bärmann Festschrift*, II. Teil, S. 81. Alfons von Kastilien verzichtete im Oktober 1275 auf Einwirken von Papst Gregor X. auf seinen Titel als Römischer König, nachdem dieser am 26. Sept. 1274 den zwischenzeitlich gewählten Rudolf von Habsburg als Römischen König anerkannt hatte (*Roberg*, Die Abdankung Alfons' X. von Kastilien als Deutscher König, in: *HJ*, 84. Jahrg., Aufsätze, S. 341, 350).

²³⁰ Hinsichtlich König Richard von Cornwall und den norddeutschen Fürsten *Steinbach*, Die Reichsgewalt und Niederdeutschland in nachstauferischer Zeit (1247-1308), III., 2., S. 66 „Der Norden Deutschlands lag, wie alle außerrheinischen Gebiete, weitgehend außerhalb seines Blickfeldes. Die Bemühungen Richards richteten sich lediglich darauf, seine Anerkennung als König durch die großen norddeutschen Dynastien zu erreichen, ohne daß er jedoch damit bei den Kurfürsten von Brandenburg und Sachsen Erfolg gehabt hätte.“

²³¹ Das Abgehen von die Kaiser/deutsche Könige vertretenden Statthalter im Reich unterschied das Große Interregnum von den früheren Abwesenheiten Kaiser Friedrichs II. im Reich. Friedrich II. hatte bei seinen Anwesenheiten in Italien, für das regnum teutonicum im Sommer des Jahres 1220 seinen ersten Sohn, den Römischen König Heinrich VII. bis zu dessen durch ihn selber im Juli 1235 vorgenommenen Absetzung zu seinem Statthalter bestimmt (*Winkelmann*, Die Wahl König Heinrichs (VII.), seine Regierungsrechte und sein Sturz, in: *Forsch DtG*, I. Band, S. 21; *Pfister*, Kaiser Friedrich II., VI., S. 119; *NDB*, VIII. Band, Heinrich (VII.), König, ..., S. 326-329 (326) und *Rohden*, Der Sturz Heinrichs (VII.), §. 6., in: *Forsch DtG*, XXII. Band, S. 394). Danach hatte er im Sommer des Jahres 1236 seinen zweiten ehelichen Sohn Konrad, den er auch im Febr. 1237 zum Römischen König wählen ließ, zum Statthalter bestimmt (*Hoffmann*, Das deutsche Königthum Konrads IV., I., 1., Die Statthalterschaft von 1236, S. 6-7, 3., S. 11-12: gewählt auf dem Wiener Fürstentag in den letzten Tagen des Febr. 1237, 2., S. 11 mit Fußn. 36): eine Nachwahl erfolgte am 7. Juni 1237). Die Statthalterschaft im regnum teutonicum war auf ein Nebeneinanderhandeln des Deutschen/Römischen Königs und des Kaisers ausgerichtet. Die Könige sollten nicht ausschließlich aus eigenem Recht und auf Grund ihrer Wahlen, jedoch auch nicht allein kraft des kaiserlichen Auftrages regieren, da sie kein kaiserlicher Beamter waren und der Kaiser sich eine oberste Autorität vorbehielt. Der Römische König Konrad IV. hatte im Gegensatz zu seinem älteren Halbbruder, dem Deutschen König Heinrich VII. die von seinem Vater abhängige Stellung voll akzeptiert (*Hoffmann ebd.*, IV., I., 4., Die räumliche Begrenzung von Konrads Herrschaft, S. 23-24, Konrads Stellung im Spiegel seiner Urkunden, S. 27-37, Die Frage der Kaiserwahl, S. 37-39, I., 5., S. 39-43, insb. S. 27, 31, 35, 43 und *Winkelmann*, Die Wahl König Heinrichs (VII.), ..., in: *ebd.*, S. 21-25). Seine Krönung zum Deutschen König war nicht erfolgt, da „... Friedrich vermeiden wollte, den Sohn durch eine zu selbständige Stellung den gleichen Versuchungen auszusetzen, denen Heinrich (VII.) erlegen war.“ (*Hoffmann ebd.*, I., 4., Der Titel, S. 20).

²³² Einen spezifischen Ausfall der kaiserlichen Autorität und Macht hatte es im Großen Interregnum nicht gegeben. Die kaiserliche Autorität war bereits mit dem Tod von Kaiser Friedrich II. am 13. Dez. 1250 – zuvor auch mit der von dem Konzil von Lyon am 17. Juli 1245 unter Papst Innozenz IV. gegen ihn erklärten Absetzung – vakant gewesen war ([*Bulla depositionis Friderici II imperatoris*], in: *Conciliorum Oecumenicorum Decreta*, Concilium Lugdunense I/1245, p. 278-283 (p. 283 Z 16-32) und *Zedler*, Universal Lexicon, XIV. Band, Interregnum, oder Zwischen=Reich, ..., Sp. 781-787 „... von denen Zeiten Friderici II. an, weil dieser nicht nur von vielen Paepsten mit dem Bann beleget, sondern auch von Innocentio IV. auf dem zu Lion an. 1245. gehaltenen Concilio der Kayserlichen Wuerde beraubt, und oeffentlich seines Reichs entsetzt worden, wodurch sich einige Geistliche bewegen liessen, daß sie die Parthey ihres rechtmäßigen Koenigs verliessen, und ihm den Land=Grafen von Thueringen, Henricum Rasponem, entgegen setzten.“ (782). Bei den dem Großen Interregnum nachfolgenden 3 Römischen Könige, König Rudolf I. vom 1. Okt. 1273-15. Juli 1291 (*BWDG*, II. Band, Rudolf I. von → Habsburg (Reich), ..., Sp. 2382-2388, insb. Sp. 2385-2386), König Adolf von Nassau vom 5. Mai

der Person des Herrschers getragen war,²³³ während des Großen Interregnums gegenüber früheren Zeiten erheblich geschwächt und war zeitweise nicht vorhanden.²³⁴

Insbesondere waren anarchische Zustände und das Bestehen eines Faustrechtes im Reich vorhanden und zu beklagen.

Struben, Versuch des Deutschen Staatsrechts unter Koenig Rudolph I.:

„... Man lebte damals fast im Stande der natuerlichen Freyheit. Nicht nur diejenige Streitigkeiten der Fuersten und Staende ueber ihre Guether und Gerechtsame, welche so vielfaeltig zu entstehen pflegen, wurden mit dem Degen eigenrichterlich eroertert, weil es an einer Obrigkeit fehlete, von der man Gerechtigkeit erlangen konnte, sondern es trugen auch viele kein Bedenken, ihre Mitstaende ohne den mindesten Schein des Rechtens anzufallen, wenn Hofnung vorhanden war, selbige zu ueberwaeltigen, und dadurch einen Zuwachs an Macht und Ansehen zu erlangen. ...“²³⁵

Die Territorialherren und vor allem die mächtigeren und bedeutenderen wurden damit die ordnungsbildenden Kräfte in ihren Gebieten. Dies führte dazu, dass sie, gleichgültig ob weltliche oder geistliche Fürsten und Territorialherren, die dem König für ihre Gebiete

1292-23. Juni 1298 (erklärte Absetzung durch den Erzbischof von Mainz)/2. Juli 1298 (Tod) (*BWDG*, I. Band, Adolf von Nassau (Reich), ..., Sp. 27-29) und König Albrecht I. von Österreich vom 27. Juli 1298-1. Mai 1309 (*BWDG*, Band, Albrecht I. (Reich), ..., Sp. 51-63) waren auch keine Krönungen zum Kaiser erfolgt. Dies geschah erst mit der am 29. Juni 1312 von 2 Kardinälen an König Heinrich von Luxemburg vergebenen Kaiserkrone zum Kaiser Heinrich VII. (*Barthold*, Der Roemerzug Koenig Heinrichs von Luetzelburg, II. Theil, 5. Buch, 4. Cap., S. 214-216, 3. Cap., S. 209-213: zu den vorangegangenen Verhandlungen zwischen König Heinrich mit dem römischen Volk und den Kardinälen).

²³³ *Hoffmann*, Das deutsche Königtum Konrads IV., III., 2., S. 183 „Mittelalterliches Königtum, das in hohem Maß von von der Persönlichkeit des Herrschers getragen wurde, bedurfte dessen persönlicher Gegenwart.“

²³⁴ Zu König Richard von Cornwall *Ötter*, Das auferweckte Interregnum, §. 14., S. 240-244 (240, 243) [in Auseinandersetzung mit *Gebauer*, Leben und denckwuerdige Thaten Herrn Richards, III. Buch, III, S. 481-482, II., S. 482]: Unterschiede der Aufenthalte von Kaiser Friedrich II. in Italien und Richard von Cornwalls in England, welcher Friedrichs II. um sich und des Reiches Wohlfahrt in Italien aufhielt, seine Aufenthalte zum besten des Reiches waren, er während seiner Abwesenheit in Deutschland eine tüchtige Person einsetzte und er nicht nach Italien ging, um seine leere Beutel zu füllen, auch nicht, weil ihn die Stände nicht mehr zum Kaiser wünschten, dies anders bei Richard von Cornwall, welcher in England nicht für das Wohl des Reiches sorgte, man nicht in Deutschland wusste, wer Koch und Kellner ist; *A. Gerlich*, Rheinische Kurfürsten und deutsches Königtum im Interregnum, 2. Sehr rasch sollte sich Richards Doppelstellung als König in Deutschland und als eines der Großen in England als Hemmnis für eine kontinuierliche Herrschaftsausübung im Reich erweisen. Als in England die Barone gegen König Heinrich III. die Provisionen von Oxford durchsetzten, sah sich Richard der Nutzung seiner großen persönlichen Reichtümer und damit auch des politischen Einflusses in beiden Ländern vorderhand beraubt. Der erste Aufenthalt in Deutschland mußte rasch abgebrochen werden¹²⁸. ...“ (*Bärman* *Festschrift*, II. Teil, S. 79-80).

Zu König Alfons von Kastilien *Busson*, Die Doppelwahl des Jahres 1257 und das römische Königthum Alfons X. von Castilien, III. Abschnitt, S. 64-72 (64, 68-69, 72): Alfons von Kastilien erschien niemals im Reich, sah sein Kaisertraum Deutschland als Nebensache an, überließ alles seinen dortigen Anhängern, kam nicht seinen pekuniären Verpflichtungen ihnen gegenüber nach, versäumte es, diese um sich zu schaaren. Sie traten teilweise zu Richard von Cornwall über, er wurde nach seiner Wahl in Deutschland gänzlich vergessen und nennen die zeitgenössischen deutschen Geschichtsschreiber kaum seinen Namen.

²³⁵ §. I., in: *ders.*, Neben=Stunden, IV. Theil, 23. Abhandlung, S. 35, insg., S. 34-35, §. II., S. 35.

zugestanden Herrschaftsfunktionen²³⁶ neben ihm und auch an seiner Stelle ausübten, womit eine weitere Stärkung und Festigung ihrer tatsächlichen Machtstellungen und ihrer rechtlichen Positionen gegeben waren.²³⁷

Struben, Vom Ursprung der Landeshoheit in Deutschland:

„Zur Minderung der Koeniglichen Gewalt und der Landesfuerstlichen Vermehrung trug II. das eingefuehrte Faustrecht ein grosses bey. ...“²³⁸

Schulte, Lehrbuch der deutschen Reichs- und Rechtsgeschichte:

„2. Die Landesherrlichkeit.“⁽²³⁹⁾

...

Nachdem während des Interregnums die Fürsten ihre Macht gefestigt und manche kleinere Herren wieder in Abhängigkeit gebracht oder zu Vasallen gemacht hatte, blieb den folgenden Kaisern nur die Anerkennung des Bestehenden übrig.⁹ ...“²⁴⁰

Roth, Staatsrecht deutscher Reichslande:

„Die a l l g e m e i n e n Quellen zum Wachsthume der reichsstaendischen Landeshoheit waren

...

c) das große neunzehnjährige Zwischenreich.“²⁴¹

Kemmerich, Introductio ad ius publicum Imperii Romano-Germanici:

²³⁶ Das mittelalterliche deutsche Königtum hatte seine kennzeichnende Bestimmung in der Rechts- und Friedenswahrung.

Schulte, Lehrbuch der deutschen Reichs- und Rechtsgeschichte, 1. Buch, Zweite und dritte Periode, II. Kap., B., §. 70., VII., S. 207 „Der König ... Er erscheint zwar durch das ganze Mittelalter als Träger und Schützer des Friedens und Rechts; in seinem Namen wurde die Rechtspflege gehandhabt, der Friede geboten. ...“ und *HRG*, II. Band, König, von *E. Kaufmann*, III., Sp. 1017 „... Mit dem fränk. Königtum teilt das deutsche des MA. die Legitimationsableitung aus dem Ideenbereich des Gottesgnadentums. Hier wie dort gilt dies insbesondere für die Garantstellung des K. als oberster Rechtswahrer. ...“.

²³⁷ Der gewonnene Macht- und Rechtszuwachs der Territorialherren war von den regional unterschiedlichen Verhältnissen des Vorhandenseins/Nichtvorhandenseins der königlichen Autorität und Macht abhängig. Bei den noch gehaltenen Aufhalten von Richard von Cornwall in den linksrheinischen Gebiete, insbesondere im Rheinland (oben, S. 400-401), waren vor allem die nord- und süddeutschen Gebiete vom Macht- und Rechtszuwachs ihrer Territorialherren betroffen. Hinsichtlich den norddeutschen Gebieten *Steinbach*, Die Reichsgewalt und Niederdeutschland in nachstauferischer Zeit (1247-1308). III., 2., S. 66 „Der Einfluß Richards von Cornwall, der sich während seiner fünfzehnjährigen Regierung nicht mehr als viermal für meistens nur wenige Monate im Reich aufgehalten hat“¹¹⁸ ...“.

²³⁸ §. XXIII., in: *ders.*, Neben=Stunden, IV. Theil, 22. Abhandlung, S. 30.

⁽²³⁹⁾ I. Buch, Zweite und dritte Periode, II. Kap., A., §. 69., S. 194.

²⁴⁰ I. Buch, Zweite und dritte Periode, II. Kap., A., §. 69., IV., S. 198 und *A. Schulte*, Fürstentum und Einheitsstaat in der deutschen Geschichte, S. 12 „... Seit 1150 sehen wir die landesherrliche Gewalten deutlicher; der geniale Staufer Friedrich II. hat die Ausbildung gefördert, im Interregnum wurde sie vollendet. ...“.

²⁴¹ I. Theil, §. XVI., S. 30.

„...; adeo, ut sub S V E V I C i S Impp. In vera *Feuda* conversi, ac Duces & Principes jam non amplius Magistratus, sed *Domini* territoriorum quorum facti fuisse videantur: quae res per *Interregnum* maximum robur & incrementum coepti; dum, Imperatore non existente, Proceres uti summum imperium in Territoriis suis, ita Jus belli & foederum erga alios exercuerunt.“²⁴²

und *Gasser*, Entstehung und Ausbildung der Landeshoheit im Gebiete der Schweizerischen Eidgenossenschaft:

„...: Das deutsche T e r r i t o r i u m des Spätmittelalters ist durchaus als S t a a t zu betrachten, wenn auch als ein Staat, der des Merkmals der Souveränität entbehrt, da er der *superana potestas* des Deutschen Reiches als übergeordneter Staatsgewalt unterstellt ist. Durch seine Einfügung in den Reichskörper, der seit dem *Interregnum* an unheilbarer Schwäche krankte, war jedoch der deutsche Territorialstaat im wesentlichen nur formell gebunden, in Wirklichkeit verfügte er über nahezu unbeschränkte Selbstherrlichkeit. ...“²⁴³

bbb) Die Goldene Bulle Kaiser Karls IV. vom Jahre 1356

Die Goldene Bulle Kaiser Karls IV. vom Jahre 1356 sprach den anfänglich 4 weltlichen und 3 geistlichen Kurfürsten für die von ihnen besessenen Gebiete, den Kurländern²⁴⁴ die Gerichtsbarkeit über ihre Untertanen²⁴⁵ – *privilegia de non appellando illimitata*²⁴⁶ et de non

²⁴² Lib. VII., Cap. II., §. XIV., p. 1383.

²⁴³ 1. Teil, 1. Kap., S. 7.

²⁴⁴ Die Kurländer der anfänglichen sieben Kurfürsten waren die von ihnen bei der Goldenen Bulle im Jahr 1356 besessenen Gebiete.

²⁴⁵ Es galt grundsätzlich „... Die Gerichte der Landesherrn und Städte waren der Reichsgerichtsbarkeit insofern unterworfen, als derjenige, der sich durch eine Urteil dieser Gerichte beschwert fühlte, sich mit einem Rechtsmittel an die Reichsgerichte wenden konnte“⁴⁹. ...“ (*U. Eisenhardt*, Die Bedeutung der kaiserlichen *privilegia de non appellando* für die Entstehung der deutschen Territorialstaaten, 3., in: *Die kaiserlichen privilegia de non appellando*, Teil I, S. 12). Die *appellatio*, das Rechtsmittel mit suspensiver und devolutiver Wirkung, auch zur Überprüfung der Tatsachen war in Deutschland im hohen Mittelalter als Bestandteil des Kanonischen und des weltlich italienischen Prozesses bekannt geworden, zuerst nur in den Verfahren vor den geistlichen Gerichten praktiziert (*U. Eisenhardt*, Die Bedeutung ..., 8., in: *ebd.*, S. 31-32).

²⁴⁶ Cap. VIII garantierte dem König von Böhmen, dass niemand seiner Untertanen wegen einer peinlichen oder bürgerlichen oder gemischten Rechtssache oder eines anderen Handels wirksam vor ein Gericht außerhalb des besagten Königreiches geladen werden könne (*Die Goldene Bulle*, S. 46, 48). Für Böhmen bedeutete dies über das *privilegium de non appellando* hinaus ein Exemptionsprivileg, der Befreiung von der insgesamt Gerichtsbarkeit des königlichen Hofgerichtes und landesfremder Gerichte (unten, S. 429).

Cap. XI, 31-32 garantierte den weiteren Kurfürsten, Erzbischöfe von Mainz, Trier, Köln, Pfalzgraf bei Rhein, Herzog von Sachsen, Markgrafen von Brandenburg das Verbot, gegen Urteile ihrer Gerichte an Gerichte außerhalb ihres Territoriums zu appellieren „... Appellationes contra hoc factas non recipi statuimus cassasque et irritas nunciamus. ...“, alleinig im Falle der *iustitia denegata* war es dem Betroffenen gestattet an das kaiserliche Hofgericht zu appellieren (*Die Goldene Bulle*, S. 54).

Der König von Böhmen „... sitque in regno eodem a tempore, cuius contrarii hodie non existit memoria, consuetudine laudabili inconvulse servata diuturnitate temporum et prescripta moribus utentium sine contradictionis aut interruptionis obstaculo introductum, ...“ (Cap. VIII, 4-7: *Die Goldene Bulle*, S. 46) und die 3 Erzbischöfe von Mainz, Trier, Köln „...“, sicut preteritis invenimus temporibus observatum. ...“ (Cap. XI, 10-11:

evocando²⁴⁷ – und die Befugnisse zur Anlegung von Gold-, Silbergruben und anderen Bergwerken, zur Aufnahme von Juden, zur Erhebung der in früheren Zeiten eingerichteten und festgesetzten Zölle,²⁴⁸ zur Prägung von Gold- und Silbermünzen und zum Erwerb von jeglichem Grundbesitz innerhalb des Reiches unter Beibehaltung seines Status als Allod oder als Lehngut²⁴⁹ – territorialbezogene Rechte – zu.²⁵⁰ Für die weltlichen Kurländer legte sie die untrennbare Verbindung von Kurwürde, Erzamt und den anderen damit verbundenen kurfürstlichen Rechten,²⁵¹ ihre gebietliche Unteilbarkeit und eine Primogeniturerbfolge fest.²⁵² Die später neu geschaffenen Kurländer, die Oberpfalz²⁵³ und das Herzogtum

Die Goldene Bulle, S. 52) hatten ihre Befreiungen schon vor der Goldenen Bulle innegehabt. Auch für die 3 weltlichen Kurfürsten von Pfalz, Sachsen und Brandenburg war die in Cap. XI, 37-42 erfolgte Verweisung „... Eandem constitutionem virtute presentis legis nostre imperialis ad illustres comitem Palatinum Rheni, ducem Saxonie et marchionem Brandenburgensem principes electores seculares sive laicos, heredes, successores et subditos eorum plene extendi volumus sub omnibus modis et conditionibus, ut prefertur.“ (*Die Goldene Bulle*, S. 54), trotz des kaiserlichen Gesetzes der Goldenen Bulle, auch eher bestätigender Natur gewesen (*U. Eisenhardt*, Die Bedeutung der kaiserlichen privilegia de non appellando für die Entstehung der deutschen Territorialstaaten, 9., in: *Die kaiserlichen privilegia de non appellando*, Teil I, S. 37-39).

Ausgenommen waren beim privilegium de non appellando illimitatum die Fälle der Justizverweigerung. Eine Justizverweigerung justitia denegata vel protrata lag insbesondere vor, wenn eine Partei mit ihrem Antrag über die Angelegenheit zu entscheiden, von dem Gericht ihres Landesherrn abgewiesen wurde, weil sie keine Ursache habe, sich zu beschweren.

²⁴⁷ Als oberster Gerichtsherr wirkte der König auf seinen Reisen durch die deutschen Lande als Richter in unbeschränkter Zuständigkeit. Wohin er kam, wurden ihm die Gerichte ledig und hatte er die Befugnis, jeden noch nicht entschiedenen Prozess vor sein Forum zu ziehen.

König von Böhmen, Cap. VIII: Befreiung von der gesamten Gerichtsbarkeit des königlichen Hofgerichtes (oben, S. 405); Erzbischöfe von Mainz, Trier, Köln, Pfalzgraf bei Rhein, Herzog von Sachsen, Markgraf von Brandenburg, Cap. XI, 8-10: keinerlei Personen besagter Kurfürsten untertan „... suorum iudicium citati potuerint temporibus retroactis vel trahi seu vocari debeant perpetuis inantea temporibus sive possint, ...“ (*Die Goldene Bulle*, S. 52), insg., Cap. XI (S. 52, 54).

²⁴⁸ Cap. IX (*Die Goldene Bulle*, S. 48, 50).

²⁴⁹ Cap. X (*Die Goldene Bulle*, S. 50, 52).

Mit der Befugnis zum Erwerb jeglichen Grundbesitzes entfielen bei den Kurfürsten nach *Ludewig*, Vollstaendige Erlaeuterung der Guelden Bulle, I. Theil, Tit. X., §. 2., Fußn. (dd), S. 906-908 die Einwilligungen vom Kaiser als dem obersten Gewalthaber, der Landstände und der ortsansässigen Untertanen.

²⁵⁰ Diese verschiedenen Freiheiten hatte die böhmische Krone besessen und waren auf die übrigen Kurfürsten ausgedehnt worden (*Schröder-Künßberg*, Deutsche Rechtsgeschichte, 3. Periode, 2. Kap., §. 50., 1., S. 644).

²⁵¹ Cap. XX (*Die Goldene Bulle*, S. 72, 74).

²⁵² Cap. XXV u. Cap. VII, 1-39 (*Die Goldene Bulle*, S. 82, 84, 42, 44).

Die gebietliche Unteilbarkeit der Kurländer bei den weltlichen Kurfürsten sollte bei diesen den einheitlichen Erhalt ihrer Kuren auch für die Zukunft absichern. Bei den Kurländern der geistlichen Kurfürsten konnte es hingegen, da die die geistlichen Kurfürsten wählenden Erzkapitel nur einen geistlichen Würdenträger wählen konnten, eine entsprechende Regelung nicht geben (*Ludewig*, Vollstaendige Erlaeuterung der Guelden Bulle, II. Theil, Tit. XXV., §. 2., Fußn. tt), S. 459-460).

²⁵³ Die im Westfälischen Friedensschluss neu geschaffene achte pfälzische Kur haftete auf der Oberpfalz (unten, S. 521).

Braunschweig-Lüneburg-Hannover²⁵⁴ erhielten mit ihrer Erstbelehnung als Kurländer denselben Status.²⁵⁵

Zusätzlich war in Cap. II festgelegt worden, dass die zum römischen König und künftigen Kaiser Gewählten sofort nach ihrer Wahl und nach ihrer Krönung zum Kaiser allen geistlichen und weltlichen Kurfürsten alle ihre Privilegien, Briefe, Rechte, Freiheiten und Vergünstigungen, alte Gewohnheiten und auch Würden und alles was sie bis zum Tag der Wahl und Krönung vom Reich empfangen und besessen haben, ohne Verzug und Widerspruch bestätigen und bekräftigen mussten.²⁵⁶

Diese Rechte und Berechtigungen begründeten den gebietlichen Sonderstatus der Kurländer,²⁵⁷ und wurden auch für die anderen weltlichen und geistlichen Fürsten zum Vorbild.²⁵⁸

ccc) Die Gottes- und Landfriedensbewegung

²⁵⁴ 1692 neu geschaffen.

²⁵⁵ HRG, II. Band, Kurlande, von F. Kreh, III., 2., Sp. 1301 „Die Bestimmungen der G. B. galten auch für die erst 1623 bzw. 1692 zu Kurft. gewordenen Hzt. Bayern und Braunschweig-Lüneburg.“

²⁵⁶ Cap. II, 39-62 (*Die Goldene Bulle*, S. 32, 34).

²⁵⁷ Dies nur für die eigentlichen Kurländer und nicht für die von den Kurfürsten später erlangten Gebiete. *Schröder-Künßberg*, Deutsche Rechtsgeschichte, 3. Periode, 2. Kap., § 50., 1., S. 643, Fußn. 15 „... Die Bestimmungen der GB. über die Landeshoheit der Kurfürsten beschränkten ihre Geltung auf die kurfürstlichen Territorien und kamen für die mit ihnen erst durch spätere Erwerbung vereinigten Landesteile nicht in Betracht.“

²⁵⁸ *Schröder-Künßberg*, Deutsche Rechtsgeschichte, 3. Periode, 2. Kap., § 50., 1., S. 644 „... Einen weiteren Schritt in der Ausbildung der Landeshoheit bezeichnete die Goldene Bulle von 1356, indem sie verschiedene Freiheiten der böhmischen Krone auf die übrigen Kurfürsten ausdehnte und neue hinzufügte¹⁹. Wie sehr der durch diese Gesetzgebung angefeuerte Wetteifer der übrigen Fürsten, die den Kurfürsten gewährten Begünstigungen auch für sich zu gewinnen, im Lauf der Zeit von Erfolg gekrönt war, ergibt sich aus der Fälschung des Herzogs Rudolf IV von Österreich (1359), die trotz ihrer Maßlosigkeit schon im 15. Jahrhundert für echt gehalten und 1453 von Kaiser Friedrich III bestätigt wurde, da ihr Inhalt der tatsächlichen Entwicklung nicht mehr widersprach²⁰. ...“.

In Frankreich entstand im 11. Jahrhundert die Gottesfriedensbewegung²⁵⁹ gegen die Fehde.²⁶⁰ Sie griff zu Ende des Jahrhunderts auf das Reich über. Von Erz- und Bischöfen 1082 in Lüttich,²⁶¹ 1083 in Köln,²⁶² 1085 in Mainz für das gesamte Reichsgebiet²⁶³ und 1105 in Konstanz²⁶⁴ verkündet, unterschieden sich die deutschen Gottesfrieden – pax dei – von den französischen dadurch, dass sie neben den geistlichen Sanktionen auch weltliche Strafen

²⁵⁹ Die Gottesfriedensbewegung entstand im 10. Jahrhundert in den unruhigen Regionen Mittel-Südfrankreichs (Languedoc). Als Erzeugnis der cluniazensischen Bewegung, war sie der Versuch der Kirche, Bauern und andere nicht-waffentragende Bevölkerungsschichten zu einer Wachgenossenschaft zusammenzuschließen mit dem Ziel, die Gewalttaten und Plünderungen der Feudalherren abzuwehren. Sie war wenig erfolgreich, da die Herren in der Regel den unausgebildeten Truppen der Friedensbünde militärisch überlegen waren (*Töpfer*, Volk und Kirche zur Zeit der beginnenden Gottesfriedensbewegung in Frankreich, III., S. 59-79, IV., S. 81-111). Dem Gottesfrieden, als einer Volksbewegung, gingen zeitlich parallel die beiden weiteren kirchlich-religiösen Volksbewegungen, die Kreuzzüge und die Pilger. Den Gottesfrieden und den Kreuzzügen lagen die von der Kirche vom Königtum übernommene Idee des Heiligen Krieges zugrunde, und waren die Anhänger der Reformpartei ihre insbesondere Träger (*C. Erdmann*, Die Entstehung des Kreuzzugsgedankens, 2. Kap., S. 51-85). Papst Innozenz II. hatte auf dem 2. Laterankonzil 1139 allgemein geltende Bestimmungen für den Gottesfrieden festgelegt: seine Zeiten: Mittwoch ab Sonnenuntergang bis Montag Sonnenuntergang, Adventszeit, Vorfestzeit bis Osterfest, sollte jemand den Gottesfrieden zu brechen versuchen, spricht der Bischof, sofern keine Genugtuung erfolgt, nach der 3. Mahnung die Exkommunikation aus, zeigt dies schriftlich seinen Nachbarnbischöfen an, kein Bischof nimmt den Exkommunizierten in die Gemeinschaft auf, vielmehr bestätigt ein jeder den Urteilsspruch (*Conciliorum Oecumenicorum Decreta*, Lateranense II 1139, Ziff. 12, p. 199-200). Für das dem Gottesfrieden bereits vorangegangene Kirchen- und Friedhofasyl bestimmte er, dass keine Hand an Personen angelegt werden dürfe, welche in einer Kirche oder Friedhof Zuflucht gefunden hat, ansonsten er exkommuniziert wird (*Conciliorum ebd.*, Ziff 15, Satz 2, p. 200 Z 27-29). Gegen Klerikermord verfügte er, sollte jemand gegen einer Kleriker/Mönch Hand anlegen, unterliegt er der Fessel der Anathems, kein Bischof darf ihn freisprechen, es sei in unmittelbarer Todesgefahr, alleinig dem Papst obliegt die Weisung (*Conciliorum ebd.*, Ziff 15, Satz 1, p. 200 Z 23-27).

²⁶⁰ Fehde, der rechtlich erlaubte Privatkrieg zum Zwecke der Selbsthilfe, bei politischen wie bei privaten Händeln. Den unfreien Personen war bei einer alleinigen Blutrache die Fehde verboten. Gestattet war die ritterliche Fehde, als Fehde des Adels und war die Blütezeit der Fehde das 9.–11. Jahrhundert (*O. Brunner*, Land und Herrschaft, I., 3., S. 17-18). *Ebd.*, I., 5., S. 106-107 „Die Fehde gehört untrennbar zum mittelalterlichen Staatsleben und zur mittelalterlichen Politik wie der Krieg zum souveränen Staat und zum Völkerrecht der neueren Zeit. Ein wirkliches Aufhören der Fehde, nicht bloß ein Verbot, das nicht durchgeführt wurde, mußte die Gesamtstruktur des mittelalterlichen Staates von Grund auf ändern. Sind wir so gezwungen, die Fehde als wesentliches Element jeder mittelalterlichen Verfassung zu betrachten, so ist doch nicht gesagt, daß die Fehde, so unumgänglich sie war, doch eben und auch im Bewusstsein der Zeitgenossen nicht ein Unglück gewesen sei³⁾. Das ganze religiös=kirchliche Denken konnte sie nur als Folge der Sünde betrachten. ... Die Fehde ist ein Übel, aber sie scheint ebenso unausweichlich wie Mißwuchs und Hungersnot. ...“, S. 108 „... Das was den mittelalterlichen Staat vom modernen Staat am stärksten scheidet, ist das Fehlen der Selbsthilfe. ...“.

²⁶¹ Während der Weihnachts- und Osterzeit und an bestimmten Wochen- und Feiertagen soll innerhalb des Bistums Frieden herrschen, Waffentragen an diesen Zeiten/Tagen hat zu unterbleiben und niemand soll einen anderen verwunden oder töten oder mit Brand und Beutemachen schädigen. Bei Verstoß eines freien Mannes, der Verlust von Erbe und Lehen, Ausweisung aus dem Bistum. Bei dem Verstoß eines Unfreien, der Verlust seiner Güter und seiner rechten Hand, und jeder Friedensbruch mit Exkommunikation (*MGH*, Const, Tomus I., N° 424., p. 603, Anm. 1).

Körner, Iuramentum und frühe Friedensbewegung, 1. Teil, Kap. 1, § 2, 1., S. 7 „... Der Bischof erscheint als der Initiator einer Abhilfe gegen verbreiteten Raub und Plünderung, allerdings als die allein nicht mächtige Person, dem Unwesen Herr zu werden, vielmehr wird sein Angewiesensein auf andere Kräfte, die principes terrae, deutlich. ...“, 2., a), S. 9 „... Der Bischof setzt autorativ den Frieden, d. h. die Inhalte des Friedensgebotes fest, über deren Einhaltung die principes terrae durch Verhängung von Sanktionen wachen. ...“, insg., S. 6-17.

²⁶² *MGH*, Const, Tomus I., N° 424., p. 603-605.

²⁶³ *MGH*, Const, Tomus I., N° 425., p. 605-608.

²⁶⁴ *MGH*, Const, Tomus I., N° 431., p. 615-616.

vorsahen.²⁶⁵ Sich gegen die ritterlichen Fehden und gegen Gewaltverbrechen wendend,²⁶⁶ sollten die Gottesfrieden ein gänzlich Verbot der Fehde zu bestimmten Zeiten²⁶⁷ und eine dauernde Befriedung ausgewählter Personen²⁶⁸ und Orte²⁶⁹ erbringen.²⁷⁰

Die von den weltlichen Hoheitsträgern verkündeten Landfrieden – pax –,²⁷¹ sahen neben den weltlichen Strafen, bei Ersetzung von bisheriger Sühne und Buße durch die Kriminalstrafe,²⁷² auch kirchliche Sanktionen vor.²⁷³ Sie bezogen sich bei den von den Kaiser

²⁶⁵ *Hattenhauer*, Die Bedeutung der Gottes- und Landfrieden, VII., 1)-2), S. 115-128, 4), S. 130, insb. „... Gerade die Doppelstellung der Bischöfe im weltlichen und geistlichen Bereich ermöglicht ihnen etwas zu tun, für das es vorher im Staat keine Vorbilder gab. So verharren zwar die Gottesfrieden rein formal im Rahmen der Kirche, die ja wie der Staat allumfassend war. Sie sprengen aber den geistlichen Rahmen und treten inhaltlich auf weltliches Gebiet über; sie haben einen Doppelcharakter, und das gerade ermöglicht die unwidersprochene und vielleicht auch anfangs unbemerkte Geburt des weltlichen Gesetzes. ...“ (2), S. 125). Eine Ausnahme war der Konstanzer Gottesfriede, welcher ausschließlich kirchliche Sanktionen enthielt: Versuch zur Befolgung von dem Friedensgebot durch Belohnung, die Kirche versprach den gehorsamen Rechtsgenossen besondere geistliche Leistungen (3), S. 129).

His, Das Strafrecht des deutschen Mittelalters, Teil I, Einleitung, §. 2., II., S. 4 „... Der Bruch des Gottesfriedens wird in Deutschland, anders als nach französischem Recht, mit weltlichen Strafen bedroht. Den Freien trifft Verlust von Eigen und Lehen und Vertreibung aus dem Bistum, also ‚eine Art Friedlosigkeit‘², und nur für den Unfreien (servus), der ja streng genommen nicht friedlos werden kann³, finden Leibes- und Lebensstrafen (Tod, Verstümmelung, Strafe an Haut und Haar) Verwendung. In e i n e r Friedensurkunde allerdings, die vermutlich nach Sachsen gehört, erscheinen Tod und Verstümmelung auch als Freienstrafe⁴. ...“.

²⁶⁶ *Gernhuber*, Die Landfriedensbewegung bis 1235, 3. Kap., V., S. 46-47.

²⁶⁷ Treuga, insbesondere an den Leidtagen Christi und dies nicht nur während der Karwoche: Advents- und Fastenzeit, Wochentage vom Donnerstag/Freitag bis zum Montag morgen.

²⁶⁸ Geistliche, Kaufleute, Ackerleute, Frauen.

²⁶⁹ Kirchen und Kirchhöfe.

²⁷⁰ *His*, Das Strafrecht des deutschen Mittelalters, Teil I, Einleitung, §. 2., II., S. 3-4.

²⁷¹ Sie waren gegen Fehde und Gewaltverbrechen gerichtet, mit einer Bekämpfung von Gewaltverbrechen in und außerhalb der Fehde. *His*, Das Strafrecht des deutschen Mittelalters, Teil I, Einleitung, §. 2., III., S. 7-8 „... Landfriede ist eine durch weltliches Gesetz oder durch Einung bewirkte Festsetzung außerordentlicher Normen zur Bekämpfung oder Einschränkung der Ritterfehde und zur Unterdrückung von Raub und andern Verbrechen, die als Störung der öffentlichen Sicherheit erscheinen¹. ...“.

²⁷² Während Sühne und Buße auf die Wiederherstellung der gestörten objektiven Rechtsordnung ausgerichtet waren, brachte die Kriminalisierung mit den peinlichen Strafen den subjektiven Bezug auf den Täter und zu der Tat und waren auch der Ausgangspunkt des Inquisitionsprozesses. Es erfolgte auch eine Abstraktion und Modernisierung der Tatbestände und der Strafausschließungsgründe (*Hattenhauer*, Die Bedeutung der Gottes- und Landfrieden, XI., 3 a) und 3 b), S. 227-243).

²⁷³ *Hattenhauer*, Die Bedeutung der Gottes- und Landfrieden, IX., 6), S. 156 „... Das Hinzutreten von kirchlichen Sanktionen beschränkt sich aber nicht nur auf die Gottesfrieden. Durch die ganze Kette der Landfrieden zieht sich der Hinweis auf die Unverletzlichkeit des heiligen Rechtes und auf die kirchlichen Folgen des Rechtsbruchs. Ob in der Einleitung zum Mainzer Landfrieden von der *sacra constitutio* gesprochen wird, ob die Zustimmung der Bischöfe zur Gesetzgebung (Landfrieden von 1103, Einleitung) und deren Amtshilfe bei der Verbrechensbekämpfung hingewiesen wird, ob im Landfrieden von 1224 (c. 20) die Exkommunikation oder ab 1186 (c. 7) der Entzug der kirchlichen Gnadenmittel angedroht wird – immer wieder ist hier im Grunde dieselbe Tendenz der Sakralisierung sichtbar, die auch in den Gottesfrieden bemerkt wird. Nicht nur die Gottesfrieden enthalten geistliche Strafandrohungen und eine geistliche Begründung. Ein Unterschied zu den Landfrieden läßt sich auch insoweit nicht feststellen. ...“.

verkündeten Reichslandfrieden²⁷⁴ – Beginn der Reichsgesetzgebung²⁷⁵ – auf das gesamte Reich und sprachen weltliche und geistliche Fürsten an.²⁷⁶ Die von den weltlichen Fürsten zuerst²⁷⁷ und auch von den Kaisern²⁷⁸ verkündeten Provinzialfrieden galten für einzelne Landschaften im Reich.

Sich vom germanisch-dualistischen Friedensbegriff von Volk und Sippe lösend, orientierten sich die Gottes- und Landfrieden an den monistischen Herrschaftsstrukturen der *domini terrae*,²⁷⁹ dies auch bei Mitwirkungen des Adels und des Volkes.²⁸⁰ Während sie im

²⁷⁴ *Hattenhauer*, Die Bedeutung der Gottes- und Landfrieden, VIII., 2), S. 135 „... Die Verkündung der Frieden wird nunmehr insbesondere eine Angelegenheit des Kaisers, der bereits 1105 den ersten Reichslandfrieden erläßt. ...“, XI., 1), S. 219 „... Zuständig für den Erlaß eines Gesetzes war sicher der Kaiser. ...“.

²⁷⁵ *Gernhuber*, Die Landfriedensbewegung bis 1235, 4. Kap., XII., S. 81 „... Die Reichsfrieden bezeichnen daher den B e g i n n der R e i c h s g e s e t z g e b u n g. Ihre Geburtsstunde fällt in das Jahr 1103. ...“ und *Hattenhauer*, Die Bedeutung der Gottes- und Landfrieden, XI., S. 217-218 „... Die Gottes- und Landfrieden sind nicht nur das erste Gesetzesrecht in Deutschland, sie stellen auch die Hauptmasse der Gesetze, die es in dieser Zeit in Deutschland gab¹⁾. ... Die Gesetzgebung der Gottes- und Landfrieden ist eine ‚Ausnahmeerscheinung⁽¹⁾ in einer Zeit des Gewohnheitsrechtes. ...“.

²⁷⁶ Insbesondere: Mainzer Reichslandfrieden Heinrichs IV. – 1103 (*MGH*, Const, Tomus I., N° 74., p. 125-126), Reichslandfrieden Friedrichs I. – 1152 (*ebd.*, Const, Tomus I., N° 176., p. 245-247), Mainzer Reichslandfrieden Friedrichs II. – 1235 (*ebd.*, Const, Tomus II., N° 196., p. 241-247, N° 196 a., p. 249, N° 196 a., p. 248-263: erstes Reichsgesetz neben lateinisch auch in deutscher Sprache).

²⁷⁷ Insbesondere: Hennegauer Landfrieden – 1120 (*MGH*, Const, Tomus II., N° 425., p. 566-568), Baierischer Provinziallandfrieden – 1094 (*ebd.*, Const, Tomus I., N° 427., p. 609-610), Elsässischer Provinziallandfrieden – 1094 (*ebd.*, Const, Tomus I., N° 429., p. 611-613), Schwäbischer Provinziallandfrieden Herzog Friedrichs von Staufen – 1104 (*ebd.*, Const, Tomus I., N° 430., p. 613-615).

Hattenhauer, Die Bedeutung der Gottes- und Landfrieden, VIII., 2), S. 135 „... Neben den Kaiser treten die Fürsten als Gesetzgeber – z. B. im Provinziallandfrieden von 1104. Daß solche Fürsten auch geistliche Herren sein konnten, zeigt der Landfriede für das Fürstbistum Brixen von 1229; ...“, XI., 1), S. 219 „... Daneben gab es noch Provinzialfrieden, die nicht vom Kaiser stammten. Mit der Entstehung des Landesherrtums ergab sich auch hier, daß die jeweiligen Landesherrn die Gesetzgebungskompetenz für ihr Gebiet hatten. ...“.

²⁷⁸ Insbesondere: Rheinfränkischer Friede Friedrichs I. – 1179 (*MGH*, Const, Tomus I., N° 277., p. 380-383), Sächsischer Landfriede – 1223 (*ebd.*, Const, Tomus II., N° 280., p. 394-396), Brandstifterbrief Friedrichs I. – 1186 (*ebd.*, Tomus I., N° 318., p. 449-452).

Hattenhauer, Die Bedeutung der Gottes- und Landfrieden, VIII., 2), S. 135 „... Der Kaiser wird aber auch auf dem Gebiet der Provinziallandfrieden tätig – Zuständigkeitserwägungen werden noch nicht angestellt. Ein kaiserlicher Provinziallandfrieden ist z. B. der sächsische von 1221. ...“, XI., 1), S. 219 „... Daß er befugt war, nicht nur für das ganze Reich, sondern auch für einzelne Provinzen Gesetze zu erlassen, ist, nach den Quellen zu urteilen, wohl nie bestritten worden. ...“.

²⁷⁹ Vorläufer der modernen Souveränität.

²⁸⁰ Lütticher Gottesfrieden – 1082 „... das Zusammenwirken mehrerer Komponenten, um die Friedenspflichten verbindlich zu machen. Sie werden markiert durch das ‚episcopus pacem instituit‘ einerseits und das ‚decretum est‘ andererseits. Hier steht der Bischof als Inhaber des ‚bannus episcopalis‘, mit dem er seine Diözese regiert. ... Markgraf und Grafen als Inhaber der Gerichtsgewalt in weltlicher Hinsicht und der tatsächlichen Gewalt liehen dem Frieden ihr ‚assensus‘, ihr ‚consilium‘, der Kreis des ‚populus‘, Beamte und Vasallen des Bischofs, ferner die Bürger der Stadt ihre an germanischen Mitwirkungsmodellen orientierte ‚collaudatio‘. ...“ (*Körner*, Iuramentum und frühe Friedensbewegung, 1. Teil, Kap. 1, § 4, S. 17),

Elsässischer Provinziallandfrieden – 1094 „Notum sit omnibus pacem cupientibus, qualiter Alsatienses cum suis primatibus subnotatam pacis conditionem ... coniuravere ...“ (*MGH*, Const, Tomus I., N° 429., p. 612 Z 10-11),

Früh- und Hochmittelalter, als die Fehden als eine Wiederherstellung der gestörten objektiven Rechtsordnung angesehen wurden,²⁸¹ mehr die Qualität von normativ-objektiven Geboten hatten,²⁸² trat im Spätmittelalter, als die Fehden die Eigenschaft von individueller Zwangsvollstreckung erhielten,²⁸³ die Person des sie erlassenden Trägers in den Vordergrund.²⁸⁴

Nach der im Investiturstreit getroffenen genaueren Unterscheidung von geistlichen und weltlichen Gewalten wurden Landfrieden auch von den geistlichen Fürsten erlassen.²⁸⁵

Schwäbischer Provinziallandfrieden Herzogs Friedrich von Staufen – 1104 „Talis pax iurata est a duce Friderico et a multis comitibus, episcopo Augustensi et Eistetensi episcopo utriusque prioribus consencientibus. ...“ (*MHG*, Const, Tomus I, N° 430., p. 614 Z 4-5),

Mainzer Reichslandfrieden Heinrichs IV. – 1103: unter maßgeblicher Beteiligung kirchlicher Würdenträger, Erzbischöfe von Mainz, Trier, Köln, Bischöfe von Speyer, Münster, Bamberg, Würzburg, Lüttich, Utrecht und weltliche Herzöge, Grafen „... et alii quam multi ...“ (*MHG*, Const, Tomus I., N° 74., p. 125 Z 26-29 (28) und *Körner* ebd., 1. Teil, Kap. 6, S. 54-60 (§ 2, 3.-5., S. 57-59 (5., S. 58))),

Mainzer Reichslandfriede Friedrichs II. – 1235 „... de consilio et assensu dilectorum principum ecclesiasticorum et secularium ...“ (*MHG*, Const, Tomus II., N° 196., p. 241 Z 37-38),

Ewiger Landfriede Maximilians I. – 1495 „Wir Maximilian von Gots Gnaden Romischer Kunig, ... mit ainmütigem zeytigem Rat der erwidigen und hochgepornen Unser lieben Neven, Ohemen, Churfürsten, Fürsten gaistlichen und weltlichen, auch Prelaten, Graven, Herren und Stende ...“ (*Zeumer*, Quellensammlung, 2. Teil, Nr. 173., S. 281-284 (281)).

Hattenhauer, Die Bedeutung der Gottes- und Landfrieden, XI., 1), S. 219-222 „... Die Gottes- und Landfrieden selbst weisen auf die Beteiligung Dritter an der Gesetzgebung hin. ...“ (S. 221). Auch bei Mitwirkung des Volkes bei den Landfrieden überwog der stark hoheitlich gesetzliche Charakter (VIII., 3), S. 135-139).

²⁸¹ Mit seiner objektiven Rechtsordnung deutete die germanische und frühmittelalterliche Welt die Fehde zur Wiederherstellung einer heilen Welt (*Hattenhauer*, Die Bedeutung der Gottes- und Landfrieden, II., S. 5-29).

Die Urfehde beruhte auf der sakralen Wirkung des Eides, welchem Eid für die Aufrechterhaltung der sozialstaatlichen Ordnung eine hervorgehobene Bedeutung hatte. *Rosenstock*, Herzogsgewalt und Friedenschutz, 1. Teil, 1. Kap., S. 6-7 „... Der Eid ist eben das ganze Mittelalter hindurch das stärkste, oft das einzige Mittel, den Einzelnen zur Wahrung des Reichsfriedens zu bewegen, seiner sozusagen habhaft zu werden zu den Zwecken der Gesamtheit. ...“.

²⁸² *Gernhuber*, Die Landfriedensbewegung bis 1235, 4. Kap., I.-III., S. 60-64, XVIII., S. 104: weitgehende Gleichförmigkeit der Landfriedensinhalte, Zwangsmaßnahmen zur Erhaltung von einer öffentlichen Ordnung, anonyme strafrechtliche Sanktionen mit dem Eidgebot.

²⁸³ Mit dem Umbruch des mittelalterlichen Weltbildes in der Renaissance des 12. Jahrhunderts, mit seiner Entdeckung des Einzelmenschen, seinem Erkennen von den Gegensätzlichkeiten, seinem Zerfall des Kollektivglaubens, seiner auf Naturtreue, Gefühlstiefe, Individualität, Sinnlichkeit orientierten neuen gotischen Kunst, seiner Liebeslyrik des Minnegesanges, des Investiturstreites als erste geistesgeschichtliche Säkularisierung führten zur Subjektivierung, Entsakralisierung, Rationalisierung und Funktionalisierung des Rechtes (*Hattenhauer*, Die Bedeutung der Gottes- und Landfrieden, III., S. 30-51), und wurde „... Die ... Fehde ... als Institut der Zwangsvollstreckung auf die Verfolgung privater Ansprüche und deren notfalls gewaltsame Durchsetzung gerichtet. ...“ angesehen (VI., 2), a), S. 100-106, b), S. 106-109 (Zitat S. 106)).

²⁸⁴ *Angermeier*, Königtum und Landfriede im deutschen Spätmittelalter, I. Kap., 2., S. 17-19.

²⁸⁵ Bischof von Brixen für sein Fürstbistum 1229 verkündeter Landfriede (*MHG*, Const, Tomus II., N° 426., p. 568-570) „... Hec est forma pacis facta per dominum venerabilem episcopum Heinricum Brixinensem, ...“ (p. 569 Z 7-8).

Hattenhauer, Die Bedeutung der Gottes- und Landfrieden, IX., 1), S. 142-144 „... Die Frage, ob der Unterschied zwischen Gottes- und Landfrieden, der in der Person der Gesetzgeber begründet ist, ein

Die von den Kaisern erlassenen Reichslandfrieden, Heinrichs IV. im Jahr 1103,²⁸⁶ Friedrichs I. im Jahr 1152 – erstmals eine Bestrafung von kapitalen Verbrechen ungeachtet der Fehde²⁸⁷ – und Friedrichs II. im Jahr 1235 – Gestattung der subsidiären Fehde²⁸⁸ – konnten ein tatsächliches Verbot der Fehde nicht bewirken.²⁸⁹ Die Anstrengungen zur Bekämpfung der Fehden bezogen sich auch mehr auf ihre Durchführung und ihre Einschränkungen und weniger auf ein völliges Fehdeverbot.²⁹⁰

Nach dem Verfall der königlichen Autorität und Macht im Interregnum hatte bereits König Rudolf I. (1273-1291) vergeblich eine Erneuerung der Reichslandfrieden angestrebt und den Landfriedenschutz regional begrenzten Landfriedenseinigungen übertragen müssen.²⁹¹ Unter

wesentlicher ist, entscheidet sich mithin danach, welche Stellung die Bischöfe im säkularen Bereich hatten. ... die Einführung des ottonischen Staatskirchensystems ... Als Ergebnis dieser Neuerung in der Staatsverwaltung steht jedoch fest, daß die Bischöfe des Reiches Lehnsleute des Kaisers wurden, von diesem mit Reichsgut ausgestattet wurden und damit Funktionen im säkularen Bereich erhielten. ... Diese Doppelstellung der Bischöfe als weltliche und geistliche Herrscher macht es nicht nur verständlich, daß das Recht der Gottesfrieden vornehmlich weltliches Recht ist ... Sie läßt zugleich auch den Unterschied in der Person und Funktion der Gesetzgeber der Gottes- und Landfrieden weitgehend bedeutungslos werden. Wenn die Bischöfe auch weltliche Herren sind und sich als solche betätigen, dann unterscheiden sie sich von anderen weltlichen Fürsten nur im Formalen, nämlich in der Tatsache, daß sie auch geistliche Funktionen haben. ...“ und *Gernhuber*, Die Landfriedensbewegung bis 1235, 8. Kap., X., S. 204 „... Die mittelalterliche Kirche besaß ja einen ausgedehnten weltlichen Bereich, in dem sie wie jeder andere auch in eine Fehde verwickelt werden konnte. Genau wie der weltliche ist auch der geistliche Reichsfürst oder Grundherr fehdeberechtigt gewesen und hat auch tatsächlich Fehden geführt¹⁰¹. ...“ Fehde zwischen dem Bischof Wernher von Bamberg und Friedrich von Aufenstein im Jahr 1334 (*O. Brunner*, Land und Herrschaft, I., 4., f), S. 77, Fußn. 3).

²⁸⁶ *MGH*, Const, Tomus I., N° 74., p. 125-126.

²⁸⁷ Tötung, Verstümmelung, Raub sind strafbar ohne Rücksicht auf Fehde (*MGH*, Const, Tomus I., N° 176., p. 245-247 (2.-4., p. 245-246)).

²⁸⁸ Erst wenn Klage, Rechtsweg und Vollstreckung erfolglos blieben (*MGH*, Const, Tomus II., N° 196., p. 241-247 (Ziff. 3 u. 4, p. 242-243), N° 196 a., p. 248-263 (254-255)). Er enthielt die in den bisherigen Landfriedensgesetzen enthaltenen Strafbestimmungen nicht mehr, da diese inzwischen gemeines Recht waren.

²⁸⁹ Das Verbot von der Fehde ist von der tatsächlichen Aufhebung der Fehde – bereits von der damaligen Welt erkannt – zu unterscheiden. *O. Brunner*, Land und Herrschaft, I., 3., S. 18 „... Die Versuche des 12. Jahrhunderts, die Fehde überhaupt zu verbieten, sind gescheitert; auch die Bestimmungen des Mainzer Reichslandfriedens von 1235, der die rechte Fehde nur ‚subsidiär‘ gelten ließ, ist nicht durchgedrungen. ...“, S. 35 „... So groß die hier erzielten Erfolge waren, so wichtig die Landfriedensgesetzgebung und die Fortbildung des Strafrechts im hohen Mittelalter für die innere Umbildung des mittelalterlichen Staates war – vollzieht sich doch fast alle innere Politik in diesem Rahmen, ist der Landfriede lange Jahrhunderte fast die einzige Form, in der uns die Gesetzgebung der Herrscher entgegentritt – so bleibt die Tatsache der Fehde doch über all dies hinweg bestehen. ...“.

²⁹⁰ *O. Brunner*, Land und Herrschaft, I., 3., S. 35 „... In allen diesen Fällen zeigt sich deutlich, daß es nicht das Fehdeverbot an sich ist, das hier Wandel schaffen konnte, sondern daß die Durchsetzung des dauernden inneren Friedens eine innere Umformung des Staates voraussetzt. So richtet sich das Hauptstreben mittelalterlicher Herrscher nicht so sehr auf ein völliges Fehdeverbot, sondern unter prinzipieller Anerkennung des Fehderechtes auf seine rechtlichen Ordnung und seine Einschränkung. ..., zielt nach zwei Richtungen, die untereinander auf das engste zusammenhängen: nach Ausbildung eines ‚Fehderechtes‘ im engeren Sinn, nach strenger rechtlicher Umgrenzung der Fehdeberechtigung und der Fehdeführung und dann auf Ausbildung oder Verstärkung eines staatlichen Strafrechtes und Gerichtsverfahrens, das weite Sphären von Tatbeständen, aus denen die Fehde erwuchs, vor allem die Blutrache, der öffentlichen Gerichtsbarkeit unterwarf und so die Fehde auszuschalten suchte. ...“.

²⁹¹ *Stein*, Die Einungs- und Landfriedenspolitik der Mainzer Erzbischöfe zur Zeit Karls IV., Einleitung, S. 3 „... Schon Rudolf v. Habsburg hatte vergeblich eine Erneuerung der Reichslandfrieden angestrebt und den Landfriedenschutz regional begrenzten Landfriedenseinigungen übertragen müssen. Immer stärker trat in der

König/Kaiser Ludwig IV. (1314/28-1347) gab es die letzten Ausläufer eines allgemeinen Reichslandfriedens.²⁹² Nun traten die Landfriedensbündnisse in den Vordergrund.²⁹³

Folgezeit neben die kaiserlichen Bemühungen – oftmals diesen entgegengesetzt – die Einungs- und Landfriedenspolitik der Reichsstände, die die Friedenswahrung in ihre eigene Hand zu nehmen und ihren Interessen dienstbar zu machen suchten. ...“

Schwalm, Die Landfrieden in Deutschland unter Ludwig dem Baiern, (Einleitung), S. 5 „... Begründet ruht ja das immer häufigere Auftreten provinzieller Bündnisse in der Zunahme des selbständig politischen Lebens und Treibens der einzelnen Territorien, und demgegenüber in der steten Abnahme des Einflusses der centralen Reichsgewalt. Wenn wir aber schon sehen, welche rege Sorge Befriedung des Landes sich tatsächlich in den ersteren entfaltet, werden wir den Mangel weiterer Reichslandfriedensgesetze nicht empfinden. ...“

Überlassung der Friedensgewalt unter Kaiser Karl IV. (1346/55-1378) und König Wenzel (1378-1400) an die Territorialgewalten: Nov. 1371: Verleihung eines besonderen Landfriedensrechtes an den Erzbischof von Köln, die Bischöfe von Münster, Osnabrück, Paderborn, die Grafen von der Mark; Juli 1382: Verleihung des westfälischen Friedensrechtes an den Erzbischof von Köln und die Herzöge Wenzel und Albrecht von Sachsen und Lüneburg für das Herzogtum Lüneburg; Herbst 1382: an den Herzog von Braunschweig-Göttingen für das Westfälische; Okt. 1384: an den Bischof von Würzburg und den Markgraf von Meißen; März 1385: an den Landgraf von Hessen; Juli 1385: an den Erzbischof von Magdeburg; Dez. 1386: an den Bischof von Bamberg und den Burggraf von Nürnberg (*Angermeier*, Königtum und Landfriede im deutschen Spätmittelalter, III. Kap., 3., d), S. 229, 4., c), S. 299-300).

²⁹² *Schwalm*, Die Landfrieden in Deutschland unter Ludwig dem Baiern, 1. Abschnitt, S. 7 „Wie schon einleitend bemerkt worden ist, begegnen uns unter Ludwig dem Baiern die letzten Ausläufer einer allgemeinen Reichslandfriedensgesetzgebung. ...“ Der Reichslandfriede Ludwigs IV. von 1317: König Ludwig mit einigen Kurfürsten, darunter der Erzbischof von Trier, die rheinischen Reichsstädten und sein Reichslandfriedensgesetz vom 9. 4. 1323 (*ebd.*, S. 7-12), bei welchem „... Die besondere Betonung, die der Verpflichtung der Amtsleute zur unablässigen Teilnahme an der Tätigkeit des Landfriedens gegeben wird, und zwar durch Zusatz von Strafbestimmungen, die das Reichsgesetz sonst nicht enthält, ist keineswegs zufällig. Sie hängt vielmehr zusammen mit der wichtigen Rolle, welche dieses Reichslandfriedensgesetz von 1323 in der gesamten Entwicklung der auf den gemeinen Frieden gerichteten Bestrebungen spielt, Dasselbe bedeutet nichts geringeres als der Verzicht der centralen Reichsgewalt, auch fernerhin als solche auf die Befriedigung des Reiches einzuwirken. Die Sorge für den Frieden des Landes wird den Territorien überwiesen, nachdem nochmals für die territorialen Beamten ..., die Amtsleute die Wahrung des Landfriedens aufs nachdrücklichste eingeschärft wurde. ...“ (*ebd.*, S. 11).

²⁹³ Insbesondere:

Rheinischer Landfriede – 22. 6. 1317: König Ludwig von Baiern mit Rat und Willen der Erzbischöfe von Mainz, Trier, König von Böhmen, Herren, Grafen, 6 rheinische und 4 wetterauische Reichsstädte; Landfriede von Lautern – 22. 9. 1333: Erzbischof von Trier mit Hilfe und Willen seiner Freunde, wichtigste Teile seines Erzstiftes, linkrheinische Gebiete des Erzstiftes Mainz, der Hochstifter Speyer, Worms, Grafschaften Spanheim, Zweibrücken, Veldenz, Leiningen, linksrheinische Gebiete der Pfalzgrafschaft „...“; Kaiser und Reich werden in der Urkunde gar nicht erwähnt. ...“; Lothringischer Landfriede – 1344: zwischen Maas und Rhein, insbesondere Graf von Lützelburg (König von Böhmen), Herzog von Lothringen, Graf von Bar, Reichsstädte Metz, Verdun, Toul, Erzbischof von Trier später beigetreten; Landfrieden in der Wetterau – 1328-1329: insbesondere die 4 wetterauische Reichsstädte, Erzbischof von Mainz, Graf von Nassau, 1337: insbesondere Herren von Eppenstein, Isenburg, die 4 wetterauische Reichsstädte (*Schwalm*, Die Landfrieden in Deutschland unter Ludwig dem Baiern, 2. Abschnitt, 1., S. 12-25 (13), 2., S. 26-29 (26-27), S. 29-43 (31-33, 36), 3., S. 43-49, 49-55).

Landfriedensbündnisse der Erzbischöfe von Mainz mit: dem Erzbischof von Trier – 29. 4. 1351, der Reichsstadt Frankfurt – 17. 9. 1351, dem Erzbischof von Köln – 13. 1. 1354, den Landgrafen von Hessen – 14. 5. 1354, dem Bischof von Paderborn – 26. 12. 1354, dem Bischof von Würzburg – 6. 10. 1376 (*Stein*, Die Einungs- und Landfriedenspolitik der Mainzer Erzbischöfe zur Zeit Karls IV., I., 3., S. 41-43, II., 1., S. 54-55, 61-62, 68, IV., S. 165-166).

Landfriedenseinigungen: Bischöfe von Minden, Osnabrück, Grafen von Ravensberg, Holstein-Schaumburg, Eberstein, Lippe, Städte Osnabrück, Minden, Herford, Lübbecke, Lemgo – 1338; Erzbischof von Köln, Herzog von Lothringen, Städte Köln, Aachen – 13. 5. 1351/1356/14. 1. 1358; Herzog von Geldern, Graf von Kleve, 33 Städte, 72 Ritter – 1359; Herzog von Luxemburg, Stadt Aachen, Herzog von Jülich, Graf von Valkenburg, Stadt Köln, Erzbischof von Köln, Grafen von der Mark – 11. 11. 1364/4. 4., 7. 5., 21. 12. 1365; Erzbischof von Köln,

Bei der im 15. Jahrhundert weiteren Schwächung des Königtums wurde dieses als Friedenswahrer weitgehend durch die Territorialherren verdrängt.²⁹⁴ Die Könige/Kaiser Ruprecht (1400-1410), Siegmund (1410/33-1437), Albrecht II. (1438-1439) und Friedrich III. (1440/52-1493) hatten sich trotz vielfacher Bemühungen gegen diese nicht durchsetzen können.²⁹⁵ Auch trotz des von König Maximilian I. im Ewigen Landfrieden von 1495 erlassenen gänzlichen Fehdeverbotes,²⁹⁶ hielten Fehden bis in die 2. Hälfte des 16. Jahrhunderts an.²⁹⁷

Für eine wirksame Bekämpfung der Fehden und der Gewaltverbrechen benötigte man eine effektive staatliche Gerichtsbarkeit.²⁹⁸ Sie war aber in Deutschland niemals auf der Reichsebene, sondern allein auf der Territorialebene errichtet worden.²⁹⁹ Die zahlreichen Landfriedensbündnisse des 13.-15. Jahrhunderts schufen immer neue Gerichtsinstanzen und

Herzog von Luxemburg, Herzog von Jülich, Städte Köln, Aachen – 30. 3. 1375 (*Stercken*, Königtum und Territorialgewalten in den rhein-maasländischen Landfrieden des 14. Jahrhunderts, II., 2), S. 44-51); Bischof von Bamberg, Pfalzgrafen bei Rhein, Herzöge von Baiern, Landgrafen von Thüringen, Markgrafen von Meißen, Burgraf zu Nürnberg – 28. 11. 1370; Bischöfe von Bamberg, Würzburg, Burgraf zu Nürnberg – 27. 5. 1378; Bischöfe von Bamberg, Eichstätt, Burgrafen zu Nürnberg, Landgraf zu Leuchtenberg, Bürgermeister und Räte von Nürnberg, Rothenburg, Windsheim, Weißenburg, Schweinfurt geloben die am selben Tag von König Wenzel verkündete Landfriedensordnung beizutreten – 20. 9. 1397; Bischof von Mainz und dem Landfrieden in Franken und seinen Teilnehmern – 13. 3. 1409 (*Pfeiffer*, Quellen der fränkisch-bayerischen Landfriedensorganisation, 71, S. 59, 116, S. 78-80, 362/361, S. 186-187, 608, S. 279-280).

²⁹⁴ *Angermeier*, Königtum und Landfriede im deutschen Spätmittelalter, IV. Kap., 4., b), S. 448-450, insb. „Zwei Momente haben dazu geführt, daß man im 15. Jahrhundert in allen Reichsgebieten damit begann, die Fragen der innerterritorialen Friedensgestaltung auf neue und eigenständige Weise zu regeln: auf der einen Seite das völlige Zurücktreten des Königs bei der Ordnung aller territorialen Angelegenheiten, auf der anderen die Verstärkung des ständischen Einflusses, die sich aus der Zerrüttung der Lande und aus der Unfertigkeit der Landesherrschaft von selbst ergab. ... In positiver Weise und mit allgemeiner Gültigkeit kann man darum erst von einer Neugestaltung der territorialen Friedensordnung sprechen, als Fürsten und Stände etwa seit der Mitte des 15. Jahrhunderts gemeinsam an die Lösung des Problems herangingen ...“.

²⁹⁵ *Angermeier*, Königtum und Landfriede im deutschen Spätmittelalter, IV. Kap., 5., S. 488-489, a), S. 489-490.

²⁹⁶ Dies nicht nur für einzelnen Teilbereiche und für dauernd „Wir Maximilian von Gots Gnaden Romischer Kunig, ... haben Wir durch das Hailig Reich und Teutsch Nacion ainen gemainen Friden fürgenommen, aufgericht, ...“, insb. § 1 u. § 2 (*Zeumer*, Quellensammlung, 2. Teil, Nr. 173., S. 281-284 (282), (Zitat S. 281)).

²⁹⁷ Auch mit dem Ewigen Landfrieden von 1495 mit der Errichtung des Reichskammergerichtes hörten Fehden zwischen Reichsständen und Reichsrittern nicht auf. Erst das Funktionieren des Reichskammergerichtes und der Kreisordnungen und insbesondere der Erlass der Reichsexekutions-Ordnung von 1555 haben die Fehde tatsächlich ausgeschaltet (*O. Brunner*, Land und Herrschaft, I., 3., S. 34-35).

²⁹⁸ *O. Brunner*, Land und Herrschaft, I., 3., S. 34 „... Darum fruchten bloße Fehdeverbote nichts, solange die Menschen nicht gezwungen werden, auf den Fehdeweg zu verzichten und den Rechtsweg zu wählen, einen Rechtsweg, der nun in einer Form ausgestaltet sein muß, die das Recht, das im Gericht gesprochen wurde, auch durch eine staatliche Vollstreckung erzwingt. Überall, wo dies nicht der Fall ist, wird der Weg der Fehde immer wieder betreten werden. Ein Verbot bleibt hier machtlos, ist nicht geltendes Recht, wenn es nicht durchgesetzt werden kann. ...“.

²⁹⁹ *Gernhuber*, Die Landfriedensbewegung bis 1235, 8. Kap., VI., S. 173 „... Der Zusammenhang von Fehde und Justiz durchzieht die ganze mittelalterliche Welt. Es ist kein Zufall, wenn diejenigen Staaten zuerst mit dem Fehdewesen fertig wurden, die die kräftigste Justiz aufzubauen wußten. Es ist genau so wenig zufällig, wenn sich die wesentlichen Reformen der deutschen Gerichtsspitze stets in Landfriedensgesetzen finden. ...“.

Verfahrensregelungen,³⁰⁰ welche das königliche Hof-Kammergericht³⁰¹ zu ersetzen suchten.³⁰² Dies war die Folge einer besseren Organisation der einzelnen Teilgewalten.³⁰³ Die Friedenswahrung wurde weitgehend zu einer Aufgabe der einzelnen Teilgewalten,³⁰⁴ auch parallel zu dem allgemeinen Erstarken der Partikulargewalten.³⁰⁵

³⁰⁰ *Hattenhauer*, Die Bedeutung der Gottes- und Landfrieden, X., 8., S. 207 „... Um durchgesetzt und verwirklicht werden zu können, mußte das Recht der Landfrieden sich die Gerichte erobern. Ihr besonderes Augenmerk mußten deshalb die Gesetzgeber auf die Festigung und bessere Organisation der Gerichte wenden. An der Tatsache, daß die Territorialherren auch Gerichtsherren waren, ließ sich zur Zeit nichts ändern. ...“

Bindung der Richter an die neuen Gesetze (S. 207-208), möglichst weite Ausdehnung der Zuständigkeit der Gerichte, auch verwaltende Tätigkeiten – Ausstoßung von Bauernsöhne aus dem Ritterstand – (S. 208), sorgfältige Ausgestaltung der Regeln für die Verbrechenverfolgung durch die Gerichte (S. 208-209), teilweise Ablösung des Gottesurteils und des Reinigungseides durch Erforschung der veritas, der Beziehung des Täters zu seiner Tat (S. 210-215), Einführung von einer Schriftlichkeit in kleinsten Ansätzen (S. 215-216).

³⁰¹ Mit dem Verfall des Königsbotenamtes war es üblich, dass der König zum Zwecke der Rechtspflege selber im Reich umherreiste. Wo er sich aufhielt, wurden ihm die ordentlichen Gerichte ledig und trat das Hofgericht – curia regia – an ihre Stelle. Bei der mit dem Wegfall der Bannleihe sich verstärkenden Gerichtsbarkeit der domini terrae, entfielen seit der 2. Hälfte des 13. Jahrhunderts die königlichen Gerichtsreisen und beschränkte sich die Gerichtsbarkeit des Hofgerichts auf die Reichstagsorte für die Dauer der Versammlung. Der König führte den Vorsitz und er konnte das Gericht gelegentlich aus Teilnehmer der Reichsversammlung oder an seinem engeren Hofe aus den gerade anwesenden Grafen und Getreuen konstituieren. Urteiler waren zumeist 7 Beisitzer, welche mindestens dem Stand der Parteien zugehören mussten. Seit dem Mainzer Reichslandfrieden von 1235 wurde ein ständiger Vertreter des Königs im Gericht, der Reichshofrichter bestellt. Neben dem Hofgericht wurde seit 1412 ein Kammergericht – iudicium camerae – tätig, zuerst für die österreichisch-kaiserlichen Erblände und danach auch für die Reichsangelegenheiten, beider Zuständigkeiten waren nicht genau. Die Urteiler entstammten alle dem Kreis der königlichen Räte, womit erstmalig gelehrte Juristen bei der Rechtsfindung tätig waren. Unter Kaiser Friedrich III. (1440/52-1493) galt das Kammergericht seit 1442 als oberstes Reichsgericht und war das Reichshofgericht seit 1456 nicht mehr tätig. Nach der 1471 erlassenen Kammergerichtsordnung war der König der Richter, der sich durch einen von ihm ernannten Kammerrichter vertreten ließ.

³⁰² *Gernhuber*, Die Landfriedensbewegung bis 1235, 8. Kap., VI., S. 173 „... Schließlich ist es nur folgerichtig, wenn sich die Schiedsgerichtsbarkeit in Deutschland – das Surrogat einer versagenden staatlichen Justiz – in engster Verbindung mit dem Friedensgedanken entwickelt hat²¹, und wenn die zahllosen Landfriedensbündnisse des 13.-15. Jahrhunderts immer und immer wieder neue Gerichtsinstanzen schufen, die das Reichshofgericht zu ersetzen bestimmt waren. ...“.

³⁰³ *Angermeier*, Königtum und Landfriede im deutschen Spätmittelalter, IV. Kap., 5., S. 488-489, insb. „... Die Territorien waren in der Ausbildung einer eigenen Verwaltung begriffen, ...“ (S. 489) und *Bartl*, Sonderfrieden und Friedegebot in Ingelheim, I. Einleitung, S. 4.

³⁰⁴ Reichsürsten, Adel.

³⁰⁵ *Angermeier*, Königtum und Landfriede im deutschen Spätmittelalter, IV. Kap., S. 319-320, insb. „... Während die Stände, voran die Kurfürsten danach trachteten, ihre erworbenen Rechte zu sichern und auszudehnen, ... Diese für das Königtum so unheilvolle Entwicklung zu unterbinden, war nun umso schwieriger, als das Reich erstmalig von außen schweren Bedrängnissen durch die Husiten und die Türken ausgesetzt war, ... Alle diese Momente ermöglichten es aber, die Selbständigkeit der territorialen Gewalten bei der Handhabung des Landfriedens zu einer eigenmächtigen Landfriedenspolitik der Stände überhaupt fortzubilden. ...“ und *Landwehr*, Königtum und Landfrieden, II., in: *Der Staat*, VII. Band, Berichte und Kritik, S. 96-97 „... *Friedenshoheit* und *Friedensgewalt* sind demnach im Spätmittelalter weniger Ausdruck einer rechtlichen, d. h. herkömmlichen und originären, sondern vielmehr einer verwillkürten, d. h. zugestandenen, Herrschaftsgewalt und insoweit Abbild der politischen Macht des Königums. ... ist es etwas anderes, ob man eine Herrschaftsgewalt als herkömmliche originäre charakterisieren kann oder ihre Grundlage erst in einer augenblicklichen, durch politische Umstände beeinflussten Rechtswirklichkeit suchen muß. ... Deshalb liegt in der Mitwirkung des Königums an den spätmittelalterlichen Landfrieden und der Einflußnahme auf die Gestaltung der Friedensordnung kein Kampf um die Erhaltung *herkömmlicher* Rechtsgewalt, sondern ein Ringen um die satzungsrechtlich jeweils erforderliche

Die Früchte der Gottes- und Landfrieden, welche als Reichs- wie als Provinzialfrieden das Recht des Personenverbandes durch das Recht im Territorium ersetzen und das territoriale Denken inaugurierten und verstärkten,³⁰⁶ fielen den *domini terrae* zu. Die Gottes- und die Landfrieden wiesen keine unterschiedenen Strukturen auf,³⁰⁷ und Landfrieden wurden seit dem Investiturstreit von den weltlichen und geistlichen Reichsfürsten erlassen Sie führten auf der Ebene der *domini terrae* zu einer nunmehr einheitlichen Staatsgewalt und zu einem flächenorientierten Staat.³⁰⁸

O. Brunner, Land und Herrschaft:

„... Die Landfriedensbewegung bis zur gänzlichen Aufhebung der Fehde ist es, die der Rechtshistoriker vor allem behandelt. Denn hier liegt ja der entscheidende Ansatz zu Staat und Recht im modernen Sinn²⁾ (309) ... Denn die Fehde abschaffen heißt nicht, eine staatliche Maßnahme ergreifen, wie tausend andere auch, sondern heißt, die Struktur von Staat und Recht grundlegend zu verändern. ...“³¹⁰

und *Gernhuber*, Die Landfriedensbewegung bis 1235:

„... Die Fundamente des modernen Staates liegen in den

Neuverteilung der Rechtspositionen. ...“ 1340 wurden auch die Landfrieden zum Vollzug der Hofgerichtsurteile verpflichtet (*Pfeiffer*, Quellen der fränkisch-bayerischen Landfriedensorganisation, Einführung, S. 17).

³⁰⁶ *Hattenhauer*, Die Bedeutung der Gottes- und Landfrieden, X., 3), S. 170-175.

³⁰⁷ *Hattenhauer*, Die Bedeutung der Gottes- und Landfrieden, IX, 6), S. 155 „Die Gottesfrieden unterscheiden sich in dem Charakter ihrer Vorschriften nicht von den Landfrieden; in beiden wird weltliches Recht verkündet. Wären die Gottesfrieden wirkliche Kirchengesetze im materiellen Sinn, dann müßte hier ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal darin zu finden sein, daß der Inhalt der Gottesfrieden kirchliches Recht ist. Das ist aber nicht der Fall; die Bischöfe übernehmen weltliches Recht und lassen es als weltliches Recht bestehen. ...“, S. 156-157 „... An diesem Ergebnis ändert auch die Tatsache nichts, daß die Gottesfrieden als *pax dei*, die Landfrieden aber lediglich als *pax* bezeichnet werden. Die verschiedene Bezeichnung findet ihre Ursache nicht im Inhalt der Gesetze, sondern nur in den Verschiedenheiten der Gesetzgeber. Der Grund dieser Unterscheidung bleibt somit ein formaler. Die Unterscheidung der Bezeichnung der Texte hat damit gleichfalls nur sekundäre Bedeutung und sagt nichts über ihr Wesen aus.“ Gemeinsamkeiten von Gottes- und Landfrieden (*ebd.*, 8), S. 162-163: der vorherrschend hoheitliche Charakter der Regelungen, selbige Grundhaltung gegenüber den Fehden, selbiger Zweck der Bekämpfung von den Gewaltverbrechen. Die Gottesfrieden waren in ihrer Geltung ewig gültig, die Landfrieden vor allem in den frühen Texten befristet, welche Landfrieden aber immer wieder erneuert wurden, die unterschiedliche Dauer war alleinig in der geistlichen und weltlichen Natur der Gesetzgeber begründet und damit auch formaler Natur (*ebd.*, 5), S. 151-155).

³⁰⁸ Das Herzogtum Baiern ist insbesondere ein Beispiel dafür, dass in größeren Herrschaftsräumen der Landfriede unter Einsatz einer politischen Führungsmacht im 12./13. Jahrhundert verwirklicht und es möglich wurde, Landrecht und Gerichtswesen zu beeinflussen (*P. Fried*, Zur „staatsbildenden“ Funktion der Landfrieden im frühen bayerischen Territorialstaat, III, in: *Spindler Festschrift*, S. 283-306 (300-301)).

³⁰⁹ I., 3., S. 30.

³¹⁰ I., 3., S. 33-34 und *E. Wadle*, Heinrich IV. und die deutsche Friedensbewegung, XII. „... Die mit der Friedensbewegung beginnende Mobilisierung und Territorialisierung des Rechts bot die Chance einer Intensivierung und Veränderung der herrschaftlichen Ordnung; ...“ (*Investiturstreit und Reichsverfassung*, S. 173).

Justizreformen des Mittelalters. Wer den mittelalterlichen Staat vorantreiben wollte, mußte sachlich einen zügigen, machtvollen Justizapparat schaffen ...³¹¹

ddd) Die Rezeption des Römischen Rechtes

Die Frührezeption³¹² – Bestandteil der politischen Romidee – in der 2. Hälfte des 12. Jahrhundert im Reich einsetzend,³¹³ hatte mit ihrer theoretischen Struktur im alltäglich-tatsächlichen Rechtsleben nicht zu einer Anwendung des Römischen Rechtes im Reich geführt.³¹⁴

³¹¹ 8. Kap., VI., S. 173.

³¹² Ihr ging voraus die eigene stärkere Anwendung des Römischen Rechts in Oberitalien im 12. Jahrhundert, insbesondere durch die Rechtsschule in Bologna, bei dem Bedürfnis der lombardischen Städte nach Handel und Gewerbe, was die germanischen Volksrechte nicht mehr erbringen konnten.

³¹³ Die grundsätzliche Anerkennung der Geltung des Römischen Rechts im mittelalterlichen Reich erfolgte unter den Hohenstaufen und insbesondere unter Kaiser Friedrich I., welcher mit Nachdruck die Rechte der römischen Imperatoren beanspruchte „... Es ist ... allgemein bekannt, wie stark die Anknüpfung an das antik-römische Kaiserrecht in den Diplomen Friedrichs I. hervortritt. ...“ Damit waren aber keine institutionellen Veränderungen in der Reichsverfassung mitgegeben „... blieb der Bau der deutschen Reichsverfassung im 12. Jahrhundert von den römischrechtlichen Einflüssen völlig frei, so kann man in Reichsitalien wohl von einer Rechtsmischung sprechen, ...“ (*H. Appelt*, Die Kaiseridee Friedrich Barbarossa, in: *Friedrich Barbarossa*, S. 208-244 (Zitat S. 227); *ders.*, Friedrich Barbarossa und das römische Recht, in: *ebd.*, S. 58-82 (Zitat S. 59) und *Coing*, Römisches Recht in Deutschland, Die Periode bis zum Ende der Stauferzeit, § 12, S. 36-40). Es ging Friedrich I. darum, mit Hilfe der römischen Prinzipalgewalt seine eigene kaiserliche Stellung zu festigen und zu verstärken und nicht um eine Übernahme der römisch-justinianischen Institutionen auf das Reich, „... dazu ist die Verschiedenheit zwischen den administrativen Rescripten und den civilrechtlichen Verfügungen der römischen Principes, und den Privilegien, Schutzurkunden und Verträgen, die die Hauptmasse der mittelalterlichen Reichsacta ausmachen, zu gross. ...“ (*Pomtow*, Ueber den Einfluss der altrömischen Vorstellungen vom Staat auf die Politik Kaiser Friedrichs I., Kap. II, S. 60).

³¹⁴ *Lange-Kriechbaum*, Römisches Recht im Mittelalter, II. Band, Einleitung, V., 4., S. 18 „Deutschland hatte schon vom hohen Mittelalter her über die sogenannte politische Romidee¹¹⁶ Verbindung zum römischen Recht gehabt. Deutsche Kaiser nannten sich Rex Romanorum und nahmen die Rechte für sich in Anspruch die dem Souverän nach dem Corpus iuris zustanden. Die kaiserliche Gesetzgebung war nach Form und Inhalt mehr oder minder romanistisch geprägt, sehr deutlich z. B. bei den Ronkalischen Gesetzen Friedrich Barbarossas (1158), ... Namentlich in der Frühzeit der Glossatoren gab es enge Verbindungen zwischen den deutschen Kaisern und den Bologneser doctores. Romanistische Elemente zeigen auch einige Landfrieden¹¹⁸, ... Im übrigen aber hat aber die politische Romidee das innerstaatliche Rechtsleben Deutschlands kaum beeinflusst. Bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts hat eine erhebliche Anzahl deutscher Studenten römisches und noch mehr kanonisches Recht studiert, vor allem in Bologna. Es gibt aber keine Anzeichen dafür, daß man sich in Deutschland selbst ernsthaft mit dem gelehrten Recht befaßt hat. ...“ und

Pomtow, Ueber den Einfluss der altrömischen Vorstellungen vom Staat auf die Politik Kaiser Friedrichs I., Kap. II, S. 70 „... Naturgemäss musste in Friedrichs deutscher Regierungsthätigkeit der Einfluss römischer Staatsanschauungen noch geringer sein als in der italienischen. War doch hier das Element, das die Einwirkungen der alten Respublika auf das Kaiserthum der Staufer vorzüglich vermittelte, die römische Jurisprudenz, so gut als nicht vorhanden. Man hatte damals in Deutschland noch kein Bewusstsein von der Geltung des römischen Rechtes, leugnete sie auch nicht, man hatte eben aus Unbekanntschaft überhaupt noch kein Verhältniss zum fremden Recht¹⁾. ...“ Die wenigen Fälle, bei denen unter seiner Regentschaft privatrechtliche Fragen zum Nachteil der deutschen Rechtsgewohnheiten die römischen Prinzipien angewandt wurden, betrafen die Geistlichkeit (*Pomtow ebd.*, S. 71).

Im Spätmittelalter setzte die Hauptrezeption ein, die von den zuerst in Italien und Frankreich,³¹⁵ mit der 2. Hälfte des 14. Jahrhunderts auch von an deutschen Universitäten ausgebildeten Juristen³¹⁶ getragen wurde. Das von der Kirche angewandte Kanonische Recht³¹⁷ mit seinen *causae saeculares*,³¹⁸ in dem die Kanonisten die gleiche Methode wie die Legisten (besondere Gerichtsorganisation, Schriftlichkeit, Förmlichkeit, rationale Wahrheitsfindung) anwendeten³¹⁹ bereitete die Rezeption vor.³²⁰ Die nunmehr gelehrten

³¹⁵ Ende des 12. Jahrhunderts starker Besuch der italienischen Universitäten und französischen Universitäten Bologna, Padua, Perugia, Orléans, Montpellier durch Deutsche, was sich während des 14. Jahrhunderts fortsetzte.

³¹⁶ Prag 1348, Wien 1365, Heidelberg 1386, Köln 1388, Erfurt 1392, Leipzig 1409, Rostock 1419, Freiburg/Br. 1457, Basel 1460, Tübingen 1477: zuerst das *ius canonicum*, meist bald danach das *ius civile*. Seit Mitte des 15. Jahrhunderts nahmen die Juristenfakultäten das Römische Recht planmäßig auf (*Laufs*, Rechtsentwicklungen in Deutschland, III., 2., S. 66).

Erste Promotion zum *doctor iuris canonici* nördlich der Alpen im Reich im Jahr 1372 in Prag, von 1372-1418 1418 Immatrikulation an der Prager Juristenfakultät (*Moraw*, Über gelehrte Juristen im deutschen Spätmittelalter, 1., a), in: *Mediaevalia Augiensia*, Sozial- und Verfassungsgeschichte, S. 130-131).

³¹⁷ Es galt *Ecclesia Romana vivit secundum legem Romanam*. *Schaeffner*, Das Römische Recht in Deutschland 12./13. Jahrhundert, S. 11 „... Die *clerici* aber konnten das römische Rechts nirgends entbehren; am wenigsten in den practischsten Materien des canonischen Rechts, wie z. B. in der Lehre vom *Spolium*.“.

³¹⁸ Die geistlichen Gerichte seit dem 13. Jahrhundert mit dem vom Bischofsamt getrennten Offizial (Trier 1221, Speyer 1223, Worms 1243, Straßburg 1248, Köln 1251, Basel 1252, Konstanz 1253, Münster 1265, Würzburg 1272, Hildesheim 1292, Magdeburg/Halberstadt 1297, Paderborn 1309, Osnabrück 1325, Minden 1326, Bremen 1329, Merseburg 1330, Passau/Wien nach 1350, Schleswig gegen 1400 (*Lange-Kriechbaum*, Römisches Recht im Mittelalter, II. Band, 6. Kap., § 88., V., S. 960), als dem ersten gelehrt-studierten und beamteten Richter. Die Offizialgerichte gingen über den innerkirchlichen Bereich hinaus: Ehesachen und Testament, Prozesse um kirchliche Güter und Rechte, oder an solchen, an denen ein Kleriker beteiligt ist, vermögensrechtliche Streitigkeiten zwischen Nichtgeistlichen, bei einem sündhaften Verhalten: Wucher, Eidbruch oder bei vereinbarter Zuständigkeit. Anwendung des *ius civile* in den profanen Rechtsgeschäften und Rechtsverhältnisse durch die geistliche Gerichte bei der anerkannten Subsidiarität des *ius civile* in der kirchlichen Rechtsordnung. Als das jüngere Recht ging hierbei das Kanonische Recht dem Römischen vor (*Coing*, Römisches Recht in Deutschland, Die Entstehung des Juristenstandes und seine erste Wirksamkeit, § 25., S. 79-86 und *Trusen*, Anfänge des gelehrten Rechts in Deutschland, 3., S. 34-62). *Wieacker*, Zum heutigen Stand der Rezeptionsforschung, II, 3., d), bb), in: *Festschrift Klein*, Geschichte und Philologie, S. 195-196 „... Ersichtlich hat die Anwendung des *jus civile* in der kirchlichen Rechtsprechung in *causae saeculares* die p r o f a n e Frührezeption begünstigt; nach meinem persönlichen Eindruck nicht sowohl, indem die subsidiäre Anwendung in den geistlichen Gerichten auf die weltlichen ‚abfärbte‘, Schule machte; sondern mehr, indem im *jus utrumque* geschulte Kleriker ... profane Gutachten und Schiedssprüche abgaben, rein legistische Werke schrieben und damit zu gelehrten Betrachtungen durch profane Legisten ermutigten.“.

³¹⁹ *Coing*, Römisches Recht in Deutschland, Die Entstehung des Juristenstandes und seine erste Wirksamkeit, § 25., S. 79 „... Es handelt sich zunächst um die Einführung des auf römischer Grundlage ausgebildeten kanonischen Verfahrensrechtes, d. h. eines schriftlichen, unter Wahrung bestimmter Förmlichkeiten geführten und auf rationale Wahrheitsermittlung gerichteten Prozesses. Es handelt sich zum andern darum, daß eine besondere Gerichtsorganisation, losgelöst vom Bischofsamt geschaffen wird. ... Dieses neue Gericht verfuhr und entschied nach den gelehrten Rechten. ...“.

³²⁰ *Coing*, Römisches Recht in Deutschland, Die Entstehung des Juristenstandes und seine erste Wirksamkeit, § 25., S. 85-86 „... In Deutschland wurde – im Gegensatz zu Frankreich und England – diese Zuständigkeit von den geistlichen Gerichten bei der Schwäche der Staatsgewalt im späten Mittelalter auch tatsächlich weitgehend ausgenutzt⁴⁰⁶). Die Bedeutung, welche die geistlichen Gerichte schnell gewonnen hatten, geht am besten aus der Tatsache hervor, ..., daß die geistlichen Gerichte die Berufung auf die überkommenen Rechtssätze nicht ohne weiteres anerkannten ... Vieles deutet darauf hin, daß im deutschen Spätmittelalter die Parteien selbst ihre Rechtsstreitigkeiten gern vor die geistlichen Gerichte brachten, weil das Verfahren hier unabhängiger und die Vollstreckung der Urteile besser gesichert erschien⁴⁰⁸). Die Bedeutung der Entstehung der gelehrten geistlichen Gerichte kann daher kaum überschätzt werden. ...“; *Below*, Die Ursachen der Rezeption in

Juristen in den territorialen und städtischen Verwaltungen wendeten zuerst in auswärtigen Angelegenheiten³²¹ und bei der Durchsetzung landesherrlichen Rechtes und Kodifizierungsversuchen das Römische Recht.³²² Mit der 2. Hälfte des 15. Jahrhunderts findet man gelehrte Juristen auch mehr³²³ in den Gerichten und als Anwälte.³²⁴ Neben³²⁵

Deutschland, VI., A), S. 112 „... die geistlichen Gerichte und das kanonische Recht die Rezeption wirksam vorbereiteten. Das kanonische Recht führt ja auf das Römische hin¹⁾. ...“ und *Trusen*, Anfänge des gelehrten Rechts in Deutschland, I., S. 13-21.

Die geistliche Gerichtsbarkeit mit der Anwendung des kanonisch-römischen Rechtes war ein von der Kurie für den gesamten Okzident gemachter Bildungs- und Organisationsprozess. Obgleich sie im Reich die Rezeption vorbereitete, war sie von endogener kirchlicher Natur, hatte insbesondere in den anderen Ländern nicht selbige Auswirkungen, Frankreich wurde nur wenig und England kaum von einer Rezeption erfasst.

³²¹ *Männl*, Die gelehrten Juristen in den deutschen Territorien des späten Mittelalters, 3.2., S. 158 „... Die gelehrten Juristen wurden von den spätmittelalterlichen Territorialherren jeweils zu prinzipiell gleichartigen Aufgaben herangezogen. Das zeitlichst früheste und eines der wichtigsten juristischen Aufgabengebiete war die ‚Außenpolitik‘, worunter zunächst die Kuriendiplomatie und die Teilnahme an den Konzilien in Pisa, Konstanz und Basel fallen. Die rechtsgelehrten Fürstendiener wurden hauptsächlich an die päpstliche Kurie gesandt, um die Kaiserkrönung vorzubereiten oder um die päpstliche Approbation für eine erfolgte Erhebung zum Erzbischof zu erwirken. Am Konzilsgeschehen waren vor allem die im Dienst der benachbarten Bischöfe (Basel, Konstanz, Chur) stehenden Juristen in überdurchschnittlich hohem Maße beteiligt. Zu den von den Rechtsgelehrten ausgeführten ‚außenpolitischen‘ Aufgaben gehören weiterhin Gesandtschaften zu Reichs- und Fürstentagen sowie diplomatische Missionen an ausländische Herrscher. ...“ und *Laufs*, Rechtsentwicklungen in Deutschland, III., 2., S. 64.

Insbesondere in den Finanzverwaltungen und auch in den diplomatischen Diensten (*Below*, Die Ursachen der Rezeption in Deutschland, IV., A., S. 121-122).

³²² *Männl*, Die gelehrten Juristen in den deutschen Territorien des späten Mittelalters, 3.2., S. 158 „... Ein weiteres wichtiges Aufgabengebiet gelehrter Juristen war im Bereich der ‚Innenpolitik‘ die Durchsetzung landesherrlicher Rechte. So begegnen Rechtsgelehrte bei Ausgleichsversuchen zwischen gegnerischen Fürsten oder bei der Schlichtung eines Bistumsstreit. Auch bei Streitigkeiten von benachbarten weltlichen oder geistlichen Territorialherren sowie bei Konflikten zwischen Bischof und Bischofsstadt oder Bischof und Domkapitel lassen sich regelmäßig gelehrte Juristen nachweisen. Weiterhin gehören auch die Abfassung von Gesetzestexten zu den Aufgaben der im Dienst der Territorialherren stehenden Rechtsgelehrten. Die juristisch unterrichteten Kräfte waren im einzelnen an Kodifizierungsversuchen, der Festlegung des Primogeniturrechts, sowie der Abfassung von Offizialatsstatuten und Stadtrechten beteiligt. ...“; *Coing*, Römisches Recht in Deutschland, Die Entstehung des Juristenstandes und seine erste Wirksamkeit, § 26., S. 86-90; *Trusen*, Anfänge des gelehrten Rechts in Deutschland, 12. Landesherrliche Juristen, S. 209-221, 13. Juristen in städtischen Diensten, S. 222-235; *Kroeschell*, Die Rezeption der gelehrten Rechte und ihre Bedeutung für die Bildung des Territorialstaates, § 1, II., in: *Deutsche Verwaltungsgeschichte*, I. Band, Kap. IV, 285-286 und *Laufs*, Rechtsentwicklungen in Deutschland, III., 2., S. 64-66).

³²³ *Männl*, Die gelehrten Juristen in den deutschen Territorien des späten Mittelalters, 3.2., S. 158 – für die Zeit von 1250-1440 – „... Im Gerichtswesen im engeren Sinn finden sich während des Untersuchungszeitraums nur wenige Zeugnisse rechtsgelehrter Wirksamkeit. Vereinzelt erscheinen gelehrte Juristen als Prokuratoren vor dem Hofgericht oder als Beisitzer bei Schiedsverhandlungen.“.

³²⁴ *Coing*, Römisches Recht in Deutschland, Die Entstehung des Juristenstandes und seine erste Wirksamkeit, § 26., S. 88-89; *Kroeschell*, Die Rezeption der gelehrten Rechte und ihre Bedeutung für die Bildung des Territorialstaates, § 1, II., in: *Deutsche Verwaltungsgeschichte*, I. Band, Kap. IV, 286-287; *Laufs*, Rechtsentwicklungen in Deutschland, III., 2., S. 64-66; *Laband*, Bedeutung der Rezeption für das deutsche Staatsrecht, S. 46-47 und *Below*, Die Ursachen der Rezeption in Deutschland, IV., A., S. 122.

³²⁵ Wirtschaftliche Gründe waren für die Rezeption nicht insbesondere einschlägig. Das mittelalterliche deutsche Recht entsprach den wirtschaftlichen Bedürfnissen für den aufkommenden Handel in den Städten und den bäuerlichen Verhältnissen (*Laband*, Bedeutung der Rezeption für das deutsche Staatsrecht, S. 33-34 und *Below*, Die Ursachen der Rezeption in Deutschland, IV., E), S. 149-155) „... Die deutschen Städte haben des Römischen nicht bedurft, um dem Verkehr freiere Formen zu geben.³⁾ ...“ (*Below* ebd., S. 151).

humanistischen Motivationen³²⁶ und der strukturellen Überlegenheit des Römischen Rechtes³²⁷ waren insbesondere die mit dem Zerfall der Reichsgewalt zunehmende Rechtszersplitterung und Rechtsunsicherheit ihre inhaltliche Motivation.³²⁸ Sie war gleichermaßen in den einzelnen Territorien existent,³²⁹ welche zum weiteren Ausbau ihrer

³²⁶ In dem Studium und in der Nachahmung der klassischen griechischen und lateinischen Literatur, in den 5 studia humanitatis: Grammatik, Rhetorik, Poetik, Geschichte, Moralphilosophie „quod hominem perficiant atque exornent.“, dies auch zur allgemeinen und zur sozial-wichtigen Lebensgestaltung (*E. Meuthen*, Charakter und Tendenzen des deutschen Humanismus, in: *Säkulare Aspekte der Reformationszeit*, S. 217-266 (217)) und *Stölzel*, Die Entwicklung des gelehrten Richterthums in deutschen Territorien, I. Band, Resultate, S. 595-596 „... es war die in Folge des Humanismus allgemein zur Modesache gewordene Sitte, auf möglichst viele Gebiete des practischen Lebens die Gelehrsamkeit altclassischer Zeit zu übertragen. ...“.

³²⁷ Unterscheidung zwischen Schuld- und Sachenrecht, Abstraktion mit strenger Begrifflichkeit.

Rezipiert wurde das Römische Recht der Postglossatoren (Kommentatoren): Bartolus de Saxoferrato (1313-1357), Baldus de Ubaldis (1327-1400) des 14. Jahrhunderts, welche gegensätzlich zu den vorangegangenen Glossatoren mit ihren Harmonisierungen und Zusätzen – Glossa ordinaria – 1230 des Accursius (1182/85-1260/63) –, sich mit ihrer Wissenschaft auch in die tatsächlichen Rechtshändel einließen, Gutachten anfertigten und praxisbezogen kommentierten.

³²⁸ *Laband*, Bedeutung der Rezeption für das deutsche Staatsrecht, S. 36 „... Die Rezeption des Römischen Rechts in Deutschland beruhte weder auf der Unzufriedenheit des Volkes mit dem einheimischen Privatrecht noch auf einem unerklärlichen Verlangen nach wissenschaftlicher Jurisprudenz – sondern sie beruhte auf dem grossen und allbekannten Uebelstande des Zeitalters, auf dem Mangel an Rechts s c h u t z. ...“ und *Sohm*, Fränkisches Recht und römisches Recht, II. „... Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass der Zustand der deutschen Gerichtsverfassung und des deutschen Processrechts der eigentliche Grund dieses Vorganges war. Die Reception war ein grossartiges Misstrauensvotum, welches die deutsche Nation den bestehenden Gerichten und ihrem Rechtsgang ausstellte. ... In Deutschland gab es keine Praxis mit so festen Mittelpunkten, wie sie das englische Recht am königl. Hofgericht, das französische Recht an den Parlamenten Frankreichs besass. Das Reichshofgericht Deutschlands hatte im Lauf des Mittelalters aufgehört, eine irgendwie nennenswerthe Macht für das Rechtsleben der Nation zu bedeuten. ...“ (*ZRG, GA*, I. Band, S. 76, 77).

³²⁹ *Below*, Die Ursachen der Rezeption in Deutschland, IV., C), S. 136-138 „... Stärker war nach Ausweis der Quellen das Bedürfnis, die gar zu bunte Mannigfaltigkeit des lokalen heimischen Rechts durch Kodifikationen aus dem Wege zu räumen. Die lokalen Abweichungen des heimischen Rechts empfand man in den verschiedensten Kreisen als höchst störend. Wie die Regierungen und die Stände sie beklagen, so begegnen wir den Beschwerden bei den Vertretern der Wissenschaft.¹⁾ Man hatte ein Bewußtsein von den durch jene Buntscheckigkeit bewirkten unhaltbaren Zuständen.²⁾ Und in der Tat äußerste der ‚unendliche Partikularismus unseres Rechts‘³⁾ sehr ungünstige Wirkungen. ... Da man durch die Mannigfaltigkeit des herrschenden Rechts gedrückt war, wünschte man, wie es dort heißt, ein ‚gleichmässig recht‘ herzustellen. Die Forderung eines ‚gleichmäßigen Rechts‘, eines ‚beständigen und gleichmäßigen‘⁴⁾, eines ‚gewissen‘ Rechts¹⁾, eines ius certum,²⁾ die Forderung eines einheitlichen Rechtsgebietes³⁾ begegnet übereinstimmend in den verschiedensten Gegenden. ...“ und

Wächter, Geschichte, Quellen und Literatur des Württembergischen Privatrechts, 1. Abtheilung, II., Vs Kap., IV., F., 1., § 35, S. 197-198 zum Intestaterbrecht „... Es waren die Statuten und Gebräuche der einzelnen Städte und Dörfer des Landes und häufig der Dörfer eines und desselben Oberamts gerade in den berührten Punkten in so hohem Grade verschieden, daß von einer eigentlichen Vereinigung derselben nicht die Rede seyn konnte ...“ Die Commission zur Ausarbeitung des 1. Landrechts, 1552, in welcher die Doktoren des Römischen Rechts im Übergewicht waren, schlug vor, „... das künftige Landrecht eine gleichmäßige Ordnung für alle Unterthanen und Zugehörigen und alle künftigen Geschäfte werden solle, die eingesendeten Rechte aber ganz ungleich, einander widrig, auch meistentheils den g e m e i n e n g e s c h r i e b e n e n R e c h t e n (dieß war wohl bei den romanisirenden Räthen ein Hauptgrund), mitunter auch der Billigkeit, entgegen seyen: so sey es vergeblich, unmöglich, und in keiner Hinsicht zu rathen und zu thun, daß die in großen Haufen (!) vor sie gelegten Gebräuche und Satzungen diesesmal g e l e s e n oder erwogen, vielweniger, daß hieraus ein wohl bedächtliches, nützliches, gutes, und gleichmäßiges Landrecht genommen und gemacht werden könne. Sie halte daher fürs Beste, o h n e R ü c k s i c h t a u f d i e L o c a l r e c h t e von einem gemeinen, gleichen, auch dem gemeinen, geschriebenen Recht und menschlicher Billigkeit gemäßen Weg, ... zu disputiren und zu berathschlagen.“ ...“ (*ebd.*, 2., § 36, 229-230), insg. (S. 227-230).

Herrschaft³³⁰ ein einheitliches und schriftliches Recht benötigten. Das veranlasste die im Römischen Recht ausgebildeten Juristen als Räte, als Leiter der fürstlichen Kanzleien³³¹ das Römische Recht als ein allgemeines³³² und kosmopolitisches Recht³³³ anzuwenden.³³⁴ Allmählich kam es auch zu einer Umgestaltung der Gerichtsverfassung, in der neben oder an die Stelle der Schöffen gelehrten Richter traten.³³⁵

³³⁰ *Laband*, Bedeutung der Rezeption für das deutsche Staatsrecht, S. 54 „... Im 15ten Jahrhundert war es das Verlangen nach Wiederaufrichtung der Staatsgewalt, nach Erweiterung ihrer Aufgaben und Machtmittel, nach Stärkung ihrer Kraft, nach Ausdehnung ihrer Thätigkeit: ...“.

³³¹ *Männl*, Die gelehrten Juristen in den deutschen Territorien des späten Mittelalters, 3.2., S. 157 „...“, daß sich die frühesten Belege rechtsgelehrter Wirksamkeit in der Kanzlei finden. „...“, daß Kanzlei und Rat – von der Spiritualverwaltung in den geistlichen Territorien abgesehen – die beiden wichtigsten Aktionszentren gelehrter Jurisprudenz waren. ...“ und *K. Kroeschell*, Die Rezeption der gelehrten Rechte und ihre Bedeutung für die Bildung des Territorialstaates, § 1, II. „... Unter den Räten der Fürsten fanden sie sich in wachsender Zahl, und vor allem das Amt des Kanzlers als des Leiters der fürstlichen Zentralverwaltung lag so gut wie stets in der Hand eines studierten Juristen⁵¹. ...“ (*Deutsche Verwaltungsgeschichte*, I. Band, Kap. IV, S. 285-286).

Die Juristen machten auch ein interterritoriales Element aus.

Below, Die Ursachen der Rezeption in Deutschland, III., A), S. 62 „... Die Juristen stellten ferner ein interterritoriales Element dar; sie waren weniger mit den Interessen der einzelnen Landschaft verwachsen (wiewohl einige von ihnen auch im Dienste der ständischen Bestrebungen sich betätigten) und empfahlen sich dadurch den Landesherren ebenfalls. ...“.

³³² Gleichmäßiges und schriftliches Recht. *Below*, Die Ursachen der Rezeption in Deutschland, IV., E., S. 150 „... hat uns die Musterung der Quellen gezeigt, ...: man verlangte nicht irgend ein ‚subtileres‘ Recht, sondern schriftliches und ‚gleichmäßiges‘, gewisses Recht, und weil das Römische Recht von solcher Art war, eignete man es sich an. ...“ und *Pomtow*, Ueber den Einfluss der altrömischen Vorstellungen vom Staat auf die Politik Kaiser Friedrichs I., Kap. I, S. 21 „... Es ward das römische Recht durch den Anblick seiner Vollkommenheit hauptsächlich zum Reichsrecht erhoben; so lange es in mangelhafter Weise durch mündliche Ueberlieferung bewahrt ward, hatte niemand daran gedacht, diesem Recht eine allgemeine Bedeutung zuzuerkennen. ...“.

³³³ *Laband*, Bedeutung der Rezeption für das deutsche Staatsrecht, S. 30-31 „... Das im Corpus iuris enthaltene Recht ist selbst in Hinsicht auf das Alterthum kein nationales, der volksthümlichen Ueberzeugung entsprechendes, einheitliches und naives Recht, sondern ein kosmopolitisches, für den orbis terrarum gültiges, aus den verschiedensten Epochen der Römischen Geschichte stammendes, in sich widerspruchvolles und controverses, gelehrtes und auf kunstreicher juristischer Abstraktion beruhendes Recht. ...“ und *Pomtow*, Ueber den Einfluss der altrömischen Vorstellungen vom Staat auf die Politik Kaiser Friedrichs I., Kap. I, S. 21-22 „... Weder Recht des römischen Reichs noch der römischen Kirche zu sein, ... genügte dem römischen Recht. ...“.

³³⁴ *Below*, Die Ursachen der Rezeption in Deutschland, Schlußbetrachtung, S. 163 „... Die Hauptsache ist, daß Deutschland unter einer großen Rechtszersplitterung litt, und daß man zu ihrer Beseitigung unter dem Einfluß gewisser allgemeiner Anschauungen²⁾ zum Römischen Recht griff. Es war für die damaligen Menschen das bequemste, sich an das Römische Recht anzuschließen. Freilich wären die Schwierigkeiten eines Aufbaues auf deutsch=rechtlicher Grundlage außerordentlicher Art gewesen, vermutlich so bedeutend, daß sie nicht überwunden werden konnten. Auf den ersten Blick scheinen es uns Momente ziemlich äußerlicher Natur zu sein, wenn wir die Zersplitterung des Deutschen Rechts und die Bequemlichkeit der Juristen als Hauptgründe für die Annahme des Römischen Rechts nennen. Und doch brauchen wir nur nach den Ursachen der Zersplitterung zu fragen, um zu erkennen, daß es sich hier um etwas handelt, was wahrlich nicht geringer ist als die ‚tiefer liegenden Gründe‘, mit denen man bisher operiert hat. Auf die Schwäche der deutschen Zentralgewalt ist in letzter Linie die Rezeption zurückzuführen. Wäre¹⁾ sie im Mittelalter stärker gewesen, so hätte sie eine kräftige, zusammenfassende gesetzgeberische Tätigkeit entwickelt und durch einen einflußreichen höchsten Gerichtshof auch die Praxis der lokalen Gerichte beeinflusst. ...“.

³³⁵ *Laband*, Bedeutung der Rezeption für das deutsche Staatsrecht, S. 29 „... Die Forschungen über die Rezeption des Römischen Rechts beschäftigen sich daher auch vorzugsweise mit dem Eindringen des Römischen Privatrechts in Deutschland und erst in neuester Zeit haben gelehrte und geistreiche Untersuchungen der Erkenntnis Bahn gebrochen, dass der Schwerpunkt der Rezeptionsgeschichte in der Umgestaltung der

In den weltlichen Gebieten waren in Diensten der 3 königstragenden Länder Böhmen, Österreich, Baiern die meisten gelehrten Juristen tätig,³³⁶ gefolgt von der Pfalzgrafschaft bei Rhein und dem niederrheinischen Brabant, Luxemburg,³³⁷ wogegen es in den beiden nördlichen Kurfürstentümern Sachsen, Brandenburg³³⁸ und in den mittleren und kleineren Territorien,³³⁹ auch im Niederrheinischen³⁴⁰ und insbesondere in der Mitte und im Norden des Reiches,³⁴¹ weniger gelehrte Juristen gab.

deutschen Gerichtsverfassung liegt. ...“, S. 38-39 „... Man wollte die Laien, die unabhängigen Männer aus dem Volke, los werden aus den G e r i c h t e n und sie durch Beamte ersetzen. Man wollte die S e l b s t v e r w a l t u n g nicht ferner fortbestehen lassen, deren nachtheilige Folgen man im Übermaass empfunden hatte. Von der Einrichtung bürokratisch organisirter Behörden versprach man sich allein eine sachverständige und uneigennützigte Führung der Verwaltung, eine wirksame Abhülfe gegen die unerträglich gewordenen Missstände, welche die Ueberantwortung der Regierungsgeschäfte an die Grundherren auf dem Lande und an die ratsherrlichen Cliques in den Städten herbeigeführt hatte. ...“, S. 42-43 „... Die gelehrten Richter kannten das volksthümliche Recht nicht mehr oder verlachten es als ein blosses Vorurtheil bonirter Laien; sie urtheilten nach dem Rechte, welches die studirt hatten und auf dessen Geltung ihre Befähigung zum Amte, ihre Ueberlegenheit, ihr Ansehen, ihr Einkommen beruhte. Und die berufsmässigen angestellten und besoldeten Verwaltungsbeamten führten die Geschäfte nach Instructionen und Verordnungen ihres Dienstherrn, d. h. des Fürsten, nicht nach den Gewohnheiten, Privilegien und hergebrachten Rechten der Städte und Landschaften. ...“.

³³⁶ Könige von Böhmen, 1250-1440: 72 Juristen, erstmalig 1265; Herzöge von Österreich, 1250-1440: 60 Juristen, erstm. 1258; Herzöge von Baiern, 1250-1440: 34 Juristen, erstm. 1271 (*Männl*, Die gelehrten Juristen in den deutschen Territorien im späten Mittelalter, 3.1., Übersicht über die zahlenmäßige Verteilung ... in den einzelnen Territorien ..., S. 153, 151).

Die im Dienste der Könige/Kaiser, auch für ihre eigenen Territorien gestandenen Juristen hatten sich von König Rudolf I. (1273-1291) bis Kaiser Friedrich III. (1440-1493) bezogen auf ihre jeweiligen Regierungsjahre versechsfacht (*P. Moraw*, Gelehrte Juristen im Dienst der deutschen Könige des späten Mittelalters (1273-1493), in: *Die Rolle der Juristen bei der Entstehung des modernen Staates*, I., S. 77-147).

³³⁷ Pfalzgrafen bei Rhein, 1250-1440: 29 Juristen, erstmalig 1340; Herzöge von Brabant, 1250-1440: 21 Juristen, erstm. 1310; Grafen/Herzöge von Luxemburg, 1250-1440: 12 Juristen, erstm. 1309 (*Männl*, Die gelehrten Juristen in den deutschen Territorien im späten Mittelalter, 3.1., Übersicht über die zahlenmäßige Verteilung ... in den einzelnen Territorien ..., S. 153-154, 151).

³³⁸ Kurfürsten von Brandenburg, 1250-1440: 7 Juristen, erstmalig 1301; Kurfürsten von Sachsen, 1250-1440: 4 Juristen, erstm. 1438 (*Männl*, Die gelehrten Juristen in den deutschen Territorien im späten Mittelalter, 3.1., Übersicht über die zahlenmäßige Verteilung ... in den einzelnen Territorien ..., S. 154, 151).

Es galt auch der Sachsenspiegel.

³³⁹ Markgrafen von Baden, 1250-1440: 3 Juristen, erstmalig 1414; Grafen von Württemberg, 1250-1440: 4 Juristen, erstm. 1425; (*Männl*, Die gelehrten Juristen in den deutschen Territorien im späten Mittelalter, 3.1., Übersicht über die zahlenmäßige Verteilung ... in den einzelnen Territorien ..., S. 153).

³⁴⁰ Grafen von Jülich, 1250-1371: 1 Jurist, 1311; Herzöge von Jülich/Geldern, 1371-1423: 3 Juristen, erstmalig 1403; Herzöge von Jülich/Berg, Grafen von Ravensberg, 1423-1440: 3 Juristen, erstm. 1424; Grafen von Namur, 1250-1440: 1 Jurist, 1345; Grafen von Mark, 1250-1394: 1 Jurist, 1355; Herzöge von Kleve, Grafen von Mark, 1394-1440: 9 Juristen, erstm. 1426 (*Männl*, Die gelehrten Juristen in den deutschen Territorien im späten Mittelalter, 3.1., Übersicht über die zahlenmäßige Verteilung ... in den einzelnen Territorien ..., S. 154).

³⁴¹ Herzöge von Schlesien, 1250-1440: 8 Juristen, erstmalig 1299; Markgrafen von Mähren, 1250-1440: 6 Juristen, erstm. 1341; Herzöge von Braunschweig, 1250-1440: 4 Juristen, erstmalig 1355; Markgrafen von Meißen, 1250-1440: 3 Juristen, erstmalig 1253; Herzöge von Mecklenburg, 1 Jurist, 1349; Landgrafen von Hessen, 1250-1440: 1 Jurist, 1385; Fürsten von Görlitz, 1250-1440: 1 Jurist, 1386 (*Männl*, Die gelehrten Juristen in den deutschen Territorien im späten Mittelalter, 3.1., Übersicht über die zahlenmäßige Verteilung ... in den einzelnen Territorien ..., S. 153-154).

In den geistlichen Gebieten verfügten die Erzbischöfe von Mainz, Köln, Salzburg über eine größere Anzahl von Juristen als ihre Suffragane.³⁴² Überdurchschnittlich viele Juristen waren im Westen,³⁴³ Süden und Südwesten – insbesondere beim Bischof von Konstanz –³⁴⁴ und in den böhmischen Gebieten³⁴⁵ tätig. Bei den Erz- und Bischöfen im Norden und in der Mitte des Reiches gab es die wenigsten.³⁴⁶

Im Friesland, Holstein, Pommern, Pommerellen, Herrschaft Lippe, Herzogtum Troppau-Jägerndorf und Herrschaft Hanau waren von 1250-1440 keine juristisch unterrichteten Diener tätig (*ebd.*, S. 151).

³⁴² Erzbischöfe von Mainz, 1250-1440: 39 Juristen, erstmalig um 1290; während selbiger Zeit: Bischöfe von Konstanz: 32 Juristen, erstm. 1275; Bischöfe von Würzburg: 14 Juristen, erstm. 1300; Bischöfe von Bamberg 12 Juristen, erstm. 1387; Bischöfe von Chur: 11 Juristen, erstm. 1273; Bischöfe von Straßburg: 9 Juristen, erstm. 1330; Bischöfe von Worms: 6 Juristen, erstm. 1365; Bischöfe von Speyer: 6 Juristen, erstm. 1405; Bischöfe von Hildesheim: 4 Juristen, erstm. 1363; Bischöfe von Halberstadt: 4 Juristen, erstm. 1377; Bischöfe von Eichstätt: 4 Juristen, erstm. 1405; Bischöfe von Augsburg: 4 Juristen, erstm. 1410; Bischöfe von Paderborn: 2 Juristen, erstm. 1355 (*Männl*, Die gelehrten Juristen in den deutschen Territorien im späten Mittelalter, 3.1., Übersicht über die zahlenmäßige Verteilung ... in den einzelnen Territorien ..., S. 153-155, 151).

Erzbischöfe von Köln, 1250-1440: 56 Juristen, erstmalig 1284; während selbiger Zeit: Bischöfe von Lüttich: 18 Juristen, erstm. 1279; Bischöfe von Minden: 3 Juristen, erstm. 1359; Bischöfe von Utrecht: 8 Juristen, erstm. 1297; Bischöfe von Münster: 9, erstm. 1308 (*ebd.*, S. 154-155, 151).

Erzbischöfe von Salzburg, 1250-1440: 28 Juristen, erstmalig 1267; während selbiger Zeit: Bischöfe von Passau: 18, erstm. 1289; Bischöfe von Freising: 10, erstm. 1256 (*ebd.*, S. 153, 151).

³⁴³ Von 1250-1440: Erzbischöfe von Köln: 56 Juristen; Erzbischöfe von Mainz: 39 Juristen; Erzbischöfe von Trier: 35 Juristen; Bischöfe von Lüttich: 18 Juristen; Bischöfe von Utrecht: 8 Juristen (*Männl*, Die gelehrten Juristen in den deutschen Territorien im späten Mittelalter, 3.1., Übersicht über die zahlenmäßige Verteilung ... in den einzelnen Territorien ..., S. 154, 151).

³⁴⁴ Von 1250-1440: Bischöfe von Konstanz: 32 Juristen; Erzbischöfe von Salzburg: 28 Juristen; Bischöfe von Passau: 18 Juristen; Bischöfe von Basel: 17 Juristen; Bischöfe von Chur: 11 Juristen; Bischöfe von Freising: 10 Juristen; Bischöfe von Straßburg: 9 Juristen; Bischöfe von Worms: 6 Juristen; Bischöfe von Speyer: 6 Juristen; Bischöfe von Brixen: 5 Juristen; Bischöfe von Eichstätt: 4 Juristen; Bischöfe von Augsburg: 4 Juristen; Bischöfe von Gurk: 3 Juristen; Bischöfe von Regensburg: 2 Juristen (*Männl*, Die gelehrten Juristen in den deutschen Territorien im späten Mittelalter, 3.1., Übersicht über die zahlenmäßige Verteilung ... in den einzelnen Territorien ..., S. 153, 151).

³⁴⁵ Von 1254-1440: Erzbischöfe von Prag: 41 Juristen; Bischöfe von Breslau: 25 Juristen; Bischöfe von Olmütz: 7 Juristen; Bischöfe von Leitomischl: 5 Juristen (*Männl*, Die gelehrten Juristen in den deutschen Territorien im späten Mittelalter, 3.1., Übersicht über die zahlenmäßige Verteilung ... in den einzelnen Territorien ..., S. 153).

³⁴⁶ Von 1250-1440: Erzbischöfe von Magdeburg: 18 Juristen; Bischöfe von Würzburg: 14 Juristen; Bischöfe von Bamberg: 12 Juristen; Bischöfe von Münster: 9 Juristen; Bischöfe von Brandenburg: 5 Juristen; Bischöfe von Hildesheim: 4 Juristen; Bischöfe von Halberstadt: 4 Juristen; Bischöfe von Meißen: 3 Juristen; Bischöfe von Minden: 3 Juristen; Erzbischöfe von Bremen: 3 Juristen; Bischöfe von Havelberg: 2 Juristen; Bischöfe von Paderborn: 2 Juristen; Bischöfe von Naumburg: 1 Jurist; Bischöfe von Schwerin: 1 Jurist; Bischöfe von Pomesanien: 1 Jurist; Bischöfe von Ermland: 1 Jurist (*Männl*, Die gelehrten Juristen in den deutschen Territorien im späten Mittelalter, 3.1., Übersicht über die zahlenmäßige Verteilung ... in den einzelnen Territorien ..., S. 154-155, 151).

Die Rezeption war normativ abgeschlossen mit der Reichskammergerichtsordnung³⁴⁷ von 1495.³⁴⁸ Sie führte zur unmittelbaren, aber nur subsidiären Geltung des Römischen Rechts.³⁴⁹ Der nunmehr verobjektivierte Rechtsbegriff³⁵⁰ in den Territorien brachte eine Rationalisierung,³⁵¹ Verwissenschaftlichung,³⁵² Schriftlichkeit,³⁵³ Institutionalisierung der Gerichte,³⁵⁴ beamtenmäßige Hauptberuflichkeit³⁵⁵ der hoheitlich-staatlichen Tätigkeiten mit

³⁴⁷ Das bisher allein vom König bestimmte Kammergericht wurde reichsständisch verfasst. Es wurde dem unmittelbaren Einfluss des Königs/Kaiser entzogen, was dessen überlieferte Rechtsstellung als obersten Gerichtsherrn minderte. Der Kaiser bestellte noch dem Kammerrichter und schlug den Reichsständen die seit 1648 katholischen und evangelischen Präsidenten und einen katholischen Beisitzer vor. Die weiteren 16-25 Assessoren als die Urteiler wurden von den Reichsständen ernannt.

Die Reichsreform, als das Bestreben zur Errichtung einer anstelle der bisherigen monarchischen, nunmehr ständischen Zentralgewalt war letztlich an den Territorien gescheitert. Notwendige Voraussetzung für sie wäre gewesen, dass sie in ihren organisatorischen Strukturen den Willen der Gesamtheit: alle Reichsstände in ihrer Verbundenheit als Reich erfasst und verkörpert hätte. Hingegen: dem 1. Reichsregiment 1500-1502 (Maximilian I.) gehörten neben dem König 20 Reichsstände und dem 2. Reichsregiment 1521-1531 (Karl V.) neben dem König/Kaiser 22 Reichsstände an. Ihre eigene Unvollkommenheit musste zu ihrem Scheitern führen.

³⁴⁸ Die Reichskammergerichtsordnung vom 7. Aug. 1495 brachte normativ das Ende der Rezeption „...: Unserm Koniglichen oder Kaiserlichen Camergericht ... nach des Reichs gemainen Rechten, auch nach redlichen, erbern ... Ordnungen, Statuten und Gewonhaiten der Fürstenthumb, Herrschaften und Gericht, die für sy pracht warden, ...“ (*Zeumer*, Quellensammlung, 2. Teil, Nr. 174., S. 284-291 (285)).

³⁴⁹ Unmittelbare Geltung durch die nunmehrigen romanisiert-studierten Mitglieder der alten Schöffenstühle, die Beisitzer der Hof-Appellationsgerichte, die Spruchpraxis der Juristischen Fakultäten. Die romanisierten Kodifikationen der Territorien im 15./16. Jahrhundert: Land- und Stadtrechtsreformationen enthielten zumeist eine Subsidiarität, welche jedoch wegen der fundamentum intentione in der Praxis wenig Geltung hatte (*K. Kroeschell*, Die Rezeption der gelehrten Rechte und ihre Bedeutung für die Bildung des Territorialstaates, I., 2., II., in: *Deutsche Verwaltungsgeschichte*, I. Band, Kap. IV, § 1, S. 284-285, 287 und *Below*, Die Ursachen der Rezeption in Deutschland, II., S. 34, IV., C), S. 134). Die generelle Subsidiarität des Römischen Rechtes ergab sich bereits aus der mittelalterlichen Vorstellung, dass das Recht des engeren Rechtskreises dem weiteren Rechtskreis vorgeht.

³⁵⁰ Die Schöffen identifizierten ihr subjektives und auch gefühlsmäßiges Rechtsempfinden und Rechtsdenken mit der Gerechtigkeit generell. Das Römische Recht brachte mit seinem über den verschiedenen weltlichen Ordnungen stehenden Blick die Auseinandersetzung mit der Vielfalt von möglichen Rechtsordnungen und damit die Hinwendung zu einem verobjektivierten Recht. Damit auch den Ansatz des modernen neuzeitlichen Rechtsdenkens der Unterscheidung von positivem Recht und Naturrecht.

³⁵¹ Das geschult-methodische und damit rationale Vorgehen. Zuvor Schultheiß mit seinen Schöffen war Ausdruck eines instinktiven Rechtsgewissens.

³⁵² Das mittelalterliche Deutsche Recht war ein Recht ohne Rechtswissenschaft. Das durch logische Arbeit gewonnene Wissen brachte die Verwissenschaftlichung mit sich, insb. *Wieacker*, Privatrechtsgeschichte der Neuzeit, 2. Teil, § 7., I., 4., S. 131-132: Kern der Rezeption ist nicht die Veränderung der Normen und der Institutionen, sondern liegt in der Verwissenschaftlichung des Rechts.

³⁵³ Galt insbesondere auch im Kanonischen Recht: *Quod non est in actis, non in mundo*.

³⁵⁴ Insbesondere der fürstliche Rat und das fürstliche Hofgericht, zumeist Appellationsgericht. Die Ersetzung der ständischen Landesgerichte – mehr Hüter des heimischen Rechtes – , durch das mit den fürstlichen Räten gebildete – römisch-rechtliche Hofgericht (*Below*, Die Ursachen der Rezeption in Deutschland, IV., B), S.129-134). *Spangenberg*, Vom Lehnstaat zum Ständestaat, Kap. II., S. 41-42 „... Die r e g e l m ä ß i g e n, früher zum großen Teil auf Landdingen erledigten Geschäfte der Verwaltung und Rechtsprechung¹⁾ gingen auf den fürstlichen Rat über. Der Rat bildete als Gerichtshof die Übergangsform von den älteren Volksgerichten zu der modernen Rechtsprechung durch gelehrte Juristen. Er ist der Vorläufer der Hof- und Kammergerichte wie die modernen geheimen Räte geworden und hat im 15. bzw. 16. Jahrhundert durch Neuorganisation der Verwaltung die Form einer modernen Behörde erhalten. ...“ Neben den Rat trat die fürstliche Kanzlei mit gegenseitigen Zuständigkeiten. Aus dem Rat wurden Kommissionen abgezweigt, Amts- oder Rentkammer für die

sich. Aber die Rezeption überstieg in ihrer auch allgemein geistesgeschichtlichen Bedeutung den Rahmen der Jurisdiktion und Jurisprudenz³⁵⁶ und bewirkte eine weitere Hinwendung zum modernen Staat.

Arnold, Die Rezeption des römischen Rechts und ihre Folgen:

„...: ohne seine Hülfe hätte der moderne Staat nicht zum Durchbruch kommen können. ...“³⁵⁷

Der mit der Rezeption des Römischen Rechtes insbesondere bewirkte weitere Ausbau der Institutionen brachte auch unabhängig von dem Zerfall von der Reichsgewalt eine weitere Zunahme der staatlichen Tätigkeiten in den Territorien und eine Intensivierung.³⁵⁸

Werminghoff, Geschichte der Kirchenverfassung Deutschlands im Mittelalter:

„... erscheint die allmähliche Rezeption des römischen Rechts als eine sich langsam vollziehende Befreiung der Laien vom Einfluss der Geistlichkeit, gerade weil aus Sätzen des römischen Rechts die Staatsallmacht, für den Herrscher die Stellung über dem Gesetz und damit für den weltlichen Staat die Ueberordnung über jedwede rechtlich umgrenzte Form gesellschaftlicher Verbindung beansprucht werden konnten. Die tatsächliche Anwendung freilich solcher Anschauungen kam nicht dem deutschen Königtum zu Gute, sondern den

Finanzverwaltung, der Geheime Rat für die politisch-außenpolitischen Fragen und wurden Verwaltungsorgane in die Landesteile, die Ämter vorgeschoben.

³⁵⁵ Die bisher ständisch strukturierte Territorialverwaltung wurde jedenfalls in Teilen durch ein geschultes Beamtentum ersetzt. *Schröder-Künßberg*, Deutsche Rechtsgeschichte, 4. Periode, 1. Abschnitt, 1. Kap., § 66., S. 867 „... die praktische Rezeption durchzuführen. Erst gegen Mitte des 15. Jh. war die Zeit dazu reif geworden, als die Rechtsgelehrten nicht nur in der Beratung des Königs, sondern auch an den Fürstenhöfen zu maßgebendem Einfluß gelangt waren. Wie die Könige sich der Juristen bedient hatten, um dem Papst und den italienischen Städten, dann auch den deutschen Reichsständen gegenüber ihre Kronrechte zu verteidigen, so wurde die Berufung von Rechtsgelehrten für die Fürsten vielfach ein Mittel, die ständisch geordnete Landesverwaltung durch die Einfügung eines geschulten Beamtentums zu durchbrechen und den modernen Staat vorzubereiten. ...“ und *Laband*, Bedeutung der Rezeption für das deutsche Staatsrecht, S. 47 „... Die Beamten treten an die Stelle der Vassallen und Stände. Durch sie unterwirft der Landesherr sich wieder das Gericht, durch sie wird die Rechtspflege wieder zur Staatsaufgabe. ...“.

³⁵⁶ *Laband*, Bedeutung der Rezeption für das deutsche Staatsrecht, S. 57 „... Mit dem 15ten Jahrhundert beginnt jene merkwürdige Veränderung des gesamten Deutschen Rechtes, die man mit dem Namen der Rezeption des Römischen Rechts bezeichnet; sie ist der eigenthümlichste und wichtigste Vorgang, den die Rechtsgeschichte aufzuweisen hat; sie bildet für die historische Betrachtung einen Gegenstand von unerschöpflicher Vielseitigkeit; sie ragt durch ihre Bedeutung weit hinaus über das Gebiet der Jurisprudenz; sie kann als ein Gegenstück der Reformation bezeichnet werden. ...“.

³⁵⁷ In: *ders.*, Studien zur Deutschen Kulturgeschichte, 2. Buch, 4., S. 338.

³⁵⁸ Die institutionelle und rechtliche Festigung der Territorialstaaten war jedoch nicht die unmittelbare Folge der Anwendung des Römischen Rechtes durch die Juristen. *Willoweit*, Rechtsgrundlagen der Territorialgewalt, 1. Teil, II., 1., S. 112 „... Eine juristische Grundlegung der territorialen Herrschaft ist dem römischen Recht jedoch nicht gelungen. ... Das römische Recht vermag ein in sich geschlossenes System der territorialen Herrschaftsgewalten nicht hervorzubringen und bleibt daher auf die lehenrechtlichen Regalienlehre angewiesen. ...“, insg., S. 109-113.

deutschen Territorialgewalten, den Landesherren und den Städten, in mannigfach abgestuftem Umfang. ...³⁵⁹

Jordan, Herzogtum und Stamm in Sachsen während des hohen Mittelalters:

„... das Neue des spätmittelalterlichen Staates liegt vor allem im Ausbau der Institutionen; man sollte deshalb besser vom ‚institutionellen Flächenstaat‘ sprechen, in dem sich eine staatliche Intensivierung vollzieht. Es handelt sich bei diesem Prozeß nicht so sehr darum, daß dem Reiche etwas genommen und dieses dann den Territorien gegeben wird, sondern es diesen Territorien entsteht ein Mehr an staatlicher Gewalt, das bis dahin in dieser Form nicht vorhanden war.
...³⁶⁰

und *Bader*, Territorialbildung und Landeshoheit:

„... Man kann daher, und im folgenden wird sich dies noch zeigen, mit gutem Recht sagen, daß die Ausbildung der Territorialherrschaften das Reich nicht etwa nur schwächte, sondern zu einem Teil auch festigte: dort nämlich, wo jetzt selbständige Ordnungsfunktionen von den Teilgewalten übernommen wurden, die das Reich als solches niemals mit gleicher Intensität erfüllen konnte. ...³⁶¹

eee) Die Gerichtsprivilegien

Die in der Goldenen Bulle von 1356 den weltlichen und geistlichen Kurfürsten für ihre Kurländer zuerkannten privilegia de non appellando illimitata³⁶² waren diesen, angesichts der Rechtsunsicherheit ihrer Fortgeltung, später bestätigt und wieder erteilt worden.³⁶³

³⁵⁹ I. Band, 3. Abschnitt, 1. Kap., § 30., S. 142.

³⁶⁰ *NJb*, XXX. Band, Aufsätze, S. 3.

³⁶¹ *BdL*, 90. Jahrg., S. 119.

³⁶² Die appellatio hatte sich während der 2. Hälfte des 15. Jahrhunderts in den weltlichen Verfahren durchgesetzt. Es ersetzte und erfasste die deutschrechtliche Urteilsschelte: Vorwurf von Rechtsbeugung, zuerst durch Gottesurteil vor dem erkennenden Gericht und später durch Anrufung einer höheren Instanz unter Billigkeitsgesichtspunkten. In den lateinischen Texten war ein eigener Ausdruck für die Urteilsschelte nicht vorhanden (*U. Eisenhardt*, Die Bedeutung der kaiserlichen privilegia de non appellando für die Entstehung der deutschen Territorialstaaten, 8., in: *Die kaiserlichen privilegia de non appellando*, Teil I, S. 32-33).

³⁶³ Umstritten war insbesondere, ob die in der Goldenen Bulle zuerkannten privilegia de non appellando sich allein auf das damalige königliche Hofgericht oder sich auch auf die nachgefolgten Kammergericht, Reichskammergericht und Reichshofrat bezogen. Dies, obgleich § 31 der Reichskammergerichtsordnung von 1495 die salvatorische Klausel enthielt „Item mit disen Ordnungen und Satzungen sol sunst niemand sein Oberkait, Privilegia, Freyhait benomen und abgeschniten, sonder vorbehalten sein, ...“ (*Zeumer*, Quellensammlung, 2. Teil, Nr. 174., S. 291 und *U. Eisenhardt*, Die Bedeutung der kaiserlichen privilegia de non appellando für die Entstehung der deutschen Territorialstaaten, 10, in: *Die kaiserlichen privilegia de non appellando*, Teil I, S. 40-45).

Erzbischof von Mainz: illimitatum – 1654 (*Die kaiserlichen privilegia de non appellando*, Teil III, 31, S. 255-257); Erzbischof von Köln: limitata – 1570, 1575, 1613, illimitatum – 1653 (*ebd.*, Teil II A, 30-30.4, S. 93-94, Teil III, 25 u. 26, S. 234-240); Erzbischof von Trier: limitatum – 1562, illimitatum – 1721 (*ebd.*, Teil II A, 70-71.1, 70.3, S. 120); Pfalzgraf bei Rhein: limitata – 1518, 1520, 1521, 1541, 1566, 1578, 1612, illimitatum –

Nach 1500 erhielten weitere bedeutende weltliche und geistlichen domini terrae die nunmehrigen privilegia de non appellando limitata³⁶⁴ durch Einzelverleihungen.³⁶⁵ Im

1652 (*ibd.*, Teil II A, 51.2-51.5, 51.7-51.9, S. 109-110, Teil III, 42 u. 43, S. 298-304); Herzog von Sachsen: illimitata – 1559, 1566, 1578, 1587, 1593, 1602, 1638, 1660, 1687, 1702, 1715 (*ibd.*, Teil II A, 60-60.12, S. 114-116); Markgraf von Brandenburg: illimitata – 1586, 1599, 1615, 1622, 1638, 1642, 1661, 1699, 1715 (*ibd.*, Teil II A, 6-6.8, 6.11, S. 73-74); Herzog von Baiern: illimitata – 1628, 1638, 1652, 1658 (*ibd.*, Teil III, 8, S. 166-169, Teil II A, 4.12-4.14, S. 72); Herzog von Braunschweig-Lüneburg: illimitata – 1716, 1718, 1747 (*ibd.*, Teil II A, 8.9-8.11, S. 78-79, Teil III, 10 u. 11, S. 171-179).

³⁶⁴ Bei dem allgemeinen Verbot der appellatio an die Reichsgerichte konnte eine solche bei Vorliegen einer Appellationssumme, welche der anfängliche Streitwert der 1. Instanz war erfolgen. Zuerst einzeln bestimmt, legte die Kammergerichtsordnung von 1521, Tit. XXV, § 1: 50 Gulden (*Neue und vollstaendigere Sammlung der Reichs=Abschiede*, II. Theil, S. 179-194 (187), der Reichsabschied von Speyer 1570: 150 Gulden und der Abschied des Deputationstages von Speyer 1600, § 14: 300 Gulden fest (*ibd.*, III. Theil, S. 471-498 (476).

Hiervon nicht betroffen waren die Streitkomplexe bei denen die appellatio grundsätzlich ausgeschlossen war: Leibesbeschädigungen und Handels- und Bausachen.

³⁶⁵ Erzbischof von Salzburg: limitatum – 1777 (*Die kaiserlichen privilegia de non appellando*, Teil III, 45, S. 307-310); Erzbischof von Magdeburg: limitata – 1558 (*ibd.*, Teil II A, 36-36.1, S. 100); Bischof von Würzburg: limitata – 1530, 1550, 1586, 1637 (*ibd.*, Teil II a, 79, 79.2-79.4, S. 124, Teil III, 52, S. 336-338); Bischof von Passau: limitata – 1521, 1614 (*ibd.*, Teil II A, 49-49.3, S. 108, Teil III, 41, S. 295-298); Bischof von Trient: limitata – 1564, 1597, 1614 (*ibd.*, Teil II A, 69-69.3, S. 119); Bischof von Brixen: limitata – 1564, 1577 (*ibd.*, Teil II A, 11-11.2, S. 81); Bischof von Lüttich: limitata – 1518, 1521, 1530, 1545, 1562, 1571, 1605, 1721, 1765 (*ibd.*, Teil II A, 35-35.9, S. 98-100); Bischof von Merseburg: limitatum – 1561 (*ibd.*, Teil II A, 41-41.1, S. 104).

Herzog von Baiern: limitata – 1480, 1517, 1521, 1559, 1565, 1577, 1580, 1597, 1613 (*ibd.*, Teil II A, 4-4.9, S. 71-72), illimitata – 1620, 1628 (*ibd.*, Teil III, 7 u. 8, S. 163-169); Herzogtümer Magdeburg, Kleve, Pommern, Fürstentümer Halberstadt, Minden, Camin, Grafschaften Mark und Ravensberg (König in Preußen zugehörend): limitata – 1702, 1706, illimitatum – 1746 (*ibd.*, Teil II A, 6, 6.9-6.10, 6.13, S. 73, 74-75); Stadt Stettin einschließlich des Distriktes zwischen der Oder und Peene mit den Inseln Usedom und Wollin (König in Preußen zugehörend): illimitata – 1733, 1746 (*ibd.*, Teil II A, 6.12-6.13, S. 75); Herzog von Pfalz-Neuburg: limitata – 1578, 1612 (*ibd.*, Teil II A, 51, 51.6, 51.8, S. 109-110); Herzogtum Zweibrücken (seit 1799 dem Pfalzgraf bei Rhein zugehörend): illimitatum – 1764 (*ibd.*, Teil II A, 51.11, S. 110); Herzog von Jülich, Kleve und Berg: limitata – 1530, 1546, 1559, 1566, 1576 (*ibd.*, Teil II A, 27-27.5, S. 92), Jülich und Berg (seit 1614 Pfalz-Neuburg zugehörend): limitatum – 1724, illimitatum – 1764 (*ibd.*, Teil II A, 51, 51.10 u. 51.11, S. 109-110, 27, S. 92); Markgrafen von Brandenburg-Ansbach und Brandenburg-Bayreuth: limitata – 1516, 1521, 1541, 1627, 1638, 1663 (Bayreuth), 1667 (Bayreuth), (*ibd.*, Teil II A, 7-7.7, S. S. 75-76); Herzöge von Braunschweig-Lüneburg, -Wolfenbüttel, -Calenberg: limitata – 1562 (Wolfenbüttel), 1566 (Lüneburg), 1578 (Wolfenbüttel), 1597 (Wolfenbüttel), 1638, 1648 (Lüneburg, Calenberg, Wolfenbüttel) (*ibd.*, Teil II A, 8-8.7, S. 76-78); Herzog von Pommern: limitata – 1544, 1606 (*ibd.*, Teil II A, 52-52.2, S. 111); Herzöge von Mecklenburg-Schwerin und Güstrow: limitata – 1569, 1621, 1623, 1651, 1756 (Schwerin) (*ibd.*, Teil II A, 39-39.3, 39.6, 39.8, S. 101-103, Teil III, 33, S. 263-269); Herzog von Wirtemberg: nicht ausdrücklich erteilte privilegia: limitata – 1555, 1566, 1571 (*ibd.*, Teil II A, 79-79.4, S. 123); Landgraf von Hessen-Kassel: limitata – 1573, 1578, 1650, illimitata – 1742, 1791 (*ibd.*, Teil II A, 20-20.4, 20.6, S. 86-87, Teil III, 22, S. 223-229); Landgraf von Hessen-Darmstadt: limitata – 1573, 1578, 1630, 1631, 1633, illimitatum – 1747 (*ibd.*, Teil II A, 21-21.7, S. 87-88, 21.9, S. 89); Landgraf von Hessen-Marburg: limitata – 1573, 1578 (*ibd.*, Teil II A, 23-23.2, S. 89); Landgraf von Hessen-Rheinfels: limitata – 1573, 1578 (*ibd.*, Teil II A, 22-22.2, S. 89); Herzöge von Holstein: limitata – 1570, 1578, 1617, 1621, 1638 (*ibd.*, Teil II A, 25-25.6, S. 90-91); Grafen von Oldenburg und Delmenhorst: limitatum – 1637 (*ibd.*, Teil III, 40, S. 291-295); Fürst von Nassau für Nassau-Oranien: limitatum – 1750 (*ibd.*, Teil III, 34, S. 269-274); Grafschaft Ostfriesland (König in Preußen zugehörend): illimitatum: 1750 (*ibd.*, Teil II A, 6.14, S. 75); Fürst von Schwarzburg-Rudolstadt: limitatum – 1710 (*ibd.*, Teil II A, 63-63.1, S. 116); Grafen zu Schwarzburg-Sonderhausen: limitata – 1691, 1697 (*ibd.*, Teil II A, 64-64.2, S. 117); Graf von Lippe: limitatum – 1593 (*ibd.*, Teil II A, 33-33.2, S. 97); Grafen Reussen von Plauen: limitata – 1611, 1613, 1621, 1638 (*ibd.*, Teil II A, 55-55.5, S. 112-113); Graf von Hanau-Münzenberg: limitatum – 1606 (*ibd.*, Teil III, 21, S. 219-223), (seit 1736 zu Hessen-Kassel) illimitatum – 1791 (*ibd.*, Teil II A, 18, 20, 20.6, S. 86-87); Graf von Öttingen: limitatum – 1570 (*ibd.*, Teil II A, 47-47.1, S. 107-108); Fürsten von Waldeck: limitata – 1619, 1751 (*ibd.*, Teil II A, 74-74.1, S. 121, Teil III, 50, S. 329-333); Graf von Neuenahr und Mörs: limitata – 1560, 1566 (*ibd.*, Teil III, 35, S.274-276, II A, 44, 44.2, S. 104-105); Graf von Rantzau: limitatum – 1650 (*ibd.*, Teil II A, 53-53.1, S.

Westfälischen Frieden waren die privilegia de non appellando den Reichsständen als unantastbar erklärt³⁶⁶ und der Krone Schweden für die an sie gelangten Herzogtümer Bremen, Verden³⁶⁷ Vorpommern, Fürstentum Rügen³⁶⁸ privilegia de non appellando illimitata zugesprochen worden.³⁶⁹

Das ius de non evocando, das den weltlichen und geistlichen Kurfürsten gleichfalls in der Goldenen Bulle zuerkannt worden war,³⁷⁰ war danach den meisten weltlichen und geistlichen domini terrae vergeben worden.³⁷¹

Das Privilegium der Befreiung von fremder Gerichtsbarkeit, womit die Untertanen der domini terrae bereits in der 1. Instanz nicht vor das Gericht eines anderen dominus oder des Königs geladen werden konnten,³⁷² hatte die Mehrzahl der weltlichen³⁷³ und geistlichen domini terrae³⁷⁴ im 14. und 15. Jahrhundert verliehen erhalten.

111-112); Freiherr von Paumgarten: limitatum – 1552 (*ebd.*, Teil II A, 50-50.1, S. 108); Graf von Manderscheid: limitatum – 1583 (*ebd.*, Teil II A, 38-38.1, S. 100). Markgraf von Baden: – 1475 umstritten (*ebd.*, Teil III, 5, S. 157-160).

³⁶⁶ Art. V § 56, Satz 7 IPO „Caetera in aulico non minus quam in camerae imperialis ... privilegia de non appellando statibus imperii illibata sunt nec per mandata aut commissiones aut avocationes aut quovis alio modo turbantur.“ (*Instrumenta Pacis Westphalicae, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 45*).

³⁶⁷ Säkularisiertes vormaliges Erzstift Bremen und säkularisiertes vormaliges Hochstift Verden (unten, S. 972).

³⁶⁸ Unten, S. 962-963.

³⁶⁹ Art. X § 12 IPO (*Instrumenta Pacis Westphalicae, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 53*).

³⁷⁰ Oben, S. 405.

³⁷¹ Zuerst nur die konkurrierende Gerichtsbarkeit des Königs von seiner Anwesenheit am Wohnort des Beklagten abhängig gemacht (*Franklin, Das Reichshofgericht im Mittelalter, II. Band, 2. Buch, I., S. 5-6*), machte das ius de non evocando seit Rudolf I. (1273-1291) die völlige Befreiung von der Ladung des königlichen Hofgerichtes aus und waren privilegia de non evocando bis in die Mitte des 14. Jahrhunderts neben den Kurfürsten an viele weltliche und geistliche domini terrae vergeben worden (*Franklin ebd.*, S. 6-10). Nach der Goldenen Bulle erhielten insbesondere durch Kaiser Karl IV. (1346 (1355)- 1378) und seinen Nachfolgern nahezu alle Reichsfürsten, viele gräfliche Häuser, Herren, zahlreiche Stifter das Privileg (*Franklin ebd.*, S. 10-11; *Schröder-Künßberg, Deutsche Rechtsgeschichte, Dritte Periode, 2. Kap., § 49., 1., S. 594* und *Pütter, Beytraege zum Teutschen Staats- und Fürsten-Rechte, I. Theil, XIV., §. 4.-§. 6., S. 218-220*).

³⁷² U. *Eisenhardt, Die Bedeutung der kaiserlichen privilegia de non appellando für die Entstehung der deutschen Territorialstaaten, 8., in: Die kaiserlichen privilegia de non appellando, Teil I, S. 28-37 (28, 36-37)*.

³⁷³ Grafschaft Cleve – 19. 2. 1349 (*Battenberg, Die Gerichtsstandsprivilegien der deutschen Kaiser und Könige, I. Teilband, Regesten, 521, S. 291*); Herzogtümer Lothringen, Brabant und Grafschaft Limburg – 27. 2. 1349 (*ebd.*, 522, S. 291-292); Gräfin von Hohenberg – 20. 6. 1349 (*ebd.*, 531, S. 295); Königreich Böhmen oberpfälzische Gebiete – 5. 4. 1355 (*ebd.*, 591, S. 322-324); Gräfin von Nassau – 16. 10. 1356 (*ebd.*, 630, S. 342-343); Herr von Aspermont – 27. 7. 1360 (*ebd.*, 658, S. 359); vorderösterreichische Territorien – 3. 8. 1361 (*ebd.*, 682, S. 368-369); Grafschaft Württemberg – 5. 10. 1361 (*ebd.*, 684, S. 370); Herzogtum Baiern – 15. 1. 1362 (*ebd.*, 693, S. 375-376); Grafschaft Helfenstein – 15. 3. 1363 (*ebd.*, 700a, S. 379-380); Burggraftchaft Nürnberg – 17. 3. 1363 (*ebd.*, 701, S. 380); Grafschaft Montfort – 12. 9. 1370 (*ebd.*, II. Teilband, Regesten, 756, S. 408-409); Grafschaften Laufenburg und Klettgau – 24. 10. 1373 (*ebd.*, 788, S. 422-423); Grafschaft Werdenberg – 16. 10. 1379 (*ebd.*, 851, S. 455); Grafschaft Zollern – 5. 9. 1382 (*ebd.*, 907, S. 474-475); Grafschaft Heiligenberg – 19. 11. 1382 (*ebd.*, 908, S. 475-476); Grafschaften Holland, Seeland, Friesland – 26. 1. 1384 (*ebd.*, 912, S. 478); Erblande des Hauses Luxemburg – 13. 12. 1386 (*ebd.*, 927, S. 487-488); Markgraftchaft Baden – 18. 8. 1387 (*ebd.*, 933, S. 491-492); Markgraftchaft Hachberg – 13. 5. 1397 (*ebd.*, 977, S. 514-515); Grafschaft Falkenstein – 8. 10. 1397 (*ebd.*, 978, S. 515); Graf Truchseß von Waldburg – 15. 8.

Mit der in § 29 der Reichskammergerichtsordnung von 1495 erfolgten Festlegung, dass jeder Untertan in der 1. Instanz der Rechtsprechung den für ihn zuständigen ordentlichen Gerichten seines Landesherrn unterworfen sein soll,³⁷⁵ waren das *ius de non evocando* und das Privileg der Befreiung von fremder Gerichtsbarkeit zu einem allgemeinen Rechtsgrundsatz der Reichsverfassung geworden.³⁷⁶ Auch der Westfälische Frieden hatte sie für unantastbar erklärt.³⁷⁷

1401 (*ebd.*, 1048, S. 553); Herzog von Teck – 14. 4. 1406 (*ebd.*, 1097, S. 578-579); Landgrafschaft Stühlingen – 25. 3. 1408 (*ebd.*, 1116, S. 589-590); Grafschaft Toggenburg – 23. 3. 1415 (*ebd.*, 1168, S. 618-619); Pfalzgrafen von Mosbach – 10. 5. 1417 (*ebd.*, 1208, S. 644); Pfalzgraf von Neumarkt – 1. 8. 1417 (*ebd.*, 1217, S. 649-650); Graf von Hohenlohe – 27. 6. 1418 (*ebd.*, 1230, S. 657-658); Freiburger Grafen im Breisgau – 14. 7. 1418 (*ebd.*, 1231, S. 658-659); Grafschaft Wertheim – 28. 7. 1422 (*ebd.*, 1251, S. 668-669); Kurfürst von Sachsen – 25. 3. 1423 (*ebd.*, 1259, S. 674); Grafschaft Fürstenberg – 19. 1. 1425 (*ebd.*, 1270, S. 680-681); Grafschaft Hanau – 15. 6. 1434 (*ebd.*, 1359, S. 734-735); Grafschaft Katzenellenbogen – 29. 7. 1442 (*ebd.*, 1445, S. 784-785); Grafschaft Limburg – 13. 8. 1442 (*ebd.*, 1459, S. 792-793); Grafen von Kirchberg – 22. 1. 1443 (*ebd.*, 1488, S. 809-810); Grafschaft Leiningen – 28. 5. 1447 (*ebd.*, 1508, S. 821-822); Pfalzgraf zu Simmern – 15. 6. 1448 (*ebd.*, 1517, S. 828).

³⁷⁴ Hochstift Bamberg – 24. 11. 1331 (*Battenberg*, Die Gerichtsstandsprivilegien der deutschen Kaiser und Könige, I. Teilband, Regesten, 386, S. 233); Erzstift Trier – 23. 8. 1332 (*ebd.*, 395, S. 236-237); Kloster Heilsbronn – 17. 1. 1346 (*ebd.*, 457, S. 263); Erzstift Köln – 22. 6. 1346 (*ebd.*, 463, S. 266); Hochstift Straßburg – 4. 1. 1348 (*ebd.*, 508, S. 285); Hochstift Speyer – 2. 4. 1349 (*ebd.*, 525, S. 293); Hochstift Eichstätt – 13. 4. 1350 (*ebd.*, 547, S. 303); Abtei Reichenau – 16. 10. 1353 (*ebd.*, 563, S. 309); Kloster Salem – 24. 2. 1354 (*ebd.*, 576, S. 316); Kloster Erbach – 17. 3. 1363 (*ebd.*, 703, S. 381-382); Hochstift Augsburg – 7. 9. 1366 (*ebd.*, 736, S. 397-398); Kloster Bronnbach – 21. 1. 1367 (*ebd.*, 744, S. 402); Kloster Kaisheim – 18. 2. 1370 (*ebd.*, II. Teilband, Regesten, 753, 754, S. 406-407); Kloster Lützel im Oberelsass – 18. 2. 1370 (*ebd.*, 755, S. 407-408); Kloster Einsiedeln – 5. 8. 1375 (*ebd.*, 803, S. 430); Erzstift Salzburg – 22. 4. 1381 (*ebd.*, 898, S. 471); Kloster Ochsenhausen – 11. 10. 1397 (*ebd.*, 979, S. 516); generell für die Niederlassungen des Deutschen Ordens – 19. 8. 1402 (*ebd.*, 1071, S. 564); Hochstift Konstanz – 23. 6. 1415 (*ebd.*, 1189, S. 633); Kloster Neuburg im Unterelsass – 3. 5. 1417 (*ebd.*, 1206 a, S. 643-644); Abt von Fulda – 13. 6. 1417 (*ebd.*, 1214, S. 647) – Kloster Rot an der Rot: 13. 11. 1430 (*ebd.*, 1290, S. 690); Kloster Ursberg – 12. 7. 1433 (*ebd.*, 1312, S. 705-706); Kloster Sankt Blasien – 22. 12. 1433 (*ebd.*, 1335, S. 719); Kloster Lorch – 11. 7. 1442 (*ebd.*, 1428, S. 777); Kloster Königfelden im Aargau – 20. 10. 1442 (*ebd.*, 1474, S. 799); Hochstift Basel – 15. 11. 1442 (*ebd.*, 1478, S. 801-802); Kloster Königsbronn – 31. 3. 1446 (*ebd.*, 1498, S. 815).

³⁷⁵ „Item ain yeder sol sein Untertanen in sein ordentlichen Gerichten, Rechten und Oberkaiten beleiben lassen und halten nach ains yeden Fürstenthumbs, Graveschafft, Herrschafft und Oberkait loblichem Herkomen und Geprauchungen.“ (*Zeumer*, Quellensammlung, 2. Teil, Nr. 174., S. 290). Danach bestätigt in der Reichskammergerichts-Ordnung von 1555, ander Theil, I. (*Neue und vollstaendigere Sammlung der Reichs=Abschiede*, III. Theil, S. 43-136 (80)).

³⁷⁶ *Pütter*, Beytraege zum Teutschen Staats=und Fuersten=Rechte, I. Theil, XIV., §. 6., S. 220 „Endlich erfolgte in der Cammergerichtsordnung 1495. tit. 25. die allgemeinen Verordnung: die Unterthanen in ihren ordentlichen Gerichten bleiben zu lassen; womit in der That, das *ius de non evocando* zu einer allgemeinen reichsstaendischen Gerechtsame geworden ist.“

Die nach 1495 noch weiter durch Einzelverleihungen vergebenen *privilegia de non evocando*: Grafen von Erbach – 1531, Grafen von Castell – 1566, Fürst zu Salm/ Rheingrafen – 1495/1629, Grafen von Wittgenstein – 1606, Grafen von Wied – 1653 (*Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band VIII, 1. Theil, 1. Buch, 5. Cap., §. 10., S. 174-175), zeigen, dass es neben dem Reichskammergericht und dem Reichshofrat noch die kaiserlichen Landgerichte – zu Würzburg (Herzogtum Franken), zu Nürnberg, an der Pürß (Oberschwaben), zu Rottweil gab – mit 1. instanzlichen Zuständigkeiten, und berechtigt, bei ihnen aus anderen Bezirken anhängig gemachten Rechtssachen zu entscheiden –, für welche das *ius de non evocando* nicht auf Grund der Reichsgesetze ausgeschlossen war. Die von diesen 1. instanzlichen Reichsgerichten erfassten Landesherrn mussten durch Einzelprivilegien die Befreiungen von ihrer Gerichtsbarkeit erhalten (*Pütter ebd.*, § 7, S. 220-221).

³⁷⁷ Art. V § 56, Satz 7 IPO „Caetera in aulico non minus quam in camerae imperialis iudicio privilegium primae instantiae, ... statibus imperii illibata sunt nec per mandata aut commissiones aut avocationes aut quovis alio modo turbantur.“ (*Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suevicum ..., S. 45).

Die Gerichtsprivilegien,³⁷⁸ insbesondere das *ius de non appellando*,³⁷⁹ bewirkten in den weltlichen und geistlichen Territorien den weiteren Ausbau der dortigen Gerichtsbarkeiten.³⁸⁰

U. Eisenhardt, Die Bedeutung der kaiserlichen *privilegia de non appellando* für die Entstehung der deutschen Territorialstaaten:

„... Für den Ausbau der landesherrlichen Gerichtsgewalt kommt seit dem Ende des 15. Jahrhunderts den *privilegia de non appellando* die größte Bedeutung zu.“³⁸¹
...

Da die Gerichtsgewalt die primäre Ursache und den wichtigsten Bestandteil der landeshoheitlichen Gewalten darstellte, waren die Gerichtsprivilegien für die weitere funktionelle Ausbildung der Landeshoheit in den weltlichen und geistlichen Territorien von größter Bedeutung.

W. Näf, Frühformen des „modernen Staates“ im Spätmittelalter:

„...; die aus dem königlichen Schatz erworbenen Rechte – Regalia und höchste Gerichtsrechte wie die ‚*privilegia de non appellando* und *de non evocando*‘ – erlaubten dem ‚*dominus terrae*‘, die Schwelle vom Territorium zum Territorialstaat zu überschreiten. ...“³⁸²

³⁷⁸ Neben den *privilegia de non appellando* et *de non evocando* gab es noch: das Exemptionsprivileg, die gänzliche Ausschließung von einzelnen Gebieten des Reiches von der höchsten Reichsgerichtsbarkeit: Österreich, Böhmen, Niederlande, Luxemburg, Lothringen, Schweiz, einzelne Gebiete in Italien (*U. Eisenhardt*, Die Bedeutung der kaiserlichen *privilegia de non appellando* für die Entstehung der deutschen Territorialstaaten, 2., in: *Die kaiserlichen privilegia de non appellando*, Teil I, S. 9-10); das *privilegia electoris fori*, der begünstigte Landesherr hat das Recht, dasjenige Reichsgericht – Reichskammergericht: 1495, Reichshofrat: 1498 – zu bestimmen, vor welchem er verklagt werden kann.

³⁷⁹ Zur hervorgehobenen Bedeutung des *privilegium de non appellando* *U. Eisenhardt*, Die Bedeutung der kaiserlichen *privilegia de non appellando* für die Entstehung der deutschen Territorialstaaten, 13., d) „... Mit der Verleihung der *privilegia de non appellando* an die Reichsstände begab sich der Kaiser eines Teils seiner Rechte, behauptete aber dennoch seine Stellung als oberster Gerichtsherr im Reich. Das kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Vergabe von Appellationsprivilegien weit stärker als die Befreiungen vom Evokationsrecht einen weitgehenden Verzicht des Königs auf die eigentliche Kontrolle der Rechtspflege bedeutete“²⁸¹. ...“; b) „... Je umfangreicher das *privilegium de non appellando* war, das der Kaiser einem Reichsstand verlieh, desto eigenständiger und stärker ausgeprägt war die Landesherrschaft. ...“ (*Die kaiserlichen privilegia de non appellando*, Teil I, S. 60, 54).

³⁸⁰ Insbesondere: Hinwendung zur Ausbildung und zur Anwendung von eigenem territorialem Recht und zur Einrichtung von territorialen Obergerichten und Verfahrensordnungen (*U. Eisenhardt*, Die Bedeutung der kaiserlichen *privilegia de non appellando* für die Entstehung der deutschen Territorialstaaten, 13., c), d), in: *Die kaiserlichen privilegia de non appellando*, Teil I, S. 55-57, 57-60).

³⁸¹ 1., in: *Die kaiserlichen privilegia de non appellando*, Teil I, S. 4, insg., 13., b), S. 54-55.

³⁸² In: *Die Entstehung des modernen souveränen Staates*, 2. Teil, S. 110.

U. Eisenhardt, Die Bedeutung der kaiserlichen *privilegia de non appellando* für die Entstehung der deutschen Territorialstaaten, 2. „... Seit dem Ende des 15. Jahrhunderts kommt den *privilegia de non appellando* für den Ausbau der landesherrlichen Gewalt die größte Bedeutung zu. ...“, 13., e) „... Je stärker sich eine vom Reich immer unabhängiger werdende Rechtspflege in den Territorien herausbildete, desto stärker verlagerte sich ein

fff) Die Mitwirkungsrechte der Landstände

Aus der Lehnskurie der Fürsten und der vasallitischen Pflicht zur Beratung³⁸³ ihrer Herren, gingen Versammlung der Stände hervor.³⁸⁴ In der von König Heinrich VII. im Jahre 1231 auf dem Reichstag zu Worms erlassenen³⁸⁵ *sententia de iure statutum terrae* wurde *den domini* die Verpflichtung auferlegt, nur unter Mitwirkung der *meliores et maiores terrae* Gesetzen zu erlassen und neues Recht zu schaffen.³⁸⁶

Nach der Konsolidierung der Landstände im 13. und 14. Jahrhundert³⁸⁷ entfalteten sie im 15. und 16. Jahrhundert, bedingt auch durch den in den Territorien erweiterten Aufgabenbereich³⁸⁸ ihre Macht³⁸⁹ im dualistischen Ständestaat.³⁹⁰

ständig wachsender Anteil des wirklichen Staatslebens in die Territorien und Städte. In demselben Maße, in dem sich die Gerichtsgewalt der Territorien und Städte vergrößerte, wuchs die Unabhängigkeit der Territorialgewalten. ...“ (*Die kaiserlichen privilegia de non appellando*, Teil I, S. 11, 62).

Zu den Privilegien der Befreiung von fremder Gerichtbarkeit *Willoweit*, Die Territorialisierung der Blutgerichtsbarkeit im späten Mittelalter, 3. Als bemerkenswert und erklärungsbedürftig ist die Dauer dieses Privilegierungsprozesses über einen Zeitraum von weit über hundert Jahren hinweg festzuhalten, ... Mit einiger Gewißheit aber kann man sagen, daß die aus den Gerichtsstandprivilegien zu entnehmende Territorialisierungstendenz erst um die Wende zum 14. Jahrhundert einsetzt, sich seitdem aber kontinuierlich und weitestgehend unumkehrbar ... fortsetzt. ...“ (*Wirtschaft – Gesellschaft – Mentalitäten im Mittelalter*, Mittelalterliche Gesellschaft zwischen Konflikt und Konsens, S. 253).

³⁸³ Vasallitische Pflicht zum Schutz und Schirm mit Rat und Hilfe ihres Herren.

³⁸⁴ *Mitteis*, Der Staat des hohen Mittelalters, 4. Teil, Kap. 28, IV., 2., S. 360.

³⁸⁵ Am selbigen Tag 1. Mai 1231 gestand König Heinrich VII. den weltlichen und geistlichen Fürsten das nachherige Statutum in favorem principum zu (oben, S. 398).

³⁸⁶ „... si aliquis dominorum terre aliquas constitutiones vel nova iura facere possit, melioribus et maioribus terre minime requisitis. ...“ (*MGH*, Const, Tomus II., N^o 305., p. 420 (Z 24-25)).

³⁸⁷ *F. Kern*, Gottesgnadentum und Widerstandsrecht, III., § 10., S. 238 „... Erst das Ende des 13. Jahrhunderts⁵¹² brachte die wirklichen Anfänge des Ständestaats; ...“ und *Spangenberg*, Vom Lehnstaat zum Ständestaat, Kap. II., S. 36 „... Die Emanzipation der Stände von der Landesherrschaft kam zwar erst im 14. Jahrhundert zu einem gewissen Abschluß. ...“, Kap. III., S. 45 „... Ein Ständestaat bestand in seinen wesentlichen Eigentümlichkeiten schon am Ende des 13. Jahrhunderts. Aber noch lange Zeit währte es, bis Regierung und Gesellschaft sich zu einer dauernden Verfassungsform einzurichten wußten. ...“.

³⁸⁸ *Näf*, Die Epochen der neueren Geschichte, I. Band, 1. Abschnitt, 3. Kap., A., I., 4., S. 167 „... Der Kreis der Staatsobliegenheiten dehnte sich: Zur Rechtspflege, zur Verwaltung von Domainen und Regalien, zur zunehmend wichtigen Finanzverwaltung trat das, was man die Polizei nannte, das heißt die staatliche Leitung oder Kontrolle von Angelegenheiten, die bereits die Wohlfahrt der Einzelnen und ihrer Gesamtheit betrafen: Lebensmittelversorgung, Seuchenbekämpfung, Verkehrsfragen. Das Reich stand all dem hilflos gegenüber; in Deutschland erhob sich nur der Partikularstaat zur Einsicht, daß die Staatsleitung für das Ganze der Einwohnerschaft verantwortlich sei; nur er gelangte infolgedessen zu verwaltender Tätigkeit. ...“.

³⁸⁹ *Näf*, Staat, Gesellschaft, Wirtschaft im Zeitalter der Renaissance „... verändert sich – eben im 15. Jahrhundert – auch die Lehensordnung im Einzelstaat: Der feudale Territorialstaat wird zum Ständestaat, das heißt die Inhaber von Lehen und Privilegien bilden Korporationen, Stände im politischen Sinne, die der fürstlichen Gewalt als Gesamtfaktor gegenüberreten. Am wichtigsten war in den Ständeversammlungen, den Landtagen fast aller Territorien der Adel, und er ist feudalen Ursprungs, nach Mentalität und Lebensweise an die Tradition eines ausgesprochenen Geburtsstandes gebunden, dem übrigens auch die politisch berechtigte Geistlichkeit weithin angehörte. ...“ (*ders.*, Staat und Staatsgedanke, S. 88-89). Im 14./15. Jahrhundert ging in Frankreich der Aufstieg des Königtums zum nationalen Staatsgedanken parallel mit der Entstehung der Stände, den Provinzialversammlungen und den États Généraux, bei denen der König Consilium und Auxilium, Rat, Geldhilfe, moralischen Rückhalt fand (*Näf*, Staat, ..., in: *ebd.*, S. 79-82). In England entstand im 13./14.

Neben ihrem genuinen Recht zur Mitwirkung bei der Erhebung von Steuern³⁹¹ besaßen sie insbesondere die weiteren Befugnisse³⁹² zu gemeinsamen Bemühungen um den Landfrieden,³⁹³ zur Einbringung ihrer Gravamina auf den Landtagen,³⁹⁴ zur Mitwirkung bei

Jahrhundert als politischer Ausdruck des Ständetums das Parlament. Kennzeichen des englischen ständischen Dualismus war die Dreiteilung Krone, Lords und Commons, welche Krone und Commons sich gegen die eigentlichen Erben des Feudalismus, die Lords verbündeten (*Näf*, Staat, ..., in: *ebd.*, S. 84-86).

³⁹⁰ Fürst und Stände waren nicht zwei verschiedene Erscheinungsformen oder Organe derselben Staatsgewalt, sondern beide beruhten auf Eigenrechte (*Näf*, Die Epochen der neueren Geschichte, I. Band, 1. Abschnitt, 3. Kap., A., I., 4., S. 168-169).

³⁹¹ Das Bederecht der weltlichen und geistlichen Fürsten im 12. und 13. Jahrhundert, die allgemeine Gewohnheit im Falle einer Not außerordentliche Steuern auszuschreiben, bei Kriegs- und Landesnot, Verheiratung eines Kindes, Schwertleihe eines Sohnes, Gefangennahme eines Herzogs. Der Fürst behielt das Besteuerungsrecht, benötigte aber in diesen Bereichen die Zustimmung der Stände. Was darüber hinausging, konnten die Stände von sich aus frei entscheiden (*Spangenberg*, Vom Lehnstaat zum Ständestaat, Kap. III., S. 44-56). Sie erhielten im Laufe des 15./16. Jahrhunderts die Bewilligung von allgemeinen Landessteuern (Kap. VII., S. 140-141). Der Erzbischof von Magdeburg verzichtete im Jahr 1292 in einem mit dem Domkapitel abgeschlossenen Abkommen, gegen die Gewährung einer einmaligen freiwilligen Zahlung auf das Recht der Steuererhebung, nur bei Krieg oder Landesnot sollte mit Rat und Zustimmung des Kapitels und der Bürgerschaft ein dem Land erträgliche Steuer zu erheben sein (Kap. III., S. 49). *Spangenberg*, *ebd.*, „... Steuerbewilligung war das wichtigste Recht der Landstände, der ‚Eck- und Grundstein ihrer gesamten Macht- und Rechtsstellung‘. ...“ (Kap. VIII., S. 149, insg., S. 149-153). Der *Vergleich des Markgrafen Albrecht von Brandenburg mit den Landständen, 24. August 1472*: brandenburgische Stände fanden sich bereit, die landesherrlichen Schulden zu decken, bestimmten die Modalitäten dieser außerordentlichen Aufwendungen, beschränkten die Landbede auf die alten Fälle, darüber hinausgehende Forderungen an ihre Bewilligung (*Herrschaftsverträge des Spätmittelalters*, IV., S. 67-69 (68)). Der *Tübinger Vertrag, Herzog Ulrich von Württemberg mit der Landschaft, 8. Juli 1514*: Übernahme der herzoglichen Schulden durch die Landschaft: „Nemlich und zum ersten ... zugeen und beschehen.“ (*Herrschaftsverträge ebd.*, V., S. 71-77 (72-73)), die Stände stellten finanzielle Kriegshilfen nur in Aussicht bei einem Verteidigungskrieg, einem von ihnen gebilligten Krieg und der Gefangennahme eines regierenden Fürsten: „Der hauptkrieg halben, ... hertzog Ulrichs voreltern geschehen ist.“ (*Herrschaftsverträge ebd.*, V., S. 73).

³⁹² Die ständischen Mitwirkungsbefugnisse waren von zweierlei Art. Beschränkungen und Kontrolle der Herrschaft und Vertretungsbefugnis des Fürsten. Dies, bei den Bewilligungen von Steuern, Kriegsleistungen und bei Verfügungen über Güter und Rechte der Untertanen und Stände.

³⁹³ Die gemeinsamen Bemühungen der domini terrae und der Landstände den Landfrieden gegen die Fehden allmählich durchzusetzen (*O. Brunner*, Land und Herrschaft, V., 3., d), S. 433-435 und oben, S. 413-416). *K. Bosl*, Stände und Territorialstaat in Baiern im 14. Jahrhundert, IV., „...“, daß der Kreis derer, die die territorialbayerischen Landfrieden beschworen haben, der eigentliche Ausgangspunkt für den adeligen Stand der Landesherren war. Die erste Anregung dazu aber gab der niederbayerische Landfriede von 1255, der die Mitgaranten für Friede und Recht im Lande bestimmte. Zwischen 1255 und 1293 aber haben Kriege und Verwicklungen Macht und Ansehen der Landesherren bedeutsam gesteigert und den Landesherren immer abhängiger von ihnen gemacht. ...“ (*Der deutsche Territorialstaat im 14. Jahrhundert*, II. Band, 21., S. 354). Im Elsass waren die Landstände aus der mittelalterlichen Landfriedensbewegung hervorgegangen (*Spangenberg*, Vom Lehnstaat zum Ständestaat, Kap. VIII., S. 181-186). Joyeuse Entrée von Brabant, 3. Jan. 1356, Ziff. 8 „Ferner geloben wir, den Landfrieden zu halten und zu beschwören, so wie er aufgerichtet und geordnet ist.“ (*Herrschaftsverträge des Spätmittelalters*, III., S. 58 (S. 48: Originalflämisch)).

³⁹⁴ Das Recht auf den Landtagen ihre Gravamina einzubringen und durch Landtagsabschied ihre Erledigung zu erhalten (*G. Oestreich*, Ständetum und Staatsbildung in Deutschland, I., in: *ders.*, Geist und Gestalt des frühmodernen Staates, S. 280-281 und *Carsten*, Die Ursachen des Niedergangs der deutschen Landstände, in: *HZ*, CXCII. Band, Aufsätze, S. 274).

den Polizeiverordnungen gegen die Landesgebrechen,³⁹⁵ bei der allgemeinen Gesetzgebung,³⁹⁶ bei Gebietsabtretungen, Landteilungen³⁹⁷ und Verpfändungen.³⁹⁸

Bei den geistlichen domini terrae hatten die neben den Landständen in den Landtagen³⁹⁹ dort vorhandenen Erz- Dom- Ritter- und Stiftskapitel Mitwirkungsrechte bei der Regierung ihres Landesherren.⁴⁰⁰

³⁹⁵ Hartung, Deutsche Verfassungsgeschichte, 6. Abschnitt, § 19., S. 66-67 „... Neben den Rechtssatzungen pflegen bereits die frühesten Landesordnungen auch polizeiliche Vorschriften zu enthalten. Mit dieser Fürsorge für die ‚Polizei‘, die im eigentlichen Sinne des Wortes das gesamte bürgerliche Leben umfaßte, übernahm der Territorialstaat eine neue bisher wenigstens teilweise von der Kirche geleistete Aufgabe; ... Wie die Gesetzgebung überhaupt, so wollen auch diese Polizeiordnungen vor allem das Bestehende erhalten. ... Aus der gleichen Tendenz heraus, für die allgemeine Wohlfahrt zu sorgen, wird auch das wirtschaftliche Leben von oben reglementiert. ...“; Schmelzeisen, Das polizeiliche Rechtsgebot in der neueren Privatrechtsgeschichte, I., S. 6 „... So sahen sich ... die Territorialherren einer weiteren hochbedeutsamen sozialpolitischen Aufgabe gegenüber, die sie schon früh tatkräftig anpackten. Es galt, den Mißständen, die sich allenthalben im Lande zeigten, den ‚Landesgebrechen‘, wie man damals sagte, entgegenzutreten. Nach einzelnen bereits im 14. Jahrhundert ausgegangenen Verordnungen kam es im gleichen und im folgenden Jahrhundert in verschiedenen Territorien zu kleineren Landesordnungen, die eine Reihe derartiger Rechtsgebiete umfaßten, z. B. in Salzburg, im ernestinischen Sachsen, in Baiern-Landshut, in Württemberg und in Baden. ...“; H. Lieberich, Die Anfänge der Polizeigesetzgebung des Herzogtums Baiern, I „Die Anfänge der Polizeigesetzgebung in Baiern sind auf das engste verwachsen mit dem allgemeinen Heraufkommen einer modernen Gesetzgebung überhaupt. Diese Anfänge fallen in Baiern in die zweite Hälfte des 15. Jahrhunderts, sofern man unter Gesetzgebung die höchsttrichterliche Kompetenz zur Setzung allgemeiner, überregional verbindlicher Rechtsnormen verstehen will. ...“ (Spindler Festschrift, S. 307, insg., S. 307-378 (II, S. 310-314), VIII, S. 340-344, 346-349: Gotteslästerung, Zutrinken, Kleiderordnung, Bettelverbot, Arbeitsrecht, Wucher, IX., S. 352-360: Konkubinat, Ehebruch, Verführung, Kuppelei, Spielverbote und Spangenberg, Vom Lehnstaat zum Ständestaat, Kap. VIII., S. 183: im Elsass die Landsrettungen, die von den Ständetagen beschlossenen Polizeiverordnungen zum Schutz gegen Bettler, Landstreicher, abgedankte Landsknechte, räuberisches Gesindel, Kornordnungen zum Getreidehandel, Metzgerordnungen, Gesinde- und Handwerksordnungen.

³⁹⁶ Spangenberg, Vom Lehnstaat zum Ständestaat, Kap. VIII., S. 193 „... Die Bewilligung allgemeiner Steuern und Kriegsleistungen war der weitaus wichtigste, doch nicht der einzige Anlaß zur Einberufung landständischer Versammlungen. Die ständische Mitwirkung erwies sich notwendig vor allem auch auf dem Gebiete der Gesetzgebung. Wollte die Landesherrschaft mit Hilfe fürstlicher Verordnungen und ständischer Abschiede über die Mannigfaltigkeit mittelalterlicher Lebensformen, über die zahlreichen besonderen Privilegien und Gerechtsame hinweg eine zentralistische, nach einheitlichen Normen geregelte Verwaltung schaffen, so konnte sie die Einwilligung und Unterstützung der Landstände, der lokalen Obrigkeiten in Stadt und Land, zunächst nicht entbehren. ...“; W. Näf, Frühformen des „modernen Staates“ im Spätmittelalter „... Das nichtfürstliche Recht wollte nicht nur seine Geltung wahren, sondern auch seine eigene Entwicklungsfähigkeit gewinnen: seine Verfechter wünschten Neuerung nicht einfach zu hindern, wohl aber dem Landesherrn zu verbieten, sie von sich aus vorzunehmen; sie forderten die Mitwirkung des Landes, seiner Stände bei der Schaffung des neuen Rechtes. ...“ (Die Entstehung des modernen souveränen Staates, 2. Teil, S. 105) und Carsten, Die Ursachen des Niedergangs der deutschen Landstände, in: HZ, CXCII. Band, Aufsätze, S. 274.

³⁹⁷ Spangenberg, Vom Lehnstaat zum Ständestaat, Kap. V., S. 75-77: in der Mitte des 13. Jahrhunderts kamen die zahlreichen Teilungen in die deutschen Fürstentümer: fürstlicher Bruderkrieg, Erb- und Thronfolgestreitigkeiten als Folge des Teilungsprinzips, gleichfalls auch Landveräußerungen.

³⁹⁸ W. Näf, Frühformen des „modernen Staates“ im Spätmittelalter, in: Die Entstehung des modernen souveränen Staates, 2. Teil, S. 108 und F. Hartung, Herrschaftsverträge und ständischer Dualismus in deutschen Territorien, in: ders., Staatsbildende Kräfte der Neuzeit, S. 63. Joyeuse Entrée von Brabant, 3. Jan. 1356, Ziff. 7: Versprechen an unsere gute Leute unseres Landes von Brabant, das Land ganz und ungeteilt zu erhalten, es nicht zu verpfänden, zu verkaufen oder zu belasten (Herrschaftsverträge des Spätmittelalters, III., S. 47, 45).

Spangenberg, Vom Lehnstaat zum Ständestaat, Kap. V., S. 85 „... Die Verpfändungen nahmen während des 14. Jahrhunderts besonders in den weltlichen Fürstentümern teilweise einen unerhörten Umfang an. ...“.

Die beratenden und dezisiven Mitwirkungen der Landstände⁴⁰¹ und der Kapitel bei den landesherrlichen Aufgaben und Strukturen führten zu größerer Rationalität,⁴⁰² von Beamten getragenen Institutionen,⁴⁰³ eigenen Behörden der Landstände für Steuern und Finanzen⁴⁰⁴

³⁹⁹ Erzstift Mainz: Landschaft bestand aus Domkapitel und geistlichen Anstalten, Ritterschaft, Adel und Städte; Erzstift Köln: Domkapitel, Grafen und Herren, Ritterschaft und Städte bildeten eigene Kurien; Erzstift Trier: das Domkapitel gehörte nicht zu den Landständen, der geistliche Stand wurde von Vertreter der Kollegiatstifter, mehreren Klöster und den Landdekanen gebildet, Grafen, Herren, Ritterschaft, Städte waren die weltlichen Landstände (*Helbig*, Fürsten und Landstände im Westen des Reiches im Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit, II., in: *RhV*, XXIX. Band, Aufsätze ..., S. 45-48, 40-45, 48-50); Erzstift Salzburg: Prälaten, Adel, Städte, Märkte und von 1460-1560 die bäuerlichen Untertanen bildeten den Landtag; Berchtesgaden: Untertanen vereinigten sich zur Landschaft; Speyer: Landschaft aus Stadt Bruchsal und speyerischen Ortschaften; Basel: Geistlichkeit, Städte, Amt und um die Mitte des 17. Jahrhunderts der Adel, Zuständigkeiten vor allem in Steuersachen; die Landschaften in Konstanz, Kempten, Buchau, Gutenzell, Heggbach, Ochsenhausen, „... Wichtige Zuständigkeiten der Landschaft liegen auf dem Gebiet des Steuerwesens. ...“, in Ottobeuren, Rot, Rotenmünster, Weingarten, Weisenburg, Zwiefalten (*Blickle*, Landschaften im Alten Reich, I., Salzburg, S. 60-67, Berchtesgaden, S. 68-73, Oberrhein, S. 124-126, Basel, S. 146-150, Schwaben, III., S. 111-112, 112-116 (116)); Erzstift Magdeburg und die beiden Hochstifter Osnabrück, Münster, im 13. Jahrhundert das Domkapitel, die Ritterschaft und die Bürgerschaft bildeten die Landschaft (*Spangenberg*, Vom Lehnstaat zum Ständestaat, Kap. IV., S. 63-64, 68); Hildesheim: Domkapitel war der 1. geistliche Landstand, Klöster davon abgesondert der zweite; am weitest verbreiteten war, wie in Magdeburg und Halberstadt: Domkapitel mit den Klöstern bildeten die Prälatenkurie innerhalb der Landschaft; Bamberg, Augsburg, Passau: hier waren die Domkapitel allein der für die Geschicke des Landes verantwortliche Landstand (*Helbig*, Fürsten ..., I., in: *ebd.*, S.35); um die Mitte des 13. Jahrhunderts wurde die aus der Ministerialität entstandene ritterschaftliche Korporation in den geistlichen Fürstentümern die maßgebende Schicht des Laienelementes (*Spangenberg ebd.*, Kap. II., S. 39).

⁴⁰⁰ Die Kapitel erwarben im 13. Jahrhundert das alleinige Wahlrecht des Bischofs. Mit den von den Gewählten zu beschwörenden Wahlkapitulationen erlangten die Kapitel immer mehr Einfluss auch auf die weltliche Regierung, hatten maßgebenden Einfluß auf die Verwaltung und die äußere Politik, bei Sedisvakanz übten sie die Regierung aus (unten, S. 692-698; *Helbig*, Fürsten und Landstände im Westen des Reiches im Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit, I., in: *RhV*, XXIX. Band, S. 35 und *Spangenberg*, Vom Lehnstaat zum Ständestaat, Kap. II., S. 23, 24).

⁴⁰¹ Die landständischen Verträge sahen zumeist auch das Recht der Stände zur Gehorsamsverweigerung vor, wenn der Landesherr seinen übernommenen Verpflichtungen nicht nachkam. *Joyeuse Entrée von Brabant*, 3. Jan. 1356, „...; und sollten wir, unsere Erben oder unsere Nachkommen gegen einen der genannten Punkte, Artikel und Zusicherungen vorgehen, handeln oder handeln lassen, im ganzen oder teilweise, wie und in welcher Art es wäre, so billigen und bewilligen wir unsern guten Leuten, daß sie weder uns, noch unsern Erben, noch unsern Nachkommen jemals mehr einen Dienst leisten, noch gehorsam sein sollen bis zu der Zeit, da wir ihnen dies vollkommen wiederhergestellt und gutgemacht haben. ...“ (*Herrschaftsverträge des Spätmittelalters*, III., S. 65 (S. 54: Originalflämisch)). Dies auch bereits im selbigen 14. Jahrhundert in den Herzogtümern Baiern, Mecklenburg, Braunschweig-Lüneburg, im Erzstift Bremen, im Fürstentum Rügen und im 15. Jahrhundert in Kursachsen, Kurbrandenburg, Herzogtum Jülich, Hochstift Würzburg, Erzstift Trier, Herzogtum Württemberg (*Näf*, Die Epochen der neueren Geschichte, I. Band, 1. Abschnitt, 3. Kap., A., I., 4., S. 169).

⁴⁰² *Gebhardt*, Deutschen Geschichte, 9. Aufl., II. Band, IV., § 90, S. 361 „... Ein rationeller Verwaltungsapparat wandelt zudem die bisherigen genossenschaftlichen in herrschaftlich-zentral gelenkte Rechte und Pflichten. ...“.

⁴⁰³ *Spangenberg*, Landesherrliche Verwaltung, Feudalismus und Ständetum in den deutschen Territorien des 13. bis 15. Jahrhunderts, in: *HZ*, CIII. Band, Aufsätze, S. 487-488.

⁴⁰⁴ *K. Bosl*, Stände und Territorialstaat in Bayern im 14. Jahrhundert, V. „... Bereits um die Mitte des 14. Jahrhunderts kamen Steuerverwaltungsrechte in die Hände der Landstände. ...“ (*Der deutsche Territorialstaat im 14. Jahrhundert*, II. Band, 21., S. 362); *G. Oestreich*, Ständetum und Staatsbildung in Deutschland, II „... Neben der älteren fürstlichen Finanzverwaltung für das Kammergut und die Regalien entstand eine eigene große Finanzverwaltung der Stände für die von den Landtagen oder den Landtagsausschüssen bewilligten Steuern. ...“ (*ders.*, Geist und Gestalt des frühmodernen Staates, II., S. 282) und *HRG*, II. Band, Landständische Verfassungen, von *A. v. Reden-Dohna*, Sp. 1578-1585 (1583-1584).

und einer stärkeren Herrschaftsintensität.⁴⁰⁵ Allgemein bewirkten sie das Entstehen eines Bewusstseins für das eigene Territorium⁴⁰⁶ und eines öffentlich-staatlichen Interesses.⁴⁰⁷ Die staatliche Identität⁴⁰⁸ bestimmte nunmehr auch den Rechtsbegriff.⁴⁰⁹

Spangenberg, Vom Lehnstaat zum Ständestaat:

„... die landständische Verfassung ... Sie ist eine Schöpfung der neuen obrigkeitlichen und als solche der Wendepunkt gewesen auf dem weiten und beschwerlichen Wege, der zur Aufrichtung eines leistungsfähigen, absoluten Staatswesens führte.“⁴¹⁰

⁴⁰⁵ G. Oestreich, Ständetum und Staatsbildung in Deutschland, II, in: *ders.*, Geist und Gestalt des frühmodernen Staates, S. 282-283 und Hintze, Wesen und Wandlung des modernen Staates, in: *ders.*, Staat und Verfassung, S. 477-479.

⁴⁰⁶ W. Näf, Frühformen des „modernen Staates“ im Spätmittelalter, in: *Die Entstehung des modernen souveränen Staates*, 2. Teil, S. 107.

⁴⁰⁷ Die Auseinandersetzungen zwischen den Ständen und dem Landesherrn führten zwangsweise zu einem öffentlich-staatlichen Gemeinschaftsdenken. *Spangenberg, Vom Lehnstaat zum Ständestaat*, Kap. VIII., S. 193 „... Die gemeinsamen Verhandlungen über Bewilligung von Steuern und militärischen Leistungen, die Notwendigkeit des Zusammenwirkens und der gegenseitigen Verständigung hatten zur Folge, daß man den Maßstab für die Berechtigung der landesherrlichen Forderungen und für die Pflicht der Stände zur Bewilligung derselben in dem von den Bedürfnissen beider Teile unabhängigen Wohl des g a n z e n Landes zu suchen begann. Die Stände konnten sich der Rücksicht auf das Landeswohl und der Verpflichtung nicht entziehen, den Forderungen der Landeswohlfahrt auch wirklich zu genügen. Dieser Gesichtspunkt des öffentlichen Interesses, der ‚als zwingendes Motiv dem älteren Territorialstaatsrecht fremd gewesen‘, trat erst seit der Entstehung der landständischen Verfassung klarer hervor und bedeutete einen nicht unwesentlichen Fortschritt der staatlichen Entwicklung. Die Vorstellung eines Landeswohls aber, das weder mit den Interessen der Herrschaft noch mit denen der Stände zusammenzufallen brauchte, leitete notwendig dahin, eine Einheit über Beiden, den Staatsbegriff zu erkennen. ...“; *Carsten, Die Ursachen des Niedergangs der deutschen Landstände* „... und verwalteten die Einnahmen im Interesse des Landes. ...“ (*HZ*, CXCI. Band, Aufsätze, S. 274) und *Schlesinger, Die Landesherrschaft der Herren von Schönburg*, IX., S. S. 175 „... Je mehr der Herr seine Herrengewalt vereinheitlicht, desto fester schließt sich auch die Genossenschaft der Beherrschten zusammen. Recht des Herrn und Recht der Genossen stehen somit nicht notwendig im Gegensatz zueinander, sondern ergänzen, ja fordern sich gegenseitig. In der geschichtlichen Wirklichkeit freilich stoßen sie immer wieder hart aufeinander, weil beide Seiten nach Ausdehnung und Vermehrung ihrer Rechte streben, was ohne Einschränkung der Rechte der anderen Seite nur in den seltenen Fällen möglich ist. ... Der Ausbildung objektiver Körper ist solcher Kampf stets von Nutzen gewesen, da es galt, über den einander widerstrebenden Interessen eine höhere Gemeinschaft zu finden. Die Landstände haben auf diese Weise erheblich zur Formung des Landesstaates beigetragen. ...“.

⁴⁰⁸ Näf, Herrschaftsverträge und Lehre vom Herrschaftsvertrag, in: *Schweizer Beiträge zur Allgemeinen Geschichte*, VII. Band, Abhandlungen, S. 40-41: beide Gewalten schaffen aus ihrem komplementären, zugleich gespannten Verhältnis ein Staatsrecht durch Vertrag, fixieren den Staat in seinem Bestand, ermöglichen durch ihre Potenz seine Lebenstätigkeit und zwar eine sich wachsende bereichernde.

⁴⁰⁹ Das mittelalterliche Gemeinschaftswesen war gekennzeichnet durch die Einordnung und Einfügung jeglicher Lebensform und jeglicher Institution in das Recht. Im modernen Staat tritt der Staat vor das Recht, dies insbesondere auch mit der Unterscheidung von positivem Recht und Naturrecht als des spezifischen Kennzeichens des modernen Rechts.

⁴¹⁰ Kap. VIII., S. 194.

ggg) Die Reformation

Die Reformation⁴¹¹ mit ihrer Befreiung der evangelischen Konfessionen von der katholischen Kirche⁴¹² erbrachte für die Landesherrn als Teil ihrer landesherrlichen Rechte das *ius reformandi*. Es hatte im *cuius regio eius religio* die anfängliche Bedeutung, dass die Landesherrn mit ihrer persönlichen Konfession und ihrem Wechsel die Konfessionen ihrer

⁴¹¹ Dem Bauernkrieg Juli 1524-Juni 1525 mit seinen Bestrebungen: gemeindliche Selbstverwaltung, Beseitigung adeliger und klerikaler Sonderrechte, Bildung einer überterritorialen Eidgenossenschaft von Bürgern und Bauern, Erringung der Reichsunmittelbarkeit, Beschränkung der landesherrlichen Macht durch ein ständisches Regiment, welche Bestrebungen noch dem Spätmittelalter verhaftet waren (*H. Buszello*, Der deutsche Bauernkrieg von 1525 als politische Bewegung. Zusammenfassung, in: *Der deutsche Bauernkrieg*, S. 115), kam für die Ausbildung der Landeshoheit keine direkte Bedeutung zu. Seine Niederwerfung durch die Fürsten bewirkte primär die Wiederherstellung des vorherigen Zustandes (*Blickle*, Die Revolution von 1525, Teil 3, 3. 1. Stabilisierungsversuche des Reiches – die Beschwerden des gemeinen Mannes auf dem Speyerer Reichsabschied 1526, S. 217-223 und *Bader-Dilcher*, Deutsche Rechtsgeschichte, E., I., 4., S. 192).

⁴¹² Dem Wormser Edikt vom 8. 5. 1521, den Wittenbergischen Thesenanschlag am 31. 10. 1517 und die Reformationsschriften Luthers verurteilend (*Quellen zur Reformation*, Quellen, II., 7., S. 50-60), folgte der Speyerer Reichstagsabschied vom 27. 8. 1526 nach: um Aufruhr zu vermeiden, soll es jeder Reichsstand mit dem Wormser Edikt bis zu einem Konzil nach seiner eigener Verantwortung gegen Gott und den Kaiser halten (*Quellen zur Reformation* ebd., VIII., 154., S. 493-495). Der Speyerer Reichstag 1529 brachte die Reichstags-Proposition Erzherzogs Ferdinand vom 15. 3. 1529: Aufruhr und Krieg [Bauernkrieg] bewirke den Zwiespalt im Glauben, die Einigung müsse auf einem Konzil erfolgen, bis dahin dürften keine Veränderungen vorgenommen werden, Aufhebung der Religionsartikel von Speyer 1526 (*Quellen zur Reformation* ebd., VIII., 155., S. 495-497), wogegen sich die evangelischen Fürsten in ihrer Protestation vom 19. 4. 1529 wandten: wegen der Freiheit in Glaubenssachen müsse der Speyerer Reichsabschied von 1526 beibehalten und ihre Protestation in den Reichsabschied aufgenommen werden (*Quellen zur Reformation* ebd., VIII., 157., S. 499-501). Der Augsburger Reichstag 1530 sollte die die Einigung herbeizuführen, sein Abschied vom 19. 11.: Verlesung der *Confessio Augustana*, ihre Widerlegung durch die altgläubige Auffassung, Bedenkzeit für die evangelischen Stände, Ausschreibung einer Konzils, Aufhebung aller einen Einzug von Kirchengütern legitimierenden evangelischen Ordnungen (*Quellen zur Reformation* ebd., VIII., 158., S. 501-520), rief das protestantische Schutzbündnis der Schmalkaldische Bund am 27. 2. 1531 hervor (*Geschichte in Quellen*, III. Band, 2. Teil, 3. Abschnitt, III., 74, S. 176-177). Kaiser Karl V., welcher sich bei seinen Kriegen gegen die Türken und gegen Frankreich nur für kürzere Zeit in Deutschland aufhielt, wollte ab 1543, bei auch erfolgter Einberufung des Konzils von Trient Dez. 1545 (1545-47, 1551-52, 1562-63), mit seiner nunmehrigen Anwesenheit eine militärische Entscheidung herbeiführen. Er gewann auch den Schmalkaldischen Krieg 1547/48, mit der Folge des Augsburger Interims vom 30. 6. 1548: Fastengebot, Wiedereinführung der Messen, Taufordnung, alte Gewänder, den Bekennern der *Confessio Augustana* wurde bis zur endgültigen Entscheidung des Konzils Priesterehe und Laienkelch zugebilligt (*Das Augsburger Interim von 1548*, S. 28-145, Beilage 1: Einleitung des Reichsabschieds Augsburg 30. Juni 1548, S. 148-157, S. 153: „... (ausserhalb der zweyer puncten, die communion under beyder gestalt und der priester ehe betreffent) ...“ Bei dem Unterliegen des Kaisers im Fürstenaufstand im Frühjahr 1552, angeführt von Kurfürst Moritz von Sachsen, war im Passauer Vertrag vom 2. Aug. Jahre 1552 – zwischen dem Römischen König Ferdinand I. und Moritz von Sachsen –, festgelegt worden, dass die Augsburger Confessions Verwandten und ihre Stände wie die Altgläubigen bei ihrer Religion bleiben können und die der *Confessio Augustana* zugehörnden Reichsstände genauso, wie die sich zu der alten Religion bekennenden anderen geistlichen und weltlichen Reichsständen unbeeinträchtigt zu lassen sind (§ 8 u. § 9, in: *Zeumer*, Quellensammlung, 2. Teil, Nr. 188., S. 340-341). Der nachfolgende Augsburger Religionsfriede vom 25. Sept. 1555 erbrachte die reichsrechtliche Anerkennung der *Confessio Augustana* (*Religionsvergleiche des 16. Jahrhundert I*, III., 1. S. 41-68, 2., S. 68-69): Art. II: Landfriedensformel (S. 47), Art. III u. IV: Sicherung der Stände der Augsburger Konfession und der der Stände der alten Religion, Bekenntniswahl allein durch sie (S. 47-49), Art. V: Ausschluss Andersgläubiger, Calvinisten und Zwinglianer (S. 49), Art. VI: Geistlicher Vorbehalt der katholischer Stände (S. 49), Art. VII: Festschreibung des Besitzes der eingezogenen geistlichen Güter (landsässig) nach dem Stand des Passauer Vertrages (S. 49-50), Art. VIII: Aussetzung der Geistlichen Jurisdiktion des katholischen Bischofs über die *Confessio Augustana* (S. 50), Art. X: Verbot der Abwerbung fremder Untertanen und Schutzverwandte (S. 51), Art. XI: Freizügigkeit andersgläubiger Untertanen (S. 51-52), Art. XII: Versuch der Religionsvergleichung auf einem Konzil (S. 52), Art. XIII: Einbeziehung der Reichsritterschaft (S. 52), Art. XIV: Parität in den Reichsstädten (S. 53).

Untertanen und Stände mitbestimmen konnten.⁴¹³ Dies war im Augsburger Religionsfrieden vom 25. September 1555 mit seiner Suspendierung der Jurisdiktion der katholischen Bischöfe über die Gebiete der zur Augsburgischen Konfession übergetretenen Landesherrn – weltliche und geistliche – bis zur endgültigen Vergleichung über die Religion, reichsrechtlich anerkannt worden.⁴¹⁴ Bei der christlich-religiösen Zweckbestimmung des Reiches⁴¹⁵ hatte dies eine primäre Bedeutung für die Stellung der Landesherrn.

Im den evangelischen Landesherrn – weltlichen und geistlichen – damit zugestandene Landesherrliches Kirchenregiment⁴¹⁶ mit dazugehörigen geistlichen Gewalt⁴¹⁷ war der evangelische Landesherr an die Stelle des bisherigen Bischofs getreten.⁴¹⁸ Bei der weiteren

⁴¹³ Mit seiner ursprünglichen Bedeutung: arbitrium de religione: der Konfessionswahl und des Konfessionswechsels des Territoriums, mit dem Recht zur Ausweisung der Andersgläubigen (*HRG*, I. Band, Cuius regio – eius religio, v. *M. Heckel*, Sp. 651-658 (651)).

⁴¹⁴ Art. VIII „... so sol die geistlich jurisdiction ... wider der Augspurgischen confessions religion, ..., biß zu endlicher vergleichung der religion nix exercirt, ... werden, sonder derselbigen religion, ..., iren gang lassen, und kein hindernuß oder eintrag dardurch bescheen ..., biß zu endlicher christlicher vergleichung der religion die geistliche jurisdiction ruhen eingestellt und suspendirt sein und pleiben; ...“ (*Religionsvergleiche des 16. Jahrhundert I*, III., 1., S. 50), insg. (S. 50).

⁴¹⁵ Das Reich verstand sich sowohl seinem historischen Verständnis als auch seiner normativen Verfassung als ein christlich-religiöser Staat. Nach Art. VII § 2, Satz 4 IPO „... Sed praeter religiones supranominatas nulla alia in sacro imperio Romano recipiatur vel toleretur.“ (*Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 47) mit dem in Bezug genommenen Inhalt von Art. VII (*Instr ebd.*, S. 46-47) waren nur die katholische, augsbургische und reformierte Konfessionen im Reich und in seinen Territorien gestattet. *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band XIV, 14. Cap., §. 4., S. 275 „... und so lange ein Stueck unserer Reichsverfassung ist, daß allein die christliche Religion darinn gelehret und geuebet werden solle; ...“ und unten, S. 638).

⁴¹⁶ Das Landesherrliche Kirchenregiment der evangelisch weltlichen und evangelisch geistlichen domini terrae beinhaltete und machte aus, ihre Befugnisse und Rechte zur Regelung der äußeren Dinge und Ordnung der Kirchen – iura circa sacra – und ihre, ihnen durch die Reformation hinzugekommene geistliche Gewalt – iura in sacra – (unten, S. 448-452). Wichtigster Bestandteil der iura circa sacra, dies insbesondere in der Reformationszeit war das ius reformandi, die Bestimmung der konfessionell-statusmäßigen Verhältnisse im Territorium. In seiner anfänglichen Bedeutung – cuius regio eius religio – , die dem dominus terrae zugestandene Befugnis, mit seiner persönlichen Konfession und ihrem Wechsel die Konfessionen seiner Untertanen und Stände bestimmen zu können (unten, S. 448-449).

⁴¹⁷ *Schnaubert*, Beytraege zum deutschen Staats- und Kirchenrecht, I. Theil, XI., §. 3., S. 103 „... Das erste kann man fueglich das weltliche, die Landeshoheit in in Kirchensachen (ius sacrorum seculare, territoriale, absolutum); das andere das geistliche Recht in Kirchensachen (ius sacrorum ecclesiasticum) nennen. Beide koennen aber schicklich eine Gewalt, Macht in Kirchensachen genennet werden. ...“.

⁴¹⁸ Bei der im Augsburger Religionsfrieden von 1555 in Art VIII erfolgten Suspendierung der geistlichen Jurisdiktion des katholischen Bischofs über die Augsburgische Konfession waren, nach der im zeitgenössischen Episkopalsystem gefundenen Erklärung, den betroffenen Landesherrn durch eine reichsgesetzliche Übertragung oder durch die Rückerstattung ihrer ihnen zuerst durch göttliches Recht als dem Regenten auch zugestandenen kirchlichen Gewalt, als die Nachfolger an die Stelle des katholischen Bischofs getreten. Der Landesherr verkörperte in sich zwei Personen, den die weltliche Gewalt vermöge der Landeshoheit besitzenden Landesherrn und den die geistliche Gewalt innehabenden Bischof. Das Episkopalsystem löste, dies entsprechend dem zeitgenössischen Verständnis, bei der Unterscheidung und Trennung in die beiden personell-funktionellen Bereiche die grundsätzliche christlich geistig-weltliche Einheit der Respublica Christiana nicht auf. Die weltliche und geistliche Gewalten wurden weiterhin i. S. der Zweischwererlehre als die zwei Lebensbereiche des einheitlich weltlich/geistlich-christlich-Gemeinwesens, der christianitas gedeutet. Nach der älteren von Stephani gefundenen Erklärung war der Landesherr voll in die Stellung des katholischen Bischofs eingetreten und hatte sowohl dessen Weihegewalt als auch dessen Jurisdiktionsgewalt übernommen (*Stephani*, Tractatus de jurisdictione, Libri III., Partis I, Caput XV., p. 146-149). Nach der jüngeren durch Reinking und Johann Gerhard befürworteten Erklärung war hingegen dem Landesherrn von der vormals vollen geistlichen Gewalt des

Erhaltung der *Respublica Christiana* war das Landesherrliche Kirchenregiment ein maßgeblicher Faktor zur weiteren Ausbildung der Landeshoheit.

Majer, Teutsches Geistliches Staatsrecht:

„...: und vielleicht sage ich nicht zu viel, wenn ich behaupte, daß die Landeshoheit ihre volle Ausbildung und ihre ganze vollkommene Größe gelegentlich der Reformation zu verdanken habe. ...“⁴¹⁹

Kormann, Die Landeshoheit in ihrem Verhältnis zur Reichsgewalt im alten Deutschen Reich seit dem westfälischen Frieden:

„... Freilich schon früh, namentlich unter dem Einfluß ...⁽⁴²⁰⁾ und des durch die Reformation entwickelten *ius reformandi*, setzt jener Akkumulations- und Assimilationsprozeß ein, der das Wort Landeshoheit aus einer zusammenfassenden Bezeichnung zu einem einheitlichen Rechtsbegriff umgestaltet hat. ...“⁴²¹

Bock, Monarchie, Einung und Territorium im späteren Mittelalter:

„... die verfassungsgeschichtlichen Einwirkungen der Reformation ... nachdem ihr eben durch Karl V. der Weg ins Reich versperrt worden war, wandte sie sich notgedrungen den Territorien zu. So ist es zu erklären, daß das ganze politische Leben mit der Zeit in sich in diese flüchtete, während das Reich erstarbte ...“⁴²²

und *Schröder-Künßberg*, Deutsche Rechtsgeschichte:

„... In den protestantischen^{20a} Ländern ging die gesamte bischöfliche Jurisdiktion (*ius episcopale*) auf die Landesherren über, die das ganze äußere Kirchenregiment über die evangelische Landeskirche in die Hand nahmen. Die Organe für das landesherrliche Kirchenregiment waren die Konsistorien und unter diesen die

katholischen Bischofs nur die rechtliche Kirchengewalt, die Fähigkeit eine geistlich-kirchliche Entscheidung mit Rechtswirkungen versehen zu können, übertragen worden, wogegen die Fähigkeit in den geistlichen Dingen selber zu entscheiden, bei der gesamten Kirche und insbesondere bei dem Lehrstand lag. Die geistliche Gewalt stand demnach, dem überkommenen Kirchenbegriff entsprechend, einem von dem Landesherren und seiner weltliche Gewalt getrennten Aufgaben- und Funktionsträger zu und war sie kein Bestandteil seiner Landeshoheit (*Reinking*, *Tractatus De Regimine Seculari Et Ecclesiatico*, Liber III., Classis I., Caput I., p. 308-310, Caput VI., p. 324-327, Classis II., Caput I., p. 345 und *Sohm*, *Kirchenrecht*, I. Band, 3. Kap., § 40., S. 660-672).

⁴¹⁹ II. Theil, Einleitung, §. 5., S. 28.

⁽⁴²⁰⁾ „... Freilich schon früh, namentlich unter dem Einfluß des am Ende des 15. Jahrhunderts aus Frankreich übernommenen *ius politiae*¹⁾ und des durch die Reformation entwickelten *ius reformandi*, ... (I., I., in: *ZfP*, VII. Band, Abhandlungen, IV., S. 140).

⁴²¹ I., I., in: *ZfP*, VII. Band, Abhandlungen, IV., S. 140.

⁴²² *HV*, 24. Jahrg., Aufsätze, S. 571.

Superintendenten (Dekane).⁽⁴²³⁾ ... Den bedeutendsten Machtzuwachs erhielt die landesherrliche Gewalt durch das Recht des Religionsbannes ...⁴²⁴

hhh) Die kaiserlichen Wahlkapitulationen

Seit der Wahl Kaiser Karls V. im Jahre 1519 beschworen die Gewählten eine Wahlkapitulation.⁴²⁵ In ihnen wurden die Rechte der Kurfürsten bestätigt, wobei auch die anderen Reichsstände miteinbezogen wurden.⁴²⁶ Neben diesen zugunsten aller Reichsstände generell ausgesprochenen Bestätigungen wurden, wie es in der Goldenen Bulle festgelegt war, weiterhin den Kurfürsten einzeln ihre Rechte von den zum Römischen König und künftigen Kaiser Gewählten gewährleistet.⁴²⁷ Um die Mitte des 17. Jahrhunderts wurde zwischen den beiden Arten von Bestätigungen nicht mehr unterschieden und die generell erfolgten Bestätigungen der kurfürstlichen Rechte auch als die ihrer einzelnen Rechte angesehen.⁴²⁸

In den von den sieben Römischen Königen und künftigen Kaisern Karl V., Ferdinand I., Maximilian II., Rudolf II., Matthias, Ferdinand II., Ferdinand III. bis zum Westfälischen

⁽⁴²³⁾ Nachfolgend „... Nur die im Anschluß an Calvin gebildeten reformierten Gemeinden nahmen die auf dem Gemeindepinzip beruhende Synodalverfassung an, die in Kleve-Mark auch auf die Lutheraner Anwendung fand. ...“.

⁴²⁴ 4. Periode, 1. Abschnitt, 2. Kap., § 78., 3., S. 935.

⁴²⁵ Dieses Recht war den Kurfürsten erstmalig anlässlich der Wahl Kaiser Karls V. im Jahre 1519 von dem von ihnen gewählten Römischen König und künftigen Kaiser zugebilligt worden. Da es von den Kurfürsten bei jeder der nachfolgenden 13 Wahlen ausgeübt wurde, hatte sich auch ein Reichsherkommen mit diesem Inhalt gebildet.

Gegensätzlich zu den anderen Grundgesetzen des Reichs galten sie nur für die Regierungszeiten des jeweiligen Kaisers und waren damit Grundgesetze auf Zeit (*Pick*, Die Bemühungen der Stände um eine beständige Wahlkapitulation und ihr Ergebnis 1711, I., b), bb), S. 21). In Art VIII § 3 IPO war zwar vereinbart worden, dass auf dem nächsten Reichstag auf Grund einer Zustimmung aller Reichsstände über die Errichtung einer bestimmten und beständigen Wahlkapitulation verhandelt und diese beschlossen werden sollte (*Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 48).

Der am 8. Juli 1711 von den beiden höheren Reichstagskollegien beschlossene Entwurf einer beständigen Wahlkapitulation (*Zeumer*, Quellensammlung, 2. Teil, Nr. 205., S. 474-497) hatte nie Gesetzeskraft erlangt, sondern war nur als Entwurf der jeweils neu von den Kurfürsten abzufassenden und von den Römischen Königen zu beschwörenden Wahlkapitulation verwandt worden. Die Kurfürsten hatten immer das Recht behauptet, Zusätze anbringen zu können (*ius adcapitulandi*), was von den übrigen Reichsständen jedoch nicht immer anerkannt wurde (*passus contradicti*).

⁴²⁶ Art. IV der Wahlkapitulation Kaiser Karls V. vom 28. Juni 1519 (*Ziegler*, Wahl=Capitulationes, S. 7-22 (9)).

⁴²⁷ *Kleinheyer*, Die kaiserlichen Wahlkapitulationen, IV. 1., S. 109 „... Die Einzelbestätigungen blieben daneben zunächst weiter üblich³⁶. ...“, II., 2., b., S. 66, Fußn. 224, wo Nachweise für die gegenüber Kurtrier und Kurköln abgegebenen einzelnen Bestätigungen angegeben sind.

⁴²⁸ *Kleinheyer*, Die kaiserlichen Wahlkapitulationen, IV. 1., S. 109 „... Um die Mitte des 17. Jahrhunderts wurde in der Reichspublizistik dann zwischen beiden Arten der Privilegienbestätigung nicht mehr unterschieden, die Wahlkapitulation vielmehr auch als Bestätigung gegenüber ‚singulis principibus electoribus‘ angesehen³⁷. ...“.

Friedensschluss beschworenen Wahlkapitulationen waren den Reichsständen ihre Rechte stets auf neue bestätigt worden.⁴²⁹

iii) Der fürstliche Absolutismus und die Ausbildung der Landeshoheit im 17. Jahrhundert mit dem Westfälischen Friedensschluss

Der fürstliche Absolutismus im 17. Jahrhundert mit seiner Zurückdrängung des ständischen Einflusses⁴³⁰ hatte dazu geführt, dass die bis dahin den Landesherren zugestandenen einzelnen Amtsbefugnisse, Privilegien und sonstigen Rechte sich zur allgemeinen Landeshoheit erweiterten.⁴³¹

Diese wurde dann auch in Art. VIII § 1 IPO des Westfälischen Friedensschluss mit der freien Ausübung der Landeshoheit im geistlichen und weltlichen Bereich zugunsten der Reichsstände zuerkannt,⁴³² welche Regelung ihrer Substanz nach bestätigender Natur war, da im 30 jährigen Krieg nicht mehr um den Inhalt und die Funktion der Landeshoheit, welche als ein den Reichsständen zustehendes Recht festgestanden hatte, sondern vielmehr um die Frage einer Mitwirkung und Teilnahme der Reichsstände bei der Reichsgewalt gestritten wurde.

⁴²⁹ Wahlkapitulationen der Kaiser Karls V. vom 28. Juni 1519, Art. IV (*Zieglern*, Wahl=Capitulationes, S. 7-22 (9)), Ferdinands I. vom 5. Jan. 1531, Art. III (*ibd.*, S. 22-37 (25-26)), Maximilians II. vom 24. Nov. 1562, Art. IV (*ibd.*, S. 37-53 (40)), Rudolfs II. vom 27. Okt. 1575, Art. III (*ibd.*, S. 55-70 (57)), Matthias' vom 13. Juni 1612, Art. III (*ibd.*, S. 73-94 (75)), Ferdinands II. vom 28. Aug. 1619, Art. III (*ibd.*, S. 97-119 (99)) und Ferdinands III. vom 22. Dez. 1636, Art. III (*ibd.*, S. 123-152 (126)).

⁴³⁰ Dem fürstlichen Absolutismus gelang es, das Ständetum in den Territorialstaaten zurückzudrängen, aber nicht, es prinzipiell aufzuheben (*O. Brunner*, Vom Gottesgnadentum zum monarchischen Prinzip, in: *ders.*, Neue Wege der Verfassungs- und Sozialgeschichte, VIII., S. 179-180). Erst die Aufklärung während der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts mit ihrer Forderungen nach persönlicher Freiheit, nach Volkssouveränität und Öffentlichkeit sprengte in ihren Postulaten den Ständestaat mit seiner allein korporativen Libertät (*D. Gerhard*, Probleme ständischer Vertretungen im früheren achtzehnten Jahrhundert ..., II., in: *Ständische Vertretungen in Europa im 17. und 18. Jahrhundert*, I, S. 14 und *Raumer*, Absoluter Staat, korporative Libertät, persönliche Freiheit, V., in: *HZ*, CLXXXIII. Band, Aufsätze, S. 91-92).

⁴³¹ Obwohl der fürstliche Absolutismus seine theoretische Begründung und Rechtfertigung auch in rechtlichen Vorgängen, wie der nach Hobbes erfolgten Übertragung der Herrscher- und Staatsgewalt vom Volk auf den Herrscher hatte, war er seinen tatsächlichen Gegebenheiten nach, primär durch einseitige allumfassende Inbesitznahme der innerhalb eines Territoriums vorhandenen Herrschaftsbefugnisse durch den fürstlichen Territorialherren entstanden.

⁴³² „... omnes et singuli electores, principes et status imperii Romani in ..., libero iuris territorialis tam in ecclesiasticis quam politicis exercitio, ... stabiliti firmitaque sunt, ...“ (*Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 47-48).

U. Eisenhardt, Die Bedeutung der kaiserlichen privilegia de non appellando für die Entstehung der deutschen Territorialstaaten, 1. „... Einigkeit bestand und besteht also darüber, daß zur Landesherrschaft als der Summe einzelner Rechte, aus der unter dem Einfluß des neuen Staatsdenkens des Absolutismus die Landeshoheit als oberste Gewalt im Staate wuchs, aus der die einzelnen Hoheitsrechte abgeleitet wurden, neben dem Recht der Gesetzgebung, der Landesverteidigung, der Polizeigewalt und dem ius foederis vor allem die Gerichtshoheit (Justizhoheit) zählt²⁸. ...“, „... Der Westfälische Frieden von 1648 charakterisiert die Landeshoheit als die einheitliche obrigkeitliche Gewalt des Landesherrn als ‚ius territorii et superioritatis‘²⁹ ...“ (*Die kaiserlichen privilegia de non appellando*, Teil I, S. 7).

Dickmann, Der Westfälische Frieden:

„... Freilich ging es da schon nicht mehr um die Landeshoheit der Reichsstände, denn sie war allerdings seit dem hohen Mittelalter kaum mehr umstritten, wohl aber um den ständischen Charakter der Reichsgewalt selber, das heißt um die Frage, ob der Kaiser Herr der Fürsten und sie seine Untertanen seien, ob Regierung und Hoheitsrechte des Reiches ihm allein oder ihm und den Ständen gemeinsam zukämen. ...“⁴³³

cc) Die Zeit nach dem Westfälischen Frieden bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts

Nach der Ausbildung der Landeshoheit wurde sie als Annex ihrer Territorien angesehen.

Schmauß, Academische Reden und Vorlesungen ueber das teutsche Staatsrecht:

„Einem unmittelbaren Territorio inhaeriret regulariter die Superioritas, und wird zugleich mit demselben transferiret. ... Ein Territorium ist ein solches Land, dem Landeshoheit anklebet. Folglich ist eines von dem andern unzertrenlich, und wenn jemanden das Land uebertragen wird, so wird ihm auch die Landeshoheit uebertragen. ...“⁴³⁴

Buri-Runde, Ausfuehrliche Erlaeuterung des in Deutschland ueblichen Lehenrechts:

„W o z u d i e L a n d e s = H o e i t zu rechnen? Weil der Inbegriff derjenigen hohen Rechte, welche die Teutschen Staende in ihren Landen ausueben, auff solche Art mit denen Landen verknuepffet ist, daß sie ohne solche nicht bestehen kann, und also wo nicht vor ein accessorium derselben, doch vor ein bestaendig damit verbundene Sache zu achten; ...“⁴³⁵

und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht:

„Ordentlicher Weise klebet die Landeshoheit dem Besiz eines jeden unmittelbaren Landes oder Gebiets in Teutschland an.“⁴³⁶

„Wann Reichs=Lehen in ganzen Laendern und Gebieten bestehen, klebet selbigen ordentlicher Weise die Landeshoheit allezeit an.“⁴³⁷

⁴³³ Einleitung, S. 18; *Zedler*, Universal Lexicon, XVI. Band, Lands=Hoheit, Sp. 500-546 (546) „Wie man nun mit nicht sagen kann, dass die Lands=Hoheit erst um die Zeiten des Westphaelischen Friedens entstanden, weil sie darinnen bestaetigt und fester gesetzt worden, ...“, insg., Sp. 546.

⁴³⁴ 3. Buch, II. Cap., §. 6., S. 602, insg., *ebd.*

⁴³⁵ 1. Abtheilung, Caput II., §. 5., Erklaerung, VII., 6), S. 430, insg., *ebd.*

⁴³⁶ Band XIV, 4. Cap., §. 1., S. 55, insg., *ebd.*

⁴³⁷ Band XIV, 4. Cap., §. 9., S. 61, insg., *ebd.* Dies gleichfalls bejahend *Kreittmayr*, Anmerkungen ueber den Codicem Maximilianeum Bavaricum Civilem, V. Theil, 18. Cap., §. LXII., 3., S. 1075-1076 und *Schönberg*, Das Recht der Reichslehen im 18. Jahrhundert, 3. Abschnitt, B., II., 2., b), bb), S. 98-99, dd), S. 103.

Die auch vertretenen Ansichten:

Damit war sie, falls der zugrundeliegende Besitz Lehnbesitz war, im Grundsatz auch ohne ausdrückliche Belehnung in das Lehnverhältnis miteinbezogen, oder falls dieser Allod war, hatte sie auch die Eigenschaft eines alloden Rechts.⁴³⁸ Die Belehnung mit der Landeshoheit beinhaltete jedoch nicht die Landeshoheit im objektiven Sinn, welche als staatliche Gewalt sich konstituiert hatte, sondern betraf vielmehr ihre individuelle Zuordnung.⁴³⁹

Die annexe Verbindung mit dem Besitz ihres Territoriums war zwar eine regelmäßige, jedoch keine begriffsnotwendige,⁴⁴⁰ so dass auch bei den Territorien mit lehnbarem oder allodialelem Besitz eine ausdrückliche Belehnung mit ihr erfolgt sein konnte.⁴⁴¹ Dies war vor allem bei den geistlichen Staaten mit ihrem überwiegend gebietlich alloden Besitz⁴⁴² gegeben, bei denen dann zumeist eine lehnmäßige Verbindung mit der Landeshoheit und den Regalien

dass die Landeshoheit immer allodial ist, *Titius*, Das Teutsche Lehn=Recht, 8. Hauptstueck, §. 44., S. 165: nach welchem die kaiserlichen Belehnungen mit ihr bloße Zeremonie ist,

dass die Landeshoheit und nicht der gebietliche Besitz das eigentliche Lehnsubjekt ist, *A. F. v. Reinhard*, Beantwortung der Frage: Was ist eigentlich dasjenige, was regierende Herren und teutsche Reichsvasallen vom Kaiser und Reich zu Lehen haben? in: *Sammlung auserlesener Abhandlungen aus dem Lehenrechte*, III. Theil, III., S. 54-63 (58-63): die Landesherrn haben von Kaiser und Reich immer nur ihre Regalien, hingegen nicht ihren gebietlich-territorialen Besitz zu Lehen erhalten, dessen tatsächliche Innehabung durch sie ist nur eine unmittelbare Folge der ihnen allein zu Lehen übertragenen Regalien; *D. G. Struben*, Von des Teutschen Adels Jagd=Gerechtigkeit, §. IX., in: *ders.*, Neben=Stunden, II. Theil, 11. Abhandlung, S. 627-628: unter Zugrundelegung, dass die Untertanen ein volles Privateigentum an den von ihnen besessenen Gütern haben und *Posse*, Ueber das Staatseigenthum in den deutschen Reichslanden, Ueber Staatseigenthum, 13., A), S. 38, 43, 45, 91, 120-124, 127: unter Zugrundelegung der Theorien von den Gesellschaft-, Herrschafts- und Staatsverträgen haben Staat und Regenten wie die Anderen alleinig Privateigentum,

hatten sich bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts nicht durchsetzen können (*Schönberg* ebd., dd), S. 103).

⁴³⁸ *Buri-Runde*, Ausfuehrliche Erlaeuterung des in Deutschland ueblichen Lehenrechts, 1. Abtheilung, Caput II., §. 5., Erklaerung, VII., 4., 6), S. 430 „... Sind aber dergleichen besondere Gruende nicht vorhanden, welche ihre eigentliche Beschaffenheit bestimmen; so glaube ich, daß man sich nach der Natur des Landes, auf welches sie haftet, richten muesse, ob solches Lehn= oder Eigen sey, und daß sie also auch in dieser Absicht bald ad feudalia bald ad allodialia zu zehlen sey. ...“, insg., S. 430-431 und *Schönberg*, Das Recht der Reichslehen im 18. Jahrhundert, 3. Abschnitt, B., II., 2., b), bb), S. 99.

⁴³⁹ *Kormann*, Die Landeshoheit in ihrem Verhältnis zur Reichsgewalt im alten Deutschen Reich seit dem westfälischen Frieden, III., I., 2., in: *ZfP*, VII. Band, Abhandlungen, IV., S. 161.

⁴⁴⁰ *Schmauß*, Academische Reden und Vorlesungen ueber das teutsche Staatsrecht, 3. Buch, II. Cap., §. 6., S. 602 „Doch kann sie auch wol in Ansehen des Besitzers davon separirt und per pacta oder per praescriptionem besonders erworben und verlohren werden.“, insg., S. 602-603; *Buri-Runde*, Ausfuehrliche Erlaeuterung des in Deutschland ueblichen Lehenrechts, 1. Abtheilung, Caput II., §. 5., Erklaerung, VII., 4., b), S. 430 und *Schönberg*, Das Recht der Reichslehen im 18. Jahrhundert, 3. Abschnitt, B., II., 2., b), bb), S. 99.

⁴⁴¹ *Kreittmayr*, Anmerkungen ueber den Codicem Maximilianicum Bavaricum Civilem, V. Theil, 18. Cap., §. LXII., 3., S. 1076 „... Oft ist aber nur das Land allein lehenbahr, und die Regalien allodial, oder hingegen diese allein lehenbahr und das Land allodial. ...“, insg., *ebd.* und *Buri*, Ausfuehrliche Erlaeuterung des in Deutschland ueblichen Lehenrechtes, I. Abtheilung, Caput II., §. 4., Erklaerung, VII., 3., 4., 6), S. 430 „Wozu die Landes=Hoheit zu rechnen? ... Will man aber dem ungeachtet wissen, wie man sie eigentlich nemen koenne, so kan sie bald allodial bald feudal seyn. Denn wir finden so wohl haeufftge Exempel, dass die Laender allodial sind, die damit verknuepffte hohe Regalien, ... aber vom Kayser und Reich zu Lehen gehen, ...“, insg. *ebd.*

⁴⁴² Unten, S. 581-586.

zu Kaiser und Reich gegeben war.⁴⁴³ Dies konnte auch bei selten vorhandenen allodialen weltlichen Staaten⁴⁴⁴ gegeben sein.⁴⁴⁵

Die durch die Belehnungen mit ihrem gebietlichen Besitz mitgegebenen Belehnungen mit der Landeshoheit und die mit ihr ausdrücklich stattgehabten Belehnungen erfolgten bei den weltlichen⁴⁴⁶ und geistlichen Kurfürsten,⁴⁴⁷ den alten weltlichen Fürsten,⁴⁴⁸ den im Westfälischen Friedensschluss mittels Säkularisationen entstandenen Fürstentümern⁴⁴⁹ und den geistlichen Reichsfürsten⁴⁵⁰ gleichermaßen mit den höheren kaiserlichen Thronlehen.

⁴⁴³ Unten, S. 585-586, 597-598.

⁴⁴⁴ Die 4 reichsständischen Grafschaften Hohenzollern, Sternstein, Solms-Laubach, Öttingen, das Fürstentum Liechtenstein (unten, S. 587) und die nicht reichsständischen Grafschaften Hungen, Saarwerden, Pinneberg, Wartenberg und Fürstentum Homburg (unten, S. 587).

⁴⁴⁵ *Buri-Runde*, Ausführliche Erläuterung des in Deutschland ublichen Lehenrechts, 1. Abtheilung, Caput II., §. 5., Erklärung, VII., 4., 6), S. 430 „... Denn wir finden so wohl haeuffige Exempel, daß die Laender allodial sind, die damit verknuepffte hohe Regalien, Sitz und Stimme auff dem Reichs=Tag etc. aber vom Kayser und Reich zu Lehen gehen, wie oben von der Graffschafft Wartenberg angeführt worden; ...“.

⁴⁴⁶ Unten, S. 593-594.

⁴⁴⁷ Alleinige Belehnungen mit der Landeshoheit durch kaiserliche Thronlehen: Erzstift Mainz (*Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 2. Cap., §. 2., S. 36), Erzstift Trier (*Moser* ebd., §. 3., S. 36-37), Erzstift Köln (*Moser* ebd., §. 4., S. 37).

Schönberg, Das Recht der Reichslehen im 18. Jahrhundert, 3. Abschnitt, A., II., 3., S. 85 „... Thronlehen sind zunächst die geistlichen ... Kurfürstentümer. ...“ und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 6. Cap., §. 2., S. 162 „Bey denen geistlichen Chur= ... Fuersten hingegen bestehen die Reichslehen nicht in denen Stifts=Landen selbst, sondern nur in der Weltlichkeit, oder denen Regalien, oder der Landeshoheit, darueber. Dises ist aber nur von denen eigentlichen und alten Stifts=Guetern zu verstehen: ...“.

⁴⁴⁸ Einheitliche Belehnungen mit Territorium und der Landeshoheit durch kaiserliche Thronlehen (unten, S. 593-594).

⁴⁴⁹ Unten, S. 593-595.

⁴⁵⁰ Belehnungen mit der Landeshoheit durch kaiserliche Thronlehen: Hochstift Worms (*Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 2. Cap., §. 26., S. 57), Hochstift Würzburg (§. 27., S. 57-58), Hoch- und Teutschmeister (§. 24., S. 56-57), Hochstift Korvey (§. 14., S. 54), Hochstift Konstanz (§. 15., S. 54), Hochstift Ellwangen (§. 16., S. 54), Hochstift Freisingen (§. 17., S. 54), Hochstift Hildesheim (§. 18., S. 54-55), Johanniter-Meister (§. 19 a., S. 55), Hochstift Lübeck (§. 19 b., S. 55), Hochstift Passau (§. 20., S. 55-56), Hochstift Speyer (§. 22., S. 56), Hochstift Stablo-Malmedy (§. 23., S. 56), Hochstift Basel (§. 11., S. 53-54), Hochstift Berchtesgaden (§. 12., S. 54), Hochstift Brixen (§. 13., S. 54), mit §. 1., S. 34-36.

Hochstifter Basel und Speyer die einheitlichen Belehnungen mit Territorium und Landeshoheit durch kaiserliche Thronlehen (unten, S. 586, 596).

Moser, Neues teutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 1. Cap., §. 11., S. 11 „... Alle geistliche Fuersten, so Siz und eine eigene Stimm auf Reichstaegen haben, werden mit der Weltlichkeit, oder denen Regalien ihrer Lande, ebenfalls vor dem Kayserlichen Thron belehnt. ...“, 6. Cap., §. 2., S. 162 „Bey denen geistlichen ... Fuersten hingegen bestehen die Reichslehen nicht in denen Stifts=Landen selbst, sondern nur in der Weltlichkeit, oder denen Regalien, oder der Landeshoheit, darueber. Dises ist aber nur von denen eigentlichen und alten Stifts=Guetern zu verstehen: ...“; *ders.*, Einleitung zu dem Reichs= Hof= Raths=Proceß, III. Theil, VI., 1. Cap., §. 106., S. 144 „... gefuerstete Abteyen und Probsteyen, so eigene Sitz und Stimme auf den Reichs=Taegen haben, welche der Kayser in Person verleihet; ...“ und *Schönberg*, Das Recht der Reichslehen im 18. Jahrhundert, 3. Abschnitt, A., II., 3., S. 85 „... Thronlehen sind ..., weiter die alten geistlichen ... Fürstentümer, die Sitz und Stimme auf dem Reichstag haben. ...“.

Bei den neuen weltlichen Reichsfürsten waren es überwiegend die niederen Reichshofratslehen,⁴⁵¹ in einer Minderzahl auch die kaiserlichen Thronlehen.⁴⁵² Die geistlichen Prälaten⁴⁵³ und die weltlichen Grafen und Freiherrn erhielten gleichermaßen die Reichshofratslehen.⁴⁵⁴

⁴⁵¹ Fürstentümern Salm (Reichsafterlehen: für den Untervasall Salm selbige Wertigkeit wie eine unmittelbare Belehnung, unten, S. 591), Nassau-Hadamar, Nassau-Dillenburg, Landgrafschaft Fürstenberg, gefürstete Grafschaft Schwarzenberg, Reichsherrschaft Tarasp (Dietrichstein), gefürstete Reichsherrschaft Thengen (Auersberg): einheitliche Belehnungen mit Territorium und der Landeshoheit durch Reichshofratslehen (unten, S. 595-596, 464).

Gefürsteten Grafschaft Sternstein: gebietlich allodial (unten, S. 492), bei ansonsten allodialer Landeshoheit (unten, S. 492) Belehnungen mit Halsgericht, Stock und Galgen und Blutbann durch Reichshofratslehen: gemeinsame Zuständigkeiten des Oberamts in Neustadt über die Grafschaft Sternstein und die Herrschaft Waldthurn (unten, S. 493).

Fürstentum Liechtenstein: gebietlich allodial (unten, S. 494), der Verkauf von der Reichsherrschaft Schellenberg am 18. Jan. 1699 und der Grafschaft Vaduz – Blutbann Reichslehen – am 22. Febr. 1712 von Graf Jakob von Hohenems und Vaduz an Fürst Johann Adam von Liechtenstein (unten, S. 494). Wegen den finanziellen Schwierigkeiten war vom Reichshofrat als der obersten Lehnsbehörde beider Herrschaften der Verkauf veranlasst und zugestimmt worden (*Seger*, 250 Jahre Fürstentum Liechtenstein, (Einleitung), Bis zur Erwerbung der Herrschaft Schellenberg, in: *JBL*, LXVIII. Band, S. 8, 31-33 (33) und *Marquardt*, Liechtenstein im Verbands des Heiligen Römischen Reiches und die Frage der Souveränität, Die Entmachtung des Reichsgrafen Jakob Hannibal III. von Vaduz (1693), in: *JBL*, CV. Band, S. 25-26). Bei dem aus beiden gebildeten Reichsfürstentum Liechtenstein (23. Jan. 1719 durch Kaiser Karl VI.: unten, S. 494) bestand der Blutbann als Reichshofratslehen weiter fort. *Moser*, Einleitung zu dem Reichs= Hof= Raths=Prozeß, III. Theil, 1. Cap., §. 49., S. 67 „Der Fürst von Lichtenstein empfängt von dem Reich zu Lehen den Bann ueber das Blut zu richten in dem Fürstenthum Lichtenstein, oder in denen beeden Herrschafften Vadutz und Schellenberg.(1)“.

⁴⁵² Grafschaft Ostfriesland, gefürstete Grafschaft Friedberg-Scheer, Fürstentum Schwarzburg einheitliche Belehnungen mit Territorium und der Landeshoheit durch kaiserliche Thronlehen (unten, S. 596).

Gefürstete Grafschaft Hohenzollern: gebietlich allodial (unten, S. 587, bei ansonsten allodialer Landeshoheit Belehnung mit den Blutbann durch kaiserliches Thronlehen (*Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der schwabische Kreis, Die fuerstl. Hohenzollerischen Lande, §. 4., S. 519-520 und *Staatsarchiv Sigmaringen*, Ho 1 T 1-6, Nr. 91: Regest über die Verleihung des Blutbannes von Kaiser Friedrich III. am 20. Aug. 1471 an Graf Jos Niclas zu Zollern (Zolr)).

⁴⁵³ Nach Reichs=Hofrätlichen Verhandlungen 1766:

Niedermünster: Regalien, Gerichtsbarkeiten und Freiheiten (*Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 2. Cap., §. 45., Nidermuenster, S. 75),

Obermünster: Regalien, Gerichtsbarkeiten und Freiheiten (*Moser* ebd., Obermuenster, S. 76 mit Nidermuenster, S. 75),

Sankt Emmeran: Regalien, Lehen und Weltlichkeit (*Moser* ebd., Sanct Emeran, S. 80),

Ottobeuren: Regalien, Weltlichkeiten, Lehenschaften, Blutbann (*Moser* ebd., Ottobeuren, S. 77).

Bei ansonsten allodialer Landeshoheit erfolgten die Belehnungen mit dem Blutbann durch Reichshofratslehen:

Kaiserheim: Joseph I. Lehn=Brief vor Abt Rogerium, ueber den Blut=Bann zu Nieder=Stotzingen und die Koenigsmaath, Anno 1706 (*Lünig*, Corpus jurisfeudalis germanici, Tomus I, I. Theil, II. Abtheilung, (I.), XXXV., LXXX., Sp. 529-530, LXXXI., Sp. 531-532) und nach Reichs=Hofrätlichen Verhandlungen 1766: Blutbann zu Nider-Stotzingen (*Moser* ebd., Kaysersheim, S. 73),

Marchthal: Leopold I. Lehn=Brief vor Abt Conradum zu Marchthal, ueber den Blut=Bann daselbst, Anno 1659 (XXXVI., S. 531-534) und nach Reichs=Hofrätlichen Verhandlungen 1766: Blutbann zu Uttenweiler und Blutbann zu Marchthal (*Moser*, ebd., Marchthal, S. 75),

Falls die Landeshoheit bei den geistlichen und weltlichen Staaten nicht die Eigenschaft eines gleichermaßen allodialen Rechtes hatte,⁴⁵⁵ waren demnach bei ihrer sie miteinbeziehenden und auch ausdrücklichen Belehnung bei den geistlichen und weltlichen Reichsständen sowohl die höheren kaiserlichen Thronlehen als auch die niederen kaiserlichen Reichshofratslehen vorhanden gewesen.

Rottenmünster: Carl VI. Lehn=Brief vor die Aebtißin Maria Wallburgs, ueber die freye Gepuerst und hohe Malefizische Obrigkeit, Stock und Galgen, samt dem Bann ueber das Blut zu richten, in ihren Doerffern und Hoefen, Anno 1712 (XLII., Sp. 549-554) und nach Reichs=Hofrätlichen Verhandlungen 1766: hohe malefizische Obrigkeit und freie Gepürst (*Moser ebd.*, Rottenmuenster, S. 80),

Schussenried: Leopold I. Lehn=Brief vor Abt Tiberium zu Schuessenriedt, ueber den Blut=Bann in dem Bezirck seiner Abtey, Anno 1684 (XXXIX., Sp. 543-546) und nach Reichs=Hofrätlichen Verhandlungen 1766: Blutbann daselbst (*Moser ebd.*, Schussenried, S. 81),

Ochsenhausen: Joseph I. Lehn=Brief vor Abt Franciscum ueber das Halß=Gerichte und Blut=Bann in seiner Abtey Flecken und Doerffern, Anno 1706 (XXXVII., Sp. 533-536) und nach Reichs=Hofrätlichen Verhandlungen 1766: Blutbann in dem Markt Ochsenhausen und anderen Dörfern, Blutbann in Obersulmatingen (*Moser ebd.*, Ochsenhausen, S. 76),

Irsee: Carl VI. Lehn=Brief vor Abt Wilibaldum, ueber die hohe Obrigkeit und Blutbann in innenbemeldten Orten, Anno 1712 (XXXIV., LXXIIX., Sp. 525-528, LXXVII., Sp. 523-526) und nach Reichs=Hofrätlichen Verhandlungen 1766: Blutbann in dem irseeischen Territorium (*Moser ebd.*, Yrsee, S. 85).

Nach Reichs=Hofrätlichen Verhandlungen 1766/67:

Neresheim: Blutbann daselbst (*Moser ebd.*, Neresheim. S. 75),

Weingarten: Blutbann zu Blumenegg (*Moser ebd.*, Weingarten, S. 84),

Zwiefalten: Blutbann in dem Schloß und Sitz Kirchheim (*Moser ebd.*, Zwiefalten, S. 86).

Moser ebd., 1. Buch, 1. Cap., §. 14., S. 15 „Es gibt aber auch geringere oder nidrige Reichslehen, ueber welche die Belehnung nicht von dem Kayser in Person, sondern, Namens Desselbigen, von dem Kayserlichen Reichs=Hofrath ertheilet und empfangen wird. Dahin gehoeren, wenigstens nach der P r a x i, die Weltlichkeiten aller Reichs=Pralaturen, ...“; *ders.*, Einleitung zu dem Reichs= Hof= Raths=Proceß, III. Theil, VI., 1. Cap., § 106., S. 144 „... gefuerstete Abteyen und Probsteyen, so eigene Sitz und Stimme auf den Reichs=Taegen haben, welche der Kayser in Person verleiht; die uebrige Abteyen, Probsteyen etc. aber, sie seyen gefuerstet oder nicht, empfangen ihre Lehen vom Reichs=Hof=Rath, ...“ und *Schönberg*, Das Recht der Reichslehen im 18. Jahrhundert, 3. Abschnitt, A., II., 3., b), S. 88 „... Reichshofratslehen sind demnach zu Ende des Reiches ..., die Reichsprälaturen, ...“.

⁴⁵⁴ Zumeist einheitliche Belehnungen mit Territorium und der Landeshoheit durch Reichshofratslehen (unten, S. 597-599).

Alleinige Belehnung mit dem Blutbann: Buchau mit der vom dem stiftischen Territorium getrennten Herrschaft Straßberg: Carl VI. Lehn=Brief vor die gefuerstete Aebtißin Mariam Theresiam, ueber den Bann ueber das Blut zu richten in den Dorffe und Schlosse Straßberg, Anno 1712 (*Lünig*, Corpus jurisfeudalis germanici, Tomus I, I. Theil, II. Abtheilung, (I.), XXIIIX., S. 505-508).

⁴⁵⁵ *Buri-Runde*, Ausfuehrliche Erlaeuterung des in Deutschland ueblichen Lehenrechts, 1. Abtheilung, Caput II., §. 5., Erklarung, VII., 4., 6), S. 430 „W o z u d i e L a n d e s = H o h e i t zu rechnen? ...; als wie man auch zuweilen antrifft, daß die Regalien jure allodiali besessen werden, ...“.

b) Ergebnis: Gleichwertigkeit der Entstehungs- und Erwerbsgründe der Landeshoheiten bei den weltlichen und geistlichen Staaten

Für die Ausbildung der Landesherrschaft waren die auf den Allodgütern vermöge der Grundherrschaft und den tatsächlichen Herrschaftsausübungen existenten Herrschaftsverhältnisse bei den geistlichen und weltlichen Grundherren gleichermaßen gegeben.⁴⁵⁶ Die Grafengewalt, durch Übertragungen und allodiale Ausübungen erlangt, wurde zuerst von den weltlichen und danach von den geistlichen Fürsten ausgeübt.⁴⁵⁷ Bei den alten Stammesherzogtümern stand die herzogliche Gewalt allein weltlichen Fürsten zu.⁴⁵⁸ Die Immunitäten, bald der gräflichen Gewalt gleichkommend und die aus ihnen entstandenen Bannbezirke waren vor allem den geistlichen und weniger den weltlichen domini terrae vergeben worden und bei ihnen entstanden.⁴⁵⁹ Der Vogt, von den geistlichen Fürsten mit Grafengewalt und von den geistlichen Immunitätsherren zu bestellen, erlangte selber eine grafengleiche Gewalt.⁴⁶⁰ Die Regalien,⁴⁶¹ der Forstbann,⁴⁶² die Rodungen,⁴⁶³ der Machtzuwachs des jüngeren Reichsfürstenstandes,⁴⁶⁴ die mit dem Verlehnungsprozess – mitverursacht durch den weltlichen Leihezwang und das geistliche Regalienrecht – bewirkte Dezentralisierung und Territorialisierung⁴⁶⁵ und die Bildung der neuen Territorialherzogtümer⁴⁶⁶ waren bei den geistlichen und weltlichen domini terrae gleichermaßen gegeben. Von den beiden Fürstengesetzen Kaiser Friedrichs II. von 1220 und 1232 war das erstere allein zugunsten der geistlichen Fürsten erlassen worden.⁴⁶⁷

Bei der weiteren Entwicklung zur Ausbildung der Landeshoheit, waren das Große Interregnum der Jahre 1254-73,⁴⁶⁸ die in der Goldenen Bulle von 1356 zugunsten der Kurfürsten getroffenen territorialbezogenen Regelungen,⁴⁶⁹ die Gottes- und Landfriedensbewegungen,⁴⁷⁰ die Rezeption des Römischen Rechtes,⁴⁷¹ die

⁴⁵⁶ Oben, S. 359-360.

⁴⁵⁷ Oben, S. 361-365, 369-372.

⁴⁵⁸ Oben, S. 361-365.

⁴⁵⁹ Oben, S. 366-369.

⁴⁶⁰ Oben, S. 372-376.

⁴⁶¹ Oben, S. 376-379.

⁴⁶² Oben, S. 379-381.

⁴⁶³ Oben, S. 382-384.

⁴⁶⁴ Oben, S. 385-389.

⁴⁶⁵ Oben, S. 389-392.

⁴⁶⁶ Oben, S. 392-397.

⁴⁶⁷ Oben, S. 397-399.

⁴⁶⁸ Oben, S. 399-404.

⁴⁶⁹ Oben, S. 404-407.

⁴⁷⁰ Oben, S. 407-416.

Gerichtsprivilegien,⁴⁷² die ständischen Mitwirkungsrechte durch Landstände und Kapitel,⁴⁷³ das mit der Reformation entstandene *cuius regio eius religio*,⁴⁷⁴ die Bestätigungen der kaiserlichen Wahlkapitulationen,⁴⁷⁵ der fürstliche Absolutismus⁴⁷⁶ und der Westfälische Friedensschluß⁴⁷⁷ strukturell und funktionell bei den weltlichen und geistlichen Fürsten gleichermaßen vorhanden und wirksam gewesen.

Zu Ausgang des 18. Jahrhunderts waren allodiale Landeshoheiten bei weltlichen und geistlichen Staaten gleichermaßen gegeben.⁴⁷⁸ Bei den lehnbaren Landeshoheiten besaßen die weltlichen und geistlichen Kurfürsten, die alten Fürsten – weltliche und die allein geistlichen –, die im IPO aus Säkularisationen entstandenen weltlichen Fürstentümer und eine Minderzahl der neuen weltlichen Fürsten gleichermaßen die höheren kaiserlichen Thronlehen.⁴⁷⁹ Die neuen weltlichen Fürsten in ihrer überwiegenden Zahl, die geistlichen Prälaten und die weltlichen Grafen, Freiherren erhielten die niederen Reichshofratslehen.⁴⁸⁰

Die Entstehungsgründe der Landeshoheit mit ihren nachherigen Belehnungen seitens Kaiser und Reich waren demnach bei den geistlichen und weltlichen Landesherren nahezu gleichwertig, jedenfalls jene der geistlichen gegenüber jenen der weltlichen nicht geringer.

Sartori, Geistliches und Weltliches Staatsrecht der Reichsstifter:

„Ihre Landeshoheit im Weltlichen hat mit jener der uebrigen Reichsstaende, sowohl was den *U r s p r u n g*, *W a c h s t h u m* und *V o l l e n d u n g* betrifft, alles gemein und ist ist von selbiger in keinem Stueck wesentlich unterschieden.“⁴⁸¹

⁴⁷¹ Oben, S. 416-425.

⁴⁷² Oben, S. 425-430.

⁴⁷³ Oben, S. 430-434.

⁴⁷⁴ Oben, S. 435-438.

⁴⁷⁵ Oben, S. 438-439.

⁴⁷⁶ Oben, S. 439.

⁴⁷⁷ Oben, S. 439-440.

⁴⁷⁸ Oben, S. 441-442.

⁴⁷⁹ Oben, S. 442.

⁴⁸⁰ Oben, S. 443.

⁴⁸¹ II. Band, 2. Theil, 2. Abschnitt, 78. Cap., §. 1907., S. 5-6.

3. Die Gleichwertigkeit der mit der Landeshoheit verbundenen Befugnisse bei den weltlichen und geistlichen Staaten

a) Die Landeshoheit als umfassende Hoheits- und Regierungsgewalt

Die Landeshoheit machte aus und beinhaltete sämtliche Hoheits- und Regierungsrechte eines Landes.

Leist, Lehrbuch teutschen Staatsrechts:

„Die **L a n d e s h o e i t** ²⁾ ist der Inbegriff saemmtlicher Hoheits= oder Regierungsrechte, welche, in Gemaeßheit der ReichsGrundgesetze ³⁾, ueber einen teutschen Particularstaat, aus **e i g e n e r M a c h t** und in **e i g e n e m N a m e n**, jedoch in **U n t e r w e r f i g k e i t** gegen die **R e i c h s S t a a t s g e w a l t** ausgeuebt werden ⁴⁾ ...“⁴⁸²

b) Die Gleichwertigkeit des weltlichen Bereiches der Landeshoheit

Die von den Landesherren in den reichsständischen Staaten zu erledigenden weltlichen Aufgaben waren wegen sowohl in ihrem Inhalt als auch in ihrem Umfang und ihrer Intensität im grundsätzlichen unabhängig davon, ob sie in einem geistlichen oder weltlichen Staat anfielen.

Sartori, Geistliches und Weltliches Staatsrecht der Reichsstifter⁴⁸³:

„Von der C. G. Reichstifte Landeshoheit im Weltlichen ueberhaupt.⁽⁴⁸⁴⁾... Die Landeshoheit der geistlichen Reichsstaende hat in ihrem Umfange alle Rechte, welche in der natur der Regierungsgewalt liegen, in so weit sie nicht durch positive Reichsgesetze, durch Vertraege, oder durch die besondere

⁴⁸² 2. Aufl., B), 1. Buch, 2. Theil, 1. Abtheilung, 1. Abschnitt, §. 20., S. 70-71.

Pütter, Institutiones Ivris Pvblici, Lib III., Cap. I., §. 116., p. 119-120 „..., I) nonnulla quidem, ..., regalia imperatori reseruata manserunt; ... II) Reliqua autem omnia, ..., indistincte in superioritate territoriali continentur (a). ... ; sed omnia ordinarie priuatue hodie sola territoriali auctoritate eiusque solius ex arbitrio exercentur (b). ...“; *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band XIV, 1. Cap., §. 7., S 13 „Der eigentliche und groeste Vorzug derer Teutschen Reichsstaende besteht darinn, daß sie die ansehnliche Gerechtsamen, aus welchen zusammen die Landeshoheit besteht, ...“; *Gönner*, Teutsches Staatsrecht, 1. Theil, 1. Buch, 2. Abschnitt, 9. Hauptstück, 1. Absatz, §. 227., S. 334-335 „Die teutsche Landeshoheit k) enthält I. den Inbegriff aller in der obersten Gewalt nach dem rationellen Staatsrecht liegenden Rechte, und zwar 1) in der Einheit des Begriffs einer Herrschergewalt, nicht als Aggregat einzelner Befugnisse 1): ...“ und *Hüberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band I, 3. Buch, 1. Cap., §. 116., S. 373 „... Nach allem diesen kommt also die Landeshoheit mit einer jeden hoechsten Gewalt, wie diese nur immer nach dem allgemeinen Staatsrechte gedacht werden kann, ueberein, und sie begreift nach Abrechnung der dem Kaiser vorbehaltenen Hoheitsrechte, alle uebrige, welche sich nur immer nach Grundsuetzen des allgemeinen Staatsrechts denken lassen. ...“.

⁴⁸³ Das Geistliche und Weltliche Staatsrecht der Reichsstifter von *Sartori* befasst sich mit den katholisch-geistlichen Reichsstände.

⁽⁴⁸⁴⁾ II. Band, 2. Theil, 2. Abschnitt, 78. Cap., S. 5.

Landesverfassung eingeschränkt sind. Die Landeshoheit im Weltlichen umfasst das ganze Land, und erstreckt sich ueber Personen, Sachen und Orte, ...⁴⁸⁵

Die im einzelnen angegebenen Regalien-, Kriegs-, Friedens-, Gesandtschafts- und Bündnisrechte, Erbhuldigungen, Bestellung der Landestribunalien, hohe Gerichtsbarkeit in bürgerlichen und peinlichen Sachen, Befugnis Gesetze und Verordnungen zu machen, Besteuerungsrechte und allgemeine Landesdefension,⁴⁸⁶ differieren von den in den weltlichen Staaten anfallenden Aufgaben nicht.⁴⁸⁷

c) Die Gleichwertigkeit des geistlichen Bereiches der Landeshoheit

aa) Die Unterscheidung von geistlichem Bereich der Landeshoheit und von geistlicher Gewalt

Bei den von den reichsständischen Landesherren für ihre Territorien zu erledigenden religiös-kirchlichen Aufgaben⁴⁸⁸ ist der geistliche Bereich der Landeshoheit von der geistlichen Gewalt zu unterscheiden.⁴⁸⁹

Der geistliche Bereich der Landeshoheit hatte seinen Bezugs- und Orientierungspunkt in der Wohlfahrt des Staates und der öffentlichen Sicherheit und ihm gehörten die Schutz-, Schirm- und Aufsichtsrechte sowie das *ius reformandi* an, welche den Landesherren in ihren Territorien über die Religion und ihren korporativen Zusammenschlüssen zustanden, auch *iura circa sacra* genannt.⁴⁹⁰

⁴⁸⁵ II. Band, 2. Theil, 2. Abschnitt, 78. Cap., §. 1917., S. 16.

⁴⁸⁶ II. Band, 2. Theil, 2. Abschnitt, 80. Cap., §. 1971. u. 1972., S. 81-83.

⁴⁸⁷ C. A. Beck, *Recht und Verfassung des Reiches*, II., 4. Buch, 2. Hauptstück, § 11, S. 572-573: machte bei der Aufzählung der in Ansehung der weltlichen Landesregierung den Landesherren im einzelnen zugestandenen Rechte und Befugnisse keine Unterschiede, ob diese von einem weltlichen oder von einem geistlichen Landesherrn zu erledigen sind.

⁴⁸⁸ Bei der christlich-religiösen Bestimmung des Reiches – *Respublica Christiana* – Art. VII IPO (oben, S. 436) war das Religionswesen in den einzelnen Territorien im Reich dahingehend festgelegt, als nach der Reichsverfassung in den Territorien allein die drei christlichen Bekenntnisse zugelassen waren, ohne eine positive Auswahl unter diesen für die einzelnen Territorien zu treffen. Dem Landesherrn oblag es nach der Reichsverfassung zu bestimmen, welche von diesen Konfessionen in seinem Territorium ausgeübt werden (*Moser*, *Neues deutsches Staatsrecht*, Band VII, 1. Buch, 3. Cap., S. 23-33, insb. §. 6. u. §. 7., S. 28-33 und *Majer*, *Teutsches Geistliches Staatsrecht*, II. Theil, §. 9., S. 46-49).

⁴⁸⁹ *Schnaubert*, *Grundsätze des Kirchenrechts der Protestanten und Katholiken in Deutschland*, Allg. Theil, 3. Abschnitt, 2. Hauptstück, §. 118., S. 109 „Vom Kirchenregimente des Landesherrn müssen 1) dessen *weltliche Hoheitsrechte* in Kirchensachen unterschieden werden. ...“.

⁴⁹⁰ *Schnaubert*, *Grundsätze des Kirchenrechts der Protestanten und Katholiken in Deutschland*, Vorbereitung, 2. Abschnitt, §. 13., S. 9-10, Allg. Theil, 3. Abschnitt, 2. Hauptstück, §. 118., S. 109-110, §. 120., S. 111; *Sartori*, *Geistliches und Weltliches Staatsrecht der Reichsstifter*, II. Band, 2. Theil, 1. Abschnitt, 49. Cap., §. 1488., S. 485-487; *Pütter*, *Eroerterungen und Beyspiele des Teutschen Staats- und Fuerstenrechts*, II. Band, 12. Eroerterung, 3. Abschnitt, II., XVI., S. 80-81; *Held*, *Reichspraelatisches Staatsrecht*, II. Theil, 3. Kap.,

Die geistliche Gewalt der Landesherren hatte ihren Bezug in der Förderung des geistlichen Endzweckes der Kirchen, und es zählten zu ihr die eigentlichen geistlich-religiösen Belange, auch *iura in sacra* genannt.

bb) Nichtzugehörigkeit der geistlichen Gewalt der Landesherrn zu ihrer Landeshoheit

Den verschiedenen theologisch-dogmatischen Strukturen und Aufbauprinzipien der katholischen und evangelischen Religionen und ihrer Kirchen entsprechend hatte die geistliche Gewalt bei den katholischen und evangelischen Staaten verschiedene Entstehungs- und Legitimationsgründe.

Bei den katholischen Staaten⁴⁹¹ war sie identisch mit dem bischöflichen Diözesanrecht,⁴⁹² mit seiner hierarchischen Eingliederung in die katholische Kirche und seiner Unterordnung unter die kirchliche Gesamtwelt.⁴⁹³ Damit war bei den weltlichen und geistlichen Staaten die inhaltliche Loslösung von den landeshoheitlichen Kompetenzen und Gewalten gegeben. Bei den weltlichen Staaten war zudem zwischen dem Landesherrn und dem katholischen Bischof eine personelle Trennung vorhanden.⁴⁹⁴ Bei den geistlichen Staaten war trotz personeller Identität in der Person des Landesherrn wegen der nicht gegebenen gebietlichen Übereinstimmung der Diözesen mit dem Staatsgebiet auf territorialer Ebene eine äußerliche Unterscheidung und Trennung vorhanden.

§. I., II, S. 128-129; hinsichtlich den katholischen Staaten *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band III, 11. Buch, 1. Cap., §. 413., S. 357-358 und hinsichtlich den evangelischen Staaten *Schnaubert*, Beytraege zum deutschen Staats- und Kirchenrecht, I. Theil, XI., §. 3., S. 102-103.

⁴⁹¹ Die Eigenschaft des katholischen oder evangelischen (Confessio Augustana und reformierte Konfession) Staates wird durch den Begriff der herrschenden Konfession bestimmt. Haupteigenschaft der herrschenden Konfession war, dass sie das reichsständische Territorium in seiner institutionellen Gesamtheit determinierte und sich nicht nur Untertanen zu ihr bekannten. Dazu gehörten insbesondere: die Verwendung des Kirchenvermögens zugunsten von ihr und die Besetzung der öffentlichen Ämtern mit ihren Angehörigen (*Majer*, Teutsches Geistliches Staatsrecht, II. Theil, I. Cap., §. 12. u. §. 13., S. 53-60). Innerhalb der herrschenden Konfession gab es die mehrkonfessionelle Religionsausübung der Untertanen in ihren öffentlichen und privaten Formen, welche beide nicht die herrschende Konfession tangierten (*Majer* ebd., §. 12., S. 53-56). Die öffentliche und private Religionsausübungen waren den Untertanen der drei christlichen Konfessionen in Art. V § 31 u. § 32 IPO, falls sie diese während der Zeit des Normaljahres 1624 innehatten, auch für die Zukunft zugesichert worden (*Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 36-37).

⁴⁹² Inhalt des Diözesanrechtes waren seine beiden funktionellen Bestandteile, die Weihegewalt (*potestats ordinis*) und die Jurisdiktionsgewalt (*potestats iurisdictionis*) (*Sartori*, Geistliches und Weltliches Staatsrecht der Reichsstifter, II. Band, 2. Theil, 1. Abschnitt, §. 1211.-§. 1214., S. 110-116).

⁴⁹³ *Schnaubert*, Besondere Grundsätze des Kirchenrechts der Katholicken in Deutschland, §. 464., S. 504 u. §. 384., S. 379-381.

⁴⁹⁴ *Majer*, Teutsches Geistliches Staatsrecht, II. Theil, V. Cap., 1. Abschnitt, §. 101., S. 310-311 und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band VII, 3. Buch, 12. Cap., §. 3., S. 820, insb. „Die Catholische weltliche Landesherrn haben also in Religions- und Kirchensachen ordentlicher Weise gar nichts, ...“.

Bei den evangelisch weltlichen und geistlichen Staaten⁴⁹⁵ beinhaltete die geistliche Gewalt des Landesherrn, mit ihrer im 18. Jahrhundert und zu Beginn des 19. Jahrhunderts im nahezu unbestrittenen⁴⁹⁶ Kollegialsystem gefundenen Erklärung die Kirchenvereinsgewalt des Landesherrn als dem Vorstand der kirchlichen Vereinigungen.⁴⁹⁷

⁴⁹⁵ Die geistliche Gewalt war bei den evangelisch weltlichen und evangelisch geistlichen Staaten dieselbe. Die Befreiung der evangelischen Landesherrn von dem Diözesanrecht der katholischen Kirche mit ihrer Unabhängigkeit von ihr, war sowohl bei den evangelisch-weltlichen als auch bei den evangelisch-geistlichen Staaten gleichermaßen existent (*Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band VII, 2. Buch, 14. Cap., §. 20., S. 605). Die Eigenschaft der evangelischen Landeskirchen als selbstständige und autonome Kirche, mit ihrer Unabhängigkeit von den evangelischen Kirchen anderer Landesherrn war bei den weltlichen und geistlichen evangelischen Landesherrn gleichermaßen vorhanden (*Moser* ebd., Band XV, 2. Buch, 2. Cap., §. 11., S. 76-77, VII. Band, 2. Buch, 8. Cap., §. 5., S. 454). Die evangelischen Bischöfe und Äbtissinnen waren keine geweihte Geistliche, sie waren weder im biblischen Verstand noch i. S. des Kanonischen Rechts geistliche Personen. Nach der Reichsverfassung verhielten sich geistlichen evangelischen Reichsstände wie die weltlichen evangelischen Reichsstände, von denen sie sich nur durch die Geltung des Geistlichen Vorbehaltes und dem nichterblichen Besitz ihres gebietlichen Territoriums und ihrer Würden unterschieden. Es standen ihnen in Bezug auf geistlichen Fragen gehalten Befugnisse, gegenüber den weltlichen Landesherrn keine erweiterten zu (*Moser* ebd., Band XI, 2. Theil, 3. Buch, 2. Cap., §. 2., S. 39, Band VII, 14. Cap., §. 2., S. 584-585). Nach *Moser* ebd., Band VII, 2. Buch, 3. Cap., §. 3., S. 337-338 hatten „alle und jede Evangelische Landesherrn geist= und weltlichen Standes, als Landesherrn, alle die Rechte in Religions= und Kirchen= Sachen, welche ein Regent nach den Grundsätzen ihrer Religion haben kann, und welche bey denen Catholischen kein Landesherr, als solcher, sondern allein der Papst, so dann die Erz= und Bischoeffe in Ansehung ihres geistlichen Standes, auszuüben berechtiget seynd.“.

⁴⁹⁶ Das von Thomasius begründete und zu Ausgang des 17. und zu Beginn des 18. Jahrhunderts aufgekommene Territorialsystem löste die grundsätzliche Einheit der Respublica Christiana durch eine körperschaftliche Trennung des Staates mit von diesem gliedschaftlich zu trennenden und zu unterscheiden Kirchen auf. Die Kirchen hatten die Stellung von gesellschaftlichen Vereinigungen, womit individuelle Glaubensfreiheit und Glaubensverwirklichung gegeben waren. Die gesellschaftlichen Kirchen konnten, wie die anderen Vereine keine gegenüber der im territorialen Besitz fußenden Staatsgewalt selbstständige Gewalten hervorbringen. Die staatliche Gewalt des Landesherrn, entsprechend der absolutistischen Hobbeschen Staatsallmacht, besaß eine unmittelbare Verfügung über die kirchliche Gesellschaft, erfasste alle Ordnungsbereiche von ihr und durchdrang sie. *Thomasius*, Das Recht Evangelischer Fürsten In Theologischen Streitigkeiten, V. Satz, §. XI., S. 53 „.../daß das Recht in Religions-Sachen eben so wohl ein Stück der höchsten Majestät sey/als andere Regalien, auch aus eben dem Grunde herflüsse/daraus die andere kommen ...“, insg., S. 53-56. Dies betraf jedoch allein die äußere Ordnung, die adiophora und hierbei insbesondere die Regelung des Gottesdienstes, wogegen sie keine geistliche Gewalt in den Lehrfragen beinhaltete. Diese lag auch nicht bei dem Lehrstand der Kirchengesellschaften selber, sondern vielmehr gehörte das geistliche Leben allein dem Einzelnen zu. Nach dem Verständnis von dem Territorialsystem hatte demnach der Landesherr als Bestandteil seiner staatlichen Gewalt und damit als Teil seiner Landeshoheit über die kirchlichen externa die Verfügungs- und Regelungsgewalt (*K. Schlaich*, Der rationale Territorialismus, in: *ZRG*, KA LIV, VI., S. 269-340, insb. I., 1. u. 2., S. 272-275, II., S. 277-284, III., c), S. 294-296, IV., 2., S. 302-307, V., 2. u. 3., S. 317-328 und *Sohm*, Kirchenrecht, I. Band, 3. Kap., §. 40., S. 672-676).

Zu Ausgang des 18. Jahrhunderts war das Territorialsystem nicht mehr die allgemein befürwortete Lehre des evangelischen Kirchenrechts (*Schnaubert*, Ueber Kirche und Kirchengewalt in Ansehung des kirchlichen Religionsbegriffs, III, (B), S. 144-147 (145)).

⁴⁹⁷ Das von Pufendorf begründete und insbesondere von Pfaff ausgeprägte Kollegialsystem ging gleichfalls von dem gliedschaftlich zu trennenden Staat mit den von ihm unterschiedenen Kirchenvereinen aus. *Pufendorf*, De Habitu Religionis Christianae ad Vitem Civilem, Liber singularis, insb. §. 39., p. 130-138: die Kirche ist kein Staat, sie hat von vorneherein immer Vereinsnatur gehabt, §. 41., p. 140-142: an dieser Vereinsnatur hat sich auch nichts geändert, weil die Obrigkeit eine christliche wurde, Appendice, p. 196-224: der Staatsvertrag enthält nicht auch zugleich die Unterwerfung in die Religion. Der Landesherr besaß zwei Funktionen. Einmal jene des weltlichen Territorialherren, vermöge derselben er als Inhalt der Landeshoheit, wie über die anderen Vereinigungen im Staat, die staatliche Kirchenaufsicht über die Kirchen innehatte (*K. Schlaich*, Kollegialismus, 4. Teil, §. 7, II., S. 274-287). Zum anderen jene des Vorstandes von privaten Kirchenvereinen, welchen Landesherrn von den Kirchenvereinen, wegen ihren Wohltaten und Privilegien, die sie der Kirche hatten

Die geistliche Gewalt in den katholischen und evangelischen geistlichen und weltlichen Staaten⁴⁹⁸ hatte demnach bei allen drei Konfessionen⁴⁹⁹ ihren Entstehungs- und

zukommen lassen, ihren erbrachten Verdienste um die Einführung der Reformation und ihrer allgemeinen Fähigkeit des Regierens und ihrer Autorität, die geistliche Gewalt zu einer kirchlichen Vereinsgewalt zur Ausübung übertragen worden waren (*Schlaich* ebd., 4. Teil, § 7, I., S. 260-274, § 6, 1., a)-c), S. 255-256: zum Inhalt der die geistliche Gewalt ausmachenden iura collegialia). Dies betraf insbesondere die Regelungen des Gottesdienstes, die Befugnis Prediger und Vorsteher zu bestellen und alles zu verhindern, was dem Gottesdienst im Wege steht, wogegen die eigentlichen geistlichen Lehrfragen als Kollegialrechte bei der gesamten Kirche verblieben (*Schlaich* ebd., 1. Teil, Einleitung, S. 3-4, 4. Teil, § 2-§ 5, S. 178-254; *Sohm*, Kirchenrecht, I. Band, 3. Kap., § 40., S. 676-679 und *Schnaubert*, Ueber Kirche und Kirchengewalt in Ansehung der kirchlichen Religionsbegriffs, III, (B), S. 147-150).

Das Kollegialsystem war zu Ausgang des 18. Jahrhunderts die nahezu unumstrittene Theorie des evangelischen Kirchenrechts. *Schlaich* ebd., 1. Teil, Einleitung, S. 2 „... weist sie sich als Kind ihrer Zeit aus: das Vernunftsrecht, das am Ausgang des 17. Jahrhunderts in der schließlichen Verbindung mit der Aufklärungsphilosophie das Feld beherrscht, und eine zwischen Orthodoxie, Pietismus und Aufklärung schwankende und vermittelnde Theologie mischen sich im Kollegialismus und lassen ihn bald zur nahezu unbestrittenen Theorie des evangelischen Kirchenrechts im 18. Jahrhundert werden. ...“ und *Schnaubert*, Grundsätze des Kirchenrechts der Protestanten und Katholiken in Deutschland, Allg. Theil, 3. Abschnitt, 2. Hauptstück, §. 119., S. 110 „Das landesherrliche Kirchenregiment ist die Ausübung der Kirchengewalt, dem Landesherrn von den Kirchen überlassen. ...“, §. 120., S. 111; *ders*, Ueber Kirche und Kirchengewalt ..., III, (B), S. 147-149 „... Dieses System hat sich durch seine Gruendlichkeit allmaehlich so sehr empfohlen, daß es nun das gemeinere ist*). ...“

Das ALR war mit seiner stetigen Kennzeichnung der Kirchen als Kirchengesellschaften von dem Kollegialsystem ausgegangen. 2. Theil, 11. Titel, 1. Abschnitt – Von Kirchengesellschaften überhaupt – (*Allgemeines Landrecht für die Preussischen Staaten*, III. Band, S. 730-735), insb. § 27 (S. 732), § 32 „Die Privat- und öffentliche Religionsausübung einer jeden Kirchengesellschaft ist der Oberaufsicht des Staats unterworfen.“ (S. 732), § 46 „Wegen der äussern Form und Feyer des Gottesdienstes kann jede Kirchengesellschaft dienliche Ordnungen einführen.“ (S. 734), § 50 „Jedes Mitglied einer Kirchengesellschaft ist schuldig, sich der darin eingeführten Kirchenzucht zu unterwerfen.“ (S. 734) und 3. Abschnitt – Von den Obern und Vorgesetzten der Kirchengesellschaften – (S. 741-746), insb. § 113 „Die dem Staate über die Kirchengesellschaften nach den Gesetzen zukommende Rechte, werden von dem geistlichen Departement in so fern verwaltet, als sie nicht dem Oberhaupte des Staats ausdrücklich vorbehalten sind.“ (S. 741), § 114 „Ausserdem aber stehen die Kirchengesellschaften einer jeden vom Staate aufgenommenen Religionspartey, unter der Direction ihrer geistlichen Obern.“ (S. 741).

⁴⁹⁸ Bei den weltlichen Staaten gab es neben den Staaten mit herrschender katholischer und evangelischer Konfession (oben, S. 449) auch die gemischt-konfessionellen Staaten mit 2 oder 3 herrschenden Konfessionen. Art. V § 2 IPO mit seiner zum neuen Normaljahre 1624 erfolgten Festschreibung des Standes der religiösen Dinge in den Territorien (*Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 26) und *Schnaubert*, Grundsätze des Kirchenrechts der Protestanten und Katholiken in Deutschland, Allg. Theil, 4. Abschnitt, 3. Hauptstück, S. 150-159, insb. §. 165., S. 150. Hierzu gehörten vor allem Reichsstädte, nach Art V § 29 IPO insbesondere Augsburg, Dinkelsbühl, Biberach, Ravensburg, Kaufbeuren (*Instrumenta Pacis Westphalicae* ebd., S. 35-36), jedoch auch einzelnen Territorialstaaten (*Schnaubert* ebd., S. 150-159). Gehörte der Landesherr der katholischen Konfession an, besaß er wegen der Diözesengewalt des katholischen Bischofs für seine katholische Bevölkerung keine geistliche Gewalt, gleiches hinsichtlich seiner evangelischen Bevölkerung, welche geistliche Gewalt nach dem Kollegialsystem bei den evangelischen Kirchen und den Einzelnen lag (oben, S. 450-451; *Schnaubert* ebd., Allg. Theil, 4. Abschnitt, 3. Hauptstück, §. 165., S. 150, §. 173., S. 158 und *Sartori*, Geistliches und Weltliches Staatsrecht der Reichsstifter, II. Band, 2. Theil, 1. Abschnitt, §. 1604., S. 626 „...“, daß den katholischen Fürsten nicht die mindeste Gewalt in den evangelischen Kirchensachen eingeräumt, sondern solche ganz allein den Consistorien ueberstellt worden sey, ...“). Gehörte der Landesherr den evangelischen Konfessionen an, so ging ihm hinsichtlich seiner evangelischen Bevölkerungsteile gleichfalls die geistliche Gewalt und lag für seinen katholischen Bevölkerungsteil diese bei dem Bischof, der sein Territorium gebietlich erfassenden Diözese.

Bei den geistlichen Staaten konnte es wegen der hervorgehobenen Bedeutung der den katholischen und evangelischen Charakter dieser Staaten ausmachenden jeweiligen Konfession keine zwei oder drei herrschende Konfessionen geben. *Sartori*, Geistliches und weltliches Staatsrecht der Reichsstifter, II. Band, 2. Theil, 1. Abschnitt, §. 1602., S. 624 „... Die herrschende Religion in den katholisch=geistlichen Stiftern wird die

Legitimationsgrund in einer von der staatlichen Gewalt der Landeshoheit zu trennenden Kirchengewalt,⁵⁰⁰ den iura in sacra.⁵⁰¹

cc) Ergebnis: Gleichwertigkeit des geistlichen Bereiches der Landeshoheit bei den weltlichen und geistlichen Staaten

Die Bestandteile des geistlichen Bereiches der Landeshoheit kamen in den geistlichen und weltlichen Staaten gleichermaßen vor und waren in derselben Weise zu erledigen.

catholische genennet, weil sie die u r s p r u e n g l i c h e, alte, und nach der Zahl der Bekenner im Lande die staerkste ist. Bey allendem was der Zahl nach die Oberhand hat, wird insgemein h e r r s c h e n d gebraucht. ...“, insg., S. 624-625, §. 1597., S. 616.

⁴⁹⁹ Für die Beziehungen der beiden evangelischen Konfessionen: Confessio Augustana und Reformierte zu- und untereinander galten in Hinblick auf ihre Verhältnisse in den Territorien im Reich jene der katholischen zu den evangelischen im allgemeinen entsprechend, da die religiösen Streitfragen, welche zwischen ihnen obgewaltet hatten, nicht beigelegt werden konnten und sie folglich auch zwei Parteien bildeten. Die nicht erfolgte Beilegung der religiösen Streitfragen unter den beiden evangelischen Konfessionen schloss es aus, ungeachtet der Struktur ihrer geistlichen Gewalt bei den Kirchenvereinen und den Einzelnen liegend, dass der, der einen evangelischen Konfession zugehörenden Landesherr, diese über die Angehörigen der anderen evangelischen Konfession hatte ausüben können. In Bezug auf ihre Verhältnisse im gesamten Reich bildeten hingegen die Anhänger der Confessio Augustana und der Reformierten das einheitliche Corpus Evangelicorum gegenüber dem Corpus Catholicorum. Art. VII § 1, Satz 2 IPO „Quoniam vero controversiae religionis, quae inter modo dictos protestantes vertuntur, hactenus non fuerunt compositae, sed ulteriori compositioni reservatae sunt adeoque illi duas partes constituunt, ...“ (*Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 46 und *Majer*, Teutsches Geistliches Staatsrecht, II. Theil, III. Cap., 2. Abschnitt, S. 137-149).

⁵⁰⁰ § 62 RDH war auch mit dem weiteren Fortbestehen der bischöflichen Diözesen bei den säkularisierten geistlichen Staaten „Die erz- und bischöflichen Diözesen aber verbleiben in ihrem bisherigen Zustande, bis eine andere Diözesaneinrichtung auf reichsgesetzlicher Art getroffen sein wird, wovon dann auch die Einrichtung der künftigen Domkapitel abhängt.“ (*Das Ende des Alten Reiches*, A., II., S. 53-54), bei den katholisch-geistlichen Staaten von der Verschiedenheit des die geistliche Gewalt ausmachenden Dözesanrechtes von der den Territorialstaat regierenden Landeshoheit ausgegangen. *Sell*, Die Entwicklung des katholischen Kirche im 19. Jahrhundert, I., S. 17 „Durch den Rezeß war keineswegs die seitherige kirchliche Ordnung aufgehoben. Die alten Diözesen sollten bis zu einer neuen Einteilung bestehen bleiben. Die säkularisirten Bischöfe behielten die Oberleitung ihrer bischöflichen Sprengel, allein diese waren nun unter verschiedene Landesherren verteilt, ... Die Verflechtung von geistlichen und weltlichen Befugnissen im seitherigen Amt der Bischöfe wurde gelöst.“

⁵⁰¹ *Schnaubert*, Grundsätze des Kirchenrechts der Protestanten und Katholiken in Deutschland, Vorbereitung, 1. Abschnitt, §. 9.-§. 10., S. 7-9, 2. Abschnitt §. 13., S. 10, Allg. Theil, 3. Abschnitt, 2. Hauptstück, § 118.-§. 120., S. 109-111; *Sartori*, Geistliches und Weltliches Staatsrecht der Reichsstifter, II. Band, 2. Theil, 1. Abschnitt, 49. Cap., §. 1488., S. 485-487; *Pütter*, Eroerterungen und Beyspiele des Teutschen Staats- und Fuerstenrechts, II. Band, 12. Eroerterung, 3. Abschnitt, II., XVI., S. 80-81; *Held*, Reichspraelatisches Staatsrecht, II. Theil, 3. Kap., §. I., II, S. 128-129; hinsichtlich den katholischen Staaten *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band III, 11. Buch, 1. Cap., §. 413., S. 357-358 und den evangelischen Staaten *Schnaubert*, Beytraege zum deutschen Staats- und Kirchenrecht, I. Theil, XI., §. 3., S. 102-103.

Der mehr praxisorientierte *Moser* führte in seinem Neuen teutschen Staatsrecht bei den evangelischen Reichsständen auch die die geistliche Gewalt ausmachenden eigentlichen geistlichen Belange zu der Landeshoheit im Geistlichen (Band XV, 2. Buch, 3. u. 4. Cap., S. 77-136, insb. 3. Cap., §. 4. u. §. 5., S. 79-84, 4. Cap., §. 2., S. 115-116, §. 4. u. §. 5., S. 125-127), wogegen er bei den katholischen Reichsständen diese hiervon teilweise ausnahm und sie der bischöflichen und päpstlichen Gewalt zuschrieb (3. Buch, 3. Cap., §. 2.-§. 4., S. 259-261, 4. Cap., §. 2. u. §. 3., S. 267-271).

Hüberlin, Handbuch Teutschen Staatsrechts:

„... Indessen ist dieß doch nicht so zu verstehen, als ob die weltlichen Mächte gar keine Rechte in Ansehung der Kirche hätten, indem ihnen allerdings die Befugniß zusteht, dasjenige in der Kirche zu bestimmen, was auf die Wohlfahrt des Staats und die öffentliche Sicherheit Bezug hat. Diese Befugnisse, welche man unter dem Namen *jura circa sacra* begreift, und welche wohl von der geistlichen Gewalt (*potestas ecclesiastica, jus sacrorum*) zu unterscheiden ist, äußert sich in dem Schutz und Schirmrecht über die Kirche, in der weltlichen Aufsicht, und in der Bestimmung des Religionszustandes, woraus dann wieder andre, bald mehr, bald weniger Rechte fließen, deren genauere Bestimmung von den ausdrücklichen oder stillschweigenden Verträgen der weltlichen Mächte mit der geistlichen abhängt.“⁵⁰²

Der weitere Bestandteil der geistlichen Landeshoheit, das *ius reformandi* war bei den weltlichen und geistlichen Staaten gleichermaßen gegeben.⁵⁰³ Art. V § 30 IPO billigte es ihnen auch ausdrücklich zu:

„... *statibus imperii immediatis sive ecclesiasticis sive secularibus subiectos pertinet, cum eiusmodi statibus immediatis cum iure territorii et superioritatis ex communi per totum imperium hactenus usitata praxi etiam ius reformandi exercitium religionis competat ...*“⁵⁰⁴

Weiter war festgelegt worden, dass keinem Reichsstand das Recht, das ihm gemäß der Landeshoheit in Religionsgeschäften gebühre, geschmälert werden soll:

„... *nullique statui immediato ius, quod ipsi ratione territorii et superioritatis in negotio religionis competit, impediri oportere.*“⁵⁰⁵

Pütter, Eroberungen und Beispiele des Teutschen Staats= und Fürstenrechts:

„...: daß ein evangelischer Reichsstand, als ein mit der Landeshoheit begabter Reichsstand betrachtet, vermöge eben dieser Landeshoheit eigentlich nur solche Rechte hat, die auch ein katholischer weltlicher Reichsstand in seinem Lande ausüben kann. Diejenigen Rechte, die einem katholischen weltlichen Reichsstande nicht gestattet werden, sondern nur Bischöfen oder Erzbischöfen

⁵⁰² Band III, 11. Buch, 1. Cap., §. 413., S. 357-358.

⁵⁰³ Inhalt der *ius reformandi* war die Befugnisse des Landesherrn zur Festlegung, welche der nach der Reichsverfassung erlaubten drei Konfessionen in seinem Land die herrschende ist, sowie die Gestattung der Religionsausübung an die Angehörigen der territorienfremden Konfessionen. Beschränkt wurde das *ius reformandi* durch die Normaljahrsreligion des Art. V § 15 IPO (oben, S. 353-354; *Hüberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band III, 11. Buch, 3. Cap., §. 427.-§. 434., S. 443-463 und *Mayer*, Teutsches Geistliches Staatsrecht, II. Theil, IV. Cap., 1. u. 2. Abschnitt, S. 159-239). Ein in der Person des Landesherrn vorgenommener Konfessionswechsel konnte demnach nicht mehr die konfessionellen Verhältnisse des Landes verändern. Bei den weltlichen Staaten führte dies zur Abweichung der persönlichen Konfession des Landesherrn von jener seines Territoriums, und bei den geistlichen Staaten mit dem geistlichen Vorbehalt zum Verlust seines Territoriums.

⁵⁰⁴ *Instrumenta Pacis Westphalicae, ... Caesareo-Suecicum ...*, S. 36, insg., *ebd.*

⁵⁰⁵ *Instrumenta Pacis Westphalicae, ... Caesareo-Suecicum ...*, S. 35.

zukommen, die aber jetzt ein evangelischer Reichsstand in seinem Lande ausüben kann, fließen nicht aus der Landeshoheit, sondern aus dem Surrogate der in Ansehung der Protestanten aufgehobenen bischoeflichen Rechte, wie solches in jedem besonderen Teutschen Staate Augsburgischer Confession ausdruecklich oder stillschweigend angeordnet worden. Landeshoheit ist nach der Reichsverfassung, die auch seit der Religionstrennung hierin keine Aenderung erlitten hat, fuer alle und jede Staende einerley. Was ein geistlicher Reichsstand in seinem Lande vor catholischen weltlichen Reichsstaenden voraus hat, das gebuehrt ihm nicht vermoege seiner Landeshoheit, sondern vermoege der in der hierarchischen catholischen Kirchenverfassung gegruendeten geistlichen Gerichtsbarkeit und Dioecesanrechte. Eben so hat ein evangelischer Reichsstand dasjenige, was er in Religions= und Kirchen=Sachen vor catholischen weltlichen Reichsstaenden voraus hat, nicht seiner Reichsstandschaft und Landeshoheit, sondern der durch den Religionsfrieden in Freyheit gesetzten evangelischen Kirchenverfassung zu danken, ...⁵⁰⁶

d) Zusammenfassung: Gleichwertigkeit der mit der Landeshoheit verbundenen Befugnisse bei den weltlichen und geistlichen Staaten

Die Landeshoheit war in ihrem weltlichen und in ihrem geistlichen Bereich bei den geistlichen und weltlichen Staaten im Grundsätzlichen dieselbe. Eine Gleichwertigkeit der mit ihr verbundenen Befugnisse bei den geistlichen und weltlichen Staaten ist gegeben.

Zu den bei der tatsächlichen Ausübung der Landeshoheit, angesichts der unterschiedlichen natürlichen Beschaffenheiten eines Landes und der sich ändernden zeitlichen Umstände sich ergebenden inhaltlich verschiedenen Ausgestaltungen:

Moser, Neues deutsches Staatsrecht:

„... In denen Reichsgesezen trifft man kein Verzeichniß derer Regalien an: Es ist auch nicht wohl thunlich, eine genaue Liste aller Regierungs=Rechte ins besondere abzufassen: Veraendern sich die Zeiten oder Umstaende; so gehen alte Regalien ab, und es entstehen neue: Die natuerliche Beschaffenheit eines Landes ist ebenfalls Ursach, daß man da mehrere, dort wenigere, Regalien antrifft, oder auch hier von allerley Regalien hoeret, davon man in anderen Landen nicht einmal den Namen kennet. Es ist endlich auch nicht noethig, eine solche Specification zu machen: Genug, es gehoeren zur Landeshoheit alle diejenige Rechte, welche zur Regierung eines Staats zu desselbigem Besten, nach denen gegenwaertigen Zeiten und Umstaenden, erforderlich seynd. ...“⁵⁰⁷

⁵⁰⁶ II. Band, 12. Eroerterung, 3. Abschnitt, II., XVI., S. 80-81.

In Bezug auf das Verhältniß von den evangelisch weltlichen Staaten zu den katholisch geistlichen Staaten *Schnaubert*, Grundsätze des Kirchenrechts der Protestanten und Katholicken in Deutschland, §. 160., S. 142 „Vom Verhältnisse der evangelischen Kirchen gegen die Landeshoheit a). Der Landesherr hat, als Landregent, über die evangelischen Kirchen, diejenigen Hoheitsrechte, welche jedem Regenten über die Kirchen seines Staates zukommen. Insbesondere sind sie, dem weltlichen Reformationsrechte und der Aufsicht des Landesherrn unterworfen; und sie geniessen den Schutz desselben ...“.

⁵⁰⁷ Band XIV, 10. Cap., §. 5., S. 211, 14. Cap., §. 5., S. 276-277.

„Die Landeshoheit eines teutschen Landesherrns kan auch eingeschräncket werden durch die natuerliche Beschaffenheit des Landes, welche dessen Regenten ausser Stand setzet, sich diser oder jener Stuecke der Landehoheit wuercklich bedienen zu koennen, da er sonsten eben so vil Recht darzu haette, als andere Reichsstaende, deren Lande hierinn anderst beschaffen seynd, die mithin das Recht, so sie haben, auch in der That selbst gebrauchen und ausueben koennen. ... Wer keine Bergwercke, Salz=Quellen, Marmor=Brueche, u. d. in seinem Lande hat, bey dem fallen alle diese Regalien hinweg. ... Ob aber gleich ein solcher Reichs=Stand nicht wuercklich alle Stuecke der Landeshoheit ausueben kan; so laasset sich deßwegen doch keinesweges sagen, daß er nicht die ganze Landeshoheit habe, oder daß er in disem Stueck, so vil das Recht betrifft, geringer seye, als ein anderer Reichsstand, der dises Recht in mehreren Stuecken, als er, in wuerckliche Uebung bringen kan.“⁵⁰⁸

Diese Unterschiede vermögen keine Unterschiedlichkeit der Aufgaben der geistlichen und weltlichen Staaten zu begründen, da sie bei geistlichen oder weltlicher Staat gleichermaßen gegeben waren.

Die verschiedenen Einschränkungen der Landeshoheit durch die Landstände, die Kapitel, durch Verträge mit Dritten und auch in den Reichsgrundgesetzen selber⁵⁰⁹ betrafen allein die Ausübung der Landeshoheit und nicht ihre substantiellen Gründe.⁵¹⁰

4. Zusammenfassung

Die Entstehungs- und Erwerbsgründe der Landeshoheit waren bei den weltlichen und geistlichen Staaten gleichwertig, ebenso die mit ihr verbundenen Befugnisse.

In Übereinstimmung mit den Reichspublizisten und den zeitgenössischen Publizisten⁵¹¹ ist die Landeshoheit bei den weltlichen und geistlichen Staaten gleichwertig anzusehen.

⁵⁰⁸ Moser, Neues teutsches Staatsrecht, Band XIV, 14. Cap., §. 5., S. 276-277, insg., *ebd.*

⁵⁰⁹ Insbesondere: Gerichtsprivilegien, Reformationsrecht, Steuern, Münzen.

⁵¹⁰ Moser, Neues teutsches Staatsrecht, Band XIV, 14. Cap., §. 6.-§. 8., S. 277-285, §. 10., S. 285-287, 16. Cap., §. 2.-§. 4., S. 295-296.

⁵¹¹ Oben, S. 357-358.

VI

Die Gleichwertigkeit der Reichsstandschaften

1. Die Stimmen in der Literatur

Zur Frage der Gleichwertigkeit der Reichsstandschaften der weltlichen und geistlichen Staaten hatten sich insbesondere die Anhänger und Befürworter der geistlichen Staaten geäußert und diese bejaht.

Samhaber, Freymuethige Gedanken ueber die Saecularisirung:

„... Was fuer eine rechtliche Begrueundung auf Regentschaft ueber Laender und Leute der weltliche Reichsstand hat, eben dieselbe hat auch der geistliche:⁽⁵¹²⁾ ... Aber in unserem teutschen Reiche und nach unserer Constitution sind die Titel und Rechte zur Reichsstandschaft ... voellig gleich, ohne Unterschied an Groeße und Staerke. Sie sind nicht anders im suedlichen als im noerdlichen Teutschlande; nicht anders in Ansehung der geistlichen, anders in Ansehung der weltlichen Regenten des teutschen Reiches. ...“⁵¹³

der Verfasser von *Teutschland am Rande des Abgrunds*:

„... Die Geschichte beweiset es unwidersprechlich, daß die Bischoefe mit eben sovielem Rechte, und schon frueher, zur Reichsstandschaft ... gelangt sind, als die andern, Weiland Kaiserlichen Beamten, Herzogen, Grafen etc ...“⁵¹⁴

und *Baur*, Allgemeine Grundsätze des Völkerrechtes:

„... Denn die geistlichen Fürsten sind den weltlichen als *Reichsstände* vollkommen gleich, ...“⁵¹⁵

Für die Reichsstände generell, ungeachtet ihrer Eigenschaft als weltliche oder geistliche Reichsstände.

Zoepfl, Grundsätze des gemeinen deutschen Staatsrechts:

„Wegen der Gemeinschaftlichkeit dieser Rechte betrachtete man alle Reichsstände als dem R e c h t e, keineswegs aber als dem R a n g e nach gleich¹⁶⁾.“⁵¹⁶

⁽⁵¹²⁾ §. 6. S. 17.

⁵¹³ §. 6., S. 17.

⁵¹⁴ II., S. 10.

⁵¹⁵ 2. Hauptstück, §. IV., 3., S. 151.

2. Die Gleichwertigkeit der Reichsstandschaften der Reichsstände, welche im Reichsfürstenrat Virilstimmen innehatten⁵¹⁷

a) Die normativen Voraussetzungen

aa) Die alten Fürsten⁵¹⁸

Bei dem im 12. Jahrhundert sich zu einem zweiten Verfassungsorgan konstituierenden Reichstag⁵¹⁹ war für die Teilnahme der Reichsfürsten zuerst die Zuziehungen durch den Kaiser maßgebend gewesen.⁵²⁰

⁵¹⁶ I. Theil, 7. Abschnitt, §. 91., S. 194.

⁵¹⁷ Für die Gleichwertigkeit der Reichsstandschaften der geistlichen und weltlichen Staaten müssen die hinsichtlich ihr in sich vergleichbaren Staaten geistlicher und weltlicher Reichsständen einander gegenüber gestellt werden. Die Reichsstandschaft wurde ihrem funktionellen Inhalt nach durch die von den Reichsständen bei der Willensbildung im Reichstag geübten Mitwirkungsbefugnisse gekennzeichnet (oben, S. 356). Ihrer allgemeinen Wertigkeit nach wurde sie durch den von ihren Reichsständen innegehabten Status bestimmt, welcher ihr Status auch den Entstehungen ihrer jeweiligen Reichsstandschaften zugrundegelegt hatte (unten, 457-458, 531-532). Beide bilden demnach die maßgebenden Kriterien für die Frage ihrer in sich Vergleichbarkeit bei den geistlichen und weltlichen Staaten.

Im Reichsfürstenrat hatten bei der Willensbildung die auf der Fürstenbank einsitzenden weltlichen und geistlichen Mitglieder eine Virilstimme und sie waren ihrem Status nach weltliche und geistliche Reichsfürsten, welche geistliche im allgemeinen Bischöfe waren (oben, S. 84-100, 101-111). Die auf den Grafen- und Prälatenbänken einsitzenden weltlichen und geistlichen Mitglieder besaßen hingegen nur Teilhabe an den Curiatstimmen und es ging ihnen mit den sie entstammenden Dynastien als Grafen, Freiherren, Äbte und Pröpste der Status eines Fürsten im grundsätzlichen ab, auch wenn einzelne von ihnen für ihre Person in den Fürstenstand erhoben worden waren (unten, S. 531).

Unter Zugrundlegung ihrer Mitwirkungen bei der Willensbildung im Reichstag und ihres Status, als den beiden Kriterien für die inhaltliche Kennzeichnung der Reichsstandschaft, sind demnach die weltlichen und geistlichen Reichsstandschaften im Reichsfürstenrat, in die jeweilig in ihren Reichsstandschaften in sich vergleichbaren Gruppen der weltlichen und geistlichen Virilstimmen innehabenden Reichsfürsten und der die weltlichen und geistlichen Teilhabe an den Curiatstimmen besessenen Grafen, Freiherren, Äbte und Pröpste einzuteilen.

⁵¹⁸ Dies waren die 2 Stimmen auf der geistlichen Bank: Österreich, Burgund, welche weltliche Staaten waren, sie jedoch wegen ihrer besonderen persönlichen Bevorrechtigung auf der geistlichen Bank miteinsaßen (oben, S. 83) und die 37 weltlichen Stimmen: Herzöge zu Baiern, Pfalz-Lautern, Pfalz-Simmern, Pfalz-Neuburg, Pfalz-Zweibrücken, Pfalz-Veldenz, Sachsen-Weimar, Sachsen-Eisenach, Sachsen-Coburg, Sachsen-Gotha, Sachsen-Altenburg, Markgrafen zu Brandenburg-Onolzbach, Brandenburg-Culmbach, Herzöge zu Braunschweig-Zell, Braunschweig-Calenberg, Braunschweig-Grubenhagen, Braunschweig-Wolfenbüttel, Vorderpommern (Pommern-Stettin), Hinterpommern (Pommern-Wolgast), Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Güstrow, Wirtemberg, Landgrafen zu Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt, Markgrafen von Baden-Baden, Baden-Durlach, Baden-Hochberg, Herzöge zu Holstein-Glückstadt, Sachsen-Lauenburg, Holstein-Oldenburg, Savoyen, Landgraf zu Leuchtenberg, Fürsten von Anhalt, Herzöge zu Henneberg, Lothringen (Nomeny), Graf von Mömpelgard, Herzog zu Arenberg (unten, S. 465-484)

und die 32 geistlichen Stimmen: Erzbischof von Salzburg, Hoch- und Teutschmeister, Bischöfe von Bamberg, Würzburg, Worms, Eichstätt, Speyer, Straßburg, Konstanz, Augsburg, Hildesheim, Paderborn, Freising, Regensburg, Passau, Trient, Brixen, Basel, Münster, Osnabrück, Lüttich, Lübeck, Chur, Fulda, Kempten, Propst von Ellwangen, Großprior des Johanniter-Orden, Pröpste von Bechtesgaden, Weissenburg, Äbte von Prüm, Stablo, Abt/Bischof von Corvey (unten, S. 499-515).

⁵¹⁹ Oben, S. 389.

Nach dem im 12. Jahrhundert stattgefundenen Umbildungsprozess⁵²¹ zum jüngeren Reichsfürstenstand⁵²² besaß allein der kleinere Kreis der jüngeren Reichsfürsten⁵²³ ein *votum decisivum*.

Ob jedem der einzelnen Reichsfürsten ein subjektiv-eigenes Recht zur Teilnahme an den Reichstagen zustand, oder ob ihr Erscheinen die an sie gerichteten kaiserlichen Ladungen vorausgesetzt hatten und nur ein kollektiver Anspruch der Reichsfürsten zum Erscheinen zu den Reichstagen bestand, ist umstritten. Jedenfalls war auch dieser kollektive Anspruch in den Anfängen des Reichstages allein auf die Reichsfürsten beschränkt (*Wacker*, *Der Reichstag unter den Hohenstaufen*, 1. Kap., S. 9-26 (11, 14-15, 19, 20, 24, 25)). Ihre Zuziehungen zu den Reichstagen erfolgten durch die vom Kaiser an sie gerichteten Ladungen, welche nach ihrem eigenen Befinden handeln konnten, sie jedoch auf die mächtigen und einflussreichen Herren Rücksicht nehmen mussten, die die Macht und den Willen zur Teilnahme an den Reichsangelegenheiten hatten (*Wacker ebd.*, 1. Kap., S. 9-26 und *Ehrenberg*, *Der deutsche Reichstag in den Jahren 1273-1378*, 3. Kap., S. 41). Mit der Reichsreform Berthold von Hennebergs am Ende des 15. Jahrhunderts war die dem Kaiser bis in das 15. Jahrhundert zugestandene Willkühr, bestimmte Reichsstände zu den Reichstagen einzuladen oder nicht einzuladen (*H. Helbig*, *Königtum und Ständeversammlung in Deutschland am Ende des Mittelalters*, I., b), in: *Die geschichtlichen Grundlagen der modernen Volksvertretung*, II. Band, S. 99-100) seiner Verpflichtung, die als reichsunmittelbar geltenden Reichsstände sämtlich einzuladen, gewichen.

⁵²⁰ Der ältere Reichsfürstenstand deckt sich im wesentlichen mit dem karolingischen Beamtenadel, für ihn war die Macht und der Wille zur Mitwirkung an den Reichsangelegenheiten maßgebend und es war seine Zugehörigkeit nicht genau umgrenzt. Von den Geistlichen zählten sämtliche Bischöfe, die Reichsäbte und Reichsäbtissinen, von den Weltlichen die Herzöge, Markgrafen, Pfalzgrafen, Grafen, Burgrafen zu, gleichwohl ob sie unmittelbar unter dem König oder einem anderen Fürsten standen. Den ersten Rang nahmen die Stammesherzöge ein, da ihrer Oberhoheit nicht nur sämtliche Grafen, sondern zum Teil auch die Bischöfe, Reichsäbte und Markgrafen ihrer Provinz unterstellt waren. Reichsunmittelbar wie sie, waren nur die beiden Pfalzgrafen von Lothringen und Sachsen, die Markgrafen der 3 wendischen Marken, die Grafen der keinem Stammesherzogtum einverleibten Gebiete (Thüringen, Friesland, Curwalchen), die Herzöge von Böhmen und die von der Unterordnung unter eine herzoglichen Gewalt frei gebliebenen geistlichen Fürsten (*Schröder-Künßberg*, *Deutsche Rechtsgeschichte*, 3. Periode, 2. Kap., § 45., S. 536 und *HRG*, I. Band, Fürst, von *G. Theuerkauf*, III., Sp. 1337-1351 (1341-1342)). Sie rekrutierten sich aus einem Kreis von Familien, deren Zahl weniger als 300 waren (*T. Mayer*, *Geschichtliche Grundlagen der deutschen Verfassung*, S. 12-13 mit Anm., S. 26-27).

⁵²¹ *Oben*, S. 385-389.

⁵²² Welche jüngeren Reichsfürsten nur noch ihre größeren und sich insbesondere durch eine bedeutende gebietliche Herrschaft Ausweisenden waren, womit die Reichsgrafen aus dem Kreis der Reichsfürsten ausschieden (*Schröder-Künßberg*, *Deutsche Rechtsgeschichte*, 3. Periode, 2. Kap., § 45., S. 539).

⁵²³ Dies waren aus dem Umbildungsprozess hervorgegangenen: 92 geistliche Reichsfürsten: 1 Patriarch, 7 Erzbischöfe, 39 Bischöfe, 29 Äbte, 16 Äbtissinen (*Ficker*, *Vom Reichsfürstenstande*, I. Band, XV., Abschnitt 255, S. 372-374) und 16 weltliche Reichsfürsten: Pfalzgraf bei Rhein, Herzöge von Baiern, Schwaben, Sachsen, Lothringen, Brabant, Kärnten, Österreich, Steyer, Böhmen, Pfalzgraf von Sachsen, Markgrafen von Brandenburg, Lausitz, Meißen, Landgraf von Thüringen, Graf von Anhalt (*Ficker ebd.*, XIII., Abschnitt 187, S. 234 und *Engelbert*, *Die Erhebungen in den Reichsfürstenstand*, Einleitung, S. XII). Danach erfolgten bis zum Ausgang des Mittelalters urkundliche Erhebungen in den Reichsfürstenstand: Markgraf von Namur (1184), Herzog von Braunschweig-Lüneburg (1235), Landgraf von Hessen (1292), Herzog von Savoyen (1310), Markgraf von Jülich (1336), Herzog von Geldern (1339), Herzog von Mecklenburg (1348), Herzog von Luxemburg (1354), Markgraf von Pont à Mousson (Bar) (1354), Herzog von Berg (1380), Herzog von Cleve (1417), Graf von Cilly (1436), Herzog von Münsterberg (1462), Herzog von Holstein (1474), Herzog von Württemberg (1495) (*Engelbert*, *Die Erhebungen in den Reichsfürstenstand*, I., 1.), S. 1-14, 2.), S. 15-31, 3.), S. 32-45, 4.), S. 46-62, 5.), S. 63-71, 6.), S. 72-76, 7.), S. 77-79, 8.), S. 80-81, 9.), S. 82-83, 10.), S. 84-88, 11.), S. 89-90, 12.), S. 91-192, 13.), S. 93).

Nichturkundliche Anerkennungen des Reichsfürstenstandes erfolgten: Markgraf von Landsberg (1320-47), Herzog von Schlesien (Zeit Karls IV., 1355-1378), Herzöge von Pommern (1348), Markgraf von Baden (1360-1362) (*Engelbert ebd.*, II., S. 94, 1.), S. 94-95, 2.), S. 96-97, 3.), S. 97-106, 4.), S. 107).

Ihr allgemeines Kennzeichen⁵²⁴ war bei ihren weltlichen Mitgliedern eine lehnsrechtliche Reichsunmittelbarkeit⁵²⁵ und der Besitz einer herzoglichen oder herzogsgleichen Herrschaft, in Form der Gebietsherrschaft über ein Land und einer übergeordneten Gerichtsbarkeit mit dem Besitz mehrerer mediatisierter gräflichen Gewalten.⁵²⁶ Ihre geistlichen Mitglieder hatten insbesondere durch die ihnen in der Confoederatio cum principibus ecclesiasticis vom Jahre 1220 von Kaiser Friedrich II. bestätigten und neu gewährten Rechte ihren Anschluss an die

⁵²⁴ Zu ihrer gehabten normativen Festlegung *Engelbert*, Die Erhebungen in den Reichsfürstenstand, Zusammenfassung ..., S. 127, „... Daß der Aufbau der Urkunden trotzdem in einem Zeitraum von fast 130 Jahren so übereinstimmend blieb, kann kein Zufall sein. In auffälliger Weise haben sich die einmal geprägten Formen fortgepflanzt, so daß eine zusammenhängende Tradition entstand. Und durch die Wiederkehr der gleichen Stufen, in denen die Erhebung erfolgte, ist eine wirkliche Kontinuität verbürgt, die die Möglichkeit einer jeweils unabhängigen Entstehung des Vorgangs so gut wie ausschließt.³⁾ Es müssen demnach sehr präzise Vorstellungen über die staatsrechtlichen Erfordernisse für eine Erhebung zugrunde liegen, und umso größeres Gewicht muß gelegt werden auf die in diesem Zeitraum lebendigen und gültigen Rechtsanschauungen. ...“.

⁵²⁵ *Stengel*, Land- und lehnsrechtliche Grundlagen des Reichsfürstenstandes, I., III., in: *ZRG*, GA, LXVI. Band, VII. (vielmehr VIII.), S. 294-305 (298-301), S. 325-335 (326-330), insb. „... Danach war die wesentlichste Bedingung, an die die Zugehörigkeit oder der Eintritt in den Reichsfürstenstand gebunden wurde, die passive Lehnsabhängigkeit nur vom Könige. ...“ (I., S. 298), „... Der Rechtsvorgang ist bisher mehrfach mißverstanden worden. Weder sind die Erhebungen, um die es sich hier handelt, nur auf dem Besitz von Alloden begründet worden¹³⁶⁾, noch ist es umgekehrt wesentlich, daß sie auf zwei verschiedenen Reichslehen beruhen¹³⁷⁾, was bei dem einen nur für seinen endgültigen Charakter zutrifft, nicht aber für den ursprünglichen, auf den es hier ankommt. Es liegt vielmehr regelmäßig eine Kombination von Allod und Reichslehen zu einem neuen Reichslehen vor. Die zu Erhebenden lassen dem Reiche zunächst Allodialbesitz auf (1). Der König verbindet das dadurch geschaffene Reichsgut sodann mit einem zweiten, das sich entweder bereits in seiner Hand befand oder bisher Reichslehen des künftigen Fürsten war (2), zu einem neuen Lehen (3), mit dem er jenen belehnt (4). Darauf beruht dann dessen neue Würde (5). ...“; „... Vielmehr werden regelmäßig Allode und Lehen miteinander kombiniert. ...“ (III., S. 330); *Engelbert*, Die Erhebungen in den Reichsfürstenstand, Einleitung, S. XII „... Sie waren stets Reichslehnsträger⁴⁾, bestimmt nachzuweisen und ausdrücklich in ihrer Stellung anerkannt. ...“ (für die Stauferzeit) und *Krieger*, Die Lehnshoheit der deutschen Könige im Spätmittelalter, 1. Hauptteil, 3. Kap., II., 1., a), S. 169-171 (bis zur Stauferzeit).

Bei den weltlichen Reichsfürsten wurde die lehnsrechtlichen Reichsunmittelbarkeit dahingehend verstanden, dass sie keinen anderen weltlichen Lehnsherrn als den deutschen König oder einen auswärtigen König hatten haben können, womit sie auch Lehnsmann eines geistlichen Reichsfürsten hatten sein können (*Schönherr*, Die Lehre vom Reichsfürstenstande des Mittelalters, 1. Teil, Abschnitt II., Kap., II., §. 3, I., S. 35-37, 2. Teil, Abschnitt II., Kap. II., §. 3, I., S. 97-98; *Stengel*, Land- und lehnsrechtliche Grundlagen ..., I., in: *ZRG* ebd., S. 298-299 und *Krieger* ebd., a), S. 168).

⁵²⁶ *Stengel*, Land- und lehnsrechtliche Grundlagen des Reichsfürstenstandes, II., III., in: *ZRG*, GA, LXVI. Band, VII. (vielmehr VIII.), S. 306-324 (310-324), S. 335-341, insb. „... Wir müssen uns also erneut zu der These ... bekennen, daß in landrechtlicher Beziehung das Herzogtum die Quelle des jüngeren Reichsfürstenstandes gewesen sei. ...“ (I., S. 311), „... Was schon das Ziel des alten Herzogtums gewesen war, wurde auch die hervorstechende landrechtliche Voraussetzung des neuen Fürstentums: Fürst konnte nur sein, wer mehrere Grafschaften seines ‚Landes‘ besaß, wenn möglich alle; ja selbst solche, die ihm nicht eigentlich gehörten, sondern reichsunmittelbar waren, konnte seine Gerichtshoheit einbegreifen, weil sie in seinem ‚Lande‘ lag. ...“ (I., S. 324); *Schönherr*, Die Lehre vom Reichsfürstenstande des Mittelalters, Zusammenfassung ..., IX., 1., S. 155; *Mitteis*, Lehnrecht und Staatsgewalt, 2. Teil, 5. Kap., VI., S. 435-436 (zu β); *Rosenstock*, Herzogsgewalt und Friedensschutz, 2. Teil, 6. Kap., S. 200-201 und *Schröder-Künßberg*, Deutsche Rechtsgeschichte, 3. Periode, 2. Kap., § 45., S. 538, Fußn. 8 „Der neuere Begriff des Reichsfürstentums oder Reichsfürstenamtes setzte bei seinen Trägern eine herzogliche Gewalt oder doch eine dieser ähnliche Stellung voraus, was auch bei späteren Erhebungen in den Reichsfürstenstand regelmäßig durch die Erteilung des Herzogstitels zum Ausdruck kam. ...“.

Rosenstock, Königshaus und Stämme, 2. Teil, 7. Abschnitt, S. 120 „Seit dem Jahre 1180 behauptet nur eine beschränkte Zahl weltlicher Würdenträger den Rang als Reichsfürst, ... Keine einzige Grafschaft ist für ausreichend befunden worden, um ein Fürstentum abzugeben. ...“.

weltlichen Reichsfürsten gewonnen.⁵²⁷ Ihr allgemeines Kennzeichen die Reichsunmittelbarkeit, wurde während der 2. Hälfte des 13. Jahrhunderts zur lehnsrechtlichen Reichsunmittelbarkeit mit den Amtsbefugnissen, Privilegien und Rechte,⁵²⁸ womit eine altgräfliche Gewalt mitgegeben war.⁵²⁹

bb) Die neuen Fürsten⁵³⁰

⁵²⁷ Oben, S. 397-399 und HRG, I. Band, Fürst, von G. *Theuerkauf*, IV., c), Sp. 1348.

⁵²⁸ Die alleinige lehnsrechtliche Reichsunmittelbarkeit für die Regalien und nicht auch für den gebietlichen Besitz ergibt sich daraus, dass der gebietliche Besitz bei den geistlichen Staaten durch die zahlreichen an die Kirche getätigten Schenkungen zustandekam und demnach dieser Allod war (unten, S. 581-586).

Bei den geistlichen Reichsfürsten wurde die lehnsrechtliche Reichsunmittelbarkeit dahingehend gedeutet, dass ein geistlicher Reichsfürst keines anderen Lehnsmanne als des Kaisers oder eines ausländischen Königs hatte sein dürfen. *Krieger*, Die Lehnshoheit der deutschen Könige im Spätmittelalter, 1. Hauptteil, 3. Kap., II., 1., a), S. 158-168 (158-159), insb., S. 159 „... Nicht Reichsunmittelbarkeit allein, sondern nur Reichsunmittelbarkeit, die auf der ausschließlichen lehnsrechtlichen Bindung der weltlichen Herrschergewalt an den König beruhte, begründete den geistlichen Fürstenstand.“²⁰⁶ ...“ (für die Stauferzeit).

⁵²⁹ Mit der Reichsunmittelbarkeit der Amtsbefugnissen, Privilegien und Rechte war nach den tatsächlichen Verhältnissen – Erhalt von Immunitäten, welche geistliche Immunität mit den Ottonen (919-1024) grafengleich wurde (oben, 366-369 (368-369)), Verleihungen der Grafschaften an die Bischöfe und Äbte seit dem 11./12. Jahrhundert (oben, S. 369-372) – auch eine hoheitliche Gewalt über ein Gebiet und seinen Einwohnern mitgegeben, was zumeist eine Grafengewalt war (*Hauck*, Kirchengeschichte Deutschlands, V. Teil, 1. Hälfte, 9. Buch, 2. Kap., S. 67-68; *Schröder-Künßberg*, Deutsche Rechtsgeschichte, Dritte Periode, 2. Kap., § 45., S. 541; *Ficker*, Vom Reichsfürstenstande, I. Band, XV., Abschnitt 201 u. 202, S. 271-274: ließ die Frage, ob jeder vom König belehnte geistliche Würdenträger damit auch geistlicher Reichsfürst war, offen, was von der neueren Forschung bejaht wird, und HRG, I. Band, Fürst, von G. *Theuerkauf*, IV., c), Sp. 1347-1348, insb., „... Herzogsgleiche Herrschaft war für die Zugehörigkeit zum geistlichen Reichsfürstenstand nicht erforderlich, wenn es auch Erzbischöfe und Bischöfe gab, die Herzöge waren oder zu sein beanspruchten. ...“ (Sp. 1348).

⁵³⁰ Dies waren die 13 neu aufgenommenen: Hohenzollern (1653), Lobkowitz (1653), Salm (1654), Dietrichstein (1654), Nassau-Hadamar (1654), Nassau-Dillenburg (1654), Auersberg (1654), Ostfriesland (1667), Fürstenberg (1667), Schwarzenberg (1674), Liechtenstein (1713), Thurn und Taxis (1754) und Schwarzburg (1754) (*Pütter*, Institutiones Ivris Pvblici, Lib. II., Cap. IV., §. 88., p. 199).

Obwohl in ihrem Status nach nicht den neuen Fürsten zugehörend, sind für die Frage der Wertigkeit ihrer Reichsstandschaften die im IPO im Jahre 1648 säkularisierten 9 geistlichen Erz- und Hochstifter und nunmehrigen Herzogtümer Magdeburg, Bremen und Fürstentümer Halberstadt, Verden, Minden, Schwerin, Camin, Ratzeburg, Hersfeld, mit Umwandlung ihrer geistlichen Stimmen in weltliche Stimmen (unten, 489-491) bei den neuen mitzuberücksichtigen. Die allgemeine Kennzeichnung der neuen fürstlichen Virilstimmen, als den Zustimmungen der anderen Reichsstände erforderlich (unten, S. 461-463), welche Umwandlung ihrer im IPO bisherigen geistlichen Stimmen in deren weltliche der Zustimmung des gesamten Reichstages bedurft hatte, trifft auf sie zu.

Unter den neuen Fürsten gab es keine geistlichen sondern nur deren weltliche, da seit dem Jahre 1582 keine geistlichen Virilstimmen mehr vergeben worden waren (unten, S. 463).

Seit dem Augsburger Reichstag vom Jahre 1582⁵³¹ war für die Neuaufnahme von Reichsfürsten in den Reichsfürstenrat und für den häufigeren Fall, der Umwandlung der Curiatstimme in eine fürstliche Virilstimme, die Zustimmung der hierbei interessierten Reichsstände erforderlich, als welche die bisher im Reichstag vertretenen Kurfürsten, Reichsfürsten und die Prälaten, Grafen und Freiherren angesehen wurden, aus deren Kreis der neu aufzunehmende Reichsfürst ausschied.⁵³² Auch wurde die Reichsstandschaft seit Ende

⁵³¹ Zwar hatten vom Anfang des Reiches seine Fürsten bei den kaiserlichen Standeserhebungen und den damit verbundenen Schaffungen von neuen Herzogtümern und Grafschaften mitgewirkt. Dies waren jedoch nur singuläre und politisch bedeutsame Erhebungen gewesen (seit König Konrad I. [911-918], *Lyncker*, Abhandlung von der Reichs=Standschaft, 2. Abschnitt, §. 6., S. 143-156, §. 7., S. 156-159). Insbesondere war die im Jahr 1495 auf dem Reichstag zu Worms vom deutschen König Maximilian I. erfolgte Erhebung von Graf Eberhard V. von Württemberg-Urach zum Herzog von Württemberg und damit dessen Erhebung in den Reichsfürstenstand mit Zustimmung der Kur- und Reichsfürsten erfolgt (*Brief zur Erhebung des Landes zum Herzogtum v. 21. Juli 1495*, in: *Reyscher*, Sammlung der wuerttembergischen Gesetze, II. Band, Staats=Grund=Gesetze, 12., S. 1-7 (2)). Auch hatten sich im Jahr 1548 die Kurfürsten und andere Reichsstände in einem Reichsgutachten mit der Virilstimme des Burggrafen von Meißen einverstanden erklärt (*Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 1. Buch, 4. Cap., §. 8., S. 35-37 (36)). Hieraus kann jedoch nicht eine von ihnen bereits damals besessene obligate Mitwirkung gefolgert werden. Eine solche ist auch nicht aus dem Inhalt ihres Reichsgutachtens zu erkennen (*Moser* ebd., S. 36 wiedergegebener Inhalt).

⁵³² *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band I, 2. Buch, 2. Cap., §. 78., S. 271-272 mit Fußn. *), S. 272; *Pütter*, Institutiones Ivris Pvblici, Lib. II., Cap. II., §. 78., p. 78 und *Dabelow*, Lehrbuch des Staats- und Völkerrechts der Deutschen, I. Theil, 4. Hauptstück, 1. Abschnitt, 1. Abtheilung, 3. Titel, I., §. 92., S. 68.

Mit dem Erfordernis der zu erhaltenden Zustimmung anderer Reichsstände zum Erwerb einer fürstlichen Stimme im Reichsfürstenrat entstand der Typus des neuen Fürsten gegensätzlich zu dem früheren seine fürstliche Virilstimme ohne deren Zustimmungen erwerbenden alten Fürsten (*Häberlin* ebd., S. 272-273; *Pütter* ebd., p. 78 und *Dabelow* ebd., S. 68).

Zwar waren vom Jahr 1582 bis zum Friedensvertrag von Lunéville 1801 und bis zum Ende des Reiches 1806 keine neue geistlichen Virilstimmen im Reichsfürstenrat mehr vergeben worden. *Pütter* ebd., Cap. IV., §. 99., p. 100; *Häberlin* ebd., 2. Buch, 4. Cap., §. 99., S. 315-316; *Leist*, Lehrbuch teutschen Staatsrechts, 2. Aufl., 1. Buch, 3. Theil, 3. Abschnitt, 2. Absatz, §. 76., Fußn. 3), S. 235, welche die vom Jahr 1582 bis zum Friedensvertrag von Lunéville (so *Leist*) und bis zum Jahr 1792 (so *Pütter*) neu eingeführten fürstlichen Virilstimmen von 1) Hohenzollern am 30. Juni 1653 bis 1) Schwarzburg am 30. Mai 1754 anführen, und unter denen sich keine geistlichen sondern nur weltliche Reichsfürsten befinden. In den im § 32 RDH neu geschaffenen Virilstimmen befinden sich gleichfalls nur deren weltliche (*Das Ende des Alten Reiches*, A., II., S. 39-41). Dies hindert jedoch nicht, dass die seit dem Augsburger Reichstag vom Jahr 1582 erforderlichen Zustimmungen anderer Reichsstände auch für die geistlichen Reichsfürsten galten.

Die nachherige Entwicklung in der Zusammensetzung der Reichsfürsten und der Reichsfürstentümer war generell durch einen Abgang ihrer geistlichen und einen Zuwachs ihrer weltlichen Mitglieder und Fürstentümer gekennzeichnet.

Ficker, Vom Reichsfuerstenstande, I. Band, XV., Abschnitt 254-255, S. 369-376 gibt in einer die Verhältnisse vom 13. Jahrhundert bis zum Jahr 1792 berücksichtigenden Übersicht (Abschnitt 255, S. 373) von den anfängliche 92 geistlichen Reichsfürsten und Fürstentümer bis zum Jahr 1792 an: 3, welche die geistlichen Kurstimmen erhielten; 12, welche unter Verlust ihrer fürstlichen Virilstimmen Teilhabe an den prälatischen Curiatstimmen erhielten; 9, deren Territorien durch Säkularisationen in weltliche Fürstentümer mit weltlicher Virilstimme umgewandelt wurden; 2, welche unter Beibehaltung ihrer Reichsunmittelbarkeit ihre Reichsstandschaft verlustig gingen; 2, welche unter Beibehaltung ihrer geistlichen Virilstimmen in andere Erz- und Hochstifter inkorporiert wurden und 37, welche unter Verlustiggehen ihrer Eigenschaft als geistliche Reichsfürsten und Reichsfürstentümer und ihrer Virilstimme im Reichsfürstenrat an auswärtige Mächte oder durch Säkularisationen an andere Reichsstände gelangten. Hingegen nur 4 neu hinzugekommene, von denen eine säkularisiert und in eine fürstliche Virilstimme umgewandelt wurde und ihrer 3 im Jahr 1792 vorhandenen.

Bei den weltlichen Reichsfürsten und den Reichsfürstentümern waren hingegen durch die bis zum Ende des 16. und zu Beginn des 17. Jahrhunderts infolge der personellen Zuordnung der Reichsstandschaft gegebenen Rechtes bei Erbteilungen eines bis dahin einheitlichen Fürstentums jedem der Nachfolger eine Virilstimme im

des 16. und zu Beginn des 17. Jahrhunderts nicht mehr wie bis dahin, als ein den Reichsständen persönlich zugestandenes Recht, sondern als ein mit ihren Territorien verbundenes Recht, welches von ihnen subjektiv ausgeübt wurde, angesehen, womit bei Teilungen von Ländern nicht mehr zur Vermehrung der Stimmen und andererseits bei Vereinigungen von reichsständischen Territorien die Stimmen erhalten blieben.⁵³³

Der Reichsabschied vom Jahre 1641 forderte für den Erwerb einer fürstlichen Virilstimme im Reichsfürstenrat neben den Zustimmungen der Kurfürsten und den anderen Reichsständen den Besitz von fürstmäßigen reichsunmittelbaren Gütern und den Erwerb der Kreisstandschaft mit der Übernahme eines gewissen Anchlages zu den Reichslasten.⁵³⁴

Diese Regelungen waren in der Wahlkapitulation Kaiser Leopolds I. vom 18. Juli 1658 in Art. XLIV:

Reichsfürstenrat zu geben und den bis 1648 zahlreich vorgenommenen Säkularisationen eine ständige Vermehrung von Reichsfürsten und Reichsfürstentümern gegeben.

⁵³³ Pütter, *Institvtiones Ivris Pvbllici*, Lib. II, Cap. II., §. 79., p. 78-80; Häberlin, *Handbuch Teutschen Staatsrechts*, Band I, 2. Buch, 2. Cap., §. 79., S. 273-276; Leist, *Lehrbuch teutschen Staatsrechts*, 2. Aufl., 1. Buch, 3. Theil, 3. Abschnitt, 2. Absatz, §. 75., II), S. 234; Zoepfl, *Grundsätze des gemeinen deutschen Staatsrechts*, I. Theil, §. 94., V., S. 203 und das Votum des *Markgrafen von Baden* in der Sitzung des Reichsfürstenrates am 2. Dez. 1803 „Es ist durch die Reichsgesetze klar entschieden, dass das reichsstaendische Stimmrecht auf dem Besitz von Reichslanden beruhe, ...“ (*Zweite Fortsetzung des Protokolls im Reichs = Fuerstenrath Freytag am 2. December 1803 ...*, S. 39, in: *Regensburger Correspondenz*, LXI. Band, 108 Stück). Die von *Fahnenberg*, Ueber die Fortdauer der ueberrheinischen Reichstags=Stimmen vertretenen Ansicht, dass eine dingliche Zuordnung der Reichsstandschaft nicht im allgemeinen die Regel sei (Staatsrechtliches Gutachten ueber die Frage:, S. 18-21 (18)) ist eine vereinzelnde geblieben.

⁵³⁴ Dies anlässlich der Aufnahme von Fürst Friedrich von Hohenzollern, von Johann Anton Herzog zu Crumaw und Fürst zu Eggenberg und von Fürst Wenzel von Lobkowitz in den Reichsfürstenrat im Jahre 1641 „... Vnd demnach Wir die Hochgeborne Vnsere vnd deß Heyligen Reichs Fuersten vnd Liebe Getrewe/Eytel Friederich von Hohenzollern/Johann Anthoni Hertzogen zu Crumaw vnd Fuersten zu Eggenberg/vnd Wentzeln Fuersten vnd Regierern deß Hauß Lobkowitz zur *Session* vnd Stimmb im ReichsfuerstenRath *admittirt* vnd zugelassen/Chur:Fuersten vnd Staende auch in diese vnsere *admission* gewilliget/... *Alß erclaeren Wir Vns/daß obvermeldte Fuersten/sambt vnd sonders/wie andere Fuersten vnd Staende deß Reichs bey kuenfftigem ReichsTag zur Session vnd Stimmb wuercklich gelassen werden sollen/.../als auch/daß sie diejenige Conditionen vorhero adimpliren/wie in denen von dem ChurMaeyntzischenReichs Directorio ihnen zugestellten schriftlichen Bescheiden/mit mehrerm vermeldet worden. ...“* (*Abschiedt der Roe. Kay. Mt. im Jahr M.DC.XLI. auffgericht*, S. 43-44), insg., „Vnd demnach Wir ... vermeldet worden.“ (*ebd.*). Die von dem Kurmainzischen Reichsdirektorium den 3 Fürsten für ihre Aufnahme in den Reichsfürstenrat in den zugestellten Bescheiden gemachten Forderungen ergaben sich aus dem im Juni 1653 verfassten „*Memorial der Alt=Fuerstl. Haeuser, die Introduction der neuen Fuersten betreffend.*“ (*Meiern*, *Acta Comititalia Ratisbonensia Pvblica* 1653/54, I. Theil, 2. Buch, §. III., N. III., S. 248-249) „... fuehret es auch der letztere Reichs=Abschied Anno 1641. in den Buchstaben klar nach sich, was gestalt Ew. Kaeyserl. Majest. mit Bewilligung und Einverstehen des Heil. Roem. Reichs Churfuersten und Staenden etliche neue Fuerstl. Haeuser in den Reichs=Fuersten=Rath admittiret, daß sie nemlich zur Seßion und Stimm wircklich alsdann gelassen werden sollen, wann sie diejenige *conditiones*, so in dem, ihm von dem Chur=Maeyntzischen *Directorio* zugestelletem schriftlichen Bescheid enthalten, vorher adimpliret haben werden, welche *conditiones* vermoege des hiebevorn in dem Reichs=Fuersten=Rath Anno 1641 gemachten *conclusi* hauptsaechlich darinnen bestanden, daß sie sich 1) mit Fuersten=maeßigen Immediat=Guetern im Reich ansaeßig machen, 2) in einem andern Creys incorporiren, und mit einem gewissen Anschlag belegen lassen, und 3) wann sie bey Reichs=Tagen persoendlich erscheinen, den Vorzug vor der aeltern Fuerstl. Haeuser Gesandten weder im Sitzen noch im Votiren haben sollen, ...“ (S. 248).

Die inhaltsgleiche Regelung enthielt der auf diesen Reichsabschied vom Jahre 1641 Bezug nehmende § 197 des *Jüngsten Reichsabschiedes vom 17. Mai 1654 (Der jüngste Reichsabschied, S. 96-97 (96))*.

„Niemanden aber von den neu erhöheten Fuersten/.../dem Fuerstlichen Collegio, es seye ... auff selbigen ... Baencken/ad Sessionem & Votum, wider deroselbigen Willen auffdringen/sie haben sich dann zuvor mit Fuerstmaessigen ... Reichs=Guetern vorhero genugsam qualificirt/und zu einer Stands=wuerdigen Steuer⁽⁵³⁵⁾ in einem gewissen Craiß eingelassen und verbunden/und ueber solches alles neben dem Churfuerstlichen auch das jenig Collegium oder Banck/darinn sie aufgenommen werden sollen/vorhero genugsam gehoert worden.“⁵³⁶

übernommen worden.

Die nachfolgende Wahlkapitulation Kaiser Josephs I. vom 24. Januar 1690 enthielt eine inhaltsgleiche Regelung,⁵³⁷ welche, die ihr nachfolgende Kaiser Karls VI. vom 12. Oktober 1711 mit dem Erfordernis eines „Immediat-Fürstentums“:

„...; auch keine Fuersten/... in fuerstlichen ... collegiis an=oder aufnehmen/sie haben sich dann vorher darzu mit einem immediat-fuerstenthum/... gnugsam qualificiret/...“⁵³⁸

inhaltsgleich übernahm.⁵³⁹ Diese Regelungen wurden in den weiteren Wahlkapitulationen Karls VII. vom 24. Januar 1742,⁵⁴⁰ Franz’I. vom 13. September 1745,⁵⁴¹ Josephs II. vom 27. März 1764,⁵⁴² Leopolds II. vom 30. September 1790⁵⁴³ und Franz’II. vom 5. Juli 1792⁵⁴⁴ jeweils übernommen.

Im 18. Jahrhundert war für den Besitz eines reichsunmittelbaren Fürstentums nicht mehr ein Reichslehen erforderlich,⁵⁴⁵ da allein auf die gebietliche Reichsunmittelbarkeit⁵⁴⁶ des

⁵³⁵ Die standeswürdige Reichssteuer setzte sich aus einem Betrag zu den allgemeinen Reichs=Anlagen und zu dem Kammerzieler für das Reichskammergericht zusammen (*Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 1. Buch, 4. Cap., §. 46., S. 190).

⁵³⁶ *Ziegler*, Wahl=Capitulationes, S. 200-277 (265).

Zwar waren diese Bestimmungen bereits in der Wahlkapitulation des Römischen Königs Ferdinands IV. vom 31. Mai 1653 in Art. XLV erstmalig aufgenommen worden (*Zieglern* ebd., S. 157-193 (191)). Wegen seines vorzeitigen Versterbens (9. Juli 1654) hatte sie jedoch keine Wirksamkeit erlangt.

⁵³⁷ Art. XLIII wörtlich von stilistischen Änderungen abgesehen selbige und inhaltsgleiche Regelung (*Ziegler* ebd., S. 284-365 (356) „niemand aber von den neu erhöheten Fuersten/.../vorhero gnugsam gehoert worden.“).

⁵³⁸ Art. I (*Kaeyser Carls des Sechsten Wahl=Capitulation*, S. 7).

⁵³⁹ Art. I „... und ohne der Churfuersten ... in die admission ordentlich gewilliget(n) ...“ (*Kaeyser Carls des Sechsten Wahl=Capitulation*, S. 7-8).

⁵⁴⁰ Art. I §. 5 (*Jhro Roemisch=Kayserslichen Majestaet Carls des Siebenden Wahl=Capitulation*, S. 3).

⁵⁴¹ Art. I §. 5 (*Wahl=Capitulation Des Fuersten Herrn Francisci*, S. 2-3).

⁵⁴² Art. I §. 5 (*Roth*, Die zwei wichtigsten Reichsgrundgesetze, Wahlkapitulation Josephs II., S. 4).

⁵⁴³ Art. I §. 5 (*Wahlkapitulation des roemischen Kaisers Leopolds des Zweiten*, S. 4).

⁵⁴⁴ Art. I §. 5 (*Die kaiserliche Wahlkapitulation Franz des Zweyten*, S. 8-9).

⁵⁴⁵ *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 1. Buch 4. Cap., §. 45., 4., S. 189 „... Es wird aber uebrigens, um sich zu Siz und Stimme in einem Reichs=Collegio zu qualificiren, nicht eben erfordert, daß die Lande Reichs=lehenbar seyen, ...“ Bereits im Spätmittelalter war man von dem strengen Erfordernis von der

Besitzes abgestellt wurde, so dass auch ein Reichsafterlehen,⁵⁴⁷ ein landesherrliches Lehen und ein Allod⁵⁴⁸ genügten.⁵⁴⁹

reichsunmittelbaren Belehnung abgegangen. Nach *Krieger*, Die Lehnshoheit der deutschen Könige im Spätmittelalter, 1. Hauptteil, 3. Kap., II., 2., b), aa) war bei den weltlichen Reichsfürsten bei ihren Neuschaffungen eine zumeist gegebene gebietliche Zusammensetzung ihrer Reichsfürstentümer als einer Kombination von Reichslehen, Reichsafterlehen und Allodialgütern vorhanden (S. 199-216 (204-216)). In Ausnahmen die Aufgabe des Gebotes der ausschließlichen reichsunmittelbaren Belehnung mit neben den erlaubten lehnmäßigen Beziehungen zu geistlichen Reichsfürsten auch vorhandenen Belehnungen eines Reichsfürsten zu anderen weltlichen Reichsfürsten (S. 201-202). Bei den geistlichen Reichsfürsten gibt *Krieger* ebd. immer reichsunmittelbare Belehnungen von wenigen bei den Suffraganbischöfen gegebenen Ausnahmen, welche zeitweise Fürstentitel erhalten hatten (S. 185-199 (185 mit Fußn. 382)).

⁵⁴⁶ Die Frage der territorialen Reichsunmittelbarkeit ist von der Frage der lehnsrechtlichen Reichsunmittelbarkeit, der Innehabung von einem Reichslehen zu unterscheiden. Einesteils konnte der gebietliche Besitz eines Reichslehens sich unter der Landeshoheit eines Reichsstandes befunden haben. Andernteils konnte das von einem anderen Reichsstand oder auch von einer anderen landsässigen Person empfangene Gebietslehen in seiner territorialen Zuordnung direkt unter Kaiser und Reich gestanden haben. *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band IX, 2. Buch, 2. Cap., §. 5., S. 487 „... Ein anderes ist also ein unmittelbares Lehen, ein anderes ein unmittelbares Gebiet. Dan es kan 1. etwas vom Kayser und Reich zu Lehen gehen, und doch unter eines Reichsstandes Landeshoheit stehen; 2. es kan etwas von einem Reichsstand, ja 3. gar von einem selbst mittelbaren Stiff oder sonst zu Lehen gehen, und das Lehengut doch unmittelbar unter dem Kayser und dem Reich stehen. ...“, mit angegebenen Beispielen, S. 487-488.

In den von *Pütter* angefertigten Responsvm primvm de Mai 1772 und Responsvm secvndvm de Aug. 1772 die Mittelbarkeit oder Unmittelbarkeit der Herrschaft Asch betreffend, auf Anfrage der Zedtwitzischen Familie priuato nomine abgefasst, in welchen er, bei der den Herren Zedwitz zugehörenden Herrschaft Asch als ein deutsches Lehn der Krone Böhmens ihre gebietliche Reichsunmittelbarkeit nachweist (*ders.* Auserlesene Rechts=Faelle, II. Band, 4. Theil, CCXXIX., S. 829-951, CCXXX., S. 952-964), wobei er die Unterscheidung zwischen lehnherrlicher und landesherrlicher Zuordnung, welche verschiedene Personen zugehören können betont (insb. Responsvm primvm ..., Vorbericht, §. 6., CCXXIX., S. 841, Responsvm secvndvm ..., §. 6., CCXXX., S. 955 „... Und wie ueberhaupt von lehenherrlichen auf landesherrliche Rechte keine Folgerung gilt, ...“).

⁵⁴⁷ *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 1. Buch, 4. Cap., §. 45., 4., S. 189 „... Es wird ferner nicht eben nothwendig erfordert, daß der, so ein ohnmittelbares lehenbares Land besizet, selbiges auch ohnmittelbar von dem Kayser und Reich zu Lehen nehmen muesse, wann er in Ansehung desselben suchet ein Reichs=Stand zu werden; sondern es kan auch wohl ein Reichs=Affter=Lehen seyn, das ist, es gehet wohl an, daß ein anderer Stand des Reichs solches Land ohnmittelbar von dem Kayser und Reich, er (Candidatus) aber es von jenem Stand zu Lehen empfangt, wann er es nur anderst mit der voelligen Landes=Hoheit besizet und nicht als ein Vasall zugleich des anderen Landsaß und Unterthan wird. So wurde Mindelheim dem Herzog von Marleborough als ein Oesterreichisches Lehen conferirt, er aber deßwegen doch zum Fuersten angenommen. ...“ Dies auch bei den Fürsten von Salm (*Moser* ebd., Band IX, 1. Buch, 15. Cap., §. 3., S. 418 u. 420).

⁵⁴⁸ *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 1. Buch, 4. Cap., §. 45., S. 189 „... Es wird aber uebrigens, um sich zu Siz und Stimme in einem Reichs=Collegio zu qualificiren, nicht eben erfordert, daß die Lande Reichs=lehenbar seyen, sondern es werden auch eigenthumliche Gueter fuer genugsam geachtet, wann sie nur sonsten Standesgemaeßig seynd. ...“.

⁵⁴⁹ Entscheidend ist, dass für das Reichsafterlehen und dem Allod die gebietliche Reichsunmittelbarkeit gegeben war. *C. A. Beck*, Recht und Verfassung des Reiches, II., 2. Buch, 1. Hauptstück, § 9, S. 479 „Diesem zufolge und vermöge der kaiserlichen Wahlkapitulation Art, I § 5 muß ein neuer Reichsstand I) mit unmittelbaren Reichsgütern respective Fürstentümer, Graf- oder Herrschaft, es mögen übrigens Lehen, Subfeuda oder Allodia sein, sich genugsam qualifiziren, ...“; *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 1. Cap., §. 3., S. 3 „Ein Stand des Teutschen Reichs ist eine Person, ..., welche 1. ein unmittelbares Land oder Gebiet besizet, ...“ und *Lyncker*, Abhandlung von der Reichs=Standschaft, 2. Abschnitt, §. 10., S. 173-175.

b) Der gebietliche Besitz

aa) Die weltlichen Stimmen

aaa) Der herzogliche Besitz der alten Fürsten

Hinsichtlich des territorialen Besitzes⁵⁵⁰ war bei den alten weltlichen Fürsten die allgemeine Vorstellung von einer herzoglichen oder herzoggleichen Herrschaft vorhanden, wofür auch der Besitz von sonstigen Ämtern und von dynastischen Verbindungen zum Tragen kamen.⁵⁵¹

Dies galt wegen der persönlichen Zuordnung der Reichsstandschaft, die bei Erbteilungen⁵⁵² weitere Fürstenstimmen im Reichstag⁵⁵³ und damit auch weitere Reichsfürstentümer hervorbrachte, nicht als verbindliche Norm für die gebietliche Größe der einzelnen älteren Reichsfürstentümer.⁵⁵⁴

⁵⁵⁰ Moser, Neues teutsches Staatsrecht, Band IV, 2. Buch, 9. Cap., §. 5., S. 232 „... Die zur Qualification erforderliche Stuecke ...: Hauptsaechlich kommet es an 1. auf eine genugsame Begueterung mit immediaten Reichs=Landen, so dann 2. auf die Bewilligung derer, die darein bewilligen muessen, ingleichem 3. wem zu gut die Bewilligung geschehen seye? ...“.

⁵⁵¹ Zu den bereits aus dem Umbildungsprozess als Reichsfürsten hervorgegangenen Pfalzgraf bei Sachsen, Landgraf von Thüringen, Graf von Anhalt *Schröder-Künßberg*, Deutsche Rechtsgeschichte, 3. Periode, 2. Kap., § 45., S. 538-539 „... Die Bedeutung des Pfalzgrafenamtes zeigte sich auch bei Pfalzsachsen, das infolge früherer Teilung nur ein kleines, an und für sich nicht als Reichsfürstentum einzuschätzendes Territorium umfaßte, gleichwohl aber, trotz seiner Verbindung mit der Landgrafschaft Thüringen, als selbständiges Reichsfürstentum behandelt wurde¹⁰. ...“, S. 539 „... Der Landgraf von Thüringen wurde zu den Reichsfürsten gezählt, weil er neben dem Grafenam in seinem unmittelbaren Territorium noch eine der herzoglichen Stellung nahekommende Landfriedensgerichtsbarkeit in anderen thüringischen Grafschaften ausübte¹¹. ...“, „... Einfache Grafschaften wurden, auch wenn sie als Fahnlehen unmittelbar vom König zu Lehen gingen, nicht mehr zu den Reichsfürstentümern gerechnet¹². Nur die Grafschaft Anhalt wurde nach einigem Schwanken allgemein als Reichsfürstentum anerkannt¹³, wahrscheinlich weil die Grafen von Anhalt eine Nebenlinie der Markgrafen von Brandenburg und der Herzöge von Sachsen bildeten und deshalb als Fürstgenossen angehen wurden¹⁴. ...“.

⁵⁵² Solche erfolgten häufig während des 15. Jahrhunderts, welche auch nachgeborenen Söhne von adeligen und landesherrlichen Familien den Anspruch am Erbe teilzunehmen geltend machten, durch gebietliche Teilung des Besitzes, durch Mitregierung und durch Mitbenutzung der Einkünfte, insbesondere bei den Häusern, Herzogtümern, Grafschaften Württemberg, Baiern, Pfalz, Hohenlohe, Fürstenberg, Helfenstein, Öttingen, Waldburg, Zollern. Am Ende des 15. und zu Beginn des 16. Jahrhunderts wurde dann zumeist die Primogenitur als Hausgesetz festgelegt, mit der Unteilbarkeit des Landes und der Alleinregierung (*Maurer*, Von der Landesteilung zur Wiedervereinigung, I. u. II., in: *ZWLG*, 43. Jahrg., S. 91-101).

⁵⁵³ Oben, S. 461-462.

⁵⁵⁴ *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band I, 2. Buch, 2. Cap., §. 79., S. 273-274 „... Man sah also das Stimmrecht blos als etwas unpersönliches an und glaubte daher, daß Niemand mehr als e i n e Stimme haben koennte. Wenn aber die mehrern Soehne eines Herzogs, Markgrafen u. s. w. sich in die vaeterlichen Lande theilten und also nun mehrere regierende Familien vorhanden waren, so erschienen auch alle regierende Herrn auf dem Reichstage, und ein jeder von ihnen gab seine Stimme ab. ...“, 4. Cap., §. 98., S. 315 „...“, und weil in aeltern Zeiten bey den Reichstagsstimmen nicht so, wie jetzt, auf die Eigenschaft des Landes gesehen wurde, man vielmehr, wenn sich ein fuerstliches Haus in mehrere regierende Familien theilte, saemmtliche regierende Herrn zum Reichstag berief und ihnen so bald sie zum Fuerstenstand gehoerten, eine fuerstliche oder Virilstimme zugestand. ...“ und *Preuschen*, Gedanken von Einfuehrung neuer Stimmen, in dem Reichs=Fuersten=Rath, nach welchem vor dem Jahre 1582 die reichsständische Stimme nicht eine Personalialia

Von den 39 alten weltlichen Fürstentümern⁵⁵⁵ entsprachen die 31:

	Fläche QM ⁵⁵⁶	Volkszahl	Einkünfte Gulden
Erzherzogtum Österreich und Inner- und Vorderösterreichischen Lande ⁵⁵⁷	2 059	4 365 333	34 190 318 ⁵⁵⁸
Österreichische Niederlande ⁵⁵⁹	470	2 000 000	7 000 000 ⁵⁶⁰

dahingehend war, dass man diese ohne ein Fürstentum erhalten konnte und die reichsständische Stimme diesem zugeordnet war (1. Abschnitt, §. I.-§. X., S. 3-8) „Es laasset sich auch mit dieser Beschaffenheit des Reichsfuerstlichen Stimmrechtes das vor 1582. uebliche Herkommen, kraft dessen, alle die welche von einem wirklichen Reiche=Fuerstenthume, oder dessen incorporirten Landen einen Antheil besessen und regieret, zugleich eine Reichsfuerstliche Stimme gefuehret haben, gar wohl vereinbaren. ...“ (§. VIII., S. 7).

⁵⁵⁵ Erzherzogtum Österreich, Österreichische Niederlande, Herzogtum Baiern, Fürstentum Lautern, Fürstentum Simmern, Herzogtümer Neuburg, Zweibrücken, Fürstentümer Veldenz, Weimar, Eisenach, Coburg, Herzogtum Gotha, Fürstentümer Altenburg, Ansbach, Bayreuth, Herzogtümer Lüneburg-Celle, Calenberg, Braunschweig-Grubenhagen, Fürstentum Wolfenbüttel, Herzogtum Schwedisch-Vorpommern mit Fürstentum Rügen, Herzogtum Hinterpommern, Herzogtum Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Güstrow, Wirtemberg, Landgrafschaften Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt, Markgrafschaften Baden-Baden, Baden-Durlach, Baden-Hochberg, Herzogtümer Holstein, Lauenburg, Oldenburg, Herzogtum Savoyen, Landgrafschaft Leuchtenberg, Fürstentum Anhalt, gefürstete Grafschaft Henneberg, Grafschaft Falkenstein, gefürstete Grafschaft Mömpelgard, Herzogtum Arenberg (unten, S. 466-484).

⁵⁵⁶ Als Maß für die gebietliche Größe wird die damals übliche gebietliche Quadratmeile genommen, welche 55, 0629 km² entspricht (*Klimpert*, Lexikon der Münzen, Maße, I., Meile, S. 221-222 (222) und *Kahnt-Knorr*, Alte Maße, Münzen, Quadratmeile, (Geographische Q.), S. 238.

⁵⁵⁷ Stimme Österreich (oben, S. 84).

Auf den beiden Reichstagen 1576 und 1582 hatten neben dem Römischen König Rudolf II., seine beiden Brüder, die regierenden/apanagierten Erzherzöge Ferdinand in Tirol und Karl in Steiermark teilgenommen. Vom Haus Österreich war nur eine Stimme ausgeübt, jedoch der Protest geltend gemacht worden, dies dürfe nicht präjudiziell sein (*ADB*, XXIX. Band, Rudolf II.: ..., S. 498-515 (498); *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 19., S. 543 und *Ficker*, Vom Reichsfuerstenstande, I. Band, XIV., §. 198, S. 265, §. 199, S. 266-267: Übersicht: Reichsfürstenrath: 4-6, S. 266). Danach wurde dennoch vom Haus Österreich für seine gesamten Besitzungen im Reichsfürstenrat nur eine Virilstimme geführt, was insbesondere darauf zurückzuführen ist, dass Kaiser Ferdinand I. im Jahre 1554 festlegte, nur einer seiner Söhne solle die Lehen empfangen (*Moser ebd.*, §. 58., S. 568-569). Auch ist danach vom Haus Österreich noch lange das Prinzip der Festschreibung der Stimmzahl zum Reichsfürstenstand nach dem Stand des Jahres 1582 angefochten worden (*Moser ebd.*, §. 19., S. 543). Das Österreichische Votum wurde demnach wegen des Erzherzogtums Österreich, den Inner-Österreichischen Landen Steiermark, Kärnthen, Krain, den Vorder-Österreichischen Landen und Tirol geführt (*Moser ebd.*, §. 58., S. 568 und *Zedler*, Universal Lexicon, XXV. Band, Oesterreichische Regierung ist dreyerley, ..., Sp. 796-797).

⁵⁵⁸ *Höck*, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Kaiserlich-Königlichen Erbstaaten, 2. Tabelle, I.: Erzherzogtum Österreich 703 QM, 1 820 000 Einw., ungefähr 17 000 000 Gulden Einkünfte, II.: Inner-Österreichische Lande 886 ½ QM, 1 645 000 Einw. im Jahr 1788, 10 723 428 Gulden Einkünfte, III. u. IV.: Vorder-Österreichische Lande in Tirol und Schwaben, bei Nichtberücksichtigung der Grafschaft Falkenstein, welche dem Haus Österreich die reichsfürstliche Stimme Nomeny vermittelte mit 2 ½ QM, 4 300 Einw., 68 000 Gulden (unten, S. 483-484), 469 ½ QM, 900 333 Einw., 6 466 890 Gulden Einkünfte.

⁵⁵⁹ Stimme: Burgund (oben, S. 85).

Durch die im April/18. Aug. 1477 vereinbarte Heirat zwischen Maximilian Erzherzog von Österreich und der Tochter Karls des Kühnen von Burgund Maria war die Burgundische Erbschaft an das Haus Österreich gelangt (*Zedler*, Universal Lexicon, IV. Band, Burgundischer Creiß, ..., Sp. 1985-1986 und *Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome III Partie 2, N° VIII., p. 9-10). In dem danach am 26. Juni 1548 in Augsburg von Kaiser Karl V., als König von Spanien und Herzog von Burgund mit den Fürsten und Ständen des Reiches abgeschlossenen Burgunder-Vertrag, in welchem der Burgundische Kreis neu angeordnet wurde, war dem Kaiser und seinen Nachkommen wegen diesen Landen Sitz und Stimme im Reichstag gestattet worden (*Du*

Herzogtum Baiern ⁵⁶¹	514 ½	878 237 ⁵⁶²	5 450 000 ⁵⁶³
Fürstentum Lautern ⁵⁶⁴	14	20 000	300 000 ⁵⁶⁵
Herzogtum Neuburg ⁵⁶⁶	52	100 000 ⁵⁶⁷	680 000 ⁵⁶⁸
Herzogtum Zweibrücken, dem Reich zugehöriger Teil ⁵⁶⁹	36	65 000	767 000 ⁵⁷⁰

Mont ebd., Tome IV Partie II, N° CCXI., p. 340-342 (p. 341 rechte Sp., 4. u. 1. Absatz). Nach dem Verlustiggehen des Gebietes der Generalstaaten am 23. Jan. 1579/26. Juli 1581 (*Du Mont* ebd., Tome V Partie 1, N° CLVIII., p. 322-333, CLXXXIII., p. 413-421) und im Jahre 1648 (*Instrumenta Pacis Westphalicae*, ..., Caesareo-Suecicum ..., S. 77: Art. XVII § 11 IPO „... foederatum Belgium, ...“) und der Franche-Comté am 17. Sept. 1678 (*Vast, Traités Louis XIV*, Tome II, II, p. 79-99 (Art. XI u. XII, p. 87-90)), welche noch verbliebenen südlichen Spanischen Niederlande im Jahre 1714 an die Österreichischen Habsburger gelangten (unten, S. 1009-1012), haftete zu Ausgang des 18. Jahrhunderts das Burgundische Votum auf den den Burgundischen Kreis allein noch ausmachenden Österreichischen Niederlanden (*Crome*, Ueber die Verhältnisse des Burgundischen Kreises zu dem deutschen Reich und zu den höchsten Reichsgerichten, in: *Journal fuer Statskunde und Politik*, 2. Jahrg., I. Stueck, III., S. 105-181, insb.. S. 175-181).

⁵⁶⁰ *Hoff*, Das Teutsche Reich, I. Theil, 2. Abtheilung, 4., a., 1., 1., S. 172-173, von den über 7 000 000 Gulden Einkünften sollen in den kaiserlichen Schatz nur 3 184 135 Gulden geflossen sein.

GRSH 1801, II. Theil, 1. Abschnitt, Oesterreichische Monarchie, Die im Friedensschluss an Frankreich abgetretenen Laender ..., b), S. 52: gleichfalls 470 QM, 2 000 000 Einw. mit 8 000 000 Gulden Einkünften.

⁵⁶¹ Stimme Baiern (oben, S. 85).

⁵⁶² *Hazzi*, Statistische Aufschlüsse ueber das Herzogthum Baiern, I. Band, 1. Abschnitt, §. 4., S. 7-11 (11), Beilagen, Nro 2., S. 373-379: 514, 6 QM, Nro. 3. A., Nro. 3. B., Nro. 3. C., Nro. 3. D. mit Nro. 3. I. und der nach Nro. 3. K. befindlichen Neueste Karte von Baiern ...: 878 237 Menschenzahl.

Höck, Zusätze Statistische Übersicht Deutscher Staaten, Zusätze und Verbesserungen zu der Statistischen Übersicht der Alten Fürstenthümer, I. Kurbaierische Staaten: 514 QM, im Jahr 1794 770 811 Volkszahl und *GRSH* 1802, II. Theil, 1. Abschnitt, 3. Kap., Pfalz-Bayern, I., A), 1), S. 177: gleichfalls 514 QM, im Jahr 1801 885 000 Einw.

⁵⁶³ *GRSH* 1802, II. Theil, 1. Abschnitt, 3. Kap., Pfalz-Bayern, I., A), 1), S. 177: im Jahr 1801.

Fabri, Geographie fuer alle Staende, I. Theil, 2. Band, Der Baiersche Kreis, Das Herzogthum Baiern, §. 14., S. 649: 7 bis 7 ½ Millionen Gulden an Landeseinkünften.

⁵⁶⁴ Stimme: Pfalz-Lautern (oben, S. 86).

⁵⁶⁵ Annex, S. 2-3.

⁵⁶⁶ Stimme: Pfalz-Neuburg (oben, S. 86).

⁵⁶⁷ *Höck*, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Kur-Pfalz-Baierschen Staaten, 1. Tabelle, III. und *Melchinger*, Lexikon von Baiern, II. Band, Neuburg, ... Herzogtum, Sp. 437-462 (462).

⁵⁶⁸ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Pfalz=Bayern, A), 3), S. 171.

⁵⁶⁹ Stimme: Pfalz-Zweibrücken (oben, S. 86).

Das Herzogtum Zweibrücken war nach dem Jahr 1453 aus den beiden Grafschaften Zweibrücken und Veldenz entstanden und wurde nach der Abtrennung des Fürstentums Veldenz im Jahre 1543 (unten, S. 479) seine Reichsstandschaft für seine im Oberrheinischen Kreis gelegenen 10 Oberämter Zweibrücken, Homburg, Lichtenberg, Schaumberg, Meisenheim, Trarbach, Allenbach, Castellaun, Nohfelden (Amt), Bergzabern ausgeübt (*H.-W. Herrmann*, Das Herzogtum Pfalz-Zweibrücken, Unter Pfalz=Birkenfeld, Landesverwaltung, in: *Geschichtliche Landeskunde des Saarlandes*, II. Band, S. 372-373; *Bachmann*, Pfalz Zweibruekisches Staats=Recht, 1. Kap., §. 18., S. 22 und *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober=rheinische Kreis, Das Fuerstenthum Zweybruecken, §. 7., I., 2., 8), S. 73: Herrschaft Schaumberg kam 1786 dazu).

Die weiteren 4 Ämter Guttenberg, Kleeberg, Selz, Hagenbach und die Herrschaft Bischweiler waren unter französische Souveränität gelangt (*H.-W. Herrmann*, Das Herzogtum ..., in: *ebd.*, S. 373; *Bachmann* ebd., §. 9.,

Fürstentum Weimar ⁵⁷¹	19 ½	60 000 ⁵⁷²	
Fürstentum Coburg ⁵⁷³	22 ½	65 000 ⁵⁷⁴	425 827 ⁵⁷⁵

S. 10-11 (11), §. 10., S. 12-14 (13), §. 15., S. 18, §. 16., S. 18-21 und *Büsching* ebd., III. Theil, Frankreich, 37., I, IV, 5, Anm. 1) und 2), S. 893-894 (2), S. 894), 40. (vielmehr 39.), Unter=Elsas, III., 4., S. 937-938, IV., Anm., 3), S. 944, V., 6, 3), S. 947).

⁵⁷⁰ Annex, S. 2-4.

⁵⁷¹ Stimme: Sachsen-Weimar (oben, S. 92).

⁵⁷² *Höck*, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Herzoglich-Sächsischen Länder, II., 1.: 60 735 Einw. mit dem dem Herzog von Weimar und Eisensach aber nicht dem Herzogtum Weimar zugehörenden 2 ¾ QM großen Amt Altstedt (*Zedler*, Universal Lexicon, I. Band, Alstaedt, ..., Sp. 1509-1511 und *Höck* ebd., II., 1. und 2.).

⁵⁷³ Stimme: Sachsen-Coburg (oben, S. 92).

Nach dem Tod des die Fürstentümer Coburg, Altenburg, Gotha mit 3 Virilstimmen besessenen Herzogs Ernst zu Sachsen-Gotha am 26. März 1675 (*J. U. Roeder*, Von den Herzoglich=Saechsischen Reichs=Tags=Stimmen, 3. Cap., §. 2., S. 149 und *BWDG*, I. Band, Sachsen-Gotha. Ernst I. (der Fromme), ..., Sp. 645-646 (645)), war bei den Erbauseinandersetzungen am 24. Sept. 1681 zwischen seinem Sohn Herzog Albrecht und seinem ältesten Bruder Herzog Friedrich von Sachsen, dem ersten das Fürstentum Coburg und dem zweiten, ohne gebietlichen Anteil an diesem, eine zu gleichem Teil gemeinsame Ausübung an dem Coburgischen Reichs-Votum zugesprochen worden (*Saalfeldisches Receß=Buch*, N. 19., S. 126-136 (Zum Ersten und Zum Fuenften; S. 127-128, 129, Zum Siebenten, S. 130 und Nr. 22., S. 153-154: am 23. Juni 1682 inhaltsgleiche Vereinbarung wegen der hälftigen Führung der Virilstimme zwischen Herzog Albrecht und seinem jüngeren Bruder Herzog Bernhard zu Sachsen-Meiningen). Nach dem Ableben Herzogs Albrecht am 6. Aug. 1699 ohne männliche Erben (*Roeder* ebd., §. 5., S. 173, §. 6., S. 178), hätte das Fürstentum Coburg, nach dem am 6. April 1699 unter den 7 Herzögen von Sachsen abgeschlossenen Successions-Vergleich mit seinem Reichs-Votum an Herzog Bernhard zu Sachsen-Meiningen gelangen müssen (*Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome VII Partie II, N° CCXII., p. 459-461 (Art. I, p. 460). Jedoch wurde das Fürstentum Coburg bei dem zwischen den Sachsen-Gothaischen Nebenlinien ausgebrochenen Coburger Successionsstreit, wobei der Sachsen-Meiningische hälftige Stimmanteil nicht betroffen war (*Sachsen=Coburg=Meiningisches=Pro Memoria Das Coburgische Reichs=Votum ... Und Beylagen/Wie solcher Bey dem Kayserl. Reichs=Hof=Rath ... II. May 1742. Übergeben worden*, Ziff. 1., 2., 3. und 7., a): *Staatsarchiv Coburg*, LAB, Nr. 723), nach erfolgten Inbesitznahmen und zwischen den streitenden Parteien getroffenen Vereinbarungen und dem im Jahr 1735 ergangenen Schiedsspruch zwischen Sachsen-Coburg-Saalfeld, Sachsen-Meiningen und Sachsen-Hildburghausen aufgeteilt (*Büsching*, *Büsching*, Erdbeschreibung, VIII. Theil, Der obersaechische Kreis, Das Fuerstenthum Coburg, §. 7., S. 628-629, §. 9., I.-IV., S. 629-642). Zur Coburgischen Reichstagsstimme war in dem am 23. Juli 1705 zwischen Sachsen-Meiningen und Sachsen-Hildburghausen mit Sachsen-Gothischer Mit-Beliebung abgeschlossenen Recess seitens Sachsen-Hildburghausen nachgegeben worden, dass Sachsen-Meiningen jedesmal den coburgischen Gesandten auf vorhergehende Communication erwählen, bestellen und für sich und Sachsen-Hildburghausen nach einer vorhergehenden concertierten Formel gemeinschaftlich verpflichten solle (*Roeder* ebd., Abdruck einiger ..., zum Dritten Capitel ... gehoeriger Fuerstlich=Saechischer Haus=Vertraege, VI., S. 317-327 (Was F u e n f t e n s, ..., S. 320-321 und das Sachsen=Coburg=Meiningisches=Pro Memoria ... II. May 1742. ..., Ziff. 6. und 7., a) mit der Beylage, Nro. 23.: *Staatsarchiv Coburg*, LAB, Nr. 723). Nachdem das Coburger Reichsvotum mehrere Jahrzehnte nicht ausgeübt wurde (*Roeder* ebd., §. 26., S. 256 mit §. 25., S. 245-256), war in dem am 18. Jan. 1771 zwischen Sachsen-Coburg-Saalfeld und Sachsen-Meiningen, ohne Mitwirkung Sachsen-Hildburghausens abgeschlossenen Vergleich unter diesen die alternierende Stimmenführung von Sachsen-Coburg-Saalfeld 1 ½ Jahre und Sachsen-Meiningen 2 ½ Jahre festgelegt worden (*Staatsarchiv Coburg*, Urk. LAB. II. 6. Nr. 4. a. (Vor das Erste ... und Vor das Andere ...)). Sachsen-Hildburghausen hatte zwar nach seiner Kenntnisnahme am 4. Mai 1771 gegen den Inhalt protestiert und seine diesfallsigen Gerechsamte reserviert, jedoch wurde zwischen den 3 Häusern bei ihren zumal dreien unterschiedenen Ansichten keine definitive Übereinkunft erzielt (*Roeder* ebd., 3. Cap., §. 26., S. 261, Fußn. (*), S. 261-264).

⁵⁷⁴ *Gruner*, Historisch=statistische Beschreibung des Fuerstenthums Coburg, I. Theil, Karte am Ende: Anmerkungen rechts unten: 22 4931/1000 QM, Statistische Beschreibung des Herzoglich=S. Coburg=Saalfeldischen Antheils an dem Fuerstenthum Coburg, S. 37: 65 000 Menschenzahl.

Büsching, Erdbeschreibung, VIII. Theil, Der obersaechische Kreis, Das Fuerstenthum Coburg, §. 2., S. 625: etwas über 22 QM, §. 4., S. 626: gleichfalls 65 000 Menschen für das Jahr 1782 und *Leonhardi*,

Herzogtum Gotha ⁵⁷⁶	30	80 000 ⁵⁷⁷	
Fürstentum Altenburg ⁵⁷⁸	35 ⁵⁷⁹	112 000 ⁵⁸⁰	mit Herzogtum Gotha 700 000- 800 000 ⁵⁸¹
Fürstentum Ansbach ⁵⁸²	58 ¼	215 256 ⁵⁸³	

Erdbeschreibung der Churfuerstlich= und Herzoglich=Saechsichen Lande, 2. Abtheilung, III. Das Fuerstenthum Coburg ..., S. 565-566: 22 4098/1000 QM mit Inbegriff des im würzburgischen Gebietes gelegenen 1 6440/10000 QM großen Amtes Königsberg und gleichfalls 65 000 Menschen an (I.-III., S. 568-601).

⁵⁷⁵ Anteil Sachsen-Coburg-Saalfeld: 86 000 Reichstaler (*Höck*, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Herzoglich-Sächsischen Länder, III. 1, nach der im *Staatsarchiv Coburg*, LAB, LReg., Nr. 8201 befindlichen *Uebersicht des Finanz Zustandes in den Herzoglich Sachsen Coburg-Saalfeldischen Landen, mit Einschluß der hiesigen Antheile an den Aemtern Roemhild und Themar*, welche beiden letzteren Ämter der Grafschaft Henneberg zugehörten (*Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der fraenkische Kreis, Die gefuerstete Grafschaft Henneberg, §. 10., III., 6., S. 1004-1005, IV., S. 105) betrug während den 6 Jahren von 1794 bis 1799 die durchschnittlichen jährlichen Einkünfte 96 761 Reichstaler und waren im Jahr 1799 an Einkünften 104 281 Reichstaler gegeben). Anteil Sachsen-Meiningen: ca. 150 000 Reichstaler (*Büsching* ebd., VIII. Theil, Der obersaechsische Kreis, Das Fuerstenthum Coburg, §. 9., II., S. 633, nach *Höck* ebd., V., 2. beliefen sich die Forsteinnahmen allein auf 60 000 Gulden). Anteil Sachsen-Hildburghausen: 71 827 Gulden im Jahr 1779 (*Höck* ebd., IV., 1).

Leonhardi, Erdbeschreibung der Churfuerstlich= und Herzoglich=Saechsichen Lande, 2. Abtheilung, III. Das Fuerstenthum Coburg ..., S. 566: stiegen die sämtlichen Einkünfte über 200 000 Reichstaler an.

⁵⁷⁶ Stimme: Sachsen-Gotha (oben, S. 103).

⁵⁷⁷ *Höck*, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Herzoglich-Sächsischen Länder, I., 1.: 80 000 Menschenzahl im Jahr 1798.

⁵⁷⁸ Stimme: Sachsen-Altenburg (oben, S. 103).

⁵⁷⁹ *Fabri*, Geographie fuer alle Staende, I. Theil, 4. Band, Der obersaechsische Kreis, Das Fuerstenthum Altenburg, §. 1., S. 198 und *Büsching*, Erdbeschreibung, VIII. Theil, Der obersaechsische Kreis, Das Fuerstenthum Altenburg, §. 8., 1., S. 664, 2., S. 669.

⁵⁸⁰ *Höck*, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Herzoglich-Sächsischen Länder, I., 2. (sachsen-gothaischer Anteil: 85 000 Volkszahl), III., 2. (sachsen-coburg-saalfeldischer Anteil: 27 000 Volkszahl).

Büsching, Erdbeschreibung, VIII. Theil, Der obersaechsische Kreis, Das Fuerstenthum Altenburg, §. 4., S. 662: im Jahr 1780 für das gesamte Fürstentum Altenburg ungefähr 82 000 Menschen.

⁵⁸¹ *Büsching*, Erdbeschreibung, VIII. Theil, Der obersaechsische Kreis, Das Fuerstenthum Gotha, §. 7., S. 645: Schätzung auf 700 000 von anderen auf 800 000 rheinische Gulden.

⁵⁸² Stimme: Brandenburg-Onolzbach (oben, S. 93).

Die beiden Fürstentümer Ansbach und Bayreuth wurden nach dem Ableben des letzten Markgrafen von Bayreuth Friedrich Christian im Jahr 1769 in der Hand von Markgraf Karl Alexander von Ansbach vereinigt. Trotz ihres in oberster Instanz gehaltenen gemeinsamen Geheimen Rates, blieben sie als Reichs- und Kreisstände weiterhin unterschieden (*C. Meyer*, Geschichte der Burggrafschaft Nürnberg, V., S. 148 und *GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Brandenburg, 2), S. 120, B), S. 121). Durch den am 16. Jan. 1791 abgeschlossenen und am 1. Juni 1791 wirksam gewordenen Abtretungsvertrag gelangten sie, noch zu Lebzeiten von Karl Alexander, welcher keine Kinder und Seitenverwandte hatte, so dass sie nach seinem Ableben an die königliche Hauptlinie der Hohenzollern hätten fallen müssen, am 9. Juni/2. Dez. 1791/5. Jan. 1792 an König Friedrich Wilhelm II. von Preußen bei Erhalt ihres Chatoulvermögens und einer lebenslangen Rente von 300 000 Gulden (*Meyer* ebd., S. 151-152 und *ADB*, XV. Band, Karl Alexander ..., S. 264-266 (264, 266).

⁵⁸³ *Denkschrift Hardensbergs* (seit Ende Okt. 1790 Minister des Markgrafen und danach preußischer Kabinettsminister an der Spitze der Verwaltung der beiden Fürstentümer Ansbach und Bayreuth gestanden (*C. Meyer*, Hardenberg und seine Verwaltung der Fürstenthümer Ansbach und Bayreuth, S. 5-22), bei seinem

Fürstentum Bayreuth ⁵⁸⁴	57 ¼	205 440 ⁵⁸⁵	mit Fürstentum Ansbach 2 699 896 ⁵⁸⁶
Herzogtum Lüneburg-Celle ⁵⁸⁷	177 ½ ⁵⁸⁸	200 000 ⁵⁸⁹	
Herzogtum Calenberg ⁵⁹⁰	77, 83 ⁵⁹¹	200 000 ⁵⁹²	800 248 ⁵⁹³
Herzogtum Grubenhagen ⁵⁹⁴	24 ⅙ ⁵⁹⁵	80 000	148 303 ⁵⁹⁶

Weggang aus Franken über seine dortige Tätigkeit während der Jahre 1792-1797 am 10. Juni 1797 verfassten Denkschrift (*Meyer ebd.*, S. 23-159 (23-24), Edition der Denkschrift mit einer Karte des Fränkischen Kreises am Ausgange des 18. Jahrhunderts (S. 25-159), § 2. 58 ¼ QM (S. 26-27 (26)), § 10. 215 256 Einw. (S. 31-32 (32)).

Leonardi, Erdbeschreibung der Fraenkischen Fuerstenthüemer Bayreuth und Anspach, II., §. 3.: 54 QM (S. 265), im Jahr 1774 auf Grund einer Volkszählung 200 960 Seelen (S. 266).

⁵⁸⁴ Stimme: Brandenburg-Culmbach (oben, S. 93).

⁵⁸⁵ *Denkschrift Hardenbergs vom 10. Juni 1797*, § 2.: 57 ¼ QM, § 10.: 205 440 Einw. (*C. Meyer*, Hardenberg und seine Verwaltung der Fürstenthümer Ansbach und Bayreuth, S. 26-27 (26), 31-32 (32)).

Leonardi, Erdbeschreibung der Fraenkischen Fuerstenthüemer Bayreuth und Anspach, I., §., S. 27: 72 QM.

⁵⁸⁶ *Denkschrift Hardenbergs vom 10. Juni 1797*, § 209.: 2 699 896 Gulden, 16 ¾ Kreuzer (*C. Meyer*, Hardenberg und seine Verwaltung der Fürstenthümer Ansbach und Bayreuth, S. 132). Zur früheren in der markgräflichen Zeit getrennten Berechnung der beiden Fürstenthümer, S. 132 „Zu markgräflichen Zeiten schlug man die Einnahme des Fürstenthums Ansbach auf 776898 fl. an, höchstens auf 800 000 fl.; die Bayreuthische ebenso gerechnet kommen 1 600 000 fl. heraus.“.

⁵⁸⁷ Stimme: Braunschweig-Zelle (oben, S. 94).

⁵⁸⁸ *H. Wagner*, Hagemanns Flächenberechnung des Kurfürstentums Hannover vom Jahre 1786, in: *Niedersächsisches Jahrbuch*, I. Band, S. 211-213, Ziff. D.: 9 774, 44 km², nach der von Hagemann auf Grund der in den Jahren 1764/86 durchgeführten Topographischen Landesaufnahme im offiziellen Auftrag im Jahr 1786 gemachten Flächenberechnung (S. 198-207).

Jacobi, Ueber die Bevoelkerung des Fuerstenthums Lueneburg, in: *Annalen der Braunschweig=Lueneburgischen Churlande*, 5. Jahrg., 2. Stueck, V., S. 304: 178 ⅓ QM.

⁵⁸⁹ *Jacobi*, Ueber die Bevoelkerung des Fuerstenthums Lueneburg, in: *Annalen der Braunschweig=Lueneburgischen Churlande*, 5. Jahrg., 2. Stueck, V., S. 303, insg., S. 280-306.

GRSH 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Braunschweig, a) Chur=Braunschweig, a), 4), S. 127: 230 000 Einw.

⁵⁹⁰ Stimme: Braunschweig-Calenberg (oben, S. 94).

⁵⁹¹ *H. Wagner*, Hagemanns Flächenberechnung des Kurfürstentums Hannover vom Jahre 1786, in: *Niedersächsisches Jahrbuch*, I. Band, S. 214-216, Ziff. F.: Fürstentum Calenberg ohne den göttingischen Gebietsteil 2 684, 54 km², S. 216, Ziff. G. göttingischer Gebietsteil, als Fürstentum Göttingen angeführt 1 601, 09 km², insgesamt 4 285, 63 km² = 77, 83 QM, nach der von Hagemann auf Grund der in den Jahren 1764/86 durchgeführten Topographischen Landesaufnahme im offiziellen Auftrag im Jahr 1786 gemachten Flächenberechnung (S. 198-207).

Spittler, Berechnung des Flaechen=Jnnhalts aller Chur=Hannoverschen Lande nebst Bemerkungen ueber die Populations=Verhaeltnisse derselben, in: *Goettingisches Historisches Magazin*, I. Band, 2. Stueck, VIII., S. 288: 78 ¼ QM.

⁵⁹² *Spittler*, Berechnung des Flaechen=Jnnhalts aller Chur=Hannoverschen Lande nebst Bemerkungen ueber die Populations=Verhaeltnisse derselben, in: *Goettingisches Historisches Magazin*, I. Band, 2. Stueck, VIII., S. 288 und *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Braunschweig, a), 5), S. 127.

⁵⁹³ *Höck*, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Kur-Braunschweig-Lüneburgischen und Herzoglich-Braunschweigschen Laender, 1799. I., 1.: Contribution im Jahr 1799 320 999 Taler, Kammereinkünfte im Jahr 1799 212 500 Taler.

Fürstentum Wolfenbüttel ⁵⁹⁷	60 $\frac{5}{8}$	171 397 ⁵⁹⁸	
Herzogtum Schwedisch-Vorpommern und Fürstentum Rügen ⁵⁹⁹	70 $\frac{1}{4}$ ⁶⁰⁰	107 166 ⁶⁰¹	345 363 ⁶⁰²

⁵⁹⁴ Stimme: Braunschweig-Grubenhagen (oben, S. 94).

⁵⁹⁵ *H. Wagner*, Hagemanns Flächenberechnung des Kurfürstentums Hannover vom Jahre 1786, in: *Niedersächsisches Jahrbuch*, I. Band, S. 217, Ziff. H.: Fürstentum Grubenhagen ohne den Harz 573, 54 km², Ziff. I. Der Harz, zugehörend dem Kurfürsten von Braunschweig-Hannover 756, 57 km², insgesamt 1 330, 11 km² = 24, 16 QM, nach der von Hagemann auf Grund der in den Jahren 1764/86 durchgeführten Topographischen Landesaufnahme im offiziellen Auftrag im Jahr 1786 gemachten Flächenberechnung (S. 198-207).

Höck, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Kur-Braunschweig-Lüneburgischen und Herzoglich-Braunschweigschen Laender, 1799. I., 2.: 24 QM.

⁵⁹⁶ *Höck*, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Kur-Braunschweig-Lüneburgischen und Herzoglich-Braunschweigschen Laender, 1799. I., 2.: im Jahr 1799: 80 000 Einw., Contribution 41 799 Taler, Kammereinkünfte 57 103 Taler.

GRSH 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Braunschweig, a) Chur=Braunschweig, a), 6), S. 127: 68 000 Einw.

⁵⁹⁷ Stimme: Braunschweig-Wolfenbüttel (oben, S. 103).

⁵⁹⁸ *Hassel-Bege*, Geographisch=statistische Beschreibung der Fuerstenthuermer Wolfenbuettel und Blankenburg, I. Band, Geographisch=statistische ..., 2. Theil, I., 1. Abschnitt, Einleitung, S. 251-252: Wolfenbüttelscher Bezirk 24 $\frac{1}{2}$ (andere Quelle 25 $\frac{5}{8}$) QM, 86 920 Menschen im Jahr 1799, II. Band, Geographisch=statistische ..., 2. Theil, I., 2. Abschnitt, Einleitung, S. 4: Schöningenscher Bezirk 14 $\frac{3}{8}$ (andere Quelle 14 $\frac{3}{8}$) QM, im Jahr 1798 36 766 Menschen, II. Band ebd., 3. Abschnitt, Einleitung, S. 146-153 (147), 6. Abschnitt, Einleitung, S. 382-388 (386): Harzbezirk, Anteile an dem Kommunion-Harz 9 $\frac{3}{4}$ (andere Quelle 9 $\frac{5}{8}$) QM, 25 614 Menschen im Jahr 1799, II. Band ebd., 4. Abschnitt, Einleitung, S. 266-267: Weserbezirk 11 $\frac{3}{4}$ (andere Quelle 12) QM, 32 097 Menschen im Jahr 1799.

GRSH 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Braunschweig, b) Braunschweig-Wolfenbuettel, a), 1., S. 134: 64 QM, 184 000 Einw.

⁵⁹⁹ Stimme: Vorpommern – Pommern-Wolgast – (oben, S. 101).

Vorpommern mit der Insel Rügen und Teile von Hinterpommern waren im Westfälischen Friedensschluss mit allen Titeln, Würden und Rechten, mit denen die Herzöge von Pommern sie besaßen, an die Königin von Schweden gelangt, welche wegen ihnen und den anderen an sie abgetretenen Gebieten mit der von altersher für Pommern den früheren Besitzern gehabten Reihenfolge als unmittelbarer Reichsstand aufgenommen wurde (unten, S. 962-963). In dem am 21. Jan. 1720 zur Beendigung des Nordischen Krieges 1700-1721 (unten, S. 1013-1014) zwischen den beiden Kronen Schwedens und Preußens abgeschlossenen Friedensvertrages gelangte die Stadt Stettin einschließlich des Distriktes zwischen Oder und Peene mit den Inseln Usedom und Wolin an den König von Preußen, welcher Rest von Vorpommern mit der Insel Rügen der Krone Schwedens mit der ausdrücklichen Zusicherung zur weiteren ungehinderten Führung ihrer Stimmen auf dem Reichstag verblieb (unten, S. 1014).

⁶⁰⁰ *Reichenbach*, Patriotische Beytraege zur Kenntniß und Aufnahme des Schwedischen Pommerns, I. Stueck, Vom Zustande Pommerns und Ruegens ueberhaupt, ..., S. 18: Schwedischer Anteil Vorpommerns 52 $\frac{1}{5}$ QM, Insel Rügen 18 $\frac{1}{20}$ QM.

Fabri, Geographie fuer alle Staende, I. Theil, 4. Band, Der obersaechsische Kreis, Das Herzogthum Vorpommern, §. 2., S. 270: für Schwedisch=Pommern nebst Rügen 70 QM.

⁶⁰¹ *Höck*, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Herzogthümer Mecklenburg und Schwedisch-Pommern, II., Pommern (1.) im Jahre 1793 83 081 Volkszahl und Die Insel Rügen (2.) 24 085 Volkszahl.

Reichenbach, Patriotische Beytraege zur Kenntniß und Aufnahme des Schwedischen Pommerns, I. Stueck, Vom Zustande Pommerns und Ruegens ueberhaupt, ..., Anhang, N^o 1. Verzeichniß aller im Jahr 1781 in

Herzogtum Hinterpommern ⁶⁰³	297 ⁶⁰⁴	303 975 ⁶⁰⁵	
Herzogtum Mecklenburg-Schwerin ⁶⁰⁶	129 ⁶⁰⁷	123 674 ⁶⁰⁸	

Pommern und Ruegen befindlichen Einwohner, ausser dem Militaire, S. 123-131: nach einer spezifizierten Aufstellung die Volksmenge im Jahr 1781 außer dem Militär berechnet mit 100 549 (Recapitulation, S. 131).

⁶⁰² *Reichenbach*, Patriotische Beytraege zur Kenntniß und Aufnahme des Schwedischen Pommerns, VIII. Stueck, nach S. 143 Anhang N^o II. Blatt 1. „General=Balance ueber die Einnahme und Ausgabe des pro 1786. regulirten Pommerschen Staat.“, Einnahme, Summa 230 242 Reichstaler und 6 ½ Schilling.

⁶⁰³ Stimme: Hinterpommern – Pommern-Stettin – (oben, S. 97).

Von dem im Jahr 1582 eine Stimme im Reichsfürstenrat innehabenden Pommern-Stettin (Hinterpommern) (*Moser*, Teutsches Staatsrecht, XXXIV. Theil, 3. Buch, 168. Cap., Sectio III., §. 28., S. 296 und *Ficker*, Vom Reichsfuerstenstande, I. Band, XIV., § 199, S. 266), hatte der Kurfürst von Brandenburg im Westfälischen Friedensschluss den größeren westlich der Oder gelegenen Teil mit den hergebrachten Rechten der Herzöge von Hinterpommern erhalten (unten, S. 963). In dem danach am 29. Juni 1679 von den Kronen Frankreichs und Schwedens mit dem Kurfürsten von Brandenburg abgeschlossenen Friedensvertrag erwarb der Kurfürst auch die anderen jenseits (östlich) der Oder gelegenen schwedischen Besitzungen von Hinterpommern (*Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome VII Partie I, N^o CXCV., p. 408-412 (Art. VI u. VII, p. 409) mit *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 73., S. 594-595).

⁶⁰⁴ *Allgemeine Literatur-Zeitung vom Jahre 1790*, II. Band, May 1790, Numero 142., Sonnabends, den 22ten May 1790, Landkarten, Sp. 413-416 (415-416): *Tabelle woraus die Größe des Königl. Preuß. Herzogthums Vor- und Hinterpommern zu ersehen ist*, Litt. F., G., H., L., M., S., K., T., N., I., P., R., O., V., U., W., X., Y., welche von *Wutstrack*, Beschreibung von dem koeniglich=preussischen Herzogthume Vor= und Hinter=Pommern, 2. Abschnitt, §. 106., S. 181-182 (Fußn. 301, S. 181) in seiner Specielle(n) Berechnung der Groeße Vor= und Hinter=Pommerns (S. 182) übernommen und auf Vor=Pommern (I.) und Hinter=Pommern (II.) verteilt wurde (S. 182), von welchen Ziff. I. 1.-5. und II. 1.-18./ Summa. Quadratmeilen die Ziff. II. 1.-10. und 12.-18. das Herzogtum Hinterpommern ausmachen: 296 ⅞ QM.

⁶⁰⁵ *General=Table der Volksmenge des Herzogtums Pommern in den Jahren 1756, 1788, 1794, 1797*, in: *Jahrbuecher der preußischen Monarchie unter der Regierung Friedrich Wilhelms des Dritten*, Jahrg. 1799, I. Band, März 1799, Chronik der Provinzen, II., A., 1.-8., Volksmenge im Jahr 1797, Summa, S. 337-344, April 1799, Chronik der Provinzen, II., B., 1., b), Domkapitel Colberg, Volksmenge im Jahr 1797, Hauptsumme, S. 334 (vielmehr S. 434) (unter dieser Tabelle 1. allein mitzuberecksichtigen, da die anderen Städte, Ämter und adeliche Güter dem Fürstentum Camin zugehörten (unten, S. 490-491), 2.-7., Volksmenge im Jahr 1797, Summe, S. 435-440.

⁶⁰⁶ Stimme: Mecklenburg-Schwerin (oben, S. 103).

Die beiden Herzogtümer Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz waren mit den, nach dem Ableben Herzogs Johann IV. von Mecklenburg im Jahr 1592 von seinen beiden Söhnen Adolph Friedrich I. und Johann Albert II. während der Jahre 1611/21 vorgenommenen Teilungen endgültig entstanden (*Moser*, Teutsches Staatsrecht, XIII. Theil, 3. Buch, 61. Cap., Sectio XIII., §. 9. u. §. 10., S. 187-190 (§. 10., S. 189-190); *Zedler*, Universal Lexicon, XX. Band, Mecklenburg, das Geschlecht der Hertzoge von Mecklenburg ..., Sp. 45-54 (49-50); *Hamann*, Das staatliche Werden Mecklenburgs, II., 1., S. 31, mit *Moser* ebd., §. 2.-§. 4., S. 182-183 und *Hamann*, Mecklenburgische Geschichte, IX., S. 217, 227-228). Bei dem nach dem Erlöschen der Güstrowschen Linie im Jahr 1695 (*Moser* ebd., §. 14., S. 194 und *Zedler* ebd., XI. Band, Guestrow oder Guestrau, ..., Sp. 1281-1282) zwischen den beiden Herzögen Friedrich Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin und Adolf Friedrich II. von Mecklenburg-Strelitz im Jahre 1701 vereinbarten Hamburger Erbvergleich verblieb das Herzogtum Mecklenburg-Schwerin bei seinem bisherigen Herzog (Ziff. 1. u. 2. seines in den wichtigsten Teilen wiedergebenen Textes, in: *Moser* ebd., §. 15., S. 203-205) und hatten danach am 14. Juli 1755 die Herzöge beider Linien auf alle über ihn hinausgehenden Teilungsplänen verzichtet (*Hamann*, Das staatliche Werden Mecklenburgs ebd., S. 34).

⁶⁰⁷ *Wallner*, Die kreissässigen Reichsterritorien am Vorabend des Luneviller Friedens, Niedersächsischer Kreis, 2), S. 24, Anhang, II., B., 48), S. 35.

⁶⁰⁸ *Höck*, Zusätze Statistische Übersicht Deutscher Staaten, Zusätze und Verbesserungen zu der Statistischen Übersicht der Alten Fürstenthümer, Herzogthümer Mecklenburg und Schwedisch-Pommern, Mecklenburg: für alle mecklenburgisch-schwerinschen Lande im Jahr 1800 265 674 Volkszahl an. Unter Berücksichtigung von Herzogtum Mecklenburg-Güstrow mit 128 000 Einw. (unten, S. 472-473) und Fürstentum Schwerin mit

Herzogtum Mecklenburg-Güstrow ⁶⁰⁹	80 ⁶¹⁰	128 000 ⁶¹¹	
Herzogtum Württemberg ⁶¹²	150	608 667	4 200 000 ⁶¹³
Landgrafschaft Hessen-Kassel ⁶¹⁴	92 ⁶¹⁵	280 916 ⁶¹⁶	

14 000 Einw. (unten, S. 491) ergibt dies 123 674 Einw.

⁶⁰⁹ Stimme: Mecklenburg-Güstrow (oben, S. 103).

Das Herzogtum Mecklenburg-Güstrow gelangte in dem zwischen den beiden Herzögen Friedrich Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin und Adolf Friedrich II. von Mecklenburg-Strelitz im Jahre 1701 vereinbarten Hamburger Erbvergleich an das Haus Mecklenburg-Schwerin (Ziff. 1., in: *Moser*, Teutsches Staatsrecht, XIII. Theil, 3. Buch, 61. Cap., Sectio XIII., §. 15., S. 203).

⁶¹⁰ *Wallner*, Die kreissässigen Reichsterritorien am Vorabend des Luneviller Friedens, Niedersächsischer Kreis, 5), S. 24, Anhang, II., B., 50), S. 35.

Höck, Zusätze Statistische Übersicht Deutscher Staaten, Zusätze und Verbesserungen zu der Statistischen Übersicht der Alten Fürstenthümer, Herzogthümer Mecklenburg und Schwedisch-Pommern, Mecklenburg: für alle mecklenburgisch-schwerinschen Lande 217 QM, unter Berücksichtigung des Fürstentums Schwerin mit 8 QM (unten, S. 491) ergibt für die beiden Herzogtümer Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Güstrow gleichfalls 209 QM.

⁶¹¹ *Wallner*, Die kreissässigen Reichsterritorien am Vorabend des Luneviller Friedens, Niedersächsischer Kreis, 5), S. 24, Anhang, II., B., 50), S. 35.

⁶¹² Stimme: Württemberg (oben, S. 95).

Graf Eberhard V. von Württemberg-Urach (1459-1496) war auf dem Wormser Reichstag 1495 von König Maximilian I. zum Herzog von Württemberg und „... die vorgemelt Württembergisch Lanndtschaft zu Swaben gelegen mit allen herrschafften Stetten ...“ zum Herzogtum erhoben worden (*Reyscher*, Sammlung der wuerttembergischen Gesetze, II. Band, Staats=Grund=Gesetze, 12., S. 1-7 (2)). Die von ihm in der Franché-Comté auch besessene Grafschaft Mömpelgard (unten, S. 482-483) war hiervon wohl nicht betroffen, andernfalls war sie nur in der kürzeste Zeit bis zu den nach seinem Ableben am 24. Febr. 1496 entstandenen Wirren Bestandteil des Herzogtums gewesen. In dem am 10. Juni 1498 zwischen Herzog Eberhard II. und Herzog Ulrich/Landschaft abgeschlossenen Horber Vertrag, in welchem Herzog Eberhard II. allen Ansprüche auf die Regierung entsagte, waren das Fürstentum Württemberg und die Grafschaft Mömpelgard getrennt genannt und aufgeführt worden „... Sich ouch kaynerlay oberkait herlichait Rent nutz guelt gewaltsam Gericht Zwing penn oder ander gerechtigkeiten des fuerstenthumbs Württemberg und der Graueschafft Mumppegart und Richenwiler nit annehmen oben gebruchen ...“ (*Sattler*, Geschichte des Herzogthums Württemberg, I. Theil, Beylagen, Num. 15., S. 36-39 (37)). Die Personalunionen mit zwischenzeitlichen Sekundogenituren bestanden auch nachfolgend (*Adam*, Mömpelgard und sein staatsrechtliches Verhältnis zu Württemberg und dem alten deutschen Reiche, in: *WVjLG*, 7. Jahrg., S. 181-199; *Richter*, Die württembergischen Reichstagsstimmen, in: *ZWLG*, 23. Jahrg., S. 352-355; *Moser* ebd., 2. Cap., § 1-§ 15., S. 116-121, 3. Cap., § 1-§ 4, S. 127-130, 5. Cap., § 1-§ 11., S. 139-142, 6. Cap., § 1-§ 3, S. 143, § 6-§ 7, S. 144-145, 7. Cap., § 1, S. 145, § 3-§ 4, S. 146, 8. Cap., § 1-§ 4, S. 146-148; *Maurer*, Von der Landesteilung zur Wiedervereinigung, II.-V., Anhänge 1 u. 5, in: *ZWLG*, 43. Jahrg., S. 89-90, 96-115, 115-119, 130-132 und *Europäische Stammtafeln*, I. Band, Tafeln 122 u. 123).

⁶¹³ *Höck*, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht des Herzogthums Württemberg, Einw. im Jahr 1796, von den 4 200 000 Gulden Einkünfte waren 3 000 000 herzogliche und 1 200 000 der Landschaft.

Roeder, Geographie und Statistik Würtbergs, I. Theil, Allgemeine Einleitung: gleichfalls 150 QM (§. 4., S. 20), für das Jahr 1786 579 321 gezählte Menschen (§. 16., S. 70), Einkünfte von geschätzten 3 Mill Gulden und bei Hinzurechnung der Landschaft, der Rentkammer, des geistlichen Gutes und der Kammerschreiberei „... ist jene Zahl von drey Millionen noch viel zu gering.“ an (§. 35., S. 140). *Höck*, Volksmenge des Herzogthums Württemberg in den Jahren 1782-1786, in: *Neueste Staats=Anzeigen*, I. Band, 4. Stück, N^o 4, I., S. 1-8, II. Band, 4. Stück, I., S. 419-433: aufgrund von einzelnen Angaben zu allen im Herzogtum Württemberg vorhandenen 4 Generalaten, 39 Dekanaten, 603 Parochien für das Jahr 1786: 579 866 Einw.

⁶¹⁴ Stimme: Hessen-Kassel (oben, S. 97).

Nach dem Aussterben der Hessen-Marburgischen Linie mit Landgraf Ludwig IV. am 9. Okt. 1604 (*Isenburg*, Europäische Stammtafeln, I. Band, Tafel 98) war in dem zwischen den beiden verbliebenen Linien Hessen-Kassel und Hessen-Darmstadt zur Beilegung des Marburger Erbfolgestreites am 14. April 1648 vereinbarten

Landgrafschaft Hessen-Darmstadt ⁶¹⁷	56 ⁶¹⁸	129 969 ⁶¹⁹	
Markgrafschaft Baden-Baden ⁶²⁰	13 ½ ⁶²¹	52 902 ⁶²²	
Markgrafschaft Baden-Durlach ⁶²³	11 ½ ⁶²⁴	51 720 ⁶²⁵	

Friedens- und Einigungs-Receß das Ober=Fürstentum Hessen dergestalt aufgeteilt worden, dass Hessen-Kassel den ca. ⅔ größeren nördlichen Teil mit Marburg, und Hessen-Darmstadt den kleineren südlichen Teil mit Gießen erhielten (*Stammler*, Der Marburger Erbfolgestreit, in: *ders.*, Deutsches Rechtsleben, I. Band, XII., S. 163-179, insb. 3.-7., S. 168-177 (176) und *Geschichtlicher Atlas von Hessen*, Karten 13 c, 14 a und b mit 13 a-c).

⁶¹⁵ *Höck*, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Fürstlich-Hessischen Länder, I., 1.: Nieder-Hessen mit 70 QM, 2.: Anteil an Ober-Hessen mit 22 QM.

⁶¹⁶ *Beiträge zur Statistik des vormaligen Kurfürstenthums Hessen*, I. Heft, Die Bevölkerung Kurhessens, Anlagen, D II. Uebersicht über die Bevölkerung in der Landgrafschaft Hessen-Kassel, resp. dem Kurfürstenthume Hessen, nach der Aufnahme von 1795 bis 1805, S. 74-75, Ziff. 1 Niederfürstenthum Hessen, Zählungsjahr 1800 mit 226 687 Menschen, für das dem Landgrafen von Hessen-Kassel allein zugehörnde Niederfürstenthum Hessen, Ziff. 2 Oberfürstenthum Hessen, Zählungsjahr 1800 mit 54 229 Menschen, für den dem Landgrafen von Hessen-Kassel zugehörenden Teil vom Oberfürstenthum Hessen.

Höck, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Fürstlich-Hessischen Länder, I., Nieder-Hessen: 210 813 Volkszahl (1.), Anteil an Ober-Hessen: 51 528 Volkszahl (2.), insg. 262 341 Einw.

⁶¹⁷ Stimme: Hessen-Darmstadt (oben, S. 97).

In dem am 14. April 1648 vereinbarten Friedens- und Einigungs-Receß erhielt Hessen-Darmstadt den südlichen kleineren ca ⅓ großen Teil des Ober=Fürstentum Hessen (*Stammler*, Der Marburger Erbfolgestreit, in: *ders.*, Deutsches Rechtsleben, I. Band, XII., S. 163-179, insb. 3.-7., S. 168-17 (S. 176) und *Geschichtlicher Atlas von Hessen*, Karten 13 c, Karten 14 a und b mit 13 a-c: 14. April 1648).

⁶¹⁸ *Crome*, Gegenwaertige Bevoelkerung der Hessen=Darmstaedtischen Laender, im Verhaeltniß mit ihrer Groeße (1791.), in: *Journal fuer Statskunde und Politik*, 1. Jahrg., 3. Stueck, III., S. 492-494 (492-493), 504 und *Höck*, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Fürstliche-Hessischen Länder, II., 4.

⁶¹⁹ *Fabricius*, Die Bevölkerungs-Aufnahmen in der Landgrafschaft Hessen-Darmstadt und in dem Grossherzogthum Hessen bis zum Jahre 1858, I., 16. Aufnahmen von 1783 bis 1803, in: *Beiträge zur Statistik des Grossherzogthums Hessen*, III. Band, S. 12-13: Übersicht, das Oberfürstenthum Hessen zu dem Jahre 1801.

Crome, Gegenwaertige Bevoelkerung der Hessen=Darmstaedtischen Laender, im Verhaeltniß mit ihrer Groeße (1791.), in: *Journal fuer Statskunde und Politik*, 1. Jahrg., 3. Stueck, III., S. 494-497 (495-496): 129 848 Seelen.

⁶²⁰ Stimme: Baaden-Baaden (oben, S. 96).

Mit dem Ableben von Markgraf August Georg von Baden-Baden am 21. Okt. 1771 erlosch dieser Mannesstamm (*ADB*, I. Band, August Georg, Markgraf von Baden=Baden, ..., S. 659-660 (660)). Nach dem am 28. Jan. 1765 zwischen den beiden Baden-Durchlachschen (Karl Friedrich) und Baden-Badenischen Linien (August Georg) abgeschlossenen Erbschaftsvertrag gelangte die Markgrafschaft Baden-Baden an den ersteren und bildete mit seiner bisherigen Markgrafschaft Baden-Durlach die bereits früher vereinigt gewesene Markgrafschaft Baden (*Geographisch, statistisch, topographische Beschreibung von dem Kurfuerstenthum Baden*, I. Theil (Schmidt), Einleitung, §. 6., S. 7-11). Mit dem markgräflich baden-badenischen Teil der insgesamt Markgrafschaft war weiterhin die Virilstimme im Reichsfürstenrat mitgegeben (*Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der schwaebische Kreis, Von der Markgrafschaft Baden, §. 6., S. 497, A. Das ehemalige Baden=Badensche Landes=Antheil, I., S. 489-501).

⁶²¹ *Heunisch*, Tabellarische Uebersicht der Erwerbungen u. Abtretungen Badens, Ansicht der Erwerbungen und Abtretungen vom Jahr 1746. bis auf die jezige Zeit, Zweyte Epoche. Erbanfall durch den Tod des Markgrafen August von Baden Baden 1771, 1.: 13, 47 QM.

⁶²² *Geographisch statistisch, topographische Beschreibung von dem Kurfuerstenthum Baden*, I. Theil (Schmidt), Einleitung, §. 6., S. 13: im Jahr 1800.

⁶²³ Stimme: Baaden-Durlach (oben, S. 96).

Herzogtum Holstein ⁶²⁶	153 ½	257 000 ⁶²⁷	1 350 000 ⁶²⁸
Herzogtum Oldenburg ⁶²⁹	45	95 000	450 000 ⁶³⁰

Die von der Markgrafschaft Baden-Durlach innegehabte Virilstimme im Reichsfürstenrat blieb nach ihrer im Jahr 1771 mit Baden-Baden zur Markgrafschaft Baden stattgehabten Vereinigung (oben, S. 474) weiterhin bestehen (*Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der schwabische Kreis, Von der Markgrafschaft Baden, §. 6., S. 497, B. Das ehemalige Baden=Durchlachische Landes=Antheil, A., S. 506-511).

⁶²⁴ *Heunisch*, Beschreibung des Grossherzogtums Baden, B., III., a) Oberamt Durlach, S. 161.

⁶²⁵ *Geographisch statistisch, topographische Beschreibung von dem Kurfuerstenthum Baden*, I. Theil (Schmidt), Einleitung, §. 6., S. 14 mit S. 13: im Jahr 1800.

⁶²⁶ Stimme: Hollstein-Glückstadt (oben, S. 101).

Aus dem im Jahr 1474 zu einem Herzogtum erhobenen Land um Holstein war durch die zuletzt am 19. Sept. 1581 innerhalb des Hauses Holstein stattgehabte Teilung der beiden Herzogtümer Schleswig und Holstein in die königlich-dänisch-glückstädtische und die herzoglich-gottorfische Linien der holstein-glückstädtische Anteil, das Herzogtum Holstein-Glückstadt gebildet worden, wegen dessen sein Herzog (König in Dänemark) bis in die 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts eine Virilstimme im Reichsfürstenrat führte (*Zedler*, Universal Lexicon, XIII. Band, Holstein oder Holstet, ..., ein Herzogtum in dem Nieder=Saechsischen Creiße, ..., Sp. 655-671 (659, 660, 670); *Büsching*, Erdbeschreibung, IX. Theil, Der niedersaechsische Kreis, Das Herzogthum Holstein, ..., §. 8., S. 445-446 und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 35. der Aufstellung (S. 537), §. 74., S. 595). Durch die am 22. April 1767/1. Juni 1773 von König Christian VII. von Dänemark mit Großfürst Paul, dem Oberhaupt der Hauses-Holstein-Gottorp abgeschlossenen beiden Verträge kamen, gegen Hingabe seiner beiden eigenen Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst noch zusätzlich dessen einseitige und gemeinschaftliche Anteile an dem Herzogtum Holstein, das Herzogtum Holstein-Gottorp hinzu (*Danske Tractater. 1751-1800*, 38., S. 229-263 (Einleitung: S. 230, Art. X u. XI: S. 237-238), 47., S. 322-365 (322-343, Art. V: S. 327-328)). Diese wurde kurz danach wieder mit dem königlich-dänischen Anteil zu dem einheitlichen Herzogtum Holstein vereinigt (*Schleswig-Holsteinisches Landesarchiv*, Abt. 401, Kgl. VO Nr. 1773 Nr. 16: *Königlich-dänisches Patent v. 16. Nov. 1773: Anhaltung der Einwohner des bisherigen großfürstlich einseitigen und gemeinschaftlichen Anteils zur Anerkennung des neuen Landesherrn bei Erhalt ihrer wohl erworbenen Rechte und Pflichten; Chronologische Sammlung der im Jahre 1744 ergangener Verordnungen Herzogthuemer Schleswig und Holstein*, 44.-46., S. 84-101: 17. Aug. 1774 drei von König Christian VII. ergangene Verordnungen den vorhin gemeinschaftlichen und einseitig großfürstlichen Anteilen betreffend die künftige Verwaltung in Justiz- und Kirchensachen und die Landgraf Prinz Carl von Hessen aufgetragene Statthalterschaft; *Schleswig-Holsteinisches Landesarchiv*, Abt. 65. 2, Nr. 126: *Lehnbrief von Kaiser Joseph II., dem Fürsten Christian VII., König zu Dänemark/Herzog zu Holstein über das Herzogtum Holstein ausgefertigt 7. Febr. 1788* erfasste ausdrücklich „... das ... gesammte Fuerstenthum Holstein, ...“). Bei weiterem Aufruf der Stimme unter dem Namen Holstein-Glückstadt haftete sie auf dem gesamten Herzogtum Holstein (*Fabri*, Geographie fuer alle Staende, I. Theil, 5. Band, Der Niedersaechsische Kreis, ..., §. 10., S. 761).

⁶²⁷ *Höck*, Zusätze Statistische Übersicht Deutscher Staaten, Zusätze und Verbesserungen zu der Statistischen Übersicht der Alten Fürstenthümer, VIII., H. Holsteinsche, ... Laender, I. Holstein.

GRSH 1801, II. Theil, 1. Abschnitt, Daennemark, B), S. 6: 157 QM, 315 000 Seelen.

⁶²⁸ *Höck*, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Herzogthums Holstein, der Fürstlich Anhaltschen und Herzoglich Oldenburgischen Länder, I. und *Grosbritannischer Kalender auf das Jahr 1799*, Verzeichniß der Regenten ..., B), b), Holstein, 1), a) Der Hauptast, oder das in Dänemark regierende königl. Haus, S. 85 mit S. 130 (nach dem Stand von Ende Juli 1798): 900 000 Taler.

⁶²⁹ Stimme: Hollstein-Oldenburg – Hollstein-Gottorp – (oben, S. 102).

Die beiden Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst waren durch die von den beiden Kronen Dänemarks und Russlands am 22. April 1767/1. Juni 1773 abgeschlossenen Verträgen von Großfürst Paul, dem Oberhaupt des Hauses Holstein-Gottorp gegen Austausch seines Herzogtums Holstein-Gottorp erworben worden (oben, S. 475). Beide Vertragsteile hatten sich versprochen, alle nur erdenklichen Bemühungen zu verwenden, dass beide Grafschaften zu einem Herzogtum erhoben und ihm ein separates fürstliches Votum, allenfalls das bisherige Holstein-Gottorpische beigelegt werde (*Danske Tractater. 1751-1800*, 38., S. 229-263 (Art. XXX, S. 250), 47., S. 322-343 (Art. XV, S. 333-334)). Am 14. Dez. 1773 wurden sie an Bischof August Friedrich von Lübeck und seinen männlichen Nachkommen zur Verschaffung einer hinlänglichen Ausstattung für die jüngere Linie des Hauses Holstein-Gottorp abgetreten (*Hoffmann*, De novo dvcatv oldenbvrgico, Adpendix ..., VIII. und

Herzogtum Lauenburg ⁶³¹	26 ⁶³²	45 000	132 880 ⁶³³
Fürstentum Anhalt ⁶³⁴	50	98 000	975 000 ⁶³⁵
gefürstete Grafschaft Henneberg ⁶³⁶	29	79 371 ⁶³⁷	

VIII., p. 57-66 (65). Beide Grafschaften wurden am 29. Dez. 1774 durch Kaiserliches Patent als fürstliches Thronlehen zu einem Herzogtum – Holstein-Oldenburg – erhoben. Am 22. März 1777 erfolgte dessen Belehnung mit Bischof Friedrich August von Lübeck durch Kaiser Joseph II., anstelle des Großfürsten Paul, wegen dessen russischen Verpflichtungen, seiner zu erwartenden dortigen Thronfolge, angetreten am 17. Nov. 1796 als Zar Paul I. von Russland. Das Herzogtum erhielt am 15. Mai/10 Juni 1778 im Reichsfürstenrat die bisherige lutherische Stimme von Holstein-Gottorp (*Lübbing*, Oldenburgische Landesgeschichte, VIII., 1., Oldenburg ... selbständiges Herzogtum, S. 141-142; *Hoffmann* ebd., III., p. 42-44 (43 u. 44), V.-VII., p. 47-57 und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 536-537 Nr. 36. (S. 537), §. 13., S. 531, Lutheraner Nr. 23.). Sein letzter Herzog war seit dem 6. Juli 1785 Peter Friedrich Wilhelm, der jedoch gemütskrank der Regierung nicht fähig war, so dass die Landesadministration und die fürstliche Virilstimme im Reichsfürstenrat von seinem Vetter Bischof Peter Friedrich Ludwig von Lübeck als Administrator ausgeübt wurde (*Alberts*, Das Fürstenthum Lübeck, 2. Theil, Peter Friedrich Ludwig (Bischof), S. 325 und *Ersch-Gruber*, Allgemeine Encyklopaedie der Wissenschaften und Kuenste, 3. Section, III. Theil, Oldenburg, Großherzogthum, I., 3), S. 22 Übersicht der Fußn. 30).

Trotz den an die Bischöfe von Lübeck vorgenommenen Belehnungen des Herzogtums behielt seine Virilstimme ihre weltliche Eigenschaft – seit Ende des 16. und zu Beginn des 17. Jahrhunderts die dinglichen Zuordnung der Reichsstandschaft im gebietlich-territorialen Besitz und nicht mehr in der Person der Reichsstandes (oben, S. 461-462) – weiterhin bei. Die Ausübung der Reichsstandschaft durch einen von der Willensbildung des eigentlichen Reichsstandes unabhängigen Administrators war nach der Reichsverfassung gestattet (*Moser* ebd., 1. Buch, 1. Cap., §. 17., S. 13-14 (S. 14: 2. die Vormuendere eines weltlichen Reichs=Standes).

⁶³⁰ *Höck*, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Herzogthums Holstein, der Fürstlich Anhaltschen und Herzoglich Oldenburgischen Länder, III.: 300 000 Taler Einkünfte.

GRSH 1801, II.Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Holstein, Holstein=Oldenburg, S. 154: 46 QM, 92 000 Bewohner und 333 332 Taler Einkünfte.

⁶³¹ Stimme: Sachsen-Lauenburg (oben, S. 98).

⁶³² *H. Wagner*, Hagemanns Flächenberechnung des Kurfürstentums Hannover vom Jahre 1786, in: *Niedersächsisches Jahrbuch*, I. Band, S. 210-211, Ziff. C.: 1 433, 59 km² (=26, 04 QM), das auf S. 208, Ziff. A., I., 1. als dem Herzogtum Lauenburg zugehörnde Land Hadeln hatte zwar seinen Herzögen aber nicht jenem zugehört: nach der von Hagemann auf Grund der in den Jahren 1764/86 durchgeführten Topographischen Landesaufnahme im offiziellen Auftrag im Jahr 1786 gemachten Flächenberechnung (S. 198-207).

Höck, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Kur-Braunschweig-Lüneburgischen ... Laender, 1799, I., 4.: 26 QM.

⁶³³ *Höck*, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Kur-Braunschweig-Lüneburgischen ... Laender, 1799, I., 4.: 28 513 Taler Contribution, 60 074 Taler Kammereinkünfte.

GRSH 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Braunschweig, a) Chur=Braunschweig, a), 1), S. 127: 47 000 Einw.

⁶³⁴ Stimme: Anhalt (oben, S. 98).

⁶³⁵ *Lang*, Tabellen über Flächen-Inhalt der Teutschen Reichs-Lande, A., Anhalt, S. 5 (Einkünfte 650 000 Reichstaler) und *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Anhalt, S. 122-123 (122): etwa 50 QM, 650 000 Reichstaler.

⁶³⁶ Stimme: Henneberg (oben, S. 102).

Die Grafschaft Henneberg war durch den am 9. Aug. 1660 von den 4 Brüdern Wilhelm, Ernst, Friedrich Wilhelm, Moritz, Herzöge von Sachsen vereinbarten Weimarer Haupt-Theilungs-Recess zwischen dem kurfürstlichen Haus Sachsen und den herzoglichen Häusern Sachsen-Altenburg, Sachsen-Weimar und Sachsen-Gotha aufgeteilt worden (*Glafey*, Kern der Geschichte des Chur= und Fuerstlichen Hauses zu Sachsen, Der Dritte Theil, Num. XI., S. 1081-1107 (Art. I, S. 1084-1085) und *Schultes*, Beschreibung Hennebergs, I. Theil, 1. Abtheilung, §. VII., S. 14-15; *ders.*, Diplomatische Geschichte Hennebergs, II. Theil, 8. Abtheilung, 1.

Herzogtum Savoyen ⁶³⁸	210	570 000 ⁶³⁹	
----------------------------------	-----	------------------------	--

Hauptstueck, 11. (vielmehr 10.), S. 339-347). Weitere Teilungen und Erbgänge folgten nach (*Schultes*, Beschreibung ebd., §. VII., S. 15-16 und *J. G. Wagner*, Geschichte von Schmalkalden und Henneberg, 1. Abtheilung, F., S. 127-131). Zu Ausgang des 18. Jahrhunderts wurde die Grafschaft unter den 7 Häusern: Kurfürst von Sachsen, Herzöge von Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Gotha, Sachsen-Coburg-Saalfeld, Sachsen-Hildburghausen, Landgraf von Hessen-Kassel (mitzugehörnde Herrschaft Schmalkalden) in einer sehr ungleichen Weise besessen (*Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der fraenkische Kreis, Die gefuerstete Grafschaft Henneberg, §. 7., S. 992, §. 10., I.-VI., S. 995-1008, *Fabri*, Geographie fuer alle Staende, I. Theil, 3. Band, Der Fraenkische Kreis, Die gefuerstete Grafschaft Henneberg, §. 5., S. 16-39 und *Schultes*, Beschreibung ebd., §. VIII., S. 16-17). Für das erstmalig für die Grafschaft von dem kur- und fürstlichen Haus Sachsen im Jahr 1594 geführte Reichsvotum (*Schultes*, Beschreibung ebd., §. XXI., S. 54) war in dem am 9. Aug. 1660 zwischen dem Kurfürstlich-Sächsischen Haus und den Herzoglich-Sächsischen Häusern vereinbarten Weimarer Haupt-Theilungs-Recess seine gemeinschaftliche Ausübung, bei einem alternierenden Direktorium vereinbart worden (*Glafey* ebd., Art. IV, S. 1088-1090 und *Schultes*, Diplomatische Geschichte Hennebergs ebd., S. 341). In dem am 6. Aug. 1706 zwischen den Häusern Sachsen-Naumburg, Sachsen-Weimar, Sachsen-Eisenach und Sachsen-Gotha die Führung der Hennebergischen Reichstagsstimme betreffenden Recess wurde eine 12 jährige Stimmenführung festgelegt: die ersten 4 Jahre von Sachsen-Naumburg, die weiteren 4 Jahre von Sachsen-Gotha für seinen im Jahr 1672 ererbten altenburgischen Anteil, die nachfolgenden 2 Jahre von Sachsen-Weimar und Sachsen-Eisenach, die letzten 2 Jahre von Sachsen-Gotha für seinen im Jahr 1660 erhaltenen Anteil (*Schultes*, Neue diplomatische Beytraege zu der Fraenkischen und Saechsichen Geschichte, I. Theil, VII., XI., S. 399-401 (Art. 1., S. 400) mit der Anm., S. 402-403 (402), XII. Kurfuerst August zu Sachsen widerspricht dem, wegen des Hennebergischen Reichsvoti, von den Fuerstl. Saechs. Haeusern, zu Naumburg, Weimar, Eisenach und Gotha, untern 6ten Aug. 1706 getroffenen Alternationsvergleich. Den 16ten Januar 1707., S. 403-404). Nach dem Aussterben der Sachsen-Naumburg-Zeitzschen Linie im Jahr 1717 trat Kursachsen im Jahr 1718 an seine Stelle (*Richter*, Die Vertretung der thüringischen Staaten beim Regensburger Reichstag 1663-1806, II, in: *BdL*, 98. Jahrg., S. 131-132) und wurde vermöge des am 10. April 1702 zwischen Herzog Friedrich II. zu Sachsen-Gotha und Herzog Ernst zu Sachsen-Hildburghausen abgeschlossenen Recess die den fürstlichen Häusern Altenburg und Gotha gehörigen Anteile des Reichsvotums an Sachsen-Hildburghausen zediert und überlassen (*J. U. Roeder*, Von den Herzoglich=Saechsichen Reichs=Tags=Stimmen, 3. Cap., Abdruck einiger noch ungedruckter, ... Haus=vertraege, III., S. 300-312 (Zum Dritten ..., S. 305-306 und *Schultes*, Diplomatische Geschichte ebd., 11. (vielmehr 10.), S. 341, Fußn. z)). Zu Ausgang des 18. Jahrhunderts wurde die hennebergische Virilstimme vom Kurfürsten von Sachsen 4 jährig, vom Herzog zu Sachsen-Hildburghausen 4 jährig, vom Herzog zu Sachsen-Weimar-Eisenach 2 jährig und vom Herzog zu Sachsen-Hildburghausen nochmals 2 jährig geführt (*Fabri* ebd., §. 5., S. 17; *Zedler*, Universal Lexicon, XII. Band, Henneberg, ... eine gefuerstete Grafschaft, ..., Sp. 1381-1399 (1398-1399) und *Büsching* ebd., §. 9., S. 993: gibt für alle 3 Häuser eine je 4 jährige Stimmenführung).

⁶³⁷ Anteil des Kurfürsten von Sachsen: $8 \frac{3}{4}$ QM/23 581 Volkszahl (im Jahr 1792) (*Höck*, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Kurfürstlich Sächsischen Länder, 1. Tabelle, XIII.), Anteile des Herzogs von Sachsen Weimar, sein älterer weimarer Anteil, das Amt Ilmenau: $1 \frac{3}{4}$ /3 705, sein sachsen-eisenachischer Anteil, die Ämter Lichtenberg/Ostheim $1/5$ 961, Kaltennordheim: $2 \frac{1}{2}$ /4 871, Anteil des Herzogs von Sachsen-Meiningen: $12/35$ 000, Anteile der Herzöge von Sachsen-Saalfeld und Sachsen-Gotha an ihrem gemeinschaftlichen Amt Themar: $2 \frac{1}{4}$ /4 453, Anteil des Herzogs von Sachsen-Hildburghausen: $3/4$ /1 800 nach *Höck* ebd., Statistische Übersicht der Herzoglich-Sächsischen Länder, II., 3., 5., V., 1., III., 3., IV., 2.).

⁶³⁸ Stimme: Savoyen (oben, S. 90).

Das Jüngere Burgundische oder Arelatische Königreich, im 10. Jahrhundert aus Hochburgund (Besançon, Genf, Lausanne, Basel, Savoyen) und Provence (Arles, Vienne, Lyon) zusammengewachsen, war nach dem Tod seines letzten Königs Rudolf III. im Jahre 1032 von Kaiser Konrad II. (1024-1039) bei seiner Vermählung mit Gisela, der Enkelin König Rudolfs III. vermöge des Erbvertrages in den Jahren 1032/34 endgültig für das Reich gewonnen worden (*Deutsche Könige und Kaiser des Mittelalters*, Konrad II., S.96, 102-103, Heinrich II., S.92; *Repertorium des Teutschen Staats und Lehnrechts*, I. Teil (*Scheidemantel*), 79. Arelat, §. 1., S. 193; *Stengel*, Regnum und Imperium, II., S. 12-14, IV., S. 19-20 mit Anm., S. S. 32, 36 und *Großer Historischer Weltatlas*, II. Teil, S. 18-19, EF 4-5). Damit erfasste das Imperium der römisch-deutschen Kaiser die staatsrechtlich unterschiedenen Regnum Teutoniae, Regnum Burgundiae und Regnum Langobardorum (*Stengel* ebd., II., S. 11-15 mit Anm., S. 31-32, IV., S. 18-21 mit Anm., 35-36). Nach dem Ende der Hohenstauffer gelangte das südburgundische Gebiet an Frankreich (*Stengel* ebd., IV., S. 19-20 mit Anm., S. 36). Graf Amadeus V. von Savoyen, dessen Grafschaft die Pässe nach Italien innehatte, war von König Heinrich VII. (nachheriger Kaiser Heinrich VII.) auf seinem Romzug im Nov. 1310 im Asti zum Reichsfürsten erhoben worden (*Engelbert*, Die

einer ursprünglichen herzoglichen Herrschaft.

Die 5 alten Fürstentümer:

	Fläche QM	Volkszähl	Einkünfte Gulden
Fürstentum Simmern ⁶⁴⁰	6, 77	21 000	190 000 ⁶⁴¹

Erhebungen in den Reichsfürstenstand, I., 4.), S. 46-62 (48-50 „..., investivit in principatum cum sceptro regali ...“ S. 49 Urkunde von 1310) mit Anm., S. 182-186). Bei der französischen Ausdehnungspolitik während des 14. Jahrhunderts erbat Graf Amadeus VI. von Savoyen im Jahre 1361 seine bisherige Abhängigkeit vom Königreich Arelat durch die direkte Belehnung seitens des Reich als nunmehriges Glied des Regnum Germaniae zu verbessern, was Kaiser Karl IV. am 17. Mai 1361 unter Exemption und Lösung der Abhängigkeit vom arelatischen Reiche „..., eidem sacro Romano imperio auctoritate cesarea et de plenitudine imperatorie potestatis incorporamus adunamus annectimus ...“ tat, womit die Grafschaft Savoyen in selbiger Weise wie die eigentlichen Kernlande ein reichsunmittelbares Territorium wurde (*Acta imperii inedita seculi XIII. et XIV.*, I., Karl IV., 875. u. 876., S. 560-562 (875., S. 560 Z 15-17; *Sanmann=v. Bülow*, Die Inkorporationen Karls IV., 4. Kap., 2., a), S. 47-48; *Engelbert* ebd., S. 46 mit Anm., S. 182 und *Stengel* ebd., IV., S. 23) und wurde Graf Amadeus VIII. im Jahre 1416 von Kaiser Sigismund zum Herzog ernannt (*Zedler*, Universal Lexicon, I. Band, Amadeus VIII., ..., Sp. 1629-1630 (1629). Mit den im Jahre 1500 errichteten Kreisen gehörte das Herzogtum Savoyen dem Oberrheinischen Kreis zu (*Moser*, Teutsches Staatsrecht, XXXV. Theil, 3. Buch 168. Cap., Sectionis V., Membrum II., §. 29., S. 116-119 (119); *Büsching*, Erdbeschreibung, IV. Theil, Italien, Ober=Italien, I., §. 1., S. 28, VII. Theil, Der ober=rheinische Kreis, Einleitung, §. 3., S. 3-4 (4) und *Stengel* ebd., IV., S. 23-24). Es sonderte sich jedoch von diesem ab (*Moser*, Teutsches Staatsrecht, XXXV. Theil ebd., §. 29., S. 119, XXVI. Theil, 3. Buch, 143. Cap., Sectio V., §. 34., S. 448-449 (448) und *Büsching*, Große Erdbeschreibung, X. Band, Ober=Italien, I., 1., §. 1., S. 39-40 (39); *ders.*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober=rheinische Kreis, Einleitung, §. 3., S. 3-4 (4) und wurde allgemein dem Nebenland Italien zugerechnet, dies bei dem weiteren Empfang seiner Lehen vom Kaiser (*Moser*, Teutsches Staatsrecht, XXXV. Theil, ebd., §. 29., S. 119; *Büsching*, Große Erdbeschreibung ebd., §. 1., S. 39 und *Hoff*, Das Teutsche Reich, I. Theil, 1. Abtheilung, II., 5. (vielmehr 6.), Verzeichniß der teutschen Reichs=Lehen in Italien, 16., S. 119-120). Kaiser und Reich übten zu Ausgang des 18. Jahrhunderts keine Oberhoheit mehr über dasselbe aus (*Moser*, Teutsches Staatsrecht, XXXV. Theil ebd., §. 29., S. 118-119) und wurde das Herzogtum bei öffentlichen Verhandlungen mit anderen souveränen Mächten gleichgestellt (*Hoff* ebd., S. 119). Mit seiner katholische Stimme Savoyen (*Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §.12., S. 529-530 (529) hatte sich der Herzog von Savoyen im Jahr 1667 durch einen Gesandten auf dem Beständigen Reichstag legitimiert. Er war bei den nachfolgenden Beratungen und Abstimmungen im Reichsfürstenrat immer wieder aufgerufen worden (*Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, ebd., §. 77., S. 597), und hinderte sein Fernbleiben das weitere Fortbestehen seiner Reichsstandschaft nicht (*Häberlin*, Handbuch Teutsches Staatsrechts, Band I, 2. Buch, 2. Cap., §. 72., S. 260-261 (261) und *Moser*, Teutsches Staatsrecht, XXXIV. Theil, 3. Buch, 168. Cap., Sectio III., §. 31., S. 296), welches Votum er sich auch weiterhin hätte bedienen können (*Moser*, Teutsches Staatsrecht, XXXIV. Theil ebd., §. 31., S. 296). Der Herzog wurde im 18. Jahrhundert weiterhin als ein Mitglied des Reichsfürstenstandes betrachtet, und hatte auch im Jahre 1773 seine Gesandten zum Reichstag beschiedt (*Sanmann=v. Bülow* ebd., S. 48; *Stengel* ebd., S. 24; *Moser*, Teutsches Staatsrecht, XXXV. Theil ebd., §. 29., S. 119; *Büsching*, Große Erdbeschreibung ebd., §. 1., S. 39 und *Hoff* ebd., S. 119).

In dem am 2. Aug., 18. Nov. 1718 zwischen Kaiser Karl VI. und den beiden Kronen von Frankreich und Großbritannien abgeschlossenen Quadrupelallianz hatte das Haus Savoyen gegen Austauschung der von ihm besessenen Insel und Königreich Sizilien die Insel und das Königreich Sardinien erhalten (*Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome VIII Partie I, N° CCII., p. 531-541 (Art. I u. II, p. 533-535 (533)), womit der Herzog von Savoyen den Titel eines Königs von Sardinien erhielt und unter diesem mit seinen ihm zugehörenden Staaten benannt wurde (*GRSH* 1801, II. Theil, 1. Abschnitt, Sardinien, S. 47-48 (47); *Büsching*, Erdbeschreibung, IV. Theil ebd., §. 1., S. 19, §. 3., S. 20-21 und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht ebd., §. 77., S. 597).

⁶³⁹ *GRSH* 1801, II. Theil, 1. Abschnitt, Sardinien, c), S. 47.

⁶⁴⁰ Stimme: Pfalz-Simmern (oben, S. 86).

Fürstentum Veldenz ⁶⁴²	3	7 000	24 000 ⁶⁴³
Markgrafschaft Hochberg ⁶⁴⁴	7	22 904 ⁶⁴⁵	

Die den Raugrafen von Altenbeimburg zugehörige Stadt und Burg Simmern war in den Jahren 1358/9 von Kurfürst Ruprecht I. von der Pfalz käuflich erworben und war danach der Pfalzgrafschaft bei Rhein zugehörend gewesen. Nach dem Tod von Pfalzgraf/Kurfürst Ruprecht III. (Römischer König seit dem Jahr 1399) am 18. Mai 1410 waren sie bei der pfälzischen Erbteilung mit weiteren Dörfern und Besitzungen – das Fürstentum Simmern bildend und die Grafschaft Zweibrücken ausmachend – an Pfalzgraf Herzog Stefan gelangt und zur Grafschaft Zweibrücken vereinigt worden. Dieser legte im Jahre 1453 die Regierung nieder und erhielt sein ältester Sohn Herzog Friedrich das Fürstentum Simmern und hatte von den beiden nachfolgenden Herzögen Johann I. (1480-27. Jan. 1509) und Johann II. von Simmern (1509-18. Mai 1552) letzterer auf mehreren Reichstagen persönlich das simmersche Votum geführt. Bei dem Erwerb der pfälzischen Kurfürstenwürde im Jahre 1559 an Herzog Friedrich III. von Simmern erhielt sein jüngerer Bruder Georg das Fürstentum Simmern und übte das simmersche Votum auf den Reichstagen zu Augsburg 1566 und Regensburg 1567 aus. Nach seinem Ableben am 17. Mai 1569 erwarb sein Bruder Reichard das Fürstentum, welcher das simmerschen Votum auf den Reichstagen zu Speyer 1570, Regensburg 1576, Augsburg 1582, Regensburg 1594, 1597/98 bis zu seinem Tod am 13. Jan. 1598 führte (*Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober=rheinische Kreis, Das Fuerstenthum Simmern, S. 55-59 (§. 1., S. 55-56); *Sturm*, Pfalzgraf Reichard von Simmern, Teil B, I, S. 57-66, IV, 1., S. 148-149; *Heintz*, Das ehemalige Fürstenthum Pfalz-Zweibrücken, I. Theil, IV., §. 4.-§. 7., S. 121-131 (§. 6. S. 128: Ziff. III. 1., §. 56., S. 207-208 und *Isenburg*, Stammtafeln, I. Band, Tafel 32.).

⁶⁴¹ Annex, S. 2-3.

⁶⁴² Stimme: Pfalz-Veldenz (oben, S. 87).

Durch die Vermählung von Herzog Stefan von Simmern mit der Tochter des letzten Grafen von Veldenz und Sponheim (Friedrich III.) Anna am 13. Juni 1409 war das Anrecht auf die alte Grafschaft Veldenz und die halbe Grafschaft Sponheim an das pfalz-simmersche Haus gelangt. Im nächsten Jahr (1410) bildete Herzog Stefan aus erhaltenen Kurpfälzischen Besitzungen zwischen Rhein und Mosel an der Grenze zu Lothringen die Grafschaft Zweibrücken. Nachdem sein jüngerer Sohn Herzog Ludwig im Jahre 1444 die Grafschaft Veldenz von Graf Friedrich III. von Veldenz erhielt, erwarb er, nach der Niederlegung der Regierung von Herzog Stefan im Jahre 1453, auch die Grafschaft Zweibrücken, welche beide Grafschaften unter dem Fürstentum Zweibrücken, mit dem Titel eines Herzogtums vereinigt wurden und von welchem die ehemalige Grafschaft Veldenz $\frac{2}{3}$ ausmachte. Das Testament des 3. Herzogs von Pfalz-Zweibrücken Pfalzgraf Alexander (1482-31. Okt. 1514) vom 27. Okt. 1514 sah die einheitliche Vererbung des Fürstentum/Grafschaft Zweibrücken an seinen Sohn Ludwig II vor. Nach seinem Ableben am 3. Dez. 1532 erhielt nach dem am 3. Okt. 1543 abgeschlossenen Marburger Vertrag Pfalzgraf Ruprecht bei Rhein von seinem Pflegesohn Pfalzgraf Wolfgang bei Rhein, beide dem Haus Zweibrücken zugehörend, Schloss und Flecken Lauterecken, das Haus Veldenz und Tal mit zugehörenden Gebieten, womit das gebietlich neue Fürstentum Veldenz entstand (*Gümbel*, Geschichte des Fürstenthums Pfalz=Veldenz, Kap. I., S. 17-21, Einleitung, S. 8; *Heintz*, Das ehemalige Fürstenthum Pfalz-Zweibrücken, I. Theil, I., S. 4, 9, IV., §. 3., S. 120-121, §. 41.-§. 42., S. 179-182, §. 56., S. 207-208., V., §. 2., S. 219-220, §. 6., S. 231-232, VI., §. 2., S. 412-413, §. 62., S. 503-505, §. 63., S. 506; *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober=rheinische Kreis, Das Fuerstenthum Veldenz, S. 62-65 (§. 1., S. 62-63) und *Zedler*, Universal Lexicon, XLVI. Band, Veldentz, Pfalzveldentz, ..., eine Grafschaft auf dem Hunsrueck, ..., Sp. 1034-1038 (1035)). Der Sohn Pfalzgraf Ruprechts bei Rhein Herzog Georg Johann wurde im Jahre 1566 von Kaiser Maximilian II. wegen seiner gesamten Lande als Reichsfürst belehnt wurde und erhielt Stimme im Reichsfürstenrat (*Büsching* ebd., §. 1., S. 63-64 und *Zedler* ebd., Sp. 1035).

Bestehend aus den 2 linkrheinischen Ämtern Veldenz und Lauterecken gelangte das Fürstentum in dem am 24. Dez. 1733 zwischen Kurpfalz und Pfalz-Birkenfeld (Zweibrücken) abgeschlossenen Vergleich an Kurpfalz (*Gümbel* ebd., Kap. XIV., S. 336-340 (337 Nr. 1.-5. des Vergleiches) und *Büsching* ebd., §. 1., S. 64, §. 2., S. 64-65).

⁶⁴³ Annex, S. 2-3.

⁶⁴⁴ Stimme: Baaden-Hochberg (oben, S. 96).

Das Haus Baden entstammt den Herzögen von Zähringen, und hatte der jüngere Sohn Graf Bertholds I. (gest. 1078) Berthold II. die herzogliche Linie begründet bis zu ihrem Aussterben im Jahre 1218 und hatte der älteste Sohn Hermann I. (gest. 1074) den Titel des Markgrafen von Verona fortgeführt, was den Erwerb der Reichsstandschaft sicherte. Diese markgräfliche Linie leitete erstmalig im Jahre 1112 von der Burg Baden den Titel eines Grafen von Baden und Hochberg ab und hatte sich der markgräflich badische Besitz anfänglich

Fürstentum Eisenach ⁶⁴⁶	7 ¾	31 126 ⁶⁴⁷	
------------------------------------	-----	-----------------------	--

nahezu auf die Burgen Hachberg und Sausenberg beschränkt. Sie wurde bereits in den Jahren 1158, 1245 mit *Princeps* getitelt (*Moser*, Markgraeflich=Badische Staatsrecht, 6. Cap., S. 129-130) und war auf den Reichstagen von 1130, 1139, 1144 und 1189 erschienen. Nach dem Tod von Markgraf Hermann IV. (1160-1190) erfolgte ihre Aufspaltung, von den beiden Brüdern Heinrich I. (1190-1231) in die oberen Lande: Hachberg, Sausenberg, Breisgauer Güter und Hermann V. (1190-1243) in die niederen Lande: Mittelbaden, Neckargebiet. Letztere Linie war mit Markgraf Rudolf von Baden im Jahre 1356 von Kaiser Karl IV. in seinem Lehnbrief mit Fürst und seine Markgrafschaft mit Fürstentum angesprochen worden „... Rudolph, Marggraff zu Baden, Unser lieber Fuerste und Getreuer, und hat von Uns, ..., recht und redenlich empfangen sin Fuerstenthum, die Marggraffschafft zu Baden, ...“ (*Liniig*, Corpus jurisfeudalis germanici, Tomus I., 1. Theil, 2. Abtheilung,, (III.), XI., XLII., Sp. 837-840 (837). Er übte während diesen Jahren auch Sitz und Stimme im Reichstag aus (*Engelbert*, Die Erhebungen in den Reichsfürstenstand, II., 4.), S. 107 mit Anm., S. 208). Hingegen hatte die hachbergische Linie zu dieser Zeit nicht die Fürstenwürde erlangt (*Ficker*, Vom Reichsfuerstenstande, XIII., Abschnitt 147, S. 196). Letztere teilte sich mit den Brüdern Heinrich III. und Rudolf I. in die hachbergische und in die sausenbergische, welche erstere mit Otto I. (1415) ausstarb und durch Kauf an Markgraf Bernhard I. von Baden (Mittelbaden 1371-1431) gelangte und welche zweitere mit ihrem Aussterben im Jahre 1503 an Markgraf Christoph I. von Baden (1475-1515) gelangte, welcher damit die badischen Besitzungen wieder vereinigte. Nach seinem Testament und Pragmatische Sanktion von 1515 sollte die Markgrafschaft Baden bei einer gemeinsamen Regierung seiner drei Söhne Bernhard, Philipp, Ernst unter diesen nur verwaltungsmäßig geschieden werden (*Sachs*, Geschichte Badens, III. Theil, I. Marggraven zu Baden, M. Christoph I., §. XL., S. 98-105). Nach dem erbenlosen Tod Markgraf Philipps I. am 17. Sept. 1533 (*Sachs* ebd., III. Theil, I. Marggraven zu Baden, Philipp I., §. IX., S. 185) erfolgte jedoch die Aufteilung in die von Markgraf Bernhard III (1515/35-1536) besitzende obere Markgrafschaft mit den mittelbadischen Gebieten um Baden, Anteile an den Herrschaften Lahr, Mahlberg, luxemburgischen Besitz und in die von Markgraf Ernst (1515/35-1543) besitzende untere Markgrafschaft mit Durlach, Pforzheim und den bei der oberen Markgrafschaft gelegenen Markgrafschaft Hachberg und Herrschaft Sausenberg (*Sachs* ebd., III. Theil, II. Marggraven zu Baden=Baden, M. Bernhard III., §. IV. u. §. V., S. 200-205). Nach dem Testament des am 23. März 1575 verstorbenen Markgraf Karl II. von Baden-Durlach sollten seine 3 Söhne Ernst Friedrich, Jacob und Georg Friedrich unter Vormundschaft stehend, gemeinsame weiterregieren. Sie teilten sie jedoch im Jahr 1584, Ernst Friedrich erhielt den pforzheimischen Anteil, Jacob bekam Hochberg (Name seit 1584) und Georg Friedrich Sausenberg (*Sachs* ebd., IV. Theil, Marggraven zu Baden=Durlach, M. Carl der II., §. XXIX., S. 162, §. XXXII., S. 171, §. XXXIII., S. 174-175, Ernst Fridrich, §. V., S. 195-196). Nach dem Tod von Markgraf Jacob I. am 17. Aug. 1590 erhielt Georg Friedrich im selbigen Jahr die Markgrafschaft Hochberg und wurde am 12. Dez. gleichen Jahres von König Rudolf II. mit den Reichsregalien belehnt (*Sachs* ebd., IV. Theil, Marggraven zu Baden=Durlach, M. Jacob der Dritte, §. XIV., S. 324-325, M. Georg Fridrich, §. III., S. 336-337) und bekam nach dem Tod von Markgraf Ernst Friedrich am 14. April 1604 Markgraf Georg Friedrich (1604-1622) auch dessen Anteil und vereinigte den durchlachischen Besitz (*Sachs* ebd., IV. Theil, Marggraven zu Baden=Durlach, Ernst Fridrich, §. XXXIX., S. 270, M. Georg Fridrich, §. VI., S. 342). Hierbei war für die Markgrafschaft Baden-Hochberg ein Votum im Reichsfürstenrat von 1577-1591 getrennt von den übrigen badischen Voten geführt worden (*Ficker* ebd., XIV., Abschnitt 199, S. 268), insbesondere war der der Reichsabschied Augsburg 1582 von den 4 Markgrafen Philipp von Baden und in Vormundschaft für des Markgrafen Karls von Baden hinterlassenen Söhnen Ernst Friedrich, Jakob, Georg Friedrich unterschrieben worden (*Neue und vollstaendigere Sammlung der Reichs=Abschiede*, III. Theil, S. 399-418 (414 linke Sp.) und war das hochbergische Votum 1608 aufgerufen und danach von Durlach weiter geführt worden (*Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 71., S. 593). Insgesamt *Historischer Atlas von Baden-Württemberg*, Kartenteil, VI, 1 Territorialentwicklung Badens bis 1796, bearb. von *J. Fischer*, Erläuterungen, II, Beiwort zu den Karten VI, 1 ... von *J. F.*, I., 1.-5., S. 1-5).

Die innegehabte Virilstimme im Reichsfürstenrat, geführt von Baden-Durlach, blieb nach der im Jahr 1771 mit Baden-Baden zur Markgrafschaft Baden stattgehabten Vereinigung (oben, S. 474) weiterhin bestehen (*Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der schwabische Kreis, Von der Markgrafschaft Baden, §. 6., S. 497, B. Das ehemalige Baden=Durlachische Landes=Antheil, B., S. 511-513).

⁶⁴⁵ *Geographisch, statistisch, topographische Beschreibung von dem Kurfuerstenthum Baden*, I. Theil (Schmidt), Einleitung, §. 13., S. 69: 7 QM, S. 70: 22 904 Seelen im Jahr 1800.

Roeder, Lexikon von Schwaben, I. Band, Hochberg, Markgrafschaft. ..., Sp. 737-740 (738): 20 400 Seelen.

⁶⁴⁶ Stimme: Sachsen-Eisenach (oben, S. 93).

Das der vormaligen Landgrafschaft Thüringen zugehörnde Gebiet des Fürstentums Eisenach (*Historischer Atlas von Sachsen*, Karten Nr. 5.-14., 19.), welche wettinisch-sächsischen Besitzungen seit dem Jahr 1464 von

Landgrafschaft Leuchtenberg ⁶⁴⁸	4	10 000	80 000 ⁶⁴⁹
--	---	--------	-----------------------

Kurfürst Ernst mit seinem jüngeren Bruder Albrecht in Gemeinschaft regiert worden waren (*Blaschke*, Geschichte Sachsens im Mittelalter, Das späte Mittelalter, Kräfte der Territorialpolitik, Von der Landesherrschaft zum Territorialstaat, S. 286, 291), war mit der im Nov. 1485 von den beiden Brüdern vereinbarten Leipziger Teilung, mit den Ämtern um Weimar, Jena, Saalfeld, Weida, Gotha, Eisenach, Coburg an die ältere ernestinische Linie gelangt (*Blaschke ebd.*, Die Leipziger Teilung, S. 294-298). Der Erfurter Teilungsvergleich vom 6. Nov. 1572 brachte die Aufteilung des ernestischen Gebietes. Von den Söhnen Herzogs Johann Friedrich erhielten Johann Casimir und Johann Ernst die westlichen Landesteile mit Eisenach, Gotha, dem fränkisch-südthüringischen Anteil mit Coburg und Johann Wilhelm den östlichen Landesteil mit Weimar, Jena, Saalfeld (*Geschichte Thüringens*, III. Band, 2. Kap., 2., S. 255-257 mit Karte 3., S. 256). Für Sachsen-Coburg-Eisenach war auf den Reichstagen von Regensburg 1576 und Augsburg von 1582, 1594 Stimmen geführt worden (*J. U. Roeder*, Von den Herzoglich-Sächsischen Reichs=Tags=Stimmen, 1. Cap., S. 31-32 (1576), 33-34 (1582), 35-38 (1594), 2. Cap., §. 2., S. 61-61). Bei dem am 4. Dez. 1596 erfolgten Eisenacher Erbteilungsvergleich erhielt Johann Ernst insbesondere die Ämter um Eisenach, Kreuzberg, Wartburg, womit das Fürstentum Eisenach entstand und Johann Casimir jene um Coburg, Hildburghausen, Gotha (*Geschichte Thüringens*, V. Band, 1. Teil, 1. Teilband, 1. Kap., I., 2., S. 16-17; *Heß*, Geschichte der Behördenorganisation der thüringischen Staaten, I., C., a), 2., S. 32 und *Roeder ebd.*, 2. Kap., §. 3., S. 73), wobei die eisenachische Stimme auch von Johann Ernst auf dem Regensburger Reichstag 1603 geführt worden war (*Roeder ebd.*, 1. Kap., S. 40-46, 2. Kap., S. 71-74: Widerlegung der von *Moser*, Teutsches Staats-Recht, XXXIV. Theil, 3. Buch, 168. Cap., §. 21., S. 291-292 vertretenen Ansicht, dass das Eisenachische Votum schon 1572 angelegt und 1582 geführt worden sei). Nach der im Jahre 1672 erfolgten Teilung der Weimarer Hauptlinie in Sachsen-Weimar und Sachsen-Jena, war bei dem Aussterben von Sachsen-Jena im Jahre 1691 ein Teil an Sachsen-Eisenach mit seinem Fürstentum gefallen und war das Fürstentum Sachsen-Eisenach in den Jahren 1742-49 und endgültig im Jahre 1756 an das Fürstentum Weimar gelangt (*Heß ebd.*, S. 33).

⁶⁴⁷ *Höck*, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Herzoglich-Sächsischen Länder, II., 4.

Fabri, Geographie fuer alle Staende, I. Theil, 4. Band, Der obersaechische Kreis, Das Fuerstenthum Eisenach mit den der Grafschaft Henneberg zugehörenden beiden Ämtern Kaltennordheim und Ostheim (*Büsching*, Erdbeschreibung, VIII. Theil, Der obersaechische Kreis, Das Fuerstenthum Eisenach, §. 7., I.-VIII., S. 619-624 (VI., S. 623): 11 QM (§ 1., S. 60), im Jahre 1791 gezählte 46 823 Personen (§. 5., S. 63-64 mit §. 1., S. 60), beide Ämter nach *Höck ebd.*, II. 5. 3 ½ QM, 10 832 Einw.

⁶⁴⁸ Stimme: Leuchtenberg (oben, S. 87).

Die Grafen von Leuchtenberg besaßen die reichsunmittelbare und reichslehnbare Landgrafschaft Leuchtenberg, bestehend aus dem Landrichteramt Leuchtenberg, dem Stadtrichteramt Pfreimd, dem Pflögamt Wernberg besitzend (*Historischer Atlas von Bayern*, Altbayern: *Bernd*, Vohenstrauß, IV., 3., S. 154-188) und führten vom Jahre 1196 bis zu ihrem Aussterben mit Landgraf Max Adam im Jahre 1646 den Titel eines Landgrafen (*G. Brunner*, Geschichte von Leuchtenberg, 1. Theil, Leuchtenberg, Sitz ..., S. 3-4 und *Wittmann*, Geschichte der Landgrafen von Leuchtenberg, §. 3., in: *Abh Ak M Hist*, VI. Band, 1. Abtheilung, S. 20-21). Kaiser Friedrich II. attestierte ihnen im Jahre 1237, dass sie ihr Herzogtum und ihre Lande vom Heiligen Römischen Reiche zu Lehen haben (*Lünig*, Corpus jurisfeudalis germanici, Tomus III., XIV., Sp. 183-186). Nach dem Ableben von Graf Leopold von Hals am 12. 3. 1375 erwarben sie das Hals' sche Erbe, die Reichsgrafschaft Hals, das Amt Bernstein, die Herrschaften Osterhofen, Haarbach, Paumgarten, Haidenburg und die Grafschaften Geißenhausen, Leonsberg, welche mit Leuchtenberg nahezu das hälftige Gebiet von Niederbayern ausmachten (*G. Brunner ebd.*, Besitzthum der Leuchtenberger, S. 17-19; *Wittmann*, Geschichte der ..., §. 3., in: *ebd.*, 2. Abtheilung, S. 244-246; *L. Brunner*, Die Grafen von Hals, 6. Abschnitt, S. 54-55 und *Moser*, Teutsches Staats-Recht, XXXVIII. Theil, 3. Buch, 181. Cap., Sectio III., §. 57., S. 119). Hiervon wurden die beiden Herrschaften Haarbach, Paumgarten, die Grafschaft Leonsberg dem die Erbschaft bestreitenden Graf von Ortenburg abgetreten und das Amt Bernstein (1417), die Herrschaften Osterhofen (1420), Haidenburg (1423) und die Grafschaft Geißenhausen bis in die ersten Jahrzehnte des 15. Jahrhunderts veräußert (*G. Brunner ebd.*, Besitzthum der Leuchtenberger, S. 19-20; *Wittmann*, Geschichte der ..., §. 10., § 15., in: *ebd.*, 2. Abtheilung, S. 249, 282-283, 286; *L. Brunner ebd.*, S. 55-56, 52 und *I. Wagner*, Geschichte der Grafen von Leuchtenberg, III. Teil, 3., S. 55-56). Zu dem Reichstag zu Nürnberg im Febr. und März 1431 waren die beiden Landgrafen Johann III. und Leopold anwesend (*Deutsche Reichstagsakten*, IX. Band, Reichstag zu Nürnberg im Febr. und Merz 1431, F., 444., S. 601-602 (602, Zeile 22) „Zwen graffen von Leutenperg.“ und *Wagner ebd.*, 5., S. 81, 6., S. 84). Landgraf Leopold wurde seit dem Jahre 1440 mit der Reichsfürstenwürde betitelt (*Wagner ebd.*, 7., S. 102). Nach seinem Tod im Jahre 1463 waren seine beiden Söhne Friedrich IV. und Ludwig Landgrafen zu Leuchtenberg und Grafen von Hals auf dem Reichstag zu Regensburg 1471 anwesend und führten Stimmen:

waren in ihrem territorialen Bestand aus Erbteilungen von einer vormaligen herzoglichen Herrschaft hervorgegangen.

Das alte Fürstentum Mömpelgard:⁶⁵⁰

	Fläche QM	Volkszähl	Einkünfte Gulden
gefürstete Grafschaft Mömpelgard ⁶⁵¹	7	19 000	95 000 ⁶⁵²

Deutsche Reichstagsakten XXII. Band, 2. Hälfte, Ga., 110. Listen der beim Reichstag anwesenden Teilnehmer, S. 531, Zeile 22 „Fridrich landgrave zum Leuchtenberg ...“, S. 536, Zeile 5 „Landgrave Ludwig ... zum ... Leuchtenberg ...“, Gb., 111., Dienstag, 25 Juni Sonderbesprechungen einiger Fürsten ..., S. 600 Z 11-12 „... landgraf von Leuchtenberg. liess herzoge Ludwig, Gb., 112., 26) Beendigung des Reichstages, ... August 21., S. 689-691 (690 Z 22-23) „... Federicus et Ludovicus lantgravii Leutemburgenses, ...“, Gc., Einleitung, S. 778 Z 7-8, beide Landgrafen wurden zu dem Gesamtanschlag von 10 000 Mann Türkenhilfe aufgenommen, 121., S. 799-807 (801 Z 18) „Beide Ldgn. von Leuchtenberg 3 zu Roß und 6 zu Fuß“; S. Kraus, Berühmte Adelsgeschlechter, Die Landgrafen von Leuchtenburg, in: *Der Landkreis Vohenstrauß*, S. 50 und Moser, Chur=Fuerstlich=Bayrisches Staats=Recht, 9. Cap., §. 7., S. 241-242 „... Ob also wohl Hals eine unmittelbare Reichs=Grafschaft gewesen, und noch ist; so findet man ihrer doch in keiner Reichs=Matricul gedacht: Ohne Zweifel, weil, als die Reichs=Matriculn aufkamen, Hals schon bey Leuchtenberg ware, in der Matricul aber unter eines Reichs=Standes Nahmen zugleich alle seine innhabende Gueter mit begriffen waren. ...“ Beide Brüder teilten im Jahre 1476, dass Friedrich die Landgrafschaft Leuchtenberg und Ludwig die Reichsgrafschaft Hals erhielten (*G. Brunner* ebd., Ursachen der Verarmung ..., S. 91 und *Wittmann*, Geschichte der ..., §. 17., in: ebd., 2. Abtheilung, S. 297), welcher am Ende des Jahres 1486 kinderlos verstorbene Landgraf Ludwig im Jahr 1485 die Reichsherrschaft Hals dem Herrn von Aichberg verkaufte (*Melchinger*, Lexikon von Baiern, I. Band, Hals, unmittelbare Reichsgrafschaft in Nieder=Baiern, Sp. 766; *G. Brunner* ebd., Ursachen der Verarmung ..., S. 91 und *Wittmann*, Geschichte der ..., §. 17., in: ebd., 2. Abtheilung, S. 297-298). Landgraf Friedrich von Leuchtenberg war auf dem Reichstag zu Frankfurt 1486 in den Reichsanschlag aufgenommen worden. *Deutsche Reichstagsakten*, Mittlere Reihe: Deutsche Reichstagsakten unter Maximilian I., I. Band, 1. Teil, IV. Kap., 1., 330. Von den Kff. und Ff. ausgehender Anschlag nach Leuten ... 8. März 1486, S. 367: Landgf. von Leuchtenberg, 7 roß, 2 fuß.

1646/47 gelangte die Landgrafschaft an die Herzöge von Baiern (*Büsching*, Erbeschreibung, VII. Theil, Der bayerische Kreis, Die gefuerstete Landgrafschaft Leuchtenberg, §. 1. u. §. 2., S. 805-806).

⁶⁴⁹ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Pfalz=Bayern, A), 5), S. 171.

Biechl, Vollstaendige Beschreibung aller in dem Herzogthume der obern Pfalz, der Landgrafschaft Leuchtenberg sich befindlichen Landgerichter (verfasst 1783), Verzeichniß. Wie vorgemeldte Hofmaerchen ... eingetheilet sind; ..., Landgrafschaft Leuchtenberg, S. 157-158, Volksmenge der Landgrafschaft Leuchtenberg, S. 169-170: 7 297 Seelen in angefertigten Einzelübersichten.

⁶⁵⁰ Stimme: Mömpelgard (oben, S. 99).

⁶⁵¹ Die in der Franché-Comté gelegene Grafschaft Mömpelgard (*Büsching*, Erbeschreibung, IX, Theil, Unterschiedene unmittelbare Reichslaender, die zu keinem der obigen Kreise gehoeren, Die Grafschaft Muempelgard, S. 600-603), dem Jüngerem Arelatischen Königreich Burgund zugehörend und ein kaiserliches Lehen, war mit dem Tode des letzten Grafen von Mömpelgard Stefan von Montfaucon durch Eheverlöbniß und Erbvertrag an das Haus Wirtemberg als Sekundogenitur gelangt (*Moser*, Mömpelgardisches Staatsrecht, II., B (1772), 2. Cap., § 3, S. 117). Nach der Nürtinger Teilung am 25. Jan. 1442 in Wirtemberg-Urach und Wirtemberg-Stuttgard (*Ausgewählte Urkunden zur Württembergischen Geschichte*, 15., S., 38-46) gelangte sie im Uracher Erbfolgevertrag am 12. Juli 1473 als Sekundogenitur an den jüngeren Sohn von Graf Ulrich V. von Wirtemberg-Stuttgard Heinrich (*Reyscher*, Sammlung der wuerttembergischen Gesetze, I. Band, Staats=Grund=Gesetze, 5., S. 476-482). Graf Eberhard V. von Wirtemberg-Urach vereinigte im Münsinger Vertrag v. 14. Dez. 1482 alle Besitzungen seines Veters Graf Eberhard VI. von Wirtemberg-Stuttgard mit den seinen (*Reyscher* ebd., I. Band, 7., S. 489-495) und wurde die Grafschaft Mömpelgard neben dem im Jahre 1495 erhobenen Herzogtum Wirtemberg in ständiger Personalunion mit zwischenzeitlichen Sekundogenituren besessen (oben, S. 473).

führte durch den Beschluss des Reichsfürstenrates vom 25. Febr./7. März 1654 und das kaiserliche Dekret vom 16./26. Februar 1654 eine altfürstliche Stimme.⁶⁵³

Die alte Fürstenstimme Nomeny⁶⁵⁴ war ursprünglich der herzoglichen Herrschaft des Herzogs von Lothringen und nachher der Grafschaft Falkenstein zugeordnet:⁶⁵⁵

	Fläche QM	Volkszähl	Einkünfte Gulden
Grafschaft Falkenstein	2 ½	4 300	68 000 ⁶⁵⁶

Die weiter fortbestehende fürstliche Virilstimme für dieses verkleinerten Gebiet war ausdrücklich in den Reichsgesetzen festgelegt worden.⁶⁵⁷

⁶⁵² Annex, S. 5.

⁶⁵³ Auf den Reichstagen von Augsburg 1559, 1566 und Speyer 1570 ließen die Herzöge Christoph und Ludwig von Württemberg als die Vormünder von dem Mömpelgard als Sekundogenitur innehabenden Graf Friedrich neben der württembergischen Stimme im Reichsfürstenrat eine besondere Stimme von Mömpelgard abgeben (*Richter*, Die württembergischen Reichstagsstimmen, in: *ZWLG*, 23. Jahrg., S. 355-356; *Moser*, Mömpelgardisches Staatsrecht, II., B. 9. Cap., § 1-§ 4, S. 149), welches Votum umstritten war, Henneberg wollte das Votum vor Mömpelgard, Württemberg das Votum direkt hinter sich, und bestritten Österreich und Baiern das Votum überhaupt. Vom württembergische Gesandten war im Jahr 1603 dem Kayserlichen Commissar Erzherzog Matthias eine besondere Protest- und Reservations-Schrift übergeben worden und nahmen auf dem Regensburger Reichstag von 1608 die Evangelischen für Württemberg/Mömpelgard Partei, jedoch beriefen sich die Katholischen darauf, daß man zuvor des Kaisers Entscheidung abwarten müsse. Auf dem Regensburger Reichstag von 1641 wollte der württembergische Gesandte auch zusätzlich für Mömpelgard eine Stimme abgeben, dies ihm jedoch durch das Salzburger Fürstenrat-Directorium wegen der noch nicht erteilten Kaiserlichen Decision untersagt wurde (*Moser* ebd., § 5, S. 149, § 9-§ 13, S. 150-151 und *Richter*, Die württembergischen Reichstagsstimmen, in: *ebd.*, S. 357-361). Auf dem Regensburger Reichstag von 1653/54 war in dem Beschluss des Reichsfürstenrates vom 25. Febr./7. März 1654 in Übereinstimmung mit dem kaiserlichen Dekret vom 16./26. Februar 1654 mit dem gebietlichen Bezug auf der gefürstete Grafschaft Mömpelgard als altfürstliche Stimme bei Aufrufung hinter Henneberg festgelegt worden (*Meiern*, Acta Comititalia Ratisbonensia Pvblica 1653/54, I. Theil, 6. Buch, §. XXVI., Num. III., S. 952-958 (952, 958).

⁶⁵⁴ Stimme: Nomeny (oben, S. 87).

⁶⁵⁵ Für seine immediaten Reichslehn, hierunter auch die im Herzogtum Metz gelegene Markgrafschaft Nomeny hatte der Herzog von Lothringen unter diesem Namen eine fürstliche Virilstimme im Reichsfürstenrat geführt (*Zedler*, Universal Lexicon, XXIV. Band, Nomeny, oder Nomeni ..., ein Flecken in dem Hertzogthum Metz in Lothringen, ..., Sp. 1213-1214 (1213) und *Moser*, Teutsches Staatsrecht, IX. Theil, 3. Buch, 5. Cap., §. 19., S. 292-295).

⁶⁵⁶ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. II., S. 16.

Höck, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Kaiserlich-Koeniglichen Erbstaaten, 2. Tabelle, IV., b), ff): 2 ½ QM, 3 700 Einw. und *Hoff*, Das Teutsche Reich, I. Theil, 2. Abtheilung, 4., a., 1., 2., S. 173: 2 ½ QM, 4 200 Einw., 80 000 Gulden Einkünfte.

⁶⁵⁷ Nachdem der Herzog von Lothringen in den zur Beendigung des Polnischen Thronfolgekrieges am 3. Okt. 1735 zwischen dem Kaiser und der Krone Frankreichs vereinbarten Wiener Friedenspräliminarien seine beiden Herzogtümer Bar und Lothringen an den bis dahinigen polnischen König Leszcynski und nach dessen Ableben am 23. Febr. 1766 mit einem nunmehrigen Ausscheiden aus dem Reichsverband an die Krone Frankreichs hatte abgeben müssen (unten, S. 1014-1016), war in dem die Zustimmung von Reichs wegen zu den Wiener Friedenspräliminarien erteilenden Reichs-Gutachten v. 18. Mai 1736 mit dem dieses betreffenden

Bei der als letzte im Jahr 1576 aufgenommenen alten Fürstenstimme Arenberg:⁶⁵⁸

	Fläche QM	Volkszahl	Einkünfte Gulden
Herzogtum Arenberg ⁶⁵⁹	1, 6	3 000	60 000 ⁶⁶⁰

ist das Vorliegen eines alten Reichsfürstentums zu verneinen.⁶⁶¹

Kaiserlichen Commissions-Dekret v. 18. Juni 1736 festgelegt worden, daß der Herzog von Lothringen seine Stimme unter ihrem bisherigen Aufruf Nomeny wegen seiner noch übrig bleibenden Reichslande hatte weiter fortführen dürfen „... des Herrn Herzogen von L o t h r i n g e n Durchlaucht ..., Jhr von Seculis her bey Reichs= und Creyß=Taegen hergebrachtes Sitz= und Stimm=Recht unter dem bißherigen Aufruf *Nomeni* wegen Dero noch uebrig bleibenden unmittelbaren teutschen Reichs=Lande, ohngekraenkt und ohnabbruechig ein= als andern Weg zu continuiren und fortzufuehren; ...“ (*Vollstaendige Sammlung aller Reichs=Schluesse*, IV. Theil, CCVIII., S. 499-501 (Reichs=Gutachten), (4 tens, S. 501, Zitat), CCIX. (Kaiserliches Commissions-Decret), S. 501-502). Dies war insbesondere auch erfolgt, um Lesczynski und der Krone Frankreichs die Möglichkeit zu nehmen, wegen dieser an sie gelangten Gebiete sich in die Reichsangelegenheiten und insbesondere durch Mitbeteiligung im Reichsfürstenrat sich einzumischen (*Vollstaendige Sammlung aller Reichs=Schluesse* ebd., CCVIII., 3 tens, S. 500). Die vom Herzog von Lothringen noch innegehabten unmittelbaren Reichslande war allein noch die auf dem Hunsrück gelegene Grafschaft Falkenstein (*Moser*, Teutsches Staatsrecht, IX. Theil, 3. Buch, 5. Cap., §. 20., S. 296, *Zedler*, Universal Lexicon, IX. Band, Falckenstein, ..., ein Schloß und Grafschafft auf dem Hunsrueck ..., Sp. 145-147 (146-147) und *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober=rheinische Kreis, Die Grafschaft Falkenstein, §. 4., S. 332).

Moser, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 1. Buch, 9. Cap., §. 15., S. 301-302 „Daß der Verlust eines Landes, worauf das Siz= und Stimm=Recht haftet, auch den Verlust der Reichs=Standtschafft nach sich ziehe, ist auch bereits erinnert worden, und hat in der Regel seine vollkommene Richtigkeit. ... Nur ist der Fall auszunehmen, wann einem bißherigen Reichs=Stand, der ein Land verliehret, worauf Siz= und Stimm=Recht haftet, dennoch solches Votum ausdruecklich vorbehalten wird. Hieher gehoeret das Haus Lothringen, welches wenigstens seit dem Jahr 1735. kein Fuerstenthum mehr in Teutschland besizet, dennoch aber einen Weg wie die andern im Reichs=Fuersten=Rath Siz und Stimme fuehret. ...“, 1. Buch, 5. Cap., §. 22., S. 254-255.

⁶⁵⁸ Stimme: Arenberg (oben, S. 90).

⁶⁵⁹ Die Herrschaft Arenberg war durch die Heirat von Margaretha von Marck-Arenberg (reg. 1541-1547) im Jahre 1547 an Johann von Ligne Freiherr von Barbançon gelangt (*Neu*, Das Herzogtum Arenberg, Die Herren von Arenberg aus dem Hause von der Marck, S. 12-14, 17, Die Herren von Arenberg aus dem Hause von Ligne, S. 17). Nachdem er im Jahre 1549 von Kaiser Karl V. in den Reichsgrafenstand und die Herrschaft Arenberg zur Reichsgrafschaft erhoben worden war, wurde sein Sohn Carl von Kaiser Maximilian II. am 5. März 1576 in den Stand der Fürsten des Reiches und „... aus eigener Bewegung die Graffschafft Arenberg mit allen ihren Herrlicheithen, zugehörigen alten Gerechtigkeiten, Herkommen und Gebrauch zu einer fürstlichen Graffschafft gemacht, erhoben und aufgericht und ir auch den Titul und Nahmen einer fürstlichen Graffschafft gegeben. ...“ und erhielt er am 17. Okt. 1576 Sitz und Stimme im Reichsfürstenrat (*Kleinschmidt*, Geschichte von Arenberg, Salm und Leyen, I., § 1., S. 3 und *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, II., 6., S. 225). Am 9. Juni 1644 erfolgte die Erhebung des gefürsteten Grafen Philipp Franz zu des Reichs Herzog zu Arenberg und der gefürsteten Grafschaft Arenberg zum Herzogtum Arenberg (*Compendium express sur Arenberg*, p. 24/25: Diplom Kaiser Maximilians II. vom 5. März 1576, p. 27-47 (44-46): Diplom Kaiser Ferdinands III. vom 9. Juni 1644 und *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen* ebd., S. 225-226).

⁶⁶⁰ Annex, S. 9.

⁶⁶¹ *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 1. Buch, 4. Cap., §. 9., S. 37 „... Als aber Kayser Maximilian II. den Grafen von Aremberg zum gefuersteten Grafen machte, wurde er auch zu Siz und Stimme im Reichs=Fuersten=Rath gelassen, ohne daß ich wieder melden koennte, wie es zugegangen waere, als daß er ein Revers ausstellen muessen, dem Kayser und Reich getreu zu seyn, und daß ihme der Chur=Rheinische Crays 48

bbb) Der fürstenmäßige Besitz der neuen Fürsten

Die bei den neuen weltlichen Fürstenstimmen geforderten fürstenmäßigen reichsunmittelbaren Güter – Reichsfürstentum – hatten ihr generelles Kennzeichen in einem aus mehreren Graf- und Herrschaften bestehenden gebietlichen Besitz.⁶⁶²

Hierbei war nicht die formelle Erhebung in ein Fürstentum oder in eine gefürstete Grafschaft erforderlich, sondern es genügte auch eine diesem gebietlich entsprechende Grafschaft.⁶⁶³

Von den 22 neuen weltlichen Stimmen⁶⁶⁴ entsprachen die Territorien der 7 Stimmen:

fl. in simplo angesetzt, der Kayser auch solches tacite genehm gehalten habe. ...“, 2. Buch, 2. Cap., §. 87., S. 608 ,... Die unmittelbare Lande in Westphalen bedeuten nichts.“.

⁶⁶² In dem Beschluss des Reichsfürstenrates vom 19. Febr. 1654 war für die anstehenden Aufnahmen der drei neuen Fürsten Dietrichstein, Piccolomini und Auersberg, erfolgt am 28. Febr. 1654 (*Pütter*, *Institviones Ivris Pvblici*, Lib. II., Cap. IV., §. 99., p. 100) und auch zur weiteren Aufnahmen von Virilstimmen wegen des Besitzes von einer fürstmäßigen Herrschaft festgelegt worden, dass die noch zu erwerbenden Güter „.../Fürstmaessig vnd also beschaffen seyn/damit sie wenigst den Fuerstl. Lobkowitzschen Anschlag ertragen/wo nicht vermehrt/doch nicht geringert werde. ...“ und dass „... hinfuero kein Fuerst mehr zur Fuerstlichen *Session* vnd Stimm/welcher nicht Fuerstmaessige ohnmittelbahre ReichsGueter in wuerklichem Besitz habe, zugelassen werden solle.“ (*Lundorp*, *Der Roemischen Kayserlichen Majestaet Acta Publica*, VII. Theil, CCCCLXXVIII., S. 524, insb. ERstlich, Fuers Vierdte (Zitat), Zum Fuenfften (Zitat)). Bei einer erneuten Umfrage hatten auch viele evangelische Reichsstände darauf beharrt, es solle künftig keiner angenommen werden, es sei denn, er habe ein „... alt Fuerstenthum acquirirt, ...“ (*Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 1. Buch, 4. Cap., §. 44., S. 185). Kaiser Ferdinand III. bewilligte in seiner Resolution vom 26. Febr. 1654 allein, es solle künftig niemand admittiert werden „.../wann sie sich nit vorhero im Reich mit Fuerstenmaessigen Guetern/oder Gefuersten/Graffschaften beguetert gemacht/...“ (*Lundorp* ebd., CCCCLXXVIII., S. 533-534 (533 linke Sp.) *Moser* ebd., §. 44., S. 185) und war bei den nachfolgenden Aufnahmen von den neuen Virilstimmen in den Reichsfürstenrat – Nassau-Hadamar und Siegen, Nassau-Dillenburg am 3. März 1654, Portia am 26. April 1664, Ostfriesland, Fürstenberg am 6. Sept. 1667, Schwarzenberg, Waldeck am 22. Aug. 1674, Mindelheim am 22. Nov. 1705, Lichtenstein am 15. Febr. 1713, Thurn und Taxis, Schwarzburg am 30. Mai 1754 (*Pütter* ebd., §. 99., p. 100) – nicht auf ihn zurückgegriffen worden (*Moser* ebd., §. 44., S. 185-186). Bei dem Erhalt der Virilstimme von Fürst Anton Florian von Lichtenstein am 15. Febr. 1713 war nach der von ihm ausgestellten Reversale vom November 1712 ohne die Bezugnahme auf den fürstlich lobkowitzschen Anschlag die Erbringung und der Besitz von „... Fuerstenmaeßigen immediaten Reichs=Guetern ...“ „... dem Herkommen gemaeß, der Gebuehr werden qualificirt haben.“ zugesagt worden (*Vollstaendige Sammlung aller Reichs=Schluesse*, III. Theil, CCCLXXVI., S. 502-503 (Zum andern, Drittens, S. 502). Für das Vorliegen von fürstenmäßigen Gütern ist demnach auf allgemeine Kriterien zurückgreifen. Generelles Kennzeichen von einem Fürstentum war sein Bestehen aus mehreren Graf- und Herrschaften. *Repertorium des Teutschen Staats und Lehnrechts*, II. Teil (*Scheidemantel*), 56. Fuerstenthum, §. 3., S. 144 „Ein deutsches Fuerstenthum bestehet ordentlicher Weise aus mehrern Graf= und Herrschaften; allein wie viel darzu erfordert werde, finden wir nirgends ausgemacht a). ...“ mit der zugehörenden Anm. a) „Freilich ist der Gedanke von der Groeße relativisch, und wer ein hieher gehoeriges Reichsgesetz entwerfen wolte, mueste die Groeße aus verschiedenen Verhaeltnißen herleiten. ...“.

⁶⁶³ *Moser*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Band III, 1. Buch, 4. Cap., §. 45., 3., S. 187-188.

⁶⁶⁴ Die 13 neu aufgenommenen von Hohenzollern, Lobkowitz, Salm, Dietrichstein, Nassau-Hadamar, Nassau-Dillenburg, Auersberg, Ostfriesland, Fürstenberg, Schwarzenberg, Liechtenstein, Thurn und Taxis und Schwarzburg und die im IPO im Jahre 1648 säkularisierten geistlichen Erz- und Hochstifter und nunmehrigen Herzogtümer Magdeburg, Bremen und Fürstentümer Halberstadt, Verden, Minden, Schwerin, Camin, Ratzeburg, Hersfeld (oben, S. 460).

	Fläche QM	Volkszähl	Einkünfte Gulden
gefürstete Grafschaft Hohenzollern ⁶⁶⁵	4, 90 ⁶⁶⁶	13 570 ⁶⁶⁷	60 000- 80 000 ⁶⁶⁸
Fürstentum Salm ⁶⁶⁹	7	12 000	90 500 ⁶⁷⁰
Fürstentümer: Hadamar und Siegen-katholische Linie ⁶⁷¹	5 3 ½ ⁶⁷²	12 500 ⁶⁷³	53 280 ⁶⁷⁴

⁶⁶⁵ Stimme: Hohenzollern (oben, S. 87).

⁶⁶⁶ *Kallenberg*, Die Fürstentümer Hohenzollern am Ausgang des Alten Reiches, Teil II, Anmerkungen zu Kapitel I, Anm. 3), S. 430 mit den zugehörigen Text, 1. Teil, Kapitel I, S. 2: gegen 270 km² = 4, 90 QM.

GRSH 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Hohenzollern, a) Hohenzollern=Hechingen, S. 153: 5 QM.

⁶⁶⁷ *Kallenberg*, Die Fürstentümer Hohenzollern am Ausgang des Alten Reiches, Teil I, Kapitel I, S. 2, mit zugehöriger Anm. 5), Teil 2, Anmerkungen zu Kapitel I, S. 431-432 (431): im Jahre 1790.

GRSH 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Hohenzollern, a) Hohenzollern=Hechingen, S. 153: 13 000 Einw.

⁶⁶⁸ *Roeder*, Lexikon von Schwaben, I. Band, Hohenzollern=Hechingen, das Fürstenthum, ..., Sp. 784-785.

GRSH 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Hohenzollern, a) Hohenzollern=Hechingen, S. 153: 40 000 Gulden Einkünfte.

⁶⁶⁹ Stimme: Salm (oben, S. 89-90).

Die zwischen Elsass und Lothringen gelegene gefürstete Grafschaft Salm, die den Fürsten von Salm-Salm zugehörte, wurde ihre reichsständische Virilstimme jährlich abwechselnd von diesen und den Fürsten von Salm-Kyburg geführt wurde (*Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober = rheinische Kreis, Die gefürstete Grafschaft Salm, S. 215-217; *Hoff*, Das Teutsche Reich, I. Theil, 1. Abtheilung, II., 3., p., S. 98; *Grimme*, Die reichsunmittelbaren Herren in Lothringen, I, in: *JBfLG*, 12. Jahrg., S. 244-245; *Noel*, Reichs=Verfassungsmaessiger Beweis des Salm=Salmischen Sitz= und Stimmrechts, §. 6., S. 2 und *Kirchner*, Das Reichsland Elsass-Lothringen 1648-1789 (Karte), Elsass, 1680 beansprucht Frankreich ganz Elsass ..., II., C., 46., ö. L. von Ferro 240 30'-250, n. B. 480-480 30').

⁶⁷⁰ Annex, S. 12.

⁶⁷¹ Stimme: Nassau-Hadamar (oben, S. 103).

Die Grafen der Ottonisch-Dillenburgischen Hauptlinie des Hauses Nassau, in den Jahren 1650/52 in den Fürstenstand erhoben (*Demandt*, Geschichte des Landes Hessen, VIII., 32., S. 420), hatten bei ihrer am 3. März 1654 erfolgten Einführung in den Reichsfürstenrat (*Kaufmann*, Beitrag zur Geschichte der Viril=Stimmen im Reichs=Fürstenrath, §. 218.-§. 223., S. 143-146) je eine katholische und eine evangelische Virilstimme zugesprochen erhalten (*Meiern*, Acta Comititalia Ratisbonensia Pvblica 1653/54, I. Theil, 6. Band, §. XXI., N. I., S. 923-925 (924: Ziff. 1) u. 3): Kaeyserl. Decret wegen Jntroduction der Neuen Fuersten, §. XIII., N. I., S. 859-860: zugrundegelegene Beschluss des Reichsfürstenrates v. 13. Febr. 1654). Damit führten die Fürsten von Nassau-Hadamar, Nassau-Siegen-katholische Linie eine gemeinsame Katholische und die Fürsten von Nassau-Dillenburg, Nassau-Siegen-Evangelische Linie, Nassau-Dietz eine gemeinsame evangelische Virilstimme (*Kaufmann* ebd., §. 196., S. 129, Fußnoten *) und **) und II. Beilage. Verzeichniß der Glieder des Reichs=Fürstenraths im Jahr 1654., nach der Ordnung, wie solche den Reichs=Abschied unterschrieben haben, Weltliche Bank, 52) und 54). Mit dem Erlöschen der Hadamarischen Linie am 27. Mai 1711 (*Egenolf*, Die Erbfolge im Fürstentum Nassau-Hadamar 1711-1743, II., in: *Nass A*, IV. Band, S. 3) wurden nach einer 6 jährigen gemeinsamen Verwaltung der 4 erbberechtigten Linien Nassau-Siegen-Katholisch, Nassau-Siegen-Evangelisch, Nassau-Dillenburg, Nassau-Dietz die hadamarischen Lande am 20. Nov. 1717 unter diesen aufgeteilt (*Egenolf*, Die Erbfolge ..., II., III., in: *ebd.*, S. 3-8, 8-30). Nach dem weiteren Erlöschen der Nassau-Siegen-Reformierte Linie am 2. März 1734 (*Egenolf*, Die Erbfolge ..., V., in: *ebd.*, S. 42), der Nassau-Dillenburgischen Linie am 28. Aug. 1739 (*Egenolf*, Die Erbfolge ..., V., in: *ebd.*, S. 45). Mit dem, nach dem Tod von Fürst Hyacinth von Nassau-Siegen-Katholische Linie am 18. Febr. 1743 eingetretenen Aussterben dieser Linie (*Keller*, Fürst Wilhelm Hyacinth von Nassau-Siegen, Prätendent der oranischen Erbschaft, in: *Nass A*, IX.

Fürstentümer: Dillenburg, Siegen-reformierte Linie und Dietz ⁶⁷⁵	8 ⁶⁷⁶ 3 ½ ⁶⁷⁷ 4	10 500 ⁶⁷⁸	
Grafschaft Ostfriesland ⁶⁷⁹	68	104 000 ⁶⁸⁰	468 654 ⁶⁸¹
Landgrafschaft Fürstenberg ⁶⁸²	30	71 699 ⁶⁸³	300 000 ⁶⁸⁴

Band, S. 114 und *Europäische Stammtafeln*, I. Band, Tafel 119), welcher Fürst Wilhelm Hyacinth in seinem Testament Fürst Wilhelm von Nassau-Dietz zu seinem Universalerben bestimmt hatte (*Egenolf*, Die Erbfolge ..., V., in: *ebd.*, S. 52), und der im Jahr 1743 Erbstatthalter Wilhelm IV. der vereinigten Provinzen wurde, vereinigte dieser alle Besitzungen der Ottonischen Hauptlinie und damit auch die beiden Fürstentümer Hadamar und Nassau-Siegen-Katholisch in seiner Hand (*Egenolf*, Die Erbfolge ..., V., in: *ebd.*, S. 52 und *Europäische Stammtafeln ebd.*).

⁶⁷² *Schenck*, Statistik des vormaligen Fürstenthums Siegen, §. 13., S. 13: gesamtes Fürstentum Siegen (7 QM), wovon Siegen-katholische Linie hälftig war (*Bald*, Das Fürstentum Nassau-Siegen, 7. Kap., B., 1., S. 203-204 (Textband), Atlas Ausgabe A, Karte X. Grenzen).

⁶⁷³ *GRSH* 1800, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Nassau, c) Nassau=Oranien, b), S. 168.

Büsching, Erdbeschreibung, VI. Theil, Der westphaelische Kreis, Vom Fürstenthum u. Hause Nassau ..., IV., S. 282: „... ungefaehr 2 Meilen lang und breit ...“.

⁶⁷⁴ *GRSH* 1802, II. Theil, 1. Abschnitt, 3. Kap., Nassau, c) Nassau=Oranien, a), 4), S. 174.

⁶⁷⁵ Stimme: Nassau=Dillenburg (oben, S. 103).

⁶⁷⁶ *Wallner*, Die kreissässigen Reichsterritorien am Vorabend des Luneviller Friedens, Westfälischer Kreis, 21), S. 21, Anhang, II., B., 87), S. 36.

⁶⁷⁷ *Schenck*, Statistik des vormaligen Fürstenthums Siegen, §. 13., S. 13: gesamtes Fürstentum Siegen (7 QM), wovon Siegen-reformierte Linie hälftig war (*Bald*, Das Fürstentum Nassau-Siegen, 7. Kap., B., 1., S. 203-204 (Textband), Atlas Ausgabe A, Karte X. Grenzen).

⁶⁷⁸ *GRSH* 1800, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Nassau, c) Nassau=Oranien, c), S. 168.

⁶⁷⁹ Stimme: Ostfriesland (oben, S. 100).

Die Grafschaft Ostfriesland „... ist ein mittelmaeßiges und zur Handlung zur See gar wohl gelegenes, daher auch dem jetzigen hohen Besitzer sehr anstaendiges Land. ...“ (*Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 94., S. 611-612 (612, Zitat) und *Büsching*, Erdbeschreibung, VI. Theil, Der westphaelische Kreis, Ostfriesland, S. 283-305 (§., 9., S. 291)).

⁶⁸⁰ *Leonhardi*, Erdbeschreibung der Preußischen Monarchie, IV. Band, 2. Abtheilung, 11. Abschnitt, §. 3., S. 1113-1114 (1113: 68 QM, 1114: gegenwärtig gezählte Menschen 104 000 Menschen) und *Höck*, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Koeniglich-Preussischen Staaten, 2. Tabelle, VI., 3.: 68 QM, 102 594 Volkszahl im Jahre 1782.

⁶⁸¹ *Höck*, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Koeniglich-Preussischen Staaten, 2. Tabelle, VI., 3.: 312 436 Reichstaler im Jahre 1763 und *Büsching*, Erdbeschreibung, VI. Theil, Der westphaelische Kreis, Ostfriesland, §. 11., S. 292: gleichfalls von Trinitatis 1762 bis 1763, 312 436 Reichstaler.

⁶⁸² Stimme: Fürstenberg (oben, S. 90).

Die Grafen von Fürstenberg-Heiligenberg: Franz Egon (Bischof von Straßburg), seine Brüdern Hermann Egon und Wilhelm Egon waren von Kaiser Leopold I. am 12. Mai 1664 in den Reichsfürstenstand erhoben worden, mit der Befugnis zur Führung des Titels Gefürstete Landgrafen zu Fürstenberg und mit der Erhebung von der Grafschaft Heiligenberg zu einer gefürsteten Grafschaft (*Lünig*, Das Teutsche Reichs=Archiv, Spicilegium Seculare, I. Theil (Band XXII), Von den Grafen und Herren insonderheit, VII. Absatz, VII., S. 184-186 (185 rechte Sp.): Fürsten-Brief). Im Jahr 1667 hatten sie Sitz und Stimme im Reichsfürstenrat erlangt (*Vollstaendige Sammlung aller Reichs=Schluesse*, I. Theil, CLXXIV., S. 298, CLXXV., S. 298-299: Conclum Des Reichs=Fuersten=Raths de 9. Septembris 1667. ..., so auch der Churfuersten=Rath mit beliebt, und das Decretum Von des Kayserlichen Herrn Principal-Commissarii ... (den 15. Septemb. Anno 1667) und *GRSH*

Grafschaft Schwarzburg ⁶⁸⁵	40	100 000	249 000 ⁶⁸⁶
---------------------------------------	----	---------	------------------------

einem Reichsfürstentum.

1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Fuerstenberg, S. 132). Vor dem Ableben von Fürst Egon Anton von Fürstenberg am 10. Okt. 1716, mit welchem die Heiligenbergische Linie erlosch (*ADB*, VIII. Band, Fürstenberg=Heiligenberg: Anton Egon, Fürst v. F., ..., S. 217-218 (218) und *GRSH* ebd., Fuerstenberg, S. 132), war am 10. Jan. 1712 die fürstliche Würde von Kaiser Karl VI. auf das übrige Landgräflich- und Gräfliche Haus von Fürstenberg extendiert worden, das nur jeder älteste jeder Linie und, wenn er Nachkommen hat, sein ältester Sohn die fürstliche Würde erhalten und die übrigen bei ihrer alten gräflichen Würde verbleiben sollten (*Lünig* ebd., X., S. 187: Kayserliches Commissions=Decret, ... 25. Novembris 1716. ...; *Zedler*, Universal Lexicon, IX. Band, Fuerstenberg, ein sehr altes Graefliches und Fuerstliches Haus in Schwaben, ..., Sp. 2251-2260 (2259) und *Roeder*, Lexicon von Schwaben, I. Band, Fuerstenberg, Fuerstenthum, Sp. 629-665 (663-665)). Danach wurden die hinterlassenen Lande auf die beiden Unterlinien der übrig gebliebenen Kinzigtaler Hauptlinie dergestalt aufgeteilt, dass die Meßkircher Linie die gefürstete Grafschaft Heiligenberg, die Herrschaften Trachtelfingen und Jungenam in Schwaben, Weitra in Nieder-Österreich und die Stühlinger Linie die halbe Landgrafschaft Baar erhielten und bekamen diese beiden fürstlichen Linien ein gemeinschaftliches Votum im Reichsfürstenrat (*Zedler* ebd., Sp. 2259 und *Roeder* ebd., Sp. 663-664). Nach dem Aussterben der Meßkircher Linie mit Fürst Karl Friedrich am 7. Sept. 1744 gelangten die fürstenbergischen Güter, Würden und Titel an die allein noch übrig gebliebene Stühlinger Linie (*GRSH* ebd., Fuerstenberg, Die Stuehlinger Linie, 1) Die fuerstliche Reichslinie in Schwaben, S. 132-133 und *Roeder* ebd., Sp. 664). Zu Ausgang des 18. Jahrhunderts war demnach allein noch die von der Stühlinger Linie im Reichsfürstenrat geführte Virilstimme, mit dem territorialen Bezug der alle fürstenbergischen Besitzungen erfassenden Landgrafschaft Fürstenberg existent (*Roeder* ebd., Sp. 662-665 und *Link*, Verwaltung und Rechtspflege im Fürstentum Fürstenberg, I., 1), S. 2, II., 2), S. 7).

⁶⁸³ *Heunisch*, Tabellarische Uebersicht der Erwerbungen u. Abtretungen Badens, Ansicht der Erwerbungen und Abtretungen vom Jahre 1746. bis auf die jezige Zeit, Fünfte Epoche. Rheinische Bundes-Acte 1806, A., 5. Fürstenthum Fürstenberg, a. Herrschaft Hausen 6, 66 QM/16 281 Einw., b. Landgrafschaft Baar 9, 45/19 886, c. Grafschaft Wartenberg 2, 97/7 409, d. Herrschaft Hohenhöwen 2, 11/4 883, e. Herrschaft Möskirch 2, 76/5 381, f. Herrschaft Heiligenberg 2, 45/8 553, g. Herrschaft Stühlingen 3, 56/9 306: insg. 29, 96 QM/71 699 Einw.

GRSH 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Fuerstenberg, a), S. 136: etwa 30 QM, 80 000 Einw.

⁶⁸⁴ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Fuerstenberg, a), S. 136.

⁶⁸⁵ Stimme: Schwarzburg (oben, S. 103-104).

Die Grafen zu Schwarzburg-Sonderhausen: Christian Wilhelm, Anton Gunter waren am 3. Sept. 1697 und Graf Ludwig Friedrich von Schwarzburg-Rudolstadt am 2. Juni 1710 von Kaiser Leopold I. mit ihrer ehelichen Deszendenz in den Reichsfürstenstand erhoben und die Grafschaft Schwarzburg zu einem Reichs-Immediat-Fürstenthum erklärt worden (*Lünig*, Das Teutsche Reichs=Archiv, Pars Specialis, Continuation II., Supplementa vltiora zu einigen Fuerstlichen Haeussern (Band XI), Supplementa Zu den Grafen zu Schwartzburg, (II.), S. 126-131: *Kaeyzers Leopoldi Fuersten=Brieff vor Fuerst Christian Wilhelm und Anthon Guenthern zu Schwartzburg* (S. 127-128), (III.), S. 131-135: *Kaeyzers Josephi Fuersten=Diploma vor Fuerst Ludwig Friedrich zu Schwartzburg Rudolstadt* (S. 132-133). Ihre Aufnahme in den Reichsfürstenrat hatte sich jedoch verzögert, dies wegen des Anspruches von Kurfürst Friedrich August I. von Sachsen (König August II. von Polen) als Landgraf zu Thüringen und Markgraf zu Meißen auf die Landeshoheit, zu welchen die vormaligen Grafen von Schwarzburg als ältesten landsässigen Vasallen zugehörten und wegen seiner Protestierung gegen ihre Einführung in den Reichsfürstenrat. Nach dem von Kurfürst Friedrich August I. am 8. Okt. 1719 mit ihnen vereinbarten Recess, mit dem Versprechen ihrer Aufnahme in den Reichsfürstenrat behilflich zu sein, und er ihnen die Landeshoheit in allen ihren Landen zugestand, welchem Recess auch Herzog Ernst August von Sachsen-Weimar am 18. Juni 1713 beitrug (*Büsching*, Erdbeschreibung, VIII. Theil, Der obersaechsische Kreis, Die Grafschaft Schwarzburg, §. 8., S. 832-837 und *Leonhardi*, Erdbeschreibung der Churfuerstlich= und Herzoglich=Saechsischen Lande, 1. Abtheilung, II. Der Thueringische Kreys, A. Die Besitzungen der Fuersten, ..., von Schwarzburg, S. 189–192), erfolgte am 30. Mai 1754 die Introdution des Gesamthauses Schwarzburg mit einer gemeinsamen Stimme im Reichsfürstenrat (*Moser*, Teutsches Staats=Archiv, VII. Theil, 1. Cap., §. 1., S. 3-7, §. 2., S. 7-8, §. 3., S. 9-14, §. 4., S. 14-26).

⁶⁸⁶ *Höck*, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Neuern Fürstenthümer und Grafschaften, 2. Tabelle, I. und *Grosbritannischer Kalender auf das Jahr 1799*, Verzeichniß der Regenten ..., B), b), Schwarzburg, S. 118-120 (119) mit S. 130 nach dem Stande von Ende Juli 1798.

Bei den im Westfälischen Friedensschluss unter Erhalt ihrer Voten säkularisierten 9 Erz- und Hochstifter Bremen, Magdeburg, Halberstadt, Verden, Minden, Camin, Ratzeburg, Schwerin, Hirschfeld in die nunmehr neuen Herzogtümer Bremen, Magdeburg, Halberstadt und Fürstentümer Verden, Minden, Camin, Ratzeburg, Schwerin, Hersfeld war die Umwandlung ihrer bis dahin geistlichen Stimmen in weltliche erfolgt.

Ungeachtet der alleinigen Umwandlung von bisher geistlichen Stimmen in weltliche, waren bei ihrem gebietlichen Besitz:

	Fläche QM	Volkszahl	Einkünfte Gulden
Herzogtum Bremen ⁶⁸⁷	94 $\frac{2}{3}$ ⁶⁸⁸	182 000 ⁶⁸⁹	
Herzogtum Magdeburg ⁶⁹⁰	108 $\frac{3}{4}$ ⁶⁹¹	275 272	2 250 000 ⁶⁹²

⁶⁸⁷ Stimme: Bremen (oben, S. 91).

Das vormalige Erzbistum Bremen war im Westfälischen Friedensschluss unter Beibehaltung seines Sitzes und seiner Stimme im Reichsfürstenrat zugunsten der Königin von Schweden säkularisiert worden (unten, S. 972). In dem zur Beendigung des Nordischen Krieges (1700-1721) zwischen den beiden Kronen Großbritanniens und Schwedens in Stockholm vom 9.-20. Nov. 1719 abgeschlossenen Friedensvertrag (unten, S. 1013-1014) gelangte das Herzogtum Bremen bei weiterem Erhalt seines Sitzes und Stimme im Reichsfürstenrat an Kurfürst Georg Ludwig von Braunschweig-Lüneburg (König George I von Großbritannien) (*Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome VIII Partie II, N^o VII, p. 14-17 (Art. III u. IV, p. 16)).

⁶⁸⁸ *H. Wagner*, Hagemanns Flächenberechnung des Kurfürstentums Hannover vom Jahre 1786, in: *Niedersächsisches Jahrbuch*, I. Band, S. 208-210, Ziff. A.: 5 213, 67 km² (94, 69 QM) (bei Nichtberücksichtigung des unter Ziff. A., I., 1., S. 208 mit 304, 60 km² mitangeführten Landes Hadeln, welches entgegen dortiger Ansicht nicht dem Herzogtum Lauenburg sondern seinen Herzögen zugehörte: *Büsching*, Erdbeschreibung, IX. Theil, Der niedersaechsische Kreis, das Herzogthum Sachsen=Lauenburg, Anhang vom Lande Hadeln, S. 537-540), nach der von Hagemann auf Grund der in den Jahren 1764/86 durchgeführten Topographischen Landesaufnahme im offiziellen Auftrag im Jahr 1786 durchgeführten Flächenberechnung (S. 198-207).

GRSH 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Braunschweig, a) Chur=Braunschweig, a), 2), S. 127: 95 QM.

⁶⁸⁹ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Braunschweig, a) Chur=Braunschweig, a), 2), S. 127.

Der im Jahr 1790 erschienene *Versuch ueber die Bestimmung der Volksmenge in den Herzogthuemern Bremen und Verden*, in: *Annalen der Braunschweig=Lueneburgischen Churlande*, 4. Jahrg., 2. Stueck, VI. S. 345-373: auf Grund von Berechnungen für diese Zeit, ohne das Militär auf 167 149 Volksmenge (S. 370-371: Ziff. I.).

⁶⁹⁰ Stimme: Magdeburg (oben, S. 91).

Das vormalige Erzbistum Magdeburg war im Westfälischen Friedensschluss unter Beibehaltung seines Sitzes und seiner Stimme im Reichsfürstenrat zugunsten des Kurfürsten von Brandenburg säkularisiert worden (unten, S. 963-964).

⁶⁹¹ *Höck*, Zusätze Statistische Übersicht Deutscher Staaten, Zusätze und Verbesserungen zu der Statistischen Übersicht der Königlich Preussischen Staaten, 2. Tabelle, Magdeburg.

Leonhardi, Erdbeschreibung der Preußischen Monarchie, IV. Band, 1. Abtheilung, 3. Abschnitt, §., 3., S. 9-10, I. Band, Einleitung, §. 5., S. 53: 104 QM.

⁶⁹² *Höck*, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Koeniglich-Preussischen Staaten, 2. Tabelle, IV.: 275 272 Volkszahl im Jahr 1797, landesherrliche Einkünfte von 1 500 000 Taler.

GRSH 1801, II. Theil, 1. Abschnitt, Preußische Monarchie, A), II, 1), S. 77: 286 000 Einw., 1 500 000 Taler Einkünfte und *Leonhardi*, Erdbeschreibung der Preußischen Monarchie, IV. Band, 1. Abtheilung, 3. Abschnitt, §. 12., S. 63-66 (63): lieferte das Herzogtum gegenwärtig (1796) gegen 1 400 000 Reichstaler.

Herzogtum Halberstadt ⁶⁹³	26 $\frac{4}{5}$ ⁶⁹⁴	111 875 ⁶⁹⁵	630 000 ⁶⁹⁶
Fürstentum Verden ⁶⁹⁷	23 ⁶⁹⁸	16 088 ⁶⁹⁹	
Fürstentum Minden ⁷⁰⁰	22 $\frac{1}{6}$	67 782	900 000 ⁷⁰¹
Fürstentum Camin ⁷⁰²	38 $\frac{1}{8}$ ⁷⁰³	41 238 ⁷⁰⁴	

⁶⁹³ Stimme: Halberstadt (oben, S. 95).

Das vormalige Hochstift Halberstadt war im Westfälischen Friedensschluss unter Beibehaltung seines Sitzes und seiner Stimme im Reichsfürstenrat zugunsten des Kurfürsten von Brandenburg säkularisiert worden (unten, S. 963).

⁶⁹⁴ *Hassel*, Das Königreich Westphalen vor seiner Organisierung. Statistisch dargestellt, S. 34, XIV. Fürstentum Halberstadt mit Quedlinburg, a., S. 4 Auszug aus dem Protocoll des Staats-Secretamats vom 18. Aug. 1807, Art. 1, welcher unter Einbeziehung der von ihm mit 1 $\frac{19}{22}$ QM angegebenen Abtei Quedlinburg (b., S. 34) 28 $\frac{1}{2}$ QM angibt (Halberstadt: 26 $\frac{16}{22}$ QM).

Fabri, Beytraege zur Geographie, Geschichte und Staatenkunde, II. Band, 6. Stueck, LXIII., I. und II., S. 361: 28 QM.

⁶⁹⁵ *Fabri*, Beytraege zur Geographie, Geschichte und Staatenkunde, II. Band, 6. Stueck, LXIII., I. und II., S. 361. *GRSH* 1802, II. Theil, 2. Abschnitt, Preußische Monarchie, A), II., 2), S. 376 gab im Jahr 1801 112 000 Seelen an.

⁶⁹⁶ *Leonhardi*, Erdbeschreibung der Preußischen Monarchie, IV. Band, 1. Abtheilung, 4. Abschnitt, §. 10., S. 485: landesherrliche Einkünfte 420 000 Reichstaler.

GRSH 1802, II. Theil, 2. Abschnitt, Preußische Monarchie, A), II., 2), S. 376-377 (376): im Jahr 1801 450 000 Reichstaler.

⁶⁹⁷ Stimme: Verden (oben, S. 95).

Das vormalige Hochstift Verden war im Westfälischen Friedensschluss unter Beibehaltung seines Sitzes und seiner Stimme im Reichsfürstenrat zugunsten der Königin von Schweden säkularisiert worden (unten, S. 972). In dem zur Beendigung des Nordischen Krieges (1700-1721) zwischen den beiden Kronen Großbritanniens und Schwedens in Stockholm vom 9.-20. Nov. 1719 abgeschlossenen Friedensvertrag (unten, S. 1013-1014) gelangte das Fürstentum Verden bei weiterem Erhalt seines Sitzes und Stimme im Reichsfürstenrat an Kurfürst Georg Ludwig von Braunschweig-Lüneburg (König George I von Großbritannien) (*Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome VIII Partie 2, N° VII., p. 14-17 (Art. III u. IV, p. 16)).

⁶⁹⁸ *H. Wagner*, Hagemanns Flächenberechnung des Kurfürstentums Hannover vom Jahre 1786, in: *Niedersächsisches Jahrbuch*, I. Band, S. 210, Ziff. B.: 1 264, 66 km² (22, 9 QM), nach der von Hagemann auf Grund der in den Jahren 1764/86 durchgeführten Topographischen Landesaufnahme im offiziellen Auftrag im Jahr 1786 gemachten Flächenberechnung (S. 198-207).

GRSH 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Braunschweig, a) Chur=Braunschweig, c), 8), S. 127: 24 QM.

⁶⁹⁹ *Versuch ueber die Bestimmung der Volksmenge in den Herzogthuemern Bremen und Verden (1790)*, in: *Annalen der Braunschweig=Lueneburgischen Churlande*, 4. Jahrg., 2. Stueck, VI., S. 345-373, insb. S. 371: Ziff. II.: auf Grund von Berechnungen für diese Zeit 16 088 Volksmenge ohne das Militär.

⁷⁰⁰ Stimme: Minden (oben, S. 98).

Das vormalige Hochstift Minden war im Westfälischen Friedensschluss unter Beibehaltung seines Sitzes und seiner Stimme im Reichsfürstenrat zugunsten des Kurfürsten von Brandenburg säkularisiert worden (unten, S. 963).

⁷⁰¹ *Leonhardi*, Erdbeschreibung der Preußischen Monarchie, IV. Band, 2. Abtheilung, 9. Abschnitt, §. 3., S. 949: 22 $\frac{1}{6}$ QM, §. 3., S. 950: 67 782 Einw. im Jahre 1792, insg. die 10 einzelne Jahre wiedergebende Übersicht von 1722 bis 1792., §. 9., S. 961 mit §. 9., S. 955-961: 600 000 Reichstaler Einkünfte der Landeskassen.

Weddigen, Statistische Übersicht von Westphalen, Statistische Tabellen über Westphalen, TAB. XII., Summa beyder/Totalsumme, S. 22, Recapitulation des Flächenraums und der Bevölkerung sämtlicher oben benannter Westphälischer Provinzen, 3), S. 46: 24 QM, im Jahr 1787 67 952 Personen.

⁷⁰² Stimme: Camin (oben, S. 99).

Fürstentum Ratzeburg ⁷⁰⁵	6 ½ ⁷⁰⁶	9 124 ⁷⁰⁷	138 000 ⁷⁰⁸
Fürstentum Schwerin ⁷⁰⁹	8	14 000 ⁷¹⁰	
Fürstentum Hersfeld ⁷¹¹	9 ⁷¹²	20 099 ⁷¹³	

Das vormalige Hochstift Camin war im Westfälischen Friedensschluss unter Beibehaltung seines Sitzes und seiner Stimme im Reichsfürstenrat zugunsten des Kurfürsten von Brandenburg säkularisiert worden (unten, S. 963).

⁷⁰³ *Allgemeine Literatur-Zeitung vom Jahr 1790*, II. Band, May 1790, Numero 142., Sonnabends, den 22ten May 1790, Landkarten, Sp. 413-416 (415-416): *Tabelle woraus die Größe des Königl. Preuß. Herzogthums Vor- und Hinterpommern zu ersehen ist*, Litt. Q. (Sp. 416) und den diese Tabelle übernommenen *Wutstrack*, Beschreibung des preussischen Herzogthums Vor- und Hinter=Pommern, 2. Abschnitt, §. 106., S. 181-182 (Fußn. 301), S. 181): Specielle Berechnung der Groeße Vor- und Hinter=Pommerns (S. 182), Ziff. II. 11. Das Fuerstenthum Cammin, Summa. Quadratmeilen.

⁷⁰⁴ *General=Table der Volksmenge des Herzogthums Pommern*, in: *Jahrbuecher der preußischen Monarchie unter der Regierung Friedrich Wilhelms des Dritten*, Jahrg. 1799, I. Band, April 1799, Chronik der Provinzen, II., B. 1. Das Fürstenthum Cammin mit dem Domcapitel Colberg, Volksmenge im Jahre 1797, Hauptsumme, S. 334 (vielmehr S. 434), unter Nichtberücksichtig des unter b) mitgenannten Domkapitels Colberg, welches dem Fürstentum Camin nicht zugehörte (*Fabri*, Geographie fuer alle Staende, I. Theil, 4. Band, Der obersaechsische Kreis, Das Herzogthum Pommern, §. 16., I.), B), II), A) Das Fuerstenthum Cammin, S. 507-537, II.) (vielmehr B)) Das Domkapitel Colberg ..., S. 537-538).

⁷⁰⁵ Stimme: Ratzeburg (oben, S. 103).

Das vormalige Hochstift Ratzeburg war im Westfälischen Friedensschluss unter Beibehaltung seines Sitzes und seiner Stimme im Reichsfürstenrat zugunsten des Hauses Mecklenburg-Schwerin säkularisiert worden (unten, S. 970). Das Fürstentum Ratzeburg gelangte in dem im Jahr 1701 zwischen den beiden Häusern Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz vereinbarten Hamburger Erbvergleich (oben, S. 472) an das Haus Mecklenburg-Strelitz (*Moser* Teutsches Staatsrecht, XIII. Theil, 3. Buch, 61. Cap., Sectio XIII., §. 15., S. 204-205 (Ziff. 2.).

⁷⁰⁶ *Höck*, Zusätze Statistische Übersicht Deutscher Staaten, Zusätze und Verbesserungen zu der Statistischen Übersicht der Alten Fürstenthümer, IV. Herzogthümer Mecklenburg und Schwedisch-Pommern, Mecklenburg und *Fabri*, Geographie fuer alle Staende, I. Theil, 5. Band, Der Niedersaechsische Kreis, II), Das Fuerstenthum Ratzeburg, S. 942-948 (943).

⁷⁰⁷ *Fabri*, Geographie fuer alle Staende, I. Theil, 5. Band, Der Niedersaechsische Kreis, II), Das Fuerstenthum Ratzeburg, S. 942-948 (943: im Jahre 1794).

⁷⁰⁸ *Höck*, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Herzogthümer Mecklenburg und Schwedisch-Pommern, I., B), Staats-Finanz-und Litteratur-Verfassung (92 000 Reichstaler).

⁷⁰⁹ Stimme: Schwerin (oben, S. 103).

Das vormalige Hochstift Schwerin war im Westfälischen Frieden unter Beibehaltung seines Sitzes und seiner Stimme im Reichsfürstenrat zugunsten des Hauses Mecklenburg-Schwerin säkularisiert worden (unten, S. 970). Das Fürstentum Schwerin verblieb in dem im Jahr 1701 zwischen den Häusern Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz vereinbarten Hamburger Erbvergleich (oben, S. 472) beim Haus Mecklenburg-Schwerin (*Moser*, Teutsches Staatsrecht, XIII. Theil, 3. Buch, 61. Cap., Sectio XIII., §. 15., S. 203 (Ziff. 1)).

⁷¹⁰ *Fabri*, Geographie fuer alle Staende, I. Theil, 5. Band, Der Niedersaechsische Kreis, II), Das Fuerstenthum Schwerin, S. 924-933 (924) und *Büsching*, Erdbeschreibung, IX. Theil, Der niedersaechsische Kreis, Das Fuerstenthum Schwerin, S. 548 „... Seine Laenge betraeget etwa 5, und seine Breite 1 ½ Meilen. ...“.

⁷¹¹ Stimme: Hirschfeld (oben, S. 99).

Die vormalige Abtei Hersfeld war in Art. XV § 2 IPO unter Beibehaltung ihres Sitzes und ihrer Stimme im Reichsfürstenrat zugunsten des Hauses Hessen-Kassel säkularisiert worden (*Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 66).

⁷¹² *Höck*, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Fürstlich-Hessischen Länder, I., 4.

fürstenmäßige Territorien vorhanden.

Bei den 3 Stimmen Lobkowitz,⁷¹⁴ Liechtenstein,⁷¹⁵ Thurn und Taxis:⁷¹⁶

	Fläche QM	Volkszahl	Einkünfte Gulden
Gefürstete Grafschaft Sternstein und die Reichsherrschaft Waldthurn ⁷¹⁷	$\frac{3}{4}$ ⁷¹⁸ 1, 35 ⁷¹⁹	2 207 ⁷²⁰ 3 000 ⁷²¹	13 169 ⁷²²

⁷¹³ *Beiträge zur Statistik des vormaligen Kurfürstenthums Hessen*, I. Heft, Die Bevölkerung Kurhessens, Anlagen, D II. Uebersicht über die Bevölkerung in der Landgrafschaft Hessen-Kassel, resp. dem Kurfürstenthume Hessen, nach der Aufnahme von 1795 bis 1805, SA. 74-75, Ziff. 4. Fürstenthum Hersfeld, Zählungsjahr 1800.

⁷¹⁴ Oben, S. 89-90.

⁷¹⁵ Oben, S. 90.

⁷¹⁶ Oben, S. 88.

⁷¹⁷ Die Herren von Lobkowitz hatten in den Jahren 1623/1624 die fürstliche Würde erlangt (*Repertorium des Teutschen Staats und Lehnrechts*, III. Theil (Häberlin), 112., §. 1., S. 298 und *Historischer Atlas von Bayern*, Altbayern: *Sturm*, Neustadt an der Waldnaab, Weiden, I., Die territorialen Gebietseinheiten, Herrschaft Störnstein, S. 127), und sollte nach dem *Regensburger Reichsabschied von 1641* ihre Einführung in den Reichsfürstenrat erst erfolgen, wenn sie die Konditionen erfüllt haben: § 97 „Und demnach Wir die Hochgeborne unsere und deß Heil. Reichs Fuersten und Liebe Getreue/... /und Wentzeln Fuersten und Regierern des Hauß Lobkowitz zur Session und Stimm im Reichs=Fuersten=Rath admittirt und zugelassen/Chur Fuersten und Staende auch in diese unsere Admission gewilliget, und es einzig und allein an wuercklicher Introduction, darzu man auß gewissen Ursachen dißmahls nicht gelangen koennen, ermangelt; (c)“ (*Neue und vollstaendigere Sammlung der Reichs=Abschiede*, III. Theil, S. 548-574 (566) und § 98 „Als erklæaren wir uns, daß obvermeldte Fuersten sampt und sonders, wie andere Fuersten und Staende deß Reichs, bey kuenfftigem Reichs=Tag zur Session und Stimm wuercklich gelassen werden sollen/Jedoch so wol unserm loeblichen Ertz=Hauß Oesterreich, und angehoerigen Erb=Koenigreichen und Landen unnachtheilig, als auch, daß sie diejenige Conditionen vorhero adimpliren, wie in denen von dem Chur=Mayntzischen Reichs=Directorio ihnen zugestellten schriftlichen Bescheiden mit mehrerm vermeldet worden.“ (S. 566).

Im Jahre 1641 erfolgte die Erhebung ihrer in der Oberpfalz gelegenen unmittelbaren Reichsherrschaft Neustädtl zur gefürsteten Grafschaft Sternstein (*Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der bayerische Kreis, Die gefuerstete Grafschaft Sternstein, S. 812-813 (812)). Die Grafschaft Sternstein „... ist ein freies erb und eigengut und nicht lehenbar, niemand mit einiger servilitet und dienstbarkeit unterworfen ... hat darauf die herrschaft als weit sich ihr grund und boden erstreckt, die hohe landsobrigkeit und superiorität, alle regalien, hohe und niedere jurisdiction, ..., den pan uber das blut und was dergleichen regalien sein.“ (Bericht angefertigt 1623 aus Anlass der Erhebung von Zdenko v. Lobkowitz, Oberster Kanzler des Königreiches Böhmen in den Fürstenstand, in: *Historischer Atlas von Bayern*, Altbayern: *Sturm* ebd., S. 127). Am 25. Juni 1653 erfolgte die Gründung der fürstlichen Virilstimme auf ihr (*Meiern*, Acta Comititalia Ratisbonensia Pvblica 1653/54, I. Theil, 2. Buch, §. III., S. 244-245 (245), Nr. II.-N. IV., S. 247-252, §. IV., S. 253-254, N. III., S. 264-265) und wurde Fürst Wenzel von Lobkowitz am 30. Juni 1653 mit der gefürsteten Grafschaft Sternstein in den Reichsfürstenrat aufgenommen (*Pütter*, Institutviones Ivris Pvblici, Lib. II., Cap. IV., §. 99., p. 100).

Fürst Wenzel von Lobkowitz erwarb im Jahre 1656 die benachbarte Lehnsherrschaft der Krone Böhmens Waldthurn mit voller landesherrlichen Obrigkeit – Halsgericht, Stock und Galgen Reichslehen – (*Historischer Atlas von Bayern*, Altbayern, *Sturm* ebd., S. 132 und *Historischer Atlas von Bayern*, Altbayern, *Bernd*, Vohenstrauß, IV., 4., S. 188-196). Über die Grafschaft Sternstein und die Herrschaft Waldthurn wurde das fürstliche Oberamt in Neustadt gesetzt, welchem für beide alle Malefizfälle in Stadt und Land, alle Gerichtsbarkeiten in 2. Instanz – somit reichsgesetzliches Obergericht für Sternstein und Waldthurn –, alle Lehenstücke, Handwerks- und Zunftssachen, der Magistrat der Stadt Neustadt in corpore, Personalangelegenheiten der fürstlichen Beamten in 1. Instanz, die in Neustadt sich aufhaltenden Fremden und für die Grafschaft Sternstein alle Herrschaftsuntertanen als Person und mit ihren Liegenschaften unterstanden

Fürstentum Liechtenstein ⁷²³	2, 91 ⁷²⁴	6 000 ⁷²⁵	
---	----------------------	----------------------	--

(*Historischer Atlas von Bayern, Altbayern: Sturm* ebd., S. 132-133 und *Bayerisches Hauptstaatsarchiv München*, I. Abteilung, Gerichtsurkunden Waldthurn, Nr. 27, 28). *Büsching* ebd., Die gefuerstete Grafschaft Sternstein, S. 812-813 sah dann auch das Gebiet der Herrschaft Waldthurn als der Grafschaft Sternstein inkorporiert an (S. 813).

Obwohl die Reichsstandschaft allein auf der gefürsteten Grafschaft Sternstein beruhte, wurde die Herrschaft Waldturn trotzdem mitberücksichtigt. *Historischer Atlas von Bayern, Altbayern, Sturm* ebd., S. 132 „... Die vollgültige Anerkennung als Reichsfürst mit Sitz und Stimme im Fürstenrat setzte den Besitz eines Landes voraus, in welchem sowohl die Administrative als auch die Judikatur einschließlich einer Appellationsmöglichkeit in eigener Zuständigkeit erledigt werden konnte⁴¹. ... Für die gefürstete Grafschaft Störnstein mit einem verhältnismäßig sehr eingeschränkten Gebietsumfang und einer im wesentlichen nur mit durchschnittlichen Gutsherrschaften vergleichbaren Struktur stellten sich insoweit besondere Probleme ein, die schließlich eine spezifische Lösung erforderten. Es hat sich dann eine Regelung durchgesetzt, die bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts und somit für den Bestand der reichsunmittelbaren Grafschaft Störnstein bis zu ihrer Einverleibung in das Königreich Baiern Bestand hatte. Da Fürst Wenzel v. Lobkowitz 1656 die benachbarte Lehensherrschaft der Krone Böhmens Waldthurn ankaufte, stand fortan auch dieses Gebiet unter landesherrlicher Obrigkeit der Fürsten v. Lobkowitz, ...“.

⁷¹⁸ Durchschnittlich in nord-süd 7 km, in west-ost Ausdehnung 5, 5 km (*Historischer Atlas von Bayern, Altbayern: Sturm*, Neustadt an der Waldnaab, Kartenbeilage: kartographische Eintragungen: Neustadt an der Waldnaab – Weiden) = ca. $36,5 \text{ km}^2 = \frac{3}{4} \text{ QM}$.

Ebd., I., Die territorialen Gebietseinheiten, Herrschaft Störnstein, S. 127: 1 QM (Stand 1807).

⁷¹⁹ Durchschnittlich in nord-süd 13 km, in ost-west 6 km (*Historischer Atlas von Bayern, Altbayern, Bernd*, Vohenstrauss, Kartenbeilage: kartographische Eintragungen: Vohenstrauss, Böhmisches Lehen:) = ca. $78 \text{ km}^2 = 1,35 \text{ QM}$.

GRSH 1802, II. Theil, 1. Abschnitt, 3. Kap., S. 167, Lobkowitz. A) Der Hauptast dieses herzogl. u. reichsfuerstl. Hauses besitzt 1) unmittelbar im bayr. Kreise die gefuerstete Gfsch. Sternstein mit den Rs=hrschr. Neustadt u. Waldthurn: für die Grafschaft Sternstein (Reichsherrschaft Neustadt ihr eingegliedert: *Historischer Atlas von Bayern, Altbayern: Sturm*, Neustadt an der Waldnaab, I., Die territorialen Gebietseinheiten, Herrschaft Störnstein, S. 127) und die Reichsherrschaft Herrschaft Waldthurn, beide: 2 QM.

⁷²⁰ *Destouches*, Statistische Darstellung der Oberpfalz vor und nach der neuesten Organisation von 1802, II. Theil, IX. Abschnitt, §. 4., A., S. 278-279 (279).

Historischer Atlas von Bayern, Altbayern: Sturm, Neustadt an der Waldnaab, I., Die territorialen Gebietseinheiten, Herrschaft Störnstein, S. 127: 2 359 Menschen (Stand 1807).

⁷²¹ *GRSH* 1802, II. Theil, 1. Abschnitt, 3. Kap., S. 167, Lobkowitz. A) Der Hauptast dieses herzogl. u. reichsfuerstl. Hauses besitzt 1) unmittelbar im bayr. Kreise die gefuerstete Gfsch. Sternstein mit den Rs=hrschr. Neustadt u. Waldthurn.

⁷²² Von dem *Regierungskommissär Seitz* am 20. Sept. 1806 angefertigte *Summarische Darstellung der sämtlich fürst lobkowitzischen Revenuen, wie solche von der ehemalg gefürsteten Reichsgraftchaft Sternstein bezogen worden* (*Staatsarchiv Amberg*, Bestand: Regierung, Kammer der Finanzen Nr. 1444), welcher in einer 3 seitigen Aufstellung auf Grund von zehnjährigen Auszügen aus Rechnungen den jährlichen Bruttoertrag der gefürsteten Reichsgraftchaft Störnstein mit 13 169 Gulden, 59 Kreuzer, $3 \frac{7}{10}$ Denar errechnete. Im dem *Ungeföhres Geldprojekt für das Jahr 1802* (*aaO.*, Kammer des Innern Nr. 7849) einem insgesamt 13 seitigen, die Einnahmen auf 11 Seiten berücksichtigenden Haushaltsplan der Grafschaft Störnstein für das Jahr 1802 waren die Einnahmen mit 11 992 Gulden, 10 Kreuzer, $\frac{1}{3}$ Denar veranschlagt worden (1.-8. Seite, insb. 8. Seite: Suma der Aktivrubriken ...).

⁷²³ Das Haus Liechtenstein hatte in den Jahren 1608/1623 die fürstliche Würde erlangt, und hatte Fürst Johann Adam, karolinische Linie von Graf Jakob von Hohenembs und Vaduz am 18. Jan. 1699 die allodiale Reichsherrschaft Schellenberg und am 22. Febr. 1712 die allodiale Grafschaft Vaduz – Blutbann Reichslehen – erworben. Nach seinem Tode am 16. Juni 1712 gelangten die Reichsherrschaft Schellenberg und die Grafschaft Vaduz an den nichtregierenden Fürst Joseph Wenzel von der Philippischen Linie (*InderMaur*, Die Gründung des Fürstenthums Liechtenstein, I., III., Beilagen B. u. C., in: *JBL*, I. Band, 11-14, 23-24, 26-27, 43-61 und *Fetz*, Leitfaden zur Geschichte des Fürstenthums Liechtenstein, IV., Die souverainen Fürsten von und zu Liechtenstein, S. 261-264). Der regierende Fürst Anton Florian erhielt wegen von ihm dem Kaiser erbrachten

gefürsteten Grafschaft Friedberg-Scheer und General-Erb-Post-Amt ⁷²⁶	3 ¼ ⁷²⁷	9 550 ⁷²⁸	26 000 ⁷²⁹ 875 000 ⁷³⁰
--	--------------------	----------------------	---

wichtigen Dienste, auf Grund des von den beiden höheren Reichstagskollegien am 20. April 1712 erstatteten Gutachtens mit kaiserlicher Ratifikation am 5. Dez. 1712 Sitz und Stimme im Reichsfürstenrat „...“, jedoch mit der ausdrücklichen Verwahrung und Vorbehalt, daß, .../annebst Jhro Fuerstl. Gnaden nach dem Exempel des Fuersten von Porcia wegen Anschaffung Fuersten=maeßiger unmittelbarer Reichs=Guether/... ordentl. Reversales ausstellen ...“ (*Theatrum Europaeum*, XIX. Theil, Jahr 1712, S. 46 (rechte Sp.), 46-47), welches Revers von ihm im Nov. 1712 erstattet wurde, jedoch „...3.) Diese Admission allein auff Unsere Descendenten masculos, sich erstrecken, gemeldte Descendenten masculi aber zu Stell und Stimm nicht gelassen werden sollen, ehe und zuvor Sie sich mit Fuersten=maeßigen Guetern im Reich, wann solches von Uns selbstem nicht beschehen, dem Herkommen gemaeß, der Gebuehr werden qualificiret haben. ...“ (*Theatrum ebd.*, XIX. Theil, 1712., S. 47). Die Introduction erfolgte am 15. Febr. 1713 (*Theatrum ebd.*, XX. Theil, 1713., S. 13 (rechte Sp.)). Er erwarb am 12. März 1718 von seinem Neffen Joseph Wenzel die Reichsgraf- und Herrschaften Schellenberg und Vaduz im Tausch gegen die einträglichere Herrschaft Rumberg, worauf Kaiser Karl VI. am 23. Jan. 1719 Vaduz und Schellenberg zu einem unmittelbaren Reichsfürstentum mit selbigen Rechten wie zuvor – allod mit Blutbann als Reichslehen – , unter dem Namen Liechtenstein erhob (*InderMaur*, Die Gründung ..., I., Beilage D., in: *ebd.*, S. 14-15, 63-80 und *Fetz ebd.*, Die souverainen Fürsten ..., S. 264-265, Die Huldigung, S. 267). Nach dem Tod Anton Florians am 21. Jan. 1721 war (*Fetz ebd.*, Fürst Anton Florians ..., S. 270) war durch das Kaiserliche Commissions Dekret vom 7. April 1723 für seinen Sohn Joseph Johann Adam (*Fetz ebd.*, Joseph Johann Adam ..., S. 271) die Empfehlung ausgesprochen worden, er solle für sein durch den Kaiser am 23. Jan. 1719 erhobenes unmittelbares Reichsfürstentum Liechtenstein Sitz und Stimme im Reichsfürstenrat erhalten (*Vollstaendige Sammlung aller Reichs=Schluesse*, IV. Theil, XXIX., S. 169-170).

⁷²⁴ *Statistisches Jahrbuch 2007/2008 Fürstentum Liechtenstein*, 1.1, Fläche der Gemeinden, S. 17: 160, 475 km² (die Landesgrenzen des Fürstentums Liechtenstein haben sich von Ausgang des 18. Jahrhunderts bis in die heutige Zeit nicht verändert).

GRSH 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Liechtenstein, a), 1), S. 159: 3 QM.

⁷²⁵ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Liechtenstein, a), 1), S. 159.

⁷²⁶ Leonhard I. von Taxis hatte am 31. Dez. 1543/16. Juni 1595 von Kaiser Karl V./Rudolf II. die oberste Leitung der Post im Reich (Generalpostmeisteramt) übertragen erhalten (*Piendl*, Thurn und Taxis, Das Reichspostgeneralat, S. 13 u. 15). Graf Eugen Alexander von Thurn und Taxis (Namensänderung seit 1650) war am 4. Okt. 1695 in den Reichsfürstenstand erhoben worden (*Piendl ebd.*, Die Residenz in Brüssel ..., S. 41-42 (42)) und *Lohner*, Geschichte von Thurn und Taxis, 1. Teil, A., § 3., S. 12), und meldete im Jahr 1698 Sitz und Stimme im Reichsfürstenrat an (*Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 1. Buch, 4. Cap., §. 28., S. 92). Fürst Alexander von Thurn und Taxis ließ sich am 2. Juli 1744 von Kaiser Karl VII. das Reichs-Erbgeneralpostamt zu einem kaiserlichen Thron- und Fahnenlehen erheben (*Piendl ebd.*, Das Reichspostgeneralat, S. 28; *Lohner ebd.*, S. 15 und *Moser ebd.*, Band III, §. 28., S. 92, Band IX, 1. Buch, 1. Cap., §. 11., S. 12). Am 10. Mai 1754 war durch das Gutachten der beiden höheren Reichs-Kollegien mit Ratifikation durch das Kayserliche=Commissions=Decret v. 16. Mai 1754 die sofortige Zulassung zum Reichsfürstenrat mit der Verpflichtung „... auf Anschaffung Fuerstenmaeßiger ohnmittelbarer Land= und Leuten, so bald moeglich und thunlich, ...“ gestattet worden (*Moser ebd.*, Band III, §. 29., S. 123-124: wiedergebener Inhalt der Hauptstellen des Gutachtens (Zitat S. 123), S. 124: kaiserliche Ratifikation, S. 138-139: die Fuerstlich=Taxische Reversalen v. 7. Mai 1754 mit der Verpflichtung zur Gelangung von „... Fuersten=maeßigen Land= und Leuten ...“ (S. 138), S. 127: Introduction in den Reichsfürstenrat am 30. Mai 1754).

⁷²⁷ *Heberle*, Der Übergang der Grafschaft Friedberg-Scheer an das Haus Thurn und Taxis, Anhang, S. V u. VI: Aufstellung der Gemeinden mit der Zahl der Einwohner und der Größe der Gemarkungen, unter Nichtberücksichtigung der auf S. VI mitangeführten 5 Gemeinden Altheim, Unlingen, Hailtingen, Offingen, Dendingen, welche als die unter österreichische Landeshoheit gestandene Mannsinhabungsherrschaft Bussen ausmachend (*ebd.*, II., S. 29, VI., S. 30: dort wiedergegebene Inhalt des Kaufvertrages vom 22. Okt. 1785 zwischen dem Haus Waldburg und Fürst Karl Anselm von Thurn und Taxis) nicht mitzuberücksichtigen sind: 56 759 ⁵/₈ Morgen (1 württembergischer Morgen = 31, 51 ar, *ebd.*, Schlussbemerkung, S. 65, Fußn 1.) = 178, 85 km² = 3 ¼ QM.

Nordmann, Kodifikationsbestrebungen in der Grafschaft Friedberg-Scheer am Ende des 18. Jahrhunderts, I., 1., in: *ZWL*G, 28. Jahrg., S. 273: rund 190 km² = 3, 45 QM.

waren vom Reichstag⁷³¹ ihre territorialen Besitze Sternstein,⁷³² Liechtenstein⁷³³ und Friedberg-Scheer, letzterem mit dem Einkommen aus dem General-Erb-Post-Amt⁷³⁴ als fürstenmäßige Herrschaften anerkannt worden.

⁷²⁸ *Fürst Thurn und Taxis-Zentralarchiv Regensburg*, Schwäbische Akten 674: Oberamt Scheer (vormaligen Herrschaft Scheer und Grafschaft Friedberg) 7 102 Seelen im Jahr 1797, Oberamt Dürnmentingen 2 448 Seelen im Jahr 1797.

⁷²⁹ Netto-Jahresertrag, nach Abzug von Steuern, Bau-, Verwaltungs- und Personalkosten (*Behringer*, Thurn und Taxis, V. Kap., Der Kauf der Grafschaft Friedberg-Scheer im Jahre 1785, S. 251).

⁷³⁰ Reingewinn (*Behringer*, Thurn und Taxis, II. Kap., Die Post als rentierliches Unternehmen, Übersicht: Die Post als wirtschaftliche Basis Einnahmen Thurn und Taxis 1733-1806, S. 113, Die Reichspost als Einnahmequelle von Thurn und Taxis, S. 129-131).

⁷³¹ *Moser*, Betrachtungen ueber die Wahlcapitulation Kayser Josephs II., Art. I § 5, (10), S. 45 „...2. es solle auch forthin, ohne vorgehende real=Erfuellung aller nothwendigen und bestimmten Requisites, und insonderheit erstgemeldter Begueterung, keiner zur Seßion und Stimm im Fuerstenrath zugelassen werden: Wie aber darueber gehalten worden seye, belehret der Augenschein. Wer hat aber darueber zu urtheilen: Ob die Gueter standesgemaëßig seyen? Antw. weder der Kayser allein, noch die Reichsstaende allein; sondern beede zusammen: vilweniger also stehet es bloß bey dem Candidaten selber, seine Gueter als standesmaessig zu erklæaren.“ (S. 44-45).

⁷³² Nach der am 10. Juli 1653 erfolgten Festlegung der fürstlich-lobkowitzschen Stimme auf der gefürsteten Grafschaft Sternstein, bei erfolgter Introdution am 30. Juni 1653 (oben, S. 492-493), wurde in § 197 des Jüngsten Reichsabschiedes von 1654 die gehabte Erfuellung der Pflichten zum Erwerb der Reichsstandschaft festgestellt. „Über dies haben Wir die bei nächstverwichenem Reichstag mit der Kurfürsten und Ständen Einwilligung in Fürstenrat aufgenommene, aber wegen deren selbigen Zeit noch unvollzogener, von dem kurmainzischen directorio ausgestellter Konditionen nicht introduzierten Fürsten, die hochgeborne Eitel Friederich von Hohenzollern, Johann Anton, Herzogen zu Krumau und Fürsten von Eggenberg, und Wenzeln, Fürsten und Regierern des Hauses Lobkowitz, vor sich und ihre Erben, nachdem sie obberührte conditiones erfüllet, ... bei diesem Reichstag zu würclicher Session und Stimm, ... introduzieren lassen, ...“ (*Der jüngste Reichsabschied*, S. 96, insg., S. 96-97).

Moser, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 89., S. 609 „... An unmittelbaren Guetern besizet dises Haus bloß eine kleine Herrschafft in der obern Pfalz, welche aber doch den Namen einer gefuersteten Grafschafft Sternstein fuehren muß. ...“; *ders.*, Neuestes Reichs=Staats=Handbuch, I. Theil, 1. Buch, 8. Cap., §. 1., S. 67-68 (68) „... daß mehrmalen so geringenn Guetern der Titul eines Fuerstenthums beygelegt worden ist, welche ... vorhero gar nur ein Stueck einer alten Graf= oder Herrschafft waren, z. E. ..., Sternstein, ...“.

⁷³³ Nach der im kaiserliche Commissions Dekret vom 7. April 1723 ausgesprochenen Empfehlung, Fürst Joseph Johann Anton von Liechtenstein solle für das am 23. Jan. 1719 erhobene unmittelbare Reichsfürstentum Liechtenstein Sitz und Stimm in Reichsfürstenrat erhalten (oben, S. 493-494), war durch das Conclusum der beiden höheren Reichstags=Collegien am 13. Aug. 1723 ausgesprochen worden „... Als ist dafuer gehalten und geschlossen worden, daß bey obigen von Kayserlicher Majestaet per Decretum Commissionis beyden hoeheren Reichs=Collegiis vorgestellten und angedeuteten Umstaenden, absonderlich der im Fuerstlich Lichtensteinischen Revers enthaltenen Bedingnissen gaenzlichen Erfuellung, ..., das vorhin schon erhaltene Fuerstlich Lichtensteinische Sitz= und Stimm= Recht im ... Reichs=Fuersten=Rath, durch weyland hochgedachten Fuerstens A n t o n F l o r i a n von Lichtenstein hinterlassenen Herrn Sohn, J o s e p h J o h a n n A d a m, ..., Dero Erben und Nachkommen, nunmehr kuenftig bestaendig und wuerklich fortzufuehren seye.“ (*Vollstaendige Sammlung aller Reichs=Schluesse*, IV. Theil, XXXI., S. 171).

Zedler, Universal Lexicon, XVII. Band, „Lichtenstein oder Liechtenstein, das neue Reichs=Fuerstentum, ... Es bestehet aus der Herrschafft Vadutz, ..., sammt Schellenberg, welche der zu einem Reichs=Fuersten erhobene Fuerst von Lichtenstein Carolinischer Linie, dem Grafen von Hohenfels abgekauffet; im Jahre 1721. aber von dem Kayser, Carl dem VI. zu einem Fuerstenthume, unter dem Namen L i c h t e n s t e i n, erklæeret, und mithin dieses Fuerstliche Hauß in den Stand gesetzt worden, die ihm wegen Sitz und Stimm auf dem Reichs=Tage gemachte Schwierigkeit voellig zu heben. ...“, Sp. 883.

Bei der Stimme Schwarzenberg:⁷³⁵

	Fläche QM	Volkszähl	Einkünfte Gulden
gefürstete Grafschaft Schwarzenberg	2 ⁷³⁶		

war die Zusprache der Virilstimme im Reichsfürstenrat mit der Zusage des Erwerbes von weiteren reichsunmittelbaren Gütern erfolgt gewesen,⁷³⁷ was aber nicht stattfand.⁷³⁸

⁷³⁴ Fürst Karl Anselm von Thurn und Taxis erwarb am 22. Okt. 1785 von dem Haus Waldburg die Grafschaft Friedberg-Scheer, die Vogtei Dürmentingen und die unter österreichischer Landeshoheit gestandene Herrschaft Bussen (*Heberle*, Der Übergang der Grafschaft Friedberg-Scheer an das Haus Thurn und Taxis, VI., S. 29-38: wiedergegebener Inhalt des Kaufvertrages (§ 1-§ 3, § 5, S. 29-31, § 8, S. 32). Kaiser Joseph II. erhob die Graf- und Herrschaften Friedberg, Scheer und Dürmentingen am 16. Juli 1787 zu einer reichsgefürsteten Grafschaft (*Fürst Thurn und Taxis-Zentralarchiv Regensburg*, Urk. Fr.-Scheer, Urkunde vom 16. 7. 1787: Original). Diese wurde am 5. Nov. 1787 dem Fürsten Karl Anselm von Thurn und Taxis als reichsgefürstete Grafschaft Friedberg-Scheer zu einem gesamten Thronlehen verliehen (*Fürst Thurn und Taxis-Zentralarchiv aaO.*, Urkunde vom 5. 11. 1787: Original) und wurde vom Reichstag als fürstenmäßiges Besitztum anerkannt (*Lohner*, Geschichte von Thurn und Taxis, 1. Teil, A., § 3., S. 17). Zusätzlich bestand die große Einnahme aus dem zu einem kaiserlichen Thronlehen gehabten Reichs-Erbgeneralpostamt (oben, S. 494).

⁷³⁵ Oben, S. 88.

⁷³⁶ *Historischen Atlas von Bayern, Franken: Hofmann*, Franken seit dem Ende des Alten Reiches, Beilage, im Jahr 1802 in Nürnberg erschienene *Tabellarische Uebersicht der geographischen Eintheilung und politischen Verfassung des Fränkischen Kreises* (Nachdruck), B. Weltliche Fürsten-Bank, IV: ungefähr 2 QM.

Büsching, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der fraenkische Kreis, Die gefuerstete Grafschaft Schwarzenberg, § . 1., S. 1008-1009: „Der groeßte und zusammenhangende Theil derselben ist 4 Meilen lang, und in einigen Gegenden nur ½, in andern aber ueber ¾ Meile breit. Die andern Stuecke derselben liegen zerstreuet.“

⁷³⁷ Graf Johann Adolf von Schwarzenberg, am 14. Juli 1670 von Kaiser Leopold I. in den Fürstenstand erhoben, enthielt das Kaiserliche Commissions Dekret vom 7. Okt. 1671 das Ansinnen, dem Fürsten Sitz und Stimme im Reichsfürstenrat zu gestatten (*Vollstaendige Sammlung aller Reichs=Schluesse*, I. Theil, CCCXXVII., Beylag, S. 546, CCCXXVII., S. 545-546), und erfolgte am 20. Okt. 1671 die Erhebung seiner Grafschaft Schwarzenberg zu der reichsunmittelbaren Grafschaft Schwarzenberg (*Schwarzenberg*, Geschichte des reichsständischen Hauses Schwarzenberg, Teil 1, XIII., Johann Adolf I., S. 123). Die beiden höheren Reichs Collegien fassten am 7. Juli 1674 den Beschluss, ihn zuzulassen unter der Zuversicht, dass er noch weitere immediate Lande erwirbt mit bedungen worden „...; Als hat man geschlossen, daß mehr=Hochernannt=Jhro Fuerstlichen Gnaden mit beruehrter Admission zur Stelle und Stimme in vor=angeregtem Fuerstlichen Collegio zu willfahren, auch Dieselbe, dem Herkommen gemaeß, nunmehr wuercklich zu introduciren seyen, der Zuversicht, Sie werden, mit noch mehrern Immediat-Reichs=Guetern datâ occasione sich zu versehen, Jhro angelegen seyn lassen.“ (*Vollstaendige Sammlung aller Reichs=Schluesse* ebd., CCCCXIII., S. 725-726 (725)) und erfolgte die Intoduktion in den Reichsfürstenrat am 1. Sept. 1674 (S. 725).

⁷³⁸ Nach dem am 1. Sept. 1674 erfolgten Übertritt von Fürst Johann Adolf von Schwarzenberg vom Fränkischen Grafenkollegium zu der Virilstimme im Reichsfürstenrat (*Schwarzenberg*, Geschichte des reichsständischen Hauses Schwarzenberg, Teil 1, XIII., Johann Adolf I., S. 124), welcher Fürst im Fränkischen Grafenkollegium auch die Stimme der Herrschaft Seinsheim besaß (unten, S. 545-546), wollte sich das Haus Schwarzenberg zum Erwerb eines größeren Fürstentums, mit den Seinsheimischen Gütern gänzlich aus dem Fränkischen Grafenkollegium zurückziehen, wogegen sich jedoch dieses wegen der Be(i)steuerung der Herrschaft Seinsheim wandte. Am 6. Dez. 1731 wurde von Fürst Adam Franz im Wege des Vergleiches seine weitere dortige Zugehörigkeit zugebilligt (*Schwarzenberg* ebd., IV., S. 37).

Moser, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 1. Buch, 4. Cap., §. 44., S. 186 „... Schwarzenberg hingegen wurde eine weitere immediate Begueterung einbedungen. ...“.

Bei den 2 Stimmen Dietrichstein⁷³⁹ und Auersberg:⁷⁴⁰

	Fläche QM	Volkszähl	Einkünfte Gulden
Reichsherrschaft Tarasp	1 ½ ⁷⁴¹		
gefürstete Reichsherrschaft Thengen	0, 24 ⁷⁴²	950 ⁷⁴³	

befanden sich beide Reichsherrschaften Tarasp⁷⁴⁴ und Thengen⁷⁴⁵ unter österreichischer Landeshoheit und lagen nicht die Voraussetzungen eines Reichsfürstentums vor.⁷⁴⁶

Die im Jahre 1788 erworbene Grafschaft Illeraichen, bestehend aus den beiden Herrschaften Illeraichen und Kellmünz mit 1 ½ QM gehörte zur Ritterschaft des Kantons Donau (*Boehaimb*, Die Grafschaft Illeraichen, in: 20. Jahres=Bericht historischer Kreis=Verein Schwaben und Neuburg; S. 3-4, S. 28 (Fürst von Palm).

⁷³⁹ Oben, S. 89-90.

⁷⁴⁰ Oben, S. 90.

⁷⁴¹ Ca. 2 Meilen lang und im Durchschnitt ca. eine ¾ Meile breit (*Anich-Peter*, Atlas Tyrolensis 1774, [Übersichtskarte], Planquadrate B-C/f-g, Karte VI, Planquadrate B-C/f-g, Karte XI, B-C/g, welches in der Karte XI angegebene Meilen-Maas auch für die maßstabsgleiche Karte VI gilt). *Wallner*, Die kreissässigen Reichsterritorien am Vorabend des Luneviller Friedens, Oesterreichischer Kreis, 4), S. 31, Anhang, II., B., 85), S. 36 (ohne Beleg): gleichfalls 1 ½ QM.

⁷⁴² *Heunisch*, Tabellarische Uebersicht der Erwerbungen u. Abtretungen Badens, Ansicht der Erwerbungen und Abtretungen vom Jahr 1746. bis auf die jezige Zeit, Fünfte Epoche. Rheinische Bundes-Acte 1806, A., 6. Grafschaft Thengen.

Roeder, Lexikon von Schwaben, II. Band, Thengen, gefuerstete Grafschaft im Hegau ..., Sp. 755-757 (756): kaum ½ QM.

Bestehend aus der kleinen Stadt Thengen mit einem Schloß und den Pfarrdörfern Thengen, Kirchstetten, Kommungen (*Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der schwaebische Kreis, Die gefuerstete Grafschaft Thengen, §. 2., S. 530).

⁷⁴³ *Roeder*, Lexikon von Schwaben, II. Band, Thengen, gefuerstete Grafschaft im Hegau ..., Sp. 755-757 (756) und *Lang*, Tabellen über Flächen-Inhalt der Teutschen Reichs-Lande, A., Auersberg, wegen Thengen, S. 6.

⁷⁴⁴ Fürst Maximilian von Dietrichstein war am 10. März 1654 für seine Person in den Reichsfürstenrat aufgenommen worden, und sollten seine Erben und Nachkommen nicht eher zu Sitz und Stimme gelangen, bis sie sich mit fürstenmäßigen Gütern im Reich versehen haben (*Moser* Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 1. Buch, 4. Cap., §. 15., S. 52-65 (54, 56-58, 65) und *Meiern*, Acta Comititalia Ratisbonensia Pvblica 1653/54, I. Theil, 5. Buch, §. XII., S. 737, N. I., S. 737-743 (743), 6. Buch, §. XI., S. 851, N. I.-N. III., S. 851-857, §. XIII., S. 859, N. I., S. 859-860: Beschluss des Reichsfürstenrates v. 13. Febr. 1654 über Introduction von Dietrichstein (Erstlich ..., Zum andern ..., Vierdtens ..., S. 860), N. II., S. 860-862, §. XXI., S. 923, N. I., S. 923-925: Kaeyserl. Decret v. 2. März 1654 wegen Introduction von Dietrichstein). Sein Sohn Fürst Ferdinand Joseph von Dietrichstein erwarb im Jahr 1686 schenkweise von Kaiser Leopold I. die im Engadin gelegene, der Grafschaft Tirol zugehörnde Herrschaft und Bergfestung Tarasp – bestehend aus dem größeren Dorf Fontana und einigen Weilern – mit aller Ober=Herrlichkeit und Eigentum. Sie wurde für eine freie Reichsherrschaft erklärt, und, obgleich sie sich nach den tatsächlichen Verhältnissen unter der Landeshoheit des Grafen von Tirol (Haus Österreich) – Steuer- und Militärhoheit – befand, wurde er mit ihr am 4. Okt. 1686 im Reichsfürstenrat mit Sitz und Stimme eingeführt (*Zedler*, Universal Lexicon, VII. Band, Dietrichstein, das Geschlecht derer Fuersten und Grafen ..., Sp. 869-877 (876), XII. Band, Tarasp, ..., Sp. 1809; *Büsching*, Erdbeschreibung, V. Theil, Der oestreichische Kreis, VIII., S. 657-658; *Moser* ebd., 1. Buch, 9. Cap., §. 16., S. 302, 2. Buch, 2. Cap., §. 91., S. 610; *Stolz*, Beiträge zur Geschichte des Unterengadins aus Tiroler Archiven, II., in: *LIII. Jahresh. Hist.-antiqu. Ges. Graub.*, S. 107: erbliches Reichslehen „cum iure territoriali“ landesfürstliche Obrigkeit und Reichsimmediatät, mit Vorbehalt des „iuris armorum, praesidii et aperturae necnon iuris collectandi“ für

bb) Die geistlichen Stimmen

aaa) Der grafenmäßige Besitz der geistlichen Fürsten

Kennzeichen ihrer Reichsstandschaft war die lehnsrechtliche Reichsunmittelbarkeit mit den Regalien, womit eine alt-gräfliche Gewalt mitgegeben war.⁷⁴⁷

Von den 32 geistlichen Stimmen⁷⁴⁸ entsprachen die 27 Territorien:

Österreich (nach Urbar der Herrschaft Tarasp von 1713); *I. Müller*, Die Herren von Tarasp, IX., 2., S. 142 und *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 32., S. 106-107 (107).

⁷⁴⁵ Fürst Johann Weichard von Auersberg war am 10. März 1654 für seine Person in den Reichsfürstenrat aufgenommen worden, und sollten seine Erben und Nachkommen nicht eher zu Sitz und Stimme gelangen, bis sie sich mit fürstenmäßigen Gütern im Reich versehen haben (*Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 1. Buch, 4. Cap., §. 15., S. 54-65 (54, 56-58, 65) und *Meiern*, Acta Comitialia Ratisbonensia Pvblica 1653/54, I. Theil, 6. Buch, §. XIII., N. I., S. 859-860 (859): Conclusum des Reichsfürstenrates v. 13. Febr. 1654, Erstlich ..., Zum andern ..., Viertens ..., §. XXI., N. I., S. 923-925 (923-924): das genehmigende kaiserliche Dekret v. 2. März 1654). Er erwarb im Jahr 1663 von Erzherzog Sigismund Franz von Österreich-Tirol die mit der Landgrafschaft Nellenburg (österreichischer Besitz) vereinigte Herrschaft Thengen und ließ sich alle Rechte, welche von dieser in jener ausgeübt wurden, abtreten (*Baumann*, Die Territorien des Seekreises, (Österreichische Landgrafschaft Nellenburg), Thengen, S. 28). Er ließ die Herrschaft Thengen, um seinen Nachkommen die Reichsfürstenwürde zu sichern, im Jahr 1664 zur gefürsteten Reichsgrafschaft erheben (*Baumann* ebd., S. 28-29 und *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der schwaebische Kreis, Die gefuerstete Grafschaft Thengen, §. 1., S. 529). Das Haus Österreich bestritt jedoch weiterhin die Unabhängigkeit der Grafschaft. Der kaiserliche Konferenzialrezeß von 1739 erkannte auch der Landgrafschaft Nellenburg im tengenschen Gebiet die Territorialrechte, die Gesetzgebung mit den daraus fließenden „iura suprematus, ius armorum, sequelae, quarterii, collectationis et reglialium“ und der landgerichtlich mitlaufende Gerichtszwang (Berufungsinstanz für Gerichtsbarkeiten) zu, womit sie sich nach den tatsächlichen Verhältnissen unter deren Landeshoheit befand. Trotzdem begründete sie weiter die Reichsstandschaft (*Baumann* ebd., S. 29; *Moser* ebd., 1. Buch, 9. Cap., §. 16., S. 302, 2. Buch, 2. Cap., §. 93., S. 611 und *Sauter*, Kommingen auf dem Randen, Das politische Schicksal des Dorfes, Die hohen Regale, S. 15-16).

⁷⁴⁶ *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 1. Buch, 9. Cap., §. 16., S. 302 „Ja nicht nur der Verlust eines Landes, worauf Siz und Stimme haftet, sondern auch der Verlust der blossen Landes=Hoheit ueber ein solches Gebiet, ziehet ordentlicher Weise den Verlust der Reichs=Standschafft nach sich: Doch fehlet es nicht an verschidenen Exempeln von Fuersten und Grafen, welche in ihren Landen die Landes=Hoheit entbehren muessen, ohne daß sie deßwegen ihrer Reichs=Standschafft entsetzet worden waeren., und die Fuersten von Auersberg und Dietrichstein, bedienen sich ebenfalls ihres Siz= und Stimm= Rechts, obgleich Oesterreich die Landes=Hoheit in ihren Landen ausuebet.“; *ders.*, Betrachtungen ueber die Wahlcapitulation Kayser Josephs II., Art. I § 5, (7), S. 43-44 „i m e d i a t) Daß dem Gesetz dadurch kein Genuegen geschehe, wann ein Reichsstand ein Stueck Landes pro forma durch eine Urkund fuer unmittelbar erklaret, und doch in der That selbst, nach wie vor, in dem Besitz der Landeshoheit darueber bleibt, wird jeder selbst begreifen. Ob nun bey dem Fuerstlichen Hause Dietrichstein und dessen Herrschaft Trasp diser Fall vorhanden seye oder nicht? wird man in Tyrol am besten wissen.“; *ders.*, Neuestes Reichs=Staats=Handbuch, I. Theil, 1. Buch, 8. Cap., §. 1., S. 67-68 (68) „...., daß mehrmalen so geringen Guetern der Titul eines Fuerstenthums beygelegt worden ist, welche nicht einmal mit Ehren eine Graf= oder Herrschafft abgeben, oder vorhero gar nur ein Stueck einer alten Graf= oder Herrschafft waren, z. E. Trasp, ..., Tengen, ...“.

⁷⁴⁷ Oben, S. 459-460.

⁷⁴⁸ Erzbistum Salzburg, Hoch- und Teutschmeistertum, Hochstifte Bamberg, Würzburg, Worms, Eichstätt, Speyer, Straßburg, Konstanz, Augsburg, Hildesheim, Paderborn, Freising, Regensburg, Passau, Trient, Brixen, Basel, Münster, Osnabrück, Lüttich, Lübeck, Chur, Fulda, Kempten, Ellwangen, Fürstentum Heitersheim (Johanniter-Orden), Hochstift Berchtesgaden, Stifte Weissenburg, Prüm, Stablo und Malmedy, Hochstift Corvey (unten, S. 499-516).

	Fläche QM	Volkszähl	Einkünfte Gulden
Erzstift Salzburg ⁷⁴⁹ reichsunmittelbares Gebiet ⁷⁵⁰	164	200 000	Landesherr 2-3 000 000 Landschaft 317 177 ⁷⁵¹
Hoch- und Teutschmeistertum ⁷⁵² Meistertum Mergentheim reichsunmittelbar ⁷⁵³	5, 54	24 500	259 300 ⁷⁵⁴

⁷⁴⁹ Stimme : Salzburg (oben, S. 105).

⁷⁵⁰ Das Erzstift bestand aus den Landen innerhalb und außerhalb des Gebirges, in welchem der Fürsterzbischof die Landeshoheit ausübte (*Hübner*, Beschreibung des Erzstiftes Salzburg, I. Band, (Erste allgemeine Abtheilung), A., Lage, Graenzen, S. 31-32, Eintheilung, S. 32, a) und I., II., (Erste besondere Abtheilung) Das Salzburgische flache Land, S. 33-34, II. Band, (Zweyte besondere Abtheilung) Das Salzburgische Gebirgsland, S. 329-330 und *Kleinmayrn*, Nachrichten vom Zustande der Gegenden und Stadt Juvavia, § 318. u. §. 319., S. 468-485, insb. das in § 318., Fußn. (b), S. 470-471 auszugsweise wiedergegebenen dem Erzbischof (Hieronymus) von Kaiser Joseph II. am 21. Nov. 1777 in Wien erteilte privilegium de non appellando) und dem zu den Landen außerhalb des Gebirges hinzugehörenden als Exklave im Herzogtum Baiern gebietlich kleinen Pfleg- und Stadtgericht Mühldorf, in welchem er teilweise örtlich die landeshoheitlichen Rechte mit dem Herzog von Baiern theilte (*Hübner* ebd., I. Band, (Erste allgemeine Abtheilung) A., Eintheilung, S. 32, a) und I., (Erste besondere Abtheilung) Das Salzburgische flache Land, S. 33, I. Das Pfleg- und Stadtgericht Muehdorf, S. 35-48 (35-36, 38) und *Großer Historischer Weltatlas*, III. Teil, S. 38, E 3).

⁷⁵¹ Annex, S. 66-67.

⁷⁵² Stimme: Hoch- und Teutschmeister (oben, S. 110).

⁷⁵³ Der Hoch- und Teutschmeister wurde auch im 18. Jahrhundert und zu seinem Ausgang mit allen seinem Ritter-Orden zugehörenden gebietlichen Besitz und Regalien in den deutschen, welschen und preußischen Landen vom Kaiser belehnt und bildeten seine sämtlichen im Reich liegenden Güter das Reichsfürstentum, auf welchem die fürstliche Virilstimme radiziert war (*Feder*, Historisch=Diplomatischer Unterricht von des Hohen Teutschen Ritter=Ordens, Secti I., §. 17., S. 14, insb. Beylagen ad Sectionem I., Nro. 37.: Belehnung des Hoch- und Teutschmeisters durch Kaiser Karl VI. v. 10. Dez. 1717; *Hoch= und Deutsch=Meisterthum*, in: *JGSSW*, I. Band, S. 222-223; *Fabri*, Geographie fuer alle Staende, I. Theil, 3. Band, Der Fraenkische Kreis, Vom deutschen Ritterorden ueberhaupt, ..., §. 2., S. 3; *Bundschuh*, Lexikon von Franken, III. Band, Mergentheim, des teutschen Ritterordens Meisterthum. ..., Sp. 534-564 (563); *Das Hoch= und Teutschmeisterthum und der teutsche Ritterorden im Jahr 1809*, §. 7., §. 17., in: *Der Rheinische Bund*, XIX. Band, 55. Heft, 2., S. 32, 38; *Protokoll Regensburg*, Beilagen, I. Band, 11. Beilage, S. 36-39: Hoch= und Teutschmeisterliche Reklamation ... den 30. August 1802 ..., insb. S. 38-39 und *Hofmann*, Der Staat des Deutschmeisters, II., Meisterthum, S. 399).

Die in den älteren Zeiten reichsunmittelbar gewesenen Balleien des einheitlichen Reichsfürstentums (*Feder* ebd., §. 15., S. 12-13, §. 16., S. 13-14 (13)) waren später zumeist unter die Hoheit anderer Territorialherren gelangt (*Reinking*, Belehrung von dem Unterschied zwischen mediaten und immediaten Commenden, §. 1.-§. 12., S. 1-30 (§. 2. u. §. 3., S. 2-3); *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band XIII, 3. Buch, 2. Cap., §. 5., S. 914-916; *Täubl*, Der Deutsche Orden im Zeitalter Napoleons, I. Kap., 3. b), S. 20; gegen den die Reichsunmittelbarkeit auch noch im 18. Jahrhundert für alle Balleien mit ihren Kommenden generell behandelnden *Feder* ebd., §. 16., S. 13-14, §. 20., S. 15-16). Hiervon war auch Art. V § 14 u. § 25 IPO bei seiner konfessionellen Festschreibung der reichsunmittelbaren und landsässigen Gebiete zum Stand des neuen Normaljahres 1. Jan. 1624 mit der Mitberücksichtigung von reichsunmittelbaren und landsässigen Balleien und Kommenturen ausgegangen (*Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 28-29 (28), 32-33 (32)).

In seinem von ihm selbst regierten Land, dem Meistertum Mergentheim – Tauberoberrat und Neckaroberrat –, wie es in der Ballei Franken bis in die Jahre 1788/91 bestanden hatte und den zu ihm in dieser Zeit vereinigten anderen Besitzungen der Ballei Franken (*Hofmann* ebd., I., 6., Unum et indivisible corpus, S. 320-332; *Hoch= und Deutsch=Meisterthum*, in: ebd., S. 223 und *Das Hoch= und Teutschmeisterthum und der teutsche Ritterorden im Jahr 1809*, §. 32.-§. 47. (§. 38.-§ 47.), in: ebd., 2., S. 45-52 (47-52)), übte er Hoch- und Deutschmeister in den beiden Oberämtern die Landeshoheit aus (*Bundschuh*, Lexikon von Franken, III. Band, Mergentheim, des teutschen Ritterordens Meisterthum. ..., Sp. 534-564 (563); *Fabri* ebd., §. 5., S. 6; *Büsching*,

Hochstift Bamberg ⁷⁵⁵	65	195 000	1 500 000 ⁷⁵⁶
Hochstift Würzburg ⁷⁵⁷	96	262 409	1 500 000 ⁷⁵⁸
Hochstift Worms ⁷⁵⁹	4 ⁷⁶⁰	12 000 ⁷⁶¹	85 000 ⁷⁶²

Erdbeschreibung, VII. Theil, Der fraenkische Kreis, Vom deutschen Ritter=Orden ueberhaupt, ..., §. 6., S. 973; *GRSH* ebd., S. 82-83 (82) und *Hofmann* ebd., II., Meistertum, Tauberoberrat, S. 401-404 (403: die Landeshoheit nur bei den wenigen Streubesitzungen im markgräflichen (ansbachischen) und im würzburgischen Territorium umstritten), Neckaroberrat, S. 404-406, Statistisch-topographische Übersicht: Meistertum und Ballei Franken Deutschen Ordens am Ende des Alten Reiches (1788), Meistertum Deutschen Ordens, Tauberoberrat, S. 453-458 (454, 458), Neckaroberrat, S. 458-462 (459: im Pfälzischen die Landeshoheit teilweise angefochten), Auswärtige Verwaltungen des Meistertums, S. 462-469: dem Hoch- und Deutschmeister standen nur einzelne Jurisdiktionen zu). Die weiteren Besitzungen der Ballei Franken waren zumehrst reichsunmittelbar (*Büsching* ebd., §. 6., S. 973; *GRSH* 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Abtheilung, Teutschen Ordens Hochmeisterthum zu Mergentheim, S. 82-83 (82) und *Hofmann* ebd., II., Ballei Franken, S. 417-421 (421), 422-424 (423), 424-426 (425-426), 426-428 (427-428), 428-430 (429-430), 431-432 (432), Statistisch-topographische Übersicht: Meistertum und Ballei Franken Deutschen Ordens am Ende des Alten Reiches (1788), Ballei Franken, S. 471-473 (472), 473-474 (473), 474-478 (474, 476, 478), 478-480 (478-479), 480-482 (480), 482-484 (484), 484, 484-486 (485-486), 486-487, 487-493 (488, 490, 492, 493), 493-495 (494-495), 495-496 (496), 496-498 (497-498), 498-500 (498-499), 500-501).

Von den Kommenden der weiteren 11 Balleien Elsass und Burgund, Österreich, an der Etsch und am Gebirge, zu Koblenz, Altenbiesen, Westfalen, Lothringen, Hessen, Sachsen, Thüringen, Utrecht (*Büsching* ebd., VII. Theil, §. 7., III.-XIII., S. 981-987) waren die 5 von Österreich, an der Etsch und am Gebirge, Sachsen, Thüringen und die gebietlich den Generalstaaten der Vereinigten Provinzen zugehörnde Utrecht landsässig (*Büsching* ebd., V. Theil, Der oestreichische Kreis, VII., S. 655, I., S. 655-656, II., S. 656-657, VIII. Theil, Der oersaechische Kreis, Der thuringische Kreis, §. 6., A., 7., 7), S. 77-78 und *Hofmann* ebd., II., Erläuterungen zu den Karten, Karte 2, S. 517, 518-521: Ballei Österreich, Ballei an der Etsch und im Gebirge [Ballei Tirol], Ballei Sachsen, Ballei Thüringen, Ballei Utrecht). Bei den anderen 6 Balleien waren einzelne Kommenden auch reichsunmittelbar (*Hofmann* ebd., II., Erläuterungen zu den Karten, Karte 2, S. 517, 518-521: (Immediat-) Ballei Elsass und Burgund, (Kammer-) Ballein Koblenz, Ballei Hessen, Ballei Alten-Biesen, Ballei Westfalen, Ballei Lothringen). Besonders umstritten wegen ihrer Reichsunmittelbarkeit waren die Kommenden der Ballei Hessen (*Reinking* ebd., §. 4., S. 3-4, §. 12., S. 30 (vielmehr S. 26)-30 und *Moser* ebd., Band XIV, 7. Cap., §. 32., S. 125-126).

⁷⁵⁴ Annex, S. 32-33.

⁷⁵⁵ Stimme: Bamberg (oben, S. 105).

Die Einteilung des hochstiftischen Territoriums in 34 unmittelbare und 13 mittelbare Ämter betraf die Ausübung der obrigkeitlichen Rechte unmittelbar durch die fürstlichen Stellen und durch solche des Domkapitels und landsässigen Abteien. Letztere waren auch der Landeshoheit des Fürstbischofs unterworfen und integrierende Teile des Hochstiftes, welcher Bischof im Zusammenwirken mit seinem Domkapitel die landeshoheitlichen Rechte ausübte (*Bundschuh*, Lexikon von Franken, I. Band, Bamberg, (das Hochstift) ..., Sp. 237-253 (251-252) und *Schneidawind*, Beschreibung des Hochstifts Bamberg, 1. Abtheilung, 14. Abschnitt, S. 283-284, 286-287, 289-303).

⁷⁵⁶ Annex, S. 33.

⁷⁵⁷ Stimme: Würzburg (oben, S. 110).

Einteilung des hochstiftischen Gebietes in 54 unmittelbare und 24 mittelbare Ämter, in welchen mittelbaren die obrigkeitliche Gewalt durch Stellen des Domkapitels, der Stifter, Klöster und anderer meist geistlicher Institute ausgeübt wurden, womit ihre mittelbare Zuordnung unter die landeshoheitliche Gewalt gegeben war (*Bundschuh*, Lexikon von Franken, VI. Band, Wuerzburg, ..., das Bisthum. ..., Sp. 301-491 (363-378); *Schöpf*, Historisch=statistische Beschreibung des Hochstifts Würzburg, 1. Abschnitt, S. 55-67 und *Flurschütz*, Die Verwaltung des Hochstifts Würzburg unter Franz Ludwig von Erthal (1779-1795), I., 2., S. 4-5 (5)).

⁷⁵⁸ Annex, S. 33.

⁷⁵⁹ Stimme: Worms (oben, S. 110).

In dem aus den 5 Ämtern Dirmstein, Ehrenberg, Lampertheim, Neckarsteinach, Neuhausen bestehende hochstiftische Territorium (*Kurmainzischer Hof= und Staats=Kalender auf das Jahr 1790, - Jahr 1797*, Der

Hochstift Eichstätt ⁷⁶³ reichsunmittelbares Territorium ⁷⁶⁴	20	57 183	295 000 ⁷⁶⁵
Hochstift Speyer, ⁷⁶⁶ dem Reich zugehörnder Gebietsteil ⁷⁶⁷	20	52 000	336 000 ⁷⁶⁸

geistliche und weltliche Staat des Bischthums u. Fuerstenthums Worms, Hochfuerstlich Wormsischer weltlicher Staat, Hochfuerstliche Aemter und Kellereyen nach alphabetischer Ordnung, S. 38-39 (1790), S. 31-32 (1797)) übte der Fürstbischof in den 3 Ämtern Lampertheim, Dirmstein, Neuhausen und in dem ca. hälftig mit dem Bischof von Speyer in Kondominat besessene Amt Neckarsteinach die Landeshoheit aus. Im Amt Ehrenberg stand ihm in seinen beiden ca. 16 km² = 0, 29 QM großen Dörfern Aglasterhausen, Barga die Ortsherrschaft zu, und hatte der Pfalzgraf bei Rhein die Blutgerichtsbarkeit inne und war das Schloss Ehrenberg mit einem Kleinstbesitz nach den tatsächlichen Gegebenheiten reichsritterschaftlicher Besitz (*Kurmainzischer Hof= und Staats=Kalender* ebd.; *W. Wagner*, Das Rhein=Main=Gebiet vor 150 Jahren (1787), Beschreibung der Stände und Glieder des Heiligen Römischen Reichs nach dem Stand von 1787, Erstens., B., I., 6. Bischof zu Worms, A., in: *Archiv für hessische Geschichte und Alterthumskunde*, XX. Band, S. 58-59, Fußn. 5) (S. 59) mit zugehörnder Karte: *Strecker*, Das Rhein= Main=Gebiet vor 150 Jahren (1787) (Karte), Bischof zu Worms; *Pfalzatlas*, II. Textband: *M. Schaab*, Territoriale Entwicklung der Hochstifte Speyer und Worms, 5., S. 775-780 (Ladenburg, ..., 6 Straßenheim, S. 777-778, Wimpfen ..., 5 Aglasterhausen und 12 Barga, S. 779), 4., Vom Westfälischen Frieden bis zur Französischen Revolution 1652-1790 (1803), S. 774 mit zugehörnder Karte 61 Vorl. Nr. 77: Territoriale Entwicklung der Hochstifte Speyer und Worms, Umgrenzungslinie der Ämter ..., (Wimpfener Bannforst: 5. (=Dorf Aglasterhausen), 12. (=Dorf Barga), Lobdengau: 6. (=Dorf Straßenheim) und *Levy*, Worms am Ende der reichsstädtischen Verfassung, in: *Vom Rhein*, 8. Jahrg., Februar, S. 12). Die landeshoheitlichen Rechte wurden von dem Fürstbischof im 18. Jahrhundert unter Mitwirkung seines Domkapitels ausgeübt (*Sofsky*, Die verfassungsrechtliche Lage des Hochstifts Worms in den letzten zwei Jahrhunderten, II., 2., a) und b), in: *Der Wormsgau*, Beiheft XVI, S. 22-26, 28, 29, 31).

Daneben besaßen der Bischof und sein Domkapitel auswärtige zumeist in der Pfalzgrafschaft bei Rhein und in der dem Landgrafen von Hessen-Darmstadt zugehörnden Grafschaft Katzenellenbogen unter den dortigen Landeshoheiten gelegenen Besitze (*Das Bistum Worms*, Anhang, Klöster und Stifte, S. 266).

⁷⁶⁰ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Worms, S. 104-105 (104) und *Pfalzatlas*, Karte: 61 Vorl. Nr. 77: Territoriale Entwicklung der Hochstifte Speyer und Worms (M. Schaab), Hochstift Worms, Umgrenzungslinie der Ämter ... mit II. Textband: *M. Schaab*, Territoriale Entwicklung der Hochstifte Speyer und Worms, 5., S. 775-780: Fläche um die 220 km² = 4 QM.

⁷⁶¹ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Worms, S. 104-105 (104).

Großbritannienischer Kalender auf das Jahr 1799, Verzeichniß der Regenten ..., B), 1. Abschnitt, Worms, S. 59 mit S. 130: für Ende Juli 1798 13 000 Einw.

⁷⁶² *Tabellarische Uebersicht der Staatskräften von Deutschland*, N^o. 1. e) Recapitulation der geistlichen Staaten, Worms, S. 14-15 (14).

Büsching, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober=rheinische Kreis, Das Hochstift Worms, §. 9., S. 10: die fürstlichen Einkünfte mit nicht über 80 000 Gulden.

⁷⁶³ Stimme: Eichstätt (oben, S. 105).

⁷⁶⁴ Das von dem Fürstbischof mit seiner Landeshoheit ausgeübte hochstiftische Territorium bestand aus den Ober- und Pflegeämtern des unteren und oberen Stiftes mit der im ersteren gelegenen Hauptstadt Eichstätt (*Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der fraenkische Kreis, Das Hochstift Eichstaedt, §. 13., 1. u. 2., S. 930-938; *Fabri*, Geographie fuer alle Staende, I. Theil, 2. Band, Der fraenkische Kreis, Das Hochstift Eichstaett, §. 16., I.) Das untere Stift, II.) Ober= und Pflegeaemter im obern Hochstifte, S. 939-948 und *Historischer Atlas von Bayern*, Franken: *Hirschmann*, Eichstätt, Teil 1, 2., S. 46: Landeshoheit, S. 58-59: Steuer- und Zollhoheit, Post und Militär).

⁷⁶⁵ Annex, S. 34.

⁷⁶⁶ Stimme: Speyer (oben, S. 110).

⁷⁶⁷ Seine fürstbischöfliche Reichsstandschaft wurde durch den im Oberrheinischen Kreis, dem Reich zugehörnden links und rechts des Rheines gelegenen größeren Gebietsteil seines Hochstiftes begründet

Hochstift Straßburg, ⁷⁶⁹ dem Reich zugehöriger Gebietsteil ⁷⁷⁰	8 ½	26 188	130 000 ⁷⁷¹
Hochstift Konstanz, ⁷⁷² dem Reich zugehöriger Gebietsteil ⁷⁷³	5	14 000	80 000 ⁷⁷⁴

(*Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober=rheinische Kreis, Das Hochstift Speyer, S. 12-20 (§. 1.-§. 7., S. 12-14 (§. 5., S. 13-14) §. 8., I., S. 14-18, II., S. 19).

Das als Teil seines Hochstiftes im Unter-Elsass gehabte Oberamt Lauterburg und die beiden Ämter Magenburg (Madenburg) und Dhan (*Büsching*, Erdbeschreibung, III. Theil, Frankreich, 40. (vielmehr 39.) Das Gouvernement vom Elsas, Unter=Elzas, III., 1, S. 935-936, 2, S. 936, 3, S. 936-937, VII. Theil, Der ober=rheinische Kreis, Das Hochstift Speyer, §. 8., II., Anmerk., S. 19-20) waren jedenfalls mit der in Art. IV des Rijswijker Frieden vom 30. Okt. 1697 festgelegten alleinigen Herausgabe der außerhalb des Elsass gelegenen Reunionen an das Reich unter die Souveränität der französischen Könige gelangt (unten, S. 999-1003; *Büsching* ebd., III. Theil, III., 1-3, S. 935-937 mit S. 919 und *Wetterer*, Das Bischöfliche Vikariat in Bruchsal von der Säkularisation 1802/3 bis 1827, II. Teil, § 1., in: *Beiträge zur Gründungsgeschichte der Oberrheinischen Kirchenprovinz*, III. Teil, S. 208-209 (208); *Winkopp-Höck*, Magazin fuer saemtliche geistliche Staaten, I. Band, X., S. 234-267: *Memoire fuer den Herrn Fuerst Bischof von Speier ...*, nach welchem seine am rechten Ufer der Queich gelegenen Ämter nach dem Ryswijker Friedensschluss durch von ihm mit dem König von Frankreich getroffenen zweiseitigen Vereinbarungen unter dessen Oberhoheit gelangt waren (S. 252-257).

⁷⁶⁸ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. I., Speyer, Hochstift mit Domkapitel, ohne die Probstei Weissenburg im Elsass, S. 13 (linksrheinisch): 10 QM, 24 000 Menschenzahl, 168 000 Gulden Einkünfte, Tabelle Nro. X., Der Oberrheinische Kreis, Rest von Speyer, S. 28 (rechtsrheinisch): 10 QM, 28 000 Menschenzahl, 168 000 Gulden Einkünfte.

GRSH 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Speyer, a) und b), S. 92: 20 QM, 48 000 Einw., 300 000 Gulden Einkünfte; rechtsrheinisch: a) 10 QM, 24 000 Einw., 150 000 Gulden, linksrheinisch: b), 10 QM, 24 000 Einw., 150 000 Gulden.

⁷⁶⁹ Stimme: Straßburg (oben, S. 110).

⁷⁷⁰ Seine fürstbischöfliche Reichsstandschaft wurde durch rechtsrheinisch im Oberrheinischen Kreis, dem Reich zugehörigen beiden Oberämtern Ettenheim und Oberkirch begründet (*Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober=rheinische Kreis, Das Hochstift Straßburg, S. 21-22 (21); *GRSH* 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Hauptabtheilung, Straßburg, S. 82 und *Schell*, Das Hochstift Straßburg rechts des Rheins 1801, in: *ZGO*, XLVIII. Band, S. 138-139, 134).

Seine linksrheinischen Besitzungen 9 Ämter waren mit der in Art. IV des Rijswijker Frieden vom 30. Okt. 1697 festgelegten Herausgabe aller außerhalb des Elsass gelegenen Reunionen an das Reich unter die französische Souveränität gelangt (unten, S. 999-1003), welchem Bischof die geistliche Gerichtsbarkeit und die Einkünfte verblieben waren, diese jedoch seit der Revolution von der Französischen Republik eingezogen wurden (*Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil ebd. S. 21, III. Theil, Frankreich, 40. (vielmehr 39.), Unter=Elzas, II, 2-5, S. 926-928, 7. u. 8., S. 929, V., 1. u. 2., S. 944-945, VI., 2, S. 952 und *GRSH* ebd.).

⁷⁷¹ Annex, S. 35.

⁷⁷² Stimme: Konstanz (oben, S. 110).

⁷⁷³ Seine fürstbischöfliche Reichsstandschaft wurde durch den im Schwäbischen Kreis gelegenen, dem Reich zugehörigen größeren Gebietsteil seines Hochstiftes, über welchen er die landeshoheitlichen Rechte ausübte, begründet (*Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der schwaebische Kreis, Das Hochstift Costanz, S. 386-392 (§. 4., S. 388-389, §. 7., I. u. II., S. 389-392; *Fleischhauer*, Das geistliche Fürstentum Konstanz, II. Teil, Abschnitt I., S. 33 mit Anhang I., A., S. 98-101 und *Moser*, Staats=Recht Des Fuerstlichen Hoch=Stifts Costanz, Wie auch der Fuerstlichen Abtney Reichenau, 9. Cap., §. 14.-§. 18., S. 120).

In dem in der Schweizerischen Eidgenossenschaft gelegenen kleineren Gebietsteil seines Hochstiftes übte der Bischof in den Städten Arbon mit dem Flecken Horn und Bischofszell die Landeshoheit und in den 7 weiteren Ämtern die Eidgenossenschaft die hauptsächliche Landeshoheit aus (*Fleischhauer* ebd., III. Theil, S. 83-86 (83) mit Anhang I., B., S. 101 und 102 und *Büsching* ebd., X. Theil, Die Eidgenossenschaft ..., I, B, 1, §. 7., B, I, 1-4, S. 500-504).

⁷⁷⁴ Annex, S. 35.

Hochstift Augsburg ⁷⁷⁵ hiervon ¼ in der dem Haus Österreich zugehörigen Markgrafschaft Burgau gelegen ⁷⁷⁶ mit inhaltlich eingeschränkter Landeshoheit ⁷⁷⁷	43	83 000	415 000 ⁷⁷⁸
Hochstift Hildesheim ⁷⁷⁹	47	78 000	587 850 ⁷⁸⁰

⁷⁷⁵ Stimme: Augsburg (oben, S. 107).

⁷⁷⁶ *Sartori*, Staats-Geschichte der Markgrafschaft Burgau, §. 5., S. 38-40 und *Roeder*, Lexikon von Schwaben, I. Band, Burgau, Markgrafschaft, Sp. 392-402 (392-394) angegebenen Grenzbeschreibungen von der Markgrafschaft Burgau mit den bei *Schröder-Schröder*, Die Herrschaftsgebiete im heutigen Regierungsbezirk Schwaben und Neuburg Mitte 1801 (Karte): kartographische Eintragungen, III., A. und B. Gebieten des Hochstiftes Augsburg. Insbesondere betroffen waren die 5 Pflögämter Aislingen, Münsterhausen, Weisingen, Westendorf, Zusmarshausen (*Schröder-Schröder ebd.*, III., A., 1, 7, 14, 15, 17).

⁷⁷⁷ Der Markgrafschaft, vom Haus Österreich besessen, standen bei den in ihr gelegenen Besitzungen von Insassen (Domizil in ihr) und Begüterten (gebietlicher Besitz ohne Domizil) „...: die Kriminalgerichtsbarkeit in den vier hohen Fällen, soweit sie nicht durch Sonderverträge oder durch Herkommen, wie in der Reichspflege Wörth und vielerorts, an einzelne insassische Herrschaften übergegangen war; die Forstherrlichkeit, bestehend in dem Rechte der Jagd und der Forstgesetzgebung; das Zollrecht; der Judenschutz nebst den damit verbundenen Gefällen, das Geleitsrecht nebst der Strassenpolizei; das Appellationsrecht, jedoch mit vielen Beschränkungen; das Bergwerksregal und einige geringere Rechte.“ zu (*Schröder*, Die staatsrechtlichen Verhältnisse im bayerischen Schwaben um 1801, III., Regentenhäuser, (Markgrafschaft Burgau), in: *JHVD*, 19. Jahrg., I., S. 162-165 (Zitat S. 165 und *Sartori*, Staats-Geschichte der Markgrafschaft Burgau, §. 226.-§. 231., S. 473-479: Blutbann, Wildbann, Geleit- und Zollregal im Besitz der alten Markgrafen von Burgau, §. 247. u. §. 246., S. 501-502, 498-500: Übergang dieser Rechte auf das die Markgrafschaft Burgau erwerbende Haus Österreich), §. 259., S. 521-522: Bestätigung dieser alten Freiheiten durch dem Röm. König Maximilian I. im Jahre 1492, §. 168.-§.197., S. 309-413, §. 200.-§. 212., S. 417-446: Abschluß von neuen Tractaten zwischen dem Haus Österreich und den Insassen und Begüterten). „... Dagegen übten die Insassen folgende Rechte auf ihren Besitzungen tatsächlich aus: Das Gesetzgebungsrecht, das Steuerrecht, das Waffen- und Aushebungsrecht, die Kirchenhoheit, die niedere Zivil- und Kriminalgerichtsbarkeit und vielfach auch die hohe Kriminaljurisdiktion. ...“ (*Schröder*, Die staatsrechtlichen Verhältnisse im bayerischen Schwaben um 1801, III., Regentenhäuser, (Markgrafschaft Burgau), in: *ebd.*, S. 165 (Zitat) und *Sartori ebd.*, §. 302. u. §. 303., S. 621-623, §. 311., S. 638-639: Gesetzgebungs-Recht, §. 309., S. 632-636: Zweifache Besteuerungs-Freyheit, §. 313., S. 642-644: Militarsachen, §. 314., S. 644: Land-Schutz, §. 312., S. 640-642: Kirchen- und Religions-sachen, §. 304. u. §. 305., S. 624-628: Jmmediat-Gerichtsbarkeit). Sie besaßen die Freiheit des Erscheinens zu den Landtagen und erbrachten niemals eine Landeshuldigung an den Fürsten der Markgrafschaft (*Sartori ebd.*, §. 308., S. 631-632, §. 307., S. 630-631). Die Landeshoheit war zwischen der Markgrafschaft Burgau und den Insassen/Begüterten geteilt (*Sartori ebd.*, §. 276., S. 560-563). Bei der im 18. Jahrhundert gegebenen Kennzeichnung der Landeshoheit und sie insbesondere ausmachend: das Recht Steuern und Anlagen anzusetzen, das Militärwesen im weitesten Sinne, die hohe Gerichtsbarkeit (Zivil- und Kriminal), die Befugnis in Religions- und Kirchensachen zu bestimmen (*Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band XIV, 11. Cap., §. 26., S. 238-239, §. 24., S. 238, 7. Cap., §. 99., S. 176-178), dies gegensätzlich zu ihrer im 16. Jahrhundert zumeist gehaltenen Indizierung durch den Blutbann (*Moser ebd.*, 4. Cap., §. 16., S. 65, 11. Cap., §. 20., S. 236), hatte am Ausgang des 18. Jahrhunderts der Schwerpunkt der Landeshoheit bei den Insassen und Begüterten gelegen, so dass sie sich auch ungeachtet des Protektorates Österreich als reichsunmittelbar bezeichneten (*Schröder*, Die staatsrechtlichen Verhältnisse im bayerischen Schwaben um 1801, III., Regentenhäuser, (Markgrafschaft Burgau), in: *ebd.*, S. 165-166).

⁷⁷⁸ Annex, S. 35-36.

⁷⁷⁹ Stimme: Hildesheim (oben, S. 105).

Bei den bis zur Mitte des 14. Jahrhundert entstandenen landeshoheitlichen Rechte war bereits in damaliger Zeit eine Beschränkung durch das Domkapitel existent gewesen (*O. Müller*, Die Entstehung der Landeshoheit der Bischöfe von Hildesheim, 1.-4. Teil, S. 3-112 und *Klewitz*, Studien zur territorialen Entwicklung des Bistums Hildesheim, 1. Teil, 2. u. 3. Kap., S. 18-40) und übte der Fürstbischof während des 18. Jahrhunderts diese mit seinen Landständen: Domkapitel, Sieben Stifter, Ritterschaft, Städte über sein hochstiftisches Territorium aus (*Lücke*, Die landständische Verfassung im Hochstift Hildesheim 1643-1802, II., S. 17-54, VI. und VII., S. 133-159 und *Büsching*, Erdbeschreibung, IX. Theil, Der niedersächsische Kreis, Das Bisthum Hildesheim. §. 4., S. 501-502, §. 11., S. 505-506, §. 14., S. 507-521).

Hochstift Paderborn ⁷⁸¹	54	96 920	900 000 ⁷⁸²
Hochstift Freising ⁷⁸³ reichsunmittelbares Territorium ⁷⁸⁴	13	11 500	169 000 ⁷⁸⁵
Hochstift Regensburg ⁷⁸⁶ reichsunmittelbares Territorium ⁷⁸⁷	5 ½ ⁷⁸⁸	9 000	111 379

⁷⁸⁰ Annex, S. 36.

⁷⁸¹ Stimme: Paderborn (oben, S. 105).

Bei stattgefundenem Erwerb und Innehabung der landeshoheitlichen Gewalten im 13. und 14. Jahrhundert mit einer damals bereits gegebenen Anteilnahme der Landstände, übte der Fürstbischof während des 18. Jahrhunderts im Zusammenwirken mit seinen Landständen: Domkapitel, Ritterschaft, Städte und mit seinem Geheimen Rat als der Zentralbehörde für die gesamte weltliche Verwaltung die landeshoheitlichen Rechte über sein Territorium aus (*Rosenkranz*, Die Verfassung des ehemaligen Hochstifts Paderborn in aelterer und spaeterer Zeit, 2. Abschnitt, 5., 4. Abschnitt, 3., 5. Abschnitt, 6. Abschnitt, 1. u. 2., 3., 4-7., in: *ZVGA*, II. Band, I., S. 50-52, 103-105, 114-130, 130-140, 143-144, 145-162; *Jacobs*, Die Paderborner Landstände im 17. und 18. Jahrhundert, 2.-5. Kap. (5. Kap.), in: *WZ*, XCIII. Band, 2. Abteilung, S. 55-106 (88-106); *Böhmer*, Das Geheime Ratskollegium des Hochstifts Paderborn, Einleitung, S. 11, I, S. 12-13 und *Amedick*, Das Forst- und Jagdwesen im Hochstifts Paderborn, A., II., S. 46-48, B., S. 57-66).

⁷⁸² Annex, S. 36.

⁷⁸³ Stimme: Freysing (oben, S. 110).

⁷⁸⁴ Das hochstiftische Territorium bestand aus den reichsunmittelbaren Gebieten von Stadt Freising mit Burgfrieden, der Grafschaft Ismaning, der Herrschaft Burgrain und der Grafschaft Werdenfels (*Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der bayerische Kreis, Das Hochstift Freysing, S. 785-789 (787-789); *Fabri*, Geographie fuer alle Staende, I. Theil, 2. Band, Der Baiersche Kreis, Das Hochstift Freysingen, S. 720-722 (721-722); *Melchinger*, Lexikon von Baiern, I. Band, Freisingen, Hochstift und Bißthum, ..., Sp. 629-632 (630-631) und *Historischer Atlas von Bayern*, Altbayern: *Stahleder*, Hochstift Freising (Freising, Ismaning, Burgrain), Einleitung, II. Der weltliche Besitz des Hochstifts Freising vor der Säkularisation, S. 3-9 und *Historischer Atlas von Bayern*, Altbayern: *Albrecht*, Grafschaft Werdenfels (Hochstift Friesing), Zur Geschichte der Grafschaft, S. 1-2, 5-7).

Neben seinem reichsunmittelbaren Territorium besaß der Fürstbischof noch weiteren gebietlich größeren auswärtigen Besitz, von Herrschaften, Hofmarken und Besitze im Erzherzogtum Österreich, in den Herzogtümern Krain, Steiermark, in der Grafschaft Tirol und im Herzogtum Baiern unter den dortigen Landeshoheiten (*Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der bayerische Kreis, Das Hochstift Freysing, Anmerkungen, S. 788-789).

⁷⁸⁵ Annex, S. 36-37.

⁷⁸⁶ Stimme: Regensburg (oben, S. 110).

⁷⁸⁷ Zum hochstiftischen Gebiet gehörten neben den in der Stadt Regensburg sich befundenen Örtlichkeiten, dem Bischofshof, dem Dom Sankt Peter, den Wohnstätten der Kapitulare die 3 unmittelbaren Reichsherrschaften Donaustauf, Wörth, Hohenburg und weitere 13 mediate Herrschaften und Hofmarken in den Herzogtümern Baiern und Österreich unter den dortigen Landeshoheiten (*Fabri*, Geographie fuer alle Staende, I. Theil, 2. Band, Der Baiersche Kreis, Das Hochstift Regenspurg, S. 739-743 (739, 743); *Melchinger*, Lexikon von Baiern, II. Band, Regensburg, Bißthum und Hochstift ..., Sp. 728-732 (732), I. Band, Donaustauf, ..., freye Reichsherrschaft in Nieder=Baiern, ..., Sp. 493-494, III. Band, Woerth, ..., fuerstbischoefliches Lustschloß und freie Reichsherrschaft in Nieder=Baiern; ..., Sp. 637; *Schwaiger*, Das dalbergische Fürstentum Regensburg (1803-1810), in: *ZBLG*, XXIII. Band, Aufsätze, S. 45-47 und *Meissner*, Fürstbischof Anton Ignaz Fugger (1711-1787), III., 3., a., S. 231-233, Ziff. 1.-5., S. 233-234, Ziff. 1.-4.). Seit der im Jahre 1433 gegebenen Zugehörigkeit der Herrschaft Hohenburg zum Hochstift Regensburg Ausübung der niederen und hohen Gerichtsbarkeit durch einen vom Fürstbischof bestellten Pfleger und war bei einzelnen abgegebenen oder exemt in der Reichsherrschaft sich befundenen Gebietsteilen die Landeshoheit umstritten (*Historischer Atlas von Bayern*, Altbayern: *Jehle*, Parsberg, B., IV., Hohenburg, b), Landeshoheit und Gerichtsbarkeit, S. 385-389 (387), Differenzen um die Landeshoheit, S. 389-395).

⁷⁸⁸ Annex, S. 37-38.

Hochstift Passau ⁷⁸⁹ reichsunmittelbares Territorium ⁷⁹⁰	18	55 500	200 000 ⁷⁹¹
Hochstift Basel, ⁷⁹² dem Reich zugehöriger Gebietsteil ⁷⁹³	15 ½ ⁷⁹⁴	41 700 ⁷⁹⁵	

⁷⁸⁹ Stimme: Passau (oben, S. 107).

⁷⁹⁰ Das hochstiftische Territorium bestand aus den reichsunmittelbaren Gebieten von Stadt Passau, den Herrschaften Viechtenstein, Hafnerzell, Fürsteneck, Leoprechting, Wolfstein, Wegstein, Riedenburg, dem Landgericht Oberhauß dem Richteramt Waldkirchen und weiteren im Erzherzogtum Österreich und im Herzogtum Baiern sich unter den dortigen Landeshoheiten befundenen Besitzungen, insbesondere die Grafschaft Neuburg unter österreichischer Landeshoheit (*Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der bayerische Kreis, Das Hochstift Passau, §. 7., S. 809-812; *Fabri*, Geographie fuer alle Staende, I. Theil, 2. Band, Der bairische Kreis, Das Hochstift Passau, S. 745-749 (746-749); *Melchinger*, Lexikon von Baiern, II. Band, Passau, das Hochstift und Bißthum ..., Sp. 614-617 (614, 616-617); *Buchinger*, Geschichte des Fuerstenthums Passau, I. Baendchen, Geographisch=statistische Vormerkung, S. 28-29, 31-32, 34-35: nach welchem allein bei der Herrschaft Riedenburg die Landeshoheit zwischen dem Fürstbischof von Passau und dem Herzog von Baiern – weshalb auch ein Prozeß beim Reichskammergericht anhängig war – umstritten war, welche Herrschaft jedoch vom Hochstift stets als unmittelbare angeführt wurde (S. 29); *Ringelmann*, Die Säkularisation des Hochstifts und des Domkapitels Passau, Die Säkularisation des Hochstifts Passau, Bistum und Hochstift in ihrer Entwicklung, S. 16-17 und *Historischer Atlas von Bayern*, Altbayern: *Veit*, Passau Das Hochstift, Einleitung, S. 2: Innehabung der Grundherrschaft über die unter der österreichischen Landeshoheit gestandene Grafschaft Neuburg).

⁷⁹¹ Annex, S. 38.

⁷⁹² Stimme: Bischof von Basel (oben, S. 106).

⁷⁹³ Die fürstbischöfliche Reichsstandschaft wurde durch sein größerer, dem Oberrheinischen Kreis zugehöriger Gebietsteil begründet (*Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober=rheinische Kreis, Das Hochstift Basel, S. 23-31 (§. 2. u. §. 3., S. 23-24, §. 6., I., S. 25-30) und *Historischer Atlas von der Schweiz*, Blatt 56: Gliederung des Basler Bischofstaates im 18. Jahrhundert, Reichsboden und Südgrenze der Reichsgerichtsbarkeit (die der Gerichtsbarkeit des Reiches mitunterworfenen Abtei Bellelay und Probstei Münster (tal) als dem Reich mitzugehörend).

In diesem war den Bischöfen unter der Regierungszeit von Bischof Jakob Christoph 1575-1608 die volle landeshoheitliche Gewalt zugewachsen (*Rennefahrt*, Die Verstärkung der Staatsgewalt im Fürstbistum Basel unter Bischof Jakob Christoph (1575-1608), (II., (24.)), in: *SchwBAG*, XVIII./XIX. Band, S. 267-310 (275-310 (307-310 (319))), welche landeshoheitlichen Rechte danach und im 18. Jahrhundert von den Fürstbischöfen unter Mitwirkung des Domkapitels und der Landstände ausgeübt worden, welche letztere auf das Steuerbewilligungsrecht beschränkt waren (*Quiquerez*, Histoire des institutions de l'Évêché de Bâle, Livre I., Chap. I., Origine de la puissance temporelle des princes-évêques de Bâle, p. 26, Chap. II, Droits divers du souverain, p. 27-49; *Brahier*, L'organisation du Jura Bernois sous le régime des Princes-Evêques de Bâle, Introduction, p. 10-11, Partie Générale. I., p. 24-25, III., p. 37-41, IX., p. 70-77; *Bessire*, Histoire du Jura bernois et de l'ancien Évêché de Bâle, Livre VII, I., p. 154-155; *Bosshart-Pfluger*, Das Basler Domkapitel (1687-1803), IV. Kap., S. 140 mit Fußn. 13.: Domkapitel nicht zu den auch vorhandenen Landständen zugehörend, S. 152-170: Inhalt der Wahlkapitulationen von 1656 bis 1794 (S. 154-155, Ziff. (12), (13), (15), S. 160, Ziff. (41), (42), S. 163, Ziff. (57): in allen wichtigen Bistumsgeschäften – Regalia, Cameralia, Landes- und Gerichtsordnungen, andere Staatsangelegenheiten – dem Domkapitel mitzuteilen, um seine Einwilligung gebeten und mit ihm zu beraten, und *Jorio*, Der Untergang des Fürstbistums Basel (1792-1815), I., 2., Staat und Kirche, S. 7). In dem rechtsrheinischen Gebietsteil, seit Ende des Jahres 1769 allein noch aus der Herrschaft Schliengen mit der einverleibten Propstei Idstein von ½ QM bestehend (Annex, S. 39), hatte er insbesondere vom Markgraf von Baden dessen Verzicht auf seine Rechte an der Herrschaft Schliengen gegen die Zusprache seines eigenen Besitzes und Rechte an der Herrschaft Binzen und damit die volle Landeshoheit über diese Herrschaft erlangt (*Seith*, Die rechtsrheinischen Gebiete des Bistums Basel und ihr Übergang an Baden, A., V., b.), S. 29-32; *Hölzle*, Der deutsche Südwesten am Ende des alten Reiches, Beiwort, Herrschaftsgebiete im deutschen Südwesten, Erzbistümer und Bistümer, Bistum Basel, 2., S. 70 und *Schmidlin*, Die Entwicklung des Bistums Basel, V., 19., S. 50).

Mit dem kleineren Gebietsteil seines Hochstiftes, den Städten Biel, Neuenstadt, den Herrschaften Erguel, Illfingen und dem Tessenberg war der Bischof ein der Schweizer Eidgenossenschaft durch Burgrechtsverhältnisse verbundener und ihr zugewandter Stand, und war bei den insbesondere abgehenden

Hochstift Münster ⁷⁹⁶	180	310 847	1 200 000 ⁷⁹⁷
Hochstift Osnabrück ⁷⁹⁸	56	125 000	369 000 ⁷⁹⁹
Hochstift Lüttich ⁸⁰⁰	103 ½ ⁸⁰¹	220 000	1 200 000 ⁸⁰²

lehnsrechtlichen Beziehungen zum Reich mit diesem nicht verbunden (*Fäsi*, Beschreibung der ganzen Helvetischen Eidgenossenschaft, IV. Band, Inhalt der Erd=Beschreibung des Bistums Basel, §. 1., S. 509; *Büsching* ebd., VII. Theil, §. 6., II., S. 30-31, X. Theil, Die Eidgenossenschaft ..., II, B, 8, S. 723-728, A, 2, S. 594-596; *Lehmann*, das Bisthum Basel, S. 82-8; *Jsele*, Die Säkularisation des Bistums Konstanz und die Reorganisation des Bistums Basel, II. Teil, 7. Kap., II., S. 194 und *Historischer Atlas von der Schweiz* ebd., Schweizerboden, Freistaat Biel).

⁷⁹⁴ *Historischen Atlas der Schweiz*, Blatt 56: Gliederung des Basler Bischofstaates im 18. Jahrhundert, Reichsboden enthaltenen kartographischen Eintragungen: ca. 950 km² = 15, 44 QM.

Der der Schweizer Eidgenossenschaft zugewandte Teil: *Historischer Atlas der Schweiz* ebd., Schweizerboden, Freistaat Biel ca. 500 km² = 9, 08 QM.

⁷⁹⁵ *Lehmann*, Das Bisthum Basel, S. 28-29 (Die Stadt Bruntrut-Die Herrschaft Burg), mit S. 82-84 (83-84): für das gesamte Hochstift im Jahr 1790 63 700 Seelen, S. 28-29 mit S. 82-84: auf den der Schweizer Eidgenossenschaft zugewandten Teil 22 000 Seelen.

⁷⁹⁶ Stimme: Münster (oben, S. 110).

Die landeshoheitlichen Rechte wurden von dem Fürstbischof im Zusammenwirken mit seinen Landständen, insbesondere dem Domkapitel ausgeübt. Allein für das Zisterzienser-Frauenkloster Gravenhorst war die Landeshoheit zwischen dem Bischof und dem Grafen von Bentheim umstritten. Dem seit dem Jahre 1787 die Herrlichkeit Merfelde gehörenden Graf von Bertzenheim behauptete ihre Reichsunmittelbarkeit (*Katz*, Das letzte Jahrzehnt des Fürstbistums Münster, Einleitung, S. 1-11; *Olfers*, Beiträge zur Geschichte der Verfassung des Oberstiftes Münster, 1. Abschnitt, S. 1-25 und *Büsching*, Erdbeschreibung, VI. Theil, Der westphaelische Kreis, Das Hochstift Muenster, §. 9., S. 11-28 (III., 3., 4), S. 23, II., 2., 4), S. 18).

⁷⁹⁷ Annex, S. 39-40.

⁷⁹⁸ Stimme: Osnabrück (oben, S. 109).

Die in Art. XIII § 8 IPO bei der Regierung des evangelisch-lutherischen Bischofs über das katholische Kirchenwesen vom Erzbischof von Köln als Metropolitan gehabte Aufsicht (*Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 63) betraf nicht die Landeshoheit und ihren geistlichen Bereich, sondern die von dieser zu trennende geistliche Gewalt (oben, S. 448-452) und übten der katholische und evangelische Bischof im Zusammenwirken mit den Landständen, deren erstere das Domkapitel war, die landeshoheitlichen Rechte über das hochstiftische Gebiet aus (*Renger*, Landesherr und Landstände im Hochstift Osnabrück in der Mitte des 18. Jahrhunderts, 1. Abschnitt, S. 19-37, 2. Abschnitt, 1., S. 38-50, 2., S. 50, 6., S. 104-126; *Hugo*, Uebersicht über die neuere Verfassung des im Jahr 1802 saecularisirten Hochstifts Osnabrück, II., D., III. (A.), in: *MVGAH*, II. Heft, S. 7-8, 9-26 (9-11) und *Klöntrup*, Alphabetisches Handbuch der besondern Rechte und Gewohnheiten des Hochstifts Osnabrueck, II. Band, Landes=Hoheit, S. 240-241).

⁷⁹⁹ Annex, S. 40.

⁸⁰⁰ Stimme: Lüttich (oben, S. 110).

Im Zusammenwirken mit seinen Landständen, deren erstere das Domkapitel, übte der Fürstbischof während des 18. Jahrhundert die landeshoheitlichen Rechte aus. Im Jahr 1791 war die letzte Einigung zwischen dem Bischof und den Landständen über die Ausübung der landeshoheitlichen Rechte erfolgt und hatte im Jahr 1740 König Friedrich II. von Preußen auf die landeshoheitlichen Rechte an der Herrschaft Herstal verzichtet (*Daris*, Histoire du diocèse et de la principauté de Liège, Tome I, Introduction, II., p. 33-36 und *Villenfagne d'Ingihoul*, Recherches sur l'histoire de la ci-devant principauté de Liège, Tome II, 3. Partie, Chap. II., p. 26-31, Tome I, 1. Partie, Chap. VI., p. 192-193 (193). Daneben besaßen der Bischof und sein Domkapitel noch auswärtige in den den Österreichischen Niederlande zugehörenden Grafschaft Riekem und Herrschaft Pietersheim und in den Generalstaaten der Vereinigten Niederlande gelegenen Besitzungen (*Ruwet*, La Principauté de Liège en 1789, II., A), p. 67-68).

⁸⁰¹ *Ruwet*, La Principauté de Liège en 1789, III., p. 70, I., p. 25-66, Karte am Ende: La Pricipauté de Liège en 1789 mit *Büsching*, Erdbeschreibung, VI. Theil, Der westphaelische Kreis, Das Hochstift Luettich, §. 11., S. 183-195: 569 719 ha = 103, 47 QM.

Hochstift Lübeck ⁸⁰³	10	20 000	75 000 ⁸⁰⁴
Hochstift Fulda ⁸⁰⁵	32	90 000	525 000 ⁸⁰⁶

Höck, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Deutschen Geistlichen Wahlstaaten, 5. Tabelle, I.: 105 QM.

⁸⁰² *Höck*, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Deutschen Geistlichen Wahlstaaten, 5. Tabelle, I.: bischöfliche Einkünfte 800 000, Rest die Landstände.

Hoff, Das Teutsche Reich, I. Theil, 2. Abtheilung, 4., b., 9., S. 192: gleichfalls 220 000 Einw. und *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. I., Lüttich, S. 13: 1 556 000 Gulden Einkünfte.

⁸⁰³ Stimme: Lübeck (oben, S. 109).

Nach der Achterklärung Heinrichs des Löwen im Jahr 1180 und dem Erwerb des Status einer freien Reichstadt durch die Stadt Lübeck im Jahr 1227 hatte damit der Bischof von Lübeck auch die Reichsunmittelbarkeit erlangt und konnte seine Besitzungen vergrößern, und wurde er im Jahr 1274 von König Rudolf I. zu einem Reichsfürsten erhoben und wurden ihm über seine Besitzungen die Regalien und Weltlichkeiten in einem Lehnbrief erteilt. Die Grafen und späteren Herzöge von Holstein besaßen die Schutzvogtei und übten damit auch die Landeshoheit über seine Besitzungen mit Ausnahme des bischöflichen Cathedralbereichs in der Reichsstadt Lübeck aus (*Ukert*, Annalen der Residenz Eutin, Topographie des Fürstenthums Luebeck, I., S. 110; *Jn welchem Verhaeltniß stand das Hochstift Luebeck mit dem Herzogthum Holstein?* in: *SKVH*, II. Band, V., S. 177-190 (178, 184-185, 186, 189 und *Radtke*, Die Herrschaft des Bischofs von Lübeck, II., 3., a), S. 32-39 (39)). In der 2. Hälfte des 16. Jahrhunderts wurde von dem Bischof mit seinem Kapitel den Herzögen von Holstein die Landeshoheit bestritten, welche Bischöfe und Kapitel sich gegen die von diesen beanspruchte Landstandschaft insbesondere wegen ihrer innegehabten Reichsstandschaft wandten. Während des Westfälischen Friedenskongress billigte das Haus Holstein im Jahr 1647 dem Bischof und seinem Kapitel die volle Landeshoheit zu, dies gegen die Zusage seines Kapitels fortan noch weitere 6 Bischöfe aus dem das Herzogtum Holstein besitzende Haus Gottorp zu wählen, welche landeshoheitlichen Rechte dem evangelischen Bischof bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts verblieben (*Jn welchem Verhaeltniß stand das Hochstift Luebeck mit dem Herzogthum Holstein?* in: *ebd.*, S. 190-191, 191-197 (191-192, 197, Zweite Beilage: Deduction wegen des Stifts Lübeck immedietät, S. 210-217 und *Radtke ebd.*, 3., c), S. 50-53 (52-53)). Nachdem der der jüngeren Linie des Hauses Holstein-Gottorp zugehörnde Bischof von Lübeck Friedrich August am 22. März 1777 von Kaiser Joseph II. anstelle des regierenden Fürsten dieses Hauses, dem Großfürst Paul mit dem Herzogtum Oldenburg belehnt worden war (oben, S. 475-476), kam es zwar zur personellen Vereinigung des Hochstiftes und des Herzogtums, die auch bei seinem Nachfolger Bischof Peter Friedrich Ludwig als des regierenden Administrators des Herzogtums Oldenburg für seinen gemütskranken Vetter Herzog Peter Friedrich Wilhelm von Holstein-Oldenburg (oben, S. 475- 476) bis zur Säkularisierung des Hochstiftes im Jahre 1802 fortbestand. Beide Territorien behielten ihre besonderen Verfassungen, Gesetze, Regierungen und Verwaltungen bei (*Kohli*, Handbuch Beschreibung des Herzogthums Oldenburg, II. Theil, 2. Abtheilung, 3. Abschnitt, II., S. 98-100; *GRSH* 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Hauptabtheilung, Luebeck, S. 76, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Holstein, II) Die juengere ... Hauptlinie ... Holstein=Oldenburg, S. 163-164 und *Ersch-Gruber*, Allgemeine Encyclopaedie der Wissenschaften und Kuenste, 3. Section, III. Theil, Oldenburg, Großherzogthum, I., 3), S. 22, Fußn. 30: Übersicht).

⁸⁰⁴ Annex, S. 40.

⁸⁰⁵ Stimme: Fulda (oben, S. 106).

Das hochstiftische Territorium bestand aus dem aus einem nahezu geschlossenen Gebiet und der als Exklave in der Grafschaft Wertheim gelegenen kleineren Propstei Holzkirchen. In ihm übte der Fürstbischof im Zusammenwirken mit seinem Domkapitel, dem im 18. Jahrhundert alleinig verbliebenen Landstand, die landeshoheitlichen Rechte aus (*Langer*, Zur Geschichte des ehemaligen Hochstifts Fulda, A, I., S. 1-2, Karte I., S. 164: Das Fürstentum Fulda am Anfang des 19. Jh. ...; *Enneking*, Das Hochstift Fulda unter seinem letzten Fürstbischof Adalbert III., Einleitung, S. 2, I.-V. Kap., S. 7-195 (I. u. II. Kap., S. 7-95); *Hofemann*, Studien zur Entwicklung des Territoriums der Reichabtei Fulda, 3. Kap., B., S. 46-185 (168); *Stengel*, Die Reichsabtei Fulda in der deutschen Geschichte, IV., S. 21-22 (21), VI., S. 30) und *Simon*, Die Verfassung des geistlichen Fürstentums Fulda, V., S. 33-44, VIII., 2., S. 78-85, III., S. 22-23). Bei der in der Grafschaft Wertheim gelegenen und ein hochstift-fuldaisches Lehen seienden Propstei Holzkirchen (*Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der fraenkische Kreis, Die Grafschaft Wertheim, §. 6., 2., 2), S. 1044) ist die Landeshoheit nicht zweifelsfrei, da die Grafen von Löwenstein-Wertheim die Vogtei wohl über sie innehatten (*Zedler*, Universal

Hochstift Kempten ⁸⁰⁷ reichsunmittelbares Territorium, Gebiet mit überwiegend eigener Landeshoheit ⁸⁰⁸	16 ca. 16 0, 18	42 000 820 ⁸⁰⁹	250 000
Hochstift Ellwangen ⁸¹⁰ reichsunmittelbares Territorium ⁸¹¹	6, 5 ca. 4, 85	15 800 14 500 ⁸¹²	120 000
Hochstift Berchtesgaden ⁸¹³ reichsunmittelbares Territorium ⁸¹⁴	7 ½	8 000	70 000 ⁸¹⁵

Lexikon, XIII. Band, Holtzkirchen ..., ein Benediktiner Moenchs=Closter in Francken, am Maine, unweit Wertheim, ... Die Vogtey dieses Closters haben die Grafen von Loewenstein. ..., Sp. 703 und *Hofemann* ebd., 3. Kap., B., S. 172, Ziff. 3: nach welchem bei der Propstei Holtzkirchen eine Lehnsvogtei nicht ausgeübt wurde).

Die reichsständige Benediktiner-Abtei Fulda war am 5. Okt. 1752 von Papst Benedikt XIV. unter Beibehaltung des status regularis zu einem exemten Bistum erhoben und ihrem Fürstabt Armand die bischöfliche Würde erteilt worden. Er blieb weiterhin Abt von Fulda (*Büsching* ebd., Das Hochstift Fulda, §. 5., S. 33-34 (33), §. 6. u. §. 7., S. 34; *Arnd*, Geschichte des Hochstifts Fulda, 1. Theil, 81., S. 139-140 (140) und *Simon* ebd., VII., 1., S. 54, 2., S. 62, IV., 1., S., 24).

⁸⁰⁶ Annex, S. 40.

⁸⁰⁷ Stimme: Kempten (oben, S. 107).

⁸⁰⁸ Das hochstiftische Territorium bestand aus dem in sich geschlossenen Gebiet (*Roeder*, Lexikon von Schwaben, I. Band, Kempten. Stift., Sp. 1078-1117 (1078); *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der schwabische Kreis, Die fuerstl. Abtey Kempten, §. 7., S. 405-406 und *Historischer Atlas von Bayern*, Schwaben, *Blickle*, Kempten, Karte 1 (am Ende): Landkreis Kempten Landeshoheit und Gerichtsorganisation, Reichsstift Kempten), in welchem der Abt die landeshoheitlichen Rechte seit der 1. Hälfte des 17. Jahrhunderts ausübte (*Historischer Atlas von Bayern* ebd., Fremde Herrschaftsrechte innerhalb der Kemptener Grafschaft und ihr Übergang an Kempten, IV., 2., 3., S. 168-172 (3., S. 170-172) und der außerhalb dazu gehörenden in der Markgrafschaft Burgau gelegenen Ritterherrschaft Binswangen, in welcher dem Abt die durch die Rechte der Markgrafschaft beschränkte, jedoch ihren inhaltlichen Schwerpunkt bei ihm habenden Landeshoheit zustand (*Roeder* ebd., Kempten. Stift. Sp. 1078, Binswangen, Pfarrdorf, Sp. 270; *Fabri*, Geographie fuer alle Staende, I. Theil, 2. Band, Der Schwabische Kreis, Die fuerstliche Abtey Kempten, S. 201-203 (203) und *Schröder*, Die staatsrechtlichen Verhältnisse im bayerischen Schwaben um 1801, III., Regentenhäuser, (Markgrafschaft Burgau) und Geistliche Fürsten, (Äbte von Kempten), in: *JHVD*, 19. Jahrg., I., S. 162-166 (164), 170-173 (172).

⁸⁰⁹ Annex, S. 40-41.

⁸¹⁰ Stimme: Ellwangen (oben, S. 107).

⁸¹¹ Zum Hochstift gehörten neben dem in sich gebietlich geschlossenen Territorium (*Roeder*, Neu=Wirtemberg, (A. Die Landvogtei Ellwangen), (I.) Das Fuerstenthum Ellwangen, S. 1; *Beschreibung des Oberamts Ellwangen*, Ortsbeschreibung, 1., Schloß Ellwangen, Geschichte des Klosters ..., S. 479 und *Hölzle*, Der deutsche Südwesten am Ende des alten Reiches, Karte: Klöster und Stifter, 7. Ellwangen (7 a)) noch die beiden abgesondert liegenden Ämter Heuchlingen und Waldstetten (*Roeder*, Neu=Wirtemberg ebd., Das Amt Heuchlingen, S. 34, 59-63 (59); *ders.*, Lexikon von Schwaben, II. Band, Waldstetten, Pfarrdorf ..., gehoert dem Kapitel zu Ellwangen. ..., Sp. 1044; *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der schwabische Kreis, Die fuerstl. Probstei Ellwangen, §. 5., 9., S. 401; *Hölzle* ebd. und *Seckler*, Vollständige Beschreibung der gefürsteten Reichs=Propstei Ellwangen, V., H., S. 72). Der im Jahr 1370 von Kaiser Karl IV. Graf Eberhard dem Greiner von Wirtemberg übertragene Schutz und Schirm über das Kloster endete zu Ende des Jahres 1589, ohne das die Propstei danach Anschluss an eine andere Territorialmacht suchte (*Seiler*, Der württembergische Schutz und Schirm über Kloster und Stift Ellwangen) (1370-1590), in: *ZWLK*, 28. Jahrg., S. 343-362 (346-360)), welcher Propst im Zusammenwirken mit seinem Stiftskapitel die landeshoheitlichen Rechte ausübte (*Pfeifer*, Verfassungs= und Verwaltungsgeschichte der Fürstpropstei Ellwangen, B), I., b), 1., (b), S. 49-50. II., 3., (b), S. 90-92, V., S. 122-129, C), S. 130-172, E), I., 2.-4., S. 188-194, II., S. 194-201, F), S. 202-209 und *Beschreibung des Oberamts Ellwangen* ebd., S. 482-484: Der Bestand des Fürstenthums in seiner letzten Zeit ...).

⁸¹² Annex, S. 41-42.

⁸¹³ Stimme: Berchtesgaden (oben, S. 110-111).

Stift Prüm ⁸¹⁶	7, 41	6 649 ⁸¹⁷	
Stift Stablo und Malmedy ⁸¹⁸	8 ⁸¹⁹	13 000 ⁸²⁰	86 000 ⁸²¹

⁸¹⁴ Das in sich gebietlich geschlossene Territorium bestand aus der Propstei mit dem dazu gehörenden Markt, dem Markt Schellenberg, der Pfarrei Ramsau und den 8 Gnotschaften Schönau, Ramsau, Bischofswiesen, Gerer, Scheffau, Auer, Berger, Ettenberger (*Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der bayerische Kreis, Die gefuerstete Probstei Berchtesgaden, §. 7., S. 816; *Fabri*, Geographie fuer alle Staende, I. Theil, 2. Band, Die gefuerstete Probstei Berchtesgaden, S. 750-756 (755-756); *Roth*, Die gefürstete Propstei Berchtesgaden 1780-1803, B., I., a), S. 33-36 und *Historischer Atlas von Bayern*, Altbayern: *Albrecht*, Fürstpropstei Berchtesgaden, Karte (am Ende): Fürstpropstei Berchtesgaden Stand von 1706, Statistische Übersicht nach dem Stand von 1698, S. 23-32). Durch die Verleihung des Blutbannes von König Adolf von Nassau im Jahre 1294 die Reichsunmittelbarkeit erhaltend und die landeshoheitlichen Rechte erwerbend, war die von den Erzherzögen von Österreich ausgeübte Vogtei der alleinige Erbschutz gewesen. Im ausgehenden 18. Jahrhundert hatte sie keinerlei Einfluß auf die inneren und äußeren Angelegenheiten der Fürstpropstei, welcher letzter Fürstpropst Joseph Conrad 1780-1803 im geistlichen und weltlichen das alleinige Entscheidungsrecht besaß und ihm das geistliche Konsistorium und ein Ausschuß von weltlichen Räten nur als Berater dienten (*Historischer Atlas von Bayern* ebd., Zur Geschichte der Fürstpropstei, S. 4-6 und *Roth* ebd., I., b), S. 46-47, 50, 52, c), S. 59-70).

⁸¹⁵ Annex, S. 67.

⁸¹⁶ Stimme: Prüm (oben, S. 107).

Die Sitz und Stimme im Reichstag habende Benediktiner Abtei Prüm hatte sich im 14. und 15. Jahrhundert zu ihrer eigenen Sicherheit wiederholt dem Erzstift Trier unterworfen, sich mit ihm und der erzbischöflichen Tafel vereinigt, und war durch eine päpstliche Bulle am 24. Aug. 1574 mit kaiserlicher Genehmigung vom 28. Nov. 1575 seine beständige Vereinigung mit den Tafelgütern des Erzbischofs von Trier erfolgt (*Moser*, Die heutige besondere Staats=Verfassung der Staende, I. Band, I. Staats=Recht Des ... Erz=Stifts Trier, Wie auch der gefuersteten Abbey Pruemm ..., 3. Cap., §. 6., S. 62, § 14. u. § 15., S. 63, 8. Cap., §. 18., S. 178, 9. Cap., §. 26., S. 198-199; *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober=rheinische Kreis, Die gefuerstete Abtey Pruem, S. 45 (vielmehr 47)-52 (§. 1., S. 45 (S. 47)-48, §. 2., S. 48 und *Forst*, Die territoriale Entwicklung des Fürstentums Prüm, in: *WZGK*, 20. Jahrg., Abteilung II., b), S. 252-279 (268-278)). Dies beinhaltete jedoch keine gebietliche Einverleibung der Abtei Prüm in das größere Erzstift Trier, ihr Konvent bestand weiterhin fort, sondern es war allein die dauernde Personal- und Realunion ihrer Abtsstelle und ihrer Einkünfte mit der Stelle und den Einkünften des Erzbischofs von Trier, so dass die Abtei Prüm sie als selbstständiger Staat in der Reichsverfassung weiterhin bestand und ihre reichsständische Stimme weiterhin gegeben war (*Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band XIII, 1. Buch, 13. Cap., §. 18., S. 181-182 (182), Band XVII, 3. Buch, 1. Cap., §. 7., S. 279, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 55., S. 567, 1. Buch, 5. Cap., §. 2., S. 231, 2. Buch, 2. Cap., §. 15., S. 532; *ders.*, Die heutige besondere Verfassung der Staende ebd., 1. Cap., §. 24., S. 17; *Büsching* ebd., §. 1., S. 48, §. 2., S. 48; *Repertorium des Teutschen Staats und Lehnrechts*, IV. Theil (*Hüberlin*), 72. Pruem, §. 3., S. 335 und *Erläuterungen zum Geschichtlichen Atlas der Rheinprovinz*, IV. Band: Das Fürstentum Prüm von *H. Forst*, IV., S. 64-65). Bei dem Fehlen von Landständen übten die Äbte/Erzbischöfe die Landeshoheit nahezu unumschränkt aus (*Forst*, Die territoriale Entwicklung des Fürstentums Prüm, in: *ebd.*, S. 278-279).

⁸¹⁷ *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, II., 2., Oberes Erzstift, 14., A., S. 122-124 mit den zugehörigen Erläuterungen, S. 178-179 (179) von Oberes Erzstift Ziff. 14.: 40 080 ha = 7, 41 QM, 6 649 Menschen im Jahr 1787. Zur gebietlichen Identität der in den *Erläuterungen zum Geschichtlichen Atlas der Rheinprovinz* ebd., S. 122-124 als „Amt (Fürstenthum) Prüm.“ angegebenen Stadt Prüm, 15 Schultheissenämter, der Daunschen Meierei und den 6 Zennereien mit dem reichsständischen Fürstentum Prüm *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, IV. Band: Das Fürstentum Prüm v. *H. Forst*, I., S. 2-5, Beilage XXIV.: *Beschreibung der Gränzen des Oberamts Prum. vom 25. September 1784* (auf Befehl der kurfürstlichen Regierung vom Amtmann Willmar angefertigt), S. 132-141 (138-139).

⁸¹⁸ Stimme: Stablo (oben, S. 110-111).

Die Konvente beider Abteien Stablos und Malmedys waren in einem Kapitel vereinigt und standen beide Abteien unter dem vom Kapitel in der Abtei Stablo gewählter Abt. Das Kloster Stablo, nach welchem sich der Abt gewöhnlicherweise benannte, wollte den Primat behaupten, dass das Kloster Malmedy ihm unterworfen sei, wogegen die Abtei Malmedy ihm gleich sein wollte (*Büsching*, Erdbeschreibung, VI. Theil, Der westphaelische Kreis, Die Abteyen Stablo und Malmedy, §. 2., S. 251-252 (252) und *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 56., S. 567, Band XVII, 3. Buch, 1. Cap., §. 7., S. 280). Im 17. Jahrhundert erfolgten die Belehnungen noch getrennt (Lehnsbrief Kaisers Ferdinand III. im Jahr 1689 an Kurfürst Ferdinand zu Köln als

Abt zu Stablo, welcher allein über seine Abtei Stablo die Regalia, Lehen und Weltlichkeiten erhielt, in: *Lünig*, Corpus jurisfeudalis germanici, Tomus I, I. Theil, II. Abtheilung, XXIII. Vom Stift Stablo, LVII., S. 482). Hingegen wurden zu Ausgang des 18. Jahrhunderts bei den kaiserlichen Belehnungen beide Abteien gleichermaßen und einheitlich bedacht (*Lehnbrief Kaiser Joseph's II. an den letzten Abt von Stablo und Malmedy Coelestinus v. 17. Febr. 1787 mit der Belehnung beider Abteien mit ihren Regalien, Rechten und Freiheiten*: zeitgenössische Abschrift, in: *Archives de l'État à Liège*, dossier 271, fo 166-168 v), was dafür spricht, dass die Reichsstandschaft wegen beider Abteien geführt wurde. Die zeitgenössische Publizistik ging auch hiervon aus (*Büsching* ebd., Die Abteyen ..., S. 251-253 (§. 3., S. 252); *Hoff*, Das Teutsche Reich, I. Theil, 2. Abtheilung, 4., b., 12., 193 und *GRSH* 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Hauptabtheilung, Stablo und Malmedy, S. 81-82). *Moser*, Teutsches Staats-Recht, XXXIV. Theil, 3. Buch, 168. Cap., Sectio IV., §. 113., S. 396-397 (397) und Neues teutsches Staatsrecht, Band III ebd., S. 567: vertritt dagegen ohne nähere Begründung die Ansicht, dass allein wegen der Abtei Stablo die Stimme im Reichsfürstenrat geführt werde. Anders auch *Gentner*, Beschreibung der zu Lueneville abgetretenen und ertheilten Laender, I. Theil, Abteyen und Reichsstifter, Malmedy, ..., S. 360: der Abt von Malmedy, der zugleich auch über die Abtei Stablo gesetzt ist, ein unmittelbarer Stand mit Sitz und Stimme im Reichstag ist und *Zedler*, Universal Lexicon, XIX. Band (1739), Malmedy, ..., ist eine kleine Stadt und ... Abtey Benedictiner=Ordens, ..., Sp. 757 „... Abtey Stablo, welche nachgehends mit Malmedy verknuepfft ward; doch so, daß sich die Aebte von allen beyden zugleich schreiben. Schon seit sehr langen Zeiten haben diese Aebte die Ehre, Fuersten des Deutschen Reichs zu seyn, und auf Reichs=Taegen pflegen sie auf der geistlichen Fuersten=Banck, ..., ihren Sitz zu nehmen. ...“, XXXIX. Band (1744), Stablo ..., ein Flecken nebst einer unmittelbaren Reichs=Abtey ..., Sp. 719-722 „... Diese Abtey und die Abtey M a l m e d y, ... Der Abt dieser Stifter ist ein Reichsfuerst, ... hat ... auf dem Reichstage, ... Sitz und Stimme. ...“ (Sp. 719).

Der Abt von Stablo übte mit der Konventsversammlung die Landeshoheit über das Gebiet der beiden Abteien im 18. Jahrhundert aus (*Hansotte*, La principauté de Stavelot-Malmedy à la fin de l'ancien régime, Chap. I., A., p. 1-2 ; *Noüie*, Études historiques sur l'ancien pays de Stavelot et Malmédy, XXV., p. 313, §. 2., p. 327-338 (329-330), § 3., P. 339-347 (343-344), § 4., p. 348-354). Die vom Abt von Malmedy auch besessene Grafschaft Logne, östlich an die beiden Abteien angrenzend, ist von dem geistlichen Fürstentum Stablo und Malmedy zu unterscheiden (*Loix, statuts du Pays & Principauté de Stavélot*, Einleitung, Ferdinand, Par la grace de Dieu – fait des Loix, Statuts & Ordonnances qui s'ensuivent, Chapitre 1, 1., p- 1-2(1); *Büsching* ebd., Die Abteyen ..., §. 3., S. 252, §. 4., S. 253, §. 1., S. 251; *Gentner* ebd., I. Theil, Von dem deutschen Kaiser Franz dem Zweiten, ... Die gesammte Oesterreichische Niederlande, S. 122, Abteyen und Reichsstifter, Stablo, ..., S. 366; *Nahmer*, Handbuch des Rheinischen Particular=Rechts, III. Band , §. 455., S. 748-749 (748) und *GRSH* ebd., S. 82). Die Belehnung der Regalien der beiden Abteien Stablo und Malmedy nannte die Grafschaft Logne nicht mit (*Lehnbrief Kaiser Joseph's vom 17. Febr. 1787*, in: *Archives de l'État à Liège* aaO.). Der in der französisch sprechenden Literatur vertretenen Ansicht, welche die Grafschaft Logne zum Fürstentum Stablo-Malmedy zurechnete (*Noüie* ebd., XXII., p. 263-270 (263), XXV., § 1., p. 323-324 und *Hansotte* ebd., Chap. I, B., p. 13-14, A., p. 1; mit *Schreiben des Archives de l'État à Liège vom 28. 3. 1984 (références 9/1977)* teilte sein Verfasser conservateur *Hansotte* mit, dass seine Abhandlung in diesem Sinne zu verstehen ist), kann demnach nicht gefolgt werden.

⁸¹⁹ *Hansotte*, La principauté de Stavelot-Malmédy à la fin de l'ancien régime, Chap. III, p. 30, Chap. I, p. 13-14: Gebiet der beiden Abteien Stablo und Malmedy und der Grafschaft Logne 72 267 ha = 13, 12 QM, welches Gebiet nach der hinten enthaltenen Karte: Principauté de Stavelot-Malmédy en 1789 mit der in Chap. I, B., p. 13-14 gegebenen Beschreibung der den beiden Abteien und der Grafschaft zugehörenden Gebiete ca. $\frac{3}{5}$ dieses Territoriums ausmachte. *Deutschlands Gewinn und Verlust bei der Rastadter Friedens-Basis*, II., 3., 5., S. 14: 6 $\frac{1}{2}$ QM.

⁸²⁰ *Deutschlands Gewinn und Verlust bei der Rastadter Friedens-Basis*, II., 3., 5., S. 14 und *Hoff*, Das Teutsche Reich, I. Theil, 2. Abtheilung, 4., b., 12., S. 193. *Hansotte*, La principauté de Stavelot-Malmédy à la fin de l'ancien régime, Annexe, Relevé statistique des maisons, des cheveaux et du bétail au pays de Stavelot vers 1750, p. 43-48: Ville et dépendances de Stavelot – Ban de Chevron, office de Stavelot, 52 : Récapitulation, p. 53: Récapitulation générale ..., gibt für das Gebiet beider Abteien mit Ausnahme der beiden im Jahre 1768 erworbenen Meiereien Anthisnes und Vien 2 718 Häuser an (Chap. II, B., p. 27), was bei der von ihm angenommenen Basis von 5 Personen in jedem Haus (Chap. II, B., p. 27) um das Jahr 1750 13 500 Einw. und bei der von ihm angenommenen Zunahme der Bevölkerung von der im Jahr 1750 festgelegten Basis von 100 % auf in den Jahren 1802-1803 126 % (p. 27) 17 123 Einw. ergibt.

⁸²¹ *Bundschuh*, Verlust und Gewinn am Schlusse des zehnjährigen franzoesischen RevolutionsKrieges, A., I., Abteien und Stifter auf dem linken RheinUfer, 16., 35., S. 4, in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1803, 2. Band, 4. u. 5. Stueck, III. (nach S. 118) und *Gentner*, Beschreibung der zu Lueneville abgetretenen und ertheilten Laender, I.

Hochstift Corvey ⁸²²	4 ⁸²³	7 500	68 000 ⁸²⁴
---------------------------------	------------------	-------	-----------------------

Theil, Abteyen und Reichsstifter, Malmedy, ..., S. 360. Nach *schriftliches Auskunft des Archives de l'État à Liège vom 9. März und 5. April 1984 (références: 9/1962, 9/1983)* beliefen sich nach dort vorhandenen Unterlagen die Einkünfte des Abtes aus seinem Domänen im Jahr 1792 auf 21 878,5,1 florins und aus seinem Anteil an den Steuern (donatif, ou liste civile) seit dem Jahr 1726 auf 8 000 florins, des Kapitels von Stavelot im Jahr 1783 auf 44 573,5,2 florins und des Kapitels von Malmedy im Jahr 1793 auf 76 526,4,2 florins., insgesamt 150 978 florins, welcher florin den Wert von 1,2156 francfrançais zu Beginn des 19. Jahrhunderts (franc-or ou franc dit de germinal) hatte.

⁸²² Stimme : Corvey (oben, S. 107).

Das Haus Braunschweig-Wolfenbüttel übte im 17. und 18. Jahrhundert die Edelvogtei als Erb-Schutz- und Besatzungsgerechtigkeit nebst dem Halsgericht über die Abtei aus (*Die Benediktinerklöster in Nordrhein-Westfalen*, Corvey, von W. Stüwer, Grundherrschaft und Vogtei, S. 274-277 (276-277) und *Zedler*, Universal Lexicon, VI. Band, Corbey oder Corwey, ..., ist ein Kayserliches freyes Fuerstliches Stifft, ..., Sp. 1242-1247 (1244)). Es hatte zur Beendigung der durch den 7 jährigen Krieg entstandenen Grenzschwierigkeiten im Jahr 1777 gegen Erhalt des der Abtei Corvey gehörenden Stifts-Nonnenkloster Kemnade und anderer Rechte diesem am rechten Weserufer die volle Landeshoheit zugebilligt (*Föllinger*, Die Säkularisation der Benediktiner-Abtei Corvey, I., 2., S. 30-31 (31) und das *Schreiben der Fürstl. Braunschweig-Lüneburgischen wirklichen geheimen Räte an den Herrn Abgesandten von Corvey vom 16. Jan. 1777*: die Geneigtheit des Hauses Braunschweig und Lüneburg gegen Entagung des corveyschen Anspruches auf das Kloster Kemnat die ihm zustehende Edelvogtei und Konkurrenz bei der Kriminal Jurisdiktion in der Stadt Huxar (linkes Weserufer) zu begeben (*Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv Münster*, Corvey, Akten Nr. 348 mit *Wigand*, Der Corveysche Güterbesitz, Karte (am Ende): Gau Auga und die Grenzen des Fürstenthums Corvey). Damit besaß das Stifft für sein an der Weser gelegenes in sich geschlossenes Territorium die volle Landeshoheit (*Föllinger* ebd., S. 28 mit Fußn. 14: Auszug aus einem Schreiben Abt Th. v. Brabeck an Reichsvicekanzler von Colloredo v. 10. 7. 1788; *Die Benediktinerklöster in Nordrhein-Westfalen* ebd., Geschichtliche Übersicht, S. 267 und *Leesch-Schubert*, Heimatchronik des Kreises Höxter, V., Das Territorium, S. 179-180 (180): Angabe der Regierungs-, Justiz- und Verwaltungstätigkeiten mit den dazugehörenden Behörden). Allein in der Stadt Höxter war bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts ein Vogt des Herzogs bei allen Kriminalsachen gegenwärtig, wobei jedoch nach gesprochenem Urteil der Abt dieses vollziehen oder begnadigen konnte (*Büsching*, Erdbeschreibung, VI. Theil, Der westphaelische Kreis, Die Abtey Corvey, §. 7., 2., S. 249-250 (250)). Daneben besaß das Stifft noch auswärtige Besitzungen, insbesondere im Hochstift Münster und im Herzogtum Westfalen unter dortiger Landeshoheit (*Büsching* ebd., Der westphaelische Kreis, Die Abtey Corvey, §. 7., 2), S. 251, Das Hochstift Muenster, §. 9., IV., 1., 1), S. 25-26 (25), Der chur=rheinische Kreis, Das Erzstift Coeln, §. 15., B., §. 5., IV., 3., 1), S. 635-636, 4., S. 636 und *Föllinger* ebd., S. 28 mit Fußn. 14: Auszug aus dem Schreiben Abt Th. v. Brabeck an Reichsvicekanzler von Colloredo v. 10. 7. 1788).

Am 6. Aug. 1783 wurde die bis dahinigen Benediktiner-Abtei Corvey von Pius VI. zu einer Kathedralkirche ernannt, darauf zu einem reichsfürstlichen Bistum und das Kapitel zu einem weltlichen Domkapitel erhoben, und wurde dies von Kaiser Franz II. am 10. Dez. 1793 bestätigt (*Hüberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band I, 2. Buch, 4. Cap., §. 93., S. 306 mit Fußn. *)).

⁸²³ Durchschnittlich in nord-süd 20 km, in ost-west 11 km (*Leesch-Schubert*, Heimatchronik des Kreises Höxter, Der Kreis Höxter, VI., Die preußische Herrschaft in Paderborn, S. 186, Karte: Erbfürstentum Paderborn 1803, dort FSTM. Corvey, kartographische Eintragungen; *Geschichtlicher Handatlas von Westfalen*, 2. Lieferung, (Kartenblatt 3.): Niederrheinisch-Westfälischer Reichskreis 1794, Fürstbistum Corvey; *Wrede*, Die Westfälischen Länder i. J. 1801, Corvey (Fürstbistum) mit der bei *Büsching*, Erdbeschreibung, VI. Theil, Der westphaelische Kreis, Die Abtey Corvey, §. 7., S. 249-250 angegebenen territorialen Beschreibung) = 220 km² = 3, 99 QM.

Traiteur, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Westphälische Kreis, Abtei Corvey, S. 29: 4 ½ QM.

⁸²⁴ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Westphälische Kreis, Abtei Corvey, S. 29.

GRSH 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Corvey, S. 42: etwa 9 000 Einw. und *Höck*, Zusätze Statistische Übersicht Deutscher Staaten, Zusätze und Verbesserungen zu der Statistischen Übersicht der Deutschen Geistlichen Staaten, 5. Tabelle, IV.: 60 000 Gulden Einkünfte.

einer gräflichen Herrschaft.

Bei den beiden Stimmen Johannitermeister⁸²⁵ und Probstei Weissenburg:⁸²⁶

	Fläche QM	Volkszähl	Einkünfte Gulden
Johanniter-Obristmeistertum zu Heitersheim ⁸²⁷	1 $\frac{1}{6}$ ⁸²⁸	5 000 ⁸²⁹	47 034 ⁸³⁰
Stift Weissenburg			

war wegen der österreichischer Landeshoheit im ersten Fall⁸³¹ und der französische Souveränität im zweiten Fall⁸³² eine grafenmäßige Gewalt nicht vorhanden.

⁸²⁵ Oben, S. 106.

⁸²⁶ Oben, S. 110-111.

⁸²⁷ Die Priore hatten bei ihren im 13. und 14. Jahrhundert geübten Erwerbungen des Marktfleckens Heitersheim und der 4 Dörfer Gündlingen, Bremgarten, Schlatt, Griebheim diese von ihren Vorgängern, welche Träger der landeshoheitlichen Rechte waren, mit allen Herrschaftsrechten erworben. Mit der Aufnahme des Großpriors (seit 1546) Georg Schilling von Cannstatt in den Kreis der Reichsfürsten im Juli 1548 – wegen seiner in der Expedition Kaiser Karls V. nach Tunis im Jahr 1541 gezeigten besonderen Tapferkeit und erbrachten großen Verdienste – hatte die von ihm residierte Territorialherrschaft, der Markflecken Heitersheim und die 7 Dörfern Gündlingen, Bremgarten (zur Hälfte), Schlatt, Griebheim, Uffhausen, Wendlingen, St. Georgen die Stellung eines Reichsfürstentum erhalten, zu welchem im Jahr 1614 das weitere Dorf Eschbach hinzukam (*Schneider*, Das Fürstentum Heitersheim, I., 2., S. 10-11: Erhebung zum Fürstentum mit territorialem Besitzstand, S. 7-8, 10-11: Erwerb des Marktfleckens und der 8 Dörfer, II., 1., S. 12, 16; *Ehrler*, Agrargeschichte Heitersheim, 2. Abschnitt, 3. Kap., II., S. 35; *Maurer*, Die Johanniter im Breisgau, Das Großpriorat Heitersheim, S. 67-68, 69 und *Steinert*, Das Fürstentum Heitersheim, Heitersheim als Fürstentum, S. 12, 13, Karte: Malteser-Fürstentum, am Ende nach S. 27: gibt mit Bremgarten noch die weitere Herrschaft Weinstetten an).

Die daneben auch besessenen und der deutschen Zunge zugehörend zerstreut liegenden Balleien und Kommenden wurden alle dem Oberrheinischen Kreis zugerechnet (*GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Johanniter= Maltheser=Orden, a) Das Obristmeistertum, S. 59). In den Deutschen und Böhmischem (mit Österreich) Großprioraten und in der Ballei Brandenburg waren es zumeist in Gemeinden gelegene einzelne und landsässige Güter, wenige auch reichsunmittelbare (*Sauter*, Ueber den Maltheserorden, §. 68., S. 143-144, §. 101. u. §. 102., S. 239-242 (§. 102., S. 241-242); *Kirchhoff*, Der Souveraene Johanniter-Malteser-Ritter-Orden, (S. 4) Ziff 7., (S. 8-10); *Herrlich*, Die Besitzungen des ehemaligen deutschen Groß-Periorats des Johanniter-Ordens, in: *Wochenblatt der Johanniter=Ordens=Balley Brandenburg*, 21. Jahrg., Nr. 17. (28. April 1889), S. 99-102, Nr. 18. (5. Mai 1880), S. 103-106, Nr. 19. (12. Mai 1880), S. 109-111, Nr. 20. (19. Mai 1880), S. 117-119 mit dem den Abhandlungen von *Herrlich und Kirchhoff* zugrundegelegenen *Archivrepertorium über die Lagerbücher aller Kommenden des Großpriorates Heitersheim aus dem Jahr 1798* (*Generallandesarchiv Karlsruhe*, Institutionen und Herrschaften des Alten Reiches, Amtsbücher, 68, 183).

⁸²⁸ *Ehrler*, Agrargeschichte Heitersheim, Anhang, II., S. 73, 3. Abschnitt, S. 64 und *Steinert*, Das Fürstentum Heitersheim, Heitersheim als Fürstentum, S. 12, Karte: Malteser-Fürstentum am Ende nach S. 27): 1, 17 QM.

⁸²⁹ *Ehrler*, Agrargeschichte Heitersheim, 3. Abschnitt, S. 62-64 (64): 5 146 Menschen für das Jahr 1806 und *Steinert*, Das Fürstentum Heitersheim, Heitersheim als Fürstentum, S. 12.

⁸³⁰ *Steinert*, Das Fürstentum Heitersheim, Heitersheim in der Regierungszeit seiner Fürsten, S. 20 „Nach den Budget des Fürstlichen Großprioratshauses Heitersheim von 1786/87 hatte der Fürst ein Gesamteinkommen von 47 034 fl. ... Einen durchaus befriedigenden Eindruck gewähren die wirtschaftlichen Verhältnisse unseres geistlichen Fürstentums am Ende des 18. Jahrhunderts, ...“.

⁸³¹ Das Haus Österreich hatte seit der Erhebung der Territorialherrschaft zu einem Fürstentum (1548), dies insbesondere bei dem auf Einladung der vorderösterreichischen Landstände nachgekommenen Erscheinen der

Bei den beiden Stimmen Trient⁸³³ und Brixen:⁸³⁴

	Fläche QM	Volkszähl	Einkünfte Gulden
Hochstift Trient	70	150 000	550 000 ⁸³⁵
Hochstift Brixen	17	26 000	250 000 ⁸³⁶

hatten ihren beiden Fürstbischöfe eine mit den Grafen von Tirol geteilte Landeshoheit, deren inhaltlicher Schwerpunkt bei diesen lag.⁸³⁷ Mithin besaßen die beiden Fürstbischöfe keine volle gräfliche Gewalt.

Großprieore zu den vorderösterreichischen Landtagen, die Landeshoheit über das Heitersheimer Gebiet für sich beansprucht. Die Großprieore/Fürsten von Heitersheim konnten sich trotz wiederholten Versuchen hieraus nicht befreien, sie behielten jedoch ihre Stimme im Reichsfürstenrat (*Schneider*, Das Fürstentum Heitersheim, II., 1., S. 15-20; *Ehrler*, Agrargeschichte Heitersheim, 2. Abschnitt, 3. Kap., II., S. 36; *Maurer*, Die Johanniter im Breisgau, Das Großpriorat Heitersheim, S. 70; *Steinert*, Das Fürstentum Heitersheim, Heitersheim als Fürstentum, S. 13; *Sauter*, Ueber den Maltheserorden, §. 15., S. 22-23; *Rödel*, Das Großpriorat Deutschland des Maltheser-Ordens, III., 1., 2., S. 322-323 und *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober=rheinische Kreis, Das Johanniter=Meisterthum, oder Fuerstenthum Heitersheim, §. 3., S. 45-46).

⁸³² Im Unter-Elsass gelegen, hatte die Propstei Weissenburg ihre Klosteranlagen in der gleichnamigen Stadt, welche nachherige Reichsstadt Weissenburg ihr auch bis in die Jahre 1442/1518 zugehörte (*Schweer*, Weissenburg im Elsass, II, 3., Gründung ... des Klosters, S. 26-34, Gründung ... der Stadt bis ins 15. Jahrhundert, S. 34-35, III, 2., S. 51-52, Abb. 8, S. 51 und *Zedler*, Universal Lexicon, LIV. Band, Weissenburg, ..., eine gefuerstete Probstey ..., Sp. 1291-1294 (1291)). Im Jahr 1545 erfolgte bei dem weiteren Fortbestehen ihres Kapitels, mit kaiserlichen und päpstlichen Bewilligungen ihre beständige Vereinigung mit dem Bistum Speyer, dies bei dem weiteren Fortbestehen ihrer Virilstimme im Reichsfürstenrat (*Büsching* Erdbeschreibung, III. Theil, Frankreich, 40. (vielmehr 39.), Unter=Elsas, IV., 1., S. 941-942 (942), Anm., S. 943-944, 1), S. 944, VII. Theil, Der ober=rheinische Kreis, Die Probstey Weissenburg, S. 20; *Zedler* ebd., Sp. 1292; *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, S. 566-567 (566), 1. Buch, §. 2., S. 231, Band XVII, 3. Buch, 1. Cap., §. 7., S. 279). Nach der Abtretung der dem Haus Österreich über die zehn im Elsass gelegenen Reichsstädte zugestanden Reichslandsvogtei im IPM an die Krone Frankreichs, hierunter auch die Stadt Weissenburg (unten, S. 977), musste die, sich mit ihren Klosteranlagen in der Stadt befundene Propstei Weissenburg nach und nach die Hoheit der französischen Könige anerkennen und sie war im Jahr 1680 durch Reunionsbeschluss von ihnen beansprucht worden (*Hoffmann-Hartmann*, De principibus ecclesiasticis, p. 16-17 (17) und *Das Reichsland Elsass-Lothringen*, III. Theil, 2. Hälfte, Weissenburg. Ehemalige Benediktinerabtei ..., S. 1196-1197 (1197)). Mit der in Art. IV. des Rijswijker Friedens v. 3. Okt 1697 vereinbarten alleinigen Herausgabe aller außerhalb des Elsass gelegenen Reunionen an das Reich, gelangte die Propstei Weissenburg endgültig unter die französische Souveränität (unten, S. 999-1003; *Büsching* ebd., III. Theil, 1, S. 941-942, 2, S. 942, Anm., S. 943-944, VII. Theil ebd., S. 20 und *Moser* ebd., Band III, 1. Buch, 5. Cap., §. 23., S. 256, 2. Buch, §. 54., S. 566-567). Entgegen den sonstigen im Elsass gelegenen Gebieten mit reichsständischen Stimmen, behielt jedoch der Propst von Weissenburg, dessen Stelle der bischöflichen Tafel des Bistums Speyer einverleibt wurde, seine Stimme im Reichsfürstenrat weiterhin fort (*Moser* ebd., Band III, 2. Buch, §. 54., S. 566-567, 1. Buch, §. 22. u. §. 23., S. 254-256 (§. 23., S. 256), Band XIII., 1. Buch, 13. Cap., §. 18., S. 181-182 (182); *Büsching* ebd., VII. Theil, S. 20 und *GRSH* ebd.).

⁸³³ Oben, S. 105-106.

⁸³⁴ Oben, S. 105-106.

⁸³⁵ Annex, S. 68.

⁸³⁶ Annex, S. 68.

⁸³⁷ Die beiden Fürstbischöfe von Trient und Brixen waren bei einer zwischen ihnen und den Grafen von Tirol – zumeist dem Haus Österreich zugehörend – umstrittenen Landeshoheit (*Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 41., S. 559-560 (559), §. 42., S. 560, Band XIV, 7. Cap., §. 56., S. 140-

Die Stimme Chur:⁸³⁸

	Fläche QM	Volkszähl	Einkünfte Gulden
Hochstift Chur			10 000 ⁸³⁹

bestehend aus dem als Enklave in der Schweizerischen Eidgenossenschaft gelegenen reichsunmittelbaren Hofbezirk Chur⁸⁴⁰ entsprach gleichfalls nicht einer Grafengewalt.

141 und *Fabri*, Geographie fuer alle Staende, I. Theil, 2. Band, Der Oestreichische Kreis, V.) (Abschnitt) Fuerstl. Bischoefl. Trientinisches weltliches Gebiet, S. 120-121, VI. (Abschnitt) Das Fuerstlichbischoeflich=weltliche Brixensche Gebiet, S. 132) zu den Landtagen der Grafen von Tirol mit einigen von ihnen gehabten Vorrechten erschienen (*Moser* ebd., Band III, §. 41., S. 559-560 (560), §. 42., S. 560; *Bastgen*, Die Ursachen der Säkularisation der Bistümer Trient und Brixen, in: *HJ*, Jahrg. 1913, 2. Kleine Beiträge, S. 565; *Fabri* ebd., V.), S. 120-121, VI., S. 132 und *Göbel*, Entstehung, Entwicklung und Rechtsstellung Geistlicher Territorien im Deutsch-Italienischen Grenzraum, (A), VII., 5., S. 188). Sie erbrachten die landständischen Steuern zu der Grafschaft Tirol, weshalb sie von ihren Grafen von den Reichssteuern mit Ausnahme des Kammerzielers freigehalten wurden und ihnen die Befugnis der Erhebung von den Abgaben und Steuern in ihren eigenen Gebieten zustand (*Büsching*, Erdbeschreibung, V. Theil, der oestreichische Kreis, V., S. 648, VI., S. 652-653, Von dem oestreichischen Kreise ueberhaupt, §. 6., S. 361-362 (362); *Göbel* ebd., (A), VII., 5., S. 189-190, insb. Fußn. 5), S. 189; *Fabri* ebd., V.), S. 120 u. 122, VI., S. 132 und *Hoff*, Das Teutsche Reich, II. Theil, 2. Abtheilung, 2. Abschnitt, II., 2., II., 1. u. 2., S. 122-123). In militärischen Dingen befanden sie sich, welchen Grafen von Tirol für ihre Hochstifte das ius belli ausübten und sie ohne ihr Wissen und Willen keinen Krieg beginnen, keinen Frieden schließen, diese jedoch auch alle ihnen gegenüber dem Reich obliegenden militärischen Pflichten übernommen hatten, in einer völligen Abhängigkeit zu diesen (*Göbel* ebd., (A), VII., 5., S. 189-190 (190), insb. Fußn. 5), S. 189; *Moser* ebd., Band III, §. 41., S. 560, §. 42., S. 560; *Fabri* ebd., V.), S. 120 und *Granichstaedten=Czerva*, Brixen, I. Abschnitt, VI., b), 4., S. 45-49 (46)). Den Bischöfen stand die weltliche Jurisdiktion über ihre Untertanen zu, welche nicht an den Grafen von Tirol als letzte Instanz appellieren konnten (*Zedler*, Universal Lexicon, XVI. Band, Trident, ..., ein Bisthum, ..., Sp. 648-653 (649); *Göbel* ebd., (A), VII., 4., S. 185; Ziff. 2. der Bestimmungen zugunsten der Trienter Kirche; *Kögl*, La sovranità dei vescovi di Trento e di Bressanone, Partie I., IV., § 18, Analisi, I., p. 380; *Granichstaedten=Czerva*, 2., S. 39-43 (39); *Bastgen*, Die Ursachen ..., in: *ebd.*, S. 563; *Ersch-Gruber*, Allgemeine Encyclopaedie der Wissenschaften und Kuenste, 1. Section, XIII. Theil, Brixen ..., Stadt ..., S. 60; *Zedler* ebd., IV. Band, Brixen, ..., eine Stadt in Tyrol ..., Sp. 1424-1427 (1425) und *Fabri* ebd., VI., S. 133) und besaßen der Bischof von Trient und die Grafen von Tirol häftig das Bergwerksregal (*Fabri* ebd., V.), S. 120). Beide Fürstbischöfe konnten ihre weltliche Regierung erst nach Verschreibung und Schwur auf ihre vorhergehenden mit den Grafen von Tirol abgeschlossenen und ihre gegenseitigen Rechte festlegenden Verträge antreten (*Göbel* ebd., (A), VII., 5., S. 189, 4., S. 186; Ziff. 1. der Rechte des Grafen von Tirol). Die Landeshoheit war zwischen ihnen und den Grafen von Tirol geteilt (zu den zwischen dem Bischof von Trient und den Grafen von Tirol gegebenen einzelnen gegenseitigen Rechten und Pflichten *Göbel* ebd., (A), VII., 3.-5., S. 155-193 (4., S. 185-187, 5., S. 192-193), welche in ähnlicher Weise auch für die Bischöfe von Brixen galten *Göbel* ebd., 5., S. 188-191, insb. Fußn. 5), S. 189), mit dem inhaltlichen Schwerpunkt bei letzteren (*Moser* ebd., Band XIV, S. 140; *Bastgen*, Die Ursachen ..., in: *ebd.*, S. 562 und *Hoff* ebd., 1., S. 122-123, 2., S. 123).

Moser, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 1. Buch, 9. Cap., §. 16., S. 302 „Ja nicht nur der Verlust eines Landes, worauf Siz und Stimme hafftet, sondern auch der Verlust der blossen Landes=Hoheit ueber ein solches Gebiet, ziehet ordentlicher Weise den Verlust der Reichs=Standschafft nach sich: Doch fehlet es nicht an verschidenen Exempeln von Fuersten und Grafen, welche in ihren Landen die Landes=Hoheit entbehren muessen, ohne daß sie deßwegen ihrer Reichs=Standschafft entsetzet worden waeren. ... Die Bischoeffe zu Brixen und Trident, ..., bedienen sich ebenfalls ihres Siz= und Stimm= Rechts, obgleich Oesterreich die Landes=Hoheit in ihren Landen ausuebet.“

⁸³⁸ Oben, S. 105-106.

⁸³⁹ Annex, S. 65.

c) Gleichwertigkeit der Reichsstandschaften der geistlichen Fürstenstimmen mit jenen der weltlichen Fürstenstimmen

Die normativen Voraussetzungen für die fürstlichen Virilstimmen im Reichsfürstenrat waren bei ihren alten Fürsten, für ihre weltlichen und geistlichen Mitglieder gleichermaßen, die lehnsrechtliche Reichsunmittelbarkeit, weiterhin bei ihren weltlichen der Besitz einer herzoglichen oder herzogsgleichen Herrschaft, und bei ihren geistlichen die Innehabung einer altgräflichen Gewalt.⁸⁴¹ Bei den seit dem Jahre 1582 neuen Fürsten lagen sie in den Zustimmungen anderer Reichsfürsten, dem Besitz einer fürstenmäßigen Gebiets Herrschaft, in der Übernahme eines standeswürdigen Beitrages zu den Reichslasten und im Erwerb der

⁸⁴⁰ Die Bischöfe von Chur hatten im 12. und 13. Jahrhundert ausgedehnte Hoheitsrechte im oberen Rätien besessen (*Danuser*, Die staatlichen Hoheitsrechte Graubünden gegenüber Chur, I. Teil, 1. Abschnitt, S. 7). Sie wurden während des 14. und bis zum Ausgang des 15. Jahrhunderts von den Gotteshausleuten, dem im Jahr 1367 erstmalig errichteten Gotteshausbund und dem, die Bischöfe selber zugehörend, im Jahr 1471 gegründeten und das neue staatliche Gemeinwesen für Chur-Rätien seienden Freistaat der Drei Bünde eingeschränkt (*Danuser* ebd., S. 8-12 und *Büsching*, Erdbeschreibung, X. Theil, Die Eidgenossenschaft ..., II, B, 1=3, §. 6., S. 600-602 (601-602), §. 8., S. 604-605). Der Freistaat der Drei Bünde gehörte nicht der schweizerischen Eidgenossenschaft zu (*Acta vnd Handlungen Betreffend Gemeiner Eydgnosschafft Exemption*, Lit. P., S. 47-49: Schreiben der Eidgenossenschaft an die Kaiserliche Majestät v. 10. Juli 1649, an dessen Ende allein die 13 Städte und Lande der Eidgenossenschaft angeführt sind, Lit. Q., S. 49-51 (51)) und war mit ihr allein seit den Jahren 1497/98, 1600/02, 1707 verbündet (*Büsching* ebd., 1=3, §. 10., S. 608-609). Er wurde jedoch in seinem Verhältnis zum Reich der Eidgenossenschaft gleichgestellt (*Jan*, Staatsrechtliches Verhaeltnis der Schweiz zu dem deutschen Reiche, I. Theil, §. 163., u. §. 164., S. 313-315). Der in der Stadt Chur in erhöhter Lage gelegene, das bischöfliche Schloss, die Kathedrale und die Domherrenwohnung erfassende und durch Mauern abgeschlossene Hofbezirk Chur wurde anlässlich von Streitigkeiten zwischen dem Bischof und dem Bürgermeister und Rat der Stadt Chur über die Zugehörigkeit der Reichsvogtei durch die kaiserliche Verfügung Maximilians II. v. 24. Okt. 1514 von der Straf- und sonstigen Gebietungs- und Verfügungsgewalt der Stadt Chur abgetrennt und ausschließlich dem Bischof zu einem Reichslehen reserviert (*J. G. Mayer*, Geschichte des Bistums Chur, II. Band, 1. Abschnitt, 2., S. 9-10 und *Danuser* ebd., S. 12-13). Er verblieb, bei der in Art. VI IPO und § 63 IPM ausgesprochenen endgültigen Loslösung der schweizerischen Eidgenossenschaft vom Reich (*Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 46 und *Vast*, Traité Louis XIV, Tome I, I, Traité signé à Munster ..., p. 34), womit auch der Freistaat der Drei Bünde als nicht mehr dem Reich zugehörend angesehen wurde (*K. Müller*, Die Exemption der Eidgenossenschaft 1648, II., in: *Schweizer Beiträge zur Allgemeinen Geschichte*, IV. Band, Miscellen, S. 222-228 (227: Ziff. 1.); *G. W. Roeder*, Historische=staatsrechtliche Beleuchtung der Hoheitsrechte des Standes Graubunden in Angelegenheiten des Bistums Chur, 1. Kap., a), S. 11-12 (12) und *Vast* ebd., Tome II, III, Traité de paix de Ryswick entre l'empereur Léopold et Louis XIV du 30 octobre 1697, p. 228-253: Art. LVI: das den 13 schweizerischen Kantonen als unter ihren Bundesverwandten zugehörende Graubünden ist in diesen miteinbezogen (p. 252)), als Enklave beim Reich. *Mayer* ebd., 3. Abschnitt, 1., S. 417 „... Von den früheren Herrschaf ts r e c h t e n waren den Bischöfen nur noch Reste übrig geblieben. Unbestritten blieb die volle weltliche Herrschaft des Bischofs über den Hofbezirk in Chur, der eine Enklave des deutschen Reiches bildete. ...“ Entsprechend diesem war auch der im Frühjahr 1794 vom Domkapitel gewählte Bischof Graf von Buol=Schauenstein von Kaiser Franz II. am 5. April 1796 mit den Reichsregalien belehnt worden (*Mayer* ebd., 4. Abschnitt, (2.), 87., S. 534-535).

Moser, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 1. Buch, 9. Cap., §. 16., S. 302 „Ja nicht nur der Verlust eines Landes, worauf Siz und Stimme haftet, sondern auch der Verlust der blossen Landes=Hoheit ueber ein solches Gebiet, ziehet ordentlicher Weise den Verlust der Reichs=Standschafft nach sich: Doch fehlet es nicht an verschidenen Exempeln von Fuersten und Grafen, welche in ihren Landen die Landes=Hoheit entbehren muessen, ohne daß sie deßwegen ihrer Reichs=Standschafft entsetzet worden waeren. ... Der Bischoff von Chur fuehret seine Stimme im Reichs=Fuersten=Rath biß disen Tag, ob gleich die Schweizer denselben ohne Scheu öffentlich als einen Titular=Reichs=Fuersten tractiren, weil sie ihm keine Landes=Hoheit ueber sein Gebiet eingestehen. ...“.

⁸⁴¹ Oben, S. 459-460.

Kreisstandschaft.⁸⁴² Auch diese Voraussetzungen waren für geistliche und weltliche Fürsten identisch.

Der territoriale Besitz entsprach bei 39 alten Fürsten dem Erfordernis von einer herzoglichen oder herzogsgleichen Herrschaft mit einer Ausnahme (Herzogtum Arenberg).⁸⁴³ Bei ihren 22 neuen weltlichen Fürsten entsprachen dem Erfordernis einer fürstenmäßigen Gebietsherrschaft mit 3 Ausnahmen (Grafschaft Schwarzenberg, Reichsherrschaft Tarasp, Reichsherrschaft Thengen).⁸⁴⁴ Bei den 32 geistlichen Fürsten, alle den alten Fürsten zugehörend, entsprachen dem Erfordernis der Innehabung einer Grafengewalt, jedoch lag bei von ihren 5 (Fürstentum Heimersheim, Propstei Weissenburg, Hochstift Trient, Hochstift Brixen, Hochstift Chur) keine volle Grafengewalt vor.⁸⁴⁵

Lehnsrechtlich hatten alle 39 alten weltlichen Fürsten alle die höheren kaiserlichen Thronlehen erhalten.⁸⁴⁶ Von den 22 neuen Reichsfürsten erhielten die im IPO säkularisierten 9 Fürstentümer weiterhin die höheren Thronlehen,⁸⁴⁷ ebenso gleichfalls die Grafschaft Ostfriesland, das Fürstentum Schwarzburg, die gefürstete Grafschaft Friedberg-Scheer⁸⁴⁸ und die gefürstete Grafschaft Hohenzollern.⁸⁴⁹ Die Fürstentümer Salm, Nassau-Hadamar, Nassau-Dillenburg, Liechtenstein, die Landgrafschaft Fürstenberg, gefürstete Grafschaft Schwarzenberg, Reichsherrschaft Tarasp, gefürstete Reichsherrschaft Thengen erhielten die niederen Reichshofratslehen.⁸⁵⁰

Die 32 geistlichen Fürsten dagegen, alle den alten Fürsten zugehörend, wurden mit den höheren kaiserlichen Thronlehen belehnt.⁸⁵¹

Die Entstehungs- und Erwerbsgründe der fürstlichen Kreisstandschaft standen demnach bei den geistlichen Reichsfürsten, sowohl hinsichtlich ihrer normativen Voraussetzungen, als auch ihrem gebietlichen Besitz zu Ausgang des 18. Jahrhunderts und ihren lehnsmäßigen Vergaben den weltlichen Reichsfürsten nicht nach.

⁸⁴² Oben, S. 460-464.

⁸⁴³ Oben, S. 465-485.

⁸⁴⁴ Oben, S. 485-498.

⁸⁴⁵ Oben, S. 498-515.

⁸⁴⁶ Unten, S. 591-594.

⁸⁴⁷ Unten, S. 593-595.

⁸⁴⁸ Unten, S. 596.

⁸⁴⁹ Oben, S. 443.

⁸⁵⁰ Salm: Reichsafterlehen: für den Untervasall Salm selbige Wertigkeit wie eine unmittelbare Belehnung, (unten, S. 591, 595-596), Nassau-Hadamar, Nassau-Dillenburg, Fürstenberg, Schwarzenberg, Tarasp, Thengen (unten, S. 595-596), Liechtenstein (oben, S. 443).

⁸⁵¹ Oben, S. 442, unten, S. 593-585.

Die mit der fürstlichen Reichsstandschaft verbundenen Befugnisse, die Innehabung einer Virilstimme im Reichsfürstenrat waren bei ihren weltlichen und geistlichen Mitgliedern gleichermaßen gegeben.

Die Reichsstandschaft der geistlichen Fürstenstimmen im Reichstag war demnach der Reichsstandschaft der dortigen weltlichen Fürstenstimmen jedenfalls gleichwertig.

3. Die Gleichwertigkeit der Reichsstandschaften der weltlichen und geistlichen Kurfürsten

a) Die normativen Voraussetzungen

Die besondere Rechtsstellung der Kurfürsten⁸⁵² hatte sich durch die drei Königswahlen⁸⁵³ der Jahre 1198,⁸⁵⁴ 1257⁸⁵⁵ und 1273⁸⁵⁶ herausgebildet, durch welche das Königswahlrecht

⁸⁵² Von den anfänglichen 7 Kurfürsten, den 3 rheinischen Erzbischöfen, dem König von Böhmen, dem Pfalzgraf bei Rhein, dem Herzog von Sachsen-Wittenberg und dem Markgrafen von Brandenburg hatte mit der Ausnahme des Herzogs von Sachsen-Wittenberg alle dem während des Umbildungsprozess hervorgegangenen jüngeren Reichsfürstenstand zugehört (*Ficker*, Vom Reichsfürstenstande, I. Band, XV., Abschnitt 202, S. 273, XIII., Abschnitt 135, S. 187, Abschnitt 166, S. 216-217, Abschnitt 187, S. 234-238, XIV., Abschnitt 191, S. 244-247, Abschnitt 193, S. 252-254). Die Ausnahme des Herzogs von Sachsen-Wittenberg erklärt sich, dass das Herzogtum Sachsen-Wittenberg im 12. und zu Beginn des 13. Jahrhunderts noch nicht existent war, sondern mit der in den Jahren 1295/96 erfolgten Aufteilung des Herzogtums Sachsen – eines der aus dem alten Stammesherzogtum Sachsen mit der Ächtung von Heinrich dem Löwen im Jahr 1180 gebildeten neuen Territorialherzogtum, welches den Namen, die Ehren und die Würden dieses übernommen hatte – in die beiden Nachfolgeherzogtümer Sachsen-Wittenberg und Sachsen-Lauenburg entstanden war (*Mohrmann*, Lauenburg oder Wittenberg? 1. Kap., S. 5-15 (5, 9-11)). Hierbei hatte der erste Herzog von Sachsen-Wittenberg, Albrecht II. nach dem Tod seines Vaters Albrecht I. am 8. Nov. 1261 mit seinem Bruder Herzog Johann und nach dessen Ableben am 30. Juli 1286 mit zweien seiner Söhne das Herzogtum Sachsen regiert (*Isenburg*, Stammtafeln, I. Band, Tafeln 39. u. 40.), welche vorherige Herzöge von Sachsen Bernhard I. von 1180-9. Febr. 1212, Albrecht I. von 1212-8. Nov. 1261 dem jüngeren Reichsfürstenstand zugehörten (*Ficker* ebd., XIII., Abschnitt 156, S. 202, XIV., Abschnitt 195, S. 259).

Von ihrer Zugehörigkeit zu den Reichsfürsten rührt insbesondere, dass die Kurfürsten bis in die 2. Hälfte des 15. Jahrhunderts mit diesen eine einheitliche Kurie gebildet hatten und erst durch die von ihnen getragene Reichsreform sich zu einem zweiten Kollegium neben diesen zusammenschlossen. Von der ehemals einheitlichen Kurie resultiert der für die Beschlussfassung des Reichstages bei der Re- und Correlation bestehende Gebrauch, der zuerst zu erfolgender Einigung des Kurfürsten- und Reichsfürstenrat als den beiden höheren Reichstagskollegien über einen einheitlichen Beschluss, ehe sie sich an die Reichsstädte zur Herbeiführung des gemeinsamen Beschlusses des Reichstages wandten (unten, S. 580).

⁸⁵³ Das Recht der Königswahl hatte ursprünglich dem Volk selbst zugestanden. Wahlkörper waren die 4 Stämme der Sachsen, Franken, Schwaben und Baiern, welcher Wahlvorgang in den Händen ihrer Führer, den Stammesherzögen lag, die als die machtpolitisch Großen des Reiches bei der Wahl den Ausschlag gaben (*Mitteis*, Die deutsche Königswahl, 1. Teil, S. 21-110 (3. Kap., IV., 1.-4., S. 95-104). Mit der Herausbildung des jüngeren Reichsfürstenstandes im 12. und zu Beginn des 13. Jahrhunderts war das Recht der Königswahl auf die Reichsfürsten, als den neuen Machträgern des Reiches übergegangen. Hierbei hatten einzelne von ihnen die Befugnis, ihre Stimme bei der Wahl als erste abzugeben, das Vorstimmrecht oder Kürrecht erlangt. Der in den Jahren 1224-1232 entstandene Ssp. (*Ficker*, Ueber die Entstehungszeit des Sachsenspiegels, insb. XVI., S. 135-137), erkannte in seinem Ldr, 3. Buch, Art. LVII § 2 den 3 rheinischen Erzbischöfen, dem Pfalzgraf bei Rhein, dem Herzog von Sachsen und dem Markgraf von Brandenburg ihre Kurwürden als ein Vorwahlrecht neben den Mitwahlrechten der anderen Reichsfürsten zu (*Sachsenspiegel*, Landrecht, Landr., S. 243). *Mitteis* ebd., 3. Kap., IV., 4., S. 106-109 (108).

⁸⁵⁴ Die Doppelwahl des Jahres 1198 mit den sich anschließenden beiden Wahlentscheidungen Papst Innozenz III., brachte die Festlegung der Mitwirkung bestimmter Reichsfürsten bei einer ansonsten noch von

zugunsten der mächtigsten und angesehensten Reichsfürsten, der Kurfürsten entstanden war.⁸⁵⁷

allen Reichsfürsten durchzuführenden Königswahl als einer unerlässlichen Voraussetzung für ihre Gültigkeit (*Mitteis*, Die deutsche Königswahl, 2. Teil, 4. Kap., I.-III., S. 113-142 und die beiden Stellungnahmen Innozenz' III. *Deliberatio super facto imperii tribus electis*, 5. Jan. 1201 (*Regestum domni Innocentii tertii pape super negotio Romani imperii*, I. Teil, Nr. 29., S. 43-51) und Venerabilem, März 1202 (*Regestum domini Innocentii ebd.*, Nr. 62. [61]., S. 92-96, insb. „..., quamvis plures ex illis, ... quam contradictio multorum obstat. ...“ (S. 93 Z 37-S. 94 Z 6).

⁸⁵⁵ Bei der Doppelwahl des Jahres 1257 erbrachte die Entstehung des alleinigen Königswahlrechtes der Kurfürsten mit noch zwei getrennten und in sich konkurrierenden Wahlkörpern (*Mitteis*, Die deutsche Königswahl, 2. Teil, 6. Kap., IV., S. 194-203 und *Zeumer*, Die böhmische und die bayerische Kur im 13. Jahrhundert, 1., in: *HZ*, XCIV. Band, Aufsätze, S. 213-223).

⁸⁵⁶ Bei der Wahl Graf Rudolfs von Habsburg im Jahr 1273 entstand das alleinige und durch einen einheitlichen Wahlkörper auszuübende Wahlrecht der Kurfürsten, teilgenommen hatten die drei rheinischen Erzbischöfe von Mainz, Trier, Köln, der Pfalzgraf bei Rhein, der Herzog von Sachsen, der Markgraf von Brandenburg und der Herzog von Niederbayern, letzterer anstelle des in Kriegen verwickelten König Ottokar von Böhmen (*Mitteis*, Die deutsche Königswahl, 2. Teil, 7. Kap., I., S. 204-210 und *Zeumer*, Die böhmische und die bayerische Kur im 13. Jahrhundert, 2., in: *HZ*, XCIV. Band, Aufsätze, S. 223-237).

⁸⁵⁷ Die Kurfürsten waren keine besondere Hierarchie im Fürstenstand sondern waren Amtsbezeichnungen für besondere Tätigkeiten. *Schmauß*, Academische Reden und Vorlesungen ueber das teutsche Staatsrecht, 1. Buch, XI. Cap., §. 1., S. 150 „... Das Wort Churfuerst ist keine Benennung einer besondern Wuerde, als wenn sie in dem Adel etwas besser waeren, sondern ein Amtsname. Sie sind diejenigen Fuersten, denen das Amt, einen Kaiser zu waehlen, oder zu kuehren, kiesen, aufgetragen worden ist. Daß sie in Ansehung des Standes vor den Fuersten nichts voraus haben, wird unten im Capitel von den Standeserhoehungen bewiesen werden. ...“, S. 169 „... Fuerst bedeutet eben das, was im Lateinischen p r i n c e p s bedeutet. Denn Fuerst ist aus foerderst zusammengezogen. Der foerderste ist der erste nach dem Regenten, folglich sind die Fuersten die vornehmsten des teutschen Reichs. Hieraus folget, was oben gesagt worden, daß die Churfuersten dem Stande nach nichts bessers sind, als die andern Fuersten. Es sind nur aus den Fuersten einige ausgesucht worden, welche die Wahl verrichten sollen. Deswegen bleiben sie nach wie vor Fuersten, und haben nur blos den Zusaz Wahlfuersten.“.

Die um die Zuordnung der Kurstimmen⁸⁵⁸ und der Erzämter⁸⁵⁹ noch vorhandenen Streitfragen⁸⁶⁰ beendete die Goldene Bulle Kaiser Karls IV. vom Jahre 1356, indem sie den drei rheinischen Erzbischöfen von Mainz, Trier, Köln, dem König von Böhmen, dem Pfalzgrafen bei Rhein, dem Herzog von Sachsen-Wittenberg und dem Markgrafen von Brandenburg in Cap. IV ihre Kurwürden,⁸⁶¹ in Cap. I und II ihre Erzämter zuerkannte,⁸⁶² das Viererquorum⁸⁶³ und das Mehrheitsprinzip festlegte⁸⁶⁴ und bei den weltlichen Kurfürsten den Besitz eines Kurlandes⁸⁶⁵ und bei den geistlichen den Besitz eines Erzamtes⁸⁶⁶ als die

⁸⁵⁸ Umstritten waren:

Die böhmisch-niederbayerische Kurstimme. Bei der Wahl Rudolfs von Habsburg im Jahre 1273 hatte der nichtteilnehmende König von Böhmen Ottokar gegen dessen Wahl und gegen die Kurstimme des Herzogs von Niederbayern Heinrich XIII. Protest eingelegt (*Zeumer*, Die böhmische und die bayerische Kur im 13. Jahrhundert, 2., in: *HZ*, XCIV. Band, Aufsätze, S. 224-229 (227), 235-236),

die wittelsbachisch-pfälzisch/wittelsbachisch-bayerische Kurstimme. Die bayerische Kurstimme war bei der Wahl Rudolfs von Habsburg von den beiden wittelsbachern Brüder, dem Herzog von Niederbayern Heinrich XIII. und dem Pfalzgraf bei Rhein Ludwig II. gemeinsam ausgeübt worden (*Zeumer*, Die böhmische und die bayerische Kur im 13. Jahrhundert, 2., in: *ebd.* S. 235). In dem danach zwischen den beiden wittelsbachern Häusern im Jahre 1329 abgeschlossenen Paviaer Hausvertrag war die abwechselnd auszuübende Kurstimme zwischen diesen beiden Häusern vereinbart worden (*Fischer*, Kleine Schriften aus der Geschichte, dem Staats- und Lehenrechte, II. Band, Urkundenbuch, XXXVII., S. 648-658, insb. „...“, und also sol die Wechslung der Wal dez Richs zwischen in und iren Erben und unsern Chinden und iren Erben fuerbaz ewichlich beleiben, ...“ (S. 653) und

die sächsisch-lauenburgisch/sächsisch-wittenbergische Kurstimme. Bei der Doppelwahl des Jahres 1314 wurde vom Herzog von Sachsen-Lauenburg König Ludwig IV., hingegen vom Herzog von Sachsen-Wittenberg König Friedrich III. gewählt (*Lammert*, Der Streit um die Kurwürde zwischen Sachsen=Lauenburg und Sachsen=Wittenberg, in: *HV*, 30. Jahrg., Aufsätze, a), S. 305-315 (307)).

⁸⁵⁹ Die Ursprünge der Erzämter liegen in den von Stammesherrzögen bei den Königskrönungen und anderweitig ausgeübten Ehrendienste, in welchen sie ihre Unterwerfung gegenüber dem neuen König zum Ausdruck brachten (*Buchner*, Die Entstehung der Erzämter, Einleitung, Kap. I., S. 7-9).

⁸⁶⁰ Umstritten waren das böhmisch/niederbayerische Erzmundschenkenamt (*Buchner*, Die Entstehung der Erzämter, 2. Hauptteil, Kap. XXII., S. 109-110 und 3. Hauptteil, Kap. LIII., S. 260-264), das pfälzisch/lothringische Erztruchsessnamt (2. Hauptteil, Kap. XXIV.-XXVIII., S. 116-130) und das sächsisch-lauenburg/sächsisch-wittenbergische Erzmarschallamt (2. Hauptteil, Kap. XX., S. 98-104).

⁸⁶¹ Cap. IV, 14-31 (*Die Goldene Bulle*, S. 38) mit Cap. I, 105-132 (*ebd.*, S. 22, 24), 145-163 (*ebd.*, S. 24, 26).

⁸⁶² Cap. II, 18-19: Erzbischof von Mainz des Heiligen Reiches Erzkanzler in Deutschland; Cap. I, 110-111: Erzbischof von Köln des Heiligen Reiches Erzkanzler in Italien; Cap. I, 116-117: Erzbischof von Trier des Heiligen Reiches Erzkanzler für Gallien und das Königreich Arelat (unten, S. 526); Cap. I, 105: König von Böhmen des Heiligen Reiches Erzmundschenk (*Die Goldene Bulle*, S. 22); Cap. I, 122: Pfalzgraf bei Rhein des Heiligen Reiches Erztruchseß (S. 24); Cap. I, 124: Herzog von Sachsen des Heiligen Reiches Erzmarschall (S. 24); Cap. I, 130-131: Markgraf von Brandenburg des Heiligen Reiches Erzkämmerer (S. 24).

⁸⁶³ Cap. II, 63-69 (*Die Goldene Bulle*, S. 34).

⁸⁶⁴ Cap. II, 39-40 (*Die Goldene Bulle*, S. 32). Das Mehrheitsprinzip war in Kaiser Ludwigs des Baiern Gesetz über die Königswahl v. 6. 8. 1338 bereits festgelegt (*Zeumer*, Quellensammlung, 1. Teil, Nr. 142., S. 184 „...“, quod postquam aliquis eligitur in imperatorem sive in regem ab electoribus imperii concorditer vel a maiori parte eorumdem, statim ex sola electione est verus rex et imperator Romanorum censendus et nominandus, ...“.

⁸⁶⁵ Bei den Kuren der 4 weltlichen Kurfürsten ging die Goldene Bulle, wie sich aus ihren Formulierungen in Cap. VII, 9-15 „... Sane generaliter longe lateque est publicum et quasi per totum orbem notorie manifestum, illustres regem Boemie necnon comitem Palatinum Rheni, ducem Saxonie et marchionem Brandenburgensem virtute regni et principatum suorum in electione regis Romanorum in cesarem promovendi cum ceteris principibus ecclesiasticis suis coelectoribus ius, vocem et locum habere et una cum ipsis censeri et esse veros et legitimos sacri imperii principes electores. ...“ (*Die Goldene Bulle*, S. 42) und in Cap. XX, 1-5 „Cum universi et

verfassungsrechtliche Grundlage für ihre kurfürstliche Rechtsstellung festlegte. Diese reichsgrundgesetzliche Regelung stellte ein inhaltlich weitgehend entsprechendes Reichsherkommen auf eine neue normative Grundlage.⁸⁶⁷

Die nachfolgenden bei den Kuren stattfindenden Veränderungen, aufgrund dynastischer Wechsel, Wiedererwerbungen und Neuschaffungen, erfolgten mittelst kaiserlicher Belehnung mit Kurwürde,⁸⁶⁸ Erzamt⁸⁶⁹ und einem Kurland⁸⁷⁰ bis zum Westfälischen Friedensschluss des Jahres 1648 ausschließlich aus kaiserlicher Machtvollkommenheit⁸⁷¹ und danach mit der Zustimmung aller Reichsstände.⁸⁷²

singuli principatus, quorum virtute seculares principes electores ius et vocem in electione regis Romanorum in cesarem promovendi obtinere noscuntur, cum iure huiusmodi necnon officiis, dignitatibus et iuribus aliis eis et cuilibet eorum annexis et dependentibus ab eisdem adeo coniuncti et inseparabiliter sint uniti, ...“ (S. 72) ergibt, dass reichsverfassungsrechtliche Grundlage für ihre Kurwürde und für ihre insgesamt kurfürstliche Rechtsstellung der Besitz eines Kurlandes war.

⁸⁶⁶ Bei den Kuren der drei geistlichen Kurfürsten sah die Goldene Bulle den Besitz der Erzämter als die verfassungsrechtliche Grundlage an. Cap. II, 18-19: archiepiscopus Maguntinensis sacri imperii per Germaniam archicancellarius (*Die Goldene Bulle*, S. 30), Cap. I, 110-111: archiepiscopum Coloniensem sacri imperii per Italiam archicancellarium (S. 22), Cap. I, 116-117: archiepiscopum Treverensem sacri imperii per Galliam et regnum Arelatense archicancellarium (S. 24): Zuerkennung der 1., 2. und 3. Kuren an die Erzbischöfe von Mainz, Köln und Trier wegen ihrer Ämter als des Reiches Erzkanzler in Deutschland, in Italien, in Gallien/Arelat.

Ludewig, Vollstaendige Erlaeuterung der Guelden Bulle, II. Theil, Tit. XX., §. 2., Fußn. f), S. 221 „Es werden hieselbst nur die weltlichen Churfuersten genennet. Und zwar nicht unbillig Weil wir ... gesaget und erwiesen haben, daß denen geistlichen Churfuersten die Chur=Wuerde ihrer Ertz=Cantzler=Aemter, nicht ihrer Lande wegen, zukomme.“, I. Theil, Tit. VII., §. 2., Fußn. m), S. 661.

⁸⁶⁷ *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band I, 1. Buch, 6. Cap., §. 45., S. 206 „... So wird also eine Observanz oft wieder veraendert, zuweilen wird sie aber auch fortgesetzt, ja wohl selbst in ein ausdrueckliches Grundgesetz verwandelt. Dies ist z. B. der Fall mit dem Wahlrecht der Kurfuersten, mit ihrem Einwilligungsrecht bey Ertheilung wichtiger Reichslehen. Beydes war schon lange Herkommens, ehe es in die goldne Bulle und in die Wahlcapitulation gesetzt wurde. ...“ und *Mitteis*, Die deutsche Königswahl, 2. Teil, 7. Kap., IV., 1., S. 222 „... Der gleiche Zug von Traditionsgebundenheit beherrscht nun aber auch die G. B. über das Königswahlrecht selbst. Sie will keine Neuerungen einführen, sondern nur das zur Zeit ihrer Entstehung geltende Reichsrecht festlegen⁷²⁴. ...“.

⁸⁶⁸ *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 6. Cap., §. 3., S. 163 „... Die Chur=Wuerden seynd Reichs=Lehen. ...“.

⁸⁶⁹ *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 6. Cap., §. 3., S. 163 „... Mit denen Reichs=Erz=Aemtern hat es eben die Bewandtniß, daß sie nemlich Reichslehen seynd; doch werden ihre Besizere nicht besonders damit belehnet, sondern sie seynd ein Anhang der Chur=Wuerde. ...“ und *Schönberg*, Das Recht der Reichslehen im 18. Jahrhundert, 3. Abschnitt, B., II., 2., d), bb), S. 109 „Die Erzämter des Reiches sind gleichfalls Reichslehen. ...“.

⁸⁷⁰ Bei den 3 geistlichen Kurlanden war der gebietlich-territoriale Besitz Allodgut. Die Belehnungen mit dem Kurlandes bedeuteten demnach bei ihnen der lehnmäßige Erwerb der auf ihnen sich befindenen Regalien (unten, S. 530, 585).

⁸⁷¹ Die 7. brandenburgischen Kur: Durch den am 15. Aug. 1373 abgeschlossenen Fürstenwalder Vertrag war die Markgrafschaft bei noch verbliebener Ausübung der Kur bis zu dem am 15. Nov. 1379 eingetretenen Ableben des wittelsbachischen Markgrafen Otto dem Faulen an das Haus Luxemburg gelangt (*Codex diplomaticus Brandenburgensis*, II. Haupttheil, II. Band, Nr. MCXXXVII., S. 539-540 (540), III. Band, Nr. MCXXXIX., S. 8). Nachdem bereits während der Regentschaft der bayerischen Wittelsbacher, die angrenzenden Nachbarn Gebiete der Markgrafschaft an sich gerissen hatten, veranlassten die in der Mark mehr und mehr einsetzenden anarchistischen Zustände König Sigismund am 8. Juli 1411 den dem Haus Hohenzollern zugehörigen Burggrafen Friedrich von Nürnberg zum Verweser und Hauptmann der Markgrafschaft zu

bestellen, hierbei die mit der Kurwürde gegebene Befugnis zur Wahl des Römischen Königs ausgenommen blieb (III. Band, Nr. MCCXCV., S. 178-181). Am 30. April 1415 überließ er ihm die Mark mit Einschluss der Kur zu erblichem Besitz und belehnte ihn am 18. April 1417 mit der Mark, der Kur und dem Erzkämmeramt (III. Band, Nr. MCCCXL., S. 226-229 (227-228), Nr. MCCCLXVI., S. 255-257).

Die 6. sächsische Kur: Nach dem Aussterben des askanischen Hauses von Sachsen-Wittenberg mit Herzog Albert II. im Jahre 1422 (*Zedler*, Universal Lexicon, XXXIII. Band, Sachsen, lat. Saxones, ..., Sp. 239-254 (242)) war der dem wettinischen Haus zugehörnde Markgraf Friedrich von Meißen im Jahr 1425 von König Sigismund wegen seiner in den Hussitenkriegen erbrachten Dienste mit dem Kurfürstentum/Herzogtum Sachsen einschließlich der Kur und dem Erzmarschallamt belehnt worden (*Codex diplomaticus Saxoniae*, I. Haupttext, Abt B, IV. Band, Nr. 432., S. 278-280 (279 Z 13, 15-16). Nach dem Tod Kurfürst' Friedrich dem Sanftmütigen am 7. Sept. 1464 teilte sich das wettinischen Haus am 17. Juni 1485 in die ältere und allein das Herzogtum Sachsen und die Kur erhaltende ernestinische und in die jüngere albertinische Linie auf (*Haensch*, Die Wettinische Hauptteilung von 1485, Einleitung, S. 6-7 (7), I., S. 9, II., S. 51-52). Die Achterklärung von Kaiser Karl V. am 20. Juli 1546 gegen Kurfürst Johann Friedrich von Sachsen wegen seiner im Schmalkaldischen Bund innegehabten Führerschaft brachte den Verlust seines Herzogtums und der Kur mit sich (*Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 1. Cap., §. 45., S. 398-399 (399), §. 46., S. 399-401 (399)). Nach der Schlacht von Mühlberg (24. April 1547) verzichtete er am 19./21. Mai 1547 zugunsten seines der jüngeren albertinischen Linie zugehörnden Veters Herzog Moritz von Sachsen auf sein Herzogtum Sachsen und der Kur, welche Kaiser Karl V. diesem bereits zugesprochen hatte (*Geschichte in Quellen*, III. Band, 2. Teil, 4. Abschnitt, Nr. 83, S. 186-187 und *Moser ebd.*, §. 46., S. 399). Am 4. Juni 1547/24. Febr. 1548 erfolgte die Übertragung der Kur und ihre Belehnung von Kaiser Karl V. an diesen (*Moser ebd.*, §. 46., S. 399-400).

Die 5. pfälzische Kur: Kurfürst Friedrich V. von der Pfalz, der Rudolfischen Linie der Wittelsbacher zugehörnd, war wegen seiner am 26. Aug. 1619 als Haupt der protestantischen Union von den böhmischen Ständen erfolgten Wahl zum neuen König von Böhmen bei seiner Krönung am 4. Nov. 1619 (*Lipowsky*, Friderich V., §. 15., S. 34-35, §. 18., S. 47, §. 31. u. §. 32., S. 87-95) von Kaiser Ferdinand II. am 22./29. Jan. 1621 in Acht erklärt worden (*Lipowsky ebd.*, §. 56., S. 182-199), womit er seiner pfälzischen Länder mit der auf der Rheinpfalz haftenden Kur verlustig ging (*Leist*, Lehrbuch teutschen Staatsrechts, 2. Aufl., B), 1. Buch, 3. Theil, 3. Abschnitt, 1. Absatz, §. 72., III) mit Fußn. 12), S. 225 und *Gönner*, Teutsches Staatsrecht, 1. Theil, 1. Buch, 2. Abschnitt, 5. Hauptstück, 1. Absatz, §. 138., S. 184). Kaiser Ferdinand II. belehnte mit dieser 5. Kur am 25. Febr. 1623 den der Wilhelmischen Linie der Wittelsbacher zugehörnden Herzog Maximilian von Baiern interimistisch (*Lipowsky ebd.*, §. 71., S. 247-251 und *Bezzel*, Kurfürst Maximilian I. von Bayern, II., S. 13-14).

⁸⁷² Die 5. pfälzische Kur: Ihr Erhalt an den Herzog von Baiern wurde in Art. IV § 3 IPO bestätigt und auf seine gesamte Wilhelmische Linie ausgedehnt und erhielt er zudem die Oberpfalz (*Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 15), welche erworbene 5. Kur auf der Oberpfalz haftete und nicht auf dem Herzogtum Baiern (*Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 1. Buch, 3. Cap., §. 5., S. 20-22 (22); *ders.*, Chur=Fuerstlich=Bayrische Staats=Recht, 9. Cap., §. 4., S. 238-239).

Die neue 8. pfälzische Kur: Bei der im Westfälischen Frieden allgemein zugrundegelegenen Amnestie und Restitution (*Dickmann*, Der Westfälische Frieden, 13. Kap., Amnestie ..., S. 373-376) wurde in Art. IV § 5 u. § 6 IPO für Pfalzgraf Friedrich V. die neue 8. Kur geschaffen und ihm die Unterpfalz zurückerstattet (*Instrumenta Pacis Westphalicae ebd.*, S. 15). Nach Art IV § 9 IPO sollte im Falle des Aussterbens der Wilhelmischen Linie der Wittelsbacher in Baiern ihre 5. katholische Kur wieder an den Pfalzgraf bei Rhein bei einem Erlöschen seiner eigenen 8. Kur gelangen (*Instrumenta Pacis Westphalicae ebd.*, S. 15). Mit dem Ableben von Kurfürst Maximilian Joseph von Baiern am 30. Dez. 1777 ging die 5. Kur mit dem gesamten wittelsbachischen Besitz bei dem Erlöschen der 8. Kur auf den dem Haus Pfalz-Sulzbach zugehörnden Kurfürst Karl Theodor von der Pfalz über (*GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Bayern, S. 118-119, Pfalz und Bayern, S. 202-207 (202-203)). Mit seinem Versterben am 16. Febr. 1799 gelangte die Kur mit dem wittelsbachischen Besitz an den bisherigen Herzog von Zweibrücken als Kurfürst Maximilian Joseph II.

Die neue 9. braunschweig-lüneburg-hannoverischen Kur: in dem von Herzog Ernst August mit Kaiser Leopold I. am 22. März 1692 vereinbarten Wiener Recess diesem versprochen, bei Zustimmung des Kurfürstenkollegiums am 17. Okt. 1692 mit einer Mehrheit von 4 Stimmen die Belehnung durch Kaiser Leopold I. am 19. Dez. 1692 mit der Kurwürde und dem Erzbanneramt stattfand, wegen des vorhandenen Widerstandes der drei anderen Kurfürsten und weiterer Reichsfürsten die Einführung von Herzog Ernst August in das Kurfürstenkollegium erst, nach der vom neuen Kaiser Karl VI. in den Jahren 1706/08 erfolgten Erlangung der Zustimmung des Reichstages am 7. Sept. 1708 erfolgen konnte (unten, S. 524-525).

Die 4. böhmische Kur: Nachdem seit den Hussitenkriegen im 15. Jahrhundert die Könige von Böhmen bei den Beratungen und Abstimmungen im Kurfürstenrat mit Ausnahme der Wahl des Römischen Königs und

Die verfassungsrechtliche Grundlage der geistlichen Kuren nach der Goldene Bulle vom Jahre 1356 in den Erzämtern,⁸⁷³ wurde bei der Entwicklung der Reichsverfassung, den im Jahre 1658 dauernden Wegfall der beiden Trierischen und Kölnischen Erzämter für Gallien/Arelat und Italien und die Übernahme durch den Erzbischof von Mainz/Erzkanzler für Germanien,⁸⁷⁴ den weiteren Ausbau der Institutionen der Reiches⁸⁷⁵ mit Beschränkungen und Relativierungen des auch allein übriggebliebenen Erzkanzleramtes für Germanien nicht mehr festgehalten, Sie wurde durch eine neue verfassungsrechtliche Grundlage, dem Besitz eines reichsunmittelbaren geistlichen Kurlandes, die vom Kaiser verliehenen Regalien, die Landeshoheit und das Reichsherkommen ersetzt.⁸⁷⁶

b) Der gebietliche Besitz eines Kurlandes

Bei den drei geistlichen Kurfürsten⁸⁷⁷ und bei den anfänglichen vier weltlichen Kurfürsten⁸⁷⁸ waren in der Goldenen Bulle vom Jahr 1356 die von ihnen besessenen Gebieten selber zu den Kurländern erklärt worden.⁸⁷⁹

künftigen Kaisers nicht mehr teilgenommen hatten, erfolgte im Reichsschluß vom 30. Juni/6. Sept. 1708 ihre Readmittierung in ihre sämtlichen kurfürstlichen Rechte (*Zeumer*, Quellensammlung, 2. Teil, Nr. 204. b. und c., S. 470-473).

Die 3. kölnische und die 5. baierische Kur: Kurfürst Joseph Clemens von Köln, dem Haus Wittelsbach zugehörend und sein Bruder Kurfürst Maximilian II. Emanuel von Baiern waren durch die von Kaiser Joseph I. am 29. April 1706, nach vorangegangener Zustimmung des Reichstages (*Esebeck*, Die Begründung der hannoverschen Kurwürde, 3. Kap., § 9., Fußn. 481 (S. 95)) wegen ihrer im Spanischen Erbfolgekrieg innegehabten Verbindung zum Frankreich Ludwigs XIV. gegen sie ausgesprochenen Achterklärungen ihrer Kuren verlustig gegangen. In den Art. XV der zwischen dem Kaiser und dem König von Frankreich in Rastatt am 6. März 1714 und zwischen Kaiser, Reich und dem König von Frankreich in Baden am 7. Sept. 1714 abgeschlossenen Friedensverträgen wurden sie zugunsten von ihnen wieder errichtet (*Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome VIII Partie I, N° CLXX., p. 417-418, N° CLXXIV., p. 438).

Zoepfl, Grundsätze des gemeinen deutschen Staatsrechts, I. Theil, 7. Abschnitt, §. 92., VII., S. 196: „Sodann war zu unterscheiden: A. Die Errichtung einer neuen Kurstimme erforderte ausser der kaiserlichen Verleihung auch die Zustimmung sämtlicher drei reichsständischen Collegien⁸⁾ ...“, mit Fußn. 8) „J. P. O. art. IV. §. 5:“.

⁸⁷³ Oben, S. 519-520.

⁸⁷⁴ Seit der im Jahre 1658 zwischen Kaiser Leopold I. und den Kurfürsten vereinbarten dauernd zu habenden Residenz des Kaisers in Deutschland wurde das vom Erzbischof/Kurfürst von Mainz ausgeübte Erzkanzleramt nach den tatsächlichen Gegebenheiten für sämtliche vom Reich beanspruchten Gebiete in Deutschland, in Italien, in Gallien und Arelat ausgeübt (*Moser* Neues teutsches Staatsrecht, Band II, 6. Cap., §. 11., S. 424-426 (424), §. 12. u. §. 13., S. 426-427, §. 22., S. 434).

⁸⁷⁵ Insbesondere: Reichstag (Ständiger Reichstag 1663), die beiden Reichsgerichte, Reichskammergericht (1495/1555), Reichshofrat (1498, 1559) und die 10 Reichskreise (seit 1500).

⁸⁷⁶ *Ludewig*, Vollstaendige Erlaeuterung der Guelden Bulle, I. Theil, Tit. 7. §. 2., Erl. m), S. 660-661, Unerkannte Wahrheiten, Erl. (s), S. 43, Tit. 1. §. 14., Erl. i), S. 160-161, §. 18., Erl. h), S. 177, Erl. i), S. 180-181, II. Theil, Tit. XX. §. 2., Erl. (f), S. 221 und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 1. Buch, 3. Cap., §. 4., S. 19-20.

⁸⁷⁷ Erzbischöfe von Mainz, Trier und Köln.

Ihren territorialen Größen, Bevölkerungen und Einkünften am Ende des 18. Jahrhunderts:

	Fläche QM	Volkszähl	Einkünfte Gulden
Erzstift Mainz ⁸⁸⁰	115	208 057	1, 5 Mill. ⁸⁸¹
Erzstift Trier ⁸⁸²	110	280 000	750 000 ⁸⁸³
Erzstift Köln ⁸⁸⁴	60	80 000 ⁸⁸⁵	
Königreich Böhmen ⁸⁸⁶	961	2 266 000 ⁸⁸⁷	15 Mill. ⁸⁸⁸

⁸⁷⁸ König von Böhmen, Pfalzgraf bei Rhein – seit 1771 mit dem Rückfall der anfänglichen pfälzischen Kur von dem Herzog von Baiern an den Pfalzgraf bei Rhein: Herzog von Pfalz-Baiern – , Herzog von Sachsen, Markgraf von Brandenburg.

⁸⁷⁹ Die Kurländer waren die zu dieser Zeit von den Kurfürsten besessenen Gebiete. Für die Kurländer der weltlichen Kurfürsten Cap. VII, 9-15 „... Sane generaliter longe lateque est publicum et quasi per totum orbem notorie manifestum, illustres regem Boemie necnon comitem Palatinum Reni, ducem Saxonie et marchionem Brandenburgensem virtute regni et principatum suorum in electione regis Romanorum in cesarem promovendi cum ceteris principibus ecclesiasticis suis coelectoribus ius, vocem et locum habere et una cum ipsis censi et esse veros et legitimos sacri imperii principes electores. ...“ (*Die Goldene Bulle*, S. 42). Für die Kurländer der geistlichen Kurfürsten HRG, II. Band, Kurlande von F. Krieb, III., 1., Sp. 1297-1304 (1301) „... die GB. für alle Gebiete gelten soll, die zu den vier weltlichen Kurft. gehören (sc. im Jahr 1356), mit allem Zubehör; damit sind diese Gebiete als K. gekennzeichnet. Entsprechendes gilt trotz Fehlens einer diesbezüglichen ausdrücklichen Bestimmung in der GB. auch für die geistlichen Kurft. Maßgeblich dafür, welche Gebiete zu den K. zu rechnen waren, war also der Besitzstand der sieben Kurft. im Jahr 1356 ...“.

⁸⁸⁰ Die in der Erzdiözese im 12. Jahrhundert noch verstreut vorhandenen zahlreichen und auch gebietlich größeren Besitzungen (*Stimming*, Die Entstehung des weltlichen Territoriums des Erzbistums Mainz, I. Teil, S. 3-86) waren von den Erzbischöfen unter dem Einfluss der beiden Fürstengesetze Kaiser Friedrichs II. von 1220/32 (oben, S. 397-399) zu einem Territorialgebiet zusammengefasst worden (*Stimming* ebd., II. Teil, S. 87-145 (1. Kap., S. 90)).

⁸⁸¹ 115 QM, 208 057 Einw. (im Jahre 1776) (*Winkopp-Höck*, Magazin fuer saemtliche geistliche Staaten, I. Band, I. Statistick der saemtlichen deutschen geistlichen Staaten (von Hoek), (I.) Das Kurfuerstenthum Mainz, §. 2., S. 6, §. 5., 1., a), S. 9).

Höck, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der deutschen Geistlichen Wahlstaaten, 1. Tabelle, I., 1.-3.: gesamte Einkünfte des Kurstaates: 2 050 000 Gulden, unter Hinzurechnung der mitangegebenen Gebiete: Thüringische Gebiet (Erfurt) mit 16 QM, 41 677 Einw. und Eichsfeld mit 40 QM, 74 000 Einw.

⁸⁸² Die Erzbischöfe hatte die Besitzungen in ihrer Erzdiözese bereits im 12. und 13. Jahrhundert zu einem zusammengefassten Territorium mit herzoggleicher Größe besessen (*Düsterwald*, Geschichte der Erzbischöfe von Trier, Karten S. 51, 87, Vorwort, S. 6-7).

⁸⁸³ *Winkopp-Höck*, Magazin fuer saemtliche geistliche Staaten, I. Band, I. Statistick der saemtlichen deutschen geistlichen Staaten (von Hoek), III. Das Kurfuerstenthum Trier, §. 2., S. 29, §. 5., S. 30, §. 13., S. 34: 500 000 Taler Einkünfte.

⁸⁸⁴ Bereits während der 2. Hälfte des 12. Jahrhunderts war, unter der Herrschaft von Erzbischof Philipp I. von Köln (1167-1191) mit den im Gebiet der Erzdiözese im Besitz der Erzbischöfe gewesenen und hinzugekommenen zahlreichen gebietlichen Erwerbungen (*Hecker*, Die territoriale Politik des Erzbischofs Philipp I. von Köln, 4. Kap., S. 80-84), im Zusammenwirken mit der den Erzbischöfen für das rheinische Lothringen und die rechtsrheinischen Gebiete zugestandenen Herzogsgewalten (oben, S. 395), ein größerer zur gebietlichen Geschlossenheit hinorientierter Besitz längs des Rheines links- und rechtsseitig entstanden (*Hecker* ebd., 4. Kap., S. 88, 89, 102-103, 3. Kap., S. 57-58, Einleitung, S. 3 und *Düsterwald*, Geschichte der Erzbischöfe von Köln, 27., S. 70).

⁸⁸⁵ *Winkopp-Höck*, Magazin fuer saemtliche geistliche Staaten, I. Band, I. Statistick der saemtlichen deutschen geistlichen Staaten (von Hoek), VI. Das Kurfuerstenthum Koelln, §. 2., S. 44-45, §. 5., S. 48.

Pfalzgrafschaft bei Rhein ⁸⁸⁹	75	231 000	1, 5 Mill. ⁸⁹⁰
Herzogtum Sachsen-Wittenberg ⁸⁹¹	64 ½	116 491 ⁸⁹²	
Markgrafschaft Brandenburg ⁸⁹³	447 ½	755 577	4, 95 Mill. ⁸⁹⁴

entsprach auch das im Jahr 1692 aus Fürstentümern Zelle, Calenberg, Grubenhagen, Grafschaften Hoya und Diepholz errichtete neue 9. Kurfürstentum Braunschweig-Lüneburg.⁸⁹⁵

⁸⁸⁶ Das Königreich Böhmen, Cap. XXV der Goldene Bulle „...“, videlicet regnum Boemie, ... (*Die Goldene Bulle*, S. 82, 84). Das seit dem 10. Jahrhundert von den Premysliden regierte Herzogtum Böhmen, war im Jahre 1158 von Kaiser Friedrich I. zum Königtum erhoben worden, welches Gebiet bei kleineren Gebietsabweichungen, dem späteren von dem Haus Habsburg/Österreich innegehabten Königreich Böhmen entsprach (*Handbuch der Geschichte der böhmische Länder*, I. Band, C, § 52-§ 54, S. 214-233, § 58, S. 266-267, Karte 12, S. 338).

⁸⁸⁷ *Randel*, Statistische Übersicht der vornehmsten deutschen und sämtlichen europäischen Staaten, 1. Abschnitt, I., S. 2.

⁸⁸⁸ *Schmidburg*, Statistische Tabellen der vornehmsten europaischen Staaten, 1. Tabelle, Staatseinkuenfte: 15 736 069 Gulden.

⁸⁸⁹ Die Pfalzgrafschaft bei Rhein, Cap. XXV der Goldene Bulle „...“, videlicet ..., comitatus Palatinus Reni, ...“ (*Die Goldene Bulle*, S. 82, 84). Gebietlich aus dem rheinfränkischen Familienbesitz der salischen Franken hervorgegangen, welcher den größten Teil der späteren Pfalzgrafschaft ausmachte (*Häusser*, Geschichte der Rheinischen Pfalz, I. Band, Einleitung, II. Abschnitt, §. 1., S. 25-38 (31)), war durch die Vereinigung dieses Gebietsbesitzes mit der Erhebung Conrads von Hohenstaufen zum Pfalzgrafen bei Rhein im Jahre 1155-1195 (Gründer von Heidelberg) die Pfalzgrafschaft entstanden (*Häusser ebd.*, 1. Buch, 1. Abschnitt, §. 1., S. 51-53 (52)). Nach seinem Ableben fiel sie im Jahr 1195 an den Sohn Heinrichs des Löwen Heinrich (*Häusser ebd.*, 1. Buch, 1. Abschnitt, §. 2., S. 61-70).

⁸⁹⁰ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Pfalz=Bayern, C), 12), S. 171.

⁸⁹¹ Das Herzogtum Sachsen-Wittenberg, Cap. XXV der Goldene Bulle „...“, videlicet ..., ducatus Saxonie ...“ (*Die Goldene Bulle*, S. 82, 84). Bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts hatte sich um das Wittenberger Gebiet eine geschlossene Territorialherrschaft gebildet (*L. F. Beck*, Herrschaft und Territorium der Herzöge von Sachsen-Wittenberg (1212-1422), Einleitung, Der Forschungsstand, Das Territorium, S. 21-22, V., Herzogtum und Kurwürde, S. 220-225, Kartenbeilage: Herzogtum Sachsen-Wittenberg Territorialentwicklung 1212-1422).

⁸⁹² *Randel*, Statistische Übersicht der vornehmsten deutschen und sämtlichen europäischen Staaten, 1. Abschnitt, IV., 1. Der Chur-Kreis, S. 26.

⁸⁹³ Die Markgrafschaft Brandenburg, Cap. XXV der Goldene Bulle „...“, videlicet ... marchionatus Brandenburgensis, ...“ (*Die Goldene Bulle*, S. 82, 84). Die von den askanischen Markgrafen während der Jahre 1134-1230 erworbene Altmark (westlich der Elbe, Nordmark), Priegnitz, Mittelmark und die im Jahre 1250 hinzugekommene Uckermark (bis zur Oder) (*Hintze*, Die Hohenzollern und ihr Werk, II., S. 34-39 und *Höck*, Statistische Darstellung der europaischen Staaten, I. Heft, Statistische Darstellung der Koeniglich=Preussischen Staaten, III., A)).

⁸⁹⁴ *Höck*, Statistische Darstellung der europaischen Staaten, I. Heft, Statistische Darstellung der Koeniglich=Preussischen Staaten, III., A): 3 300 000 Reichstaler Einkünfte.

⁸⁹⁵ Wegen seines splendors und den von seinen beiden Herzögen Georg Wilhelm und Ernst August dem Reich und der Christenheit in den Kriegen gegen Ludwig XIV. und die Türkei erbrachten Dienste, in Erwartung von weiteren war dem Haus Braunschweig-Lüneburg-Hannover in dem von Herzog Ernst August mit Kaiser Leopold I. am 22. März 1692 vereinbarten Wiener Recess eine neue Kurwürde versprochen worden, welche ihre territoriale Zuordnung in allen von den beiden Herzögen besessenen Gebieten und insbesondere den Fürstentümern Celle, Calenberg, Grubenhagen und die Grafschaften Hoya und Diepholz haben sollte, welche Kur das Reichserzbanneramt und für den Fall des Erlöschens der achten bayerischen Kur dessen Erzschatzmeisteramt erhalten sollte und die männliche Primogenitur galt (*Du Mont*, Corps universel

	Fläche QM	Volkszähl	Einkünfte Gulden
Kurfürstentum Braunschweig-Lüneburg	340 ⁸⁹⁶	532 000 ⁸⁹⁷	

c) Die mit der kurfürstlichen Reichsstandschaft verbundenen Befugnisse

Vermöge ihrer kurfürstlichen Reichsstandschaft hatten die Kurfürsten bei der Erledigung der Reichsangelegenheiten – neben ihrer Mitwirkung bei der Willensbildung im Reichstag – insbesondere folgende zusätzliche Befugnisse:

Das Recht zur Teilnahme bei der Wahl des Römischen Königs *vacante imperio*, nach Cap. II der Goldenen Bulle⁸⁹⁸ und des Römischen Königs *vivente imperatore*, nach den Wahlkapitulationen.⁸⁹⁹

Das Recht auf den Besitz eines Erzamtes, nach den Cap. I und II der Goldenen Bulle,⁹⁰⁰ wobei der Kurfürst von Mainz die herausgehobene Stellung des Reichserzkanzlers mit der auch seit dem Jahre 1658 alleinigen Ausübung eines Erzamtes innehatte.⁹⁰¹

diplomatique du droits des gens, Tome VII Partie II, N° CXLV., p. 306-307, insb. Einleitung, p. 306-307, Art. I, p. 307, Art. II, p. 307, Art. IV, p. 307, Art V-IX, p. 307), mit dem von Kaiser Leopold I. am selbigen Tag über die Kur ausgestellten inhaltsgleichen Diplom: Haupttext enthalten in: *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 1. Cap., §. 51., S. 405-407; *Esebeck*, Die Begründung der hannoverischen Kurwürde, 1. Kap., Einführung, S. 5-7 und unten, S. 525).

Bei Zustimmung des Kurfürstenkollegiums am 17. Okt. 1692 mit einer Mehrheit von 4 Stimmen: Mainz, Böhmen, Sachsen, Brandenburg (*Theatrum Evropaicum*, XIV. Theil, Jahr 1692, S. 320 rechte Sp.-S. 321 linke Sp.), erfolgte die Belehnung mit der Kurwürde, dem Erzbanneramt von Kaiser Leopold I. am 19. Dez. 1692 (*Esebeck* ebd., 2. Kap., § 4., S. 30-31, 4. Kap., § 1., S. 104-105 (105) und *Theatrum Evropaicum* XIV. Theil ebd., S. 333 rechte Sp.-S. 335 rechte Sp.). Wegen des vorhandenen Widerstandes der drei anderen Kurfürsten und weiterer Reichsfürsten, welche sich übergangen fühlten, konnte jedoch die Einführung von Herzog Ernst August in das Kurfürstenkollegium erst nach der vom neuen Kaiser Karl VI. in den Jahren 1706/08 erfolgten Erlangung der Zustimmung des Reichstages am 7. Sept. 1708 erfolgen (*Esebeck* ebd., 3. Kap., S. 35-103, 4. Kap., § 2. u. § 3., S. 106-111 (§ 2., S. 109: 12. April 1710 Belehnung mit dem Erzschatzmeisteramt); *Zeumer*, Quellensammlung, 2. Teil, Nr. 204., S. 470-473 und *Theatrum Evropaicum*, XVIII. Theil, Jahr 1708, S. 33 rechte Sp.-S. 33 linke Sp.).

⁸⁹⁶ Fürstentümer Lüneburg-Celle 177 ½ QM, Calenberg 7, 83 QM (oben, S. 470), Grubenhagen 24 ⅓ QM (oben, S. 470-471), Grafschaft Hoya 49 QM, Grafschaft Diepholz 12 QM (unten, S. 554), insg. 340, 50 QM.

⁸⁹⁷ Fürstentümer Lüneburg-Celle 200 000 Einw., Calenberg 200 000 Einw. (oben, 470), Grubenhagen 80 000 Einw. (oben, S. 470-471), Grafschaft Hoya 40 000 Einw., Grafschaft Diepholz 12 000 Einw (unten, S. 554), insg. 532 000 Einw.

Einkünfte: Fürstentum Calenberg: 800 248 Gulden (oben, S. 470), Fürstentum Grubenhagen: 148 303 Gulden (oben, S. 470-471).

⁸⁹⁸ *Die Goldene Bulle*, S. 30, 32, 34.

⁸⁹⁹ Art. III, §. 10. der mit Kaiser Franz' II. vereinbarten Regelung (*Die kaiserliche Wahlkapitulation Franz des Zweyten*, S. 25-27).

⁹⁰⁰ Cap. I, 105-132 (*Die Goldene Bulle*, S. 22, 24) und Cap. II, 18-28 (*ebd.*, S. 30, 32): aus den Regelungen der Zuerkennung der Erzämter an die anfänglichen 7 Kurfürsten folgt das Recht der Kurfürsten zum Besitz eines Erzamtes. Auf dem Nürnberger Reichsexekutionstag der Jahre 1649-51 war man auch sowohl von

Das Recht, mit dem Römischen König und künftigen Kaiser die Wahlkapitulationen vereinbaren zu können, nach dem Reichsherkommen.⁹⁰²

Die Anerkennung als die innersten Glieder und die Hauptsäulen des Reiches mit einem Anspruch auf besondere Hochachtung mit königlichem Rang und Ehren⁹⁰³ und auf Vorrang

reichsständischer und kaiserlicher Seite von der Zugehörigkeit eines Erzamtes, des Erzschatzmeisteramtes zu der neu geschaffenen 8. pfälzischen Kur ausgegangen (*Meiern*, Acta Pacis Executionis Publica, II. Theil, 12. Buch, §. XXIV., N. I. Der Staende Schreiben an Jhro Kayserliche Majestaet wegen des Chur=Pfaeltzischen neuen Ertz=Amts und Wappens, S. 723-726, N. II. Jhro Kayserlichen Majestaet Resolution und Antwort darauf, S. 726-735, insb. S. 728, 3. Absatz). In den Wahlkapitulationen der Kaiser Karls VII. vom 24. Jan. 1742, Franz' I. vom 13. Sept. 1745 und Josephs II. vom 27. März 1764 versprachen diese, nachdem das mit der Braunschweig-Lüneburgischen Kur versehene Erzpanneramt von diesem Kurfürsten nicht als ausreichend angesehen worden war, nach ihrer angetretenen Regierung daran zu sein und beim Reichstag nachdrücklichst zu befördern, dass diese Kur mit einem convenablen und anständigen Erzamt versehen werde (*Jhro Roemisch=Kayserlichen Majestaet Carls des Siebenden Wahl=Capitulation*, Art. III § 5, S. 9; *Wahl=Capitulation Des Fuersten Herrn Francisci*, Art. III § 5, S. 12-13 und *Roth*, Die zwei wichtigsten Reichsgrundgesetze, Wahlkapitulation Josephs II., Art. III § 5, S. 11). Mit dem Rückfall der 5. Kur am Ende des Jahres 1777 an den Pfalzgrafen bei Rhein und dem, mit dem damit eingetretenen Erlöschen der 8. Kur frei werdenden Erzschatzmeisteramt erhielt der Kurfürst von Braunschweig-Lüneburg dieses.

⁹⁰¹ Der Erzbischof von Mainz war seit dem Jahr 965 Erzkanzler in Deutschland (*Buchner*, Die Entstehung der Erzämter, 3. Hauptteil, Kap. XXXIV., S. 164-170, insb. S. 165, Fußn. 4).

Der Erzbischof von Köln war seit Kaiser Konrad II. (1024-1039) ihm dieses Amt übertragen hatte, zuvor hatten es italienische Bischöfe und Erzbischof von Mainz mitausgeübt, Erzkanzler in Italien (*Buchner ebd.*, 3. Hauptteil, Kap. XXXV., S. 171-174, insb. S. 171-172).

Der Erzbischof von Trier hatte von König Ludwig IV. am 3. Dez. 1314 die Anerkennung als Erzkanzler für Gallien und das Königreich Arelat erhalten, nachdem er dieses Amt bereits zuvor tatsächlich ausgeübt hatte (*Buchner ebd.*, 3. Hauptteil, Kap. XXXVI., S. 174-181, insb. S. 174-175 und *MGH*, Const, Tomus V, N^o 159., p. 151-153: *Confirmatio privilegiorum altera von Kaiser Ludwig IV. an Erzbischof Balduin von Trier v. 3. Dez. 1314*).

Das vom Erzbischof/Kurfürst von Mainz ausgeübte Erzkanzleramt wurde seit dem Jahr 1658 für sämtliche vom Reich beanspruchten Gebiete in Deutschland, in Italien, in Gallien und Arelat ausgeübt (oben, S. 522).

⁹⁰² Unter den Kurfürsten befand sich auch immer der designierte Römische König und künftige Kaiser oder ein Angehöriger seines Hauses, welches Recht von den Kurfürsten erstmalig bei der Wahl Kaiser Karls V. im Jahre 1519 beansprucht und ihnen zugebilligt worden war. Bei der in den nachfolgenden 15 Wahlen des Römischen Königs erfolgten jeweiligen Ausübung des Rechtes, hatte sich ein dahingehendes Reichsherkommen gebildet. *Kleinheyer*, Die kaiserlichen Wahlkapitulationen, V., S. 135-139, insb. S. 139 „... Es stand so verfassungsrechtlich fest, daß der Kaiser bei seiner Wahl eine Kapitulation zu beschwören habe. ...“ Der am 8. Juli 1711 von den beiden höheren Reichstagskollegien beschlossene Entwurf einer beständigen Wahlkapitulation (*Zeumer*, Quellensammlung, 2. Teil, Nr. 205., S. 474-497) hatte nie Gesetzeskraft erlangt, sondern war nur als jeweiliger Entwurf für die jeweils von den Kurfürsten mit den Römischen Königen neu abzufassenden Wahlkapitulationen verwandt worden, wobei sich die Kurfürsten das Recht zur Hinzufügung von weiteren Artikeln vorbehielten, was ihnen auch in den Wahlkapitulationen seitens der Kaiser zugebilligt wurde (Art. XXX § 2 der Wahlkapitulation Kaiser Franz' II., in: *Die kaiserliche Wahlkapitulation Franz des Zweyten*, S. 206). Hierbei handelten die Kurfürsten, wie bei der Wahl des deutschen Königs repräsentativ für alle Reichsstände (*Becker*, Der Kurfürstenrat, 2. Kap., IV., S. 85).

⁹⁰³ Die königlichen Ehrenbezeugungen vom Kaiser und den Mitständen, in Art. III § 1 u. § 2 der Wahlkapitulation Kaiser Franz' II. (*Die kaiserliche Wahlkapitulation Franz des Zweyten*, S. 22) und in Cap. VI der Goldenen Bulle enthaltenen Regelungen (*Die Goldene Bulle*, S. 40, 42). Solches wurde nach dem Reichsherkommen den Kurfürsten auch gegenüber Auswärtigen zuerkannt (*Günther*, Europaeisches Voelkerrecht in Friedenszeiten, mit Anwendung auf die teutschen Reichsstaende, I. Theil, 3. Kap., §. 42., S. 258-259 mit Fußn. k], S. 261).

gegenüber den anderen Reichsfürsten, nach der Goldenen Bulle und den Wahlkapitulationen.⁹⁰⁴

Das Mitwirkungsrecht bei Regierungsakten des Kaisers, die auf dessen *iura reservata limitata* beruhen, alleinig zustimmen zu können, nach den Wahlkapitulationen.⁹⁰⁵

Das Recht, vom Kaiser in allen wichtigen Angelegenheiten befragt zu werden, mit der Maßgabe, dass der Kaiser ohne ihre Zustimmung hierin nichts unternehmen konnte, nach den Wahlkapitulationen.⁹⁰⁶

Das Recht, auch außerhalb des Kreisverbandes einen Assessor zum Reichskammergericht präsentieren zu können, nach der Kammergerichtsordnung vom Jahre 1555, dem Westfälischen Friedensschluss und nach Reichabschieden.⁹⁰⁷

⁹⁰⁴ Dies insbesondere nach Cap. VI der Goldenen Bulle bei der Abhaltung von einem Reichstag (*Die Goldene Bulle*, S. 40, 42) und nach ihren Cap. XXI u. XXII auch bei sonstigen Aufzügen, aus welchen Festlegungen der bei Aufzügen zu bestehenden Rangordnung unter den geistlichen und weltlichen Kurfürsten sich auch ihr grundsätzlich gehabter Vorrang gegenüber den anderen Reichsfürsten ergibt (*Die Goldene Bulle*, S. 74, 76). Hierbei bestand auch der Vorrang ihrer Gesandten am kaiserlichen Hof gegenüber den in eigener Person anwesenden Fürsten: Art. III § 19 der Wahlkapitulation Kaiser Franz' II. (*Die kaiserliche Wahlkapitulation Franz des Zweyten*, S. 32-34).

⁹⁰⁵ Hierzu gehörten insbesondere:

die Führung des Reichskrieges in eilenden Fällen: Art. V, § 2 der Wahlkapitulation Kaiser Franz' II. (*Die kaiserliche Wahlkapitulation Franz des Zweyten*, S. 37-39),

die Führung von Friedensverhandlungen in eilender Not: Art. IV, § 11 der Wahlkapitulation Kaiser Franz' II. (*ebd.*, S. 43-44),

die Erteilung, Erhöhung, Erstreckung und Verlegung von Zöllen und ihre Aufhebung von eigenmächtig eingerichteten: Art. VIII, § 1-§ 5, § 8 der Wahlkapitulation Kaiser Franz' II. (*ebd.*, S. 43-44),

die Verwilligung von Privilegien für die Schifffahrt von den Flüssen: Art. VIII, § 17-§ 19 der Wahlkapitulation Kaiser Franz' II. (*ebd.*, S. 70-73),

die Erteilung von Privilegien auf Stapelgerechtigkeiten: Art. VIII, § 23 der Wahlkapitulation Kaiser Franz' II. (*ebd.*, S. 74),

die Erteilung von Münzprivilegien an reichsunmittelbare Stände: Art. IX, § 6 der Wahlkapitulation Kaiser Franz' II. (*ebd.*, S. 86) und ihre Erteilung und weiteren höheren Privilegien an mittelbare Stände: Art. IX, § 11 der Wahlkapitulation Kaiser Franz' II. (*ebd.*, S. 88),

die Erhaltung der Reichszugehöre: Art. X, § 1-§ 7 der Wahlkapitulation Kaiser Franz' II. (*ebd.*, S. 89-91),

die Verleihung von heimgefallenen oder verwirkten Kurfürstentümer zu Lehen: Art. XI, § 10 der Wahlkapitulation Kaiser Franz' II. (*ebd.*, S. 99),

die Ansetzung eines neuen Reichstages und mit der Befugnis, den Kaiser hierzu anhalten zu können: Art. XIII, § 1 der Wahlkapitulation Kaiser Franz' II. (*ebd.*, S. 109).

⁹⁰⁶ Ihre eigenen Vorstellungen sind auch dann zu berücksichtigen, wenn sie aus eigener Initiative an den Kaiser gelangen: Art. III, § 3 und Art. XI, § 21 der Wahlkapitulation Kaiser Franz' II. (*Die kaiserliche Wahlkapitulation Franz des Zweyten*, S. 22-23, 103).

⁹⁰⁷ Neben dem Kaiser und den Reichskreisen gehabte Befugnis, die evangelischen Kurfürsten konnten zur Erreichung der konfessionellen Parität abwechselnd noch einen zusätzlichen Assessor entsenden. Regelungen im Ersten Teil, Tit. I. der Kammergerichtsordnung vom 25. Sept. 1555 (*Zeumer, Quellensammlung*, 2. Teil, Nr. 190., S. 371-388 (371), Art. X § 53 u. 54 IPO (*Instrumenta Pacis Westphalicae, ... Caesareo-Suecicum ...*, S. 43-44, in ad.I^{mm} des Reichsschlusses v. 15. Dez. 1719/3. Nov. 1720 (*Vollstaendige Sammlung aller Reichs=Schluesse*, IV. Theil, VI., S. 94-97 (94-95), XIII., S. 144-146) und in Ziff. 30 des Reichs=Schlusses v.

Das Recht des Pfalzgrafen bei Rhein und des Herzogs von Sachsen zur Ausübung der Reichsvikariatschaft über je ein Teil des Reiches bei vorhandener Kaiservakanz, nach Cap. V der Goldenen Bulle.⁹⁰⁸

23. Okt./15. Dez. 1775 (*Pütter*, Neuester Reichsschluß ueber einige Verbesserungen des kaiserlichen und Reichs=Cammergerichts, (Text), ... Reichs=Gutachten, ... den 23ten Oóctobr. 1775. ..., 30.), S. 11, ... COMMISSIONS-RATIFICATIONS-DECRET, ..., de dato 15. Decembr. 1775. ..., ad 30^{mm}, S. 25-26).

Das den Kurfürsten nach den Wahlkapitulationen zugestandene Recht zur Wahrung ihrer eigenen Interessen Kurvereine zu errichten: Art. III, § 5 der Wahlkapitulation Kaiser Franz' II. enthaltene Bestätigung der Kurvereine (*Die kaiserliche Wahlkapitulation Franz des Zweyten*, S. 23-24) und das ihnen nach Cap. XII der Goldenen Bulle und nach den Wahlkapitulationen zugestandene Recht, sich zu den Kurfürstentagen jährlich versammeln zu können (*Die Goldene Bulle*, S. 56, 58 und Art. III § 11 u. § 12 der Wahlkapitulation Kaiser Franz' II.: *Die kaiserliche Wahlkapitulation* ebd., S. 27-28) waren keine, ihnen vermöge ihrer besonderen kurfürstlichen Rechtsstellung zusätzlich zugestandenen Befugnisse. Auch die Reichsfürsten schlossen inhaltsähnliche Fürstenvereine ab (*Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 2. Cap., §. 184., S. 696-703) und hielten Fürstentage (*Moser* ebd., 2. Cap., §. 185., S. 703-707) und standen auch den Reichsstädten diese Befugnisse zu (*Moser* ebd., 5. Cap., §. 170., S. 1186-1187 (R. Staette=Vereine), §. 171., S. 1187-1189 (Staette=Tage) und Art. XIII, § 10 Wahlkapitulation Kaiser Franz' II.: *Die kaiserliche Wahlkapitulation* ebd. S. 113-114).

⁹⁰⁸ Cap. V, 1-17 (*Die Goldene Bulle*, S. 40).

Die Vikariatschaften des Pfalzgrafen bei Rhein in den rheinischen, schwäbischen Landen sowie im fränkischen Rechtsgebiet und des Herzogs von Sachsen in den Gebieten, wo das sächsische Recht galt, hatten, wie die in Cap. V, 4-5 der Goldenen Bulle zum Pfalzgraf bei Rhein enthaltenen Formulierungen „... racione principatus seu comitatus Palatini privilegio esse debet provisor ipsius imperii ...“ (*Die Goldene Bulle*, S. 40), mit den auf sie verweisenden Formulierungen zum Herzog von Sachsen: 14-17 „... Et eodem iure provisionis illustrem ducem Saxonie ... servantur, sub omnibus modis et conditionibus, sicut superius est expressum.“ (*Die Goldene Bulle*, S. 40), sowie die in den kaiserlichen Wahlkapitulationen ausgesprochenen Bestätigungen der beiden Vikariatschaften in den die kurfürstlichen Rechte enthaltenden Artikeln (Art. III der Wahlkapitulation Kaiser Franz' II. mit seinen §. 14.-§. 18.: *Die kaiserliche Wahlkapitulation Franz des Zweyten*, S. 22-36 (29-32)) zeigen, ihren Grund in ihrer Stellung als Kurfürsten und hafteten auf ihren Kurländern, der Pfalzgrafschaft bei Rhein und des Herzogtums Sachsen (*Hermkes*, das Reichsvikariat in Deutschland, III., A., 1., S. 6 und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band II, 13. Cap., §. 30., S. 781-782). Die rheinische Vikariatschaft war bei der im Westfälischen Frieden erfolgten Errichtung der neuen 8. baierischen Kur, seit dem nachfolgenden Interregnum der Jahre 1657/58 (Tod Ferdinands III.) bis zum Interregnum des Jahres 1711 (Tod Josefs I.) zwischen den beiden wittelsbacher Kurfürsten von der Pfalz und von Baiern bestritten gewesen. Sie wurde seit dem Interregnum der Jahre 1740/41 (Tod Karls VI.) auf Grund der von diesen beiden Kurhäusern in den Jahren 1724 und 1745 vereinbarten Vergleiche zuerst von ihnen gemeinsam (Vergleich 1724) und danach abwechselnd (Vergleich 1745) bis zu dem am Ende des Jahres 1777 erfolgten Aussterbens der wilhelmisch-baierischen Linie der Wittelsbacher ausgeübt (*Hermkes* ebd., IV., G.-L., S. 54-101 und *Tripel*, Das Interregnum, I., §. 5., III., S. 31-32). Danach befanden sich die beide Vikariatschaften wieder bei ihren ursprünglichen pfälzischen und sächsischen Häusern (*Hermkes* ebd., IV., L. und M., S. 101-124).

Die dem Pfalzgrafen bei Rhein in Art. V, 18-23 der Goldenen Bulle zugebilligte Gerichtsbarkeit über den Kaiser und den Römischen König auf einem Reichstag (*Die Goldene Bulle*, S. 40) hatte hingegen ihren Grund und ihre Legitimation in seiner überlieferten Stellung als dem vornehmsten unter den vier mit königlich-richterlichen Befugnissen ausgestatteten Pfalzgrafen der sächsischen, fränkischen, schwäbischen und baierischen Lande. Seine gegenüber den drei anderen Pfalzgrafen hervorgehobene Bedeutung hatte ihre Ursachen in seiner, gegensätzlich zu diesen, innegehabten Stellung eines Reichsfürsten mit dem Besitz einer eigenen fürstenmäßigen Herrschaft und der, bei dem Vorhandensein zahlreicher Königsgüter in seinem Territorium und dem Abgehen einer herzoglichen Gewalt in den fränkischen Landen, gegensätzlich zu diesen auch geübten Eigenschaft eines königlichen Beamten. Vermöge dieser hatte ihm die Gerichtsbarkeit über den Kaiser zugestanden (*Häusser*, Geschichte der Rheinischen Pfalz, I. Band, 1. Buch, II. Abschnitt, §. 4., S. 110-116 und *Tripel*, Das Interregnum, I., §. 4., V., S. 29 „... Jedenfalls steht ..., wie das Richteramt des Pfalzgrafen, sofern dies bestand, in engem Zusammenhange mit der Ausbildung pfalzgräflicher Sonderrechte überhaupt, die gerade zur Zeit der Rechtsspiegel ... sich vollzog. ...“). *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht nahm auch nicht die dem Pfalzgrafen bei Rhein zugestandene Gerichtsbarkeit als eine „Von der Chur=Fuersten Gerechtsamen in Ansehung des Roemischen Kaysers, Roemischen Koenigs, und der Reichs=Vicarien.“ (Band III, 2. Buch, 1. Cap., S. 476

Die Verpflichtung, einen gegenüber den anderen Reichsständen höheren Beitrag zu den Reichsangelegenheiten in Form von größeren Geld- und Sachleistungen, die Kurfürstenbeiträge zu erbringen, nach den Reichsabschieden auf Grund der Reichsmatrikel.⁹⁰⁹

Die mit der kurfürstlichen Reichsstandschaft verbundenen Befugnisse waren demnach mit wenigen Ausnahmen: der dem Erzbischof von Mainz seit dem Jahr 1653 allein zugestandenen Ausübung des Erzamtes, und des dem Pfalzgrafen bei Rhein und dem Herzog von Sachsen bei Kaiservakanz zugestandenen Reichsvikariates⁹¹⁰ bei den geistlichen und weltlichen Kurfürsten identisch.

(Überschrift), §. 96.-§. 108., S. 476-488) oder als eine „Von der Chur=Fuersten Gerechtsamen in Ansehung des Roemischen Reichs und Dessen Staenden.“ an (*ebd.*, S. 488 (Überschrift), §. 109.-§. 122., S. 488-514). Das Richteramt war bereits in dem im Jahre 1224/32 entstandenen *Ssp.*, Ldr., 3. Buch, Art. LII, § 3 enthalten (*Sachsenspiegel*, Landrecht, Landr., S. 237-238). Es war jedoch niemals von dem Pfalzgraf bei Rhein tatsächlich ausgeübt worden. Dies auch nicht bei dem Ende von Kaiser Adolf von Nassau im Jahre 1298, welcher vom Erzbischof von Mainz im Beisein der Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg und im Namen der Kurfürsten von Trier und Böhmen am 23. Juni 1298 für untauglich, unnütz zur Herrschaft und für abgesetzt erklärt worden war, der damalige Pfalzgraf Rudolf hielt als sein Schwiegersohn zu ihm (*MGH*, Const, Tomus III., N° 589., p. 549-552 und *Zedler*, Universal Lexicon, I. Band, Roemischer Kayser. Adolphus, ..., Sp. 539-542 (541)). Im 18. Jahrhundert wurde in der Publizistik auch die Auffassung vertreten, das Recht zur Absetzung des Kaisers stehe allen Kurfürsten oder dem gesamten Reich zu (*Zedler ebd.*, XV. Band, Kayser oder Kaeyser/..., Sp. 285-341 (340-341)).

⁹⁰⁹ Die auf dem Reichstag zu Nürnberg vom Jahr 1422 beschlossene Heeresmatrikel, der auf dem Nürnberger Reichstag vom Jahr 1431 gegen die Hussiten beschlossenen Heeresanschlag (*Zeumer*, Quellensammlung, 1. Teil, Nr. 157., S. 232-234, Nr. 161., S. 244-246: die in beiden als aufzubringende Einheiten mitzugrundegelegenen gleven war eine organisatorische Einheit von 4-5 Reitern, von denen einer vollbewaffnet sein musste) und die Reichsmatrikel vom Jahr 1521: Anschlag für die Romzugshülfe in Truppen zu Roß und zu Fuß und für die Unterhaltung des Regiments und des Kammergerichts in Geld (*Zeumer ebd.*, 2. Teil, Nr. 181., S. 313-317). Nach ihnen hatte die weltlichen und geistlichen Kurfürsten von einzelnen Ausnahmen zu anderen mächtigeren weltlichen Reichsfürsten, insbesondere in der Heeresmatrikel vom Jahre 1521 zu den Herzögen von Baiern, Österreich, Burgund, Wirtemberg, Savoyen und dem Landgrafen von Hessen abgesehen (2. Teil, Nr. 181., S. 313-314), gegenüber den Erzbischöfen, Bischöfen, Herzögen, weltlichen Fürsten, Prälaten, Grafen und Herren, Äbten, Balleien, Frei- und Reichsstädten höhere Beiträge zu erbringen hatten. Da die Kurfürsten zumeist einen einheitlich höheren Betrag hatten erbringen müssen, im Jahr 1422: Mainz, Pfalzgraf, Brandenburg je 50 Kontingente, Köln, Trier 40, Sachsen 20 Schützen Gerittene (1. Teil, Nr. 157., S. 232), im Jahr 1431: alle Kurfürsten je 200 gleven (1. Teil, Nr. 161., S. 244), im Jahr 1521: Mainz, Trier, Köln, Pfalz, Brandenburg je 60 Roß, 277 Fuß, 600 Gulden, Böhmen 400 Roß, 600 Fuß (2. Teil, Nr. 181., S. 313) konnte dieser auch nicht in ihnen gehörenden größeren Territorialbesitzen oder ihnen zugeflossenen höheren Einkünften, welche bei ihnen sehr unterschiedlich waren, gelegen haben, sondern musste seine Begründung primär in ihrer kurfürstlichen Rechtsstellung gehabt haben (*Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band IV, 9. Buch, 1. Cap., §. 8., S. 1133 und *Weigel*, Die Kriegsverfassung des alten Deutschen Reiches, Hauptteil, §. 3., S. 11).

⁹¹⁰ Zu seiner am Ende des 18. Jahrhunderts geübten Bedeutung *Halder*, Sollte man die Vernichtung der deutschen Reichsverfassung wuentschen? S. 104 „... der voruebergehende Glanz und die unbedeutende Vortheile des Reichsvicariats, werden einen Kurfuersten von Sachsen und von Bayern ihr wahres Interesse nicht verkennen lassen. Staaten wie die ihrigen, welche sich zunaechst an die europaeischen Maechte vom dritten Rang schliessen muessen vor allen Dingen ihrer Staatskunst einen freiern und dadurch natuerlichern Wuerkungskreis geben, und sollten sie wuerklich einigen Werth auf die Rechte des Reichsvicariats legen, so werden sie die voellige Souveraenitaetsrechte fuer dessen Verlust hinlaenglich entschuedigen. ...“.

d) Die Reichsstandschaften der weltlichen und geistlichen Kurfürsten gleichwertig

Die Entstehungs- und Erwerbsgründe der kurfürstlichen Reichsstandschaft waren in ihren normativen Voraussetzungen für ihre geistlichen und weltlichen Mitglieder dieselben.

Ihr gebietlich-territorialer Besitz entsprach bei ihren 3 geistlichen und 5 weltlichen Mitgliedern gleichermaßen einem Kurland und es wurden die lehnsrechtlichen Vergaben ihrer Reichsstandschaften im 18. Jahrhundert und zu seinem Ausgang für ihre geistlichen und weltlichen Mitglieder gleichermaßen durch die höheren kaiserlichen Thronlehen bestimmt.⁹¹¹

Die mit der kurfürstlichen Reichsstandschaft verbundenen Befugnisse waren bei den geistlichen Kurfürsten gegenüber den weltlichen Kurfürsten gleichwertig.

Hiervon gingen auch die kaiserlichen Wahlkapitulationen mit dem seit der in der Wahlkapitulation Kaiser Josephs II. vom 27. März 1764 und den dieser nachfolgenden von Kaiser Leopold II. vom 30. September 1790 und von Kaiser Franz II. vom 5. Juli 1792 vom Kaiser ausgesprochenen Verbot des Einführens eines Unterschieds in dem Zeremoniell unter den Kurfürsten ausgegangen:

„... Bevorab wollen Wir nirgendwo zwischen den Kurfuersten untereinander in c e r e m o n i a l i einen Unterschied einfuehren noch einfuehren lassen.“⁹¹²

⁹¹¹ Moser, Neues teutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 1. Cap., §. 11., S. 11 „... Alle geist= und weltliche Churfuersten werden vor dem Kayserlichen Thron belehnet. ...“, 2. Cap., §. 2., S. 36 (Mainz), §. 3., S. 36-37 (Trier), §. 4., S. 37 (Köln), §. 5., S. 37 (Böhmen), §. 7a., S. 46-48 (46) (Sachsen), §. 7b., S. 48-52 (48-49) (Brandenburg), §. 8., S. 52-53 (Pfalz), §. 9., S. 53 (Braunschweig).

Während bei den 5 weltlichen Kurfürsten, deren gebietlich-territorialer Besitz Lehnsbesitz war, die Belehnungen mit dem Kurland und der Reichsstandschaft erfolgten (unten, S. 593-594), waren bei den geistlichen Kurfürsten, deren Kurländer Allodbesitz war (unten, S. 585), die Belehnungen mit der Reichsstandschaft gegeben. Moser, Neues teutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch 6. Cap., §. 2., S. 162 „Bey denen geistlichen Chur= und Fuersten hingegen bestehen die Reichslehen nicht in denen Stifft=Landen selbst, sondern nur in der Weltlichkeit, oder denen Regalien, oder der Landeshoheit, darueber. Dises ist aber nur von denen eigentlichen und alten Stiffts=Guetern zu verstehen: ...“, 5. Cap., § 4., S. 159 „Alle geistliche Chur= und Fuersten seynd ohne Ausnahm Reichslehnenleute; ...“.

⁹¹² Die kaiserliche Wahlkapitulation Franz des Zweyten, Art. III § 20, S. 34.

Die vorhergehenden Wahlkapitulationen Leopolds II. und Josephs II. enthielten inhaltsgleiche Regelungen (Wahlkapitulation des roemischen Kaisers Leopolds des Zweiten, Art. III § 20, S. 15 und Roth, Die zwei wichtigsten Reichsgrundgesetze, Wahlkapitulation Josephs II., Art. III § 21, S. 17). Die früheren Wahlkapitulationen Kaiser Franz I. vom 13. Sept. 1745, Kaiser Karls VII. vom 24. Jan. 1742 und Kaiser Karls VI. vom 12. Okt. 1711 enthielten, dass unter den kurfürstlichen Gesandten ersten Ordens am kaiserlichen Hof und in allen sonstigen Orten in und außerhalb des Reiches kein Unterschied gemacht werde, sondern allen und jeden dieselben Ehren wie denen von königlichen Gesandten gegeben werde. Kaeyser Carls des Sechsten Wahl=Capitulation, Art. III, S. 21-32 (29); Jhro Roemisch=Kayserlichen Majestaet Carls des Siebenden Wahl=Capitulation, Art. III § 21, S. 13-14 (14) und Wahl=Capitulation Des Fuersten Herrn Francisci, Art. III § 21, S. 21-22 (22).

4. Die Gleichwertigkeit der Reichsstandschaften der Teilhabe von Curiatstimmen⁹¹³

a) Die normativen Voraussetzungen

Die Mitgliedschaft der Grafen, Freiherren und Prälaten⁹¹⁴ im Reichsfürstenrat hatte zuerst auf fallweisem Erscheinen auf den Reichstagen ohne kaiserlichen Widerspruch und häufiger auf Zuziehungen durch die Kaiser beruht.⁹¹⁵ Anlass hierfür war zumeist die Erhebung von Reichskontributionen zur Finanzierung der Hussiten- und Türkenkriege gewesen.⁹¹⁶

Das curiatmäßige Stimmrecht⁹¹⁷ entstand bei den geistlichen Kollegien, schwäbische Prälaten 1486⁹¹⁸ und rheinische Prälaten 1654,⁹¹⁹ bei den vier weltlichen Kollegien,

⁹¹³ Auch die nur Anteile an den Curiatstimmen im Reichsfürstenrates innehabenden Grafen, Freiherren und Prälaten besaßen vermöge dieser die Reichsstandschaft. *Schmauß*, Academische Reden und Vorlesungen ueber das teutsche Staatsrecht, 1. Buch, IX. Cap., §. 1., S. 135 „... Es werden also Reichsstaende genennet diejenigen unmittelbaren Glieder des teutschen Reichs, welche auf Reichstagen an den Berathschlagungen ueber die alda vorkommende Reichsgeschaeftē entweder durch *v o t a v i r i l i a* oder *c u r i a t a* Antheil nehmenb.“ und *Held*, Reichspraelatisches Staatsrecht, I. Theil, 1. Kap., §. I., XXV., S. 21 „Obschon nicht ein jeder Reichspraelat ein eigenes Votum im Reichsfuerstenrathe, sondern nur Antheil an einer Kollegialstimme hat (*n. III.*): so ist doch ein jeder an, und fuer sich ein Reichsstand. ...“.

⁹¹⁴ Zu den Prälaten, Grafen und Freiherren gehören auch ihre in den Fürstenstand erhobenen Mitglieder, welche jedoch keine Virilstimme im Reichsfürstenrat erhalten hatten, demnach trotz erhaltener Fürstenwürde nicht in den Reichsfürstenstand erhoben worden waren, da sie sich nicht mit einer fürstenmäßigen Herrschaft hatten ausweisen können: die gefürsteten Prälaten, Grafen und Freiherren. Ihr Fürstentitel besaß keinen politisch-reichsverfassungsrechtlichen Inhalt, sondern war ein Ehrentitel (*Engelbert*, Die Erhebungen in den Reichsfürstenstand, III. Die Erhebungen in den gefürsteten Grafenstand, S. 110-124, insb. 1.) Henneberg 1310, S. 113 „So ist der entscheidende Unterschied zwischen einer Erhebung in den Reichsfürstenstand und der Verleihung von nur fürstlichen rechten, dass nur derjenige Graf Reichsfürst werden konnte, der ein Fürstenland besaß, d. h. der neben seiner Reichsunmittelbarkeit auch im landrechtlichen Sinne eine herzoggleiche Stellung einnahm. Graf Berthold, der nicht ein solches Fürstenland besaß, erhielt daher lediglich fürstliche Ehrenrechte.“.

⁹¹⁵ Zu dem Erscheinen und Zuziehungen der Prälaten zu den Reichstagen *Held*, Reichspraelatisches Staatsrecht, I. Theil, 3. Kap., §. I., S. 277-322 und zu den Grafen und Freiherren *Held* ebd., §. I., XII.-XVI., S. 287-290 und *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band I, 2. Buch, 2. Cap., §. 77., S. 269-270.

⁹¹⁶ Insbesondere die Heeresmatrikel auf dem Reichstag zu Nuernberg beschlossen. – 1422 (*Zeumer*, Quellensammlung, 1. Teil, Nr. 157., S. 232-234) und der Heeresanschlag gegen die Hussiten vom Nürnberger Reichstag. - 1431, März 1 (*ebd.*, Nr. 161., S. 244-246), in welchen die Graven und herren besonders (*ebd.*, Nr. 157., S. 233 und Nr. 161., S. 245) und die Prälaten unter den Epte mitangeführt werden (*ebd.*, S. 234 und Nr. 161., S. 245-246).

⁹¹⁷ Ob die Prälaten, Grafen und Freiherren früher auch Virilstimmen im Reichstag ausgeübt hatten, ist umstritten. Zu den Prälaten *Held*, Reichspraelatisches Staatsrecht, I. Theil, 3. Kap., §. I., XXIV.-XXXII., S. 295-303 und zu den Grafen und Freiherren *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 4. Cap., §. 261., S. 1000. Da die Prälaten von den Kaiser zu den Reichstagen berufen worden waren, ehe sie sich in Kollegien zusammengeschlossen hatten und somit eine Kuriatstimme noch gar nicht hatten ausüben können, ist dies wohl anzunehmen (mit weiteren Nachweisen und Belegen *Held* ebd., XXVI., S. 297-298). Die Reichsgrafen und Reichsfreiherren hatten bis in die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts unstreitig Virilstimmen im Reichstag ausgeübt gehabt (*Kopp*, Discours von denen Reichs=Graeflichen Votis Curiatis und deren Ursprung, §. 7-§. 11., in: *ders.*, Tractatus juris publici de insigni differentia inter S. R. I. Comites et Nobiles Immediatos, p. 584-607, insb. §. 11., p. 603). Hierbei erfolgte auch eine Umwandlung von bisherigen geistlichen Virilstimmen im Reichsfürstenrat in Anteile an den dortigen prälatischen Curiatstimmen. *Ficker*, Vom Reichsfuerstenstande, I. Band, XV., Abschnitt 255, S. 272-373 gibt in einer die Verhältnisse vom 13. Jahrhundert bis zum Jahre 1792 berücksichtigenden Übersicht die 12 geistlichen Stimmen von St. Emmeran, Jnden, Werden, Buchau, Lindau, Obermünster, Niedermünster, Quedlinburg, Gernrode, Gandersheim, Herford, Essen an, welche unter Verlustigehen ihrer Virilstimmen Stimmanteile an den prälatischen Curiatstimmen erhielten.

wetterauische und schwäbische Grafen im 16. Jahrhundert,⁹²⁰ im Jahre 1641 fränkische Grafen⁹²¹ und westfälische Grafen 1654.⁹²²

Mit der in Art. XLIV der Wahlkapitulation Kaiser Leopolds I. vom 18. Juli 1658 enthaltenen Bestimmung:

„Niemanden aber von den neu erhoheten .../Grafen und Herren/dem Fuerstlichen Collegio, ... auff ... der Grafen Baencken/ad Sessionem & Votum, wider deroselbigen Willen auffdringen/sie haben sich dann zuvor mit ... Graeflichen Reichs=Guetern vorhero genugsam qualificirt/und zu einer Stands=wuerdigen Steuer in einem gewissen Craiß eingelassen und verbunden/und ueber solches alles neben dem Churfuerstlichen auch das jenig Collegium oder Banck/darinn sie aufgenommen werden sollen/vorhero genugsam gehoert worden.“⁹²³

welche auch für die Prälaten trotz ihrer Nichtbenennung galt⁹²⁴ und ihrer in der Wahlkapitulation Kaiser Karls VI. vom 12. Oktober 1711 in Art. I enthaltenen Ergänzung:

„... / sie haben sich dann vorher darzu mit einem ... / respectiue Graf= oder Herrschafft gnugsam qualificiret / ...“⁹²⁵

⁹¹⁸ Held, Reichspraelatisches Staatsrecht, I. Theil, 3. Kap., §. I., XXXV., S. 305-306. Obwohl die Prälaten des Konstanzer Bistums seit dem Jahr 1425 und hierbei insbesondere zu ihrem eigenen Schutz zu einem dauernden Bündnis unter dem Namen einer Bruderschaft zusammengetreten waren (1. Kap., §. II., XLIII.-XLIX., S. 37-44, insb. XLIX., S. 43-44), war das curiatmäßige Stimmrecht der schwäbischen Prälaten zum Reichstag danach im Jahr 1486 entstanden.

⁹¹⁹ Held, Reichspraelatisches Staatsrecht, I. Theil, 1. Kap., §. III., CLXXVI., S. 143-144. Ob die rheinischen Prälaten bereits früher ein curiatmäßiges Stimmrecht besessen und danach verloren hatten, ist umstritten (*ebd.*, 3. Kap., §. I., XXXVI.-XLI., S. 306-313). Jedenfalls war die zu Ausgang des 18. Jahrhunderts von ihnen ausgeübte Curiatstimme im Jahre 1654 entstanden.

⁹²⁰ Kopp, Discours von denen Reichs=Graeflichen Votis Curiatis und deren Ursprung, §. 12. u. §. 13., in: *ders.*, Tractatus juris publici de insigni differentia inter S. R. I. Comites et Nobiles Immediatos, p. 607-613, insb. p. 610 (§. 12.), p. 612-613 (§. 13.).

⁹²¹ Kopp, Discours von denen Reichs=Graeflichen Votis Curiatis und deren Ursprung, §. 19., in: *ders.*, Tractatus juris publici de insigni differentia inter S. R. I. Comites et Nobiles Immediatos, p. 628-634 (633) und des *Kaysers Ferdinandi III. Decretum, daß denen Fraenkischen Graffen und Herren ihre vorhin gehabte Reichs=Session und Stimm wieder eingeraeumet werden solle/ de Anno 1640* (23. Nov. 1640) in: Lünig, Das Teutsche Reichs=Archiv, Partis Specialis Continuatio II., VI. Abtheilung (Band XI), I. (1. Absatz), S. 3-4.

⁹²² Kopp, Discours von denen Reichs=Graeflichen Votis Curiatis und deren Ursprung, §. 20., in: *ders.*, Tractatus juris publici de insigni differentia inter S. R. I. Comites et Nobiles Immediatos, p. 634-637 (637).

⁹²³ Zieglern, Wahl=Capitulationalones, S. 200-277 (265).

⁹²⁴ Held, Reichspraelatisches Staatsrecht, I. Theil, 2. Kap., §. I., IV., S. 203: „Indessen ist kein Zweifel, daß, was in der Wahlkapitulation von den Grafen gefoderet wird, auch von den Praelaten zu verstehen sey: folglich keiner ohne ein unmittelbares Gebiethe der Eintritt in ein reichspraelatisches Kollegium gestattet werden koenne. ...“, insg., II.-IV., S. 202-204; Anm. 3); *Die kaiserliche Wahlkapitulation Franz des Zweyten*, Art. I, § 5, S. 8; Inhalt des *Kaeyserl. Decret wegen der Rheinischen Praelaten. ... den 28. Martij 1653* (Lundorp, Der Roemischen Kayserlichen Majestaet Acta Publica, VI. Theil, 5. Buch, XXXIX., S. 850) und den die analoge Anwendung dieser Bestimmungen auf die Prälaten befürwortenden Moser, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 1. Buch, 4. Cap., §. 59., S. 218.

⁹²⁵ *Kaeyser Carls des Sechsten Wahl=Capitulation*, S. 7.

welche die nachfolgenden Kapitulationen gleichfalls enthielten,⁹²⁶ waren für ihre Aufnahme in den Reichsfürstenrat die Zustimmung des Kurfürsten- und des Reichsfürstenrates, der sie aufnehmenden Grafen- und Prälatenbänke,⁹²⁷ bei den Grafen und Freiherren des Besitzes einer reichsunmittelbaren⁹²⁸ Graf- oder Herrschaft⁹²⁹ und bei den Prälaten des Besitzes einer reichsunmittelbaren Abtei mit den anderen Prälaten gleichen Anschlags tragenden reichsunmittelbaren Gütern⁹³⁰ und bei beiden der Erwerb der Kreisstandschaft mit der Übernahme eines standeswürdigen Beitrages zu den Reichslasten erforderlich.

b) Der gebietliche Besitz

aa) Der grafenmäßige Besitz der weltlichen Grafenstimmen

aaa) Das Wetterauische Grafenkollegium

Von den 30 Stimmen im Wetterauischen Grafenkollegium⁹³¹ lagen

⁹²⁶ In den Wahlkapitulationen Kaiser Karls VII. vom 24. Jan. 1742: Art. I § 5 (*Jhro Roemisch=Kayserlichen Majestaet Carls des Siebenden Wahl=Capitulation*, S. 3), Franz' I. vom 13. Sept. 1745: Art. I, § 5 (*Wahl=Capitulation Des Fuersten Herrn Francisci*, S. 2-3), Josephs II. vom 27. März 1764: Art. I, § 5 (*Roth*, Die zwei wichtigsten Reichsgrundgesetze, Wahlkapitulation Josephs II., S. 4), Leopolds II. vom 30. Sept. 1790: Art. I § 5 (*Wahlkapitulation des roemischen Kaisers Leopolds des Zweiten*, S. 4) und in Franz' II. vom 5. Juli 1792: Art I, § 5 getroffenen Regelungen (*Die kaiserliche Wahlkapitulation Franz des Zweyten*, S. 8-9).

⁹²⁷ *Repertorium des Teutschen Staats und Lehnrechts*, IV. Theil (*Häberlin*), 152. Reichsstandschaft, §. 4., 4), S. 651-652 und die dies beinhaltende Anm. 3), S. 9 zu Art. I, § 5 von: *Die kaiserliche Wahlkapitulation Franz des Zweyten*.

⁹²⁸ Zu der allein gebotenen gebietlich-territorialen Reichsunmittelbarkeit des Besitzes *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 1. Buch, 4. Cap., §. 62., S. 227 „... Daß auch zur Qualification eines Reichs=Grafens genug seye, wann sein Land unmittelbar ist, und er die Landes=Hoheit darueber inne hat, ob es gleich im uebrigen ein Reichs=Affter=Lehen waere, erhellet aus folgenden Exempeln. ... Und so gehet es auch an, daß eine Land kein Reichs=Affter=Lehen, sondern ein blosses Lehen von einem Reichs=Stand ist. ...“, insg., S. 226-228.

⁹²⁹ Bei den Grafen wurde neben dem Besitz einer reichsunmittelbaren Grafschaft auch jener einer reichsunmittelbaren Herrschaft für ausreichend angesehen. *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 1. Buch, 4. Cap., §. 62., S. 227 „... Pro affirmativa aber ist, daß auch noch heutiges Tages zwischen denen Grafen= und Herrschafften in denen Graeflichen Collegiis kein Unterscheid gemacht wird, auch vile Grafen bloß Herrschafften besizen, und koennen also die Worte der Wahl=Capitulation auch disen Verstand haben, wann ein Herr oder Freyherr als Reichs=Stand recipiret werden wolle, so muesse er auch eine unmittelbare Reichs=Herrschafft besizen. ...“, insg., S. 226-227.

⁹³⁰ Mit einem den anderen Prälaten gleichen Anschlag tragenden reichsunmittelbaren Gütern. *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 1. Buch, 4. Cap., §. 59., S. 218 „...: Also kan man ex analogia sicher schliessen, daß ein dergleichen Candidat wuerde eine unmittelbare Abtey, nebst solchen unmittelbaren Guetern, besizen muessen, welche einen anderen Praelaten gleichen Anschlag zu tragen faehig waere. ...“.

⁹³¹ Bei der Zugehörigkeit der größeren Zahl seiner Stimmanteile zur Augsburgerischen Konfession wurde es der evangelischen Konfession zugerechnet.

Stimmanteile an ihm besaßen:

Der Fürst von Nassau-Usingen mit seinem Fürstentum, lutherisch; der Fürst von Nassau-Weilburg mit seinem Fürstentum, reformiert; der Fürst von Nassau-Usingen mit der ihm im Jahre 1797 – Erbe der nassau-

den 26 Stimmen:

	Fläche QM	Volkszähl	Einkünfte Gulden
Fürst von Nassau-Usingen mit der Grafschaft Usingen ⁹³²	3, 07 ⁹³³		

saarbrückischen Länder – angefallenen Grafschaft Saarbrücken, lutherisch; der Fürst von Solms-Braunfels mit seinem größeren Anteil an der Grafschaft Solms und seinem Anteil an der Grafschaft Münzenberg, reformiert; der Fürst von Solms-Lich und Hohensolms mit seinen Anteilen an der Grafschaft Solms und der Herrschaft Münzenberg, reformiert; der Fürst von Solms-Rödelheim-Assenheim mit seinen Ämtern Rödelheim und Assenheim, evangelisch; der Graf von Solms-Laubach mit seinen Ämtern Laubach, Utphe und seinem Anteil an der Gemeinschaft Münzenberg, evangelisch; der Fürst von Isenburg-Birstein mit dem ihm gehörenden Teil der Oberen Grafschaft Isenburg, reformiert; die Grafen von Isenburg-Büdingen, Isenburg-Wächtersberg, Isenburg-Meerholz mit 3 Stimmen wegen den ihnen zugehörenden Teilen der Oberen Grafschaft Isenburg, reformiert; der Fürst von Stolberg-Gedern und der Graf von Stolberg-Roßla wegen ihren aus der Verlassenschaft der Grafschaft Königstein besessenen Gebieten, lutherisch; die Grafen von Stolberg-Stolberg und St.-Roßla wegen ihrer in geteilter Gemeinschaft zugehörenden Grafschaft Stolberg, lutherisch; der Graf von Stolberg-Wernigerode mit der Grafschaft Wernigerode, lutherisch; der Fürst von Sayn-Witgenstein zu Berleburg mit dem ihm gehörenden Teil der Grafschaft Witgenstein, reformiert; der Graf von Sayn-Witgenstein zu Witgenstein mit dem ihm gehörenden Teil der Grafschaft Witgenstein, evangelisch; der Wild- und Rheingraf zu Grumbach mit der ihm gehörenden Gebieten der Wild- und Rheingrafschaft (Reichsherrschaft Grumbach), evangelisch; *ders.* mit der ihm nach dem Aussterben der rheingrafensteinischen Linie am 1. Juni 1793 allein gehörenden dhaunischen Erbschaft an der Wild- und Rheingrafschaft (Rheingrafschaft zu Stein, Wikdegraft Dhaun), evangelisch; der Fürst von Leiningen-Hardenberg mit dem ihm gehörenden größeren Teil der Grafschaft Leiningen, lutherisch; die Grafen zu Leiningen-Heidesheim und Leiningen-Guntersblum wegen den ihnen zugehörenden Teilen an der Grafschaft Leiningen, katholisch; die Grafen zu Leiningen-Westerburg Christopherische und Georgische Linie wegen dem ihnen zugehörenden Anteil an der Grafschaft Leiningen und der Herrschaft Westerburg, lutherisch; die Fürsten und Grafen zu Reussen mit 6 Stimmen wegen ihren Herrschaften Greitz, Gera, Schleitz, Lobenstein u. a., lutherisch; die Fürsten zu Schönburg-Waldenburg wegen ihren Graf- und Herrschaften Hartenstein, Waldenburg, Lichtenstein, Stein mit eingeschränkter Landeshoheit unter den Kurfürsten von Sachsen gestanden, lutherisch; die Grafen zu Ortenburg wegen ihrer Grafschaft, lutherisch; der Graf von Wied-Runkel mit der Grafschaft Criechingen.

GRSH 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Jsenburg ..., S. 165-167, Leiningen, S. 172-173, Nassau, S. 190, I., S. 190-194, Reußen von Plauen, S. 207-211, Sayn ..., S. 229-231, Schoenburg=Waldenburg, S. 231-232, Solms, S. 238-241, Stolberg, S. 244-245, Wied, S. 250, 1), S. 250-251, 4. Abschnitt, 1. Abtheilung, Jsenburg ..., S. 314, B), S. 316-319, Leiningen, S. 324-330, Orttenburg, S. 350-351, Reußen von Plauen, S. 365-371, Sayn, S. 374-375, 3), S. 377-378, a), S. 378-379, Solms, S. 390-391, B), S. 393, 1), S. 393-395, 2), S. 395, a), S. 395-396, Stolberg, S. 405-410, Wild= und Rheingrafen zu Salm, S. 439-442; *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober=rheinische Kreis, S. 218-219, 219-226, 226-233, 233-239, 270-280 (§. 4., S. 272), 281-283, 286-297 (§. 5., S. 290), 298-311 (§. 4., S. 301, 305-311), 311-323, 324-329 (§. 5., S. 327), 334-336 (§. 3., S. 335), VIII. Theil, Der obersaechsische Kreis, Die Herrschaften der Grafen von Schoenburg, §. 1.-§. 7., I., S. 927-930 (§. 6., S. 926-927); *Fabri*, Geograhie fuer alle Staende, I. Theil, II. Band, Der Baiersche Kreis, S. 757, IV. Band, Der obersaechsische Kreis, S. 844-858 (845), 860-883 (§. 5., S. 862, §. 6., S. 865), 883-907 (§. 5., S. 885, §. 6., S. 886); *Bundschuh*, Lexikon vom Kur= und Oberrheinischen Kreis, 1. Theil, Leiningen, die Fuerst und Graeflichen Haeuser ..., Sp. 469-473 (472, 473), 2. Theil, Nassau, die fuerstl. Haeuser ..., Sp. 563-567 (564, 565, 567), Solms, die Grafschaft ..., Sp. 745-748 (746), Ysenburg, die Grafschaft ..., Sp. 903-908 (907); *Pütter*, Instivtiones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., §. 100., p. 100-104 (100-102), §. 101., p. 104-105 (III), p. 105), §. 102., p. 105-107, Scamn. Secvl., 96. Wetterauische Grafen, p. 107; *Hüberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band I, 2. Buch, 4. Cap., §. 100., S. 316-323 (316-319), §. 101., S. 323-330 (326-327), §. 102., S. 330-332, Weltliche Bank: 96. (332); *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 4. Cap., §. 93., S. 851-852, §. 148., S. 875 und *Geck*, Das Fürstentum Nassau-Saarbrücken-Usingen, 3. Abschnitt, 1., S. 62-63, 2.-4., S. 63-85, Abschnitt I., S. 8-40.

⁹³² Oben, S. 533-534 (533).

⁹³³ *Geschichtlicher Atlas von Hessen*, Karte 15 a, Text und Erläuterungsband, Karte 15 a-b, S. 76-82 und *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober=rheinische Kreis, Die fuerstlich=nassauische Lande, Die nassau=saarbrueck=usingischen Lande, I., S. 226-227: ca. 13 km in jeweils beiden Seiten = 169 km² = 3, 07 QM.

Fürst von Nassau-Weilburg mit dem Fürstentum Weilburg ⁹³⁴	4, 67	13 333	120 000 ⁹³⁵
Fürst von Nassau-Usingen mit im Jahre 1797 angefallenen Grafschaft Saarbrücken ⁹³⁶	7 ¼	14 457	228 300 ⁹³⁷
Fürst von Solms-Braunfels mit seinem größeren Anteil an der Grafschaft Solms und seinem Anteil an der Grafschaft Münzenberg ⁹³⁸	6	14 000	75 000 ⁹³⁹
Fürst von Solms-Lich und Hohensolms mit seinen Anteilen an der Grafschaft Solms und der Herrschaft Münzenberg ⁹⁴⁰	4	9 000	30 000 ⁹⁴¹
Fürst von Solms-Rödelheim-Assenheim mit seinen Ämtern Rödelheim und Assenheim ⁹⁴²	2 ½	60 000	30 000 ⁹⁴³
Graf von Solms-Laubach mit seinen Ämtern Laubach, Utphe und seinem Anteil an der Gemeinschaft Münzenberg ⁹⁴⁴	2	5 000 ⁹⁴⁵	
Fürst von Isenburg-Birstein mit dem ihm gehörenden Teil der Oberen Grafschaft Isenburg ⁹⁴⁶	5		100 000 ⁹⁴⁷

⁹³⁴ Oben, S. 533-534 (533).

⁹³⁵ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Nassau, b), a) Gfsch. Weilburg nebst dem Amte Atzbach, S. 168: 7 QM, 20 000 Einw., 180 000 Gulden Einkünfte. Grafschaft Weilburg im Verhältnis zum Amt Atzenbach ca. ⅔ zu ⅓ (*Geschichtlicher Atlas von Hessen*, Karte 15 a, Text und Erläuterungsband, Karte 15 a-b, S. 76-82 und *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober=rheinische Kreis, Die fuerstlich=nassauische Lande, Die nassau=weilburgischen Lande, §. 2., I., 1. Die Grafschaft Nassau=Weilburg, S. 219-221, 3. Das Amt Atzbach, S. 221-223.

⁹³⁶ Oben, S. 533-534.

⁹³⁷ Annex, S. 14.

⁹³⁸ Oben, S. 533-534 (534).

⁹³⁹ *Höck*, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Neuen Fürstenthümer und Grafschaften, 3. Tabelle, IV.: 50 000 Reichstaler.

Lang, Tabellen über Flächen-Inhalt der teutschen Reichs-Lande, A., Solms, a) Braunfels, S. 27: gleichfalls 6 QM, 50 000 Reichstaler Einkünfte bei 20 000 Menschenzahl.

⁹⁴⁰ Oben, S. 533-534 (534).

⁹⁴¹ *Höck*, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Neuen Fürstenthümer und Grafschaften, 3. Tabelle, V.: 20 000 Reichstaler.

Lang, Tabellen über Flächen-Inhalt der Teutschen Reichs-Lande, A., Solms, b) Hohen-Solms, S. 27: gleichfalls 4 QM, 20 000 Reichstaler bei 8 000 Menschenzahl.

⁹⁴² Oben, S. 533-534 (534).

⁹⁴³ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Solms, c), S. 210.

⁹⁴⁴ Oben, S. 533-534 (534).

⁹⁴⁵ *Höck*, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Neuen Fürstenthümer und Grafschaften, 3. Tabelle, V.

Lang, Tabellen über Flächen-Inhalt der Teutschen Reichs-Lande, A., Solms, c) Laubach, S. 27: gleichfalls 5 000 Menschenzahl.

Grafen von Isenburg-Büdingen, I.-Wächtersberg, I.-Meerholz mit 3 Stimmen: den ihnen zugehörigen Teilen der Oberen Grafschaft Isenburg ⁹⁴⁸ I.-Büdingen I.-Wächtersberg I.-Meerholz	5 ⁹⁴⁹ ca. 1/2 ca. 1/4 ca. 1/4 ⁹⁵⁰	17 000 ⁹⁵¹	111 000 ⁹⁵²
Fürst von Stolberg-Gedern und Graf von St.-Roßla wegen ihren aus der Verlassenschaft der Grafschaft Königstein besessenen Gebieten ⁹⁵³	4 ⁹⁵⁴		
Fürst von Sayn-Witgenstein zu Berleburg mit dem ihm gehörenden Teil der Grafschaft Witgenstein ⁹⁵⁵	3 1/2	9 000	60 000 ⁹⁵⁶
Graf von Sayn-Witgenstein zu Witgenstein mit dem ihm gehörenden Teil der Grafschaft Witgenstein ⁹⁵⁷	5	11 000	90 000 ⁹⁵⁸
Wild- und Rheingraf zu Grumbach mit der Reichsherrschaft Grumbach ⁹⁵⁹	1, 68 ⁹⁶⁰		
Wild- und Rheingraf zu Grumbach, nach dem Aussterben der rheingrafensteinischen Linie			

⁹⁴⁶ Oben, S. 533-534 (534).

⁹⁴⁷ Höck, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Neuen Fürstenthümer und Grafschaften, 3. Tabelle, IV.

⁹⁴⁸ Oben, S. 533-534 (534).

⁹⁴⁹ Höck, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Neuen Fürstenthümer und Grafschaften, 3. Tabelle, IV.

⁹⁵⁰ Strecker, Das Rhein=Main=Gebiet vor 150 Jahren (1787) (Karte), Graf zu Isenburg-Büdingen, Graf zu Isenburg-Wächtersberg, Graf zu Isenburg-Meerholz; Büsching, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober=rheinische Kreis, Die Grafschaft Ober=Ysenburg, Die graefliche Linie Ysenburg=Buedingen, S. 294-295, Die ... Ysenburg=Waechtersberg, S. 295-296, Die ... Ysenburg=Meerholz, S. 296-297 und Philippi, Territorialgeschichte der Grafschaft Büdingen, 6. Kap., 29., S. 173-177 (176-177), Atlas Karte IV: Gerichte und Grenzen 16. bis 18. Jahrhundert.

⁹⁵¹ GRSH 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Jsenburg, B), S. 156.

⁹⁵² Höck, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Neuen Fürstenthümer und Grafschaften, 3. Tabelle, IV.

⁹⁵³ Oben, S. 533-534 (534).

⁹⁵⁴ Wallner, Die kreissässigen Reichsterritorien am Vorabend des Luneviller Friedens, Oberrheinischer Kreis, 32 a), 32 b), S. 16, Anhang, D., c), 12), 38.

⁹⁵⁵ Oben, S. 533-534 (534).

⁹⁵⁶ GRSH 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Sayn ..., a), S. 204.

⁹⁵⁷ Oben, S. 533-534 (534).

⁹⁵⁸ GRSH 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Sayn ..., b), S. 204.

⁹⁵⁹ Oben, S. 533-534 (534).

⁹⁶⁰ Annex, S. 13.

am 1. Juni 1793 mit der Rheingrafschaft zu Stein und der Wildgrafschaft Dhaun ⁹⁶¹	0, 8 0, 8 ⁹⁶²		
Fürst von Leiningen-Hardenburg mit ihm gehörenden größeren Teil der Grafschaft Leiningen ⁹⁶³	6	12 000	168 000 ⁹⁶⁴
Grafen zu Leiningen-Heidesheim und Leiningen-Guntersblum mit ihren zugehörenden Anteilen an der Grafschaft Leiningen ⁹⁶⁵	1 ½	4 500	50 000 ⁹⁶⁶
Grafen zu Leiningen-Westerburg Christopherische und Georgische Linie mit ihren zugehörenden Anteilen an der Grafschaft Leiningen und der Herrschaft Westerburg ⁹⁶⁷	2 ½	6 500	48 000 ⁹⁶⁸
Fürsten und Grafen zu Reuß-Plauen zu Greitz, R.-Lobenstein, R.-Gera, R.-Schleitz, R.-Ebersdorf, R.-Köstritz mit 6 Stimmen: Herrschaften Greitz, Bürgk Lobenstein Gera, Saalburg Schleitz, Anteil Reichenfels Ebersdorf Reichenfels: Bergschloss Reichenfels, 1 Marktflecken, 6 Dörfer, 6 Rittergüter ⁹⁶⁹	7 5 8 3 3 970	19 000 ⁹⁷¹ 8 000 ⁹⁷² 30 000 ⁹⁷³ 8 000 ⁹⁷⁴ 10 000 ⁹⁷⁵	375 000 ⁹⁷⁶

⁹⁶¹ Oben, S. 533-534 (534).

⁹⁶² Annex, S. 13.

⁹⁶³ Oben, S. 533-534 (534).

⁹⁶⁴ Annex, S. 16.

⁹⁶⁵ Oben, S. 533-534 (534).

⁹⁶⁶ Annex, S. 17-18.

⁹⁶⁷ Oben, S. 533-534 (534).

⁹⁶⁸ Annex, S. 17.

⁹⁶⁹ Oben, S. 533-534 (534); *Büsching*, Erdbeschreibung, VIII. Theil, Die Herrschaften der Fürsten und Grafen Reussen, §. 5., S. 907-910, §. 8., S. 911-912, §. 10., S. 912-922 und *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Reuß=Plauische Lande, S. 186.

⁹⁷⁰ Zusammen mit: 3 Herrschaften, 23 Dörfer in Schleswig, Schlesien, Oberlausitz, Kursachsen: 4 QM und 8 000 Menschen (*GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Reuß=Plauische Lande, 4., Nota, S. 186).

⁹⁷¹ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Reuß=Plauische Lande, 1., S. 186.

⁹⁷² *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Reuß=Plauische Lande, 2., S. 186.

⁹⁷³ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Reuß=Plauische Lande, 3., S. 186.

⁹⁷⁴ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Reuß=Plauische Lande, 4., S. 186.

⁹⁷⁵ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Reuß=Plauische Lande, 5., S. 186.

Grafen zu Ortenburg wegen ihrer Grafschaft ⁹⁷⁷	2 ⁹⁷⁸	3 095	18 200 ⁹⁷⁹
---	------------------	-------	-----------------------

reichsunmittelbare Grafen-Herrschaftsbesitze zugrunde.

Von den weiteren 4 Stimmen:

	Fläche QM	Volkszähl	Einkünfte Gulden
Grafen von Stolberg-Stolberg und St.-Roßla mit ihrer in geteilter Gemeinschaft gehörenden Grafschaft Stolberg ⁹⁸⁰	8	14 000	100 000 ⁹⁸¹
Graf von Stolberg-Wernigerode mit der Grafschaft Wernigerode ⁹⁸²	4 ½	13 000	225 000 ⁹⁸³
Fürsten zu Schönburg-Waldenburg mit ihren Graf- und Herrschaften Hartenstein Waldenburg, Lichtenstein, Stein ⁹⁸⁴	7	24 000 ⁹⁸⁵	
Graf von Wied-Runkel mit der Grafschaft Criechingen ⁹⁸⁶	2	4 000	30 000 ⁹⁸⁷

standen die Grafschaft Stolberg unter kur-sächsischer,⁹⁸⁸ die Grafschaft Wernigerode unter kur-brandenburgischer Landeshoheit,⁹⁸⁹ die schönburgischen Graf- und Herrschaften mit

⁹⁷⁶ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Reuß=Plauische Lande, S. 186: 250 000 Reichstaler Einkünfte.

⁹⁷⁷ Oben, S. 533-534 (534).

⁹⁷⁸ *Wallner*, Die kreissässigen Reichsterritorien am Vorabend des Luneviller Friedens, Bayerischer Kreis, 14), S. 30, Anhang, II., D., c), 25), S. 38.

Höck, Materialien der Reichsgrafschaften, I. Band, 3. Heft, II., Grenzen ..., S. 282: „..., daß sie 1 ½ Meile lang und ueber eine Meile breit sind. ...“.

⁹⁷⁹ *Höck*, Materialien der Reichsgrafschaften, I. Band, 3. Heft, II., Einwohner, ..., S. 288: 3 095, Einkünfte, S. 290: 18 280 Gulden.

⁹⁸⁰ Oben, S. 533-534 (534).

⁹⁸¹ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Stolberg, a), S. 210.

⁹⁸² Oben, S. 533-534 (534).

⁹⁸³ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Stolberg, b), S. 210: 150 000 Reichstaler Einkünfte.

⁹⁸⁴ Oben, S. 533-534 (534).

⁹⁸⁵ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Schoenburg=Waldenburg, S. 205.

⁹⁸⁶ Oben, S. 533-534 (534).

⁹⁸⁷ *Annex*, S. 18-19.

⁹⁸⁸ *Büsching*, Erdbeschreibung, VIII. Theil, Der obersaechsische Kreis, Die Grafschaft Stollberg und Wernigerode, 1., S. 883-889 (§. 7, S. 887) und *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Stolberg, a), S. 210.

⁹⁸⁹ *Büsching*, Erdbeschreibung, VIII. Theil, Der obersaechsische Kreis, Die Grafschaft Stollberg und Wernigerode, 2., S. 889-902 (§. 5. u. §. 6., S. 893-894 (§. 6., S. 894)) und *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Stolberg, b), S. 210.

einer eingeschränkten Landeshoheit unter dem Kurfürsten von Sachsen⁹⁹⁰ und die Grafschaft Criechingen unter französisch-lothringischer und österreichisch-luxemburgischer Hoheit,⁹⁹¹ womit keine reichsunmittelbaren Grafen-Herrschaftsbesitze vorhanden waren.

bbb) Das Schwäbische Grafenkollegium

Von den 32 Stimmen⁹⁹² im Schwäbischen Grafenkollegium⁹⁹³ lagen den 24 Stimmen:

⁹⁹⁰ Reichsafterlehen und seit dem Jahre 1779 (Teschener Frieden) alleinig von Kursachen zu Lehen gehend (*Büsching*, Erdbeschreibung, VIII. Theil, Der obersächsische Kreis, Die Herrschaften der Grafen von Schoenburg, §. 1.-§. 7., I., S. 927-930 (§. 6., S. 926-927); *GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Schoenburg, S. 231-232, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Schoenburg=Waldenburg, S. 205 und *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 4. Cap., §. 160. b., S. 881-884).

⁹⁹¹ Annex, S. 18-19.

⁹⁹² Die Mitgliedschaften im Schwäbischen Reichsgrafenkollegium wurde im Gegensatz zu den Reichsstandschaften mit Virilstimmen nicht als ein auf den Besitzungen haftendes Realrecht angesehen. Es war persönlich, konnte nicht vervielfältigt werden, jedes Mitglied hatte nur eine Stimme und erlosch beim Erlöschen des Mannesstammes (*Hoffmann*, Versuch einer Theorie von der innern Collegialverfassung des schwäbischen Reichsgrafenstandes, 10. Abschnitt, §. 114. u. §. 115., S. 92-93).

⁹⁹³ Bei der Zugehörigkeit aller übrigen Stimmteile zur katholischen Konfession, mit der Ausnahme des lutherischen Stimmanteiles des Markgrafen von Baden wegen Eberstein, wurde es der katholischen Konfession zugerechnet.

Stimmanteile an ihm besaßen:

Der Fürst zu Fürstenberg als Graf zu Heiligenberg und Werdenberg mit der Grafschaften Heiligenberg und Werdenberg; die Äbtissin zu Buchau mit der von ihrem stiftischen Gebiet getrennten weltlichen Herrschaft Strasberg; der Land-Commenthur der Teutschen Ordens-Balley Elsaß und Burgund mit der Grafschaft Altshausen; die Fürsten von Öttingen-Spielberg und Ö.-Wallerstein mit 2 Stimmen wegen ihren Anteilen an dieser Grafschaft; das Haus Österreich mit der Grafschaft Montfort; der Kurfürst von Pfalz-Baiern mit der Grafschaft Helfenstein, noch die Grafschaft Wiesensteig ausmachend; der Fürst von Schwarzenberg mit der Landgrafschaft Klettgau; die Grafen von Königsegg-Rothenfels, Königsegg-Aulendorf mit 2 Stimmen wegen den Graf- und Herrschaften Rothenfels, Staufen, Königsegg, Aulendorf; die gräflichen Truchsess von Waldburg-Zeil-Zeil, Waldburg-Zeil-Wurzach, Waldburg-Wolfegg-Waldsee mit 3 Stimmen wegen den Graf- und Herrschaften Wolfegg, Waldsee, Waldburg, Zeil, Trauburg, Wurzach, Marstetten; der Markgraf von Baden mit der Grafschaft Eberstein; der Graf von Leyen mit der Grafschaft Hohen-Geroldseck; die Grafen Fugger-Kirchheim, F.-Glött, F.-Mückhausen mit 3 Stimmen wegen den Grafschaften Kirchheim, Glött, Mückhausen, Babenhausen; das Haus Österreich mit der Grafschaft Hohenems, der Graf von Traun mit der Herrschaft Eglof, der Abt zu St. Blasien mit der Reichsgrafschaft Bondorf; der Graf von Stadion mit der Herrschaft Thannhausen; der Fürst von Taxis mit der Herrschaft Eglingen, der Graf von Khevenhüller als Personalist; der Graf von Kuffstein als Personalist; der Fürst von Colloredo als Personalist; der Graf von Harrach als Personalist; der Graf von Sternberg als Personalist; der Graf von Neipperg als Personalist; der Herzog von Wirtemberg mit der Herrschaft Justingen; der Graf zu Waldstein und Wartemberg als Personalist; der Graf von Trautmannsdorf als Personalist; der Graf von Sickingen mit Reichsherrschaft Burg- und Neu-Sickingen.

GRSH 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Hauptabtheilung, St. Blasien, S. 68-69 (68), 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Colloredo, S. 127-129 (127), Khevenhueller, S. 169-172 (169), Baden, S. 116-118 (116), Oettingen, S. 198-201 (198), Schwarzenberg, S. 236-238 (237), 4. Abschnitt, 1. Abtheilung, Harrach, S. 311-314 (311), Koenigsegg, S. 320-323 (320), Kuffstein, ..., S. 323, Die aeltere ... Linie, S. 323-324 (323), Leyen ..., S. 330-331 (330), Neipperg, S. 343-344 (343), Oettingen, S. 349-350, Sickingen, S. 386, A), Juengerer Ast, ..., S. 387, Stadion, S. 400-402 (400), Sternberg, S. 402-403, 1), S. 403-404 (403), Traun ..., S. 414-415, 2), S. 415, Erster Ast, S. 415-416 (415), Trautmannsdorf, S. 417, 1), a), S. 418-419 (418), Waldstein ..., S. 432, A), S. 432-434 (432), 2. Abtheilung, Hohenems, S. 585; *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der schwäbische Kreis, S. 527-529 (§. 3., I., S. 528), 531-534 (§. 3., S. 533), 535-536, 537-548 (§. 7., S. 541-542), 549-552 (§. 4., S. 551),

	Fläche QM	Volkszähl	Einkünfte Gulden
Fürst zu Fürstenberg als Graf Heiligenberg und Werdenberg mit den Grafschaften Heiligenberg und Werdenberg ⁹⁹⁴	4 ⁹⁹⁵	7 058 ⁹⁹⁶	
Äbtissin zu Buchau mit der von ihrem stiftischen Gebiet getrennten Herrschaft Strasberg ⁹⁹⁷	0,75	1 380 ⁹⁹⁸	
Land-Commenthur der Teutschen Ordens-Balley Elsaß und Burgund mit der Grafschaft Altshausen ⁹⁹⁹	1,35 ¹⁰⁰⁰	2 136 ¹⁰⁰¹	
Fürsten von Öttingen mit 2 Stimmen: mit ihren Anteilen an der Grafschaft Öttingen Ö-Spielberg	9	10 000	105 000 ¹⁰⁰³

590-592 (590-591), 597-598 (597), 601-604 (§. 1., S. 602, §. 3., S. 602), 604-611, 613-616 (614), 619-623 (621), 623-629 (§. 4., S. 626), 631-633 (632), 634-635 (634), 635, 635-636, 636-637, 637-638 (638), 577 (vielmehr S. 639), 640; *Hoffmann*, Versuch einer Theorie von der innern Collegialverfassung des schwaebischen Reichsgrafenstandes, 3. Abschnitt, §. 22.-§. 27., S. 14-20 (§. 24., A), a) und b), S. 15, §. 25. u. §. 26., S. 15-16), §. 29. u. §. 30., S. 21; *Pütter*, *Ivres Pvblici Germanici*, Lib. 2, Cap. IV., §. 100., p. 100-104 (100-102), §. 101., p. 104-105 (III), p. 105), §. 102., p. 105-107, *Scamn Secvl.*, 98. Schwaebische Grafen, p. 107; *ders.*, *Auserlesene Rechts=Faelle*, II. Band, 3. Theil, CCXIII., §. 3.-§. 6., S. 575-576 und *Häberlin*, *Handbuch Teutschen Staatsrechts*, Band I, 2. Buch, 4. Cap., §. 100., S. 316-323 (316-320), §. 101., S. 323-330 (326), §. 102., S. 330-332, *Weltliche Bank*: 98. (332).

Der bei *Hoffmann* ebd., §. 26., Nr. 13., S. 16 mitgenannte Sinzendorf gehörte mit seiner Burggrafschaft Rheineck allein dem Westfälischen Grafenkollegium zu (unten, S. 551-552 (551), 557).

⁹⁹⁴ Oben, S. 539-540 (539).

⁹⁹⁵ *Höck*, *Statistische Übersicht der Deutschen Staaten*, *Statistische Übersicht der Neuen Fürstenthümer und Grafschaften*, 2. Tabelle, IV. und *Roeder*, *Lexikon von Schwaben*, I. Band, Heiligenberg, Fuerstenbergsche Grafschaft ..., Sp. 846-847 (846).

⁹⁹⁶ *Höck*, *Statistische Übersicht der Deutschen Staaten*, *Statistische Übersicht der Neuen Fürstenthümer und Grafschaften*, 2. Tabelle, IV.

Roeder, *Lexikon von Schwaben*, I. Band, Heiligenberg, Fuerstenbergsche Grafschaft ..., Sp. 846-847 (846): 6 000 Menschenzahl.

⁹⁹⁷ Die von der Äbtissin mit eigener Landeshoheit besessene weltliche Herrschaft Strasberg begründete ihre Mitgliedschaft im Schwäbischen Grafenkollegium (oben, S. 539-540 (539); *GRSH* 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Hauptabtheilung, Buchau, S. 69; *Hoff*, *Das Teutsche Reich*, II. Theil, 2. Abtheilung, 2. Abschnitt, II., 2., XXVI., 1., S. 218 und *Roeder*, *Lexikon von Schwaben*, I. Band, Buchau, Reichsstift. ..., Sp. 372-377 (376)).

⁹⁹⁸ Im Jahre 1802 (Annex, S. 59-60).

⁹⁹⁹ Oben, S. 539-540 (539).

Landkommende Altshausen mit Unteramt Illerrieden und den unmittelbaren Herrschaften Arneth, Achberg, Hohenfels und der mediat vorderösterreichischen Herrschaft Ellhofen (*Hofmann*, *Der Staat des Deutschmeisters*, II., *Statistisch-topographische Übersicht: Meistertum* ..., *Erläuterungen zu den Karten*, Karte 2, *Preussisches Gebiet*, (Immediat-) Ballei Elsaß ..., *Landkommende Altshausen*, S. 518).

¹⁰⁰⁰ *Roeder*, *Lexikon von Schwaben*, I. Band, Altshausen, Sp. 62-63 (62) 13 000 Jauchert. 1 Jauchert (Joch), das ein Mann mit einem Gespann Ochsen am Tag pflügen kann = 1 600 Quadratklafter = 57, 546 a (*Klimpert*, *Lexikon der Münzen, Maße*, I., Joch, S. 164, Juchert, Juchart, ..., S. 164 und *Kahnt-Knorr*, *Alte Maße, Münzen*, Joch, ..., S. 131), 13 000 Jauchert = 1, 35 QM.

¹⁰⁰¹ *Barczyk*, *Wiener Quellen der Deutschordenskommende Altshausen*, 2. Teil, 1.), *Die Kommende Altshausen*, Zahl der Einwohner, S. 53 mit *Täubel*, *Der Deutsche Orden im Zeitalter Napoleons*, I. Kap., 3., b), Ziff. 1., S. 20: Oberamt Altshausen 750, Herrschaften Hohenfels 150, Achberg 530, Arnegg 400, Illerrieden 306 = 2 136 und mediat Ellhofen 250.

Ö.-Wallerstein ¹⁰⁰²	15	36 000	180 000 ¹⁰⁰⁴
Haus Österreich mit der Grafschaft Montfort ¹⁰⁰⁵	6	12 800 ¹⁰⁰⁶	
Kurfürst von Pfalz-Baiern mit der Grafschaft Helfenstein, noch die Grafschaft Wiesensteig ausmachend ¹⁰⁰⁷	2	5 000	20 000 ¹⁰⁰⁸
Fürst von Schwarzenberg mit der Landgrafschaft Klettgau ¹⁰⁰⁹	4	9 000 ¹⁰¹⁰	30 000 ¹⁰¹¹
Grafen von Königsegg mit 2 Stimmen: K.-Rothenfels mit der Grafschaft Rothenfels und der Reichsherrschaft Staufeu	7 ½	12 500	45 000 ¹⁰¹³
K.-Aulendorf mit der Grafschaft Königsegg und der Reichsherrschaft Aulendorf ¹⁰¹²	5 ½	8 000	30 000 ¹⁰¹⁴
Gräfliche Truchsessu von Waldburg mit 3 Stimmen: W.-Wolfegg-Waldsee mit der Grafschaft Wolfegg und den Reichsherrschaften Waldsee, Waldburg	4	8 000	50 000 ¹⁰¹⁶
W.-Zeil-Zeil mit den Grafschaften Zeil, Trauburg	4	8 000	40 000 ¹⁰¹⁷
W.-Zeil-Wurzach mit den Reichsherrschaften Wurzach und Marstetten ¹⁰¹⁵	3	4 000	30 000 ¹⁰¹⁸
Markgraf von Baden mit der Grafschaft Eberstein ¹⁰¹⁹	6 ¹⁰²⁰	6 481 ¹⁰²¹	

¹⁰⁰² Oben, S. 539-540 (539).

¹⁰⁰³ *GRSH* 1801, II. Band, 2. Abschnitt, 3. Kap., Oettingen, a), S. 169-170: 70 000 Reichstaler Einkünfte.

¹⁰⁰⁴ *GRSH* 1801, II. Band, 2. Abschnitt, 3. Kap., Oettingen, b), S. 170-171: 120 000 Reichstaler Einkünfte.

Höck, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Neuen Fürstenthümer und Grafschaften, 2. Tabelle, III: für die insgesamt Grafschaft Öttingen 24 QM und 36 000 Einw.

¹⁰⁰⁵ Oben, S. 539-540 (539).

¹⁰⁰⁶ *Roeder*, Lexikon von Schwaben, II. Band, Montfort, oder Tettngang, ..., Sp. 220-222 (220).

¹⁰⁰⁷ Oben, S. 539-540 (539).

¹⁰⁰⁸ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Pfalz-Bayern, B), 11., S. 171.

¹⁰⁰⁹ Oben, S. 539-540 (539) und *Schwarzenberg*, Geschichte des reichsständischen Hauses Schwarzenberg, Teil 1, XIII., Ferdinand, S. 146-147.

¹⁰¹⁰ *Höck*, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Neuen Fürstenthümer und Grafschaften, 4. Tabelle, VII., 3. und *Roeder*, Lexikon von Schwaben, I. Band, Klettgau, gefuerstete Landgrafschaft, ..., Sp. 1139-1143 (1140) „... Dieses Laendchen ist zwo Meilen lang und fast zwo Meilen breit, enthaelt also beinahe vier Quadratmeilen Flaecheninnhalt. ...“.

¹⁰¹¹ *Höck*, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Neuen Fürstenthümer und Grafschaften, 4. Tabelle, VII., 3.

¹⁰¹² Oben, S. 539-540 (539).

¹⁰¹³ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Koenigssegg, a), S. 157.

¹⁰¹⁴ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Koenigssegg, b), S. 157.

¹⁰¹⁵ Oben, S. 539-540 (539).

¹⁰¹⁶ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Truchseß=Wolfegg und Zeil, a), S. 211-212.

¹⁰¹⁷ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Truchseß=Wolfegg und Zeil, b), S. 212.

¹⁰¹⁸ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Truchseß=Wolfegg und Zeil, c), S. 212-213.

Graf von Leyen mit der Grafschaft Hohen-Geroldsegg ¹⁰²²	2	4 500	36 000 ¹⁰²³
Grafen Fugger mit 3 Stimmen: F.-Kirchheim mit der Grafschaft Kirchheim F.-Glött mit der Grafschaft Glött F.-Mückhausen ¹⁰²⁴ mit den Grafschaften Mückhausen und Babenhausen ¹⁰²⁵	1,16 ¹⁰²⁶ $\frac{3}{4}$ ¹⁰²⁷ 1,54 ¹⁰²⁸		

¹⁰¹⁹ Oben, S. 539-540 (539).

¹⁰²⁰ *Wallner*, Die kreissässigen Reichsterritorien am Vorabend des Luneviller Friedens, Schwäbischer Kreis, 23), S. 6, Anhang, II., D., d), S. 38 und *Höck*, Materialien der Reichsgraftchaften, I. Band, 3. Heft, III., S. 295 „... Man schätzt die Laenge der Grafschaft auf drei und die Breite auf zwo Meilen. ...“.

¹⁰²¹ *Höck*, Materialien der Reichsgraftchaften, I. Band, 3. Heft, III., S. 298.

Roeder, Lexikon von Schwaben, I. Band, Eberstein, Grafschaft ..., Sp. 487-492 (487-488): 6 200 Einw.

¹⁰²² Oben, S. 539-540 (539).

¹⁰²³ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Leyen ..., S. 158.

¹⁰²⁴ Fugger-Mückhausen mit F.-Norndorf, F.-Babenhausen, F.-Boos im Jahre 1708 mit einer Stimme im Schwäbischen Grafenkollegium aufgenommen (*Hoffmann*, Versuch einer Theorie von der innern Collegialverfassung des schwaebischen Reichsgrafenstandes, §. 26., S. 16, Ziffer 9) mit §. 113., S. 92).

¹⁰²⁵ Oben, S. 539-540 (539).

¹⁰²⁶ Reichsherrschaften Kirchheim und Eppichhausen: ca. 8×8 km (*Historischer Atlas von Bayern*, Schwaben, *Vogel*, Mindelheim, Karte am Ende, Landkreis Mindelheim ... 1802: kartographische Eintragungen, Grafen Fugger-Kirchheim: Herrschaft Kirchheim, Herrschaft Kirchheim, Zur Geschichte ..., Umfang ... 1800, S. 152-155 und *Schröder-Schröder*, Die Herrschaftsgebiete im heutigen Regierungsbezirk Schwaben und Neuburg Mitte 1801 (Karte): kartographische Eintragungen, II., A., 4 Fugger-Kirchheim) = ca. 64 km² = 1, 16 QM.

¹⁰²⁷ Herrschaft Glött: durchschnittlich in ost-west 6, 5 km, in nord-süd 1, 8 km (*Schröder-Schröder*, Die Herrschaftsgebiete im heutigen Regierungsbezirk Schwaben und Neuburg Mitte 1801 (Karte): kartographische Eintragungen, II., A., 2 Fugger-Glött) = ca. 11, 70 km²,

Herrschaft Oberndorf: durchschnittlich in ost-west 2, 4 km, in nord-süd 6 km = ca. 14, 4 km², Herrschaft Elgau: durchschnittlich in ost-west 3 km, in nord-süd 5 km = ca. 15 km² (*Schröder-Schröder* ebd., II., A., 2 Fugger-Glött).

Insgesamt ca. 41, 1 km² = $\frac{3}{4}$ QM.

Bei den in der Markgraftchaft Burgau gelegenen 3 Herrschaften (*Sartori*, Staats=Geschichte der Markgraftchaft Burgau, §. 5., S. 38-40 mit *Schröder-Schröder* ebd., II., A., 2 Fugger-Glött) wurde in der Herrschaft Oberndorf die hohe Gerichtsbarkeit nicht von der Markgraftchaft Burgau ausgeübt und war ihre Ausübung in der Herrschaft Elgau strittig (*G. Nebinger*, Entstehung und Entwicklung der Markgraftchaft Burgau, Abb. 296: Hochgerichtsbarkeit in der Markgraftchaft Burgau in der Mitte des 18. Jahrhunderts, in: *Vorderösterreich*, 2. Teil, S. 757), womit alleinig in der Herrschaft Glött die durch die Markgraftchaft beschränkte ihren inhaltlichen Schwerpunkt bei Fugger-Glött habende Landeshoheit bestand.

¹⁰²⁸ Herrschaft Mückhausen: ca. 20 km² (*Schröder-Schröder*, Die Herrschaftsgebiete im heutigen Regierungsbezirk Schwaben und Neuburg Mitte 1801 (Karte): kartographische Eintragungen, II., A., 5 Fugger-Mückhausen),

Herrschaft Norndorf: ca. 5 km², Dorf Ehingen: ca. 8 km² (*Schröder-Schröder* ebd., II., A., 6 Fugger-Nordendorf),

2 Herrschaften F.-Babenhausen und F.-Boss: 52 km² mit 11 000 Einw. (1803) (*Ogger*, Kauf dir einen Kaiser, 1. Buch, 2. Kap., Schlüsselerlebnis in der Einzelzelle, S. 24.

Insgesamt ca. 85 km² = 1, 54 QM.

Bei den in der Markgraftchaft Burgau gelegenen Herrschaften Mückhausen, Norndorf und dem Dorf Ehingen (*Sartori*, Staats=Geschichte der Markgraftchaft Burgau, §. 5., S. 38-40 und *Schröder-Schröder* ebd., A.,

Haus Österreich mit der Grafschaft Hohenems ¹⁰²⁹	3 ½	3 700 ¹⁰³⁰	
Graf von Traun mit der Herrschaft Egloff ¹⁰³¹	2 ¹⁰³²	1 500 ¹⁰³³	
Abt zu St. Blasien mit der Reichsgrafschaft Bondorf ¹⁰³⁴	3 ½	7 500	46 000 ¹⁰³⁵
Graf von Stadion mit der Herrschaft Thannhausen ¹⁰³⁶	0, 1 ¹⁰³⁷		
Fürst von Taxis mit der Herrschaft Eglingen ¹⁰³⁸	0, 5 ¹⁰³⁹		
Herzog von Wirtemberg mit der Herrschaft Justingen ¹⁰⁴⁰	0,87 ¹⁰⁴¹	1 400 ¹⁰⁴²	
Graf von Sickingen mit der Herrschaft Burg- und Neu-Sickingen ¹⁰⁴³ und Supplement 8 000 Gulden ¹⁰⁴⁴		750 ¹⁰⁴⁵	5 000 ¹⁰⁴⁶

II., 5, 6) die durch die Rechte der Markgrafschaft beschränkte ihren inhaltlichen Schwerpunkt bei den fuggerschen Landesherren habende Landeshoheit.

¹⁰²⁹ Oben, S. 539-540 (539).

¹⁰³⁰ *Roeder*, Lexikon von Schwaben, I. Band, Hohenems, ..., Sp. 901-902.

¹⁰³¹ Oben, S. 539-540 (539).

¹⁰³² *Wallner*, Die kreissässigen Reichsterritorien am Vorabend des Luneviller Friedens, Schwäbischer Kreis, 56), S. 8, Anhang, II., D., d), 20), S. 38.

Roeder, Lexikon von Schwaben, Lexikon von Schwaben, I. Band, Eglofs, Reichsherrschaft ..., Sp. 504-506 (504) ,... Die Heerschaft ist ungefehr drei Stunden lang, und in der groeßten Ausdehnung eben so breit, ...“.

¹⁰³³ *Roeder*, Lexikon von Schwaben, I. Band, Eglofs, Reichsherrschaft ..., Sp. 504-506 (505).

¹⁰³⁴ Oben, S. 539-540 (539) und *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 1., S. 23-24 (24): Reichsunmittelbarkeit der Grafschaft Bondorf.

¹⁰³⁵ Annex, S. 63-64.

¹⁰³⁶ Oben, S. 539-540 (539).

¹⁰³⁷ *Wallner*, Die kreissässigen Reichsterritorien am Vorabend des Luneviller Friedens, Schwäbischer Kreis, 86), S. 9, Anhang, II., D., d), 27), S. 39.

¹⁰³⁸ Oben, S. 539-540 (539).

¹⁰³⁹ *Wallner*, Die kreissässigen Reichsterritorien am Vorabend des Luneviller Friedens, Schwäbischer Kreis, 23), S. 6, Anhang, II., D., d), 15), S. 38.

¹⁰⁴⁰ Oben, S. 539-540 (539).

¹⁰⁴¹ Rechtecksförmig: durchschnittlich in ost-west 8 km, in süd-nord 6 km (*Der Alb-Donau-Kreis*, Kartenbeilagen, Karte 9: Territorien und Reichsstandschaft 1790, Schwäbischer Kreis, Fürsten, Rentkammeramt Justingen: kartographische Eintragungen) = ca. 48 km² = 0, 87 QM.

¹⁰⁴² *Roeder*, Lexikon von Schwaben, I. Band, Justingen, Reichsherrschaft, ..., Sp. 1012-1013 (1012).

¹⁰⁴³ Oben, S. 539-540 (539).

Der nachherige Luisenhof bei Hemsbach/Bergst. (*Hölzle*, Der deutsche Südwesten am Ende des alten Reiches, Beiwort, Reichsritterschaft, Fränkischer Ritterkreis, Kanton Kraichgau, 11., S. 63).

¹⁰⁴⁴ Receptions-Urkunde der Schwäbischen Reichsgrafen, Wallerstein den 17ten Juny 1791, Jmmenstatt den 7ten Juny 1791:

..... **Siebentes:** Zu einem bestaendigen Fundo collectabili hat nun der neu recipirte Herr Graf Franz von Sickingen zu Sickingen fuer Sich und seine Gesamtgraefliche Agnatschaft dem diesseitigen Reichsgraeflichen Collegial=Catastro das – in der Zwischenzeit von allmoeglichem ritterschaftlichen Verband befreiete Gut und Ort Neu=Sickingen fuer bestaendig einverleibt, und darauf ein multiplicables simplum pr. 15 fl. uebernommen. Ferner

reichsunmittelbare Grafen-Herrschaftsbesitze zugrunde.

Bei den weiteren 8 Stimmen:

	Fläche QM	Volkszähl	Einkünfte Gulden
Graf von Khevenhüller ¹⁰⁴⁷	Personalist ¹⁰⁴⁸		
Graf von Kuffstein ¹⁰⁴⁹	Personalist ¹⁰⁵⁰		
Fürst von Colloredo ¹⁰⁵¹	Personalist ¹⁰⁵²		
Graf von Harrach ¹⁰⁵³	Personalist ¹⁰⁵⁴		

achtens: die mittelst graeflichen Collegial=Schlußes dd. 7ten Juny 1790. Jhm zugleich pro Receptione ad Cassam collegialem un widerruflich zu zahlen auferlegte Summe pr. 8000 fl ... wirklich baar bezahlt und entrichtet; ...“ (*Kaiserlich=allergnädigstes Hofdekret an das Hochloebliche kurmainzische Reichsdirectorium zu Regensburg, de dato Wien den 19ten Hornung 1797. Die Aufnahme des Herrn Franz Grafen von Sickingen und saemmtliche Aeste seines Hauses in das schwaebische Reichsgrafen=Kollegium, deßen Kreisstandschaft im schwaebischen Kreise, und deßen Sitz= und Stimmrecht, auf dem Reichstage betreffend/diét. 3. Martii 1797, Anlagen, Abschrift N. I., S. 3-5 (4-5), in: Regensburger Correspondenz, LV. Band, 21. Stück*) und

Receptions-Urkunde der Schwäbischen Reichsgrafen, die erfolgte Aufnahme von Franz von Sickingen in das Schwäbische Reichsgrafenkollegium am 3. Aug. 1793, Wallerstein, den 3ten August 1793, Immenstatt, den 21ten Juny 1793:

„... Er nunmehr auch seine Herrschaft Burg Sickingen mit allen Zugehoerungen auf gleiche Art, wie Neu=Sickingen von all fremder Besteuerung befreyet, und hierdurch sich vollkommen zum Kreisstande qualifiziret habe, und daß sofort gedachte Herrschaft Burg=Sickingen und ihre Zugehoerungen eben so, wie es anfangs Neu=Sickingen allein war, zum steuerbaren Kollegialfond gehoeren, ..., daß somit seine als Receptions=Gebuehr baar erlegte 8000 fl. nur als ein Supplementum seines bey der Aufnahme noch nicht hinreichend gewesenenen steuerbaren Gebiets anzusehen und zu betrachten seyn solle. ...“ (*ebd., Anlagen, Abschrift N. 2., S. 6*).

¹⁰⁴⁵ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Sickingen, S. 208.

¹⁰⁴⁶ *GRSH* 1803, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Sickingen, S. 352-353 (353).

¹⁰⁴⁷ Oben, S. 539-540 (539).

¹⁰⁴⁸ Im Jahr 1738 ohne den Besitz unmittelbarer Güter mit dem Hinweis, dass solches gegen die Kaiserliche Wahlkapitulation und auch gegen die eigene Union verstoße dennoch im Schwäbischen Grafenkollegium aufgenommen (*Moser, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 4. Cap., §. 88., S. 850-851 und Häberlin, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band I, 2. Buch, 4. Cap., §. 100., S. 319-320: Ziff. 18.: (320)*).

¹⁰⁴⁹ Oben, S. 539-540 (539).

¹⁰⁵⁰ Im Jahr 1738 ohne den Besitz unmittelbarer Güter mit dem Hinweis, dass solches gegen die Kaiserliche Wahlkapitulation und auch gegen die eigene Union verstoße dennoch im Schwäbischen Grafenkollegium aufgenommen (*Moser, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 4. Cap., §. 88., S. 850-851 und Häberlin, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band I, 2. Buch, 4. Cap., §. 100., S. 319-320: Ziff. 19. (320)*).

¹⁰⁵¹ Oben, S. 539-540 (539).

¹⁰⁵² Anfang der 70. Jahre des 18. Jahrhunderts ohne unmittelbare Güter in das Schwäbische Grafenkollegium aufgenommen (*Moser, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 4. Cap., §. 40., S. 831 und Häberlin, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band I, 2. Buch, 4. Cap., §. 100., S. 319-320: Ziff. 20. (320)*).

¹⁰⁵³ Oben, S. 539-540 (539).

¹⁰⁵⁴ Anfang der 70. Jahre des 18. Jahrhunderts ohne unmittelbare Güter in das Schwäbische Grafenkollegium aufgenommen (*Moser, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 4. Cap., §. 68., S. 846 und Häberlin, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band I, 2. Buch, 4. Cap., §. 100., S. 319-320: Ziff. 21. (320)*).

Graf von Sternberg ¹⁰⁵⁵	Personalist ¹⁰⁵⁶		
Graf von Neipperg ¹⁰⁵⁷	Personalist ¹⁰⁵⁸		
Graf von Waldstein und Wartemberg ¹⁰⁵⁹	Personalist ¹⁰⁶⁰		
Graf von Trautmannsdorf ¹⁰⁶¹	Personalist ¹⁰⁶²		

waren keine reichsunmittelbaren Grafen-Herrschaftsbesitze vorhanden.

ccc) Das Fränkischen Grafenkollegium

Von den 26 Stimmen¹⁰⁶³ im Fränkischen Grafenkollegium¹⁰⁶⁴ lagen den 17 Stimmen:

¹⁰⁵⁵ Oben, S. 539-540 (539).

¹⁰⁵⁶ In den 70. Jahren des 18. Jahrhunderts ohne unmittelbare Güter in das Schwäbische Grafenkollegium aufgenommen, welche 3 weiteren Grafenkollegien hierüber mehrmals ihre Unzufriedenheit äußerten (*Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 4. Cap., §. 169., S. 888 und *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band I, 2. Buch, 4. Cap., §. 100., S. 319-320: Ziff. 22. (320)).

¹⁰⁵⁷ Oben, S. 539-540 (539).

¹⁰⁵⁸ Im Juni 1766 ohne unmittelbare Güter in das Schwäbische Grafenkollegium aufgenommen mit alleinig bei Bebenhausen (Kloster) gehaltenen einigen Grundstücken (*Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 4. Cap., §. 115., S. 858 und *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band I, 2. Buch, 4. Cap., S. 319-320: Ziff. 23. (320)).

¹⁰⁵⁹ Oben, S. 539-540 (539).

¹⁰⁶⁰ Seit 1774 wieder Sitz und Stimme im Schwäbischen Reichsgrafenkollegium habend, dies ohne eine unmittelbare Reichsherrschaft (*GRSH*, I. Theil, 4. Abschnitt, 1. Abtheilung, Waldstein (oder Wallenstein), A), S. 432 und *Hoffmann*, Versuch einer Theorie von der innern Collegialverfassung des schwaebischen Reichsgrafenstandes, 3. Abschnitt, § 27, Waldstein, S. 20).

¹⁰⁶¹ Oben, S. 539-540 (539).

¹⁰⁶² Seit 1631 Sitz und Stimme im Schwäbischen Reichsgrafenkollegium mit den Ämtern Weinsberg und Neustadt, diese im Jahr 1646 an den Herzog von Württemberg abgetreten, bis 1801 keine weiteren reichsunmittelbaren Besitze erworben (*Schreiben Ferdinand Fuerst von Trautmannsdorf an die Reichsfuersten, 17ten Jaenner 1805*, in: *Regensburger Correspondenz*, LXIII. Band, 23. Stück).

¹⁰⁶³ Während bis in die 1. Hälfte des 17. Jahrhunderts im Fränkischen Reichsgrafenkollegium noch das Personalitätsprinzip mit der unkontrollierten Vermehrung der Stimmen galt, kam in der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts das Territorialprinzip mit der Zuordnung der Stimmen zum Land zum Tragen, womit die unregelmäßige Vermehrung der Stimmen unterblieb (*Böhme*, Das fränkische Reichsgrafenkollegium im 16. und 17. Jahrhundert, 3.2.1.1, S. 162).

¹⁰⁶⁴ Bei seinen noch die Mehrheit habenden evangelischen Stimmanteilen, jedoch einer auch vorhandenen erheblichen Anzahl von katholischen wurde seine Zugehörigkeit zur evangelischen Konfession von den Katholiken bestritten und von diesen seine Einordnung als gemischt-konfessionelle verlangt. Hierüber konnte jedoch keine Einigung erzielt werden und wurde seine Curiatstimme bei wechselseitiger Reservation weiterhin von einem evangelischen Gesandten geführt.

Stimmanteile an ihm besaßen:

Die fürstlichen Linien des Hauses Hohenlohe Neuenstein-Öhringen, Neuenstein-Langenburg, Neuenstein-Ingelfingen, Neuenstein-Kirchberg, Waldenburg-Bartenstein, Waldenburg-Schillingsfürst mit 6 Stimmen wegen der Grafschaft Hohenlohe, alle lutherisch; die Grafen zu Castell-Remlingen, C.-Rüdenhausen mit 2 Stimmen wegen der Grafschaft Castell, beide lutherisch; die Grafen von Erbach-Erbach, Erbach-Schönberg, Erbach-

	Fläche QM	Volkszähl	Einkünfte Gulden
Fürsten und Grafen von Hohenlohe, H.-Neuenstein-Öhringen, H.-N.-Langenburg, H.-N.-Ingelfingen, H.-N.- Kirchberg, H.-Waldenburg-Bartenstein, H.- W. Schillingsfürst mit 6 Stimmen: ¹⁰⁶⁵ mit ihren fideikommissarischen Anteilen ¹⁰⁶⁶ an der Grafschaft Hohenlohe ¹⁰⁶⁷	20	80 000	380 000 ¹⁰⁶⁸

Fürstenuau mit 2 Stimmen wegen der Grafschaft Erbach, beide lutherisch; die Fürsten und Grafen zu Löwenstein fürstlich Rochefort, gräflich Virneburg mit 2 Stimmen wegen der Grafschaft Wertheim, evangelisch; die gräflich Limpurgischen Allodialerben L.-Gaildorf, L.-Speckfeld mit 2 Stimmen wegen der Grafschaft Limpurg und Herrschaft Speckfeld, lutherisch; der Graf von Nostiz mit dem ihm zugehörenden 1/3 Teil der Grafschaft Rieneck, katholisch; der Fürst von Schwarzenberg mit der Herrschaft Seinsheim, katholisch; die gräflich Wolfsteinischen Allodialerben Fürst von Hohenlohe-Kirchberg, Graf von Giech wegen den beiden Herrschaften Sulzbürg und Pyrbaum, diese vom Kurfürsten von Baiern in den Jahren 1764/68 erworben, sich jedoch nicht mit ihnen im Fränkischen Grafenkollegium aufhaltend, evangelisch; die Grafen von Schönborn wegen der Herrschaft Reichelsberg, vom Fürstbischof von Würzburg als seinem Hochstift zugehörend angesehen, katholisch; der Graf von Schönborn fränkischer Ast mit der Herrschaft Wiesentheid, katholisch; der Graf von Windischgrätz ohne gebietlichen Besitz als Personalist, katholisch; der Fürst Ursin von Rosenberg als Personalist, katholisch, der Fürst von Stahremberg als Personalist, katholisch; der Graf von Wurmbrand als Personalist, katholisch; der Graf von Giech als Personalist, evangelisch; der Graf von Grävenitz als Personalist, trotz Suspendierung seine Reichsstandschaft weiter fortbestehend, evangelisch; der Graf von Pückler als Personalist, evangelisch.

GRSH 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Hohenlohe, S. 147-155, Loewenstein-Wertheim, S. 183-185, Rosenberg, S. 211-213; Schwarzenberg, S. 236-238, Stahremberg, S. 241-244, 4. Abschnitt, 1. Abtheilung, Castell, S. 294-297, Erbach ..., S. 297-301, Giech, S. 310-311, Loewenstein=Wertheim, S. 338-340, Limpurg, S. 334, Nostiz, S. 347, b), S. 348-349, Pueckler, S. 356-360 (357), Schoenborn, S. 380-383, Windischgraez, S. 442, A), S. 442-443, Wurmbrand, S. 443-446; *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der bayerische Kreis, S. 827-833 (§. 3., S. 830-831), Der fraenkische Kreis, S. 880: Anmerk. Ziff. 49., S. 1016-1035 (§. 5., S. 1018-1019, §. 9., S. 1024), 1035-1040 (§. 5., S. 1038), 1040-1051 (§. 4., S. 1043), 1051-1053 (1052), 1053-1061 (§. 8., S. 1056), 1061-1071 (§. 5., S. 1066-1067), 1071, 1072-1073, 1073, 1074; *Fabri*, Geographie fuer alle Staende, I. Theil, II. Band, Der Baiersche Kreis, S. 759-760 (759), III. Band, Der Fraenkische Kreis, S. 42-63 (46-47), 65-74 (69), 75-81 (75-76), 81-115 (A., S. 85, 87-94, B., S. 111), 117-118; *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 4. Cap., §. 15., S. 816-822 (819-820), §. 60., S. 838-839, §. 98., S. 853-854, 102., S. 854, §. 131., S. 864, §. 132., S. 864-867, §. 140., S. 869-871, §. 149., S. 875, §. 151., S. 876, §. 166., S. 886, §. 189., S. 892, §. 195., S. 894, §. 201., S. 896; *Pütter*, Institutviones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., §. 100., p. 100-104 (100-101, 103), §. 101., p. 104-105 (III), p. 105), §. 102., p. 105-107, Scamn. Secvl., 99. Fraenkische Grafen, S. 107; *Häberlin*, Handbuch Teutsches Staatsrechts, I. Band, 2. Buch, 4. Cap., §. 100., S. 316-323 (316-318, 320-321), §. 101., S. 323-330 (326-329), §. 102., S. 330-332, Weltliche Bank: 99. (332) und *NDB*, VII. Band, Graevenitz, v., S. 719-722.

¹⁰⁶⁵ Oben, S. 545-546 (545).

¹⁰⁶⁶ Den Fideikommissen der adeligen Familien und Dynastien lag auch die Vorstellung des geteilten Eigentums zugrunde, einer Teilung des Eigentums zwischen den Familien und dem jeweiligen nutzenden Familienmitglied. Die adeligen Fideikommiss gingen in ihren gegenseitigen Bindungen der beiderseitigen Eigentumsteile über den justinianischen Fideikommiss hinaus (*Busz*, Die Historische Rechtsschule und die Beseitigung des geteilten Eigentums in Deutschland, 1. Abschnitt, VII, S. 16-18).

¹⁰⁶⁷ Bei gegebenem Fideikommiss war neben dem gesamthänderisch gebundenen Eigentum, die Landeshoheit des Fürstentums gleichfalls gesamthänderisch bei allen regierenden Fürsten gelegen, denen das Nutzungsrecht an ihren Teilen zustand. Die Stimmen im Schwäbischen Grafenkollegium, ihr Senior war kein Oberhaupt des Fürstentums, sondern primus inter pares, wurden von jedem der regierenden Fürst ausgeübt, welche Ausübung in jeder der beiden Hauptlinien: Hohenlohe-Neuenstein und H.-Waldenburg vertraglich geregelt war (*Ulshöfer*, Die Hohenlohischen Hausverträge und Erbteilungen, I. Teil, 2. Abschnitt, § 10, S. 57-58, § 11, S. 72-76, II. Teil, 1., S. 125-123 (zum achten, S. 130-131) und *Schenk*, Hohenlohe vom Reichsfürstentum zur Standesherrschaft, Kap. 1, B., I.-II., S. 23-36 (II., S. 27-28)). Die Zuordnung der gräflichen Stimmen bestand demnach am ganzen Fürstentum und an den einzelnen Anteilen.

Grafen von Castell, C.-Remlingen C.-Rüdenhausen mit 2 Stimmen: mit ihren Anteilen an der Grafschaft Castell ¹⁰⁶⁹ C.-Remlingen ¹⁰⁷⁰ C.-Büdingen ¹⁰⁷⁰	3 ca. $\frac{2}{3}$ ¹⁰⁷¹ ca. $\frac{1}{3}$ ¹⁰⁷²	5 000	30 000 ¹⁰⁷³
Grafen zu Erbach, E.-Erbach, E. Schönberg, E.- Fürstenau mit 2 Stimmen: mit ihren fideikommissarischen Anteilen an der Grafschaft Erbach, welche Senior nach Vereinbarung mit den anderen Grafen die Stimmabgaben veranlasste ¹⁰⁷⁴	7	24 000	75 000 ¹⁰⁷⁵
Fürsten und Grafen von Löwenstein, fürstlich- Rocheffort, gräflich-Virneburg mit 2 Stimmen: mit ihren fideikommissarischen Anteilen (Kondominat) an der Grafschaft Wertheim ¹⁰⁷⁶	5 ¹⁰⁷⁷	13 835 ¹⁰⁷⁸	63 572 ¹⁰⁷⁹

¹⁰⁶⁸ Höck, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Neuen Fürstenthümer und Grafschaften, 3. Tabelle, III.

Lang, Tabellen über Flächen-Inhalt der Teutschen Reichs-Lande, A., Hohenlohe, S. 12: gleichfalls 20 QM, 80 000 Menschenzahl mit 400 000 Gulden Einkünfte.

¹⁰⁶⁹ Oben, S. 545-546 (545).

¹⁰⁷⁰ Die Verwaltung des Territoriums der Grafschaft war zum ganz überwiegenden Teil zwischen den beiden Linien geteilt, nur ein kleiner Teil wurde von beiden Linien gemeinschaftlich verwaltet (*Historischer Atlas von Bayern, Franken: Castell=Castell-Hofmann*, Die Grafschaft Castell am Ende des Alten Reiches (1792), 2., S. 8-9, Übersichten, I.-III., S. 12-15).

¹⁰⁷¹ *Historischer Atlas von Bayern, Franken: Castell=Castell-Hofmann*, Die Grafschaft Castell am Ende des Alten Reiches (1792), Übersichten, I.-III., S. 12-15 mit Karte am Ende: Die Grafschaft Castell am Ende des Alten Reiches (1792).

¹⁰⁷² *Historischer Atlas von Bayern, Franken: Castell=Castell-Hofmann*, Die Grafschaft Castell am Ende des Alten Reiches (1792), Übersichten, I.-III., S. 12-15 mit Karte am Ende: Die Grafschaft Castell am Ende des Alten Reiches (1792).

¹⁰⁷³ Höck, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Neuen Fürstenthümer und Grafschaften, 4. Tabelle, II. Lang, Tabellen über Flächen-Inhalt der Teutschen Reichs-Lande, A., Kastell, S. 13: gleichfalls 5 000 Menschenzahl.

¹⁰⁷⁴ Oben, S. 545-546 (545) und Killinger, Die ländliche Verfassung der Grafschaft Erbach, Einleitung, S. 7-10).

¹⁰⁷⁵ Höck, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der neufürstlichen Länder und Reichsgraftchaften, 4 Tabelle, I.

¹⁰⁷⁶ Oben, S. 545-546 (545) und Ehmer, Geschichte der Grafschaft Wertheim, X., 3., S. 161-163, XI., 2., S. 186-189, 3., S. 190-192, Moser, Neues teutsches Staatsrecht, Band XII, 2. Theil, 19. Cap., §. 31., S. 1208 und *schriftliche Mitteilung des Staatsarchivs Wertheim vom 24. März 2009 (Dr. Monika Schaupp)*, Az. 8-7512.

¹⁰⁷⁷ GRSH 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Loewenstein=Wertheim, a), 2), S. 161.

¹⁰⁷⁸ Am 1. Januar 1802 (*Staatsarchiv Wertheim*, Bestand: Volkszählungen R 65h/522).

GRSH 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Loewenstein=Wertheim, a), 2), S. 161: 12 000 Einw.

¹⁰⁷⁹ Durchschnitt der Jahre 1781-1790 (*Staatsarchiv Wertheim*, Bestand: Rechnungen F 7/12).

Gräfllich Limpurgische Allodialerben L.-Gaildorf, L.-Speckfeld mit 2 Stimmen: L.-Gaildorf mit ihrem an der Grafschaft Limpurg gehabten Anteil L.-Speckfeld mit der Herrschaft Speckfeld ¹⁰⁸⁰	6 $\frac{3}{4}$ ¹⁰⁸¹ ca. $\frac{1}{3}$ ¹⁰⁸² 2	15 000 4 440 ¹⁰⁸³	80 000 ¹⁰⁸⁴
Graf von Nostiz mit dem ihm zugehörnden $\frac{1}{3}$ Teil der Grafschaft Rieneck ¹⁰⁸⁵	2	6 000	15 000 ¹⁰⁸⁶
Fürst von Schwarzenberg mit der Herrschaft Seinsheim ¹⁰⁸⁷	2 $\frac{1}{2}$ ¹⁰⁸⁸		
Graf von Schönborn mit der Herrschaft Wiesentheid ¹⁰⁸⁹	0, 5	1 597 ¹⁰⁹⁰	

¹⁰⁸⁰ Oben, S. 545-546 (545); *Bundschuh*, Lexikon von Franken, III. Band, Limpurg, die Grafschaft, ..., Sp. 366-370 (368) und *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der fraenkische Kreis, Die Herrschaft Limburg, S. 1061-1071 (§. 5. u. §. 6., S. 1066-1071, §. 2., S. 1061-1062).

Moser, Neues teutsches Staatsrecht, Band XII, 1. Theil, 5. Cap., §. 30., S. 650: „Des ausgestorbenen Graeflich=Limburgischen Mannstammes hinterlassene weibliche Nachkommenschaft regieren gemeinschaftlich; doch jede derer beyden Haupt=Linien ihren Theil besonders: ...“.

¹⁰⁸¹ Prescher, Geschichte und Beschreibung der zum fraenkischen Kreise gehoerigen Reichsgrafschaft Limpurg, I. Theil, 1, Hauptabtheilung, 1. Abschnitt, S. 4-6 (5).

¹⁰⁸² Prescher, Geschichte und Beschreibung der zum fraenkischen Kreise gehoerigen Reichsgrafschaft Limpurg, II. Theil, Karte am Ende: Die Grafschaft Limpurg ..., L. G. W., L. G. A.

¹⁰⁸³ Wunder-Schefold-Beutter, Die Schenken von Limpurg und ihr Land, 1., S. 9: 112 km² (= 2, 03 QM) und 4 440 Seelen.

Büsching, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der fraenkische Kreis, Die Herrschaft Limburg, §. 1., S. 1061 „... Die dazu gehoerige Herrschaft Speckfeld, liegt in Franken, ..., ueber 2 Meilen lang, und 1 bis 1 $\frac{1}{4}$ Meile breit. ...“.

¹⁰⁸⁴ Höck, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der neufürstlichen Länder und Reichsgrafschaften, 4. Tabelle, IV.

Büsching, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der fraenkische Kreis, Die Herrschaft Limburg, §. 2., S. 1061-1062 (1062): für ein unbekanntes Jahr 1780-1790 gezählte 14 404 Menschen.

¹⁰⁸⁵ Oben, S. 545-546 und *Vollgraff*, Die teutschen Standesherrn, Beilage Nro. IV. Statistische Uebersicht der durch die Rheinbundes=Acte ..., Großh. Frankf., Nr. 3, S. XVI-XVII.

¹⁰⁸⁶ Brunn, Deutschland, in geographischer, statistischer und politischer Hinsicht, II. Theil, §. 565., a., 5., S. 442. *Historischer Atlas von Bayern*, Franken, Hofmann, Franken seit dem Ende des Alten Reiches, Karte 1: Franken am 1. Januar 1806; kartographische Eintragungen, R Grafschaft Rieneck (Graf von Colloredo-Mannsfeld): dem Grafen von Nostiz zugehörnde 4 Gebietsteile der Grafschaft Rieneck (von Westen nach Osten) ca. 32 km², ca. 36 km², ca. 3 km², ca. 10 km², insg. 81 km² = 1, 47 QM.

¹⁰⁸⁷ Oben, S. 545-546 (546) und *Bundschuh*, Lexikon von Franken, V. Band, Schwarzenberg, die gefuerstete Grafschaft, ..., Sp. 245-252 (252), Seinsheim, die Herrschaft ..., Sp. 281-282.

Fürst Johann Adolf I. von Schwarzenberg hatte sich bei vorheriger Erbverbrüderung am 7. Dez. 1590 mit dem Haus Seinsheim mit diesem Haus am 10. Juni 1655 dahingehend verglichen, bei der ihm zugehörnden Herrschaft Seinsheim dem Haus Seinsheim die Mitbelehung zuzubilligen, mit Führung der Stimme im Fränkischen Grafenkollegium unter dem Namen Schwarzenberg (*Schwarzenberg*, Geschichte des reichsständischen Hauses Schwarzenberg, Teil 1, IV., S. 35-37).

¹⁰⁸⁸ *Historischen Atlas von Bayern*, Franken: Hofmann, Franken seit dem Ende des Alten Reiches, Beilage, im Jahr 1802 in Nürnberg erschienenen *Tabellarische Uebersicht der geographischen Einteilung und politischen Verfassung des Fränkischen Kreises* (Nachdruck), C. Grafen- und Herren Bank, VII.

¹⁰⁸⁹ Oben, S. 545-546 (546).

reichsunmittelbare Grafen-Herrschaftsbesitze zugrunde.

Bei den weiteren 9 Stimmen:

	Fläche QM	Volkszähl	Einkünfte Gulden
Gräflich Wolfsteinische Allodialerben, Fürst von Hohenlohe=Kirchberg und Graf von Giech mit den beiden Herrschaften Sulzbürg und Pyrbaum ¹⁰⁹¹			15 175 (1776) ¹⁰⁹²
Grafen von Schönborn mit der Herrschaft Reichelsberg ¹⁰⁹³	0, 7 ¹⁰⁹⁴		
Graf von Windischgrätz ¹⁰⁹⁵	Personalist ¹⁰⁹⁶		
Fürst Ursin von Rosenberg ¹⁰⁹⁷	Personalist ¹⁰⁹⁸		
Fürst von Stahremberg ¹⁰⁹⁹	Personalist ¹¹⁰⁰		
Graf von Wurmbrand ¹¹⁰¹	Personalist ¹¹⁰²		

¹⁰⁹⁰ *GRSH* 1804, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Schoenborn, A), 1), a), S. 380: 1 597 Einw. im Jahre 1804 und *Domarus*, Territorium Wiesentheid, Kaiser Leopold I. erhebt Wiesentheid ..., Die territoriale Ausdehnung ..., S. 47.

Im Königlich-Baierischen Regierungsblatt vom Jahr 1807 veröffentlichten statistischen Angaben: Herrschaft Wiesentheid 1 346 Untertanen (*Domarus* ebd., Der Übergang an Bayern 1806, Statistische Tabelle über die Herrschaft Wiesentheid, S. 118).

¹⁰⁹¹ Oben, S. 545-546 (546).

¹⁰⁹² *Melchinger*, Lexikon von Baiern, III. Band, Sulzbuerg und Pirbaum, Sp. 445-449 (449).

¹⁰⁹³ Oben, S. 545-546 (546).

¹⁰⁹⁴ *Wallner*, Die kreissässigen Reichsterritorien am Vorabend des Luneviller Friedens, Fränkischer Kreis, 28), S. 12, Anhang, II., D., e), 17), S. 39.

¹⁰⁹⁵ Oben, S. 545-546 (546).

¹⁰⁹⁶ Am 28. Jan. 1684 im Fränkischen Grafenkollegium mit der Versicherung, sich mit unmittelbaren Gütern zu versehen, was jedoch nicht erfolgte (*Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 4. Cap., §. 195., S. 894 und *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band I, 2. Buch, 4. Cap., §. 100., S. 320-321: Ziff. 11. (321)).

¹⁰⁹⁷ Oben, S. 545-546 (546).

¹⁰⁹⁸ Ohne unmittelbare Güter im Fränkischen Grafenkollegium aufgenommen (*Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 4. Cap., §. 151., S. 876 und *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band I, 2. Buch, 4. Cap., §. 100., S. 320-321: Ziff. 12. (321)).

¹⁰⁹⁹ Oben, S. 545-546 (546).

¹¹⁰⁰ Im Jahr 1719 im Fränkischen Grafenkollegium aufgenommen, keine unmittelbaren Güter, außer den zu Reichslehen gehenden Land-Gericht und Blutbann zu Schaumburg und Efferding (*Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 4. Cap., §. 166., S. 886 und *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band I, 2. Buch, 4. Cap., §. 100., S. 320-321: Ziff. 13. (321)).

¹¹⁰¹ Oben, S. 545-546 (546).

Graf von Giech ¹¹⁰³	Personalist ¹¹⁰⁴		
Graf von Grävenitz ¹¹⁰⁵	Personalist ¹¹⁰⁶		
Graf von Pückler ¹¹⁰⁷	Personalist ¹¹⁰⁸		

wurden die beiden Herrschaften Sulzbürg/Pyrbaum von dem Kurfürsten von Pfalz-Baiern mit Landeshoheit besessen,¹¹⁰⁹ gehörte die Herrschaft Reichelsberg dem Hochstift Würzburg und

¹¹⁰² Am 24. Mai 1726 im Fränkischen Grafenkollegium mit der Zusicherung, sich mit unmittelbaren Gütern zu versehen aufgenommen, was aber nicht erfolgte (*Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 4. Cap., §. 201., S. 896 mit Fußn. (I) und *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band I, 2. Buch, 4. Cap., §. 100., S. 320-321: Ziff. 14. (321)).

¹¹⁰³ Oben, S. 545-546 (546).

¹¹⁰⁴ Im Jahr 1726 ohne unmittelbare, allein der Reichsritterschaft zugehörenden Güter im Fränkischen Grafenkollegium aufgenommen (*Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 4. Cap., §. 60., S. 839-839 und *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band I, 2. Buch, 4. Cap., §. 100., S. 320-321: Ziff. 15. (321)). Auch wenn die Grafen von Giech bei ihrer 1726 erfolgten Aufnahme über die von ihnen im Fränkischen Kreis gehabte Herrschaft Thurnau die Landeshoheit ausgeübt hatten (bejaht von *Pernice*, Die staatsrechtlichen Verhältnisse des Gräflichen Hauses Giech, §. 3, S. 9-14, §. 24., erstens, S. 75), so war diese jedenfalls durch die von König Friedrich Wilhelm II. von Preußen im Zuge der an ihn am 5. Jan. 1792 abgetretenen und in Besitz genommenen beiden fränkischen Fürstentümer am 10.. Nov. 1796 in der von ihm erlassenen Assecurations Akte erfolgten Unterstellung des Hauses Giech unter seine Oberhoheit aufgehoben worden (§. 4.-§. 6., S. 14-19, §. 24., S. 76, zweitens und die als Beilage Nr. 17. S. 134-140 enthaltene Assecurations-Acte).

¹¹⁰⁵ Oben, S. 545-546 (546).

¹¹⁰⁶ Graf Wilhelm Friedrich von Grävenitz im Jahr 1727 mit der von seiner Schwester im Jahr 1718 vom Haus Wirtemberg erhaltenene Herrschaft Welzheim, diese im Jahr 1726 unter der Bedingung ihres gemeinschaftlichen Besitzes dem Haus Wirtemberg zu Lehn übertragen, im Fränkischen Grafenkollegium aufgenommen (*Zedler*, Universal Lexicon, XI. Band, Graevenitz ..., Sp. 511-512 (512); *Roeder*, Lexikon von Schwaben, II. Band, Welzheim, Herrschaft im Wirtembergische, ..., Sp. 997-999 (999) und *NDB*, VI. Band, Graevenitz, v., 2) Christiane ..., S. 720-722 (720-721), hatte der im Jahr 1733 zur Regierung gelangte Herzog Karl Alexander bis zum Jahr 1736 alle der Familie Grävenitz in Wirtemberg zugehörenden Besitzungen an sich gebracht, welches Welzheim den herzoglichen Kammerschreibereigüter einverleibt wurde (*NDB*, ebd., 2) Christiane ..., S. 721, 1. Friedrich ..., S. 719-720 (720) und *Roeder* ebd., Sp. 999), welcher Grafen von Grävenitz ohne weiteren Erwerb von reichsunmittelbaren Gütern im Grafenkollegium verblieben. Die erfolgte Suspendierung (Zitat) verhinderte nicht, dass die Reichsstandschaft weiterhin als bestehend angesehen wurde (*Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band I, 2. Buch, 4. Cap., §. 100., S. 320-321: Ziff. 16. (321)).

¹¹⁰⁷ Oben, S. 545-546 (546).

¹¹⁰⁸ Im Jahr 1740 im Fränkischen Grafenkollegium aufgenommen, waren die Güter der Reichsritterschaft inkorporiert (*Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 4. Cap., §. 131., S. 864 und *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band I, 2. Buch, 4. Cap., §. 100., S. 320-321: Ziff. 17. (321)).

¹¹⁰⁹ Die Grafen von Wolfstein wegen ihren beiden Herrschaften Sulzburg und Pyrbaum im Jahre 1669 im Fränkischen Grafenkollegium mit einer Stimme aufgenommen (*Recess des Fränkischen Grafentages am 18. April 1670*, in: *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 4. Cap., §. 242., S. 970-973 (971-972 (971)) und *Lünig*, Thesavris Jvris Derer Grafen und Herren Des Heil. Roem. Reichs, 3. Theil, XIX. Cap., XLVII. Specification derer Mit=Glieder des Fraenckischen Hoch=Graefl. und Hoch=Herrl. Collegii de An. 1724, 8., S. 893), waren im Jahr 1740 ausgestorben und gelangten an die Allodialerben Fürst von Hohenlohe=Kirchberg und Graf von Giech, welche beide Herrschaften im Jahr 1768 durch Vereinbarung zwischen den beiden Allodialerben und den die Reichslehen durch Urteil des Reichshofrates im Jahr 1764 zuerkannt erhaltenen Kurfürst von Baiern mit Landeshoheit gelangten, welche Kurfürsten von Pfalz-Baiern sich jedoch wegen den beiden Herrschaften sich nicht im Fränkischen Grafenkollegium aufhielten (*GRSH* 1792, I. Theil, S. 329-337 enthaltene: *Matricula statuum imperii usualis*, ..., II., Das Fraenkische Grafen=Collegium, Nr. 8., S. 334; *Fabri*, Geographie fuer alle Staende, I. Theil, 1. Band, Deutschland, §. 21., S. 521-522, 3) Fraenkisches Grafenkollegium (S. 522); *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der bayerische Kreis, Die Herrschaften

wurde nicht von den Grafen von Schönborn besessen.¹¹¹⁰ Damit waren, wie bei den 7 Personalisten, keine reichsunmittelbare Grafen-Herrschaftsbesitze vorhanden.

ddd) Das Westfälische Grafenkollegium

Von den 33 Stimmen im Westfälischen Grafenkollegium¹¹¹¹ lagen den 30 Stimmen:

Sulzbuerg und Pyrbaum, S. 827-833; *Melchinger*, Lexikon von Baiern, III. Band, Sulzbuerg und Pirbaum, ..., Sp. 445-449 und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 4. Cap., §. 132., S. 864-867).

¹¹¹⁰ Vom Hochstift Würzburg als seinem Oberamt Röttingen zugehörend angesehen und von den Grafen von Schönborn nicht besessen, diese jedoch vermöge einer erfolgten Belehnung durch den Bischof von Würzburg ihre Stimme auf den Reichs- und Kreistagen und den Titel davon führend (*Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der fraenkische Kreis, Die Herrschaft Reichelsberg, S. 1072-1073; *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 4. Cap., §. 140., S. 869-871 und *Bundschuh*, Lexikon von Franken, IV. Band, Reichelsberg, ..., ein Wuerzburgisches Amt und Schloß, ..., Sp. 457-458).

¹¹¹¹ Bei am Ende des 18. Jahrhunderts gehabten 17 katholischen und 16 evangelischen Stimmanteilen wurde das Westfälische Grafenkollegium in einem am 8. Mai 1784 zwischen seinem evangelischen Direktor und seinem katholischen Interimsdirektor abgeschlossenen Vergleich, welcher danach von den katholischen und evangelischen Reichsständen und dem Kaiser übernommen wurde, als ein gemischtes Kollegium angesehen. Seine Curiatstimme im Reichsfürstenrat wurde wechseln von einer Materie zur anderen von einem evangelischen und katholischen Gesandten geführt.

Stimmanteile an ihm besaßen:

Der König von Preußen als Markgraf zu Anspach mit dem ihm gehörenden Teil der Grafschaft Sayn (-Altenkirchen), evangelisch; die Gräfin von Kirchberg mit dem ihm gehörenden Teil der Grafschaft Sayn (-Hachenburg), evangelisch; der König von Preußen mit der Grafschaft Tecklenburg, reformiert; der Fürst zu Wied-Runkel mit der Oberrn Grafschaft Wied, evangelisch; der Fürst zu Wied-Neuwied mit der Niedern Grafschaft Wied, evangelisch; der Landgraf zu Hessen-Kassel und der Graf zu Lippe-Schauenburg wegen der Grafschaft Schauenburg, evangelisch; der Fürst von Lippe-Detmold mit der Grafschaft Lippe, evangelisch; die Grafen von Bentheim wegen den Grafschaften Bentheim und Steinfurt, evangelisch; der König von Großbritannien mit der Grafschaft Hoya, lutherisch; ders. mit der Grafschaft Diepholz, lutherisch; ders. mit der Grafschaft Spiegelberg, lutherisch; die Grafen von Löwenstein-Wertheim wegen der Grafschaft Virneburg, kleinerer Teil, evangelisch; der Fürst von Kaunitz mit der Grafschaft Rittberg, katholisch; der Fürst von Waldeck mit der Grafschaft Pyrmont, lutherisch; der Graf von Törring mit der Grafschaft Gronsfeld, katholisch; der Graf von Aspremont mit der Grafschaft Reckheim, katholisch; der Fürst von Salm-Salm mit der Grafschaft Anholt, katholisch; der Graf von Metternich mit den Reichsgraftchaften Winneburg und Beilstein, katholisch; der Fürst zu Anhalt-Bernburg-Schauenburg mit der Grafschaft Holzappel, evangelisch; die Grafen von Sternberg mit der Grafschaft Blankenheim und Gerolstein, katholisch; der Graf von Plettenburg mit der Herrschaft Wittem, katholisch; der Graf von Limburg-Stirum mit der Herrschaft Gehmen, katholisch; der Graf von Wallmoden mit der Herrschaft Gauborn und Neustadt, katholisch; der Graf von Quadt mit der Herrschaft Wickerad, reformiert; der Graf von Ostein mit der Herrschaft Mylendonk, katholisch; der Graf von Nesselrode mit der Herrschaft Reichenstein, katholisch; der Herzog von Arenberg mit der Grafschaft Schleiden, katholisch; der Graf von Schaesberg mit der Grafschaft Kerpen und Lommersum, katholisch; der Graf von Salm-Reifferscheid mit der Reichsgraftchaft Reifferstein, katholisch; der Graf von Platen mit der Grafschaft Hallermünde, evangelisch; der Herzog von Arenberg mit der Herrschaft Saffenburg, katholisch; der Graf von Sinzendorf mit der Burggraftchaft Rheineck, katholisch; der Graf von Bessenheim mit der Reichsherrschaft Pirmont, katholisch.

GRSH 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Anhalt, S. 101, 2), B), S. 105-107 (105), Kaunitz, S. 167-169 (167), Lippe, S. 178-179, Lippe-Detmold, S. 179-180 (179), Salm, S. 224-225, 1), S. 225, a), S. 225-227 (225), Waldeck, S. 247-248, a), S. 248-249 (248), Wied, S. 250, 1), S. 250-251 (250), 2), S. 251-252 (251), 4. Abschnitt, 1. Abtheilung, Aspremont, S. 290-292 (290-291), Bentheim, S. 292-294, Kirchberg, S. 319-320 (320), Lippe, S. 334-335, Schaumburg-Lippe, S. 337-338 (337), Loewenstein-Wertheim, S. 338-340 (338), Salm=Reifferscheid, S. 372, Salm=Reifferscheid=Dyck, S. 374, Sinzendorf, S. 388-390 (388), Toerring ..., S. 410, B), 1), S. 412-413 (412), Waldbott=Bassenheim, S. 430-432 (431), II. Theil, 1. Abschnitt, Preußische

	Fläche	Volkszähl	Einkünfte Gulden
König von Preußen als Markgraf zu Ansbach mit dem ihm gehörenden Teil der Grafschaft Sayn-(Altenkirchen) ¹¹¹²	6, 24 ¹¹¹³	14 160 (1776)	50- 60 000 ¹¹¹⁴
Gräfin von Kirchberg mit dem ihr gehörenden Teil der Grafschaft Sayn-(Hachenburg) ¹¹¹⁵	8, 29 ¹¹¹⁶		

Monarchie, A), IV., 1) u. 9), S. 77; *Büsching*, Erdbeschreibung, VI. Theil, Der westphaelische Kreis, S. 336-348 (§. 5., S. 339-340), S. 348-355 (§. 2., S. 348, §. 5., S. 352), S. 356-371 (§. 3., S. 357, §. 7., S. 361), S. 376-395 (§. 4., S. 378, §. 7., S. 382), S. 396-406 (§. 5., S. 397-398, §. 8., S. 402), S. 406-408 (§. 3. u. §. 4., S. 407-408), S. 409-418 (§. 5., S. 413, §. 7., S. 415), S. 431-449 (§. 4., S. 434-435, §. 7., S. 437), S. 450-451 (§. 2. u. §. 3.), S. 451-456 (§. 4., S. 453, §. 7., S. 454), S. 457-460 (§. 2. u. §. 3., S. 458-460), S. 461-464 (§. 4., S. 464), 465-469 (§. 4., S. 466, §. 6., S. 467-468), S. 476 (vielmehr S. 470) (§. 2.), S. 477 (vielmehr S. 471) (§. 3.), S. 472-473 (§. 2. u. §. 3.), S. 473 u. 480 (vielmehr S. 474) (§. 3., S. 480 (474)), S. 480 (vielmehr S. 474)-476 (§. 4., S. 481 (vielmehr S. 475)), S. 476-485 (vielmehr S. 479 (§. 3., S. 477), S. 485 (vielmehr S. 479)-481 (§. 1., S. 485 (479)-480), S. 481-484 (§. 2., S. 484), S. 484-488 (§. 2., S. 485-486), S. 489, S. 490-491, S. 491, S. 492-493 (492), S. 493-494 (494), S. 495-496 (496), Der chur=rheinische Kreis, S. 687-688, IX. Theil, Unterschiedene ... Reichslaender, ..., S. 616, 621; *Pütter*, Institvtiones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., §. 100., p. 100-104 (100- 101, 103-104), §. 101., p. 104-105 (III), p. 105), §. 102., p. 105- 107, Scamn. Secvl., 100. Westphaelische Grafen, p. 107; *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band I, 2. Buch, 4. Cap., §. 100., S. 316-323 (316-318, 321-323), §. 101., S. 323-330 (326-330), §. 102., S. 330-332, Weltliche Bank: 100. (332); *Kesting*, Geschichte und Verfassung des Niedersächsisch-Westfälischen Reichsgrafen-Kollegium, in: WZ, CVI. Band, 1. Abteilung, S. 222-226 (VI.), S. 207-214 (IV.); *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, V., b), 2), S. 497-498 (498), 6), S. 500, e), S. 505-508 (505) und *Regensburger Protokoll*, Beilagen, I. Band, 46. Beylage, VII., zwischen S. 228-229, X., S. 233-235 (233-234), 47. Beylage, S. 235-237 (235-236). Der bei *Pütter* ebd., §. 100., p. 103, Westphaelische ..., Ziff. 7. und *Häberlin* ebd., §. 100. S. 322 Westphaelische ..., Ziff. 7 mitangeführte Herzog zu Holstein=Gottorp=Oldenburg ist nicht mitzuberücksichtigen. Sein Herzogtum war im Jahre 1774 aus den je eine Stimme im Westfälischen Grafenkollegium innegehabten beiden Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst (*Büsching* ebd., Der westphaelische Kreis, Das Herzogthum Oldenburg, S. 315-336 (§. 8., S. 322-323) und *Kesting*, Geschichte und Verfassung des Niedersächsisch-..., in: *ebd.*, S. 207: Aufzählung des Mitgliederbestandes im Jahre 1740, A. Potentiores, Nr. 7. 8.) gebildet worden und erhielt am 15. Mai/10. Juni 1778 die von dem in den Jahren 1767/1773 an die Krone Dänemarks gelangten Herzogtum Holstein-Gottorp im Reichsfürstenrat besessene Virilstimme (oben, S. 46-47). Die stattgehabte Erhebung in ein Reichsfürstentum mit der Verleihung von einer fürstlichen Virilstimme bewirkte seine nicht weitere Zugehörigkeit zum Westfälischen Grafenkollegium, da insbesondere auch der mit dem neuen Herzogtum Holstein-Oldenburg belehnte Bischof Friedrich August von Lübeck die Mitgliedschaft im Westfälischen Grafenkollegium nicht länger hatte beibehalten wollen (*Kesting*, Geschichte und Verfassung des Niedersächsisch-..., in: *ebd.*, S. 206 und das in Neuwied am 6. Okt. 1778 angefertigte Unterthänigstes Gutachtliches Referat, Oldenburgische Beybehaltung (Stimme im Westfälischen Grafenkollegium) betref, (S. 1) und ein am 18. Juni 1778 in Neuwied vom selbigen Verfasser an den Herrn von Emminghaus gerichtetes Schreiben: Oldenburgische Beybehaltung zu dem Collegio betref, (S. 1), beide in: *Staatsarchiv Detmold*, L 41 a Nr. 532.

¹¹¹² Oben, S. 551-552 (551).

¹¹¹³ *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, IV., 12 a., S. 363-369: 34 345 ha = 6, 24 QM.

¹¹¹⁴ *Spittler*, Statistische Beschreibung der Gr. Sayn=Altenkirchen, XIII., in: *Goettingisches Historisches Magazin*, II. Band, 4. Stueck, XIII., S. 724, 738-741 (740).

¹¹¹⁵ Oben, S. 551-552 (551).

¹¹¹⁶ *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, IV., 12 b., S. 369-374: 45 622 ha = 8, 29 QM.

König von Preußen mit der Grafschaft Tecklenburg ¹¹¹⁷	6	17 233 ¹¹¹⁸	
Fürst von Wied-Runkel mit der Oberen Grafschaft Wied ¹¹¹⁹	2, 37 ¹¹²⁰	12 000 ¹¹²¹	36 000 ¹¹²²
Fürst zu Wied-Neuwied mit der Niedern Grafschaft Wied ¹¹²³	3, 36 ¹¹²⁴	18 000 ¹¹²⁵	
Landgraf zu Hessen-Kassel und Graf zu Lippe-Schaumburg mit der Grafschaft Schaumburg ¹¹²⁶	16	33 604 ¹¹²⁷	
Fürst von Lippe-Deimold mit der Grafschaft Lippe ¹¹²⁸	24	71 000 ¹¹²⁹	
Grafen von Bentheim mit den Grafschaften Bentheim und Steinfurt ¹¹³⁰	24 verpfändet an Kurbraun- schweig 3	24 000 ¹¹³¹ 5 000	20 000 ¹¹³²

¹¹¹⁷ Oben, S. 551-552 (551).

¹¹¹⁸ Höck, Statistische Darstellung der europaischen Staaten, Statistische Darstellung der Koeniglich=Preussischen Staaten, VII., Grafschaft Teklenburg.

GRSH 1801, II. Theil, 1. Abschnitt, Preußische Monarchie, A., IV., 9), S. 77: gleichfalls 6 QM mit 19 000 Einw.

¹¹¹⁹ Oben, S. 551-552 (551).

¹¹²⁰ *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, Fabricius, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, IV., S. 379-381, Grafschaft Wied (Runkel), 1.-21., 23.-33., S. 384-386: 13 031 ha = 2, 37 QM.

¹¹²¹ Höck, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, V. Die neuern Fürstenthümer und Reichsgraftchaften, XI., b).

¹¹²² Höck, Materialien der Reichsgraftchaften, I. Band, 4. Heft, II., S. 392: 24 000 Reichstaler.

¹¹²³ Oben, S. 551-552 (551).

¹¹²⁴ *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, Fabricius, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, IV., 14., S. 379-381, Grafschaft Wied (Neuwied), S. 381-384: 18 485 ha = 3, 36 QM.

¹¹²⁵ Höck, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, V. Die neuern Fürstenthümer und Reichsgraftchaften, XI., a).

¹¹²⁶ Oben, S. 551-552 (551).

¹¹²⁷ Höck, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Fürstlich-Hessischen Länder, I., 8.

¹¹²⁸ Oben, S. 551-552 (551).

¹¹²⁹ Wallner, Die kreissässigen Reichsterritorien am Vorabend des Luneviller Friedens, Westfälischer Kreis, 11), S. 21, Anhang, II., D.

¹¹³⁰ Oben, S. 551-552 (551).

¹¹³¹ GRSH 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Bentheim, a), 1), S. 126; Höck, Materialien der Reichsgraftchaften, I. Band, 3. Heft, IV., S. 301-304 und Büsching, Erdbeschreibung, VI. Theil, Der westphaelische Kreis, Die Grafschaft Bentheim, S. 396-406 (§. 6., S. 401).

König von Großbritannien mit der Grafschaft Hoya ¹¹³³	49	40 000 ¹¹³⁴	
König von Großbritannien mit der Grafschaft Diepholz ¹¹³⁵	12	12 000 ¹¹³⁶	
König von Großbritannien mit der Grafschaft Spiegelberg ¹¹³⁷	1, 3 ¹¹³⁸		
Grafen von Löwenstein-Wertheim mit der Grafschaft Virneburg kleinerer Teil ¹¹³⁹	1, 49	3 000	36 000 ¹¹⁴⁰
Fürst von Kaunitz mit der Grafschaft Rittberg ¹¹⁴¹	5 ½ ¹¹⁴²		
Fürst von Waldeck mit der Grafschaft Prymont ¹¹⁴³	1 ½	4 500 ¹¹⁴⁴	
Graf von Törring mit der Grafschaft Gronsfeld ¹¹⁴⁵	1	1 500	10 000 ¹¹⁴⁶
Graf von Aspremont mit der Grafschaft Reckheim ¹¹⁴⁷	1 ½	2 800	13 000 ¹¹⁴⁸
Fürst von Salm-Salm mit der Grafschaft Anholt ¹¹⁴⁹	1 ¹¹⁵⁰		

¹¹³² *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Bentheim, c), 1), S. 126.

¹¹³³ Oben, S. 551-552 (551).

¹¹³⁴ *Höck*, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Kur-Braunschweig-Lüneburgischen und Herzoglich-Braunschweigschen Laender, 1799. I., 8.

¹¹³⁵ Oben, S. 551-552 (551).

¹¹³⁶ *Höck*, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Kur-Braunschweig-Lüneburgischen und Herzoglich-Braunschweigschen Laender, 1799. I., 9.

¹¹³⁷ Oben, S. 551-552 (551).

¹¹³⁸ *Wallner*, Die kreissässigen Reichsterritorien am Vorabend des Luneviller Friedens, Westfälischer Kreis, 49), S. 23, Anhang, II., D., f), 12), S. 39.

¹¹³⁹ Oben, S. 551-552 (551).

¹¹⁴⁰ Annex, S. 23.

¹¹⁴¹ Oben, S. 551-552 (551).

¹¹⁴² *Wallner*, Die kreissässigen Reichsterritorien am Vorabend des Luneviller Friedens, Westfälischer Kreis, 26), S. 22, Anhang, II., D., f), 14), S. 39.

¹¹⁴³ Oben, S. 551-552 (551).

¹¹⁴⁴ *Wallner*, Die kreissässigen Reichsterritorien am Vorabend des Luneviller Friedens, Westfälischer Kreis, 42), S. 23, Anhang, II., D., f), 15), S. 39.

¹¹⁴⁵ Oben, S. 551-552 (551).

¹¹⁴⁶ Annex, S. 21.

¹¹⁴⁷ Oben, S. 551-552 (551).

¹¹⁴⁸ Annex, S. 21-22.

¹¹⁴⁹ Oben, S. 551-552 (551).

Graf von Metternich mit den Reichsgrafschaften Winneburg und Beilstein ¹¹⁵¹	2 ½	6 500	46 100 ¹¹⁵²
Fürst zu Anhalt=Bernburg=Schaumburg mit der Grafschaft Holzapfel ¹¹⁵³	0, 73 ¹¹⁵⁴	3 000 ¹¹⁵⁵	
Grafen von Sternberg mit der Grafschaften Blankenheim und Gerolstein ¹¹⁵⁶	6, 44	15 000	100 000 ¹¹⁵⁷
Graf von Plettenburg mit der Herrschaft Wittem ¹¹⁵⁸	1 ½	2 655	18 000 ¹¹⁵⁹
Graf von Limburg-Stirum mit der Grafschaft Gehmen ¹¹⁶⁰	1	2 000 ¹¹⁶¹	

¹¹⁵⁰ Wallner, Die kreissässigen Reichsterritorien am Vorabend des Luneviller Friedens, Westfälischer Kreis, 51), S. 23, Anhang, II., D., f), 18), S. 39.

¹¹⁵¹ Oben, S. 551-552 (551).

¹¹⁵² Annex, S. 22.

¹¹⁵³ Oben, S. 551-552 (551).

Die Grafschaft Holzapfel ist von der dem Fürsten zu Anhalt=Bernburg=Schaumburg gehörenden und benachbarten Herrschaft Schaumburg zu unterscheiden, bei welcher keine Stimme im Grafenkollegium mitgegeben war (*Moser*, Die heutige besondere Staats=Verfassung der Staende, I. Band, Staats=Recht Des Hoch=Fürstlichen Hauses Anhalt, Wie auch der Abtey Genrode, Grafschaft Holzapfel und der Herrschaft Jever, Staats=Recht der Grafschaft Holzapfel und Herrschaft Schaumburg, Von der Grafschaft Holzapfel, S. 262-265 (§. 12., S. 263), Von der Herrschaft Schaumburg, S. 265-266 (§. 23., S. 265).

¹¹⁵⁴ *Geschichtlichen Atlas von Hessen*, Kartenblatt 15 a: Entwicklung der Grafschaft Nassau vor 1800, Holzapfel enthaltene kartographische Eintragungen, in Verbindung mit der bei *Moser*, Die heutige besondere Staats=Verfassung der Staende, I. Band, Staats=Recht Des Hoch=Fürstlichen Hauses Anhalt, Wie auch der Abtey Genrode, Grafschaft Holzapfel und der Herrschaft Jever, Staats=Recht der Grafschaft Holzapfel und Herrschaft Schaumburg, Von der Grafschaft Holzapfel, §. 15. u. §. 16. S. 265 angegebenen Beschreibung der Grafschaft Holzapfel: ca. 40 km² = 0, 73 QM. Das *Hessische Hauptstaatsarchiv Wiesbaden* gab mit *Schreiben vom 29. Juni 1984* bei Trennung der Grafschaft Holzapfel von der benachbarten Herrschaft Schaumburg für das Gebiet der nur 13 Orte umfassenden Grafschaft Holzapfel kaum mehr als 50 km² an, welche Angabe von 13 Orten mit den bei *Moser* ebd., §. 16., S. 265 angegebenen Stadt Holzapfel und 12 Dörfern übereinstimmt.

¹¹⁵⁵ *Schrifliche Mitteilung des Hessischen Hauptstaatsarchivs Wiesbaden vom 29. Juni 1984*: am Ende des 18. Jahrhunderts höchstens 3 000 Einw.

¹¹⁵⁶ Oben, S. 551-552 (551).

¹¹⁵⁷ Annex, S. 25.

¹¹⁵⁸ Oben, S. 551-552 (551).

¹¹⁵⁹ Annex, S. 20.

¹¹⁶⁰ Oben, S. 551-552 (551).

Zur gehabten Reichsunmittelbarkeit *Büsching*, Erdbeschreibung, VI. Theil, Der westphaelische Kreis, Die Herrschaft Gehmen, §. 1., S. 483-484 „Das Bisthum Muenster hat im 17ten Jahrhundert die Landeshoheit ueber diese Herrschaft zu haben gesucht: sie ist aber demselben 1682 von dem Kaiser aberkannt, und die Herrschaft bey ihrer Unmittelbarkeit geschuetzet worden.“.

¹¹⁶¹ Rheinbundzeit (*Vollgraf*, Die teutschen Standesherrn, Beilage Nr. IV. Statistische Uebersicht der durch die Rheinbundes=Acte ..., Fürstenth. Salm=Kyrburg, S. XX-XXI).

Graf von Wallmoden mit der Herrschaft Gauborn und Neustadt ¹¹⁶²	3, 58 ¹¹⁶³	6 500 ¹¹⁶⁴	
Graf von Quadt mit der Herrschaft Wickerad ¹¹⁶⁵	0, 45	1 403 (1785) ¹¹⁶⁶	20 000 ¹¹⁶⁷
Graf von Ostein mit der Herrschaft Mylendonk ¹¹⁶⁸	0, 31	2 220	9 000 ¹¹⁶⁹
Graf von Schaesberg mit der Grafschaft Kerpen und Lommersum ¹¹⁷⁰	0, 85	3 166	25 000 ¹¹⁷¹
Graf von Salm-Reifferscheid mit der Reichsgrafschaft Reifferscheid ¹¹⁷²	1, 54 ¹¹⁷³		

¹¹⁶² Oben, S. 551-552 (551).

¹¹⁶³ *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, III., 11., S. 353-354: 19 731 ha = 3, 58 QM, Erläuterungen, S. 354-356, Anhang. Tabellen über die Standschaftsverhältnisse und die Statistik der rheinischen Territorien, E., 50., S. 645.

¹¹⁶⁴ Rheinbundzeit (*Vollgraf*, Die teutschen Standesherrn, Beilage Nro. IV. Statistische Uebersicht der durch die Rheinbundes=Acte ..., Großh. Berg, Nr. 11, S. XVIII-XIX).

¹¹⁶⁵ Oben, S. 551-552 (551).

¹¹⁶⁶ *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, III., 19., S. 393-394 (S. 393: 2 450 ha = 0, 45 QM, S. 394: 1 403 Einw., Erläuterungen, S. 394, Anhang. Tabellen über die Standschaftsverhältnisse und die Statistik der rheinischen Territorien, E., 39., S. 644 und *Büsching*, Erdbeschreibung, VI. Theil, Der westphaelische Kreis, Die Herrschaft Wickerad, S. 489.

¹¹⁶⁷ *Hoff*, Das Teutsche Reich, I. Theil, 2. Abtheilung, 4., a, 28., S. 185.

¹¹⁶⁸ Oben, S. 551-552 (551).

¹¹⁶⁹ Annex, S. 19-20: 2 220 Einw. im Jahre 1790.

¹¹⁷⁰ Oben, S. 551-552 (551).

¹¹⁷¹ Annex, S. 24.

¹¹⁷² Oben, S. 551-552 (551).

Reichsgrafschaft Reifferscheid mit dem zugehörigen Land Hochkirchen (*Weitere Vorstellung der katholisch=Westphaelischen Herrn Reichsgrafen*: auf der Regenburger Reichsdeputation von 1802/03 vorgebracht, VII. Summarische Uebersicht des Ertrags und Werthder dem graeflichen Hause Salm=Reifferscheid durch die Abtretung des linken Rheinufer an Frankreich entzogenen Reichsgrafschaften Reifferscheid nebst Hochkirchen und Bedburg, auch des waehrend dem Kriege seit 1794 bis 1802 erlittenen Schadens, Ziffer 1), in: *Protokoll Regensburg*, I. Band, 46. Beylage, IV., zwischen S. 228-229 und *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1700 bis 1794, V., e), S. 506-508 (505)).

¹¹⁷³ *Weitere Vorstellung der katholisch=Westphaelischen Herrn Reichsgrafen* (auf der Regenburger Reichsdeputation von 1802/03 vorgebracht), VII. Summarische Uebersicht des Ertrags und Werth der dem graeflichen Hause Salm=Reifferscheid durch die Abtretung des linken Rheinufer an Frankreich entzogenen Reichsgrafschaften Reifferscheid nebst Hochkirchen und Bedburg, auch des waehrend dem Kriege seit 1794 bis 1802 erlittenen Schadens, Ziffer 1)-3) in: *Protokoll Regensburg*, I. Band, 46. Beylage, IV., zwischen S. 228-229, welche für die unmittelbare Reichsgrafschaft Reifferscheid mit dem zugehörigen Land Hochkirchen und der die Reichsstandschaft nicht mitbegründenden im Erzstift Köln gelegenen landständischen Herrschaft Bedburg 2 ½ QM angibt. Die Herrschaft Bedburg nach *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, II., 1., Kurfürstenthum Erzstift Köln, Niederes Erzstift, 15., g), Ziff. 332-342., S. 76-77: 5 260 ha = 0, 96 QM.

Herzog von Arenberg mit der Herrschaft Saffenburg ¹¹⁷⁴	0, 29	1 500	10 500 ¹¹⁷⁵
Graf von Sinzendorf mit der Burggrafschaft Rheineck ¹¹⁷⁶	0, 5	1 600	11 500
Burgfriede reichsunmittelbar landsässige Besitzungen ¹¹⁷⁷	0, 03	94 ¹¹⁷⁸	
Graf von Bessenheim mit der Reichsherrschaft Pirmont ¹¹⁷⁹	0, 06 ¹¹⁸⁰		

reichsunmittelbare Grafen-Herrschaftbesitze zugrunde.

Bei den weiteren 3 Stimmen:

	Fläche QM	Volkszähl	Einkünfte Gulden
Graf von Nesselrode mit der Herrschaft Reichenstein ¹¹⁸¹	0, 03 ¹¹⁸²		
Herzog von Arenberg mit der Grafschaft Schleiden ¹¹⁸³	2, 21	3 600	25 500 ¹¹⁸⁴
Graf von Platen mit der Grafschaft Hallermünde ¹¹⁸⁵	1 ¹¹⁸⁶		

standen die Herrschaft Reichenstein unter der Landeshoheit der Grafschaft Wied-Runkel,¹¹⁸⁷ die Grafschaft Schleiden unter luxemburgisch-österreichischer Landeshoheit¹¹⁸⁸ und war die

¹¹⁷⁴ Oben, S. 551-552 (551).

¹¹⁷⁵ Annex, S. 9-10.

¹¹⁷⁶ Oben, S. 551-552 (551).

¹¹⁷⁷ Annex, S. 26-27.

¹¹⁷⁸ Annex, S. 26.

¹¹⁷⁹ Oben, S. 551-552 (551).

¹¹⁸⁰ *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, V., b), 6), S. 496 mit Erläuterungen, 6), S. 500: 324 ha = 0, 06 QM.

¹¹⁸¹ Oben, S. 551-552 (551).

¹¹⁸² *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, III., 14., Grafschaft Wied, Wied Runkel, e), 22. Reichenstein, S. 385, Erläuterungen, Wied-Runkel, S. 385-386 (zu Reichenstein) 165 ha = 0, 03 QM.

¹¹⁸³ Oben, S. 551-552 (551).

¹¹⁸⁴ Annex, S. 9-11.

¹¹⁸⁵ Oben, S. 551-552 (551).

¹¹⁸⁶ *Wallner*, Die kreissässigen Reichsterritorien am Vorabend des Luneviller Friedens, Westfälischer Kreis, 52), S. 23, Anhang, II., D., f), 32), S. 40.

Herrschaft Hallermünde dem Fürstentum Calenberg¹¹⁸⁹ einverleibt¹¹⁹⁰ und waren damit keine reichsunmittelbaren Grafen-Herrschaftsbesitze vorhanden.

bb) Der abteiliche Besitz der geistlichen Prälatenstimmen

aaa) Das Schwäbische Prälatenkollegium

Von den 23 Stimmen im Schwäbischen Prälatenkollegium¹¹⁹¹ lag den 22 Stimmen:

	Fläche QM	Volkszähl	Einkünfte Gulden
Stift Salmannsweiler ¹¹⁹²	4 ½	8 500	100 000
reichsunmittelbares Territorium, ¹¹⁹³ Gebiete mit beschränkter, zu eigenem Schwerpunkt habender Landeshoheit ¹¹⁹⁴	2 ¾	6 100	81 700 ¹¹⁹⁵

¹¹⁸⁷ W. Wagner, Das Rhein=Main=Gebiet vor 150 Jahren (1787), Beschreibung der Stände und Glieder des Heiligen Römischen Reichs nach dem Stand von 1787, Erstens., B., II., 59. Herrschaft Reichenstein (Graf von Nesselrode), in: *Archiv für hessische Geschichte und Alterthumskunde*, XX. Band, S. 113 und *Büsching*, Erdbeschreibung, VI. Theil, Der westphaelische Kreis, Die Herrschaft Reichenstein, S. 491, Die Grafschaft Wied, §. 6., I., 2., S. 341-343.

¹¹⁸⁸ Annex, S. 9-11.

¹¹⁸⁹ Gehörte dem Haus Braunschweig zu.

¹¹⁹⁰ Mit der bestandenen Verpflichtung des Grafen von Platen „... die Vota auf Reichs= und Crays= Versammlungen des jedesmalig = regierenden Landes = Herrns Intention und Gutbefinden gemaeß fuehren wolle.“ (*Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 4. Cap., §. 66., S. 845 (Zitat); *Büsching*, Erdbeschreibung, VI. Theil, Der westphaelische Kreis, Die Grafschaft Hallermund, S. 495-496 und *Norrmann*, Geographisches und Historisches Handbuch der Laender= Voelker= und Staatenkunde, I. Band, 4. Abtheilung, VIII., II., S. 1611-1643 (1642-1643: Die Grafschaft Hallermund ...).

¹¹⁹¹ Bei seinen allen katholischen Stimmanteilen wurde es der katholischen Konfession zugerechnet.

Stimmanteile an ihm besaßen:

Die Äbte von Salmannsweiler, Weingarten, Ochsenhausen, Elchingen, Jrsee, Urspring, Kaisersheim, Roggenburg, Roth, Weißenau, Schussenried, Marchthal, Petershausen, der Propst von Wettenshausen, die Äbte von Zwiefalten, Gengenbach, Neresheim, die Äbtissinnen von Heggbach, Gutenzell, Rottenmünster, Baidt, Söflingen und der Abt von St. Georg zu Isny.

GRSH 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Hauptabtheilung, Anhang, S. 86-91; *Pütter*, Institvtiones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., §. 95., p. 96, §. 102., p. 105-107 (107), *Scamm. Eccl.*, 95. Schwäbische Praelaten und *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band I, 2. Buch, 4. Cap., §. 95., S. 308-310 (309-310), §. 102., S. 330-332, Geistliche Bank: 95. (332).

¹¹⁹² Oben, S. 558.

¹¹⁹³ In den 3 Oberämter Salmannsweiler, Ostrach und Schemmerberg besaß der Abt nahezu alle landeshoheitlichen Rechte (*H. Schmid*, Die Säkularisation des Reichsstifts Salem, Der Reichs- und Kreisstand Salem im Jahr 1802, Das Oberamt Salmannsweiler, S. 10-11, Das Oberamt Ostrach, S. 14, Das Oberamt Schemmerberg, S. 14-15; *Roeder*, Lexikon von Schwaben, II. Band, Salmansweil, Reichsstift und erste Reichsabtei in Schwaben, ..., Sp. 558-561 (561 hinsichtlich Salmannsweiler), Ostrach, Pfarrdorf von 1050 Einwohner, ..., Sp. 392 (hinsichtlich Ostrach) und *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 26., S. 99 (hinsichtlich Ostrach).

Stift Weingarten ¹¹⁹⁶ reichsunmittelbares Territorium, Gebiete mit beschränkter Landeshoheit ¹¹⁹⁷	6 4 ½ ¹¹⁹⁸	11 000	120 000
Stift Ochsenhausen ¹¹⁹⁹ reichsunmittelbares Territorium ¹²⁰⁰	4	8 000	95 000 ¹²⁰¹

¹¹⁹⁴ In den 2 Pflegeämtern Unterelchingen und Ehingen war die Landeshoheit beschränkt. In Unterelchingen durch die bei der Reichsstadt Ulm gelegene Kriminal- und Forsthoheit und andere kleinere Hoheitsrechte (*H. Schmid*, Die Säkularisation des Reichsstifts Salem, Der Reichs- und Kreisstand Salem im Jahr 1802, Das Pflegamt Unterelchingen, S. 15 und *Schröder*, Die staatsrechtlichen Verhältnisse im bayerischen Schwaben um 1801, III., Klöster und Stifte, (Salmanweiler), in: *JHVD*, 19. Jahrg., I., S. 191) und in Ehingen durch den dort dem Haus Wirtemberg und der Reichsstadt Ehingen zugehöriger Blutbann (*Schmid* ebd., Das Pflegamt Ehingen, S. 15-16).

¹¹⁹⁵ Annex, S. 42-43.

¹¹⁹⁶ Oben, S. 558.

¹¹⁹⁷ Nach dem Abgang der Hohenstauffer (1254) war von König Rudolf von Habsburg (1273-1291) die Landvogtei Schwaben als Zuständigkeit für die Ausübung von Hoheitsrechten errichtet worden. Sie beinhaltete: Rückgewinnung des vor und während des Interregnums (1254-1273) entfremdeten und verlorenen Reichsbesitzes, Sicherung des Reichsfriedens, Ausübung der hohen Gerichtsbarkeit, soweit sie nicht durch Privilegien den Territorialherren zustand, Ausgabe der Reichslehen, Einsetzung der Schultheißen der Städte, Erhebung der Schirmgelder der Klöster, der Stadt- und Judensteuer, der Zölle, der Münzabgaben, des Umgeldes, Schlichtung der Streitigkeiten zwischen Reichsständen, Bestellung der kaiserlichen Landrichter in ihrem Bezirk, Erhebung von öffentlichen Anklagen und der Vollzug von Strafen. Sie befand sich seit der Mitte des 16. Jahrhundert wieder im Besitz des Hauses Habsburg. Sie bestand zu Ende dieses Jahrhunderts und seit dahin, in der Oberen Landvogtei Schwaben um Altdorf (Weingarten) als Hochgerichtsbezirk und teilweise auch als Niedergericht und das Steuerrecht erfassend, und in der Unteren Landvogtei Schwaben, nördlich hiervon, mit hochgerichtlichen und gehrtlichen, aber keinen niedergerichtlichen Befugnissen. Die Abtei Weingarten lag in der Oberen Landvogtei Schwaben (*E. Gönner und M. Miller*, Die Landvogtei Schwaben, 2, in: *Vorderösterreich*, 2. Teil, S. 686-688 und *Wegelin*, Kayserliche Reichs Landvogthey in Schwaben, II. Theil, Num. 118. Beschreibung Der Kayserl. ... Anno 1594, Graenz=Beschreibung der Oberrn=Landvogthey ..., I., S. 151-152, II., S. 152, III., S. 153, VI., S. 155, VIII., S. 155, IX., S. 156, X., S. 157, XII., S. 157-158, XIII., II., S. 159, Beschreibung der ... Undern Landvogthey, Von Staedten/Cloestern/..., Gottshauß Weingarten, S. 170-171).

¹¹⁹⁸ Annex, S. 44-45.

¹¹⁹⁹ Oben, S. 558.

¹²⁰⁰ Die Gebiete der Abtei lagen im Bereich der Unteren Landvogtei Schwaben, unter dem Erbschutz und Schirm sie stand (*Wegelin*, Kayserliche Reichs Landvogthey in Schwaben, II. Theil, Num. 118. Beschreibung Der Kayserl. ... Anno 1594, Beschreibung der ... Undern Landvogthey, Von Staedten/Cloestern/..., Gottshauß Ochsenhausen, S. 167 und *M. Miller*, Die Landvogtei Schwaben, 2, Abb. 268: Gebiet der Unteren Landvogtei Schwaben, in: *Vorderösterreich*, 2. Teil, S. 687). Die Äbte hatte eine teils allodiale, teils lehnsrechtliche Hoch- und Nieder Obrigkeit über ihre Güter und Grund und Boden, mit Ausnahme zweier Höfe zu Enlisweiler, welche österreichische Lehen waren, als deren Inhalt Österreich auch etwas Obrigkeit besaß (*Wegelin* ebd., S. 167). Die Abtei erwarb im Jahre 1449 die Vogteirechte (Kasten-Gerichts- und Gebietsvögte) über alle ihre Kloostergüter zurück, welche fortan von einem von ihr selbst gewählten Vogt verwaltet wurden (*Gruber*, Zur Besitzgeschichte des Klosters Ochsenhausen, in: *Zeit und Heimat*, Freitag, 12. April 1957: Nr. 9/1. Jahrg., S. (1)-(2); *Ils*, Reichsstift Ochsenhausen, IV., 1., S. 16 und *Maurer*, Die Ausbildung der Territorialgewalt oberschwäbischer Klöster vom 14. bis zum 17. Jahrhundert, III., in: *BdL*, 109. Jahrg., S. 158).

Im Jahr 1669 erlangte die Abtei die Forstherrlichkeit und Jagdbarkeit über ihre Gebiete, welche bis dahin eine Zugehörde der an der Iller gelegenen fuggerischen Herrschaft Kirchberg waren (*Ils* ebd., IV., 4., S. 30). Kaiser Joseph I. (1705-1711) erteilte dem Stift in seinem Gebiet den Blutsbann (*Roeder*, Lexikon von Schwaben, II. Band, Ochsenhausen, Reichskloster, ..., Sp. 340-341 (341)). Damit besaß im 18. Jahrhundert der Abtei in ihrem Gebiet nahezu alle landeshoheitlichen Befugnisse. *Ils* ebd., IV., 1., S. 16 „... Während der Zeit von 1392 bis 1803 ... das Kloster ... hatte den Rang einer unmittelbaren Reichsabtei und eines ... Reichsstandes, stand unter dem Schutz und Schirm von Kaiser und Reich, genoß die Freiheit, besondere Vögte selbst wählen zu dürfen und hatte die hohe und niedere Gerichtsbarkeit und den Blutbann. ...“.

Stift Elchingen ¹²⁰² reichsunmittelbares Territorium, Gebiete mit überwiegend eigener Landeshoheit ¹²⁰³	2 1 ½ 0, 5	5 300	69 000 ¹²⁰⁴
Stift Irsee ¹²⁰⁵ reichsunmittelbares Territorium ¹²⁰⁶	2 1 ¼	4 400 3 200	60 000 40 000 ¹²⁰⁷
Stift Kaisersheim ¹²⁰⁸ reichsunmittelbares Territorium, ¹²⁰⁹ Gebiet mit bei abgehender Kriminalhoheit eigener Landeshoheit, ¹²¹⁰ Gebiet mit überwiegend eigener Landeshoheit ¹²¹¹	6 0, 09 0, 35 0, 82 ¹²¹²	9 500	80 000

¹²⁰¹ Annex, S. 45.

¹²⁰² Oben, S. 558.

¹²⁰³ Das stiftische Gebiet bestand aus den 4 Ämtern Tomerdingen, Elchingen, Fahlheim und Stoffenried, die beiden ersten nördlich der Donau, die anderen südlich dieser und im Bereich der Markgrafschaft Burgau gelegen (*Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der schwabische Kreis, Die Abtey Elchingen, S. 467 (vielmehr S. 567)-568; *Schröder*, Die staatsrechtlichen Verhältnisse im bayerischen Schwaben um 1801, III., Regentenhäuser, (Markgrafschaft Burgau) und III., Klöster und Stifte, (Elchingen), in: *JHVD*, 19. Jahrg., I., S. 162-166 (164), 185-186; *Gentner*, Beschreibung der zu Lueneville abgetretenen und ertheilten Laender, II. Theil, Der Kurfuerst von Pfalzbaiern, Reichsabteien, ..., Elchingen, S. 57; *Schröder-Schröder*, Die Herrschaftsgebiete im heutigen Regierungsbezirk Schwaben und Neuburg Mitte 1801 (Karte): kartographische Eintragungen, III., D., 17 und *Historischer Atlas von Bayerisch-Schwaben*, Kartenblatt VI, 1 Die Territorien Schwabens 1802, II., C., a), 3 (Amt Tomerdingen ist das süd-östlich des Territoriums der Reichsstadt Ulm eingetragene „zu Elchingen“). In den beiden Ämtern nördlich der Donau Tomerdingen und Elchingen, welche ca. ⅔ des stiftischen Territoriums ausmachten, übte der Abt die landeshoheitlichen Rechte aus. In den beiden südlichen Ämtern Fahlheim und Stoffenried besaß er die durch die Markgrafschaft Burgau beschränkte, ihren inhaltlichen Schwerpunkt bei ihm habende Landeshoheit. In den diesen gelegenen ca. 2 km² großen Balmertshofen und in seinem dortigen Anteil an Ettlshofen besaß er die uneingeschränkte Landeshoheit und in den dortigen ca. 18 km² großen Leibi, Nersi, Strass die Regalien des Blutbannes, des Forstes und der Jagd (*Schröder*, Die staatsrechtlichen Verhältnisse ..., III., Klöster und Stifte, (Elchingen), in: *ebd.*, S. 185-186 (186) mit *Schröder-Schröder ebd.*). Damit übte der Abt in ¾ seines Gebietes die Landeshoheit aus.

¹²⁰⁴ Annex, S. 45.

¹²⁰⁵ Oben, S. 558.

¹²⁰⁶ Die Abtei Irsee stand seit dem Jahr 1551 unter der Kastenvogtei des Fürststiftes Kempten. Sie erwarb nach mit diesem gehabten beständigen Auseinandersetzungen im Jahre 1692 den Blutbann und erklärte sich das Fürststift bereit, bei einem zwar weiteren Fortbestehen der Kastenvogtei keinen Anspruch mehr aus ihr zu erheben. Damit besaß die Abtei in ihrem gebietlich zusammenhängenden Territorium einschließlich des durch die Reichsstadt Kaufbeuren hiervon getrennten Gebietes von Mauerstetten und Hausen die landeshoheitlichen Rechte (*W. Liebhart*, Die Reichsabtei Irsee im Kampf um die volle Landeshoheit 1551-1692, in: *Das Reichsstift Irsee*, S. 152-167 (154 u. 165) und *Schröder*, Die staatsrechtlichen Verhältnisse im bayerischen Schwaben um 1801, III., Klöster und Stifte, (Irsee), in: *JHVD*, 19. Jahrg., I., S. 185).

Dazu hatte sie einzelne und gebietlich kleine auswärtige unter fremder Hoheit gestandene Besitze (*Rottenkolber*, Die Säkularisation der Reichsabtei Irsee, in: *SMBO*, L. Band, S. 226 und *Schröder*, Die staatsrechtlichen Verhältnisse ..., III., Klöster und Stifte, (Irsee), in: *ebd.*, S. 185).

¹²⁰⁷ Annex, S. 45-46.

¹²⁰⁸ Oben, S. 558.

¹²⁰⁹ Den Fürsten von Pfalz-Neuburg war seit dem Jahre 1534, bei zwischen den Äbten um den Schutz, die Reichs-Immunität und die Landeshoheit gehabten Streitigkeiten, die Schutz- und Schirmherrschaft über die Abtei zuerkannt gewesen (*Huber*, Kaisheim im Kampfe um Immunität und Reichsunmittelbarkeit, C., III., S. 50-86 (67-68 (68)) und *Moser*, Churfuerstlich=Pfaelzische Staats=Recht, 7. Cap., §. 59., S. 333-338 (336)). In dem am 25. März 1656 zwischen Philipp Wilhelm Pfalzgraf bei Rhein als regierenden Herzog des Fürstentumes Neuburg mit Abt Georg, Prior und Konvent von Kaisersheim abgeschlossenen HauptRecess, mit seinen beiden

Stift Roggenburg ¹²¹³ reichsunmittelbares Territorium, Gebiet mit überwiegend eigener Landeshoheit ¹²¹⁴	2 0, 5 1 ½ ¹²¹⁵	4 200	68 000
---	----------------------------------	-------	--------

am 29. Juni 1656 vereinbarten Lit. A und Lit. B (*Bayerisches Hauptstaatsarchiv München*, I. Abteilung, KU Kaisheim 1980/II, Original) verzichtete der Fürst auf den Erb=Schutz, die Casten=Vogtey, die Advokatur und gestattete den Prälaten, Prior und Konvent, sich einen willkürlich aufkündbaren Schutz-Herren zu wählen (Nemblich und erstens). Der Fürst anerkannte den Prälaten, Prior und Konvent für einen unmittelbaren Stand des Reiches, dies nicht nur innerhalb der Ring=Mauern des Gotteshauses selber, sondern auch in der sub Lit. A beigefügten Markungsbeschreibung mit aller Immedietät, Malefiz, glaidtlichen auch anderen Ober= Gerichts= und Herrlichkeiten, niederen Jagdbarkeiten, Regalien, Privilegien und Rechten (Zum andern und Lit. A). Der Fürst übergab den Prälaten, Prior und Konvent in einem weiteren sub Lit. B beschriebenen Bezirk alle hohe und niedere Jagdbarkeit (Drittens und Lit. B) und verblieben bei ihm, außer in dem sub Lit. A signierten Bezirk alle Malefizobrigkeit (Zum Vierdten). In dem am selben Tag vereinbarten Neben-Receß erwählten der Prälat, Prior und das Konvent freiwillig Fürst Philipp Wilhelm samt seinen Nachfolgern im Fürstentum Neuburg zu ihren willkürlichen Schutzherrn (*Huber ebd.*, S. 88 Lit. B Copia des Nebenrecess de dato 25. Martii anno 1656). Damit erlangte die Abtei neben der persönlichen Reichsunmittelbarkeit ihrer Äbte, Prior und Konvent für die in ihren Ringmauern gelegenen Örtlichkeiten und den sub Lit. A beschriebenen Bezirk die gebietliche Reichsunmittelbarkeit, wogegen ihre anderen Gebiete weiterhin unter landeshoheitlichen Rechten des Fürstentums Pfalz-Neuburg verblieben (*Moser ebd.*, §. 59., S. 338 und *Huber ebd.*, S. 88-90).

¹²¹⁰ Im Bereich der Grafschaft Öttingen besaß die Abtei das Amt zu Nördlingen und im dortigen Amt Wörnitzstein gleichfalls ein Gebiet, in welchem der Abt die landeshoheitlichen Rechte mit Ausnahme der von der Grafschaft Öttingen gehaltenen Kriminalhoheit ausübte (*Schröder*, Die staatsrechtlichen Verhältnisse im bayerischen Schwaben um 1801, III. Klöster und Stifte, (Kaisheim), in: *JHVD*, 19. Jahrg., I., S. 187-189 (188-189); *Schaidler*, Chronik Kaisersheim, 1667. Benedictus Hein der 34. Abt, S. 195 (inhaltliche Wiedergabe des Receß zwischen Albrecht Ernst Graf von Öttingen und der Abtei, in welchem dieser der Abtei auf ihre spezifizierten Untertanen zu Rudelstetten, Fessenheim, Ostheim, Schrattenhofen, Kleinersheim, Heroldingen die Oberbotmäßigkeit, Gerichtsbarkeit und Vogteiherrlichkeit mit dessen Deüendentien zedierte, jedoch die Malefizfälle der Grafschaft Öttingen reservierte) und *Roeder*, Lexikon von Schwaben, II. Band, Wernizstein, Schloß und Dorf, an der Werniz, in der Grafschaft Öttingen, gehoert Oettingenwallerstein und Kaisersheim, Sp. 1114.

¹²¹¹ Im Bereich der Markgrafschaft Burgau besaß die Abtei die 2 Pflegeämter Genderkirchen, Thürheim und im dortigen Amt Ulm-Biberberg gebietlichen Besitz, für welche der Abt die durch die Berechtigungen der Markgrafschaft Burgau beschränkte, jedoch ihren inhaltlichen Schwerpunkt bei ihm habende Landeshoheit ausübte (*Schröder*, Die staatsrechtlichen Verhältnisse im bayerischen Schwaben um 1801, III., Klöster und Stifte, (Kaisheim), in: *JHVD*, 19. Jahrg., I., S. 187-189 (189); *Schröder-Schröder*, Die Herrschaftsgebiete im heutigen Regierungsbezirk Schwaben und Neuburg Mitte 1801 (Karte): kartographische Eintragungen, III., D., 24 und *G. Nebinger*, Entstehung und Entwicklung der Markgrafschaft Burggau, Abb. 296: Hochgerichtsbarkeit in der Markgrafschaft Burgau in der Mitte des 18. Jahrhunderts, in: *Vorderösterreich*, 2. Teil, S. 757).

¹²¹² Annex, S. 46-47.

¹²¹³ Oben, S. 558.

¹²¹⁴ Die Abtei lag im Bereich der Markgrafschaft Burgau mit der insassischen Landeshoheit (*Sartori*, Staats=Geschichte der Markgrafschaft Burgau, §. 8., S. 44-47 (44 u. 47) und *Schröder*, Die staatsrechtlichen Verhältnisse im bayerischen Schwaben um 1801, III., Regentenhäuser, (Markgrafschaft Burgau), in: *JHVD*, 19. Jahrg., I., S. 162-166 (164). Sein letzter Abt Georg Lienhardt erlangte am 3. Nov. 1775 von den Grafen Fugger von Weißenhorn, mit kaiserlichen Ratifikation am 11. Sept. 1778 über die ca. ¼ seines Gebiets ausmachenden Christertshofen, Flüssen, Nordholz, Ebersbach, Halbertshofen, Hochbuch, Hof zu Dietershofen, Meßhofen, Biberach, hälftiges Dorf Schießen die Hochgerichtsbarkeit und andere Gerechtsame (*Tuscher*, Das Reichsstift Roggenburg im 18. Jahrhundert, Die Reichsherrschaft, Umfang, S. 120-121, Rechtliche Stellung, S. 123-124, Seelsorge ... in der Klosterherrschaft, Die Pfarreien, S. 103-104 (103): Karte des Roggenburger Gebietes; *Schröder-Schröder*, Die Herrschaftsgebiete im heutigen Regierungsbezirk Schwaben und Neuburg Mitte 1801 (Karte): kartographische Eintragungen, III., D., 38; *Fabri*, Geographie fuer alle Staende, I. Theil, 2. Band, Unmittelbare Reichspraelaten, Die Abtei Roggenburg, S. 422: Erwerb der hohen Gerichte und einiger anderen Gerechtsame; *Schröder*, Die staatsrechtlichen Verhältnisse ..., III., Klöster und Stifte, (Roggenburg), in: *ebd.*, S. 186-187 (187): Erwerb von Kriminal- und Forsthoheit). Damit standen ihm in ¼ seines Territoriums nahezu alle

Stift Roth ¹²¹⁶ reichsunmittelbares Territorium ¹²¹⁷	1	2 300	34 000 ¹²¹⁸
Stift Weißenau ¹²¹⁹ reichsunmittelbares Territorium, Gebiet mit überwiegend eigener Landeshoheit ¹²²⁰	1 0, 33 0, 67 ¹²²¹	2 400	27 000
Stift Schussenried ¹²²² reichsunmittelbares Territorium ¹²²³	2	3 300	62 000 ¹²²⁴

landeshoheitlichen Rechte zu (*Tuscher* ebd., S. 123-124 und *Schröder*, Die staatsrechtlichen Verhältnisse ..., III., Klöster und Stifte, (Roggenburg), in: ebd., S. 187).

¹²¹⁵ Annex, S. 47-48.

¹²¹⁶ Oben, S. 558.

¹²¹⁷ Die Gebiete der Abtei lagen im Bereich der Unteren Landvogtei Schwaben mit Ausnahme des an der Iller gehabten Gerichtes und Dorfes Steinbach (*Wegelin*, Kayserliche Reichs Landvogthey in Schwaben, II. Theil, Num. 118. Beschreibung Der Kayserl. ... Anno 1594, Beschreibung der ... Undern Landvogthey, III., S. 160, Von Staedten/Cloestern/..., Gottshauß Muenchroth, S. 167). Die Landvogtei besaß damit die Schirmherrschaft, die Hochgerichtsbarkeit, das damit verbundene Geleitrecht und die Zollgerechtigkeit (*Nuber*, Besitz- und Rechtsgeschichte Kloster Rot, I. Band, II., 8., S. 30 u. 32 und *Wegelin* ebd., Gottshauß Muenchroth, S. 167) und die Abtei übte zumeist die niedere Gerichtsbarkeit über ihre Untertanen aus (*Wegelin* ebd., Gottshauß Muenchroth, S. 167). Im Jahre 1619 erwarb die Abtei von Erzherzog Leopold vorläufig zu Pfandschaft die hohe und malefizische Obrigkeit über ihr niedergerichtliches Herrschaftsgebiet (*E. Gönner und M. Miller*, Die Landvogtei Schwaben, 3, in: *Vorderösterreich*, 2. Teil, S. 694; *Willburger*, Die Säkularisation und die Aufhebung der Prämonstratenserklöster in Württemberg, II., 1. in: *FDA*, XXVIII. Band, S. 285; *Roeder*, Lexikon von Schwaben, II. Band, Roth, unrichtig Muenchsroth, ..., Sp. 529-531 (531) und *H. Tüchle*, Rot im Auf und Ab der Geschichte, Der Dreißigjährige Krieg, in: *Tüchle-Schahl*, 850 Jahre Rot, S. 22). Diese Verleihung war in den Jahren 1744, 1763, 1781, 1791 und 1793 als feudum francum et perpetuum erneuert worden (*Willburger*, Die Säkularisation ..., in: ebd., S. 285-286 und *H. Tüchle*, Rot im ..., in: ebd., S. 32). Allein das Geleitrecht und die Zollgerechtigkeit verblieben bei der Landvogtei (*Nuber* ebd., S. 32 und *E. Gönner und M. Miller*, Die Landvogtei ..., in: ebd., S. 694). Damit besaß die Abtei nahezu alle landeshoheitlichen Rechte über ihr Territorium und war der Landvogtei die rechtliche Grundlage für die Geltendmachung einer eigenen landesherrlichen Stellung genommen (*Nuber* ebd., S. 32 und *H. Tüchle*, Rot im ..., in: ebd., S. 22 u. 32).

¹²¹⁸ Annex, S. 48.

¹²¹⁹ Oben, S. 558.

¹²²⁰ Die Gebiete der Abtei lagen im Bereich der Oberen Landvogtei Schwaben (*Wegelin*, Kayserliche Reichs Landvogthey in Schwaben, II. Theil, Num. 118. Beschreibung Der Kayserl. ... Anno 1594, Graenz=Beschreibung der ... Obern=Landvogthey, ..., I., S. 151, II., S. 152, XII., S. 157, Beschreibung der ... Undern Landvogthey, Von Staedten/Cloestern/..., Gottshauß Aw vulgò Weissenau, S. 162). Die Landvogtei übte die hohe und niedere Gerichtsbarkeit, mit Ausnahme der abteilichen niederen über das Dorf Oberhofen und den Hof Ramoltzhofen aus (*Wegelin* ebd., Gottshauß Aw vulgò Weissenau, S. 162). Nach im 16. und 17. Jahrhundert mit der Landvogtei um die gegenseitigen Rechte gehabten ständigen Auseinandersetzungen war im Jahr 1700 durch ein Reichshofrats-Gutachten der Abtei die Steuerhoheit über ihre Eigenleute bestätigt und erhielt sie am 14. Nov. 1760 „... die hohe und niedere Gerichtsbarkeit innerhalb der Klostermauern als ewiges Lehen, während sie ihm für die Dörfer Oberhofen, Taldorf, Reute und Rammethshofen ... sowie für den Rahlenhof und Weingartshof auf 40 Jahre verpfändet wurde. Miteingeschlossen waren die Sölden (kleinbäuerliche Anwesen), Wiesen und Rebhalden, die zu den genannten Dörfern gehörten. ...“ (*P. Eitel*, Kloster Weißenau und die Landvogtei Schwaben, in: *Weissenau Festschrift*, S. 89-106 (100-103 (Zitat S. 102))). Diese Verleihung wurde in den Jahren 1761, 1781 und 1793 bestätigt und erneuert (*Willburger*, Die Säkularisation und die Aufhebung der Prämonstratenserklöster in Württemberg, II., 2., in: *FDA*, XXVIII. Band, S. 287). Das damit nahezu von den Berechtigungen der Landvogtei Schwaben ausgenommene Gebiet war ca. 1/3 ihres gesamten Besitzes (*G. Wieland*, Besitzgeschichte des Reichsstiftes Weißenau, 6., c., in: *Weissenau Festschrift*, S. 201: T (ext) A (bbildung) 5 Der Weißenauer Besitz in der Neuzeit (1600), S. 202: Besitz blieb nahezu unverändert bis zur Säkularisation).

¹²²¹ Annex, S. 48-49.

Stift Marchthal ¹²²⁵ reichsunmittelbares Territorium ¹²²⁶	2 ½ 2, 16 ¹²²⁷	6 000	50 000
Stift Petershausen ¹²²⁸ reichsunmittelbares Territorium, Gebiet mit überwiegend eigener Landeshoheit ¹²²⁹	1 ½ 0, 99 0, 51 ¹²³⁰	3 500 1 370	63 500

¹²²² Oben, S. 558.

¹²²³ Die Gebiete der Abtei lagen im Bereich der Unteren Landvogtei Schwaben (*Wegelin*, Kayserliche Reichs Landtvogthey in Schwaben, II. Theil, Num. 118. Beschreibung Der Kayserl. ... Anno 1594, Beschreibung der ... Undern Landtvogthey, I., S. 159-160 (160), Von Staedten/Cloestern/..., Gottshauß Schussenried, S. 169). Die Abtei hatte am Ende des 15. Jahrhunderts die Reichsunmittelbarkeit sicher erlangt (*O. Beck*, Die Schwäbische Zirkarie der Prämonstratenser, Reichsunmittelbarkeit und Prälatenkollegium, in: *Bad Schussenried Festschrift*, S. 21-22 (21)). Nachdem bis zu Beginn des 16. Jahrhunderts von der Landvogtei die hohe Gerichtsbarkeit im abteilichen Gebiet ausgeübt worden war, erwarb Abt Johannes Wittmayr im Jahre 1521 von Kaiser Maximilian den Blutbann in allen Orten, in denen er bis dahin die niedere Gerichtsbarkeit besaß (*S. Krezdorn*, Vom Klosterterritorium zum Stadtgebiet, 1. Schussenried, 620 Jahre lang regierten Pröpste und Äbte, Niedere und Hohe Gerichtsbarkeit, in: *Bad Schussenried Festschrift*, S. 76-77; *Wegelin* ebd., Gottshauß Schussenried, S. 169 und *E. Gönner und M. Miller*, Die Landvogtei Schwaben, 3, in: *Vorderösterreich*, 2. Teil, S. 692: nach ihm erwarb die Abtei auch für das von ihr im Jahre 1709 von der Stadt Waldsee gekaufte und unter der Hoheit der Landvogtei gestandene Winterstettendorf im Jahre 1746 die malefizische Gerichtsbarkeit zu Lehen).

¹²²⁴ Annex, S. 49.

¹²²⁵ Oben, S. 558.

¹²²⁶ Die Abtei hatte bei dem Abgehen einer die hohe Gerichtsbarkeit beanspruchenden oder hierfür Rechtstitel habenden fremden Gewalt bereits zu Beginn des 16. Jahrhunderts eine Art von Immunität für ihr gesamtes Territorium besessen und erwarb im Jahre 1518 die Hochgerichtsbarkeit und während des 16. Jahrhunderts auch die volle Vogtsfreiheit (*Maurer*, Die Ausbildung der Territorialgewalt oberschwäbischer Klöster vom 14. bis zum 17. Jahrhundert, IV., III., in: *BdL*, 109. Jahrg., S. 183-184, 173, 158, Fußn. 28, 174, 173, Fußn. 99; *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 26, S. 98 und *Roeder*, Lexikon von Schwaben, II. Band, Marchthal, ..., Reichsstift, ..., Sp. 135-141 (140)).

¹²²⁷ Annex, S. 49-50.

¹²²⁸ Oben, S. 558.

¹²²⁹ Die Abtei hatte ihren Sitz in der Konstanzer Vorstadt Petershausen und es gehörten ihr die Herrschaft Herdwangen, in der dem Haus Österreich zugehörenden Landgrafschaft Nellenburg gelegene Dörfer und Herrschaften Hilzingen, Rietheim, Staufen und die unter der Hoheit der Schweizerischen Eidgenossenschaft im Thurgau sich befindene Probstei Klingenzell zu (*Roeder*, Lexikon von Schwaben, II. Band, Petershausen, Reichsstift am Rhein, ..., Sp. 402-403, Sentenhard, Pfarrdorf ..., Sp. 686, I. Band, Herdwangen, Herrschaft ..., Sp. 859-860; *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der schwaebische Kreis, Die Abtey Petershausen, S. 579; *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 8., S. 62 und *Kolb*, Lexicon Baden, III. Band, Petershausen, ..., eine aufgehobene Reichsabtey ..., S. 51-55 (54-55)).

Gebietlich reichsunmittelbar waren die Abteigebäude mit den dazu gehörenden Häusern und die Herrschaft Herdwangen. Wegen der Abteigebäude konnte Abt Strobel (1761-1786) die Behauptung der Stadt Konstanz und ihrer österreichischen Regierung, die Abtei sei kein Reichsstift, sondern ein, da in der Konstanzer Vorstadt gelegenes österreichisches Stift und ihr stünden allein die niedere Gerichtsbarkeit zu, widerlegen. Sie verzichteten auch auf ihre Landesherrlichkeit über die Abteianlagen (*Staiger*, Die ehemalige Benedictiner- und Reichsabtei Petershausen bei Constanz, in: *FDA*, VII. Band, S. 268-269; *Baumann*, Die Territorien des Seekreises 1800, S. 29; *Fabri*, Geographie fuer alle Staende, I. Theil, 2. Band, Der Schwaebische Kreis, Unmittelbare Reichspraelaten, Die Abtei Petershausen, S. 425 und *H. Schmid*, Die Säkularisation der Klöster in Konstanz und Umgebung 1782-1832, Das Reichsstift Petershausen, in: *Schr VG Bodensee*, XLVI. Heft, S. 100).

Über die Herrschaft Herdwangen erlangte die Abtei durch den mit dem Haus Fürstenberg im Jahr 1776 abgeschlossenen Recess alle und jede reichslehnbaren Rechte und Regalien mit den hochgerichtlichen und forstlichen Obrigkeiten, worauf im Jahr 1779 die kaiserliche Beilehnung mit ihr erfolgte (*Staiger*, Die ehemalige Benedictiner ..., in: *ebd.*, S. 269).

Stift Wettenhausen ¹²³¹ Territorium mit eigener und überwiegend eigener Landeshoheit ¹²³²	2	5 400	50 000 ¹²³³
Stift Zwiefalten ¹²³⁴ reichsunmittelbares Territorium ¹²³⁵	3, 9	8 000 4 700 ¹²³⁶	100 000
Stift Gengenbach ¹²³⁷ reichsunmittelbares Territorium ¹²³⁸	0, 5 0, 49	380 ¹²³⁹	30 500
Stift Neresheim ¹²⁴⁰ reichsunmittelbares Territorium ¹²⁴¹	1 ½ 1, 37 ¹²⁴²	3 500	50 000

¹²³⁰ Annex, S. 50-51.

¹²³¹ Oben, S. 558.

¹²³² Die Besitzungen der Propstei lagen sämtlich in der Markgrafschaft Burgau, und übte der Propst eine durch deren Rechte beschränkte Landeshoheit aus. Im Dorf Wettenhausen und in Unternaichen standen ihm auch der Blutbann zu (*Sartori*, Staats-Geschichte der Markgrafschaft Burgau, §. 8., S. 44-47 (44, 45 u. 47); *Schröder*, Die staatsrechtlichen Verhältnisse im bayerischen Schwaben um 1801, III., Regentenhäuser, (Markgrafschaft Burgau), Klöster und Stifte, (Wettenhausen), in: *JHVD*, 19. Jahrg., I., S. 162-166 (164), 186 und *Tuscher*, Das Reichsstift Roggenburg im 18. Jahrhundert, Die Reichsherrschaft, Rechtliche Stellung, Fußn. 37, S. 124).

¹²³³ Annex, S. 51.

¹²³⁴ Oben, S. 558.

¹²³⁵ Die Abtei hatte zuerst unter österreichischer Schutzwehr mit durch Württemberg gehabter Ausübung gestanden. Sie befand sich seit dem Jahre 1491 unter württembergischer Schutzvogtei und war zeitweise auch dessen Landstand. 1570 und 1588 wurde ihr eine beschränkte vertraglich geregelte Autonomie durch das Haus Württemberg zugebilligt (*Setzler*, Kloster Zwiefalten, II., Die nachstaufische Zeit bis zum Vogteivertrag von 1303, S. 24-34 (2., S. 29-30), Der Kampf um die Schirmherrschaft zwischen Württemberg und Österreich (1303-1491), S. 35-67, Der Erwerb einer beschränkten und vertraglichen Autonomie (1491-1588), S. 68-86 (1., S. 68-71, 4., S. 84-86), III.-V., S. 87-178 (V., 1. u. 2., S. 174-176). Herzog Karl Eugen von Württemberg gab durch das Eliberationsinstrument vom 13./30. April 1750 (*Bernzen*, Zwiefalten um 1750, III., 4., S. 29-33) jedes über Zwiefalten gehabte oder zu haben geglaubte Recht auf und trat an dieses die Hochgerichtsbarkeit ab (*Bernzen* ebd., S. 30: Ziff. 1. und 6.). Die Abtei erwarb auch die restlichen landeshoheitlichen Rechte über sein Territorium und wurde im selbigen Jahr in das Schwäbische Reichsgrafenkollegium aufgenommen (*Bernzen* ebd., III., 6., S. 38-39). In der von dem zusammenhängenden Territorium getrennten unter seiner Jurisdiktion stehenden Frauenabtei Marienberg besaß der Abt auch die landeshoheitlichen Rechte (*Roeder* Lexikon von Schwaben, II. Band, Marienberg, Bendiktiner Nonnenkloster, ..., Sp. 142 und *Erzberger*, Säkularisation in Württemberg, 2. Buch, I., A., 3., S. 216, 8., S. 258).

¹²³⁶ Annex, S. 51-52.

¹²³⁷ Oben, S. 558.

¹²³⁸ In dem gebietlich geschlossenen Besitz der Abtei, bestehend insbesondere aus den beiden Gemeinden Schottenhöfe mit dem Mühlstein und der Fabrik und den Waldungen besaßen zu Ausgang des 18. Jahrhunderts fremde Herrschaften keine Hoheitsrechte mehr und übte der Abt die uneingeschränkte Gerichtsbarkeit aus (*Schell*, Zur Geschichte der Abtei Gengenbach, besonders in den Jahren 1802 bis 1807, I., in: *ZGO*, XLV. Band, S. 568-570; *Roeder*, Lexikon von Schwaben, I. Band, Gengenbach, Reichsstift. ..., Sp. 694-698 (694-695, 697-698) und *H. Schmid*, Die Säkularisation der Klöster in Baden 1802-1811, Hauptteil, VII., 13., S. 214).

¹²³⁹ Annex, S. 52.

¹²⁴⁰ Oben, S. 558.

¹²⁴¹ Die Abtei hatte unter dem Schutz der Grafen von Dillingen gestanden (*Nack*, Reichsstift Neresheim, 1. Theil, 1. Hauptstueck, §. I.-§. III., S. 9-15, 2. Hauptstueck, §. I. u. §. II., S. 18-19 und *Engelhardt*, Rechtsverhältnisse der Pfarreien des Kloster Neresheim, Kap. I, S. 10-11). Nach deren Ableben in den Jahren 1257/1258 war sie von Graf Ludwig von Öttingen in Besitz genommen worden (*Nack* ebd., 2. Hauptstueck, §. III., S. 20, §. IV., S. 20-21, 3. Hauptstueck, X., S. 36 und *Engelhardt* ebd., Kap. I, S. 11-12). Die Grafen von

Stift Heggbach ¹²⁴³ Territorium mit nahezu eigener Landeshoheit ¹²⁴⁴	0, 91	1 700 1 681 ¹²⁴⁵	53 000
Stift Gutenzell ¹²⁴⁶ reichsunmittelbares Territorium ¹²⁴⁷	0, 83	2 200	20 000 ¹²⁴⁸

Öttingen beanspruchten die Landeshoheit, Erbschutz und Kastenvogtei über sie, weshalb die Abtei sich in ständigem Streit mit den Haus Öttingen-Wallerstein befand (*Engelhardt* ebd., Kap. I, S. 12-14; *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der schwabische Kreis, Die Abtey Neresheim, S. 588-589 und *Nack* ebd., 2. Hauptstueck, §. V., S. 21-22, 3. Hauptstueck, XXXIII., S. 74-75, XLIII., S. 104, XLIV., S. 106). In dem am 1. Okt. 1764 zwischen dem Haus Öttingen-Wallerstein und der Abtei vereinbarten Vergleich (*Cramer*, Wetzlarische Nebenstunden, LVIII. Theil, III., §. 5., S. 79-119), mit nachheriger Bestätigung durch die anderen Grafen und Fürsten des Hauses Öttingen (*Engelhardt* ebd., Kap. IV, S. 56), wurde die Abtei von aller Advokatur und territorialer Obrigkeit entlassen und als ein dem Reich unmittelbar unterworfenen Gotteshaus anerkannt (§ 2: *Cramer* ebd., S. 82-84). Der Abtei wurden abgetreten und überlassen ein eigener geschlossener und immediater Landes-District mit der Abtei selber und dazugehörenden Gütern, die vier Dörfern Auernheim, Groß Kuchen, Ebnat, Elchingen und weiteren namentlich benannten Besitzungen mit der hohen landesherrlichen, hohen und niederen malefizischen, forsteilichen, hoch und niederen Jagden und andere Obrigkeiten, mit Grund- und Eigentumsherrschaft. Allein der Schutz, Zoll und Geleit verblieben bei dem gräflichen Haus (§ 3 u. § 4, § 6 u. § 12: *Cramer* ebd., S. 84-87, 88-90, 98-99). Zwei Jahre danach wurde der Abt von Neresheim in das Schwäbische Reichsgrafenkollegium aufgenommen (*GRSH* 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Hauptabtheilung, Anhang, Neresheim, S. 88 mit 86).

¹²⁴² Annex, S. 53.

¹²⁴³ Oben, S. 558.

¹²⁴⁴ Die Gebiete der Nonnen -Abtei lagen im Bereich der Unteren Landvogtei Schwaben (*Wegelin*, Kayserliche Reichs Landtvogthey in Schwaben, II. Theil, Num. 118. Beschreibung Der Kayserl. ... Anno 1594, Beschreibung der ... Undern Landtvogthey, II., S. 160, Von Staedten/Cloestern/..., Gottshauß Heppach, S. 164). Mit der Unteren Landvogtei war die hohe Gerichtsbarkeit, jedoch kein Schutz und Schirm mitgegeben, und besaß die Äbtissin eine eigene niedere Gerichtsbarkeit (*Wegelin* ebd., Gottshauß Heppach, S. 164). Die Abtei unterstand ohne Kastenvogtei allein dem Schutz und Schirm der beiden Reichsstädte Biberach und Ulm, welche die Besteuerung, die Fronansprüche, die legislative und exekutive Zivilgerichtsbarkeit und das niedere Polizeiwesen ausübten (*O. Beck*, Die Reichsabtei Heggbach, ..., Heggbach, Die Klosterherrschaft, Das Privileg der Reichsunmittelbarkeit, S. 274-276). Beim Ankauf des Marktes Mettingen im Jahr 1442 erlangte sie die dortigen hochgerichtlichen Befugnisse (*Beck* ebd., Die Übernahme von Patronatsrechten und Dorfgerichten, Dorfgerichte, S. 261-262). Sein Patronatskloster Salmannsweiler hatte die hohe malefizische Gerichtsbarkeit im Jahre 1606 pfandweise und im Jahre 1765 zu Lehen über sein gesamtes Territorium erworben (*Beck* ebd., Dorfgerichte, S. 269, 272, Heggbachs rechtliche Stellung, Zum Zisterzienserorden, S. 299-300). Nach ständigen Auseinandersetzungen wurde es der Äbtissin von diesem in den Jahren 1764 und 1786 zugebilligt (*Beck* ebd., Die Klosterherrschaft, Die Übernahme von Patronatsrechten und Dorfgerichten, Dorfgerichte, S. 270-273, Das Kloster, Die Entwicklung ..., Zukunftssorgen, ..., S. 88, Die Klosterherrschaft, S. 209). Obgleich das Jagdrecht in ihrem Gebiet von den benachbarten Herrschaften auf Hürbel und Stadion-Warthaußen ausgeübt wurde (*Beck* ebd., Die Klosterherrschaft, S. 209), hatte die Abtei Heggbach zu Ausgang des 18. Jahrhunderts über ihr zusammenhängend-arrondiertes Gebiet (*Beck* ebd., Das Kloster, Säkularisation ..., T(ext) A(bbildung) 23, S. 92, Die Klosterherrschaft, S. 209 mit T(ext) A(bbildung) 54), S. 208) die wichtigsten landeshoheitlichen Befugnisse.

¹²⁴⁵ Annex, S. 53-54.

¹²⁴⁶ Oben, S. 558.

¹²⁴⁷ Die Gebiete der Nonnen-Abtei lagen im Bereich der Unteren Landvogtei Schwaben (*Wegelin*, Kayserliche Reichs Landtvogthey in Schwaben, II. Theil, Num. 118. Beschreibung der ..., Anno 1594, Beschreibung der ... Undern Landtvogthey, III., S. 160, Von Staedten/Cloestern/..., Gottshauß Guetenzell, S. 164). Die Äbtissin übte die niedere Gerichtsbarkeit allod aus. Die hohe Gerichtsbarkeit lag bei der Unteren Landvogtei (*Wegelin* ebd., Gottshauß Guetenzell, S. 164). Ihr Patronatskloster Salmannsweiler (*Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der schwabische Kreis, Die Abtey Gutenzell, S. 586) hatte im Jahr 1743 die hohe Malefiz-Obrigkeit über ihr Territorium als beständiges Lehen erhalten, welches es ihr im Jahr 1757 als Afterlehen überließ (*Fabri*, Geographie fuer alle Staende, I. Theil, 2. Band, Der Schwabische Kreis, Unmittelbare Reichspraelaten, Die Abtei Salmannsweiler, S. 415: Ziff. 4)).

Stift Rottenmünster ¹²⁴⁹ reichsunmittelbares Territorium, ¹²⁵⁰ landsässige Besitzungen ¹²⁵¹	1 ½	2 900 238 ¹²⁵²	58 000
Stift Baidt ¹²⁵³ reichsunmittelbares Territorium, landsässige Besitzungen ¹²⁵⁴	0, 32 Kloster- bezirk	195	13 500 ¹²⁵⁵
Stift Söflingen ¹²⁵⁶ reichsunmittelbares Territorium ¹²⁵⁷	2	3 800	60 000 ¹²⁵⁸

¹²⁴⁸ Annex, S. 54.

¹²⁴⁹ Oben, S. 558.

¹²⁵⁰ Die im Jahr 1221 gegründete Nonnen-Abtei war von Kaiser und Reich als reichsunmittelbares Stift erklärt worden (*Brinzinger*, Reichsstift Rottenmünster, I., S. 5, II., A., S. 6-7 und *Glatz*, Das ehemalige Reichsstift Rottenmünster in Schwaben, II., in: *FDA*, VI. Band, S. 51). Die Abtissin übte im 14., 15. und 16. Jahrhundert die Vogteirechte aus, was insbesondere die niedere Gerichtsbarkeit und das Recht, Steuern zu erheben, einschloss (*Reichenmiller*, Reichsstift Rottenmünster, A., III., 3., S. 37 und *Glatz*, Das ehemalige Reichsstift ..., in: *ebd.*, S. 51). Im Jahr 1619 wurde die Abtei von Kaiser Matthias vom Schutz und Schirm der Reichsstadt Rottweil entlassen, Exemption von fremden Gerichten aller Art gewährt und übernahm das Haus Österreich im Jahr 1620 den Schutz über sie. Kaiser Ferdinand II. belehnte die Abtei im Jahr 1624 mit der vormals von der Stadt Rottweil ausgeübten hohen malefizischen Obrigkeit und freien Gepürsch für den größten Teil ihres Gebietes. Die Rechte wurden von den Äbtissinen, mit Ausnahme der mit dem Leben zu büßenden Hochgerichtsbarkeit, welche von ihnen von 1651-1771 der Stadt Rottweil überlassen wurde, danach sie diese auch selbst übernahmen, tatsächlich ausgeübt (*Reichenmiller ebd.*, A., III., 4., S. 39-41, B., VII., 2. u. 3., S. 70-78 und *Glatz*, Das ehemalige Reichsstift Rottenmünster ..., II., in: *ebd.*, S. 51-52, 58-62). Die Abtei besaß zu Ausgang des 18. Jahrhunderts in ihrem Gebiet die landeshoheitlichen Befugnisse (*Glatz*, Das ehemalige Reichsstift Rottenmünster ..., II., in: *ebd.*, S. 52 und *Reichenmiller ebd.*, A., III., 3., S. 36-38, B., VII., 2., S. 70-73).

¹²⁵¹ Die im Jahr 1768 erworbene Hälfte des Flecken Hausen, dessen andere Hälfte seit der Reformation württembergisch war, die Hochgerichtsbarkeit wurde von der Stadt Rottweil ausgeübt (*Reichenmiller*, Reichsstift Rottenmünster, Anhang, I., Hausen ob Rottweil, S. 114-115, Rotenstein, S. 127; *Roeder*, Lexikon von Schwaben, II. Band, Rottenmuenster, weibliche Reichsabtei, ..., S. 533-535) und *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 12., S. 75).

¹²⁵² Annex, S. 54.

¹²⁵³ Oben, S. 558.

¹²⁵⁴ Die Gebiete der Nonnen-Abtei lagen im Bereich der Oberen Landvogtei Schwaben (*Wegelin*, Kayserliche Reichs Landtvogthey in Schwaben, II. Theil, Num. 118. Beschreibung Der Kayserl. ... Anno 1594, Graenz=Beschreibung der Obern=Landvogthey ..., II., S. 152, Beschreibung der ... Undern Landvogthey, Von Staedten/Cloestern/..., Gottshauß Baidt, S. 162). Die Abtei hatte für ihre innerhalb der das Kloster umgebenden Ringmauern gelegenen Stiftsgebäude und dazugehörenden Örtlichkeiten die Reichsunmittelbarkeit erlangt (*Moser*, Die heutige besondere Staats=Verfassung der Staende, I. Band, Staats=Recht der Reichs=Abbtay Baidt, 9. Cap., §. 3., S. 9 und *Fabri*, Geographie fuer alle Staende, I. Theil, 2. Band, Der Schwaebische Kreis, Unmittelbahre Reichspraelaten, Die Abtei Baidt, S. 430-431 (430)).

Ihre anderen gebietlich nicht beträchtlichen Besitze lagen in fremder Landeshoheit und insbesondere in der dem Haus Österreich zugehörenden Oberen Landvogtei Schwaben, welche die hohe und niedere Gerichtsbarkeit und das Besteuerungsrecht besaß (*Moser ebd.*, §. 4., S. 9-10; *Roeder*, Lexikon von Schwaben, I. Band, Baidt, ..., weibliche Zisterzienser Abbtay ..., Sp. 213-214; *Wegelin ebd.*, Gottshauß Baidt, S. 162; *Fabri ebd.*, S. 430-431; *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 28., S. 102; *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der schwaebische Kreis, Die Abtety Baidt, S. 587-588 (588); *Zedler*, Universal Lexicon, III. Band, Baidt, ..., Sp. 162 und *Held*, Reichspraelatisches Staatsrecht, I. Theil, 1. Kap., §. II., CXL., S. 109-111 (110)).

¹²⁵⁵ Annex, S. 55.

¹²⁵⁶ Oben, S. 558.

Stift St. Jörgen zu Isny ¹²⁵⁹ reichsunmittelbares Territorium, landsässige Besitzungen ¹²⁶⁰	0, 27 0,008 ¹²⁶¹	455	27 000 ¹²⁶²
---	--------------------------------	-----	------------------------

der Besitz von gebietlich reichsunmittelbaren Abteien zugrunde.

¹²⁵⁷ Die Abtei war durch den hohenstaufischen Römischen König Konrad IV. im Nov. 1239 unter königlich-kaiserlichen Schutz gestellt worden. Bei dem Abgehen einer herrschaftlichen Zwischeninstanz zwischen ihr und dem Reich war sie von der kaiserlichen Reichsvogtei betroffen, und wurde von Kaiser Karl IV. am 3. Juni 1356 allen schwäbischen Reichsständen und insbesondere der Reichsstadt Ulm die Wahrnehmung des kaiserlichen Schutzes über die Abtei aufgetragen (*Frank*, Das Klarissenkloster Söflingen, 2. Teil, 1., Königlich-Kaiserlicher Schutz und die Vogtei, S. 44-46). Die Abtei konnte ihr politische Eigenständigkeit im 16., 17. und 18. Jahrhundert bei den in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zwischen ihr und der Reichsstadt Ulm aufgetretenen Auseinandersetzungen bewahren (*Frank* ebd., 4. Teil, 2., Ein erträgliches Nebeneinander, S. 117-120, Der Prozeß um die Reichsfreiheit, S. 120-122). Durch den beim Reichskammergericht und beim Reichshofrat anhängigen Rechtsstreit, mit dem dort im Jahr 1773 abgeschlossenen Vergleich war von Seiten der Reichsstadt Ulm auf jegliche oberherrschaftliche Ansprüche auf das Kloster, und damit auf die Interpretation der ihr vom Kaiser übertragenen Schutz- und Schirmpflicht im Sinne einer Vogtei verzichtet worden und hatte die Abtei am 13. Okt. 1775 von Ulm die hohe Gerichtsbarkeit übernommen (*Frank* ebd., 2., Der Prozeß um die Reichsfreiheit, S. 122-123). Die Abtei besaß zu Ausgang des 18. Jahrhunderts alle landeshoheitlichen Rechte und wurde sie am 3. Jan. 1775 in das Schwäbische Reichsprälatenkollegium aufgenommen (*Frank* ebd., 2., Der Prozeß um die Reichsfreiheit, S. 122-123).

¹²⁵⁸ Annex, S. 55.

¹²⁵⁹ Oben, S. 558.

¹²⁶⁰ In der Grafschaft Trauchberg gehalten unter der Landeshoheit der Grafen von Waldburg-Zeil-Zeil gestandenen Gebiete (unten, S. 567) und kleinere Streubesitze in Tirol unter österreichischer Landeshoheit (*Stampfer*, Besitzungen der bayerischen und schwäbischen Benedictinerstifte in Tirol bis zum Jahre 1803, in: *SMBCO*, IV. Jahrg., I. Band, II. Abtheilung, S. 120: Übersicht, Isny, S. 117-118).

¹²⁶¹ Der Abt von Isny gehörte vormals den Rheinischen Prälaten zu (*Zedler*, Universal Lexicon, XIV. Band, Isny oder Jsni, ..., eine Schwaebische Reichs=Statt im Algoew, ..., Sp. 1386-1388 (1387). Im 16. Jahrhundert hatte er seine Reichsunmittelbarkeit gegen die, die Vogtei über ihn ausübenden und die Grafschaft Trauchberg besitzenden Grafen von Waldburg-Zeil verloren und er galt als landsässig (*Reinhardt*, Die Auswirkungen der nachtridentinischen Kirchenreform auf die wirtschaftliche Entwicklung der Klöster in Oberschwaben, III., in: *BdL*, 109. Jahrg., S. 134-135 und *Zedler*, Universal Lexicon ebd., Sp. 1387-1388). In den Jahren 1781/82 gelang ihm der Loskauf von der Landeshoheit der Grafen von Waldburg-Zeil-Zeil und erwarb er zusätzlich die Landeshoheit über ein ihm gehörendes ca. 92 Jauchert großes Gebiet in der Grafschaft Trauchburg, bei welchem der Grafschaft allein das Forst- und Jagdrecht verblieben (*Fabri*, Geographie fuer alle Staende, 1. Theil, 2. Band, Der Schwaebische Kreis, Die Abtei St. Georg zu Jsny, S. 431-432 (432); *Historischer Atlas von Bayern*, Schwaben, *Blickle*, Kempten, Herrschaft Trauchburg, I., S. 187 mit Fußn. 42 und *Ersch-Gruber*, Allgemeine Encyclopaedie der Wissenschaften und Kuenste, 2. Section, XXV. Theil, Isny, II., S. 8-10 (10)). Er wurde hierauf im Jahre 1782 als letzter Prälat im Schwäbischen Reichsprälatenkollegium aufgenommen (*GRSH* 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Hauptabtheilung, Anhang, St. Georg, S. 87 mit S. 86 und *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band I, 2. Buch, 4. Cap., §. 95., S. 309-310: Ziff. 23 der Schwaebischen Praelaten (310)). 92 Jauchert = 0, 00765 QM.

¹²⁶² Annex, S. 55-56.

Der Abt von Urspring¹²⁶³ mit:

	Fläche QM	Volkszähl	Einkünfte Gulden
Stift Urspring	1 ½	3 000	48 000 ¹²⁶⁴

besaß nur eine beschränkte Landeshoheit¹²⁶⁵ und konnte sich nicht durch eine gebietlich reichsunmittelbare Abtei ausweisen.

bbb) Das Rheinische Prälatenkollegium

Von den 15 Stimmen im Rheinischen Prälatenkollegium¹²⁶⁶ lag den 14 Stimmen:

¹²⁶³ Oben, S. 558.

¹²⁶⁴ Annex, S. 46.

¹²⁶⁵ Die Abtei Urspring lag im Bereich der Markgrafschaft Burgau (*Sartori*, Staats=Geschichte der Markgrafschaft Burgau, §. 8., S. 44-47 (44, 46-47) und *Schröder*, Die staatsrechtlichen Verhältnisse im bayerischen Schwaben um 1801, III., Regentenhäuser, (Markgrafschaft Burgau), Klöster und Stifte, (Ursberg), in: *JHVD*, 19. Jahrg., I., S. 162-166 (164) u. S. 186). Sie besaß die dortige insassische Landeshoheit, wobei die hohe Kriminalgerichtsbarkeit und die bekannten Regalien bei der Markgrafschaft lagen (*Schröder*, Die staatsrechtlichen Verhältnisse ..., (Ursberg), in: *ebd.*, S. 186). Alleinig in dem im Jahre 1775 von der fuggerschen Herrschaft Kirchheim erworbenen und außerhalb des burgauischen Regalienbezirkes gelegenen kleinen Dorf Tiefenrod besaß die Abtei das Hochgericht, während das Steuerrecht bei dieser verblieben war (*Schröder*, Die staatsrechtlichen Verhältnisse ..., (Ursberg), in: *ebd.*, S. 186 und *Roeder*, Lexikon von Schwaben, Band II, Tiefenried, kleines Dorf an der Mindel, ..., Sp. 833).

¹²⁶⁶ Bei seinen 11 katholisch-geistlichen, 4 evangelisch-geistlichen und 1 evangelisch-weltlichen Stimmanteile wurde es der katholischen Konfession zugerechnet.

Geistliche Stimmanteile an ihm besaßen:

Der Abt von Werden katholisch, der Land-Comthur der Deutschen Ritter-Ordens Ballei Coblenz katholisch, die Äbte von Odenheim katholisch, St. Ulrich und St. Afra katholisch, St. Corneli-Münster katholisch, St. Emmeran katholisch, die Äbtissinnen von Essen katholisch, Buchau katholisch, Quedlinburg evangelisch, Herford evangelisch, Niedermünster katholisch, Obermünster katholisch, Burscheid katholisch, Gandersheim evangelisch und Thorn evangelisch.

GRSH 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Hauptabtheilung, S. 69: Buchau, S. 72: St. Emeran, Essen, S. 73: Gandersheim, S. 73-74: Herford, S. 78: Nieder=Muenster, Ober=Muenster, S. 80: Quedlinburg, S. 83: Thorn, S. 84: Werden und Helmstaedt, Anhang, S. 86: Burtscheid, S. 86-87: St. Corneli=Muenster, S. 88-89: Odenheim, S. 90: St. Ulrich und St. Afra; *Pütter*, Institvtiones Ivris Pvblici, Lib. 2, Cap. IV., §. 95., p. 96, §. 102., p. 105-107 (107), Scamn. Eccl., 97. Rheinische Praelaten, p. 107; *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band I, 2. Buch, 4. Cap., §. 95., S. 308-310 (310), §. 102., S. 330-332, geistliche Bank: 97. (332).

Den weltlich-evangelischen Stimmanteil besaßen die Fürsten des Hauses Anhalt wegen der von ihnen säkularisierten und zu Lehen vergebenen Abtei Gernrode (*GRSH ebd.*, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Anhalt, S. 101-110 (101); *Pütter ebd.*, Cap. IV., §. 95., p. 96, Fußn. (a), II. Rhenani, 14., Cap. II., §. 80., p. 80-81 (81); *Häberlin ebd.*, 4. Cap., §. 95., S. 310 mit Fußn. **), 2. Cap., §. 80., S. 276-278 (277-278); *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 3. Cap., §. 15., S. 744; *ders.*, Die heutige besondere Staats=Verfassung der Staende, I. Band, II. Staats=Recht Des ... Hauses Anhalt, ..., Staats=Recht der Abbtey Gernrode, S. 253-261 (§. 3., S. 253, §. 9., §. 13., S. 256, §. 32., §. 33., S. 258) und *Büsching*, Erdbeschreibung, VIII. Theil, Der obersaechsische Kreis, Die ehemalige Abtey Gernrode, S. 823, Das Fuerstenthum Anhalt, §. 14., 2., VIII., S. 809).

	Fläche QM	Volkszähl	Einkünfte Gulden
Stift Werden ¹²⁶⁷	3	8 000	120 000
reichsunmittelbares Territorium ¹²⁶⁸	1, 24	7 000 ¹²⁶⁹	

Das Rheinische Prälatenkollegium hatte nicht selbige politische Bedeutung wie das Schwäbische erlangt. Es war ein loser Zusammenschluß der nicht im Schwäbischen Prälatenkollegium aufgenommenen reichsunmittelbaren Prälaten. Zu Ausgang des 18. Jahrhunderts bestand es in seiner tatsächlichen Wirksamkeit aus dem Abt von Werden. Dieser bevollmächtigte, instruierte und unterhielt es, ohne weitere finanzielle Beiträge zu erhalten (*Reden-Dohna*, Reichsstandschaft und Klosterherrschaft: Die Schwäbischen Reichsprälaten im Zeitalter des Barocks, S. 10 und *Häberlin* ebd., 4. Cap., §. 95., S. 308-310 (310)).

Die bei *Pütter*, Ivris ebd., p. 96, Fußn. (a), II. Rhenani, 2. und *Häberlin* ebd., S. 310, II. Rheinische Bank, 2. mitangeführte Balley Elsaß und Burgund des Teutschen Ritter-Ordens mit dem ihr vorgestandenem Land-Commenthur war zu Ausgang des 18. Jahrhunderts kein Mitglied eines Prälatenkollegiums mehr. Bei einer zwar früher gehaltenen Zugehörigkeit zum Rheinischen Reichsprälatenkollegium war der Land-Commenthur danach mit der von ihm besessenen Grafschaft Altshausen in das Schwäbische Grafenkollegium übergewechselt (*Moser*, Neues deutsches Staatsrecht ebd., §. 42., S. 768-769 (769); *Held*, Reichspraelatisches Staatsrecht, I. Theil, 1. Kap., §. IV., CCXVI., S. 176-177; *Roeder*, Lexikon von Schwaben, I. Band, Altshausen, ..., kleine Grafschaft, ..., Sp. 62-63; *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der schwaebische Kreis, Die Comthurey Alschhausen, ..., S. 590-591 und *Pütter*, Auserlesene Rechts=Faelle, II. Band, 3. Theil, CCXIII., §. 3. u. §. 4., S. 575-576).

Die bei *Pütter*, Institutviones ebd., p. 96, Fußn. (a), I. Svevici, 7. und II. Rhenani, 1. bei dem Schwäbischen und dem Rheinischen Prälatenkollegium angeführte Abtei Kaisersheim gehörte zuerst den Schwäbischen Prälaten zu. Bei ihrer in den Jahren 1530/32 nicht erfolgten Erbringung der Kollegialkosten und wegen verschiedenen Zudringlichkeiten seitens des Herzogs von Neuburg (Pfalzgraf bei Rhein) trennte sie sich von diesem und wurde bei weiterer Ungewißheit dem Rheinischen Prälatenkollegium zugerechnet. Nach langjährigen Streitigkeiten zwischen dem Schwäbischen und Bayerischen Kreis über ihre Zugehörigkeit wurde sie im Jahre 1757 im Schwäbischen Prälatenkollegium aufgenommen (*Büsching* ebd., VII. Theil, Der schwaebische Kreis, Die Abtey Kaisersheim, S. 570-573; *Held* ebd., §. II., XCVII., S. 80-81, CXVI. u. CXVII., S. 93-95 und *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht ebd., §. 19., S. 746-748).

Der bei *GRSH* ebd., 1. Hauptabtheilung, Anhang, S. 89 Petershausen als dem Rheinischen Prälatenkollegium zugehörend angegebene Abt von Petershausen war Mitglied des Schwäbischen Prälatenkollegiums (*Pütter* ebd., p. 96, Fußn. (a), I. Svevici, 13.; *Häberlin* ebd., S. 309 Schwäbische Prälaten, Ziff. 13. und *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der schwaebische Kreis, Die Abtey Petershausen, S. 579-580 (579)).

¹²⁶⁷ Oben, S. 568-569 (568).

¹²⁶⁸ In dem entlang der Ruhr bis zur Mündung des Rheines dicht an der Grafschaft Mark gelegenen Gebiet der Abtei, den Klosteranlagen, der Stadt Werden, dem Dorf Kettwig und 12/13 weiteren Honschaften (Hundertschaft) waren bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts die Befugnisse der Landesgewalt zwischen dem Abt und seinen aus verschiedenen Häusern zugehörenden Vögten geteilt gewesen (*Büsching*, Erdbeschreibung, VI. Theil, Der westphaelische Kreis, Die Abtey Werden, §. 4., S. 254-255; *P. F. Müller*, Ueber Stadt und Stift Werden, §. 1., S. 1-7, §. 34., S. 76-84; *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, III., 7., S. 339-340 (340) und *Kötzschke*, Das Gericht Werden im späteren Mittelalter und die Ausübung der Landesgewalt im Stiftsgebiet, 1.-4., in: *Beiträge zur Geschichte des Stiftes Werden*, X. Heft, S. 70-110). Nach dem Aussterben der die Grafschaft Mark besitzenden Herzöge von Jülich und Kleve im Jahre 1609 gelangte mit der Grafschaft Mark die Erbvogtei an Kurfürst Johann Sigismund von Brandenburg, als den letzten Vögten (*Büsching*, Erdbeschreibung, VI. Theil, Der westphaelische Kreis, Die Grafschaft Mark, §. 6., S. 65, Das Herzogthum Ckeve, §. 6., S. 35-36 (36), 37-38 (38) und *Müller* ebd., §. 35., S. 84). Abt Heinrich V. konnte in dem mit Kurfürst Friedrich Wilhelm I. am 3. Juli 1649 abgeschlossenen Vertrag die Jurisdiktion pfandweise an sich bringen, womit die Äbte die wirklichen Herren in ihrem Gebiet wurden und sie auch danach die größeren Akte der Gesetzgebung und insbesondere das Werdener Landesstatut vom 26. Aug. 1734 erließen (*Kötzschke*, Das Gericht Werden ..., 4., in: *ebd.*, S. 110).

Obleich die Könige von Preußen mehrmals und insbesondere auch zu Ausgang des 18. Jahrhunderts versuchten, das an ihrer Grafschaft Mark gelegene Gebiet der Abtei unter ihre Landeshoheit zu bringen (*Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 3. Cap., §. 48., S. 772-773; *Schuncken*, Geschichte Werdens, §. 14., S. 200-201, 207-209; *Müller* ebd., §. 88.-§. 94., S. 314-329; *Germania Sacra. Stüwer*, Die Reichsabtei Werden, 4. Verfassung, § 18, S. 163-165 und *Bart*, Die alte Reichsabtei, Von der Abtei zur Folkwangschule, S.

Ballei Coblenz ¹²⁷⁰			
Reichsherrschaft Elsen ¹²⁷¹	0, 12 ¹²⁷²		9 880 ¹²⁷³
Stift Odenheim und Bruchsal ¹²⁷⁴			58 000
reichsunmittelbares Territorium, ¹²⁷⁵	0, 93	5 081	
Gebiet mit geteilter Landeshoheit ¹²⁷⁶	0, 31	1 477 ¹²⁷⁷	

16; *ders.*, Werden und Helmstedt, Abt Anselm ..., S. 62, Das bewegte Leben ..., S. 64-67), konnten die Äbte von Werden bis zu Ausgang des 18. Jahrhunderts ihre Landeshoheit behaupten (*Müller ebd.*, §. 49.-§. 101. (=2. Abtheilung), S. 147-352 (§. 84., S. 305-306, §. 87., S. 312-313, §. 95.-§. 97., S. 329-335); *Bart ebd.*, , Die Schützen und ihre Landesherren, S. 54; *Körholz*, Geschichte Werdens, 9., S. 52-53, 6., S. 34). Insbesondere wurde ihnen auch durch den Beschluss des Reichshofrates am 14. Jan. 1714 und durch ein kaiserliches Mandat vom 5. Juli 1796 die Landeshoheit zuerkannt (*Germania Sacra ebd.* S. 164-165).

¹²⁶⁹ Annex, S. 56-57.

¹²⁷⁰ Oben, S. 568-569 (568).

¹²⁷¹ Die Reichsstandschaft des Landkomturs der Ballei Coblenz resultierte aus ihrer Zugehörigkeit zu dem dem ehemaligen Hochmeistertum Preußen und seinem früheren Hochmeister des Teutschen Ordens unmittelbar untergeordneten Balleien preußischen Gebietes, welche von ihren Landkomturs selber vertreten worden waren. Ihre Reichsstandschaft war nach der im 16. Jahrhundert mit der Säkularisation des Ordenslandes Preußen mitgegebenen Verlustes des Hochmeisters damit eingetretenen personellen Vereinigung des Hochmeisters mit dem von diesem bis dahin getrennte, jedoch unter ihm gestandenen, den Ballein teutschen und welchen Gebietes übergeordneten Meisters teutschen Gebietes in den nunmehrigen Hoch- und Deutschmeister weiterhin fortbestanden (*Das Hoch= und Teutschmeisterthum und der teutsche Ritterorden im Jahr 1809*, §. 24.-§. 26., a) und b), in: *Der Rheinische Bund*, XIX. Band, 55. Heft, 2., S. 40-42). Von den 7 der Ballei Coblenz zugehörenden Kommenden mit ihren Besitzungen (*Meese*, Die Ballei Koblenz unter ihren letzten Landkomtursen, B., V., S. 130-181; *Hennes*, Commenden des Deutschen Ordens in den Balleien Coblenz, Altenbiesen, Westphalen, Lothringen, Oesterreich und Hessen, S. 1 und *Büsching*, Erdbeschreibung, VI. Theil, Der chur=Rheinische Kreis, Des Deutschen Ordens Balley Coblenz, S. 783 (vielmehr S. 683) wurden vom Deutschen Orden wohl nur über die, die Kommende Gierath später insbesondere ausmachende Herrschaft Elsen (*Hennes ebd.*, S. 1, I., 5., S. 100) alle herrschaftlichen Rechte uneingeschränkt und damit die Landeshoheit ausgeübt (*Meese ebd.*, V, 7), S. 174-181 (174), IV, 2), d), Die Ballei nach dem Verlust des linken Rheinuferes, S. 124, Die Ballei in den Kriegsjahren 1792-95, S. 122-123 und *Protokoll Regensburg*, Beilagen, I. Band, 11. Beilage, S. 36-44 (37)) und *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, II., 5., S. 225 „Zu den Ständen des kurrheinischen Kreises gehörte auch die Ballei Koblenz des Deutschen Ritterordens, deren einzige reichsunmittelbare Besetzung die Herrschaft Elsen bei Grevenbroich war.“) Zu ihrer alleinigen gebietlichen Zuordnung hinsichtlich der Reichsstandschaft auch die auf der außerordentlichen Reichsdeputation zu Regensburg vorgebrachten *Hoch= und Teutschmeistersche Reklamation vom 30. August 1802* „..., dem gesammten Orden hingegen wird die Haelfte der fuer dessen Mitglieder gewidmeten Versorgungen entzogen, welcher noch ausser diesen Einkuenften sehr ansehnliche Praerogative und Gerechtsame verliert, wozu die auf der Herrschaft Elsen noch besonders gehafftete Reichs= und Kreisstandschaft, ... gehoeren.“ (*Protokoll Regensburg ebd.*, S. 36-44 (37)).

¹²⁷² *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, II., Deutscher Ritterorden (Ballei Koblenz), S. 223, 5., S. S. 225: ca. 663 ha = 0, 12 QM.

¹²⁷³ *Hoch= und Teutschmeistersche Reklamation vom 30. August 1802* (auf der Regensburger Reichsdeputation 1802/03 vorgebracht), Allgemeine Uebersicht derjenigen Besitzungen und Einkuenfte, welche der hohe teutsche Ritter=orden durch die Abtretung des linken Rheinuferes an die Republik Frankreich verlohren hat, III., 2) (*Protokoll Regensburg*, Beilagen, I. Band, 11. Beilage, S. 36-44 (41)).

¹²⁷⁴ Obwohl das Odenheimer Ritterstiftskapitel zumeist die Bischöfe von Speyer zu ihren Pröpsten wählten, wurde die Propstei Odenheim nicht dem Hochstift Speyer einverleibt, sondern verblieb ein allein mit diesem durch eine Personalunion verbundenes, reichsständisch und territorial getrenntes Stift (oben, S. 568; *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 3. Cap., §. 28., S. 754-756 (755) und *Wetterer*, Die Säkularisation des Reichstifts Odenheim in Bruchsal, § 2., in: *ZRG*, KA VIII, III., S. 73).

Stift St. Ulrich und St. Afra ¹²⁷⁸ reichsunmittelbares Territorium, ¹²⁷⁹ Gebiet mit überwiegend eigener Landeshoheit ¹²⁸⁰	2 Klosterbezirk und 0, 11 0, 73 ¹²⁸¹	5 500 250 560	32 000
Stift St. Corneli-Münster ¹²⁸² reichsunmittelbares Territorium ¹²⁸³	1, 82 ¹²⁸⁴	7 415 ¹²⁸⁵	46 000 ¹²⁸⁶

¹²⁷⁵ Reichsunmittelbar waren die Orte Odenheim, Tiefenbach, Eichelberg, Landshausen und Rohrbach, bei welchen drei ersteren der Bischof von Speyer eine Kastenvogtei ausübte (*Wetterer*, Die Säkularisation des Ritterstifts Odenheim in Bruchsal, § 2., in: *ZRG*, KA VIII, III., S. 85; *Böhm*, Stift Odenheim, in: *ders.*, Unbekannter Kraichgau, S. 183; *Bundschuh*, Lexikon vom Kur- und Oberrheinischen Kreis, II. Theil, Odenheim, die Reichsprobstei, ..., Sp. 616 und *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober-rheinische Kreis, Die Reichsprobstei Odenheim, ..., §. 4., S. 54-55).

¹²⁷⁶ Die Hälfte von Waldangelloch und $\frac{9}{10}$ von Grossgartach wurden in einem Kondominat mit Herzog Friedrich Eugen von Württemberg besessen (*Böhm*, Stift Odenheim, in: *ders.*, Unbekannter Kraichgau, S. 183 und *Roeder*, Lexikon von Schwaben, I. Band, Grossgartach, Fleken von 1240 Seelen, im württembergischen Amte Brackenheim, ..., Sp. 747, II. Band, Waldangelloch, evangelisches Pfarrdorf, in der Pfalz, ..., Sp. 1032-1033).

¹²⁷⁷ Annex, S. 57.

¹²⁷⁸ Oben, S. 568-569 (568).

¹²⁷⁹ Die Abtei hatte ihren Sitz in der Reichsstadt Augsburg und waren die innerhalb der das Kloster umgebenden Ringmauern sich befindenen und an diese angebauten Abteigebäude und sonstigen Örtlichkeiten reichsunmittelbar (*Schroeder*, Die Aufhebung von St. Ulrich und Afra, 2. Kap., S. 42; *Drexel*, Reichsstift und Reichsstadt: St. Ulrich u. Afra, II. Teil, I. Kap., S. 43 und *Liebhart*, Sankt Ulrich und Afra, Anhang: Stadt und Kloster, S. 26-27). Reichsunmittelbar war ferner die außerhalb der Stadt Augsburg gelegene Dorfherrschaft Haunstetten, trotz der von der bischöflich augsburgischen Straßenvogtei ausgeübten Hochgerichtsbarkeit (*Historischer Atlas von Bayern*, Schwaben: *Liebhart*, Die Reichsabtei St. Ulrich und Afra zu Augsburg (1006-1803), Teil 1, VI., S. 225, VI., 3., S. 236-238, VIII., S. 290, Teil 2, Ortskatalog, Haunstetten (Pf. Stl Augsburg), S. 469-477 (469, 470, 474) und *Schroeder* ebd., S. 33: Aufstellung Ziff. B., I., 1., a)).

¹²⁸⁰ Die von der Abtei in der Markgrafschaft Burgau mit dem dortigen Insassenrecht besessenen Dörfer Häder, Schönebach, Wengen, Bonstetten, die Weiler Erkhausen mit Hilpoldsberg, Ahlingen, ein Hof zu Ellgau, Besitzungen zu Nachstetten, Maingründel, Fischach, Vallried, Buch, Aretsried, Reitenbuch, Wollishausen, Edenbergen, zerstreut liegende Waldungen und die Fischweiher zu Schönebach, Wengen, Bonstetten (*Historischer Atlas von Bayern*, Schwaben: *Liebhart* ebd., Teil 1, VI., 2., S. 231; *Schröder*, Die staatsrechtlichen Verhältnisse im bayerischen Schwaben um 1801, III., Klöster und Stifte, (St. Ulrich), in: *JHVD*, 19. Jahrg., I., S. 184-185 und *Schroeder*, Die Aufhebung von St. Ulrich und Afra, 2. Kap., S. 43, S. 35-36: Aufstellung Ziff. B., I., 6., a)-g), i), k), o), 7. a), b), d)).

¹²⁸¹ Annex, S. 58.

¹²⁸² Oben, S. 568-569 (568).

¹²⁸³ Die 1 Meile von der Reichsstadt Aachen entfernte Abtei St. Corneli Münster (*Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 3. Cap., §. 36., S. 764) hatte mit dem ihr zugehörenden Münsterländchen von dem karolingischen Kaiser Ludwig dem Frommen (813-840) die Immunität mit den damit gegebenen Befreiungen von den Abgaben und der Gerichtsbarkeit, bei deren Übergang auf ihre Äbte erhalten. Von den nachgefolgten römisch-deutschen Kaiser erlangten die Äbte die wichtigsten Regalien, womit bei der für den Grafen von Jülich zugestanden Vogtei, ihre landeshoheitlichen Rechte gewachsen und eine Steigerung erfahren hatten (*Nagel*, Geschichte der Reichsabtei Cornelimünster, B., I., 3.), a), Verhältnis zum Reiche, S. 44-49). Damit bildete das Abteigebiet mit dem Münsterländchen ein in sich geschlossenes nur dem Reich unterstehendes Territorium (*Capellmann*, Kornelimünster, Das Münsterländchen in abteilicher Zeit, S. 13-15 mit der am Ende befindlichen Wiedergabe einer: Karte des Münsterländchens aus dem Jahre 1646). Nachdem in den Jahren 1609 bis 1613 das Herzogtums Jülich durch den Kurfürsten/Pfalzgraf bei Rhein als Herzog von Neuburg erworben wurde, welche Herzöge von Neuburg als die neuen und bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts gebliebenen Inhaber der Vogtei die landeshoheitlichen Rechte über sie beanspruchten, und zahlreiche Auseinandersetzungen über sie und insbesondere vor dem Reichskammergericht geführt worden waren (*Nagel* ebd., S. 49-50; *Die*

Stift St. Emmeran zu Regensburg ¹²⁸⁷ reichsunmittelbares Territorium, ¹²⁸⁸	2 Klosterbezirk und die Propstei Vogtareute ¹²⁹⁰	1 500 250	90 900
landsässige Besitzungen ¹²⁸⁹			

Benediktinerklöster in Nordrhein-Westfalen, Kornelimünster, von N. Kühn, Geschichtliche Übersicht, S. 410, b) Rechtliche Verhältnisse, S. 412 und *Büsching*, Erdbeschreibung, VI. Theil, Der westphaelische Kreis, Die Herzogthuemer Juelich und Berg, Das Herzogthum Juelich, §. 5., S. 116-117, Das Herzogthum Cleve, §. 6., S. 37-38), hatten die Äbte bei einer gehabten Mitwirkung ihrer Stände weiterhin für das Abteigebiet und das Münsterländchen die landeshoheitlichen Rechte bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts ausgeübt (*Nagel* ebd., a), Verhältnis zu den Untertanen, S. 54, Verhältnis zum Reiche, S. 48-49: Ausgestaltung des im Jahre 1569 zwischen der Abtei und dem Herzog von Jülich abgeschlossenen Vertrages als eine reine Schutzvogtei zugunsten des Herzogs, welcher Vertrag bis zu Ausgang des 18. Jahrh. galt, b.), S. 56-62: Ausübung der Gerichtsbarkeit durch die Äbte bei gehabten Mitwirkungsrechten des Vogtes bei Einführung der Schöffen, c.), 1., Einkünfte und Ausgaben der Abtei, S. 68-71, a), Verhältnis zum Reiche, S. 49: die Äbte zogen überwiegend die Einkünfte aus der Abtei, insbesondere standen ihnen die Zehnten und die Einnahmen aus den Lehen zu, Vögte hatte Anteil an den Strafgeldern, den Gerichtsgefällen und an einzelnen Abgabe und *Sch ... dt*, Die Abtei Corneliusmuenster, 8., in: *Niederrheinische Blaetter fuer Belehrung und Unterhaltung*, I. Band, Heft 1., 1. Quartal, VII., S. 149: Gerichtsbarkeit in den Händen des Abtes).

Neben dem reichsunmittelbaren Territorium hatte die Abtei noch auswärtige Besitze in Brabant, im Maasraum und am Mittelrhein (*Die Benediktinerklöster in Nordrhein-Westfalen* ebd., Wirtschaftliche Verhältnisse, S. 411 und *Nagel* ebd., a), Gebietsumfang und Name, S. 44).

¹²⁸⁴ *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, III., 5., S. 337 mit den zugehörigen Erläuterungen, S. 338 und Anhang. Tabellen über die Standschaftsverhältnisse und die Statistik der rheinischen Territorien, E., 18., S. 643: 9 998 ha = 1, 82 QM.

¹²⁸⁵ *Sch ... dt*, Die Abtei Corneliusmuenster, 8., in: *Niederrheinische Blaetter fuer Belehrung und Unterhaltung*, I. Band, Heft 1., 1. Quartal, VII., S. 143-144 (144): nach der letzten Zählung.

¹²⁸⁶ *Bundschuh*, Verlust und Gewinn am Schlusse des zehnjährigen franzoesischen Revolutionskrieges, ..., A., I., Abteien und Stifter auf dem linken RheinUfer, 26., S. 4, in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1803, 2. Band, 4. u. 5. Stueck, III. (nach S. 118) und *Gentner*, Beschreibung der zu Lueneville abgetretenen und ertheilten Laender, I. Theil, Abteyen und Reichsstifter, St. Cornelii Muenster, ..., S. 363.

¹²⁸⁷ Oben, S. 568-569 (568).

¹²⁸⁸ Die Abtei hatte ihren Sitz in der Reichsstadt Regensburg und waren noch die innerhalb der das Kloster umgebenden Ringmauern sich befundenen und auch einen eigenen Distrikt ausmachenden Klostergebäude mit den dazu gehörenden Häusern reichsunmittelbar (*H. W. Schlaich*, Das Ende der Regensburger Reichsstifte, I., 2., d), bb), S. 51; *Melchinger*, Lexikon von Baiern, III. Band, St. Emmeram, Emeram, gefuerstete Benediktiner Mannsabtei, ..., Sp. 233-239 (237); *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 35., S. 114-115 (114); *Moser*, Chur=Fuerstlich=Bayerische Staats=Recht, 7. Cap., §. 36., S. 187-188; *ders.*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 3. Cap., §. 37., S. 765 und *Zedler*, Universal Lexicon, XXXIII. Band, St. Emeran, ..., Sp. 1816-1817 (1816)), mit 250 Einw. (nach *Schlaich* ebd., S. 51).

Gleichfalls reichsunmittelbar war die seit dem Jahr 1786 zugehörige im Herzogtum Baiern gelegene Propstei Vogtareuth (*Schlaich* ebd., I., 2., a), S. 14, d), bb), S. 51-52).

¹²⁸⁹ Besitzungen unter der Landeshoheit von Kurfürst Maximilian von Pfalz-Baiern gestanden (*H. W. Schlaich*, Das Ende der Regensburger Reichsstifte, I., 2., d), bb), S. 51-57 (51); *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 35., S. 114-115; *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der bayerische Kreis, Die gefuerstete Abtey zu S. Emmeran ..., §. 2., S. 821; *Fabri*, Geographie fuer alle Staende, I. Theil, 2. Band, Der Baiersche Kreis, Die gefuerstete Abtei zu St. Emmeran, S. 757 und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 3. Cap., §. 37., S. 765).

¹²⁹⁰ Annex, S. 59.

Stift Essen ¹²⁹¹ reichsunmittelbares Territorium ¹²⁹²	2, 45	8 000	50 000 ¹²⁹³
--	-------	-------	------------------------

¹²⁹¹ Oben, S. 568-569 (568).

¹²⁹² Die Äbtissinnen von Essen hatten in ihrem stiftischen Gebiet mit und um die Stadt Essen bis zu Ausgang des 14. Jahrhunderts die Landeshoheit erlangt (*Hoederath*, Die Landeshoheit der Fürstäbtissinnen von Essen, ihre Entstehung und Entwicklung bis zum Ende des 14. Jahrhunderts, in: *Beiträge zur Geschichte von Stadt und Stift Essen*, XLIII. Heft, S. 145-194). Die von den Markgrafen von Brandenburg/Könige von Preußen bei ihrem in den Jahren 1624/66 erfolgten Erwerb des Herzogtums Kleve und der Grafschaft Mark, deren gebietliche Verbindung das Stift Essen war (*Büsching*, Erdbeschreibung, VI. Theil, Der westphaelische Kreis, das Herzogthum Cleve, §. 6., S. 38, Die Grafschaft Mark, §. 6., S. 65 und *Großer Historischer Atlas*, III. Teil, S. 38, B 2) im Jahre 1648 von der Äbtissin als zu Lehen gehende erlangte Schirm- und Erbvogtei über die Abtei (*Büsching* ebd., Die Abtey Essen, §. 2., S. 256-257 (257)), bewirkte nicht den Verlust der landeshoheitlichen Rechte. Insbesondere verblieb die Wehrhoheit bis zu Ausgang des 18. Jahrhunderts bei den Äbtissinnen. Allein in den Kriegsfällen der Jahre 1687 (Pfälzischer Erfolge- und Reunionskrieg), 1701 (Spanischer Erfolgkrieg) und 1793 gestatteten sie eine militärische Vertretung durch die Könige von Preußen in mit von diesen vereinbarten und nach der Reichsverfassung erlaubt und angängigen Vergleichen. Die Äbtissinnen bestritten eine aus der Vogtei sich ergebende allgemeine Vertretung ihres Stiftes durch diese, wie solches von den Königen von Preußen behauptet wurde, welche Könige jedoch auch ausdrücklich erklärten, dass desfalls von der Reichsstandschaft und allen davon dependirenden Rechten und Gerechtsamen nichts abgehen und geschmälert sein solle und sie die Reichsunmittelbarkeit des Stiftes anerkennen (*Hüsgen*, Die militärische Vertretung des Stiftes Essen durch Brandenburg=Preußen im 17. und 18. Jahrhundert, in: *Beiträge zur Geschichte von Stadt und Stift Essen*, XXX. Heft, S. (V)-X, S. 1-92 (Einleitung, S. 3-5, 1. Abschnitt, S. 21-22, 2. Abschnitt, S. 44-47, 3. Abschnitt, S. 55-68, 5. Abschnitt, S. 89-91) und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 3. Cap., §. 12., S. 742-743). In dem am 14. Sept. 1794 zwischen Äbtissin Maria Kunigunde (von Sachsen) mit ihrem Kapitel und Landständen abgeschlossenen die innere Verfassung des Stiftes regelnden Landesgrundvergleich (enthalten bei *Arens*, Die Verfassung des Kaiserlich-freiweltlichen Stiftes Essen festgestellt in dem Landesgrundvergleich vom 14. September 1794, in: *Beiträge zur Geschichte von Stadt und Stift Essen*, XV. Heft, (3), S. 32-52) waren dann auch keine Bestimmungen enthalten, welche auf eine Innehabung oder Ausübung der Landeshoheit oder einzelner landeshoheitlicher Rechte durch den die Schirm- und Erbvogtei innehabenden König von Preußen hindeuteten (15 Artikeln, S. 33-51). Vielmehr war in Art. IV § 1 u. § 2 ausdrücklich festgelegt worden, daß die Landeshoheit eine zeitliche Frau Fürstin-Äbtissin als Reichsstand ausschließlich ausübt und diese Ausübung durch die Reichsgesetze und durch die hier bestimmten Landständischen Rechte eingeschränkt sind (S. 39).

In den bei Dortmund gelegenen Dorf- und Herrschaften Huckarde und Dorsfeld besaß die Äbtissin insbesondere seit dem 15. Jahrhundert ständig das hohe Gericht und konnte sie trotz den Ansprüchen der Grafschaft Mark und der Reichsstadt Dortmund ihre landeshoheitlichen Rechte bis zu Ausgang des 18. Jahrhunderts ausüben (*Wittkamp*, 1100 Jahre Huckarde, III., 1., S. 34-37 5., S. 45-57).

Der Besitz der Abtei Essen bestand zu Ausgang des 18. Jahrhunderts rechtsrheinisch aus dem um die Stadt Essen gelegenen in sich geschlossenen Territorium mit der Abtei Essen, der Stadt Essen, den Quartieren von Altenessen, Borbeck, Steele, den Nebenkontributionen Stadt Steele, den Bauernschaften Karnap, Lippern, Lirich, den Herrschaften Rellinghausen, Byfang, den hiervon gebietlich getrennten bei der Reichsstadt Dortmund gelegenen Dorf- und Herrschaften Huckarde, Dorsfeld und der linksrheinisch im Herzogtum Jülich gelegenen Herrschaft Breisig (*Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, III., 4., S. 333-336 und *Büsching*, Erdbeschreibung, VI. Theil, Der westphaelische Kreis, Die Abtey Essen, §. 5., S. 258-259).

In der linksrheinisch im Herzogtum Jülich gelegenen Herrschaft Breisig stand der Äbtissin die Grundherrschaft zu, bei welcher die Herzöge von Jülich (Pfalzgraf bei Rhein) als Inhaber der Schutzgewalt und weiteren ihnen nach dem Weistum zugestandenem Rechten auch die landeshoheitlichen Rechte hatten ausüben wollen. Nach dem zur Beilegung dieser Streitigkeiten am 8./17. Aug. 1747 abgeschlossenen Vertrag, mit insbesondere den Anerkennungen der Abtei als Landesobrigkeit und des Herzogs von Jülich als ihr Erb-, Schutz- und Schirmherr, welchen beiden die Huldigung zu erbringen ist, den Ernennungen eines Schultheissen durch die Abtei und eines Vogtes durch die Herzöge, der gemeinschaftlichen Erhebung der Steuern mit $\frac{2}{3}$ an die Abtei und mit $\frac{1}{3}$ an die Herzöge, war die Landeshoheit zwischen ihnen geteilt worden (*Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen* ebd., VII., S. 588-589, Herrschaft Breisig und *Nahmer*, Handbuch des Rheinischen Particular=Rechts, III. Band, §. 420., S. 663).

Stift Buchau ¹²⁹⁴ reichsunmittelbares Territorium, ¹²⁹⁵ landsässige Besitzungen ¹²⁹⁶	2 Klosterbezirk	4 000 250 ¹²⁹⁷	60 000
Stift Niedermünster zu Regensburg ¹²⁹⁸ reichsunmittelbares Territorium, ¹²⁹⁹ landsässige Besitzungen ¹³⁰⁰	0, 5 Klosterbezirk	1 300 250 ¹³⁰¹	40 000
Stift Obermünster zu Regensburg ¹³⁰² reichsunmittelbares Territorium, ¹³⁰³ landsässige Besitzungen ¹³⁰⁴	0, 5 Klosterbezirk	1 500 250 ¹³⁰⁵	16 500

¹²⁹³ Annex, S. 59.

¹²⁹⁴ Oben, S. 568-569 (568) und *Fabri*, Geographie fuer alle Staende, I. Theil, 2. Band, Der Schwaebische Kreis, Die gefuerstete Abtei Buchau, S. 395-396 (396).

Protokoll Regensburg, Beilagen, III. Band, 222. Beilage, S. 78-82 (79-80): bei der am 8. Nov. 1802 erfolgten Abfassung des RDH bestritten die Schwäbischen Reichsgrafen die Eigenschaft des Stiftes Buchau als eines geistlichen Reichsstandes und hielten es für säkularisiert (oben, S. 540: Mitgliedschaft im Schwäbischen Grafenkollegium mit der von seinem stiftischen Gebiet getrennten weltlichen Herrschaft Strasberg).

¹²⁹⁵ Reichsunmittelbar waren die innerhalb der die Abtei umgebenden Ringmauern sich befindenen Klostergebäude mit den dazu gehörenden Örtlichkeiten (*Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 26., S. 97-98 (98); *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Buchau, S. 37 und *Roeder*, Lexikon von Schwaben, I. Band, Buchau, Reichsstift. ..., Sp. 372-378 (372))

¹²⁹⁶ Besitzungen unter der Landeshoheit der Reichsstadt Buchau und der dem Haus Österreich zugehörenden Grafschaft Nellenburg (*Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 26., S. 97-98 (98); *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Buchau, S. 37; *Roeder*, Lexikon von Schwaben, I. Band, Buchau, Reichsstift. ..., Sp. 372-378 (376); *Repertorium des Teutschen Staats- und Lehnrechts*, I. Theil (*Scheidemantel*), 31. Emeran, §. 1., S. 779 und *Schöttle*, Geschichte Buchau, II. Band, 2. Abschnitt, §. 3., S. 364-370).

¹²⁹⁷ Annex, S. 59-60.

¹²⁹⁸ Oben, S. 568-569 (568).

¹²⁹⁹ Die Abtei hatte ihren Sitz in der Reichsstadt Regensburg und waren noch die dortigen Abteigebäude mit dazu gehörende Häusern reichsunmittelbar (*H. W. Schlaich*, Das Ende der Regensburger Reichsstifte, I., 2., a), S. 16, d), S. 43 d), bb), S. 51; *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., S. 114-115; *Moser*, Chur=Fuerstlich=Bayrische Staats=Recht, 7. Cap., §. 33., S. 186; *Held*, Reichspraelatisches Staatsrecht, I. Theil, 1. Kap., §. IV., CCVII., S. 171-172 (171) und *Kreittmayr*, Grundriß Staatsrecht, 3. Theil, §. 146., S. 306-307).

¹³⁰⁰ Die weiteren Besitzungen lagen im Herzogtum Baiern unter der Landeshoheit des Kurfürsten von Pfalz-Baiern (*H. W. Schlaich*, Das Ende der Regensburger Reichsstifte, I., 2., d), bb), S. 51-57 (51); *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 3. Cap., §. 25., S. 751-752 (752); *Fabri*, Geographie fuer alle Staende, I. Theil, 2. Band, Der Baiersche Kreis, Die gefuerstete Abtei Nieder=Muenster zu Regenspurg, S. 758; *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 35., S. 115 und *Melchinger*, Lexikon von Baiern, II. Band, Nieder=Muenster, gefuerstetes adeliches Fraeuleinstift ..., Sp. 512-513 (513)).

¹³⁰¹ Annex, S. 61.

¹³⁰² Oben, S. 568-569 (568).

¹³⁰³ Die Abtei hatte ihren Sitz in der Reichstadt Regensburg und waren noch die dortigen Abteigebäude und dazu gehörende Häuser reichsunmittelbar (*H. W. Schlaich*, Das Ende der Regensburger Reichsstifte, I., 2., a), S. 16, d), S. 43, d), bb), S. 51; *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, II., §. 35., S. 115; *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 3. Cap., §. 26., S. 752-754; *ders.*, Chur=Fuerstlich=Bayrisches Staatsrecht, 7. Cap., §. 34., S. 186-187; *Held*, Reichspraelatisches Staatsrecht, I. Theil, 1. Kap., §. IV., CCVII., S. 172 und *Kreittmayr*, Grundriß Staatsrecht, 3. Theil, §. 146., S. 306-307).

¹³⁰⁴ Die 2 Hofmarken Obertraubling, Oberröhrenbach, die 6 Propsteien Tegernheim, Sallach, Mettenbach, Langenpreising, Großhausen, Ottmaring und mehrere zerstreute Höfe befanden sich im Herzogtum Baiern unter der Landeshoheit des Kurfürsten von Pfalz-Baiern (*H. W. Schlaich*, Das Ende der Regensburger Reichsstifte, I.,

Stift Burscheid ¹³⁰⁶ reichsunmittelbares Territorium ¹³⁰⁷	0, 16 ¹³⁰⁸	1 500	35 000 ¹³⁰⁹
Stift Gandersheim ¹³¹⁰ reichsunmittelbares Territorium, ¹³¹¹ landsässige Besitzungen ¹³¹²	2 Abtebezirk ¹³¹³	4 000	30 000

2., d), bb), S. 51-57 (51); Moser, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 3. Cap., §. 26., S. 752-754 (754); Fabri, Geographie fuer alle Staende, I. Theil, 2. Band, Der Baiersche Kreis, Die gefuerstete Abtei Ober=Muenster in Regensburg, S. 758; Gaspari, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 35., S. 115 und Hittl, Säkularisation Obermünster, II., 5., a), S. 55).

¹³⁰⁵ Annex, S. 61.

¹³⁰⁶ Oben, S. 568-569 (568).

¹³⁰⁷ Die in der Nähe der Reichsstadt Aachen am Ende des 10. Jahrhunderts auf königlichem Eigenboden errichtete Benediktinerabtei Burscheid hatte wohl seit ihrer Gründung die unmittelbaren Unterstellung unter den König und die volle Freiheit von Servitien innegehabt (*Die Benediktinerklöster in Nordrhein-Westfalen*, Burscheid, von H. Lepper, Geschichtlicher Überblick, S. 232). Die Vogtei – eine Schutzvogtei mit dem Blutbann – über sie und mit ihrer Herrschaft Stadt Burscheid hatte dem Besitzer des Schlosses Frankenberg zugestanden. Die Äbtissin erwarb diese im Jahre 1649 und ließ die vogteilichen Verrichtungen durch einen im Herzogtum Limburg geboren sein müssenden Statthalter ausüben. Hingegen beanspruchte die Reichsstadt Aachen als die Schutzherrin der Abtei und im Jahr 1352 auch die Meierei übertragen erhalten, die landeshoheitlichen Rechte für das abteiliche Gebiet, welche ihr jedoch von seiten der Äbtissin nicht übergeben oder zugebilligt worden waren. Die Landeshoheit war vielmehr durch ein in Sachen der Einwohner gegen die Äbtissin ergangenes Urteil des Reichskammergerichtes v. 23. März 1735 bestätigt worden und durch ein weiteres Urteil desselben v. 20. Dez. 1779 auch gegenüber der Reichsstadt Aachen geltend gemacht worden (*Quix*, Historisch=topographische Beschreibung der Stadt Burscheid, Abtissin, S. 152-154, Vogt, S. 161-164, Meier, S. 164-168, Lage, ..., S. 1-5 (5) und *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, Fabricius, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600-1794, V., a), S. 492, Ziff. 3)).

Neben dem reichsunmittelbaren abteilichen Gebiet mit Stadt Burscheid besaß die Äbtissin noch auswärtige Besitzungen insbesondere im Herzogtum Jülich, in der Grafschaft Limburg und im Erzstift Köln (*Die Benediktinerklöster in Nordrhein-Westfalen* ebd., S. 232-233 und *Zedler*, Universal Lexicon, IV. Band, Burscheid, ... ein beruehmtes Nonnen=Closter ..., Sp. 1999).

¹³⁰⁸ *Geschichtlichen Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, Fabricius, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, V., a), 3), S. 490 mit den zugehörigen Erläuterungen V., a), S. 492, Ziff. 3) und Anhang. Tabellen über die Standschaftsverhältnisse und Statistik der rheinischen Territorien, E., 15., S. 643: 856 ha = 0, 16 QM.

¹³⁰⁹ Hoff, Das Teutsche Reich, I. Theil, 2. Abtheilung, 4., 14., S. 193 und Gentner, Beschreibung der zu Lueneville abgetretenen und ertheilten Laender, I. Theil, Abteyen und Reichsstifter, Burscheid, ..., S. 355.

¹³¹⁰ Oben, S. 568-569 (568).

¹³¹¹ Das Haus Braunschweig hatte seit dem Ende des 13. Jahrhunderts die Vogtei über die Abtei inne und im 14./15. Jahrhundert über die der Abtei nicht zugehörigen Bezirke der Stadt Gandersheim die landeshoheitlichen Rechte erworben (*Germania Sacra. Goetting*, Das Stift Gandersheim, 3. Historische Übersicht, § 10., S. 103. 4. Verfassung, § 26., S. 233-234; Moser, Braunschweig=Lueneburgisches Staats=Recht, 7. Cap., §. 43., S. 258 und Mühe, Geschichte Gandersheim, Die Stadt wächst mit dem herzogl. Einfluß 1300-1514, S. 19-34). Es übte eine allgemeine Schutzherrschaft über die Abtei aus und hatte versucht, sie zu einem landsässigen Kloster zu machen. Die Äbtissinnen hatten jedoch immer auf ihrer reichsrechtlichen Stellung mit der Reichsunmittelbarkeit und Reichsstandschaft bestanden (*Germania Sacra* ebd., 3. Historische Übersicht, § 10., S. 103-117, § 11., S. 117-132, § 12., S. 132, 4. Verfassung, § 25., S. 225-229, § 26., S. 234-236 und *Goetting*, Gandersheim und das Reich, VIII., in: *Der Landkreis Gandersheim*, Band I, S. 139-140). Herzog Julius von Braunschweig-Wolfenbüttel forderte mit der Einführung der Reformation in seinem Herzogtum im Jahre 1568 auch dies für die Abtei Gandersheim, was seitens ihrer Äbtissin Magdalene (von Chlum) und den Kapitelmitgliedern im selben Jahr auch nachgegeben wurde. Der territoriale Druck wurde damit besonders stark und wandte sich die Äbtissin und ihr Kapitel an Kaiser Maximilian II. Dieser sprach in 2 an alle Reichsstände und die anderen Reichsuntertanen gerichteten Schutz- und Gebotsbrief vom 3. und 8. Aug. 1571 die Eigenschaft der Äbtissin,

Herford ¹³¹⁴ reichsunmittelbares Territorium mit Vogteigerechtsamen, ¹³¹⁵ landsässige Besitzungen ¹³¹⁶	0, 75 Abteibezirk ¹³¹⁷	1 800	20 000
--	--	-------	--------

Dechantin, Senior und Kapitels von Gandersheim, derselben zugehörigen Flecken, Dörfer, Höfe, Lehen, Eigenleute, zu Untertanen allein dem Kaiser und Reich zu- und untergeordnet und deren Freiheit und Unabhängigkeit von allen anderen Gewalten aus (*Niedersächsisches Staatsarchiv Wolfenbüttel*, Hauptabteilung Urkunden, 6 Urk: Nr. 912 Original (3. Aug.) und Nr. 913 Original (8. Aug.)). Die danach am 20. Aug. 1593 zwischen Heinrich Julius, postulierter Bischof zu Halberstadt, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg mit der Äbtissin Anna Erika (Gräfin zu Waldeck) und der Dechantin Barbara (Gräfin zu Mansfeld) getroffene Vereinbarung sicherte den weiteren Bestand der Abtei, wurde ihre Reichsunmittelbarkeit auch von dem Herzog anerkannt, welchem seinerseits bei der Besetzung der Kanonikate und Vikariate wichtige Rechte zubilligt wurden (*Niedersächsisches Staatsarchiv aaO.*, Nr. 964 Original und *Germania Sacra* ebd., 3., § 12., S. 132-133, 4., § 26., S. 236).

Obleich in der evangelisch-lutherischen Zeit im 17. und 18. Jahrhundert die herzoglich braunschweigische Regierung wiederholt versuchte, der Äbtissin und der Abtei ihre Reichsstandschaft und Reichsunmittelbarkeit zu nehmen, konnten diese sie weiterhin behaupten und bis zu Ausgang des 18. Jahrhundert behalten (*Germania Sacra* ebd., 3., § 12., S. 132-144, 4., § 25., S. 229-231, § 26., S. 236-237 und *Goetting*, Gandersheim und das Reich, VIII., in: *ebd.*, S. 140). In dem in der Stadt Gandersheim sich befindenen Stiftsbezirk – Stiftsfreiheit – besaßen die Äbtissin und das Stiftskapitel bis zu Ausgang des 18. Jahrhunderts die Gerichtsbarkeit, die Polizei, das Steuerrecht, das Baurecht und hatte der Rat der Stadt Gandersheim und der Amtmann des Herzogs von Braunschweig-Wolfenbüttel keine Rechte besessen (*Kronenberg*, Chronik Stadt Gandersheim, Die Gründungslegende, S. 8, 9: bildlich dargestellter Stiftsbezirk und *ders.*, Die Gestalt der Stadt Gandersheim, VIII., in: *BJb*, XLIII. Band, S. 97-99 (98)).

¹³¹² Die auswärtigen Besitzungen befanden sich unter fremder Landeshoheit und insbesondere der herzoglich-braunschweig-hannoverschen, der hildesheimischen, der hessischen und der schwarzburgischen (*GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Gandersheim, S. 53; *Gaspari*, Der Deputations-Recess, II. Theil, V., §. 4., B., S. 75; *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 3. Cap., §. 13., S. 743-744 (744); *Scheidt*, Anmerkungen und Zusätze zu Mosers Braunschweig=Lueneburgischem Staats=Recht, §. 60., S. 148 und *Germania Sacra. Goetting*, Das Stift Gandersheim, 6. Besitz, § 32.-§ 38., S. 252-285 (§ 37., S. 276-283)).

¹³¹³ Annex, S. 61-62.

¹³¹⁴ Oben, S. 568-569 (568).

¹³¹⁵ Die unter der Vogtei des Erzbischofs von Köln gestandene Äbtissin hatte ihre Reichsunmittelbarkeit zu Beginn des 14. Jahrhunderts wieder erlangt. Sie regierte die Stadt Herford mit seinem Rat mit, welche Stadt jedoch eine selbstständigere Stellung erwerben konnte (*Korte*, Stift und Stadt Herford vom 14.-17. Jahrhundert, Kap. I, S. 10-39 (10, 12, 14-16, 36-38), Kap. II, S. 39-54 (42, 48, 53-54) und *K. Meyer*, Herford im Jahre 1650, 1., in: 22. *Jahresbericht HVR*, S. 5). Die Abtei hatte sich nach dem Erwerb der Grafschaft Ravensberg durch das Haus Jülich im Jahre 1346 wegen ihres Schutzes an dieses gehalten. Die letzte katholische Äbtissin Anna II. 1520-1565 (Limburg) schloss bei den am Ende des 15./ Beginn des 16. Jahrhunderts, dies auch wegen des durch die Reformation bewirkten Nachlassens der Rechte des Erzbischofs von Köln um die Stadt Herford gehalten Auseinandersetzungen, welche Herzöge von Jülich diese für sich beanspruchten (*Schweder*, Theatrum Historicum Praetensionum et Controversiarum illustrium, Erster Theil, 1. Buch, 18. Cap., S. 459: Historie und *Korte* ebd., Kap. V, S. 74-82) und wegen ihrer Unzufriedenheit über die erfolgte Einführung der Reformation in der Stadt Herford, auch ihr Stift wandte unter ihrer Regentschaft zur Reformation zu (*K. Meyer*, Herford im Jahre 1650, 1., in: *ebd.*, S. 5 und *Klaproth*, Historische Nachrichten zu Hervorden: Einführung von *K. Meyer*, Zur Geschichte der Abtei Herford, in: 22. *Jahresbericht HVR*, S. 89), mit Herzog Wilhelm zu Jülich am 20. Aug. 1547 den Cessions-Vergleich (*Lünig*, Das Teutsche Reichs=Archiv, Pars Specialis, Continuation II., V. Abtheilung (Band XI), Von der Aebtißin zu Hervord, XXI., S. 846-848). Der Herzog sicherte, bei seiner und seiner Nachfolger allgemeinen Anerkennung zu Erbvärgten und Schutzherrn des Stiftes (Einleitung, S. 846), der Äbtissin, Stift, Kapitel, Geistlichen ihre Freyheiten, Privilegien, Zinsen, Renten, Lehen, Erb-Güter zu (Zum ersten, S. 846), es sollte „... niemand auff der Freyheit der Kirchen und Stiftt, das vormal mit einer Mauren umbringt gewesen, Gericht halten, dann allein die Aebtißin, ...“ (Zum ersten, S. 846), sollte der Herzog alle Geistliche vor allen unredlichen Gewalt beschützen und beschirmen, doch die Äbtissin ihre gebührende Strafe über die Geistlichen behalten (Ferner, S. 847), übernahm der Herzog für die Äbtissin die gemeine Steuer des Reiches und die Unterhaltung des Reichskammergerichtes, welche Äbtissin ihm diese über die Geistlichen und von

Stift Thorn ¹³¹⁸ reichsunmittelbares Territorium ¹³¹⁹	1 ½	3 400	56 000 ¹³²⁰
--	-----	-------	------------------------

Herford zugestand (Ferner, S. 847) und trat die Äbtissin dem Herzog ihre noch auf die Stadt Herford zustehenden Rechte ab (Folgen die Articul der weltlichen Jurisdiction, S. 847 und K. Meyer, Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte Herfords, Einleitung, S. 1).

Die die Grafschaft Ravensberg von 1609-1624 erwerbenden Markgrafen von Brandenburg (*Büsching*, Erdbeschreibung, VI. Theil, Der westphalische Kreis, Das Herzogthum Cleve, nebst ..., Das Herzogthum Cleve, §. 6., S. 37-38, Die Grafschaft Ravensberg, §. 6., S. 101) wollten als die neuen Erbvögte und Schutzherren, gegen den Widerstand der Äbtissin, nicht allein ihre Schutzherrschaft, sondern auch die landeshoheitlichen Rechte ausüben (*Schweder* ebd., S. 459-462 (S. 460-461: Gruende der Aebtißin, S. 461-462: Chur=Brandenburgische Antwort). Die Unmittelbarkeit und Reichsstandschaft der Äbtissin und des Stiftes war jedoch von ihnen wiederholt anerkannt worden (*Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 3. Cap., §. 18., S. 744-746 (745-746). Dies insbesondere in dem von König Friedrich I. von Preußen mit Äbtissin Charlotta Sophia am 5. Aug. 1705 abgeschlossenen Vergleich: „.../und erkennen diesem nach Jhro Koenigl. Majestaet in Preussen Jhre Durchl. Die Frau Abtißin und das Stifft Herford fuer einen unmittelbahren Reichs=Stand/und nachden Seine Koenigl. Majestaet keines wegs gemeynet/hochgedachter Frau Abtißin/.../und dero Stifft an dero Freyheit und wohlhergebrachten rechten und Gerechtigkeiten einiger gestalt Eintrag zufuegen zu lassen/...“ (*Lünig* ebd., Spicilegium Ecclesiasticum, 3. Theil, 7. Cap. (Band XVIII), Von Aebtißinnen, X. Von Herford, XXIX., S. 140-141 (1., S. 140). Das Verhältnis der Äbtissin zu dem von der Stadt Herford unterschiedenen und durch die Abtei, die Münsterkirche mit den zugehörnden Höfen und Häusern gebildeten und ca. 1/3 der Altstadt Herford ausmachenden abteilichen Bezirk, die Freiheit (*Storch*, Chronica Herford, S. 9-22; *Schwettmann*, Beiträge zur Geschichte der Abtei und Stadt Herford, Die kaiserliche ... Reichsabtei Herford, Vergleich zwischen der fürstlichen Abtei ... und der Stadt Herford vom 18. Juli 1643, S. 9-10, Gebäulichkeiten auf der abteilichen Freiheit, S. 14-16; *Cohausz*, Herford als Reichsstadt und papstunmittelbares Stift am Ausgang des Mittelalters, B., II., 1., in: 42. Jahresbericht HVR, S. 28-31; *Jlgen*, Zur Herforder Stadt= und Gerichtsverfassung, Die Verfassung der Alt= und Neustadt Herford, in: ZVGA, II. Band, 1. Abtheilung, I., S. 25) gestaltete sich dahin, dass die Äbtissin im grundsätzlichen darauf bestand, dass das abteiliche Territorium ein eigener Staat mit eigenen limites ist, von den Grenzen der Altstadt entfernt, von der Königlichen Jurisdiktion und Stadtbotsmäßigkeit gänzlich separiert und distinguirt, auch nicht der hiesige Stadtmagistrat das geringste als Obrigkeit darin zu sagen habe (von dem *Fürstl. Abteyl. Rath am 16. Juli 1712 an den Magistrat gerichtete Protestation und Reservation Schrift*, in: *Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv Münster*, Herford, Akten Nr. 66). Seitens des Königs von Preußen wurde darauf bestanden, dass die Immedietät sehr limitiert ist und die Äbtissin nur ein Distrikt unter gewissen Conditionen und limitierter Jurisdiktion besitzt und sie zwar die Zivil Jurisdiktion ausübe, aber keine Erwerbungen neuer Rechte habe, welche ihr nicht ausdrücklich reserviert worden sind (*Schreiben von König Friedrich Wilhelm an die Äbtissin von Herford v. 26. März 1726*, in: *Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv aaO.*, Akten Nr. 29), wobei die Äbtissinnen in den von ihnen nach ihren Wahlen dem König von Preußen als ihrem Schutzherrn ausgestellten Revers, diesem neben seiner Schutzherrlichkeit, seine anderen Jura, wohlherlangten Regalien und Befugsamkeiten, insonderheit seine Juri Territoriali et Episcopali über die im abteilichen Bezirk gelegene Münsterkirche bestätigten (*Klaproth*, Historische Nachrichten zu Hervorden, Lit. C. Revers, Einleitung, 1) (= § 1.), § 4., mit Jahr 1729, in: 22. Jahresbericht HVR, S. 109-111, 97-98 und die von *Fürstäbtissin Friederike Charlotte von Herford am 13. April 1765 König Friedrich II. von Preußen ausgesprochene Bestätigung als ihren Erb-Schutz und Schirm-Herrn*, in: *Fürstenberg*, „Ordinaria loci“ oder „Monstrum Westphaliae?, Teil IV, Anlage 8, S. 387-390). Insbesondere übte im abteilichen Bezirk die Äbtissin die Zivilgerichtsbarkeit und der König von Preußen die Kriminalgerichtsbarkeit aus und waren alle Bewohner der Abtei von den städtisch-preußischen Abgaben befreit (*K. Meyer*, Herford im Jahre 1650, 1., in: ebd., S. 4 u. 8; *Jlgen*, Zur Herforder Stadt= und Gerichtsverfassung, Die Verfassung der Alt= und Neustadt Herford, in: ebd., S. 25 und Schreiben von König Friedrich Wilhelm an die Äbtissin v. 26. März 1726, in: *Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv aaO.*, Akten Nr. 29).

¹³¹⁶ *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 3. Cap., §. 18., S. 744-746 (744-745) „Hervorden ist eine weibliche gefuerstete Abtey reformirter Religion in der Statt gleiches Namens ... Das Stifft ..., so dann besizet es verschidene Land=Gueter, doch, so vil ich finden kan, ohne die Landes=Hoheit. ...“.

¹³¹⁷ Annex, S. 60-61.

¹³¹⁸ Oben, S. S. 568-569 (568).

¹³¹⁹ Die Äbtissin besaß im 18. Jahrhundert in ihrem stiftischen Gebiet die Landeshoheit, mit insbesondere der Gerichtsbarkeit, dem von ihr und ihrem Kapitel gehaltenen Jagdregal, dem Münzregal, Militärrecht mit dem

der Besitz einer gebietlich reichsunmittelbaren Abtei zugrunde.

Die Äbtissin von Quedlinburg¹³²¹ mit:

	Fläche QM	Volkszähl	Einkünfte Gulden
Stift Quedlinburg	2 ¼	11 500	60 000 ¹³²²

unter überwiegend fremder Landeshoheit stehend¹³²³ konnte sich nicht durch eine gebietlich reichsunmittelbare Abtei ausweisen.

Besitz einer eigenen kleineren Militärmacht und der Entsendung ihres Kontingentes zur Reichsarmee (*Crassier*, Dictionnaire historique du Limbourg néerlandais, (Suite), Thorn, La Principauté de Thorn ..., p. 304, Seigneurie et justice, p. 305-306, Chasse, p. 306-307, Droit de monnayage, p. 307-309, Force armée, p. 309; *Lünig*, Das Teutsche Reichs=Archiv, Spicilegium ecclesiasticum, 3. Theil, 7. Cap. (Band XVIII), Anhang Zu Denen Aebtißinen, II. Von Thoren, I., S. 353-354 (354); *D. W. v. H.*, Coup d'oeil historique sur l'ordre bénédictin en Hollande avant le protestantisme, I. Province du Limbourg, II., in: *Revue Bénédictine*, Tome VII, N° 8.-Août, p. 376 und *Wolters*, Notice historique sur l'ancien chapitre impérial de chanoinesses à Thorn, Notice historique ..., p. 20-39 (20-21, 38)).

¹³²⁰ *Gentner*, Beschreibung der zu Lueneville abgetretenen und ertheilten Laender, I. Theil, Abteyen und Reichsstifter, Thoren, das kaiserl. freiweltliche Reichsstift ..., S. 367 und *Bundschuh*, Verlust und Gewinn am Schlusse des zehnjährigen franzoesischen RevolutionsKrieges, ..., A., I., Abteien und Stifter auf dem linken Rheinufer, 36., S. 4, in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1803, 2. Band, 4. u. 5. Stueck, III. (nach S. 118)).

¹³²¹ Oben, S. 568-569 (568).

¹³²² Annex, S. 60.

¹³²³ In der evangelischen Abtei Quedlinburg durfte vermöge des im Jahre 1574 zwischen dem Kurfürsten von Sachsen als des Schutzherrn und der Äbtissin Elisabeth geschlossenen Recess weder die Äbtissin noch eine andere Stiftsperson: Pröpstin, Dechantin, Kanonissin, ohne Vorwissen des Schutzherrn noch demselben zuwider gewählt werden. Ferner durfte keine andere Religion im stiftischen Territorium als jene im Lande des Schutzherrn geduldet werden, mussten die Kirchenordnungen nach den Gebräuchen der Kirchen des Schutzherrn revidiert und eingerichtet werden, musste der Superintendent vom Schutzherrn bestätigt werden, nahm sein im Stift ansässiger Stiftshauptmann beim Ableben einer Äbtissin im Namen seines Schutzherrn von gesamt Stift Besitz und übte das Begnadigungsrecht aus (*Fabri*, Geographie fuer alle Staende, I. Theil, 4. Band, Der Obersaechsische Kreis, Das kaiserl. ... Frauenstift Quedlinburg, §. 5., S. 770-771: Ziff. 1)-3), 5)-8), §. 3., S. 768; *Lorenz*, Quellen von Quedlinburg, I. Teil, Einleitung, 2., S. XX-XXX und *Büsching*, Erdbeschreibung, VIII. Theil, Der obersaechsische Kreis, Die Abtey Quedlinburg, S. 820-821). Kurfürst Friedrich III. von Brandenburg erwarb im Jahr 1697 von Kurfürst August von Sachsen die Schutzgerechtigkeit und die als Zugehör zur Grafschaft Hohenstein gegebene Erb-Reichsvogtei über die Abtei (*Fritsch*, Geschichte Quedlinburg, II. Theil, 2. Abtheilung, 1. Abschnitt, 33. Aebtissin, S. 47-48, Vierzehnjährige Vacanz, S. 63-65 (64-65), 34. Aebtissin, S. 93-94 (93-94: Art. 1 des Vertrages v. 6./18. Aug. 1742 zwischen König Friedrich von Preußen und der Äbtissin....) und *Zedler*, Universal Lexicon, XXX. Band, Quedlinburg, ..., ein Fuerstlich Frauenzimmer=Stift Lutherischer Religion, ..., Sp. 160-164 (161). Damit besaß er zwar nicht die Landeshoheit (*C. A. Beck*, Recht und Verfassung des Reiches, II, 4. Buch, 2. Hauptstück, § 3, S. 568), aber die ihr zugehörenden Befugnisse, neben seinen kirchlichen Aufsichtsrechten, die Ausübung des Blutbannes und der Erbgerichte, dem Besitz der Wehrhoheit, an welcher die Äbtissin überhaupt keinen Anteil mehr hatte, die Innehabung des Zollrechtes, den alleinigen Erhalt der Accise.

Die Äbtissin hatte zu Ausgang des 18. Jahrhunderts die Ausübung der Zivilgerichtsbarkeit in der Stadt Quedlinburg mit ihren Vorstädten und in dem weiteren Stiftsdorf Dittfurt inne, ohne ein eröffnete Möglichkeit zur Appellation an den Schutzherrn, das alleinige Recht zur Erteilung von Privilegien, das Jagdrecht im größeren

c) Gleichwertigkeit der Reichsstandschaften geistlicher und weltlicher Teilhabe der Curiatstimmen

Die normativen Voraussetzungen für den Erwerb des Anteiles an einer Curiatstimme waren bei ihren weltlichen und geistlichen Mitgliedern dieselben.

Der territoriale Besitz entsprach bei 36 der 38 prälatischen Stimmen¹³²⁴ einer reichsunmittelbaren Abtei.¹³²⁵ Von den 121 gräflichen Stimmen¹³²⁶ hatten nur 24 keinen gebietlich reichsunmittelbaren gräflichen Besitz.¹³²⁷

Bei der lehnsrechtlichen Vergabe ihrer Reichsstandschaften hatten die weltlichen Grafen/Freiherrn und die geistlichen Prälaten gleichermaßen die niederen Reichshofratslehen

Teil des stiftischen Gebietes, das Fischerei- und Holzungsrecht, die stiftischen Zehenden, die Innehabung der Polizeigewalt, die Leitung des Magistrats in allen Stadt- und Polizeisachen, die Ernennung und Bestätigung der Glieder des Magistrats (*Breywisch*, Quedlinburgs Säkularisation und seine erste Jahre unter der preußischen Herrschaft 1802-1806, 2. Die Zustände in Quedlinburg bis zur Säkularisation, in: *Sachsen und Anhalt*, IV. Band, S. 212; *Lorenz* ebd., Einleitung, 1., S. XV-XVI, 2., S. XXII, 90. Konkordien-Recess vom 18. Febr. 1685, zwischen Aebtissin Anna Dorothea und Kurfürst Johann Georg III. von Sachsen, S. 446-450 (§ 2 (Ziff. 2), § 5 (Ziff. 5), S. 447). Gemeinschaftliche Berechtigungen des Königs von Preußen und der Äbtissin waren die Erbhuldigung, sowohl dem Schutzherrn als auch der Äbtissin zu leisten, die Kriegslasten, die außerordentlichen feindlichen Kontributionen und dergleichen, sowohl von dem Schutzherrn als von der Abtei gemeinschaftlich auszuschreiben, einzuteilen und beizutreiben (*Fabri* ebd., S. 770-771: Ziff. 4) u. 5) und *Lorenz* ebd., Einleitung, 2., S. XIX u. XX, 90. Konkordien-Recess vom 18. Febr. 1685, ..., § 1 (Ziff. 1), S. 447).

Die landeshoheitlichen Rechte wurden von dem König von Preußen und der Äbtissin geteilt ausgeübt, hierbei ein inhaltliches Überwiegen bei dem königlichen Schutzherrn gegeben war (*Fabri* ebd., §. 4., S. 769, §. 5., S. 769-770; *Hoff*, Das Teutsche Reich, II. Theil, 2. Abtheilung, 2. Abschnitt, II., 2., IV., 7. Abtei Quedlinburg, S. 158 und *Breywisch*, Quedlinburgs Säkularisation ... 1802-1806, in: *ebd.*, S. 222-224, 221 mit Fußn. 26): wörtliche Wiedergabe des nach dem erfolgten Übergang des Stiftes an den König Friedrich Wilhelm III. von Preußen am 19. Aug. 1802 von seinem ansässigen Hauptmann erlassenen Instruktion, in welchem insbesondere unter Ziff. 1. darauf hingewiesen wird, daß die Reichs- und Kreisstandschaft der Abtei Quedlinburg sofort aufhören und „... es tritt die Landeshoheit und Souveränität Sr. Kgl. Majestät über das Stift und die Stadt nebst Zubehör in völliger Kraft und in ihrem ganzen Umfange ein, ...“ (S. 221, Fußn. 26)).

¹³²⁴ Schwäbisches Prälatenkollegium: 23 (oben, S. 558), Rheinisches Prälatenkollegium: 15 (oben, S. 568).

¹³²⁵ Schwäbisches Prälatenkollegium: 22 Stimmen mit reichsunmittelbaren Abteien (oben, S. 558-567), Stift Urspring: keine (oben, S. 568),

Rheinisches Prälatenkollegium: 14 Stimmen mit reichsunmittelbaren Abteien (oben, S. 568-578), Stift Quedlinburg: keine (oben, S. 578-579).

¹³²⁶ Wetterauesches Grafenkollegium: 30 (oben, S. 533-534), Schwäbisches Grafenkollegium: 32 (oben, S. 539-540), Fränkisches Grafenkollegium: 26 (oben, S. 545-546), Westfälisches Grafenkollegium: 33 (oben, S. 551-552).

¹³²⁷ Wetterauesches Grafenkollegium: 26 mit reichsunmittelbaren gräflichen Besitz (oben, S. 534-538), 4: keinen (oben, S. 538-539),

Schwäbisches Grafenkollegium: 24 mit reichsunmittelbaren gräflichen Besitz (oben, S. 540-544), 8: keinen (oben, S. 544-545),

Fränkisches Grafenkollegium: 17 mit reichsunmittelbaren gräflichen Besitz (oben, S. 546-549), 9: keinen (oben, S. 549-551),

Westfälisches Grafenkollegium: 30 mit reichsunmittelbaren gräflichen Besitz (oben, S. 552-557), 3: keinen (oben, S. 557-558).

oder landsässige Lehen erhalten,¹³²⁸ bei den Grafen und Freiherren waren auch auch Reichsafterlehen gegeben worden.¹³²⁹

Die mit den prälatischen und gräflichen Reichsstandschaften verbundenen Befugnisse vermittelten ihren geistlichen wie auch ihren weltlichen Mitgliedern einen Stimmanteil an den 6 Curiatstimmen.

Die Reichsstandschaften der Teilhabe der geistlich-prälatischen Curiatstimmen waren demnach gegenüber den Reichsstandschaften der Teilhabe der weltlich-gräflichen Curiatstimmen jedenfalls gleichwertig.

5. Ergebnis: Gleichwertigkeit der Reichsstandschaften der geistlichen und der weltlichen Staaten

Die Reichsstandschaften der Reichsfürsten mit Virilstimmen¹³³⁰ und der Teilhabe von Curiatstimmen besitzenden Reichsständen¹³³¹ waren bei den geistlichen und den weltlichen Mitgliedern jedenfalls gleichwertig.

Bei den Kurfürsten waren die Reichsstandschaften ihrer geistlichen und weltlichen Mitglieder gleichwertig.¹³³²

In Übereinstimmung mit der Literaturansicht¹³³³ ist die Gleichwertigkeit der Reichsstandschaften der geistlichen Staaten und der weltlichen Staaten¹³³⁴ zu bejahen.

¹³²⁸ Unten, S. 597-599.

¹³²⁹ Unten, S. 598.

¹³³⁰ Oben, S. 515-517.

¹³³¹ Oben, S. 579-580.

¹³³² Oben, S. 530.

¹³³³ Oben, S. 456-457.

¹³³⁴ Die Reichsstädte besaßen vermöge ihrer im Reichsstädterat auf der Rheinischen Städtebank (14) und auf der Schwäbischen Städtebank (37) gehaltenen Stimmrechte gleichfalls die Reichsstandschaft. Ihre Reichsstandschaft unterschied sich hinsichtlich ihrer Mitwirkung bei den Reichsangelegenheiten, dass bei dem auch im 18. Jahrhundert im Wege der Re- und Correlation erforderlichen Einvernehmen der 3 Reichstagskollegien, sich zuerst die beiden höheren Reichstagskollegien: Kurfürstenrat und Reichsfürstenrat hatten einigen müssen, ehe man sich dem Reichsstädterat zuwandte. Bei ihrem Nichteinvernehmen wurde die Angelegenheit abgebrochen (*Leist*, Lehrbuch teutschen Staatsrechts, 1. Aufl., B), 1. Buch, 2. Theil, 2. Abschnitt, II., §. 68., S. 205-208 (206-208) und *Pütter*, Institutiones Ivris Pvblici, Lib. IV., Cap. III, §. 157., p. 169-170). Hinsichtlich ihres allgemeinen Status unterschied sich ihre Reichsstandschaft von jener der Kurfürsten, Reichsfürsten und der Prälaten, Grafen, Freiherren, dass sie das Stimmrecht einer republikanischen Gemeinschaft und nicht von persönlichen Reichsständen war. Die Reichsstandschaft der Städte bildeten demnach eine in sich von den Reichsstandschaften der Kurfürsten, der Reichsfürsten und der Grafen, Freiherren, Prälaten unterschiedene und abgegrenzte. Da es bei den Reichsstädten nur weltliche Mitglieder und keine geistliche gab, ist ihre Reichsstandschaft bei der Gegenüberstellung der Reichsstandschaften von den geistlichen und weltlichen Staaten nicht zu berücksichtigen.

VII

Die Gleichwertigkeit des gebietlich-territorialen Besitzes

1. Überwiegender Allodbesitz der geistlichen Staaten

Der gebietlich-territoriale Besitz¹³³⁵ der geistlichen Staaten wurde als ein überwiegend allodialer Besitz angesehen.

Begründet wurde dies damit, dass er sich hauptsächlich aus den zahlreichen Schenkungen an die geistlichen Würdenträger¹³³⁶ zusammensetzte, und dass diese Schenkungen nicht in die lehnsrechtlichen Beziehungen zu Kaiser und Reich miteinbezogen wurden.

Moser, Neues deutsches Staatsrecht:

„Bey denen geistlichen Chur= und Fuersten hingegen bestehen die Reichslehen nicht in denen Stiffts=Landen selbst, sondern nur in der Weltlichkeit, oder denen Regalien, oder der Landeshoheit, darueber. Dises ist aber nur von denen eigentlichen und alten Stiffts=Guetern zu verstehen: Dann es kan auch ein geistlicher Churfuerst oder Fuerst, Namens seines Erz= oder Hoch=Stiffts, Land und Leute von dem Kayser und Reich zu Lehen tragen. Chur= M a y n z empfängt also von dem Kayser und Reich zu Lehen seinen Antheil an der Grafschafft K o e n i g s t e i n und C r o n b e r g. ...“¹³³⁷

Held, Reichspraelatisches Staatsrecht, hinsichtlich den reichsprälatischen Staaten:

„Die gemeinen Reichspaelaten haben meistentheils lange Zeit keine Lehen vom Kaiser und Reiche empfangen: und sind noch heut zu Tage die Gebieth der Reichsgottshaeuser, wenige ausgenommen, keine Reichslehen, sondern eigenthuemliche Herrschaften.“¹³³⁸

Buri, Ausfuehrliche Erlaeuterung des in Deutschland ueblichen Lehenrechts:

„... Die secularisirten Gueter also, welche vorher a l l o d i a gewesen, welches die mehresten sind, weil die geistlichen Gueter insgemein aus geschenkten a l l o d i s zusammen gebracht sind, behalten solche Natur in Absicht des Reichs auch noch nach geschehener s e c u l a r i s a t i o n. ...“¹³³⁹

¹³³⁵ *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band XIII, 1. Buch, 10. Cap., S. 120-128 „Von lehenbaren und eigenthumlichen Landen und Gebiethen.“ (S. 120).

¹³³⁶ Oben, S. 368, 371, 373-374, unten, S. 581-584.

¹³³⁷ Band IX, 1. Buch, 6. Cap., §. 2., S. 162.

¹³³⁸ I. Theil, 4. Cap., §. II., XXXIX., S. 492.

¹³³⁹ I. Abtheilung, Caput II., §. 4., VII., 4., 2.), S. 427.

Sartori, Geistliches und Weltliches Staatsrecht der Reichsstifter:

„Die Sachen so die Reichsstifter zu Lehen erhalten, sind, Regalien, Wuerden, und Weltlichkeit, weil bey den geistlichen Chur= und Fuersten die Reichslehen nicht in den Stiftslanden und Leuten, sondern nur in der Weltlichkeit, Regalien, und Landeshoheit darueber bestehen.“¹³⁴⁰

Zoepfl, Alterthümer des deutschen Reichs und Rechts:

„I) Erster Zeitraum. Die ersten Landerwerbungen der Hochstifter von der Einführung des Christenthums in Deutschland an, bis zum Ausgange des IX. Jahrhunderts.⁽¹³⁴¹⁾ ... Uebrigens waren alle Schenkungen an liegenden Gütern (traditiones), welche den Kirchen in diesem Zeitraume gemacht worden, o h n e A u s n a h m e a l l o d i a l. (in proprium, sive potestative, libere, hereditarie possidentia’).16)...“¹³⁴²

„2) Zweiter Zeitraum. Die Landerwerbungen der Hochstifter vom Ausgange des IX. bis zum Ausgange des XIV. Jahrhunderts.⁽¹³⁴³⁾ ... b) Die Fortbildung in dem XII. und XIII. Jahrhundert.⁽¹³⁴⁴⁾ ... Es ist übrigens für diesen Zeitraum höchst charakteristisch, dass auch in ihm wie in dem vorigen Zeitraume, bis zum Ausgange des XIII. Jahrhunderts unter den zahllosen königlichen oder kaiserlichen Urkunden keine einzige gefunden wird, in welcher Güter (curtes, villae u. dergl.) oder deren Renten (Census und andere Rusticalien) an ein Hochstift oder an eine andere Kirche als L e h e n verliehen worden wäre. ...“¹³⁴⁵

¹³⁴⁰ II. Band, 1. Theil, 2. Abschnitt, 38. Cap., §. 1074., S. 1003.

Die von ihm in §. 1081., S. 1011 „Die Scheidung des Reichslehn vom Eigenthum kann bey den geistlichen Reichsstiftern sich nicht passive, aber wohl active ergeben, weil die ganze Guetermasse eines geistlichen Chur= oder Fuerstenthums Reichslehn ist.“ und 1. Abschnitt, 24. Cap., §. 689., S. 471 „Da die Lande der catholisch=geistlichen Reichstaende insgesamt Reichslehen sind, ...“ bejahte gesamte Gütermasse als Reichslehen bezog sich auf die Erscheinung der geistlichen Staaten in ihrer Gesamtheit.

¹³⁴¹ II. Band, I., I., §. 2., S. 6.

¹³⁴² II. Band, I., I., §. 2., S. 10-11, nachfolgender Text „... Es ist weder in Frankreich, noch in Italien, noch in Deutschland, noch in England eine Urkunde aus diesem mündungsstörung Zeitraume aufzufinden gewesen, nach welcher ein Grundstück einer K i r c h e von Königen oder Kaisern oder anderen hohen weltlichen Herren oder Privatpersonen als ein L e h e n oder in der Rechtssprache der damaligen Zeit als ein b e n e f i c i u m oder als eine p r e c a r i a oder p r e s t a r i a verliehen worden wäre.¹⁷⁾ Sogar in den Fällen, wo die Kaiser einer Kirche Güter zuwiesen, welche bisher ein w e l t l i c h e r H e r r von ihnen als b e n e f i c i u m gehabt hatte, geschah die Uebertragung an die Kirche stets und ausdrücklich als f r e i e s E i g e n.¹⁸⁾ ...“ (S. 11).

Ders., Grundsätze des gemeinen deutschen Staatsrechts, I. Theil, 7. Abschnitt, §. 103., X., S. 245 „... Aber auch bei den a l l o d i a l e n Territorien war eine kaiserliche Verleihung der Regierungsrechte (*regalia*) oder eine Bestätigung derselben in der F o r m eine Belehnung (Investitur) nothwendig²⁶⁾. Der allodiale Charakter des Landes, d. h. der G r u n d h e r r s c h a f t in demselben, wo sie dem Landesherrn an seinem ganzen Herrschaftsgebiete oder in Theilen desselben, wie z. B. an seinen Domänen, oder den Hochkirchen an ihren Gütern und Herrschaften regelmäßig zustand, wurde dadurch, dass die Landeshoheit darüber reichslehnsbar war, in keiner Weise verändert²⁷⁾. ...“.

¹³⁴³ II. Band, I., I., §. 3., S. 11.

¹³⁴⁴ II. Band, I., I., §. 4., S. 17.

¹³⁴⁵ II. Band, I., I., §. 4., S. 26, nachfolgender Text „... Wo daher ein Bischof nicht eigentliche p o l i t i s c h e Territorien oder A m t s b e z i r k e, wie Grafschaft oder Herzogthum erworben hatte, war das A r e a l der

Ebner, Das Freie Eigen:

„... Die Übertragung von Königsgut an die Kirche konnte zu Lehen oder zu Eigen erfolgen. Vermutlich überwog seit dem 9. Jahrhundert die Vergabung zu Eigen,⁽¹³⁴⁶⁾ ... Schon zu Anfang des 10. Jahrhunderts scheint sich der Grundsatz durchgesetzt zu haben, der später während des Investiturstreites und besonders seit 1122 für das Kirchengut aus königlicher Schenkung allgemeine Gültigkeit erlangte, daß der Kirche nur Eigen übergeben werden bzw. Besitz von der Kirche nur als volles Eigen beansprucht werden sollte^{54 (1347)} ... Die Allodialität des Kirchengutes blieb stets gewahrt. ...“¹³⁴⁸

und *Schönberg*, Das Recht der Reichslehen im 18. Jahrhundert:

„... Der Grund dafür, daß die alten Stiftslande als allodial bezeichnet werden, ist die Erkenntnis, daß es sich dabei um das alte Eigenkirchengut handelt. Der Rechtscharakter dieser Gebiete kann sich folglich nur geändert haben, wenn die geistlichen Territorialherren diese Gebiete Kaiser und Reich zu Lehen aufgetragen hätten. Das aber ist nach Ansicht des 18. Jahrhunderts nicht der Fall. Wenn demnach die alten Stiftslande Allode sind, so können die geistlichen Fürsten daneben doch Reichslehen besitzen, sei es, weil sie schon seit dem Mittelalter nicht zum Eigengut gehören, sei es, daß sie später als Reichslehen hinzugekommen sind⁴³. ...“¹³⁴⁹

Von jenen Autoren, welche nicht zwischen dem gebietlichen Besitz und den Regalien unterschieden, wurde hingegen eine einheitliche lehnsrechtliche Verbindung der geistlichen Staaten mit einem beim Reich gelegenen Obereigentum bejaht.

Ficker, Über das Eigenthum des Reichs am Reichskirchengute:

„... Wurde, ..., seit dem Investiturstreite das Reichskirchengut mehr und mehr dem sonstigen Reichslehengute gleichgestellt, die Beziehungen der geistlichen Fürsten zum Reichsoberhaupte nach den allgemeinen Satzungen des Lehenrechtes beurtheilt, ... Formell aber ist weder durch das Wormer Konkordat, noch durch die spätere Entwicklung an der rechtlichen Natur des Reichskirchengutes irgend etwas geändert. Je bestimmter jetzt die Formen des Lehenrechtes angewandt werden, um so weniger kann das Eigenthum des Reichs einem Zweifel unterliegen. Und zwar am gesammten weltlichen Gute der Reichskirchen, ...“¹³⁵⁰

Besitzungen seines Hochstiftes, oder dessen g r u n d h e r r l i c h e s Territorium durchaus a l l o d i a l und nur die R e g a l i a des Bischofs, die er nur kraft besonderer kaiserlicher Verleihung auf demselben ausüben konnte, waren r e i c h s l e h n b a r. Erst in dem XIV. Jahrhundert finden sich einzelne Fälle, in welchen von einem Bischof ein oder das andere Besitzthum für sein Hochstift mit der Eigenschaft eines R e i c h s l e h e n s erworben wurde. ...“ (S. 26).

¹³⁴⁶ Kirchliches Eigen, S. 44.

¹³⁴⁷ Kirchliches Eigen, S. 45.

¹³⁴⁸ Kirchliches Eigen, S. 58.

¹³⁴⁹ 3. Abschnitt, B. II. 2. a) bb), S. 96.

¹³⁵⁰ V. 62., S. 162.

und *Thomasius-Pagendarm* (Präs. *Christian Thomasius*), *De bonorum secularisatorum natura*, nach welchem es zwar einzelne Allodialkirchen gegeben habe, die Erz- und Bistümer, Abteien und Prälaturen aber als Lehen vergeben worden seien, ohne hierbei auf den Unterschied zwischen Regalien und dem Land einzugehen:

„His ita fundamenti loco positis, jam ad ipsam quaestionem aggredimur. *Utrum videlicet bona secularisata sint feudalia an allodialia?* Respondemus cum Mauritio, bona secularisata esse utriusque generis. Illi enim quibus jus secularisandi competit ea aliis in usum secularem concesserunt vel jure allodiali vel feudali. Jure allodiali multa monasteria aliaque bona ecclesiastica laicis utenda fruenda data, vendita, ministris & bene meritis donata, militibus pro stipendiis assignata & variis modis alienata fuerunt. Jure feudali, cum Archi vel Episcopatus, Abbacia, Praelatura &c, sublata denominatione ecclesiastica aliis in feudum sub dignitatis secularis titulo concessa fuit.(k)“¹³⁵¹

Das im Fränkischen Reich¹³⁵² und von den römisch-deutschen Kaiser¹³⁵³ praktizierte germanisch-königliche Eigenkirchenwesen brachte insbesondere die zahlreichen und großen Schenkungen an die Kirche mit sich.

Nicht auf der Kirchenschutzpflicht¹³⁵⁴ des Königs, sondern auf dem zwischen dem König und der Kirche bestehenden Sonderrechtsverhältnis der Königsmunt fußend, war das Eigenkirchenwesen durch eine doppelte Herrschaft des Königs, ein Eigentumsrecht an der Kirche mit ihren Pertinenzen und eine Macht über die Kleriker und die Hintersassen gekennzeichnet gewesen.¹³⁵⁵ Das Eigentumsrecht der Kirche wurde ihrem Heiligen übertragen, womit der dem germanischen Rechtsdenken nicht ohne weiteres zugängliche Gedanke einer Anstaltspersönlichkeit in der zuerst ganz realen Person der Heiligen an Bedeutung gewinnt. Mit der Fortentwicklung dieses kirchlichen Anstaltsgedankens verblasste das Eigentumsrecht des Königs und stiegen seine Herrschaftsrechte.¹³⁵⁶

Für die Folgezeit hatte im Investiturstreit die Aufspaltung¹³⁵⁷ der Einsetzung der Reichsbischöfe und Reichsäbte in ihr geistliches Amt und in ihre weltlichen Regalien durch

¹³⁵¹ §. XVI., p. 27-28.

¹³⁵² *HRG*, II. Band, Kirchengut, von *H. J. Becker*, Sp. 753-761 (755) „Umfangreiche Schenkungen durch Königtum und Adel bewirkten, daß die Kirche – insbesondere im Frankenreich – außerordentlich großen Grundbesitz erlangte. ... Für das ausgehende 7. Jh. hat man den gesamten kirchlichen Immobilienbesitz auf etwa ein Drittel des Staatsgebiets geschätzt.“

¹³⁵³ *Läwen*, Stammesherzog und Stammesherzogtum, 5. Kap., S. 79 „... Ein Mittel der königlichen Politik seit Otto I. war es gewesen, der bischöflichen Stellung eine materielle Unterlage zu schaffen. Die königlichen Verleihungen machen die Kirche zum reichsten Grundbesitzer im Reiche. ...“.

¹³⁵⁴ Beruhend in der allgemeinen volksrechtlichen Grundlage.

¹³⁵⁵ Bei dinglicher Abhängigkeit von einem Grundherrn zugehörig zum Stand der Freien oder der Halfreien.

¹³⁵⁶ *Waas*, Herrschaft und Staat im deutschen Frühmittelalter, 5. Kap., § 1., S. 290-292.

¹³⁵⁷ Bis dahin die einheitliche und allein vom Kaiser vorgenommene Einsetzung der Reichsbischöfe und Reichsäbte in ihr geistliches Amt und in den weltlichen Regalien.

Papst und Kaiser¹³⁵⁸ eine weitere Zurückdrängung des königlichen Eigenkirchenwesens bewirkt,¹³⁵⁹ womit der gebietlich-territoriale Besitz im Eigentum der örtlichen geistlichen Communitäten und nicht beim Reich mit einem von diesem gehaltenen lehnsrechtlichen Obereigentum stand.¹³⁶⁰

In Übereinstimmung mit den von *Moser* zu den 18 Erz- Hoch- und Stifter Mainz,¹³⁶¹ Trier,¹³⁶² Köln,¹³⁶³ Salzburg,¹³⁶⁴ Bamberg,¹³⁶⁵ Würzburg,¹³⁶⁶ Konstanz,¹³⁶⁷ Augsburg,¹³⁶⁸ Hildesheim,¹³⁶⁹ Worms,¹³⁷⁰ Freysingen,¹³⁷¹ Passau,¹³⁷² Berchtesgaden,¹³⁷³ Brixen,¹³⁷⁴ Trient,¹³⁷⁵ Corvey,¹³⁷⁶ Ellwangen,¹³⁷⁷ Lübeck,¹³⁷⁸ Weissenburg,¹³⁷⁹ Stablo,¹³⁸⁰ und zu den 12

¹³⁵⁸ Oben, S. 388.

¹³⁵⁹ *Stutz*, Die Eigenkirche als Element des mittelalterlich=germanischen Kirchenrechtes, S. 32-42.

¹³⁶⁰ *Schnaubert*, Ueber Moser's Vorschlaege zur Verbesserung der geistlichen Staaten, Virter Vorschlag, Fußn. a), S. 163-164 (164) „... Insbesondere ist ein Obereigentum der ganzen Kirche an den, einzelnen geistlichen Korporibus zustehenden, Guetern weder aus der Natur der Sache, noch aus den Stiftungs= und Schenkungsurkunden, noch aus den Kirchengesetzen erweißlich. Die Subordination gegen die Kirchengewalt bringt dies nicht mit sich. Zwischen Eigentum und Imperium ist ein wesentlicher Unterschied. Die Urkunden lauten auf die besondere Kirche, z. B. Abt und Konvent &, auf den Heiligen, zu dessen Gedächtniß die Kirche gestiftet, auf Gott u. dergl. Kirchengesetze, worinn dis enthalten, sind nicht vorhanden. ...“.

¹³⁶¹ Churfuerstlich=Maynzische Staats=Recht, 13. Cap., §. 1., S. 277-278 und Neues teutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 2. Cap., §. 2., S. 36.

¹³⁶² Neues teutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 2. Cap., §. 3., S. 36-37.

¹³⁶³ Neues teutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 2. Cap., §. 4., S. 37.

¹³⁶⁴ Neues teutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 2. Cap., §. 21., S. 56.

¹³⁶⁵ Teutsches Staats-Recht, III. Theil, 2. Buch, 36. Cap., §. 8., S. 453.

¹³⁶⁶ Neues teutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 2. Cap., §. 27., S. 57.

¹³⁶⁷ Neues teutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 2. Cap., §. 15., S. 54 und Staats=Recht des Fuerstlichen Hoch=Stiffts Costanz, Wie auch der Fuerstlichen Abbtay Reichenau, 12. Cap., §. 1., S. 138-139.

¹³⁶⁸ Staats=Recht des Fuerstlichen Hoch=Stiffts Augspurg, 12. Cap., §. 1., S. 96 und Neues teutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 2. Cap., §. 45., Augsburg (zu) Bischoff, (zu) Domstift, S. 67.

¹³⁶⁹ Neues teutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 2. Cap., §. 18., S. 54-55.

¹³⁷⁰ Neues teutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 2. Cap., §. 26., S. 57.

¹³⁷¹ Neues teutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 2. Cap., §. 17., S. 54.

¹³⁷² Neues teutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 2. Cap., §. 20., S. 55-56.

¹³⁷³ Neues teutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 2. Cap., §. 12., S. 54.

¹³⁷⁴ Neues teutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 2. Cap., §. 13., S. 54.

¹³⁷⁵ Neues teutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 2. Cap., §. 25., S. 57.

¹³⁷⁶ Neues teutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 2. Cap., §. 14., S. 54.

¹³⁷⁷ Neues teutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 2. Cap., §. 16., S. 54.

¹³⁷⁸ Neues teutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 2. Cap., §. 19 b., S. 55.

¹³⁷⁹ Neues teutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 2. Cap., §. 22., 2., S. 56.

Stifter Weingarten,¹³⁸¹ Ochsenhausen,¹³⁸² Ottobeuren,¹³⁸³ Rotenmünster,¹³⁸⁴ Schussenried,¹³⁸⁵ Neresheim,¹³⁸⁶ Niedermünster,¹³⁸⁷ Obermünster,¹³⁸⁸ St. Emmeran,¹³⁸⁹ Buchau,¹³⁹⁰ Marchtal¹³⁹¹ und Essen,¹³⁹² gemachten Einzelangaben,¹³⁹³ ist der gebietlich-territoriale Besitz der geistlichen Staaten überwiegend als Allod anzusehen.

Die gebietliche Reichslehnbarkeit war hingegen insbesondere bei den beiden Hochstiftern Basel, Speyer¹³⁹⁴ und bei den dem Rheinischen Prälatenkollegium zugehörenden 4 Stiftern Werden, St. Corneli-Münster, Gandersheim, Quedlinburg¹³⁹⁵ gegeben.

¹³⁸⁰ Neues deutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 2. Cap., §. 23., S. 56.

¹³⁸¹ Neues deutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 2. Cap., §. 45., Weingarten, S. 84 (Blutbann zu Blumenegg, Gut Brechenzell).

¹³⁸² Neues deutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 2. Cap., §. 78., S. 115-116.

¹³⁸³ Neues deutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 2. Cap., §. 79. a., S. 116.

¹³⁸⁴ Neues deutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 2. Cap., §. 80., S. 116-117, §. 45., Rottenmuenster, S. 80.

¹³⁸⁵ Neues deutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 2. Cap., §. 45., Schussenried, S. 81.

¹³⁸⁶ Neues deutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 2. Cap., §. 75., S. 113-115.

¹³⁸⁷ Neues deutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 2. Cap., §. 76., S. 115, §. 45., Nidermuenster, S. 75.

¹³⁸⁸ Neues deutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 2. Cap., §. 77., S. 115.

¹³⁸⁹ Neues deutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 2. Cap., §. 45., Sanct Emeran, S. 80.

¹³⁹⁰ Neues deutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 2. Cap., §. 45., Buchau, S. 68.

¹³⁹¹ Neues deutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 2. Cap., §. 45., Marchthal, S. 75.

¹³⁹² Neues deutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 2. Cap., §. 72., S. 112, §. 45., Essen, S. 69.

¹³⁹³ Zu dem größtenteils allodialen gebietlich-territorialen Besitz der schwäbischen Reichsstifter *Held*, Reichspraelatisches Staatsrecht, II. Theil, 1. Kap., §. I., XVI., S. 12 „Von den schwaebischen Reichspraelaturen sind zwar wenige oder keine, die nicht den Blutbann, Forst, oder andere Regalien vom Reiche, oder Staenden des Reiches zu Lehen tragen. (P. I. Cap. IV. n. XXXXIX) Doch sind ihre Gebiethe, groeßtentheils eigenthumliche Herschaften. Das Reichsgottshaus Jrsee hat nicht nur den Blutbann, und die zwey Gerichte zu Schlingen und Maurstetten, sondern auch die Gerichtszwing und Baenne zu Pforzen, und mehr andere einzelne Stuecke vom Kaiser und Reiche zu Lehen (ibidem) (a). Dessen ungeachtet aber ist die Abtey selbst ein Allodial. Die Reichspraelatur Neresheim erkennt den Blutbann, die Regalien, und alles, was sie von Oettingen Wallerstein durch Tausch erhalten hat, fuer ein Reichslehen (b: was sie aber schon zubor gehabt, ist und bleibt ein Eigenthum.“.

¹³⁹⁴ Bei den beiden Hochstiftern Basel und Speyer werden neben den Regalien und Weltlichkeiten auch Land und Leute als Lehnobjekte angegeben (*Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 2. Cap., §. 11. Basel, S. 53-54 (Land und Leute), §. 22., 1. Speyer, S. 56 (Land und Leute)).

¹³⁹⁵ *Held*, Reichspraelatisches Staatsrecht, II. Theil, 1. Kap., §. I., XVII., S. 12-13 mit XVI., S. 12: von den rheinischen Reichsprälaturen waren die vier Werden, St. Corneli-Münster, Gandersheim und Quedlinburg gebietliche Reichslehen und unten, S. 599.

2. Überwiegender Lehnsbesitz der erblich-weltlichen Staaten

Der gebietlich-territoriale Besitz der erblich-weltlichen Staaten war entsprechend der Natur des Reiches als eines Lehnsreiches¹³⁹⁶ nahezu vollständig in die lehnsrechtlichen Beziehungen einbezogen worden.¹³⁹⁷

Zu Ausgang des 18. Jahrhunderts waren von den reichsständischen erblich-weltlichen Staaten allein die vier Grafschaften Sternstein, Hohenzollern, Solms-Laubach, Öttingen und das Fürstentum Liechtenstein gebietlich allodiale Territorien.¹³⁹⁸

3. Die Gleichwertigkeit des reichsständischen weltlichen und geistlichen Allodbesitzes¹³⁹⁹

Das Gemeine Recht kannte einen individuellen einheitlichen Eigentumsbegriff,¹⁴⁰⁰ mit umfassender und alleiniger Zuordnung und Gebrauch.¹⁴⁰¹

¹³⁹⁶ *Schönberg*, Das Recht der Reichslehen im 18. Jahrhundert, 4. Abschnitt, A., V., 5., S. 202 „Zu Recht wird das Reich bis zu seinem Erlöschen als Lehnreich bezeichnet¹⁴⁰. Denn mit den Territorien und der Landeshoheit als Lehnobjekten bestimmen die Reichslehen das Bild der Reichsverfassung. Die sogenannten reichsallodialen Lande stellen seltene Ausnahmen dar, und überdies ist – von den Reichsstädten einmal abgesehen – die Landeshoheit in den Alloden regelmäßig Lehnobjekt. Die Rechtsbeziehungen zwischen Territorien und Reich, Landeshoheit und Reichsgewalt, Kaiser und Reich stellen sich somit in den Formen öffentlich-rechtlicher Lehensbeziehungen dar. ...“.

¹³⁹⁷ Dem Reich stand an den Reichslehen das *dominum directum* zu. Als Lehensherr konnte aber das Reich die dem Lehnsherrn aus den lehnsrechtlichen Beziehungen gegenüber den Vasallen – *dominum utile* – obliegenden personenorientierten Rechte und Verpflichtungen nicht erfüllen. Anstelle und für das Reich war der Kaiser der *prodominus*, ihm standen die aus dem *dominum directum* sich ergebenden Rechte und Verpflichtungen zu. Der Kaiser besaß diese aus eigenem Namen und aus eigenem Recht, er war hierbei an Gesetz, Herkommen und bisherige Lehensverträge gebunden. Dem Kaiser wurde der Eid geschworen, dem Kaiser und Reich getreu und gehorsam zu sein und er stand an der Spitze der Lehensverfassung (*Schönberg*, Das Recht der Reichslehen im 18. Jahrhundert, 3. Abschnitt, C., I., 1., a), S. 110-112, 4. Abschnitt, A., V., 5., S. 202, a) und b), S. 202-204).

¹³⁹⁸ *Weber*, Handbuch des in Deutschland ueblichen Lehenrechts, II. Theil, § 41., S. 40; *C. A. Beck*, Recht und Verfassung des Reiches, III, 2. Kap., § 1, S. 618 und *Schönberg*, Das Recht der Reichslehen im 18. Jahrhundert, 3. Abschnitt, A., I., 3., d), S. 82 mit Fußn. 77: nicht reichsständische Allode: Grafschaften Hungen, Saarwerden, Wartenberg, Pinneberg, Fürstentum Homburg.

Gefürsteten Grafschaft Sternstein (oben, S. 492),

gefürstete Grafschaft Hohenzollern, ihre Bezeichnung in der Urkunde über die Fürstenerhebung vom 28. März 1621 (Kaiser Ferdinand II.) als „... ganntz frey-aigenthumbliche, unmittele- und unlehenbare Reichsgrafschaft Zollern ...“ (*Staatsarchiv Sigmaringen*, FAS HH 1-50 T 6, U 320),

Fürstentum Liechtenstein (oben, S. 494).

Der Graf von Wartenberg war bei einer vorhergehenden Zugehörigkeit zum Wetterauischen Grafenkollegium aus diesem ausgeschlossen worden (*Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 4. Cap., §. 186., S. 891-892).

¹³⁹⁹ Nach der überwiegenden Ansicht war das Eigentum des Landesherrn an den nicht im Eigentum seiner Untertanen sich befindenen anderen Güter seines Territoriums gegeben (*Buri*, Abhandlung von der Regalitaet derer Jagten in Teutschland, 3. Grund, S. 8-9; *Schnaubert*, Anfangsgrunde des Staatsrechts der gesammten Reichslande, 3. Buch, 5. Hauptstueck, S. 110-120 (§. 165. u. §. 166., S. 110-111) und *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band II, 5. Buch, 1. Cap., S. 1-27 (§. 108., S. 8-9 u. §. 190., S. 10-11)).

Die in den weltlichen Staaten von den Dynastien und Landständen gehabten gebietlichen Befugnisse¹⁴⁰² mit dem ihren Dynastien zugestandenem Recht zur Bestimmung der Person des

¹⁴⁰⁰ Obwohl mit dem Eigentum auch zu Ausgang des 18. Jahrhunderts noch Herrschaftsbefugnisse mitverbunden waren, wurde zwischen Eigentum und Imperium unterschieden.

Schnaubert, Ueber Moser's Vorschlaege zur Verbesserung der geistlichen Staaten, Vierter Vorschlag, Fußn. a), S. 163-164 (164) „... Die Subordination gegen die Kirchengewalt bringt dies nicht mit sich. Zwischen Eigenthum und Imperium ist ein wesentlicher Unterschied. ...“

Rave, Betrachtung ueber den Unterschied der Oberherrschaft und des Eigenthums, S. 19-20: Oberherrschaft ist Regierung über Land und Leute, S. 20: Eigentum ist mit dem Menschen untrennlich verknüpft. „... Die Oberherrschaft ist ein weit edlers und Bedeutungs vollers Recht als das Eigenthum, ...“ (S. 24), „... Die Absicht des Eigenthums enthaelt nur einen einseitigen Vortheil, von dem die Gegenstaende desselben nichts wissen und nichts fuehlen, die Absicht der Oberherrschaft vereiniget allgemeine Vortheile, die in den Gegenstaenden desselben Gedanken und Empfindungen erregen. ...“ (S. 39), „...: die Oberherrschaft eines jeden Staats ist so eingerichtet, und mit solchen Vorzuegen und Anstalten versehen, die eine mehr als die andere, die zur Sicherheit und zum Vortheil dessen der regieret gereichen, ...“ (S. 45), „... Und so ist die Absicht der Oberherrschaft Sicherheit, Ruhe und Glueckseligkeit der Unterthanen, entgegen gesetzt der Absicht des Eigenthums, die nur den Nutzen und den Vortheil des Eigenthuemers in sich schließt, ...“ (S. 50), „... Die Ausuebung des Eigenthums ist gaenzlich dem Willen des Eigenthuemers ueberlassen, und niemand darf sagen was machst du? ... Aber die Ausuebung der Oberherrschaft ist nicht ein Werk des Eigensinns, sondern ein Werk, bey welchem der Regente auf jeden Augenblick nicht nur die Rechte, sondern auch seine eben so theuren Verbindlichkeiten zu ueberlegen hat. Nur die Handlungen der Unterthanen sollen durch die Macht der Regierung auf ihr wahres Glueck geleitet werden. ...“ (S. 52-53), „... Ein Eigenthuemmer hoert in der Ausuebung seines Eigenthums keine entgegengesetzte Wuensche und Klagen, sein Herz kann sich nicht dabey eroefnen. ...“ (S. 55), „... In der That erfordert die Ausuebung des Eigenthums und die darin liegenden Rechte wenig Seele und mehr koerperliche Kraft, nicht viel Rath und Beyhuelfe anderer; ... Aber um die Oberherrschaft auszuueben, muß man weit mehrere Talente besitzen; hier ist es nicht mit koerperlichem Thaten genug. Die Seele des Regenten muß wuerken, und auf die Seele der Unterthanen wuerken, und in allen Theilen des Staats wuerken. ...“ (S. 57), insg. (*ebd.*, S. 1-64).

¹⁴⁰¹ *Zedler*, Universal Lexicon, VII. Band (1734), Dominium. Das Eigenthums=Recht, ..., Sp. 1215-1225 „... Wir sehen also 1) worinnen eigentlich das Eigenthums=Recht besteht, nemlich in einen bestaendigen Besitz und Gebrauch einer Sache, mit Ausschluessung aller andern. ... Hier nehmen wir das Dominium als ein Dominium ueberhaupt an. Zu diesen gehoeren nun drey Stuecke: als erstlich der Besitz. Ohne eine Sache zu besitzen, oder ohne dieselbige jemals besessen zu haben, ist es unmoeglich, sich ein Eigenthums=Recht vorzustellen. ... 2) erfordert das Eigenthum ein Recht, alle andere, bestaendig und auf alle Art und Weise, wenn man will, von dem Besitze und Gebrauche einer Sache ausschliessen zu koennen. Und endlich 3) gehoeret der Nutzen und der Gebrauch einer Sache als eine Wirckung zu dem Eigenthume. Dieser muß so unumschraenckt seyn, daß man die Sache nicht nur zu seinem eigenen Nutzen anwenden, sondern auch dieselbe an andere ueberlassen, verpfaenden, und sich seines Eigenthums durch den Verkauf gaenzlich entaeussern koenne. ...“ (Sp. 1215-1216), VIII. Band (1735), Sp. 514 „Eigenthums=Recht, s. Dominium, Tom. VII. p. 1215. seqq.“, Sp. 514 „Eigenthum, ist ein Recht, mit einer Sache frey ungehindert disponiren, und alles thun zu koennen, was die Gesetze nicht ausdruecklich verbieten.“

ALR, 1. Theil, 8. Titel, §. 1. „Eigenthümer heisst derjenige, welcher befugt ist, über die Substanz einer Sache, oder eines Rechts, mit Ausschliessung Anderer, aus eigener Macht, durch sich selbst, oder durch einen Dritten, zu verfügen.“, §. 2. „Alles, was einen ausschliessenden Nutzen gewähren kann, ist Gegenstand des Eigenthums.“ (*Allgemeines Landrecht für die Preussischen Staaten*, I. Band, S. 162).

Den Lehren der Aufklärung nach dem autonomen Individuum, ihren Forderungen nach Freiheit und Gleichheit, mit dem sich selbst in der Gemeinschaft verwirklichenden Subjekt, der Loslösung von ständischer Gebundenheit entsprach die gegen das Lehneigentum mit seinem *dominium directum* und *dominium utile* gerichtete Vorstellung eines bindungslosen, einheitlichen und frei verfügbaren Eigentums (*Busz*, Die Historische Rechtsschule und die Beseitigung des getheilten Eigentums in Deutschland, 1. Abschnitt, IV, S. 8-9).

¹⁴⁰² Die Stammgüter, seit der 14. Jahrhundert vom Hochadel durch Hausgesetze oder Observanz – damit auf objektivem Rechtssatzes beruhend – als das Mittel zur Erhaltung des ungetheilten Familienbesitzes. Das adelige Gut gehört der Familie, welche jedoch nicht als juristische Person konzipiert ist, sondern als natürliche sittliche Freiheit, welches Eigentum dem jeweiligen Stammgutbesitzer zusteht, welche Agnaten jedoch ein Einspruchs- und Vindikationsrecht bei Veräußerungen und Belastungen haben (*HRG*, I. Band, Hausgesetze (Hausverträge),

Reichsstandes¹⁴⁰³ hatten bei den geistlichen Staaten ihre Entsprechungen in den Mitwirkungsrechten¹⁴⁰⁴ ihrer Kapitel für den stiftischen Gebietsbesitz und der Befugnis zur

von A. Erler, Sp. 2026-2028; *ebd.*, Familienstammgüter, von A. Erler, Sp. 1073-1074; *ebd.*, Hausgut, von W. Ogris, Sp. 2028-2030 und Bayer, Sukzession und Freiheit, IV., 3., c), S. 68).

Die Fideikommission, insbesondere beim niederen Adel, durch vertragliche Festlegung oder durch Testament, ging über den justinianischen Fideikommiss (Nov. 159) hinaus, diente zur Aufrechterhaltung des *splendor familiae*. Regelmäßig Festlegung von primogenitur und ist das Fideikommissgut nicht veräußerlich und belastbar. Die *proprietas* stand dem künftigen Sukzessor des jeweiligen Fideikommissbesitzers oder der Familie als einer moralischen Gesamtheit zu, diese nicht als juristische Person konzipiert. Bei Veräußerung hat der in der Stiftung vorgesehene Klagebefugte das *ius ad rem* zu. Früchte des Fideikommissgutes erwirbt sein Besitzer als unbeschränktes Eigentum. Das Fideikommiss ging über den *usufructus* hinaus und war eine Form von geteiltem Eigentum (Gerber, Beiträge zur Lehre vom deutschen Familienfideikommiß, 1.-7., in: *Jahrbücher Dogmatik römischen und deutschen Privatrechts*, I. Band, II., S. 53-97; Gierke, Fideikommission, I. Geschichte und Recht der Fideikommission, in: *Handwörterbuch der Staatswissenschaft*, IV. Band, S. 104-116 (2., S. 104-107); Bayer *ebd.*, IV., S. 66-91 und Busz, Die Historische Rechtsschule und die Beseitigung des geteilten Eigentums in Deutschland, 1. Abschnitt, VII, S. 16-18).

Die Mitwirkungen der Landstände bei Gebietsabtretungen, Landteilungen und Verpfändungen (oben, S. 432).

¹⁴⁰³ Die Hausgesetze legten die festen Erbfolgeordnungen fest (*HRG*, I. Band, Hausgesetze (Hausverträge), von A. Erler, Sp. 2026-2028), gleiches auch die Fideikommission, zumeist Primogenitur (oben, S. 589 und *HRG*, III. Band, Primogenitur, von J. Weitzel, Sp. 1950-1956 (V., Sp. 1954-1956)).

¹⁴⁰⁴ Subjekt der Zuordnung des gebietlich-territorialen Besitzes der geistlichen Staaten war nach überwiegender Ansicht – entsprechend den erblich-weltlichen Staaten – die Person des geistlichen Reichsstandes und nicht das Abstraktum des geistlichen Staates.

Nach dem Kanonischen Recht war bei den Kirchlichen Vermögen die Verfügungsgewalt der Bischöfe/Äbte an den Konsens der Kapitel gebunden:

„Irrita erit episcoporum donatio, vel^{2*} vendito vel commutatio rei ecclesiasticae absque collaudatione³ et subscriptione clericorum.“ (*X 3. 10. 1*, auch *C. 12 q. 2 c. 52 u. 51*),

welche Zustimmung der Domkapitel beim Verschenken, Vertauschen und der Veräußerung von Kirchengut schon seit Papst Leo I. (590-604) gegolten hatte (*C. 12 q. 2 c. 52 u. 51*, *X 3. 10. 1* und Schneider, Die Bischöflichen Domkapitel, 1. Theil, Erste Periode ... Urkirche bis zum 5. Jahrhundert, 2. Kap., S. 16-17). Zusätzlich wurde die Erlaubnis des heiligen Stuhles benötigt:

„... Hoc consultissimo prohibemus edicto, universos et singulos praelatos ecclesias sibi commissas, bona immobilia seu iura ipsarum laicis submittere, subicere^b seu supponere absque capituli sui consensu et apostolicae sedis licentia speciali, ...“,

ohne diese Erlaubnis abgeschlossenen Verträge sind nichtig:

„... Contractus autem omnes, etiam iuramenti, poenae vel alterius cuiuslibet firmitatis adiectione vallatos, quos de talibus alienationibus sine huiusmodi licentia et consensu contigerit celebrari, et quicquid ex eis secutum fuerit, decernimus adeo viribus omnino carere, ut nec ius aliquod tribuant, nec praescribendi etiam causam parent. ...“,

Prälaten, welche hiergegen gehandelt haben, sollen von Amt und Würden kommen:

„... Et nihilominus praelatos, qui secus fecerint⁵, ipso facto ab officio et administratione, ...“

und der andere Teil soll der Strafe des Kirchenbanns verfallen:

„... Qui vero secus egerint, nisi legitime moniti ab huiusmodi usurpatione destiterint, restituendo etiam ea⁶, quae taliter usurparunt, eo ipso sententiam excommunicationis incurrant, ...“ (*VI 3. 6. 2*).

Neben diesen bereits vom Kanonischen Recht festgelegten Beschränkungen der Verfügungsgewalt von geistlichem Besitz sahen die von den Bischöfen und Äbten zu beschwörenden Wahlkapitulationen zusätzliche Mitwirkungsbefugnisse der Kapitel vor (unten, S. 692-698).

Hieraus kann jedoch kein Miteigentum oder eine Erbherrschaft der Kapitel am Allod-Besitz der Stifter gefolgert werden.

Wahl des geistlichen Reichsstandes ex gremio,¹⁴⁰⁵ womit das Allodeigentum durch sie in seiner Wertigkeit nicht einseitig tangiert wurde.¹⁴⁰⁶

Dem Allodeigentum wurde auch, ungeachtet seiner Zugehörigkeit zu einer weltlichen oder geistlichen Person die Eigenschaft eines ius quaesitum zugebilligt.¹⁴⁰⁷

Der weltliche und geistliche Allodbesitz war von gleicher Wertigkeit.¹⁴⁰⁸

Pütter, Historische Entwicklung der heutigen Staatsverfassung des Teutschen Reichs, II. Theil, 8. Buch, III, V., S. 175 „... Wenn gleich den Domcapiteln nicht zugestanden wird, was einige behaupten wollen, auch bey Lebzeiten des regierenden Fuersten G r u n d h e r r e n des Landes zu seyn, und ein gewisses Miteigenthum desselben zu haben (m); so bleibt doch immer ein solches Verhaeltniß zwischen den geistlichen Fuersten und seinem Domcapitel, daß dieses nie gaenzlich zurueckgesetzt werden darf. ...“,

Gönner, Teutsches Staatsrecht, 1. Theil, 1. Buch, 2. Abschnitt, 9. Hauptstück, 3. Absatz, §. 250., II., S. 376 „... in geistlichen Wahlstaaten die Domkapitel, welchen zwar eine Erb- und Grundherrschaft nicht zusteht b), deren Einfluss hingegen auf manche Regentenhandlungen schon wegen den rechtlichen Verhältnissen eines geistlichen Beneficiums und der Nothwendigkeit des kapitlischen Consenses zu verschiedenen Handlungen des Prälaten vermöge des kanonischen Rechts c) nicht bezweifelt werden kann. ...“,

D. G. Struben, Von der Teutschen Dom=Capitul Erb= und Grund=Herrschaft, in: *ders.*: Neben=Stunden, I. Theil, 1. Abhandlung, S. 1-59 (§. XXIV., S. 57-59): ihnen stehen zu Lebzeiten des Bischofs keine Mitherrschaft über die bischöflichen Lande zu

und *Posse*, Ueber das Staatseigenthum in den deutschen Reichslanden, Ueber Staatseigenthum, 14., S. 142-151: die Domkapiteln besitzen keine Erbherrschaft aller dem Stift erworbenen Güter und Gerechtsamen (S. 147).

Die gegenteilige Ansicht wurde von *Schnaubert*, Anfangsgrunde des Staatsrechts der gesammten Reichslande, §., 165., S. 110 „... daß das E i g e n t h u m a) ueber weltliche Reichslande dem Landesherrn und dem landesherrlichen Hause, b) ueber geistliche aber dem Stifte, ... zukomme; ...“ (§. 141., S. 95-96) vertreten.

¹⁴⁰⁵ Die Person des geistlichen Reichsstandes wurde durch die Wahl der Erz-, Dom- und Ritterstiftskapitel bestimmt, welche auch regelmäßig seine Wahl ex gremio capituli vorsahen (unten, S. 692-694 und *Feine*, Die Besetzung der Reichsbistümer, 2. Kap., VII., S. 53-56).

¹⁴⁰⁶ Der Verfasser von *Noch ein Wort ueber das Sekularisationswesen*, 1. Satz, S. 22-23 „Erstlich behaupten sie, daß in geistl. Staaten die Landeshoheit blos den. jeztlebenden Besitzer zukomme, in weltlichen aber der gesammten fuerstl. Familie eine Art von Miteigenthum, als ein durch Gesetze und Vertraege bestimmtes Erbrecht, gebuehre. Aber das Unstatthafte dieses Gegengrundes springt sogleich dem Unbefangenen in die Augen. Mit dem nemlichen Rechte, als sich die Familie des weltlichen Fuersten unbestreitbare Ansprueche auf die Regentschaft, als eine Art von stipulirtem und sanktionirtem Erbrechte, vindizirt, betrachtet in geistl. Stiftslanden das Domkapitel, als ein moralisches Ganze, die oberste Staatswuerde mit allen Regalien als ein durch die heiligsten Vertraege bestimmtes Miteigenthum, bei dessen Uebertragung auf E i n Individuum aus demselben das bedeutende Vorrecht uebrig bleibt, immer d e n W u e r d i g s t e n w a e h l e n zu koennen, waehrend als die weltlichen Herrscher ihre Kronen dem GeburtsZufall zu verdanken haben. ...“ und *Oer*, Der Eigenschaftsbegriff in der Säkularisationsdiskussion, II, S. 204 „Über die Substanz des Kirchengutes aber wachten die Domkapitel; sie verstanden sich als die Erb- und Grundherrn der deutschen Hochstifter und meldeten damit einen privatrechtlich aufgefassten Anspruch auf die Nachfolge in der Regierung an, vergleichbar den Thronfolgegerechten der Agnaten weltlicher Erbfürsten⁴⁴.“ mit Fußn. 44, S. 204.

¹⁴⁰⁷ Oben, S. 300-301.

¹⁴⁰⁸ Die von *Schütze*, Die Deutung des lehnsrechtlichen Grundeigentums in rechtsvergleichender Sicht, für das Individualeigentum (Allod) gegensätzlich zum Lehnseigentum gebrachten Begrifflichkeiten: die Befugnis mit der Sache prinzipiell frei zu verfügen und grundsätzlich beliebig zu verfahren; das Recht-Pflicht-Verhältnis zwischen dem Einzelnen und der Allgemeinheit; die Zuteilung der Sache durch die Allgemeinheit, was die anderen zu respektieren haben; die Rechte der Gesamtheit sind potentiell schwebend, mit einer negativen Gegenseitigkeit zu den Rechten der Allgemeinheit; das Eigentum ist nicht die Summe abstrakter Einzelbefugnisse, sondern ein einheitliches subjektives Recht (Teil I, I, 2), b), d), 3), a)-c), S. 107-109), lassen

Stutz, Ausgewählte Kapitel aus der Geschichte der Eigenkirche und ihres Rechtes:

„... Das Eigentum an der Kirche war mit dem Eigentum am Grund und Boden gegeben, das Kircheneigentum nur ein Sonderfall des Grundeigentums und, soweit nicht die kirchliche Bestimmung des Objekts besondere Rücksichten erheischte und Abweichungen mit sich brachte, den allgemeinen Grundsätzen des Immobilienrechtes und – prozesses unterstellt. ...“¹⁴⁰⁹

4. Die Gleichwertigkeit des reichsständischen weltlichen und geistlichen Lehnsbesitzes

a) Weltliche und geistliche Reichsstände mit Virilstimmen

Bei den weltlichen Kur- Reichsfürsten waren mit den Ausnahmen der gefürsteten Grafschaften Hohenzollern und Sternstein und dem Fürstentum Liechtenstein¹⁴¹⁰ zu Ausgang des 18. Jahrhunderts keine gebietlichen Allode vorhanden.

Mit der Ausnahme des Reichsafterlehen¹⁴¹¹ der Fürsten von Salm standen sie auch alle in einer unmittelbaren Belehnung zum Reich,¹⁴¹² welchem das dominum directum¹⁴¹³ zustand, wobei der Kaiser der prodominus war.¹⁴¹⁴

keine Unterschiede bei der Zuordnung und Ausübung des Allod-Eigentums zu einer weltlichen oder geistlichen Person erkennen.

¹⁴⁰⁹ II., S. 35.

Betrachtungen ueber den maechtigen Einfluß der Religion auf die Politik, und ueber die Tauschungen der Religionsgarantie bey einer Revolution „... Jeder Angriff des Staatseigenthums, worunter eben die geistlichen Gueter gehoeren, ...“ (*Magazin der Europeaischen Staatenverhaeltnisse*, II. Band, 11. Heft, I., 3., S. 604).

Nach *Moser*, Grund=Saetze des jetzt ueblichen Europaeischen Voelcker=Rechts in Friedens=Zeiten, 4. Buch, 4. Cap., §. 5., S. 354 besaßen nach dem europäischen Völkerrecht jene Souverains, welche vom Land selber für ihre Person gewählt werden, unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß sie sich nicht eines Erbrechtes anmaßen, kein Eigentum an dem Land. Die Frage des ausdrücklichen Vorbehaltes zur Nichtanmaßung eines Erbrechtes, stellte sich bei den Regenten der geistlichen Staaten nicht. Auch waren die geistlichen Staaten ein Spezifikum des Reiches, womit das Eigentumsrecht der Regenten der geistlichen Staaten in Deutschland von diesem europäischen Völkerrecht nicht betroffen war.

¹⁴¹⁰ Oben, S. 587.

¹⁴¹¹ Die Reichsafterlehen mit ihrer Dreierbeziehung (Reichs)-Lehnsherr, (Reichs)-Lehns(ober)vasall und (Reichs)-Untervasall war von derselben Wertigkeit wie die unmittelbaren Reichslehen mit ihrer Zweierbeziehung (Reichs)-Lehnsherr, (Reichs)-Lehnsvasall.

Kennzeichen des Reichsafterlehen war, dass der Untervasall das Lehen zu den gleichen Bedingungen wie der Obervasall erhielt und er eine diesem gleichwertige Person war, so dass dem Lehnsherrn (Kaiser und Reich) durch die von seinem Lehnsman (Obervasall) vorgenommene Belehnung des Untervasallen kein Rechtsverlust entstand (*C. A. Beck*, Recht und Verfassung des Reiches, III., 2. Kap., § 13, S. 623; *Chimani*, Erlaeuterung des longobardischen, teutschen, und oesterreichischen Lehenrechtes, 2. Buch, 2. Abschnitt, 1. Hauptstueck, §. 475., S. 575, 2. Hauptstueck, §. 479. u. 480., S. 577-578; *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 15. Cap., §. 3., S. 420 und *Schönberg*, Das Recht der Reichslehen im 18. Jahrhundert, 3. Abschnitt, A., II., 6., a), S. 89-90).

¹⁴¹² Oben, S. 487 (Salm Reichsafterlehen).

Nach der in der Mitte des 16. Jahrhunderts eingetretenen Unterscheidung in die höheren kaiserlichen Thronlehen¹⁴¹⁵ und die niederen Reichshofratslehen¹⁴¹⁶ wurden die 5 weltlichen

Moser, Neues deutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 5. Cap., §. 5., S. 159 „Alle weltliche Chur= und alte Fuersten seynd Reichslehenleute; ausser N o m e n y, welches von Lothringen an Frankreich gekommen, Lothringen aber dennoch Siz und Stimm in dem Reichs=Fuerstenrath vorbehalten worden ist. ...“, welches Zitat in Bezug auf Nomeny nicht zutrifft, welche Österreich zugehörnde Stimme von Nomeny auf der dem Reich zugehörnden Grafschaft Falkenstein haftete (oben, 483-484).

¹⁴¹³ Die Lehre vom *dominum directum* und *dominum utile* bildete sich mit der Aufnahme der von den Glossatoren gebildeten Theorie vom geteilten Eigentum: *dominum utile*, dies entgegen dem klassischen Römischen Recht mit seinem absoluten Eigentumsbegriff. Die zeitgenössische Eigentumsordnung des ausgehenden Mittelalters war geprägt durch die deutschrechtliche Auffassung des Eigentums, dieses eingegliedert in ein organisches Gefüge familiärer, genossenschaftlicher und ständischer Bindungen, mit vielfältigen Beschränkungen und keiner klaren Scheidung von Eigentum und den Rechten anderer an einer fremden Sache. Die Eigentumsordnung des ausgehenden Mittelalters wurde mit der Rezeption in die neue gemeinrechtliche Begrifflichkeit von *dominum directum* und *dominum utile* gebracht. Der *Usus modernus Pandectarum* löste das *dominum directum* und *dominum utile* von den Lehren der Glossatoren und stellte es auf eigene Füße. Das Naturrecht hielt die Lehre vom Obereigentum (*dominum directum*) und nutzbarem Eigentum (*dominum utile*) der Natur der Sache für angemessen und genügend bestimmt. Im *Codex Maximilianeus bavaricus civilis* von 1756 und im ALR von 1794 fand sie auch Eingang (*H. Wagner*, Das geteilte Eigentum im Naturrecht und Positivismus, Einleitung, I., S. 9-20, II., S. 20-26, 1. Kap., S. 27-37, 2. Kap., 1., S. 38-47, 2., S. 47-51; *Busz*, Die Historische Rechtsschule und die Beseitigung des geteilten Eigentums in Deutschland, 1. Abschnitt, I. u. II., S. 3-6 und *Schütze*, Die Deutung des lehnsrechtlichen Grundeigentums in rechtsvergleichender Sicht, Teil D, I u. II, S. 53-56).

ALR, 1. Theil, 8. Titel. Vom Eigentum, §. 16. „Das Eigentum einer Sache ist geteilt, wenn die darunter begriffnen verschiednen Rechte, verschiednen Personen zukommen.“ (*Allgemeines Landrecht für die Preussischen Staaten*, I. Band, S. 164), §. 9. „Zum vollen Eigenthume gehört das Recht, die Sache zu besitzen, zu gebrauchen, und sich derselben zu begeben.“, §. 10. „Das Recht, über die Substanz der Sache zu verfügen, wird Proprietät genannt.“, §. 11. „Das Recht, eine Sache zu seinem Vortheil zu gebrauchen, heisst das Nutzungsrecht.“ (S. 163), §. 19. „Wer nur die Proprietät der Sache, ohne das Nutzungsrecht hat, wird Eigner genannt.“, §. 20. „Wer Miteigner der Proprietät ist, und zugleich das Nutzungsrecht hat, dem wird ein nutzbares Eigentum der Sache beygelegt.“ (S. 164), 18. Titel. Von getheilten Eigenthume, §. 1.-§. 12. (S. 737-738) 1. Abschnitt. Vom Lehne, §. 13-§. 679. (S. 739-827), 2. Abschnitt. Von Erbzingsgütern, §. 680.-§. 819. (S. 827-845).

Kant befürwortet auch in seinen 1797 erschienenen *Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre* das geteilte Eigentum „... Es kann ferner zwei volle Eigenthümer einer und derselben Sache geben ohne ein gemeinsames Mein und Dein, sondern nur als gemeinsame Besitzer dessen, was nur e i n e m als das S e i n e zugehört, wenn von den sogenannten Miteigenthümern (*condomini*) einem nur der ganze Besitz ohne Gebrauch, dem Anderen aber aller Gebrauch der Sache sammt dem Besitz zukommt, jener also (*dominus directus*) diesen (*dominus utilis*) nur auf die Bedingung einer beharrlichen Leistung restringirt, ohne dabei seinen Gebrauch zu limitiren.“ (*Kant*, Gesammelte Schriften, 1. Abtheilung: Werke, Band VI, Die *Metaphysik der Sitten*, *Metaphysische Anfangsgründe ...*, Der Rechtslehre Erster Theil. Das Privatrecht, 2. Hauptstück, 1. Abschnitt, 1. Abschnitt, §. 17., S. 270 Z 24-31).

¹⁴¹⁴ Dem Reich stand an den Reichslehen das *dominum directum* zu. Als Lehensherr konnte aber das Reich die dem Lehnesherrn aus den lehnsrechtlichen Beziehungen gegenüber den Vasallen – *dominum utile* – obliegenden personenorientierten Rechte und Verpflichtungen nicht erfüllen. Anstelle und für das Reich war der Kaiser der *prodominus*, ihm standen die aus dem *dominum directum* sich ergebenden Rechte und Verpflichtungen zu. Der Kaiser besaß diese in eigenem Namen und aus eigenem Recht, er war hierbei an Gesetz, Herkommen und bisherige Lehensverträge gebunden. Dem Kaiser wurde der Eid geschworen, dem Kaiser und Reich getreu und gehorsam zu sein und er stand an der Spitze der Lehnsverfassung (*Schönberg*, Das Recht der Reichslehen im 18. Jahrhundert, 3. Abschnitt, C., I., 1., a), S. 110-112, 4. Abschnitt, A., V., 5., S. 202, a) und b), S. 202-204).

¹⁴¹⁵ Bis zum 14. Jahrhundert waren die geistlichen Reichsfürsten mit dem Szepterlehen und die weltlichen Reichsfürsten mit dem Fahnenlehen belehnt worden, welche beide, als vom kaiserlichen Thron vergebene Thronlehen, gleichwertig waren. *Ssp.*, Ldr., 3. Buch, Art. LX, § 1 „De keiser liet alle geistleke vorstenlen mit deme sceptre, al werltleke vanlen liet he met vanen. ...“ (*Sachsenspiegel*, Landrecht, Landr., S. 245) und

Kurfürsten¹⁴¹⁷ und die 39 alten weltlichen Reichsfürsten mit den höheren kaiserlichen Thronlehen¹⁴¹⁸ belehnt.¹⁴¹⁹ Gleiches gilt auch für die im Westfälischen Friedensschluss

Boerger, Die Belehnungen der deutschen geistlichen Fürsten, Kap. I-IV., S. 3-66. Im 14. Jahrhundert erhielten die weltlichen Reichsfürsten neben den Fahnenlehen auch Szepterlehen, und die geistlichen Reichsfürsten für ihre geistlichen Gebiete weiterhin die Szepterlehen und für ihre auch dazu erworbenen weltlichen Gebiete die Fahnenlehen. Die Unterscheidung zwischen weltlichen und geistlichen Lehen blieb weiter aufrechterhalten (*Boerger* ebd., V. Kap., S. 66-83, insb. S. 77-78 und *Bruckauf*, Vom Fahnlehn und von der Fahnenbelehnung, IV. Kap., S. 58-70, insb. S. 63-66). Seit dem 15. Jahrhundert wurden die weltlichen und geistlichen Reichsfürsten gleichermaßen mit den Fahnenlehen belehnt (*Boerger* ebd., VI. Kap., S. 83-115, insb. S. 84, 91, 95 und *Bruckauf* ebd., V. Kap., S. 71-97, insb. S. 72, 79, 84). Mit dem 16. Jahrhundert wurden mit dem Ende der persönlichen Entgegennahme der Belehnungen durch den Lehnsmann, mit seiner Ersetzung durch einen bevollmächtigten Gesandten, die Belehnungen bei den weltlichen und geistlichen Reichsfürsten gleichermaßen durch die von ihren Bevollmächtigten erhaltenen kaiserlichen Kammerlehen vorgenommen. Vom Kaiser als dem Lehnsherrn weiterhin persönlich vergeben, waren sie als Thronlehen gleichwertig. Im Gegensatz zu den früheren persönlichen Belehnungen des Lehnsmanne, welche immer im Freien erfolgt waren, fanden die Belehnungen der bevollmächtigten Gesandten meistens und seit dem 16. Jahrhundert immer in der kaiserlichen Kammer statt. Nach dem Lehnszeremoniell musste der bevollmächtigte Gesandte vor dem kaiserlichen Thron den Lehnseid auf das Evangelium ablegen und den Knauf des kaiserlichen Schwertes küssen, weswegen man die fürstlichen Kammerlehen auch Schwertlehen nannte (*Boerger* ebd., VIII. Kap., S. 130-150; *Bruckauf* ebd., V. Kap., S. 58, 89, 94 und *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band III, 10. Buch, 1. Cap., §. 397., S. 305-306, Den Anfang machte man damit, daß man seit M a x i m i l i a n s I. Zeiten die oeffentliche Belehnung in eine Privat- oder Kammerbelehnung verwandelte, ...“ (Maximilian I. Kaiser von 1493-1519)). Bereits während des 13. Jahrhunderts hatte das Schwinden der persönlichen Belehnungen durch den Lehnsmann eingesetzt gehabt, wobei jedoch hierfür bis in das 16. Jahrhundert noch immer die kaiserlichen Indulte hatten nachgesucht werden müssen (*Boerger* ebd., VII. Kap., S. 115-130 u. VIII. Kap., S. 130-131).

¹⁴¹⁶ *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band III, 10. Buch, 1. Cap., §. 399., S. 310-311 „Die Lehen, welche zwar auch vom Reiche releviren, aber doch nicht vom Kaiser selbst vom Thron herab vertheilt werden, heissen g e r i n g e r e Lehen, ... In Ansehung dieser geringern Reichslehen findet bey der Belehnung bey weitem nicht so viel Ceremoniel statt. Besonders geschieht die Belehnung nicht von dem Kaiser selbst, sondern von dem Reichshofrath. ...“; *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 1. Cap., §. 14., S. 15 „Es gibt aber auch geringere oder nidrige Reichslehen, ueber welche die Belehnung nicht von dem Kayser in Person, sondern, Namens Desselbigen, von dem Kayserlichen Reichs=Hofrath ertheilet und empfangen wird. ...“; *Schönberg*, Das Recht der Reichslehen im 18. Jahrhundert, 3. Abschnitt, A., II., 3., S. 85 „Nach der Art der Belehnung trennt man jedoch in der Neuzeit die Reichslehen in Thron- und Reichshofratslehen. Bei den Thronlehen¹⁰⁹ nimmt der Kaiser die Belehnung vom Thron aus vor, während bei den Reichshofratslehen der Reichshofrat tätig wird. ...“, 4., a), S. 88 „Die Einteilung in Fürsten- und niedere Reichslehen kann sich somit mit der in Thron- und Reichshofratslehen decken. ...“ und *Boerger*, Die Belehnungen der deutschen geistlichen Fürsten, Kap. VIII., S. 138-139.

¹⁴¹⁷ Einheitliche Belehnungen mit gebietlichem Besitz und der Landeshoheit (Thronlehen): Königreich Böhmen (*Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 2. Cap., §. 5., S. 37), Pfalzgrafschaft bei Rhein (*ders.*, Churfuerstlich=Pfaelzische Staats=Recht, 12. Cap., 12. §. 2.-§. 8., S. 615-618), Herzogtum Sachsen (§. 7a., S. 46-48), Markgrafschaft Brandenburg (§. 7b., S. 48-49), Kurfürstentum Braunschweig-Lüneburg (*ders.*, Braunschweig=Lueneburgisches Staats=Recht, 12. Cap., §. 3. u. §. 4., S. 653-654, §. 6., S. 656-657, §. 9.-§. 11., S. 658-659).

Ders., Neues ebd., Band XIV, 3. Cap., §. 4., S. 45, Aber auch alle weltliche Chur= ... Fuersten empfangen alle ihre grosse Lande und Stamm=Gueter, nebst denen Regalien darueber, von dem Kayser und Reich zu Lehen. ...“ und *Schönberg*, Das Recht der Reichslehen im 18. Jahrhundert, 3. Abschnitt, A., II., 3., S. 85, Thronlehen sind zunächst ... die weltlichen Kurfürstentümer, ...“.

¹⁴¹⁸ Die Gleichwertigkeit des Lehnsbesitzes bei den weltlichen und geistlichen Staaten orientiert sich an den Bestellsakten der Lehen. Bei den Reichslehen sind diese gekennzeichnet durch ihre Eigenschaft als die höheren kaiserlichen Thronlehen oder die niederen Reichshofratslehen. Die mit dem Lehnseigentum gebahnten Befugnisse der weltlichen und geistlichen Reichsstände können wegen ihrer bei beiden gegebenen Gleichartigkeiten (unten, S. 594) nicht herangezogen werden.

Entsprechend der Vorstellung des getheilten Eigentums, welcher Lehnsherr weiterhin das Obereigentum – dominum directum – über die Sache behielt und dem Lehnsmann das Nutzungseigentum – dominum utile –

zuerkannt wurde, hatte der Lehnsmann die Benutzungs- Nutznießungsrechte (*Paetz*, Lehrbuch des Lehnrechts, 2. Buch, 1. Abtheilung, 2. Abschnitt, 1. Hauptstück, §. 91., 1), S. 218-220; *Chimani*, Erläuterung des longobardischen, teutschen, und oesterreichischen Lehenrechtes, 1. Buch, 2. Abschnitt, 4. Hauptstueck, §. 250.-§. 252., S. 393-394 und *Ssp*, Lnr, Art. XXXVIII, § 2, Satz 2 „Al hevet de man dat gut in sinen weren mit der nut, ...“ (*Sachsenspiegel*, Lehnrecht, Lehn., S. 59) und *Mitteis*, Lehnrecht und Staatsgewalt, 3. Theil, 9. Kap., A., 2., S. 627), Verwaltungsrechte (*Paetz* ebd., §. 91., 2), S. 220), ein beschränktes Dispositionsrecht über die Substanz des Lehngutes in Form von unter den Einwilligungen des Lehns Herrn und anderer am Lehngut Interessierten stehender Befugniss zur Veräußerung (*Paetz* ebd., 2. Buch, 1. Abtheilung, 2. Abschnitt, 1. Hauptstück, §. 92., S. 221-222 und *Chimani* ebd., 5. Hauptstueck, S. 409-420), zur Vornahme von vermindern den Veränderungen (*Paetz* ebd., §. 92., S. 221-222) und einer Gestattung zur Rechtsverfolgung (*Paetz* ebd., 2. Buch, 1. Abtheilung, 2. Abschnitt, 1. Hauptstück, §. 93., S. 222-224 und *Chimani* ebd., 4. Hauptstueck, §. 256.-§. 258., S. 396-400). Diese dem Lehns mann an seinem Lehngut zugestanden en Befugnisse und Rechte sollten ihm, entsprechend dem von ihm gehalten dominum utile einen umfassenden Eigengebrauch und Eigenverantwortung der Sache ermöglichen, welche dingliche Beziehung zwischen ihm und dem Lehns Herrn als geteiltes Eigentum und nicht als Nießbrauch angesehen wurde (*Paetz* ebd., Einleitung, 1. Hauptstück, §. 1. u. §. 2., S. 1-6 und *Chimani* ebd., 4.-5., 7.-9. Hauptstueck, S. 392-420, 433-454). Kraft des ihm verbliebenen Obereigentums standen dem Lehns Herrn gegenüber dritten Inhabern des Lehngutes alle Rechte eines Eigentümers zu (*Paetz* ebd., 2. Buch, 1. Abtheilung, 1. Abschnitt, 2. Hauptstück, §. 89., S. 215-216 (I), S. 215)), wogegen seine Rechte gegenüber seinem Lehns mann durch dessen dominum utile beschränkt waren (*Paetz* ebd., 2. Buch, 1. Abtheilung, 2. Abschnitt, 1. Hauptstück, §. 90.-§. 93., S. 217-224, 1. Abschnitt, 2. Hauptstück, §. 89., S. 215-216 (II), S. 215-216). Dem Lehns mann oblag dagegen gegenüber seinem Lehns Herrn die Verpflichtung, die Substanz der Sache zu erhalten (*Mitteis* ebd., S. 627 „Hingegen ist er dem Herrn für die Erhaltung der Substanz voll verantwortlich.“⁹⁴).

Der sachlich Inhalt und die funktionelle Stärke des von dem Lehns mann an seinem Lehngut gehalten en Eigengebrauches und Eigenverantwortung, mit den aus diesen sich ergebenden einzelnen Berechtigungen wurden von der gegenständlichen Natur des territorialen Lehns objektes, von der individuellen Ausgestaltung der zwischen dem Lehns Herrn und seinem Lehns mann bestanden en herrschaftlichen Beziehungen und durch die allgemeinen zeitgedingten Verhältnissen bestimmt. Sie waren unabhängig davon, ob das territoriale Lehngut von einer dem geistlichen oder dem weltlichen Stand zugehörenden Person besessen wurde. Dies auch, weil der sachlich-gegenständliche Inhalt der Landeshoheiten bei den geistlichen und weltlichen Staaten derselbige war (oben, S. 447-455). Von den Autoren, welche sich zu der Frage des Inhaltes der dem Lehns mann an seinem Lehngut zugestanden en Befugnisse und Rechte insbesondere geäußert hatten, *Paetz* ebd., 2. Buch, 1. Abtheilung, 2. Abschnitt, 1. Hauptstück, S. 217-231; *Chimani* ebd., 4.-5., 7.-9. Hauptstueck, S. 392-420, 433-454; *Schmalz*, Handbuch des teutschen Land- und Lehnrechts, II., 2. Abschnitt, 1. Titul, S. 214-216; *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 12. Cap., § 2, S. 350-351 und *Mitteis* ebd., S. 627, fehlen auch Äußerungen und Hinweise dahingehend, dass diese bei den geistlichen und weltlichen Reichsständen unterschiedlich sind. Die Gleichwertigkeiten der mit dem Lehnsbesitz verbundenen Befugnisse sind demnach für die Frage der Gleichwertigkeiten des Lehnsbesitzes bei den weltlichen und geistlichen Staaten nicht relevant.

¹⁴¹⁹ Einheitliche Belehnungen mit gebietlichem Besitz und der Landeshoheit (Thronlehen): Herzogtum Österreich (*Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 2. Cap., §. 37., S. 62-63 (62)), Herzogtum Baiern (*ders.*, Chur=Fuerstlich=Bayrische Staats=Recht, 12. Cap., §. 2. u. §. 3., S. 376-378 und *ders.*, Neues ebd., §. 6., S. 38-39), Herzogtum Pfalz-Zweibrücken, Herzogtum Neuburg, Fürstentum Simmern, (*ders.*, Churfuerstlich=Pfaelzische Staats=Recht, 12. Cap., §. 11., S. 619, §. 9., S. 618, §. 10., S. 618-618, , §. 2., S. 615 und *ders.*, Neues ebd., §. 38., S. 63), Landgrafschaft Leuchtenberg: Stadt und Amt Leuchtenberg (*ders.*, Neues ebd., §. 6., S. 39-46 und *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der bayerische Kreis, Die gefuerstete Landgrafschaft Leuchtenberg, S. 805-807), Markgrafschaft Baden-Durlach, Markgrafschaft Baden-Baden, Markgrafschaft Hochburg (*Moser*, Markgraeflich=Badische Staatsrecht, 12. Cap., §. 3.-§. 4., S. 376-385, §. 9., S. 391), Herzogtum Wirtemberg (*ders.*, Neues ebd., §. 44., S. 66-67), gefürstete Grafschaft Mömpelgard (*ders.*, Neues ebd., §. 44., S. 67), Fürstentümer Brandenburg-Onolz bach und Brandenburg-Bayreuth (*ders.*, Neues ebd., §. 30., S. 59), Landgrafschaften Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt, Fürstentum Hirschfeld (Hersfeld) (*ders.*, Neues ebd., §. 33., S. 59-60), Fürstentum Anhalt (*ders.*, Die heutige besondere Staats=Verfassung der Staende, I. Band, Staats=Recht Des Hoch=Fuerstlichen Hauses Anhalt, ..., 11. Cap., §. 5., S. 220, §. 6., S. 220-222 (220-221); *ders.*, Neues ebd., §. 28., S. 58), Herzogtümer Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Güstrow (*ders.*, Neues ebd., §. 36., S. 61-62), Herzogtum Vorpommern (Schweden) (*ders.*, Neues ebd., §. 42., S. 66), Herzogtum Holstein (Dänemark) und sein ganzen Herzogtum unter Joseph II. im Jahre 1788 coram throno belehnt (*Boerger*, Die Belehnungen der deutschen geistlichen Fürsten, VIII., S. 149 und *Moser*, Neues ebd., §. 34.a., S. 60).

säkularisierten 9 Erz- und Hochstifter, nachherige Herzogtümer Magdeburg, Bremen, Fürstentümer Halberstadt, Verden, Minden, Camin, Schwerin, Ratzeburg¹⁴²⁰ und Hersfeld,¹⁴²¹ bei Umwandlung ihrer bis dahin erhaltenen Szepterlehen in die nunmehrigen Fahnen-Thronlehen.¹⁴²²

Von den weiteren gebietlich lehnbaren 10 neuen weltlichen Fürstentümern¹⁴²³ waren das Fürstentum Salm,¹⁴²⁴ Fürstentümer Nassau-Hadamar und Nassau-Dillenburg,¹⁴²⁵ Landgrafschaft Fürstenberg,¹⁴²⁶ gefürstete Grafschaft Schwarzenberg,¹⁴²⁷ Reichsherrschaft

Moser, Neues ebd., Band IX, 1. Buch, 1. Cap., §. 11., S. 11 „... Alle weltliche alte Fuersten besitzen Reichs=Thronlehen: ...“, Band XIV, 3. Cap., §. 4., S. 45 „... Aber auch alle weltliche ... Fuersten empfangen alle ihre grosse Lande und Stamm=Gueter, nebst denen Regalien darueber, von dem Kayser und Reich zu Lehen. ...“ und *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band III, 10. Buch 1. Cap., §. 397., S. 304-305 „... Indessen kann man doch nicht sagen, daß alle Fuersten Thronlehen besaessen. Der Regel nach ist dieses zwar wohl der Fall in Ansehung derjenigen Fuersten, welche eine Virilstimme in dem Reichsfuerstenrath haben, und in Ansehung der alten Fuersten giebt es auch keine Ausnahme;*) ...“.

¹⁴²⁰ Unten, S. 963-964, 970, 972.

¹⁴²¹ Oben, S. 491.

¹⁴²² *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 1. Cap., §. 12., S. 13 „... Und die in dem Westphaelischen Friden an C h u r = B r a n d e n b u r g, S c h w e d e n, H e s s e n u n d M e c k l e n b u r g ueberlassene secularisirte Erz= Hoch= und Stifter sind aus Scepterlehen in Fahnlehen verwandelt.“.

¹⁴²³ Insgesamt 13 neue Fürstenstimmen (oben, S. 485-488, 492-498), unter Abziehung von den gebietlich allodialen gefürsteten Grafschaften Hohenzollern und Sternstein und dem gebietlich allodialen Fürstentum Liechtenstein (oben, S. 587).

¹⁴²⁴ *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 2. Cap., §. 69., S. 110-111.

¹⁴²⁵ *Lehnbrief Kaiser Joseph II. für Prinz Wilhelm von Oranien vom 12. Jan. 1770*: Bestätigung der bis dahin erteilten Belehnungen der nassauischen Grafen und Fürsten aus der ottonischen Linie mit den Reichslehen und Privilegien vom 21. 10. 1666, 30. 9. 1723, 26. 3. 1744 (*Hessisches Hauptstaatsarchiv*, Ab. 172, Nr 2651: Abschrift); *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band III, 10. Buch 1. Cap., §. 397., S. 305 „... erhaelt das fuerstliche Haus N a s s a u seine Laender nur vom Reichshofrath zu Lehen. ...“, §. 399., S. 311 „... geringere Lehen, und so gehoeren noch die Nassauischen, ... in diese Classe. ...“ und *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 2. Cap., §. 67., S. 110.

¹⁴²⁶ *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 2. Cap., §. 61., S. 108-109.

¹⁴²⁷ Bei dem am 1. Sept 1674 erfolgten Übertritt Fürst Johann Adolf von Schwarzenberg mit seiner gefürsteten Grafschaft Schwarzenberg als bisheriges Mitglied des Fränkischen Grafenkollegiums in den Reichsfürstenrat mit Virilstimme (oben, S. 496), behielt die nicht den alten Grafschaften zugehörige Grafschaft Schwarzenberg weiterhin ihre Eigenschaft als Reichshofratslehen bei.

Moser, Neues deutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 1. Cap., §. 11., S. 11 „... Die meiste weltliche neue Fuersten hingegen haben keine Thron= wohl aber geringere Reichslehen. ...“; *ders.*, Einleitung zu dem Reichs= Hof= Raths=Prozeß, III. Theil, 1. Cap., S. 137 „... Und wenn ich die heutige Praxis des Reichs=Hof=Raths ansehe, finde ich etwas gemischtes darinn. Denen Fuersten, die schon von alten Zeiten her Graf= und Herrschaften besitzen, werden solche noch jetzo mit ihren anderen Landen und Leuten vor dem Kayserlichen Thron gereicht, und diese behalten die Natur der Fahn=Lehen; wann aber ein Fuerst etwa bey 200. Jahren her eine Graf= oder Herrschaft bekommen, oder kuenfftig bekommt, oder in den Fuersten=Stand erhoben wird, seine Qualitaet behaelt, muß er sie vor dem Reichs=Hof=Rath empfangen, und werden also diese nicht als Fahn=Lehen traçirt. (I)“, insg., S. 135-137, §. 106., S. 144; *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band III, 10. Buch 1. Cap., §. 397., S. 305 „... allein unter den neuern Fuersten sind mehrere, welche keine Thronlehen haben. Ja es ist als Regel anzunehmen, daß alle neue Fuersten, selbst wenn sie Virilstimme in dem Fuerstenrath erhalten haben, nicht durch den Kaiser selbst, vom Thron herab belehnt werden,**) wofern nicht der Kaiser ausdruecklich ihre Lehen zu Thronlehen erhoben hat. ...“; *Boerger*, Die Belehnungen der deutschen geistlichen Fürsten, VIII., S. 140-147; *Schönberg*, Das Recht der Reichslehen im 18. Jahrhundert, 3. Abschnitt, A., II., 3., a),

Tarasp (Dietrichstein),¹⁴²⁸ und gefürstete Reichsherrschaft Thengen (Auersberg)¹⁴²⁹ niedere Reichshofratslehen. Als kaiserliche Thronlehen waren die Grafschaft Ostfriesland (Preußen),¹⁴³⁰ gefürstete Grafschaft Friedberg-Scheer mit General-Post-Erb-Amt (Thurn und Taxis)¹⁴³¹ und Fürstentum Schwarzburg¹⁴³² vergeben.

Bei den geistlichen Kur- und Reichsfürsten waren die bei den wenigen Reichsfürsten gegebenen Lehnbesitze¹⁴³³ die höheren kaiserlichen Thronlehen.¹⁴³⁴

S. 86-87) und *Bruckauf*, Vom Fahnlehn und von der Fahnenbelehnung, VI. Kap., S. 98-110 (die vor Reichshofrat den neuen Fürsten erteilten Lehen behalten weiterhin die Eigenschaft als Fahnenlehen).

¹⁴²⁸ Zur Belehnung von Tarasp als Reichslehen *C. Haidacher*, Die Herrschaft Tarasp und die Grenzbildung zwischen Tirol und den Bünden in der Neuzeit, Die Herrschaft Tarasp „... Im Jahre 1687 übergab Kaiser Leopold I. die Herrschaft Tarasp an die Familie Dietrichstein, ..., der Kaiser verlieh sie ihnen nur als territoriale Grundlage für den von ihnen angestrebten Reichsfürstenstand. Mit diesem Reichslehen ... war die Reichsstandschaft verbunden, ...“ (*Calven 1499-1999*, S. 243) und *I. Müller*, Die Herren von Tarasp, IX., 2., S. 142 „... Die von Dietrichstein erhielten Tarasp als erbliches Reichslehen ...“

Tarasp, nach den tatsächlichen Verhältnissen unter der Landeshoheit der Grafen von Tirol (Haus Österreich) stehend (oben, S. 487), hatte als nicht den alten Reichsgrafschaften zugehörend, die Eigenschaft eines Reichshofratslehen.

¹⁴²⁹ Die von Fürst Johann Weichard von Auersberg im Jahre 1663 erworbene Herrschaft Thengen und mit ihr im Reichsfürstenrat aufgenommene Herrschaft Thengen, nach den tatsächlichen Verhältnissen sich unter österreichischer Landeshoheit befunden (oben, S. 487-488), hatte als nicht den alten Grafschaften zugehörend, die Eigenschaft eines Reichshofratslehen.

¹⁴³⁰ *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 2. Cap., §. 7b., S. 52.

¹⁴³¹ Friedberg-Scheer: Thronlehen: „... Wir verleihen, und reichen Ihm, Fuerst von Thurn und Taxis die Reichsgefuerstete Grafschaft Friedberg-Scheer zu gesammten Thronlehen von erzherzoglicher Macht mit, ...“ (*Fürst Thurn und Taxis-Zentralarchiv Regensburg*, Urk. Fr.-Scheer, Urkunde vom 5. 11. 1787: Original) Reichs=Erb=Post=Generalat: Thronlehen (*Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 2. Cap., §. 43., S. 66).

¹⁴³² Gemeinsame Brief Friedrich Karl von Schwarzburg-Rudolstadt und Christian Günther von Schwarzburg-Sondershausen an den Geheimes Rat Praesident von Ketelhodt in Wien, Rodolstadt, den 26 Mart Sondershausen, den 30. Mart 1793 wegen Lehensangelegenheiten u. a. „... Wir haben wie Euch bereits bekannt ist, auf den nach Gottes heiligen Rathsschluß erfolgte Todesfall, weylend S. Kayserl. Koenigl. Apost. Majestaet Leopoldo II von wegen unseres Fuerstl Samthaußes die Kayserl. ReichsLehn coram throno in Richtigkeit zu bringen. ...“ (*Thüringisches Staatsarchiv Rudolstadt*, Geheimes Ratskollegium Rudolstadt, E XV 2c Nr. 1 – Titel: Staatsrechtliche Verhältnisse zu Kaiser und Reich 1713-1801); *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band III, 10. Buch 1. Cap., §. 397., S. 305 „... ist als Regel anzunehmen, daß alle neue Fuersten, selbst wenn sie Virilstimme in dem Fuerstenrath erhalten haben, nicht durch den Kaiser selbst, vom Thron herab belehnt werden,**) wofern nicht der Kaiser ausdruecklich ihre Lehen zu Thronlehen erhoben hat. Dieß geschah in Ansehung des Hauses S c h w a r z b u r g, ...“ und *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 2. Cap., §. 41., S. 65-66).

¹⁴³³ Oben, S. 585-586.

¹⁴³⁴ *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 1. Cap., §. 11., S. 11 „... Alle geistliche Fuersten, so Siz und eine eigene Stimm auf Reichstaegen haben, werden mit der Weltlichkeit, oder denen Regalien ihrer Lande, ebenfalls vor dem Kayserlichen Thron belehnt. ...“ und *Schönberg*, Das Recht der Reichslehen im 18. Jahrhundert, 3. Abschnitt, A., II., 3., S. 85 „... Thronlehen sind ..., weiter die alten geistlichen ... Fürstentümer, die Sitz und Stimme auf dem Reichstag haben. ...“

Hochstift Basel und Hochstift Speyer einheitliche Belehnung mit kaiserlichem Thronlehen von gebietlichem Territorium und der Landeshoheit (*Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 2. Cap., §. 11. Basel, S. 53-54 (Land und Leute), §. 22., 1. Speyer, S. 56 (Land und Leute) mit §., 1., S. 34-36).

Die bei den geistlichen Staaten vorhandene Unterscheidung in vasall (Stift) und provasallus (Lehnsträger: geistlicher Reichsstand), welchem letzteren im eigenen Namen und aus eigenem Recht die Verrichtung der Lehnsdienste oblag und er in dem gegenseitigen Treueverhältnis stand, machte keine gegenüber dem weltlichen Vasallen zusätzliche Wertigkeit aus.¹⁴³⁵

Die Gleichwertigkeit des Lehnsbesitzes bei den weltlichen und geistlichen Reichsständen mit Virilstimmen ist gegeben.

b) Weltliche und geistliche Reichsstände mit Teilhaben an den Curiatstimmen

Bei den weltlichen Grafen und Freiherren¹⁴³⁶ und den geistlichen Prälaten¹⁴³⁷ waren zu Ausgang des 18. Jahrhunderts nicht immer reichsunmittelbare Belehnungen mit Lehnsbesitz gegeben.

Neben den Reichslehen gab es bei beiden landsässige Lehen. Die dem Grafen von Nostiz gehörende Grafschaft Rieneck¹⁴³⁸ war das landesherrliche Lehen des Kurfürsten von Mainz, die Grafschaft Castell das landesherrliche Lehen des Fürstbischofs von Würzburg.¹⁴³⁹ Das

¹⁴³⁵ Die auf der Aktiv-Seite bei den Lehen gehabte Unterscheidung von dominum directum (Reich) und prodominus (Kaiser) (oben, S. 587) hatte bei den geistlichen Staaten ihre Entsprechung im Vasall (Stift) und Lehnsträger oder provasallus (geistlicher Reichsstand). Der provasallus oblag die Verrichtung die Lehnsdienste und er stand in dem gegenseitigen Treueverhältnis. Er handelte anstelle des Vasallen (Stift) in eigenem Namen und auch eigenem Recht (*Schönberg*, Das Recht der Reichslehen im 18. Jahrhundert, 3. Abschnitt, B., II., 1., d), S. 94-95).

Weber, Handbuch des in Deutschland ueblichen Lehenrechtes, III. Theil, Kap. IV., §. 100., Begriff der Lehentraeger, S. 67-68, insb. „... So ist der Kirchenpraelat, der Namens seiner Kirche sowohl die Rechte des nutzbaren Eigenthums ausuebt, als die auf dem Lehen haftenden Verbindlichkeiten erfuellet, Provasall im eigentlichen, ... Sinne. ...“ (S. 67), Grund des Provasallagiums, S. 68-68, insb. „...; so ist der Kirchenpraelat in Ruecksicht der Lehen, welche seinem Stifter verliehen worden, bloßer Provasall; ...“ (S. 69), Von den Faellen, in welchen Lehentraeger Statt haben, S. 76, insb. „... 4. bey ..., Kloestern und Stiftern, ...“

Chimani, Erlaeuterung des longobardischen, teutschen, und oesterreichischen Lehenrechtes, 5. Hauptstueck, §. 88., S. 179-181, insb. „... Derjenige, dem das nutzbare Eigenthum an und fuer sich zukommt, heißt Vasall im besonderen Verstande. Wenn aber die Ausuebung des nutzbaren Eigenthumes jemanden vermoege eines Rechtes zustehet, so heißt er Lehentraeger, ... (provasallus). Die erste Lehentragung kam bey Kirchen und Kloestern vor. Wenn diesen ein Lehen verliehen wurde, so konnten die Mitglieder nicht alle zusammen, und auch nicht einzeln, die Lehendienste verrichten, also wurde jemand aufgestellt, der statt der Kirche, oder des Klosters, die Lehendienste auf sich nahm. ...“ (S. 100).

¹⁴³⁶ *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 5. Cap., §. 5., S. 159 „... Die neue Reichs=Fuersten seynd zum Theil Reichslehenleute, zum Theil nicht. Mit denen Grafen und Herrn hat es eben die Bewandtniß, wie mit denen neuen Fuersten.“

¹⁴³⁷ *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 5. Cap., §. 4., S. 159 „... Die Praelaten und Abbtibinnin hingegen empfangen nicht alle von dem Kayser und Reich etwas zu Lehen: ...“

¹⁴³⁸ Zu 1/3 (oben, S. 545-546).

¹⁴³⁹ *Lünig*, Thesavris Jvris Derer Grafen und Herren Des Heil. Roem. Reichs, 3. Theil, XXI. Cap., IIX., S. 917 gehörten zu einer Grafschaft nicht nur die Reichslehen, sondern auch reichsständische Lehen und Allode. *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 1. Buch, 4. Cap., §. 62., S. 227-228; *ders.*, Einleitung zu dem Reichs= Hof= Rath=Prozeß, IV. Theil, 10. Cap., §. 7., S. 252 (Rietberg), §. 8., S. 253 (Castell): die den Grafen

Stift Gengenbach war landesherrliches Lehen des Fürstbischofs von Bamberg und die beiden Stifter Urspring und St. Ulrich und Afra landesherrliche Lehen des Bischofs von Augsburg.¹⁴⁴⁰

Bei den Grafen und Freiherren gab es neben den reichsunmittelbaren Belehnungen auch Reichsafterlehen. So die dem Fürsten von Kaunitz gehörende Grafschaft Rittberg, empfangen von dem Hause Hessen¹⁴⁴¹ und die den Grafen von Platen gehörende Grafschaft Hallermund, empfangen von Kur-Braunschweig.¹⁴⁴²

Bei den Prälaten war wegen des zumeist gegebenen Allodbesitzes eine Belehnung selten.¹⁴⁴³

Bei Belehnungen der Grafen, Freiherren¹⁴⁴⁴ und der Reichsprälaten¹⁴⁴⁵ in ihrem territorialen Besitz durch das Reich handelte es sich bei ihnen gleichermaßen um die niederen

von Nostiz gehörende Grafschaft Rieneck das landesherrliche Lehen des Kurfürsten von Mainz und die Grafschaft Castell das landesherrliche Lehen des Bischofs von Würzburg.

¹⁴⁴⁰ Moser, Neues deutsches Staatsrecht, Band IX, 2. Buch, 1. Cap., §. 12., S. 461-462(462): Abtei Gengenbach landsässiges Lehen des Bistums Bamberg, §. 11., S. 460: Abteien Urspring und St. Ulrich u. St. Afra landsässiges Lehen des Bistums Augsburg; *ders.*, Teutsches Staats-Recht, IX. Theil, 3. Buch, 4. Cap., §. 214., Satz 4, S. 246 „Und so vile andere von anderen Reichs=Staenden, zumalen von Chur=Pfaltz.“

¹⁴⁴¹ C. W. Ledderhose, Von der Lehnsverbindlichkeit der Landgrafen von Hessen, gegen Kaiser und Reich, §. 10., in: *ders.*, Kleine Schriften, III. Band, A., II., S. 83-84; Moser, Teutsches Staats-Recht, IX. Theil, 3. Buch, 4. Cap., §. 213., S. 245-246 (246); *ders.*, Neues deutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 15. Cap., §. 3., S. 418 u. 420, III. Band, 1. Buch, 4. Cap., §. 62., S. 227 und Häberlin, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band III, 10. Buch, 2. Cap., §. 412., S. 348 und Schönberg, Das Recht der Reichslehen im 18. Jahrhundert, 3. Abschnitt, A., II., 6, a), S. 89-90.

¹⁴⁴² Moser, Teutsches Staats-Recht, IX. Theil, 3. Buch, 4. Cap., §. 213., S. 245-246 (246); *ders.*, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 1. Buch, 4. Cap., §. 62., S. 227.

¹⁴⁴³ Gebietliche Reichslehnbarkeit bei den im Rheinischen Prälatenkollegium einsitzenden Stifter Werden, St. Corneli-Münster, Gandersheim, Quedlinburg (oben, S. 586; unten, S. 599).

Bei den im Schwäbischen Prälatenkollegium einsitzenden Stifter:

Nach Reichs=Hofrätlichen Verhandlungen 1766/67: Stift Kaisersheim: die Königsmaid (*Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 2. Cap., §. 45., Kaysersheim, S. 73); Stift Neresheim: die von Öttingen-Wallerstein zu Tausch gekommene Stücke (*ebd.*, Neresheim, S. 75); Stift Roth: ein Lehnstück Forstes (*ebd.*, Roth, Gotteshaus, S. 79); Stift Roggenburg: Dorf Schabmühlhausen, beim Rittergut Osterzell befindliche Reichslehnstücke und Güter (*ebd.*, Rottenbuch, S. 80); Stift Rottenmünster: angehörige Orte (*ebd.*, Rottenmuenster, S. 80); Stift Ursperg: Mühle und Hof in Haßlach (*ebd.*, Ursperg, S. 84); Stift Weingarten: Gut Brochenzell (*ebd.*, Weingarten, S. 84).

¹⁴⁴⁴ Leopold I. Lehn=Brief vor inne benennte Grafen von Bentheim ueber die Grafschaft Bentheim und nderselben Pertinentien. 1662 (*Lünig*, Corpus jurisfeudalis germanici, Tomus I, I. Theil, II. Abtheilung, (IV.), I., Sp. 943-944); Leopold I. Lehn=Brief vor Reichs=Erb=Truchseßen von Waldburg, Zeil=Wolffegg=Trauburg= und Scheerische Linie, ueber die Veste Waldburg, den Blut=Bann und Forst ... (*Lünig ebd.*, XXVIII., LXXIII., Sp. 1129-1132); Carl VI. Lehn=Brief vor die Grafen von Ysenburg, ueber Buedingen und was deme mehr anhaengig, 1710 (*Lünig ebd.*, XCIII., Sp. 1155-1158).

Nach Reichs=Hofrätlichen Verhandlungen 1766/67: Grafschaft Bentheim-Steinfurt, samt dem Kirchspiel und Gericht Emblichen (*Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 2. Cap., §. 45., Bentheim, S. 68); Grafschaft und Schloß Heiligenberg samt Zugehörungen (*Moser*, Neues ebd., Fuerstenberg, S. 71); Grafschaft Rothenfels (*Moser*, Neues ebd., Koenigsegg, S. 74); Grafschaft Wertheim (*Moser*, Neues ebd., Loewenstein=Wertheim, S. 75); Herrschaft Tettngang und Argen (*Moser*, Neues ebd., Montfort, S. 75); Fürstentum Saarbrücken (*Moser*, Neues ebd., Nassau=Saarbruecken, S. 75); Herrschaft Wolfegg und

Reichshofratslehen. Dies gilt auch für ihre ohne Erhalt einer fürstlichen Virilstimme im Reichsfürstenrat in den Fürstenstand erhobenen Mitglieder.¹⁴⁴⁶

Die Gleichwertigkeit des Lehnsbesitzes der weltlichen Grafen, Freiherren und der geistlichen Prälaten ist gegeben.

5. Der gebietlich-territoriale Besitz bei den weltlichen und geistlichen Staaten gleichwertig

Der von den geistlichen und weltlichen Reichsständen innegehabte Allodbesitz war gleichwertig.

Der Lehnsbesitz der weltlichen und geistlichen Reichsständen war dieser bei den Virilstimmen: Kur¹⁴⁴⁷- und Reichsfürsten und bei den Teilhaben von Curiatstimmen: Grafen, Freiherren, Prälaten jeweils in sich gleichwertig.

Grafschaft/Schloß Zeil (*Moser, Neues ebd., Reichs=Erbruchsessen, S. 79*); Fürstentum Solms (*Moser, Neues ebd., Solms, S. 82*).

Grafschaft Hohenems (*Moser, Neues ebd., Oesterreich, S. 77*); Grafschaft Hohenlohe (*Häberlin, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band III, 10. Buch, 1. Cap., §. 399, S. 310-311*); Grafschaft Eberstein: hälftig (*Moser, Markgraeflich=Badische Staatsrecht, 12. Cap., §. 9., S. 391, §. 5., S. 386-389*).

Moser, Neues ebd., 1. Cap., §. 14., S. 15 „Es gibt aber auch geringere oder nidrige Reichslehen, ueber welche die Belehnung nicht von dem Kayser in Person, sondern, Namens Desselbigen, von dem Kayserlichen Reichs=Hofrath ertheilet und empfangen wird. Dahin gehoeren, wenigstens nach der P r a x i, ..., alle Graf= und Herrschafften, ...“ und *Schönberg, Das Recht der Reichslehen im 18. Jahrhundert, 3. Abschnitt, A., II., 3., b), S. 88* „... Reichshofratslehen sind demnach zu Ende des Reiches die gefürsteten Grafen, die keine Virilstimme führen, ...“.

¹⁴⁴⁵ Stifter Werden, Sankt Corneli-Münster, Gandersheim und Quedlinburg einheitliche Belehnung mit Territorium und Landeshoheit.

Werden (und Helmstädt): Joseph I. Lehn=Brief vor Abt Coelestinum, ueber seiner Abteyen Regalia, Lehen und Weltlichkeit, 1707 (*Lünig, Corpus jurisfeudalis germanici, Tomus I, I. Theil, II. Abtheilung, (I.), XL., Sp. 547-550*),

Quedlinburg: Leopold I. Lehn=Brief vor der Aebtißin Annen Dorotheen, ueber ihres Stiffts Regalien und Weltlichkeit, Anno 1685 (*Lünig ebd., XXX., LXXII., Sp. 511-516*),

Gandersheim: Joseph I. Lehn=Brief, vor die Aebtißin Henrietten Christinen, ueber dero Stiffts Regalien und Weltlichkeit, Anno 1707 (*Lünig ebd., XXIX., LXX., Sp. 507-512*),

St. Corneli-Münster: Carl VI. Lehn=Brief vor Abt Hyacinthum Alphonsum, ueber seiner Abtey Regalia, Lehen und Weltlichkeit, Anno 1715 (*Lünig ebd., XXXI., LXXIV., Sp. 517-520*).

¹⁴⁴⁶ *Chimani, Erlaeuterung des longobardischen, teutschen und oesterreichischen Lehenrechtes, 2. Buch, 1. Abschnitt, 5. Hauptstueck, §. 425., S. 535* „Nach dem Unterschiede der Belehnung werden die Lehen in Thronlehen und Reichshofratslehen ... eingetheilet: Jene, mit welchen eine Fuerstenwuerde, und eine Virilstimme auf dem Reichstage verbunden ist; diese, welchen keine Fuerstenwuerde anhaenget, oder deren Besitzer, wenn er auch fuer seine Person ein Fuerst ist, dennoch keine Virilstimme auf dem Reichstage hat. ...“, insg., §. 425., S. 535, 4. Hauptstueck, §. 413., S. 528; *Häberlin, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band III, 10. Buch, 1. Cap., §. 397., S. 305, §. 399., S. 310-311*; *Moser, Neues teutsches Staatsrecht, Band IX, 1. Buch, 1. Cap., §. 11., S. 11* und *Schönberg, Das Recht der Reichslehen im 18. Jahrhundert, 3. Abschnitt, A., II., 3., b), S. 88*.

¹⁴⁴⁷ Der bei den Kurfürsten von ihren 3 geistlichen Mitgliedern besessene alleinige Allodbesitz, gegensätzlich zu dem von ihren weltlichen Mitgliedern gehaltenen Lehnsbesitz hindert innerhalb der Kurfürsten selber nicht ihre Gleichwertigkeit. Der reichsunmittelbare Lehnsbesitz der kaiserlichen Thronlehen war nach der

VIII

Zusammenfassung: Gleichwertigkeit des Bestandsschutzes der geistlichen Staaten und der weltlichen Staaten nach der Reichsverfassung

Die Frage der Gleichwertigkeit des nach der Reichsverfassung bestehenden Bestandsschutzes der geistlichen und weltlichen Staaten orientiert sich an den mit den reichsständischen Territorien verbundenen Rechten, d. h. ihren Landeshoheiten, ihren Reichsstandschaften und ihrem gebietlich-territorialen Besitz.¹⁴⁴⁸

Die Landeshoheiten der geistlichen und weltlichen Staaten waren gleichwertig.¹⁴⁴⁹

Die Reichsstandschaften der geistlichen Staaten waren jenen der weltlichen Staaten gleichwertig.¹⁴⁵⁰

Die von den geistlichen und weltlichen Reichsständen besessenen Allod- und Lehnsbesitze waren gleichwertig.¹⁴⁵¹

In Übereinstimmung mit den zeitgenössischen Publizisten¹⁴⁵² ist die Gleichwertigkeit des von den geistlichen Staaten nach der Reichsverfassung innegehabten Bestandsschutzes gegenüber den weltlichen Staaten zu bejahen.¹⁴⁵³

Reichsverfassung dem Allodbesitz nicht hintangestellt. Beide hatten auch die Eigenschaft von iura quaesita (oben, S. 300-301).

¹⁴⁴⁸ Oben, S. 356-357.

¹⁴⁴⁹ Oben, S. 455.

¹⁴⁵⁰ Oben, S. 580.

¹⁴⁵¹ Oben, S. 599.

¹⁴⁵² Oben, S. 347-349.

Die Ansicht von *Deutschlands Gewinn und Verlust bei der Rastatter Friedens-Basis*, VIII., S. 85 „... Nun giebt es aber in Deutschland keine andere res nullius, als die geistlichen Stifter; alle übrigen res haben ihre Besitzer, ihre Eigenthümer, und diese wieder ihre legitimen Erben oder Landesherren. Mit den Stiftern hingegen verhält es sich anders. Diese gehören dem Staate, der damit nach Belieben schalten und walten kann. ...“ ist singulär.

¹⁴⁵³ Die mittelalterliche Anschauung, die Kirchengüter als im Eigentum Gottes gestanden, ihre Wegnahme oder Säkularisation als Deutung von Sakrileg und damit die Kirchengüter auch eine gegenüber den von weltlichen Reichsständen besessenen Gütern erhöhte Wertigkeit habend, war zu Ausgang des 18. Jahrhunderts nicht mehr gegeben. Die transzendente Zuordnung der Kirchengüter war durch das staatlich-diesseitige Denken der Neuzeit nicht mehr existent.

Weisse, Ueber die Säkularisation Deutscher Geistlicher Reichslaender, 2. Abschnitt, §. 2., S. 157-158 „Gewöhnlich gingen sie von dem schon oben angeführten Grundsatz aus: daß die Kirchengüter ein Eigenthum Gottes und Christi waeren, und daß sich daher der Staat keine Säkularisation derselben anmaßen koennte, ohne ein Sakrilegum zu begehen. Da dieser Grund auf einer aberglaebischen das hoechste Wesen selbst heranwuerdigeden Vorstellung beruht, die in den finstern Zeiten des Mittelalters aufgekommen ist, und gegenwaertig kaum unter den eifrigsten Katholiken noch Anhaenger finden duerfte, so bedarf derselben keiner Widerlegung.“

Ein nach der Reichsverfassung geringerer Bestandsschutz der geistlichen Staaten gegenüber den weltlichen Staaten scheidet als Rechtfertigungsgrund für die in Art. VII des Friedensvertrages von Lunéville festgelegte alleinige Schadenstragung der geistlichen Reichsstände aus.

und *Schnaubert*, Ueber Moser's Vorschlaege zur Verbesserung der geistlichen Staaten, Fußn. a), S. 163-164 (164) „... Die Urkunden lauten auf die besondere Kirche, z. B. Abt und Konvent &, auf den Heiligen, zu dessen Gedächtniß die Kirche gestiftet, auf Gott u. dergl. Kirchengesetze, worinn dis enthalten, sind nicht vorhanden. Die Kirchengueten werden zwar zuweilen patrimonium Christi, ecclesiae, pauperum etc. genannt. Hieraus folgt aber theils offenbar nichts, theils wird patrimonium ecclesiae blos in dem Sinne genommen, worinn man sagt, daß das Vermoegen der einzelnen Unterthanen den Reichthum des Staats ausmache. ...“.

E

Eine Verfassungsreform im Interesse des Reiches zur Beseitigung der bei den geistlichen Staaten vorhandenen Mängel?

I

Des Domherren von Fulda *von Bibra*¹ am 4. April 1786 gestellte Preisfrage über die bei den geistlichen Staaten vorhandenen Mängel

Bereits vor dem Ausbrechen der ²Revolutionskriege war die Existenz der geistlichen Staaten im Reich rege erörtert worden.

Ausgelöst worden war diese Diskussion durch die von dem Regierungspräsidenten und Domherren der hochstiftischen Abtei Fulda ³*von Bibra*⁴ in seinem von ihm herausgegebenen *Journal von und fuer Deutschland*⁵ am 4. April 1786 gestellte Preisfrage:

„Da die Staaten der geistlichen Reichsfuersten Wahlstaaten, und ueber dieses groeßentheils die gesegnetesten Provinzen von ganz Deutschland sind, so sollten sie von Rechtswegen auch die weisesten und gluecklichsten Regierung genießen. Sind sie nun nicht so gluecklich, als sie seyn sollten, so liegt die Schuld nicht so wohl an den Regenten, als an der innern Grundverfassung. Welches sind also die eigentlichen Maengel, und wie sind solche zu beheben? ... Fulda den 4 ten April 1786. v. Bibra.“⁶

¹ Von Bibra war Regierungspräsident und Domherr der hochstiftischen Abtei Fulda.

² *Wende*, Publizistik der geistlichen Staaten, I., S. 9, II., S. 9-47.

³ Reichsständische Abtei Fulda und exemtes Bistum Fulda (oben, S. 508).

⁴ *Braubach*, Die kirchliche Aufklärung im katholischen Deutschland im Spiegel des „Journal von und fuer Deutschland“, in: *ders.*, Diplomatie und geistiges Leben im 17. und 18. Jahrhundert, S. 563-659 (567).

⁵ Das *Journal von und fuer Deutschland* erschien von 1784-1792 monatlich. Es widmete sich den Darstellungen der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen, wissenschaftlichen und literarischen Zustände und Bestrebungen im Reich zu Ausgang des 18. Jahrhunderts. Seine Grundhaltung war die der katholischen Aufklärung. Es nahm gegen die in Frankreich ausgebrochene Revolution und ihren Anhängern schroff Stellung (*Braubach*, Die kirchliche Aufklärung im katholischen Deutschland im Spiegel des „Journal von und fuer Deutschland“, in: *ders.*, Diplomatie und geistiges Leben im 17. und 18. Jahrhundert, S. 563-659).

⁶ *Journal von und fuer Deutschland*, II. Jahrg., 12. Stueck, 1785, Nr. XVIII, S. 522.

Die Preisfrage ist von v. Bibra unterschrieben und trägt das Datum des 4. April 1786. Das Dezemberheft des Jahres 1785, auf dessen letzte Seite die Preisfrage steht, muss demnach frühestens im April 1786 erschienen sein.

Den Preis erhielt Sartori mit seiner im Jahr 1787 in Augsburg erschienenen Schrift Staatistische Abhandlung ueber die Maengel in der Regierungsverfassung der geistlichen Wahlstaaten, und von den Mitteln, solchen abzu- helfen.

II

Die Verbindung der Reform der geistlichen Staaten mit der Frage der Gewährung von Entschädigungen für die linksrheinischen Gebietsverluste

Bereits vor der mit den Revolutionskriegen eintretenden Situation des zu erwartenden Verlustes von linksrheinischen Reichsgebieten hatte man sich demnach mit der Frage einer Verfassungsreform zur Beseitigung der bei den geistlichen Staaten vorhandenen Mängel beschäftigt. Als sich dann mit den Revolutionskriegen die Frage einer Gewährung von Entschädigungen für die ihre linksrheinischen Gebiete verlierenden Reichsstände stellte, konnte diese Entschädigungsfrage mit dem allgemeinen Problem einer Verfassungsreform zur Beseitigung der bei den geistlichen Staaten vorhandenen Mängel dahingehend verbunden werden, dass durch eine Nichtentschädigung der linksrheinisch depossidierten geistlichen Reichsstände diese auch rechtsrheinisch nicht weiter fortbestehen sollten und dass darüber hinaus durch Heranziehung der rechtsrheinischen geistlichen Staaten zur Entschädigung diese gänzlich oder teilweise aufgelöst und in weltliche Staaten umgewandelt werden sollten.

Der Verfasser von *Unser Reich ist nicht von dieser Welt*:

„... Aber es giebt fuer die Nothwendigkeit der Saekularisationen andere Gesichtspunkte als den der Entschaedigung,⁽⁷⁾ ... Wem sein Vaterland werth ist, dem muß auch darum zu thun seyn, daß dasselbe nicht nur einen so wenig als moeglich drueckenden Frieden, sondern auch diejenigen Reformen erhalte, wodurch es gegen aehnliche kuenftige Unfaelle mehr gesichert wird.⁽⁸⁾ ... Die uebrigen Hauptgebrechen aller Wahlstaaten und der geistlichen besonders sind bereits in den bekannten, ueber diesen Gegenstand erschienenen Preisschriften offen genug dargelegt worden, und ich werde weiter unten noch einmal darauf zurueck kommen. Sollte nun Deutschland in dem großen Augenblicke, wo es seyn oder Nichtseyn gilt, nicht die so nahe liegende Mittel ergreifen, um seine innern Kraefte mehr zu vereinigen, den Gemeingeist seiner Buerger zu erwecken, und aus seiner Verfassung nach und nach alles tilgen, was die Schwaeche derselben fuer die Zukunft unterhalten oder gar noch vermehren wuerde?⁽⁹⁾ ... Frankreich fordert die Saekularisationen nicht als Genugthuung fuer zugefuegte Beleidigungen, sondern aus hoeherer politischer Ruecksicht, so wie die deutschen Fuersten selbige auch, entfernt von aller Vergroeberungssucht, als nothwendige Staatsform verlangen muessen.⁽¹⁰⁾ ... daß unsere Verfassung in ihren wesentlichen Theilen verbessert, und vornehmlich die Gerechtsame des Buergers in einem jeden Lande durch die

⁷ Zweyter Gesichtspunkt, S. 3.

⁸ Zweyter Gesichtspunkt, S. 10.

⁹ Zweyter Gesichtspunkt, S. 12.

¹⁰ Zweyter Gesichtspunkt, S. 17.

Landstaende gesichert werden, dafuer werden hoffentlich Deutschlands und Frankreichs Gesandte beim Friedens=Congresse sorgen. ...“¹¹

Fabritius, Ueber den Wehrt der geistlichen Staaten:

„... Aber vielleicht erfordert es bei den gegenwaertigen Coniuncturen die allgemeine Wohlfarth und sicherheit: daß die geistlichen Staaten saekularisirt – die alte Reichsverfassung aufgehoben, und Teutschlands Nationalkraefte und Wenigern vertheilet und concentrirt werden? ...“¹²

der Verfasser von *Noch ein Wort ueber das Saekularisationswesen*:

„... Die Patronen der Saekularisirungen ... Sie geben sich Muehe, zu beweisen, daß geistliche Regierungen dem Zweke einer Staatsverfassung, ..., nicht angemessen sey, ... Ihre Abschaffung gewaehre also nicht allein die große Wohlthat des Reichsfriedens, sondern in ihr liege zugleich der schoenste Keim der kuenftigen Voelkerbegluekung. ...“¹³

der Verfasser des *Merkwuerdigen Sendschreibens die Unrechtmaessigkeit der Saekularisationen*:

„... Man hat zwar durch eine Menge Pampflets, welche die nichtswuerdigsten Menschen zu Verfassern hatten, die oeffentliche Meynung, zum Nachtheil der geistlichen Staaten, zu bestechen und zu verleiten versucht; man hat sich alle Muehe gegeben, darzuthun, daß die geistlichen Laender gleichsam dazu geeigenschaftet waeren, um bey den Entschaedigungen der Staende abzuhelpen; man hat auf die Unmuendigkeit und den Bloedsinn der geistlichen Unterthanen gerechnet - ...“¹⁴

Halder, Sollte man die Vernichtung der teutschen Reichsverfassung wuenschen?

„... Fuer den Verfasser dieser kleinen Schrift ist es ausgemacht, daß dem Reiche grosse Veraenderungen bevorstehen, und er wuenscht dabei nichts aufrichtiger, als daß die maechtigen Fuersten Teutschlands, die gegenwaertigen Umstaende zu benutzen moechten, als es ihre kuenftige Sicherheit und die Ehre unserer Nation erfordern. ...“¹⁵

¹¹ Zweyter Gesichtspunkt, S. 20.

¹² Vorrede, S. III.

¹³ Vierter Satz, S. 49-50.

¹⁴ S. 34.

¹⁵ S. IV, insg., S. III-V.

und der Verfasser von *Ueber die Nothwendigkeit einer allgemeinen Saecularisation der deutschen Erzbisthuemer, Bistuemer, Praelaten und Kloester*:

„... der besondere Friede zu Basel, die Neutralitaetsvertraege mehrerer deutschen Fuersten mit der fraenkischen Republik, und endlich, was man sich nie zu denken wagte, der Friede des deutschen Reichs=Oberhaupt^s ohne Theilnahme der Staende zu Campo-Formio gehoeren so gewiß zu den seltensten Beyspielen der deutschen Reichspolitik, so deutlich sie uns von dem morschen und hinfaeligen Gebaeude der deutschen Constitution ueberzeugen, dessen Zusammensturz ohne eine Radical=Reform unvermeidlich ist. ...“¹⁶

¹⁶
S. 29.

Hochheim, Das Saekularisationsprojekt nach dem Zeitgeist, S. 31 spricht von 10 mal so viel Schriften gegen die Säkularisation als von solchen für dieselbe.

III

Der Zeitgeist

1. Der Pietismus und der Jansenismus als die Vorläufer der Aufklärung

a) Erneuerung des evangelischen Glaubens im protestantische Deutschland durch den Pietismus

Der zu Ende des 17. Jahrhunderts einsetzende Pietismus, der an das reformatorische Programm anknüpfte, es aufnahm und weiterführen wollte,¹⁷ war auch eine Reaktion auf das neue mechanische Weltbild der Naturwissenschaften.¹⁸ Dem Pietismus gehörte insbesondere das lutherische,¹⁹ jedoch auch das reformierte Glaubensbekenntnis²⁰ zu.

¹⁷ Dem Pietismus war um die Mitte des 16. Jahrhunderts der in England als Protestbewegung gegen die Anglikanische Kirche einsetzende Puritanismus vorausgegangen, dies mit seinem Bestreben, zu einer weitgehenden Übernahme der festländischen Reformation zu gelangen. Nach seinen Anfängen, in denen es dem Puritanismus um mehr Buße ging, so von dem seine Impulse ausgehenden Martin Bucer (1491-1551) und seinem Wegbereiter John Bradford (1510-1555) (*Mai*, Die niederdeutsche Reformbewegung, A., I., 1., S. 21-24 (23), 1., S. 25-31 (27)), hatte er in seiner zu Ende des 16. Jahrhunderts gewordenen geschichtlichen Wirklichkeit einen Biblizismus, eine Gewissenslehre, eine Betonung der Wiedergeburt und eine Kasuistik angenommen (*RGG*, V. Band, Perkins, William ..., Sp. 224: sein eigentlicher theologischer Vater William Perkins (1558-1602) und *Mai* ebd., 3., S. 33). Nach der Zeit seiner Verfolgung und der Unterdrückung gelang es dem Puritanismus während des englischen Bürgerkrieges die Anglikanische Kirche in den Jahren 1643 bis 1660 abzuschaffen. Die Herrschaft des Puritanismus wurde jedoch vom Großteil der Bevölkerung als Schreckensherrschaft empfunden, so dass die mit der Wiedereinsetzung des Stuartkönigs Karl II. im Jahre 1660 erfolgte Restauration der Staatskirche allgemein begrüßt wurde. Nach einer weiteren Zeit der Verfolgung wurde der Puritanismus nach der Glorious Revolution von 1688 in dem von dem Parlament am 24. Mai 1689 beschlossenen Act of Toleration, welcher die Katholiken und Socianer ausschloss, geduldet und erging sich danach in einen mehr stillen Biblizismus (*Realencyklopädie*, XVI. Band, Puritaner, Presbyterianer, I.-III., 2., S. 236-346; *RGG* ebd., Puritaner, 2., Sp. 723-724 und *WWKL*, X. Band, Presbyterianer ..., III., Sp. 360-363).

Spener, der Begründer des lutherischen Pietismus in Deutschland war insbesondere von den englischen Theologen beeinflusst. William Perkins wird auch als Vater des Pietismus angesehen (*Lang*, Puritanismus und Pietismus, 3. Kap., S. 101-131 und *Heppe*, Geschichte des Pietismus, 1. Abschnitt, § 2., S. 24). Insbesondere der von Perkins angestrebte religiöse Individualismus, der Eintritt der Erwählungsgewissheit, das religiöse Gefühl, der Eifer in der Seelenrettung und die Stellung des einzelnen zur unsichtbaren Kirche hatten auch pietistische Züge (*Lang* ebd., 3. Kap., B., IV, S. 126-131). Während der Puritanismus für die Bewahrung des göttlichen Gnadenstandes die Arbeit selber heiligt, womit sie insbesondere auch zur Förderung des eigenen materiellen Wohlergehens dient, wurde sie beim Pietismus mehr i. S. einer sozialen Mitverantwortung für den Nächsten gesehen (*Hinrichs*, Preußentum und Pietismus, I., 1., S. 11-12, 2., S. 15-16 und *Deppermann*, Der halleische Pietismus, XIV., S. 177-178).

¹⁸ *Rieder*, Schiller, Die geistige Zeitsituation und der Protestantismus, S. 11-14, insb. Wenn das Wunder in der mechanischen Welt nicht möglich war - der Bibel war es möglich. Sie und der ganze Glaube wird aus der Welt ausgespart und dem Bereich des Gefühls überantwortet: der Pietismus ist ein Ausweg geworden. ...“ (S. 13).

¹⁹ *Kantzenbach*, Orthodoxie und Pietismus, 9., Wurzeln des Pietismus, S. 130, Würdigung und Bedeutung des Pietismus, S. 132.

²⁰ *Niebuhr*, Geschichte des Zeitalters der Revolution, I. Band, Zustand Europa's vor der Revolution, II., S. 77 Die andere war die pietistische; Männer die in dem wahren Glauben an Christus und der Demuth ihr Heil

Mit seinen Forderungen:²¹ mehr Beschäftigung mit dem Wort Gottes,²² Aufrichtung des allgemeinen Priesteramtes der Laien, welches das Predigtamt zu ergänzen habe,²³ Übung der praktischen Nächstenliebe,²⁴ Einschränkung des Disputierens in den Religionsstreitigkeiten, Reform des Theologiestudiums mit einer inneren geistlichen Hinwendung²⁶ und Ausrichtung der Predigt auf das Missionarisch-Seelsorgerische anstelle theologisch-gelehrter Lehre²⁷ war es ihm insbesondere um eine persönliche Aneignung der Glaubensgerechtigkeit und um eine allein aus der Kraft des Glaubens und der göttlichen Gnade erwachsene praktische Frömmigkeit²⁸ und um ein auf das diesseitige Leben ausgerichtetes Christentum gegangen.

Mit seiner Abkehr von der und Frontstellung gegen die dogmatisch verhärtete und institutionell erstarrte Kirche²⁹ war er durch einen ausgesprochenen Subjektivismus und Individualismus geprägt.³⁰

suchten, eine Richtung die zu sehr viel schwärmerischem Anlaß gab, aber die eigentliche Blüte des Protstantismus enthielt; sie gingen besonders auf Versöhnung der Calvinisten und Lutheraner aus. ...“.

²¹ Die Forderungen des Pietismus wurden von seinem Begründer *Philipp Jacob Spener* (1635-1705) in der von ihm verfassten Programmschrift des Pietismus: *Pia Desideria oder herzliches Verlangen nach gottgefälliger Besserung der wahren evangelischen Kirchen samt einigen dahin einfältig abzweckenden christlichen Vorschlägen* formuliert, welche das Wesentliche seines Inhaltes und das Grundprogramm seiner Reformen enthielt (*Deeter*, A historical and theological introduction to Philipp Jakob Spener's *Pia desideria*, Vol I, Preface, p. X).

Nach dem Erscheinen von Speners *Pia Desideria* im Jahr 1675 hatte im beginnenden Pietismus die Lutheraner gegenüber den Calvinisten die führende Rolle übernommen (*Mai*, Die norddeutsche Reformbewegung, Vormerkung, S. 18).

²² Durch persönliches Lesen und durch Verlesung der Bibel in der Gemeindeversammlung und ohne weitere Predigterklärungen (*Spener*, *Pia desideria*, (Einfältige vorschlaege), (I.), p. 94-104).

²³ Neben der Aufrichtung auch die fleißige Übung des allgemeinen geistlichen Priesteramtes (*Spener*, *Pia desideria*, (Einfältige vorschlaege), (II.), p. 104-110).

²⁴ Die Übung der praktischen Nächstenliebe, da es mit dem alleinigen Wissen im Christentum durchaus nicht genug ist (*Spener*, *Pia desideria*, (Einfältige vorschlaege), (III.), p. 110-113). *Joachim Feller* (1638-91) in seinem in den Jahren 1689/90 verfassten Sonnet: „ES ist jetzt Stadt-bekannt der Nahm der Pietisten;/ Was ist ein Pietist? Der Gottes Wort studirt/Und nach demselben auch ein heilges Leben führt. ...“ (*Breymayer*, Pietistische Rhetorik als eloquentia novantiqua, in: *Traditio-Krisis-Renovatio aus theologischer Sicht*, II., S. 262-263 (Zitat S. 262)).

²⁵ Stattdessen sollen insbesondere das Gebet für den Irrenden und das gute Vorbild treten (*Spener*, *Pia desideria*, (Einfältige vorschlaege), (IV.), p. 113-125).

²⁶ Neben der geistlichen Hinwendung der Theologen auch die Abhebung der Theologie von anderen Wissenschaften, insbesondere von Philosophie und Scholastik, Erziehung der Prediger auf Universitäten bei der Professoren gutem Beispiel (*Spener*, *Pia desideria*, (Einfältige vorschlaege) (V.), p. 125-149).

²⁷ *Spener*, *Pia desideria*, (Einfältige vorschlaege), (VI.), p. 149-162.

²⁸ *Kantzenbach*, Orthodoxie und Pietismus, 9., Wurzeln des Pietismus, S. 130 und *Dohmen*, Bildung und Schule, Band II, V., A., 1., S. 98.

²⁹ Sie erging sich in der Darstellung eines makellosen Dogmas.

³⁰ Der Pietismus verstand sich vor allem als Reaktion gegen die, die Darstellung der Herrlichkeit eines makellosen Dogmas zur Verwirklichung der Kirche als der Kirche Gottes fordernde und darin dogmatisch und institutionell erstarrten Landeskirche des fürstlichen Absolutismus. Solches war von Luther mit dem Landes-

Mit seinen praktischen Maßnahmen der Bibelverbreitung,³¹ der Kirchenlieddichtung,³² den collegia pietatis,³³ der kirchlichen Rehabilitierung des Protestantismus³⁴ und der Gewinnung der Masse für diesen innerhalb der kirchlichen Institutionen³⁵ war er einflussreich³⁶ und konnte insbesondere das gehobene Bürgertum, den Adel und in geringerem Umfang auch die bauerliche Bevölkerung beeinflussen.³⁷

Insbesondere in Norddeutschland hatte er den Adel als Träger,³⁸ wobei in Preußen, nach dem Sieg des Absolutismus über die Stände, dieser auch den Pietismus in seinem Kampf ge-

herrn als membrum praecipuum ecclesiae, seiner helfenden brüderlichen Betätigung in der Kirche und als Inhaber der cura religionis der weltlichen Obrigkeit zur äußeren Aufrechterhaltung von der christlichen Ordnung nicht gemeint gewesen war. Durch diese innere Loslösung von der Orthodoxie des Landeskirchentums mit der Rückkehr zur lutherischen ecclesia spiritualis und den Forderungen zur persönlichen Aneignung der Glaubensgerechtigkeiten, des allgemeinen Priestertums aller Gläubigen, den Hausandachten, der Bibellektüre und des gegenseitigen geistigen Beistandes auch der Laien war der Pietismus durch eine ausgesprochene Subjektivität und Individualität des Gotteserlebnisses geprägt (*Kaiser*, Pietismus und Patriotismus im literarischen Deutschland, Kap. 1, S. 5-9 und *Hepp*, Geschichte des deutschen Volksschulwesens, I. Band, 1. Abteilung, Zweite Periode, §. 1., S. 42). Er trat demnach gegen das Anstaltsmäßige und für das Persönliche, gegen Zwang und für Freiwilligkeit, gegen Tradition und für die Aktualität ein (*Das Zeitalter des Pietismus*, Einleitung (von *M. Schmidt*), B., S. XXI).

³¹ *Kantzenbach*, Orthodoxie und Pietismus, 14., Bibelverbreitung und Kirchenlied, S. 168-179 (169); *Beyreuther*, Der geschichtliche Auftrag des Pietismus in der Gegenwart, 2., S. 12-16; *K. Aland*, Bibel und Bibeltext bei ... Francke und ... Bengel, Die Bedeutung Halles für die Verbreitung der Bibel, A. H. Franckes Forderung: Revision der Lutherübersetzung, in: *Pietismus und Bibel*, S. 90-92 (92), S. 92-93 (92) und *O. Söhngen*, Ansprache zur Eröffnung der Tagung: Pietismus und moderne Welt ... April 1972 ..., in: *Pietismus und moderne Welt*, S. 7).

Von der neuen im den Jahren 1701/02 in Halle mit insbeonderer Hilfe von Cansteins gegründeten Bibelanstalt: Ohnmaßgeblicher/Vorschlag/Wie GOTTES Wort denen Armen/zur Erbauung um einen geringen Preis/in die Hände zu bringen, waren in den Jahren 1712-1719 80 000 Bibeln und 100 000 Neue Testamente und bis zum Jahr 1812 fast genau 2 Millionen Vollbibeln und über 1 Million Neue Testamente gedruckt und verbreitet worden. Hingegen hatte sich die Anzahl der in Wittenberg während der Zeit von 1534-1626 erschienenen Vollbibeln auf ca. 200 000 belaufen (*K. Aland*, Der Hallesche Pietismus und die Bibel, in: *Die bleibende Bedeutung des Pietismus*, S. 31-36 (36) und Anm. 50, S. 53-55).

³² *Kantzenbach*, Orthodoxie und Pietismus, 14., Bibelverbreitung und Kirchenlied, S. 168-170 (169) und *O. Söhngen*, Ansprache zur Eröffnung der Tagung: Pietismus und moderne Welt ... April 1972 ..., in: *Pietismus und moderne Welt*, S. 37.

³³ Den Haus- und Privatversammlungen zu einer erbaulichen Ansprache über die Heilige Schrift und den individuellen Hausbesuchen durch die Geistlichen (*Gloria*, Der Pietismus als Förderer der Volksbildung ..., (B.), II., c), S. 20-22 und *Haug*, Reich Gottes im Schwabenland, III, 1., S. 35).

³⁴ Dies bewirkt mit seinem Subjektivismus und Individualismus.

³⁵ *Kantzenbach*, Protestantisches Christentum im Zeitalter der Aufklärung, 1., S. 16-17 (17).

³⁶ *Kantzenbach*, Orthodoxie und Pietismus, 9.-18., S. 130-216; *ders.*, Protestantisches Christentum im Zeitalter der Aufklärung, 1., S. 17 und *H. Liebel*, Der aufgeklärte Absolutismus und die Gesellschaftskrise in Deutschland, in: *Absolutismus*, S. 524-525 (524).

³⁷ *Kantzenbach*, Orthodoxie und Pietismus, 14., Verdienste des Pietismus für die Mission, S. 167-168 (167).

³⁸ *Erbe*, Zinzendorf und der fromme hohe Adel seiner Zeit, Einleitung, S. 9-11, I.-III., S. 13-250; *Barthold*, Die Erweckten im protestantischen Deutschland während des Ausgangs des 17. und während der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts, in: *HTb*, III. Folge, 3. Jahrg., (1. Abtheilung), S. 129-320, 4. Jahrg., (2. Abtheilung), S. 169-390 und *Hinrichs*, Preußentum und Pietismus, III., 1., S. 183-190.

gen die mit den Ständen verbündete Orthodoxie unterstützte.³⁹ Der hallische Pietismus war ein Hauptelement im Entstehungsprozess des Preußentums. Die preußische Pflichtentreue, Sparsamkeit, das unbestechliche Verantwortungsbewusstsein und das Auskaufen der Zeit hatten ihre Wurzeln in ihm.⁴⁰

Im Herzogtum Württemberg war der seit dem Jahr 1715 tatsächlich geduldete⁴¹ und seit dem Jahr 1743 von staatlich-kirchlicher Seite neben der Orthodoxie anerkannte Pietismus⁴² mehr bei den Pfarrern, Bürgern und bei der ländlichen Bevölkerung verhaftet gewesen,⁴³ wobei seine Führung während des ganzen 18. Jahrhunderts bei den mittleren und oberen bürgerlichen Schichten lag.⁴⁴ Auch verbündete er sich mit den bürgerlichen Ständen und einigen Vertretern der Orthodoxie gegen Herzöge, denen in ihrer absolutistischen Haltung an keinen sozialen Reformen gelegen war.⁴⁵

b) Geringere Bedeutung des Jansenismus im katholischen Deutschland

Als Reaktion auf die Steigerung des menschlichen Selbstbewusstseins im Humanismus und in der Renaissance, wie mit der Veröffentlichung des von Cornelius Jansenius (1585-

³⁹ *Deppermann*, Der hallesche Pietismus, XIV., S. 172-173; *Hinrichs*, Preußentum und Pietismus, III., 1., S. 175, 2., S. 216-300 (216, 227-231, 247, 254, 268, 281, 282, 299): hinsichtlich den beiden Provinzen Magdeburg-Halberstadt und Ostpreußen und *Lehmann*, Pietismus und weltliche Ordnung in Württemberg, I., 3., S. 61-62.

⁴⁰ *Beyreuther*, Geschichte des Pietismus, (Kap. VII:) Die vierte pietistische Generation und die Anfänge der Erweckung, S. 338; *Hinrichs*, Der Hallische Pietismus als politisch-soziale Reformbewegung des 18. Jahrhunderts, in: *JGMO*, II. Band, S. 177-189 (184-189 (189) und *Deppermann*, Der hallesche Pietismus, XIV., S. 173-174.

⁴¹ *Lehmann*, Pietismus und weltliche Ordnung in Württemberg, I., 2., S. 49-51, II., 2., S. 94.

⁴² Durch das *General-Recrript, betr. die Privat-Versammlungen der Pietisten. Vom 10. Oct. 1743 (Das Württembergische Pietisten-Reskript vom Jahr 1743, Zum Geleit, S. 7, Text: S. 9-20, ... Geschichtlicher Hintergrund und Bedeutung, S. 21-27 und Lehmann, Pietismus und weltliche Ordnung in Württemberg, II., 2., S. 82-94 (89-94).*

⁴³ *Shanahan*, German Protestants face the social question, Vol. I, Chap. One, Quiet Voices in the Land, p. 24 und *Schäfer*, Pietismus in Württemberg, S. 28-29: eine große Anzahl von Pfarrern setzte das Gedankengut der Großen um in kleinere Münzen.

⁴⁴ *Lehmann*, Pietismus und weltliche Ordnung in Württemberg, II., 4., S. 117-118.

⁴⁵ *Lehmann*, Pietismus und weltliche Ordnung in Württemberg, I., 3., S. 61-62, II., 2. u. 3., S. 82-117: Annäherung zwischen Herzog Karl Eugen und den Ständen und dem Pietismus im Jahre 1770 (115-117).

Als Landschaftskonsulent erlitt der pietistisch gesinnte Johann Jakob Moser wegen seines Benehmens in den landschaftlichen Geschäften einen Arrest auf der Festung Hohentwiel vom 12. 7. 1759-25. 9. 1764, während welchem er insbesondere geistliche Lieder verfasste (*Rürup*, Johann Jacob Moser, IV. Kap., 1. u. 2., S. 153-168 (1., S. 155-162, 2., S. 168) und *Moser*, Lebens-Geschichte, II. Theil, §. 30. u. §. 31., S. 116-144, §. 32., Anwendung meiner Zeit-Muntere Stunden, S. 144-153 (§. 30., S. 119-120, §. 32., S. 144-148).

Eine Überbrückung der Kluft zwischen den Ständen hatte der Pietismus nicht erreichen können (*Religion – Politik – Gesellschaft im 17. und 18. Jahrhundert*, III. Der Pietismus im Alten Reich von *H. Lehmann*, in: *HZ*, CCXIV. Band, Aufsätze, S. 82-85).

1638) verfassten Augustinus⁴⁶ entstanden war, wollte der Jansenismus die Rückkehr zur augustinischen Gnadenlehre bringen. Der Mensch ist so lange in seine sinnliche Begehrlichkeit verfallen, bis diese durch die überwiegende Lust zum Guten aufgehoben wird. Diese ist ihrem Wesen nach die durch Christus verliehene Gnade zur Erlösung. Diese jansenistische Lehre hatte im Katholizismus zu einer starken Verinnerlichung der religiösen Lebens geführt.⁴⁷

Am 8. September 1713 durch die ihn verurteilende Bulle *Unigenitus* verboten,⁴⁸ fand der Jansenismus vor allem in seinem Ausgangsgebiet, den spanisch/österreichischen Niederlanden⁴⁹ und in den Generalstaaten Anhänger.⁵⁰ In Frankreich hatte er die religiösen, geistigen und sozialen Verhältnisse von der Gegenreformation mit dem Erstarren des Absolutismus bis zum Ausbruch der Revolution mitgeprägt.⁵¹

In das katholische Deutschland zu Ende des 17. Jahrhunderts gelangt, traf er jedoch bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts auf eine ablehnende Haltung;⁵² seit den 60. Jahren erfolgten Warnungen vor ihm.⁵³ Durch Aktivitäten während des letzten Jahrzehnts vor der Aufhebung des Jesuitenordens (1773)⁵⁴ fand er auch über seine Ausgangsgebiet hinaus in Wiener Hofkreisen Sympathien.⁵⁵

⁴⁶ Im Jahre 1640 post morte veröffentlicht.

⁴⁷ *Deinhardt*, *Der Jansenismus in deutschen Landen*, § 1., S. 1-6 (1, 3-4) und *Religion - Politik - Gesellschaft im 17. und 18. Jahrhundert*, II. Jansenismus und Gesellschaft in Frankreich von *E. Weis*, in: *HZ*, CCXIV. Band, Aufsätze, S. 42 u. 34.

⁴⁸ *Mirbt*, *Quellen zur Geschichte des Papsttums*, 542., S. 395-399.

⁴⁹ Mit der Beendigung des Spanischen Erbfolgekriegs im Jahre 1714 österreichisch geworden (unten, S. 1009-1010).

⁵⁰ *Geschichte der Kirche*, IV. Band, 1. Teil: Die Kirche im Zeitalter der Aufklärung und Revolution, v. *L. J. Rogier*, 3. Kap., 1., S. 59-71 und *Deinhardt*, *Der Jansenismus in deutschen Landen*, III. Kap., § 7., S. 79-80.

⁵¹ *Religion – Politik – Gesellschaft im 17. und 18. Jahrhundert*, II. Jansenismus und Gesellschaft in Frankreich von *E. Weis*, in: *HZ*, CCXIV. Band, Aufsätze, S. 42-57 und *Geschichte der Kirche*, IV. Band, 1. Teil: Die Kirche im Zeitalter der Aufklärung und Revolution, v. *L. J. Rogier* 3. Kap., 1., S. 61-67.

⁵² *Deinhardt*, *Der Jansenismus in deutschen Landen*, II. Kap., S. 28-65.

⁵³ *Deinhardt*, *Der Jansenismus in deutschen Landen*, III. Kap., § 6., S. 66-78.

⁵⁴ Unten, S. 655-657.

⁵⁵ *Deinhardt*, *Der Jansenismus in deutschen Landen*, III. Kap., § 7., S. 78-96 (78-86): Insbesondere bei dem aus Leiden stammenden Leibarzt Maria Theresias Gerhard L. B. van Swieten (1700-1772), welcher in Wien „... an Hof und Universität zu hohem Ansehen erhoben, eine vielseitige Tätigkeit entfaltete und dabei das volle Vertrauen Maria Thersias besaß. ...“ und damit „... an der Gestaltung des Geisteslebens der maria=theresianischen Ära hervorragenden Anteil. ...“ hatte (S. 80).

Mit ihrem subjektivistischen Denken, ihrer Zuwendung zum Menschen, ihrer Zurückdrängung der Dogmen, der moralisierenden Tendenz des Pietismus zur praktisch frommen Tat waren Pietismus und Jansenismus auch die Vorläufer der Aufklärung.⁵⁶

2. Die Aufklärung

a) Festhalten der Aufklärung an der Einheit von Glaube und Vernunft bis zu Kant

aa) Wendung des Thomasius (1656-1728) mit seiner Unterscheidung von Verstand und Wille gegen eine einseitige Ausrichtung des Menschen auf das Denken

Der die deutsche Frühaufklärung am Ende des 17. Jahrhunderts einleitende⁵⁷ Christian Thomasius⁵⁸ (1655-1728) unterschied innerhalb der Seele⁵⁹ den Verstand und den Willen.⁶⁰

⁵⁶ Ob der Pietismus in Deutschland der Bahnbrecher für die Aufklärung war, ist umstritten. *Bößenecker*, Pietismus und Aufklärung, 2. Teil, Kap. 10, S. 294-297: nach ihm kommt der außerkirchliche separatistische „... radikale Pietismus tatsächlich zu einer Reihe von Ideen, die eine verblüffende Ähnlichkeit mit aufklärerischem Gedankengut aufweisen und von der Aufklärung ohne Schwierigkeiten ihrem antikirchlichen Waffenarsenal einverleibt werden konnten. ...“ (S. 296). Mit *Bößenecker* ist zu befürworten, dass der Pietismus mit seiner religiösen Einseitigkeit, seinen Vernachlässigungen des Bildungsbedürfnisses und der wissenschaftlichen Interessen keinen wirksamen eigenen innerkirchlichen und innerreligiösen Damm gegen die Aufklärung mit ihrem überlegenen aus der Vernunft abgeleiteten neuen Menschheitsgedanken und ihren neuen pädagogischen und wissenschaftlichen Methoden hatte errichten können, dass jedoch der Pietismus der Aufklärung in Deutschland den Weg ebnete (*Bößenecker* ebd., 2. Teil, Kap. 10, S. 297-301, 1. Teil, Kap. 7, S. 217-218 und *H. Stephan*, Luther in den Wandlungen seiner Kirche, IV., S. 35, 44).

Auch während der in den 40. Jahren des 18. Jahrhunderts in Deutschland einsetzenden Hauptzeit der Aufklärung wirkte der Pietismus weiter fort.

⁵⁷ *Schneiders*, Aufklärung und Vorurteilkritik, Kap. III, § 1, S. 85-86 (85): nach welchem die deutsche Frühaufklärung im Jahr 1687 mit Thomasius' deutschsprachigem Discours von der Nachahmung der Franzosen begann; *Bienert*, Der Anbruch der christlichen deutschen Neuzeit dargestellt an der Wissenschaft und Glauben des Christian Thomasius, Einleitung, S. 14-19 (18) und *Wundt*, Die deutsche Philosophie im Zeitalter der Aufklärung, 3., in: *ZDK*, II. Band, S. 231.

Im Gegensatz zur englischen und französischen Aufklärung, denen das vernunftsmäßige Denken vorausgegangen war, fiel dieses in Deutschland wohl zeitlich mit der Aufklärung zusammen (*Schneiders*, Die wahre Aufklärung, A., Anfänge und Entwicklungen der deutschen Aufklärung, S. 14).

⁵⁸ Er hielt als erster seine Vorlesungen in deutscher Sprache.

Bienert, Der Anbruch der christlichen deutschen Neuzeit dargestellt an Wissenschaft und Glauben des Christian Thomasius, 1. Buch, II. Kap., 2. Abschnitt, a), S. 76-78 und *Schneiders*, Naturrecht und Liebesethik, 2. Teil, I., Thomasius als Philosoph der Praxis, S. 48 „... Thomasius ist vor allem durch seine kulturellen Neuerungen bekannt geworden. 1687 hielt er die erste deutsche Universitätsvorlesung (Wie man die Franzosen nachahmen solle), 1688 bis 1689 veröffentlichte er die erste deutsche Monatsschrift (Freimüige Monatsgespräche). ...“

Der Gebrauch der deutschen Sprache war der Aufklärung förderlich. *Eberhard*, Ueber die Zeichen der Aufklärung einer Nation, S. 27-36, nach welchem die vormals gelehrte Sprache Latein, den Gelehrten als ausgestorbene Sprache, deren Vorrat an Worten er nicht bereichern durfte, in das unangenehme Dilemma brachte, „... die Wissenschaft entweder um sehr schätzbare Erweiterungen zu bringen, oder sich den Vorwurf einer barbarischen Schreibart zuzuziehen. ...“ Als eine fremde Sprache hinderte diesen ihn, seine „... ersten klaren Begriffe, ihr kleben als die Bilder und Empfindungen unmittelbar an, die bey unserm ganzen Gedankensysteme zum

Beide Seelenkräfte sind mehrentsils miteinander vergesellschaftet, müssen dennoch wohl und geschickt voneinander geschieden werden.⁶¹ Der Verstand kann zwar das Gute und Böse erkennen, aber weder das wahre und höchste Gut erwählen noch das Böse meiden. Hiervon hält ihn der Trieb seines Herzens, der Wille ab,⁶² welcher auch das einzige und vornehmste ist, was im Menschen böse.⁶³ Leben, Verstand und Gliedmaßen können, weil von Gott gegeben, nur gut sein. Weil aber des Menschen Wesen sein Wille ist, und dieser der Ursprung alles Übels ist, so ist alles im Menschen gut, außer seinem Willen.⁶⁴ Der Verstand des Menschen ist das Tun und Leiden der Seele, sofern dieselbe das Wesen und die Beschaffenheit der Dinge betrachtet und erkennt, wogegen der Wille deren Tun und Leiden ist, sofern sie etwas in Bewegung setzt. Die Resolution des Menschen von vergangenen und abwesenden Dingen gehört demnach zum Verstand.⁶⁵ Das die menschlichen Verrichtungen dirigierende Prinzip ist nicht der Verstand, sondern der Wille.⁶⁶

Mit seiner Unterscheidung der beiden Seelkräften, in den die Umwelt betrachtenden und über die vergangenen und abwesenden Dinge nachdenkenden Verstand und in den das menschliche Herz bestimmenden Willen wandte sich Thomasius dagegen, dass des Menschen Wesen im Denken bestehe.⁶⁷

Grunde liegen; ...“ in dieser mit ihren fremden Begriffen nicht mehr gleicher Anschauung, Bestimmtheit, Genauigkeit, Lebendigkeit, Bildlichkeit ausdrücken zu können. Das Volk konnte sich wegen Unkenntnis der Sprache nicht an den Gelehrten bilden, ...: so sahe die ganze Nation sich genoethigt, sich selbst und ohne Huelfe der Gelehrten zu bilden. ...“, welche beide Teile sich nun endlich mit ihren Kenntnissen erreichen konnten und sich somit die Aufklärung über das ganze der Nation ausbreiten konnte (Zitate S. 28, 29, 32).

⁵⁹ Die Seele ist der das Denken bewirkende zweite Hauptteil des Menschen.

⁶⁰ Thomasius, Einleitung zu der Vernunft=Lehre, Das 3. Hauptstueck, 60.-65., S. 112-113.

⁶¹ Thomasius, Einleitung zu der Vernunft=Lehre, Das 3. Hauptstueck, 66., S. 113.

⁶² Thomasius, Von der Kunst Vernuenftig und Tugendhaft zu lieben, 1. Hauptstueck, 46., S. 19.

⁶³ Thomasius, Von der Kunst Vernuenftig und Tugendhaft zu lieben, 1. Hauptstueck, 47., S. 19.

⁶⁴ Thomasius, Von der Kunst Vernuenftig und Tugendhaft zu lieben, 1. Hauptstueck, 1.-14. (14.), S. 5-8 (8), welcher das Gute von dem Wahren dadurch unterscheidet, als ersteres die Übereinstimmung aller Dinge miteinander benennet, und zweiteres die Übereinstimmung anderer Dinge mit dem menschlichen Verstand bemerkt (7., S. 6).

⁶⁵ Thomasius, Einleitung zu der Vernunft=Lehre, Das 3. Hauptstueck, 67. u. 68. (68.), S. 113-114 (114).

⁶⁶ Thomasius, Fundamenta juris naturae et gentium, Caput prooemilae ratio instituti, §. XXIII., p. 19. In seinem früheren im Jahre 1688 publizierten, der studentischen Jugend zu Leipzig eröffneten Discours Von denen Maengeln der Aristotelischen Ethic, und von andern das Jus publicum betreffenden Sachen (*ders.*, Allerhand bißher publicirte Kleine Teutsche Schrifften, II., Von denen ..., S. 75 mit S. 113), insb. S. 75 „.../dieweil der Wille niemals ohne rechtschaffene Erbauung des Verstandes was fruchtbarliches vollbringen kann/...“ und *Bienert*, Der Anbruch der christlichen deutschen Neuzeit dargestellt an Wissenschaft und Glauben des Christian Thomasius, 3. Buch, I. Kap., I. Abschnitt, 1., S. 267-268.

⁶⁷ Die Ansicht, dass des Menschen Wesen im Denken bestehe, wurde von ihm auch in seinem *Summarischen Entwurff Derer Grund=Lehren, Die einem Studioso Juris zu wissen, und auff Universitäten zu lernen noethig*,

bb) Leibnizens (1646-1716) Erkenntnisquelle die gesamte menschliche Natur

Leibniz (1646-1716), der gleichfalls am Beginn der Aufklärung stand und diese stark beeinflusste⁶⁸ hatte die Frage,⁶⁹ warum die Welt mit der Vernunft erfassbar ist, mit dem Prinzip, dass nichts ohne zureichenden Grund sein könne, beantwortet.⁷⁰ Hierbei unterschied er zwei Arten von Wahrheiten, den notwendigen Verstandesgebrauch⁷¹ und die zufälligen kontingenten⁷² Tatsachen.⁷³ Die letzte Gewissheit für die menschliche Existenz, für das eigene Ich ist das Bewusstsein des menschlichen Empfindens, das seelische Erlebnis.⁷⁴ Demnach enthält die

Cap. VI., S. 47-48, als ein von sektiererischer Philosophie zugehöriger Lehrsatz gekennzeichnet und verworfen „Von denen ersten Lehrsätzen aller oder der meisten Sectirischen Philosophie: ... (3) Daß des Menschen Wesen im Dencken bestehe, und von der rechten Einrichtung der Gedancken das Wohlseyn und Gluecke des gantzen menschlichen Geschlechts *dependire*.“ (S. 47). Und die nach ihm weiteren ersten beiden Lehrsätze von sektiererischer Philosophie: „... (1) Das GOtt und die Materie zwey gleichfoermige *Principia* waeren. (2) Daß GOttes Wesen im Dencken bestehe, ...“ (S. 47).

Bienert, Der Anbruch der christlichen deutschen Neuzeit dargestellt an Wissenschaft und Glauben des Christian Thomasius, 3. Buch, I. Kap., I. Abschnitt, 1., S. 264.

⁶⁸ *Klassiker der Philosophie*, I. Band, Gottfried Wilhelm Leibniz (von *H. Poser*), S. 378: das leibnizsche Gedankengut bestimmte für mehr als ein halbes Jahrhundert die deutsche Aufklärung und *Winter*, Leibniz und die Aufklärung, S. 13: Leibniz der geistige Gestalter der Frühaufklärung und der geistige Vater von der Hochaufklärung.

⁶⁹ Grundfrage des Erkenntnisses.

⁷⁰ Dies vor allem in seinem bedeutendstes und zu den einflussreichsten religionsphilosophischen Büchern im 18. Jahrhundert gehörenden (*Stammler*, Leibniz, 3. Kap., 2., S. 146 und *Kindt*, Diese Welt - Gottes Welt? in: *Zeitwende*, 21. Jahrg., Aufsätze, S. 179) *Essai de théodicée sur la bonté de Dieu, la liberté de l'homme et l'origine du mal*, 1. Partie, 44. (*Leibniz*, Die philosophischen Schriften, VI. Band, 2. Abtheilung, *Essais de Théodicée*, p. 127), insb. „... il faut considerer qu'il y a deux grands principes de nos raisonnemens; l'un est le p r i n c i p e d e l a c o n t r a d i c t i o n, qui porte que de deux propositions contradictoires, l'une est vraie, l'autre fausse; l'autre p r i n c i p e est celuy de l a r a i s o n d e t e r m i n a n t e: c'est que jamais rien n'arrive, sans qu'il y ait une cause ou du moins une raison determinante, ... Ce grand principe a lieu dans tous les evenemens, et on donnera jamais un exemple contraire: ...“ und in seinem weiteren im Jahr 1714 erschienenen Hauptwerk *Monadologie* (von Leibniz ohne präzisen Titel verfasst, dieser stammt von der im Jahr 1720 von dem Jenaer Naturrechtler Heinrich Köhler veröffentlichten Übersetzung: Leibniz, Vernunftsprinzipien der Natur und der Gnade; *Monadologie - Principes de la nature et de la Grace fondés en Raison*; *Monadologie*, Vorwort des Herausgebers, S. VII u. VIII), 31. u. 32. (*Leibniz* ebd., *Philosophische Abhandlungen. 1702-1716*, IX., S. 612), sowie seine hierzu verfasste Handschrift „Proposition: *Nihil est sine ratione. seu quicquid est habet rationem sufficientem. ... Igitur quicquid est habet rationem sufficientem q. e. d.*“ (*Niedersächsische Landesbibliothek Hannover*, LH, I, XX, fol 224 v: Original).

R. Zocher, Zum Satz vom zureichenden Grund bei Leibniz. Eine Problemstellung, in: *Beiträge zur Leibniz-Forschung*, S. 68-87 (69, 1., S. 72) und *Klassiker der Philosophie*, I. Band, Gottfried Wilhelm Leibniz (von *H. P. Poser*), II., 1., S. 383-387.

⁷¹ Dieser ist in seinem Gegenteil nicht möglich.

⁷² Diese sind in ihrem Gegenteil möglich.

⁷³ *Monadologie*, 33. u. 34 (*Leibniz*, Die philosophischen Schriften, VI. Band, 2. Abtheilung, *Philosophische Abhandlungen. 1702-1716*, IX., S. 612), insb. „Il y a aussi deux sortes des V e r i t é s, celles de R a i s o n n e m e n t et celles de F a i t. Les Verités de Raisonnement sont nécessaires et leur opposé est impossible, et celles de F a i t sont contingentes et leur opposé est possible. ...“ (33., S. 612).

⁷⁴ Seinen am Ende des Jahres 1672 aus Paris an den französischen Mathematiker Jean Gallois gerichteten Brief „In eo verò lapsus est Hobbius, ..., qvi unicum posuit demonstrandi principium: d e f i n i t i o n e m.“

menschliche Seele das Sein, die Substanz, die Ursache, die Wahrnehmung, das Denken, obgleich, damit sie zu diesem oder jenem Gedanken bestimmt wird und auf die vorhandenen Vorstellungen Acht habe, die Erfahrung, auch Sinnlichkeit notwendig ist.⁷⁵ Die Monaden,⁷⁶ als die von Gott erschaffene, unteilbare, von ihm im voraus in die Dinge hineingelegte prästabilisierte Harmonie,⁷⁷ und jede für sich das gesamte Universum repräsentierend, sind die Urträger des substantiellen Seins, auf welche alles Körperliche zurückgeht und wodurch eine unvergängliche seelenhafte Substanz Ausgangspunkt und letztthinniger Grund jedes Seins ist.⁷⁸ Zwischen Vernunft und Offenbarung besteht eine Übereinstimmung, da die Welt als die von Gott erschaffene möglichst Beste erkannt wird.⁷⁹ Die Vernunft, als menschlicher Verstand nur

(Leibniz, Sämtliche Schriften und Briefe, 2. Reihe, I. Band, II. Paris 1672-1676, 109., S. 222-229 (227 Z 15-31)) und Wolff, H. M., Leibniz, 1. Kap., S. 10-11.

⁷⁵ Sein post morte im Jahre 1765 veröffentlichter, zu seinen bedeutenden philosophischen Schriften gehörender *Nouveaux essais sur l'entendement par l'auteur du système de l'harmonie préestable* (Leibniz, Neue Abhandlungen über den menschlichen Verstand, Einleitung (v. E. Cassirer), I., S. IX-XI), Livre II., Chapitre I., § 2 (Leibniz, Die philosophischen Schriften, V. Band, 2. Abtheilung, Nouveaux essais ..., S. 99-101), insb. „TH. ... L'expérience est nécessaire, ..., que les sens ne sauroient donner.“ (S. 99, 100-101).

⁷⁶ In seiner Monadologie, welche die im Mittelpunkt seiner Erkenntnislehre gestandene Frage nach dem Sein enthält (Jansen, Leibniz erkenntnistheoretischer Realist, 3. Kap., S. 17-18 (18) und Cramer, Die Monade, Teil II, 6., S. 93-96 (93-94): nach welchem die für eine philosophische Theorie vom Ich die Grundlage seiende Theorie vom Erleben den Gegenstand und Inhalt der Monadenlehre und insbesondere auch bei Leibniz ist.

⁷⁷ Damit alles Geschehen gesetzmäßig abläuft.

⁷⁸ Monadologie, 1.-90. (1., 6., 8., 47., 60., 62., 65., 78., 79.) (Leibniz, Die philosophischen Schriften, VI. Band, 2. Abtheilung, Philosophische Abhandlungen. 1702-1716, IX., S. 607-623 (607, 608, 614, 616, 617, 618, 620)).

Zu der seelenhaften Substanz der Monaden *Klassiker der Philosophie*, I. Band, Gottfried Wilhelm Leibniz (von H. P. Poser), II., 4., S. 394-398; Zocher, Leibniz' Erkenntnislehre, II., S. 27 und Mahnke, Eine neue Monadologie, IV., 60., S. 60-61: die leibnizschen Monaden standen insbesondere auch im Widerspruch zur Cartesianschen Philosophie, welcher zwei verschiedene Arten von Substanzen annahm, „...“, einerseits völlig seelenlose, physische Körper, ... die, auch losgelöst von jeder Beziehung auf eine Wahrnehmung, räumlich ausgedehnt sind, und daneben gänzlich unräumliche psychische Wesen, deren einzige Qualitäten seelische Erlebnisse ausmachen. ...“ (S. 60).

⁷⁹ Unter der Vielfalt der möglichen Welten, welche Gott in seiner Weisheit umfasste, durchdrang, verglich und gegenseitig abwog, hat er, da er nicht aufs Geradewohl ohne Grund und Ursache handelt, sondern seinem Wesen als die Güte nach auch das von ihm Erwählte vor dem Nichterwählten den Vorzug der Güte hat, infolgedessen auch die bestmögliche erschaffen, dies obgleich in dieser Welt auch Übel enthalten ist, da mit diesem Übel eine insgesamt größere Vollkommenheit der Welt mitgegeben ist als in einer Welt ohne Übel (Seconde Partie, 225. u. 226. und Appendices. I. Objection, in: Leibniz, Die philosophischen Schriften, VI. Band, 2. Abtheilung, Essais de Théodicée, S. 252-253, 376-377).

Leibniz wandte sich in seiner Théodicée insbesondere gegen Pierre Bayle (1747-1706), nach welchem die übliche Gottlehre vernunftwidrig sei, insbesondere die von Gott beim Menschen auch gewollte Sünde dazu führe, dass Gott den Menschen dafür strafe, dass dieser seinen Willen tue (Lempp, Das Problem der Theodicee in der Philosophie und Literatur des 18. Jahrhunderts, 1. Teil, 1. Abschnitt, S. 13-32 (28-29 Ziff. 8), 2. Abschnitt, 1. Kap., A., S. 33-64 (33-34 Ziff. 1); Winter, Leibniz und die Aufklärung, S. 8 und Essais de théodicée sur la bonté de Dieu, la liberté de l'homme et l'origine du mal, Préface (Leibniz ebd., S. 25-48 (38-45)).

eine Teilvernunft, kann zwar die höchste und umfassende Vernunft des göttlichen Verstandes, die Offenbarung nicht voll erkennen, ihr aber auch nicht widersprechen.⁸⁰

Erkenntnisquelle für Leibniz ist demnach die insgesamt menschliche Natur, repräsentiert in ihrer seelenhaften Substanz.⁸¹

cc) Wolffs (1679-1754) Erkenntnisquelle: die Seele mit ihren Empfindungen und ihrem Verstand

Der die leibnizsche Philosophie im allgemeinen übernehmende,⁸² sie systematisierende⁸³ und die gesamte weitere deutsche Aufklärungsphilosophie⁸⁴ mit der nach seinem Abgang einsetzenden Übergangsphilosophie bestimmende und auch eine eigene philosophische Schule

⁸⁰ Discours préliminaire de la conformité de la foy avec la raison (1., 22. u. 23., 60. u. 61., 71.-79.) (*Leibniz*, Die philosophischen Schriften, VI. Band, 2. Abtheilung, Essais de Théodicée, S. 49-101 (49-50, 63-64, 83-84, 90-97)).

⁸¹ *Wolff, H. M.*, Leibniz, 8. Kap., S. 138-139, nach welchem die Idee des Lebens der eigentliche Mittelpunkt der leibnizschen Philosophie ist; *Heimsoeth*, Metaphysik der Neuzeit, III., 5., A., S. 58-59, nach welchem Leibniz' Metaphysik ihren eigentlichen Ausgangspunkt und ihre tiefere Orientierung immer wieder an der Selbstgegebenheit des Ich, am Seins- und Werterlebnis der konkreten und lebendigen Persönlichkeit nimmt und von der Seele her erst die ganze Wirklichkeit und Welt nach ihrem inneren Sein verständlich wird, die Seelenbestimmung des Ich muss die Grundlage für alle wahre Naturphilosophie sein, und *Jansen*, Leibniz erkenntnistheoretischer Realist, nach welchem für Leibniz die Frage nach dem wahren Sein „... ist ontologisches Sein im Sinn von Tätigkeit.“ (3. Kap., S. 16-25 (23)) und die Frage der Fassung des Wahrheitsbegriffes ist nicht die Wahrheit als der Übereinstimmung mit den bloß subjektiven Denkgesetzen und mit dem durch sie bedingten und systematisierenden Objekt sehender Idealismus, sondern ist ein entschieden vertretener Realismus, „...“, daß die Dinge der Grund der logischen Wahrheit sind, daß die Außenwelt unabhängig von uns existiert und auf unser Erkennen bestimmend einwirkt, daß unsere Vorstellungen den Dingen entsprechen und mit ihnen übereinstimmen.“ (4. Kap., S. 25-37 (37)).

⁸² *Zedler*, Universal Lexicon, LVIII. Band, Wolfische Philosophie, ..., I., 10), Sp. 922-923 (922); *Hegel*, Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie, III. Band, 3. Theil, 2. Abschnitt, 1. Kap., C., 2., S. 475; *Windelband*, Die Geschichte der neueren Philosophie, I. Band, VII. Kap., § 50., S. 517-519; *Arnsperger*, Christian Wolff's Verhältnis zu Leibniz, Der wissenschaftliche Einfluss Leibnizens auf Wolff, S. 41-49: Wolff weniger ein Schüler und mehr ein Fortbildner von Leibniz.

Von Leibniz insbesondere übernommen war die Lehre von dem Vorliegen eines zureichenden Grundes für alles was ist (*Wolff*, Vernunftige Gedanken von Gott, der Welt und der Seele des Menschen, I. Theil, §. 29.-§. 31., S. 15-18, Anderer Theil, Anmerkungen ueber das II. Capitel Ad §. 29.-Ad §. 31., §. 13.-§. 15., S. 26-37).

Nicht übernommen hatte Wolff die leibnizsche Monadenlehre, welche für seine populäre Systematisierung nicht geeignet war (*Höfding*, Geschichte der neueren Philosophie, I. Band, 3. Buch, 7., S. 416 und *Arnsperger*, Christian Wolff's Verhältnis zu Leibniz, Die Wolffische Philosophie und ihre Aufgaben, S. 50, Der wissenschaftliche Einfluss Leibnizens auf Wolff, S. 46).

⁸³ Wogegen Leibniz mit seiner universellen Begabung seine Lehren auch zerstreut vorgetragen hatte, zeichnete sich die Wolffische Philosophie durch eine systematische Ordnung aus (*Zedler*, Universal Lexicon, LVIII. Band, Wolfische Philosophie, ..., I., 10), Sp. 923; *Windelband*, Die Geschichte der neueren Philosophie, I. Band, VII. Kap., § 50., S. 518-519 und *Hegel*, Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie, III. Band, 3. Theil, 2. Abschnitt, 1. Kap., C., 2., S. 475).

⁸⁴ Dies auch bei noch konsequenter Nutzung der deutschen Sprache.

begründende Christian Wolff (1679-1754)⁸⁵ folgerte von dem Bewusstsein des Menschen von sich selbst und von den anderen Dingen auf seine eigene Ich-Existenz.⁸⁶ Hieraus ergibt sich,⁸⁷ dass etwas wahr ist, wenn man es so genau und gewiss erkennt, wie seine eigene Existenz.⁸⁸ Was richtig demonstriert wird, ist ebenso gewiss, als wir selbst sind.⁸⁸ Es gibt zweierlei Wege zum Erkennen der Wahrheit: die in den Sinnen gegründete Erfahrung und die im Verstand fußende Vernunft.⁸⁹ Durch was man sich seiner und anderer Dinge außer sich bewusst ist, dies ist die Seele.⁹⁰ Sie ist es, welche in uns denkt und außer dem Willen einen Verstand hat und wovon Vieles in der Welt und die Welt-Weisheit herrührt.⁹¹ Die Kräfte der Seele werden

⁸⁵ Götten, Das Jetztlebende Europa, Der II. Theil, Christian Wolf, S. 692-764 (739-740 (739)); Hegel, Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie, III. Band, 3. Theil, 2. Abschnitt, 1. Kap., C., 2., S. 475-476; N. Hinske, Reimarus zwischen Wolff und Kant, 1., in: *Logik im Zeitalter der Aufklärung*, S. 11-12 (11); N. Hammerstein, Christian Wolff und die Universitäten. Zur Wirkungsgeschichte des Wolffianismus im 18. Jahrhundert, in: *Christian Wolff 1679-1754*, V., S. 266-277 (267-268, 275-276); D. Kimpel, Christian Wolff und das aufklärerische Programm der literarischen Bildung, in: *Christian Wolff ebd.*, S. 203-236 (203); H.-M. Gerlach, Christian Wolff als Philosoph der Aufklärung in Deutschland - Leistung, Wirkung, Grenzen und Kritik, 1. u. 2., in: *Christian Wolff als Philosoph der Aufklärung in Deutschland*, S. 13-14 (14), S. 23: Ziff. 2.-7. (3. u. 6.); Arnsperger, Christian Wolff's Verhältnis zu Leibniz, Einleitung, S. 5; G. Mühlpfordt, Christian Wolff, ein Bahnbrecher der Aufklärung, in: *450 Jahre Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg*, II. Band, Halle (1694-1817), S. 31-39 (33, 35, 37, 38), S. 37 „... Seine deutschen Schriften, die ‚Vernünftigen Gedanken‘, wurden zur ‚Bibel‘ der deutschen Aufklärung. Sie bildeten die philosophische Lektüre des deutschen Lehrers, Beamten, Arztes, Pfarrers, Kaufmanns, Fabrikanten jener Zeit. ...“ und Levy, Die Religionsphilosophie Christian Wolff's, (A. Vorbericht), S. 10 „... Seine große Popularität verdankt er nicht einer eigenen schöpferischen Gedankenwelt, eher dem Gegenteil, der einfachen Schlichtheit seines Geistes, dem gesunden Instinkt, mit dem er die brauchbaren Ideen seiner Epoche aufgriff und zur gangbaren Scheidemünze schlug. Er gab in trockener, aber klarer Form seiner Zeit so viel philosophischer Vertiefung, wie sie brauchte und forderte. ...“.

⁸⁶ Wolff, Vernuenfftige Gedancken von Gott, der Welt und der Seele des Menschen, I. Theil, § 1-§ 3, S. 1-3, § 5, S. 4, insb. § 1, S. 1-2 „Wir sind uns und anderer Dinge bewusst, ... wer es leugnen wolte, derjenige wuerde mit dem Munde anders vorgeben, als er bey sich befindet, ... Denn wie wolte er mir etwas leugnen, oder in Zweifel ziehen, wenn er sich nicht seiner und anderer Dinge bewußt waere? Wer sich nun aber dessen, was er leugnet, oder in Zweifel ziehet, bewusst ist, derselbe ist. ...“.

⁸⁷ Wolff, Vernuenfftige Gedancken von Gott, der Welt und der Seele des Menschen, I. Theil, §. 4., S. 3 „... wenn ich weiß, warum wir davon so grosse Gewißheit haben, daß wir sind; so ist mir bekandt, wie etwas muesse beschaffen seyn, damit ich es so gewiß erkenne, als daß ich selbst bin. ...“.

⁸⁸ Wolff, Vernuenfftige Gedancken von Gott, der Welt und der Seele des Menschen, I. Theil, §. 6.-§. 8., S. 4-5: da das Erkennen unseres eigenen Seins auf dem Schluß, dem ohne allen Beweis zugänglichen Grundsatz „... Wer sich seiner und anderer Dinge bewusst ist, der ist. ...“, dem eine ungezweifelte Erfahrung seienden Untersatz „... Wir sind uns unserer und anderer Dinge bewusst. ...“ und der Folgerung „... Also sind wir. ...“ beruht, erhellet sich hieraus „...“, daß alles, was richtig demonstriret wird, eben so gewiß ist, als daß wir sind, weil nemlich, was demonstriret wird, auf eben diese Art erwiesen wird, als daß wir sind.“ und Erdmann, Versuch einer wissenschaftlichen Darstellung der Geschichte der neuern Philosophie, 1. u. 2. Abteilung, IV. Band, Wolff und seine Schule, §. 22., S. 315-316.

⁸⁹ Wolff, Vernuenfftige Gedancken von Gott, der Welt und der Seele des Menschen, I. Theil, §. 372., S. 228 mit §. 220., S. 122, §. 325., S. 181, §. 277., S. 153-154, §. 368., S. 224-226 und H. W. Arndt, Rationalismus und Empirismus in der Erkenntnislehre Christian Wolffs, in: *Christian Wolff 1679-1754*, II., S. 31-47.

⁹⁰ Wolff, Vernuenfftige Gedancken von Gott, der Welt und der Seele des Menschen, I. Theil, §. 192., S. 107.

⁹¹ Die Seele ist das Wesen, welche in uns denkt und außer dem Verstand einen Willen hat, von welchem viel in der Welt herrührt, von welcher Seele der die Wissenschaft aller möglichen Dinge und warum diese möglich sind seiende Welt-Weisheit alles dajenige zugehört, was insgemein von dem Rechte der Natur, der Ethik- oder Sittenlehre, Politik oder Staatskunst gesagt wird (Wolff, Vernuenfftige Gedancken von den Kraefften des menschlichen Verstandes, Vorbericht Von der Welt=Weisheit, §. 13., S. 8, §. 1., S. 1).

demnach sowohl in der Erkenntnis als im Wollen und im Nichtwollen der Seele dirigiert und es ist nicht so, wie die Cartesianer meinen, dass das Bewusstsein das ganze Wesen der Seele ausmacht.⁹²

Für Wolff war demnach Erkenntnisquelle die nach dem Untergang des Leibes zu noch größerer Vollkommenheit gelangende,⁹³ die Empfindungs-, Einbildungskräfte, das Gedächtnis, den Verstand und den Willen umfassende Seele.⁹⁴

dd) Festhalten der deutschen Aufklärungsphilosophie bis Kant an der Einheit von Glaube und Vernunft im Gegensatz zur westeuropäischen Aufklärung

Für die drei maßgebenden Philosophen der deutschen Aufklärung, den sie einleitenden Thomasius, den sie insbesondere beeinflussenden Leibniz und den sie weiter bestimmenden und verbreitenden Wolff waren demnach das maßgebende Kriterium für die Erkenntnis die menschliche Seele, welche gleichermaßen neben einer betrachtenden auf die Empfindungen ausgerichteten und einer erkennenden auf den Verstand ausgerichteten Seite auch den das menschliche Handeln bestimmenden Willen umfasste. Mit dieser Einbeziehung des menschlichen Willens in die philosophischen Ausgangs- und Grundkategorien stand demnach die deutsche Aufklärungsphilosophie im Gegensatz zu der westeuropäischen französischen⁹⁵ und

⁹² Wolff, Vernunftige Gedancken von Gott, der Welt und der Seele des Menschen, I. Theil, §. 191., S. 106-107, §. 193., S. 107-108, §. 197., S. 109-110.

⁹³ Auch nach dem Tode unsterbliche Seele (Wolff, Vernunftige Gedancken von Gott, der Welt und der Seele des Menschen, I. Theil, §. 925., S. 570-573 und §. 927., S. 573-574).

⁹⁴ Wolff, Vernunftige Gedancken von Gott, der Welt und der Seele des Menschen, I. Theil, §. 892., 553-554 (554): außer der Empfindungs-, Einbildungskraft, dem Gedächtnis, der sinnliche Begierde, besitzt die Seele auch einen Verstand, eine Vernunft, einen Willen und die Freiheit des Willens, mit §. 220., S. 122, §. 235., S. 130, §. 248. u. §. 249., S. 138-139, §. 434., S. 266, §. 277., S. 153-154, §. 368., S. 224-226, §. 492., S. 299, §. 519., S. 317.

⁹⁵ René Descartes (1596-1650), das philosophische Denken der traditionellen scholastischen Metaphysik, mit ihrem Ausgehen von dem Seienden und von diesem durch Raisonement und Abstraktion zum unbedingten Sein gelangt (Kopper, Ethik der Aufklärung, S. 1-2), ablösend, hatte mit dem aus seinem ego cogito, ergo sum (Discours de la méthode pour bien conduire sa raison et chercher la vérité dans les sciences (1637), Quatriesme Partie, in: Descartes, Oeuvres, Tome VI, Discours de la méthode ..., p. 31 Z 14-p. 33 Z 24 (p. 32 Z 19, p. 33 Z 17), Principia Philosophiae, Pars Prima, VII., in: ebd., VIII-1, p. 6 Z 31-p. 7 Z 9 (p. 7 Z 8) gefolgerten, dass durchaus wahr ist, was man recht klar und recht deutlich erfassen kann (Discours de la méthode pour bien conduire sa raison et chercher la vérité dans les sciences, Quatriesme Partie, in: ebd., Tome VI, Discours de la méthode ..., p. 31 Z 14-p. 40 Z 20 (p. 33 Z 12-24), Meditationes de prima philosophia (1641), Meditatio III., in: ebd., Tome VII, p. 34-52), die Umwälzung des neuzeitlich philosophischen Denkens, als Ausgang das vernunftmäßige Denken zu nehmen, anstelle des gegebenen Seienden bewirkt.

Mit dem Engländer Francis Bacon (1561-1626) war er ein insbesondere Vorläufer der Aufklärung (Schneiders, Aufklärung und Vorurteilkritik, Kap. III, § 1, S. 84), welcher cartesianische Geist auch als neuer philosophischer Anfang in allen Wissenschaftsgebieten eindrang und beherrschte (Cassirer, Die Philosophie der Aufklärung, 1. Kap., 2., S. 36; Böhm, Anti-Cartesianismus, 1. Kap., I., Der neue Einsatz, S. 60, II., Jenseits der Wirklichkeit, S. 93 und Stammer, Vom Welt- und Menschenverständnis seit der Renaissance, 3., S. 22-23).

Die französische Aufklärungsphilosophie mit ihrer, dies bei einer weiteren Anerkennung der göttlichen Vernunft, der im Prinzip universellen menschlichen Vernunft ein neues Selbstbewusstsein gebend, mit dem Willen

englischen,⁹⁶ welche beide ihre Schwerpunkte im verstandesmäßigen Erfassen der Welt hatten,⁹⁷ neben dem Verstand aber auch auf die irrationale Seite des Menschen ausgerichtet waren.⁹⁸

zur menschlichen Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung durch diese eigene subjektive Vernunft (*Schneiders* ebd., Kap. III, § 1, S. 84), wie sie insbesondere von den Enzyklopädisten vertreten wurde, hatte hieran auch weiterhin festgehalten. Dies, obgleich sie die Inhalte der Cartesischen Philosophie weitgehend ablehnte, welche Methode des Cartesianismus ihr dennoch als Ausdruck der Vernunft selber erschien. *Cassirer*, Die Philosophie im XVII. und XVIII. Jahrhundert, V, II., S. 81-83 und die von *d'Alembert* verfasste Einleitung zu der im Jahre 1751 erschienenen *Encyclopédie* „... On peut considérer Descartes comme géomètre ou comme philosophe. ... Comme philosophe, il a peut-être été aussi grand, mais il n'a pas été si heureux. ... La philosophie se trouvoit dans un état bien différent, tout y étoit à commencer: et que ne coûtent point les premiers pas en tout genre? le mérite de les faire dispense de celui d'en faire de grands. Si Descartes, qui nous a ouvert la route, n'y a pas été aussi loin que ses sectateurs le croient, il s'en faut beaucoup que les sciences lui doivent aussi peu que le prétendent ses adversaires. Sa méthode seule auroit suffi pour le rendre immortel; ...“ (*Alembert*, Oeuvres philosophiques, historiques et littéraires, Tome I, Discours préliminaire de l'Encyclopedie, p. 268-269).

⁹⁶ John Locke (1632-1704), die Philosophie des neuzeitlichen englischen Empirismus begründend, welche vorangegangene englische Philosophie, bestimmt von Roger Bacon (ca. 1214-ca. 1292), Duns Scotus (um 1270-1308), Wilhelm von Ockham (ca. 1285-1349), Francis Bacon (1561-1626) und Thomas Hobbes (1588-1679) durch das von der Erfahrung ausgehende empirische Denken geprägt war (*Wentscher*, Das Problem des Empirismus, 1. Kap., S. 1-3), wandte sich gegen die rationalistischen Anschauungen. Es gibt keine Ideen (Gegenstände des menschlichen Verstandes), welche angeboren sind, auch mit dem Erwachen von der Vernunft werden diese Ideen nicht automatisch erkennbar. Die Erfahrung zeigt, dass vom ersten sinnlichen Eindruck Erkenntnisse durch Erfahrungen gewonnen werden, Wilde und Idioten zeigen von solchen Ideen auch keine Spur. Praktische auf die Errichtung des sittlichen Lebens bezügliche angeborene Ideen gibt es nicht, denn sie müssten ohne Billigung des menschlichen Verstandes auf den Menschen einwirken. Das Gewissen ist kein Beweis für irgend eine angeborene moralische Regel „...; that by the use of reason, we are capable to come to a certain knowledge of, and assent to, them; ...“ (*Locke*, An Essay concerning human understanding, Book I, p. 1-50 (Chap. I., 8., p. 11)). Die Quellen unserer Erkenntnis sind die Sinnesempfindung, über diese gelangt man zum Wahrnehmen oder Denken und Begehren oder Wollen, danach folgt das Merken als Betrachtung oder als Gedächtnis, dieses gefolgt vom Unterscheiden, Vergleichen, Verknüpfen und Abstrahieren, welches allgemeine Vorstellungen oder komplexe Ideen erzeugt (Book II, Chap. I.-XII., p. 50-98).

George Berkeley (1685-1753) schloss sich den Überlegungen Lockes an. Er bejahte als Gegenstände menschlichen Erkennens, teils den Sinnen gegenwärtig eingetragene Ideen, teils Ideen, welche durch ein Aufmerken auf das, was die Seele leidet und tut, gewonnen werden und teils die Ideen, welche mittels des Gedächtnisses und der Einbildungskraft gebildet werden (*A Treatise concerning the principles of human knowledge*, Part I, 1-3 (1), in: *Berkeley*, The Works, Vol. I, A Treatise concerning ..., p. 155-157 (155-156)). In Fortführung und auch in Gegensatz zu Locke, nach welchem die sinnlichen Vorstellungen Abbildungen der transzendenten Objekte sind, folgerte er, dass alle Aussagen über eine den Sinnesideen transzendente materielle Außenwelt nicht möglich sind. Er gelangte zu einer Leugnung dieser und zu einer immaterialistischen Lösung des Außenweltproblems dahin, dass der Körperwelt keine andere Wirklichkeit als die im menschlichen Geist bestehenden gesetzmäßig geordneten und übereinstimmenden Ideen einer Körperwelt zukomme, welche die eigentlich realen Dinge sind (*A Treatise concerning ...*, Part I, 4-85 (7, 9, 14 u. 15, 18-21, 25 u. 26, 33), in: *ibd.*, p. 157-196 (159, 160, 162-163, 164-166, 168-169, 172)).

Nach David Hume (1711-1776) lassen sich alle menschlichen Vorstellungen in die Eindrücke (impressions), als die unmittelbaren lebhaften Sinnesdaten und in die Gedanken und Ideen (thoughts or ideas), als die weniger lebhaften durch Erinnerung oder Einbildung hervorgerufenen Abbildungen dieser Eindrücke einteilen (*An enquiry concerning human understanding*, Sect. II., in: *Hume*, The philosophical works, Vol. IV., An enquiry ..., p. 13-14). Grundlage der menschlichen Schlüsse, welche Tatsachen betreffen, ist die Beziehung von Ursache und Wirkung, welche auch bei dem einfachsten Vorgang nicht aus einem Denken a priori sondern nur aus der Erfahrung gefolgert werden kann. Die Erfahrung gründet sich nicht in der Vernunft oder einer Verstandesoperation sondern in der Ähnlichkeit (*An enquiry concerning ...*, Sect. IV., Part II., in: *ibd.*, p. 28-31). Neben den Tatsachen gibt es noch als weiteren Gegenstand menschlichen Denkens und Forschens die Vorstellungsbeziehungen.

Ursächlich für diese die gesamte geistig-voluntaristische Natur des Menschen berücksichtigende Erkenntnislehre der deutschen Aufklärungsphilosophie waren insbesondere auch die reformatorischen Lehren, welche dem neuzeitlichen Menschen anders als die mittelalterliche Lehre⁹⁹ ein tatkräftiges Wirken in der Welt vorschrieb. Im Gegensatz zu den Lehren Luthers, nach welchen wegen der moralischen Unfähigkeit des Menschen Grundlage hierfür Schrift und Glaube sein sollten, verwies die Aufklärung auf die intellektuellen Fähigkeiten des Menschen.¹⁰⁰

b) Aufspaltung von Glaube und Vernunft und Kants Kritische Philosophie

aa) Trennung der Vermischung und Verbindung von Glaube und Vernunft und die Kritik der reinen Vernunft in der Erkenntnislehre

Der mit seinen erschienenen kritischen Schriften¹⁰¹ die neue kritische Transscendental-Philosophie entwickelnde Kant (1724-1804) hatte zu Beginn der neunziger Jahre starke Beachtung gefunden. Am Ende des 18. Jahrhunderts stellte seine Lehre die offizielle Philosophie an den deutschen Universitäten dar, womit er die deutsche Aufklärungsphilosophie zu ihrem Höhepunkt führte und auch beendete.¹⁰²

Zu ihnen gehören insbesondere die Erkenntnisse der Mathematik zund der Physik, welche aber auch durch Erfahrung gewonnen werden (An enquiry concerning ..., Sect. IV., Part II., in: *ebd.*, p. 31-35).

⁹⁷ Mit ihrem durch Descartes geprägten französischen Rationalismus, mit seiner Entfließung des Wissens apriorisch aus dem menschlichen vernunftsmäßigen Denken unabhängig von den Sinnen, und mit ihrem, von Locke, Berkeley und Hume gekennzeichneten englischen Empirismus, mit seiner das Wissen auf den Umkreis der erfahrungsmäßigen Gegebenheiten gemachten Bejahung und Beschränkung, wobei dem vernunftsmäßiges Denken des Menschen eine Einordnung und Umgruppierung der sinnlichen Wahrnehmungen zukommt, war die westeuropäische Aufklärungsphilosophie auf die rationale Veranlagung und Seite des Menschen ausgerichtet (*Jansen*, Die Religionsphilosophie Kants, 1. Buch, 1. Kap., S. 1-3 und *Böhm*, Anti-Cartesianismus, 1. Kap., Der entleerte Universalismus, S. 55-56, Der neue Einsatz, S. 56-60).

⁹⁸ *Wundt*, Christian Wolff und die deutsche Aufklärung, S. 4, 11, 13-16, 19-20 (230, 237, 239-242, 245-246).

⁹⁹ Abkehr von der Welt und ein werktätiges Leben.

¹⁰⁰ *Wolff*, H. M., Die Weltanschauung der deutschen Aufklärung in geschichtlicher Entwicklung, Einleitung, S. 13-23.

¹⁰¹ Kritik der reinen Vernunft, erschienen in 1. Aufl. im Jahr 1781 und in 2. Aufl. im Jahr 1787. Kritik der praktischen Vernunft, erschienen im Jahr 1788. Kritik der Urteilskraft, erschienen im Jahr 1790. Prolegomena zu einer jeden künftigen Metaphysik, die als Wissenschaft wird auftreten können, enthaltend die Grundgedanken der Kritik der reinen Vernunft in einer gerafften und erläuternden Fassung, erschienen im Jahr 1783.

¹⁰² *Helferich*, Geschichte der Philosophie, Die Philosophie der neuen, ... Zeit, Die Abenteuer der Vernunft ..., ... Immanuel Kant ..., S. 185 rechte Sp; *Klassiker der Philosophie*, II. Band, Immanuel Kant von *O. Höffe*, III., S. 37 und *Droz*, L'Allemagne et la Révolution française, 2. Partie, Chap. IV, II., p. 235 (Einführung der Kantschen Philosophie an den Universitäten und höheren Schulen im Rheinland bereits weit vor 1789).

In seiner Kritik der reinen Vernunft vom Jahre 1781 löste er die bis dahin herrschenden dogmatischen Erkenntnislehren¹⁰³ durch seine die Tatsache der Erfahrung selber einer kritischen Untersuchung unterziehenden kritischen Erkenntnislehre ab.

Die Grundlage der Möglichkeit der Erfahrung können nicht wiederum in der Erfahrung begründet sein, da dies ansonsten ein In-Sich-Schluss wäre, sondern müssen außerhalb derselben in der reinen Vernunft a priori transzendental liegen.¹⁰⁴

Aus dem obersten transzendentalen Gesetz der Vereinigung der objektiven Möglichkeit der Erfahrung, welche ihre allgemeine Bedingung im Prinzip des Gesetzes hat, mit der Synthese als der kontinuierlichen Zusammenfassung der Wahrnehmungen, ergibt sich die Möglichkeit von objektiver Erfahrung überhaupt. Die kopernikanische Wendung, dass die Dinge, so wie sie uns erschienen, nur im Bewusstsein existieren und mit diesem aufgehoben werden, mit der damit gegebenen Subjektivität der a priori Erkenntnisse, erbrachte die Umkehr der bisherigen Erkenntnislehren. Aus der bisherigen Ausrichtung der Erkenntnisse zu den Gegenständen¹⁰⁵ wurde die Ausrichtung der gegenständlichen Erscheinungswelt an den Erkenntnissen.

Aus den weiteren a priorischen Erkenntnissen der Anschauung von Raum und Zeit folgerte er die Mathematik¹⁰⁶ und aus den zwölf Denkkategorien die Naturwissenschaften¹⁰⁷ als der Erfahrung und damit der Erkenntnis zugänglich.

Hingegen können, und dies auch wiederum in Widerspruch zu den bisherigen Erkenntnislehren, die metaphysischen Ideen von Gott, der Freiheit des menschlichen Handelns und der Unsterblichkeit der Seele nicht durch unsere Erfahrung erkennbar und auch nicht Gegenstand menschlichen Erkennens sein.¹⁰⁸

¹⁰³ Einer zwar zu erfolgender Prüfung der Wahrnehmungen der Sinnesorgane auf ihre Zuverlässigkeit mit den Schlüssen des Verstandes, jedoch die Erfahrung als etwas Gegebenes hinnehmend.

¹⁰⁴ *Kant*, Gesammelte Schriften, 1. Abtheilung: Werke, IV. Band, Kritik der reinen Vernunft (1787), Einleitung, I. Idee der transscendental=Philosophie, S. 17-18.

¹⁰⁵ *Kant*, Gesammelte Schriften, 1. Abtheilung: Werke, IV. Band, Kritik der reinen Vernunft (1781), Der Transscendentalen Elementarlehre Zweiter Theil, Erste Abtheilung, Erstes Buch, Der Analytik der Begriffe Zweites Hauptstück, Der Deduction der reinen Verstandesbegriffe Dritter Abschnitt. Von dem Verhältnisse des Verstandes zu Gegenständen überhaupt und der Möglichkeit diese a priori zu erkennen, S. 86-94, Summarische Vorstellung der Richtigkeit und einzigen Möglichkeit dieser Deduction der reinen Verstandesbegriffe, S. 94-95.

¹⁰⁶ *Kant*, Gesammelte Schriften, 1. Abtheilung: Werke; IV. Band, Kritik der reinen Vernunft (1781), Der Transscendentalen Elementarlehre Erster Theil. Die Transscendentale Ästhetik, S. 29-46 und Prolegomena zu einer jeden künftigen Metaphysik, die als Wissenschaft wird auftreten können (1783), Der transscendentalen Hauptfrage Erster Theil. Wie ist reine Mathematik möglich? S. 280-294.

¹⁰⁷ *Kant*, Gesammelte Schriften, 1. Abtheilung: Werke; IV. Band, Kritik der reinen Vernunft (1781), Der Transscendentalen Elementarlehre Zweiter Theil. Die transscendentale Logik, Einleitung. Idee eine transscendentalen Logik, S. 47-55, Der Transscendentalen Logik Erste Abtheilung. Die transscendentale Analytik, S. 56-187 und Prolegomena zu einer jeden künftigen Metaphysik, die als Wissenschaft wird auftreten können (1783), Der transscendentalen Hauptfrage Zweiter Theil. Wie ist reine Naturwissenschaft möglich? S. 294-326.

¹⁰⁸ *Kant*, Gesammelte Schriften, 1. Abtheilung: Werke; IV. Band, Kritik der reinen Vernunft (1781), Der Transscendentalen Elementarlehre Zweiter Theil. Die transscendentale Logik, Der transscendentalen Logik

Die Kritik der reinen Vernunft löste damit die bisherigen entsprechend der scholastischen Tradition bestehenden Verbindungen und Vermischungen von Glaube und Vernunft ab.

bb) Verstärkung der Dualität von Denken und Handeln und die Kritik der praktischen Vernunft

In seiner Kritik der praktischen Vernunft vom Jahre 1788 ging Kant auf die Gesetze des Willens, des menschlichen Handelns ein. Auch diese können, um objektive Gewissheit zu haben, nicht aus der Erfahrung selber abgeleitet sein, sondern müssen einen vor der Empirie liegenden apriorischen Charakter haben. Auch bei der praktischen Vernunft ist das a priori feststehende und inhaltliche Prinzip der Freiheit darstellende Prinzip des Gesetzes, welches für jeden Menschen, sofern er Vernunftswesen ist, gilt, die Grundlage der ethischen Beurteilung.

Hieraus und mit der durch die Ablehnung von jeglicher Empirie gegebenen Verneinung eines bestimmten materiellen Inhaltes ergibt sich der Inhalt des Sittengesetzes in einem formalen Kriterium der subjektiven Ausrichtung des Handelns auf seine Allgemeinheit „Handle so, daß die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Princip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne.“¹⁰⁹ Dieses Sittengesetz ist ein kategorischer Imperativ, welcher absolut, unabhängig von jeder Voraussetzung und ohne jede empirische Bestätigung gilt, und aus welchem seinem Sollen auch sein Können folgt, weil nur etwas geboten werden kann, was sich auch realisieren lässt. Zur Erreichung unserer sittlichen Vollkommenheit muss unser moralisches Bewusstsein die Unsterblichkeit der Seele, die Existenz Gottes und die Freiheit des menschlichen Handelns¹¹⁰ fordern, welche metaphysischen Ideen nicht Erkenntnis der reinen Vernunft

Zweite Abtheilung, Die Transscendentale Dialektik, S. 188-252 und Prolegomena zu einer jeden künftigen Metaphysik, die als Wissenschaft wird auftreten können (1783), Der transscendentalen Hauptfrage Dritter Theil. Wie ist Metaphysik überhaupt möglich? S. 327-365, Auflösung der allgemeinen Frage der Prolegomenen. Wie ist Metaphysik als Wissenschaft überhaupt möglich? S. 365-371, Anhang von dem was geschehen kann, um Metaphysik als Wissenschaft möglich zu machen, S. 371-383.

¹⁰⁹ Kant, Gesammelte Schriften, 1. Abtheilung: Werke, V. Band, Kritik der praktischen Vernunft (1788), Erster Theil, Erstes Buch. Die Analytik der reinen praktischen Vernunft, Erstes Hauptstück. Von den Grundsätzen der reinen praktischen Vernunft, § 7. Grundsatz der reinen praktischen Vernunft, S. 30.

¹¹⁰ Dieses ist bei der rein autonomen erfahrungsunabhängigen Verwirklichung des kategorischen Imperativs gegeben.

sondern Postulat der praktischen Vernunft sind.¹¹¹ Diese praktische Vernunft hat auch den Vorrang vor der theoretischen.¹¹²

Die kritische Philosophie Kants, welche mit ihrem Ich-Bezug des Erkennens und des Handelns und der damit bejahten Anerkennung der menschlichen Freiheit die Grundlage für den um die Jahrhundertwende einsetzenden deutschen Idealismus schuf,¹¹³ brachte mit ihrer Grundthese, dass theoretische Einsicht und religiöser Glaube zwei völlig getrennte Wege gehen, damit auch eine Aufspaltung und Trennung von Glaube und Vernunft und damit von Geistlichem und Weltlichem und wies jedem einen vom anderen getrennten und unabhängigen Funktionsbereich zu und war damit auch auf die Dualität von Erkennen und Handeln ausgerichtet.

Kant in dem Vorwort seiner im April 1787 erschienen 2. Auflage der Kritik der reinen Vernunft:

„... Ich mußte also das *W i s s e n* aufheben, um zum *G l a u b e n* Platz zu bekommen, ...“¹¹⁴

¹¹¹ *Kant*, Gesammelte Schriften, 1. Abtheilung: Werke, V. Band, Kritik der praktischen Vernunft (1788), S. 1-163, insb. Erster Theil, Erstes Buch. Die Analytik der reinen praktischen Vernunft, Erstes Hauptstück. Von den Grundsätzen der reinen praktischen Vernunft, § 1.-§ 8., S. 19-41, Zweites Hauptstück. Von dem Begriffe eines Gegenstandes der reinen praktischen Vernunft, S. 57-58, Zweites Buch, Zweites Hauptstück, IV. Die Unsterblichkeit der Seele, als ein Postulat der reinen praktischen Vernunft, S. 122-124, V. Das Dasein Gottes, als ein Postulat der reinen praktischen Vernunft, S. 124-132, VI. Über die Postulate der reinen praktischen Vernunft überhaupt, S. 132-134.

¹¹² *Kant*, Gesammelte Schriften, 1. Abtheilung: Werke, V. Band, Kritik der praktischen Vernunft (1788), Erster Theil, Zweites Buch, Zweites Hauptstück, III. Von dem Primat der reinen praktischen Vernunft in ihrer Verbindung mit der speculativen „Unter dem Primat zwischen zwei oder mehreren durch Vernunft verbundenen Dingen verstehe ich den Vorzug des einen, der erste Bestimmungsgrund der Verbindung mit allen übrigen zu sein. ...“ (S. 119 Z 27-29), „... Wenn praktische Vernunft nichts weiter annehmen und als gegeben denken darf, als was *s p e c u l a t i v e* Vernunft für sich ihr aus ihrer Einsicht darreichen konnte. so führt diese das Primat. ...“ (S. 120 Z 11-13), „... In der Verbindung also der reinen speculativen mit der reinen praktischen Vernunft zu einem Erkenntnis führt die letztere das *P r i m a t*, vorausgesetzt nämlich, daß diese Verbindung nicht etwa *z u f ä l l i g* und beliebig, sondern *a p r i o r i* auf der Vernunft selbst gegründet, mithin *n o t h w e n d i g* sei. ...“ (S. 121 Z 18-22), „... Der speculativen Vernunft aber untergeordnet zu sein und also die Ordnung umzukehren, kann man der reinen praktischen gar nicht zumuthen, weil alles Interesse zuletzt praktisch ist, und selbst das der speculativen Vernunft nur bedingt und im praktischen Gebrauche allein vollständig ist.“ (S. 121 Z 27-31), insg. (S. 119-121).

¹¹³ *Wernicke*, Die Begründung des deutschen Idealismus durch Kant, 1., S. 1-14 (1-2).

Der Deutsche Idealismus konnte sich und dies insbesondere auch wegen seiner schwierigen Texte bis zur Jahrhundertwende nicht zu allgemeinen Philosophie an den deutschen Universitäten erheben (unten, S. 661).

¹¹⁴ *Kant*, Gesammelte Schriften, 1. Abtheilung: Werke, III. Band, Kritik der reinen Vernunft (1787), Vorrede zur zweiten Auflage, S. 19 Z 5-6.

c) Die Verbindung von Aufklärung und Theologie

aa) Die Verbindung von Aufklärung und Theologie als deutsches Spezifikum

Angesichts der den Menschen durch Gebrauch seiner eigenen Vernunft mündig machen, ihn von allem falschen Autoritätsdenken befreien und zur wahren Glückseligkeit führen wollenden Aufklärung¹¹⁵ orientierten sich Theologie und das kirchliche Leben beider christlicher Konfessionen an der Aufklärung¹¹⁶ und glichen sich ihr an. Die Aufklärung ihrerseits wurde

¹¹⁵ Der auf sich selbst gestellte Mensch sollte durch sein Denken die Probleme der Welt erkennen und sie lösen.

Kant in seiner Abhandlung von 1784 Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung? „Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Selbstverschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschließung und des Muthes liegt, sich seiner ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Sapere aude! Habe Muth dich deines eigenen Verstandes zu bedienen! ist also der Wahlspruch der Aufklärung. ...“ (Kant, Gesammelte Schriften, 1. Abtheilung: Werke, VIII. Band, Beantwortung der Frage: ..., S. 35 Z 1-8).

¹¹⁶ Auch der Pietismus wirkte während der in den 40. Jahren des 18. Jahrhunderts in Deutschland einsetzenden Hauptzeit der Aufklärung weiter fort.

Obleich sich das offizielle Preußen Friedrichs II. zur Aufklärung bekannte, prägte er bei seiner das Preußentum allgemein bestimmenden Gestalt weiterhin die Menschen (Hinrichs, Preußentum und Pietismus, III., 2., S. 299). In Ostfriesland, nachdem dieses im Jahre 1744 preußische Provinz wurde, erlangte er um die Mitte des 18. Jahrhunderts seine voll prägende Breitenwirkung (Smid, Ostfriesische Kirchengeschichte, 562, S. 396 und Uhlhorn, Hannoversche Kirchengeschichte, 7. Kap., 3., S. 115-116). Im Fürstentum Minden und in der Grafschaft Ravensburg wurde die im Jahr 1827 beginnende Erweckung der evangelischen Christen durch die im 18. Jahrhundert starke pietistischen Strömungen vorbereitet (Roessle, Zeugen und Zeugnisse, II, 1, S. 187-194 (187)).

Im Herzogtum Württemberg wirkte der Pietismus in aufklärerischer Zeit insbesondere durch die ihn von 1740 bis 1780 beherrschende Schule von Johann Albrecht Bengel und seinen Schülern fort (Lehmann, Pietismus und weltliche Ordnung in Württemberg, II., 4., S. 117-134). Um das Jahr 1780 entstand neben dem bis zur Jahrhundertwende erlahmenden altwürttembergischen Pietismus um Bengel und Friedrich Christoph Öttinger ein volkstümlicher, jedoch in entscheidenden Lehren an den altwürttembergischen anknüpfender Pietismus (Lehmann ebd., III., 1., S. 135-151 (136, 137, 151)).

Im Rheinland hatte er in aufklärerischer Zeit zahlreiche und bedeutende Vertreter (Roessle, Zeugen und Zeugnisse, I, 4-12, S. 47-174) und wirkte im nahegelegenen Siegerland weiter fort (Schmitt, Die Gnade bricht durch, (2. Teil), Die kirchengeschichtliche Entwicklung im Siegerland, S. 143, Aus der Geschichte der Erweckungsbewegung im Siegerland ..., S. 144-167 (d), S. 166-167)).

In Bremen prägte er ein Jahrhundert lang das kirchliche Leben, wobei um das Jahr 1780 der Rationalismus vordrang (Mai, Die niederdeutsche Reformbewegung, C., S. 309).

Valjavec, Die Entstehung der politischen Strömungen in Deutschland 1770-1785, I., 2., S. 66-67: der Pietismus „... In vielen Gegenden Deutschlands wirkte er das ganze Aufklärungszeitalter hindurch bis ins 19. Jahrhundert hinein durch die ‚Stillen im Lande‘ weiter. ... Die Eingriffe des theologischen Rationalismus in das Leben der evangelischen Gemeinden riefen die Gegnerschaft der Pietisten auf den Plan, die auch politisch wirksam wurde. ... Die Aufklärer legten großen Wert darauf, vor allem die alten Gesangbücher durch neue, in ihrem Geist umgeformte Ausgaben zu ersetzen, entfesselten aber damit vielerorts einen heftigen Widerstand der Gläubigen. ...“; K. Holl, Die Bedeutung der großen Kriege für das religiöse und kirchliche Leben innerhalb des deutschen Protestantismus, II., Die Rechtfertigungslehre im Lichte der Geschichte des Protestantismus: Fortbestehen des Pietismus insbesondere, wo er, wie im Herzogtum Württemberg bodenständig wurde oder wie in der Herrnhuter Brudergemeinde aus der Arbeit an großen Aufgaben belebende Kraft schöpfte (ders., Gesammelte Aufsätze zur Kirchengeschichte, III. Band, 15., S. 352, 25., S. 549) und Hoffmann, Die Frömmigkeit der deutschen Aufklärung „... Uebrigens ist zu bedenken, daß auch schon vor Kant und Schleiermacher die Aufklärer nicht das ganze Deutschland des 18. Jahrhunderts ausmachen: Neben ihnen lebt der Pietismus, wenn auch in kleinen Kreisen,

in Deutschland unter der weiter fortbestehenden Verbindung und Ergänzung von Glauben und Vernunft ihrem Inhalt nach weiterhin religiös bestimmt.¹¹⁷

Insbesondere benutzten Theologie und Kirchen die auf das diesseitige Leben ausgerichtete Eigenart der Aufklärung zur Verfolgung ihrer eigenen Ziele. Anders in der westeuropäischen Aufklärung, welche eine Frontstellung gegen Theologie und Kirchen einnahm,¹¹⁸ war die Verbindung und gegenseitige Beeinflussung von Theologie und Aufklärung das Spezifikum der deutschen Aufklärung.¹¹⁹

Die vom Ende des 17. Jahrhunderts bis in das Jahr 1740 gegebene aufgeklärte

lebendig fort. Goeze, der nicht vereinzelt dasteht, zeigt uns, daß auch die Orthodoxie noch ihre Vertreter hatte. Lavater, Hamann, Herder, Jacobi, vor ihnen in vieler Beziehung auch Lessing, vertraten gleichzeitig mit der Aufklärung Gedanken, die sie einst überwinden sollten, und mit Sturm und Drang und dem jungen Goethe stieg eine ganz andersartige Bewegung empor. Erst wenn wir das bedenken, erhalten wir ein richtiges Bild vom Deutschland jener Tage. ...“ (*ZThK*, 16. Jahrg., S. 237).

Gleiches gilt in abgeschwächter Weise auch für den Jansenismus. In den von ihm im Reich besonders betroffenen Gebieten der österreichischen Erblande war er im thesianischen Zeitalter von 1740 bis 1780 einer der wichtigsten Wegbereiter der Aufklärung. Die die Anwendung des Jansenismus verurteilende Bulle Unigenitus vom 8. Sept. 1713 (oben, S. 610) war durch das kaiserliche Hofdekret Kaiser Joseph II. am 4. Mai 1781 für die österreichischen Erblände untersagt worden (unten, S. 642-643). Dieses Vorgehen Josephs II. wurde von der französisch-niederländischen Presse begrüßt, es wurde ihm von den österreichischen Bischöfen nicht viel Widerstand entgegengebracht und hatte der Bischof von Brixen wohl als erster in einem Hirtenbrief ihm entsprochen, obgleich Pius VI. in seiner Breve vom 13. Sept. 1781 die getane Unterdrückung seiner Bulle erneut verurteilte (*Deinhardt*, Der Jansenismus in deutschen Landen, III. Kap., § 8., S. 96-106 (101-106)). Im josephinischen Jahrzehnt von 1780 bis 1790 wurde dann der Jansenismus von der Aufklärung überrundet und als veraltet eingestuft. Mit dem Ende der Aufklärung und dem Einsetzen der Erweckungsbewegung in den neunziger Jahren hatte er keine Bedeutung mehr besessen (*Hersche*, Der Spätjansenismus in Österreich, II., S. 103-162, III., S. 163-242, IV., S. 243-311, V., S. 313-355 (4., S. 338), Zusammenfassung und Schluss, S. 357-405).

¹¹⁷ Lüttger, Die Religion des deutschen Idealismus, I. Theil, Einleitung, S. 3.

¹¹⁸ *Condorcet*: einer der Hauptzüge des Christentums ist die Verachtung des menschlichen Wissens, es fürchtet den Geist des Fragens und des Zweifelns (*Klassiker der Philosophie*, I. Band, Französische Aufklärer, v. *H. Lauener*, VII., S. 428-433 (428)), *Diderot*: der Bürger richtet seine Aufmerksamkeit auf sein ökonomisches Wohlergehen, Doktrine wie die Erbsünde sind für ihn irrational (*Klassiker ebd.*, S. 418), *Voltaire*: Polemik gegen Fanatismus und Intoleranz, die Religion ist nicht auf Offenbarung sondern muss auf Vernunft gerichtet sein, wie die Existenz des Uhrmachers muss die zweckmäßige Organisation des Universums die Existenz Gottes als Schöpfer und der höchsten Intelligenz beweisen, starke Annäherung an die englischen Deisten (*Klassiker ebd.*, S. 428-429), *Rousseau*: Anerkennung von einer allmächtigen, weisen und wohlthätigen Gottheit, einer allumfassenden Vorsehung, eines zukünftigen Lebens, Ablehnungen der christlichen Heilsgeschichte, der Offenbarung, Calvins Prädestinationslehre und der katholischen Kirche (*Émile ou de l'éducation*, Livre IV: Profession de foi du vicaire savoyard, in: *Rousseau*, Oeuvres complètes, Tome IV, Emile ..., p. 565- 635), *Diderot*: erklärt die zweckmäßigen Zusammenhänge im Universum auf Grund einer evolutionären Konzeption der Natur, entschiedener Gegner aller Religion, Atheismus oder wenigstens Agnostizismus ist allein richtig (*Klassiker ebd.*, S. 430), *Holbach*: alle moralischen, sozialen und politischen Werte sind auf die natürlichen Beschaffenheit des Menschen zurückzuführen, Gott hat in einer wohlverstandenen Philosophie keinen Platz, materialistische Doktrin, Geschichte zeigt, dass durch die frivolen Zeremonien der Religion die Menschen ihrer natürlichen Beschaffenheit entfremdet werden (*Klassiker ebd.*, S. 430-431).

¹¹⁹ *Böbenecker*, Pietismus und Aufklärung, 2. Teil, Kap. 10, S. 300-301 hatte der Pietismus in Deutschland eine einseitige Verweltlichung der Kirche und des religiösen Lebens mitverhindert, woraus sich der Kompromißcharakter zwischen Aufklärung und Religion in Deutschland ergab.

Nach *H. Stephan*, Luther in den Wandlungen seiner Kirche, IV., S. 35 hatte die Anknüpfung von der Aufklärung an den Pietismus dieser gerade dazu verholfen, ihren besonderen Charakter gegenüber der englischen und französischen Aufklärung zu verleihen.

Orthodoxie¹²⁰ lehrte mit ihren älteren Vertretern, dass sich die menschliche Vernunft und die göttliche Offenbarung nicht widersprechen sondern sich bestätigen. Sie wies jedoch auf das Moralisch-Praktische im Christentum hin.¹²¹ Ihre jüngeren Vertreter, die Physikotheologen, welche Gottes Existenz aus seinen Schöpfungen nachwiesen und insbesondere die theologischen Wolffianer wandten die Vernunft gegenüber den einzelnen Lehrsätzen der Offenbarungsdogmatik an.¹²²

¹²⁰ RGG, V. Band, Rationalismus, II., 3., Sp. 794.

¹²¹ Die älteren Vertreter der aufgeklärten Orthodoxie, die Übergangstheologen, insbesondere Johann Franz Buddeus (1667-1729) und Christoph Matthäus Pfaff (1667-1729) verbanden das orthodoxe und pietistische Erbe und verteidigten es gegen die auch zu dieser Zeit aufkommenden atheistischen Bestrebungen. Sie entwickelten zwingende Beweise für das Dasein Gottes unter Zugrundelegung, dass die menschliche Vernunft und die göttliche Offenbarung aufeinander angelegt sind und sich nicht widersprechen, sondern sich bestätigten. Gegenüber der Orthodoxie waren sie insofern fortschrittlich, als sie auf das Moralisch-Praktische des Christentums hinwiesen (RGG, I. Band, Aufklärung, III., 3., Sp. 725, 6., Sp. 728-729, Buddeus (Budde), Johann Franz, Sp. 1469, V. Band, Rationalismus, II., 3., a), Sp. 793-794, Pfaff, Christoph Matthäus, Sp. 265-266).

¹²² Die jüngeren Vertreter, die Physikotheologen, welche Gottes Existenz aus seinen Schöpfungen nachweisen wollten und insbesondere die theologischen Wolffianer, wandten die Vernunft gegenüber den einzelnen Lehrstücken der Offenbarungsdogmatik an (RGG, V. Band, Rationalismus, II., 3., a), Sp. 794, V. Band, Aufklärung, III., 6., Sp. 728-729 und WWKL, I. Band, Aufklärung, II., Sp. 1607, III., Sp. 1611-1612).

Nach Wolff bestand die Religion in der Verehrung Gottes, welche die Erkenntnis von ihm und die tatsächliche Einrichtung der menschlichen Handlungen nach seinem Willen, die Gottseligkeit erfordert (*Vernuenfftige Gedancken von dem Gesellschaftlichen Leben der Menschen*, II. Theil, 3. Cap., §. 366., S. 322-324 (322) und *Theologia naturalis*, Pars posterior, Sectio II., Cap. I., §. 512., p. 497). Er unterschied die natürliche Religion von der geoffenbarten (*Jus natuarae*, Pars octava, Cap. III., §. 484., p. 367-368), welche erstere die Ausübung der naturgesetzlich verankerten Pflichten gegenüber Gott zum Gegenstand hat und zweitere ihren Inhalt in der Offenbarung sucht (*Theologia naturalis*, Pars posterior ebd., §. 512., Anm., p. 497) und welche Unterscheidung auch dem Begriffspaar von Verstand und Offenbarung entspricht (*Ludovici*, Ausfuehrlicher Entwurf einer vollstaendigen Historie der Wolffischen Philosophie, Anderer Theil, Anhang zum IV. Cap., §. 339., S. 282-283). Die reine Vernunft, welche Gott gleichkommt, kann von dem menschlichen Verstand nicht erreicht werden (*Vernuenfftige Gedancken von Gott, der Welt und der Seele des Menschen*, (Erster Theil), 6. Cap., §. 958., S. 593, §. 966., S. 595-596). Die Welt, welche dem Willen Gottes entspringt, ist auch die möglichst Beste (*Vernuenfftige Gedancken von Gott* ebd., 6. Cap., §. 981.-§. 983., S. 604-606, 4. Cap., §. 702., S. 437). Die göttliche Offenbarung darf nichts enthalten, was der Vernunft oder Erfahrung widerspricht (*Theologia naturalis*, Pars prior, Cap. III., §. 464., p. 430-431). Sie darf nie den auf den Vernunftwahrheiten gegründeten notwendigen Wahrheiten, sie kann jedoch scheinbar wenigstens den sich auf Erfahrungsquellen gründenden zufälligen Wahrheiten, den Tatsachenwahrheiten widersprechen (*Theologia naturalis*, Pars prior ebd., §. 465., p. 431). Hauptsächlichste Mittel der Offenbarung sind die Wunder. Viele in der Heiligen Schrift enthaltenen können verstandesmäßig als Wirklichkeiten gedeutet werden und sind demnach keine Offenbarungen, unter welche allein das Übernatürliche fällt (*Theologia naturalis*, Pars prior ebd., §. 463., p. 429). Wo die geoffenbarte Religion der natürlichen etwas verstandesmäßig nicht mehr Erfassbares hinzufügt, fällt in die Zuständigkeit der Theologen, womit die naturrechtliche Begründung aufhört (*Jus naturae* ebd., Cap. III., §. 484., Anm., p. 368, Cap. IV., §. 945., Anm., p. 719 und *Theologia naturalis*, Pars posterior, Sectio II., Cap. II., §. 577., p. 562). Da der menschliche Verstand den Willen Gottes nicht erreicht, gibt es Bereiche, in denen die menschliche Vernunft das natürliche Gesetz nicht mehr erkennen kann, in welchen dann die göttliche Offenbarung tritt, in der „... GOTT nichts offenbahret, was wir durch die Vernunft erkennen koennen.“ (*Vernuenfftige Gedancken von Gott* ebd., 6. Cap., §. 1011., S. 623-624 (Zitat S. 624) und *Theologia naturalis*, Pars prior, Cap. III., §. 451., p. 420-421).

Zu der geoffenbarten christlichen Religion hielt Wolff demnach mit seiner ausschließlich im Verstand begründeten natürlichen Religion Distanz, ohne jedoch ihre Inhalte in seinem System als Gegensatz darzustellen, womit er sie auch positiv für die Legitimierung und Begrenzung der Obrigkeit anerkannte.

bb) Die Neologie von 1740 bis 1790 als die deutsche Aufklärungstheologie

aaa) Das Festhalten der Neologie an der Offenbarung und an den Grundprinzipien des Christentums

Die die eigentliche deutsche Aufklärungstheologie¹²³ darstellende Neologie¹²⁴ mit ihren Vertretern Sack (1703-1786),¹²⁵ Jerusalem (1709-1789),¹²⁶ Töllner (1724-1774),¹²⁷ Spalding (1714-1804),¹²⁸ Niemeyer (1714-1804)¹³⁰ hielt an der Offenbarung und mit dem Glauben an sie als Quelle menschlicher Erkenntnis fest. Die Offenbarung wird jedoch durch die dem Menschen eigene Vernunft beschränkt.¹³¹ Diese die göttliche Vernunft beschränkende natürli-

¹²³ Die Dreiteilung des Protestantismus im 18. Jahrhundert: Orthodoxie, Pietismus und Aufklärungstheologie.

¹²⁴ Bößenecker, Pietismus und Aufklärung, 1. Teil, Kap. 7, S. 232 und RGG, V. Band, Rationalismus, II., 3., Sp. 794.

¹²⁵ August Friedrich Wilhelm Sack, ihr Nestor.

¹²⁶ Johann Friedrich Wilhelm Jerusalem.

¹²⁷ Johann Gottlieb Töllner.

¹²⁸ Johann Joachim Spalding.

¹²⁹ August Hermann Niemeyer.

¹³⁰ Aner, Die Theologie der Lessingzeit, Kap. II, S. 61-64 (Sack), S. 64-79 (Jerusalem), S. 83-84 (Töllner), S. 79-83 (Spalding), S. 133-134 (Niemeyer) und RGG, V. Band, Rationalismus, II., 3., b), Sp. 794, Sack, 1. August ..., Sp. 1276-1277, III. Band, Jerusalem, Johann Friedrich Wilhelm ..., Sp. 599, VI. Band, Toellner, Johann Gottlieb ..., Sp. 930, Spalding, Johann Joachim, ..., Sp. 221-222, IV. Band, Niemeyer, August Hermann, ..., Sp. 1473. Zu den weiteren führenden Neologen Aner ebd., S. 85-133, 134-143 und RGG, V. Band, Rationalismus, II., 3., b), Sp. 794.

¹³¹ Jerusalem, Betrachtungen ueber die vornehmsten Wahrheiten der Religion, I. Theil, Erste, Zweyte und Dritte Betrachtung, S. 1-71: Die Erde kann in all ihrer Vollkommenheit nicht ohne Ursache aus dem Nichts hervorgegangen sein, dies wäre die größte Beleidigung für die Vernunft, sondern sie muss von einem ewigen, mit ihr nicht identisch seienden, lebendigen und allervollkommensten Wesen erschaffen worden sein, II. Theil, 1. Stueck, Erste Betrachtung, S. 3-94 (84-94 (91-92)): Die Vernunft kann sich nicht anmaßen, zu beweisen, dass Gott dem Menschen eine Offenbarung gab, sie darf jedoch voraussetzen, dass er sich in einer solchen nicht selber widersprechen kann, dass die allgemeinen Gesetze, worauf er die Ordnung der Natur gegründet hat, in dieser Offenbarung nicht aufheben und dass die Vernunft die Beweise, worauf sich die Wahrheit dieser Offenbarung gründet, prüfen kann; Töllner, Versuch eines Beweises der Christlichen Religion fuer Jedermann, Vorbericht an theologische Leser, S. 3-38, Das erste Hauptstueck-Das fuenfte Hauptstueck, S. 1-192: Aus den Nachweisungen der großen Wahrscheinlichkeit und der Wahrheit der evangelischen Geschichte ergibt sich der Beweis von der christlichen Religion, insbesondere, wie sollte man dazu kommen, eine Geschichte für falsch und erdichtet zu halten, auf deren Glaube eine ganze Kirche in der Welt erbaut ist. Der hiergegen vorgebrachte Unglaube, diese Geschichte sei erdichtet (1), sei so wunderbar und höchst ungläublich (2), die Evangelien in ihr widersprüchen sich häufig (3), in dem Charakter und Verhalten Christi, wie solches in ihr vorgestellt wird, scheine nicht alles gehörig zu harmonisieren und zum Zwecke seiner Person und Sendung gemäß zu sein (4), können dies nicht widerlegen, da, (1): An dieser Geschichte schlechterdings etwas wahr sein muss, (2): Alle diese Wunder zum Zwecke Christi und zum Zwecke Gottes mit ihm notwendig gewesen sein müssen, (3): Die Evangelisten in allen von Christus erzählten Begebenheiten übereinstimmten und die Abweichungen bloß die Umstände und die Worte, mit welchen Christus dieses oder jenes vorgetragen hat, betreffen und (4): Eine mit Gott auf das innigste vereinigte Person so wenig wider die Regeln der Weisheit als Vorsichtigkeit als wider die Gebote der Tugend und der Menschenliebe verstoßen konnte und man nicht die Tugenden des Sohnes Gottes nach den Regeln für den

che Vernunft ist nicht allein im Sinne des logischen Verstandes zu verstehen, sondern entsprechend der Erkenntnislehre der deutschen Aufklärung beinhaltet sie auch den Willen und für die Zeitgenossen des Sturm und Drang auch das Gefühl. Im Glauben an eine übernatürliche Offenbarung verhaftet, überprüften und rechtfertigten die Neologen die einzelnen Dogmen der Offenbarung an der Vernunft und an dem moralischen Bewusstsein¹³² als dem Sittlich-Vernünftigen oder Sittlich-Religiösen.¹³³

gemeinen Menschen abmessen kann (Das dritte Hauptstueck, Der erste Beweis, §. 45.-§. 57., S. 45-63). Erhärtert wird die Wahrheit und Glaubwürdigkeit der evangelischen Geschichte, da nach den Merkmalen einer wahren und zuverlässigen Geschichte weiter erwiesen ist: die Evangelien erzählen nichts, als was sie genau wissen und erzählen konnten (drittens), ihre Erzählung ist auch mit allen Merkmalen ihrer persönlichen Aufrichtigkeit versehen (viertens), die evangelische Geschichte hat vier wahrhaft voneinander unabhängige Zeugen (fünftens) (Der zweite Beweis, §. 59.-§. 92., S. 63-134); *ders.*, Wahre Gründe warum Gott die Offenbarung nicht mit augenscheinlichen Beweisen versehen hat, Das Erste Hauptstueck, S. 15-54 (§. 16.-§. 18., S. 40-47 (§. 17., S. 41-43)), Das Zweyte Hauptstueck, S. 54-87: Die göttliche Eingebung der Schrift ist durch die göttliche Sendung Jesus Christus hinlänglich gewiss, dass jedoch der einzige Weg zu einer richtigen Gewissheit von der Wahrheit der christlichen Religion zu gelangen, in dem historischen Beweis für die Wahrheit der Erzählungen der Heiligen Schrift bestehe, wofür die Bibel als ein historisches Buch zu betrachten sei und die Glaubwürdigkeit dieser nach den Regeln des vernünftigen historischen Glaubens dargetan werden müsse und *Spalding*, Die Bestimmung des Menschen, Anhang bey der dritten Auflage, S. 69-80 (71-73): Wer in der Heiligen Schrift das Wesentliche und den Hauptzweck der Religion mit Billigkeit und Unparteilichkeit erwägt, der findet, dass sie das schönste Zeugnis und der stärkste Beifall ist, der den Wahrheiten der Natur und der Vernunft gegeben werden kann. Der Zweck des Menschen – seine Anhänglichkeit an Gott und seine Glückseligkeit – werden in ihr mit so viel Licht, Ernst, Kraft gelehrt. Man kann nicht von dem Wert der natürlichen Religion durchdrungen sein, und eine Glaubenslehre nicht achten, welche dies alles so klar, gänzlich und rührend aussagt. Die Anhänger der natürlichen Religion müssen auch die Offenbarung schätzen. Es ist mit aller Zuverlässigkeit erwiesen, dass es keine natürliche Religion unter den Menschen geben kann, wenn keine geoffenbarte ist. Der menschlichen Vernunft ist es nicht möglich, sich ohne Anweisungen über die sinnlichen Dinge und dies bis zu den Wahrheiten der Religion zu erheben. Hierzu muss die allererste Anweisung von der göttlichen Offenbarung gekommen sein. Gleichfalls konnten die natürliche Erkenntnis und die natürliche Verehrung Gottes, nach ihrem das Zutrauen der Vernunft so demütigenden Verfall, nicht ohne eine göttlich unterstützte Bekanntmachung wieder aufgerichtet werden. Es ist eine unlängbare Erfahrung und ein zum Vorteil des Christentums erhebliches Phänomen, dass, wenn das Licht des Evangeliums die Geister aufgeklärt hat, die natürliche Religion immer am besten erkannt und gelehrt wurde. Die die Lehren der Religion aus sich selbst erfindenden wenigen Köpfe, was hatten sie sich ohne die Unterstützung eines göttlichen Ansehen über die anderen zu vermögen gekonnt? Es ist unglaublich, dass auf diese Weise die wahre und reine Religion der Natur zu einer allgemeinen und herrschenden Religion werden konnte, was auch zu keiner Zeit und bei keinem Volke der Fall war. Dies erweist, den Dank und die Verpflichtung, die wir dem göttlichen Guten schuldig sind, dass es uns, um zum äußersten Bedürfnis des Menschen zu gelangen, durch seinen so vorteilhaften Unterricht zu Hilfe gekommen ist.

Zu der gegebenen großen Beachtung der natürlichen Religion auch in der katholischen Theologie während der neologischen Zeit *Schäfer*, Philosophie und Theologie im Übergang von der Aufklärung zur Romantik, 1. Teil, B., IV., 6., b), S. 41-42.

¹³² Als Gegensatz zum Physischen oder Magischen.

¹³³ *Aner*, Die Theologie der Lessingzeit, Kap. III, S. 145-152 (148, 150, 151, 152); *RGG*, V. Band, Rationalismus, II., 3., b), Sp. 794, 5., b), Sp. 798-799, I. Band, Aufklärung, III., 3., b), Sp. 726, 6., Sp. 728-729; *WWKL*, I. Band, Aufklärung, II., Sp. 1607-1608, III., Sp. 1611-1613; *Barth*, Die protestantische Theologie im 19. Jahrhundert, Vorgeschichte, § 4 Die protestantische Theologie im 18. Jahrhundert, S. 143 und zur Überprüfung der einzelnen Dogmen der christlichen Religion an der Vernunft, den in neologischer Zeit wirkenden halleischen Philosophen Georg Friedrich Meier: 1718-1777 (*ADB*, XXI. Band, Meier: Georg Friedrich ..., S. 193-197) in seinen in den Jahren 1761-1767 erschienenen Philosophischen Betrachtungen ueber die christliche Religion, 1. Stueck, Erste Betrachtung, von der Freyheit, die christliche Religion zu pruefen, S. 7-146.

Durch die philologisch-textkritische Arbeit an der Bibel und durch historische Arbeit¹³⁴ folgerten sie, dass die Bibel in ihrer Gesamtheit nicht für den Christen bindend sein kann.¹³⁵

Die Welt, in welcher Gott das Böse nicht hindere, weil er damit auch viel Gutes in ihr vermeiden würde, womit die Welt unvollkommen wäre, wurde als die vollkommenste und soweit möglich beste angesehen.¹³⁶

Gott wurde als der alles regierende und die Schicksale der einzelnen Menschen bestimmende Geist angesehen.¹³⁷

¹³⁴ *Aner*, Die Theologie der Lessingzeit, Kap. IV, S. 202-233; *RGG*, V. Band, Rationalismus, II., 3., b), Sp. 794-795 (795) und *Töllner*, Wahre Gründe warum Gott die Offenbarung nicht mit augenscheinlichen Beweisen V.hn hat, Das Erste Hauptstueck, §. 17., S. 42-44 (42-43).

¹³⁵ *RGG*, V. Band, Rationalismus, II., 3., b), Sp. 794-795; *Töllner*, Wahre Gründe warum Gott die Offenbarung nicht mit augenscheinlichen Beweisen V.hn hat, Das Erste Hauptstueck, §. 17., S. 42-44 und *Reimarus*, Apologie oder Schutzschrift fuer die vernünftigen Verehrer Gottes, II. Band [2. Teil Neues Testament], Das IIIte Buch, Das IIte Capittel-Das IVte Capittel, S. 188-271, welcher die leibliche Auferstehung Jesu bei den in der Bibel hierzu vorhandenen zu unterschiedlichen Angaben bezweifelt.

¹³⁶ *Töllner*, Die Lehre von der besten Welt, die Lehre Christi in der Gleichnisrede Matth. 13, 24=30 (*ders.*, Kurze vermischte Aufsätze, I. Band, 1. Sammlung, VII., S. 154-192), worin Töllner sich an die Theodicee Leibnizens anlehnt, diese verteidigt und inhaltlich richtigstellt und sich insbesondere auch auf die in *Nova Vulgata*, Mt 13, 24-30, p. 1473 wiedergegebene Gleichnisrede Christi vom Unkraut unter dem Weizen bezieht, welches man nur auch mit dem Weizen ausraufen kann, insb. S. 183-184 „...., daß die Welt, wenn GOtt alles Boese in derselben mit Gewalt gehindert haette, weniger Volkommenheiten gehabt haben wuerde, als sie gegenwaertig bei Zulassung desselben hat: weil bei allen moeglichen Arten allgemeiner Hinderung desselben auch vieles und groesseres Gute zugleich in derselben gehindert worden waere. Nicht durch das Boese an sich, sondern durch die goettliche Zulassung des Boesen erhaelt die Welt eine groessere Volkommenheit. ...“, S. 185 „... Laeßt GOtt das Boese in der Welt zu, weil er dasselbe nicht in derselben durchaus hindern koente, ohne auch vieles und groesseres Gute in derselben zugleich zu hindern: so laeßt er es zu, weil die Welt bei allgemeiner Hinderung desselben unvollkommener seyn wuerde, als sie bei Zulassung desselben ist. Und bestimmt in dieses, dasselbe zuzulassen, so muß in ihm der Rathschluß gewesen seyn, nicht eine unvollkommere sondern eine vollkommere Welt darzustellen. Der Zusammenhang dieser Saetze ist nicht schwer zu finden. GOtt laeßt das Boese in der Welt zu: weil bei allgemeiner Hinderung desselben die Volkommenheit der Welt kleiner seyn wuerde. Folglich zieht GOtt die vollkommere Welt der weniger vollkommen vor. ...“, S. 186 „...., daß er diejenige Welt wolte, welche vollkommener war, als die uebrigen, und das ist, die beste Welt. ...“.

¹³⁷ *Spalding*, Die Bestimmung des Menschen, Religion, S. 40-52, insb. S. 41 „...; ein Ganzes voll Ordnung, von dem kleinsten Staube an bis zu der unermeßlichsten Ausdehnung, voll Regelmaeßigkeit in allen seinen Gesetzen; der Koerper so wohl als der Geister; ein Ganzes, das so mannichfaltig, und doch durch den genauesten Zusammenhang E i n s ist: dieß giebt mir die Vorstellung von einem Urbilde der Vollkommenheiten, ..., von einer ersten und allgemeinen Quelle der Ordnung. Welch ein Gedanke! - So ist denn etwas, von dem alles, was ich bisher bewundert habe, abhaenget; So ist denn etwas, von dem alle Theile der Natur ihre Uebereinstimmungen, ihre Verhaeltnisse und ihren Reiz haben! ein Verstand, der fuer das Ganze denkt, der das Ganze einrichtet und lenket! ein Geist, der durch seine unbegreiflichen Ausfluesse allen Dingen Daseyn, Dauer, Kraefte und Schoenheit mittheilet! ...“, S. 48-49 „... Jch bin groß genug, wenn ich dem Regierer des Ganzen nicht misfalle. So wie mich aber dieß groß macht, so macht es mich auch ruhig. Der Geist, der ueber alles wachet, der wird auch ueber mich wachen. Er, dessen Weisheit und Guete sich ueberall in so sichtbaren Spuren offenbaret, wird nichts geschehen lassen, davon das Ende ihm nicht anstaendig, und seinen Geschoepfen nicht heilsam sey. In seiner Hand allein stehet auch mein Schicksal; ...“ und *Töllner*, Die Herrschaft Gottes ueber die Geschoepfe (*ders.*, Theologische Untersuchungen, II. Band, 1. Stueck, V., S. 117-139).

Jerusalem, Betrachtungen ueber die vornehmsten Wahrheiten der Religion, I. Theil, Vierte Betrachtung, S. 73-120 (84, 97, 119): Gott regiert die Welt nach allgemeinen unveränderlichen Gesetzen und bestimmt das Schicksal der einzelnen Menschen, er sieht all ihre Handlungen voraus und beschließt nur jene wirksam werden zu lassen, welche seinen Absichten gemäß sind.

Die Person Christi wurde als ein unmittelbar von Gott erleuchteter Gesandter und Lehrer der Menschheit¹³⁸ und weniger als Versöhner des menschlichen Geschlechtes gedeutet.¹³⁹

Die Neologen hielten an dem jenseitigen Leben mit einer Vergeltung des diesseitigen in jenem,¹⁴⁰ am Untergang der Welt,¹⁴¹ an der Auferstehung der Toten,¹⁴² am Jüngsten Gericht¹⁴³ fest, verwarfen jedoch die Erbsünde,¹⁴⁴ die Verdammnis der Heiden, das dreifache Amt Christi¹⁴⁵ und die Ewigkeit der Höllenstrafen.¹⁴⁶

¹³⁸ Töllner, Wahre Gruende warum Gott die Offenbarung nicht mit augenscheinlichern Beweisen V.hn hat, Das Erste Hauptstueck, §. 16., S. 40-41, §. 17., S. 41-42 und den jüngeren Lessing in seinen im Jahr 1750 entstandenen, den neologischen Schriften zugehörenden [Aner, Die Theologie der Lessingzeit, Kap. III, S. 152-153] Gedanken über die Herrnhuter (*Lessing, Sämtliche Schriften*, XIV. Band, Entwürfe und unvollendete Schriften, Gedanken ..., S. 154-163 (S. 157 Z 34-36, S. 158 Z 1-11)).

¹³⁹ Kantzenbach, Geschichte des Protestantismus von 1789-1848, 1., Das Lutherverständnis Johann Georg Hamanns, S. 11-13 (11). Aus dem Gesamtzusammenhang mit der insbesondere Benennung des den Neologen zugehörenden Johann Salomo Semler (*RGG*, V. Band, Semler, Johann Salomo ..., Sp. 1696-1697 (1696)) und des aus pietistischen Verhältnissen stammenden sich gegen die aufklärerischen Gedanken wendenden und in der neologischen Zeit lebenden Johann Georg Hamann (*RGG*, III. Band, Hamann, Johann Georg (1730-88), ..., Sp. 42-43) ergibt sich, dass die neologische Zeit während der Aufklärung gemeint war.

¹⁴⁰ Töllner, System der Dogmatischen Theologie, II. Band, 4. Buch, 3. Abtheilung, Die 23. Lehre, S. 701-721, Die 27. Lehre, S. 759-778 und Niemeyer, Populaere und praktische Theologie, 3. Abschnitt, 1. Cap., §. 111.-§. 113., S. 182-185.

Jerusalem, Betrachtungen ueber die vornehmsten Wahrheiten der Religion, I. Theil, Sechste Betrachtung, S. 232-273: es gibt ein zukünftiges und vollkommenes Leben, worin die Kräfte der Natur des einzelnen mehr Raum haben und in welchem die Unordnungen des dieseitigen Lebens sich auflösen werden.

¹⁴¹ Töllner, System der Dogmatischen Theologie, II. Band, 4. Buch, 3. Abtheilung, Die 24. Lehre, S. 721-733.

¹⁴² Töllner, System der Dogmatischen Theologie, II. Band, 4. Buch, 3. Abtheilung, Die 25. Lehre, S. 733-747.

¹⁴³ Töllner, System der Dogmatischen Theologie, II. Band, 4. Buch, 3. Abtheilung, Die 26. Lehre, S. 748-758.

¹⁴⁴ Töllner, Die Erbsuende (*ders.*, Theologische Untersuchungen, I. Band, 2. Stueck, IV., S. 105-159).

In der Ablehnung des Dogmas von der Erbsünde waren sich die verschiedenen Richtungen der europäischen Aufklärungsphilosophie:

David Hume, mit seinem nicht zum Atheismus fortschreitenden Skeptizismus (*RGG*, III. Band, Hume David (1711-76), ..., Sp. 488-489 (489)),

die englischen Deisten und Voltaire, mit ihrer persönlich zeitlebensigen Festhaltung am Gottesglauben, ihrer Bejahung von Religion aus sittlichen Gründen, ihrer für das Volk gehaltenen Notwendigkeit des Glaubens an einen belohnenden und strafenden Gott, bei einem eigenen persönlichen Zweifel an der Unsterblichkeit der menschlichen Seele, nicht antireligiös wohl aber antichristlich und vor allem antitheologisch und anthitheokratisch (*RGG*, VI. Band, Voltaire, ... /21. 11. 1694 bis 30. 5. 1778), ..., Sp. 1488-1490 (1490)),

Rousseau, mit seiner Anerkennung von einer allmächtigen, weisen und wohlthätigen Gottheit, einer allumfassenden Vorsehung, eines zukünftigen Lebens, Ablehnungen der christlichen Heilsgeschichte, der Offenbarung (oben, S. 624 und *LThK*, IX. Band, Rousseau, Jean-Jacques, ..., S. 75-76 (76))

bbb) Zuwendung der Neologie zum Menschen

Der Mensch sollte zu seiner moralischen Bestimmung durch die Religion gelangen, und das Moralisch-Tugendhafte wurde mit dem Religiös-Christlichen gleichgesetzt, welches den Menschen in seinen äußeren Handlungen leiten soll.¹⁴⁷ Die durch die religiös-christliche Motivation zur Tugend werdende moralischen Handlung sollte dem einzelnen zu seiner Glückseligkeit¹⁴⁸ verhelfen.

Der Gottesdienst wurde nicht mehr zuerst als eine Dienstleistung zu Ehren Gottes sondern zur Einwirkung auf den Menschen¹⁴⁹ und das Predigtamt im Sinne einer allgemeinen Nutzbarkeit¹⁵⁰ insbesondere zur Hinführung zur bürgerlichen Tugend gedeutet.

mit den Neologen einig und waren auch ihr gemeinsamer Gegner (*Cassirer*, Die Philosophie der Aufklärung, 4. Kap., I., S. 188-214).

¹⁴⁵ Das hohepriesterliche, prophetische und königliche Amt.

¹⁴⁶ *RGG*, V. Band, Rationalismus, II., 3., b), Sp. 795 und *Barth*, Die protestantische Theologie im 19. Jahrhundert, Vorgeschichte, § 4 Die protestantische Theologie im 18. Jahrhundert, S. 143.

¹⁴⁷ *Jerusalem*, Betrachtungen ueber die vornehmsten Wahrheiten der Religion, II. Theil, 1. Stueck, Erste Betrachtung, S. 3 „Dieß duerfen wir also jetzt wohl als ausgemacht annehmen, daß, wenn der Mensch zu seiner moralischen Bestimmung kommen soll, es nicht anders als durch die Religion geschehen koenne; ...“, I. Theil, Achte Betrachtung, S. 330-391 (363, 380), insb. S. 360 „... Religion oder Tugend ist ihrer Natur nach Eins, ...: ihre Anwendung ist verschieden, aber ihre Natur besteht in der einfachen unveraenderlichen Liebe zum Guten. ...“, S. 380 „... Wenn ein Mensch von den Vollkommenheiten Gottes, und dem gluecklichen Verhaeltnisse, worin er mit diesem steht, lebhaft geruehrt ist, so ist dieß ueberhaupt unmoeglich, daß er diese Empfindungen nicht auch aeueßerlich an den Tag legen sollte, ...“, Siebente Betrachtung, S. 306, 308 und *Spalding*, Ueber die Nutzbarkeit des Predigtamtes, S. 50-51, insb. „... Die Lehre der Religion ist zugleich Lehre und Tugend. Die Religion ist Tugend um Gottes Willen; rechtschaffene Gesinnung und rechtschaffenes Verhalten aus der Erkenntniß unserer Anhaengigkeit von Gott, seiner Regierung, seiner Wohlthaten und seiner Vergeltung. ...“ (S. 50).

¹⁴⁸ *Töllner*, Ist zur moralischen Guete Religion nothwendig? Und warum ist sie dazu nothwendig? (*ders.*, Kurze vermischte Ausaetze, II. Band, 1. Sammlung, VII., S. 251-290), insb. S. 253 „... Wir sind moralisch gut, wenn das Moralische bei uns zu unserer Volkommenheit, oder welches eben das ist, zu unserer Gluekseligkeit gerichtet ist ... Ich halte es fuer eine sehr richtige und praktische Erklaerung, daß moralisch gut eine jede freie Bestimmung ist, mit welcher ein physisches Gute verknuepft ist. Also ist denn aber moralische Guete, und Tugend oder Rechtschaffenheit noch nicht sogleich einerlei. Freilich ist eine jede gute freie Handlung auch einem Naturgesetze gemaeß: und die Fertigkeit zur Gluekseligkeit zu handeln ist daher an sich eine Fertigkeit, dem Naturgesetze gemaeß zu handeln. ...“

Die Glückseligkeit war nicht Vergnügen und angenehmes Empfindung. In Rückgriff auf die immer noch in vollem Gange sich befindenden Wörter von Recht und Unrecht, ehrlicher Mann und schlechter Mann, mit ihren natürlich anhängenden Begriffen von Lob und Tadel, von Ehre und Schande, ihrerwillen sich jeder gezwungen fühlt, den Namen schlechter Menschen zu vermeiden und Lob und Tadel fremde Geschenke der Umstände und des Zufalles von außen her sind, ist Glückseligkeit die Achtung vor sich selbst, die Zufriedenheit in und mit sich, die eigenen Selbstbilligung des Seins, was man sein sollte, der Beifall des eigenen Gewissens in die eigene Moralität von Recht und Unrecht und in ein eigenes Tugendgefühl (*Spalding*, Religion, eine Angelegenheit des Menschen, S. 10-33).

¹⁴⁹ *Niemeyer*, Populaere und praktische Theologie, 5. Abschnitt, 3. Cap., 294., S. 443-445, insb. S. 443-444 „Alle aeueßere Gottesverehring - sowohl die besondere als oeffentliche und gemein schaftliche, ... - ist ebenfalls ein Huel f s m i t t e l der christlichen Vollkommenheit. Denn nach den wuerdigen Vorstellungen, welche das Christenthum von Gott macht, kann sie auf keine Weise als eine D i e n s t l e i s t u n g, wodurch Gott im eigentlichen verstande g e e h r t werden koennte, betrachtet werden, ... Aber recht eingerichtet, koennen diese zur Erleuchtung des Verstandes durch Belehrungen, zur Lenkung des willens,

Das Wesentliche in der Religion, ihr eigentlicher Zweck, wurde demnach nicht im Glauben sondern im Leben, nicht in der Erkenntnis Gottes sondern in seinen Diensten gesehen.¹⁵¹ Gott habe die Religion den Menschen nicht um seines willen sondern um ihres willen gegeben,¹⁵² womit die christliche Dogmatik sich von einer allein jenseitsorientierten Zielbestimmung löste.

Die teilweise Verwendung der deutschen Sprache in der Liturgie anstelle des vom Volk nicht verstandenen Latein und durch die Wiederhereinnahme der Predigt in die Messe sollte die Zuwendung zum Menschen bringen und diene auch seiner geistig-moralischen sittlichen Besserung,¹⁵³ wobei die Frage nach dem Menschen im Mittelpunkt stand.

zur Erweckung und belebung guter Gesinnungen, zur Staerkung der wankenden Tugend, zur Verbindung der Christen untereinander sehr wohlthaetig seyn. ... Das Hauptgeschaefft des praktischen Unterrichts ist hiebey dem unter den Christen nichts weniger als ausgerottetem Irrthum entgegenzuarbeiten, daß a e u ß e r e G o t t e s v e r e h r u n g als letzter Zweck zu betrachten, und als solcher vornehmlich zu schaezzen sey; daß man eine Christenpflicht durch Abwartung desselben erfuelle, und durch haeufigere Abwartung sich zu einer hoehern Stufe im Christenthum erhoben habe; da durch das alles von der G e s i n n u n g abhaengt, womit es geschieht, und von dem wuerklichen E i n f l u ß, der davon auf das Herz und den Wandel erfolgt. ...“.

¹⁵⁰ *Spalding*, Ueber die Nutzbarkeit des Predigtamtes, (Vorwort) An Herrn P ... Berlin, am 5ten April 1773. J. J. Spalding., S. 1-256 (48-51), insb. S. 49-50 „... So laeßet sich die Tugend lehren; so lassen sich Gerechtigkeit, Aufrichtigkeit, Menschenliebe, treuer Fleiß im Eigenen, Sorgfalt fuer das gemeine Wesen, zu lebendigen und thaetigen Principien in den menschlichen Seelen machen, welche das Wohl der Gesellschaft unterstuetzen und erhoehen, indem sie dem Handelnden selbst Zufriedenheit und Vortheile schaffen. Und wo sind nun bisher diese den buergerlichen Verfassungen so zutraegliche und so noethige Tugendlehrer? Wo sind allgemeine oeffentliche Anstalten, vermittelt welcher die gemeinschaftlich vereinigten Menschen nicht bloß in ihrer Kindheit einige schwache Anfangsgruende ihrer Verbindlichkeiten fassen, sondern auch nachher daran erinnert, mehr darin aufgeklaeret, befestiget, angetrieben wuerden, um moralisch gut gesinnet zu seyn und gut zu handeln? Ich finde bisher bey keiner noch so gesitteten Nation eine solche Anstalt anders, als in dem Amte und Geschaefte der so genannten Geistlichen. Diese sind noch immer die eigentlichen Despositairs der oeffentlichen Moralitaet. Sonst ist noch auf keinerley Art in wirklichen verordneten Einrichtungen dafuer gesorget, daß die Menschen Tugend lernen und Tugend behalten. ... Lasset uns also die Prediger als bestellte Sittenlehrer ansehen, in so ferne sie auf die buergerliche Gesellschaft eine eigene Beziehung haben. Es wird leicht zu zeigen seyn daß sie sehr gut im Stande sind, ihr diesen Dienst zu leisten. ...“; *Niemeyer*, Populaere und praktische Theologie, 4. Abschnitt, 2. Cap., 2. Abtheilung, 200.-213., S. 301-322 und *RGG*, V. Band, Rationalismus, II., 3., b), Sp. 795.

¹⁵¹ *Töllner*, Das Wesentliche in der Religion (*ders.*, Kurze vermischte Aufsaezze, II. Band, 2. Sammlung, X., S. 263-272), insb. „... Haeufig begreift man unter dem Wesentlichen in einer Sache das Wichtigere in derselben, dasjenige, um deswillen das uebrige ist, den eigentlichen Zweck der Sache, zu welchem sie vorhanden und alles in derselben gerichtet ist. Und da steht nun leicht zu erweisen, daß solches in der Religion nicht der Glaube sondern das Leben, nicht die Erkenntniß, sondern der Dienst Gottes ist. ...“ (S. 265) „... Unsre aelttere Gottesgelehrte musten es nicht anstoefig finden, das Wesentliche der Religion in dem Dienste Gottes zu setzen. Sie erklaerten ja solche durch eine Art und Weise, Gott zu dienen. Aber unter den neuern sind nicht wenige welche solches mißbilligen, und nach deren Urtheile es pelagianische und sogar socinianische Irrthuerer verraeth, wenn das Wesen der Religion nicht im Glauben, sondern im Leben, nicht in der Erkenntnis, sondern in Handlungen gesetzt wird. ...“ (S. 263).

¹⁵² *Töllner*, Ist zur moralischen Guete Religion nothwendig? und warum ist sie dazu nothwendig? „Diese Untersuchung ist eine der erheblichsten und fruchtbarsten, welche der menschliche Verstand anstellen kann. Sie hat zwei Absichten. Zuerst wird dabei offenbar, daß Gott die Religion in dem Menschen, und in dem vernuenftigen Geschoepfen ueberhaupt, schlechterdings nicht um seines willen, sondern um des Menschen und des Geschoepfs willen will: ...“ (*ders.*, Kurze vermischte Aufsaezze, II. Band, 1. Sammlung, VII., S. 251).

¹⁵³ *Handbuch der Kirchengeschichte*, V. Band, 2. Teil, 2. Abschnitt: Das kirchliche Leben unter dem Einfluß des Staatskirchentums und der Aufklaerung, 27. Kap.: Liturgie und Volksfrömmigkeit. Neue Orden, Liturgie, v. *W. Müller*, S. 598-605.

Insbesondere in der Predigt wurden menschliche Tugenden und Pflichten, wie Fleiß, Sparsamkeit, Mäßigung, Sorge um den eigenen Körper als von der christlichen Religion gefordert angesehen.¹⁵⁴

d) Anerkennung der Religion nur noch im Rahmen der Vernunft und dem seit dem Jahr 1790 eingetretenen religiösen Rationalismus

Für den religiösen Rationalismus¹⁵⁵ gab es keinen Offenbarungsglauben als Quelle menschlichen Erkennes mehr. Grundlage jedes menschlichen Erkennens ist allein die eigene Erkenntnis des Menschen. Der Rationalismus verwarf zwar nicht eine göttliche Offenbarung als solche durch die von Gott mit hervorragenden Eigenschaften ausgestatteten Menschen.

In der Erzdiözese Mainz war dem im Jahr 1787 erschienenen neuen Gesangbuch, welches die überlieferten lateinischen Choräle und die bisherigen gebräuchlichen deutschen Lieder durch neue bisher nicht gekannte, ersetzte, von seiten der Bevölkerung mehrere Jahre lang erheblicher Widerstand entgegen gebracht worden und soll sich ähnliches in einem großen Teil Deutschlands zugetragen haben (*Brück*, Geschichte eines Gesangbuchs, in: *Der Katholik*, 46. Jahrg., 1866, 2. Hälfte, XI., S. 202-218).

¹⁵⁴ *Hoffmann*, Die Frömmigkeit der deutschen Aufklärung ,... Sie wertete ernstlich alle sittlichen Pflichten als religiöse Pflichten. Ihre Predigt bleibt deshalb nicht bei allgemeinen Grundsätzen stehen, sondern liebt es zu zeigen, wie sich der Christ im Leben des Tages zu verhalten habe, und stellt alle einzelnen Pflichten wie Mäßigung, Fleiß, Sparsamkeit, Sorge für den Körper als von der Religion gefordert hin. Noch mehr als durch die Berufslehre der Reformatoren wird hier das tägliche Leben das Gebiet, auf dem sich die Religion zu bewähren hat. Dasselbe wird mit christlichem Geiste durchdrungen und so in weiten Kreisen eine nicht tief, aber ernstlich religiös begründete Sittlichkeit geschaffen, die im deutschen Bürgertum lange geherrscht hat. ...“ (*ZThK*, 16. Jahrg., S. 243).

Werkmeister, katholischer Theologie, der theologischen Aufklärung zugehörend, von 1784-1790 württembergischer Hofprediger in Stuttgart (*RGG*, VI. Band, Werkmeister, Leonhard ..., Sp. 1642-1643) – bei Zugehörigkeit ihres Landes zur lutherischen Konfession waren die Herzöge von Württemberg seit dem Übertritt Herzog Karl Alexander 1712/1733 zum Katholizismus katholisch – in seinen Predigten, gehalten am Karfreitag 1785: Jesus hat die Sittenlehre unter das Volk gebracht (*Werkmeister*, Predigten, I. Band, IV., 1. Theil, S.38-39), am 20. Samstag nach Pfingsten 1785: das Leben Jesu ist das höchste Ideal menschlicher Tugend (*Werkmeister* ebd., I. Band, VII., S.85), am 2. Sonntag des Advents 1785 ,... Liebe ist Christenthum, Sanftmuth ist Christenthum, Redlichkeit in Handel und Wandel ist Christenthum, unerschütterliche Standhaftigkeit in der Tugend bey den Lockungen des Lasters, bey den staerksten Versuchungen von aussen und innen, ist der Gipfel der Religion! ...“ (*Werkmeister* ebd., III. Band, III., S. 38-81 (45-46), am 1. Tag in den Fasten 1786: das Licht des Christentums leuchtet am vorzüglichsten, wo man sich in seinem Stand mit der Ausübung bürgerlicher Pflichten beschäftigt, je vollkommener wir nach allen Beziehungen unseres Berufs und unserer gesellschaftlichen Lage sind, desto vollkommener Christen sind wir (*Werkmeister* ebd., I. Band, IX., S. 118-131 (121-122), am Festtag des Apostel Philippus und Jacobus 1786 ,... Praktische Gottes= und Menschenliebe ist der Inbegriff des reinen Christentumes ...“ (*Werkmeister* ebd., I. Band, X., S. 132-152 (138), am 25. Sonntag nach Pfingsten 1787: ,... Jesus wollte nicht nur die Gelehrten weise, er wollte alle Menschen, ohne Ausnahme, aufgekläert und tugendhaft machen. ...“ (*Werkmeister* ebd., III. Band, IX., S. 154-181 (165)), am 12. Sonntag nach Pfingsten 1791 ,... Liebe zu unserer Religion, und Liebe zur Tugend selbst die unmittelbaren, gesegneten Folgen sind, welche die Betrachtung des Lebens Jesu begleiten,...“ (*Werkmeister* ebd., I. Band, XVIII., S.276-290 (278)) und

Spalding in seiner um 1768 gehaltenen Predigt: Von der christlichen Redlichkeit in dem gesellschaftlichen Leben ,... kann es der christlichen Religionslehre wohl am wenigsten nachgesagt werden, daß sie den Glauben zum Nachtheil und auf Kosten der gesellschaftlichen Tugend, und besonders auch die Aufrichtigkeit und Treue im Beruf oder Umgange zu wichtig mache, und Anlaß gebe, die letztern, als etwas weit weniger Wesentliches, mit Gleichgültigkeit zu vernachlaßigen. ...“ (*Spalding*, Neue Predigten, II. Band, Die zwoelfte Predigt, S.235-259 (243), I. Band, Vorrede, S. V-XXX (XXX)).

¹⁵⁵

Betraf neben der kantschen Kritischen Philosophie auch den Deutschen Idealismus.

Die Offenbarung kann jedoch nicht durch den menschlichen Glauben Quelle menschlichen Erkennens werden, sondern allein insofern, als sie der Mensch durch eigene vernunftsmäßige Erkenntnis als wahr erkennt.¹⁵⁶

Wegbereiter des religiösen Rationalismus war Lessing (1729-1781) gewesen, nach welchem in seinem im Jahr 1780 erschienen „Die Erziehung des Menschengeschlechtes“ die Offenbarung dem Menschengeschlecht nichts gibt, worauf der menschliche Verstand, sich selber überlassen, nicht auch kommen wird. Allenfalls könnte sie ihm dies in den wichtigsten Dingen früher geben.¹⁵⁷

Kant, welcher in seiner Kritik der reinen Vernunft vom Jahr 1781 die Unfähigkeit der Vernunft zur Erkennung des Übersinnlichen erwiesen hatte¹⁵⁸ und in seiner Kritik der praktischen Vernunft vom Jahr 1788 die metaphysischen Ideen von Gott, Freiheit des menschlichen Willens und Unsterblichkeit der menschlichen Seele allein als Postulate zur Verwirklichung von sittlichem Handeln bejaht hatte,¹⁵⁹ hatte in seiner im Jahre 1793 erschienenen Abhandlung „Die Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft“, die Religion auf das moralische Bewußtsein reduziert. Er erklärte, die „R e l i g i o n ist (subjectiv betrachtet) das Erkenntniß aller unserer Pflichten als göttlicher Gebote*). ...“ und verwarf alles was außer einem guten Lebenswandel der Mensch noch tun zu können glaubte, um Gott wohlgefällig zu sein, als Religionswahn.¹⁶⁰

Kant sah demnach im Vernunftsglauben die wahre Religion und wandte sich gegen einen Offenbarungsglauben als Inhalt der Religion. Der Offenbarungsglaube kann auch Bestandteil der Vernunftsreligion sein, falls der Mensch durch den bloßen Gebrauch seiner Vernunft hier-

¹⁵⁶ WWKL, X. Band, Rationalismus, Sp. 796-801 (1., Sp. 796-797, 2., Sp. 799-800), I. Band, Aufklärung, Sp. 1612 und RGG, I. Band, Aufklärung, III., 5., a), Sp. 727-728, V. Band, Rationalismus, II., 3., c), Sp. 796 u. 797, 5., b), Sp. 798-799.

¹⁵⁷ Lessing setzt die Erziehung bei dem einzelnen Menschen der Offenbarung bei dem ganzen Menschengeschlecht gleich. Die Erziehung ist die Offenbarung des einzelnen Menschen und die göttliche Offenbarung ist die Erziehung des ganzen Menschengeschlechtes. Da die Erziehung dem Menschen nicht schon das gibt, was er nicht auch aus sich selber haben könnte, kann die Offenbarung dem Menschengeschlecht nichts geben, worauf der menschliche Verstand, sich selbst überlassen, nicht auch kommen würde, welche göttliche Offenbarung ihm dies nur in allen wichtigsten Dingen zeitlich früher geben konnte (*Lessing, Sämtliche Schriften*, XIII. Band, Die Erziehung des Menschengeschlechts, S. 413-436 (§. 1.-§. 4., S. 416)).

In seinem im Jahr 1784 erschienen Über die Entstehung der geoffenbarten Religion sah er die natürliche Religion als in jedem Menschen nach seinen individuellen Maßen und Kräften gelegen an. Die positive Religion müsse nur die Regeln aufstellen, welche eine allgemeine gleichartige Ausübung der Religion unter den Menschen geböte und welche letztere ihre Sanktionen durch das Ansehen ihres Stifters hatte erhalten müssen (*ebd.*, XIV. Band, Ueber die Entstehung der geoffenbarten Religion, S. 312-313).

¹⁵⁸ Oben, S. 619-621.

¹⁵⁹ Oben, S. 621-622.

¹⁶⁰ Kant, Gesammelte Schriften, 1. Abtheilung: Werke, VI. Band, Die Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft (1793), S. 1-202 (Viertes Stück. Vom Dienst und Afterdienst unter der Herrschaft des guten Principis, oder Von Religion und Pfaffenthum, S. 149-202), insb. Viertes Stück, Erster Theil. Vom Dienst Gottes in einer Religion überhaupt, S. 153-154 (Zitat S. 153 Z 28-29), Zweiter Theil. Vom Afterdienst Gottes in einer statutarischen Religion, § 2., S. 170 Z 15-19.

auf kommen kann. Weiterhin unterschied er die Religion von der Moral. Zu der die Moral überschreitenden Religion könne man nur durch die Vernunft gelangen.¹⁶¹

Kants¹⁶² im Jahr 1798 weiter verfasste Schrift „Der Streit der Facultäten“ beinhaltet nochmals den Kerngedanken, dass alle natürliche und übernatürliche Religion ohne ihre fordernde Beziehung zur Sittlichkeit keinen Eigenwert besitze.¹⁶³

e) Die Toleranz der Aufklärung

aa) Die Toleranzidee der Aufklärung

Bei ihrem Glauben an den menschlichen und gesellschaftlichen Fortschritt, ihrem Verlangen nach Freiheit und Menschenliebe war das besondere Anliegen der Aufklärung in Deutschland, zu einer toleranten Einstellung gegenüber Andersgläubigen und Andersdenkenden zu gelangen und eine tolerante Gestaltung von bürgerlichen Freiheiten.¹⁶⁴

bb) Die europäischen Unionsbestrebungen am Anfang des 18. Jahrhunderts

Am Anfang der Aufklärung hatte der um die Wende zum 18. Jahrhundert angelegte große Versuch zu einer dogmatischen und praktischen Einigung der christlichen Konfessionen gestanden, dessen Hauptträger auf evangelischer Seite Leibniz¹⁶⁵ und auf katholischer Seite Bossuet¹⁶⁶ waren und an welchem auch die Anglikanischen und Orthodoxen Kirchen¹⁶⁷ teilnahmen. Man wollte zu einem Ausgleich in den beiden Gnadenlehren gelangen.¹⁶⁸

¹⁶¹ Kant, Gesammelte Schriften, 1. Abtheilung: Werke, VI. Band, Die Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft (1793), Viertes Stück, Erster Theil. Vom Dienst Gottes in einer Religion überhaupt, S. 155 Z 30-S. 157 Z 13.

¹⁶² Neben Kant war weiterer Mitbegründer des religiösen Rationalismus und Mitüberwinder des Altprotestantismus zum Neuprottestantismus der Theologe Johann Salomo Semler (1725-1791) (*WWKL*, XI. Band, Semler, Johannes Salomo, ..., Sp. 126 und *LThK*, IX. Band, Semler, Johann Salomo, ..., Sp. 657).

¹⁶³ Kant, Gesammelte Schriften, 1. Abtheilung: Werke, VII. Band, Der Streit der Facultäten in drei Abschnitten (1798), S. 1-116, insb. Erster Abschnitt. Der Streit der philosophischen Facultät mit der theologischen, S. 15-75.

¹⁶⁴ Beredter Ausdruck der Toleranzidee der Aufklärung ist Lessings Schauspiel Nathan der Weise.

¹⁶⁵ Mit Gerhard Walter Molanus (1633-1722).

¹⁶⁶ Jacques-Bénigne Bossuet (1662-1704) mit Christoph Royas de Spinola (1626-1695).

¹⁶⁷ Die ausgedehnten Verhandlungen wurden mit den Oberhäuptern und Repräsentanten der verschiedenen christlichen Konfessionen und insbesondere mit dem König von England als des Oberhauptes der Anglikanischen Kirche, Zar Peter I. (der Große) als dem Repräsentanten der Ostkirche und der Kurie geführt.

¹⁶⁸ Die katholische Gnadenlehre, welche bestimmt ist durch die Liebe und die lutherische Gnadenlehre, welche bestimmt ist durch den Glauben. Ihre Unterschiede lägen hauptsächlich in ihren begrifflichen

Dieser Unionsversuch scheiterte jedoch an der alten katholischen Forderung an die Evangelischen, das Konzil von Trient als rechtgläubige Lehre anzuerkennen.¹⁶⁹

cc) Die Gewährung von Toleranz als Anliegen der aufgeklärten Fürsten im Reich

aaa) Die preußischen Könige als Vorreiter der Toleranz

Die Kurfürsten von Brandenburg, die entgegen dem lutherischen Bekenntnis ihres Landes¹⁷⁰ für ihre Person und ihren Hof der reformierten Konfession angehörten¹⁷¹ und damit in eigener Person mit der Toleranz begannen,¹⁷² hatten durch Friedrich Wilhelm (1640-88)

Formulierungen und weniger in der Sache selber. Die Katholiken fassten ihren Glaubensbegriff mehr intellektualistisch auf, verstünden ihn als einen reinen Erkenntnisakt und müssten daher notwendigerweise die Liebe als einen besonderen Willensakt hinzufügen. Die Lutheraner hingegen formulierten ihre Lehre vom rechtfertigenden Glauben dahingehend, dass in ihm die Liebe notwendigerweise mitumschlossen ist. Beide wollten die Einheit von Liebe und Glauben, Wille und Erkenntnis, welche die Eigentümlichkeit des christlichen Leben ausmachen, und in welcher Leibnizens Idee eines staatlich gelenkten Kulturchristentum als eines modernisierten Mittelalters sich abzeichnet.

¹⁶⁹ Benz, Leibniz und die Wiedervereinigung der christlichen Kirchen, in: *ZfRG*, 2. Jahrg., Heft 2, S. 97-113; *RGG*, II. Band, Einigungsbestrebungen, ..., II., 2., c), Sp. 385 und Schering, Leibniz und die Versöhnung der Konfessionen, Voraussetzungen und Motive der Reunionsverhandlungen-Letzte Hoffnungen-letzte Enttäuschungen, S. 22-60.

¹⁷⁰ Einführung von der Reformation in der Kurmark Brandenburg während der Jahre 1539-43 (*Hintze*, Die Epochen des evangelischen Kirchenregiments in Preußen, I., in: *ders.*, Geist und Epochen der preussischen Geschichte, S. 69-76).

¹⁷¹ Kurfürst Johann Sigismund war am 25. Dez. 1613 mit seinem hohenzollern-kurfürstlichen Haus zur reformierten Konfession übergetreten. Hieran hielten seine Nachfolger fest, wogegen seine Landstände weiterhin in ihrem lutherischen Bekenntnis verblieben, sie jedoch ihrem in seiner Person reformierten Landesherrn weiterhin das landesherrliche Kirchenregiment über das lutherisch verbliebene Land hatten zubilligen müssen (*Preussen und die katholische Kirche seit 1640*, I. Theil, 1. Buch, 1. Abschnitt, § 3., S. 15-19; *Preußen-Ploetz*, Ereignisse ... 1134/57-1618, Festigung der Landesherrschaft ..., v. *K. J. Matz*, S. 120, Jahr 1613, Kulturelle Anfänge ..., v. *Th. Grosser u. W. Kreutz*, S. 121, Zur Entstehung der Monarchie ..., v. *P. Baumgart*, Bedeutung des Konfessionswechsels von 1613, S. 127-129; *Höß*, Die konfessionelle Lage in Brandenburg-Preußen und Österreich im Zeitalter des Absolutismus, in: *GWU*, 15. Jahrg., S. 617 und *Conrad*, Religionsbann, Toleranz und Parität am Ende des alten Reiches, 4., in: *RQ*, LVI. Band, S. 189).

Bereits vor der in Art. VII IPO von Reichs wegen erfolgten Anerkennung des reformierten Bekenntnisses (*Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 46-47) war damit ein Landesherr zu diesem übergetreten. Auch war damit der im Augsburger Religionsfrieden v. 1555 festgelegte Grundsatz des cuius regio eius religio (Art. [3] u. [4], in: *Religionsvergleiche des 16. Jahrhunderts I*, III., 1., S. 47-49) nicht eingehalten.

¹⁷² *Preußen-Ploetz*, Zur Entstehung der Monarchie ..., v. *P. Baumgart*, Bedeutung des Konfessionswechsels von 1613 S. 128-129. Durch die insbesondere unter der Regierung von Kurfürst Friedrich Wilhelm (1640-168) erfolgten Errichtungen von zahlreichen mit Reformierten besetzten Hofpredigerstellen, welche die Ausgangspunkte für die reformierten Gemeinden wurden und der mit Vorliebe gehaltenen Entnahme der Diener des brandenburg-preußischen Staates aus dem Calvinismus, welche den Gegenpol gegen die lutherischen Landstände und auch ein einigendes Band des neuen preußischen Staates bildeten, bestand zwischen den beiden protestantischen Konfessionen Toleranz und auch Parität (*Höß*, Die konfessionelle Lage in Brandenburg-Preußen und Österreich im Zeitalter des Absolutismus, in: *GWU*, 15. Jahrg., S. 617-620).

den aus Frankreich vertriebenen Hugenotten Aufnahme gewährt¹⁷³ und in den neu erworbenen rheinischen Gebieten für Protestanten und Katholiken gemischtkonfessionelle Verhältnisse eingeführt.¹⁷⁴

König Friedrich Wilhelm I. (1713-1740) hatte die Katholiken in allen seinen Landen geduldet, wenn sie getreue Untertanen waren und hatte in seinem Heer auch ¼ Katholiken.¹⁷⁵

¹⁷³ Seit der Selbstregierung von Ludwig XIV. im Jahre 1661 wurden die Hugenotten wieder tatsächlich verfolgt. Das Revindikationsedikt von Fontainebleau am 18. Okt. 1685 verbot mit der Aufhebung des Toleranzediktes von Nantes (13. April 1598) die reformierte Religion de jure, mit einer nunmehrigen Untersagung von jeglichem reformierten Gottesdienst, der Zerstörung der reformierten Kirchen und der Verweisung der nicht zum Abschwören bereiten Priester außer Landes (unten, S. 768). Von den insgesamt 850 000 in Frankreich lebenden Hugenotten flohen um die 200 000 ins Ausland, vor allem nach den Niederlanden, England, der Eidgenossenschaft und gewährte Kurfürst Friedrich Wilhelm von Preußen ihnen in seinem am 23. Nov. 1685 erlassenen Potsdamer Edikt in seinen Landen die Aufnahme, bei einer Befugnis zur freien Religionsausübung. Neben des Beistandes für die Angehörigen seines eigenen Glaubens waren auch wirtschaftliche Überlegungen zum Aufbau seiner im 30 jährigen Krieg arg gelittenen Kurmark Brandenburg ursächlich. Zwischen 1684-1710 kamen 20 000 Hugenotten, welche sich insbesondere in der Residenzstadt Berlin, in Cölln (Neu) und Friedrichsstadt niederließen, und gehörten im Jahr 1700 von den 28 500 Einwohnern Berlins ungefähr 5 400 Mitglieder der französischen Kolonie an. Kurfürst Friedrich III. verlängerte am 4. Juli 1696 die Privilegien und Freiheiten des Potsdamer Ediktes um 5 Jahre und als König Friedrich I. (1701) erließ er im Jahr 1709 eine weiteres Edikt zu ihrer Gleichstellung mit den deutschen Untertanen (*J. Wilke*, Berlin zur Zeit des Edikts von Potsdam ..., in: *Hugenotten in Berlin*, S.13-53 (16-21, 23-28, 46-47, 53)).

¹⁷⁴ In den im Jahre 1614 aus der Jülichen Erbschaft erworbenen Herzogtum Kleve, Grafschaften Mark und Ravensberg (*Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome V Partie II, N° CXLII., p. 259-262 (260, 259)) war in dem am 6. Mai 1672 in Cölln/Spree zwischen Markgraf Friedrich Wilhelm von Brandenburg und Pfalzgraf Philipp Wilhelm bei Rhein abgeschlossenenen Religions=Vergleich im Herzogtum Kleve und in den beiden Grafschaften Mark und Ravensberg den Römisch-Katholischen ihre bisher gehabte Religionsausübung und in Kleve auch die Zurückgabe ihrer geistlichen Güter zuerkannt worden (*Sammlung der Gesetze und Verordnungen im Herzogthum Cleve und Graffschaft Mark*, I. Theil, 312., S. 497-532: Art I, insb. § 1, S. 498-501 (498-500), Art. II, insb. § 1, S. 501-504 (501), Art. IV, insb. § 1, S. 507-509 (507) und *Preussen und die katholische Kirche seit 1640*, I. Theil, 1. Buch, 2. Abschnitt, § 3., u. § 4., S. 56-90, Urkunden zum ersten Buch, II., D., 157., S. 275-276).

Um das Jahr 1740 lebten im Herzogtum Kleve 60 %, in der Grafschaft Mark höchstens 5 % und in der Grafschaft Ravensberg höchstens 2 ½ % Katholiken (*Preussen und die katholische Kirche* ebd., II. Theil, Statistik ..., Kleve, S. 10-12 (10), Grafschaft Mark, S. 13, Ravensberg, S. 14).

¹⁷⁵ Die Katholiken wurden geduldet, wenn sie getreue, gehorsame und ruhige Untertanen sind und ihren Gottesdienst in Stille und Demut ausführen und gestattete König Friedrich Wilhelm I. ihnen einen katholischen Geistlichen in Berlin (*Preussen und die katholische Kirche seit 1640*, I. Theil, 2. Buch, 2. Abschnitt, § 1., S. 407-410 und *Rudolphi*, Zur Kirchenpolitik Preußens, 1. Kap., 1., S. 7). Um das Jahr 1740 lebten in Brandenburg 1 % Katholiken (*Preussen und die katholische Kirche* ebd., II. Theil, Statistik ..., Brandenburg, S. 9). In der im Jahr 1702 im Rheinland durch Erbschaft erworbenen Grafschaft Lingen wurde den römisch-katholischen Untertanen durch *königl. Erlaß v. 17. Aug. 1717* der Gottesdienst in ihren Privathäusern gestattet und durch den *weiteren Erlaß v. 20. Mai 1721* ihre Beschränkungen im Erbrecht aufgehoben (*Preussen und die katholische Kirche* ebd., I. Theil, 2. Buch, 2. Abschnitt, § 2., S. 412-415, Urkunden zum zweiten Buch, II., H., 932.-943., S. 868-880 (937. u. 942., S. 873-875, 879). Um das Jahr 1740 lebten in der Grafschaft ca. 97 % Katholiken (*Preussen und die katholische Kirche* ebd., II. Theil, Statistik ..., Lingen, S. 12). Im Herzogtum Geldern, erworben im Spanischen Erbfolgekrieg durch den am 2. April 1713 zwischen Kaiser Karl VI. mit König Friedrich Wilhelm I. abgeschlossenen Vertrag, in welchem die katholische Religion in ihrem bisherigen Zustand verbleiben und insbesondere die Diözesan-Gewalt des Bischofs von Roermonde unangefochten weiter bestehen sollte (*Preussen und die katholische Kirche* ebd., I. Theil, 2. Buch, 2. Abschnitt, § 2., S. 410-412, 414-415), lebten um das Jahr 1740 fast 100 % Katholiken (*Preussen und die katholische Kirche* ebd., II. Theil, Statistik ..., Geldern, S. 9-10).

König Friedrich II. von Preußen, Ende Mai 1740 auf den Thron gelangt,¹⁷⁶ war der spezifische Vertreter der Aufklärung in Deutschland. Bei seinem Regierungsantritt waren von seinen 2,3 Millionen Untertanen 90 % lutherischen, 3 % reformierten und 7 % katholischen Glaubens.¹⁷⁷ Er war der Ansicht, dass sich der Herrscher im Interesse des Wohlergehens seines Staates gegen die Religionen neutral verhalten solle. Das einzige, was ihn bekümmere, war, dass seine Untertanen sich als gute Staatsbürger verhalten.¹⁷⁸ Neben den drei christlichen Konfessionen gestattete er generell die christlichen Sekten,¹⁷⁹ was mit der Reichsverfassung nicht vereinbar war, weil Art. VII § 2 IPO nur die drei christlichen Hauptkonfessionen unter Ausschließung der christlichen Sekten zuließ.¹⁸⁰ Allerdings war unter dem Einfluss der

¹⁷⁶ 31. Mai 1740.

¹⁷⁷ J. Wilke, Zur Geschichte der französischen Kolonie, in: *Hugenotten in Berlin*, S. 54.

¹⁷⁸ Damit auch ihre patriotische Pflichten erfüllen.

¹⁷⁹ Seine Verfügungen:

zu einer Anfrage des General-Direktoriums v. 15. Juni 1740, ob ein Katholik in Frankfurt an der Oder das dortige Bürgerrecht nebst der Kaufmanns-Gülde erwerben könne, wofür es nach der General-Verfassung einen königlichen Bewilligung bedurfte (*Preussen und die katholische Kirche seit 1640*, II. Theil, Urkunden zum dritten Buch, 1., S. 3) „„alle Religionen Seindt gleich und guht wan nuhr die leüte so sie profesiren Erliche leüte seindt, und wen Türken und Heiden kähmen und wollten Land Pöpliren,so wollen wier sie Mosqueen und Kirchen bauen. Fr.““ (S. 3),

zu einem Bericht des Geistlichen Departements v. 22. Juni 1740, zu den um die katholischen Soldatenkinder ausgebrochenen Unruhen (*Preussen und die katholische Kirche* ebd., Urkunden zum dritten Buch, 2., S. 4) „„Die Religionen Müsen alle Tolleriret werden und Mus der fiscal nuhr das auge darauf haben das Keine der andern abruh Tuhe, den hier mus jeder nach Seiner Fasson Selich werden. Fr.““ (S. 4).

Sein *Politischen Testament vom Jahre 1752* „... Les catholiques, les luthériens, les réformés, les juifs et nombre d'autres sectes chrétiennes habitent dans cet état et y vivent en paix: si le souverain animé d'un zèle déplacé s'avisait de se déclarer pour une de les religions, on verrait d'abord se former des partis, les disputes s'échauffer, les persécutions commencer peu à peu et enfin la religion persécutée quitter sa patrie et des milliers de sujets enrichir nos voisins de leur nombre et de leur industrie. ...“ (*Friedrich II. König von Preußen*, Politische Correspondenz, Ergänzungsband: Die politischen Testamente Friedrich's des Grossen, Test ... Pol ... [1752].., Des ecclésiastiques et de la religion, p. 31, nach dem weiteren Inhalt saß die Hauptmasse der Katholiken in Schlesien, ist er der Papst der Lutheraner und das kirchliche Haupt der Reformierten und werden alle christlichen Sekten in Preußen geduldet (p. 31-32), welches Politische Testament vom Jahre 1768 inhaltsähnliche Formulierungen enthält (*Friedrich II. König von Preußen*, Die Politischen Testamente ..., [1768].., p. 184-185)

und seine am 23. Jan. 1749 in der Académie des Sciences verlesene Abhandlung *De la superstition et de la religion* „... Toutes ces sectes vivent ici en paix, et contribuent également au bonheur de l'État. Il n'y a aucune religion qui, sur le sujet de la morale, s'écarte beaucoup des autres; ainsi elles peuvent être toutes égales au gouvernement, qui, conséquemment, laisse à un chacun la liberté d'aller au ciel par quel chemin il lui plaît: qu'il soit bon citoyen, c'est tout ce qu'on lui demande. Le faux zèle est un tyran qui dépeuple les provinces: la tolérance est une tendre mère qui les soigne et les fait fleurir.“ (*Friedrich II. König von Preußen*, Oeuvres de Frédéric le Grand, Tome I, De la superstition ..., (Article troisième. ..., p. 224-242 (241-242), mit welchen Sekten die Franckeschen Pietisten in Halle, die Quäker, die Zinsendorfer und die Gichtelianer angesprochen waren (*Friedrich II. König von Preußen*, Oeuvres ebd., Mémoires ..., Avertissement de l'éditeur, p. XXXVI).

¹⁸⁰ „... Sed praeter religiones supranominatas nulla alia in sacro imperio Romano recipiatur vel toleretur.“ (*Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 47).

Moser, Neues teutsches Staatsrecht, Band VII schrieb noch im Jahre 1774 „Die Gewissensfreyheit bestehet ueberhaupt darinn, wann der Mensch in Religionsachen denken und handeln darf, wie er will; ohne von der geistlichen oder weltlichen Obrigkeit darinn verhindert, oder deßwegen betrafet zu werden. Eine solche unumschraenckte Gewissensfreyheit aber ist unserer Teutschen Reichsverfassung nicht gemaeß; wie ich bishero erwisen zu haben glaube.“ (1. Buch, 4. Cap., §. 2., S. 36) „Wohl aber haben wir in Teutschland eine

Aufklärung das Reichsgewohnheitsrecht entstanden, dass der Landesherr auch die anerkannten christlichen Sekten dulden konnte.¹⁸¹

In den von ihm eroberten Gebieten führte er beide Konfessionen gleichermaßen ein¹⁸² und gewährte den verfolgten Jesuiten¹⁸³ Aufnahme in seinem gesamten Staatsgebiet.¹⁸⁴

In dem von König Friedrich Wilhelm II. (1788-1797) zur Erhaltung des richtigen Glaubens der Protestantischen Kirche in seinen Landen¹⁸⁵ und sich insbesondere gegen die

umschraenckte und gemaeßigte Gewissensfreyheit; krafft deren Jedermann, vom Hoechsten biß zum Nidrigsten, sich zu der Evangelisch=Lutherisch=oder Reformirten, oder zu der Roemisch=Catholischen Religion bekennen, und einer solchen Person nichts wider die Grundsaze ihrer Religion zugemuthet werden darff. ... Die Gewissensfreyheit erstreckt sich aber nur 1. auf die im Reich erlaubte Religionen; 2. auf die Juden; ... 3. Geniessen der Gewissensfreyheit die im teutschen Reich sich eine zeitlang aufhaltende, oder durchreisende, Griechen, Mahometaner, u. d. Was aber andere Sonderlinge in Religionssachen betrifft; so ist zwar allerdings allen Rechten gemaeß, daß man auch nicht ueber derselbigen Gewissen herrschen, hingegen sie nicht im Land gedulden, sondern, dem strengen Recht nach, fortweisen solle, wann sie sich denen Landesherrlichen Verordnungen nicht fuegen wollen. Uebrigen laesst sich aus der Gewissensfreyheit durchaus kein Schluß auf die oeffentliche oder privat=Religions=Uebung machen; als worzu ein in dem Entscheidungsjahr gehabter Besiz erfordert wird. ...“ (§. 3., S. 36-38).

¹⁸¹ *Conrad*, Religionsbann, Toleranz und Parität am Ende des alten Reiches, 2. Im Verlaufe des 18. Jahrhunderts stellte sich die Frage nach einer Erweiterung der religiösen Toleranz auf im Westfälischen Frieden nicht zugelassene Bekenntnisgemeinschaften, vor allem die religiösen Sekten. Nach dem Wortlaut des Westfälischen Friedens war die Zulassung von Sekten unerlaubt (Art. VII § 2 Abs. 2). Unter dem Einfluß der Aufklärung wurde jedoch eine Auslegung des Verbotes versucht, die es dem Landesherrn gestattete, Anhänger von Sekten in seinem Lande zu dulden. Auch wurde angenommen, daß das Verbot des Art. VII § 2 IPO durch Reichsgewohnheitsrecht abgeändert sei. Dieser Auffassung schloß sich auch das Reichskammergericht an, das noch zu Beginn des 18. Jahrhunderts das Verbot der Zulassung von Sekten als bestehend anerkannte. Unzweifelhaft stand eine solche Auffassung im Widerspruch zum Westfälischen Frieden, dessen Urheber die Aufspaltung der Christenheit in drei Religionsparteien als notwendiges Übel angesehen hatten, einer weiteren Zersplitterung der religiösen Meinungen aber entgegneten wollten. ...“ (*RQ*, LVI. Band, S. 179).

¹⁸² In Schlesien, nach dem 1. Schlesischen Krieg im Jahre 1742 von Österreich erworben, sollte nach Art. 6 des am 28. Juli 1742 abgeschlossenen Definitivfriedens die bisherige katholische Religion in ihrem status quo erhalten bleiben, ohne dass die uneingeschränkte Freiheit des Glaubens der protestantischen Religion und die Rechte des Souveräns beeinträchtigt werden, welche Rechte der König von Preußen nicht zum Nachteil des status quo der katholischen Religion in Schlesien anwenden durfte (*Wenck*, Codex iuris gentium, Tomus I, XXIV., 2., p. 739-748 (744)). Friedrich II. baute die dortige einstige Vormachtstellung der katholischen Kirche nur mit größter Sorgfalt ab (*Eberlein*, Schlesische Kirchengeschichte, Abschnitt III, 1. Epoche, Das Ende der Gegenreformation, S. 102-104 und *Höß*, Die konfessionelle Lage in Brandenburg-Preußen und in Österreich im Zeitalter des Absolutismus, in: *GWU*, 15. Jahrg., S. 619), wobei neben der Lutherischen Kirche auch die Gründungen von neuen kirchlichen Gemeinschaften, insbesondere den reformierten, dem schlesischen Zweig der Herrnhuter Brüdergemeinde gestattet wurde (*Eberlein* ebd., 1. Epoche, Das Ende der Gegenreformation, S. 103-105, Neubau und Wachstum, (1.) u. 2., S. 105-108).

In den im Jahre 1772 mit der 1. Polnischen Teilung erlangten westpreußischen und ermländischen Gebiete (*Martens*, Traités Puissances de l'Europe, 2. éd., Tome II, 11., 2., p. 93-96: Vertrag mit Rußland am 25. Juli 1772, Art. 3 (p. 95)) mit $\frac{2}{3}$ Katholiken war diesen in einem Königl. Patent v. 13. Sept. 1772 der freie Gebrauch ihrer Religion gewährleistet und die Nichteinbußen ihrer Besitzungen und Rechte in Geist- und Weltlichen zugesagt worden (*Ravens*, Staat und katholische Kirche in Preußens polnischen Teilungsgebieten (1772-1807), I., 2., S. 11-14 (12-14), 3., S. 14-20 und *Preussen und die katholische Kirche seit 1640*, IV. Theil, (Urkunden ...), 447., S. 454-455).

¹⁸³ Im westlichen und südlichen Europa verfolgt.

¹⁸⁴ *Höß*, Die konfessionelle Lage in Brandenburg-Preußen und Österreich im Zeitalter des Absolutismus, in: *GWU*, 15. Jahrg., S. 619.

aufklärerischen Sekten wendenden¹⁸⁶ am 9. Juli 1788 erlassenen Woellnerschen Religionsedikt,¹⁸⁷ wurden die Toleranz der subjektiven Gewissensfreiheit auf die christliche Religion beschränkt,¹⁸⁸ den bisher öffentlich geduldeten Sekten ihre gottesdienstlichen Zusammenkünfte bestätigt,¹⁸⁹ jedoch jedes Proselytenmachen den christlichen Religions=Partheyen verboten.¹⁹⁰

Das am 1. Juni 1794 in Kraft getretenen ALR¹⁹¹ entband die subjektive Glaubens- und Gewissensfreiheit von ihrem christlichen Bezug.¹⁹² Die vom Staat ausdrücklich

¹⁸⁵ „... in den Preussischen Landen die Christliche Religion der Protestantischen Kirche, in ihrer alten ursprunglichen Reinheit und Aechtheit erhalten, und zum Theil wieder hergestellt werde, ...“ (*Novum Corpus Constitutionum Prussico-Brandenburgensium praecipue Marchicarum*, VIII. Band, N° XLIX., Ad, Sp. 2175).

¹⁸⁶ § 7 „..., daß manche Geistliche der Protestantischen Kirche sich ganz zuegellose Freyheiten, in Absicht des Lehrbegriffs ihrer Confession, erlauben; verschiedene wesentliche Stuecke und Grundwahrheiten der Protestantischen Kirche und der Christlichen Religion ueberhaupt weglaeugnen, und in ihrer Lehrart einen Modethon annehmen, der dem Geiste des wahren Christenthums voellig zuwider ist, und die Grundsaeulen des Glaubens der Christen am Ende wankend machen wuerden. Man entbloedet sich nicht, die elenden, laengst widerlegten Jrrthuemer der Socinianer, Deisten, Naturalisten und anderer Secten mehr wiederum aufzuwaermen, und solche mit Dreistigkeit und Unverschaeumtheit durch den aeusserst gemißbrauchten Namen: A u f k l a e r u n g unter das Volk auszubreiten; ...“ (*Novum Corpus Constitutionum Prussico-Brandenburgensium praecipue Marchicarum*, VIII. Band, N° XLIX., Ad, Sp. 2179), insg. (Sp. 2179-2180).

¹⁸⁷ Unter dem insbesondere Einfluß seines alle inneren Angelegenheiten der preußischen Staaten mitbestimmenden Cabinets-Minister Johann Christoph Woellner (*ADB*, XXIV. Band, Woellner: Johann Christof ..., S. 148-158 (154-155) erlassen. *Valjavec*, Das Woellnersche Religionsedikt und seine geschichtliche Bedeutung, in: *HJ*, 72. Jahrg., Aufsätze und Beiträge, S. 386-387 (386) und *Conrad*, Religionsbann, Toleranz und Parität am Ende des alten Reiches, 4., in: *QR*, LVI. Band, S. 189).

¹⁸⁸ § 1 „..., daß alle drey Haupt=Confessionen der Christlichen Religion, nemlich die Reformirte, Lutherische und Roemisch=Catholische, in ihrer bisherigen Verfassung, nach den von Unsern gottseligen Vorfahren vielfaeltig erlassenen Edicten und Verordnungen, in Unsern saemtlichen Landen verbleiben, aufrecht erhalten, und geschuetzt werden sollen. ...“ (*Novum Corpus Constitutionum Prussico-Brandenburgensium praecipue Marchicarum*, VIII. Band, N° XLIX., Ad, Sp. 2176), § 3 „..., wenn jemand aus innerer, eigener, freyen Ueberzeugung fuer seine Person von einer Confession zur anderen uebergehen will, als welches einem jeden voellig erlaubt seyn, und ihm darin kein Hindrniß in den Weg gelegt werden soll; nur ist ein solcher gehalten, dieses nicht heimlich zu thun, sondern zur Vermeidung aller Jnkonvenienzen in buergerlichen Verhaeltnissen, seine Religions=Veraenderung bey der Behoerde anzuzeigen.“ (Sp. 2178).

¹⁸⁹ Unter landesherrlichem Schutz stehend. § 2, 2. Teil „Die in Unsern Staaten bisher oeffentlich geduldeten Secten ..., wodurch aber die Toleranz sehr gemißbraucht werden wuerde.“ getroffenen Regelungen, als welche geduldeten Sekten, unter Ausnehmung der Jüdischen Nation die Herrenhuter, Mennonisten und Böhmsche Brüdergemeinde genannt werden (*Novum Corpus Constitutionum Prussico-Brandenburgensium praecipue Marchicarum*, VIII. Band, N° XLIX., Ad, Sp. 2177) und wurde dem geistlichen Departement aufgegeben „... dafuer sorgen, daß nicht andere, der Christlichen Religion und dem Staate schaedliche C o n v e n t i c u l a, unter dem Namen, gottesdienstliche Versammlungen gehalten werden, ...“ (Sp. 2177).

¹⁹⁰ § 3 „alles und jedes Proselytenmachen bey allen Confessionen ohne Unterschied ernstlich verbieten, und nicht wollen, daß Geistliche oder andere Leute von verschiedenen Religions=Partheyen sich damit abgeben sollen, ihre eigenthuemlichen Lehrsaetze und besondern Meynungen in Glaubenssachen denen, die nicht von ihrem Bekenntniß sind, entweder aufzudringen, ...“ (*Novum Corpus Constitutionum Prussico-Brandenburgensium praecipue Marchicarum*, VIII. Band, N° XLIX., Ad, Sp. 2177), insg. (§ 3-§ 5 (Sp. 2178-2179)).

¹⁹¹ Patent wegen Publication ... (*Allgemeines Landrecht für die Preussischen Staaten*, I. Band, S. (III)-IV).

¹⁹² „Die Begriffe der Einwohner des Staats von Gott und göttlichen Dingen, der Glaube und der innere Gottesdienst, können kein Gegenstand von Zwangsgesetzen seyn.“ (2. Theil, 11. Titel, § 1), „Jedem Einwohner im

aufgenommenen Religionsgesellschaften besaßen die öffentliche Religionsausübung und die staatliche Parität.¹⁹³ Den geduldeten Kirchengesellschaften, die den Status von privaten Vereinigungen hatten, war der private Gottesdienst gestattet,¹⁹⁴ Diese sich vom christlichen Glauben loslösenden Regelungen verstießen gegen die Reichsverfassung.¹⁹⁵

bbb) Die Österreichischen Staaten

Der Ende November 1780 zur alleinigen Regierung in den katholisch-österreichischen Staaten¹⁹⁶ gelangte¹⁹⁷ der katholischen Aufklärung zugetane Kaiser Joseph II.¹⁹⁸ ordnete noch

Staate muss eine vollkommene Glaubens- und Gewissensfreyheit gestattet werden (§ 2), „Niemand ist schuldig, über seine Privatmeinungen in Religionssachen Vorschriften vom Staate anzunehmen.“ (§ 3), „Niemand soll wegen seiner Religionsmeinungen beunruhigt, zur Rechenschaft gezogen, verspottet, oder gar verfolgt werden.“ (§ 4) (*Allgemeines Landrecht für die Preussischen Staaten*, III. Band, S. 729), womit eine uneingeschränkte Glaubens- und Gewissensfreiheit und dies auch für Sekten gewährt war (*Bornhak*, Preußische Staats- und Rechtsgeschichte, Kap. 8., §. 53., S. 320-321 (320) und *Conrad*, Das Allgemeine Landrecht von 1794, II., Einzelperson ..., S. 24-25).

¹⁹³ „Die vom Staate ausdrücklich aufgenommenen Kirchengesellschaften haben die Rechte privilegirter Corporationen.“ (2. Theil, 11. Titel, 1. Abschnitt, § 17), „Die von ihnen zur Ausübung ihres Gottesdienstes gewidmeten Gebäude werden Kirchen genannt; und sind als privilegirte Gebäude des Staats anzusehen.“ (§ 18), „Die bey solchen Kirchengesellschaften zur Feyer des Gottesdienstes und zum Religionsunterrichte bestellten Personen, haben mit andern Bemateten im Staate gleiche Rechte.“ (§ 19) (*Allgemeines Landrecht für die Preussischen Staaten*, III. Band, S. 730-731).

¹⁹⁴ „Eine Religionsgesellschaft, welche der Staat genehmigt, ihr aber die Rechte öffentlich aufgenommener Kirchengesellschaften nicht beygelegt hat, genießt nur die Befugnisse geduldeter Gesellschaften. ...“ (2. Theil, 11. Titel, 1. Abschnitt, § 20), „Einer geduldeten Kirchengesellschaft ist die freye Ausübung ihres Privat-Gottesdienstes gestattet.“ (§ 22) (*Allgemeines Landrecht für die Preussischen Staaten*, III. Band, S. 731).

¹⁹⁵ *Conrad*, Religionsbann, Toleranz und Parität am Ende des alten Reiches, 2. „... Nachdrücklicher noch verstieß die Toleranzgesetzgebung in P r e u ß e n gegen das Reichsrecht. Dies nimmt nicht wunder, wenn man berücksichtigt, daß das Allgemeine Landrecht für die Preußischen Staaten von 1794 der geltenden Reichsverfassung und des Reichsrechtes keine Erwähnung mehr tut. Der Verfasser dieses Gesetzwerkes, C. G. Svarez sah im Reiche nur mehr eine lockere Konföderation der deutschen Staaten.“ (RQ, LVI. Band, S. 180).

¹⁹⁶ In den Österreichischen Staaten hatte der Protestantismus mit der nach der Schlacht am Weißen Berg am 8. Nov. 1620 verstärkten Gegenreformation und seinem dortigen Verbot, dies auch reichsverfassungsrechtlich abgesichert durch die in Art. V § 41 IPO festgelegte Nichtanwendung der Normaljahrsregelung für die österreichischen Staaten (*Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... *Caesareo-Suecicum* ..., p. 39-40: alleinig den schlesischen und niederösterreichischen Adligen und den Untertanen von 3 schlesischen Orten gestattete man im Art V § 38-§ 40 IPO ihre evangelische Religionsausübung, *Instrumenta* ebd., S. 38-39), das Leben eines Geheimprotestantismus geführt (*O'Brien*, Ideas of religious toleration at the time of Joseph II, I., III, p. 10-11; *Wolny*, Die Josephinische Toleranz, I., 3., S. 27-28 mit Anm., S. 35-36 und *Geschichte der Kirche*, III. Band: Reformation und Gegenreformation, v. *H. Tüchle*, 6. Kap., 2., S. 191).

Unter Maria Theresia war es noch zu Zwangsumsiedlungen von Protestanten gekommen. Sie sah im Protestantismus einen heimlichen Bundesgenossen des preußischen Königs Friedrich II., und wurden die Umsiedlungen erst durch das Einschreiten ihres als Mitregenten für die österreichischen Staaten mitfungierender Sohn Kaiser Joseph II. (1765/70) im Jahre 1774 eingestellt (*Mecenseffy*, Geschichte des Protestantismus in Österreich, XV., 1., S. 186-190, 3., S. 198-206; *O'Brien*, Ideas of religious toleration at the time of Joseph II, II., II, p. 19 und *Loesche*, Von der Toleranz zur Parität in Österreich, Die Umwelt ..., S. 11).

In dem am 27. August 1778 erlassenen Religionspatent wurden lutherische Andachten und Bücher verboten, die katholische Religion als Voraussetzung für den bürgerlichen Beruf und die Eingehung der Ehe angesehen

am Ende dieses Jahres die Aufhebung der Religions-Commissionen an¹⁹⁹ und gewährte in seinem²⁰⁰ am 13. Oktober 1781 an die gesamten k. k. Länderstellen erlassenen Religionspatent,²⁰¹ unter dem Vorbehalt, dass der katholischen Religion der Vorzug des

(Frank, Das Toleranz-Patent Kaiser Joseph II., Die Jos ... Toleranzgesetze, S. 10-11: in Auszügen wiedergegeben).

Maria Theresia hatte noch selbst: am 10. März 1775 dem in Böhmen gelegenen reichsunmittelbaren Bezirk Asch, dessen evangelische Kirche von der Gegenreformation freigehalten worden war, die Religionsausübung mit einem Konsistorium gewährt (Loesche, Geschichte des Protestantismus in Österreich, Die Sudetenländer ... Böhmen, S. 433-435), am 14. Sept 1777 in Mähren den Protestanten als „... den in dem unglücklichen Religionsirrtum verfallenen Unterthanen ...“ eine private Hausandacht gestattet (Wolny, Die Josephinische Toleranz, II., A, 2. u. 3., S. 41-51, B., S. 53-73 und Bednář, Zápas moravských evangelíků o náboženskou svobodu v letech 1771-1781, Prameny k dějinám tolerančního patentu, I., 30., S. 279-281 (Ziff. 4., S. 280, Ziff. 1., S. 280 (Zitat)), im Jahre 1778 für Triest – seit Eröffnung des Freihafens im Jahre 1717 hatte es Protestanten gegeben und war zur Förderung des Handels den Griechisch-Orthodoxen eine öffentliche Religionsausübung gestattet – den Augsbургischen Konfessionsverwandten die private Religionsausübung gewährt (Steinacker, Geschichtliche Uebersicht der Entwicklung der evangel. Gemeinden A. B. zu Triest, S. 1-10; Karniel, Die Toleranzpolitik Josephs II., II., S. 178-180; O'Brien, Ideas of religious toleration at the time of Joseph II., II., II, p. 19-20 und Loesche, Von der Duldung zur Gleichberechtigung, Das Toleranzpatent ..., S. 26-27 mit Belege ..., S. 680).

¹⁹⁷ Tod Maria Theresias am 29. Nov. 1780.

¹⁹⁸ Die Äußerungen und Stellungnahmen Kaiser Josephs II. zu kirchlichen Problemen und religiösen Fragen lassen ihn als einen typischen Vertreter der katholischen Aufklärung erkennen. Insbesondere war auch seine eigene religiöse Erziehung im Sinne der katholischen Aufklärung erfolgt (A. Wandruszka, Zur Religiosität Joseph II., in: *Im Zeichen der Toleranz*, S. 101-108). Zu der Motivation seiner Toleranzgewährung Barton, Jesuiten, Janse-nisten, Josephiner, I. Teil, 11., S. 253-254 „... Der Kaiser, wohl primär aus religiösen Erwägungen⁶⁰ an der Gewährung der Toleranz für theistische Konfessionen und Religionen interessiert, die sich noch dazu ja wirtschaftlich nur vorteilhaft für seine Lande auswirken konnte⁶¹, war zudem bestrebt, durch die bloße Duldung Andersgläubiger in den habsburgischen Landen in der Sicht zivilisierter Staaten Prestige zu gewinnen⁶², ...“, insg., S. 253-254.

¹⁹⁹ Die Religions-Commissionen hatten die Aufgabe, zur Beförderung und Erhaltung der allein seligmachenden katholischen Religion in ihrer unverfälschten Reinheit, wozu ihnen insbesondere die Wegnahme von irreführenden Büchern und die Beaufsichtigung von Wirts- und Schenkstuben dienten. Sie wurden am 31. Dez. 1780 durch kaiserliche Resolution aufgehoben und sollten ihre Geistliche in ihre Klöster zurückkehren (Frank, Das Toleranz-Patent Kaiser Joseph II., Die Jos ... Toleranzgesetze, S. 10-12 und O'Brien, Ideas of religious toleration at the time of Joseph II., III., 1. p. 22).

²⁰⁰ Vorausgegangen waren die am 16. Juni 1781 erfolgte Aufhebung der strengen Inquisitionspatente (Wolny, Die Josephinische Toleranz, II., B., 3., S. 69-70) und dass kein Unterschied mehr zwischen Katholiken und Protestanten gemacht werde mit der Ausnahme, dass diese kein öffentliches Religions-Exercitium haben (Mencseffy, Geschichte des Protestantismus in Österreich, XVI., 1., S. 208 und Frank, Das Toleranz-Patent Kaiser Joseph II., Die Jos ... Toleranzgesetze, S. 15-16).

²⁰¹ Frank, Das Toleranz-Patent Kaiser Joseph II., Die Jos ... Toleranzgesetze, S. 37-40.

Das Toleranz-Patent war auch der Vorläufer und das Vorbild für die nachfolgenden von anderen Landesherren eingeführten Toleranzgesetze: Erzbischof Hieronymus von Salzburg mit seinem Hirtenbrief v. 29. Juni 1782 (unten, S. 644-645), Fürstbischof August von Speyer mit seinem Hirtenbrief v. 16. Jan. 1784 (unten, S. 645-646), Erzbischof Karl Friedrich von Mainz mit seinem im Jahre 1785 erfolgten Beitritt zum überwiegend protestantischen Fürstenbund und mit seiner am 6. Juni 1786 ausgesprochenen Gestattung der Protestanten zum Besuch seiner Universität und Aufnahme in seine Regierung (unten, S. 643-644), Erzbischof Clemens Wenzeslaus von Trier mit seinem Toleranzedikt vom 3. Dez. 1784 (unten, S. 644).

Conrad, Religionsbann, Toleranz und Parität am Ende des alten Reiches, Vorbemerkung „... Joseph II. ist mit seinem Toleranz-Patent bahnbrechend geworden. ...“, 2. „... In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts setzte die Toleranzgesetzgebung in den größeren deutschen Staaten ein, ... Vorrang ging Ö s t e r r e i c h mit dem Toleranz-Patent Josephs II. von 1781, ...“ (RQ, LVI. Band, S. 168, 180); Raab, Toleranz im Kur- und Erzstift Trier „... Der entscheidende Anstoß für die Toleranzgewährung in Kurtrier³⁷ kam mit dem Toleranzedikt Kaiser Jo-

öffentlichen Religionsexercitium verbleibe, den Augsburgischen, Reformierten Konfessionsverwandten und den nicht unierten Griechen die generelle private Religionsausübung²⁰² mit einzelnen bürgerlichen Rechten.²⁰³ Diese Zuerkennung an die nichtunierten Griechen verstieß gegen die Reichsverfassung.²⁰⁴ Das Toleranzpatent wurde auch ohne Schwierigkeiten angewandt.²⁰⁵

Ein weiterer Akt von Toleranz war für den katholischen Glauben selber die von Joseph II. in seinem Hofdekret vom 4. Mai 1781 festgelegte Nichtanwendung der den Jansenismus

sephs II.³⁸ ...“ (*Toleranz am Mittelrhein*, S. 39) und *H. Wagner*, Die Aufklärung im Erzstift Salzburg, S. 11 „... Der Erzbischof hat nach dem Vorbild des Kaisers die Toleranz gefördert. ...“.

²⁰² „... Ueberzeuget einerseits von der Schädlichkeit alles Gewissenszwanges und andererseits von dem grossen Nutzen, der für die Religion und den Staat aus einer wahren christlichen Toleranz entspringet, haben Wir Uns bewogen gefunden, den Augsburgischen und Helvetischen Religionsverwandten, dann den nicht unierten Griechen ein ihrer Religion gemässes Privat-Exercitium allenthalben zu gestatten, ohne Rücksicht ob selbes jemals gebräuchlich oder eingeführt gewesen sei oder nicht. ...“ (*Frank*, Das Toleranz-Patent Kaiser Joseph II., Die Jos ... Toleranzgesetze, S. 37). Zusätzlich wurde ihnen, soweit sie örtlich bereits im Besitz dieser waren, öffentliche Religionsausübung gewährt, wobei die katholische Religion die herrschende blieb (Erstens:- Sechstens:, S. 37-39). *Conrad*, Religionsbann, Toleranz und Parität am Ende des alten Reiches, 2. „... In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts setzte eine Toleranzgesetzgebung in den größeren deutschen Staaten ein, die auf das Reichsrecht keine Rücksicht mehr nahm und sich mit diesem in Widerspruch setzte. Voran ging O e s t e r r e i c h mit dem Toleranz-Patent Josephs II. von 1781, das insoweit gegen das Reichsrecht verstieß, als es die nicht unierten Griechen als geduldete Religionsgemeinschaft anerkannte. ...“ (*RQ*, LVI. Band, S. 180).

²⁰³ Häuser- und Güter-Ankauf, Bürger- und Meister-Rechte, akademische Würden, Civil-Bedienstungen, keine andere Eidesformel als ihren Religionsgrundsätzen gemäß (Siebentes:) (*Frank*, Das Toleranz-Patent Kaiser Joseph II., Die Jos ... Toleranzgesetze, S. 39-40).

²⁰⁴ Das den nicht unierten Griechen generell gestattete private Religions-Exercitium war auch unter Berücksichtigung des Verfassungs Gewohnheitsrechtes, dass der Landesherr christliche Sekten dulden durfte, nicht mehr mit der Reichsverfassung vereinbar (*Conrad*, Religionsbann, Toleranz und Parität am Ende des alten Reiches, 2., in: *RQ*, LVI. Band, S. 180).

²⁰⁵ Publikationen in den österreichischen Ländern: Oberösterreich (*Frank*, Das Toleranz-Patent Kaiser Joseph II., Die Jos ... Toleranzgesetze, S. 47-48), Niederösterreich (S. 48-49), Mähren (S. 49), Galizien (S. 49-50), Böhmen (S. 50-53), Schlesien (S. 53-54), Steiermark (S. 54-55), Triest (S. 55), Görz-Gradisca (S. 55), Krain (S. 55-56), Tirol (S. 56-58), belgische Provinzen (S. 58-59). In den außerungarischen Ländern ließen sich registrieren: Ende Okt. 1782 (nach 1 Jahr) 73 722 Protestanten, Ende Jan. 1783 79 226, Ende 1784 100 924, Ende 1785 107 454, Ende 1786 124 012, Ende 1787 132 870, Ende Dez. 1788 156 865 (*Hock-Bidermann*, Der österreichische Staatsrath (1760-1814), 4. Lieferung, II., S. 351, Fußn.* und *Frank* ebd., S. 79, 83), im Jahre 1782 konstituierten sich 48 Toleranzgemeinden zuzüglich in Wien eine augsburgische und helvetische und bis in das Jahr 1788 gegen 150 protestantische Gemeinden gegründet wurden (*Mecenseffy*, Geschichte des Protestantismus in Österreich, XVI., 1., S. 209; *Höß*, Die konfessionelle Lage in Brandenburg-Preußen und Österreich im Zeitalter des Absolutismus, in: *GWU*, 15. Jahrg., S. 626 und *Hock-Bidermann* ebd.).

Das Religionspatent war auch nicht nach seinem Ableben von den nachfolgenden Kaisern Leopold II. und Franz. II. rückgängig gemacht worden. *Wolny*, Die Josephinische Toleranz, V., 1., S. 103-105 (104-105: Bestätigung des Toleranzpatentes durch Leopold II. in seiner Resolution am 17. März 1791, an welchem Pfeiler des österreichischen Staatskirchenrechts Kaiser Franz II. in seiner kirchlichen Restaurationspolitik nicht zu rütteln wagte); *Frank*, Das Toleranz-Patent Kaiser Joseph II., Gegner ..., S. 147-150; *Beidtel*, Untersuchungen über die kirchlichen Zustände in den Kaiserlich österreichischen Staaten, 2. Buch, XII., S. 88-89: Ende der Regierung Josephs II., 3. Buch, III., S. 97-99 (97-98): Leopold II., 5. Buch, II., S. 162-164 (162): Franz II. und *Lochmann*, Wahrheitseifer und Toleranz, I., S. 4 „... Im Herbst 1781, vor fast genau 200 Jahren, veränderte sich die geistige und vor allem kirchliche Situation im Herzen Europas, in Böhmen und Mähren (und in der ganzen habsburgischen Monarchie): es wurde den Resten der bisher hart bedrängten Evangelischen in diesen Ländern mit dem Toleranzpatent ein eigenständiges und öffentliches kirchliches Leben erlaubt. ...“.

verwerfenden Bulle Unigenitus.²⁰⁶ Der Jansenismus wurde neben dem römisch-katholischen Bekenntnis als weiteres katholisches Bekenntnis gestattet.²⁰⁷ Auch gewährte Joseph II. in seinem Patent vom 2. Januar 1782 den Angehörigen der Jüdischen Religion in Österreich den Anfang einer bürgerlichen Rechtsstellung.²⁰⁸

ccc) Das Kurerzstift Mainz

Erzbischof Friedrich Karl Joseph von Erthal (1774-1804), Erzkanzler des Reiches, Vorsitzender des Corpus Catholicorum und Primas der katholischen Kirche in Deutschland war im Jahr 1785 dem unter Leitung der protestantische Vormacht Preußen gestandenen und hauptsächlich aus protestantischen Fürsten bestehenden Fürstenbund beigetreten,²⁰⁹ womit er seine allgemeine Toleranz gegen den Protestantismus sichtbar kundtat. Am 6. Juni 1786 erhielten die Protestanten die Erlaubnis zur Tätigkeit an der Universität Mainz und wurden sie in die staatlichen Ämter aufgenommen.²¹⁰

²⁰⁶ Bulle Unigenitus von Papst Clemens XI. am 8. Sept. 1713 erlassen (oben, S. 610).

Ihre Anwendung war durch das kaiserliche Hofdekret Kaiser Joseph II. am 4. Mai 1781 und den es ausführenden beiden weiteren Dekreten vom 27. Nov. 1781 und 11. Mai 1782 für die österreichischen Erblande untersagt worden (*Handbuch aller unter der Regierung des Kaisers Joseph des II. ergangenen Verordnungen und Gesetze*, II. Band, 4. Hauptabtheilung, 1. Absatz, Bulla unigenitus, N. XXIII., S. 239-241).

²⁰⁷ O'Brien, Ideas of religious toleration at the time of Joseph II, VI., I., p. 51-53, III, p. 56-58: Die Gewährung von Toleranz ging parallel mit dem noch unter Maria Theresia in den habsburgischen Landen eingerichteten polizeistaatlich aufgeklärten Staatskirchentum, dem Josephinismus. Entsprechend dem französischen Gallikanismus wurde die Kirche vom Staat nahezu absorbiert. Bischöfe und Pfarrer wurden Staatsbeamte: Nomination der Bischöfe und landesherrliches Patronat über alle Pfarrstellen, Einschränkungen und strenge Aufsicht der Klöster, Überwachung der Pfarrausbildung in staatlichen Generalseminaren und polizeiliche Regelung des gesamten Kirchenlebens.

²⁰⁸ Sie durften weiterhin keine Gemeinden bilden, sondern jede einzelne Familie stand für sich unter dem Schutz der Landesgesetze und wurde ihnen kein öffentlicher Gottesdienst und keine öffentliche Synagoge gestattet. In Österreich gestattete man ihnen, an mehreren Orten, wo es ihnen vorher nicht erlaubt war, für kürzere Zeit zu wohnen, durften sie ihre Kinder, wo sie keine eigenen deutschen Schulen hatten, in die christlichen Normal- und Realschulen schicken, wurde ihnen der Zugang zu vielen Berufen eröffnet, wurde die zu entrichtende Leibmunt (Schutzzoll für das Berufen von Ötlichkeiten) gänzlich aufgehoben und ihnen das Erscheinen an öffentlichen Belustigungsorten bewilligt (*Handbuch aller unter der Regierung des Kaisers Joseph des II. ergangenen Verordnungen und Gesetze*, IV. Band, 7. Abtheilung, 4. Absatz, S. 65-80, Ziff. 1 regelt die Wiener Verhältnisse, S. 66-67). Nach der weiteren Entschließung v. 12. Weinmonat (Okt.) 1781 wurde der bisher beachtete Unterschied in der jüdischen Tracht und Kleidung gänzlich abgeschafft (*Handbuch ebd.*, S. 60). Auch in den anderen habsburgischen Staaten erhielten sie Befugnisse zugebilligt (*Handbuch ebd.*, S. 80-89 und K. Lohrmann, ..., Die Entwicklung des Judenrechtes in Österreich und seinen Nachbarländern, in: *1000 Jahre Österreichisches Judentum*, S. 48-50, 51).

²⁰⁹ König Friedrich II. von Preußen (ref.), Kurfürst Friedrich August III. von Sachsen (luth.), Kurfürst Georg III. von Braunschweig-Lüneburg (luth.), Herzöge von Sachsen-Gotha (luth.), Sachsen-Weimar (luth.), Zweibrücken (kath.), Mecklenburg (luth.), Markgrafen von Ansbach (luth., seit 1792 ref.), Baden (luth.), Landgraf von Hessen-Kassel (ref.), Bischof von Osnabrück (luth.), die Fürsten von Anhalt (ref.), Kurfürst von Mainz mit seinem Koadjutor (kath.).

²¹⁰ An der Universität Mainz wurden mit dem 6. Juni 1786 auch Protestanten zu Professoren und Bibliothekare berufen und wurden sie während der beiden letzten Jahrzehnte des 18. Jahrhunderts auch in die kurfürstliche Regierung aufgenommen. Hingegen wurde ein von der Mainzer protestantischen Gemeinde, in welcher

ddd) Das Kurerzstift Trier

Erzbischof Clemens Wenzeslaus von Sachsen (1768-1801) gewährte am 3. Dezember 1784 den Lutheranern und Calvinisten,²¹¹ insbesondere zur Förderung seiner eigenen Wirtschaft in einem nicht öffentlichen Toleranzedikt²¹² ihre Wiederaufnahme in sein Land mit einem eingeschränkten bürgerlichen Status und einer privaten Religionsausübung.²¹³

eee) Das Erzstift Salzburg

Erzbischof Hieronymus Graf Colloredo (1772-1803), besonders der Aufklärung zugetan,²¹⁴ forderte in seinem an die Priester²¹⁵ gerichteten Hirtenbrief am 29. Juni 1782²¹⁶ von diesen eine tolerante Einstellung gegen den in religiös-christlichen Dingen Andersdenkenden.²¹⁷ Die

Residenzstadt die Protestanten zumeist tätig waren, im Jahr 1787 eingereichtes Gesuch um Abhaltung eines dortigen protestantischen Gottesdienst abgelehnt, zu welchem diese weiterhin die rechts des Rheines nahe Wiesbaden gelegenen Orten Mosbach und Biebrich aufsuchen mussten (*Stevens*, Toleranzbestrebungen im Rheinland während der Zeit der Aufklärung, (1.) Toleranzbestrebungen in Kurmainz, S. 3-18 (7-18); *H. Mathy*, Toleranz im Kur- und Erzstift Mainz, in: *Toleranz am Mittelrhein*, S. 59-171 und *Hansen*, Quellen Rheinland, I. Band, Quellen, 30., S. 84-87).

²¹¹ Nach der im Jahre 1731 durch Erzbischof Franz Georg von Schönborn erfolgten Vertreibung der Protestanten aus dem Erzstift.

²¹² Dies in Anlehnung an das Toleranzpatent Kaisers Joseph II. v. 13. Okt. 1781.

²¹³ Nach dem Ausbrechen der Revolution in Frankreich war er bei einem weiteren Fortbestehen seines Toleranzediktes bemüht, seine Wirkungen zu beschränken (*Stevens*, Toleranzbestrebungen im Rheinland während der Zeit der Aufklärung, (2.) Toleranzbestrebungen in Kurtrier, S. 18-36; *H. Raab*, Toleranz im Kur- und Erzstift Trier, in: *Toleranz am Mittelrhein*, S. 35-43; *Gross*, Trierer Geistesleben unter dem Einfluss von Aufklärung und Romantik, I., 1., S. 16-17; *Blattau*, Statuta archidioecesis Trevirensis, Tomus V, 270., p. 398-399 und *Hansen*, Quellen Rheinland, I. Band, Quellen, 9.-15., S. 19-29, 17.-20., S. 32-35).

²¹⁴ *Floreys*, Bischöfe, Ketzer, Emigranten, 3. Teil, 1., S. 257-258 „... er es nicht als die einzige Aufgabe der Kirche ...“ ansah, „... in feierlichen Gottesdiensten die religiösen Wahrheiten darzustellen und die Religion um ihrer selbst willen zu pflegen. ... „, sondern „... Erziehung des Volkes, Hebung seiner Bildung, Pflege einer Frömmigkeit, die sich in einer tugendhaften Lebenshaltung und in Werken der Nächstenliebe bewährt, erschienen ihm als die wesentlichsten Pflichten eines echten kirchlichen Handelns. ...“, demnach der Gottesdienst der religiösen und sittlichen Belehrung des Volkes dienen sollte, weswegen er insbesondere anordnete „...“, daß bei der Messe deutsche Lieder gesungen werden sollten und daß in den Predigten weniger dogmatische als vielmehr praktische Fragen der Lebensführung behandelt würden. ...“, insg. *ebd.*

²¹⁵ Gerichtet an die in Ausübung der Seelsorge gestandenen Priester.

²¹⁶ Aus Anlass des 1200 jährigen Jubiläums seine Erzkirche, in welchem er sich gegen übertriebene kirchliche Pracht und Aufwand und gegen den Missbrauch von Messpriestern, das Altargeheimnis zu einem ärgerlichen Gewerbe zu verwenden, wandte.

²¹⁷ „... Eine solche Religion so ausgeübet ...; muß Friede, Eintracht, Toleranz gegen Brüder, die über ein oder anderen Religionspunkt anders denken, als wir, ... auf dieser Erde verbreiten; ...“ (*Der aufgeklärte Reformkatholizismus in Österreich*, III., S. 45-101, insb. LI., S. 99-100 (99)). Der Hirtenbrief fand auch außerhalb des Erzbistums eine allgemein starke Beachtung (*Frank*, Das Toleranz-Patent Josephs II., Gegner, ..., S. 144-146 (146)).

zu Ausgang des 18. Jahrhunderts wieder vorhandenen Protestanten²¹⁸ wurden wegen ihres Glaubens nicht mehr verfolgt.²¹⁹ Auch gegenüber den Juden war man nicht mehr unduldsam.²²⁰

fff) Das Hochstift Speyer, die Markgrafschaft Baden und das Herzogtum Württemberg

Bischof August Philipp (1770-1797) hatte der Geistlichkeit seiner Diözese in Hirtenbriefen vom 17. Juni 1771 und 16. Januar 1781 eine nachsichtig duldende Haltung gegenüber den Protestanten nahegelegt.²²¹ Er nahm mehrere Protestanten in seine Dienste auf²²² und untersagte Kontroverspredigten und gebot Einheitspredigten.²²³ Für das Gebiet seines Hochstiftes befahl er am 24. August 1784 auf Grund eines mit Markgraf Karl Friedrich von

²¹⁸ Zuvor hatte Erzbischof Fabian (1727-1744) am 31. Okt. 1731 sein Emigrationspatent erlassen, und waren während der Jahren 1735/36 weit über 20 000 seiner der augsburgischen und der reformierten Konfession zugehörenden Untertanen vertrieben worden (*Florey*, Bischöfe, Ketzer, Emigranten, 2. Teil, S. 95-252 (4., S. 146-157, 15., S. 240) und *Mecenseffy*, Geschichte des Protestantismus in Österreich, XV., 2., S. 193-198). Viele gingen nach Ostpreußen, auf Grund des Einladungspatentes von König Friedrich Wilhelm I. von Preußen v. 2. Febr. 1732 (*Florey* ebd., 8., S. 184-188).

²¹⁹ *Riesbeck*, Briefe eines reisenden Franzosen ueber Deutschland, I. Band, 16. Brief, S. 156-166 (156-157), 15. Brief, S. 141-156 (144-146) und *Hübner*, Beschreibung der hochfuerstlich=erzbischoeflichen Haupt= und Residenzstadt Salzburg und ihrer Gegenden, II. Band, III., S. 397-398; *ders.*, Beschreibung des Erzstiftes Salzburg, III. Band, (Zweyte allgemeine Abtheilung), B., (c), 2) Religion, S. 943.

Riesbeck ebd., 15. Brief, S. 141-156 (151) „... der jetzige Fuerst, ein sehr toleranter Herr, ...“.

²²⁰ Insbesondere die Verordnung der Aufhebung des Judenzolls am 3. Sept. 1791 (*Sammlung der wichtigsten Salzburger Landesgesetze seit dem Jahre 1790*, Nro. XI., S. 60-61), worauf auch eine Vielzahl von Juden in das Land kamen (Nro. XXIII., S. 106, Fußn.* und Nro. XXIII., S. 105-107 (106-107)).

²²¹ 17. Juni 1771 „... Zu dem wisset ihr ja ohnehin, daß bemelte Protestanten eure Nebenmenschen und Christen sind, ihr wisset, daß sie als Mitglieder unseres lieben deutschen Vatterlands mit uns in der engsten Verbindung stehen; ihr wisset, daß sie diejenige sind, mit welchen unsere Vaetter und Staende des Reichs feyerliche Vertraege des Friedens geschlossen haben; wie ungleich wuerdet ihr demnach gegen das Christenthum, wie zweckwidrig gegen unser werthes Vatterland, wie unzusammenhangend in Bezielung auf eure eigene Einischten handeln, wenn ihr nicht in sanftmuethiger Geduld und mit einem liebevollen Herzen den Protestanten alles das soltet wiederfahren lassen, was die Pflichten unserer Religion gegen den Nebenmenschen, die Verbindung eines Buergers mit dem andern, und oberwaehte freyerliche Vertraege unserer Vaetter zu ihrem Vortheile bestimmen. ... (*Sammlung der Bischoeflich Speierischen Hirtenbriefe*, Constitutiones Ecclesiasticae ... D. Augusto Philippo Carolo, ..., XVI., S. 284-302 (300-301, Zitat S. 300), 16. Jan. 1784: Aufrufung zu einer eigentlichen und richtigen Toleranz und wahre, ungeheuchelte Christen- und Nächstenliebe zu den Protestanten (*ibd.*, CXXXIII., S. 403-414 (405)).

In beiden Briefen wandte er sich auch „... gegen die heut zu Tage so sehr ueberhandnehmende Freygeisterey ...“ und forderte seinen Dözesanklerus auf „... Zeiget ihnen erstlich, ..., daß die natuerliche Religion unzulänglich, und weswegen eine Offenbarung nothwendig seye. Von daher leitet ihre Gedanken auf die Wuerklichkeit einer geoffenbarten Lehre, ...“ (XVI., S. 301 (Zitat), CXXXIII., S. 405-406).

²²² *Rößler*, Die kirchliche Aufklärung unter dem Speierer Fürstbischof August (1770-1797), (VI.Kap.), Toleranz, S. 103: diesen stellte er auch zur Aufsuchung von Gottesdiensten in benachbarten protestantischen Orten einen Postzug aus dem fürstlichen Marstall zur Verfügung.

²²³ *Rößler*, Die kirchliche Aufklärung unter dem Speierer Fürstbischof August (1770-1797), (VI.Kap.), Toleranz, S. 104-105.

Baden abgeschlossenen Toleranzvertrages,²²⁴ dem sich Herzog Karl Eugen von Württemberg anschloss,²²⁵ seinen Landdekanen und Pfarrern, dass alle durchreisenden Protestanten bei Erkrankung einen Geistlichen ihrer Konfession aufsuchen und bei Versterben eines Protestanten diesen beerdigen, könnten.²²⁶ Der Markgraf von Baden und Herzog von Württemberg übernahmen hinsichtlich der Katholiken in ihren Landen die gleiche Verpflichtungen.²²⁷

dd) Ausfluss der Toleranz: eine geistesgeschichtliche Säkularisierung

Die Toleranz der Aufklärung schwächte die konfessionellen Gegensätze ab und relativierte die dogmatischen Streitfragen. Die aufgeklärten Konfessionen konnten vom Volk besser verstanden und aufgenommen werden. Sie brachte mit ihrer Loslösung von einer streng dogmatisch zu verstehenden (Protestantismus) und von einer nach Rechtsnormen gebundenen Religion (Katholizismus) eine geistesgeschichtliche Säkularisierung mit sich.

Groos, Der deutsche Idealismus und das Christentum:

„... Und seit Lessings Nathan ist überhaupt die Toleranz nicht nur höchster Grundsatz des deutschen Idealismus geworden, sondern hat fast das gesamte allgemeine Bewußtsein durchdrungen. ...“²²⁸

f) Säkularisation der geistlichen Staaten als Forderung der Aufklärung seit Kant

In ihrem allgemeinen rationalistischen Fortschrittsglauben und Fortschrittsdenken forderte die Aufklärung eine Unterscheidung und Trennung der geistlichen und weltlichen Belange. Dies insbesondere auch zu einer Befreiung und Beseitigung des kirchlich-geistlichen Einflusses auf die weltlichen Belange. Hierfür war die Auflösung der geistlichen Staaten im Reich mit ihrer Umwandlung in weltliche ein geeignetes Mittel. Bei ihnen war infolge des an ihrer Spitze stehenden geistlichen Reichsstandes und die in seiner Person gegebene personelle Einheit von geistlicher und weltlicher Gewalt auch eine engere institutionelle und sachliche Ver-

²²⁴ Toleranzvertrag zwischen dem Hochstift Speier und dem Hause Baden (*Teutsche Staatskanzley*, VIII. Theil, Eilfter Abschnitt, S. 413-419).

²²⁵ *Rößler*, Die kirchliche Aufklärung unter dem Speierer Fürstbischof August (1770-1797), (VI.Kap.) Toleranz, S. 103.

²²⁶ *Sammlung der Bischoeflich Speierischen Hirtenbriefe*, Constitutiones Ecclesiasticae ... D. Augusto Philippo Carolo, ..., CXLVI., S. 429-430. Auf Grund dessen wurden viele Jahre hindurch Protestanten von katholischen Geistlichen zu Grabe getragen und auch umgekehrt (*Rößler*, Die kirchliche Aufklärung unter dem Speierer Fürstbischof August (1770-1797), (VI. Kap.) Toleranz, S.104).

²²⁷ *Teutsche Staatskanzley*, VIII. Theil, Eilfter Abschnitt, S. 413-415 (I., S. 414-416) und *Rößler*, Die kirchliche Aufklärung unter dem Speierer Fürstbischof August (1770-1797), (VI. Kap.) Toleranz, S. 103.

²²⁸ Grundlagen und Schlüsse, II., S. 454.

bindung von geistlichen und weltlichen Gewalten gegeben.²²⁹ Dem Gedankengut der Aufklärung entsprach demnach die Durchführung von staats- und vermögensrechtlichen²³⁰ Säkularisationen. Entgegen den gleichfalls staats- und vermögensrechtliche Säkularisationen forderten²³¹ die Reformatoren sollte dies nicht zu einer inneren Erneuerung und Stärkung der Kirche, sondern vielmehr zu der Zurückdrängung des kirchlich-geistlichen Einflusses auf die geistlichen Belange dienen, womit auch eine Schwächung der Kirche mitintendiert war.

3. Die Säkularisationsprojekte in der Mitte des 18. Jahrhunderts

a) König Friedrich II. von Preußen als besonderer Befürworter von Säkularisationen

König Friedrich II. von Preußen befürwortete vor allem Säkularisationen.

In den geistlichen Staaten werde die Armut bewusst herbeigeführt, um den Menschen die jenseitige Seeligkeit geben zu können.

Anti-Machiavel:

„... Il est certain cependant qu’aucun pays ne fourmille plus de mendiants que ceux des prêtres; c’est là qu’on peut voir un tableau touchant de toutes les misères humaines, non pas de ces pauvres que la libéralité et les aumônes des souverains y attirent, de ces insectes qui s’attachent aux riches et qui rampent à la suite de l’opulence, mais de ces gueux faméliques que la charité de leur souverain prive du nécessaire, pour prévenir la corruption et les abus que le peuple a coutume de faire de la superfluité. ...“²³²

In seinem Brief an Voltaire vom 24. März 1767 machte er deutlich, dass das Volk, wo Klöster und Äbte sind, ist das Volk am meisten dem Fanatismus ergeben sei. Wenn man die Klöster mit ihren Mönchen zerstöre und damit beim Volk der Aberglaube wegfalle, werde die Katholische Kirche von selber untergehen:

²²⁹ Unten, S. 698-701.

²³⁰ Neben den staatsrechtlichen Säkularisationen forderte die Aufklärung zu der von ihr angestrebten Schwächung der Kirche auch die vermögensrechtlichen Säkularisationen. *Brief König Friedrichs II. von Preußen an Voltaire vom 24. März 1767*, im welchem er deutlich macht, wo Köster und Äbte sind, ist das Volk am meisten dem Fanatismus ergeben. Wenn man die Klöster mit ihren Mönchen zerstöre und damit beim Volk der Aberglaube wegfalle, werde die Katholische Kirche von selber untergehen. Für die verschuldeten Frankreich und Österreich seien die reichen Abteien und Klöster eine willkommene Lockspeise und könne man mit ihnen die notwendigen Reformen im Staate durchführen. Jede Regierung, welche sich hierzu entschlösse, würde im Geist der aufgeklärten Zeit handeln. Mit der dadurch bewirkten weiteren Aufklärung des Volkes würde auch die Macht der Bischöfe sinken, welche man vorerst noch belassen solle, danach könnten die Monarchen mit den Bischöfen nach ihrem Belieben verfahren (unten, S. 647-649).

²³¹ Unten, S. 954.

²³² *Friedrich II. König von Preußen*, Oeuvres de Frédéric le Grand, Tome VIII, IV. L’Antimachiavel, ou examen du Prince de Machiavel, Cap. XI., p. 97-98.

„... Il n'est point réservé aux armes de détruire l'*infâme*; elle périra par le bras de la vérité et par la seduction de l'intérêt. Si vous voulez que je développe cette idée, voici ce que j'entends. J'ai remarqué, et d'autres comme moi, que les endroits où il y a le plus de couvents de moines sont ceux où le peuple est le plus aveuglément livré à la superstition; il n'est pas douteux que, si l'on parvient à détruire ces asiles du fanatisme, que le peuple ne devienne un peu indifférent et tiède sur ces objets, qui font actuellement ceux de sa vénération. Il s'agirait donc de détruire les cloîtres, au moins de commencer à diminuer leur nombre. ...“²³³

Für die verschuldeten Frankreich und Österreich sind die reichen Abteien und Klöster eine willkommene Lockspeise. Man könne mit ihren Gütern die notwendigen Reformen im Staat durchführen:

„... Ce moment est venu, parce que le gouvernement français et celui d'Autriche sont endettés, qu'ils ont épuisé les ressources de l'industrie pour acquitter les dettes, sans y parvenir. L'appât de riches abbayes et de couvents bien rentés est tentant. En leur représentant le mal que les cénobites font à la population de leur État, ainsi que l'abus du grand nombre de cuculati qui remplissent leurs provinces, en même temps la facilité de payer en partie leurs dettes en y appliquant les trésors de ces communautés qui n'ont point de successeurs, je crois qu'on les déterminerait à commencer cette réforme; et il est à présumer qu'après avoir joui de la secularisation de quelques bénéfices, leur avidité engloutira successivement le reste. ...“²³⁴

Jede Regierung, welche sich dazu entschlösse, würde im Geist der aufgeklärten Zeit handeln:

„... Tout gouvernement qui se déterminera à cette opération sera ami des philosophes, et partisan de tous les livres qui attaqueront les superstitions populaires et le faux zèle des hypocrites qui voudraient s'opposer. ...“²³⁵

Mit der dadurch bewirkten weiteren Aufklärung des Volkes, würde auch die Macht der Bischöfe sinken, welche man vorerst noch belassen solle. Danach könnten die Monarchen mit den Bischöfen nach ihrem Belieben verfahren:

„... Le patriarche m'objectera peut-être ce que l'on fera des évêques; je lui réponds qu'il n'est pas temps d'y toucher encore; qu'il faut commencer par détruire ceux qui soufflent l'embrasement du fanatisme au coeur du peuple. Dès que le peuple sera refroidi, les évêques deviendront de petits garçons dont les souverains disposeront, par la suite des temps, comme ils voudront. ...“²³⁶

²³³ Friedrich II. König von Preußen, Briefwechsel mit Voltaire, III. Teil, 481., S. 151-153 (152).

²³⁴ Friedrich II. König von Preußen, Briefwechsel mit Voltaire, III. Teil, 481., S. 151-153 (152).

²³⁵ Friedrich II. König von Preußen, Briefwechsel mit Voltaire, III. Teil, 481., S. 151-153 (152).

²³⁶ Friedrich II. König von Preußen, Briefwechsel mit Voltaire, III. Teil, 481., S. 151-153 (152).

b) Die Säkularisationen von süddeutschen Erz- und Hochstiftern zur Errichtung einer eigenen Hausmacht für Kaiser Karl VII. und zur Beendigung des österreichischen Erbfolgestreites

Während des Österreichischen Erbfolgekrieges (1740-1748)²³⁷ sollten zur Errichtung einer wittelsbacher Hausmacht für Kaiser Karl VII. – Schwäbisches Königtum – , zur Herstellung eines Barrierestaates zwischen Frankreich und Österreich und um zu einem Ausgleich mit Maria Theresia zu gelangen, im süddeutschen Reich Säkularisationen durchgeführt werden. Betroffen waren das Erzstift Salzburg, die Hochstifter Freising, Regensburg, Eichstätt, Speyer, Worms, mediatisierte Reichsstädte für Kaiser Karl VII., und als Kompensationen für Österreich und Preußen die beiden Hochstifter Passau und Breslau-Neiße. Die betroffenen Erzbischöfe und Domkapitel sollten ihre Einkommen und erstere ihre Stimmen im Reichstag weiterhin behalten.²³⁸

Urheber des Planes war König Friedrich II. von Preußen,²³⁹ welcher sich damit auch einen Ausgleich mit Maria Theresia wegen des von ihm beanspruchten Schlesiens erhoffte. Er hatte im August und Ende 1742 das Projekt den beiden Seemächten als Grundlage der Verhandlungen empfohlen und geltend gemacht, dass durch die vorgeschlagenen Säkularisationen allein der hohe katholische Klerus verletzt werde, auf den man keine Rücksicht zu nehmen brauche.²⁴⁰

Das die europäische Friedensordnung betreffende Säkularisationsprojekt, vom englischen Premierminister Carteret im November 1742 an die europäische Öffentlichkeit gebracht,²⁴¹

Voltaire hieß die Pläne Friedrichs II. in seinem Brief an ihn vom 5. April 1767 für gut. Sind die Mönche einmal aufgehoben, ist der Irrtum der allgemeinen Verachtung ausgesetzt, auch in Frankreich werde über die Beseitigung der Mönche gesprochen: „Comme j’allais continuer à vous demander cette grâce je reçois la lettre dont votre majesté m’honore du 24 mars. Elle a bien raison de dire que l’infâme ne sera jamais détruite par les armes, car il faudrait alors combattre pour une autre superstition qui ne serait reçue qu’en cas qu’elle fût plus abominable. Les armes peuvent détrôner un pape, déposséder un Electeur ecclésiastique mais non pas détrôner l’imposture. Je ne conçois pas comment vous n’avez pas eu quelque bon évêché pour les frais de la guerre par le dernier traité, mais je sens bien que vous ne détruirez la superstition christocole² que par les armes de la raison. Votre idée de l’attaquer par les moines est d’un grand capitaine. Les moines une fois abolis, l’erreur est exposée au mépris universel. On écrit beaucoup en France sur cette matière, tout le monde en parle. ... Il faut attaquer le monstre par les oreilles comme à la gorge.“ (*Voltaire*, Correspondance, Vol. LXV, 13192, p. 107-109 (108)).

²³⁷ Mit seinen europäisch-internationalen Verhandlungen über die österreichische Erbfolge, der wittelsbacher Kaiser Karl VII. (Wahl 14. Jan. 1742, Krönung 12. Febr. 1742, Tod 20. Febr. 1745) erhob zuerst Anspruch auf die österreichischen Erbländer. Nach militärischer Niederlage im August 1742 ließ er hiervon ab (unten, S. 1017-1018) und beschränkte sich auf seine eigenen Erbländer und auf die Errichtung einer eigenen Hausmacht zum Erhalt seiner kaiserlichen Würde.

²³⁸ *Ranke*, Zwölf Bücher Preussischer Geschichte, 10. Buch (Band V), 2. Kap., S. 111-115.

²³⁹ *Volbehr*, Der Ursprung der Säkularisationsprojekte in den Jahren 1742 und 1743, in: *Forsch Dt G*, XXVI. Band, S. 263-281 und *Brück*, Geschichte der katholischen Kirche in Deutschland, I. Band, 1. Abschnitt, 1. Kap., S. 29-30.

²⁴⁰ *Hofmann*, Das Säkularisationsprojekt von 1743, in: *Riezler-Festschrift*, S. 220-221 und *Brück*, Geschichte der katholischen Kirche in Deutschland, I. Band, 1. Abschnitt, 1. Kap., S. 25.

²⁴¹ Carteret wollte zuvor noch eine Verständigung mit Österreich.

erregte großes Aufsehen und Mißfallen gegen den kaiserlichen Hof. Dieser Frankfurter Hof stand mit Unterstützung des verbündeten Frankreich zuerst dem Projekt nicht ablehnend, sondern freundlich gegenüber.²⁴²

Papst Benedikt XIV. beklagte am 1. Februar 1743 bei Kardinal Tencin in Paris, dass die Bischöfe in Deutschland mehr als weltliche Fürsten, denn als Priester lebten.²⁴⁴

Auf Veranlassung des Wiener Hofes, welchen Preußen durch Anerbieten des Hochstiftes Passau gewinnen wollte, erschienen in Regensburg im März 1743 zwei Promemoria,²⁴⁵ in welchen²⁴⁶ der Frankfurter Hof beschuldigt wurde, dass er „... lediglich seine ungerechte Anstaendigkeit vor Augen hat. ...“,²⁴⁷ „... die angetragene Errichtung eines Bayrischen Koenigreichs auf weniger nicht abziele, als Teutschland in mehrere Staaten zu zergliedern, ...“,²⁴⁸ „... aus ohnmittelbaren Reichs=Staenden in der That zu wahren Landsassen zu machen, ...“²⁴⁹ und es „... fast um die Vernichtung des gesambten geistlichen Reichs=Fuersten Standes zu thun, ...“²⁵⁰ sei und empfahl den königlichen Wiener Hof als Beschützer der geistlichen Stifter.²⁵¹

²⁴² Während der Residenz des Kaisers in Frankfurt siedelte auch der Reichstag nach dorthin.

²⁴³ *Bericht von Nuntius Doria an Kardinal-Staatssekretär Valentin über die erste Audienz beim Kaiser am 8. Jan. 1743* „... fra quali si era ancora nominato quello di applicare a S. M.tà il dominio spirituale di qualche vescovato lasciando a' vescovi la giurisdizione spirituale ecclesiastica con una conveniente entrata. Nel progresso del discorso uscì ancora a mottivarmi il poco buon uso, che faceva qualche vescovo di tante ricchezze e della autorità temporale impiegando i redditi in lussi e divertimenti eccedenti, o in vantaggi delle proprie famiglie, tutto applicando al lustro del principato, trascurando il bene spirituale delle anime in modo, che può dubitarsi, se un vescovo ben provisto, ma non di tante dignità e di massime temporali non promovesse meglio l'onore di Dio, nel mentre che un pio principe secolare colle entrate mantenesse le truppe necessarie a diffendere la religione cattolica contro i nemici arricchiti delle spoglie delle chiese. ... (Hofmann, Das Säkularisationsprojekt von 1743, Beilagen, 1., in: *Riezler-Festschrift*, S.251-254 (251-252)).

²⁴⁴ *Just*, Die römische Kurie und das Reich unter Kaiser Karl VII. (1740-45), in: *HJ*, LII. Band, 1., S. 396.

²⁴⁵ Hofmann, Das Säkularisationsprojekt von 1743, in: *Riezler-Festschrift*, S. 232.

²⁴⁶ *Historische Sammlung von Staats=Schriften unter Kayser Carln VII.*, II. Band, 2. Abschnitt, XXIX., S. 278-285.

²⁴⁷ *Historische Sammlung von Staats=Schriften unter Kayser Carln VII.*, II. Band, 2. Abschnitt, XXIX., S. 280.

²⁴⁸ *Historische Sammlung von Staats=Schriften unter Kayser Carln VII.*, II. Band, 2. Abschnitt, XXIX., S. 280.

²⁴⁹ *Historische Sammlung von Staats=Schriften unter Kayser Carln VII.*, II. Band, 2. Abschnitt, XXIX., S. 280.

²⁵⁰ *Historische Sammlung von Staats=Schriften unter Kayser Carln VII.*, II. Band, 2. Abschnitt, XXIX., S. 278-285 (282).

²⁵¹ *Historische Sammlung von Staats=Schriften unter Kayser Carln VII.*, II. Band, 2. Abschnitt, XXIX., S. 283-284.

In der 2. Denkschrift wurde der englisch-hannöverische Hof gegenüber dem gottlosen Plan Kaiser Karls VII. als treuer Eckehart der Reichsverfassung und als besorgter Anwalt der Kirche gepriesen (Hofmann, Das Säkularisationsprojekt von 1743, in: *Riezler-Festschrift*, S. 232-233).

Hiergegen ließ Kaiser Karl VII. am 9. März 1743 den verschiedenen Höfen eine Erklärung zugehen,²⁵² in welcher er „... auf das kraefftigste zu versichern, daß dergleichen Gedancken und Absichten von Hoechst=Deroselben niemalen hergeflossen; ...“²⁵³ seien, er „... als des Reichs=OberHaupt, dessen Constitutiones und Verfassung jederzeit zu schuetzen, ...“²⁵⁴, ebenso bereit als gesinnt sei und sich in nichts derselben entgegenlaufendes einlasse und dass er „... viel ehender mit Vorbehaltung Ihrer Rechten, mit Jhren auf das Blut ausgesauget = und in Grund ruinirten Patrimonial Landen alleinig sich begnuegen zu wollen, als auf einige Secularisirung oder sonstige Reichs = Satzungs = Bekraenckung eines Stands des Reichs (wie gering und von welcher Art solcher auch seyn moechte) zu gedencken, vest entschlossen seyn. ...“²⁵⁵ Mit der kaiserlichen Erklärung wurde ein Kaiserliches Circular-Reskript an die auswärtigen Minister verbunden,²⁵⁶ in welchem die angeblich vom Kaiser „... angetragenen Säcularisirung einiger geistlichen Stiffter ...“²⁵⁷ als „... ein boßhafft= erdichtetes Grund=falsches Geruechte, ...“²⁵⁸ bezeichnet wird.²⁵⁹

Die kaiserlichen Erklärungen konnten die Aufregungen in der Öffentlichkeit nicht beruhigen.²⁶⁰ Die betroffenen Erz- und Bischöfe verständigten sich untereinander.²⁶¹ Der Erzbischof von Mainz teilte dem von dem Säkularisationsprojekt besonders betroffenen Erzbischof von Salzburg mit, „... da gantz klar vor Augen lieget, daß es hierinnen keineswegs um diese

²⁵² *Historische Sammlung von Staats=Schriften unter Kayser Carln VII.*, II. Band, 2. Abschnitt, XXX., S. 285-287.

²⁵³ *Historische Sammlung von Staats=Schriften unter Kayser Carln VII.*, II. Band, 2. Abschnitt, XXX., S. 285.

²⁵⁴ *Historische Sammlung von Staats=Schriften unter Kayser Carln VII.*, II. Band, 2. Abschnitt, XXX., S. 285.

²⁵⁵ *Historische Sammlung von Staats=Schriften unter Kayser Carln VII.*, II. Band, 2. Abschnitt, XXX., S. 286.

²⁵⁶ Am selben Tag, 9. März 1743 (*Historische Sammlung von Staats=Schriften unter Kayser Carln VII.*, II. Band, 2. Abschnitt, XXXI., S. 287-291).

²⁵⁷ *Historische Sammlung von Staats=Schriften unter Kayser Carln VII.*, II. Band, 2. Abschnitt, XXXI., S. 287.

²⁵⁸ *Historische Sammlung von Staats=Schriften unter Kayser Carln VII.*, II. Band, 2. Abschnitt, XXXI., S. 287.

²⁵⁹ *Historische Sammlung von Staats=Schriften unter Kayser Carln VII.*, II. Band, 2. Abschnitt, XXXI., S. 287-288.

²⁶⁰ Es erschienen weitere Schriften, in denen die Anschuldigungen gegen den Kaiser aufrechterhalten und auch als Verleumdungen bezeichnet wurden (*Historische Sammlung von Staats=Schriften unter Kayser Carln VII.*, II. Band, 2. Abschnitt, XXXIII., S. 293-316, XXXIV., S. 316-336 „... Der boßhaffte Verlaeumder erfrechet sich ferner, Sr. Kayserl. Majestaet ...“ (S. 323), XXXV., S. 336-363).

²⁶¹ Schreiben des Erzbischofs von Salzburg Leopold Anton Freiherr von Firmian an den Kurfürsten/Erzbischof von Mainz Johann Friedrich Karl von Ostein vom 6. Febr. 1744 (*Historische Sammlung von Staats=Schriften unter Kayser Carln VII.*, II. Band, 2. Abschnitt, XXXIX., S. 370-375).

oder jene Ertz= und Stiffter dermahlen allein= noch in der Nachfolg, um alle dieselbe, sondern auch sofort um saemtliche mindermaechtige Staende, ...“ zu tun sei,²⁶² die „... sothane R e v o l u t i o n allgemein, und davon das gewisseste der Untergang des Vatterlandes, und der allgemeinen Freyheit seyn werde, ...“.²⁶³ Die geistlichen Fürsten müssten deshalb durch ihre Gesandtschaften in Frankfurt „... die Unglaublichkeit sowohl als allgemeine aeusserste Schaedlichkeit dieses Unwesens zu erkennen geben, und dabey nicht verberge, sich allenfalls nicht preiß geben zu koennen. ...“²⁶⁴

Der von den Erz- und Bischöfen angegangene Papst Benedikt XIV. wies seine Nuntien in Paris, Wien und Frankfurt an, gegen die beabsichtigten Säkularisationen energische Vorstellungen zu machen²⁶⁵ und erließ am 15. Februar 1744 ein Breve an die deutschen Bischöfe, in welchem er seine Abscheu vor den projektierten Säkularisationen aussprach. Er werde aus allen Kräften sich anstrengen, dass alle fürstlichen Rechte, Gerichtsbarkeiten der Kirchen Deutschlands – Bistümer, Abteien, Canonicate – unangetastet bleiben und er werde eher sein Blut vergießen, als dies zu dulden.²⁶⁶

Bei den anhaltenden Aufregungen erließ der Wiener Hof ein neues Circularsreskript, in welchem die gegen Kaiser Karl VII. erhobenen Anschuldigungen aufrechterhalten wurden,²⁶⁷ was diesen veranlasste, unter dem 15. Februar 1744 ein zweites Schreiben an seine Gesandten zu richten, worin er ihnen auftrug, die bereits in seinem früheren Schreiben abgegebene Erklärung den respektiven Höfen mit Nachdruck zu wiederholen „...und nochmahlen zu versichern, daß Uns nicht allein von Secularisirung derer Stifftern, oder anderen vorgeworffenen

²⁶² *Historische Sammlung von Staats=Schriften unter Kayser Carl VII.*, II. Band, 2. Abschnitt, XL., S. 376-381 (378-379).

Er habe sich in dieser Angelegenheit auch an den Papst, den Königlich-englischen Hof und an die Republik der Vereinigten Niederlande gewandt und auf die Ungerechtigkeit und die verderblichen Wirkungen der Säkularisationen hingewiesen (S. 378).

²⁶³ *Historische Sammlung von Staats=Schriften unter Kayser Carl VII.*, II. Band, 2. Abschnitt, XL., S. 376-381 (379).

²⁶⁴ *Historische Sammlung von Staats=Schriften unter Kayser Carl VII.*, II. Band, 2. Abschnitt, XL., S. 376-381 (379).

Die Churfürsten von Trier, Köln und die Fürsten von Konstanz, Speyer, Augsburg seien hiermit gänzlich einverstanden und sei bei Chursachsen, Churbraunschweig und übrigen Ständen ein dahingehendes Aufsehen vorhanden sei (S. 379-380).

²⁶⁵ *Brück*, Geschichte der katholischen Kirche in Deutschland, I. Band, 1. Abschnitt, 1. Kap., S. 28.

²⁶⁶ „... Nos pro viribus enixe curaturos, ut omnia et singula Ecclesiarum Germaniae Principatus iura, iurisdictiones, honores, bona, sive illa ad Episcopatus, sive ad Abbatias, sive ad Canonicatus, sive ad alias quascunque Ecclesiasticas Dignitates iure pertinent, integra atque intacta permaneant; neque unquam concessuros, aut assensu comprobaturos, adversum hisce quidquam fieri, ulloque modo attentari; cum omnino parati simus sanguinem nostrum omnem potius effundere, quam pati, ut Ecclesiae iura, ac libertas violentur, et conscientiae nostrae macula per eiusmodi assensum afferatur. ...“ (*Roskovány*, Monumenta Catholica, Tomus I, II., 228., p. 260-264 (261)), insg. (p. 260-264).

²⁶⁷ *Historische Sammlung von Staats=Schriften unter Kayser Carl VII.*, II. Band, 2. Abschnitt, XXXVIII., S. 368-370.

ungerechten Bedrückungen, niemahlen was zu Sinn kommen seye, noch werde, ...“,²⁶⁸ sondern dass er „... gesamte Reichs=Staende bey dem Jhrigen jederzeit schuetzen, ...“ werde.²⁶⁹ Das Säkularisationsprojekt wurde im weiteren Verlauf des Jahres 1744 nicht mehr weiter verfolgt.²⁷⁰

c) Die Säkularisationen norddeutscher Erz- und Hochstifter zur Beendigung des Siebenjährigen Krieges

Nach dem Ausbrechen des Siebenjährigen Krieges (1756-63)²⁷¹ gab es weitere Säkularisationspläne.²⁷²

Bereits im Dezember 1756 machte König Friedrich II. von Preußen dem hannoverschen Hof den Vorschlag, für das Kurhaus als Gegenleistung für die englisch-hannoversche Armee in Deutschland die Hochstifter Osnabrück, Paderborn und Münster²⁷³ zu säkularisieren.²⁷⁴

²⁶⁸ *Historische Sammlung von Staats=Schriften unter Kayser Carl VII.*, II. Band, 2. Abschnitt, XLI., S. 381-394 (393).

²⁶⁹ *Historische Sammlung von Staats=Schriften unter Kayser Carl VII.*, II. Band, 2. Abschnitt, XLI., S. 381-394 (393-394).

Neben dem Säkularisationsprojekt gab es die anderen Bemühungen Kaiser Karls VII. mit den Mitteln der herkömmlichen Reichskirchenpolitik sich eine wittelsbacher Hausmacht zu errichten, seinem Bruder Johann Theodor Fürstbischof von Regensburg (1719) und Freising (1727) die weiteren Hochstifter Eichstätt, Speyer, Worms, Lüttich, das Erzstift Trier und das Stift Ellwangen zu verschaffen, was 1744 bei Lüttich gelang (*H. Raab, Geistige Entwicklungen und historische Ereignisse im Vorfeld der Säkularisation, X.*, in: *Säkularisierung und Säkularisation vor 1800*, S. 28).

²⁷⁰ Auch schufen der am 22. Mai 1744 in Frankfurt zwischen dem König von Preußen, dem Kurfürsten von der Pfalz und dem Landgrafen von Hessen-Kassel geschlossene Union-Tractat, sowie der preußische Einfall im August 1744 in Böhmen andere Prämissen (*Historische Sammlung von Staats=Schriften unter Kayser Carl VII.*, II. Band, 2. Abschnitt, XLI., S. 394).

²⁷¹ Der Siebenjährige Krieg war auch ein Kampf um die Religion, „... eine Prüfung der Kräfte der Protestantischen Nation gegen jene der Catholischen. ...“ (vom aufgeklärten Kur-Mainzer Minister *Freiherr von Groschlag* im Jahr 1764 angefertigte und der Staatskanzlei übergebene Denkschrift zur Reichspolitik „Privat-Gedanken eines Systematis zu Erhaltung der Kayserl. Auctoritaet und teutschen Reichsverfassung“ (*Krüger, Karl Friedrich Willibald von Groschlag (1729-1799)*, Anhang, (3), S. 268-271 (268)). *Ranke*, Der Ursprung des Siebenjährigen Krieges, 1. Kap., S. 3 „... Wie tief war der Protestantismus vor hundert Jahren herabgebracht gewesen. ... Wenn damals nur durch eine große europäische Combination und durch die Einwirkung fremder Mächte die Rettung derselben möglich wurde, so gewährte nun nach langem neuen Kampfe der preußische Staat dem Protestantismus eine Repräsentation auf dem Continent, wie er dieselbe so solid und bedeutend noch nie besessen hatte. ...“.

²⁷² *Sophie Laroche*, Gattin des kurtrierischen Kanzlers schrieb hierüber im Jahr 1801 am 2. März der Gräfin Elise zu Solms-Laubach „... Die Geschichte der Vergangenheit zeigt uns das Vorspiel von den heutigen Begebenheiten, und ich hörte schon vor 47 Jahren den großen Friedrich von Stadion sagen: ‚Die geistlichen Stifter und Länder sind Sparpfennige unserer großen weltlichen Fürsten, die sie bei der nächsten großen Gelegenheit angreifen und teilen werden.‘ ...“ (*Laroche, Briefe an die Gräfin Elise zu Solms-Laubach 1787-1807*, 192, S. 90).

²⁷³ Münster möglicherweise.

Nach dem Friedensplan des preußischen Königs vom 30. Oktober 1759 sollten Säkularisationen in Norddeutschland zum allseitigen Gewinn stattfinden. Kursachsen sollte für die an Preußen abzutretende Niederlausitz mit dem kurmainzische Gebiet um Erfurt entschädigt werden, Kurhannover die Hochstifter Osnabrück, Münster und Preußen das Hochstift Hildesheim und das Ermland erhalten, welche gebietlichen Erwerbungen den beiden Mächten auch die Möglichkeit eröffnet hätten, Norddeutschland vom Reich loszureißen und für sich selbständige Reiche zu bilden.²⁷⁵

Ein im Mai 1760 in der Umgebung von Prinz Franz Xaver von Sachsen konzipiertes Projekt sah für den Verzicht des Wettiners auf Sachsen die Österreichischen Niederlande, niederrheinische Territorien, den Titel eines Königs von Burgund, für das zu entschädigende Österreich die Säkularisationen von Hochstiftern und bayerischen Besitzungen und für Preußen als Kompensation für Kursachsen Erfurt und das kurmainzische Gebiet Thüringen vor.²⁷⁶

Papst Clemens XIII. richtete Breven an die Könige von Frankreich, Spanien, Polen, an Kaiser Franz I. und an Maria Theresia²⁷⁷ und beklagte darin, die von „Aatholicorum Principum consilia“²⁷⁸ ersonnenen neuen Spoliationen der Kirche, welche auf dem demnächstigen Congreß von Augsburg zur Verhandlung kommen sollten²⁷⁹ :

„... quasi de pace inter Christianos Principes agi non possit, nisi tunica Christi dividenda proponantur. ...“²⁸⁰

Er forderte die betroffenen Monarchen auf, sich der Ausführung eines solchen Raubaktes kräftig zu widersetzen.²⁸¹ Die alten Verluste der deutschen Kirche seien beklagenwert genug

²⁷⁴ H. Raab, Geistige Entwicklungen und historische Ereignisse im Vorfeld der Säkularisation, XII., in: *Säkularisierung und Säkularisation vor 1800*, S. 30-31.

²⁷⁵ H. Raab, Geistige Entwicklungen und historische Ereignisse im Vorfeld der Säkularisation, XII., in: *Säkularisierung und Säkularisation vor 1800*, S. S. 31 und Volz, Friedrichs des Grossen Plan einer Losreiseung Preussens von Deutschland, in: *HZ*, CXXII. Band, Aufsätze, S. 267-277.

²⁷⁶ H. Raab, Geistige Entwicklungen und historische Ereignisse im Vorfeld der Säkularisation, XII., in: *Säkularisierung und Säkularisation vor 1800*, S. 32.

²⁷⁷ Roskovány, Monumenta Catholica, Tomus I, III., 234.-236., p. 279-285 und Brück, Geschichte der katholischen Kirche in Deutschland, I. Band, 1. Abschnitt, 1. Kap., S. 30.

²⁷⁸ Breve an Imperatori Romanorum (Franz I.), am 18. Nov. 1758 (Roskovány, Monumenta Catholica, Tomus I, III., 235., p. 281-283 (282)).

²⁷⁹ Breven an Imperatori Romanorum (Franz I.), am 18. Nov. 1758 (Roskovány, Monumenta Catholica, Tomus I, III., 235., p. 281-283 (282-283)) und an Reginae Hungariae (Maria Theresia), am 17. Mai 1761 (*ibd.*, 236., p. 283-285 (284)).

²⁸⁰ Breve an Reginae Hungariae (Maria Theresia), am 17. Mai 1761 (Roskovány, Monumenta Catholica, Tomus I, III., 236., p. 283-285 (284)).

²⁸¹ Breven an Regi Gallorum (Ludwig XV.), am 15. Nov. 1758 (Roskovány, Monumenta Catholica, Tomus I, III., 234., p. 279-281 (280-281)), Imperatori Romanorum (Franz I.), am 18. Nov. 1758 (*ibd.*, 235., S. 281-283 (283)), Reginae Hungariae (Maria Theresia), am 17. Mai 1761 (*ibd.*, 236., p. 283-285 (284-285)).

und eine derartige Bedingung des Lohnes des Sieges und der Preises des Friedens könne nur von den größten Feinden der Kirche ausgesonnen werden, denen aus langer Erfahrung bekannt ist, wie sehr der Glanz und die Stärke des katholischen Glaubens auf den priesterlichen Fürstentümer ruhe.²⁸²

Mit dem Ende des englisch-preußischen Bündnisses im Dezember 1761²⁸³ und dem Beginn der Verhandlungen zwischen England und Frankreich mit dem Präliminarfrieden von Fontaniebleau am 3. November 1762²⁸⁴ war das weitere Fortbestehen der norddeutschen Hochstifter gesichert.

4. Die Aufhebung des Jesuitenordens am 21. Juli 1773

Motiviert und veranlasst durch den Ansehensverlust des Jesuitenordens und die gegen ihn allgemein feindliche Einstellung im 18. Jahrhundert,²⁸⁵ welche neben den alten mittelalterlichen Orden insbesondere auch von mehreren europäischen Regierungen und vor allem den regierenden Dynastien der Bourbonen in den Königreichen Frankreich, Spanien, Portugal, Neapel und Sizilien getragen war,²⁸⁶ hob Papst Clemens XIV. in seiner Breve *Dominus ac redemptor* vom 21. Juli 1773 den Jesuitenorden auf.²⁸⁷

²⁸² *Breve an Reginae Hungariae* (Maria Theresia), am 17. Mai 1761 „... Numquid ergo vetera Germanicae Ecclesiae dispendia satis lugenda non sunt, quin adhuc nova et peiora sint metuenda? numquid haereditas et portio sancta, quam separavit Dominus in dotem, et ornamentum desponsae in sanguine suo Ecclesiae, erit extraneorum praeda, belli merces, pretium pacis? Non poterat haec tam iniqua conditio nisi ab infensissimis hostibus nostris excogitari, quibus diuturna experientia compertum est, quantum splendoris, praesidii, ac roboris Catholicae fidei situm sit in eiusmodi sacerdotiis, quique multo abhinc tempore munitissimas istas Dominicae Vineae tures, et per vim manifestam, vel pedetentim conantur evertere. ...“ (*Roskovány*, Monumenta Catholica, Tomus I, III., 236., p. 283-285 (284)).

²⁸³ Tod George II am 25. 10. 1760: Befürworter des britischen Engagements auf dem Kontinent, und nach dem Sturz Pitts im Dez. 1761 stellte die britische Regierung die Subsidienzahlungen ein (*Immich*, Geschichte des europäischen Staatensystems 1660-1789, Abschnitt III, 5. Kap., § 133., S. 373).

²⁸⁴ König George III von Großbritannien mit Ludwig XV. von Frankreich und dem mit diesem verbündeten König Karl III. von Spanien (*Wenck*, Codex ivris gentium, Tomus III, C., 1., p. 313-328).

²⁸⁵ Ursächlich hierfür waren insbesondere, die langandauernden Streitigkeiten über die Lehren der Gesellschaft Jesu, ihre allzu großen Sucht nach irdischen Güter, ihre Einmischung in weltlich-politische Angelegenheiten und ihre Misserfolge bei der Missionierung außereuropäischer Länder, insbesondere in China und Südamerika.

²⁸⁶ Sie hatten für ihre Länder auch den Jesuitenorden untersagt.

²⁸⁷ *Breve Dominus ac redemptor* vom 21. Juli 1773 (*Clemens XIV.*, Epistolae et brevia, CCCXVII., p. 385-403 (17.-25., p. 391-397 (25., p. 396-397))).

Publiziert wurde die Breve am 16. August 1773 in Rom (*Hoffmann*, Friedrich II. von Preussen und die Aufhebung der Gesellschaft Jesu, IV., S. 15).

Geschichte der Kirche, IV. Band, 1. Teil: Die Kirche im Zeitalter der Aufklärung und Revolution, v. L. J. Rogier, 4. Kap., 1., S. 78-87.

Er wies zuerst in einem Circular-Schreiben an die Bischöfe vom 18. August 1773 diese zwar an, „...“, im Nahmen des heiligen Stuhls, von ihren Kloestern, Collegien, beweglichen und unbeweglichen Guetern und Zugehoerungen Besitz zu nehmen, solche, nach geschehener Abweisung der Glieder der unterdrückten Gesellschaft, den Paebstlichen Absichten gemaeß, verwenden, ...“²⁸⁸

Jedoch musste Clemens XIV. den Forderungen Maria Theresias und ihres Mitregenten Kaiser Josephs II. und anderer Fürsten im Reich, welche den Ordensbesitz für ihre eigenen Staaten und insbesondere deren kulturell-schulische Belange beanspruchten, nachgeben.²⁸⁹

Von Seiten des Papstes war demnach selber Anlass und Ursache für die Aufhebung von geistlichen Gütern gegeben worden.

Lauer, Geschichte der katholischen Kirche im Großherzogtum Baden:

„Nicht vom Volke ging denn auch der Klostersturm aus, sondern von den Regierungen, denen hinwiederum Papst Klemens XIV. durch die *A u f h e b u n g* des *J e s u i t e n o r d e n s* im Jahre 1773 ein Beispiel gegeben. Sie nahm, den weltlichen Fürsten die Scheu vor der Heiligkeit des Ordensstandes und gab ihnen zugleich die beste Gelegenheit, zu beobachten, wieviel Geld aus den Klosteraufhebungen für die Staatskasse freigemacht werden konnte;⁽²⁹⁰⁾ ... das von dem Träger des Pontifikats selbst gegebene Beispiel fand bald Nachahmung durch Kaiser *J o s e p h I I.* von Österreich. Er hob eigenmächtig eine Reihe von Klöstern im

²⁸⁸

Entnommen aus: *Paebstliches Circular-Schreiben, welche nebst der Aufhebungs=Bulle, an alle Bischoeffe erlassen worden ... Rom, den 18 August 1773*: zeitgenössische deutsche Übersetzung, angefügt, in: *Paebstlicher Gebotsbrief, die gaenzliche Aufhebung des Jesuiter=Ordens betreffend, d. d. Rom, den 21sten Julii 1773. Wovon das Lateinische ein Nachdruck des in Rom ...herausgekommenen Abdrucks ist, Rom, den 18 August 1773*, S. 20).

²⁸⁹

Handbuch der Kirchengeschichte, V. Band, 2. Teil, 3. Abschnitt: Das Papsttum unter dem steigenden Druck des Staatskirchentums, v. *B. Schneider*, 30. Kap., Clemens XIV. (1769-1774), S. 634-635 (635); *H. Raab*, Geistige Entwicklungen und historische Ereignisse im Vorfeld der Säkularisation, XIII., in: *Säkularisierung und Säkularisation vor 1800*, S. 39: nach der Vertreibung der Gesellschaft Jesu aus dem Bourbonenstaat und ihrer Aufhebung im Jahre 1773 wurden ihre Güter von den Staaten beansprucht und entsprechend den Vorstellungen der Aufklärung verwendet, nach welcher es in die ausschließliche Kompetenz des Staates fiel, über die für das Gemeinwohl nützliche Verwendung von Kirchengütern zu entscheiden; *Haug*, Die Aufhebung des Jesuitenordens in der Pfalz und ihre Folgen, in: *Mannheimer Geschichtsblätter*, 10. Jahrg., August, September 1909, Nr. 8 u. 9, Sp. 173-174: Einziehung der Güter des Jesuitenordens in der Pfalzgrafschaft bei Rhein – 3 Kollegien zu Mannheim, Heidelberg, Neustadt und 2 Missionen zu Oggersheim und Ingelheim – , durch Kurfürst Karl Theodor, welcher diese in ähnlicher Weise wie bisher und zu denselben Zwecken verwendet wissen wollte; *Lauer*, Geschichte der katholischen Kirche im Großherzogtum Baden, Einleitung, 2. Kap., S. 13-14: Belegung der Güter der Jesuitenkollegien durch Markgraf Karl Friedrich von Baden und durch die vorderösterreichische Regierung vornehmlich um sie für katholische Schulzwecke zu verwenden, welcher Markgraf von Baden selbstständig über die Güter verfügte, ohne den Protest des Bischofs von Speyer zu beachten, hingegen die vorderösterreichische Regierung im Einvernehmen mit der bischöflichen Behörde handelte; *Hoffmann*, Friedrich II. von Preussen und die Aufhebung der Gesellschaft Jesu, XIV., S. 152: Verwendung des Vermögens der Jesuiten in Schlesien für das höhere Schulwesen der dortigen Katholiken und *Kleyntjens*, Die Jesuiten im Herzogtum Cleve von 1773 bis 1778, in: *AHVfNR*, CXXX. Heft, Kleinere Beiträge, S.109-110: Übertragung des Emmericher Kollegiums im April 1788 durch die Clever Regierung an die Emmericher Kreuzbrüder, Zuweisung der in der Grafschaft Tecklenburg gelegenen Güter der Jesuiten zur königlich preußischen Rentkammer.

²⁹⁰

Einleitung, 2. Kap., S. 13.

Breisgau auf ... Unter solchen Verhältnissen ist es verständlich, daß es nur eines äußeren Anstoßes bedurfte, um die Klöster vollständig dem Untergange zu weihen. ...²⁹¹

5. Die Klosteraufhebungen Kaiser Josephs II. von 1782-1786

Hauptbestandteil der von Kaiser Joseph II. für seine österreichisch-habsburgischen Länder durchgeführten Kirchenreform, des Josephinismus, durch welchen die Kirche ganz vom Staat abhängig und zu einer staatlichen Erziehungs- Polizei- und Wohltätigkeitsanstalt mit den Bischöfen und Pfarrern als staatliche Beamte gemacht wurden,²⁹² waren die Aufhebungen der Klöster beschaulicher Orden, welche keine karitativen, pädagogischen und seelsorgerischen Aufgaben erfüllten, gewesen, wobei später auch die Klöster der nichtbeschaulichen Orden miteinbezogen wurden.²⁹³

Während der Jahre 1782-1786 wurden insbesondere auf Grund des für die Erbländer erlassenen Aufhebungsdekrets vom 12. Januar 1782,²⁹⁴ von den in den österreichischen Erblanden einschließlich Ungarn insgesamt vorhandenen 2 163 Klöstern deren 738, demnach $\frac{1}{3}$ aufgehoben.²⁹⁵

Rudolf Lill, Die Säkularisation und die Auswirkungen des Napoleonischen Konkordats in Deutschland:

„... Auf den unbedingten Schutz des Kaisers war nicht mehr zu rechnen, seitdem Josef II. in Österreich die staatliche Verfügungsgewalt über die Kirchengüter durchsetzte und 1781 ca. 700 ‚unnütze‘ Klöster aufhob. Wiewohl der Kaiser damit auch kirchenreformerische Pläne verfolgte und die eingezogenen Güter über den ‚Religionsfonds‘ großenteils anderen kirchlichen Zwecken zuführte⁸, wurde damit ausgerechnet vom obersten ‚advocatus ecclesiae‘ eine Säkularisationspolitik großen Stils eingeleitet. Sie kam dem geistigen Klima der radikalen Aufklärung entgegen, im letzten Drittel des 18. Jhs. Wurden die Stimmen gegen den Fortbestand der geistlichen Staaten immer zahlreicher; die römische Kurie selbst

²⁹¹ Einleitung, 2. Kap., S. 14.

²⁹² *Feine*, Staat und Kirche, in: *ders.*, Reich und Kirche, S. 104-105.

²⁹³ *Handbuch der Kirchengeschichte*, Band V, 2. Teil, 23 (a). Kap. Theresianismus und Josephinismus, S. 518-519 und *Geschichte der Kirche*, Band IV, 1. Teil, 5. Kap., 2. Der „Josephinismus“, S. 114-115.

²⁹⁴ In: *Winner*, Die Klosteraufhebungen in Niederösterreich und Wien, VI., S. 82-87.

²⁹⁵ *Kleindel*, Österreich, Jahr 1781, 29. November, S. 195, Jahr 1782, 12. Januar, S.195,197, Übersicht, S. 196 „Kaiser Joseph II. und die Kirche“.

hatte sich dieser Entwicklung zumindest indirekt durch die Aufhebung des Jesuitenordens angepaßt. ...²⁹⁶

6) Die Ideen von 1789

a) Einziehung der Kirchengüter im revolutionären Frankreich

Da in Frankreich mit Ausnahme von Avignon und dem Comtat Venaissin²⁹⁷ geistliche Staaten nicht vorhanden waren,²⁹⁸ hatte sich während der revolutionären Veränderungen nicht die Frage der Durchführung von Säkularisationen sondern die der Einziehung von Kirchengütern gestellt. Diese erfolgten auch in dem Dekret der Convention nationale vom 2. November 1789 über die Beschlagnahme der Kirchengüter für die Zwecke der Nation.²⁹⁹

²⁹⁶ Deutschland und Italien im Zeitalter Napoleons, S. 95.

²⁹⁷ Comtat Venaissin mit seiner Hauptstadt Carpentras wurde mit einer großen Autonomie von dem im alten Papstpalast in Avignon sitzenden päpstlichen Vize-Legat Casoni regiert (*Moulinas, Révolution d'Avignon*, 1. Partie, Chap. I, Sous une domination étrangère, p. 17-20 (18-19)).

²⁹⁸ Avignon und der Comtat Venaissin wurden von den vorrevolutionären Unruhen erfasst. In den von den corps de metier in Avignon angefertigten cahiers de doléance war jedoch nicht die Vereinigung mit dem Königreich Frankreich gefordert worden. Die von dem député Bouché am 12. Nov. 1789 in der Assemblée nationale constituante eingebrachte Motion zu ihrer Vereinigung mit dem revolutionären Frankreich rief in ihnen eine spontane Treuebekundung zu Papst Pius VI. hervor. Nach den im Febr. 1790 erfolgten Neuerrichtungen von örtlichen Gewalten, beugte sich der päpstliche Vice-Legat Casoni am 14 avril 1790 diesen. Die eingetretenen Veränderungen wurden jedoch von Papst Pius VI. in seiner Breve v. 21. April 1790 widerrufen. Am 10./11. Juni 1790 kam es in Avignon zu Gewalttätigkeiten zwischen den republikanischen und den päpstlichen Anhängern und wurde von den obsiegenden Republikanern am 12. Juni 1790 in der Assemblée constituante der Antrag auf Vereinigung mit Frankreich gestellt, welche ihrerseits diese Frage am 27. Aug. 1790 zurückstellte. Während der ersten Hälfte des Jahres 1791 wurden zwischen den beiden in sich streitenden und rivalisierenden Avignon und Comtat Venaissin schwere kriegerische Auseinandersetzungen geführt, mit der Belagerung von Carpentras im April/Juni 1791. Am 14 sept. 1791 wurden beide von der Assemblée constituante zum „... partie intégrante de l'Empire français; ...“ erklärt und wurde durch das weitere Dekret der Convention nationale v. 25 juin 1793 aus den Gebieten beider, mit der comté Orange und provenzalischen Besitzungen das 87. département Vaucluse mit seinem chef-lieu Avignon errichtet (*Moulinas, Révolution d'Avignon*, 1. Partie, Chap. II-V, p. 27-87 (Chap. II, p. 31-41, Chap. III, p. 43-55, 58, Chap. IV, p. 82-87), 2. Partie, p. 90-208 (Chap. I, p. 101-102), Chap. IV, p. 135-153, Chap. VII, p. 191-196) und *Duvergier, Collection des lois*, Tome III, p. 267 (Zitat), V, p. 358-359).

²⁹⁹ Unten, S. 771-773.

b) Säkularisation mitintendiert durch die von der Französischen Revolution gewollte Beseitigung des Einflusses von Kirche und Religion auf den Staat

Die von den französischen Revolutionären gewollte Schwächung und Beseitigung des Einflusses von Kirche und Religion auf den Staat,³⁰⁰ mit ihrer auch seit dem Jahre 1795 durchgeführten Trennung von Staat und den Kulturen und mit einer Aufhebung der Herrschaft der Priester,³⁰¹ intendierte auch die Unterscheidung und Trennung von Geistlichen und Weltlichem bei den geistlichen Staaten.

c) Die während der Revolution stattgehabten Veräußerungen von 94 % der Kirchengüter

Von den in Frankreich vorhandenen geistlichen Gütern waren während der revolutionären Veränderungen,³⁰² trotz zeitweiser Rückgabe von Kirchen von Frühjahr 1795 bis in den

³⁰⁰

In ihren Anfängen war die Französische Revolution weder religions- noch kirchenfeindlich. Die Beschlagnahme der Kirchengüter für die Zwecke der Nation am 2. Nov. 1789 erfolgte allein zu der Behebung des staatsfinanziellen Notstandes und entsprang nicht einer spezifisch religions- und kirchenfeindlichen Motivation. Das kirchliche Reformprogramm der Assemblée nationale constituante mit der von ihr am 12. Juli 1790 beschlossenen Constitution civile du clergé bezweckte alleinig den Einbau der Kirche in die neue konstitutionelle Monarchie (unten, S. 768-774).

Die Auseinandersetzungen mit der Kirche und mit dem Katholizismus begannen mit dem von den Geistlichen am 27. Nov. 1790 geforderten Freiheits-Gleichheits-Eid auf die neue Verfassung und damit auch auf ihren eigenen kirchlich-religiösen Status, welcher, nach Ablehnung von Papst Pius VI., von ihrer Mehrzahl verweigert wurde. Im Juni 1792 setzten die Verfolgungen gegen die Geistlichen ein und fand von Herbst 1793 bis ins Frühjahr 1794 eine Dechristianisierung in Frankreich statt (unten, S. 775-781).

³⁰¹

Robespierre wandte sich mit seinem Culte de l'Être suprême gegen den Atheismus (unten, S. 781-784), und kam es noch unter der Convention nationale zu einer religiösen Entspannung mit der im Frühjahr 1795 erfolgten Trennung von Staat und den Kulturen (unten, S. 784-790). Dies erbrachte eine Wiederbelebung des Katholizismus, insbesondere durch die im Frühjahr neue *église gallicane*, welche es sich zur Pflicht machte, den Gesetzen der Republik unterworfen zu sein (unten, S. 790-796). Die unter dem 1. Direktorium seit Juli 1796 gemachten Bemühungen zur Gelangung eines religiösen Ausgleiches mit Papst Pius VI. scheiterten zwar, es kam jedoch zu einem weiteren Zuwachs des katholischen Kultes in Paris und in den *départements*. Der neue Kult der *Théophilanthropie* seit Mitte 1797, sich auf religiöse Prinzipien berufend und gegen den Atheismus wendend, konnte sich hiergegen nicht behaupten (unten, S. 796-808). Unter dem 2. Direktorium, 18 Fructidor an V (4 sept. 1797) kam es wieder priester- und religionsfeindlichen Maßnahmen mit den Deportationen von Priestern und den Schließungen von Kirchen und der Schwörung des anti-royalistischen Haß-Eides, wobei die *Theophilanthropie* anwuchs und zu einer Mode der gehobenen Kreise wurde (unten, S. 808-811). Die vom 1. Konsul Bonaparte seit dem 9. Nov. 1799 bewirkte Herbeiführung des religiösen Friedens mit der Beendigung der gegen die Priester und gegen den katholischen Glauben gerichteten Maßnahmen, die Freilassung der deportierten und eingeschlossenen Priester, die Aufhebung der die Ausübung der Kulte auf die *décadis* beschränkenden Anordnungen, in deren Folge der Katholizismus in Paris zunehmend seine alte Stellung wieder einnahm, führten zu dem allgemeinen Ausgleich mit Papst Pius VII mit dem Abschluss des Konkordates – Beginn der Verhandlungen am 6. Nov. 1800 – im Juli 1801: Anerkennung der katholischen Religion als der großen Mehrheit der Franzosen entsprechend, die Besoldung der Geistlichen durch den Staat, die Ernennung der Bischöfe durch den 1. Konsul, damit die Aufhebung der Trennung von Staat und Kirche, mit der nunmehrigen Konkordatskirche (unten, S. 811-826).

³⁰²

Die Veräußerungen der geistlichen Güter begannen nach der am 2. Nov. 1789 festgelegten Beschlagnahmen der Kirchengüter für die Zwecke der Nation mit den dafür verwendeten *Assignaten* (oben, S. 658, 231).

Sommer 1796³⁰³ und der vom 1. Konsul Bonaparte im November 1799 angeordneten Rückgabe der noch nicht veräußerten Kirchen,³⁰⁴ 94 % der Kirchengüter veräußert worden.³⁰⁵

d) Die Ansichten der deutschen Jakobiner über Religion und Staat als Spiegelbild der revolutionären Veränderungen in Frankreich

Die deutschen Jakobiner,³⁰⁶ welche die Ideen von 1789 im Reich insbesondere verbreiteten nahmen für die religiösen und kirchlichen Verhältnisse im Reich die im revolutionären Frankreich stattgehabten Veränderungen als Vorbilder an. Mit ihren Forderungen nach Trennung von Staat und Kirche und Befreiung der Religion von dem Einfluss des Klerus wurde auch eine Auflösung oder Umwandlung der geistlichen Staaten in weltliche impliziert.

I. *Stephan*, Literarischer Jacobinismus in Deutschland:

„... Das Verhältnis zur Religion war bei den deutschen Jacobinern, ähnlich wie bei den französischen Jacobinern – erinnert sei hier nur an den Kult des höchsten Wesens – außerordentlich vielschichtig und widersprüchlich. Durchgängig vorhanden in der jakobinischen Publizistik und Flugschriftenliteratur waren zwar die häufig sehr polemisch und kämpferisch vorgetragene Forderung nach Trennung von Staat und Kirche, die Kritik am Klerus und der Kirche als Institution sowie die Forderung nach Religionsfreiheit, nach Reinigung des Christentums von allen überflüssigen und schädlichen klerikalen Beifügungen und nach Rückkehr zu den Grundsätzen der ‚Natürlichen Religion‘ ...“³⁰⁷

und die Reden zweier Mitglieder des Mainzer Jakobinerklubs:

Vereinigung der neufränkischen Verfassung mit dem Katholizismus, vorgetragen am 25. November 1792:³⁰⁸

„... Die Franken, die den Menschen in seine unveräußerlichen Rechte wieder einsetzten, befreieten ihn auch von dem lästigen Pfaffenjoche. Die Worte Christi: ‚Mein Reich ist nicht von dieser Welt‘ beherzigend, hoben sie alle Herrschaft der

³⁰³ Dies nach der Trennung von Staats und Kirche und dem im Frühjahr verstärkt einsetzenden Royalismus und während den Bemühungen des 1. Direktoriums zur Gelangung von einem religiösen Ausgleich mit Papst Pius VI., während welchen den Mitgliedern der römischen *église réfractaire*, den in früheren Gesetzen zur Deportation oder Einschließung verurteilten Priestern ihre Güter wieder zurückgewährt wurden (unten, S. 787-788, 791-792, 797).

³⁰⁴ Unten, S. 814.

³⁰⁵ Es waren zu Beginn des Konsulats noch ca. 6, 2 % vorhanden (unten, S. 823-824).

³⁰⁶ Mit den politischen und sozialen Verhältnissen im Reich nicht zufriedene Intelligenz des Bürgertums und von Adeligen (*I. Stephan*, Literarischer Jacobinismus in Deutschland, 2., 4., S. 37-38).

³⁰⁷ *I. Stephan*, Literarischer Jacobinismus in Deutschland, 5., 2., S. 69-70.

³⁰⁸ *Scheel*, Die Mainzer Republik I, Protokolle der Klubsitzungen, Actum, den 26. November 1792, [Montag], Fußn. f, S. 301-309.

Geistlichen auf; müde der Bedrückungen, die der Bürger unter dem Titel der Religion litt, entzogen sie den Pfaffen so viele Millionen; ...“³⁰⁹

*Der Staatsbürger kann und muß als Christ ein Patriot wie der Neufranke sein oder Übereinstimmung der neufränkischen Staatsverfassung mit der Christus-Religion, vorgetragen am 4. Februar 1793:*³¹⁰

„... Warum hielt man denn nach den Zeiten Jesu und der Apostel so viele Kirchenversammlungen und führte allerlei ein? Warum gab man denn wider die Willensmeinung Jesu, dessen Reich nicht von dieser, sondern von jener Welt war, den Dienern der Kirche, welchen er ausdrücklich befahl, keine Herrn, sondern Diener anderer Menschen zu sein, weltliche Macht, um sie zu Despoten zu machen? Warum blieb es denn nicht bei der ursprünglichen Lehre Jesu und der Apostel? ... Es ist wahr, es kann nicht geleugnet werden: die neufränkische Staatsverfassung hat Einfluß in die christliche Religion, aber nicht zu ihrem Schaden, sondern zu ihrem größten Vorteile. ... Was hindert es also den katholischen Christen, auch wie der Neufranke ein Patriot zu seyn? Wir sind als Menschen, als Christen und sogar als Katholiken zur Annahme des neufränkischen Staatssystems verbunden; denn es ist für den Staat und zugleich für die Religion die wohlthätigste Neuerung. ...“³¹¹

7. Der philosophische Deutsche Idealismus und die literarische Deutsche Klassik als geistesgeschichtliche Säkularisierung

a) Abkehr des Deutschen Idealismus von einem persönlichen Gott

Der sich aus der Kantischen kritischen Erkenntnislehre entwickelnde philosophische Deutsche Idealismus³¹² hatte an den Universitäten bis zur Jahrhundertwende den kantischen Kritizismus als herrschende Philosophie noch nicht abgelöst.³¹³ Die Fichtesche Tathandlung des sich selbst setzenden Ichs zur Maxime der Erkenntnis erhebend,³¹⁴ begründeten³¹⁵ seine

³⁰⁹ Scheel, Die Mainzer Republik I, Protokolle der Klubsitzungen, Actum, den 26. November 1792, [Montag], Fußn. f, S. 308, insg., S. 301-309.

³¹⁰ Scheel, Die Mainzer Republik I, Protokolle der Klubsitzungen, Protokoll der Sitzung vom [Montag] 4. Februar 1793, im 2. Jahr der Frankenrepublik, Fußn. k, S. 677-684.

³¹¹ Scheel, Die Mainzer Republik I, Protokolle der Klubsitzungen, Protokoll der Sitzung vom [Montag] 4. Februar 1793, im 2. Jahr der Frankenrepublik, Fußn. k, S. 681-682, insg., S. 677-684.

³¹² Dies unter Verneinung des Ding an sich.

³¹³ Helferich, Geschichte der Philosophie, Die Philosophie der neuen, ... Zeit, Die Abenteuer der Vernunft ..., ... Johann Gottlieb Fichte, S. 201 linke Sp.

³¹⁴ Der Anfang des Wissens kann nicht eine Tatsache sein, welche wiederum Voraussetzungen hätte, sondern eine Tathandlung, *Grundlage der gesamten Wissenschaftslehre*, 1794, I. Theil, §. 1. Erster, schlechthin unbedingter Grundsatz, 6) „... Das Ich *setzt sich selbst*, und umgekehrt: das Ich *ist*, und es *setzt* sein Seyn, vermöge seines blossen Seyns. ...“ (Fichte, Sämtliche Werke, I. Band, 3), S. 96), insg. (S. 91-101). Das Ich kann aber nur sein, wenn es sich von dem was es nicht ist, der Gegenstandswelt, dem Nicht-Ich unterscheidet, beide müssen miteinander bestehend gedacht werden können, der Gegensatz muß demnach im Ich selber angelegt sein,

Hauptvertreter Fichte – Gott identifiziert mit der moralischen Weltordnung³¹⁶ – , Schelling –
Natur und Geist in pantheistischer Vereinigung³¹⁷ – und der junge Hegel – Religion als

I. Theil, §. 2. Zweiter, seinem Gehalte nach bedingter Grundsatz, 9) „... Aber das dem Ich entgegengesetzte ist = *Nicht-Ich*, 10) „... so gewiss wird dem Ich schlechthin entgegengesetzt ein *Nicht-Ich*. ...“ (*ebd.*, S. 104), insg. (S. 101-105), das Ich wird durch das Nicht-Ich eingeschränkt, I. Theil, §. 3. Dritter, seiner Form nach bedingter Grundsatz, B., 9) „*Ich sowohl als Nicht-Ich wird theilbar gesetzt; ...*“ (*ebd.*, S. 109), insg. (S. 105-123): Thesis-Antithesis-Synthesis). Das Ich ist in seinem Wesen nach auf das Unendliche hinausgehende Tätigkeit, es kann demnach seiner Bestimmung nur nachkommen, wenn es auf Schranken, auf Widerstände stößt, im Wechsel von Tun und Leiden wird unabhängige Tätigkeit möglich, II. Theil (*ebd.*, S. 123-246), die Vernunft ist selbstschaffendes Tun, auch die theoretische Vernunft – in Abweichung von Kant - , welche überirdische Vernunft, in welcher die apriorischen Formen enthalten sind, eine Tat des denkenden Bewusstseins sind, III. Theil (*ebd.*, S. 246-328) und *Grundriss des Eigenthümlichen der Wissenschaftslehre, in Rücksicht auf das theoretische Vermögen*, 1795 (*ebd.*, S. 329-411).

³¹⁵

Auch nach der von Kant in seiner Kritik der reinen Vernunft – Nachweis, dass die Existenz Gottes nicht der reinen Vernunft zugänglich ist – gebrachten Entleerung des Himmels (oben, S. 619-621).

³¹⁶

Ueber den Grund unseres Glaubens an eine göttliche Weltregierung, 1798 (Atheismusstreit) „... Jene lebendige und wirkende moralische Ordnung ist selbst Gott; wir bedürfen keines anderen Gottes, und können keinen anderen fassen. ...“, „...“, dass der Begriff von Gott, als einer besondern Substanz, unmöglich und widersprechend ist: und es ist erlaubt, dies aufrichtig zu sagen, und das Schulgeschwätz niederzuschlagen, damit die wahre Religion des freudigen Rechthuns sich erhebe. ...“ (*Fichte*, Sämtliche Werke, V. Band, 3), S. 177-189 (186, 188)),

Über Gott und Unsterblichkeit, 1795, Kollegnachschrift, A., 14) „... Die Moralität ist vielmehr das *P r i n z i p d e s G l a u b e n s*, dieser kommt erst aus jener, Eine Tugend um Gotteswillen gibt es gar nicht, wohl aber eine Ergebung in den Willen Gottes um der Tugend willen; ...“ (*Fichte*, Über Gott und Unsterblichkeit, S. 25),

Die Anweisung zum seligen Leben, oder auch die Religionslehre, 1806, 5. Vorlesung „... die, aus dem leeren Schattenbegriffe von Gott unbeantwortete Frage: *was ist Gott*, wird hier so beantwortet: er *ist* dasjenige, was der ihm Ergebene und von ihm Begeisterte *thut*. ...“ (*Fichte*, Sämtliche Werke, V. Band, 8), S. 461-475 (472)),

Versuch einer Kritik aller Offenbarung, 1792: Anerkennung einer Offenbarung um einer Bestimmung des Begehrensvermögens willen (*Fichte*, Sämtliche Werke, V. Band, 2), S. 9-174 „... Diese Annahme einer Offenbarung ist nun, da sie auf eine Bestimmung des Begehrensvermögens rechtmässig sich gründet, ein *Glaube*, den wir zum Unterschiede vom *reinen Vernunftglauben* an Gott und Unsterblichkeit, der sich auf etwas *materielles* bezieht, den *formalen, empirisch bedingten Glauben* nennen wollen. ...“ (§. 14., S. 153).

³¹⁷

Schelling, den Fortschritt der Naturwissenschaften in sich aufnehmend und sich gegen die auch von Fichte vertretene philosophische Alternative: Dogmatismus – Dinge an sich – und Idealismus – Bewusstseinsinhalte – wendend, das Wissen hat immer mit Objekt und Subjekt zu tun.

Natur=Philosophie bis 1800, das Objektive wird zum Subjektiven:

Abhandlungen zur Erläuterung des Idealismus der Wissenschaftslehre, 1797/97; *Ideen zu einer Philosophie der Natur*, 1797; *Erstes Entwurf eines Systems der Naturphilosophie*, 1799 (*Schelling*, Werke, I. Hauptband, S. 267-376, 653-723, II. Hauptband, S. 1-326) „... Ein absolutes Wissen ist nur ein solches, worin das Subjektive und Objektive nicht als entgegengesetzt vereinigt, sondern worin das ganze Subjektive das ganze Objektive und umgekehrt ist. ...“ (I. Hb, S. 711), „... Die Natur als bloßes Produkt (*natura naturata*) nennen wir Natur als Objekt (auf diese allein geht alle Empirie). Die Natur als Produktivität (*natura naturans*) nennen wir Natur als Subjekt (auf diese allein geht alle Theorie). ...“ (II. Hb, S. 284), „...“, da die Natur nur der sichtbare Organismus unseres Verstandes ist. ... (II. Hb, S. 272), „... Das empirisch=Unendliche ist nur die äußere Anschauung einer absoluten (intellektuellen) Unendlichkeit, ...“ (II. Hb, S. 14), „... die organische Natur muß zu ihrem Bestand und Fortdauer selbst wieder eine höhere Ordnung der Dinge voraussetzen, es muß [gleichsam eine gemeinschaftliche Naturseele geben, durch welche die organische und unorganische Natur in Bewegung gesetzt ist, ...“ (II. Hb, S. 144), „... Und wenn die Natur nur der sichtbare Geist ist, so muß in ihr ... der Geist überhaupt sichtbar werden, sobald die Identität der Materie aufgehoben ist, durch welche er in sich selbst zurückgedrängt wird. ...“ (II. Hb, S. 182), „... Aber der Geist soll nicht die belebte Materie, sondern er soll in der belebten Materie sich selbst anschauen. ...“ (I. Hb, S. 313), „... Der Geist will. Wollen aber findet nur im Gegensatz gegen das Wirkliche statt. Nur weil der Geist im Wirklichen sich befangen fühlt, verlangt er nach dem Idealischen. Das Wirkliche also ist so nothwendig und so ewig als das Idealistische, und der Geist ist durch sein eignes Wollen an die Objekte gefesselt. ...“ (I. Hb, S. 320),

VolksReligion und das Wesen des Göttlichen in der Einheit von Sittlichem und Natürlichem in der Liebe³¹⁸ – den Zweifel an einen persönlichen Gott. Ihre idealistische Vernunftphilosophie

Transscendental=Philosophie 1800-1802, das Subjektive wird zum Objektiven: *System des transzendentalen Idealismus*, 1800 (*ebd.*, II. Halbband, S. 327-634): aus der Intelligenz entwickelte sich die Natur – theoretische Philosophie - (S. 388-531), aus der Intelligenz werden auch mit Bewusstsein freie Handlungen hervorgebracht – praktische Philosophie - (S. 532-606), Deduktion der Philosophie der Kunst als Synthese der theoretischen und praktischen Philosophie, Bewusstloses und Bewusstes fallen in sich zusammen – Akt des Genies – (S. 612-624).

³¹⁸ Tübinger Zeit 1788-1793: Volksreligion, Religion ist nicht auf die moralische Ausbildung des einzelnen zu beziehen, sondern auf den Geist eines Volkes, das Volksganze zu bilden: *Religion ist eine der wichtigsten Angelegenheiten* (Hegel, Gesammelte Werke, I. Band, Studien, 1792/93-1794, Text 16, S. 83-114), 1. Kanon „Ihre Lehren müssen auf der allgemeinen Vernunft gegründet seyn.“ (S. 103 Z 18), insg. (S. 103-106), 2. Kanon „Phantasie, Herz und Sinnlichkeit müssen dabei nicht leer ausgehen“ (S. 103 Z 19), „... Solche wesentliche Gebräuche der Religion müssen eigentlich mit dieser [„Herstellung des moralischen Gleichgewichts“] nicht näher zusammenhängen, als mit dem Geiste des Volks, und aus diesem eigentlich hervorgesproßt seyn – sonst [ist] ihre Ausübung, ohne Leben, kalt, kraftlos, die Empfindungen, die [man] dabei hat erkünstelt, heraufgepompt – oder es sind Gebräuche, die der VolksReligion nicht wesentlich sind – aber es für die PrivatReligion seyn können – so das Nachtmahl nach der Gestalt die es jetzt unter den Christen hat, ungeachtet eigentlich seine Bestimmung ein Mahl zum Genuß in Gesellschaft war. ...“ (S. 109 Z 13-20 mit Z 11-12), insg. (S. 107-109), 3. Kanon „sie muß so beschaffen seyn, daß alle Bedürfnisse des Lebens – die öffentlichen StaatsHandlungen daran anschliessen“ (S. 103 Z 20), insg. (S. 109-113).

Berner Zeit Okt. 1793-Herbst 1796: Christentum als die moralfremde Staatsreligion: *Die Positivität der christlichen Religion, Hauptstück* (Hegel, Theologische Jugendschriften, III., S. 152-213), Übergang des Christentums aus einer Privatgesellschaft in den Staat, wurde das Christentum in der Kirche zu einem äußerlichen Zwangsrecht, damit verlor es die moralische Freiheit des einzelnen „... In dem moralischen System der Kirche ist ein Hauptzug, daß es auf die Religion und auf unsere Abhängigkeit von der Gottheit gebaut ist; das Fundament, worauf es erbaut ist, ist nicht die Tatsache unseres Geistes, ein Satz, der aus unsrem Bewußtsein entwickelt werden könnte, sondern etwas Gelerntes, und die Moral also nicht eine selbständige, in ihren Grundsätzen unabhängige Wissenschaft; das Wesen der Moralität also nicht auf Freiheit gegründet, nicht Autonomie des Willens. ...“ (S. 205), Entstehung der Gottheit als ein fremdes Wesen aus egozentrischer Sinnlichkeit: *Die Positivität der christlichen Religion, Zusatz 3* (S. 233-239) „... Der erste Grund unsrer Verpflichtung ist der eigentliche gewichtige, besonders da man sich damit an den sinnlichen Menschen wendet, in dem eine moralische Gesinnung erst hervorgebracht werden soll: daß aus diesem Verhältnis gegen Gott diesem Wesen ein Art von Zwangsrecht zukommt – dessen Ausübung er nie entfliehen kann, - einem Herrn auf Erden kann der Sklave hoffen sich zu entziehen, ...; aber nicht so Gott ... Wer diese Uebermacht eines Wesens nicht nur über die Triebe seines Lebens, – denn eine solche muß jeder anerkennen, es sei nur unter dem Namen von Natur, Fatum, oder Vorsehung – aber auch eine solche Uebermacht über seinen Geist, über den ganzen Umfang seines Seins anerkennt, der kann sich dem positiven Glauben nicht entziehen – Die Fähigkeit zu einem solchen setzt notwendig Verlust der Freiheit der Vernunft, der Selbständigkeit derselben voraus, die einer fremden Macht nichts entgegenzusetzen vermag. ...“ (S. 234).

Frankfurter Zeit Anfang 1797-Ende 1800: Religion ist die Synthesis aller theoretischen und praktischen Synthesen: *Systemfragment von 1800* „... Diese Erhebung des Menschen, ... vom endlichen Leben zum unendlichen Leben – ist Religion. Das unendliche Leben kann man einen Geist nennen, ... Der Geist ist belebendes Gesetz in Vereinigung mit dem Mannigfaltigen, das alsdann ein belebtes ist. Wenn der Mensch ... das unendliche Leben als Geist des Ganzen, zugleich außer sich, weil er selbst ein Beschränktes ist, setzt, sich selbst zugleich außer sich, dem Beschränkten, setzt, und sich zum Lebendigen emporhebt, aufs innigste sich mit ihm vereinigt, so betet er Gott an. ...“ (Hegel, Theologische Jugendschriften, V., S. 343-351 (S. 347)), *Religion, eine Religion zu stiften* „... Wo Subjekt und Objekt – oder Freiheit und Natur so vereinigt gedacht wird, daß Natur Freiheit ist, daß Subjekt und Objekt nicht zu trennen sind, da ist Göttliches – ein solches Ideal ist das Objekt jeder Religion. Eine Gottheit ist Subjekt und Objekt zugleich, man ‚kann‘ nicht von ihr sagen, daß sie Subjekt sei im Gegensatz gegen Objekte oder daß sie Objekte habe ...“ (*ebd.*, Anhang, A. Entwürfe, 8., S. 376-377 (S. 376)), diese Vereinigung kann nur durch die Liebe erfolgen „... diese Liebe von der Einbildungskraft zum Wesen gemacht, ist die Gottheit; ... (S. 376), *Liebe und Religion* „... Die Religion ist eins mit der Liebe. ...“ (*ebd.*, Anhang, A. Entwürfe, 9., S. 377-378 (377)), 10., S. 378-382), Glaube ist die menschliche Vorstellung von Liebe und Gott: *Glauben und Sein* „Glauben¹⁾ ist die Art, wie das Vereinigte, wodurch eine Antinomie vereinigt ist, in unserer Vorstellung vorhanden ist. ...“ (*ebd.*, Anhang, A. Entwürfe, 11., S. 382-385 (382)).

sophie, wonach die Menschheit sich aus eigener Kraft erheben soll,³¹⁹ sah das Sittlich-Göttliche unter Abwendung vom kantischen Rationalismus und Kategorischen Imperativ nicht mehr allein im Sittlichen sondern in jeder Form von Genialität, im Schöpferischen. Die biblischen Botschaften von der Sünde vergebenden Gnade und der Freiheit des gläubigen Christenmenschen wurden abgelöst durch die Freiheit der Vernunft und der in ihr zu suchenden Wahrheit.³²⁰ Die neutestamentliche Dreieinigkeit Gott, Mensch und Natur³²¹ wurde ersetzt durch den Gegensatz von Sinnlichkeit und Übersinnlichkeit. Anstelle des der Aufklärung eigenen eudämonistischen Individualismus trat als das anzustrebende Ziel die Gesamtmenschheit.

Groos, Der deutsche Idealismus und das Christentum:

„... Nur e i n e Anschauung des deutschen Idealismus stellte sich als nicht wahr heraus: daß er Christentum sei oder auch nur eine Verbindung mit ihm darstelle. Wo der deutsche Idealismus sich christlich gibt, wird er flach und seine Gedankenführung schief. ... Und mit dem Christentum ist es nicht anders. Wo dieses

³¹⁹

Fichte: Die Menschheit soll aus eigener Kraft ihre Unmündigkeit, ihr unvernünftiges Getriebenwerden überwinden. Ihre sittlicher Zweck liegt darin, alle ihre Verhältnisse mit Freiheit und Vernunft einzurichten, die gegenwärtige unvollkommene Lage der Menschheit Unterdrückung durch andere Menschen oder durch Naturgewalten, kann nur ein Durchgangsstadium der Geschichte sein. Die Forderung nach einer sittlich humanen, nach einer besseren Welt ist absolut verpflichtend. „... Ich kann mir die gegenwärtiger Lage der Menschheit schlechterdings nicht denken als diejenige, bei der es nun bleiben könne, schlechthin nicht denken als ihre ganze und letzte Bestimmung. ...“ *Die Bestimmung des Menschen (Fichte, Sämtliche Werke, II. Band, 2), S. 165-319 (Zitat 3. Buch, II., S. 265))*.

Fichtes individuelle und soziale Pflichtenlehre, Umformung des kategorischen Imperativs in „...den Grundsatz der Sittenlehre in folgender Formel ausdrücken: Handle so, daß du die Maxime deines Willens als ewiges Gesetz fuer dich denken koennest. ...“ (*ders.*, Einige Vorlesungen ueber die Bestimmung des Gelehrten, 1. Vorlesung. Ueber die Bestimmung des Menschen an sich, S. 12), „... Nicht blosses Wissen, sondern nach deinem Wissen *Thun* ist deine Bestimmung: ...“, „... Aus dem Gewissen allein stammt die Wahrheit: ...“ *Die Bestimmung des Menschen (ders.*, Sämtliche Werke ebd., 3. Buch, S. 249, 255).

„... die wahre Bestimmung des Gelehrtenstandes: es ist die oberste Aufsicht ueber den wirklichen Fortgang des Menschengeschlechts im allgemeinen, und die stete Beforderung dieses Fortgangs. ...“ (*ders.*, Einige Vorlesungen ueber die Bestimmung des Gelehrten, 4. Vorlesung. Ueber die Bestimmung des Gelehrten, S. 83), „... verwandelt sich der ... Satz: der Mensch ist, weil er ist - in folgenden. Der Mensch soll seyn, was er ist, schlechthin darum, weil er ist, d. h. alles was er ist, soll auf sein reines Jch, auf seine bloße Jchheit bezogen werden; alles, was er ist, soll er schlechthin darum seyn, weil er ein Jch ist; und was er nicht seyn kann, weil er ein Jch ist, soll er ueberhaupt gar nicht seyn. ...“ (*ders.*, Einige Vorlesungen ueber die Bestimmung des Gelehrten, 1. Vorlesung. Ueber die Bestimmung des Menschen an sich, S. 10).

³²⁰

Der Deutsche Idealismus wurzelte wie der Humanismus im Griechentum, wogegen das Christentum im Judentum wurzelt. Griechentum und Judentum waren von Beginn an verschieden.

³²¹

Die Natur hat göttlichen Ursprung und ist gottgewollt, sie ist aber nicht göttlich. Die alttestamentarische Weisung: und füllt die Erde und macht sie euch untertan – die Natur ist für den Menschen da – kam in der Aufklärung, dies insbesondere mit den beginnenden Naturwissenschaften allgemein zur Ansicht.

Idealismus sein will oder eine Synthese mit ihr erstrebt, hat es seine beste und längste Zeit gehabt. ...³²²

b) Abwendung der Deutschen Klassik von der christlichen Religion

Schiller, dessen Denken vom Widerstreit von sinnlicher und sittlicher Natur bestimmt war,³²³ gelangte über seine Kantstudien zum Deutschen Idealismus und war, von den Erscheinungen abstrahierend, keiner der positiven Religionen zugetan.³²⁴ Dem Christentum seinen persönlichen Gott,³²⁵ seine Sittenlehre der Jenseitsgerechtigkeit bestreitend,³²⁶ brach er mit

³²² Grundlagen und Schlüsse, III., S. 488.

³²³ Schillers antagonistisches Denken sah und brachte den Menschen immer zwischen die zwei Pole von Sinnlichkeit und der Sittlichkeit und erfasste die menschliche Natur dialektisch. Bereits seine an der Hohen Karls-Schule angenommene medizinische Dissertation *Ueber den Zusammenhang der thierischen Natur des Menschen mit seiner geistigen* behandelt das Thema (*Schiller*, Werke, XX. Band, I., S. 39-75). Danach insbesondere *Über den moralischen Nutzen ästhetischer Sitten 1796* (*ebd.*, XXI. Band, 2. Teil, V., Ueber ..., S. 28-37) und *Das Ideal und das Leben* „Zwischen Sinnenglück und Seelenfrieden Bleibt dem Menschen die bange Wahl.“ (*ebd.*, II. Band, 1. Teil, Gedichte, 4. Buch, S. 396-400 (396 V 7-8)).

³²⁴ *Mein Glaube* „Welche Religion ich bekenne? Keine von allen,/Die du mir nennst! ,Und warum keine? Aus Religion!“ (*Schiller*, Werke, I. Band, Musenalmanach für das Jahr 1797, Tabulae Votivae, S. 296),

Braut von Messina, Vorrede Ueber den Gebrauch des Chors in der Tragödie „... Eine andere Freiheit, die ich mir erlaubt, möchte schwerer zu rechtfertigen seyn. Ich habe die christliche Religion und die griechische Götterlehre vermischt angewendet, ja selbst an den maurischen Aberglauben erinnert. .. halte ich es für ein Recht der Poesie, die verschiedenen Religionen als ein kollektives Ganze für die Einbildungskraft zu behandeln, in welchem alles, was einen eignen Charakter trägt, eine eigne Empfindungsweise ausdrückt, seine Stelle findet. Unter der Hülle aller Religionen liegt die Religion selbst, die Idee eines Göttlichen und es muß dem Dichter erlaubt seyn, dieses auszusprechen, in welcher Form er jedesmal am bequemsten und am treffendsten findet.“ (*ebd.*, X. Band, Die Braut ..., S. 15 Z 15-27). An Körner schrieb er hierzu am 10. März 1803 „... Die Vermischung dieser drey Mythologien, die sonst den Character aufheben würde, wird hier also selbst zum Charakter. ...“ (*ebd.*, XXXII. Band, 26., S. 19-20 (20 Z 12-14)).

³²⁵ *Die Worte des Wahns* „Und den himmlischen Glauben bewahre! /.../Es ist nicht draußen, da sucht es der Thor,/Es ist in dir, du bringst es ewig hervor.“ (*Schiller*, Werke, II. Band, 1. Teil, Gedichte, 4. Buch, S. 371 V 26-30).

³²⁶ *Resignation*, Schiller setzt der christlichen Tugendlehre, einer Vergeltung der irdischen Taten im Jenseits seine eigene, die Tugend ohne Rücksicht auf Vergeltung ganz aus eigen erkannter innerer Notwendigkeit gegenüber (*Schiller*, Werke, I. Band, Thalia 1786, S. 166-169), er schrieb hierzu „... Um des Lohnes willen, der ihm in der Ewigkeit versprochen wurde, hat er auf den Genuß in dieser Welt resigniert. Zu seinem Schrecken findet er, daß er in seiner Rechnung betrogen hat, und daß man ihm einen falschen Wechsel an die Ewigkeit gegeben. ... Unsere moralische Pflichten binden uns nicht kontraktmäßig, sondern unbedingt. Tugenden, die bloß gegen Assignation an künftige Güter ausgeübt werden, taugen nichts. ... Das Gedicht ist also nicht gegen die wahre Tugend, sondern nur gegen die Religionstugend gerichtet, welche mit dem Weltschöpfer einen Akkord schließt und gute Handlungen auf Interessen ausleiht, ...“ (*ebd.*, XXII. Band, III., A., Zu Rapps Kritik der „Resignation“, S. 178 Z 12-26),

Braut von Messina, Mutter Isabelle ist der Ansicht, dass Don Cesar seinen Brudermord auf christliche Weise durch Buße und Gebet abbüßen kann „Reich ist die Christenheit an Gnadenbildern, Zu denen wallend ein gequältes Herz Kann Ruhe finden. ...“ (*ebd.*, X. Band, Die Braut ..., S. 120 V 2709-2711). Diesem tritt Don Cesar, welcher sich nicht mittels gebräuchlichen christlichen Praxen von den Folgen seiner Tat lösen will entgegen „Wohl läßt der Pfeil sich aus dem Herzen ziehn, Doch nie wird der verletzte mehr gesunden. Lebe wers kann, ein Leben der Zerknirschung, Mit strengen Bußkasteiungen allmählig Abschöpfend eine ewge Schuld – J c h kann

der Kirche.³²⁷ Es habe „... das Christentum wenig mehr bei ihm zu verlieren ...“³²⁸ Die Gott-

Nicht leben Mutter mit gebrochnem Herzen. Aufblicken muß ich freudig zu den Frohen, Und in den Aether greifen über mir Mit freiem Geist ...“ (*ebd.*, S. 121 V 2719-2727),

zur jüdischen Vorstellung vom Jüngsten Gericht des Gottes Jahwe *Ueber die ästhetische Erziehung des Menschen in einer Reihe von Briefen* „... Das göttliche Monstrum des Morgenländers, das mit der blinden Stärke des Raubthiers die Welt verwaltet, ...“ (25. Brief, *ebd.*, XX. Band, 1. Teil, S. 395 Z 27-28),

der Freitod: *Karl Moor, Marquis de Posa, Don Cesar, Max Piccolomini* als die letzte und auch größte Entscheidung der menschlichen Freiheit, in der sich jeder selbst richtet, in der Gott nicht gesucht wird und auch nicht Gott verantwortlich ist.

³²⁷ *Brief an Körner am 12. Aug. 1787* nach einer Predigt von Herder in Weimar „... ich muß Dir aufrichtig gestehen, daß mir überhaupt keine Predigt gefällt. ... Entweder er gibt dem Menschen von Sinn alltagswahrheiten oder Mystik zu hören, weil er dem blödsinnigen opfern muß – oder muß diesen scandalisieren und verwirren, um den ersten zu unterhalten. Eine Predigt ist für den gemeinen Mann – der Mann von Geist, der ihr das Wort spricht, ist ein beschränkter Kopf, ein Phantast, ein Heuchler. ...“ (*Schiller, Werke*, XXIV. Band, 92., S. 128-132 (128 Z 25-129 Z 2)),

insbesondere seit dem *Don Carlos* mit seiner Anklage gegen die die Geistesfreiheit unterdrückende Kirche und ihrer Inquisition. Marquis de Posa im Gespräch mit König Philipp II. von Spanien setzt dem persönlichen Gott und dem Dogmenzwang der Christen seine eigene Auffassung entgegen „Sehen Sie Sich um In seiner herrlichen Natur! Auf Freyheit Ist sie gegründet - und wie reich ist sie Durch Freyheit! Er, der große Schöpfer, ... I h r e Schöpfung, Wie eng und arm! Das rauschen eines Blattes Erschreckt den Herrn der Christenheit ... Er - der Freyheit Entzückende Erscheinung nicht zu stören - ... ihn, Den Künstler, wird man nicht gewahr, bescheiden Verhüllt er sich in ewige Gesetze; Die sieht der Freygeist, ... Wozu Ein Gott sagt er: Die Welt ist sich genug.“ (*ebd.*, VII. Band, 1. Teil, S. 516 V 3217-3233),

Ueber naive und sentimentale Dichtung „... Kirche ..., daß das künstlichste alle Gebäude, schlechterdings nur durch eine fortgesetzte Verläugnung der Wahrheit erhalten werden könnte.....“ (*ebd.*, XX. Band, 1. Teil, IV., Ueber ..., S. 423 Z 33-38),

Brief an Goethe am 17. März 1802 über Bernhard v. Clairvaux „...; es möchte schwer seyn, in der Geschichte einen zweiten so weltklugen geistlichen Schuft aufzutreiben, ... Er war das Orakel seiner Zeit ... Pápste waren seine Schüler und Könige seine Creaturen. Er haßte und unterdrückte nach Vermögen alles Strebende, und beförderte die dickste Mönchsdummheit, auch war er selbst nur ein Mönchskopf und besaß nichts als die Klugheit und Heucheley. ...“ (*ebd.*, XXXI. Band, 136., S. 116-117 (117 Z 18-27)).

³²⁸ *Brief an Niethammer am 28. Nov. 1791* „...; das würde nicht sehr geschickt seyn, mich mit dem lieben Christentum auszusöhnen, das, unter uns gesagt, so wenig mehr bey mir zu verlieren hat. ...“ (*Schiller, Werke*, XXVI. Band, 94., S. 115 (Z 18-20)),

Rousseau „Sokrates ging unter durch Sofisten,/Rousseau leidet – Rousseau fällt durch Christen,/Rousseau – der aus Christen Menschen wirbt.“ (*Schiller, Werke*, I. Band, Anthologie auf das Jahr 1782, S. 61-63 (62 V 40-42)),

Geisterseher, 2. Buch, zum Prinzen „... Alle seine Vorstellungen von Religion hatten etwas Fürchterliches an sich, ... Sein Gott war ein Schreckbild, ein strafendes Wesen; seine Gottesverehrung knechtisches Zittern oder blinde, alle Kraft und Kühnheit erstickende Ergebung. ...“; 4. Brief Baron von F*** an den Grafen von O** „...Nehmen wir hinweg, was der Mensch aus seiner eigenen Brust genommen und seiner eingebildeten Gottheit als Zweck, der Natur als Gesetz unterschoben hat ...“ (*Schiller, Werke*, XVI. Band, 1. Teil, S. 45-184 (S. 103 Z 22-28, S. 121-125 (124 Z 15-18)),

Jungfrau von Orléans, keine Verherrlichung christlichen Glaubens und auch keine christliche Mystik, vielmehr kommt in der Johanna von Orléans der Nationalgedanke, der Vaterlandsgedanke zum Ausdruck,

Braut von Messina, Chor, seine Hauptsubstanz ist der heidnische Glaube an die Nemesis, an die Erynnyen, welcher besser ist als das faule Christentum der Herrscher (*Schiller, Werke*, X. Band, Die Braut ..., S. 25-30 und *Palleske*, Schiller, II. Band, 10. Buch, IV., S. 543-544),

An die Frommen „Fort fort mit eurer Thorheit! Laßt mit lieber/Das, was ihr Weisheit nennt, mit fadem Spott!/Herzlos ist eure Andacht kaltes Fieber,/Kopflös ist nur ein Popanz euer Gott.“ (*Schiller, Werke*, II. Band, Teil 1, Aus dem Nachlass in den Jahren 1769-1796 ..., S. 70),

heit verblasste zu einem Ideal oder zu einer Idee,³²⁹ womit Monotheismus und Poytheismus relativiert wurden.³³⁰ Der Mensch besitzt in sich die Anlage der Möglichkeit zur Gottgleichheit, und das Ziel des menschlichen Daseins ist dieses und nicht Gott. Der Weg führt durch die Schönheit,³³¹ welche das Erhabene und die Würde erfasst. Die Kunst ist das Erziehungsmittel der Menschheit.³³² Die schöne Seele³³³ unterwirft sich nicht mehr einem göttlichen Sit-

Brief an Zelter am 16. Juli 1804 „... Dass es hohe Zeit ist, etwas für die Kunst zu thun, fühlen wenige, aber dass es mit der Religion so nicht bleiben kann, wie es ist, lässt sich allen begreiflich machen. Und da man sich schämt, selbst Religion zu haben, und für aufgeklärt passiren will, so muss man sehr froh seyn, der Religion von der Kunst aus zu Hülfe zu kommen. ...“ (*Schiller, Werke, XXXII. Band, 176., S. 153-155 (154 Z 6-11)*).

³²⁹ *Drei Worte des Glaubens* „Und ein Gott ist, ein heiliger Wille lebt,/Wie auch der menschliche wanke;/Hoch über der Zeit und dem Raume webt/Lebendig der höchste Gedanke,/Und ob alles in ewigem Wechsel kreis't,/Es beharret im Wechsel ein ruhiger Geist.“ (*Schiller, Werke, II. Band, 1. Teil, Gedichte, 4. Buch, S. 370 (V 19-24)*).

³³⁰ *Die Götter Griechenlandes*, Gegensätze zwischen Griechen- und Christentum die heitere, lebens- geist- und schönheitsbeseelte Gehalt der griechischen Götterwelt wird einem barbarischen christlichen Gottesbegriff gegenübergestellt, die griechische Götterwelt regte den Menschen an, es ihnen nachzutun, sie erweckte Ehrfurcht, die den Menschen in sich selber erhebt, wogegen der christliche Gott Furcht verbreitet, die den Menschen unterdrückt, das Göttliche liegt in einer Vielzahl von Göttern (*Schiller, Werke, I. Band, Weimar, ..., 1787-1788, S. 190-195*). Am 25. Dez. 1788 schrieb Schiller an Körner „... Der Gott den ich den Göttern Griechenlands in Schatten stelle ist nicht der Gott der Philosophen, oder auch nur das wohlthätige Traumbild des großen Haufens, sondern er ist eine aus vielen gebrechlichen schiefen Vorstellungsarten zusammen gefloßene Mißgeburt ...“ (*ebd., XXV. Band, 127., S. 166-169 (167 Z 22-26)*).

³³¹ *Die vier Weltalter* „Doch die Schönheit war immer der Gott der Welt.“ (*Schiller, Werke, II. Band, 1. Teil, Gedichte, 1. Buch, S. 193-195 (194 Z 42)*).

³³² *Philosophie der Psychologie* „... Gottgleichheit ist die Bestimmung des Menschen. ...“ (*Schiller, Werke, XX. Band, 1. Teil, I., S. 10 Z 26-27 (I., §. 1.)*),

Ueber die ästhetische Erziehung des Menschen in einer Reihe von Briefen, der sinnlich Stofftrieb – Welterfassung durch das Medium der Sinne – und der vernunftmäßige Formtrieb – Erfassung der Welt unter einem vereinheitlichenden Gesetz, deren gegenseitige Tendenzen durch den auf die Schönheit ausgerichteten Spieltrieb aufgehoben werden und zur Totalität des Menschen führt „... der Mensch spielt nur, wo er in voller Bedeutung des Worts Mensch ist, und er ist nur da ganz Mensch, wo er spielt. ...“, jedoch „... der Mensch soll mit der Schönheit nur spielen, und er soll nur mit der Schönheit spielen. ...“, „... nur diese führt zur Freiheit als seinem höchsten Wert, „... muß die ästhetische Bestimmungsfreyheit, „... als eine erfüllte Unendlichkeit betrachtet werden; ...“, „...; die ästhetische allein führt zum Unbegrenzten. ...; nur der ästhetische ist ein Ganzes in sich selbst, da er alle Bedingungen seines Ursprungs und seiner Fortdauer in sich vereinigt. Hier allein fühlen wir uns wie aus der Zeit gerissen; ...“, „... das Reich des schönen Scheins ... erstreckt sich aufwärts, bis wo die Vernunft mit unbedingter Nothwendigkeit herrscht, und alle Materie aufhört; ...“ (*ebd., XX. Band, 1. Teil, IV., Ueber die ...*, S. 309-412 (Zitate 15. Brief, S. 359, Z 7-9, 4-6, 21. Brief, S. 377 Z 15-17, 22. Brief, S. 379 Z 23-29, 27. Brief, S. 411 Z 27-30)),

Über das Erhabene „...; der Mensch ist das Wesen, welches will. ...“, „... Der Wille ist der Geschlechtscharakter des Menschen, und die Vernunft selbst ist nur die ewige Regel desselben. ...“ Es besteht ein unglücklichen Widerspruch zwischen dem Trieb und dem Vermögen, welche durch seine freiwillige Unterwerfung als moralischer Mensch ausgeglichen wird. Der Mensch hat aber keine Sicherheit dieses Kompromisses, das Verhängnis kann kommen „...“, wo das Schicksal alle Aussenwerke ersteigt, auf die er seine Sicherheit gründete, und ihm nichts weiter übrig bleibt, als sich in die heilige Freyheit der Geister zu flüchten – wo es kein andres Mittel gibt, den Lebenstrieb zu beruhigen, als es zu wollen – und kein andres Mittel, der Macht der Natur zu widerstehen, als ihr zuvorzukommen und durch eine freye Aufhebung alles sinnlichen Interesses, ehe noch eine physische Macht es thut, sich moralisch zu entleiben. ...“ Nunmehr tritt der Mensch aus der Welt der Erscheinungen in die Welt der Ideen, aus der Welt des bedingten in die Welt des Unbedingten und er wird erhaben. Jedoch „...“, so muß das Erhabene zu dem Schönen hinzukommen, um die ästhetische Erziehung zu einem vollständigen Ganzen zu machen, und die Empfindungsfähigkeit des menschlichen Herzens nach dem ganzen Umfang unsrer Bestimmung, und also auch über die Sinnenwelt hinaus, zu erweitern. ...“ (*ebd., XXI. Band, 2. Teil, V., Ueber ...*, S. 38-54, Zitate S. 38 Z 8-9, 4-6, S. 51 Z 5-12, S. 52 Z 32-37),

tengesetz, sondern trägt dieses in sich selbst.³³⁴ Der Verlust der christlichen unmittelbaren Gott-Mensch Beziehung ist gegeben, und der Dienst an der Gottesidee ist das ästhetisch-künstlerische Tun.³³⁵ Religion ist Bekenntnis und Ausdruck eines gläubigen Verhältnisses zu den ewigen Ideen des Heiligen, des Guten und des Schönen.³³⁶ Gott ist in der Idee des Menschen säkularisiert.

Für Goethe, der in Jugendjahren den Herrnhuter Pietismus mit seiner religiösen Unmittelbarkeit kennenlernte,³³⁷ wurde mit der Natur- und Liebeslyrik³³⁸ das fromme Sichverbunden-

Naive und sentimentale Dichtung „... wenn der Wille das Gesetz der Nothwendigkeit frey befolgt und bey allem Wechsel der Phantasie die Vernunft ihre Regel behauptet, geht das Göttliche oder das Ideal hervor. Wir erblicken i n i h n e n also ewig das, was uns abgeht, aber wornach wir aufgefordert sind zu ringen, ...“ (*ibd.*, IV., Naive ..., S. 415 Z 8-12),

die Künstler sind die Verkünder der göttlichen Idee, *Die Künstler* „Der Menschheit Würde ist in eure Hand gegeben,/bewahret sie!/Sie sinkt mit euch! Mit euch wird die Gesunkene sich heben!/Der Dichtung heilige Magie/dient einem weisen Weltenplane,/still lenke sie zum Ozeane/der großen Harmonie!“ (*ibd.*, I. Band, Weimar, ... 1787-1788, S. 201-214 (213 V 443-449)).

Ein jenseitiger Gott, der den Menschen durch die Kraft des Glaubens oder durch die Gnade zu sich zieht, wird verneint. Es gibt aber den menschlichen Willen, durch den sich der Mensch der physischen Welt und dem ihm drohenden Verhängnis entziehen kann, Gott als das ästhetische Wesen schlechthin, in dem Sein und Tun, Mögliches und Wirklichkeit zusammenfallen. Die christliche Dreiheit von Gott, Mensch, Natur wird abgelöst durch Bipolarität von Gott und Mensch in einer Einheit gegen die Natur.

³³³ *Ueber Anmuth und Würde* „... Eine schöne Seele nennt man es, wenn sich das sittliche Gefühl aller Empfindungen des Menschen endlich bis zu dem Grad versichert hat, daß es dem Affekt die Leitung des Willens ohne Scheu überlassen darf, und nie Gefahr läuft, mit den Entscheidungen desselben im Widerspruch zu stehen. Daher sind bey einer schönen Seele die einzelnen Handlungen eigentlich nicht sittlich, sondern der ganze Charakter ist es. ...“ (*Schiller*, Werke, XX. Band, 1. Teil, IV., Ueber Anmuth ..., S. 287 Z 12-18).

³³⁴ Vortrag bei der churfürstlichen deutschen Gesellschaft zu Mannheim am 26. 6. 1784 *Was kann eine gute stehende Schaubühne eigentlich wirken?* „... Man verurtheilt den jungen Mann, der gedungen von innerer Kraft, aus dem engen Kerker einer Brodwissenschaft heraustritt, und dem Rufe des Gottes folgt, der in ihm ist? ...“ (*Schiller*, Werke, XX. Band, S. 88 Z 5-7),

Das Ideal und das Leben „Aber flüchtet aus der Sinnen Schranken/In die Freiheit der Gedanken,/Und die Furchterscheinung ist entflohn,/Und der ew'ge Abgrund wird sich füllen;/Nehmt die Gottheit auf in euern Willen,/Und sie steigt von ihrem Weltenthron.“ (*Schiller*, Werke, II. Band, 1. Teil, Gedichte, 4. Buch, S. 399 V 101-106).

³³⁵ Schillers schöpferischer Idealismus gegensätzlich zum ästhetische Idealismus.

³³⁶ Bei der direkten Zuwendung zu den Ideen und den Idealen als dem Göttlichen stellt sich die Frage nach einer jenseitigen unsterblichen Transzendenz wenig.

Ausgang aus dem Leben „Aus dem Leben heraus sind der Wege zwey dir geöffnet,/Zum I d e a l e führt einer, der andre zum T o d./Siehe, wie du bey Zeit noch frey auf dem ersten entspringest,/Ehe die Parze mit Zwang dich auf dem andern entführt.“ (*Schiller*, Werke, I. Band, Die Horen 1795-1796, S. 272).

³³⁷ In seiner Kindheit war er dem Alten Testament, insbesondere der Patriarchengeschichte zugetan, in den letzten Leipziger Jahren und in der Frankfurter Zwischenzeit dem Herrnhuter Pietismus mit seiner Gefühlsentbindung von einer lebendigen Gottesbeziehung (*Hoffmann*, Goethes Religion, Wandlungen in den verschiedenen Lebensperioden, S. 4-7 und *Lilje*, Goethes Glauben, II., S. 20-23).

³³⁸ *Maifest* „Wie herrlich leuchtet/Mir die Natur!“; Willkommen und Abschied „Mir schlug das Herz; geschwind zu Pferde.“ (*Goethe*, Werke, I. Abteilung, Band 1, Geniezeit, S. 129-130 (129 V 1-2), S. 128-129 (128 V 1)),

fühlen und Hineinversetzen in die göttliche Natur bestimmend.³³⁹ Den Naturwissenschaften zugetan,³⁴⁰ brachten für ihn die ersten Weimarer Jahre³⁴¹ die pantheistischen Momente³⁴² und die Rückkehr aus Italien³⁴³ die Hinwendung zur Klassischen Antike.³⁴⁴ Sein Vorstellungen³⁴⁵ von der Unerforschlichkeit des Göttlichen,³⁴⁶ der engen Verbindung von Gott und Natur,

Wandlers Nachtlied „Süßer Friede,/Komm ach komm in meine Brust!“ (*ebd.*, Das erste Weimarer Jahrzehnt ..., S. 229 V 7-8).

³³⁹ Hoffmann, Goethes Religion, Wandlungen in den verschiedenen Lebensperioden, S. 7.

Faust I, Nacht, Faust „Statt der lebendigen Natur,/Da Gott den Menschen schuf hinein,“ (*Goethe*, Werke, I. Abteilung, Band 7/1, S. 34 V 414-415),

„Ein unbegreiflich holdes Sehnen/Trieb mich durch Wald und Wiesen hinzugehn./Und unter tausend heißen Tränen/Fühlt' ich mir eine Welt entstehn.“ (*ebd.*, I. Abteilung, Band 7/1, S. 46 V 775-778),

Tagebucheintrag 25. Mai 1797 „Das Gesetz macht den Menschen/nicht der Mensch das Gesetz.“ (*ebd.*, II. Abteilung, Band 4, S. 338),

Dichtung und Wahrheit, 4. Teil, 16. Buch (Spinozazeit) „... Die Natur wirkt nach ewigen, notwendigen dergestalt göttlichen Gesetzen, daß die Gottheit selbst daran nichts ändern könnte. ...“ (*ebd.*, I. Abteilung, Band 14, S. 731 Z 27-29),

1784/85: Spinoza Erlebnis: Spinozas Deus sive Natura, die unumschränkte Herrschaft des Kausalprinzips, Goethe: Natur als Leben und nicht eine tote Materie, ihr Gesetz ist nicht die unumschränkte Herrschaft des Kausalprinzips, vielmehr eine einheitlich wirkenden Kraft und die Welt wird aus einem schöpferischen Urprinzip erklärt, dies kann man Gott oder Idee nennen.

³⁴⁰ *Gespräche mit Eckermann 13. Febr. 1829* „... ,Ohne meine Bemühungen in den Naturwissenschaften hätte ich jedoch die Menschen nie kennen gelernt wie sie sind. ... die Natur versteht gar keinen Spaß, sie ist immer wahr, ... hat immer Recht und die Fehler und Irrtümer sind immer des Menschen. ...“ (*Goethe*, Werke, II. Abteilung, Band 12, 2. Teil, 1829, S. 306-309 (308 Z 16-25)).

³⁴¹ 1775-1786. Zuvor die Frankfurter Zeit 1772-1775, 1773/1774 Begegnung mit Spinoza, danach 1784/85 eingehendere Befassung.

³⁴² Als Freund von Herders natur- und geschichtsphilosophischer Weltbetrachtung auch die Beschäftigung mit Spinozas Pantheismus und Giordano Bruno.

³⁴³ Italienische Reise 3. Sept. 1786 bis Juni 1788.

³⁴⁴ Hoffmann, Goethes Religion, Wandlungen in den verschiedenen Lebensperioden, S. 8.

³⁴⁵ *Faust I*, Marthens Garten, Faust auf die Gretchenfrage „Wer darf ihn nennen?/Und wer bekennen:/Ich glaub' ihn./.../Der Allumfasser,/Der Allerhalter./.../Und drängt nicht alles/Nach Haupt und Herzen dir./Und webt in ewigem Geheimnis/Unsichtbar sichtbar neben dir?/.../Nenn' es dann wie du willst,/Nenn's Glück! Herz! Liebe! Gott!“ (*Goethe*, Werke, I. Abteilung, Band 7/1, S. 149 V 3431-3458),

Epirrhema „Müset im Naturbetrachten/Immer eins wie alles achten;/Nichts ist drinnen, nichts ist draußen:/Denn was innen das ist außen./So ergreift ohne Säumnis/Heilig öffentlich Geheimnis. (*ebd.*, I. Abteilung, Band 2, Die Sammlung von 1827, Gott und Welt, S. 498 V 1-6),

Vorspiel zur Eröffnung des Weimarer Theaters am 19. Sept. 1807 „So im Kleinen ewig wie im Großen/Wirkt Natur, wirkt Menschengestalt, und beide/Sind ein Abglanz jenes Urlichts droben,/Das unsichtbar alle Welt erleuchtet.“ (*ebd.*, I. Abteilung, Band 6, S. 651-660 (655 V 138-141)),

Das Göttliche „Heil den unbekanntem/Höheren Wesen,/Die wir ahnden!“ (*ebd.*, I. Abteilung, Band 1, Das erste Weimarer Jahrzehnt – Italien, S. 333-335 (333 V 7-9)).

³⁴⁶ *Italiensche Reise*, Korrespondenz, Castel Gandolfo 8. (12.) Okt. 1787 „... Wenn L.(avater) seine ganze Kraft anwendet, um ein Märchen wahr zu machen, wenn J.(acobi) sich abarbeitet eine hohle Kindergehirnempfindung zu vergöttern, wenn C.(laudius) aus einem Fußboten ein Evangelist werden möchte, so ist offenbar, daß

dem Durchdringen der gesamten Welt von Gott,³⁴⁷ dem Göttlichen als manifest in der Natur,³⁴⁸ von einer Urreligion³⁴⁹ und seine Verneinung eines Dualismus zwischen Glaube und

sie alles, was die Tiefen der Natur näher aufschließt, verabscheuen müssen. ...“ (*Goethe, Werke, I. Abteilung, Band 15/1, Zweiter Römischer Aufenthalt, S. S. 444-447 (446 Z 15-20)*),

Gott, Gemüt und Welt „Ich wandle auf weiter bunter Flur,/Ursprünglicher Natur,/Ein holder Born in welchem ich bade,/Ist Überlieferung, ist Gnade.“ (*ebd., I. Abteilung, Band 2, Die Sammlung von 1815, S. 379-383 (379 V 11-14)*),

Zahme Xenien IX, „Wer Wissenschaft und Kunst besitzt,/Hat auch Religion;/Wer jene beiden nicht besitzt,/Der habe Religion.“ (*ebd., I. Abteilung, Band 2, Nachlese 1800-1832, S. 723 V 249-252*).

³⁴⁷ *Das Göttliche* „Nach ewigen, ehren,/Großen Gesetzen,/Müssen wir alle/Unseres Daseins Kreise vollenden.“ (*Goethe, Werke, I. Abteilung, Band 1, Das erste Weimarer Jahrzehnt – Italien, S. 333-335 (334 V 31-35)*),

Natürliche Tochter, 4. Aufzug, 1. Auftritt, Gerichtsrat „Was geschehen soll,/Es wird geschehn! In ganz gemeinen Dingen/Hängt viel von Wahl und Wollen ab; das Höchste,/Was uns begegnet, kommt wer weiß woher.“ (*ebd., I. Abteilung, Band 6, S. 360 Z 1861-1865*),

Brief an Jacobi am 9. Juni 1785 „... Du erkennst die höchste Relität an, welche der Grund des ganzen Spinozismus ist, worauf alles übrige ruht, ... Er beweist nicht das Daseyn Gottes, das Daseyn ist Gott. ...“ (*ebd., II. Abteilung, Band 2, 1785, 492., S. 582-584 (S. 582 Z 32-S. 583 Z 1)*).

³⁴⁸ *Faust I, Nacht, Faust* „Und wenn Natur dich unterweist,/Dann geht die Seelenkraft dir auf,“ (*Goethe, Werke, I. Abteilung, Band 7/1, S. 35 V 423-424*), beim Erblicken des Zeichen des Makrokosmos „Und mit geheimnisvollem Trieb/Die Kräfte der Natur rings um mich her enthüllen?/Bin ich ein Gott? Mir wird so licht!/Ich schau’ in diesen reinen Zügen/Die wirkende Natur vor meiner Seele liegen.“ (S. 35 V 437-441), (Erd)-Geist „In Lebensfluten, im Tatensturm/Wall’ ich auf und ab,/Wehe hin und her!/Geburt und Grab,/Ein ewiges Meer,/Ein wechselnd Weben,/Ein glühend Leben./So schaff’ ich am sausenden Webstuhl der Zeit,/Und wirke der Gottheit lebendiges Kleid.“ (S. 37 V 501-509), Studierzimmer (I), Faust sich gegen die Offenbarung durch das göttliche Wort als den Anfang sich wendend, nach rasch erwogenen Übersetzungserwägungen des griechischen Grundtextes in Sinn und Kraft gelangt er zu der (Natur)- Tat als dem Anfang (S. 61 V 1210-1237),

Dichtung und Wahrheit, 1. Teil, 1. Buch (Knabenzeit) „... Der Gott, der mit der Natur in unmittelbarer Verbindung stehe, sie als sein Werk anerkenne und liebe, dieser schien ihm der eigentliche Gott, der ja wohl auch mit dem Menschen wie mit allem übrigen in ein genaueres Verhältnis treten könne, und für denselben eben so wie für die Bewegung der Sterne, für Tages- und Jahreszeiten, für Pflanzen und Tiere Sorge tragen werde. ...“ (*ebd., I. Abteilung, Band 14, S. 51 Z 6-12*), 4. Teil, 16. Buch „... Die Natur wirkt nach ewigen, notwendigen dergestalt göttlichen Gesetzen, daß die Gottheit selbst daran nichts ändern könnte. ...“ (*ebd., I. Abteilung, Band 4, S. 731 Z 27-29*),

gegen den transzendenten übermächtigen Gott, *Faust I, Studierzimmer (II)*, Faust „Der Gott, der mir im Busen wohnt,/Kann tief mein Innerstes erregen;/Der über allen meinen Kräften thront,/Er kann nach außen nichts bewegen;/Und so ist mir das Dasein eine Last,/Der Tod erwünscht, das Leben mir verhaßt.“ (*ebd., I. Abteilung, Band 7/1, S. 72 V 1566-1570*),

die Natur ist ein direkter Weg, um Gott zu schauen, *Faust I, Wald und Höhle, Faust* „Erhabner Geist, du gabst mir, gabst mir alles./.../Gabst mir die herrliche Natur zum Königreich,/Kraft, sie zu fühlen, zu genießen. Nicht/Kalt stauenden Besuch erlaubst du nur./Vergönnest mir in ihre tiefe Brust/Wie in den Busen eines Freund’s, zu schauen.“ (S. 140 Z 3217-3239).

Die Natur ist nicht bloße Materie, welche sich nach mechanisch-physikalischen Gesetzen bewegt und zurückführen lässt, sondern sie ist ein lebendiger, in sich ewig fortschreitendes Ganzes. Gott ist nicht nur die geistige Seite der Natur, sondern er ist in der Natur und verwirklicht mittels ihr seine Ideen, Gott ist die Welt, er ist aber dennoch von ihr geschieden.

³⁴⁹ Nicht das Geltenlassen aller Bekenntnisse nebeneinander, sondern die synthetische Einheit im menschlichen Sinne, ihre Durchdringung zu der einen Wahrheit. In Entsprechung zum Urgestein der Erde – erste Grundlage alles physischen Daseins – , der Urpflanze – erste Grundlage alles biologischen Daseins – ist die Urreligion die erste Grundlage einer geistigen Existenz, welche Urreligion die Idee der Religion selber ist.

Vernunft³⁵⁰ verbanden sich zu einer Synthese von Pantheismus, Polytheismus und Theismus.³⁵¹ Trotz der Verehrung Christi lehnte er seine Göttlichkeit³⁵² und den Wunderglauben

Zwo wichtige bisher unerörterte biblische Fragen „... die einzige brauchbare Religion muß einfach und warm sein, von der einzigen Wahren haben wir nicht zu urteilen, wer will das echte Verhältnis der Seele gegen bestimmen als Gott selbst. ...“ (*Goethe, Werke, I. Abteilung, Band 18, Vermischte Schriften (1772), S. 132 Z 21-24*),

Wilhelm Meister erhält (pädagogische Provinz) auf die Frage, zu welcher von den drei Religionen man sich bekenne – ethnisch-heidnische: die Ehrfurcht was über dem Menschen ist, philosophische: die Ehrfurcht was dem Menschen gleich ist, christliche: die Ehrfurcht was unter den Menschen ist –, die Antwort „... ‚Zu allen dreien, erwiderten jene: denn sie zusammen bringen eigentlich die wahre Religion hervor; aus diesen drei Ehrfurchten entspringt die oberste Ehrfurcht, die Ehrfurcht vor sich selbst, und jene entwickeln sich abermals aus dieser, so daß der Mensch zum Höchsten gelangt, was er zu erreichen fähig ist, daß er sich selbst für das Beste halten darf was Gott und die Natur hervorgebracht haben, ja, daß er auf dieser Höhe verweilen kann, ohne durch Dünkel und Selbstheit wieder in’ s Gemeine gezogen zu werden.‘ ...“ (*ebd., I. Abteilung, Band 10, Wanderjahre, 2. Fassung 1829, 2. Buch, 1. Kap., S. 420 Z 20-S. 424 Z 12 (Zitat S. 423 Z 10-20)*),

Goethe machte sich die Unterscheidung der natürlichen, allgemeinen Religion von der geoffenbarten Religion zu eigen: Dichtung und Wahrheit, 1. Teil, 4. Buch (*ebd., I. Abteilung, Band 14, S. 148 Z 32-S. 155 Z 2*) „... Die allgemeine, die natürliche Religion bedarf eigentlich keines Glaubens: denn die Überzeugung, daß ein großes, hervorbringendes, ordnendes und leitendes Wesen sich gleichsam hinter der Natur verberge, um sich uns faßlich zu machen, eine solche Überzeugung dringt sich einem Jeden auf; ... Ganz anders verhält sich’s mit der besonderen Religion, die uns verkündet, daß jenes große Wesen sich eines Einzelnen, eines Stammes, eines Volkes, einer Landschaft entschieden und vorzüglich annehme. Diese Religion ist auf den Glauben gegründet, der unerschütterlich sein muß, wenn er nicht sogleich von Grund aus zerstört werden soll. Jeder Zweifel gegen eine solche Religion ist ihr tödlich. Zur Überzeugung kann man zurückkehren, aber nicht zum Glauben. ...“ (*S. 153 Z 11-26*).

³⁵⁰ *Dichtung und Wahrheit*, 3. Teil, 14. Buch „... der Glaube sei ein heiliges Gefäß, in welches ein Jeder sein Gefühl, seinen Verstand, seine Einbildungskraft, so gut als er vermöge, zu opfern bereit stehe. ...“ (*Goethe, Werke, I. Abteilung, Band 14, S. 668 Z 22-25*),

Faust II, 1. Akt, Kanzler „Natur und Geist! So spricht man nicht zu Christen./Deshalb verbrennt man Atheisten./Weil solche Reden höchst gefährlich sind./Natur ist Sünde, Geist ist Teufel./Sie hegen zwischen sich den Zweifel./Ihr mißgestaltet Zwitterkind.“ (*ebd., I. Abteilung, Band 7/1, S. 212 V 4897-4902*),

Brief an Jacobi am 23. Nov. 1801 „... Wie ich mich zur Philosophie verhalte kannst du leicht auch denken. Wenn sie sich vorzüglich aufs Trennen legt, so kann ich mit ihr nicht zurechte kommen, und ich kann wohl sagen: sie hat mir mitunter geschadet, indem sie mich in meinem natürlichen Gang störte; wenn sie aber vereint, oder vielmehr wenn sie unsere ursprüngliche Empfindung als seien wir mit der Natur eins, erhöht, sichert und in ein tiefes, ruhiges Anschauen verwandelt, in dessen immerwährender συγκροτης und διακροτης wir ein göttliches Leben fühlen, ..., dann ist sie mir willkommen ...“ (*ebd., II. Abteilung, Band 5, 1801, 1072., S. 188-191 (189 Z 20-29)*),

Ephemerides (Frankfurt), Januar-März 1770 „... Separatim de Deo, et natura rerum disserere difficile et periculosum est, eodem modo quam si de corpore et anima se junctim cogitamus, animam non nisi mediante corpore, Deum non nisi perspecta natura cognoscimus,... Quae enim sunt, omnia ad essentiam Dei pertinere necesse est, cum Deus sit unicum existens, et omnia comprehendat. ...“ (*ebd., II. Abteilung, Band 11, 1770, 69., S. 192 Z 9-16*).

³⁵¹ *Gott, Gemüt und Welt* „Was wäre eine Gott, der nur von außen stieße,/Im Kreis das All am Finger laufen ließe!/Ihm ziehmts, die Welt im Innern zu bewegen,/Natur in Sich, Sich in Natur zu hegen,/So daß was in Ihm lebt und webt und ist,/Nie Seine Kraft, nie Seinen Geist vermißt.“ (*Goethe, Werke, I. Abteilung, Band 2, Die Sammlung von 1815, S. 379-383 (379, V. 15-20)*),

Das Göttliche die erhabene Stellung des Menschen gegenüber den Naturgesetzen (V. 31-35) wird gepriesen „Nur allein der Mensch/Vermag das Unmögliche:/Er unterscheidet,/Wählet und richtet;/Er kann dem Augenblick/Dauer verleihen./ Er allein darf/Dem Guten lohnen./Den Bösen strafen;“ (*ebd., I. Abteilung, Band 1, Das erste Weimarer Jahrzehnt – Italien, S. 333-335 (334 V 36-44)*),

Brief Jacobi am 6. Jan. 1813 „... Ich für mich kann, bei den mannigfaltigen Richtungen meines Wesens, nicht an einer Denkweise genug haben; als Dichter und Künstler bin ich Polytheist, Pantheist hingegen als Na-

ab,³⁵³ sprach gegen die Erbsünde,³⁵⁴ hatte keine Beziehung zu den Rechtfertigungslehren,³⁵⁵ sah Religion insbesondere als ein menschliches Anliegen an,³⁵⁶ löste sich von den Kirchen³⁵⁷ und wandte sich gegen ihre großen und unberechtigten Besitze.³⁵⁸

turforscher, und eins so entschieden als das andre. Bedarf ich eines Gottes für meine Persönlichkeit, als sittlicher Mensch, so ist dafür auch schon gesorgt. Die himmlischen und irdischen Dinge sind ein so weites Reich, dass die Organe aller Wesen zusammen es nur erfassen mögen. ...“ (*ebd.*, II. Abteilung, Band 7, 1813, 685., S. 146-148 (147 Z 10-17)),

Zahme Xenien VII, Widmung „Was soll mir euer Hohn/Über das All und Eine?/Der Professor ist eine Person,/Gott ist keine.“ (*ebd.*, I. Abteilung, Band 2, Nachlese 1800-1832, S. 716 Z 49-52).

³⁵² *Brief des Pastors zu *** an den neuen Pastor zu **** „... denn da Gott Mensch geworden ist, damit wir arme sinnliche Kreaturen ihn mögten fassen und begreifen können, so muß man sich vor nichts mehr hüten, als ihn wieder zu Gott zu machen. ...“ (*Goethe*, Werke, I. Abteilung, Band 18, Vermischte Schriften (1772), S. 122 Z 14-17),

West-östlicher Divan, (Abraxas) „Jesus fühlte rein und dachte/Nur den Einen Gott im Stillen;/Wer ihn selbst zum Gotte machte/kränckte seinen heiligen Willen.“ (*ebd.*, I. Abteilung, Band 3/1, Des deutschen Divans manigfaltige Glieder, 62., S. 508- 510 (509 V 21-24)),

Lilje, Goethes Glauben, III., S. 33 „... Hat er die Absolutheit Christi bejaht? Es ist kaum anders möglich, als diese Frage mit nein zu beantworten. ...“, insg., S. 33-35.

³⁵³ *Faust I*, Nacht, Faust „Die Botschaft hör’ ich wohl, allein mir fehlt der Glaube;/Das Wunder ist des Glaubens liebstes Kind./Zu jenen Sphären wag’ ich nicht zu streben, Woher die holde Nachricht tönt;“ (*Goethe*, Werke, I. Abteilung, Band 7/1, S. 45 V 765-S. 46 V 768).

³⁵⁴ *Die Mitschuldigen*: Goethe hatte von Anfang an, eine selbstständige Haltung gegenüber der christlichen Lehre von der Sünde gehabt. Neben dem radikalen Bösen im Menschen, anerkennt er ein radikales Gutes im Menschen,

Zahme Xenien VII, Herr Ego „Der Gottes-Erde lichten Saal/Verdüstern sie zum Jammertal;/Daran entdecken wir gleich geschwind,/Wie jämmerlich sie selber sind.“ (*Goethe*, Werke, I. Abteilung, Band 2, Nachlese 1800-1832, S. 723 V 249-252),

Dichtung und Wahrheit, 3. Teil, 12. Buch „... In eine der Hauptlehren des Luthertums, welche die Brüdergemeine noch verschärft hatte, das Sündhafte im Menschen als vorwaltend anzusehn, versuchte ich mich zu schicken, obgleich nicht mit sonderlichem Glück. ...“ (*ebd.*, I. Abteilung, Band 14, S. 557 Z 16-20),

Hering, Wilhelm Meister und Faust, Wilhelm Meister, Wilhelm Meisters Lehrjahre, S. 183 „... Für Goethe ... ist der Mensch von Natur aus gut; Goethe verneint das radikal Böse, wie er auch den Gedanken an eine ewige Verdammnis nicht ertragen kann. Sünde ist ihm der Irrtum verschwistert, und Irrtum ist für den Menschen auch in der Verirrung ein notwendiger Durchgangszustand, gehört also in den göttlichen Plan und kann diesem daher nicht widersprechen. ...“.

³⁵⁵ 66. *Venetianisches Epigramm* „Vieles kann ich ertragen! Die meisten beschwerlichen Dinge/Duld ich mit ruhigem Mut, wie es ein Gott mir gebeut;/Wenige sind mir jedoch wie Gift und Schlange zuwider,/Viere, Rauch des Tobaks, Wanzen und Knoblauch und †.“ (*Goethe*, Werke, I. Abteilung, Band 1, Das nachitalienische Jahrzehnt, S. 457),

Iphigenie „Alle menschliche Gebrechen/Sühnet reine Menschlichkeit.“, gewidmet dem Orest-Darsteller Krüger (*ebd.*, Band 2, Nachlese 1800-1832, (101.), S. 817),

Faust I, Studierzimmer (II), Faust „Das Drüben kann mich wenig kümmern./Schlägst du erst diese Welt zu Trümmern./Die andre mag darnach entstehn./Aus dieser Erde quillen meine Freuden,/Und dieses Sonne scheint meinen Leiden;/Kann ich mich erst von ihnen scheiden./Dann mag was will und kann geschehn./Davon will ich nichts weiter hören,/Ob man auch künftig haßt und liebt,/Und ob es auch in jenen Sphären/Ein Oben oder Unten gibt.“ (*ebd.*, Band 7/1, S. 75 V 1660-1670).

356

Wie Herder war für Goethe die Religion ein Urphänomen des menschlichen Geistes, genauso wie die Sprache, Kunst, Humanität und Sittlichkeit. Da niemand Gott geschaut hat, kann sie nur symbolisch in Gestalt von Bildern evaluiert werden.

357

Gegen den Dogmatismus des Christentums: *Brief des Pastors zu *** an den neuen Pastor zu ****, „... Es sind wunderliche Leute die Theologen, da präntieren sie was nicht möglich ist. Die Christliche Religion in ein Glaubensbekenntnis bringen, o ihr guten Leute! Petrus meinte schon in Bruder Pauli Briefen wäre viel schwer zu verstehen, und Petrus war doch ein anderer Mann als unsre Superintendenten; aber er hatte Recht, Paulus hat Dinge geschrieben die die ganze Christliche Kirche in corpore bis auf den heutigen Tag nicht versteht. Da siehts denn schon gewaltig scheu um unsre Lehre aus, wenn wir alles was in der Bibel steht in Ein System zerren wollen, ...“ (*Goethe, Werke, I. Abteilung, Band 18, Vermischte Schriften (1772), S. 126 Z 10-20*), „... Luther arbeitete uns von der geistlichen Knechtschaft zu befreien, möchten doch alle seine Nachfolger so viel Abscheu von der Hierarchie behalten haben, als der große Mann empfand. ... Und einmal vor allem, eine Hierarchie ist ganz und gar wider den Begriff einer echten Kirche. ...“ (*ebd., S. 124 Z 22-25, S. 126 Z 6-7*),

Brief an Frl. von Klettenberg am 26. Aug. 1770, „... Mein Umgang mit denen frommen Leuten hier ist nicht gar starck, ich hatte mich im Anfange sehr starck an sie gewendet; aber es ist als wenn es nicht seyn sollte. Sie sind so von Herzen langweilig wenn sie anfangen, dass es meine Lebhaftigkeit nicht aushalten konnte. Lauter Leute von mäßigem Verstande, die mit der ersten Religionsempfindung, auch den ersten vernünftigen Gedanken dachten, und nun meynen, das wäre alles, weil sie sonst von nichts wissen; ...“ (*ebd., II. Abteilung, Band 1, 1770, 76., S. 218-219 (218 Z 22-29)*).

Gegen die katholische Kirche: seine *Italienische Reise*, Terni, den 27. Oktober (1786) Abends „... Dem Mittelpunkte des Katholizismus mich nähernd, von Katholiken umgeben, mit einem Priester in eine Sedia eingesperrt, indem ich mit reinstem Sinn die wahrhafte Natur und die edle Kunst zu beobachten und aufzufassen trachte, trat mir so lebhaft vor die Seele, daß vom ursprünglichen Christentum alle Spur verloschen ist, ja wenn ich mir es in seiner Reinheit vergegenwärtigte, so wie wir es in der Apostelgeschichte sehen, so mußte mir schaudern, was nun auf jenen gemüthlichen Anfängen ein unförmliches, ja barockes Heidentum lastet. Da fiel mir der ewige Jude wieder ein, der Zeuge aller dieser wundersamen Ent- und Aufwickelungen gewesen, und so einen wunderlichen Zustand erlebte, daß Christus selbst, als er zurückkommt, um sich nach den Früchten seiner Lehre umzusehen, in Gefahr gerät, zum zweitenmal gekreuzigt zu werden. ...“ (*ebd., I. Abteilung, Band 15/1, S. 129-132 (S. 131 Z 23-S. 132 Z 1)*), Geistliches dialogisirtes Lied „... Und man möchte hier bemerken, daß es eigentlich der römischen Kirche am besten gelungen sey, die Religion populair zu machen, indem sie solche nicht so wohl mit den Begriffen der Menge, als mit den Gesinnungen der Menge zu vereinigen gewußt hat.“ (*ebd., I. Abteilung, Band 15, 2, Auszüge aus einem Reise-Journal (1788/89), 9., Volksgesang, S. 901*),

Wilhelm Meisters Wanderjahre, 3. Buch, 14. Kap. „... Staat und Kirche mögen allenfalls Ursache finden, sich für herrschend zu erklären: denn sie haben es mit der widerspenstigen Masse zu tun, und wenn nur Ordnung gehalten wird, so ist es ganz einerlei, durch welche Mittel; aber in den Wissenschaften ist die absoluteste Freiheit nötig: denn da wirkt man nicht für heut und morgen sondern für eine undenkliche vorschreitende Zeitenreihe. ...“ (*ebd., I. Abteilung, Band 10, 2. Fassung 1829, S. 727 Z 27-33*),

Brief an Lavater am 29. Juli 1782, „... Da ich zwar kein Widerkrist, kein Unkrist aber doch ein dezidirter Nichtkrist binn, ...“ (*ebd., II. Abteilung, Band 2, 1782, 360., S. 436-437 (436 Z 31-32)*),

Brief an Jacobi am 5. Mai 1786, „... Ich halte mich fest und fester an die Gottesverehrung des Atheisten [gemeint ist Spinoza in der von Goethe unterstellten, jedoch bestrittenen Perspektive seiner Gegner] ... und überlasse euch alles was ihr Religion heisst und heissen müsst ... Wenn du sagst man könne an Gott glauben ... so sage ich dir, ich halte viel aufs schauen, und wenn Spinoza von der Scientia intuitiva spricht, ...; so geben mir diese wenigen Worte Muth, mein ganzes Leben der Betrachtung der Dinge zu widmen die ich reichen und von deren essentia formali ich mir eine adäquate Idee zu bilden hoffen kann, ohne mich im mindesten zu bekümmern, wie weit ich kommen werden und was mir zugeschnitten ist. ...“ (*ebd., II. Abteilung, Band 2, 1786, 528., S. 627-629 (629 Z 4-16)*).

358

Faust I, Spaziergang, Mephistopheles: darüber verärgert, dass Gretchens Mutter wegen des Schmuckes den Pfarrer einschaltete, der prompt diesen für die Kirche eingezog und himmlischen Lohn dafür versprach „Die Kirche hat einen guten Magen, Hat ganze Länder aufgefressen, Und doch noch nie sich übergessen; Die Kirch' allein, meine liebe Frauen, Kann ungerechtes Gut verdauen.“ (*Goethe, Werke, I. Abteilung, Band 7/1, S. 121 V 2836-2840*).

Sturm und Drang und Klassik erbrachten mit ihrer starken Wertung von Welt und Diesseits und ihrer Zuwendung zum antik-künstlerischen Polytheismus die stärkste Abwendung von Kirche und Christentum.³⁵⁹

Nach Hölderlin, der sich als einen neuen Religionsstifter verstand,³⁶⁰ sollte die Dichtkunst wieder Lehrerin der Menschheit werden.³⁶¹ Es sollte eine neue poetische Religion geben,³⁶² in welcher der Mensch in einer lebendigeren Beziehung erfährt, dass ein Geist, ein Gott in der

³⁵⁹ *Goetz, Werther, Torquato Tasso, Egmont, Wilhelm Meister: Ihr dämonischer Drang nach Daseinserweiterung und unbeirrbares Festhalten an der eigenen Bestimmung, führt zum Widerspruch, zur bedingten und bedingenden Welt. Faust bringt die Übersteigerung ins Maßlosen nach geistiger Ausdehnung und sinnlichem Genuss und möchte in seiner Person die Polarität von Ich und Welt aufheben,*

Prometheus: Aufrührer und Mittler zwischen den Götter und den Menschen, Cäsar: die Welt beglückend, Sokrates: gehorcht allein seiner inneren Stimme, Mahomet: zivilisatorischer Prozess, seine Schöpfung steht nicht im Zeichen von religiöser Demut und Unterwerfung sondern unter der Erhöhung, Ganymed: der höchste Gott (Zeus) offenbart sich in der Schönheit der Natur, Christus im ewigen Juden,

Iphigenie auf Tauris: Iphigenie könnte sich und ihren Bruder durch eine Täuschung retten, sie kann aber nicht lügen und legt in König Thoas Hände, dem ehemaligen Barbaren ihrer beider Geschick. Thoas wird nach innerem Kampf überwunden, es siegt die Humanität, die reine Menschlichkeit,

die Diesseitsbejahung ist auch Fausts Vermächtnis, *Faust II, 5. Akt, Palast Mitternacht* „Nach drüben ist die Aussicht uns verrannt:/Tor! Wer dorthin die Augen blinzeln richtet./Sich über Wolken seines gleichen dichtet;/Er stehe fest und sehe hier sich um;/Dem Tüchtigen ist diese Welt nicht stumm,/Was braucht er in die Ewigkeit zu schweifen,/Was er erkennt läßt sich ergreifen;“, Großer Vorhof des Palasts „Das ist der Weisheit letzter Schluß:/Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben,/Der täglich sie erobern muß.“ (*Goethe, Werke, I. Abteilung, Band 7, 1, S. 441 V 11442-11448, S. 446 V 11575-11577*),

Obenauer, Goethe in seinem Verhältnis zur Religion, 4., S. 124 „... Allem äußeren Christentum steht er am fernsten etwa von 1780 (Beginn seiner eigentlichen naturwissenschaftlichen Forschung, Eintritt in die Freimaurerloge) bis zum Tode Schillers. ...: indem er der rein christlichen Bildungswelt den Rücken kehrt, wird er auch jedem kirchlichen Christentum immer mehr entfremdet. ...“ und *Hoffmann, Goethes Religion, Wandlungen in den verschiedenen Lebensperioden, S. 8.*

³⁶⁰ *Älteste Systemprogramm des deutschen Idealismus, Juni/Juli 1796: in Hegels Handschrift überliefert, von Schelling formuliert, doch weitgehend von Hölderlin angeregt (Rosenzweig, Das älteste Systemprogramm des deutschen Idealismus, IV.-VIII., S. 11-50; W. Böhm, Hölderlin als Verfasser des „Ältesten Systemprogramms des deutschen Idealismus“, in: *Dvjs*, IV. Band, 3. Heft, S. 339-426; L. Strauß, Hölderlins Anteil an Schellings frühem Systemprogramm, in: *Dvjs*, V. Band, 4. Heft, S. 679-734* „... Es darf aber auch, und das danken wir Böhm, ein entscheidender Einfluß Hölderlins auf Schellings Philosophie nunmehr als gesichert betrachtet werden. Das Programm zeigt ihn deutlich in seinem ästhetischen Teil, wo sich gleichzeitig schon die Art erweist, in der Schelling das vom Freunde empfangene Gut sich assimiliert. ...“ (VI., S. 734); *W. Böhm, Zum „Systemprogramm“. Eine Erwiderung; in: *Dvjs*, V. Band ebd., S. 734-743; L. Strauß, Zu Böhms Erwiderung, in: *Dvjs*, V. Band ebd., S. 743-747*) „... Ein höherer Geist vom Himmel gesandt, muß / diese neue Religion unter uns stiften, sie wird das letzte, gröste Werk / der Menschheit seyn.“⁶⁾ (*Rosenzweig ebd., II., S. 7*),

Andenken „Was bleibet aber, stiften die Dichter.“ (*Hölderlin, Sämtliche Werke, II. Band, 1. Hälfte, Die vaterländischen Gesänge, Andenken, S. 188-189 (189 V 59)*).

³⁶¹ *Älteste Systemprogramm des deutschen Idealismus* „... Zuletzt die Idee, die alle vereinigt, die Idee der Schönheit, das Wort in / höherem platonischem Sinne genommen. ... der Philosoph muß eben so viel ästhetische Kraft besitzen, / als der Dichter. ... Die Poësie bekommt dadurch e³⁾ höhere Würde, sie wird am Ende wie= / der, was sie am Anfang war – L e h r e r i n d e r⁵⁾ M e n s c h h e i t; /¹⁰⁾ denn es gibt keine Philosophie, keine Geschichte mehr, die Dichtkunst allein / wird alle übrigen Wissenschaften und Künste überleben. / ...“ (*Rosenzweig, Das älteste Systemprogramm des deutschen Idealismus, II., S. 6-7*).

³⁶² [*Über Religion*] „... So wäre alle Religion ihrem Wesen nach poetisch. ...“ (*Hölderlin, Sämtliche Werke, IV. Band, 1. Hälfte, Aufsätze, Über Religion, S. 275-281 (281 Z 17)*).

Welt ist,³⁶³ dies aber bei Toleranz und Freiheit des Glaubens.³⁶⁴ Eine neue sinnliche Mythologie,³⁶⁵ die in großen Festen des Volkes gefeiert wird,³⁶⁶ sollte nicht mehr, wie das Christentum von außen importiert werden, sondern wie ehemals in Griechenland, im eigenen Volk³⁶⁷ entstehen und seinem Geist entsprechen.

³⁶³ [Über Religion] „Du fragst mich, wenn auch die Menschen, ihrer Natur nach, sich über die Noth erheben, und so in einer mannigfaltigern und innigeren Beziehung mit ihrer Welt sich befinden, ..., immer ein menschlich höheres Leben leben, so daß ein höherer mehr als mechanischer Zusammenhang, daß ein höheres Geschick zwischen ihnen und ihrer Welt sei, wenn auch wirklich dieser höhere Zusammenhang ihnen ihr heiligstes sei, weil sie in ihm sich und ihre Welt, und alles, was sie haben und seien, vereinigt fühlen, warum sie sich den Zusammenhang zwischen sich und ihrer Welt gerade vorstellen, warum sie sich eine Idee oder ein Bild machen müssen, von ihrem Geschick, das sich genau betrachtet weder recht denken ließe noch auch vor den Sinnen liege? ... Also kann dieser höhere Zusammenhang nicht blos in Gedanken wiederholt werden. ... Weder aus sich selbst allein, noch einzig aus den Gegenständen, die ihn umgeben, kann der Mensch erfahren, daß mehr als Maschinengang, daß ein Geist, ein Gott, ist in der Welt, aber wohl in einer lebendigeren, über die Nothdurft erhabenen Beziehung, in der er steht mit dem was ihn umgiebt. ...“ (Hölderlin, Sämtliche Werke, IV. Band, 1. Hälfte, Aufsätze, S. 275-281 (275 Z 1-14, 277 Z 14, 278 Z 7-11), insg. (S. 275-279 Z 9).

³⁶⁴ [Über Religion] „... Also, wie einer die beschränkte aber reine Lebensweise des andern billigen kann, so kann er auch die beschränkte, aber reine Vorstellungsweise billigen, die der andere von Göttlichem hat. Es ist im Gegentheil Bedürfnis der Menschen, so lange sie nicht gekränkt und geärgert, nicht gedrückt und nicht empört in gerechtem oder ungerechtem Kampfe begriffen sind, ihre verschiedenen Vorstellungsarten von Göttlichem eben wie in übrigem Interesses sich einander zuzugesellen, und so der Beschränktheit, die jede einzelnen Vorstellungsart hat und haben muß, ihre Freiheit zu geben, indem sie in einem harmonischen Ganzen von Vorstellungsarten begriffen ist, und zugleich, eben, weil in jeder besondern Vorstellungsart auch die Bedeutung der besondern Lebensweise liegt, die jeder hat, der nothwendigen Beschränktheit dieser Lebensweise ihre Freiheit zu geben, indem sie in einem harmonischen Ganzen von Lebensweisen begriffen ist. ...“ (Hölderlin, Sämtliche Werke, IV. Band, 1. Hälfte, Aufsätze, S. 275-281 (279 Z 10-24)).

³⁶⁵ *Älteste Systemprogramm des deutschen Idealismus* „... Zu gleicher Zeit hören wir so oft, der große Haufen müsse eine sinnliche Religion haben. Nicht nur der große Haufen, auch der Phil. bedarf ihrer. / Monotheismus der Vern. u. des Herzens, Polytheismus der Einbildung=¹⁵ kraft u. der Kunst, dis ists, was wir bedürfen./

Zuerst werde ich hier von einer Idee sprechen, die soviel ich weiß, noch / in keines Menschen Sinn gekommen ist - wir müssen eine neue Mythologie / haben, dies Mythologie aber muß im Dienste der Ideen stehen, sie muß / e Mythologie der Vernunft werden./

²⁰Ehe wir die Ideen ästhetisch, d. h. mythologisch machen, haben sie für / das Volk kein Interesse, u. umgek. ehe d. Mythol. vernünftig ist, muß / sich der Philos. ihrer schämen. So müssen endl. aufgeklärte u. Unaufgeklärte sich d. Hand reichen, die Myth. muß philosophisch werden, und / das Volk vernünftig, u. d. Phil. muß mythologisch werden, um den Philo=²⁵sophen sinnl. zu machen. Dann herrscht ewige Einheit unter uns. Nimmer der verachtende Blick, nimmer das blinde Zittern des Volks vor seinen / Weisen u. Priestern. Dann erst erwartet uns gleiche Ausbildung / aller Kräfte, des Einzelnen sowohl als aller Individuen. Keine Kraft / wird mehr unterdrückt werden, dann herrscht allgemeine Freiheit und Gleich=³⁰heit der Geister! ...“ (Rosenzweig, Das älteste Systemprogramm des deutschen Idealismus, II., S. 7).

³⁶⁶ *Empedokles*, 1. Fassung, Empedokles „Dann o ihr Genien der wandelnden /Natur! dann ladet euch .../Das freie Volk zu seinen Festen ein,“ (Hölderlin, Sämtliche Werke, IV. Band, 1. Hälfte, S. 66 V 1562-1568). Dies in Anknüpfung an die Feierlichkeiten der Französischen Revolution.

³⁶⁷ *Bertaux*, Hölderlin und die französische Revolution, II., S. 64-74.

Wilhelm von Humboldt, der literarischen Deutschen Klassik zugetan, hatte in seiner im Jahr 1792 verfassten staatstheoretischen Schrift *Ideen zu einem Versuch, die Gränzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen*, den eigentlichen Zweck des Menschen im Menschen gesehen, dessen eigentliches Wesen in der Herausbildung, Entfaltung und Betätigung seiner schöpferischen Kräfte liege und in seinem letzten Daseinszweck, der höchsten und in richtigem Verhältnis zueinander stehenden Ausbildung seiner Kräfte.³⁶⁸ Er verneinte eine Verpflichtung des Staates für die positive Wohlfahrt seiner Bürger, bejahte sie nur für das negative Wohl seiner Bürger, für ihre Sicherheit und gegen auswärtige Feinde, und lehnte eine öffentliche Erziehung ab. Indem er die Unabhängigkeit der Grundsätze der Moral abhob von der Religion, die ihren Ursprung im Individuellen-Subjektiven habe, befürwortete er, dass sich der Staat der Religion als eines Wirkungsmittels bediene. Die Beförderung von Religion durch den Staat solle gesetzmäßige Handlungen hervorbringen,³⁶⁹ womit er den liberalen Staat des 19. Jahrhunderts vorzeichnete.

Mit ihrem philosophischen Gottesbegriff, ihrer Abwendung von den Dogmen der christlichen Konfessionen,³⁷⁰ ihrer spezifischen anthropologischen Zuwendung zu dem sich in eigener sittlicher Verantwortung rechtfertigenden Menschen³⁷¹ bewirkte die literarische Deutsche Klassik eine geistesgeschichtliche Säkularisierung.³⁷²

³⁶⁸ Wofür die Freiheit des Handelns und die Mannigfaltigkeit der umgebenden Lebenssituation die notwendigen Voraussetzungen sind.

³⁶⁹ *Humboldt*, Werke, I. Band, 4, S. 56-233 (II-VII, S. 64-139) und *Evers*, Wilhelm von Humboldt, Einleitung, S. 1-2, 1. Teil, 1. Abschnitt, A., S. 8-31.

³⁷⁰ *Sell*, Die Religion unserer Klassiker, Schluß, S. 302-303 „... Die Tatsache bleibt bestehen, daß die Klassiker von den Dogmen, die als die Grunddogmen der ‚Christenheit‘ gelten, von der Behauptung objektiver göttlicher Wahrheiten, die enthalten sind in den Lehren von der Dreieinigkeit, von der Gottheit Christ, der Versöhnung der Welt mit Gott durch sein Blut, vom Weltende und jüngsten Gericht, von ewiger Seligkeit und ewiger Verdammnis kaum eines in irgendeinem Sinne haben gelten lassen. ...“.

³⁷¹ Für und an die Stelle der Vermenschlichung der Götter in der Antike kam die Vergöttlichung des Menschen. *Rieder*, Schiller, Ergebnisse, S.156-157 „... Unchristlich ist die renaissancehörige Übersteigerung des menschlichen Ichs, das bei seiner Entscheidung die Hilfe eines göttlichen Wesens entbehren will, indem es dieses in sein eigenes Wesen hineinnimmt. ... Der Zusammenbruch des Glaubens führte zum Zusammenbruch des Menschen. Schiller hat diese verhängnisvolle Entwicklung in dem von ihm so gehaßten achtzehnten Jahrhundert gesehen. Es war seine Unvollkommenheit, wie die der ganzen Klassik, daß er ihr mit der Stärkung des Menschen und nicht des Glaubens beikommen wollte. ...“

Neben der dogmatische Gottesidee der beiden christlichen Bekenntnisse, dem rationalen Deismus der Aufklärung kam zu Ausgang des 18. Jahrhunderts als drittes Religionsverständnis der philosophisch-pantheistischen Gott des Deutschen Idealismus und der Deutschen Klassik.

³⁷² *Kienecker*, Der Gottesbegriff in Schillers philosophischen Schriften, 4. Kap., A., 2., S. 114 „... Die Entdeckung der Renaissance, daß nicht nur Gott, sondern auch der Mensch Geist sei, findet ihre präziseste Ausformung in der Philosophie des deutschen Idealismus und in der Dichtung Schillers 6). Hier liegt der erhebliche und entscheidende Einfluß, den Schiller auf die Säkularisierung des deutschen Geistes genommem hat. ...“.

8. Die Romantik und die Erweckungsbewegung

Bereits während des letzten Drittels des 18. Jahrhunderts war ein allgemein konservatives Denken entstanden.³⁷³ Die Französische Revolution ermöglichte die Entstehung der drei politischen Strömungen Liberalismus, Demokratie und Konservatismus in Deutschland.³⁷⁴

Die aus der Aufklärung zu deren kritischer Weiterbildung insbesondere zu der Vermittlung der Vernunft mit dem Vernunftslosen hervorgegangene Früh-Romantik³⁷⁵ setzte in Deutschland während der ersten Hälfte der 90er Jahre³⁷⁶ und vor allem mit den im Jahr 1796 erschienenen Herzensergießungen eines kunstliebenden Klosterbruders³⁷⁷ Wackenroders³⁷⁸ als eine umfassende literarische,³⁷⁹ philosophische³⁸⁰ und künstlerische³⁸¹ Bewegung ein. Gegen die

³⁷³ Die Anfänge des Konservatismus reichen in die Zeit vor der Französischen Revolution als Auseinandersetzung mit der Aufklärung zurück. Durch die Französische Revolution wurde seine Entfaltung ermöglicht (*Valjavec*, Die Entstehung der politischen Strömungen in Deutschland, IV., 1., S. 255-270, 2., S. 271-302, Einleitung, S. 5, 11).

Auch der Historismus hatte seine Genesis in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts (*Meinecke*, Die Entstehung des Historismus, I. Band, Vorbemerkung, S. 4).

³⁷⁴ *Valjavec*, Die Entstehung der politischen Strömungen in Deutschland, III., 1., S. 146-179 (deutsche Liberalen), 2., S. 180-206 (demokratische Bewegung), 3., S. 207-228 (sozialistische Ansätze), IV., 3., S. 302-327 (antirevolutionäre-konservative Bewegung), Einleitung, S. 5, 11.

³⁷⁵ Die Frühromantiker nahmen die aufklärerischen Ideen auf und bildeten diese weiter fort. Zu Novalis und Friedrich Schlegel *Schanze*, Romantik und Aufklärung, Einleitung, S. 1-10 (9): zu den dichterischen Lehrjahren Novalis', Aufklärung als Bildungselement, *ebd.*, I., S. 11-32; zu den philosophischen Studien Novalis', welche in den Schriften von Fichte, Kant und dem Niederländer Hemsterhuis ihren wechselnden Ausgangspunkt hatten, *ebd.*, II., S. 33-60 (2., S. 36); zu den Ansatzpunkten der ästhetischen Philosophie Schlegels, die Grundkategorien seines Philosophierens von Einheit, Vielheit und Allheit waren die Kategorien der Quantität bei Kant, *ebd.*, III., S. 61-86 (1., S. 64), Novalis Enzyklopädistik hatte ihren Bezug in der französischen Enzyklopädie Diderot-Alembert, der romantische Roman ist die individuelle Enzyklopädie, *ebd.*, V., 6., S. 139-150.

Insbesondere wollte die Romantik über die Aufklärung hinausgehen und strebte zuerst die Verbindung der Vernunft mit dem dem erkennenden Bewusstsein nicht zugänglichen Bereichen in der menschlichen Seele, in der Natur und in der Geschichte, dem Vernunftslosen an (*H. Küng*, Religion im Spiegel romantischer Poesie, in: *Jens-Küng*, Dichtung und Religion, Novalis ..., S. 168-169).

³⁷⁶ Nach dem Ausbrechen der Revolution in Frankreich.

³⁷⁷ In Berlin im Herbst 1796 mit der Jahreszahl 1797 erschienen (*Klessmann*, Die Welt der Romantik, 3, S. 65): die Aufzeichnungen eines anonymen Mönches in Form von kunsthistorischen Abhandlungen, welcher über das mangelnde Verständnis der Bevölkerung von der Kunst klagt (*Wackenroder*, Werke und Briefe, I. Band, S. 1-151).

³⁷⁸ Wilhelm Heinrich Wackenroder.

³⁷⁹ Vorläufer von der Romantik waren insbesondere:

Jean Jacques Rousseau (1712-1778) mit dem aus seinem Kulturpessimismus geforderten Zurück zur Natur.

Johann Georg Hamann (1730-88), der Magus im Norden, welcher den Menschen zur Selbsterkenntnis mit der Einsicht einer sokratischen Unwissenheit des eigenen Wissens führen will, um ihm dadurch die echte Verkündigung des unbekanntenen Gottes zu ermöglichen. Seine Verneinung der sich selbst autonom setzenden Vernunft als Wirklichkeit, die in dem sich in Christus offenbarten Gott zu suchen ist. Der Mensch wird gesehen nicht als Verstandeswesen mit endlicher Bildung sondern auch in seiner Verknüpfung mit Gott.

Johann Gottfried Herder (1744-1803), mit seiner organischen Natur- und Weltauffassung und der Offenbarung des Volksgeistes in der Sprache.

nüchterne Verstandeskultur der Aufklärung setzte sie ein den ganzen Menschen erfassendes Menschenbild mit einer Zurückbesinnung auf den gegebenen Eigenwert der Dinge und auf den das Leben in seinem inneren Wachstum erfassenden organischen Geist.³⁸²

Der Staat wurde nicht mehr als die vertragliche Konstruktion und Fiktion der Aufklärung mit dem Einzelnen als dem Ausgangspunkt, sondern als etwas organisch Gewachsenes, als Individualität mit einem Eigenwert verstanden, einer großen Familie vergleichbar, in welcher der Einzelne mit seiner gesamten Person als Glied innerhalb eines Organismus verbunden ist und durch welche er seine Kultur erhält.³⁸³

Die Romantik gelangte mit ihren Hauptvertretern Friedrich Schlegel (1772-1829), dem führenden Theoretiker,³⁸⁴ August Wilhelm Schlegel (1767-1845), dem Literaturkritiker,³⁸⁵ Novalis³⁸⁶ (1772-25. März 1801), dem führenden literarischen Geist,³⁸⁷ Wackenroder, Ludwig Tieck (1773-1853), dem Verfasser von Franz Sternbalds Wanderungen³⁸⁸ und Friedrich

³⁸⁰ Ihre Philosophie gründete insbesondere: In Fichtes Werke, die Wissenschaftslehre brachte das autonome Ich in seiner subjektiven Selbstverwirklichung mit seinem Unendlichkeitsdrang (*Stanslowski*, Natur und Staat, *Novalis*, Die philosophische Reflexion ..., S. 26-31). In dem Kantischen kategorischen Imperativ, welcher das Wissen und die Einigkeit mit einem im Volk noch vorhandenen unerschütterlichen moralischen Wissen beinhaltete (*G. Krüger*, Die Philosophie im Zeitalter der Romantik, I., II., in: *Romantik. Tübinger Vorlesungen*, S. 48, 48-51).

³⁸¹ Die frühromantische Malerei erschien 1802/03 in Dresden mit ihren beiden Hauptmeistern Philipp Otto Runge und Caspar David Friedrich (*Geismeyer*, Die Malerei der deutschen Romantiker, Einleitung, S. 17-18, Die frühromantischen Maler, S. 51-102 mit 32 Bildtafeln von Friedrich und Runge).

³⁸² *Siegfried*, Das romantische Prinzip in Schleiermachers Reden über die Religion, Einleitung, S. 1-2, I., I., S. 4; *Walzel*, Deutsche Romantik, I., I., 2., S. 15-16; das im Jahr 1798 im Athenaeum, I. Band, 1. Stueck, II., S. 70-106 erschienene Fragment Bluethenstaub, von Novalis „Der Weltstaat ist der Koerper, den die schoene Welt, die gesellige Welt, beseelt. Er ist ihr notweniges Organ.“ (3, S. 70) und das im Jahr 1800 im *Athenaeum*, III. Band, 1. Stueck, II., 48, S. 12-13 von *Friedrich Schlegel* stammende Fragment Ideen „... Jedes denkende Glied der Organisazion fuehle seine Graenzen nicht ohne seine Einheit in der Beziehung aufs Ganze. ...“ (S. 13).

³⁸³ *Athenaeum*, Jahr 1799, II. Band, 1. Stueck, III., S. 152-180 gebrachte Abhandlung von *Huelsens*, Ueber die natuerliche Gleichheit der Menschen (S. 154-157), insb. S. 155 „... Die Idee von einem gesellschaftlichen Zustande, den wir S t a a t nennen, finde ich diesem nach ausgedrueckt i n d e r m o e g l i c h s t e n U e b e r e i n s t i m m u n g a l l e r J n d i v i d u e n a l s T h e i l e z u e i n e m G a n z e n. Die Uebereinstimmung der Theile ist folglich die Uebereinstimmung des Ganzen mit sich selber, und demnach eine harmonische Thae-tigkeit, die in keinem einzelnen der Theile enthalten ist. Die Theile des Ganzen verhalten sich mithin bloß wie Organe, die gegenseitig auf sich ein- und zureueckwirken, und nur durch ihre Verschiedenheit die Harmonie des Ganzen hervorbringen und erhalten. ...“ und die dort im Jahr 1798, I. Band, 1. Stueck, II., 44, S. 70-106 erschienene Fragment Bluethenstaub, S. 82 „... Die Gesellschaft ist nichts, als gemeinschaftliches Leben: eine untheil-bar denkende und fuehlende Person. Jeder Mensch ist eine kleine Gesellschaft.“ und *Kluckhohn*, Das Ideengut der deutschen Romantik, V., S. 78-100.

³⁸⁴ *Literatur Lexikon. Autoren und Werke deutscher Sprache*, X. Band, Schlegel, (Karl Wilhelm) Friedrich ..., S. 260-264 und *Klin*, Die frühromantische Literaturtheorie Friedrich Schlegels, I-IV. mit Anm., S. 5-123.

³⁸⁵ *Literatur Lexikon. Autoren und Werke deutscher Sprache*, X. Band, Schlegel, August Wilhelm ..., S. 257-260.

³⁸⁶ Friedrich Leopold von Hardenberg.

³⁸⁷ *Literatur Lexikon. Autoren und Werke deutscher Sprache*, VIII. Band, Novalis, ..., S. 471-476.

³⁸⁸ *Literatur Lexikon. Autoren und Werke deutscher Sprache*, XI. Band, Tieck, (Johann) ..., S. 366-370.

Schleiermacher (1768-1834), dem führenden Theologen³⁸⁹ in Berlin zum Durchbruch.³⁹⁰ Sie hatte ihre Höhepunkte mit dem von den beiden Brüdern Schlegel von März 1798 bis August 1800 in Berlin herausgegebenen Athenaeum³⁹¹ und in Jena, das mit Weimar das kulturelle Zentrum Deutschlands darstellte.³⁹²

Mit ihrem Unendlichkeitsdrang, ihrem Streben nach dem Ganzen, nach dem Allumfassenden, nach Einigung aller Bereiche des Lebens, nach der letztthinnigen Einheit von Rationalem und Irrationalem in dem zum Erlebnis der Totalität werdenden schöpferischen Akt der Intuition, dem Denken als Verstehen und sich Hineinleben, der Unteilbarkeit und der Individualität des Lebens hatte die Romantik eine echte religiöse Natur und Bedeutung. Es wurzelte ihr Denken letztlich im Religiösen.³⁹³

³⁸⁹ Unten, S. 681-683.

³⁹⁰ P. Kluckhohn, Voraussetzungen und Verlauf der romantischen Bewegung, in: *Romantik. Tübinger Vorlesungen*, S. 22; ders., Das Ideengut der deutschen Aufklärung, Einleitung, S. 8.

³⁹¹ Das erste Heft erschien im Mai 1798 mit 1 250 Exemplaren (*Klessmann*, Die Welt der Romantik, 2, Das „Athenäum“, S. 42) und das letzte und dritte Heft im August 1800 (*ebd.*, S. 53).

³⁹² *Romantik*, Die Frühromantik, Einleitung ..., S. 79 „...“, wurde 1799 Jena zum Treffpunkt fast aller frühromantischen Schriftsteller. ...“.

³⁹³ A. Köberle, Die Romantik als religiöse Bewegung, VI., in: *Romantik. Tübinger Vorlesungen*, S. 79-82; Siegfried, Das romantische Prinzip in Schleiermachers Reden über die Religion, III., I., S. 29-34 und Dyrssen, Ueber die religiöse Grundstimmung der Romantik und ihre Gefahren, in: *ZThK*, N.F., 3. Jahrg., S. 129-147.

Lindemann, Geistlicher Stand und religiöses Mittlertum, A., S. 1 u. 2 war die frühromantische Bewegung, in welcher Schleiermacher wirkte, Friedrich Schlegel versuchte, eine eigene Religion und Bibel zu stiften und sich darüber mit Novalis auseinandersetzte, dieser von religiöser Empfindsamkeit geprägte geistliche Lieder schrieb, Ludwig Tieck und Zacharias Werner in ihren Dramen religiöse und dabei meist historische Thematiken verarbeiteten zu einem Großteil auch eine religiöse Bewegung war.

Die im Jahre 1800 im *Athenaeum*, III. Band, 1. Stueck, II., gebrachten Fragmenten von *Friedrich Schlegel* Ideen:

„Nur durch Beziehung aufs Unendliche entsteht Gehalt und Nutzen; was sich nicht darauf bezieht, ist schlechthin leer und unnuetz.“ (S. 4),

„Die Religion ist schlechthin unerguendlich. Man kann in ihr ueberall ins Unendliche immer tiefer graben.“ (S. 8),

„Denke dir ein Endliches ins Unendliche gebildet, so denkst du einen Menschen.“ (S. 21),

„Jede Beziehung des Menschen aufs Unendliche ist Religion, naemlich des Menschen in der ganzen Fuelle seiner Menschheit. ...Das Unendliche in jener Fuelle gedacht, ist die Gottheit.“ (S. 17-18).

Der Religion wurde ihre allgemeine zentrale Bedeutung für den Menschen zuerkannt.

Das im Jahr 1800 im *Athenaeum* erschienene Fragment Ideen von *Friedrich Schlegel*:

„Die Religion ist die contripetale und centrifugale Kraft im menschlichen Geiste, und was beyde verbindet.“³⁹⁴

„Die Religion ist nicht bloß ein Theil der Bildung, ein Glied der Menschheit, sondern das Centrum aller uebrigen, ueberall das Erste und Hoechste, das schlechthin Urspruengliche.“³⁹⁵

„Das ewige Leben und die unsichtbare Welt ist nur in Gott zu suchen. In ihm leben alle Geister, er ist ein Abyssus von Individualitaet, das einzige unendlich Volle.“³⁹⁶

„In der Religion ist immer Morgen und Licht der Morgenroethe.“³⁹⁷

„Es giebt keinen Dualismus ohne Primat; so ist auch die Moral der Religion nicht gleich sondern untergeordnet.“³⁹⁸

„Frey ist der Mensch, wenn er Gott hervorbringt oder sichtbar macht, und dadurch wird er unsterblich.“³⁹⁹

„Trennt die Religion ganz von der Moral, so habt ihr die eigentliche Energie des Boesen im Menschen, das furchtbare, grausame, wuethende und unmenschliche Prinzip, was urspruenglich in seinem Geiste liegt. Hier straft sich die Trennung des Untheilbaren am schrecklichsten.“⁴⁰⁰

„Jeder Begriff von Gott ist leeres Geschwaetz. Aber die Idee der Gottheit ist die Idee aller Jdeen.“⁴⁰¹

„Laßt die Religion frey, und es wird eine neue Menschheit beginnen.“⁴⁰²

³⁹⁴ III. Band, 1. Stueck, II., S. 9.

³⁹⁵ III. Band, 1. Stueck, II., S. 6.

³⁹⁶ III. Band, 1. Stueck, II., S. 5.

³⁹⁷ III. Band, 1. Stueck, II., S. 27.

³⁹⁸ III. Band, 1. Stueck, II., S. 16.

³⁹⁹ III. Band, 1. Stueck, II., S. 8.

⁴⁰⁰ III. Band, 1. Stueck, II., S. 28

⁴⁰¹ III. Band, 1. Stueck, II., S. 6.

⁴⁰² III. Band, 1. Stueck, II., S. 5.

Künstlerisches Schaffen und Religion wurden eng aufeinander bezogen.⁴⁰³

In den außerordentlich wirksamen und für das frühromantische Denken bedeutenden Reden von *Friedrich Schleiermacher* vom Jahre 1799 über die Religion an die Gebildeten unter ihren Verächtern,⁴⁰⁴ wendete er sich gegen ein rationales und zweckbetontes Denken und verwies die Religion in die Innerlichkeit, in das Gemüt des Einzelnen und in die Anschauung. Von der Momentanität des religiösen Erlebnis gelangt man über Bildung und Geselligkeit zur Religion.⁴⁰⁵ Religion gehört notwendig zum Menschen, denn sie entspringt „... aus dem Inne-

⁴⁰³ *Friedrich Schlegel* in seinem im Jahr 1800 im: *Athenaeum*, 1800, III. Band, 1. Stueck, II., erschienenen Fragment Ideen:

„Nur derjenige kann ein Kuenstler seyn, welcher eine eigne Religion, eine originelle Ansicht des Unendlichen hat.“ (S. 6).

„Gott erblicken wir nicht, aber ueberall erblicken wir Goettliches; zunaechst und am eigentlichsten jedoch in der Mitte eines sinnvollen Menschen, in der Tiefe eines lebendigen Menschenwerks. ... Nur der Mensch unter Menschen kann goettlich dichten und denken und mit der Religion leben. ... Ein Mittler ist derjenige, der Goettliches in sich wahrnimmt, und sich selbst vernichtend Preis giebt, um dieses Goettliche zu verkuendigen, mitzuthemen, und darzustellen allen Menschen in Sitten und Thaten, in Worten und Werken. Erfolgt dieser Trieb nicht, so war das Wahrgenommene nicht goettlich oder nicht eigen. Vermitteln und Vermitteltwerden ist das ganze hoehere Leben des Menschen, und jeder Kuenstler ist Mittler fuer alle uebrigen.“ (S. 11-12).

„Poesie und Philosophie sind, je nachdem man es nimmt, verschiedene Sphaeren, verschiedene Formen, oder auch die Factoren der Religion. Denn versucht es nur beyde wirklich zu verbinden, und ihr werdet nichts anders erhalten als Religion.“ (S. 12).

„Ohne Poesie wird die Religion dunkel, falsch und boesartig; ohne Philosophie ausschweifend in aller Unzucht und wolluestig bis zur Selbstentmannung.“ (S. 31).

„Wer Religion hat, wird Poesie reden. Aber um sie zu suchen und zu entdecken, ist Philosophie das Werkzeug.“ (S. 9).

„Dein Ziel ist die Kunst und die Wissenschaft, dein Leben Liebe und Bildung. Du bist ohne es zu wissen auf dem Wege zur Religion. Erkenne es, und du bist sicher das Ziel zu erreichen.“ (S. 23).

„Der Geist unsrer alten Helden deutscher Kunst und Wissenschaft muß der unsrige bleiben so lange wir Deutsche bleiben. ... Nur bey den Deutschen ist es eine Nationaleigenheit, die Kunst und Wissenschaft bloß um der Kunst und der Wissenschaft willen goettlich zu verehren.“ (S. 25).

⁴⁰⁴ *RGG*, V. Band, Schleiermacher, Friedrich ..., II., 1., Sp. 1428 „... Die außerordentliche Wirkungskraft der ‚Reden‘, gerade gegenüber der Aufklärung ist bekannt. ...“; die im *Athenaeum*, 1799, II. Band, 2. Stueck, IV., S. 288-300 zu den Reden gebrachte Notiz, insb. „... Es sind R e d e n, die ersten der Art, die wir im Deutschen haben, voll Kraft und Feuer und doch sehr kunstreich, ...“ (S. 289), „...: denn fuer mich ist das Christenthum und die Art wie es eingeleitet und das, was ewig bleiben soll in ihm, gesetzt wird, mit das groeßte im ganzen Werk. ...“ (S. 299), im *Athenaeum* 1800, III. Band, 1. Stueck, II. von *F. Schlegel* gebrachten Fragment Jdeen: „Wer ein Hoechstes tief in sich ahndet und nicht weiß wie er sichs deuten soll, der lese die Reden ueber die Religion, und was er fuehlt wird ihm klar werden bis zum Wort und zur Rede.“ (S. 26), „In und aus unserm Zeitalter laeßt sich nichts groeßeres zum Ruhme des Christenthums sagen, als daß der Verfasser der Reden ueber die Religion ein Christ sey.“ (S. 24), „Der Verstand, sagt der Verfasser der Reden ueber die Religion, weiß nur vom Univer-sum; die Fantasie herrsche, so habt ihr einen Gott. Ganz recht, die Fantasie ist das Organ des Menschen fuer die Gottheit.“ (S. 5), „In und aus unserm Zeitalter laeßt sich nichts groeßeres zum Ruhme des Christenthums sagen, als daß der Verfasser der Reden ueber die Religion ein Christ sey.“ (S. 24), „Das Univer-sum kann ...“ (S. 32); *Kantzenbach*, Geschichte des Protestantismus von 1789-1845, 5., ... Schleiermacher, S. 102 und *Lindemann*, Geistlicher Stand und religiöses Mittlertum, A., I., S. 5.

⁴⁰⁵ *Schleiermacher*, Schriften aus der Berliner Zeit 1796-1799, Schriften ..., Über die Religion. Reden an die Gebildeten unter ihren Verächtern, S. 185-326,

Erste Rede. Apologie (S. 189-205),

ren jeder beßern Seele nothwendig von selbst ...⁴⁰⁶ „... Religion ist Sinn und Geschmack fürs Unendliche. ...“⁴⁰⁷ Religion ist Anschauung und Gefühl,⁴⁰⁸ sie ist sowohl von der Metaphysik – Transzendentalphilosophie – als von der Moral – Gesetz – zu unterscheiden.⁴⁰⁹ Die Dogmen gehören als Reflexionen nicht zur Unmittelbarkeit des religiösen Ereignis.⁴¹⁰ Religion muss gesellig sein, jedoch die wahre Kirche lässt sich nicht institutionalisieren aber leben.⁴¹¹ Der Staat belastet die Kirche mit Erziehungsaufgaben sittlicher und rechtlicher Art.⁴¹² Er greift mit seinen Belangen in die innersten Mysterien der religiösen Geselligkeit ein.⁴¹³ „... Hinweg also mit jeder solchen Verbindung zwischen Kirche und Staat! ...“⁴¹⁴

Zweite Rede. Über das Wesen der Religion (S. 207-247),

Dritte Rede. Über die Bildung zur Religion (S. 248-265),

Vierte Rede. Über das Gesellige in der Religion oder über Kirche und Priestertum (S. 266-292),

Fünfte Rede. Über die Religionen (S. 293-326).

⁴⁰⁶ Erste Rede. Apologie – Erstausgabe 1799 (S. 37) – (*Schleiermacher*, Schriften aus der Berliner Zeit 1796-1799, Schriften ..., Über die Religion. Reden an die Gebildeten unter ihren Verächtern, S. 204 Z 34-35).

⁴⁰⁷ Zweite Rede. Über das Wesen der Religion – Erstausgabe 1799 (S. 53) – (*Schleiermacher*, Schriften aus der Berliner Zeit 1796-1799, Schriften ..., Über die Religion. Reden an die Gebildeten unter ihren Verächtern, S. 212 Z 31-32).

⁴⁰⁸ Zweite Rede. Über das Wesen der Religion – Erstausgabe 1799 (S. 55-71) – (*Schleiermacher*, Schriften aus der Berliner Zeit 1796-1799, Schriften ..., Über die Religion. Reden an die Gebildeten unter ihren Verächtern, S. 213-220).

⁴⁰⁹ Zweite Rede. Über das Wesen der Religion – Erstausgabe 1799 (S. 41-50) – (*Schleiermacher*, Schriften aus der Berliner Zeit 1796-1799, Schriften ..., Über die Religion. Reden an die Gebildeten unter ihren Verächtern, S. 207-211).

⁴¹⁰ Zweite Rede. Über das Wesen der Religion – Erstausgabe 1799 (S. 115-133) – (*Schleiermacher*, Schriften aus der Berliner Zeit 1796-1799, Schriften ..., Über die Religion. Reden an die Gebildeten unter ihren Verächtern, S. 239-247).

⁴¹¹ Vierte Rede. Über das Gesellige in der Religion oder über Kirche und Priestertum – Erstausgabe 1799 (S. 177, 232-234) – (*Schleiermacher*, Schriften aus der Berliner Zeit 1796-1799, Schriften ..., Über die Religion. Reden an die Gebildeten unter ihren Verächtern, S. 267, 290-292).

⁴¹² Vierte Rede. Über das Gesellige in der Religion oder über Kirche und Priestertum – Erstausgabe 1799 (S. 214) – (*Schleiermacher*, Schriften aus der Berliner Zeit 1796-1799, Schriften ..., Über die Religion. Reden an die Gebildeten unter ihren Verächtern, S. 282-283).

⁴¹³ Vierte Rede. Über das Gesellige in der Religion oder über Kirche und Priestertum – Erstausgabe 1799 (S. 215) – (*Schleiermacher*, Schriften aus der Berliner Zeit 1796-1799, Schriften ..., Über die Religion. Reden an die Gebildeten unter ihren Verächtern, S. 283).

⁴¹⁴ Vierte Rede. Über das Gesellige in der Religion oder über Kirche und Priestertum – Erstausgabe 1799 (S. 224) – (*Schleiermacher*, Schriften aus der Berliner Zeit 1796-1799, Schriften ..., Über die Religion. Reden an die Gebildeten unter ihren Verächtern, S. 287 Z 3-4).

Die Reden waren im Menschen, in der Kunst und in den religiösen Anschauungen der Romantik verhaftet und brachten diese zum Ausdruck.⁴¹⁵

Novalis hatte in seinem unter ihrem Eindruck zwischen Anfang Oktober und dem 9. November 1799 niedergeschriebenen⁴¹⁶ und „... ein erstrangiges religiös-politisch-poetisches Dokument der Romantik ...“ darstellenden⁴¹⁷ Fragment *Die Christenheit und Europa eine Zurückbesinnung auf das Mittelalter gewollt und es zurückerwünscht.*⁴¹⁸

⁴¹⁵ *Siegfried*, Das romantische Prinzip in Schleiermachers Reden über die Religion, Einleitung, S. 1-4, I., S. 4-26, II., S. 26-29, III., S. 29-55, IV., S. 55-63.

⁴¹⁶ *Novalis* ließ sich Schleiermachers Reden nach Mitte September 1799 durch einen Expressboten aus Jena holen.

Die Lesung des Fragmentes fand am 13. oder 14. November 1799 bei einem ersten Romantikertreffen in Jena mit den Brüdern Schlegel, ihren Frauen Caroline und Dorothea, Ludwig Tieck, Friedrich Schelling und dem zum Freundeskreis der Frühromantiker mitzugehörenden Johann Wilhelm Ritter (*Literatur Lexikon. Autoren und Werke deutscher Sprache*, IX. Band, Ritter, Johann ..., S. 486-487) statt. Erstmals veröffentlicht wurde es im Jahre 1826 durch Friedrich Schlegel (*Novalis*, Schriften, III. Band, (Abt.) XI, Einleitung von R. Samuel, S. 497-502 und H. Küng, Religion im Spiegel romantischer Poesie, in: *Jens-Küng*, Dichtung und Religion, *Novalis* ..., S. 169, 173).

⁴¹⁷ H. Küng, Religion im Spiegel romantischer Poesie, in: *Jens-Küng*, Dichtung und Religion, *Novalis* ..., S. 169.

⁴¹⁸ Die Reformation sei ein zwar zur Erlangung der geistigen Reife der Menschheit notwendiger Prozess gewesen, dies habe jedoch unglücklicherweise zur Kirchenspaltung geführt. Die danach folgende Aufklärung habe alles Wunderbare und Geheimnisvolle von der alten Religion abgewaschen und als moderner Unglaube, als unpoetisch und als historisch denkend verworfen. Hiergegen erhebe sich nun aus der Vernichtung alles Positiven und als ihr Zeugungselement in der Anarchie habend, die Religion als neue Weltstifterin wieder empor.

Frankreich verfechte durch die Revolution einen weltlichen Protestantismus und es werde in den übrigen Ländern außer Deutschland bald mit dem Frieden ein neues poetisches Leben zu pulsieren beginnen, das alles andere weltliche Interesse verschlingen werde. Deutschland hingegen werde einen langsamen aber einen sicheren Gang vor den übrigen europäischen Völkern vorausgehen. Während diese durch Krieg, Spekulation und Parteigeist beschäftigt sind, bilde sich der Deutsche mit allem Fleiß zur Epoche eine höheren Kultur, welche Vorschrift ihm ein großes Übergewicht über die anderen im Laufe der Zeit geben müsse. In den Wissenschaften und in den Künsten werde eine gewaltige Gährung gewahrt.

Im politischen Schauspiel unserer Zeit sei die alte und die neue Welt im Kampf begriffen und es sei unmöglich, dass weltliche Kräfte sich selbst ins Gleichgewicht setzen könnten. Hierzu sei vielmehr ein drittes Element, welches weltlich und überirdisch zugleich ist, notwendig. So lange werde Blut über Europa strömen, bis die Nationen ihren fürchterlichen Wahnsinn gewahrt werden, der sie im Kreis herumtreibe und sie werden von heiliger Musik betroffen, zu den ehemaligen Altären in bunter Vermischung treten.

Nur die Religion könne Europa wieder aufwecken und die Völker sichern und die Christenheit mit neuer Herrlichkeit sichtbar auf Erden in ihr altes friedensstiftendes Amt installieren. Angewandtes lebendig gewordenes Christentum war der alte katholische Glaube und eine echte Religion und in inniger unteilbarer Verbindung mit den beiden anderen Gestalten des Christentums wird er ewig diesen Erdboden beglücken. Die Christenheit müsse wieder lebendig und wirksam werden und sich wieder eine sichtbare Kirche ohne Rücksicht auf Landesgrenzen bilden, die alle nach dem Übersinnlichen Durstenden in sich aufnehme und gerne Vermittlerin der alten und neuen Welt werde (*Novalis*, Schriften, III. Band, (Abt.) XI, S. 507-524).

Die Hoch- oder Jüngere Romantik der Jahre 1805/07 mit ihrem Zentrum in Heidelberg und ihren Hauptvertretern Achim von Arnim (1781-1831), Clemens von Brentano (1778-1842), den beiden Brüdern Jacob und Wilhelm Grimm (1785-1863, 1786-1859), Joseph von Eichendorff (1788-1857), Joseph Görres (1776-1848), Ludwig Uhland (1787-1862), Justinus Kerner (1786-1862) wandte sich von dem transzendental-philosophischen

Neben der Romantik war zu Ausgang des 18. Jahrhunderts als Teil der die gesamte christliche Welt erfassenden religiösen Erneuerung⁴¹⁹ und in Deutschland insbesondere an den Pietismus anknüpfend⁴²⁰ die Erweckungsbewegung entstanden.

In Abkehr vom Rationalismus der Aufklärung, jedoch auch von dem sich in einer idealistischen Vernunftphilosophie anstelle eines lebenden Gottes ergehenden Deutschen Idealismus,⁴²¹ stellte sie mit einer erlebnisbetonten Rückkehr zur biblischen und kirchlichen Überlieferung wieder die geoffenbarte Religion in den Mittelpunkt.⁴²²

Denken ab und dem National-Volkstümlichen zu. Mit der Literatur des Volksgeistes anstelle des zukunftsgeleiteten Idealismus trat eine realistische Bindung mit der Überlieferung und eine mystisch verklärte Vergangenheit (*Hoffmeister*, Deutsche und europäische Romantik, B., I., 2., S. 30-31 und *G. vom Hofe*, Der Volksgedanke in der Heidelberger Romantik ..., in: *Heidelberg im säkularen Umbruch*, III., S. 225-251).

⁴¹⁹

Im protestantisch-evangelischen Bereich erfasste die Erweckungsbewegung die gesamte Welt (*RGG*, II. Band, Erweckung, I., 1.-4., Sp. 621-623).

In England wurde die Erweckungsbewegung während des 18. Jahrhunderts von dem durch John Wesley (1703-1791) begründeten Methodismus getragen (*Hampson*, Leben Wesleys. Methodismus, I. Theil, 4. u. 5. Abschnitt, S. 50-110, 7.-9. Abschnitt, S. 135-224, II. Theil, 10. Abschnitt, S. 3-46, 11. Abschnitt, S. 52-63, 14.-21. Abschnitt, S. 100-230 und *RGG*, II. Band, Erweckung, I., 1., Sp. 621, IV. Band, Methodismus, I., 1.-8., Sp. 914-198). Um 1800 entstand in der sog. Low-Church-Bewegung eine neue Erweckungsbewegung (*RGG*, II. Band, Erweckung, I., 1., Sp. 621-622, I. Band, Anglikanische Kirche, I., 1., Sp. 377).

In Nordamerika hatte das great Awakening von 1734-44 dem dort in den 60er und 70er Jahren des 18. Jahrhunderts einwandernden Methodismus, welche die typisch amerikanische Frömmigkeitsform der nach Westen vordringenden Bevölkerungsbewegung wurde, vorgearbeitet und die geistige Vorherrschaft des dogmatisch erstarrten Puritanismus erschüttert (*RGG*, II. Band, Erweckung, I., 2., Sp. 622, IV. Band, Methodismus, I., 9., Sp. 918 und *Hampson* ebd., II. Theil, 12. Abschnitt, S. 64-87, 13. Abschnitt, S. 88-99 (90-97)).

In Frankreich und in der französisch sprechenden Schweiz entstand um das Jahr 1790 der Réveil, dem es um eine Erneuerung der echten reformatorischen Lehre, jedoch neben der orthodoxen Rechtfertigungs- und Gnadenlehre auch auf individuelle Bekehrung und Heiligung sowie auf eine persönliche Heilandsliebe und eine freikirchliche Organisation ging (*Wemyss*, Histoire du Réveil, 1. Partie, Le Protestantisme français, p. 37-41 und *RGG*, II. Band, Réveil, Sp. 1077-1078).

⁴²⁰

K. Holl, Die Rechtfertigungslehre im Licht der Geschichte des Protestantismus, (VI. Das 19. Jahrhundert), in: *ders.*, Gesammelte Aufsätze zur Kirchengeschichte, 25., S. 549; *Handbuch der Kirchengeschichte*, V. Band, 2. Teil, 2. Abschnitt: Das kirchliche Leben unter dem Einfluß des Staatskirchentums und der Aufklärung, 26. Kap.: Kirchliche Wissenschaft im 18. Jahrhundert - Aufklärungstheologie und Pietismus, Evangelische Theologie, v. *W. Müller*, S. 587 und *Lehmann*, Die Erweckungsbewegung im südlichen Teil des Hessischen Hinterlandes, Vorbemerkungen, S. 5.

⁴²¹

Gegen den Deutschen Idealismus, mit seiner Nichtwahrung der biblischen Botschaft von der die Sünde vergebenden göttlichen Gnade, seiner Bejahung der Freiheit als Vorrecht der Vernunft und der Verfügbarkeit der Wahrheit allein in ihm seiend, und hingegen nicht die Zugrundelegung der Freiheit des gläubigen Christenmenschen.

⁴²²

Kantzenbach, Geschichte des Protestantismus von 1789-1848, 6., Der Protest gegen die rationalistische Verkündigung der Kirche, S. 109-111; *ders.*, Die Erweckungsbewegung, A., S. 15-17 und *LThK*, III. Band, Erweckungstheologie, Sp. 1065 u. 1077 (1065).

Es ging der Erweckungsbewegung hierbei nicht nur und nicht in erster Linie um den Supranaturalismus als der Entfaltung einer biblischen Lehre. Insbesondere mit den einsetzenden ideologischen, politischen und kriegerischen Auseinandersetzungen der Französischen Revolution gegen das alte Europa war das lehrhafte Moment in diese eingebettet und getragen. Es ging ihr vor allem und führte sie zu einem insgesamt eschatologisch religiösen

9. Übereinstimmung der Säkularisation mit dem Zeitgeist zu Ausgang des 18. Jahrhunderts

Die Aufklärung und die allgemeine geistige Bewegung in Deutschland im späten 18. Jahrhundert hatte bei ihren diesseitsbezogenen Neuinterpretationen der christlichen Konfessionen eine genauere Unterscheidung und Trennung von Geistlichem und Weltlichen gefordert, womit auch die Säkularisationen von geistlichen Staaten betroffen und gefordert wurden.⁴²³ Der sie fortführende deutsche philosophische Idealismus und die literarische deutsche Klassik brachten mit ihrer unbedingten Hinwendung zum Menschen und seiner eigenen göttlichen Verantwortlichkeit für sich selber und sein Handeln in der Welt die weitere geistesgeschichtliche Differenzierung von Weltlichem und Geistlichem.⁴²⁴

Die um die Jahrhundertwende einsetzende Romantik und Erweckungsbewegung mit ihrer Rückkehr zu dem wieder das Diesseits erfassenden und bestimmenden Gott konnten die Aufklärung,⁴²⁵ den philosophischen Idealismus und die deutsche literarische Klassik nicht verdrängen.

Nach dem Vorgang des Westfälischen Friedensschlusses hatte es in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts im Reich zwei konkrete Säkularisationsprojekte zur Entschädigung von weltlichen Reichsfürsten durch geistliche Staaten gegeben.⁴²⁶ Vermögensrechtliche Säkularisationen waren durch Aufhebung des Jesuitenordens am 21. Juli 1773 und die Aufhebung der österreichischen Klöster in den Jahren 1782-1786 erfolgt.⁴²⁷ In Anlehnung an die im revolutionären Frankreich stattgehabten Trennung von Staat und Kirche und Einziehungen der Kir-

Geschichts- und Zeiterlebnis, bei einem Kampf zwischen Licht und Finsternis, zwischen Wahrheit und Verführung, zwischen Christ und Widerchrist, zwischen Mächten der Bewährung und der Zerstörung (*Geiger*, Aufklärung und Erweckung, 17. Kap., S. 511-513 mit 14. Kap., S. 283-297; *Kantzenbach*, Geschichte des Protestantismus von 1789-1848, 6., Zentren der Erweckungsbewegung, S. 113 u. 114 und *K. Holl*, Die Bedeutung der großen Kriege für das religiöse und kirchliche Leben innerhalb des deutschen Protestantismus, II., (a) Der religiöse Ertrag, in: *ders.*, Gesammelte Aufsätze zur Kirchengeschichte, 15., S. 352-354 (hinsichtlich des um die Jahrhundertwende in Frankfurt am Main als Hilfsprediger und in Bremen als Pastor wirkenden Gottfried Menken).

Nach dem katholischen Theologen Patriz Benedikt Zimmer (1752-1820), welcher die kirchliche Lehre gegenüber Kant verteidigte, erreicht die christliche Offenbarung jene Menschen, denen das philosophische Denken verschlossen ist. Führt hingegen die christliche Offenbarung den Menschen zum selbigen Ziel wie das philosophische Denken ist damit die christliche Lehre gerechtfertigt. Die Menge, welche das philosophische Denken nicht erreicht, hat eine Vorstellungsweise, welche von allen verstanden werden kann, dieselbe Wahrheit lehrt und zum selben Ziel führt (*Schäfer*, Philosophie und Theologie im Übergang von der Aufklärung zur Romantik, 1. Teil, A., I. u. II., S. 17-18, B., I., 1., S. 24, E., V., S. 68, 2. Teil, B., S. 134-167 (II., 3., b), gg), S. 160-161 und III., 2, b), S. 165)).

⁴²³ Oben, S. 646-647.

⁴²⁴ Oben, S. 661-676.

⁴²⁵ Oben, S. 677-685.

⁴²⁶ Oben, S. 647-655.

⁴²⁷ Oben, S. 655-658.

chengüter forderten die deutschen Jakobiner während den Jahren 1792-93 dies gleichfalls für Deutschland.⁴²⁸

Dem publizistischen Zeitgeist, auch bedingt und verstärkt durch die allgemein politischen, wirtschaftlichen und militärischen Schwächen und Rückständigkeiten der geistlichen Staaten gegenüber den weltlichen Staaten⁴²⁹ entsprach demnach zu Ausgang des 18. Jahrhunderts die Tendenz zur Umwandlung von geistlichen Staaten in weltliche. Dieser Tendenz entsprach auch die Absicht der erblich-weltlichen Reichsstände, ihre linksrheinischen Verluste durch rechtsrheinische Säkularisationen auszugleichen und damit den gegen die Französische Republik verloren gegangenen Reichskrieg beenden zu können.

Der Verfasser von *Ueber die Nothwendigkeit einer allgemeinen Saecularisation der deutschen Erzbisthuemer, Bistuemer, Praelaten und Kloester*:

„... Diese sind es, die zuerst von dem Schauplatz abtreten muessen, da die Philosophie unseres Jahrhunderts das Daseyn ihrer geistlichen Regierung auf alle Seiten entbehrlich gemacht,⁽⁴³⁰⁾ ... Nach den Fortschritten unseres aufgeklärten Zeitalters Mit diesem Verhaeltniß ist es nicht mehr compatibel, was die Kirchengewalt ueber die weltliche Herrschaft empor hebt; ...“⁴³¹

der Verfasser von *Ueber die Geistlichen Staaten in Deutschland*:

„... Entspringt diese Abneigung aus einer gewissen Kaelte und Geringschaetzung der Religion, der sich unser Zeitalter schuldig gemacht, ...“⁴³²

und der Verfasser von *Noch ein Wort ueber das Saekularisationswesen*:

„... Es gehoert ueberhaupt zu den Zeichen der Zeit, daß das, w a s g e i s t l i c h, und mit demselben verwandt ist, unter die verjaehrten, verbrauchten und schaedlichen Dinge verwiesen, und schon dieser Name als ein h o r r i b l e d i c t u verschrieen werde. Man denkt sich unter demselben ein menschen = und lichtscheues Wesen, das, als Ausgeburd der Roheit und i n t e l l e k t u e l l e n Barbarei, den milden Geist der Humanitaet erdrueckend, den Sinn fuer frohen Lebensgebuß zum Verbrechen macht, nur Unheil ueber Laender verbreitet.⁽⁴³³⁾ ... Fast ist dieses Geschrei zum herrschenden Zeit= und Modeton geworden. Alle politische und gelehrte Verhandlungen in Beziehung auf die Religion und ihre Diener ruhen auf der Basis: der Geistliche muß aller politischen Macht entkleidet werden, seine Macht

⁴²⁸ Oben, S. 658-661.

⁴²⁹ Unten, S. 749-752.

⁽⁴³⁰⁾ S. 48.

⁴³¹ S. 49.

⁴³² S. 70.

⁽⁴³³⁾ Vierter Satz, S. 51-52.

sey die der Religion, der Lehre, die er predigt, i. e. Ohnmacht, Schwaeche, Verachtung. ...⁴³⁴

⁴³⁴ Vierter Satz, S. 55.

IV

Die Struktur der geistlichen Staaten

1. Die Nachteile der geistlichen Staaten

a) Die Geo-Populare Unterlegenheit

aa) Die gebietliche Unterlegenheit der geistlichen Staaten

Die geistlichen Staaten waren gegenüber den auch durch dynastische Beziehungen miteinander verbundenen und vereinigten weltlichen Staaten zumeist die gebietlich kleineren.

Zu Ausgang des 18. Jahrhunderts befanden sich unter den Vereinigungen reichsständischer Territorien von über 500 Quadratmeilen, welche man als ihre größeren ansehen kann,⁴³⁵ mit:

Österreich (deutsche Staaten)	von	3534	QM	
Preußen (deutsche Staaten)	von	1646	QM	
Kurpfalz mit Baiern	von	1028	QM	
Kursachsen	von	708	QM	
Kurhannover	von	514	QM ⁴³⁶	

nur weltliche Staaten und keine geistlichen.⁴³⁷

Diese waren vielmehr erst unter den Staaten und Staaten-Vereinigungen von mittlerer⁴³⁸ und kleinerer Größe anzutreffen.

Der Verfasser von *Ueber die Geistlichen Staaten in Deutschland*:

„Die geistlichen Staaten sind schwach, nicht aus einer angebohrnen Feigheit oder Traegheit; sondern weil sie klein am Umfange sind, ...“⁴³⁹

⁴³⁵ Hoff, Das Teutsche Reich, I. Theil, 1. Abtheilung, I., (4.), S. 66-69.

⁴³⁶ Hoff, Das Teutsche Reich, I. Theil, 1. Abtheilung, I., (4.), S. 66-67.

⁴³⁷ Hoff, Das Teutsche Reich, I. Theil, 1. Abtheilung, I., (4.), S. 66-67.

Die von dem am 2. Febr. 1761 verstorbenen bayerischen Wittelsbacher Clemens August vereinigten Erz- und Hochstifte Köln, Hoch- und Detschmeistertum, Regensburg, Münster, Paderborn, Hildesheim, Osnabrück, Berchtesgaden (unten, S. 731), gehörten zu den Vereinigungen von Staaten erster Größe zu.

⁴³⁸ Hoff, Das Teutsche Reich, I. Theil, 1. Abtheilung, I., (4.), S. 66-69.

bb) Die geringere Bevölkerung in den geistlichen Staaten

Die geistlichen Staaten besaßen gegenüber den weltlichen die geringere Bevölkerung. Die Bevölkerungsdichte betrug bei 26 katholischen Erz- und Hochstiftern einschließlich der katholisch-protestantischen Alternation des Hochstiftes Osnabrück⁴⁴⁰ 1 984 Menschen pro Quadratmeile,⁴⁴¹ hingegen bei „... denen, einigen geistlichen Ländern von gleicher Landesgüte angelegenen Erbstaaten ...“⁴⁴² 3 000 Menschen pro Quadratmeile.⁴⁴³

Ursächlich hierfür waren vor allem die größere Emigration, die ihre Gründe im Missvergnügen über die Regierung, im Mangel an Nahrung hatte,⁴⁴⁴ die größere Anzahl von geistlichen und damit auch dem Zölibat unterliegenden Personen,⁴⁴⁵ die übermäßige Bettelei⁴⁴⁶ und das Fehlen von eigener Industrie.⁴⁴⁷

⁴³⁹ S. 70.

⁴⁴⁰ Art. XIII § 1-§ 8 IPO (*Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 61-63).

⁴⁴¹ Sartori, Geistliches und Weltliches Staatsrecht der Reichsstifter, II. Band, 1. Theil, 1. Abschnitt, §. 654., S. 428 mit §. 653. S. 426-428 (Tabelle, S. 427).

⁴⁴² Sartori, Geistliches und Weltliches Staatsrecht der Reichsstifter, II. Band, 1. Theil, 1. Abschnitt, 22. Cap., §. 654., S. 428, insg., S. 428-429.

⁴⁴³ Sartori, Geistliches und Weltliches Staatsrecht der Reichsstifter, II. Band, 1. Theil, 1. Abschnitt, 22. Cap., §. 654., S. 428-429 (429).

Riesbeck, Briefe eines reisenden Franzosen ueber Deutschland, II. Band, 73. Brief, S. 405-412: Ungeachtet der geistlichen oder weltlichen Eigenschaft der betroffenen Territorien hatten die besseren Provinzen Deutschlands, welche er mit insgesamt ca. 6 400 QM angab, sicher 2 500 Menschen pro QM. Die übrigen Provinzen, welche er mit ca. 5 600 QM angab, hatten wenigstens doch 1 700 Menschen pro QM, insg., *ebd.*

⁴⁴⁴ Sartori, Staatistische Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten, 2. Abschnitt, §. 13., S. 52-53; *ders.*, Fortsetzung der Staatistischen Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten, §. 13., S. 198-202.

⁴⁴⁵ Sartori, Geistliches und Weltliches Staatsrecht der Reichsstifter der Reichsstifter, II. Band, 1. Theil, 1. Abschnitt, 22. Cap., §. 655., S. 429-430 (430): Von den durchschnittlichen 1 984 Menschen pro QM waren sicher 50 Geistliche.

Patriotische Wuensche fuer Teutschland bei dem bevorstehenden Definitiv=Reichs=Frieden, II., §. 13., S. 22 „... Dem Wohlstand derselben ist auch noch sehr im Weg 1.) die Menge von Moenchen und Geistlichen, die nicht produciren, und selbst nicht gesezlich fortpflanzen. Der Bischof von Costanz zaehlte in seiner Dioeces von 400,000. Menschen, 9000. Geistliche. ...“.

⁴⁴⁶ Sartori, Fortsetzung der Staatistischen Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten, 2. Abschnitt, §. 15., S. 217-221; *ders.*, Staatistische Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten, 2. Abschnitt, §. 15., S. 59-60; *ders.*, Geistliches und Weltliches Staatsrecht der Reichsstifter, II. Band, 1. Theil, 1. Abschnitt, 22. Cap., §. 655., S. 429-430 (430): Von den durchschnittlichen 1 984 Menschen pro QM waren davon sicher 260 Bettler.

⁴⁴⁷ Sartori, Geistliches und Weltliches Staatsrecht der Reichsstifter, II. Band, 1. Theil, 1. Abschnitt, §. 656., S. 432-433 und unten, S. 714-716, 709-710.

Dem von Sartori, Geistliches und Weltliches Staatsrecht der Reichsstifter, II. Band, 1. Theil, 1. Abschnitt, § 656., S. 432-433 als weitere Ursache für die geringe Bevölkerung der geistlichen Staaten mitangegebene allgemeine Mangel an Nahrungsstand, kann in nicht gefolgt werden. Er wird von ihm auch weder begründet noch mit

b) Die institutionellen Mängel

aa) Der doppelte Aufgabenbereich des geistlichen Reichsstandes

Der an der Spitze der geistlichen Staaten stehende geistliche Landesherr hatte infolge der Einheit von geistlicher und weltlicher Gewalt⁴⁴⁸ auch einen doppelten Aufgaben und Funktionsbereich wahrzunehmen.

Infolge des Umfangs, den sachlich-inhaltlichen Verschiedenheiten und den bei der Ausführung der weltlichen und geistlichen Funktionsbereiche sich ergebenden inneren Gegensätzlichkeiten konnte der geistliche Reichsstand diese nicht in derselben Weise wirksam ausführen, wie es in den weltlich-katholischen Staaten die jeweils nur einen von diesen Funktionsbereichen wahrnehmenden weltlichen Landesherrn und geistlichen Bischöfe und Prälaten hatten tun können. Insbesondere widmete sich der geistliche Landesherr mehr seinen Aufgaben als weltlicher Regent und war weniger geistlicher Hirte und Seelsorger und musste bei der Ausführung der beiden Aufgabenbereichen deren Widersprüchlichkeiten in seiner Person ertragen und ausgleichen.

Bereits *Mk. 10, 42-45*⁴⁴⁹ und *Joh. 18, 36*⁴⁵⁰ hatten die Jünger und die ihnen in der apostolischen Sukzession nachgefolgten Bischöfe auf die Ausübung des Seelsorger- und Hirtenamtes beschränkt und ihnen jegliche Ausübung von weltlicher Gewalt untersagt.

statistischen Angaben belegt (*ebd.*, S. 432-433; *ders.*, Staatistische Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten, 1. u. 2. Abschnitt, S. 9-68; *ders.*, Fortsetzung der Staatistischen Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten, 1. u. 2. Abschnitt, S. 69-244). Zwar führte er in seinen Staatistischen Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten, 2. Abschnitt, §. 16., S. 63-64 und Fortsetzung der Staatistischen Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten, 2. Abschnitt, §. 16., S. 225-229 einen Mangel an Getreide an. Dieser resultierte jedoch insbesondere von den während der 70. Jahre der 18. Jahrhunderts vorhandenen Missjahren, und bei einzelnen geistlichen Staaten auch aus ihrer eigenen fehlenden Vorausplanung. Hingegen nicht aus einer Nichtkultivierung oder falschen Kultivierung von eigenen Gebieten.

Bei den anderen eingesehenen zeitgenössischen Publizisten fehlen Hinweise für einen bei den geistlichen Staaten gehabten allgemeinen Nahrungsmangel. Der Verfasser von *Ueber die Geistlichen Staaten in Deutschland*, S. 61-65; *Fabritius*, Ueber den Wehrt der geistlichen Staaten, 2. Buch, S. 89-196 und *Wende*, Die geistlichen Staaten in zeitgenössischer Publizistik, II., Symptome, S. 15-17, Diagnose, S. 17-34.

⁴⁴⁸

Einheit von geistlicher und weltlicher Gewalt in seiner Person, im Gegensatz zu dem sich in den katholisch-weltlichen Staaten an deren Spitze befundenen weltlichen Landesherrn, mit den von ihm getrennten und unterschiedenen Bischof-Prälaten.

Bei den evangelischen Staaten (weltlich und geistliche) standen dem Landesherrn hinsichtlich der von der Landeshoheit zu unterscheidende geistliche Gewalt – *iura in sacra* –, allein die ihm als Vorsteher von kirchlichen Vereinigungen zustehende äußerliche Leitungsgewalt zu – *iura collegialia* –, welche eigentlichen geistlichen Belange bei der gesamten Kirche verblieben (oben, S. 448-452).

⁴⁴⁹

„⁴² Et vocans eos Iesus ait illis: «Scitis quia hi, qui videntur principari gentibus, dominantur eis, et principes eorum potestatem habent ipsorum. ⁴³ Non ita est autem in vobis, sed quicumque voluerit fieri maior inter vos, erit vester minister; ⁴⁴ et, quicumque voluerit in vobis primus esse, erit omnium servus; ⁴⁵ nam et Filius hominis non venit, ut ministraretur ei, sed ut ministraret et daret animam suam redemptionem pro multis.»“ (*Nova Vulgata*, p. 1521).

Schnaubert, Ueber Moser's Vorschlaege zur Verbesserung der geistlichen Staaten:

„... die Vortheile ..., welche Kirche und Staat von der Verbindung der geistlichen und weltlichen Gewalt, des Staabs und Schwerds in Einer Hand, genießen; der muß aber weder die Kirche noch den Staat recht kennen, wer sich davon ueberzeugen kann. Die Erfahrung hat gelehrt, daß beide dabei leiden. Der Bischof soll das Muster seiner Heerde seyn, er soll mit dem ihm verliehenen Pfunde in der Kirche wuchern, die Bibel, die Kirchengesetze und Schriften der Vaeter lesen, seiner Gemeinde das Evangelium predigen, seine Kirchen visitiren, seine untergebene Geistlichkeit pruefen, der Vater der Armen, der Wittwen und Waysen sein. Wie kann er zugleich ein weltlicher Herr seyn, und einen Staat regieren? Der Umfang und die Verschiedenheit der Pflichten eines Bischofs, und der eines Regenten ist so ausgedehnt und gros, daß nothwendiger Weise zwei Menschen dazu erfordert werden. Niemand kann zwei Herrn dienen, er wird einen hassen und den andern lieben.

Die Erfahrung hat gelehrt (und anders war wohl nichts zu erwarten), daß die deutschen Bischoeffe mehr Fuersten, als Bischoeffe, geworden. Sie ueberlassen die Kirchensachen meistens Andern, haben ihre Vicarios in Spiritualibus und Pontificalibus, halten allenfalls einigemal im Jahre eine Fuerstbischoeffliche Messe, mit so viel weltlicher Pracht, mit einer so grosen Menge von Hofbedienten u. a., daß man sich hier den Stellvertreter des Erloesers, der vor dem Abendmahl seinen Juengern die Fuesse gewaschen, sich fuer den Diener von Allen erklaert, ohnmoeglich gedenken kann. Welcher Abstand zwischen einem Fuerstbischoffen, der sogar vom Altar her mit dem Schwerde drohet, und dem, der fuer seine Verfolger gebeten! Ein deutscher Fuerstbischof erscheint nur einmal in seinem Leben mit Evangelienbuch – waehrend seiner Konsekration auf dem Nacken beladen, und es hierauf ein fuer allemal in den Haenden habend – vor seiner Gemeinde a). Wer, ueberzeugt von seiner Pflicht, mehr thut, selbst firmelt, ordinirt, Kirchen einweiht, seine Dioeces visitirt etc. der macht sich fast bei der ganzen Nation laecherlich und zur allgemeinen Fabel; so eine seltene Sache ist es!⁽⁴⁵¹⁾ ... Man macht es den Pfarrern zur Pflicht, ihre Schaafe selbst zu weiden, man giebt nicht zu, daß sie zugleich noch Beamten= und Rendantenstellen bekleiden, weil sie sich dem Altar entziehen wuerden, und erlaubt den Bischoeffen noch Regenten und Reichsstaende zu seyn? Sie halten sich fuer Nachfolger der Aposteln, und wollen die befehle nicht erfuellen, die ihnen in solcher Eigenschaft von Christus selbst gegeben worden! Kann sich das deutsche Staatsrecht hiervon dispensiren?

Wenn der Bischof zugleich Regent ist, so ist die Gefahr ganz nahe, daß der Bischof als weltlicher Herr zufaehrt, wenn er, nach den erhabenen Mustern Christi und der Aposteln, nur mit Sanftmuth und Liebe zu Werke gehen soll; ists nun aber auch zu verwundern, wenn der Bischof im Fuersten seinen Schaafen furchtbar und unertraeglich wird? Der Bischof soll die Hungerigen speisen, die Duerftigen unterstuetzen, und als Regent uebt er, oft mit gewaltiger Hand, das Besteuerungsrecht auch wider solche aus, sie sich und den Jhrigen das Brod kuemmerlich brechen muessen. der Bischof soll seine Gemeinheiten visitiren, und der Fuerst seine Soldaten mustern; der Bischof soll auf dem Lehr = und im Beichtstuhl, der Fuerst

⁴⁵⁰ „³⁶ Respondit Iesus: «Regnum meum non est de mundo hoc; si ex hoc mundo esset regnum meum, ministri mei decertarent, ut non traderer Iudaeis; nunc autem meum regnum non est hinc».“ (*Nova Vulgata*, p. 1619).

⁽⁴⁵¹⁾ Dritter Vorschlag, S. 89-92.

aber in den Regierungskollegien sitzen; der Bischof soll auf den Kirchenversammlungen, der Fuerst aber auf den Reichstagen und im Felde erscheinen! ...⁴⁵²

der Verfasser von *Die Vernunft fordert Saekularisationen*:

„Wenn jemand ein religioeses Amt bekleidet; so darf er es unstreitig schlechterdings nicht anders, als nach den Vorschriften fuehren, welche die Religion, auf die es gegruendet ist, ertheilt. Christus uebertrug seinen Juengern das Lehr = und Predigt = Amt, die Seelsorge, und vebboth ihnen ausdruecklich eine weltliche Regierung zu fuehren.⁽⁴⁵³⁾ ... Ist es daher nicht eine muthwillige Uebertretung der Pflicht von Seiten der Geistlichen, daß sie mit ihrem Amt zugleich eine weltliche Regierung verbinden? Muß nicht darunter nothwendig ihre Bestimmung leiden? koennen sie derselben alle ihre Kraefte widmen, wenn sie auf Regierungs = Angelegenheiten einen Theil davon verwenden?“⁴⁵⁴

und der Verfasser von *Noch ein Wort ueber das Saekularisationswesen*:

„... Ueberdieß sey ein solcher geistl. Herrscher zu sehr zwischen dem geistl. und weltlichen Regierungsfache getheilt, als daß er den eigentlichen Regentenpflichten hinlaenglich Genuege leisten koennte. ...“⁴⁵⁵

bb) Die Beschränkung der Regierungsgewalten durch die Wahlkapitulationen

Die geistlichen Reichsstände hatten anlässlich ihrer nach dem kanonischen Recht erfolgten Wahl⁴⁵⁶ durch die geistlichen Dom-,⁴⁵⁷ Ritterstifts-⁴⁵⁸ und Stiftskapitel⁴⁵⁹ Wahlkapitulationen⁴⁶⁰ zu beschwören.⁴⁶¹

⁴⁵² Dritter Vorschlag, S. 92-94, insg., S. 88-97.

⁽⁴⁵³⁾ §. 33., S. 20.

⁴⁵⁴ §. 33., S. 21, insg., S. 20-21.

⁴⁵⁵ Vierter Satz, S. 50-51.

⁴⁵⁶ Die kanonische Wahl war in dem am 17. Febr. 1448 abgeschlossenen Wiener Konkordat, geltend für alle im selben Jahr im Gebiet des Reiches gelegenen Bistümer, welches als Reichsgrundgesetz bis zum *RDH vom 25. Febr. 1803* fortbestand (*Feine*, Die Besetzung der Reichsbistümer 1648-1803, Einleitung, S. 4-6, insb. Fußnote; *ders.*, Kirchliche Rechtsgeschichte, 3. Teil, V. Periode, § 38., IV., S. 482) festgelegt worden. Art. III enthielt für die Erz- und Bistümer und für die exemten Klosterkirchen die kanonische Wahl. Bei nichtrechtzeitiger Anmeldung nach Rom, bei unkanonischen Wahlen oder, wenn ein wichtiger und evidenter Grund und nach dem Rat der Kardinäle für eine würdigere und geeignete Person spricht, konnte der Papst hiervon abweichend die Besetzung vornehmen (*Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome III Partie I, N^o CXV., p. 163 mit den Ergänzungen in Art. IV, Sätze 1-3, p. 163).

Eine Rezeption des Wormser Konkordates vom 23. Sept. 1122 war hinsichtlich des bei strittigen Wahlen durch einen Wahlkommissar auszuübenden kaiserlichen Entscheidungsrechtes und des aus seinen Bestimmungen von der kaiserlichen Befugnis, dem Gewählten die Regalien zu verweigern, mitbeanspruchten Rechtes des Kaisers, einem Kandidaten die Exklusive – ihn passiv von der Wahl auszuschließen – zu erteilen, im 17. und 18. Jahrhundert von den Staatsrechtslehrern bejaht worden (Bestimmungen in der Urkunde Papst' Calixtus II., in: *Zeumer*, Quellensammlung, 1. Teil, Nr. 5., b., S. 4 und *Feine*, Die Besetzung der Reichsbistümer 1648-1803, 4. Kap., Die zeitgenössische staatsrechtliche Theorie, S. 147-186). Auf beide Rechte hatten die deutschen Könige

und römischen Kaiser im späten Mittelalter zugunsten der Kurie verzichtet gehabt (*Feine* ebd., 4. Kap ebd., I., S. 148-151; *Werminghoff*, Geschichte der Kirchenverfassung Deutschlands im Mittelalter, I. Band, 3. Abschnitt, 1. Kap., § 34., S. 199-202 und *Sägmüller*, Lehrbuch des katholischen Kirchenrechts, I. Band, 3. Buch, 2. Abschnitt, 3. Kap., § 72., 5., S. 331-332).

Auch für die Wahlen der evangelischen Reichsstände galt das kanonische Recht, soweit dieses nicht den Grundsätzen der evangelischen Kirche, ihrer Verfassung wie auch den Reichsgesetzen entgegenstand (*Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band XI, 1. Theil, 1. Buch, 1. Cap., §. 13., S. 22-23 und *Wiese*, Handbuch des gemeinen in Teutschland ueblichen Kirchenrechts, III. Theil, 2. Hauptabschnitt, 1. Buch, 1. Hauptstueck., 3. Abschnitt, §. 401., S. 268-269). Hiervon waren auch Art. V § 16 und Art. VII § 1 IPO mit ihrer Festlegung des ungeschmälernten Verbleibens der in allen reichsunmittelbaren Stifter und auch in den evangelischen nach den Gewohnheiten und Satzungen eines jeden Ortes geltenden Wahl- und Postulationsrechten ausgegangen, soweit sie den Reichsgesetzen und insbesondere diesem Vertrag gemäß sind und für die evangelischen Erz- und Bistümer nichts enthielten, was dieser Konfession zuwider ist (*Instrumenta Pacis Westphalicae, ... Caesareo-Suecicum ...*, S. 29-30, 46-47).

⁴⁵⁷

Bei den Bischöfen hatte von Anfang an immer eine kanonische Wahl mit den beiden berechtigten Faktoren Klerus und Volk gegolten, wobei die Domkapitel eine Vorwahlrecht besaßen und dem anderen in territorialer Abhängigkeit zur Diözese stehenden Klerus und dem Volk Mitwirkungsrechte zugebilligt worden waren (*Below*, Wahlrecht der Domkapitel, 1. Kap., S. 2-10 und *Schmid*, Kanonische Wahl, I., 1., Der Wählerkreis, S. 37-41).

Während des ottonisch-salischen Reichskirchensystems von der Mitte des 10. Jahrhunderts bis zu dem es endenden Wormser Konkordat vom 23. Sept. 1122 hatten jedoch die deutschen Könige und Kaiser bei der Besetzung der Bischofsstühle und Reichsabteien den bestimmenden Einfluss ausgeübt, da sie die Bischöfe und Reichsäbte in die insgesamt Rechtsstellung ihrer Würden und Ämter als Geistliche und ihren territorialherrschaftlichen Regalien einsetzten. Sie investierten sie entweder unmittelbar selber oder, falls eine kanonische Wahl erfolgt war, besaß diese für sie allein die Bedeutung eines unverbindlichen Vorschlages, den sie verwerfen oder bestätigen konnten (*Santifaller*, Zur Geschichte des ottonisch-salischen Reichskirchensystems, 2. Aufl., III., 2., S. 28, S. 32: Ziff. 4.).

Nachdem durch das Wormser Konkordat vom 23. Sept. 1122 der Kaiser, mit seinen zugunsten des Papstes zugebilligten Gestattungen der kanonischen Wahl und der freien Weihe und seines Verzichtes auf alle Investitur mit Ring und Stab (Bestimmungen in der Urkunde Kaisers Heinrich V., in: *Zeumer*, Quellensammlung, 1. Teil, Nr. 5., a., S. 4) seinen bestimmenden Einfluss auf die Besetzung der Bischöfe und Reichsäbte verloren hatte, war während der nachfolgenden 2. Hälfte des Jahrhunderts seitens des Papstes bei der Besetzung von einzelnen Bischofsstühlen das alleinige Wahlrecht der Kapitel entschieden worden (*Below* ebd., 1. Kap., S. 11-12). Hiervon war auch das 3. Laterankonzil im Jahre 1179 in seinem Canon 16 mit der Zusprache des Wahlrechtes an den größeren und älteren Teil des Kapitels ausgegangen (*Conciliorum Oecumenicorum Decreta, ... Lateranense III/1179*, p. 219-220, insb. p. 219 Z 30 u. 31) und es war auch in *X I. 6. 42* mit der Zubilligung des Wahlrechtes an das ganze oder an den größeren und gesünderen Teil des Kapitels enthalten. Das Wahlrecht der Domkapitel war von Kaiser Otto IV. am 22. März 1209 (*MGH*, Const, Tomus II., N° 31. *Promissio Romanae ecclesiae facta*, p. 36-37 (37 Z 4-8)) und von Kaiser Friedrich II. in der Goldenen Bulle von Eger vom 12. Juli 1213 mit der Zubilligung der freien und kanonischen Wahl der Prälaten, so dass der verwaisten Kirche der gegeben werde, den das ganze Kapitel oder der größere und gesündere Teil gewählt hat, anerkannt worden (*MGH* ebd., N° 48. *Privilegium regium tertium*, p. 59-61 (60 Z 24-34)).

Für die beiden Bischöfe von Lübeck und Osnabrück, letzterer im protestantischen Alternationsfall galten gleichfalls die Wahlen seitens ihrer durch die Reformation nicht abgeschafften Domkapitel (*Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band XI, 1. Theil, 1. Buch, 1. Cap., §. 3., S. 16-17, §. 11., S. 22, §. 4., S. 17, §. 6., S. 18 (zu Lübeck), §. 7., S. 18-19 (zu Osnabrück) und den die Wahl des protestantischen Bischofs von Osnabrück durch das Domkapitel vorschreibenden Art. XIII § 6 IPO: *Instrumenta Pacis Westphalicae, ... Caesareo-Suecicum ...*, S. 62-63).

⁴⁵⁸

Dies waren die Kapitel der gefürsteten Abteien und Propsteien (*Sartori*, Geistliches und Weltliches Staatsrecht der Reichsstifter, I. Band, 1. Theil, 2. Cap., §. 182., S. 251).

⁴⁵⁹

Der Abt wurde von den Mönchen gewählt (*C. 18 q. 2 c. 3*), in kanonischer Wahl geheim und mit absoluter Stimmenmehrheit (*X. I. VI. 1. u. 47*). Für die Wahl einer Äbtissin war eine $\frac{2}{3}$ Mehrheit der Professoren erforderlich (*VI I. 6. 43. 1*).

Zwar hatte die Bulle *Ecclesiae catholicae Papst Innozenz' III. vom 22. September 1695*⁴⁶² unter Androhung von schwersten Kirchenstrafen bei den Bistümern und Abteien eine Beschwörung von neuen Wahlkapitulationen verboten und die schon bestehenden für unwirksam erklärt. Ausnahmen für die Zukunft wurden nur insofern gestattet, als nach bereits erfolgten Wahlen Vereinbarungen erlaubt wurden, welche jedoch bis zu ihrer Bestätigung seitens des päpstlichen Stuhles suspendiert waren.⁴⁶³ In Ergänzung hierzu war auch von Kaiser Leopold I. auf Ersuchen des Papstes in seinem an den Bischof und das Kapitel von Würzburg gerichteten Reskript vom 11. September 1698 diesem Domkapitel verordnet und geboten worden, bei künftigen Wahlen keine Vereinbarungen mehr darüber zu treffen, was einem Bischof vom Kaiser zu Lehen vergeben wird und was ihm sonst durch die Reichsgrundgesetze als Reichsfürsten zukommt.⁴⁶⁴

Nach *Conciliorum Tridentinum sess XXV Decretum de regularibus et monialibus c. 6* musste jeder Obere einer Abtei geheim gewählt werden und es war insbesondere nicht erlaubt, den Obereren einer Abtei einzusetzen und ihn dann durch eine Wahl zu bestätigen (*Canones et Decreta Concilii Tridentini*, p. 167).

Die vier evangelischen reichsständischen Äbtissinnen von Quedlinburg, Herford, Gandersheim und Thorn (oben, S. 568) wurden gleichfalls durch ihre Ritterstiftskapitel gewählt. *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band XI, 1. Theil, 1. Buch, 1. Cap., §. 3., S. 16-17, §. 11.-§. 18., S. 22-28, zu Quedlinburg: §. 8., S. 19-21; zu Herford: §. 5., S. 17-18; zu Gandersheim: §. 9., S. 21.

Zu ihrer Eigenschaft als gefürstete Abteien *Held*, Reichspraelatisches Staatsrecht, I. Theil, 1. Kap., §. IV., CCIV., S. 169-170, CCVI., S. 171, CCX., S. 173.

⁴⁶⁰ Die Beschwörung von Wahlkapitulationen war bei den Bischöfen als die Reaktion seitens der Domkapitel auf den von den geistlichen Fürsten im 13. Jahrhundert, bei dem stattgehabten Niedergang der kaiserlich-königlichen Autorität und Macht erlangten eigenen Machtzuwachses entstanden. Das von den Kapiteln nach dem Investiturstreit (oben, S. 385-388) im 13. Jahrhundert erlangte alleinige Wahlrecht für die Bischöfe (oben, S. 433) beinhaltete und drückte insbesondere ihren gestiegenen Einfluss und Bedeutung aus (*Stimming*, Die Wahlkapitulationen der Erzbischöfe von Mainz, I. Einleitung, S. 1-20 (5-8, 13)).

⁴⁶¹ Zu den katholisch-geistlichen Staaten *Sartori*, Geistliches und Weltliches Staatsrecht der Reichsstifter, I. Band, 2. Theil, 10. Cap., §. 392., S. 160-161; *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band XI, 1. Theil, 1. Buch, 1. Cap., §. 19., S. 28, §. 55.-59., S. 90-93 und *Feine*, Die Besetzung der Reichsbistümer 1648-1803, 8. Kap., I., S. 330-347.

Zu den evangelisch-geistlichen Staaten *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band XI ebd., §. 19., S. 28-30, §. 4., S. 17.

Für das katholisch-protestantische Hochstiftes Osnabrück war in Art. XIII § 3 u. § 7 IPO für die katholische und die protestantische Alternation eine gemeinsame beständige Wahlkapitulation vorgeschrieben (*Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... *Caesareo-Suecicum* ..., S. 61-62, 63), welche auch am 3. Aug. 1650 errichtet wurde (*Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band XI ebd., §. 60., S. 93-94, Band VII, 2. Buch, 14. Cap., §. 4., S. 585-590 (589) und *Sartori* ebd., §. 420, S. 204).

⁴⁶² Anlass für diese Bulle war ein von den Fürstbischöfen von Würzburg mit ihrem Domkapitel um den Inhalt ihrer Wahlkapitulationen jahrzehntelang geführter Streit (*Sartori*, Geistliches und Weltliches Staatsrecht der Reichsstifter, I. Band, 2. Theil, 10. Cap., §. 408., S. 185-187).

⁴⁶³ *Lünig*, *Selecta scripta illustria*, Caput IV., XXXIV., Num. 18., S. 537-542, insb. S. 540 rechte Sp. u. S. 541 linke Sp.

⁴⁶⁴ *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band XI, 1. Theil, 1. Buch, 1. Cap., §. 61., S. 103-105.

R. Vierhaus, Wahlkapitulationen in den geistlichen Staaten des Reiches im 18. Jahrhundert, II, in: *Herrschaftsverträge, Wahlkapitulationen, Fundamentalgesetze*, VI, S. 208 „... Ergänzend verbot auf Ersuchen des Papstes ein Reskript des Kaisers vom 11. September 1698 dem Würzburger Domkapitel, ... Damit waren zwar nicht Kapitulationen, Konkordate oder Vergleiche schlechthin^{8a}, wohl aber alle Verpflichtungen des Bischofs in

Dennoch waren die Beschwörungen von Wahlkapitulationen und den nur einzelne Regelungen enthaltenden Wahlgedingen⁴⁶⁵ während des 18. Jahrhunderts in den Erz- Hoch- und Ritterstiftern zumeist erfolgt.⁴⁶⁶ Auch Art. V § 17 IPO und die kaiserlichen Wahlkapitulationen gingen von einer Beschwörung von Wahlkapitulationen in den geistlichen Staaten aus.⁴⁶⁷

Die Wahlkapitulationen sahen insbesondere für die weltlichen Belange, jedoch auch für die geistlichen Mitwirkungs- und Mibestimmungsrechte der Kapitel an der Regentengewalt der geistlichen Landesherrn vor. Solche waren insbesondere die Befugnisse der Kapitel bei der allgemeinen Gesetzgebung, dem gesamten Steuer- und Finanzwesen mit den darin eingeschlossenen Zustimmungen bei der Nutzung der bischöflichen und Kapitel-Güter, der Weggabe von Landesgütern und anderen Kirchengütern,⁴⁶⁸ der Besetzung der wichtigsten und einträglichen Ämter sowie bei der Außen- und Bündnispolitik.⁴⁶⁹ Dazu besaßen die Kapitel

Hinblick auf die Ausübung seiner landesherrlichen Rechte verboten und das Eindringen der Kapitel ‚in ein Condominium‘ untersagt. ...“, insg., S. 208.

⁴⁶⁵ Sartori, Geistliches und Weltliches Staatsrecht der Reichsstifter, I. Band, 2. Theil, 10. Cap., §. 426., S. 213 „Die Capitulationen, welche neben den ordentlichen Wahlcapitulationen gemacht werden, sind besondere Wahlgedinge, die sich nur auf einzelnen Gegenstaende bewerben, die man der ordentlichen Wahlcapitulation einverleiben zu lassen, oder sonst der Publicitaet halber nicht fuer gut findet. ...“, insg., S. 213-214.

⁴⁶⁶ Zu den katholischen Erz- Hoch- und Ritterstifter *Feine*, Die Besetzung der Reichsbistümer 1648-1803, 8. Cap., I., 4., S. 342-347; *Sartori*, Geistliches und Weltliches Staatsrecht der Reichsstifter, I. Band, 2. Theil, 10. Cap., §. 411.-§. 429., S. 192-222; *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band XI, 1. Theil, 1. Buch, 1. Cap., §. 61., S. 94-106 und *Schneider*, Die Bischöflichen Domkapitel, 1. Theil, Vierte Periode ... vom 14. Jahrhundert bis zur Säkularisation, 4. Kap., 125., S. 177-178.

Zu den evangelischen Hoch- und Ritterstifter *Moser*, Neues ebd., §. 19., S. 28-30, §. 4., S. 17; *ders.*, Teutsches Staatsrecht, XI. Theil, 3. Buch, 30. Cap., §. 38., S. 94, zu Lübeck: §. 40., S. 95-96, zu Quedlinburg: §. 41., S. 97, zu Herford: §. 42., S. 97, zu Gandersheim: §. 43., S. 97.

Zum katholisch-protestantischen Hochstift Osnabrück: die errichtete beständige Wahlkapitulation (oben, S. 694).

⁴⁶⁷ Nach Art. V § 17 IPO sollten alle Postulierte und Erwählte in ihren Kapitulationen versprechen, die von ihnen angenommenen geistlichen Fürstentümer, Dignitäten und Benefizien nicht erblich zu machen (*Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 30).

In den Art. XIX § 1 ihrer Wahlkapitulationen: Kaisers Franz II. vom 12. Juli 1792, Kaisers Leopold II. vom 4. Okt. 1790 und Kaisers Joseph II. vom 29. März 1764 versprachen diese „Wir sollen und wollen ... auch eines jeden Erz- und Bischofs oder der Domkapitel absonderliche Privilegien, hergebrachte Statute und Gewohnheiten allerdings beobachtet, ...“ (*Die kaiserliche Wahlkapitulation Franz des Zweyten*, S. 114 (Zitat); *Wahlkapitulation des roemischen Kaisers Leopolds des Zweiten*, S. 50 und *Roth*, Die zwei wichtigsten Reichsgrundgesetze, Wahlkapitulation Josephs II., S. 59-60).

⁴⁶⁸ Dies bereits nach dem Kanonischen Recht (oben, S. 589-590).

⁴⁶⁹ *R. Vierhaus*, Wahlkapitulationen in den geistlichen Staaten des Reiches im 18. Jahrhundert, in: *Herrschaftsverträge, Wahlkapitulationen, Fundamentalgesetze*, (III.), S. 210-211, 212; *Posse*, Ueber Grundherrschaft und Wahlcapitulationen der deutschen Domcapitel, 2. Abtheilung, 2. Abschnitt, §. XXIX., S. 73-74, §. XXXII., S. 82-84, 3. Abschnitt, §. XXXIX-§. XLVII., S. 100-127: zu der Teilnahme an den weltlichen Belangen; *Struben*, Nebenstunden, 1. Theil, Erste Abhandlung. Von der Teutschen Dom=Kapitel Erb= und Grund= Herrschaft, §. XIII.-§. XXV., S. 31-59, 3. Theil, Zugabe zur ersten Abhandlung ..., S. 169-171: insbesondere zu den weltlichen Belangen; *Schneider*, Die Bischöflichen Domkapitel, 1. Theil, Vierte Periode ... vom 14. Jahrhundert bis zur Säkularisation, 4. Kap., 125., S. 177-178, 126., S. 178: Wahlkapitulationen beschränken insbesondere die weltlichen Regentenrechte ein; *Frank*, Etwas ueber die Wahlkapitulationen in den geistlichen Wahlstaaten, S. 16, Randb.: Erwegung ...: Kapitelhandeln bei der Abfassung der stiftischen Wahlkapitulationen in einer doppelten Eigenschaft „... als Repraesentantender ehemaligen Presbyterien in Ruecksicht auf Gegenstaende des geistlichen

bei Vakanz des geistlichen Landesherren dessen Befugnisse mit Ausnahme der bischöflichen Ordinariatsakten.⁴⁷⁰ Dies hatte bei den geistlichen Staaten zu einer Beschränkung der Regierungsgewalten und Regierungstätigkeiten⁴⁷¹ der das stiftische Interesse insbesondere wahr-

chen, als Repräsentanten des Volks aber in Rücksicht auf gegenstaeude des weltlichen Regiments. ...“; *Bruggaier*, Die Wahlkapitulationen der Bischöfe von Eichstätt, II. Systematischer Teil, S. 60-120 (Schluß), S. 120-122, insb. zu den Ansprüchen des Domkapitels auf kirchlichem Gebiet: Stiftsgut, Kapitelsgut, kirchliche Besteuerung, kirchliche Gerichtsbarkeit, Diözesanregierung (II. ..., I. Kap., § 6. u. § 7., S. 60-89) und auf weltlichem Gebiet: Finanzwesen, Gerichtswesen, Regierung und Verwaltung (II. ..., II. Kap., S. 100-120); *Rosenkranz*, Die Verfassung des ehemaligen Hochstifts Paderborn in aelterer und spaeter Zeit, in: *ZfvGA*, II. Band, I., (3. Abschnitt, 3.), S. 71-75, (4. Abschnitt, 3.), S. 103-105: insb. Zustimmung des Domkapitels bei Eingehung von Bündnissen, Ankündigung von Landesfehden und Kriegserklärungen, Besetzung von wichtigen kirchlichen und weltlichen Ämter, Veräußerung von Kirchengut, Kontrolle des Haushaltes, Innehabung der bürgerlichen und peinlichen Gerichtsbarkeit in mehreren Ortschaften und *Kloe*, Die Wahlkapitulationen der Bischöfe zu Speyer, (Hauptteil), § 2., III. Abschnitt, S. 61-72, Schluß. S. 72-73: Reichs- und Kreisgeschäfte durften ohne Wissen des Kapitels nicht traktiert werden, Kapitel wollte alle höheren Ämter der Justiz und Verwaltung in seine Hände bringen (S. 68).

Zu den evangelischen Reichsstifter *Moser*, Teutsches Staatsrecht, XI. Theil, 3. Buch, 32. Cap., §. 2., S. 185 „... pfleget insgemein in denen Capitulationen V.hen zu werden, daß auch das Stiffts=Haupt in wichtigen Sachen nichts fuer sich allein und ohne Concurrenz des Dom=Caituls thun kan. ...“, insg., §. 2.-§. 5., S. 185-186. Bei den beiden evangelischen Fürstbischöfen von Lübeck und Osnabrück war im allgemeinen dasselbe Verhältnis wie zwischen dem katholischen Bischof und seinem Domkapitel geblieben und war auch nach dem kanonischen Recht zu beurteilen (*Wiese*, Handbuch des gemeinen in Teutschland ueblichen Kirchenrechts, III. Theil, 2. Hauptabschnitt, 1. Buch, 1. Hauptstueck, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, §. 401., S. 269-272, §. 403., S. 280).

⁴⁷⁰ *Schneider*, Die Bischöflichen Domkapitel, 1. Theil, Vierte Periode ... vom 14. Jahrhundert bis zur Säkularisation, 4. Kap., 126., S. 179; *Werminghoff*, Verfassungsgeschichte der deutschen Kirche im Mittelalter, 3. Abschnitt, B., §. 35., S. 150; *Posse*, Ueber Grundherrschaft und Wahlcapitulationen der deutschen Domcapitel, 1. Abtheilung, 3. Abschnitt, §. XXI., S. 50-52 und *Rosenkranz*, Die Verfassung des ehemaligen Hochstifts Paderborn in aelterer und spaeterer Zeit, in: *ZfvGA*, II. Band, I., (4. Abschnitt), 3), S. 104: Ziff. 6.

Bereits seit dem 3.-4. Jahrhundert hatte den Presbytern und Diakonen bei der bischöflichen Vakanz die Leitung der Kirche zugestanden (*Schneider* ebd., Erste Periode ... Urkirche bis zum 5. Jahrhundert, 2. Kap., 15., S. 18-19).

⁴⁷¹ Als spezifischer Vorteil aus der mit den kapitelschen Wahlkapitulationen gegebenen Beschränkung der Regierungstätigkeit des geistlichen Landesherren wurde das Nichtaufkommen von Despotien in den geistlichen Staaten angesehen.

Sartori, Fortsetzung der Staatistischen Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten, 2. Abschnitt, §. 2., S. 107 „... Die Kapitulationen, ob sie schon zu Hemmung schaedlicher Gewalt ihre gute Wirkung haben, ...“, S. 109 „... Das Resultat vorhergehender Abhandlung bleibt also immer wahr. Gut ist die Kapitulation zur Beschraenkung schaedlicher Gewalt, ...“,

Posse, Ueber Grundherrschaft und Wahlcapitulationen der deutschen Domcapitel, 2. Abtheilung, 2. Abschnitt, §. XXXVII., S. 96 „... Dadurch aber, daß in jedem Falle die Capitel die bestaendige Controlle der Landesregierung sind, erhaelt sich die krummstaebische Regierung immer noch bey jenem Vorzuge, daß es sich unter ihr gut wohnen lasse. ...“,

Schneider, Die Bischöflichen Domkapitel, 1. Theil, Vierte Periode ... vom 14. Jahrhundert bis zur Säkularisation, 4. Kap., 126., S. 179 „... Dieser mächtige Einfluss der Domkapitel war jedoch nicht immer zum Nachtheil des landes, indem gerade in den geistlichen Staaten sich die uneingeschränkte Gewalt des Fürsten niemals in so hohem Grade und in so gehässiger Form entwickeln konnte, als in den andern Staaten 4). ...“ und

Frank, Etwas ueber die Wahlkapitulationen in den geistlichen Wahlstaaten, S. 146, Randb.: Schluß der Abhandlung „...“, daß das verfassungsmaesige Mittel der Wahlkapitulationen in den geistlichen Staaten ein sehr behendes und zuverlässiges Mittel sey, auf mehr als eine Weise zu dem Gluecke dieser Staaten zu wirken; besonders dadurch der von allen Seiten zustuermenden Despotie einen neuen und festen Damm entgegen zusetzen: ...“, insg., S. 146.

nehmenden geistlichen Landesherren und zu einer Aufwertung der Sonderinteressen der Mitglieder ihrer Kapitel geführt.⁴⁷²

Sartori, Staatistische Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten:

„Man laeßt die Kapitulationen auf ihrem Werth und Unwerth beruhen. ..., daß die Regenten der Stifter in einigen Stuecken manchmal zu viel und gegen die Gebuehr gebunden werden. Da die Domkapitel fast in allen Stiftern selbst ihre von den Bischoeflichen Kammer= und Tafelguetern gaenzlich abgesonderte Besitzungen haben, so wurden die Regenten in den Kapitulationen oefters gewisse Hindernisse in den Weg gelegt, daß sie in ihren Stiftsstaaten selten einfoermige Verordnungen machen konnten.

Bey jedem Geschaef, bey jedem Entwurf, bey allen Abaenderungen oder Neuerungen, ward in dem Wahlgeding die Bewilligung des Kapitels vestgesetzt. War das Vorhaben des Regenten, wenn es auch noch so gut seyn schien, dem Kapitel nicht anstaendig, so wurde es durch den Entzug der Bewilligung vereitelt. Selbst die Raethe und Beamten des Domkapitels, die gar selten in einem vertraulichen zusammenhang mit den Raethen des Regenten stehen, suchten sich an die Kapitulation zu halten, und der besten Absicht des Regenten Einhalt zu thun. Es sind Beyspiele in Menge vorhanden, daß der Regent nicht einmal in seinem Lande die nuetzliche Anstalt ausfuehren, vielweniger solche auf die Kapitlische mittelbare Besitzungen erstrecken konnte.

Es wird also zur Wohlfahrt der teutschen Wahlstaaten nothwendig erfordert, daß die Domkapitel ihren Kapitulationen eine solche Einrichtung geben, wodurch der neue Stiftsregent gleichsam gebunden wird, das allgemeine B e s t e des Landes mit einer unumschraenkten Gewalt zu befoerdern. ...“⁴⁷³

seine Fortsetzung der Staatistischen Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten:

„... Die Kapitulationen; ob sie schon zu Hemmung schaedlicher Gewalt ihre gute Wirkung haben, sind doch mit dem Hauptfehler behaftet, bey dem der Staat immer verliert, als er durch dieses Zwangsgesetz jemals gewinnen kann.

Die freyheit, Gutes zu thun, wird dem Regenten dadurch benommen, weil sie nur als Mittel angesehen wird, das Stiftsoberhaupt zu beschraenken, da sie doch vielmehr das e i n z i g e u n d b e s t e M i t t e l s e y n s o l l t e, R e g e n t e n g e w a l t z u m B e s t e n d e s S t a a t e s z u v e r s t a e r k e n.

⁴⁷²

Die in den erblich-weltlichen Staaten von dortigen Landesherren mit ihren Landständen auch abgeschlossenen landständischen Verträgen hatten zu Ausgang des 18. Jahrhunderts, abgesehen von den beiden insbesondere Ausnahmen des Tübinger Vertrages im Herzogtum Wirtemberg vom 8. Juli 1514 (oben, S. 431) und des mecklenburgischen Landesgrundgesetzlichen Erbvergleiches von 1755, abgeschlossen von Herzog Christian Ludwig II., Regent des Landesteiles Schwerin mit Vertretern der Landstände am 18. April 1755 in Rostock, für Landesteil Strelitz am 11. Juli 1755 ratifiziert durch Herzog Adolf Friedrich (*Reich und Länder*, I., S. 21-26, 1., S. 27-58 (Auszug)), keine den in den geistlichen Staaten von den geistlichen Landesherren beschworenen Wahlkapitulationen vergleichbare Bedeutung gehabt. Insbesondere hatten in den beiden mächtigsten Staaten, der österreichischen und der preußischen Monarchie aber auch in mittleren, wie insbesondere der Markgrafschaft Baden der von den dortigen Landesherren praktizierte aufgeklärte Absolutismus den Landständen und den mit ihnen abgeschlossenen Verträgen ihre Bedeutung genommen.

⁴⁷³

2. Abschnitt, §. 2., S. 22-23, insg., *ebd.*

Nur Mißbrauch der Gewalt bedarf einer Beschränkung, niemals aber freie Macht, das Wohl des Staates zu befördern. ...

B a s e l, F r e y s i n g e n, S p e y e r und S a l z b u r g so ziemlich eingetroffen: Ihre Stiftsregenten wurden durch die Hindernisse, so die Domkapitel in den Weg legten, auch in ihren wesentlichen Regierungsrechten gekränkt, und am Ende mußten nur die Stiftsstaaten die Folgen der Uneinigkeit fühlen. Mißmuth und Verdruß hielten das Oberhaupt ab, nach seinem Wunsch, nach der Erforderniß, und nach seinen trefflichen Einsichten der Regierung die nothwendige Einrichtung zu geben. Sobald Mißtrauen und Uneinigkeit sich zeigte, so war in allem Stillstand. ...⁴⁷⁴

Moser, Neues deutsches Staatsrecht:

„... daß mich ein gewisser geistlicher Reichs=Fürst versicherte, es seyen in ganz Teutschland nur noch drey ... Erz= und Bischoeffe, welche noch einiger massen in publicis & c. freye Hände hätten, die Andere allen müßten thun, was ihr Capitul wollten: Dann will gleich ein solcher Herr seine Capitulation anfechten, so kostet es ihm doch grosses Geld, zu Rom einen Spruch zu erhalten, und er macht seine Familie so odios, daß er damit gleichsam von allen Wahlen excludirt. ... Indessen hat das Reich grossen Schaden davon, daß die Erz= und Bischoeffe von ihren Capituln so eingeschränket werden. ...“⁴⁷⁵

und *Klenk*, Preisfrage beantwortet:

„... Diese Abhängigkeit der Fürsten nicht –des Bischofs – in ‚politischen‘ Sachen vom Capitul, welche ihm unangenehm und hinderlich und dem Lande schädlich ist, bilden den eigentlichen Mangel.

Durch die manche Bedingungen, welche diese Kapitulationen enthalten, wird, wenn sie es schon nicht ausdrücklich sagen, es vielleicht nicht einmal in Absicht haben, eigentlich dann doch nur für den Nutzen der Kapitulationsmitglieder gesorgt. ... Des Landes wird in derselben entweder gar nicht gedacht – in so fern es ihm nemlich nützen konnte – oder man macht der moralischen Seite der Sache im Allgemeinen ein Kompliment. Es läßt sich kein Mittelweg denken; wenn die Kapitulation nicht für den Nutzen des Landes ist, so ist sie ganz gewis w i d e r denselben. ...“⁴⁷⁶

cc) Die größere Beeinflussung des Staatszweckes durch die geistlichen Belange

Bei den geistlichen Staaten waren infolge der an ihrer Spitze vorhandenen personellen Einheit von geistlicher und weltlicher Gewalt auch diese beiden Bereiche inhaltlich und institutionell enger miteinander verbunden als in den weltlichen Staaten.

⁴⁷⁴ 2. Abschnitt, §. 2., S. 107-108, insg., S. 107-110.

⁴⁷⁵ XI. Band, 1. Theil, 1. Buch, 1. Cap., §. 66., S. 124, insg., S. 123-124.

⁴⁷⁶ 3. Abschnitt, §. 40., S. 56-57, insg., S. 56-58.

Als Nachteil hieraus wurde – schon von den Zeitgenossen – eine Beeinflussung der Religion erkannt.

Der Verfasser der *Patriotischen Wuensche fuer Teutschland bei dem bevorstehenden Definitiv=Reichs=Frieden* (1801):

„..., in der aeussersten traurigen Lage Teutschlands zu dem gleichsam nothwendigen Schritt der Saekularisation Teutschland seine Zuflucht nimmt, ... Die Religion kann, die Geistlichen moegen sagen, was sie wollen, nur gewinnen; ...“⁴⁷⁷

Die sich hieraus, im Vergleich zu den weltlichen Staaten ergebende negative Folge war die größere Beeinflussung des allgemeinen Staatszweckes durch die geistlich-konfessionellen Belange.

Dies führte mit den religiösen und konfessionellen Streitigkeiten dazu, dass nicht nur im Reich, sondern insbesondere in den geistlichen Staaten nicht alle Kräfte innerhalb des Staates zur Erreichung des allgemeinen staatlichen Zweckes verwendet wurden, welcher im 18. Jahrhundert und vor allem zu dessen Ausgang nicht mehr in einer primär religiösen und jenseitigen Zielbestimmung, sondern in der Verwirklichung der irdischen Glückseligkeit lag.

Der Verfasser von *Die Vernunft fordert Saekularisationen*:

„Die Zuruecksetzung in Ansehung buergerlicher Rechte und das Hinderniß gleichfreyer Religions = Uebungen erzeugt Mistrauen, Eifersucht, Erbitterung und Haß gegen die Regierung und gegen die Mitbuerger von der Staats = Religion. Dies hemmt nothwendig die Vereinigung des Willens und der Kraefte zum Zusammenwirken auf einen und den nemlichen Zweck. Das Interesse ist getheilt; jede Parthie sieht die andere als ihren Feind an; sie wirken einander entgegen. Die eine sucht sich im Uebergewicht zu erhalten; die andere strebt es zu schwaechen und zu zernichten; und das Opfer von diesem Reiben und Streit ist der Staat.“⁽⁴⁷⁸⁾ ... Die Verschiedenheit der Meinung erregt aber gewoehnlich und in dem Fall eine Antipathie, wenn wir von der entgegengesetzten Meinung eines andern einen nachtheiligen Einfluß auf unsern Eigennutz oder auf unser Recht fuerchten. Wenn also die Religion keinen Unterschied mehr unter den Staatsbuergern in Ansehung staatsbuergerlicher Rechte macht, so wird auch jene Abneigung, obgleich nicht auf der Stelle vertilgt, doch schwaecher werden, und endlich ganz erloeschen.⁽⁴⁷⁹⁾ Wie vieles Unheil die Vermischung der Religion mit der Staatsverfassung schon auf unserer Erde erzeugt habe, ist bekannt. Welche Unordnung, welche Verfolgung, welches Blutvergießen, welche Greuel und Zerstoerung verursachte sie nicht in Deutschland? Man erinnere sich nur an den dreyßigjaehrigen Krieg! ... Der Westphaelische Friede bestaetigte eine gesetzliche Kluft in Deutschland zwischen Mensch und Mensch, Buerger und Buerger, Regent und Unterthan. Erbitterung und Haß wurden nicht getilgt; Druck und Verfolgung dauerten fort, und die

⁴⁷⁷ II., §. 14., S. 24.

⁽⁴⁷⁸⁾ §. 25., S. 15.

⁽⁴⁷⁹⁾ §. 26., S. 15-16.

Gleichheit der Rechte war und ist noch ein Wortspiel, womit die eine Parthie die andere blendete und ueberlistete.⁽⁴⁸⁰⁾ ... Woher ruehrt ein so großer Theil der Zwistigkeiten der Staende auf dem Reichstage? woher ihr wechselseitiges Mistrauen? Ist nicht oft die Religion die Klippe, woran die zweckmaeßigsten Entwuerfe scheitern? Mischt man nicht so vielfaeltig die Religion in Gegenstaende ein, die damit in keiner Verbindung stehen, blos weil man fuerchtet, daß die eine oder die andere Religionsparthie dabey ein Praerogativ sich anmaßen, oder geheime Absichten haben moechte? Wie oft benutzte Frankreich zu Deutschlands Verderben die Religions = Eifersucht der Staende!⁽⁴⁸¹⁾ ... Wenn es richtig ist, daß diejenige Staatsverfassung den Keim ihres Untergangs und ihrer Zernichtung in sich trage, in welche die Religion verflochten ist; so folgt daraus schlechterdings in Ansehung einzelner Staaten Deutschlands, daß diejenige Verfassung, wo die Priester zugleich Landesherren sind, noch fehlerhafter seyn muesse, indem die Religion mit dem Staats = System dann noch dichter verwebt ist, und in Ansehung des gesammten deutschen Reichs, daß der staatsrechtliche Unterschied der Religion den Gesichts = Punkt des Staats = Zwecks auf dem Reichstage desto leichter und mehr verruecke, als geistliche Staende auf demselben erscheinen, ihn leiten, und zu den beschluessen wirken. Wer anders ist an der Vermischung der Religion mit dem Staat Schuld als die Priester? Jhr Eigennutz gab sie ihnen ein, und ihre Schlaugigkeit fuehrte sie aus. Das Priester = Interesse erfordert es, daß der geistliche Fuerst eher und mehr als Priester handelt, als er auf den Fuersten Ruecksicht nimmt.⁽⁴⁸²⁾ ... Das Band zwischen Religion und Staat werden freylich die Saekularisationen auch in Deutschland nicht zerreißen, so wie sie es auch nicht zerreißen sollen. Mehr locker machen werden sie es aber doch gewiß. Nirgends ist dann mehr der Regent durch den Priester gefesselt; Uneinigkeit und Mistrauen unter den Staenden verschiedener Religionen finden weniger Nahrung; das Geschrey auf dem Reichstag, daß unter diesem oder jenem die Religion leide, wird nicht mehr so oft erhoben; es wird schwaecher, und endlich gar nicht mehr gehoert werden. Zutrauen und Eintracht werden entstehen und der Staat wird merklich gewinnen.⁴⁸³

und der Verfasser von *Noch ein Wort ueber das Saekularisationswesen*:

„Die Patronen der Saekularisirungen ... Sie geben sich Muehe zu beweisen, daß geistliche Regierungen dem Zweke einer Staatsverfassung, wie sie seyn sollen, nicht angemessen sey, und unter ihrem Scepter die Volkswohlfahrt mehr verhindert als befoerdert werde. ... Der Fuerst selbst finde sein Interesse in der Beugung der Menge unter das Joch der Unwissenheit erhoeht, und mache daher die Sache der Religion zur Sache der Politik. Unmerklich schleiche der unselige Geist

⁽⁴⁸⁰⁾ §. 27., S. 16.

⁽⁴⁸¹⁾ §. 27., S. 17.

⁽⁴⁸²⁾ §. 29., S. 18.

⁴⁸³ §. 30., S. 19, insg., §. 18., S. 12, §. 24.-§. 30., S. 14-19.

der Hierarchie in sein Herz, und vergifte die reinsten Grundsätze der Staatswissenschaft sowohl als der Religion. ...⁴⁸⁴

dd) Der größere Einfluss der Konfessionen bei der Besetzung der Ämter

Aus der engeren Verbindung von geistlicher und weltlicher Gewalt in den geistlichen Staaten ergab sich dort ein größerer Einfluss der Konfessionen bei der Besetzung der Ämter. Diese erfolgten nicht nach Fähigkeits- und Redlichkeitsgesichtspunkten, sondern insbesondere unter dem Aspekt der Zugehörigkeit zur Landeskongregation.

Der Verfasser von *Die Vernunft fordert Saekularisationen*:

„Wo solche Grundsätze in Ausübung kommen, geben weder Fähigkeit noch Rechtschaffenheit den Maasstab unbedingt ab, um die Tauglichkeit eines Mannes bey Besetzung öffentlicher Stellen oder bey Uebertragung eines Geschäfte zu beurtheilen. Zuerst entscheidet die Religion. Es mögen andere in einem vorzueglichern oder absolut nothwendigern Grade die hierzu erforderlichen Eigenschaften besitzen: so kann ihnen, da sie nicht von der Landes = Religion sind, die Stelle oder das Geschäfte nicht anvertraut werden. Der Zweck des Staates mag dabey leiden; er selbst mag zu Grunde gehen! Die Erhaltung der **Superiorität der Kirche** ist das erste Gesetz.“⁴⁸⁵

ee) Die größeren Beschränkungen in den Denkfürheiten und in den Geistesätigkeiten

Die engere Verbindung von geistlicher und weltlicher Gewalt in den geistlichen Staaten bewirkte wegen der engeren ideologischen Anlehnung und Ausrichtung ihrer Kultur an ihrer Religion und Konfession eine größere Beschränkung in der Denkfürheit und in den Geistesätigkeit. Insbesondere musste die Regierung, um nicht selber unglaubwürdig zu erscheinen, auf eine strenge Einhaltung des Religions-Systems achten, was zu einer Beschränkung und Unterdrückung von Denkfürheiten und Geistesätigkeiten führte.

Der Verfasser von *Die Vernunft fordert Saekularisationen*:

„Wenn die Regierung eine Religion in das Staats = System verpflichtet, so muß sie, wenn sie konsequent handeln will, ein genaues Augenmerk darauf haben, daß nichts im Staat geredet oder geschrieben werde, was auf irgend eine Art dem Religions = System entgegen ist. Eine strenge religioese Staats = Inquisition ist dann schlechterdings nothwendig. Denn außerdem wuerde entweder die Regierung zu erkennen geben, daß sie nicht von der Wahrheit dieser Religion ueberzeugt waere,

⁴⁸⁴ Vierter Satz, S. 49-50.

⁴⁸⁵ §. 23., S. 14. (§ 18 u. § 22: S. 12-13 als Ausgang).

oder sie wuerde sich in Erfuellung ihrer Pflicht nachlaeßig zeigen, mithin die Zuegel des Staats zu fuehren unwuerdig seyen.⁽⁴⁸⁶⁾

Eine solche Verfassung wuerde aber die Denkfreyheit des Menschen, d. i. die freye Gedanken = Mittheilung hemmen und unterdruecken, und zuerst eine fuer den Staat nachtheilige Geistesstraegheit erzeugen. Diese haelt nicht nur die sittliche Cultur zurueck, welche doch den Staats = Zweck befoerdert, indem der Mensch seine Rechtspflichten um desto weniger verletzt, je sittlicher er ist, sondern sie hindert ueberhaupt die Entwicklung und Bildung des Verstandes.^{“487}

der Verfasser von *Noch ein Wort ueber das Saekularisationswesen*:

„Die Patronen der Saekularisirungen ... Sie geben sich Muehe, zu beweisen, daß geistliche Regierungen dem Zweke einer Staatsverfassung, wie sie seyn sollen, nicht angemessen sey,⁽⁴⁸⁸⁾ ... Die Vereinigung der geistl. und weltl. Macht fuehre zur Geistes = und Gewissensdespotie, zur Intoleranz, zum Aberglauben, zu einem heiligen Popanz, und hemme durch diesen verderblichen Charakter die Kultur des Verstandes, die Verbreitung reiner moralischer und religioeser Begriffe und die Veredlung des Volkes. ...“⁴⁸⁹

und *König Friedrich II. von Preußen* in seiner im Jahr 1739 verfassten *Réfutation du prince de Machiavel*:

„... que la religion est une ancienne machine qui ne s’usera jamais, dont ont s’est servi de tout temps ... pour mettre un frein à l’indocilité de la raison humaine; ...“⁴⁹⁰

c) Die wirtschaftlichen Rückständigkeiten

aa) Keine Unterlegenheit der geistlichen Staaten für ein wirtschaftliches Wirken nach ihren natürlichen Gegebenheiten

Für ein wirtschaftliches Wirken besaßen die geistlichen Staaten nach ihren natürlichen Gegebenheiten und Ressourcen keine gegenüber den weltlichen Staaten unterlegenen Voraussetzungen, sondern waren diesen hierin in mancher Hinsicht noch überlegen.

⁽⁴⁸⁶⁾ §. 19., S. 12.

⁴⁸⁷ §. 20., S. 12 u. 13, insg., §. 18.-§ 22., S. 12-13.

⁽⁴⁸⁸⁾ Vierter Satz, S. 49.

⁴⁸⁹ Vierter Satz, S. 50.

⁴⁹⁰ Chap. XI., in: *Friedrich II., König von Preußen*, Oeuvres de Frédéric le Grand, Tome VIII, IV., p. 239, insg., p. 239-240.

Dies gilt insbesondere für die längs des Rheines gelegenen 3 rheinischen Erzstifter Mainz, Trier und Köln, deren Gebiete zu den fruchtbarsten gehörten.

Riesbeck, Briefe eines reisenden Franzosen ueber Deutschland:

„Maynz – ⁽⁴⁹¹⁾ ... Der Genuß der Gueter, welche dem hiesigen erzbischoeflichen Stul ankleben, und die wenigstens itzt noch unzertrennlich von demselben sind, kann die Besitzer desselben leicht ueber die Schmaelerung ihres geistlichen und politischen Ansehens ausser den Graenzen ihrer Lande troesten. Diese machen einen der besten Theile Deutschlands, und, zwar nicht dem Umfang nach das größte, aber doch das bevoelkerte und reichste geistliche Fuerstenthum aus. ... Wegen des natuerlichen Reichthums der maynzischen Lande und ihrer vortheilhaften Lage ...“⁴⁹²

„... Aber hier endigt sich das Gebirge ..., die Siebenberge genannt, ... Der ganze Strich Landes von hier bis nach Maynz hinauf ist einer der reichsten und bevoelkersten von Deutschland. Man zaehlt in diesem Strich von 18 deutschen Meilen gegen 20 Staedte, die hart am Ufer des Rheines liegen, und groeßtentheils aus den Zeiten der Roemer her sind. ... Der natuerliche Reichthum des Bodens in Vergleich mit andern deutschen Laendern, und der leichte Absatz der Produkte vermittelst des Rheines tragen ohne Zweifel das meiste dazu bey. ...“⁴⁹³

und *Sartori*, Geistliches und Weltliches Staatsrecht der Reichsstifter:

„... Die R h e i n i s c h e n Erzstifter genießen, anscheinend ihrer großen Beschwerlichkeiten, selbst von ihrer Lage die groesten Vortheile vor allen uebrigen Stiftsstaaten . Der herrliche Weinwuchs, und Fruchtbau, der Schatz den das E r z s t i f t M a y n z an Holz hat, die vortrefliche Lage zu Befoerderung des Handels, zum Theil der Selbstreichthum der Erzstifter T r i e r, und C o e l l n an Bergwerken, und Mineralwasser, der zwangsmaessige Durchzug des deutschen Handels, die großen Vortheile der Rheinschiffahrt sich durchgehends reichhaltige Quellen, die selten in eine Stockung gerathen. Kein deutsches Land kann sich einer solchen importanten Einnahme ruehmen, dergleichen eben diese drey Erzstifter von dem Rheinzoll erheben. ...“⁴⁹⁴

⁽⁴⁹¹⁾ II. Band, 65. Brief, S. 315-333 (315).

⁴⁹² II. Band, 65. Brief, S. 315-333 (318), insg., S. 318-320.

Zwar bezog Riesbeck seine Darstellung im Vergleich zu dem seiner Ansicht nach ärmlicheren Erzstift Salzburg (S. 318-319). Dies hindert jedoch nicht, dass seine zum Gebiet des Erzstift Mainz gemachten Angaben auch einen von diesem Vergleich unabhängigen Eigenwert haben.

⁴⁹³ II. Band, 67. Brief, S. 347-356 (354), insg., S. 354.

⁴⁹⁴ II. Band, 1. Theil, 1. Abschnitt, 22. Cap., §. 652., S. 425, insg., S. 425-426; *ders.*, Fortsetzung der Staatistischen Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten, 2. Abschnitt, §. 10., S. 125-162.

Das Erzstift Salzburg und das ihm angelegene Stift Berchtesgaden⁴⁹⁵ besaßen eine vortreffliche Viehzucht, fischreiche Seen, das Salzwerk⁴⁹⁶ und einen Überfluss aus ihren Bergwerken an Gold, Silber und Metallen.⁴⁹⁷

Das einen Teil der norddeutschen Tiefebene ausmachende Hochstift Münster besaß große Heiden, einen Überfluß an Holz, die besten Steinbrüche und die fischreichsten Flüsse.⁴⁹⁸

Das Hochstift Paderborn war fruchtbar an Getreide und gehörte zu den ersten in der Viehzucht.⁴⁹⁹

Das Hochstift Lüttich hatte einen großen Reichtum an Waldungen, Bergwerken und Marmorbrüchen.⁵⁰⁰

Die beiden im Fränkischen gelegenen Hochstifter Würzburg und Bamberg besaßen Frucht- und Feldbau im Überfluss und die Vorteile des schiffbaren Mainflusses.⁵⁰¹

⁴⁹⁵ *Großer Historischer Weltatlas*, III. Teil, S. 38, DE 3-4.

⁴⁹⁶ Zu Hallstatt.

⁴⁹⁷ *Sartori*, Fortsetzung der Staatistischen Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten, 2. Abschnitt, §. 10., S. 170 „... das Erzstift S a l z b u r g ... Seine Berge und warme Thaeler tragen aber das suebste Heu, und dieses vermehrt die Vortheile einer vortrefflichen Vieh= und noch weit bessern Pferdsucht. Der allerbeßte nahrungszweig dieses Erzstifts besteht in dem Salzwerk zu H a l l s t e i n, ... Es ist das vortrefflichste Salzwerk in Teutschland, ...“, S. 171 „... Zu diesem Natur= und Industrie=Reichthum kommt noch der Ueberfluß aus ergiebigen Bergwerken an Gold, Silber, Kupfer, Bley, Eisen und Galmey. ...“, insg., S. 170-171.

2. Abschnitt, §. 10., S. 170 „... So klein und unbedeutend das Land des Stifts B e r c h t o l s g a d e n ist, ... Seine 6 Landssen geben ihm einen Ueberfluß an Fischen. Zu G o l l e n b a c h hat es einen sehr reichen Salzberg, ... Ueberfluß an Holz begünstigt dieses Werk, ...“, insg., S. 170.

⁴⁹⁸ *Sartori*, Fortsetzung der Staatistischen Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten, 2. Abschnitt, §. 10., S. 162 „... Das Bisthum M u e n s t e r kann sich zu seiner Selbsterhaltung alles selbst, und von dem Ueberfluß der nahe gelegenen geistlichen Stiftsstaaten das ermangelnde leicht beschaffen. Es hat außerordentlich große³ Heiden, die zur bessern Viehzucht, als sie gegenwaertig ist, benutzt werden koennen. ... Selbst besitzt das Stift schon fruchtbare Lanedereyen, mehr Ueberfluß als Abgang an Holz, und Torf, die beßten Steinbruechr, und die fischreichsten Fluesse. ...“, insg., S. 162.

⁴⁹⁹ *Sartori*, Fortsetzung der Staatistischen Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten, 2. Abschnitt, §. 10., S. 163 „... das Bistthum P a d e r b o r n ... Ein Land, welches nicht nur sehr fruchtbar an Getraid, sondern das erste in seiner Art zu Viehzucht ist. ...“, insg., S. 163.

⁵⁰⁰ *Sartori*, Fortsetzung der Staatistischen Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten, 2. Abschnitt, §. 10., S. 163-149 (vielmehr S. 164) „... L u e t t i c h ... Dieser Stiftsstaat hat einen großen Reichtum an ansehnlichen Waldungen, Kupfer=Bley=Eisen= und Steinkohlenbergwerken, und die Natur versah ihn vorzueglich mit vielen guten Stein= und vortrefflichen Marmorbruechen. Es scheint, sie habe diese unerschöpfliche Quelle bloß deswegen mit Vorsicht in diesem Staat geschaffen, damit dem Landmann ein –immerwaehtender Verdients gesichert bleibe, welcher ihm bey dem zahlreichen Adel und Geistlichkeit seine Leiden ehender vergesslich macht. ...“, insg., S. 163-149 (164).

⁵⁰¹ *Sartori*, Fortsetzung der Staatistischen Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten, 2. Abschnitt, §. 10., S. 167 „... Der Unterthan des Stifts W u e r z b u r g bestellt seinen Frucht= und Feldbau, laeßt den Adel, die geistlichkeit, und einige Privat=Leute, die alles besitzen, die Fruechte einærnten, und bleibt arm. ... Außer dem Weinhandel, wovon der Adel und die Geistlichkeit den groeßten Vortheil zieht, schlaeft alles Commerz in einem Staat, der an Wein, Getreid, Holz, und den beßten Fruechten reich ist. ... Die Vortheile des schiffbaren

Das Hochstift Eichstätt hatte einen überaus guten Fruchtbau mit einem Überfluß an Getreide.⁵⁰²

Das Hochstift Passau konnte aus seiner vorteilhaften Lage an der Donau Nutzen ziehen.⁵⁰³

Das Stift Corvey besaß einen vortrefflichen Fruchtzuwachs, welcher ihm einen beträchtlichen Gewinn eintrug.⁵⁰⁴

Das Hochstift Ellwangen war reich an Holz und Mineralien, besaß Eisen-, Gold- und Silberbergwerke und Marmor.⁵⁰⁵

Die drei Hochstifter Speyer, Worms und Straßburg lagen entlang des Rheins mit seinem fruchtbaren Acker- und Weinbau.⁵⁰⁶

M a y n f l u ß e s benutzt der Ausländer und der Nachbar, ...“, insg., S. 167-168,

2. Abschnitt, §. 10., S. 168 „... Das B a m b e r g i s c h e Stiftsland hat Getreid, Gewächse und Bauernfrüchte im Ueberfluß. der A l t e n b u r g e r, ... Landwein, der Saffran und die Cultur des guten Sueßholzes tragen das mehrste zu diesem Nahrungsstand bey. Der Ueberfluß an Baumfrüchten verschafft ihm Gelegenheit zu einem beträchtlichen Absatz von getrockneten Zwetschken, jungen Obstbäumen, ... Hierzu kommt ein beträchtlicher Vortheil aus der Viehzucht, und der große Ueberfluß an Holz befordert seine Eisenhammer ... Die Fruchtbarkeit des Landes befriedigt die Nothbedürfnisse des Staats, ... Wenn dieser Stiftsstaat von der Natur nicht so reichlich gesegnet wäre, so könnte vielleicht die Industrie ihm weit größere Vortheile gewähren. ...“, insg., S. 168.

Riesbeck, Briefe eines reisenden Franzosen über Deutschland, II. Band, 61. Brief, S. 254-268 (258): zu den beiden Hochstiftern „... Beyde Länder gehören unter die besten in Deutschland. Sie haben alle Bedürfnisse des Lebens im Ueberfluß und Würzburg gewinnt viel durch seine Weine, die bis nach Schweden verführt werden. ... Der Ackerbau scheint in diesem Lande sehr gut bestellt zu seyn; ...“, insg., S. 257-258.

⁵⁰² *Sartori*, Fortsetzung der Staatistischen Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten, 2. Abschnitt, §. 10., S. 169 „... Stift E i c h s t a e t t. Dieses ist sehr reich am Güterstand. ... beglückt besonders in seinem oberen Theil an der A l t m u e h l ein überaus guter Fruchtbau. Sein Ueberfluß an Getreid verschafft ihm die einzige Nahrung. Der Viehhandel ist, um Geld hereinzubringen, unbedeutend, da der Feldbau des Landes selbst des Viehes bedarf. ...“, insg., S. 169.

⁵⁰³ *Sartori*, Fortsetzung der Staatistischen Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten, 2. Abschnitt, §. 10., S. 169 „... P a s s a u wäre der erste Stiftsstaat, der von seiner vorteilhaften Lage an der schiffreichen Donau Nutzen ziehen könnte. ... Er benutzt seine Feldfrüchte und seine schönen Waldungen bloß zur Befriedigung seiner Nothdurft. ...“, insg., S. 169-170.

⁵⁰⁴ *Sartori*, Fortsetzung der Staatistischen Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten, 2. Abschnitt, §. 10., S. 167 „... das kleine Stift C o r v e y ist von Commerz=Vortheilen nicht beraubt. Der vortreffliche Fruchtzuwachs verschafft diesem Land in fruchtbaren Jahren einen beträchtlichen Gewinn für den Ueberfluß, ...“, insg., S. 167.

⁵⁰⁵ *Sartori*, Fortsetzung der Staatistischen Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten, 2. Abschnitt, §. 10., S. 173 „... E l l w a n g e n, die gefürteste Pöbstey, ... Das Land hat zwar eine bergichte Gegend, sie ist aber reich, an Holz und Mineralien, und die bequemste zur Viehzucht. Herr, Gemeinden und auch einzelne Untertanen besitzen einen Ueberfluß an Holz, der sich nicht bald in einem Lande so reich darstellt. Die Eisenberge in dem Oberamt W a s s e r a l f i n g e n zeugen eine allerbeste Qualität von Eisen. ... Nächste dem Dorfe N e i n h e i m sind Gold- und Silberbergwerke. ... Die Gegend von B i r k e n z e l l erzeugt Bley. Das Amt J a c h s t e l l hat Agat, und N e u l e r schönen Marmor. ...“, insg., S. 173-174.

⁵⁰⁶ *Sartori*, Fortsetzung der Staatistischen Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten, 2. Abschnitt,

Das gleichfalls am Oberrhein gelegene Hochstift Basel hatte guten Weinwuchs und Viehzucht.⁵⁰⁷

Das Hochstift Fulda war fruchtbar an Bergbau.⁵⁰⁸

Das zwischen dem Main und der Jagst gelegene Hoch- und Teutschmeisterthum hatte im Überfluß guten Weizen und Roggen, die nötigen Früchte, Wein und Holz.⁵⁰⁹

Zu den geistlichen Staaten allgemein:

Sartori, Geistliches und Weltliches Staatsrecht der Reichsstifter:

„Die geistlichen Stiftsstaaten liegen im Ganzen genommen, unter einem gluecklichen Himmelsstriche. Luft, Erde und Wasser, und die Industrie ihrer Nachbarn tragen zur Glueckseeligkeit alles bey.⁽⁵¹⁰⁾ ... Es scheint die Vorsehung habe ... diese Staaten mit unerschöpflichen Nahrungsquellen bereichert. ...“⁵¹¹

und *Ein Beytrag zur Beurtheilung der innerlichen Kraefte der deutschen geistlichen Staaten*:

„... Die geistlichen Stiftslaender, ... Sie sind nach ihren verschiedenen Verhaeltnissen reichlich mit Getraid, Wein, Holz, Vieh und Bergwerken, auch sehr

§. 19., S. 174-175 „... Das Bistthum *S p e y e r*. Diesen Stiftsstaat hat die Natur schon zum Nachbarn der gesegneten Landgegenenden, ... ausersehen. Das Land hat zwar viele waldichte und bergichte Gegenden, nicht desto weniger aber einen Frucht=Wald= und Obstueberfluß. Nebst einer guten Salzquelle zu *U b s t a t t*, benutzt es auch seinen vortrefflichen Holzhandel, ...“, insg., S. 174-175,

§. 10., S. 175 „... Das Stift *W o r m s*, ... Das Land gehoert ... unter die schoenen Gegenden des *O b e r = R h e i n s*, hat fruchtbaren Ackerbau und guten Weinwachs. Es beutzt zum Theil den durchfließenden Rhein, ...“, insg., S. 175,

§. 10., S. 175 „... *S t r a ß b u r g* ist in Ruecksicht der Besitzungen, die es auf teutschem Boden hat, nicht beträchtlich. Es hat ein gutes Wein= und Fruchtland, ...“, insg., S. 175.

⁵⁰⁷ *Sartori*, Fortsetzung der Staatistischen Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten, 2. Abschnitt, §. 10., S. 175 „... *B a s e l* hat nicht das beßte Land, aber dennoch beträchtliche Einkuenfte, besonders aus dem guten Weinwachs und der Viehzucht. ...“, insg., S. 175-176.

⁵⁰⁸ *Sartori*, Fortsetzung der Staatistischen Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten, 2. Abschnitt, §. 10., S. 176 „... *F u l d a* ... Dieses reiche Stift ist mit beträchtlichen Landen V.hen. Sie sind zwar bergicht und waldicht, desto fruchtbarer aber in ihrem Feldbau. ...“, insg., S. 176.

⁵⁰⁹ *Bundschuh*, Beytrag zu einer statistischen Topographie des Teutschmeisterthums „... Der Theil des Teutschen Meisterthums, von dem hier die rede ist, liegt zwischen dem Mayn und der Jagst, ... Obgleich das ganze Laendchen ziemlich bergicht ist, so ist es doch fruchtbar, besonders in der Gegend, durch welche die tauber fließet. Die noerdliche Gegend bringt guten Roggen und Waizen herfuer, und entschaediget durch ihren Ueberfluß die etwas rauern suedlichen Gegenden, ... Uebrigens traegt der Boden allenthalben die zum Unterhalt des Lebens noethigen Fruechte, ... Auch am Weinwachse ist das Laendchen nicht arm, und hat ehemals aus Schwaben schoene Summen hereingebracht. ... Noch weniger Mangel hat das Land an Holz ...“ (*Journal von und fuer Franken*, IV. Band, 2. Heft, 1792, I., S. 132, 133, 134), insg. (S. 133-138).

⁽⁵¹⁰⁾ II. Band, 1. Theil, 1. Abschnitt, 22. Cap., §. 648., S. 411.

⁵¹¹ II. Band, 1. Theil, 1. Abschnitt, 22. Cap., §. 652., S. 425.

ertraaglichen Fabriken versehen, im Ganzen mit allem dem, was man von Ländern erwarten kann, die unter einen gemeinsigten Himmelstrich liegen. ...“⁵¹²

bb) Überwiegende katholische Religionszugehörigkeit der geistlichen Staaten und ihrer Einwohner

Die geistlichen Staaten gehörten mit Ausnahme des Hochstiftes Lübeck, der vier Stiftern Quedlinburg, Hervorden, Gandersheim, Thorn und des protestantisch-katholisch alternierenden Hochstift Osnabrück⁵¹³ hinsichtlich ihres reichsrechtlichen Status der katholischen Konfession zu. Damit war auch, und durch den für sie in Art. V § 15 IPO geistlichen Vorbehalt⁵¹⁴ abgesichert, ihr allgemein stiftisch-staatlicher Charakter durch den Katholizismus gekennzeichnet⁵¹⁵ und war auch die in ihren Ländern ansässige Bevölkerung überwiegend katholisch.⁵¹⁶

⁵¹² In: *Magazin der Europaeischen Staatenverhaeltnisse*, II. Band, 7. Heft, I., 4., S. 111.

⁵¹³ Lübeck (oben, S. 352, 507), Osnabrück (oben, S. 506, unten, S. 983), Quedlinburg, Hervord, Gandersheim, Thorn (oben, S. 568).

⁵¹⁴ Oben, S. 353-354, 453.

⁵¹⁵ In den katholisch geistlichen Staaten war die katholische Konfession immer die dominante, die Staatsbeamten mussten dem Katholizismus zugehören, es gab nur für sie die öffentlich dominante Religionsausübung mit insbesondere dem Glockengeläut.

Majer, Teutsches Geistliches Staatsrecht, II. Theil, 5. Cap., I. Abschnitt, §. 100., S. 305 „... Bei denen geistlichen Fürsten und Landesherren beruht zwar die Landesfolge auf der Wahl. Nachdem aber einmal die Stifter sowol, als die ganze Masse des in Teutschland befindlichen Kircheneigentums und der geistlichen Güeter, ..., zwischen beiden Reichsreligionen, der catholischen und protestantischen, gtheilt worden sind, so kann nunmehr zur Stifts = und der damit verknuepften Landesfolge auch kein anderer, als nur ein solcher, der derjenigen Religion, welcher nach der gemachten Theilung das Stift selbst zugehoert, auch zugethan ist, gewaehlt werden. Doch weil dadurch blos das Stift, und nicht auch zugleich das damit verknuepfte Land, einen solchen auf diese Art unwandelbaren Religionscharakter durch das Gesetz erhalten hat, ...“.

⁵¹⁶ Den dies mittelbar ausdrückenden *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band VII, 3. Buch, 14. Cap., §. 18., S. 835-836 „Auch ist noch hiebey zu bemercken, daß zwar derer geistlichen Reichsstaende meiste Lande Catholisch seynd; doch haben auch verschidene Erbtischoeffe, Bischoeffe, etc. Evangelische, oder doch von beyden Religionen gemischte, Lande, Gebiete und Orte, Z. E. Chur=Maynz in dem Erfurtischen und auf dem Eichsfelde, die Bischoeffe zu Hildesheim, Osnabrueck in ihren Stiftslanden; In dem Coellnischen Herzogthum Westphalen ist zu Duedinghausen eine Ev. Luherische Gemeinde, u. s. w.“.

cc) Größeres wirtschaftliches Wirken der protestantischen Bevölkerung als der katholischen

Erfahrungsgemäß waren das wirtschaftliche Wirken⁵¹⁷ und die Arbeitseffektivität der evangelischen Bevölkerung größer. Ursächlich hierfür waren insbesondere die calvinistisch-reformierten und seit dem Ausgang des 17. und im 18. Jahrhundert auch lutherisch-pietistischen religiösen Lebensreglementierungen, die Rechtfertigung der beruflichen Arbeit als einer Indienststellung in den göttlichen Weltenplan, die von Calvins Nachfolgern befürwortete Verdrängung des subjektiven Zweifels an der göttlichen Gnadenwahl durch rastlose berufliche Tätigkeit, mit der hieraus sich ergebenden intensiveren Entwicklung des Erwerbs-sinnes und einem frühkapitalistischen Denken,⁵¹⁸ sowie auch die bei den evangelischen Kon-fessionen häufigere Befreiung von dem kanonischen Zinsverbot.⁵¹⁹

Schnaubert, Ueber Moser's Vorschlaege zur Verbesserung der geistlichen Staaten:

„... Die Erfahrung lehrt, daß die Prostestanten im D u r c h s c h n i t t e viel thae-tiger, arbeitsamer, nachdenkender, unternehmender, abgehaerteter, attenter auf ih-re Sachen, und sparsamer sind, als die Katholicken. Bei jenen haben Ackerbau und Wissenschaften von jeher viel mehr, als bei diesen, gebluehet. ...“⁵²⁰

⁵¹⁷ Nachdem das Reich in der Blütezeit des von den Reichsstädten während der 2. Hälfte des 15. und bis in das 16. Jahrhundert mitgetragenen Welthandels (*Bassenge*, Die deutsche Handelspolitik im Spiegel der Reichs-gesetzgebung von 1498-1806, 1. Teil, I., S. 14-15) wirtschaftlich prosperiert hatte, war es durch die Folgen des 30 jährigen Krieges in seiner allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung hinter den beiden westlichen Königrei-chen zurückgeworfen worden. Es ging ihm auch gegenüber jenen ein eigener Kolonialhandel ab (*Stephan*, I., Literarischer Jacobinismus in Deutschland, 2., 1., S. 23-25; *Reinalter*, Der Jakobinismus in Mitteleuropa, I., S. 9-10; *Weissel*, Von wem die Gewalt in den Staaten herrührt, Einleitung, 2., S. 55, IV., S. 284-287; *Vernunft ist immer republikanisch*, Aufklärung in Deutschland, S. 24-25 und *Zur Geschichte der Arbeitserziehung in Deutschland*, Teil I, 2. 1. 1., S. 24).

⁵¹⁸ *Weber*, Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, in: *ders.*, Gesammelte Aufsätze zur Re-ligionssoziologie, I. Band, I., S. 17-206.

⁵¹⁹ Zum allgemeinen kanonischen Zinsverbot *Nova Vulgata*, Lc 6, 34-35, p. 1546-1547.

Canon 17 des Konzils von Nizäa I. vom Jahre 325 enthielt das Zinsverbot für Kleriker mit ihrem bei Zuwi-derhandlungen zu erfolgenden Ausschluss aus dem Klerikerstand (*Conciliorum Oecumenicorum Decreta*, ... Nicaenum I/325, p. 14). Canon 25 des III. Laterankonzils vom Jahre 1179 sah das Zinsverbot für Kleriker und für Laien vor (*Conciliorum ebd.*, ..., Lateranense III/1179, p. 233). Die Konstitution *De reformatione Montium pietatis* des V. Laterankonzils (1512-1517) v. 4. Mai 1515 sprach die allgemeine Bestätigung des kanonischen Zinsverbotes aus (*Conciliorum ebd.*, ..., Lateranense V ..., Sessio X, p. 625-627).

Luther und Melanchthon hatten sich nicht grundsätzlich gegen das kanonische Zinsverbot wandten (*Realen-cyklopädie*, XXI. Band, Wucher, kirchl. Gesetze darüber, S. 525 Z 36-S. 526 Z 48) und hatte Calvin sich für die Statthaftigkeit des Zinsnehmens ausgesprochen (*Realencyklopädie ebd.*, S. 526 Z 48-S. 527 Z 27).

Die kirchliche Behandlung war seit dem Ende des 16. Jahrhunderts dahingehend, dass die mittelalterlichen Zinstitel um den *titulus legis civilis* vermehrt wurden, kraft dessen das Zinsnehmen als erlaubt galt, falls es von der Obrigkeit gestattet wurde (*Funk*, Geschichte des kirchlichen Zinsverbotes, IV., S. 61-63 (62)).

Nach § 174 des Jüngsten Reichsabschiedes von 1654 war reichsverfassungsrechtlich die Erhebung von 5 % Zinsen für Rentengeschäfte und Darlehen gestattet (*Der jüngste Reichsabschied*, S. 84-85).

⁵²⁰ Fuenfter Vorschlag, S. 188.

und *Sartori*, Geistliches und Weltliches Staatsrecht der Reichsstifter:

„... Leider, daß es den Charakter des groeßten Theils ihres Stiftsvolks nicht gegeben ist, diese Vortheile zu benutzen, dafuer kann die Schoepfung nicht - ...“⁵²¹

„... Es scheint die Vorsehung habe fuer den groestentheils unthaetigen Volkscharakter, ... mit Beflissenheit gesorgt, ...“⁵²²

dd) Fehlender Handel und Vernachlässigung von Industrie in den geistlichen Staaten

Im Besonderen waren in den geistlichen Staaten ein fehlender Handel, was auch auf der mangelnden Kenntnis ihrer Regenten vom Handel und dem Finanzwesen beruhte, zu beklagen.

Sartori, Staatistische Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten:

„... Man findet zwar in einigen Stiftern Teutschlands schon Beyspiele von Handlung=Etablissements, sie sind aber von keinem betracht, weil die Regenten solche nicht unterstuetzen, oder die behoerige Sorgfalt hierauf verwenden, und die Staatsbeamten zu unthaetig sind, von der aeußersten Nothwendigkeit eines sorgsamem Betriebs Sie standhaft zu ueberzeugen. So lange der Regent keine hinlaengliche Kenntniß von Handlung= und Finanzwesen erhaelt, so kann solche auch niemals in ein System gebracht werden. ...“⁵²³

Gleichfalls war eine Vernachlässigung der Landwirtschaft, des Bergbaus und des Handwerks zu beklagen. Zu ihren Ursachen:

Sartori, Staatistische Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten:

„Unter den Hauptgebrechen in den geistlichen Wahlstaaten kann man auch die Vernachlaeßigung der Industrie rechnen. Wenn diese Staaten nur mit wenigen Einwohnern besetzt waeren, die sich durch wahren Fleiß und Industrie ihre Beduerfnisse verschaffen koennten, wuerden sie sich in besseren Gluecksumstaen-

Nach *Schnaubert* waren die häufigen Wallfahrten, die Fasten- und Feiertage, die Kirchgänge, die privaten Andachten, das Lesen der Heiligenlegenden, die unechte Moral von der niemanden verlassenden Vorsehung, das Almosengeben, die Lehren vom beständigen Gebet, von der Verachtung alles Zeitlichen und der einzig nötigen Sorge für die zukünftige Seligkeit und der auf die vermeintlichen Andachts- und Tugendübungen folgende stärkere Appetit und Müßiggang „... wohl die leicht zu denkenden Ursachen, daß der katholische gemeine Mann indolenter, schlaffer, muessiger, verschwenderischer und aermer ist, als der protestantische. ...“, S. 188-189 (Zitat S. 189).

⁵²¹ II. Band, 1. Theil, 1. Abschnitt, 22. Cap., §. 648., S. 411.

⁵²² II. Band, 1. Theil, 1. Abschnitt, 22. Cap., §. 652., S. 425.

⁵²³ 2. Abschnitt, §. 10., S. 43.

Zu dem Abgang des Handels: *ebd.*, S. 43-44; *ders.*, Fortsetzung der Staatistischen Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten, 2. Abschnitt, §. 10., S. 154-178 und *Fabritius*, Ueber den Wehrt der geistlichen Staaten, 2. Buch, S. 140-142.

den befinden, als sie bey all ihrer ziemlichen Bevoelkerung sind, wovon aber der groeßte Theil aus Mueßiggaengern und Bettlern besteht, ... Zudem wird in den geistlichen Wahlstaaten die Industrie sehr gehemmt durch die ueberflueßige Anzahl der Feyertage, gewisse Geluebde, und vorzueglich durch die von den Mendikanten=Orden eingefuehrte Andaechteleyen, dabey der Mueßiggaenger und Bettler seinen besten Schnitt macht. ...⁵²⁴

und seine Fortsetzung der Staatistischen Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten:

„... Es gehoert zuverlaeußig unter die Maengel dieser Staaten, daß sie nach dem Zustand jedes Landes versaeumet haben, die Vereinigung der Kraefte und die Einformigkeit einer Industrie zur gemeinschaftlichen Wohlfahrt anzuwenden. Alles schien nur auf Bequemlichkeit und Befriedigung der Beduerfnisse des Regenten und der ersten Staatsglieder abzuzielen. Die Hauptursache liegt freylich immer in der Erziehung; dem Adel, der Geistlichkeit und den Staatsbeamten fehlte es groeßtentheils hieran eben so, wie dem Landvolk ueberhaupt. ...⁵²⁵

d) Größere Geldabflüsse

Die geistlichen Staaten hatten gegenüber den weltlichen Staaten größere Geldabflüsse.

Ursächlich hierfür waren einmal und insbesondere die an den Apostolischen Stuhl in Form von Annaten-, Pallien-, Confirmations-, Dispensations- und Resignationsgelder und als Nunciaturlieferungen zu erbringenden Zahlungen.⁵²⁶

Sartori, Geistliches und Weltliches Staatsrecht der Reichsstifter:

„... Die deutschen geistlichen Fuersten zeichneten sich aus allen europaeischen Bithuemern von jeher darin aus, daß sie den roemischen Hof den groeßten Gehorsam und Unterwuerfigkeit, auch die staerkste Huelfe und Unterstuetzung zu seiner eigenen Subsistenz bethaetigt haben. Nur Deutschlands Bischoefe waren ohne Unterbruch in Anerkennung des paepstlichen Primatus honoris und Iurisdictionis

⁵²⁴ 2. Abschnitt, §. 12., S. 48-49.

⁵²⁵ 2. Abschnitt, §. 12., S. 183.

Zu der Vernachlässigung der Industrie: *ebd.*, S. 183-197; *ders.*, Staatistische Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten, 2. Abschnitt, §. 12., S. 48-52.

Ickstatt gab in seinem im Jahr 1782 erschienenen Warum ist, oder war bisher der Wohlstand der Protestantischen Staaten so gar viel groeser als der Katholischen? dafür folgende Gründe an: Ein „Grosser Aufwand bey Kirchen und andern zu der katholischen Religion gehoerigen Dingen.“ (I. Abschnitt, S. 13-24), ein „Grosser Aufwand zum Unterhalt der katholischen Geistlichkeit.“ (II. Abschnitt, S. 25-45), ein „Grosser Aufwand der sterbenden katholischen Christen und nach ihrem Tode.“ (III. Abschnitt, S. 46-52), eine „Versaeumniß der Zeit bey dem katholischen Gottesdienst.“ (IV. Abschnitt, S. 53-65), ein „Mangel guter Policy bey den Katholischen ueberhaupt und wegen des Bettelns insonderheit.“ (V. Abschnitt, S. 66-80) und ein „Mangel an Bevoelkerung.“ (VI. Abschnitt, §. 90.-§. 96., S. 81-89).

⁵²⁶ Zu den verschiedenen Arten der Geldzahlungen und ihren Inhalten *Sartori*, Geistliches und Weltliches Staatsrecht der Reichsstifter, II. Band, 2. Theil, 1. Abschnitt, 41. Cap., §. 1303.-§. 1308., S. 212-221.

immer beständig. Sie waren es aber auch in reichung der größten Geldabgaben. ...; nur die deutsche geistlichen Bißthuemer und Stifter konnte R o m zu seiner Schatzkammer machen; dann solche Bischiefe und eine solche Geistlichkeit die mit großen weltlichen Fuerstenthuemern, so ansehnlichen Einkuenften, Reichsthuemer und Macht versehen ist, laeßt sich ausser Deutschland nicht finden. ... Im Ganzen aber wird der Beweiß hierdurch unumstoesslich befestigt, daß R o m den deutschen geistlichen Stiftern den größten Theil seiner bisherigen Subsistenz zu danken habe.⁽⁵²⁷⁾ ... Die Gelder, welche seit mehrern Jahrhunderten aus den deutschen Stiftern nach R o m geschickt , oder auf Veranlassung des roemischen Hofes verwendet, oder vielmehr erfordert worden, betragen ungeheure Summen. Die R o e m e r nennen das catholische Deutschland in Ansehung der starken Abhaengigkeit an dem paebstlichen Hof, das regnum obedientiae; ich glaube sie werden ihm auch den Namen (regnum contributionis) beylegen. ...⁵²⁸

und seine Fortsetzung der Staatistischen Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten:

„... die teutschen Reichsstifter fast den vierten Theil der ganzen katholischen hoehern Geistlichkeit einschluessig des Praelatenstandes ausmachen, und zu den uebrigen katholischen Bisthuemern, Praelaturen und Abteyen wie 1 ¾. zu 4. sich verhalten, ...“⁵²⁹

Nach den von *Sartori*, Geistliches und Weltliches Staatsrecht der Reichsstifter vorgenommenen Berechnungen waren von 30 katholischen Stiftern⁵³⁰ zuzueglich des katholisch-protestantischen alternierenden Hochstiftes Osnabrueck vom Jahre 1500 bis zum Jahre 1780 nach Rom an Confirmationsgeldern, Annaten, Pallien, Dispensationsgeldern, Resignationsindulten, Confirmationstaxen 20 737 960 Gulden geflossen, was einem jährlichen Durchschnitt von 74 064 Gulden entspricht.⁵³¹

⁽⁵²⁷⁾ II. Band, 2. Theil, 1. Abschnitt, 41. Cap., §. 1283., S. 180-181, insg., S. 180-181.

⁵²⁸ II. Band, 2. Theil, 1. Abschnitt, 41. Cap., §. 1303., S. 212-213, insg., S. 212-213.

Zu ihren erfolgten Erhebungen *ebd.*, §. 1310., S. 223-224, §. 1312.-§ 1318., S. 227-242, I. Band, 2. Theil, 14. Cap., §. 497.-§. 501., S. 301-316, 16. Cap., §. 522.-§. 528., S. 332-340, 17. Cap., §. 530.-§. 544., S. 342-367; *ders.*, Staatistische Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten, 2. Abschnitt, §. 7., S. 35-37 (35); *ders.*, Fortsetzung der staatistischen Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten, 2. Abschnitt, §. 7., S. 128-133.

⁵²⁹ 1. Abschnitt, §. 5., S. 88.

⁵³⁰ Die Erzstifte Mainz, Trier mit Einschluss von Prüm, Köln, Salzburg, Besançon, die Hochstifte Bamberg, Würzburg, Worms, Eichstätt, Speyer mit Einschluss von Weissenburg, Straßburg, Konstanz, Augsburg, Hildesheim, Paderborn, Freising, Regensburg, Passau, Trient, Brixen, Basel, Lüttich, Münster, Chur, Fulda und die Ritterstifter Kempten, Ellwangen, Berchtesgaden, Stablo, Corvey (I. Band, 2. Theil, 14. Cap., §. 498., S. 307).

⁵³¹ II. Band, 2. Theil, 1. Abschnitt, 41. Cap., §. 1318., S. 240-242, I. Band, 2. Theil, 14. Cap., §. 499., S. 305-308, §. 542., S. 359-363, 16. Cap., §. 524., S. 334-337; *ders.*, Staatistische Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten, 1. Abschnitt, §. 5., S. 13-16; *ders.*, Fortsetzung der Staatistischen Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten, 1. Abschnitt, §. 5., S. 82-93.

Von den drei Nuntiaturen zu Wien, Köln und Luzern waren seit ihrem Bestehen vom Jahr 1600 bis in das Jahr 1780,⁵³² wegen ihrer für deutsche Bistümer mitgegebenen Zuständigkeit, aus geistlichen Staaten Nuntiaturlieferungen von 18 Millionen Gulden nach Rom entrichtet worden, was einem jährlichen Durchschnitt von 100 000 Gulden entspricht.⁵³³

Weitere Ursache der Geldabflüsse waren die an die Mitglieder der Erz-, Dom- und Stiftskapitel aus ihren Pfründen zu erbringenden Leistungen.⁵³⁴ Die Stiftsherren gehörten zumeist ausländischen Familien und Dynastien an⁵³⁵ und da sie sehr häufig mehrere Benefizien persönlich innehatten,⁵³⁶ wurden von den an sie erbrachten Zahlungen nur ein Viertel in ihren eigenen Stiftern verbraucht.⁵³⁷

⁵³² Nicht berücksichtigt ist hierbei die dritte innerhalb des Reichsgebietes gelegene Nuntiatur zu Brüssel und die in den Jahren 1784/85 errichtete vierte weitere Nuntiatur zu München.

⁵³³ II. Band, 2. Theil, 1. Abschnitt, 41. Cap., §. 1307., S. 217-219, §. 1318., S. 240-242.

Nach dem Verfasser der *Betrachtungen ueber die Paepstlichen Nunciaturen in Teutschland*, S. 36 waren von den Kölner, Wiener und Luzerner Nuntiaturen jährlich insgesamt ca. 300 000 Gulden nach Rom geflossen, was von 1600 bis 1780 54 Millionen Gulden ergibt.

Nach *Sartori* ebd., II. Band, 2. Theil, 1. Abschnitt, 41. Cap., §. 1307., S. 218 verhalten sich die von dem Verfasser der *Betrachtungen ueber die Paepstlichen Nunciaturen in Teutschland* angegebenen 30/31 deutschen Stifter „...“, sich zu ganz Deutschland in Ansehung des gegen andere Laender weit staerkern Indultengebrauches, wie 1 zu 3 ..., folglich an den obgedachten 54 Millionen allerdings 18 Millionen aus diesen Stiftern nach Rom durch die Nunciaturen wanderten, ...“.

⁵³⁴ *Riesbeck*, Briefen eines reisenden Franzosen ueber Deutschland beliefen sich die jährlichen Einkünfte der Domherren von Mainz, deren Geistlichkeit in Deutschland die reichste ist, in einem mittelmäßigen Jahr auf 3 500 rheinische Gulden, beim Dompropst, dessen Pfründe in Deutschland ohne Vergleich die fetteste ist, gegen 40 000 Gulden und beim Domdekan gegen 20 000 Gulden und sämtliche Einkünfte des Domkapitels auf beinahe 400 000 Gulden (II. Band, 64. Brief, S. 299-315 (308-309), Würzburg und Bamberg, deren Pfründe unter die besten von Deutschland gehören in einem guten Jahr 3 500 und mehrere Gulden (II. Band, 61. Brief, S. 254-268 (262-263)), Passau, deren Pfründe unter die fettesten in Deutschland gerechnet werden nach Schätzung etwas mehr als 3 000 Gulden (I. Band, 17. Brief, S. 166-176 (170)), Salzburg nicht über 2 600 Gulden (I. Band, 17. Brief, S. 166-176 (170)) und Augsbur 2 000 Gulden (I. Band, 6. Brief, S. 52-60 (58)).

⁵³⁵ Unten, S. 719-727.

⁵³⁶ Nach *Sartori*, Fortsetzung der Staatistischen Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten, 1. Abschnitt, §. 6., S. 94-102 (98-99) waren von den 500 Präbenden seiner von ihm angegebenen 30 Reichsstifter sicher $\frac{4}{5}$ der Pluralität gewidmet.

Riesbeck, Briefe eines reisenden Franzosen ueber Deutschland:

zu Mainz „... So sehr es auch in den geistlichen Rechten verboten ist, daß Einer nicht mehr als Eine Pfruende besitzen soll, so haben die hiesigen Domherren doch alle 3, 4 bis 6 Pfruenden, und es ist schwerlich ein Kapitular da, der nicht wenigstens seine 8000 Gulden Revenueen haette. ...“ (I. Band, 64. Brief, S. 299-315 (308)),

zu Würzburg und Bamberg „... Man findet aber schwerlich einen Domherrn, der nur eine Pfruende haette. Manche haben 4 bis 5 Pfruenden in eben so vielen Stiftern, und kommen jaehrlich auf ihre 8, 10 bis 12tausend Gulden zu setehen. ...“ (I. Band, 61. Brief, S. 254-268 (263)),

zu Passau „... Aber fast alle Domherren besitzen 2, 3 bis 4 Pfruenden zugleich, und sind noch Glieder der Kapitel zu Salzburg, Augspurg, Regenspurg, u. a. m., und daher gibt es in Deutschland wenige Domherren, deren Einkuenfte sich nicht ueber 5000 Gulden belaufen. ...“ (I. Band, 17. Brief, S. 166-176 (170)).

⁵³⁷ *Sartori*, Fortsetzung der Staatistischen Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten, 1. Abschnitt, §. 6., S. 94-102 (98-99); *ders.*, Staatistische Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten, 2. Abschnitt, §. 13., S. 52.

Als weitere Gründe für die übermäßige Geldabflüsse aus den geistlichen Staaten gab *Sartori*, Staatistische Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten die Kriege, die Nutznießung der Abwesenden, die Freipräbenden, die Gelderteilungen, die mangelnde Kenntnisnahme der „... regierenden Herrn in den geistlichen Wahlstaaten ...“ über die vorhandene „... Entkraefung des Staats durch die zu starke Geldauswanderung ...“ an.⁵³⁸ Ferner, die „... geringe Volksmenge ..., welche ungeheure Geldsummen nach Rom, fuer die Mehrheit der Beneficien und fuer den Luxus ihrer Mitglieder allein tragen muß. ... Man bedenke die Geldauswanderung von einer so geringen Volksmenge, die noch ueber alles hin ungleiche Lasten traegt, ...“⁵³⁹

Nach *Ein Beytrag zur Beurtheilung der innerlichen Kraefte der deutschen geistlichen Reichslaender* war bei 26 katholischen Erz- und Hochstiftern⁵⁴⁰ zuzüglich des katholisch-protestantischen Hochstiftes Osnabrück während der Jahre 1700 bis 1780 ein Geldausgang von insgesamt 3 389 018 274 Gulden⁵⁴¹ gegenüber eingehenden auswärtigen Geldern von insgesamt 1 274 400 000 Gulden gegeben,⁵⁴² was einen durchschnittlichen jährlichen Geldausgang von 49 271 894 Gulden gegenüber eingehenden fremden Geldern von 15 930 000 Gulden ergibt.⁵⁴³ Die Schlussfolgerung dieser Abhandlung:

Zum Hochstift Paderborn die im *Goettingisches Historisches Magazin*, VI. Band (1790), (4. Stueck), VI., S. 738-747 erschienene Abhandlung *Beschreibung des Bisthums Paderborn* „... Mangel von Betriebsamkeit, und ein damit gar nicht im Verhaeltniß stehender Verbrauch auslaendischer Waaren ist nicht die einzige Ursache der Seltenheit des Geldes. Die Domherren, und uebrigen Cavaliere verzehren ihre Einkuenfte lieber in fremden Laendern, als im Stifte selbst, weil die Hauptstadt ihnen gar keine Vergnuegungen darbietet. ...“ (S. 740-741).

⁵³⁸ Staatistische Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten, 1. Abschnitt, §. 7., S. 35, (Zitat), §. 4., S. 24-25 (zu Gelderteilungen).

⁵³⁹ *Sartori*, Fortsetzung der Staatistischen Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten, 2. Abschnitt, §. 7., S. 132-133, insg., S. 129-133.

Nachfolgend „...die zu des Staatsbeduerfnissen nicht gleich steuret; ... Ist es Weißheit, in fast erarmten Staaten dem inneren Luxus noch so viel nachzugeben, daß die Geldauswanderung hierdurch immer mehr befoerdert werde? Warum verwandeln die Landesherrn die Kloester nicht in Fabriken und Manufakturen, ... Wenn sie nicht mehrere Geldcirculation in ihren Staaten veranlassen, und wenn sie nicht ihre Regenten und erste Staatsglieder besser im Land zu bleiben anhalten, und hierdurch dem Geldausfluß und dem Luxus gemessene Schranken setzen: ...“

Zum Luxus *ders.*, Staatistische Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten, 2. Abschnitt, §. 16., e), S. 64-65, 1. Abschnitt, §. 7., S. 18-20; *ders.*, Fortsetzung der Staatistischen Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten, 1. Abschnitt, §. 7., S. 102-104.

Garve, Einige Betrachtungen veranlaßt durch das Dekret der Nationalversammlung in Frankreich ueber die Gueter der Geistlichkeit (Deutschland betreffend) „... Die Bischoefe, Domherrn, und Klostergeistlichen, gerade die, welche wenig fuers gemeine Beste haben, bekamen mehr als die eigentlichen Pfarrer, welche die wesentlichsten Pflichten des religiosen Lehramts erfuellen. ...“ (*Berlinische Monatsschrift*, XVI. Band, 11. Stueck November, 2., S. 406-407).

⁵⁴⁰ Die Erzstifter Mainz, Trier, Köln, Salzburg, die Hochstifter Münster, Paderborn, Lüttich, Würzburg, Bamberg, Eichstätt, Passau, Regensburg, Freising, Brixen, Trient, Konstanz, Augsburg, Speyer, Worms, Straßburg, Basel, Fulda, die Stifter Berchtesgaden, Ellwangen, Kempten, Corvey (*Magazin der Europaeischen Staatenverhaeltnisse*, II. Band, 7. Heft, I., 4., S. 105-107).

⁵⁴¹ In: *Magazin der Europaeischen Staatenverhaeltnisse*, II. Band, 7. Heft, I., 4., S. 105-110 (107-110).

⁵⁴² In: *Magazin der Europaeischen Staatenverhaeltnisse*, II. Band, 7. Heft, I., 4., S. 110.

⁵⁴³ In: *Magazin der Europaeischen Staatenverhaeltnisse*, II. Band, 7. Heft, I., 4., S. 107, insg., S. 104-112.

„... Denn, wenn diese Laender nicht innerlich so gut und ertraeglich waeren, und wenn sie nicht auf die Artikel der Einfuhr jaehrlich ein nahmhaftes erobern wuerden, so haette laengst schon ein allgemeiner Bankerot in selbigen erfolgen muesen, da die Eibfuhr in 80 Jahren die Ausfuhr um 2,114 Millionen, gemaes der vorstehenden Bilanze, uebersteigt. ...“⁵⁴⁴

e) Übermäßige Armut und Bettelei

In den geistlichen Staaten und insbesondere den katholischen gab es eine, auch unter Berücksichtigung des im 18. Jahrhundert bei einer breiten Masse der Bevölkerung bestehenden Pauperismus⁵⁴⁵ unverhältnismäßig große Anzahl von Bettlern.

Nach *Sartori*, Geistliches und Weltliches Staatsrecht der Reichsstifter waren in 25 katholischen Erz- und Hochstiftern⁵⁴⁶ zuzüglich des katholisch-protestantischen Hochstiftes Osnabrück von den 1 984 Menschen pro Quadratmeile sicher 260 Bettler und 360 Tagelöhner, die außer ihrem Arbeitsverdienst nichts hatten.⁵⁴⁷ Die große Anzahl der Armen und der Bettler rühren nach der von ihm in seiner Fortsetzung der Staatistischen Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten angegebenen Gründen:

„... zuverlaeßig von dem Mangel der Erziehung der Jugend, der Bildung des Herzens, der Ausserachtlassung allgemeiner Industrie = Grundaetze und der Nachlaeßigkeit der Polickeybeamten, hauptsaechlich aber von dem Mangel der Unterstuet-

⁵⁴⁴

In: *Magazin der Europaeischen Staatenverhaeltnisse*, II. Band, 7. Heft, I., 4., S. 112.

⁵⁴⁵

Endres, Das Armenproblem im Zeitalter des Absolutismus, in: *Aufklärung, Absolutismus und Bürgertum in Deutschland*, I., S. 234 „So sollen in England unter den rund 5,5 Millionen Einwohnern zu Beginn des 18. Jahrhunderts neben 30 000 Landstreichern circa 1,3 Millionen auf die gesetzliche Armenunterstützung angewiesen gewesen sein²⁴. In Frankreich schätzt man für die Mitte des 18. Jahrhunderts sogar 3 Millionen armer Leute, also solchen, die nicht aus eigenen Mitteln leben konnten²⁵. In Preußen machte gegen Ende des 18. Jahrhunderts das Landgesinde ohne Besitz rund $\frac{1}{7}$ der Gesamtbevölkerung aus²⁶, und in dem agrarisch strukturierten Bayern betrug die Zahl derjenigen, die völlig auf die Armenfürsorge angewiesen waren 6,3 %²⁷; die Zahl derjenigen, die nur zeitweilig oder teilweise die Fürsorge in Anspruch nehmen mußten, lag entschieden höher. Noch größer war die Armut in den Städten. In Köln sollen von den rund 50 000 Bewohnern mehr als 12 000 Bettlern gewesen sein²⁸, und in Berlin bezog nach dem Ende des Siebenjährigen Krieges rund $\frac{1}{3}$ der Bevölkerung Armenunterstützung. Insgesamt muß wohl im Zeitalter des Absolutismus in Deutschland mit einer breiten Unterschicht von gut 20 bis 25 % der Bevölkerung gerechnet werden. Ein größerer Teil hiervon, den man vielleicht als obere Unterschicht bezeichnen kann, hatte zwar ein gewisses, mehr oder weniger regelmäßiges Einkommen, wie etwa die Handwerksgesellen im Meisterbetrieb oder die je nach Saison arbeitenden Tagelöhner auf dem Lande, aber ihr Einkommen reichte weder zum Unterhalt einer mehrköpfigen Familie noch gar zur Vermögensbildung.“

Zu den Ursachen, S. 224 „Die wahren Ursachen jedoch sind weniger in den zumeist in den Geschichtsbüchern genannten wirtschaftlichen und sozialen Folgelasten des Dreißigjährigen Krieges zu sehen, vielmehr äußerst komplex in einer allgemein wirtschaftlichen Stagnation, ja Depression, auf agrarischem wie gewerblichem Sektor, gesteigert durch die engstirnige Abschließungspolitik der Zünfte, was zu einem ständigen Anwachsen der Unterschicht führte^{40a}“, insg., S. 220-241.

⁵⁴⁶

Mainz, Trier, Köln, Salzburg, Bamberg, Würzburg, Worms, Speyer, Eichstädt, Straßburg, Basel, Augsburg, Hildesheim, Paderborn, Freising, Regensburg, Passau, Lüttich, Stablo-Malmedy, Münster, Fulda, Kempten, Ellwangen, Berchtesgaden, Corvey (II. Band, 1. Theil, 1. Abschnitt, 22. Cap., §. 653., S. 427).

⁵⁴⁷

II. Band, 1. Theil, 1. Abschnitt, 22. Cap., §. 655., S. 430 mit §. 653., S. 426-428, §. 654., S. 428.

zung einer allgemeinen und einfoermigen Industrie, und der ausserordentlich grossen Geldauswanderung her. Hierzu kommt noch die uebergrosse Anzahl der Kloester, der Stiftungen, auf die sich der Mueßiggaenger verlaeßt, weil er hiebey seinen Unterhalt findet, und nicht noethig hat, eine Beschaeftigung zu suchen.“⁵⁴⁸

F. C. Moser, Ueber die Regierung der geistlichen Staaten gab insbesondere die im katholischen Glauben wurzelnde Vorstellung der Verdienstlichkeit des Almosengebens an:

„Der Wahn, daß man alle Suenden und Schlechtigkeiten abbeten, abbueßen, abbeichten, abkaufen, ... koenne, ohne innere Besserung der Herzens, erhaelt das Volk in seiner unmoralischen Stupiditaet ..., beguenstigt den Mueßiggang der wallfahrthen, ..., naehrt tausend geistliche Tagdiebe, Mueßiggaenger und Bettler, Saugigel des armen, tummen, betrogenen Volkes.

Der Wahn von Verdienstlichkeit der guten Werke laeßt in keinem Catholischen, am wenigsten in einem geistlichen Land, an eine vernuenftige, zweckmaeßige und dauerhafte *A r m e n = B e t t e l = P o l i c e y* denken. Nicht das gemeine Mitleiden mit einem Huelfsbeduerftigen Menschen, dessen ganzen Zustand man durch Arbeit verbessern koennte, sondern der durch Bettelmoenche hohen und niedern eingepraegte Wahn, daß jeder einem Bettler gegebene Groschen und Kreuzer im Himmel dem Geber auf Rechnung gut geschrieben werde, macht, daß aller *Policey = Ordnungen, Waechter und Knechte* ohngeachtet, Landstraßen, Kirchen, Pallaeste und Haeuser in Catholischen Landen von allen Arten von Mueßiggaengern und Bettlern wimmeln und keine obrigkeitliche Macht stark genug ist, diesem Unfug *h i n r e i c h e n d* zu steuern.“⁵⁴⁹

König Friedrich II. von Preußen sah in seiner im Jahr 1739 verfassten *Réfutation du Prince de Machiavel* insbesondere die im christlichen Glauben wurzelnde Vorstellung der jenseitigen Seeligmachung als ursächlich für die irdische Armut an:

„Il est certain cependant qu’ aucun pays ne fourmille plus de mendiants que ceux des prêtres; c’est là qu’ on peut voir un tableau touchant de toutes les misères humaines, non pas de ces pauvres que la libéralité et les aumônes des souverains y attirent, de ces insectes qui s’ attachent aux riches et qui rampent à la suite de l’ opulence, mais de ces gueux famélique que la charité de leurs évêques prive du nécessaire, pour prévenir la corruption et les abus que le peuple a coutume de faire de la superfluité. Ce sont sans doute les lois de Sparte, où l’ argent était défendu, sur lesquelles se fondent les principes de ces gouvernements ecclésiastiques, à la différence près que les prélats se réservent l’ usage des biens dont ils dépouillent très-dévotement leurs sujets. Heureux, disent-ils, sont les pauvres, car ils hériteront du royaume des cieux! Et comme ils veulent que tout le monde se

⁵⁴⁸ 2. Abschnitt, §. 15., S. 219, insg., S. 217-221; *ders.*, Staatistische Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten, 2. Abschnitt, §. 15., S. 59-60.

Zum Mangel an Industrie (oben, S. 709-710) und der außerordentlich großen Geldauswanderung (oben, S. 710-713).

⁵⁴⁹ S. 39-40, insg., S. 38-40.

sauve, ils ont soin de rendre tout le monde ondigent. O piété ecclésiastiques, jusqu'où ne s'étend point votre sage prévoyance!“⁵⁵⁰

Nach *Schlözer*, Freimütige Gedanken veranlasst durch die Fuldaische PreisFrage war die fehlende Ausrichtung der Tätigkeiten der Mönche und Stiftsherren für das Allgemeinwohl, welches sich durch durch die auf eigenen Vorteil gerichteten Handlungen für die Mitbürger und das Staatsganze von selbst einstellt, ursächlich:

„Sind M o e n c h e und S t i f t H e r r e n nuetzlich oder notwendig, um sich und ihren MitChristen den Weg zur ewigen Glueckseligkeit zu bauen? Kan unse-rem SeelenHeile eine Einrichtung zutraeglich seyn, die dem Rufe der Natur, und deren erstem Ziel, der Vermerung naemlich, gerade zu entgegen gesetzt ist? ..., die Verhaeltnisse der geistlichen Gesellschaften zu dem geistlichen Wol ihrer Mitbuenger, und ihre Wirkungen auf die Harmonie des Statskoerpers, zu untersuchen. Worinn besteht diese Harmonie? In einer allgemeinen Taetigkeit, wodurch jedes Mitglied des Stats, indem es nach seinem eignen Vorteile strebt, zugleich zur Wolfart seines Mitbuengers und des Ganzen beitraegt. Alle Handlungen, die nicht eine solche Richtun nemen, selbst Untaetigkeit und Muessiggang zerstoeren diese Harmonie. faellt das System der B e t t e l M o e n c h e, durch den sonderbaren Contrast, in dem es mit diesem Grundsatzte steht, zuerst in die Augen. ...“⁵⁵¹

f) Die spezifisch machtmäßige Unterlegenheit

aa) Das Fehlen einer stehenden Armee in den geistlichen Staaten

Die geistlichen Staaten besaßen im Gegensatz zu den weltlichen Staaten keine stehende Armee oder nur eine geringe Anzahl von ständigen Soldaten.

Nach *Sartori*, Geistliches und Weltliches Staatsrecht der Reichsstifter besaß der Erzbischof von Mainz als der am meisten armierte von den geistlichen Reichsstände vier Regimenten regulärer Truppen mit ungefähr 3 000 Mann, eine Leibgarde zu Pferd, ein Jägerkorps und eine Kompanie oberrheinischer Kreistruppen.⁵⁵² Die beiden anderen geistlichen Kurfürsten, der

⁵⁵⁰ Chap. XI., in: *Friedrich II., König von Preußen*, Oeuvres de Frédéric le Grand, Tome VIII, IV., p. 238-239.

⁵⁵¹ II., in: *Stats=Anzeigen*, IX. Band, 36. Heft, 42., S. 390-391.

⁵⁵² II. Band, 2. Theil, 2. Abschnitt, 90. Cap., §. 2235., Maynz, S. 610. Die Husarengarde und das Jägerkorps dienten zugleich zur Sicherung der Straßen. Zur personellen und sachlichen Zusammensetzung seines Kriegstaates *ebd.*, S. 610-611. *Riesbeck*, Briefen eines reisenden Franzosen ueber Deutschland, II. Band, 66. Brief, S. 333-347 (333-334 (333)) gab seine sämtlichen Truppen mit kaum 2 200 Köpfen an.

Erzbischof von Trier hatte 1 200 Kriegstruppen und 40 Mann Leibgarden⁵⁵³ und der Erzbischof von Köln ungefähr 1 100 Mann.⁵⁵⁴

Der Erzbischof von Salzburg besaß ein Regiment zu Fuß mit 1 000 Mann und einer Garde,⁵⁵⁵ der Bischof von Würzburg fünf Regimenter zu Fuß und zu Pferd,⁵⁵⁶ der Bischof von Bamberg nicht einmal dessen hälftige Anzahl,⁵⁵⁷ der Bischof von Münster sieben Regimenter Soldaten⁵⁵⁸ und der Bischof von Osnabrück unterhielt überhaupt keine Soldaten.⁵⁵⁹

Zu den beiden Bischöfen von Lüttich und Hildesheim machte *Sartori* wegen der Geringfügigkeit ihres Kriegsetats keine Angaben.⁵⁶⁰

Zu den übrigen geistlichen Staaten bemerkte er:

„... Von dem Militaeretat der uebrigen Stiftsstaaten ... daß sie ... ihr nach dem Reichsmatrikular=Fuß bestimmtes Contingent halten, ...“⁵⁶¹

„... Die mehrste Stifte halten ihr Crays=Contingent, und formiren zum theil, wie es der Bischof von A u g s b u r g, und der Fuerst von E l l w a n g e n thut, aus selbigem ihre Leibgarden. ...“⁵⁶²

Allgemein bemerkte er:

„Aus dem angezeigten Militaeretat der deutschen Stifte laeßt sich schon ersehen, daß die mehresten Stifte die Kraeften nicht haben, bey Reichs= und andern Kriegen, ihre Selbsterhaltung zu bewirken. ...“⁵⁶³

und der Verfasser von *Ueber die Geistlichen Staaten in Deutschland*:

⁵⁵³ II. Band, 2. Theil, 2. Abschnitt, 90. Cap., §. 2235., Trier, S. 611. Zur personellen Zusammensetzung seines Kriegsetat S. 611.

⁵⁵⁴ II. Band, 2. Theil, 2. Abschnitt, 90. Cap., §. 2235. Coelln, S. 611. Zu ihrer personellen Zusammensetzung und zu seinem Kriegsrat S. 611-612.

⁵⁵⁵ II. Band, 2. Theil, 2. Abschnitt, 90. Cap., §. 2235., Salzburg, S. 612. Zur personellen Zusammensetzung seines Kriegsrates S. 612-613.

⁵⁵⁶ II. Band, 2. Theil, 2. Abschnitt, 90. Cap., §. 2235., Wuerzburg, S. 613, insg., S. 613.

⁵⁵⁷ II. Band, 2. Theil, 2. Abschnitt, 90. Cap., §. 2235., Bamberg, S. 613, insg., S. 613.

⁵⁵⁸ II. Band, 2. Theil, 2. Abschnitt, 90. Cap., §. 2235., S. 613. Zu ihrer personellen Zusammensetzung S. 613.

⁵⁵⁹ II. Band, 2. Theil, 2. Abschnitt, 90. Cap., §. 2235., Oßnabrueck, S. 613.

⁵⁶⁰ II. Band, 2. Theil, 2. Abschnitt, 90. Cap., §. 2235., Luettich, S. 613 und Hildesheim, S. 614.

⁵⁶¹ II. Band, 2. Theil, 2. Abschnitt, 90. Cap., §. 2235., Hildesheim, S. 614-615 (Zitat S. 614).

⁵⁶² II. Band, 2. Theil, 2. Abschnitt, 90. Cap., §. 2235., S. 610.

⁵⁶³ II. Band, 2. Theil, 2. Abschnitt, 90. Cap., §. 2236., S. 615-616 (Zitat S. 615).

„Die geistlichen Staaten sind schwach, nicht aus einer angebohrnen Feigheit oder Traegheit, sondern weil sie klein am Umfange sind, und die Huelfsquellen nicht haben, eine bedeutende Armee zu unterhalten. ...“⁵⁶⁴

Die geistlichen Staaten waren im Gegensatz zu den armierten weltlichen Reichsständen nicht armiert und erbrachten zumeist nur im Kriegsfall die von ihnen nach der Reichsverfassung zu stellenden Kontingente zur Reichsarmee und ihre Anteile an den vom Reichstag jeweils bewilligten Römermonaten.⁵⁶⁵

Dieses Fehlen einer stehenden Armee bei den geistlichen Staaten brachte es insbesondere auch mit sich, dass sich ihr geistlicher Landesherr zur Versinnbildlichung seiner Autorität und Macht mit einem größeren höfischen Glanz umgeben musste.

Der Verfasser von *Ueber die geistlichen Staaten in Deutschland*:

„... Das Vermissen eines stehenden Heeres zog aber eine andere eben so sehr verkannte maßregel nach sich: sie machte naemlich einen groeßern und glaenzern Hofstaat nothwendig, als man ihn in den militaerischen Staaten zu sehen gewohnt ist. ... Die hoechste Staatsgewalt muß versinnlicht werden, um bey dem Volke denjenigen Eindruck der Groeße und Macht hervorzubringen, der vonnoethen ist, um den gehorsam gegen die Gesetze mehr durch Achtung und Ehrfurcht als durch Strafe zu erhalten. Der Fuerst eines großen militaerischen Staates umgiebt sich aus der naemlichen, sich selbst rechtfertigenden Absicht mit einem seiner Wuerde anstaendigen Glanze. Dieses macht seine Regierungskunst Ehre. Er stoeßet seinem Volke Achtung ein, und gewinnt seine Liebe und sein Vertrauen. ...“⁵⁶⁶

bb) Kein Ersatz der weltlichen Fürstenhäuser durch die Kapitel der geistlichen Staaten

Hinter den geistlichen Staaten standen nicht wie hinter den erblich-weltlichen Staaten gebietsansässige und gebietszugehörige Fürstenhäuser und Dynastien, welche diese Staaten in ihrer machtpolitischen Substanz trugen. Die bei den geistlichen Staaten vorhandenen und hinter ihnen sich befindenden Dom-, Ritterstifts- und Stiftskapitel⁵⁶⁷ waren von den erblichen Fürstenhäusern und Dynastien zu verschieden.

⁵⁶⁴ Der Hofstaat an den geistlichen Hoefen, S. 70.

Nach *Brandes*, Ueber einige bisherige Folgen der Franzoesischen Revolution, in Ruecksicht auf Deutschland, S. 13-14 lag die Ursache für das Fehlen einer stehenden Armee bei den geistlichen Staaten allein in dem geistlichen Stand ihrer Fürsten.

⁵⁶⁵ Unten, S. 1036-1038.

⁵⁶⁶ Der Hofstaat an den geistlichen Hoefen, S. 71-72, insg., S. 70-73.

⁵⁶⁷ Nach den Reformatoren sollten die Erz- Hoch- und Kollegiatkapitel auf das Vorbild ähnlicher Kollegien in der frühchristlichen Zeit zurückgeführt werden und die Erfüllung von schul-pädagogischen Aufgaben zu ih-

aaa) Die großen Mitgliederzahlen der Kapitel

Zur Stimmabgabe in den Kapitelsversammlungen berechnigte Kapitulare⁵⁶⁸ waren in den katholischen Erz- und Hochstiftern und im katholisch-protestantischen Hochstift Osnabrück durchschnittlich deren 22 und im Höchstfall deren 60.⁵⁶⁹

bbb) Die unterschiedlichen ständischen Voraussetzungen zur Aufnahme in die Kapitel

Zur Aufnahme in die Kapitel waren nach den Statuten und Gewohnheiten der gemeinständischen Hochstifter Augsburg, Basel, Brixen, Chur, Freising, Konstanz, Lüttich, Regensburg, Trient die Angehörigen aus den Familien des reichsständischen, reichsritterlichen, landsäss-

rem Hauptzweck haben. Ihre bisher vornehmste Aufgabe, der Chorgottesdienst sollte zurücktreten, was mit dem allgemeinen Interesse der Reformatoren zur Einführung des Wortgottesdienstes in Einklang war (*J. Heckel*, Die evangelischen Dom- und Kollegiatstifter Preussens, 1. Abschnitt, 1. Kap., S. 13-16, Einleitung, S. 1, Fußn. 1)).

⁵⁶⁸ Bei den Mitgliedern der Kapitel sind die Kapitulare, welche das votum in capitulo, das stallum in choro und in der Regel auch Inhaber einer praebenda waren, von den Domzellarkanonikern zu unterscheiden. Letztere hatten insbesondere kein Stimmrecht in den Kapitelsversammlungen (*Feine*, Die Besetzung der Reichsbistümer 1648-1803, 1. Kap., I., S. 10-11; *Hinschius*, System des katholischen Kirchenrechts, II. Band, 1. Buch, 2. Abschnitt, 1. Abtheilung, 2. Kap., IV., §. 81., I., A., S. 61-66 und *Schneider*, Die bischöflichen Domkapitel, I. Theil, Dritte Periode - ... vom 11.-14. Jahrhundert, A., 1. Kap., 45.-47., S. 61-66).

Von den in den deutschen Domkapitel der katholischen Erz- und Hochstifte im 17./18. Jahrhundert im Durchschnitt insgesamt vorhandenen 744 Stellen/Präbenden waren davon 182, ein knappes Viertel für die Domzellare bestimmt (*Hersche*, Die deutschen Domkapitel im 17. und 18. Jahrhundert, II. Band, 1. 2, S. 8 mit III. Band, Tabelle 1, S. 9 (Anzahl Stellen), I. Band, 3., S. 66, 72, 78, 82, 86, 88, 93, 97, 104, 112, 118, 126, 133, 140, 145, 151, 156, 161, 165, 170, 175, 180, 187, 192: dortige Ziffern a), S. 93, 105, 113, 126, 151, 156, 165, 171: dortige Ziffern c)).

Zur Stimmabgabe in den Dom- und Kollegiatkapitel war wenigstens der Erhalt einer Subdiakonsweihe erforderlichen. Bei den Domkapitel sollte der Bischof unter ihrem Beirat nach seinem Ermessen bestimmen, welche Weihen künftig jeder Domherr besitze, jedoch sollte eine Hälfte hiervon Priester und die andere Hälfte Diakone und Subdiakone sein, falls nicht eine löbliche Gewohnheit mehrere oder alle als Priester fordert. Zudem sollte in allen Ländern, in denen dies füglich geschehen könnte, bei den Dom- und den größeren Kollegiatstiftern alle Dignitäten und wenigsten die Hälfte der Kanonikate nur an Magister, Doktoren und wenigsten Licentiaten der Theologie oder des kanonischen Rechtes vergeben werden (*Clem. 1. 6. 2* und *Concilium Tridentinum sess. XXII de reformatione c. 4., sess. XXIV de reformatione c. 12*, in: *Canones et Decreta Concilii Tridentini*, p. 117, 151-153).

Bei den evangelischen Domkapitel waren wahlberechtigt zu den Bischofswahlen gleichfalls nur die Kapitulare (*M. Heckel*, Staat und Kirche nach den Lehren der evangelischen Juristen Deutschlands in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts, 1. Teil, VIII., S. 45).

⁵⁶⁹ Bei den capitula clausa mit einer statutengemäß geschlossenen und fest bestimmten Anzahl von Kapitularen gab es: Mainz 24 bei Ausnahmefällen bis zu 27 (24-26: die abweichenden Angaben bei *Herrsche* jeweils in Klammern), Trier 16, Köln 24 bzw. 23 (24), Bamberg 20, Würzburg 24, Worms 13, Eichstätt 15 bzw. 16 (17 bzw. 19), Speyer 15 bzw. 16 (15), Straßburg 12, Freising 13 bzw. 14 (14 bzw. 15), Regensburg 14 (15) (*Feine*, Die Besetzung der Reichsbistümer 1648-1803, 1. Kap., I., S. 12 und *Hersche*, Die deutschen Domkapitel im 17. und 18. Jahrhundert, I. Band, 3., S. 126, 180, 104, 72, 192, 187, 88, 165, 170, 93, 156: dortige Ziffern a)).

Bei den nicht geschlossenen Kapiteln, deren Anzahl von Kapitularen jedoch nur kleineren Schwankungen unterlagen, gab es in der Regel: Salzburg 24, Konstanz 20, Hildesheim 42, Paderborn 24, Münster 41 bzw. 40 (41), Osnabrück 26 (25), Passau 25, Trient 19 (18), Brixen 19, Augsburg 20 (40), Basel 17 (14), Lüttich 60, Chur 24 (*Feine* ebd., S. 12-13 und *Hersche* ebd., S. 161, 112, 97, 145, 133, 140, 151, 175, 82, 66, 78, 118, 86: dortige Ziffern a)).

gen Hoch- und Niederadels, des städtisch-patrizischen Adels, der bürgerlichen Ober-, Mittel- und Unterschichten, der Bauern befähigt, wobei die Nichtadeligen sich durch einen akademischen Grad auszeichnen mussten.⁵⁷⁰

Gemischtadelig mit einem Zugang aus den Familien von jeder Adelsgruppe waren die Kapitel von Eichstätt, Hildesheim, Münster, Osnabrück, Paderborn, Passau, Speyer, Worms.⁵⁷¹

Den Familien des reichsritterlichen und des landsässigen Adels waren offen die Kapitel von Trier und Salzburg.⁵⁷²

Allein Angehörige des reichsritterlichen Adels nahmen die Kapitel von Bamberg, Würzburg und Mainz auf.⁵⁷³

Als die exklusivsten Domkapitel forderten Köln und Straßburg die Zugehörigkeit zu Familien des reichsständischen Adels, wobei Köln auch 8 graduierten Bürgerlichen offenstand.⁵⁷⁴

⁵⁷⁰

Hersche, Die deutschen Domkapitel im 17. und 18. Jahrhundert, I. Band, 3., Augsburg, a), S. 66, Basel, a), S. 78, Brixen, a), S. 82, Chur, a), S. 86, Freising, a), S. 93, Konstanz, a), S. 112, Lüttich, a), S. 118, Regensburg, a), S. 156, Trient, a), S. 175; *Feine*, Die Besetzung der Reichsbistümer 1648-1803, I. Kap., II., S. 19-23; *Moser*, Staats=Recht des fuerstlichen Hoch=Stifts Costanz, Staats=Recht, Wie auch der fuerstlichen Abbey Reichenau, Staats=Recht ... Costanz, 10. Cap., §. 5. u. §. 6., S. 121; *ders.*, Staats=Recht des fuerstlichen Hoch=Stifts Augspurg, 10. Cap., §. 2., S. 93; *Fuchs*, Die Wahlkapitulationen der Fürstbischöfe von Regensburg (1437-1802), C., II., in: *VHVOR*, CI. Band, S. 83-84 (nach dem von Papst Alexander VI. im Jahr 1499 approbierten Statutum Capituli mussten wenigsten $\frac{2}{3}$ der 15 Kapitular-Präbenden mit Adeligen besetzt werden, die sich durch theologische Gelehrsamkeit und einen akademischen Grad auszeichnen mussten, wobei im 18. Jahrhundert nach den tatsächlichen Verhältnissen das Kapitel allein mit Adeligen besetzt war) und *Wolfsgruber*, Das Brixner Domkapitel in seiner persönlichen Zusammensetzung 1500-1803, I., VII. Kap., S. 74-77 (während der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts bei den Nichtgraduierten 17 Grafen, 8 Freiherren und waren auch die Graduierten alle Adelige).

⁵⁷¹

Hersche, Die deutschen Domkapitel im 17. und 18. Jahrhundert, I. (Band), 3., Eichstätt, a), S. 88, Hildesheim, a), S. 97, Münster, a), S. 133, Osnabrück, a), S. 140, Paderborn, a), S. 145, Passau, a), S. 151, Speyer, a), S. 165, Worms, a), S. 187; *Feine*, Die Besetzung der Reichsbistümer 1648-1803, I. Kap., II., S. 17-23; *Rosenkranz*, Die Verfassung des ehemaligen Hochstifts Paderborn in aelterer und spaeterer Zeit, 4. Abschnitt, 2., in: *ZfvGA*, XII. Band, I., S. 95-98; *Bär*, Abriß einer Verwaltungsgeschichte des Regierungsbezirks Osnabrück, A., III., 1., a), S. 45 (die Mitglieder des Domkapitels mussten vom deutschen Adel sein und sich durch Aufschwören von 16 Ahnen nachweisen), b), S. 47 (nach dem Privileg von Papst Leo X. von 1517 sollten nur solche Personen in das Kapitel aufgenommen werden, die de nobili baronum seu ex utroque parente de militari genere ac de legitimo thoro geboren sind); *Erhard*, Geschichte Muensters, 7. Kap., S. 203-204 (das Statut vom 12. Juli 1392 ergab in seiner tatsächlichen Anwendung den höheren oder wenigstens den ritterlichen Stand) und *Cramer*, Commentarii de ivribvs et praerogativis nobilitatis avitae, Capvt IV., §. VII., p. 262-268 (in Münster wurden die städtischen wie Ritter lebenden Erbmännerfamilien als rittermäßige Personen angesehen).

⁵⁷²

Hersche, Die deutschen Domkapitel im 17. und 18. Jahrhundert, I. Band, 3., Trier, a), S. 180, Salzburg, a), S. 161; *Feine*, Die Besetzung der Reichsbistümer 1648-1803, I. Kap., II., S. 16-17; *Moser*, Die heutige besondere Staats=Verfassung der Staende des Teutschen Reichs, I. Band, Staats=Recht ... Trier, ... Abbey Pruemms ..., Staats=Recht des Herrn Churfuerstens zu Trier ..., 10. Cap., §. 2. u. §. 3., S. 211-213 und *Riedl*, Salzburg's Domherren. Von 1514-1806, Einleitung, I-IV. Abschnitt, in: *MGS*, 7. Vereinsjahr, I., V., S. 122-125, 126-212, zwischen S. 212 u. 213, S. 213-224, 225-267: beim landsässigen Adel überwog der hohe österreichische Adel den einfachen.

⁵⁷³

Veit, Geschichte und Recht der Stiftsmäßigkeit auf die ehemals adeligen Domstifte von Mainz, Würzburg und Bamberg, in: *HJ*, Jahrg. 1913, 1. Aufsätze, S. 323-358 (358); *Hersche*, Die deutschen Domkapitel im 17. und 18. Jahrhundert, I. Band, 3., Bamberg, a), S. 72, Mainz, a), S. 126, Würzburg, a), S. 192; *Feine*, Die Besetzung der Reichsbistümer 1648-1803, I. Kap., II., S. 15-16 und *Salver*, Proben des Hohen Teutschen Reichs Adels, Zwölftes Hauptstück, A. 165-176 (172).

ccc) Die verschiedenen Modalitäten zum Erwerb einer Kapitelsstelle

Für den Erwerb einer Kapitelsstelle galt bei den Erz – und Hochstiftern nach dem gemeinen Recht die gemeinschaftliche Besetzung durch Bischof und Kapitelswahl,⁵⁷⁵ wobei die vorrangigen Kapitelsstatuten zumeist eine Selbstergänzung durch die Kapitel vorsahen.⁵⁷⁶ Bei den Kollegiatstiftern galt die Kapitelswahl.⁵⁷⁷

Die hiervon abweichenden Besetzungsformen waren der *turnus*, d. h. die den Kapitularen abwechselnd zustehende Befugnis, einen ihnen genehmen Anwärter dem Kapitel zur Wahl zu präsentieren,⁵⁷⁸ das *ius optandi*, d. h. das Recht der älteren Kapitulare, eine frei werdende Pfründe wählen zu können,⁵⁷⁹ die päpstlichen Provisionen der in den ungeraden Monaten frei

⁵⁷⁴ Von den in Straßburg vorhandenen 24 Präbenden, mit je hälftig Kanonikern und Domizellare waren deren 8 für Nationalfranzosen vorbehalten, für deren gleichfalls hochadelige Abstammung gegenüber den deutschen Kapitelsmitglieder Erleichterungen galten.

Hersche, Die deutschen Domkapitel im 17. und 18. Jahrhundert, I. Band, 3., Köln, a), S. 104, Strassburg, a), S. 170; *Feine*, Die Besetzung der Reichsbistümer 1648-1803, 1. Kap., II., S. 14-15, 2. Kap., IX., S. 64-65, Fußn. 2); *Hüffer*, Forschungen aus dem Gebiete des französischen und des rheinischen Kirchenrechts, Die Wiederherstellung und die Statuten des Kölner Domkapitels ..., VIII., S. 291, 296-298 (am 2. Nov. 1764 wurde nochmals die reichsständische Adelschaft gefordert) und *Cramer*, Commentarii de ivribvs et praerogativis nobilitatis avitae, Appendix, Nvm. XVIII., p. 544-554.

⁵⁷⁵ X 3. 8. 15; *Feine*, Kirchliche Rechtsgeschichte, 2. Teil, IV. Periode. Das klassische kanonische Recht, § 31., III., 2., S. 386; *Hinschius*, System des katholischen Kirchenrechts, II. Band, 1. Buch, 2. Abschnitt, 2. Abtheilung, 3. Kap., §. 126., S. 614; *Sägmüller*, Lehrbuch des katholischen Kirchenrechts, I. Band, 3. Buch, 2. Abschnitt, 3. Kap., § 74., S. 344 und *Schneider*, Die bischöflichen Domkapitel, 1. Theil, Dritte Periode - ... vom 11.-14. Jahrhundert, A., 4. Kap., 77., S. 107-109.

⁵⁷⁶ *Feine*, Kirchliche Rechtsgeschichte, 2. Teil, IV. Periode. Das klassische kanonische Recht, § 31., III., 2., S. 386; *Schneider*, Die bischöflichen Domkapitel, 1. Theil, Dritte Periode - ... vom 11.-14. Jahrhundert, A., 4. Kap., 77., S. 109; *Hinschius*, System des katholischen Kirchenrechts, II. Band, 1. Buch, 2. Abschnitt, 2. Abtheilung, 3. Kap., §. 126., S. 613 u. 614 und *Hersche*, Die deutschen Domkapitel im 17. und 18. Jahrhundert, I. Band, 2. 1, Grund des Eintritts ..., S. 37: Ziff. 1. Nomination des Kapitels.

⁵⁷⁷ Die Institution erfolgte auch bei ihnen durch den Bischof.

Schneider, Die bischöflichen Domkapitel, 1. Theil, Dritte Periode - ... vom 11.-14. Jahrhundert, 1., 4. Kap., 77., S. 108 und *Hinschius*, System des katholischen Kirchenrechts, II. Band, 1. Buch, 2. Abschnitt, 2. Abtheilung, 3. Kap., §. 126., S. 614-615.

⁵⁷⁸ Bei nahezu allen Erz- und Hochstifter und bei vielen Kollegiatstifter vorgesehen. Die Dignitäten: Präpositur, Dekanat, Kustodie, Scholasterie unterlagen nicht dem *turnus*. *Hinschius*, System des katholischen Kirchenrechts, II. Band, 1. Buch, 2. Abschnitt, 2. Abtheilung, 3. Kap., §. 126., S. 614, 1. Abtheilung, 2. Kap., §. 83., S. 137-140; *Schneider*, Die bischöflichen Domkapitel, 1. Theil, Dritte Periode - ... vom 11.-14. Jahrhundert, A., 4. Kap., 78., S. 109-112 und *Hersche*, Die deutschen Domkapitel im 17. und 18. Jahrhundert, I. Band, 2. 1, Grund des Eintritts ..., S. 37: Ziff. 1 Nomination des Kapitels.

⁵⁷⁹ Das bei einer großen Anzahl von Stifter nach ihren eigenen Statuten oder nach der Observanz bestehende *ius optandi*, den älteren Kapitularen bei Pfründevakanz zustehende Recht, unter Aufgabe der eigenen Pfründe die erledigte bessere Pfründe wählen zu können. Zumeist stand es dem im Senium ältesten, eventuell auch dem in der Anciennität folgenden Stiftsherren zu und musste innerhalb von 20 Tagen ausgeübt werden (*VIO I. 4. 4*; *Hinschius*, System des katholischen Kirchenrechts, II. Band, 1. Buch, 2. Abschnitt, 2. Abtheilung, 3. Kap., §. 126., S. 615-616 und *Schneider*, Die Bischöflichen Domkapitel, 1. Theil, Dritte Periode ..., vom 11.-14. Jahrhundert, A., 4. Kap., 79., S. 112-114).

werdenden Benefizien⁵⁸⁰ und apud Sedem Apostolicam vakant werdenden Kirchenstellen⁵⁸¹ katholischer Geistlichkeit,⁵⁸² das bei einigen Kapiteln gegebene bischöfliche Kollationsrecht⁵⁸³ und bei den Stiftern und Klöstern das kaiserliche ius precarium, wonach die Kaiser für die nach seiner Krönung zuerst frei werdenden Pfründen einen verbindlichen Vorschlag machen konnten.⁵⁸⁴

⁵⁸⁰

Nach Art. IV, Satz 4 und Art. V des Wiener Konkordates vom 17. Febr. 1448 wurden alle nichtbischöflichen und nichtabtlichen in ungeraden Monaten frei werdenden Dignitäten und Säkular- und Regularbenefizien vom Papst, hingegen die in den geraden Monaten frei werdenden von jenen vergeben, denen die collatio, provisio, praesentatio, electio oder sonstige Dispositionen zustehen. Ausgenommen von dieser Regelung waren die höheren Dignitäten, bei den Kathedalkirchen nach den bischöflichen und bei den Kollegiatkirchen ihre ersten, welche iure ordinario durch die inferiores (gegenüber dem Papst) vergeben wurden (mit den in Art. III, IV Sätze 1-3 getroffenen Regelungen, in: *Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome III Partie I, N^o CXV., p. 163-164; *Schneider*, Die Bischöflichen Domkapitel, 1. Theil, Dritte Periode ... vom 11.-14. Jahrhundert, 4. Kap., 82., S. 119-120 und *Hersche*, Die deutschen Domkapitel im 17. und 18. Jahrhundert, I. Band, 2. 1, Grund des Eintritts ..., S. 37: Ziff. 2 Päpstliche Provision, mit Zu 2)).

⁵⁸¹

Nach Art. II des Wiener Konkordates vom 17. Febr. 1448: die Kirchenstellen aller Patriarchal- erzbischöflichen und bischöflichen Kirchen, Klöster, Priorate, Dignitäten, Personate und Ämter, Kanonikate, Präbenden, Kirchen und kirchliche Benefizien, mit oder ohne Seelsorge, säkulare und regulare, welche apud Sedem Apostolicam auf irgend eine Art vakant wurden. Die Vakanz konnte eingetreten sein: durch päpstliche Absetzung, Versetzung, Ablehnung einer Wahl oder Verwerfung einer Postulation, angenommener Verzicht, Tod eines Kardinals oder eines Kurienbeamten, die Benefizien jener, welche wegen einer Angelegenheit zur Kurie reisen oder von dieser zurückkehren und an Orten versterben, welche nicht mehr als 2 gesetzliche Tagreisen von ihr entfernt sind und Dignitäten, Ämter, Kanonikate, Präbenden, säkulare und regulare, welche im Besitz von Personen sind, die der Papst auf Patriarchal-, erzbischöfliche, bischöfliche Kirchen oder Abteien befördert hat (*Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome III Partie I, N^o CXV., p. 163).

⁵⁸²

Päpstliche Provisionen wurden nicht mehr akzeptiert von den Kapiteln: Erzstift Trier: sein Domkapitel erhielt am 25. Febr. 1514 von Papst Leo X. das Privileg, die auch in den ungeraden Monaten frei werdenden Benefizien durch eigene Wahl zu besetzen; Hochstifter Bamberg, Straßburg: sein Domkapitel akzeptierte seit der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts keine päpstlichen Provisionen mehr und ergänzte sich jedenfalls hinsichtlich seiner deutschen Kanonikate aus sich selbst; Hochstift Würzburg, Erzstift Köln: für seine adeligen Bewerber; Hochstift Augsburg: ansatzweise (*Hersche*, Die deutschen Domkapitel im 17. und 18. Jahrhundert, I. Band, 3., Trier, c), S. 181, Bamberg, c), S. 72, Strassburg, c), S. 171, Würzburg, c), S. 192, Köln, c), S. 105, Augsburg, c), S. 66, II. Band, 2. 21, S. 16; *Marx*, Geschichte des Erzstifts Trier, II. Abtheilung, II. Band, Die Canoniker, Aufnahme in das Domkapitel; ..., S. 37-38 und *Moser*, Staats=Verfassung der Staende des Teutschen Reichs, I. Band, Staats=Recht ... Trier, ... Abbey Pruemm ..., ... Churfuerstens zu Trier ..., 10. Cap., §. 13., S. 214).

Bei den den evangelischen Konfessionen zugehörenden reichsunmittelbaren Kirchen galten die päpstlichen Provisionen und insbesondere das Besetzungsrecht in den ungeraden Monaten jedenfalls seit dem Westfälischen Friedensschluss nicht mehr (Art. V § 19 und Art. VII § 1 IPO, in: *Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 30, 46-47).

⁵⁸³

Das originäre Recht des Bischofs zur Besetzung von frei gewordenen Kanonikaten.

Dies, entweder durch Erhalt ihres bisher existenten Kollationsrechtes oder bei der Errichtung von neuen Kapitelspräbenden infolge ihrer eigenen Stiftung oder bei einer fremden Stiftung durch Schenkung entstanden (X 3. 8. 5.; *Hinschius*, System des katholischen Kirchenrechts, II. Band, 1. Buch, 2. Abschnitt, 2. Abtheilung, 3. Kap., §. 126., S. 614; *Schneider*, Die Bischöflichen Domkapitel, 1. Theil, Dritte Periode ... vom 11.-14. Jahrhundert, A., 4. Kap., 77., S. 107 und *Hersche*, Die deutschen Domkapitel im 17. und 18. Jahrhundert, I. Band, 2. 1, Grund des Eintritts ..., S. 37: Ziff. 3 Bischöfliche Provision, mit Zu 3)).

⁵⁸⁴

Das Recht der ersten Bitten, welches nach dem Reichsherkommen galt, war wohl unter den Hohenstauffern entstanden, als diese nach dem Investiturstreit eine Reorganisation der Reichskirche anstrebten.

Jedenfalls seit dem Westfälischen Frieden: Art. V § 18 u. § 26, Art. VII § 1 IPO musste bei den reichsunmittelbaren Stifter der neue Inhaber von selbiger katholischer oder evangelischer Konfession sein, wie sein Vorgänger und konnte der Kaiser es bei den reichsmittelbaren Stifter ausüben, soweit er es am 1. Jan. 1624 besaß

Diese sehr verschiedenen subjektiv-institutionell-funktionellen Voraussetzungen zum Erwerb einer Kapitelsstelle brachten eine heterogene personelle Zusammensetzung der Kapitel mit sich.

ddd) Die höchst heterogene Zusammensetzung der erz- und hochstiftischen Kapitel zu Ausgang des 18. Jahrhunderts

Zu Ausgang des 18. Jahrhunderts war die Herkunft der Mitglieder der Kapitel:

Die 4 Erbstifter:

Mainz (reichsritterlich): aus 1 reichsfreiherrlichen, 33 reichsritterlichen und 5 landsässig nieder-adeligen Familien kamen 14 Reichsgrafen, 23 Reichsfreiherrn und 2 landsässige Freiherrn,⁵⁸⁵

Trier (reichsritterlich und landsässig): aus 1 reichsfreiherrlichen, 24 reichsritterlichen und 10 landsässig-adeligen Familien kamen 12 Reichsgrafen, 20 Reichsfreiherrn, 2 landsässige Freiherrn und 1 landsässig nieder Adelige,⁵⁸⁶

Köln (reichsständisch): aus 1 reichsfürstlichen, 14 reichsgräflichen, 11 reichsfreiherrlichen, 1 reichsritterlichen, 2 landsässig nieder-adeligen und 8 Oberschicht-bürgerlich, patrizischen Familien kamen 9 Reichsgrafen, 19 Reichsfreiherrn, 1 landsässig nieder Adelige und 8 Oberschicht-Bürgerliche, Patrizier,⁵⁸⁷

Salzburg (reichsritterlich und landsässig): aus 3 reichsgräflichen, 6 reichsfreiherrlichen, 5 reichsritterlichen, 4 landsässig nieder adeligen Familien kamen 2 Reichsfürsten, 19 Reichsgrafen, 1 Reichsfreiherr und 2 landsässige Grafen.⁵⁸⁸

(Schneider, Die bischöflichen Domkapitel, 1. Theil, Dritte Periode - ... vom 11.-14. Jahrhundert, A., 4. Kap., 84., S. 121-124; HRG, I. Band, Erste Bitten, Sp. 1008-1009; Hersche, Die deutschen Domkapitel im 17. und 18. Jahrhundert, I. Band, 2. 1, Grund des Eintritts ..., S. 37-38; Ziff. 4 Kaiserliche Erste Bitten ... und *Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 30, 33-34, 46-47).

⁵⁸⁵ Hersche, Die deutschen Domkapitel im 17. und 18. Jahrhundert, III. Band, (8), Tabelle 110, S. 241, 243, 245, Tabelle 109, S. 240, 242, 244 mit I. Band, 2. 1, Stand: Persönlich ..., S. 41-49, II. Band, 8., 2. S. 115-138.

⁵⁸⁶ Hersche, Die deutschen Domkapitel im 17. und 18. Jahrhundert, III. Band, (8), Tabelle 110, S. 241, 243, 245, Tabelle 109, S. 240, 242, 244 mit I. Band, 2. 1, Stand: Persönlich ..., S. 41-49, II. Band, 8., S. 115-138.

⁵⁸⁷ Hersche, Die deutschen Domkapitel im 17. und 18. Jahrhundert, III. Band, (8), Tabelle 110, S. 241, 243, 245, Tabelle 109, S. 240, 242, 244 mit I. Band, 2. 1, Stand: Persönlich ..., S. 41-49, II. Band, 8., S. 115-138.

⁵⁸⁸ Hersche, Die deutschen Domkapitel im 17. und 18. Jahrhundert, III. Band, (8), Tabelle 110, S. 241, 243, 245, Tabelle 109, S. 240, 242, 244 mit I. Band, 2. 1, Stand: Persönlich ..., S. 41-49, II. Band, 8., S. 115-138.

Die 19 katholischen Hochstifter:

Augsburg (gemeinständisch): aus 4 reichsgräflichen, 2 reichsfreiherrlichen, 21 reichsritterlichen, einer landsässig freiherrlichen, 5 landsässig nieder-adeligen, 3 Oberschicht-bürgerlich, patrizischen, 1 mittel-unterschicht-bürgerlich, bäuerlichen Familie kamen 2 Reichsfürsten, 11 Reichsgrafen, 20 Reichsfreiherrn, 3 Oberschicht-Bürgerliche, Patrizier und 1 Mittel-Unterschicht-Bürgerlicher, Bauer,⁵⁸⁹

Bamberg (reichsritterlich): aus 31 reichsritterlichen, 2 landsässig nieder-adeligen Familien kamen 8 Reichsgrafen, 24 Reichsfreiherrn und 1 landsässiger Freiherr,⁵⁹⁰

Basel (gemeinständisch): aus 6 reichsritterlichen, 5 landsässig nieder-adeligen, 3 Oberschicht-bürgerlichen, patrizischen Familien kamen 6 Reichsfreiherrn, 1 landsässiger Freiherr, 4 landsässig nieder Adelige, 3 Oberschicht-Bürgerliche, Patrizier,⁵⁹¹

Brixen (gemeinständisch): aus 2 reichsgräflichen, 3 reichsfreiherrlichen, 3 reichsritterlichen, 2 landsässig freiherrlichen, 4 landsässig nieder-adeligen, 2 Oberschicht-bürgerlichen, patrizischen Familien kamen 7 Reichsgrafen, 2 Reichsfreiherrn, 2 landsässige Grafen, 3 landsässige Freiherrn, 2 Oberschicht-Bürgerliche, Patrizier,⁵⁹²

Chur (gemeinständisch): aus 2 landsässig nieder-adeligen, 1 Oberschicht-bürgerlichen, patrizischen, 1 mittel-unterschicht-bürgerlichen, bäuerlichen Familie kamen 1 Reichsfreiherr, 1 landsässig nieder Adelige, 1 Oberschicht-Bürgerlicher, Patrizier und 1 mittel-unterschicht-Bürgerlicher, Bauer,⁵⁹³

Eichstätt (gemischtadelig): aus einer reichsfreiherrlichen, 18 reichsritterlichen, 2 landsässig freiherrlichen, 7 landsässig nieder-adeligen Familien kamen 1 Reichsfürst, 8 Reichsgrafen, 15 Reichsfreiherrn und 4 landsässige Freiherrn,⁵⁹⁴

Freising (gemeinständig): aus 2 reichsgräflichen, 2 reichsfreiherrlichen, 4 reichsritterlichen, 3 landsässig freiherrlichen, 5 landsässig nieder-adeligen, 6 Oberschicht-bürgerlichen, patrizischen Familien kamen 8 Reichsgrafen, 6 Reichsfreiherrn, 1

⁵⁸⁹

Hersche, Die deutschen Domkapitel im 17. und 18. Jahrhundert, III. Band, (8), Tabelle 110, S. 241, 243, 245, Tabelle 109, S. 240, 242, 244 mit I. Band, 2. 1, Stand: Persönlich ..., S. 41-49, II. Band, 8., S. 115-138.

⁵⁹⁰

Hersche, Die deutschen Domkapitel im 17. und 18. Jahrhundert, III. Band, (8), Tabelle 110, S. 241, 243, 245, Tabelle 109, S. 240, 242, 244 mit I. Band, 2. 1, Stand: Persönlich ..., S. 41-49, II. Band, 8., S. 115-138.

⁵⁹¹

Hersche, Die deutschen Domkapitel im 17. und 18. Jahrhundert, III. Band, (8), Tabelle 110, S. 241, 243, 245, Tabelle 109, S. 240, 242, 244 mit I. Band, 2. 1, Stand: Persönlich ..., S. 41-49, II. Band, 8., S. 115-138.

⁵⁹²

Hersche, Die deutschen Domkapitel im 17. und 18. Jahrhundert, III. Band, (8), Tabelle 110, S. 241, 243, 245, Tabelle 109, S. 240, 242, 244 mit I. Band, 2. 1, Stand: Persönlich ..., S. 41-49, II. Band, 8., S. 115-138.

⁵⁹³

Hersche, Die deutschen Domkapitel im 17. und 18. Jahrhundert, III. Band, (8), Tabelle 110, S. 241, 243, 245, Tabelle 109, S. 240, 242, 244 mit I. Band, 2. 1, Stand: Persönlich ..., S. 41-49, II. Band, 8., S. 115-138.

⁵⁹⁴

Hersche, Die deutschen Domkapitel im 17. und 18. Jahrhundert, III. Band, (8), Tabelle 110, S. 241, 243, 245, Tabelle 109, S. 240, 242, 244 mit I. Band, 2. 1, Stand: Persönlich ..., S. 41-49, II. Band, 8., S. 115-138.

landsässiger Graf, 1 landsässiger Freiherr und 6 Oberschicht-Bürgerliche, Patrizier,⁵⁹⁵

Hildesheim (gemischtadelig): aus 5 reichsritterlichen, 36 landsässig nieder-adeligen Familien kamen 11 Reichsgrafen, 7 Reichsfreiherren, 21 landsässige Freiherren und 2 landsässig nieder Adelige,⁵⁹⁶

Konstanz (gemeinständig): aus 1 reichsgräflichen, 2 reichsfreiherrlichen, 8 reichsritterlichen, 7 landsässig nieder-adeligen Familien kamen 4 Reichsgrafen, 12 Reichsfreiherren und 2 landsässige Freiherren,⁵⁹⁷

Lüttich (gemeinständig): aus 1 reichsritterlichen, 3 landsässig nieder-adeligen, 28 ober-schicht-bürgerlichen, patrizischen, 1 mittelschicht-unterschicht-bürgerlichen, bäuerlichen Familien kamen 1 Reichsgraf, 2 Reichsfreiherren, 1 landsässiger Freiherr, 28 Oberschicht-Bürgerliche, Patrizier und 1 Mittel-Unterschicht-Bürgerlicher, Bauer,⁵⁹⁸

Münster (gemischtadelig): aus 1 reichsfreiherrlichen, 2 reichsritterlichen, 36 landsässig nieder-adeligen Familien kamen 5 Reichsgrafen, 11 Reichsfreiherren, 12 landsässige Freiherren und 11 landsässig nieder Adelige,⁵⁹⁹

Paderborn (gemischtadelig): aus 1 reichsritterlichen, 21 landsässig nieder-adeligen Familien kamen 4 Reichsgrafen, 1 Reichsfreiherr und 17 landsässige Freiherren,⁶⁰⁰

Passau (gemischtadelig): aus 3 reichsgräflichen, 4 reichsfreiherrlichen, 6 reichsritterlichen, 2 landsässig freiherrlichen, 8 landsässig nieder-adeligen Familien kamen 1 Reichsfürst, 18 Reichsgrafen, 2 Reichsfreiherren, 1 landsässiger Graf und 1 landsässiger Freiherr,⁶⁰¹

Regensburg (gemeinständisch): aus 2 reichsgräflichen, 3 reichsfreiherrlichen, 3 reichsritterlichen, 11 landsässig nieder-adeligen, 2 ober-schicht-bürgerlichen, patrizischen

⁵⁹⁵

Hersche, Die deutschen Domkapitel im 17. und 18. Jahrhundert, III. Band, (8), Tabelle 110, S. 241, 243, 245, Tabelle 109, S. 240, 242, 244 mit I. Band, 2. 1, Stand: Persönlich ..., S. 41-49, II. Band, 8., S. 115-138.

⁵⁹⁶

Hersche, Die deutschen Domkapitel im 17. und 18. Jahrhundert, III. Band, (8), Tabelle 110, S. 241, 243, 245, Tabelle 109, S. 240, 242, 244 mit I. Band, 2. 1, Stand: Persönlich ..., S. 41-49, II. Band, 8., S. 115-138.

⁵⁹⁷

Hersche, Die deutschen Domkapitel im 17. und 18. Jahrhundert, III. Band, (8), Tabelle 110, S. 241, 243, 245, Tabelle 109, S. 240, 242, 244 mit I. Band, 2. 1, Stand: Persönlich ..., S. 41-49, II. Band, 8., S. 115-138.

⁵⁹⁸

Hersche, Die deutschen Domkapitel im 17. und 18. Jahrhundert, III. Band, (8), Tabelle 110, S. 241, 243, 245, Tabelle 109, S. 240, 242, 244 mit I. Band, 2. 1; Stand: Persönlich ..., S. 41-49, II. Band, 8., S. 115-138.

⁵⁹⁹

Hersche, Die deutschen Domkapitel im 17. und 18. Jahrhundert, III. Band, (8), Tabelle 110, S. 241, 243, 245, Tabelle 109, S. 240, 242, 244 mit I. Band, 2. 1, Stand: Persönlich ..., S. 41-49, II. Band, 8., S. 115-138.

⁶⁰⁰

Hersche, Die deutschen Domkapitel im 17. und 18. Jahrhundert, III. Band, (8), Tabelle 110, S. 241, 243, 245, Tabelle 109, S. 240, 242, 244 mit I. Band, 2. 1, Stand: Persönlich ..., S. 41-49, II. Band, 8., S. 115-138.

⁶⁰¹

Hersche, Die deutschen Domkapitel im 17. und 18. Jahrhundert, III. Band, (8), Tabelle 110, S. 241, 243, 245, Tabelle 109, S. 240, 242, 244 mit I. Band, 2. 1, Stand: Persönlich ..., S. 41-49, II. Band, 8., S. 115-138.

Familien kamen 8 Reichsgrafen, 7 Reichsfreiherren, 1 landsässiger Graf, 3 landsässige Freiherren und 2 Oberschicht-Bürgerliche, Patrizier,⁶⁰²

Speyer (gemischtadelig): aus 1 reichsgräflichen, 11 reichsritterlichen, 9 landsässig niederadeligen Familien kamen 1 Reichsfürst, 3 Reichsgrafen, 15 Reichsfreiherren und 2 landsässige Freiherren,⁶⁰³

Straßburg (reichsständisch): aus 6 reichsgräflichen, 8 reichsfreiherrlichen Familien kamen 5 Reichsfürsten und 9 Reichsgrafen,⁶⁰⁴

Trient (gemeinständisch): aus 1 reichsgräflichen, 3 reichsfreiherrlichen, 4 reichsritterlichen, 2 landsässig gräflichen, 2 landsässig niederadeligen, 6 Oberschichtbürgerlichen, patrizischen Familien kamen 8 Reichsgrafen, 2 Reichsfreiherren, 2 landsässige Freiherren und 6 Oberschicht-Bürgerliche, Patrizier,⁶⁰⁵

Worms (gemischtadelig): aus 1 reichsfreiherrlichen, 16 reichsritterlichen, 3 landsässig niederadeligen Familien kamen 4 Reichsgrafen, 15 Reichsfreiherren und 1 landsässiger Freiherr,⁶⁰⁶

Würzburg (reichsritterlich): aus 52 reichsritterlichen, 2 landsässig niederadeligen Familien kamen 13 Reichsgrafen und 41 Reichsfreiherren.⁶⁰⁷

Das katholisch-protestantische Hochstift Osnabrück (gemischtadelig): aus 1 landsässig freiherrlichen, 21 landsässig niederadeligen Familien kamen 1 Reichsgraf, 3 Reichsfreiherren, 10 landsässige Freiherren und 8 landsässig nieder Adelige.⁶⁰⁸

⁶⁰²

Hersche, Die deutschen Domkapitel im 17. und 18. Jahrhundert, III. Band, (8), Tabelle 110, S. 241, 243, 245, Tabelle 109, S. 240, 242, 244 mit I. Band, 2. 1, Stand: Persönlich ..., S. 41-49, II. Band, 8., S. 115-138.

⁶⁰³

Hersche, Die deutschen Domkapitel im 17. und 18. Jahrhundert, III. Band, (8), Tabelle 110, S. 241, 243, 245, Tabelle 109, S. 240, 242, 244 mit I. Band, 2. 1, Stand: Persönlich ..., S. 41-49, II. Band, 8., S. 115-138.

⁶⁰⁴

Hersche, Die deutschen Domkapitel im 17. und 18. Jahrhundert, III. Band, (8), Tabelle 110, S. 241, 243, 245, Tabelle 109, S. 240, 242, 244 mit I. Band, 2. 1, Stand: Persönlich ..., S. 41-49, II. Band, 8., S. 115-138.

⁶⁰⁵

Hersche, Die deutschen Domkapitel im 17. und 18. Jahrhundert, III. Band, (8), Tabelle 110, S. 241, 243, 245, Tabelle 109, S. 240, 242, 244 mit I. Band, 2. 1, Stand: Persönlich ..., S. 41-49, II. Band, 8., S. 115-138.

⁶⁰⁶

Hersche, Die deutschen Domkapitel im 17. und 18. Jahrhundert, III. Band, (8), Tabelle 110, S. 241, 243, 245, Tabelle 109, S. 240, 242, 244 mit I. Band, 2. 1, Stand: Persönlich ..., S. 41-49, II. Band, 8., S. 115-138.

⁶⁰⁷

Hersche, Die deutschen Domkapitel im 17. und 18. Jahrhundert, III. Band, (8), Tabelle 110, S. 241, 243, 245, Tabelle 109, S. 240, 242, 244 mit I. Band, 2. 1, Stand: Persönlich ..., S. 41-49, II. Band, 8., S. 115-138.

⁶⁰⁸

Hersche, Die deutschen Domkapitel im 17. und 18. Jahrhundert, III. Band, (8), Tabelle 110, S. 241, 243, 245, Tabelle 109, S. 240, 242, 244 mit I. Band, 2. 1, Stand: Persönlich ..., S. 41-49, II. Band, 8., S. 115-138.

eee) Keine Vergleichbarkeit von Macht und Ansehen der Kapitel mit den Fürstenhäuser und Dynastien

Diese unterschiedlichen standesmäßigen Zugehörigkeiten bedingten jedoch bei den Mitgliedern der Kapitel in den geistlichen Staaten auch eine Vielheit und Vielfalt ihrer Interessen, wie sie bei den Fürstenhäuser und Dynastien der erblich-weltlichen Staaten, infolge ihrer familienmäßigen Einheit und Standesgleichheit nicht vorhanden waren.

In einzelnen Kapiteln hatten einige Familien 7-8 % und bis zu 12 % der Kanonikate.⁶⁰⁹ In dem Hochstift Straßburg kann sogar von einer oligarchenmäßigen Beherrschung durch 9 deutsche Kanonikate und durch die französische Familie Rohan ausgegangen werden.⁶¹⁰

Die Kapitel hatten demnach keine den weltlichen Fürstenhäusern und Dynastien ähnliche Bedeutung und Ansehen.

cc) Das Fehlen von erblich-dynastischen Hausmachtsinteressen in den geistlichen Staaten

aaa) Desinteresse der geistlichen Reichsstände an der Ansammlung und Bildung von eigener Hausmacht

In den geistlichen Staaten besaßen die geistlichen Landesherren keine den weltlichen Landesherren vergleichbaren eigenen Hausmachtsinteressen. Infolge ihrer jeweils neu erforderlichen Wahl durch die geistlichen Kapitel und Konvente waren sie an einer Ansammlung und Bildung einer eigenen Hausmacht in ihren Territorien nicht in derselben Weise interessiert, wie es in den weltlichen Staaten die regierenden Landesherren sowohl im eigenen Interesse als auch in den ihrer erbberechtigten Nachfolger waren. Zudem nahm in den weltlichen Staaten auch die dortige Bevölkerung wegen der vorhandenen Kontinuität der Regentschaft in den

⁶⁰⁹ *Hersche*, Die deutschen Domkapitel im 17. und 18. Jahrhundert, II. Band, 9., S. 139-181, I. Band, 3., S. 65-199, insb. II. Band, 9. 2, Königsegg ..., S. 144, Manderscheid ..., S. 145, Salm ..., S. 146-147, Weichs ..., S. 149, 9. 3, Freyberg ..., S. 151, Lodron ..., S. 155, 9. 4, S. 164: Reinach und 9. 4, S. 170 und I. Band, 3., Köln, a), S. 104, 106-111, Hildesheim, a), S. 97, 98-103, Trient, a), S. 175, 177-179, Basel, a), 78, S. 79-81.

Dies waren insbesondere von den im 17. und 18. Jahrhundert vergebenen Kanonikaten im Erzstift Köln: die Familien Salm mit 11-12 %, Königsegg mit 8 % der adeligen Pfründen, Manderscheid mit 9 %; im Hochstift Hildesheim: Familie Weichs mit 10 %; im Hochstift Trient: Familie Lodron mit 8 %; im Hochstift Basel: Familie Reinach mit 8 % und in der gefürsteten Probstei Ellwangen: Familie Freyberg mit 9 %.

⁶¹⁰ Von den 24 Pfründen mit je hälftigen Kanonikern und Domizellaren waren seit dem Jahr 1687 davon 8 dem französischen Hochadel vorbehalten. Die $\frac{2}{3}$ deutschen Pfründen wurden im 17. und 18. Jahrhundert mit 40 % von den drei führenden Familien Manderscheid (15 %), Königsegg (13 %), Salm (11-12 %) und mit 36 % von den sechs weiteren Familien Waldburg, Fürstenberg, Hohenlohe, Löwenstein, Hohenzollern, Hessen besetzt. Die französischen Pfründen hatte mit 75 % die Familie Rohan inne. Bei der Säkularisation im Jahre 1803 waren von den 19 Domherren 6 Königsegg, 3 Salm, 3 Hohenlohe und 4 Rohans zugehörend, die anderen vakant (*Hersche*, Die deutschen Domkapitel im 17. und 18. Jahrhundert, I. Band, 3. Strassburg, a), S. 170, 172-174, II. Band, 9. 2, Königsegg ..., S. 144, Manderscheid ..., S. 145, Salm ..., S. 146-147, Truchsessen von Waldburg ..., S. 148-149, 9. 3, Fürstenberg ..., S. 151-152, Löwenstein ..., S. 155, 9. 4, S. 161: Hessen-Darmstadt, Hessen-Rotenburg, S. 162: Hohenlohe, Hohenzollern).

ortsansässigen Familien und Dynastien an der Ansammlung und Bildung einer eigenen Hausmacht in ihren Territorien einen positiven Anteil.

Sartori, Staatistische Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten:

„... Ein Erbstaat, der in seinem gegenwaertigen Regenten schon den kuenftigen erkennt, nimmt alle Lasten und Beschwerlichkeiten mit Freuden auf sich, damit er die Regierung des Erbfolgers gluecklich mache. Selbst der Regent bestrebt sich, die Buerde seines Nachfolgers zu erleichtern.

In den geistlichen Wahlstaaten faellt dieses hinweg: der Regent ist nur fuer seine Selbsterhaltung und die Beduerfnisse waehrend seiner Regierungszeit besorgt. Es ueberlaeßt dem Nachfolger die Sorge, wie er sich ebenfalls durchschlagen moege, und benutzt insgesamt so viel, als er benutzen kann. An wesentliche Verbesserung seiner Staaten wird nichtgedacht, weil ihm außer seiner Selbsterhaltung nichts am Herzen liegt, und diese Sorge mit ihm zu Grabe geht. ...“⁶¹¹

Schnaubert, Ueber Moser's Vorschlaege zur Verbesserung der geistlichen Staaten:

„... Ein Wahlregent sieht den Staat nicht fuer den seinigen an, bestrebt sich um den Thron des privat Interesses wegen, benutzt die Regierungsjahre meistens nur fuer sein Chatoul, er weiß nicht, wie lange er zu regieren hat, und wer sein Nachfolger ist; daher liegt ihm die Regierung nicht recht am Herzen. Es muß schon ein ueberaus rechtschaffener Herr seyn, dergleichen es gewiß wenige gibt, der sich, ohne allen Eigennutz und privat Interesse, fuer das Wohl seines Staates verwendet. Mit den wandelbaren Regenten sind auch die Gesinnungen und Grundsaeetze, sind alle Anstalten, die Minister und andere Staats Bediente wandelbar. Niemand ist auf seinem Posten recht sicher, jeder benutzt ihn also so gut, er kann, weil er nicht weiß wie lange er ihn zu benutzen hat. So viele Wahlfaeihige Kandidaten vorhanden sind, so viele Herrn hat er, ausser seinem jetzigen Regenten, zu bedienen; keinem darf er mißfallen, und wenn diese mit seinem Landesherrn kollidiren, welche ueble Lage, entweder fuer ihn oder fuer den Staat!⁽⁶¹²⁾ ... Der Regent eines Erbstaats sieht dagegen den Staat als sein Eigenthum an, das er auf seine Posteritaet verebt. Die natuerliche Liebe zu dieser floeßt ihm zugleich den Wille ein, das Land in seinem Wohlseyn zu erhalten, und es in dem moeglichst guten Zustande seiner Descendenz zu ueberlassen. ...“⁶¹³

der Verfasser der *Patriotischen Wuensche fuer Teutschland bei dem bevorstehenden Definitiv=Reichs=Frieden*:

„... Da die geistlichen Staende nur persoenliche Rechte auf die Staaten haben, deren Vorgesetzte sie sind, so haben sie die Gewohnheit, dieselben nicht zu schonen, sondern zum eigenen Vortheil, und zum Vortheil ihrer Familien im Uebermaase zu benutzen. Es ist auch nicht leicht moeglich, daß sie fuer ihre Unterthanen das

⁶¹¹ 1. Abschnitt, §. 1., S. 9-10; *ders.*, Fortsetzung der Staatistischen Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten, 1. Abschnitt, §. 1., S. 70.

⁽⁶¹²⁾ Dritter Vorschlag, S. 104-105.

⁶¹³ Dritter Vorschlag, S. 107, insg., S. 103-109.

Interesse fühlen, das Regenten haben, welchen Verwandte und Kinder in der Regierung nachfolgen. Alle Früchte des Wohlstandes kommen nur in die Hände einer Familie, die vielleicht sogar mit ihren Schwestern auswandert, so wie ihr Verwandter die Augen schließt. Hieraus entstehen die Armut, der Mühsiggang, und die Entvölkerung, die gewöhnlichen Zeichen, woran man geistliche Staaten erkennen kann. ...“⁶¹⁴

und *Perthes*, Das deutsche Staatsleben vor der Revolution:

„... Meistens dagegen brachten die fürstlichen Bischöfe, aus derselben Fraction des deutschen Adels wie die Capitel hervorgegangen, dasselbe festgewurzelte Standesvorurtheil wie jene mit, und waren der Meinung, daß es die historisch begründete Bestimmung der geistlichen Lande sei, den zu reich mit Kindern gesegneten stiftsmäßigen Familien des südlichen und westlichen Deutschlands eine erträgliche und bequeme Versorgung für die jüngeren Glieder zu gewähren. Von diesem Standpunkte aus leitete das Capitel die Regierung und von diesem Standpunkte aus betrachtete der Landesherr seine Herrschaft. Jede Abweichung von der angeerbten und durch den Standesgeist verstärkten Regierungsansicht mußte ihn sogleich in einem schroffen Gegensatz zu seinem eignen Fleisch und Blut, dem gesammten stiftsfähigen Adel Deutschlands, und in den heftigsten Kampf mit dem Capitel bringen, welchem er für die Ertheilung seiner Würde zum Dank verpflichtet war. Sich dieser neuen Störung seiner üppigen Ruhe freiwillig zu unterziehen ward der geistliche Fürst nicht wie bei jenem Zanke über Mein und Dein durch ein individuelles Interesse getrieben, sondern nur durch die Rücksicht auf das von ihm regierte Land. Aber dem Lande war er der Geburt nach oft ganz fremd und niemals mit demselben zu einem in der Vergangenheit begründeten und in die Zukunft fortdauernden Ganzen wie der Souverän mit der Erbmonarchie verwachsen, weil er weder Ahnen zu Vorgängern noch Kinder und Kindeskinde zu Nachfolgern in der Regierung haben durfte. ...“⁶¹⁵

bbb) Keine Bildung einer eigenen Hausmacht durch die Koadjutorie

Bei den geistlichen Staaten hatte es zwar das Institut des Koadjutors,⁶¹⁶ der während der Regentschaft seines geistlichen Landesherrn auf dessen Initiative von dem Kapitel und mit

⁶¹⁴ II., §. 13., S. 22.

⁶¹⁵ 3. Abschnitt, II., S. 111-112.

Gaspari, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, V., S. 173 „...“, da sie kein besonderes Staatsinteresse für ihr Haus hatten, ...“ und *Stimming*, Die Wahlkapitulationen der Erzbischöfe von Mainz, I. Einleitung, S. 15 „... Die Bischöfe hatten ,weder Ahnen als Vorgänger noch Kinder als Nachfolger‘ in der Regierung¹; kein enges Band knüpfte sie an ihr Land. Daher hatten sie häufig nicht dasselbe Interesse an dem Blühen und Gedeihen ihrer Territorien wie die weltlichen Fürsten und betrachteten sie nicht selten nur als ein nutzbares Gut, um daraus die Mittel für ihren fürstlichen Aufwand und für die Teilnahme an der hohen Politik zu gewinnen. ...“.

⁶¹⁶ Zur Koadjutorie *Sartori*, Geistliches und Weltliches Staatsrecht der Reichsstifter der Reichsstifter der Reichsstifter, I. Band, 2. Theil, 8. Cap., S. 99-136 und zu dem insbesondere seit dem 17. Jahrhundert allein noch gegebenen Koadjutor mit dem Recht der Nachfolge *Feine*, Die Besetzung der Reichsbistümer 1648-1803, 9. Kap., S. 369-399.

nachfolgender päpstlicher Bestätigung gewählt und das Recht zur Nachfolge hatte,⁶¹⁷ gegeben.⁶¹⁸ Die Koadjutorie war auch häufig in den geistlichen Staaten angewandt worden.

Die Koadjutorie war jedoch seit dem 16. Jahrhundert⁶¹⁹ insbesondere als ein Mittel der weltlichen Territorialherren zur sicheren Versorgung ihrer jüngeren Söhne und im Interesse ihrer eigenen Territorien und damit zu stiftsfremden Zwecken verstanden und angewandt worden.

Feine, Die Besetzung der Reichsbistümer 1648-1803:

„... wir sahen bereits ..., dass seit dem 16. Jahrhundert die Bistümer immer mehr in die fürstliche Territorialpolitik einbezogen wurden. Das Streben der Fürsten ging von nun an dahin, für ihre jüngere Söhne und im Interesse ihres eigenen Territoriums sich die Reichsbistümer im Wege der Koadjutorie zu sichern 3). ...“⁶²⁰

Selbst wenn ein regierender geistlicher Reichsstand, angesichts einer Zugehörigkeit zu einer der großen Fürstendynastien, bei der Wahl seines Nachfolgers und insbesondere eines Koadjutors mit dem Recht der Nachfolge einen bestimmenden Einfluss hatte ausüben können, wie dies bei den in den Jahren 1583-1761 über 160 Jahre lang aus den bayerischen Wittelsbachern entstammenden Erzbischöfen von Köln vorgelegen haben dürfte,⁶²¹ so blieben dies dennoch nur Einzelfälle. Sie waren jedenfalls mit der in den weltlichen Territorien systematisch betriebenen Hausmachtspolitik nicht zu vergleichen.

⁶¹⁷ Zu den Voraussetzungen für die Bestellung eines Koadjutors mit dem Recht der Nachfolge *Feine*, Die Besetzung der Reichsbistümer 1648-1803, 9. Kap., I., S. 369-375, III., 1.-4., S. 384-398.

⁶¹⁸ *Feine*, Die Besetzung der Reichsbistümer 1648-1803, 9. Kap., II., S. 375-383.

⁶¹⁹ Einbeziehung der Stifter in die fürstliche Territorialpolitik.

⁶²⁰ 9. Kap., II., S. 378, insg., S. 378-391.

Das von *Feine*, Die Besetzung der Reichsbistümer 1648-1803, 9. Kap., II., S. 378 angeführte seit der Reformation Mitte des 16. Jahrhunderts zur Vermeidung von sonst drohenden Säkularisationen und insbesondere während der Zeit einer längeren Stuhlerledigung im Interesse des Stiftes und auch der Gesamtkirche gehabte Interesse an der Bestellung eines Koadjutors mit Recht der Nachfolge hatte nach der Reformation nicht mehr diese Präsenz.

⁶²¹ *Pütter*, Historische Entwicklung der heutigen Staatsverfassung des Teutschen Reichs, II. Theil, 8. Buch, III, VIII., S. 177 „... Von Prinzen aus großen Häusern fehlt es nicht an Beyspielen, daß sie oft in juengeren Jahren zum Besitze eines ... geistlicher Fuerstenthüemer gelangen, ..., oder auch wohl voneinem Herrn des Hauses auf den andern gleichsam aus einer Hand in die andere kommen; wie z. B. von 1583. Bis 1760. lauter Prinzen von Baiern. das Erzstift Coelln, ... gehabt haben ...“

und *Sartori*, Geistliches und Weltliches Staatsrecht der Reichsstifter, I. Band, 2. Theil, 7. Cap., §. 316., S. 56-57 „Die voraus geschickte Geschichte erweist es schon hinlaenglich, daß das Wahlrecht der Erz=Hoch= und Stiftskapituln ganz unumschraenkt sey. Niemand kann von ihnen mit Rechtsbestand verlangen, daß sie auf eine besondere Person, oder gewißes Hauß eine nothwendige Ruecksicht machen sollen. ... Das Erzstift Coelln war ganz aus freyer Willkuehr gegen 160 Jahre lang mit baierischen Prinzen besetzt. Die Sache verhaelt sich eben zufaelligerweise, wie bey dem Erzhauß Oesterreich die Kaiserchrone. Man kann zwar nicht laeugnen, daß es manchmal auf personliche Ruecksichten oder Verbindlichkeiten, die ein Stift gegen ein hohes Hauß oder eine Person aus dem Gremium insonderheit erkennet, ganz gewiß ankommt; doch bleibt es außer aller Schuldigkeit. ...“, insg., S. 56-57.

ccc) Keine Bildung einer eigenen Hausmacht durch Kumulation

Ogleich die Reichsstände der geistlichen Staaten von dem Verbot der Ämterhäufung des kanonischen Rechtes betroffen waren,⁶²² wurde das Institut der Kumulation⁶²³ üblich aufgrund der im 17. und 18. Jahrhundert für die Bischöfe vom Papst regelmäßig erteilten Dispensationen.⁶²⁴

Diese Innehabung von mehreren geistlichen Staaten, wie sie vor allem bei den bayerischen Wittelsbachern⁶²⁵ und während des 18. Jahrhunderts und vor allem zu dessen Ausgang auch bei den Habsburgern vorkam,⁶²⁶ vermochte gleichfalls nicht zur Bildung einer eigenen Hausmacht in den geistlichen Staaten selber führen.

Hauptsächlicher Grund eines geistlichen Reichsstandes, neben seinem bisherigen geistlichen Staat noch einen oder mehrere andere zu erwerben, war zumeist sein Bedürfnis, noch weitere Einnahmen zu erhalten.

Sartori, Staatistische Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten:

„... Die Hauptursache, warum ein Herr sich insgemein bemuehet, mehrere Stifter zu erhalten, ist das Beduerfniß, weil er mit den Revenueen eines einzigen Bißthums seine Ausgaben nicht bestreiten kann. ...“⁶²⁷

Auch wurde die Kumulation, wie die Koadjutorie als ein Mittel der weltlichen fürstlichen Territorialpolitik zur Stärkung der dynastischen Eigeninteressen verstanden und angewandt.

⁶²² Insbesondere die auf dem 5. Laterankonzil in der 9. Sitzung am 5. Mai 1514 von der Vollversammlung beschlossene Bulle *Supernae dispositionis arbitrio* (*Conciliorum Oecumenorum Decreta*, ... Lateranense V/1512-1517, SESSIO IX ... [Bulla reformationis curiae], p. 617 Z 17-33) und *Conciliorum Tridentinum sess VII Decretum de reformatione c. 2* (zu den höheren Benefizien der Erzbischöfe und Bischöfe), *c. 4* (zu den niederen Benefizien), *sess XXIV Decretum de reformatione c. 17* (*Canones et Decreta Concilii Tridentini*, p. 43, 156-157) und *Feine*, Die Besetzung der Reichsbistümer 1648-1803, 2. Kap., V., S. 43-44.

⁶²³ Zur Kumulation *Feine*, Die Besetzung der Reichsbistümer 1648-1804, 7. Kap., S. 297-329 mit der am Schlss befindlichen Tabelle II. Die Kumulationen deutscher Reichsbistümer 1500-1803 und *Halder*, Sollte man die Vernichtung der deutschen Reichsverfassung wuenschen? S. 108-109 „...; immer mehr werden mehrere Stifter unter einem Praelaten vereinigt, ...“.

⁶²⁴ *Feine*, Die Besetzung der Reichsbistümer 1648-1803, 2. Kap., V., S. 43.

⁶²⁵ Eklatantes Beispiel hierfür war der den bayerischen Wittelsbachern entstammende Erzbischof von Köln Clemens August (Kurfürst von 1723-1761), der neben seinem Erzstift die 5 Hochstifter Regensburg, Münster, Paderborn, Hildesheim, Osnabrück, die Reichspropstei Berchtesgaden, das Hoch- und Deutschmeistertum sowie eine Eligibilitätsbreve auf das Hochstift Lüttich besaß (*Feine*, Die Besetzung der Reichsbistümer 1648-1803, 2. Kap., V., S. 44, 7. Kap., Die Kumulation seit dem 16. Jahrhundert, S. 319-326 und *Pütter*, Historische Entwicklung der heutigen Staatsverfassung des Teutschen Reichs, II. Theil, 8. Buch, III, VIII., S. 177 „... lauter Prinzen von B a i e r n ... und mehrentheils noch zugleich andere Bisthuemer gehabt haben. ...“.

⁶²⁶ *Feine*, Die Besetzung der Reichsbistümer 1648-1803, 7. Kap., Die Kumulationen seit dem 16. Jahrhundert, S. 326: Max Franz, der jüngste Sohn Kaiserin Maria Theresias war Erzbischof von Köln, Bischof von Münster, Propst von Berchtesgaden und Hoch- und Teutschmeister.

⁶²⁷ 1. Abschnitt, §. 6., S. 16.

Feine, Die Besetzung der Reichsbistümer 1648-1803:

„... Im 16. Jahrhundert nehmen die Bistumskumulierungen einen ausgesprochenen politischen Charakter an: Sie treten in den Dienst der grossen fürstlichen Territorialpolitik und finden alsbald während der Reformation in den ein protestantisches Gegenstück 3). Bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts waren Angehörige der grossen Fürstenhäuser nur selten Bischöfe geworden 4). Das wird nun anders. Allenthalben durchsetzen geistliche Wahlterritorien die werdenden weltlichen Territorialstaaten. Was lag näher, als dass die Fürsten ihre jüngeren Söhne auf diese Weise nicht nur standesgemäss zu versorgen, sondern deren Stellung als Fürstbischöfe und Reichsäbte zur Abrundung und Sicherung ihres Gebietes auszunutzen bestrebt waren? Gewiss lag auch in dieser Hauspolitik ein starkes privatwirtschaftliches Element; ...“⁶²⁸

Zudem hätte die Kumulation bei der Residenz der geistlichen Reichsstände in ihrem Hauptstift auch nur zur Ansammlung und Bildung in diesem und nicht auch in den Nebenstiften führen können. Sogar von *Sartori*, Staatistische Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten wurde jedoch dies, bei der auch allgemeinen Misslichkeit von mehreren Stiftern in der Person eines Geistlichen und selbst bei den von dem baierischen Wittelsbacher Clemens August neben seinem Erzstift Köln in Kumulation besessenen Hoch- und Stifter Regensburg, Münster, Paderborn, Hildesheim, Osnabrück, Berchtesgaden, Deutschmeistertum und Eligibilitätsbreve auf Lüttich⁶²⁹ verneint:

„... Allein, hierdurch wird aus den Nebenstiftern das Geld zusammengezogen, der Landmann durch die Staatsbeamten gepresset, und am Ende geht dem Hauptstift, in welchem sich der Regent aufhaelt, doch kein sonderlicher Nutzen zu. Was hat den Prinz C l e m e n s A u g u s t von Baiern, der 1) Kurfuerst zu Koelln, 2) Teutschmeister, 3) Bischof zu Oßnabrueck, 4) Muenster, 5) Paderborn, und 6) Hildesheim war, fuer Schaetze dem Erzstift Koelln hinerlassen? hat sich nicht das Erzbißthum so dabey befunden, daß der Kuhrfuerst taeglich gewünschen, noch zu dem Besitz des Bißthums Luettich zu kommen, worauf er ebenfalls ein Eligibilitaetsbreve hatte? Wenigsten hat man noch immer Beyspiele, daß die regenten mehrerer Stifte statt einer Baarschaft, eher ansehnliche Schulden hinterließen. ... Es ist die Mehrheit der Stifter niemals einem Herrn fuertraeglich, weil er nach dem Verhaeltniß seiner Einkuenfte auch zu groeßern Ausgaben, Vermehrung des Personalstatus, der Pensionen und andern Erfordernissen, gleichsam genoethiget wird. Es erschweret sich die Regierungslast selbst, und wird außer Stand gesetzt, sich auf die Befoerderung des Wohlstands eines Stifts allein zu verwenden.⁽⁶³⁰⁾ ... Immer bleibt es zuverlaeßig richtig, daß der Bischoff, der nur eine Kirche, nur eine Heerde hat, mehr zum Besten derselben thun koenne, als einer, dem die Lasten mehrerer Hirtenaemter aufliegen. ... Es koemmt ganz allein auf kluge Einrichtung der Staatswirthschaft an; ein Prinz wird bey den Rvenueen eines einzigen Stifts jederzeit besser, als bey mehrern seine Rechnung finden. Man hat eine Menge Beyspiele, daß Regenten der geistlichen Wahlstaaten bey einem Stifte ihr gutes

⁶²⁸ 7. Kap., Die Kumulationen seit dem 16. Jahrhundert, S. 305, insg., S. 305-306.

⁶²⁹ Oben, S. 629.

⁽⁶³⁰⁾ Staatistische Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten, 1. Abschnitt, §. 6., S. 16-17, insg., S. 16-18.

Auskommen gehabt; hundert Beyspiele zeigen bey Pluralitaet der Pfruenden Be-
duerfniß und innerlich gehaeufte Staatsschulden. ...“⁶³¹

dd) Weniger dynastische Verbindungen zu den mächtigen Fürstendynastien bei den geistli-
chen Staaten

Die geistlichen Reichsstände entstammten insbesondere dem niederen Adel sowie dem ge-
lehrten Stand und weniger dem Hochadel.

Samhaber, Freymuethige Gedanken ueber die Saecularisirung:

„... Nun werden aber die Regenten geistlicher Fuerstenthuemmer aus dem niedern
Adel oder aus dem gelehrten Stande gewaehlet; ...“⁶³²

Weisse, Ueber die Sekularisation Deutscher geistlicher Reichslaender:

„..., daß die geistlichen Regenten groeßtentheils aus dem niedern Adel erwahlet
werden, ...“⁶³³

der Verfasser von *Ueber die Geistlichen Staaten in Deutschland*:

„...; daß ihre Fuersten aus unbekanntem adelichen Familien abstammen, ...“⁶³⁴

und *Feine*, Die Besetzung der Reichsbistümer 1648-1803 zu den drei Kurerzstiftern Mainz,
Trier und Köln, den beiden Erzstiftern Salzburg und Besançon, 22 katholischen Hochstiftern
und dem katholisch-protestantischen Hochstift Osnabrück⁶³⁵:

„... 421 mal wurde in der Zeit von 1500 bis 1803 ein Bistum erledigt¹). In 133
Fällen bestieg ein Angehöriger des hohen, reichsständischen deutschen Adels den
bischöflichen Stuhl, 79 waren Reichsfürsten, 54 reichsständische Grafen. Von den
übrigen Fällen kommen 136 auf die Reichsritter, den niederen reichsunmittelbaren
Adel, und ebensoviel (136) auf den mittelbaren, landständischen Adel. Nur 11
Neuwahlen sind auf Bürgerliche gefallen. Wenn man die Bistumskumulationen
abrechnet, so hat Deutschland, von den bis 1648 säkularisirten Bistümern abgese-

⁶³¹ Fortsetzung der Staatistischen Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten, 1. Abschnitt, §. 6., S. 95, 97,
insg., S. 95-98.

⁶³² §. 2., 1), S. 3.

⁶³³ 2. Abschnitt, §. 2., S. 160.

⁶³⁴ Vorzuege der geistlichen Staaten, S. 11.

⁶³⁵ Die Untersuchung von *Feine*, Die Besetzung der Reichsbistümer 1648-1803 beschränkt sich auf die drei
Kurerzstifter Mainz, Trier und Köln, die beiden Fürsterzbistümern Salzburg und Besançon, die 22 der katholi-
schen Konfession zugehörenden Fürstbistümer Bamberg, Würzburg, Lüttich, Münster, Paderborn, Hildesheim,
Worms, Speyer, Basel, Konstanz, Chur, Eichstätt, Augsburg, Regensburg, Passau, Freising, Brixen, Trient, Ful-
da, Corvey, Straßburg, das Hoch- und spätere Erzstift Kammerich sowie das katholisch-protestantische Hochstift
Osnabrück (Einleitung, S. 1-4).

hen, in der Zeit von 1500 bis 1803 38 fürstliche, 42 reichsgräfliche, 123 reichsritterliche, 129 landsässig-adelige und 10 bürgerliche bischöfliche Reichsfürsten gehabt, hinzu kommen noch 5 Ausländer. ...⁶³⁶

Bei den geistlichen Staaten waren demnach dynastische Verbindungen zu den mächtigen Fürstendynastien seltener vorhanden, als bei den mittleren und kleineren weltlichen Staaten. Sie waren demnach gegenüber den vergleichbaren weltlichen Territorien, welche durch dynastische Verbindungen zu den mächtigen weltlichen Fürstendynastien einen zusätzlichen Schutz und Beistand hatten, benachteiligt.

Samhaber, Freymuethige Gedanken ueber die Saecularisirung:

„... K l e i n e S t a a t e n, wie die geistlichen in Teutschland sind, haben schon an sich selbst den grad der politischen Achtung nicht, der noethig ist, um sie gegen die Begierden derjenigen zu sichern die ihre Haende habsuechtig nach denselben ausstrecken. Ihre Erhaltung verdanken solche kleine Staaten meistens nur den Familien = Verbindungen ihrer Beherrscher mit groeßeren Maechten, ... ihrer sonstigen Anschließung an groeßere Hoefe, oder ihren Verbindungen unter einander, ... Nun werden aber die Regenten geistlicher Fuerstenthuemmer aus dem niedern Adel oder aus dem gelehrten Stande gewaehlet; folglich sind es keine Familien = Verhaeltnisse, die bey groeßeren Hoefen ein Interesse fuer ihre Erhaltung erregen. Was kuummert es die groeßeren Hoefe, ob dieser oder jener Edelmann auf dem Fuerstenthronen sitzt, oder in die Klasse der Privat = Leute zurueck tritt, aus welcher er hervor gegangen ist? ...“⁶³⁷

Weisse, Ueber die Sekularisationen Deutscher geistlicher Reichslaender:

„..., daß die geistlichen Regenten groeßtentheils aus dem niedern Adel erwahlet werden, und daher durch ihre Familienverbindungen weniger maechtig sind, weßwegen die Sekularisation ihrer Staaten fuer das Reich nicht so gefaehrlich ist, als die Aufopferung weltlicher Fuerstenthuemmer. ...“⁶³⁸

⁶³⁶ 2. Kap., X., S. 66-67. Zur ständischen Zusammensetzung und Zugehörigkeit der Fürstbischöfe S. 62-72 und die am Ende, S. 406-407 befindliche Tabelle I. Der Stand der deutschen Fürstbischöfe 1500-1648 und 1649-1803 mit den Anmerkungen, S. 418-420.

⁶³⁷ §. 2., 1), S. 3, insg., S. 3-4. Als weiteren Grund für ihre Erhaltung gab er die unter den kleineren Staaten bestehende wohlthätige Eifersucht an (S. 3).

⁶³⁸ 2. Abschnitt, §. 2., S. 160.

Sartori, Fortsetzung der Staatistischen Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten, 1. Abschnitt, §. 6., S. 96 „... Was ist also schaedlicher einem Stiftsstaate, ein Prinz vom Gebluet, oder ein Pluralist? Ganz gewiß der letzte. ... Prinzen sind den Stiftern an und vor sich niemals schaedlich, in gewissen Zeitumstaenden vielmehr zum Vortheile. Schutz und Beystand kann sich der Staat von einem Regenten versprechen, der von einem hohen Hause abstammet. Selbserhaltung ist eigene und auch seines Stammhauses wahre Sorge, und diese schuetzt den Stiftsstaat ebenfalls in Gefahr. Es laeßt sich schon mit der erhabenen Denkart eines Prinzen vom Gebluete ohne Unbild nicht vereinbaren, daß er dem bedrangten Stiftsstaate, dem er so vieles zu verdanken hat, nicht nach allen Kraeften in mißlichen Umstaenden Milderung und Rettung verschaffen werde. ...“, insg., S. 96-97.

und der Verfasser von *Noch ein Wort ueber das Saekularisationeswesen*:

„... Auf gleichem seichten Boden ruht die 2te Einwendung: Geistliche Regenten stehen an maechtigen, ausgebreiteten Familienverbindungen den weltlichen weit nach, ihre Staaten koennen daher mit minderer Gefahr fuer das Reich aufgeopfert werden. Allein berechtigen denn Familienverbindungen zu gewaltsamen Thathandlungen, ...“⁶³⁹

2) Die Vorteile der geistlichen Staaten

a) Die etatistischen Vorteile

aa) Die gegenseitige Ergänzung von Weltlichem und Geistlichem zur Aufrechterhaltung und Förderung des staatlichen Zusammenlebens

Als Postulat aus der Vernunft,⁶⁴⁰ machen Staat und Kirche die Aufgaben aus, „... welche die Vernunft allen Menschen zur Realisierung vorgelegt hat. ...“⁶⁴¹ „... Die Vernunft fordert die Uebertragung der bürgerlichen und kirchlichen Gewalt. ...“⁶⁴² Staat und Kirchen sind nach der Vernunft von einander unabhängig.⁶⁴³

Die weltliche Macht mit ihren staatlichen Gesetzen orientiert sich auf das äußerliche Verhalten der Menschen.

Der Verfasser von *Die Vernunft fordert die Säcularisirungen nicht*:

„...: dem Staate ist es um das G e s c h e h e n, aber nicht um das W i e des Geschehens zu thun. Er will Befolgung seiner Gesetze, gleich viel, ob dieselbe eine

⁶³⁹ Erster Satz, S. 23-24.

⁶⁴⁰ Die aus dem naturrechtlichen Denken sich ergebende Vernunft, als die praktische Intelligenz und nicht Gründe von positiven Normen des Verfassungsrechts und von Billigkeit.

Der Verfasser von *Die Vernunft fordert die Säcularisirungen nicht*, I. Abschnitt, §. 2., S. 12-14 „... Die Vernunft, in rechtlicher Rücksicht als Gesetzgeberinn betrachtet, bestimmt, was Rechtens ist, zu welchen Handlungen der Mensch Befugniss habe, ... Diese Entscheidungen der rechtlichen Gesetzgebung durch Vernunft sind ein reiner Ertrag der Intelligenz, sind Erzeugnisse der Vernunft. ... Was also ausser dem Gebiethe des natürlichen Rechtes, oder besser, ausser dem Gebiethe der praktischen Vernunft lieget, gehöret nicht zu den Quellen, aus welchen unsere Abhandlung Stoffe und Beweise zu nehmen befugt ist. Aus dem positiven Rechte mit allen seinen wesentlichen Bestandtheilen sammt Zugehör dürfen wir keine Gründe für unsere Behauptung herholhen. Die Billigkeit ...: wir haben uns von den Gebrauche ihrer Dienste ausgeschlossen ...“.

⁶⁴¹ Der Verfasser von *Die Vernunft fordert die Säcularisirungen nicht*, I. Abschnitt, §. 6., S. 31.

⁶⁴² Der Verfasser von *Die Vernunft fordert die Säcularisirungen nicht*, I. Abschnitt, §. 8., S. 41.

⁶⁴³ Der Verfasser von *Die Vernunft fordert die Säcularisirungen nicht*, I. Abschnitt, §. 6., S. 34 „... Die Kirche und der Staat sind also Gläubiger und Schuldner zugleich gegen einander. Beyde sind von einander unabhängig, ...“.

Frucht des guten Willens oder eine Folge des unwiderstehlichen Zwanges ist.
...⁶⁴⁴

und der Verfasser von *Noch ein Wort ueber das Saekularisationswesen*:

„... Die Erforschung der Zweke der geistl. und weltl. Macht wird meine Behauptung rechtfertigen, der Zweck der leztern umfaßt ueberhaupt alles, was aeusseres physisches Wohl des Landes begruendet und befoerdert, was **r e c h t l i c h e S t a a t s b u e r g e r** bildet, was jedem Mitgliede der Gesellschaft den Genuß der ihm zustaendigen Rechte sichert; ...“⁶⁴⁵

Religion und kirchliche Institutionen sprechen hingegen die inneren Seiten und Belange der Menschen an.

Der Verfasser von *Die Vernunft fordert die Säcularisirungen nicht*:

„... Anders verhält sich die Sache mit dem Zwecke der Kirche, und mit den Mitteln, welche sie zur Bewirkung desselben anwenden darf. Ihr ist es mehr um das **W i e** des Handelns, als um das sichtbare Handeln selbst zu thun. Der Mensch soll ihre Gesetze nicht befolgen, um sie befolget zu werden, sondern um an Güte des Willens und Geschicklichkeit, moralische Zwecke zu befördern, zuzunehmen. Die Kirche hat die Bearbeitung nicht der äusseren Zustände, sondern der inneren Anlagen des Menschen zum Ziele: ...“⁶⁴⁶

Die Vernunft ist ihrem Wesen und ihren Forderungen nach Harmonie.⁶⁴⁷

Staat und Kirche ergänzen sie sich gegenseitig. Der Kirche kommt die Aufgabe zu, den befehlenden Anordnungen des Staates eine moralische Grundlage zu geben und den Menschen zu ihrer eigen freiwilligen Befolgung anzuhalten.

Der Verfasser von *Noch ein Wort ueber das Saekularisationswesen*:

„... Sie uebernimmt die große Sorge, die Buerger des Staats aus dem Zwange der Legalitaet zur veredelnden Freiheit der Moralitaet hinzufuehren, aus dem Zwang der Gesetze durch Entwicklung der sittlichen Anlagen und hoeheren Menschenbestimmung zur Staerke einer eigenen Gesezgebung zu erheben, die aeusseren Gruende eines rechtlichen Betragens durch innere moral. Motive zu verstaerken, das, was geschehen soll, die allgem. Mensc henpflichten, als Gebote des

⁶⁴⁴ I. Abschnitt, §. 6., S. 28.

⁶⁴⁵ Vierter Satz, S. 56-57.

⁶⁴⁶ I. Abschnitt, §. 6., S. 28-29.

⁶⁴⁷ Der Verfasser von *Die Vernunft fordert die Säcularisirungen nicht*, I. Abschnitt, §. 6., S. 31 „... Die Vernunft ist Harmonie in ihrem Wesen und in ihren Forderungen: ...“.

hoechsten Gesezgebers, anzukuendigen, und durch das Vehikel der Kirche zur Exekution zu bringen. ...“⁶⁴⁸

und der Verfasser von *Die Vernunft fordert die Säcularisirungen nicht*:

„... Der Staat begnügt sich mit der äusseren Befolgung seiner Gesetze: aber ohne Vergleich fruchtbarer muss diese Befolgung werden, wenn sie aus wahrer sittlicher Schätzung der bürgerlichen Gesetze entspringet, und wenn der Wille des Menschen Frevel gegen StaatsGesetze aus Gewissenhaftigkeit hasset. Und diese Gesinnung waechst unter der Pflege der kirchlichen Beamten. ...“⁶⁴⁹

Religion und Moral kommen die Aufgabe zu, den Menschen zu moralischem Verhalten zu veranlassen.

Der Verfasser von *Noch ein Wort ueber das Saekularisationswesen*:

„..., die bischoefliche Gewalt, konzentriert alle ihre Bemuehungen, als auf einen Mittelpunkt, dahin, daß der politische Staat zugleich in einen e t h i s c h e n umgewandelt werde.⁽⁶⁵⁰⁾... mit Analyse der allgemeinen Begriffe: Kirche und Staat: der oberste Zweck muß aus dem Gebiete der Moral und Religion genommen seyn. ...“⁶⁵¹

Staat und Kirche ergänzen sich demnach und müssen eine harmonische Einheit bilden.

Der Verfasser von *Noch ein Wort ueber das Saekularisationswesen*:

„... Aus dieser kurzen Darstellung der Zwecke beider Gewalten gehet augenscheinlich die Schlußfolge hervor: daß sie einander schwesterlich die Haende reichen muessen, wenn der Mensch als Buerger zweier Welten werden soll, was er kann.

⁶⁴⁸ Vierter Satz, S. 57.

⁶⁴⁹ I. Abschnitt, §. 6., S. 32.

⁽⁶⁵⁰⁾ Vierter Satz, S. 57.

⁶⁵¹ Vierter Satz, S. 59.

Von den der Aufklärung zugetanen Autoren wurde anstelle des religiös-moralischen Hintergrundes der Gesetzen, die von der Aufklärung geweckte Einsicht der Bürger in das Allgemeinwohl befürwortet.

Schlözer, Freimuettige Gedanken veranlaßt durch die Fuldaische PreisAufgabe, III. „... Menschen werden sich den geistlichen so wol als weltlichen Gesetzen freiwilliger unterwerfen, wenn sie selbst sehen, daß diese Gesetze zu ihrem Besten gerichtet sind. ... Je mer sich Licht und Aufklaerung verbreiten: desto anschaulicher werden die Gruende, worauf die ware Wolfart des Volks beruhet; ... Fuer seine Erhaltung, fuer sein eignes Beste, sorgt die SelbstLiebe: daß diese hingegen zum Nachteile des gemeines Wesens nicht ausschweife, dafuer sorgen zwar die Gesetze; jedoch wird die Wirkung derselben um so leichter, so gewisser seyn, als die Begriffe von Gerchtigkeit, und allen wechselseitigen Rechten der StatsBuerger, klaerer und allgemeiner sind. Der Eigennuetzige muß sich frueh ueberzeugen, daß er da Verlust und Strafe findet, wo er mit Unrecht zu gewinnen sucht. Die EigenLiebe selbst wird, vermitteltst eines hellen Unterrichtes. ein Werkzeug der allgemeinen Wolfart. ...“ (*Stats=Anzeigen*, IX. Band, Heft 36, 42., S. 404-405).

Staat und Kirche muessen ein h a r m o n i s c h e s G a n z e bilden, beide das innigste Freundschaftsbuendniß umschlingen, ...⁶⁵²

und der Verfasser von *Die Vernunft fordert die Säcularisirungen nicht*:

„... Kirche und Staat, harmonisch wie die Vernunft, von welcher sie abstammen, helfen einander gegenseitig ihre Zwecke beschleunigen.⁽⁶⁵³⁾ ... Die Kirche und der Staat sind also Gläubiger und Schuldner zugleich gegen einander. ...“⁶⁵⁴

Die gegenseitige Ergänzung von Staat und Kirche wird begünstigt, wenn beide Gewalten in einer Person vereinigt, welche Vereinigung ihre Natur nicht verändert⁶⁵⁵ sind:

Der Verfasser von *Noch ein Wort ueber das Saekularisationswesen*:

„... Dieß ist das große Eine, das noth thut; diese innige Vereinigung der welt. und beschoefl. Gewalt realisirt einzig die Idee einer ganz begluekenden Staatsverfassung. Aus diesen bisherigen nothwendigen Praemissen springt nun klar in die Augen, daß die Vereinigung der bischoefl. und weltl. Gewalt i n e i n e r Person durchaus nicht zwekwidrig vielmehr die Forderung der gesammten Staatswohlfahrt vorzueglich beguenstige etc. ...“⁶⁵⁶

und der Verfasser von *Die Vernunft fordert die Säcularisirungen nicht*:

„... Können die Zwecke der Kirche und des Staates einander wesentlich aufhellen; so können auch ihre Gewalten in der Vereinigung Segen gegen einander austauschen. Kurz, die Ausübung der beyden Gewalten von einer Person kann höchst erspriesslich für die Untergebenen, ... werden. ...“⁶⁵⁷

Dies gelingt am besten, wenn beide Gewalten in der Person des Bischofs vereinigt sind, welcher Bischof in seiner alltäglichen Regierung wie kein weltlicher Fürst den Gesichtspunkt der Religion verwirklichen kann.⁶⁵⁸

⁶⁵² Vierter Satz, S. 58.

⁽⁶⁵³⁾ I. Abschnitt, §. 6., S. 34.

⁶⁵⁴ I. Abschnitt, §. 6., S. 34.

⁶⁵⁵ Der Verfasser von *Die Vernunft fordert die Säcularisirungen nicht*, I. Abschnitt, §. 8., S. 42 „... Denn vor allem wird durch die Vereinigung der kirchlichen und juridischen Gewalt in Einer Person die Natur derselben um keinen Punct verändert; ...“.

⁶⁵⁶ Vierter Satz, S. 63-64.

⁶⁵⁷ I. Abschnitt, §. 8., S. 46.

⁶⁵⁸ Zwar besaßen auch die evangelischen Landesherr – weltliche und geistliche – als Teil ihrer Landeshoheit ihren geistlichen Bereich, die iura circa sacra: Sorge für die Wohlfahrt des Staates und der öffentlichen Sicherheit, mit dem ius reformandi über die Religion und ihren korporativen Zusammenschlüssen. Gegensätzlich zum katholischen Bischof gingen ihnen jedoch die eigentlichen geistlichen Belange ab. Ihre geistliche Gewalt, die iura in sacra beschränkte sich als die Vorstände von kirchlichen Vereinigungen auf die die iura collegialia, die

Der Verfasser von *Noch ein Wort ueber das Saekularisationswesen*:

„... Der Bischoff, mit der obersten Staatsgewalt begleitet, k a n n u n d m u ß auf eine ganz besondere Weise die ersten Zweeke eines Regenten, physisch und moralisch gluekliche Untertahnen zu bilden, zu seinem Hauptgesichtspunkt machen; er umfaßt beyde Gegenstaende in seinen taeglichen Denken und Arbeiten fuer seines Volkes Wohl. In ihm besitzt die Religion – was in keinem weltlichen den hoechsten Repraesentanten, den ersten Verehrer, den wichtigsten Diener; sein Ansehen als Fuerst, als Regent, wirft den herrlichsten Stral der Verklaerung auf seine Lehre, erhaelt ihre Graenzen unverlezlich, ihren Glanz unvermerzlich.⁽⁶⁵⁹⁾ ... Ein aufgeklaerter edler Bischoff kann, als solcher, weit mehr Gutes wirken, als ein weltlicher Regent. Nicht nur der ganze ausgedehnte Wirkungskreis des letztern ist auch immer der seinige, sondern ihm ist noch ein anderes fruchtbares Feld zur menschenbegluekung geoeffnet“

bb) Das reifere Lebensalter der geistlichen Reichsstände und ihre persönlichen Qualifizierungen

Die geistlichen Reichsstände gelangten zumeist in einem reiferen Alter zu ihrer Regierung und hatten sich bereits Erfahrungen und Kenntnisse in den Regierungsgeschäften aneignen können.

Der Verfasser von *Unter dem Krummstab ist gut wohnen*:

„... I) Vortheil. Das erfahrungsvolle gestandene Alter des Regenten beym Antritte der Regierung. Gewoehnlich trifft die Kapitelswahl einen Herrn von 40. 50 Jahren, hiemit einen vom wilden Jugendfeuer gereinigten - seiner maechtigen - bedaechtlich handelnden Mann,⁽⁶⁶⁰⁾ ..., so wird innerhalb 200 Jahren in jedem Hochstifte kaum einer von auffallend lasterhaften Charakter vorkommen; meistens Herren von Kopf und Herz, von Rath und Gottseligkeit, auf denen der Geist des Herrn ruhte. ...“⁶⁶¹

und *C. F. Moser*, Ueber die Regierung der geistlichen Staaten in Deutschland:

„... Die geistlichen Staaten Deutschlands haben den unschaetzbaren Vorzug vor den weltlichen, daß, den einigen Fall ausgenommen, wenn Prinzen gewaehlt oder eingekauft werden, keiner zur ersten Wuerde gelangt, der nicht entweder durch die untern Stufen die hoehere Dignitaeten eines Probsts; Dechants u. s. w. erstie-

äußeren Regelungen des Gottesdienstes, die Befugnis Prediger und Vorsteher zu bestellen und alles zu verhindern, was dem Gottesdienst im Wege steht. Die eigentlichen geistlichen Lehrfragen lagen dagegen als Kollegialrechte bei der gesamten Kirche, Gegensätzlich zum katholischen Bischof fehlte ihnen die eigentlich geistliche Gewalt, zur Hinwendung und Förderung des geistlichen Endzweckes. Diese bestimmte gerade den alltäglichen Bereich des menschlich-sozialen Zusammenlebens (oben, S. 448-452).

⁽⁶⁵⁹⁾ Vierter Satz, S. 64.

⁽⁶⁶⁰⁾ § 5, S. 8.

⁶⁶¹ § 5, S. 9.

gen und dadurch schon mehrere Kenntnisse und Uebung in Geschaeften erlangt, oder der auch in andern Staats= und Landes= Bedienungen als Praesident der verschiedenen Collegien, oder wirklicher Minister, das Land und dessen politische Verhaeltnisse, kennen gelernt oder doch dazu die Gelegenheit gehabt.⁽⁶⁶²⁾ ... daß es ein Vortheil und Vorzug der geistlichen Staaten vor den weltlichen seye, daß in jenen der neue Regent schon die Maße von Kentnissen und Erfahrung mitbringe, welche in weltlichen Regierungen der junge Fuerst erst sammeln und von andern borgen muß, ...“⁶⁶³

cc) Die Mitwirkungen der Kapitel bei der Regierung

Die von den geistlichen Reichsständen anlässlich ihrer Wahlen zu erfolgenden Beschwörungen von Wahlkapitulationen brachten funktionelle Beschränkungen ihrer Herrschergewalt jedoch auch deren inhaltliche Erweiterung mit sich.

Durch die allgemeine Landstandschaft ihrer Kapitel und Konvente bestand auch eine enge Verbindung zu ihrem Volk.

Der Verfasser von *Unter dem Krummstab ist gut wohnen*:

„... 2) Die vor dem Antritte der Regierung von den Domkapiteln verfaßte - von kaiserlichen und paepstlicher Authoritaet durchgelichtete, gereinigte, beschworne Wahlkapitulation setzt einerseits der willkuehrlichen Macht zu herrschen, hiemit der Moeglichkeit auszugleichen eben so sichere Schranken, als sie anderer Seits den Kreis der gemeinnuetzigen Thaetigkeit erweitert.⁽⁶⁶⁴⁾ ... 3) Die Landesstandschafft der Domkapitel. Was ehedessen die Parlamente in Frankreich - heute noch das Ober= und Unterhaus in England - die Landesstaende in Wuerttemberg und Baiern; das sind die Domkapitel und noch im weitem Umfange als jene: ..., an deren Beyrath und Einwilligung die Hochstiftsregenten in wichtigen Dingen gebunden sind, seys im weltlichen oder geistlichen Fache, ... sie sind also als Mittelstand ganz darzu geeignet, den Regenten mit dem Volke zu verbinden, und zwischen beyder Vortheile das Gleichgewicht zu beschuetzen. Heil den Laendern, wo zwischen Fuerst und Volk solche Mittelstaende gehoerig abgestuft - Dinge von gemeiner Wohlfahrt durch mehrere gewichtige Koepfe gelaeutert, und die Volksmassen weder zu wenig noch noch zuviel repraesentirt werden. ...“⁶⁶⁵

und *F. C. Moser*, Ueber die Regierung der geistlichen Staaten:

„...; wo auch keine besondere Landstaende waren, vertraten die Dohm = Capitel deren Stelle und in verschiedenen Provinzen findet man beyde. Diese aristocrati-

⁽⁶⁶²⁾ S. 117-118.

⁶⁶³ S. 142-143, insg., S. 117-143 (117-120, 142-143) und der Verfasser von *Ueber die Geistlichen Staaten in Deutschland*, S. 73-74 und *Samhaber*, Freymuethige Gedanken ueber die Saecularisirung, §. 15., S. 51.

⁽⁶⁶⁴⁾ §. 6., S. 9.

⁶⁶⁵ § 7., S. 10, insg., S. 10-11.

sche Verfaßung hielte das glueckliche und heilsame Gegengewicht, und wer sich von dem Unterschied des Ansehens der Landstaende in einem geistlichen oder weltlichen deutschen Staat ueberzeugen will, darf nur einen Landtag zu Muenster und dann einen zu Caßel beywohnen. ...⁶⁶⁶

dd) Das Ansammeln von Kulturgütern und das Vorhandensein von zahlreicheren und besseren schulischen und sozialen Einrichtungen

Innerhalb des Reiches waren die geistlichen Reichsstände die Hauptkulturträger. Infolge ihres allgemeinen Mäzenatentums hatte sich in ihren Staaten die meisten Kulturwerte angesammelt.

Merkle, Die Bedeutung der geistlichen Staaten im alten deutschen Reich:

„... Schon der Schmuck der Kirchen und des Gottesdienstes bedingte eine beständige Förderung und Pflege der Kunst. ... Die Beseitigung dieser Mäzene bedeutete in jeder Hinsicht einen traurigen Rückschritt. Die geistlichen Höfe hatten große Verwandtschaft mit den Signorien in den italienischen Städterepubliken der Renaissance, an denen Gelehrte, Künstler, Sänger und Dichter ein gastliches Heim, ein sorgenfreies Dasein, Beschäftigung, Anregung und Ehre fanden. ...⁶⁶⁷

Die Strukturen der geistlichen Staaten ermöglichten ein besseres Erkennen und bessere Förderung der Talente.

Merkle, Die Bedeutung der geistlichen Staaten im alten deutschen Reich:

„... Die kleineren Verhältnisse, die durch diese Mehrheit von Mittelpunkten bedingt waren, ermöglichten einen leichteren Überblick. Manches Talent, das heute durch die Labyrinth der Bürokratie den Weg zum Mäzen nicht findet, ist damals entdeckt, hervorgezogen, ausgebildet und auf den Leuchter gestellt worden. ...⁶⁶⁸

Beteiligt waren nicht nur die geistlichen Fürsten selber, sondern auch die Kapitel.

Merkle, Die Bedeutung der geistlichen Staaten im alten deutschen Reich:

„... Und dieses Mäzenatentum beschränkte sich nicht auf die geistlichen *Fürsten*. Auch die Domkapitel oder wenigstens manche ihrer Mitglieder erwarben sich in dieser Hinsicht reiche Verdienste, ..., sei daran erinnert, wie das große Einkommen der alten Domherren nicht nur insofern der Allgemeinheit zugute kam, als sie viel Geld in das Geschäftsleben brachten, sondern noch in einem anderen Sinne.

⁶⁶⁶ S. 167, insg., S. 165-167 und *Samhaber*, Freymuethige Gedanken ueber die Saecularisirung, §, 15., S. 53-54.

⁶⁶⁷ 4., in: *ders.*, Ausgewählte Reden und Aufsätze, Aus Merckles wissenschaftlicher Arbeit, S. 481.

⁶⁶⁸ 4., in: *ders.*, Ausgewählte Reden und Aufsätze, Aus Merckles wissenschaftlicher Arbeit, S. 481.

Diese Kapitalsherren, die zumeist dem Adel entstammten, waren größtenteils fein-gebildete Männer, in vornehmen Familientraditionen und im Bedürfnis nach Kunst aufgewachsen. Ihre kirchliche Stellung gestattete ihnen, diesem Bedürfnis zu genügen und Künstlern Aufträge zu geben. Auch ist mancher arme Knabe dank den Unterstützungen dieser so abfällig beurteilten Dom- und Stiftsherren ausgebildet worden, um eine künstlerische oder gelehrte Laufbahn zu betreten. ...⁶⁶⁹

Ihre schulischen und anderen sozialen Einrichtungen waren jedenfalls den ihnen vergleichbaren weltlichen Staaten überlegen.

Der Verfasser von *Ueber die Geistlichen Staaten in Deutschland*:

„... Die geistlichen Staaten haben keine militaerische Macht; aber dafuer haben sie die schoensten Anstalten und die treflichsten Einrichtungen zur Erleichterung und Beglueckung ihrer Voelker. Sie koennen in dieser Hinsicht mit den angesehensten Staaten Deutschlands wetteifern, und uebertreffen ohne Vergleich die minder maechtigen weltlichen Staaten, die ihnen gleich sind, ...“⁶⁷⁰

Bei dem Fehlen einer stehenden Armee wurde das Vermögen des Staates und sein Überfluß zu den schulischen und sozialen Einrichtungen verwandt.

Der Verfasser von *Ueber die Geistlichen Staaten in Deutschland*:

„... Das Vermoegen des Staates, der Uiberschuß desselben, den sonst das Kriegswesen verschlingt, wird hier auf andere Weise zum Besten des Landes verwendet. Wie war es, bey so wenigen Huelfsquellen, bey so geringer Anlage der Unterthanen moeglich, soviel fuer Universitaeten, Gymnasien, Erziehungs=Institute fuer Stadt= und Landschulen, fuer Spitaeler, fuer Straßenbau, fuer Verschoenerung der Staedte, fuer den Anbau von Doerfer, fuer die Handhabung und den Glanz des oeffentlichen Gottesdienstes zu thun, ... Zu diesem Zwecke ist das Vermoegen des Staates seit Jahrhunderten verwendet worden; dieses sind die Fruechte der ihnen natuerlichen Sparsamkeit; dieß ist ihr oeffentlicher Reichthum, den auch der Feind nicht mit sich fortschleppen kann. ...“⁶⁷¹

Insbesondere hatten die geistlichen Staaten die zweckmäßigeren Landschulen und die gebildeteren und geschickteren Schullehrer.

Samhaber, Freymuethige Gedanken ueber die Saecularisirung:

„... Welche andere Staaten koennen leicht in Ansehung zweckmaeßiger L a n d s c h u l e n und gebildeter und geschickter Schullehrer mit manchen Hochstiftern wetteifern; Wahrhaft, man macht es sich in den geistlichen Wahlstaaten je laenger je mehr zum unverbruechlichen Gesetze, vor Allem an der

⁶⁶⁹ 4., in: *ders.*, Ausgewählte Reden und Aufsätze, Aus Merkles wissenschaftlicher Arbeit, S. 481.

⁶⁷⁰ S. 73-74.

⁶⁷¹ S. 74.

Bildung der Jugend zu arbeiten, ...⁶⁷²

Mit dem Reichsdeputationshauptschluß vom 25. März 1803 waren dann auch von den Universitäten alleinig 16 katholischen verlustig gegangen.⁶⁷³

b) Die Vorteile der Bevölkerung in den geistlichen Staaten

aa) Die Nichtheranziehung zum Kriegsdienst in Friedenszeiten und die Nichtverwendung für fremde Kriegsdienste

Bei dem Fehlen einer stehenden Armee⁶⁷⁴ hatten die Einwohner in den geistlichen Staaten in Friedenszeiten keine zwangsweise Rekrutierung zum Kriegsdienst für das eigene Land zu erwarten, wie solche in den weltlichen Staaten üblich waren.

Samhaber, Freymuethige Gedanken ueber die Saecularisirung:

„... In diesen weihet man nicht schon den Saeugling in der Wiege zum Soldaten ein, und man trommelt nicht dem jammernden Lamdmanne seine erwachsenen Soehne vom Pflug weg zur Caserne. ...“⁶⁷⁵

Insbesondere hatten die Einwohner in den geistlichen Staaten auch nicht ihre Verwendung für fremde Kriegsdienste zu befürchten.

Samhaber, Freymuethige Gedanken ueber die Saecularisirung:

„... Es stehet nicht in der Gewalt, das Blut der Untethanen an auswaertige Maechte zu verkaufen. ...“⁶⁷⁶

⁶⁷² § 16., S. 61.

Die von *Sartori*, Staatistische Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten, 2. Abschnitt, §. 14., S. 53-59 und Fortsetzung der staatistischen Abhandlung der geistlichen Wahlstaaten, 2. Abschnitt, §. 14., S. 202-217 gegen die geistlichen Staaten vorgebrachte Kritik des Mangels an Erziehungsanstalten, bezog sich auf eine allgemein menschlich-sittliche Ertüchtigung in den frühesten Jugendjahren. Diese sollte insbesondere darauf ausgerichtet sein, die Jugend zuerst auf das gemeinschaftliche Wohl des Staates ausgerichtete Staatsbürger heranzuziehen und weniger zu Christen und Gelehrte und sollte bei allen Teilen der Bevölkerung dieselbe sein.

S. 204 „... Der groeßte Erziehungsfehler lag bisher in dem falschen Grundsatz, daß man zuerst angefangen Christen und Gelehrte zu schaffen, ehe man Menschen gebildet hatte. ...“,

S. 203 „... Einformigkeit in der Erziehung muß die erste Sorge der staatspolicey seyn, ...“,

S. 203 „... der Buerger wenigstens in Beziehung auf das gemeinschaftliche Wohl des Staats einformige Gesinnungen haben muesse. ...“.

⁶⁷³ *R. Morsey*, Wirtschaftliche und soziale Auswirkungen der Säkularisation in Deutschland., III., in: *Raumer Festgabe*, S. 376-378.

⁶⁷⁴ Oben, S. 716-718.

⁶⁷⁵ §. 15., S. 55.

Riesbeck, Briefe eines reisenden Franzosen ueber Deutschland:

„... In den drey geistlichen Kurfuerstenthuemern,⁽⁶⁷⁷⁾ ... Diese Fuersten ... haben kein unmaeßiges Militaere und verkaufen ihre Bauernsoehne nicht, ...“⁶⁷⁸

und *Merkle*, Die Bedeutung der geistlichen Staaten im alten deutschen Reich:

„... Geistliche Fürsten, die wie manche ihrer weltlichen Standesgenossen Tausende ihrer Untertanen um Sündengeld als Kanonenfutter ans Ausland verkauften, hat es nicht gegeben. ...“⁶⁷⁹

bb) Mildere Ausübung von Leibeigenschaft

Bei der geistlichen Natur ihres Landesherrn besaß die Leibeigenschaft in den geistlichen Staaten auch einen abgemilderten Inhalt und Ausübung.

Der Verfasser von *Unter dem Krummstab ist gut wohnen*:

„... Die geistlichen Vasallen bildeten das Volk zu eben so getreuen, zufriedenen Unterthanen. Die Leibeigenschaft unter den Stiftern fiel den Bauern und Knechten weit ertraeglicher, als unter den weltlichen Voegten:⁽⁶⁸⁰⁾ ... Sie dankten Gott, wenn sie ihre Koenig oder Kaiser aus der harten Dienstbarkeit der weltlichen Eintreiber an die Bischoefe oder Aebte verschenkte: dann diese, von der Naechstenliebe, von der allgemeinen Erloesung durch Christum, von der christlichen Freyheit und Gleichheit und Einkindschaftung bey Gott zu predigen gewoehnt, unterließen gewißlich nicht, weit besser als die weltlichen Vasallen ihre Leibeigene zu kleiden, zu speisen und zu traenken, einiges Geld und Vieh zu ihrem Eigenthum, ja selbst die ganze Freyheit zu schenken. ...“⁶⁸¹

Riesbeck, Briefe eines reisenden Franzosen ueber Deutschland:

„... In den drey geistlichen Kurfuerstenthuemern,⁽⁶⁸²⁾ ... Man weiß in ihren Landen wenig von der Leibeigenschaft. ...“⁶⁸³

⁶⁷⁶ §. 15., S. 54.

Der Verfasser von *Unter dem Krummstab ist gut wohnen*, § 8, S. 11-12.

⁽⁶⁷⁷⁾ II. Band, 67. Brief, S. 347-356 (354).

⁶⁷⁸ II. Band, 67. Brief, S. 347-356 (355).

⁶⁷⁹ 2., in: *ders.*, Ausgewählte Reden und Aufsätze, Aus Merckles wissenschaftlicher Arbeit, I., S. 471.

⁽⁶⁸⁰⁾ §. 18., S. 21.

⁶⁸¹ §. 18., S. 22.

⁽⁶⁸²⁾ II. Band, 67. Brief, S. 347-356 (354).

⁶⁸³ II. Band, 67. Brief, S. 347-356 (355).

und *Fabritius*, Ueber den Wehrt der geistlichen Staaten:

„... und die allgemeine Bemerkung: daß die Bauern in den bischoeflichen Laendern im Durchschnitt genommen: gemaechlicher wohnen, besser leben, und ueberhaupt munterer und zufriedener sind, als die Bauern unter der Regierung weltlicher Fuersten, ...“⁶⁸⁴

Für das Meistertum in Franken:⁶⁸⁵

Bundschuh, Beytrag zu einer statistischen Topographie des Teutschmeisterthums:

„... Die Unterthanen haben also keine Ursache sich ueber den Druck ihrer Obrigkeit zu beschweren,⁽⁶⁸⁶⁾ ... So verhaelt es sich auch mit der Leibeigenschaft, der im ganzen Teuschherrischen keine Seele unterworfen ist. ...“⁶⁸⁷

cc) Die geringeren Geld- und Sachauflagen

In den geistlichen Staaten war die allgemeine Landessteuer niedriger und gab es keine Prinzessinnensteuer.

Der Verfasser von *Unter dem Krummstab ist gut wohnen*:

„... 5) Die Niedrigkeit der gemeinen Landessteuer, oder des sogenannten Schatzungsfußes. Da wo die Badenschen, Pfaelzer und Wuertemberger Unterthanen 3. 4. fl jaehrliche Steuer - Abgaben - Kopfgeld - zahlen: geben die Speyerschen Unterthanen I fl. 20 kr. 6)Unbekanntheit mit Prinzessinnen oder Fraeuleinsteuern, oder Nadelgeldern mit Widumsguetern verwittibter Fuerstinnen - mit Lebsuchtsgeldern der Nebenprinzen, Nebenlinien und Haeuser, natuerlicher Kinder und so fort. ...“⁶⁸⁸

In den drei geistlichen Kurfürstentümern gab es nicht die gehäuften Auflagen.

Riesbeck, Briefe eines reisenden Franzosen ueber Deutschland:

„... In den drey geistlichen Kurfuerstenthuemern,⁶⁸⁹ ..., weiß man nichts von den gehaeuftten Auflagen, worunter die Unterthanen vieler weltlicher Fuersten Deutschlands seufzen. Diese Fuersten haben die Graenzen der alten Steueranlage

⁶⁸⁴ 2. Buch, S. 109.

⁶⁸⁵ Von dem Hoch- und Teutschmeister selber regiert (oben, S. 499-500).

⁽⁶⁸⁶⁾ In: *Journal von und fuer Franken*, IV. Band, 2. Heft, I., S. 145 (mit S. 132).

⁶⁸⁷ In: *Journal von und fuer Franken*, IV. Band, 2. Heft, I., S. 146.

⁶⁸⁸ § 9, S. 12.

⁶⁸⁹ II. Band, 67. Brief, S. 347-356 (354).

sehr wenig ueberschritten. ... Die Appanage vieler Prinzen und Prinzeßinnen zwingen sie zu keinen Erpressungen. ...“⁶⁹⁰

Auch waren die Untertanen bei den vielen kostenreichen Kriegsjahren von allen Kriegsaufgaben frei geblieben und waren die Erzeugnisse der Natur und die Produkte der Industrie mit indirekten Auflagen am wenigsten beschwert.

Samhaber, Freymuethige Gedanken ueber die Saecularisirung:

„... Sind nicht die *A u f l a g e n*, welche die Unterthanen entrichten, *g e r i n g* und *e r t r a e g l i c h*? Oder wo sind sie es mehr? Wo gibt es Beyspiele, daß waehrend so vieler kostspieligen Kriegsjahre die Unterthanen *v o n a l l e n K r i e g s a u f l a g e n* frey bleiben? Daß die Regenten lieber ihre saemmtlichen Kammergefaelle den Beduerfnissen des Krieges aufopferten, lieber ihr Geld und Silber in den Muenzen schickten, als daß sie von ihren Unterthanen eine Auflage forderten? Wo ist der *H a n d e l* freyer, wo sind die Erzeugnisse der natur und die Producte des Industrie=Fleißes mit weniger *i n d i r e c t e n A u f l a g e n* beschweret, als in den geistlichen *W a h l s t a a t e n*? ...“⁶⁹¹

In dem von von dem Hoch- und Teutschmeister selber regierten Meistertum in Franken⁶⁹² waren die Abgaben und Anlagen der Untertanen sehr gering und mit jenen der angrenzenden Herrschaften überhaupt nicht zu vergleichen.

Bundschuh, Beytrag zu einer statistischen Topographie des Teutschmeisterthums:

„... Die Abgaben und Anlagen der Unterthanen sind sehr gering, und mit den Anlagen einiger angraenzenden Herrschaften gar nicht zu vergleichen. In der ganzen gegend um Mergentheim ist kein einziger Zoll, als der neuhaeuser, welchen nicht einmahlh der teutsche Orden, wie ich unten zeigen werde, eingefuehrtet hat. Um alle Geldschneidereyen zu verhindern, ist im Jahre 1785 eine gedruckte Taxordnung, sowohl fuer die auf Commission gehenden Raethe, Canzlisten und Bedienten, als auch fuer die Beamten auf dem Lande und alle Gerichtsdiener erschienen. Die Unterthanen haben also keine Ursache sich ueber den Druck ihrer Obrigkeit zu beschweren, ...“⁶⁹³

⁶⁹⁰ II. Band, 67. Brief, S. 347-356 (355).

Zur Appanage *Zedler*, Universal Lexicon, Band II, Apanagium, Sp. 767-770 (767) „... die Abfind=oder Aussetzung derjenigen Gelder, so der Erstgebohrne Printz und aelteste Herr Bruder, weil er alleine das Land administret, und das Jus territorii hat, denen andern Herren Bruedern zu ihrem jaehrlichen Standesmaeßigen Unterhalt bestim et.“, insg., S. 767-770.

⁶⁹¹ § 15., S. 55.

⁶⁹² Oben, S. 499-500.

⁶⁹³ In: *Journal von und fuer Franken*, IV. Band, 2. Heft, S. 145 (mit S. 132).

dd) Weniger Zwang und vernünftige Freiheit

Allgemein wurde in den geistlichen Staaten weniger Zwang und eine vernünftigere Freiheit konstatiert.

Der Verfasser von *Ueber die Geistlichen Staaten in Deutschland*:

„... Die geistlichen Staaten sind schwach, sie regieren demnach auch nicht durch die militaerische Macht, sondern durch die Macht des Rechtes und durch landesvaeterliche Liebe. Darum ist auch der Unterthan hier nicht gedruacket, durch Abgaben nicht erschöpfet, seiner Freyheit nicht beraubet. Eine Regierung, die keine große militaerische Macht hat, ist nicht zu harten Maaßregeln geneigt; sie ist nicht zufahrend, nicht depotisch; sie kann es auch nicht seyn, weil die Lust, es zu seyn nicht ist, wo die Macht nicht ist. ...“⁶⁹⁴

Fabritius, Ueber den Wehrt der geistlichen Staaten:

„... Wenigsten sind in geistlichen Staaten die Klagen der Unterthanen ueber Bedrueckungen allerhand Art bei weitem nicht so stark und allgemein nicht, als in den meisten weltlichen Staaten. ...“⁶⁹⁵

und *Samhaber*, Freymuethige Gedanken ueber die Saecularisirung:

„... Welche Unterthanen genießen eine vernünftige Freyheit mehr, als jene der geistlichen Wahlstaaten? Wo schreibt man in diesen den Unterthanen durch indirecte Gesetze vor, wa sie essen und trinken, und wie sie sich kleiden sollen? ...“⁶⁹⁶

ee) Die aus der engeren Verbindung von Religion und Politik sich ergebende allgemeine bessere Ertüchtigung des Menschen

Aus der engeren Verbindung und gegenseitigen Ergänzung von Religion und Politik in den geistlichen Staaten folgte auch eine allgemeine bessere Ertüchtigung des Menschen, da die Religion dem Menschen einen inneren Hinweis und Halt für ein tugendhaftes Leben gibt.

Der Verfasser von *Noch ein Wort ueber das Saekularisationswesen*:

„... Der Regent sorgt fuer physisches Wohl, der Bischoff fuer Geistes= und Herzensruhe ... setzt eine hoehere Menschenepoche mit der gegenwaertigen in Verbindung und foerdert neben dem zeitlichen auch ewiges Wohl.⁽⁶⁹⁷⁾ ... Politik und

⁶⁹⁴ S. 63.

⁶⁹⁵ 2. Buch, S. 110.

⁶⁹⁶ §. 15., S. 57.

⁶⁹⁷ Vierter Satz, S. 58.

Moral duerfen nie im Widerspruche stehen, ein ..., tugendhaftes Volk zu bilden, ist hoechstes Staatsprinzip. Unter der Leitung dieses Grundsazes handelt der Regent nie ohne *T h e i l n a h m e* und *M i t h u e l f e* d e r *K i r c h e*, i. e. seine Regierung ist im Ganzen stets auf Befoerderung der Religion und Tugend, als die Grundlage alles Voelkerwohls, berechnet, sittliche Kultur des Volkes ist sein erstes Augenmerk, dem alle uebrige Anordnungen und Institute angepaßt werden.

...⁶⁹⁸

und der Verfasser von *Die Vernunft fordert die Säcularisirungen nicht*:

„... Es ist nicht weise, den Bürger von aller religiösen Verfassung los zu machen, um ihn zu einem edlen und betriebsamen Bürger zu bilden. Kein Bürger wird ausgebildet durch Verwehrlosung der edelsten Gaben, welche die Natur in sein Herzen geleet, und wodurch sie ihn der Tugend fähig, und eines unendlichen Fortbildens empfänglich gemacht hat. Und gerade diese Anlagen sind der Pflege der kirchlichen Beamten anvertrauet. ...“⁶⁹⁹

ff) Glücklichere Bevölkerung in den geistlichen Staaten als in den weltlichen Staaten

Insgesamt wurde die Bevölkerung in den geistlichen Staaten gegenüber jener in den weltlichen als die glücklichere angesehen.⁷⁰⁰

Samhaber, Freymuethige Gedanken ueber die Saecularisirung:

„... Im Gegentheile - die Unterthanen der teutschen Hochstifter *l i e b e n i h r e V e r f a s s u n g*: Sie werden diese nie mit gutem Willen aufgeben; und sollten sie mit Gewalt dazu gezwungen werden, so wuerden die ewig diesen Verlust nicht verschmerzen koennen, - ewig ihre vorige Regierung eines geistlichen Wahl- fuersten zurueckseufzen. Und warum sollten sie auch eine Verfassung, unter welcher sie *g l u e c k l i c h e* und *f r e y e M e n s c h e n* s i n d, so viel man es nur der Vernunft und Erfahrung nach in einer Staatsverfassung seyn kann, warum sollten sie diese Verfassung *n i c h t l i e b e n* und *a n b e t h e n*?⁽⁷⁰¹⁾ ... Immer ist aber diejenige Verfassung eine glueckliche, unter welcher wir die *m e i s t e n*

⁶⁹⁸ Vierter Satz, S. 59.

⁶⁹⁹ I. Abschnitt, §. 7., S. 38.

⁷⁰⁰ Das Abstellen der zeitgenössischen Publizisten auf die größere Glückseligkeit der Bevölkerung in den geistlichen Staaten resultiert aus dem Staatspostulat des aufgeklärten Absolutismus, welcher das menschliche Glücksverlangen in den Mittelpunkt der vom Staat zu verwirklichenden Ziele stellte. Das spezifisch Neue war nicht das subjektiv-individuelle Glücksstreben, welches es immer gegeben hatte, sondern, dass dem Einzelnen einen dahingehenden Anspruch gegen dem Staat zustand (*E. Walder*, Aufgeklärter Absolutismus und Staat. Zum Staatsbegriff der aufgeklärten Despoten, in: *Der Aufgeklärte Absolutismus*, 1. Teil, S. 124-125).

⁷⁰¹ §. 14., S. 50.

gluecklichen Menschen wahrnehmen: und wo ist es besser und gluecklicher leben, als unter dem Krummstabe? ...“⁷⁰²

Ein Beytrag zur Beurtheilung der innerlichen Kraefte der deutschen geistlichen Reichslaender:

„... Dabey entsteht aber dennoch ein grosser Zweifel, ob sie unter einer jeden andern Regierung so gluecklich seyn duerften, als sie jetzt sind. ...“⁷⁰³

und der Verfasser von *Ueber die Geistlichen Staaten in Deutschland:*

„... Die Voelker, die unter denselben so gluecklich sind, ...“⁷⁰⁴

3. Schwäche der geistlichen Staaten gegenüber den weltlichen

a) Schwäche der geistlichen Staaten in ihrer allgemein politischen, wirtschaftlichen und militärischen Bedeutung gegenüber den erblich-weltlichen Staaten

Die bei den geistlichen Staaten gegenüber den erblich-weltlichen Staaten vorhandenen Mängel und Schwächen:

- ihre gebietliche Unterlegenheit,⁷⁰⁵
- ihre geringere Bevölkerung,⁷⁰⁶
- der verdoppelte Aufgabenbereich ihrer geistlichen Reichsstände,⁷⁰⁷
- die Beschränkung ihrer Regierungsgewalten durch die Wahlkapitulationen,⁷⁰⁸
- die größere Beeinflussung des Staatszweckes durch die geistlichen Belange,⁷⁰⁹
- der größere Einfluss der Konfessionen bei der Besetzung ihrer Ämter,⁷¹⁰

⁷⁰² §. 16., S. 61.

⁷⁰³ In: *Magazin der Europaeischen Staatenverhaeltnisse*, II. Band, , 7. Heft, I., 4., S. 110.

⁷⁰⁴ S. 141.

⁷⁰⁵ Oben, S. 688-689.

⁷⁰⁶ Oben, S. 689.

⁷⁰⁷ Oben, S. 690-692.

⁷⁰⁸ Oben, S. 692-698.

⁷⁰⁹ Oben, S. 698-701.

- die größeren Beschränkungen in den Denkfreiheiten und in den Geistestätigkeiten,⁷¹¹
- ihren wirtschaftlichen Rückständigkeiten,⁷¹²
- ihren größeren Geldabflüsse,⁷¹³
- das Vorhandensein von übermäßiger Armut und Bettelei,⁷¹⁴
- das Fehlen einer stehenden Armee,⁷¹⁵
- das Nichtvorhandensein von hinter ihnen stehenden Fürstenhäusern und Dynastien,⁷¹⁶
- das Fehlen von erblich-dynastischen Hausmachtinteressen⁷¹⁷ und
- den weniger existenten dynastischen Verbindungen zu den mächtigen Fürstendynastien⁷¹⁸

hatten sich auch durch ihr Zusammenwirken dahingehend ausgewirkt, dass sie in ihrer allgemein politischen, wirtschaftlichen und militärischen Bedeutung gegenüber den weltlichen Staaten die Schwächeren waren.

Diese geo-popularen, institutionellen, wirtschaftlichen, finanziellen, armuts- und machtmäßigen Nachteile und Schwächen der geistlichen Staaten konnten ihre Vorteile:

- die gegenseitige Ergänzung von Weltlichem und Geistlichem zur Aufrechterhaltung und Förderung des staatlichen Zusammenlebens⁷¹⁹
- das reifere Lebensalter ihrer geistlichen Reichsstände und ihren persönlichen Qualifizierungen,⁷²⁰

⁷¹⁰ Oben, S. 701.

⁷¹¹ Oben, S. 701-702.

⁷¹² Oben, S. 702-710.

⁷¹³ Oben, S. 710-714.

⁷¹⁴ Oben, S. 714-716.

⁷¹⁵ Oben, S. 716-718.

⁷¹⁶ Oben, S. 718-727.

⁷¹⁷ Oben, S. 727-733.

⁷¹⁸ Oben, S. 733-735.

⁷¹⁹ Oben, S. 735-739.

- die Mitwirkungen der Kapitel bei ihrer Regierung,⁷²¹
 - das Ansammeln von Kulturgütern und das Vorhandensein von zahlreicheren und besseren schulischen und sozialen Einrichtungen,⁷²²
 - die Nichtheranziehung ihrer Bewohner zum Kriegsdienst in Friedenszeiten und die Nichtverwendung deren für fremde Kriegsdienste,⁷²³
 - die abgemilderte Leibeigenschaft,⁷²⁴
 - die geringeren Geld- und Sachauflagen,⁷²⁵
 - den geringeren Zwang und die vernünftige Freiheit,⁷²⁶
 - die aus der engeren Verbindung von Religion und Politik sich ergebende allgemein bessere menschlichen Ertüchtigung ihrer Bewohner⁷²⁷ und
 - das von ihren Bewohnern mehr empfundene Glück⁷²⁸
- nicht ausgleichen.

b) Keine zusätzliche Macht der drei Erzstifter Mainz, Trier und Köln als Kurländer

Die hervorgehobene Bedeutung der Kurfürsten mit ihren Kurländern wurde bei ihren geistlichen und weltlichen Mitgliedern gleichermaßen in ihrem Recht zur Teilnahme an der Wahl des römisch-deutschen Kaisers,⁷²⁹ ihrer Befugnis, mit dem zum Kaiser Designierten die Wahlkapitulationen zu vereinbaren,⁷³⁰ ihrer Zuerkennung von besonderen Ehrenrechten,⁷³¹

⁷²⁰ Oben, S. 739-740.

⁷²¹ Oben, S. 740-741.

⁷²² Oben, S. 741-743.

⁷²³ Oben, S. 743-744.

⁷²⁴ Oben, S. 744-745.

⁷²⁵ Oben, S. 745-746.

⁷²⁶ Oben, S. 747.

⁷²⁷ Oben, S. 747-748.

⁷²⁸ Oben, S. 748-749.

⁷²⁹ Oben, S. 517-518, 525.

⁷³⁰ Oben, S. 526.

⁷³¹ Oben, S. 526-527.

ihrer alleinige Zustimmung zu den kaiserlichen *iura reservata limitata*,⁷³² der Befragung durch den Kaiser in allen wichtigen Angelegenheiten,⁷³³ ihren Präsentationen eines Assessor zum Reichskammergericht außerhalb des Kreisverbandes⁷³⁴ und ihrer Verpflichtung gegenüber den anderen Reichsständen, einen höheren Beitrag zu den Reichsangelegenheiten zu erbringen⁷³⁵ begründet.⁷³⁶

Allein der Erzbischof von Mainz hatte in seiner zusätzlichen Funktion als Reichserzkanzler,⁷³⁷ insbesondere mit den Befugnissen zur Leitung des Reichstages und zur Bestimmung des Reichsvizekanzlers eine dauernde privilegierte Stellung inne.⁷³⁸

Bei den weltlichen Kurfürsten besaßen bei eintretender Kaiservakanz die Pfalzgrafen bei Rhein und die Herzöge von Sachsen die Reichsvikariatschaft über je ein Teil des Reiches.⁷³⁹

Eine zusätzliche Machtposition der geistlichen Kurfürsten mit ihren Kurländern war gegenüber den weltlichen Kurfürsten mit ihren Kurländern nicht gegeben.

⁷³² Oben, S. 527.

⁷³³ Oben, S. 527.

⁷³⁴ Oben, S. 527-528.

⁷³⁵ Oben, S. 529.

⁷³⁶ Der in der Goldenen Bulle vom Jahre 1356 ihre Eigenschaft als Kurländer kreierende gebietliche Sonderstatus: bei den geistlichen und weltlichen Kurländer gleichermaßen, die Gerichtsbarkeit über ihre Untertanen in Form der *privilegia de non evocando et de non appellando*, die Befugnisse zur Anlegung von Gold-, Silbergruben und anderen Bergwerken, die Aufnahme von Juden, die Erhebung der in früheren Zeiten eingerichteten und festgesetzten Zölle, die Prägung von Gold- und Silbermünzen und des Erwerbes von jeglichem Grundbesitz innerhalb des Reiches unter Beibehaltung seines Statuses als Allod oder als Lehngut, und bei den weltlichen Kurländern zusätzlich: die untrennbare Verbindung von Kurwürde, Erzamt und der anderen kurfürstlichen Rechte mit ihnen und ihre gebietlichen Unteilbarkeit mit der Primogeniturerbfolge (oben, S. 404-406), waren zu Ausgang des 18. Jahrhunderts zumeist bei den Territorien der anderen Reichsstände gegeben.

⁷³⁷ Oben, S. 525-526.

⁷³⁸ Das Erzkanzleramt beinhaltete insbesondere:

Die Innehabung des Reichsdirektoriums beim Reichstag: Propositionen für alle 3 Reichstagskollegien mit Bestimmung der Deliberationen, Fassung der Reichsgutachten und der Reichsabschiede, Vollzug der Legitimationen, Dictatur der Reichsakten und alle Expeditionen,

Erster Reichsminister: mit dem Recht zur alleinigen Ernennung des Reichsvizekanzler,

Leiter aller Reichskanzleien und des Reichsarchivs,

provisorische Visitationen des Reichshofrates,

Protektion der Thurn- und Taxischen Reichspost (*Gönnner*, Teutsches Staatsrecht, 1. Theil, 1. Buch, 2. Abschnitt, 7. Hauptstück, §. §. 203. u. §. 204., S. 198-301, 6. Hauptstück, 1. Absatz, §. 175., S. 252-254; *Leist*, Lehrbuch teutschen Staatsrechts, 1. Aufl., B., 1. Buch, 2. Theil, 2. Abschnitt, II, §. 64., S. 194-196 und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 1. Cap., §. 33., S. 372-373).

⁷³⁹ Oben, S. 528-529.

4. Hervorgehobene Bedeutung der geistlichen Reichsstände und ihrer geistlichen Staaten für Kaiser und Reich

Bei ihren allgemein politischen, wirtschaftlichen und militärischen Schwächen waren die geistlichen Reichsstände und ihre Staaten mehr auf den Schutz und den Beistand des Reiches und seiner Kaisers angewiesen als die mächtigeren und stärkeren weltlichen Reichsstände und ihre Staaten.

Die geistlichen Reichsstände waren zu Ausgang des 18. Jahrhunderts auch die Hauptstützen und die Hauptbefürworter des Reiches, der Reichsidee und des Kaisers.

Der Verfasser von *Ueber die Geistlichen Staaten in Deutschland*:

„... Diese Anhaenglichkeit an Kaiser und Reich ist besonders den geistlichen Wahlstaaten natuerlich und angeerbt. In den aeltesten Zeiten bestellte der Kaiser die Bischoefe, und machte ihnen Treue und Dankbarkeit durch die Wohlthat der Wahl zur Pflicht. In der Folge, als die Wahlfreyheit durchgesetzt ward, gieng zwar dieser maechtige Einfluß der Kaiser auf die geistlichen Staaten verloren; aber das urspruengliche, in ihrer Schwaechе gegruendete, Interesse blieb immer dasselbe, und mußte sich seit der Reformation nur noch verstaerken. Wie koenn-ten sich sonst diese kleinen Staaten gegen den Druck und die Schwaechе ihrer protestantischen Mitstaende behaupten? Gleichwohl scheint es, diese Anhaenglichkeit an die gemeinsame Sache, und die Erhaltung des Reiches, diese treue Ergebenheit an den Kaiser, die Unterstuetzung, die sie ihm leisten, weil sie auch von ihm unterstuetzet seyn wollen, werde den geistlichen Fuersten zur Suen-de angerechnet! ...“⁷⁴⁰

und *Wessenberg*, Die Folgen der Saecularisationen:

„... beruht die rechtliche Ordnung und Ruhe Deutschlands von Innen, und seine alles Mistrauen der Auswaertigen fern haltenden Sicherheit von Aussen; vor-zueglich auf der Zusammenfuegung des Reichs aus vielen nur durch das Band der Gerechtigkeit und durch den Trieb der Erhaltung zusammenhaengenden kleinen und fuer sich allein unmaechtigen Staaten. Unter diesen aber gehoeren vor-zueglich die Geistlichen, als welche in militairischer Hinsicht die Unmaech-tigsten,⁽⁷⁴¹⁾ ... haben die geistlichen Staende des Reichs vor allen uebrigen zu allen Zeiten und bey allen Gelegenheiten des Kriegs und des Friedens die unerschuet-terlichste Anhaenglichkeit an die Verfassung, den groeßten Gemeingeist, und die unbefangenste Gerechtigkeitsliebe bewiesen ...“⁷⁴²

⁷⁴⁰ Patriotismus der geistlichen Staaten, S. 123, insg., S. 121-124.

⁽⁷⁴¹⁾ 7, S. 17: I., Zweytens.

⁷⁴² 7, S. 17-18: I., Drittens, insg., S. 16-18: I.

die im Jahre 1797 erschienene *Diplomatische Nachlese ueber die Secularisationsprojekte in Deutschland*, in Hinblick auf die zur Vermeidung des von August 1744-Ende des Jahres 1745 ausgetragenen Zweiten Schlesischen Krieges⁷⁴³ geplanten Säkularisationen⁷⁴⁴ :

„... Es war den damaligen Umstaenden und der Denkungsart des Wienerhofs gar nicht angemessen, eine Zergliederung und Sekularisation einiger deutschen geistlichen Staaten vorzuschlagen; denn die Koenigin konnte im Reich damals auf keine sicherern Freunde, als auf die geistlichen Fuersten rechnen, die ihr aus dem gemeinschaftlichen Interesse ihrer politischen Existenz zugethan, und groeßtentheils dem Frankfurter Hof abgeneigt waren. ...“⁷⁴⁵

die auf dem Reichstag am 6. Februar 1792 abgegebene *Gegen = Eroeffnung der Fuerstbischoefflich Wuerzburgischen Comitial = Gesandtschaften*⁷⁴⁶ :

„... Die Geschichte des deutschen Reichs, und besonders des Westphaelischen Friedens habe gelehrt, daß die Stuetze des mindermaechtigen allein auf dieser pünktlichen Befolgung der Reichsschluesse und der Erhaltung des großen Grundsatzes, der Einheit aller Staende beruhe, ... Unter diesen Mindermaechtigen treffe gewoehnlich das Loos die geistlichen Wahl fuersten. ...“⁷⁴⁷

und *Merkle*, Die Bedeutung der geistlichen Staaten im alten deutschen Reich:

„... Die geistlichen Fürsten waren Jahrhunderte hindurch die festesten Stützen des Kaisers gewesen. Viele hatten ihm ihre Entstehung verdankt und suchten durch

⁷⁴³

In diesem kämpfte das Preußen König Friedrichs II., verbündet mit dem Frankreich Ludwigs XV. und dem Kurfürsten von Baiern Karl Albrecht (seit 1742 Kaiser Karl VII.) gegen eine europäische Koalition, bestehend aus Österreich, Sachsen, Großbritannien, den Generalstaaten der Vereinigten Niederlande um den Besitz des von ihm während des Ersten Schlesischen Krieges von Ende 1740-Juli 1742 eroberten Schlesiens (*Gebhardt*, Deutsche Geschichte, 9. Aufl., II. Band II, III., § 79, S. 317-319, § 78, S. 314-316).

⁷⁴⁴

Betroffen war insbesondere das Erzstift Salzburg und Urheber des Planes mit Wahrscheinlichkeit Frankreich gewesen (*Diplomatische Nachlese ueber die Secularisationsprojecte in Deutschland*, 5., 6., in: *Magazin der Europaeischen Staatenverhaeltnisse*, II. Band, 7. Heft, I., 3., S. 84-86).

⁷⁴⁵

6., 1), in: *Magazin der Europaeischen Staatenverhaeltnisse*, II. Band, 7. Heft, I., 3., S. 86-87.

⁷⁴⁶

Die von dem würzburgischen Gesandten abgegebene Gegeneröffnung war dessen Antwort auf eine von dem österreichischen Gesandten an die gesandten der geistlichen Reichsstände gerichtete vertrauliche Eröffnung vom selbigen Tag, in welchem er diese zur Vermeidung der „...“, durch die vereinte franzoesische und die von Preußen abhaengige protestantische Macht dem wehrlos gemachten und getrennten deutschen Reich wider seinen Willen aufzudringen. ...“ geplanten Säkularisationen geistlicher Reichslande als der Hauptbasis des abzuschließenden Friedens eine engere Anlehnung an das Haus Österreich, die vollständige Stellung ihrer Kontingente zur Reichsarmee und die Erbringung ihrer rückständigen Anteile an den bewilligten Römermonaten nahelegte (*Vertrauliche Eroeffnung der Erzherzoglich Oesterreichischen Reichstags = Gesandtschaft an die Comitial = Gesandtschaften der geistlichen Reichsstaende, Secularisationen betreffend*, in: *Häberlin*, Staats=Archiv, II. Band, 7. Heft, VI., S. 358-362 (Zitat S. 359)).

⁷⁴⁷

In: *Häberlin*, Staats=Archiv, II. Band, 7. Heft, VII., S. 362-366 (Zitat S. 363), insg., S. 362-366; *Halder*, Sollte man die Vernichtung der teutschen Reichsverfassung wuenschen? S. 92-94 und *Sartori*, Geistliches und Weltliches Staatsrecht der Reichsstifter, II. Band, 2. Theil, 2. Abschnitt, 90. Cap., §. 2236., S. 615-616.

treue gegen ihn sich seines Schutzes gegen die Begehrlichkeit weltlicher Nachbarn zu sichern. ...“⁷⁴⁸

Auch wegen ihrer Zugehörigkeit zur katholischen Konfession waren die geistlichen Reichsstände und ihre Staaten die entschiedensten Anhänger des Kaisers und seines Hauses Österreich.

Bibra, Freymuethige Gedanken ueber die Entschaedigungen der Erbfuersten:

„... Verbleibt aber auch die Kaiserkrone nach dem Wunsche des wohlgesinnten Reichstheils bey dem allerdurchlauchtigsten Hause Oesterreich, so erhellet doch sonnenklar, daß durch eine allgemeine oder zu sehr ausgedehnte Saecularisation dem Ansehen des Reichsoberhauptes eine toedliche Wunde geschlagen, und der kaiserliche Thron selbst in seiner Grundfeste erschuettert wird, so dass von der ohnehin bereits zu sehr eingeschaenkten Machtvollkommenheit, von der durch im schicklichen Gleichgewicht so lange bestandenen Reichsverfassung, und endlich von der immer so großen Staatskoerper unentbehrlichen Einigkeit zwischen Haupt und Gliedern in einem Menschenalter vielleicht kein Schatten mehr uebrig seyn wird. ...“⁷⁴⁹

Gaspari, Französisch-Russischer Entschädigungs-Plan:

„Durch diese grosse Veränderung unter den Reichsständen und auf der Versammlung des Reichs verliehrt der **K a i s e r** noch mehr an seinem Ansehen und an seinem Einflusse. Denn 1) hielten die **g e i s t l i c h e n** Churfürsten und Fürsten aus mancherley Ursachen, und besonders um an dem Kaiser eine sichre starke Stütze gegen ihre oft nur allzu weltlichen Collegen zu haben, gemeiniglich mit dem Kaiser, unterstützten die Absichten desselben durch ihre Stimmen, halfen die Plane seiner Feinde vereiteln, sahen in den Strahlen der kaiserlichen Hoheit sich selbst glänzender, und liessen sich, da sie kein besonderes Staats-Interesse für ihr Haus hatten, weit eher für das kaiserliche gewinnen, waren auch eifriger in der Beobachtung ihrer Pflicht gegenüber Kaiser und Reich, als die weltlichen, die bey dem kaiserlichen Ansehen immer zu verliehren glauben. ... Dieses ganze **G e f o l g e d e s K a i s e r s**, das er als Oberhaupt des Reichs, ohne besondere Rücksicht auf Oesterreich, hatte, ist fuer ihn auf immer verlohren. ...“⁷⁵⁰

Wessenberg, Die Folgen der Saekularisationen:

„... wuerde durch die Zernichtung der geistlichen Staaten nichts wirksamer befoerdert, als der Sturz der Macht Oesterreichs, welche bisher stets den kuehnsten Versuchen von Umwaelzung der Weltordnung und nach Alleinherrschaft den staerksten Damm entgegengestellt hat, und eben deswegen in den Augen der Ur-

⁷⁴⁸ 1., in: *ders.*, Ausgewählte Reden und Aufsätze, Aus Merkles wissenschaftlicher Arbeit, I., S. 470.

⁷⁴⁹ Bl. 12-13.

⁷⁵⁰ V., S. 173-174.

heber des Saekularisations = Systems von jeher ein Stein des Anstoßes war.⁽⁷⁵¹⁾ ...
 lehren uns die Annalen von sechs Jahrhunderten, Oesterreichs Macht gruende sich
 in ihrem Ursprung und in ihrer Erhebung von Stufe zu Stufe lediglich auf der Got-
 tesfurcht der Rudolfe und ihrer Nachfahrer, auf dem treuen und standhaften
 Schutz, den sie der katholischen Kirche geleistet, und dem wirksamen Eifer, wo-
 mit sie sich der geistlichen Hierarchie gegen den Despotismus angenommen habe.
 Und so wahr es ist, daß Habsburg die Kirche groß gemacht und erhalten hat, so
 gewiß ist es, daß die Kirche Habsburg erhoeht, durch seine Huelfe aus vielen Ge-
 fahren wunderbar gerettet, und durch die Macht der zu seinen Gunsten gestimm-
 ten Opinion der Voelker zu demjenigen Grad von Gewalt und Einfluß empor-
 gebracht, und darinn fest erhalten hat, der jedesmal nur eines großen Geistes
 bedurfte, um das heilsame Gleichgewicht in den politischen Verhaeltnissen der
 europaeischen Maechte herzustellen oder zu befestigen. Durch den Umsturz der
 geistlichen Staaten aber verloehre Oesterreich nicht nur den staerksten Pfeil seiner
 Macht, und den wirksamsten Hebel seines Einfusses auf Reichs und Kirchenange-
 legenheiten, sondern er wuerde nach und nach eine voellige Desorganisation des
 ganzen hierarchischen Systems und somit der Grundlage der Macht Oesterreichs
 bewirken. ...⁷⁵²

und der dies für alle katholischen Staaten aussprechende *Laukhard*, Schilderung der jetzigen
 Reichsarmee nach ihrer wahren Gestalt:

„... Das Haus Oestreich hat maechtigen Anhang in Deutschland. Alle katholischen
 Staende sehen dieses Haus als die Stuetze ihrer heiligen Religion an, ...“⁷⁵³

⁽⁷⁵¹⁾ 7, S. 20: II., Drittens.

7., S. 19: II., Erstens „...“, da die Kaiserkrone nur durch den Einfluß den sie verschafft, wichtig seyn kann, dieser
 aber nur dadurch moeglich wird, daß der Kaiser eines ueberwiegenden Anhangs unter den Reichsstaenden und
 seiner kraftvollen Unterstuetzung versichert ist; da ferner die geistlichen Reichsstaende von jeher und bey allen
 Anlaeßen die treuesten Freunde und Stuetzen des Kaiserthrons waren, es mochte ein Sachse, oder Hohenstauffer,
 ein Wittelsbacher oder Habsburger auf demselben sitzen, und der Grund dieser festen Anhaenglichkeit nicht in
 zufaelligen und voruebergehenden Umstaenden liegt, sondern tief in der Entstehung, Bildung, Bestimmung,
 militaerischen Schwaeche, minderen Familienverbindung der geistlichen Reichsstaende, und die Eifersucht der
 weltlichen gegen sie; so ist es klar, daß die Zernichtung der geistlichen Reichsstaende den Thron des Kaisers in
 seinen Grundfesten erschuettern, und ihn, alles sicheren Einflusses berauben, zum leeren Schattenbild herab-
 wuerdigen wuerde. ...“.

⁷⁵² 7, S. 21-22: II., Drittens, insg., S. 19-23: II.

⁷⁵³ S. 79.

Gaspari, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, V., S. 173-174 und der Verfasser von *Ueber die
 Geistlichen Staaten in Deutschland*, Patriotismus der geistlichen Staaten, S. 123.

V

Keine Rechtfertigung der alleinigen Schadenstragung der geistlichen Reichsstände durch eine im Interesse des Reiches durchzuführende Verfassungsreform

1. Allgemeiner Konstitutionsgrund als Grenze einer Verfassungsreform

Konstitutionsgrund der Reiches und seiner Verfassung war seinem historischen Verständnis das Zusammenwirken von Kaiser und den Reichsständen zum Schutze und Erhalt der überlieferten ständischen Privilegienordnung.⁷⁵⁴ Dies hatte während des 18. Jahrhunderts durch das Gedankengut der Aufklärung und unter dem Einfluss der Ideen von 1789 auch keine Änderung erfahren.⁷⁵⁵ Die hergebrachte Privilegienordnung gab den Rahmen und die Grenzen für eine Verfassungsreform vor.

2. Mehr Nachteile als Vorteile der Säkularisation der geistlichen Staaten für die überkommene Privilegienordnung des Reiches

Für das Reich waren bei einer Säkularisation von geistlichen Staaten als Vorteile zu erwarten:

- eine Beseitigung der größeren Beeinflussungen des allgemeinen Staatszweckes durch die geistlich-konfessionellen Belange und durch die kirchlichen Stellen, dies insbesondere bei den Beratungen und Abstimmungen im Reichstag,⁷⁵⁶
- seine wirtschaftliche Stärkung,⁷⁵⁷
- eine Verminderung der übermäßigen Armut und Bettelei,⁷⁵⁸
- die Vermeidung größerer Geldzahlungen an die Kurie⁷⁵⁹ und

⁷⁵⁴ Unten, S. 1071-1079.

⁷⁵⁵ Unten, S. 1080-1132 (1130-1132).

⁷⁵⁶ Die Beseitigung der größeren Beeinflussung des Staatszweckes durch die geistlichen Belange (oben, S. 698-701) betraf auch das Reich, dies insbesondere bei den Beratungen und den Abstimmungen im Reichstag.

⁷⁵⁷ Eine Beseitigung der wirtschaftlichen Rückständigkeit in den geistlichen Staaten (oben, S. 702-710) hätte zur wirtschaftlichen Stärkung des Reiches geführt.

⁷⁵⁸ Eine Beseitigung des Vorhandenseins der übermäßigen Armut und Bettelei in den geistlichen Staaten (oben, S. 714-716) hätte sich unmittelbar auf das Reich ausgewirkt.

⁷⁵⁹ Bei einer Einstellung größerer Geldzahlungen an die Kurie (oben, S. 710-714), wären diese Gelder im Reich geblieben.

- die Befreiung von größeren Beschränkungen der Denkfreiheiten und der Geistestätigkeiten.⁷⁶⁰

Für das Reich waren bei einer Säkularisation der geistlichen Staaten als Nachteile zu erwarten:

- der Verlust der Hauptstützen von Kaiser und Reich,⁷⁶¹
- der weitere Zuwachs der reichsständischen Libertäten der weltlichen Reichsstände gegenüber Kaiser und Reich,⁷⁶²
- der Verlust von schulischen und sozialen Einrichtungen⁷⁶³
- der Verlust von kulturellen Gütern⁷⁶⁴ und
- ein größerer Zwang für seine Bewohner.⁷⁶⁵

3. Keine Rechtfertigung der Säkularisation durch zu erwartende Vorteile

Ob diese mit der Säkularisation der geistlichen Reichsstände für das Reich sich ergebenden Vorteile die mit ihr für das Reich sich ergebenden Nachteile überwogen, orientiert sich an dem am Konstitutionsgrund des Reiches und seiner Verfassung ausgerichteten allgemeinen Interesse und Wohl des Reiches.

Den geistesgeschichtlich und staatlich fortschreitenden Säkularisierungen, den wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Vorteilen für das Reich mit Verminderung des Pauperismus standen die Nachteile, der politischen Schwächung des Reiches durch den Verlust seiner Hauptstützen für Kaiser und Reich, wobei für das Reich die Verknüpfung von geistlichen und weltlichen Strukturen und von kirchlichen und weltlichen Machtträgern wesensbestimmend

⁷⁶⁰ Die Befreiungen von den größeren Beschränkungen in den Denkfreiheiten und in den Geistestätigkeiten (oben, S. 701-702) hätte sich auf die gesamten kulturell-sozial-staatlichen Lebensverhältnisse im Reich ausgewirkt.

⁷⁶¹ Oben, S. 753-756.

⁷⁶² Der Verlust der Hauptstützen von Kaiser und Reich bewirkte den weiteren Zuwachs der reichsständischen Libertäten der verbleibenden weltlichen Reichsstände. Zusätzlich und weiterhin erlangten die weltlichen Reichsstände durch ihre gebietlichen Vergrößerungen noch mehr Macht und Ansehen und damit Zuwachs ihrer Libertäten.

⁷⁶³ Der Verlust von besseren und zahlreicheren schulischen und sozialen Einrichtungen in den geistlichen Staaten (oben, S. 742-743) wirkte sich auch auf das Reich aus.

⁷⁶⁴ Die Einbußen beim Verlust der kulturellen Einrichtungen in den geistlichen Staaten (oben, S. 741-742), wirkte sich auch auf das Reich aus.

⁷⁶⁵ Der Verlust des weniger Zwanges für die Bewohner in den geistlichen Staaten (oben, S. 747) wirkte sich auch auf das Reich aus.

war, des weiteren: der Zuwachs der reichsständischen Libertäten, der Verlust von schulisch-sozialen Einrichtungen und kulturellen Gütern und ein größerer Zwang für seine Bevölkerung gegenüber.

Der Verlust der Hauptstützen von Kaiser und Reich und der weitere Zuwachs der reichsständischen Libertäten betrafen unmittelbar den Konstitutionsgrund des Reiches und seiner Verfassung, das gemeinsame Zusammenwirken von Kaiser und den Reichsständen zum Schutze und Erhalt der überlieferten Privilegien. Sie hätten die hergebrachte Privilegienordnung mit einem weiteren Machtzuwachs der Reichsstände und ihrer Territorien, sowohl in ihrem individuellen und einzelnen Verhältnis zum Reich, als auch bei ihrem kollektiven Mitwirken im Reich, bei der Erledigung der Reichsangelegenheiten, insbesondere im Reichstag verändert.

Bei diesen sowohl landeshoheitlichen als auch reichsständischen Machtzuwachsen der Reichsstände gegenüber dem Reich und seinem Kaiser wäre die zu Ausgang des 18. Jahrhunderts vorhandene Struktur des Reiches, als eines aus mehreren Staaten zusammengesetzten Staates⁷⁶⁶ betroffen worden⁷⁶⁷ und hätte sich das Reich zu einem staatenbündischen Zusammenschluss seiner bisherigen Reichsstände⁷⁶⁸ entwickelt.⁷⁶⁹

⁷⁶⁶ Oben, S. 180-187.

⁷⁶⁷ Auch beim Westfälischen Friedensschluss war mit den vereinbarten Säkularisationen die weitere innere Schwächung des Reiches mitgegeben. Die dortige Säkularisationen waren mit der Schwächung des Reiches parallel verlaufen und waren ein sichtbarer Ausdruck der Schwächung von Kaiser und Reich.

⁷⁶⁸ In den Jahren zwischen 1800 und 1806 war bei der Diskussion um die Reform des Reiches publizistisch seine Umwandlung in einen Staatenbund mit und ohne den Kaiser als sein Oberhaupt erörtert worden (*Schulz*, Vorschläge zur Reichsreform in der Publizistik von 1800-1806, III., A., b. und c., S. 30-55). Seine Auf- und Unterteilung in drei Staaten (B., a., S. 55-57), eine Aufteilung des westlichen Deutschlands unter den großen Mächten oder dessen nach der Abtrennung der preußischen und rheinischen Gebiete zu erfolgende Umwandlung in eine Republik mit Volkssouveränität (B., b., S. 57-60). Ein großer Teil war hierbei von dem Weiterbestehen des Wahlkaisertum mit dem Kaiser als einem Reichspräsidenten ausgegangen (A., a., S. 16-30 (16)).

⁷⁶⁹ Die von evangelischen und preußisch gesinnten Kirchenrechtler im 19. Jahrhundert auch vertretene Ansicht, dass die Säkularisationen für die neue Staatsentwicklung Deutschlands im 19. Jahrhundert erforderlich gewesen wäre und damit durch diese welthistorische Notwendigkeit gerechtfertigt sei,

Zorn, Lehrbuch des Kirchenrechts, § 12., II., 10., S. 173-174 „... Nach einem Rechtstitel im Sinne des Privatrechtes sucht man vergeblich für das Verfahren: die Säkularisation war ein Gewaltakt, der nur durch die welthistorische Notwendigkeit gerechtfertigt werden kann,¹ eine Anzahl verrotteter und existenzunfähig gewordener Staatsgebilde zu beseitigen, um für die neue Staatsentwicklung Deutschlands im 19. Jahrhundert freie Bahn zu schaffen. ...“ (insg., S. 173-174) berücksichtigt nicht, dass die zu erfordernde Legitimation und zu habende Rechtfertigung der alleinigen Schadentragung der geistlichen Reichsstände in der Verfassung des Reiches gelegen und begründet sein musste.

Die von *Sell*, Die Entwicklung der katholischen Kirche im neunzehnten Jahrhundert, für die Säkularisationen angegebenen Begründungen, diese seien „... im wesentlichen eine fürstliche Rechtsberaubung des Adels, dessen nachgeborene Söhne in den Domkapiteln und geistlichen Wahlfürstentümern eine Unterkunft fanden, ...“ gewesen (S. 15), und seien „... unter der Devise der Staatsräson, also eine Maßregel des aufgeklärten Despotismus zur Beseitigung lebensunfähiger Gebilde. ...“ vorgenommen worden (S. 15-16) verkennt ihren fehlenden Bezug auf die Reichsverfassung. Ungeachtet, dass die alleinige Schadentragung der geistlichen Reichsstände nach ihrem historischen Geschehen ihre bestimmende Motivation innerhalb des Reiches nicht in der Beseitigung der bei den geistlichen Staaten vorhandenen Mängel, sondern in den subjektiven Eigeninteressen der weltlichen Reichsstände auf Freistellung von einer eigenen Schadentragung und auf Erlangung von noch mehr reichsständi-

Die dem Friedensvertrag von Lunéville nachfolgende im *RDH vom 25. Februar 1803* nach der Säkularisation und der zusätzlichen Mediatisierung der Reichsstädte errichtete neue Verfassungsstruktur des Reiches,⁷⁷⁰ wurde bereits zeitgenössisch als staatenbündisch erkannt,

Zum Uiberblicke der aus dem Haupt-Deputations-Abschlusse hervorgehenden Folgen, August 1803 erschienen:

„... in den Zustand eines Agregats von unabhängigen Staaten versetzt. ...“⁷⁷¹

und hatte dann auch keinen Bestand.

Hömig, *Der Reichsdeputationshauptschluß vom 25. Februar 1803*:

„... bedeutete der RDH zumindest den Anfang vom Ende eines langen, durch die Auseinandersetzung zwischen Territorien und Reich gekennzeichneten Kapitels deutscher Verfassungsgeschichte, wenn nicht gar seinen Abschluß selbst⁷⁷²... Ein Zweifaches macht also die Bedeutung des RDH für den Entwicklungsgang deutscher Reichsverfassungsgeschichte aus: einmal der unmittelbare Beitrag zur beschleunigten Auflösung des Heiligen Römischen Reiches, zum anderen der mittelbare Anstoß zu einer Rückführung der souverän gewordenen deutschen Einzelstaaten in eine neue staatsrechtliche Verbindung, ...“⁷⁷³

und *Hoff*, *Das Teutsche Reich* (1805), bei Berücksichtigung der vom Kaiser nicht erteilten Zustimmung zu der im § 32 RDH festgelegten Vermehrung der evangelischen Stimmen im Reichsfürstenrat⁷⁷⁴:

„... Dauert diese Weigerung laenger, zeigen sich nicht im Kurzen Aussichten zu einer Vereinigung der teutschen Gesetzgeber ueber diesen und andere wichtige Gegenstaende der Verfassung, so darf man wohl mit Zuversicht behaupten, daß die voellige Aufloesung des teutschen Staatskoerpers die unvermeidliche und ganz nahe Wirkung davon seyn wird. ...“⁷⁷⁵

schen Libertäten gegenüber Kaiser und Reich hatte (unten, S. 1057), kann ihre rechtliche Legitimation und Rechtfertigung nicht im Bereich landesherrlicher Gewalt der Reichsstände liegen, sondern muss diese im Reich, in den die Reichsstände als Gemeinschaft betreffenden Normen der Reichsverfassung haben.

⁷⁷⁰ Oben, S. 279-280.

⁷⁷¹ *Hartwachs monatliche Abhandlungen über die Reichsangelegenheiten von den Jahren 1803-1803* (*Hauptstaatsarchiv Stuttgart*, E 36-38, Verz. 13, Bü. 2).

⁽⁷⁷²⁾ Kap. V, I., 3., S. 71.

⁷⁷³ Kap. V, I., 5., S. 72.

⁷⁷⁴ Oben, S. 280, unten, S. 1048.

⁷⁷⁵ II. Theil, 2. Abtheilung, 2. Abschnitt, II., 4., S. 283.

Bereits 3 Jahre danach war auch mit der Gründung des Rheinbundes am 12. Juli 1806,⁷⁷⁶ dessen 16 Reichsstände sich von den Gesetzen des Reiches⁷⁷⁷ und seines Gebietes lossagten⁷⁷⁸ die faktische Auflösung des Reiches eingetreten. Dieser folgte mit der am 6. August 1806 durch Kaiser Franz II. getätigten Niederlegung der Kaiserkrone des Reiches mit der Entbindung der Reichsorgane von ihren Verpflichtungen gegenüber dem Reich⁷⁷⁹ die normative Auflösung des Reiches nach.⁷⁸⁰

Samhaber, Freymuethige Gedanken ueber die Saecularisirung:

„... Ohne alle Phrasen, teutsch und unverbluemt gesprochen, der U n t e r g a n g der geistlichen Staaten in Teutschland ziehet unfehlbar den S t u r z der ganzen Reichsverfassung unaufhaltsam mit sich, ...“⁷⁸¹

Wessenberg, Die Folgen der Saekularisationen:

„I. Der Untergang der deutschen Staatsverfassung.

E r s t e n s wird durch die Aufopferung eines beträchtlichen Theils der Staende zum Privatnutzen der uebrigen die Grundlage alles Rechtsverbands und insbesondere des Reichsverbands untergraben. ... Kein Recht, sondern die Staerke wuerde von nun an entscheiden!⁽⁷⁸²⁾

Z w e y t e n s beruht die rechtliche Ordnung und Ruhe Deutschlands ... vorzueglich auf der Zusammenfuegung des Reichs aus vielen nur durch das Band der Gerechtigkeit und durch den Trieb der Erhaltung zusammenhaengenden kleinen und fuer sich allein unmaechtigen Staaten. Unter diese aber gehoeren vorzueglich die Geistlichen, ...⁽⁷⁸³⁾

D r i t t e n s haben die geistlichen Staende des Reichs vor allen uebrigen zu allen Zeiten und bey allen Gelegenheiten des Kriegs und des Friedens die unerschuetterlichste Anhaenglichkeit an diie Verfassung, den groeßten Gemeingeist, ... bewiesen, ...⁽⁷⁸⁴⁾

V i e r t e n s ... Durch Einverleibung der geistlichen Staaten in groeßere weltliche, wuerde aber dieser edelste Vorzug der deutschen Verfassung, daß der

⁷⁷⁶ Oben, S. 280.

⁷⁷⁷ Oben, S. 280-281.

⁷⁷⁸ Oben, S. 280-281.

⁷⁷⁹ Oben, S. 279.

⁷⁸⁰ Oben, S. 279.

⁷⁸¹ §. 19., S. 73.

⁽⁷⁸²⁾ S. 16-17, insg., *ebd.*

⁽⁷⁸³⁾ S. 16, insg., *ebd.*

⁽⁷⁸⁴⁾ S. 16-17, insg., *ebd.*

Schwaechere gegen den Maechtigsten ... Gerechtigkeit erhalten koennen – Gefahr leiden. ... Die Verfassung wuerde sich von selbst aufloesen.“⁷⁸⁵ und

der Verfasser von *Noch ein Wort ueber die Saekularisationen*:

„... Wie fruchtbar an schaedlichen Folgen die daraus entstehende Aufloesung des Reichsverbandes sey, wird erst die Geschichte kuenftiger Dezennien durch schreckliche Fakta lehren. Man wird schaudern vor dem Abgrunde, ... Hat einmal der Ungluek gebaehrende Daemon der Politik die Reichsstifte verschlungen, und durch Vernichtung derselben einen Beweis gegeben, daß die Fortdauer minder maechtiger Staaten nur von Konvenienz abhange, also aeusserst prekaer sey, so duerfte schon jezt einem nicht geringen Theil der Erbfuersten vor einer gleichen Katastrophe bange seyn, und sie schon im Geiste das Schauspiel der polnischen Theilungsoperation in ihrer Mitte sehen.⁽⁷⁸⁶⁾ ... Daß selbst durch die Zertruemmungen der Reichsstifte die oberste kaiserl. Staatsgewalt leide, ist ueber alle Zweifel erhaben, und daher ein neuer nicht unwichtiger Grund, die Saekularisationen gaenzlich zu beseitigen, oder moeglichst zu beschraenken. ...“⁷⁸⁷

⁽⁷⁸⁵⁾ S. 18, insg., *ebd.*

⁽⁷⁸⁶⁾ Zweiter Satz, S. 30-31.

⁷⁸⁷ Zweiter Satz, S. 33, insg., S. 30-33.

F

Das Vorhandensein einer Notlage für das Reich?

I

Die französische Forderung zur Entschädigung der linksrheinisch depossedierten Reichsstände durch Säkularisationen

Während des Rastatter Kongresses hatten die französischen Gesandten in ihren Noten vom:

25 ventôse an VI (15 mars 1798):

„..., il convient d’abord de régler le mode de prestation des indemnités aux États qui ont perdu sur la rive gauche du Rhin. Les Ministres plenipotentiaries de la République française en trouvent la base dans des sécularisations. La Députation de l’Empire se convaincra facilement que cette base n’est pas moins nécessaire que celle déjà adoptée sur les limites. ...“¹

und 7 germinal an VII (27 mars 1798):

„..., en adoptant pour les indemnités des pertes sur la rive gauche du Rhin, un mode depuis longtemps prévu et annoncée⁽²⁾, et dont chaque Membre de la Députation ne peut au fond de se conscience, ...“³

von der Reichsfriedensdeputation Entschädigung der linksrheinisch depossedierten weltlichen Reichsstände durch Säkularisationen gefordert, welche in gleicher Weise notwendig sei wie die Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete.

Die Reichsfriedensdeputation verstand dies auch als eine Forderung der Französischen Republik.

Ihr Beschluss vom 4. April 1798:

„...; so sehe die Deputation, um diese Unterhandlungen und den Augenblick der endlichen Pacifikation sobald als möglich herbeizuführen, sich gedrungen, auch noch in die verlangte, durch Säcularisationen zu erzielende Entschädigungen für

¹ *Protocoll Rastatt*, IV. Band, 154. Beilage, Anlagen, Zweyte ..., S. 400-401 (400).

⁽²⁾ Gemeint waren Entschädigungen durch Säkularisationen (oben, S. 31-33).

³ *Protocoll Rastatt*, IV. Band, Anlagen zur 165. Beilage, S. 421-422 (421).

den auf dem linken Rhein=Ufer entstehenden Verlust sich einzulassen, und darüber in nähere Unterhandlung zu treten, ...“⁴

Während der Verhandlungen zur Abschließung des Friedensvertrages von Lunéville hatte Außenminister Talleyrand in seinem Schreiben vom 30 nivôse an IX (20 janv. 1801) seinem Bevollmächtigten Bonaparte die Anweisung gegeben, sich an den Vertrag von Campo Formio zu erinnern, welcher weiterhin als Basis für den künftigen Friedensschluss dienen sollte:

„... Je vais ajouter ici quelques observations qui devront servir à régler vos conversations sur les objets qu’elles concernent, et que vous regarderez comme faisant partie des instructions que je vous ai annoncées:
1^o Ayez toujours soin de rappeler le traité de Campo-Formio. Quoique les évènements qui sont survenus aient rendu nécessaire de le modifier dans un grand nombre d’articles, les principaux serviront toujours de bases au traité futur, et ils doivent être relatés avec application. ...“⁵

Der vergangene Krieg sei ein solcher des Reiches gewesen und das Reich müsse die linksrheinischen Fürsten und Stände entschädigen:

„...
2^o La guerre actuelle ayant été, étant encore une guerre d’Empire, les pertes qui en sont résultées doivent être supportées par l’Empire collectivement, et, en conséquence, c’est à l’Empire à indemniser les princes et États qui se trouvent particulièrement dépossédés à la gauche du Rhin. ...“⁶

welche Entschädigung auf die erblichen Fürsten zu beschränken sei, weil die geistlichen Staaten als Kosten dienen:

„... Cette indemnisation doit être naturellement restreinte aux princes héréditaires, puisqu’en définitive ce sont les États ecclésiastiques qui en feront les frais. ...“⁷

Die Republik könne nicht schweigend die Entschädigung der erblichen Fürsten passieren lassen, jedoch solle nur das Prinzip in den Vertrag aufgenommen werden:

„... La République française ne peut passer sous silence les indemnités des princes héréditaires dépossédés; elle n’entend pas cependant en régler immédiatement le

⁴ *Protocoll Rastatt*, I. Band, SESSIO XXXIX., den 4ten April 1798, §. 107., Conclusum, S. 535-537 (536) mit dem *Erlaß der Reichs=Friedens=Deputation an die kaiserliche Plenipotenz, de dato Rastatt den 4ten April 1798* (ebd., IV. Band, 171. Beylage, S. 446-447).

⁵ *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, pièce 151., fol 295 r-298 v (296 v-297 r); gedruckt in: *Du Casse*, Histoire des négociations diplomatiques, Tome II, Traité de Lunéville, p. 235-239 (237).

⁶ *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, pièce 151., fol 295 r-298 v (297 r); gedruckt in: *Du Casse*, Histoire des négociations diplomatiques, Tome II, Traité de Lunéville, p. 235-239 (237-238).

⁷ *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, pièce 151., fol 295 r-298 v (297 r); gedruckt in: *Du Casse*, Histoire des négociations diplomatiques, Tome II, Traité de Lunéville, p. 235-239 (238).

détail, mais elle veut que le principe soit posé dans le traité à conclure, et l'Autriche, malgré toutes les résistances, doit y être amenée. ...“⁸

welches Prinzip bereits in Rastatt vom Reich zugestanden und vom Kaiser genehmigt worden sei:

„... Il est bon de rappeler à cet égard que le principe avait déjà été, à Rastadt, avoué par l'Empire et sanctionné par l'Empereur; il n'y a donc rien de nouveau à faire; ...“⁹

In seinen nachfolgenden Schreiben vom 4 pluviôse an IX (24 janv. 1801) überreichte Talleyrand seinem Bevollmächtigten das vom 1. Konsul als definitive Anweisung zu betrachtende Vertragsprojekt. Es sichere die Interessen Frankreichs und enthalte nur, was in Rastatt bereits vereinbart wurde und bereite in Deutschland die Anwendung des Prinzipes der Säkularisationen vor, wodurch die linksrheinisch erblichen Fürsten eine Entschädigung erhalten sollten:

„... Je joins ici, par ordre du premier Consul, un projet de traité que vous regarderez comme instruction définitive⁽¹⁾. Il est conforme aux instructions partielles que je vous ai successivement transmises, et notamment à ma dépêche du 20. Il assure les intérêts de la France, sans rien faire au-delà de ce qui est prévu en Europe depuis long-temps, de ce qui avait été consenti à Rastadt; ...; il prépare en Allemagne les meilleurs arrangements, qui peuvent tous naître de l'application du principe des sécularisations; il est tel, enfin, que nous pouvons le conclure d'après nos nouvelles relations avec la Russie et d'après les sentiments connus de la Prusse, ...“¹⁰

Art. VII enthielt inhaltlich die in Art. VII des Friedensvertrages von Lunéville vereinbarte Entschädigungsregelung.¹¹

Das Vertragsprojekt war von dem französischen Bevollmächtigten als Ultimatum der Französischen Republik dem Bevollmächtigten des Reiches während der 7. Konferenz am 29. Januar 1801¹² überreicht und von dem französischen Bevollmächtigten am 15 pluviôse an IX (4 févr. 1801) dem kaiserlichen Bevollmächtigten als definitives Ultimatum übergeben worden.¹³

⁸ *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, pièce 151., fol 295 r-298 v (297 r et v); gedruckt in: *Du Casse*, Histoire des négociations diplomatiques, Tome II, Traité de Lunéville, p. 235-239 (238).

⁹ *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, pièce 151., fol 295 r-298 v (297 v); gedruckt in: *Du Casse*, Histoire des négociations diplomatiques, Tome II, Traité de Lunéville, p. 235-239 (238).

¹⁰ *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 371, pièce 156., fol 330 r-335 v (330 v-331 r); gedruckt in: *Du Casse*, Histoire des négociations diplomatiques, Tome II, Traité de Lunéville, p. 240-245 (240-241).

¹¹ Oben, S. 72-73.

¹² Oben, S. 72.

¹³ Oben, S. 76.

Da bei der militärischen Lage, für das Reich keine Aussicht mehr bestand, den Krieg gegen die Französische Republik zu gewinnen oder das Kriegsgeschehen zu einem besseren Ausgang hinzuführen,¹⁴ war das Ultimatum von den Bevollmächtigten des Reichs angenommen¹⁵ und danach vom Reich selber bewilligt worden.¹⁶

Rechtsgrund für die alleinige Schadenstragung der geistlichen Reichsstände kann demnach eine durch die Forderung der Französischen Republik eingetretene verfassungsrechtliche Notlage sein.

Weisse, Ueber die Sekularisation Deutscher geistlicher Reichslaender:

„Bey dieser ganzen Untersuchung haben wir noch immer vorausgesetzt, daß die Sekularisation der Wahl des Reichs ueberlassen sey: es laeßt sich aber auch denken, dass der Feind selbst die Sekularisation zur Entschaedigung derjenigen weltlichen Fuersten verlangt, deren Laender ihm in dem Frieden ueberlassen werden; um sich desto sichrer in dem Besitz derselben zu erhalten; wie dieses bey den neusten Rastadter Friedensverhandlungen wirklich geschehen ist. Tritt dieser Fall ein, so bedarf das Verfahren des Reichs keiner weitem Vertheidigung, weil als denn die Rechtmæßigkeit der Sekularisation sogleich erwiesen ist, sobald die hoechste Gewalt nach der Ueberzeugung handelt, daß ihr der Friede zur Erhaltung des Staats unentbehrlich sey.“¹⁷

und *Baur*, Allgemeine Grundsätze des Völkerrechtes:

„... Ob eine Verfassung rechtlich sey, kann nicht in Betrachtung kommen, wenn die Frage ist, ob sie durch aüssere Gewalt solle verändert werden, weil man sonst, um nicht u n t e r d r ü c k e t zu werden, sich mūsste u n t e r j o c h e n lassen.
...“¹⁸

¹⁴ Oben, S. 215-272 (271-272).

¹⁵ Oben, S. 78-80.

¹⁶ Mit der vom Reichstag und dem Kaiser am 6./7. März 1801 erfolgte Ratifikation (oben, S. 83-136).

¹⁷ Zweyter Abschnitt, II., S. 166.

¹⁸ Vorrede des Verfassers, S. VI-VII.

II

Determinanten für eine rechtfertigende Notlage des Reiches: die Interessen der Französischen Republik an den Säkularisationen und die Mitverantwortung des Reiches

Ob durch die von der Französischen Republik an das Reich gestellte Forderung zur Entschädigung der linksrheinischen Verluste durch Säkularisationen eine tatsächliche Notlage für das Reich eingetreten war, sind die ihr auf Seiten der Französischen Republik zugrundeliegenden Interessen und Motive und die von der Französischen Republik mit ihr verfolgten außenpolitischen Ziele in Betracht zu ziehen.

Bei Bejahung des Vorhandenseins einer tatsächlichen Notlage für das Reich ist für die Frage, ob durch die französische Forderung zu der Entschädigung durch Säkularisationen eine nach der Reichsverfassung zu rechtfertigende Notlage für das Reich eingetreten war, die vom Reich an ihr selber verursachte und gehabte Mitwirkung und Mitbeteiligung zu berücksichtigen.

III

Die Interessen der Französischen Republik an den Entschädigungen durch Säkularisationen und ihre Motive

1. Die Übertragung der im revolutionären Frankreich durchgeführten kirchlich-religiösen Veränderungen auf das Reich

a) Keine Religions- und Kirchenfeindlichkeit der Französische Revolution in ihren Anfängen

Die Französische Revolution war in ihren Anfängen weder in ihren ideellen Ursprüngen und Zielsetzungen noch in ihren tatsächlichen Maßnahmen gegen die im Frankreich des Ancien Régime bestehende katholisch¹⁹ gallikanische²⁰ Königskirche²¹ gerichtet gewesen.

Den Vertretern der Revolution war es allein um die Verbesserung des irdischen Lebens durch die Gewährung von subjektiven Freiheitsrechten zugunsten der einzelnen, durch eine konstitutionelle Kontrolle der Staatsgewalten und Mitbeteiligung der einzelnen an ihrer Ausübung, durch die Herstellung von bürgerlicher Gleichheit und durch die Übernahme von

¹⁹ Bei Ausbruch der Revolution war in Frankreich der Katholizismus die allein zur öffentlichen Kulturausübung zugelassene und Staatsreligion gewesen. Diesen Status hatte er durch das von François I mit Papst Leo X. am 18. Aug. 1516/13. Mai 1517 abgeschlossene Konkordat erhalten (*Staat und Kirche in Frankreich I*, Die Gall. Königskirche, 1., A., S. 7-37). Zwar hatten die Hugenotten durch das von Henri IV. am 13. April 1598 erlassene Toleranzedikt von Nantes (*Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome V Partie I, N° CCLII., p. 545-558), unter Wiederherstellung und Beibehaltung des Katholizismus als der alleinigen Staatsreligion (Art. III, p. 540), die Zubilligungen von Gewissensfreiheit bei ihrem weiteren Verbleiben im Königreich (Art. VI, p. 546), von gleichen bürgerlichen Rechten mit gleichem Zugang zu allen öffentlichen Ämtern (Art. XXII-XXIV, XXVII u. LXXXIX, p.547, 548, 553) und von einer örtlich begrenzten und inhaltlich eingeschränkten Kulturausübung (Art. VII, XI u. XIV, p. 546-547, Art. V der Articles particuliers, p. 554) erlangt. Das Toleranzedikt von Nantes war jedoch durch das von Louis XIV am 18. Okt. 1685 erlassene Revindikationsedikt von Fontainebleau wieder aufgehoben worden (*Du Mont* ebd., Tome VII Partie II, N° LXI., p. 117-118). Durch das von Louis XVI im Nov. 1788 erlassene neue Toleranzedikt von Versailles erhielten die Nichtkatholiken, insbesondere die 500 000 Hugenotten (*Viguerie*, Christianisme et Révolution, 1^{re} leçon, p. 11 und *Aulard*, Le Christianisme et la Révolution française, Chap. I, I., p. 15) mit den Zubilligungen des Erwerbes von Eigentum, zur Ausübung eines Berufes und zur Eingehung von einer Ehe mit zivilen Folgen den état civil (*Staat und Kirche Frankreich* ebd., 3., S. 85-96).

²⁰ Die gallikanischen Freiheiten, auf welche sich die Kirche Frankreichs immer berufen hatte, waren vom französischen Klerus zusammenfassend in der Cleri Gallicani de ecclesiastica potestate declaratio v. März 1682 formuliert worden (*Staat und Kirche in Frankreich I*, Die Gall. Königskirche, 2., S. 74, 1, S. 75-80). Sie hatten durch das Edikt von Louis XIV v. 23. März 1682 Gesetzeskraft erhalten (*ebd.*, 2., 2, S. 81-83). Ihre vier Kernthesen waren die Erstreckung von der kirchlich-geistlichen Gewalt alleinig auf den geistlichen Bereich, insbesondere die Könige und Fürsten in den weltlichen Dingen nach göttlicher Ordnung keiner kirchlichen Gewalt unterworfen sind ((Art.) I, S. 76-77), die allgemeine Autorität der Konzilien über den Papst in den geistlichen Dingen, entsprechend den vom Konzil zu Konstanz erlassenen Dekreten ((Art.) II, S. 77), das Inkraftbleiben der französischen Gewohnheiten ((Art.) III, S. 78) und die erforderliche Zustimmung der Kirche zu den päpstlichen Glaubensdekreten mit dem Anspruch auf Unabänderlichkeit ((Art.) IV, S. 78).

²¹ Die französische Kirche stand unter dem maßgebenden Einfluss des Roi très Chrétien. Seit dem Konkordat v. 1516/1517 besaß er das alleinige Recht zur Besetzung der Bischofsstühle (Titulus [De regia nominatione ad prelaturas facienda], in: *Staat und Kirche in Frankreich I*, Die Gall. Königskirche, 1., A., S. 13-15).

Wohlfahrtsaufgaben durch den Staat gegangen, wie dies auch in der Proklamierung von *liberté, égalité* und *fraternité* zum Ausdruck kam. Ein Kampf gegen die Religion und gegen die Kirche entsprach nicht ihren Intentionen.²²

In den *Cahiers de doléances* wa auch stets die Aufrechterhaltung der katholischen Religion gefordert und ihre Bedeutung für die Sittlichkeit des Volkes anerkannt worden.²³

Sie enthielten allein punktuelle Angriffe gegen die Kirche und gegen die Geistlichkeit, wie insbesondere Forderungen auf Beseitigung der kirchlich-geistlichen Steuerprivilegien, Modifizierung des kirchlichen Zehnten, Beseitigung der Ämterhäufung beim höheren Klerus, bessere Besoldung des niederen Klerus, Residenz der Prälaten in ihren Diözesen, geringere Zahlungen nach Rom und Wiederherstellung eines echten klösterlichen Lebens.²⁴

Wirkt der Nationalgeist fuer oder gegen die Revolutionen?:

„... Das franzoesische Volk hatte von jeher Achtung fuer die Religion seiner Vaeter. Der A t h e i s m u s lag niemals in dem Geiste der Nation. ...“²⁵

Der dem Gedankengut der Aufklärung und einer Reform zugetane französische Klerus, der auch der Hauptverbreiter der aufklärerischen Ideen im Volk war und insbesondere niedere

²² *Latreille*, *L'Église catholique et la Révolution française* „La Révolution a commencé en France dans une atmosphère d'accord et d'harmonie entre l'Église et la Nation. ... La quasi-unanimité de la population rend hommage à la religion catholique, apostolique et romaine, et, loin de contester son caractère de religion dominante, reconnaît dans l'unité de foi et de culte une des traditions incontestées du royaume. ...“ (Tome I, Livre., Chap. I, I., p. 69), insg. (p. 69-70); *L. J. Rogier*, *Die Kirche im Zeitalter der Aufklärung und der Revolution*, 6. Kap., 1. „Zu oft geht die popularisierende Geschichtsschreibung darüber hinweg, daß die Französische Revolution weder ihrem Ursprung noch ihren Zielsetzungen nach gegen die Kirche, die Religion und den Klerus gerichtet war.¹ Ihren Bannerträgern, auch denjenigen unter ihnen, die den Glauben an eine übernatürliche Ordnung verloren hatten, schwebte dafür die Verbesserung des irdischen Lebens als höchstes Ziel vor und nicht in erster Linie der Kampf gegen die Religion. ...“ (*Geschichte der Kirche*, Band IV, 1. Teil, S. 119), insg. (S. 119-120 mit Anm., S. 457) und *Erdmann*, *Volkssouveränität und Kirche*, Einleitung, S. 7-8 „... Die Revolution begann in vollem Einklang mit der traditionellen Religion. ...“ (S. 8).

²³ Dies obgleich im alltäglichen Leben der Bevölkerung unter dem Einfluss der Aufklärung eine Säkularisierung/Zivilisierung erfolgt war, wie es in den anderen europäischen Staaten nicht eingetreten war. Die Testamentsklauseln gingen rapide zurück, welche Stiftungen von Messen für das eigene Seelenheil und für die Seelen von Verstorbenen sich verringerten. Bei der Forderung zur Verringerung der Zahl der Familienangehörigen, welchen wenigern Kindern man eine besseres Leben geben wollte, stieg die Zahl der Praktiken der Empfängnisverhütung an. Gleichfalls auch die vorehelichen Geburten. Auch sank die Zahl der Priester, welche gegen Ende des 18. Jahrhunderts sich mit wachsendem Anteil aus der Landbevölkerung und aus Bauernfamilien rekrutierten (*Chartier*, *Die kulturellen Ursprünge der Französischen Revolution*, 5. Kap., S. 117-125 mit Anm., S. 261-262). Ursächlich hierfür waren neben der Aufklärung die doppelte Spaltung des Katholizismus in Frankreich. Zum einen, der auf Kulturaneignung ausgerichteten und damit auch inhaltlich entwerteten institutionellen Kirche versus dem streng sakramentalen Jansenismus, und zum anderen, dem Christentum der Geistlichen versus der Religion des Volkes (*ebd.*, S. 125-129 mit Anm., S. 262).

²⁴ *Resumé Général, ou Extrait des Cahiers de Pouvoirs*, Tome I (du Clergé), Sect. I.-IX., p. 7-79, Sect. XX., p. 237-270, Tome II (de la Noblesse), Sect. XI., p. 273-302, Tome III (du Tiers), XIII. Sect., p.408-467; *Denys-Buirette*, *Les questions religieuses dans les cahiers de 1789*, Introduction, p. 5-29, Chap. prélim., p. 30-71, 1. Partie, p. 73-254, 2. Partie, p. 255-433, 3. Partie, p. 435-479, Conclusion, p.481-489; *Vogel*, *Die kirchlichen Anschauungen in der Constituante*, 1. Teil, 1. Kap., III., S. 21-23 und *Pierrard*, *L'Église et la Révolution*, I, 1., *Le royaume très chrétien*, p. 14.

²⁵ In: *Magazin der Europaischen Staatenverhaeltnisse*, I. Band, 3. Heft, I., 2., S. 343.

Klerus²⁶ hatten auch bei der im Sommer 1789 stattgehabten staatsrechtlichen Revolution, der Umwandlung der bisherigen États généraux²⁷ in die neue Assemblée nationale²⁸ als dortiger Ordre du Clergé maßgebenden Anteil gehabt.²⁹

²⁶ Der französische Klerus bestand aus 122 000 réputés ecclésiastiques, wovon 95 000 bénéficiers und 30 000 Mönche waren, 60 000 Gemeindepriester hiervon 40 000 curés de campagne und 136 Erzbischöfe und Bischöfe (*Pierrard, L'Église et la Révolution, I, 1., Des curés en attente, p. 15-16*).

Der niedere Klerus der curés und der vicaires entstammte zumeist den unteren Bevölkerungsschichten, im Gegensatz zu dem sich durchwegs aus dem höheren Adel rekrutierenden und mit großem Einkommen und am Hof von Versailles lebenden höheren Klerus. Bei eigenem niedrigsten Einkommen war er mit den sozialen Zu- und Missständen im Ancien Régime vertraut. Als der Hauptansprechspartner des Volkes in den alltäglichen Dingen, insbesondere mit seiner Führung der Personenstandsregister waren ihm die Anliegen des einfachen Volkes bekannt und er auch mit ihnen verbunden. Dadurch konnte er auch die von ihm persönlich befürworteten Ideen der Aufklärung dem Volk weitergeben und als ihr hauptsächlichster Verbreiter im Volk wirken (*Heinrichs, Die politische Ideologie des französischen Klerus bei Beginn der großen Revolution, 1. Kap., 2. u. 3., S. 12-28 und Pierrard ebd., p. 16-19: stellt vor allem auf den weiter fortwirkenden Jansenismus als vorrevolutionäres und revolutionäres Element ab*). Bei den Deputierten des Ordres du Clergé zu den im Jahre 1789 einberufenen États généraux waren dann auch von seinen insgesamt 300 Mitgliedern davon 208 curés und hauptsächlich aus ländlichen Gemeinden, hingegen nur 47 Bischöfe und 35 Äbte (*Latreille, L'église catholique et la Révolution française, Tome I, Livre 2., Chap. I, I., p. 71*).

Der höhere Klerus seinerseits hatte bei der während der Jahre 1787-88 stattgefundenen aristokratischen Auflehnung gegen die absolutistisch-zentralistische Reformpolitik des Hofes, welche zur Einberufung der Generalstände geführt hatte, durch seine Bundesgenossenschaft mit den parlements entscheidenden Anteil gehabt (*Heinrichs ebd., 2. Kap., S. 29-72*).

²⁷ Nach der am 5. Mai 1789 erfolgten Eröffnung der getrennt tagenden Generalständen, welcher königliche Hof am weiteren Festhalten von den in Ständen getrennten Abstimmungen bestand, gingen bis zum 16. Juni 1789 18 Deputierte des Clergé zu den Communes über (*Archives parlementaires de 1787 à 1860, 1. série, Tome VIII, p. 2-5 (3 linke Sp., p. 5 linke Sp.), 5-27 (24 linke Sp.), 28-29, 30 (de Malide), 30-84, 27-28, 84-87, 87-93, 94-103 (linke Sp.), 103-106 (106 linke Sp.), 108-120 (108 rechte Sp., 109 linke Sp.), 121-126 (121 linke Sp.) und Recueil de documents relatifs aux Séances des Etats-Généraux Mai-Juin 1789, Tome II, I, 1, Première séance. Mercredi 6 Mai 1789, p. 208-226, 235-237*).

²⁸ Die von den Communes am 17. Juni stattgehabte Erklärung zur Assemblée nationale erfolgte auf Antrag von Abbé Sieyès (*Archives parlementaires de 1787 à 1860, 1. série, Tome VIII, p. 127-130 (127, 128 rechte Sp.-129 linke Sp., 130-133)*). Der Ballhauschwur der Communes am 20. Juni zur Ausarbeitung von einer gemeinsamen Verfassung war unter der Mitwirkung von 5 curés und des Abbés Sieyès erfolgt. Am 22. Juni vereinigte sich die Mehrheit des Ordre du Clergé mit den Communes, in welcher Sitzung sich 5 weitere curés dem Schwur anschlossen und erstmalig 2 Deputierte der Noblesse bei den Communes erschienen (*Archives parlementaires ebd., p. 137-140 (138-139), p. 140-142 (142 rechte Sp.) und Soboul, Dictionnaire Revolution française, Jeu de Paume ..., p. 599-600*).

²⁹ König Ludwig XVI. konnte sich in der von ihm am 23. Juni 1789 präsierten Séance royale mit der Forderung zu getrennten Sitzungen bei dem weiteren Verbleiben der Communes im Salle de Jeu de Pommes, hierunter 6 curées, nicht durchsetzen und vereinigte sich am nächsten Tag erneut die Mehrheit des Clergé mit den Communes, von welchen 137 Geistlichen 107 curés waren. Nach der am 25. Juni erfolgten weiteren Vereinigung von 8 Deputierten des Clergé, hierunter 5 curés und von 47 Deputierten der Noblesse unter Anführung des das Haupt der höfischen Reformpartei seienden Louis-Philippe von Orléans und am 26. Juni von weiteren 7 Deputierten, darunter der Erzbischof von Paris, die beiden Bischöfe von Orange und Autun (Charles Maurice de Talleyrand-Périgord) und 2 curés, sowie aus der Noblesse der Comte de Crecy bei den Communes, legte König Ludwig XVI. am nächsten Tag der noch vorhandenen Minderheit des Clergé und der Mehrheit der Noblesse nahe, sich zur Beratung über Gegenstände des allgemeinen Nutzens mit anderen Ständen zu vereinigen, womit er in die konstitutionelle Monarchie einwilligte und welchem diese noch am selbigen Tag nachkamen. Die nunmehrige Assemblée nationale ging jedoch über diese ihr vom König gesetzte Einschränkung hinweg, und legte sich mit der von ihr am 6. Juli beschlossenen Einsetzung eines Ausschusses zur Vorbereitung von einer Verfassung mit der von ihr erfolgten Entgegennahme von dessen die Grundlage der zukünftigen Verfassung enthaltenden Berichtes am 9. Juli das Recht zur Ausarbeitung von einer Verfassung bei. König Ludwig XVI. erkannte dies auch mit seinem nach den Ereignissen des 14. Jillet am nächsten Tag in der

Bereits im Juni 1789 wurde anonym in Versailles verbreitet:

„Ce sont ces foutus curés qui ont fait la Révolution!“³⁰

b) Keine genuine Kirchen- und Religionsfeindlichkeit des Reformprogramms der
Assemblée nationale constituante

Hinsichtlich der Kirche und der Religion erstrebte die Assemblée nationale constituante ihren Einbau in das vom Volk regierte Gemeinwesen an.

Bei der generellen Abschaffung des Feudalwesens am 4. August 1789 war von ihr auch der Verlust des kirchlichen Zehnt und den sonstigen kirchlich-feudalen Rechten mitbeschlossen worden.³¹

In der von ihr am 26. August 1789 verfassten *Déclaration des droits de l'homme et du citoyen* war in ihrem Art. X neben der allgemeinen Meinungsfreiheit auch die Glaubensfreiheit enthalten:

„Nul ne doit être inquiété pour ses opinions, même religieuses, pourvu que leur manifestation ne trouble pas l'ordre public établi par la loi.“³²

Nachdem der Klerus zur momentanen Linderung des staatsfinanziellen Notstandes von 4, 5 Milliarden Livres³³ sich am 26./29. September 1789 zur Ablieferung seines für die Zwecke

Assemblée nationale constituante erfolgtem Erscheinen und mit dem an diese gerichteten Ersuchen um eine Zusammenarbeit zur Aufrechterhaltung der Ordnung, Ruhe und Wohl der Nation und seinem mitgeteilten bereits erlassenen Befehl zur Entfernung der Truppen von Paris und Versailles an (*Archives parlementaires de 1787 à 1860*, 1. série, Tome VIII, p.142-147, 147, 149-152, 152-156, 157-161 (157, 159 rechte Sp.) mit p. XXI, 161-169 (161-163), 194-199 (199), 214-217 und *Recueil de documents relatifs aux Séances des Etats-Généraux Mai-Juin 1789*, Tome I, II, Introduction, VII, p. 22-28 mit Notes, p. 83-100).

³⁰ *Christophe*, Les choix du Clergé, Tome I: 1789, II., p. 21.

³¹ In den nachfolgenden Sitzungen bis zum 11. Aug. 1789 ausformuliert und von König Ludwig XVI. am 21. Sept. 1789 sanktioniert, enthielt das Décret portant abolition du regime féodal etc. insbesondere die Abschaffungen des Feudalwesens, der grundherrlichen Gerichtsbarkeiten, der Zehnten, der Käuflichkeit von Ämtern, der Privilegien, der Annaten und der Mehrheit von Benefizien. Hinsichtlich der Kirche sah es vor allem die Beseitigung des kirchlichen Zehnt (Art. V), der Nebeneinkünfte der Landpfarrer (Art. VIII) und von jeglichen Zahlungen nach Rom insbesondere Annaten vor (Art. XII) (*Duvergier*, Collection des lois, Tome I, p. 33-35 und *Vogel*, Die kirchlichen Anschauungen in der Constituante, 1. Teil, 2. Kap., I., S. 23-28 mit 1. Kap., S. 15-23).

³² Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte mit ihrem die individuelle Glaubensfreiheit enthaltenden Art. X war der nachfolgenden 1. Verfassung v. 3. Sept. 1791 in wiederholender Weise vorangestellt worden. Diese enthielt zusätzlich in ihrem eigenen Titre I. die Freiheit der Kulturausübung (*Duvergier*, Collection des lois, Tome III, p. 239-255 (240, 241 und *Vogel*, Die kirchlichen Anschauungen in der Constituante, 1. Teil, 3. Kap., I., S. 42-58).

³³ Der staatsfinanzielle Notstand, zu dessen Abdeckung die Generalstände im Juni 1789 einberufen worden waren (*Archives parlementaires de 1787 à 1860*, 1. série, Tome VIII, p. 1-2 (Louis XVI), 5-27 (Necker), betrug 4, 5 Milliarden Livres, was ca. 7 Haushalten entsprach. Das laufende Defizit im Haushalt 1789 betrug 56 150 000 Livres, bei einem im insgesamten Umlauf sich befindlichen Münz- und Papiergeld von um die 2, 5 Milliarden Livres (*Bourgin*, Die Französische Revolution, I., S. 31; *Aster*, Die französische Revolution in der Entwicklung ihrer politischen Ideen, 3., S. 51; *Marion*, Histoire financière de la France, Tome II, Chap. V, p.

der Ausübung des Gottesdienstes nicht mehr benötigten Silbers bereit erklärt hatte,³⁴ ordnete die Assemblée constituante³⁵ in ihrem Dekret vom 2. November 1789³⁶ die Zurverfügungstellung der Kirchengüter – die $\frac{1}{10}$ des Staatsgebietes³⁷ und den Wert von 3 Milliarden Livres ausmachten³⁸ – mit den Auflagen einer angemessenen Sorge für die Kosten des Gottesdienstes, des Unterhaltes der Priester und der Armenpflege an.³⁹ Dies erfolgte sowohl zur Abdeckung des staatsfinanziellen Notstandes als auch zu einer Beseitigung der Kirche und der Geistlichkeit als einer besonderen Korporation im Staat, was dem aufgeklärten Staatsdenken der Entstehung des Staates durch den Gesellschafts- und Staatsvertrag und der Legitimation von allen besonderen Körperschaften in ihm entsprach.⁴⁰ Man glaubte, das

142, Chap. I, p. 5 und *Necker*, Oeuvres complètes, Tome VI, Second ministère de M. Necker, Ouverture des états-généraux, p. 617-623).

³⁴ Dieses wurde mit 140 Millionen Livres veranschlagt (*Archives parlementaires de 1787 à 1860*, 1. série, Tome IX, p. 192-193, (baron de Jessé); *Duvergier*, Collection des lois, Tome I, p. 44; *Anglade*, De la sécularisation des biens du clergé sous la Révolution, 2. Partie, Chap. II, Sect. I, p. 90-91 und *Erdmann*, Volkssouveränität und Kirche, III. Kap., III., S. 123.

³⁵ In den Cahiers de doléances war vereinzelt eine Nationalisierung der biens ecclésiastiques zur Bezahlung der Staatsschuld gefordert worden (*Denys-Buirette*, Les questions religieuses dans les cahiers de 1789, 1. Partie, Chap. III, III., p. 148-155 und *Gomel*, Histoire financière de l'Assemblée Constituante, Tome I, Chap. IV, p. 138-139, 143-144: in 32 Cahiers du Tiers État und in 7 Cahiers de la Noblesse).

³⁶ Louis XVI genehmigte das Dekret am 4. Nov. 1789 (*Staat und Kirche in Frankreich I*, Die Konst. Nationalkirche, 2., S. 100).

³⁷ Um die $\frac{1}{10}$ des insgesamten Staatsgebietes des Königreiches (*E. Labrousse*, Aperçu de la répartition sociale de l'expansion agricole, I, 50 % des terres à moins de 10 % des Français? in: *Histoire économique et sociale de la France*, Tome II, 3. Partie, Chap. IV, p. 475-476: vom insgesamten Königreich: Clergé: 10 %, Noblesse: 25 %, Bourgeoisie: 25 %, Paysans: mindestens $\frac{1}{3}$, Communaux: etwas mehr als 5 %; *Loutchisky*, Quelques remarques sur la vente des biens nationaux, Chap. I., I, p. 20-21: clergé 10-12 %; *Soboul*, Révolution française, Introduction, Chap. I, I, 2., p. 26-27: clergé 10 % im Durchschnitt und *Vovelle*, Die Französische Revolution, 1. Teil, II., 1., S. 24: clergé 6-10 %).

Er warf einen jährlichen Ertrag von 100 Millionen Livres ab (*Anglade*, De la sécularisation des biens du clergé sous la Révolution, 2. Partie, Chap. III, Sect. I, p. 117-118), dies bei einem laufenden Staatsdefizit von 56 Mill. Livres (oben, S. 771-772).

³⁸ *Anglade*, De la sécularisation des biens du clergé sous la Révolution, 2. Partie, Chap. III, Sect. I, p. 113-118 und *Stourm*, Les finances de l'Ancien Régime et de la Révolution, Tome II, Chap. XXX, § 1., II, p. 450-454.

³⁹ Der Antrag war von Talleyrand am 10 Oct. 1789 in der Assemblée constituante eingebracht worden (*Archives parlementaires de 1787 à 1860*, 1. série, Tome IX, p. 398-404) und von dieser am 2 nov. in einem abweichenden und verkürzenden Wortlaut mit der Mehrheit von 568 gegen 346 bei 40 ungültigen Stimmen beschlossen worden (*Archives parlementaires* ebd., p.649 rechte Sp.) "L'assemblée nationale décrète, 1° que tous les biens ecclésiastiques sont à la disposition de la nation, à la charge de pouvoir d'une manière convenable aux frais du culte, à l'entretien de ses ministres et au soulagement des pauvres, sous la surveillance et d'après les instructions des provinces. 2° Que dans les dispositions à faire pour subvenir à l'entretien des ministres de la religion, il ne pourra être assuré à la dotation d'aucune cure moins de douze cents livres par année, non compris le logement et les jardins en dépendant. ..." (*Staat und Kirche in Frankreich I*, Die Konst. Nationalkirche, 2., S. 100).

⁴⁰ *Archives parlementaires de 1787 à 1860*, 1. série, Tome IX, p. 398-404 (10 oct. 1789), 414-437 (13 oct. 1789), 483-514 (23 oct. 1789), 514-522 (24 oct. 1789), 601-613 (30 oct. 1789), 613-629 (31 oct. 1789), 629-652 (2 nov. 1789): zur Beseitigung der Kirche und der Geistlichkeit als einer besonderen Korporation im Staate insb. Barnave, p. 423-424 (423 rechte Sp.), Dupont de Nemours, 517-518, comte de Mirabeau, 607-609 (608 rechte Sp.-609 linke Sp.), 639-645 (640 linke Sp.), Le Chapelier, 639 (rechte Sp.), Malouet, 434-437 (435 linke Sp.); *Planck*, Neueste Religionsgeschichte, III. Theil, Geschichte der kirchlichen Revolution in Frankreich, Kap. VII., S. 62-98 (65, 80); *Erdmann*, Volkssouveränität und Kirche, III. Kap., S. 110-112, I.-VIII., S. 112-160 (VII., S.

Eigentum der Nation an den Kirchengütern nachweisen zu können. Die Kirche habe ihre Güter nicht zum Genuss oder zur beliebigen Verwendung, sondern allein zur Ausübung von bestimmten Funktionen erhalten, die nunmehr der Staat übernehme.⁴¹ Diese Begründung beinhaltete keine religions- und kirchenfeindlichen Motivationen.⁴²

Nachdem die Assemblée nationale constituante⁴³ am 1. Juni 1790 die kirchliche Neueinteilung des Königreiches in die gebietlich mit den départements übereinstimmenden 83 Diözesen festgelegt hatte,⁴⁴ sollte mit der von ihr am 12. Juli 1790 dekretierten Constitution civile du clergé,⁴⁵ mit den 83 neuen Diözesen,⁴⁶ den Wahlen der Bischöfe und

151-154, VIII., S. 159-160), X., S. 176-179 und *Vogel*, Die kirchlichen Anschauungen in der Constituante, 1. Teil, 2. Kap., II., S. 36-37.

⁴¹ Die ehemaligen Stiftungen der biens ecclésiastiques waren nicht zugunsten des Klerus sondern zugunsten der Kirche erfolgt. Die Kirche ist die Gemeinschaft der Gläubigen, demnach die Nation, und der Klerus ist allein ihr nutznützlicher Besitzer und Verwalter. Alle Korporationen im Staat leiten ihre Existenz und ihren Besitzstand vom Staat ab, welcher Staat diese auch wieder auflösen und damit auch sein ihm vorbehaltenes Eigentumsrecht wieder wahrnehmen kann (*Archives parlementaires de 1787 à 1860*, 1. série, Tome IX, Talleyrand, évêque d'Autun, p. 398-404 (10 oct. 1789), 649-651 (2 nov. 1789), Montlosier, 415 (13 oct. 1789), Barnave, 423-424 (13 oct. 1789), abbé Gouttes, 431-434 (13 oct. 1789), Malouet, 434-437 (13 oct. 1789), 645-649 (2 nov. 1789), Duport, 484-485 (23 oct. 1789), Thouret, 485-487, 611 (30 oct. 1789), Chasset, 495 (23 oct. 1789), vicomte de Mirabeau (jüngerer Bruder des comte Mirabeau), 604-607 (30 oct. 1789), comte de Mirabeau, 408-409 (12 oct. 1789), 607-611 (30 oct. 1789), 639-645 (2 nov. 1789). Man berief sich hierbei darauf, dass man den Klerus in den Zustand der Urkirche (primitive Église) zurückführen wolle (Chasset, p. 495). Armut und Entsagung von Reichtum seien die fundamentalen Basen der christlichen Religion. Ihr Schicksal sei nicht mit Eigentum verknüpft. Christus selber habe das Beispiel von Armut gegeben, und die ihm nachfolgenden Aposteln hätten ihre erhaltenen Spenden an die Armen verteilt, welche Armen das alleinige Gut der Urkirche gewesen seien. Gott fordere allein einen Kult des Herzens (Millon de Montherlant, p. 511-513). Hingegen waren nach der überstimmten Gegenansicht die Kirchengüter unveräußerlicher Besitz der Kirche und waren nur geringe Reformen auf finanziellem Gebiet möglich (*Archives parlementaires* ebd., Camus, p. 415-418 (13 oct. 1789), abbé Maury, 424-431 (13 oct. 1789), de Bonnal, évêque de Clermont, p. 484 (23 oct. 1789), de Béthisy, évêque de Uzès, 487-490, 492-495 (23 oct. 1789), de Viefville des Essarts, p. 513-514 (23 oct. 1789), de Boisgelin, archevêque d'Aix, 615-625 (31 oct. 1789), Cortois de Balore, évêque de Nîmes, 625-628 (31 oct. 1789), abbé de Montesquiou, 628-629 (31 oct. 1789)).

⁴² *Vogel*, Die kirchlichen Anschauungen in der Constituante, 1. Teil, 2. Kap., II., S. 29-41: Der Mehrheitsbeschluss verletzte den Katholizismus als Religion nicht. Weder aus dem politischen Motiv – insbesondere das nachgewiesene Eigentumsrecht der Nation, die Staatsschuld und die Aufhebung der Kirche als einem ordre – noch aus dem religiösen, konnte „... ein Abrücken vom Dogma oder gar eine Feindschaft gegen dasselbe herausgelesen werden. Gewiß trug die Hinneigung zur primitiven Kirche einen Reformcharakter, für den die orthodoxe Richtung keine besondere Vorliebe empfand. ... Solange aber dogmatische Sätze nicht angegriffen wurden, solange man unbedingt an der katholischen Kirche festhalten wollte, der gegenüber man nicht müde würde seine Anhänglichkeit und Verehrung zu beteuern, solange konnte man hinter den Reformgesinnungen mit bestem Willen keinen Haß gegen die katholische Kirche verspüren. ...“ (S. 40).

⁴³ Zuvor hatte sie am 13. Febr. 1790 die Aufhebung des in sich zerrütteten und reformbedürftigen Ordens- und Klosterwesens beschlossen. Dies jedoch mit den beiden bezeichnenden Ausnahmen, den der öffentlichen Erziehung und den der christlichen Nächstenliebe dienenden (*Duvergier*, Collection des lois, Tome I, p. 100).

⁴⁴ *Archives parlementaires de 1787 à 1860*, 1. série, Tome XVI, Assemblée nationale ... Séance du mercredi 2 juin 1790, au matin, p. 42-45 (Art. 1, p. 43 linke Sp.).

⁴⁵ *Staat und Kirche in Frankreich I*, Die Konst. Nationalkirche, 4., S. 102-135. Die Constitution civile du clergé wurde von König Ludwig XVI. am 24. Aug. 1790 genehmigt.

⁴⁶ Mit den an die Stelle der vormaligen 135 Diözesen ((*Jeschonnek*, Revolution Frankreich, Ereignisse..., Zivilverfassung ..., S. 250-252 (251)) 83 neuen, gebietlich den départements angeglichenen Diözesen wurden auch 10 neue arrondissements métropolitains mit den métropoles in Rouen, Reims, Besançon, Rennes, Paris,

Pfarrer durch die politischen Wahlkörperschaften auf Departements- und Distriktebene,⁴⁷ der kanonischen Institution der Bischöfe allein durch die Erzbischöfe⁴⁸ und der Besoldung der Bischöfe, Pfarrer und Vikare durch den Staat mit der unentgeltlichen Vornahme von allen religiösen Amtshandlungen,⁴⁹ ohne Stellungnahme zu den christlich-theologischen Dogmenfragen⁵⁰ die katholische Kirche in das vom Volk regierte Gemeinwesen eingebaut werden.⁵¹

Bourges, Bordeaux, Toulouse, Aix und Lyon errichtet (Titre I, insb. Art. 1-3, in: *Staat und Kirche in Frankreich I.*, Die Konst. Nationalkirche, 4., S. 112).

⁴⁷ Titre II, in: *Staat und Kirche in Frankreich I.*, Die Konst. Nationalkirche, 4., S. 110-115.

⁴⁸ Die Bischöfe mussten nicht mehr die vorherige Bestätigung seitens des Papstes einholen sondern diesem allein eine Mitteilung von ihrer erfolgten Wahl nachfolgen lassen (Titre II, Art. 17 u. 19, in: *Staat und Kirche in Frankreich I.*, Die Konst. Nationalkirche, 4., S. 112).

⁴⁹ Titre III, in: *Staat und Kirche in Frankreich I.*, Die Konst. Nationalkirche, 4., S. 115-117.

⁵⁰ Titre IV: De la loi de la résidence enthielt allein personenbezogene Regelungen zur Residenz der Bischöfe, Pfarrer und Vikare (*Staat und Kirche in Frankreich I.*, Die Konst. Nationalkirche, 4., S. 117-119). Rein personenbezogen waren auch ihre drei Zusatzdekrete v. 24. Juli 1790: Traitement du clergé actuel (*ebd.*, S. 119-126), v. 3. Aug. 1790: Articles additionnels au traitement du clergé actuel (*ebd.*, S. 126-127) und v. 6./11. Aug. 1790: Décret ..., pour accélérer la liquidation et le payement du traitement du clergé actuel, ... (*ebd.*, S. 128-135).

Am 12./13./20. Aug. 1789 war die Bildung eines Comité des affaires ecclésiastiques, um die Angelegenheiten des Klerus vorzubereiten, mit 15 Mitgliedern erfolgt (*Archives parlementaires de 1787 à 1860*, 1. série, Tome VIII, p. 399 (Chasset), 434 (Président, rechte Sp.), 461 (Président, rechte Sp.). Der von ihr zur Abgabe des offiziellen Berichtes über seine bisherige Tätigkeit vor der Assemblée nationale beauftragte Martineau stellte vor dieser am 21. April 1790 fest, dass die Religion die Grundlage von jeder politischen Gemeinschaft sei und es sich bei dem Reformwerk nicht um die Frage des christlichen Glaubens, sondern allein um jene der äußeren Disziplin handeln könne „... La religion catholique, apostolique et romaine, apportée à nos pères par les premiers successeurs des apôtres, et dès les premiers temps de la monarchie, est incorruptible en elle-même. Elle ne peut éprouver ni changement ni altération dans les règles de sa foi et de sa morale. Ce qu'elle enseigne aujourd'hui, elle l'a toujours enseigné depuis sa naissance, et elle l'enseignera jusqu'à la consommation des siècles. Nous en avons pour garant la promesse solennelle de so divin instituteur. Si elle appelle la main réformatrice du législateur, ce ne peut être que dans sa discipline extérieure; et, à cet égard la même, votre comité ecclésiastique ne se permettra pas de rien prendre sur lui, ou de rien donner à l'esprit de système. Le plan de régénération qu'il aura l'honneur de vous proposer, consistera uniquement à revenir à la discipline de l'église primitive. ...“ (*Archives parlementaires ebd.*, Tome XIII, p. 166-175 (166-171, zit. Text p. 167 rechte Sp.)).

Zu der Nichtbetroffenheit der theologisch-christlichen Dogmenfragen *Vogel*, Die kirchlichen Anschauungen in der Constituante, 1. Teil, (Einleitung), S. 8 „... In der Constituante spielt jedoch der religiöse Glaube bei den kirchlichen Anschauungen der Abgeordneten eine geringere Rolle als die politische Überzeugung; denn der Wille zur Abstellung von Mißständen, der zur Beschäftigung mit kirchlichen Angelegenheiten trieb, ist nur auf das Gebiet der äußeren Kirchenverfassung gerichtet. Von einem Hindrängen zur Reformation großen Stils, die das Dogma der Kirche ändert, ist in der Versammlung nichts zu spüren. ...“, S. 12-13 „... Der grundlegende Unterschied zwischen Luther und der Constituante besteht im verschiedenen Wollen. Luther mußte mit der katholischen Kirche brechen, weil er ihr sich innerlich entfremdet hatte. Er brachte das zur Ausführung, was ein großer Teil des Volkes unbewußt erstrebte. Die Constituante konnte mit der katholischen Lehre nicht brechen, weil diese für sie noch Bedürfnis war. ... Constituante und Volk wollten katholisch bleiben. ...“ und *Sciout*, Histoire de la Constitution civile du clergé, Tome I, Chap. IV., II., p. 194-196.

⁵¹ Am 13. April 1790 hatte sie, nachdem sie einem Antrag zur Erklärung des katholischen Glaubens und seines Kultes zur Staatsreligion (*Archives parlementaires de 1787 à 1860*, 1. série, Tome XII, p. 702 linke Sp.) nach bewegten Debatten nicht entsprochen hatte, das Bekenntnis ihrer nicht in Zweifel zu ziehenden Anhänglichkeit an die katholische, apostolische und römische Religion, mit einer ihr eingeräumten privilegierten Stellung insbesondere auf finanziellem Gebiet im neuen Gemeinwesen abgegeben (*Archives parlementaires ebd.*, p. 702-703, 714-716 (716 rechte Sp.) mit *Vogel*, Die kirchlichen Anschauungen in der Constituante, 2. Teil, 4. Kap., II., S. 71-77).

c) Der von den Geistlichen im November 1790 geforderte Freiheit-Gleichheit-Eid als Ausgangspunkt für die Auseinandersetzungen mit Kirche und Religion

Die Auseinandersetzungen mit dem Klerus und der Kirche begannen mit der von der Assemblée constituante noch selber am 27. November 1790 allen Geistlichen auferlegten Verpflichtung zur Schwörung des Freiheits-Gleichheits-Eides auf die neue Verfassung, und damit auch auf ihre eigene Constitution civile, ohne die sie ihres Amtes verlustig gingen.⁵²

Nachdem auch Papst Pius VI. in seinem Breve Quod aliquandum vom 10. März 1791 die Constitution civile als mit dem Kirchenrecht für unvereinbar erklärt hatte,⁵³ wurde sie von 52 % der Geistlichen abgelehnt.⁵⁴ Damit spaltete sich die einheitliche französische Kirche in die den Eid schwörende *église constitutionnelle* und die ihn verweigernde *église réfractaire* auf.⁵⁵ Die den Eid Verweigernden wurden als Anhänger des Ancien Régime und damit als die Feinde der revolutionären Freiheit und Gleichheit angesehen.⁵⁶ Ausgangspunkt wie auch inhaltlicher Schwerpunkt der Auseinandersetzungen war demnach der Kampf gegen die Priester und weniger gegen die Religion.

Auch die Jakobiner wollten an der christlichen Religion und der Kirche festhalten. In dem Schreiben des Pariser Club des Jacobins v. 9. Jan. 1791 an seine angeschlossenen Klubs in den auswärtigen départements, wird die weitere Bedeutung der Religion für das gesellschaftlich-soziale Zusammenleben hervorgehoben. Der *contré-révolution* wird vorgeworfen, sie wolle einen Religionskrieg für die Zwecke der Umstürzung der Verfassung entfachen. Ihr der Assemblée nationale constituante gemachter Vorwurf, diese habe mit dem Erlass der Constitution civile ihre Befugnisse überschritten, trafe nicht zu. Sie habe vielmehr nur jene weltliche Gewalt für sich beansprucht, welche auch die Könige ausgeübt hätten. Die christliche Religion sei nunmehr gegründet auf der Gleichheit und der Toleranz, und die Verdienste ihrer Diener sei ihre stärkste Unterstützung (*La société des Jacobins. Recueil de documents pour l'histoire du Clubs des Jacobins de Paris*, Tome II, III, p. 3-5).

Zu der abgehenden Kirchen- und Religionsfeindlichkeit *Vogel*, Die kirchlichen Anschauungen in der Constituante, welcher zum Ergebnis gelangt, dass mit der Annahme der Constitution civile durch die Assemblée constituante am 12. Juli 1790 die kirchenpolitische Reform Frankreichs abgeschlossen war und in der Constituante keine Tendenzen gegen die Kirche vorhanden waren (1. Teil, S. 8-60, 2. Teil, S. 61-107), insb. 2. Teil, 5. Kap., II., S. 104 „... Das kirchenpolitische Werk der Constituante ist mit der Annahme der Zivilkonstitution am 12. Juli 1790 beendet. ...“, S. 105 „... In der Constituante fand sich von einer Ablehnung der katholischen Kirche keine Spur. ...“, S. 107 „... Das Volk und seine Vertreter in der Constituante liebten die Kirche ihrer Väter. Sie liebten sie noch mehr, da sie nun auch ihren politischen Grundsätzen gerecht geworden war.“ und 1. Teil, (Einleitung), S. 9 „... Man darf aus einzelnen Verletzungen orthodox katholischer Anschauung nicht gleich auf Kirchenfeindschaft schließen. ...“.

⁵² *Staat und Kirche in Frankreich I*, Die Konst. Nationalkirche, 5., S. 136-138) mit Titre II, Art. 21 u. 38 der Constitution civile v. 12 juillet 1790 (*ebd.*, 4., S. 112, 114).

⁵³ *Documents inédits relatifs aux affaires religieuses de la France 1790 à 1800*, Tome I, N° XIX., p. 32-71.

⁵⁴ *Tackett*, Religion in eighteenth-century France, Part 1., The Oath, p. 16-26 (22-26), Appendices, I-IV, p. 303-368; *Viguerie*, Christianisme et Révolution, 2^e leçon, Le serment, p. 86-93 (93) und *Lacouture*, La politique religieuse de la Révolution, 1. Partie, Chap. II, I., p. 42-44 (43).

⁵⁵ *Viguerie*, Christianisme et Révolution, 2^e leçon, p. 93-111, 3^e Leçon, p. 113-152; *La Gorce*, Histoire religieuse de la Révolution française, Tome I, Livre 6., p. 349-506 und *Göhring*, Geschichte der Grossen Revolution, II. Band, 1. Teil, 5. Kap., S. 98-106.

⁵⁶ *Gurian*, Die politischen und sozialen Ideen des französischen Katholizismus 1789/1914, 1. Teil, 1. Kap., S. 27-28 mit Anm., S. 326; *Sciout*, Histoire de la Constitution civile du clergé, Tome I, Chap. IX., (I.), p. 403 und *Champion*, La séparation de l'église et de l'état en 1794, Chap. XVIII, p. 186, Chap. XXII, p. 244-246.

Champion, La séparation de l'église et de l'état en 1794:

„... On fit la guerre à la religion en haine des prêtres, non la guerre aux prêtres en haine de la religion. ...“⁵⁷

Seit dem Juni 1792 kam es unter der Assemblée nationale législative⁵⁸ zu Verfolgungen gegen die Geistlichen mit Erhängungen und Ertränkungen.⁵⁹

Bei den Septembermorden vom 2.-9. September 1792 in Paris und in der Provinz⁶⁰ waren von den in den Pariser Gefängnissen zwischen 1 090 und 1 395 Getöteten 223 Geistliche, insbesondere Eidesverweigerer, hierunter 3 Bischöfe⁶¹ und von den 116 in den Gefängnissen der Provinz Getöteten mindestens 13 Priester.⁶²

Am 20. September 1792 beschloss die Assemblée législative, die Führung der Geburts-, Heirats- und Todesregister von den bisherigen kirchlichen Stellen auf die gemeindlichen Behörden zu übertragen, womit die Ehe als ein ziviler Vertrag angesehen wurde.⁶³

Am 23. April 1793 verfügte die Convention nationale⁶⁴ die Deportation der den Eid nicht leistenden Geistlichen nach Französisch-Guyana und bei ihrer Rückkehr nach Frankreich die

⁵⁷ Chap. XXII, p. 244.

⁵⁸ Die Assemblée nationale législative sollte, nach der Auflösung der Assemblée nationale constituante am 30. Sept. 1791, aufgrund der von dieser am 3. Sept. 1791 beschlossenen Verfassung die Revolution beenden und das neue konstitutionelle Königstum regieren. Sie trat am 1. Okt. 1791 zusammen. Sie zeichnete sich durch Fraktionen aus, stand unter dem Einfluss der Girondisten, und erwarb kein großes Ansehen und trat am 20. Sept. 1792 auseinander.

⁵⁹ *Viguerie*, Christianisme et Révolution, 3^e Leçon, Les massacres de Septembre, p. 123. Mit dem Dekret der Assemblée législative vom 26 août 1792 wurden alle den Eid verweigernden Geistlichen unter Verhängung einer ansonsten 10 jährigen Haft aus dem Königreich ausgewiesen (*Duvergier*, Collection des lois, Tome IV, p. 361-362, insb. Art. I u. V, p. 361).

⁶⁰ Dies nach der Ende August 1792 stattgehabten Invasion der Koalitionstruppen in das französische Staatsgebiet mit der Belagerung von der Festung Verdun am 2. Sept. durch die preußischen Truppen (unten, S. 864-865), um eine zu befürchtende Verschwörung der in den Pariser Gefängnissen und in der Provinz einsitzenden antirevolutionären und kriminellen Personen mit den ausländischen Mächten zu verhindern.

⁶¹ Vom 2.-6. Sept. 1792 (*Caron*, Les massacres de Septembre, 2. Partie, Chap. I-IV, p. 15-102 (Chap. IV, III, p. 101) und *La Gorce*, Histoire religieuse de la Révolution française, Tome II, Livre 12., p. 243-296 (IX, p. 296)).

⁶² Vom 2.-9. Sept. 1792 (*Prudhomme*, Histoire générale des crimes commis pendant la Révolution, Tome IV, p. 165-196 mit Tableau ... N° 6 bei p. 87).

⁶³ *Duvergier*, Collection des lois, Tome IV, p. 482-488. Die Verfassung v. 3. Sept. 1791 enthielt in ihrem Titre II., Art. 7 bereits den an den Gesetzgeber gerichteten Verfassungsauftrag zur Einrichtung von Geburten-, Heirats- und Todesfallregister und legte selber fest „La loi ne considère le mariage que comme contrat civil. ...“ (*ibd.*, Tome III, p. 239-255 (242)).

⁶⁴ Die Convention nationale, nach dem Sturm auf die Tuileries (10. Aug. 1792) und der am selben Abend dekretierten Suspendierung von König Ludwig XVI., mit der Aufgabe gewählt, die neue Verfassung auszuarbeiten, konstituierte sich am 20. Sept. 1792 und erklärte am nächsten Tag die Monarchie für abgeschafft (unten, S. 778). Sie trat am 26. Okt. 1795 auseinander (unten, S. 788).

Todesstrafe.⁶⁵ Dies und die Hinrichtung des vormaligen Königs Ludwig XVI. am 21. Januar 1793 hatte zur Folge, dass 30 000 Geistliche emigrierten.⁶⁶

d) Die Dechristianisierung von Herbst 1793 bis Frühjahr 1794

Von Herbst 1793 bis in das Frühjahr 1794 fand in Frankreich eine Dechristianisierung statt, welche sich sowohl gegen die *église réfractaire* als auch gegen die als Anhänger der Monarchie, Girondisten und aufständische Föderierte angesehenen Geistlichen der *église constitutionnelle* richtete.⁶⁷

Am⁶⁸ 16 brumaire an II (6 nov. 1793) stellte die Convention nationale den Gemeinden frei, den Kult einzuführen, den sie wünschten,⁶⁹ womit in Frankreich der Katholizismus als

⁶⁵ *Duvergier*, Collection des lois, Tome V, p. 156, insb. Art. I u. V.

⁶⁶ *Pierrard*, Histoire des curés de Campagne, Chap. II, p. 59-60.

⁶⁷ Ausgelöst und eingeleitet wurde die Dechristianisierung von den in die départements entsandten *représentants en mission*. Chaumette und Fouché weihten am 22. Sept. 1793 in Nevers, chef-lieu du département Nièvre in der Kathedrale eine Brutus-Büste ein, und dekretierte Fouché dort am 23./25. Sept., dass alle *ministres du culte* unter Androhung des Verlustiggehens ihrer Ämter gezwungen sind, zu heiraten oder ein Kind zu adoptieren. Am 26. Sept. erklärte er in der *Société populaire de Moulins*, chef-lieu du département Allier, die abergläubischen und heuchlerischen Gottesdienste durch solche der Republik und der natürlichen Moral zu ersetzen. Am 10. Okt. untersagte er in Nevers jedes religiöse Zeremoniell außerhalb von den Kirchen, und verweltlichte die Beerdigungen und die Friedhöfe, über deren Eingang er die Inschrift anbringen ließ „...“, *La mort est un sommeil éternel*⁽¹⁾. „...“ Sein Dekret veranlasste die meisten *représentants en mission* in den départements du Sud-Ouest und insbesondere in du Gers, des Landes, des Hautes et Basses-Pyrénées inhaltsgleiche Maßnahmen zu treffen. Am 22. Okt. veranstaltete Fouché in Nevers ein Fest zu Ehren der Werte und der Sitten. In Rochefort im département Charente-Inférieure verwandelte Laignelot einige Tage später die Pfarrkirche in einen Temple de la Vérité, in welchem am 31. Okt. in einer großen Zeremonie acht katholische Priester und ein katholischer Geistlicher ihrer Ämter niederlegten. Im département Somme untersagte Dumont an den Sonntagen die Gottesdienste und verlegte sie auf die *décadi*. In Maubeuge im département Nord ließ Prouet die wertvollen Gottesdienstgegenstände als Zierrat des Fanatismus und der Intoleranz beschlagnahmen. Die Dechristianisierung wurde der Convention nationale von den zu den départements entsandten *représentants en mission* aufgezwungen und wurden die dortigen Verhältnisse auf das die politisch-sozialen Strukturen Frankreichs bestimmende Paris übertragen (*Aulard*, Le culte de la raison et le culte de l'être suprême, Chap. II, p. 26-31, Chap. XI, p. 131-135; *Soboul*, Révolution française, 2. Partie, Chap. III, III, 2., p. 287; *Madelin*, Fouché, Tome I, 1. Partie, Chap. IV, p. 98-109 (zit. Text, p. 108); *Viguerie*, Christianisme et Révolution, 3^e Leçon, La persécution de l'an II ..., p. 153-154 und *Leflon*, La crise révolutionnaire 1789-1846, Livre 1, Chap. III, § 4., Les initiatives des représentants en mission, p. 117-119; zur Dechristianisierung insg., *Soboul* ebd., p. 285; *Mathiez*, L'exercice du Culte sous la première Séparation (1795-1801), in: *RPP*, Tome LI, (Numéro 151-Janvier), Variétés, p. 80 und *Pierrard*, L'Église et la Révolution, I, 3., La tempête de l'an II, p. 89).

⁶⁸ Mit dem Dekret der Convention nationale vom 29/30 vendémiaire an II (20/21 oct. 1793) wurde die Todesstrafe für die sich der Deportation nicht stellenden Geistlichen festgesetzt und dies auf die besetzten Gebiete ausgedehnt (*Duvergier*, Collection des lois, Tome VI, p. 241-242, insb. Art. I-V, p. 241).

⁶⁹ *Moniteur*, Octodi, 2^e décade de Brumaire, l'an 2 ... (8 novembre 1793, ..., N° 48., Convention Nationale, Suite à la séance du 16 de brumaire, p. 195 rechte Sp. „... Sur la proposition des habitants de la Commune de Mennecey, ... et des motifs de sa détermination au Bulletin. ...“; *Lavisse*, Histoire de France, Tome II: La Révolution (1792-1799) par *G. Pariset*, Livre 2, Chap. III, V., p. 213 Randstichwort: Mouvement Laïcisateur und *Aulard*, Le culte de la raison et le culte de l'être suprême, Chap. III, p. 36-37.

Staatsreligion offiziell abgeschafft war.⁷⁰ Mit ihren weiteren Dekreten vom 14 vendémiaire an II (5 oct. 1793), 3 brumaire an II (24 oct. 1793) und 4 frimaire an II (24 nov. 1793) wurde die christliche Zeitrechnung abgeschafft und der Gregorianische Kalender durch den neuen Revolutionskalender ersetzt.⁷¹ Der neue Kalender sollte nicht nur das Symbol des neuen Zeitalters sein, sondern und insbesondere das alltägliche Leben in Frankreich von seinen hergebrachten christlichen Bezügen befreien.⁷²

Seit März/April 1794 erhielten die Geistlichen der *église constitutionnelle* keine Bezüge mehr.⁷³

Es fanden insbesondere Schließungen und Plünderungen von Kirchen,⁷⁴ Eingießungen von Kirchenglocken,⁷⁵ Verhöhnungen des christlichen Kultes,⁷⁶ Umbenennungen von

⁷⁰ Am nächsten Tag 17 brumaire an II (7 nov. 1793) verzichtete dann auch der *évêque constitutionnel* de Paris Jean-Baptiste Joseph Gobel in der Sitzung der Convention nationale auf seine Funktionen als Diener der katholischen Kirche und schlossen sich ihm seine Vikare an (*Moniteur*, Nonodi 2^e décade de Brumaire, l'an 2 ... (9 novembre 1793, ..., N^o 49., Convention Nationale, Suite de la séance du 17 de brumaire, Gobel, p. 193 rechte Sp.-p. 194 linke Sp. und *Soboul*, Dictionnaire Révolution française, Gobel ..., p. 507-508).

⁷¹ Der 22. September 1792 als der Tag nach der am 21. Sept. 1792 erfolgten Abschaffung des Königtums durch die Convention nationale (*Duvergier*, Collection des lois, Tome V, p. 1, 2), eröffnete die neue republikanische Zeitrechnung. Das Jahr wurde, bei weiterer Beibehaltung des vierjährigen Zyklus von 365/366 Tagen in 12 Monaten zu je 30 Tagen eingeteilt. Die neuen poetischen Namen der Monate – von Fabre d'Églantine – wurden auf die klimatischen Verhältnisse der Jahreszeiten, auf Naturereignisse und einen alten germanischen Kalender in Süddeutschland bezogen. Für den den den neuen Jahresbeginn eröffnenden Herbst: vendémiaire (Weinmonat), brumaire (Nebelmonat), frimaire (Reifmonat), für den Winter: nivôse (Schneemonat), pluviôse (Regenmonat), ventôse (Windmonat), für den Frühling: germinal (Keimmonat), floréal (Blütenmonat) prairial (Wiesenmonat) und für den Sommer: messidor (Erntemonat), thermidor (Hitzemonat), fructidor (Fruchtmonat). Dazu kamen die 5 und 6 Zusatztage (im jeweils 4 Jahr), die *sans-culottides*. Die Namen der einzelnen Tage wurden auf eine Pflanze, eine Frucht oder ein Gestein ausgerichtet. Die Monate wurden eingeteilt in drei Dekaden, die 1., 2. und 3. *décadi* sollte den Sonntag ersetzen, und sollten die Ausübung der öffentlichen Funktionen ruhen. An den zu Ende des Jahres stehenden *sans-culottides* fanden die republikanischen Feste: Fête de la Vertu, Fête du Génie, Fête du Travail, Fête de l'Opinion, Fête des Récompenses und La Sans-Culottide statt. Dekrete v. 14 vendémiaire an II (5 oct. 1793), 3 brumaire an II (24 oct. 1793) und 4 frimaire an II (24 nov. 1793) (*Duvergier* ebd., Tome VI, p. 208-209, 252-254, 294-295), mit den das Dekret v. 4 frimaire an II betreffenden Instruction sur l'ère de la République ..., décrétée par la Convention nationale, pour être mise à la suite du décret (*Duvergier* ebd., p. 295-301) und den das Dekret v. 3 brumaire an II beantragenden Rapport fait ..., au nom de la commission chargée de la confection du calendrier, par ... Fabre d'Églantine in (*Staat und Kirche in Frankreich II*, Der Kultus der Vernunft ..., 2., 1, S. 19-30 und *Godechot*, Les institutions de la France sous la Révolution et l'Empire, Livre 3, Chap. X, II, p. 423-425). Das spätere Dekret der Convention nationale v. 18 floréal an II (7 mai 1794) über die Einführung des *Être suprême* schrieb an allen 36 *décadi* von der Republik zu veranstaltende Festlichkeiten vor (unten, S. 783).

⁷² *Aulard*, Le Christianisme et la Révolution française, Chap. III, III., p. 94 „... L'établissement de l'ère républicaine, la substitution du calendrier républicain au calendrier grégorien (décrets des ..., ce fut une pensée politique, ce fut aussi une pensée antireligieuse, comme on le voit par les rapports de Fabre d'Églantine et de Romme, si remplis d'outrages philosophiques au dogme. Substituer aux dates et aux fêtes usuelles d'autres dates et d'autres fêtes, abolir le dimanche, y substituer le décade, remplacer les noms de saints par ceux ,des objets qui composent la véritable richesse nationale', c'était arracher au catholicisme une partie de sa parure, une partie de son prestige, c'était l'expulser violemment de l'habitude nationale. Ce décret scandalisa les étrangers: il leur sembla que déjà la France se déchristianisait. ...“ und *Furet-Richet*, La Révolution, Tome II, Chap. 7, p. 328 „... La terminologie bucolique choisie par le poète recouvre une intention antichrétienne affirmée: ... C'est tout le cadre pluri-séculaire de la vie quotidienne qui est modifié. ...“, insg., *ebd.*

⁷³ *Zywczyński*, Die Kirche und die französische Revolution, S. 82 und *Godechot*, Les institutions de la France sous la Révolution et l'Empire, Livre 3, Chap. X, IV, p. 430.

Gemeinden,⁷⁷ ein Märtyrerkult für die drei ermordeten Revolutionäre Marat – Lepeletier – Chalier, in welchen die Sansculotten heilige, ihnen zu ihren revolutionären Taten Kraft spendende Personen sahen,⁷⁸ und Priesterverfolgungen statt.

⁷⁴ *Viguerie*, Christianisme et Révolution, 3^e Leçon, La persécution de l’an II ..., La fermeture et le pillage des églises, p. 154-158.

Insbesondere wurden auf Grund der Anordnung der Convention nationale v. 1 août 1793 vom 6.-8. Aug. 1793 in der Basilique von Saint-Denis die 51 Grabmäler und Mausoleen der Könige von Frankreich zerstört. Mit ihrer weiteren Anordnung zum Zwecke einer Wiedererlangung des Bleies und, um den Verfall der früheren Herren Frankreichs kenntlich zu machen, wurden vom 12.-25. Okt. 1793 die dortigen königlichen Gräber geöffnet. Die Gräber von 52 französischen Königen, hierunter Charles Martel, Hugues Capet, Louis IX (le Saint), Henri IV, Louis XIV, Louis XV, von 32 Königinnen, 63 königlichen Prinzen und Prinzessinnen und 10 berühmten Persönlichkeiten, hierunter Turenne wurden eingeschlagen und die Leichenteile in eine örtliche Grube geworfen. Danach wurde der riesige Kirchenschatz entnommen und vor die Convention nationale am 13 nov. 1793 gebracht und eingeschmolzen (*Duvergier*, Collection des lois, Tome VI, p. 67: 1er ... Août 1793.- Décret contenant différentes mesures de sûreté publique, Art. XI; *Histoire de Saint-Denis*, Franciade ..., La Terreur: ..., p. 194-197 und *Moniteur*, Du 25 de Brumaire, l’an 2 ... (15 novembre 1793, ..., N^o 55., Convention Nationale, Séance du 23 de Brumaire, p. 223 rechte Sp. (Franciade=Saint-Denis)).

⁷⁵ Nach dem Dekret der Convention nationale v. 23 juillet 1793 durfte jede Pfarrei nur noch eine Glocke haben. Alle auf diese Weise für den Kult nicht mehr benötigten Glocken standen dem ministre de la guerre zur Umgießung in Kanonen zur Verfügung (*Moniteur*, Mercredi 24 juillet 1793. L’An deuxième de la République ..., N^o 205., Convention Nationale, Présidence de Jean-Bon-Saint-André, Séance du mardi 23 juillet, p. 879 rechte Sp. und *Duvergier*, Collection des lois, Tome VI, p. 36). Neben den Glocken wurden insbesondere die Kreuze, Heiligenfiguren und die Gräber der Bischöfe und Kanoniker in den Kathedralen zerstört. Es gibt keine gotische oder romanische Kathedrale in Frankreich, deren Portalstatuen nicht beschädigt oder ganz zerstört wurde (*Viguerie*, Christianisme et Révolution, 3^e Leçon, La persécution de l’an III ..., La guerre au Christ, p. 163-164 und *Furet-Richet*, La Révolution, Tome I, Chap. 7, p. 329).

⁷⁶ Die den Kirchen entnommenen christlichen Statuen und Insignien wurden geschmätzt, verweltlicht und in Mummenschau-Umzügen zur Schau gestellt. Es gab parodistische Prozessionen mit Betrunknen in Priesterkleidern, mit Kühen, Ziegen und Schweine, diese mit Insignien geschmückt und Eseln aus Altarkelchen trinkend (*Viguerie*, Christianisme et Révolution, 3^e Leçon, La persécution de l’an III ..., La guerre au Christ, p. 164; *Soboul*, Révolution française, 2. Partie, Chap. III, III, 2., p. 287; *Schulin*, Die Französische Revolution, 4. Teil, Krieg, Bürgerkrieg ..., S. 220 und *Furet-Richet*, La Révolution, Tome I, Chap. 7, p. 329). In Paris zog am 30 brumaire an II (20 nov. 1793) eine Deputation der Sectio de l’Unité vor die Convention nationale, verkleidet in Priestergewändern, Dalmatiken, Messgewändern und Chorröcken, diese alle entnommen aus der vormaligen église Saint-Germain-des Près und auf Tragbahnen die Kelche, Hostiengefäße, Monstranzen und Leuchter mit sich führend. Unter dem Beifall der Zuschauer bei Eintritt in den Saal rief Dubois der Sprecher der Delegation „...La raison vient de remporter une grande victoire sur le fanatisme; une religion d’erreur et de sang est anéantie; depuis dix-huit siècles elle n’a causé que des maux à la Terre, et on la nommait divine! ...: qu’elle disparaisse de la surface de la Terre, et le bonheur va y renaître;... nous jurons de n’avoir d’autre culte que celui de la raison, de la liberté, d l’égalité, de la République. Un cri unanime part de tous les coins de la salle; Nous le jurons! vive la République! ...“ (*Moniteur*, Duodi, 2 Frimaire, l’an 2 ... (22 novembre 1793, ..., N^o 62., Convention Nationale, Séance du 30 de Brumaire, p. 252 linke Sp.).

⁷⁷ Am häufigsten wurden das Saint und die Erinnerungen an Prinzen und Könige aus den Ortsnamen gestrichen. Saint-Denis in: Franciade, Saint-Germain-en-Laye in: Montagne-du-Bon-Air, Port Louis in: Port-de-la-Liberté, Beaumont-le-Vicomte in: Beaumont-sur-Sarthe, Fontenay-le-Comte in: Fontenay-le-Peuple, Sarrelouis in: Sarrelibre, Versailles in: Berceau-de-la-Liberté, Lyon in: Ville Affranchie, Toulon in: Port-de-la-Montagne, Marseille in: Sans-Nom, Montmartre in: Mont-Marat, département Vendée in: dép. Vengé (*Aulard*, Les Noms révolutionnaires des Communes, in: *RdP*, 1er octobre 1926, p. 551-569 (554-565); *Godechot*, Les institutions de la France sous la Révolution et l’Empire, Livre 3, Chap. X, II, p. 425-426 und *Die Große Französische Revolution*, Kap. 4, Kunst und Kultur im Jahre II, S. 284). Auch erfolgten tausende Umbenennungen von öffentlichen Straßen, Plätzen, öffentlichen Einrichtungen und von Familiennamen (*Godechot* ebd., p. 426 und *Die Große Französische Revolution* ebd., S. 284).

Von den am Vorabend der Revolution insgesamt vorhandenen 122 000 Geistlichen und einer Gesamtzahl der Priester von 60 000,⁷⁹ von denen in der *église constitutionnelle* 27 000-28 000 waren,⁸⁰ legten um die 20 000 Priester ihre Ämter nieder,⁸¹ heiratete⁸² jeder sechste Priester,⁸³ versteckten sich 20 000 und wurden 30 000 deportiert,⁸⁴ wobei Todesurteile in größerer Zahl gegen sie vollstreckt wurden.⁸⁵

Kultischer Höhepunkt war der seit dem 20 brumaire an II (10 nov. 1793) in Paris und in fast allen *chef-lieux* der *départements* zelebrierte *Culte de la raison*.⁸⁶ Zumeist wurde er in

⁷⁸ Entstanden im Aug. 1793 aus den Trauerfeierlichkeiten zu Ehren von Marat. Danach festliche Enthüllungen seiner und Lepeletiers Büsten und Bildern. Bald auch Chöre und Umzüge. Châliers Kult war insbesondere der *région de Lyon* zugeordnet. Vom katholischen Kultus übernahm man die Prozessionen und den Prunk und sprach damit die irrationalen Bereiche im Menschen an. Nach der im Nov. 1793 erfolgten Umwandlung der Kirchen in *Temples de la raison* (unten, S. 781), traten dort ihre Bilder als Revolutionsmartyrer an die Stelle der Heiligenfiguren (*Furet-Richet*, *La Révolution*, Tome I, Chap. 7, p. 329; *Soboul*, *Révolution française*, 2. Partie, Chap. III, III, 2., p. 288-289; *ders.*, *Dictionnaire Révolution française*, „Martyrs de la liberté“, p. 723 und *Jeschonnek*, *Revolution in Frankreich, Ereignisse-..., Märtyrerkult*, S. 176-177).

⁷⁹ Daneben insbesondere noch die 30 000 Mönche (oben, S. 770). Nach *Chabanne*, *Les institutions de la France (1789-1875)*, V^e Partie, Chap. I, Sect. I, § 3, p. 264 gab es im Jahr 1790 immer noch mehr als 50 000 Priester.

⁸⁰ *La Gorce*, *Histoire religieuse de la Révolution française*, Tome III, Livre 21., I., p. 362.

⁸¹ Nach Art. V des Dekrets der Convention nationale v. 25 brumaire an II (15 nov. 1793) durften die ihre Funktionen niederlegenden Priester nicht als ihr Amt verlassende Beamte angesehen werden und unterlagen damit nicht den Deportationen und Einschließungen (*Duvergier*, *Collection des lois*, Tome VI, p. 285). Die *déprêtrisation* war eines der spektakulärsten Ereignisse der Dechristianisierung. Eine Hälfte war spontan und freiwillig, die andere gezwungenermaßen (*La Gorce*, *Histoire religieuse de la Révolution française*, Tome III, Livre 21., I, p. 349-362; *Viguerie*, *Christianisme et Révolution*, 3^e Leçon, *La persécution de l'an II ...*, *Les abdications*, p. 158-161; *Vovelle*, *Religion et révolution*, 1. Partie, Chap. I, p. 19-26 (19, 25-26) und *Soboul*, *Dictionnaire Révolution française*, *Déchristianisation*, p. 327-330 (329). Nach *La Gorce* ebd. gab es in 148 von den insgesamt 562 *districts* 5 600 Abdankungen (p. 361-362) und nach *Vovelle* ebd. in den 21 *départements* du Sud-Est zwischen 4 228 und 4 471 (p. 19, 25-26).

⁸² Nach dem Dekret der Convention nationale v. 27 juillet 1793 durfte einem sich heiratenden *ministre du culte catholique* nicht sein Gehalt genommen werden (*Duvergier*, *Collection des lois*, Tome VI, p. 62).

⁸³ *Vovelle*, *Religion et révolution*, 1. Partie, Chap. V, p. 108-112 (112).

⁸⁴ *Chabanne*, *Les institutions de la France (1789-1875)*, V^e Partie, Chap. I, Sect. II, § 1, p. 269.

⁸⁵ Von den während des *Grande Terreur* in Paris v. 10 juin 1794 (*Loi du 22 prairial an II: Grande Terreur*)-27 juillet 1794 (9 thermidor an II) 1 376 Hingerichteten (*Soboul*, *Dictionnaire Révolution française*, *Terreur*, p. 1020- 1025 (1022)), waren 108 Priester oder Kirchenleute, darunter 16 Karmeliter von Compiègne. Bei den von der *Commission populaire d'Orange* in 6 Wochen 332 Verurteilten waren 36 Priester und 32 *religieuses*. *Carrier's* von Nov. 1793-Jan. 1794 ohne vorherige Gerichtsurteile auf der Loire durchgeführten *Noyaden*, hatten von den 2 000 Opfern um die 150 Priester (*Ledré*, *L'Église de France sous la Révolution*, Chap. VII, p. 141, 144-145). In Paris wurden während der Jahre 1793/94 30 Pariser Priester, darunter 9 *réfractaires* guillotiniert. Bei vom *tribunal révolutionnaire de Dordogne* in 28 Monaten ausgesprochenen 25 Todesurteilen waren 6 Priester. Die in Puy im Jahre 1793 zur Guillotine verurteilten drei Hingerichteten waren alle Priester. In Angers verurteilte die *Commission militaire* von Okt. 1793-Okt. 1794 13 *prêtres réfractaires* der Diözese zu Tode (*Viguerie*, *Christianisme et Révolution*, 3^e Leçon, *La persécution de l'an II ...*, *Les abdications*, p. 161-162).

⁸⁶ Hauptinitiatoren des Kultes der Vernunft waren Pierre-Gaspard Chaumette (24 mai 1763-13 avril 1794) und Jean-Baptiste Cloots (24 juin 1755-24 mars 1794) ehemaliger Freiherr von Gnadenenthal in der Grafschaft Kleve (*Robinet*, *Dictionnaire 1789-1815*, Tome I, *Chaumette ...*, p. 392-394 (393), *Cloots ...*, p. 426-429 (429) und *Soboul*, *Dictionnaire Révolution française*, *Chaumette ...*, p. 213-214 (214); *ders.*, *Révolution française*, 2. Partie, Chap. III, III, 2., p. 287-288).

Kirchen gefeiert, von denen dann auch mehrere und insbesondere alle in Paris⁸⁷ in Temple de la raison umgewandelt wurden.⁸⁸ Der Kult enthielt mit seinem Glauben an ein Höchstes Wesen zwar ein deistisches Minimum, trug jedoch in seiner tatsächlichen Ausführung durch eine personifizierte Gottheit pantheistische und auch atheistische Züge und war weniger auf das religiöse Empfinden als auf das politische und patriotische Gewissen und Gesinnung ausgerichtet.⁸⁹

e) Wendung gegen den Atheismus durch Robespierres Culte de l'Être suprême im Mai 1794

Robespierre, der ein Gegner des Kultes der Vernunft war⁹⁰ hatte sich bereits in seiner am 1 und 8 frimaire an II (21 u. 28 nov. 1793) im Pariser Club des Jacobins gehaltenen Rede für eine Beendigung der Dechristianisierung ausgesprochen. Von den Priestern und dem Fanatismus drohe nach 5 Jahren Revolution keine Gefahr mehr. Der Atheismus sei aristokratisch. Hingegen sei die Vorstellung eines über die unterdrückte Unschuld wachenden und das siegreiche Verbrechen bestrafenden Höheren Wesens ganz volkstümlich und entspreche auch dem Charakter des französischen Volkes.⁹¹

⁸⁷ In Paris bereits bis zum 5 frimaire an II (25 nov. 1793) (*Soboul*, Révolution française, 2. Partie, Chap. III, III, 2., p. 288).

⁸⁸ *Aulard*, Le culte de la raison et le culte de l'Être suprême, Chap. IV, p. 49-51, Chap. VI u. VII, p. 52-78 (in Paris), Chap. IX-XII, p. 112-194 (in den départements), Chap. XIII, p. 195-198; *La Gorce*, Histoire religieuse de la Révolution française, Tome III, Livre 17., p. 71-111 (in Paris), Livre 20., VII, p. 321-324 (in den départements); *Viguerie*, Christianisme et Révolution, 3^e Leçon, La persécution de l'an II ..., La fermeture et le pillage des églises, p. 155-156; *Staat und Kirche in Frankreich II*, Der Kultus der Vernunft ..., 1., 2 u. 3, S. 15-18 und *Soboul*, Révolution française, 2. Partie, Chap. III, III, 2., p. 288.

⁸⁹ *Aulard*, Le culte de la raison et le culte de l'Être suprême, Chap. XIV, p. 199-204, Chap. XV, p. 208-209 und *Mathiez*, Robespierre et le culte de l'Être suprême, in: *ders.*, Autour de Robespierre, Chap. IV, p. 95.

Der Culte de la raison war nur sehr kurzlebig. Bereits 3 Monate nach dem großen philosophischen Fest in der Notre Dame zweifelten seine Gründer an ihm selbst. Bei der im grundsätzlichen katholischen Mentalität der französischen Bevölkerung konnte er auch ihre religiösen Bedürfnisse nicht befriedigen. Er verschwand nahezu mit der von Robespierre erfolgten Einführung des Être suprême im Mai 1794 (*Aulard* ebd., Chap. XIV, p. 203-204, Chap. XV, p. 205-209 und unten, S. 782-784).

⁹⁰ *Mathiez*, Robespierre et le culte de l'Être suprême, in: *ders.*, Autour de Robespierre, Chap. IV, p. 94-95.

⁹¹ „... Si Dieu n'existait pas, il faudrait l'inventer. ...“ gesprochener Text (*Moniteur*, Sextidi, & Frimaire, l'an 2 ... (26 novembre 1793, ..., N° 66., République Française, Société des Amis de la Liberté et de l'Égalité, ..., Suite de la séance du 1er frimaire, Robespierre, p. 266-267 (266 linke u. mittlere Sp. (Zitat mittlere Sp.); Primidi, 11 Frimaire, l'an 2 ... (1^{er} décembre 1793, ..., N° 71., République Française, Société des Amis de la Liberté et de l'égalité, ..., Séance du 8 Frimaire, p. 286); gedruckter Text (*Robespierre*, Discours de Robespierre 1 et 8 frimaire an II).

Auch Danton forderte in der Sitzung der Convention nationale am 6 frimaire an II (26 nov. 1793), dass in ihr keine religiösen Maskenfeste mehr stattfinden. (*Moniteur*, Octidi, 8 Frimaire, l'an 2 ... (28 novembre 1793, ..., N° 68., Convention nationale, Séance du 6 frimaire, p. 275 linke Sp. „... On entend quelques députations ... renoncent à leurs fonctions ecclésiastiques. ...“, p. 275 linke-mittlere Sp.).

In dem hiervon beeinflussten Dekret der Convention nationale vom 18 frimaire an II (8 déc. 1793) war jede Gewalt gegen Kulte verboten worden. Jedoch blieben die gegen die eidesverweigernden Priester und die die

In seiner im Namen des Comité de salut public vor der Convention nationale am 18 floréal an II (17 mai 1794) gehaltenen Rede, forderte Robespierre die Anerkennung Gottes, der Unsterblichkeit der menschlichen Seele und des religiösen Empfindens. In der menschlichen Natur liegend, könne allein das religiöse Bewusstsein, ungeachtet seiner metaphysischen Wahrhaftigkeit, dem Menschen ein moralisches Bewusstsein für die Sozialadäquanz seiner diesseitigen Handlungen eingeben. Er wendete sich gegen die ihre göttliche Mission nicht erfüllenden, sondern die Macht der Könige legitimierenden Priester. Wirklicher Priester des Höchsten Wesens sei vielmehr die Natur.⁹² Entsprechend seinem Antrag dekretierte die Convention nationale am selben Tag⁹³ den Glauben an das Höchste Wesen und an die Unsterblichkeit der menschlichen Seele:

„Le peuple français reconnaît l’existence de l’être suprême et l’immortalité de l’âme.“⁹⁴

Freiheit unter dem Vorwand von Religion missbrauchenden Personen erlassenen Gesetze, sowie die von den représentants du peuple getroffenen und die im öffentlichen Wohl angeordneten Maßnahmen weiterhin bestehen (*Duvergier*, Collection des lois, Tome VI, p. 333 mit *Aulard*, Le culte de la raison et le culte de l’être suprême, Chap. XVI.-XVIII., p. 210-234 und *La Gorce*, Histoire religieuse de la Révolution française, Tome III, Livre 20., IX-XI, p. 333-344). Das Gesetz fand zuerst in den départements – représentants du peuple en mission – und in Paris wenig Beachtung (*La Gorce* ebd., X u. XI, p. 338-344; *Aulard*, Le culte de la raison et le culte de l’être suprême, Chap. XIX, p. 235-239 und *Viguerie*, Christianisme et Révolution, 3^e Leçon, La persécution de l’an II ..., La fermeture et le pillage des églises, p. 156-157).

Chaumette und seine Anhänger, insbesondere évêque constitutionnel de Paris Gobel wurden am 24 germinal an II (13 avril 1794) wegen Verweigerung dieses Gesetzes, gegen die Freiheit der Kulte und die Zerstörung der Idee des Höchsten Wesens gerichteten Maßnahmen und Bestrebungen zur Gründung der Französischen Republik auf den Atheismus zu Tode verurteilt und hingerichtet (*Moniteur*, Tridi 23 Germinal, l’an ... (s 12. avril 1794, ..., N° 203, Tribunal Criminel Révolutionnaire, Du 21 germinal. - Salle de la Liberté, p. 824; Quintidi, 25 Germinal, l’an 2 ... (l. 14. avril 1794, ..., N° 205., Tribunal Criminel Révolutionnaire, p. 830-831).

⁹² Er begreife nicht, wie die Natur dem Menschen hätte Vorstellungen eingeben können, welche nützlicher als alle Realitäten sind. Wenn die Existenz Gottes und die Unsterblichkeit der Seele alleinig Träume seien, so sind sie immer noch die schönsten aller Entwürfe des menschlichen Geistes. Es handele sich nicht darum, gegen eine philosophische Meinung zu argumentieren, sondern allein den Atheismus als eine nationale Erscheinung zu betrachten, welcher an einer systematischen Verschwörung gegen die Republik gebunden sei. Die Unsterblichkeit der menschlichen Seele ist eine ständige Mahnung an die Gerechtigkeit. Daher ist sie sozial und republikanisch. Er wisse keinen Gesetzgeber, der jemals den Atheismus nationalisiert habe. Die Fanatiker sollten sich aber nichts von uns erhoffen. Alle Sekten sollten sich, ohne Zwang und ohne Verfolgung miteinander in dem universalen Glauben an die Natur zusammenfinden. Die Glaubensfreiheit müsse respektiert werden, damit die Vernunft siegen könne. Aber diese Glaubensfreiheit dürfe nicht die öffentliche Ordnung stören und dürfe nicht zu einem Mittel der Verschwörung werden. Der wirkliche Priester des Höchsten Wesens sei die Natur. Sein Tempel sei die Welt, sein Kult die Tugend. Seine Feste seien die Freuden eines großen Volkes (*Rapport fait par Robespierre au nom de Comité de Salut Public sur les fêtes nationales décadaires: Séance du 18 Floréal: 7 mai 1794*, in: *Robespierre, Le Comité de Salut Public à la Convention Nationale. Rapports fait en son nom par Robespierre*, 5^o, p. 5-56 (12, 15, 26-27, 27-28) (gedruckter Text) und *Moniteur*, Nonidi, 19 Floréal, l’an 2 ... (J. 8 mai 1794, ..., N° 229., Convention Nationale, Séance du 18 Floréal, Robespierre, au nom du Comité de salut public, p. 924 (vielmehr 928)-932 (930 linke-mittlere Sp., 921 linke-mittlere Sp.)) (vorgetragener Text).

⁹³ *Moniteur*, Nonidi, 19 Floréal, l’an 2 ... (J. 8 mai 1794, ..., N° 229., Convention Nationale, Séance du 18 Floréal, Robespierre, au nom du Comité de salut public, p. 932 linke-mittlere Sp. Le décret présenté par Robespierre est adopté, ...“ (mittlere Sp.).

⁹⁴ Art. I (*Staat und Kirche in Frankreich II*, Der Kultus der Vernunft ..., 3., 3, S. 62-64 (62)).

Bei dieser Dekretierung der Existenz eines Höchsten Wesens und der Unsterblichkeit der menschlichen Seele seitens der Convention nationale ist zu berücksichtigen, dass trotz der Dechristianisierung die weitaus große Zahl der Franzosen dem Glauben an einen Gott verhaftet geblieben war. *Mathiez*, Robespierre et le culte de l’être

die Erfüllung von edlen zwischenmenschlichen Pflichten als die des Höchsten Wesens würdige Art seines Kultes:

„Il reconnaît que le culte digne de l'être suprême est la pratique des devoirs de l'homme.“⁹⁵

„Il met au rang de ses devoirs de détester la mauvaise foi et la tyrannie, ...“⁹⁶

und die Begehung von Festen, um den Menschen an Gott und an die Würde seines Wesens zu erinnern:

„Il sera institué des fêtes pour rappeler l'homme à la pensée de la divinité et à la dignité de son être.“⁹⁷

als den offiziellen Staatskult der Französischen Republik.

Damit war den religionsphilosophischen Vorstellungen Rousseaus entsprochen.⁹⁸

Das Fest des Höchsten Wesens fand in Paris am 20 prairial an II (8 juin 1794) unter dem Vorsitz des monatlichen Président de la Convention nationale Robespierre statt und danach in vielen Städten der auswärtigen départements.⁹⁹

suprême, in: *ders.*, *Autour de Robespierre*, Chap. IV, p. 100 „... la grande majorité des Conventionnels et la presque unanimité des Français croyaient en Dieu. ...“.

⁹⁵ Art. II (*Staat und Kirche in Frankreich II*, Der Kultus der Vernunft ..., 3., 3, S. 62-64 (62)).

⁹⁶ Art. III (*Staat und Kirche in Frankreich II*, Der Kultus der Vernunft ..., 3., 3, S. 62-64 (62)).

Sein vollständiger Inhalt „Il met au rang de ses devoirs de détester la mauvaise foi et la tyrannie, de punir les tyrans et les traîtres, de secourir les malheureux, de respecter les faibles, de défendre les opprimés, de faire aux autres tout le bien qu'on peut et de n'être injuste envers personne.“ (*ebd.*), was einem säkularisierten Dekalog entsprach.

⁹⁷ Art. IV (*Staat und Kirche in Frankreich II*, Der Kultus der Vernunft ..., 3., 3, S. 62-64 (62)). Die Namen der Feste sollten an die ruhmreichen Ereignisse der Revolution erinnern, sowie den höchsten und dem Menschen nützlichsten Tugenden der Republik entnommen werden (Art. V: *ebd.*, S. 62). Hierbei die Französische Republik jedes Jahr die Feste des 14 juillet 1789 (Sturm auf die Bastille), des 10 août 1792 (Sturz des Königtums), des 21 janvier 1793 (Hinrichtung von Louis Capet), des 31 mai 1793 (Festsetzung der Girondisten) und an jedem der 36 jours de décadi weitere Feste feiern werde (Art. VI-X: *ebd.*, S. 63). In Art XI wurde die weitere Aufrechterhaltung der Freiheit der Kulte entsprechend dem Dekret v. 18 frimaire an II (oben, S. 781-782) festgelegt (*ebd.*, S. 63).

⁹⁸ Anerkennung einer allmächtigen, weisen und wohlätigen Gottheit, einer allumfassenden Vorsehung und eines zukünftigen Lebens (oben, S. 624) als einer Staatsreligion (*Rousseau*, *Du Contrat Social*, Livre IV, Chap. III: De la Religion Civile, p. 194-202).

Aulard, *Le culte de la raison et le culte de l'être suprême*, Chap. XXI-XXIII, p. 246-278 und *La Gorce*, *Histoire religieuse de la Révolution française*, Tome III, Livre 22., I, p. 477-488 (485, 487-488), II, p. 488-492 (491), III, p. 492. IV, p. 505-506.

⁹⁹ In Paris am Vormittag und am Mittag in den Tuileries, wo Robespierre erneut über das richtige Verständnis Gottes sprach „... Il n'a point créé les rois pour dévorer l'espèce humaine; il n'a point créé les prêtres pour nous atteler, comme de vils animaux, au char des rois, et pour donner au monde l'exemple de la bassesse, de l'orgueil, de la perfidie, de la débauche et du mensonge; mais il a créé l'univers pour publier sa puissance; il a créé les hommes pour s'aider et pour s'aimer mutuellement, et pour arriver au bonheur par la route de la vertu ...“ und er eine Statue des Atheismus anzündete, aus deren Asche die Weisheit erschien (*Aulard*, *Le culte de la raison et le culte de l'être suprême*, Chap. XXIV-XXXII, p. 279-362; *La Gorce*, *Histoire religieuse*

Mit der Rückkehr zum Deismus und einem säkularisierten Dekalog sollte die jakobische Tugendrepublik metaphysisch begründet und gerechtfertigt werden, jedoch erblickte man in dem Fest des Höchsten Wesens auch bereits ein Vorspiel zu einer religiösen Erneuerung.¹⁰⁰

f) Die noch unter der Convention nationale eingetretene religiöse Entspannung mit der im Frühjahr 1795 erfolgten Trennung des Staates von den Kulturen

Nach dem Sturz von Robespierre am 9 Thermidor (27 juillet 1794)¹⁰¹ gingen, da die führenden Thermidorianer Kirchen- und Religionsfeinde waren¹⁰² und wegen des Robespierre

de la Révolution française, Tome III. Livre 22., IV, p. 499-506; *Viguerie*, Christianisme et Révolution, 3^e Leçon, La persécution de l'an II ..., L'Être Suprême, p. 175-177 und *Mathiez*, Robespierre et le culte de l'être suprême, in: *ders.*, Autour de Robespierre, Chap. IV, p. 118-122 (119): gedruckter Text der Rede und *Moniteur*, duodi, 22 prairial, l'an 2 ... (m. 10 Juin 1794, ..., N^o 262., Convention Nationale, p. 1068, linke-mittlere Sp. (linke Sp.): gesprochener Text der Rede).

¹⁰⁰ *Aulard*, Le culte de la raison et le culte de l'être suprême, Chap. XXVII, p. 323, Chap. XXX, p. 346, Chap. XXXII, p. 361-362; *La Gorce*, Histoire religieuse de la Révolution française, Tome III, Livre 22., IV, p. 505-506, V, p. 511-512; *Viguerie*, Christianisme et Révolution, 3^e Leçon, La persécution de l'an II ..., L'Être Suprême, p. 175-177; *Ledré*, L'Église de France sous la Révolution, Chap. IX, p. 181-184; *Furet-Richet*, La Révolution, Tome I, Chap. 7, La lutte contre les factions, p. 348; *Soboul*, Révolution française, 2. Partie, Chap. IV, II, 5., p. 330-332; *Grégoire*, Histoire des sectes religieuses, Tome I, Livre 1., Chap. V, p. 114; *Leflon*, La crise révolutionnaire, Livre 1., Chap. IV, § 4., Le culte de L'Être suprême, p. 126; *L. J. Rogier*, Die Kirche im Zeitalter der Aufklärung und der Revolution, 6. Kap., 3., in: *Geschichte der Kirche*, Band IV, 1. Teil, S. 135 und *Mathiez*, Robespierre et le culte de l'être suprême, in: *ders.*, Autour de Robespierre, Chap. IV, p. 122-125: nach ihm gegen eine religiös-katholische Erneuerung und allein für einen atheistischen Gott.

Zur Bedeutung Robespierres für die Überwindung des Atheismus während der Revolution *Napoléon I* in einem seiner Diktate auf Sankt-Helena „... ,Cependant ce que Robespierre n'avait pas osé faire, et ce qui lui eût été facile, s'il eût appuyé Danton, il osa tenter de l'opérer seul, après que celui-ci eut péri. Pour mettre en terme à l'athéisme, il fit proclamer l'existence de Dieu, et essaya de réhabiliter les vertus, les sciences et les arts. ...“ (*Las Cases*, Le Mémorial de Sainte-Hélène, Tome I, Mercredi 12 (Juin 1816), ... - Dictées sur la Convention, Deuxième Note, p. 722 mit p. 719).

¹⁰¹ Der bereits durch einen Suicide-Versuch schwer verwundete Robespierre wurde mit Saint-Just und 20 weiteren Robespieristen am 10 thermidor und in den nächsten Tagen weitere 86 hingerichtet (*Walter*, La conjuration du Neuf Thermidor, 1. Partie, p. 9-104 (IV-VI, p. 77-104), 2. Partie, p. 105-167 (I-V, p. 107-160), 3. Partie, p. 169-287, 4. Partie, I-XII, p. 291-537 (I, p. 291-293, II, p. 313-317, XII, p. 505-537) und *Furet-Richet*, La Révolution, Tome I, Chap. 7, p. 354-357 mit p. 344-345, 348-349, 350-353).

¹⁰² Jean-Lambert Tallien (23. Jan. 1767-16. Nov. 1820) seit 23. Aug. 1793 représentant en mission in den départements Lot-et-Garonne, Dordogne und Gironde, begünstigte die dortige Dechristianisierung und organisierte in Bordeaux am 20 frimaire an II (10 déc. 1793) das Fête de la Raison,

Joseph Fouché (21. Mai 1754-26. Dez. 1820) war als in die départements Nièvre und Allier entsandter représentant en mission der Hauptinitiator der Dechristianisierung,

Louis Stanislaus Fréron (1754-1802) beteiligte sich an den gegen Geistliche insbesondere begangenen Septembermorden im Jahre 1792,

Jean Nicolas François Barras (30. Juni 1755-22. Jan. 1829) aus einer der ältesten provenzalischen Familien stammend, dem Versailler Hofadel zugehörend, auch in die Halsbandaffaire verstrickt, bekundete den Atheismus (*Soboul*, Dictionnaire Révolution française, Tallien, p. 1015-1016, Fouché Joseph, p. 462-467 (463-464), Fréron Louis-Stanislas, p. 484, Barras Jean Nicolas ..., p. 80-83 (80); *Aulard*, Le culte de la raison et le culte de l'être suprême, Chap. XI, p. 181-182 und *Godechot*, Les institutions de la France sous la Révolution et l'Empire, Livre 4, Chap. VII, I, p. 527).

zugeschobenen Verdacht einer religiösen Erneuerung, dessen Culte de l'Être suprême bald in Vergessenheit geriet,¹⁰³ die Verfolgungen gegen die Geistlichen zunächst weiter.¹⁰⁴

Das von der Convention nationale am 2^e jour des sans-culottides an II (18 sept. 1794) erlassene Dekret legte die Einstellung von Bezügen und Kosten an jegliche Kulte durch die Republik fest.¹⁰⁵

Nachdem abbé Grégoire in seiner Rede vor der Convention nationale am 1 nivôse an III (21 déc. 1794) die Freiheit der Kulte und eine Trennung von Staat und Kirche forderte¹⁰⁶ und auch im Frühjahr 1795 die momentane Befriedigung der Vendée und der Chouans, einer unabhängig von den ansonsten in Frankreich geltenden Dekreten freien Religionsausübung, glückte,¹⁰⁷ machte sich eine allgemeine religiöse Entspannung bemerkbar.¹⁰⁸

¹⁰³ Dies insbesondere, weil er in Robespierres persönlichen religiösen Vorstellungen begründet war (*Aulard*, *Le culte de la raison et le culte de l'être suprême*, Chap. XXXIII, p. 363-368 und *Dansette*, *Histoire religieuse de la France*, Livre 2., VI, p. 119).

¹⁰⁴ Ihre Gefangenen wurden nur zögernd freigelassen (*La Gorce*, *Histoire religieuse de la Révolution française*, Tome IV, Livre 24., II u. III, p. 10-18 und *Viguerie*, *Christianisme et Révolution*, 4^e leçon, p. 178, *L'accalmie, Un régime de semi-liberté*, p. 180-181) und wurde am 27 brumaire an III (17 nov. 1794) durch ein Dekret der Convention nationale die Religion aus dem Unterricht der écoles primaires gestrichen (Chap. IV., Art. 2-10, in: *Duvergier*, *Collection des lois*, Tome VII, p. 328-329 (329)).

¹⁰⁵ *Duvergier*, *Collection des lois*, Tome VII, p. 281, insb. Art. I „La République française ne paie plus les frais ni les salaires d'aucun culte.“ Der Antrag war von Cambon, au nom du Comité des finances an die Convention nationale gebracht worden (*Moniteur*, 4e Sanculottide de l'an 2 ... (s. 20 7bre 1794, ..., N° 364., Convention Nationale, Séance de la 2e Sanculottide de l'an., p. 1495 mittlere Sp.-1496 rechte Sp., (Cambon, au nom du Comité des finances)).

¹⁰⁶ *Moniteur*, Tridi 3 Nivôse, l'an 3 ... (m. 23 xbre 1794 ..., N° 93., Convention Nationale, Séance du 1er nivôse, Grégoire, p. 388; Quartidi, 4 Nivôse, l'an 3 ... (m. 24 xbre 1794 ..., N° 94, Convention Nationale, Suite de la séance du 1er nivôse, Suite du discours de Grégoire, p. 891-892 (vorgetragener Text der durch mehrere Unterbrechungen nicht vollständigen Rede) und *Grégoire*, *Oeuvres*, Vol. II, *Discours sur la liberté des cultes* ..., p. 359-374 (gedruckter und vollständiger Text der Rede).

¹⁰⁷ Der bereits vor dem 9 Thermidor (27 juillet 1794) erneut unter Charette und Stofflet entflammte Vendée-Krieg und der von den Chouans im Frühjahr 1794 in der Bretagne und in der Normandie begonnene Aufstand, wurden durch die von den représentants en mission de l'armée de l'ouest mit Charette am 29 pluviôse an III (17 févr. 1795) bei La Jaunaye, mit Stofflet am 13 floréal an III (2 mai 1795) in Saint Florent und mit den Führern der Chouans am 1 floréal an III (20 avril 1795) in Mabilais getroffenen inhaltsähnlichen Vereinbarungen beendet. Die Vereinbarungen von La Jaunaye gewährten den Vendéer eine freie Religionsausübung, unabhängig von den ansonsten in Frankreich geltenden Dekreten, ein Vergessen des Vergangenen, die Zurückgabe der enteigneten und weggenommenen Güter, die Ableistung des Wehrdienstes in eigenen gardes territoriaux, eine teilweise Entschädigung für die weggenommenen Güter, und sie enthielten mit Wahrscheinlichkeit, auch die geheime mündliche Vereinbarung über die Verbringung des im Pariser Temple einsitzenden zehnjährigen ehemaligen Dauphin in die Vendée (*Muret*, *Guerres de l'ouest*, Tome II, Chap. VII., p. 164-179, Chap. VIII.-XI., p. 180-272 mit Pièces justificatives, p. 441-442, 448, Tome III, Chap. VII.-XIII., p. 222-463; *Les guerres de l'ouest 1793-1815*, p. 10 (Karte), 6., p. 209-220, 7., p. 230 (Karte), p. 232-239, 241, La première ..., p. 243-255; *Montagnon*, *Les guerres de Vendée*, VII, p. 218-234 mit Chronologie, p. 407-408, Cartes, p. 412-415; *Lagniau*, *Les guerres de Vendée, Les Colonnes Infernales* ..., p. 75-82, *Les négociations* ..., p. 83; *Doré Graslin*, *Itinéraires de la Vendée militaire*, Chap. III, Juin 1794-Samedi 2 mai (1795), p. 140-170; *Furet-Richet*, *La Révolution*, Tome II, Chap. 1, p. 39-41 und *Duvergier*, *Collection des lois*, Tome VIII, p. 25-26 (3 ventôse an III), p. 127 (11 prairial an III).

¹⁰⁸ *La Gorce*, *Histoire religieuse de la Révolution française*, Tome IV, Livre 24., IV-VII, p. 19-49; *Viguerie*, *Christianisme et Révolution*, 4^e leçon, *L'accalmie, Un régime de semi-liberté*, p. 181-183 und *Aulard*, *Le Christianisme et la Révolution française*, Chap. IV, I., p. 128-129.

Von der Convention nationale wurde am 3 ventôse an III (21 févr. 1795) unter Bezugnahme auf Art. VII der neuen Déclaration des droits de l'homme vom 24. Juni 1793 und Art. CXXII der Verfassung vom selben Tag¹⁰⁹ den Kulte die freie Ausübung ihrer Zeremonien in den hierzu bestimmten Örtlichkeiten zugebilligt. Die Französische Republik stellte hierfür weder Räumlichkeiten noch übernahm sie Lohnzahlungen.¹¹⁰

¹⁰⁹ In der von der Convention nationale am 24 juin 1793 beschlossenen Verfassung (*Duvergier*, Collection des lois, Tome V, p. 352-358), durch Volksentscheid juillet 1793 mit 1 801 918 voix oui gegen 11 610 voix non bei mindestens 4 300 000 abstention plebiszitär angenommen (*Godechot*, Les institutions de la France sous la Révolution et l'Empire, Livre III, Chap. I, III, p. 285-287 (286)), welche jedoch bei der von der Convention nationale am 19 vendémiaire an II (10 oct. 1793) beschlossenen vorläufigen Regierung Frankreichs als bis zum Friedensschluss für weiter revolutionär (*Duvergier* ebd., Tome VI, p. 219-220, insb. Art. I, p. 219) niemals in Kraft trat (*Godechot* ebd., p. 288), war eine neue *Déclaration des droits de l'homme et du citoyen* vorangestellt worden (p. 352-353). Ihr Art. VII sah die freie Meinungs-, Versammlungs- und Kultausübung vor „Le droit de manifester sa pensée ...; le droit de s'assembler paisiblement, le libre exercice des cultes, ne peuvent être interdits. ...“ (p. 352). In Art. CXXII war mit den individuellen Freiheitsrechten auch die Kultausübung nochmals gewährleistet worden „La constitution garantit à tous les Français l'égalité, la liberté, la sûreté, la propriété, ..., le libre exercice des cultes, ...“ (p. 357), insg. (*ebd.*).

¹¹⁰ *Duvergier*, Collection des lois, Tome VIII, p. 25-26. Das Dekret wurde von *Boissy d'Anglas*, au nom des Comités de salut public, de sûreté générale et de législation réunis vor der Convention nationale beantragt (*Moniteur*, Sextidi, 6 ventôse, l'an 3 ... (m 24 Février 1795 ..., N° 156., Convention Nationale, Séance du 3 ventôse, p. 638 mittlere Sp.-p. 640 mittlere Sp. *Boissy-d'Anglas*, au nom ..., (p. 638 mittlere Sp.-p. 640 linke Sp.)). Art. I „Conformément à l'article 7 de la Déclaration des Droits de l'Homme, et à l'article 122 de la Constitution, l'exercice d'aucun culte ne peut être troublé.“, Art. II „La République n'en salarie aucun.“, Art. III „Elle ne fournit aucun local; ni pour l'exercice du culte, ni pour le logement des ministres.“ (*Duvergier* ebd., p. 25). Das Dekret untersagte insbesondere: Jede Zeremonie außerhalb den hierfür bestimmten Örtlichkeiten (Art. IV), keine Anerkennung der ministre du culte durch das Gesetz, niemand darf in der Öffentlichkeit in religiöser Kleidung erscheinen (Art. V), keine öffentlichen Hinweise und keine öffentliche Versammlung dürfen die Bürger zum Besuch der Kulte auffordern (Art. VII), die Gemeinden dürfen für die Ausübung der Kulte keine Lokalität erwerben oder anmieten (Art. VIII). Jede Versammlung von Bürgern zur Ausübung der Kulte steht unter der Aufsicht der Behörden, welche polizeiliche Maßnahmen und solche der öffentlichen Ordnung in sich einschließen (Art. VI) (p, 25).

Bei dem zu Beginn des Jahres verstärkt und offen einsetzenden Royalismus¹¹¹ wurde in den auswärtigen départements wieder die Benutzung der Kirchen gefordert,¹¹² worauf die Convention nationale am 11 prairial an III (30 mai 1795) die Zurückgabe von noch nicht veräußerten Kirchen an die Kulte zu ihrer eigenen Ausbesserung und Unterhaltung dekretierte, wobei die sie benutzenden ministres des cultes einen Akt der Unterwerfung unter die Gesetze der Republik abgeben mussten.¹¹³ Die Unterwerfung führte erneut zu einer

¹¹¹ Die royalistische Reaktion hatte mit dem 9 Thermidor (27 juillet 1794) eingesetzt, welche Monarchisten mit dem Ende der Terrorherrschaft auch ihre Stunde für gekommen sahen. Bis Anfang des Jahres 1795 war sie durch die Freilassungen der royalistisch Inhaftierten und den Säuberungen der Ämter von den Robespierriern und Jakobinern gekennzeichnet. Mit Januar 1795 nahm sie bei den von der Convention nationale erlassenen Dekreten: 22 nivôse an III (11 janv. 1795) mit der gestatteten Rückkehr der seit dem 1. Mai 1793 emigrierten Arbeitern und Landwirten (*Duvergier*, Collection des lois, Tome VII, p. 371-372), 3 ventôse an III (21 févr. 1795) mit der Freiheit zur Kultausübung in den hierfür bestimmten Örtlichkeiten (oben, S. 786), 5 ventôse an III (23 févr. 1795) mit der überwachenden Verbringung aller seit dem 9 Thermidor entlassenen oder vorläufig ihrer Ämter enthobenen öffentlichen Bedienten zu ihren Heimatgemeinden (*Duvergier* ebd., Tome VIII, p. 27 und *Moniteur*, Sextidi, 6 ventôse, l'an 3 ... (m 24 Février 1795 ..., N° 156., Convention Nationale, p. 640 rechte Sp., N.B.), 22 germinal an III (11 avril 1795) mit der gestatteten generellen Rückkehr aller seit dem 1. Mai 1793 Emigrierten (*Duvergier* ebd., Tome VIII, p. 75 und *Moniteur*, Quartidi, 24 germinal, l'an 3... (l. 13 Avril 1795, ..., N° 204, Convention Nationale, Séance du 22 Germinal, p. 832 mittlere und rechte Sp.) und v. 11 prairial an III (30 mai 1795) und mit den Zurückgaben der noch nicht veräußerten Kirchengüter (unten, S. 787), durch die damit bewirkte Polarisierung von Monarchisten, Bourgeoisie und Jakobinern, und den zu Tage tretenden persönlichen Vergeltungsmaßnahmen der Monarchisten, einen verschärften und terrorisierenden Charakter an. Die überwiegend dem früheren Versailler Hofadel zugehörige Umgebung des sich nach der Hinrichtung von Louis Capet am 21. Jan. 1793 am 28. Jan. zum Regenten erhobenen und seit Juni 1794 in Verona residierenden Comte de Provence, welcher sich nach dem Tod des Dauphin am 8. Juni 1795 zum Louis XVIII proklamierte, des in England lebenden Comte d'Artois und des in Venedig als Agent des Comte de Provence wirkenden und die auswärtigen Mächte zum Einmarsch nach Frankreich anzettelnden Comte d'Antraigues wollte die Zurückkehr zum Ancien Régime. Jedoch waren ihnen die konstitutionellen Monarchisten der früheren Feuillants nicht wohl gelitten, die insbesondere von Großbritannien gefördert wurden. Die reaktionär-monarchistische Presse gewann durch Geldzuwendungen die Oberhand gegenüber der jakobinischen. Die Monarchisten bedienten sich zu ihren Aktionen insbesondere der Jeunesse-dorée, einer aus der Bourgeoisie-Jugend, den niederen Juristenberufen, von Bankangestellten, Ladendienern, Dienstverweigerern und Deserteuren zusammengesetzten und Jagd auf die Jakobiner und Sansculotten machenden Schlägertruppe. Während die monarchistische Reaktion als solche ganz Frankreich erfasste, war der den früheren jakobinischen Terror örtlich noch übersteigende im März 1795 einsetzende Terreur blanche, in dem Gebiet zwischen der Saône, Rhône, der Mittelmeerküste, den Alpen und dem Jura, und hierbei vor allem in der Lyoner Gegend, im Tal der Rhône, der Provence und im Languedoc besonders existent. In Paris und im Norden Frankreichs war bei den dortigen zahlreicheren Jakobinern und Sansculotten der blanche terreur weniger militant. Jedoch erhielt in Paris der Monarchismus durch die Niederwerfungen der beiden dortigen letzten Volkserhebungen des germinal (März/April 1795) und prairial (mai 1795) seinen eigenen Auftrieb (*Godechot*, La contre-révolution, 2. Partie, Chap. XIII, 1., p. 264-273; *Soboul*, Révolution française, 2. Partie, Chap. V, I, 2. u. 3., p. 350-357, III, 2., p. 369-370, 3., p. 374; *Furet-Richet*, La Révolution, Tome II, Chap. 1, p. 7-11, 28-37, 62-65; *Jaurès*, Histoire socialiste, Tome V, Chap. VIII, p. 98-107; *Lefebvre*, Les Thermidoriens, Chap. VII, p. 128-139; *Gendron*, La Jeunesse dorée, Introduction, p. 1-2, Chap. I, p. 3-4, I., p.4-11, III.-V., p. 28-52, Chap. II-IV, p. 53-254, Chap. V, p. 255-259, I., p. 259-279, II., p. 279-298, Conclusion, p. 323-330, Sources et Travaux, Sources, 2., c), p. 338, Annexe II, p. 349-355, Appendice 3 u. 4, p. 408-409, Appendice 5, p. 410, 413-416; *Fain*, Manuscrit de l'an trois, 5. Partie, Chap. I., p. 295-307, Chap. II., p. 308-322; *Guérin*, Bourgeois et bras nus, Chap. XII, p. 292 und *Dubois de Crancé*, Analyse de la Révolution française, Pièces annexes, Pièce N° II, p. 306-311).

¹¹² *La Gorce*, Histoire religieuse de la France, Tome IV, Livre 24., X, p. 62-63 und *Viguerie*, Christianisme et Révolution, 4^e leçon, Un régime de semi-liberté, p. 185.

¹¹³ *Duvergier*, Collection des lois, Tome VIII, p. 127: Die Kirchengüter mussten am premier jour de l'an II (22 sept. 1793) im Besitz von den Bürgern der Gemeinde gewesen sein (Art. I). Der Akt der Unterwerfung unter die Gesetze der Republik musste vor der municipalité des Ortes der Kultausübung bei einer angedrohte Ordnungsstrafe von 1 000 livres abgegeben werden (Art. V).

Spaltung des Klerus¹¹⁴ und es war damit die Kultausübung in der Öffentlichkeit auch weiterhin nicht gestattet.¹¹⁵

Die Trennung von Staat und Kirche in der Französischen Republik war vollständig durchgeführt.¹¹⁶ Das Comité de législation erklärte auch zur allgemeinen Geltung der Constitution civile in einem Rundschreiben an alle départements am 29 prairial an II (17 juin 1795), dass diese kein Gesetz der Republik mehr sei, und man auch der Ausübung der Kulte seitens der Convention nationale kein Hindernis entgegenbringen wolle.¹¹⁷

In der Verfassung des Direktoriums vom 5 fructidor an III (22 août 1795), am 4 brumaire an IV (26 oct. 1795) in Kraft getreten¹¹⁸ wurde dem einzelnen die Freiheit der Kultausübung im Rahmen der Gesetze gestattet, welche Französische Republik für die Kulte weiterhin keine finanziellen Leistungen übernahm:

„Nul ne peut être empêché d'exercer, en se conformant aux lois, le culte qu'il a choisi.

¹¹⁴ *Soboul*, Révolution française, 3. Partie, Chap. I, I., p. 384; *La Gorce*, Histoire religieuse de la France, Tome IV, Livre 24., X, p. 64-65 und *Pisani*, L'Église de Paris et la Révolution, Tome II, Chap. VI, p. 210-211.

¹¹⁵ *Soboul*, Révolution française, 3. Partie, Chap. I, I., p. 384.

¹¹⁶ *Viguerie*, Christianisme et Révolution, 4^e leçon, Un régime de semi-liberté, p. 183-184.

¹¹⁷ Das Rundschreiben erfolgte zur Erläuterung von der in Art. V des Dekrets v. 11 prairial an III (30 mai 1795) von den ministères du culte abzugebenden Aktes ihrer Unterwerfung unter die Gesetze der Republik (oben, S. 787) „... vous n'apportiez un obstacle au libre exercice des cultes que la Convention nationale veut de plus en plus assurer et faciliter. ... Il serait inutile de vous observer que la constitution civile de clergé n'est plus une loi de la République, s'il ne s'était élevé à cet égard des prétentions qui ne peuvent désormais être autorisées.“ (*Gazier*, Études sur l'histoire religieuse de la Révolution française, Livre III, Chap. V, p. 294-295 (295) und *La Gorce*, Histoire religieuse de la Révolution française, Tome IV, Livre 24., X, p. 66).

In dem die Inhalte der beiden Dekrete vom 3 ventôse und 11 prairial an III zu der gestatteten Kultausübung in den Örtlichkeiten näher präzisierenden Dekret vom 7 vendémiaire an IV (29 sept. 1795) musste jeder ministre du culte eine Deklaration zur Anerkennung der Gesamtheit der französischen Bürger als Souverain und ihrem Gehorsam und Unterwerfung unter die Gesetze der Republik abgeben. Es wurde jede religiöse Zeremonie außerhalb der für die Kulte bestimmten Orten und in privaten Häusern bei Versammlungen von mehr als 10 Personen verboten, durften keine religiösen Sinnbilder außerhalb von Tempeln verwendet werden, wurde die religiöse Kleidung in der Öffentlichkeit untersagt, gab es keine Steuern und staatliche Zuweisungen für die Kulte (*Duvergier*, Collection des lois, Tome VIII, p. 293-296).

¹¹⁸ Nach dem Auseinandertreten der Convention nationale am 4 brumaire an IV (26 oct. 1795) um 2 Uhr 30 nachmittags (*Moniteur*, Quartidi, 14 brumaire, l'an 4 ... (j. 5 9bre 1795 ..., N° 44., Convention Nationale, Suite de la séance du 4 brumaire, p. 175 linke Sp., p. 175 linke-mittlere Sp., p. 175 mittlere Sp. Réunion générale du corps législatif).

Das 5 köpfige Direktorium regierte seit dem 11 brumaire an IV (2 nov. 1795) (*Recueil des actes du Directoire exécutif*, Tome I, Séance du 11 brumaire an IV 2 novembre 1795, p. 1-6, Appendice, p. 7-8).

Das Direktorium wurde vom Corps Législatif in der Weise bestimmt, dass der Conseil des Cinq-Cents für jeden der zu wählenden 5 directeurs einen zehnköpfigen Vorschlag machte, woraus der Conseil des Anciens seine Mitglieder wählte. Jedes Jahr schied durch Los einer der directeurs aus und musste ein neuer gewählt werden (Titre VI, Art. 132, 133 u. 137 der Verfaung des Direktoriums, in: *Duvergier*, Collection des lois, Tome VIII, p. 223-242 (231). Die erste Wahl erfolgte am 10 brumaire an IV: 1 nov. 1795) (*Recueil des actes du Directoire exécutif* ebd., p. 1-3).

Nul ne peut être forcé de contribuer aux dépenses d'un culte. La République n'en salarie aucun(1).“¹¹⁹

Damit war erneut und auch für die Zukunft die Trennung von Staat und den Kulturen verfassungsrechtlich festgeschrieben.

g) Das weitere Festhalten an spezifisch priesterfeindlichen Maßnahmen

Trotz der festgeschriebenen Trennung von Staat und den Kulturen hielt man an spezifisch priesterfeindlichen Maßnahmen fest. Das Comité de sûreté générale ließ weiterhin die nach dem 9 Thermidor zurückgekehrten Priester der *église réfractaire*¹²⁰ festnehmen und verhängte Todesurteile.¹²¹

In den beiden Dekreten der Convention nationale vom 20 fructidor an III (6 sept. 1795)¹²² und vom 3 brumaire an IV (25 oct. 1795)¹²³ wurden wieder Priester deportiert und eingesperrt. Ein am 4 brumaire an IV (26 oct. 1795) erlassenes Dekret, im welchen für die Zeit des allgemeinen Friedens die Abschaffung der Todesstrafe und eine generelle Amnestie für alle Revolutionsvergehen festgelegt wurde, nahm die deportierten oder der Deportation unterliegenden Priester hiervon aus.¹²⁴

¹¹⁹ Titre XIV, Art. 354 (*Duvergier*, Collection des lois, Tome VIII, p. 223-242 (240-241)).

Titre XIV, Art. 374 sah die grundsätzliche Nichtzurückgabe der Kirchengüter vor „La nation française proclame pareillement, comme garantie de la foi publique, au'après une adjudication légalement consommée de biens nationaux, quelle qu'en soit l'origine, l'acquéreur légitime ne peut en être dépossédé, sauf aux tiers réclamans à être, s'il y a lieu, indemnisés par le Trésor national.“ (p. 241).

¹²⁰ Obgleich das Comité de législation in dem am 29 prairial an III (17 juin 1795) an alle départements gerichteten Schreiben, für die Ausübung des Kultes von den ministres des cultes allein ihre nach dem Dekret v. 11 prairial an III (30 mai 1795) verlangte Unterwerfung unter die Gesetze gefordert hatte (oben, S. 788).

¹²¹ *Viguerie*, Christianisme et Révolution, 4^e leçon, L'accalmie, Un régime de semi-liberté, p. 188.

¹²² Alle Priester, welche auf Grund früherer Gesetze ausgewiesen, jedoch auf das Territorium der Republik zurückgekehrt waren, wurden deportiert und wurde jedem ministre du culte, welcher den nach dem Gesetz vom 11 prairial an III (30 mai 1795) geforderten Eid verweigerte, seine Festnahme angedroht (*Duvergier*, Collection des lois, Tome VIII, p. 265).

¹²³ Die Anwendung der während der Jahre 1792 und 1793 gegen die deportierten und eingesperrten Priester erlassenen Gesetze – innerhalb von 24 Stunden nach Bekanntmachung – wurde bekräftigt, die gegen die Anwendung dieser Gesetze verstoßenden öffentlichen Bedienten wurden ihrerseits zu 2 Jahre Haft verurteilt (Art. X, in: *Duvergier*, Collection des lois, Tome VIII, p. 354-355 (354)).

¹²⁴ Das Dekret war nach dem von dem ministre de la justice Abrial an die Gerichtsbehörden gerichteten Brief bis zu einer näheren Präzisierung seines Inhaltes in seiner Anwendung ausgesetzt. Sein Art. VIII enthielt die mehreren Ausnahmen von der angekündigten Amnestie „Sont formellement exceptés de l'amnistie: 1^o Ceux ... de la conspiration de vendémiaire; 2^o ...; 3^o Les prêtres déportés ou sujets à la déportation; 4^o Les fabricateurs de faux assignats ou de fausse monnaie; 5^o Les émigrés rentrés ou non sur le territoire de la République.“ (*Duvergier*, Collection des lois, Tome VIII, p. 445). Auch wurden 6 Todesurteile gegen Priester erlassen. In Vesoul, chef-lieu du département de la Haute-Saône am 15. Jan. 1796 eines, in Saint-Omer im département Pas-

h) Die Wiederbelebung des katholischen Kultes im Frühjahr 1795 und die neue *église gallicane*

Bei der Trennung von Staat und den Kulturen fand jedoch auch eine Wiederbelebung des katholischen Kultes statt.

In Paris war nach dem Dekret vom 3 ventôse an III (21 févr. 1795) über die freie Ausübung der Kulte in den hierfür bestimmten Örtlichkeiten¹²⁵ sofort eine Wiederbelebung des katholischen Kultes in den vorhandenen Kirchen, insbesondere an den ehemaligen Sonntagen und an den Feiertagen erfolgt.¹²⁶

de-Calais am 16. Febr. 1796 eines und im département Morbihan zwischen Dez. 1795 und März 1796 vier (*Godechot, Les institutions de la France sous la Révolution et l'Empire, Livre 4, Chap. VII, I, p. 527* und *La Grande Encyclopédie inventaire raisonné des sciences, des lettres et des arts, Tome XXIX, Saône (Dép. de la Haute-) ..., p. 466-478 (Histoire depuis 1789, p. 471, Karte zwischen p. 466-467), Tome XXVI, Pas-de-Calais (Dép. du) ..., p. 32-45 (Histoire depuis 1789 ..., p. 36, Karte zwischen p. 32-33).*

¹²⁵ Oben, S. 786.

¹²⁶ Bereits am 3 ventôse an III (21 févr. 1795), nach der Sitzung der Convention nationale, versammelten sich Bürger im Jardin national, und äußerten die Überzeugung, dass das Dekret die besten Auswirkungen in den départements haben werde (*Rapport du Bureau central de Paris du 4 ventôse*, in: *Paris pendant la Réaction thermidorienne et sous le Directoire, Tome I, CCIX 3 ventôse an III ..., Esprit public. ..., p. 497*). Am nächsten Tag wurde das Dekret bei seinem Bekanntwerden mit allgemeiner Freude und Zufriedenheit aufgenommen (*Rapport ... du 5 ventôse* und die *Berichte der Gazette française v. 3 ventôse* und des *Courrier républicain v. 5 ventôse*, in: *ebd.*, CCX 4 ventôse an III ..., *Esprit public*, p. 499-500 (500), *Journaux*, p. 501-502).

11 ventôse (1 mars 1795) „sonntags“, fanden mehrere Messen in ruhiger Atmosphäre statt (*Rapport du Bureau central de Paris du 12 ventôse*, in: *ebd.*, CCXVII 11 ventôse an III ..., *Esprit public*, p. 520-521).

18 ventôse (8 mars 1795) „sonntags“, waren die Geschäfte in vielen Quartiers geschlossen, hingegen wurden in mehreren Kirchen die Messe gelesen. Der *Courrier républicain* berichtet am 19 ventôse „...Paris, 18 ventôse. C'est aujourd'hui dimanche, suivant l'ère catholique. Dans plusieurs quartiers de Paris, les boutiques des marchands sont fermées, et l'on voit de longues queues autour des maisons où l'on célèbre la messe. Ainsi, il paraît que le peuple français, même à Paris, est encore loin de l'esprit philosophique auquel on a voulu le former.'...“ (*ebd.*, CCXXIV 18 ventôse an III ..., *Journaux*, p. 542). Nach dem *Rapport du Bureau central de Paris du 10 (vielmehr 19) ventôse* rief die Freiheit der Kulte bei den Meinungen eine genehme Abwechslung hervor. An zahlreichen Orten wurden die Tempel geöffnet, alles geschah mit Anstand und Ruhe (*ebd.*, *Esprit public. ..., p. 540*).

19 ventôse (9 mars 1795) wurde gleichfalls in mehreren Quartiers der katholische Kult in den geöffneten Kirchen und mit vielen Personen gefeiert (*Rapport du Bureau central de Paris du 20 ventôse* und den *Bericht des Journal de Perlet v. 20 ventôse*, in: *ebd.*, CCXXV 19 ventôse an III ..., *Esprit public. ..., p. 542, Journaux*, p. 546).

25 ventôse (15 mars 1795) „sonntags“, gab es große Schlangen zu den Messen, und hätte ein Fremder sofort erkannt, dass heute ein Sonntag ist, und wurden auch in der Umgebung von Paris die Feste in der alten Feierlichkeit begangen (*Bericht der Gazette française v. 26 ventôse*, in: *ebd.*, CCXXXI 25 ventôse an III ..., *Journaux*, p. 566-567).

14 germinal (3 avril 1795) „karfreitags“, wurde der katholische Gottesdienst in der früheren Kirche Saint-Germain-des-Près mit viel Anstand und Ruhe begangen (*Rapport du Bureau central der Paris du 15 germinal*, in: *ebd.*, CCLI 14 germinal an III ..., *Surveillance*, p. 636).

16 germinal an III (5 avril 1795) „Ostersonntag“, wurde der katholische Kult mit einer großen Anteilnahme der Bürger, und insbesondere der Bürgerinnen an mehreren Örtlichkeiten in Paris, ohne jegliche Störungen gefeiert, und fand in der Commission de législation eine gegensätzliche Diskussion über die Kolonien nicht statt, da évêque Grégoire, ihr Mitglied, an diesem Tag die messe pontificalment las (*Berichte der Vedette v. 18 germinal und der Nouvelles politiques v. 19 germinal*, in: *ebd.*, CCLIII 16 germinal an III ..., *Journaux*, p. 640).

Bei dem nachfolgenden Dekret vom 11 prairial an III (30 mai 1795) über die Zurückgabe der noch nicht veräußerten Kirchen,¹²⁷ waren durch die Anordnungen des département de Paris und der Convention nationale vom 30 prairial an III (18 juin 1795) 15 frühere Kirchen in Paris den religiösen Kulturen wieder zur Verfügung gestellt worden,¹²⁸ in denen von Mitte Juli an der katholische Kult wieder mit Anstand und ohne gegen die von den Regierungen festgelegten Prinzipien zu verstoßen, gefeiert wurde.¹²⁹

23 germinal (12 avril 1795) „sonntags“, wurde der katholische Dienst gleichfalls an verschiedenen Orten in Paris mit der gewünschten Ruhe und unter der Teilnahme von vielen Personen gefeiert (*Rapport du Bureau central de Paris du 24 germinal*, in: *ebd.*, CCLX 23 germinal an III ..., *Surveillance*, p. 654-655).

16 prairial (4 juin 1795) „Fête de la Saint-Sacrement“, hatten während des ganzen Tages die Katholiken ihre Geschäfte geschlossen. Die dem katholischen Kult gewidmeten Gebäude waren während des ganzen Tages voll gefüllt mit frommen Gläubigen, die vor Freude über die alten Kirchenzeremonien feierten (*Bericht des Messenger du soir v. 18 prairial*, in: *ebd.*, CCCXIII 16 prairial an III ..., *Journaux*, p. 767-768).

¹²⁷ Dekret v. 11 prairial an III (30 mai 1795). Nach seinem Art. III sollte in jedem der 12 Pariser arrondissements 1 Kirche zurückgegeben werden (*Duvergier*, *Collection des lois*, Tome VIII, p. 127).

¹²⁸ Die 12 in Paris selber gelegenen früheren Kirchen: Saint Thomas d'Aquin, Saint-Sulpice, Saint-Jacques-du-Haut-Pas, Saint-Etienne-du-Mont, Notre-Dame, Saint-Médard, Saint-Roch, Saint-Eustache, Saint-Germain-l'Auxerrois, Saint-Méry, Saint-Nicolas-des-Champs und Saint-Gervais wurden zur freien Ausübung den Kulturen zur Verfügung gestellt (*Bericht der Gazette française v. 3 messidor*, in: *Paris pendant la Réaction thermidorienne et sous le Directoire*, Tome II, CCCXXIX 2 messidor an III ..., *Journaux*, p. 27). Dies wurde von der Convention nationale in ihrem Dekret v. 30 prairial an III (18 juin 1795) bestätigt und in den Vororten von Paris die 3 Kirchen von Saint-Laurent, Saint-Philippe-du-Roule und Saint-Marguerite hinzugefügt (*Moniteur*, Tridi, 3 messidor, l'an 3 ... (d. 21 juin 1795 ..., N° 273., *Convention Nationale, Séance du 30 prairial*, p. 1101 mittlere Sp. und *Paris ebd.*, p. 27).

¹²⁹ In allen 15 Kirchen wurde der katholische Kult am 3 messidor an III (21 juin 1795) wieder eröffnet, mit Pracht und Feierlichkeiten und mit vollen Gebäuden (*Rapport du Bureau central de Paris du 4 messidor* und den *Bericht des Messenger du soir v. 5 messidor*, in: *Paris pendant la Réaction thermidorienne et sous le Directoire*, Tome II, CCCXXX 3 messidor an III ..., *Cultes*, p. 28, *Journaux*, p. 29).

25 messidor an III (13 juillet 1795) „sonntags“, wurden die Kulte in den Kirchen mit Ordnung und Anstand geführt, und es gab keinerlei Verstöße gegen die Grundsätze der Regierung (*Rapport du Bureau central de Paris du 26 messidor*, in: *ebd.*, CCCLII 25 messidor an III ..., *Culte*, p.76).

Nach dem *Rapport du Bureau central de Paris (département de Paris) pour le mois de thermidor an III* ereignete sich während der 1. décade (19-28 juillet 1795) im département Paris nichts, was gegen die in den Kirchengebäuden zu herrschende Ordnung und Ruhe ist und forderten die Bürger immer die Öffnungen der Gebäude von Notre-Dame, Saint-Sulpice, Saint-Nicolas und Saint-Laurent und erkundigten sich andere nach verschiedenen Anliegen zum Gebrauch des Kultes. Während der 2. décade (29 juillet-7 août 1795) waren noch nicht alle 15 Kirchen den Bürgern zum Gebrauche zurückgegeben, Saint-Sulpice und Saint-Laurent waren noch nicht frei. Während der 3. décade (8-17 août 1795) wurden die Gesetze über die Freiheit der Kulte eingehalten, überwachte das département, dass keinerlei Spaltungen entstehen, welche Unruhe zwischen den Bürgern entstehen lassen könnten, wurde Notre-Dame zu Mariä Himmelfahrt geöffnet, auch Saint-Laurent, wo der katholische Kult am 6. Tag dieser décade, an einem nach dem alten Kalender Sonntag gefeiert wurde (*ebd.*, CCCLXXXVII 30 thermidor an III ..., p. 175-176).

In Notre-Dame wurde Mariä Himmelfahrt am 28 thermidor an III (15 août 1795) mit großer Pracht und von einer großen Menschenmenge gefeiert (*Bericht der Gazette française v. 29 thermidor*, in: *ebd.*, CCCLXXXV 28 thermidor an III ..., *Journaux*, p. 168).

Gleiches auch in den Kirchen der Weihnachtstag am 3 nivôse an IV (24 déc. 1795) (*Rapport du Bureau central de Paris du 5 nivôse*, in: *ebd.*, DXVII 4 nivose an IV ..., *Culte catholique*, p. 565), insb. „... les cérémonies se sont faites avec décence; il ne s'y est rien passé de contraire aux principes adoptés par le gouvernement.“.

Auch in den auswärtigen départements war nach dem Dekret vom 3 ventôse an III über die freie Ausübung der Kulte der katholische Kult in verschiedentlicher Weise wieder aufgenommen worden,¹³⁰ insbesondere in den Diözesen Seine-Inférieure (chef-lieu Rouen),¹³¹ Nord (Cambrai),¹³² Haute-Garonne (Toulouse),¹³³ Gironde (Bordeaux),¹³⁴ Loire-Inférieure (Nantes),¹³⁵ Isère (Grenoble),¹³⁶ Bas-Rhin (Strasbourg),¹³⁷ Bouches-du-Rhône (Aix),¹³⁸

¹³⁰ Das Gesetz wurde allgemein, über die Distrikte den Gemeinden veröffentlicht. Geeignete Lokalitäten wurden in alten Kapellen, Klöstern, Bethäuser von Schlossherren zur Verfügung gestellt, Scheuern von Bauern und in Privathäusern von Gläubigen gefunden. Schwieriger war die Suche nach Priestern, welche bei dem gerade bevorstehenden Ostern die religiöse Praktiken als Anmaßungen ansahen, und auch ihr Ansinnen auf ihre noch eingeschlossenen Priester-Kollegen richteten. Die Anwendung des Gesetzes war sehr verschieden, von seiner genauesten Befolgung bis zu seiner Denaturierung. In einigen Gemeinden wurden seit Frühjahr 1795 der katholische Kult in einer nahezu regelmäßigen Form wieder aufgenommen (*La Gorce, Histoire religieuse de la Révolution française, Tome IV, Livre 24., VIII, p. 50-53*).

¹³¹ In Rouen, Sitz des métropole des côtes de la Manche wurde am 25 ventôse an III (15 mars 1795) „sonntags“ die Messe in vielen Häusern gelesen und waren die Läden geschlossen, und wurden seit Mai 1795 die Messen in jedem quartier gelesen. In Doudeville wurde Ostern 1795 gefeiert (*Le diocèse de Rouen-Le Havre, Chap. V, La reconquête religieuse, p. 205-207 mit Titre I, Art. 2 der Constitution civile, in: Staat und Kirche in Frankreich I, Die Konst. Nationalkirche, 4., S. 103-106 (103, 105)*).

¹³² Nach dem Dekret v. 30 mai 1795 wurden in Flandre maritime erstmals Kirchenglocken geläutet. In Lille waren seit Juli die Kirchen geöffnet. In der Umgebung von Bailleul wurden die Gemeinden von belgischen Priestern besetzt. Die constitutionnels erhielten durch die zurückkehrenden réfractaires Konkurrenz (*Les diocèses de Cambrai et de Lille, 3. Partie, Hésitations des idéologues, La liberté des cultes (1795), p. 199-200, Le progrès religieux sous le Directoire (1795-1797), p. 200-201 mit Titre I, Art. 2 der Constitution civile, in: Staat und Kirche in Frankreich I, Die Konst. Nationalkirche, 4., S. 103-106 (103)*).

¹³³ Die Schlüssel für die Kirchen wurden in mehreren Gemeinden Ende März 1795 zurückgegeben und fanden religiöse Zusammenkünfte, ohne die vorherigen Erlaubnisse der gemeindlichen Behörden statt (*Le diocèse de Toulouse, Chap. VIII, L'attente de la paix religieuse, La réorganisation spontanée ..., p. 186-188 (187) mit Titre I, Art. 2 der Constitution civile, in: Staat und Kirche in Frankreich I, Die Konst. Nationalkirche, 4., S. 103-106 (104, 106: Toulouse, Sitz des métropole du sud)*).

¹³⁴ Der in die Diözese entsandte représentant du gouvernement Besson erklärte am 25 juillet 1795, er werde alle als Feinde der Gesetze und als Störer der öffentlichen Ordnung ansehen, welche die Bürger in der Ausübung ihre Kulte, welcher es auch sei, stören. In Bordeaux, Sitz des métropole du sud-ouest nahm die église constitutionnelle am 12. Juli drei Kirchen in Besitz, und auf dem girondistischen Lande viele dörfliche Heiligtümer. Die réfractaires besuchten vor allem jene Gemeinden, in welche sie während der Zeit des Terrors nicht hatten vordringen können (*Le diocèse de Bordeaux, 3. Partie, Chap. IV, Vers la paix religieuse ..., p. 184-186 (184) mit Titre I, Art. 2 der Constitution civile, in: Staat und Kirche in Frankreich I, Die Konst. Nationalkirche, 4., S. 103-106 (104, 106)*).

¹³⁵ Während des Sommers 1795 schwankte die Diözese zwischen Toleranz und Nachstellungen. Die auf dem Lande zelebrierten Messen zogen einen großen Zustrom an (*Le diocèse de Nantes, Chap. VII, Le diocèse pendant la Révolution ..., La Convention thermidorienne et le Directoire, p. 179 mit Titre I, Art. 2 der Constitution civile, in: Staat und Kirche in Frankreich I, Die Konst. Nationalkirche, 4., S. 103-106 (106)*).

¹³⁶ Die réfractaires verließen als die ersten ihre Verstecke, und es kehrten im Laufe des Jahres 1795 die in die Schweiz, nach Piemont und die den Kirchenstaat emigrierten Priester zurück. Die constitutionnels benötigten länger, sich wieder aufzurichten. Ihr évêque Raymond verfasste im Juni 1795 einen Hirtenbrief, in dem er, wie seine Kollegen strenge Bedingungen für eine Wiedereingliederung der Abtrünnigen verlangte und er der Kinder- und Erwachsenenunterweisung den Vorrang einräumte (*Le diocèse der Grenoble, Chap. VIII, Impossible séparation ..., p. 180, Réfractaires ..., p. 180-181, ... et constitutionnels., p. 181 mit Titre I, Art. 2 der Constitution civile, in: Staat und Kirche in Frankreich I, Die Konst. Nationalkirche, 4., p. 103-106 (105)*).

¹³⁷ Der Kult wurde seit März 1795 an mehreren Orten aufgenommen. In der Kathedrale von Strasbourg wurde er erstmalig am 30 août 1795 gefeiert. Zahlreiche Priester unterzeichneten auch die Unterwerfung unter die Gesetze der Republik (*Le diocèse de Strasbourg, 4. Partie, Chap. I, La terreur ..., La réaction thermidorienne,*

Mont-Blanc (Annecy),¹³⁹ Alpes-Maritimes (Nice),¹⁴⁰ Puy-de-Dôme (Clermont),¹⁴¹ Oise (Beauvais)¹⁴² und Ain (Belley).¹⁴³

p. 184, La reprise du culte, p. 184-185 mit Titre I, Art. 2 der Constitution civile, in: *Staat und Kirche in Frankreich I*, Die Konst. Nationalkirche, 4., S. 103-106 (103)).

¹³⁸ Am Sitz des métropole des côtes de la Méditerranée in Aix wurden am 23. Mai 1795 die église Saint-Esprit und am 5. Aug. die cathédrale Saint-Sauveur wieder geöffnet, und erfolgte dies auch für Kirchen im Umland (*Le diocèse d'Aix-en-Provence*, Chap. VIII, De Thermidor au Consulat, p. 169-170; *L'Église de France et la Révolution*, Tome II, Marseille, Le diocèse en 1789, p. 17-18, Le schisme constitutionnel: ..., p. 21 (Marseille keine selbständige Diözese mehr, sondern Bouches-du-Rhône zugehörend), Aix-en-Provence, De Thermidor au Consulat, p. 57-58 mit Titre I, Art. 2 der Constitution civile, in: *Staat und Kirche in Frankreich I*, Die Konst. Nationalkirche, 4., S. 103-106 (105, 106)).

¹³⁹ Bei der vom 16. Sept.-Anfang Okt. 1792 ersten Inbesitznahme von Savoyen (oben, S. 249), war es durch Dekrete der Convention nationale v. 27 nov. 1792 zum integralen Bestandteil der Französischen Republik und zum vorläufigen 84. département Mont-Blanc erklärt worden (*Duvergier*, Collection des lois, Tome V, p. 59-60). Am 8. Febr. 1793 wurden von den von der Convention nationale entsandten 4 commissaires das département zu einer einzigen diocèse mit dem Bischofssitz in Annecy, bei der ansonstigen Anwendung der Constitution civile bestimmt (*Le diocèse de Genève-Annecy*, Chap. VII, Les premières mesures revolutionnaires, p. 174-176, La constitution civile ..., p. 177). Nachdem während der ersten Monaten von 1795 zahlreiche geistliche Emigranten zurückgekehrt waren, wurde am 15. Aug. 1795 die Diözese von évêque Paget neu organisiert, was eine fruchtbare apostolische Tätigkeit ermöglichte (*ibd.*, Le diocèse organisé en missions, p. 185-187 (186)).

¹⁴⁰ Nach der Inbesitznahme der dem König von Sardinien zugehörenden Grafschaft Nizza durch die armée du Sud am 29. Sept. 1792 (oben, S. 249), wurde sie durch die Convention nationale am 31 janv. 1793 zum integralen Bestandteil der Französischen Republik (*Duvergier*, Collection des lois, Tome V, p. 130) und am 4 févr. 1793 zum vorläufigen 85 département Alpes-Maritimes mit dem chef-lieu Nice erklärt (*Duvergier* *ibd.*, p. 139). Durch 2 beauftragte commissaires war am 21. April 1793 die Anwendung der Constitution civile versichert worden (*Les diocèses de Nice et Monaco*, Chap. IX, Le serment constitutionnel, p. 187). Nachdem die offiziellen Maßnahmen die Ausführung des religiösen Lebens begünstigten, zeigte sich seine katholische Beharrlichkeit. Als am 31. März 1795 die Kathedrale in Nice nicht mehr von der Armee besetzt war und dem Kult zurückgegeben wurde, äußerte die Menge die größte Freude. Am 9. April wurde in Sainte-Réparate von einem großen Auflauf von Gläubigen das Osterfest gefeiert. Jedoch wurde im Januar 1796 von der städtischen Verwaltung von Nice wieder die Schließung der Kirchen angeordnet, welcher Klerus sich aber nicht geschlagen gab und weiterhin seine Rechte und seine offizielle Anerkennung erwünschte (*Les diocèses de Nice et Monaco* *ibd.*, La lutte continue, p. 195-196, Persistance de la vie religieuse, p. 197-198).

¹⁴¹ Nachdem sich im Febr. 1795 eine gewisse religiöse Erneuerung zeigte, strukturierten sich zunächst wieder die constitutionnels. Die Rückkehr von évêque Périer nach Clermont im November 1795 und die versöhnliche Haltung des représentant en mission Chazal erleichterten diese Neuorganisation, welche sich jedoch dann mehr zugunsten der réfractaires auswirkte (*Le diocèse de Clermont*, 3. Partie, Chap. III, De la crise au Concordat, Les années d'incertitude, p. p. 200-201 mit Titre I, Art. 2 der Constitution civile, in: *Staat und Kirche in Frankreich I*, Die Konst. Nationalkirche, 4., S. 103-106 (105)).

¹⁴² In dem Land von Senlis waren seit März und April 1795 die Pfarrer in ihre Gemeinden zurückgekehrt und hatten den Umständen entsprechend, ihre Ämter wieder aufgenommen. Der curé d'Eve begann im April mit seinen katholischen Amtshandlungen. Der curé de Saintines hielt am 29. März, am „Palmsonntag“ die Messe, und während der 3 Tage von Ostersonntag bis Ostermontag taufte er 16 bereits vor seiner Rückkehr geborene Kinder. Ähnliches geschah in der Mehrzahl der anderen Gemeinden. Nachdem der représentant déchristianisateur Dumont dem curé de Saintines seine weitere Amtsausübung untersagte, floh er am 23. April 1795 in das benachbarte Schloss, wo er die Messe las und taufte und kehrte am 5. Mai wieder in seine Kirche zurück (*Gruart*, Le diocèse de Senlis, XI, p. 61-64 mit Titre I, Art. 2 der Constitution civile, in: *Staat und Kirche in Frankreich I*, Die Konst. Nationalkirche, 4., S. 103-106 (103)).

¹⁴³ Trotz der die constitutionnels begünstigenden Dekrete, wuchsen nicht sie, sondern der culte réfractaire an (*Le diocèse de Belley*, Chap. VII, Une Église missionnaire, La réaction thermidorienne, p. 148, Les missions clandestines, p. 148-149, La Seconde Terreur, p. 149 mit Titre I, Art. 2 der Constitution civile, in: *Staat und Kirche in Frankreich I*, Die Konst. Nationalkirche, 4., S. 103-106 (105)).

Hingegen war in ihnen die Anwendung des Dekrets vom 11 prairial an III (30 mai 1795) über die Zurückgabe der Kirchen zunächst ungewiss,¹⁴⁴ während der Monate Juli und August 1795 erfolgten dann Zurückgaben von Kirchen an die Kulte.¹⁴⁵

Die Wiederbelebung des katholischen Kultes erfolgte insbesondere durch die von abbé Grégoire, évêque de Loir-et-Cher, zur neuen église gallicane umformierten früheren église constitutionnelle.¹⁴⁶ Die neue église gallicane versicherte, catholique, apostolique, romaine¹⁴⁷

¹⁴⁴ Man fürchtete andere Ansichten von représentants en mission und auch eine Umkehr von der Regierung.

¹⁴⁵ *Viguerie*, *Christianisme et Révolution*, 4^e leçon, L'accalmie, La reprise du culte, p. 189-190.

Diocèse Haute-Garonne, wurde in Toulouse, am Sitz des métropole du sud am 7. Juli 1795 die chapelle des Chartreux zurückgegeben (*Viguerie* ebd., p. 189 mit Titre I, Art. 2 der Constitution civile, in: *Staat und Kirche in Frankreich I*, Die Konst. Nationalkirche, 4., S. 105-106 (106)).

Aix, Sitz des métropole des côtes de la Méditerranée (diocèse Bouche-du-Rhône), wurde am 5. Aug. 1795 die cathédrale Saint-Sauveur im Besitz überlassen (*Le diocèse d'Aix-en-Provence*, Chap. VIII, De Thermidor au Consulat, p. 169).

Bordeaux (diocèse Gironde), Sitz des métropole du sud-ouest, nahmen die constitutionnels seit dem 12. Juli 1795 die Kirchen Sainte-Croix, Saint-Dominique, Saint-Paul wieder in Besitz und erhielten sie in Libourne die église Saint-Jean. Die réfractaires, um ihre Bloßstellung mit den constitutionnels zu vermeiden, benutzten die ihnen zur Verfügung gestellten öffentlichen Gebäuden nicht zu selbigen Zeiten wie diese (*Le diocèse de Bordeaux*, 3. Partie Chap. IV, Vers la paix religieuse ..., p. 184).

Diocèse Mayenne-et-Loire mit seinem chef-lieu Angers, forderten in Saumur seit dem 9. Juni 1795 88 Bewohner in Schriften die Wiedereröffnung der église Notre-Dame-de-Nantilly und dies auch die 140 am Ende prairial (17/18 juin 1795) ihre Funktionen wieder aufnehmende Priester. In Angers verlangte im messidor an III (19 juin-18 juillet 1795) eine Petition die Eröffnung der église Saint-Serge und ernannte die Munizipalität eine Kommission, um die Modalitäten festzulegen (*L'Église de France et la Révolution*, Tome I, Angers, La robe déchirée ..., p. 83 mit Titre I, Art. 2 der Constitution civile, in: *Staat und Kirche in Frankreich I*, Die Konst. Nationalkirche, 4., S. 103-106 (104)).

Senlis (diocèse de l'Oise), wurden nach mehreren Petitionen der Bevölkerung, die cathédrale Notre-Dame dem katholischen Kult zurückgegeben (*Viguerie*, *Christianisme et Révolution*, 4^e leçon, L'accalmie, La reprise du culte, p. 190).

Diocèse du Nord, richteten die Gläubigen bald danach Petitionen, um ihre Kirchen zurückzuerhalten, was ihnen zuerst in Flandre maritime glückte (*Les diocèses de Cambrai et de Lille*, 3. Partie, Hésitations des idéologues, La liberté des cultes (1795), p. 199-200).

¹⁴⁶ Mit vier weiteren Bischöfen: Saurine évêque de Landes, Royer évêque de l'Ain, Desbois évêque d'Amiens und Gratién évêque métropolitain de Rouen vereinigte er sich am 25 ventôse an III (15 mars 1795) an einem Sonntag in Paris zu den évêque réunis (*Pisani*, *L'Église de Paris et la Révolution*, Tome II, Chap. VI, p. 187-188 und *La Gorce*, *Histoire religieuse de la Révolution française*, Tome IV, Livre 24., VIII, p. 53) und richteten sie am selben Tag ein lettre encyclique an ihre Brüder, andere Bischöfe und vakante Kirchen, in der sie ihr Bekenntnis zum Glauben und die Regeln zur Verwaltung der Diözesen und Pfarreien unter den neuen Verhältnissen niederlegten (*Lettre encyclique de plusieurs évêques de France à leurs frères et autres évêques et aux églises vacantes*, in: *Gazier*, *Études sur l'histoire religieuse de la Révolution française*, Pièces justificatives, V, p. 390-412).

Mit festgelegten Regeln zur Verwaltung der Diözesen und der Pfarreien, über die Sakramente und über den Kultus wurde die Constitution civile als nicht mehr bestehend angesehen. Ihre Bischofssitze seien nicht usurpiert, sondern vielmehr vakant oder deren Bischöfe emigriert gewesen. Sie billigten insbesondere die Zuteilung der arrondissements ecclésiastiques gemäß den zivilen Verteilungen. Sie betrachteten die Wahlen (bisherigen) als die alleinige kanonische Art für die Macht von vakanten Bischöfen, kündigten aber so bald als möglich eine Wahl entsprechend den Regeln der alten Kirche an. Alle abtrünnigen, entweihten, ihre kanonische Institution verleugnenden, abgedankten und verheirateten Geistlichen und insbesondere Bischöfen wurden ihres Status und ihres Vertrauens der Gläubigen für unwürdig erklärt. Sie erhofften eine Ordination der Priester nicht vor dem 30. Lebensjahr, verweigerten das Sakrament der Ehe den Gläubigen, ehe diese zivil getraut sind und verwarfen die Scheidung. Sie wandten sich gegen jede Art von Einkünften der Priester für die Gebete,

und républicaine¹⁴⁸ zu sein. Die Kirche sei „... l'assemblée des fidèles qui, ..., forment un même corps dont Jésus Christ est le chef invisible et le Pape le chef visible. ...“¹⁴⁹.

Die Kirche müsse der weltlichen Macht gehorchen, und es sich zur Pflicht machen, den Gesetzen der Republik unterworfen zu sein.¹⁵⁰ Ihre Religion stehe der Republik nahe, mit den sie von den anderen Religionen unterscheidenden Merkmalen von brüderlicher Gleichheit, von Nächstenliebe ohne Grenzen, dem Vergeben von Kränkungen, der Feindesliebe und der rücksichtsvollen Sorge niemanden zu schädigen.¹⁵¹

In ihrem am 12 floréal an III (1 mai 1795) erstmals erschienen literarischen Organ *Annales de la Religion* sollte die *église gallicane* begründet und gerechtfertigt¹⁵² und in der von ihnen auch gegründeten *Société de philosophie chrétienne* insbesondere die Angriffe der

Einsegnungen und insbesondere für die Messe und gegen jeglichen Luxus der Kirchen (inhaltlich miteinbezogene *Règles particulières* § III.-Sur l'administration des diocèses et paroisses, sur les sacrements et sur le culte, Règlements § Ier.-Conduite à tenir envers les ecclésiastiques qui sont tombés pendant la persécution und *Déclaration de notre foi et de nos sentiments*, in: *Gazier* ebd., *Pièces justificatives*, V, p. 390-412 (402-410, 402-410, 396-400 (398)).

¹⁴⁷ *Déclaration de notre foi et de nos sentiments* „... Nous croyons de coeur et d'esprit tout ce que croit et enseigne l'Église catholique, apostolique et romaine. Nous professons sa doctrine, telle qu'elle a été définie par les conciles oecuméniques. ...“ (*Gazier*, *Études sur l'histoire religieuse de la Révolution française*, *Pièces justificatives*, V, p. 390-412 (396)).

¹⁴⁸ *Lettre encyclique* „... Justice, sûreté, protection de la part du gouvernement; de notre part, soumission, fidélité, attachement à la République, tels seront désormais nos rapports réciproques. ...“ (*Gazier*, *Études sur l'histoire religieuse de la Révolution française*, *Pièces justificatives*, V, p. 390-412 (393) und aus ihrer inhaltlich miteinbezogenen *Déclaration de notre foi et de nos sentiments* „...; nous nous faisons un devoir ... de la République, de prier pour elle et nous intéresser à sa prospérité, de respecter ses magistrats, et d'inspirer les mêmes sentiments aux fidèles confiés à nos soins. ...“ (p. 398).

¹⁴⁹ *Déclaration de notre foi et de nos sentiments* „Nous croyons que l'Église est l'assemblée des fidèles qui, sous la conduite des pasteurs légitimes, dans la profession d'une même foi et la participation aux mêmes sacrements, forment un même corps dont Jésus-Christ est le chef invisible, et le Pape le chef visible. ...“ (*Gazier*, *Études sur l'histoire religieuse de la Révolution française*, *Pièces justificatives*, V, p. 390-412 (396)).

¹⁵⁰ *Lettre encyclique* „... Justice, sûreté, protection de la part du gouvernement; de notre part, soumission, fidélité, attachement à la République, tels seront désormais nos rapports réciproques. ...“ (*Gazier*, *Études sur l'histoire religieuse de la Révolution française*, *Pièces justificatives*, V, p. 390-412 (393) und aus ihrer inhaltlich miteinbezogenen *Déclaration de notre foi et de nos sentiments* „... L'Écriture commande d'obéir aux puissances; nous nous faisons un devoir d'être soumis aux lois de la République. ...“ (p. 398).

¹⁵¹ *Déclaration de notre foi et de nos sentiments* „... Nous nous faisons gloire d'être les ministres d'une religion dont la morale simple et sublime se compose de toutes les vertus utiles à la société, religion sainte, qui doit à son origine céleste l'avantage d'être l'institution la plus adaptée à la nature de l'homme, la plus propre à lui montrer la véritable route du bonheur auquel il aspire, et à lui en faciliter l'acquisition; religion dont les caractères distinctifs sont l'égalité fraternelle, la charité sans bornes, le pardon des injures, l'amour mêmes des ennemis, le soin attentif de ne nuire à personne, l'empressement à faire du bien à tous; religion qui ne tend qu'à établir partout la paix et la concorde, l'amour et la pratique de bonnes oeuvres, ...“ (*Gazier*, *Études sur l'histoire religieuse de la Révolution française*, *Pièces justificatives*, V, p. 390-412 (398-399)).

Es gingen während des Jahres 1795 20 000 Antworten auf die Enzyklika ein (*Gazier* ebd., *Livre III*, *Chap. IV*, p. 266, Fußn. 1.) und traten ihr bis zum Ende dieses Jahres weitere 26 Bischöfe bei (*Gazier* ebd., *Livre III*, *Chap. IV*, p. 267 mit *Pièces justificatives*, V, p. 390-412 (411-412)).

¹⁵² Die regelmäßig jeden Samstag erscheinenden *Annales de la Religion* taten dies bis 1803 (*Gazier*, *Études sur l'histoire religieuse de la Révolution française*, *Livre III*, *Chap. IV*, p. 282-283, 286-290 und *Pisani*, *L'Église de Paris et la Révolution*, *Tome II*, *Chap. VI*, p. 191-192).

Ungläubigen zurückgewiesen werden.¹⁵³ Am selben Tag wurde mit einer feierlichen Zeremonie in der wieder geöffneten Pariser *église Saint-Ménard* der Gottesdienst der *église gallicane* eröffnet.¹⁵⁴

i) Die erfolglosen Bemühungen des Direktoriums in der 2. Hälfte des Jahres 1796 um einen religiösen Ausgleich mit Papst Pius VI.

Die mit dem Waffenstillstand des Generals Bonaparte während seines oberitalienischen Feldzuges 1796¹⁵⁵ mit Papst Pius VI. am 23. Juni 1796¹⁵⁶ initiierten Verhandlungen,¹⁵⁷ welche nicht nur den territorialen Frieden¹⁵⁸ sondern auch den allgemeinen religiösen Ausgleich der Römisch-katholischen Papstkirche mit der neuen Republik erbringen sollten¹⁵⁹ und von welchen das Direktorium sich insbesondere ein befriedigendes Einwirken Pius' VI.

¹⁵³ Die nach dem Vorbild von italienischen und niederländischen Akademien errichtete *Société de philosophie chrétienne* wollte die Gläubigen gegen die Angriffe des Unglaubens schützen, wollte der Vernunft neue Motive liefern, um mit der Wohltat der Offenbarung glücklich zu sein und wollte die Bande schließen, um die Liebe zum Vaterland mit der Republik zu vereinigen und um die Eigenschaften des Christen mit dem Bürger zu identifizieren. Hierzu bediente es sich der Verbreitung von guten Büchern (*Gazier, Études sur l'histoire religieuse de la Révolution française, Livre III, Chap. IV, p. 282-285*).

¹⁵⁴ *Pisani, L'Église de Paris et la Révolution, Tome II, Chap. VI, p. 207-208.*

¹⁵⁵ Bei ihren Waffenerfolgen im oberitalienischen Feldzug 1796 (unten, S. 882) war die *armée d'Italie* Bonapartes vom 19.-23. Juni in die beiden Legationen des Kirchenstaates Bologna und Ferrara vorgedrungen (unten, S. 882).

¹⁵⁶ Am 23. Juni 1796 schloss Bonaparte in Bologna mit dem päpstlichen Gesandten Azara einen Waffenstillstand ab (*Du Teil, Rome, Naples et le Directoire, 1. Partie, VIII, p. 145-153, Appendice, II, p. 512-514: Vertragstext und Bonaparte, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome XXIX Oeuvres de Napoléon I^{er} à Sainte-Hélène, Campagnes d'Italie. (1796-1797.), Chap. V., IV., p. 147*), in welchem er dem Papst eine Aussetzung der Feindseligkeiten bis nach dem Ende der noch anzuberaumenden Friedensverhandlungen gewährte (Art. I, *Du Teil* ebd., p. 512-513), verblieben die päpstlichen Legationen Bologna, Ferrara und die Zitadelle von Ancona im Besitz der französischen Armeen (Art. V-VII, *Du Teil* ebd., p. 513) und verpflichtete sich der Papst, der Französischen Republik 21 Millionen Livres zu entrichten und 100 Bilder, Büsten, Statuen und 500 Handschriften zu liefern (Art. IX u. VIII, *Du Teil* ebd., p. 513-514, 513).

¹⁵⁷ Art. II „Le Pape enverra le plus tôt possible un plénipotentiaire à Paris pour obtenir du Directoire exécutif la paix définitive, en offrant les réparations nécessaires pour les outrages et les pertes que les Français ont essuyés dans ses États, et notamment le meurtre de Basseville et les dédommagements dus à sa famille.“ (*Du Teil, Rome, Naples et le Directoire, Appendice, II, p. 513*).

Nicolas-Jean ... de Bassville, französischer Botschafter, 1792 nach Rom entsandt, um die Interessen der französischen Kaufleute zu schützen, wurde dort am 14. Jan. 1793 von einer fanatischen, im Sold der Reaktion stehenden Bande ermordet (*Robinet, Dictionnaire 1789-1815, Tome I, Bassville (Nicolas-..., p. 117)*).

¹⁵⁸ Zwischen der Französischen Republik und Papst Pius VI. als Oberhaupt seiner staatlichen Territorien, dem Kirchenstaat, Avignon und der Comtat Venaissin (oben, S. 658).

¹⁵⁹ Durch das vorhergehende Gesetz vom 12 prairial an IV (31 mai 1796) waren auch jenen Priestern, welche ohne gegen die Gesetze zu verstoßen, ausgewandert waren, was die Mitglieder der römischen *église réfractaire* betraf, ihre Güter zurückgegeben worden (*Duvergier, Collection des lois, Tome IX, p. 105-106*).

auf die inneren religiösen Verhältnisse in Frankreich erhoffte,¹⁶⁰ fanden zuerst vom 26. Juli bis 14. August 1796 in Paris statt.¹⁶¹

Das von Außenminister Delcroix am 19 thermidor an IV (6 août 1796) entworfene Vertragsprojekt, sah in Art. IX seiner *Articlés séparés et secrets* für die in Deutschland durchzuführenden Säkularisationen die päpstliche Vermittlung vor:

„Comme il pourrait devenir nécessaire pour la conclusion de la paix de séculariser plusieurs grands bénéfices ecclésiastiques en Allemagne, Sa Sainteté prend l’engagement d’accorder son intervention à cet effet, si elle est réclamée par le chef ou les membres de l’empire germanique(2).“¹⁶²

Das von dem Direktorium auf seiner Grundlage am 23 thermidor an IV (10 août 1796) beschlossene Vertragsprojekt,¹⁶³ enthielt,¹⁶⁴ insbesondere in Hinblick auf die Herbeiführung eines allgemeinen religiösen Friedens zwischen der Französischen Republik und dem Papst, in dem Art. V seiner Geheimartikel den Widerruf und die Rücknahme aller Maßnahmen des Papstes gegen die revolutionären Veränderungen.¹⁶⁵ Dies lehnte der sich nach seinen

¹⁶⁰ Zu ihrem Beginn wurden durch das weitere Gesetz vom 11 messidor an IV (29 juin 1796) den den Freiheits-Gleichheits-Eid in den vorgegebenen Zeiten nicht geschworen habenden früheren weiblichen Ordens-Mitgliedern ihre Pensionen wieder gewährt. Der Eid konnte von diesen am jedem künftigen Tag geschworen werden, womit die Pensionen fällig wurden (*Duvergier*, Collection des lois, Tome IX, p. 116-117).

¹⁶¹ Geführt von Päpstlicher Seite von abbé Christophe Pierrachi, ehemals Auditor des Nuntius Doria in Versailles und zu diesem Zweck zum comte und ministre plénipotentiaire ernannt (*Du Teil*, Rome, Naples et le Directoire, 2. Partie, I, p. 195-196). Er wurde am 26. Juli 1796 vom Außenminister Delacroix empfangen, die eigentlichen Konferenzverhandlungen begannen am 12. Aug. 1796 (*Séché*, Les origines du Concordat, Tome I, Chap. II, I., p. 29-30). Zu dem Gang der Verhandlungen *Séché* ebd., p. 30-32; *Du Teil*, ebd., 2. Partie, II, p. 207-217, III, p. 218-226, IV, p. 227-228 und *Pisani*, L’Église de Paris et la Révolution, Tome III, Chap. III, p. 82-88.

¹⁶² *Du Teil*, Rome, Naples et le Directoire, Appendice, IV, p. 517-524 (524) mit 2. Partie, II, p. 215-216.

¹⁶³ *Du Teil*, Rome, Naples et le Directoire, Appendice, V, p. 525-530 mit IV, p. 517-524, 2. Partie, III, p. 218, II, p. 215-216.

¹⁶⁴ Das Vertragsprojekt sah neben der Vereinbarung des Friedensschlusses (Art. I u. II, in: *Du Teil*, Rome, Naples et le Directoire, Appendice, V, p. 525) insbesondere noch die päpstlichen Verpflichtungen zur Aufhebung der Inquisition im eigenen Land (Art. XV: p. 528), den französischen Geistlichen Asyl zu gewähren, welche sich in seine Länder zurückziehen wollen (Art. XVI: p. 528) und sein Verzicht auf Avignon, den Comtat Venaissin, Ferrara, Bologna vor (Art. XVII und *Articles séparés et secrets*, Art. II: p. 529-530).

¹⁶⁵ „Sa Sainteté reconnaît, avec le plus vif regard, que des ennemis communs ont abusé de sa confiance et surpris sa religion, pour expédier, publier et répandre, en son nom, différents actes dont le principe et l’effet sont également contraires à ses véritables intentions et aux droits respectifs des des nations: en conséquence Sa Sainteté désavoue, révoque et annule toutes bulles, rescrits, brefs, mandements apostoliques, lettres circulaires ou autres, monitoires, instructions pastorales, et généralement tous écrits et actes du Saint-Siège et de toute autre autorité y ressortissante qui seraient relatifs aux affaires de France depuis 1789 jusqu’à ce jour.“ (*Du Teil*, Rome, Naples et le Directoire, Appendice, V, p. 526).

Die Bestimmung war insbesondere auf Einwirken von abbé Grégoire in den Vertragstext aufgenommen worden, welcher seine église constitutionnelle damit nachträglich von Papst Pius VI. bestätigt haben wollte (*Du Teil* ebd., 2. Partie, II, p. 213-216, III, p. 219-220).

päpstlichen Anweisungen in keine Vereinbarungen gegen die Religion einlassen dürfende Abbé Pieracchi¹⁶⁶ ab.¹⁶⁷

Das von kurialer Seite für den Fall des Gelingens der Friedensverhandlungen für die Katholiken in Frankreich entworfene Breve Pastoralis sollicitudo vom 5. Juli 1796¹⁶⁸ forderte als Inhalt des katholischen Dogmas und insbesondere als vom Apostel Paulus gewollt zur allgemeinen Unterwerfung unter die staatlichen Gesetze auf,¹⁶⁹ was bei der Bevölkerung¹⁷⁰

¹⁶⁶ Die Pieracchi erteilten Instruktionen schrieben ihm einerseits vor „... ,en raison de la situation particulière dans laquelle se trouvait placé le Saint-Siège, d’attendre, mais non de présenter des propositions de paix.’ ...“. Sie verbaten ihm andererseits „... , sous aucun prétexte et dans aucune mesure, ,d’écouter des propositions pouvant porter d’atteinte à la religion, car cet objet était sacré et ne souffrait ni hésitation, ni discussion, ni transaction, alors même qu’ils s’agirait d’une question de vie ou de mort(3.)’ ...“ (*Du Teil*, Rome, Naples et le Directoire, 2. Partie, III, p. 222).

¹⁶⁷ Am 12. Aug. 1796. *Du Teil*, Rome, Naples et le Directoire, 2. Partie, III, p. 220-226 und *Séché*, Les origines du Concordat, Tome I, Chap. II, I, p. 30-32. Pieracchi machte seinerseits ein Gegenvertragsprojekt, in welchem sich der Papst (Sa Sainteté) verpflichten sollte, die französischen katholischen Bürger zur Unterwerfung unter die Gesetze zu veranlassen „... Pour donner une preuve authentique de la pureté de ses intentions, Elle fera tout ce qui dépendra d’Elle pour engager efficacement les citoyens catholiques françois à la soumission et obéissance envers la République et son gouvernement, et à la paix avec tous les autres citoyens. Sa Sainteté prendra les mesures les plus convenables, de concert avec le Directoire exécutif de la République françoise, pour parvenir à cet objet qui intéresse non moins la religion que la tranquillité publique(1).“ (*Du Teil* ebd., p. 223-224 (Zitat p. 224)).

¹⁶⁸ *Séché*, Les origines du Concordat, Tome I, Chap. II, p.31 und aus ihrem Anfang „...: Quocirca Nobis deesse videremur, nisi quamcumque occasionem vos hortandi ac pacem, ...“ (*Du Teil*, Rome, Naples et le Directoire, Appendice, III, p. 515-516 (516)).

¹⁶⁹ „...: Quocirca Nobis deesse videremur, nisi quamcumque occasionem vos hortandi ad pacem, ac debitam constitutis potestatibus suadendi subjectionem libenter arriperemus. Siquidem cum Dogma Catholicum sit, Divinae Sapientiae opus esse, quod Principatus sint, ne omnia casu ac temerè ferantur, populis quasi fluctibus hinc inde circumactis, unde Paulus non de singulis principibus, sed de re ipsa loquens dicit, quod nulla est potestas nisi a Deo, quodque qui ei resistit, Dei ordinationi resistit; ...: In vos quippe grande scelus suscipere; quod non à potestatibus saecularibus solum ulcisceretur, sed etiam quod maximum est, Deus non leves, sed maximas paenas repeteret, qui enim resistunt potestati, ipsi sibi damnationem acquirunt. Hortamur itaque Vos, Filii dilectissimi, per Jesum Christum Dominum Nostrum, ut omnia studio, omnique alacritate, ac contentione imperantibus obsequi studeatis; sic enim a vobis Deo debitum praestabitur obsequium, ac illi Orthodoxam Religionem ad legum civilium eversionem minimè constitutam esse magis magisque intelligentes ...“ (*Du Teil*, Rome, Naples et le Directoire, Appendice, III, p. 515-516 (515-516)), insg. (p. 515-516).

Damit waren insbesondere die Mitglieder der sich gegen die revolutionären Veränderungen aufgelehnten église réfractaire angesprochen.

¹⁷⁰ Pierrachi übermittelte den Inhalt des Breveentwurfes, um den guten Willen des Papstes zu zeigen, dem Direktorium (*Séché*, Les origines du Concordat, Tome I, Chap. II, p. 31), welcher Inhalt durch eine französische Indiskretion an die Presse gelangte und von ihr in einer französischen Übersetzung veröffentlicht wurde. *Pisani*, L’Église de Paris et la Révolution, Tome III, Chap. III, p. 98-99; *Du Teil*, Rome, Naples et le Directoire, 2. Partie, V, p. 240-241; *Latreille*, L’église catholique et la Révolution française, Tome I, Livre 2., Chap. III, II., p. 232; *Moniteur*, Sextidi, 6 brumaire, l’an 5 ... 27 octobre 1796, ..., N° 36., Politique, Italie, De Rome, le 1er octobre, p. 141 linke Sp. „Le pape a fait expédier à toutes les cours catholiques, un manifeste dans lequel il détaille ce qui a été traité entre la cour de Rome et la République Française, et exhorte tous les princes catholiques à s’unir pour défendre la religion. ...“; *Paris pendant la Réaction thermidorienne et sous le Directoire*, Tome III, DCCLXXI 18 fructidor an IV (4 septembre 1796), Journaux, p. 432 und *Annales de la Religion*, Tome III, [24 Septembre 1796.] N° 21. [3 Vendémiaire an 5.], p. 489-491 (veröffentlicht in französischer Sprache).

große Aufregung hervorrief.¹⁷¹

Die folgenden Verhandlungen vom 8.-Ende September 1796¹⁷² blieben wegen des weiter umstrittenen päpstlichen Widerrufs,¹⁷³ wogegen sich insbesondere die Kongregation der Kardinäle wandte, erfolglos.¹⁷⁴

¹⁷¹ *Rapport du bureau central du 5 brumaire an V (26 oct. 1796)* „... On rit, dans les conversations et dans les cafés, en lisant le bref du Pape¹; mais les malheureux qui ne désirent que la désordre, et qui voient les apprêts de la paix comme un coupable voit ceux de son supplice, encore tout chargés des dépouilles des églises, se prononcent en faveur de ce Bref, et voient déjà la brave armée d’Italie [accablée ?] sous les efforts des soldats ... du Pape.-...“ (*Paris pendant la Réaction thermidorienne et sous le Directoire*, Tome III, DCCCXXII, 4 brumaire an V (25 octobre 1796), Esprit public, p. 539).

Die Royalisten, der emigrierte Klerus und die intransigenten réfractaires sahen ihn als Verrat an der Kirche an, die constitutionnels hielten ihn nicht mit ihren Zielen vereinbar, da sie insbesondere eine Absorbierung ihrer église gallicane durch die église romaine befürchteten und wurde er allein von den gemäßigten réfractaires begrüßt (*Séché*, *Les origines du Concordat*, Tome I, Chap. I, II, p. 23-27; *Pisani*, *L’Église de Paris et la Révolution*, Tome III, Chap. III, p. 101-108; *Latreille*, *L’église catholique et la Révolution française*, Tome I, Livre 2., Chap. III, II., p. 232 und *Annales de la Révolution*, Tome III, [24 Septembre 1796.] N° 21. [3 Vendémiaire an 5.], p. 489-498 (491-498)).

¹⁷² Geführt in Florenz.

¹⁷³ Dem von Pius VI. zum Bevollmächtigten ernannten Mgr. Caleppi war in seiner Bevollmächtigung (3. Sept. 1796) aufgegeben worden, dass die Religion zu den ersten Aufgaben des Staates gehöre, und er alle Anstrengungen unternehmen müsse, um seine päpstliche Unmöglichkeit einsichtig zu machen, den in den Pariser Verhandlungen vorgelegten Artikel anzunehmen. Mgr. Caleppi werde vielmehr vorschlagen, diesen durch den beigefügten Artikel zu ersetzen. Dieser sei der einzige, mit dem man sich seitens Seiner Heiligkeit auf das Anliegen der Französischen Republik zur Gelangung eines allgemeinen Ausgleiches, mit den unverzichtbaren Aufgaben seiner apostolischen Amtes versöhnen könne. Im übrigen wisse Mgr. Caleppi wohl, dass jeder andere Artikel, außerhalb diesem, von ihm und der Kongregation, zuerst Seiner Heiligkeit vorgelegt werden müsse, da man in den Angelegenheiten von Religion keine unumschränkten Vollmachten erteilen könne. Sollten sich die französischen Kommissare mit der von Comte Pierrachi bereits nach Paris gebrachten und dort gedruckten Breve einverstanden erklären, so solle er diese ihnen offiziell vorlegen. In dem beigefügten Artikel drückte Pius VI. sein Bedauern darüber aus, dass seine Breven, Reskripte – die kirchlichen Angelegenheiten betreffend – , in Frankreich seit dem Jahre 1789 beschuldigt werden, Nachteile für die Rechte der Nation gebracht zu haben. Er habe wiederholt und feierlich erklärt, dass es ihm allein gehe, die heiligen Rechte der Kirche und des Apostolischen Stuhles zu erhalten, und dass seine Sorge nur allein die religiösen Dinge beträfe. Er erkläre ausdrücklich, dass er sich niemals in die innere Verwaltung der Regierungen habe einmischen wollen und er dies auch nicht in Zukunft zu ihrem Nachteil machen werde. Im übrigen sei er, um über diesen Punkt keinen Zweifel aufkommen zu lassen, in Entsprechung den Maximen und den ständigen Anweisungen seiner Vorgänger bereit, die Treue und den Gehorsam, welche den Regierungen aller Regionen zustehe, hiervon ausgenommen die Religion, zu empfehlen (*Du Teil*, Rome, Naples et le Directoire, 3. Partie, III, p. 345-347).

¹⁷⁴ Bei dem von dem kaiserlichen General Wurmser vom 2.-Ende Sept. 1796 aus dem Tirol nach Mantua vorgetragene zweiten Angriff am 24. Sept. war auch seitens des Kardinalstaatssekretärs der Bologneser Waffenstillstand v. 23. Juni 1796, in Bezug auf die zu erfolgenden Auslieferungen der Kunstgegenstände und Zahlungen von Kontributionen widerrufen worden (*Du Teil*, Rome, Naples et le Directoire, 2. Partie, IV, p. 228-233, 3. Partie, III, p. 340-362, IV, p. 363-367; *Pisani*, *L’église de Paris et la Révolution*, Tome III, Chap. III, p. 88-91; *Guyot*, *Le directoire et la paix de l’Europe*, Chap. VI, II., p. 200-202; *Séché*, *Les origines du Concordat*, Chap. IV, I, p. 70-73; *Bonaparte*, *Correspondance de Napoléon I^{er}*, Tome XXIX Oeuvres ... à Sainte-Hélène, Campagnes d’Italie. (1796-1797.), Chap. VII., I.-VIII., p. 167-177, IX., p. 177, *Observations sur les opérations militaires des campagnes de 1796 et 1797 en Italie*, Troisième observation, 4^o-9^o, p. 397-398; *Esposito-Elting*, *A military history and atlas of the Napoleonic wars, The Italian Campaigns*, Map 17:-Map 19: und *Posselts Annalen*, Jahrg. 1796, 3. Band, 11. Stück, IV., 6., S. 180-191, 196-198, Jahrg. 1797, 4. Band, 11. Stück, I., Achte Epoche, ..., S. 125-127 (126-127), Neunte Epoche, ..., S. 127).

Während dieser Verhandlungen wurden jedoch durch das Gesetz vom 19 fructidor an IV (5 sépt. 1796) den in den früheren Gesetzen zur Deportation oder zur Einschließung verurteilten Priestern ihre Güter wieder zurückgewährt.¹⁷⁵

Obwohl die Verhandlungen über einen religiösen Ausgleich mit dem Papst letztlich an der Frage seines Widerrufs der die kirchlich-religiösen Veränderungen verurteilenden Maßnahmen scheiterten, zeigen sie, ebenso wie die während des Jahres 1796 von Seiten der Französischen Republik zur Verbesserung der Stellung der Geistlichen in Frankreich erlassenen Gesetze, dass auf Seiten der Französischen Republik der Wunsch und der Wille zu einem allgemeinen religiösen Frieden mit der Römisch-katholischen Kirche vorhanden war.

Damit war die im Jahre 1795 festgelegte Trennung von Staat und Kirche¹⁷⁶ nicht mehr in unbedingter Weise existent.

j) Der weitere Zuwachs des katholischen Kultes in Paris im Jahr 1796 und in den auswärtigen départements

In Paris wurde seit Mai 1796 der Gottesdienst mit einem großen Zustrom der Bevölkerung und mit Pracht, unter Erinnerung an die christliche Religionsausübung vor der Revolution gefeiert. Dies geschah, ohne Beachtung des republikanischen Kalenders, an den katholischen Feiertagen und an den Sonntagen, und insbesondere am 16 floréal an IV (5 mai 1796) Tag von Christi Himmelfahrt,¹⁷⁷ am 26 floréal an IV (15 mai 1796) Sonntag,¹⁷⁸ am 7 prairial an IV (26 mai 1796) Tag von Fronleichnam,¹⁷⁹ am 13 thermidor an IV (31 juillet 1796) Sonntag.¹⁸⁰ Hierbei überwog die romtreue *église réfractaire* jedenfalls in Paris die *ex-constitutionnels*.¹⁸¹

¹⁷⁵ *Duvergier*, Collection des lois, Tome IX, p. 169-170) mit den Art. X u. XI des Gesetzes v. 3 brumaire an IV (25 oct. 1795) (*ebd.*, Tome VIII, p. 354-355) (354)) und das Gesetz v. 22 fructidor an III (8 sépt. 1795) (*ebd.*, Tome VIII, p. 269-270).

¹⁷⁶ Oben, S. 785-789.

¹⁷⁷ Die *Gazette française* berichtete am 17 floréal an IV (6 mai 1796) über den Vortag: An Christi Himmelfahrt war die sehr große Mehrzahl der Geschäfte geschlossen. Es schein, je mehr man die Priester verfolge, je mehr wachse die ihnen zubekannt Religion an. Heute erkenne man, dass der größte Fehler für einen Staat die Beseitigung der Religion sei. Heute erinnere man sich mit Ergriffenheit der alten religiösen Lehren ihrer Väter (*Paris pendant la Réaction thermidorienne et sous le Directoire*, Tome III, DCXLIX, 16 floréal an IV ..., Journaux, p. 171).

¹⁷⁸ Nach dem *Rapport du bureau central de Police v. 27 floréal an IV (16 mai 1796)* waren am Tag zuvor die Kirchen voll von Andächtigen. In den Betkapellen wurde der Gottesdienst mit Pracht und Herrlichkeit gefeiert (*Paris pendant la Réaction thermidorienne et sous les Directoire*, Tome III, DCLIX 26 floréal an IV ..., *Esprit public*, p. 188).

¹⁷⁹ Die *Gazette française* schrieb am 8 prairial an IV (27 mai 1796) über den Tag von Fronleichnam am 7 prairial: Ein Fremder, welcher heute in Paris ankomme, bemerke ohne Schwierigkeit die feierliche Religiosität des Tages. Alle Geschäfte seien geschlossen und alle Kirchen voll. Ein Fremder würde uns zubilligen, dass wir keine Atheisten mehr sind (*Paris pendant la Réaction thermidorienne et sous le Directoire*, Tome III, DCLXX 7 prairial an IV ..., Journaux, p. 212).

Auch in den auswärtigen départements und insbesondere in den Diözesen Seine-Inférieure (Rouen),¹⁸² Haute-Garonne (Toulouse),¹⁸³ Haut-Rhin (Colmar),¹⁸⁴ Marne (Reims),¹⁸⁵ Hérault (Béziers),¹⁸⁶ Nord (Cambrai),¹⁸⁷ Ille-et-Vilaine (Rennes)¹⁸⁸ und Loire-Inférieure (Nantes)¹⁸⁹ wurde der katholische Gottesdienst wieder zelebriert.

¹⁸⁰ Der *Censeur des journaux* berichtet am 15 thermidor an IV (2 août 1796) über den 13 thermidor: Die Arbeiterklassen des Volkes füllten heute die Kabarets und die Tanzlokale von Paris und seiner Umgebung. Die Sonntage werden gefeiert in einer Weise, dass man glauben könne, die décadi seien nicht mehr als ein Unfall des Kalenders. Der in die Wolken gehobene Philosoph, welcher kein Interesse daran habe, was unten geschieht, möge mitleidig über den unglücklichen Streit zwischen Sonntag und décadi lächeln. Aber der den Menschen dienende Gesetzgeber müsse prüfen, ob die nur ein örtliches und ein weltliches Fest seienden décadi, in Konkurrenz mit dem, einer religiöse Pflicht und einem universelles Fest seienden Sonntag stehen könne (*Paris pendant la Réaction thermidorienne et sous le Directoire*, Tome III, DCCXXXVII 14 thermidor an IV ..., Journaux, p. 362).

Der *Courrier républicain* berichtete am 12 prairial an IV (31 mai 1796): Man würde seit einiger Zeit eine ungeheuer große Anzahl von Zeitschriften, Petits Paroissiens, Heures latines und von Christusimitationen verkaufen (*ebd.*, DCLXXIV 11 prairial an IV ..., Journaux, p. 221).

¹⁸¹ Es wurden während dieses Jahres in Paris um die 50 gestatteten Kultstätten geöffnet, 16 oder 17 von den ex-constitutionnels desservis, die übrigen von den réfractaires (*Pisani*, L'Église de Paris et la Révolution, Tome II, Chap. VIII, p. 276-280, Chap. IX, p. 281-403 (401)).

¹⁸² Im district de Dieppe antworteten im April 1796 alle Gemeinden auf die an sie gestellte Frage, ob ihre Einwohner dem katholischen Kult verzichtet hätten, mit Nein. Auf die weitere Frage, was die Kirche tue, kamen die drei Antworten: Die ohne Amtsinhaber seienden Einwohner versammeln sich laienmäßig; die Einwohner fordern immer mehr die Kirche für die Zeremonien des Kultes; die Kirche wurde nicht verliehen und dient der Gemeinde für die Ausübung der Kulte. In Jumièges wurde die seit 15 Monaten geschlossene Kirche wieder geöffnet und in Rouen wurden 9 Kirchen dem Kult zurückgegeben (*Le diocèse de Rouen-Le Havre*, Chap. V, Persistance du culte ..., La reconquête religieuse, p. 206).

¹⁸³ In der diocèse fand bei einer der église constitutionnelle nicht mehr gewährten offiziellen Unterstützung, im Jahre 1796 die église réfractaire immer mehr Zuspruch. Während dieses Jahres konnten bis Ende September die gefangenen Priester, insbesondere von den Atlantikhäfen nach und nach zurückkehren (*Meyer*, La vie religieuse en Haute-Garonne sous la Révolution, 3. Partie, Chap. 1., Le regain d'influence de l'Église constitutionnelle ..., p. 409-410, Chap. 2., L'affaiblissement de l'Église constitutionnelle, Le clergé de Sermet, p. 438-439 und *Le diocèse de Toulouse*, Chap. VIII, L'attente de la paix religieuse, La réorganisation ..., p. 187-188).

¹⁸⁴ Im März 1796 wurde der neue évêque Berdolet gewählt und am 15 août in Colmar geweiht. Dieser verfügte wieder über 200 Priester und konnte nahezu alle seine Pfarrämter besetzen (*Le diocèse de Strasbourg*, 4. Partie, Chap. I, La terreur ..., La reprise du culte, p. 185 mit Titre I, Art. 2 der Constitution civile, in: *Staat und Kirche in Frankreich I*, Die Konst. Nationalkirche, 4., S. 103-106 (103)).

¹⁸⁵ In Reims, Sitz des métropole du nord-est war nach dem Bericht der departementalen Verwaltung v. 25 ventôse an IV (15 mars 1796) den legalen Gewalten die Situation entglitten. Die Kreuze wurden entlang den Straßen und auf den Friedhöfen wieder aufgerichtet. Die Glocken läuteten, um den Gottesdienst anzukündigen. Die Beerdigungen ausführenden Priester waren in ihrer geistlichen Amtstracht eingekleidet. Die Bürgermeister schrieben die Akte der weltlichen Heirat in den Kirchen während den Trauungen. Im Frühjahr 1796 läuteten nahezu überall die Glocken. Die Mehrzahl der Kinder wurde getauft und die Verstorbenen wurden in die Kirchen getragen. Gleichzeitig sägte man die Freiheitsbäume ab (*Le diocèse de Châlons*, Chap. V, La liberté ambiguë ..., Un clergé dans l'insécurité ..., p. 135-136 mit Titre I, Art. 2 der Constitution civile, in: *Staat und Kirche in Frankreich I*, Die Konst. Nationalkirche, 4., S. 103-106 (103)).

¹⁸⁶ Die réfractaires übten seit dem Jahre 1796 in mehreren Teilen der diocèse einen dominierenden Einfluss aus (*Le diocèse de Montpellier*, 4. Partie, Chap. I, Le clergé dans la crise, Face à la Constitution civile ..., p. 179-180 (179) mit Titre I, Art. 2 der Constitution civile, in: *Staat und Kirche in Frankreich I*, Die Konst. Nationalkirche, 4., S. 103-106 (105)).

Die mit den Germinal-Wahlen (mars 1797) in die beiden Conseils eingetretenen royalistischen Mehrheiten,¹⁹⁰ mit zahlreichen zurückgekehrten réfractaires¹⁹¹ brachten im Jahre 1797 ein weiteres Anwachsen des katholischen Kultes in Paris¹⁹² und in den départements,¹⁹³ wo die Bischöfe in einer ostentativen Weise ihre Dienste versahen.¹⁹⁴

¹⁸⁷ Der évêque constitutionnel war im Februar 1796 nach Cambrai zurückgekehrt und richtete sich danach in Roubaix ein. Er versuchte die Ordnung wieder herzustellen, richtete sein presbytère – conseil épiscopal – von aus 23 aus der Diözese gewählten Pfarrern neu ein. An die Spitze jedes cantons setzte er einen von den örtlichen Pfarrern gewählten archiprêtre ein. Im September 1796 wurde in Lille eine Synode eröffnet (*Les diocèses de Cambrai et de Lille*, 3. Partie, Hésitations des idéologues, Le progrès religieux sous le Directoire ..., p. 201).

¹⁸⁸ Évêque Le Croz, métropole du nord-ouest in Rennes, stellte bei seinen Umreisen während der Jahre 1796 und 1798 fest, dass der heilige Eifer der katholischen Patrioten nicht abnimmt. In Pélain verbrachte er 2 volle Tage, um einem gewaltigen Andrang von katholischen Bürgern die Beichte abzunehmen. In dieser Gemeinde erschien die ganze Bevölkerung, Männer, Frauen, Väter, Mütter, Kinder, Beamte, Friedensrichter zum Abendmal. Die Anhänglichkeit an den Kult und an die ihn verbürgenden Priestern versöhnte sich schwierig mit den radikalsten Maßnahmen. Der departementale Gesandte des Direktoriums in Bain hob 1796 mit Grund hervor, dass die Bewohner des Landes ihren Kult wollen. Selbst jene, welche Patrioten sind, verheimlichen nicht ihre Unzufriedenheit, keinen zu haben. Das Einsperren der Eid verweigernden Priester und die Untersagung ihrer Funktionen habe im allgemeinen die Länder unzufrieden gemacht (*Le diocèse de Rennes*, 2. Partie, Chap. V, L'age des conflits, p. 166-167 mit Titre I, Art. 2 der Constitution civile, in: *Staat und Kirche in Frankreich I*, Die Konst. Nationalkirche, 4., S. 103-106 (103, 105)).

¹⁸⁹ Nach einer Umfrage über die Geistlichkeit des départements von avril 1796 hatte der district Paimboeuf und vor allem die benachbarten Gemeinden von Pornic ziemlich leicht den clergé constitutionnel aufgenommen. In Nantes versahen prêtres assermentés in 2 Kirchen und in einer Kapelle ihre Dienste. Jedoch blieb der katholisch-römische Kult nahezu im ganzen département in Kraft. Der Einfluss der Geistlichkeit übte sich aus zu Gunsten des Friedens (Vendée) und der Unterwerfung unter die Gesetze (*Le diocèse de Nantes*, Chap. VII, Le diocèse pendant la Révolution ..., La Convention thermidorienne et le Directoire, p. 179-180).

¹⁹⁰ Unten, S. 808.

¹⁹¹ *Godechot*, Les institutions de la France sous la Révolution et l'Empire, Livre IV, Chap. VII, II, p. 529 „... Dès le début de l'année 1797 on signale partout l'arrivée de nombreux réfractaires. Dans l'Isère, par exemple, ils sont revenus à Vienne, à Viriville, à Todure, à Pact, etc. ...“

Nach dem am 7 prairial an V (26 mai 1797) *erschienene Ami des Lois* kehrten die prêtres réfractaires seit der Einrichtung der neuen administrateurs in Menge zurück. Sie vertrieben aus den Pfarrhäusern jene, welche diese rechtmäßig erworben hatten. Sie überlisteten das Volk, indem sie ihm die Regierung verhasst machten und dazu anhielten, sich von der Republik abzuwenden. Dem Direktorium werde bald kein Mittel mehr verbleiben, um sich gegen diesen stummen und traurigen Krieg wenden zu können. Was sollte es auf die große Zahl von Irrtümern antworten, die von ihm einen König fordern. Was sollte es den Erwerbenden von Nationalgütern sagen, wenn man sie beraubt (*Paris pendant la Réaction thermidorienne et sous le Directoire*, Tome IV, MXXXV 7 prairial an V ..., Journaux, p. 138).

¹⁹² Am Ostersonntag (27 germinal an V-16 avril 1797) waren die Kirchen im allgemeinen voll und konnten mehrere von ihnen nur mit Mühe ihre Stammbesucher aufnehmen. Die Predigten hielten sich alle an ihre eigene Gegenstände und es war in keinen von ihnen eine Frage, was die Regierung betraf (*Rapport du bureau central de Paris du 28 germinal an V*, in: *Paris pendant la Réaction thermidorienne et sous le Directoire*, Tome IV, CMXCV 27 germinal an V ..., Culte, p. 66-67).

Am Ostermontag (28 germinal an V-17 avril 1797) wurden die Kirchen sehr besucht und sah man viel mehr Frauen als Männer und viel Jugend. Während des Verlaufs der Messen und der Predigten bemerkte man nichts gegen die gute Ordnung, noch gegen die Gesetze (*Rapport du Bureau central de Paris du 29 germinal*, in: *Paris thermidorienne* ebd., CMXCVI 28 germinal an V ..., Culte, p. 68).

Am Tage von Christi Himmelfahrt (6 prairial an V-25 mai 1797) war auf den Spaziergängen der Zuwachs des katholischen Kultfestes beachtlich und belebte die Ruhe wie die Freude der Gesichter. Man hörte oft Personen, welche die Ordnung der Dinge huldigten, welche den Bürgern ihre volle Ruhe garantierten (*Rapport*

du Bureau central de Paris du 7 prairial, zu dem am Vortage Vorgefallenen, in: *Paris thermidorienne* ebd., MXXXIV 6 prairial an V ..., Esprit public, p. 135).

Die Pfingstfeste (16 prairial an V-4 juin 1797) wurden in Paris wie in alten Zeiten gefeiert und alle Läden waren geschlossen. Die öffentlichen Spazierwege und die festlichen Orte waren voll von Menschen. Kein Fremder, welcher sich an diesem Tage plötzlich in all diesen brillanten Feierlichkeiten einbefunden hätte, hätte erahnen können, sich in Frankreich zu befinden, einem Land, welches die Beute von so vielen vereinten Plagereien war und noch ist (*Bericht des Courier républicain* v. 21 prairial an V (9 juin 1797, in: *Paris thermidorienne* ebd., MXLIV 16 prairial ..., Journaux, p. 155).

Auch in den weiteren *Rapports du Bureau central de Paris* über die Sonntage v. 4 floréal an V (23 avril 1797), 18 floréal an V (7 mai 1797), 25 floréal (14 mai), 2 prairial (21 mai), 23 prairial an V (11 juin 1797), 30 prairial an V (18 juin 1797) und über die weiteren Tage 29 germinal an V (8 avril 1797): Oster (dienstag), 24 prairial an V (12 juin 1797): Montag wurde immer erwähnt, dass bei der Ausübung des katholischen Kultes in den Kirchen und des reformierten Kultes in den Oratorien sich nichts gegen die öffentliche Ordnung ereignet habe und diese in Übereinstimmung mit den Gesetzen und der Regierung erfolgt seien (*Paris thermidorienne* ebd., MII floréal an V ... (*Rapport ... du 5 floréal*), Culte, p. 77, MXVI 18 floréal an V ... (*Rapport ... du 19 floréal*), Cultes et oratoires, p. 100, MXXIII 25 floréal an V ... (*Rapport ... du 26 floréal*), Cultes, p. 114, MXXX 2 prairial an V ... (*Rapport du ... 3 prairial*), Cultes, p. 129, MLI 23 prairial an V ... (*Rapport ... du 24 prairial*), Culte, p. 167, MLVIII 30 prairial an V ... (*Rapport ... de 1 messidor*), Culte, p. 184, CMXCVII 29 germinal an V ... (*Rapport ... 30 germinal*), Culte, p. 69 und MLII 24 prairial an V ... (*Rapport ... du 25 prairial*), Culte, p. 168).

Nach dem am 9 messidor an V (27 juin 1797) erschienen *Ami du peuple* wollten insbesondere die alten Royalisten wieder den Katholizismus einführen. Dies auch in der Weise des Ancien Régime und auch, um die Juden, Protestanten, gebildeten Menschen und schwächsten Denker verfolgen zu können (*Paris thermidorienne* ebd., MLXVI 9 messidor an V ..., Journaux, p. 194-195).

Am Tage von Maria Himmelfahrt 28 thermidor an V (15 août 1797) wurde in Notre Dame in Paris das erste Nationalkonzil der église gallicane mit 42 Bischöfen und 57 Pfarrern bis 26 brumaire an VI (15 nov. 1797) eröffnet, zu dem das Volk in großer Anzahl erschien. Es forderte insbesondere von jedem französischen Katholiken eine aufrichtige und wahre Unterwerfung unter die Gesetze der Republik (*Boussoulade*, L'Église de Paris du 9 Thermidor au Concordat, Chap. V, I., p. 101-119 und *Gervais*, Étude sur la constitution civile du clerge de 1790, Chap. V, p. 44-46). Zu seiner Eröffnung ging das Volk in großer Anzahl hin und verhielt sich sittsam. Man fand, dass die prêtres constitutionnels besser predigten als die prêtres réfractaires, und dass das Konzil gebildet werde, von Männern des ersten Verdienstes und mit großem Talent in der Rede (*Bericht des Ami des Lois* v. 5 fructidor an V (22 août 1797), in: *Paris thermidorienne* ebd., MCVII 29 thermidor an V ..., Journaux, p. 299-300).

¹⁹³ Insbesondere in den Diözesen:

Rhône (Lyon): 3 Kirchen in der Stadt Lyon, métropole du sud-est und in 80 ländlichen Gemeinden wurden eröffnet, welche letztere im Juli auf 194 anstiegen. Der Kult der constitutionnels wurde zu Mehrzahl in leeren Gebäuden zelebriert (*Le diocèse de Lyon*, Chap. XIII, Les vicissitudes de l'Église constitutionnelle de Lyon, p. 198) mit Titre I, Art. 2 der Constitution civile, in: *Staat und Kirche in Frankreich I*, Die Konst. Nationalkirche, 4., S. 103-106 (105, 106)).

Bouches-du-Rhône (Aix): In der Diözese, wie in der gesamten basse Provence sah man insbesondere seit Frühjahr 1797 mit der royalistischen Gegen-Revolution ein Anwachsen des culte réfractaire. Die Kirchen öffneten sich wieder, während zurückkehrende réfractaires herbeiströmten (*Le diocèse d'Aix-en-Provence*, Chap. VIII, De Thermidor au Consulat, p. 170).

Seine-Inférieure (Rouen): Man besaß in Saint-Clair-sur-Etretat an Ostern 1797 die Kühnheit, die Messe des Festtages, ohne sich zu verbergen, mit der Beteiligung eines katholischen Priester zu feiern. Von Pfingsten las man dort, unbesorgt zu jeder gewollten Stunde, die Messe, ohne hierfür beleidigt zu werden. Die prêtres réfractaires zogen angesichts eines die Leere vergrößernden clergé constitutionnel die Mehrheit der Gläubigen an. Man beklagte das Abgehen der Spendung von Sakramenten (*Le diocèse de Rouen-Le Havre*, Chap. V, Persistance du culte ..., La reconquête religieuse, p. 206-207, Le nouveau diocèse ..., L'Église constitutionnelle, p. 195-197 (197)).

Gironde (Bordeaux): In der Diözese, in welcher seit November 1795 die réfractaires erneut beharrlich verfolgt wurden, kam es von April-Sept. 1797 wieder zu einer Beruhigung (*Le diocèse de Bordeaux*, Chap. IV, Vers la paix religieuse ..., p. 186).

Zu Beginn des fructidor an V (18 août 1797) wurde in 30 000 Pfarreien der römisch-katholische Kult zelebriert.¹⁹⁵

Zu Anfang Mai 1797 verurteilte das aufgeklärte Pariser Publikum sehr die Anhänger der modernen Philosophie und es wurde von ihm jede Art von Schreiben, welche sich gegen angebliche religiöse Vorurteile richteten, im allgemeinen als sehr schlecht angesehen.¹⁹⁶

Haute-Garonne (Toulouse): Am 6. April 1797 veranlasste die Verwaltung des départements die jakobinische Munizipalität von Toulouse, 11 eingeschlossene Priester freizulassen. Diese versahen, ohne sich zu verbergen, die Pfarrämter in der Stadt. Gleichzeitig zerbröckelte sich der clergé jureur durch zahlreiche Widerrufe (*Le diocèse de Toulouse*, Chap. VIII, L'attente de la paix religieuse, Les espoirs de tolérance ..., p. 189-190, La mise en oeuvre ..., Formation de l'Église constitutionnelle, p. 174).

Maine-et-Loire (Angers): Die Zeremonien und Prozessionen wurden wieder öffentlich aufgenommen, befolgt von einer großen Mehrheit in den Gemeinden. Dies zu Ostern in Marcé, zu den Bittgebeten in La-Salle de-Vihiers, an Fronleichnam in Melay (*Le diocèse d'Angers*, Chap. VII, L'Église du silence (1795-1802), p. 170-171 mit Titre I, Art. 2 der Constitution civile, in: *Staat und Kirche in Frankreich I*, Die Konst. Nationalkirche, 4., S. 103-106 (104)).

Hérault (Béziers): Während des Jahres 1797 vermehrten sich die von Privatpersonen geöffneten Oratorien. Die prêtres réfractaires hielten die cantons im Norden von Montpellier und nahmen an den Küstengebieten zu. Der canton Mauguio wurde in Teilen durch die réfractaires fanatisiert. Im chef-lieu Béziers verursachte ihr Einfluss im Februar 1797 an der chapelle de l'hôpital-civil die Versperrung der Straßen. In Florensac demonstrierte die Menge anlässlich der Festnahme des réfractaires David. Im canton Poujal zeigte das Volk keinerlei Neigung für die republikanischen Institutionen – Abschlagen der Freiheitsbäume, Nichteinhaltung der décadî –, und die sich versteckenden und offen zeigenden Priester nährten die Vorurteile gegen sie (*Le diocèse de Montpellier*, 4. Partie, Chap. I, L'attitude des populations, Le culte réfractaire, p. 186-187, Les dernières années du Directoire, p. 187).

Mont-Blanc (Annecy): Die für die neue Diözese am 28 thermidor an III (15 août 1795) festgelegten Grundsätzen ihrer Verwaltung, insbesondere die Ersetzung der Festgesänge durch Palmgesänge und die Festsetzung von Strafen bei Schisma, Entweihung, Gotteslästerung, mit der Erklärung ihrer Anwendung durch die Generalvikare gestatteten eine fruchtbare apostolische Tätigkeit. Bei dem die Strafen gegen die réfractaires aufhebenden Gesetz v. 7 fructidor an V-24 août 1797 (unten, S. 805) gewann die Freiheit oder wenigstens Toleranz mehr und mehr an Boden und es erfolgte in den Jahren 1796/97 eine religiöse Wiedergeburt. Gläubige und sogar städtische Offiziere beseitigten die durch die Dechristianisierung verursachten Schäden und forderten die Wiedereröffnung des Kultes in den Kirchen (*Le diocèse de Genève-Annecy*, Chap. VII, Le diocèse organisé en missions, p. 186-187). In dem Tarentaiser Gebiet wurde nach April 1797 in den meisten Kirchen wieder allein der katholische Kult und nahezu ungestört zelebriert (*Les diocèses de Chambéry, Tarentaise, Maurienne*, Chap. VI, l'Église constitutionnelle du Mont-Blanc, p. 140-141, „Missions et missionnaires“, p. 150).

¹⁹⁴ *Viguerie*, Christianisme et Révolution, 4^e leçon, Fructidor, La deuxième proscription, p. 200.

¹⁹⁵ *Godechot*, Les institutions de la France sous la Révolution et l'Empire, Livre IV, Chap. VII, II, p. 529 „... On estime à 30 000 environ le nombre des paroisses où le culte catholique romain avait repris au débit de fructidor. ...“.

¹⁹⁶ Nach dem *Rapport du Bureau central de Paris du 16 floréal* war man sehr mit den Auseinandersetzungen beschäftigt, welche sich gegenwärtig einige berühmte Schriftsteller liefern und war man sehr feindlich gegen die hitzigen Anhänger der modernen Philosophie. Vor allem war man auf jene böse, welche unter dem Volk den Fortschritt der Aufklärung zu schnell vermuten, um es zu einem Vergessen der alten Institutionen zu bringen und um ihm die neuen schmackhaft zu machen. Darüber hinaus bemerkte man, dass im allgemeinen jede Art von Schreiben sehr schlimm angenommen wird, welches gegen die Vorurteile der Religion gerichtet ist. Man sagte, dass dergleichen Überlegungen dazu führten, die kontroversen Dispute anzuregen. Diese endeten damit, die Bürger zu teilen und ihnen Gelegenheit zur Zwietracht zu geben. Dies, falls nicht die Regierung den Mut habe, die Augen zu diesen Feindseligkeiten zu schließen und sie mit derselben Wichtigkeit sterben zu lassen, wie die Schriftsteller danach strebten, ihnen diese zu geben (*Paris pendant la Réaction thermidorienne et sous le Directoire*, Tome IV, MXIII 15 floréal an V ..., Esprit public, p. 96-97 (96)).

Durch das Gesetz vom 7 fructidor an V (24 août 1797) wurden die Gesetze, die Deportationen oder Einschließungen der den Eiden unterworfenen Geistlichen anordneten, widerrufen.¹⁹⁷

k) Der neue Kult der théophilanthropie im Jahr 1797

Die auf den Pariser Buchhändler Chemin-Dupontès¹⁹⁸ mit seinem Anfang vendémiaire an V (22 sept. 1796) veröffentlichten Manuel des théoanthropophiles¹⁹⁹ zurückgehende théophilanthropie²⁰⁰ wurde erstmalig am 26 nivôse an V (15 janv. 1797) in der Pariser église Sainte-Catherine zelebriert.²⁰¹ Sich bewusst auf religiöse Prinzipien berufend, jedoch sich nicht als eine religiöse Sekte ansehend,²⁰² die anderen Religionen respektierend²⁰³ und sich gegen den Atheismus wendend, waren ihre beiden Dogmen der Glaube an die Existenz eines Höchsten Wesens und an die Unsterblichkeit der menschlichen Seele.²⁰⁴ Allein das Gewissen

¹⁹⁷ Mitbetroffen von dem Widerruf waren auch die Gesetze der durch Deklarationen unterworfenen Geistlichen und der durch Urteile als réfractaires oder wegen abgehenden Bürgersinns Verurteilten sowie der als prêtres insermentés Zurückgetreten. Aufgehoben wurden auch die Gesetze, welche die deportierten Priester den Emigranten anglichen. Die von diesen Gesetzen betroffenen Personen bekamen alle die Rechte von französischen Bürgern (*Duvergier*, Collection des lois, Tome X, p. 17-18). Wegen des am 18 fructidor (4 sept. 1797) stattgefundenen Staatsstreiches fand das Gesetz jedoch nur 8 Tage Anwendung (*La Gorce*, Histoire religieuse de la Révolution française, Tome IV, Livre 26., X, p. 214).

Bouillet, Le rétablissement du culte catholique en 1797, in: *Le Correspondant*, Tome LXXX, p. 273-284.

¹⁹⁸ J.-B. Chemin Dupontès, Redner, Schriftsteller und Buchhändler war auch der Autor der catéchismes républicains en l'an II (*Soboul*, Dictionnaire Révolution française, Théophilanthropie, p. 1029-1030 (1029)).

¹⁹⁹ Im Laufe des Jahres IV (22 sept. 1795-21 sept. 1796) von Chemin-Dupontès verfasst (*Mathiez*, La théophilanthropie et le culte décadaire, Chap. II, II, p. 84).

²⁰⁰ La religion des „adorateurs de Dieu et amis des hommes“ (*Soboul*, Dictionnaire Révolution française, Théophilanthropie, p. 1029-1030 (1029)).

²⁰¹ Die Versammlungen fanden jeden Sonntag um 11 Uhr morgens und seit dem germinal an V (21 mars-19 avril 1797) auch wöchentlich an den décadi statt (*Mathiez*, La théophilanthropie et le culte décadaire, Chap. II, VII, p. 104-105).

²⁰² Die théophilanthropes bekannten sich zu den Grundsätzen der Moral, wie sie von den Philosophen aller Jahrhunderte fortgepflanzt wurden. Sie wollten keines Menschen Schüler und damit keine Sekte sein. Ihre Religion sei so alt wie die Welt, weil die Verpflichtung Gott und die Menschen zu lieben, bis dahin zurückreiche. Alle Bewohner von zivilisierten Ländern sollten ihnen zugehören und erklärten sie sich zu einem „institut de morale“. Überzeugt, dass für die mystischen und abergläubischen Kulte die Zeit vorbei sei, wollten sie keine neue Kirche gründen, sondern vielmehr die alten Religionen mit der „religion naturelle“ versöhnen, welche auch die menschliche Einheit in der Brüderlichkeit herstellen werde. Jesus Christus betrachteten sie als einen historischen philosophe (*Grégoire*, Histoire des sectes religieuses, Tome I, Livre 2., Chap. IV., p. 390-391, 394 und *Mathiez*, La théophilanthropie et le culte décadaire, Chap. II, III, p. 91-92).

²⁰³ Obwohl sie sich gegen Offenbarungen jeder Art wandte, respektierte die théophilanthropie aus ihrem Grundverständnis als einer „religion naturelle“ die anderen Religionen (*Mathiez*, La théophilanthropie et le culte décadaire, Chap. II, III, p. 92 und *Grégoire*, Histoire des sectes religieuses, Tome I, Livre 2., Chap. IV., p. 393).

²⁰⁴ Mit ihren beiden Dogmen von der Existenz eines Höchsten Wesens und von der Unsterblichkeit der menschlichen Seele stand die théophilanthropie in der Tradition des Deismus im 18. Jahrhundert und wandte sich gegen den Atheismus. Sie knüpfte damit auch an Robespierres l'être suprême vom 17. Mai/18. Juni 1794 an (*Grégoire*, Histoire des sectes religieuses, Tome I, Livre 2., Chap. III., p. 368-376; *Mathiez*, La théophilanthropie et le culte décadaire, Chap. I, p. 40-78 und die *Berichte der Nouvelles politiques v. 21 messidor an V (9 juillet*

sollte über das Gute und Böse urteilen.²⁰⁵ Die théophilanthropie kannte neben der häuslichen Verehrung²⁰⁶ insbesondere die in Tempeln,²⁰⁷ in Anlehnung an die christlichen Konfessionen und die vorangegangenen revolutionären Kulte, zelebrierte öffentliche Ausübung ihres Kultes.²⁰⁸ Seit prairial an V (mai 1797) wurde sie mit Unterstützung des directeurs La

1797) und des *Rédacteurs* v. 14 thermidor an V (1 août 1797), in: *Paris pendant la Réaction thermidorienne et sous le Directoire*, Tome IV, MLXIX 14 messidor ..., p. 198-199, MXCI 13 thermidor ..., Journaux, p. 260-261).

Ohne auf metaphysische und theologische Fragen einzugehen, genügte den théophilanthropes für die Erkennung dieser beiden grundlegenden Wahrheiten „... sont nécessaires à la conservation des sociétés et au bonheur des individus“. ...“ und sie sind wahr, weil sie sozial nützlich sind „... ,une nombreuse agrégation d’hommes qui ne reconnaîtraient pas de Dieu et qui croiraient leurs crimes ensevelis pour jamais dans le tombeau, serait bientôt une troupe de bêtes féroces“. ...“ (*Mathiez* ebd., Chap. II, III, p. 93).

Hierbei verzichteten sie jedoch nicht, gegebenenfalls auf die klassischen Beweise der Existenz Gottes, den Wunderwerken der Natur, der Zustimmung aller Völker, dem Zeugnis des Gewissens Bezug zu nehmen und Gebrauch zu machen (*Mathiez* ebd., p. 93).

²⁰⁵ Das Gute ist, was den Menschen erhält oder verbessert und welches Böse ihn zerstört oder verschlechtert. Die hieraus sich ergebenden Pflichten gegenüber den Mitmenschen, ihnen nur das anzutun, was man selber haben möchte und die Pflichten gegenüber dem Vaterland, welches dem einzelnen Sicherheit gewährt und ihm die Vorteile von einer Gesellschaft gibt (*Mathiez*, La théophilanthropie et le culte décadaire, Chap. II, III, p. 94).

²⁰⁶ Die Verehrung der Gottheit war nicht metaphysisch, sondern ergab sich aus der Überlegung, dass der Mensch von sich aus nicht immer das Gute tut, sondern hierzu durch Praktiken angehalten werden muss (*Mathiez*, La théophilanthropie et le culte décadaire, Chap. II, IV, p. 95).

Die häusliche Verehrung erging sich in Gebet und in guten Taten. Morgens, wenigstens in Gedanken, eine kurze Anrufung der Gottheit, abends die Überprüfung des eigenen Gewissens, gegen welche Fehler man angegangen ist, welche verderblichen Gedanken man bekämpfte, was man hätte besser machen können. Während des Tages die Verehrung durch Arbeit, gute Taten, mäßiges Essen und Trinken (*Mathiez* ebd., p. 95-96).

²⁰⁷ Den Tempeln ging jeglicher überflüssige Schmuck ab. Wenige moralische Inschriften, ein einfacher Altar, auf welchem als Zeichen der Anerkennung der Wohltaten des Schöpfers einige Blumen oder Früchte – nach den Jahreszeiten – liegen und eine Tribüne für die Lesungen oder Reden sind die einzige Ausstattung. Inschriften auf Tafeln, resumierten die beide Dogmen und enthielten die wichtigsten Gründe der Moral. Verboten waren Skulpturen, Malerei oder Holzschnitt, mit dem Zweck, die Gottheit oder ihrer Eigenschaften, menschliche Tugenden in einer allegorischen und damit ungetreuen Art abzubilden. Untersagt waren auch Darstellungen von historischen Personen, und die die temples de la Raison noch bevölkernden Büsten von Freiheitsmartyrern und von Wohltätern der Menschheit. Dies, weil auch die tugendhaftesten Menschen ihre Schwächen haben und das Bild von einem Sterblichen nicht würdig ist, in dem Tempel der Gottheit gestellt zu werden (*Mathiez*, La théophilanthropie et le culte décadaire, Chap. II, IV, p. 97-98 und *Grégoire*, Histoire des sectes religieuses, Tome I, Livre 2., Chap. IV., p. 397-398).

²⁰⁸ An den Ruhetagen versammelten sich die théophilanthropes in den Tempeln, um die Weisheitslesungen zu hören und sich der Freude des gemeinsamen Einmütigseins in edlen Gedanken zu ergehen, die fêtes religieuses et morales. Der am Altar stehende père de famille spricht die Anrufung des Père de la nature aus. In Stille ergehen sich die Anwesenden in der Prüfung ihres Gewissens, hierbei ihnen der père de famille mit der Stellung von Fragen beisteht. Danach das Niedersetzen, um die Lesungen oder die Erbauungsliteratur zu hören, dies unterbrochen von Lobgesängen auf die Größe Gottes, seine Wohltaten, seine kindliche Liebe, die Jugend, die Freiheit, die Dankbarkeit, die Jahreszeiten (*Mathiez*, La théophilanthropie et le culte décadaire, Chap. II, IV, p. 98-99 und *Grégoire*, Histoire des sectes religieuses, Tome I, Livre 2., Chap. IV., p. 398-399).

Als die im Leben des Menschen wichtigsten Abschnitte wurden zelebriert: Die Taufe, mit der vom Vater eingehenden Verpflichtung, das Kind nach den Prinzipien der religion naturelle zu erziehen und mit einer Patenschaft (*Mathiez* ebd., p. 99, 101 und *Grégoire* ebd., p. 396-397), die Kommunion, mit einem zuvor den sich in ihrem Verstand entwickelnden Kindern gegebenen 3-4 monatigen Unterricht (*Mathiez* ebd., p. 100), die Heirat (*Mathiez* ebd., p. 100, 101 und *Grégoire* ebd., p. 397) und das Begräbnis (*Mathiez* ebd., p. 100-101 und *Grégoire* ebd., p. 397).

Révellière-Lépeaux,²⁰⁹ welcher zur Aufrechterhaltung der Tugend eine Religion für das Volk forderte²¹⁰ in Paris zum halboffiziellen Kult,²¹¹ jedoch wurde der Antrag zu ihrer Erklärung

Obwohl die théophilanthropes keine Mittler zwischen der Gottheit und den Menschen und damit auch keine Priester wollten, kannten sie dennoch lecteurs und orateurs, welche wie die Diener anderer Religionen den Kult versahen (*Grégoire ebd.*, p. 395).

²⁰⁹ La Révellière-Lépeaux war der katholischen Religion, aus seiner in jungen Jahren von Priestern erhaltenen Erziehung feindlich gesinnt. Die katholische Religion durch einen vernünftigen Kult zu ersetzen, war seine Lieblingsidee (*Soboul, Dictionnaire Révolution française, La Revellière-Lepeaux ...*, p. 644-646 (644, 645); *Mathiez, La théophilanthropie et le culte décadaire, Chap. III, I*, p. 132-133 und *Pisani, L'Église de Paris et la Révolution, Tome III, Chap. VI*, p. 199).

²¹⁰ Mit der von dem directeur La Révellière-Lépeaux im Institut national des sciences et des arts am 12 floréal an V (1 mai 1797) gehaltenen Rede *Reflexions sur le culte, sur les cérémonies civiles et sur les fêtes nationales* wurde die théophilanthropie einem größeren Publikum bekannt. La Révellière-Lépeaux forderte eine Religion für das Volk. Die belehrten Menschen könnten zwar von sich aus selber in ihrem Gewissen die Prinzipien für das Gute finden, die Armen und die Unwissenden seien jedoch unfähig, den kalten Berechnungen der Vernunft zu folgen. Sie müssten von außen zur Tugend geleitet werden. Er wandte sich gegen den Katholizismus, als gegen die Freiheit seiend. Mit einem Lob auf den Calvinismus kündigte er an, man könne es noch besser tun als die Protestanten und könne die Dogmen auf zwei reduzieren. Ohne diese stürze jedoch die Moral ein. Er pries die Einfachheit des neuen Kultes. Ein nur mit Blumen und Früchten geschmückten Altar, um eine sanfte Stimmung zu erwecken. Die römische Religion spreche den Sinn und die Vorstellung an, hier wende man sich an das Herz. Dieser Kult ohne Priestertum werde uns von den Priestern und von ihrer Herrschaft über die einfachen Herzen befreien. Wer solle diesen vernünftigen, idealen Kult einführen? Die einzelnen oder der Staat. Die ersteren, weil sich die Religion mit dem Zivilen vermische und die Freiheit des Gewissens tangiere. Der neue Kult müsse deswegen auch keinen offiziellen Charakter tragen (*Mathiez, La théophilanthropie et le culte décadaire, Chap. III, IV*, p. 144-154 (144-149)).

²¹¹ Während der ersten 3 ½ Monaten vom 15. Januar bis zu Ende April 1797 blieb die Existenz der théophilanthropes, trotz ihrer gebahnten Unterstützung einiger Politikern, ihrer Zustimmung mehrerer Literaten, ehemaligen Priestern, Familienvätern und dem mehr und mehr beträchtlichen Zulauf zu den fêtes religieuses et morales bei den Catherinettes, dem großen Publikum nahezu unbekannt. Die Zeitungen der verschiedenen Parteien verharteten insbesondere in einem Schweigen über die Neuigkeit (*Mathiez, La théophilanthropie et le culte décadaire, Chap. II*, p. 79-124 (IX, p. 121)).

Die vom directeur La Révellière-Lépeaux mit Duldung der Mehrheit des Direktoriums den théophilanthropes zugewandten Unterstützung, besonders mittelst der Presse bewirkte den stetigen Zuwachs ihres Kultes in Paris. Nachdem die Regierung für sie in dieser Weise Anteil nahm, beeilten sich auch ihre zahlreichen Anhänger – in dem zentral gelenkten Staat –, ihm, ihre Hilfe zukommen zu lassen. Ihrer eigenen Zukunft gesichert, vervollständigten die théophilanthropes ihre Organisation, gaben ihrer Zeremonie eine genauere Form und erleichterten durch die Zurverfügungstellung einer Sammlung von Reden, Hymnen, Lesungen die Tätigkeit ihrer Anhänger. Am 13 messidor an V (1 juillet 1797) eröffneten sie eine Schule und hatten bis zum 18 fructidor (4 sept. 1797) drei Tempel in Paris zur ihrer alleinigen Kultausübung in Besitz (*Mathiez ebd.*, Chap. III, II u. III, p. 135-144, V, p. 154-161, VII-XI, p. 166-185 (VIII, p. 169, IX, p. 171, X, p. 180-181, XI, p. 184-185) und *Grégoire, Histoire des sectes religieuses, Tome I, Livre II., Chap. IV.*, p. 404-406).

In die auswärtigen départements gelangte hingegen die théophilanthropie nicht vor dem 18 Fructidor, mit den beiden Ausnahmen von Versailles, ihre Gesellschaft war im grundsätzlichen festgelegt, und in Épinal, eine örtliche Ausgabe des Manuel des théophilanthropes war wenige Tage zuvor erschienen. Dies, weil die Patrioten durch die royalistischen Erfolge bei den Wahlen zusammengeschrumpft waren, an sich selber zweifelten und sich nicht getrauten, in Unternehmungen sich einzulassen, bei welchen sie ohne eine eigene Möglichkeit zur Verteidigung den Angriffen ihrer Gegner ausgesetzt schienen (*Mathiez ebd.*, Chap. V, I, p. 307 mit Fußn. 1., II, p. 314-317).

als Staatsreligion am 9 fructidor an V (26 aout 1797) unter Hinweis auf die keinen Kult begünstigende Verfassung abgelehnt.²¹²

l) Die erneuten priester- und religionsfeindlichen Maßnahmen nach dem Staatsstreich vom 18 Fructidor an V (4 sept. 1797)

Der mit dem Staatsstreich vom 18 Fructidor eingetretene jakobinische Linksrutsch²¹³ führte auch wieder zu priester- und religionsfeindlichen Maßnahmen.

²¹² In den Corps Législatif wurden die Vorstellungen der théophilanthropes herangetragen. Leclerc de Maine et Loire, ein Jugendfreund La Révellière-Lépeaux' (*Mathiez, La théophilanthropie et le culte décadaire*, Chap. III, VI, p. 161) schlug am 9 fructidor an V (26 août 1797) im Conseil des Cinq-Cents eine bürgerliche Religion (religion civile) vor, mit den beiden Dogmen der Existenz einer Höchsten Wesens und der Unsterblichkeit der menschlichen Seele. Dies mit einer allgemeinen allen Religionen gemeinschaftlichen Moral und einem durch Magistratspersonen ausgeübten Priestertum. Ohne die théophilanthropie zu nennen, sprach er sie inhaltlich an und befürwortete sie weitgehend. Seiner Motion wurde jedoch, unter Hinweis auf die dann dominierende théophilanthropie, und, weil die Verfassung keinen Kult durch die Republik begünstigen könne „... Adoptez les vues de l'orateur, et vous faites du culte théophilanthropique une religion dominante! ce qui seroit contraire à la constitution. ...“ nicht entsprochen (*Moniteur*, Quartidi, 14 fructidor, l'an 5 ... (jeudi 31 août 1797, ..., N° 344., Conseil des Cinq-Cents, Séance du 9 fructidor, p. 1376 rechte Sp.-1377 (Zitat: Bérenger, p. 1377 linke Sp.) und *Pisani, L'Église de Paris et la Révolution*, Tome III, Chap. VI, p. 203).

²¹³ Bei dem bereits zu Beginn des Jahre 1796 wieder verstärkt einsetzenden Royalismus (*Furet-Richet, La Révolution*, Tome II, Chap. 2, Un royalisme sans roi, p. 108-109 und *Soboul, Dictionnaire Révolution française, Royalisme/Royalistes*, p. 941-942 (942)), verloren zu den im germinal an V (mars 1797) jährlichen ein Drittel-Wahlen der beiden Conseils des Corps-Législatif die Anhänger des Direktoriums ihre dortigen Mehrheiten an die Royalisten. Im Direktorium wurde Le Tourneur durch dem stetigen Monarchisten Barthélemy ersetzt. Die im Club Clichy versammelten, eine Restauration anstrebenden Monarchisten konnten sich jedoch bei ihrer Zersplitterung nicht zu einem Staatsstreich entschließen. Jedoch wurden mit den royalistischen Mehrheiten der beiden Conseils am 29 floréal an V (18 mai 1797) die am 3 brumaire an IV (25 oct. 1795) gehabte Untersagung des Erwerbes von Staatsämtern an Angehörige von Emigranten widerrufen (*Duvergier, Collection des lois*, Tome IX, p. 367, Tome VIII, p. 354-355 (Art. II-VI, p. 354)). Die die Deportation von Geistlichen aussprechenden Gesetze wurden aufgehoben (oben, S. 805) und wurde in den auswärtigen départements der Royalismus mit der dortigen Rückkehr von Emigranten und von Angriffen gegen Käufer von Nationalgütern stärker.

Die Gegenmaßnahmen der Republikaner, ihr in den cercles constitutionnels erfolgter Zusammenschluss, wurde von den beiden Conseils am 5 thermidor an V (23 juillet 1797) mit der vorläufigen Untersagung von jeden sich mit politischen Fragen beschäftigenden Gesellschaften beantwortet (*Duvergier ebd.*, Tome X, p. 3). Das Direktorium glaubte, bei den Erfolgen seiner republikanisch gesinnten Generälen Bonaparte in Italien, Hoche und Moreau in Deutschland im Frühjahr 1797 hingegen, den monarchisierten Conseils trotzen zu können und wurden am 26 messidor an V (14 juillet 1797), anstelle der bisherigen 3 mehr liberal-monarchistischen Minister die Republikaner Hoche zum Kriegs-, François de Neufchâteau zum Innen- und Talleyrand zum Außenminister ernannt.

Bei den weiterhin unentschlossenen Monarchisten, dies trotz der von den beiden Conseils am 25 thermidor an V (12 août 1797) beschlossene Umorganisation der Garde nationale sédentaire, deren Ausrüstung sich nur noch die reichen Leute leisten konnten (*Duvergier ebd.*, Tome X, p. 10-13), gelangten immer mehr Soldaten Hoches nach Paris. Die endlich in den beiden Conseils zum 18 fructidor (4 sept. 1797) zu erfolgende Anklageerhebung gegen das Triumvirat kam dieses zurvor und verhaftete die beiden Chefs der royalistischen Mehrheiten der Conseils Barbès-Marbois und Pichegru, den directeur Barthélemy und ein Dutzend Abgeordnete. Von den in der Nacht zusammenberufenen beiden Conseils wurden die beiden ausgeschiedenen directeurs Carnot und Barthélemy durch François de Neufchâteau, einem Législativ und Merlin de Douai, einem Constitutionnel und Régicide ersetzt und wurde am nächsten Tag das Loi contenant des mesures de salut public prise relativement à la conspiration royale beschlossen (*Soboul, Dictionnaire ebd.*, Barbès-Marbois, p. 74,

Die am 19 fructidor an V (5 sept. 1797) erlassene *Loi contenant les mesures de salut public prise relativement à la conspiration royale* widerrief in ihrem Art. XXIII das Gesetz vom 7 fructidor V (24 août 1797) über den Rückruf der deportierten Priester,²¹⁴ womit die gegen die Geistlichen erlassenen Gesetze, insbesondere ihre Verbannung wieder in Kraft traten.²¹⁵ Durch ein Rundschreiben des ministre de la police Sotin vom 20 vendémiaire an VI (11 oct. 1797) wurde dies dahingehend präzisiert, dass die auf Grund der wieder in Kraft getretenen Gesetze von 1792 und 1793 ergriffenen Geistlichen Frankreich innerhalb von 15 Tagen bei Androhung von Todesstrafe zu verlassen hatten.²¹⁶ Weiterhin wurde in seinem Art. XXIV das Directoire exécutif bevollmächtigt, die im Innern die öffentliche Ordnung störenden Priester durch einzelne arrêtés auszuweisen²¹⁷ und in seinem Art. XXV das Gesetz vom 7 vendémiaire an IV (29 sept. 1795) über die Ausübung der Kulte für die auf dem Gebiet der Republik weiterhin geduldeten Priester²¹⁸ für weiter anwendbar erklärt. Sie hatten jedoch einen Eid des Hasses auf das Königtum, auf die Anarchie, auf ihre Anhänglichkeit und Treue zur Republik und zur Verfassung des Jahres III zu schwören.²¹⁹

Vom 2 vendémiaire an VI (23 sept. 1797), dem Anfang der Deporationen²²⁰ bis zum 26 vendémiaire an VI (17 oct. 1797) wurden durch arrêtés 48 Geistliche deportiert.²²¹

Am 1. jour complémentaire an V (17 sept. 1797) Sonntag wurden in Paris mehrere sich nicht den Gesetzen der Republik unterwerfenden Kirchen von der Polizei geschlossen.²²²

Am 25 vendémiaire an VI (16 oct. 1797) wurde in Paris eine große Anzahl von Anhängern des katholischen Kultes abgeführt. Bei der kleinen Zahl von Menschen, welche die Kirchen besuchten, glaubte man fest, dass der Aberglaube im Niedergang sei.²²³

Pichegru, p. 842; *ders.*, Révolution française, 3. Partie, Chap. II, III, 1., p. 428-429, 2., p. 429-430; *Meynier*, Le Dix-huit fructidor, Chap. I, III, p. 11-14, Chap. II-IX, p. 15-201; *Lefebvre*, La France sous le Directoire, Chap. XII, I.-V., p. 405-433; *Furet-Richet* ebd., p. 114-123; und *Duvergier* ebd., Tome X, p. 34-37).

²¹⁴ Oben, S. 805.

²¹⁵ *Duvergier*, Collection des lois, Tome X, p. 34-37 (36).

²¹⁶ *Viguerie*, Christianisme et Révolution, 4^e leçon, Fructidor, La deuxième proscription, p. 202.

²¹⁷ *Duvergier*, Collection des lois, Tome X, p. 34-37 (36).

²¹⁸ Oben, S. 788.

²¹⁹ *Duvergier*, Collection des lois, Tome X, p. 34-37 (36). Von den ehemaligen réfractaires schworen $\frac{1}{5}$ den Eid (*Godechot*, Les institutions de la France sous la Révolution et l'Empire, Livre IV, Chap. VII, III, p. 530).

²²⁰ *La Gorce*, Histoire religieuse de la Révolution française, Tome IV, Livre 27., IV, p. 244 „... Quinze jours s'étaient écoulés depuis le coup d'État quand fut pris le premier arrêté. ...“.

²²¹ *La déportation ecclésiastique sous le Directoire*, 1. Partie, An VI, Vendémiaire an VI, I.-XLV., p. 1-13.

²²² Die Kirchen waren an die Polizei denunziert worden. Der Akt, dessen Motive man nicht kannte, rief einiges Murren hervor, aber es blieb ruhig (*Bericht des Courier de l'Europe* v. 3. jour complémentaire, in: *Paris pendant la Réaction thermidorienne et sous le Directoire*, Tome IV, MCXXXVI 3^e jour complémentaire an V ..., Journaux, p. 346).

Auch in den auswärtigen départements und insbesondere in den Diözesen Marne (Reims),²²⁴ Haute-Garonne (Toulouse),²²⁵ Seine-Inférieure (Marne),²²⁶ Bouches du Rhône (Aix),²²⁷ Mont-Blanc (Annecy),²²⁸ Gironde (Bordeaux)²²⁹ und Doubs (Besançon)²³⁰ kam es sofort nach dem 18 Fructidor wieder zu priester- und religionsfeindlichen Maßnahmen.

Der Kult der théophilanthropie wuchs noch weiter und stärker an.²³¹ Es wurden in Paris am 10 vendémiaire an VI (1 oct. 1797) ein weiterer Tempel eröffnet.²³² Die theophilanthropische

²²³ Man sah auch wenige Frauen (*Rapport du Bureau central de Paris du 25 vendémiaire an VI (16 oct. 1797) ...*, in: *Paris pendant la Réaction thermidorienne et sous le Directoire*, Tome IV, MCLXII 24 vendémiaire an VI ..., Culte, p. 397).

²²⁴ Am 24 fructidor (10 sept. 1797) erreichte die neue jakobinisch-revolutionäre Bewegung Châlons, wo man die Kirchen schloss. Man forderte von den Priestern den neuen Eid des Hasses auf das Königtum und auf die Anarchie, was nahezu alle akzeptierten (*Le diocèse de Châlons*, Chap. V, La liberté ambiguë ..., Fructidor an V ..., p. 137).

²²⁵ Seit der Veröffentlichung des Gesetzes v. 19 fructidor an V: 5 sept. 1797 (oben, S. 800) wurden in der Diözese 106 Geistliche festgehalten, 87 insermentés und 19 assermentés. Der Abt von Bourg untersagte seinen Priestern, den Eid des Hasses auf das Königtum zu schwören, da unsere Religion, mit allen Regierungen übereinstimmend, uns streng verbiete, Hass auf irgend jemanden zu schwören (*Le diocèse de Toulouse*, Chap. VIII, L'attente de la paix religieuse, La lutte anti-catholique ..., p. 190).

²²⁶ Seit Beginn von September 1797 wurden die strengen antikirchlichen Maßnahmen wieder aufgenommen. Die Verfolgungen nahmen zu und wurden wieder Priester, wie in den schlimmen Tagen des Terreur deportiert (*Le diocèse de Rouen-Le Havre*, Chap. V, Persistance du culte ..., La reconquête religieuse, p. 206).

²²⁷ Nach dem 5. Sept. 1797 wurden erneut die Kirchen geschlossen und nach dem Verstreichen der in dem Gesetz v. 19 fructidor an V: 5 sept. 1797 vorgeschriebenen 15 tägigen Frist (oben, S. 800) 5 Priester wie Emigranten exekutiert und 5 weitere deportiert (*L'Église de France et la Révolution*, Tome II, Marseille, Nouvelles rigueurs ..., p. 36-38).

²²⁸ Die seit dem 15. Sept. neu eingerichtete departementale Verwaltung gab den Gemeinden die Anweisung, eine Übersicht der Priester in ihrem Bereich aufzustellen. General Pouget, Militärkommandant von Ain und Mont-Blanc organisierte für die Aufsuche der prêtres insermentés und von Deserteuren eine bewegliche militärische Kolonne (*Le diocèse de Genève-Annecy*, Chap. VII, La seconde Terreur, p. 187-188).

²²⁹ Sofort begannen die neuen Verfolgungen als Konsequenz des Staatsstreiches v. 18 Fructidor (*Le diocèse de Bordeaux*, 3. Partie, Chap. IV, Vers la paix religieuse ..., p. 186).

²³⁰ Im September 1797 wurden die Verfolgungen der auch arrondissement métropolitain seienden Diözese wieder aufgenommen und wurden 7 Priester exekutiert (*Les diocèses de Besançon et de Saint-Claude*, Chap. XIII, Le rapprochement entre les deux églises, p. 145-146 mit Titre I, Art. 2 der Constitution civile, in: *Staat und Kirche in Frankreich I*, Die Konst. Nationalkirche, 4., S. 103-106 (103, 105)).

²³¹ Nach dem 18 Fructidor gelangte die théophilanthropie in ganz Frankreich an die Tagesordnung. Die Patrioten empfangen die neue Religion mit Sympathie, deren Schicksal mit der Existenz der Republik verbunden schien. Nach den *Rapports du Bureau central de Paris* bemerkte man, dass in Paris die religiöse Frage der Inhalt aller Unterhaltungen war und die Zeremonien der théophilanthropie einen großen Zustrom fanden (*Mathiez*, La théophilanthropie et le culte décadaire, Chap. IV, XII, p. 243-244).

Nach dem *Rapport du Bureau central de Paris du 18 vendémiaire an VI (9 oct. 1797)* hatten sich die théophilanthropes durch die Einfachheit, die Zurückhaltung ihres Kultes und die Liebheit ihrer Moral eingerichtet. Die Neuigkeit habe dazu geführt, dass zu ihren Sitzungen mehrere den Pflichten ihrer Religion entfliehenden Katholiken kamen. Die Intoleranz der Katholiken sei bemerkenswert. Ihre Ungerechtigkeit übersteige all die Grenzen einer Bescheidenheit (*Paris pendant la Réaction thermidorienne et sous le Directoire*, Tome IV, MCIV 17 vendémiaire an VI ..., Culte, p. 383). Nach seinem weiteren *Rapport ... du 21 vendémiaire an VI (12 oct. 1797)* schien sich auch die Einstellung unter den ministres du culte catholique zu verändern. Sie erkennen nun im fortschreitenden culte des théophilanthropes den lebhaftesten Alarm für ihre Dogmen. Alles weise auf die Unruhe der Katholiken hin, dass sie auf einen besonderen Schutz der Regierung rechnen (*Paris thermidorienne* ebd., MCLVIII 20 vendémiaire an VI ..., Esprit public, p. 387).

Taufe und Heirat wurde in den gehobenen Kreisen zu einer Mode.²³³ Insbesondere erreichte die théophilanthropie nunmehr auch die auswärtigen départements, deren cercles constitutionnels für ihre sociétés théophilanthropiques den Kader bildeten.²³⁴

m) Die Herbeiführung des religiösen Friedens durch den 1. Konsul Bonaparte

aa) Die Beendigung der gegen die Priester und gegen den katholischen Glauben gerichteten Maßnahmen

Der durch den 18 Brumaire (9/10 nov. 1799) zur Regierung gelangte 1. Konsul Bonaparte²³⁵ war zur Überzeugung gelangt, dass man die Religion zur Regierung eines Landes benötige.

Bereits während seines 1. Italienfeldzuges 1796/97 unter der kirchenneutralen und auch erneut priesterfeindlichen Haltung des Direktoriums hatte er in den von seiner armée d'Italie besetzten italienischen und österreichischen Gebieten der dortigen Bevölkerung die weitere Ausübung ihres Kultes und ihrer Religion zugebilligt.²³⁶

²³² Im Tempel Réunion, der vormaligen église Saint-Merri (*Mathiez*, La théophilanthropie et le culte décadaire, Chap. IV, XI, p. 241).

Am selbigen Tag empfangen in der vormaligen église Saint-Roch mehr als 20 Kinder ihre erste theophilanthropische Kommunion (*Mathiez*, La théophilanthropie et le culte décadaire, Chap. IV, XII, p. 244).

²³³ *Mathiez*, La théophilanthropie et le culte décadaire, Chap. IV, XII, p. 244.

²³⁴ Die théophilanthropie richtete sich in den Städten und auf dem Land ein. Hierbei bildeten die cercles constitutionnels für ihre sociétés théophilanthropiques die Grundlage und den Kader. Fehlte diese Verbindung, so nannten sich die Patrioten dennoch gerne théophilanthropes oder einfach philanthropes (*Mathiez*, La théophilanthropie et le culte décadaire, Chap. IV, XII, p. 243, Chap. V, I, p. 307-311, II, p. 311-314, 317-321, III, p. 321-323, IV, p. 323-325, 328-330, V, p. 330-334, 339-340, VI, p. 345-347, VII, p. 347-348, 350-352, 353-354, 358-359, VIII, p. 359-361, 364-371, IX, p. 372-380).

²³⁵ Staatsstreich vom 18 Brumaire (oben, S. 216).

²³⁶ Au Cardinal Mattei, Milan, 14 vendémiaire an V (5 oct. 1796) „... Assurez tous les ministres du culte et les religieux des différentes congrégations de la protection spéciale que je leur accorderai, toutes les fois, cependant, qu'ils ne se mêleront pas des affaires politiques des nations. ...“ (*Bonaparte*, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome II, 1068., p. 47-48 (48) und Vérone, 3 pluviôse an V (22 janv. 1797) „... Mon soin particulier sera de ne point souffrir qu'on apporte aucun changement à la religion de nos pères. ...“ (*ibd.*, Tome II, 1410., p. 339),

Proclamation, Bologne, 13 pluviôse an V (1 févr. 1797), beim Einmarsch in den Kirchenstaat „L'armée française va entrer sur le territoire du Pape; elle sera fidèle aux maximes qu'elle professe, elle protégera la religion et le peuple. ... Art. 3. Tous les prêtres, religieux et ministres de la religion, sous quelque nom que ce soit, seront protégés et maintenus dans leur état actuel, s'ils se conduisent selon les principes de l'Évangile; ...“ (*ibd.*, Tome II, 1433., p. 370-371 (370, 371)),

Au Peuple de la Province de Goritz, Goritz, 1 germinal an V (21 mars 1797) „Une frayeur injuste a devancé l'armée française; nous ne venons ici ni pour vous conquérir, ni pour changer vos moeurs et votre religion. ... Article Premier. ... Le culte de la religion continuera à être exercé sans aucune espèce de changement, comme par le passé. A dater de demain, le service sera célébré dans toutes les églises, comme à l'ordinaire. ...“ (*ibd.*, Tome II, 1609., p. 525-527 (525, 526)),

Im Kirchenstaat hatte er den nach dorthin emigrierten 3 000 Geistlichen der *église réfractaire*²³⁷ am 27 pluviôse an V (15 févr. 1797) ihr weiteres Verbleiben gestattet,²³⁸ was großes Aufsehen erregte.²³⁹

Entgegen dem Ansinnen des Direktoriums hatte er mit Papst Pius VI. am 19. Februar 1797 in Tolentino einen Friedensvertrag abgeschlossen,²⁴⁰ welcher neben den gebietlichen

und die inhaltsähnlichen:

Proclamation au Peuple de la Lombardie, Milan, 30 floréal an IV (19 mai 1796) (*ibd.*, Tome I, 453., p. 359-361 (359-360)),

Aux Habitants du Tyrol, Tortone, 26 prairial an IV (14 juin 1796) (*ibd.*, Tome I, 629., p. 489-490 (489)) und Brescia, 13 fructidor an IV (30 août 1796) (*ibd.*, Tome I, 938., p. 719-720 (720)),

Au Sénat de Bologne, Milan, 5 vendémiaire an V (26 sept. 1796) (*ibd.*, Tome II, 1035., p. 16-17 (17)),

Instruction au Général Joubert, pour la conduite à tenir dans le Tyrol, Sacile, 25 ventôse an V (15 mars 1797) (*ibd.*, Tome II, 1584., p. 505-507 (506)),

Ordre, Goritz, 6 germinal an V (26 mars 1797) (*ibd.*, Tome II, 1642., p. 554-555 (554)),

Au Peuple de la Carinthie, Klagenfurth, 12 germinal an V (1 avril 1797) (*ibd.*, Tome II, 1667., p. 575-577 (575, 576)),

Au Peuple de terre-ferme de la République de Venise, Judenburg, 20 germinal an V (9 avril 1797) (*ibd.*, Tome II, 1716., p. 622-623 (623))

und Proclamation au Peuple cisalpin, Milan, 21 brumaire an VI (11 nov. 1797) (*ibd.*, Tome III, 2351., p. 570-571 (570)).

²³⁷ In den Kirchenstaat waren bis Ende 1794 3 000 Welt- und Ordensgeistliche geflüchtet: 2 462 *séculiers*, 511 *réguliers*, 100 *religieuses* und 14 *évêques* (*Picheloup*, *Les ecclésiastiques français émigrés dans l'État pontifical*, 1. Partie, p. 13-70 (Chap. IV, p. 58-59, Conclusion ..., p. 61-63, Appendice, p. 65-70), 2. Partie, p. 71-133, Documents, p. 175, Circulaires ..., p. 176-187, Lettres ..., p. 192-198, Documents ..., p. 199, Documents ..., p. 200-203, Compte ..., p. 204-214, Ecclésiastiques ..., p. 215-256, Religieux ..., p. 257-263, Prêtres ..., p. 263-281, Religieux ..., p. 281-288, Religieuses ..., p. 289-291, Ecclésiastiques ..., p. 292-299, 3. Partie, Appendice, p. 163-164, Conclusion, p. 165-167).

Bei der von der Convention nationale zu Beginn des Jahres 1795 für Frankreich wieder gestatteten Kulturausübung (oben, S. 786-789) kehrten während dieses Jahr 20 von ihnen wieder zurück (*ibd.*, 3. Partie, Chap. X, p. 137-138, 138-140, 140-142, 142-145, Documents, Circulaires ..., p. 188-189).

²³⁸ Aus seiner Proclamation, Macerata, 27 pluviôse an V (15 févr. 1797) für den Kirchenstaat, in welcher er zu Beginn anführt, dass das Gesetz der Convention nationale den Priestern der *église réfractaire* zwar verbiete, in das Territorium der Französischen Republik zurückzukehren, jedoch nicht in den von den französischen Armeen besetzten Gebieten zu verbleiben, und dass die Regierung von sich aus die hierzu geeigneten Maßnahmen treffen könne. „... Article Premier. Les prêtres refractaires sont autorisés à rester dans les états du Pape conquis par l'armée française. Art. 2. Il est défendu, sous les peines les plus sévères, aux individus de l'armée, aux habitants, prêtres ou religieux du pays, de molester, sous quelques titre que ce soit, les prêtres refractaires. ...“ In den nachfolgenden Art. III-VII gab er den Oberen der Klöster auf, die Priester aufzunehmen und sie zu versorgen (*Bonaparte*, *Correspondance de Napoléon I^{er}*, Tome II, 1498., p. 431-432 (Zitat p. 431), Tome XXIX *Oeuvres de Napoléon I^{er} à Sainte-Hélène, Campagnes d'Italie. (1796-1797.)*, Chap. XII., VI., p. 271-272: Begründung des Erlasses).

Im Frühjahr 1797 kehrten auch 1/3 der Welt- und Ordensgeistlichen nach Frankreich zurück (*Picheloup*, *Les ecclésiastiques français émigrés dans l'État pontifical*, 3. Partie, Chap. X, p. 145-150, Conclusion, p. 166, Documents, Circulaires ..., p. 190-191).

²³⁹ *Bonaparte*, *Correspondance de Napoléon I^{er}*, Tome XXIX *Oeuvres de Napoléon I^{er} à Sainte-Hélène, Campagnes d'Italie. (1796-1797.)*, Chap. XII., VI., p. 271-272 „... Le bruit de cette mesure retentit dans tout le monde chrétien et spécialement en France. Quelques critiques voulurent s'élever, mais elles furent étouffées par l'approbation générale et spécialement par celle du Directoire. ...“.

Regelungen²⁴¹ den nunmehrigen Widerruf des Papstes an alle gegen die Französische Republik gerichteten feindlichen Handlungen enthielt.²⁴²

Während seines ägyptisch-syrischen Feldzuges 1798/99²⁴³ war ihm beim Nachdenken über den Islam bewusst geworden,²⁴⁴ dass der christliche Glaube wegen seines Hervorgehens aus

²⁴⁰ Nach seinen beiden großen Siegen bei Arcole v. 15.-17. Nov. 1796 und bei Rivoli am 14. Jan. 1797 gegen die weitere österreichische Armee Alvinzys mit der Kapitulation von Mantua am 2. Febr. 1797 (unten, S. 882), war Bonaparte mit seiner armée d'Italie, nachdem er seinerseits am 1. Febr. 1797 wegen der päpstlichen Verweigerung des Waffenstillstandes, diesen aufkündigt hatte, in die Romagna und weiter in den Kirchenstaat vorgedrungen. Pius VI. bat ihn, nicht über Rom zu marschieren und erklärte sich bereit, zur Aufnahme von Verhandlungen über einen Frieden einen Bevollmächtigten zu entsenden. Bonaparte, welcher vom Direktorium unter dem Hinweis, dass die katholische Religion immer noch der unversöhnliche Feind der Republik sei, die Anweisung erhalten hatte, das vereinte Zentrum der päpstlichen Macht zu zerstören und der päpstlichen Regierung ein Ende zu bereiten, begab sich nach Tolentino, wo er mit den päpstlichen Bevollmächtigten am 19. Febr. 1797, ohne vorher dem Direktorium von seinem Inhalt Kenntnis zu geben, den Friedensvertrag abschloss (*Bonaparte, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome XXIX Oeuvres de Napoléon I^{er} à Sainte-Hélène, Campagnes d'Italie. (1796-1797.), Chap. XII., I.-VIII., p. 264-274; Artaud de Montor, Histoire du Pape Pie VII, Tome I, Chap. II., p. 27-36; Du Teil, Rome, Naples et le Directoire, 3. Partie, IV-XI, p. 363-484 (p. 478: Zustimmungen des Conseil des Cinq-Cents am 30. März 1797 und des Conseil des Anciens am 29. April 1797), Appendice, X, p. 545-549 (Vertragstext) und Guyot, Le Directoire et la paix de l'Europe, Chap. X, I., p. 342-346).*

²⁴¹ Dieser enthielt mit der Vereinbarung des Friedensschlusses zwischen den vertragsschließenden Teilen (Art. I, *Du Teil, Rome, Naples et le Directoire, Appendice, X, p. 546*) die völlige Entsagung des Papstes auf alle seine Rechte an der Stadt und an dem Gebiet Avignon mit der Grafschaft Venaissin und die Überlassung dieser an die Französische Republik (Art. VI: *Du Teil ebd., p. 546*). Die Entsagung des Papstes auf die Landschaften und die Legationen Bologna, Ferrara und Romagna und ihre Überlassung an die Französische Republik, in welchen die katholische Religion nicht beeinträchtigt werde dürfe (Art. VII: *Du Teil ebd., p. 546-547*) und die Entrichtung von 30 Millionen Livres und 1 600 Pferden an die Französische Republik (Art. X-XII: *Du Teil ebd., p. 547*).

Er enthielt jedoch keine Bestimmungen zu einer Regelung der eigenen inneren kirchlichen und religiösen Verhältnisse Frankreichs (Art. III, IV, VIII, IX, XIII-XXVI: *Du Teil ebd., p. 547-549* und *Guyot, Le Directoire et la paix de l'Europe, Chap. X, I., p. 346*).

Im Schreiben v. 1 ventôse an V (19 févr. 1797), in welchem der général en chef de l'armée d'Italie den Inhalt des Friedensvertrages dem Direktorium noch am Tag seines Abschlusses mitteilte, gab er hierfür an „... Je n'ai point parlé de religion, parce qu'il est évident que l'on fera faire à ces gens-là par la persuasion et l'espérance beaucoup de démarches qui pourront être alors vraiment utiles à notre tranquillité intérieure. Si vous voulez me donner vos bases, je travaillerai là-dessus, et je ferai faire à la cour de Rome les démarches que vous pourriez croire nécessaires. ...“ (*Bonaparte, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome II, 1510., p. 442-444 (442-443)*).

²⁴² Art. II: Widerruf des Papstes an allen gegen die Französische Republik gerichteten feindlichen Handlungen (*Du Teil, Rome, Naples et le Directoire, Appendice, X, p. 546*), Art. V: die Einräumung selbiger Rechte und Vorzüge an die Französische Republik durch den Papst, wie sie Frankreich vor dem Krieg innegehabt hatte und ihre Behandlung durch den Papst gleich den angesehensten Mächten (*Du Teil ebd., p. 546*).

²⁴³ Landung in Alexandria am 1. Juli 1798 (*Bonaparte, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome XXIX Oeuvres de Napoléon I^{er} à Sainte-Hélène, Campagnes d'Égypte et de Syrie, Chap. III., I., p. 515-517*), Einschiffung in Alexandria am 24. Aug. 1799 (*ibd., Tome XXX Oeuvres de Napoléon I^{er} à Sainte-Hélène, Campagnes d'Égypte et de Syrie, Chap. XII., IV., p. 111-113*).

²⁴⁴ *Bonaparte, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome XXIX Oeuvres de Napoléon I^{er} à Sainte-Hélène, Campagnes d'Égypte et de Syrie, Chap. V., p. 568-589, Tome XXX Oeuvres de Napoléon I^{er} à Sainte-Hélène, Consuls provisoires, V., p. 395; Cherfils, Bonaparte et l'Islam, 1. Partie, p. 7-57, 2. Partie, p. 59-102, 3. Partie, p. 103-126, Appendices, Proclamation du Divan de la ville de Kaire, ..., nach p. (216), Transcription de la 2^e partie de la proclamation autographe, écrite par le Gal Bonaparte, ..., nach p. (216), I, § I., p. 217-219, § II., p. 219-221 und Spillmann, Napoléon et l'Islam, 1. Partie, V, p. 65-71 (69-71), X, p. 153-163 (155-159).*

den griechischen Philosophenschulen und deren Überlegenheit des Geistes über die Materie die Religion eines sehr zivilisierten Landes sein müsse.²⁴⁵

Nach dem 18 Brumaire (9/10 nov. 1799) wurden bereits am 8 frimaire an VIII (29 nov. 1799) durch eine konsularische Anordnung 600 einsitzende Priester freigelassen.²⁴⁶

Durch drei weitere arrêtés der Konsule vom 7 nivôse an VIII (28 déc. 1799) wurden die Rückgabe von Kirchengebäuden verfügt,²⁴⁷ den geistlichen Amtsinhabern wie den anderen öffentlichen Beamten ein Eid allein zur Treue auf die Verfassung auferlegt²⁴⁸ und alle Anordnungen von Verwaltungen, welche die Ausübung der Kulte auf die décadis²⁴⁹ beschränkten aufgehoben.²⁵⁰

Zu den Auswirkungen auf Paris aus dem von dem Ministère de la police zum 12 nivôse an VIII (2 janv. 1800) angefertigten *Tableau de la situation de Paris*:

²⁴⁵ Jesus Christus habe als Nachfolger Davids keinen Anspruch auf den Thron erhoben. Er habe die Obrigkeit anerkannt und gelehrt, dass sein Reich nicht von dieser Welt sei. Er habe bei seiner göttlichen Sendung nur ein Ziel verfolgt, das Gewissen der Menschen zu leiten und die Seelen im irdischen Leben zu lenken, damit sie im jenseitigen Leben ihr Heil fänden. Das Evangelium enthalte keine Vorschriften für die Ordnung der irdischen Angelegenheiten. Aus den griechischen Philosophenschulen hervorgegangen und ein Triumph von Sokrates, Plato und Aristoteles über Flaminus, Scipio und Aemilius Paullus erhebe der christliche Glaube den Menschen in sich. Als militärische Sieger Griechenlands seien die Römer ihrerseits durch den unwiderstehlichen Einfluss des Geistes, der Künste und der Wissenschaften der Besiegten unterjocht worden. Wie alles, was nur durch Überredung siege, was nur ein Erfolg von fortschreitender Aufklärung sei, habe die Religion Jesus Christi anfangs nur langsamen Erfolg gehabt. Die christliche Kirche habe den Gerechten als Belohnung versprochen, Gott von Angesicht zu Angesicht zu schauen. Sie verspreche diesen rein geistigen Genuss, wogegen sie die Sünder mit leiblichen Strafen bedrohe. Dieser Gegensatz sei erklärlich, denn würde die christliche Religion die Bösen mit geistigen Strafen bedrohen, so würde ihnen nicht getrotzt werden, ihre schlechten Gelüste zurückzuhalten. Hingegen würde ein jenseitiges Paradies mit den Freuden der diesseitigen Welt die fleischliche Lust anstacheln. Die christliche Moral verfolge aber gerade den Zweck, die Fleischeslust zurückzudrängen (*Bonaparte, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome XXIX Oeuvres de Napoléon I^{er} à Sainte-Hélène, Campagnes d'Égypte et de Syrie, Chap. V., I., p. 568-571 (568-569)*).

²⁴⁶ Alle Priester, welche die Eide geschworen hatten, verheiratet waren, ihr Amt überhaupt nicht oder vor dem Gesetz vom 7 vendémiaire an IV-29 sept. 1795 (zusammenfassende Trennung von Staat und Kirchen (oben, S. 788) ausgeübt hatten und auf den Inseln Ré und Oléron (westliche Atlantikküste zwischen den Mündungen der Gironde und Loire gelegen) interniert waren, wurden freigelassen (*Duvergier, Collection des lois, Tome XII, p. 10*). Am 9 nivôse an VIII (30 déc. 1799) wurde dann vom 1. Konsul die Freilassung aller auf der Insel Ré einsitzenden Priester verfügt: die Anfrage von Les prêtres du département du Doubs, de la Haute-Saône et du Jura, détenus à l'île de Ré, aux consuls de la République und die mit der alleinigen Verpflichtung zur Ablegung eines Eides auf die Verfassung sie freilassende Anordnung des 1. Konsuls v. 9 nivôse an VIII (30 déc. 1799) (*Theiner, Histoire des deux Concordats, Tome I, 1. Partie, Chap. II., p. 36-37*).

600 Priester kehrten zurück (*Montagnon, Les guerres de Vendée, VII, p. 275*).

²⁴⁷ Zurückgabe an die Bürger der Gemeinden, soweit von diesen am 1. Tag an II (22 sept. 1793) besessen, zu ihrem freien kultischen Gebrauch (*Duvergier, Collection des lois, Tome XII, p. 50*).

²⁴⁸ *Duvergier, Collection des lois, Tome XII, p. 50*.

²⁴⁹ Durch das Gesetz v. 17 thermidor an VI (4 août 1798) waren die décadis und die jours de fêtes nationales zu den Ruhetagen der gesamten Republik erklärt (*Duvergier, Collection des lois, Tome X, p. 321-322*) und durch das nachfolgende v. 13 fructidor an VI (30 août 1798) die an den décadis stattfindenden Feierlichkeiten festgelegt worden, Hochzeiten konnten nur an ihnen erfolgen (*ibd.*, p. 335-336).

²⁵⁰ *Duvergier, Collection des lois, Tome XII, p. 50*.

„... L'arrêté du premier Consul en faveur de la liberté des cultes a fait la plus grande sensation dans Paris¹. L'affluence a été considérable ces jours-ci, à la porte des églises. Un grand nombre de celles qui avaient été fermées ont été réouvertes, à la satisfaction d'une foule de personnes de tout sexe, qui se témoignait par les démonstrations les plus vives. Plusieurs se serraient la main et s'embrassaient; tous prouvaient la vérité de cette observation, que fournit l'histoire de tous les siècles et de tous les peuples: la persécution ne sert qu'à faire dégénérer l'opinion de l'opprimé en véritable fanatisme. ...“²⁵¹

Am 9 nivôse an VIII (30 déc. 1799) wurde durch eine konsularische Anordnung dem am 29. August 1799 in Valence im Exil verstorbenen Papst Pius VI.²⁵² ein ehrenvolles Begräbnis angeordnet.²⁵³

Nach dem vom Ministère de la police zum 28 floréal an VIII (18 mai 1800) angefertigten *Tableau de la situation de Paris* nahm die katholische Religion zunehmend ihre alte dominierende Stellung wieder ein:

„... La religion catholique reprend progressivement son ancienne domination. Hier dimanche toutes les églises ont été remplies. Celle de Saint-Roch est la plus fréquentée; on n'a rien entendu, dans les discours des ministres, qui fût contraire au gouvernement. – Le système d'intolérance pour tout autre culte n'est pas détruit. On intrigue secrètement pour troubler de nouveau l'assemblée des théophilanthropes qui a lieu le décadi. ...“²⁵⁴

Während seines 2. Italienfeldzuges 1800,²⁵⁵ nach²⁵⁶ der von ihm am 14. Juni 1800 gewonnenen Schlacht von Marengo²⁵⁷ wohnte der 1. Konsul am 18. Juni im Mailänder Dom

²⁵¹ *Paris sous le Consulat*, Tome I, LI, Tableau de la situation de Paris du 13 nivôse, Esprit public, p. 77.

Bonaparte, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome XXX Oeuvres de Napoléon I^{er} à Sainte-Hélène, Consuls provisoires, V., p. 396 „... Dans le même temps les lois sur les décades furent rapportées, les églises rendues au culte, et des pensions accordées aux religieux et religieuses qui prêteraient serment de fidélité au gouvernement. La plupart se soumirent, et, par là, des milliers d'individus furent arrachés à la misère. Les églises se rouvrirent dans les campagnes, les cérémonies intérieures furent permises, tous les cultes furent protégés, et le nombre des théophilanthropes diminua beaucoup.“

²⁵² Unten, S. 817.

²⁵³ *Bonaparte*, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome VI, 4484., p. 76.

Nach Abschluss des Konkordates am 15. Juli 1801 (unten, S. 821-822) wurde sein Leichnam im Febr. 1802 nach Rom verbracht.

²⁵⁴ *Paris sous le Consulat*, Tome I, CLXXXVII, Tableau de la situation de Paris du 29 floréal, Culte, p. 340. Nachfolgenden Satz „... La police surveille; l'ordre sera maintenu.“

²⁵⁵ Mai-Juni.

²⁵⁶ Zuvor hatte er bereits am 16 prairial an VIII (5 juin 1800) in Mailand an den dortigen Klerus die Ansprache gehalten „...: „Les amis naturels de l'Italie sont les Français. Que pouvez-vous attendre des protestants, des grecs, des musulmans qu'on vous a envoyés¹? Les Français, au contraire, sont de la même religion que vous. Nous avons bien eu quelques disputes ensemble; mais tout cela se raccommode et s'arrange.“ (Documents sur la négociation du Concordat, Tome I, 1. Partie, 13., p. 20-21 (21)). Nach *Histoire de Bonaparte*, Tome II, Chap. XXXIII., p. 172, 174, 175 um den 29 prairial.

im Beisein seines gesamten Generalstabes einem zur Befreiung der Cisalpinischen Republik und zum Ruhme der Französischen Republik gesungenen Te Deum bei.²⁵⁸ Ein in Paris hierfür am 24. Juni 1800 in der Notre-Dame gehaltener bischöflicher²⁵⁹ Gottesdienst zog eine riesige Menschenmenge an.²⁶⁰

Vor seiner am 25. Juni 1800 erfolgten Abreise aus Mailand²⁶¹ sprach Bonaparte zu den dortigen Patrioten:

„... ,Laissez dire la messe: le peuple est souverain. S’il veut sa religion, respectez sa volonté.‘ ...“²⁶²

Nach dem vom Ministère de la police zum 17 messidor an VIII (6 juillet 1800) angefertigten *Tableau de la situation de Paris* schmeichelten sich die Priester allgemein, dass die katholische Religion bald jene des Staates sein werde:

„... Les prêtres se flattent généralement que la religion catholique sera bientôt celle de l’État, et qu’aucune autre ne sera tolérée ...“²⁶³

Durch zwei arrêtés der Konsule vom 7 thermidor an VIII (26 juillet 1800) wurde festgelegt, dass die Ruhe an den décadis nur noch von den Staatsbeamten einzuhalten ist²⁶⁴

Die in *Bonaparte*, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome VI, 4884., p. 426-428 enthaltene *Allocution aux curés de la ville de Milan v. selbigen 5 juin 1800* ist eine offensichtlich nachträglich umgearbeitete und verfälschte Version dieser Ansprache (*Boulay ebd.*, p. 21, Fußn. 2).

²⁵⁷ Oben, S. 260.

²⁵⁸ Veranstaltet von der Stadt Mailand (*Bonaparte*, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome VI, 4923., p. 469, 4927., p. 472-474 (474) und *Histoire de Bonaparte*, Tome II, Chap. XXXIII., p. 172-173).

²⁵⁹ Évêque Royer.

²⁶⁰ Das vom Ministère de la police zum 5 messidor an VIII (24 juin 1800) angefertigte *Tableau de la situation de Paris du 6 messidor*, den *Rapport de la préfecture de la police du même jour* und die hierzu im *Journal des Défenseurs de la Patrie du 8 messidor*, *Publiciste du 19 messidor*, *Gazette de France du 5 messidor* und *Journal des Hommes libres du 6 messidor* erschienen Berichte (*Paris sous le Consulat*, Tome I, CCXXIV, p. 446-450).

Nach dem vom *Ministère de la police für Paris zum 26 prairial an VIII (15 juin 1800) angefertigten Tableau* nahm die alte Religion ihre ganze Herrschaft wieder auf, welche sie vor der Revolution innehatte, ohne dass die Regierung ihr ein Hindernis entgegenbrachte (*ebd.*, CCXV, *Tableau de la situation de Paris du 27 prairial*, *Culte catholique*, p. 422-423).

²⁶¹ Der 1. Konsul verließ am Morgen des 25. Juni 1800 Mailand, um nach Paris zurückzukehren (*Documents sur la négociation du Concordat*, Tome II, 1. Partie, 16., p. 25, Fußn. 3).

²⁶² *Histoire de Bonaparte*, Tome II, Chap. XXXIII., p. 174-175 (Zitat p. 175).

²⁶³ *Paris sous le Consulat*, Tome I, CCXXXVI, *Tableau de la situation de Paris du 18 messidor*, *Culte*, p. 486.

Nach dem vom *Ministère de la police für Paris zum 10 messidor an VIII (29 juin 1800) angefertigten Tableau*, ordnete évêque Royer de Paris in einem Hirtenbrief an, dass in allen Kirchen seiner Diözese am 29. Juni das Te Deum gesungen werde, was erfolgte und gab es wenig Versammlungen der Sekte der théophilanthropes (*ebd.*, CCXXIX, *Tableau de la situation de Paris du 11 messidor*, *Culte*, p. 461-462).

²⁶⁴ *Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 260-261.

und wurde das Heiraten auch an den anderen Tagen gestattet²⁶⁵, womit die *décadis* ihre tatsächliche Bedeutung einbüßten.²⁶⁶ Dies rief bei der Bevölkerung mehrere Tage eine große Erregung. Die Religionsfreunde sahen sich überzeugt, dass die Regierung mit Dekreten die Herrschaft der katholischen Religion wieder zurückbringen wolle und die Kirchen waren am Tage danach, einem Sonntag²⁶⁷ wie seit langem nicht mehr gefüllt.²⁶⁸

bb) Der allgemeine Ausgleich mit der Katholischen Kirche durch das Konkordat mit Papst Pius VII. am 15. Juli 1801

Der 1. Konsul wollte darüber hinaus zu einem allgemeinen Ausgleich mit der Katholischen Kirche gelangen. Im Gegensatz zu der *Assemblée constituante* mit ihrer am 12. Juli 1790 ohne Mitwirkung von Pius VI. erlassenen *Constitution civile du clergé*,²⁶⁹ erkannte er, dass es hierzu einer Vereinbarung mit dem neuen Papst Pius VII.²⁷⁰ bedürfe.²⁷¹

²⁶⁵ *Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 261 mit *Aulard*, Histoire politique de la Révolution française, 4. Partie, Chap. III, I, p. 728. Schon einige Zeit zuvor hatten die Konsule den Präfekten nahegelegt, die *décadis* für zwingend vorschreibenden Gesetze nicht mehr anzuwenden (*Aulard* ebd., p. 728-729, Fußn. 2.)

²⁶⁶ *Aulard*, Histoire politique de la Révolution française, 4. Partie, Chap. III, I, p. 728.

²⁶⁷ 8 thermidor an VIII (27 juillet 1800).

²⁶⁸ Das vom Ministère de la police zum 8 thermidor an VIII (27 juillet 1800) für Paris angefertigte Tableau (*Paris sous le Consulat*, Tome I, CCLVII, *Tableau de la situation de Paris du 9 thermidor*, Arrêté sur le décadi, p. 552, Culte, p. 552).

²⁶⁹ Oben, S. 773-774.

²⁷⁰ Nach dem Tode von Pius VI. am 29. Aug. 1799 in Valence wurde von der Konklave in Venedig am 14. März 1800 der Bischof von Imola und Kardinal Chiaramonti einstimmig zum neuen Papst Pius VII. gewählt (*Artaud de Montor*, Histoire du Pape Pie VII, Tome I, Chap. V., p. 80-104 (95-99, 103-104)).

²⁷¹ Bonaparte teilte bereits auf der Rückfahrt von seinem oberitalienischen Feldzug nach Paris am 25./26. Juni 1800 in Vercelli Bischof Martiani sein dahingehendes Ansinnen mit. *Brief von Bischof Martiani vom selbigen Tag (26. Juni 1800) an Papst Pius VII.* (in einer französischen Übersetzung des italienischen Originals): „... Bonaparte désirerait donc renouveler entièrement l'église gallicane³. ...“ Hierbei dürften sowohl die emigrierten (*église réfractaire*) als auch die eingedrungenen Bischöfe (*église constitutionnelle*) nicht mehr berücksichtigt werden „... Il prétend que les évêques qui ont émigré ne peuvent plus convenir, attendu que la majeure partie d'entr'eux est sortie, non pour zèle de religion, mais pour des intérêts et par des vues temporelles. Quant aux évêques intrus, il ne veut pas même en entendre parler. ...“ Er meine, wer die Souveränität in einem Staat innehat, besitze auch das Recht, neue Bischöfe zu bestimmen „... Il croit en conséquence que celui qui exercera la souveraineté dans la nation doit en choisir de nouveaux, qui devront être institués canoniquement et recevoir les bulles du Saint-Siège. ...“ Ihre Zahl müsse verkleinert werden „... la nation ...; pour ne point la trop charger, il juge nécessaire la réduction des évêchés au plus petit nombre qu'il sera possible; ...“ Nach so vielen Jahren sollten die Kirchengüter nicht mehr zurückgefordert werden „... De plus, comme depuis tant d'années de révolution les biens que possédait l'église gallicane ont été totalement aliénés; que la revendication en serait impossible et exposerait la nation à de nouvelles secousses; ...“ (auszugsweiser Inhalt, in: *Documents sur la négociation du Concordat*, Tome I, 1. Partie, 16., p. 25-26 und das *Antwortschreiben von Pius VII. v. 10. Juli 1800*, in welchem er sich zu Unterhandlungen mit den von Bonaparte angedeuteten Fragen einverstanden erklärt, ebd., 17., p. 26-28).

Im Conseil d'État äußerte er sich in der Sitzung am 28 thermidor an VIII (16 août 1800), es sei seine Pflicht, die Menschen zu regieren, wie es deren große Zahl wolle. Dies entspräche auch der Souveränität des Volkes:

„... ,Ma politique est de gouverner les hommes comme le grand nombre veut l'être. C'est là, je crois, la manière de reconnaître la souveraineté du peuple. C'est en me faisant catholique que j'ai fini la guerre de Vendée, en me faisant musulman que je me suis établi en Égypte, en me faisant ultramontan que j'ai gagné les esprits en Italie. ...“²⁷²

Zwei Tage danach am 30 thermidor an VIII (18 août 1800) sagte er bei einer in Malmaison mit dem Staatsrat Roederer²⁷³ gehaltenen Unterredung, dass man zur Errichtung von Sitten die Religion benötige. Der Mensch könne die zur Existenz einer Gesellschaft notwendigen Ungleichheiten allein durch den Glauben an einen Gott und ein besseres jenseitiges Leben ertragen:

„...“

Bonaparte. – Comment avoir des moeurs? Il n'y a qu'une manière, c'est de rétablir la religion.

Roederer. – Je crois la religion un auxiliaire nécessaire au gouvernement; mais il ne faut pas qu'elle soit dominante, tyrannique.

Bonaparte. – Non sans doute ... Mais comment avoir de l'ordre dans un État sans une religion? La société ne peut exister sans l'inégalité des fortunes, et l'inégalité des fortunes ne peut subsister sans la religion. Quand un homme meurt de faim à côté d'un autre qui regorge, il lui est impossible d'accéder à cette différence s'il n'y a pas là une autorité qui lui dise: ,Dieu le veut ainsi; il faut qu'il y ait des pauvres et des riches dans le monde; mais ensuite, et pendant l'éternité, le partage se fera autrement.‘ ...“²⁷⁴

²⁷² Roederer, Oeuvres, Tome III, Relations particulières avec le Premier Consul. Conversations, ..., Voyage à Mortfontaine, 16 août 1800. Séance du conseil d'État du 28 thermidor an VIII (16 août 1800), au sujet des colonies, p. 334.

²⁷³ Pierre-Louis Roederer (* 15 févr. 1754 in Metz) als Sohn eines königlichen Rates, wurde Anwalt und kaufte sich Dank einer reichen Heirat das Amt eines Rates am Parlement von Metz. Mitglied der Constituante hielt er sich zu Bailly, Condorcet und La Fayette und er sprach sich dort für die Abschaffung der kontemplativen Orden aus. In der Convention den Girondisten nahestehend, wandte er sich gegen ihre Kompetenz zur Aburteilung von Ludwig XVI. Nach dem 9 Thermidor sich aus dem praktisch-parlamentarischen Geschehen zurückziehend, war er journalistisch tätig und Mitglied des Institut national des sciences et des arts. Er unterstützte den 9 Brumaire und hatte hinsichtlich der neuen Verfassung dem abbé Sieyès gleiche Ideen. Vom 1. Konsul am 4 nivôse an VIII (25 déc. 1799) zum Staatsrat ernannt, wurde er bald dessen président de la section de l'intérieur (*Robinet*, Dictionnaire 1789-1815, Tome II, Roederer (Pierre-Louis, ..., p. 701-702 und *Soboul*, Dictionnaire Révolution française, Roederer, p. 922-925 (922–924)).

²⁷⁴ Im weiteren Verlauf der Unterredung äußerte der 1. Konsul, falls die Regierung nicht Herr der Priester sei, habe sie viel von ihnen zu befürchten. Man dürfe sie sich nicht selber überlassen, sondern müsse ihre Führer bei ihren eigenen Interessen anfassen und sie vom Staat bezahlen (*Roederer*, Oeuvres, Tome III, Relations particulières avec le Premier Consul. Conversations, ..., Voyage à Mortfontaine, 18 août 1800. – A la Malmaison, au jardin, le 30 thermidor an VIII., p. 334-336 (335-336, Zitat p. 335)).

Bei seinem Empfang des Corps-Législatif am 14 brumaire an IX (5 nov. 1800) sagte der 1. Konsul: Sie hätten nichts mehr von der Geistlichkeit zu fürchten. Es gäbe keine Mönche mehr. Die Geistlichen hätten

Auch auf Sankt-Helena hatte er für die von ihm damals gewollte Errichtung einer starken Regierung in Frankreich und für den Zusammenhalt der Gesellschaft die Notwendigkeit von Religion und katholischer Kirche,²⁷⁵ diese insbesondere zur Vermeidung der sonst entstehenden Religionsstreitigkeiten begründet.²⁷⁶

aufgehört, ein Stand im Staate zu sein und seien nicht mehr wie früher die einzig gelehrte Körperschaft. Voltaire sei nur deswegen ein solch ausgesprochener Gegner der Religion gewesen, weil er im Kampf gegen ihre Missbräuche auf Widerstand gestoßen sei. Er sei Philosoph und hätte in Ägypten dasselbige für die muselmanische Religion getan, was er für die katholische Religion in Frankreich getan habe. Dies nicht, weil er gegen jede Religion gleichgültig sei, sondern weil er den Willen und die Bekenntnisse jedes Volkes achte. Wir wissen nicht, woher wir kommen und wohin wir gehen. Man müsse den Glauben achten, den jeder sich bildet und festhält (*ibd.*, Moeurs militaires. 5 novembre 1800 (14 brumaire an IX.), p. 342).

Bereits 1797 äußerten die *Betrachtungen ueber den maechtigen Einfluß der Religion auf die Politik, und ueber die Tauschungen der Religionsgarantie bey einer Revolution* „... Aus der Catastrophe der franzoesischen Revolution kann sich der gesunde Menschenverstand ueberhaupt das Resultat abziehen, daß Moral und menschliche Gesetze den Verlust der Religion nicht ausgleichen; da selbst bey der Erkenntniß des hoechstens Wesens und bey dem Besitz der Religion, die schoensten Moralregel den erforderlichen Eindruck auf die Regierung mancher Staaten nicht gemacht haben; indem sie sich nun bey ihrer gaenzlichen Umwaelzung in ihrer neuen Verfassung, bey welcher sie weder einen Gott noch eine Religion wahrhaft erkannten, gegen die Usurpationen ihrer eigenen Mitbuerger nicht zu halten wußten. ...“ (*Magazin der Europaeischen Staatenverhaeltnisse*, II. Band, 11. Heft, I., 3., S. 607-608).

²⁷⁵ *Las Casas*, Le Mémorial de Sainte-Hélène,

Vendredi 7, Samedi 8 Juin 1816:

„... L'empereur, après un mouvement très vif et très chaud, a dit: ‚Tout proclame l'existence d'un Dieu, c'est indubitable¹; mais toutes nos religions sont évidemment les enfants des hommes. ... Toutefois, disait l'Empereur, dès que j'ai eu le pouvoir, je me suis empressé de rétablir la religion. Je m'en servais comme de base et de racine. Elle était à mes yeux l'appui de la bonne morale, des vrais principes, des bonnes moeurs. Et puis, l'inquiétude de l'homme est telle, qu'il lui faut ce vague et ce merveilleux qu'elle lui présente. Il vaut mieux qu'il le prenne là que d'aller le chercher chez Cagliostro, chez Mlle Lenormand¹, chez toutes les diseuses de bonne aventure et les fripons. ...“ (Tome I, Vendredi 7, Samedi 8 (Juin 1816), ... – Ses idées religieuses, p. 688-689)

und Samedi 17 août 1816:

„... En parlant de prêtres et de religion², la conversation a conduit l'Empereur à dire: ... ‚Lorsque je saisis le timon des affaires, j'avais déjà des idées arrêtées sur tous les grands éléments qui cohésionnent la société; j'avais pesé toute l'importance de la religion; j'étais persuadé, et j'avais résolu de le rétablir. ...“ (Tome II, Samedi 17 (Août 1816), Idées religieuses de Napoléon. - ..., p. 194-195).

²⁷⁶ *Las Casas*, Le Mémorial de Sainte-Hélène, Samedi 17 août 1816:

„... Il est sûr qu'au désordre auquel je succédais, que sur les ruines où je me trouvais placé, je pouvais choisir entre le catholicisme et le protestantisme; et il est vrai de dire encore que les dispositions du moment poussaient toutes à celui-ci; ...“ (Tome II, Samedi 17 (Août 1816), Idées religieuses de Napoléon. - ..., p. 196).

Napoléon führte weiter aus: Man könne sich kaum einen Begriff von dem Widerstand machen, den er zur Wiedereinführung des Katholizismus zu überwinden hatte. Man wäre ihm weit gutwilliger gefolgt sein, wenn er die Fahne des Protestantismus aufgesteckt hätte. Dies sei so weit gegangen, dass im Conseil d'État, in welchem er die größte Mühe hatte, die Annahme des Konkordates durchzusetzen, mehrere Mitglieder sich diesem blos in der Absicht ergaben, ein Komplott zu machen, diesem entgegen zu können. Wohlan! sagte einer zu dem anderen, wir wollen uns zu Protestanten machen, und dies alles wird uns nichts angehen (p. 195-196):

„... ‚En proclamant le protestantisme, qu'eussé-je obtenu? J'aurais créé en France deux grands partis à peu près égaux, lorsque je voulais qu'il n'y en eût plus du tout; ...“ (p. 196),

„...; j'aurais ramené la fureur des querelles de religion, lorsque les lumières du siècle et ma volonté avaient pour but de les faire disparaître tout à fait. ...“ (p. 196),

Die Verhandlungen zur Wiederherstellung des vom 1. Konsul mit der Katholischen Kirche insbesondere dem neuen Papst Pius VII. gewünschten religiösen Ausgleiches²⁷⁷ wurden in einem ersten Verhandlungsabschnitt vom 6. November 1800 bis Ende Januar 1801 in Paris,²⁷⁸

„... Ces deux partis en se déchirant eussent annihilé la France, et l’eussent rendue l’esclave de l’Europe, lorsque j’avais l’ambition de l’en rendre la maîtresse. ...“ (p. 196),

„... Avec le catholicisme j’arrivais bien plus sûrement à tous mes grands résultats: dans l’intérieur, chez nous, le grand nombre absorbait le petit, et je me promettais de traiter celui-ci avec une telle égalité, qu’il n’y aurait bientôt plus lieu à connaître la différence. ...“ (p. 196),

„... Au dehors, le catholicisme me conservait le Pape: et avec mon influence et nos forces en Italie, je ne désespérais pas tôt ou tard, par un moyen ou par un autre, de finir par avoir à moi la direction de ce Pape; et dès lors quelle influence! Quel levier d’opinion sur le reste du monde! ...“ (p. 196)).

Die von Napoléon in diesem Zusammenhang während den Gesprächen am 7./8. Juni 1816 und 17. Aug. 1816 auf Sankt-Helena zur Religion und zur Kirche gemachten Äußerungen:

Alles verkünde das Dasein eines Gottes, die Religionen allein könnten dem Menschen die Antworten auf seine Fragen geben, woher er komme, was er sei, wohin er gehe. Das religiöse Gefühl im Menschen sei so trostreich. Er selber könne vor den Richterstuhl Gottes treten, da er immer nur den Ruhm, die Macht und den Glanz Frankreichs gewollt habe. Alle Religionen seien jedoch offenbar Kinder von Menschen. Er könne nicht verstehen, warum die Religion von Paris nicht die gleiche von London und Wien sei, warum sich die Religion von St. Petersburg und von Konstantinopel unterschieden, warum die Religion des Altertums nicht jene von unserer Zeit sei. Die verschiedenen Religionen würden sich gegenseitig ausschließen und bekämpfen. Ihre Priester würden unaufhörlich wiederholen, dass ihr Reich nicht von dieser Welt sei, gleichwohl sie alles, was sie könnten, an sich nehmen würden. Der Papst sei das Haupt dieser Religion des Himmels, er würde sich aber nur mit der Erde beschäftigen. Aus den Lehren, welche man uns vortrage, wisse man nicht, was man tun solle und es ergäbe sich, dass wir eine Uhr sind, ohne den Uhrmacher zu kennen. Er sei so weit davon entfernt, ein Atheist zu sein, könne aber nicht alles glauben, was man seiner Vernunft zum Trotze ihn lehren wolle. Die großen Stürme und selbst die zufälligen Eingebungen von Unmoral, der Mangel an religiösem Gefühl hätten niemals einen Einfluss auf ihn gehabt und er habe niemals an dem Dasein Gottes gezweifelt,

lassen ihn als einen religiösen Menschen erkennen, der dem Deismus der Aufklärung nahestand (*ebd.*, Tome I, Vendredi 7, Samedi 8 (Juin 1816), ... – Ses idées religieuses, p. 688-691, Tome II, Samedi 17 (Août 1816), *Idées religieuses de Napoléon.* - ..., p. 194-196).

²⁷⁷ Oben, S. 817.

²⁷⁸ Am 6. Nov. 1800 der erste Besuch des von der päpstlichen Seite bevollmächtigten Prälaten Spina beim französischen Außenminister Talleyrand (*Documents sur la négociation du Concordat*, Tome I, Partie III, 75., p. 112-113 (113) und hatte Spina am 8. Nov. seine erste Unterredung mit dem französischen Bevollmächtigten Bernier (*Boulay de la Meurthe*, Histoire négociation Concordat, Chap. VI, I, p. 167).

Vier von französischer Seite dem päpstlichen Bevollmächtigten Spina vorgeschlagenen Vertragsprojekten:

am 1 frimaire an IX (22 nov. 1800) (in Teilen wiedergegebener Inhalt, in: *Documents Concordat ebd.*, Partie III, 93., p. 143-145, 102., p. 158-163 (158-160) und *Boulay de la Meurthe ebd.*, Chap. VI, I, p. 180-183),

am 6 nivôse an IX (27 déc. 1800) (hauptsächlichen Inhalt, in: *Boulay de la Meurthe ebd.*, Chap. VII, I., p. 236-245 und *Documents Concordat ebd.*, Partie III., 116., p. 176-177),

am 14 nivôse an IX (4 janv. 1801) (hauptsächlicher Inhalt, in: *Documents Concordat ebd.*, Partie V, 176., p. 269-272 (270-272) und *Boulay de la Meurthe ebd.*, Chap. VIII, III, p. 249-252)

und am 24 nivôse an IX (14 janv. 1801) (*Documents Concordat ebd.*, Partie V, 181., p. 279-283 und *Boulay de la Meurthe ebd.*, Chap. VIII, IV, p. 258-266), zu welchen Bernier am 26. Jan. 1801 Observations générales und Observations particulières anfertigte (*Documents Concordat ebd.*, Partie V, 196., p. 304-316).

Beendigung der Verhandlungen (*Documents Concordat ebd.*, Partie V, 195., p. 303-304 und *Boulay de la Meurthe ebd.*, Chap. VIII, V, p. 275).

dann vom 9. April bis 6. Juni 1801 in Rom²⁷⁹ und schließlich vom 21. Juni bis 15. Juli 1801 erneut in Paris geführt.²⁸⁰ An diesem Tag erfolgte die Unterzeichnung des Konkordates.²⁸¹

²⁷⁹ Erste Unterredung des am 9 ventôse an IX (28 févr. 1801) zum Minister ernannten, Mitglied des Corps-Législatif seienden französischen Bevollmächtigten in Rom François Calcaut mit Staatssekretär Consalvi am Morgen des 9. April 1801 und Audienz bei Papst Pius VII. am selbigen Abend (*Documents sur la négociation du Concordat*, Tome II, Partie VII, 307., p. 65, Partie VIII, 360., p. 200, 362., p. 201-202).

Ercolo Consalvi, päpstlicher Hausprälat war nach dem Ableben von Papst Pius VI. am 29. Aug. 1799 in Valence Sekretär des am 30. Nov. 1799 beginnenden Konklave, er hatte hierbei maßgebenden Einfluss und war vom neuen Papst Pius VII. am 18. März 1800 zum Pro-Staatssekretär der Kurie und am 11. Aug. 1800 zum Kardinal und Staatssekretär der Kurie ernannt worden (*Fischer*, Cardinal Consalvi, 2. Kap., S. 11, 3. Kap., S. 17-18, 4. Kap., S. 32-55 (33-34, 42, 54, 55), 5. Kap., S. 62-63 und *Consalvi*, Memorie, I, p. 9, 19-23, 56-64, 66-68, Date ..., p. 126-133 (127, 128, 129, 130)).

Die Führung der Verhandlungen auf päpstlicher Seite im einzelnen lag bei einer am 31. März 1801 gebildeten 12 köpfigen Kardinalskongregation, welcher auch die Ausarbeitung eines Gegenvertragsprojektes oblag (*Boulay de la Meurthe*, Histoire négociation Concordat, Chap. X, II, p. 340, Chap. XI, I, p. 358, II, p. 358-360 und *Documents sur la négociation du Concordat*, Tome II, Partie VIII, 349., p. 181-183).

Das vom 1. Konsul diktiertes fünfte Vertragsprojekt vom 13 pluviôse an IX (2 févr. 1801), angekommen in Rom am 10. März 1801 (*Documents Concordat* ebd., Tome I, Partie VI, 222., p. 351-353, 221., p. 350-351 und *Boulay de la Meurthe* ebd., Chap. X, I, p. 333, II, p. 333-334), mit von Bernier zu ihm verfassten und Spina übergebenen Varianten seiner möglichen Annahme, welche Spina seinem Staatssekretär Consalvi raten ließen, bis zu der letzten Grenze der Zusagen zu gehen (*Documents Concordat* ebd., Tome II, Partie VII, 305., p. 58-60, 306., p. 61-64),

ein von kurialer Seite hierzu ausgearbeitetes Gegenvertragsprojekt vom 12. Mai 1801 (*Documents Concordat* ebd., Tome II, Partie IX, 400., p. 268-274), welches mehrere Artikel des fünftes französischen Vertragsprojektes kritisiert (*ebd.*, 401., p. 275-289), zu welchem Bernier seinerseits am 7 prairial an IX (27 mai 1801) Bemerkungen und Berichtigungen vorschlug (*Documents Concordat* ebd., Tome III, Partie XII, 531., p. 7-13), die von Talleyrand mit dem kurialen Projekt in seinem Bericht an den 1. Konsul v. 9 prairial an IX (29 mai 1801) kritisiert wurden (*ebd.*, 539., p. 24-28) und

das vom 1. Konsul am 9 prairial an IX (29 mai 1801) zur Annahme seines fünftes Vertragsprojektes ausgesprochenen und auf 5 Tage befristeten Ultimatum (*Theiner*, Histoire des deux Concordats, Tome I. 1. Partie, Chap. IV., p. 141-142; *Documents Concordat* ebd., Tome II, Partie XI, 502., p. 459 und *Boulay de la Meurthe* ebd., Chap. XII, II, p. 415-416).

Am 6. Juni 1801 erfolgte die gemeinsame Abreise von Calcaut mit Consalvi nach Florenz, wo Calcaut am 8. Juni allein nach Paris weiterreiste (*Documents Concordat* ebd., Tome II, Partie IX, 517., p. 486-487 (487) und *Boulay de la Meurthe* ebd., Chap. XII, II, p. 421-422).

²⁸⁰ Am 21. Juni 1801 erster Besuch des französischen Bevollmächtigten Bernier bei dem am 5. Juni 1801 zum Bevollmächtigten des Papstes zur Abschließung des Konkordates ernannten Staatssekretärs Consalvi (*Documents sur la négociation du Concordat*, Tome III, Partie XIII, 593., p. 104, Tome II, Partie XI, 516., p. 484-486).

Vier weitere von französischer Seite gemachten Vertragsprojekte:

um den 25 prairial an IX (14 juin 1801) (*Documents Concordat* ebd., Tome III, Partie XII, 564., p. 59-62),

vom 7 messidor an IX (26 juin 1801) (*Documents Concordat* ebd., Tome III, Partie XIII, 610., p. 130-132),

vom 24 messidor an IX (13 juillet 1801) (*Documents Concordat* ebd., Tome III, Partie XIV, 640., p. 201-204),

vom 26 messidor an IX (15 juillet 1801) (*Documents Concordat* ebd., Tome III, Partie XIV, 644., p. 211-213)

Zwei von Consalvi übergebene Gegenvertragsprojekte vom 27 Juni 1801, vom 3./4 Juli 1801, als die zu dem sechsten französischen Vertragsprojekt um den 25 prairial an X ausgearbeiteten beiden kurialen Gegenprojekte (*Documents Concordat* ebd., Tome VI, Le sixième projet ..., 610^{ter}, p. 59-61 und 620^{bis}, p. 73-76).

Hinsichtlich des grundsätzlichen Status der katholischen Kirche war bei Beginn der ersten Verhandlungen im November 1800 von päpstlicher Seite zuerst die Forderung auf ihre Anerkennung als der dominierenden Religion erhoben und seitens der französischen Regierung wohl auch zugebilligt worden.²⁸²

Die in dem zweiten französischen Vertragsprojekt vom 6 nivôse an IX (27 déc. 1800) hierüber enthaltene Formulierung „religion dominante“²⁸³ wurde jedoch von Außenminister Talleyrand abgelehnt, da dies den Eindruck einer Herrschaft des Klerus und von unumschränkten Ansprüchen des römischen Hofes bis zur Ausschließung anderer Religionen erwecken könne, wie auch der Titel „religion de l'État“. Gleichfalls abgelehnt wurden die von dem päpstlichen Bevollmächtigten Spina gewünschten Formulierungen „religion de la nation et du gouvernement“ und „religion nationale“, welche der Regierung die Verpflichtung zu einem Glaubensbekenntnis aufzuerlegen schienen. Alle diese Formulierungen würden gegen den Geist der Philosophie und der Revolution, welcher auch jener der gegenwärtigen Zeit und ohne Zweifel jener der Zukunft sein werde, verstoßen. Hingegen sei die Formulierung „religion de la majorité des citoyens“ geeignet, jedes Denken an ein Engagement oder ein Recht zugunsten der Kirche zu zerstreuen.²⁸⁴

Das dritte französische Vertragsprojekt vom 14 nivôse an IX (4 janv. 1801) sah dann die große Mehrzahl der französischen Bürger und die Regierung als die Ausübenden der

Am 23 messidor an IX (12 juin 1801) erteilte der 1. Konsul den citoyens und membres des Conseils d'État Joseph Bonaparte, Emmanuel Cretet und dem citoyen Bernier die Vollmacht zur Unterzeichnung des Konkordats (*Documents Concordat* ebd., Tome III, Partie XIV, 635., p. 196 und *Robinet*, Dictionnaire 1789-1815, Tome I, Cretet ..., p. 505).

²⁸¹ Der Begriff Konkordat wurde in dem Vertrag selber nicht verwendet, welcher in seiner Einleitung von „... quae sequuntur convenerunt: ...“ spricht (*Documents sur la négociation du Concordat*, Tome III, Partie XIV, 645., p. 213-219 (214)). Die spätere Zeit nannte den Vertrag: Concordat de 1801 (*Latreille*, Napoléon et le Saint-Siège 1801-1808, Introduction, I, p. 2).

²⁸² Der spanische Gesandte in Paris Don Ygnace de Muzquiz (*Documents sur la négociation du Concordat*, Tome I, I. Partie, 1., p. 2, Fußn. 1) teilte in einer vertraulichen Mitteilung am 9. Nov. 1800 an den Mariano Luis de Urquijo (Secretario de Estado de Espana) mit, dass er nach den ersten Unterhandlungen von Spina beim französischen Außenminister Talleyrand und beim 1. Konsul nicht daran zweifle, dass Bonaparte und Talleyrand daran dächten, die katholische Religion als die dominierende wieder in Frankreich herzustellen (*ibd.*, Partie III, 77., p. 115-116 (116)).

In seiner Note v. 11. Nov. 1800 teilte Spina seinem französischen Gegenbevollmächtigten Bernier mit, dass ein kirchlicher Amtsträger, auch wenn er der unwürdigste sei, nicht anders als in Tränen der Tröstung ausbrechen könne, wenn er höre, dass die Franzosen den Wunsch hätten, zur Religion ihrer Väter wieder zurückzukehren und die gegenwärtige Regierung gleiches tun wolle. Papst Pius VII. habe die gleichen Gefühle der Freude geteilt, als ihm der Bischof von Verceil diese Absichten des 1. Konsuls mitgeteilt habe. Um so mehr könne nun kein Zweifel mehr bestehen, dass die französische Regierung ihre Bürger wieder zu der Religion ihrer Väter zurückbringen und man diese, wieder in Frankreich als die dominierende Religion errichten möchte. Ihr sollten aller Glanz und alle Privilegien, welche sie vor der unglücklichen Zeit innegehabt habe, wiedergeben werden (*Documents Concordat* ebd., Partie III, 79., p. 117-120 (117)).

²⁸³ *Documents sur la négociation du Concordat*, Tome I, Partie III, 116., p. 176-177 (176).

²⁸⁴ Hiermit würde man sich an eine bloße Tatsache halten, welche immer bestehen könne, da der Ort der Geburt sowohl über die Religion als auch über die Nationalität entscheide (*Boulay de la Meurthe*, Histoire négociation Concordat, Chap. VIII, I, p. 236-238).

katholischen Religion vor,²⁸⁵ wobei jedoch Spina von dem 1. Konsul am 18 nivôse an IX (18 janv. 1801) dahingehend informiert wurde, dass es seinem wirklichen Willen nicht entspräche, die katholische Religion zu jener der Nation und der Regierung zu erklären.²⁸⁶

In der Präambel des am 15. Juli 1801 abgeschlossenen Konkordates, dessen Abschluss ein besonderes Anliegen des 1. Konsuls war und den er gegen Widerstände im Conseil d'État und im Sénat conservateur durchsetzte,²⁸⁷ anerkannte die französische Regierung die katholische Religion als die Religion der großen Mehrheit der französischen Bürger:

„... Gubernium Reipublicae recognoscit religionem catholicam, apostolicam, romanam, eam esse religionem quam longe maxima pars civium Gallicanae reipublicae profitetur. ...“²⁸⁸

Andererseits anerkannte Pius VII., dass diese Religion die größten Wohltaten von der Wiederherstellung des katholischen Gottesdienstes in Frankreich und der besonderen Zuneigung der Konsule empfangen habe und von ihnen auch erwarte:

„... Summus Pontifex pari modo recognoscit eandem religionem, maximam utilitatem maximumque decus percepisse, et hoc quoque tempore praestolari ex catholico cultu in Gallia constituto, nec non ex peculiari ejus professione, quam faciunt Reipublicae Consules. ...“²⁸⁹

Art. XII legte die Zurückgabe der noch nicht veräußerten Kirchengüter – ca. 6 %²⁹⁰ – an die Bischöfe fest:

²⁸⁵ „... ,Les Consuls, disait l'article, reconnaissant que la grande majorité des citoyens français professe la religion catholique ..., déclarent qu'elle est par cela même la religion du gouvernement.' ...“ (*Boulay de la Meurthe*, Histoire négociation Concordat, Chap. VIII, III, p. 249-250 (p. 250)), insg. (p. 249-250).

²⁸⁶ *Boulay de la Meurthe*, Histoire négociation Concordat, Chap. VIII, IV, p. 252-253 und *Documents sur la négociation du Concordat*, Tome I, Partie V, 177., p. 272-274 (273).

²⁸⁷ Aus dem Bericht des preußischen Gesandten in Paris Lucchesini an seinen König (Friedrich Wilhelm II.) v. 12. April 1802 „... De toutes les opérations que Bonaparte a conduites à terme depuis l'établissement de la constitution actuelle, celle du rétablissement légal en France de la religion, qu'il vient d'achever, a le plus exercé toute la constance de sa volonté et toutes les ressources de son esprit. Ayant été le premier à en sentir la nécessité, il a été longtemps presque seul dans son conseil à concevoir la possibilité d'atteindre son but, sans exposer la France aux réactions de l'intolérance philosophique, du fanatisme religieux ou du schisme constitutionnel. Le ministère et le Conseil d'État n'y voyaient que difficultés dans l'exécution. Le Sénat, qui a dans son sein nombre de savants, ennemis de toute religion, paraissait craindre que son retour n'arrêtât les progrès des sciences, et le développement des idées libérales auxquelles les philosophes prétendent être confiées la durée et la prospérité des gouvernements libres. C'est avec autant de fermeté que de patience, que le Premier Consul a débrouillé le chaos des prétentions romaines, des libertés gallicanes, des droits des protestants, et des lois révolutionnaires sur le clergé et son traitement. ...“ (*Documents sur la négociation du Concordat*, Tome V, Partie XXV, 1240., p. 487-488 (487)), insg. (p. 487).

²⁸⁸ *Documents sur la négociation du Concordat*, Tome III, Partie XIV, 645., p. 214-215.

²⁸⁹ *Documents sur la négociation du Concordat*, Tome III, Partie XIV, 645., p. 214-215 (215).

²⁹⁰ Zu den Kirchengüter – biens nationaux de la première origine – mit einem Wert von 3 Milliarden Livres (oben, S. 772) kamen noch hinzu: Die biens nationaux de la seconde origine, die Güter der Emigrierten: Dekrete der Assemblée nationale législative vom 9 févr. 1792, 30 mars 1792, 27 juillet 1792, 2 sept. 1792 und der Convention nationale vom 22 fructidor an III: 8 sept. 1795 (*Duvergier*, Collections des lois, Tome IV, p. 66, 93-95, 271, 397-399, Tome VIII, p. 269-270)), die Güter der politisch Verurteilten: Dekrete der Convention

„Omnia templa metropolitana, cathedralia, parochialia, atque alia quae non alienata sunt, cultui necessaria, episcoporum dispositioni tradentur.“²⁹¹

Im Gegensatz zu der in der Verfassung des Konsulats vom 22 frimaire an VIII (14 déc. 1799) für Emigrantengüter getroffenen Regelung:

„... Les biens des émigrés sont irrévocablement acquis au profit de la République (2)“²⁹²

und Art. XIII enthielt für die bereits veräußerten Kirchengüter, welche neben der Bourgeoisie, auch vom früherem Adel auch von der bäuerliche Bevölkerung zu einen erheblichen Teil erworben worden waren²⁹³ und die Erwerber mit dem Schicksal der Republik verbanden²⁹⁴ die päpstliche Zusicherung ihres weiteren ungestörten Besitzes:

„Sanctitas Sua, pro pacis bono felicique religionis restitutione, declarat eos qui bona Ecclesiae alienata acquisiverunt, molestiam nullam habituros, neque a se, neque a romanis pontificibus, successoribus suis, ac consequenter proprietates eorumdem bonorum, redditus et jura iis inhaerentia, immutabilia penes ipsos erunt atque ab ipsis causam habentes.“²⁹⁵

nationale vom 26 frimaire an II: 16 déc. 1793, 8 ventôse an II: 26 févr. 1794, 21 prairial an III: 9 juin 1795 (*Duvergier* ebd., Tome VI, p. 339-340, Tome VII, p. 84, Tome VIII, p. 134-136), ihre Liegenschaften hatten einen Wert von 2 ½ Milliarden Livres (*Stourm*, Les finances de l' Ancien Régime et de la Révolution, Tome II, Chap. XXX, § 1., III, p. 454-462 und *Marion*, La vente des biens nationaux pendant la Révolution, Chap. V, p. 119-120, insb. Fußn. 1.).

Zu Beginn des Konkordats waren nach dem ministres des finances Ramel de Nogaret (14 janv. 1796-20 juillet 1799) (*Robinet*, Dictionnaire 1789-1815, Tome II, Ramel Nogaret, p. 682-683) von diesen biens nationaux in den ursprünglichen départements noch Güter von 340 Millionen Livres vorhanden (*Ramel de Nogaret*, Des finances de la République Française en l'an IX, 1. Partie, Des domaines nationaux, p. 45-46) = 6, 2 %.

Stourm ebd., Chap. XXX, § 2., III, p. 471-472, Conclusion, III, p. 494-495, Conclusion, p. 494-495 gab mit Mobilien 5, 754 Milliarden biens nationaux an, von welchen während der Revolution 5, 5 Milliarden veräußert wurden.

²⁹¹ *Documents sur la négociation du Concordat*, Tome III, Partie XIV, 645., p. 218.

²⁹² Titre VII, Art. 93 (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 20-30 (29)).

²⁹³ Beim Verkauf von den biens nationaux hatte neben der bereits Grundbesitz und Kapital habenden Bourgeoisie, die Angehörigen des früheren Adels und auch die bäuerliche Bevölkerung einen erheblichen Teil erworben (*Anglade*, De la sécularisation des biens du clergé sous la Révolution, 3. Partie, Chap. II, p. 165-203, Conclusion, p. 205-208; *Heuvel*, Grundprobleme der französischen Bauernschaft 1730-1794, IX., 1. u. 2., S. 106-113; *Mager*, Frankreich vom Ancien Régime zur Moderne, Teil 2, III., 1.2.2, S. 185-186; *Jeschonnek*, Revolution in Frankreich, Ereignisse - ..., Nationalgüter, S. 184-185 und *Soboul*, Dictionnaire Révolution française, Biens nationaux, p. 119-121).

²⁹⁴ *Vovelle*, Die französische Revolution, 1. Teil, II., 1., S. 24 und *Soboul*, Révolution française, 1. Partie, Chap. II, II, 1., p. 138.

²⁹⁵ *Documents sur la négociation du Concordat*, Tome III, Partie XIV, 645., p. 218.

Titre VII, Art. 94 der Verfassung des Konsulats hatte die grundsätzliche nicht mehrige Rückgängigmachung von den veräußerten Nationalgüter vorgesehen „La nation française déclare qu'après une vente légalement consommée des biens nationaux, quelle qu'en soit l'origine, l'acquéreur légitime ne peut en être dépossédé, sauf

Dieses Konkordat wurde von Papst Pius VII. am 15. August 1801²⁹⁶ und von dem 1. Konsul am 21 fructidor an IX (8 sept. 1801) ratifiziert.²⁹⁷

aux tiers réclamans à être, s'il y a lieu, indemnisés par le Trésor public (3).“ (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XII, p. 20-30 (29).

Seine weiteren wichtigsten Bestimmungen:

Art. I: Die freie und öffentliche Ausübung der katholischen Religion im Rahmen der polizeilichen Vorschriften (*Documents Concordat* ebd., p. 215),

Art. XIV: Die Besoldung der Bischöfe und der Pfarrer durch die Regierung (*Documents Concordat* ebd., p. 218),

Art. II-VI: Die vom Heiligen Stuhl im Einvernehmen mit der Französischen Regierung zu erfolgende Umschreibung des Diözesen, welche bisherigen Inhaber von französischen Bistümern zum Verzicht ihrer Ämter veranlasst werden, mit dem dem 1. Konsul zustehende Recht zur Nomination der Erz- und Bischöfe, deren Kanonische Institution von Seiner Heiligkeit verliehen wird, welche Bischöfe vor dem Antritt ihres Amtes in die Hand des 1. Konsuls einen Treueid auf die durch die Verfassung der Französischen Republik errichtete Regierung abzulegen haben (*Documents Concordat* ebd., p. 215 u. 217).

Die neue Umschreibung der Diözesen erfolgte von kurialer Seite in der an den Cardinal-legenden gerichteten Breve v. 29. Nov. 1801 und in der Bulle Qui Christi v. 3. Dez. 1801 (*Moniteur*, Primidi, 21 germinal an 10, N° 201., Intérieur, p. 816, p. 813-815).

Mit dem Verzicht der bisherigen Bischöfe auf ihre Ämter und das dem 1. Konsul zustehende Recht auf ihre Neuernennung entschied sich, bei den in Frankreich vorhandenen beiden *église constitutionnelle* und *église réfractaire* das Konkordat für keine von ihnen. Vielmehr wurde eine neue *église concordataire* errichtet.

Die von dem Konkordat nicht angesprochene *église constitutionnelle* hatte sich nach dem Sturz des Direktoriums am 18 Brumaire (9/10 nov. 1799) an den ihnen als annehmbaren Gesprächspartner erscheinenden 1. Konsul gewandt. Papst Pius VII. seinerseits hatte auf ihre Briefe nicht geantwortet. Ihr 2. Concile nationale fand vom 9 messidor (28 juin) bis 28 thermidor an X (16 août 1801) in der Pariser Notre Dame mit 43 Bischöfen, 55 Priestern und 8 Delegierten von Bischöfen statt und beschäftigte sich mit der Disziplin, pastoralen Fragen und einem der modernen Welt angepassten und in Diözesan-Seminarien ausgebildeten Priestern. Seine Mitglieder richteten auch einen synodalen Brief an die Mitglieder der *église réfractaire* zur Einberufung von je 18 Mitglieder beider Kirchen zum 14 fructidor an IX (1 sept 1801) in der Notre Dame. Niemand erschien jedoch von der *église réfractaire* (*Pierrard*, *l'Église et la Révolution*, I, 4., *Le Concordat triomphe du Concile*, p. 107).

²⁹⁶ Im Kardinalskollegium hatten bei den am 11. Aug. 1801 stattgefundenen Beratungen und Abstimmungen von den 29 anwesenden Kardinälen – bei einer ansonstigen Zustimmung – dem Art. I: freie und öffentliche Ausübung der katholischen Religion im Rahmen der polizeilichen Vorschriften 18 zugestimmt und 11 verweigert, dem Art. XIII: päpstlichem Verzicht auf alle veräußerten Kirchengüter 21 zugestimmt und 8 verweigert (*Boulay de la Meurthe*, *Histoire négociation Concordat*, Chap. XIV, II, p. 482-483 und *Documents sur la négociation du Concordat*, Tome VI, *La Ratification du Pape ...*, 722^{ter}, p. 105, 725^{bis}, p. 105-110).

Papst Pius VII. ratifizierte am 15. Aug. 1801 das Konkordat uneingeschränkt (*Documents Concordat* ebd., Tome III, Partie XV, 731., p. 375-376 mit Partie XIV, 645., p. 213-219) und erließ die für die innere kirchliche Gültigkeit erforderliche Ratifikations-Bulle *Ecclesia-Christi* am 9. Sept. 1801 (*Moniteur*, Décadi, 20 germinal an 10, N° 200., Intérieur, p. 809-812).

²⁹⁷ Der 1. Konsul ratifizierte das Konkordat am 21 fructidor an IX (8 sept. 1801) (*Documents sur la négociation du Concordat*, Tome III, Partie XVI, 787., p. 493-494 mit Partie XIV, 645., p. 213-219).

Der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgte am 10. Sept. 1801 in Paris (*Documents Concordat* ebd., Tome III, Partie XVI, 789., p. 495).

Der 1. Konsul fürchtete für die zur Wirksamkeit des Konkordats als innerfranzösisches Recht zu erfolgenden Beratungen im Tribunat und Abstimmung im Corps-Législatif wegen den dort noch vorhandenen jakobinischen Anhängern Schwierigkeiten (*G. de Bertier de Sauvigny*, *Die Kirche im Zeitalter der Restauration*, 1. Kap., 2., in: *Geschichte der Kirche*, Band IV, 2. Teil, S. 187-188 und *Documents Concordat* ebd., Tome I, Partie III, 116., p.

n) Absicht der Franzosen: Schwächung der Reichskirche durch Säkularisationen, aber ohne religions- und kirchenfeindliche Haltung

Der religions- und kirchenfreundlichen Haltung der Assemblée nationale constituante der Jahre 1789-1791²⁹⁸ waren die priester- und religionsfeindlichen Maßnahmen der Assemblée législative und der Convention nationale der Jahre 1792-1794 gefolgt,²⁹⁹ welche in die kult-neutrale Haltung der Convention nationale und des Direktoriums der Jahre 1794/95 übergingen.³⁰⁰

Unter dem Direktorium der Jahre 1795-1797 bestand auf der Grundlage der von der Republik angeordneten Trennung des Staates von den Kulturen eine widersprüchliche Haltung. Es gab weitere spezifisch priesterfeindlichen, jedoch überwogen die kultfreundlichen Massnahmen, womit der Katholizismus mit der église gallicane wieder erschien und an Bedeutung gewann und der neue deistische culte de la théophilanthropie sich etablierte.³⁰¹

Dem Zwischenspiel des 18 Fructidor von Herbst 1797 bis Herbst 1799 mit seinen wieder jakobinisch motivierten priester-religions- und kirchenfeindlichen Maßnahmen,³⁰² folgte die Restauration des Katholizismus durch den 1. Konsul Bonaparte seit dem 9. November 1799. Die vom 6. November 1800 bis Ende Januar 1801, 9. April bis 6. Juni 1801, 21. Juni bis 15.

176-177 (177) „Io credo benissimo ... ora politicamanta necessaria.“). Er fügte deshalb dem die Vereinbarungen des Konkordates enthaltenden Loi relative à l'organisation des cultes, du 18 germinal an X ... (8. avril 1802) (*Staat und Kirche in Frankreich II*, Die Napoleonische Staatskirche, 1, S. 87-102) für den katholischen Kultus die Articles organiques de la convention du 26 messidor an IX (*Staat und Kirche in Frankreich ebd.*, S. 91-101) und für den protestantischen Kultus die Articles organiques des cultes protestants (*Staat und Kirche in Frankreich ebd.*, S. 101-107) bei. Beide Articles organiques enthielten für die zwei Konfessionen eine vollständige Regelung ihrer innerfranzösischen Verhältnisse (*Staat und Kirche in Frankreich ebd.*, S. 91-101, S. 101-107). Das Gesetz wurde in seinem gesamten Inhalt bei den Beratungen im Tribunat am 17 germinal an X (7. avril 1802) mit einer Mehrheit von 78 gegen 7 Stimmen gebilligt (*Moniteur*, Octidi, 18 germinal an 10, N° 198., Tribunat, Séance du 17 germinal, p. 798-800) und am nächsten Tag im Corps-Législatif mit einer Mehrheit von 228 gegen 21 dekretiert (*Moniteur*, Nonidi, 19 germinal an 10, N° 199., Corps-Législatif, Séance du 18 germinal, p. 804 und Décadi, 20 germinal an 10, N° 200., Corps-Législatif, Addition à la séance du 18 germinal, p. 806-808).

Die Wiederherstellung des katholischen Kultes in Frankreich wurde im Frühjahr nächsten Jahres am 28 germinal an X (18 avril 1802) in der Notre Dame in Paris bei Anwesenheit der drei Konsule und von neu ernannten 8 Erzbischöfen und 19 Bischöfen in einer feierlichen Zeremonie begangen (*Documents sur la négociation du Concordat*, Tome V, Partie XXV, 1253., p. 545-548).

Am Tage zuvor am 27 prairial war von den drei Konsulen in einer an die Franzosen gerichteten Proklamation auf die Notwendigkeit des Gesetzes v. 18 germinal an X zur Wiederherstellung der durch die Revolution gestörten gesellschaftlichen Ordnung in Frankreich hingewiesen worden (*Staat und Kirche in Frankreich II*, Die Napoleonische Staatskirche, 2, S. 108-109 mit *Documents Concordat ebd.*, 1254., p. 548-549, 1255., p. 549-551).

²⁹⁸ Oben, S. 768-774.

²⁹⁹ Oben, S. 775-784.

³⁰⁰ Oben, S. 784-789.

³⁰¹ Oben, S. 789-808.

³⁰² Oben, S. 808-811.

Juli 1801 geführten Verhandlungen zur Abschließung des Konkordates mit Papst Pius VII.³⁰³ gingen in ihrem ersten Abschnitt zeitlich parallel mit den vom 7. November 1800 bis zum 9. Februar 1801 hinführenden Verhandlungen zum Abschluß des Friedensvertrages von Lunéville.³⁰⁴

Bei der Abschließung des Friedensvertrages von Lunéville am 9. Februar 1801 war bei der Französischen Republik keine religions- und kirchenfeindliche, sondern vielmehr eine den Katholizismus befürwortende und ihn im neuen republikanisch-bonapartistischen Staat als Staatsreligion anerkennende Haltung vorhanden gewesen.

Bei dieser positiven Einstellung zum Katholizismus erfolgte jedoch nicht die vermögens-eigentumsmäßige Restauration ihrer zu 90 % während der Revolution verloren gegangenen Kirchengüter. Dem neuen, auf den revolutionär-bürgerlichen Tugenden von Gleichheit und Freiheit etablierten republikanisch-bonapartistischen Staat, waren die feudalen Kirchengüter als ein Sinnbild des Ancien Régime ein Fremdkörper in der neuen staatlich-gesellschaftlichen Ordnung.³⁰⁵

In Bezug auf die im Reich durchzuführenden Entschädigungen war trotz der wieder positiven Einstellung der Französischen Republik zum Katholizismus die ablehnende Haltung gegenüber der Mitwirkung von katholisch-kirchlichen Institutionen an den staatlichen Regierungstätigkeiten und den Kirchengütern geblieben. Die von ihr für die Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete gewollten Entschädigungen durch Säkularisationen von geistlichen Staaten lag ihre eigene Vorstellung zugrunde, dass die Katholische Kirche kein unmittelbar mithandelnder staatlicher Machtträger und kein Eigentümer von Großgrundbesitz sein soll.

2. Die außenpolitischen Ziele und Interessen der Französischen Republik zu den Säkularisationen

a) Die Säkularisationen als Mittel der Französischen Republik zur weiteren inneren Schwächung des Reiches

Die Französische Republik hatte das traditionelle außenpolitische Programm der inneren Schwächung des deutschen Reiches übernommen und beibehalten.³⁰⁶

³⁰³ Oben, S. 811-826.

³⁰⁴ Oben, S. 57-80.

³⁰⁵ Merkle, Die Bedeutung der geistlichen Staaten im alten deutschen Reich, 1. „... Zu derselben Zeit, da dieser für Frankreich die Rückgabe der noch nicht veräußerten Kirchengüter anordnete, forderte und betrieb er die Säkularisation für Deutschland, ...“ (*ders.*, Ausgewählte Reden und Aufsätze, Aus Merkles wissenschaftlicher Arbeit, I., S. 470).

³⁰⁶ Oben, S. 278-279.

Infolge ihrer allgemein politischen, wirtschaftlichen und militärischen Schwächen³⁰⁷ waren die geistlichen Reichsstände und ihre geistlichen Staaten mehr auf den Beistand und den Schutz von Kaiser und Reich angewiesen als die stärkeren weltlichen Reichsstände. Durch ihre Umwandlung in weltliche Staaten und Gebiete gingen Kaiser und Reich ihrer hauptsächlichlichen Befürworter verlustig.³⁰⁸

Mit der Umwandlung von geistlichen Staaten in militärisch, wirtschaftlich und politisch stärkere weltliche Gebiete war zudem ein weiterer Zuwachs der reichsständischen Libertäten gegenüber Kaiser und Reich gegeben, womit gleichfalls Kaiser und Reich geschwächt wurden.³⁰⁹

Die Säkularisationen im Reich waren demnach für die Französische Republik ein geeignetes Mittel zu seiner weiteren inneren Schwächung.

Halder, Sollte man die Vernichtung der teutschen Reichsverfassung wuentschen?

„... Der maechtigen franzoesischen Republik kann es nicht zuwider seyn, im Gegentheil muß sie es ihrem Staatsinteresse voellig angemessen finden, wenn ihre neuen Grenzen mit unabhaengigen kleinen Staaten umgeben werden, die nicht allein freier von dem Einfluß anderer Maechte, vorzueglich von dem oesterreichischen sind, sondern auch so viel Kraefte besizen, daß sie wenigstens v e r e i n i g t sich im Stande befinden, die N e u t r a l i t a e t ihres Bodens in allen den Faellen respektiren zu machen, wo sie eine groessere Macht, bei einem Angriff auf die Republik, verletzen wollte. Es muß ihr willkommen seyn, wenn sich Staaten von solcher Groesse um sie bilden, welche sie nicht zu fuerchten hat, die aber doch so viel Staerke haben, daß sie nicht so leicht von einer Macht verschlungen werden koennen, die aus nachtheiligen Absichten gerne der Nachbarn Frankreichs seyn moechte. ...“³¹⁰

der Verfasser der *Freymuethige Beytraege ueber den Frieden von Lueneville*:

„Da das Entschaedigungs Prinzip das sicherste Mittel fuer eine auswaertige Nation ist, die Macht des deutschen Reiches zu zertruemmern, und sich dadurch die Ueberlegenheit zu verschaffen: ...: so haette die franzoesische Regierung eben so sehr auf den Glanz ihres vorjaehrigen Feldzuges, als die Wuerde ihrer oeffentlichen Treue vergessen muessen, wenn sie nicht zu Lueneville allen Strittigkeiten des Reichs ueber den Rechts = Bestand der fruehern Aufstellung diese Prinzips vorgebeugt haette.“³¹¹

³⁰⁷ Oben, S. 749-753.

³⁰⁸ Oben, S. 753-756.

³⁰⁹ Oben, S. 758.

³¹⁰ S. 112.

³¹¹ § 6., S. 10-11.

Als weiteren Grund für die seitens Frankreich geforderten Säkularisationen gab der Verfasser der *Freymuethige Beytraege ueber den Frieden von Lueneville* an „...: da die maechtigste deutschen Fuersten zu

der Verfasser von *Unser Reich ist nicht von dieser Welt*:

„... daß es Frankreichs politische Konvenienz sey, die geistlichen Staaten in Deutschland eingehen zu lassen. ...“³¹²

„... Frankreich fordert die Saekularisationen nicht als Genugthung fuer zugefuegte Beleidigungen, sondern aus hoeherer politischer Ruecksicht, ...“³¹³

und *Merkle*, Die Bedeutung der geistlichen Staaten im alten deutschen Reich:

„... Der Erste Konsul war sich klar darüber, daß Frankreichs Herrschaft über Europa nicht gesichert sei, solange das Deutsche Reich mit seiner alten Verfassung und mit einem starken Kaiser an der Spitze bestand. Nach Beseitigung der geistlichen Staaten war dieser seiner kräftigsten Stützen beraubt, vereinsamt. ...“³¹⁴

b) Die Säkularisationen als Mittel der Französischen Republik zur Vermeidung von Revancheabsichten seitens der mächtigen erblichen Reichsstände und ihrer Dynastien

Nach dem Erwerb der linksrheinischen deutschen Besitzungen musste die Französische Republik mit Revancheabsichten seitens der depossedierten Reichsstände rechnen.

Hierbei drohten ihr mehr Sanktionen der mächtigen erblichen Reichsständen.³¹⁵ Insbesondere wurde durch eine Entschädigung der erblichen Reichsstände der weitere Bestand und Erhalt der Fürstenhäuser und Dynastien gesichert. Bei den schwächeren geistlichen Reichsständen³¹⁶ musste dagegen die Französische Republik bei einer Nichtgewährung von Entschädigungen nicht in selbiger Weise mit Sanktionen und Revanchemaßnahmen rechnen.

Anders als die erblichen Reichsständen konnten die geistlichen Reichsstände wegen ihres geistlich-zölibatären Standes sich anstelle einer vollen gebietlichen Entschädigung eher mit einer lebenslänglichen Rente, einer standesgemäßen Unterkunft und der Rückkehr in ihren vorherigen geistlichen Privatstand, und Beibehaltung ihrer geistlichen Weihen und Ämter begnügen.³¹⁷

dieser Kriegs = Politik die Haende willig boten: und da die franzoesische Republik darauf sehr vortheilhafte Separat = Friedens = Schluesse eingieng: ...“ (S. 10).

³¹² Erster Gesichtspunkt, S. 9.

³¹³ Zweyter Gesichtspunkt, S. 17.

³¹⁴ 1., in: *ders.*, Ausgewählte Reden und Aufsätze, Aus Merkles wissenschaftlicher Arbeit, I., S. 470.

³¹⁵ Oben, S. 749-753.

³¹⁶ Oben, S. 749-753.

³¹⁷ Solches war auch im nachgefolgten *RDH vom 25. Februar 1803* erfolgt:

§ 48 *RDH*: die abtretenden geistlichen Regenten behielten neben ihren persönlichen Würden mit dem davon abhängenden Rang ihre weitere persönliche Reichsunmittelbarkeit (unten, S. 1156),

Die alleinige Schadenstragung der geistlichen Reichsstände war demnach für die Französische Republik ein geeignetes Mittel, um Revancheabsichten seitens der mächtigeren erblichen und familienmäßig eingebundenen Reichsstände zu vermeiden.

Weisse, Ueber die Sekularisation Deutscher geistlicher Reichslaender:

„... Bey dieser ganzen Untersuchung haben wir noch immer vorausgesetzt, daß die Sekularisation der Wahl des Reichs ueberlassen sey: es laeßt sich aber auch denken, daß der Feind selbst die Sekularisation zur Entschaedigung derjenigen weltlichen Fuersten verlangt, deren Laender ihm in dem Frieden ueberlassen werden; um sich desto sichrer in dem Besitz derselben zu erhalten; wie dieses bey den neusten Rastadter Friedensverhandlungen wirklich geschehen ist.“³¹⁸

ders., Nachtrag zu seiner Abhandlung Ueber die Sekularisation nebst einem Aufsatz ueber das Nothrecht:

„..., weil ich noch jetzt davon ueberzeugt bin, daß auch Frankreich ein Interesse hatte, die Sekularisationen zu verlangen, um sich desto sicherer in den Besitz der abgetretenen Laender zu erhalten. ...“³¹⁹

c) Die Feindschaft der Französischen Republik gegen die geistlichen Reichsstände

aa) Die geistlichen Reichsstände als die entschiedensten Gegner der kirchlich-religiösen Veränderungen in Frankreich

Angesichts der im revolutionären Frankreich gegen die Geistlichkeit stattgehabten Verfolgungen, den gegen den katholischen Glauben selber gerichteten Maßnahmen und der Verwendung der Kirchengüter für die Zwecke der Nation waren innerhalb des Reiches die geistlichen Reichsstände die entschiedensten Gegner der in Frankreich stattgefundenen revolutionären Veränderungen.

Der Verfasser von *Unser Reich ist nicht von dieser Welt*:

„Es ist Frankreichs politische Konvenienz, daß die geistlichen Staaten Deutschlands saekularisirt werden.“

§ 49: die Fürstbischöfe, gefürsteten Äbte und Pröpste behielten über ihre Dienerschaft die Gerichtsbarkeit in bürgerlichen Sachen 1. Instanz (unten, S. 1156),

§ 50 mit § 47: Gewährung von einer standesgemäßen Wohnung für jeden abgetretenen Regenten, zu erbringen von den sein Territorium erhaltenden erblich-weltlichen Reichsstände und den Fürstbischöfen und Fürstäbten 1. Ranges zusätzlich ein Sommeraufenthalt (unten, S. 1156-1157),

§§ 51, 47, 35, 68, 75, 69 RDH: die abtretenden geistlichen Reichsstände erhielten lebenslange Sustentationen, zu erbringen von den ihre Territorien erhaltenden erblich-weltlichen Landesherren und von den auf dem rechten Rheinufer mehrfach präbendierten Bischöfen, bei Errichtung von Fonds (unten, S. 1157-1158).

³¹⁸ 2. Abschnitt, II., S. 166.

³¹⁹ §. 13., S. 50.

Die Ursache liegt nicht weit. Die Republik hat schwerlich unversöhnlichere Feinde, als die Geistlichkeit, und jemehr diese Mittel in den Haenden hat, ihrem Groll Spielraum zu geben, desto groeßer und fortdauernder wird auch die Gefahr fuer die Republik seyn und bleiben. Die Geistlichkeit wird' s den Franzosen ewig nie vergeben, das sie den religioesen Dogmatismus auf reine Theophilanthropie zurueckbrachten und die Luftgestalt verscheuchten, vor welcher die Voelker der Erde lang genug erbebtten; ...³²⁰

und *Seuffert*, Der jämmerliche Prediger:

„... ,Allein sind die geistlichen Fürsten nicht die geschwornen und ewigen Feinde der französischen Republik? Haben dieselben nicht den gegenwaertigen Krieg entzündet? Harrten sie nicht standhaft in dem Kriege aus, während sich mehrere ErbFürsten durch SeparatFriedensschlüsse der gemeinen Sache entzogen? Werden die geistlichen Fürsten nicht auch in Zukunft das Feuer des Krieges wieder zu entzünden suchen? Fordert es also Frankreichs politische Convenienz nicht, dieselben auf immer zu zernichten.' ...³²¹

bb) Die Forderung der geistlichen Reichsstände in der Elsässer Angelegenheit auf Rückgängigmachung der Beeinträchtigungen

aaa) Unterwerfung der deutschen Fürsten und Stände im Hinblick auf ihre linksrheinischen feudalen Gebiete, Besitzungen und Rechte unter die mit der Krone Frankreichs getroffenen Vereinbarungen

Bei den im Nymwegener Frieden von 1678/79,³²² dem Ryswijker Frieden von 1697/98³²³ und dem Wiener Frieden von 1738 von Reichsständen³²⁴ an das Königreich Frankreich verloren gegangenen linksrheinischen Gebieten, Besitzungen und Rechte hatten sich die dadurch betroffenen deutschen Fürsten und Ritter veranlasst gesehen, mit den französischen Königen Vereinbarungen über den Status ihrer Besitzungen und Rechte einzugehen. Hierbei hatten sie sich der königlich französischen Hoheit gegen die Zusage eines weiteren eigentumsmäßigen Erhalts ihrer Gebiete, Besitzungen und Rechte unterworfen, soweit dies mit der französischen Hoheit vereinbar war.³²⁵

³²⁰ Erster Gesichtspunkt:, S. 5.

³²¹ S. 13.

³²² Unten, S. 989-992.

³²³ Unten, S. 999-1004.

³²⁴ Unten, S. 1015-1017.

³²⁵ Unten, S. 994, 997.

Die deutschen Stände behielten insbesondere Berechtigungen in der Finanz-Gerichtshoheit, in der Nutzung von Regalien³²⁶ und die mit dem gebietlichen Besitz mitgegebenen droits seigneuriaux bei.³²⁷

bbb) Die deutschen Fürsten und Stände mit Berechtigungen im Elsass, in Lothringen und in Burgund

Unter solcher Absicherung ihrer Berechtigungen, jedoch unter französischer Souveränität stehend, hatten bei Ausbruch der Revolutionskriege im Elsass, Lothringen und in Burgund linksrheinische Besitzungen und Rechte vor allem der Erzbischof von Trier,³²⁸ der Herzog von Pfalz-Zweibrücken, sein jüngerer Bruder Prinz Maximilian,³²⁹ der Erzbischof von Köln³³⁰

³²⁶ Unten, S. 997.

³²⁷ Unten, S. 997-998.

³²⁸ An der Maas im Hennegau gelegene Ortschaften Fumay, Revin, Feppin und am linken Saarufer im Saargau, in den an Frankreich abgetretenen ehemaligen kurtrierischen Gebieten sich befundenen, dem Erzbischof und seinem Domkapitel als vorbehalten zugehörenden Seigneur-Güter (Domainen). In formellem Vertrag vom 1. Juli 1778 der Krone Frankreichs unterstellt.

Memoire pour Son Altesse Serenissime Electorale de Treves et les Eglises dependantes de son Archevêché sur l'Inviolabilité des Possessions, Revenus, Immunités, Droits, & Prérrogatives qui leur appartiennent en Lorraine & sur la Meuse, & dont la Conservation leur a été expressement garantie par les traits publics. Memoire fuer Jhro Kurfuerstliche Durchlaucht von Trier ...; 1790, IV.-XIV., p. 5-11 mit Pièces justificatives N° I.-III., p. 1-11 (N° I., Art. I., p. 1-2, Art. V., p. 3, Art. VII., VIII., p. 3-4 (Regensburger Correspondenz), XXXIX. Band, 63. Stück; Hoff, Das Teutsche Reich, I. Theil, 1. Abtheilung, II., 3., b., S. 80-81; Teutsche Staatskanzley, XXIV. Theil, 2. Abschnitt, II., §. 24., S. 292-294; Büsching, Erdbeschreibung, III. Theil, Frankreich, 35., IV, 3), S. 856; Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen, II. Band, Fabricius, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, VIII., S. 603-604 und Zenz, Verträge zwischen Frankreich und dem Erzstift Trier im 17. und 18. Jahrhundert, in: Tr Jb, 1951, S. 50-59 (55-58).

³²⁹ Der Herzog von Zweibrücken besaß im Unter-Elsass die Ämter/Herrschaften Guttenberg, Bischweiler, Kleeberg, Selz, Hagenbach, Lützelstein (Petite Pierre) und sein jüngerer Bruder Maximilian im Ober-Elsass die Grafschaft Rappolstein (Annex, S. 3-4).

³³⁰ Die Lehnsheerheit mit dem Obereigentum über die im Unter-Elsass – von Frankreich und dem Reich umstrittenen Gebiet zwischen der Selz und der Queich – gelegene Herrschaft Sulz. Lehnsman des Erzbischofs von Köln war seit dem Jahr 1787 der der deutschen Nationalität zugehörende Freiherr von Bode, welcher das Lehen, vorbehaltlich der Rechte, die er dem König von Frankreich seinem Souverän und Herrn schuldig ist, erhielt. Sein Vorgänger Prinz von Rohan-Soubise, der französischen Nationalität zugehörend, war nach seiner Belehnung mit Sulz seitens des Erzbischofs, bei einer gegebenen Unterstellung unter die französische Souveränität von Ludwig XIV. ausdrücklich im Lehnsbesitz und in seinen Privatgerechtsamkeiten bestätigt worden.

Sendschreiben der kurkoelnischen Komitialgesandtschaft, Regensburg den 21. August 1790/diét. 2. Sept. 1790 (Regensburger Correspondenz, XL. Band, 54. Stück; Hoff, Das Teutsche Reich, I. Theil, 1. Abtheilung, II., 3., c., S. 81; Biermanns, Die Politik des Kurfürsten von Köln gegenüber der französischen Revolution 1789-1792, 1. Kap., S. 9-10, 12-14 und Kirchner, Elsass im Jahre 1789 (Karte): ö. L. von Paris 50 30'-60, n. B. 480 30'-490).

Traiteur, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Nro. VII., von Bode, S. 24: 1 QM, 2 500 Menschen, 9 000 Gulden jährliche Einkünfte.

und dies auch als Hoch- und Teutschmeister,³³¹ der Markgraf von Baden,³³² der Herzog von Württemberg,³³³ der Graf von Leiningen-Hardenberg,³³⁴ der Bischof von Speyer,³³⁵ der

³³¹ Nach dem Tode des Hoch- und Teutschmeisters Herzog Karl von Lothringen am 4. Juli 1780 wurde der Koadjutor Erzherzog Maximilian von Österreich Hoch- und Teutschmeister, er war seit 15./16. April 1784 auch Erzbischof von Köln (*Braubach*, Maria Theresias jüngster Sohn Max Franz, 1. Teil, 3. Kap., S. 66, 2. Kap., S. 54, 63, 4. Kap., S. 79-80).

Der Ritterorden besaß unter französischer Souveränität stehend:

Im Unter-Elsass: Die dem Meistertum Mergentheim selber zugehörnde Kommende Weißenburg mit dem Dorf Riedsels (*Büsching*, Erdbeschreibung, III. Theil, Frankreich, 40. (vielmehr 39.), Unter=Elzas, IV., 1, S. 942, Anm., 5), S. 944, VII. Theil, Der fraenkische Kreis, Vom deutschen Ritter=Orden ueberhaupt, ..., § 7., I., 16., S. 975; *Die alten Territorien des Elsaß 1648*, B., S. 166 und *Hofmann*, Der Staat des Teutschmeisters, Karte 2: Die Kommenden und Ämter des Deutschen Ordens 1788: ö. L. 70 30'-100, n. B. 470 30'-500) und die der Ballei Elsass und Burgund zugehörnden beiden Kommenden Andlau und Straßburg (*Büsching* ebd., III. Theil, II., 10, 7), (1), S. 933, VII. Theil ebd., §. 7., III., 12. u. 13., S. 982; *Hofmann* ebd., Karte 2: ö. L. 50-100, n. B. 470 30'-500 mit Erläuterungen, S. 518, (Immediat-) Ballei Elsaß und Burgund, Kommende Andlau, Kommende Straßburg und *Die alten Territorien des Elsaß 1648* ebd., S. 166).

Im Ober-Elsass: Die der Ballei Elsass und Burgund zugehörnden Kommenden Rufach vereinigt mit Kaisersberg und Rixheim mit dem Dorf Fessenheim, den größten Gebietsteil von Basel und Mühlhausen mit Ausnahme des unter der Eidgenossenschaft stehenden Ordenshaus in Mühlhausen (*Büsching* ebd., III. Theil, Ober=Elzas, VII., 5, 1), (1), S. 962, 6, 1), S. 963-964, 1, 3), S. 955, 12, 2), (2), S. 969, VII. Theil ebd., §. 7., III., 9.-11., S. 982, X. Theil, Die Eidgenossenschaft ..., I, A), 9, §. 8., I, S. 444, II, B, 5, S. 964; *Hofmann* ebd., Karte 2: ö. L. 50-100, n. B. 470 30'-500 mit Erläuterungen, S. 518, (Immediat-) Ballei Elsaß und Burgund, Kommende Rufach ..., Kommende Kaisersberg, Kommende Rixheim, Kommende Basel; *Die alten Territorien des Elsaß 1648*, A., II., 11., S. 48-49: nach ihm Fessenheim als nicht landsässig und damit nicht unter französischer Hoheit stehend; *Walter*, Zur Geschichte des Deutschritterordens im Oberelsass, in: *JfEL*, 14. Jahrg., II., S. 3-55 (II., S. 10-26: zu Rufach, Kaysersberg, Gebweiler, III., S. 26-37: zu Rixheim, IV., S. 37-49: zu Rixheim und Fessenheim) und *Kirchner*, Das Reichsland Elsass-Lothringen 1648-1789 (Karte), Elsass, 1680 beansprucht Frankreich ganz Elsass ..., II., A., 29. (Fessenheim-Münchhausen): ö. L. von Ferro 250-250 30', n. B. 470 30'-480),

In Lothringen: Die der Ballei Lothringen zugehörnden Kommenden Beckingen (bei Merzig) und Kaufmanns-Sarbourg im Herzogtum Lothringen (*Hofmann* ebd., Karte 2: ö. L. 50-70 30', n. B. 470 30'-500 mit Erläuterungen, S. 520-521, Ballei Lothringen, Kommende Beckingen, Kommende (Kaufmanns-) Saarbürg; *Die alten Territorien des Bezirkes Lothringen 1648*, I. Theil, 1. Abschnitt, II., Die einzelnen Territorien, M., S. 260; *Büsching* ebd., VII. Theil, §. 7., IX., 2., S. 985, III. Theil, 37., I, IV, 5), S. 891 und *Schmidt*, Die Deutschordenskommenden Trier und Beckingen 1242-1794, A., IV., S. 24-25, B., II., S. 177-236, III., 1., b., S. 239-241, Karten und Diagramme, 5., S. 517).

Für diese Besitzungen hatte der Deutsche Ritterorden die in dem in Regensburg am 15. Aug. 1684 zwischen Kaiser, Reich und dem König von Frankreich vereinbarten Waffenstillstand, in seinem Art. 8 seitens des Königs von Frankreich für die ihm den Treueeid leistenden Grund- und Eigenherren zugebilligten Rechte und insbesondere den ungestörten Genuss der Einkünfte im allgemeinen (unten, S. 997-998 und *Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome VII Partie II, N° XLVII., p. 82) weiter behalten (*Teutsche Staatskanzley*, XXIV. Theil, 2. Abschnitt, II., §. 24., S. 296-298; zur Kommende Beckingen, *Schmidt* ebd., C., I., S. 249-252, II., S. 253-254, 2., b., S. 267-272, G., III., S. 437-454 (450-454), IV., S. 455-456 (455). Sein Landkommtur nahm im 18. Jahrhundert zwar als Ortshoheit und Hochgerichtsherr alle Amtshandlungen im eigenen Namen vor, jedoch nur gemäß lothringischen und französischen Gesetzen und Verordnungen.

Traiteur, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Nro. VI., Deutschordens-Balleien, S. 22: die im unteren und oberen Elsass gelegenen Kommenden Weißenburg, Andlau, Rufach, Gebweiler, Kaisersberg, Rixheim, Steinfels (*Büsching* ebd., III. Theil, Unter=Elzas, IV., Anm., 1) (Steinfeld), S. 944, 3) (Steinselz), S. 944: hatte der Ritterorden in Steinfels keine Kommende) erbrachten 66 000 Gulden jährliche Einkünfte.

³³² Die im Luxemburgischen gelegene Herrschaft Rodemachern – ein luxemburg-österreichisches Lehen – und das im Unter-Elsass gelegene Amt Beinheim (Annex, S. 7-8).

³³³ Die in der Franche-Comté gelegenen Herrschaften Blamont, Clémont, Héricourt, Châtelot, Clerval, Granges, Passavant, Franquemont, Bélieu, de Goux und die im Unter-Elsass gelegenen Herrschaften Horburg, Reichenweier (Annex, S. 5).

Bischof von Straßburg und sein Domkapitel,³³⁶ der Graf von der Leyen,³³⁷ der Landgraf von Hessen-Darmstadt,³³⁸ die Reichsritterschaft im unteren Elsass,³³⁹ der Fürst von Löwenstein-

³³⁴ Die im Unter-Elsass gelegene Grafschaft Dachsburg (Annex, S. 16-17).

³³⁵ Die 3 Ämter Lautenburg, Magdeburg, Dahn seines Hochstiftes und die in sein Hochstift inkorporierte Propstei Weissenburg im unteren Elsass. Durch *lettres patentes* in den Jahren 1752 und 1756 der Krone Frankreichs unterstellt.

Kunzer, Die Beziehungen des Speierer Fürstbischofs August zu Frankreich, Einleitung, S. 1-18 (I., S. 2-3, II., § 5., S. 62-67, II. Abschnitt, § 1., S. 75-102; *Hoff*, Das Teutsche Reich, I. Theil, 1. Abtheilung, II., 3., e., S. 85-86; *Teutsche Staatskanzley*, XXIV. Theil, 2. Abschnitt, II., §. 24., S. 292-296; *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober=rheinische Kreis, Das Hochstift Speyer, S. 12-20 (Anmerk., S. 19-20), Die Probstey Weissenburg, S. 20, III. Theil, Frankreich, 40., (vielmehr 39.), Unter=Elsas, III., 1, 2, 3, S. 935-937, IV., 1, 2, 3, S. 941-943, Anm., S. 943-944 und *Kirchner*, Elsass im Jahre 1789 (Karte), 45 und 46: ö. L. von Paris 50-60, n. B. 480 30'-490 30'.

GRSH 1801, 2. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Speyer, S. 92: 4 QM, 10 000 Einw., 100 000 Gulden jährliche Einkünfte.

³³⁶ Ihre sämtlichen linksrheinischen Gebiete. Durch *lettres patentes* in den Jahren 1682, 1692, 1693, 1709, 1723, 1780 der Krone Frankreichs unterstellt.

§ 75 u. § 76, § 89 IPM (*Vast*, Traités Louis XIV, Tome I, I, p. 38-40, 44-45); *Die alten Territorien des Elsaß 1648*, B., 22., VIII., S. 85-103, 24., S. 111-112, A., II., 13, S. 50-53; *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober=rheinische Kreis, das Hochstift Strasburg, S. 21-22 (21), III. Theil, Frankreich, 40. (vielmehr 39.), Unter=Elsas, II, 2, 3, 4, S. 926-927, 8, S. 929, 5, S. 927-928, V., 1, 2, S. 944-945, VI., 3, S. 952, Ober=Elsas, VII., 5, S. 961-963; *Krug-Basse*. L'Alsace avant 1789, Chap. VIII, IV, § 2., p. 255-261; *Hoff*, Das Teutsche Reich, I. Theil, 1. Abtheilung, II., 3., f., S. 86-88; *Glöckler*, Geschichte des Bisthums Straßburg, II. Band, 86., S. 51-53; *Teutsche Staatskanzley*, XXIV. Theil, 2. Abschnitt, II., §. 24., S. 292-295 und *Kirchner*, Das Reichsland Elsass-Lothringen 1648-1789 (Karte), Elsass, 1680 beansprucht Frankreich ganz Elsass ..., I., A., 14., 16., 17.: ö. L. von Ferro 240 30'-260, n. B. 470 30'-490.

GRSH 1801, 2. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Straßburg, S. 93: die linksrheinischen Gebiete des Hochstiftes etwa 9 QM, 20 000 Einw. und hatten der Bischof und das Domkapitel um 350 000 Gulden Einkünfte.

³³⁷ Von der reichsritterschaftlichen Herrschaft Blieskastel die 8 links der Saar und links der Blies gelegenen im Herzogtum Lothringen inkavierten und auch exkavierten Dörfer Bliesbrücken, Bliesschweyen, Wolfertingen, Heckenransbach, Ditschweiler, Wustweiler, Freimengen, Saarfurt. In formellen Verträgen vom 12./27. Sept. 1781 der Krone Frankreichs unterstellt.

Die alten Territorien des Bezirkes Lothringen 1648, I. Theil, 1. Abschnitt, II., Die einzelnen Territorien, K., I., S. 249-254 (253); *Eid*, Reichsgräfin Marianne von der Leyen, II. Teil, XIII., 2., a), S. 81: Ziff. 4., S. 83: Ziff. 23. u. 24., XVII., 3., S. 138-141, Karte nach S. 424: Die Bliesherrschaft der Grafen von der Leyen ... im 18. Jahrhundert; *Grimme*, Die reichsunmittelbaren Herren in Lothringen, I., in: *JBfLG*, 12. Jahrg., S. 249-250, 254-255 und *Kirchner*, Das Reichsland Elsass-Lothringen 1648-1789 (Karte), Lothringen, 1781 Leyen-Bliescastel überläßt Frankreich einige Besitzungen ... (L. B.): ö. L. von Ferro 240 30'-250, n. B. 490-490 30'.

Eid ebd., Karte nach S. 424: Die Bliesherrschaft ...: kartographische Eintragungen: ca. 50 km² = nahezu 1 QM.

³³⁸ Von der Grafschaft Hanau-Lichtenberg ihr im unteren Elsass gelegener größerer Teil, wogegen ihr nördliches Amt Lemberg nicht unter französische Souveränität gelangt, innerhalb des Reichsgebietes lag (Annex, S. 6-7).

³³⁹ 10 Distrikte im unteren Elsass. Durch *lettres patentes* vom 20. Dez. 1680 und Mai 1779 der Krone Frankreichs unterstellt. Den Reichsrittern waren für ihre Besitzungen die Rechte zur Reglementierung der Jagd-, Fischerei- und Waldpolizei, zum alleinigen Verkauf von Salz, zum Erlaß von Statuten für die Künste und die Berufe, zu einer Judenabgabe und zur Veranstaltung von jährlichen Versammlungen unter dem Intendanten zur Wahrung ihrer eigenen Interessen verblieben.

§§ 75 u. 76, 89 IPM (*Vast*, Traités Louis XIV, Tome I, I, p. 38-40, 44-45); *Krug-Basse*, L'Alsace avant 1789, Chap. VIII, II, § 2., p. 238-241; *Die alten Territorien des Elsaß 1648*, B., 23., S. 103-110; *Büsching*, Erdbeschreibung, III. Theil, Frankreich, 40 (vielmehr 39.), Unter=Elsas, II, 10, S. 932-934; *Teutsche*

Wertheim,³⁴⁰ die Prämonstratenser Abtei Wadgassen,³⁴¹ das Ritterstift Murbach³⁴² und der Johanniter-Meister.³⁴³

Staatskanzley, XXIV. Theil, 2. Abschnitt, II., §. 24., S. 292-293, 297-299 mit Fußnoten; *Hoff*, Das Teutsche Reich, I. Theil, 1. Abtheilung, II., 3., w., S. 100-102 und *Kirchner*, Das Reichsland Elsass-Lothringen 1648-1789 (Karte), Elsass, 1680 beansprucht Frankreich ganz Elsass ..., I., B., 20.: ö. L. von Ferro 240 30'-250 30', n. B. 480-490.

³⁴⁰ Seine in Lothringen gelegene Grafschaft Püttlingen (Annex, S. 22).

³⁴¹ Ca. $\frac{3}{4}$ ihrer insbesondere längs der Saar und an deren linken Ufer gelegenen Gebiete, hingegen ihre restlichen Gebiete und vor allem rechts der Saar weiterhin unter der Landeshoheit des Fürsten von Nassau-Saarbrücken verblieben waren. In formellem *Vertrag vom 15. Februar 1766* der Krone Frankreichs unterstellt.

Memoire pour l'abbaye de Wadgasse, de l'Ordre des Prémontrés, située dans la Lorraine Allemande. Pro Memoria fuer die in Deutsch=Lothringen gelegene Praemonstratenzer-Ordens Abtei Wadgasse; 1790, mit Pièces jointes N° 1. u. 2., p. 1-27 (Regensburger Correspondenz, XL. Band, 102. Stück); Proemoria fuer die, seit ihrer ersten Stiftung zum teutschen Reich gehoerige, durch den, zuzufolge des Wiener Friedensschlusses von 1735. zwischen dem Fuerstlichen Hause Nassau=Saarbruecken und der Krone Frankreich, im Jahre 1766. zu Stand gekommenen Laender=Austausch=Vertrag, ... uebergegangene Teutsche Abtei Wadgassen ... die von der franzoesischen National=Versammlung wegen der geistlichen Guether und Kloster in ihrem Koenigreich, neuerlich gefaßten Entschließungen betreffend; 1791 mit Anlagen N°. 1.-30., S. 1-83 (N°. 19. a., Art. XXII., S. 64-65) (Regensburger ebd., XLII. Band, 47. Stück); Koch, Ueber die Fragen: I. Ob die deutschen Besitzungen der aufgehobennnen franzoesischen Abtey Wadgassen fuer bona vacatia zu halten seyen?; Teutsche Staatskanzley, XXXIV. Theil, 3. Abschnitt, S. 10-18, II. u. III., S. 50-57; Büsching, Erdbeschreibung, III. Theil, Frankreich, 37., I, XIV, Anmerk., S. 900-901; Geschichtliche Landeskunde des Saarlandes, II. Band, Karte: Territoriale Gliederung der Saargegend im Jahre 1789: Ö. L. 240 20' - 40', n. B. 490 12' - 24' und Tritz, Geschichte der Abtei Wadgassen, C., Abt Michael Stein 1743-1778, S. 156-163, D., I., S. 191-192, II., a., S. 193-267, b., S. 267-276, 277-281, F., I., b., S. 487-488; Ziff. 1., G., Fürst Wilhelm Heinrich. 1742-1768, S. 567-568, Karte (am Ende): Die Abtei Wadgassen und die angrenzenden Gebiete im Jahre 1789, Abtei Wadgassen.

Tritz ebd., D., I., S. 191-192, II., a., S. 193-267, b., S. 267-276, c., S. 277-281 mit Karte: Die Abtei Wadgassen ...: kartographische Eintragungen: unter französischer Souveränität stehenden Gebiete ca. 75-90 km² und die unter der Landeshoheit des Fürsten von Nassau-Saarbrücken verbliebenen ca. 25-30 km². Traiteur, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Nro. VI., Wadgassen, S. 22: die Abtei erbrachte 30 000 Gulden jährliche Einkünfte.

³⁴² Im Ober-Elsass. Durch *lettres patentes und insbesondere im Jahr 1765* der Krone Frankreichs unterstellt.

§ 75 u. § 76, § 89 IPM (*Vast, Traités Louis XIV, Tome I, I, p. 38-40, 44-45*); *Büsching*, Erdbeschreibung, III. Theil, Frankreich, 40. (vielmehr 39.), Ober=Elzas, VII., 6, S. 963-965; *Teutsche Staatskanzley*, XXV. Theil, 3. Abschnitt: Schreiben des Groß-Dekans von Murbach an den Reichstag vom 30. Dez. 1789, bis §. 6., S. 84-92 (§. 6., S. 91-92), XXIV. Theil, 2. Abschnitt, II., §. 24., S. 292-293, 298-299; *Die alten Territorien des Elsaß 1648*, A., 14., S. 53-57 und *Kirchner*, Das Reichsland Elsass-Lothringen 1648-1789 (Karte), Elsass, 1680 beansprucht Frankreich ganz Elsass ..., I., A., 15.: ö. L. von Ferro 240 30'-250 30', n. B. 470 30'-480 30'.

³⁴³ Im Unter-Elsass: Die Kommende Straßburg mit einem membrum in Schlettstadt, die Kommende Dorlesheim und die Kommende Geitershof mit einem membrum in Weißenburg.

Büsching, Erdbeschreibung, III. Theil, Frankreich, 40. (vielmehr 39.), Unter=Elzas, I, S. 921, VI., 1), S. 950-951, I, 1), S. 923, IV., 1, S. 942, VI. Theil, Der chur=rheinische Kreis, Die Pfalz am Rhein, §. 16., B., 6), S. 671: Anmerk. (Hambach nicht unter franz. Souveränität); *Rödel*, Das Großpriorat Deutschland des Johanniter-Ordens, III., 2., e., 1. und 2., S. 181-199, 6., S. 213-218, Addenda ..., S. 450, 450-451, Anlagen Karten: Das Deutsche Großpriorat 1495 und 1540; *Finck*, Übersicht der Geschichte des Ordens St. Johannis, A., Das Großpriorat von Deutschland, S. 34: Ziff. 3. und *Das Reichsland Elsass-Lothringen*, III. Theil, (1. Hälfte), Geitershof, ..., S. 3333, 2. Hälfte, Weissenburg, St. ..., S. 1194-1196 (1195 rechte Sp.).

Im Ober-Elsass: Die Kommende Sulz vereinigt mit jener von Kolmar (*Büsching ebd., III. Theil, Frankreich, 40. (vielmehr 39.), Ober=Elzas, VII., 5, 2), (1), S. 962, 1, 1), S. 953; Rödel ebd., 3., S. 199-205, 5., S. 209-213, Addenda ..., S.450-451, Anlagen Karten: Das Deutsche ... und Finck ebd., S. 33: Ziff. 2.)*

In Lothringen: Das von der Kommende Dorlisheim abhängige membrum in Bassel (*Rödel ebd., 7., S. 218-221, Addenda ..., S. 451, Anlagen Karten: Das Deutsche ...; Das Reichsland Elsass-Lothringen, III. Theil, 2.*

ccc) Die dem Reich zugehörenden Gebiete deutscher Fürsten im Elsass, in Lothringen und in Burgund

Dem Reich unmittelbar zugehörend und nicht unter französischer Souveränität stehend, hatten Gebiete im Elsass, in Lothringen und in Burgund vor allem der Bischof von Basel,³⁴⁴ der Erzbischof von Köln als Hoch- und Teutschmeister,³⁴⁵ der Fürst von Wied-Isenburg-Runkel,³⁴⁶ der Fürst von Nassau-Usingen,³⁴⁷ der Fürst von Nassau-Weilburg,³⁴⁸ der Herzog von Württemberg,³⁴⁹ der Fürst von Salm-Salm³⁵⁰ und die Reichsritterschaft in Lothringen.³⁵¹

Hälfte, St. Johann von Bassel, ..., S. 969), welche Besitzungen die in Art. 8 des Waffenstillstandes von 1684 zugebilligten Rechte und im allgemeinen den ungestörten weiteren Besitz ihrer Einkünfte hatte (*Teutsche Staatskanzley*, XXIV. Theil, 2. Abschnitt, II., §. 24., S. 296-298).

³⁴⁴ Der dem Reich zugehörende größere, reichsständische und hiervon linksrheinische Gebietsteil seines Hochstiftes (oben, S. 505).

Ca. 15 QM: dem Reich zugehörendes Gebiet ca. 15, 44 QM (oben, S. 505-506), abzüglich des rechtsrheinischen Gebietsteiles von ca. ½ QM (Annex, S. 39).

³⁴⁵ Das dem Deutschen Ritterorden zu seiner Kommende Saarbrücken zugehörende innerhalb des französisch-lothringischen Baillage de Sarreguemines gelegene Dorf Hundlingen mit einem Teil des Dorfes Ruhlingen.

Die alten Territorien des Bezirkes Lothringen 1648, I. Theil, 1. Abschnitt, II., Die einzelnen Territorien, M., S. 260-263; *Hofmann*, Der Staat des Deutschmeister, Karte 2: Die Kommenden und Ämter des Deutschen Ordens, ö. L. 50-70 30', n. B. 470 30'-500 mit Erläuterungen, S. 520-521 (521), Ballei Lothringen, Kommende Saarbrücken; *Grimme*, Die reichsunmittelbaren Herren in Lothringen, I., in: *JBfLG*, 12. Jahrg., S. 244, 249; *Schmidt*, Die Deutschordenskommenden Trier und Beckingen, 1242-1794. B., II., 4., S. 234-235; *Büsching*, Erdbeschreibung, III. Theil, Frankreich, 37., I, IV, 3, S. 892-893; *Geschichtliche Landeskunde des Saarlandes*, II. Band, Karte: Territoriale Gliederung de Saargegend im Jahre 1789, A., b., Deutsch-Ordensballei Saarbrckn. (Beckingen) und *Kirchner*, Das Reichsland Elsass-Lothringen 1648-1789 (Karte), Lothringen, Die noch 1789 von deutschen Reichsständen ... beherrschten Gebiete, A., 4., ö. L. von Ferro 240 30'-250, n. B. 490-490 30'.

³⁴⁶ Die in Lothringen in vier getrennten Teilen gelegenen Grafschaft Criechingen, zum Teil auch unter französischer Souveränität (Annex, S. 18-19).

³⁴⁷ Den ⅔ Teil der zwischen dem Elsass und Lothringen gelegenen Grafschaft Saarwerden und der Erbkastenvogtei Herbitzheim (Annex, S. 14-15).

³⁴⁸ Den ⅓ Anteil der Grafschaft Saarwerden und der Erbkastenvogtei Herbitzheim (Annex, S. 15).

³⁴⁹ In der Franche-Comté gelegene reichsständische gefürstete Grafschaft Mömpelgard (oben, S. 482)

³⁵⁰ Die zwischen dem Elsass und Lothringen gelegene reichsständische gefürstete Grafschaft Salm (oben, S. 486).

³⁵¹ Die Herrschaften Lixingen, den Herren von Kerpen und die Herrschaft Assweiler, dem mit der freiherrlich Steinkallenfelsischen Erbtochter verheirateten britischen Edelmann von Carbistown gehörend.

Die alten Territorien des Bezirkes Lothringen, I. Theil, 1. Abschnitt, II., K., II. u. III., S. 254-256; *Grimme*, Die reichsunmittelbaren Herren in Lothringen, I., in: *JBfLG*, 12. Jahrg., S. 255, 248; *Das Reichsland-Elsass-Lothringen*, III. Theil, Lixingen, Herrschaft, ..., S. 581-582, Assweiler Df. ..., S. 40-41; *Ehrmann*, Historisches Statistisch=Topographisches Lexikon von Frankreich, I. Band, Abweiler, Dorf und Herrschaft ..., Sp. 244-245 und *Kirchner*, Das Reichsland Elsass-Lothringen 1648-1789 (Karte), Lothringen, Die noch 1789 von deutschen Reichsständen ... beherrschten Gebiete, A., 6. (Lixingen), ö. L. von Ferro 240 30'-250, n. B. 490-490 30', Elsass, 1680 beansprucht Frankreich ganz Elsass ..., II., B., 44. (Assweiler), ö. L. von Ferro 240 30'-250, n. B. 480 30'-490.

ddd) Die kirchlich-geistlichen Berechtigungen der deutschen geistlichen Reichsstände im Elsass, in Lothringen und in Burgund

Bei den im 17. und 18. Jahrhundert stattgehabten territorial-politischen Veränderungen waren die kirchlichen Verhältnisse der katholischen Kirche, insbesondere den Diözesangrenzen und Metropolitanrechte unverändert geblieben.

Der Erzbischof von Trier behielt weiterhin einen nunmehr im französischen Lothringischen gelegenen Teil seiner Erzdiözese.³⁵²

Die Bischöfe von Straßburg und Speyer behielten ihre im unteren Elsass unter französischer Souveränität gelegenen Gebietsteile ihrer Diözesen³⁵³ und der Bischof von Basel seinen im oberen Elsass und im Suntgau unter französischer Souveränität stehenden Teil seiner Diözese.³⁵⁴

³⁵² Dies waren die Gebiete der an Frankreich nach und nach gekommenen Distrikte des Herzogtums Luxemburg, der Grafschaft Chiny, der Probstei d'Yvoy und der Herzogtümern Lothringen und Bar, welche ca. ¼ seiner Erzdiözese ausmachten. Durch den im August 1783 in Versailles abgeschlossenen Vertrag hatte sich der Erzbischof für diese französischen Gebiete auf Drängen des französischen Hofes zur Ernennung eines in der französischen Stadt Longwy ansässigen Generalvikars und Offizials mit französischer Nationalität verpflichtet, welche auch am 15. Mai 1784 eingerichtet wurden.

*Memoire pour Son Altesse Sérénissime Électorale de Treves, sur l'inviolabilité de la juridiction métropolitaine appartenante au Siege archiépiscope de Treves sur les Evêchés de Toul, Verdun, Nancy & S. Diez, situés en France. ... 1790, I.-XI. (I. u. XI.), p. 3-8 (3, 7-8) mit Pièces justificatives N° I.-V., p. 1-8 (Regensburger Correspondenz, XL. Band, 40. Stück); Zenz, Verträge zwischen Frankreich und dem Erzstift Trier im 17. und 18. Jahrhundert, in: *Tr Jb*, 1951, S. 50-58 (51-54, 57-58, (Fußnoten)); ders., Die Gründung des Generalvikariates Longwy, S. 5-20; *Geschichtlicher Atlas für das Land an der Saar*, Karte: Die Organisation der katholischen Kirche um 1789, mit Erläuterungen, S. 1-4 Karte: Die Herrschaftsgebiete 1789 und *Hansen*, Quellen Rheinland, I. Band, Quellen, 282., S. 633.*

³⁵³ Beim Bischof von Straßburg war dies der größte Teil des Unter-Elsass und ca. ⅔ seiner insgesamt links- und rechtsrheinisch gelegenen Diözese (*Krug-Basse*, L'Alsace avant 1789, Chap. VI, II, p. 159-175; *Ehrmann*, Historisches Statistisch=Topographisches Lexikon von Frankreich, II. Band, Elsaß, ..., Sp. 293-324 (317) und *Le diocèse de Strasbourg*, Cartes (nach p. 346): Le protestantisme dans l'ancien diocèse de Strasbourg, Les principales abbayes ... des anciens diocèses de Strasbourg, Bale ...).

Beim Bischof von Speyer war dies der kleinere Teil des Unter-Elsass mit 4 Landkapiteln der insgesamt 12 links- und rechtsrheinischen Landkapiteln seiner Diözese (*Krug-Basse*, L'Alsace avant 1789, Chap. VI, V, p. 182-183 (§ 2., p. 183); *J. v. Geissel*, Der Kirchensprengel des alten Bistums Speyer. Aus dem Jahre 1832, in: *ders.*, Schriften und Reden, III. Band, Schriften und Reden, 152., S. 166-190 (180-182); *Ehrmann*, Historisches Statistisch=Topographisches Lexikon von Frankreich, II. Band, Elsaß, ..., Sp. 293-324 (317); *Remling*, Geschichte der Bischöfe zu Speyer, I. Band, 2. Abschnitt, § 16., S. 147-150 und *PfalzAtlas*, Karte 73 mit Textband II, S. 834-846 (834-837).

Der kleinste Teil des Unter-Elsass gehörte als Diözesangebiet mit 3 Pfarreien dem kein Reichsangehöriger mehr seiende Bischof von Metz (*Ehrmann* ebd., Elsaß, ..., Sp. 293-324 (317) und *Krug-Basse* ebd., Chap. VI, VI, p. 183).

³⁵⁴ Dies war der beträchtlichste Teil des Ober-Elsass und des Suntgaus, welcher nicht der Eidgenossenschaft zugehörte und ca. ¾ seiner insgesamt Diözese war (*Oberlé*, L'Alsace entre la paix de Westphalie et la Révolution française, 1. Partie, I, 7., p. 29: Carte du Diocèse de Bâle; *Krug-Basse*, L'Alsace avant 1789, Chap. VI, III, p. 175-181; *Ehrmann*, Historisches Statistisch=Topographisches Lexikon von Frankreich, II. Band, Elsaß, ..., Sp. 293-324 (317) und *Le diocèse de Strasbourg*, Carte (nach p. 346): Les principales abbayes ... des anciens diocèses de Strasbourg, Bale ...).

Der Erzbischof von Trier hatte weiterhin die Metropolitanrechte über seine nunmehr ausschließlich im französischen Gebiet gelegenen drei Suffraganbistümer Metz, Toul, Verdun und über seine im Jahre 1777 aus toulischem Gebiet gebildeten weiteren Suffraganbistümer St. Dié und Nancy. Ferner behielt er einen nunmehr im französischen Lothringen gelegenen Teil seiner eigenen Diözese, für welchen er auch die Metropolitanrechte besaß.³⁵⁵

Der Erzbischof von Mainz übte seine Metropolitanrechte über die unter französischer Souveränität stehenden linksrheinischen Teile der beiden Bistümer Straßburg und Speyer aus.³⁵⁶

eee) Die von der Assemblée nationale constituante verfügte Anwendung ihrer Dekrete auf die Gebiete, Besitzungen und Rechte der deutschen Fürsten und Stände im Elsass, in Lothringen und in Burgund

Nach dem Ausbrechen der Revolution in Frankreich im Sommer 1789 waren von der Assemblée nationale constituante ihre Dekrete vom 4. August 1789 über die Beseitigung des Feudalismus mit der Abschaffung der persönlichen und der Ablösbarkeit der dinglichen Feudalrechte und der Aufhebung des Kirchenzehnts,³⁵⁷ vom 2. November 1789 über die Zurverfügungstellung der Kirchengüter für die Zwecke der Nation³⁵⁸ und vom 26. Februar 1790 über die administrative Neueinteilung des französischen Gebietes in 83 départements mit der darin mitbeschlossenen Einteilung des Elsass in die beiden départements Rhin (Haut) und Rhin (Bas)³⁵⁹ auch auf die Besitzungen und Rechte der deutschen Reichsstände, Fürsten

³⁵⁵ § 70 IPM (*Instr Pacis Westph*, Instrumentum ... Monasteriense, S. 86-87 (87); *Memoire pour Son Altesse Sérénissime Électorale de Treves, sur l'inviolabilité de la juridiction métropolitaine appartenante au Siege archiépiscopal de Treves sur les Evêchés de Toul, Verdun, Nancy & S. Diez, situés en France. ... 1790*, I.-XI (I.), p. 3-8 (3) mit Pièces justificatives No I.-V., p. 1-9 (*Regensburger Correspondenz*, XL. Band, 40. Stück); *Zenz*, Die Gründung der Bistümer Nancy und St. Dié, in: *Ar mittelh KirG*, 2. Jahrg., I., S. 175-192; *ders.*, Die Gründung des Generalvikariates Longwy, S. 5-20 (16-18: Inhalt des im August 1783 in Versailles abgeschlossenen Vertrages) und *Hansen*, Quellen Rheinland, I. Band, Quellen, 282., S. 633.

³⁵⁶ *Hansen*, Quellen Rheinland, I. Band, Quellen, 364., S. 792-793, Fußn. 1) (S. 793).

Über die elsässischen Gebiete des Bistums Basel besaßen die Erzbischöfe von Besançon die Metropolitanrechte (*Ehrmann*, Historisches Statistisch-Topographisches Lexikon von Frankreich, II. Band, Frankreich, (lat. Gallia ..., Sp. 558-655 (597: Ziff. 5) und *Das Reichsland Elsass-Lothringen*, III. Theil, (1. Hälfte), Besançon, Erzbisthum ..., S. 83), welcher Erzbischof von Besançon zu Ausgang des 18. Jahrhunderts keine Angehöriger des Reiches mehr war (oben, S. 107-109).

Der kleinere Teil des Ober-Elsass und des Sunsgaues gehörte als Diözesangebiet dem Erzbischof von Besançon zu (*Préclin*, La situation ecclésiastique et religieuse de la Franche-Comté à la veille de la Révolution, Partie I, Le diocèse, in: *Bull Féd Soc Sav Franche-Comté*, N° 2, I., p. 4: Karte: Ancien Diocèse de Besançon; *Ehrmann* ebd., II. Band, Elsaß, ..., Sp. 293-324 (317), I. Band, Besançon ist eine der ältesten Staedte ..., Sp. 474-481 (479) und *Krug-Basse*, L'Alsace avant 1789, Chap. VI, IV, p. 181).

³⁵⁷ Oben, S. 771.

³⁵⁸ Oben, S. 772-773.

³⁵⁹ *Duvergier*, Collection des lois, Tome I, p. 102-110. Das département Rhin (Haut) umfasste die drei Distrikte Colmar, Altkirch, Belfort und das département Rhin (Bas) die vier Distrikte Straßburg, Hagenau, Weissenburg, Benfeld (Ziff. 66. u. 67., p. 108-109).

und Ritter im Elsass, in Lothringen und in Burgund für anwendbar erklärt und auch tatsächlich angewandt worden.³⁶⁰ Dies sowohl bei den unter bisheriger königlich-französischer Souveränität gestandenen feudalen als auch bei den dem Reich zugehörigen Gebieten, Besitzungen und Rechten.³⁶¹

Damit wurden den deutschen Stände ihre bisherigen feudalen Hoheiten, Regalien, droits seigneurieux, Landeshoheit und kirchlichen Berechtigungen genommen und sie entsprechend den französischen Vasallen und Untertanen im französischen Staatsgebiet zu bloßen Eigentums- und Gutsbesitzern herabgestuft.³⁶²

fff) Besondere Aktivität der geistlichen Reichsstände bei den Beschwerden der deutschen Stände am königlichen französischen Hof, vor der Assemblée nationale constituante, beim Reichstag und vor dem Kaiser bis zum Ende des Jahres 1790

Die hiervon betroffenen deutschen Stände hatten zuerst Beschwerden beim königlichen Hof in Paris und bei der Assemblée nationale constituante eingelegt, wobei der Bischof von Speyer die Initiative ergriff und ein gemeinsames Vorgehen aller deutschen Stände erreichen wollte.³⁶³

Nachdem dies keine Abhilfe erbrachte, hatten sich die deutschen Stände an die Kreise gewandt. Der Bischof von Straßburg zeigte als erster im November 1789 die den Ständen bevorstehende Schmälerung ihrer Rechte im Elsass und in Lothringen dem Oberrheinischen Kreis an,³⁶⁴ welcher,³⁶⁵ wie auch der Fränkische³⁶⁶ und Schwäbische Kreis³⁶⁷ sich mit der Elsässer Angelegenheit befassten.³⁶⁸

³⁶⁰ Die Assemblée nationale constituante hielt sich nicht an die vom Ancien Régime mit den deutschen Fürsten und Ständen geschlossenen Verträge gebunden, welche ohne Mitwirkung des Volkes zustande gekommen seien.

³⁶¹ *Teutsche Staatskanzley*, XXIV. Theil, 2. Abschnitt, I., §. 6.-§. 11., S. 218-238 (§. 11., S. 235-237), IV., §. 28.-§. 34., S. 317-335 und zu den Gebieten des Fürstbischofs von Speyer: *Kunzer*, Die Beziehungen des Speierer Fürstbischofs August zu Frankreich, II. Abschnitt, § 2., S. 102-106.

³⁶² *Teutsche Staatskanzley*, XXIV. Theil, 2. Abschnitt, §. 3., S. 213, XXX. Theil, 1. Abschnitt, §. 6., S. 25.

³⁶³ *Teutsche Staatskanzley*, XXIV. Theil, 2. Abschnitt, V., §. 36., S. 336-341 und *Kunzer*, Die Beziehungen des Speierer Fürstbischofs August zu Frankreich, II. Abschnitt, § 2., S. 106-116.

³⁶⁴ *Teutsche Staatskanzley*, XXIV. Theil, 2. Abschnitt, V., §. 37., S. 341-344.

³⁶⁵ Er beschloss am 7. Jan. 1790 die Beschwerden dem Kaiser anzuzeigen und den Beistand des Kaisers unter Beitritt des Reiches zu erbitten (*Teutsche Staatskanzley*, XXIV. Theil, 2. Abschnitt, V., §. 37., S. 342-343: Ziff. 1)). Dies tat er auch mit seinem Schreiben an Kaiser Joseph II. vom 28. Januar 1790 (beigefügt dem *Kaiserlich=allerghnaedigstes Kommissions=Dekret an die Hochloebliche allgemeine Reichsversammlung zu Regensburg, de dato 26ten April 1791. Die Beschwerden der durch die seit dem Monate August des Jahrs 1789 ergangene Franzoesische Nationalschluesse in Lothringen und Elsaß Reichs=Friedensschlußwidrig beeintrachtigten Reichs=Staende und Angehoerigen betreffend/diét. 30. Aprilis 1791, Verzeichniß der ... Beschwerde=Schriften ...*, Num. 6., S. 17-18, in: *Regensburger Correspondenz*, XLII. Band, 1. Stück). Weiterhin beschloss er „... Den Kurrheinischen, Schwaebischen, Fraenkischen und westphaelischen Kreiß aufzufordern, mit ihm gemeine Sache zu machen, zugleich die beschwerten Reichsstaende anzuweisen, einstweilen nichts zu

Bei den von den deutschen Ständen beim Reichstag eingelegten Rekurs³⁶⁹ war der Bischof von Straßburg mit einer dort am 29. Januar 1790 zur Diktatur gelangten Beschwerdeschrift initiativ,³⁷⁰ welcher sich noch am selben Tag zur Diktatur gelangte Beschwerdeschriften seines Domkapitels,³⁷¹ der Ritterschaft im unteren Elsaß,³⁷² des Ritterstiftes Murbach³⁷³ und des Johanniter-Meisters³⁷⁴ anschlossen.³⁷⁵

Diesen folgten mit weiteren Rekurschriften der Bischof von Speyer, zur Diktatur gelangt am 1. Februar 1790,³⁷⁶ der Erzbischofs von Trier am 11. Mai 1790,³⁷⁷ der Erzbischofs von

versaеumen, um durch Unterhandlungen an dem franzoesischen Hof den ihnen bevorstehenden Verlust abzuwenden, ...“ (*Teutsche Staatskanzley ebd.*, S. 343: Ziff. 2) u. 3)).

³⁶⁶ Er beschäftigte sich mit der Angelegenheit im März 1790 (*Teutsche Staatskanzley*, XXIV. Theil, 2. Abschnitt, V., §. 37., S. 344), wobei seine allgemeine Versammlung sich mit einem Schreiben vom 2. März/Diät. 28. Dez. 1790 an den Reichstag insbesondere dahingehend wandte, Fürsten und Stände ihres Kreises hätten ihr aufgegeben, beim Reichstag den Antrag zu stellen, kraftvolle Einleitungen zu machen, damit man an dem Orts auf die Einhaltung der den deutschen Reichsständen zugehörenden Besitzungen gemäß dem Westfälischen Frieden vorgezeichneten Grundsätze achte (*Teutsche Staatskanzley*, XXVI. Theil, 11. Abschnitt.. S. 268-272).

³⁶⁷ Er beschloss in seinem Kreis-Abschied vom 17. Juni 1790, falls die Vorstellungen der Kreisstände bei der Nationalversammlung und dem Königl. Franz. Ministerium nicht den gewünschten Erfolg hätten, man sich dieser von Kreises wegen mittelst Verwendung an den Reichstag bestens anzunehmen habe (*Teutsche Staatskanzley*, XXVIII. Theil, 4. Abschnitt, §. 30., Beylage, S. 155-176 (S. 169-170: Ziff. 9.)).

³⁶⁸ Mit den Beschlussfassungen des Oberrheinischen, Fränkischen und Schwäbischen Kreises hatten sich dann auch erstmalig von der Elsässer Angelegenheit nicht selber betroffene deutsche Fürsten und Stände mit dieser befasst.

³⁶⁹ Obwohl mehrere ihre Beschwerden beim Reich einlegenden deutschen Fürsten und Ritter in ihren zuvor mit der Krone Frankreichs abgeschlossenen Verträge ihre Souveränität anerkannt hatten (unten, S. 994, 997), hielten sie dennoch die Anrufung des Reichs für möglich und angebracht. Durch die nunmehrigen von Seiten der französischen Nationalversammlung mit der Vollstreckung ihrer Dekrete in ihre Besitzungen und Rechte erfolgten einseitigen Aufkündigung dieser Verträge seitens Frankreich, seien diese Vereinbarungen in ihrem insgesamten Bestand unwirksam geworden. Auch berief man sich darauf, dass ihre damalige Anerkennung der französischen Souveränität bei den ihnen vom Kaiser zu Lehen vergebenen Besitzungen und Rechte, ohne die damalige Zustimmung des Reiches, welche nicht erfolgte, nicht möglich gewesen wäre (*Ludwig*, Die deutschen Reichsstände im Elsaß, 5. Kap., S. 132).

³⁷⁰ *Sendschreiben der Hochstift Strasburgischen Komitialgesandtschaft, Regensburg Januar 1790/diät. 29. Jan. 1790 (Regensburger Correspondenz, XXXIX. Band, 14. Stück).*

³⁷¹ *Sendschreiben des Senior und Kapitel des hohen Stifts Straßburg, Christian Fuerst von Hohenlohe, pro tempore Senior, Straßburg 7. Dez. 1789/diät. 29. Jan. 1790 (Regensburger Correspondenz, XXXIX. Band, 10. Stück).*

³⁷² *Sendschreiben der Freiumittelbaren Ritterschaft im untern Elsaß, Straßburg im Ritterhauß den 1ten December 1789/diät. 29. Jan. 1790 (Regensburger Correspondenz, XXXIX. Band, 19. Stück).*

³⁷³ *Sendschreiben des Groß=Decan und Capitel des fuerstl. Stifts Murbach, Gebweiler, 30. Dec. 1789/diät. 29. Jan. 1790 (Regensburger Correspondenz, XXXIX. Band, 11. Stück).*

³⁷⁴ *Schreiben des Johanniter Meisters Joseph Benedict (Teutsche Staatskanzley, XXVI. Theil, 10. Abschnitt, S. 261-268, XXIX. Theil, 9. Abschnitt, S. 280-281 (281)).*

³⁷⁵ *Teutsche Staatskanzley*, XXIV. Theil, 2. Abschnitt, V., §. 38., S. 345.

³⁷⁶ *Sendschreiben des Fuerstbischofs August zu Speyer, Bruchsal 20. Jaenner/diät. 1. Febr. 1790 (Regensburger Correspondenz, XXXIX. Band, 17. Stück).*

³⁷⁷ *Teutsche Staatskanzley*, XXIV. Theil, 2. Abschnitt, V., §. 38., S. 346-347.

Köln am 2. September 1790 als Hoch- und Deutschmeister³⁷⁸ und wegen seiner Herrschaft Sulz,³⁷⁹ der Landgraf von Hessen-Darmstadt am 3. September 1790, 7. Februar 1791³⁸⁰ und mit einer gemeinschaftlichen Beschwerde der Erzbischof von Köln, auch als Hoch- und Deutschmeister, die Bischöfe von Straßburg und Speyer, letzterer auch als gefürsteter Probst zu Weißenburg, die unterelsässische Geistlichkeit und Ritterschaft am 3. Dezember 1790.³⁸¹

³⁷⁸ *Sendschreiben der kurkoelnischen Komitialgesandtschaft, Regensburg 1. April 1790/diét. 2. Sept. 1790 (Regensburger Correspondenz, XL. Band, 53 Stück).*

³⁷⁹ *Sendschreiben der kurkoelnischen Komitialgesandtschaft, Regensburg den 21. August 1790/diét. 2. Sept. 1790 (Regensburger Correspondenz, XL. Band, 54 Stück).*

³⁸⁰ *Sendschreiben Landgraf Ludwig X. von Hessen-Darmstadt, Darmstadt den 14ten 1790/diét. 3. Sept. 1790 (Regensburger Correspondenz, XXXIX. Band, 52. Stück) mit seinem beigefügten Promemoria Nahmens Seiner Hochfuerstlichen Durchlaucht des regierenden Herrn Landgrafens zu Hessen=Darmstadt, als Grafens zu Hanau=Lichtemberg, in Bezug auf die Schluesse der Franzoesischen Nationalversammlung zu Paris vom 4ten u. f. f. August 1789; Darmstadt: 1790 (Regensburger ebd., XL. Band, 35. Stück) und Sendschreiben der Hessen-Darmstaedtisch-Komitialgesandtschaft, Regensburg 2ten Februar 1791/diét 7. Febr. 1791 mit dem beigefügten Nachtrag zu dem Promemoria ... 1790 (Teutsche Staatskanzley, XXVI. Theil, 4. Abschnitt, S. 175-185).*

³⁸¹ *Sendschreiben der Komitial-Gesandtschaften von Kurkoelln, Hoch= und Teutschmeistertum, Hochstifte Speier und Straßburg, gefuerstete Probstei Weissenburg, Fuerstl. Ritterstift Murbach, niederelsassische Clerisey und Ritterschaft, Regensburg 30ten November 1790/diét 3. Dec. 1790 (Teutsche Staatskanzley, XXIX. Theil, 8. Abschnitt, I., S. 270-275).*

Die Geistlichkeit im unteren Elsass hatte sich auch mit einem am 29. Jan. 1790 zur Diktatur gelangten Sendschreiben (*Sendschreiben der Clerisey des unteren Elsaß, 1790/diét. 29. Jan. 1790, in: Regensburger Correspondenz, XXXIX. Band, 13. Stück*) und die Abtei Münster im Gregoriental mit einem am 17. Dez. 1790 zur Diktatur gelangten Schreiben vom 15. Nov. 1790 (*Teutsche Staatskanzley, XXVI. Theil, 9. Abschnitt, S. 247-261*) wegen der Verletzung ihrer Rechte an den Reichstag gewandt.

Obwohl den Äbten von Murbach und Lüders, der Äbtissin von Andlau und der Abtei Münster im Gregoriental bei der in §§ 71, 75, 76, 89 IPM erfolgten Abtretung der österreichischen Besitzungen und Rechte im Elsass an Frankreich (unten, S. 971) ihre Reichsunmittelbarkeit zugesichert worden war (§ 89 IPM: *Vast, Traités Louis XIV, Tome I, I, p. 44-45*), wurden sie bei Ausbrechen der Revolution als dem französischen Königreich zugehörnde Geistliche angesehen. Zur unterelsässischen Geistlichkeit: *Teutsche Staatskanzley, XXIV. Theil, 2. Abschnitt, §. 3., S. 213-214* und *Ludwig, Die deutschen Reichsstände im Elsaß, 5. Kap., S. 131-132; zur Abtei Münster: Hoff, Das Teutsche Reich, I. Theil, 1. Abtheilung, II., 3., S. 102-103.*

Der seit den Jahren 1781/1789 von König Ludwig XVI. mit der Landvogtei über die zehn vereinigten Städte im Elsass Hagenau, Colmar, Schlettstadt, Weißenburg, Landau, Oberehnbach, Rosheim, Münster im Gregoriental, Kaysersberg, Türkheim belehnte Prince de St. Mauris-Montbarrey hatte auch mit einem am 1. Juni 1791 am Reichstag zur Diktatur gelangten *Mémoire* mit einem beigefügten von ihm in Auftrag gegebenen *Gutachten der Juristischen Fakultät der Universität Heidelberg* Beschwerde eingelegt (*Teutsche Staatskanzley, XXXIII. Theil, 2. Abschnitt, S. 48-316*). Bei der im IPM erfolgten Abtretung der österreichischen Landvogtei über die zehn vereinigten Reichsstädte an Frankreich, war diesen gleichfalls in § 89 IPM ihre weitere Reichsunmittelbarkeit zugesichert worden (*Vast ebd.*). Ludwig XIV. hatte sie jedoch im Jahr 1672 mit Gewalt in Besitz genommen (*Teutsche Staatskanzley, XXIV. Theil, 2. Abschnitt, II., §. 18., S. 271*). Sowohl die zehn vereinigten Städte als auch die über sie ausgeübte Landvogtei wurden im Jahr 1789 nicht mehr als reichsangehörig, sondern als den französischen Königen zugehörnden Stände angesehen (*Hoff, Das Teutsche Reich, I. Theil, 1. Abtheilung, II., 3., S. 102-103; Ludwig, Die deutschen Reichsstände im Elsaß, 5. Kap., S. 131 und Teutsche Staatskanzley, XXXIII. Theil, 2. Abschnitt, S. 48-49*).

ggg) Besonderer Widerstand der geistlichen Reichsstände gegen die von der Assemblée nationale constituante im Jahr 1790 den deutsche Ständen angebotenen Entschädigungen in Geld

Die Assemblée nationale constituante hatte während den ersten Monaten des Jahres 1790 erwogen, zur Vermeidung der mit den deutschen Reichsständen zu erwartenden Schwierigkeiten bei der Vollstreckung ihrer Dekrete wenigstens die Provinz Alsace auszunehmen. Sie war hiervon der wegen der Unvereinbarkeit mit dem in der neuen Verfassung einzuführenden allgemeinen Ideal von égalité und der Furcht vor Unzufriedenheit der dortigen unteren Bevölkerung abgekommen.³⁸²

Ihre beiden Dekrete vom 15. März und vom 28. April 1790 sahen Entschädigungen zugunsten von Inhabern von Lehen wegen des abgeschafften Lehnssystem vor.³⁸³

Die von ihr im Juni und Juli 1790 mit den im Elsass betroffenen deutschen Fürsten und Ständen aufgenommenen Verhandlungen³⁸⁴ über Entschädigungen in Geld oder in Nationalgüter waren von den Erzbischöfen von Trier und Köln, letzteren als Hoch- und Deutschmeistern, dem Bischof von Speyer und dem Landgrafen von Hessen-Darmstadt mit der Forderung auf eine Wiedereinsetzung in ihre Besitzungen und Rechte gänzlich abgelehnt worden.

Hingegen waren der Herzog von Zweibrücken, welcher auch seine französischen Pensionen nicht entbehren konnte³⁸⁵ und der Herzog von Württemberg bereit, Bevollmächtigte zur Aufnahme von Entschädigungsverhandlungen nach Paris zu entsenden, welche, wie auch

³⁸² *Teutsche Staatskanzley*, XXIV. Theil, 2. Abschnitt, V., §. 39., S. 352-354.

³⁸³ Titre II, Art. 39 des Dekrets vom 15. März 1790 (*Duvergier*, Collection des lois, Tome I., p. 114-121 (120), das Dekret vom 28. April 1790 (*Duvergier* ebd., p. 159-160) und *Teutsche Staatskanzley*, XXIV. Theil, 2. Abschnitt, V., §. 39., S. 354-356, §. 40., S. 356-359.

³⁸⁴ *Schubart* in seiner Vaterlandschronik, Dienstag, den 10ten August 1790: „... Die Franken wissen auch gar wohl, welches Wetter gegen sie vom Lande her aufzuecht; sie wissen, daß sich die deutschen Fuersten sehr ueber den Verlust ihrer Rechte im Elsaß beschweren†) Die Nazionalversammlung untersucht daher sehr scharf die Forderungen der benachbarten Hoefe und die mit den fremden Maechten geschlossenen Friedenstrakten. Man will gerecht, aber auch muthig zu Werke gehen; ...“, Fußn. † „Die deutschen Fürsten zitieren den 70., 74., 87. Paragraphen des Westfälischen Friedens ... um ihr Recht zu behaupten; allein, was kümmert ein neugebornes Volk der Westfälische Friede!“ (Chronik, 1790, 64., Weltkonzert, III., S. 548).

³⁸⁵ *Ludwig*, Die deutschen Reichsstände im Elsaß, 5. Kap., S. 130.

der Fürst von Salm-Salm, sich an das französische Ministerium wandten.³⁸⁶ Der Markgraf von Baden erklärte sich nicht eindeutig.³⁸⁷

hhh) Verschärfung des Konfliktes durch die Anwendung der französischen Regelungen auf die kirchlich-geistlichen Berechtigungen der deutschen geistlichen Reichsstände im Elsass, in Lothringen und in Burgund

Am 1. Juni 1790 hatte die Assemblée nationale constituante bei ihrer kirchlicher Neueinteilung des Königreiches in die 83 neuen Diözesen³⁸⁸ das Verbot einer Anerkennung der Autorität eines unter einer fremden Macht residierenden Bischofs und Erzbischofs ausgesprochen,³⁸⁹ wovon die im Reich linksrheinisch residierenden Erzbischöfe von Mainz und Trier und die beiden Bischöfe von Speyer und Basel mitbetroffen waren.³⁹⁰

In der danach am 12. Juli 1790 beschlossenen Constitution civile du clergé waren 10 neue Erzbistümer³⁹¹ und die Wahl der Bischöfe und Pfarrer durch Körperschaften des Volkes festgelegt worden,³⁹² welche Constitution civile mit den beiden Dekreten über die Aufhebung des Ordens- und Klosterwesens vom 13. Februar 1790³⁹³ und der Zurverfügungstellung der Kirchengüter für die Zwecke der Nation vom 2. November 1790³⁹⁴ ausdrücklich in der vormaligen Provinz Elsass auch für anwendbar erklärt wurden.³⁹⁵ Während der ersten Monaten des Jahres 1791 waren sie in den vormaligen französischen Provinzen auch zu Lasten deutscher Prälaten vollzogen worden.³⁹⁶ Insbesondere waren, nachdem die Assemblée

³⁸⁶ Teutsche Staatskanzley, XXIV. Theil, 2. Abschnitt, V., §. 41.-§. 43. (vielmehr §. 44.), S. 359-378 und *Die durch Franzoesische National=Schlusse dem Fuerstlichen Hause Salm=Salm zugefuegten Friedens= und Vertragsbruechigen Kraenkungen, dagegen nothdringlich ergriffenen Maßregeln, und endlich geschehene gewaltsame Bemaechtigung des Reichsunmittelbaren Fuerstenthums Salm, und seiner in Frankreich gelegenen Herrschaften. Mit dreißig Beilagen; 1793, §. 30.-§. 32., S. 18-19 (Regensburger Correspondenz, XLVIII. Band, 42. Stück).*

³⁸⁷ Ludwig, Die deutschen Reichsstände im Elsaß, 5. Kap., S. 130.

³⁸⁸ Oben, S. 773.

³⁸⁹ *Archives parlementaires de 1787 à 1860*, 1. série, Tome XVI, Assemblée nationale ... Séance du mercredi 2 juin 1790, au matin, p. 42-45 (Art. 3, p. 43 rechte Sp.).

³⁹⁰ Erzbischof von Mainz in Mainz, der Erzbischof von Trier in Trier, der Bischof von Speyer in Speyer (Bruchsal), der Bischof von Basel in Porrentruy (Pruntrut).

Der Bischof von Straßburg Kardinal Rohan hatte hingegen seine Residenz im elsässischen Saverne.

³⁹¹ Oben, S. 773-774.

³⁹² Oben, S. 773-774.

³⁹³ Oben, S. 773.

³⁹⁴ Oben, S. 772-773.

³⁹⁵ Duvergier, *Collection des lois*, Tome I., p. 413-414.

³⁹⁶ *Teutsche Staatskanzley*, XXXV. Theil, 1. Abschnitt, §. 19., S. 16-19 und Häusser, *Deutsche Geschichte*, I. Band, 2. Buch, 2. Abschnitt, S. 280.

nationale constituante am 11. Februar 1791 für die beiden diocèse Haut- und Bas-Rhin die unverzügliche Wahl angeordnet hatte,³⁹⁷ in Bas-Rhin am 6. März 1791 der abbé Franz Anton Brandtler zum neuen Bischof diese Diözese³⁹⁸ und in Haut-Rhin am selbigen Tag Johann Baptist Joseph Gobel³⁹⁹ und am 27./28. März 1791 der Priester Arbogast Martin zu neuen Bischöfen gewählt worden.⁴⁰⁰ Im Dezember 1790 hatte auch bereits der Verkauf der kirchlichen Güter im Elsass begonnen.⁴⁰¹

iii) Erfolglosigkeit der neuen Entschädigungsverhandlungen zu Ende des Jahres 1790 bis in die erste Hälfte von 1791 wegen des Widerstandes der geistlichen Reichsstände

In dem neuen Entschädigungs-Dekret der Assemblée nationale constituante vom 28. Oktober 1790 war unter nunmehriger Berufung auf die Souveränität der Nation die Anwendbarkeit der Dekrete über die Seigneur- und Feudalrechte in den départements Haut- und Bas-Rhin, wie in allen anderen Teilen des Königreiches festgestellt worden, jedoch bei den seit langen freundschaftlichen Verhältnissen zwischen der französischen Nation und den dort berechtigten deutschen Fürsten, der König gebeten worden, Verhandlungen über Entschädigungen wegen der aufgehobenen droits seigneuriaux et féodaux und sogar über den Erwerb der Güter selber⁴⁰² aufzunehmen.⁴⁰³

³⁹⁷ *Archives parlementaires de 1787 à 1860*, 1. série, Tome XXIII, Assemblée nationale ... Séance du vendredi 11 février 1791, Projet de Décret, 3^o, p. 135.

³⁹⁸ *Glöckler*, Geschichte des Bisthums Straßburg, II. Band, 86., S. 60-62 und *Wackenheim*, Les évêques de Strasbourg, IV, L'échec de la constitution civile ..., p. 124-127: Brandtler war auch Professor des Kirchenrechts an der Universität Straßburg.

³⁹⁹ *Glöckler*, Geschichte des Bisthums Straßburg, II. Band, 86., S. 60, 64-65: Gobel nahm bei seinen beiden noch gleichzeitigen Wahlen in der Erzdiözese Paris und in der Diözese Haute-Marne die Wahl zum Erzbischof von Paris an.

⁴⁰⁰ *Glöckler*, Geschichte des Bisthums Straßburg, II. Band, 86., S. 65.

⁴⁰¹ *Glöckler*, Geschichte des Bisthums Straßburg, II. Band, 86., S. 55.

⁴⁰² Bisher waren immer nur Entschädigungen für die aufgehobenen Rechte angeboten worden, hingegen die Güter selber bei den deutschen Ständen verbleiben sollten (*Teutsche Staatskanzley*, XXXIV. Theil, 6. Abschnitt, §. 5., S. 293-294).

⁴⁰³ *Duvergier*, Collection des lois, Tome I., p. 440 und *Teutsche Staatskanzley*, XXXIV. Theil, 6. Abschnitt, §. 5., S. 288-296, §. 6., S. 296.

Der zu diesem Dekret für das diplomatische Komitee den Bericht abgebende Merlin de Douai vertrat insbesondere, dass sich durch die Verträge von Münster, Nymwegen, Ryswijk, Baden und durch die Reunionsbeschlüsse das ganze Elsass ohne Ausnahme unter der vollen Souveränität der französischen Nation befände. Es sei jedoch diese damalige Zustimmung des Reiches zum Erwerb des Elsass nunmehr für Frankreich ein überflüssiger und überholter Titel, da sich das elsässische Volk freiwillig mit dem französischen Volk vereinigt habe. Die von den Königen mit den deutschen Fürsten zur Zeit des Despotismus ohne Zustimmung der elsässischen und französischen Völker eingegangenen Verträge bänden diese nicht, so dass nach strengem Recht die deutschen Fürsten Entschädigungen nicht verlangen könnten. Allein Billigkeit und politische Rücksicht sprächen für solche (*Teutsche Staatskanzley*, XXXV. Theil, 1. Abschnitt, Beilagen, Nro. IV., S. 139-181).

Diese neue Verhandlungen stießen insbesondere bei den geistlichen Reichsfürsten wegen der vorhergehenden Verletzungen ihrer bischöflichen und erzbischöflichen Berechtigungen, für welche auch ihrer Natur nach eine geldmäßige Entschädigung wenig angebracht war,⁴⁰⁴ auf Ablehnung.

Der Erzbischof von Mainz erließ, auch in seiner Eigenschaft als Erzkanzler des Reiches, die erste in Europa allgemein gewürdigte Reklamation hiergegen am 14. Dezember 1790⁴⁰⁵ und vertrat die Ansicht, dass Verhandlungen über die gestörten Rechte der deutschen Stände nur mit Zustimmung von Kaiser und Reich und auf dem Reichstag zu führen seien.⁴⁰⁶

Der Bischof von Speier wandte sich am entschiedensten gegen das System der Entschädigungen, welches er als „... comme défectueux dans le principe, scabreux & impraticable dans son exécution ...“ bezeichnete und forderte die Wiederherstellung der alten Ordnung.⁴⁰⁷

⁴⁰⁴ *Teutsche Staatskanzley*, XXXV. Theil, 1. Abschnitt, §. 14., S. 4-5 und *Reponse de S. A. Mr le Prince Evêque de Spire à M. le Baron de Groschlag* (französischer Minister bei Oberrheinischen Kreis), *Bruchsal* le 3. *Fevrier 1791* „... In(1) ne s’agit pas seulement des droits de ma Principauté pour le temporel; il s’agit des droits de l’Eglise, des droits métropolitaine & diocésains, aussi sacrés par leur nature, que peu susceptibles d’une indemnisation. ...“ (*Teutsche Staatskanzley*, XXVI. Theil, 3. Abschnitt, VIII., B., S. 169-174 (170)).

⁴⁰⁵ *Kurmainzische ministerielle Note an den in Mainz residierenden französischen Gesandten Okelley vom 14. Decembre 1790* (angefügt dem *Schreiben Sr. Kaiserlich=Koeniglichen Majestaet Leopold II. an Se. Allerchristlichste Majestaet Ludwig XVI in Betref einiger Decrete der Nationalversammlung, wodurch ein grosser Theil der Glieder des teutschen Reichs sich gegen den Inhalt oeffentlicher Vertraege verletzt sieht. Vienna, 14. Decembr. 1790*, S. 4-6): wandte sich sowohl in seiner Eigenschaft als Metropolit der ihm unterstehenden Diözesen Straßburg und Speier gegen die Verfälschungen und Erneuerungen in der geistlichen Regierung dieser Diözesen, als es ihm auch in seiner Eigenschaft als Erzkanzler des Reiches obliege, über die Beziehungen zwischen den Gliedern des Reiches untereinander und zwischen ihrem Chef und zwischen dem Reich und auswärtigen Mächten zu wachen und die wichtigen Veränderungen, womit der Friede von Münster, dieses Fundamentalgesetz der Konstitution bedroht werden, zur Kenntnis des Kaisers und des Reichstages zu bringen (*Regensburger Correspondenz*, XLI. Band, 28. Stück).

Zu der in Europa gefundenen allgemeinen Beachtung dieses Schreibens *Ranke*, Ursprung und Beginn der Revolutionskriege, 3. Cap., S. 78.

⁴⁰⁶ Nach dem *Schreiben des kurmainzischen Ministers Frh. von Waldenfels an den französischen Gesandten in Bonn vom 20. Dez. 1790* konnten nach Ansicht seines Kurfürsten Verhandlungen über die gestörten Rechte der deutschen Stände nur mit Zustimmung von Kaiser und Reich und auf dem Reichstag geführt werden (*Hansen*, *Quellen Rheinland*, I. Band, *Quellen*, 342., S. 750-752 (mit Fußn.)).

In seinem Schreiben an den Kaiser vom 21. März 1791 hob der *Erzkanzler/Kurfürst* „... das Widerrechtliche der geschehenen Schritte hervor, beschwert sich über die jüngsten Vorgänge in seinem Sprengel (Absetzung des Bischofs von Straßburg, Wahl eines neuen u. s. w.) ...“ und fügte hinzu „... es ist für die Sicherheit der vorderen Reichskreise wesentlich nothwendig, daß das mit seinen übrigen Provinzen so sehr concentrirte mächtige französische Reich in seinen mit Deutschland grenzenden Provinzen eine dem deutschen Reiche analoge Constitution behalte, wodurch es gehindert werde, in diesen angrenzenden Landen so frei und willkürlich so herrschen, wie es in seinen übrigen alten Provinzen räthlich finden mag.“ (*Häusser*, *Deutsche Geschichte*, I. Band, 2. Buch, 2. Abschnitt, S. 282).

⁴⁰⁷ Während der Kaiservakanz verfasste *Hochfuerstlich=Speierisches Pro Memoria an das Kurfuerstliche Kollegium zu Frankfurt die Beschwerde der deutschen Reichstaende im Elsaß betreffend*, *Bruchsal*, 12. Aug. 1790: Dem kurfürstlichen Kollegium werden die den deutschen Ständen selber und dem gesamten deutschen Vaterland entstehenden Gefahren vorgehalten, die aus der Verletzung von eigenen und den Erzbischöfen von Mainz, Trier, dem Bischof von Basel und verschiedenen deutschen Stiftern, der elsässischen Ritterschaft und der Klerisei habenden Metropolitan-Diözesan-Gerechtsamen, Besitzungen, Vorrechte und stattgehabten Einziehungen von geistlichen Gütern zu Nationaleigentum entstehen. Das kurfürstliche Kollegium wird ersucht,

Der Erzbischof von Trier lehnte in Anlehnung daran die Entschädigungen ab. Verhandlungen hierüber seien nur bei Zustimmung von Kaiser und Reich möglich.⁴⁰⁸

auf den zu wählenden Kaiser zur Erreichung zweckmäßiger Vorkehrungen einzuwirken (*Regensburger Correspondenz*, XL. Band, 52. u. 55. Stück),

Speyerische Note vom 23. Dezember 1790 an den französischen Minister beim Oberrheinischen Kreis Groschlag: Das Entschädigungssystem wird „... comme défectueux dans le principe, scabreux & impracticable dans son exécution. ...“ bezeichnet. Man werde nicht auf Diözesanrechte verzichten können, ohne das Einschreiten der geistlichen Autorität und ohne Beteiligung seines Metropoliten, des Kurfürsten von Mainz. Es verböten ihm, sowohl die deutsche Verfassung als sein vasallitischer Eid, Verhandlungen über Entschädigungen aufzunehmen, deren Vorfrage ihrer Zulässigkeit vom Kaiser und Reich abhingen. Diese würden ihre Zustimmung niemals erteilen, dass nach der Verfassung des Reiches integrierende Teile, Regalien, Gerichtsbarkeiten, territoriale Hoheiten gegen eine geldmäßige Entschädigungen abgetreten werden. Er werde sowohl im Geistlichen als auch im Weltlichen auf die volle Wiederherstellung der alten Ordnung bestehen müssen (*Teutsche Staatskanzley*, XXVI. Theil, 3. Abschnitt, S. 105, V., S. 129-145 (Zitat S. 132),

Hirten=Brief Seiner Hochfürstlichen Gnaden des Herrn Fürst=Bischofs zu Speier. an die Klerisei ihrer Dioezess im Elsaß wegen der von der National=Versammlung, in Betreff der bürgerlichen Einrichtung der Geistlichkeit erlassenen Dekreten Lettre Pastorale de S. A. Mr. Le Prince Evêque de Spire ... vom 24. Dezember 1790: Die Einführung der Zivilkonstitution im Bereich des Speyerer Diözese wird als mit dem Kirchenrecht nicht vereinbar festgestellt und ihre Nichtbeachtung seitens der Geistlichkeit gefordert (*Regensburger ebd.*, XLI. Band, 16. Stück),

Sendschreiben des Speyerischen Komitial-Gesandten an den Reichstag vom 4. Dec.(1790)/diét 17. Dez. 1790: Der Reichstag solle „... einen=der Ehre, der Würde, dem Ansehen und den so vielen in der Mitte liegenden Frieden, auch den Reichs=Satzungen angemessenen Schluß zu fassen. ...“ (*Teutsche Staatskanzley*, XXVI. Theil, 3. Abschnitt, VI., S. 155-160 (S. 159)),

Note von Fürstbischof August an den französischen Minister beim Oberrheinischen Kreis Groschlag vom 3. Februar 1791: Die Verletzung seines weltlichen Fürstentums, seiner kirchlich-geistlichen Gerechtsamen, der Metropolitan-Rechte verstoßen auch gegen die von der Nationalversammlung selber in ihrer déclaration des droits de l'homme selber für heilig und unantastbar erklärten liberté, propriété, sûreté (*Teutsche Staatskanzley*, XXVI. Theil, 3. Abschnitt, VIII., B., S. 169-174 mit VIII., S. 165-166, A., S. 166-169),

Schreiben von Fürstbischof August an Kaiser Leopold II. vom 16. Februar 1791: Ohne Zutun des Kaisers seien keine Entschädigungen, Vergleiche möglich, mit der Bitte an den Kaiser, nach Beratung mit dem Reichstag, die erforderlichen Rettungsmittel und Vorkehrungen zu beschleunigen (beigefügt dem *Kaiserlich=allergnädigstes Kommissions=Dekret an die Hochloebliche allgemeine Reichsversammlung zu Regensburg, de dato 26ten April 1791. Die Beschwerden der durch die seit dem Monate August des Jahrs 1789 ergangene Französische Nationalschlüsse in Lothringen und Elsaß Reichs=Friedenschlußwidrig beeinträchtigten Reichs=Staende und Angehörigen betreffend/diét. 30. Aprilis 1791, Verzeichniß der ... Beschwerde=Schriften ...*, Num. 19., S. 47-54 (47-49), in: *Regensburger ebd.*, XLII. Band, 1. Stück) und

Déclaration solennelle de Son Altesse M. Le Prince évêque de Spire contre la constitution civile du Clergé – l'Élection d'un Evêque du département du bas – Rhin - & l'usurpation de la jurisdiction Episcopale sur la partie du Diocèse de Spire, sise à la rive droite de la Queich, décrétées par l'Assemblée prétendue nationale de France ... Donné à Bruchsal le 16. Mars 1791 ... Feierliche Erklärung des Herrn Fürst=Bischofs zu Speier ...: Die Eingriffe der jetzigen auf unrechtmäßige Weise sich gebildeten National-Versammlung hätten sich auch die vormaligen absolutistischen Könige Frankreichs nicht gewagt (*Regensburger ebd.*, XLII. Band, 4. Stück).

⁴⁰⁸ *Schreiben des Trierischen Staats- und Kabinetts Minister Duminique an den französischen Gesandten am Trierer Hof Vergennes vom 20. Januar 1791*: In Anlehnung an die Speyerische Note vom 23. Dez. 1790 (oben, S. 846) das Entschädigungssystem „... comme défectueux sous différents rapports, & impracticable dans son execution. ...“ bezeichnete. Nach der deutschen Verfassung könne jedes Glied des Reiches es bis zu der vom Reichstag zu entscheidenden Vorfrage über die Annehmbarkeit von Entschädigungen nicht wagen, Verhandlungen über ihre Festlegung aufzunehmen und Kaiser und das Reich würden niemals die Zulässigkeit des Entschädigungssystems dekretieren und eine geldmäßige Entschädigung käme nicht in Betracht (*Teutsche Staatskanzley*, XXIX. Theil, 7. Abschnitt, II., S. 265-269 (Zitat S. 266) mit der unmittelbar vorangegangenen *Note von Vergennes an Duminique vom 16. Nov. 1790* (S. 262-264) und *ebd.*, XXXV. Theil, 1. Abschnitt, §. 17., S. 10-12: Vorbildsfunktion der Speyerischen Note),

Der Erzbischof von Köln weigerte sich in getrennte Verhandlungen einzutreten, welches nur im Einvernehmen mit dem Kaiser und dem Reichstag erfolgen könne.⁴⁰⁹

Der Bischof von Straßburg Kardinal Rohan, durch die am 6. März 1791 erfolgte Wahl von Franz Anton Brendel zum évêque der neuen diocèse Bas-Rhin⁴¹⁰ in seinen linksrheinisch kirchlich-geistlichen Berechtigungen besonders beeinträchtigt, war insofern zusätzlich von der Frage der Gewährung von Entschädigungen an die im Elsass begüterten deutschen Fürsten und Stände betroffen, als von französischer Seite erwogen wurde, diese Entschädigungen aus den rechtsrheinischen Besitzungen und Zuständigkeiten seines Hochstift zu nehmen.⁴¹¹

Memoire pour Son Altesse Sérenissime Électorale de Treves, sur l'inviolabilité de la juridiction métropolitaine appartenante au Siege archiépiscopal de Treves sur les Evêchés de Toul, Verdun, Nancy & S. Diez, situés en France. ... 1790 (XII. u. XIII., p. 8-10 mit Pièces justificatives N° I.-V., p. 1-8): Gegen die bevorstehenden Verletzungen der dem Erzbischöflichen Stuhl von Trier zustehenden Metropolitan-Gerichtbarkeit über die Bistümer Metz, Toul, Verdun, Nancy und St. Dié und seiner Diözesanrechte über die an Frankreich gelangten Gebiete seiner Diözese wird protestiert (*Regensburger Correspondenz*, XL. Band, 40. Stück),

Sendschreiben von Kurfuerst Wenzeslaus von Trier, Coblenz, am 10ten December 1790/diét 28. Dez. 1790: Wegen der bevorstehenden friedensschluss- und vertragswidrigen Kränkungen seiner Metropolitan-, Diözesan-Gerechtsamen und seiner Einkünfte und Besitzungen wird das Reich um Hilfe und Vermittlung gegen die weiteren Schritte der französischen Nation gebeten (*Regensburger ebd.*, XLI. Band, 1. Stück),

Sendschreiben der Erzstift Trierischen Komitial-Gesandtschaft, Regensburg, den 31. Dec. 1790/diét 10. Jan. 1791: Die Invollzugsetzung der constitution civile du clergé wird beim Reichstag angezeigt, allen erzstiftischen Suffragan-Bischöfe und Diözesan-Geistlichen wird die Beibehaltung der bisherigen erzstift-trierischen kirchlich-geistlichen Herrschaft in den betroffenen Gebieten erklärt und sie werden aufgefordert, nur von ihrer Autorität abhängige und eingesetzte Gewalten anzuerkennen (*Regensburger ebd.*, XLI. Band, 9. Stück) und

Schreiben des Kurtrierischen Komitialgesandten an Kaiser Leopold II. vom 14. Januar 1791: Die Verletzung der trierischen Metropolitan-, Diözesan- und weltlichen Gerechtsame, diese garantiert durch feierlichste Friedensschlüsse und auch besondere Staatsverträge zwischen der Krone Frankreichs und dem Erzstift Trier bis auf die neueste Zeit, wird beklagt und den Kaiser gebeten, diese so dringende Angelegenheit bald an den Reichstag gelangen zu lassen (beigefügt dem *Kaiserlich=allergnaedigstes Kommissions=Dekret an die Hochloebliche allgemeine Reichsversammlung zu Regensburg, de dato 26ten April 1791. Die Beschwerden der durch die seit dem Monate August des Jahrs 1789 ergangene Franzoesische Nationalschluesse in Lothringen und Elsaß Reichs=Friedensschlußwidrig beeintrachtigten Reichs=Staende und Angehoerigen betreffend/diét. 30. Aprilis 1791, Verzeichniß der ... Beschwerde=Schriften ...*, Num. 12., S. 31-33, in: *Regensburger ebd.*, XLII. Band, 1. Stück).

⁴⁰⁹ *Brief seines Ministers Freiherr von Waldenfels an den französischen Gesandten in Bonn Colbert de Maulevrier vom 20. Dezember 1790* „... S. A. S. E. reconnait comme un epreuve convaincante des sentiments de justice, qui animent S. M., l'intérêt qu'elle veut bien prendre à faire dédommager ces princes des droits et possessions, dont ils ont été privés par des décrets de L'Assemblée nationale. Ces propriétés de l'électeur ainsi que celles des autres princes, ses cointéressés, sont fondées sur des traités conclus avec la France et font partie de L'Empire germanique. Il ne dépend donc pas de S. A. S. E. d'entrer séparément en aucune négociation ayant trait à la cession des droits qu'elle possède dans ce royaume en sa qualité d'électeur ou qui concernent ses vassaux. Une négociation de cette nature ne saurait conformément à nos loix avoir lieu de la part des dits princes sans l'agrément des S. M. ni sans le concours de l'empire. ...“ (*Hansen, Quellen Rheinland*, I. Band, Quellen, 342., S. 750-752).

⁴¹⁰ *Robinet, Dictionnaire 1789-1815, Tome I, Brendel (François-Antonie), p. 274.*

⁴¹¹ *Manifeste du Prince-Evêque de Strasbourg, Landgrave d'Alsace, Prince Etat d'Empire, adressé à Sa Majesté Impériale & Royale, & à tous les Princes de l'Empire Germanique ses Co-Etats ... A Ettenheim le 6 Mars 1791 ...:* (*Regensburger Correspondenz*, XLII. Band, 5. Stück).

Insbesondere schloss sich der Bischof von Speyer, durch die Wahl Brendels zum neuen évêque der diocèse Bas-Rhin gleichermaßen in seinen unterelsässischen kirchlich-geistlichen Berechtigungen betroffen, enger mit den drei geistlichen Erzbischöfen von Mainz, Trier, Köln zusammen. Sie nahmen nunmehr als ihren Verbündeten den Bischof von Straßburg auf, nachdem sie sich zuerst von diesem getrennt hatten.⁴¹²

Hingegen waren der Herzog von Zweibrücken,⁴¹³ sein Bruder Maximilian,⁴¹⁴ der Herzog von Württemberg,⁴¹⁵ der Fürst von Leiningen⁴¹⁶ und der Bischof von Basel zu Verhandlungen über Entschädigungen bereit.⁴¹⁷

Er hatte am 13. März 1791 gegen die Wahl Brendels, welcher an diesem Tag in Paris vom neuen konstitutionellen Erzbischof von Paris Gobel konsekriert wurde (*Glöckler*, Geschichte des Bisthums Straßburg, II. Band, 86., S. 62 und *Wackenheim*, Les évêques de Strasbourg, IV, L'échec de la constitution civile du clergé, p. 128) eine Circular-Note an die Geistlichkeit seiner Diözese *Lettre de Monsieur le Cardinal de Rohan, Prince Evêque de Strasbourg à Messieurs les Curés ...*, *Ettenheim 13 mars 1791* gerichtet, mit der Aufforderung dem Papst treu zu bleiben, der Kennzeichnung von Brendel und allen anderen Priestern und Geistlichen, welche ihre Funktion von ihm ableiten, als schismatisch und diesen zu meiden, um nicht ihre geistliche Gerichtsbarkeit zu verlieren (*Teutsche Staatskanzley*, XXX. Theil, 2. Abschnitt, I., Beilagen, Lit. B., S. 65-73 (70-72: Ziff. 1^o-7^o)). In der am 21. März 1791 an alle Rechtgläubigen seiner Diözese gerichteten *Motion Canonique et ordonnance 21 mars 1791* erklärte er alle geistlich-kirchlichen Handlungen Brendels für ungültig und befahl allen Welt- und Ordengeistlichen seiner Diözese, sich gegen ihn und seine Anhänger wie einen Schismatiker zu verhalten und forderte Brendel auf, innerhalb von 8 Tagen seine Mutmaßungen zu widerrufen (in deutscher Sprache übersetzt *Teutsche Staatskanzley* ebd., I., Beilagen, Lit. C., S. 74-85 (79, 79-84: Ziff. 1.-9.)). In dem nachfolgenden *Sendschreiben der Hochstift Straßburgischen Komitialgesandtschaften an den Reichstag, Regensburg den 30. April 1791*/diét. 4. Maji 1791 wurde die gewalttätige Beraubung der Ausübung seiner geistlichen und weltlichen Rechte im elsässischen Bezirk seiner Diözese reklamiert und insbesondere die Wahl Brendels zum neuen Bischof als gegen die besonders auf den Grundgesetzen und Friedensschlüssen haftende Reichsverfassung förmlich verstoßend, erklärt (*Teutsche Staatskanzley* ebd., I., S. 47-62 mit Beilagen, Lit A.-Lit. F., S. 62-115).

Die am 1. Juli 1791 zur Diktatur gelangte *Beschwerde des Priors der cluniazensischen Abtei Romainmouther* vom 22. Juni 1791, im Waadtland in der Diözese Lausanne, unter der Souveränität des der Eidgenossenschaft als verbündetem Kanton zugehörenden Bern stehend, gelegen, wegen in der Franche-Comté gehaltenen Einkünften, betraf ein nicht dem Reich zugehörender Stand (*Teutsche Staatskanzley*, XXIX. Theil, 3. Abschnitt, S. 99-135 (S. 99-100) und *Büsching*, Erdbeschreibung, X. Theil, Die Eidgenossenschaft, I, A), 2, §. 11., IV, 2, 2), (1), S. 376).

⁴¹² *Ludwig*, Die deutschen Reichsstände im Elsaß, 6. Kap., S. 159-160, 5. Kap., S. 126-127.

Ursächlich hierfür waren, seine Mitwirkung bei den Wahlen zu den französischen Generalständen im Frühjahr 1789 (*Ludwig*, Die deutschen Reichsstände im Elsaß, 5. Kap., S. 121-122: mitgewirkt hatten auch die Mitglieder der unterelsässischen Ritterschaft), seine weitere Teilnahme an den ersten Arbeiten der Assemblée nationale constituante (*Brette*, Les Constituants, Chap. I., 3. Série, Alsace, Districts de Haguenau et Wissenbourg ..., 6 Députés, Clergé, 2., p. 149 mit Fußn. (2); *Sieger*, Louis René Edouard, Prince de Rohan-Guémené, 2. Kap., II., 3., S. 57-58, Fußn. 53, IV., S. 71 und *Ludwig* ebd., S. 127) und die Halsbandaffäre (*Funck-Brentano*, L'affaire du collier, I-XXXIX, p. 1-351 (I, p. 1-2); *Schäfer*, Die Halsbandgeschichte, in: *ders.*, Erzählende Schriften, II. Band, S. 77-173 und *Wahl*, Vorgeschichte der Französischen Revolution, I. Band, 2. Buch, 3. Kap., 5., S. 315-319).

⁴¹³ *Schreiben von Karl Pfalzgraf von Zweibrücken an Kaiser Leopold II. vom 26. Januar 1791*: Legt dar, „...., daß, um dem ohnehin zu Extremitäten geneigten herrschenden Theil der Franzoesischen National-Versammlung allen Anlaß zu noch nachtheiligeren Entschlüssen, welche derselbe jederzeit ungehindert vollziehen laeßt, zu benehmen, ich mich zur guetlichen Beylegung der Sache geneigt erklart habe, welches auch ab Seiten noch einiger meiner Reichstaende. ...“ und bittet den Kaiser, die Angelegenheit zur baldigen reichstägigen Beratschlagung zu empfehlen, damit er sich „.... alsdann nach denen zu beliebenden Maaßregeln ferners benehmen zu koennen, es moegen nun solche auf gaenzliche Wiederherstellung der, denen

jjj) Widerstand der geistlichen Reichsstände bei den Beratungen und Abstimmungen über die Elsässer Angelegenheit im Reichstag im Juli und August 1791

Bereits vor Aufnahme der am 4. Juli 1791 im Reichsfürstenrat beginnenden Beratungen⁴¹⁸ waren die Gruppierungen einerseits der geistlichen Reichsstände, die ihre Wiedereinsetzung in ihre Gebiete, Besitzungen und Rechte mit Nachdruck forderten und andererseits der weltlichen Reichsstände, die zu Verhandlungen mit der Krone Frankreichs bereit waren, zu erkennen.⁴¹⁹

Für die im Reichsfürstenrat am 6., 11., 29. Juli und 3., 6. August 1791 stattfindenden Beratungen und Abstimmungen⁴²⁰ war nicht das einleitende Kaiserliche Kommissions-Dekret vom 26. April 1791,⁴²¹ sondern vielmehr die von dem Kurfürsten/Erzbischof von Mainz in

Reichsständen durch die Französische National-Versammlung entzogenen Gerechtsame, oder auf eine guetliche Uebereinkunft, ..., zielen. ...“ (beigefügt dem *Kaiserlich=allergnädigstes Kommissions=Dekret an die Hochloebliche allgemeine Reichsversammlung zu Regensburg, de dato 26ten April 1791. Die Beschwerden der durch die seit dem Monate August des Jahrs 1789 ergangene Französische Nationalschluesse in Lothringen und Elsaß Reichs=Friedensschlußwidrig beeinträchtigten Reichs=Staende und Angehoerigen betreffend/diét.* 30. Aprilis 1791, Verzeichniß der ... Beschwerde=Schriften ..., Num. 15., S. 38-40 (Zitate S. 39, 40), in: *Regensburger Correspondenz*, XLII. Band, 1. Stück)

⁴¹⁴ *Teutsche Staatskanzley*, XXXV. Theil, 1. Abschnitt, §. 13., S. 1-4 (3-4, insb. Fußn. c)).

⁴¹⁵ *Wirtembergische Gesandtschaftsschreiben an den Reichstag, Regensburg Julius 1791*: Fordert, „... entweder gaenzliche Wiederherstellung der verletzten Rechte im Elsaß, Lothringen und Burgund, oder wenn dieses je nicht moeglich waere, ein nach allen Theilen vollkommene Entschaedigung zu erhalten. ...“ (*Teutsche Staatskanzley*, XXIX. Theil, 1. Abschnitt, I., S. 1-6 (Zitat S. 6), XXXV. Theil, 1. Abschnitt, §. 13., S. 1-4 (3-4 mit insb. Fußn. c)).

⁴¹⁶ *Schreiben von Karl Friedrich Wilhelm Fürst zu Leiningen an Kaiser Leopold II. vom 17. Januar 1791*: Legt dar, „... wie schwer es jedem, und so nach auch mir fallen werde und muesse, dem wiederholten Ansinnen des Koeniglich = Franzoesischen Hofes wegen Eingehung eines Vergleichs in die Laenge auszuweichen, wenn nicht bald die kraeftigste Vorkehrung zu mein= und meiner beteiligten Mitstaende Unterstuetzung, es mag nun solche auf die gaenzliche Wieder=Einsetzung in die entzogenen Gerechtsame, oder auf eine billige Vergleichs=Auskunft abzwecken, erfolgen sollte; ...“ (beigefügt dem *Kaiserlich=allergnädigstes Kommissions=Dekret an die Hochloebliche allgemeine Reichsversammlung zu Regensburg, de dato 26ten April 1791. Die Beschwerden der durch die seit dem Monate August des Jahrs 1789 ergangene Französische Nationalschluesse in Lothringen und Elsaß Reichs=Friedensschlußwidrig beeinträchtigten Reichs=Staende und Angehoerigen betreffend/diét.* 30. Aprilis 1791, Verzeichniß der ... Beschwerde=Schriften ..., Num. 13., S. 33-34 (Zitat S. 34), in: *Regensburger Correspondenz*, XLII. Band, 1. Stück).

⁴¹⁷ *Teutsche Staatskanzley*, XXXV. Theil, 1. Abschnitt, §. 13., S. 1-4 (3-4 mit insb. Fußn. c)).

⁴¹⁸ *Jm Reichs=Fuersten=Rath 4 July 1791* (*Regensburger Correspondenz*, XLIII. Band, 21. Stück).

⁴¹⁹ Ludwig, Die deutschen Reichsstände im Elsaß, 6. Kap., S. 159-161.

⁴²⁰ *Jm Reichs=Fuersten=Rath 6 July 1791; Jm Reichs=Fuersten=Rath 11 July 1791; Jm Reichs=Fuersten=Rath 29 July 1791; Jm Reichs=Fuersten=Rath 3 August; Jm Reichs=Fuersten=Rath 6 August 1791: 1.-5. Continuation* (*Regensburger Correspondenz*, XLIII. Band, 21. Stück).

⁴²¹ *Kaiserlich=allergnädigstes Kommissions=Dekret an die Hochloebliche allgemeine Reichsversammlung zu Regensburg, de dato 26ten April 1791. Die Beschwerden der durch die seit dem Monate August des Jahrs 1789 ergangene Französische Nationalschluesse in Lothringen und Elsaß Reichs=Friedensschlußwidrig beeinträchtigten Reichs=Staende und Angehoerigen betreffend/diét.* 30. Aprilis 1791: in ihm wurden die Vorgänge der stattgehabten Beeinträchtigungen der Reichsstände und dem hiergegen von Kaiser Leopold II. an Ludwig XIV. gerichteten Schreiben vom 14. Dez. 1790 mit dessen Antwort vom 19. März 1791 und den an den Kaiser gelangten Beschwerdeschriften mitgeteilt, und das Reich, nachdem seine Intervention erfolglos war, um einen Reichsschluß gebeten (*Regensburger Correspondenz*, XLII. Band, 1. Stück).

seiner Eigenschaft als Reichsdirektorium entworfenen⁴²² und die Anschauungen der kurmainzischen und fürstbischöflich-speyerischen Höfe berücksichtigenden⁴²³ *Fünf Deliberationspunkte*⁴²⁴ die Grundlage.⁴²⁵ Dabei ging es ihm darum, seine anderen geistlichen

In dem Schreiben Sr. Kaiserlich=Koeniglichen Majestaet Leopold II. an Se. Allerchristlichste Majestaet Ludwig XVI in Betref einiger Decrete der Nationalversammlung, wodurch ein grosser Theil der Glieder des teutschen Reichs sich gegen den Jnhalt oeffentlicher Vertraege verletzt sieht. Viennae 14. Decembr. 1790 hatte sich der Kaiser erstmalig an den französischen König wegen den Verletzungen der Rechte seiner Reichsstände gewandt und sich zur Vermittlung bereit erklärt. Hierbei unterschied er: Die der Krone Frankreichs wirklich abgetretenen Bezirke im Elsass und Lothringen, welche im Münsterischen und in nachfolgenden Frieden ausdrücklich unter dem Vorbehalt der von seinen Reichsgliedern gehalten und besessenen Diözesen- und Metropolitanrechte, Kommenden, Güter, Einkünfte und Rechte erfolgt seien. Ihre Bande durch Beschlüsse der Nationalversammlung zu zerschneiden, verstoße gegen die Heiligkeit der Friedensschlüsse. Andererseits, die vom Kaiser und Reich nicht abgetretenen Besitze und Rechte. Keinem Reichsglied stünde die Befugnis zu, die dem Kaiser und Reich zustehende Oberherrschaft auf eine auswärtige Macht zu übertragen. Er empfahl demnach dem König auf das angelegendste, dass die Nationalschlüsse nicht auf das Reich und seine Glieder ausgedehnt werden mögen. Werde dies zur Wirklichkeit gebracht, so würden von selbst alle die durch die erwähnten Nationalschlüsse veranlassten Neuerungen, soweit sie das Reich und dessen Glieder beträfen, wieder in den vorigen Stand zurückgeführt werden. Alle Reichsstände könnten hieraus entnehmen, wie freundschaftlich der König gegen das Reich gesinnt sei und wie heilig seiner Nation die mit dem Reich so glücklich bestehenden Friedensschlüsse seien und bleiben, wobei sich der Kaiser der Androhung von jeglichen Sanktionen bei einer Nichtrückgängigmachung der Nationalsschlüsse enthielt (*Regensburger ebd.*, XLI. Band, 28. Stück).

In dem Antwortschreiben Ludwigs XVI. vom 22. Januar 1791 nahm dieser den Standpunkt ein, dass die Angelegenheit keinen Zusammenhang mit dem Reich habe, sondern die Fürsten nur als Vasallen von Frankreich beträfe und sie müsse durch freundschaftliche Verhandlungen zwischen der Krone Frankreichs und diesen beigelegt werden (beigefügt dem Kaiserlich=allergnaedigstes Kommissions=Dekret an die Hochloebliche allgemeine Reichsversammlung zu Regensburg, de dato 26ten April 1791. Die Beschwerden der durch die seit dem Monate August des Jahrs 1789 ergangene Franzoesische Nationalschluesse in Lothringen und Elsaß Reichs=Friedensschlußwidrig beeintrachtigten Reichs=Staende und Angehoerigen betreffend/diçt. 30. Aprilis 1791, Beilagen, Lit. B., S. 3, in: *Regensburger ebd.*, XLII. Band, 1. Stück).

⁴²² *Teutsche Staatskanzley*, XXXV. Theil, 1. Abschnitt, §. 23., S. 21.

⁴²³ *Teutsche Staatskanzley*, XXXV. Theil, 1. Abschnitt, §. 23., S. 21-24 und Ludwig, Die deutschen Reichsstände im Elsaß, 6. Kap., S. 160-161.

⁴²⁴ In diesen wurden die Fragen aufgeworfen und zur Beratschlagung gestellt:

1) Ob nicht alles, was von Seiten Frankreich wider den bisherigen Besitzstand im Elsass und in Lothringen gegen die deutschen Reichsstände und Angehörigen in ihren Besitzungen und Rechten verhängt wurde, friedensschlusswidrig ist?

2) Ob nicht alles dasjenige, was vom Elsass im Münsterischen und in den nachfolgenden Frieden namentlich der Krone Frankreichs unterworfen wurde, zum deutschen Reich zugehöre?

3) Ob einzelne deutsche Besitzer im Elsass durch die eigene Anerkenntniss der französischen Souveränität dem deutschen Reich hätten etwas vergeben können?

4) Ob, wenn den vorliegenden Beschwerden der deutschen Reichsstände nicht abgeholfen werde, das Reich nicht ebenfalls befugt sei, gegen Frankreich die Friedensschlüsse für aufgehoben zu erklären, durch welche so viele Provinzen von ihm abkamen?

5) Welche Mittel und Wege zu ergreifen seien, um sowohl die Besitzungen, welche nie der französischen Souveränität unterworfen wurden, zu behaupten, als auch, was von seiten des Reiches in Hinblick auf die wirklich unterworfenen in seiner Garantie-Eigenschaft für seine Reichsstände zu beschließen (*Teutsche Staatskanzley*, XXXV. Theil, 1. Abschnitt, Beilagen, Nro. XIV., S. 203-204).

⁴²⁵ *Teutsche Staatskanzley*, XXXV. Theil, 1. Abschnitt, §. 23., S. 21-24 und Häusser, Deutsche Geschichte, I. Band, 2. Buch, 2. Abschnitt, S. 281.

Reichsstände zu einer starken ernstlichen Sprache und zu einem schnellen und einheitlichen Vorgehen zu veranlassen.⁴²⁶

Von der großen Mehrzahl der fürstlichen Stimmen wurde der Vollzug der Dekrete der Nationalversammlung gegen die Gebiete, Besitzungen und Rechte der Reichsangehörigen als Verstoß gegen die vom Reich mit der Krone Frankreichs abgeschlossenen Verträge bezeichnet.⁴²⁷

⁴²⁶ *Churfuerstlich=Mainzische Schreiben an den Fuerstbischoff von Speyer d. d. 4. April 1791*: Mitteilung, dass er in der Elsässerangelegenheit den kaiserlichen, preußischen, englischen und kursächsischen Hof zur unionsmäßigen Hilfe nachdrucksamst aufgefordert habe (*Teutsche Staatskanzley*, XXXV. Theil, 1. Abschnitt, §. 23., S. 23-24, Fußn. a) (S. 23)). Insbesondere führt es aus „...: meinen directorialen zu Regensburg weise ich noch einmal an, nicht nur sobald das kaiserliche Kommissionsdekret eintreffen wird, alsbald, so viel an ihm, die Berathung der Sache zu beschleunigen, sondern auch in meinem Nahmen sich sogleich instruiert zu erklären, und mit starker Sprache vorzugehen. Es wird dahero noethig seyn, daß auch Ew. Liebden ihren dortigen Gesandten anweisen, den meinigen zu sekundiren, daß wir uns alle bemuehen, so viel Stimmen als moeglich zu einer ernstlichen Sprache zusammenzubringen, weil, wenn auch das Reichsgutachten auf der Stelle nicht abgefaßt werden mag, es dennoch grossen Eindruck machen wird, wenn sich eine grosse Stimmenzahl alsbald instruiert erklart, und mit starker Sprache hervortritt.“ (*ibd.*, S. 23-24, Fußn. a)).

Mit der unionsmäßigen Hilfe war die in dem Deutschen Fürstenbund vom 23. Juli 1785 zwischen seinen Mitgliedern sich gegenseitig zugesagte Unterstützung gegen jeden Ländertausch, Säkularisierung, Aufteilung geistlicher Stifter und Angelegenheiten, die notwendig in Ansehung ihrer Beschaffenheit und Folgen auf eine Zerrüttung des Reichssystems hinausgehen, gemeint. Dem zuerst zwischen den drei kurfürstlichen Höfen Sachsen, Brandenburg und Braunschweig-Lüneburg am 23. Juli 1785 in Berlin vereinbarten Fürstenbund, traten später die Herzöge von Braunschweig, Sachsen-Gotha, Sachsen-Weimar, Zweibrücken, Mecklenburg, die Markgrafen von Ansbach, Baden, der Landgraf von Hessen-Kassel, der Bischof von Osnabrück, die Prinzen von Anhalt, der Kurfürst von Mainz und sein Koadjutor bei (unten, S. 951-952).

⁴²⁷ Die diese Thematik ansprechenden Fragen 1-4 der kurmainzischen Deliberationspunkte (oben, S. 850) wurden im Sinne ihrer zur Rechtslage angedeuteten Auffassung des Verstoßes der Dekrete der Nationalversammlung gegen die vom Reich mit Frankreich abgeschlossenen Friedensverträge (IPO 24. Okt. 1648: unten, S. 974-979; Nymwegener Friede 5. Febr. 1679: unten, S. 987-992; Ryswijker Friede 30. Okt. 1697: unten, S. 998-1004; Badener Friede 7. Sept. 1714: unten, S. 1004-1013; Wiener Friede 18. Nov. 1738: unten, S. 1014-1016) von der großen Mehrzahl der Reichsstände bejaht. Nur der König von Großbritannien/Kurfürst von Hannover als Herzog von Bremen, die von ihm gehaltenen weiteren weltlichen Voten: Braunschweig-Zell, Braunschweig-Calenberg, Braunschweig-Grubenhagen, Verden, Sachsen-Lauenburg (oben, S. 91, 94, 95, 98), die von ihm abhängige geistliche Stimme Osnabrück: königlicher Prinz von Großbritannien, Herzog von York und Albanien, Herzog von Braunschweig-Lüneburg (oben, S. 109) und Herzog Carl II. Wilhelm von Braunschweig-Wolfenbüttel (oben, S. 103) äußerten sich nicht ausdrücklich zur Frage der Übereinstimmung der französischen Dekrete mit den vom Reich abgeschlossenen Friedensverträgen. Ihre Voten wollten jedoch auch an den zwischen dem Reich und der Krone Frankreichs bestehenden Friedensverträgen und Traktaten schlechterdings und unabweichlich festhalten. *Jm Reichs=Fuersten=Rath 4 July 1791 ...*, Bremen, S. 12-13, Braunschweig-Wolfenbuettel, S. 26, Braunschweig=Zell, S. 26, Braunschweig=Calenberg, S. 27, Braunschweig=Grubenhagen, S. 27, Vehrden: S. 34; ... *Jm Reichs=Fuersten=Rath 6 July 1791 ... Continuation*, Sachsen=Lauenburg, S. 39; ... *Jm Reichs=Fuersten=Rath 6 August 1791 ... 5. Continuation*, Bremen, S. 59-60, Osnabrueck, S. 60, Braunschweig-Wolfenbuettel, S. 60 (*Regensburger Correspondenz*, XLIII. Band, 21. Stück).

Die Bremische Stimme vertrat in einem singulären Zusatzvotum cum coeteris votis die Ansicht, dass die eingegangenen Beschwerden keineswegs von einerlei Beschaffenheit seien, mehrere die volle Gerechtigkeit und Billigkeit hätten, hingegen aber anderen Verschiedenes entgegen zu stehen scheine. ... *Jm Reichs=Fuersten=Rath 6 August 1791 ... 5. Continuation*, Bremen, cum coeteris votis, S. 63-65 (64), womit es bei mehreren Beschwerden ihre Friedensschlussgemässheit in Zweifel zog (*Regensburger ebd.*, 21. Stück).

In dem vorhergehenden *Pro Memoria des Kurbraunschweigischen Ministeriums ueber die Angelegenheiten der, im Elsaß begueterten Reichsstaenden vom 19. Mai 1791* war insbesondere in Bezug auf die Rechtsfrage auf den über 100 jährigen Besitz des Elsass durch Frankreich, welcher ihm auch durch die mit den Reichsständen abgeschlossenen Verträgen eingeräumt worden sei, hingewiesen (*Teutsche Staatskanzley*, XXXIV. Theil, 1.

Hinsichtlich der zu ergreifenden Maßnahmen äußerten sich der Erzbischof von Mainz als Bischof zu Worms,⁴²⁸ der Erzbischof von Trier als Bischof zu Augsburg⁴²⁹ und die beiden Bischöfe von Speyer⁴³⁰ und Straßburg, dass die von Kaiser und Reich an die Krone Frankreichs zu richtende Forderung auf eine Wiederherstellung des früheren Rechtszustandes mit einer Androhung von Sanktionen, welche der Würde und Ehre des Reiches entsprächen, zu verbinden sei.⁴³¹ Damit war auch eine Erklärung des Krieges durch das Reich mitintendiert.⁴³²

Der Erzbischof von Köln als Hoch- und Teutschmeister beabsichtigte zur Erreichung des Restitutionsverlangens darüber hinaus wirtschaftlichen Maßnahmen⁴³³ und die Inbetrachtziehung der Erklärung des Reichskrieges wegen des friedensschlusswidrigen Verhaltens von Frankreich, wobei er im voraus einer dahingehenden Mehrheit beitrug.⁴³⁴

Abschnitt, Beilagen, Nro. XVI., S. 206-214 (206-210)). Damit wurde mit ihm auch die Friedensschlusswidrigkeit des Vollzuges der Dekrete der Nationalversammlung in die Besitzungen und Rechte der deutschen Stände in Zweifel gestellt.

⁴²⁸ *Jm Reichs=Fuersten=Rath 4 July 1791 ...*, Worms, S. 14-16 (Ziff. 5), S. 15) (*Regensburger Correspondenz*, XLIII. Band, 21. Stück).

⁴²⁹ *Jm Reichs=Fuersten=Rath 4 July 1791 ...*, Augsburg, S. 22-25 (Ziff. Ad 5), a), S. 24) und ... *Jm Reichs=Fuersten=Rath 3 August 1791 ... 4. Continuation*, Augsburg, S. 53 (*Regensburger Correspondenz*, XLIII. Band, 21. Stück).

Als Abt der seinem Erzstift linksrheinisch inkorporierten Abtei Prüm (oben, S. 509) und als Propst von Ellwangen (oben, S. 107) schloss er sich seinem Augsburger Votum an. ... *Jm Reichs=Fuersten=Rath 6 July 1791 ... Continuation*, Bruem, S. 39, Ellwangen, S. 38 (*Regensburger ebd.*, 21. Stück).

⁴³⁰ *Jm Reichs=Fuersten=Rath 4 July 1791 ...*, Speyer, S. 17-19 (Ziff. Ad 5, S. 18-19) (*Regensburger Correspondenz*, XLIII. Band, 21. Stück).

Als Propst der seinem Hochstift linksrheinisch inkorporierten Abtei Weissenburg (oben, S. 513), schloss er sich seinem Speyer Votum an. ... *Jm Reichs=Fuersten=Rath 6 July 1791 ... Continuation*, Probstei Weissenburg, S. 39 (*Regensburger ebd.*, 21. Stück).

⁴³¹ *Jm Reichs=Fuersten=Rath 4 July 1791 ...*, Straßburg, S. 19: bei Bezugnahme auf die beiden Voten von Worms und Speyer (*Regensburger Correspondenz*, XLIII. Band, 21. Stück).

⁴³² *Biermanns*, Die Politik des Kurfürsten von Köln 1789-1792, 2. Kap., S. 38 und *Ludwig*, Die deutschen Reichsstände im Elsaß, 6. Kap., S. 167.

⁴³³ Das Verbot der Einfuhr von französischen Waren und Produkten und die Sequestrierung der in Deutschland gelegenen französischen Güter und ausgeübten Rechte.

⁴³⁴ *Jm Reichs=Fuersten=Rath 4 July 1791 ...*, Hoch- und Deutschmeister, S. 8-10 (Ziff. Ad. 5), c), d), f), S. 9-10) (*Regensburger Correspondenz*, XLIII. Band, 21. Stück).

Als Bischof von Münster schloss er sich seinem Hoch- und Deutschmeister Votum an. *Jm Reichs=Fuersten=Rath 4 July 1791 ...*, Muenster, S. 28 (*Regensburger ebd.*, 21. Stück).

Hierbei erhoffte er sich von dem auch zum Schutze der deutschen Fabriken festzulegenden Einfuhrverbot französischer Waren, welche Einfuhr französischer waren nach Deutschland die Ausfuhr deutscher Waren nach Frankreich offenkundig und auch zu erheblichen Vorteil überwog, einen auf die französische Nation tieferen Eindruck als von einer Kriegserklärung gegen Frankreich. *Jm Reichs=Fuersten=Rath 4 July 1791 ...*, Hoch- und Deutschmeister, S. 8-10 (Ziff. Ad 5), c), S. 9-10) (*Regensburger ebd.*, 21. Stück) und das Schreiben des Erzbischofs von Köln an den Erzbischof von Mainz vom 11. April 1791 (*Quellen zur Geschichte der deutschen Kaiserpolitik Oesterreichs während der Revolutionskriege*, I. Band, 82., S. 121-122 (122)).

Der Johanniter-Meister verlangte bei seinem Restitutionsbegehren ernstlichere und kräftigere Maßnahmen als die bisher vom Kaiser erfolgten Verwendungen.⁴³⁵

Hingegen begnügten sich bei den von den Dekreten der französischen Nationalversammlung in ihren Rechten betroffenen weltlichen Reichsständen der Herzog von Pfalz-Zweibrücken mit der an den König von Frankreich zu richtenden Frage, ob eine Restitution der Reichsstände in ihre Rechte zu erhoffen sei.⁴³⁶

Der Herzog von Württemberg wollte, dass alle Betroffenen mit der Würde des beleidigten Staates um eine Wiederherstellung in den vorherigen Stand baten oder um eine volle Entschädigung.⁴³⁷

Der Markgraf von Baden wollte bei einer Restitution der Reichsangehörigen in ihre Besitzungen und Rechte trotz der bisher unbefriedigenden königlichen französischen Antworten den Weg der gütlichen Verhandlungen seitens des Kaisers fortsetzen.⁴³⁸

⁴³⁵ ... *Jm Reichs=Fuersten=Rath 6 July 1791... Continuation*, Johanniter=Meister, S. 38 und ... *Jm Reichs=Fuersten=Rath 3 August 1791 ... 4. Continuation*, Johanniter=Meister, S. 58 (*Regensburger Correspondenz*, XLIII. Band, 21. Stück).

Der von den Beschlüssen der französischen Nationalversammlung nur in seinen kirchlich-geistlichen Berechtigungen beeinträchtigte Bischof von Basel schloss sich bei seinem Verlangen zu einer friedensschlussmäßigen Restitution dem österreichischen Votum zu einer erneuten Aufnahme von Verhandlungen zwischen dem Kaiser und der Krone Frankreichs an. *Jm Reichs=Fuersten=Rath 4 July 1791 ...*, Basel, S. 28 mit dem beigetretenen Votum von Oesterreich, S. 5-6; ... *Jm Reichs=Fuersten=Rath 11 July 1791 ... 2. Continuation*, Basel, S. 46 mit dem beigetretenen Votum von Oesterreich: Wolle ..., S. 45 und ... *Jm Reichs=Fuersten=Rath 3 August 1791 ... 4. Continuation*, Basel, ..., S. 55 mit dem beigetretenen Votum von Oesterreich, S. 54-55 (*Regensburger ebd.*, 21. Stück).

⁴³⁶ *Jm Reichs=Fuersten=Rath 4 July 1791 ...*, Pfalz=Zweibruecken, S. 13-14 „... Ob die gaenzliche Restitution aller und jeder im Elsaß und Lothringen angesessener Reichsstaende in allen und jeden Punkten ohne einige Ausnahme, wie Sie vor der Franzoesischen Staatsveraenderung , ..., waren, zu hoffen sey, oder nicht? ...“ (S. 14) und ... *Jm Reichs=Fuersten=Rath 3 August 1791 ... 4. Continuation*, Pfalz=Zweibruecken, S. 54 (*Regensburger Correspondenz*, XLIII. Band, 21. Stück).

Als Herzog zu Veldenz schloss er sich seinem Zweibrücker Votum an. *Jm Reichs=Fuersten=Rath 4 July 1791 ...*, Pfalz=Veldenz, S. 16 und ... *Jm Reichs=Fuersten=Rath 3 August 1791 ... 4. Continuation*, Pfalz=Veldenz, S. 53-54 (*Regensburger ebd.*, 21. Stück).

⁴³⁷ ... *Jm Reichs=Fuersten=Rath 6 July 1791 ... Continuation*, Wuerttemberg, S. 36 und ... *Jm Reichs=Fuersten=Rath 29. July 1791 ... 3. Continuation*, Wuerttemberg, S. 51-52 „... alle mit der Wuerde des beleidigten Staats zu vereinbarende Mittel zu versuchen, welche bey entstandenen Irrungen auf gelindere Weise zu Wiederherstellung in den vorigen Stand, oder zu vollgiltiger Entschädigung fuehren, ...“ (Ziff. Ad 4, S. 52) (*Regensburger Correspondenz*, XLIII. Band, 21. Stück).

Als Graf von Mömpelgard schloss er sich seinem Württemberger Votum an. ... *Jm Reichs=Fuersten=Rath 6 July 1791 ... Continuation*, Moempelgard, S. 40 und ... *Jm Reichs=Fuersten=Rath 29 July 1791 ... 3. Continuation*, Moempelgard, S. 52 (*Regensburger ebd.*, 21. Stück).

⁴³⁸ ... *Jm Reichs=Fuersten=Rath 6 July 1791 ... Continuation*, Baden=Durlach, S. 38, Badenbaden, S. 38, Baden=Hochberg, S. 38 und ... *Jm Reichs=Fuersten=Rath 11 July 1791 ... 2. Continuation*, Baden=Durlach, Badenbaden=und Hochberg, S. 49 (*Regensburger Correspondenz*, XLIII. Band, 21. Stück).

Der Gesandte des mitbetroffenen Fürsten von Salm blieb während den gesamten Beratungen und Abstimmungen ohne Instruktion. ... *Jm Reichs=Fuersten=Rath 6 July 1791 ... Continuation*, Salm, S. 41 und ... *Jm Reichs=Fuersten=Rath 3 August 1791 ... 4. Continuation*, Salm, S. 58 (*Regensburger ebd.*, 21. Stück).

Allein der Landgraf von Hessen-Darmstadt wollte ein nunmehr von Kaiser und Reich an den König von Frankreich zu erlassendes ernst- und kraftvolles Anschreiben, in welchem die Reichsrechte mit Nachdruck zu dezidieren seien.⁴³⁹

Bei der Schlussabstimmung schlossen sich jedoch auch die betroffenen geistlichen Reichsstände der mehrheitlichen Ansicht an, enthalten in dem Reichsgutachten vom 6. August 1791,⁴⁴⁰ dass der Kaiser allgemein zu ersuchen sei, das Restitutionsverlangen durch nochmalige Verhandlungen mit der Krone Frankreichs zu erreichen.⁴⁴¹

⁴³⁹ *Jm Reichs=Fuersten=Rath 4 July 1791 ...*, Hessen=Darmstadt, S. 29-34 (32-33) und ... *Jm Reichs=Fuersten=Rath 11 July 1791 ... 2. Continuation*, Hessendarmstadt, S. 46 (*Regensburger Correspondenz*, XLIII. Band, 21. Stück).

Die von den Beschlüssen der Nationalversammlung nicht betroffenen geistlichen und weltlichen Reichsstände schlossen sich an oder machten sich zu eigen, überwiegend die von den größeren weltlichen Reichsständen, dem Kaiser als Erzherzog von Österreich (oben, S. 84), dem König von Preußen als Herzog von Magdeburg (oben, S. 91) und dem Kurfürsten von Pfalz-Baiern als Herzog von Baiern (oben, S. 85) vertretenen und auch Inhalt des Reichsschlusses vom 6. August/10. Dezember 1791 werdende Ansicht, dass eine Restitution zu verlangen, dies jedoch nur im Wege von gütlichen Vereinbarungen, zwischen dem nunmehr auch im Namen des Reiches zu handelnden Kaiser mit der Krone Frankreichs zu fordern sei.

Der König von England/Kurfürst von Hannover als Herzog von Bremen mit den von ihm gehaltenen Stimmen: Braunschweig-Zell, Braunschweig-Calenberg, Braunschweig-Grubenhagen, Verden, Sachsen-Lauenburg, die von ihm abhängigen Stimme Osnabrück (oben, S. 851) und Braunschweig-Wolfenbüttel, denen sich Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Güstrow, Schwerin und Ratzeburg anschlossen, wollten, dass die verschiedenen von Kaiser und Reich vorgebrachten Reklamationen von einer außerordentlichen Reichsdeputation näher untersucht werden und diese, nach den zu Grunde liegenden Friedensschlüssen und Traktaten zwischen dem Reich und Frankreich zu prüfen habe, welche weiteren Maßregeln zu erörtern und hiervon dem Kaiser und Reich Bericht zu erstatten sei, und man müsse sich vor voreiligen Maßregeln lossagen.

Jm Reichs=Fuersten=Rath 4 July 1791, S. 1-34; *Jm Reichs=Fuersten=Rath 6 July 1791*, S. 35-44; *Jm Reichs=Fuersten=Rath 11 July 1791*, S. 45-50; *Jm Reichs=Fuersten=Rath 29 July 1791*, S. 51-52; *Jm Reichs=Fuersten=Rath 3 August 1791*, S. 53-58; *Jm Reichs=Fuersten=Rath 6 August 1791*, S. 59-70: 1.-5. *Continuation* (*Regensburger ebd.*, 21. Stück); *Fuerstliche Conclusum 6. August 1791*, das wesentlich inhaltsgleiche *Churfuerstliche Conclusum 5. August 1791* und das übereinstimmende *Reichsstaedische Conclusum 3. August 1791* (... *Jm Reichs=Fuersten=Rath 6 August 1791 ... 5. Continuation*, S. 60-63, 66-68, 69, in: *Regensburger ebd.*, 21. Stück)

⁴⁴⁰ *Reichs=Gutachten vom 6. August 1791* (*Teutsche Staatskanzley*, XXXVI. Theil, 1. Abschnitt, Beilagen, Nro. XVIII., S. 64-71) und *Kaiserlich=allergnaedigstes Kommissions=Ratifikations=Dekret an die Hochloebliche allgemeine Reichsversammlung zu Regensburg, de dato 10ten Dezember 1791. Die Beschwerden der durch die seit dem Monate August des Jahres 1789 ergangene Franzoesische Schluesse im Elsass, Lothringen und sonsten Reichs=Friedensschlußwidrigg beeintrachtigten Reichsstaende und Angehoerige betreffend/diët*. 15. Dec. 1791 (*Regensburger Correspondenz*, XLIII. Band, 55. Stück). Die nach dem vom 6. Aug. 1791 datierenden Reichsgutachten eintretende Verzögerung des kaiserlichen Ratifikationsdekret am 10. Dez. 1791 ergab sich aus der Flucht und der Gefangennahme König Ludwigs XVI. am 20./21. Juni 1791, seiner danach erfolgten Annahme der neuen französischen Verfassung v. 3. Sept. 1791 am 13. Sept. 1791 und der sich verstärkenden Emigrantenfrage (*Teutsche Staatskanzley*, XXXV. Theil, 1. Abschnitt, §. 30.-§. 42., S. 37-88).

⁴⁴¹ Bischof von Worms: ... *Jm Reichs=Fuersten=Rath 3 August 1791 ... 4. Continuation*, Worms, S. 56-57 mit den in Bezug genommenen Voten: Baiern, S. 53-54, Österreich, S. 54-55 (*Regensburger Correspondenz*, XLIII. Band, 21. Stück).

Bischof von Augsburg, Probst von Ellwangen, Abt zu Prüm: ... *Jm Reichs=Fuersten=Rath 3 August 1791 ... 4. Continuation*, Augsburg, S. 55, Ellwangen, S. 55: durch Anschluss an Augsburg, Pruem, S. 55: unter Anschluss an Augsburg (*Regensburger ebd.*, 21. Stück).

Der erfolgte Beitritt des wormsischen Votums⁴⁴² zu dem von dem König von Preußen innegehabten herzoglich magdeburgischen⁴⁴³ kam nur unter Anwendung von psychischem Zwang zustande.⁴⁴⁴ Das Votum des Hoch- und Deutschmeisters entsprach nicht seinen eigentlichen Absichten und er gab es nur sehr ungern ab.⁴⁴⁵ Bei allen Voten war die zuerst hinsichtlich der zu ergreifenden Maßnahmen geführte starke Sprache in Erinnerung geblieben.⁴⁴⁶

Auch wollten der Erzbischof von Mainz mit seinem wormsischen Votum,⁴⁴⁷ der Bischof von Speyer⁴⁴⁸ und der Bischof von Straßburg, dass von Reichs wegen Verhandlungen stattfänden, nicht aber von einzelnen Reichsständen und dass eine Annahme von Entschädigungen in Geld untersagt würden.⁴⁴⁹

Kaiser Leopold II. erklärte in seinem Schreiben vom 3. Dezember 1791 an König Ludwig XVI. die Anliegen der Reichsfürsten zu einem solchen des Reiches und verlangte die Wiederherstellung des friedensschlussmäßigen Zustandes im Elsaß und in Lothringen und

Bischof von Speyer und Probst von Weissenburg: ... *Jm Reichs=Fuersten=Rath 3 August 1791 ... 4. Continuation*, Speyer und Probstei Weissenburg, S. 57: unter Anschluss an die Hochfürstlich=Wormsische Abstimmung (*Regensburger Correspondenz* ebd., 21. Stück).

Bischof von Straßburg: ... *Jm Reichs=Fuersten=Rath 3 August 1791 ... 4. Continuation*, Straßburg, S. 57: unter Anschluss an Worms und Speyer (*Regensburger Correspondenz* ebd., 21. Stück) und

Hoch- und Deutschmeister und Bischof von Münster: ... *Jm Reichs=Fuersten=Rath 11 July 1791 ... 2. Continuation*, Hoch- und Deutschmeister, S. 46, Münster, S. 46 und ... *Jm Reichs=Fuersten=Rath 3 August 1791 ... 4. Continuation*, Hoch- und Deutschmeister, S. 53, 54, Münster, S. 53, 54: unter Anschluss an das Hoch- und Deutschmeisterliche Votum (*Regensburger* ebd., 21. Stück).

⁴⁴² Innegehabt vom Erzbischof von Mainz (oben, S. 110).

⁴⁴³ Oben, S. 91.

⁴⁴⁴ Der Beitritt zu dem magdeburg-preußischen Votum: die Restitution der Gebiete zu verlangen, dies jedoch nur im Wege von gütlichen Vereinbarungen zwischen dem nunmehr auch im Namen des Reiches zu handelnden Kaiser mit der Krone Frankreichs zu fordern (oben, S. 854), kam nur unter Toben und Drohungen zustande (*Biermanns*, Die Politik des Kurfürsten von Köln gegenüber der französischen Revolution 1789-1792, 2. Kap., S. 41).

⁴⁴⁵ *Biermanns*, Die Politik des Kurfürsten von Köln gegenüber der französischen Revolution 1789-1792, 2. Kap., S. 36-43.

⁴⁴⁶ *Teutsche Staatskanzley*, XXXV. Theil, 1. Abschnitt, §. 26., S. 28-30 mit Fußn. a), S. 28 u. 30; *Ludwig*, Die deutschen Reichsstände im Elsaß, 6. Kap., S. 166-167 und *Biermanns*, Die Politik des Kurfürsten von Köln gegenüber der französischen Revolution 1789-1792, 2. Kap., S. 30.

⁴⁴⁷ *Jm Reichs=Fuersten=Rath 4 July 1791 ...*, Worms, S. 14-16 (Ziff. 5, S. 15) (*Regensburger Correspondenz*, XLIII. Band, 21. Stück).

⁴⁴⁸ *Jm Reichs=Fuersten=Rath 4 July 1791 ...*, Speyer, S. 17-19 (Ziff. Ad 5), S. 18-19 (Ad 5), d), S. 19) (*Regensburger Correspondenz*, XLIII. Band, 21. Stück).

Als Probst von Weissenburg schloss er sich dieser Ansicht an. ... *Jm Reichs=Fuersten=Rath 6 July 1791 ... Continuation*, Probstei Weissenburg, S. 39: unter Anschließung an sein eigenes speyerisches Votum (*Regensburger* ebd., 21. Stück).

⁴⁴⁹ *Jm Reichs=Fuersten=Rath 4 July 1791 ...*, Straßburg, S. 19: unter Anschluss an Worms und Speyer (*Regensburger Correspondenz*, XLIII. Band, 21. Stück).

eine Entschädigung der Reichsfürsten für ihre seit 1789 entbehrten Nutzungen.⁴⁵⁰ In seinem Antwortschreiben wies Ludwig XVI. darauf hin, dass es nach der französischen Verfassung⁴⁵¹ unmöglich sei, den status quo in irgend einer Beziehung jemals wiederherzustellen, dass jedoch die französische Nation bereit sei, den reklamierenden Fürsten die Genugtuung zu geben, welche sie vernünftigerweise verlangen könnten und dieser Streit durch freundschaftliche Übereinkünfte, wie sie der König den interessierten Teilen immer vorgeschlagen habe, beendet werden müsste.⁴⁵² Frankreich hatte auch bereits nach dem Reichsgutachten vom 6. August 1791 mit den betroffenen Reichsständen selber wieder Verhandlungen aufgenommen. Von den größeren waren allein die Herzöge von Zweibrücken und von Württemberg zu Verhandlungen über Geldentschädigungen bereit,⁴⁵³ und es kamen nur mit zwei kleineren, den Fürsten von Salm-Salm und von Löwenstein-Wertheim am 29. April 1792 Verträge über Geldentschädigungen zustande.⁴⁵⁴

Der von Frankreich in der Elsässer Angelegenheit angestrebte allgemeine Ausgleich mit dem Reich und mit seinen Fürsten durch Zahlung von Geldentschädigungen war jedenfalls durch die Haltung der geistlichen Reichsstände verhindert worden.

cc) Asylgewährung durch die geistlichen Reichsstände mit ihren geistlichen Staaten für die französischen Emigranten

aaa) Besondere Eignung der geistlichen Staaten wegen ihrer gebietlichen Nachbarschaft zu Frankreich und ihres geistlichen Standes für die Aufnahme von den Emigranten

Als am Rhein gelegen boten sich wegen ihrer rein gebietlichen Nachbarschaft zu Frankreich⁴⁵⁵ und bei den durch sie von Frankreich nach Deutschland führenden

⁴⁵⁰ Beigefügt dem Kaiserlich=allergnädigstes Kommissions=Ratifikations=Dekret an die Hochloebliche allgemeine Reichsversammlung zu Regensburg, de dato 10ten Dezember 1791. Die Beschwerden der durch die seit dem Monate August des Jahres 1789 ergangene Französische Schluesse im Elsass, Lothringen und sonstem Reichs=Friedensschlußwidrigg beeintrachtigten Reichsstaende und Angehoerige betreffend/dict. 15. Dec. 1791, Beilagen, Num. 1., S. 1-4 (*Regensburger Correspondenz*, XLIII. Band, 55. Stück).

⁴⁵¹ 3/14 septembre 1791, Eidesleistung Ludwig XVI. am 14.

⁴⁵² Hansen, Quellen Rheinland, II. Band, (III., a)), 29., S. 65-66. Bei dem Tod von Kaiser Leopold II. am 1. März 1792 erreichte ihn das Schreiben nicht mehr (*Teutsche Staatskanzley*, XXXV. Theil, 1. Abschnitt, §. 54., S. 126).

⁴⁵³ Ludwig, Die deutschen Reichsstände im Elsaß, 6. Kap., S. 170-176.

⁴⁵⁴ Dies neun Tage nach der französischen Kriegserklärung am 20. April 1792 in Höhe des 30 fachen Betrages ihrer verlorenen Einkünfte (*Clercy*, Traités de la France, Tome I., p. 216-217 (Fürst von Salm-Salm), p. 215-216 (Fürst von Löwenstein-Wertheim): in Gemäßheit der beiden Dekrete vom 28. Okt. 1790 und vom 19. Juni 1791.

Die Convention nationale widerrief jedoch am 20 frimaire an I (10 déc. 1792) alle erlassenen Dekrete über die Gewährung von Entschädigungen an die in Frankreich Besitz habenden fremden Fürsten (*Duvergier*, Collection des lois, Tome V, p. 82).

⁴⁵⁵ *Großer Historischer Weltatlas*, III. Teil, S. 38, AC 1-3.

Verbindungswegen⁴⁵⁶ die drei Erzstifter Mainz, Trier, Köln und die sechs Hochstifter Konstanz, Basel, Straßburg, Speyer, Worms, Lüttich für eine Aufnahme von Emigranten besonders an.

Für die Emigranten, die nicht nur ein Asyl suchten, sondern sich mit dem Beistand der Mächte des Ancien Régime aktiv ihre Rückkehr und die Rückgewinnung der vorrevolutionären Ordnung in Frankreich erhofften,⁴⁵⁷ waren die geistlichen Territorien am Rhein auch als ein militärisches Aufmarschgebiet besonders geeignet.⁴⁵⁸

Zudem gebot den geistlichen Reichsständen ihr Status als Geistliche die Hilfe und den Beistand für die vielen geistlichen Emigranten und insbesondere seit der von König Ludwig XVI. am 24. August 1790 erfolgten Billigung⁴⁵⁹ der Constitution civile du clergé.⁴⁶⁰

Eine Aufnahme und Begünstigung der Emigranten durch die deutschen Fürsten und insbesondere durch ihre geistlichen war von von diesen auch als Repressalie gegen die Verletzungen ihrer Gebiete, Besitzungen und Rechte im Elsass, Lothringen und Burgund angesehen worden,⁴⁶¹ welche sie sich durch eine siegreiche Gegenrevolution der Emigranten wieder zurückgewinnen erhofften.⁴⁶²

bbb) Die beiden rheinischen Erzstifter Trier und Mainz als Zentren der französischen Emigration

Im Erzstift Trier hatte Kurfürst-Erbischof Clemens Wenzeslaus⁴⁶³ seit Ende des Jahres 1789 den Emigranten und unter ihnen insbesondere den beiden Brüdern Ludwigs XVI., den Grafen von Provence und Artois, deren Onkel er auch war, den drei Prinzen von Condé und dem vormaligen königlichen Minister Calonne⁴⁶⁴ freizügigst Aufenthalt, Ansammlungen,

⁴⁵⁶ *Julku*, Die revolutionäre Bewegung im Rheinland, I. Band, III., 1., B., S. 222-223.

⁴⁵⁷ Ziel der Emigranten mit ihren Führern, den beiden königlichen Brüdern und dem Prinzen von Condé, welche sich als eine eigene politisch-französische Macht verstanden, war es immer gewesen, die Mächte des Ancien Régime zu einem kriegerischen Einschreiten gegen das revolutionäre Frankreich zu veranlassen und mit ihrer Hilfe die vorrevolutionäre Ordnung in Frankreich, mit den zugunsten von ihnen wieder zu bestehenden Privilegien wieder herzustellen. Umworben von ihnen wurde insbesondere der Kaiser (Bruder Marie Antoinettes), welcher ihnen als das Haupt einer antirevolutionären Koalition erschien (*Liesenfeld*, Klemens Wenzeslaus letzter Kurfürst von Trier 1789-1794, 1. Kap., S. 15-16).

⁴⁵⁸ *Liesenfeld*, Klemens Wenzeslaus letzter Kurfürst von Trier 1789-1794, 1. Kap., S. 17.

⁴⁵⁹ Oben, S. 773.

⁴⁶⁰ *Presle*, Die Einstellung der Regierung der österreichischen Niederlande zur französischen Emigration 1789-1794, II., 1., S. 29.

⁴⁶¹ *Ranke*, Ursprung und Beginn der Revolutionskriege, 5. Cap., S. 172-173.

⁴⁶² *Ranke*, Ursprung und Beginn der Revolutionskriege, 5. Cap., S. 172-173 und *Biermanns*, Die Politik des Kurfürsten von Köln gegenüber der französischen Revolution 1789-1792, 3. Kap., S. 45.

⁴⁶³ Clemens Wenzeslaus von Sachsen.

⁴⁶⁴ Erster Minister des Auswärtigen Frankreichs.

Bewaffnung, Rekrutierungen und militärische Übungen gestattet. Deren französisch-prinzlicher Hof residierte in der kurfürstlich-erzbischöflichen Residenzstadt Koblenz. Dies hatte auch den Vorteil eines erhöhten Geldumlaufes.

Die von ihnen aufgestellte Emigrantenarmee, welche bis auf 20 000 Mann anstieg, nahm an dem preußisch-österreichischen Feldzug im Jahr 1792 teil.⁴⁶⁵ Herzog Carl Ferdinand von Braunschweig,⁴⁶⁶ der Führer der Expeditionsarmee hatte sein Hauptquartier in Koblenz. Von dort publizierte er am 25. Juli 1792 sein unter dem Einfluss der französischen Emigranten zustande gekommenes Manifest, in welchem er im Namen Preußens und seiner Verbündeten die Franzosen aufforderte, unter ihre alte Monarchie zurückzukehren, mit der Drohung, alle Dörfer, Städte, ja Paris selber in Asche zu legen, falls sie sich dem Einmarsch des preußischen Heeres widersetzen oder das Leben von König Ludwig XVI. in Paris gefährden würden. Auf Anforderung Kaiser Leopolds II., dem Treiben der Emigranten ein Ende zu bereiten, hielt Kurfürst Clemens Wenzeslaus auch hierzu an. Die Emigranten kamen jedoch dem nicht nach.⁴⁶⁷

Im Erzstift Mainz und in dem in Personalunion verbundenen Hochstift Worms hatten seit Januar 1790 die Emigranten eine willig-freudige Aufnahme seitens des Kurfürst-Erzbischofs Karl Friedrich von Erthal gefunden, welcher, als Erzkanzler nach dem Kaiser zweiter Stand des Reiches, sich dadurch in seinem Bestreben, nach Wien und Berlin der dritte Hof im Reich zu sein, geschmeichelt fühlte. Die als Enklave im Hochstift Worms gelegene Reichsstadt Worms⁴⁶⁸ war bis zu der auf Drängen ihres Magistrates am Ende des Jahres 1791 erfolgten Ausweisung des Condéschen Korps das Zentrum der militärischen Emigration gewesen.

In der kurfürstlichen Haupt- und Residenzstadt Mainz hatte nach der Wahl und Krönung von Franz II. zum neuen Kaiser am 5./14. Juli 1792 vom 19.-22. Juli 1792 der Fürsten- und Ministerkongress mit Kaiser Franz II., König Friedrich Wilhelm II. von Preußen, den drei geistlichen rheinischen Kurfürsten und den französischen Prinzen mit den beiden königlichen Brüdern stattgefunden. In diesem war der bevorstehende Feldzug gegen das revolutionäre Frankreich abgesprochen und das Manifest des Herzogs von Braunschweig verfasst und gedruckt worden.

⁴⁶⁵ Unten, S. 864-865.

⁴⁶⁶ Herzog Carl II. Wilhelm Ferdinand von Braunschweig-Wolfenbüttel (1773-1806).

⁴⁶⁷ *Liesenfeld*, Klemens Wenzeslaus letzter Kurfürst von Trier 1789-1794, 1.-3. Kap., S. 15-180, Beilagen, 1.-31., S. 255-283; *Marx*, Geschichte des Erzstifts Trier, 3. Abtheilung, V. Band, S. 254-260, 264-274; *Buchez-Roux*, Histoire parlementaire der la Révolution française, Tome XVI, Août 1792., p. 276-281, 281-282; *Heigel*, Das Manifest des Herzogs von Braunschweig, in: *Sitz. Ber. der phil.-phil.-hist. Klasse der k. k. Ak. d. Wiss.*, Jahrg. 1896, Historische Classe, S. 633-686; *Genz*, Ueber den Ursprung und Charakter der Krieges gegen die Französische Revolution, 1. Abschnitt, II., S. 95 und *Raab*, Clemens Wenzeslaus von Sachsen, Jugend, C ... W ... Jugend, S. 37-54 (47, 49): Clemens Wenzeslaus hatte enge verwandtschaftlichen Beziehungen zur Krone Frankreichs. Er war ein Sohn von Kurfürst Friedrich August II. von Sachsen/König von Polen und einer Tochter Maria Theresias. Seine Schwester Maria Josepha war seit 1747 mit dem Dauphin, dem Sohn Ludwigs XV. vermählt, welche Dauphin 1765 und seine Frau, die Mutter der drei letzten Könige von Frankreich 2 Jahre danach verstarben.

⁴⁶⁸ *Großer Historischer Weltatlas*, III. Teil, S. 21, C 3.

Nach der im Oktober/November 1792⁴⁶⁹ und danach während des Jahres 1794 erfolgten Besetzung der linksrheinischen Reichsgebiete durch die französischen Revolutionsarmeen,⁴⁷⁰ wurden die rechtsrheinischen Gebiete des Erzstiftes Mainz insbesondere von französischem Geistlichen aufgesucht.⁴⁷¹

ccc) Die weiteren geistlichen Staaten

Im Hochstift Lüttich, in welches zu Ende November des Jahres 1791 auch 2 000 bisher in den Österreichischen Niederlande lebenden Emigranten übersiedelten, herrschten ähnliche Verhältnisse wie im Erzstift Trier. Der Bischof⁴⁷² war von seiten der französischen Regierung zur Verhinderung der Ansammlungen, des Waffentragens und der Rekrutierungen durch die Emigranten aufgefordert worden.⁴⁷³

Auch in anderen links- und rechtsrheinischen geistlichen Staaten, insbesondere in den Hochstiftern Paderborn,⁴⁷⁴ Passau,⁴⁷⁵ Freising, Regensburg,⁴⁷⁶ Eichstätt,⁴⁷⁷ den drei

⁴⁶⁹ Unten, S. 865.

⁴⁷⁰ Unten, S. 870-872.

⁴⁷¹ *Veizin*, Die Politik des Mainzer Kurfürsten Friedrich Karl von Erthal 1789-1792, Kap., 1., 2., S. 35, Kap. 2., 2., a), S. 49-56, 3., a), S. 63-69, Kap. 3., 2. u. 3., S. 87-111; *Wühr*, Emigranten der Französischen Revolution im Kurfürstentum Mainz, in: *Asch Jb*, II. Band, S. 61-97; *Hansen*, Quellen Rheinland, I. Band, Quellen, 509., S. 1080-1082, II. Band, (III., a)), 142., S. 284-285, 145., S. 289-293 und *Quellen zur Geschichte der Kaiserpolitik Oesterreichs während der Revolutionskriege*, II. Band, 502., S. 145-146.

⁴⁷² Caesar Constantin Franz (von Hoensbruch) 1784-3. Juni 1792, Franz Anton (Graf von Mean und Beaurieux), gewählt 16. Aug. 1792, inauguriert 9. Juli 1793 (*GRSH* 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Hauptabtheilung, Luettich, S. 76-77).

⁴⁷³ *Presle*, Die Einstellung der Regierung der österreichischen Niederlande zur französischen Emigration, II., 2., S. 72-73, 94-95.

⁴⁷⁴ In das Hochstift Paderborn kamen seit Ende November 1792 die Emigranten. Ende 1794 und 1795 wurde das Hochstift „... von Emigranten gleichsam überschwemmt. ...“, „... Der Fürstbischof that übrigens außerordentlich viel für die Unterstützung der Französischen Geistlichen. ...“ (*Bessen*, Geschichte des Bisthums Paderborn, II. Bändchen, 6. Zeitraum, 129. (54)., S. 383-386 (Zitate S. 385).

⁴⁷⁵ In das Hochstift Passau kamen seit dem Sommer 1794 die Emigranten, welches Territorium insbesondere als das Durchgangsland von Baiern in die österreichischen Länder diente. Von den zahlreichen geistlichen Emigranten fanden viele eine dortige Verwendung in den Seelsorgerstellen (*Wühr*, Die Emigranten der Französischen Revolution im bayerischen und fränkischen Kreis, A., II, S. 73-96, Beilagen, 8., S. 248-249).

⁴⁷⁶ In den beiden von Bischof Joseph Konrad von Schroffenberg besessenen Hochstiftern Freising und Regensburg, hatte im Hochstift Freising in der dortigen gleichnamigen Bischofsstadt insbesondere die emigrierten französischen Priester Unterkunft gefunden und wurden in der ihm zugehörigen Grafschaft Werdenfels, namentlich in ihren größeren Ortschaften Emigranten aufgenommen. Das Hochstift Regensburg war zu einem Sammelbecken der geistlichen Emigranten geworden. Für das dem Bischof noch weiter zugehörige dritte Stift Berchtesgaden liegen bei seiner von den großen Verkehrsstrassen abseitigen Lage keine Nachrichten über die Aufnahme von Emigranten vor (*Wühr*, Die Emigranten der Französischen Revolution im bayerischen und fränkischen Kreis, A., III., 2., S. 103).

⁴⁷⁷ Im Hochstift Eichstätt erhielten die Emigranten ohne eine von seinem Bischof Josef von Stuebenberg erlassene allgemeine Anordnung eine mit Unterbrechung des Feldzuges im Jahre 1792 willige Aufnahme. Die

Regensburger Stiften St. Emmeran, Niedermünster, Obermünster⁴⁷⁸ und Hochstift Konstanz⁴⁷⁹ hatten die Emigranten eine willige Aufnahme gefunden.

In eingeschränktem Maße war dies in dem von Kurfürst-Erbischof Maximilian Franz regierten Erzstift Köln und seinem von ihm mitbesessenen⁴⁸⁰ Hochstift Münster⁴⁸¹ sowie in den beiden Hochstiftern Würzburg und Bamberg⁴⁸² der Fall.

ddd) Aus Ansicht der französischen Regierung gegenrevolutionäres Verhalten der Emigranten

Die bewaffnete Ansammlung von Emigranten in den Rheinlanden, welche Unterstützung von Rußland und Spanien erhielten und immer auch auf den Beistand von Österreich und

Bischofsstadt Eichstätt wurde überwiegend von geistlichen Emigranten aufgesucht (*Wühr*, Die Emigranten der Französischen Revolution im bayerischen und fränkischen Kreis, B, V, 1., S. 206-212).

⁴⁷⁸ Auf Wunsch des Bischofs von Regensburg erwiesen die drei Stifter in Regensburg den Emigranten eine reiche Gastfreundschaft (*Wühr*, Die Emigranten der Französischen Revolution im bayerischen und fränkischen Kreis, A, III, 2., S. 103).

⁴⁷⁹ Die im Hochstift Konstanz gelegene vorderösterreichische Stadt Konstanz war neben dem westfälischen Raum für die geistlichen Emigranten das wichtigste Zentrum in Deutschland und eines der bedeutendsten in Europa (*Moser*, Die französische Emigrantenkolonie in Konstanz (1792-1799), I., 2., S. 11, 3., S. 12, 4., S. 13-15, II., S. 16-52, III., S. 53-74, IV., 1., S. 75-76 und *Wühr*, Die Emigranten der Französischen Revolution im bayerischen und fränkischen Kreis, A, IV., 1., S. 104). Die dorthin emigrierten Erzbischof von Paris Juigné und 5 Bischöfe von Langres, St. Malo, Nîmes, Comminges, Troyes waren initiativ für die am 21. Nov. 1792 an Papst Pius VI. gerichtete Bitte, um seine Intervention beim deutschen Klerus zugunsten der Konstanzer geistlichen Kolonie (*Moser* ebd., II., 3., S. 27 und *Wühr*, Die Emigranten ebd., S. 104). Papst Pius VI. hatte dann auch am gleichen Tag ein Ersuchen an den deutschen Klerus zur Unterstützung der Geistlichen in Konstanz gerichtet (*Documents inédits relatifs aux affaires religieuses de la France 1790 à 1800*, Tome I, LIII., p. 262 (vielmehr 162)-165). Die durchgeführten Sammlungen, insbesondere in den Hochstiftern und Bistümern Freising, Würzburg, Eichstätt, im Erzstift und Erzbistum Salzburg und im Kurfürstentum Mainz erbrachten namhafte Geldbeträge (*Wühr*, Die Emigranten ebd., A, IV, S. 104-113, B, VI, S. 223-229; *Moser* ebd., II., 3., S. 27-28; *Documents inédits* ebd., Tome II, CDXIII., p. 561-563 und *Wühr*, Emigranten der Französischen Revolution im Kurfürstentum Mainz, V., in: *Asch Jb*, II. Band, S. 88).

⁴⁸⁰ Oben, S. 110.

⁴⁸¹ Der Kurfürst/Erzbischof von Köln Maximilian Franz, jüngerer Bruder Kaisers Leopold II. war zwar der Ansicht, dass die Emigranten ihren Wirkungsberich in Frankreich selber haben müssten und waren ihnen auch im allgemeinen ablehnend gegenüber gestanden. Zuerst hatte er nur den flüchtigen Priestern Schutz und Unterkunft gewährt und den sonstigen Emigranten nur Durchzug und ein einmaliges Nachtquartier gestattet. Jedoch war auf das Drängen von erzstiftischen Städten, welche sich hierdurch eine Anhebung ihres gesellschaftlichen Verkehrs erhofften, den Emigranten seit dem 15. Nov. 1791 dort in begrenztem Umfang Aufenthalt gestattet worden, wobei sie dann auch entgegen dem Inhalt ihrer Gestattungen bewaffnete Uniformen trugen (*Biermanns*, Die Politik der Kurfürsten von Köln gegenüber der französischen Revolution 1789-1792, 3. Kap., S. 45-58 und *Braubach*, Maria Theresias jüngster Sohn Max Franz, 3. Teil, 1. Kap., S. 260-265, 271-272).

⁴⁸² Bischof Franz Ludwig von Erthal hatte den Emigranten seine beiden Hochstifter Würzburg und Bamberg im grundsätzlichen verschlossen. Nach seinem Tod am 14. Febr. 1795 öffneten seine beiden nunmehrigen Nachfolger Georg Karl von Fechenbach, Bischof von Würzburg und Christoph Franz von Buseck, Bischof von Bamberg ihre Hochstifte für Teile von Emigranten und insbesondere für Priester (*Wühr*, Die Emigranten der Französischen Revolution im bayerischen und fränkischen Kreis, B, III u. IV, S. 168-205 und *Reuchlin*, Franz Ludwig von Erthal, 20, S. 213-216 mit Beilagen, 11. u. 12., S. 252-253).

Preußen hofften, musste der Regierung in Paris als eine Demonstration der Gegenrevolution erscheinen.⁴⁸³

König Ludwig XVI. hatte dann auch in seiner vor der Assemblée nationale législative am 14. Dezember 1791 gehaltenen Rede hervorgehoben, dass diese Ansammlungen von Emigranten insbesondere in den Ländern des Kurfürsten von Trier gegen die Regeln der nachbarlichen Freundschaft und gegen die Grundsätze des Völkerrechts verstießen, und bei ihrer Nichtabhilfe durch den Kaiser Ursache für einen Krieges sein könnten.⁴⁸⁴

⁴⁸³ *Hempelmann*, Die Emigranten und die Französische Revolution in den Jahren 1789-92, Die Emigration von 1789-92, 3. Teil, 1., S. 46 „... Die Grundhaltung der Fürsten erleichtert den Emigranten ihr Treiben. Sie brauchen hier durch ihre Gesandten und Freunde nur die Furcht vor einem ähnlichen Schicksal wachzuhalten. Das Ziel der Emigrantenpropaganda ist bei den Fürsten ganz eindeutig gegeben. Besondere Gönner hatte die Emigration in den geistlichen Fürsten Deutschlands; ferner waren der König von Schweden und die Kaiserin von Rußland eifrige Förderer der Angelegenheit der Emigranten.“ und *Ranke*, Ursprung und Beginn der Revolutionskriege, 4. Cap., S. 131-132.

⁴⁸⁴ „... Vous m’avez invité à prendre des mesures décisives pour faire cesser enfin ces rassemblements extérieurs qui entretiennent au sein de la France une inquiétude, ... Vous désirez que je fasse connaître aux Princes voisins qui protègent ces rassemblements contraires aux règles du bon voisinage & aux principes du droit des gens, que la Nation Française ne peut tolérer plus long-temps ce manque d’égards & ces sourdes hostilités. ... Je fais déclarer à l’Électeur de Trèves, que s’avant le 15 de janvier, il ne fait pas cesser dans ces états tout attroupement & toutes dispositions hostiles de la part des François qui s’y sont réfugiés, je ne verrai plus en lui qu’en ennemi de la France. Je ferai faire une semblable déclaration à tous ceux qui favoriseroient de même des rassemblements contraires à la tranquillité du Royaume; ... J’écris à l’Empereur pour l’engager à continuer ses bons offices, & s’il le faut, à déployer son autorité, comme chef de l’Empire, pour éloigner les malheurs que ne manqueroit pas d’entraîner une plus longue obstination de quelques membres du Corps Germanique. Sans doute, on peut beaucoup attendre de son intervention appuyée du poids imposant de son exemple; mais je prends en même temps les mesures militaires les plus propres à faire respecter ces déclarations; & si elles ne sont point écoutées, alors, Messieurs, il ne me restera plus qu’à proposer la guerre, ...“ (*Louis XVI. Roi des François*, Réponse du Roi au Message de l’Assemblée Nationale, du 29 Novembre 1791, Prononcée par sa Majesté le 14 Décembre 1791, p. 1, 2-3), insg. (p.1-4), dass der Kaiser als der mächtigste Nachbar Frankreichs (Österreichischen Niederlande) die Zusammenrottung der Emigranten in seinen Staaten verboten und zerstreut habe „... L’Empereur a rempli ce qu’on devoit attendre d’un Allié fidèle, en défendant & dispersant tout rassemblement dans ses États. ...“ (p. 2).

Insbesondere *Brissot* hatte in seinen Reden vor dem Club des Jacobins in Paris am 16./30. Dez. 1791 und in der Assemblée nationale législative am 29. Dez. 1791 die Zerstörung von Koblenz als dem Sammelpunkt der gegen die Revolution gerichteten Kräfte gefordert: 16. Dez. 1791 „La question soumise à votre examen, la question de savoir si l’on doit attaquer les princes allemands qui soutiennent les émigrés, ou s’il faut attendre leur invasion; ... Il faut encore ou nous venger, en détruisant ce repaire de brigands, ou consentir à voir se perpétuer, au milieu de nous, les factions, les conspirations, les incendies. Car, d’où viennent les brandons qui les allument. De Coblenz. ... Voulez-vous détruire, d’un seul coup, aristocrates, mécontents, prêtres réfractaires? Détruisez Coblenz. Coblenz détruit, tout est tranquille au dehors, tout est tranquille au dedans. ...“ (*Brissot*, Société des Amis de la Constitution, Discours sur la nécessité de déclarer la guerre aux princes allemands qui protègent les émigrés; prononcé, le 16 décembre, p. 1, 5-6, insg. (p. 5-7); *ders.*, Société des Amis de la Constitution. Second Discours sur la nécessité de faire la Guerre aux Princes allemands; prononcé vendredi 30 décembre 1791, p. 8-9): 29. Dez. 1791 „La guerre est nécessaire à la France sous tous les points-de vue. ... Il la faut pour assurer la tranquillité intérieure; car les mécontents ne s’appuient que sur Coblenz, n’invoquent que Coblenz, ne sont insolens que parce que Coblenz existe: c’est le centre où aboutissent toutes les relations des fanatiques et des privilégiés; c’est donc à Coblenz qu’il faut voler, si l’on veut détruire et la noblesse et le fanatisme. Il la faut, cette guerre, pour rétablir nos finances; car c’est Coblenz qui nous jette dans des dépenses extraordinaires, qui absorbe la précieuse ressource de nos assignats. ...“ (*Brissot*, Discours, sur les dispositions des Puissances étrangères, relativement à la France, prononcé à l’Assemblée Nationale, le 29 décembre 1791, p. 30 u. 28).

Insbesondere war dies auch in der von dem König der Franzosen Ludwig am 20. April 1792 gegen Franz II. als König von Ungarn und Böhmen abgegebenen Kriegserklärung⁴⁸⁵ an erster Stelle unter den Gründen angegeben worden:

„L’assemblée nationale délibérant sur la proposition formelle du Roi, considérant que la cour de Vienne, au mépris de traités, n’a cessé d’accorder une protection ouverte aux Français rebelles; ...“⁴⁸⁶

Hochheim, Das Saekularisationsprojekt nach dem Zeitgeist:

„... Trier, Pfalz und Mainz, so wie der hochweise Magistrat der freyen Reichsstadt Worms reizten die Franzosen durch den oeffentlichen und lauten Schutz, welchen sie den Emigranten, jener verabscheuungswuerdigen Menschenklasse ohne Sitten, und den aergsten Feinden ihres Vaterlandes in ihren Landen verliehen, indem sie dieselbe nicht nur in Schutz nahmen, ihnen Waffen und Sammelplaetze darinn erlaubten, sie bisweilen sogar - wie in Koblenz und Worms - miliairische Polizey ausueben liessen, ...“⁴⁸⁷

der Verfasser von *Deutschlands Gewinn und Verlust bei der Rastadter Friedens-Basis*:

„... Endlich darf man doch wohl auch sagen, dass T r i e r es war, welches zuerst unter allen Deutschen Staaten die Augen Frankreichs auf sich zog; das den Feinden der Revolution nicht nur Aufenhalt, sondern auch ein Benehmen gestattete, das dem Deutschen missfallen, und den Franzosen beunruhigen musste; das endlich gleichsam der Canal war, durch welchen sich die bitterste Feindschaft der Franzosen über das Deutsche Reich ergoss ...“⁴⁸⁸

und der Verfasser von *Unser Reich ist nicht von dieser Welt*:

„... Geistliche Fuersten reichten zu dem letzten Kriege gegen Frankreich den ersten Zunder. In der beruehmten Erklaerung der Nationalversammlung an alle Voelker Europens, so wie in den Noten der franzoesischen Minister an die Reichs = Deputation wird dieser Umstand besonders herausgehoben, und der den

⁴⁸⁵ Nach vorheriger Beschlussfassung durch die Assemblée nationale législative.

⁴⁸⁶ *Duvergier*, Collection des lois, Tome IV, p. 117-118.

Als die weiteren Gründe wurden angegeben: das von Franz II. als König von Ungarn und Böhmen mit mehreren Mächten in Europa hergestellte, provozierte und gegen die Unabhängigkeit und Sicherheit der französischen Nation gerichtete Einverständnis, trotz des französischen Vorschlages über eine beiderseitige Truppenreduzierung auf Friedensstärke die längst der Grenze feindseligen Vorbereitungen weitergeführt und verstärkt zu haben; er habe die Souveränität der französischen Nation mit seiner Erklärung verletzt, er werde die Forderungen der Deutschen, die in Frankreich Land besitzen, für welche ihnen die französische Nation Entschädigungen angeboten habe, aufrechterhalten; er habe versucht, die französischen Bürger, indem er den Unzufriedenen die Hilfe der Koalition anbot, zu spalten und den einen Teil gegen den anderen zu bewaffnen; seine Weigerung, die letzte Depesche des Königs von Frankreich zu beantworten (die der Kriegserklärung zugrundeliegenden Beratungen in der Assemblée nationale législative am 20. April 1792, in: *Buchez-Roux*, Histoire parlementaire de la Révolution française, Tome XIV, Avril 1792, Séance du 20 Avril, p. 27-61).

⁴⁸⁷ S. 121.

⁴⁸⁸ IX., S. 92-93.

Emigranten von geistlichen Fürsten erteilte Schutz als erste Herausforderung zum Kriege angegeben. ...⁴⁸⁹

Zur allgemeinen Feindseligkeit der Französischen Republik gegen die Territorien der Fürstbischöfe, die im *Moniteur* am 8 fructidor an IV (25 août 1796) erschienene Dissertation *Est-il de l'intérêt de la République Française que l'Allemagne de la rive droite dr Rhin soit révolutionnée*⁴⁹⁰:

„... Il-convient d'autant plus, non-seulement de conserver les villes libres mais d'en étendre le ressort, que, par l'extinction des puissances ecclésiastiques, les princes séculiers obtiennent déjà une prépondérance trop marquée, et qu'il serait déshonorant pour la France d'avoir anéanti le germe de quelques liberté en Allemagne. Les terres d'évêques seront rayées de la liste des Etats, au plus à la mort des titulaires actuels. ...⁴⁹¹

⁴⁸⁹ 1. Gesichtspunkt, S. 6-7.

In der von dem *Verfasser* mit angeführten „... berühmten Erklärung der Nationalversammlung an alle Völker Europas, ...“, womit das *Décret par lequel la France proclame la liberté et la Souveraineté de tous les peuples chez lesquels elle a porté et portera ses armes* (oben, S. 276) gemeint war, waren jedoch die geistlichen Fürsten und ihre Staaten nicht ausdrücklich miterwähnt worden (oben, 276). Dies gleichfalls nicht in dem vorangegangenen – 19 nov. 1792 – *Décret qui promet secours et fraternité à tous les peuples qui voudront recouvrer leur liberté* (oben, S. 276).

Für die Mehrzahl der Emigranten öffneten sich die Grenzen Frankreichs, nachdem der 1. Konsul Bonaparte bereits nach seinem Regierungsantritt am 9. Nov. 1799 zahlreichen und insbesondere prominenten Emigranten die Rückkehr gewährt hatte (oben, S. 237-242), durch seine große Amnestieakte *Senatus-consulte v. 6 floréal an X* (26 avril 1802). Nach ihr blieb jeder straffrei, wer bis zum 1 vendémiaire an X (23 sept. 1802) nach Frankreich zurückkehrt, der Konsulatsverfassung Treue schwört und auf fremde Pensionen und Ehrenstellen verzichtet, wobei er jedoch noch auf weitere 10 Jahre einer besonderen polizeilichen Aufsicht unterstand. Wer durch Krankheit oder anderes an der Rückkehr augenblicklich verhindert war, konnte durch eine diesbezügliche Erklärung bei einem Geschäftsträger der Republik auch die Amnestie auf sich nehmen. Alle übrigen verblieben endgültig auf der Emigrantenliste und durften damit nie mehr zurückkehren (*Duvergier*, Collection des lois, Tome XIII, p. 162-171 (Titre I^{er}, p. 163-164)).

⁴⁹⁰ *Est-il de l'intérêt de la République Française que l'Allemagne de la rive droite dr Rhin soit révolutionnée en sens inverse, et que l'indépendance des puissances d'un ordre inférieur soit anéantie, pour que des débris de l'Empire il s'éleve une vaste puissance militaires?* (*Moniteur*, Octidi, 8 fructidor, l'an 4 ... (jeudi 25 août 1796, ..., N° 338., Diplomatie, Dissertation, p. 1349-1350 (1349)).

⁴⁹¹ *Moniteur*, Octidi, 8 fructidor, l'an 4 ... (jeudi 25 août 1796, ..., N° 338., Diplomatie, Dissertation, p. 1349-1350 (1350)).

IV

Die Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete: Im Gegensatz zu den Säkularisationen das nationale französische Anliegen auf Erlangung der natürlichen Rheingrenze

1. Nationales Anliegen schon unter dem Ancien Régime

Aus den Forderungen zur Zurückgewinnung ehemaliger gallischer und französischer Gebiete⁴⁹² und zur Festlegung einer durch natürliche Gegebenheiten eindeutig bestimmten Grenze entstanden,⁴⁹³ war die Erlangung der natürlichen Grenze des Rheines bereits das französische nationale Anliegen des Ancien Régimes.

2. Die Rheingrenze: Vision und Handeln der Girondisten

Die Erlangung der Rheingrenze war von den Girondisten in der Assemblée nationale législative,⁴⁹⁴ mit der von ihnen gewollten Kriegserklärung am 20. April 1792 gegen Franz II. als König von Ungarn und Böhmen⁴⁹⁵ visionär verkündet worden.⁴⁹⁶

⁴⁹² Zur Zeit Philipps des Schönen (Philipp IV 1285-1314) war von den französischen Königen die Forderung auf die Vierströme-Grenze Schelde, Maas, Saône und Rhône erhoben worden. Nachher wurde von ihnen unter Rückgriff auf das alte Gallien und die Größe und Einheit des Frankenreichs, welches den französischen Königen das Recht gäbe, ihr Reich bis an die Kernlande des Reiches Karls des Großen auszudehnen, neben den Alpen und Pyrenäen insbesondere die Rheingrenze gefordert, welche gebietliche Forderung als Zurückgewinnung – Reunion – und nicht als Annexion gedeutet wurde (*Rhenius*, Natürliche Grenzen und französische Revolution, Einleitung, S. 1-3).

⁴⁹³ Während nach germanischer Idee der Grenzwall die Grenzziehung ermöglichte, war bei den romanischen Völkern wegen der eindeutigen Festlegung insbesondere der Fluss geeignet (*Rhenius*, Natürliche Grenzen und französische Revolution, Einleitung, S. 3-4).

⁴⁹⁴ Die französische Kriegserklärung vom 20. April 1792 kam unter dem besonderen Einfluss von Jacques Pierre Brissot mit seinen 100 Anhängern – Brissotins – in der 745 Deputierte habenden Assemblée nationale législative zustande. Neben seinen genuin außenpolitischen Zielen, der vom Ancien Régime übernommenen Machterweiterung Frankreichs und der neuen revolutionär menscheitsbefreienden und menscheitsbeglückenden Ausbreitung der französischen Revolutionsideen, bezweckte Brissot mit dem von ihm gewollten Angriffskrieg insbesondere auch die Findung und Herbeiführung der inneren Einheit des revolutionären Frankreichs, mit einer Bekämpfung der eigenen Feinde im Lande (*Maier*, Frankreich und der Kriegsausbruch von 1792, in: *Schw Beitr Allg Gesch*, Band VIII, S. 135-190; *Goetz-Bernstein*, La politique extérieure de Brissot et des Girondins, Chap. II-VII, p. 25-193 mit Annexes, p.415-432; *Soboul*, Dictionnaire Révolution française, Assemblée législative, p. 45-46, Brissot Jacques Pierre, ..., p. 153-155, Gironde/Girondins, p. 503-507 (503-504).

⁴⁹⁵ Oben. S. 303.

⁴⁹⁶ Die Kanonade von Valmy am 20. Sept. 1792 erbrachte die Zurückdrängung der preußisch-österreichischen Invasion (*Chuquet*, Les guerres de la Révolution, Tome II, Chap. VIII, III.-Chap. XI, p. 172-264 und *Renouard*, Revolutionskrieg 1792, 2. Abschnitt, S. 77-81, 3. Abschnitt, S. 125-126, 4. Abschnitt, S. 200-

3. Revolutionäres Sendungsbewusstsein der Französischen Republik als Grundlage für die Erlangung der natürlichen Rheingrenze

In ihrem revolutionären und nationalen Sendungsbewusstsein hatte die Französische Republik bei den von ihr geführten Revolutionskriegen immer den Erwerb von gebietlichem Besitz angestrebt. Ihre Absicht war gewesen, die von ihr militärisch besetzten Gebiete entweder ihrem eigenen Staatsgebiet einzuverleiben⁴⁹⁷ oder in ihnen revolutionäre Tochterrepubliken zu errichten.⁴⁹⁸

Die Revolutionskriege waren von der Französischen Republik zur Ausbreitung ihrer revolutionären Ideen und zur weiteren tatsächlichen Ausbreitung und Verwirklichung ihrer revolutionären Staats- und Sozialordnung geführt worden, wie es bereits das von der Convention nationale am 19. nov. 1792 beschlossene *Décret qui promet secours et fraternité à tous les peuples qui voudront recouvrer leur liberté* enthielt.⁴⁹⁹

Joseph Cambon sprach dies in seinem im Namen der Comités de la finances, de la guerre et diplomatique vor der Convention nationale am 15. déc. 1792 gehaltenen Rapport – guerre aux châteaux, paix aux chaumières – über das Verhalten der französischen Generäle in den von den Armeen der Republik besetzten Gebieten auch deutlich aus:

„... Ils se sont demandé d’abord quel est l’objet de la guerre que vous avez entreprise. C’est sans doute l’anéantissement de tous les privilèges. Guerre aux châteaux, paix aux chaumières. Voilà les principes que vous avez posés en la

228), ihr folgte der verlustreiche und katastrophale Rückzug des preußischen Invasionsheeres nach. Von der mit 42 000 Mann am 19. Aug. 1792 in Frankreich einmarschierten preußischen Hauptarmee, bei etwas mehr als 1 000 in den eigentlichen Kampfhandlungen Gefallenen, überschritten am 23. Okt. 1792 17 000 Mann die Grenze, welcher Rest verstorben oder in Hospitälern lag (*Chuquet* ebd., Tome III, Chap. II, II.-Chap. V, p. 78-221 und *Renouard* ebd., 4. Abschnitt, S. 228-235, 5. Abschnitt, S. 274-320, 7. Abschnitt, S. 402-441). Danach erfolgte der Vorstoss der armée du Rhin Custines, mit den Besetzungen von Speyer am 30. Sept., Worms am 4. Okt., Mainz am 21. Okt., Frankfurt am 22. Okt. und die gesamte Erlangung des Gebietes am linksrheinischen Oberrhein von Landau bis Bingen (*Chuquet* ebd., Tome VI, Chap. II, I.-II., p. 46-57, IV., p. 64-65, Chap. III, II., p. 90-97, Chap. IV, I., p. 111-124; *Renouard* ebd., 4. Abschnitt, S. 250-268 und *Der franzoesische Freiheitskrieg an dem Oberrhein*, I. Theil, Kap. I., S. 29-421, Kap. II., S. 42-54, Kap. III., S. 54-56). Der Sieg Dumouriez’ mit seiner armée de Belgique über die österreichischen Truppen in der Schlacht von Jemappes am 6. Nov. 1792, mit der anschließenden Räumung der Österreichischen Niederlande und des Hochstiftes Lüttich zur Roer bis Mitte Dez. 1792 erbrachte auch im Norden die Zuwendung zum Rhein (*Chuquet* ebd., Tome IV, Chap. III, p. 71-108, Chap. IV, I.-III., p. 109-130 und *Renouard* ebd., 4. Abschnitt, S. 268-273, 6. Abschnitt, S. 339-367).

Carnot hatte die Rheingrenze dann auch in seiner Rede vor der Convention nationale am 26 pluviôse an I (14 févr. 1793) gefordert. „Les limites anciennes et naturelles de la France sont le Rhin, les Alpes et les Pyrénées; les parties qui en ont été démembrées ne l’ont été que par usurpation. Il n’y aurait donc, suivant les règles ordinaires, nulle injustice à les reprendre; ...“ (*Carnot*, Mémoires sur Lazare Carnot, Tome I, Carnot à la Convention et au Comité de salut public (1792-1795), IV, p. 301-306 (304)), insg. (p. 303-304).

⁴⁹⁷ Oben, S. 274-275.

⁴⁹⁸ Oben, S. 275-277.

⁴⁹⁹ „... La Convention nationale déclare, au nom de la nation française, qu’elle accordera fraternité et secours à tous les peuples qui voudront recouvrer leur liberté, et charge le pouvoir exécutif de donner aux généraux les ordres nécessaires pour porter secours à ces peuples, et défendre les citoyens qui auraient été vexés, ou qui pourraient l’être pour la cause de la Liberté. ...“ (oben, S. 275).

déclarant: tout ce qui est privilégié, tout ce qui est tyran, doit donc être traité en ennemi dans les pays ou nous entrons. (*Applaudissements.*) ...⁵⁰⁰

Das von der Convention nationale hierauf am selbigen Tag beschlossene *Décret par lequel la France proclame la liberté et la souveraineté de tous les peuples chez lesquels elle a porté et portera ses armes* enthielt die Proklamierung von Volkssouveränität, der Aufhebung aller bisherigen Gewalten, der Abschaffung der Feudalrechte, der Leibeigenschaft und der Erklärung, dass man dem Volk Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit bringen werde.⁵⁰¹

Wirkte die franzoesische Revolution bey ihrer Entstehung aus dem politischen Grundprinzipium des aeusserlichen Staatsinteresse?

„... Aber warum haben die Franzosen ihre Nachbarn nicht bey ihrer Verfassung gelassen? warum wollten sie alle demokratisiren? Warum ganz E u r o p a ihrer Mutterrepublik einverleiben?⁽⁵⁰²⁾ ... Das revolutionaere F r a n k r e i c h konnte wegen des so verschiedenen Geistes anderer Voelker niemahls erwarten, das ganze E u r o p a zu demokratisiren;⁽⁵⁰³⁾ ... Die franzoesischen Volksregenten haben durch die Ausbreitung der Revolutionsgrundsätze, und durch ihre Aufforderungen, das ganze E u r o p a zu demokratisiren, ...“⁵⁰⁴

und *Ein Beytrag zur Geschichte der Separatfriedensschluesse vom Jahr 1795 und 1796* (1797):

„... Die allgemeine Meinung von einer chimaerischen Freyheit hat die Explosionen der franzoesischen Revolution befoerdert, und den revolutionaeren Brand des Kriegs in volle Flammen gesetzt; aber eben auch das Extremum der

⁵⁰⁰ *Archives parlementaires de 1787 à 1860*, 1. Série, Tome LV, Convention Nationale, Séance du samedi 15 décembre 1792, Cambon, p. 70-74 (70).

⁵⁰¹ Art. I: Proklamierung zur Abschaffung der bisherigen Gewalten, Bringung von Frieden, Beistand, Brüderlichkeit, Freiheit und Gleichheit durch die Generäle in den von den französischen Armeen besetzten Gebieten, Art. II, III, V: Proklamierung von Volkssouveränität und der Aufhebung von allen bisher bestehenden Gewalten, und die zu erfolgenden Einberufungen des Volkes in die *assemblées primaires* und *communales* durch die Generäle zur Errichtung von einer vorläufigen Verwaltung, Art. IV: Unter Schutz- und Obhutstellung aller beweglichen und unbeweglichen Güter des Staates, der Fürsten und der Kirchen durch die Generäle zugunsten der Französischen Republik, Art. VI, VII u. VIII: Ernennung von Nationalkommissaren durch den *Conseil exécutif*, um sich mit der vom Volk ernannten vorläufigen Verwaltung über die gemeinsame Verteidigung und über die Mittel zur Verpflegung der dortigen Armeen zu verständigen, Art. IX: Beendigung der vorläufigen Verwaltung und der Tätigkeit der Nationalkommissare, wenn das Volk seine Souveränität, seine Freiheit und Unabhängigkeit erklärt, und sich eine freie demokratische Regierung gebildet hat (oben, S. 276).

Mit seiner unbedingten Festlegung zur Beseitigung der Gewalten des Ancien Régime und seiner Nutzbarmachung der besetzten Gebiete für die Zwecke der Republik markierte das Dekret den Beginn der Außenpolitik der Montagne (*Goetz-Bernstein*, *La politique extérieure de Brissot et des Girondins*, Chap. XII, I, p. 348-352 (350-352)).

⁽⁵⁰²⁾ In: *Magazin der Europaeischen Staatenverhaeltnisse*, II. Band, 10. Heft, I., 3., S. 482.

⁽⁵⁰³⁾ In: *Magazin der Europaeischen Staatenverhaeltnisse*, II. Band, 10. Heft, I., 3., S. 490.

⁵⁰⁴ In: *Magazin der Europaeischen Staatenverhaeltnisse*, II. Band, 10. Heft, I., 3., S. 493. Der Verfasser gelangt zum Ergebnis, dass nicht das äußerliche Staatsinteresse Frankreichs die Revolution hervorgerufen und die revolutionären Umbrüche bestimmt habe. Die Priorität lag vielmehr bei den inneren revolutionären Ereignissen, welche auch das Verhältnis nach außen bestimmten und welche auch nach außen verwirklicht werden sollten (S. 477-496).

Thorheit, alle Staaten der Welt zu municipalisieren, hat dieses Feuer gedämet. ... Die Idee einer allgemeinen Völkerrevolution ist bey den Franzosen erst durch den Zusammenschlag äußerlicher Umstände rege gemacht worden, ...⁵⁰⁵

Zu deren Verwirklichung konnte man auch die für ihre eigene Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit kämpfenden Revolutionssoldaten motivieren.

4. Erstrebung der natürlichen Rheingrenze durch die Convention nationale

Nachdem es der gegen die Französische Republik zu Beginn des Jahres 1793 gebildeten Großen Koalition aus dem König von Großbritannien, dem Generalstatthalter der Vereinigten Niederlande, dem König von Spanien und dem Reich⁵⁰⁶ gelungen war, die Österreichischen Niederlande⁵⁰⁷ und die mittelrheinischen Gebiete zurückzugewinnen,⁵⁰⁸ und mit dem Beginn

⁵⁰⁵ In: *Magazin der Europaeischen Staatenverhaeltnisse*, I. Band, 2. Heft, I., 3., S. 184, nachfolgend „...“, nachdem ein fremder Feldherr durch zwey entweder ungluecklich entworfene oder uebel verstandene Manifeste erklarte, es nicht mit dem Koenig, sondern der franzoesischen Nation zur Rettung desselben aufzunehmen. ...“ (S. 184).

⁵⁰⁶ Oben, S. 245, 303-304.

Während der 2. Hälfte des Jahres 1793 traten noch weitere europäische Herrscher dem Krieg gegen die Französische Republik auf Seiten der Koalition bei: König Ferdinand IV. von Neapel und Sizilien, König Amadeus III. von Sardinien-Piemont, Großherzog Ferdinand III von Toskana, der nächstjüngere Bruder Kaiser Franz' II., Das Königreich Portugal und Zarin Katharina II. von Russland (oben, S. 246, 248-249)).

⁵⁰⁷ Die *armée du Nord Dumouriez'* überschritt am 17. Febr. mit 16 000 Mann die Grenze zu den Generalstaaten, sie wurde jedoch durch den von Prinz Friedrich Josias von Sachsen-Coburg mit 40 000 österreichischen Truppen bei Aachen am 1. März vorgetragenen Angriff verdrängt, womit die Belagerung der österreichischen Festung Maastricht hatte abgebrochen müssen müssen, die Reichsstadt Aachen am 2. März und Lüttich am 4./5. wieder befreit wurden, worauf die österreichischen Truppen in die Österreichischen Niederlande und in das Hochstift Lüttich bis über die Maas vorstießen (*Chuquet*, *Les guerres de la Révolution*, Tome V, Chap. II, III., p.56-67; *Zeissberg*, Aldenhoven, Neerwinden, Löwen, in: *SB ph-hist Cl Ka Ak Wi*, CXXVII. Band, VII., S. 12-29, (Aldenhoven), S. 29-34, (Neerwinden); *La patrie en danger 1792-1793*, 4., p. 104, 106-110; *Posselts Annalen*, Jahrg. 1795, 2. Band, 5. Stück, VIII., 1., 2. Tafel ... Jahr 1793, S. 196-198 und *Hansen*, *Quellen Rheinland*, II. Band, (III., b)), 351., S. 773-777, 353., S. 780-781, 355., S. 783-785). Dumouriez unterlag in der Hauptschlacht bei dem zwischen Brüssel und Lüttich gelegenen Dorf Neerwinden am 18. März mit 47 000 Mann gegen die von Coburg befehligten 42 000, welcher Niederlage am 21. März bei Löwen eine weitere folgte (*Chuquet* ebd., Chap. III, III., p. 96, IV., p. 96-117; *Zeissberg*, Aldenhoven, ..., in: *ebd.*, S. 34-72, (Neerwinden), S. 72-79, (Löwen); *La patrie en danger* ebd., 4., p. 114, 5., p. 116, 125-128 und *L'armée et la guerre*, chap. 4, p. 54). Dies führte bis Ende April 1793 zur Räumung der Österreichischen Niederlande durch die französischen Truppen, bei durch österreichische Truppen erfolgten Besetzungen von Brüssel am 25. März, Namur am 26. März, Gertruydenburg und Breda am 2./3. April (*Zeissberg*, Aldenhoven, ..., in: *ebd.*, S. 79-80, (Löwen), S. 80-96, (Schluß); *Chuquet* ebd., Chap. III, V., p.117-126, Chap. IV, III., p. 140-146, IV., p. 146-147, Chap. V, p. 158-233, *La patrie en danger* ebd., 5., p. 126-129 und *L'armée et la guerre* ebd., p. 55).

⁵⁰⁸ Nach der französischen Niederlage bei Neerwinden überschritten die preußischen Truppen vom 21.-27. März bei Baccharus den Rhein, drängten die französischen Truppen über die Nahe und besetzten pfälzisches Gebiet und setzten die österreichischen Truppen Wurmsers am 30. März bei Ketsch über den Rhein, worauf Custine mit seiner *armée du Rhin* sich aus Mainz unter Hinterlassung einer 22 600 Mann starken Besetzung absetzte. Das Gebiet zwischen der Queich und der Nahe wurde vom 2.-9. April von den koalitierten Truppen unter Zurückdrängung der *armée du Rhin* auf die alten Grenzen Frankreichs zurückgewonnen, wobei die von Kléber verteidigte Festung Mainz seit dem 14. April von dem preußischen Hauptkorps mit 40 000 Mann belagert wurde. Die von den beiden *armée du Rhin* (Beauharnais) und *armée de la Moselle* (Houchard) zur ihrer Entsetzung vom 17. Mai bis 22. Juli vorgetragenen Angriffe wurden von koalitierten Truppen abgewendet, welche Festung Mainz

der Auseinandersetzungen gegen die Priester, die Kirche und die Religion,⁵⁰⁹ der Entflammung des Vendée-Aufstandes zu Anfang März 1793,⁵¹⁰ welchem die föderierten Erhebungen nachfolgten⁵¹¹ und in Paris die Machtkämpfe der politischen Gruppierungen,⁵¹² war eine Absage an jegliche gebietliche Expansion geboten.

am 23. Juli kapitulierte, wonach die frei werdenden preußischen Truppen zu dem seit dem 9. Aug. eingeschlossenen Landau und in westlicher Richtung nach Bitsch und Saarbrücken entsandt wurden, und die französischen Truppen im Süden bis zu den Weissenburger Linien zurückgedrängten (*Der francoesische Freiheitskrieg an dem Oberrhein*, I. Theil, Kap. IV., S. 71-86, Kap. V.-X., S. 86-189, Kap. XI., S. 199-231; *Remling*, Die Rheinpfalz in der Revolutionszeit, I. Band, 5. Abschnitt, §. 1., S. 304-312, §. 3.-§. 6., S. 318-370, §. 8., S. 389-395; *Chuquet*, Les guerres de la Révolution, Tome VI, Chap. VIII, I., p. 230, III. u. IV., p. 242-266, Tome VII, Chap. VIII u. IX, p. 232-308, Tome VIII, Karte am Ende; *Gouvion St. Cyr*, Mémoires sur les campagnes des armées, Tome I, Campagne de 1793, Chap. 2.-4., p. 35-78 mit Additions, N° I., p. 233-303 und Atlas, (Planche I.); *Posselts Annalen*, Jahrg. 1795, 3. Band, 8. Stück, VIII., 3., S. 201-204; *Hansen*, Quellen Rheinland, II. Band, (III., b)), 362., S. 814-816; *La patrie en danger 1792-1793*, 6., p. 149; *Lautzas*, Die Festung Mainz, 2. Kap., A, II., S. 63-78 und *Mainzisches Intelligenzblatt, Mittwoch den 31ten im Julius 1793, Nro. 55.*, Bekanntmachungen, S. 233-234 (233): enthält die Mainzischen Kapitulationspunkte, insb. Punkt V.).

⁵⁰⁹ Oben, S. 775-777.

⁵¹⁰ Der im Westen Frankreichs am 3. März 1793 aus Anlass der von der Convention nationale beschlossenen Aushebung von 300 000 Freiwilligen (oben, S. 228-229) ausgebrochene Vendée-Aufstand hatte seine tieferen Ursachen in den religiösen Anschauungen und in einer royalistischen Gesinnung und Anhänglichkeit der Bevölkerung, insbesondere der bäuerlichen. Die bis zu 40 000 Mann zählende Grande armée catholique et royale konnte bedeutende Erfolge erringen, insbesondere konnte sie den von der Convention nationale in die Vendée verstärkt entsandten republikanischen Truppen gegen Nantes am 29. Juni vorgetragenen Angriff bis Mitte Okt. 1793 abwenden (*Muret*, Guerres de l'ouest, Tome I, Chap. I.-V., p. 17-113, Chap. VI., p. 114-129 (121-124), Chap. VII., p. 130-149, Chap. VIII., p. 150-171 (159-166), Chap. IX.-XV., p. 172-317 mit Pièces justificatives, p. 475-487, 498, 499 u. 500; *Montagnon*, Les guerres de Vendée, I u. II, p. 17-49, III, p. 51-87 (53, 59-62), IV, p. 89-126 (100-103) mit Chronologie, p. 405-406 und Cartes, p. 412-415; *Les guerres de l'ouest 1793-1815*, p. 100 (Karte), 1. u. 2., p. 17-76, 3., p. 77-118 (92, 94-95, 106-107, 111, 113), 4., p. 119-152; *Doré Graslín*, Itinéraires de la Vendée militaires, Chap. I u. II, p. 11-26, Chap. III, Lundi 4 mars (1793)-Mercredi 16 octobre (1793), p. 29-78; *Lagniau*, Les guerres de Vendée, La guerre s'allume ...-Les jeunes s'engagent ..., p. 7-46 und *Furet-Richet*, La Révolution, Tome I, Chap. 6, p. 276-279, Chap. 7, p. 316-317, 338).

⁵¹¹ Die von den auswärtigen départements getragenen föderierten Aufstände bezweckten nicht ihre Loslösung oder Bildung von selbstständigen Republiken, jedoch eine zu erfolgende Errichtung von Frankreich auf allen seinen demokratischen Organismen und nicht allein auf jener von Paris. Sie hatten ihre Ursachen und Motivationen im Wirtschaftlich-Sozialen, insbesondere in der Furcht des um sein Eigentum und um seine Handelsinteressen besorgten örtlichen und regionalen Besitz- und Handelsbürgertums, dieses unterstützt auch von Royalisten und weniger in genuin politischen Bestrebungen. Ihre Anfänge hatten sie bereits in Lyon seit Mitte Mai 1793 und in der Normandie und Bretagne zu Beginn Juni, das dortige Caen wurde das Zentrum des girondistisch orientierten Westfrankreich und schlossen sich danach insbesondere die départements im Südwesten (Bordeaux) und im Süden (Nîmes, Avignon, Marseille, Toulon) im Juni und zu Beginn Juli an und waren 60 départements in Auflehnung gegen Paris (*Soboul*, Révolution française, 2. Partie, Chap. III, I, 2., p. 261-262; *Furet-Richet*, La Révolution, Tome I, Chap. 7, p. 316; *Champdor*, Lyon pendant la Révolution, Chap. IV, p. 55-68; *La Révolution en Haute-Normandie 1789-1802*, Les événements, (Chap. 1), p. 12-13, (Chap. 5), p. 93-95; *Kerviler*, La Bretagne pendant la Révolution, Livre III, Chap. II, II., p. 195-199; *Bordeaux au XVIII^e siècle*, Livre III, Chap. II, p. 410-414; *Duport*, Terreur et revolution: Nîmes, 1^{ère} Partie, Chap. II, C, p. 74-91, 97-98; *Moulinas*, Révolution d'Avignon, 4. Partie, Chap. I, p. 269-283 (281-282); *Histoire de Marseille*, X. La Révolution, par *M. Vovelle*, p. 282-285 (284) und *Histoire de Toulon*, V, p. 179-187).

⁵¹² Der Ende Sept. 1792 zwischen den Girondisten und der Montagne offen ausgebrochene, insbesondere von März-Juni 1793 ausgetragene Kampf, endete mit der von der Convention nationale mit Hilfe der Pariser Commune am 2 juin 1793 beschlossenen Verhaftung von 29 girondistischen Abgeordneten und der Aburteilung und Hinrichtung von 21 Führern am 30./31. Okt. Beide Gruppierungen entstammten zumeist dem mittleren Besitz- und Bildungsbürgertum und den juristischen Berufen aus der Provinz. Gegensätzlich zur Montagne waren die Girondisten für eine Stärkung der föderalen Gewalten, wollten einen Kompromiss mit der Krone, hatten auch gegen die Hinrichtung von Louis Capet gestimmt, wollten eine Vorherrschaft des Besitz- und

In ihrem Dekret vom 13. April 1793 erklärte die Convention nationale, sich in keiner Weise in die Regierung anderer Mächte einzumischen, sich aber auch keine Einmischung irgend einer Macht in ihre eigenen inneren Angelegenheiten und in der von ihr zu errichtenden Verfassung gefallen zu lassen.⁵¹³

Die im Sommer 1793 durchgeführte Neustrukturierung der französischen Heere,⁵¹⁴ erbrachte der Französischen Republik bis zum Ende des Jahres die Wiedererlangung der eigenen nördlichen⁵¹⁵ und östlichen Grenzen,⁵¹⁶ die Niederwerfung der föderierten Erhebungen⁵¹⁷ und die vorläufige Befriedigung der Vendée.⁵¹⁸

Bildungsbürgertums mit einer auch in Krisenzeiten liberalen Wirtschaftsordnung, waren misstrauisch gegen die Volksbewegungen und hatten den Krieg gegen das monarchische Europa zwar gewollt und erklären lassen, ihn aber nicht zu führen vermocht (*Soboul, Révolution française. 2. Partie, Chap. II, I, p. 222-233, IV, p. 248-256; Furet-Richet, La Révolution, Tome I, Chap. 6, p. 282-293 und Moniteur, Primidi, 2^e décade de Brumaire, l'an 2 ..., N^o 41., Paris, 10 de Brumaire, p. 168).*

⁵¹³ Abs. 1 „La Convention nationale déclare, au nom du peuple français, qu'elle ne s'immiscera en aucune manière dans le gouvernement des autres puissances; mais elle déclare en même temps qu'elle s'ensevelira plutôt sous ses propres ruines, que de souffrir qu'aucune puissance s'immisce dans le régime intérieur de la République, ou influence la création de la constitution qu'elle veut se donner. ...“ (*Duvergier, Collection des lois Tome V, p. 248*). Im Abs. 2 wurde die Todesstrafe gegen jedermann angedroht, der es vorschläge, mit den ausländischen Feinden zu verhandeln oder einen Vertrag abzuschließen, welche nicht vorzüglich die Unabhängigkeit der französischen Nation, ihre Souveränität, die Unteilbarkeit und Einheit der Republik anerkenne, auf Freiheit und Gleichheit gegründet sei (p. 248).

In der von der Convention nationale am 24 juin 1793 beschlossenen nicht in Kraft getretenen Verfassung war bei dem in ihrem Art 118 ausgesprochenen „Le peuple français est l'ami et l'allié naturel des peuples libres.“, in ihrem Art. 119 gleichfalls vorgesehen „Il ne s'immisce point dans le gouvernement des autres nations; il ne souffre pas que les autres nations s'immiscent dans le sien.“ (*ebd.*, p. 352-358 (357)).

⁵¹⁴ Oben, S. 228-232.

⁵¹⁵ Am 8. Okt. 1793 der Sieg bei Hondschoote, Houchard mit seiner armée du Nord von 23 000 Mann, in welcher erstmalig auf Grund der levée en masse (23. août 1793) Eingezogene verwendet wurden, gegen ein von Freytag befehligtes, die Belagerung von Dünkirchen durch den Herzog von York abzudeckendes österreichisch-hannoverisches Korps von 13 000 Mann (*La patrie en danger 1792-1793, 8., p. 161-164, 172-175, 177-178; Posselts Annalen, Jahrg. 1795, 2. Band. 4. Stück, V., S. 78, 5. Stück, I., 2 Tafel. ... Jahr 1793, S., 200 (Text) mit (Erläuterungstafel 2) nach S. 219: Nord=Armee. Zweiter Feldzug 1793, Jahrg. 1796, 2. Band, 4. Stück, V., S. 78, 5. Stück, I.: Unterzählung S. 1-2; Garnier, Lazare Hoche, 2. Époque, 8, p. 104-105 mit (Carte): Dunkerque ..., nach p. 356 und Furet-Richet, La Révolution, Tome I, Chap. 7, p. 334).*

16. Okt. 1793 Sieg bei Wattignies, Jourdan unter Beihilfe des von der Convention nationale beauftragten représentant en mission Carnot mit der 45 000 starken armée du Nord gegen die unter dem Prinz von Coburg kämpfenden österreichischen Truppen von 23 000 Mann. Diese hatten am Vortage (15. Okt.) einen Angriff der armée du Nord abwehren können, jedoch konnten am nächsten Morgen die französischen Truppen die österreichischen zum Rückzug über die Sambre nach Mons und am folgenden Tag (17. Okt.) auch zur Aufhebung der Belagerung der Festung Maubeuge zwingen (*La patrie en danger ebd., 9., p. 187-196; L'armée et la guerre, chap. 4, p. 56 und Posselts Annalen, Jahrg. 1796, 2. Band, 5. Stück, I.: Unterzählung S. 8).*

⁵¹⁶ Hohes Sieg mit seiner armée de la Moselle am 22. Dez. 1793 bei Reichshofen über die österreichischen Truppen, und mit dem ihm zusätzlich übertragenen Kommando der armée du Rhin die Zurückgewinnung der Weissenburger Linien am 26. Dez. gegen die österreichische Truppen Wurmsers. Dies führte zur Beendigung der preußischen Belagerung Landaus. Bis Ende des Jahres war das Unter-Elsass wieder zurückgewonnen und stießen die drei armées de la Moselle, du Rhin, des Ardennes in die Pfalzgrafschaft vor und gelangten bis Anfang Febr. 1794 bis zu 20 Meilen auf Trier. Auf Anweisung des Comité de salut public zogen sie sich anschließend nahe der eigenen französischen Grenze auf die Linien Kaiserslautern – Germersheim: armée du Rhin und Bitsch – Longwy: armée de la Moselle in ihre Winterlager zurück (*Chuquet, Les guerres de la Révolution, Tome IX, Chap. VI-VIII, p. 130-219, Chap. IX, p. 220-231; Garnier, Lazare Hoche, 2. Époque, 10.,*

Im Jahre 1794 kamen die weiteren Siege im Norden hinzu,⁵¹⁹ insbesondere mit der von den Koalitierten in der Schlacht von Fleurus am 26. Juni erlittene schwere Niederlage,⁵²⁰ welche

p. 134-150 mit Notes, p.345-346 und (Carte): Reprise des lignes de Wissembourg ..., nach p. 356; *Gouvion St. Cyr*, Mémoires sur les campagnes des armées, Tome I, Campagne de 1793, Chap. 11. u. 12., p. 178-220 mit Pièces justificatives, No 21. und Atlas (Planche I.) u. (Pl. IV.); *Remling*, Die Rheinpfalz in der Revolutionszeit, I. Band, 6. Abschnitt, §. 1., S. 430-437; *La patrie en danger 1792-1793*, 10., p. 208 u. 210 und *Posselts Annalen*, Jahrg. 1796, 2. Band, 5. Stück, I.: Unterzählung S. 15-17).

⁵¹⁷ Die von der Convention nationale zu den sich erhobenen départements entsandten représentants en mission und ausgesandten republikanischen Truppen errangen bereits im Juli und Aug. 1793 die ersten militärischen und politischen Siege. Die Befriedigung der Bretagne und der Normandie erfolgte im Juli und die kampflose Übergabe der hochburgundischen départements. Nîmes wurde am 14. Juli, Avignon am 25. Juli 1793, Marseille am 25. Aug., Lyon am 8./9. Okt., Toulon am 19. Dez. 1793 eingenommen und errangen in Bordeaux die dortigen Jakobiner am 18. Sept. 1793 wieder die Macht (*Soboul*, Révolution française, 2. Partie, Chap. III., I, 2., p. 261-262; *Furet-Richet*, La Révolution, Tome I, Chap. 7, p. 338; *La Révolution en Haute-Normandie 1789-1802*, Les événements, (Chap.5), p. 95 u. 96; *Kerviler*, La Bretagne pendant la Révolution, Livre III, Chap. II, II., p. 199-200, III., p. 200-207; *Duport*, Terreur et revolution: Nîmes, 2 ème Partie, Chap. I, A, p. 99, 119; *Moulinas*, Révolution d'Avignon, 4. Partie, Chap. I, p. 284-286; *Histoire de Marseille*, X. La Révolution, par *M. Vovelle*, p. 284-285; *Champdor*, Lyon pendant la Révolution, Chap. V u. VI, p. 69-96, Chap. VII, p. 97-100 mit Chap. IV, p. 55-68; *Histoire de Toulon*, V, p. 187-191; *Calvert-Young*, A dictionary of battles 1715-1815, Section Eight, Toulon III und *Bordeaux au XVIII^e siècle*, Livre III, Chap. II, p. 412-417 (416-417).

⁵¹⁸ Durch die Siege der republikanischen Truppen in Cholet am 17. Okt. 1793 unter Kléber mit 25 000 Mann gegen 30 000 Vendéer, in Le Mans am 13./14. Dez. unter Marceau und Kléber, wobei 15 000 Vendéer umkamen und bei Savenay an der Loire-Mündung am 23. Dez. – von 15 000 Vendéern überlebten allein 2 000 – wurde der Aufstand in der Vendée vorläufig niedergehalten (*Muret*, Guerres de l'ouest, Tome I, Chap. XV., p. 317-338 (321-328), Chap. XVI.-XVIII., p. 339-406, Chap. XIX., p. 407-437 (415-421, 432-436), Chap. XX., p. 438-472 mit Pièces justificatives, p. 488-497, Tome II, Chap. I., p. 1-28; *Montagnon*, Les guerres de Vendée, IV, p. 126-129 (126-127), V., p. 131-181 (165-168, 174-175) mit Chronologie, p. 406-407 und Cartes, p. 412-415; *Les guerres de l'ouest 1793-1815*, p. 10 (Karte), 4., p. 152-154 (152-153), 5., p. 155-180 (174-179); *Furet-Richet*, La Révolution, Tome I, Chap. 7, p. 338; *Doré Graslin*, Itinéraires de la Vendée militaires, Chap. III, Jeudi 17 octobre (1793)-Mardi 31 décembre (1793), p. 78-99 und *Lagniau*, Les guerres de Vendée, Les jeunes s'engagent ...-La grande Virée ..., p. 47-58).

⁵¹⁹ Die drei armées du Nord Pichegrus mit 150 000 Mann, des Ardennes Charbonniers mit 25 000 Mann und de la Moselle Jourdans mit 40 000 Mann sollten aus Westflandern und östlich davon zu dem gemeinsamen Mittelpunkt Brüssel vorstoßen. Ihnen standen unter dem Oberbefehl des Prinzen von Coburg bei Anwesenheit von Kaiser Franz II. im Hauptquartier 162 000 koalitierte Truppen entgegen. Nachdem die armée du Nord Pichegrus am 26. April noch auf eigenem französischen Gebiet bei dem an der Sambre gelegenen Lambrecies gegen österreich-englisch-holländische Truppen eine Niederlage erlitt, konnte sie bei Abwesenheit ihres général en chef am 17./18. Mai auf dem Gebiet zwischen Menin, Coutrai, Lille, Tournai mit dem Zentralort Tourcoing mit 82 000 Mann die 72 000 koalitierten Truppen des Prinzen von Coburg besiegen, womit die Grenze zwischen der Schelde und dem Meer befreit wurde. Hingegen konnte ein weiterer von Pichegru am 22. Mai bei Tournai gegen die unter dem Eigenkommando Kaiser Franz' II.' stehenden Koalitierten vorgetragene Angriff abgewehrt werden (*Carl*, *Erzherzog von Österreich*, Feldzug von 1794 und 1795, (Feldzug 1794.), S. 8-13 mit Skizze der Operation im Jahre 1794, ... Niederlande und am Rhein ..., nach S. 64; *Posselts Annalen*, Jahrg. 1795, 2. Band, 5. Stück, VIII., 1., 3. Tafel ..., vom Jahr 1794 ... ins Jahr 1795, S. 201 u. 202 (Text) mit (Erläuterungstafel 3) nach S. 219: Nord=Armee. Dritter Feldzug 1794 ..., 6. Stück, VIII., §. 2., S. 331, Jahrg. 1796, 2. Band, 5. Stück, I.: Unterzählung S. 28; *L'armée et la guerre*, chap. 3, p. 37 und *Calvert-Young*, A dictionary of battles 1715-1815, Section Eight, Tourcoing ..., p. 228, Tournai ..., p. 228-229).

⁵²⁰ Ypern ergab sich seiner Belagerung durch die armée du Nord Pichegrus am 18. Juni 1794 und konnten die seit Anfang Juli unter dem gemeinsamen Kommando von Jourdan stehenden armée des Ardennes und armée de la Moselle Charleroi am 25. Juni einnehmen. Der den Oberbefehl über die koalitierten Truppen innehabende Prinz von Coburg befahl den allgemeinen Rückzug. Hierbei bot er, um seine Nachhut zu decken, am 26. Juni bei dem nördlich von Charleroi gelegenen Fleurus mit seinen 50 000 österreichischen und auch englisch-holländischen Truppen den von Jourdan vereinigten 70 000 Mann die Schlacht an. Diese endete, während welcher Schlacht auch Beobachtungsbalons verwendet wurden, mit einem überwältigen Sieg Jourdans (*Carl*, *Erzherzog von Österreich*, Feldzug von 1794 und 1795, (Feldzug 1794.), S. 13-19 mit Skizze der Operation im Jahre 1794, ... Niederlande und am Rhein ..., nach S. 64; *Posselts Annalen*, Jahrg. 1795, 2. Band, 5. Stück, VIII.,

bis Mitte September zur französischen Wiedergewinnung der Österreichischen Niederlande und des Landes von Lüttich führte,⁵²¹ mit den anschließenden Besetzungen der trierischen und niederrheinischen Gebiete im August bis Oktober⁵²² und des mittelhheinischen Gebietes bis Ende Oktober 1794.⁵²³

1., 3 Tafel ..., vom Jahr 1794 ... ins Jahr 1795, S. 202-203 (Text) mit (Erläuterungstafel 3) nach S. 219: Nord=Armee. Dritter Feldzug, 1794 ..., 6. Stück, VIII., §. 2., S. 331-332, Jahrg. 1796, 2. Band, 5. Stück, I.: Unterzählung S. 35-36; *Furet-Richet*, La Révolution, Tome I, Chap. 7, p. 350, 352-353; *Hansen*, Quellen Rheinland, III. Band, (III., 1)), 39., S. 138-139 und *L'armée et la guerre*, chap. 4, p. 57).

⁵²¹ Der koalierte Kriegsrat erklärte am 5. Juli 1794 einen weiteren Widerstand für aussichtslos und wurden Brüssel, Antwerpen, Gent und Löwen geräumt. Pichegru konnte sich mit seiner armée du Nord mit der neu gebildeten armée de Sambre-et-Meuse Jourdans vereinigen, und rückten am Tag des 9 Thermidor an II (27 juillet 1794) Pichegru in Antwerpen und Jourdan in Lille ein. Die Festungen Landrecies ergaben sich kampflos am 17. Juli, Quesnoy am 15. Aug., Valenciennes und Condé am 27. Aug. und kapitulierte die seit Nov. 1794 von einer 50 000 Mann starken Blockadearmee eingeschlossene Festung Luxemburg mit ihren 10 000 Soldaten aus Mangel an Lebensmitteln am 24. Juni 1795 (*Erzherzog Carl*, Feldzug von 1794 und 1795, (Feldzug 1794.), S. 19-23 mit Skizze der Operation im Jahre 1794, ... Niederlande und am Rhein ..., nach S. 64, (Feldzug 1795.), S. 71; *Hansen*, Quellen Rheinland, III. Band, (III., 1)), 39.-46., S. 138-162, 48. u. 49., S. 164-172; *Posselts Annalen*, Jahrg. 1795, 1. Band, 1. Stück, V., 7., S. 116-117, 2. Band, 4. Stück, VII., 3., S. 79-80, 5. Stück, VIII., 1., 3 Tafel ..., vom Jahr 1794 ... ins Jahr 1795, S. 203 (Text) mit (Erläuterungstafel 3) nach S. 219: Nord=Armee. Dritter Feldzug 1794 ..., 3., 1., S. 207-208, 6. Stück, VIII., §. 2., S. 332-333, Jahrg. 1796, 2. Band, 5. Stück, I.: Unterzählung S. 39, 41, 43, 46, 47; *Furet-Richet*, La Révolution, Tome I, Chap. 7, p. 350; *Käss*, Organisation auf dem linken Rheinufer 1792-1801, 2. Teil, A., I., 2. Kap., §. 2., S. 90-92 und *Recueil des actes du Comité de salut public*, Tome XIV, Représentants en mission, p. 542-543 (Fußn. (1), p. 543), 639-641 (Fußn. (2), p. 639)).

⁵²² Trier wurde am 8. Aug. 1794 durch die armée de la Moselle Moreaus eingenommen und erlitt die kaiserlich-österreichische Hauptarmee Clerfayts am 18. Sept. an der Ourthe gegen Jourdans armée de Sambre-et-Meuse eine Niederlage, womit sie an die Roer zurückweichen musste. Aachen wurde am 23. Sept. eingenommen. Nach der erneuten Niederlage der kaiserlich-österreichischen Truppen am 2. Okt. bei Düren und bei Jülich gegen Jourdan mit der Einnahme von Stadt und Festung Jülich am 3. Okt., mussten die Kaiserlichen an den Rhein zurückweichen. Die kaiserlich-österreichische Hauptarmee setzte bei Köln in der Nacht v. 5./6. Okt. über den Rhein und marschierten die Truppen der armée de Sambre-et-Meuse in Neuß am 5. Okt., in Köln am 6., in Bonn am 8., in Krefeld am 9., in Kleve am 19. ein und erfolgte die Einnahme der Festung Maastricht am 4. Nov. 1794 (*Hansen*, Quellen Rheinland, III. Band, (III., 1)), 51., S. 173-175, 68-69., S. 222-225, 70., S. 226-227, 75., S. 241-243, 77.-78., S. 246-249, 82., 1), 3)-5), S. 254-256, 83., S. 256-258, 86., S. 266-268, 88., S. 272-275, 91., S. 285-286; *Posselts Annalen*, Jahrg. 1795, 2. Band, 6. Stück, VIII., §. 2., S. 333, Jahrg. 1796, 2. Band, 5. Stück, I.: Unterzählung S. 45, 49, 50, 51, 52, 56; *Carl, Erzherzog von Österreich*, Feldzug von 1794 und 1795, (Feldzug 1794.), S. 23-28, 31, 33-35 mit Skizze der Operation im Jahre 1794, ... Niederlande und am Rhein ..., nach S. 64; *Käss*, Organisation auf dem linken Rheinufer 1792-1801, 2. Teil, A., I., 3. Kap., § 1., S. 92-95 und *Der franzoesische Freiheitskrieg an dem Oberrhein*, II. Theil, Kap. XI., S. 245-249).

⁵²³ Die von den preußischen Truppen unter Möllendorff am 22./23. Mai 1794 bei Moorlautern, Kaiserslautern, Pirmasens gegen die armée du Rhin Michauds gewonnenen Gefechte, konnten von den Koalitierten nicht zu einem weiteren Vorrücken genutzt werden (*Der franzoesische Freiheitskrieg an dem Oberrhein*, II. Theil, Kap. VIII., S. 187-206; *Gouvion St. Cyr*, Mémoires sur les campagnes des armées, Tome II, Campagne de 1794, Chap. 2., p. 16-44 mit Atlas, (Planche I.) und *Carl, Erzherzog von Österreich*, Feldzug von 1794 und 1795, (Feldzug 1794.), S. 31-32 mit Skizze der Operation im Jahre 1794, ... Niederlande und am Rhein ..., nach S. 64). Hingegen konnten die armée du Rhin und armée de la Moselle Moreaus Kaiserslautern am 27. Sept. besetzen, im Oktober, bei dem preußischen Rückzug über den Rhein am 20.-24., das mittelhheinische Gebiet einnehmen, mit Worms am 18., Koblenz am 23. und danach die Festung Rheinfels am 2. Nov. und den noch linksrheinisch gehaltenen Brückenkopf von Mannheim am 25. Dez. besetzen. Die von österreichischen und Reichstruppen besetzte Festung Mainz wurde seit dem 8. Nov. von französischen Truppen eingeschlossen (*Gouvion Saint-Cyr* ebd., Chap. 5., p. 115-132, Chap. 6., p. 133-159 mit Additions, No III., p. 389-423 und Pièces justificatives, No 35 bis.-46., p. 470-487; *Der franzoesische Freiheitskrieg* ebd., Kap. XII., S. 285-286, Atlas, (Planche I.); *Erzherzog Carl* ebd., S. 32-36 mit Skizze der Operation im Jahre 1794, ... Niederlande und am Rhein ..., nach S. 64; *Posselts Annalen*, Jahrg. 1795, 2. Band, 4. Stück, VIII., §. 3., 8. Epoche, 4. Band, 10. Stück, III., S. 59, Jahrg. 1796, 2. Band, 5. Stück, I.: Unterzählung, S. 51-57, 3. Band, 8. Stück, I., 1., S. 128; *Hansen*, Quellen Rheinland, III. Band, (III., 1)), 89., S. 275-282; *Remling*, Die Rheinpfalz in der

Zudem erfolgte von Oktober 1794 bis in den Januar 1795 die Eroberung des Gebietes der Generalstaaten der Vereinigten Niederlande.⁵²⁴

Die militärischen Erfolge, womit eine koalitierte Invasion in das Innere Frankreichs mit einer monarchischen Restauration endgültig abgewendet war, wurden politisch ergänzt durch die erneut zur Macht gelangte französische Bourgeoisie, welche die girondistische Politik der gebietlichen Eroberungen wieder aufnahm.⁵²⁵

Revolutionszeit, II. Band, 8. Abschnitt, §. 6., S. 129-140 und *Lautzas*, Die Festung Mainz, 2. Kap., B, IV, S. 93-101, V., a), S. 103-105, III., a), S. 88).

⁵²⁴ Die von Pichegru befehligte armée du Nord konnte, unterstützt von örtlichen, an die vormalige Patriotenbewegung der Jahre 1781-87 – Zusammenwirken von ständischen Privilegenträgern mit neuen volksdemokratischen Kräften – anküpfenden, nunmehr jedoch revolutionären Anhängern, gegen die unter dem Erbprinzen von Oranien stehenden holländischen, englischen, hannoverischen und hessischen Truppen am 10. Okt. 1794 die Festung Herzogenbusch einnehmen und am 8. Nov. in Nymwegen einmarschieren. Obgleich die armée du Nord keine Fahrzeuge zum Übersetzen der Flüsse besaß, ermöglichte die in dem strengen Winter eingetretene Vereisung der Flüsse und Seen, womit auch die für eine eigene Verteidigung selber herbeigeführten Überschwemmungen entfielen, am 27. Dez. und 10./11. Jan. 1795 den Übergang über die Waal und Maas, wodurch Den Haag am 28. Dez. und die Festung Heusden am 13. Jan. fielen. Bei der Schnelligkeit ihrer Manöver konnte die armée du Nord die holländische Armee von den sich nach Westfalen zurückziehenden englischen und österreichischen Truppen abschneiden, welche holländische Soldaten hierauf zu ihrem größten Teil ihr überliefen. Bei der Flucht von Erbstatthalter Wilhelm V. mit seinen Söhnen am 18. Jan. 1795 nach England, konnte Utrecht am 17. Jan. und Amsterdam am 19. Jan. eingenommen werden, worauf die gesamten Niederlande besetzt wurden, und brach am 19. Jan. auch in ihnen die Revolution aus (*Schama*, Patriots and liberators, Part 1, (Chap.) 3, p. 64-135, Part 2, (Chap.) 4, p. 138-178; *Rogge*, Revolution in den vereinigten Niederlanden, 1. Zeitraum, 3. Buch, S. 84-123, 4. Buch, S. 124-209; *Posselt's Annalen*, Jahrg. 1795, 1. Band, 2. Stück, VI., 10. (vielmehr 7.), S. 219-227, 2. Band, 5. Stück, VIII., 1., 3. Tafel ..., vom Jahr 1794 ins Jahr 1795, S. 203-204 (Text) mit (Erläuterungstafel 3) nach S. 219: Nord=Armee. Dritter Feldzug, 1794 ...; *Carl, Erzherzog von Österreich*, Feldzug von 1794 und 1795, (Feldzug 1794.), S. 27-30 mit Skizze der Operation im Jahre 1794, ... Niederlande und am Rhein ..., nach S. 64 und *Politischer Zuschauer für die Niedern Reichslande*, VI. Jahrgangs Erste Hälfte, N° 1., ... 1. Jänner 1795, S. 7-8, N° 2., ... 3. Jänner 1795, S. 9-12, N° 4., ... 8. Jänner 1795, S. 32, N° 6., ... 12. Jänner 1795, S. 48, N° 8., ... 17. Jänner 1795, S. 62-64, N° 9., ... 19. Jänner 1795, S. 70, N° 10., ... 22. Jänner 1795, S. 73-74, Nachschrift zu N. 10., zwischen S. 72/73, N° 11., ... 24. Jänner 1795, S. 82-85, 85-88, N° 12., ... 26. Jänner 1795, S. 95, N° 13., ... 29. Jänner 1795, S. 97-98, 100 u. 101, N° 14., ... 31. Jänner 1795, S. 107-109, N° 15., ... 2. Februar 1795, S. 116-118, N° 20. ... 14. Februar 1795, S. 158-160, N° 21., ... 16. Februar 1795, S. 165-167, N° 28., ... 5. März 1795, S. 221-222).

⁵²⁵ Das vom Kleinbürgertum und den Volksmassen getragene Gouvernement révolutionnaire (*Lefebvre*, La France sous le Directoire, 1. Partie, Chap. I, IV., p. 26 und *Soboul*, Révolution française, 2. Partie, Chap. V, I, p. 348; *ders.*, Le Directoire et le Consulat, Introduction, II., p. 12, 1., p. 12-14) endete mit dem 9 Thermidor (27 juillet 1794).

Während der ersten Hälfte im Dez. 1794 und am 18 ventôse an III (8 mars 1795) wurden die aus der Convention nationale ausgestoßenen Girondisten wieder zurückgerufen. Ihren allgemeinen politischen Vorstellungen entsprechend, erfolgte bereits am 4 nivôse an III (24 déc. 1794) die Aufhebung des Maximums der Preise und der Reglementierungen für Lebensmittel und Handelswaren. Im Mittelpunkt der politischen Vorstellungen standen wieder individuelles Eigentum und das Zensuswahlrecht, woraus sich dann auch die Herrschaft neuer Notabels bildete (*Soboul*, Révolution française, 2. Partie, Chap. V, p. 347, I, p. 348-361, II, p. 361, 1., p. 362-364; *ders.*, Le Directoire et le Consulat, Introduction, II., p. 12, 1., p. 12-14; *Furet-Richet*, La Révolution, Tome II, Chap. 1, p. 6-7, 9, 37; *Jaurès*, Histoire socialiste, Tome V Thermidor & Directoire (1794-1799) par *G. Deville*, Chap. III, p. 32-33, 41; *Ziebur*, Frankreich 1789-1870, 4. Kap., 1., S. 68-69; *Jeschonnek*, Revolution in Frankreich, Ereignisse-..., Thermidorreaktion, S. 229-231; *Lefebvre*, Les Thermidoriens, Chap. VI, p.79-101; *ders.*, La France sous le Directoire, 1. Partie, Chap. I, IV., p. 26; *Guérin*, Bourgeois et bras nus, Chap. XII, 1, p. 290-293 und *Duvergier*, Collection des lois, Tome VII, p. 271 (21 fruct. an II: 7 sept. 1794): erste Verlängerung des Maximums für Lebensmittel, Werkstoffe und Handelswaren v. 29 sept. 1793 bis zum 1 vendém. an IV: 23 sept. 1795, p. 354-355 (4 niv. an 3: 24 déc. 1794): Aufhebung des Maximums und den Beschränkungen für die Lebensmittel und Handelswaren.

Die frontière du Rhin war republikanisch und die Anhänger der anciennes limites⁵²⁶ oder petites limites⁵²⁷ waren monarchischen Restauration verdächtig.⁵²⁸

Nachdem sich noch kurz vor dem 9 Thermidor Lazare Carnot⁵²⁹ am 28 messidor an II (16 juillet 1794) und das sich ihm anschließende die Kriegsführung und die Diplomatie innehabende Comité de salut public⁵³⁰ am 2 thermidor an II (20 juillet 1794) aus Gründen der politischen Mäßigung und Vernunft gegen eine Hinausschiebung der Grenze bis zum Rhein ausgesprochen hatten,⁵³¹ wurde diese seit Mitte November 1794 von Mitglieder des Comité de salut public gefordert.

⁵²⁶ *Fain*, Manuscrit de l'an trois, 4. Partie, Chap. VIII., p. 283.

⁵²⁷ Insbesondere die Maas-Grenze, womit der weitaus größte Teil des Landes von Belgien und der ca. hälftige Teil des Hochstiftes Lüttich zur Französischen Republik gelangten (*Godechot*, La Grande Nation, Chap. III, Les plans de la Convention thermidorienne ... , p. 82 und *Großer Historischer Weltatlas*, III. Teil, S. 27, 32). Nach dem im Jahre 1795 erschienen: *Les frontières de la France considérées sous un point de vue politique et militaire*, p. 9 kamen als die neuen Grenzen Frankreichs Grenzlinien zwischen dem Meer und der Maas, zwischen der Maas und der Mosel und zwischen der Mosel und dem Rhein in Betracht.

⁵²⁸ *D. Richet*, Frontières naturelles, in: *Furet-Ozouf*, Dictionnaire Révolution française, Idées, p. 748 und *Guyot*, Le Directoire et la paix de l'Europe, Chap. III, II., p. 115.

⁵²⁹ Lazare Nicolas Marguerite Carnot (* 13 mai 1753), officier dans l'armée du Génie, organisateur de la victoire in den Jahren 1793/94. Régicide contre l'appel au peuple und Mitglied des Comité de salut public v. 10. Juli 1793-März 1795. Im Direktorium das Kriegressort innehabend, galt er als der L'Organisateur de la victoire (*Soboul*, Dictionnaire Révolution française, Carnot Lazare ..., p. 189-191; *Robinet*, Dictionnaire 1789-1815, Tome I, Carnot (Lazare-..., p. 334-336 (334-335); *Furet-Richet*, La Révolution, Tome II, Chap. 2, p. 88; *Archives parlementaires de 1787 à 1860*, 1. Série, Tome LVII, Convention Nationale, Séance du mardi 15 janvier 1793, p. 63 Le Président, p. 67 Pas-de-Calais, Carnot, p. 74-75 Le Président, p. 82 Pas-de-Calais, Carnot und *Moniteur*, Dimanche 20. Janvier 1793. ..., N° 20., Convention Nationale, Suite de la séance du mercredi 16 janvier, Troisième appel nominal, p. 100 linke Sp. Pas-de-Calais.-Carnot).

⁵³⁰ Neben der bereits erfolgten Übertragung aller Exekutivbefugnisse einschließlich der Kriegsführung (oben, S. 231), wurde das Comité de salut public in dem Dekret der Convention nationale v. 14 frimaire an II (4 déc. 1793) Sur le mode de gouvernement provisoire et révolutionnaire (*Duvergier*, Collection des lois, Tome VI, p. 317-322) speziell mit den wichtigeren diplomatischen Geschäften betraut, über welchen mit ihnen zusammenhängenden Angelegenheiten es direkt zu verhandeln hatte. Die représentants du peuple konnten von ihm gefasste Beschlüsse weder verhindern noch zögern, sondern mussten ihm vielmehr alle 10 Tage Bericht erstatten (Sect. III., Art. 1 u. 2: *Duvergier* ebd., p. 319). Das nach dem 9 Thermidor von der Convention nationale zur Neuordnung der comités erlassene Dekret v. 7 fructidor an II (24 août 1794), beschränkte das Comité de salut public auf die Diplomatie und auf die Kriegsführung (*Recueil des actes du Comité de salut public*, Tome XVI, Comité de salut public, Séance du 7 fructidor an II-..., p. 310-320 (Titre I. u. Titre II., Art. 1, p. 311-313).

⁵³¹ In seinen *Vues proposées au Comité de salut public sur les résultats que l'on doit tirer aux frontières du Nord, des succès de la campagne actuelle* v. 28 messid. an II (16 juillet 1794) (wichtigste Passagen in: *Carnot*, Mémoires sur Lazare Carnot, Tome I, Carnot à la Convention et au Comité de salut public 1792-1795, p. 484-487) hatte er sich aus Gründen der politischen Mäßigung und der Vernunft für eine nicht Hinausschiebung der Grenzen bis zum Rhein, gleichwohl dies nach der Schlacht von Fleurus möglich gewesen wäre, ausgesprochen (*ebd.*). Das Comité de salut public schloss sich diesem in einem an die Repräsentanten bei den armée du Nord und armée de Sambre-et-Meuse gerichteten Schreiben vom 2 thermidor an II (20 juillet 1794) dahingehend an, als es für die Französische Republik allein die mit den beiden westlichen und östlichen Ausgangsorten Antwerpen und Namur, diesswärts der Schelde, Haisne, Sambre und Maas gelegenen Gebiete der Österreichischen Niederlande für sich beanspruchte, womit West-Flandern und Holländisch-Flandern, jedoch nicht Brüssel an die Französische Republik gelangen würden (*Recueil des actes du Comité de salut public*, Tome XV, [20 juillet.], Représentants en mission, p. 317-318 (von der Hand Carnots geschrieben), insb. „... Hâtez-vous, chers collègues, ... sans disséminer nos forces. ...“ (p. 317); *Zedler*, Universal Lexicon, XII. Band, Haisne, oder Haine. ..., Sp.

In dem Schreiben des Comité de salut public vom 24 brumaire an II (14 nov. 1794) an die représentants en mission bei den armée du Rhin und armée de la Moselle wurden diese darauf hingewiesen, dass man zwischenzeitlich alles, was diesseits des Rheines liege, als eigenes Gebiet betrachte, und wurden sie aufgefordert zu verhindern, dass der Feind einen Fuß auf das eigene Gebiet setze.⁵³²

Merlin de Douai legte in seiner am 14 frimaire an III (4. Dez. 1794) vor der Convention nationale im Namen des Comité de salut public gehaltenen, an alle Armeen und Gemeinden versandten und die Grundsätze und Leitlinien für die künftigen Friedensverhandlungen mit den auswärtigen Mächten beinhaltenden Rede insbesondere dar, dass Frankreich einen Frieden wünsche, welcher ihm die Festigkeit seines Territoriums versichere, und dass es kraft seiner Siege und Prinzipien ihm gestattet sei, zu verlangen, was es wünsche.⁵³³

Das Comité de salut public instruierte seinen für die Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit dem König von Preußen bevollmächtigten Gesandten Barthélemy am 26 nivôse an III (15 janv. 1795) dahin, dass die Republik den Rhein als ihre natürliche Grenze betrachte, und dass dies die Basis für jegliche Verhandlungen sei.⁵³⁴

223-224; *Atlas historique de la Belgique*, Carte X, Carte XI und *The Times atlas of the world*, Plate 61, 2° 30' -5° 0' ö/49° 30' -51° 20' n).

⁵³² Die erstrittenen Siege würden das Recht geben, die diesseits des Rheines liegenden Gebiete als die eigenen zu betrachten (*Recueil des actes du Comité de salut public*, Tome XVIII, [14. nov. 1794.], Représentants en mission, p. 145 (von der Hand Carnots geschrieben)).

⁵³³ Die Rede wurde in alle Sprachen übersetzt (im Gebiet der Französischen Republik gesprochenen) und an alle Armeen und Gemeinden versandt (*Moniteur*, Septidi, 17 Frimaire, l'an 3 ... (d. 7 xbre 1794, vieux st.), N° 77., Convention nationale, Suite de la séance du 14 Frimaire, André Dumont, p. 324). Frankreich erwünsche einen Frieden, welcher ihm die Festigkeit seines Territoriums versichere, auf dem es die Grundlagen und das Glück der Republik erreichen könne. Kraft seiner Siege sei es ihm gestattet, zu verlangen, was es wünsche. Es wolle einen Frieden, aber einen durch seine eigene Stärke und durch das Unvermögen seiner Feinde garantierten (*Moniteur*, Sextidi, 16 Frimaire, l'an 3 ... (s. 6 xbre 1794, vieux st.), N° 76., Convention nationale, Séance du 14 Frimaire, p. 322, insb. mittlere Sp.).

Posselts Annalen, Jahrg. 1798, 2. Band, 6. Stück, III., §. 1., S. 238 „... Der 9 Thermidor brach dis ungeheure System. Den 4 Dec. 1794 nannte Merlin (von Douai,) im Namen des neuen Wohlfahrts Ausschusses, im NationalConvent zum erstenmal das Wort Friede; aber zugleich kündigte er an, daß die fränkische Republik keinen andern Frieden schliesen werde als wodurch sie den Rhein zu ihrer Gränze gegen Teutschland erhalte. ...“.

⁵³⁴ „... ,Il déclarera en conséquence que la République regarde le Rhin comme sa limite naturelle qu'elle est résolue de conserver. ... ,Il résulte de cette première base de toute négociation: ,1° Que le roi de Prusse se trouvera dans le cas de renoncer à la possession de cette partie de ses États qui est deçà de la limite posée. ...“ (*Barthélemy*, Papiers, Tome V, 70., c., p. 50-55 (53)).

In der von den représentants en mission bei den armée du Nord und armée de Sambre-et-Meuse im Namen des Französischen Volkes und seiner Republik am 17 nivôse an III (6 jan. 1795) abgegebenen Proklamation an die Einwohner Belgiens und der übrigen durch diese Armeen besetzten Länder, wurde sie und insbesondere die Belgier zu einer Vereinigung mit der Französischen Republik aufgefordert (*Archives nationales*, historiques, F⁹ 1 à 409).

In der von allen Regierungsgewalten ausgehenden Convention nationale⁵³⁵ hatten die Anhänger der Rheingrenze auch die Mehrheit erlangt.⁵³⁶

Nach der Wahl seiner neuen Mitglieder am 15 thermidor an III (2 août 1795)⁵³⁷ hatte sich das Comité de salut public angesichts des seit Mai/Juni 1795 wieder ausgebrochenen Krieges in der Vendée und gegen die Chouans,⁵³⁸ des sich verstärkt und offen zeigenden Royalismus⁵³⁹ und der erstmaligen Landung von Emigrantengruppen am 27. Juni und 15. Juli 1795 auf der südbretonischen Halbinsel Quiberon⁵⁴⁰ endgültig auf eine Erlangung der Rheingrenze geeinigt.⁵⁴¹

⁵³⁵ Dekret der Convention nationale v. 14 frimaire an II (4 déc. 1793) über die Art der provisorischen und revolutionären Regierung, Sect. II., Art. 1 „La Convention nationale est le centre unique de l’impulsion du Gouvernement.“ (*Duvergier*, Collection des lois, Tome VI, p. 317).

⁵³⁶ *Sorel*, L’Europe et la Révolution française, IV. Partie, Livre II, Chap. I, II, p. 174-180, Livre I, Chap. V, II, p. 145; *Godechot*, La Grande Nation, Chap. III, Les plans de la Convention thermidorienne ..., p. 79-80; *Rhenius*, Natürliche Grenzen und französische Revolution, 1. Teil, S. 19-27 und *Posselts Annalen*, Jahrg. 1798, 2. Band, 6. Stück, III., §. 1., S. 238-239.

Lavallée, Les frontières de la France, 2. Partie, Chap. 1., p. 119-121: die Zusammenfassung der von der Convention nationale an die Generäle gegebenen Instruktionen lautete „Rester sur la défensive partout où la France a ses limites naturelles, prendre l’offensive partout où elle ne les a pas,“ ... “ (p. 120).

⁵³⁷ Von der Convention nationale wurden am 15 thermidor an III (2 août 1795) für die ausscheidenden Tallien, Aubry, Treillard und Cambacérès als neue Mitglieder des Comité de salut public Merlin de Douai, Le Tourneur de la Manche, Reubell und Sieyès gewählt (*Moniteur*, Sextidi 16 thermidor, l’an 3 ... (1.3 août 1795 ..., N° 316., Convention Nationale, p. 1274 rechte Sp., N.B.).

Seine Zusammensetzung bis zum 15 fructidor an III (1 sept. 1795): Reubell, Sieyès, Boissy d’Anglas, Debry, Merlin de Douai, Doucet, Vernier, Deferron, Rabaut, Marec, Blad, Gamon, Louvet, Lesage, Larivière, Letourneur (*Sorel*, Le Comité de salut public et la question de la rive gauche du Rhin en 1795, II., in: *RH*, Tome XVIII, Articles de fond, p. 298, Fußn. 5. und *Recueil des actes du Comité de salut public*, Tome XXVI, Comité de salut public, Séance du 15 thermidor an III - 2 août 1795, Présents, p. 108, 1., p. 108-109 (führt nicht Lesage mit an).

⁵³⁸ Bei der Nichteinhaltung der ihnen durch die Convention nationale gemachten Zusagen, mit insbesondere dem Tod des Dauphin am 8. Juni 1795, und nachdem auch die Chouans um den 10. Mai 1795 mit den Auseinandersetzungen begonnen hatten, nahmen Charette am 24. Juni 1795 und Stofflet am 28. Jan. 1796 den Vendée-Krieg wieder auf. Bei anhaltenden kämpferischen Auseinandersetzungen – général Hoche – im Jahr 1795 und im Frühjahr 1796 wurden sie mit den Gefangennahmen und Hinrichtungen von Stofflet am 23./25. Febr. 1796, von Charette am 23./29. März 1796 und den Unterwerfungen der Führer der Chouans im Frühjahr 1796 beendet (*Muret*, *Guerres de l’ouest*, Tome II, Chap. XII.-XVII., p. 273-438 mit Pièces justificatives, p. 443-447, Tome III, Chap. XIII., p. 463-480, Tome IV, Chap. I.-XIII., p. 1-460 mit Pièces justificatives, p. 461-496; *Les guerres de l’ouest 1793-1815*, p. 10 (Karte), 6., p. 220-228, 7., p. 230 (Karte), La première ..., p. 255-256, 240, La deuxième ..., p. 257-276; *Montagnon*, *Les guerres de Vendée*, VII, p. 234-239, 239-251, 252-258, 260-264 mit Chronologie, p. 408 und Cartes, p. 412-415; *Lagniau*, *Les guerres de Vendée*, *Les négociations* ..., p. 84-87; *Doré Graslin*, *Itinéraires de la Vendée militaire*, Chap. III, Dimanche 3 mai (1795) - Mardi, 29 mars (1796), p. 170-199 und *Furet-Richet*, *La Révolution*, Tome II, Chap. 1, p. 41, 64-65).

⁵³⁹ Oben, S. 787.

⁵⁴⁰ Von der britischen Regierung mitgetragen und mitfinanziert, unter dem Schutz ihrer Flotte stehend, landeten auf Quiberon am 27. Juni/15. Juli 1795 4 700 Emigrantentruppen. Das Unternehmen sollte einen allgemeinen monarchischen Aufstand in Frankreich entfachen und die am Rhein stehende weitere Emigranten-Armee Condés zu ihrem Vorrücken nach Frankreich veranlassen. Die gewollte monarchistische Restauration sollte eine solche des Ancien Régime und keine konstitutionelle sein. Nach der Landung schlossen sich nur wenige Verbände der Chouans ihnen an und beteiligte sich die Bevölkerung kaum. Bei ihnen sich auch streitenden Führern, konnte der général en chef de l’armée des côtes de Brest Hoche 13 000 republikanische

Die zu den Armeen auf dem linken Rheinufer entsandten représentants en mission⁵⁴² forderten einen, den Anstrengungen der Revolutionsarmeen entsprechenden Frieden, womit die Erlangung der Rheingrenze angesprochen war.⁵⁴³

In der Öffentlichkeit wurde die Frage stark diskutiert und überwiegend die Rheingrenze bejaht.⁵⁴⁴

Truppen zusammenziehen, am 7. Juli die Emigranten auf der Halbinsel einschließen und ein am 16. Juli von ihnen vorgetragener Angriff abwehren. Sein Gegenangriff am 21. Juli zwang die Emigrantentruppen zur Wiedereinschiffung auf die britischen Schiffe und zur Kapitulation, mit einem Verlust von Emigranten und Chouans von 6 510 Gefangenen und Toten (*Chassin*, Hoche à Quiberon, II, p. 7-14, VI, p. 39-44, IX-XXXI, p. 61-242 mit Carte (am Ende); *Champagnac*, Quiberon, p. 8 (Carte), 1. partie, p. 9-27, 2. partie, p. 27-69, 3. partie, p. 71-127 mit Annexes, p. 277-357; *Garnier*, Lazare Hoche, 3. Époque, 16, p. 217-235 mit Notes, p. 349, 17, p. 236-237 und *Godechot*, La contre-révolution, 2. Partie, Chap. XIII, 2., p. 273-278).

Am 30. Sept. 1795 landeten erneut aus England kommend Emigranten und britische Truppen von 4 540 Infanterie und 1 040 Kavallerie auf der weiter südlich vor der Küste der Vendée gelegene kleine Insel île d'Yeu, zu welchen der Comte d'Artois mit seinem Hof am 2. Okt. 1795 stieß. Bei aufkommenden Stürmen, mit den Versorgungsschwierigkeiten beschloss die britische Regierung am 25. Okt. 1795 ihre Rückführung (*Chassin* ebd., XXXII., p. 243-248 und *Godechot* ebd., p. 278).

⁵⁴¹ Mit dem Ausscheiden des ein Gegner der Rheingrenze seienden Aubry, den Wiedereintritt den diese befürwortenden Reubell und Sieyès und dem Neueintritt von Merlin de Douai (oben, S. 875), gleichfalls ein Anhänger von der Rheingrenze – seine beiden Briefe an Merlin de Thionville, représentant à l'armée de Rhin-et-Moselle v. 8 thermidor an III (26 juillet 1795) (*Reynaud*, Merlin de Thionville, Correspondance, ... officielle, p. 229-230) und v. 8 fructidor an III (25 août 1795) (*Recueil des actes du Comité de salut public*, Tome XXVI, [25 août 1795.], Représentants en mission, Merlin (de Douai), ..., à Merlin (de Thionville), ..., Paris, 8 fructidor ..., p. 668-669 und *Gruffy*, Merlin de Douai, 1. Partie, Chap. II, Section III., § 2., p. 53-58: Merlin de Douai) –, verstärkte sich der Einfluss der Anhänger der Rheingrenze und schloss sich der zuerst noch zögernde Louvet ihren Ansichten an. Unter der Herrschaft ihrer Einflüsse, veränderte dann auch die Mehrheit im Comité de salut public ihren bisherigen Standpunkt, und entschied sich für die Rheingrenze (*Sagnac*, Le Rhin français, Livre 1, Chap. III, III., p. 120-121 und *Sorel*, Le Comité de salut public et la question de la rive gauche du Rhin en 1795, II., in: *RH*, Tome XVIII, Articles de fond, p. 298-299).

⁵⁴² Von der Convention nationale zu den Revolutionsarmeen entsendet, oblag ihnen insbesondere die Versorgung der Truppen, die Überwachung der Offiziere und der Heereslieferanten und konnten sie vorläufig Generäle ihres Amtes entledigen (oben, S. 231).

⁵⁴³ *Roberjot*, Rapport fait à la Convention nationale, par Roberjot, représentant du peuple, sur sa mission dans les pays conquis par les armées du Nord et de Sambre-et-Meuse,

Bericht von Dubois (du Haut-Rhin), représentant à l'armée du Nord et de Sambre-et-Meuse an die Convention nationale, geschrieben in Bonn am 23 thermidor an III (10 août 1795) (*Recueil des actes du Comité de salut public*, Tome XXVI, [10 août 1795.], Représentants en mission, p. 306-307 (307)),

Bericht des représentant à l'armée du Rhin et Moselle an das Comité de salut public, geschrieben in Flessingue am 2 fructidor an III (19 août 1795) (*Recueil des actes* ebd., [19 août 1795.], Représentants en mission, p. 548-551 (550)) und

Bericht der beiden représentants à l'armée de Rhin-et-Moselle Merlin de Thionville und F. Rivaud an die Convention nationale, geschrieben in Strasbourg am 26 thermidor an III (13 août 1795) (*Recueil des actes* ebd., [13 août 1795.], Représentants en mission, p. 374-375 (375)).

⁵⁴⁴ Die von einem unbekanntem *négociant de la rive gauche du Rhin* (früherer kurpfälzischer Finanzkammerrat List (Georges Guillaume Boehmer) im Jahre 1795 in Paris gestellte und im Journal de Paris am 7. août 1795 gebrachten Preisfrage: Est-il de l'intérêt de la République française de reculer ses limites jusqu'aux bords du Rhin, hatte in der Öffentlichkeit und in der Presse ein großes Echo gefunden. Von den 56 eingegangenen Aufsätzen wurde die natürliche Rheingrenze fast ausnahmslos befürwortet (*Moniteur*, Sextidi, 26 thermidor, l'an 3 ... (j. 13 août 1795 ..., N° 326., République Française, Paris, le 25 thermidor, p. 1311; Octidi 28 thermidor, l'an 3 ... (s. 15 août 1795 ..., N° 328., République Française, Paris, le 26 thermidor, p. 1319; Décadi,

Bei den in der Convention nationale über die Reunion von Belgien und Lüttich am 8 und 9 vendémiaire an IV (30 sept. und 1 oct. 1795) stattfindenden Beratungen hatte der im Namen des Comité de salut public berichtende Merlin de Douai die Idee der natürlichen Grenze vertreten, und für Belgien und das Land von Lüttich die Errichtung einer getrennten Republik verworfen, weil Belgien und Lütticher für die Freiheit nicht geeignet seien, und eine getrennte Republik zu schwach sei, um den Angriffen ihrer früheren Herren zu widerstehen. Die Reunion mit Frankreich sei das Gegebene. Hinsichtlich der anderen linksrheinischen Gebiete, seien das Ansehen der Republik und die Ruhe in Europa wesentlich an die Ausdehnung des französischen Territoriums bis zum Rhein geknüpft. Jedoch sollten die mit dem König von Preußen und dem Landgrafen von Hessen-Kassel abgeschlossenen Verträge, nach welchen die endgültige Regelung über diese Gebiete dem allgemeinen Friedensschluss vorzubehalten seien, eingehalten werden.⁵⁴⁵ Am 9 vendémiaire (10 oct. 1795) beschloss die Convention nationale die Reunion aller dem Haus Österreich zugehörigen linksrheinischen Gebiete, und bestätigte die in ihren früheren Dekreten ausgesprochenen Reunionen des Landes von Lüttich und von weiteren.⁵⁴⁶ Damit machte sie sich das Prinzip von der Erlangung der natürlichen

30 thermidor, l'an 3 ... (l. 17 août 1795 ..., N° 330., République Française, Paris, le 29 thermidor, p. 1327; Primidi, 1^{er} vendémiaire, l'an 4 ... (m. 23 7bre 1795 ..., N° 1., Variétés, p. 1-2; *Boehmer*, La rive gauche du Rhin, limite de la République française, Avant-propos, p. V-X, p. 1-59; *Hansen*, Quellen Rheinland, III. Band, (III., 2)), 173., S. 573-582, 175., S. 585-591; *Springer*, Die Franzosenherrschaft in der Pfalz, 1. Teil, 4. Kap., S. 93-96 und *Sorel*, L'Europe et la Révolution française, IV. Partie, Livre III, Chap. V, II, p. 427, insb. Fußn. 3).

⁵⁴⁵ Discussion sur la réunion de la Belgique et du pays de Liège à la République Française (*Moniteur*, Primidi, 11 vendémiaire, l'an 4 ... (s.3 8bre 1795 ..., N° 11., Convention Nationale, Séance du 8 vendémiaire, Discussion sur la réunion ..., Merlin de Douai, au nom du comité de salut public, p. 42-44; Duodi, 12 vendémiaire, l'an 4 ... (d.4 8bre 1795 ..., N° 12., Convention Nationale, Suite de la séance du 8 vendémiaire, Suite du rapport de Merlin de Douai, p. 45) „...“, que l'affermissement de la République et le repos de l'Europe sont essentiellement attachés au reculement de notre territoire jusqu'au Rhin; ...“ (p. 45 mittlere Sp.), zu Limburg und Luxemburg: „... La plus forte de l'Europe qui seule protege une grande partie de nos frontieres, et dont le retour en nos mains est d'autant plus naturel, ...“ (p. 45 rechte Sp.).

Von den weiteren Hauptrednern lehnte Armand de la Meuse die Reunion von Belgien als unpolitisch ab, falls ihr nicht durch den freien Willen des Volkes zugestimmt werde (*Moniteur*, Duodi, 12 vendémiaire, l'an 4 ebd., p. 45-46 Armand), empfahl Lesage d'Eure et Loire die Bildung einer getrennten Republik, insbesondere sei die Reunion ein Akt der Gewalt, und eine getrennte Republik habe auch in Belgien Anhänger, welche Belgien unter ihrer früheren Verfassung glücklich gewesen waren (*Moniteur*, Duodi, 12 vendémiaire, l'an 4 ebd., p. 47 Lesage, ..., p. 47-48 Lesage, p. 48 Lesage; Tridi, 13 vendémiaire, l'an 4 ... (l.5 8bre 1795 ..., N° 13., Convention Nationale, Suite de la Séance du 8 vendémiaire, Suite de l'opinion de Lesage ..., p. 50) und befürworteten Eschassériaux aîné, Portiez de l'Oise, Roberjot, Lefebvre de Nantes, Carnot die Reunion von Belgien und von Lüttich (*Moniteur*, Duodi, 12 vendémiaire, l'an 4 ebd., p. 46-47 Eschassériaux ...; Tridi 13 vendémiaire, l'an 4 ebd., p. 50-52 Portiez, ..., Quartidi, 14 vendémiaire, l'an 4 ... (m6 8bre 1795, ..., N° 14., Convention Nationale, Suite a la séance du 9 vendémiaire, Suite de la discussion sur la réunion de la Belgique et du pays de Liège, p. 54-55 Roberjot, p. 55-56 Lefebvre, ...; Sextidi, 16 vendémiaire, l'an 4 ... (j.8 8bre 1795 ..., N° 16., Convention Nationale, Fin de la discussion sur la réunion de la Belgique, dans la séance du 9 vendémiaire, p. 61 Carnot); insg., *Moniteur*, Duodi, 12 vendémiaire, l'an 4 ebd., p. 46-48; Tridi, 13 vendémiaire, l'an 4 ebd., p. 50, 52; Sextidi, 16 vendémiaire, l'an 4 ebd., p. 60 u. 62.

⁵⁴⁶ *Moniteur*, Sextidi, 16 vendémiaire l'an 4 ... (j. 8 8bre 1795 ..., N° 16., Convention Nationale, Fin de la discussion sur la réunion de la Belgique, dans la séance du 9 vendémiaire, p. 61-62.

Art. I: Bestätigung der Dekrete v. 2., 4. mars und v. 8 mai 1792 über die Vereinigung des Landes von Lüttich mit dem französischen Territorium, Art.II: Bestätigung der Dekrete v. 1., 2., 6., 7., 9., 11., 19. u. 23. mars 1793, welche die Gebiete von Hainault, Tournay, das Land von Namur und die Mehrheit der Gemeinden von Flandern und Brabant mit dem französischen Territorium wieder vereinigten, Art. III: Annahme der seitens 1793 von den Gemeinden Ypres, Grammont und von weiteren in Flandern, Brabant und Österreich-Geldern ausgesprochenen Wunschersuchen auf Wiedervereinigung mit dem französischen Territorium, Art. IV: Wiedervereinigung aller

Grenzen zu eigen. Sie drückte dies vor ihrem am 5 brumaire an IV (26 oct. 1795) erfolgten Auseinandergehen⁵⁴⁷ als ihr politisches Testament aus.⁵⁴⁸

Der unmittelbar danach in Paris am 13 vendémiaire an IV (5 oct. 1795) ausgebrochene,⁵⁴⁹ von den konstitutionellen Monarchisten getragene Vendémiaire-Aufstand, den die Convention nationale niederhalten konnte, stärkte weiterhin die den Erwerb der Rheingrenze befürwortenden Republikaner.⁵⁵⁰

5. Konstanter Wille des Direktoriums zur Errichtung der natürlichen Rheingrenze

In dem seit dem 11 brumaire an IV (2 nov. 1795) regierenden Direktorium,⁵⁵¹ dessen 5 directeurs⁵⁵² die vollziehende Gewalt⁵⁵³ innehatten und für die äußere und innere Sicherheit

vor dem Krieg unter der österreichischen Herrschaft linksrheinisch gewesenen Gebieten, und jener der der Französischen Republik in dem in Den Haag am 27 floréal (16 mai 1795) mit der Republik der Vereinigten Niederlande abgeschlossenen Vertrag vorbehaltenen mit dem französischen Territorium (p. 61 rechte Sp.).

⁵⁴⁷ *Moniteur*, Quartidi, 14 brumaire, l'an 4 ... (j5 9bre 1795 ..., N° 44., Convention Nationale, Suite de la séance du 4 brumaire, p. 173-175 (175 linke Sp. am Ende Thibaudeau und Le président).

⁵⁴⁸ *Sorel*, Les frontières constitutionnelles 1795, II., in: *RH*, Tome XIX, Articles de fond, p. 35-36, 40 und *Nabonne*, La diplomatie du Directoire et Bonaparte, II, p. 41.

⁵⁴⁹ Anlass war der von der Convention nationale am letzten Tag der Beratung über die neue Direktorial-Verfassung am 5 fructidor an III (22 août 1795) in einem zusätzlichen Dekret, zum Erhalt der weiteren personellen Identität in dem künftigen Gesetzgebungskörper, welche auch die inhaltliche Identität der nachfolgenden Politik absichern sollte, beschlossene Zwei-Drittel (*Duvergier*, Collection des lois, Tome VIII, p. 242-244): die Verpflichtung der Wahlmännerversammlungen: assemblées électorales von dem neuen Corps Législatif: der 250 Mitglieder habende Conseil des Ancien und der 500 Mitglieder zählende Conseil des Cinq-Cents, jeweils $\frac{2}{3}$ ihrer Mitglieder aus den bisherigen Conventionnels zu wählen (Titre I, Art. 1 u. 2, in: *Duvergier* ebd., p. 242 mit Titre V, Art. 44, 73 u. 82 der Direktorial-Verfassung, in: *Duvergier* ebd., p. 223-242 (227, 228). Im nachfolgenden Dekret v. 13 fructidor an III (30 août 1795) wurde dies noch ergänzt, dass bei einer Nichtbeachtung dieses Dekrets durch die assemblées électorales, die allein wiedergewählten Conventionnels durch eigene Zuwahl sich ergänzten sollten (*Duvergier* ebd., p. 250).

⁵⁵⁰ Der Vendémiaire-Aufstand konnte von der Convention nationale mit Hilfe von Barras und dem damaligen Artillerie-General Buonaparte niedergekämpft werden (*Zivy*, Le treize vendémiaire, Introduction, p. 7-16, 1. Partie, p. 17-45, 2. Partie, p. 46-97, 3. Partie, p. 98-107, Conclusion, p. 108-112, Appendice, p. 113-126 und Pl. I. u. Pl. II. (am Ende); *Soboul*, Révolution française, 3. Partie, Chap. I, III, 2., p. 398-399; *ders.*, Dictionnaire Révolution française, Vendémiaire ..., p. 1076-1079; *Furet-Richet*, La Révolution, Tome II, Chap. 1, p. 73-77; *Lefebvre*, Les Thermidoriens, Chap. X, p. 174-196; *Fain*, Manuscrit de l'an trois, 5. Partie, Chap. III., p. 323-333, Chap. V. u. VI., p. 341-367 und *Paris pendant la Réaction thermidorienne et sous le Directoire*, Tome II, CDXXXIII-CDXXXVIII, p. 286-309).

⁵⁵¹ Oben, S. 788.

⁵⁵² Bestehend zu Beginn aus Reubell (Président), Révellière-Lépeaux, Le Tourneur de la Manche, Carnot (für den zuerst gewählt, jedoch sein Amt nicht annehmenden Sieyès, nach einer Neuwahl am 13 brumaire an IV (4 nov. 1795)) und Barras (*Recueil des actes du Directoire exécutif*, Tome I, Séance du 11 brumaire an IV 2 novembre 1795, p. 1-6 (2-4), Appendice, p. 7 u. 8 (7), Séance du 13 brumaire an IV 4 novembre 1795, p. 11-16 (11-13)).

⁵⁵³ Titre VI der Verfassung des Direktoriums (*Duvergier*, Collection des lois, Tome VIII, p. 223-242 (231-232), insb. Art. 132 (p. 231).

der Republik zu sorgen hatten,⁵⁵⁴ strebten alle den Erwerb der gesamten linksrheinischen Gebieten an.⁵⁵⁵ Zur Frage der Rheingrenze, als notwendiger Voraussetzung für den mit dem Reich abzuschließenden Frieden, bestand nicht in derselben Weise Einigkeit.

Am entschiedensten forderte sie⁵⁵⁶ der Elsässer Reubell.⁵⁵⁷ Carnot war im Direktorium ein Anhänger der natürlichen Grenze⁵⁵⁸ und Le Tourneur befürwortete sie.⁵⁵⁹ La Révellière-

⁵⁵⁴ Nach Titre VI, Art. 144 der Verfassung des Direktoriums oblag es dem Direktorium, nach den Gesetzen für die äußere und innere Sicherheit der Republik zu sorgen, und verfügte es über die bewaffnete Macht (*Duvergier*, Collection des lois, Tome VIII, p. 223-242 (231). Hierzu ernannte es nach Art. 146 die généraux en chef (*Duvergier* ebd., p. 231). Bei jeweils getrennten Aufgabenbereichen, lagen die zu treffenden Entscheidungen nicht bei einem der directeurs, sondern bei dem Gremium (*Reinhard*, Le grand Carnot, Tome II, 2. Partie, Chap. II, p. 170).

⁵⁵⁵ *Guyot*, Le Directoire et la paix de l'Europe, Chap. III, II., p. 113-114 und *Nabonne*, La diplomatie du Directoire et Bonaparte, II, p. 42.

Zur generellen Übernahme der von der Convention nationale gehaltenen Politik durch das Directoire *Lefebvre*, La France sous le Directoire, 1. Partie, Chap. I, p. 19 „... Le Directoire continue la période que nous avons l'habitude d'appeler ‚thermidorienne‘: ce sont les mêmes hommes, ce sont les mêmes methodes, ce sont les mêmes buts. ...“.

⁵⁵⁶ *Guyot*, Le Directoire et la paix de l'Europe, Chap. III, II., p. 117-120; *Nabonne*, La diplomatie du Directoire et Bonaparte, II, p. 42-44 und *Lefebvre*, La France sous le Directoire, 1. Partie, Chap. III, III., p. 87-88 (88).

⁵⁵⁷ Jean François Reubell (* 6 oct. 1747 in Colmar), Jurist und Mitglied des tiers état der Versailler Generalstände, wiedergewählt in die Convention nationale, nahm er an den Abstimmungen über das gegen Louis Capet am 15 u. 16 janv. 1793 zu ergehende Urteil, wegen seiner Abwesenheit als commissaire à l'armée du Rhin nicht teil. In dem mit seinen Mitkommisaren (Nicolas) Haussmann und Merlin (de Thionville) aus Mainz an die Convention nationale gerichteten Brief v. 6 janv. 1793 äußerte er sich „... Nous sommes entourés de morts et de blessés: c'est au nom de Louis Capet que les tyrans égorgent nos frères, et nous apprenons que Louis Capet vit encore! ...“, womit er zu Ausdruck brachte, dass er bei seiner Anwesenheit für den Tod gestimmt hätte. Dies stempelte ihn in der allgemeinen Ansicht zu einem Régicide. Nach dem 9 Thermidor wirkte er bei der Entfernung der Jakobiner mit. Im Direktorium war er für die auswärtigen Beziehungen, Finanzen und Justiz zuständig (*Soboul*, Dictionnaire Révolution française, Reubell ..., p. 898-903 (898-901); *Jeschonnek*, Revolution in Frankreich, Personen, Reubell ..., S. 83; *Homan*, Reubell, III, p. 65, *Furet-Richet*, La Révolution, Tome II, Chap. 2, p. 88; *Archives parlementaires de 1787 à 1860*, 1. Série, Tome LVII, Convention Nationale, Séance du mardi 15 janvier 1793, p. 63 Le Président, p. 68 Rhin (Haut-), Rewbell; *Moniteur*, Samedi 19 Janvier 1793. ... N° 19., Convention Nationale, Suite de la séance du mardi 15 janvier, p. 84 mittlere Sp. Département du Haut-Rhin ... Rewbell ...; Dimanche 20 Janvier 1793. ..., N° 20., Convention Nationale, Suite de la séance du mercredi 16 janvier, Troisième appel nominal, p. 101 linke Sp. Haut-Rhin, Rewbell und *Recueil des actes du Comité de salut public*, Tome I, [6 janv. 1793.], Représentants en mission, p. 407-409 (zit. Text p. 409)).

⁵⁵⁸ Carnots Ansicht zur Rheingrenze war nicht fest bestimmt und zeitlich verschieden. Während seiner Mitgliedschaft im Comité de salut public hatte er sich am 16. Juli 1794, noch kurz vor dem 9 Thermidor gegen die Rheingrenze gewandt (oben, S. 873-874). Bei den Beratungen der Convention nationale über die Reunionen von Lüttich und Belgien am 30 sept. u. 1 oct. 1795 befürwortete er als einflussreicher Schlußredner, insbesondere zur Erlangung einer sicheren Grenze, die Linie der Maas und die Festungen Maastricht, Venlo und Luxemburg und sagte nichts zur Rheingrenze (*Moniteur*, Sextidi, 16 vendémiaire, l'an 4 ... (j.8 8bre 1795 ..., N° 16., Convention Nationale, Fin de la discussion sur la réunion de la Belgique, dans la séance du 9 vendémiaire, p. 61 Carnot u. mittlere Sp. Plusieurs voix und *Guyot*, Le Directoire et la paix de l'Europe, Chap. III, II., p. 15). Einige Monate zuvor hatte er diese noch bejaht (*Reinhard*, Le grand Carnot, Tome II, 2. Partie, Chap. I, p. 163 mit Notes, p. 366). Im Direktorium, in welchem er im Grunde immer noch als Jakobiner galt (*Preußen und Frankreich von 1795-1807*, I. Theil, (Aktenstücke aus dem Jahre) 1796, 26., S. 42-43 (43)), bejahte er zu Anfang die Rheingrenze, dies insbesondere in seiner als Président du Directoire exécutif am 10 germinal an IV (29 mai 1796) auf dem Champ-de-Mars, anlässlich des dortigen fête de la Reconnaissance et des Victoires gehaltenen Ansprache „... Une République naissante arme ses enfans pour défendre son indépendance; rien ne peut retenir leur impétuosité; ils traversent les fleuves, forcent les retranchemens, gravissent les rochers. Ici, après une foule de victoires, ils reculent nos limites jusqu'aux barrières que la nature nous a données, ...“ (*Moniteur*, Quartidi, 14

Lépeaux⁵⁶⁰ wollte die Revolution ausbreiten und Tochterrepubliken errichten, jedoch weniger erobern⁵⁶¹ und Barras⁵⁶² war noch nicht entschlossen.⁵⁶³

prairial, l'an 4 ... (jeudi, 2 juin 1796, ..., N° 254., République Française, Discours prononcé par le président du directoire exécutif, ..., p. 1013-1014 (zit. Text p. 1014) und *Guyot*, Le Directoire et la paix de l'Europe, Chap. III, II., p. 115 „... Dans ses conversations avec les ministres étrangers, il revenait souvent sur la nécessité de conserver la rive gauche du Rhin, ...“.

⁵⁵⁹ Etienne François Le Tourneur (* 15 mars 1759), Capitaine de Génie und Freund Carnots, dem er sich im allgemeinen zu- und unterordnete, Régicide pour l'appel au peuple, Mitglied des Comité de salut public. Im Direktorium hatte er das Marineressort inne (*Soboul*, Dictionnaire Révolution française, Letourneur Etienne ..., p. 671; *Robinet*, Dictionnaire 1789-1815, Tome II, Letourneur (Charles-..., p. 427-428; *Furet-Richet*, La Révolution, Tome II, Chap. 2, p. 88; *Guyot*, Le Directoire et la paix de l'Europe, Chap. III, II., p. 115; *Archives parlementaires de 1787 à 1860*, 1. Série, Tome LVII, Convention Nationale, Séance du mardi 15 janvier 1793, p. 63 Le Président, p. 65 Manche, Le Tourneur und *Moniteur*, Vendredi 18 Janvier 1793. L'an deuxième ..., N 18., Convention Nationale, Séance du mardi 15 janvier, II^e appel nominal, p. 82 linke Sp. Département de la Manche, ..., Letourneur, ...; Dimanche 20 Janvier 1793. ..., N° 20., Convention Nationale, Suite de la séance du mercredi 16 janvier, Troisième appel nominal, p. 89 (vielmehr p. 96) rechte Sp. La Manche, Letourneur).

Als früheres Mitglied des Comité de salut public galt er stets als Anhänger des Dekrets v. 9 vendémiaire an IV (1 oct. 1795) über die Reunion von Belgien und dem Land von Lüttich, und er befürwortete den Erhalt von den Eroberungen, so lange Carnot nicht davon abging (*Guyot*, Le Directoire et la paix de l'Europe, Chap. III, II., p. 115).

⁵⁶⁰ Louis Marie de la Révellière-Lépeaux (* 24 août 1753), vom tiers état d'Anjou in die Versailler Generalstände gewählt, er nahm für die Girondisten Partei und war Régicide contre l'appel au peuple. Im Direktorium war er für das Schulwesen, die Künste und das Gewerbe zuständig (*Soboul*, Dictionnaire Révolution française, La Revellière-Lepeaux ..., p. 644-646 (644-645); *Robinet*, Dictionnaire 1789-1815, Tome II, Le Révellière-Lépeaux ..., p. 324-325; *Nabonne*, La diplomatie du Directoire et Bonaparte, II, p. 35; *Guyot*, Le Directoire et la paix de l'Europe, Chap. III, II., p. 114; *Archives parlementaires de 1787 à 1860*, 1. Série, Tome LVII, Convention Nationale, Séance du mardi 15 janvier 1793, p. 63 Le Président, p. 65 Maine-et-Loire, La Revellière-Lepeaux und *Moniteur*, Vendredi 18 Janvier 1793. ..., N 18., Convention Nationale, Séance du Mardi 15 janvier, II^e appel nominal, p. 82 linke Sp. Département de Maine et Loire ... Révellière-Lépeaux, ...; Dimanche 20 Janvier 1793. ..., N° 20., Convention Nationale, Suite de la séance du mercredi 16 janvier, Troisième appel nominal, p. 89 (vielmehr p. 96) rechte Sp. Maine et Loire, Revellere-Lepeaux).

⁵⁶¹ *Guyot*, Le Directoire et la paix de l'Europe, Chap. III, II., p. 114; *La Revellière-Lepeaux*, Mémoires, Tome II, XXXVIII., p. 270-271: im Direktorium hatte er immer das System unterstützt, dass Österreich kein Gebiet diesseits der noricumischen (salzburgischen) Alpen erhalten sollte, und man andererseits in Norditalien eine starke Republik errichten sollte (p. 271) und *Jeschonnek*, Revolution in Frankreich, Personen, La Revellière-Lépeaux, ..., S. 59-60. La Révellière-Lépeaux war insbesondere einer der Hauptanreger des Dekrets der Convention nationale v. 19 nov. 1792 über die Bringung von Brüderlichkeit und Hilfe an alle Völker, welche die Freiheit erringen wollen (oben, S. 276 und *Moniteur*, Mardi 20 Novembre 1792. L'an premier de la République ..., N° 325., Convention Nationale, Séance du lundi 19 novembre, p. 1378-1379 (1379 linke Sp. Lépeaux. Je demande ..., Lépeaux propose ...).

⁵⁶² Paul François Jean Nicolas Barras (* 30 juin 1755 als Vicomte), Régicide contre l'appel au peuple und in der Convention nationale zur Montagne gehörend. Beim 9 Thermidor-Umsturz hatte er eine führende Rolle und im Vendémiaire-Aufstand den Oberbefehl über die Truppen der Convention nationale innegehabt. Im Direktorium war er für Polizei und Inneres zuständig (*Soboul*, Dictionnaire Révolution française, Barras, ..., p. 80-83 (80-81); *Robinet*, Dictionnaire 1789-1815, Tome I, Barras ..., p. 108-110 (108 u. 109); *Furet-Richet*, La Révolution, Tome II, Chap. 1, p. 88; *Archives parlementaires de 1787 à 1860*, 1. Série, Tome LVII, Convention nationale, Séance du mardi 15 janvier 1793, p. 63 Le Président, p. 69 Var, Barras und *Moniteur*, Samedi 19 janvier 1793. L'an deuxième ..., N° 19., Convention Nationale, Suite de la séance du mardi 15 janvier, p. 85 linke Sp. Département du Var ..., Barras, ...; Dimanche 20 Janvier 1793. ..., N° 20., Convention Nationale, Suite de la séance du mercredi 16 janvier, Troisième appel nominal, p. 104 linke Sp. Var, Barras).

⁵⁶³ *Guyot*, Le Directoire et la paix de l'Europe, Chap. III, II., p. 114-115 und aus dem Brief von Gervinus an Hardenberg v. (erste Hälfte) 1795 „... Gestern speiste ich mit drei Deputirten, wovon der Eine Barras heißt und ein Mann von Einfluß und von Charakter ist, der sich gern unterrichten ließ, für Mäßigung und Frieden auf dem

Der preußische Gesandte in Paris Sandoz=Rollin berichtete seinem Hof am 22. Februar 1796, es sei eines der beliebtesten Kapitel von Außenminister Delacroix,⁵⁶⁴ von den Grenzen Frankreichs bis zum Rhein zu reden, und er komme hierauf immer zurück.⁵⁶⁵ Am 12. April 1796 schrieb er, Carnot habe ihm erklärt, man werde unverändert am System des Rheines festhalten, welches System auch, woran er überhaupt nicht mehr zweifeln könne, im Direktorium bevorzugt würde. Es sei nicht mehr Reubell allein, welcher es unterstütze, sondern auch die glaubwürdigsten Mitglieder der Regierung. Allein La Révellière-Lépeaux und Barras seien gemäßigt und für den status quo. Auch im Conseil des Anciens bevorzuge die Mehrheit einen künftigen Frieden auf Eroberungen.⁵⁶⁶

Die in der ersten Hälfte des Jahres 1796 erfolgte Besetzung von süddeutschem Gebiet⁵⁶⁷ führte zu den am 7. und 22. August 1796 mit dem Herzog von Württemberg und dem

festen Lande stimmt - und nur gegen England noch den Krieg mit äußerster Kraft fortgesetzt haben will ...“ (*Preußen und Frankreich von 1795-1807*, I. Theil, 1. Anhang, 1795., Briefe von Gervinus an Hardenberg, 6., S. 398-402 (401)).

⁵⁶⁴ Charles Delacroix (1741-1805), avocat, Conventionel, Minister und Botschafter wurde unter dem Direktorium am 14 brumaire an IV (5 nov. 1795) zum Außenminister ernannt (*Robinet*, Dictionnaire 1789-1815, Tome I, Delacroix de Constant (Charles), p. 576-577).

⁵⁶⁵ *Preußen und Frankreich von 1795-1807*, I. Theil, (Aktenstücke aus dem Jahre) 1796, 37., S. 54-56 (54), insg., S. 54-55.

⁵⁶⁶ *Preußen und Frankreich von 1795-1807*, I. Theil, (Aktenstücke aus dem Jahre) 1796, 43., S. 63 mit S. 57: Berichte von Sandoz=Rollin aus Paris, insg., S. 63.

⁵⁶⁷ Die armée de Rhin-et-Moselle Moreaus von 78 000 Mann konnte überraschend am 14. Juni bei Kehl über den Rhein setzen und nach Gefechten gegen die anfänglich 58 000 österreichische und Reichstruppen zählende Oberrhein-Armee Wurmsers und gegen den mit der kaiserlichen Hauptarmee von 60 000 Mann herbeieilenden Erzherzog Carl entlang der Rems, der Murg und des Schwäbischen Albrandes in das Gebiet des Schwäbischen Kreises vorrücken. *Posselts Annalen*, Jahrg. 1796, 3. Band, 8. Stück, I., 3., S. 187-208, 9. Stück, I., S. 239-251, V., 4., S. 304-316; *Bonaparte*, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome XXIX Oeuvres ... à Sainte-Hélène, Campagnes d'Italie. (1796-1797.), Chap. IX., I., p. 198, II., p. 198-200, III., p. 201, IV., p. 201-203, VII., p. 205-207, XII., Troisième observation, 1^o-4^o, p. 223-225; *Gouvion Saint-Cyr*, Mémoires sur les campagnes des armées, Tome III, Campagne de 1796, Chap. 1.-8., p. 1-203 mit Pièces justificatives, N^o 1.-44., p. 335-395, N^o 46.-49., p. 397-401, N^o 50.-55., p. 401-409, N^o 56.-61., p. 410-416, N^o 64., p. 420-421, N^o 112.-113; *Carl, Erzherzog von Österreich*, Grundsätze der Strategie und Darstellung des Feldzugs 1796 in Deutschland, II. Theil, 2. Abschnitt, S. 9-10, 22-23, 3. Abschnitt, S. 27-36, 6. u. 7. Abschnitt, S. 36-168, 9. Abschnitt, S. 198-219, 11. Abschnitt, S. 236-247, 13. Abschnitt, S. 264-275, 15. Abschnitt, S. 297-320, Beschluss, S. 351-353 mit Beilagen: Karte des Kriegsschauplatzes vom Jahre 1796 und Karten: Schlacht bei Malsch (=Pl. II.), Schlacht bei Neresheim (=Pl. III.) und *Jomini*, Histoire des guerres de la Révolution, Tome VIII, Livre 10., Chap. LIX., p. 195-261 mit Pièces justificatives, N^o 12., p. 388-396.

Die armée de Sambre-et-Meuse Jourdans von 70 000 Mann konnte vom rechtsrheinischen Düsseldorf am 28. Juni und durch Übersetzen über den Rhein bei Neuwied am 2. Juli ihre rechtsrheinische Angriffsoperation vortragen. Feldzeugmeister Wartensleben konnte Jourdan mit seinem 30 000 Mann starken Korps nicht aufhalten, und musste selber mainaufwärts in das Fränkische zurückweichen. Erzherzog Carl, den französischen Kriegsplan zur Umfassung seiner kaiserlichen Armee durch die beiden französischen Armeen und ihres nachherigen gemeinsamen Vorrückens auf Wien erkennend, wich in das Bayerische zurück. Durch die mit süddeutschen Ständen vereinbarte Waffenstillstände, schieden 10 000 Schwäbische und Sächsische Truppen aus der Reichsarmee aus. *Posselts Annalen*, Jahrg. 1796, 3. Band, 8. Stück, I., 3., S. 208-219, 9. Stück, V., 4., S. 304-337; *Bonaparte*, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome XXIX Oeuvres ... à Sainte-Hélène, Campagnes d'Italie. (1796-1797.), Chap. IX., V., p. 203, VI., p. 203-204, VIII., p. 207, XII., Deuxième observation, 2^o u. 3^o, p. 220-221, Troisième observation, 5^o, p. 225; *Carl, Erzherzog von Österreich* ebd., II. Theil, 8. Abschnitt, S. 169-198, 10. Abschnitt, S. 219-236, 12. Abschnitt, S. 247-263, 14. Abschnitt, S. 276-297, Beschluss, S. 353-354 mit Beilage: Karte des Kriegsschauplatzes vom Jahre 1796; *Jomini* ebd., Chap. LX., p. 262-301, *Borck*, Der Schwäbische Reichskreis im Zeitalter der Revolutionskriege, Teil IV.; 1., a), S. 128-136 und *Martens*, Traités

Markgrafen von Baden abgeschlossenen Friedensverträgen, in welchen die beiden Reichsstände ihre linksrheinischen Besitzungen abtraten und sich verpflichteten, beim Reichsfrieden im Reichstag für die Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete zu stimmen.⁵⁶⁸

Die weiteren militärischen Erfolge von général Bonaparte in Oberitalien⁵⁶⁹ und in Deutschland⁵⁷⁰ und das Wiedererstehen eines jakobinischen Republikanismus⁵⁷¹ führten zu

puissances de l'Europe, Tome VI, N° 92. b., p. 667-669: französisch-wirtembergischer Waffenstillstand, abgeschlossen in Baden am 17. Juli 1796, N° 93. a., p. 676-678: französisch-badischer Waffenstillstand, abgeschlossen in Stuttgart am 25. Juli 1796, 94., p. 690-693: Waffenstillstand der Französischen Republik mit dem Schwäbischen Reichskreis, abgeschlossen in Stuttgart am 27. Juli 1796.

⁵⁶⁸ Oben, S. 287-288, 289-290.

⁵⁶⁹ Gesamtstärke der armée d'Italie mit 61 150 Mann bei Operationsarmee 41 100 gegen die österreichische Operationsarmee Beaulieus mit 30 000 Mann und sardinische Armee Collis 25 000 Mann bei Operationsstärke von 17 300. Nach der Schlacht von Montenotte am 12. April erfolgte die Trennung der österreichischen Armee von der sardinischen, danach Besiegung der sardinischen Armee mit den mit König Charles Emmanuel IV. von Sardinien-Piemont am 28. April 1796 vereinbarten Waffenstillstand und am 15. Mai 1796 abgeschlossenen Friedensvertrag (*Kuhl*, Bonapartes Erster Feldzug, IV., S. 137-214 (2., S. 142, 4., Stärke der Armee, S. 158), V., S. 215-308, VI., S. 309-320 (313), Anlagen 1.-8., S. 322-346 (Anlage 2., S. 324-325) mit Skizzen 1., 2., 3., 7., 8. am Ende; *Posselts Annalen*, Jahrg. 1796, 3. Band, 8. Stück, I., 2., S. 147-167, Jahrg. 1797, 4. Band, 11. Stück, I., Erste Epoche, ...-Dritte Epoche, ..., S. 121-122; *Schwarz*, Der Feldzug von 1796 in Italien, VII.-XII., S. 79-106; *Martens*, Traités Puissances de l'Europe, Tome VI, N° 78., p. 608-611 (Waffenstillstand mit Sardinien), 79., p. 611-620, Text: a., p. 611-616 (Friedensvertrag mit dem König von Sardinien); *Espositio-Elting*, Napoleonic wars, The Italian Campaigns, Map 1:-Map 8; *Bonaparte*, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome XXIX Oeuvres ... à Sainte-Hélène, Campagnes d'Italie. (1796-1797.), Chap. II., p. 98-115 und *Chandler*, Dictionary of the Napoleonic Wars, Montenotte, ..., p. 285, Dego, ..., p. 117, Cerva, ..., p. 86-87, Mondovi, ..., p. 283-284). Am 10. Mai die Schlacht von Lodi gegen Beaulieu, womit der Weg nach Mailand frei wurde, mit der anschließenden Besetzung der Lombardei und vom 19.-23. Juni der beiden Legationen des Kirchenstaates Bologna und Ferrara (*Posselts Annalen*, Jahrg. 1796, 3. Band, 8. Stück, I., 2., S. 167-177, 3., S. 219-229, Jahrg. 1797, 4. Band, 11. Stück, I., Vierte Epoche, ...-Siebente Epoche, ..., S. 122-125; *Espositio-Elting* ebd., Map 8:-Map 12; *Bonaparte* ebd., Chap. III.-V., p. 116-152 und *Martens* ebd., N° 86., p. 640-642 (Waffenstillstand).

Zur Abwehr der österreichischen Entsetzung der den Schlüssel zur militärischen Beherrschung von Oberitalien seienden Festung Mantua, besiegte Bonaparte die in Tirol neu gebildete Armee Wurmsers in den Schlachten von Castiglione am 5. Aug. und von Bassano am 8. Sept., danach die aus Tirol und Friaul gegen ihn entsandte weitere österreichische Armee Alvintzys in den Schlachten von Arcole am 15.-17. Nov. und in der den Feldzug entscheidenden von Rivoli am 14./15. Jan. 1797 mit dem endgültigen Fall der Festung Mantua am 2. Febr. 1797 (*Posselts* ebd., Jahrg. 1796, 3. Band, 9. Stück, V., 4., S. 284-304, 11. Stück, IV., 6., S. 180-199, Jahrg. 1797, 1. Band, 3. Stück, I., 8., S. 209-228, 10., S. 253-274, 4. Band, 11. Stück, I., Siebente Epoche, ...-Zehnte Epoche, ..., S. 125-129; *Espositio-Elting* ebd., Map. 13:-Map: 29; und *Bonaparte* ebd., Chap. VI.-VIII., p. 153-195, Chap. XI., p. 251-263).

⁵⁷⁰ Hoche, neben Bonaparte als angriffsfähigster General geltend, begann am 17. April von Düsseldorf aus und am 18. April durch Überschreiten des Rheines bei Neuwied mit dem größten Teil seiner 80 000 Mann starken Armee den Feldzug. Moreau passierte mit seiner 60 000 Mann starken armée de Rhin-et-Moselle am 20. April bei Diersheim den Rhein und welche beide Armeen auf einer gemeinsamen Operationslinie nach Regensburg vorstoßen sollten. Ihnen standen 100 000 kaiserliche Truppen, rechtsrheinisch von Basel bis Düsseldorf unter dem Oberbefehl von Latour gegenüber. Hoche erreichte am 20. April die Lahn mit der Besetzung von Weilburg und gelangte seine Division Lefebvre bis vor Frankfurt. Moreau, in zwei Kolonnen marschierend, erreichte mit einer, über den Kniebis gehend Freudenstadt und mit der anderen, die Kinzig flußaufwärts Biberach. Hoche erhielt am 22. April und Moreau am 23. April die Nachricht von dem Abschluss der Leobener Friedenspräliminarien (*Jomini*, Histoire des guerres de la Révolution, Tome X, Livre 12., Chap. LXXII., p. 70-106; *Longy*, La Campagne de 1797 sur le Rhin, Chap. V-VII, p. 239-350, Documents annexes, 2. Partie, p. 443-451; *Schneidawind*, Geschichte des Feldzuges der Franzosen in Deutschland 1796 und 1797, III. Bändchen, 15. Kap., S. 145-146, 16. Kap., S. 147-188; *Posselts Annalen*, Jahrg. 1797, 2. Band, 6. Stück, IV., 2., S. 316-325; *Garnier*, Lazare Hoche, 4. Époque, 20, p. 290-294 mit (Carte): Bataille de Neuwied ..., nach p. 356;

der am 17. Oktober 1797 im österreichisch-französischen Friedensvertrag von Campo Formio ausbedungenen Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete mit der Begrenzung auf die Nette-Rur-Linie.⁵⁷²

Auf dem sich anschließenden Rastatter Kongress wurde nach weiteren französischen militärischen Erfolgen⁵⁷³ seitens der französischen Gesandten die Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete ohne diese Begrenzung gefordert⁵⁷⁴ und von der Reichsfriedensdeputation auch zugestanden.⁵⁷⁵

6. Dezidierte Forderung der natürlichen Rheingrenze durch den Ersten Konsul

Bei den im 2. Koalitionskrieg von den französischen Heeren im Jahr 1799⁵⁷⁶ und im Jahre 1800 von dem 1. Konsul Bonaparte in Oberitalien,⁵⁷⁷ von Moreau in Süddeutschland⁵⁷⁸ mit der stattgehabten Einkreisung der österreichischen Lande⁵⁷⁹ geübten militärischen Erfolgen, war der Krieg für das Reich nicht mehr zu gewinnen.⁵⁸⁰ Die in der Person des 1. Konsuls Bonaparte konzentrierte französische Macht,⁵⁸¹ hatte die Frage der Erlangung der natürlichen Rheingrenze niemals in Frage gestellt und dezidiert gefordert.⁵⁸²

Gouvion Saint-Cyr, Mémoires sur les campagnes des armées, Tome IV, Campagne de 1797, Chap. 1., p. 150-153, Chap. 2. u. 3., p. 154-183, Chap. 4., p. 184-194 mit Pièces justificatives, N° 46.-60., p. 305-320, N° 85.; *Bonaparte*, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome XXIX Oeuvres ... à Sainte-Hélène, Campagnes d'Italie. (1796-1797.), Chap. XIV., VIII., p. 302-303; Frankreichs Streitkräfte, S. 22 (B) und *ders.*, Correspondance inédite, Tome III, Livre 1., p. 69-70).

⁵⁷¹ Nach den Staatsstreich vom 18 Fructidor an V (4 sept. 1797) (oben, S. 808-809).

⁵⁷² Oben, S. 288-289, 290.

⁵⁷³ Oben, S. 18.

⁵⁷⁴ Oben, S. 17-20.

⁵⁷⁵ Oben, S. 17, 20.

⁵⁷⁶ In der Schweiz und in den Niederlanden, mit dem Auseinanderbrechen der 2. Koalition am Ende des Jahres (oben, S. 255-258).

⁵⁷⁷ Oben, S. 259-261

⁵⁷⁸ Oben, S. 258-259, 261-268.

⁵⁷⁹ Oben, S. 268-271.

⁵⁸⁰ Oben, S. 271-272.

⁵⁸¹ Umfassende Exekutivgewalt, innere Sicherheit, äußere Verteidigung mit Verteilung und Lenkung der Land- und Seemacht, Ratifikation von den völkerrechtlichen Verträge (oben, S. 217-218, 139-142).

⁵⁸² Oben, S. 62-64.

V

Zusammenfassung: Vermutlich keine Fortsetzung des Krieges allein zur Erzwingung der Säkularisationen

Der Forderung der Französischen Republik auf Durchführung der Entschädigungen durch Säkularisationen lagen folgende Motive und Interessen zugrunde:

- ihre ablehnende Haltung gegen geistliche Güter – ungeachtet ihrer nunmehr positiver Einstellung zum Katholizismus – , als Mitwirkung von katholisch-kirchlichen Institutionen an den staatlichen Regierungstätigkeiten, die Katholische Kirche sollte kein unmittelbar mithandelnder staatlicher Machträger und kein Eigentümer von Großgrundbesitz sein,⁵⁸³
- die weitere innere Schwächung des Reiches,⁵⁸⁴
- die Vermeidung von Revancheabsichten seitens der mächtigen erblichen Reichsstände und ihrer Dynastien,⁵⁸⁵
- ihre allgemeine Feindschaft gegen die geistlichen Reichsstände und ihre geistlichen Staaten, weil diese
 - den in Frankreich stattgehabten kirchlich-religiösen Veränderungen besonders feindlich gesonnen,⁵⁸⁶
 - in der Elsässer Angelegenheit besonders unnachgiebig waren⁵⁸⁷ und
 - den französischen Emigranten hauptsächlich Asyl gewährend hatten.⁵⁸⁸

Der Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete an die Französische Republik lagen hingegen auf Seiten der Französischen Republik die Motive und Interessen zugrunde:

- das bereits unter dem Ancien Régime bestehende nationale französische Anliegen der natürlichen Grenze des Rheines,⁵⁸⁹

⁵⁸³ Oben, S. 826-827.

⁵⁸⁴ Oben, S. 827-829.

⁵⁸⁵ Oben, S. 829-830.

⁵⁸⁶ Oben, S. 830-831.

⁵⁸⁷ Oben, S. 831-856.

⁵⁸⁸ Oben, S. 856-863.

⁵⁸⁹ Oben, S. 864.

- das von der revolutionären Französischen Republik übernommene und von den Girondisten visionär verkündet,⁵⁹⁰ unter der Convention nationale angestrebt,⁵⁹¹ vom Direktorium ständig gewollt⁵⁹² und vom 1. Konsul dezidiert gefordert⁵⁹³ worden war
- wobei die Erlangung der natürlichen Rheingrenze durch die stattgehabten eigenen inneren revolutionären Veränderungen der Französischen Republik und ihre erstrittenen militärischen Erfolge unmittelbar determiniert war,⁵⁹⁴
- und durch große nationale Anstrengungen und Opfer in einem 8 jährigen Krieg erstritten worden war⁵⁹⁵
- und durch das revolutionäre Sendungsbewusstsein der Französischen Republik zur Ausbreitung ihrer neuen Ideen von liberté, égalité et fraternité bestimmt wurde.⁵⁹⁶

Am Ende des 2. Koalitionskrieges hatte für das Reich keine Aussicht mehr bestanden, das Kriegsgeschehen zu seinen Gunsten noch verändern zu können.⁵⁹⁷ Die Französische Republik hätte demnach bei einer Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete, jedoch bei einer verweigerten Zustimmung zur Entschädigung der linksrheinisch depossedierten erblichen Reichsstände durch rechtsrheinische Säkularisationen mit der Fortführung des Krieges einen wirksamen Zwang besessen, um vom Reich die Entschädigungen durch Säkularisationen erzwingen zu können.

⁵⁹⁰ Oben, S. 864-865, 276.

⁵⁹¹ Oben, S. 867-878.

⁵⁹² Oben, S. 878-883.

⁵⁹³ Oben, S. 883.

⁵⁹⁴ Während der Herrschaft der Gironde (oben, S. 864-865), unter der Convention nationale (oben, S. 867-878), während des Directoire (oben, S. 878-883), beim 1. Konsul (oben, S. 883).

⁵⁹⁵ Die eigenen militärischen Verluste überstiegen bei weitem die Verlust jedes Mitglied der gegen die Französische Republik gerichteten 1. und 2. Koalition.

Feldzug 1792: 311 000 Franzosen gegen 134 000 Koalierte, Feldzug 1793: 302 000 Franzosen gegen 305 700 Koalierte, Feldzug 1794: 794 294 Franzosen gegen 438 000 Koalierte, Feldzug 1795: 959 230 Franzosen gegen 175 553 Koalierte, Feldzug 1796: 244 550 Franzosen gegen 226 553 Koalierte, Feldzug 1697 bis 1798: 206 800 Franzosen gegen 159 000 Koalierte, Feldzug 1799: 478 945 Franzosen gegen 254 521 Koalierte, Feldzug 1800: 507 874 Franzosen gegen 256 560 Koalierte (*Frankreichs Streitkräfte*, S. 4-6 (1792), 6-9 (1793), 9-13 (1794), 14-17 (1795), 17-21 (1796), 21-23 (1797-1798), 24-32 (1799), 33-45 (1800)).

⁵⁹⁶ Oben, S. 865-867.

⁵⁹⁷ Oben, S. 271-272.

Hierbei muss jedoch berücksichtigt werden, dass den im Reich durchzuführenden Entschädigungen durch Säkularisationen auf Seiten der Französischen Republik andere Motive und Interessen als für die die Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete zugrundelagen.

Der Abtretung der linksrheinischen Reichsgebieten betraf das eigene Selbstverständnis der Franzosen als der neuen Ordnungsmacht in Europa und in der Welt und realisierten dieses. Hierfür konnte sie auch ihre eigene Bevölkerung und ihre Revolutionssoldaten gewinnen.

Den Entschädigungen für die linksrheinisch depossedierten erblich-weltlichen Reichsstände durch rechtsrheinische Säkularisationen lagen die Absicht einer weiteren inneren Schwächung des Reiches, die Vermeidung von Revancheabsichten seitens der erblich-weltlichen Reichsstände und die allgemeine Feindschaft gegen die geistlichen Reichsstände zugrunde. Sie berührten das Sendungsbewusstsein und das revolutionäre Selbstverständnis der Französischen Republik nicht in gleicher Weise.

Die Erlangung der natürlichen Grenze des Rheines hatte für die Französische Republik eine viel höhere innere Wertigkeit als die Säkularisationen.

Daher ist es ungewiss – der 1. Konsul nahm bei seinen Kriegshandlungen und Friedensschlüssen auch auf die öffentliche Meinung Rücksicht⁵⁹⁸ – , ob die Französische

⁵⁹⁸ Während zu Anfang des Konsulats die Pariser Zeitungen mehr Freiheit hatten als seit dem Sturz der Girondisten, und die Zeitungen sich dann auch in vollem Freimut über den neuen Herrn Frankreichs äußerten und einzelne Maßnahme des jungen Herrschers offen tadelten, hatte der 1. Konsul bereits in seiner *Proclamation aux Français 4 nivôse an VIII (25 déc. 1799)* verkündet, „... Sans l'ordre, l'administration n'est qu'un chaos: ...“ (*Bonaparte, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome VI, 4447., p. 47-48 (47)*). Die im frimaire an VIII (22 nov.- 21 déc. 1799) erschienene halboffizielle Flugschrift *Entretien politique sur la situation actuelle de la France, et sur les plans du nouveau gouvernement*, Ergebnis eines vom 1. Konsul herbeigeführten Interviews enthielt die Stellungnahme der neuen Regierung zur Presse und ihrer Freiheit „... Car, je répète, un gouvernement, qui a pris sur lui la responsabilité du salut et de l'affermissement d'une grande république, entourée de dangers extérieurs et intérieurs, ne peut pas laisser compromettre son existence, sans compromettre aussi celle de l'état; et il a pour lui le vœux et les intérêts du peuple ... Les bons écrits, les ouvrages raisonnés sur le gouvernement, voilà la voix du peuple et le vrai supplément des clubs et des assemblées populaires. – Assurer le triomphe et la propagation des lumières publiques, c'est donner une base inébranlable à la liberté. ...“ (B., p. 53-55 (54-55)).

Der Konsular-arrêté vom 27 nivôse an VIII (17 janv. 1800) beschränkte die bisher ca. 65 politischen Tageszeitungen im département de la Seine (Paris) auf 13 (*LePoittevin*, La liberté de la presse depuis la Révolution, VI, 2^e section, § 1., p. 125-132 (128-129): *Moniteur*: offiziellen Zeitung der Konsulatsregierung; *Journal des Défenseurs de la Patrie*: halbamtlich, von Talleyrand benutzt; *Publiciste*: halbamtlich, zog sich wegen Äußerungen zu England wiederholt die Unzufriedenheit und den Tadel des 1. Konsuls zu; *Journal des Débats*: geschätzt vom 1. Konsul wegen ihres Feuilletons, Polizeiminister Fouché verfolgte sie mit Hass; *Journal des Hommes Libres*: Polizeiminister Fouchés Zeitung; *Journal de Paris*: gehörte dem Staatsrat Roederer; *Clef du Cabinet* und *Citoyen français* verkörperten die Opposition; dazu: *Bien informé*; *Décade philosophique*; *l'Ami des Lois*; *Gazette de France*; *Journal du Soir*.

Diese noch vorhandenen Zeitungen bedrohte der arrêté, Art. 5 „Seront supprimés, sur le champ, tous les journaux qui inséreront des articles contraires au respect dû au pacte sociale, à la souveraineté du peuple et à la gloire des armées, ou qui publieront des invectives contre les gouvernements et les nations amies ou alliées de la République, ...“ (*LePoittevin* ebd., p. 129).

Neben diesen 13 politischen Tageszeitungen gab es in Paris noch zahlreiche Wochen- und Monatszeitschriften, insbesondere der literarisch-politische *Mercure de France*, welcher national französisch gesinnt war.

Republik bei einer Einwilligung des Reiches in die Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete, jedoch nicht in die Entschädigung durch Säkularisation, den Krieg gegen das Reich allein zur Erzwingung der Säkularisationen fortgesetzt hätte. Es ist wohl zu verneinen.

Äußerungen von Seiten der französischen Regierung und ihrer Bevollmächtigten weisen darauf hin, dass für die Französische Republik die Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete eine andere innere Wertigkeit besaß als die Säkularisationen.

Auf dem Rastatter Kongress hatten die französischen Gesandten in ihrer Note vom 22 pluviôse an VI (10 fevr. 1798) die rechtsrheinischen Entschädigungen als die allein aus der Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete sich ergebende Folge bezeichnet:

„... La Cession de ce qui est au-de-là du Rhin, voilà la base; l'indemnité sur la rive droite, voilà la conséquence; ...“⁵⁹⁹

Außenminister Talleyrand schrieb am 16 thermidor an V (3 août 1797) seinem Bevollmächtigten für die Abschließung des Friedensvertrages von Campo Formio Bonaparte, dass das System der Verweltlichungen, welches die Umstände ihm (Bonaparte) von seiner Seite vorschrieben, im Falle ihres Scheiterns keinesfalls dem Direktorium zugerechnet werden dürften:

„... Le Directoire est bien aise que vous n'ayez pas envoyé votre lettre à l'Empereur; il a craint qu'elle ne vous eût engagé trop avant et qu'elle ne fût peu conforme au système de temporisation que l'Empereur paraît s'être imposé, et que les circonstances vous prescrivent de votre côté, afin que, dans aucun cas, la rupture ne puisse être imputée au Directoire. ...“⁶⁰⁰

In den départements richtete man sich dahin ein, dass nur noch eine politische Tageszeitung erscheinen durfte, welche vom Präfekt geleitet oder beeinflusst war.

Alle Nachteile der Pressefreiheit sollten vermieden werden, alle Vorteile, die Napoléon nie verkannte, aber beibehalten werden. *Portalès*, Rapport présenté au premier Consul par le conseiller d'état chargé de toutes les affaires concernant les cultes, sur les journaux 23 brumaire an IX (14 nov. 1800) „... La première règle de conduite est donc, non de laisser aux journalistes une liberté réelle et entière, mais d'accréditer, sans affectation, l'idée consolante pour les lecteurs que ces journalistes sont libres. Pour cela, il ne faut que diriger habituellement, d'une manière secrète et invisible, la rédaction des journaux. ...“ (*La Révolution française*, Tome XXXII, Janvier, Documents inédits, Un rapport ..., p. 68), insg. (p. 66-72). Obwohl eine oppositionelle Haltung gegen die Regierung nicht mehr möglich war, hörten die Zeitungen nicht auf, eine Macht für die öffentliche Meinung und im Staat zu sein, welche militärischen Erfolge der Armeen glorifiziert wurden. Damit wurde die Willensbildung der französischen Bevölkerung zur Verteidigung und Ausbreitung der Revolutionsideen und der neuen staatlichen und sozialen Ordnung beeinflusst, welche von ihm mitbeeinflusste öffentliche Meinung der 1. Konsul bei seinen Entscheidungen auch stets berücksichtigte (*Ebbinghaus*, Napoleon, England und die Presse (1800-1803), Einleitung, S. 2-14; *Cabanis*, La presse sous le Consulat et l'Empire, I. Partie, p. 9-10 (9, Fußn. (1)), Titre I, Chap. I, I, p. 11-24) und *Aulard*, Histoire politique de la Révolution française, 4. Partie, Chap. II, II, p. 714-716).

⁵⁹⁹ *Protocoll Rastatt*, IV. Band, 107. Beilage, Anlage, S. 316-317 (317).

⁶⁰⁰ *Talleyrand*, Correspondance diplomatique, Tome III, Négociations de Leoben et de Campo-Formio, VIII, p. 102-106 (106).

Während des Rastatter Kongresses wies Außenminister Talleyrand seine Gesandten am 15 pluviôse an 6 (3 févr. 1798) brieflich darauf hin, dass auf der Basis der linksrheinischen Abtretungen man die Säkularisationen von Österreich und Preußen selbst bestimmen lassen könne. Sie werde durch die Kraft der Umstände eingeführt werden:

„... Quand je vous ai dit, en parlant de votre première proposition de la limite du Rhin: ‚Cette base ‚une fois posée, le principe des sécularisations qu’ont ‚déterminé simultanément la part de la Prusse et ‚celle de l’Autriche‘; quand plus bas j’ai ajouté: ‚Il me semble que cette marche simultanée sera amenée par la force des choses etc.‘, ...“⁶⁰¹

In seinem nachfolgenden Brief an général Bonaparte vom 3 ventôse an 6 (21 févr. 1798), in welchem er gleichfalls die Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete als die Basis und die rechtsrheinischen Entschädigungen als die hieraus sich ergebende Folge bezeichnete:

„... Que la cession de ce qui est à la gauche du Rhin, telle était la base; l’indemnité sur la rive droite, telle la conséquence; ...“⁶⁰²

wies er darauf hin, dass bei einer Verweigerung der Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete durch die einzelnen Mitglieder der Deputation oder vom Reich diese dann von den französischen Waffen und nicht von dem Willen des Reiches abhängig sei:

„... Dans l’ambarras où se trouve la députation, elle a arrêté de demander l’avis particulier des députés qui résident auprès du congrès; plusieurs de ceux-ci paraissent décidés à s’expliquer franchement sur la nécessité d’accéder à la demande de la République. On a eu soin de les tenir échauffés par l’idée que toutes les conventions particulières supposant une cession absolue de ce qui est à la rive gauche du Rhin, si nous n’obtenons pas cette cession, tenant tout de nos armes et rien de la volonté de l’Empire, nous n’avons plus d’engagements à remplir vis-à-vis de ses membres; ils ont promis merveilles, mais il est à craindre qu’ils n’aient point le courage de se prononcer au moment décisif, s’ils ont à combattre l’influence directe ou cachée de quelque grande puissance, soit l’Autriche, soit la Prusse. ...“⁶⁰³

In seinem Brief an seine Bevollmächtigten vom 23 ventôse an 6 (13 mars 1798) hatte Talleyrand als die Absicht des Direktoriums die vollständige Säkularisation zur Entschädigung der weltlichen Fürsten angegeben. Das Direktorium wolle ihr gerne die Hände geben, aber sie nicht provozieren. Es werde sich auch ausschweigen über die Beseitigung der geistlichen Kurfürstentümer, sich damit begnügen, nichts zu ihrer gebietlichen Entschädigung zu tun und ganz leise die protestantische Partei begünstigen, welche dahin tendiere, sie beseitigen zu lassen:

„... L’intention du Directoire est encore: ... Et si, pour compléter l’indemnisation des princes séculiers, il devenait nécessaire de rendre totale la sécularisation des

⁶⁰¹ *Talleyrand*, Correspondance diplomatique, Tome III, Congrès de Rastadt, VI, p. 193-195 (194).

⁶⁰² *Talleyrand*, Correspondance diplomatique, Tome III, Congrès de Rastadt, VIII, p. 198-206 (201).

⁶⁰³ *Talleyrand*, Correspondance diplomatique, Tome III, Congrès de Rastadt, VIII, p. 198-206 (202).

puissances ecclésiastiques, bien loin de s'y opposer, le directoire y donnerait volontiers les mains, mais elle ne la provoquera point; il se taira de même sur la suppression des Électorats ecclésiastiques; se contentant de ne rien faire pour leur indemnité territoriale, et de favoriser tout bas le parti protestant qui tendrait à les faire disparaître.⁶⁰⁴

Trotz der Forderung der Bevollmächtigten der Französischen Republik auf Entschädigung der linksrheinischen Gebietsverluste durch Säkularisationen, ist es ungewiss, ob eine tatsächliche Notlage für das Reich zur alleinigen Schadenstragung der geistlichen Reichsstände bestanden hatte und ist das Vorhandensein einer solchen wohl zu verneinen.

⁶⁰⁴ *Talleyrand*, Correspondance diplomatique, Tome III, Congrès de Rastadt, XII, p. 215-219 (219).

VI

Mitverursachung der militärischen und politischen Überlegenheit der Französischen Republik durch das Reich

Aber selbst, wenn eine tatsächliche Notlage für das Reich bestanden haben sollte, könnte diese vom Reich mitverursacht worden und deshalb als ein nach der Reichsverfassung die Säkularisationen rechtfertigender Notstand unbeachtlich sein.

1. Mangelnde Unterstützung der Reichsarmee durch viele Reichsstände

Bereits in der Anfangsphase der Revolutionskriege im Jahre 1793 hatten viele der Reichsstände ihre Kontingente zur Reichsarmee⁶⁰⁵ nicht oder nur teilweise gestellt und hatten ihre zur Reichsoperationskasse zu erbringenden Anteile an den vom Reichstag bewilligten Römermonaten⁶⁰⁶ nicht oder auch nur unvollständig erbracht.⁶⁰⁷

Pahl, Patriotisches Appel an den Friedenscongreß in Lueneville:

„... Schon die Berathschlagungen ueber den Krieg selbst, und ueber die Art und Weise, ihn zu fuehren, waren so umstaendlich, daß der Feind große Strecken Landes erobern konnte, ehe man nur beschlossen hatte, ihm zu widerstehen. Jeder Stand ward in Beurtheilung seiner Mitwirkung zu dem Kriege einzig durch den Blick auf seinen P r i v a t v o r t h e i l gelenkt, ohne auf die Gefahr oder auf den Gewinn des G a n z e n nur die mindeste Ruecksicht zu nehmen. Deshalb wurden von vielen Gliedern des Reichs, besonders von solchen, die von dem Kriegsschauplatze entfernt waren, ihre Contingente sehr unrichtig gestellt, und

⁶⁰⁵ Die Reichsarmee setzte sich aus den von den zehn Reichskreisen im voraus festgesetzten und von ihnen zu stellenden Kontingenten zusammen. Die Reichskreise ihrerseits mussten ihre Kontingente von den ihnen zugehörenden Reichsständen nach ihrem Ermessen als Subrepartitionen anforderten (unten, S. 1188-1190). Die Einteilung der Reichsarmee in die Kaiserlichen und in die Reichsvölker war auch eine rein tatsächliche, da die vom Kaiser nach der Reichsverfassung zu erbringenden Truppen jener der von dem Haus Österreich über den Österreichischen und Burgundischen Kreis zu stellenden entsprach (*Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band IV, 8. Buch, 4. Cap., §. 1. u. §. 2., S. 816).

⁶⁰⁶ Zur Bestreitung der bei der Reichsarmee angefallenen allgemeinen Ausgaben, wie der Bezahlung der Reichsgeneralität wurde die Reichsoperationskasse errichtet, zu welcher die Reichsstände direkt ihre Anteile an den vom Reichstag jeweils bewilligten Römermonaten zu entrichten hatten (*Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band III, 9. Buch, 2. Cap., §. 387., S. 250-253).

§ 180 des Jüngsten Reichsabschiedes 1654 sah hierbei vor – dies über die Köpfe der Landstände –, dass Landstände, Untertanen und Bürger zur Besetzung und Erhaltung der den Reichsständen zugehörenden Festungen, Plätze und Garnisonen mit einem hilfreichen Beitrag zu Hand gehen schuldig sind (*Der jüngste Reichsabschied*, S. 87-88 und *Lohmann*, Das Reichsgesetz vom Jahre 1654 über die Steuerpflichtigkeit der Landstände, Einleitung, S. 1-14, I., S. 14-18, II., S. 19-58, III., S. 59-80, Aktenbeilagen, S. 81-93).

⁶⁰⁷ In *Häberlin*, Staats=Archiv, um Ostern des Jahres 1795 erschienenenes „*Verzeichniß der Reichsstaende, welche ihren Antheil an den zuletzt verwilligten 50 Roemermonaten, theils vollstaendig, theils zum Theil, theils gar nicht bisher in die Reichsoperationskasse bezahlt haben**“. (I. Band, 1. Heft, 1796, IV., S. 32-38).

ihre Beytraege zur Operationskasse unvollkommen und saumselig bezahlt. Einige entzogen sich gar, durch nichtige Ausfluechte, aller Leistung ihrer Schuldigkeiten.
...⁶⁰⁸

In der von kaiserlicher Seite im Reichstag durch den Erzherzoglich-österreichischen Directorial-Gesandten Freiherr von Fahnenberg Anfang des Jahres 1797 den Gesandten der drei Reichstagskollegien abgegebenen Erklärung waren auch die Reichsstände „..., bei der ausserordentlichen Anstrengung des Feindes und nach den bisherigen Abwechslungen des Krieges, ...“ zu einer vollständigen Stellung ihrer Kontingente zu dem vom Reichstag beschlossenen Quinteplum und zur Zahlung ihrer rückständigen Römermonate aufgefordert worden.⁶⁰⁹

2. Das preußische Ausscheiden aus dem Reichskrieg gegen die Französische Republik

a) Frankreichs stetiges Bestreben, den König von Preußen aus der Koalition zu ziehen

Das Bestreben Frankreichs war es stets gewesen, den König von Preußen unter dem Vorwand seines mit dem Haus Österreich eingegangenen unnatürlichen Bündnisses, und seiner historischen Freundschaft zu Frankreich aus der Koalition herauszuziehen.

Bereits unmittelbar nach der Kanonade von Valmy am 20. September 1792 und während des anschließenden preußischen Rückzuges, hatte es Verhandlungen des preußischen Hauptquartiers mit den französischen Generälen⁶¹⁰ gegeben, welche durch das Einwirken von König Friedrich Wilhelm II. beendet wurden. Seiner Hauptforderung hierfür, der Wiedereinsetzung von Ludwig XVI. als König, konnte angesichts der am Tage nach Valmy am 21. September 1792 von der Convention nationale beschlossenen Abschaffung des Königtumes nicht mehr nachgekommen werden. Auch wollte sich der preußische König damals noch nicht von seinem österreichischen Koalitionspartner trennen.⁶¹¹

⁶⁰⁸ S. 6-7.

⁶⁰⁹ *Posselts Annalen*, Jahrg. 1797, 1. Band, 3. Stück, IV., S. 304.

⁶¹⁰ Dumouriez und Kellermann.

⁶¹¹ *Renouard*, Revolutionskrieg 1792, 4. Abschnitt, S. 228-235, 5. Abschnitt, S. 274-286, 295-297, 321-327; *Chuquet*, Les guerres de la Révolution, Tome III, Chap. II, p. 70-107, Chap. V, I., p. 148-153; *Sybel*, Geschichte der Revolutionszeit 1789-1795, I. Band, 4. Buch, 4. Cap., S. 587-592 und *Duvergier*, Collection des lois, Tome V, p. 1.

b) Der erfolglose Antrag König Friedrich Wilhelms II. von Preußen auf teilweise Übernahme seiner Kriegskosten beim Reichstag am 12. Januar 1794

Unter dem Eindruck der in Polen anstehenden Zweiten Polnischen Teilung und der Erschöpfung seines eigenen Staatsschatzes⁶¹² hatte König Friedrich Wilhelm II. von Preußen am 12. Januar 1794 beim Reichstag den Antrag gestellt, das Reich solle wenigstens einen Teil der Kosten für die Verpflegung seiner Armee übernehmen.⁶¹³ Dieser Antrag wurde jedoch durch das kaiserliche Kommissions-Dekret vom 20. Januar 1794, in welchem sich der Kaiser ein Gutachten zur wirksamen Stellung der Kontingente zum beschlossenen Triplum, zur Volksbewaffnung und zu einer allgemeinen Verstärkung der Reichsarmee erbat,⁶¹⁴ erschwert.

c) Die Initiative von Kurmainz an den Reichstag zur Aufnahme von Friedensverhandlungen seitens des Kaisers mit der Französischen Republik

Angesichts der militärischen Misserfolge des Reiches im Jahr 1794⁶¹⁵ und erfolgten Konsolidierung der revolutionären Gewalten in Frankreich,⁶¹⁶ ergriff der Erzkanzler in

⁶¹² Am 12./23. Jan. 1793 war zwischen Zarin Katharina II. von Russland und König Friedrich Wilhelm II. von Preußen die 2. Polnische Teilung vereinbart worden. Zur Besetzung seiner dortigen Gebiete benötigte der preußische König Truppen (*Heigel*, Deutsche Geschichte, II. Band, 3. Buch, 3. Abschnitt, S. 79-83, 107-111; *Real*, Von Potsdam nach Basel, 3. Kap., S. 55-61, 4. Kap., S.63-64; *M. Müller*, Die Teilungen Polens, III., 5., S. 43-51 mit Anm., S. 107-111 und Karte, (S.89); *Rhode*, Geschichte Polens, XIV., 3., S. 321-323; *Moritz*, Preußen und der Kościuszko-Aufstand, I., S. 27-44; *Declaration Seiner Majestaet des Koenigs von Preußen, den Einmarsch ihrer Truppen in Pohlen betreffend, Berlin, den 6. Januar 1793*, in: *Regensburger Correspondenz*, XLVI. Band, 15. Stück und *Martens*, Traités Russie, Tome II, N° 44., p. 228-238, Tome VI, N° 232., p. 159-163 (2. Polnische Teilung). Zudem sah der preußische König auch seinen von Friedrich II. angehäuften Staatsschatz von 59 Millionen Taler für erschöpft. Bereits zu Anfang des Jahres 1793 hatte er eine Subsidienforderung von insgesamt 22 Millionen geltend gemacht. 3 Mill. sollten von Österreich, 10 Mill. vom Reich und 9 Mill. von Großbritannien erbracht werden, was von Thugut jedoch abgelehnt wurde. In seiner österreich-egozentrischen Haltung glaubte Thugut, sich mit der Stellung des allgemeinen preußischen Reichskontingentes zur Reichsarmee von 12 000 Mann und den weiter allianzmäßig zugesagten von 20 000 Mann begnügen zu können. Im übrigen verwies er Preußen an das seine Truppen provisorisch zu verpflegen sollende Reich, wodurch er sich auch zusätzlich Schwierigkeiten zwischen diesem und den übrigen Reichsständen erhoffte (*Real* ebd., 5. Kap., S. 79-89; *Heigel* ebd., 4. Abschnitt, S. 129-131; *Quellen zur Geschichte der deutschen Kaiserpolitik Oesterreichs während der Revolutionskriege*, III. Band, 212., S. 336-340, 233., S. 368-369, 280., Beilagen, S. 446-449, 287., S. 456-460, 285., S. 460-461, IV. Band, 10., S. 16-26 und *Schick*, Der Reichstag zu Regensburg 1792-1795, II., 1., S. 89-90).

⁶¹³ *Real*, Von Potsdam nach Basel, 5. Kap., S. 89 und *Schick*, Der Reichstag zu Regensburg 1792-1795, II., 1., S. 90.

⁶¹⁴ *Kaiserlich=allergnaedigstes=Kommissions=Dekret an die Hochloebliche allgemeine Reichsversammlung zu Regensburg, de dato Regensburg den 20sten Januar 1794. Die in der dermaligen Reichskriege gegen Frankreich noch ferne vorzukehrenden Maasregeln betreffend/diét. 22. Januarii 1794 (Regensburger Correspondenz, L. Band, 8. Stück).*

⁶¹⁵ Mit der Niederlage bei Tourcoing am 17./18. Mai 1794 ging die Grenze zwischen der Schelde und dem Rhein verloren. Die schwere Niederlage bei Fleurus am 26. Juni führte zum Verlust der Österreichischen Niederlande und des Landes von Lüttich bis September, anschließend die französische Besetzung des trierischen und niederrheinischen Gebietes von August bis Oktober und des mittelrheinischen Gebietes mit Ausnahme der Festung Mainz bis Oktober (oben, S. 870-871).

Der von Landgraf Wilhelm IX. von Hessen-Kassel und dem Markgraf Karl Friedrich von Baden auf der Wilhelmsbadener Konferenz vom 28. September bis 2. Oktober 1794 unternommene Versuch eines neuen

Deutschland Kurfürst Karl Friedrich von Mainz die Initiative zur Herbeiführung eines Friedens. In seinem Friedensantrag vom 13. Oktober 1794, an dessen Zustandekommen der König von Preußen einen wesentlichen Anteil hatte⁶¹⁷ und vor dem Reichstag am 24. Oktober verlesen wurde, riet er zur Aufnahme von Friedensverhandlungen mit Frankreich.

Das Reich habe allein zur Herstellung des im Westfälischen Friedens garantierten Zustandes, und nicht, um sich in die inneren Händel Frankreichs einzumischen, Krieg geführt.⁶¹⁸ Es wurden die beiden reichsständischen Höfe von Schweden⁶¹⁹ und Dänemark⁶²⁰ ersucht, sich bei der Französischen Nation nachdrucksamst für einen ansehnlichen Frieden zu verwenden.⁶²¹

Dieser wurde auch nach Beratungen am 5., 12., 19. und 22. Dezember 1794, bei alleiniger Gegenstimme der Voten des Hauses Braunschweig-Lüneburg⁶²² geführten Voten,⁶²³ durch den Reichsschluß vom 22. Dezember 1794/10. Februar 1795 dahingehend angenommen, dass der Kaiser ersucht wurde, sich zu einem:

„... billigen und annehmliehen Friedens mit Frankreich, unter baldiger Anhehung des den Weg darzu vorbereitenden Mittels eines Waffenstillstandes nachdrucksamst zu verwenden, und durch gefällige Rücksprache mit ..., des Königs in Preußen Majestät, auch Höchstdieselbe zu vermögen, ... zur Beförderung der deßwegen beabsichtigten friedlichen Entzwecke nach Höchsthro

Fürstenbundes – als weitere Mitbeteiligten waren von ihnen gewollt: der Landgraf von Hessen-Darmstadt, der König von Dänemark, der Kurfürst von Pfalz-Baiern, die Fürstbischöfe von Würzburg und Bamberg und die Herzöge von Sachsen-Weimar und Sachsen-Anhalt –, zur insbesondere Aufstellung eines zur Abwehr von französischen Einfällen selbstständigen Bundesheeres von 40 000 Mann kam nicht zustande. Bei vielseitigem Widerstand und Desinteresse der mutmaßlich Beteiligten und dies auch von Seiten Österreichs und Preußens wurde er von den Initiatoren im Febr. 1795 fallen gelassen (*Aretin*, Heiliges Römisches Reich 1776-1806, Teil I, Kap. IV, 6., S. 301-318 und *Schick*, Der Reichstag zu Regensburg 1792-1795, III., 1., S. 123-124).

⁶¹⁶ Nach dem 9 Thermidor an II (27 juillet 1794) mit der erneut zur Macht gelangten Bougeoisie (*Soboul*, Révolution française, 2. Partie, Chap. V, p. 347, I, 2., p. 350-354, 4., p. 358-359, II, p. 361, 1., p. 362-364).

⁶¹⁷ *Schick*, Der Reichstag zu Regensburg 1792-1795, III., 2.-5., S. 126-145.

⁶¹⁸ Alleinig wegen der Verletzung der elsässischen Rechte der deutschen Fürsten und Stände im Elsass.

⁶¹⁹ König Gustav IV. von Schweden als Herzog von Pommern (oben, S. 101).

⁶²⁰ König Christian IV. von Dänemark als Herzog von Holstein-Glückstadt (oben, S. 101).

⁶²¹ *Aretin*, Heiliges Römisches Reich 1776-1806, Teil II, Aktenstück 52, S. 282-284.

⁶²² Hannover-England.

⁶²³ *Jm Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 5ten December 1794 (Regensburger Correspondenz, LI. Band, 72. Stück); Erste, Zweite, Dritte Fortsetzung des Protokolls. Jm Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 12ten December 1794, Freytag den 19ten December 1794, Montag den 22ten December 1794 (Regensburger ebd., LI. Band, 78., 79., 83. Stück); Fuerstliches Conclusum per Oesterreich, vom 22ten December 1794/diét. 27. Decemb. 1794 (Regensburger ebd., LI. Band, 84. Stück); In Collegio Electorali. Veneris den 5ten Dec. 1794; In Collegio Electorali. Veneris den 12ten Dec. 1794; In Collegio Electorali. Veneris den 19ten Dec. 1794; In Collegio Electorali. Lunae den 22sten Dec. 1794; (Nachtrag) Zum Churfuerstl. Protocoll vom 5. Dec. 1794 (Regensburger ebd., LI I. Band, 5. Stück); Conclusum Electorale vom 22ten December 1794/diét. 27. Decemb. 1794 (Regensburger ebd., LI. Band, 84. Stück); Conclusum Collegii civitatensis, de dato 22ten December 1794/diét. 27. Decemb. 1794 (Regensburger ebd., LI. Band, 84. Stück) und *Schick*, Der Reichstag zu Regensburg 1792-1795, III., 6. u. 7., S. 145-156.*

ohnehin schon im voraus geäußerten bereitwilligsten Gesinnungen alles Behufige mit beizutragen geruhen mögen. ...⁶²⁴

d) Aufnahme von Friedensverhandlungen durch König Friedrich Wilhelm II. von Preußen aufgrund der 3. Polnischen Teilung und den eigenen finanziellen Schwierigkeiten

Die in Polen anstehende 3. Polnische (Rest-) Teilung, bei welcher König Friedrich Wilhelm II. von Preußen neben den beiden Haupt-Teilungsmächten Rußland und Österreich nicht leer ausgehen wollte und seine eigenen finanziellen Schwierigkeiten, veranlassten ihn schließlich am 25. Oktober 1794, mit der Französischen Republik Friedensverhandlungen aufzunehmen.⁶²⁵ So wendete die Französische Republik in einer erneuten Renversement des

⁶²⁴ *An Jhro Roemisch=Kaiserl. Majestaet allerunterthaenigstes Reichs=Gutachten, de dato Regensburg den 22. December 1794. Die Reichs Kriegs Materie, und besonders auch die Einleitung zu einem annehmliehen Frieden betreffend/diät. 27. Decembris 1794 (Regensburger Correspondenz, LI. Band, 85 Stück); Kaiserlich=allergnaedigstes Kommissions=Dekret an die Hochloebliche allgemeine Reichsversammlung zu Regensburg, de dato Regensburg den 10. Hornung 1795. Die Reichs Kriegs Materie, und besonders auch die Einleitung zu einem annehmliehen Frieden betreffend/diät. 14. Februarii 1795 (Regensburger ebd., LII. Band, 13. Stück) und Schick, Der Reichstag zu Regensburg 1792-1795, III, 8., S. 156-162.*

Jedoch war auch auf den bereits zuvor am 13. August 1794 gestellten kaiserlichen Antrag, nach am 6., 10. und 13. Oktober 1794 geführten Beratungen durch den Reichsschluß vom 13./28. Oktober 1794 die Erhöhung der Reichsarmee auf das bis dahin noch niemals gehabte Quintuplum mit 200 000 Mann beschlossen worden: *Kaiserlich=allergnaedigstes Hofdekret an die Hochloebliche allgemeine Reichsversammlung zu Regensburg, de dato Wien den 13ten August 1794. Die Reichs=Kriegsmaterie, und ins besondere die Erhoehung der Reichs=Kriegsarmatur betreffend/diät. 24. Augusti 1794 (Regensburger ebd., LI. Band, 43. Stück); Kaiserlich=allergnaedigstes Hof= Ratifikations=Dekret an die Hochloebliche allgemeine Reichsversammlung zu Regensburg, de dato Wien den 28ten Oktober 1794. Die Reichs=Kriegs=Materie und insbesondere die Erhoehung der Reichs=Kriegsarmatur auf das Fuenffache betreffend/diät. 6. Novembris 1794 (Regensburger ebd., LI. Band, 61. Stück); Jm Reichs=Fuersten=Rath Montag den 6ten Oktober 1794 (Regensburger ebd., LI. Band, 57. Stück) und Schick ebd., II., 3., S. 120-122.*

⁶²⁵ In dem nach der 2. Polnischen Teilung im Jan. 1793 – Teilungsmächte Russland und Preußen – verbliebenen Restpolen (oben, S. 893), brach im März 1794 unter Kosciuszko der Aufstand aus. Dieser gebot die Entsendung von 40 000 preußischen Truppen. König Friedrich Wilhelm II. begab sich auch von seiner Rheinarmee am 12. Mai 1794 zu seinen Truppen nach Polen, womit er den künftigen Schwerpunkt seiner Politik kundtat. Bei der Besetzung von Krakau durch preußische Truppen am 15. Juni 1794, hingegen der Niederschlagung des polnischen Aufstandes allein durch die russischen Truppen Suworows, mit der Besetzung von Warschau durch sie am 6. Nov. und die vorläufige Einstellung von Subsidien seitens Großbritannien, veranlassten dies den König am 8./11. Okt. von der westlich-französischen Front seine gesamten Truppen abzuziehen, welche bis zum 24. über den Rhein setzten. Zwischenzeitlich waren vom preußischen Hauptquartier Möllendorff seit August 1794 ohne königliches Vorwissen Friedensverhandlungen mit französischen Diplomaten aufgenommen worden. Der preußische König, von seinen engsten Mitarbeitern und auch von Möllendorff aus nüchternen politischen Überlegungen zur Abschließung eines Friedensvertrages mit Frankreich bedrängt, wollte hiervon zunächst in seiner romantisch-ritterlichen Einstellung, das Königtum vor seinen Verunglimpfungen zu retten, nichts wissen und weiterhin an der Seite von Kaiser Franz II. ausharren. Nachdem Großbritannien seine Subsidien endgültig einstellte, bei seiner eigenen Finanznot und der nach der erfolgten Niederschlagung des polnischen Aufstandes durch die russischen Truppen anstehenden 3. und völligen Aufteilung Polens, bei welcher er neben den beiden insbesondere Teilungsmächten Russland und Österreich nicht leer ausgehen wollte – diese vereinbart von diesen am 3. Jan. 1795, mit seinem eigenen späteren bei einem gebietlichen Erwerb zum 24. Okt. 1795 erklärten Beitritt –, willigte er am 25. Okt. 1794 in die Aufnahme von Friedensverhandlungen mit der Französischen Republik ein (*Real*, Der Friede von Basel, I. Teil, Einleitung, 1. u. 2. Kap., in: *BZGA*, L. Band, S. 27-81; *ders.*, Von Potsdam nach Basel, 6. Kap., S. 99-102, 7. Kap., S. 117-122; *ders.*, Die preußischen Staatsfinanzen und die Anbahnung des Sonderfriedens von Basel 1795, in: *Forschungen zur Brandenburgischen und Preussischen Geschichte*, NF, I. Band, Abhandlungen ..., S. 53-100; *Heigel*,

alliances sich wieder dem traditionellen Verbündeten Frankreichs, dem König von Preußen zu.⁶²⁶

Diese Verhandlungen, beginnend am Ende des Jahres⁶²⁷ verstießen gegen den Reichsschluß vom 22. Dezember 1794/10. Februar 1795 und auch gegen die Reichsverfassung.⁶²⁸ Sie endeten mit dem am 5. April 1795 in Basel⁶²⁹ zwischen der Französischen Republik und dem König von Preußen abgeschlossenen Friedensvertrag.⁶³⁰

Deutsche Geschichte, II. Band, 3. Buch, 4. Abschnitt, S. 135-138, 141-160; *Bailleu*, König Friedrich Wilhelm III. und die Genesis des Friedens von Basel, I., II., III., in: *HZ*, XXXIX. Band, S. 237-267; *M. Müller*, Die Teilungen Polens, III., 6., S. 52-55 mit Anm., S. 111-112 und Karte, (S. 89); *Rhode*, Geschichte Polens, XIV., 4., S. 323-327; *Moritz*, Preußen und der Kościuszko-Aufstand 1794, II.-XII., S. 45-90, XIII., S. S. 191; *Hansen*, Quellen Rheinland, III. Band, (III., 1)), 89., S. 275-282 (276-277 mit Fußn. 1), S. 277); *Martens*, *Traité des puissances de l'Europe*, Tome VI, N° 96., p. 699-721 (insb. a. und b., p. 699-706); *Martens*, *Traité des Russies*, Tome II, N° 233., p. 163-170 (3. Polnische Teilung); *Quellen zur Kaiserpolitik Oesterreichs während der Revolutionskriege*, III. Band, 14., S. 17-18; *Lautzas*, Die Festung Mainz, 2. Kap., B., III., a), S. 88; *Déclaration Seiner Koeniglichen Majestaet von Preussen an das Deutsche Reich. Berlin den 13. Maerz 1794: zum Rückzug der preußischen Truppen aus den Armeen des Reiches und der Koalitierten „...., das Traktatenmäßige Hülfskorps von 20,0000 Mann ausgenommen, ...“* (S. 3), in: *Regensburger Correspondenz*, L. Band, 48 Stück) und *Friedrich Wilhelm II., König von Preußen*, Erklärung Sr. Koenigl. Maj. von Preussen an Ihre Hoehchst= und hohen Reichs=Mitstaende in Betreff des am 5 April 1795. mit der Franzoesischen Republik geschlossenen Friedens=Tractates, S. 3-22 mit offenen Artikeln, S. 23-32: am 1. Mai 1795 abgegeben, zur Begründung des am 5. April 1795 getätigten Abschlusses des Baseler Friedens mit der Französischen Republik.

⁶²⁶ Das Renversement des alliances von 1756 mit seiner Abwendung von Preußen und seiner Zuwendung zu Österreich (unten, S. 1019) hatte Frankreich kein Glück gebracht. Insbesondere die im 7 Jährigen Krieg (1757-63) erlittenen gebietlich-koloniale Verluste von Kanada, Westindische Inseln (unten, S. 1020-1021). Der in den Jahrzehnten vor der Revolution eingetretene Machtzerfall wurde der österreichfreundlichen Politik des Hofes zugeschrieben. Die revolutionären Umtriebe Marie Antoinettes, mit ihrem Versuch, ihren Bruder Kaiser Leopold II. zum Eingreifen zu veranlassen, kamen hinzu. In einer erneuten Umkehr der Allianzen suchte das revolutionäre Frankreich wieder die Nähe Preußens, welches katholische Österreich als Inbegriff des konservativen Ancien Régime galt, hingegen das protestantische Preußen fortschrittlicher erschien.

⁶²⁷ Seitens des Königs von Preußen wurden die Verhandlungen zuerst von dem früheren preußischen Gesandten in Paris Graf v. d. Goltz geführt, welcher, bereits erkrankt, am 28. Dez. 1794 in Basel eintraf und dort schon am 6. Febr. 1795 verstarb. Danach vom 13. Febr. 1795 interimistisch durch den Gesandtschaftssekretär Harnier. Am 28. Febr. 1795 ernannte König Friedrich Wilhelm II. Hardenberg zum Bevollmächtigten, welcher am 28. März 1795 in Basel eintraf. Auf französischer Seite war François Barthélemy bevollmächtigt (*Real*, Der Friede von Basel, I. Teil, 3. Kap., II. Teil, 4.-6. Kap., in: *BZGA*, L. Band, S. 82-112, LI. Band, S. 115-180; *ders.*, Von Potsdam nach Basel, 7. Kap., S. 122-131 und *Heigel*, Deutsche Geschichte, II. Band, 3. Buch, 4. Abschnitt, S. 160-182).

⁶²⁸ *Johannes von Müller* in seinen *Anmerkungen* zu der von dem König von Preußen vor dem Reichstag am 1. Mai 1795 abgegebenen Erklärung seiner Gründe für den Abschluss des Baseler Friedensvertrages:

„... Wir haben die Probe: Kaum daß die durch Kurmaintz zur Sprache gekommene Friedenswuensche nicht, wie sonst, nur an das Reichsoberhaupt, sondern auch an einen Reichsmitstand gebracht worden, so fand, wie wir sehen⁵¹⁾, dieser hierinn einen Vorwand für Schritte, die wohl gewiß in dem Sinne nicht eines einzigen Comitialvotums gewesen waren. Der neu angenommene Curator benahm sich so unbescheiden, als ob er es nicht nur mit Waysenkindern, sondern mit voellig unmuendigen oder bloedsinnigen zu thun haette, welchen eine Demarcationslinie⁵²⁾ zu setzen waere, jenseit deren, und weiter nicht, sie, wenn sie noch wollen, allenfalls Erlaubniß haetten, ihre Balgereyen fortzutreiben.

Dieser ungläublich schnelle Mißbrauch eines kaum geschenkten Vertrauens leitet auf die Betrachtung der Gefahr dieses Reichs, ein zweytes Polen zu werden, ... In dieser gefaehrdevollen Lage der Sachen tritt Kurbrandenburg, unter allen Reichsstaenden der maechtigsten einer, und ohne Ausnahme der unternehmendeste, oeffentlich mit einer Anklage des Reichsoberhaupt⁵⁴⁾, und einer Verbindung mit dem Reichsfeinde auf, setzt

e) Politische und militärische Schwächung des Reiches durch den französisch-preußischen Baseler Friedensvertrag vom 5. April 1795 und die am 5. August 1796 vereinbarte Berliner Konvention

Der Baseler Friedensvertrag sah die Vereinbarung des Friedensschlusses zwischen den beiden Vertragsteilen,⁶³¹ die Verpflichtung zur Einstellung der Feindseligkeiten zwischen ihnen⁶³² und zur Nichterbringung feindlicher Kriegsleistungen vor⁶³³ und gestattete der

sich über das Fundamentalgesetz den Westphaelischen Frieden⁵⁵), ueber die bestimtesten Reichsabschiede⁵⁶) und ratificirte Gutachten⁵⁷), ueber seinen reichsstaendischer Leheneid⁵⁸), ueber seine feyerlichsten freywilligen Zusagen⁵⁹), hinaus; schreibt vor, wie weit man Krieg fuehren duerfe; bestimmt, wie lang⁶⁰) der Friedensweg offen sey, fodert die Staende um ihre Erklarung auf⁶¹), und, indeß der Feind seine Freundschaft ruehmt⁶²), begehrt er unumschraenktes Vertrauen. Diesen geringschaetzigen, herabwuerdigenden Ton gegen Kaiser und Reich fuehrt ein Fürst, welcher zu gleicher Zeit Kraftlosigkeit vorschuetzt, um nicht weiter gegen die Franzosen zu streiten. Dieses, vom Reichsoberhaupte selber bey weitem nicht in gleicher Maasse gefoderte Vertrauen, begehrt ein Fuerst, von dem zu gleicher Zeit unsere Feinde, seine Freunde, alles zu erwarten, sich oeffentlich ruehmen, und welchen sie zur Belohnung, im Reich preponderant machen wollen³⁶). ...“ (*Friedrich Wilhelm II., König von Preußen*, Erklarung im Namen Seiner Koeniglichen Majestaet von Preussen der allgemeinen Reichsversammlung mitgetheilt in Betref des zu Basel am 5 April geschlossenen Friedens, II. Anmerkungen, III., S. 74-79), in welchen insbesondere auch darauf hingewiesen wird, daß das Reich nach seiner Verfassung zu einem Offensivkrieg ungeschickt und zur Selbstverteidigung unbehilflich sei, für die Ruhe in der ganzen Welt nichts wünschbarer sei, als die Erhaltung des Reiches, und die Kurfürsten, Fürsten und Stände einen geraden Frieden mit dem Feind, aber durch sich selbst, durch Kaiser und Reich anstreben sollen (S. 71-91). „... Fuerchtet dieses Friedensfest; fuerchtet den Rausch. Aus der aufgenommenen Vermittlung entwickeln sich die geheimen Artikel, die zudringlichen Forderungen. Schon rauchen die Burgen in der Region Frankens⁷²); schon beben die Wohnungen der gefuersteten Priester. ...“ (S. 86)

und *Ein Beytrag zur Geschichte der Separatfriedensschlusse vom Jahr 1795 und 1796* „... Die Veraenderung der oeffentlichen Meinung ist aber in keinem Betracht ein nur von weitem zureichender Grund, wodurch die Separatfrieden koennen gerechtfertigt werden. ...“ Hierzu hätte es vielmehr der vorherigen Auflösung des Reichsverbandes bedurft „... Die Verbindlichkeit der Traktaten erfordert eine eben so regelmaeßige Aufloesung, als die physikalische Einschreitungsart die Gesetze vorschreibt, wie eine vorsaeztlich befoerderte Fermentation wiederum zum Ruhestand zu bringen ist. ...“ (*Magazin der Europaeischen Staatenverhaeltnisse*, I. Band, 2. Heft, I., 3., S. 186).

⁶²⁹ Die den Zunftstädten der Eidgenossenschaft zugehörnde Stadtrepublik Basel lag zwischen den Fronten – neutral – und gab es in ihr Franzosenfreude, welche achtbare Bürger waren (*Chr. Simon*, Basel 1789-1795, Frankreich, die Heimat der Menschenrechte, in: *Basler Frieden 1795*, S. 70).

⁶³⁰ Zu der auf Seiten des Königs von Preußen gehabten Vielzahl von Motivationen für seinen Abschluß, mit der hervorgehobenen Bedeutung des eigenen Geldmangels *Real*, Die preußischen Staatsfinanzen und die Anbahnung des Sonderfriedens von Basel 1795 „... Die großen Ereignisse der Geschichte lassen sich nie auf eine einzige Ursache zurückführen. Aus einem zuweilen unentwirrbaren Geflecht der Entscheidungen hervorgehend, wirken sie an dem bunten Teppich der Ereignisse, dem sie hier die grellen, erregenden Farben, dort die sanfteren Töne verleihen. Beim preußischen Sonderfrieden von Basel ist es nicht anders. Niemand wird die Vielfalt der Kräfte bestreiten, die an seinem Zustandekommen mitwirkten, die Lustlosigkeit, mit der im Westen der Krieg von Anfang an geführt wurde, die oft zu registrierende mangelhafte strategische Übereinstimmung unter den Verbündeten, das Ausbleiben kriegsentscheidender Erfolge, die unerwartete Überlegenheit des Gegners, die Aussicht auf bedeutende Gewinne im Osten, das um sich greifende Streben nach einem allgemeinen Frieden und der Verwirklichung weltbürgerlicher Ideale – nicht zuletzt aber auch die Lage der preußischen Staatsfinanzen, die nach dem Ausscheiden aus dem Kriege verlangten. Noch im Oktober 1795 hat Haugwitz zu einem Bericht Hardenbergs geschrieben: ‚Ich sehe keinen anderen Grund (für den Frieden) als den absoluten Geldmangel.‘ Und noch am 21. Februar 1796 hat Alversleben es in einer Denkschrift ähnlich formuliert: ‚Der wahre und einzige Grund des Friedens ist der Mangel am Gelde.‘ ...“ (*Forschungen zur Brandenburgischen und Preussischen Geschichte*, NF, I. Band, Abhandlungen ..., S. 99-100).

⁶³¹ Art. I seiner offenen Artikel (*Martens*, *Traité des puissances de l'Europe*, Tome VI, N° 63. a., p. 496).

⁶³² Art. II seiner offenen Artikel (*Martens*, *Traité des puissances de l'Europe*, Tome VI, N° 63. a., p. 496).

Französischen Republik die weitere Besetzung der linksrheinischen Besitzungen⁶³⁴ bis zum allgemeinen Friedensschluss mit dem Reich.⁶³⁵

Über diese allein beiderseitigen Verpflichtungen hinausgehend wurde für die betroffenen Stände und Staaten eine Neutralisierung Norddeutschlands festgelegt,⁶³⁶ welche nach Aufsamung ihrer Demarkationslinie⁶³⁷ durch die am 5. August 1796 in Berlin abgeschlossene preußisch-französische Konvention erneut vereinbart wurde.⁶³⁸

Die Französische Republik verpflichtete sich, die Demarkationslinie nicht zu verletzen und die Neutralität jener Stände anzuerkennen, welche innerhalb von zwei Monaten ihr Kontingent vom Reichsheer zurückziehen und keine Bezahlungen mehr für den Reichskrieg erbringen würden.⁶³⁹

⁶³³ Art. II seiner offenen Artikel (*Martens, Traités puissances de l'Europe, Tome VI, N° 63. a., p. 496*).

⁶³⁴ Das ganz linksrheinisch gelegene Herzogtum Geldern und den ca. hälftigen Teil des Herzogtums Kleve (oben, S. 285-286).

⁶³⁵ Art. V seiner offenen Artikel (*Martens, Traités puissances de l'Europe, Tome VI, N° 63. a., p. 496-497*).

⁶³⁶ Zuerst nach Art. VII seiner offenen und den Art. III u. IV seiner geheimen Artikel (*Martens, Traités Puissances de l'Europe, Tome VI, N° 63. a., p. 497* und *Clercq, Traités de la France, Tome I, Articles séparés et secrets, p. 235* mit *Biro, The German policy of Revolutionary France, Vol. I, Part 1., Chap. IX, 2., p. 349: Original franco-prussian neutrality line*). Diese wurden modifiziert und ergänzt durch die danach am 28 floréal an III (17 mai 1795) zwischen der Französischen Republik und dem König von Preußen zusätzlich vereinbarte Konvention mit ihren beiden Geheimartikeln. Nach ihnen wurde eine das ganze norddeutsche Territorium und weite Teile von Süddeutschland erfasst ((*Clercq ebd., p. 242-244* und *M. Alt, Europa im Ersten Koalitionskrieg und der Frieden von Basel, in: Basler Frieden 1795, S. 51: Darstellung der Neutralitätslinie ... 17 May 1795. ...*)).

⁶³⁷ Am 26. Okt. 1795 gab König Friedrich Wilhelm II. wegen ihrer militärischen Unzulänglichkeit die Demarkationslinie in Frankfurt und in dessen Umgebung mit dem Verprechen auf, diese um so nachdrücklicher im Westfälischen zu behaupten (*Preußen und Frankreich 1795-1807, I. Theil, (Aktenstücke aus dem Jahre) 1795., 18., S. 29-31*), womit er auch die getroffenen Vereinbarungen über die Demarkationslinie insgesamt auf sagte (*Trummel, Der Norddeutsche Neutralitätsverband, 1. Kap., S. 25-26*).

⁶³⁸ Bei den im Feldzug des Jahres 1796 bis in den August zuerst geglückten Vorstößen der beiden armées de Sambre-et-Meuse und armée de Rhin-et-Moselle bis in das Fränkische und in das Bayerische (oben, S. 881-882), wurde nach erneuten Verhandlungen am 5. Aug. 1796 die Berliner Konvention mit ihren Geheimartikeln abgeschlossen (*Martens, Traités Puissances de l'Europe, Tome VI, N° 89., p. 650-652: Articles patents. Martens ebd., 90., p. 653-656: Convention secrète: Berliner Konvention mit Abtretung von den linksrheinischen Reichsgebiete und dafür zu gewährenden Entschädigungen durch Säkularisationen*). In ihr wurde auf Wunsch der Berliner Regierung die Neutralitätslinie nördlich an die beiden Flüsse Rur und Fulda und bis zu deren Quellen zurückverlegt (Art. I ihrer offenen Artikel: *Martens ebd., p. 651; Trummel, Der Norddeutsche Neutralitätsverband, 1. Kap., S. 27-34* mit *Biro, The German policy of Revolutionary France, Vol. II, Part 2., Chap. XI, 3., p. 617: Neutrality line of August 5, 1796*). In dem am 9 frimaire an V (29 nov. 1796) vereinbarten Article additionnel au traité de neutralité du 5 août 1796 wurde die Neutralitätslinie um das Kurfürstentum Sachsen und um den Obersächsischen Kreis erweitert (*Clercq, Traités de la France, Tome I, p. 311-312* mit *Biro ebd., Vol. II, Part 2., Chap. XV, 2., p. 665: Neutrality line ... Amended to include Saxony November 1796*).

⁶³⁹ Art. II (*Martens, Traités Puissances de l'Europe, Tome VI, N° 89., p. 650*).

Preußen übernahm die Bürgschaft, dass keine Truppen der innerhalb der Demarkationslinie gelegenen Staaten und Reichsstände die Linie in feindlicher Absicht gegen die französische Heere überschreiten werden,⁶⁴⁰ zu welcher Absicherung man auch ein 40 000 Mann starkes preußisch-hannover-braunschweigisches Beobachtungsheer benötigte.⁶⁴¹

Nahezu alle hinter der Demarkationslinie gelegenen Reichsstände traten dem Neutralitätsverband bei.⁶⁴² So insbesondere König Georg III. von Großbritannien als Kurfürst von Hannover am 25. August/25. September 1795, welcher „... Preußens und Hannovers Neutralität nicht mit den Augen eines mittelstaatlichen deutschen Fürsten, sondern vom Standpunkt des Königs von England aus ...“ sah⁶⁴³ und am 29. November 1796 Kurfürst Friedrich August von Sachsen und die thüringischen Fürstentümer.⁶⁴⁴

Anfang Juli 1796 wurde dem Regensburger Reichstag von Seiten Preußens bekannt gemacht, dass die norddeutschen Staaten nichts mehr zu den Reichskriegslasten beisteuern werden.⁶⁴⁵

⁶⁴⁰ Art. VI (*Martens*, *Traité des Puissances de l'Europe*, Tome VI, N° 89., p. 652). Seitens Preußens nahm man deshalb die Aufstellung einer hinlänglich starken Truppenmacht in Aussicht.

Bei den nach Art. III-V auch für neutral erklärten Gebiete, linksrheinisch gelegene Teile der Grafschaft Mark, preußische Besitzungen in Franken und bei Koblenz und Grafschaft Sayn-Altenkirchen konnten diese von den Truppen der kriegsführenden Mächte durchzogen werden, bei Überwachung und Hilfeleistung durch einen preußischen Kommissar (*Martens*, *Traité des Puissances de l'Europe*, Tome VI, N° 89., p. 651-652).

⁶⁴¹ Unter dem Oberbefehl von Herzog Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig stehend, bei einer Soll-Stärke von 42 000 Mann: 25 000 Preußen, 15 000 Hannoverer, 2 000 Braunschweiger hatte es Ende Oktober 1796 eine Ist-Stärke von 20 127 Preußen, 12 359 Hannoverer, 1 260 Braunschweiger (*Trummel*, *Der Norddeutsche Neutralitätsverband*, 2. Kap., S. 49-50, 53-54).

⁶⁴² *Trummel*, *Der Norddeutsche Neutralitätsverband*, 2. Kap., S. 49.

⁶⁴³ *Trummel*, *Der Norddeutsche Neutralitätsverband*, 3. Kap., S. 85-88 (86-87).

König Georg III. von Großbritannien teilte als Kurfürst von Hannover am 2. Okt. 1795 dem preußischen Ministerium seine strenge Beachtung der preußischen Neutralität mit (*Wohlwill*, *Frankreich und Norddeutschland von 1795 bis 1800*, in: *HZ*, XV. Band, Aufsätze, VI., S. 405-406).

Die Neutralität von Kurhannover versperrte und verhinderte einen französischen Zugriff auf den Festlandsdegen seines damaligen Hauptfeindes Großbritannien. Gleiches gilt auch für die in die Neutralität miteinbezogenen, an den Nordseemündungen gelegenen Reichs- und Hansestädte Hamburg und Bremen, mit welchen französischen Besetzungen der Handel Großbritanniens getroffen worden wäre. Da bei der maritimen Überlegenheit Großbritanniens kein direkter Zugriff seitens der Französischen Republik auf Großbritannien möglich war, war dies immer eine französische militärische Option.

Die Hansestädte hatten dann auch immer aus ihren Handelsinteressen Wert auf gute Beziehungen mit der revolutionären Französischen Republik gelegt (*Trummel*, *Der Norddeutsche Neutralitätsverband*, 3. Kap., S. 102, Fußn. 3)).

⁶⁴⁴ In dem am 9 frimaire an V (29 nov. 1796) in Berlin vereinbarten Article additionnel au traité de neutralité du 5 août 1796 (*Clercq*, *Traité de la France*, Tome I, p. 311-312).

Hingegen hatten Preußens wiederholte Versuche, auch den Kaiser als Oberhaupt seines Hauses Österreich zu einem Anerkennen der Neutralitätslinie zu bewegen, niemals Erfolg, obgleich die kaiserlich-österreichischen Truppen diese überwiegend beachteten (*Trummel*, *Der Norddeutsche Neutralitätsverband*, 4. Kap., S. 173, 176-180).

⁶⁴⁵ Zusammenberufung der norddeutschen Stände – aus den 4 Reichskreisen Niedersächsischer, Westfälischer, Oberrheinischer, Kurrheinischer – in Hildesheim am 20. Juni 1796, bei der Wandelbarkeit der

Damit wurde das Reich in die beiden Einfluss- und Interessenphären des unter die Vorherrschaft von Preußen gelangten Norddeutschlands und des unter der Führung des Kaisers und seiner Hauses Österreich verbliebenen Süddeutschlands aufgespalten.

Pahl, Patriotisches Appel an den Friedenscongreß in Lueneville⁶⁴⁶:

„... Durch Verheissungen und Zwang rief P r e u s s e n die Teutschen zur Neutralität; durch Drohungen und Gewalt rief sie O e s t e r r e i c h zum Kriege. Beyde Höfe hatten große Partheyen; aber die Parthey des letztern s c h i f f t e m i t d e m G e s e t z e, wie wohl unter steten Orkanen. Die Stände des Nordens verhielten sich zu P r e u s s e n wie Vasallen; die Stände des Südens zu O e s t e r r e i c h wie Landsassen; weder diese noch jene hatten einen eigenen Willen. Es ward von dem Interesse des Reichs viel gesprochen, aber nichts für dasselbe gethan. Und das Ende ist ... - ein gewaltiger Schritt zur gänzlichen Auflösung des teutschen Staats. ...“⁶⁴⁷

Laukhard, Schilderung der jetzigen Reichsarmee nach ihrer wahren Gestalt:

„... Offenbar ist Deutschland in zwey große Partheien getheilt: eine davon hängt an dem Hause Oestreich, die andre aber, und bey weitem die mächtigste, wenn gleich nicht die größte, folgt dem Interesse des Preußischen. ...“⁶⁴⁸

und *Trummel*, Der norddeutsche Neutralitätsverband:

„... Bedeutete doch die Neutralerklärung Norddeutschlands nichts weniger als eine Scheidung des Deutschen Reiches in eine nördliche und eine südliche Hälfte,²⁾ als die Errichtung eines preußischen Kaisertums im Norden des Reiches.³⁾ Als solche empfanden sie alle die, von den Segnungen der Neutralität nicht betroffen wurden. ...“⁶⁴⁹

französischen Politik wurde die Beschützung durch eine bewaffnete Macht für notwendig erklärt und die weitere Beisteuerung zu den Reichskriegslasten verneint (*Trummel*, Der Norddeutsche Neutralitätsverband, 3. Kap., S. 101-117 (116-117)).

⁶⁴⁶ Erschienen 1801.

⁶⁴⁷ S. 17-18.

⁶⁴⁸ S. 205, nachfolgend S. 205-206 „... Der jetzige Krieg, oder vielmehr der Preußische Separatfrieden mit den Franzosen hat endlich eine Sache aufgeklärt, die vorher vielleicht noch disputabel zu seyn schien, Preußen macht gegen den Ton der Deutschen Grundgesetze einen Frieden mit dem Reichs=Feinde, während der Kaiser und die andern Reichsstände gegen diesen Feind noch zu Felde liegen. Es thut noch mehr: es bestimmt eigenmächtig eine zum großen Vortheil des Feindes dienende Demarkations=Linie mitten nicht in seinen eignen Staaten, sondern mitten in Deutschland, und fodert mit bewaffneter Hand, daß diese Linie nicht blos vom Feinde des Reichs sondern auch von den Deutschen Truppen respektirt werde. Und nun erklären sich mehrere Deutsche Fürsten und Stände sofort für das Preußische Unternehmen, ziehen ihr Kontingent zurück und machen mit Frankreich Friede. ...“.

⁶⁴⁹ 4. Kap., S. 173.

Die Neutralisierung Norddeutschlands bedeutete erstmalig seine Gelangung unter preußischer Vorherrschaft.

Mit den zwischen den verbündeten nördlichen Staaten zeitweise erfolgten Abschaffungen der Zölle auf Lebensmitteln und auf Getreide und der Grenzsperrern, erbrachte sie auch die ersten Vorboten des am 1. Jan.

Dies bewirkte, dass nur noch der süddeutsche Teil des Reiches mit seinem Territorium und mit seiner Bevölkerung an dem Kriegsgeschehen gegen die Französische Republik einen aktiven Anteil nahm.

Pahl, Patriotisches Appel an den Friedenscongreß in Lueneville:

„...; es erfolgte die sonderbare Erscheinung, daß ein und derselbe Staat zu gleicher Zeit Krieg führte und den Frieden genoß, - und diese Erscheinung dauerte unter allen Veränderungen der öffentlichen Angelegenheiten bis auf diese Stunde fort.
...⁶⁵⁰,

womit das Reich insbesondere militärisch und auch allgemein politisch geschwächt wurde.

Marcard, Preußen Neutralitäts=System dessen Ursachen und wahrscheinliche Folgen⁶⁵¹:

„... War dieser Basler Frieden nothwendig, wie ich nicht entscheiden kann, so war er zuverlässig das erste Signal der Auflösung von Europa, und das erste Hahnengeschrey des über diesen Welttheil beschloßenen Gerichts. Die ganze Last des Krieges fiel nun auf Oesterreich allein, und keine Folgen sind ausgeblieben, die davon zu fürchten waren. ...⁶⁵²

und *Pahl*, Patriotisches Appel an den Friedenscongreß in Lueneville:

„... Desto bereitwilliger war die französische Regierung, die Friedensvorschläge von Seiten des p r e u s s i s c h e n H o f e s anzunehmen. Sie wußte wohl, daß sie durch den Zurücktritt des Königs M e i s t e r a u f d e m C o n t i n e n t e v o n E u r o p a wurde. Aber für die teutschen Stände war diese Begebenheit höchst nachtheilig. Die Trennung der Coalition mußte das für niemand mehr werden, als für das schwächste Glied derselben. Seit dem Frieden von B a s e l war es unter den denkenden Beobachtern entschieden, daß das Reich die Siege der Franzosen durch große Abtretungen werde belohnen müssen.*) ...⁶⁵³

1834 in Wirkung getretenenen Deutschen Zollvereins (*Trummel*, Der Norddeutsche Neutralitätsverband, Einleitung, S. 18-19, 21).

Bereits nach dem Baseler Frieden gab es dann auch publizistische Vorschläge für norddeutsche Unionsbestrebungen (*Schulz*, Vorschläge zur Reichsreform, III., B., c., S. 65-76).

⁶⁵⁰ S. 11.

Der Verfasser von *Ueber die Geistlichen Staaten in Deutschland*, S. 57 „... Das nördliche Deutschland war durch eine Demarcations=Linie gegen die feindlichen Einfälle, die es gleichwohl nicht zu befürchten hatte, geschützt, und stand unter Waffen, aber nicht gegen den Feind. - ...“; *Berg*, Ueber das Staatsnothrecht als Grund des Rechtes zu säcularisiren, Vorrede, S. V; *Deutschlands Gewinn und Verlust bei der Rastadter Friedens-Basis*, I., S. 6-7 und *Lancizolle*, Uebersicht der deutschen Reichsstandsschafts= und Territorial=Verhältnisse, Einleitung, S. XXXVI.

⁶⁵¹ Erschienen 1799.

⁶⁵² S. 20 und S. 9 „...; daß denn der Untergang von Europa unvermeidlich sey. ...“, S. 31-36, 38-39.

⁶⁵³ S. 10.

Ferner hatte der Vertrag, wobei der König von Preußen sich mit ihm auch einen späteren allgemeinen Friedensschluss des Reiches mit der Französischen Republik erhoffte,⁶⁵⁴ eine Vorbildfunktion für andere Reichsstände zur Abschließung von eigenen separaten Friedensverträgen mit der Französischen Republik.

Pahl, Patriotisches Appel an den Friedenscongreß in Lueneville:

„... Der preussische Hof ... zog nach dem Frieden von Basel nicht nur seine Reichskontingente von dem Kriegsschauplatze zurück, sondern versicherte auch andere Stände seines Schutzes, wenn sie das Nämliche thun, und in den Zustand einer gänzlichen Neutralität treten wollten. Diese Einladung war dem Egoismus sehr willkommen; es folgte nicht nur Hessen, sondern nach und nach der ganze Norden von Teutschland dem Beispiele Preussens;⁽⁶⁵⁵⁾ ... Nach dem Frieden von Basel verließ ein Stand nach dem andern die gemeine Sache. ...“⁶⁵⁶

und die von kaiserlicher Seite den geistlichen Reichsstände auf dem Reichstag Anfang Februar 1797 eröffnete Gefährdung ihrer Existenz⁶⁵⁷:

Das im Jahr 1796 erschienenen, in Stuttgart gedruckten Schauspiel *Germania im Jahr 1795*, 5. Akt, 6. Auftritt, S. 95 „... K a u f m a n n im Weggehen für sich. Die Narren wissen nicht, daß wir selbst den Kanzlisten des französischen Ambassadeurs in Basel bezahlt haben, ihnen diese große Nachricht zu verkaufen. Uiber Preußens Politik geht gar nichts auf der ganzen Welt! Preußens Politik und französische Finesse in eine festen Allianz vereinigt, leitet ganz Europa am Gängelbände, in Fesseln, am Seile, wie wir wollen. ...“.

⁶⁵⁴ Ausgedrückt in der von *Friedrich Wilhelm II., König von Preußen*, am 1. Mai 1795 vor dem Reichstag zur Begründung seines Abschlusses abgegebenen: Erklärung im Namen Seiner Koeniglichen Majestaet von Preussen der allgemeinen Reichsversammlung mitgetheilt in Betref des zu Basel am 5 April geschlossenen Friedens, I. Die Erklärung, S. 31-32 (31) und *Bailieu*, Die Genesis des Friedens von Basel, III., in: *HZ*, XXXIX. Band, Aufsätze, S. 267-268, 275.

⁽⁶⁵⁵⁾ S. 11.

⁶⁵⁶ S. 17.

S. 12 „... Das Benehmen von Preussen und der Stände, die sich an dasselbe angeschlossen hatten, war durchaus nicht mit den verfassungsmäßigen Gesetzen des deutschen Staats zu vereinigen. ...“. Die Reichsstände konnte sich hierbei immer auf das Verhalten des nach dem Kaiser mächtigsten und angesehensten von ihnen berufen. Diese Vorbild- und Folgewirkung des Baseler Friedensvertrages wird insbesondere auch darin manifest, dass die anderen Reichsstände, der Landgraf von Hessen-Kassel am 28. Sept. 1795 (unten, S. 906), der Herzog von Wirtemberg am 7. Aug. 1796, der Markgraf von Baden am 22. Aug. 1796 (unten, S. 907) und der Kaiser als Oberhaupt seines Hauses Österreich am 17. Okt. 1797 (unten, 908-909), alle zeitlich danach, ihre separaten Friedensverträge mit der Französischen Republik abschlossen.

⁶⁵⁷ Die von kaiserlicher Seite den geistlichen Reichsständen Anfang Febr. 1797 auf dem Reichstag eröffnete Gefährdung ihrer Existenz (*Posselts Annalen*, Jahrg. 1797, 1. Band, 3. Stück, IV., S. 304-307) war die Reaktion auf die von Bonaparte in seinem italienischen Feldzug der Jahre 1796/97 erstrittenen militärischen Erfolge (oben, S. 882-883). Dies führte dazu, dass von kaiserlicher Seite im Reichstag durch den Erzherzoglich-österreichischen Directorial-Gesandten Freiherr von Fahrenberg in einer Anfang Febr. 1797 den Gesandten der 3 Reichstagskollegien abgegebenen Erklärung, die Reichsstände „...“, bei der ausserordentlichen Anstrengung des Feindes, und nach den bisherigen Abwechslungen des Krieges, ...“ zu einer vollständigen Stellung ihrer Kontingente zu dem vom Reichstag beschlossenen Quinteplum und zur Zahlung ihrer rückständigen Römermonate aufgefordert wurden (S. 304).

In einer zusätzlichen und allein den geistlichen Kurfürsten, geistlichen Fürsten und übrigen geistlichen Ständen von Fahrenberg mitgeteilten mündlichen und geheim-vertraulichen Erklärung, wurde diesen ein von Thugut gezeichnete Reskript vom 6. Febr. 1797 eröffnet (*ebd.*, S. 304-307). Es enthielt zu Beginn den

„... ,Die Existenz dieser nahen Gefahr wäre schon deutlich wahrzunehmen gewesen, als einer der mächtigsten Reichsstände die gemeinsame Sache verlassen habe, um mit dem Feinde einen Frieden zu schliesen, der aller Vermuthung nach geheime Verabredungen umfasse, die der J ntegrität des teutschen Reichs nichts weniger als günstig seyn können.

,Diese Besorgniß wäre noch mehr bestätigt worden, als mehrere Protestantische Fürsten und Reichsstände dem erwähnten Beispiele zu folgen; und mitten in dem gemeinsam beschlossenen Reichskriege von aller thätigen Mitwirkung bei der Vertheidigung des teutschen Vaterlands, durch Anerkennung der DemarcationsLinie und Annahme der Neutralität, sich loszuzählen keine Bedenken getragen hätten. ...“⁶⁵⁸

3. Der Reichsschluß vom 3./29. Juli 1795 über die vom Kaiser ungeteilt zu führenden Friedensverhandlungen als Folge des französisch-preußischen Baseler Friedensvertrages

Nach der von preußischer Seite im Reichstag am 7. Mai 1795 eröffneten offiziellen Bekanntmachung des Abschlusses seines preußisch-französischen Friedensvertrages⁶⁵⁹ erging das *Kaiserlich=allergrnaedigstes Hofdekret an die Hochloebliche allgemeine Reichsversammlung zu Regensburg, de dato Wien den 19ten May 1795. Die Einleitung zu einem annehmliehen Reichs=Frieden betreffend*⁶⁶⁰ und wurde nach den Beratungen am 1., 5., 8., 10., 12., 22., 26. Juni und 1., 3. Juli 1795⁶⁶¹ der Reichsschluß vom 3./29. Juli 1795 gefasst.

allgemeinen Hinweis, dass bei den großen Anstrengungen des Feindes, ohne eine vom Kaiser seitens des gesamten Reiches erhaltenen nachdrücklichen Unterstützung, die Gefahr eines Umsturzes der deutschen Staatsverfassung und des Verlustes des Eigentums seiner Mitglieder drohe (S. 305). Der Kaiser habe wiederholt die geistlichen Reichsstände darauf aufmerksam gemacht, dass die von der vereinten französischen und von Preußen abhängige protestantische Macht geheime Säkularisationspläne zu ihrer Verwendung als Entschädigung beim künftigen Friedensschluss hege (S. 305-306). Bei den nunmehr allgemein bekannt gewordenen Friedensverhandlungen in Paris, sei die Absicht des Feindes zu Säkularisationen voll ersichtlich, demnach sollten die geistlichen Reichsstände den kaiserlichen Aufruf, sich mit ihm zu vereinigen, beherzigen (S. 306). Um diese Gefahr von ihnen selber abzuwenden, insbesondere den Kaiser in seinem Entschluss zu bestärken, im Krieg und im Friedensschluss die Sache der geistlichen Reichsstände und ihrer Länder mit Nachdruck zu verteidigen, wurden sie zur Erfüllung ihrer reichsständischen Pflichten und zur Vereinigung mit dem kaiserlichen Haus Österreich aufgefordert (S. 306-307). Alle Reichsstände wurden insbesondere zur eiligen und vollzähligen Erbringung ihrer Kontingente zum beschlossenen Quintuplum und zur schleunigen Zahlung ihrer rückständigen Römermonate und Reluitionsgelder angehalten, damit man bei der bevorstehenden Eröffnung des Feldzuges, diesen mit voller Stärke aufnehmen könne (S. 307).

⁶⁵⁸ *Posselts Annalen*, Jahrg. 1797, 1. Band, 3. Stück, IV., S. 305.

⁶⁵⁹ *Schick*, Der Reichstag zu Regensburg 1792-1795, V., 2., S. 189-190.

⁶⁶⁰ Diät. 23. Maii 1795. In ihm wurden die Reichsstände aufgefordert, angesichts des am 5. April 1795 in Basel abgeschlossenen Separatfriedensvertrages sich in vollkommenem kaiserlichen Zutrauen reichsverfassungsmäßig zu vereinigen und zur Beförderung und Beschleunigung des allgemein gewünschten Reichsfriedens über die Ernennung einer zum künftigen Friedenskongress abzuschickenden Reichsdeputation zu einigen, mit (Anlage 1.) und (Anlage 2.) (*Regensburger Correspondenz*, LII. Band, 64. Stück) und *Schick*, Der Reichstag zu Regensburg 1792-1795, V., 3., S. 193-198.

⁶⁶¹ *Im Reichs=Fuersten=Rath Montag den Isten Juni 1795 (Regensburger Correspondenz, LIII. Band, 1. Stück); Erste, Zweite, Dritte, Vierte, Fuenfte, Sechste, Siebente, Achte, Neunte Fortsetzung des Protokolls. Im Reichs=Fuersten=Rath Freytag den 5ten Juni 1795, Montag den 8ten Juni 1795, Mittwoch den 10ten Juni 1795,*

In ihm wurde der Wille des Reiches zur Abschließung eines allgemeinen Reichsfriedens durch sämtliche Reichsstände mit dem Reichsoberhaupt auf der Grundlage der Integrität seines Gebietes ausgedrückt:

”...; daß sofort 2) der beharrliche Wunsch und Entschluß des Reichs dahin gerichtet bleibe, in ungetheilter unwandelbarer Vereinigung sämmtlicher Reichsstände mit dem Reichsoberhaupt einen allgemeinen Reichsfrieden im Wege der Konstitution, und durch denselben Wiederherstellung der Integrität seines Gebiets, und Sicherheit seiner Verfassung je eher je besser auf eine dauerhafte Art zu erhalten; ...“⁶⁶²

Die Einleitung der Friedensverhandlungen mit Frankreich solle allein dem Kaiser in seinem eigenen Namen und im Namen des Reiches obliegen:

”...; daß zu diesem Ende 3) ... die Geneigtheit und Bereitwilligkeit des Reichs zur Eröffnung der Friedensunterhandlungen zwischen beiderseitigen Bevollmächtigten an Frankreich zu erklären, ...; daß 4) diese erste Einleitung lediglich Ihrer Röm. Kaiserl. Majestät auf eine Art, wie es Allerhöchstihro Weisheit am angemessensten dünke, in ehrerbietigem Vertrauen anheim zu lassen, jedoch das Ersuchen beizufügen sey, selbige in Allerhöchstihrem und des Reichs Namen zu machen, ...“⁶⁶³

Zur Abschließung des allgemeinen Reichsfriedens wurde dem König von Preußen das Vertrauen und der Auftrag zu seiner beihilflichen Mitwirkung gegeben:

”...; daß 5) zur gewissem Erreichung dieses Zweckes Ihrer Majestät dem Könige in Preussen das zuversichtliche Vertrauen und der Antrag des Reichs zu erkennen zu geben sey, daß Höchstdieselbe zu Erreichung eines allgemeinen, die Integrität und die Verfassung des Reichs sichernden Friedens nach Ihren öftern freiwilligen

Freytag den 12ten Juni 1795, Mittwoch den 17ten Juni 1795, Montag den 22ten Juni 1795, Freytag den 26ten Juni 1795, Mittwoch den 1ten Juli 1795, Freytag den 3ten Juli 1795 (ebd., 2., 7., 8., 10., 11., 14., 15., 23., 19. Stück); Conclusum Electorale vom 3ten Julius, 1795/diét. 6. Iulii 1795; Fuerstliches Conclusum per Oesterreich, vom 3ten July 1795/diét. 6. Iulii 1795; Conclusum Collegii civitatis, de dato 26. Junii 1795/diét. 6. Iulii 1795 (ebd., 20. Stück) und Schick, Der Reichstag zu Regensburg 1792-1795, V., 4., S. 199-207).

⁶⁶² *An Jhro Roemisch=Kaiserl. Majestaet allerunterthaenigstes Reichs=Gutachten, de dato Regensburg den 3. July 1795. Die Einleitung zu einem annehmlichen Reichs=Frieden betreffend/diét. 6. Iulii 1795: Zitat (Regensburger Correspondenz, LIII. Band, 21. Stück); Kaiserlich=allergnaedigstes Hof=Ratifikations=Dekret an die Hochloebliche allgemeine Reichsversammlung zu Regensburg, de dato Wien den 29ten Julius 1795. Die Einleitung zu einem annehmlichen Reichs=Frieden betreffend/diét. 5. Augusti 1795 (ebd., 40. Stück).*

⁶⁶³ *An Jhro Roemisch=Kaiserl. Majestaet allerunterthaenigstes Reichs=Gutachten, de dato Regensburg den 3. July 1795. Die Einleitung zu einem annehmlichen Reichs=Frieden betreffend/diét. 6. Iulii 1795: Zitat (Regensburger Correspondenz, LIII. Band, 21. Stück); Kaiserlich=allergnaedigstes Hof=Ratifikations=Dekret an die Hochloebliche allgemeine Reichsversammlung zu Regensburg, de dato Wien den 29ten Julius 1795. Die Einleitung zu einem annehmlichen Reichs=Frieden betreffend/diét. 5. Augusti 1795 (ebd., 40. Stück).*

Zur Aufnahme der Friedensverhandlungen wurde in dem Reichsschluß vom 21. Aug./19. Sept. 1795 eine 10 köpfigen Reichsfriedendeputation gebildet (oben, S. 17).

trostvollen Versicherungen Ihre beihilfliche Verwendung und Mitwirkung eintreten zu lassen geruhen werden; ...⁶⁶⁴

Bei der dem Reich geglückten Befreiung von Süddeutschland in der 2. Hälfte des Jahres 1796⁶⁶⁵ wurden aber keine Verhandlungen von ihm aufgenommen.

⁶⁶⁴ *An Jhro Roemisch=Kaiserl. Majestaet allerunterthaenigstes Reichs=Gutachten, de dato Regensburg den 3. July 1795. Die Einleitung zu einem annehmlichen Reichs=Frieden betreffend/diét. 6. Iulii 1795: Zitat (Regensburger Correspondenz, LIII. Band, 21. Stück); Kaiserlich=allergnaedigstes Hof= Ratifikations=Dekret an die Hochloebliche allgemeine Reichsversammlung zu Regensburg, de dato Wien den 29ten Julius 1795. Die Einleitung zu einem annehmlichen Reichs=Frieden betreffend/diét. 5. Augusti 1795 (ebd., 40. Stück) und Schick, Der Reichstag zu Regensburg 1792-1795, V., 4., S. 207, 5., S. 207-211.*

⁶⁶⁵ Die im Sommer des Jahres 1796 in Süddeutschland vorrückenden beiden armée de Sambre-et-Meuse Jourdans und armée de Rhin-et-Moselle Moreaus konnten sich, bei den vom Direktorium gegebenen Anweisungen zu weitflächigen Requisitionen, entgegen dem französischen Feldzugsplan nicht vereinigen. Stattdessen gelang es dem von Moreau bedrängten Erzherzog Carl mit der kaiserlichen Hauptarmee überraschend bei Ingoldstadt am 17. Aug., unter Hinterlassung eines seinen weiteren Vormarsch absichernden Korps unter Latour, sich mit 28 000 Mann auf das linke Donauufer hinüberzusetzen und konnte sich mit dem 34 000 Mann starken von Jourdan bedrängten kaiserlichen Nebenkorps Wartenslebens vereinigen. Mit diesen kaiserlichen Truppen besiegte Erzherzog Carl die armée de Sambre-et-Meuse Jourdans in den Schlachten bei Amberg am 24. Aug. und bei Würzburg am 2./3. Sept. Nach weiteren Verfolgungsgefechten bei Limburg am 16. Sept. und bei Altenkirchen am 24. Sept. musste die armée de Sambre-et-Meuse bei Neuwied, Bonn und Köln zerstört über den Rhein zurückweichen.

Moreau, welcher beabsichtigte, mit seiner armée de Rhin-et-Moselle den Erzherzog Carl von Jourdan weg zur Donau zurückzuziehen, war gegen das ihn bewachende kaiserliche Korps Latours am 30. Aug. an die Isar und vor München gelangt und schloss mit Kurfürst Maximilian IV. von Pfalz-Baiern am 7. Sept. einen Waffenstillstand ab. Er erkannte, dass Erzherzog Carl ihm seinen potentiellen Rückzug über den Schwarzwald durch nach dorthin entsandte Truppen und durch Aufstachelung der Bevölkerung vereiteln wollte und entschloss sich am 18. Sept. bei Augsburg zur Umkehr. Strategisch überlegen operierend, konnte er das kaiserliche Korps Latours abschütteln und gelangte entlang der Donau über den Schwarzwald in die Rheinebene. Erzherzog Carl mit der gesammelten kaiserlich-österreichischen Macht herbeieilend, konnte ihn trotz siegreicher Nachhutsgefechte nicht bezwingen und übersetzte Moreau mit einer intakten armée de Rhin-et-Moselle am 25./26. Okt. bei Hünningen ungestört über den Rhein. Hingegen gingen die am Oberrhein von den französischen Truppen gehaltene Festung Kehl und der Brückenkopf von Hünningen verlustig (*Posselts Annalen*, Jahrg. 1796, 4. Band, 10. Stück, V., 5., S. 77-115, 11. Stück, IV., 7., S. 200-236, Jahrg. 1797, 1. Band, 3. Stück, V., S. 307-312; *Gouvion Saint-Cyr*, Mémoires sur les campagnes des armées, Tome III, Campagne de 1796, Chap. 9., p. 204-221, Chap. 10.-14., p. 222-333, Pièces justificatives, N^o 62. u. 62 bis., p. 417-419, N^o 63., p. 419-420, N^o 65.-82., p. 421-443, N^o 83.-98., p. 443-462, N^o 114.-117, N^o 118., Tome IV, Suite de la campagne de 1796, Chap. 15.-17., p. 1-57, Pièces justificatives, N^o 1.-7., p. 225-236, N^o 82., N^o 83.-98., p. 443-462, Atlas (Pl. XI.)-(Pl. XV.); *Carl, Erzherzog von Österreich*, Grundsätze der Strategie und Darstellung des Feldzugs 1796 in Deutschland, III. Theil, 1. Abschnitt, S. 3-30, 2. Abschnitt, S. 30-53, 3. Abschnitt, S. 54-67, 4. Abschnitt, S. 67-89, 5. Abschnitt, S. 89-109, 6 u. 7. Abschnitt, S. 105-150, 8. Abschnitt, S. 150-161, 9. Abschnitt, S. 161-193, 10. Abschnitt, S. 193-203, 11. Abschnitt, S. 204-222, 12.-15. Abschnitt, S. 223-300, Beschluss, S. 353-354 mit Beilage: Karte des Kriegsschauplatzes vom Jahre 1796, Beschluss, S. 354-355 mit Beilage: Karte des Kriegsschauplatzes vom Jahre 1796 und Karten: Schlacht bei Amberg (=Pl. IV.), Schlacht bei Würzburg (=Pl. V.), Beschluss, S. 356 mit Beilage: Karte des Kriegsschauplatzes vom Jahre 1796), Beschluss, S. 353-354 mit Beilage: und Karten, Beschluss, S. 355-357 mit Beilagen: Karte des Kriegsschauplatzes vom Jahre 1796 und Karten: Schlacht bei Biberach (=Pl. VI.), Schlacht bei Emmendingen (=Pl. VII.), Schlacht bei Schliengen (=Pl. VIII.) und *Bonaparte*, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome XXIX Oeuvres ... à Sainte-Hélène, Campagnes d'Italie. (1796-1797.), Chap. IX., VIII., p. 207, IX., p. 209-212, X., p. 212-213, XII., Troisième observation, 5^o, p. 225, 6^o u. 7^o, p. 226-227).

4. Die im 1. Koalitionskrieg (1792-1797) von weiteren Reichsständen mit der Französischen Republik abgeschlossenen Friedensverträge

a) Die separaten Friedensverhandlungen

Trotz der durch den Reichsschluß vom 3./29. Juli 1795 an die Reichsstände ausgesprochenen Aufforderung, die Friedensvereinbarung in ungeteilter Vereinigung aller Reichsstände durch den Kaiser vornehmen zu lassen, hatten Reichsstände⁶⁶⁶ in den Jahren 1795-96 und insbesondere Landgraf Wilhelm IX. von Hessen Kassel, Kurfürst Karl Theodor von Pfalz-Baiern, Herzog Maximilian von Zweibrücken, Markgraf Karl Friedrich von Baden, Herzog Friedrich Eugen von Württemberg, die Fürsten von Leiningen und von Wied-Runkel und die Reichsstadt Frankfurt Gesandte nach Basel zu einer möglichen Aufnahme von Friedensverhandlungen⁶⁶⁷ mit der Französischen Republik entsandt.⁶⁶⁸

⁶⁶⁶ Zu der stets vorhandenen Neigung und Tendenz der deutschen Stände zur Uneinigkeit und dies insbesondere in den Auseinandersetzungen mit Frankreich *Von den Hindernissen der Einigkeit deutscher Reichsstaende* „... Der Hauptgrund der staendischen Uneinigkeit in D e u t s c h l a n d rührt aber in Beziehung auf die Politik ganz allein von dem Zuwachs der Macht einzelner Staende her, welcher in gewisser Betracht eine Art von souveraener Unabhaengigkeit herbeyfuehrte, die man nur dem Namen nach vermeiden, desto ungehinderter aber ausueben wollte; wozu F r a n k r e i c h seit dem W e s t p h a e l i s c h e n F r i e d e n durch die Anfachung des staendischen Ehrgeizes alles moegliche beytrug. Diese affektirte Unabhaengigkeit mußte sich jemehr verstaerken, als die Pflichten und Verbindlichkeiten der deutschen Staende mit ihren entweder erblichen oder souveraenen Laendern in manche Kollision kamen, oder besondere Verbindungen mit andern Haeussern mancher Staende in ein mit der deutschen Constitution nicht ganz vereinbarliches Interesse setzte. ...“ (*Magazin der Europaeischen Staatenverhaeltnisse*, I. Band, 4. Heft, I., 2., S. 417). Aus ihrer allzu großer Vorliebe für ihr gegenwärtiges augenblickliches Interesse erkennen die deutschen Stände nicht wahres zukünftiges Interesse (S. 417-418). Die Uneinigkeit der Deutschen gehört wesentlich zu ihrer Charakteristik, bereits zur Zeit der Römer haben ein Teil von ihnen in deren Sold gestanden und ein anderen Teil gegen sie gekämpft (S. 415-416).

⁶⁶⁷ Bei Erhoffung und auch tatsächlich erfolgter Verwendung der preußischen Vermittlung.

⁶⁶⁸ *Barthélemy*, Mémoires, Chap. VIII, p. 125-126, 131 und *Fain*, Manuscrit de l'an trois, 4. Partie, Chap. III., p. 259-260.

Markgraf Karl Friedrich von Baden hatte sich nach reifer Überlegung am 3. Okt. 1795, bei Verwendung der preußischen Vermittlung zur Eröffnung von direkten und geheimen Verhandlungen mit der Französischen Republik in Basel bereit erklärt. Wegen der in seinen eigenen Landen vorhandenen österreichischen Truppen, wollte er diese streng geheim halten. Die von Österreich im Oktober 1795 an der Rheinfront wieder gehabten militärischen Erfolge, verhinderten jedoch zu dieser Zeit die Abschließung eines eigenen Friedensvertrages mit der Französischen Republik (*Karl Friedrich, Herzog von Baden*, Politische Correspondenz, II. Band, V., 422., S. 353-354, 418., S. 351-352, 419., S. 352 u. 413., S. 344). Dies erfolgte vielmehr erst im nächsten Jahr am 22. Aug. 1796 (unten, S. 907-908).

Herzog Friedrich Eugen von Württemberg, nach dem Tod seines am 20. Mai 1795 kinderlos verstorbenen Bruders Herzog Ludwig Eugen zur Regentschaft gelangt, mehr französisch gebildet und mehr preußisch gesinnt, war hinsichtlich des französischen Friedensangebotes zunächst unentschlossen. Unter dem Einfluss des Frankreich feindlichen Erbprinzen Friedrich Wilhelm Karl, verwarf er zunächst dieses (*Klüpfel*, Die Friedensunterhandlungen Württembergs mit der französischen Republik, in: *HZ*, X. Band, Aufsätze, VI., S. 385-429 (385-388)) und schloss er am 7. Aug. 1796 einen Separatfrieden mit der Französischen Republik (unten, S. 907).

b) Der französisch-hessen-kasselische Baseler Friedensvertrag vom 28. August 1795

Landgraf Wilhelm IX. von Hessen-Kassel, der seine Truppen bereits vor dem Vertragsabschluss zurückzog,⁶⁶⁹ schloss unter preußischer Vermittlung⁶⁷⁰ am 28. August 1795 in Basel einen separaten Friedensvertrag mit der Französischen Republik ab.

Er enthielt:

die Vereinbarung des Friedenschlusses zwischen der Französischen Republik und dem Landgrafen (Art. I)⁶⁷¹,

die vom Landgraf von Hessen-Kassel den französischen Truppen gestattete weitere Besetzung seiner linksrheinischen Gebiete bis zum Friedensschluss mit dem Reich,⁶⁷²

die Verpflichtungen zur Einstellung der Feindseligkeiten zwischen den vertragsschließenden Teilen (Art. II) und zur Einstellung feindlicher Kriegsleistungen (Art. II).⁶⁷³

Der niemals sein Kontingent zur Reichsarmee gestellt habende Fürst von Wied-Runkel, bat das Comité de salut public in die Vereinbarung des preußischen Baseler Friedens miteinbezogen zu werden, und keine Kontributionen errichten zu müssen, wozu dieses wohlwollend stand (*Recueil des actes du Comité de salut public*, Tome XXVIII, [18 octobre 1795.], Représentants en mission, p. 529-530).

Ein von der Französischen Republik mit König Gustav V. Adolf von Schweden am 28 fructidor an III (14 sept. 1795) in Paris vereinbarter Vor-Allianzvertrag, mit insbesondere gegen Großbritannien gehabter Ausrichtung, war seitens der Französischen Republik nicht ratifiziert worden (*Fain ebd.*, Supplément, § I., 7^o, p. 426-428).

⁶⁶⁹ Bei dem Rückzug der österreichischen Truppen und der Reichsarmee in sein eigenes Land (*Posselts Annalen*, Jahrg. 1795, 4. Band, 11. Stück, VII., S. 232-233 (233)).

⁶⁷⁰ Durch die persönliche Vermittlung von Hardenberg (*Teutsche Staatskanzley*, Jahrg. 1800, IV. Band, 3. Abschnitt, S. 300; *Posselts Annalen*, Jahrg. 1795, 4. Band, 11. Stück, VII., S. 232-233 (233) und *B. v. Wartburg*, Frieden und Freiheit. Peter Ochs und der Basler Frieden von 1795, ... Ein Ausblick, in: *Basler Frieden 1795*, S. 107).

Landgraf Wilhelm IX. von Hessen-Kassel hatte bereits vor dem am 3./29. Juli 1795 gefassten Reichsschluß am 12. Mai dieses Jahres den Baron von Waitz-d'Eschen mit der Abschließung eines Friedensvertrages mit der Französischen Republik bevollmächtigt (*Martens*, Traités Puissances de l'Europe, Tome VI, N^o 71., b., p. 550-552).

In dem Kaiserlich=allergnädigstes Hofdekret an die Hochloebliche allgemeine Reichsversammlung zu Regensburg, de dato Wien den 18ten Sept. 1795. Wodurch der von des Herrn Landgrafen zu Hessen=Kassel Durchlaucht mit Frankreich geschlossene Separatfrieden der Reichsversammlung zu Erstattung eines Reichsgutachtens mitgetheilt wird/dict. 25. Sept. 1795 war der Reichstag zur Erstattung eines Gutachtens zu der Frage seiner Vereinbarkeit mit der Konstitution und auch zu den sachdienlichen Maßregeln zur Aufrechterhaltung der deutschen Grundverfassung und zur Behauptung der Einheit, Würde und Selbständigkeit des deutschen Staatskörpers aufgefordert worden (*Regensburger Correspondenz*, LIII. Band, 69. Stück). Das Gutachten wurde jedoch bei der Dringlichkeit der allgemeinen Friedensmaterie, und weil sich die Reichsstände sträubten, den Landgrafen von Hessen-Kassel offiziell zu tadeln, hierbei auch der Kaiserliche Hof keine weiteren Schritte zur Erstattung des Gutachtens unternahm, nicht angefertigt (*Schick*, Der Reichstag zu Regensburg 1792-1795, VI., 2., S. 223-225).

⁶⁷¹ *Martens*, Traités Puissances de l'Europe, Tome VI, N^o 71., a., p. 548.

⁶⁷² Oben, S. 286: (Art. V) Festung Rheinfels, Stadt St. Goar, linksrheinischer Teil der Grafschaft Katzenellenbogen.

c) Die französisch-wirtembergische und französisch-badische Pariser Friedensverträge vom 7. und 22. August 1796

Während der 2. Hälfte von Juli schieden bei den französischen militärische Erfolge in Süddeutschland⁶⁷⁴ die beiden süddeutschen Reichsstände, Herzog Friedrich Eugen von Württemberg, Markgraf Karl Friedrich von Baden und der Schwäbische Kreis durch Waffenstillstände aus dem Krieg gegen die Französische Republik aus. Kurfürst Friedrich August III. von Sachsen zog seine Truppen ganz aus der Reichsarmee zurück.⁶⁷⁵

Herzog Friedrich Eugen von Württemberg und Markgraf Karl Friedrich von Baden schlossen am 7. und 22. August 1796 eigene Friedensverträge mit der Französischen Republik in Paris ab.

In ihnen wurde festgelegt:

die Friedensschlüsse zwischen der Französischen Republik mit dem Herzog von Württemberg (Art. I)⁶⁷⁶ und dem Markgrafen von Baden (Art. I)⁶⁷⁷,

die Verpflichtung zur Einstellung der Feindseligkeiten zwischen der Französischen Republik und den beiden Reichsständen (Art. I)^{678/679} und der Verzicht auf feindliche Kriegsleistungen (Art. II)^{680/681},

die Verpflichtung des Herzogs von Württemberg und des Markgrafen von Baden, den Armeen der Französischen Republik den Durchzug durch ihre Gebiete zu gestatten (Art. III)^{682/683} und dies auch in den zukünftigen Kriegen (Art. V⁶⁸⁴ und X⁶⁸⁵ der Geheimartikel).

⁶⁷³ *Martens, Traités Puissances de l'Europe, Tome VI, N° 71., a., p. 548.*

⁶⁷⁴ Besetzung von süddeutschem Gebiet durch die armée de Sambre-et-Meuse Joudans und armée de Rhin-et-Moselle Moreaus (oben, S. 904).

⁶⁷⁵ *Der Frieden von Campoformio, Einleitung v. H. Hüffer, X., S. CIII.*

⁶⁷⁶ *Martens, Traités puissances de l'Europe, Tome VI, N° 92. c., p. 670.*

⁶⁷⁷ *Martens, Traités puissances de l'Europe, Tome VI, N° 93. b., p. 679.*

⁶⁷⁸ *Martens, Traités puissances de l'Europe, Tome VI, N° 92. c., p. 670.*

⁶⁷⁹ *Martens, Traités puissances de l'Europe, Tome VI, N° 93. b., p. 679.*

⁶⁸⁰ *Martens, Traités puissances de l'Europe, Tome VI, N° 92. c., p. 670-671.*

⁶⁸¹ *Martens, Traités puissances de l'Europe, Tome VI, N° 93. b., p. 679.*

⁶⁸² *Martens, Traités puissances de l'Europe, Tome VI, N° 92. c., p. 671.*

⁶⁸³ *Martens, Traités puissances de l'Europe, Tome VI, N° 93. b., p. 680.*

⁶⁸⁴ *Clercy, Traités de la France, Tome I, Articles secrets, p. 286.*

d) Der österreichisch-französische Friedensvertrag von Campo Formio vom 17. Oktober 1797

Angesichts der neuen militärischen Erfolge Frankreichs in Italien und in Deutschland wurden am 18. April 1797 die Leobener Friedenspräliminarien⁶⁸⁶ abgeschlossen⁶⁸⁷ und am 17. Oktober 1797 in Campo Formio der definitive Friede zwischen dem Kaiser als Oberhaupt seines Hauses Österreich und der Französischen Republik.⁶⁸⁸

Er enthielt:

⁶⁸⁵ Clercy, Traités de la France, Tome I, Traité secret additionel, p. 297-298.

⁶⁸⁶ Präliminarfrieden gingen über Waffenstillstände hinaus, sie waren vorläufige Friedensverträge. Moser, Grund=Saeze des Europaeischen Voelcker=Rechts in Kriegs=Zeiten, 6. Buch, 5. Cap., §. 1., S. 302 „Friedens=Praliminarien seynd vorlaeufige Tractaten wegen eines zu schliessenden Friedens.“, §. 2., S. 302 „Praeliminar-Erklaerungen, auf was fuer Bedingungen man Friede machen wolle, seynd nicht so verbindlich, daß der, so sie von sich gegeben, nicht hernach, nach Beschaffenheit derer sich ergebenden Umstaenden, in ein oder anderem wieder davon abgehen koennte.“

⁶⁸⁷ Die Leobener Friedenspräliminarien sahen vor: Die gegenseitigen Verpflichtungen zur Einstellung der Feindseligkeiten unter Einbeziehung auch des Reiches vom Tage des Vertragsabschlusses (Articles patents, I, V Satz 1, in: Clercy, Traités de la France, Tome I, p. 319), der endgültige Friede sollte auf einem in Bern abzuschließenden Frieden, in der Zeit von 3 Monaten oder früher erfolgen, auf welchem Kongress auch die Bevollmächtigten der Alliierten zugelassen werden (Articles patents, IV, in: Clercy ebd., p. 319) und den Verzicht des Kaisers auf seine Österreichischen Niederlande und die Anerkennung der konstitutionellen Grenzen Frankreichs (oben, S. 288).

Die Leobener Friedenspräliminarien waren dem Reichstag durch das *Kaiserlich=allergnaedigstes Hofdekret an die hochloebliche allgemeine Reichsversammlung zu Regensburg, de dato Wien den 18ten Juniius 1797. Die getroffene Einleitung des allgemeinen Reichsfriedens betreffend/diét. 23. Junii 1797* mitgeteilt und in ihm insbesondere auch auf die Integrität des Reiches als der vereinbarten Basis des Hauptfriedens hingewiesen worden (*Regensburger Correspondenz*, LV. Band, 52. Stück). Nach am 21. Juli 1797 begonnenen Beratungen wurde durch das Reichsgutachten v. 11. Aug. 1797 für die anstehenden Friedensverhandlungen gleichfalls die Integrität des Reiches benannt und auf die Beziehung der bereits gebildeten Reichsfriedensdeputation verwiesen „...“, um vereint mit dem allerhöchsten Reichsoberhaupte dem werthen Vaterlande den längst gewünschten, auf die Basis der Integrität des Reichs und seiner Verfassung zu gründenden, billigen und anständigen Frieden, zu verschaffen. ...“ (*Posselts Annalen*, Jahrg. 1798, II. Band, 6. Stück, IV., §. 2., S. 274-275 und *Haller*, Geheime Geschichte der Rastadter Friedensverhandlungen, II. Theil, 1. Abschnitt, XII., S. 87-88 (Zitat S. 88: Ziff. 3)).

⁶⁸⁸ Die Verhandlungen zur Gelangung des definitiven Friedens mit dem Kaiser als Oberhaupt seines Hauses Österreich begannen am 14. Mai 1797 in Mombello bei Mailand (Brief der beiden französischen Bevollmächtigten Bonaparte und Clarke an die kaiserlichen Bevollmächtigten v. 3 messidor an V (21 juin 1797), in: *Der Frieden von Campoformio*, Aktenstücke, 165., S. 221-224 (221)). Die am selbigen Tag vereinbarten Articles convenus, nach deren Article premier die Verhandlungen am 25 mai 1797 wieder aufgenommen werden sollten (*Bonaparte*, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome III, 1824., p. 82-83 (82), waren von Thugut mit seinem Schreiben v. 5. Juni 1797 an Gallo verworfen worden (*Der Frieden von Campoformio* ebd., 154., S. 206-207). Zu den am 31. Aug. 1797 wieder aufgenommenen Verhandlungen wurden von Bonaparte Passeriano und von den kaiserlich-österreichischen Bevollmächtigten Udine erwünscht (Briefe der kaiserlich-österreichischen Bevollmächtigten an Thugut v. 24. u. 29. Aug. 1797, in: *Der Frieden von Campoformio* ebd., 211., S. 306-307, 217., S. 311-312).

Die Unterzeichnung des Friedensvertrages fand in dem zwischen diesen beiden Konferenzorten gelegenen kleineren Dorf Campo Formio statt (Brief von Cobenzl an Thugut v. 18. Okt. 1797, in: *Der Frieden von Campoformio* ebd., 298., S. 461-478 (476)).

Ratifikation durch Kaiser Franz II. am 3. Nov. 1797 (*Martens*, Traités puissances de l'Europe, Tome VII, 25., c., p. 219) und auf Seiten der Französischen Republik durch den Conseil des Anciens und den Conseil des Cinq-Cents am 9 brumaire an VI (30 oct. 1797) (d., p. 220-221).

die Vereinbarung des Friedensschlusses zwischen der Französischen Republik und Kaiser Franz II. als Oberhaupt seines Hauses Österreich (Art. I),⁶⁸⁹

die Verpflichtung zur Einstellung der Feindseligkeiten zwischen den vertragsschließenden Teilen (Art.I)⁶⁹⁰ und den Verzicht auf feindliche Kriegsleistungen (Art. I).⁶⁹¹

5. Die im 2. Koalitionskrieg (1799-1801) von 6 weiteren weltlichen Reichsständen mit der Französischen Republik abgeschlossenen Separatfriedens- und Neutralitätsverträge

In der 2. Hälfte des Jahres 1800 schlossen mit der Französischen Republik Fürst Wolfgang Ernst⁶⁹² und die Grafen von Isenburg am 15. September 1800,⁶⁹³ die Fürsten des Hauses Nassau⁶⁹⁴ am 24. September 1800,⁶⁹⁵ Fürst Wilhelm Christian Karl von Solms-Braunfels am 19. Oktober 1800,⁶⁹⁶ die Fürsten Friedrich Karl von Wied-Neuwied und Friedrich Ludwig von Wied-Runkel am 22. Oktober 1800⁶⁹⁷, Landgraf Friedrich Ludwig von Hessen-Homburg⁶⁹⁸ am 23. Oktober 1800⁶⁹⁹ und Graf Franz von Erbach-Erbach und die Grafen von Erbach am 20. November 1800⁷⁰⁰ weitere Separatfriedens- und Neutralitätsverträge ab.

⁶⁸⁹ *Napoleonische Friedensverträge*, I., S. 9.

⁶⁹⁰ Art. I Satz 2 (*Napoleonische Friedensverträge*, I., S. 9).

⁶⁹¹ Art. I Satz 3 (*Napoleonische Friedensverträge*, I., S. 9).

⁶⁹² Fürst Wolfgang Ernst II. zu Isenburg und Büdingen (1735 (1754)-1803).

⁶⁹³ *Traité de paix et de neutralité conclu à Aschaffembourg le 28 fructidor an VIII (15 septembre 1800) entre la République Française et le Prince d'Isembourg (Clercq, Traités de la France, Tome I, p. 397-398).*

⁶⁹⁴ Regenten von Wiesbaden, Weilburg, Dillenburg und Hachenburg.

⁶⁹⁵ *Convention de paix et de neutralité conclue à Aschaffembourg le 24 septembre 1800 entre la République Française et les Princes de la Maison de Nassau (Clercq, Traités de la France, Tome I, p. 399-400).*

⁶⁹⁶ *Traité de paix et de neutralité conclu à Offenbach le 19 octobre 1800 entre la France et le prince de Solms (Clercq, Traités de la France, Tome I, p. 413- 414).*

⁶⁹⁷ *Traité de paix et de neutralité conclu à Offenbach le 22 octobre avec les Princes de Wied (Clercq, Traités de la France, Tome I, p. 414-415).*

⁶⁹⁸ Landgraf Friedrich V. Ludwig von Hessen-Homburg (1748 (1751)-1820).

⁶⁹⁹ *Traité de paix et de neutralité à Offenbach le 23 octobre 1800 entre la France et le Prince de Hesse-Hombourg (Clercq, Traités de la France, Tome I, p. 416-417).*

⁷⁰⁰ *Convention de paix et de neutralité conclue à Offenbach le 20 novembre 1800 entre la France et les Comtes d'Erbach (Clercq, Traités de la France, Tome I, p. 417-419).*

Sie enthielten:

die Vereinbarung der Friedensschlüsse zwischen den vertragsschließenden Reichsständen und der Französischen Republik (Art I),⁷⁰¹

die Gestattung des Durchzuges der Truppen der Französischen Republik und ihrer Verbündeten durch die Gebiete der vertragsschließenden Reichsstände (Art. IV),⁷⁰² wobei die Fürsten von Isenburg, von Hessen-Homburg und von Erbach sich zusätzlich verpflichteten, den Armeen bei ihrem Durchzug durch ihre Gebiete Hilfeleistungen zukommen zu lassen.⁷⁰³

Die militärische und politische Überlegenheit der Französischen Republik über das Reich bei Abschluss des Friedensvertrages von Lunéville⁷⁰⁴ war demnach maßgeblich durch das Verhalten und die Handlungen seiner eigenen erblich-weltlichen Reichsstände mitverursacht worden und mitgetragen gewesen.

⁷⁰¹ Art. I des französisch-isenburgischen Friedens- und Neutralitätsvertrages vom 15. September 1800 (*Clercq, Traités de la France, Tome I, p. 397*),

Art. I der französisch-nassauischen Friedens- und Neutralitätskonvention vom 24. September 1800 (*ibd.*, p. 399),

Art. I des französisch-solmschen Friedens- und Neutralitätsvertrages vom 19. Oktober 1800 (*ibd.*, p. 414),

Art. I des französisch-wiedschen Friedens- und Neutralitätsvertrages vom 22. Oktober 1800 (*ibd.*, p. 415),

Art. I des französisch-hessen-homburgischen Friedens- und Neutralitätsvertrages vom 23. Oktober 1800 (*ibd.*, p. 416),

Art. I der französisch-erbachschen Friedens- und Neutralitätskonvention vom 20. November 1800 (*ibd.*, p. 417).

⁷⁰² Mit der von der Französischen Republik eingegangenen Verpflichtung, hierbei keinerlei Lieferungen zu verlangen oder selbige Regeln wie bei neutralen Staaten zu beachten:

Art. IV des französisch-isenburgischen Friedens- und Neutralitätsvertrages vom 15. September 1800 (*Clercq, Traités de la France, Tome I, p. 398*),

Art. IV der französisch-nassauischen Friedens- und Neutralitätskonvention vom 24. September 1800 (*ibd.*, p. 399),

Art. IV des französisch-solmschen Friedens- und Neutralitätsvertrages vom 19. Oktober 1800 (*ibd.*, p. 414),

Art. IV des französisch-wiedschen Friedens- und Neutralitätsvertrages vom 22. Oktober 1800 (*ibd.*, p. 415),

Art. IV des französisch-hessen-homburgischen Friedens- und Neutralitätsvertrages vom 23. Oktober 1800 (*ibd.*, p. 416),

Art. IV der französisch-erbachschen Friedens- und Neutralitätskonvention vom 20. November 1800 (*ibd.*, p. 418).

⁷⁰³ Durch ihre Einwohner zu erbringende Hilfeleistungen.

Art. VI des französisch-isenburgischen Friedens- und Neutralitätsvertrages vom 15. September 1800 (*Clercq, Traités de la France, Tome I, p. 398*),

Art. V des französisch-hessen-homburgischen Friedens- und Neutralitätsvertrages vom 23. Oktober 1800 (*ibd.*, p. 416),

Art. VI der französisch-erbachschen Friedens- und Neutralitätskonvention vom 20. November 1800 (*ibd.*, p. 418).

⁷⁰⁴ Oben, S. 255-272 (271-272).

VII

Vorbestimmung der Willensbildung im Reichstag durch die Separatfrieden von fünf weltlichen Reichsständen

1. Der französisch-preußische Baseler Friedensvertrag vom 5. April 1795

In Art. II seiner Geheimartikel waren erstmals einem Reichsstand für den bei dem nachfolgenden Friedensschluss mit dem Reich zu erwartenden Verlust⁷⁰⁵ seiner linksrheinischen Besitzungen von der Französischen Republik eine gebietliche Entschädigung auf dem rechten Rheinufer zugesagt und garantiert worden:

„Si, à la pacification générale entre l’Empire Germanique et la France, la rive gauche du Rhin reste à la France, S. M. le Roi de Prusse s’entendra avec la République Française sur le mode de la cession des États Prussiens situés sur la rive gauche de ce fleuve contre telle indemnisation territoriale dont on conviendra. Dans ce cas, le Roi acceptera la garantie que la République lui offre de cette indemnisation.“⁷⁰⁶

Obwohl im Vertrag nicht selber erwähnt, gingen die beiden Vertragsteile davon aus, dass als Entschädigungen für den König von Preußen rechtsrheinische Gebiete und insbesondere die Säkularisationen von geistlichen Staaten zu verwenden sind.⁷⁰⁷

⁷⁰⁵ Die der Französischen Republik gestattete weitere Besetzung seines linksrheinischen Herzogtums Geldern und des hälftiger linksrheinischer Teil seines Herzogtums Kleve (oben, S. 896-897).

⁷⁰⁶ Clercq, *Traité de la France*, Tome I, p. 234-235.

⁷⁰⁷ Preußen, welches glaubte, dass man für die förmliche Anerkennung der Französischen Republik von dieser die Rückgabe der besetzten eigenen linksrheinischen Gebiete erhalten könne (*Hardenberg*, *Denkwürdigkeiten*, I. Band, 2. Buch, 12. Cap., S. 264), forderte in den an Goltz für die Verhandlungen in Basel mitgegebenen Instruktionen (um 10. Dez. 1794) die Rückgabe der linksrheinischen preußischen Gebiete (*Hardenberg* ebd., I. Band, S. 263-265 und *Real*, *Der Friede von Basel*, II. Teil, 4. Kap., in: *BZGA*, LI. Band, S. 117-119). Hiergegen wandte sich das *Mémoire d’Alvensleben vom 9 déc. 1794* (preußischer Staats-Kriegs- und Kabinettsminister 1791-1802), der Anspruch des Comité de salut public auf Erhalt der linksrheinischen Reichsgebiete könne nicht absolut zurückgewiesen werden, man müsse sich vielmehr hierauf einlassen und erörtern, was man von Frankreich hierfür verlangen könne: Sicherung der in Besitz genommenen polnischen Gebiete und die französische Zusage „... de nous faire assurer une indemnisation en Allemagne par quelques sécularisations. ...“, welche Reichsfürsten Säkularisationen zugunsten Preußens zugestehen sollten (*Hardenberg* ebd., I. Band, S. 266, (Fußn. 2) und *Real*, *Der Friede ...*, II. Teil, 4. Kap., in: *ebd.*, S. 119-120). „... Das bedeutendste Wort Alvensleben war die zur Entschädigung von Preußen in Aussicht genommenen Säkularisation. ...“ (*Hardenberg* ebd., I. Band, S. 267), was großen Anstoß erregte. Das *Mémoire Finckenstein vom selbigen Tag* (Karl Wilhelm Graf Finck von Finckenstein, preußischer Minister 1749-1800) hielt „... Une sécularisation en notre faveur animerait tout l’Empire contre nous, dans le moment ou nous l’abandonnerions en connivant à ce que la France poussât ses frontières jusqu’au Rhein. ...“ (*Hardenberg* ebd., I. Band, S. 267 (Fußn. 2)).

Zu den vom Gesandtschaftssekretär Harnier mit dem Comité de salut public in Paris, 7.-9. Jan. 1795 geführten Verhandlungen, das *Résultat des explications du Comité ... sur les ouvertures pacifique prépartoires ...*: „... ,Le Rhin sera la nouvelle limite de la France. C’est donc la possession des États prussiens sur la rive

gauche de ce fleuve, ... La France en exige la cession, mais elle ne s'opposera pas à ce que Sa Majesté le roi de Prusse obtienne une portion de territoire au delà du Rhin en équivalent. Elle pourra même concourir à le lui procurer. ... *Pacification avec l'Empire germanique*. – La France est également disposée à pacifier définitivement avec les États de l'Empire germanique. Elle pose pour principe que tous ceux qui ont des intérêts en deçà du Rhin, en feront le sacrifice. Elle est disposée à leur laisser avoir tels équivalents ou indemnités que les occurrences présenteront. ...“ (*Barthélemy*, Papiers, Tome V, 70., Pièces jointes, a., p. 48-50 (49); *Hardenberg* ebd., I. Band, S. 270-272 und *Real*, Der Friede ..., II. Teil, 4. Kap., in: ebd., S. 130-133), welches Preußen bei der zu erwartenden baldigen Besetzung von Hannover durch französische Truppen sich auch mit diesem entschädigen könne (*Real*, Der Friede ..., II. Teil, 4. Kap., in: ebd., S. 131). ,...; das Wort Säkularisation ist bei diesen Verhandlungen nicht ausgesprochen worden, aber wir wissen, daß es in dem Schooß des preußischen Ministeriums selbst verlautet war. ...“ (*Hardenberg* ebd., I. Band, S. 271-272).

Für die endgültigen Verhandlungen in Basel (*Barthélemy* ebd., 70., d. und e., p. 57-58) erhielt Barthélemy vom Comité de salut public am 15. Janv. 1795 die Instruktionen ,... ,Il déclarera ... que la République regarde le Rhin comme sa limite naturelle qu'elle est résolue de conserver. ... ,Il dira qu'il est temps que l'Allemagne soit enfin délivrée de l'oppression de l'Autriche, et que cette maison dont l'ambition, depuis trois siècles, a été le fléau de l'Europe cesse d'en troubler le repos. Il dira que c'est sur elle et aux dépens de son influence dans le système germanique qu'il faut prendre des indemnités; que la République françoise étendue jusqu'aux bornes que la nature même lui a tracées, loin d'être dangereuse pour l'Allemagne, sera sa plus fidèle alliée, et qu'elle est prête à seconder de l'autre côté du Rhin l'établissement d'un équilibre nouveau, par des moyens qu'autorise la paix de Westphalie et que les lumières du siècle semblent prescrire impérieusement, enfin par le partage des États ecclésiastiques. ...“ (*Barthélemy* ebd., 70., c., p. 50-55 (53-54)). Auch übersandte das Comité, welches einer Einschaltung Dänemarks zugetan war, dem dänischen-preußischen Minister Bernstorff eine genaue Darstellung der bisherigen Verhandlungen, es fordert das linke Rheinufer, ,... Quant aux états allemands qui avaient des possessions sur la rive gauche du Rhin, la République ne s'opposera point à ce qu'ils trouvent des moyens de s'indemniser. Ces moyens pourraient être trouvés aux dépens de la maison d'Autriche et dans la sécularisation des biens ecclésiastiques dont la paix de Westphalie a donné l'exemple. ...“ (*Sorel*, La paix de Bâle, X., in: *RH*, Tome VI, Articles de fond, p. 328-330 (329)).

Barthélemy berichtete dem Comité de salut public am 17. févr. 1795 über die mit Harnier in Basel am selbigen Tag gehabte Sitzung ,... ,Le roi de Prusse, dit-il, ne s'opposera pas à ce que vous ayiez la ligne du Rhin, mais il ne dépend pas de lui de vous la donner: c'est à l'Empire à en faire la cession. ... ,Quant au dédommagement de la Prusse et des princes séculiers qui feroient des sacrifices sur la rive gauche, M. Harnier pense qu'il pourroit être difficile de les déterminer et de s'entendre à cet égard. ... Il sent fort bien qu'il devient nécessaire de faire un nouveau traité de Westphalie, de refondre tout l'ancien système germanique et de séculariser plus d'un État ecclésiastique, il est persuadé que presque tous les États protestants se réuniront promptement au sentiment du roi de Prusse à cet égard, comme aussi que du moment que la pacification particulière de ce Prince sera connue, un grand nombre de ses co-États marchera sur ses traces et que dès cet instant l'armée de l'Empire sera dissoute. ...“ (*Barthélemy* ebd., 99., p. 80-82 (81)).

Hardenberg, nach dem Versterben von Goltz am 6. 2. 1795 mit der Führung der Verhandlungen in Basel beauftragt, erhielt am 24./26. Febr. 1795 die Instruktionen mit einem Vertragsentwurf. Dieser enthielt Minimal- und Maximalforderungen – zur Abtretung der linksrheinischen preußischen Gebiete und den Entschädigungen 4 Fassungen - , womit zu erkennen war, dass ein Separatfriedensvertrag mit Frankreich unter allen Umständen herbeigeführt werden sollte: die Abtretung der linksrheinischen preußischen Gebiete wird von dem künftigen Reichsfrieden anhängig gemacht, falls das Reich die linksrheinischen Reichsgebiete abgibt, will Preußen sich verpflichten, seine eigenen Lande gegen passende Gebietentschädigungen abzutreten (*Real*, Der Friede ..., II. Teil, 5. Kap., in: ebd., S. 159-160 und *Zierke*, Die deutsche Politik Hardenbergs 1770-1807, Kap. III, 1., S. 64 (Fußn. 14)).

Der Hardenberg übermittelte französischen Vertragsentwurf, datiert am 20. ventôse an III (10. mars 1795) sah die fortdauernde Besetzung der linksrheinischen preußischen Territorien vor, deren endgültige Abtretung jedoch dem allgemeinen Frieden vorbehalten bleiben sollte, von Entschädigungen war keine Rede (*Barthélemy* ebd., 124., p. 105-107). Hardenberg wandte sich hiergegen, dies auch wegen den für die eigenen linksrheinischen Gebiete nicht vorgesehenen Entschädigungen: *Bericht Hardenbergs an König Friedrich Wilhelm II. vom 16. März 1795* ,... Il n'est question d'aucune indemnisation pour Votre Majesté, sur laquelle cependant ses instructions me prescient d'insister, ... Il n'y aurait, ce me semble, que la dernière nécessité qui pourrait justifier cette démarche, à moins qu'elle ne soit compensée et justifiée par une indemnisation territoriale convenable. ...“ (*Hardenberg* ebd., V. Band, S. 75-81 (77)).

Der zwischen dem 16.-30. 3. 1795 entworfene Vertrag Hardenbergs erhielt die nahezu uneingeschränkter Zustimmung von Barthélemy: Art. V: Besetzung der linksrheinischen preußischen Gebiete, Art. I der Articles

2. Der französisch-hessen-kasselische Baseler Friedensvertrag vom 28. August 1795

In Art. I seiner Geheimartikel wurde dem Landgrafen von Hessen-Kassel beim späteren allgemeinen Friedensschluss zwischen Deutschland und der Französischen Republik, für den eintretenden gebietlichen Verlust⁷⁰⁸ eine Entschädigung aus geistlichen oder anderen Territorien auf dem rechten Rheinufer des Reiches zugesagt:

„Si, par l'arrangement définitif renvoyé par l'article 5 du Traité, après la pacification entre la République Française et les États de l'Allemagne encore en guerre avec elle, la partie des États du Landgrave de Hesse-Cassel située sur la rive gauche du Rhin, reste définitivement à la France, le Landgrave pourra s'indemniser en possessions territoriales ecclésiastiques, ou autres sur la rive

séparés et secrets „Si, à la pacification générale entre l'Empire germanique et la France, la rive gauche du Rhin reste à la France, Sa Majesté le roi de Prusse s'entendra avec la République française sur le mode de la cession de ses États au delà de ce fleuve, contre telle indemnisation territoriale dont on conviendra.“ (*Barthélemy ebd.*, 149., p. 146-153 (b., p. 150-152 (151), c., p. 152-153 (152))) und *Real*, Der Friede ..., II. Teil, 6. Kap., in: *ebd.*, S. 177), welcher Entwurf Hardenbergs weitgehend mit dem am 5. April abgeschlossenen Vertrag übereinstimmt (*Barthélemy ebd.*, 149., b., p. 150-152, c., p. 152-153). Hardenberg erhielt am 30. 3. 1795 von Berlin die die unbedingte Anweisung: wenn Frankreich für die linksrheinischen Gebiete eine Entschädigung und die Neutralitätslinie zugestehe, so habe er sofort zu unterzeichnen (*Haussherr*, Hardenberg, 7. Kap., S. 169-170 und *Thielen*, Karl August von Hardenberg, 2. Teil, 4. Kap., II., S. 76).

Der nach der erfolgten Unterzeichnung am 5. 4. 1795 des Vertrages angefertigte *Bericht Hardenbergs an König Friedrich Wilhelm II. vom 6. April 1795* zeigt, dass die in Art. 2 der Geheimartikel gewählte Formulierung davon ausgeht, dass die linksrheinischen preußischen Verluste durch rechtsrheinischen gebietlichen Erwerb auszugleichen sind „Art. 2 La stipulation éventuelle de la garantie de l'indemnité territoriale que la France donnerait à Votre Majesté contre ses provinces d'outre-Rhin, ne vous sera pas désagréable, Sire. On voulait ajouter au mot i n d e m n i s a t i o n : ‚qui serait située sur la rive droite du Rhin,‘ ce que j'ai fait mettre de côté, parce que cela aurait pu annoncer un plan de la part de Votre Majesté de dépouiller ses co-états de leurs possessions.“ (*Hardenberg ebd.*, V. Band, S. 82-87 (85)) und *Real*, Der Friede ..., II. Teil, 6. Kap., in: *ebd.*, S. 179-180). In seinem weiteren Schreiben an den König am 15. 4. 1795 „... Er hielt zwar Säkularisationen für unvermeidlich, aber Preußen durfte sich nach seiner Ansicht nicht durch die Fassung eines Geheimartikels als künftigen Nutznießers eines solchen Prozesses kennzeichnen²¹. ...“ (*Real*, Der Friede ..., II. Teil, 6. Kap., in: *ebd.*, S. 180).

Barthélemy seinerseits berichtete am 7 avril 1795 dem Comité de salut public, welches „... Quant au principe des sécularisations que le Comité aurait voulu voir poser par le traité, au moins dans l'article secret relatif à l'indemnité du roi de Prusse (*Sorel*, Le paix ..., XV., in: *ebd.*, p. 346) „... ,Vous me rappelez l'observation que vous m'avez faite précédemment sur ce qui est devenu l'article II des articles secrets. J'y avois mentionné d'abord dans nos derniers entretiens avec M. de Hardenberg que l'indemnisation seroit prise *sur la rive droite du Rhin*. M. de Hardenberg a objecté que ces articles secrets devenant bientôt publics, le roi de Prusse ne pouvoit sans déshonneur annoncer de cette manière son intention de dépouiller un de ses co-États. Il sent très bien que la suite des événements et la force des circonstances doivent amener en Allemagne de nouvelles sécularisations qui rendroient une indemnisation très facile. D'ailleurs il m'a semblé que l'offre et l'acceptation de la garantie indiquent assez sur quelle rive du fleuve elle seroit établie. ...“ (*Barthélemy ebd.*, 162., p. 168- 170 (170)).

Schauspiel (1796) *Germania im Jahr 1795* „... B. O m p t e d a ... Preußens Vergroößerungs= und Sekularisationsabsichten noch zu leugnen, nachdem sie in den geheimen Separatartikeln, des bei Hechtsheim zerstaubten Basler Separatfriedens schon von Frankreich und Preußen vollzogen waren, sie denn noch zu leugnen als schon zwischen Frankreich und Preußen abgemacht war, was Preußen fuer Abtretung des linken Rheinufer von den deutschen Laendern sich zueignen solle, ist mehr als laecherlich, ist absurd. ...“ (5. Akt, 6. Auftrit, S. 107 Z 23, S. 111).

⁷⁰⁸ Art. V gestattete der Französischen Republik die weitere Besetzung linksrheinischen hessen-kasselischen Gebiete, die Festung Rheinfels, die Stadt St. Goar und dem linksrheinischen Teil seiner Grafschaft Katzenellenbogen, jegliche Übereinkunft über sie blieb bis zum allgemeinen Friedensschluss zurückgestellt (oben, S. 286).

droite de ce fleuve, au quel cas la République Française consent à les lui garantir.“⁷⁰⁹

3. Die preußisch-französische Berliner Geheimkonvention vom 5. August 1796

In der dem Baseler Friedensvertrag nachfolgenden preußisch-französischen Berliner Geheimkonvention vom 5. August 1796⁷¹⁰ sagte der König von Preußen in Art. I zu, bei einer im späteren Friedensschluss mit dem Reich notwendig werdenden Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete,⁷¹¹ das Prinzip der Säkularisationen anzunehmen, falls es zur Entschädigung der verlierenden weltlichen Fürsten unumgänglich notwendig würde:

„..., & comme alors pour dedommager les Princes seculiers qui perdront à cet arrangement le principe de sécularisations devient absolument indispensable, S. M. consent à accepter le dit principe, ...“⁷¹²

Für den Verlust seiner eigenen linksrheinischen Besitzungen⁷¹³ sollte er hierbei ca. zwei Drittel des Hochstiftes Münster erhalten. Ein weiteres Drittel wurde der Republik der Vereinigten Niederlande in Aussicht gestellt:

„L’interêt des deux parties contractantes étant d’abord de s’entendre sur une indemnisation territoriale de la perte des provinces Prussiennes sur la rive gauche du Rhin ..., on a jetté les yeux pour cet effet sur l’évêché de Munster, y compris le pays de Recklingshausen; mais le gouvernement François ayant manifesté le desir que la République des Provinces-Unies obtint en guise de dedommagement des cessions, qu’elle lui a faites, cette partie du susdit évêché qui s’étend depuis où l’Ems entre dans l’Est-Frise le long de cette rivière en la remontant jusqu’à Wintrup, de là en ligne droite sur Heyden & longeant ensuite la frontière du duché de Cleves jusqu’à l’endroit où elle coïncide avec celle de la Hollande; S. M. Prussienne ... Elle recevra en dedommagement de ses dites provinces trans-Rhénanes y compris l’enclué de Sevenaer, lesquelles dans ce cas seront cedées à la France, le reste de l’évêché de Munster avec le pays de Recklingshausen,⁽⁷¹⁴⁾ déduction faite de la partie énoncée ci-dessus, moyennant leur sécularisation

⁷⁰⁹ Clercy, *Traité de la France*, Tome I, p. 266.

⁷¹⁰ Sie wurde am selbigen Tag wie der die Demarkationslinie auf Wunsch der Berliner Regierung noch weiter nördlich verlegende Berliner Vertrag abgeschlossen (*Martens*, *Traité des puissances de l’Europe*, N° 89., p. 650-652). Für die Französische Republik erbrachte der Berliner Vertrag die erneute Anerkennung der Norddeutschen Neutralität (Artikel I-VII: p. 650-652; *Preußen und Frankreich 1795-1807*, I. Theil, Einleitung, II., S. XXVI-XXVII und *Trummel*, *Der Norddeutsche Neutralitätsverband*, 1. Kap., S. 32-34 (33-34)).

⁷¹¹ In Art I hatte sich der König von Preußen verpflichtet, falls beim nachfolgenden Friedensschluss mit dem Reich von der Abtretung der linksrheinischen Gebiete die Rede sein werde, sich hiergegen nicht zu wenden (oben, S. 289).

⁷¹² *Martens*, *Traité des puissances de l’Europe*, Tome VI, N° 90., p. 653-656 (654).

⁷¹³ Das linksrheinische Herzogtum Geldern und ca. hälftigen Teil des Herzogtums Kleve (oben, S. 285-286).

⁷¹⁴ Das Land (Grafschaft Recklinghausen) war Bestandteil des Erzstiftes Köln: lippisches Niederstift (*Büsching*, *Erdbeschreibung*, VI. Theil, *Der chur=rheinische Kreis*, Das Erzstift Coeln, §. 15., A., III., S. 621-623).

préalable; se reservant toutes les fois sa dite Majesté d'y ajouter ce qui pourroit être de sa convenance pour completer son indemnisation, objet sur lequel les deux parties s'entendront amicalement.⁷¹⁵

Zugunsten der Fürsten des Hauses Hessen-Kassel, das in nahen verwandtschaftlichen Beziehungen zum preußischen Königshaus stand,⁷¹⁶ war in Hinblick auf den von seinem Landgraf Wilhelm IX. am 28. August 1795 mit der Französischen Republik abgeschlossenen Baseler Friedensvertrag⁷¹⁷ in Art. III für die erwartenden gebietlichen Verlusten Entschädigung durch Säkularisationen festgelegt worden:

„Dans la double supposition exprimée à l'Art. I. de la cession de la rive gauche du Rhin à la France & de l'admission du principe de sécularisations, S. M. le Roi de Prusse & la République Française s'obligent à réunir leurs soins pour procurer aux Princes de la maison de Hesse la sécularisation des états ecclésiastiques à leur bienséance, pour les indemniser des états & biens fonds qu'ils se trouvent perdre au de là du Rhin, & à la branche de Hesse-Cassel la dignité electorale.“⁷¹⁸

Zugunsten des Fürsten von Oranien – Fürst Wilhelm V. von Nassau-Dietz –, ⁷¹⁹ des mit der Schwester von König Friedrich Wilhelm II. von Preußen verheirateten⁷²⁰ vormaligen Erbstatthalters der vereinigten Provinzen Wilhelm V., war in Art. V die Hilfe der Französischen Republik⁷²¹ zum Erwerb der Bistümer Würzburg und Bamberg, mit welchen die Kurwürde verbunden werden sollte, zugesagt worden:

⁷¹⁵ Art. I (*Martens, Traités puissances de l'Europe, Tome VI, N° 90., p. 653-656 (654) mit Großer Historischer Weltatlas, III. Teil, S. 38, BC 1-2.*

⁷¹⁶ Insbesondere waren Prinz Heinrich von Preußen (18. 1. 1726-8. 8. 1802), der jüngere Bruder König Friedrichs II. von Preußen mit der Tochter von Prinz Maximilian von Hessen-Kassel (28. 5. 1689-8. 5. 1753) Wilhelmine (25. 2. 1726-8. 10. 1808) verheiratet (*Europäische Stammtafeln, I. Band, Tafeln 156. u. 99.*) und Landgraf Friedrich II. von Hessen-Kassel (14. 8. 1720-31. 10. 1785) mit der Tochter des Markgrafen Friedrich Wilhelm von Brandenburg-Schwedt (27. 12. 1700-4. 3. 1771) Philippine (10. 10. 1745-1. 5. 1800) in zweiter Ehe verheiratet (*ebd., Tafeln 100. u. 155.*).

⁷¹⁷ In ihm waren vereinbart Entschädigung aus geistlichen oder anderen Territorien (oben, S. 913-914).

⁷¹⁸ *Martens, Traités puissances de l'Europe, Tome VI, N° 90., p. 653-656 (655).*

⁷¹⁹ Oben, S. 103, 486-487.

⁷²⁰ Wilhelmine Prinzessin von Preußen (*Europäische Stammtafeln, I. Band, Tafeln 119 u. 156.*)

⁷²¹ Die Verpflichtung des König von Preußen und der Französische Republik, sollte beim künftigen Friedensschluss die Wiedereinsetzung des Hauses Oranien in seine Stellen und Würden in Holland für unzulässig erklärt werde, ihre guten Dienste und ihren Einfluss als Vermittler zu verwenden, um zwischen der Batavischen Republik und dem Haus Oranien eine annehmbare Vereinbarung herbeizuführen. Ihre wichtigsten Bestimmungen sollten sein: Der Verzicht des Prinzen von Oranien auf seine Statthalterschaft, wie auf seine unbeweglichen auf dem linken Rheinufer und in den Batavischen Provinzen gelegenen Gütern, bei dagegen von Seiten der Batavischen Republik zu erfolgenden Zahlung einer angemessenen Entschädigung für seine unbeweglichen Güter in den Vereinigten Provinzen, in den Generalitätslanden und in den holländischen Kolonien. Um diese Vereinbarung zustande kommen zu lassen, versprach die Französische Republik ihre guten Bemühungen, um dem Fürsten von Oranien zu dem Erwerb der beiden Bistümer Würzburg und Bamberg zu verhelfen (*Martens, Traités puissances de l'Europe, Tome VI, N° 90., p. 653-656 (655-656).*)

Bei den am Ende des Jahres 1794 und zu Beginn des Jahres 1795 in der Republik der Vereinigten Niederlande stattgehabten revolutionären Erhebungen, waren neben den Ersetzungen der bisherigen Regierungsgewalten durch vorläufige Repräsentanten des Volkes (oben, S. 872), auch die Proklamierungen von

„..., & pour effectuer le dit arrangement la République Française s’engage à employer tous ses efforts pour operer en faveur du dit Prince d’Orange & de ses heritiers mâles la sécularisation des evêchés de Wurzburg & de Bamberg auxquels sera attaché la dignité électorale ...“⁷²²

Der bei den Entschädigungen des Königs von Preußen in Art. I und der Fürsten des Hauses Hessen in Art. III angebrachte Vorbehalt, nur in unumgänglich notwendig werdende Säkularisationen einzuwilligen,⁷²³ war durch die⁷²⁴ von König Friedrich Wilhelm II. von Preußen am 3. Juli 1797 abgegebene Pyrmonter Erklärung⁷²⁵ dahingehend modifiziert worden, dass er sich nunmehr bereits gegenüber der Französischen Republik verpflichtete,

Volkssouveränität, von Menschenrechten sowie die Errichtung von Freiheitsbäumen in sämtlichen Provinzen erfolgt (*Rogge*, Revolution in den vereinigten Niederlanden, 2. Zeitraum, 1. Buch, S. 234, 244, 245, 248, 256-259, 259, 260-267, 276-283, 291-292, 298, 299-300; *Politischer Zuschauer für die Niedern Reichslande*, 6. Jahrg.s Erste Hälfte, N° 25., ... 26. Februar 1795, S. 197-198 (198: Ziff. 1) u. 2)), N° 29., ... 7. März 1795, S. 230-231 und *Bannier*, Grondwetten van Nederland, Hoofdstuk I, A., z. 13-16: zur Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte durch die provisorischen Repräsentanten von Holland am 31. Jan. 1795). Diese nunmehrigen neuen örtlichen Regierungsgewalten ernannten die Vertreter der ProvinzialStaaten und damit indirekt auch jene der über die gemeinsamen Bundesangelegenheiten entscheidenden GeneralStaaten. Letztere bestanden seit dem 13. März 1795 alle aus Abgeordneten der vom Volk ernannten Repräsentanten (*Rogge* ebd., 2. Zeitraum, 1. Buch, S. 259, 267-270, 270. 284-285, 289-290, 290-292, 292, 294, 299-300, 301-303, 303; *Kossmann*, The Low Countries, II, 3., p. 84 und *Schama*, Patriots and liberators, Part II, (Chap.) 5, p. 218).

Das vom Erbstatthalter Wilhelm V. innegehabte Amt des Generalstatthalters war auf dem von den provisorischen VolksRepräsentanten von Holland am 31. Jan. 1795 gemachten Vorschlag bereits am 24. Febr. 1795 von den GeneralStaaten abgeschafft worden (die am 28. Mai 1795 im Hampton=Court=Palast abgegebene Erklärung des Prinzen von Oranien die von der Batavischen Republik beschlossene Abschaffung der Aemter eines ErbStatthalters, ErbGeneral=Kapitains und Admirals betreffend, in welcher er den GeneralStaaten die Befugnis hierzu, bei der insbesondere gegebenen Besetzung des Territoriums der Republik durch die französischen Truppen, bestritt, in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1795, 3. Band, 8. Stück, III., S. 143-149: in deutscher Sprache). In dem danach zwischen der Französischen Republik und der Republik der Vereinigten niederländischen Provinzen am 16. Mai 1795 abgeschlossenen Friedensvertrag, anerkannte in Art. I die Französische Republik dieser die Abschaffung der Statthalterschaft, wie von den GeneralStaaten und von jeder Provinz beschlossen an (*Martens* ebd., N° 68., a., p. 532).

Erbstatthalter Wilhelm V. besaß in den Österreichischen Niederlanden größere Liegenschaften.

Bingel, Bedarf der siebente Artikel einer Auslegung? II., S. 29 „... Der Prinz von Oranien hat zwar in den Niederlanden, die unter dem Namen des Burgundischen Kreises zum Reich gehörten, ansehnliche Besitzungen verlohren, die jährlich 200,000 fl. abwerfen, und mit der Stadthalterschaft keine Gemeinschaft hatten, er besaß im Herzogthum Luxemburg die Grafschaft Flandern, im Herzogtum Brabant die Landschaft Haagland, im Herzogthum Obergeldern, die erst 1769. von dem König von Preußen erkaufte Grafschaft Montfort; ...“; § 12 des *RDH* v. 25. Febr. 1803 „... Dem Fürsten von Nassau-Dillenburg zur Entschädigung für die Statthalterschaft und seine Domänen in Holland und Belgien: die Bistümer Fulda und Corvey, ...“ (*Das Ende des Alten Reiches*, II., S. 25-26 (26)) und *Japikse*, Die Oranier, Karte S. 449 Die vereinigten Niederlande.

⁷²² *Martens*, Traités puissances de l’Europe, Tome VI, N° 90., p. 653-656 (655-656 (655)).

⁷²³ *Oben*, S. 914.

Der in Art. I beim König von Preußen und in Art. III bei den Fürsten des Hauses Hessen für den Erwerb ihrer Entschädigungen weiter angebrachte Vorbehalt, der beim künftigen Friedensschluss mit dem Reich zu erfolgenden Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete an die Französische Republik (oben, S. 914, 915), war die notwendige Voraussetzung für das Entstehen von Entschädigungen, und kein Vorbehalt.

⁷²⁴ Auf Initiative der französischen Regierung abgegeben.

⁷²⁵ *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Prusse, VOL 221, Pièce 150, fol. 265 r.-fol. 267 r Abschrift; gedruckt in: *Bonaparte*, Correspondance inédite officielle et confidentielle, Tome IV, Livre 2., p. 83-87.

beim späteren Friedensschluss mit dem Reich, sich mit dem Prinzip der Entschädigung durch Säkularisationen einverstanden zu erklären:

„... Je n'ai pas besoin de rappeler au gouvernement français que dans la convention éventuelle, que j'ai conclue avec lui, le 5 août de l'année dernière, nous sommes tombés d'accord, à l'article 1^{er}, que, pour dédommager les princes séculiers qui pourraient perdre à la pacification, le principe de sécularisation devenait absolument indispensable, et qu'en conséquence j'ai déclaré, en termes exprès, consentir d'avance à accepter ledit principe, moyennant qu'il soit admis par l'empereur et l'empire. ...“⁷²⁶

4. Der französisch-wirtembergische Pariser Friedensvertrag vom 7. August 1796

Die Französische Republik verpflichtete sich in Art. I seiner Geheimartikel gegenüber dem Herzog von Württemberg gegen dessen Verzicht auf seine linksrheinischen Gebiete und

⁷²⁶ *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Prusse, VOL 221, Pièce 150, fol. 265 r-267 r Abschrift (265 r); gedruckt in: *Bonaparte*, Correspondance inédite officielle et confidentielle, Tome IV, Livre 2., p. 83-84.

Ihr weiterer Inhalt:

„Déclaration du Roi de Prusse.

Le ministre de France à ma cour, le sieur Caillard, s'est acquitté envers mon ministère à Berlin d'un office qui lui a été prescrit par le Directoire, et dont il a également donné connaissance à mon ministre du cabinet, le comte de Haugwitz, qui m'a accompagné à Pymont. Il y demande que je veuille exprimer d'une manière positive et catégorique, dans une pièce officielle quelconque, ma détermination sur l'admission du système des sécularisations à la paix future, et sur les moyens que je voudrais employer pour le soutenir, puisque sa majesté l'empereur et roi, d'accord sur le principe dont il s'agit, n'attendait que cette démarche de ma part pour décider la sienne.

Je n'ai pas besoin de rappeler au gouvernement français que dans la convention éventuelle, que j'ai conclue avec lui, le 5 août de l'année dernière, nous sommes tombés d'accord, à l'article I^{er}, que, pour dédommager les princes séculiers qui pourraient perdre à la pacification, le principe de sécularisation devenait absolument indispensable, et qu'en conséquence j'ai déclaré, en termes exprès, consentir d'avance à accepter ledit principe, moyennant qu'il soit admis par l'empereur et l'empire. Il n'a pas tenu à moi d'entrer depuis cette époque en explications ultérieures avec la république sur ce sujet. Après la signature des préliminaires de Léoben, elle me fit annoncer, par mon ministre à Paris, la détermination des deux puissances contractantes, de donner lieu au rassemblement d'un congrès, pour les arrangemens relatifs à la paix définitive. En me faisant savoir qu'elle allait m'adresser une invitation formelle d'y envoyer des plénipotentiaires, j'ai dû supposer que ce serait à cette occasion que le système susmentionné serait soumis à une plus ample discussion; ...

Quoi qu'il en soit, la question me paraît toute décidée entre nous par la convention du 5 août, et puisque le gouvernement français m'apprend que la cour impériale est d'accord pour le fond du principe; savoir, d'admettre les sécularisations en Allemagne, comme moyen d'indemnisation pour les princes séculiers lésés par la paix, la principale condition de mon consentement à ce même principe se trouvant ainsi remplie, je n'hésite pas de me prêter aux désirs du gouvernement français, en déclarant ici de nouveau que j'y souscris pareillement de mon côté, et que, persistant à l'envisager comme l'unique moyen de faire cesser le plus promptement possible les maux de la guerre, sous lesquels l'Allemagne gémit depuis si long-temps, je suis toujours prêt à m'entendre avec la république française, de même qu'avec S. M. I., sur son application, et à réunir mes efforts et mes moyens à ceux que ces deux puissances voudront employer pour l'effectuer et le soutenir. ... A Pymont, le 3 juillet 1797. Gulliaume.“ (*Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Prusse, VOL 221, pièce 150, fol. 265 r-267 r Abschrift (265 r-266 r, 267 r); gedruckt in: *Bonaparte* ebd., p. 83-87 (83-85, 87).

Besitzungen,⁷²⁷ ihm beim Friedensschluss mit dem Reich die säkularisierten geistlichen Fürstentümer zu verschaffen:

„Lors du traité de paix avec l’Empire, la République Française demandera et insistera pour qu’il soit cédé au Duc de Wurtemberg et que l’on sécularise en sa faveur quelques principautés ecclésiastiques, et, sur la demande de S. A. S., la République Française consent à ce que le bailliage d’Oberkirchen, dépendant du ci-devant duché de Strasbourg, l’abbaye de Zwiefalten et la prévôté princière d’Elwangen, soient designées pour remplir le voeu du présent article.“⁷²⁸

Der Herzog von Wirtemberg sagte seinerseits in Art. III der Geheimartikel der Französischen Republik zu, bei dem noch abzuschließenden Reichsfrieden im Reichstag mit seiner Stimme daran mitzuwirken, dass zur Entschädigung der weltlichen Fürsten⁷²⁹ eine hinreichende Anzahl rechtsrheinischer geistlicher Fürstentümer säkularisiert werde:

„Le Duc de Wurtemberg s’oblige, en sa qualité de Membre de l’Empire Germanique, à concourir par son suffrage à la Diète, lorsque le traité de paix à conclure entre la République Française et l’Empereur y sera porté, ... 3^o A ce qu’il soit sécularisé un nombre de Principautés ecclésiastiques situées sur la rive droite du Rhin, suffisant pour dédommager les Princes laïques des possessions qu’ils se trouveront perdre sur la rive gauche.“⁷³⁰

Die diesen Friedensvertrag ergänzende französisch-wirtembergische Pariser Konvention vom 28. Oktober 1796⁷³¹ erweiterte die dem Herzog in Aussicht gestellten Entschädigungen um weitere geistliche Gebiete:

„La République Française employera, autant que les circonstances le permettront, ses bons offices pour que les abbayes de Marchthal, de Neresheim et de Rothmunster, ainsi que le village d’Effingen, dépendant de l’évêché d’Augsbourg, soient cédés lors de la paix générale à S. A. S. le Duc de Wurtemberg, en sus des territoires mentionnés en l’article 1er de la convention secrète additionelle au traité de paix.“⁷³²

⁷²⁷ In Art. IV seiner offenen Artikel hatte der Herzog von Wirtemberg der Französischen Republik seine linksrheinischen Besitzungen verzichtet (oben, S. 287).

⁷²⁸ Clercy, Traités de la France, Tome I, p. 285.

⁷²⁹ Im selbigen Artikel sagte der Herzog der Französischen Republik zu, beim abzuschließenden Reichsfrieden mit seiner Stimme im Reichstag mitzuwirken, die linksrheinischen Reichsgebiete mit der Französischen Republik zu vereinigen (oben, S. 289).

⁷³⁰ Clercy, Traités de la France, Tome I, p. 286.

⁷³¹ Clercy, Traités de la France, Tome I, p. 306-307.

In dieser Konvention wurden insbesondere die von Herzog Friedrich Eugen von Wirtemberg zu erbringenden Kriegskontributionen festgelegt (Art. I-V, VII u. VIII, p. 306-307).

⁷³² Art. VI (Clercy, Traités de la France, Tome I, p. 307).

5. Der französisch-badische Pariser Friedensvertrag vom 22. August 1796

Die Französische Republik verpflichtete sich in Art. I seiner Geheimartikel gegenüber dem Markgrafen von Baden gegen dessen Verzicht auf seine linksrheinischen Gebiete und Besitzungen,⁷³³ ihm beim Friedensschluss mit dem Reich säkularisierte geistliche Fürstentümer und landsässige geistliche Güter zu verschaffen:

„Lors du Traité de paix avec l’Empereur et l’Empire, la République Française accordera ses bons offices à S. A. S. le Margrave de Bade pour que les possessions ecclésiastiques suivantes, avec les droits y appartenant, lui soient cédées et soient sécularisées en sa faveur. 1° L’Évêché de Constance et l’Abbaye de Reichenau, et la Prévôté d’Ehningen ...; 2° le Bailliage de Schlingen, dépendant du ci-devant évêché de Bâle; 3° la partie de l’Évêché de Spire, située sur la rive droite du Rhin y compris les terres du Grand Chapitre, la Prévôté et revenu capitral de Odenheim. ...; 4° le bailliage d’Ettenheim, dépendant du ci-devant Évêché de Strasbourg; 5° la ville de Selingenstadt et les petites portions de territoire dépendantes de l’Archévêché de Mayence, situées entre la rive gauche des rivières de Gersprentz et du Mein jusqu’à Rauenheim et la rive droite du Rhin, depuis Ehrfelden jusqu’à Greinsheim pour être échangées contre différentes enclaves de l’État de Bade ...; 6° la sécularisation et réunion au domaine du Margrave de tous les biens-fonds, revenus et droits que possèdent dans le Margraviat ou dans les États qui y seront réunis, les communautés ecclésiastiques dont le chef-lieu est situé sur la rive droite du Rhin; ...“⁷³⁴

Der Markgraf von Baden sagte seinerseits in Art. VIII der Geheimartikel der Französischen Republik zu, bei dem noch abzuschließenden Reichsfriedens im Reichstag mit seiner dortigen Stimme daran mitzuwirken, dass zur Entschädigung der weltlichen Fürsten⁷³⁵ eine hinreichende Anzahl rechtsrheinischer geistlichen Fürstentümer säkularisiert werde:

„Le Margrave de Bade s’oblige, en sa qualité de Membre de l’Empire Germanique, à concourir par son suffrage à la Diète, lorsque le Traité de paix à conclure entre la République Française, l’Empereur et l’Empire, y sera porté: ... 3° A ce qu’il soit sécularisé un nombre de Principautés ecclésiastiques, situées sur la rive droite du Rhin, suffisant pour dédommager les princes laïques des possessions qu’ils se trouvent perdre sur la rive gauche.“⁷³⁶

⁷³³ In Art. IV seiner offenen Artikel hatte der Markgraf von Baden der Französischen Republik seine linksrheinischen Besitzungen abgetreten (oben, S. 287-288).

⁷³⁴ Clercy, *Traité de la France*, Tome I, p. 295-296, insg., p. 295-296.

⁷³⁵ Im selbigen Artikel sagte der Markgraf der Französischen Republik zu, beim abzuschließenden Reichsfrieden mit seiner Stimme im Reichstag mitzuwirken, die linksrheinischen Reichsgebiete mit der Französischen Republik zu vereinigen (oben, S. 289-290).

⁷³⁶ Clercy, *Traité de la France*, Tome I, p. 297.

6. Der österreichisch-französische Friedensvertrag von Campo Formio vom 17. Oktober 1797

a) Der Wortlaut

Art. XII seiner Geheimartikel enthielt, dass den durch die Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete⁷³⁷ ihre Besitzungen und Rechte verlierenden Fürsten und Stände des Reiches⁷³⁸ beim nachfolgenden Friedensschluss mit dem Reich Entschädigungen zu gewähren sind, wozu die beiden Vertragsteile sich verpflichteten:

„S. M. l’Empereur, roi de Hongrie et de Bohême, et la République française réuniront leurs bons offices lors de la pacification de l’Empire germanique, pour

⁷³⁷ In Art. I seiner Geheimartikel mit der Begrenzung auf die linksrheinische Nette-Rur Linie (oben, S. 290).

Mit der Begrenzung der Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete auf die Nette-Rur Linie sollten insbesondere die linksrheinischen Besitzungen des Königs von Preußen, das ganz linksrheinisch gelegene Herzogtum Geldern und der ca. hälftige Teil des Herzogtums Kleve, sowie das nahezu ganz linksrheinische Erzstift Köln von den an die Französische Republik zu gelangenden linksrheinischen Reichsgebieten ausgenommen werden (*Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz*, Blatt IV., Blatt III., Blatt I.: kartographische Eintragungen, mit *Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, I., 1., Preussisch Geldern, S. 5-9, II., 1., S. 53-106, III., 1., S. 229-257).

In Ergänzung hierzu wurde dann auch in Art. IX seiner Geheimartikel festgelegt „La République française n’a point de difficulté à restituer au roi de Prusse ses possessions sur la rive gauche du Rhin; en conséquence il ne sera question d’aucune acquisition nouvelle pour le roi de Prusse, ce que les deux Puissances contractantes se garantissent mutuellement.“ (*Napoleonische Friedensverträge*, I, Articles secrets, S. 16). Von Seiten des Hauses Österreich war dies erwünscht, um zu verhindern, dass sich der König von Preußen durch die Zusage von Entschädigungen für seine linksrheinischen Besitzungen seine rechtsrheinischen Gebiete vergrößern könnte.

⁷³⁸ In den vorangegangenen österreichisch-französischen Leobener Friedenspräliminarien vom 18. April 1797 waren dem Kaiser für seine Verzicht, Articles patents, VI: auf die Österreichischen Niederlande (oben, S. 288), Articles secrets, I: auf die Gebiete rechts des Oglio und des Po, eine zu gewährende Entschädigung aus der Republik Venedig zugehörenden festländischen Gebieten mit Istrien und Dalmatien vorgesehen:

„..., S. M. l’Empereur renonce à la partie de ses États en Italie qui se trouve au-delà de la rive droite de l’Oglio et de la rive droite du Pô, à condition que S. M. I. sera dédommée de cette cession, ainsi que celles faites par l’art. 6 des préliminaires, par la partie de la terre ferme Vénitienne comprise entre l’Oglio, le Pô, la mer Adriatique et ses États héréditaires, ainsi que par la Dalmatie et l’Istrie Vénitiennes; et par cette acquisition les engagements contractés par la République Française vis-à-vis S. M. I. par l’art. 6 des préliminaires se trouvent remplis.“ (*Clercy, Traité de la France*, Tome I, p. 319-322 (320-321)).

Die Republik Venedig erhielt ihrerseits als Entschädigung für die an den Kaiser verzichteten Gebiete und für ihr weiteres in Articles secrets, II, Satz 2 der Französischen Republik selber abgegebenes Gebiet zwischen der Etsch, dem Po, der Oglio, dem Valteline und dem Tirol (p. 321) in Articles secrets, IV von Seiten der Französischen Republik die 3 päpstlichen Legationen Romagna, Ferrara und Bologna zugesagt (p. 321).

Zur Realisierung dieser Entschädigungen wurde von der armée d’Italie bei ihrer Rückkehr aus dem österreichischen Steiermark das Gebiet der Republik Venedig – terraferma – besetzt, und wurde, entsprechend der Forderung Bonapartes, von ihrem Großen Rat am 12. Mai 1797 die Umwandlung ihrer bisherigen aristokratischen in eine demokratische Staatsform beschlossen, legte dieser seine Gewalt nieder, die vorläufig von einer Municipalität von 60 Mitgliedern aus allen Ständen und Bürgern verwaltet werden sollte. Am 16. Mai rückten französische Truppen in der Stadt Venedig ein und versammelte sich die neue provisorische Municipalität. Insbesondere wurden alle Titel des vormaligen Adels abgeschafft und die Venetianischen Provinzen in départements gegliedert (*Posselts Annalen*, Jahrg. 1797, 3. Band, 7. Stück, I., 3., S. 10-29, 33-38, II., II., S. 41-57 und *Bonaparte, Correspondance de Napoléon I^{er}*, Tome XXIX Oeuvres ... à Sainte-Hélène, Campagnes D’Italie. (1796-1797.), Chap. XV., p. 304-324).

que les différents Princes et Etats dudit Empire qui se trouveront éprouver quelques pertes de territoires et de droits en conséquence des stipulations du présent traité de paix, ou enfin par suite du traité à conclure avec l'Empire germanique, et particulièrement les électeurs de Mayence, de Trèves et de Cologne, l'électeur palatin de Bavière, le duc de Wurtemberg et Teck, le margrave de Baden, le duc des Deux-Ponts, les landgraves de Hesse-Cassel et de Darmstatt, les princes de Nassau-Saarbruck, de Salm-Kirbourg, Loewenstein-Wertheim, et de Wied-Runckel, et le comte de la Leyen obtiennent en Allemagne des indemnités convenables qui seront réglées d'un commun accord avec la République française.⁷³⁹

b) Der Vertragsentwurf des französischen Bevollmächtigten Bonaparte als Ausgangspunkt für beide Vertragsteile bei der Festlegung der Entschädigungen

Der von dem französischen Bevollmächtigten Bonaparte⁷⁴⁰ am 11. Oktober 1797 dem österreichischen Bevollmächtigten Cobenzl überreichte Vertragsentwurf⁷⁴¹ sah bei einem in

⁷³⁹ *Napoleonische Friedensverträge*, I., Articles secrets, S. 17.

Für die eigenen österreichischen Gebiete auch venezianische Entschädigungen (oben, S. 12), von welchen österreichischen linksrheinischen Entschädigungen Art. VII des Friedensvertrages von Lunéville nicht betroffen war (oben, S. 13-15).

Für den Fürsten von Nassau-Dietz, den vormaligen Erbstatthalter der vereinigten Provinzen enthielt Art. VIII der Geheimartikel eine besondere Entschädigungsregelung:

„Il sera donné une indemnité territoriale au prince de Nassau-Dietz, ci-devant Stathouder de Hollande. Cette indemnité territoriale ne pourra être prise dans le voisinage des possessions autrichiennes, ni dans celui de la République batave.“ (*Napoleonische Friedensverträge* ebd., S. 16).

⁷⁴⁰ Der général en chef de l'armée française en Italie Napoléon Bonaparte besaß mit dem ihm vom Direktorium zugesandten général Henri Jacques Guillaume Clarke, am 15 nov. 1796 vom Direktorium zum außerordentlichen Bevollmächtigten für die Friedensverhandlungen mit dem Wiener Hof ernannt (*Soboul*, Dictionnaire Révolution française, Clarke, Henri, p. 226), eine gemeinschaftliche Bevollmächtigung zur Abschließung des definitiven Friedens der Französischen Republik mit dem Kaiser, König von Ungarn und Böhmen (Brief Bonapartes an das Direktorium v. 5e jour complémentaire an V (21 sept. 1797), in: *Bonaparte*, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome III, 2234., p. 427). Bonaparte besaß auch eine ihm vom Direktorium (wohl zuvor) allein erteilte Vollmacht (*Martens*, Traités puissances de l'Europe, Tome VII, 25., h., p. 225).

⁷⁴¹ Dem vereinbarten Vertragstext lagen vier Vertragsentwürfe zugrunde:

Ein Erstentwurf des österreichischen Bevollmächtigten Cobenzl, welcher Bestandteil seiner ihm erteilten kaiserlichen Instruktionen war, vorgelegt dem französischen Bevollmächtigten Bonaparte am 1. Okt. 1797. Briefe *Cobenzls* an Thugut v. 30 sept. 1797 „Après avoir continué à débattre ... en le diminuant considérablement;“ (*Der Frieden von Campoformio*, Aktenstücke, 270., S. 390-398 (395)) und v. 2 oct. 1797 „Après un autre moment de réflexion, ... de rompre plutôt que d'y donner les mains.“ (*ibd.*, Aktenstücke, 271., S. 398-404 (401-402) mit dem Text des Entwurfes mit Projet d'articles secrets (*ibd.*, Aktenstücke, 252., Fassung B, S. 363-365 mit Anhang, 2., I. Entwurf Cobenzls (Art. I.-VI.), S. 496, 498, 500, 502, 504, (Art. X-XIII), S. 510, 512, 518, (Art. XVIII-XXII), S. 522, 524, Aktenstücke, 253., Fassung B, S. 365-366).

Zwei von den beiden Bevollmächtigten in der am 11. Okt. 1797 stattgefundenen 11. Konferenz sich gegenseitig überreichten Entwürfe. Briefe *Cobenzls* an Thugut v. 14 oct. 1797 „Bonaparte accumule chaque jour ... remonter son tort et pour l'arrêter.“ (*ibd.*, Aktenstücke, 295., S. 458-460 (458-459) und v. 18 oct. 1797 „J'ai eu l'honneur d'informer V. E. ... lui laisser le temps de revenir.“ (*ibd.*, Aktenstücke, 298., S. 461-478 (461-469) mit den Texten des Entwurfes Cobenzls mit Articles secrétissimes (*ibd.*, Anhang, 2., I. Entwurf Cobenzls, S. 496, 498, 500, 502, 504, 506, 508, 510, 512, 514, 518, 520, 522, 524, 526, 528, 532, 534, 536) und des

Art. IV ausgesprochenen kaiserlichen Verzicht auf seine linksrheinischen Besitzungen⁷⁴² eine ihm in Art. IX aus venezianischen Gebieten⁷⁴³ zu gewährenden Entschädigung vor.⁷⁴⁴ In Art. VII seiner offenen und Art. I seiner geheimen Artikeln anerkannte der Kaiser der Französischen Republik die linksrheinischen Reichsgebiete mit der Nette-Rur Linie an.⁷⁴⁵ Hierfür sah Art. X seiner Geheimartikel und dies in Abweichung zu den beiden vorangegangenen österreichischen Vertragsentwürfen,⁷⁴⁶ vor, dass den ihre Besitzungen verlierenden Fürsten und Ständen des Reiches Entschädigungen zu gewähren sind:

„S. M. l’Empereur et la République française réuniront leur influence à la paix de l’Empire pour que les différents Etats, Princes et maisons de l’Empire germanique qui se trouveront essayer quelques pertes de territoires et droits en conséquence des articles du présent traité de paix ou par des traités conclus avec la République française depuis la guerre actuelle, ou enfin par suite du traité à conclure avec l’Empire germanique, et particulièrement le Prince de Loewenstein-Wertheim, le Comte de Leyen, le Prince de Salm-Kyrbourg, le Margrave de Baden, le Duc de Würtemberg et Teck, le Duc de Deux-Ponts, les Landgraves de Hesse-Cassel et de Hesse-Darmstadt, l’Electeur de Bavière, le Prince de Nassau-Saarbruck et le

Entwurfes Bonaparte mit Articles secrets au traité de paix (*ebd.*, Anhang, 2., II. Entwurf Bonapartes, S. 496, 498, 500, 502, 504, 506, 508, 510, 512, 514, 516, 518, 520, 524, 526, 528, 530, 532, 534, 536, 538, 540).

Ein von dem österreichischen Bevollmächtigten an Hand des ihm in dieser 11. Sitzung überreichten französischen Entwurfes seinerseits ausgearbeiteten Kompromissentwurfes, dem französischen Bevollmächtigten am 14. Okt. 1797 überbracht und unmittelbarer Vorläufer des vereinbarten Vertragstextes. Brief *Thuguts* an Cobenzl v. 18 oct. 1797 „Le lendemain 12 de ce mois ..., il ne lui fut possible de s’en dédire.“ (*ebd.*, Aktenstücke, 298., S. 461-478 (469-476) mit dem Text des Entwurfes mit Articles secrets (*ebd.*, Anhang, 2., III. Kompromißentwurf Cobenzls, S. 497, 499, 501, 503, 505, 507, 509, 511, 513, 515, 517, 519, 521, 523, 525, 527, 529, 531, 533, 535, 537, 539, 541).

⁷⁴² *Der Frieden von Campoformio*, Anhang, 2., II. Entwurf Bonapartes, S. 502.

⁷⁴³ Die Republik Venedig weder dem Weströmischen noch dem Oströmischen Reich zugehörend gewesen, hatte auch niemals dem vom Reich abhängigen Nebenland Italien zugehört (unten, S. 1026-1027).

⁷⁴⁴ *Der Frieden von Campoformio*, Anhang, 2., II. Entwurf Bonapartes, S. 508.

⁷⁴⁵ *Der Frieden von Campoformio*, Anhang, 2., II. Entwurf Bonapartes, Art. VII der offenen Artikel, S. 504 u. 506, Art. I der Articles secrets au traité de paix, S. 526 mit *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz*, Blatt IV., Blatt III., Blatt I.

⁷⁴⁶ Der Erstentwurf des österreichischen Bevollmächtigten Cobenzl vorgelegt am 1. Okt. 1797 enthielt in seinem Art. IV den kaiserlichen Verzicht auf die Österreichischen Niederlande (*Der Frieden von Campoformio*, Aktenstücke, 252., Fassung B, S. 363 mit Anhang, 2., I. Entwurf Cobenzls, S. 502), für welche er nach seinem Art. VIII mit im Nebenland Italien (unten, S. 1026-1027) gelegenen modenesischen Gebieten und mit venezianischen Gebieten entschädigt werden sollte (*ebd.*, Aktenstücke, 252., Fassung B, S. 363-364).

Der zweite österreichische Vertragsentwurf, überreicht in der Sitzung am 11. Oktober 1797 sah bei einem in seinem Art. IV gleichlautend ausgesprochenen kaiserlichen Verzicht auf die Österreichischen Niederlande (*Der Frieden von Campoformio*, Anhang, 2. I. Entwurf Cobenzls, S. 502, Art. IV des Erstentwurfes Cobenzls v. 1. Okt. 1797: *ebd.*, Aktenstücke, 252., Fassung B, S. 363 mit Anhang, 2., I. Entwurf Cobenzls, S. 502) und der in seinem Art. IX auch hierfür aus venetianischen Gebieten zu gewährenden Entschädigung (*ebd.*, Anhang, 2., Entwurf Cobenzls, S. 508) in Art. I seiner Geheimartikel zusätzlich die zu erfolgende Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete an die Französische Republik mit einer Begrenzung an die an die beiden Flüsse Nette und Rur angelehnte Grenzlinie vor (*ebd.*, Anhang, 2., Entwurf Cobenzls, S. 526 u. 528 mit *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz*, Blatt IV., Blatt III., Blatt I.). Er enthielt jedoch keine Entschädigungen für die ihre linksrheinischen Gebiete verlierenden Fürsten (Einleitung, Art. I-III, V-VIII. X-XX der offenen Artikel, Art. II-VI der geheimen Artikel (*Der Frieden von Campoformio*, Anhang, 2., I. Entwurf Cobenzls, S. 496, 498, 500, 502, 504, 506, 508, 510, 512, 514, 518, 520, 522, 524, 532, 534, 536).

Prince de Wied-Runkel obtiendront en Allemagne des indemnités convenables qui seront réglées de concert et avec l'agrément et la participation de la République française.⁷⁴⁷

Der Entschädigungsartikel entsprach mit seinen gegenseitigen Verpflichtungen des Kaisers und der Französischen Republik, ihre guten Dienste zu vereinigen, dass beim Friedensschluss mit dem Reich, die verschiedenen linksrheinisch depossidierten Fürsten und Stände des Reiches in Deutschland eine im Einvernehmen mit der Französischen Republik festzulegende Entschädigung erhalten sollen, sowohl seinem allgemeinen Inhalt, seinem gliederungsmäßigen Aufbau und seiner Diktion, der in Art. XII der Geheimartikel des Friedensvertrages von Campo Formio für die linksrheinisch depossidierten Fürsten und Ständen des Reiches festgelegten gestellten Entschädigungen:

Art. X der Geheimartikel des bonapartschen Entwurfes:
 „S. M. l'Empereur et la République française réuniront leur influence à la paix de l'Empire pour que les différents Etats, Princes et maisons de l'Empire germanique qui se trouveront essayer quelques pertes de territoires et droits en conséquence des articles du présent traité de paix ou par des traités conclus avec la République française depuis la guerre actuelle, ou enfin par suite du traité à conclure avec l'Empire germanique, et particulièrement le Prince de Loewenstein-Wertheim ... obtiendront en Allemagne des indemnités convenables qui seront réglées de concert et avec l'agrément et la participation de la République française.“⁷⁴⁸

Art. XII der Geheimartikel des Friedensvertrages von Campo Formio:
 „S. M. l'Empereur, roi de Hongrie et de Bohême, et la République française réuniront leurs bons offices lors de la pacification de l'Empire germanique, pour que les différents Princes et Etats dudit Empire qui se trouveront éprouver quelques pertes de territoires et de droits en conséquence des stipulations du présent traité de paix, ou enfin par suite du traité à conclure avec l'Empire germanique, et particulièrement les électeurs de Mayence, ... obtiennent en Allemagne des indemnités convenables qui seront réglées d'un commun accord avec la République française.“⁷⁴⁹

Die in ihm insbesondere und namentlich zum Erhalt von einer Entschädigung benannten elf weltlichen Reichsstände, der Fürst von Löwenstein-Wertheim, der Graf von Leyen, der Fürst von Salm-Kyrburg, der Markgraf von Baden, der Herzog von Württemberg, der Herzog von Zweibrücken, die Landgrafen von Hessen-Kassel und von Hessen-Darmstadt, der Kurfürst von Pfalz-Baiern, der Fürst von Nassau-Saarbrücken und der Fürst von Wied-Runkel waren mit den in Art. XII der Geheimartikel des Vertrages von Campo Formio zum Erhalt von Entschädigungen gleichfalls namentlich angegebenen elf weltlichen Reichsständen identisch, welcher Art. XII von Campo Formio allein noch die drei geistlichen Kurfürsten von

⁷⁴⁷ *Der Frieden von Campoformio*, Anhang, 2., II. Entwurf Bonapartes, S. 538 u. 540.

⁷⁴⁸ *Der Frieden von Campoformio*, Anhang, 2., II. Entwurf Bonapartes, S. 538 u. 540.

⁷⁴⁹ *Napoleonische Friedensverträge*, I., Articles secrets, S. 17.

Mainz, Trier und Köln als zum Erhalt von Entschädigungen hinzufügte:

Art. X der Geheimartikel des bonapartschen Entwurfes:
 „..., et particulièrement le Prince de Loewenstein-Wertheim, le Comte de Leyen, le Prince de Salm-Kyrbourg, le Margrave de Baden, le Duc de Wurtemberg et Teck, le Duc de Deux-Ponts, les Landgraves de Hesse-Cassel et de Hesse-Darmstadt, l'Electeur de Bavière, le Prince de Nassau-Saarbruck et le Prince de Wied-Runkel obtiendront en Allemagne des indemnités ...“⁷⁵⁰

Art. XII der Geheimartikel des Friedensvertrages von Campo Formio:
 „..., et particulièrement les électeurs de Mayence, de Trèves et de Cologne, électeur palatin de Bavière, le duc de Wurtemberg et Teck, le margrave de Baden, le duc des Deux-Ponts, les landgraves de Hesse-Cassel et de Darmstadt, les princes de Nassau-Saarbruck, de Salm-Kirbourg, Loewenstein-Wertheim, et de Wied-Runkel, et le comte de la Leyen obtiennent en Allemagne des indemnités ...“⁷⁵¹

Der dem Entwurf Bonapartes nachfolgende von dem österreichischen Bevollmächtigten Cobenzl an Hand dieses ausgearbeitete und dem französischen Bevollmächtigten am 14. Oktober 1797 überreichte Kompromissentwurf, sah, entsprechend dem vorangegangenen zweiten österreichischen Entwurf,⁷⁵² in Art. V die Abtretung der Österreichischen Niederlande an die Französische Republik⁷⁵³ mit einer in Art. VIII hierfür aus venetianischen Gebieten zu gewährende Entschädigung⁷⁵⁴ und in Art. I seiner Geheimartikel die zu erfolgende Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete mit der Nette Rur Linie an die Französische Republik vor.⁷⁵⁵ Darüber hinaus enthielt er in Art. VII hierfür an die linksrheinisch depossedierten Fürsten und Stände des Reiches zu gewährenden Entschädigungen. Mit den gegenseitigen Verpflichtungen des Kaisers und der Französischen Republik, ihre Dienste zu vereinigen, dass beim nachfolgenden Friedensschluss mit dem Reich die verschiedenen linksrheinisch depossedierten Fürsten und Stände des Reiches angemessene im gemeinsamen Einvernehmen festzulegende Entschädigungen erhalten sollen:

„S. M. l'Empereur, en sa qualité de Roi de Hongrie et de Bohême, et la République française employeront leurs bons offices à la paix de l'Empire pour que les différents Princes et Etats dudit Empire qui se trouveront essayer quelques pertes de territoires et droits, en conséquence des arrangements du présent traité

⁷⁵⁰ *Der Frieden von Campoformio*, Anhang, 2., II. Entwurf Bonapartes, S. 538 u. 540.

⁷⁵¹ *Napoleonische Friedensverträge*, I., Articles secrets, S. 17.

⁷⁵² Art. IV: kaiserlicher Verzicht auf die Österreichischen Niederlande, Art. IX: ihm hierfür aus venetianischem Gebiet zu gewährenden Entschädigungen, Art. I der Geheimartikel: Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete an die Französische Republik mit der Nette-Rur Linie, keine Entschädigungen an die Fürsten (oben, S. 922).

⁷⁵³ *Der Frieden von Campoformio*, Anhang, 2., III. Kompromißentwurf Cobenzls, S. 503.

⁷⁵⁴ *Der Frieden von Campoformio*, Anhang, 2., III. Kompromißentwurf Cobenzls, S. 509.

⁷⁵⁵ *Der Frieden von Campoformio*, Anhang, 2., III. Kompromißentwurf Cobenzls, S. 527 u. 529.

de paix, ... , obtiendront en Allemagne des indemnités convenables, qui seront réglées d'un parfait concert.⁷⁵⁶

entsprach er seinem allgemeinen Inhalt dem Entwurf Bonapartes.⁷⁵⁷ Auch enthielt er, wie dieser, eine spezielle Aufzählung von zur Entschädigung Berechtigten, welche die von ihm angegebenen fünf weltlichen Reichsstände:

„..., et particulièrement ..., l'Electeur de Bavière, le Duc de Wurtemberg et Teck, le Duc de Deux-Ponts, le Landgrave de Hesse-Darmstadt, le Landgrave de Hesse-Cassel, ...“⁷⁵⁸

in dem Entwurf Bonaparte mitbenannt waren.⁷⁵⁹ Darüber hinaus enthielt er noch die im Entwurf Bonapartes nicht mit benannten drei geistlichen Kurfürsten:

„...; et particulièrement l'Electeur de Mayence, l'Electeur de Trèves, l'Electeur de Cologne, ...“⁷⁶⁰,

welche in Art. XII der Geheimartikel des Friedensvertrages von Campo Formio mitaufgenommen wurden.⁷⁶¹

Die in Art. XII der Geheimartikel des Friedensvertrages von Campo Formio festgelegten Entschädigungen hatten ihren allgemeinen Ausgang und dies insbesondere auch in ihrer sprachlichen Diktion in Art. X der Geheimartikel des Vertragsentwurfes Bonapartes vom 11. Oktober 1797. Der nachfolgende Kompromissentwurf Cobenzls vom 14. Oktober beruhte gleichfalls in seiner allgemeinen Entschädigungsregelung auf dem Entwurf Bonapartes und fügte diesem zum Kreis der Entschädigungsberechtigten die drei geistlichen Kurfürsten zu. Ausgangspunkt für die in Art. XII der Geheimartikel des Friedensvertrages von Campo Formio den linksrheinisch depossidierten Fürsten und Ständen des Reiches festgelegten

⁷⁵⁶ *Der Frieden von Campoformio*, Anhang, 2., III. Kompromißentwurf Cobenzls, S. 539.

⁷⁵⁷ Art. X der Geheimartikel des bonaparteschen Entwurfes „S. M. l'Empereur et la République française réuniront leur influence à la paix de l'Empire pour que les différents Etats, Princes et maisons de l'Empire germanique qui se trouveront essayer quelques pertes de territoires et droits en conséquence des articles du présent traité de paix ou par des traités conclus avec la République française depuis la guerre actuelle, ou enfin par suite du traité à conclure avec l'Empire germanique, ... obtiendront en Allemagne des indemnités convenables qui seront réglées de concert et avec l'agrément et la participation de la République française.“ (*Der Frieden von Campoformio*, Anhang, 2., II. Entwurf Bonapartes, S. 538 u. 540).

⁷⁵⁸ *Der Frieden von Campoformio*, Anhang, 2., III. Kompromißentwurf Cobenzls, S. 539.

⁷⁵⁹ Art. X der Geheimartikel des bonaparteschen Entwurfes „..., et particulièrement le Prince de Loewenstein-Wertheim, le Comte de Leyen, le Prince de Salm-Kyrbourg, le Margrave de Baden, le Duc de Wurtemberg et Teck, le Duc de Deux-Ponts, les Landgraves de Hesse-Cassel et de Hesse-Darmstadt, l'Electeur de Bavière, le Prince de Nassau-Saarbruck et le Prince de Wied-Runkel obtiendront en Allemagne des indemnités ...“ (*Der Frieden von Campoformio*, Anhang, 2., II. Entwurf Bonapartes, S. 538 u. 540).

⁷⁶⁰ *Der Frieden von Campoformio*, Anhang, 2., III. Kompromißentwurf Cobenzls, S. 539.

⁷⁶¹ „..., et particulièrement les électeurs de Mayence, de Trèves et de Cologne, ...“ (*Napoleonische Friedensverträge*, I., Articles secrets, S. 17).

Entschädigungen war der Entwurf des französischen Bevollmächtigten Bonaparte vom 11. Oktober 1797.⁷⁶²

c) Absicht und Vorstellung der Französischen Republik die linksrheinischen gebietlichen Verluste durch Säkularisationen zu entschädigen

aa) Korrespondenz Außenminister Delacroix

Außenminister Delacroix schrieb seinen beiden Bevollmächtigten Bonaparte und Clarke am 30 floréal an V (19 mai 1797), dass man von den linksrheinisch depossedierten Fürsten allein die weltlichen auf dem rechten Rheinufer entschädigen solle, welche geistlichen durch den weiteren Erhalt ihrer persönlichen Würden und durch die Hälfte ihrer Einkünfte zufriedengestellt werden könnten.⁷⁶³ Das einzige Hindernis sei das Interesse des Hauses Österreich, im Reichstag seine dortige geistliche Macht zu erhalten, aber dieses Interesse

⁷⁶² Hinsichtlich der zugunsten des Fürsten von Nassau-Dietz, des vormaligen Erbstatthalters der vereinigten Provinzen in Art. VIII der Geheimartikel des Friedensvertrages von Campo Formio besonders zugesprochenen Entschädigungen:

„Il sera donné une indemnité territoriale au prince de Nassau-Dietz, ci-devant Stadthouder de Hollande. Cette indemnité territoriale ne pourra être prise dans le voisinage des possessions autrichiennes, ni dans celui de la République batave.“ (oben, S. 921)

enthielt der Entwurf Bonapartes vom 11. Okt. 1797 in Art. V seiner Geheimartikel eine in ihrem Inhalt selbige und ihrem Wortlaut, mit der alleinigen Einfügung „en Allemagne“ nahezu identische Regelung:

„Il sera donné en Allemagne une indemnité territoriale au Prince de Nassau-Dietz, ci-devant Stadthouder d’Hollande. Cette indemnité territoriale ne pourra être prise dans le voisinage des possessions autrichiennes, ni dans celui de la République batave.“ (*Der Frieden von Campoformio*, Anhang, 2., II. Entwurf Bonapartes, S. 536).

Hingegen sahen die in Art. VI der Geheimartikel des zweiten Entwurfes Cobenzls vom 11. Okt. 1797 und die in dem Art. IV der Geheimartikel seines Kompromissentwurfes vom 14. Okt. wörtlich gleiche Regelungen:

„Si à la paix entre l’Empire germanique et la République française il était reconnu nécessaire d’accorder un dédommagement en Allemagne au Prince d’Orange, les deux parties contractantes conviennent que ce dédommagement ne pourra être pris dans le cercle de Souabe ni dans celui de la Franconie.“ (*ebd.*, Anhang, 2., I. Entwurf Cobenzls, S. 536, III. Kompromißentwurf Cobenzls, S. 537)

eine ihm nur potentiell zu gewährende Entschädigung, welche auch mit ihrem Nichtliegen in den Schwäbischen und Fränkischen Kreisen gebietlich anders zugeordnet war.

Ausgangspunkt für die dem Fürsten von Nassau-Dietz in Art. VII der Geheimartikel des Friedensvertrages von Campo Formio speziell zuerkannte Entschädigung war demnach gleichfalls die in dem Entwurf Bonapartes hierfür vorgesehene Regelung.

⁷⁶³ „... Le roi de Prusse a souscrit une convention avec la république par laquelle il consent à céder toutes ses possessions sur la gauche du Rhin, moyennant une juste indemnité sur la rive droite.“⁽⁷⁶³⁾ Le landgrave de Hesse-Cassel, les ducs de Wirtemberg, de Deux-Ponts, le margrave de Bade réclament pour eux le même arrangement.⁽⁷⁶³⁾ Il ne serait pas difficile d’y faire accéder la presque totalité de princes laïques; quant aux princes ecclésiastiques, on pourrait les désintéresser en leur conservant la jouissance personnelle de la moitié de leurs revenus. ...“ (*Bonaparte*, Correspondance inédite officielle et confidentielle, Tome IV, Livre 2., p. 27-34 (31)).

könne ihm durch die Zusprache des Erzstiftes Salzburg und der beiden Hochstifter Trient und Brixen annehmbar gemacht werden.⁷⁶⁴

Am 7 prairial an V (26 mai 1797) schrieb er ihnen, dass von Seiten der großen Häuser in Deutschland keine Hindernisse für den Erhalt des Rheines zur Grenze zu erwarten seien, vorausgesetzt, dass sie auf dem rechten Ufer durch gleichwertige Säkularisationen entschädigt würden.⁷⁶⁵

Am 15 prairial an V (3 juin 1797) schrieb er seinem Bevollmächtigten Bonaparte, dass der König von Preußen auf die Ausführung der Geheimkonvention⁷⁶⁶ – Entschädigung durch das Hochstift Münster⁷⁶⁷ – bestehe, was von seiten der Französischen Republik zu unterstützen sei.⁷⁶⁸ Der Kaiser, welcher große gebietliche Vorteile erhalte, könne den Herzog von Modena in Schwaben entschädigen, zumal er selber durch einige geistliche Fürstentümer in Deutschland entschädigt werde.⁷⁶⁹ Das Direktorium betrachte diese Säkularisationen genauso notwendig als die zuvor angedeuteten, die einzige Veränderung, welche hieraus resultiere sei, dass die bisherigen Stimmen von den gewählten Fürsten im Reichstag nunmehr von erblichen Fürsten geführt würden.⁷⁷⁰

⁷⁶⁴ „... Le principal ou plutôt l'unique obstacle est dans l'intérêt qu'à la maison d'Autriche à conserver les puissances ecclésiastiques qui lui assurent une grande prépondérance dans la diète germanique. Mais cet intérêt est appréciable et serait amplement composé par l'archevêché de Saltzbourg, les évêchés de Trente et de Brixen qui pourraient être ajoutés aux vastes possessions que les préliminaires lui assurent en Italie. ...“ (*Bonaparte, Correspondance inédite officielle et confidentielle, Tome IV, Livre 2., p. 27-34 (31-32)*).

⁷⁶⁵ „J'ai l'honneur de vous envoyer, citoyens généraux, les extraits de la correspondance qui peuvent vous intéresser relativement à l'importante négociation dont vous êtes chargés. Vous y verrez que presque toutes les grandes maisons d'Allemagne désirent qu'il soit pris des arrangements convenables à la république sur frontières vers le Rhin; que la cession de la rive gauche n'éprouvera point d'obstacle sérieux de leur part, pourvu qu'ils en soient dédommagés sur l'autre rive par des sécularisations équivalentes. ...“ (*Paris le 7 Prairial an 5. Le Min. des relations extérieures aux Generaux Buonaparte et Clarke ministres plenipotentiaires de la rep. f.se pour la paix l'Autriche.-expédie (Min Aff Étr, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 367, pièce 123., fol 206 r); gedruckt in: Bonaparte, Correspondance inédite officielle et confidentielle, Tome VII, Livre 8., p. 122-123*).

⁷⁶⁶ Gemeint war die preußisch-französische Berliner Geheimkonvention vom 5. August 1796.

⁷⁶⁷ In welcher für die eigenen linksrheinischen gebietlichen Verluste des Königs von Preußen rechtsrheinisch das Hochstift Münster vorgesehen war (oben, S. 914-915, 916-917).

⁷⁶⁸ „... Le directoire exécutif désire beaucoup que les conditions relatives à l'Allemagne soient adoptées par l'empereur: ... Le roi de Prusse ... Vous vous en serez convaincu par la lecture de la convention secrète, dont il désire et demande fortement l'exécution; je vous l'ai envoyée par le dernier courrier. ...“ (*Bonaparte, Correspondance inédite officielle et confidentielle, Tome IV, Livre 2., p. 44-48 (45)*).

⁷⁶⁹ „... l'empereur, obtenant de très grands avantages territoriaux, pourrait bien dédommager le duc de Modène en lui cédant une partie de ses états en Souabe; ils pourrait au moins consentir à ce qu'il soit dédommagé par la cession de quelque principauté ecclésiastique en Allemagne. ...“ (*Bonaparte, Correspondance inédite officielle et confidentielle, Tome IV, Livre 2., p. 44-48 (46)*).

⁷⁷⁰ „... Le directoire observe que cette sécularisation ainsi que celles que pourront nécessiter les indemnités ci-dessus indiquées, conservent l'intégrité du corps germanique autant que les circonstances le permettent. La seule différence qui en résulterait, serait que les suffrages à la diète seraient donnés par des princes hériditaires, au lieu de l'être par des princes électifs: ...“ (*Paris le 15 Prairial an 5 Le Min. des relations extérieures au Cen Bonaparte Général en chef de l'armée d'Italie (Min Aff Étr, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 367, pièce 141., fol 233 r-234 v (233 r et v); gedruckt in: Bonaparte, Correspondance inédite officielle et confidentielle, Tome IV, Livre 2., p. 44-48 (45-46)*).

Seinem Bevollmächtigten Clarke schreib er am 14 messidor an V (2 juillet 1797), dass all die Fürsten des Reiches, welche durch die Säkularisationen etwas gewinnen könnten, bereit seien, uns bei der Rheingrenze zu unterstützen.⁷⁷¹

bb) Korrespondenz Außenminister Talleyrand (seit 14. Juli 1797)

Talleyrand, seit dem 26 messidor an V (14 juillet 1797) französischer Außenminister⁷⁷² ließ seine beiden Bevollmächtigten Bonaparte und Clarke am 2 fructidor an V (19 août 1797) wissen – mit Genehmigung des Direktoriums –, dass der Kaiser besser seine Entschädigungen in Deutschland und nicht in Italien erhalten solle.⁷⁷³ Falls das Haus Österreich hierin übereinstimme, gebe es drei Möglichkeiten. Erstens, es verzichte auf den größten Teil der venezianischen Gebiete und erhält dafür das Erzbistum Salzburg und das Bistum Passau. Bei einem vollständigen Verzicht auf italienische Entschädigungen könne man ihm zusätzlich die Propstei Berchtesgaden, die Bistümer Trient, Brixen und einen Teil der oberen Pfalz geben.⁷⁷⁴ Es sei das System der Säkularisationen, auf welches man früher oder später zurückgreifen müsse und welches Preußen, Hessen, Württemberg und Baden bereits zugestimmt haben, dass der Kaiser eine Entschädigung für seine Erbstaaten viel besser als in den italienischen Provinzen, aufgewühlt durch die Prinzipien der Demokratie erhalte.⁷⁷⁵ Falls der erste Vorschlag nicht zum Erfolg führe, wäre der, dass der Kaiser in Italien auf alles verzichtet, was ihm auf dem linken Ufer der Etsch zugesagt wurde, und seine Entschädigung in Deutschland sich dann auf das Bistum Passau beschränke.⁷⁷⁶ Aber keine dieser drei

⁷⁷¹ „... Il me parait plus démontré que jamais que tous les princes d'Allemagne qui doivent gagner quelque chose aux sécularisations, sont disposés à nous seconder pour la limite du Rhin. ...“ (*Paris le 14 Messidor an 5 Le Min. des relations exterieurs au Gal Clarke min.plenip. pour la cour de Vienne.-expédié (Min Aff Étr, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 367, pièce 166., fol 273 r);* gedruckt in: *Bonaparte, Correspondance inédite officielle et confidentielle, Tome VII, Livre 8., p. 149*).

⁷⁷² Oben, S. 808.

⁷⁷³ „... Si donc l'empereur désire conclure une paix solide et fermer les portes à tout motif de rupture, il ne doit point insister sur la possession de ces provinces, [gemeint waren die oberitalienischen Gebiete] ... Une possession aussi inquiète et aussi précaire ne vaudrait donc, dans aucun cas, les dédommagemens que la république pourrait lui offrir en Allemagne, dans un pays où les peuples sont accoutumés à sa domination ...“ (*Bonaparte, Correspondance inédite officielle et confidentielle, Tome VII, Livre 8., p. 220-231 (222)*).

⁷⁷⁴ „... Si la maison d'Autriche trouvait ces raisonnemens concluans, il y aurait trois propositions à faire. ... La première, qu'elle renonce à toute la terre-ferme de Venise, et se contente de la Dalmatie et de l'Istrie vénitiennes, dont elle s'est déjà emparée, ... L'archevêché de Salzbourg et l'évêché de Passau compenseraient amplement la terre-ferme de Venise proprement dite. On pourrait même ajouter la prévôté de Berglotosgaden et le Haut-Palatinat jusqu'à la Nab, ainsi que les évêchés de Trente et de Brixen, s'il consentait à renoncer à toute indemnité en Italie, même l'Istrie et la Dalmatie vénitiennes. ...“ (*Bonaparte, Correspondance inédite officielle et confidentielle, Tome VII, Livre 8., p. 220-231 (222-223)*).

⁷⁷⁵ „... C'est dans ce système de sécularisation auquel il faut en venir tôt ou tard, et qui est déjà consenti par la Prusse, la Hesse, Wurtemberg et Baden, que l'empereur trouvera à la fois un dédommagement plus ample et un arrondissement plus convenable à ses états héréditaires, que dans des provinces italiennes agitées par les principes de la démocratie, ...“ (*Bonaparte, Correspondance inédite officielle et confidentielle, Tome VII, Livre 8., p. 220-231 (223)*).

⁷⁷⁶ „... Si, malgré toutes ces bonnes raisons, cette première proposition ne réussissait pas, vous pourriez en faire une seconde, par laquelle l'empereur renoncerait à tout ce qui lui a été promis sur la gauche de l'Adige. De cette manière, Mantoue, Brescia et la Polesine de Rovigo seraient réunies à la république italique, et le

Propositionen⁷⁷⁷ sei so vorteilhaft wie die erste, man müsse für sie die größten Anstrengungen machen, um den Kaiser zu bewegen, sich zu seinen Präferenzen in Deutschland einzuverstehen.⁷⁷⁸ Die Entschädigungen an den Statthalter und den Herzog von Modena müssten gleichfalls zu Lasten der geistlichen Güter gehen, auf welches Prinzip man den Kaiser zur Zustimmung bringen müsse.⁷⁷⁹

Am 30 fructidor an V (16 septembre 1797) teilte er seinem Bevollmächtigten Bonaparte mit, dass der Kaiser für seine Verluste nicht die von ihm verlangten Gebiete in Italien erhalten könne. Der Kaiser könne sich mit dem Erzbistum Salzburg und dem Bistum Passau entschädigen, er müsse sich diesfalls vollständig von Italien abwenden, seine Entschädigung müsse in säkularisierten geistlichen Güter in Deutschland bestehen, dies sei ein Ultimatum des Direktoriums.⁷⁸⁰

cc) Korrespondenz Bevollmächtigter Bonaparte

Bonaparte seinerseits schrieb dem Direktorium am 8 prairial an V (27 mai 1797), man solle die kaiserliche Garantie der Rheingrenze durch die eigenen Zubilligungen von Salzburg

dédommagement en Allemagne ne se bornerait qu'à l'évêché de Passau seul, sans la ville. ...“ (*Bonaparte*, Correspondance inédite officielle et confidentielle, Tome VII, Livre 8., p. 220-231 (223)).

⁷⁷⁷ Nach dem dritten Vorschlag „Ce qui importe infiniment au directoire, ..., et qu'il serait toujours maître de l'affamer.“ konnte der Kaiser bei einer Zusprache von Mantua und Brescia bis zur Etsch an die italienische Republik (Cispadanische Republik) Venedig mit Ausnahme dem an der Mündung der Etsch gelegenen Chiggio, welches gleichfalls zu diesem kommen konnte erhalten (*Bonaparte*, Correspondance inédite officielle et confidentielle, Tome VII, Livre 8., p. 220-231 (223-224)).

⁷⁷⁸ „... Mais aucune de ces trois propositions ne nous est plus avantageuse que la première. C'est donc à faire adopter celle-là qu'il s'agit de mettre les plus grands efforts, en insistant sur les motifs allégués plus haut, qui doivent déterminer l'empereur à s'étendre de préférence en Allemagne. ...“ (*Bonaparte*, Correspondance inédite officielle et confidentielle, Tome VII, Livre 8., p. 220-231 (224)).

⁷⁷⁹ „... Restent les dédommagemens à fixer au stadthouder et au duc de Modène: l'un et l'autre doivent se trouver sur la droite du Rhin et aux dépens des biens ecclésiastiques. C'est le principe auquel vous travaillerez à faire consentir l'empereur. ...“ (*Bonaparte*, Correspondance inédite officielle et confidentielle, Tome VII, Livre 8., p. 220-231 (228)).

⁷⁸⁰ „... Je vois, par votre dépêche du 20, que les plénipotentiaires autrichiens vous ont fait de fort singulières propositions. Ils demandent la Romagne, le Ferrarais, Mantoue, Peschiera, Venise et tout l'état Vénétien: dites leur, en réponse à ces étranges communications, et signifiez-leur, comme ultimatum du directoire, qu'en Italie, l'empereur gardera Trieste et gagnera l'Istrie et la Dalmatie; qu'il renoncera à Mantoue, à Venise, à la terre-ferme et au Frioul vénétien, et qu'il évacuera Raguse. ... L'empereur peut se dédommager par l'archevêché de Saltzbourg et l'évêché de Passau. ... Tel serait, citoyen général, l'ultimatum du directoire, ... L'empereur doit être entièrement écarté de l'Italie; ses dédommagemens doivent consister en biens ecclésiastiques sécularisés, en Allemagne, et nous devons prendre toutes précautions pour qu'il ne puisse pas nous gêner sur la paix avec l'empire. ...“ (*Bonaparte*, Correspondance inédite officielle et confidentielle, Tome VII, Livre 8., p. 253-258 (253-255)).

und Passau erreichen.⁷⁸¹

dd) Korrespondenz des kaiserlich-österreichischen Hauses

Der österreichische Bevollmächtigte Merveldt berichtete am 23. Juni 1797 seinem Staatskanzler und Minister der auswärtigen Geschäfte Thugut, dass die Franzosen sich dahin verständigen wollen, dem Kaiser keine Entschädigungen in Italien zu geben und immer auf die Bistümer Brixen, Trient, Salzburg und Passau zurückkommen. Seinem Onkel, dem Kurfürsten von Köln, welches linksrheinische Erzbistum an die Franzosen falle und sein rechtsrheinisches Bistum Münster als Entschädigung an Preußen gelange, könne durch eine lebenslange Vereinbarung Genüge getan werden.⁷⁸² Das Projekt der Franzosen im allgemeinen sei, um ein gewisses Gleichgewicht in Europa wieder zu errichten, sich mit dem Kaiser einzuverstehen, dass das Kölner Kurfürstentum gegen die Bistümer Würzburg und Bamberg getauscht, aus diesem ein Kurfürstentum errichtet werde, das Kurfürstentum Trier durch das Herzogtum Westfalen und den rechtsrheinischen Teil des Kurfürstentums Köln entschädigt werde. Preußen erhalte für seine linksrheinischen Geldern und Kleve das Bistum Münster und das Land von Berg und der Kurfürst von Mainz für seine linksrheinischen Verluste das Bistum Fulda.⁷⁸³

Die vier österreichischen Bevollmächtigten Gallo, Cobenzl, Merveldt und Degelmann berichteten am 5. Oktober 1797 ihrem Staatskanzler Thugut über die am Vortage mit dem französischen Bevollmächtigten Bonaparte gehabte Konferenz, in welcher dieser auf die linksrheinische Mosel-Nahe Grenze bestanden habe,⁷⁸⁴ dass hierbei dem Kurfürsten von Trier

⁷⁸¹ „... Nous avons besoin: ...; 2° de connaître si vous adoptez le système posé pour la limite du Rhin, c'est-à-dire, se le faire garantir par l'Empereur, garantir le Corps germanique en lui accordant Salzburg et Passau; ...“ (*Bonaparte, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome III, 1836., p. 94-98 (97).*)

⁷⁸² „... les Français veulent entendre à dédommager S. M. l'Empereur aucunement en Italie, mais se rebattant toujours sur les Evêchés de Brixen, de Trente, de Salzbourg et de Passau. Quant à la remarque, que je n'ai pu m'empêcher de leur faire, que S. M. l'Empereur encore au surplus dépouillait par là son oncle l'Electeur de Cologne, dont l'Electorat situé sur la rive gauche retomberait au Français et l'Evêché de Munster sur la rive droite tomberait en dédommagement à la Prusse, ils y ont répondu par la proposition d'un arrangement à faire pour la vie durante de ce prince. ...“ (*Der Frieden von Campoformio, Aktenstücke, 167., S. 226-233 (228-229).*)

⁷⁸³ „... Le projet des Français en général pour rétablir à un certain degré l'équilibre en Empire en s'accordant avec S. M. l'Empereur, serait de déclarer à la Prusse qu'il ne peut pas y avoir d'Electorat en Hesse, de même que, par l'opposition de S. M. l'Empereur, le Prince d'Orange ne pourrait obtenir cette dignité, mais que l'Electorat de Cologne serait changé contre l'Evêché de Wurzburg et Bamberg érigé en Electorat, celui de Trèves serait dédommagé tant bien que mal de ses pertes sur la rive gauche du Rhin par les Duchés de Westphalie, la partie restante de l'Electorat de Cologne sur la rive droite. La Prusse aurait le pays de Berg et l'Evêché de Munster en dédommagement de la Gueldre et de la partie de Clèves sur la rive gauche; dédommager l'Electeur de Mayence par l'Evêché de Fulda de ses pertes sur la rive gauche du Rhin. ...“ (*Der Frieden von Campoformio, Aktenstücke, 167., S. 226-233 (232).*)

⁷⁸⁴ „Le général Bonaparte a repris dans la conférence d'hier objet de la limite à former aux acquisitions que la France projette de faire sue le Rhin ... Au lieu de l'espace, que Bonaparte avait désigné dans l'avant-dernière séance pour la frontière dont il s'agit, il l'a étendu hier depuis Venlo jusqu'à la Moselle, ... et la Nahe, et absorberait presque toute la partie de l'Electorat de Trèves, située sur la rive gauche du Rhin. Le plénipotentiaire français, loin de convenir de la disproportion de son projet, y trouve au contraire un arrangement propre à nous satisfaire, sous le rapport de nos relations avec les Electeurs ecclésiastiques. Selon lui, celui de Cologne

ein Teil erhalten bleibe, jener von Mainz durch Säkularisationen entschädigt werden könne, wofür er (Bonaparte) auf Würzburg und Bamberg bestehe.⁷⁸⁵ Auf ihren Hinweis, dass die Friedenspräliminarien nichts über die Rheingrenze enthielten, habe er erwidert, dass Frankreich, ehe es mit Österreich einen beständigen Frieden mache, gesicherte Grenzen für seine Erwerbungen benötige, wofür sich und dies für uns als Vorteil, als Entschädigungen das Bistum Trient und das Erzbistum Salzburg anböten.⁷⁸⁶

Auf Seiten der Französischen Republik waren während den Verhandlungen von Campo Formio stets die Vorstellungen und die Absicht vorhanden, die linksrheinischen gebietlichen Verluste den erblichen Fürsten und den drei geistlichen Kurfürsten durch rechtsrheinische Säkularisationen zu entschädigen.

d) Gewährung von Entschädigungen durch Säkularisationen als Ausgangspunkt des Hauses Österreich

aa) Die Pyrmonter Erklärung vom 7. Juli 1797 mit der um sie geführten Korrespondenz

Nach dem Inhalt der von König Friedrich Wilhelm II. von Preußen am 7. Juli 1797 abgegebenen Pyrmonter Erklärung hatte sich auch der Kaiserliche Hof nunmehr mit den Entschädigungen durch Säkularisationen in Deutschland zur Entschädigung der weltlichen Fürsten einverstanden erklärt.⁷⁸⁷

Außenminister Talleyrand schrieb hierzu am 14 thermidor an V (1 août 1797) seinem Bevollmächtigten Clarke, in welchem er ihm den Inhalt des Schreibens von König Friedrich Wilhelm II. über seine Beweggründe zur Abgabe der Pyrmonter Erklärung vom 3. Juli 1797 mit der unbedingten Annahme des Prinzipes der Entschädigungen durch Säkularisationen

conserverait son établissement en entier, ...“ (*Der Frieden von Campoformio*, Aktenstücke, 277., S. 418-422 (418)).

⁷⁸⁵ „... l'Electeur de Trèves en sauverait au moins une partie, et celui de Mayence pourrait être dédommagé par des sécularisations, à quoi le plénipotentiaire français ne répugnerait pas à destiner Würzburg et Bamberg. ...“ (*Der Frieden von Campoformio*, Aktenstücke, 277., S. 418-422 (418-419)).

⁷⁸⁶ „... Nous observâmes au général Bonaparte que les préliminaires n'articulaient rien sur la limite du Rhin qu'il propose; ... Bonaparte répondit qu'afin de faire la paix avec l'Autriche d'une manière solide, il fallait absolument à la France les frontières les plus rassurantes pour ses acquisitions en Allemagne, et il a ajouté que c'était là que nous devons prendre le dédommagement que l'avantage résultant pour la France de ce système de frontières pourrait nous mettre dans le cas de prétendre. Il a proposé à cet effet l'Evêché de Trente, que nous avons recusé comme formant déjà presque une appartenance de l'Empereur, et l'Archevêché de Salzbourg, en offrant ces acquisitions comme un simple équivalent de ce que la France obtiendrait en Allemagne, ...“ (*Der Frieden von Campoformio*, Aktenstücke, 277., S. 418-422 (419-420)).

⁷⁸⁷ „... Quoi qu'il en soit, la question me paraît toute décidée entre nous par la convention du 5 août, et puisque le gouvernement français m'apprend que la cour impériale est d'accord pour le fond du principe; savoir, d'admettre les sécularisations en Allemagne, comme moyen d'indemnisation pour les princes séculiers lésés par la paix, la principale condition de mon consentement à ce même principe se trouvant ainsi remplie, ...“ (*Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Prusse, VOL 221, pièce 150, fol. 265 r-267 r Abschrift (267 v); gedruckt in: *Bonaparte*, Correspondance inédite officielle et confidentielle, Tome IV, Livre 2., p. 83-87 (84-85)).

mitteilte,⁷⁸⁸ dass dies erfolgt sei, weil der Kaiser mit dem Kern des Prinzips einverstanden sei.⁷⁸⁹

In seinem Bericht vom 15 thermidor an V (2 août 1797) an das Direktorium hieß es, dass der Wiener Hof genau so wie der Berliner Hof von der Notwendigkeit des Systems der Säkularisationen in Deutschland als Entschädigungen überzeugt sei, welches bereits durch den Westfälischen Frieden eingeführt ist.⁷⁹⁰

bb) Korrespondenz des kaiserlich-österreichischen Hauses

Staatskanzler Thugut schrieb am 25. August 1797 an Reichsvizekanzler Colloredo, dass man zur Vermeidung der Fortsetzung des Krieges in die Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete und die Entschädigung durch Säkularisationen einwilligen müsse.⁷⁹¹

Der österreichische Bevollmächtigte Cobenzl schrieb in seinen zu den von dem französischen Bevollmächtigten Bonaparte am 10. September 1797 vorgelegten fragmentarischen Vertragsprojekt, mit der Verpflichtung des Kaisers sich den konstitutionellen Grenzen der Französischen Republik nicht zu widersetzen, angefertigten *Observations sur les dernières propositions françaises*, unter der Voraussetzung, dass der Kaiser selber in die konstitutionellen Grenzen zustimme, diese zu akzeptieren. Die Erzbischöfe von Mainz, Trier, der Landgraf von Hessen-Darmstadt, der Kurfürst von Pfalz-Baiern und der Herzog von Zweibrücken sollten dann durch Säkularisationen zu entschädigen sein. Diese Grenze würde dem König von Preußen nichts von seinen linkrheinischen Gebieten nehmen, er habe dann kein Recht zu irgend einer Entschädigung. Der dann am meisten geschädigte Kurfürst von Mainz könne als Entschädigung nicht weniger als die Bistümer Würzburg und Bamberg erhalten. Sollte diese neue Grenze etwas von dem Kurfürsten von Trier fordern, müsse er gleichfalls mit Säkularisationen entschädigt werden. Ebenso müssten der Landgraf von Hessen-Darmstadt, der Kurfürst von Pfalz-Baiern und der Herzog von Zweibrücken das Recht zu Entschädigungen mit Säkularisationen haben.⁷⁹²

⁷⁸⁸ Bonaparte, Correspondance inédite officielle et confidentielle, Tome IV, Livre 2., p. 81-83 (82-83).

⁷⁸⁹ „...; j'en joins ici copie. Vous y remarquerez que le cabinet de Berlin a eu soin de poser en fait ce que lui avait seulement été insinué comme probable; savoir, que la cour impériale était d'accord pour le fond du principe, et qu'en exprimant ses dispositions particulières, il continuait à le subordonner à celles de la république et de l'Empire. ...“ (Bonaparte, Correspondance inédite officielle et confidentielle, Tome IV, Livre 2., p. 81-83 (82)).

⁷⁹⁰ „... La Cour de Vienne est coureuse ainsi que celle de Berlin, de la nécessité des Systemes des Sécularisations en Allemagne pour compléter ses dédommagement a victu. Ce System introduit par la paix de Westphalie peut recevoir dont comptessissent aujourd'hui, ...“ (*Rapports des Ministres au Directoire. 15 Thermidor. (Min Aff Étr, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 367, pièce 249., fol 407 r-413 r (411 v))*).

⁷⁹¹ „... J'ai l'honneur de transmettre ci-joint à V. E. deux lettres, l'une de Gallo, ... et l'autre par Baptiste⁽⁷⁹¹⁾, ...; si l'on croit à ce dernier, nous serions menacés du renouvellement de la guerre, et sous peu – ou, il faudra abandonner aux Français la rive gauche du Rhin, séculariser tous les biens ecclésiastiques en Allemagne etc. ...“ (Thugut, Vertrauliche Briefe, II. Band, DCLIV., S. 49-50 (50)).

⁷⁹² „... Dans cette dernière supposition on ne pourrait y consentir que sous les conditions suivantes¹³).

Staatskanzler Thugut schrieb seinem Bevollmächtigten Cobenzl am 12. Oktober 1797 an, man solle in dem für die Öffentlichkeit bestimmten Teil des Vertrages hinsichtlich der Abtretung von linksrheinischen Reichsgebieten die von den Gesetzen vorgezeichneten Grenzen vermeiden und nur auf einen in Rastatt stattfindenden Friedenskongress verweisen, welche Kurfürsten von Mainz und Trier dann durch andere rechtsrheinische geistliche Staaten entschädigt werden sollen.⁷⁹³

Seitens des Hauses Österreich und seiner Bevollmächtigten ging man während den Verhandlungen von Campo Formio davon aus, dass die bei einer Abtretung von linksrheinischen Reichsgebieten den betroffenen erblichen Fürsten und den 3 geistlichen Kurfürsten eintretenden Verluste durch rechtsrheinische Säkularisationen auszugleichen sind.

- e) Die in Art. XII und VIII der Geheimartikel des Vertrages von Campo Formio festgelegten Entschädigungen an die linksrheinisch depossedierten weltlichen Fürsten und an die drei geistlichen Kurfürsten durch rechtsrheinische Säkularisationen

Beide Vertragsteile waren bei der Abschließung des Friedensvertrages von Campo Formio für die in Art. XII seiner Geheimartikel zugunsten der verschiedenen linksrheinisch depossedierten Fürsten und Ständen des Reiches vereinbarten Entschädigungen von dem von dem französischen Bevollmächtigten Bonaparte am 11. Oktober 1797 dem österreichischen

La frontière¹⁾ proposée par les Français n'ôtant rien au Roi de Prusse de ses possessions transrhénanes...il n'a plus droit à aucun dédommagement et la convention de Berlin du 5 août 1796 devient de nul effet. Il faudrait avant tout de s'entendre clairement là-dessus, et stipuler que s'il voulait former la moindre prétention, les deux parties contractantes uniraient leurs moyens et leurs forces pour l'en empêcher. L'Electeur de Mayence le plus lésé par cet arrangement ne pourrait obtenir moins pour son dédommagement que les Evêchés de Wurzburg et de Bamberg. Les Etats de l'Electeur de Cologne lui seraient restitués en entier. Si la nouvelle frontière ôte quelque chose à l'Electeur de Trêves, il faudrait également l'en dédommager par des sécularisations de même que le Landgrave de Darmstadt qui par ses bons sentiments s'est rendu digne de la protection particulière de S. M. Il ne resterait plus que l'Electeur palatin et le Duc des Deux-Ponts qui auraient également droit à des dédommagements pris sur des sécularisations, ...“ (*Der Frieden von Campofornio*, Aktenstücke, 248., S. 355-359 (357-358)).

Ziff. 9 der *Observations Cobenzls* enthielt bei dem Erwerb der österreichischen Besitzungen in Schwaben an den Herzog von Modena die zugunsten des Hauses Österreich zu gewährende Entschädigung durch das Erzstift Salzburg und zu dessen westlichen gebietlichen Ergänzung des kleinen Gebietsteiles des Herzogtums Baiern bis zur Inn, welcher Kurfürst von Pfalz-Baiern seinerseits wieder durch Säkularisationen entschädigt werden sollte (*ibd.*, Aktenstücke, 248., S. 357 mit *Großer Historischer Weltatlas*, III. Teil, S. 38, E 3-4). Die hiermit bezogene Ziff. 9 des Premier projet Bonapartes sah ihrerseits die Zusprache der schwäbischen österreichischen Besitzungen an den Herzog von Modena mit einer Entschädigung des Hauses Österreich durch das Erzstift Salzburg oder mit anderen Gebieten seiner Übereinstimmung vor (*Der Frieden von Campofornio*, Aktenstücke, 244., S. 349-350 (349)).

⁷⁹³ „... Il me semble qu'il serait à désirer qu'en évitant dans la partie du traité destinée à être connue du public de faire mention des limites fixées par les lois, l'on se contentât d'y dire simplement qu'un congrès pour la pacification de l'Empire serait assemblé sans délai à Rastadt ... Il n'est guère possible de ne pas assurer à l'Electeur de Mayence et à celui de Trêves des dédommagements de leurs pertes au moyen d'autres Etats ecclésiastiques, qui leur seraient adjugés sur la rive droite du Rhin; ...“ (*Der Frieden von Campofornio*, Aktenstücke, 291., S. 453-455 (453, 454)).

Bevollmächtigten Cobenzl überreichten Vertragsprojekt vorgesehenen Entschädigungen ausgegangen und hatten dieses zugrundegelegt.⁷⁹⁴

Während den Vertragsverhandlungen war auf Seiten der Französischen Republik und ihrer Bevollmächtigten stets die Vorstellung vorhanden gewesen und die Absicht geäußert worden, von den durch die Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete ihre Besitzungen und Rechte verlierenden Fürsten und Stände des Reiches allein die weltlichen und die drei geistlichen Kurfürsten durch rechtsrheinische Säkularisationen zu entschädigen⁷⁹⁵. Auf Seiten des Hauses Österreich ging man im Laufe der Vertragsverhandlungen hiervon aus.⁷⁹⁶

Die in Art. XII der Geheimartikel des Friedensvertrags von Campo Formio festgelegte Entschädigung ist unter Berücksichtigung des von den beiden Vertragsteilen Gewollten und der allgemeinen Übereinstimmung mit ihrem Wortlaut:

„... les différents Princes et Etats dudit Empire qui se trouveront éprouver quelques pertes de territoires ..., et particulièrement les électeurs de Mayence, de Trèves et de Cologne, l'électeur palatin de Bavière, le duc de Wurtemberg et Teck, le margrave de Baden, le duc des Deux-Ponts, les landgraves de Hesse-Cassel et de Darmstatt, les princes de Nassau-Saarbruck, de Salm-Kirbourg, Loewenstein-Wertheim, et de Wied-Runckel, et le comte de la Leyen obtiennent en Allemagne des indemnités convenables qui seront réglées d'un commun accord avec la République française.“⁷⁹⁷

dahingehend auszulegen, dass von den in Art. I seiner Geheimartikel beim künftigen Friedensschluss mit dem Reich ihre linksrheinischen Gebiete und Rechte verlierenden Fürsten und Stände des Reiches allein die erblich-weltlichen und die drei geistlichen Kurfürsten durch rechtsrheinische Säkularisationen Entschädigungen erhalten sollen, wofür beide Vertragsteile sich verpflichteten, ihre guten Dienste zu verwenden.⁷⁹⁸

⁷⁹⁴ Oben, S. 921-926.

⁷⁹⁵ Oben, S. 926-931.

⁷⁹⁶ Oben, S. 931-933.

⁷⁹⁷ *Napoleonische Friedensverträge*, I., Articles secrets, S. 17.

⁷⁹⁸ Für die dem Fürsten von Nassau-Dietz, dem vormaligen Erbstatthalter der vereinigten Provinzen in Art. VIII der Geheimartikel speziell zugesagten Entschädigungen (oben, S. 921, 926) gilt gleiches. Brief von Außenminister Talleyrand an seine beiden Bevollmächtigten Bonaparte und Clarke am 2 fructidor an V (10 août 1797) mit Genehmigung des Direktoriums:

„... Restent les dédommagemens à fixer au stadthouder et au duc de Modène: l'un et l'autre doivent se trouver sur la droite du Rhin et aux dépens des biens ecclésiastiques. C'est le principe auquel vous travaillerez à faire consentir l'empereur. ... Il serait très à souhaiter que l'empereur consentît à transporter au stadthouder le Brisgaw autrichien. Le moyen le plus efficace pour lui faire goûter ce projet est de séculariser, en faveur du duc de Modène, quelque principauté ecclésiastique, réversible à l'archiduc Ferdinand, oncle de l'empereur. Cette principauté pourrait se trouver en Souabe. ...“ (*Lettre du ... Talleyrand aux Généraux Bonaparte et Clarke. 2 fructidore an 9 - approuvée par le directoire. (Min Aff Étr, Arch Dipl, Corr polit, Autriche, VOL 367, pièce 262., fol 435-441 (436 r, 439 v); gedruckt in: Bonaparte, Correspondance inédite officielle et confidentielle, Tome VII, Livre 8., p. 220-231 (222-223, 224, 228, 229)).*)

Die im französischen Außenministerium unter dem Datum vom 12 brumaire an VI (2 nov. 1797) angefertigten *Quelques considérations pour servir de base aux instructions des plénipotentiaires de la République au congrès de Rastadt*:

„... Il y a loin du traité de Campo-Formio aux préliminaires de Léoben. ... Une politique prevoyante regrette sans doute de ne pas trouver dans le traité patent ce qui est seulement énoncé dans le traité secret, la reconnaissance des limites de la République étendues jusqu’au Rhin depuis Germersheim jusqu’à Neuwied, depuis Kerpen jusqu’à Venloo et l’explication du principe des dédommagements par celui des sécularisations. ...“⁷⁹⁹

7. Ergebnis

In den mit der Französischen Republik vor dem Friedensvertrag von Lunéville abgeschlossenen Separatfriedensverträgen⁸⁰⁰ hatten sich der König von Preußen,⁸⁰¹ der Herzog von Württemberg,⁸⁰² der Markgraf von Baden⁸⁰³ und der Kaiser als Oberhaupt seines Hauses Österreich⁸⁰⁴ gegenüber der Französischen Republik verpflichtet, beim späteren Friedensschluss mit ihrer Stimme im Reichstag für eine Entschädigung der linksrheinisch depossidierten erblichen Reichsstände durch rechtsrheinische geistliche Staaten zu stimmen. Der Kaiser hatte die erweiterte Verpflichtung übernommen, seinen Einfluss dahingehend auf die übrigen Reichsstände und für den Fürsten von Nassau-Dietz geltend zu machen.⁸⁰⁵

Als Gegenleistungen hierfür hatte sich die Französische Republik gegenüber dem König von Preußen,⁸⁰⁶ dem Herzog von Württemberg⁸⁰⁷ und dem Markgrafen von Baden⁸⁰⁸ verpflichtet, beim späteren Friedensschluss mit dem Reich ihren Einfluss dahingehend geltend zu machen, dass diese Reichsstände für ihre eigenen linksrheinischen Gebietsverluste durch rechtsrheinische geistliche Staaten entschädigt würden. Gegenüber dem König von Preußen war von ihr eine dahingehende zusätzliche Verpflichtung für die gebietlichen

⁷⁹⁹ *Min Aff Étr*, Arch Dipl, Corr polit, Allemagne, VOL 674, N° 6; gedruckt bei: *Koechlin*, La politique française au Congrès de Rastadt, in: *Ann Éc sc pol*, 1. année, p. 99-100 (100), (Les préliminaires ..., II).

⁸⁰⁰ *Ein Beytrag zur Geschichte der Separatfriedensschluesse vom Jahr 1795 und 1796* „... Wenn das gegenwaertige republikanische F r a n k r e i c h mit jenen Staaten, die ihre Konvenienz mit der Seinigen durch Separatfrieden vereinigt haben, ...“ (*Magazin der Europaeischen Staatenverhaeltnisse*, I. Band, 2. Heft, I., 3., S. 191).

⁸⁰¹ Oben, S. 911-913, 914, 916-917.

⁸⁰² Oben, S. 918.

⁸⁰³ Oben, S. 919.

⁸⁰⁴ Oben, S. 920-921, 934-935.

⁸⁰⁵ Oben, S. 920-921, 926, 934-935.

⁸⁰⁶ Oben, S. 911-913, 914-915, 916-917.

⁸⁰⁷ Oben, S. 917-918.

⁸⁰⁸ Oben, S. 919.

Verluste des Landgrafen von Hessen-Kassel⁸⁰⁹ und des Fürsten von Oranien – Nassau-Dietz –⁸¹⁰ übernommen worden, wobei die Französische Republik sich auch zuvor gegenüber dem Landgrafen von Hessen-Kassel zu Entschädigungen durch weltliche oder geistliche Gebiete verpflichtet hatte.⁸¹¹

Für den Kaiser, welcher für seine linksrheinischen gebietlichen Verluste durch in Italien zu erhaltende Gebiete entschädigt werden sollte,⁸¹² war eine derartige Verpflichtung zu seiner eigenen Entschädigung im Reich seitens der Französischen Republik nicht eingegangen worden. Jedoch hatte die Französische Republik sich ihm gegenüber verpflichtet, beim nachfolgenden Friedensschluss mit dem Reich ihren Einfluss zur Entschädigung der linksrheinisch depossidierten weltlichen Reichsstände, des Fürsten von Nassau-Dietz und der drei geistlichen Kurfürsten durch rechtsrheinische Säkularisationen geltend zu machen.⁸¹³

Die in Art. VII des Friedensvertrages von Lunéville festgelegte alleinige Entschädigung der linksrheinisch depossidierten erblichen Reichsstände durch rechtsrheinische geistliche Reichsstände mit ihren Staaten entsprach inhaltlich den zwischen den fünf weltlichen Reichsständen mit der Französischen Republik abgeschlossenen Separatfriedensverträgen. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass sie von den beiden mächtigsten und angesehensten Reichsständen, dem Kaiser und dem König von Preußen⁸¹⁴ und den drei mittelgroßen Reichsständen⁸¹⁵ eingegangen worden waren, war die Willensbildung im Reichstag zu Art. VII weitgehend durch diese Separatabkommen der 5 mächtigsten weltlichen Reichsstände vorbestimmt.

⁸⁰⁹ Oben, S. 915, 916-917.

⁸¹⁰ Oben, S. 915-916.

⁸¹¹ Oben, S. 913-914.

⁸¹² Oben, S. 11-15.

⁸¹³ Oben, S. 920-921, 926, 934-935.

⁸¹⁴ Oben, S. 292.

⁸¹⁵ Herzog von Württemberg, Markgraf von Baden, Landgraf von Hessen- Kassel, letzterem wies man wegen seiner Militärmacht auch eine europäische Rolle zu (oben, S. 291).

VIII

Zusammenfassung: Unmöglichkeit einer Berufung des Reiches auf eine Notlage

1. Mitverursachung der Notlage durch das Reich selbst

Die potentielle eigene Notlage des Reiches war durch die fehlende reichsständische Unterstützung und die mit der Französischen Republik abgeschlossenen Separatfriedens- und Neutralitätsverträge maßgeblich bewirkt worden. Beides verstieß gegen die Reichsverfassung.⁸¹⁶

⁸¹⁶ Nach Art. VIII § 2 u. § 1 IPO hatten die Reichsstände „..., omnes et singuli electores, principes et status imperii Romani ...“, die Befugnis zur Eingehung von Bündnissen mit auswärtigen Mächten, soweit sie nicht gegen Kaiser und Reich gerichtet sind „... Cumprimis vero ius faciendi inter se et cum exteris foedera pro sua cuiusque conservatione ac securitate singulis statibus perpetuo liberum esto, ita tamen ne eiusmodi foedera sint contra imperatorem et imperium pacemque eius publicam vel hanc imprimis transactionem fiantque salvo per omnia iuramento quo quisque imperatori et imperio obstrictis est.“ (*Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 47-48).

Die Wahlkapitulation Kaiser Franz II., Art. VI § 4 enthielt dies gleichfalls (*Die kaiserliche Wahlkapitulation Franz des Zweyten*, S. 56).

In dem die Kriegserklärung des Reiches gegen die Französische Republik aussprechenden Reichsgutachten vom 22. März 1793 war eine Neutralität von Reichsständen in diesem Krieg ausdrücklich untersagt worden „... Ad 8) Da gegen die Reichs=Constitutionen und den allgemeinen Reichsverband ohnehin irgend eine Neutralität nicht statt habe; so waere es in diesem Betreff auch dormalen bey demjenigen, was die bestehenden Reichsgesetze, die Natur des Reichsverbandes, die darauf sich gruendende Reichsschluesse von den Jahren 1689 und 1734, und die darauf ergangenen kaiserlichen allerhoechsten Verfueguengen mit sich bringen, mit erneuerter Beziehung auf dieselben zu belassen; sofort dieses alles mittels eines Reichsgutachtens (wie hiemit geschiehet) an Jhro roemisch=kaiserliche Majestaet zur allerhoechsten Genehmigung und erforderlichen Verfuegung allerunterthaenigst zu bringen. ...“ (*An Jhro Roemisch=Kaiserl. Majestaet allerunterthaenigstes Reichs=Gutachten, de dato Regensburg den 22. Maerz 1793. Den von Seiten Frankreichs geschehenejn und noch fortdauernden Friedensbruch, und die deßwegen vorzukehrenden Maasregeln betreffend*/diét 3. Aprilis 1793, S. (7)-(8), in: *Regensburger Correspondenz*, XLVIII. Band, 15. Stück) mit dem in Bezug genommenen Reichs=Gutachten vom 26. Febr. 1734 „..., daß keine Neutralitaet, unter was **Praetext** und Vorwand es auch immer seyn koennte, zu gestatten seye. ...“ (*Vollstaendige Sammlung aller Reichs=Schluesse*, IV. Theil, CLIX., S. 428-430 (430 rechte Sp.).

Häberlin, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band III, 9, Buch, 2. Cap., §. 392., S. 277 „Sobald uebrigens ein Reichskrieg auf dem Reichstag durch Mehrheit der Stimmen beschlossen ist, darf sich der Regel nach kein Reichsstand eigenmaechtig fuer n e u t r a l erklaren. ... Aus dem Bisherigen ergiebt sich nun schon, daß auch kein Stand des Reichs sich weigern koenne, nach einmal durch Stimmenmehrheit beschlossenen Reichskriege, sein Contingent zu stellen und selbiges zu unterhalten, es sey denn, daß ihm dieses durchaus nicht moeglich waere.*) ...“, insg., S. 277-280.

Gönner, Teutsches Staatsrecht, 1. Theil, 1. Abschnitt, 3. Hauptstück, 1. Absatz, §. 88., S. 95 „... Die Reichsbürgerpflicht geht allen übrigen Verhältnissen vor k), wie selbst die Reichsgrundgesetze bei dem Bündnisrecht der Reichsstände l) anerkennen.“

Leist, Lehrbuch teutschen Staatsrechts, 1. Aufl., 2. Buch, 3. Abtheilung, 6. Abschnitt, 2. Hauptstueck, §. 244., S. 708 „... Indessen wird bey den Kriegen, Buendnissen und Vertraegen mit auswaertigen Staaten immer vorausgesetzt, daß dadurch weder die Pflichten gegen Kaiser und Reich auf irgend eine Art verletzt werden, noch fuer das gesammte Reich oder fuer einzelne Kreise, Reichsstaende und andere Reichsangehoerige Gefahr oder Schaden erwachse¹⁴⁾. ...“, insg., S. 704-708.

Insbesondere die mit dem französisch-preußischen Baseler Friedensvertrag vom 5. April 1795 eingeleitete Neutralisierung Norddeutschlands war hierfür ursächlich. Zusätzlich zu den 11 Separatfriedens- und Neutralitätsverträgen⁸¹⁷ hatten nahezu alle norddeutschen Reichsstände mit der Einstellung von Geldzahlungen zum Reichskrieg und der Zurückholung ihrer Kontingente zur Reichsarmee zur militärischen und politischen Schwächung des Reiches beigetragen.⁸¹⁸

Das Reichsland Elsass-Lothringen:

„... Das harte, wenn auch gewiss richtige Urtheil von Treitschke, welcher Preussen den Vorwurf macht, dass es ‚durch den Frieden von Basel den schwersten Fehler der neueren Geschichte und eine Untreue des Preussischen Staates gegen sich selbst gegangen habe, indem es ungeschlagen die Hand von der deutschen Westmark abzog und das dem Deutschen Reiche kaum wiedergewonnene Mainz einem ungewissen Schicksale preisgab‘ – dieses Urtheil, dieser Vorwurf trifft nicht nur Preussen, sondern alle beteiligten Reichsstände.
...⁸¹⁹“

Von den der Neutralisierung ihrer eigenen Länder beitretenden norddeutschen Fürsten trugen deren 4 ausländische Königskronen. Kurfürst Friedrich Wilhelm IV. von Brandenburg war König Friedrich Wilhelm III. von Preußen.⁸²⁰ Kurfürst Georg III. von Braunschweig-Hannover trug als König Georg III. die Krone Großbritanniens.⁸²¹ Herzog Friedrich Christian II. von Holstein-Glückstadt war in Personalunion König Christian VII. von Dänemark.⁸²² Herzog Gustav IV. von Vorpommern war König Gustav IV. Adolf von Schweden.⁸²³ Zudem hatten die Kurfürsten von Sachsen von 1694 bis 1763 die Königskrone Polens getragen.⁸²⁴

⁸¹⁷ Französisch-preußischer Baseler Friedensvertrag vom 5. April 1795 (oben, S. 896-897), Fr.-hessen-kasseler Baseler Friedensvertrag vom 28. Aug. 1795 (oben, S. 906), Fr.-württembergischer Pariser Friedensvertrag vom 7. Aug. 1796 (oben, S. 907), Fr.-badischer Pariser Friedensvertrag vom 22. Aug. 1796 (oben, S. 907), Österreichisch-fr. Friedensvertrag von Campo Formio vom 17. Okt. 1797 (oben, 908-909), Fr.-isenburgischer Friedens- und Neutralitätsvertrag vom 15. Sept. 1800, Fr.-nassauische Friedens- und Neutralitätskonvention vom 24. Sept. 1800, Fr.-solmscher Friedens- und Neutralitätsvertrag vom 19. Okt. 1800, Fr.-wiedscher Friedens- und Neutralitätsvertrag vom 22. Okt. 1800, Fr.-hessen-homburgischer Friedens- und Neutralitätsvertrag vom 23. Okt. 1800, Fr.-erbachsche Friedens- und Neutralitätskonvention vom 20. Nov. 1800 (oben, S. 909-910)

⁸¹⁸ Oben, S. 898-899.

⁸¹⁹ I. Theil, 14., VI., 9., S. 333.

⁸²⁰ Oben, S. 115.

⁸²¹ Oben, S. 115.

⁸²² Oben, S. 101.

⁸²³ Oben, S. 101.

König Friedrich I. von Schweden: 3. Mai 1720-25. März 1751 gleichzeitig Landgraf Friedrich I. von Hessen-Kassel: 24. März 1730-25. März 1751 hatte sich gegenüber dem schwedischen Reichstag ausdrücklich verpflichten müssen, als Landgraf des Reiches zum Vorteil Schwedens zu regieren (*Philippi*, Die Landgrafschaft Hessen-Kassel, Landgraf Friedrich I. (1730-1751), S. 55 und *H. Burmeister*, Friedrich von Hessen in Schweden,

Die gleichzeitige Innehabung ausländischer Königskronen bei den mächtigsten Reichsständen im Norden des Reiches brachte es zwangsläufig mit sich, dass sie ihre Reichsinteressen auch unter den Gesichtspunkten ihrer ausländischen Königreiche definierten.⁸²⁵ Die Verbindung der ausländischen Königskronen mit den deutschen Fürstendynastien trug zu einer separatistischen Denkungsart der Reichsstände bei.

C. F. Moser, Von dem deutschen Nationalgeist:

„... Zu dieser separatistischen Denkungsart traegt die erhoehte Wuerde der Herren dieser Lande freylich ein sehr grosses bey. Fast alle maechtige Reichsstaende in dem von Ober= und Niedersachsen benannten Theil des Reichs wurden seit 100. und mehr oder wenigern Jahren mit Cronen gezieret. ...“⁸²⁶

„... Es ist dem menschlichen Herzen und Eitelkeit allemal schmeichelhaft, wann es auch mit der blossen Schattirung einer Hoheit prangen kann; man kann aber mit einer Puenctlichkeit, deren sich vielleicht wenige Prophezeyungen ruehmen koennen, nachrechnen, seit wann **der Geist** dieses und jenes Hofes **gestiegen** seye*) Diese Hoheitsgedanken wurden auch in Geschaefte und Angelegenheiten des Vaterlands uebertragen, welches noch zur Zeit von **Mitsaenden**, nicht aber von Gesetz=freyen **Souverains** was gewußt hatte. ...“⁸²⁷

„... Der monarchische Geist, der sich der ganzen Denkungsart bemeistert, verwischt aber auch allmaehlich bey den Gelehrten jener Gegend so gar die bloße historische Kenntniß und das Andenken, daß auch sie noch in Deutschland unter dessen Verfassung leben, an dessen Gesetze gebunden, dem Vaterland, ihren Mitsaenden und Mitdeutschen mit Nationalpflichten verwandt seynd und deren Beystand und Liebe, der jetzigen Riesenmacht ohngeachtet, doch noch eben so noethig haben duerften, als ihre Vorvaeter sich zur Groesse so wohl als Schutz in dem Gesetzmaeßigen Bunde mit dem Reich unlaugbar sehr wohl befunden haben. ...“⁸²⁸

Eine Notlage des Reiches wäre jedenfalls durch die innerhalb des Reiches stattfindenden Vorgänge maßgeblich mitverursacht worden und mitgetragen gewesen.

Der Wechsel auf dem Thron – Liebe, ... Tod des alternden Königs, in: *Friedrich König von Schweden, Landgraf von Hessen-Kassel*, S. 110-140 (116, 117), Anm., S. 147-150).

⁸²⁴ Kurfürst Friedrich August I. von Sachsen: 1694-1. Febr. 1733 war König August II. von Polen: 1697-1704, 1709-1733; Kurfürst Friedrich August II. von Sachsen: 1733-5. Okt. 1763 war König August III. von Polen: 1733-1763 (*Isenburg*, Stammtafeln, I. Band, Tafel 55).

⁸²⁵ Die Kurfürsten von Hannover, die Herzöge von Holstein-Glückstadt und die Herzöge von Vorpommern residierten auch nahezu immer in London, Frederiksborg und Stockholm.

⁸²⁶ S. 21.

⁸²⁷ S. 21-22.

⁸²⁸ S. 22-23.

2. Keine maßgebliche Mitwirkung der geistlichen Reichsstände an der militärischen und politischen Schwächung des Reiches

Unter den Reichsständen waren es insbesondere die weltlichen und weniger die geistlichen Reichsstände, welche ihre ihnen gegenüber dem Reich obliegenden Pflichten nicht erfüllten.

Die geistlichen Reichsstände hatten sich auf keine separaten Friedensschlüsse mit der Französischen Republik eingelassen.

Der Verfasser von *Ueber die Geistlichen Staaten in Deutschland*:

„... Haben dessen ungeachtet die geistlichen, im Verhaeltnisse zu den uebrigen so kleinen Staaten nicht mehr Kraft entwickelt, als sich erwarten ließ? Haben sie nicht bis zu dem Ende des Kampfes ausgeharret; indessen die weltlichen Staaten, zum Theile gleich im Anfange die gemeine Sache verließen? Was nutzte dem Vaterlande ihre Macht, wenn sie dieselbe bey gemeiner Noth nicht gebrauchen wollen; den Fall ausgenommen, dass sie ihre Bestimmung nur nach innen haette? ...⁸²⁹ ...

Samhaber, Freymuethige Gedanken ueber die Saecularisirung:

„... In diesem Falle sind die geistlichen Reichsstände nicht. Eben diese trifft kein billiger und gegruendeter Vorwurf einer an dem teutschen Reichsverbände sich zu schulden gebrachter Untreue: eben diese haben nach der Vorschrift der hier eintretenden Reichsschlüsse alles gethan, was ihnen oblag, was nur immer in ihren Kraefte stand, und von ihnen gefordert werden konnte. ...⁸³⁰ ...

der Verfasser von *Ueber Schadloshaltung der jenseits des Rheins verlierenden Reichsstaende*:

„... Oder ist es Suende gegen die Franzoesische Republik, dass die geistlichen Fürsten am längsten in dem ungleichen Kampfe gegen die Französische Nation aushielten? ...⁸³¹ ...

und *Seuffert*, Der jämmerliche Prediger:

„... Harrten Sie nicht standhaft in dem Kriege aus, während sich mehrere ErbFürsten durch durch Separatfriedensschlüsse der gemeinen Sache entzogen? ...⁸³² ...

⁸²⁹ S. 59.

⁸³⁰ §. 10., S. 37.

⁸³¹ S. 14.

⁸³² S. 13, S. 17-18 „... Aber die geistlichen Fürsten harrten am längsten in dem Kriege aus, während dass mehrere weltliche SeparatFrieden mit Frankreich schlossen? ...“.

3. Keine Berufung des Reiches auf eine mögliche eigene Notlage

Ob die Französische Republik den Krieg gegen das Reich allein zur Erzwingung der Säkularisationen fortgesetzt hätte, ist ungewiss und wohl zu verneinen.⁸³³

Eine dahingehende militärische und politische Notlage für das Reich wäre jedenfalls durch Vorgänge innerhalb des Reiches – einer 8 jährigen⁸³⁴ Mitverursachung und Mittragung⁸³⁵ – maßgeblich mithervorgerufen worden, und es war zudem die Willensbildung im Reichstag zur alleinigen Schadenstragung der geistlichen Reichsstände in Art. VII weitgehend durch die Separatfriedensverträge von fünf weltlichen Reichsständen mit der Französischen Republik vorbestimmt gewesen.⁸³⁶

Bei dieser maßgeblichen eigenen Mittragung der durch die Forderung der Französischen Republik zur Durchführung von Säkularisationen im Reich, für das Reich möglicherweise eingetretenen Notlage, welche Hervorrufung der Notlage zudem den von der alleinigen Schadenstragung der geistlichen Reichsstände allein begünstigten erblich-weltlichen Reichsstände zuzurechnen ist, scheidet als Rechtfertigung für die in Art. VII festgelegte alleinige Schadenstragung der geistlichen Reichsstände eine Berufung des Reiches auf diese eventuelle Notlage aus.

Der Verfasser von *Wie wird es im saekularisirten Teutschlande gehen?*

„... Denn nach der Rechtspflicht des Zusammenwirkens Aller gegen einen Reichsfeind, wie selbst vom ganzen Reiche ausdruecklich beschlossen war, koennte der abtruennige Theil schon wegen seinem Abgehen von dem pflichtmaeßigen Mitwirken – belanget werden.⁽⁸³⁷⁾ ... da sie durch ihr pflichtwidriges Abtreten schon Gewinn genug durch Vermeidung des Verlustes hatten, den ihnen die Pflicht=Erfuellung verursacht haette. Wie schreyend waere also das Unrecht, wenn eben diese in dem Untergange jener Pflichtgetreuen sich noch, außer ihrem negativen Vortheile, auch fuer das entschaedigen wollten, was der Feind ihnen nahm, den sie selbst in seinen ungerechten Operationen, wenigstens negativ, beguenstigen. ...“⁸³⁸

der Verfasser von *Teuschland am Rande des Abgrunds*:

„... Oder will man die geistlichen Staaten etwa dafuer betrafen, daß sie sich waehrend dieses ganzen Kriegs durch Treue, Muth und Standhaftigkeit so sehr ausgezeichnet – dass sie sich bis zur Erschoepfung ihrer letzten Kraefte angestrenget – und allen weltlichen Staenden ein Beyspiel gegeben haben: wie sie

⁸³³ Oben, S. 884-889.

⁸³⁴ Kriegszustand mit dem Reich seit dem 22. März 1793 (oben, S. 303-304).

⁸³⁵ Oben, S. 890-910.

⁸³⁶ Oben, S. 911-936.

⁽⁸³⁷⁾ Siebenter Brief, S. 100.

⁸³⁸ Siebenter Brief, S. 101, insg., S. 100-101.

mit Hintansetzung aller Nebenabsichten und Privatvortheile ihre Reichsstaendischen Pflichten haetten erfuellen koennen und muessen. ...⁸³⁹

der Verfasser des *Merkwuerdigen Sendschreibens die Unrechtmaessigkeit der Saekularisationen*:

„... Was nun die Saekularisation der deutschen Bisthuemer betrifft, so ist nicht s e m p o e r e n d e r als der Gedanke: daß eben diejenigen Staaten, die sich durch ihre Anstrengung und Vaterlandsliebe – durch ihre Standhaftigkeit und treue Anhaenglichkeit an das durchlauchtigste Erzhaus hervorgethan haben, das Opfer zu Entschaedigungen werden, und gerade d e n e n als ein Preis – als eine Belohnung fuer die schaendliche Gefaelligkeit, dem Reichsfeinde den Sieg erleichtert und Kaiser und Reich verrathen haben, anheim fallen sollen. ...⁸⁴⁰

und *Samhaber*, Freymuethige Gedanken ueber die Saecularisirung:

„... Koennte eine jede Entscheidung, welche a u s d e n G r u e n d e n d e s S t a a t s r e c h t e s abgeleitet werden muß, immer auch n a c h d e n G r u e n d e n d e s S t a a t s r e c h t e s d u r c h g e s e t z e t werden; so wuerde wohl die Entschaedigungs=Verbindlichkeit auf d i e j e n i g e n S t a e n d e allein fallen welche durch die Vernachlaessigung ihrer Pflicht, durch die aus der Thatsache sich ergebende Trennung von der gemeinen Sache, durch die Nichtleistung desjenigen, was ihnen zu leisten oblag, d a s U n g l u e c k d e s K r i e g e s, und den so manchen Verlust einzelner Staende gebiethenden Frieden herbey gefuehret haben.⁽⁸⁴¹⁾ ... Gegruendet und richtig bleibt es immerhin, daß keine b e s o n d e r e V e r b i n d l i c h k e i t zu einer solchen Entschaedigung je anders geben koenne, als auf Seite derjenigen, durch deren Verschulden es dahin gekommen ist, daß ein weniger ehrenvoller und nur mit dem Verluste einiger teutscher Provinzen zu erkaufender Friede erhalten werden kann. ...⁸⁴²

⁸³⁹ II., S. 58.

⁸⁴⁰ S. 15-16.

⁸⁴¹ §. 9., S. 31-32.

⁸⁴² §. 10., S. 37.

G

Ein Reichsherkommen zur alleinigen Schadenstragung der geistlichen Reichsstände?

I

Das Reichsherkommen als Teil der Reichsverfassung

Teil der Reichsverfassung war neben den in formeller Weise beschlossenen Reichsgrundgesetzen¹ auch das Reichsherkommen – Gebräuche und Gewohnheiten² – ,

¹ Pütter, Institutiones Iuris Publici, Lib. I., Cap. V., §. 39., p. 43 „In LEGIBVS imperii FVNDAMENTALIBVS, quibus forma imperii, et quidquid ab ea pendet, definitur ...“

Moser, Neues teutsches Staatsrecht, Band I, 7. Cap., §. 1., S. 195-196: die innerliche Staatsgewalt des Reiches betreffend. „Die geschriebene Reichs=Grundgesetze seynd diejenige Verträge und Gesetze, welche zwischen denen Roemischen Kaysern und gesammten Reichsständen, oder deren Vertretern, verglichen und zu Papier gebracht worden seynd, und etwas die gegenwaertige Staatsverfassung des teutschen Reiches betreffendes bestimmet haben; es seye nun darinn etwas altes bestaettiget, erlaeutert, vermehret, verbessert, abgeschafft, etc. oder etwas neues eingegangen und verordnet. ...“, die Reichsgrundgesetze sind, wie die anderen Gesetze zugleich Verträge – abgeschlossen zwischen dem Kaiser und den im Reichstag seienden Reichsstände – und Gesetze – für die an ihrem Zustandekommen nicht mitbetheiligten, jedoch an sie gleichfalls gebundenen Reichsritter und mittelbaren Gliedern des Reiches – , welche Reichsgrundgesetze gegensätzlich zu den anderen Gesetzen „... die innerliche Staatsverfassung unseres Reiches auf einen gewissen Fuß setzen: ...“ (§. 2.-§. 5., S. 196-199 (Zitat §. 5., S. 198).

Häberlin, Handbuch Teutschen Staatsrechts (1797), Band I, 1. Buch, 5. Cap., §. 39., S. 179-181: brachte unter dem Einfluss der modernen revolutionären französischen Verfassungslehren: Unterscheidung zwischen pouvoir constituant und pouvoir constitué, diese in die Lehre von der Doppelnatur der Reichsgesetze als Verträge (Reichsgrundgesetze) und Gesetze ein. „... Unter den Grund= oder Fundamentalgeseetzen eines Reichs oder Landes, versteht man diejenigen Gesetze, welche vertragsweise zwischen den Regenten und der Nation oder deren Repraesentanten ueber die Verfassung des Staats selbst*), oder dessen Regierungsform errichtet werden. Bloße Reichsgesetze hingegen sind diejenigen, welche von der nun bereits constituirten hoechsten Gewalt den Unterthanen zu ihrer Nachachtung vorgeschrieben werden, und nicht sowohl die Regierungsform selbst und was davon abhaengt, als vielmehr die Privatverhaeltnisse der gesammten Unterthanen, oder einzelner Classen derselben betreffen. Jene geben also die Quelle im Staatsrecht, diese aber im Privatrecht ab. ...“, insg. S. 179-182.

Leist, Lehrbuch teutschen Staatsrechts, 1. Aufl., A), 2. Absatz, §. 7., S. 11-12: wandte sich gegen die Vertragsmäßigkeit und stellte allein auf das betroffene Subjekt des Gesetzes – = Subjekt der Staatsgewalt – ab. „Die geschriebenen Teutschen ReichsGrundgesetze (leges imperii fundamentales scriptae), welche eine Hauptquelle ausmachen, sind diejenigen von der hoechsten Gewalt Teutschlands, auf gehoerige Weise, errichteten Gesetze, welche ueber das Subject der Staatsgewalt und die verschiedenen Rechte derselben sowohl im Ganzen, als in den einzelnen Theilen Teutschlands Bestimmungen enthalten. Sie werden im wesentlichen immer ganz auf dieselbe Art, wie die uebrigen Reichsgesetze zu Stande gebracht, und sehr haeufig ist ein und dasselbe Reichsgesetz in der einen Ruecksicht als ein wahres ReichsGrundgesetz, in der anderen hingegen als ein blosses ReichsPrivatgesetz zu betrachten. Es kann demnach die vertragsmaeßige Errichtung keinesweges ein charakteristisches Kennzeichen eines Reichsfundamentalgesetzes ausmachen. ...“

welches nicht nur neues Reichsverfassungsrecht schaffen, sondern auch früheres ergänzen und aufheben konnte.

Spangenberg, De Observantia Imperii:

„..., ut Observantia Imp. obtineat vim verarum legum fundamentalium, quae formam reipublicae vel in totum vel in tantum determinent, ...⁽³⁾ quid quod observantia Imp. posterior, legibus et pactis expressis prioribus contraria, iis vi auctoritatis suae legalis vel derogat vel easdem plane abrogat b). ...“⁴

Die Reichsgrundgesetze selber bestätigten auch ausdrücklich die Existenz des Reichsherkommens.

Art. VIII § 4 *IPO* bei dem den Reichsstädten eingeräumten votum decisivum:

„Tam in universalibus vero quam particularibus diaetis liberis imperii civitatibus non minus quam caeteris statibus imperii competat votum decisivum ... De caetero omnes laudabiles consuetudines et sacri Romani imperii constitutiones et leges fundamentales imposterum religiose serventur, sublatis omnibus quae bellicorum temporum iniuria irreperant confusionibus.“⁵

Die Reichsgrundgesetze waren:

die *Goldene Bulle Kaiser Karls IV. vom Jahre 1356*,

die *Reichs-Kammergerichtsordnung vom Jahre 1555*,

der *Augsburger Religionsfrieden vom 25. September 1555*,

die *Exekutionsordnung vom selben Tag*,

das *IPO*, das *IPM* vom Jahre 1648,

die *Reichshofratsordnung vom Jahre 1654* und

die *kaiserliche Wahlkapitulation Franz II. vom Jahre 1792* (unten, S. 1038-1039).

² Moser, Neues deutsches Staatsrecht, Band I, 24. Cap., §. 3., S. 493-494, welcher noch die weiteren Namen: hergebrachten Rechte, löbliches Herkommen, löbliche Reichsobservanz, Consuetudines Imperii, Stylum Imperii, übliche Observanz, von Alters hergebracht, altes löbliches Herkommen, Gebrauch und gute Gewohnheiten, Freiheit und Herkommen, communem per totum Imperium haētenus usitata praxin (s) angab.

⁽³⁾ Caput II., §. 35., p. 69.

⁴ Caput II., §. 37., p. 73.

Pütter, Institutviones Ivris Pvblici, Lib. I., Cap. VI., §. 44.-§. 47., p. 50-53; *ders.*, Kurzer Begriff des Teutschen Staatsrechts, 2. Buch, II. Hauptstueck, S. 41-43: §. 53., S. 41 „Ohne Vorschrift der Gesetze werden oft Handlungen so oder anders vorgenommen, bloß deswegen, weil es schon vorhin in aehnlichen Faellen eben so gehalten worden; und eben die hieraus entstehende Maaßregeln sind es, die man ..., in Staats=Sachen H e r k o m m e n (observantiam) nennet.“; *Leist*, Lehrbuch teutschen Staatsrechts, 2. Aufl., A), 2. Abschnitt, §. 9., S. 28; *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band I, 1. Buch, 6. Cap., §. 46., S. 207-208; *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band I, 24. Cap., §. 2., S. 493, §. 5., S. 495-497, §. 29., S. 511-512 und *Gönner*, Teutsches Staatsrecht, Einleitung, 2. Hauptstück, §. 28., S. 33-34.

⁵ *Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 48-49.

Der *Reichsabschied vom 18. Dezember 1713*, das Reichskammergericht betreffend, für die von diesem zu erlassenden Urteile:

„Es sollen der Herr Cammer= Richter, Praesidenten und Beysitzer die dem Cammer = Gericht bekannte oder fuergebrachte redliche Ordnungen, Statuten und Gewohnheiten des Heil. Roemischen Reichs Churfuerstenthum, Fuerstenthum, Herrschafften und Gericht, bey Abfassung der Urteil, gebuehrend beobachten; ...“⁶

Die *Wahlkapitulation Kaiser Franz II. vom 5. Juli 1792*,

bei der den Reichsständen ausgesprochenen Bestätigungen ihrer Rechte:

„Wir sollen und wollen auch, die den Kurfuersten, Fuersten und Staenden, (die unmittelbare freye Reichsritterschaft mit eingeschlossen)* zustehenden Hoheitsrechte, Regalien, Obrigkeiten, Freyheiten und Privilegien; ...; insonderheit die unter Kurfuersten, Fuersten und Staenden aufgerichteten Erbverbruederungen ...; wie auch die bisher zu Wasser und Lande gehabt, oder in Uebung gewesen Gerechtigkeiten, Gebraeuhe und guten Gewohnheiten derselben, auf gebuehrendes Ansuchen 1), ohne Weigerung und Aufenthalt, in bestaendiger 1) Form bestaetigen, sie auch dabey, als Roemischer Koenig,* handhaben, und niemanden einiges Privilegium darwider ertheilen. ...“⁷

und bei der den Reichsständen gemachten Garantierung ihrer vom Reichstag beschlossenen Gesetze:

„Wir wollen die goldene Bulle, ..., nebst allen bey vorigen Reichstagen oder Reichs=Deputationen aufgerichteten, durch nachherige Reichssatzungen, oder rechtmäßiges Reichsherkommen nicht wieder aufgehobenen Abschiede und Schluesse, ..., unverbruechlich halten ...“⁸

Möglicher Rechtsgrund für die in Art. VII des Friedensvertrages von Lunéville festgelegte alleinige Schadenstragung der geistlichen Reichsstände ist Reichsherkommen mit dem Inhalt, dass bei einer wie sie der historischen Situation des Friedensvertrages von Lunéville zugrundlag, den ihre Gebiete verlierenden erblichen Reichsständen Entschädigungen im Reich durch Säkularisation geistlicher Staaten zu gewähren ist.

⁶ §. 15 des *Visitations=Abschied Des Kayserl. und Heil. Roem. Reichs Cammer=Gerichts zu Wetzlar, den 18. Dez. 1713* (*Neue und vollstaendigere Sammlung der Reichs=Abschiede*, IV. Theil, Num. CXIII., S. 261-284 (264)).

⁷ Art. I § 9 (*Die kaiserliche Wahlkapitulation Franz des Zweyten*, S. 11-13), insg. (*ebd.*).

⁸ Art. II § 3 (*Die kaiserliche Wahlkapitulation Franz des Zweyten*, S. 15-16), insg. (*ebd.*).

II

Die Voraussetzungen für die Bildung eines Reichsherkommens

1. Das gemeinsame Zusammenwirken von Kaiser und den Reichsständen

Für die Bildung eines Reichsherkommens wurde von den Reichspublizisten die ausdrückliche oder stillschweigende Einwilligung von Kaiser und Reichsständen als den Organen der Reichsgesetzgebung für erforderlich erachtet.

Pütter, *Institvtiones Ivris Pvblici*:

„... Quemadmodum vero *vis consuetudinis* est in legislatoris siue tacite siue expresse declarate voluntate, qui et requisita consuetudinis lege ciuili definire potest; ita *obseruantiae vis obligandi* potissimum quaerenda est *in consensu tacito eorum, quorum est leges fundamentales condere*. Quare ad *obseruantiam imperii Germanici* requiritur, vt de tacito *caesaris corporisque statuum* consensu constet.
...⁹

Leist, *Lehrbuch teutschen Staatsrechts*:

„... Die aber zu Einfuehrung einer Reichsobservanz noethigen allgemeinen Erfordernisse sind theils *stillschweigende Einwilligung* derer, welchen die gesetzgebenden Gewalt ueber Teutschland zusteht, mithin des Kaisers und des Corpus der Reichsstaende³), theils sprechende *Handlungen* (*facta commissiva, omissiva*)⁴), die in der Meinung moralischer Nothwendigkeit (*opinione necessitatis*), weder *bittwaise*, noch mit *Gewalt*, noch *heimlich* geschehen, sondern vielmehr zu gehoeriger Wissenschaft des andern, bey der Sache interessirten, Theils gekommen seyn muessen, ohne daß dieser dagegen Widerspruch erhoben hat, um auf diese Art aus dem Stillschweigen einen buendigen Schluß auf die Einwilligung machen zu koennen.
...¹⁰

Gönnner, *Teutsches Staatsrecht*:

„Observanz als Norm in Staatsverhältnissen d) unterscheidet sich von den übrigen Grundgesetzen nur durch die Art, wie der Consens jener Subjekte erklärt wird, welchen das Recht zukommt, über Staatsverhältnisse Bestimmungen zu machen, indem diese Subjekte durch ihr Stillschweigen bei einer Handlung in das darin enthaltene Princip consentiren, und eben dieser Consens ist der rechtliche Grund jeder Observanz (Herkommen). Nach Verschiedenheit des Gegenstandes kann die Observanz bald eine unmittelbare, bald eine mittelbare Quelle des Staatsrechts (§. 20.), und hiernach bald die stillschweigende Einwilligung des Kaisers und der

⁹ Lib. I., Cap. VI., §. 44., p. 51; *ders.*, *Kurzer Begriff des Teutschen Staatsrechts*, 2. Buch, II. Hauptstueck, §. 55., S. 42.

¹⁰ 2. Aufl., A), 2. Abschnitt, §. 9., S. 27-28.

Reichsstände erforderlich, bald die Einwilligung einzelner Collegien oder Individuen e) hinreichend seyn; ...“¹¹

Häberlin, Handbuch Teutschen Staatsrechts:

„... Unter Herkommen oder Observanz*), wozu man also im Staatsrecht seine Zuflucht in Ermanglung ausdruecklicher Gesetze nehmen muß, versteht man daher im allgemeinen dasjenige, was stillschweigend und durch Handlungen eingefuehrt ist, ...“⁽¹²⁾ Da nun in Teutschland das Recht Reichsgrundgesetze zu errichten dem Kaiser und den Reichsstaenden zusteht, so koennen auch nur diese der Regel nach durch ihre Handlungen ein Reichsherkommen begruenden, und dieses laeßt sich, genau genommen, nicht anders gedenken, als wenn man von der stillschweigenden Einwilligung des Kaisers und der Staende gewiß ist. ...“¹³

und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, welcher bei dem Reichsherkommen ein allgemeines und ein besonderes unterscheidet, wobei das allgemeine Reichsherkommen eine Angelegenheit des gesamten Reiches betrifft und während ein besonderes nur einen Teil des Reiches interessiert:

„... Das Wort: R e i c h s h e r k o m m e n, wird ... in engerem und weiterem Verstand genommen, und es giebt allgemeine und besondere Reichsherkommen. In engerem Verstand heisset nur dasjenige ein Reichsherkommen, wobey der Kayser und das ganze Reich, wenigstens einigermaßen, intereßirt seynd: Und dieses seynd allgemeine Herkommen. Man beleet aber auch in denen Staatsschriften in weitlaeuftigerem Verstand mit dem Namen eines R e i c h s = H e r k o m m e n s gleichfalls diejenige Handlungen, wobey nur ein Theil des Reichs, z. E. das Fuerstliche Collegium, oder die Staende unter sich, oder nur die Geistliche, oder nur die Weltliche, intereßirt seynd. ...“¹⁴

Für ein das gesamte Reich betreffende allgemeine Reichsherkommen, wozu die alleinige Schadenstragung der geistlichen Reichsstände gehört, hielt er die Zustimmung von Kaiser und Reich, hingegen für ein besonderes nur die Zustimmung der Interessierten für erforderlich:

„Aus diesem fließet weiter, daß, um etwas zu einem Reichsherkommen zu machen, nicht allemal die Genehmigung des Kaysers und gesammten Reichs, sondern nur derer Interessenten, erforderet werde. ...“⁽¹⁵⁾ Es kommt also bey einem Reichsherkommen auf die Interessenten an. Wer seynd nun diese? Diejenige, welche nach der Staatsverfassung unseres Reichs, nach denen Reichs=Grundgesetzen, Vertraegen, besonderen Freyheiten, dem

¹¹ Einleitung, 2. Hauptstück, §. 26., S. 30-31 (Zitat), §. 27., S. 31-33.

⁽¹²⁾ Band I, 1. Buch, 6. Cap., §. 44., S. 200.

¹³ Band I, 1. Buch, 6. Cap., §. 44., S. 201, insg., S. 200-203. Häberlin unterscheidet zwischen der Reichsobservanz, welches seine Entsprechung in den Reichsgrundgesetzen hatte und dem Reichsgewohnheitsrecht, welches den bürgerlichen Gesetzen entsprach, für welches letzteres Entstehung er auch die Handlungen der Untertanen für ausreichend erachtete (S. 200-201).

¹⁴ Band I, 24. Cap., §. 11., S. 500, insg., S. 499-501.

⁽¹⁵⁾ Band I, 24. Cap., §. 12., S. 501.

Reichsherkommen oder deren Analogie, ein Recht haetten, einer solchen Handlung zu widersprechen, sie als widerrechtlich anzufechten, und dadurch zu verhindern, daß sie zu keiner Rechtskraft erwachse.“¹⁶

Konstitutionsgrund für die mögliche Bildung eines Reichsherkommens, mit dem Inhalt einer alleinigen Schadenstragung der geistlichen Reichsstände ist wie bei den im formellen Gesetzgebungsverfahren im Reichstag beschlossenen Reichsgrundgesetzen das gemeinsame Zusammenwirken, die gemeinsame Willensbildung von Kaiser und Reichsständen. Das Reichsherkommen unterschied sich von den Gesetzen nur durch die äußere Art und Weise der Entstehung der gemeinsamen Willensbildung von Kaiser und Reichsständen.

Gönnner, Teutsches Staatsrecht:

„Observanz als Norm in Staatsverhältnissen d) unterscheidet sich von den übrigen Grundgesetzen nur durch die Art, wie der Consens jener Subjekte erklärt wird, welchen das Recht zukommt, über Staatsverhältnisse Bestimmungen zu machen, ...“¹⁷

2. Das Vorhandensein einer Präzedenz

Die Entstehung eines Reichsherkommen war an eine Präzedenz gebunden.

Hierzu wurden in der Regel zwei oder mehrere in der Vergangenheit liegende Handlungen für erforderlich erachtet, jedoch sollte unter Umständen auch eine genügen.

Moser, Neues teutsches Staatsrecht:

„Ferner meinen die meiste, daß zu einem Reichsherkommen unfuerdenkliche Jahre, oder doch eine lange Zeit, erfordert werde. Jch hingegen stehe in denen Gedanken, daß, wie ein zu einem Reichsherkommen sich qualificirender Fall in weniger Zeit und Jahren oft, hingegen aber auch selten, vorkommen koenne; also, je oeffter es geschehe, desto eher entstehe daraus ein Reichsherkommen. Dabey aber bleibet allemal wahr, daß je aelter und uraelter ein Reichsherkommen ist, und zwar so, daß es von Alters her bey vorkommenden Faellen immer also gehalten worden ist; um so erweislicher, verbindlicher und Rechtskraeftiger ist auch ein solches Herkommen.⁽¹⁸⁾... Weiter halten die Meiste dafuer, es werde zu einem Reichsherkommen allemal erfordert, daß eine Sache mehrmalen geschehen und oeffters wiederholet worden seye. Jch hingegen glaube, daß zuweilen auch wohl eine einige Handlung, wann sie die uebrige Erfordernisse eines Reichsherkommens habe, genugsam seye, etwas zu einem Reichsherkommen zu

¹⁶ Band I, 24. Cap., §. 13., S. 502-503, insg., §. 12.-§. 15., S. 501-505.

¹⁷ Einleitung, 2. Hauptstück, §. 26., S. 30.

¹⁸ Band I, 24. Cap., §. 19., S. 506.

machen; ob gleich, je mehrere Exempel man aufweisen koenne, desto weniger sich gegen das Herkommen einwenden lasse. ...¹⁹

Pütter, *Institvtiones Ivris Pvblici*:

„... Nec ceterum IV) *plures* praecise *actus* ad obseruantiam necessarii sunt, sed vel *unicum factum* sufficit, modo sua natura ita comparatum sit, vt consensus in futurum inde adpareat. Summum denique robur obseruantiae a *vicissitudinibus reipublicae* pendere solet, cum quibus aut variatur, si res ita fert, aut continuatur, et vel V) *in legem scriptam redigitur*; sicuti VI) lex sripta quoque aut generatim aut in vno alteroue argumento in specie obseruantiam efficacem reddere potest (a).²⁰

Hüberlin, *Handbuch Teutschen Staatsrechts*:

„... Zur Begründung eines Gewohnheitsrechts werden mehrere und eine lange Zeit hindurch fortgesetzte Handlungen erfordert, weil die Verbindlichkeit des Gewohnheitsrechts auf der Genehmigung des Gesetzgebers beruht, und nicht zu vermuthen ist, daß eine einzige Handlung zu seiner Kenntniß gekommen seyn wird. Ganz anders aber verhaelt es sich mit dem Herkommen, indem zu dessen Begründung schon eine einzige Handlung hinreichend seyn kann. Denn das Herkommen ist als ein stillschweigender Vertrag anzusehen, und die Handlung geschieht selbst von denen, die das Recht haben, das nemliche durch einen ausdruecklichen Vertrag festzusetzen. Nur muß sie freylich von der Beschaffenheit seyn, daß daraus die Einwilligung fuer die Zukunft deutlich erhellet, so wie es auch an und fuer sich keinem Zweifel unterworfen ist, daß man diesen Vertrag wieder aufheben kann. ...²¹

und *Gönner*, *Teutsches Staatsrecht*:

„... Ferner wird erfordert II. das Dasein von H a n d l u n g e n, ...; 3) Mehrheit der Fälle ist nicht nothwendig, ein einziger bindender Fall reicht zur Begründung eines Herkommens hin; 4) eben so wenig kommt auf den Ablauf einer bestimmten Zeit etwas an. ...²²

Ferner wurde gefordert, daß die Handlung – Tun oder Unterlassen – in der Überzeugung einer gewissen Notwendigkeit vorgenommen wird.

Pütter, *Institvtiones Ivris Pvblici*:

„Deinde quod ad *facta* attinet, e quibus consensus eorum, quorum interest, tacitus elici possit, I) vniuerse tam *facta* commissiua quam omissiua non efficiunt normam in futurum, nisi quatenus *opinioe necessitatis* ita *actum* siue non *actum* esse, satis clare constet. Ceteroquin enim II) ab eo, quod citra contradiciónem

¹⁹ Band I, 24. Cap., §. 20., S. 507.

²⁰ Lib. I., Cap. VI., §. 45., p. 52.

²¹ Band I, 1. Buch, 6. Cap., §. 45., S. 205, insg., S. 205.

²² Einleitung, 2. Hauptstück, §. 27., S. 32.

factum est, tantum vt id fieri possit, non vt debeat, valet consequentia; solum, si res ita fert, sub iisdem circumstantiis, fore, vt iterum fiat, probabile argumentum est. ...²³

Häberlin, Handbuch Teutschen Staatsrechts:

„Das Herkommen entsteht aus H a n d l u n g e n, die entweder b e g a n g e n (factis commissivis) oder u n t e r l a s s e n sind, (factis ommissivis). ... Bey beyden Arten der Handlungen kommt es nun, wenn sie ein wirkliches, verbindliches Herkommen begruenden sollen, darauf an, daß die Handlung i n d e r U e b e r z e u g u n g e i n e r g e w i s s e n N o t h w e n d i g k e i t, so, oder nicht so handeln zu muessen, geschehen, oder unterlassen sey. ...“²⁴

und Gönner, Teutsches Staatsrecht:

„... Ferner wird erfordert II. das Dasein von H a n d l u n g e n, welche 1) an sich gültig, von Irrthum, Gewalt, Betrug, Clandestinität frei sind; 2) sie müssen so beschaffen sein, dass aus der Einwilligung in dieselben auf einen Consens in die Fortdauer des in ihnen liegenden Principis geschlossen werden kann; ... Endlich wird erfordert III. ein s t r e n g b i n d e n d e r S c h l u s s aus der Handlung auf die Einwilligung; ...“²⁵

²³ Lib. I., Cap. VI., §. 45., p. 51. Ist eine Sache noch nicht geschehen, so kann nicht gefolgert werden, dass sie nicht noch geschehen könne, es sei denn, man ist in einem früheren Streit zu der Ansicht von der Notwendigkeit ihres Unterlassens gelangt „... Contra III) ex eo, quod *nondum* aliquid *factum*, id plane fieri nefas esse, non recte colligitur, nisi forte *in contradicitorio* id negatum, adeoque opinione necessitatis non factum sit. ...“ (p. 51-52).

²⁴ Band I, 1. Buch, 6. Cap., §. 45., S. 203, insg., S. 203-205.

²⁵ Einleitung, 2. Hauptstück, §. 27., S. 32.

III

Kein Ausschluss eines Reichsherkommens durch die in dem Geheimartikel des Fürstenbundes vom 23. Juli 1785 gegen die Säkularisation geistlicher Staaten vereinbarten Bestimmungen

In dem Geheimartikel zu dem von König Friedrich II. von Preußen initiierten und von den beiden Kurfürsten Friedrich August III. von Sachsen und Georg III. von Braunschweig-Lüneburg²⁶ mitabgeschlossenen Fürstenbund vom 23. Juli 1785,²⁷ welchem später die Herzöge von Sachsen-Gotha,²⁸ Sachsen-Weimar,²⁹ Zweibrücken,³⁰ Mecklenburg,³¹ die Markgrafen von Ansbach,³² Baden,³³ Hessen-Kassel,³⁴ der Bischof von Osnabrück,³⁵ die Fürsten von Anhalt³⁶ und der Kurfürst von Mainz mit seinem Koadjutor³⁷ beitraten,³⁸ waren auch Bestimmungen gegen die Säkularisation von geistlichen Staaten aufgenommen worden:

„... Eben so wenig wollen dieselben ... Secularisationen noch Zergliederungen unmittelbarer geistlicher Stifter, welche von jemand, wer es auch sey, entworfen seyn oder werden mögen, und nothwendig in Ansehung ihrer Beschaffenheit und Folgen auf eine Zerrüttung des Reichssystems hinausgehn, ihres Orts gestatten oder geschehn lassen, ...“³⁹

Obwohl der Fürstenbund niemals formell aufgelöst worden war, war er durch die von König Friedrich Wilhelm II. von Preußen mit Kaiser Franz II. in der Reichenbacher Konvention am 27. Juli 1790 erzielte Verständigung in seiner politischen Bedeutung

²⁶ König Georg III. von Großbritannien.

²⁷ *Martens*, *Traité des Puissances de l'Europe*, 2. éd., Tome IV, N° 6., p. 18-24 mit Articles secrets, p. 24-25.

²⁸ Herzog Ernst Friedrich von Sachsen-Gotha.

²⁹ Herzog August von Sachsen Weimar.

³⁰ Herzog Wilhelm von Zweibrücken.

³¹ Herzog Friedrich Franz I. von Mecklenburg.

³² Markgraf Karl Alexander von Ansbach.

³³ Markgraf Karl Friedrich von Baden.

³⁴ Landgraf Wilhelm IX. von Hessen-Kassel.

³⁵ Fürstbischof Friedrich August von Osnabrück, Herzog von York und Albany, 2. Sohn König George III von Großbritannien.

³⁶ Fürsten Leopold III. von Anhalt-Dessau, Karl von Anhalt-Kothen, Friedrich August von Anhalt-Zerbst und Karl von Anhalt-Bernburg.

³⁷ Kurfürst/Erzbischof Friedrich Karl Joseph (von Erthal) von Mainz und sein Koadjutor Karl Theodor von Dalberg.

³⁸ *Martens*, *Traité des Puissances de l'Europe*, 2. éd., Tome IV, N° 6., p. 24, Fußn. **).

³⁹ *Martens*, *Traité des Puissances de l'Europe*, 2. éd., Tome IV, N° 6., p. 25.

gegenstandslos geworden.⁴⁰ Die in seinem Geheimartikel gegen die Säkularisationen und Zergliederungen geistlicher Staaten enthaltenen Bestimmungen konnten demnach einer bereits erfolgten oder noch erfolgenden Bildung eines Reichsherkommens mit dem Inhalt einer Säkularisation zur Ausgleichung der gebietlichen Verluste von Reichsständen nicht entgegenstehen.

⁴⁰ In der Orientkrise (1786-1790) wollte Zarin Katharina von Russland die russische Expansionspolitik gegen die Hohe Pforte wieder aufnehmen. Im Bündnis mit Österreich, dieses auch durch innere Unruhen – Österreichische Niederlande – geschwächt, gelang jedoch kein entscheidender Sieg. Preußen nach dem Tod von König Friedrich II. am 17. Aug. 1786 unter seinem neuen König Friedrich Wilhelm II. in eine europäische Isolation geraten, wollte das polnische Danzig, Thorn und ein Stück von Posen zur Herstellung einer leidlichen Grenze zwischen seinem Königreich (Ost)-Preußen und Schlesien erwerben. Polen sollte durch Gallizien entschädigt werden, welches es sich von Österreich erhoffte und Österreich sollte dafür von der Hohen Pforte die beiden von ihr abhängigen Donaufürstentümer Moldau und Walachei erhalten und Russland von der Hohen Pforte Gebiete in Bessarabien. König Friedrich Wilhelm II. war zum Krieg gegen Polen bereit. Großbritannien wollte keine Machterweiterung von Russland und Österreich auf Kosten der Hohen Pforte gestatten und Frankreich war bereits durch den Ausbruch der Revolution gebunden. Kaiser Joseph II. aus dem Krieg gegen die Pforte krank zurückgekehrt, verstarb am 20. Febr. 1790 und sein Nachfolger Leopold II. wollte sich den Frieden erhalten. Durch die Vermittlung der beiden Seemächte Großbritannien und Generalstaaten der Vereinigten Provinzen kam am 27. Juli 1790 im schlesischen Reichenbach die Verständigung Österreich und Preußen zustande. Leopold II. verpflichtete sich, einen Waffenstillstand mit der Hohen Pforte zu schließen, keine größeren türkischen Gebiete zu erwerben und Friedrich Wilhelm II. die Integrität Polens und seiner Verfassung zu garantieren und für die anstehende Kaiserwahl von Leopold II. ihm seine Stimme zu geben, womit eine erneute kriegerische Auseinandersetzung zwischen Österreich und Preußen abgewendet war (*Gebhardt*, Deutsche Geschichte, 9. Aufl., II. Band, III., § 89, S. 356-359; *Ploetz*, Konferenzen und Verträge, III. Band, Teil 2, 1790 Juli 27 – Konvention von Reichenbach, S. 200-202 und *Martens*, Traités Puissances de l'Europe, 2. éd., Tome IV, N° 56., p. 500-509).

IV

Die dem Friedensvertrag von Lunéville zugrundeliegende historische Situation als die Vergleichsbasis für die Bildung eines die alleinige Schadenstragung der geistlichen Reichsstände rechtfertigenden Reichsherkommens

Ein die Säkularisation rechtfertigende Reichsherkommen müsste sich in seinen inhaltlichen Voraussetzungen und Gegebenheiten an der dem Friedensvertrag von Lunéville zugrundegelegenen historische Situation orientieren, welche die Vertragsteile zur alleinigen Schadenstragung der geistlichen Reichsstände veranlasste. Die dem Friedensvertrag von Lunéville zugrundegelegene historische Situation war dadurch gekennzeichnet, dass das Reich bei einem verlorenen Reichskrieg zur Entschädigung des Gegners Reichsgebiete hatte abtreten müssen, so dass sich beide Vertragsteile veranlasst sahen, den ihre Gebiete verlierenden Reichsständen eine gebietliche Entschädigung im Reich zu gewähren, für die allein die geistlichen Staaten verwendet wurden.

V

Keine Präzedenz durch die von den Reformatoren durchgeführten Einziehungen von Kirchengütern

Bereits von den Reformatoren war die Forderung auf Einziehung von Kirchengütern und auf Durchführung von staatsrechtlichen Säkularisationen gestellt worden.

Ihr Bestreben war hierbei gewesen, die Kirche innerlich zu erneuern, sie zu stärken, sie auf ihren eigentlichen geistlichen Kern zurückzuführen und sie von ihren weltlichen Fesseln zu befreien. Die Einziehungen der Kirchengüter waren von ihnen hierzu generell gefordert worden, mittelst des in der Person des Landesherrn vorgenommenen Konfessionswechsels.⁴¹ Die Kirchengüter sollten jedoch nicht zu allgemein staatlichen Belangen, sondern zu karitativen Aufgaben, wie insbesondere der Unterhaltung von Schulen und Pfarreien und der Armenpflege verwendet werden.

Luther in seiner im Jahre 1531 erschienenen Glosse auf das vermeinte kaiserliche Edikt⁴²:

„Ich habe zwar oft geraten 1), Man solt die geistlichen gueter brauchen, Pfarhen und Schulen da mit zu halten und arm studenten fordern, Jtem die Visitation und andere notdurfft der pfarhen und Kirchen zu versorgen, Jtem arme Jungfrawen und kinder zu beraten, Was darnach ubrig were, brauchen zu gemeinen nutz und fur arme odder duerfftige leute.“⁴³

Hinsichtlich der Durchführung von staatsrechtlichen Säkularisationen liegen in sich widersprechende Äußerungen vor.

Einesteils wurden sie befürwortet.

Luther in seinem im Jahre 1522 erschienenen Wider den falsch genannten geistlichen Stand des Papst und der Bischoefe⁴⁴:

„Alle die da tzû thun, leyb, gutt und ehre dran setzen, das die Bisthum verstoeret und der Bischoff regiment vertilget werde, das sind liebe gottis kinder und rechte Christen, ...“⁴⁵

⁴¹ *J. Heckel*, Kirchengut und Staatsgewalt. Ein Beitrag zur Geschichte und Ordnung des heutigen gesamtdeutschen Staatskirchenrechts, XV., in: *Rechtsprobleme in Staat und Kirche*, S. 116 „Daß dem Kirchenwesen von dem konfessionsverwandten Herrscher keine Gefahr drohte, ergab sich aus der staatsrechtlichen Stellung des Fürsten zu seiner Religion (geistlicher Stand der geistlichen Fürsten, Kirchenvogtei der katholischen weltlichen Fürsten, cura religionis der protestantischen Herrscher) von selbst. Nur der konfessionsfremde Fürst konnte in Versuchung geraten, das Kirchengut der anderen religion anzutasten, seine Funktion für das zu schützenden Kirchenwesen zu mißachten und damit nicht nur dieses selbst aus dem öffentlichen Leben zu beseitigen, sondern auch das Gleichgewicht der Religionsparteien zu stören.“

⁴² *Luther*, Kritische Gesamtausgabe, XXX. Band, 3. Abtheilung, S. 321-388.

⁴³ *Luther*, Kritische Gesamtausgabe, XXX. Band, 3. Abtheilung, S. 379 Z 24-28.

⁴⁴ *Luther*, Kritische Gesamtausgabe, X. Band, 2. Abtheilung, S. 93-158.

Anderenteils wurden sie abgelehnt.

Luther in seiner Vermahnung an die Geistlichen, versammelt auf dem Reichstag zu Augsburg im Jahre 1530⁴⁶:

„Zum dritten wollen wir euch lassen bleiben was jhr seid, vnd leren (wie wir denn bis her gethan 1.) das man euch solle fursten und herrn sein vmd friedens willen, vnd ewr guter lassen ..., Denn was schadet vns das, ob jhr herrn vnd fursten seid, ...“⁴⁷

Die Umwandlung des geistlichen Ordensstaates⁴⁸ im Jahre 1525 in das weltliche Herzogtum Preußen⁴⁹ hatte jedenfalls unter dem Einfluss von Luther stattgefunden.⁵⁰

Harl, Deutschlands neueste Staats= und Kirchenveraenderungen:

„... Doch ein Vorfall, der zu Karls V Zeiten durch die behauptete Unverbindlichkeit der Geluebde veranlaßt ward, und als der erste in seiner Art noch bedenklichere Folgen besorgen ließ, machte noch desto groeßeres Aufsehen; als naemlich im Jahre 1525 der Markgraf Albrecht von Brandenburg, der als Hochmeister des Deutschen Ordens in Preußen mit der Krone Polen in Krieg verwickelt war, sich zur evangelischen Religion bekannte, und mit dem Koenige Sigismund, der seiner Mutter Bruder war, auf diese Bedingungen Frieden schloß, daß er seine Ordens=Geluebde sammt seiner bisherigen Verbindung mit dem Deutschen Orden aufrief, und das halbe Preußen von nun an als ein weltliches Herzogthum fuer sich und seine Nachkommen von der Krone Polen zu Lehn empfangen uebernahm, auch bald darauf mit einer Daenischen Prinzessin sich vermaehlte. ...“⁵¹

⁴⁵ *Luther*, Kritische Gesamtausgabe, X. Band, 2. Abtheilung, S. 140 Z 2-4.

⁴⁶ *Luther*, Kritische Gesamtausgabe, XXX. Band, 2. Abtheilung, S. 237-356.

⁴⁷ *Luther*, Kritische Gesamtausgabe, XXX. Band, 2. Abtheilung, S. 341 Z 8-14.

⁴⁸ Der Hochmeister des Deutschen Ordens hatte trotz der Niederlage in der Schlacht von Tannenberg im Jahr 1410 gegen ein polnisch-litauisches Heer bei größeren gebietlichen Verlusten das dem Reichsgebiet nicht zugehörnde jedoch mit dem Reich in Verbindung gestandene Ordensland Preußen weiterführen und die von König Kasimir IV. von Polen verlangte Unterwerfung verweigern konnte (*Luther und die Reformation im Herzogtum Preussen*, I., A., S. 13-14, B., S. 17).

⁴⁹ Der im Jahr 1510 zum Hochmeister gewählte Markgraf Albrecht von Brandenburg-Ansbach musste bei der polnischen Überlegenheit des Krieges 1519-1521 im Krakauer Friede vom 8. April 1525 die polnische Lehnsherrschaft seines Gebietes als eines Fürsten- und Herzogtums anerkennen (*Zedler*, Universal Lexicon, I. Band, Albertus, Marggraf zu Brandenburg und erster Hertzog in Preussen, ..., Sp. 977-981 (978-979)) und den Inhalt des Vertrag (es) ... / zwischen Koenig Sigmunden von Poln und Marggrauen Albrechten von Brandenburgk / etwan Hochmaister Teutsches Ordens / uffgericht / (Krakau am 8. April 1525), in: *Goldast*, Reichshandlung, 37., G., S. 175-180 (175-179), insb. Zum neunnden und Zum zehenden (S. 177).

⁵⁰ *Urkundenbuch zur Reformationgeschichte des Herzogthums Preußen*, I. Band, 1. Buch, 1. Abschnitt, S. 25-29 und *Luther und die Reformation im Herzogtum Preussen*, I., D., S. 26-27. Im selben Jahr 1525 wurde auch die erste evangelisch-lutherische Kirchenordnung für das Herzogtum Preußen als Landesordnung von dem dortigen Landtag beraten (*Luther und die Reformation* ebd., II., G., S. 38) und folgten weitere evangelische Landes- und Kirchenordnungen in den Jahren 1529, 1544 und 1558 (S. 38-39).

⁵¹ Einleitung, 4., S. 8.

Die von den Reformatoren befürwortete Einziehung von Kirchengütern und Durchführung von staatsrechtlichen Säkularisationen hatten jedenfalls zur Folge gehabt, dass sie den Glauben an deren Unrechtmäßigkeit schwächten und damit die später vorgenommenen Säkularisationen begünstigten.

Weisse, Ueber die Sekularisation Deutscher geistlicher Reichslaender:

„... Die Sekularisationsgrundsätze der Reformatoren begünstigten aber auch dadurch eine jede künftige Sekularisation geistlicher Reichslaender, daß sie den Glauben an ihre Unrechtmäßigkeit schwächten.
...⁵²

und *Kastner*, Die grosse Säkularisation in Deutschland:

„... Zunächst ist nicht zu verkennen, daß die Reformation die Auffassung von der Unantastbarkeit des Kirchengutes beseitigt, ja die Begehrlichkeit danach geweckt und genährt hat. Bei passender Gelegenheit mußte der Wille wieder zur Tat reifen.
...⁵³

⁵² 1. Abschnitt, 2. Periode, §. 6., S. 44.

⁵³ I., S. 3.

VI

Die Präzedenz des Westfälischen Friedenschlusses

1. Vorhandensein latenter Säkularisationsgerüchte im Reich seit den im Westfälischen Friedensschluss durchgeführten Säkularisationen

Seit den im Westfälischen Friedensschluss durchgeführten Säkularisationen waren im Reich Säkularisationsgerüchte vorhanden gewesen, nach denen ein Kriegsverlust von Reichsständen durch Säkularisation geistlicher Staaten im Reich zu entschädigen sei.

Weisse, Ueber die Sekularisation Deutscher geistlicher Reichslaender:

„..., da man ueberhaupt seit dem Westphaelischen Frieden gewohnt war, bey einer jeden Entschaedigung welche das Deutsche Reich leisten sollte, sogleich an eine Sekularisation geistlicher Staaten zu denken, wenn gleich von dieser noch nicht die Rede gewesen war.“⁵⁴

und *Samhaber*, Freymuethige Gedanken ueber die Saecularisirung:

„... Eine andere Ursache dieser um sich greifenden Gewohnheit, mit unglaublicher Eile den Stab ueber das Schicksal der geistlichen Staaten zu brechen, liegt gewiß auch in dem unvergeßlichen Beyspiele des Westphaelischen Friedens.⁽⁵⁵⁾ ... So geschah die sonderbare Metamorphose: so wurden g e i s t l i c h e in w e l t l i c h e Staaten verwandelt: und was ein Mahl geschehen ist, - saget man, - das kann und wird wahrscheinlich in gleichen Faellen wieder geschehen. Diese Erwartung aehnlicher Faelle, nach welcher ohnehin der Mensch so gern schießet, und die Macht des Beyspieles, welches der Westphaelische Frieden gegeben hat, dringet Manchem die voreilige Ueberzeugung ab, daß auch dieses Mahl, wenn die Verbindung der Umstaende den Verlust einiger beträchtlichen Provinzen herbey fuehren werde, der Ausgang in Betreff der Entschaedigung der dabey leidenden Reichsglieder kein anderer seyn werde, als er bey der Abschließung des Westphaelischen Friedens war. ...“⁵⁶

⁵⁴ 1. Abschnitt, §. 18., S. 145-146.

⁵⁵ §. 2., 2), S. 4.

⁵⁶ §. 2., 2), S. 5, insg., S. 4-5.

2. Säkularisationen als das Tuch, woraus Entschädigungen geschnitten werden sollen, nach Trautmannsdorff

Nach dem kaiserlichen Gesandten Trautmannsdorff⁵⁷ sollten die Säkularisationen das Tuch sein, wovon die Äquivalente geschnitten werden sollen.

Meiern, Acta Pacis Westphalicae Publica:

„..., daher der Hertzog zu Mecklenburg, als er sahe, wie es anderen ergienge, und das Tuch, wovon die *Æ y u v a l e n t i e n*, nach des Graffens Trautmannsdorff gebrauchter *E x p r e s s i o n*, geschnitten werden sollten, bereits mehrentheils vertheilt ware, sich endlich bequemte, und declariren ließ, ...“⁵⁸

3. Das Bestehen eines Reichskrieges gegen die beiden Königreiche Schweden und Frankreich

Der 30 jährige Krieg war nicht nur ein konfessioneller Bürgerkrieg der beiden Religionsparteien im Reich,⁵⁹ sondern auch ein Krieg des Reiches gegen ausländische Mächte.

Gegen den am 24. Juni 1630 auf den beiden Inseln Rügen und Usedom⁶⁰ gelandeten König Gustav II. Adolf von Schweden war zwar keine offizielle Kriegserklärung des Reiches

⁵⁷ Graf Maximilian Trautmannsdorff, der kaiserliche Prinzipalgesandte Ferdinands III. war erst im November 1645 in die beiden westfälischen Kongressstädte eingetroffen. Er besaß außerordentlich weitgehende Vollmachten und beeinflusste die Verhandlungen maßgeblich und war bei weitem der bedeutendste Mann des Westfälischen Friedenskongresses und auch in der gesamten habsburgischen Diplomatie des 17. Jahrhunderts die überragende Gestalt gewesen. „... Alles was sich vor seiner Ankunft im November 1645 in den Kongreßstädten abgespielt hatte, war kaum mehr als ein Vorgeplänkel, ein Abtasten des Gegners, endlose Rang- und Verfahrensstreitigkeiten ...“ (*H. Wagner, Die kaiserlichen Diplomaten auf dem Westfälischen Friedenskongreß*, in: *Diplomatie und Außenpolitik Österreichs*, S. 60, 62-67 (Zitat S. 63)).

⁵⁸ VI. Theil, 46. Buch, §. XXXIX., S. 521.

⁵⁹ Gründung der protestantischen Union am 15. Mai 1608 und der katholischen Liga im Juli 1609. Jede beanspruchte die Wiederherstellung des Reichsrechtes und insbesondere des Augsburger Religionsfriedens von 1555 mit seiner katholischen und der Confessio Augustana entsprechenden Auslegung für sich. Neben dem absoluten konfessionell-religiösen Anspruch auf die richtige Religion waren insbesondere der geistliche Vorbehalt, die Fragen der Parität in den Reichsorganen und die Einbeziehung der Reformierten in den Religionsfrieden umstritten (*M. Heckel, Deutschland im konfessionellen Zeitalter*, 4. Teil, II., S. 111-113). Im konfessionellen Bürgerkrieg manifestierte sich auch die umstrittene Frage der monarchischen oder ständischen Reichsgewalt.

⁶⁰ *Du Jarry, Der dreißigjährige Krieg*, II. Band, 4. Abtheilung, I. Kap., §. 5., S. 14). Zuvor war im März 1630 die Insel Rügen von schwedischen Truppen besetzt worden (*Du Jarry ebd.*, §. 4., S. 11-12). Bei den Beratungen und Abstimmungen im Reichsrat am 27. Okt./3. Nov. 1629 war die Führung eines Präventivkrieges in Deutschland mit der Begründung des Strebens des Kaisers an die Ostsee beschlossen worden (*Svenska Riksrådets Protokoll*, I. 1621-1629., Protokoll, 1629., 373 Anno 1629 den 27 Octob., S. 218-226, 374 Anno 1629 den 3 Novemb., S. 226-229). Strategischer Angriffspunkt von König Gustav Adolf II. war die maritime Seepolitik der Habsburger, welche durch ein gemeinsames Vorgehen ihrer spanischen und österreichischen Häuser, bei Mitbeteiligung der Hansestädte eine habsburgische maritime Vorherrschaft an der Nord- und Ostseeküste durch die Schaffung einer Ostseeflotte unter dem Oberbefehl Wallensteins, mit einer militärischen Besetzung der Ostseeküste errichten wollte. Spaniens Absicht hierbei war, die Generalstaaten der Vereinigten

ausgesprochen worden. Das von ihm seinerseits im Juli 1630 abgefasste Kriegsmanifest war auch allein gegen die Kaiserlichen in ihrer Abgrenzung gegenüber den Protestanten und nicht gegen das Reich als solches gerichtet gewesen.⁶¹

Jedoch hatte Kaiser Ferdinand III. auf dem während des 30 jährigen Krieges einzigen Reichstag zu Regensburg der Jahre 1640/41 in dem Reichsabschied vom 10. Oktober 1641 die Mehrzahl der Reichsstände und darunter auch die Evangelischen dazu bewegen können, den Krieg⁶² mit einer ungetrennten Macht bis zur Beruhigung des Heiligen Reiches fortzusetzen.⁶³ Er bekam er zu diesem Zwecke 120 Römermonate bewilligt⁶⁴ und es war den Reichsständen eine Neutralität verboten worden.⁶⁵

Provinzen durch die Unterbindung ihres Handels mit den nördlichen Ländern zu schwächen. Österreichs Intention war, eine Angriffsbasis gegen die beiden Königreiche Dänemark und Schweden zu haben (*Schmitz*, Die maritime Politik der Habsburger 1625-1628, (I., S. 9-10, 15-16, II., S. 25, III., S. 33-34, V., S. 50-51, VI., S. 58-59) und *Reichard*, Die maritime Politik der Habsburger im 17. Jahrhundert, 2. Cap., S. 88-89, Anm. 220, S. 175).

Nach dem Tod Gustav Adolfs am 16. Nov. 1632 in der Schlacht von Lützen trat seine Tochter Christine seine Nachfolge an. Während ihrer Minderjährigkeit bis zum Jahr 1644 wurde Schweden von einem Regentschaftsrat unter Reichskanzler Axel Oxenstierna regiert. Danach übernahm sie selber die Regierung (*Europäische Stammtafeln*, II. Band, Tafel 117).

⁶¹ *F. D. Häberlin*, Neuere Teutsche Reichs-Geschichte, XXVI. Band, Anlage I. zu §. 59., S. 691-703.

⁶² Zu dem Zug des schwedischen Heeres durch Deutschland mit den kriegerischen Auseinandersetzungen *Du Jarry*, Der dreißigjährige Krieg, II. Band, 4. Abtheilung, I. Kap., § 5., S. 14-V. Kap., S. 404, III. Band, 5. Abtheilung, I.-VI. Kap., S. 3-462.

⁶³ Reichsschluß vom 10. Okt. 1641 „... So viel nun den Andern HauptPuncten Vnserer Kaeyserlichen Proposition anlangt/Nemblichen wir vnderdessen/vnd biß zu Beruhigung des Heyl. Reichs/der Krieg mit vnzertreter Macht/einmuehtiger Zusammensetzung/vnnd guter Ordnung vortzustellen/da ist Vns tieff zu Hertzen gangen/.../biß zu voelliger Beruhigung des Heyl: Roemischen Reichs auff: vnd daran zusetzen/gantz geneygt/vnd erbietig. ...“ (*Abschiedt Der Koe. Kay. Mt. im Jahr M.DC.XLI. auffgericht*, S. 16 u. 17) mit der ihm zugrundegelegenen kaiserlichen Proposition vom 13. Sept. 1640 „So viel nun den anderen Puncten anlangt/.../gutwillig geneigt und urbietig seyn.“ (*Lundorp*, Der Roemischen Kayserlichen Majestaet Acta Publica, IV. Theil, 4. Buch, XLIV. Cap., II., S. 863-865 (864-865)) und *Bierther*, Der Regensburger Reichstag von 1640/1641, VIII., 1., S. 279-283 (in den Fußnoten angegebenen Sitzungen des Kur- und Fürstenrates).

⁶⁴ Reichsschluß vom 10. Okt. 1641 „... Anlangendt den Dritten Punct Vnsers Kaeyserlichen/vnnd deß Heyligen Reichs Kriegsheers/.../Einhundert vnnd zwanzig Monath dem Einfachen Roemerzug nach/in Fuenff Monathen zuerlegen/verwilliget/haben Wir damahlen solche guthertzige Bezeygung der Chur: Fuersten und Staendt/zu sonderm hohen Danck verstanden/... vnd angewendet werden sollen. ...“ (*Abschiedt der Roe. Kay. Mt. im Jahr M.DC.XLI. auffgericht*, S. 22-23) mit der ihm zugrundegelegenen kaiserlichen Proposition vom 13. Sept. 1640 „Also ersuchen J. K. M. in Keys. Guaden/..., umb so viel mehr und bestaendiger angehalten koenne werden.“ (*Lundorp*, Der Roemischen Kayserlichen Majestaet Acta Publica, IV. Theil, 4. Buch, XLIV. Cap., II., S., 865) und *Bierther*, Der Regensburger Reichstag von 1640/1641, VIII., 3. und 4., S. 286-295 (4., S. 295-296: in den Fußnoten angegebenen Sitzungen des Kur- und des Fürstenrates und der Korrelation der drei Reichstagskollegien).

⁶⁵ Reichsschluß vom 10. Okt. 1641 „... Vnd demnach die/von etlichen Staenden vor sich selbst angemaste Neutraliteten dem Roemischen Reich sehr schaedtlich/... Also setzen/ordnen vnnd wollen Wir/daß nicht allein die von etlichen Staenden allbereyt angemaste vnd vnzulaessige hochschaedtliche Neutralitaet, ..., gantz vnnd zumahl auffgehebt seyn solle/.../sondern daß auch hinfuero einiger Standt des reichs/wer der auch seye/ohne vnser Vorwissen vnd Genehmhaltung/sich in dergleichen hochschaedtliche Neutraliteten nicht einlassen sollen. ...“ (*Abschiedt Der Roe. Kay. Mt. im Jahr M.DC.XLI. auffgericht*, S. 38-39) und *Bierther*, Der Regensburger Reichstag von 1640/1641, VIII., 6., S. 304-313 (in den Fußnoten angegebenen Sitzungen des Kur- und des Fürstenrates und den Relationen einzelner Reichsstände).

Repertorium des Teutschen Staats und Lehnrechts:

„Der Reichskrieg ist nicht allezeit foermlich erkläert worden, teils weil er nach und nach entsteht, wie der 30iaehrige Krieg; ...“⁶⁶

Gegen König Ludwig XIII. von Frankreich hatte der König von Ungarn und Böhmen Ferdinand III. für seinen Vater Kaiser Ferdinand II. am 18. September 1636 den Krieg erklärt,⁶⁷ welche kaiserliche Kriegserklärung auf dem unmittelbar nachgefolgten Regensburger Kurfürstentag der Jahre 1636/37 genehmigt worden war.⁶⁸

Zwar hatten Frankreich und Schweden während des Westfälischen Friedenskongresses immer darauf bestanden, sich nur mit dem Haus Habsburg und nicht mit dem Reich im Krieg zu befinden.⁶⁹

⁶⁶ II. Teil (*Scheidemantel*), K., 42. Kriegserklärung, §. 3., S. 694. *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band IV, 8. Buch, 1. Cap., §. 31., S. 751 „Wann es zu einem innerlichen Krieg in Teutschland kommt; pflaget keine foermliche Kriegs=Erklärung vorher zu gehen: ... Aber auch, wann das Reich es mit auswaertigen Mächten zu thun hat, kann sich zuweilen ein Krieg entspinnen, ohne daß man solchen ein= oder anderer Seits gegen einander erkläeret haette.“

⁶⁷ *Theatrum Evropaicum*, III. Theil, Jahr 1636, S. 697-699 (698 rechte Spalte unten). Nach der von ihm am 22. Dez. 1636 beschworenen Wahlkapitulation war in ihrem Art. XI für das Anfangen oder Vernehmen eines Krieges von Reichs wegen Rat und Bewilligung der Reichsstände oder zu wenigstens jener der 6 Kurfürsten erforderlich (*Ziegler*, Wahl=Capitulationes, S. 129-130 (130)).

⁶⁸ Die Kurfürsten hatten Frankreich zur Räumung des Reichsgebietes aufgefordert, die Rechte des Reiches auf Lothringen und auf die drei Bistümer Metz, Toul, Verdun betont und die volle Restitution der drei Reichsstädte Metz, Toul, Verdun gefordert (*Dickmann*, Der Westfälische Frieden, 1. Teil, 2. Kap., Kurfürstentag von Regensburg ..., S. 88-89). Sie waren nicht gewillt, die Führung und den Abschluss der Friedensverhandlungen allein dem Kaiser zu überlassen, sondern diese sollten vielmehr auch in ihrem Namen und im Namen des Reiches erfolgen. *Haan*, Der Regensburger Kurfürstentag, 2. Teil, 6. Kap., 2., S. 144 „... Damit zeigten sich die Kurfürsten einerseits entschlossen, den vom Kaiser eröffneten Krieg gegen Frankreich nachträglich zum Reichskrieg zu erklären. Dafür nahmen sie auf der anderen Seite jedoch für sich bzw. für das Reich in Anspruch, auch namentlich bei der Friedensschließung zu erscheinen. ...“, insg., S. 144.

Zudem bestand seit Mai 1635 ein Krieg des Königreiches Frankreich gegen das Königreich Spanien, durch die von König Ludwig XIII. am 19. Mai 1635 gegen König Philipp IV. von Spanien ausgesprochene Kriegserklärung (*Gebhardt*, Deutsche Geschichte, 9. Aufl., II. Band, II., C., § 45, S. 179).

Die beiden Kriegsgegner des Reiches: Schweden und Frankreich, hatten sich auch ihrerseits durch den am 13. Jan. 1631 in Bärwalde abgeschlossenen Bündnisvertrag (*Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome VI Partie I, N° I., p. 1-2): der schwedische König muss auf seine Kosten in Deutschland 30 000 Mann zu Fuß und 6 000 zu Pferd halten, der französische König verpflichtet sich zu jährlichen Subsidien von 400 000 écus (Art. III, p. 2), mit seinen Verlängerungen, abgeschlossen zwischen Ludwig XIII. und Königin Christine in Heilbronn am 9. April 1633 (*ebd.*, N° XLII., p. 48-49), in Hamburg am 5. März 1638 (*ebd.*, N° XCVII., p. 161-162) und am 31. Juli 1641 (*ebd.*, N° CXXV., p. 207, N° CXXVI., p. 207-209) untereinander gegen das Reich verbündet.

⁶⁹ *Dickmann*, Der Westfälische Frieden „... Der Kampf zwischen Frankreich und Habsburg war ein dynastischer und berührte das Reich nicht unmittelbar. ... Als schließlich der Krieg mit Spanien auch den mit dem Kaiser nach sich zog, hat Frankreich doch immer an der These festgehalten, nur mit dem Kaiser und seinem Hause und nicht mit dem Reich im Krieg zu stehen. ...“ (Einleitung, Vom deutschen zum europäischen Krieg, S. 51), „... So erklärten die Franzosen ausdrücklich, nur mit dem Kaiser und nicht mit dem Reich im Krieg zu stehen, so gaben die Schweden einen Treuevorbehalt nur zugunsten des Reiches, nicht aber des Kaisers zu, ...“ (3. Teil, 11. Kap., Rechte der Stände, S. 328), „... Zwar haben beide Großmächte immer die Fiktion aufrecht erhalten, sie seien nur mit dem Kaiser und nicht mit dem Reich im Kriegszustand, ...“ (Anhang, Anm. zu S. 490-91 (16. Kap.), S. 576) und *Bierther*, Der Regensburger Reichstag von 1640/1641, II., S. 15 „... Obwohl Richelieu

Dies ändert jedoch nichts daran, dass im Verhältnis des Reiches zu ihnen Reichskriege vorlagen.⁷⁰

4. Mitbeteiligung des Reiches an den beiden Friedensverträgen

Nach den Präambeln beider Friedensverträge waren diese mit Zustimmung der Kurfürsten, Fürsten und Stände des Reiches, welche als Glieder des Reiches und als Verbündete des Kaisers handelten, vereinbart worden.⁷¹

Nach Art. I IPO und § 1 IPM war das Reich in die Friedensschlussvereinbarung mit dem Königreich Schweden und dem Königreich Frankreich miteinbezogen worden⁷² und waren in Art. XVII § 2 IPO und § 116 IPM beide Friedensverträge zu Grundgesetzen des Reiches erhoben und die bei ihrer Abschließung nicht anwesenden Reichsstände an ihre Bestimmungen gebunden und allen Gerichten des Reiches zur Richtschnur vorgeschrieben worden.⁷³

daran festhielt, daß er nur gegen den Kaiser und sein Haus kämpfe, zwischen Frankreich und dem Reich dagegen völkerrechtlich kein Kriegszustand herrsche, ...“.

⁷⁰ Gebhardt, Deutsche Geschichte, 9. Aufl., II. Band, E., II., C., S. 160-187.

⁷¹ [Abweichungen des IPM in Klammern] „... rite commutatas praesentibus, suffragantibus et consentientibus sacri Romani imperii electoribus, principibus ac statibus ad divini numinis gloriam et Christianae (Christianiae) reipublicae salutem in mutuas pacis et amicitiae (amicitiae) leges consenserunt et convenerunt tenore sequenti:“ (*Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 12; *Vast*, *Traité*s Louis XIV, Tome I, I, III, p. 15). Im Juli 1648 hatten die Reichsstände den Beschluss gefasst, es solle kein Stand zur Unterschrift gezwungen werden, ob jedoch die Stände erscheinen oder nicht, solle nicht verhindern, dass das in dieser Weise Beschlossene die kraft eines gemeinsamen Friedensschlusses erhalte. Am 13. Okt. 1648 wurde für die Frage, wieviel Unterschriften erforderlich sein sollten, um den Friedensschluss für das ganze Reich verbindlich zu machen, 15 reichsständische Deputierte ernannt. Dies wurde in Art. XVII § 1 u. § 12 IPO und in § 115 u. § 124 IPO übernommen, welchen anderen Reichsständen freistand, zu unterschreiben oder nicht, jedoch weder ihrer Unterschrift noch deren etwaigen Verweigerung eine rechtliche Bedeutung beigemessen wurde (*Dickmann*, *Der Westfälische Frieden*, 3. Teil, 16. Kap., *Beitritt des Kaisers und Friedensschluß*, S. 490-491 mit Anm. zu S. 490-491, S. 576-577; *Stöckert*, *Die Admission der deutschen Reichsstände zum westfälischen Friedenscongresse*, III., S. 34-49 (35-38, 41-42, 46); *Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 75, 77-78 und *Vast*, *Traité*s Louis XIV, Tome I, I, III, p. 53-54, 56-57).

⁷² [Abweichungen des IPM in Klammern] „Pax sit Christiana, universalis, (et) perpetua veraque et sincera amicitia inter sacram Caesaream maiestatem, (Sacram Majestatem Caesaream) ..., et sacram regiam maiestatem regnumque Sueciae (Sacram Majestatem Christianissimam) ..., eaque ita sincere serioque servetur et colatur, ut utraque pars alterius utilitatem, honorum ac commodum promoveat omnique ex parte et universi Romani imperii cum regno Sueciae (Regno Galliae) et vicissim regni Sueciae (Regni Galliae) cum Romano imperio fida vicinitas et secura studiorum pacis atque amicitiae cultura revirescant ac reflorescant.“ (*Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., p. 13 und *Vast*, *Traité*s Louis XIV, Tome I, I, III, p. 15).

⁷³ Art. XVII § 2 IPO und § 116 IPM „Pro maiori etiam horum omnium et singulorum pactorum firmitudine et securitate sit haec transactio perpetua lex et pragmatica imperii sanctio imposterum aequae ac aliae leges et constitutiones fundamentales imperii nominatim proximo imperii recessui ipsique capitulationi Caesareae inserenda, obligans non minus absentes quam praesentes, ecclesiasticos aequae ac politicos, sive status imperii sint sive non, eaque tam Caesareis procerumque consiliariis et officialibus quam tribunalium omnium iudicibus et assessoribus tanquam regula quam perpetuo sequantur praescripta.“ (*Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 54 und *Vast*, *Traité*s Louis XIV, Tome I, I, III, p. 54).

Das Reich war demnach Vertragspartner beider Friedensverträge.⁷⁴ Der von *Hartung*, Deutsche Verfassungsgeschichte vertretenen Ansicht, dass, „... das Reich als Ganzes bei den Beratungen zu Münster und Osnabrück überhaupt nicht vertreten ...“ war⁷⁵ und demnach das Reich „... auch am Friedensschluß nicht teil. ...“ nahm,⁷⁶ kann nicht gefolgt werden.⁷⁷

5. Die Regelungen des IPO

a) Die Abtretung der brandenburgischen Gebiete an die Krone Schweden mit dem Entschädigungsausgleich im Reich

aa) Die Zusprechung brandenburg-pommerscher Gebiete an Königin Christine von Schweden

In Art. X IPO überließ das Reich Königin Christine von Schweden als Entschädigung für die Rückgabe der von ihr in diesem Krieg besetzten Plätze⁷⁸ und zur Wiederherstellung des öffentlichen Friedens im Reich als immerwährendes und unmittelbares Reichslehen das dem Haus Brandenburg⁷⁹ gehörende Vorpommern mit der Insel Rügen und Teile von Hinterpommern,⁸⁰ welche Gebiete weiterhin im Reich verblieben.⁸¹

⁷⁴ *H. Steiger*, Der Westfälische Frieden – Grundgesetz für Europa? II., 1.-5., in: *Der Westfälische Friede*, I., S. 36-44 und *Dickmann*, Der Westfälische Frieden, 3. Teil, 16. Kap., Beitritt des Kaisers zum Friedensschluß, S. 490-491, Anm. zu S. 490-491, S. 576-577.

⁷⁵ §. 10, S. 32-33 (Zitat S. 32-33).

⁷⁶ §. 10, S. 32-33 (Zitat S. 32-33).

⁷⁷ Zusätzlich hatten die einzelnen Reichsstände die Befugnis zur Teilnahme zu den Verhandlungen gehabt (*H. Steiger*, Der Westfälische Frieden – Grundgesetz für Europa? II., 4. u. 5., in: *Der Westfälische Friede*, I., S. 38-44).

⁷⁸ In Pommern war von 1627 bis 1630 ein großer Teil des kaiserlichen Heeres Wallensteins einquartiert gewesen. Nach seiner dortigen Landung am 24. Juni 1630 überrumpelte König Gustav II. Adolf von Schweden überrumpelte den pommerschen Herzog Bogislaw XIV. am 20. Juli 1630 mit seiner ganzen Armee und zwang ihn am 10. Juli 1630 zu einem Bündnis-Vertrag. Bis Ende 1630 war ganz Pommern, welche schwedische Truppen fast alle pommerschen Garnisonen hielten, in schwedischen Händen (*Bohlen*, Die Erwerbung Pommerns durch die Hohenzollern, S. 2, Anm., S. 49-50). Nach dem Sieg der Kaiserlichen in der Schlacht von Nördlingen am 26. Aug. 1634 mit dem anschließenden Prager Frieden vom 10. Mai 1635 zogen sich alle schwedischen Truppen nach Pommern zurück (*ebd.*, S. 15-25, Anm., S. 54 und Anlage 5., S. 78-181).

⁷⁹ In dem am 25. Okt. 1529 zwischen den Herzögen von Pommern-Stettin und Kurfürst Joachim von Brandenburg abgeschlossenen Vergleich (*Codex diplomaticus Brandenburgensis*, II. Haupttheil, VI. Band, Nr. 2525., S. 357-363) hatte der Kurfürst von Brandenburg für den Fall des Aussterbens des Mannesstammes der Herzöge von Pommern-Stettin das Erbrecht für ihre sämtlichen Besitzungen und insbesondere für Pommern erhalten (S. 359). Als Gegenleistung hierfür hatte der Kurfürst den Herzögen von Pommern-Stettin, welche bis dahin von ihm belehnt worden waren, die reichsunmittelbare Belehnung durch den Kaiser zugebilligt (S. 358-359). Der schwedisch-pommerschen Bündnis-Vertrag vom 10. Juli 1630 sah in seinem Art XIV vor, falls der gegenwärtige Herzog ohne Erben versterbe und das Haus Brandenburg diesem Bündnis seine Zustimmung nicht

bb) Der Entschädigungsausgleich im Reich

aaa) Entschädigung von Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg durch die Hochstifter Halberstadt, Minden, Camin und das Erzstift Magdeburg

Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg erhielt in Art. XI IPO, weil er zur Förderung des allgemeinen Friedens auf seine Rechte an Vorpommern, Rügen mit den anderen vorgenannten Landschaften und Orten Abstand nahm, vom Kaiser mit Einwilligung der Reichsstände als Äquivalent die Hochstifter Halberstadt,⁸² Minden,⁸³ Camin⁸⁴ zu immerwährenden und unmittelbaren Lehen übergeben.

erteile, so werde Gustav II. Adolf von Schweden das Herzogtum Pommern so lange im Besitz halten, bis der Erbe Brandenburg ihm für seine gesamten Kriegskosten eine anderweitige Entschädigung verschafft (*Bohlen*, Die Erwerbung Pommerns durch die Hohenzollern., Anm. 3), S. 50-51 und *Petsch*, Verfassung und Verwaltung Hinterpommerns im 17. Jahrhundert, 3. Abschnitt, 9. Kap., 1., S. 162). Mit dem Tod von Herzog Bogislav am 10. März 1637 (*Bohlen*, Die Erwerbung Pommerns durch die Hohenzollern, S. 7) trat der Erbfall ein, welches Pommern weiterhin von schwedischen Truppen besetzt war (*Zedler*, Universal Lexicon, XXVIII. Band, Pommern, Pomern, ..., eine Deutsche Provinz und Hertzogthum im Ober=Saechsischen Kreyse, ..., Sp. 1377-1381 (1378)). Kurfürst Georg Wilhelm von Brandenburg erließ am 24. März 1637 ein Besitzergreifungs-Patent, mit der an die pommerschen Stände gerichteten Aufforderung zu Pflicht und Gehorsam (*Bohlen* ebd., S. 10) und war er auch Anfang des Jahres 1638 von Kaiser Ferdinand III. mit Pommern belehnt worden (*Bohlen* ebd., S. 18). Die schwedische Regierung setzte jedoch mit Zustimmung der pommerschen Stände, welche bis zur Abschließung des Friedensvertrages eine aus ihren eigenen Räten gebildete Interims-Verwaltung wollten, gegen den Widerstand von Kurfürst Georg Wilhelm von Brandenburg eine solche ein (*Bohlen* ebd., S. 10-15 mit Anm., S. 54 und Anlagen 2.-4., S. 66-77), weshalb das Haus Brandenburg sein Erbschaft nicht tatsächlich antreten konnte. Nach dem Tod von Kurfürst Georg Wilhelm am 1. Dez. 1640 schloss Kurfürst Friedrich Wilhelm bei weiterer Besetzung von Pommern durch die Schweden am 24. Juli 1641 einen Neutralitäts- und Waffenstillstandsvertrag mit Königin Christine von Schweden für 2 Jahre ab (*Bohlen* ebd., S. 24-25 mit Anm., S. 54). Dem Haus Brandenburg stand damit beim Westfälischen Friedensschluss das Recht auf ganz Pommern zu. *Pütter*, Geist des Westphaelischen Friedens, 2. Theil, 1. Buch, I., IV., S. 132-133 „... Das Recht, das dieses Haus aus Anwartschaft und Erbverbruederung auf ganz Pommern hatte, konnte nach dem nunmehr (1637. Maerz 10.) erfolgten Abgange des letzten Herzogs von Pommern nicht betritten werden. Das ganze Land hatte dem Churfuersten schon zum voraus die Huldigung geleistet. ...“.

⁸⁰ § 1-§ 5 u. § 9 (*Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 50-52, 53). Der größere Teil von Hinterpommern verblieb und kam an das Haus Brandenburg (*Pütter*, Geist des Westphaelischen Friedens, 2. Theil, 1. Buch, I., VI., S. 134-135).

Nach § 4 Satz 3 sollte nach dem Aussterben des Mannesstammes von dem Haus Brandenburg das gesamte Hinterpommern mit Vorpommern und dem Bistum Camin dem Königreich Schweden zugehören (*Instrumenta* ebd., S. 51), was jedoch niemals eintrat.

⁸¹ Auch *Pütter*, Geist des Westphaelischen Friedens, 2. Theil, 1. Buch, I., III., S. 131-132 „... Im Ganzen glaubten die Schweden ihre Forderungen von Land und Leuten damit zu erleichtern, indem sie erklarten, daß ihr Hof die verlangten Laender nicht vom Reiche abzureißen daechte, sondern sie als R e i c h s l e h n e vom Kaiser zu empfangen bereit sey; da es dann fuer Kaiser und Reich selbst vortheilhaft seyn wuerde, auch die Krone Schweden wegen ihrer Teutschen Laender, so wie Spanien wegen der Niederlande und Daenemark wegen Holstein, zu Vasallen zu haben, und auch von dieser Seite auf desto maechtignern Beystand gegen die Tuerken rechnen zu koennen (l). Auf diesen Fuß wurde auch gleich der Eingang dieses Artikels im Frieden eingerichtet (m). ...“.

⁸² § 1-§ 3 u. § 11 (*Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 55-56, 58-59).

⁸³ § 4 u. § 11 (*Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 56, 58-59).

⁸⁴ § 5 u. § 11: dem brandenburgischen Kurfürsten wurde die Befugnis zuerkannt, die Kanonikate nach dem Ableben der jetzigen Kanoniker aufzuheben und so im Laufe der Zeit das ganze Bistum dem Land

Ebenso erhielt er die Anwartschaft auf das Erzstift Magdeburg, welches nach dem Abgang des jetzigen Administrators August Herzog von Sachsen ihm zu einem immerwährenden Lehen übergeben werden sollte.⁸⁵

bbb) Die den geistlichen Reichsständen für ihre erlittenen Säkularisationen gewährten Ausgleichungen

aaaa) Kein Ausgleich an Bischof Leopold Wilhelm von Halberstadt für den Verlust seines Hochstiftes

Letzter Fürstbischof des evangelischen reichsständischen Hochstiftes Halberstadt⁸⁶ war der am 24. Dezember 1627 postulierte Erzherzog von Österreich und Sohn Kaiser Ferdinands II. Leopold Wilhelm von Österreich.⁸⁷

Am 27. September 1631 setzte König Gustav II. Adolf von Schweden eine neue Regierung in Halberstadt ein.⁸⁸ Das Hochstift wurde durch den am 20. Mai 1635 abgeschlossenen Prager Friede seinem österreichischen Bischof wieder zugesprochen,⁸⁹ wobei es aber den Kaiserlichen erst in den Jahren 1637/38 gelang, ihre Herrschaft im Hochstift durchzusetzen.⁹⁰

Hinterpommern anzugliedern und einzuverleiben (*Instrumenta Pacis Westphalicae, ... Caesareo-Suecicum ...*, S. 56-57, 58-59).

⁸⁵ § 6-§ 10 u. § 11 (*Instrumenta Pacis Westphalicae, ... Caesareo-Suecicum ...*, S. 57-58, 58-59).

⁸⁶ *Meiern*, Acta Pacis Westphalicae Publica Publica, III. Theil, 20. Buch, §. XIV., zu: „1646. Junius.“, Lit. A., S. 168-170 (169-170) „... Geistliche Fuersten und Praelaten, welche Immediat= Reichs= Staend und Evangelisch seynd. ... Bischoeffe. 1. Halberstadt. ...“ und *Pütter*, Geist des Westphaelischen Friedens, 1. Theil, 2. Buch, III., XIII., S. 124.

⁸⁷ Christian Wilhelm, jüngster Sohn des Kurfürsten Joachim Friedrich von Brandenburg war am 24. April 1624 vom Domkapitel zum Administrator gewählt worden (*R. Joppen*, Das Erzstift Magdeburg unter Leopold Wilhelm von Österreich (1628-1635), 1., in: *Beiträge zur Geschichte des Erzbistums Magdeburg*, S. 295-296 (296) und *Schrader*, Ringen der katholischen Klöster in den Hochstiftern Magdeburg und Halberstadt von der Reformation bis zum Westfälischen Frieden, 7., a., S. 59). Er hatte Partei für König Christian IV. von Dänemark ergriffen, und hatten Tilly und Wallenstein in den Jahren 1625/26 Quartier in dem Hochstift genommen (*Geist*, Die Säkularisation des Bistums Halberstadt, I., S. 7). Das sich dieser Politik seines Administrators abwendende Domkapitel postulierte am 24. Dez. 1627 Erzherzog Leopold Wilhelm von Österreich zum neuen Bischof, welchem Papst Urban VIII. am 27. Juni 1635 die päpstliche Eligibilitätsbreve erteilte (*R. Joppen*, Das Erzstift Magdeburg unter Leopold Wilhelm von Österreich (1628-1635), 2., a), in: *ebd.*, S. 303-311 (303, 306-311) und *Geist*, Die Säkularisation des Bistums Halberstadt, I., S. 7).

⁸⁸ Dies nach der Schlacht von Breitenfeld am 17. Sept. 1631 (*Geist*, Die Säkularisation des Bistums Halberstadt, I., S. 8).

⁸⁹ Art. VI (*Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome VI Partie I, N° LXV., p. 88-99 (91)).

⁹⁰ *Schrader*, Ringen der katholischen Klöster in den Hochstiftern Magdeburg und Halberstadt von der Reformation bis zum Westfälischen Frieden, 7., a), S. 68-70.

Im Juni/Juli 1643 war das Hochstift wieder von den schwedischen Truppen besetzt worden⁹¹ und bis zum Friedensschluss in ihren Händen verblieben.⁹²

Obgleich das Domkapitel, um sich gegen die Gefahr einer Säkularisation durch den brandenburgischen Kurfürsten zu wenden, am 10. Februar 1647 Anton Ulrich von Braunschweig-Wolfenbüttel zum Koadjutor wählte,⁹³ fiel es als säkularisiertes Fürstentum an Brandenburg.

Bei der langjährigen Besetzung des Hochstiftes durch die kaiserlichen und schwedischen Truppen,⁹⁴ hatte das Haus Habsburg keine großen Einkünfte aus ihm ziehen können, was ihm seine Zustimmung zur Säkularisation, ohne Ausgleich erleichterte.⁹⁵

bbbb) Ausgleich an Bischof Franz Wilhelm von Minden für den Verlust seines Hochstiftes

Letzter Fürstbischof des evangelischen reichsständischen Hochstiftes Minden⁹⁶ war Franz Wilhelm Graf von Wartenberg,⁹⁷ welcher bei den Westfälischen Friedensverhandlungen

⁹¹ Am 23. Juli 1643 erfolgte die Einnahme von der Bischofsstadt Halberstadt (*Schrader*, Hochstifter Magdeburg und Halberstadt von der Reformation bis zum Westfälischen Frieden, 7., a), S. 70-71).

⁹² *Geist*, Die Säkularisation des Bistums Halberstadt, I., S. 7.

⁹³ *Geist*, Die Säkularisation des Bistums Halberstadt, II., 4., S. 54-67 (58-64).

⁹⁴ In den Jahren 1625-26 von den kaiserlichen Truppen unter Wallenstein und in den Jahren 1631-1637, 1643-1648 von den schwedischen.

⁹⁵ *Geist*, Die Säkularisation des Bistums Halberstadt, I., S. 13-14 „... Die Tatsache aber, dass das Stift Halberstadt den Kaiserlichen schon im Jahre 1643 endgültig verloren ging und bis zum Friedensschlusse in schwedische Hände verblieb, war auch für die Säkularisationsfrage des Hochstiftes, wie sie später bei den Verhandlungen in Münster und Osnabrück auftauchte, nicht ohne Bedeutung. Hatte der Kaiser schon in einer Erklärung des Neutralitätszustandes des Bistums ein Hindernis dafür gesehen, Halberstadt wieder an sich bringen zu können, so musste natürlich der dauernde Verlust des Stiftes an die Feinde während der Kriegsjahre noch grössere Schwierigkeiten bereiten, wenn die kaiserliche Diplomatie auf dem Kongresse einen derartigen Versuch machen würde. In Bewusstsein hiervon in Verbindung mit den anderen Rücksichten, die zu beachten der Kaiser durch den Gang der Ereignisse gezwungen war, hat daher die habsburgische Politik bestimmt, bei den Friedensverhandlungen von dem Stifte Halberstadt Abstand zu nehmen, ein Schritt, der ihr andererseits um so leichter werden konnte, eben weil das Haus Habsburg wegen der jahrzehntlangen Besetzung des Stiftes durch die Schweden noch keine grossen Einkünfte von dem Bistum bezogen hatte. ...“ und *Schrader*, Ringen der katholischen Klöster in den Hochstiftern Magdeburg und Halberstadt von der Reformation bis zum Westfälischen Frieden, 7., a), S. 70-71.

⁹⁶ *Meiern*, Acta Pacis Westphalicae Publica, III. Theil, 20. Buch, §. XIV., zu: „1646. Junius.“, Lit. A., S. 168-170 (169-170) „... Geistliche Fuersten und Praelaten, welche Immediat= Reichs= Staend und Evangelisch seynd. ... Bischoeffe. ... 10. Minden. ...“ und *Pütter*, Geist des Westphaelischen Friedens, 1. Theil, 2. Buch, III., XIII., S. 124.

Im Jahr 1624 war das Territorium evangelisch und das Domkapitel konfessionell gemischt (*H. Nordsiek*, Zur Eingliederung des Fürstbistums Minden in den brandenburg-preußischen Staat, I., in: *Expansion und Integration*, S. 47).

Das Hochstift war zuerst von kaiserlichen Truppen besetzt gewesen, war jedoch nach der Schlacht von Hessisch Oldendorf am 7. Juli 1633 von den Schweden eingenommen worden, welche es als eine schwedische Provinz betrachteten (*H. Nordsiek*, Zur Eingliederung des Fürstbistums Minden in den brandenburg-preußischen Staat, I., in: *ebd.*, S. 47-48).

gegen die Säkularisation und Wegnahme seiner beiden Hochstifter Minden und Verden⁹⁸ protestiert hatte.⁹⁹

Seine bereits am 9. November 1641¹⁰⁰ von Bischof Albert von Regensburg mit Zustimmung des Domkapitels erfolgte Ernennung zum Koadjutor dieses Hochstifts¹⁰¹ war in Hinblick auf den Verlust seiner beiden Hochstifter Minden und Verden erfolgt.¹⁰² Er wurde nach dem Tod von Bischof Albert am 14. April 1649 Fürstbischof von Regensburg.¹⁰³

cccc) Ausgleich an Bischof Ernst Bogislav von Camin für den Verlust seines Hochstiftes

Letzter regierender Fürstbischof des innerhalb Hinterpommern gelegenen¹⁰⁴ evangelischen reichsständischen Hochstiftes Camin¹⁰⁵ war der am 10. März 1637 verstorbene Herzog Bogislav XIV. von Pommern gewesen, der auch das Patronat innehatte.¹⁰⁶

⁹⁷ Herzog Christian von Braunschweig-Lüneburg war seit dem Jahre 1599 Koadjutor und verwaltete auch das Hochstift im Weltlichen (*Goldschmidt*, Kardinal=Priester Franz Wilhelm, 2. Kap., §. 38., S. 64, §. 48., S. 82). Franz Wilhelm Graf von Wartenberg war am 13. Sept. 1629 von Papst Urban VIII. zum Bischof von Minden bestellt und am 12. Jan. 1630 zum Bischof ernannt worden (*ebd.*, 2. Kap., §. 38., S. 64). Der Koadjutor Christian behauptete aber weiterhin noch seine weltliche Regierung (*ebd.*, 2. Kap., §. 38., S. 64-65). Nachdem ihm von Papst Urban VIII. alle Rechte auf seine Nachfolge in dem Bistum abgesprochen wurde, übernahm Franz Wilhelm im Jahr 1632 auch im Weltlichen die Regierung. Huldigung von Seiten des Adels und der Stadt Minden erfolgte am 23. Juli 1632 (*ebd.*, 2. Kap., §. 50., S. 85-87).

Franz Wilhelm Graf von Wartenberg war dazu auch Bischof von Osnabrück, das Domkapitel hatte ihn am 26. Oktober 1625 (*ebd.*, §. 5., S. 13-15 (14)). Sein Hochstift Osnabrück verblieb ihm weiterhin (Art. XIII § 3 IPO, in: *Instrumenta Pacis Westphalicae, ... Caesareo-Suecicum ...*, S. 61-62).

⁹⁸ War auch Fürstbischof von Verden, welches Hochstift Verden in Art. X IPO direkt an Königin Christine von Schweden abgetreten wurde (unten, S. 972).

⁹⁹ *Goldschmidt*, Kardinal=Priester Franz Wilhelm, 3. Kap., §. 69., S. 126-130.

¹⁰⁰ Am 7. April 1617 war er zum Domherrn und am 28. Mai 1619 zum Domprobst von Regensburg ernannt worden (*Goldschmidt*, Kardinal=Priester Franz Wilhelm, 1. Kap., §. 3., S. 10).

¹⁰¹ Papst Urban VIII. genehmigte die Wahl und die Annahme am 15. Dez. 1641 und Franz Wilhelm verzichtete auf seine bisherige Domprobstei-Stelle (*Goldschmidt*, Kardinal=Priester Franz Wilhelm, 3. Kap., §. 63., S. 111).

¹⁰² *Schwaiger*, Kardinal Franz Wilhelm, 1. Abschnitt, 1. Kap., § 3, S. 45 „... Ohne Zweifel waren politische Erwägungen bei dieser Wahl ausschlaggebend. Einsichtige Männern der katholischen Partei konnte zu dieser Zeit der endgültige Verlust der Hochstifter Minden und Verden kaum zweifelhaft sein. Die Anwartschaft auf Regensburg sollte wohl Ersatz bieten und die bayerische Position stärken. Vielleicht steht auch der Verzicht Franz Wilhelms auf die Propststelle an der Münchener Frauenkirche 1640⁹ mit der neuen Würde in gewissen Zusammenhang. ...“; *Goldschmidt*, Kardinal=Priester Franz Wilhelm, 3. Kap., §. 77., S. 143 „... Er erhielt demnach für die durch den westphälischen Frieden verlorenen Bisthümer Verden und Minden das große Fürstbisthum Regensburg wieder, das er auch alsbald durch Deputirte aus Westphalen in Besitz nehmen ließ. ...“ und *Zedler*, Universal Lexicon, LII. Band, Wartenberg, (Frantz Wilhelm, Graf von), Cardinal ..., Sp. 2354-2356 (2356) „... An statt dieser abgegangenen Stifter bekam er 1649 nach Absterben des Bischofs zu Regensburg solches Bisthum. ...“.

¹⁰³ *Goldschmidt*, Kardinal=Priester Franz Wilhelm, 3. Kap., §. 77., S. 143.

¹⁰⁴ *Großer Historischer Weltatlas*, III. Teil, S. 21a, GH 1-2.

Der am 17. Mai 1637 zum neuen Bischof gewählte Herzog Ernst Bogislav von Croy¹⁰⁷ konnte seine Regierung wegen der schwierigen Zeitumstände nicht antreten.¹⁰⁸ Das Domkapitel sah auch Kurfürst Georg Wilhelm von Brandenburg trotz der schwedischen Einwände¹⁰⁹ als Patron.¹¹⁰

Bei der während den Osnabrücker Friedensverhandlungen ausbedungenen Übertragung des Hochstiftes Camin an das Haus Brandenburg,¹¹¹ welches Kurfürst Friedrich Wilhelm¹¹² als eine Dependenz des ihm verbliebenen Hinterpommern ansah,¹¹³ verpflichtete sich der Kurfürst am 4. April 1647 gegenüber dem Fürstbischof – Herzog Ernst von Croy –, diesem nach seiner eigenen Besitzergreifung von Hinterpommern wegen seines Hochstiftes eine vollkommene Satisfaktion zukommen lassen.¹¹⁴ Am 26. November 1650 wurde festgelegt, dass der Herzog auf alle seine Rechte an dem Hochstift Camin verzichte und er dafür

¹⁰⁵ *Meiern*, Acta Pacis Westphalicae Publica, III. Theil, 20. Buch, §. XIV., zu: „1646. Junius.“, Lit. A., S. 168-170 (169-170) „... Geistliche Fuersten und Praelaten, welche Immediat= Reichs= Staend und Evangelisch seynd. ... Bischoeffe. ... 12. Camin. ...“ und *Pütter*, Geist des Westphaelischen Friedens, 1. Theil, 2. Buch, III., XIII., S. 124.

¹⁰⁶ *Szczepońnik*, Herzog Ernst Bogislav letzter Bischof von Cammin, I., S. 9-11, III., S. 23.

¹⁰⁷ War der Sohn der Schwester von Herzog Bogislav XIV., der Herzogin Anna von Pommern, welche mit dem in Lothringen ansässigen Herzog Ernst von Croy und Areschott vermählt war und war bereits am 15. März 1633 zum Bischof designiert worden (*Szczepońnik*, Herzog Bogislav letzter Bischof von Cammin, Einleitung, S. 8, II., S. 12-23). Er wurde am 17. Mai 1637 vom Domkapitel zum Bischof eligiert und bei seiner noch vorhandenen Minderjährigkeit postuliert (*ebd.*, III., S. 27).

¹⁰⁸ Das Domkapitel hatte die Einführung in sein Bischofsamt wegen der schwierigen Zeitumstände auf eine bequemere Zeit verschoben und durfte er nur die Einkünfte aus seinem Bischofsamt ziehen (*Szczepońnik*, Herzog Bogislav letzter Bischof von Cammin, III., S. 26-29) „... Herzog Ernst Bogislav von Croy blieb mithin sein Leben lang nur T i t u l a r b i s c h o f von Cammin. ...“ (*ebd.*, Schluß, S. 51).

¹⁰⁹ Dem die pommerschen Gebiete besetzt haltenden König Gustav Adolf II. von Schweden war am 10. Juli 1630 von Seiten Herzogs Bogislav XIV. von Pommern die Zusage gemacht worden, nach seinem eigenen Ableben (10. März 1637) bis zur Erledigung der pommerschen Nachfolge mit dem Haus Brandenburg die pommerschen Gebiete in Verwahrung zu nehmen (oben, S. 962-963 und *Szczepońnik*, Herzog Bogislav letzter Bischof von Cammin, III., S. 25-26, 27).

¹¹⁰ Nach dem Ableben des auch das Patronat über das Hochstift innehabenden Bischofs und Herzogs Bogislav XIV. am 10. März 1637 war die Anwartschaft des Hauses Brandenburg auf das Herzogtum Pommern eingetreten (oben, S. 962), das Domkapitel sah auch Kurfürst Georg Wilhelm von Brandenburg als den neuen Patron an (*Szczepońnik*, Herzog Bogislav letzter Bischof von Cammin, III., S. 26, 27).

¹¹¹ *Szczepońnik*, Herzog Bogislav letzter Bischof von Cammin, IV., S. 29-37.

¹¹² Seit dem 1. Dez. 1640 neuer Kurfürst (oben, S. 963).

¹¹³ *Pütter*, Geist des Westphaelischen Friedens, 2. Theil, 1. Buch, II., I., S. 166-167 „... Der Churfuerst forderte zu dem Ende ... Die Bisthuemer Brandenburg und Havelberg sah er ohnedem schon als sein Eigenthum an, und das Bisthum Camin desgleichen ale eine Dependenz von Hinterpommern, das nicht mit an Schweden ueberlassen ward, sondern seinem Hause vorbehalten blieb.“ In Art. XI § 12 IPO war dann auch festgelegt, dass die Königin von Schweden dem Kurfürsten Hinterpommern sowie Kolberg mit dem gesamten Hochstift Camin, mit allen Rechten, welche der Herzog von Hinterpommern hatte, zurückgeben soll (*Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 59).

¹¹⁴ Sollte er wegen der vom Herzog geforderten Summe Bedenken erheben, so werde er ihm das Hochstift bis zu seinem Ableben belassen. Insbesondere „...“, daß er die selbständige Regierung des Bistums dem Herzog auf Lebenszeit überließe, um erst nach dessen Tode die geplante Säkularisation des Stifts vorzunehmen: ...“ (*Szczepońnik*, Herzog Bogislav letzter Bischof von Cammin, IV., S. 36-37 (Zitat S. 36)).

100 000 Reichstaler von dem Kurfürsten erhalten,¹¹⁵ welchen Betrag die pommerschen Landstände aber am 23. März 1671 auf 50 000 Reichstaler herabsetzten.¹¹⁶

dddd) Verbleib des Erzstiftes Magdeburg bei Administrator August von Magdeburg bis zu seinem Ableben

Letzter Erzbischof des evangelischen reichsständischen Erzstiftes Magdeburg¹¹⁷ war Herzog August von Sachsen, zweiter Sohn des sächsischen Kurfürsten,¹¹⁸ am 25. Januar 1628 zum Erzbischof postuliert.¹¹⁹

Nachdem von November 1628 bis in das Jahr 1635 Erzherzog Leopold Wilhelm von Österreich, ein Sohn Kaiser Ferdinands II.,¹²⁰ katholischer Administrator des Erzstifts gewesen war, wurde es im Prager Frieden vom 30. Mai 1635 wieder seinem protestantischen Erzbischof (Herzog August von Sachsen) zugesprochen,¹²¹ der im Jahr 1638 den Besitz erlangte.¹²²

¹¹⁵ Dies in dem am 26. Nov. 1650 in Köln/Spree zwischen Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg und Bischof/Herzog Bogislav von Croy abgeschlossenen Vergleich (*Szceponik*, Herzog Bogislav letzter Bischof von Cammin, V., S. 40-41, VI., S. 41-46): „... sah sich der Kurfürst nach dem erfolgten westfälischen Friedensschlusse, in dem er statt des ganzen Pommernlandes nur Hinterpommern mit dem Bistum Cammin erhalten hatte, zu einer anderen Lösung der Croyschen Frage veranlaßt. Da ihm in dem erworbenen Lande ein souveränes Bistum unbequem war, suchte er den Herzog auf andere Weise für seine Ansprüche zu entschädigen. So kam der Vergleich vom 26./16. November zustande.“¹¹⁷ ...“ (*ibd.*, Schluß, S. 51).

¹¹⁶ Von den Landständen von Hinterpommern auf dem Landtag am 23. März 1671 herabgeetzt (*Szceponik*, Herzog Bogislav letzter Bischof von Cammin, VII., S. 46-50).

¹¹⁷ *Meiern*, Acta Pacis Westphalicae Publica, III. Theil, 20. Buch, §. XIV., zu: „1646. Junius.“, Lit. A., S. 168-170 (169-170) „... Geistliche Fuersten und Praelaten, welche Immediat= Reichs= Staend und Evangelisch seynd. ... Ertz= Bischoeffe. 1. Magdeburg. ...“ und *Pütter*, Geist des Westphaelischen Friedens, 1. Theil, 2. Buch, III., XIII., S. 124.

¹¹⁸ Johann Georg I. von Sachsen (1585, 1611-1656).

¹¹⁹ Dies wegen seiner noch gehaltenen Minderjährigkeit. Bereits am 8. Dez. 1625 war er zum Koadjutor gewählt worden (*R. Joppen*, Das Erzstift Magdeburg unter Leopold Wilhelm von Österreich (1628-1635), 2., b), 1., in: *Beiträge zur Geschichte des Erzbistums Magdeburg*, S. 311-312, 319, 298 und *Zedler*, Universal Lexicon, XIX. Band, Magdeburg, (das Ertz=Stift und Hertzogthum.) ..., Sp. 239-251 (250-251 (250: Ziff. 48))). Der im Jahre 1608 die Verwaltung übernommen habende Administrator Christian Wilhelm, jüngster Sohn des Kurfürsten Joachim Friedrich von Brandenburg floh Anfang Oktober 1625 vor den in das Hochstift einrückenden Truppen Wallensteins (*R. Joppen*, Das Erzstift Magdeburg ..., 1., in: *ibd.*, S. 294-298 (295, 298) und *Zedler* *ibd.*, Sp. 239-253 (250: Ziff. 47)).

¹²⁰ Das Eligibilitätsbrevé datiert am 14. Okt. 1628 und erfolgte am 3. März 1629 die Eidesleistung. Die Einsetzung des katholischen Administrators wurde insbesondere auch mit dem Restitutionsedikt Kaisers Ferdinand II. vom 6. März 1629 begründet (*R. Joppen*, Das Erzstift Magdeburg unter Leopold Wilhelm von Österreich (1628-1635), 2., b), in: *Beiträge zur Geschichte des Erzbistums Magdeburg*, S. 311-336 (312-318, 321-324)). Nach der Schlacht von Breitenfeld am 17. Sept. 1631 mit dem Einzug der schwedischen am 11. Jan. 1631 in Magdeburg war seine Herrschaft mehr eine nominelle gewesen (*R. Joppen*, Das Erzstift Magdeburg ..., 3., in: *ibd.*, S. 336-339).

¹²¹ In seinem Art. IV wurde das Erzstift ohne Sitz und Stimme auf dem Reichstag Herzog August zugesprochen und sollte das Domkapitel nach seinem Tod es einem protestantischen Fürsten übergeben, dies bis

Er ließ sich nach seiner Vermählung im Jahre 1647 zum Administrator des Erzstifts ernennen.¹²³

In Art. XI § 6-§ 10 IPO erhielt Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg die Anwartschaft auf das Erzstift, welches ihm, bei eintretender Vakanz durch den Tod, die Nachfolge in der Kur¹²⁴ oder ein anderes Zugeständnis des jetzigen Administrators übergeben und zu einem immerwährenden Lehen eingeräumt werden sollte.¹²⁵

Mit dem Tod von Administrator August am 4. Juni 1680 gelangte das Erzstift in brandenburgische Hände.¹²⁶

b) Die Abtretung der mecklenburg-schwerinschen Gebiete an die Krone Schweden mit dem Entschädigungsausgleich im Reich

aa) Der Übergang von Stadt und Hafen Wismar auf Königin Christine von Schweden

In Art. X überließ das Reich Königin Christine von Schweden die vom Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg-Schwerin besessene Stadt und dem Hafen Wismar mit zwei zugehörigen Ämtern¹²⁷ als immerwährendes und unmittelbares Reichslehen.¹²⁸

zum Jahr 1675, nach welchem es wieder in Römisch-Katholische Hände gelangen sollte (*Du Mont, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome VI Partie I, N° LXV., p. 88-99 (90)*).

¹²² Die Schweden hielten nach dem Prager Frieden noch Magdeburg und Halle inne und mussten 1636 aus ersterem mit Gewalt und aus der Moritzburg zu Halle 1637 mit List depossediert werden (*Zedler, Universal Lexicon, XIX. Band, Magdeburg, (das Ertz=Stift und Hertzogthum.) ..., Sp. 239-251 (250-251 (251: Ziff. 48))*).

¹²³ Mit Anna Maria (1627-1669) der Tochter von Herzog Adolf Friedrich I. von Mecklenburg am 23. Nov. 1647 (*Schleiner, Anna Maria von Mecklenburg (1627-1669) und August von Sachsen (1614-1680), Heirat Anna Marias von Mecklenburg mit August von Sachsen, in: Mecklenburgische Jahrbücher, 123. Jahrg., Aufsätze ..., S. 136-141*).

¹²⁴ Sächsische Kur.

¹²⁵ Das Domkapitel sollte bleiben, aber keine Wahl oder Postulation mehr vornehmen dürfen, der vierte Teil der Kathedralkanonikate sollte nach dem Tod ihrer Benefiziarer aufgehoben werden und sollte der Stadt Magdeburg ihre frühere Freiheit und Privilegien wieder erneuert werden (*Instrumenta Pacis Westphalicae, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 57*).

¹²⁶ Im Jahr 1666 war bereits die Erbhuldigung an Kurfürst Friedrich Wilhelm I. von Brandenburg erfolgt (*Zedler, Universal Lexicon, XIX. Band, Magdeburg, (das Ertz=Stift und Hertzogthum.), ..., Sp. 239-251 (250-251 (251: Ziff. 48))*).

¹²⁷ Stadt und Hafen Wismar mit den beiden zugehörigen Ämtern Poel und Neuenkloster gehörten dem Herzog Mecklenburg-Schwerin zu, wovon die Stadt Wismar den $\frac{1}{18}$ Teil und die beiden Ämter den wenigstens $\frac{1}{120}$ Teil der Einkünfte des Herzogtums Mecklenburg ausmachten (*Pütter, Geist des Westphälischen Friedens, 2. Theil, 1. Buch, III., I., S. 183-184*).

¹²⁸ § 1, § 6 u. § 9 (*Instrumenta Pacis Westphalicae, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 50, 52, 53*).

bb) Der Entschädigungsausgleich im Reich

aaa) Entschädigung von Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg-Schwerin und des Hauses Mecklenburg durch die Hochstifter Schwerin, Ratzeburg, durch Geldeinkünfte und ein landsässiges geistliches Gebiet

Als Entschädigung für Stadt und Hafen Wismar und die beiden Ämter erhielt Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg-Schwerin in Art. XII IPO insbesondere die beiden Hochstifter Schwerin und Ratzeburg zu immerwährenden unmittelbaren Lehen mit zwei Stimmen im Reichstag übergeben.¹²⁹ Sollte die Mecklenburg-Güstrowische Linie jene von Mecklenburg-Schwerin überleben, so sollte sie den nunmehrigen zwei Fürstentümern nachfolgen.¹³⁰

Zusätzlich erhielt das gesamte Haus Mecklenburg als Entschädigung zwei Dompfründen augsburgischer Konfession im Hochstift Straßburg¹³¹ und die zwei im Herzogtum Mecklenburg gelegenen landsässigen Johanniter-Commenden Mirow¹³² und Nemeraw¹³³ in der Weise, dass sich die Herzöge die Einwilligung des Ordens selber verschaffen und den Ordensoberen die hergebrachten Abgaben entrichten sollten.¹³⁴

¹²⁹ Während das Hochstift Schwerin bereits Sitz und Stimme im Reichsfürstenrat und beim Niederrheinischen Kreis besaß, wurden solche für das nunmehrige Fürstentum Ratzeburg im IPO selber errichtet. § 1 Satz 1 (*Instrumenta Pacis Westphalicae, ... Caesareo-Suecicum ...*, S. 59-60) und *Pütter*, Geist des Westphaelischen Friedens, 2. Theil, 1. Buch, III., II., Fußn. (h), S. 185-186 (III., S. 186).

¹³⁰ Absatz 1 Satz 2 (*Instrumenta Pacis Westphalicae, ... Caesareo-Suecicum ...*, S. 60) mit *Pütter*, Geist des Westphaelischen Friedens, 2. Theil, 1. Buch, III., II., S. 186-187 mit Fußn. (i) und (k).

¹³¹ § 2 (*Instrumenta Pacis Westphalicae, ... Caesareo-Suecicum ...*, S. 60).

¹³² An Mecklenburg-Güstrow, § 3 (*Instrumenta Pacis Westphalicae, ... Caesareo-Suecicum ...*, S. 60). Einkünfte (jährl.) ca. 1 000 Taler (*Pütter*, Geist des Westphaelischen Friedens, 2. Theil, 1. Buch, III., V., Fußn. (o), S. 190-191).

¹³³ An Mecklenburg-Schwerin, § 3 (*Instrumenta Pacis Westphalicae, ... Caesareo-Suecicum ...*, S. 60). Einkünfte (jährl.) ca 300 Taler (*Pütter*, Geist des Westphaelischen Friedens, 2. Theil, 1. Buch, III., V., Fußn. (o), S. 190-191).

¹³⁴ Art. XII § 3 mit Art V § 25 (*Instrumenta Pacis Westphalicae, ... Caesareo-Suecicum ...*, S. 60, 32-33) mit *Pütter*, Geist des Westphaelischen Friedens, 2. Theil, 1. Buch, III., IV. u. V., S. 188-191.

bbb) Die den geistlichen Reichsständen für ihre erlittenen Säkularisationen gewährten Ausgleichungen

aaaa) Schwerin: Schon vorher ein landsässiger Besitz Mecklenburg-Schwerin

Letzter Fürstbischof des evangelischen reichsständischen Hochstiftes Schwerin¹³⁵ war von 1603 bis 1624 Ulrich II., Sohn von König Friedrich II. von Dänemark.¹³⁶

Das in den Jahren 1516 bis 1613 von Administratoren des Hauses Mecklenburg regierte Hochstift war mit der Einführung der Reformation im Jahr 1549¹³⁷ von diesen unter der mecklenburgischen Hoheit landsässig gehalten worden.¹³⁸

Nach dem Ableben des dänischen Administrators Ulrich III. im Jahr 1633¹³⁹ hatte der wieder eingesetzte mecklenburg-schwerinische Administrator Herzog Adolf Friedrich¹⁴⁰ das Hochstift zur Zeit der westfälischen Friedensverhandlungen auch wieder landsässig besessen.¹⁴¹

bbbb) Ratzeburg: Entschädigung der bisherigen Administratoren durch 2 Dompfründen

Letzter Fürstbischof des evangelischen Hochstiftes Ratzeburg¹⁴² war der im Jahre 1610 gewählte und im Jahr 1636 verstorbene Herzog August von Braunschweig-Lüneburg.¹⁴³

¹³⁵ *Meiern*, Acta Pacis Westphalicae Publica, III. Theil, 20. Buch, §. XIV., zu: „1646. Junius.“, Lit. A., S. 168-170 (169-170) „... Geistliche Fuersten und Praelaten, welche Immediat= Reichs= Staend und Evangelisch seynd. ... Bischoeffe. ... 13. Schwerin. ...“ und *Pütter*, Geist des Westphaelischen Friedens, 1. Theil, 2. Buch, III., XIII., S. 124.

¹³⁶ *Zedler*, Universal Lexicon, XXXVI. Band, Schwerin, ein Fuerstenthum im Hertzogthum Mecklenburg, ..., Sp. 448-449 (449).

¹³⁷ *Das Stiftsland der Schweriner Bischöfe*, VI. Die Bischöfe ..., v. *J. Traeger*, Landesherren des Stiftslandes, 31., Magnus III. Herzog von Mecklenburg, Postulat, 1516-1550, S. 99.

¹³⁸ Magnus III. Herzog von Mecklenburg, Postulat, 1516-1550 erhielt keine Bischofsweihe und nicht die bischöfliche Jurisdiktion. Ulrich I., Herzog von Mecklenburg war Administrator (1550-1603) (*Das Stiftsland der Schweriner Bischöfe*, VI. Die Bischöfe ..., v. *J. Traeger*, Landesherren des Stiftslandes, 31., Magnus III. Herzog von Mecklenburg, Postulat, 1516-1550, S. 99, „Administratoren“, 1., S. 99; *Pütter*, Geist des Westphaelischen Friedens, 2. Theil, 1. Buch, III., II, Fußn. (h), I., S. 185 und *Zedler*, Universal Lexicon, XXXVI. Band, Schwerin, ein Fuerstenthum im Herzogthum Mecklenburg, ..., Sp. 448-449 (449)).

¹³⁹ Zuerst der Administrator Ulrich II., Prinz von Dänemark, 1603-1624, ein Sohn von König Christian IV. von Dänemark und der ihm nachfolgende Administrator Ulrich III., Prinz von Dänemark, 1624-1633 (*Das Stiftsland der Schweriner Bischöfe*, VI. Die Bischöfe ..., v. *J. Traeger*, „Administratoren“, 2., S. 99, 3., S. 99).

¹⁴⁰ Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg-Schwerin.

¹⁴¹ *Das Stiftsland der Schweriner Bischöfe*, VI. Die Bischöfe ..., v. *J. Traeger*, „Administratoren“, 5., S. 99. Zwar hatte auch eine Koadjutorie mit dem Recht der Nachfolge für seinen 10 jährigen Sohn Christian Herzog von Mecklenburg bestanden. Diese war jedoch von Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg-Schwerin beiseite gedrängt worden (*ebd.*, „Administratoren“, 4., S. 99).

¹⁴² *Pütter*, Geist des Westphaelischen Friedens, 1. Theil, 2. Buch, III., XIII., S. 124.

Der dem Haus Mecklenburg-Güstrow zugehörige minderjährige Herzog Gustav Adolf von Mecklenburg-Güstrow, hatte Ratzeburg bereits zur Zeit der Westfälischen Friedensverhandlungen vermöge des mit dem Domkapitel am 3. Oktober 1616 abgeschlossenen Vergleiches als Administrator besessen.¹⁴⁴ Die Abtretung des Hochstiftes an Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg-Schwerin wurde durch die Zusicherung von zwei in Zukunft frei werdenden Dompfründen augsburgischer Konfession in Magdeburg und Halberstadt ausgeglichen.¹⁴⁵

c) Entschädigungsausgleich nach den Abtretungen des Erzstiftes Bremen und des Hochstiftes Verden an die Krone Schweden

In Art. X IPO waren das Erzbistum Bremen und das Bistum Verden als die beiden Herzogtümer Bremen und Verden an die Krone Schweden gelangt.¹⁴⁶ Das Reich nahm sie für diese Gebiete als Reichsstände auf.¹⁴⁷

aa) Verzicht Erzbischofs Friedrich von Bremen

Letzter gewählter Erzbischof und Administrator des evangelischen reichsständischen Erzstiftes Bremen¹⁴⁸ war der am 9. Dezember 1634 sein Amt tretende dritte Sohn König Christians IV. von Dänemark Prinz Friedrich.¹⁴⁹ Bei der Einnahme des Erzstiftes im Frühjahr des Jahres 1632 durch die schwedischen Truppen,¹⁵⁰ war es ihm während der Jahre 1635/36

¹⁴³ Zedler, Universal Lexicon, XXIX. Band, Razeburg, Ratzeburg, das Bißthum, ..., Sp. 1193-1195 (1194-1195).

¹⁴⁴ Pütter, Geist des Westphaelischen Friedens, 2. Theil, 1. Buch, III., III., S. 187.

¹⁴⁵ *Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 60.

¹⁴⁶ § 1 u. § 7 (*Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 50-52).

¹⁴⁷ § 7-§ 9: für die beiden nunmehrigen Herzogtümer Bremen und Verden Bremen und Verden wurden weiterhin ihre Stimmen im Reichsfürstenrat geführt (*Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 53).

¹⁴⁸ *Meiern*, Acta Pacis Westphalicae Publica, III. Theil, 20. Buch, § XIV., zu: „1646. Junius.“, Lit. A., S. 168-170 (169-170) „Geistliche Fuersten und Praelaten, welche Jmmediat= Reichs= Staend und Evangelisch seynd. Ertz= Bischöffe. ... 2. Bremen. ...“ und Pütter, Geist des Westphaelischen Friedens, 1. Theil, 2. Buch, III., XIII., S. 124.

¹⁴⁹ Er war am 24. Okt. 1621 vom Domkapitel zum Koadjutor mit Nachfolge gewählt worden (Lorenz, Das Erzstift Bremen während des Westfälischen Friedenskongresses, Teil A, 2., b), S. 14) und hatte nach dem Tod des bisherigen Administrators Johann Friedrich von Hollstein-Gottorp am 13. Sept. 1634 sein Amt als Erzbischof und Administrator angetreten (*ebd.*, 5., a), S. 24-25).

¹⁵⁰ König Christian IV. von Dänemark hatte, um seinem Sohn die Anwartschaft gegenüber den Kaiserlichen zu sichern, während der Jahre 1625/26 die beiden Stifter Bremen und Verden handstreichartig besetzen lassen (Lorenz, Das Erzstift Bremen während des Westfälischen Friedenskongresses, Teil A, 4., S. 18-19). Das Erzstift, welches im Jahr 1628 von den Kaiserlichen unter Tilly besetzt worden war, war nach der Schlacht von

überlassen,¹⁵¹ jedoch im Frühjahr 1645 erneut von den schwedischen Truppen und entgegen seinem Willen ex jure belli besetzt worden.¹⁵²

Dem primär die Restitution seines Erzstiftes und sekundär eine anderweitige territoriale Entschädigung anstrebenden Erzbischof war zuerst von kaiserlicher Seite, ohne schwedischen Widerspruch, eine Geldentschädigung in Aussicht gestellt gewesen.¹⁵³ Mit dem Tod des bis dahin für die dänische Thronfolge vorgesehenen Prinzen Christian am 12. Juni 1647 und der damit für ihn eröffneten Nachfolge auf den dänischen Thron,¹⁵⁴ stand man von kaiserlicher und schwedischer Seite einer Entschädigung ablehnend gegenüber.¹⁵⁵

Nach dem Tod von König Christian IV. von Dänemark am 9. April 1648 war Erzbischof Friedrich von dem schwedischen Reichsrat und der Ständeversammlung am 28. April 1648 zum neuen König gewählt und am 3. Dezember 1648 zum neuen König gekrönt worden.¹⁵⁶

Auf Rat des Reichsrates, nach welchem Friedrich vor seiner Krönung auf sein Erzstift verzichten sollte, erklärte gab er Ende Mai 1648 gegenüber kaiserlichen und schwedischen Gesandten einen mündlichen Verzicht auf das Erzstift und auf eine finanzielle Entschädigung. Diese seine Zustimmung zur Abtretung des Erzstiftes an die Königin von Schweden sollte nicht in den Friedensvertrag aufgenommen werden.¹⁵⁷ Friedrich resignierte im September 1648 beim Domkapitel.¹⁵⁸

Breitenfeld am 17. Sept. 1631 von den schwedischen Truppen im Einvernehmen mit seinem damaligen Administrator besetzt worden (*ebd.*, S. 18-19).

¹⁵¹ Am 18. Febr. 1635 erfolgte mit Schweden die Neutralisierung, welche von Kaiser Ferdinand II. am 28. Juli 1636 mit einer Exemption bestätigt wurde (*Lorenz*, Das Erzbistum Bremen während des Westfälischen Friedenskongresses, Teil A, 5., b) und c), S. 25-30, 6., S. 30-32).

¹⁵² *Lorenz*, Das Erzstift Bremen während des Westfälischen Friedenskongresses, Teil A, 8., S. 50-51.

¹⁵³ Diese betrug 100 000 Reichstaler (*Lorenz*, Das Erzstift Bremen während des Westfälischen Friedenskongresses, Teil C, Kap. III, 5., S. 172-174, Kap. II., 6., c), S. 145-150, Kap. III, 4., S. 171-172).

¹⁵⁴ *Lorenz*, Das Erzstift Bremen während des Westfälischen Friedenskongresses, Teil C, Kap. III, 6., S. 174.

¹⁵⁵ Auch von anderen Gesandtschaften stand man nunmehr einer Geldentschädigung kritischer gegenüber, insbesondere wurde ihre Erhöhung abgelehnt (*Lorenz*, Das Erzstift Bremen während des Westfälischen Friedenskongresses, Teil C, Kap. III, 6., S. 175-176).

¹⁵⁶ *Lorenz*, Das Erzstift Bremen während des Westfälischen Friedenskongresses, Teil C, Kap. IV, 3., S. 184-185.

¹⁵⁷ *Lorenz*, Das Erzstift Bremen während des Westfälischen Friedenskongresses, Teil C, Kap. IV, 4., S. 185-188.

¹⁵⁸ *Lorenz*, Das Erzstift Bremen während des Westfälischen Friedenskongresses, Teil C, Kap. IV, 5., S. 188-189.

bb) Entschädigung Bischofs Wilhelm von Verden durch die Zusprache des Hochstiftes Regensburg

Letzter Fürstbischof des evangelischen reichsständischen Hochstiftes Verden¹⁵⁹ war Franz Wilhelm Graf von Wartenberg,¹⁶⁰ auch Fürstbischof des Hochstiftes Minden.¹⁶¹ Für den Verlust von Verden war er ebenso, wie für Minden mit dem Hochstift Regensburg entschädigt worden.¹⁶²

6. Die Regelungen des IPM

a) In Lothringen

aa) Die Abtretung der drei Hochstifter und gleichnamigen Reichsstädte Metz, Toul und Verdun an König Ludwig XIV. von Frankreich

In den § 71-§ 73 IPM waren die Oberherrschaft, die Landeshoheit und alle anderen Rechte auf die Bistümer Metz, Toul, Verdun und die drei gleichnamigen Städten und Gebiete jener Bistümer und namentlich Moyenvic¹⁶³ in derselben Weise, wie sie bisher dem Römischen Reich zugehörten, der Krone Frankreich übertragen und ihr auf immer und unwiderruflich einverleibt worden, vorbehaltlich der Metropolitanrechte des Erzbischofs von Trier.¹⁶⁴

¹⁵⁹ *Meiern*, Acta Pacis Westphalicae Publica, III. Theil, 20. Buch, § XIV., zu: „1646. Junius.“, Lit. A., S. 168-170 (169-170) „... Geistliche Fuersten und Praelaten, welche Immediat= Reichs= Staend und Evangelisch seynd. ... Bischoeffe. ... 2. Verden. ...“ und *Pütter*, Geist des Westphaelischen Friedens, 1. Theil, 2 Buch, III., XIII., S. 124.

¹⁶⁰ Franz Wilhelm Graf von Wartenberg war der erste Sohn des nichtregierenden Herzogs Ferdinand von Baiern (1550-1608) (*Goldschmidt*, Kardinal=Priester Franz Wilhelm, 1. Kap., §. 1. u §. 2., S. 1-7, §. 3., S. 7-8). Das Domkapitel hatte am 29. Sept. 1629 Graf Berchtold von Königseck zum neuen Bischof gewählt gehabt (*ibd.*, 2. Kap., §. 39., S. 65), welche Wahl jedoch an mehreren Mängeln litt und seine Ernennung demnach Papst Urban gebührte. Auf Antrag von Kaiser Franz II. ernannte dieser jedoch in einer Bulle vom 26. Jan. 1630 Franz Wilhelm zum neuen Bischof (*ibd.*, 2. Kap., §. 39., S. 66), welcher zu Beginn des Monats Mai 1630 – Huldigung der Landstände am 2. Mai – seine Regierung antrat (*ibd.*, §. 39., S. 66-69 (66-67)).

¹⁶¹ Oben, S. 965-966.

¹⁶² Oben, S. 966.

¹⁶³ Moyenvic war eine dem Hochstift Metz zugehörnde im Herzogtum Lothringen gelegene Enklave. *Zedler*, Universal Lexicon, XXI. Band, Moyenvic, ..., eine kleine Stadt in dem Bisthum Metz, an dem Fluß Seille in Lothringen. ..., Sp. 2016 und *Großer Historischer Weltatlas*, III. Teil, S. 22/23d, F 2.

¹⁶⁴ *Vast*, Traités Louis XIV, Tome I, I, III, p. 37-38 mit der *Acte original de la cession faite à la France des trois évêché de l'alsace*, ..., p. 58-61.

bb) Nichtvorhandensein einer Säkularisation wegen schon bestehender französischer Souveränität über die drei Hochstifter und Reichsstädte

Metz, Toul und Verdun, die zuerst allein Bischofsstädte waren, hatten während der Regentszeit Kaiser Karls IV. (1346-1378) den Status von Reichsstädten erlangt,¹⁶⁵ wobei sie jedoch noch weiterhin Bischofsstädte¹⁶⁶ mit bischöflichen Rechten über sie geblieben waren.¹⁶⁷

In dem am 15. Januar 1552 zwischen mehreren Fürsten des Reichs und König Heinrich II. von Frankreich abgeschlossenen Vertrag von Chambord¹⁶⁸ war den französischen Königen gegen Geldleistungen¹⁶⁹ das Reichsvikariat über die nicht deutschsprachigen Städte Kammerich, Toul, Metz und Verdun zuerkannt worden:

„... Es wirdet vor guet erachtet, das die Kon. M. zu Frankreich ufs aller fürderlichst die stett, so zum reich von alters gehöret, und nit Teutscher sprach sein, als nemlich Chamerich, Toll in Lottringen, Metz, Verdun, und was derselben mehr weren, ane verzug inneme, und die als ein vicarius des heiligen reichs – zu wilchem titel wir sein Kon. M. zukünftig zu befondern gneigt sein – inhabe und behalte; ...“¹⁷⁰

Obwohl die Fürsten des Reichs hierzu nicht berechtigt waren¹⁷¹ und den Königen von Frankreich die drei Städte nicht abgetreten, sondern ihnen alleinig die Vikariatschaft über sie zuerkannt hatten, wobei auch die Rechte des Reiches über sie ausdrücklich vorbehalten blieben:

„...; doch fürbehalten dem heiligen reich sein gerechtigkeit, so es auf denselben stetten hat, damit die also wider aus des gegentheils handen gepracht. ...“¹⁷²

hatten die Könige von Frankreich sie und die Gebiete der drei Hochstifter nachher einseitig unter ihre Hoheit gebracht.

Bei der gleich im April und Juni 1552 infolge der Vikariatschaft beginnenden französischen Besetzung der drei Städte¹⁷³ waren Toul und Metz nicht mehr in der Lage, das

¹⁶⁵ *Boehm*, Lothringerland, Frankreich im Vormarsch ..., Raub der Reichsstädte, S. 198.

¹⁶⁶ *Boehm*, Lothringerland, Frankreich im Vormarsch ..., Raub der Reichsstädte, S. 200.

¹⁶⁷ Zu Metz: *Zedler*, Universal Lexicon, XX. Band, Metz, eine Beschoeffliche Stadt in Lothringen, ..., Sp. 1403-1407 (1403-1404); zu Toul: *ebd.*, XXXIV Band, Toul oder Tull, ..., eine Stadt an der Mosel in Lothringen. ..., und ist ein Bischoefflicher Sitz, ..., Sp. 1648-1655 (1649-1650); zu Verdun: *ebd.*, XXXVII. Band, Verdun, ..., eine ... befestigte Stadt, ..., in Lothringen, ..., Sp. 378-390 (379-380)).

¹⁶⁸ *Briefe und Akten zur Geschichte des sechzehnten Jahrhunderts*, III. Band, 902., S. 340-350.

¹⁶⁹ Sie wurden von den deutschen Fürsten im Kampf um die deutschen Libertäten und gegen die spanischen Servituten benötigt.

¹⁷⁰ *Briefe und Akten zur Geschichte des sechzehnten Jahrhunderts*, III. Band, 902., S. 346.

¹⁷¹ *Kaufmann*, Die Reunionskammer zu Metz, 1. Teil, I., in: *JBfLG*, 11. Jahrg., S. 6.

¹⁷² *Briefe und Akten zur Geschichte des sechzehnten Jahrhunderts*, III. Band, 902., S. 346.

Ihre zu den Reichsangelegenheiten beizutragen.¹⁷⁴ In den Jahren 1601/08 mussten in ihnen und in den beiden gleichnamigen Hochstiftern Bürgerschaft, Bischof und Domkapitel König Heinrich IV. einen Treueeid schwören, welcher den „Seigneur protecteur“ alle Rechte eines Souverains innehaben ließ.¹⁷⁵

Das Hochstift Metz wurde seit dem Jahr 1609 durch königlichen Erlass im Namen des Königs von Frankreich verwaltet. Im Jahr 1613 musste sein jugendlicher Bischof Karl von Lothringen und im Jahr 1614 der für ihn das Hochstift verwaltende Ausschuss des Domkapitels gleichfalls den geforderten Treueeid schwören.¹⁷⁶

Mit dem Verbot der Appellation an das Reichskammergericht im Jahr war für die drei Hochstifter das letzte äußerliche Band zum Reich zerschnitten.¹⁷⁷ Mit dem Tod von Heinrich IV. am 14. Mai 1610 war die Annexion der drei Hochstifter vollzogen.¹⁷⁸

Am 15. Januar 1633 richtete Ludwig XIII. das Parlement zu Metz ein und ließ sich zum Souverain dieser Stadt, der drei Hochstifter und aller davon abhängigen Lande erklären.¹⁷⁹

Obwohl bei den drei Hochstiftern noch gelegentlich Belehnungen durch den Kaiser erfolgten,¹⁸⁰ hatten sie und die gleichnamigen Städte beim Westfälischen Friedensschluss bereits unter der Souveränität der französischen Könige gestanden und ihre im IPO erfolgten Zusprechungen an diese beinhalteten keinen tatsächlichen Verlust von Reichsgebieten¹⁸¹ und hinsichtlich der drei Hochstifter auch keine Säkularisationen.¹⁸²

¹⁷³ Kaufmann, Die Reunionskammer zu Metz, 1. Teil, I., in: *JBfLG*, 11. Jahrg., S. 6.

¹⁷⁴ Zedler, Universal Lexicon, XXXIV. Band, Toul oder Tull, ..., eine Stadt an der Mosel in Lothringen. ..., und ist ein Bischoefflicher Sitz, ..., Sp. 1648-1655 (1649).

¹⁷⁵ Kaufmann, Die Reunionskammer zu Metz, 1. Teil, I., in: *JBfLG*, 11. Jahrg., S. 12-13.

¹⁷⁶ Kaufmann, Die Reunionskammer zu Metz, 1. Teil, I., in: *JBfLG*, 11. Jahrg., S. 13.

¹⁷⁷ Kaufmann, Die Reunionskammer zu Metz, 1. Teil, I., in: *JBfLG*, 11. Jahrg., S. 13.

Zedler, Universal Lexicon, XXXVII. Band, Verdun, ..., eine ... befestigte Stadt, ..., in Lothringen, ..., Sp. 378-390, Im Jahr 1628 wurde der Stadt verboten, nicht mehr nach Speyer zu appelliren, und dem Bischoffe kein Gefaelle mehr zukommen zu lassen. ...“ (Sp. 379).

¹⁷⁸ Kaufmann, Die Reunionskammer zu Metz, 1. Teil, I., in: *JBfLG*, 11. Jahrg., S. 13-14.

¹⁷⁹ Kaufmann, Die Reunionskammer zu Metz, 1. Teil, IV., in: *JBfLG*, 11. Jahrg., S. 43-48.

¹⁸⁰ Boehm, Lothringerland, Todeskampf des freien Lothringens ..., Französisches Schreckensregiment, S. 270-271.

¹⁸¹ Bei den beiden Hochstifter Metz und Verdun waren ihre Bischöfe auch weiterhin in ihren Ämtern geblieben. Zu Metz: Zedler, Universal Lexicon, XX. Band, Metz, eine Bischoeffliche Stadt in Lothringen, ..., Sp. 1403-1407 (1407: Ziff. 86 u. 87) und *Le diocèse de Metz*, Chap. X, p. 119. Für das Hochstift Verdun war in § 73 IPM ausdrücklich festgelegt worden war, dass Herzog Franz von Lothringen als rechtmäßiger Besitzer in dasselbe wieder einzusetzen ist und er seine Rechte, soweit sie der Abtretung nicht entgegenstehen, wieder ausüben darf (*Vast*, Traités Louis XIV, Tome I, I, III, p. 38 und Zedler ebd., XXXVII. Band, Verdun, ..., eine ... befestigte Stadt, ..., in Lothringen, ..., Sp. 378-390 (382: Ziff 97 u. 98)). Im Hochstift Toul bestand eine

b) Im Elsass

- aa) Die Abtretung der Stadt Breisach, der Landgrafschaft Ober- und Unterelsass, des Suntgaues und der Landvogtei über die 10 im Elsass gelegenen Reichsstädte an König Ludwig XIV.

Nach §§ 71, 75, 76 und 89 IPM begab sich der Kaiser, für sich wie für das Haus Österreich und das Reich, aller Befugnisse, Eigentumsrechte, Herrschaften, Besitzungen und Gerichtsbarkeiten, die bis jetzt ihm, dem Reich und dem Haus Österreich auf die Stadt Breisach, die Landgrafschaft Ober- und Unterelsass, den Suntgau und die Landvogtei über die zehn im Elsass gelegenen Reichsstädte¹⁸³ zustanden und übertrug diese alle und jede auf die Allerchr. Maj. und das Königreich Frankreich, wobei der König von Frankreich sich verpflichtete, in diesen Orten samt und sonders die katholische Religion zu erhalten, wie sie unter den österreichischen Fürsten erhalten worden war und alle Neuerungen die sich während des Krieges eingeschlichen hatten, wieder zu beseitigen.¹⁸⁴

bb) Keine Entschädigung für diese Abtretung

Das rechtsrheinisch gelegene (Alt)-Breisach¹⁸⁵ gehörte dem Haus Habsburg zu,¹⁸⁶ welche Stadt in ihrem gebietlich territorialen Besitz und ihrer hoheitlichen Zugehörigkeit an die Krone Frankreich gelangte.

Der linksrheinisch gelegene Suntgau¹⁸⁷ gehörte gleichfalls dem Haus Habsburg zu¹⁸⁸ und gelangte gebietlich und hoheitlich an die Krone Frankreich.

Bischofsvakanz (*Zedler* ebd., XXXXIV. Band, Toul oder Tull, ..., eine Stadt an der Mosel in Lothringen. ..., Sp. 1648-1655 (1652: Ziff. 86 u. 87) und *Picart*, Histoire de la ville et du diocèse de Toul, Livre 5., Chap. IX., p. 700-701, Chap. X., p. 701).

¹⁸² *Kaufmann*, Die Reunionskammer zu Metz, 1. Teil, V., in: *JBfLG*, 11. Jahrg., S. 50 „... Durch den Friedensschluss sollte zunächst der thatsächliche Besitz der Bistümer in einen staatsrechtlich anerkannten verwandelt werden; ...“ und *Pütter*, Geist des Westphaelischen Friedens, 2. Theil, 1. Buch, VI., II., S. 225-226 „... Die wenigste Schwierigkeit machte die Forderung von M e t z, T u l l, V e r d u n, sowohl was diese drei Staedte als auch die dortigen Bisthuemer betraf, in deren besitz die Krone Frankreich schon seit dem Jahre 1552. gewesen war, da der Koenig Heinrich der II. in Gefolg des mit dem Churfuersten Moritz von Sachsen geschlossenen Buendnisses, um dem Kaiser Carl dem V. zu Erhaltung der Teutschen Freyheit eine Diversion zu machen, sie in besitz genommen hatte. Im Muensterischen Frieden wurde jetzt nur das Siegel darauf gerdrueckt, daß die Hoheit ueber diese Bistuemer und Staedte nebst den zu den Bisthuemern gehoerigen Districten, darunter namentlich Moyenwick, mit allen Rechten, die vorher das Teutsche Reich daran gehabt hatte, auf bestaendig und unwiederrufflich der Krone Frankreich uebertragen und einverleibt werden soll. ...“.

¹⁸³ Hagenau, Colmar, Schlettstadt, Weissenburg, Landau, Oberehnbach, Rosheim, Münster im St. Gregoriental, Kaysersberg und Türkheim (§ 75 IPM, in: *Vast*, Traités de Louis XIV, Tome I, I, p. 38-39).

¹⁸⁴ *Vast*, Traité Louis XIV, Tome I, I, III, p. 37-40, 44-45 mit *Acte original de la cession de l'Alsace faite à la France par L'Empereur* ..., p. 62-64 und *Acte original faite à la France* ..., de Brisack ..., p. 58-61.

¹⁸⁵ *Großer Historischer Weltatlas*, III. Teil, S. 21a, C 4.

¹⁸⁶ *Dickmann*, Der Westfälische Frieden, 2. Teil, 9. Kap., Der Kampf um Breisach, S. 279.

Die Landgrafschaft Elsass im Oberelsass hatten die Habsburger seit Jahrhunderten innegehabt. Sie hatten aus ihr¹⁸⁹ einen geschlossenen Territorialstaat geschaffen, wobei Ritterschaft und Geistlichkeit zumeist landsässig waren.¹⁹⁰ Im Unterelsass um Straßburg zerfiel sie dagegen in eine Vielzahl von kleineren Territorien, womit die Bischöfe von Straßburg seit dem Jahr 1384 belehnt und seit 1600 österreichische Erbprinzen waren. Bei der Befreiung des Adels von der Landgrafschaft, welcher dadurch reichsunmittelbar wurde, bestand sie noch aus geringem Besitz und aus Ehrenrechten.¹⁹¹

Die zur Verwaltung des Reichsgutes berechtigende elsässische Reichslandvogtei, vom Haus Habsburg innegehabt, beschränkte sich seit dem 17. Jahrhundert auf die zehn Reichsstädte Hagenau, Colmar, Schlettstadt, Weißenburg, Landau, Oberehnbach, Rosheim, Münster im St. Gregoriental, Kaysersberg, Türkheim, den Hagenauer Reichswald und auf 40 Reichsdörfer im Unterelsass. Bei den zehn in der Dekapolis zusammengeschlossenen kaiserlichen Städten beinhaltete sie noch eine Mitwirkung bei den städtischen Wahlen und kam allein außerhalb derselben noch einer Landesherrschaft gleich.¹⁹²

¹⁸⁷ *Großer Historischer Weltatlas*, III. Teil, S. 21a, C 5.

¹⁸⁸ *Dickmann*, Der Westfälische Frieden, 2. Teil, 7. Kap., Bayern und die französische Satisfaktion ..., S. 236.

¹⁸⁹ Aus dem ihr zugehörenden Gut mit Schutzrechten, aus eigenem und staufischem Familienbesitz und noch Königsgut und alte Domainen.

¹⁹⁰ Falls die Ritterschaft und die Geistlichkeit ihre Reichsunmittelbarkeit behielten, gerieten sie dennoch in starke Abhängigkeit zu den Habsburgern, welches Haus Habsburg sie auch auf den Reichs- und Kreistagen und dem von ihm geleiteten gesamtelsässischen Landtag vertrat (*Dickmann*, Der Westfälische Frieden, 2. Teil, 7. Kap., Bayern und ..., S. 236-237 und *Pütter*, Geist des Westphaelischen Friedens, 2. Theil, 1. Buch, VI., IV. u. V., S. 232-234, VII., S. 235-236).

¹⁹¹ Die Ehrenrechte zur Belehnung der Vasallen und zur Berufung und Leitung des unterelsässischen Landtages (*Dickmann*, Der Westfälische Frieden, 2. Teil, 7. Kap., Bayern und ..., S. 236-237 und *Pütter*, Geist des Westphaelischen Friedens, 2. Theil, 1. Buch, VI., IV. u. V., S. 232-234, VII., S. 235-236).

¹⁹² Die zehn Reichsstädte hatten sich in der Dekapolis zusammengeschlossen und wussten sich gegen den Landvogt kräftig zu wehren. Die Landvogtei machte bei ihnen allein noch eine bescheidene, eng umgrenzte Mitwirkung bei gewissen städtischen Wahlen aus (*Dickmann*, Der Westfälische Frieden, 2. Teil, 7. Kap., Bayern und ..., S. 237; *Pütter*, Geist des Westphaelischen Friedens, 2. Theil, 1. Buch, VI. u. VII., S. 234-236 und *Reuss*, L'Alsace au dix-septième siècle, Vol. I, Livre 4., Chap. 6., §. 1., p. 447-457).

Mit dieser Abtretung der Reichslandvogtei an die Krone Frankreichs schieden die zehn Reichsstädte nicht aus dem Reichsverband aus, da allein die dem Haus Habsburg zugestandenen vogteilichen Rechte an diese gelangten (*Henrich*, Landau in den Jahren 1648-1714, 2. Hauptteil, A., I., II., 1)-4), S. 89-103). Sie wurden jedoch während der Jahren 1673-1679 von Ludwig XIV., einseitig und eigenmächtig unter seine Souveränität gestellt. *Reuss* ebd., §. 2-§. 11, p. 457-497 und *Srbik*, Wien und Versailles 1692-1697, I., S. 10 ,... Es folgt von 1673 an die gewaltsame Unterwerfung der treuen zehn elsässischen Reichsstädte Kolmar, Schlettstadt, Oberehnheim, Rosheim, Münster, Türkheim, Hagenau, Weißenburg, Landau und Kaysersberg. Plünderung wird ihr Schicksal, ihre Mauern werden dem Erdboden gleichgemacht, Weißenburg und Hagenau werden niedergebrannt, Kolmar und Schlettstadt werden von den Franzosen neu befestigt, bis sie alle 1679 dem Bevollmächtigten des Königs den Treueeid leisten. ...“

Im IPM wurden allein die vom Haus Habsburg im Elsass gehaltenen Besitzungen und Rechte abgetreten und nicht, wie dies auch von französischer Seite geltend gemacht wurde, das gesamten Elsass (*Overmann*, Die Abtretung des Elsass an Frankreich im Westfälischen Frieden, in: *ZGO*, XIX. Band, S. 79-111, 434-478, XX. Band, S. 103-145 und *Ludwig*, Die deutschen Reichsstände im Elsaß, 1. Kap., S. 1-8).

Für diesen Verlust seines gebietlich-territorialen Besitzes und seiner Hoheitsrechte, mit ihrem Ausscheiden aus dem Reichsverband – um der Krone Frankreich die Möglichkeit zu nehmen, mit ihnen eine Reichsstandschaft zu erwerben¹⁹³ – waren dem Haus Habsburg keine Entschädigungen zuerkannt worden.

7. Ergebnis: Kein einheitliches Prinzip der im Westfälischen Frieden durchgeführten Entschädigungen

a) Die generelle Frage der Gewährung einer Entschädigung

Den im IPO ihre Territorien an Schweden abgebenden beiden reichsständischen Häusern Brandenburg und Mecklenburg-Schwerin waren im Reich durch die Säkularisation der Erz- und Hochstifter Halberstadt, Minden, Camin, Magdeburg, Schwerin, Ratzeburg gebietliche Entschädigungen¹⁹⁴ und dem gesamten Haus Mecklenburg zusätzlich 2 Dompfründen und ein landsässiges geistliche Gebiet zuerkannt worden.¹⁹⁵

Die in § 77 IPM Frankreich erfolgte Einräumung des Besatzungsrechtes in der rechtsrheinisch im Hochstift Speyer gelegenen Festung Philippsburg (*Großer Historischer Weltatlas*, III. Teil, S. 22-23a, D 4), wobei das Eigentum und die Hoheitsrechte außer dem Schutzrecht weiterhin beim Bischof und Kapitel von Speyer verblieben (*Vast*, *Traité de Louis XIV*, Tome I, I, III, p. 40), beinhaltete keinen gebietlich-territorialen Übergang oder ein hoheitliches Ausscheiden aus dem Reich.

Die in § 71 u. § 74 IPM von Kaiser und Reich an Frankreich ausgesprochene Abtretung und Übertragung von Pinerolo (*Vast* ebd., p. 37-38) betraf eine im Fürstentum Piemont gelegene Besitzung und damit ein dem Nebenland Italien zugehörendes Gebiet (*Hoff*, *Das Teutsche Reich*, I. Theil, 1. Abtheilung, II., 5., Verzeichniß der deutschen Reichs=Lehen in Italien, 12., S. 116-117 und *Großer Historischer Weltatlas* ebd., S. 12a, BC 2).

¹⁹³ Beim Pyrenäenfrieden 1659 und beim Aachener Friede von 1668 (Devolutionskrieg 1667-1668), beide abgeschlossen zwischen den beiden Königreichen Frankreichs und Spaniens (Spanische Habsburger) wurde die Frage eines möglichen Erwerbes der Reichsstandschaft durch die Krone Frankreichs auch insbesondere akut und ihr nicht nachgegeben (unten, S. 985-986, 986-987).

¹⁹⁴ *Baur*, *Allgemeine Grundsätze des Völkerrechtes*, 2. Hauptstück, §. V., 2., S. 177-184 vertritt die Ansicht, dass die im Westfälischen Friedensschluss durchgeführten Säkularisationen ihren Anlass und ihre Motivation in den zur Beendigung des zwischen den beiden Religionsparteien bestandenen Bürgerkrieges von ihnen vorzunehmenden vermögensrechtlichen Auseinandersetzungen, und nicht in einem subjektiven Entschädigungsausgleich für die beiden Häuser Brandenburg und Mecklenburg gehabt hätten. Die Protestanten hätten diese Güter den Katholiken, welche immer nur vermöge des Restitutionsediktes und des geistlichen Vorbehaltes auf sie Anspruch machten, diesen wieder entrissen.

Diese Ansicht steht jedoch bei den im IPO vorgenommenen Abtretungen und Säkularisationen der Erz- und Hochstifter Bremen und Verden an die Krone Schwedens, den an das Haus Brandenburg gelangten säkularisierten Erz- und Hochstifter Magdeburg, Halberstadt, Minden, Camin und den dem Haus Mecklenburg-Schwerin zugesprochenen beiden Hochstifter Schwerin und Ratzeburg in einem eindeutigen Widerspruch zu den getroffenen Regelungen, nach welchen die Zusprache dieser Stifter an die neuen Landesherren einen zugunsten von ihnen zu gewährenden Entschädigungsausgleich bezweckten.

Zu den an das Haus Brandenburg gelangten Gebieten Art. XI IPO,

§ 1 „Pro aequivalente autem recompensatione electori Brandenburgico, ..., quod ad promovendam pacem universalem iuribus suis in Pomeraniam citeriorem et Rugiam una cum ditionibus locisque supra annexis cesserit, ... tradatur episcopatus Halberstadiensis cum omnibus iuribus, privilegiis, ...“ (*Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Ceasareo-Suecicum ..., S. 55),

Von den ihre Erz- und Hochstifter der Krone Schweden gleichfalls als Kriegsgewinn abgebenden Erzbischof von Bremen und Bischof von Verden hatte der erstere auf sein Erzstift und eine Geldentschädigung verzichten müssen und hatte der zweite eine gebietliche Entschädigung mit dem Hochstift Regensburg erhalten.¹⁹⁶

Bei den im IPM ihre Hochstifter und Reichstädte an die siegreiche ausländische Macht Frankreich als Kriegsgewinn abgebenden lothringischen Bischöfen von Metz, Toul, Verdun und den gleichnamigen Reichsstädten hatte wegen der schon vorhandenen Souveränität des Königs von Frankreich kein tatsächlicher Verlust von Eigentum und Hoheitsrechten vorgelegen.¹⁹⁷

Dem seine Gebiete und Hoheitsrechte im Elsass an Frankreich als Kriegsgewinn abgebenden Haus Habsburg war keine Entschädigung durch das Reich zuerkannt worden.¹⁹⁸

Es bestanden demnach bereits in Bezug auf die generelle Frage, ob den verlierenden Reichsständen hierfür Entschädigungen zu gewähren seien, unterschiedliche Regelungen.

b) Die Verwendung von Säkularisationen geistlicher Staaten als Entschädigung

Das reichsständische Haus Brandenburg war mit den Erz- und Hochstiftern Minden, Camin, Magdeburg und Halberstadt durch staatsrechtliche Säkularisationen entschädigt worden.¹⁹⁹

Bei dem Hochstift Minden hatte sein Fürstbischof für den Verlust seines Hochstiftes das Hochstift Regensburg als Ausgleich erhalten,²⁰⁰ so dass keine vermögensrechtliche Säkularisation eines geistlichen Reichsstandes vorlag.

§ 4 „Eidem domino electori ... tradatur episcopatus Mindanus cum omnibus iuribus ... pari ratione ut antememoratus episcopatus Halberstadiensis in feudum perpetuum ...“ (S. 56),

§ 5 „Dicto domino electori ... episcopatus quoque Cammenensis in feudum perpetuum ab imperatore et imperio concedatur eodem plane iure et modo ut supra de episcopatu Halberstadiensi et Mindano dispositum est, ...“ (S. 56),

§ 6 „Similiter concedatur domino electori expectantia in archiepiscopatum Magdeburgensem, ..., prout supra de episcopatu Halberstadiensi dispositum est, ...“ (S. 57).

Zu den an das Haus Mecklenburg-Schwerin gelangten Gebieten Art. XII § 1 IPO „Pro eo vero quod duci Megapolitano Suerinensi, domino Adolpho Friderico, in alienatione civitatis portusque Wismariensis decedit, competant ... episcopatus Suerinensis et Ratzeburgensis iure perpetui et immediati feudi ...“ (S. 59).

¹⁹⁵ Oben, S. 963-964, 970.

¹⁹⁶ Oben, S. 972-974.

¹⁹⁷ Oben, S. 974-977.

¹⁹⁸ Oben, S. 977-979.

¹⁹⁹ Oben, S. 963-964.

²⁰⁰ Oben, S. 965-966.

Bei dem Hochstift Camin war sein Fürstbischof bereits von dem Haus Brandenburg – Patronat – abhängig gewesen und hatte freiwillig gegen eine Geldentschädigung auf sein Hochstift verzichtet,²⁰¹ womit eine vermögensrechtliche Säkularisation nicht gegeben war.

Bei dem Erzstift Magdeburg konnte sein abgebender Administrator das Erzstift bis zu seinem Lebensende behalten,²⁰² womit keine vermögensrechtliche Säkularisation gegeben war.

Bei dem Hochstift Halberstadt hatte der dem Haus Habsburg zugehörige Fürstbischof weder eine gebietliche noch eine wertmässige Ausgleichung erhalten,²⁰³ wodurch mit der staatsrechtlichen Säkularisation auch die vermögensrechtliche Säkularisation vorhanden war.

Das seine Gebiete an Schweden abgebende Haus Mecklenburg-Schwerin war durch die Hochstifter Schwerin und Ratzeburg, also mit staatsrechtliche Säkularisationen, und die dem gesamten Haus Mecklenburg zugesprochenen beiden sträburgischen Dompfründen und einen noch auszuhandelnde kleineren landsässigen geistlichen Besitz entschädigt worden.²⁰⁴

Bei beiden Hochstiftern waren keine regierenden Fürstbischöfe vorhanden.²⁰⁵ Das Hochstift Schwerin hatte bereits den Herzog von Mecklenburg-Schwerin als Administrator gehabt und war diesem landsässig gewesen.²⁰⁶ Das Hochstift Ratzeburg hatte den Herzog von Mecklenburg-Güstrow zum Administrator, welcher für seinen Verlust an das Haus Mecklenburg-Schwerin 2 auswärtige Dompfründen der Erz- und Bistümer Magdeburg²⁰⁷ und Halberstadt²⁰⁸ erhielt.²⁰⁹ Zusätzlich waren dem gesamten Haus Mecklenburg als Entschädigung für den Verlust seiner Rechte an den beiden Hochstifter die 2 sträburgischen Dompfründen und der landsässige geistliche Besitz zuerkannt worden.²¹⁰ Demnach lag der Hingabe der beiden Hochstifter an das Haus Mecklenburg-Schwerin keine vermögensrechtliche Säkularisation zugrunde.

²⁰¹ Oben, S. 966-968.

²⁰² Oben, S. 968-969.

²⁰³ Oben, S. 964-965.

²⁰⁴ Oben, S. 970.

²⁰⁵ Oben, S. 971, 971-972.

²⁰⁶ Oben, S. 971.

²⁰⁷ Bei der Säkularisation des Erzstiftes Magdeburg bestand das Erzbistum Magdeburg mit seinem Domkapitel weiter fort.

²⁰⁸ Bei der Säkularisation des Hochstiftes Halberstadt bestand das Bistum Halberstadt mit seinem Domkapitel weiter fort.

²⁰⁹ Oben, S. 971-972.

²¹⁰ Oben, S. 970.

Der Erzbischof von Bremen musste wegen der Annahme der dänischen Königskrone auf einen gebietlichen Ausgleich oder eine geldmäßige Entschädigung verzichten,²¹¹ womit bei ihm gleichfalls eine staatsrechtliche, aber keine vermögensrechtliche Säkularisation gegeben war.

Der ebenfalls sein Hochstift abtretende Bischof von Verden war mit dem Hochstift Regensburg, also mit einem anderen geistlichen Gebiet entschädigt worden,²¹² womit beim Hochstift Verden zwar eine staatsrechtliche, aber keine vermögensrechtliche Säkularisation vorlag.

Demnach lagen bei den Entschädigungen für die an die Krone Schweden gelangten Gebiete in allen Fällen staatsrechtliche Säkularisationen, jedoch nur bei dem Hochstift Halberstadt zugleich eine vermögensrechtliche Säkularisation vor. Auch bei den direkt an die Krone Schweden gelangten Erz- und Hochstiftern Bremen und Verden bestanden nur staatsrechtliche und keine vermögensrechtlichen Säkularisationen.

Nur bei dem Fürstbischof von Halberstadt hatte wie nach Art. VII des Friedensvertrages von Lunéville eine staats- und vermögensrechtliche Säkularisation dahingehend stattgefunden, dass ein geistlicher Reichsstand sein Stift an einen erblichen Reichsstand abgeben musste, ohne selber einen gebietlichen oder wertmäßigen Ausgleich zu erhalten.

Das Haus Braunschweig-Lüneburg hatte trotz seiner Koadjutorien²¹³ auf die Erzstifter Magdeburg, Bremen und die beiden Hochstifter Halberstadt, Ratzeburg²¹⁴ in Art. XII § 14 IPO verzichtet.²¹⁵ Diese Verzichte²¹⁶ waren dem Haus Braunschweig-Lüneburg in Art. XIII IPO durch die bischöflich-evangelischen Sukzession in das katholisch-protestantisch alternierende Hochstift Osnabrück,²¹⁷ und die zwei säkularisierten Klöster Walkenried, Gröningen,²¹⁸ zwei Dompfründen des Hochstiftes Straßburg,²¹⁹ Aufhebung von gegen das

²¹¹ Oben, S. 972-973.

²¹² Oben, S. 974, 965-966.

²¹³ Die Koadjutorien hätten bei dem Erwerb der Stifter mit ihren staatsrechtlichen Säkularisationen durch die Häuser Brandenburg (Magdeburg, Halberstadt), Mecklenburg-Schwerin (Ratzeburg) als kirchliche Institutionen ihrer Erz- und Bistümer weiter fortbestanden.

²¹⁴ Erzstift Magdeburg: Herzog Ernst August von Braunschweig-Lüneburg, Koadjutor seit 1646; Erzstift Bremen: Herzog Georg Wilhelm ..., Koadjutor seit 1645; Hochstift Ratzeburg: Herzog Friedrich ..., Koadjutor seit 1637; Hochstift Halberstadt: Prinz Anton Ulrich von Braunschweig-Wolfenbüttel, Koadjutor seit 1647; (Pütter, Geist des Westphaelischen Friedens, 2. Theil, 1. Buch, IV., I. u. II., S. 193-195; Dickmann, Der Westfälische Frieden, 2. Teil, 10. Kap., Säkularisationen ..., S. 319-320 und Art. XIII § 1 IPO, in: *Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 61).

²¹⁵ *Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 64.

²¹⁶ Die Verzichte erfassten die weltlichen und die kichlich-geistlichen Anwartschaften.

²¹⁷ § 1, § 4-§ 6 (*Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 61-63).

²¹⁸ § 9 u § 10 (*Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 63-64) und Pütter, Geist des Westphaelischen Friedens, 2. Theil, 1. Buch, IV., XIII. u. XIV., S. 206-209.

Haus Braunschweig-Lüneburg bestehenden Geldforderungen²²⁰ und Gerichtsprivilegien²²¹ ausgeglichen worden.²²² Da mit der Aufhebung der Koadjutorien an den 4 Erz- und Hochstiftern keine staatsrechtlichen Säkularisationen gegeben waren, machten sie auch keine vermögensrechtliche Säkularisation aus.

c) Kein Präzedenzfall durch den Westfälischen Friedensschluss für die im Friedensvertrag von Lunéville festgelegten Säkularisationen

Im Westfälischen Frieden wurde die generelle Frage, ob verlierenden Reichsstände hierfür im Reich Entschädigungen zu gewähren seien unterschiedlich gehandhabt. Zum Teil wurden Entschädigungen zugesprochen (Brandenburg, Mecklenburg-Schwerin, Fürstbischof von Verden), zum Teil nicht (Haus Habsburg für die Verluste an Frankreich) und wurde zum Teil auf sie verzichtet (Erzbischof von Bremen).

Ebenso wurde die Frage der Entschädigung durch Säkularisationen unterschiedlich gehandhabt. Zwar lagen in vielen Fällen staatsrechtliche Säkularisationen vor, aber nur in einem Fall (Hochstift Halberstadt) zugleich eine vermögensrechtliche Säkularisation. Zum Teil waren den geistlichen Reichsständen Entschädigungen gewährt worden, zum Teil nicht

Die unterschiedliche Behandlung der Verluste des Hauses Habsburg und der anderen Reichsständen hatte ihren Grund darin, dass der Kaiser mit seinem Haus Österreich als jene Macht angesehen wurde, welche den Krieg gegen die Königreiche Schweden und Frankreich geführt und verloren hatte.

²¹⁹ § 13: Für die 2 jüngeren Söhne Herzogs August von Braunschweig-Lüneburg Anton Ulrich und Ferdinand Albrecht (*Instrumenta Pacis Westphalicae, ... Caesareo-Suecicum ...*, S. 64) und *Pütter*, Geist des Westphälischen Friedens, 2. Theil, 1. Buch, IV., XVII., S. 212.

²²⁰ § 11: Eine von Kaiser Ferdinand II. an General Tilly abgetretene Forderung gegen Herzog Friedrich Ulrich von Braunschweig-Lüneburg in Höhe von 40 000 Taler (*Instrumenta Pacis Westphalicae, ... Caesareo-Suecicum ...*, S. 64) und *Pütter*, Geist des Westphälischen Friedens, 2. Theil, 1. Buch, IV., XV., S. 210-211.

§ 12: Die vom Domkapitel des Hochstifts Ratzeburg gegen die cellische Linie des Hauses Braunschweig gehabte Forderung von 20 000 Gulden einschließlich der Zinsen (*Instrumenta Pacis Westphalicae, ... Caesareo-Suecicum ...*, S. 64) und *Pütter*, Geist des Westphälischen Friedens, 2. Theil, 1. Buch, IV., XVI., S. 210-212.

²²¹ Privilegium de non appellando auf 2 000 Goldgulden für die Fürstentümer Zell, Wolfenbüttel, Calenberg, und privilegium electonis fori – als Beklagte der beiden obersten Reichsgerichte – für die Herrn des Hauses Braunschweig-Lüneburg, beide erteilt am 24. Nov. 1648 durch Kaiser Ferdinand II. (*Meiern, Acta Pacis Westphalicae Publica*, VI. Theil, 46. Buch, §. XXXIV., N. II., S. 506-507, N. I., S. 504-505, §. V., S. 400, §. XI., N. I., S. 406-408, §. XIII., S. 418-420, §. XXVIII., S. 466-468 und *Pütter*, Geist des Westphälischen Friedens, 2. Theil, 1. Buch, IV., XVIII., S. 212-213).

²²² *Pütter*, Geist des Westphälischen Friedens, 2. Theil, 1. Buch, IV., XVIII., S. 212-213.

Handbuch der Europäischen Geschichte:

„... Während der Kaiser seine Landesverluste sozusagen selber tragen mußte, hielt man es für nötig, die durch Schweden geschädigten Fürsten von Mecklenburg und Brandenburg zu e n t s c h ä d i g e n. ...“²²³

Bei dem Westfälischen Friedensschluss hatte dann König Ludwig XIII., der sich nach seiner Ansicht nur mit dem Haus Österreich und nicht mit dem Reich im Krieg befand, seinen territorialen Kriegsgewinn allein von den habsburgischen Gebieten und nicht auch von anderen Reichsständen gefordert.²²⁴

Dickmann, Der Westfälische Frieden:

„... Im Kriegszustand aber befand man sich nur mit dem Hause Habsburg und nicht mit dem Reich; wir wissen, welchen Wert man in Frankreich auf diese Unterscheidung legte, und es geschah zweifellos mit vollem Bedacht, wenn die französischen Gesandten und die französische Regierung ihre Forderung auf die österreichischen Rechte und Besitzungen in beiden Elsaß beschränkten. ...“²²⁵

Bei diesen unterschiedlichen Regelungen im Westfälischen Friedensschluss sowohl in Bezug auf die generelle Frage der Gewährung einer Entschädigung als auch der Frage, ob diese Entschädigungen durch Säkularisationen im Reich auszugleichen seien, kann aus dem Westfälischen Friedensschluss kein Präjudiz für die nach dem Lunéviller Frieden zu erfolgenden Säkularisationen entnommen werden.

Weisse; Ueber die Sekularisation Deutscher geistlicher Reichslaender:

„Auch die Regeln, welche der Westphaelische Friede hierbey beobachtete, sind nicht als allgemein geltende Principien, sondern bloß als Normen fuer die einzelnen Sekularisationen anzusehen, auf die sie sich allein bezogen, ohne fuer einen anderweitigen Gebrauch bestimmt zu seyn. ...“²²⁶

²²³ III. Band, B., § 10, q), S. 571.

²²⁴ Auch Königin Christine von Schweden hatte die Ansicht vertreten, sich nur mit dem Haus Habsburg und nicht auch mit dem Reich im Krieg befunden zu haben (oben, S. 960-961). Da es jedoch bei den ihr im Norden angrenzenden und von ihr besetzt gehaltenen Reichsgebiete keine dem Haus Habsburg zugehörenden Territorien gab, konnte sie gegensätzlich zum König von Frankreich nach den tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten ihren territorialen Kriegsgewinn nicht vom Haus Habsburg fordern und erhalten.

²²⁵ 2. Teil, 7. Kap., S. 237-238.

²²⁶ 2. Abschnitt, §. 1., S. 156.

VII

Die Präzedenz der dem Westfälischen Friedensschluss nachfolgenden Friedensverträge

1. Der Pyrenäenfriede vom 7. November 1659

Der nach dem Westfälischen Friedensschluss fortdauernde Krieg zwischen den beiden Königreichen Frankreich und Spanien, wurde durch den am 7. November 1659²²⁷ zwischen den beiden Kronen abgeschlossenen Pyrenäen-Frieden²²⁸ beendet. Bei dem zwar auch Reichsgebiete betreffenden kriegerischen Geschehen²²⁹ war das Reich jedoch weder an den Kriegshandlungen noch an dem Friedensschluss beteiligt gewesen.²³⁰

²²⁷ In Isle des Faisans, der Insel des gemeinsamen Grenzflusses Bidassoa.

²²⁸ *Vast, Traités Louis XIV, Tome I, III, Traité ..., p. 93-175.*

²²⁹ König Philipp IV. von Spanien mit seinen im Burgundischen Kreis gelegenen Spanischen Niederlanden und der Freigrafschaft Burgund war ein Reichsstand. *Dickmann, Der Westfälische Frieden „... Spanien war Reichsstand als Glied des burgundischen Kreises, ...“* (3. Teil, 16. Kap., Letzter Kampf um das Elsaß ..., Frieden mit Frankreich, S. 481) und *Großer Historischer Weltatlas*, III. Teil, Karte S. 22-23a, AC 3-5.

Art. LXI: Spanien verzichtet auf alle Rechte und Anforderungen, die es auf den Ober- und Niederelsass, den Suntgau, die Grafschaft Ferette und Breisach haben könnte, welche Frankreich im Münsterischen Friedensvertrag von 1648 erhielt (*Vast, Traités Louis XIV, Tome I, III, Traité ..., p. 130*) und wurde in Art. LXII der mit Spanien verbündete Herzog Karl IV. von Lothringen wieder in sein Herzogtum eingesetzt (p. 130-131), es verblieben jedoch nach Art. LXIII u. LXIV vom Lothringischen das gesamte Herzogtum Bar, die Grafschaft Clermont, die Plätze, Probsteien und Länder Stenay, Dun, Jametz, Moyenvic bei der Krone Frankreich und werden ihr einverleibt (p. 131). Art. XXXV-XXXVI, XLV: Spanien tritt an Frankreich in den Spanischen Niederlanden von den dortigen Grafschaften Artois, Flandern, Hainault, Herzogtum Luxemburg 25 Orte, Ämter und Grafschaften ab (p. 109-115, 119) und räumte in Art. IL diesem 3 ihm gehörende an der Grenze gelegene befestigte Plätze (p. 120-121). Art. XLV u. XLVII: Frankreich gibt dagegen in den Spanischen Niederlanden 9 Orte und in der Grafschaft Burgund 3 Plätze und Schanzen an Spanien zurück (p. 119, 120).

²³⁰ Nach dem vorangegangenen IPM, § 4 sollte der Burgundische Kreis ein Glied des Reiches sein und bleiben, und sollte er nach Beilegung der Streitigkeiten zwischen Frankreich und Spanien in diesen Friedensschluss miteinbezogen sein. Es sollten sich jedoch weder der Kaiser noch irgend ein Reichsstand in die zur Zeit darin abspielenden Kriege einmischen (*Vast, Traités Louis XIV, Tome I, I, III, p. 16*). Sollten aber in Zukunft Kriege zwischen diesen Königreichen entstehen, so sollten nach § 5 IPM die dem gesamten Römischen Reich und der Krone Frankreich aus genannter gegenseitiger Verpflichtung erwachsene Verbindlichkeit, die beiderseitigen Feinde nicht zu unterstützen, stets gültig bleiben. Einzelnen Reichsständen sollte es freistehen, dem einen oder anderen Königreich außerhalb der Grenzen des Römischen Reiches (also nicht im Gebiet des Burgundischen Kreises) Hilfe zu leisten, jedoch nicht anders als gemäß den Reichssatzungen (*ebd.*, p. 16).

Art. LXXVIII des Pyrenäenfriedens: Der Herzog von Lothringen soll nicht eher von der Krone Frankreich in seine Länder eingesetzt werden, bis Spanien die Zustimmung und Ratifikation des Kaisers zu den ihn betreffenden Artikeln erhält und sollte Spanien sich um die sofortige Beilegung Se. Allerchr. König mit den von Lothringen gewonnenen Lehen durch den Kaiser bemühen (*Vast, Traités Louis XIV, Tome I, III, Traité ..., p. 136-137*). Dies geschah jedoch nicht, da insbesondere mit einem vom Kaiser gebilligten Erwerb der hierunter sich befindenen unmittelbaren Reichslehen, der Grafschaft Clermont und der Markgrafschaft Pont à Mousson, mit ihrer Beilegung an Ludwig XIV., diesem damit die Möglichkeit zu einem Erwerb der Reichsstandschaft gegeben war, was von Seiten des Kaisers und den meisten der Reichsstände nicht gewollt war. Auf dem Westfälischen Friedensschluss war bereits die volle Abtretung der dem Haus Österreich im Elsaß zugestandenen

2. Der Devolutionskrieg von 1667 bis 1668

Im Devolutionskrieg von 1667-1668 kämpfte das Frankreich Ludwigs XIV. gegen König Karl II. von Spanien um die Spanischen Niederlande wegen eines von Ludwig XIV. beanspruchten brabantischen Erbrechtes.²³¹ Kaiser Leopold I. hatte als Oberhaupt seines Hauses Österreich seinen Spanischen Habsburgern keine Hilfeleistung erbracht.²³² Das Reich war an dem Krieg nicht mitbeteiligt gewesen. Bei der gegen Ludwig XIV. noch zusätzlich gebildeten Tripleallianz, der beiden Königreiche Großbritannien,²³³ Schweden und der Generalstaaten der Vereinigten Provinzen²³⁴ endete der Krieg²³⁵ mit den am 15. April 1668 in St. Germain²³⁶ zwischen den Kronen Frankreichs, Großbritanniens und den Generalstaaten²³⁷

Gebiete und Rechte an Frankreich mit ihrem Ausscheiden aus dem Reichsgebiet in Kauf genommen worden, um der Krone Frankreich, damit die Möglichkeit zu nehmen, die Reichsstandschaft zu erwerben. Von den protestantischen Reichsständen und dem Herzog von Bayern war dies jedoch als französisches Gegengewicht im Reich gegen das Haus Habsburg gewollt (*Derichsweiler*, Geschichte Lothringens, II. Band, 11. Abschnitt, S. 320-321). Auch bei dem, den nachfolgenden Devolutionskrieg von 1667-1668 zwischen Spanien und Frankreich am 2. Mai 1668 beendenden Aachener Friede stellte sich erneut die Frage des Erwerbes von der Reichsstandschaft für Ludwig XIV., mit einer Ablehnung des Reichstages (unten, S. 987).

²³¹ Ein brabantisches Privatrecht, Heimfall- oder Devolutionsrecht, wie es in einigen Provinzen galt, wonach die Kinder aus der ersten Ehe nach dem Tod ihres Vaters ihr Erbe antreten können, wurde von Ludwig XIV. für die Königin von Frankreich Maria Therese (Vermählung am 9. Juni 1660 (1638-1683), als der Infantin König Philipp IV. von Spanien aus dessen 1. Ehe mit Élisabeth de France (*Europäische Stammtafeln*, II. Band, Tafel 29, I. Band, Tafel 15) nach dessen (König Philipp IV.) Ableben am 17. Sept. 1665 (*Legrelle*, La diplomatie française et la succession d'Espagne, Tome I, Chap. 5., p. 101-103 (103)) für die die Spanischen Niederlande beansprucht. Als Privatrecht sollte es, von dem von Maria Therese anlässlich ihrer Vermählung mit Ludwig XIV. ausgesprochenen Verzicht auf die übrige Spanische Monarchie (unten, S. 1004-1005) unabhängig sein (*Baumstark*, Kaiser Leopold I., III., S. 57-58).

²³² Dies bei seiner eigenen schwierig gewordenen Lage in Ungarn und bei der Neutralität der beiden Kurfürsten von Brandenburg und Bayern (*Gebhardt*, Deutsche Geschichte, 9. Aufl., II. Band, III., § 66, S. 260-261).

²³³ *W. Churchill*, Marlborough, Vol I, Chap. 4, p. 76-77 „... The Court, the Parliament, the City, the country gentlemen, were all as sure in 1668 that Belgium most not be conquered by the greatest military power on the Continent as were all parties and classes in the British Empire in August 1914. ...“.

²³⁴ Geschlossen am 23. Jan. 1668 von den beiden Königreichen Großbritannien, Schweden und den Generalstaaten der Vereinigten Provinzen (*Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome VII Partie I, N° XXXVI., p. 91-96 (91-92)).

²³⁵ *Gebhardt*, Deutschen Geschichte, 9. Aufl., II. Band, III., § 66, S. 260-261; *Immich*, Geschichte des europäischen Staatensystems, Abschnitt I., 3. Kap., § 31., S. 58-62; *Handbuch der Europäischen Geschichte*, IV. Band, A., § 3, b), Direkter Ausbau der Vormacht, S. 19-20; *Scheichl*, Leopold I. und die österreichische Politik während des Devolutionskrieges 1667/68, S. 1-110 (7., S. 34-37, 10. u. 11., S. 49-64, 13., S. 66-68) und *Meinecke*, Der Regensburger Reichstag und der Devolutionskrieg, in: *HZ*, XXIV. Band, Aufsätze, S. 193-222 (205-212).

²³⁶ St. Germain en Laye.

²³⁷ Vertrag um den Frieden zwischen den beiden Königreichen Frankreich und Spanien herbeizuführen, Ludwig XIV. erklärte sich mit einem Teilgewinn, entweder den von ihm eroberten flandrischen Festungen oder der von ihm inzwischen besetzten Franche Comté einverstanden (*Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome VII Partie I, N° XXXIV., p. 88-89).

und am 2. Mai 1668 in Aachen zwischen den beiden Königreichen Spanien und Frankreich abgeschlossenen Friedensverträgen,²³⁸ an welchen das Reich nicht mitbeteiligt war.²³⁹

3. Der Holländische und Schwedische Krieg von 1672 bis 1679

a) Das historische Geschehen

In dem Holländischen und Schwedischen Krieg von 1672-1679 kämpfte Ludwig XIV., verbündet mit König Karl XI. von Schweden²⁴⁰ gegen eine große Koalition, bestehend aus den Generalstaaten der Vereinigten Provinzen,²⁴¹ König Karl II. von Spanien,²⁴² dem Haus Habsburg,²⁴³ Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg,²⁴⁴ Herzog Karl von

²³⁸ *Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome VII Partie I, N° XXXV., p. 89-90.

Art. III u. IV: Abtretung von 12 Städten und Festungen in Flandern (p. 89-90), Art V: Zurückgabe der während des Krieges von Frankreich in Besitz genommenen Franche-Comté an Spanien (p. 90).

²³⁹ Am 8. Okt. 1668 erfolgte auf Grund der an Frankreich in Belgien abgetretenen Gebiete das Ersuchen von Ludwig XIV. an den Reichstag, auf seine dortige Aufnahme als Reichsstand. Falls ihm dies nicht zuerkannt werde, so sollen ihm alle Rechte auf diese Gebiete wie im Vertrag von Münster von Kaiser und Reich abgetreten werden „...., magni interesse Sacrae Suae Majestati, ut quamprimùm in his possit habere informationem, ut sciat, quae Sibi cum Imperio observanda intuitu earundem Ditionum in *Belgio* acquisitarum, sive censeatur ad modum *Regis Catholici* possidenda, ad quod, ùt suprà dictum est, Sua Majestas disposita, & manus praebebit faciles, sive è re fore duxerint, ut praefatae Ditiones Eidem cum supremo Jure maneant; posteriori hoc casu, Dominis judicatu non erit difficile, necessarium fore, ut Majestas Suae in formâ validâ & convenienti (prout observatum in Tractatu *Monasteriensi*) cedantur omnia Jura generaliter quaecunque, quae Imperatori, & Imperio competebant, vel competere potuerunt in praefatas Ditiones, quo Ipsa consuetas legitimè adhibere possit formalitates ad incorporandas & uniendas eas Coronae Suae, quod ipsum Sua Majestas recusari Sibi posse haud credit, praesuppositò, oblationem modò factam ab Imperio non acceptari. Exspectabit Illa desuper responsum, quod promovendum mihi in Mandatis dedit tanquam necessarium ex causis suprà notatis. ...“ (*Vollstaendige Sammlung aller Reichs=Schluesse*, I. Theil, CXCIX., p. 335-340 (336)).

²⁴⁰ Vertrag zur Erneuerung, Verlängerung und Erläuterung des Bündnis zwischen König Ludwig XIV. von Frankreich und König Karl XI. von Schweden, abgeschlossen in Stockholm am 14. April 1672 (*Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome VII Partie I, N° LXXX., p. 166-171).

Weitere Verbündete waren König Johann III. von Polen und die Hohe Pforte.

²⁴¹ Bündnisvertrag zwischen Kaiser Leopold I. und den Generalstaaten der Vereinigten Provinzen, abgeschlossen in Den Haag am 25. Juli 1672 (*Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome VII Partie I, N° XCIII., p. 208-210).

²⁴² Offensiv- und Defensivbündnis zwischen Kaiser Leopold I., König Karl II. von Spanien und den Generalstaaten der Vereinigten Provinzen einerseits mit Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg andererseits, abgeschlossen am 1. Juli 1674 in Köln/Spree (*Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome VII Partie I, N° CXXVII., p. 267-269).

²⁴³ Bündnisvertrag zwischen Kaiser Leopold I. und den Generalstaaten der Vereinigten Provinzen, abgeschlossen in Den Haag am 30. Aug. 1673 (*Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome VII Partie I, N° CXI., p. 242-243).

²⁴⁴ Defensiv-Bündnis zwischen Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg und den Generalstaaten der Vereinigten Provinzen, abgeschlossen am 6. Mai 1672 in Köln/Spree (*Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome VII Partie I, N° LXXXII., p. 194-196) und Defensiv-Bündnis zwischen Kaiser Leopold I. und Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg, abgeschlossen am 23. Juni 1672 in Berlin (*ebd.*, N° LXXXVI., p. 201-202).

Lothringen,²⁴⁵ König Christian V. von Dänemark²⁴⁶ und dem sich dem Krieg gegen die Könige von Frankreich und Schweden durch die beiden Reichsgutachten vom 31. März 1674²⁴⁷ und 17. Juli 1674²⁴⁸ anschließenden Reich. Ludwig XIV. wollte sich erneut in den Besitz der Spanischen Niederlande setzen und die Niederwerfung der Generalstaaten der Vereinigten Provinzen erreichen. Nachdem ihm dies im Jahre 1672 nicht gelang, orientierte er sich auf die östlich gelegenen Reichsgebiete.²⁴⁹ König Karl XI. von Schweden strebte die Erwerbung einer weiteren schwedischen Herrschaft im Norden des Reiches an. Der Krieg endete mit einem negativen Kriegsverlauf für das Reich. Insbesondere gelang es Ludwig XIV., die Koalition sowohl bei den kriegerischen Auseinandersetzungen und bei dem Friedensschluss zu trennen.²⁵⁰

²⁴⁵ Bündnisvertrag zwischen Kaiser Leopold I., König Karl II. von Spanien und den Generalstaaten der Vereinigten Provinzen einerseits mit Herzog Karl IV. von Lothringen andererseits, abgeschlossen im kaiserlichen Feldlager zwischen Hanau und Frankfurt am 6. Okt. 1673 (*Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome VII Partie I, N° CXIII., p. 244-245).

²⁴⁶ Bündnisvertrag zwischen Kaiser Leopold I., König Karl II. von Spanien und den Generalstaaten der Vereinigten Provinzen einerseits mit König Christian V. von Dänemark andererseits, abgeschlossen in Den Haag am 10. Juli 1674 (*Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome VII Partie I, N° CXXVIII., p. 269-277).

²⁴⁷ *Reichs-Gutachten vom 31. März 1674* „...; Also hat man in alle Wege fuer billig befunden, Hoehstgedacht=Jhrer Churfuerstlichen Durchlaucht zu Pfalz, und anderen von fremden Gewalt bedraengten Staennnden, nach Jnhalt der Reichs=Constitutionen, und Instruemnti Pacis, von Reichs wegen, und dergestalt an Hand zu gehen, und nachdrueckliche Rettung zu verschaffen, damit Sie des gewaltthaetigen und feindseeligen Uberzugs wiederum befreyet, und neben uebrigen Chur=Fuersten und Staenden im friedlichen Stand erhalten werden moege: ...“ (*Vollstaendige Sammlung aller Reichs=Schluesse*, I. Theil, CCCXCVI., S. 705 rechte Sp.), insg. (S. 705).

Das nachfolgende Reichs-Gutachten vom 28. Mai 1674 sicherte bei verschärfenden politischen Zielsetzungen nochmals die militärische Unterstützung des Reiches zu (*Vollstaendige* ebd., CCCCX., S. 719-720). Mit *K. Müller*, Zur Reichskriegserklärung im 17. und 18. Jahrhundert, in: *ZRG*, GA, XC. Band, (Miscellen), S. 246-259 ist das Reichs-Gutachten vom 31. März 1674 als die maßgebliche Erklärung des Reiches anzusehen (insb. S. 251-255).

²⁴⁸ *Reichs-Gutachten vom 17. Juli 1674* „... die C h u r = B r a n d e n b u r g i s c h e Lande von denen S c h w e d i s c h e n Voelckern ... mit oeffentlichen Feindseeligkeiten grassiren lassen: ...; Als hat man, oft=Hoechstberuhter Churfuerstlichen Durchlaucht gegen vor=an=geregte Vergewaltigung und Thaetlichkeiten, denen Reichs=Constitutionen, Executions=Ordnung, und Instrumento Pacis gemaef, sich kraefftiglich anzunehmen, desto billiger erachtet, und geschlossen, daß Deroselben, wie auch allen andern gegen den Friedens=Schluß bedraengten Staenden, die Reichs=Garantie, sowohl wider oft=ernannte Cron S c h w e d e n, als auch contra quoscunque Aggressores und Helffers=Helffere, cum effectu gedeyen zu lassen, ...“ (*Vollstaendige Sammlung aller Reichs=Schluesse*, I. Theil, CCCCLXXXVIII., S. 838), insg. (S. 838-839).

²⁴⁹ Örtliche Ziele waren die im selben Jahr erfolgte Zerstörung der Straßburger Rheinbrücke, die im Sommer 1673 begonnene völlige Unterwerfung der zehn elsässischen Reichsstädte und die im selben Jahr erreichte Besetzung von Trier (*Gebhardt*, Deutsche Geschichte, 9. Aufl., II. Band, III., § 67, S. 265).

²⁵⁰ *Gebhardt*, Deutsche Geschichte, 9. Aufl., II. Band, III., § 67, S. 263-270; *Handbuch der Europäischen Geschichte*, IV. Band, A., § 3, b), Direkter Ausbau der Vormacht, S. 21-23; *Decker*, Frankreich und die Reichsstände 1672-1675, S. 9-403 (I., 1., S. 27-39, 4., S. 61-69, V., 4., S. 356-374) und *W. Churchill*, Marlborough, Vol. I, Chap. 15, p. 255, insb. „During the ten years which followed the Peace of Nymwegen Louis XIV reached the zenith of his power. ...“.

b) Der Nymwegener Friede von 1679 zwischen dem Reich und dem Königreich Frankreich

aa) Die vereinbarten Regelungen

In dem zwischen Kaiser Leopold I., dem Reich und König Ludwig XIV. von Frankreich am 5. Februar 1679 in Nymwegen abgeschlossenen Friedensvertrag:²⁵¹

erhielt Ludwig XIV. das dem Haus Habsburg gehörende rechtsrheinische Freiburg gegen Verzicht auf sein Besatzungsrecht in der rechtsrheinischen Festung²⁵² Philippsburg,²⁵³

wurde in Art. XII-XXII die Rückgabe des Herzogtums Lothringen²⁵⁴ an Herzog Karl IV. von Lothringen,²⁵⁵ bei Einverleibung der Stadt Nancy an Frankreich,²⁵⁶ für das der Herzog die

²⁵¹ *Vast, Traités Louis XIV, Tome II, II, p. 100-116.*

²⁵² Im IPO war das Besatzungsrecht für die Festung Philippsburg – bei weiterem Verbleiben beim Hochstift Speyer – an Frankreich gelangt (oben, S. 979).

²⁵³ Art. III-XI (*Vast, Traités Louis XIV, Tome II, II, p. 103-106*), mit einem in Art. VI u. VII den französischen Truppen eingeräumten Durchzugsrecht durch das Reichsgebiet von Breisach nach Freiburg (p. 104-105) mit *Großer Historischer Weltatlas*, III. Teil, S. 27, H 5.

Art. XXVI: Kaiser und Reich verpflichteten sich, den noch im Krieg mit Schweden und Frankreich befindlichen Staaten keine Beistand zu gewähren und dem französischen König bis zur Herstellung des Friedens die Städte Chastelot, Huy, Verviers, Aachen, Düren, Linnick, Neuß, Zons als Operationsbasis bis zur Beendigung des Krieges zu überlassen, welche er aber dann unter keinem Vorwand weiterhin behalten dürfe, sondern ihrer Gebern wieder zurücküberlassen müssen (*Vast, Traités Louis XIV, Tome II, II, p. 111-113*). Art. XXXVI: Zustimmung des Reiches zur Restitution Schwedens mit dem Durchmarsch französischer Truppen durch das Reich unter Benutzung von 7 Truppenplätzen (p. 116).

²⁵⁴ Das Herzogtum Lothringen besaß einen Sonderstatus.

In dem am 26. Aug. 1542 auf besonderen Wunsch von Herzog Franz von Lothringen mit dem Römischen König Ferdinand und den Kurfürsten in Nürnberg abgeschlossenen Vertrag (*Du Mont, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome IV Partie II, N° CLIX., p. 235-238*) wurde das Herzogtum Lothringen – kein Reichslehen – als eines freien und nicht an das Reich heimfallendes Herzogtum anerkannt „...; Ducatusque Lotharingiae, cum suis Appertinentiis, liber & non incorporalis Ducatus erit, & manebit semper, ...“ (p. 237 linke Sp.). Die Gerichtsbarkeit des Reiches erstreckte sich allein auf den Landfrieden, das Geleit und die Abgaben „... Alias autem ipsi, cum Ducatu Lotharingiae, ejusdemque Subditis, ab omnibus Processibus, Mandatis & Judiciis Sacri Romani Imperii, tam in prima, quam aliis Instantiis, liberi & exempti erunt, nullisque Processibus, Mandatis, Citationibus, Appellationibus receptandis, aliisque Negotiis, quocumque sub titulo, nullo excepto, (nisi iis, quae ad solutionem Collecatarum & Impositionum ad manutentionem Pacis publicae, & ad securitatem & Salvum Conducum, uti praedictum est, spectant) reliquentur immunes; ...“ (p. 237 linke Sp.).

Das Herzogtum hatte aber den Schutz und Beistand des Reiches. Das gesamte Herzogtum, wie auch die dem Herzog von Lothringen zugehörenden einzelnen Reichslehen standen unter dem Schutz und Schirm von Kaiser und Reich und gehörten weiterhin dem Oberrheinischen Kreis zu „... tandem inter Nos convenimus virtute praesentis Instrumenti meliori forma, pacto & modo, quo id fieri debet & potest; ita ut dictus Noster Consanguineus, Dux Lotharingiae Antonius, & ipsius Haeredes, non tantum cum Membris aut Statibus particularibus dependentibus ex Feuda, & Feudo subalterno ab Imperio, verum etiam cum Ducatu Lotharingiae, & iis, quae ad illum pertinent, tanquam ad Ducatum, nempe Album-Montem, Mussipontem, & similia, manere debeant imposterum & in perpetuum, sub tutela & defensione Imperatoris, Regis Romanorum & Sacri Imperii, defendique ac protegi eodem modo, quo alii Ducatus & Status Sacri Imperii; uti virtute praesentis Pacti, ex parte Caesareae Majestatis per nos ipsos recipimus dictum Nostrum Consanguineum, Ducem Antonium, & ejus Haeredes, nec non & Ducatum Lotharingiae, sub protectione, tutela & defensione Caesareae Majestatis, nostra & Sacri Imperii. ...“ (p. 236 rechte Sp.-p. 237 linke Sp.) und *Fitte*, Das staatsrechtliche Verhältnis des Herzogtums Lothringen zum Deutschen Reiche, Der Nürnberger Vertrag, S. 29 „... Zwar gab es in der monströsen Verfassung des heiligen Reiches noch mehrere andere Fürsten, deren Besitzungen in Reichslehen und in vollständig unabhängige Lande zerfielen. Die Könige von Dänemark, Schweden und England gehörten dem

Stadt Toul mit aller Souveränität und Eigentum erhielt,²⁵⁷ die Einverleibung von Stadt und Amt Longwy in Frankreich im Austausch gegen ein anderes in den drei Bistümern²⁵⁸ gelegenes gleichwertiges Amt²⁵⁹ und die Abtretung von vier von Nancy ausgehenden Straßen mit voller Souveränität und Eigentum an Frankreich vereinbart,²⁶⁰

Herzog Karl IV.²⁶¹ weigerte sich jedoch, diese sein Herzogtum Lothringen betreffende Bestimmungen anzuerkennen,²⁶² so dass die Ratifikation dieser ihn betreffenden Artikel

Reichsverbände an, ... Doch alle diese unabhängigen Gebiete lagen ausserhalb der Reichsgrenzen, während das Herzogtum Lothringen innerhalb derselben ein Glied des oberrheinischen Kreises blieb. Es war von der Oberhoheit des Kammergerichts nicht in vollem Umfange losgelöst und demnach, mochten auch seine Herzoge sich mit ihrer Freiheit brüsten, kein wirklich selbständiges und freies Fürstentum. Dieses unnatürliche Zwitverhältnis wurde durch die im Vertrage zugesicherte Protektion des Reiches keineswegs ausgeglichen. ...“

Das dem Herzog von Lothringen gehörende Land war damit in 2 Herrschaftsverhältnisse aufgeteilt. Die links der Maas gelegenen, dem ehemaligen Herzogtum Bar zugehörenden Gebiete (Barrois mouvant) und die früheren Lehen der Grafschaft Champagne besaß er als französische Lehen außerhalb der Gewalt des Reiches. Die rechts der Maas gelegenen Gebiete seines Herzogtums mit Einschluss jener des vormaligen Herzogtums Bar (Barrois non mouvant) und die Reichslehen Pont-à-Mousson, Blamont, Sarrebourg, für welche Markgrafschaft Pont-à-Mousson er seine Stimme im Reichstag bis zu dem in Jahre 1613 gehaltenen Erwerb der Markgrafschaft Nomeny führte, wozu die späteren Erwerbungen von den Hochstiftern Metz und Verdun hinzukamen, besaß er als dem Reich zugehörige Gebiete (*Das Reichsland Elsass-Lothringen*, I. Theil, 14., V., 3., e), S. 308 rechte Sp. und *Fitte* ebd., Der Nürnberger Vertrag, S. 29, Die staatsrechtliche Stellung der Herzoge nach dem Nürnberger Vertrag, S. 37-40).

In dem am 6. Febr. 1662 in Paris (Montmartre) zwischen König Ludwig XIV. und Herzog Karl III. von Lothringen abgeschlossenen Geheimvertrag hatte der Herzog seine gesamten Länder nach seinem eigenen Ableben der Krone Frankreich gegen die Anerkennung der Prinzen seines lothringischen Hauses auf die Thronfolge in Frankreich vermacht (*Du Mont* ebd., N^o CLV., p. 401-402 (Art. II u. III, p. 401-402)). Der Vertrag war jedoch auch wegen des Widerstandes der potentiellen französischen Thronfolger gegen die Thronfolge des Hauses Lothringen durch den am 31. Aug. 1663 in Metz zwischen selben Vertragspartner vereinbarten Vertrag aufgehoben worden (*Du Mont* ebd., N^o CXCV., p. 472-473 (Art. VIII, p. 473)), welche Krone Frankreich allein Marsal erhielt (unten, S. 1001).

²⁵⁵ *Vast*, Traités Louis XIV, Tome II, II, p. 106-109.

Art. XII: wie es sein Onkel Herzog Karl III. von Lothringen im Jahre 1670 besessen hatte (p. 106).

²⁵⁶ Art XIII (*Vast*, Traités Louis XIV, Tome II, II, p. 106).

²⁵⁷ Art, XVII u. XVIII (*Vast*, Traités Louis XIV, Tome II, II, p. 108).

²⁵⁸ Metz, Toul, Verdun.

²⁵⁹ Art. XVI (*Vast*, Traités Louis XIV, Tome II, II, p. 107-108).

²⁶⁰ Art. XIV u. XV: vier von Nancy aus nach St. Didier, in das Elsass, nach Burgund und nach Metz gehenden Straßen von jeweils einer halben Meile Breite mit voller Souveränität und Eigentum (*Vast*, Traités Louis XIV, Tome II, II, p. 107).

Art. XIX-XXII: Regelungen von Kirchen- und Justizfragen (p. 108-109).

²⁶¹ Herzog Karl IV. Leopold von Lothringen, welcher sein Herzogtum nie regierte (*Zedler*, Universal Lexicon, XVIII. Band, Lothringen, ein Hertzogthum, ..., Sp. 511, 521).

²⁶² Protestation des vom Herzog von Lothringen bevollmächtigten Ministers Canon am 20. April 1679, übergeben den Mediateuren, dem außerordentlichen Nuntius und dem Gesandten Großbritanniens (*Höynck*, Frankreich und seine Gegner auf dem Nymwegener Friedenskongreß, Kap. 2, S. 43-45) „Le Ministre & Plenipotentiaire de son Altesse Serenissime de Lorraine à l'Assemblée pour la Paix declare de sa part, que comme les conditions du Traité fait en cette ville le cinquième du Mois de Fevrier dernier la concernant, luy paroissent inacceptables par toutes les raisons, qui en ont esté représentées par sondit Ministre & Plenipotentiaire

seitens des Reiches unter dem Hinweis seiner noch zu erfolgenden Zustimmung erfolgte.²⁶³ Dabei bestand zwischen den Vertragsteilen das Einvernehmen, dass diese Bestimmungen trotz ihrer Aufnahme in den Friedensvertrag keine Wirksamkeit hatten,²⁶⁴ was auch bei dem

à Messieurs les Ambassadeurs & Plenipotentiaires des Puissances qui sont icy, elle se trouve dans l'impossibilité de recevoir lesdites conditions, protestant contre ledit Traité, & que tout ce qui y est stipulé pour elle depuis le douzième Article d'iceluy jusques au vingt-deuzième inclusivement, ne peut lui nuire ny faire aucun prejudice à ses justes droits. ...“ (*Actes et mémoires des négociations de la paix de Nimegue*, Tome III, p. 532). In der zuvor am 8. Febr. 1679 von den kaiserlichen Bevollmächtigten den Mediateuren übergebenen Liste, der auf kaiserlicher Seite in den Vertrag miteinbezogenen Kurfürsten, Fürsten und Stände war auch beim Herzog von Lothringen seine noch zu erforderliche Zustimmung angegeben worden „Cum Article 33 Instrumenti Pacis hinc nuper conclusae cautem sit, ut intra praefixum illic tempus, ab utraque parte, comprehensi nominentur: Nominantur & comprehenduntur ex Parte Imperatoris, imprimis Sacrae suae Majestatis Foederati, ..., Dux Lotharingiae (si comprehendi voluerit) ...“ (*Actes et mémoires* ebd., p. 505-506).

Zedler, Universal Lexicon, XVIII. Band, Lothringen, ein Hertzogthum, ..., Sp. 511-545 (521) „... Die Bedingungen, unter welchen er zur Zeit des Nimwegischen Friedens seine Laender wieder erhalten solte, schienen ihm nicht so beschaffen zu seyn, daß er sie annehmen koente, ...“.

²⁶³ In ihrer Erklärung vom 29. Jan. 1679 eröffneten die französischen Bevollmächtigten, falls der Herzog von Lothringen den Monat Januar verstreichen lasse, ohne in die von ihm vorgeblich eingewilligte Alternative zuzustimmen, so werde der König von dem Austausch von Nancy gegen Toul und von Longwy gegen ein in den drei Bistümern gleichwertiges Amt Abstand nehmen „Le Roy a donné ordre à ses Ambassadeurs de declarer, que si Monsieur le Duc de Lorraine laisse ecouler ce Mois de Janvier sans signer la Paix aux conditions de l'alternative qu'il a acceptée, sa Majesté pretend estre quitte au premier de Fevrier de la cession qu'elle avoit offerte de la Ville de Thoul en recompense de celle de Nancy, & d'une Prevôté d'égale valeur dans l'un des trois Evechez que sadite Majesté avoit promise, en échange de Longwic & de sa Prevôté.“ (*Actes et mémoires des négociations de la paix de Nimegue*, Tome III, p. 399). In dem Kayserlichen Commissions=Decret vom 3. März 1679, die Mitteilung des Friedensvertrages an den Reichstag mit dem Ersuchen um seine Ratifikation war hingewiesen worden, dass bei dieser fehlenden Einwilligung des Herzogs von Lothringen in die ihn betreffenden Artikel es bis zu seiner Einwilligung hierin nicht seine Richtigkeit habe „... Imò: Daß, obschon das *Instrumentum Caeseo-Gallicum* meldet, daß des Herrn H e r t z o g e n z u L o t h r i n g e n Hochfuerstliche Durchlaucht in diesen Frieden haben mit begriffen werden wollen, es doch an deme seye, daß Se. Durchlaucht in die von der Cron F r a n c r e i c h fuer Sie ausgesetzte Conditiones biß annoch niemahlen eingewilliget, und es also mit diesem Interesse um so weniger biß auf dato seine Richtigkeit habe. ...“ (*Vollstaendige Sammlung aller Reichs=Schluesse*, II. Theil, CLI., S. 176-189 (177 linke Sp.)).

²⁶⁴ Die Ratifikationen erfolgten seitens der Reichsstände am 23. März 1679 (*Actes et mémoires des négociations de la paix de Nimegue*, Tome III, p. 520-523), durch den Kaiser am 29. März 1679 (p. 516-517) und von Ludwig XIV. am 26. Febr. 1679 (p. 527-528), wobei nach Art. XXXV der Austausch der Ratifikationen innerhalb 8 Wochen seit der Unterzeichnung (5. Febr.) erfolgen musste (*Vast, Traités Louis XIV*, Tome II, II, p. 115). Am 26. März 1679 erklärten die französischen Bevollmächtigten, falls der Herzog nicht binnend der für die Ratifikation vorgesehenen Frist uneingeschränkt in den Vertrag einwillinge, der König seinerseits nicht mehr an seine Bestimmungen gebunden sei „Et à l'égard de la Lorraine ... conditions qu'elle voudra demander.“ (*Actes et mémoires* ebd., p. 511). Die Bevollmächtigten des Kaisers erwiderten am 12. April 1679, dass Kaiser und Reich wegen dieser französischen Erklärung sich auch nicht mehr an die den Herzog betreffenden Bestimmungen gebunden hielten, falls dieser nicht in sie einwillinge „Postquám Sacrae Caesareae Majestatis Ratificatio ... ad alios Traçtatus remissâ.“ (*Actes et mémoires* ebd., p. 512). Die französischen Bevollmächtigten sprachen in ihrer durch den Nuntius den kaiserlichen Bevollmächtigten übergebenen Antwort die Aufforderung zur sofortigen und uneingeschränkten Austausch von den Ratifikationen aus „Essere longo tempo che ... senza alcuna condizione.“ (*Actes et mémoires* ebd., p. 514). Hierauf erwiderten die kaiserlichen Bevollmächtigten am 18. April 1679, dass bei einer Nichteinwilligung des Herzogs in die ihn betreffenden Artikel XII-XXII diese null und nichtig seien und für nicht geschrieben angesehen werden sollten und sollte dies in anderern Verträgen geregelt werden „Legatio Caesea Declarationi ..., causâ hac ad ulteriores Traçtatus remissâ.“ (*Actes et mémoires* ebd., p. 514-515).

Austausch der Ratifikationen zum Ausdruck gebracht wurde.²⁶⁵ Frankreich hielt deshalb das Herzogtum weiterhin besetzt.²⁶⁶

bb) Die Vergleichbarkeit mit dem Friedensvertrag von Lunéville

Zwischen der Abtretung des österreichischen Freiburg und der französischen Aufgabe des bisherigen Besatzungsrechtes in der rechtsrheinischen Reichsfestung Philippsburg bestand ein vereinbartes Austauschverhältnis.

Zwischen den von Frankreich erhaltenden lothringischen Nancy, Longwy und Kreuzweg gegen Toul und eine anderes Amt in den drei Bistümern bestand ein Austauschverhältnis, welche Bestimmungen auch keine völkerrechtliche Wirksamkeit erlangten.

²⁶⁵ Nach der am 19. April 1679 in Nymwegen erfolgten Austauschung der Ratifikationen (*Actes et mémoires des négociations de la paix de Nimègue*, Tome III, p. 516) waren in dem Kayserlichen Commissions=Decret vom 18. Mai 1679: Benachrichtigung von erfolgter Auswechselung der Friedens=Ratifications=Instrumenten und seither ex parte der Cron Frankreich sich geaeusserten Contraventionem und Difficultaeten (*Vollstaendige Sammlung aller Reichs=Schluesse*, II. Theil, CLX., S. 203-206) die beiden Kaiserlichen Protesterklärungen vom 12. und 17. April 1679 und die Protestation des Herzogs von Lothringen gegen die Artikel vom 20. April 1679 als Beylag sub Lit. A., Lit. B., Lit. C. beigefügt (S. 204). Im Text war auf sie Bezug genommen, mit dem Hinweis, dass sie von der Kaiserlichen Gesandtschaft als ausgestrichen, ja sogar als für nicht eingefügt erklärt werden „... Se. Hochfuerstliche Gnaden haben benebenst, nach Anweisung eines, zu L a x e n b u r g, den 6ten dieses, datirten Kayserlichen Allergnaedigsten Rescripts, der allhiesigen Reichs=Versammlung in denen hiebey verwahrten Abschrifften (üt sub Lit. A. B. C. ...) vortragen wollen, ... wie mit denen in Instrumento Caesareo-Gallico enthaltenen L o t h r i n g i s c h e n Articulis, daß solche von der Cron F r a n c k r e i c h leidlich und acceptable waeren gemacht worden, sogar nicht hinaus zu langen gewesen, daß vielmehr selbige von der Kayserlichen Hoehchstanehnlichen Gesandtschafft allda pro expunctis, seu non infertis declariret, und zugleich von dem L o t h r i n g i s c h e n sich daselbst befundenen Ministro darwider protestirt worden muessen, ...“ (S. 203 linke Sp.).

Es bestand demnach zwischen den Vertragsteilen das Einvernehmen, dass bei der vom Herzog Karl IV. von Lothringen nicht gegebenen Einwilligung in die sein Herzogtum betreffenden Art. XII-XXII des Friedensvertrages, trotz ihrer formellen Aufnahme in den Vertragstext, diese nicht wirksamer Bestandteil des Friedensvertrages sein sollten, vielmehr die den Herzog betreffenden Regelungen in einem späteren Vertrag erfolgen sollten. *Höynck*, Frankreich und seine Gegner auf dem Nymwegener Friedenskongreß, Kap. 9, S. 200 „... Als die Franzosen sich jedoch auf keine Änderung der Artikel für den Lothringer einließen, gaben die Kaiserlichen bekannt, der Herzog ziehe es unter solchen Umständen vor, den Vertrag nicht zu ratifizieren¹⁹. Nach kurzer Auseinandersetzung einigte man sich auf einen Zusatzrezeß, der die lothringischen Artikel für null und nichtig erklärte. Damit blieb dem französischen König die Freiheit, nach seinem Gutdünken mit den Ländern des Herzogs zu verfahren. ...“; *Derichsweiler*, Geschichte Lothringens, II. Band, 16. Abschnitt, S. 413 „... wurden die Artikel 12-22, welche die Vorschläge des Königs in betreff Lothringens enthielten, in den Nymwegener Friedensvertrag aufgenommen. Der Kaiser unterzeichnete (5. Februar 1769) den ganzen Vertrag mit dem Vorbehalte, daß er durch diese Ratifikation den Rechten und Ansprüchen seiner Schwagers in keiner Weise nachteilig sein wolle. Die lothringische Frage war damit nicht gelöst, sondern nur vertagt. ...“ und *Ghillany*, Diplomatisches Handbuch, I. Theil, I., Ryswijker Friede ..., S. 109 „Der N y m w e g e r Friede (... 1679 zwischen Frankreich und dem deutschen Kaiser geschlossen) hatte für Deutschland keine weitere Folge, als daß Philippsburg von Frankreich an den Kaiser, Freiburg dagegen vom Kaiser an Ludwig XIV. kommen sollte; ...“.

²⁶⁶ Die Räumung seines Herzogtums durch die französischen Truppen erfolgte erst mit dem Abschluss des Ryswijker Friedens im Jahre 1697 (unten, S. 1001).

c) Der Nymwegener Friede von 1679 zwischen dem Reich und dem Königreich Schweden

In dem zwischen Kaiser Leopold I., dem Reich und König Karl XI. von Schweden in Nymwegen am 5. Februar 1679 abgeschlossene Friedensvertrag²⁶⁷ waren keine gebietlichen Veränderungen enthalten.²⁶⁸ Insbesondere versprach der Kaiser in seinem Art. VII, dem Herzog Christian Albrecht von Schleswig-Holstein seine im Reich gelegenen Gebiete zu behalten.²⁶⁹

²⁶⁷ *Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome VII Partie I, N° CLXXXI., p. 389-390.

²⁶⁸ 12 Artikel (*Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome VII Partie I, N° CLXXXI., p. 389-390).

²⁶⁹ *Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome VII Partie I, N° CLXXXI., p. 390.

In den weiteren zur Beendigung des Holländischen und Schwedischen Krieges in Nymwegen/St. Germain en Laye/Fontainebleau abgeschlossenen Friedensverträgen:

Ludwig XIV. mit den den Generalstaaten der Vereinigten Provinzen am 10. August 1678 (*Vast*, Traités Louis XIV, Tome II, II, p. 53-61): enthielt keine gebietlichen Veränderungen,

Ludwig XIV. mit König Karl II. von Spanien am 17. Sept. 1678 (*Vast* ebd., p. 3-99), Art. XI- XIII: Franché Comté und 12 feste Plätze in den Niederlanden kamen an Frankreich (p. 87-90), Art. IV, VI: Im Norden, die französischen Festung Charleroy, Stadt Binche, Städte und Festungen Ath, Oudenarde, Courtray gelangen dagegen an Spanien (p. 82-85),

Ludwig XIV. und König Karl XI. von Schweden mit den beiden Herzögen von Braunschweig-Celle und Wolfenbüttel am 5. Febr. 1679 (*Du Mont* ebd., N° CLXXXII., p. 391-396 (391-392, 394-395), Art. VI: Versprechen der Herzöge von Celle und Wolfenbüttel das Herzogtum Bremen zurückzugeben (p. 391), Art. Séparé I.: Schweden überließ Braunschweig-Lüneburg die Propstei und Vogtei Dorwern, das Amt Thedinghausen und alle Rechte und Einkünfte, welche ehemals den Stiftern Bremen und Verden in den Braunschweig-Lüneburgischen Ländern zustanden (p. 392),

König Karl XI. von Schweden mit Fürstbischof Ferdinand von Münster und Paderborn am 29. März 1679 (*Du Mont* ebd., N° CLXXXVII., p. 401-403), Art. IV: Der Fürstbischof gibt seine befestigten und unbefestigten Orte in den Herzogtümern Bremen und Verden an die Krone Schweden zurück (p. 401-402),

Ludwig XIV. und König Karl XI. von Schweden mit Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg am 29. Juni 1679 (*Vast* ebd., p. 117-125), Art. V: Brandenburg gibt an Schweden alle seine Eroberungen in Pommern zurück (p. 119), Art. VI-IX: Schweden überlässt Brandenburg den Teil von Vor- (Schwedisch) Pommern, der jenseits der Oder liegt und verzichtet auf seinen bisherigen Anteil an den Zöllen der anderen Orte im brandenburgischen Pommern (p. 119-121) und

Ludwig XIV und König Karl XI. von Schweden mit König Christian V. von Dänemark am 2. Sept. 1679 (*Du Mont* ebd., N° CCI., p. 419-422), Art. V: Dänemark restituiert Schweden alle entwendeten Plätze, darunter Wismar und Rügen (p. 420), Acte concernant Monsieur le Duc de Slesvik Holstein Gottorp: Dänemark setzt den Herzog von Holstein-Gottorp wieder in alle seine Länder ein (p. 422)

war das Reich nicht mitbeteiligt.

4. Die Reunionen der Jahre 1678 bis 1684

a) Das historische Geschehen

Sein Aufstieg zum mächtigsten Herrscher Europas durch die Friedensverträge von Nymwegen der Jahre 1678/79,²⁷⁰ veranlasste Ludwig XIV. in den Jahren 1679/80 zur Errichtung der drei Reunionskammern zu Metz,²⁷¹ Breisach²⁷² und Besançon.²⁷³

Die Reunionen, denen die Maxime des französischen Lehensrechtes „Nulle terre sans seigneur“²⁷⁴ zugrundelag, wurden durch die von der Krone Frankreichs erzwungene Anerkennung der französischen Souveränität und militärische Besetzungen durchgeführt.²⁷⁵

Die betroffenen deutschen Fürsten und Ritter sahen sich veranlasst, mit König Ludwig XIV. Vereinbarungen über den Status ihrer Besitzungen und Rechte einzugehen. Sie unterwarfen sich der königlich-französischen Souveränität gegen die Zusage eines weiteren gebietlich-eigentumsmäßigen Erhaltes ihrer Besitzungen und Rechte, soweit dies mit der französischen Souveränität vereinbar sei.²⁷⁶

²⁷⁰ Gebhardt, Deutsche Geschichte, 9. Aufl., II. Band, III., § 68, S. 270 und Immich, Geschichte des europäischen Staatensystems 1660-1789, Abschnitt I., 6. Kap., § 45., S. 98.

²⁷¹ Beim Parlement zu Metz wurde eine besondere Reunionskammer durch den königlichen Erlass vom 23 oct. 1679 eingerichtet und durch einen weiteren vom 25 déc. 1686 wieder aufgelöst. Diese Reunionskammer war zuständig für die Zurückgewinnung der den Bischöfen und Geistlichen der Kirchen von Metz, Toul und Verdun zugehörenden Güter und Rechte (Kaufmann, Die Reunionskammer zu Metz, 2. Teil, I., in: *JBfLG*, 11. Jahrg., S. 88, Anhang, III. u. IV., S. 297-301, VII., S. 312-313).

²⁷² Der im Nov. 1679 zu einem parlement erhobene Conseil Provincial d'Alsace in Breisach (Alt) (*Boug*, Recueil des édits des Conseils d'Alsace, Tome I, p. 74-78 (74- 75)) hatte im Januar 1680 damit begonnen, die Besitzer der Herrschaften, Städte, Burgen und Dörfer des niederen (unteren) Elsass, der Präfektur Hagenau und des Mundates Weißenburg vorzuladen (*Laguille*, Histoire de la Province D'Alsace, II. Partie, Livre 23, A. 1679. Le Baron ... fait préter serment aux Villes d'Alsace, p. 260).

²⁷³ A. Schulte, Frankreich und das linke Rheinufer, XIV., S. 178.

²⁷⁴ Nach dem französischen Lehnsrecht stand dem König ein Obereigentum an allen Besitzungen und Rechten seines Vasallen zu und jeder Lehnsmann seiner Vasallen war auch wieder ein Lehnsmann von ihm. Nachdem die drei Bischöfe von Metz, Toul und Verdun um die Wende zum 17. Jahrhundert bis zum Jahr 1613 Vasallen des Königs von Frankreich geworden waren (oben, S. 974-977), wurden nach diesem französischen Lehnsverständnis jeder ihrer Lehnsleute, welche mehrere von ihnen Angehörige des Reiches waren, mittelbare Vasallen des Königs von Frankreich. Im Lehnsrecht des Reiches gab es hingegen bei seinen vielen allodialen Besitzungen und Rechte diesen Satz nicht (*H. W. Herrmann*, Das Königreich Frankreich, Die Reunionen, Beurteilung, in: *Geschichtliche Landeskunde des Saarlandes*, II. Band, Kap. II, S. 451-452).

²⁷⁵ *Teutsche Staatskanzley*, XXIV. Theil, 2. Abschnitt, II., § 20., S. 276, nach welchem sich die Krone Frankreich nach den Reunionsurteilen sogleich mit Gewalt der Waffen derselben bemächtigte und alle Vorstellungen von Kaiser und Reich gegen diese gewaltsamen Usurpationen fruchtlos waren.

²⁷⁶ Diese Vereinbarungen erfolgten einmal in formell abgeschlossenen Verträgen zwischen den deutschen Fürsten, Rittern und den französischen Königen, in deren Folge die französischen Könige die lettres patentes an ihre parlements ergehen ließen. Zum anderen, bei zwischen diesen deutschen Ständen und den französischen Königen geführten Verhandlungen, danach von den letzteren erlassenen lettres patentes, welchen zwar keine formell abgeschlossenen Verträge zugrundelagen, jedoch ihrer inhaltlichen Substanz nach vertragliche Vereinbarungen waren (*Teutsche Staatskanzley*, XXXIV. Theil, 2. Abschnitt, II., §. 24., S. 292-296 und *Ludwig*, Die deutschen Reichsstände im Elsaß, 1. Kap., S. 19).

Die Reunionen erfassten elsässische,²⁷⁷ lothringisch-saarländischen²⁷⁸ und burgundische Gebiete.²⁷⁹

Nachdem neu durchgeführte Reunionen in den Spanischen Niederlanden zum Abschluss eines Bündnisses am 16. Februar 1683 zwischen dem Haus Habsburg, den beiden Königreichen Spanien, Schweden und den Generalstaaten der Vereinigten Provinzen geführt

²⁷⁷ Der Breisacher Conseil Provincial d'Alsace stellte durch den arrêt vom 22 mars 1680 einen großen Teil der Ämter, Dörfer und Schlösser der Préfecture royale d'Hagenau (Landvogtei Hagenau) und das Mundat Weißenburg im unteren Elsass unter königlich-französische Souveränität (*Boug*, Recueil des édits des Conseils d'Alsace, Tome I, p. 83-88 (87-88)). Der weitere arrêt vom 9 août 1680 betraf alle anderen weltlichen und geistlichen Besitzungen im unteren Elsass, mit den Ausnahmen der städtischen Ämter der Reichsstadt Straßburg – ihre ländlichen waren miteinbezogen – und das der Eidgenossenschaft seit dem Jahre 1515 als zugewandter Ort zugehörnde Mühlhausen (*Boug* ebd., p. 92-94 (94)); *Oberlé*, Mulhouse, Livre VI, Chap. III, p. 76-82 (3., p. 79-80: Allianzvertrag v. 19. Jan. 1515) und *Büsching*, Erdbeschreibung, X. Theil, Die Eidgenossenschaft ..., II, B, 5, S. 694-695: zur Besitzergreifung der betroffenen Gebieten *Müllenheim u. v. Rechberg*, Die Annexion des Elsass durch Frankreich, S. 40-41 und *Laguille*, Histoire de la province D'Alsace, II. Partie, Livre XXIII., p. 260-261). Nach der bereits erfolgten Reunion ihrer ländlichen Gebiete kapitulierte und unterstellte sich auch die Reichsstadt Straßburg, nach Aufmarsch der Truppen Ludwigs XIV. am 30. Sept. 1681 seiner Souveränität (*D. Pfaehler*, Die Kapitulation der Reichsstadt Straßburg am 30. September 1681, in: *Der Fall der Reichsstadt Straßburg*, S. 24-37, Quellen, S. 204-210 und *Reuss*, La France et l'Alsace, Appendice, I.).

²⁷⁸ Insbesondere wurden durch die Beschlüsse des Metzter Parlament vom 2 août 1683 sämtliche im Herzogtum Lothringen gelegenen geistlichen Besitzungen und vom 10 sept. selben Jahres die von allen Geistlichen und Laien gehaltenen Besitze und Rechte, welche sich im Bereich der drei Bistümer Metz, Toul und Verdun befinden, der Souveränität des Königs von Frankreich unterstellt (*Kaufmann*, Die Reunionskammer zu Metz, 1. Teil, IV., 2. Teil, IV. (46. u. 47.), in: *JBFLG*, 11. Jahrg., S. 46-47, 106-227 (217-227); *Piquet-Marchal*, La Chambre de réunion de Metz, 2. Partie, p. 51, Chap. I. und II., p. 53-87 (II., A), 3), p. 80-83), Chap. III., p. 88-102, Conclusion, p. 103-106, Annexes, p. 107-200, Cartes, I., p. 113, II., zwischen p. 128/129, III., zwischen p. 144/145, IV., zwischen p. 160/161, V., zwischen p. 176/177: zur Besitzergreifung der betroffenen Gebiete im Lothringischen und Saarländischen *Kaufmann*, Die Reunionskammer zu Metz, 2. Teil, IV., 1., 2., 8., 9., 13., 15., 19., 20., 23., 26., 32., 34., 35., 39., 40., 41., 43., 44., 46., D. (vielmehr V.), in: *ebd.*, S. 110-111, 113, 130-131, 133, 141, 147, 157-159, 161, 169, 174, 188, 190, 192, 198-199, 200, 202, 207, 213, 220, 227-243 und *Piquet-Marchal* ebd., Chap. II, A), 2), a), p. 76, B), p. 82-85).

Ohne Beschlüsse der Metzter Reunionskammer wurden reuniert: Grafschaften Sponheim, Leiningen, große Teile von Kurtrier, Teile der Kurpfalz, Gebiete der Wild- und Rheingrafen, der Herren von Dalberg, Sickingen, Grafen von Manderscheid-Blankenheim, Abtei Prüm und Schloß Arenberg (*A. Schulte*, Frankreich und das linke Rheinufer, XIV., S. 188). Die saarländischen Reunionen wurden insbesondere auch durch den Bau eines von Vaubun errichteten Festungsgürtels mit dem Ausbau von Homburg und vor allem der neuen Festung Saarlouis von 1680-1686 abgesichert (*H. W. Herrmann*, Das Königreich Frankreich, Die Reunionen, Die militärische Sicherung ..., in: *Geschichtliche Landeskunde des Saarlandes*, II. Band, Kap. II, S. 452-453; *ders.*, Die Territorialgrenzen übergreifende Ereignisse, Das Vordringen Frankreichs, Konsolidierung ..., in: *Geschichtliche Landeskunde des Saarlandes* ebd., Kap. III, S. 511).

²⁷⁹ Das Parlement von Besançon sprach durch den arrêt vom 1 sept. 1679 die Souveränität über die 4 bisher allodialen württembergisch-mömpelgardischen Herrschaften Blamont, Clémont, Héricourt und Châtelot der Krone Frankreich zu (*Meriot*, Nouvelles Éphémérides du Pays de Montbéliard, Tome II, 4. Partie, Chap. XII, 1679.-1er septembre, p. 231 und *Moser*, Mömpelgardisches Staatsrecht, II., B, 10. Cap., § 3, S. 158: nach ihm 4 sept. 1679). Der weitere arrêt vom 31 août 1680 enthielt die Abhängigkeit der Grafschaft Mömpelgard ganz und vollkommen, An- und Zugehörungen nicht ausgenommen von der Souveränität der Grafschaft Burgund. Dies, mit der Verpflichtung Herzogs Georg von Württemberg als Graf von Mömpelgard der Königlichen Majestät in Frankreich innerhalb von sechs Wochen zu huldigen, bei Androhung von einer sonstigen Einziehung (*Lundorp*, Der Roemischen Kayserlichen Majestaet Acta Publica, XI. Theil, 12. Buch, XLI. Cap., S. 90-91 und *Mériot* ebd., 1680.- 31 août, p. 232). Graf Georg II. von Württemberg-Mömpelgard verweigerte zunächst den Eid für die seit dem Jahr 1668 durch Ludwig XIV. besetzten württembergisch-mömpelgardischen Gebiete, jedoch anerkannte im Jahr 1684 der Chef des Hauses Württemberg-Stuttgart Herzog Friedrich Karl die französische Souveränität (*Scherb*, Politische Beziehungen Mömpelgards zu Württemberg, 1. 3. 1. 8., S. 16-18, 1. 3. 1. 9., S. 18-19; *Mosers* ebd., S. 159-160 und *Mériot* ebd., 1684.-15 août – 23 novembre, p. 235).

hatte,²⁸⁰ auch in demselben Jahr mit der Belagerung von Wien durch das Osmanische Reich²⁸¹ eine militärisch-politische Schwächung des Reiches eintrat²⁸² und Ludwig XIV. eine Anerkennung seines Vorgehens durch das Reich anstrebte,²⁸³ wurde am 15. August 1684 ein Waffenstillstand vom Reich mit Ludwig XIV. in Regensburg für die Reunionen vereinbart,²⁸⁴ in welchen alle Reichsstände und Stände miteinbezogen wurden.²⁸⁵ In ihm erhielt Ludwig XIV. für die Dauer von 20 Jahren den Besitz aller vor dem 1. August 1681 durch den Spruch von Kammern durchgeführten Reunionen. Es wurden ihm die Städte Straßburg,²⁸⁶ Kehl, die Schanze Kehl²⁸⁷ belassen.²⁸⁸ Dieser Waffenstillstand wurde beim nachfolgenden Pfälzischen Erbfolge- und Reunionskriege mit der vom Reich am 14. Februar 1689 gegen Ludwig XIV. ausgesprochenen Kriegserklärung²⁸⁹ unterbrochen.²⁹⁰

²⁸⁰ Konvention abgeschlossen zwischen Kaiser Leopold I., König Karl II. von Spanien, König Karl XI. von Schweden und den Generalstaaten der Vereinigten Provinzen zur Aufrechterhaltung des Westfälischen und Nymwegener Friedens am 6. Febr. 1683 in Den Haag (*Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome VII Partie II, N^o XXX., p. 55-57): Aufrechterhaltung des Westfälischen und Nymwegener Frieden und des Friedens der Christenheit mit gegenseitiger Hilfeleistungen von jeden Vertragsteil mit 6 000 Fußsoldaten und 12 Kriegsschiffen.

²⁸¹ Seit Mitte Juli bis zu der Schlacht am Kahlenberg am 12. Sept. 1683 (*Gebhardt*, Deutsche Geschichte, 9. Aufl., II. Band, III., § 69, S. 276).

²⁸² *Teutsche Staatskanzley*, XXIV. Theil, 2. Abschnitt, II., §. 20., S. 276-277 und *Kaufmann*, Die Reunionskammer zu Metz, 3. Teil, III., in: *JBfLG*, 11. Jahrg., S. 266.

²⁸³ *H. W. Herrmann*, Das Königreich Frankreich, Die Reunionen, Die vertragliche Sicherung, in: *Geschichtliche Landeskunde des Saarlandes*, II. Band, Kap. II, S. 454 und *Kaufmann*, Die Reunionskammer zu Metz, 3. Teil, III., in: *JBfLG*, 11. Jahrg., S. 266-267.

²⁸⁴ *Vast*, Traités Louis XIV, Tome II, II, p. 135-142. Wurde am 9. Sept. 1684 durch ein Reichs=Gutachten ratifiziert (*Vollständige Sammlung aller Reichs=Schluesse*, II. Theil, CCCLXXXIV., S. 531) und erfolgte am 14. Sept. 1684 an den Reichstag die Mitteilung von der stattgehabten Auswechslung der Ratifikations-Instrumenten (*Vollständige Sammlung ebd.*, CCCLXXXVII., S. 533-534).

Zusätzlich wurde am selbige Tag und Ort ein zeitgleicher Waffenstillstand zwischen König Ludwig XIV. und König Karl II. von Spanien vereinbart (*Vast ebd.*, p. 143-148). Art. II: Frankreich behält die Städte Luxemburg, Beaumont, Bovines und Chimay mit ihren Zugehörungen (p. 144), Art. III: Courtray und Dixmuyden gelangen wieder an Spanien (p. 145), Art. IV: Alle nach dem 20. Aug. 1683 von Frankreich sich bemächtigten Orte werden Spanien wieder zurückgegeben (p. 145).

²⁸⁵ Bei Miteinbeziehung des Kaisers als Oberhaupt seines Hauses Österreich und des Königs von Spanien mit allen seinen Staaten und Gebieten, Art. XV (*Vast*, Traités Louis XIV, Tome II, II, p. 140).

²⁸⁶ Einnahme erfolgte am 30. Sept. 1681.

²⁸⁷ Einnahme der Schanze geschah im Jahr 1678, die Errichtung der Festung Kehl durch Ludwig XIV. nach dem Fall von Straßburg (1681) (*Zedler*, Universal Lexicon, XV. Band, Kehl/oder Kaehl ..., Sp. 385-386 (385)).

²⁸⁸ Art. IV u. VI (*Vast*, Traités Louis XIV, Tome II, II, p. 137, 138).

²⁸⁹ Unten, S. 999.

²⁹⁰ *Teutsche Staatskanzley*, XXIV. Theil, 2. Abschnitt, II., §. 21., S. 277.

Der Waffenstillstand hinderte jedoch Ludwig XIV. nicht, die Herausgabe von Reunionen zu verweigern und auch weitere nach dem 1. August 1684 durchzuführen, da man sich darauf berief, die betroffenen Gebiete seien Pertinenzen von vorher stattgefundenen Reunionen.²⁹¹

b) Die Vergleichbarkeit mit dem Friedensvertrag von Lunéville

Den Reunionen lag kein vom Reich gegen das Königreich Frankreich geführter Reichskrieg zugrunde. Jedoch war das Reich in dem am 15. August 1684 abgeschlossenen Regensburger Waffenstillstand, welcher Reunionen für die Dauer von 20 Jahren vorübergehend der Krone Frankreich beließ, der Vertragspartner von Ludwig XIV. gewesen, womit bei der tatsächlichen Dauer des Waffenstillstandes bis zur Kriegserklärung des Reiches am 14. Februar 1689 die Reunionen von Seiten des Reiches für die Dauer von 5 Jahren vorübergehend der Krone Frankreich zuerkannt worden waren.

Inhaltlich bedeuteten die Reunionen die Unterstellung der betroffenen Gebiete und Rechte unter die Souveränität der französischen Könige, nicht aber ihren gebietlich-eigentumsmäßigen Übergang auf sie.²⁹² Die deutschen Fürsten und Ritter behielten insbesondere Berechtigungen in Finanz-, Gerichtshoheiten, in der Nutzung von Regalien²⁹³ und den mit dem gebietlichen Besitz mitgegebenen *droits seigneuriaux* bei.²⁹⁴ In dem

²⁹¹ A. Schulte, Frankreich und das linke Rheinufer, XIV., S. 191; H. W. Herrmann, Das Königreich Frankreich, Die Reunionen, Die vertragliche Sicherung, in: *Geschichtliche Landeskunde des Saarlandes*, II. Band, Kap. II, S. 454 und Textor, Die französische „Saarprovinz“ 1680-1697, in: *RVjBL*, 10. Jahrg., S. 9).

²⁹² Insbesondere den *Königlichen Erlaß, betreffend die Erweiterung der Befugnisse der Reunions-Kammer zu Metz vom 17. Okt. 1680* (wiedergegeben bei Kaufmann, Die Reunionskammer zu Metz, Anhang IV., in: *JBfLG*, 11. Jahrg., S. 299-301), welcher allein die Verpflichtungen zur Lehenserneuerung, Treueeid und Huldigung innerhalb von 2 Monaten nach Publikation zugunsten des Königs von Frankreich forderte (S. 300) und A. Schulte, Frankreich und das linke Rheinufer, welcher die Reunionen gleichfalls nur als Übertragungen von Souveränität versteht (XIV., S. 178-179).

²⁹³ Dies waren insbesondere: die Freiheiten von jeglicher eigenen persönlichen und dinglichen Besteuerung, jedoch ihre Untertanen der königlich-französischen Besteuerung unterstanden; die hohe, mittlere und niedere Gerichtsbarkeit in ihren Herrschaften, welche Rechtsmittel jedoch allein an französische Gerichte und nicht an Gerichte des Reiches zu ergehen hatten; das Recht zur Entgegennahme von Lehnseiden durch ihre Vasallen und die Bewohner ihrer Ämter, mit der Haltung eines feudalen Gerichtshofes; das Recht in ihren Domainen die von ihren Vorgängern vergebenen Lehen wieder einzusammeln; das Recht zur Aufnahme und Entgegennahme von Juden gegen eine Abgabe; das Recht zum Erlass von Statuten für die Künste und Berufe; die Befugnis zur Behandlung ihrer Steuereinnehmer, Offizier und Beamte wie die königlichen Bedienten (*Krug-Basse, L'Alsace avant 1789*, Chap. 8, II, p. 235, § 1., p. 235-238 und *Ludwig*, Die deutschen Reichsstände im Elsaß, 2. Kap., S. 31-41).

²⁹⁴ Dies waren insbesondere: la corvée seigneuriale: die herrschaftliche Fron; la dîme: der Zehnte; le droit de lods et vente: das Recht zur Erhebung von Abgaben bei der Veräußerung von beweglichen Gütern und Grundstücken; le droit de mainmorte: das Anfallrecht beim Todesfall seiner Bewohner in ihr Großvieh und bei dessen Abgehen in ihre Kleidung und Möbel; le droit d'émigration: das Recht zur Erhebung von Abgaben beim Abzug seiner Bewohner; l' umgeld: die Erhebung von Abgaben bei dem Verkauf von Wein und Bier durch Gaststätten; le droit de banvin: die Befugnis zum alleinigen Verkauf von Wein an bestimmten Zeiten; le droit d'accise: die Erhebung von Abgaben beim Verkauf von Eisen, Großvieh und Weizen; le débit du sel: die alleinige Befugnis zum Verkauf von Salz; le droit d'alimentation (Atzgeld): die Verpflichtung zur Nahrung und Unterkunft für den Seigneur und seine Begleiter bei den jährlichen Versammlung und der Jagd; le droit de

Regensburger Waffenstillstand vom 15. August 1684 war auch ausdrücklich der weitere Erhalt dieser Berechtigungen bei den deutschen Ständen vereinbart. In seinem Art VIII beließ Ludwig XIV. den Grund- und Eigenherren, welche ihm den Treueeid geleistet haben, den in ihren Orten eigentümlichen Stand und freie Fruchtgenießung, nicht aber die Superiorität und die Oberherrschaft,²⁹⁵ sicherte ihnen das freie Exercitium in geistlichen und weltlichen Sachen, wie im Westfälischen und Nymwegener Frieden vorgesehen²⁹⁶ und den Einwohnern der reunierten Orte, wo sie auch leben, ihre eigene Verwaltung und Weggabe ihrer Güter²⁹⁷ zu, und dies auch für jene, welche ihm in Zukunft die Treue leisteten.²⁹⁸

5. Der Pfälzische Erbfolge- und Reunionskrieg von 1688 bis 1697

a) Das historische Geschehen

Im Pfälzische Erbfolge- und Reunionskrieg von 1688-1697 kämpfte das Frankreich Ludwigs XIV. um den weiteren Erhalt der von ihm in Burgund, im Elsass, in Lothringen, im Saarländischen durchgeführten Reunionen²⁹⁹ und um das vorgebliche Erbe von Ludwigs Schwägerin Liselotte von der Pfalz³⁰⁰ gegen eine europäische Koalition, die Generalstaaten

chasse et de pêche: das alleinige Jagd- und Fischrecht (*Krug-Basse*, L'Alsace avant 1789, Chap. 8, II, p. 235, § 1., p. 238, § 3., p. 241-242, III, § 1., p. 242-252, § 2., p. 252-253).

²⁹⁵ „Rex Christianissimus relinquit Domines proprietarios eorumque legitimos haeredes, successores, ac quoslibet, qui eidem juramentum fidelitatis sivè per se, sivè par alium, nempe Procuratorem, praestiterunt, in suo Statu et plenaria perceptione fructuum an Loca reunita propriè et non ad Superioritatem spectantium, ...“ (*Vast*, Traités Louis XIV, Tome II, II, p. 138).

²⁹⁶ „...., ut et exercitio in Ecclesiasticis et Politicis, prout Intrumentis Pacis Monasteriensis, et Noviomagensis dispositum est². ...“ (*Vast*, Traités Louis XIV, Tome II, II, p. 138).

²⁹⁷ „...: ac ipsis et quibuscunque Locorum reunitorum Incolis, ubicunque morantibus, liberum sit, sua bona pro libitu, vel per se, vel per alios administrare aut alienare.“ (*Vast*, Traités Louis XIV, Tome II, II, p. 139).

Art. IX: Frankreich sichert den Einwohnern der reunierten Orte, der katholischen, augsburgischen oder reformierten Religion zugehörend, die freie und uneingeschränkte Ausübung ihres Gottesdienstes zu, wie auch die freie Genießung und Pflege all ihrer Güter, Zehenden und Einkünfte, sowohl für den Unterhalt der Kirchenpfleger, Prediger, Schuldiener als auch für die Unterhaltung der Kirchen, Schulen und Häusern (*ebd.*).

²⁹⁸ „... Restituet non minùs supra dicto modo eos, qui adhuc juramentum fidelitatis praestabunt, sivè in contumacia antehac fuerint, sivè non, et si quae hactenus in contrarium facta fuère, in pristinum statum non minùs reponantur; ...“ (*Vast*, Traités Louis XIV, Tome II, II, p. 138-139).

²⁹⁹ Oben, S. 994-997.

³⁰⁰ Liselotte von der Pfalz, Herzogin von Orléans (27. Mai 1652-8. Dez. 1722), Tochter des Kurfürsten Karl Ludwig von der Pfalz (1649-1680) wurde 1671 mit Herzog Philipp I. von Orléans, dem Bruder Ludwigs XIV. verheiratet. Nach dem Tod ihres Bruders Kurfürst Karl II. von der Pfalz am 26. Mai 1685, womit die simmersche reformierte Linie der Kurpfalz ausstarb und die katholische Linie Pfalz-Neuburg nachfolgte, machte Ludwig XIV. für seine Schwägerin Erbensprüche auf seinen Besitz geltend. Nach dem Testament von Kurfürst Karl Ludwig von der Pfalz vom 4. April 1670 sollte die Herzogin von Orléans beim kinderlosen Absterben ihres Bruders, des nachherigen Pfalzgrafen Karl den gesamten Allodialbesitz erhalten, und hatte Liselotte in den betreffenden Artikel ihres Heiratsvertrages vom 1. Nov. 1671 sich ausdrücklich ihren Allodialbesitz vorbehalten (*Actes et mémoires des négociations de la paix de Ryswick*, Continuation, p. 81-86, 86-87; *Europäische Stammtafeln*, I. Band, Tafeln 28. u. 30. und *Baumstark*, Kaiser Leopold I., III., S. 84-85). *Srbik*, Wien und Versailles 1692-1697, I., S. 17 „... Das Aussterben der Simmernschen Linie des kurpfälzischen Hauses läßt

der Vereinigten Provinzen, das Haus Österreich,³⁰¹ König Wilhelm III. von Großbritannien,³⁰² König Karl II. von Spanien³⁰³ und das sich dem Krieg mit dem Reichsgutachten vom 14. Februar 1689 anschließenden Reich.³⁰⁴ Ludwig XIV. konnte sich gegen die Koalition behaupten, jedoch brachte der Krieg das Ende seiner hegemonialen Stellung in Europa.³⁰⁵

b) Der Ryswijker Friede von 1697 zwischen dem Reich und dem Königreich Frankreich

aa) Die vereinbarten Regelungen

In dem am 30. Oktober 1697 in Ryswijk³⁰⁶ zwischen Kaiser Leopold I., dem Reich und König Ludwig XIV abgeschlossenen Friedensvertrag:³⁰⁷

Ludwig nicht nur Anspruch auf die Allode zugunsten seiner Schwägerin Liselotte von der Pfalz erheben; er überspannt den Bogen auch durch die Forderung des Herzogtums Simmern, der Grafschaften Lautern und Sponheim, der Herrschaft Oppenheim und der Städte Kaiserslautern und Germersheim und sucht die Axt an die Kurpfalz zu legen. ...“.

³⁰¹ Offensiv- und Defensivallianz zwischen Kaiser Leopold I. und den Generalstaaten der Vereinigten Provinzen, abgeschlossen in Wien am 12. Mai 1689 (Große Allianz) (*Actes et mémoires des négociations de la paix de Ryswick*, Tome I., p. I-VII).

³⁰² Kriegserklärung von König Wilhelm III. von Großbritannien gegen den König der Franzosen am 17. Mai 1689 (*Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome VII Partie II, N° CXIII., p. 230-231) und Bündnis zwischen diesem und den Generalstaaten der Vereinigten Provinzen zur Koordinierung ihrer Waffen gegen Frankreich, abgeschlossen am 22. Aug. 1689 in Whitehall (*ebd.*, N° CXVIII., p. 238).

³⁰³ Beitritt von König Karl II. von Spanien zur Großen Allianz, übereingekommen in Wien am 6. Juni 1690 (*Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome VII Partie II, N° CXXVI., p. 267-278).

Herzog Viktor Amadeus II. von Savoyen schloss sich in dem mit König Wilhelm III. von Großbritannien und den Generalstaaten der Vereinigten Provinzen abgeschlossenen Vertrag: Beitritt in die Große Allianz, in Den Haag am 20. Okt 1690 dieser an (*ebd.*, N° CXXX., p. 272-273).

³⁰⁴ Reichs-Gutachten vom 14. Febr. 1689 „... Worbey dann geschlossen worden, daß Allerhoechstgedachter Kayserlichen Majestaet ... die Cron F r a n c k r e i c h ... fuer einen Reichs=Feind dargestellt, also Selbe, und Dero Helffer und Helffers=Helffere, nunmehr auch ex parte Imperii, und zwar nach allerseits einhelligem Schluß, *formaliter* dar fuer zu declariren, der abgenoethigte Krieg wider Sie fuer einen a l l g e m e i n e n R e i c h s = K r i e g zu halten, und ins Reich zu publiciren, ...“ (*Vollstaendige Sammlung aller Reichs=Schluesse*, II. Theil, CCCCLXXXVI., S. 655), insg. (S. 654-656).

³⁰⁵ *W. Churchill*, Marlborough, Vol. I, Chap. 29, p. 488 „... Although the Peace of Ryswick had left the power of France intact, it marked the most solid check that Louis had yet sustained. ...“; *Gebhardt*, Deutsche Geschichte, 9. Aufl., II. Band, III., § 71, S. 280-284 und *Handbuch der Europäischen Geschichte*, IV. Band, A., § 3, c), Der neue Kampf um den Rhein, S. 29-31.

³⁰⁶ In dem zuvor am 20. Sept. 1697 zwischen Ludwig XIV. und König Karl II. von Spanien in Ryswijk abgeschlossenen Friedensvertrag (*Vast*, Traités Louis XIV, Tome II, III, p. 214-227) waren in Art. X-XIII: alle Orte, die Ludwig XIV. seit dem Nymwegener Frieden in den Niederländischen Provinzen besetzt und reuiert hatte, dem Königreich Spanien zurückzugeben worden, mit Ausnahme von 82 in einer Liste enthaltenen Reunionen (*Vast ebd.*, p. 217-220 mit den in Art. X in Bezug genommenen beiden Listen der zu Spanien und zu Frankreich kommenden, *Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome VII Partie II, N° CXCVIII., p. 415-419) und erhielt Spanien in Art. V-IX, XI-XIII: die Stadt und Festung Luxemburg mit dem Herzogtum Luxemburg, die Grafschaft und Festung Charleroy, die Stadt Mons Hauptstadt der Provinz Hainault,

sollten nach Art. IV dem Kaiser, Reich und seinen Ständen und Gliedern alle während des gegenwärtigen Krieges mit Gewalt oder unter dem Namen von Unionen und Reunionen in Besitz genommenen Gebiete und Rechte zurück erstattet werden, soweit sie außerhalb des Elsaß oder in dem von den französischen Gesandten ausgehändigten Verzeichnis von Reunionen enthalten waren,³⁰⁸

traten Kaiser und Reich der Krone Frankreich die Stadt Straßburg³⁰⁹ mit allen dazu gehörenden linksrheinischen Gebieten mit vollem Eigentum und Souveränität ab,³¹⁰

wurden Freiburg³¹¹ und Breisach³¹² an Kaiser und das Haus Österreich wieder abgetreten³¹³ und Philippsburg³¹⁴ an Kaiser und Reich restituiert,³¹⁵

die Stadt Ath mit ihrem Bezirk und Ämter, die Stadt Courtray und alle anderen von den Waffen Frankreichs eroberten Städte, Plätze, Festungen zurück (*Vast* ebd., p. 215-217, 219-220). Das Reich war nicht mitbeteiligt.

³⁰⁷ *Vast*, Traités Louis XIV, Tome II, III, p. 228-253.

³⁰⁸ *Vast*, Traités Louis XIV, Tome II, III, p. 232.

Nach dem weiteren Inhalt des Art. IV durfte die römisch-katholische Religion in den an die Stände des Reiches restituierten Gebieten in keiner Weise gestört oder beunruhigt werden, sondern sie musste in dem gegenwärtigen Zustand erhalten bleiben (*Vast* ebd., p. 232), welche Bestimmung von den evangelischen Reichsständen als ein Verstoß gegen die in Art. V § 15 IPO festgelegte Normaljahrsregelung der Festschreibung des konfessionellen Besitzstandes im Reich auf den 1. Jan. 1624 (*Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 29) angesehen wurde (*Turba*, Reichsgraf Seilern, kurpfälzischer und österreichischer Staatsmann, XI., S. 72-73, XIX., S. 182).

Die Frage, von den von Ludwig XIV. in dem Jahren 1673-1679 einseitig unter seine Hoheit gestellten zehn elsässischen Reichsstädte (oben, S. 978) wurde in dem Vertrag stillschweigend übergangen. *P. Wentzcke*, Straßburg und das Elsaß als deutsches Friedensziel um die Wende des 17./18. Jahrhunderts „... Die Reichsstädte im Elsaß wurden mit Schweigen übergangen. ...“ (*Schicksalswege am Oberrhein*, (10.), S. 321).

In Art. VIII u. IX wurden König Karl XII. von Schweden als Graf von Sponheim und Veldenz und der Kurfürst von der Pfalz in alle ihre Länder restituiert, wegen des Rechts des Herzogs von Orléans auf des letzteren Länder sollte ein Kompromiss zwischen Kaiser und der Krone Frankreichs und falls diese sich nicht einigen könnten, sollte der Papst als Schiedsrichter entscheiden (*Vast*, Traités Louis XIV, Tome II, III, p. 233-234). Papst Innozenz XII. entschied, dass Pfalz-Neuburg die Erbensprüche von der Herzogin von Orléans mit 300 000 écus (450 000 Gulden) ablösen soll (*Wysocki*, Frankreich und die Kurpfalz von 1680-1688, II., in: *Geschichtliche Landeskunde*, II. Band, Aufsätze, S. 95).

³⁰⁹ War im Jahre 1681 einseitig von Ludwig XIV. unter französische Souveränität gestellt worden (oben, S. 995).

³¹⁰ Art. XVI (*Vast*, Traités Louis XIV, Tome II, III, p. 237-238).

Art. XVIII: Stellte den Einwohnern von Straßburg, welche nicht französische Untertanen werden wollen, frei, bei einem weiterem Erhalt ihres Eigentums, binnend Jahresfrist auszuwandern (p. 424).

³¹¹ Im Nymwegener Friedensschluss von 1679 an Frankreich abgetreten (oben, S. 989).

³¹² Im IPM an Frankreich abgetreten (oben, S. 977).

³¹³ Art. XIX-XXI (*Vast*, Traités Louis XIV, Tome II, III, p. 239-241).

³¹⁴ Im Nymwegener Friedensschluss von 1679 hatte Ludwig XIV. auf sein Besatzungsrecht in der rechtsrheinischen Festung Philippsburg verzichtet (oben, S. 989).

³¹⁵ Art. XXII (*Vast*, Traités Louis XIV, Tome II, III, p. 241).

Nach Art. XVIII musste die im Jahre 1688 von Vauban erbaute rechtsrheinische Kehler Schanze (Kehl war zuvor nicht an Frankreich abgetreten worden) innerhalb von 30 Tagen nach Auswechslung der Ratifikationen

wurde der in Art. XXVIII³¹⁶ in den Friedensvertrag mitaufgenommene Herzog Leopold von Lothringen³¹⁷ in den freien und unbeschränkten Besitz seiner Länder, wie von seinem Onkel³¹⁸ im Jahre 1670 innegehabt,³¹⁹ mit der Maßgabe wieder eingesetzt, dass ihm die Herausgabe der Reunionen in vollem Umfang zugute kam,³²⁰ Ludwig XIV. von ihm die Festung Saarlouis mit einer halben Meile Umkreis und die Stadt und Präfektur Longwy mit vollem Eigentum und Souveränität erhielt, für welches Longwy der Herzog tauschweise ein anderes Land bekommen sollte,³²¹ und dass Frankreich ihm die Alt- und Neustadt Nancy³²² wieder zurückgab.³²³

bb) Die Vergleichbarkeit mit dem Friedensvertrag von Lunéville

Die in Art. IV von dem König von Frankreich eingegangene Verpflichtung zur Herausgabe aller außerhalb des Elsass gelegenen oder der in dem französischen Verzeichnis enthaltenen

unversehrt mit allen Rechten und allem Zubehör an Kaiser und Reich zurückerstattet werden, das Fort de la Pile und die übrigen im Rhein selbst und auf seinen Inseln errichteten Schanzen mussten innerhalb des folgenden Monats auf eigene Kosten von Frankreich demoliert werden und blieb der Rheinfluss beiden Teilen zum Gebrauch frei, welcher durch keine neuen Zölle oder sonst gehemmt werden durfte (*ebd.*, p. 239).

³¹⁶ *Vast*, Traités Louis XIV, Tome II, III, p. 242.

³¹⁷ Herzog Leopold Joseph von Lothringen 1697-1729 (*Zedler*, Universal Lexicon, XVIII. Band, Lothringen, ein Hertzogthum, ..., Sp. 511, 521-523).

³¹⁸ Herzog Karl III. von Lothringen 1625-34, 1659-75 (*Zedler*, Universal Lexicon, XVIII. Band, Lothringen, ein Hertzogthum, ..., Sp. 511, 520-521).

³¹⁹ Dies war bestimmt durch die zwischen König Ludwig XIV. und Herzog Karl III. von Lothringen abgeschlossenen Verträge von Paris (Vincennes) am 28. Febr. 1661 und von Metz am 31. Aug. 1663 (*Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome VII Partie II, N° CXXXII., p. 348-351, N° CXCIV., p. 472-473). In ersten (28. Febr. 1661): Der Herzog wird wieder in seine Herzogtümer Lothringen und Bar eingesetzt (Art. I, IV, *ebd.*, N° CXXXII., p. 349), er überließ Clermont, Jametz, Moyenvic und Stenay dem König (Art. III, XVIII, p. 349, 350; Moyenvic war im IPO v. 1648 vom Reich an Frankreich gelangt). Der König seinerseits machte Nancy durch Niederlegung der Bollwerke zu einer offenen Stadt (Art. III, p. 349). Er überließ dem Herzog für die Restitution von Bar den größten Teil der Bezirke Saarburg, Pfalzburg (Art. VI, XVIII, p. 349, 350), einen Teil der Abtei Marville (Art. VII, XVIII, p. 349, 350), die Abtei Gorze zu souveränem Besitz (Art. VIII, XVIII: p. 349, 350), dazu 8 weitere Orte, davon 4 auf dem Weg von Metz nach Verdun (Art. IX-XI, XVIII: p. 349, 350) und einen Gebietstreifen von der Breite einer halben Meile, nebst allen Ortschaften, um für Frankreich die 4 Straßen von Metz über Vic, Saarburg nach Zabern zu sichern (Art. XIII-XVI, XVIII, p. 359-360). Im zweiten (31. Aug. 1663) gelangte noch Marsal mit den zugehörigen Dörfern an Frankreich (Art. I-VII, *ebd.*, N° CXCIV., p. 472-473).

³²⁰ Art. XXXI (*Vast*, Traités Louis XIV, Tome II, III, p. 244).

³²¹ Von gleicher Größe und Wert in einem der 3 Bistümer mit voller Oberherrschaft und Eigentum, Art. XXXII u. XXXIII (*Vast*, Traités Louis XIV, Tome II, III, p. 244).

³²² Die im Nymwegener Friedensschluss von 1679 in Art. XIII vereinbarte Einverleibung von Nancy in Frankreich (oben, S. 989-990), war nicht wirksam geworden (oben, S. 990-992).

³²³ Art. XXIX (*Vast*, Traités Louis XIV, Tome II, III, p. 243).

Art. XXX: Frankreich räumt dem Herzog von Lothringen die Festungen Bitsch und Homburg (p. 243) und wurde in Art. XXXIV den königlichen Soldaten durch des Herzogs Land ein Zu- und Rückmarschrecht nach den Grenzen gewährt, auf dem kürzesten Weg und nach vorheriger Notifikation und Bezahlung, was sie bedürfen (p. 244-245).

Reunionen bedeutete das tatsächliche Verbleiben der im Elsass gelegenen und nicht verzeichneten Reunionen bei der Krone Frankreich. Dabei wurde von Seiten des Reiches zum Ausdruck gebracht und von der Krone Frankreich bestätigt, dass dieser Besitz rechtlich anfechtbar sei.³²⁴ Es lag nicht, wie von Seiten Frankreichs geltend gemacht wurde, eine Abtretung des Elsass an die Krone Frankreich vor.³²⁵

³²⁴ Neben der reinen Wortauslegung sprechen hierfür:

Die in Art. III des Vertrages gemachte ausdrückliche Bezugnahme auf den Westfälischen und den Nymwegener Frieden, als Grund und Fundament des Friedens. Dieser sollte nur insoweit abgeändert werden, als es in diesem Vertrag ausdrücklich festgelegt ist „Pacis hujus basis et fundamentum sit pax Westphalica et Neomagensis, eaeque statim à commutatis ratificationum formulis in sacris et profanis plenè executioni mandentur, et posthac sartae tectae conserventur, nisi quatenus nunc aliter expressè conventum fuerit.“ (*Vast*, *Traité Louis XIV*, Tome II, III, p. 231-232). Im IPM waren allein die habsburgischen Besitze und Rechte im Elsass an Frankreich gelangt (oben, S. 977-979). Der Nymwegener Friedensschluss v. 1679 enthielt außer der unwirksamen Vereinbarung von 4 von Nancy ausgehenden Straßen keine Regelungen zum Elsass (oben, S. 989-990).

Der Zusammenhang des Art. IV mit seinen nachfolgenden Bestimmungen: Art. IV verweist mit seinem „Restituentur inprimis ...“ (*Vast ebd.*, S. 232) auf die folgenden Artikel. Der unmittelbare Art. V seinerseits kennzeichnet die Bestimmung des Art. IV als die allgemeine Regel, wer und wie restituiert werden soll „Et quamvis ex generalibus hisce regulis facilè dijudicari queat, qui et quatenus restituendi sint, ...“ (S. 232), so habe man jedoch auf Ersuchen mehrerer und besonderer Umstände beliebet „...“, nihilominus ad aliquorum instantiam, accedentibus peculiaribus rationibus, de quibusdam causis specialem mentionem fieri placuit, ...“ (S. 232), dass die nicht ausdrücklich Genannten den Genannten in allem gleichzusetzen sind „...“, ita tamen, ut expressè non nominati pro ommissis non habeantur, sed pari omnino cum nominatis loco sint, et eodem jure fruantur.“ (S. 232-233). In den nachfolgenden Artikeln VI-XV werden namentlich in ihre Besitzungen und Rechte restituiert, in Art. VI der Kurfürst von Trier, auch Fürstbischof von Speyer (S. 233), in Art. VII der Kurfürst von Brandenburg (S. 233), in Art. VIII der Kurfürst von der Pfalz, insb. Stadt und Amt Germersheim (S. 233-234), in den Art. IX u. X der König von Schweden als Pfalzgraf bei Rhein (Herzog von Zweibrücken) (S. 234-235), in Art. XI der Großmeister des Teutschen Ordens (S. 235-236), in Art. XII der Kurfürst von Köln als Fürstbischof von Lüttich in (S. 236), in Art. XIII der Herzog von Württemberg, insb. Grafschaft Mömpelgard, burgundische Lehen Clerval, Passavant, in der Franche-Comté die Herrschaften Granges Héricourt, Blamont, Châtelot, Clemont (S. 236-237), in Art. XIV der Markgraf von Baden (S. 237) und in Art. XV die Fürsten, Grafen von Nassau, Hanau, Leiningen (S. 237). Während demnach die in sich zusammenhängenden Art. IV-XV die Herausgabe und Nichtherausgabe von Reunionen in einer Generalklausel (Art. IV u. V) und in Einzelregelungen (Art. VI-XV) anordnete, enthielt Art. XVI dagegen die Gelangung der Stadt Straßburg mit allem Recht, Eigentum, Oberherrschaft und Einverleibung an die Krone Frankreich (oben, S. 1000). Der Friedensvertrag und seine Vertragsteile gingen demnach von der Unterscheidung einer Nichtherausgabe von Reunionen an das Reich und seine Stände (Elsass) und von einer Abtretung von Reichsgebieten an die Krone Frankreich aus.

Das von der französischen Gesandtschaft ausgehändigte Verzeichnis von speziellen Reunionen, welche an das Reich herauszugeben sind: Bei diesen (Art. XVI) befanden sich mit Maursmünster und Hanau-Lichtenberg auch 2 im Elsass gelegene Reunionen. Bei einer Abtretung des Elsass an Frankreich hätten sie, in dem speziellen Verzeichnis der an das Reich herauszugebende Reunionen nicht enthalten sein dürfen. *Koch*, *Abrégé de l'histoire des traités de paix*, Tome I, 1. Partie, Histoire du traité de paix de Ryswic, en 1697, Article de la paix entre la France, l'Empereur et l'Empire, 2., p. 243 „... On peut donc en inférer, que ce fut par erreur, que les ambassadeurs de France comprirent dans cette liste quelques terres et seigneuries enclavées en Alsace, telles que celles du comté de Hanau-Lichtemberg. Cependant comme, d'après les termes du traité, elles étaient dans le cas d'être restituées à l'Empire, le comte de Hanau prit le parti de faire, après la paix de Ryswic, une soumission volontaire au roi. Elle lui valut des lettres patentes très-favorables, données en 1701 et 1707. ...“ und *Ludwig*, *Die deutschen Reichsstände im Elsaß*, 1. Kap., S. 14 mit Fußn. 2) u. 3).

³²⁵ In der zeitgenössischen deutschen Literatur wurde auch diese Deutung von Art. IV zugrundegelegt:

Das im Jahr 1790 in Darmstadt erschienene *Promemoria Nahmens Seiner Hochfuerstlichen Durchlaucht des regierenden Herrn Landgrafens zu Hessen=Darmstadt, als Grafens zu Hanau=Lichtemberg, in Bezug auf die Schluesse der Franzoesischen Nationalversammlung zu Paris vom 4ten u. f. f. August 1789*: welches den Begriff des Elsass allein auf die im Westfälischen Frieden an Frankreich bereits abgetretenen österreichischen

Die Abtretung von Straßburg an Frankreich betraf eine Reichsstadt. Es lag kein individuell-persönlicher Verlust von Eigentum und Hoheitsrechten eines Reichsstandes vor.

Besitzungen im Elsass beschränkt und hinsichtlich des gesamten Elsass und der in dem Verzeichniss enthaltenen Reunionen ihre Abtretung an Frankreich verneint: §. X., Fußn. q), S. 11-12, §. XXII u. §. XXIII, S. 21-22 (*Regensburger Correspondenz*, XL. Band, 35. Stück).

Im Jahr 1790 in Nürnberg erschienen: *Die Besitzungen Einkuenfte, Freiheiten, und Praerogativen der deutschen Reichsfuersten Kirchen und Koerper im Elsaß vertheidigt gegen die Beschluße der franzoesischen National=Versammlung in Betreff der Aufhebung oder Ausloesung der aus dem Lehenssystem herruehrenden Rechte und Einziehung der geistlichen Gueter etc. in einer Untersuchung ueber die Abtretung des Elsasses an die Krone Frankreich*, unter Berücksichtigung der im voranstehenden Art. III des Ryswijker Friedens festgelegten Wiederherstellung des Westfälischen und Nymwegener Friedens in ihre völlige Kraft (oben, S. 1002), erfolgt gleichfalls die Beschränkung des in Art. IV verwendeten Begriff Elsass auf die elsässischen österreichischen Besitzungen und wird hinsichtlich des gesamten Elsass seine Abtretung an Frankreich verneint: §. 29. u. §. 30., S. 40-45 (*Regensburger ebd.*, 101. Stück).

Gleichfalls: *Ludwig*, Die deutschen Reichsstände im Elsaß, 1. Kap., S. 13-15; *A. Schulte*, Frankreich und das linke Rheinufer, XIV., S. 200 und *P. Wentzcke*, Straßburg und das Elsaß als deutsches Friedensziel um die Wende des 17./18. Jahrhunderts, in: *Schicksalswege am Oberrhein*, S. 328.

Hingegen vertreten französische Historiker, dass jedenfalls mit dem Ryswijker Frieden von 1697 das Elsass an Frankreich gelangt sei. *A. Schulte*, Frankreich und das linke Rheinufer, XIV., S. 200 „... Alle französischen Historiker vertreten die Auffassung, daß seitdem im Elsaß bis zur Queich oder doch bis zur Lauter Kaiser und Reich keinerlei Rechte mehr gehabt hätten, wenn auch eine ausdrückliche Zession vermieden worden sei. ...“ Anders noch der im Jahr 1897 erschienene *Reuss*, L'Alsace au dix-septième siècle, Tome I, Livre 2., Chap. 5., p. 263 „... Louis XIV ne voulut plus entendre parler d'une cession quelconque en Alsace, et force fut à l'Empire de se résigner et d'accepter ce qu'il voulait bien abandonner sans contrainte. ...“

Die Herausgaben der Reunionen erfolgten danach nur in Teilen:

Die Luxemburgischen Gebiete blieben weiterhin königlich-französisch besetzt (*Das Reichsland Elsass-Lothringen*, I. Theil, 14., V., 3., d), S. 299: darunter auch das badische Rodemachern).

Im Burgundischen blieben die württembergische Grafschaft Mömpelgard mit ihren zugehörenden vier allodialen Herrschaften Blamont, Clémont, Châtelot und Héricourt weiter besetzt, hierbei auch das Parlement von Besançon am 22 avril 1698 den herzoglichen Beamten befahl, keinen anderen Oberherren als den König von Frankreich, welcher Graf von Burgund ist, anzuerkennen (*Moser*, Mömpelgardisches Staatsrecht, II., B, 10. Cap., § 3, S. 161-163; *Scherb*, Politische Beziehungen Mömpelgard zu Württemberg, 1. 3. 1. 9., S. 20-21, 4. 1., S. 154-156, 4. 3. 4., S. 169-174 und *Mériot*, Nouvelles Éphémérides du Pays de Montbéliard, Tome II, 4. Partie, Chap. XII, 1698.-17 janvier – 1699.-23 juin, p. 239-241, Chap. XIII, p. 243-246).

Die vom Metzter Parlement ausgesprochenen Reunionen wurden im allgemeinen wieder rückgängig gemacht (*Kaufmann*, Die Reunionskammer zu Metz, 3. Teil, IV., in: *JBfLG*, 11. Jahrg., S. 284-288 und *H. W. Herrmann*, Das Königreich Frankreich, Die Saarprovinz, in: *Geschichtliche Landeskunde des Saarlandes*, II. Band, Kap. II, S. 459: Auflösung der französischen Saarprovinz nach dem Ryswijker Frieden mit insbesondere Herausgabe des Herzogtums Lothringen nach seinem Gebietsumfang vom Jahre 1670).

Im Elsass wurden die beiden verzeichneten Reunionen Maursmünster und Hanau-Lichtenberg (oben, S. 1002) nicht restituiert (*Ludwig*, Die deutschen Reichsstände im Elsaß, 1. Kap., S. 16-17 und *A. Schulte*, Frankreich und das linke Rheinufer, XIV., S. 200: es wurden allein die Kurpfalz und dem Herzog von Zweibrücken in Art. VIII u. IX des Ryswijker Friedens zugesprochenen Reunionen Oberämter Germersheim, teilweise und Bergzabern restituiert (oben, S. 1002). Jedoch: Germersheim an die nördliche Grenze des Unter-Elsass – Queich – teilweise angrenzend (*Büsching*, Erdbeschreibung, VI. Theil, Der chur=rheinische Kreis, Die Pfalz am Rhein, §. 16., B., 6), S. 668-671), Bergzabern (Neucastel) gehörte zum Wasgau und Speyergau, wurde von Frankreich zum Unter-Elsass gerechnet (*Büsching ebd.*, VII. Theil, Der ober=rheinische Kreis, Das Fuerstenthum Zweybruecken, §. 7., I., 2., S. 71-74 (71)).

Für die dem Herzog von Lothringen³²⁶ zugehörige an Frankreich gelangte Stadt und Präfektur Longwy³²⁷ war im Vertrag selber tauschweise der Erwerb eines gleichwertigen Landes festgelegt worden.

Die weiter an Frankreich abgetretene, im Herzogtum Lothringen an der Saar gelegene Festung Saarlouis,³²⁸ war von Ludwig XIV. im Jahre 1680 auf Gebieten der landständischen Abtei Wadgassen und 2 landsässigen Städten³²⁹ errichtet worden. Diese und andere Städte, die ihren Besitz für den Ausbau der Festung abgaben, waren von Ludwig XIV. für ihren eigentumsmäßigen Verlust entschädigt worden.³³⁰ Die im Ryswijker Frieden von 1697 erfolgte Abtretung der Festung Saarlouis an Frankreich beinhaltete demnach allein die hoheitliche und nicht mehr die eigentumsmäßige Abgabe der Festung aus dem Herzogtum an Frankreich.

³²⁶ Von seinem Territorium wurden von Beginn des Jahres 1698 bis zum 16. Aug. 1698 die französischen Truppen abgezogen (*Derichsweiler*, Geschichte Lothringens, II. Band, 18. Abschnitt, S. 447).

³²⁷ *Zedler*, Universal Lexicon, XVIII. Band, Longuic, oder Longuy, ..., ist eine kleine befestigte Stadt, nebst einer Probstey oder gerichtlichem Sitz, welcher einem ziemlichen Stueck des umliegenden Landes Recht zu sprechen hat, in dem Lothringischen Herzogthum Bar, an den Luxemburgischen Graentzen, ..., und zu demjenigen Theil des Herzogthums Bar geschlagen worden, so von Franckreich nicht zu Lehn ging. ...“, Sp. 392.

³²⁸ *Zedler*, Universal Lexicon, XXXIV. Band, Sarlouis, ..., eine beruehmte und neue Vestung in Lothringen an der Sar, ..., Sp. 108-109.

³²⁹ Die beiden Städte Fraulautern und Walderfangen.

³³⁰ Abt Petrus Marx von Wadgassen reichte am 4. Juli 1680 ein Verzeichnis der für den Bau der Festung enteigneten und abgetretenen Ländereien ein. Gleiches taten Fraulautern und Walderfangen im Jahr 1680. Wadgassen erhielt 4 Jahre danach für sein verlorenes Grundeigentum die Hälfte des Schätzwertes, für 1 toise Land (½ Ruthe) = 1 sols und für die toise Wiese = 1 ½ sols und für die Einbuße seiner grundherrlichen Rechte ein Haus in Saarlouis. Fraulautern und Walderfangen wurden für ihr Grundeigentum in gleicher Weise entschädigt. Bei der weiteren Ausdehnung der Festungsanlagen erreichten die nachher abgegebenen Ländereien einen höheren Wert und zahlte man im Jahr 1704 für erhaltenes ca. 200 Fuder Land an verschiedene Besitzer 9 145 Francs, 2 sols und 7 Draches (*Schu*, Chronik der Stadt Saarlouis 1680-1980, 1680, S. 10-11 (10); *Baltzer*, Historische Notizen über die Stadt Saarlouis, I. Theil, Saarlouis, S. 3 und *Tritz*, Geschichte der Abtei Wadgassen, G., Gräfin Eleonora Clara von Hohenlohe. 1677-1709, S. 552).

Von 1681 bis 1685 war in dem die Hauptstadt der neuen Saarprovinz seienden Saarlouis das französische Gemeinde-, Behörden-, Gerichts-, Rechts- und Wirtschaftssystem eingeführt worden (*H.-W. Herrmann*, Stadtrechtsgeschichtliche Aspekte einiger unter König Ludwig XIV. von Frankreich gegründeten Festungsstädte, in: *Beiträge zur Geschichte der frühneuzeitlichen Garnisons- und Festungsstadt*, S. 94, 98-99, 100, 103, 104-105, 106-107, 107, Beilagen, I., S. 110-116 und *Zedler*, Universal Lexicon, XXXIV. Band, Sarlouis, ..., eine beruehmte und neue Vestung ..., Sp. 108-109).

6. Der Spanische Erbfolgekrieg von 1701 bis 1714

a) Das historische Geschehen

Der Spanische Erbfolgekrieg³³¹ von 1701-1714 war nach dem Tode des am 1. November 1700 kinderlos verstorbenen letzten Habsburger Königs von Spanien Karl II.³³² um den spanischen Besitz ausgebrochen, da die Erbfolge³³³ das europäische Gleichgewicht tangierte.³³⁴ Nach der von König Karl II. kurz vor seinem Tod am 3. Oktober 1700³³⁵

³³¹ Die Frage der Spanischen Sukzession, welche die europäischen Höfe seit dem Pyrenäenfrieden beschäftigt hatte, trat mit der schweren Erkrankung von König Karl II. im Herbst 1696 in den Vordergrund der europäischen Politik (*Immich*, Geschichte des europäischen Staatensystems 1660-1789, Abschnitt. II., 2. Kap., § 76., S. 174).

³³² *Legrelle*, La diplomatie française et la succession d'Espagne, Tome III, Chap. 9., p. 661-662 (662).

³³³ Potentielle Erbfolger waren:

König Ludwig XIV. von Frankreich: war der Sohn der ältesten Tochter Königs Philipp III. (1598-1621) Anne d'Autriche (1601-1666), ihre Heirat mit Ludwig XIII. am 25. Nov. 1615 (*Europäische Stammtafeln*, I. Band, Tafel 15, II. Band, Tafeln 29) und war Gatte der ältesten Tochter Königs Philipps IV. (1621-1665) Maria Theresia (1638-1683 (oben, S. 986)). Bereits Anne d'Autriche hatte auf ihr spanisches Thronfolgerecht verzichtet (*Gaedeke*, Die Politik Oesterreichs in der Spanischen Erbfolgefrage, I. Band, 1. Buch, 1. Kap., S. 6-7 und *Baumstark*, Kaiser Leopold I., III., S. 92). In dem als Teil des Pyrenäenfriedens vereinbarten Heiratsvertrag mit Maria Theresia am 7. Nov. 1659 war für die Infantin auch auf alle Erbrechte des spanischen Thron entsagt worden (*Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome VI Parties II & III, N° CIX., p. 283-286), dies bestätigt mit ihrem nachfolgenden am 6. Juni 1660 persönlich erklärten Verzicht (*Legrelle*, La diplomatie française et la succession d'Espagne, Tome I, Appendice, N° 2, p. 432-441, N° 3, p. 442-457). Der Verzicht, war in seiner Gültigkeit auf die Auszahlung der Mitgift abhängig gewesen, was nicht in der vereinbarten Weise erfolgte, er wurde vom Pariser Parlement für nichtig erklärt und von Ludwig XIV. widerrufen (*Legrelle* ebd., Tome I, Chap. 3., p. 45-66; *Gaedeke* ebd., S. 8-9 und *Baumstark* ebd., S. 57).

Kaiser Leopold I.: das Haupt der deutschen Linie der Habsburger war Sohn der jüngsten Tochter Königs Philipp III., Maria Anna (1606-1646) und war Gatte in 1. Ehe mit der jüngsten Tochter Königs Philipp IV., Margarete Theresia (1651-1673) (*Europäische Stammtafeln* ebd., Tafeln 16 u. 15). Bei der unter Kaiser Karl V. (1530-56) stattgehabten Aufspaltung des Hauses Habsburg in die deutsch-österreichische und die spanische Linien war in den Familienverträge der Jahre 1555-56 die gegenseitige Beerbung bei Aussterben einer Linie festgelegt gewesen (*Frey*, A question of Empire, Chap. 2, p. 13).

Kurprinz Joseph Ferdinand von Baiern (1692-1699): der Sohn von Maria Antonia (1669-1692), Tochter von Kaiser Leopold I. und der spanischen Infantin Margarete Theresia, war der Urenkel Königs Philipp IV. und der Neffe von König Karl II. (*Europäische Stammtafeln* ebd., Tafeln 26, 16 u. 15 und *Baumstark* ebd., III., S. 92-93). Maria Antonia hatte zwar bei der Heirat auf ihr spanisches Erbe – dies nach dem frühen Tod ihrer Mutter im Dez. 1692 – verzichtet, aber ohne Zustimmung des spanischen Königs, so dass ihr Verzicht nicht verbindlich war (*Baumstark* ebd., S. 92-93).

König Karl II. von Spanien hatte am 14. Nov. 1698 den bayerischen Kurprinzen zu seinem Universalerben eingesetzt und sollte bis zu seiner Volljährigkeit die Königin als Regentin mit einer Junta regieren (*Gaedeke*, Die Politik Oesterreichs in der Spanischen Erbfolgefrage, I. Band, 2. Buch, 5. Kap., S. 254-255 und *Legrelle* ebd., Tome II, Chap. 9., p. 580-582: Briefe des französischen Gesandten am Madrider Hof d'Harcourt an König Ludwig XIV. v. 26. u. 29. Nov. 1698). Karl II. hatte auch bereits im Jahre 1692 dessen Vater Kurfürst Maximilian II. Emanuel von Baiern zum Regenten der Spanischen Niederlande eingesetzt gehabt (*Baumstark* ebd., S. 93).

³³⁴ Zur Vermeidung einer das europäische Gleichgewicht tangierenden Vereinigung der spanischen und französischen Kronen oder der spanisch-habsburgischen Krone mit einem die österreichischen Länder besitzenden Habsburger hatten König Ludwig XIV., König Wilhelm III. von Großbritannien und die Generalstaaten der Vereinigten Provinzen am 25. März 1700 (zu Lebzeiten Königs Karl II.) den Teilungsvertrag geschlossen (*Legrelle*, La diplomatie française et la succession d'Espagne, Tome III, Appendice, N° 4, p. 690-

erfolgten testamentarischen Einsetzung von Philipp von Anjou,³³⁶ Enkel von Ludwig XIV.,³³⁷ welcher Ludwig XIV. für diesen den Alleinanspruch geltend machte,³³⁸ hatte sich am 7. November 1701 die Haager Allianz, mit Kaiser Leopold I., König Wilhelm III. von Großbritannien und den Generalstaaten der Vereinigten Provinzen³³⁹ gegen Ludwig XIV. und Philipp von Anjou gebildet.³⁴⁰ Zu Ludwig XIV. hielten die spanischen Gouverneure,³⁴¹ und er

701). Art. II seine Ausgangsüberlegung: „Comme le principal objet que Sa dite Majesté très Chrétienne et Sa dite Majesté de la Grande-Bretagne et lesdits seigneurs États-Généraux se proposent est celui de maintenir la tranquillité générale de l'Europe, ...“ (p. 692), mit einem für Erzherzog Karl, dem zweiten Sohn Kaisers Leopold I. in Aussicht gestellten Erhalt der Krone Spaniens, den Spanischen Niederlanden und den Kolonien (Art. VI, *Legrelle* ebd., Appendice, N° 4, p. 695-696) und einem für den Grand-Dauphin Louis (1661-1711) (*Europäische Stammtafeln*, I. Band, Tafel 29) vorgesehenen Erwerb der Königreiche Neapel und Sizilien mit den toskanischen Häfen und den mittelmeeischen Inseln. Dem Dauphin sollten auch die Herzogtümer Lothringen und Bar abgetreten und übertragen werden, an Stelle des (spanischen) Herzogtums Mailand, das im Austausch dafür dem Herzog von Lothringen (Karl IV.) abgetreten und übertragen werden sollte. Als Gegenleistung für diese Königreiche, Inseln, Provinzen und Städte verpflichteten sich Ludwig XIV. und der Dauphin für die Zukunft auf die Thronfolge Spaniens zu verzichten (Art. IV u. V, *Legrelle* ebd., Appendice, N° 4, p. 693-695). Art. VII enthielt an den Kaiser die Einladung, dem Vertrag innerhalb von 3 Monaten nach seiner Ratifikation beizutreten, ansonsten die Vertragsteile den seinem Sohn zugeordneten Anteil einem anderen Prinzen geben würden (*Legrelle* ebd., Appendice, N° 4, p. 696-697), was von Kaiser Leopold I. stets verweigert wurde (*Gaedeke*, Die Politik Oesterreichs in der Spanischen Erbfolgefrage, II. Band, 3. Buch, 3. Kap., S. 75-78, 4. Kap., S. 79-85 und *Baumstark*, Kaiser Leopold I., III., S. 94).

³³⁵ König Karl II. war empört über die Zerreißung seiner Monarchie noch zu seinen Lebzeiten (*Gaedeke*, Die Politik Oesterreichs in der Spanischen Erbfolgefrage, II. Band, 3. Buch, 3. Kap., S. 74 und *Baumstark*, Kaiser Leopold I., III., S. 94).

³³⁶ Sein am 3. Okt. 1700 verfassten und auf den 2. Okt. 1700 zurückdatiertes Testament (*Legrelle*, La diplomatie française et la succession d'Espagne, Tome III, Appendice, N° 6., p. 712-737 (Ziff. 14., p. 719-721)). König Karl II. glaubte, dass Ludwig XIV. den Gesamtanfall besser zu wahren verstünde als der österreichische Kaiser (*Frey*, A question of Empire, Chap. 1, p. 7).

³³⁷ Philippe IV Duc d'Anjou, zweiter Sohn des Grand-Dauphin Louis (*Europäische Stammtafeln*, II. Band, Tafeln 28 u. 31).

³³⁸ Ludwig XIV. nahm am 16. Nov. 1700 das Testament im Namen seines Enkels an, ließ ihn am 24. Nov. als König Philipp V. von Spanien proklamieren (*Legrelle*, La diplomatie française et la succession d'Espagne, Tome IV, Chap. 1., p. 5-65 und *Gaedeke*, Die Politik Oesterreichs in der Spanischen Erbfolgefrage, II. Band, 3. Buch, 5. Kap., S. 115-117) und sicherte ihm in seinen im Dez. 1700 gegebenen *Letres Patentes* trotz seiner Annahme der Krone des Königs von Spanien alle Rechte als potentieller Nachfolger auf dem Thron Frankreichs zu (*Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome VII Partie II, N° CCXXV., p. 494-495).

³³⁹ *Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome VIII Partie I, N° XIII., p. 89-92, Art. II-IV: Den Verbündeten liegt nichts mehr am Herzen als der allgemeine Friede und die Ruhe ganz Europas, zu deren Begründung nichts dienlicher ist, als dem Kaiser wegen seines Anspruches auf die spanische Thronfolge eine billige und vernünftige Satisfaktion zu gewähren, und den beiden anderen Vertragsteilen für ihre Königreiche sowie für die Schifffahrt und den Handel ihrer Untertanen genügend Sicherheit zu bieten (p. 90), Art. VII: Sollte sich die Notwendigkeit zum Krieg ergeben, so werden die Verbündeten über die Operationen und alle sonstigen gemeinsamen Angelegenheiten miteinander in Verbindung treten (p. 91).

Kriegserklärungen von Kaiser Leopold I. als Oberhaupt seines Hauses Österreich gegen den König von Frankreich und Duc d'Anjou am 15. Mai 1702 (*Du Mont* ebd., N° XXIX., p. 115-116), von Königin Anna von Großbritannien gegen die Könige von Frankreich und Spanien am 14. Mai 1702, veröffentlicht am nächsten Tag (*Du Mont* ebd., N° XXVIII., p. 115 und *Frey*, A question of Empire, Chap. 5, p. 44) und den Generalstaaten der Vereinigten Provinzen gegen diese am 8. Mai 1702, veröffentlicht am 15. Mai 1702 (*Du Mont* ebd., N° XXVI., p. 112-114).

³⁴⁰ Der Haager Allianz schlossen sich an:

König Peter II. von Portugal (1683-9. 12. 1706, *Europäische Stammtafeln*, II. Band, Tafel 42) zuerst neutral, trat am 16. Mai 1703 der Koalition bei und schloss am 3. Juli 1703 mit Kaiser Leopold I. eine Defensiv- und

mit den beiden wittelsbacher Kurfürsten von Baiern und Köln verbündet.³⁴² Das Reich hatte sich durch Kriegserklärung von Kaiser Leopold I. am 16. Oktober 1702 gegen König Ludwig XIV. und seinen Enkel Philipp von Anjou dem Krieg angeschlossen.³⁴³ Nach einem für das

Offensiv-Allianz ab, bei portugiesischer Anerkennung von Erzherzog Karl als neuen spanischen König und mit der kaiserlich-österreichischen Inaussichtstellung des Erwerbes von spanischem Gebiet (*Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome VIII Partie I, N° VII., p. 31, N° XXXIX., p. 127-131 und *Frey*, A question of Empire, Chap. 6, p. 64-66 mit Notes, p. 115, die Kriegserklärung von König Philipp V. von Spanien vom 30. April 1704 gegen den König von Portugal, Erzherzog Karl und ihre Verbündeten: *Du Mont* ebd., Tome VIII Partie I, N° XLIX., p. 154-155).

Kurfürst Friedrich III. von Brandenburg erhielt in dem am 16. Nov. 1700 mit Kaiser Leopold I. abgeschlossenen Preußischen Krontraktat gegen seine Zusage zur Stellung von 8 000 Mann in dem anstehenden Krieg um die Spanische Erbfolge die Bewilligung, sich wegen seines dem Reich nicht zugehörenden Herzogtums Preußen zum König (König Friedrich I. in Preußen) krönen zu lassen (*Du Mont* ebd., Supplément, Tome troisième, Tome II Partie I., N° CCIX., p. 461-463 (Art. VI-VIII, p. 462-463) und *Frey*, Friedrich I., IV, S. 63-70, 72-75 mit Notes, S. 243-244). Die Krönung fand am 18. Jan. 1701 statt (*Frey* ebd., S. 70-72 mit Notes, S. 244). Seine Truppenstellungen erfolgten in Verträgen mit den Generalstaaten der Vereinigten Provinzen, mit König Wilhelm III. von Großbritannien am 30. Dez. 1701/19. Jan. 1702 in Den Haag/London (*Du Mont* ebd., Tome VIII Partie I, N° XVI., p. 96-97) und mit dem Kaiser am 16. Dez. 1702 gegen die Erwartung, dass Spanien Preußens Wünsche erfüllen und des Erwerbes des Titels eines Prinzen von Orange (*Parry*, Treaty series, Vol. XXIV, p. 291-298 und *Feckl*, Preussen im Spanischen Erbfolgekrieg, IV., d), S. 50-51 mit Anm., S. 213).

Herzog Georg Ludwig von Braunschweig-Lüneburg-Hannover. In dem von seinem Vater Herzog Ernst August mit Kaiser Leopold I. am 22. März 1692 vereinbarten Wiener Recess war seinem Haus wegen seines splendors und den von den beiden Herzögen Georg Wilhelm und Ernst August dem Reich und der Christenheit erbrachten Dienste in den Kriegen gegen Ludwig XIV. und gegen die Türkei eine neue Kurwürde versprochen worden, und enthielt auch bereits die Erwartung von weiteren Diensten, womit die kommende Auseinandersetzung um die Spanische Erbfolge angesprochen war (*Du Mont* ebd., Tome VII Partie II, N° CXLV., p. 306-307, insb. Art. I, II, IX, p. 307). Nach seinem Tod am 23. Jan. 1698 beendete Herzog Georg Ludwig im März 1702 gewaltsam die Vorhaben der beiden Herzöge Anton Ulrich und Rudolf August von Braunschweig-Wolfenbüttel, durch mit französischem Geld geworbenen 12 000 Mann die norddeutschen Fürsten in Schach zu halten, welche stattdessen von Kaiser Leopold I. übernommen wurden (*Granier*, Der deutsche Reichstag während des Spanischen Erbfolgekrieges, Abschnitt I, § 1, S. S. 30-31 mit Anm., S. 336-337 und *Immich*, Geschichte des europäischen Staatensystems 1660-1789, Abschnitt II, 2. Kap., § 81., S. 192).

Herzog Viktor Amadeus von Savoyen, zuerst mit Ludwig XIV. im Vertrag vom 6. April 1701 verbündet (*L.-M. Frey*, A question of Empire, Chap. 6, p. 60-61 mit Notes, p. 113), trat er am 8. Nov. 1703 in einem mit den Alliierten abgeschlossenen Bündnisvertrag diesen bei (*L.-M. Frey* ebd., p. 61-62 mit Anm., p. 113-114). Am 4. Dez. 1703 erfolgte die Kriegserklärung Ludwigs XIV. gegen ihn (*Du Mont* ebd., Tome VIII Partie I, N° XLIII., p. 135). *W. Churchill*, Marlborough, Vol. I, Chap. 4, p. 75 „... It has been said that the geographical position if Savoy, 'the doorkeeper of the Alps,' made its rulers treacherous. ...“.

³⁴¹ Alle spanischen Gouverneure anerkannten Philipp d'Anjou als neuen König von Spanien. Dies tat gleichfalls der im Nov. 1700 gewählte Papst Klemens XI. (*Immich*, Geschichte des europäischen Staatensystems 1660-1789, Abschnitt II., § 81., S. 193).

³⁴² Kurfürst Max Emanuel von Baiern. Nachdem seine eigene Hoffnung auf Erwerb der Spanischen Krone mit dem Tod seines Kurprinzen Joseph Ferdinand am 6. Febr. 1699 nicht mehr zu realisieren war, näherte er sich Ludwig XIV. an und anerkannte auch sofort Philipp V. In den Frühjahrsverträgen 1701 nahm er und sein Bruder Erzbischof Joseph Clemens von Köln für die kommende Auseinandersetzung für Ludwig XIV. Partei (*Granier*, Der deutsche Reichstag während des Spanischen Erbfolgekrieges, Abschnitt I, § 1, S. 26 mit Anm., S. 330-331). „...; Max Emanuel versprach Ludwig 25 000 Mann, wofür ihm dieser außer Subsidien, die Rheinpfalz, Pfalz-Neuburg mit dem Königstitel oder die erbliche Statthalterschaft in den Niederlanden nebst Geldern und Limburg zusagte (17. Juni 1702); die Kaiserwürde war Baiern schon früher in Aussicht gestellt worden. ...“ und „... Joseph Klemens übergab den Franzosen Lüttich sowie die wichtigsten Rheinfestungen seines Erzbistums. ...“ (*Immich*, Geschichte des europäischen Staatensystems 1660-1789, Abschnitt II., 2. Kap., § 81., S. 192 und *Granier* ebd., Abschnitt I, § 1, S. 31 mit Anm., S. 337).

³⁴³ Kriegs-Erklärung von Kaiser Leopold I. v. 16. Okt. 1702 „... Erklären demnach und verkuendigen fuers erste hiermit und in Kraft dieses Briefs, von Roemisch=Kayserlicher Macht, mit gutem Rath und rechtem

Reich³⁴⁴ und seine Verbündeten im Reichsgebiet, in Spanien, in Oberitalien und in den Spanischen Niederlanden positiven Kriegsverlauf, schieden das Königreich Großbritannien,³⁴⁵ die Generalstaaten der Vereinigten Provinzen,³⁴⁶ die Könige in Preußen,³⁴⁷

Wissen, den Koenig in F r a n k r e i c h, und dessen Enkel, Herzogen von Anjou, wie auch deren Allirte, ..., fuer Unsere und des Reichs Feinde, und daß der Uns abgenoethigte Krieg nunmehr auch fuer einen allgemeinen R e i c h s = K r i e g zu halten, ...“ (*Vollständige Sammlung aller Reichs=Schluesse*, III. Theil, XX., Beylage, sub No. I., S. 44 linke Sp), insg., S. 42-46 und dem ihr zugrundeliegenden *Reichs=Schluß v. 30. Sept. 1702* (*ebd.*, XVII., S. 31- 35 (S. 32 rechte Sp.-S. 33 linke Sp.) mit dem *Kayserlichen Commissions=Decret v. 12. Okt. 1702* (*ebd.*, XIX., S. 36-37 (36)).

³⁴⁴ Nach dem Tod von Kaiser Leopold I. am 5. Mai 1705 war Nachfolger sein schon im Jahre 1690 zum Römischen König gewählter ältester Sohn Joseph I. (*Granier*, Der deutsche Reichstag während des Spanischen Erbfolgekrieges, Abschnitt III, § 4, S. 81-82 mit Anm., S. 365).

³⁴⁵ Die Tories gewannen im Oktober 1711 mehr als $\frac{2}{3}$ der Unterhaussitze und gelangten damit an die Regierung, *W. Churchill*, Marlborough, Vol. IV, Chap. 19, p. 320-329, insb. „... The Tory Party, united an inflamed, proved itself, as Marlborough had for years believed, definitely the stronger part of the nation. ... Two hundred and seventy Members lost their seats. In the new Parliament the Whigs were not a third of the House of Commons. ...“ (p. 328, 329), welche den Frieden mit Ludwig XIV. wollten.

Die den Krieg mit großem Elan führenden Whigs verkannten, dass das Volk die durch die Erhebung von Steuern und neue Staatsschulden finanzierten großen Kriegslasten nicht weiter haben wollte. Es bereicherten sich whigistische Finanzierer und Großkaufleute durch die auswärtigen Kriegsunternehmungen. Es kam zum Zerwürfnis zwischen dem den Krieg für die Koalition insbesondere organisierenden Herzog von Marlborough und der Königin Anna, 2. Tochter des letzten Stuartkönig Jakob II. (1685-1688), und war König Wilhelm III. am 19. März 1702 verstorben (*Zedler*, Universal Lexicon, LVI. Band, Wilhelm III. Koenig von Groß=Britannien, ..., Sp. 994, 1091 und *Europäische Stammtafeln*, II. Band, Tafel 95). Kaiser Joseph I. war auch am 17. April 1711 gestorben (*Europäische Stammtafeln*, I. Band, Tafel 16.)). Sein jüngerer Bruder Karl VI. wurde am 22. Dez. 1711 zum Kaiser gekrönt, er kämpfte seit dem Jahr 1703 in Katalonien um sein Reich und war am 12. Sept. 1703 zum König Karl III. von Spanien erklärt worden (*Granier*, Der deutsche Reichstag während des Spanischen Erbfolgekrieges, Abschnitt V, § 8, S. 231-249 (237, 247) mit Anm., S. 427-434 und *Frey*, A question of Empire, Chap. 7, p. 77). Die vorhandene Gefahr, dass er nunmehr auf Spanien verzichten und sich mit Frankreich einigen könne, beschleunigte insbesondere die Verhandlungen. Eine englische Befürchtung dahingehend, dass Kaiser Karl VI. als nunmehriger römisch-deutscher Kaiser auch die spanischen Krone erhalten und damit das Reich Kaiser Karls V. erneuern könnte, bestand hingegen nicht. Die in Spanien gegebenen Machtverhältnisse, der habsburgische König Karl III. hatte sich nicht gegen den Bourbonen Philipp V. behaupten können, ließen dies nicht befürchten (*W. Churchill*, Marlborough, Vol. IV, Chap. 17-22, p. 295-383, Chap. 27-33, p. 458-566 und *Immich*, Geschichte des europäischen Staatensystems 1660-1789, Abschnitt II., § 91., S. 227-230).

Friedensverträge zwischen König Ludwig XIV. und Königin Anna von Großbritannien am 11. April 1713 in Utrecht (*Vast*, Traités Louis XIV, Tome III, p. 68-86), Art. I: Friedensvereinbarung (p. 71), Art. II: Einstellung der Feindseligkeiten (p. 71), Art. IV u. V: Anerkennung der Erbfolge des Hauses Braunschweig-Lüneburg auf den Thron Großbritanniens durch Frankreich (p. 72-74), Art. VI: Verpflichtung beider Vertragsteile „... que les Couronnes de France et d’Espagne demeurent séparées et désunies; ..., ces Couronnes ne pourront jamais être réunies: ...“ (p. 74-75 (75)), Art. X u. XI, XIII: Frankreich tritt an die Königin die Hudson Bay, die Insel St. Christophe (Westindien) und Neufundland mit den anliegenden Inseln ab (p. 76-77, 78-81) und zwischen Königin Anna von Großbritannien und König Philipp V. von Spanien am 23. Febr. 1713 in Rhenium (*Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome VIII Partie I, N° CLXIV., p. 393-397), Art. I: Friedensvereinbarung (p. 394), Art. X u. XI: Stadt, Festung Gibraltar und die Insel Menorca gelangen von Spanien an Großbritannien (p. 395), Art. XII: Bestätigung des am 26. März 1713 in Madrid zwischen selben Vertragspartnern abgeschlossenen Assiento-Vertrag (*Du Mont* *ebd.*, N° CXLIX., p. 330-337), in welchem Großbritannien das alleinige Recht zur Betreibung des Negerklavenhandels in den amerikanischen Provinzen Spaniens erhielt (p. 395-396).

³⁴⁶ Friedensverträge zwischen König Ludwig XIV. und den Generalstaaten der Vereinigten Provinzen am 11. April 1713 in Utrecht (*Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome VIII Partie I, N° CLVI., p. 366-371), Art. I: Friedensvereinbarung (p. 367) und zwischen König Philipp V. von Spanien und den Generalstaaten der Vereinigten Provinzen am 26. Juni 1714 in Utrecht (*Du Mont* *ebd.*, N° CLXXII., p. 427-432), in Art. I: Friedensvereinbarung (p. 427).

von Portugal³⁴⁸ und das Herzogtum Savoyen³⁴⁹ durch die mit König Ludwig XIV. und mit Philipp von Anjou im Jahre 1713 in Utrecht abgeschlossenen Friedensverträge aus dem Krieg aus. Das allein weiterkämpfende Reich³⁵⁰ mit den Haus Habsburg konnte den Krieg gegen das Frankreich Ludwigs XIV. nicht siegreich beenden.³⁵¹

b) Der Badener Friede von 1714 zwischen dem Reich und dem Königreich Frankreich

aa) Die vereinbarten Regelungen

In dem zwischen Kaiser Karl VI., dem Reich und König Ludwig XIV. von Frankreich in Baden³⁵² am 7. September 1714 abgeschlossenen Friedensvertrag:³⁵³

wurden entsprechend dem Ryswijker Frieden³⁵⁴ Städte und Festungen Breisach und Freiburg an den Kaiser, das Haus Österreich und das Reich zurückgegeben und abgetreten,³⁵⁵

³⁴⁷ Friedensvertrag zwischen König Ludwig XIV. und König Friedrich Wilhelm I. in Preußen (König Friedrich I. in Preußen war am 25. Febr. 1713 verstorben, *Europäische Stammtafeln*, I. Band, Tafel 156.) am 11. April 1713 in Utrecht (*Vast, Traités Louis XIV*, Tome III, p. 120-128), Art. I: Friedensvereinbarung (p. 121), Art. II: Zurückzug der Truppen des Königs in Preußen aus den Niederlanden und den anderen Orten, mit seinem Versprechen, diese, solange der Krieg dauert, nicht wider Frankreich agieren zu lassen, ausgenommen sein Reichskontingent, welches er als Reichsglied zu stellen verbunden ist (p. 122).

³⁴⁸ Friedensverträge zwischen König Ludwig XIV. und König Johann V. von Portugal (1. 1. 1707-31.7. 1750, *Europäische Stammtafeln*, II. Band, Tafel 42) am 11. April 1713 in Utrecht (*Vast, Traités Louis XIV*, Tome III, p. 112-119), Art. I: Friedensvereinbarung (p. 113), Art. IV: Die in den Kolonien beiderseits eroberten Plätze werden zurückgegeben (p. 114) und zwischen König Johann V. von Portugal und König Philipp V. von Spanien am 6. Febr. 1715 in Utrecht (*Du Mont, Corps universel diplomatique du droits des gens*, Tome VIII Partie I, N° CLXXV., p. 444-447), Art. I: Friedensvereinbarung (p. 445).

³⁴⁹ Friedensvertrag zwischen König Ludwig XIV. und Herzog Viktor Amadeus von Savoyen am 11. April 1713 in Utrecht (*Vast, Traités Louis XIV*, Tome III, p. 129-140), Art. I: Friedensvereinbarung (p. 130).

³⁵⁰ Am 7. Mai 1713 schrieben die 4 Vorderen Reichskreise dem Reichstag, sie könnten sich angesichts der allgemeine Erschöpfung nicht für die Fortsetzung des Krieges aussprechen (*Granier, Der deutsche Reichstag während des Spanischen Erbfolgekrieges*, Abschnitt VI, § 1, S. 264-265 mit Anm., S. 438).

³⁵¹ *Gebhardt*, Deutsche Geschichte, 9. Aufl., II. Band, III., § 73, S. 287-296; *Handbuch der Europäischen Geschichte*, IV. Band, A., § 3, c), Der Spanische Erbfolgekrieg, S. 31-35; *W. Churchill*, Marlborough, Vol I, Chap. 31 u. 32, p. 516-557, 1 map, p. 558, Appendix, III, p. 571-574, Vol. II, Chap. 1-27, p. 29-605, 3 maps, p. 606, Vol. III, Chap. 1-28, p. 19-556, 3 maps, p. 556, Vol. IV, Chap. 1-33, p. 17-566, Chap. 36, p. 594-611, 2 maps, p. 656; *Immich*, Geschichte des europäischen Staatensystems 1660-1789, Abschnitt II., 2. Kap., § 76. u. § 77., S. 174-181, § 79.-§ 81., S. 186-194, 3. Kap., § 82.-§ 84., S. 195-208, § 86., S. 212, 4. Kap., § 87.-§ 89., S. 215-224, § 91. u. § 92., S. 227-234 und *Legrelle*, La diplomatie française et la succession d'Espagne, Tome II, Chap. 2.-11., p. 64-643, Appendice, N° 1.-14., p. 647-717, Tome III, Chap. 1.-9., p. 5-665, Appendice, N° 1.-7., p. 679-748, Tome IV, Chap. 1.-9., p. 5-769, Appendice, N° 1.-9., p. 809-835.

³⁵² Im Aargau.

³⁵³ *Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome VIII Partie I, N° CLXXIV., p. 436-441.

Vorausgegangen war der am 6. März 1714 zwischen Kaiser Karl VI. als Oberhaupt seines Hauses Österreich und König Ludwig XIV. in Rastatt nahezu inhaltsgleich abgeschlossene Friedensvertrag (*Vast, Traités Louis XIV*, Tome III, p. 162-186).

stimmten Kaiser und Reich zu, dass gemäß dem Ryswijker Vertrag die Stadt Landau in befestigtem Zustand bei der Krone Frankreich verblieb,³⁵⁶

stimmte Ludwig XIV. zu, dass das Haus Österreich von den Spanischen Niederlande Besitz nahm,³⁵⁷ unbeschadet der Verträge, die der Kaiser mit den Generalstaaten hinsichtlich ihrer Barriere abschließen würde³⁵⁸ und der König in Preußen behalten solle, was er in Obergeldern³⁵⁹ in Besitz hat.³⁶⁰ Außerdem solle ihm das Amt Krieckenbeck, das Land Kessel und die Stadt Erkelenz übergeben werden.³⁶¹

³⁵⁴ Entsprechend Art. IV des Ryswijker Friedens vom 30. Okt. 1697: der Herausgabe aller außerhalb des Elsass gelegenen Reunionen (oben, S. 1000, 1001-1003).

³⁵⁵ Art. IV, V, VII (*Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome VIII Partie I, N^o CLXXIV., p. 437).

Art. VI u. VII: Wurde die am rechten Ufer von Frankreich vor Kehl errichtete Schanze unzerstört an Kaiser und Reich abgetreten (p. 437). Art. VIII: Versprechen Frankreichs, die am rechten Rheinufer und auf der Rheinseite gegenüber von Hüningen angelegten Befestigungen und daselbst errichtete Rheinbrücke auf seine Kosten zu zerstören und seine Verpflichtung, das Schloß Bitsch und das Schloß von Homburg nach vorheriger Zerstörung der Befestigungsanlagen zu verlassen (p. 437).

³⁵⁶ Art. XIV (*Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome VIII Partie I, N^o CLXXIV., p. 438).

³⁵⁷ Art. XIX (*Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome VIII Partie I, N^o CLXXIV., p. 439).

In dem vorangegangenen zwischen König Ludwig XIV. und den Generalstaaten der Vereingten Provinzen in Utrecht am 11. April 1713 abgeschlossenen Friedensvertrag (*Du Mont* ebd., N^o CLVI., p. 366-371) hatte sich Frankreich in Art. VII diesen gegenüber verpflichtet gehabt, zu Gunsten des Hauses Österreich herauszugeben, was es noch in den Spanischen Niederlande in Besitz hat, so dass das Haus Österreich in ihren Besitz gelangt, wie die Generalstaaten mit ihm übereinkommen werden, damit diese ihnen als Barriere und zur Sicherheit dienen (p. 367).

³⁵⁸ Dies erfolgte in dem nachfolgenden zwischen Kaiser Karl VI., Königin Anna von Großbritannien und den Generalstaaten der Vereinigten Provinzen am 15. Nov. 1715 in Antwerpen abgeschlossenen Barrierevertrag (*Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome VIII Partie I, N^o CLXXX., p. 458-464). Art. I: Die Verpflichtung der Generalstaaten, welche die Spanischen Niederlande zum größten Teil besetzt hielten, dem Kaiser alle Provinzen und Städte dieser zurückzugeben, welche künftig ein einziges, unteilbares und von den Besitzungen des Hauses Habsburg in Deutschland untrennbares Besitztum bilde soll (p. 459). Art. II: Die Verpflichtung des Kaisers, keine Provinz, Stadt, Festung und Gebiet der Niederlande an die Krone Frankreich noch an jemanden, der nicht Rechtsnachfolger und Erbe der Besitzungen des Hauses Habsburg in Deutschland ist, abzutreten, zu schenken oder zu überlassen (p. 459). Art. XVII u. XVIII: Der Kaiser tritt den Generalstaaten diejenigen Forts und soviel Gebiet in Österreichisch-Flandern an ihren Grenzen ab, als es für ihre notwendige Überschwemmung zur Deckung des Gebietes von der Schelde bis zum Meer und zur Verstärkung ihrer Befestigungen diesseits der Maas erforderlich ist, und die Stadt Venlo, die Schanzen St. Michael, Steffenswerth und das Amt von Montfort (p. 460-462). Art. IV u. XIII: Der Kaiser gewährt den Generalstaaten ein ausschließliches Garnisonsrecht in den von der See bis zur Schelde gelegenen Städte und Festungen Tournay, Menin, Furnes, Warneton, Ypern, Fort Knokke und dem an der Maas gelegenen Namur (p. 459, 460 und *Goerlitzer*, Die Barrierefestungen gegen Frankreich, S. 13-18). Art. V: In der Stadt Dendermonde wird eine gemeinsame Garnison von niederländischen und kaiserlichen Truppen errichtet (p. 459). Art. III, X, XIII: Der Kaiser und die Generalstaaten werden zur Sicherheit der Österreichischen Niederlande ein Korps von 30 000-35 000 Mann halten, wovon der Kaiser $\frac{3}{5}$ und die Generalstaaten $\frac{2}{5}$ stellen (p. 459, 460).

³⁵⁹ Obergeldern, das Oberquartier war jenes Gebiet von Geldern, welches sich im Niederländischen Befreiungskampf nicht der Utrechter Union vom 23. Jan. 1579 angeschlossen hatte (*Du Mont*, Corps universel

bb) Die Vergleichbarkeit mit dem Friedensvertrag von Lunéville

Die Abtretung der Stadt Landau an die Krone Frankreich betraf eine Reichsstadt, welche von Ludwig XIV. im Jahre 1673 unter seine Hoheit gestellt worden war.³⁶² Im Badener Friedensvertrag von 1714 erfolgte demnach kein Verlust von Eigentum und Hoheitsrechten zu Lasten eines persönlichen Reichsstandes

Der Erwerb der bisherigen Spanischen Niederlande von der Krone Spanien durch das Haus Österreich, welche nunmehrigen Österreichischen Niederlande weiterhin im Reich blieben, hatte seinen Anlass in der Aufteilung des Erbes der Spanischen Habsburger. Seine Motivation war, die unter den Erbprätendenten umstrittene Erbmasse der Spanischen Habsburger, zu welcher auch die Spanischen Niederlande gehörten, unter die Streitenden aufzuteilen. Es lag nicht die historische Situation des Friedensschlusses von Lunéville vor, dass ein Reichsstand sein Territorium der siegreichen ausländischen Macht zu ihrem Kriegsgewinn hatte abgeben müssen.

Die in den nunmehrigen Österreichischen Niederlanden an die Generalstaaten der Vereinigten Provinzen abgetretenen Gebiete schieden zwar aus dem Reichsverband aus. In der Großen Haager Allianz vom 7. September 1701 war auch die Verpflichtung von Kaiser Joseph I.³⁶³ und der Krone Großbritanniens gegenüber den Generalstaaten übernommen worden, die Spanischen Niederlande mit aller Kraftanstrengung zurückzugewinnen und sich alsdann mit den Generalstaaten über die Einrichtung der Spanischen Niederlande als Barrière gegen Frankreich zu verständigen.³⁶⁴ Das Ausscheiden dieser nunmehr österreichischen Gebiete aus dem Reichsverband war durch das über ein Jahrhundert existente und vom Haus

diplomatique du droits des gens, Tome V Partie I, N° CLVIII., p. 322-333, N° CLXXXIII., p. 413-421 (26. Juli 1581 Aufsayung des Gehorsams an König Philipp II. von Spanien), sondern bei Spanien verblieben war (*Klein*, Preußen und die Utrechter Frieden, Kap. 1., S. 20, Fußn. 1)).

³⁶⁰ Art. XIX: Die Stadt und Vogtei Geldern, die Städte, Vogteien und Herrschaften Strahlen, Wachtendonck, Midelaer, Walbeeke, Aertsen, Afferdeen, Weel, Racym, Klein-Kevelaer (*Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome VIII Partie I, N° CLXXIV., p. 439).

³⁶¹ Art. XIX (*Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome VIII Partie I, N° CLXXIV., p. 439).

Art. XXX: Das Versprechen und die Verpflichtung Frankreichs, den Kaiser in ruhigem Besitz aller zur Zeit von ihm besessenen Länder und Orte, die vorher dem Haus Österreich in Italien zugehört hatten: das Königreich Neapel, das Herzogtum Mailand mit den Häfen und Plätzen an der Küste von Toskana, die Insel Sardinien zu belassen, (p. 440). Art. XIII: Frankreich erkennt die kurfürstliche Würde des Hauses Braunschweig-Hannover an (p. 438). Art. XV-XVIII: Die beiden wittelsbacher Brüder Erzbischof Joseph Clemens von Köln und Kurfürst Maximilian Emanuel von Baiern werden gänzlich in ihre Länder und Würden wieder eingesetzt (p. 438-439).

³⁶² Oben, S. 978.

³⁶³ Als Oberhaupt seines Hauses Österreich.

³⁶⁴ Art. V „Foederati ad procurandam satisfacionem & securitatem antedictas, omnes nervos intendent, ut inter alia recuperent Provincias Hispano-Belgicas, ut sint obex & repagulum, vulgo *Barriere*, Galliam a Belgio Foederato removens & separans pro securitate Dominorum Ordinum Generalium, quemadmodum ab omni tempore inservierunt, donec Rex Christianissimus nuper eas Milite suo occupavit, ...“ (*Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome VIII Partie I, N° XIII., p. 90-91), Art. IX „Tempore quo dicta Transactio vel Pax fiet, Foederati inter se convenient, de omnibus iis, ..., quemadmodum etiam de modo quo Domini Ordines Generales per obicem antedictum, vulgo *Barriere* securi redentur.“ (p. 91).

Habsburg selber anerkannte gesamteuropäische Interesse zur Einrichtung der vormals Spanischen, nunmehr Österreichischen Niederlande als Barriere³⁶⁵ motiviert.³⁶⁶

Die dem König von Preußen in den Österreichischen Niederlanden abgetretenen Gebiete von Geldern verblieben im Reich. Sie waren dem König wegen seines Verzichtes auf seine Schuldforderung gegen die Krone Spanien³⁶⁷ und auf die Erbschaft des oranischen Hausbesitzes³⁶⁸ zuerkannt worden.

³⁶⁵ Nach ihrer Unabhängigkeit im Jahre 1579 hatten die Generalstaaten der Vereinigten Provinzen, um den befürchteten Revanche-Angriff von Spanien aus seinen ihm verbliebenen Spanischen Niederlande abzuwenden, sich zuerst mit Frankreich verbündet. Mit dem Umschwung der Mächtekonstellation im Westfälischen Frieden, der europäischen Vorherrschaft Frankreichs gegen Spanien, bestand die Gefahr eines nunmehr von Frankreich kommenden, über das Gebiet der Spanischen Niederlande vorgetragenen Angriffes für die Generalstaaten. Ein Erwerb der Spanischen Niederlande durch Frankreich hätte die europäische Machtkonstellation einseitig zugunsten von Frankreich verschoben, da damit auch eine Abhängigkeit der Generalstaaten und ihres nachfolgenden Erwerbes seitens Frankreich zu befürchten waren. Die französische Erlangung der Spanischen Niederlanden und der Generalstaaten der Vereinigten Provinzen mit ihrem reichen Handel und mit ihrer großen Seemacht hätte zu einer von den übrigen Staaten Europas, vor allem Großbritannien und dem Reich nicht hinnehmbaren Vorherrschaft von Frankreich in Europa, insbesondere zur Zerstörung des im Westfälischen Friedens angestrebten Gleichgewichtes zwischen den europäischen Staaten geführt. Das weitere Fortbestehen der Spanischen Niederlande und ihrer Funktionalisierung als Barriere zwischen den Generalstaaten und Frankreich war ein gesamteuropäisches Interesse und eines der wichtigsten politischen Anliegen in der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts. Der Barriere-, Gleichgewichts- und Sicherheitsgedanke wurde vor allem von dem Statthalter der Vereinigten Provinzen Wilhelm III. von Oranien, seit 1689 König von Großbritannien (*Zedler*, Universal Lexicon, LVI. Band, Wilhelm III. Koenig von Groß-Britannien, ..., Sp. 994, 1012-1014) gewollt. Hierzu dienten insbesondere von den Generalstaaten auf dem Gebiet der Spanischen Niederlande an dessen südlichen Grenze zu Frankreich zu errichtenden Festungen mit eigenen Truppen. Bei einem französischen Angriff auf die Generalstaaten sei es besser, sich in Brüssel oder Antwerpen als vor den Toren von Breda oder Dordrecht zu verteidigen. Eine Linie oder Kette von Festungen an strategisch wichtigen Punkten, welche ein- und zweigliedrige Festungslinien bei plötzlich vordringenden feindlichen Truppen, diese zu wenigstens bis zum Entsatz aufhalten konnten. In dem zwischen den beiden Kronen Frankreichs und Spaniens am 17. Sept. 1678 vereinbarten Nymwegener Frieden war mit der von Frankreich an Spanien erfolgten Gelangung der Plätze Charleroy, Binche, Ath, Oudenaarde, Courtray (oben, S. 993) und Limburg und Gent eine erste förmliche Barriere seitens Frankreich bewilligt und eingerichtet worden. In dem 1. Haager Barriere-Vertrag vom 29. Okt. 1709 zwischen Großbritannien und den Generalstaaten wurden diesen zusätzlich 17 südniederländische Plätze, das Oberquartier von Geldern und die Festungen Huy, Lüttich, Bonn zugesprochen (*Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome VIII Partie I, N° LXXXIX., p. 243-245, Art. VI, p. 244, Premier Article Séparé, p. 245), danach reduziert auf 12 in dem am 30. Jan. 1713 zwischen diesen abgeschlossenen 2. Utrechter Barriere-Vertrag (*Du Mont* ebd., N° CXLIV., S. 322-324, Art. IV, p. 323 und *Hahlweg*, Barriere – Gleichgewicht – Sicherheit, in: *HZ*, CLXXXVII. Band, Aufsätze, S. 54-89).

³⁶⁶ Das Haus Habsburg hatte auch die hierfür geeigneten Gebiete den Generalstaaten der Vereinigten Provinzen als Kriegsziel für die ihm von diesen zum Erwerb der Spanischen Erbschaft erbrachten Hilfeleistungen zugesagt.

Brief des holländischen Ratspensionär Heinsius am 18. Jan. 1707 an den Herzog von Marlborough „... Je remercie V. A. de la lettre qu'elle m'a envoyée au sujet du gouvernement des Païs-Bas espagnols dont je me suis servi très utilement pour le bien du publicq. Vous ne sçauriés croire combien on est délicat ici sur tout ce qui regarde la barrière, parce que l'on croit qu'a nostre esgard c'est l'unique objet de la guer[r]e.“ (*J. Churchill -Heinsius*, The correspondence 1701-1711, 486., p. 291) und *Hahlweg*, Barriere – Gleichgewicht – Sicherheit, II, 4, in: *HZ*, CLXXXVII. Band, Aufsätze, S. 73-74.

³⁶⁷ Es bestand eine ältere Schuldverpflichtung der Krone Spanien gegenüber dem König in Preußen, welche hypothekarisch auf dem Obergelderland haftete (*Noorden*, Europäische Geschichte im achtzehnten Jahrhundert, 1. Abtheilung, Der spanische Erbfolgekrieg, III. Band, 14. Buch, 6. Cap., S. 580).

7. Der Große Nordische Krieg von 1700 bis 1720

In dem dem Spanischen Erbfolgekrieg zeitlich parallelen Großen Nordischen Krieg von 1700-1720 kämpfte König Karl XII. von Schweden, verbündet mit Ludwig XIV.³⁶⁹ um den Erhalt seiner nordischen Vormachtstellung gegen eine europäische Koalition, der Königreiche Dänemarks, Polens, Russlands, Großbritanniens und Preußens.³⁷⁰ Im Reich waren die Gebiete der beiden Herzogtümer Bremen und Verden und von Mecklenburg und Vorpommern

In dem zwischen Kaiser Karl VI. und König Friedrich Wilhelm I. in Preußen am 2. April 1713 in Utrecht abgeschlossenen Friedensvertrag (*Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome VIII Partie I, N° CL., p. 337-339) hatte der König in Art. I auf seine Schuldforderung gegenüber Spanien verzichtet (p. 337 mit Einleitung, p. 337). Er erhielt dafür in Art. II-IV vom Kaiser den Teil des Oberquartiers von Geldern, den er in Besitz hat, die Stadt Geldern, die Vogtei und das Amt Geldern mit allem, was dazu gehört, insbesondere die Städte, Ämter, Herrschaften Strahlen, Wachtendonk, Middelaer, Walbeck, Aerssen, Afferden, Well, Ryen, Kvelaer und dazu das Amt Kriekenbeck und das Land von Kessel, außer Erkelenz (p. 337-338).

³⁶⁸ Das in der Provence gelegene ehemalige selbstständige Fürstentum Orange, dessen letzter Fürst Philiberts von Chalon 1530 verstarb und im Jahr 1544 von Wilhelm I. von Nassau, nachherigen Statthalter (1.) der Vereinigten Provinzen beerbt wurde und sich Fürst von Oranien nannte. Nach dem Tode Wilhelms III. von Oranien, Statthalter der Vereinigten Provinzen/König von Großbritannien am 19. März 1702 kam König Friedrich I. in Preußen, Sohn von Luise-Henriette von Oranien und Vetter des verstorbenen Wilhelm III. von Oranien, verstorben am 25. Febr. 1713 als Erbe des oranischen Hausbesitzes – insbesondere des in Südfrankreich gelegene Fürstentums Orange, von Besitzungen in der Franche Comté, im Reich als Reichslehen das Fürstentum Lingen und die Grafschaft Mörs und von Besitzungen in den Generalstaaten und in den Spanischen Niederlanden – in Betracht. Weiterer Erbprätendent war Prinz Johann Wilhelm Frisco von Nassau-Dietz, von Wilhelm III. testamentarisch zum Universalerben bestimmt (*Feckl*, Preussen im Spanischen Erbfolgekrieg, IV., S. 86-107 (a), S. 86) und *Zedler*, Universal Lexicon, XXV. Band, Orange, Sp. 1718-1722). Zur oranischen Erbschaft gehörte auch das in der Schweiz gelegene Fürstentum Neufchatel mit der Grafschaft Valengin. Nach dem Versterben seines ehemaligen Herzogs von Longueville im Jahr 1707, war es von seine Ständen am 3. Dez. 1707 König Friedrich I. in Preußen, dessen Mutter Luise von Oranien Erbe des ein Anrecht auf es habenden Hauses Oranien war, zugesprochen worden (*Zedler* ebd., XXIV. Band, Neufchatel, Sp. 141-145, XLVI. Band, Vallangin, Sp. 363-366 und *Hubatsch*, Grundlinien preussischer Geschichte, I., S. 7).

Das Fürstentum Lingen und die Grafschaft Mörs waren von König Friedrich I. von Preußen bereits im Jahre 1702 erworben worden, dies vom Reichskammergericht bestätigt (*Hubatsch* ebd.).

In dem zwischen König Ludwig XIV. und König Friedrich Wilhelm I. von Preußen am 11. April 1713 abgeschlossenen Friedensvertrag (oben, S. 1009), Art. VII u. VIII: Der preußische König erhält kraft der Frankreich von der Krone Spaniens erteilten Vollmacht das Oberquartier von Geldern als Reichslehen in dem Ausmaß, wie es ihm von dem Kaiser zugebilligt worden war (*Vast*, Traités Louis XIV, Tome III, p. p. 123-124). Art. X: Der preußische König verzichtet auf alle seine Ansprüche auf Orange und die Burgundischen Güter und übernimmt die Verpflichtung, die Erben des verstorbenen Prinzen Johann Wilhelm Frisco von Nassau-Dietz wegen des erlittenen Verlustes zufrieden zu stellen, es wurde ihm freigestellt, den Namen des Fürstentums Orange auf dem Teil von Geldern, den er im Frieden erhält, zu übertragen und den Titel und die Wappen des Fürstentums weiter zu führen (p. 125-126). Art. IX: Frankreich anerkennt den König in Preußen als souveränen Herrn von Neufchâtel und Valengin (p. 124-125). Zu der Austauschnatur des Verzichtes von Orange und den Burgundischen Gütern gegen den erhaltenen Teil von Geldern *Klein*, Preußen und der Utrechter Frieden, Kap. 7., S. 96 „... Denn als Äquivalent für Orange und die Burgundischen Güter hatte der König den größten Teil von Obergeldern erhalten, wenn es in dem Verträge auch nicht ausdrücklich ausgesprochen war. ...“.

³⁶⁹ Zuerst auch unterstützt von den beiden Seemächten Großbritannien und den Generalstaaten der Vereinigten Provinzen (*Immich*, Geschichte des europäischen Staatensystems 1660-1789, Abschnitt II., 2. Kap., § 78., S. 184-185).

³⁷⁰ Im Mai 1715 erklärte Preußen, im Oktober 1715 Großbritannien/Hannover den Krieg gegen König Karl XII. von Schweden (*Immich*, Geschichte des europäischen Staatensystems 1660-1789, Abschnitt II., 5. Kap., § 95., S. 243).

umkämpft, welches Reich jedoch nicht an dem Krieg teilnahm.³⁷¹ In den die Gebiete von Reichsständen betreffenden Friedensverträgen von Königin Ulrika von Schweden mit König Georg I. von Großbritannien³⁷² am 20. November 1719,³⁷³ mit König Friedrich Wilhelm I. von Preußen am 1. Februar 1720³⁷⁴ und mit König Christian von Dänemark am 3. Juli 1720³⁷⁵ war das Reich nicht mitbeteiligt gewesen.

8. Der Polnische Thronfolgekrieg von 1733 bis 1735

a) Das historische Geschehen

Der Polnische Thronfolgekrieg war nach dem Tod des am 1. Februar 1733 verstorbenen Königs von Polen August II.³⁷⁶ um die polnische Thronfolge ausgebrochen. Die Mehrheit des polnischen Adels hatte den polnischen Adligen Stanislaus Leszczyński³⁷⁷ – Schwiegervater Ludwigs XV. – zum neuen polnischen König gewählt. Die Minderheit hatte den Sohn August' II., Kurfürst Friedrich August II. von Sachsen gewählt. Für Leszczyński nahmen König Ludwig XV. von Frankreich, König Philipp V. von Spanien, König Karl Emanuel III. von Sardinien-Piemont und für Kurfürst Friedrich August II. von Sachsen das Haus Österreich, Zarin Anna Iwanowna von Russland, König Friedrich I. von Schweden und das sich dem Krieg gegen Ludwig XV. und seinen Verbündeten durch eine Kriegserklärung

³⁷¹ *Immich*, Geschichte des europäischen Staatensystems 1660-1789, Abschnitt II., 2. Kap., § 78., S. 181-186, 3. Kap., § 85. u. § 86., S. 208-214, 4. Kap., § 90., S. 224-227, 5. Kap., § 93., S. 235-238, § 94., S. 240-242, § 95., S. 242-246, § 97., S. 250-253 und *Handbuch der Europäischen Geschichte*, IV. Band, A., § 3, c), Der große Nordische Krieg, S. 36-38.

³⁷² Als Kurfürst von Braunschweig.

³⁷³ In Stockholm (*Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome VIII Partie II, N° VII., p. 14-17).

Art. III: Die Königin von Schweden tritt an Georg I. als Kurfürst von Hannover die Herzogtümer Bremen und Verden ab (p. 16).

³⁷⁴ In Stockholm (*Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome VIII Partie II, N° X., p. 21-25).

Art. III: Die Königin von Schweden tritt an Preußen die Stadt Stettin einschließlich des Distriktes zwischen der Oder und Peene mit den Inseln Usedom und Wollin ab (p. 22-23), Art. IV: Schweden soll für den Rest seines Herzogtums Pommern seine Sitz- und Stimmrechte auf den Reichs- und Kreistagen behalten (p. 23).

³⁷⁵ In Stockholm-Friedrichsburg (*Du Mont*, Corps universel diplomatique du droits des gens, Tome VIII Partie II, N° XIII., p. 29-33).

Art. VII u. VIII: Der König von Dänemark gibt der Königin von Schweden seine Erwerbungen in Pommern und die Stadt Wismar zurück (p. 30), Art. VI: Die Königin von Schweden wird die Interessen des mit der Krone Schweden blutsverwandten Herzogs von Holstein-Gottorp zurücksetzen wird, auf das, was die beiden vermittelnden Mächte (Großbritannien und Frankreich) hinsichtlich des Herzogtums Schleswig zugunsten des Königs von Dänemark festlegen, welche Königin sich hiergegen nicht widersetzen wird (p. 30).

³⁷⁶ August der Starke, Kurfürst Friedrich August I. von Sachsen.

³⁷⁷ Von russischen und sächsischen Truppen aus Polen vertrieben.

Kaiser Karl VI. vom 13. März 1734 anschließende Reich³⁷⁸ Partei. Italien war der Hauptkriegsschauplatz, kriegerische Auseinandersetzungen hatten aber auch am Oberrhein stattgefunden.³⁷⁹

b) Der Wiener Definitivfrieden von 1738 zwischen dem Reich und dem Königreich Frankreich

aa) Die vereinbarten Regelungen

In den am 3. Oktober 1735 zwischen Kaiser Karl VI. und König Ludwig XV. von Frankreich vereinbarten Wiener Friedenspräliminarien³⁸⁰ und dem zwischen Kaiser Karl VI., dem Reich und König Ludwig XV. am 18. November 1738 in Wien abgeschlossenen Definitivfrieden³⁸¹:

³⁷⁸ Kriegs-Erklärung von Kaiser Karl VI. v. 13. März 1734 „... hiermit und in Kraft dieses offenen Briefs, von Roemisch=Kaysrerlicher Obrist und Lehen= herrlicher Macht, mit gutem Rath und rechtem Wissen, die Crone Frankreich, den Koenig von Sardinien, und Herzogen von Savoyen, wie auch alle ihre Helfer ... fuer Unsere und des heiligen Reichs Feinde, und daß der Uns abgenoethigte Krieg nunmehr fuer einen allgemeinen offenbaren gerechten Reichs=Krieg zu halten, ...“ (*Vollstaendige Sammlung aller Reichs=Schluesse*, IV. Theil, CLXV., Beylagen, Num. 1., S. 436-440 (Erstlich: S. 437 rechte Sp.-S. 438 linke Sp.)), insg. (S.436-440) und das ihr zugrundegelegene *Reichs=Gutachten v. 26. Febr. 1734 (ebd., CLIX., S. 428-430 (S. 429 rechte Sp.-S. 430 linke Sp.))* und *Kaiserliche Commissions-Decret v.10. März 1734 (ebd., CLXII., S. 432-433 (S. 433 linke Sp.))*.

³⁷⁹ *Gebhardt*, Deutsche Geschichte, 9. Aufl., II. Band, III., § 77, S. 311-312; *Handbuch der Europäischen Geschichte*, IV. Band, A., § 3, d), Der polnische Thronfolgekrieg, S. 41-42; *Immich*, Geschichte des europäischen Staatensystems 1660-1789, Abschnitt II., 7. Kap., § 102. u. § 103., S. 269-275 und *Deybeck*, Die Politik Bayerns in der Zeit des polnischen Thronfolgekrieges, I.-VII. Abschnitt, S. 5-56, Anhang, Nr. I.-VIII., S. 57-68.

³⁸⁰ *Wenck*, Codex ivris gentivm, Tomus I, I., 1., p. 1-8.

³⁸¹ *Wenck*, Codex ivris gentivm, Tomus I, I., 24., p. 88-122. Die Wiener Friedenspräliminarien v. 3. Okt. 1735 waren in den danach abgeschlossenen Wiener Definitivfrieden in seinen Art. I und IV einbezogen worden (p. 94-95, 98-101 (99)).

Zwar hatte der Reichstag den Wiener Definitivfrieden v. 18. Nov. 1738 nicht ratifiziert (*Feine*, Zur Verfassungsentwicklung des Heil. Röm. Reiches seit dem Westfälischen Frieden, in: *ZRG, GA*, LII. Band, IV., S. 88, Fußn. 3)). Der Reichstag hatte jedoch zu den Wiener Friedenspräliminarien v. 3. Okt. 1735 seine Zustimmung in dem *Reichs-Gutachten, den 18 May 1736 (Vollstaendige Sammlung aller Reichs=Schluesse*, IV. Theil, CCVIII., S. 499-591) erteilt gehabt. *Reichs-Gutachten ...*, Einleitung (S. 500) mit „²^{tens} Zu denen errichteten und in extenso communicirten Praeliminar-Articuln die Einwilligung von Reichs=wegen (wie hiemit beschiehet) zu ertheilen, ...“ (S. 500). Hierin wird auch seine Zustimmung zu dem keine wesentlichen Veränderungen enthaltenden Wiener Definitivfrieden v. 18. Nov. 1738 gesehen. *Moser*, Grund=Saeze des Europaeischen Voelcker=Rechts in Kriegs=Zeiten, 6. Buch, 6. Cap., §. 61., S. 315 „Wann eine derer Friedschliessenden Parthien zwar ihre Ratification nicht ertheilt, doch aber aus ihrem uebrigen Bezeugen erhellet, daß sie den Frieden genehm halte, kan dieser Umstand den Frieden nicht hemmen.“, §. 62., S. 315 „Zumahlen wo es um die Ratification eines Definitiv=Tractats zu thun ist, dessen Praeliminar-Tractat ratificiret worden ist.“, §. 63., S. 315 „Exempel davon zwischen dem Roem Reich und Frankreich.“; *ders.*, Neues teutsches Staatsrecht, Zusaezte, Band I, Von Teutschland und dessen Staats=Verfassung ueberhaupt, Von dem Wiener Friden mit Frankreich von denen Jahren 1735. und 1738., S. 21 (auch von Frankreich war seine Gültigkeit niemals in Frage gestellt worden) und *Geiben*, Verfassung und Verwaltung des Herzogtums Lothringen unter Stanislaus Leszczyński, I. Abschnitt, S. 6.

stimmten Kaiser und Reich zu, dass König Stanislaus abdanken, er jedoch weiterhin den Titel und die Ehren eines Königs von Polen führen³⁸² und das Herzogtum Bar, und sobald das Großherzogtum Toskana dem Haus Lothringen zugefallen sein werde, auch das Herzogtum Lothringen erhalten solle und unverzüglich nach seinem Tod diese beiden Herzogtümer in voller Souveränität und ewig der Krone Frankreich einverleibt werden sollten,³⁸³

dass das Großherzogtum Toskana nach dem Tod seines gegenwärtigen Besitzers dem Haus Lothringen als Entschädigung für die Herzogtümer, welche es heute besitzt, gehören wird.³⁸⁴

bb) Die Vergleichbarkeit mit dem Friedensvertrag von Lunéville

Der Polnische Thronfolgekrieg war nicht aus Anlass von Auseinandersetzungen um das Reichsgebiet entstanden. Jedoch bestand ein Reichskrieg und fanden Kriegshandlungen im Reichsgebiet statt.

Mit dem am 13. Dezember 1736 erfolgten Übergang der beiden Herzogtümer Lothringen und Bar von dem Herzog von Lothringen auf Leszczyński³⁸⁵ und – nach dessen Ableben am 23. Februar 1766³⁸⁶ – dem Erwerb beider durch die Krone Frankreich und ihrem Ausscheiden aus dem Reichsverband³⁸⁷ war zwar ein einem Reichsstand zugehörendes Gebiet zur Entschädigung einer ausländischen Macht abgetreten worden.

³⁸² Art. I u. IV (*Wenck, Codex ivris gentium, Tomus I, I., 24., p. 94-95, 99*) mit Art. I der Articles Préliminaires (*ibd., 1., p. 1*).

³⁸³ Art. I u. IV (*Wenck, Codex ivris gentium, Tomus I, I., 24., p. 94-95, 99*) mit Art. I der Articles Préliminaires (*ibd., 1., p. 2*).

³⁸⁴ Art. I u. IV (*Wenck, Codex ivris gentium, Tomus I, I., 24., p. 94-95, 99*) mit Art. II der Articles Préliminaires (*ibd., 1., p. 3*).

Die weiteren in Art. I u. IV mit Art. III-V der Articles Préliminaires vereinbarten gebietlichen Veränderungen betrafen dem Nebenland Italien (unten, S. 1026-1027) zugehörnde Gebiete (*ibd., 24., p. 94-95, 99, 1., p. 3-5*).

³⁸⁵ Herzog Franz Stefan von Lothringen, seit dem 12. Febr. 1736 Gemahl Maria Theresias (*Europäische Stammtafeln, I. Band, Tafel 17*) hatte bei dem zu erwartenden Tod des letzten dem Haus Medici entstammenden kinderlos verstorbenen Großherzogs von Toskana Gian Gastone am 9. Juli 1737 (*Europäische Stammtafeln, II. Band, Tafel 120*) seine beiden Herzogtümer Bar und Lothringen am 13. Dez. 1736 bei ihrer weiteren Zugehörigkeit zum Reich Leszczyński übertragen. Am 13. Febr. 1737 hatte er auch seine Untertanen aus ihrem Eid entlassen. *Acte de cession du Duc de Lorraine des Duchez de Bar & de Lorraine ... 13. Dec 1736* (*Wenck Codex ivris gentium, Tomus I, 23., p. 86-88*) und *Boehm, Lothringerland, Todeskampf des freien Lothringens (1552-1766), Fahnenflucht der Dynastie/..., S. 291*.

³⁸⁶ *Geiben, Verfassung und Verwaltung des Herzogtums Lothringen unter Stanislaus Leszczyński, IV. Abschnitt, S. 245*.

³⁸⁷ Nach dem Tod von Leszczyński wurden beide Herzogtümer der Krone Frankreichs in vollkommener Souveränität und auf ewig als neue Provinz Lorraine et Barrois uniert und einverleibt. Art. I u. IV des Definitivfriedens (*Wenck, Codex ivris gentium, Tomus I, I., 24., p. 94-95, 99*) mit Art. I der Articles Préliminaires „...; mais immédiatement après sa mort, ... la voix & séance à la diette de l'Empire. ...“ (1., p. 2); die dies mitenthaltende *Acte de cession du Duc de Lorraine des Duchez de Bar & de Lorraine ... 13. Dec 1736* (23., p. 86-88 (87-88)) und das die Einwilligung in die Articles Préliminaires und damit auch in das spätere

Dieser gebietliche Verlust zu Lasten des Herzogs von Lothringen war jedoch in dem Friedensvertrag selber durch den Erwerb des Großherzogtums Toskana³⁸⁸ zugunsten des Herzogs³⁸⁹ ausgeglichen worden.

9. Der Österreichische Erbfolgekrieg von 1740 bis 1748

In dem Österreichischen Erbfolgekrieg von 1740-1748 kämpfte nach dem Tod des am 20. Oktober 1740 ohne männlichen Erben verstorbenen Kaiser Karl VI.³⁹⁰ seine Tochter Maria Theresia³⁹¹ um ihre in der Pragmatischen Sanktion vom 19. April 1713 festgelegte weibliche und ungeteilte Erbfolge der Österreichischen Lande.³⁹² Dies wurde ihr von dem am 20. April 1742 zum Kaiser Karl VII. gewählten Kurfürsten Karl Albrecht von Baiern,³⁹³ König Karl III. von Spanien³⁹⁴ und von Kurfürst Friedrich August von Sachsen bestritten.³⁹⁵ König Friedrich

Ausscheiden der beiden Herzogtümer Lothringen und Bar aus dem Reich seine Einwilligung erteilende *Reichs-Gutachten*, ..., den 18 Maii 1736 (11., p. 35-38).

Zum tatsächlichen Anfallen und Einverleibung der beiden Herzogtümer an Frankreich *Geiben*, Verfassung und Verwaltung des Herzogtums Lothringen unter Stanislaus Leszczynski, IV. Abschnitt, S. 244-246 und *Huhn*, Geschichte Lothringens, II. Band, 10. Buch, 2., S. 409-414.

³⁸⁸ Im Nebenland Italien (unten, S. 1026-1027) gelegen.

³⁸⁹ Herzog Franz Stefan von Lothringen war am 24. Jan. 1737 von Kaiser Karl V. mit dem Großherzogtum Toskana belehnt worden (*Kleindel*, Österreich, Jahr 1737, 24. Januar, S. 173) und *Posselts Annalen*, Jahrg. 1798, III. Band, 7. Stueck, V., 4., 1., S. 104, (6.) „Im Jul. 1737 nimmt der Herzog von Lothringen, zur Entschädigung fuer die im Art. 2 der Wiener FriedensPraeliminarien von 1735 geschehene Cession dieses Herzogthums an Frankreich, Besiz von dem Grosherzogthum T o s c a n a.“.

³⁹⁰ *Meisenburg*, Der Deutsche Reichstag während des Österreichischen Erbfolgekrieges, Einleitung, S. 13.

³⁹¹ Allein verbündet mit König Georg II. von Großbritannien, durch den am 24. Juni 1741 in Hannover vereinbarten Subsidienvvertrag (*Ghillany*, Chronologisches Handbuch, 1741. 24. Juni, S. 24).

³⁹² Die Österreichischen Lande sind untrennbar und unteilbar. Für den Fall des Aussterbens seines Mannesstammes sollen zunächst seine eigenen Töchter und ihre Nachkommen, bei dem Erlöschen seines Frauenstammes die Töchter Josephs I., Maria Josepha und Maria Amalia nach Ordnung und Recht der Primogenitur thronfolgeberechtigt sein (*Wenck*, Codex ivris gentivm, Tomus I, I., 24., Appendix, A), p. 123-131 (127-129)). Bis zum Jahr 1740 war die Pragmatische Sanktion von den Landtagen der eigenen Länder, insbesondere Ungarns im Jahr 1724 und von Spanien, Russland, Preußen, den Generalstaaten der Vereinigten Provinzen, Großbritannien, dem Reich, Dänemark, Frankreich und Sardinien anerkannt worden (*Walter*, Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, IV., Die „Pragmatische Sanktion“, S. 83-84).

³⁹³ *Meisenburg*, Der Deutsche Reichstag während des Österreichischen Erbfolgekrieges, 1. Teil, S. 31-32.

Kurfürst Karl Albrecht von Baiern, mit der jüngeren der beiden Töchter Josephs I. Maria Amalie vermählt, beanspruchte die österreichischen Ländern auf der Grundlage eines Testamentes Kaiser Ferdinands I. vom Jahre 1543. Dies ferner nach dem Ehevertrag der Tochter Ferdinands I. Anna, Gemahlin Kurfürst' Albrecht V. vom Jahre 1546, in welchem jedoch ein Erbanspruch des Hauses Wittelsbach beim Aussterben der ehelichen habsburgischen Nachkommen und nicht, wie von Kurfürst Karl Albrecht geltend gemacht, bereits beim Aussterben des habsburgischen Mannesstammes vereinbart gewesen (*Vocelka*, Österreichische Geschichte 1699-1815, Das Jahrhundert der großen Kriege, 4., S. 164).

³⁹⁴ *Walter*, Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, V., Der Österreichische Erbfolgekrieg ..., S. 85 „... Spanien griff gar auf die zwischen Karl V. und Ferdinand I. abgeschlossenen Teilungsverträge zurück und wollte das Haus Bourbon in die darin der spanischen Linie der Habsburger zugestandenen Rechte eintreten. ...“ und A. *Wandruszka*, Maria Theresia und ihre Zeit „... Der Hof von Madrid glaubte die Gelegenheit gekommen, mit dem Herzogtum Mailand, das doch durch nahezu zwei Jahrhunderte ein Nebenland der

II. von Preußen erhob Ansprüche auf Schlesien,³⁹⁶ und für ihn ergriff auch König Ludwig XV. von Frankreich Partei.³⁹⁷

Der Plan Österreichs und insbesondere von Kaiser Franz I.³⁹⁸ einen Reichskrieg gegen Frankreich zu beschließen, wurde nicht verwirklicht.³⁹⁹ An den das schlesische Reichsgebiet betreffenden beiden Friedensverträgen, abgeschlossen am 25. Dezember 1745 in Dresden von König Friedrich II. von Preußen mit der K. Königin⁴⁰⁰ Maria Theresia⁴⁰¹ und mit Kurfürst Friedrich August von Sachsen⁴⁰² war das Reich nicht mitbeteiligt.⁴⁰³

spanischen Krone gewesen war, auch für den jüngeren Sohn der Elisabeth Farnese, Don Philipp, eine standesgemäßen ‚Versorgung‘ in Italien zu gewinnen; ...“ (*Maria Theresia und ihre Zeit*, S. 22).

³⁹⁵ Kurfürst Friedrich August von Sachsen hatte bei seiner Eheschließung mit der älteren Tochter Josephs I. Maria Josepha im Jahre 1719 auf Erbansprüche verzichtet, er machte jedoch Ansprüche auf die böhmische Kurwürde geltend. Nach seiner Ansicht sollten die Mitregentschaft der habsburgischen Länder und die böhmische Kurwürde „... nicht an Franz Stephan von Lothringen, sondern an ihn, als dem am engsten verwandten männlichen Erben des Hauses Habsburg übergehen. ...“ (*Vocelka, Österreichische Geschichte 1699-1815, Das Jahrhundert der großen Kriege*, 4., S. 164).

³⁹⁶ Aus dem 16. Jahrhundert bestanden alte Erbansprüche auf die 3 – der insgesamt 9 – niederschlesischen Herzogtümer Liegnitz, Brieg, Wohlau und auf das oberschlesische Herzogtum Jägerndorf. Auf diese Ansprüche hatte Kurfürst Friedrich Wilhelm am 22. März 1686 gegen Übertragung des als schlesische Enklave im brandenburgischen Gebiet liegenden Kreises Schwiebus verzichtet gehabt. Kronprinz Friedrich (nachheriger König Friedrich I. von Preußen) hatte jedoch sich zuvor am 28. Febr. 1686 in einem dem kaiserlichen Gesandten von Gödens unterschriebenen Revers zur Rückgabe von Schwiebus nach dem Tode seines Vater verpflichtet, so dass König Friedrich II. glaubte, diese alten Ansprüche gegen Maria Theresia geltend machen zu können (*Preussische Staatsschriften aus der Regierungszeit König Friedrichs II.*, I. Band, 2. Abtheilung, S. 43-60, VIII.-XVII., S. 64-266).

³⁹⁷ Defensiv-Allianz zwischen Ludwig XV. und König Friedrich II. (*Parry, Treaty series, Vol. XXXVI*, p. 219-224).

³⁹⁸ Kaiser Karl VII. war am 20. Jan. 1745 verstorben (*Meisenburg, Der Deutsche Reichstag während des Österreichischen Erbfolgekrieges*, 2. Teil, 2. Kap., S. 75) und wurde der Ehegemahl Maria Theresias Herzog Franz Stephan von Lothringen (Heirat am 12. Febr. 1736) am 13. Sept. 1745 bei Abwesenheit von Brandenburg und der Pfalz mit 7 der 9 Kurstimmen zum neuen Kaiser gewählt (*ibd.*, S. 76).

³⁹⁹ *Meisenburg, Der Deutsche Reichstag während des Österreichischen Erbfolgekrieges*, 3. Teil, 1. Kap., S. 78-93.

⁴⁰⁰ Kaiserin/Königin von Ungarn und Böhmen.

⁴⁰¹ *Wenck, Codex ivris gentivm, Tomus II, XXXV.*, 2., p. 194-202.

Vorausgegangen war der am 28. Juli 1742 zwischen selben Vertragspartnern zur Beendigung des Ersten Schlesischen Krieges (1740-1742) vereinbarte Berliner Definitivfriede (*ibd.*, Tomus I, XXIV., 2., p. 739-748). Art. I u. II: Ausscheiden des Königs von Preußen aus dem Krieg gegen die K. Königin (p. 740-741). Art. V: Die K. Königin trat mit voller Souveränität an den König ganz Nieder- und Oberschlesien mit Ausnahme des Fürstentums Teschen, der Stadt Troppau, der Herrschaft Hengersdorf und auf selbiger Weise die dem Königtum Böhmen zugehörnde Grafschaft Glatz ab (p. 742-744). Art. VI: Der König verpflichtete, sich die Katholische Religion in Schlesien bei ihrem Status quo zu erhalten (p. 745).

Art. II des Dresdner Friedens v. 25. Dez. 1745: Preußen behält, wie im Berliner Definitivfrieden v. 28. Juli 1742 vereinbart Schlesien (*ibd.*, Tomus II, XXXV., 2., p. 196-198), womit Nieder- und Oberschlesien mit Ausnahme des Fürstentums Teschen, der Stadt Troppau und der Herrschaft Hengersdorf an Preußen kamen. Solches auch die dem Königtum Böhmen zugehörnde Grafschaft Glatz, wobei von Oberschlesien noch habsburgisch verblieben, seine südlichen Teile Troppau, Jägersdorf, Teschen, Bielitz und Teile des Meissener

10. Der Siebenjährige Krieg von 1756 bis 1763

a) Das historische Geschehen

In dem Siebenjährigen Krieg von 1756-1763 kämpfte König Friedrich II. von Preußen um den Erhalt seiner schlesischen Erwerbungen, verbündet mit König Georg II.⁴⁰⁴ von Großbritannien,⁴⁰⁵ gegen das Haus Habsburg, dieses verbündet mit König Ludwig XV. von Frankreich,⁴⁰⁶ Zarin Elisabeth von Russland,⁴⁰⁷ König Friedrich August II. von Polen⁴⁰⁸ und

Bistums. Art. VIII: Beiderseitig gegenseitige Garantie ihrer Staaten (p. 201). Art. VII: Der König von Preußen erkennt den Großherzog von Toskana Franz Stephan als Kaiser und die böhmische Wahl (Kur) stimme an (p. 200-201).

⁴⁰² *Wenck*, Codex ivris gentivm, Tomus II, XXXVI., p. 207-215.

Art. VI: Verzicht des Königs von Polen (Kurfürst Friedrich August von Sachsen) zugunsten des Königs von Preußen auf alle Ansprüche, die er etwa als möglicher Verwandter des Hauses Habsburg auf Schlesien erheben könnte (*Wenck*, Codex ivris gentivm, Tomus II, XXXVI., p. 211-212), Art. III: Kursachsen zahlt Preußen 1 Million Reichstaler bis zur Leipziger Ostermesse 1746 (p. 209-211), Art. VII: Kursachsen tritt gegen ein noch auszumittelndes gebietliches Äquivalent in Schlesien oder ein anderes Land und Leute die Stadt Fürstenberg und das Dorf Schildlo mit beiderseitigem Oderzoll ab (dieser war für Preußen lästig gewesen, *Der Zweite Schlesische Krieg*, III. Band, B., II., 5., S. 250, Fußn. *), so dass beide Seiten der Oder zu Preußen gehören (p. 212-213), welche späteren Verhandlungen hierüber erfolglos blieben (*Der Zweite Schlesische Krieg ebd.*), Art. X: Dem König von Polen steht für sich, seinem Hof und seinem Fürstentum freie Passage durch Schlesien zu (p. 214).

⁴⁰³ Zwar hatte das Reich nachträglich in dem Reichsschluß vom 14. Mai/2. Juni 1751 die Garantie für den Dresdner Friede unter Vorbehalt der Jura imperium übernommen. Das *Reichs=Gutachten vom 14. Mai 1751* „...: Daß die, zu Behuff beyder contrahirender hohen Theile, vom Reich verlangte Garantie sothanen Dreßdner Fridens, seines ganzen Jnnhalts, ..., mit Vor- und Beybehaltung der Jurium Imperii, zu uebernehmen, zu derselben Vertheidigung nach allen Kraefften und Vermoegen, so offt es vonnoethen, sich anheischig zu machen, ...“ (*Moser*, Teutsches Staats=Archiv, 7. Theil, 6. Cap., §. 4., S. 86-87, insg., S. 86-87), das *Kayserliche Ratifikations-Dekret vom 2. Juni 1751 (ebd., §. 5., S. 87-88)* und die zugrundeliegenden Beratungen im Reichsfürstenrat und *Conclusa der 3 Reichs=Collegien (ebd., §. 1.-§. 3., S. 55-86)*. Da das Reich jedoch nicht an dem Krieg mitbeteiligt war, hatte es bei dieser Garantieerklärung für den Inhalt des Friedens, mit seinen für den König von Preußen gehaltenen Gebietserwerbungen von Niederschlesien und Teilen von Oberschlesien nicht als einem der kriegsteilnehmenden Staaten und den Friedensschluss aushandelnden Partei mitgewirkt, sondern es hatte allein den seitens der anderen Kriegsmächte für ihren geführten Krieg ausgehandelten Frieden für die Zukunft garantiert.

⁴⁰⁴ Kurfürst Georg II. von Hannover.

⁴⁰⁵ Neutralitätsvertrag zwischen den beiden Königen von Großbritannien und Preußen, abgeschlossen in Westminster am 16. Jan. 1756 (*Wenck*, Codex ivris gentivm, Tomus III, LXXIII., p. 84-87), Art. II: Die beiden Mächte werden gegen jede fremde Macht, gleich unter welchem Vorwand sie in Deutschland einbricht, vorgehen (p. 85) und die Erste und Zweite Freundschafts- und Subsidienvonvention zwischen den beiden Königen, abgeschlossen am 11. April/7. Dez. 1758 in London (*ebd.*, LXXXIII., p. 173-178, LXXXIV., p. 178-181), mit inhaltsgleichen Vereinbarungen, Art. I (Art. II): Großbritannien gibt Preußen 67 000 Pfund (p. 175, 179), Art. III (Art. IV): Kein Teil wird ohne des anderen Zustimmung einen Friedens- Neutralitätsvertrag abschließen (p. 175, 180).

⁴⁰⁶ Bündnisverträge zwischen der K. Königin von Ungarn Maria Theresia und König Ludwig XV. in Versailles am 1. Mai 1756 – renversement des alliances – (*Wenck*, Codex ivris gentivm, Tomus III, LXXVIII., p. 141-147), Art. VI u. VII: Beide Mächte verpflichten sich zur gegenseitigen Hilfeleistung, falls ein Angriff von irgend einer Seite erfolgen sollte (p. 144-145) und am 1. Mai 1757 (*Parry*, Treaty series, Vol. XLI, p. 1-44), Art. III: Vereinbarter Wiedererwerb Schlesiens und Glatz durch die Kaiserin (p. 7-8), Art. V: Vereinbarte Abtrennungen von Herzogtum Magdeburg, Fürstentümer Crossen, Halberstadt, Land von Halle, früheres Schwedisch-Vorpommern, Herzogtum Kleve, Obergeldern von Preußen (p. 9).

König Adolf Friedrich⁴⁰⁹ von Schweden.⁴¹⁰ Seitens des Reiches war im Januar 1757 der Reichsexekutions-Krieg gegen König Friedrich II. von Preußen angeordnet worden.⁴¹¹ Dem kriegerischen Geschehen lag auch der Kolonialkrieg der Krone Großbritanniens gegen die beiden Kronen Frankreichs und Spaniens zugrunde. Der Krieg endete bei dem Tod von Zarin Elisabeth I. am 5. Januar 1762 mit dem Ausscheiden von Russland⁴¹² aus der Koalition.⁴¹³

⁴⁰⁷ Die Akzessions-Akte von Zarin Elisabeth Petrowna von Russland – eine erbitterte Feindin Königs Friedrich II. – zum österreichisch-französischen Bündnis vom 1. Mai 1756, abgegeben in St. Petersburg am 31. Dez. 1756 (*Parry*, Treaty series, Vol. XL, p. 350-353) und der Bündnisvertrag zwischen der Zarin von Russland und der K. Königin von Ungarn, abgeschlossen in St. Petersburg am 22. Jan. 1757 (*Parry* ebd., p. 437-449), Art. V: Die Königin von Ungarn soll in den Besitz von Schlesien und Glatz gesetzt werden (p. 443-444), Art. séparé II: Dem König von Preußen soll es in in Zukunft unmöglich sein, die Sicherheit und Unabhängigkeit seiner Nachbarn zu beeinträchtigen (p. 445-446).

⁴⁰⁷ Aus dem Hause Holstein-Gottorp.

⁴⁰⁸ Kurfürst Friedrich August II. von Sachsen. Er begnügte sich mit den bestehenden Defensivbündnissen mit Russland und Österreich (*Immich*, Geschichte des europäischen Staatensystems 1660-1789, Abschnitt III., 4. Kap., § 129., S. 350 mit Fußn. 2)).

⁴⁰⁹ Aus dem Hause Holstein-Gottorp.

⁴¹⁰ Defensiv-Bündnisverträge zwischen König Adolf Friedrich von Schweden und der K. Königin von Ungarn und dem König Ludwig XV. von Frankreich, abgeschlossen in Stockholm am 21. März 1757 und am 22. Sept. 1757 (*Parry*, Treaty series, Vol. XL, p. 459-466, p. 466-467, Vol. XLI, p. 103-117) und die Defensiv-Allianz zwischen Zarin Elisabeth von Russland und dem König von Schweden, abgeschlossen in St. Petersburg am 24. Juni 1758 (*ebd.*, Vol. XLI., p. 211-224).

⁴¹¹ Beschluß der beiden höheren Kollegien am 17. Jan. 1757, Beschluß des Reichsstädterates am 18. Jan. 1757, Kaiserliches Ratifikations-Dekret am 28. Febr. 1757 (*Aretin*, Das Alte Reich 1648-1806, III. Band, Kap. 1, 8., a), S. 93-94, mit Anm., S. 553 und *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band III, 9. Buch, 2. Cap., §. 391., S. 275-276: Bestehen eines Reichskrieges).

Die seitens des Kaisers auch gewollte Verhängung der Reichsakt gegen König Friedrich II., Kurfürst Georg II. August von Hannover und andere Parteigänger Preußens scheiterte an der Itio in parties des Corpus evangelicorum. Es ließ dies aus Sorge um das politische und konfessionelle Gleichgewicht im Reich nicht zu (*Gebhardt*, Deutsche Geschichte, 10. Aufl., XI. Band, C., § 13, b), S. 414-415).

⁴¹² Zar Peter III. (1739-1762 Herzog Karl Peter von Holstein-Gottorp) bewunderte König Friedrich II. Er schloss auch sofort am 5. Mai 1762 einen Friedensvertrag mit ihm ab (*Wenck*, Codex ivris gentium, Tomus III, LXXXVIII., p. 299-306, Art. I: Friedensvereinbarung, p. 300) und verpflichtete sich, in einem am 19. Juni 1762 abgeschlossenen Bündnis 20 000 Russen gegen die preußischen Kriegsgegner zu stellen (*Schaefer*, Geschichte des siebenjährigen Krieges, II. Band, 2. Abtheilung, 8. Buch, 1. Cap., S. 486-487). Nach seinem Sturz am 9. Juli 1762 (Ermordung am 17. Juli 1762) hatte die Preußen wieder feindlich gesonnene Zarin Katharina II. zwar ihre russischen Truppen aus dem Krieg gegen die Koalition zurückgezogen, diese jedoch auch nicht mehr gegen Friedrich II. eingesetzt und hatte die Koalition nicht mehr unterstützt (*Immich*, Geschichte des europäischen Staatensystems 1660-1789, Abschnitt III., 5. Kap., § 134., S. 375-376).

⁴¹³ *Schaefer*, Geschichte des siebenjährigen Krieges, I. Band, 1. Buch, 3.-5. Cap., S. 80-176, 2. u. 3. Buch, S. 177-574, Beilagen, S. I. u. II., S. 577-667, II. Band, 1. Abtheilung, S. 3-506, Beilagen, I. u. II., S. 509-583, II. Band, 2. Abtheilung, S. 3-708, Beilagen, I. u. II., S. 711-762; *Immich*, Geschichte des europäischen Staatensystems 1660-1789, Abschnitt III., 4. Kap., § 129., S. 349-351, 5. Kap., S. 352-381 und *Gebhardt*, Deutsche Geschichte, 10. Aufl., XI. Band, C., § 13, S. 396-442).

b) Der Hubertusburger Friede vom 15. Februar 1763

Für das Reichsgebiet⁴¹⁴ wurde der Krieg durch die beiden Friedensverträge von Hubertusburg zwischen König Friedrich II. von Preußen und der K. Königin Maria Theresia⁴¹⁵ und dem preußischen König und König August III. von Polen beendet,⁴¹⁶ in welchen das Reich mit seiner Neutralitätserklärung vom 11./24. Februar 1763 einbezogen wurde.⁴¹⁷

⁴¹⁴ Der außereuropäischen Kolonialkrieg der Königreiche Großbritannien/Portugal gegen die Kronen Frankreich/Spanien wurde durch den am 10. Febr. 1763 abgeschlossenen Pariser Friede vom 10. Febr. 1763 beendet (*Wenck*, Codex iuris gentium, Tomus III, C., 3., p. 329-348, 12., p. 360-361), Art. I: Friedensvereinbarung zwischen Ihren Allerchr., Kath., Brit. und Allergl. Majestäten (p. 332). Hinsichtlich des Reichsgebietes sah Art. IV die von Frankreich zu erfolgende Rückgabe alle Landstriche, welche dem Kurfürstentum Hannover, dem Landgrafen von Hessen, dem Herzog von Braunschweig und dem Grafen von Lippe-Bückeburg gehören an diese vor (p. 340). Er brachte für Großbritannien erheblichen kolonialen Gewinn. In Nord- und Mittelamerika die zu Lasten von Frankreich gehenden Erwerbungen von Neu-Schottland, Kanada, der Insel Kap Breton, den Inseln im Golf des Lorenzstromes (Art. IV, p. 334-335), den westindischen Inseln Grenada, Saint Vincent, Dominique, Tobago (Art. IX, p. 338), die Festlegung des Territoriums östlich des Mississippi zu Großbritannien und westlich zu Frankreich gehörend (Art. VII, p. 336-337) und die an Großbritannien zu erfolgende Rückgabe der Mittelmeerinsel Minorka (Art. XII, p. 339). Zu Lasten von Spanien der vereinbarte Erwerb von Florida und alles ihm zugehörnde Land östlich oder südöstlich des Mississippi (Art. XX, p. 343-344). Für Frankreich erfolgte in Afrika die Festlegung des Ufers des Senegal mit all seinen Besitzungen (Art. X, p. 338). Großbritanniens eigene Verluste waren, die Abtretung der nordamerikanischen Inseln St. Pierre und Miquelon an Frankreich (Art. VI, p. 336), die an dieses zu erfolgenden Zurückgaben der westindischen Inseln Guadeloupe, Marie-Galante, Desiderade, Martinique, der nordamerikanischen Insel Bellisle, der nord-westafrikanischen Insel Gorée, den Eroberungen in Indien an den Küsten von Koromandel, Orissa, Malabar, in Bengalen (Art. VIII, p. 337-338, Art. X, p. 338, Art. XI, p. 339) und die Zurückgabe an Spanien von allen Eroberungen auf Kuba (Art. XIX, p. 342-343).

⁴¹⁵ *Wenck*, Codex iuris gentium, Tomus III, CI., p. 368-379.

⁴¹⁶ *Wenck*, Codex iuris gentium, Tomus III, CII., 1., p. 380-388.

⁴¹⁷ Durch das Reichs-Gutachten vom 11. Febr. 1763 wurde die Reichsneutralität festgelegt „..., dass an dem demaligen Krieg kein weiterer Antheil genommen werden solle. ...“, die reichsständischen Kontingente entlassen und zurückberufen, und setzte man in des Königs von Preußens Vertrauen, dass in Folge dieser geschehenen Versicherungen die Reichsstände von allen Belästigungen des Krieges hierdurch enthoben sind und keine neuen Kontributionen und Lieferungen gefordert werden (*Wenck*, Codex iuris gentium, Tomus III, CIII., 2., S. 406-408 (Zitat S. 407)). Der brandenburgische Reichstagsgesandte Plotho erklärte hierauf, dass Friedrich die Neutralität des Reiches von nun an akzeptieren und die Stände daher mitschirmen und beschützen werde (*Schaefer*, Geschichte des siebenjährigen Kriegs, II. Band, 2. Abtheilung, 8. Buch, 6. Cap., S. 701).

Der 4 Tage danach am 15. Febr. abgeschlossene preußisch-österreichischen Hubertusburger Friedens sah in seinem Art. XIX die förmlichen Einbeziehung des Reiches in diesen Friedensvertrag vor „Tout l’Empire est compris dans les stipulations des Articles deux, quatre, cinq, six & sept, & moyennant cela tous Ses Princes & Etats jouiront en plein de l’effet desdites stipulations, & ce qui y est arrêté & convenu entre S. M. l’Impératrice Reine Apostolique ..., & S. M. le Roi de Prusse aura également & réciproquement lieu, entre Leurs dites Majestés & tous les Princes & Etats d l’Empire. La paix de Westphalie & toutes les autres constitutions de l’Empire sont aussi confirmées par le présent Traité de paix.“ (*Wenck* ebd., CI., p. 375) und enthielt die Acte séparé vom selben Tag die Einbeziehung der beiderseitigen Verbündeten in den Friedensvertrag (*Wenck* ebd., CI., p. 378-379).

Daraufhin erging am 24. Febr. 1763 das das Reichs-Gutachten vom 11. Febr. 1763 bestätigende Kaiserliche Dekret an die Reichsversammlung, in welchem die das Reich betreffenden Artikeln des Hubertusburger Friedens dem versammelten Reich eröffnend bestätigt wurden und die Entlassung der Kaiserlichen Reichsarmee angeordnet wurde (*Wenck* ebd., CIII., 3., S. 408-412).

Damit war das Reich an dem Friedensvertrag auch mitbeteiligt. *Moser*, Nachtrag zu seinen Anmerkungen ueber den Teschnischen Fridensschluß, Anmerkung zum zwoelften Articul, § 2., S. 10 „... Diser Hubertusburger

Im ersten Vertrag wurde dem preußischen König der Erhalt seiner schlesischen Besitzungen bestätigt.⁴¹⁸ Im zweiten wurde der Austausch von kleineren im Reich verbleibenden Besitzungen vereinbart.⁴¹⁹ Mit der Anerkennung des status quo erbrachten die Hubertusburger Friedensverträge für das Reich das günstigste Ergebnis.

Aretin, Das Alte Reich 1648-1806:

„... Der Status quo war gewahrt. Die in Wien und Berlin im Laufe des Krieges diskutierten Pläne zur Veränderung des Reiches waren Makulatur. Mehr hatte das Reich, also die Summe der Reichsstände, nie erreichen wollen. Insofern war der Hubertusburger Friede, gemäß dem alles so blieb, wie es vorher gewesen war, das für das Reich günstigste Ergebnis. ...“⁴²⁰

11. Der Bayerische Erbfolgekrieg von 1778 bis 1779

Der Bayerische Erbfolgekrieg von 1778-1779 war nach dem Aussterben der im Herzogtum Bayern regierenden Wilhelminischen Linie der Wittelsbacher zu Ende des Jahres 1777⁴²¹

Friede aber enthaelt lediglich nichts neues, wobey das Teutsche Reich intereßirt gewesen waere: Mithin ist es um dessen nachgeholtten gelegentlichen Beytritt etwas fuer Dasselbige und die samtliche Friedens=Interessenten sehr gleichgueltiges; und eine Einwilligung darein bedurfte es solchemnach gar nicht, ...“; *Gebhardt*, Deutsche Geschichte, 10. Aufl., XI. Band, C., § 13, e), S. 439 und *Rohr*, Der deutsche Reichstag vom Hubertusburger Frieden bis zum Bayerischen Erbfolgekrieg, I., §. 1., S. 54-55, Anm., S. 316.

⁴¹⁸ Art. III: Beide Mächte verzichten auf alle gegenseitigen Gebietsansprüche, die K. Königin insbesondere auf die im Frieden von Berlin von 1742 an Preußen abgetretenen Gebiete (*Wenck*, Codex ivris gentivm, Tomus III, CI., p. 374), Art. V: Die K. Königin gibt die Grafschaft Glatz, wie auch Wesel und Geldern an Preußen zurück, Art. XII: Bestätigung und Erneuerung der Friedensschlüsse zu Berlin v. 28. Juli 1742 und zu Dresden v. 25. Dez. 1745 (p. 374), Art. XIV: Der König von Preußen wird in Schlesien die katholische Religion entsprechend dem Berliner Vertrag bestehen lassen (p. 374), Art. XVI: Die Kaiserin und der König von Preußen garantieren sich gegenseitig ihre Staaten, die Kaiserin ohne Ausnahme alle Staaten des Königs, der König alle Staaten der Kaiserin in Deutschland (p. 375), Art. XIX: Das Reich ist in die Artikel II, IV, V, VI, VII mit einbegriffen, welche die Amnestie, Einstellung der Feindseligkeiten, Truppen-Aufmärsche, Kontributionen und Kriegsgefangene betreffen, der Westfälische Friede und alle Reichsgrundgesetze werden erneuert (p. 375). Article secret I: Der König von Preußen verspricht bei der Wahl des Kaisers seine Stimme dem Erzherzog Joseph (Joseph II.) zu geben (p. 376, 377), Article secret II: Das Versprechen Friedrichs II. die für das Haus Österreich nachzusuchende Expektanz auf Modena mit seiner Stimme zu befördern (p. 376-377).

⁴¹⁹ Art. V: Erneuerung und Bestätigung des Dresdner Friedens v. 25. Dez. 1745 (*Wenck*, Codex ivris gentivm, Tomus III, CII., 1., p. 380-388), Art. VIII: Zur Erleichterung des im Dresdner Frieden vereinbarten Austausches des Kursachsen zugehörigen Fürstenberger Zolles und Dorfes Schildlo gegen ein Äquivalent an Land und Leuten (hierüber jedoch nie eine Einigung erzielt worden war, oben. S. 1019), soll die Stadt Fürstenberg bei Kursachsen verbleiben, der Zoll und das Dorf Schildlo, mit allem was Sachsen an den Ufern der Oder, nach der Lausitz und Mark zu, besitzt, soll von Kursachsen an Preußen abgetreten werden und die Hoheit über beide Ufer an der Oder nach der Mark ihm zugehören (p. 385-386), Art. IX: Freier Durchzug des Königs von Polen (Kurfürst Friedrich August II. von Sachsen) durch Schlesien nach Polen (p. 386).

⁴²⁰ III. Band, Kap. 1, 9., S. 107, insg., S. 107-108.

⁴²¹ Dies mit dem Tod von Kurfürst Maximilian III. am 30. Dez. 1777.

ausgebrochen. Kaiser Joseph II. erhob habsburgische Erbansprüche auf Niederbayern,⁴²² Kurfürst Friedrich von Sachsen⁴²³ auf die bayerische Allodialerbschaft⁴²⁴ und der Herzog von Mecklenburg-Schwerin auf die Landgrafschaft Leuchtenberg.⁴²⁵ Der Gesamterbe Kurfürst Karl Theodor von der Pfalz hatte in der mit Kaiser Joseph II. am 3. Januar 1778 vereinbarten Wiener Konvention,⁴²⁶ dem Haus Habsburg Teile von Niederbayern und die Oberpfalz,⁴²⁷ gegen die Zusage des Erhaltes des übrigen Nieder- und Oberbayern für seinen natürlichen Sohn überlassen.⁴²⁸ Das Herzogtum Baiern wurde auch sogleich zu Anfang des Jahres 1778 von österreichischen Truppen besetzt.⁴²⁹ An dem Kriegsgeschehen war das Reich nicht mitbeteiligt gewesen.⁴³⁰

In dem am 13. Mai 1779 unter Vermittlung und mit Garantie von König Ludwig XVI. von Frankreich und Zarin Katharina von Russland⁴³¹ zwischen K. Königin Maria Theresia und König Friedrich II. von Preußen abgeschlossenen Teschener Friedensvertrag⁴³² wurde die

⁴²² Joseph II. erhob Ansprüche auf Niederbayern unter Berufung auf die im Jahr 1426 durch Kaiser Sigismund erfolgte Belehnung von Niederbayern an Herzog Albrecht von Österreich (*Ghillany*, Europäische Chronik, I. Band, 1777, 30. Dezember, S. 325).

⁴²³ Kurfürst Friedrich August III. von Sachsen.

⁴²⁴ Kurfürst Friedrich August III. von Sachsen machte als Sohn der Schwester des verstorbenen Kurfürsten Maximilian III. Ansprüche auf die bayerische Allodialherrschaft geltend und forderte 47 Millionen Gulden (*Ghillany*, Europäische Chronik, I. Band, 1777, 30. Dezember, S. 325).

⁴²⁵ Der Herzog von Mecklenburg-Schwerin erhob wegen einer von Kaiser Maximilian I. (1508-1519) erhaltenen Anwartschaft Anspruch auf die Grafschaft Leuchtenberg (*Ghillany*, Europäische Chronik, I. Band, 1777, 30. Dezember, S. 325).

⁴²⁶ *Parry*, Treaty series, Vol. XLVI, p. 413-415.

⁴²⁷ Dazu auch die Herrschaft Mindelheim in Schwaben, Art. I-IV (*Parry*, Treaty series, Vol. XLVI, p. 413-414).

⁴²⁸ Art. V (*Parry*, Treaty series, Vol. XLVI, p. 414-415).

⁴²⁹ Vom 16.-22. Jan. 1778 Besetzung von Baiern (*Reimann*, Geschichte des Bairischen Erbfolgekrieges, I., S. 14-19).

⁴³⁰ Der zukünftige Erbe von Kurfürst Karl Theodor von der Pfalz der Herzog Karl Theodor von Pfalz-Zweibrücken hatte gegen die österreichische Besetzung des Herzogtums Baiern am 3. Jan. 1778 beim Reichstag Protest eingelegt, unterstützt von dem diese weitere gebietliche Vergrößerung des Hauses Habsburg nicht hinnehmend wollende König Friedrich II. von Preußen. Friedrich II. marschierte am 5. Juli 1778, verbündet mit Truppen des sächsischen Kurfürsten und im Einvernehmen mit der Mehrzahl der Reichsstände in das österreichische Böhmen ein. Das Kriegsgeschehen erging sich in einem gegenseitigen Aufmarsch der Heere (*Gebhardt*, Deutschen Geschichte, 9. Aufl., II. Band, III., § 84, S. 335-336; *Immich*; Geschichte des europäischen Staatensystems 1660-1789, Abschnitt III., 7. Kap., § 142., S. 410-414 und *Beer*, Zur Geschichte des bayerischen Erbfolgekrieges, in: *HZ*, XXXV. Band, Aufsätze, V., S. 88-152).

⁴³¹ *Acte de Garantie des Puissances Médiatrices*, vereinbart und abgegeben am 13. Mai 1779 in Teschen zwischen König Ludwig XVI. von Frankreich und Kaiserin Katharina von Russland (*Martens*, Traités Puissances de l'Europe, Tome II, 71 k., p. 26-27).

⁴³² *Martens*, Traités Puissances de l'Europe, Tome II, 71 a., p. 1-8, 71 b., p. 9, mit den Zusatzvereinbarungen 71 c., p. 10-13, 71 d., p. 14-15, 71 e., p. 16-19. Article séparé: Einbeziehung von Kurfürst Friedrich August III. von Sachsen in den Vertrag (71 b., p. 9).

kurpfälzische Erbfolge auf das gesamte Herzogtum Baiern anerkannt,⁴³³ erhielten das Haus Habsburg in Niederbaiern gegen die Herrschaft Mindelheim das kleine Innviertel,⁴³⁴ König Friedrich II. von Preußen die habsburgische Anerkennung seines Anspruches auf die beiden fränkischen Fürstentümer Bayreuth und Ansbach,⁴³⁵ Kurfürst Friedrich August III. von Sachsen als Abfindung auf die bayerische Allodialerbschaft 6 Millionen Gulden und drei in seinem Gebiet gelegene böhmische Orte⁴³⁶ und der Herzog von Mecklenburg-Schwerin die Inaussichtstellung des privilegium de non appellando.⁴³⁷

Das Reich stimmte dem Friedensvertrag 1780 zu und trat ihm bei.⁴³⁸

⁴³³ Art. VIII: Nach dem Ableben von Kurfürst Karl Theodor ohne legitime Söhne wird der Zweibrücken-Birkenfelder Linie die Nachfolge zugesichert (*Martens, Traités Puissances de l'Europe, Tome II, 71 a., p. 5*) und die *Acte d'Accession de Monsieur le Duc des Deux-Ponts a la Convention dignée dans la ville de Teschen, ...* (71 d., p. 14-15).

⁴³⁴ Art. VII: Die am heutigen Tag zwischen der K. Königin mit Kurfürst Karl Theodor von der Pfalz und Herzog Karl von Zweibrücken abgeschlossene Konvention gilt als Teil dieses Vertrages (*Martens, Traités Puissances de l'Europe, Tome II, 71 a., p. 5*), Art. II: Der Kurfürst von der Pfalz erhält mit dieser Konvention (*ibd., 71 c., p. 10-13*) zusätzlich, um eine Vereinbarung zu den Ansprüchen des Kurfürsten von Sachsen auf die bayerische Allodialerbschaft zu erleichtern, vom Haus Habsburg die böhmischen Rechte auf die Herrschaften von Glaucha, Waldenburg und Lichtenstein und die Zusage zur weiteren Belehnung mit den böhmischen Lehen in der Oberpfalz (*ibd., 71 c., p. 10-11*), Art. III: Die K. Königin verwendet sich bei Kaiser Joseph II. zum weiteren Erhalt der Reichslehen in Baiern und Schwaben, wie bisher von dem Kurfürsten von Baiern besessen, für den Kurfürsten von der Pfalz (p. 11).

Art. IV u. VI der österreich-pfälzischen Konvention vom am 13. Mai 1779: Der Kurfürst von der Pfalz tritt dagegen an Österreich den Teil von Baiern ab, welcher zwischen der Donau, dem Inn und der Salzach liegt, welche Kaiserin für sich und ihre Erben erklärt, zu keiner Zeit weitere Ansprüche auf Baiern geltend zu machen (*ibd., 71 c., p. 11, 12*), dies ein Gebiet von 40 QM und ca. 60 000 Einw. (*Ghillany, Europäische Chronik, I. Band, 1779, 13. Mai. Der Friede von Teschen ..., S. 327*).

⁴³⁵ Art. X: Die K. Königin verpflichtet sich, für sich selber und für ihre Nachfolger, der Vereinigung der beiden Fürstentümer Bayreuth und Ansbach mit der Primogenitur des Kurfürstentums Brandenburg nicht zu widersprechen (*Martens, Traités Puissances de l'Europe, Tome II, 71 a., p. 6*).

⁴³⁶ Art. IX: Der Abfindungsvertrag mit dem Kurfürsten von Sachsen bezüglich seiner Ansprüche auf die bayerische Allodialerbschaft soll diesem Friedensinstrument angeschlossen sein (*Martens, Traités Puissances de l'Europe, Tome II, 71 a., p. 5*). Konvention zwischen den beiden Kurfürsten Karl Theodor von der Pfalz und Friedrich II. von Sachsen mit Beitritt von Herzog Karl von Zweibrücken (*ibd., 71 e., p. 16-19*), Art. I: der Kurfürst von Sachsen erhält als Entschädigung für diese Ansprüche 6 Millionen Gulden (p. 16), Art. II: der Kurfürst von der Pfalz zediert an den Kurfürsten von Sachsen alle Rechte der böhmischen Krone auf die in seinem Gebiet gelegenen Glaucha, Waldenburg und Lichtensein, welche ihm im Teschener Frieden, zu dessen Entschädigung von der K. Königin überlassen wurden (p. 17).

⁴³⁷ Dies mit der Zusage beider Vertragsteile, sich beim Kaiser für sein Haus um das zu verwenden, Art. XV „..., le privilège de non appellando illimité, ...“ (*Martens, Traités Puissances de l'Europe, Tome II, 71 a., p. 7*).

⁴³⁸ Art. XIV: Das an Kaiser und Reich gerichtete Ansinnen dem Friedensvertrag beizutreten.

„Sa Majesté l'Empereur & l'Empire sont requis par toutes les parties intéressées & contractantes, d'accéder au présent Traité & aux actes & conventions, qui en font partie & de donner leur consentement plénier à toutes les stipulations qui y sont contenues.“ (*Martens, Traités Puissances de l'Europe, Tome II, 71 a., p. 7*).

Vom 29. Febr. 1780 datierende Reichs-Gutachten „... dass zu dem mehrbesagten Friedensschlusse und dessen zugehörigen - dem Reiche mit vorgelegten Acten und Conventionen (mit Ausnahme des zu einer besondern Berathschlagung ausgestellten XIII. Artikels) des Reichs Beytritt und Einwilligung, jedoch unter der

12. Keine Vergleichbarkeit der dem Westfälischen Friedensschluss folgenden Friedensverträge mit dem Friedensvertrag von Lunéville

Die beim Friedensschluss von Lunéville vorliegende historische Situation wurde dadurch gekennzeichnet, dass aus Anlass eines verlorenen Reichskrieges Reichsstände ihre dem Reich zugehörigen Gebiete der siegreichen ausländischen Macht als Kriegsgewinn hatten abgeben mussten, ohne von ihr selber eine gebietliche Ausgleichung zu erhalten.

bedinglichen Voraussetzung und Zuversicht zu ertheilen seye, dass sothaner Friedens-Schluss, (wie es sich von selbst verstehen) den Rechten des Reichs, dem Westphälischen - fuer beede Religions-Theile mit wechselweisen gleichen Rechten bestehenden Frieden und übrigen Reichsgrundgesetzen, oder jemand anderen an seinem erweislichen und behöriger Orten, gebührendermassen auszutragenden Rechte für jetzt und künftighin in keinem Fall zum Nachtheil gereichen möge und solle. ...“ (*Martens ebd.*, 75 b., p. 70-72 (71-72)).

Das *Kaiserlich-Commissions-Ratifications-Decret vom 8. März 1780* „... Es gereiche Sr. Röm. Kais. Maj. das von gesammten Reichswegen unterm 28. v. M. ... erstattete Reichs-Gutachten, wegen des den 13. May ... zu Teschen errichteten Friedens-Schlusses zu gnädigstem Wohlgefallen; Dahero Allerhöchst-Selbe sowohl solches in seinem ganze Inhalte gnädigst begnehmigen, als auch mit Ihro Kaiserl. Reichs-Obristhauptlicher Einwilligung hiemit zum kräftigsten bestättigen. ...“ (*Martens ebd.*, 75 c., p. 72-73 (73)).

Schreiben von dem Freiherrn von Asseburg an den Grafen Panin nach der Ratifikation durch das Reich „...Es ist ein wahres Glück für Deutschland, daß die Garantie unseres erhabenen Hofes, welche durch den Beitritt des Reiches und seines Oberhauptes zu dem Frieden von Teschen jetzt anerkannt ist, ...“ (*Reimann*, Geschichte des Bairischen Erbfolgekrieges, VIII., S. 236); *Ghillany*, Chronologisches Handbuch, 1779. 13. Mai. ..., S. 35 „... Das Reich tritt dem Frieden bei und garantirt ihn mit Frankreich und Rußland.“; *Aretin*, Heiliges Römisches Reich 1776-1806, I. Teil, Kap. 2, 6., S. 147-148 „... Es kam schließlich zu einer Einigung, und der Friede wurde vom Reich mit einer sehr kompliziert abgefaßten und im Grunde nichts besagenden Klausel angenommen. ...“ (Rechte des Reiches, der Westfälische Friede, Religions-Friede und Reichsgrundgesetze dürfen nicht tangiert werden (oben, S. 1024-1025) und *Moser*, Nachtrag zu seinen Anmerkungen ueber den Teschnischen Friedensschluß, Anmerkungen zum vierzehenden Articul, §. 19., S. 77, welcher zwischen Beitritt und Einwilligung des Reiches zu dem von anderen abgeschlossenen Verträgen unterschied, welche Einwilligung die nachherige Vertragsübernahme durch das Reich ausmache „... B e y t r i t t u n d E i n w i l l i g u n g D i s e W o r t e seynd durchaus nicht gleichgueltig und einerley, sondern respectiv: Der B e y t r i t t geschiehet zu dem, was die Frid= und Conventions=schließende Theile ohne Kayserliche Maj. und das Reich unter Sich allein haetten abmachen koennen. Die Wuerkung dises Beytritts kann also auch keine andere seyn, als die: Kayserliche Maj. und das Reich lassen Sich das Vergleichene gefallen, und haben nichts dagegen einzuwenden. Die E i n w i l l i g u n g hingegen geschiehet zu demjenigen, was die fridschließende und contrahirende Theile unter sich zwar vorlaeufig beschlossen haben, aber Selbst erkennen, daß solches allein nicht genugsam seye, sondern daß, weil Kayserlicher Maj. und des Reichs Gerechtsame mit darein einschlagen, auch Derselbigen Miteinwilligung darzu erforderlich und nothwendig seye. ...“ Für welche Einwilligung ein eigentliches Interesse des Reiches zu der Vereinbarung erforderlich ist, welches beim Beitritt bei ihm abgeht (*Moser*, Nachtrag ebd., S. 77).

Nach *Moser* betrafen die in Art. VIII festgelegte kurpfälzische Erbfolge auf das gesamte Herzogtum Baiern (oben, S. 1024) und in Art. VII mit den Art. II, IV u. VI der österreich-pfälzischen Konvention vom selben Tag vereinbarte Austauschung von der bisherigen österreichischen Herrschaft Mindelheim gegen das bisherige bayerischen Innviertel (oben, S. 1023-1024) die eigentlichen Interessen des Reiches und waren vom Reich als eigene Vereinbarungen übernommen worden (*Moser*, Nachtrag ebd., S. 78; *ders.*, Der Teschenische Fridenschluß vom Jahr 1779, III. Anmerckungen zu der Convention zwischen Oesterreich und Chur=Pfalz, Anmerckungen zu dem vierten Articul, §. 4., S. 196–197). Hingegen betrafen die in Art. IX zugunsten des Kurfürsten von Sachsen festgelegte Erwerb von 6 Millionen Gulden und drei in seinem Gebiet gelegenen böhmische Orte (oben, S. 1024), in Art. X ausgesprochene habsburgische Anerkennung des preußischen Erbrechtes auf die beiden fränkischen Fürstentümer Bayreuth und Ansbach (oben, S. 1024) und die in Art. XV an den Herzog von Mecklenburg-Schwerin gemachte Zusage zum Erhalt des privilegium de non appellando (oben, S. 1024) nicht die eigentlichen Interessen des Reiches und lag bei ihnen keine Übernahme als eigene Vereinbarungen seitens des Reiches vor (*Moser*, Nachtrag ebd., S. 78-79; *ders.*, Der Teschenische Fridenschluß ebd., Anmerckungen ueber den Teschenischen Fridenschluß ..., Anmerckungen zu dem zehenden Articul, §. 8. u. §. 9., S. 144-145).

Bei dem Pyrenäenfrieden von 1659, dem Aachener Frieden von 1668, dem Stockholmer Frieden von 1719/20 und dem Dresdener Frieden von 1745 hatte das Reich an den gewesenen kriegerischen Auseinandersetzungen nicht mitgewirkt und war auch nicht Vertragspartner.⁴³⁹

Im Nymwegener Frieden von 1679 war das Reich zwar Kriegs- und Vertragspartei. Die das Herzogtum Lothringen betreffenden Bestimmungen hatten aber keine völkerrechtliche Wirksamkeit erlangt und es bestand zwischen dem an Frankreich gelangten österreichischen Freiburg und der französischen Aufgabe des Besatzungsrechtes in der Reichsfestung Philippsburg ein Austauschverhältnis.⁴⁴⁰

Bei den von Ludwig XIV. im Elsass, Lothringen und Burgund durchgeführten Reunionen war das Reich nicht Kriegsteilnehmer. Es hatte jedoch durch den mit Ludwig XIV. im August 1684 abgeschlossenen Waffenstillstand hierbei mitgewirkt. Die betroffenen deutschen Stände hatten jedoch ihre Besitzungen nur in ihren hoheitlichen Zugehörigkeiten und nicht in ihrer eigentumsmäßigen Zugehörigkeit der Krone Frankreichs abgegeben, und es war auch kein Ausscheiden aus dem Reich vereinbart.⁴⁴¹

Seuffert, Der siebente Artikel bedarf einer Auslegung:

„... Allein, die Krone Frankreich konnte nach dem Muensterschen Frieden keinen Anspruch auf das Eigenthum der im Elsass begueterten Fuersten machen; daher kam es, daß von einer Entschaedigung derselben keine Frage war. ...“⁴⁴²

Im Ryswijker Frieden von 1697 war das Reich Kriegs- und Vertragspartei. Es wurde aber das tatsächliche Verbleiben der Reunionen bei Frankreich und nicht die Abtretung festgelegt, es betraf die Abtretung von Straßburg eine Reichsstadt und keinen persönlichen Reichsstand, es war für das lothringische Longwy ein gleichwertiges Amt ausgetauscht worden und es beinhaltete die Übertragung der lothringischen Festung Saarlouis allein die hoheitliche und nicht die eigentumsmäßige Abgabe an Frankreich.⁴⁴³

Im Badener Frieden von 1714 mit dem Reich als Kriegs- und Vertragspartei hatten die Abtretungen von Reichsgebieten ihre Motivation in der Aufteilung des Erbes der Spanischen Habsburger, in der im gesamteuropäischen Interesse gelegenen Errichtung der Österreichischen Niederlande als Barriere und den dem Haus Preußen für seine Schuld- und Erbansprüche im Reich selber gewährten Kompensationen.⁴⁴⁴

⁴³⁹ Oben, S. 985-986, 986-987, 1013-1014, 1017-1019.

⁴⁴⁰ Oben, S. 987-992 (989-992).

⁴⁴¹ Oben, S. 994-998.

⁴⁴² 3. Abschnitt, §. 4., S. 27.

⁴⁴³ Oben, S. 998-1004 (999-1004).

⁴⁴⁴ Oben, S. 1005-1013 (1009-1013).

Im Wiener Frieden von 1735/38 war das Reich Kriegs- und Vertragspartei. Der zu Lasten des Herzogs von Lothringen gehende Verlust seiner dem Reich zugehörenden Gebiete wurde durch das im Nebenland Italien⁴⁴⁵ gelegenen Grossherzogtum Toskana ausgeglichen.⁴⁴⁶

Im Hubertusburger Frieden von 1763 war das Reich zwar Kriegs- und Vertragspartei. Dem König von Preußen wurde der Erhalt seiner schlesischen Besitzungen bestätigt und der von ihm mit dem König von Polen/Kurfürsten von Sachsen vereinbarte Friedensvertrag sah die gegenseitigen Austauschungen kleinerer im Reich gelegenen Besitzungen vor. Dieses Festhalten am status quo war auch für das Reich das günstigste Ergebnis.⁴⁴⁷

Im Teschener Frieden vom 1779 hatte das Reich, ohne Kriegspartei gewesen zu sein, am Friedensschluss mitgewirkt. Der Friedensschluss sah neben der Anerkennungen von dynastischen Ansprüchen nur innerhalb des Reichsgebietes selbst vorgenommener Austauschungen kleinerer Gebiete vor.⁴⁴⁸

⁴⁴⁵ Das Nebenland Italien, die oberitalienischen Gebiete mit Ausnahme der Republik Venedig und den mittelitalienischen Gebieten bis zum Kirchenstaat war seinem generellen Status nach ein vom Reich erobertes und mit ihm verbundenes Nebenland. Nach der formellen Rechtslage standen dem Kaiser und dem Reich die Regierung und die Lehnshoheit über dasselbe zu. Tatsächlich wurden dieselben vom Haus Österreich für das Reich ausgeübt, wobei insbesondere die dort von ihm besessenen Sekundogenituren die Verbindung zum Reich aufrechterhielten (*Hoff*, Das Teutsche Reich, I. Theil, 1. Abtheilung, 5., S. 110-113 und *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band I, 1. Buch, 2. Cap., §. 20., S. 100-111, Band III, 16. Buch, 1. Cap., S. 681-684).

Insbesondere wegen der Nichtinhabung der Reichsstandschaft von den Besitzern der oberitalienischen Lehen (*Hoff* ebd., S. 111 und *Häberlin* ebd., Band I, §. 20., S. 102), womit diesen das Recht zur Mitwirkung bei der Willensbildung im Reichstag abging, kann dieses Verhältnis nicht als ein innerstaatliches sondern muß als ein zwischenstaatlich-völkerrechtliches angesehen werden. *Hoff* ebd., S. 111 „... I t a l i e n war ein erobertes mit Teutschland verbundenes N e b e n l a n d. ...“ und *Häberlin* ebd., Band I, §. 20., S. 102 „... Italien war ein erobertes Land, das nur mit Teutschland v e r b u n d e n, aber nicht wie das Lothringische oder Burgundische Reich vereinigt worden war. ...“ Die zwischenstaatlich-völkerrechtliche Natur des Nebenlandes Italien zum Reich wird insbesondere auch darin erkennbar, dass der erwählte und gekrönte römisch-deutsche Kaiser damit zugleich auch König von Italien war (*Hoff* ebd., S. 111 und *Häberlin* ebd., Band I, §. 20., S. 101, § 21., S. 111), womit die beiden getrennten staatlichen Strukturen für das Reich und für das Nebenland Italien mit einer Unterordnung des letzteren unter das erstere an der Herrschaftsspitze sich manifestierte.

⁴⁴⁶ Oben, S. 1014-1017 (1015-1017).

⁴⁴⁷ Oben, S. 1019-1022 (1021-1022).

⁴⁴⁸ Oben, S. 1022-1025 (1023-1025).

VIII

Zusammenfassung: Keine Bildung eines Reichsherkommens mit dem Inhalt einer alleinigen Schadenstragung der geistlichen Reichsstände

Der Westfälische Friedensschluss ist kein Präjudiz und kein Vorbild, das für den Friedensvertrag von Lunéville maßgebend sein könnte.

Die Friedensschlüsse nach späteren um das Reichsgebiet geführten Kriege enthielten keine dem Friedensvertrag von Lunéville vergleichbaren Regelungen.

Die Bildung eines Reichsherkommens vor dem Friedensvertrag von Lunéville mit dem Inhalt, dass bei einem um das Reichsgebiet geführten und verloren gegangenen Reichskrieg die Gebietsverluste der erblich-weltlichen Reichsstände im Reichsgebiet durch Säkularisationen mit staats- und vermögensrechtlicher Natur zu entschädigen sind, ist zu verneinen.

H

Ein in der Reichsverfassung vorhandener Grundsatz einer ungleichen Belastbarkeit der Reichsstände?

Die alleinige Schadenstragung der geistlichen Reichsstände beinhaltet deren gegenüber den weltlichen Reichsständen ungleiche Belastung. Möglicher Rechtsgrund für sie wäre ein in der Reichsverfassung vorhandener Grundsatz einer ungleichen Belastbarkeit der Reichsstände, der die alleinige Schadenstragung der geistlichen Reichsstände rechtfertigt.

I

Das Vorhandensein eines Grundsatzes einer ungleichen Belastung der Reichsstände in der Reichsverfassung

1. Der Schutz von individuellen Interessen der Reichsstände durch die verfahrensmäßige Regelung ihrer Zustimmung

a) Die lehnsrechtliche Struktur der Verhältnisse der Reichsstände zu Kaiser und Reich

Die Verhältnisse der Reichsstände zu Kaiser und Reich waren ihrer allgemeinen Natur lehnsrechtliche Beziehungen¹ und wurden inhaltlich im Grundsatz durch das Lehnsrecht bestimmt. Die dem Lehnsrecht eigene Betrachtung hätte es geboten, dass eine jegliche einen Reichsstand und Kaiser und Reich betreffende Angelegenheit allein in dem zweiseitigen lehnsrechtlichen Verhältnis des betroffenen Reichsstandes zu Kaiser und Reich hätte erledigt werden müssen und einer Mitwirkung und Beschlussfassung seitens der anderen Reichsständen entzogen war.

Diese dem Lehnsrecht eigene privat-vertragliche Betrachtungsweise wurde durch das seit dem 15. Jahrhundert im Reichstag geltende Majoritätsprinzip innerhalb der Reichsstände² eingeschränkt.³ Auch bei dieser durch das Majoritätsprinzip im Reichstag vorhandenen

¹ *Hüberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band III, 10. Buch, 1. Cap., §. 397., S. 303 „Es ist schon aus dem siebenden Capitel des ersten Buchs bekannt, daß das Lehnssystem, welches die fraenkischen Koenige so sehr beguenstigten, sich bis auf den heutigen Tag erhalten habe, so daß die mehrsten Fuersten und Staende des Reichs, ja selbst andre unmittelbare Glieder des Reichs noch jetzt Vasallen des Kaisers und des Reichs sind. ...“.

² Oben, S. 111-112.

³ Insbesondere wurden die Kriegsdienste durch die von den Reichsständen über die Reichskreise zu erfolgende Stellung ihrer Kontingente zur Reichsarmee (unten, S. 1036-1038) und Erbringung der Römermonate

staatsrechtlichen Komponente blieben die Verhältnisse der Reichsstände zu Kaiser und Reich im Grundsatz dem Lehnrecht verhaftet. Die Reichslehen fielen bis zum Ende des Reiches dem Reich anheim und wurden von den Kaisern neu vergeben.⁴ Das Reich verstand sich auch am Ende des 18. Jahrhunderts als ein Lehnreich.⁵

Diese auf dem Lehnrecht beruhende und inhaltlich durch das Lehnrecht bestimmte Grundkonzeption der Verhältnisse der Reichsstände zu Kaiser und Reich gebot, falls von der Verfassung der Schutz von individuellen Interessen der Reichsstände bezweckt war, dies durch die verfahrensmäßige Regelung ihrer Zustimmungen unter Ausschließung einer mehrheitlichen Beschlussfassung im Reichstag erfolgte.

b) Die in der Reichsverfassung vorhandenen Beispiele von besonderen Zustimmungen der Reichsstände

Die Reichsverfassung kannte mehrere Beispiele, bei denen der Schutz von individuellen Interessen der Reichsstände durch die verfahrensmäßige Regelung ihrer Zustimmungen erreicht wurde.

Art V § 52 IPO⁶ sah in Religionsachen vor:

„In causis religionis ..., sola amicabile compositio lites dirimat non attenta
votorum pluralitata. ...“⁷

zur Reichsoperationskasse (oben, S. 890) nicht mehr als lehnsrechtliche Dienste angesehen, sondern ergaben sich aus der staatsrechtlichen Qualität des Reiches als ihre Mitgliedschaftsverpflichtungen (*Repertorium des Deutschen Staats und Lehnrechts*, III. Theil (*Häberlin*), L., 54. Lehendienste, §. 9., S. 176-178 (177 linke Sp.).

Auch die von den Reichsständen für ihre eigenen Territorien innegehabte Territorialherrschaft war, obwohl sie als Lehen von Kaiser und Reich mit der Landeshoheit vergeben wurde, wegen der stattgehabten Ausbildung der Landeshoheit als eines eigenen Rechtes in ihren einzelnen Inhalten nicht mehr vom Lehnrecht bestimmt (oben, S. 182-183, 439-444).

⁴ *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band III, 10. Buch, 1. Cap., §. 397., S. 303-307, §. 398., S. 308-310.

⁵ *Schönberg*, Das Recht der Reichslehen im 18. Jahrhundert, 4. Abschnitt, A., V., 5., S. 202 „Zu Recht ward das Reich bis zu seinem Erlöschen als Lehnreich bezeichnet¹⁴⁰. ...“; *Schmauß*, Academische Reden und Vorlesungen über das teutschen Staatsrecht, 2. Buch, V. Cap., S. 278 „Unser teutsches Reich ist ein rechtes Lehnreich, und alle Feudisten stimmen darin ueberein, daß die Lehne von den teutschen Voelkern hergekommen sind. Das ganze Kriegswesen war auf das Lehnwesen gegruendet. Die Hofbedienungen wurden mit Lehnen bezahlet. Alle gerichtliche Aemter wurden zu Lehn gegeben. ...“; *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band III, 10. Buch, 1. Cap., §. 397, S. 303; *C. A. Beck*, Recht und Verfassung des Reiches, III., 1. Kap., § 10, S. 617 und *Lünig*, Corpus iurifeudalis Germanici 1727, Vorrede.

⁶ Art. V § 52, Satz 1 IPO.

⁷ *Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 43.

In Religionsachen konnte es keine Mehrheitsentscheidungen geben, nachdem seit dem Passauer Vertrag vom Jahre 1552 und dem Augsburger Religionsfrieden vom 25. Sept. 1555 beide christlichen Konfessionen im Reich als gleichwertig angesehen wurden.

Dies auch in allen anderen Geschäften, bei denen die Reichsstände nicht als einheitliche Körperschaft betrachtet werden können:

„... omnibusque aliis negotiis, ubi status tanquam unum corpus considerari nequeunt, ..., sola amicabile compositio lites dirimat non attendit votorum pluralitate. ...“⁸

was den Bereich der *iura singulorum*, die Rechten der Reichsstände, welche außerhalb des mit dem Zusammenschluss des Reichsverbandes verfolgten Zweckes standen, betraf.⁹

Auch die dritte in Art. V § 52 IPO¹⁰ vom Majoritätsprinzip enthaltene Ausnahme, die *itio in partes*:

„..., ut etiam catholicis et Augustanae confessionis statibus in duas partes euntibus, sola amicabile compositio lites dirimat non attendit votorum pluralitate. ...“¹¹

welche nicht nur bei den geistlichen sondern bei allen weltlichen Angelegenheiten ihre Anwendung hatte,¹² ist ein Beispiel, dass der Schutz der Interessen der beiden Religionsparteien¹³ durch die verfahrensmäßige Regelung ihrer Zustimmungen erfolgte.

Nach dem Reichsherkommen galt weiterhin, dass bei Eingriffen in die *iura quaesita* der Reichsstände die Zustimmung der betroffenen Reichsstände geboten war.

⁸ *Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 43.

⁹ Die *iura singulorum* waren die Rechte der Einzelnen, welche außerhalb des mit dem Zusammenschluss der Gesellschaft verfolgten Zweckes standen. Bezogen auf das Reich waren es jene Rechte, welche einem Reichsstand ohne Rücksicht auf den mit dem Zusammenschluss aller Reichsstände im Reichsverband verfolgten Zweck zustanden und gar nicht auf den Zweck dieser Verbindung abzielten. Hierzu gehörte u. a., die Anzahl der Soldaten, welche ein Reichsstand auf seinem Territorium halten durfte. Da diese Rechte nicht den Gegenstand und Zweck der Reichsverbinding betrafen, hatte sich die Reichsstände auch nicht mit diesen Rechten der Reichsgewalt unterworfen, so dass es auch keine Mehrheitsentscheidungen sondern nur Einstimmigkeitsentscheidungen bei ihnen geben konnte. In modernen staatsrechtlichen Kategorien gesprochen waren es die Rechte, welche nicht zu der Kompetenz des Reiches gehörten (*Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band I, 4. Buch, 6. Cap., §. 175., S. 582-587).

¹⁰ Art V § 52, Satz 1 IPO.

¹¹ *Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 43.

¹² *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrecht, Band I, 4. Buch, 6. Cap., §. 177., S. 582 „... Nach allen diesen hat es also keinen Zweifel, daß die *itio in partes* in allen und jeden Sachen statt finden kann, es mag dabey die Religion auf irgend einige Art im Spiel seyn oder nicht. ...“.

¹³ Die *itio in partes* diente nicht dem Schutz von individuellen Interessen der einzelnen Reichsständen sondern jenen der beiden Religionsparteien, da sie allein die gütliche Übereinkunft zwischen diesen vorsah. Für die Abstimmungen innerhalb der Religionsparteien galten weiterhin die dortigen Mehrheiten. *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band I, 4. Buch, 6. Cap., §. 179., S. 591 „Sobald das Recht in Theile zu gehen ausgeuebt wird, so hoeren die gesammten Reichsstaende in Ansehung der vorseyenden Angelegenheit auf, *E i n C o r p u s* auszumachen ... Ein jeder Theil handelt jetzt fuer sich und ist als eine moralische Person zu betrachten ..., und faßt seine Schluesse nach der Mehrheit der Stimmen. ...“.

Hüberlin, Handbuch Teutschen Staatsrechts:

„... Ferner II) findet nach der Natur keine Mehrheit der Stimmen statt bey allen denjenigen Gegenstaenden, die ueberhaupt nicht der hoechsten Gewalt unterworfen sind. Es ist so sehr in die Augen fallend, daß Rechte, welche nicht einmal ein unumschraenkter Regent zu kraenken vermag und die entweder gar nicht, oder doch nur im Collisionsfalle in seiner Macht liegen, noch weniger durch eine Stimmenmehrheit gekraenkt werden koennen. ... so kann auch nur alsdann, wenn die Erhaltung des Ganzen es erfordert, die hoechste Gewalt jemanden sein wohl erworbenes Recht nehmen. Es koennen daher auch dergleichen Verfuegungen, ... wodurch jemanden seine wohl erworbenen Gerechtsamen genommen werden sollen, nicht in unsern Reichsstaendischen Versammlungen durch die Mehrheit der Stimmen getroffen werden. Doch dieses Saetze werden zu allgemein, als richtig anerkannt, als daß es sich der Muehe verlohnen wuerde, laenger dabey zu verweilen. ...“¹⁴

c) Die ungleiche Belastung der Reichsstände: Kein Bereich der Zustimmungen der Reichsstände

Laband vertritt in seiner im Jahre 1874 erschienen Schrift *Der Begriff der Sonderrechte nach Deutschem Reichsrecht* die Ansicht, dass es über diese vier Bereiche hinaus im Reich noch das Sonderrecht mit dem Inhalt gegeben habe, dass bei einer ungleichen Belastung von Reichsständen die Zustimmung der zu ihrem Nachteil ungleich Belasteten erforderlich gewesen sei.

Er begründete dies damit, dass im Reich die immer umstritten gebliebene Frage, ob die Erhebung von Reichskontributionen durch Mehrheitsentscheidungen erfolgen konnten oder ob hierzu die Zustimmung der betroffenen Reichsstände erforderlich war, auch entstanden sei, weil infolge des Fehlens eines zuverlässigen Maßstabes bei der Erhebung von Reichskontributionen ungleiche Belastungen bei den Reichsständen entstanden. Hieraus habe sich der allgemeine Grundsatz entwickelt, dass bei ungleichen Belastungen die Zustimmung der zu ihrem Nachteil ungleich belasteten Reichsstände erforderlich waren.¹⁵

Diese vereinzelt gebliebene Ansicht von *Laband*¹⁶ verkennt, dass im Reich die Streitfrage, ob bei der Erhebung von Reichssteuern Mehrheitsentscheidungen möglich oder die Zustimmung der betroffenen Reichsstände erforderlich war,¹⁷ nicht wegen des Fehlens eines

¹⁴ I. Band, 4. Buch, 6. Cap., §. 175., S. 575-576; *Laband*, *Der Begriff der Sonderrechte nach Deutschem Reichsrecht*, I., 3), Sp. 1495-1497 und oben, S. 207-211.

¹⁵ *Laband*, *Der Begriff der Sonderrechte nach Deutschem Reichsrecht*, I., 2., Sp. 1493-1495.

¹⁶ *Loening*, *Die Sonderrechte der Deutschen Staaten und die Reichsverfassung*, in: *Annalen des Deutschen Reichs*, 8. Jahrg., 3. Heft, Sp. 353 „... Was das alte Reichsrecht betrifft, so wird ein solches Sonderrecht, wie es *Laband* an den angeführten Stellen charakterisirt hat, von keinem Schriftsteller aus alter oder neuerer Zeit angeführt. ...“.

¹⁷ Art. V § 52, Satz 2 IPO „... Quod vero ad pluralitatem votorum in materia collectarum attinet, cum res haec in praesenti congressu decidi non potuerit, ad proxima comitia remissa esto.“ (*Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 43). Weder auf diesem Reichstag, noch auf dem darauffolgenden

gerechten Verteilungsmaßstabes entstanden war, sondern, weil die Reichsstände dem Reich generell die Befugnis absprachen, einseitig Steuern zu erheben, diese vielmehr als die aus freiem Willen der Reichsstände gegenüber dem Reich erbrachten Zuwendungen angesehen wurden.¹⁸

2. Die objektiven Normen der Reichsverfassung

a) Fehlen eines Gleichheitsgrundsatzes wegen der ständischen Privilegienordnung des Reiches

Sowohl nach seinem historischen Selbstverständnis als auch seiner normativ-rechtlichen Ausgestaltung in der Reichsverfassung verstand sich das Reich als der Zusammenschluss der Reichsstände und des Kaisers zum Schutze und Erhalt der Privilegienordnung. Konstitutionsgrund der Reichsverfassung war die im sakral-christlichen wurzelnde Vorstellung des Schutzes der überkommenen Privilegien.¹⁹

Angesichts der Qualität des Reiches einer durch die Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte der Reichsstände eingeschränkten königlich-kaiserlichen Wahlmonarchie wurde die hergebrachte ständische Privilegienordnung in den Reichsgrundgesetzen geschützt,²⁰ in welchen den Reichsständen ihre geübten Privilegien für die Zukunft bestätigt und bekräftigt wurden.

Reichstag, auf welchem sich der immerwährende Reichstag konstituierte, konnte diese Streitfrage entschieden werden, so dass sie bis zum Ende des Reiches ungeklärt blieb.

¹⁸ *Hüberlin*, Handbuch Deutschen Staatsrechts, Band I, 4. Buch, 6. Cap., §. 176., S. 576-577 „... Einige zahlen offenbar zu viel, andre viel zu wenig. Hier waere es nun wirklich sehr unbillig, wenn die letztern die erstern ueberstimmen koennten. Indessen diesen Grund fuehrt man nicht an, sondern man stuetzt sich darauf, daß Steuern zu bewilligen von dem freyen Willen der Reichsstaende abhange. ..., weil die Contribution eine freywillige Huelfe sey, und die Stimmenmehrheit in Uebung der Freywilligkeit nicht stattfinden koenne. ...“, insg., S. 576-578; *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band IV, 9. Buch, 6. Cap. Von der Reichs=Steuern Bewilligung, §. 12., S. 1344 „Die Bewilligung ist von Reichs=wegen ganz frey, und es kan kein hoher oder niderer Stand durch den Kayser, oder seine Mit Staende, zu einem weiteren genoethiget werden, als sein freyer Wille ist.“ und *Loening*, Die Sonderrechte der Deutschen Staaten und die Reichsverfassung, in: *Annalen des Deutschen Reichs*, 8. Jahrg., 3. Heft, Sp. 353-354.

Die von *Laband*, Der Begriff der Sonderrechte nach Deutschem Reichsrecht, I., 2., Sp. 1495 zur Begründung seiner Ansicht weiter angegebenen Belegstellen aus der im Jahr 1719 im Auftrag der evangelischen Stände verfassten Denkschrift *Sacra Libertatis Anchora*, vermögen gleichfalls nicht die Richtigkeit seiner Ansicht zu belegen, wie *Loening*, Die Sonderrechte der Deutschen Staaten und die Reichsverfassung, in: *Annalen des Deutschen Reichs*, 8. Jahrg., 3. Heft, Sp. 354-355 nachgewiesen hat.

¹⁹ *Aretin*, Heiliges Römisches Reich 1776-1806, I. Teil, Einleitung, S. 8 „... Der Westfälische Friede schuf die Grundlage zum Zusammenleben der beiden Konfessionen. Das Nebeneinander der beiden Konfessionen wurde aus dem Zustand des Kampfes in eine Rechtsordnung gebracht. Diese Basis entsprach dem Charakter der Reichsverfassung, die ja nicht auf der Gleichheit der Rechte aller beruhte, sondern eine Privilegienordnung war, die jedem s e i n Rechte garantierte. ...“, Kap. VI, 7., S. 503 „... Von der alten hierarchisch abgestuften, auf einer Privilegienordnung beruhenden Reichsverfassung zu einem Bund gleichberechtigter, ... Staaten führte kein Weg. ...“.

²⁰ Dies in einer rechtsstaatlichen Strukturierung.

Bei der ständischen Gliederung mit ihren ständisch abgestuften Privilegien konnte es in der Reichsverfassung keinen die grundsätzliche Gleichheit aller Menschen voraussetzenden allgemeinen Gleichheitssatz geben.²¹

Nach dem allgemeinen Verständnis der Reichsverfassung als einer Privilegienordnung war eine unterschiedliche Belastung der Reichsständen möglich.

b) Die tatsächlichen Belastungen der Reichsstände

aa) Die Erhebungen der Reichssteuern

Die Erhebung der Reichssteuern, die Römermonaten und der Kammerzieler²² wurde von den Reichsständen als von ihnen freiwillig zu erbringende Zuwendungen angesehen. Sie erfolgten nach den Reichsmatrikeln²³ oder auch nach Billigkeitsgesichtspunkten.²⁴

Die den Reichsmatrikeln zugrundegelegene Wormser Reichsmatrikel vom Jahre 1521 – bei einem Römermonat für das Reich von 128 000 Gulden²⁵ – hatte sich bei ihren Erlass bei der Zuteilung der den einzelnen Reichsständen obliegenden Anteile wenig an ihren Vermögensumständen und Macht orientiert.²⁶ Jedem der 7 Kurfürsten war derselbe Anschlag auferlegt

²¹ Diesen gab es erstmalig in der *Déclaration des droits de l'homme et du citoyen der Assemblée nationale constituante vom 26. August 1789*, in ihrem Art I „Les hommes naissent et demeurent libres et égaux en droits. Les distinctions sociales ne peuvent être fondées que sur l'utilité commune.“ (*Duvergier*, Collection des lois, Tome III, p. 240-241 (240)).

²² *Leist*, Lehrbuch deutschen Staatsrechts, 1. Aufl., B), 2. Buch, 3. Abtheilung, 5. Abschnitt, 1. Hauptstueck, I., §. 203., S. 606-609, §. 204., S. 609-610 und *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band II, 6. Buch, 8. Cap., 1. Abschnitt, §. 250., S. 251, §. 251., S. 253-255.

²³ *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band IV, 9. Buch, 6. Cap., §. 14., S. 1344, 1. Cap., S. 1130-1143.

²⁴ *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band IV, 9. Buch, 6. Cap., §. 15., S. 1344-1345.

²⁵ Die Römermonaten haben ihre Ursprünge in den Romzügen der Kaiser. Der Kaiser machte die Anlage auf die Reichsstände zu den Unkosten der Reise: zum Stilllager auf etliche Monate und zum Unterhalt seines eigenen Gefolges. Dies betrug je monatlich für ein Mann zu Fuß 4 Gulden und für einen Reiter 12 Gulden. Die Summe, welche in solcher Gestalt das Reich insgesamt aufzubringen hatte, war ein einfacher Römermonat (*Zedler*, Universal Lexicon, XXXII. Band, Roemer=Monath, Sp. 344 und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band IV, 9. Buch, 1. Cap., §. 18., S. 1141). Bei 12 000 zu Pferd und 28 000 zu Fuß (unten, S. 1036-1038) betrug ein Römermonat des Reiches 128 000 Gulden.

²⁶ *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band IV, 9. Buch, 1. Cap., §. 8., S. 1133-1134 „Der Grund dieser Matricul sollte natuerlicher Weise der damalige Vermoegens=Zustand eines jeden Reichs=Standes seyn: Je mehr Land und Unterthanen, oder doch Einkuenffte, einer haette, je mehr, und so umgekehrt, je weniger, sollte er Mannschafft stellen: Daß aber 1. die Anschlaege nicht schlechterdings darnach eingerichtet worden seyen, ist daher offenbar, weilien die Chur=Fuersten zu Maynz, Trier, Coelln, Pfalz, Sachsen und Brandenburg alle einander gleich angelegt worden seynd; ... 2. Wann der Anschlag auf die Vermoegens=Umstaende haette passen sollen, haette muessen wenigstens einige Untersuchung derselbigen vorhergehen, und gewisse Grund=Saeze vestgestellt werden, wornach sich in Bestimmung derer Anschlaege haette richten sollen: Meines Wissens aber findet sich keine Spuhr so wenig von dem einen als andere, so, daß glaublich ist, das ganze Werck seye e x a e q u o & b o n o behandelt worden, ... 3. So findet sich auch fast nicht die geringste Proportion zwischen denen matricular=Anschlaegen in Ansehung des Fuß=Volcks und der Reuterey; ja manchen ist gar lauter Fuß=Volck ohne einige Reuterey, und einigen lauter Reuterey ohne einiges Fuß=Volck, zugeschiden worden.“

worden, was nicht ihren verschiedenen gebietlichen Größen, Einwohnerzahlen, Einkünfte und Machtverhältnisse entsprach.²⁷

Trotz Änderungsgesuchen der Reichsstände²⁸ blieb die Wormser Matrikel die Grundlage für die Erhebungen der Reichssteuern. Dies wurde auch in dem Reichsabschied vom Jahre 1582 allgemein festgelegt²⁹ und galt noch im 18. Jahrhundert.³⁰

Bei den danach sich verändernden sozial-wirtschaftlich-machtmäßigen Verhältnissen mit den eingetretenen Verlusten und Erwerbungen von Gebieten trug die Wormser Matrikel von

Barthold, Geschichte der Kriegsverfassung und des Kriegswesens der Deutschen, II. Theil, 4. Buch, 2. Kap., Die Wormser Matrikel, S. 189 zeuge „... von bedauerlicher Vernachlässigung der Statistik und Diplomatie ...“, insg., S. 189-190.

²⁷ *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band IV, 9. Buch, 1. Kap., §. 8., S. 1133 „...; da doch Niemand laugnen kan, daß auch damals schon zwischen Selbigen in Ansehung ihrer Macht und Einkommens ein grosser Unterschid gewesen seye. ...“; *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band II, 6. Buch, 8. Cap., 1. Abschnitt, §. 252., S. 257 „... ist so viel gewiß, daß sie den Kenntnissen ihrer Verfasser wenig Ehre macht. So wurden mehrere Landsassen als Reichsstaende aufgefuehrt, ferner sind in der Matrikel Reichsstaende angegeben, die nirgends ausfindig zu machern sind. Hiezu kommt, daß manche Staende, besonders die Reichsstaedte, welche freylich damals die groeßten Reichsthueemer hatten, gegen andere zu hoch angesetzt waren. ...“; *Weigel*, Die Kriegsverfassung des Reiches, Hauptteil, § 3., S. 17. Reichsstände waren auch überhaupt nicht hat in die Matrikel aufgenommen worden, so der Herzog von Wirtemberg für seine Grafschaft Mömpelgard und die Äbtissin zu Gandersheim (*Moser ebd.*, 7. Cap., §. 2., S. S. 1346-1347 (1347)). Der Erzbischof von Besançon, der Bischof von Chur und der Herzog von Savoyen waren zwar mit ordentlichen Matrikular-Anschlägen belegt worden, erbrachten aber solche niemals, was ungeahndet blieb (*Moser ebd.*, 7. Cap., §., 4., S. 1347).

²⁸ Bereits auf dem Reichstag von 1521 waren Beschwerden von den Reichsständen vorgebracht worden. *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band IV, 9. Buch, 1. Cap., §. 7.-§. 17., S. 1133-1141, 2. Cap., S. 1143-1174; *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band II, 6. Buch, 8. Cap., 1. Abschnitt, §. 252., S. 256-259 und *Weigel*, Die Kriegsverfassung des Reiches, Hauptteil, § 3., S. 17-18, „... und bald habe man es bei demjenigen bewenden lassen, wozu jeder sich selbst angeboten habe, bald habe man einem einen Anschlag von Amtswegen gemacht. ...“ (S. 17).

„An. 1666. sagte der Oesterreichische Gesandte, als auf die Rectification der Matricul angetragen wurde: Er wolle denjenigen p r o m a g n o A p o l l i n e halten, der einen Vorschlag thun wuerde, wie die Matricul in Richtigkeit zu bringen (1)“ (*Moser ebd.*, 2. Cap., §. 37., S. 1160).

Art VIII § 3 IPO sah auch vor „... In proximis vero comitiis emendentur imprimis anteriorum conventuum defectus, ..., renovanda matricula, ...“ (*Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... Caesareo-Suecicum ..., S. 48).

²⁹ § 64 „... daß die Matricul im Jahr der mindern Zahl 21. mit Rath und Bewilligung gemeiner Staenden aufgericht, fuer unsere und des H. Reichs gerechte und gewiste Matricul zu halten, darvon auch in unsern und des Reichs Abschieden Anno &c. 51. 56. und 66. zu Augspurg, und An. &c. 76. zu Regenspurg publicirt, Meldung beschicht: So setzen und erklæaren wir, daß derselben Matricul im Votiren und erkennen zu folgen, und alle und jede Staende darinn begriffen, bey denselben Anschlaegen zu lassen, was und so viel daran, durch die vorige im Jahr 45. ... gewesene Moderatorm ... oder durch nechstkuenfftige Moderatorm, oder Deputirten nicht geændert wuerde, darnach dann dieselbe erste Matricul ergaenzet und richtig gemacht werden soll.(c)“ (*Neue und vollstaendigere Sammlung der Reichs=Abschiede*, III. Theil, S. 399-418 (409)).

Zu den nicht stattgehabten Änderungen *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band IV, 9. Buch, 1. Cap., §. 11., S. 1135 „... Und hiebey ist es bißanhero verblieben.“

³⁰ *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band IV, 9. Buch, 6. Cap., §. 14., S. 1344, 1. Cap., §. 18. u. §. 19., S. 1141-1143 und *Weigel*, Die Kriegsverfassung des Reiches, Hauptteil, § 3., S. 17-18.

1521 dem vermögens- und machtmäßigen Zustand der Reichsstände und ihrer Territorien insbesondere zu Ausgang des 18. Jahrhunderts zu wenig und auch keine Rechnung.³¹

Den Erhebungen der Reichssteuern lag demnach nicht die Vorstellung von einer gleichwertigen Belastung der Reichsstände zugrunde.

bb) Die Stellung der Kontingente zur Reichsarmee

Für die Stellung der Kontingente zur Reichsarmee waren seit der Reichsdefensionalordnung vom Jahre 1681 nicht mehr die Reichsstände sondern die Reichskreise verantwortlich.³² Die vom Reich auf die zehn Reichskreise aufgeteilten Repartitionen waren unabhängig von der Reichsmatrikel und waren ex aequo et bono festgesetzt worden.³³

³¹ Moser, Neues teutsches Staatsrecht, Band IV, 9. Buch, 1. Cap., §. 12., S. 1135-1136 (1135) führt hierzu an: das Hinzukommen von neuen Chur=Fürsten, Prälaten, Grafen, welche nicht in der Matrikel stehen, die spätere Landsässigkeit von Reichsständen, sonstiger Verlust der Reichsstandschaften, Aussterben von Familien und deren Versetzungen in eine höhere Klasse, Geistliche wurden zu Weltliche, Wechsel der Besitzer, Abtrennungen vom Reich. „Indessen aber haben sich die urspruengliche Gebrechen diser Matricul nach und nach immer weiter vermehrt, so wohl in Ansehung derer darinn Benahmsten, als auch ihrer Anschlaege. ...“ (S. 1135); Häberlin, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band II, 6. Buch, 8. Cap., 1. Abschnitt, §. 252., S. 257 „... Andre geriethen nach der Zeit in Verfall und so entstanden Klagen ueber Klagen, dass die Ansaetze zu hoch waeren. ...“, S. 258-259 „... Das Resultat von allen ist, daß sich unser Reichssteuerwesen in der groeßten Verwirrung befindet, und auf das elendeste beschaffen ist. ...“ und Weigel, Die Kriegsverfassung des Reiches, Hauptteil, § 3., S. 18-19 „... Obwohl also durch diese mannigfachen Moderationen und noch häufigeren Gebietsveränderungen in dem Reichsmatrikularwesen eine so unendliche Konfusion verursacht wurde und weder der Kaiser noch die Stände noch die Reichskassiere wußten, wer zu bezahlen habe und wie viel, blieb diese ‚allzeit neueste Matrikel‘ doch in Geltung, so lange das alte Deutsche Reich bestand. ...“, S. 16 „... Über die Verwendung dieser Römermonate wird weiter unten mehr zu sagen sein, hier sei nur erwähnt, daß sie fortan für alle Zeit bis zum Erlöschen der alten Kaiserhoheit der regelmäßige Steuerfuß d. h. die Norm, die Einheit der allgemeinen Reichsanlagen blieb²⁾ ...“

Die bei den nicht vollständigen Erbringungen der Römermonate (128 000 Gulden) durch die Reichsstände herabgesetzten Römermonaten des Reiches: in den Jahren 1654/65 auf 68 260 Gulden, im Jahr 1698 auf 88 464 Gulden und im Jahr 1737 auf 58 280 Gulden – Usualmatrikel – und die vom 31. Dez. 1745 für den Kammerzieler datierende Usual-Matrikel des Kammergerichtes mit 39 391 Gulden brachten keine anderen Verteilungen mit sich und waren gleichfalls unvollkommen (Moser ebd., §. 19., S. 1142-1143; Zeumer, Quellensammlung, 2. Teil, Nr. 209., S. 500-505 und Häberlin ebd., S. 259).

³² Am 17. Jan. 1681 ersuchte das Kaiserliche Commissions-Decret die Erstellung eines Reichsgutachtens, wie die Verteidigung des Reiches in beständiger Form bewerkstelligt werden könne (*Vollstaendige Sammlung aller Reichs=Schluesse*, II. Theil, Nr. CCXXII., S. 288-290). Nachdem durch den Reichsschluß vom 23. Mai/28. Juni 1681 die Reichsarmee auf 40 000 Mann: 10 000 zu Pferd, 2 000 Dragoner und 28 000 zu Fuß festgelegt worden, falls das Reich pro rerum exigentia einer mehreren Mannschaft benötigte, dann war diese Quantum um 20 000 Mann zu vergrößern (*Vollstaendige Sammlung aller Reichs=Schluesse* ebd., Nr. CCXXXVIII., S. 312-313 und Nr. CCXLIII., S. 316-317) wurden durch den Reichsschluß vom 30. Aug./8. Okt. 1681 den 10 Reichskreise die Stellung der Reichsarmee übertragen (*Vollstaendige Sammlung aller Reichs=Schluesse* ebd., Nr. CCXLXIX., S. 325, CCLIII., S. 330-331).

³³ Hierbei „... dafuer gehalten, und geschlossen, daß sothane Cirular-Repartition nach eines jeden Creyßes jetzmahliger Ertraeglichkeit, besag beyliegender Austheilung (üt sub Lit. A.) einzurichten, ..., das zugelegte Quantum unter denen Creyß=Staenden particulariter eingetheilet, und vor=erwehnte Anzahl der 40000. Mann ehistens wuercklich aufgebracht werden moegen. Und gleichwie man bey sothaner Austeilung in absonderliche Consideration gezogen, daß von beyden C h u r = und O b e r = R h e i n i s c h e n Creyßen verschiedene

Das Reich seinerseits kümmerte sich nicht um die von den Reichskreisen auf ihre kreisangehörigen Reichsstände umgelegten Subrepartitionen. Nach dem Reichsschluß vom 16. Dezember 1705:

„..., wie die subrepartition des quanti militaris,... unter die Creyß=Staende selbst nach ihrem eigenen beliebt = und gutbefundenen Fuß, *modo et observantia Circulari* gemacht, und einem jdem Stand das seinige zugetheilet, ...“³⁴

Staende, ihre Quotam zu stellen, jetziger Zeit nicht vermoeen; Also hat man deren in vorgemeldter Repartition denen uebrigen acht Creyßen bereits zugetheilten Abgang in dem Universal-Quanto fuer diesesmahl gutwillig uebernommen, jedoch mit der ausdruecklichen Verwahrung, alldieweilen diese Uebertragung der unvermoeeglichen Staende, wie auch die Acceptation und Annehmung der obberuehrten jetztmahligen Repartition, einzig und allein amore Boni publici beschiehet, daß weder ein=noch anderes, jetzo, noch ins kuenfftige, fuer einen *Matricular*- Anschlag gehalten, viel weniger in einige *Consequenz*, *quoad similes aut alios casus*, denen Creyßen, noch Staenden, auf ein=noch andere Weise zu *Praejuditz* angezogen werden sollen. ...“ mit Beylag *sub Lit. A.*

„Repartition der 40000. Mann zur Reichs=Verfassung.

	zu Pferd.	zu Fuß.
Chur=Rheinischer Creyß	600.	2707.
Ober=Saechsischer -	1322.	2707.
Oesterreichischer -	2522.	5507.
Burgundischer -	1321.	2708.
Fraenckischer -	980.	1902.
Bayerischer -	800.	1494.
Schwaebischer -	1321.	2707.
Ober-Rheinischer -	491.	2853.
Westphaelischer -	1321.	2708.
Nieder-Saechsischer -	1322.	2708.
Summa	12000.	28000.

Unter welcher Mannschaft zu Pferd 2000. Dragoner zu verstehen etc.“

(*Vollstaendige Sammlung aller Reichs=Schluesse*, II. Theil, Nr. CCXLIX., S. 325 (Zitat), Nr. CCLIII., S. 330-331; *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band IV, 8. Buch, 4. Cap., §. 12., S. 824 „... Auf was sich diese Propotion zwischen denen Craysen gruende? laesst sich nicht sagen: Man hat ex aequo & bono mit einander gehandelt: Aber dises scheinete sonderbar, dass keine Proportion in Ansehung der Cavallerie und Infanterie gehalten worden ist. Dann nach der Analogie der ganzen Reichs=militar=Proportion zwischen Reuterey und Fuß=Volck haette jdem Crays auch an seinem Contingent $\frac{1}{3}$ Cavallerie und $\frac{2}{3}$ Infanterie zugeschieden werden sollen: Das findet sich aber nicht. ...“, 9. Buch, 3. Cap., §. 2., S. 1175-1176 (1176)) „... So dann ist wiederum eine ganz andere Art von Crays=Anschlaegen, welche An. 1681. bey dem Reichs=Convent aufgekommen und seithero in allen Reichs=Kriegen in Ansehung der Stellung der Mannschafft beybehalten worden ist; davon der Grund eigentlich nicht die Reichs Matricul, sondern eine freywillige Vergleichung *ex aequo & bono*, ist; wobey aber jedes Mal die Verwahrung angehaenget worden, daß es keinen Fuß auf kuenfftige Zeiten, noch eine ordentliche Matricul, abgeben, vilmehr diese jedesmalige Repartitionen ohne Consequenz seyn sollen; wiewohl es ohne Zweifel auch hiebey heissen wird: *Exempla, ubi semel incipiunt, nunquam desinunt.* ...“ und *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band III, 9. Buch, 2. Cap., §. 384., S. 239.

³⁴ Reichs=Schluß vom 16. Dez. 1705 (*Vollstaendige Sammlung aller Reichs=Schluesse*, III. Theil, Nr. CXXII., S. 163), insb. „...: so ist allen erwogenen Umstaenden nach, in allen dreyen Reichs=Collegiis dafuergehalten, und geschlossen worden, daß die begehrte Erlaeuterung dahin zu ertheilen seye, daß bey Verfassung obigen Reichs=Schlusses des Reichs=Convents Meinung gewesen seye, wann ein jeder Creyß das vom Reich beliebte voellige Quantum der Jhnen zugetheilten Mannschaft, und nach derselben alle andere Requisita in voelligen completen Stand herstellen wuerde, im uebrigen denenselben lediglich ueberlassen bliebe,

legte jeder Kreis seinen eigenen Verteilungsmodus fest, wofür ein auch einschlägiger Gesichtspunkt die Reichsmatrikel war.

Die von den Reichsständen zur Reichsarmee gestellten Kontingente orientierten sich demnach nicht an ihren vermögens- und machtmäßigen Kapazitäten.

c) Die Reichsgrundgesetze

Die Inhalte der Reichsgrundgesetze:

die *Goldene Bulle Kaiser Karls IV. vom Jahre 1356*, mit der Wahl des Kaisers durch die Kurfürsten und den ihnen weiter zugebilligten Vorrechten,³⁵

der *Ewige Landfrieden vom Jahre 1495*, mit dem Verbot von Fehde bei Androhung von Acht und der Anrufung des Kaisers und des Reichskammergerichtes,³⁶

die *Reichs-Kammergerichtsordnung vom Jahre 1555*, mit der Bestellung, Verfassung und Jurisdiktion dieses Gerichtes,³⁷

der *Augsburger Religionsfrieden vom 25. September 1555*, mit den den Reichsständen katholischer und augsburgischer Konfession zugesagten Sicherungen ihrer Glaubensbekenntnisse, ihrer Fürstentümer und dem katholisch-geistlichen Vorbehalt,³⁸

die *Exekutionsordnung vom selbigen Tag*, mit der Handhabung des Land- und Religionsfriedens, der Vollstreckung der von den Reichsgerichten ausgesprochenen Urteilen und der Verteidigung des Reiches gegen auswärtige Feinde,³⁹

das *IPO* und das *IPM vom Jahre 1648*, mit ihren die staatsrechtlichen Verhältnisse des Reiches regelnden Bestimmungen, der allgemeinen Restitution der Reichsstände in ihre Rechte,⁴⁰ den Veränderungen bei den Kuren,⁴¹ der erneuten Festlegung des religiösen

wie die subrepartition des quanti militaris, und also in allen Concurrentien und Kriegs=Præstationen unter die Creyß=Staende selbst nach ihren eigenen beiebt= und gutbefundenen Fuß, *modo et observantia Circulari* gemacht, und einem jedem Stand das seinige zugetheilet, zu stellen, und zu praestiren aufgelegt werden moechte, wobey man auch denen Creysen keine Maß gesetzt, wie solches aus denen diesen Krieg hindurch gefaßten Reichs=Schluessen deutlich genug abgenommen werden koenne, sondern hat hiebey nichts vorschreiben, wohl aber das integrale Quantum Circuli nach dem Reichs=Schluß und Fuß de anno. 1681. gestellt haben wollen. ...“ und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band IV, 8. Buch, 4. Cap., §. 12., S. 824.

³⁵ *Die Goldene Bulle*, S. 10-98 (gerade Zahlen).

³⁶ *Zeumer*, Quellensammlung, 2. Teil, Nr. 173., S. 281-284.

³⁷ *Laufs*, Die Reichskammergerichtsordnung von 1555, Edition, Präambel, erster-dritter Theil, S. 59-280. 1555 erhielt die Reichs=Kammergerichtsordnung von 1495 (*Zeumer*, Quellensammlung, 2. Teil, Nr. 174., S. 284-291) einen erweiterten Inhalt.

³⁸ Art. 7-30 des Augsburger Reichsabschiedes vom 25. Sept. 1555 (*Religionsvergleiche des 16. Jahrhunderts I*, III., 1 u. 2., S. 41-69).

³⁹ Art. 31-103 des Abschiedes des Augsburger Reichstages vom 25. Sept. 1555 (*Schmauß*, *Corpus Ivris Pvblici*, Pars I., XXXII., S. 165-190).

⁴⁰ Art. III IPO (*Instrumenta Pacis Westphalicae*, ... *Caesareo-Suecicum* ..., S. 13-14).

Friedens zwischen den reichsrechtlich zugelassenen drei Konfessionen,⁴² der Sicherung der Rechte der Reichsstände bei ihren Mitwirkungen an den Reichsangelegenheiten⁴³ und für ihre eigenen Territorien,⁴⁴

die *Reichshofratsordnung vom Jahre 1654*,⁴⁵ mit der Bestellung, Verfassung und Jurisdiktion dieses Gerichtes⁴⁶

und die *kaiserliche Wahlkapitulation Franz II. vom Jahre 1792*, mit der Zusicherung und Bestätigung der Rechte der Stände und der Erhaltung der Religionsbeschwerden⁴⁷

enthalten kein Verbot einer ungleichen Belastbarkeit der Reichsstände und auch keine Hinweise hierfür.⁴⁸

3. Nach der Reichsverfassung gegebene Möglichkeit, die Reichsstände unterschiedlich zu belasten

Die ungleiche Belastung der Reichsstände gehörte nicht zu den Fällen, in den in den Reichstagskurien unter Abweichung vom Majoritätsprinzip die betroffenen Reichsständen besonders zustimmen mussten.

Die objektiven Normen der Reichsverfassung – Privilegienordnung, tatsächliche Belastungen der Reichsstände, Inhalt der Reichsgrundgesetze – enthalten und geben keine Hinweise für ein Verbot von einer ungleichen Belastbarkeit der Reichsstände.

Nach der Reichsverfassung war es demnach möglich, die Reichsstände unterschiedlich zu belasten.⁴⁹

⁴¹ Art. IV § 3, § 5, § 9 IPO (*Instrumenta Pacis Westphalicae, ... Caesareo-Suecicum ...*, S. 15-16).

⁴² Art. V u. VII IPO (*Instrumenta Pacis Westphalicae, ... Caesareo-Suecicum ...*, S. 25-45, 46-47).

⁴³ Art. VIII § 2-§ 4 IPO (*Instrumenta Pacis Westphalicae, ... Caesareo-Suecicum ...*, S. 48-49).

⁴⁴ Art. VIII § 1 IPO (*Instrumenta Pacis Westphalicae, ... Caesareo-Suecicum ...*, S. 47-48).

⁴⁵ Obwohl die Reichshofratsordnung von Kaiser Ferdinand III. im Jahre 1654 ohne Zuziehung der Reichsstände festgesetzt worden war, gehörte sie dennoch zu den Reichsgrundgesetzen (*Moser, Neues teutsches Staatsrecht, Band I, 13. Cap., §. 2. u. §. 3., S. 289-290, 12. Cap., §. 2., S. 285, 7. Cap., §. 2., S. 196*).

⁴⁶ Tit. I § 1-§ 4 (*Schmauß, Corpvs Ivris Pvblici, Pars II., LXI., S. 900-903*), § 15 (S. 906-907), Tit. II § 1 u. § 2 (S. 909-911), § 8 (S. 913-914) und Tit. VII § 1 (S. 943-944).

⁴⁷ Art. I-XXX: die Erhaltung eines jeden bei seinem Stand und Wesen, die Aufrechterhaltung ihrer Stimmen auf den Reichstagen, die Nichtentsetzung aus ihren Landesregierungen, die generelle Bestätigung ihrer Freiheiten und Rechte und die Erledigung ihrer Religionsbeschwerden (*Die kaiserliche Wahlkapitulation Franz des Zweyten, S. 5-209*).

⁴⁸ Der Jüngste Reichsabschied von 1654 (*Der jüngste Reichsabschied, Vorwort von A. Laufs, S. 3-4*) enthielt gleichfalls keine Bestimmungen, aus denen sich das Verbot einer ungleichen Belastbarkeit der Reichsstände schließen ließe (§ 1-§ 200 getroffenen Regelungen, S. 8-97 (§ 201-§ 205, S. 98-99)).

⁴⁹ Die nach dem Notrecht und dem Aufopferungsanspruch gebotene Aufteilung des durch die Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete eingetretenen Schadens auf alle Reichsstände steht nicht in einem Widerspruch

II

Rechtfertigung der alleinigen Schadenstragung der geistlichen Reichsstände durch den Grundsatz der ungleichen Belastbarkeit der Reichsstände?

1. Die der alleinigen Schadenstragung der geistlichen Reichsstände zugrundeliegenden Umstände

Nach dem Wortlaut von Art. VII:

„..., l'Empire sera tenu de donner aux Princes héréditaires qui se trouvent dépossédés à la rive gauche du Rhin, un dédommagement ...“⁵⁰

sollten die Säkularisationen den depossedierten erblichen Reichsständen ihre linksrheinischen gebietlichen Verluste ausgleichen.

Bei dieser dem Wortlaut nach allein für einen Entschädigungsausgleich sprechenden Formulierung ist zu berücksichtigen, dass der Wortlaut eines völkerrechtlichen Vertrages, infolge seines verallgemeinernden und verkürzenden, oftmals auch die Absichten der vertragsschließenden Teile verdeckenden Sprachgebrauches, nur unvollständig die Motive und Absichten der Vertragsteile wiedergibt, was insbesondere für die ihrem Wortlaut nach in einer Generalklausel festgelegte alleinige Schadenstragung der geistlichen Reichsstände zutrifft.

Auf Seiten des Reiches begründeten die subjektiven Eigeninteressen der erblichen Reichsstände⁵¹ die alleinige Schadenstragung der geistlichen Reichsstände und es sollte eine Reform der geistlichen Staaten durch ihre Umwandlung in erblich-weltliche erfolgen.⁵² Auf Seiten der Französischen Republik lagen ihr die außenpolitischen Ziele und Interessen Frankreichs zugrunde, die gerichtet waren auf eine weitere innere Schwächung des Reiches⁵³

zu dem Grundsatz der ungleichen Belastbarkeit der Reichsstände. Bei der nach dem Aufopferungsanspruch gebotenen Heranziehung aller Reichsstände zur Schadenstragung konnten bei der gemeinsamen Schadenstragung sowohl einzelne Reichsstände als auch eine Gruppe von ihnen nach dem allgemeinen Grundsatz von der ungleichen Belastbarkeit der Reichsstände differenzierende Entschädigungen erhalten.

⁵⁰ *Napoleonische Friedensverträge*, II., S. 21.

⁵¹ Erhalt eines gebietlichen Ausgleiches für ihre linksrheinischen Verluste, der weitere Zuwachs ihrer reichsständischen Libertäten (oben, S. 758), Schwächung des Reiches (oben, S. 753-756).

⁵² Ihrer geringeren Bevölkerung, der doppelte Aufgabenbereich des geistlichen Reichsstandes, die Beschränkung der Regierungsgewalten durch die Wahlkapitulationen, die größere Beeinflussung des Staatszweckes durch die geistlichen Belange, der größere Einfluss der Konfessionen bei der Besetzung der Ämter, die größeren Beschränkungen in den Denkfreiheiten und in den Geistestätigkeiten, ihre wirtschaftlichen Rückständigkeit, der fehlende Handel und die Vernachlässigung von Industrie, die größeren Geldabflüsse, die übermäßige Armut und Bettelei, das Fehlen einer stehenden Armee, keine Ansammlung und Bildung einer eigenen Hausmacht, keine dynastischen Verbindungen zu den mächtigen Fürstendynastien (oben, S. 689-718, 728-735).

⁵³ Oben, S. 828-829.

und der Reichskirche,⁵⁴ auf der Vermeidung von Revancheabsichten seitens der mächtigen erblich-weltlichen Reichsstände⁵⁵ und ihrer allgemeinen Feindschaft gegen die geistlichen Reichsstände und die geistlichen Staaten entsprangen.⁵⁶

2. Maßgebliche Mitbestimmung der in Art. VII des Friedensvertrages von Lunéville festgelegten alleinigen Schadenstragung der geistlichen Reichsstände durch die Französische Republik

Die in Art VII des Friedensvertrages von Lunéville festgelegte Schadenstragung war von der Französischen Republik durch ihre Separatfriedensverträge mit den weltlichen Reichsständen eingeleitet und weitgehend mitbestimmt worden.⁵⁷

Zwar hatten die Königreiche Frankreich und Schweden im IPM/IPO eine Stellung als Garantiemächte für die Reichsverfassung übernommen.⁵⁸ Diese bezog sich aber auf die durch den Westfälischen Friedensschluss primär geschaffene verfassungsmäßige Ordnung des Reiches, deren Aufrechterhaltung und weiteres Bestehen sie gewährleisten sollten.⁵⁹ Sie beinhaltete hingegen nicht ein aktives Mitwirkungsrecht der Garantiemacht bei der inneren Umgestaltung des Reiches und einer Veränderung seiner verfassungsmäßigen Ordnung.⁶⁰

⁵⁴ Oben, S. 826-827.

⁵⁵ Oben, S. 830-831.

⁵⁶ Die geistlichen Reichsstände als die entschiedensten Gegner der in Frankreich stattgehabten kirchlich-religiösen Veränderungen (oben, S. 831), die geistliche Reichsstände in der Elsässer Angelegenheit besonders unnachgiebig gewesen (S. 832-856) und die geistliche Reichsstände mit den geistlichen Staaten den französischen Emigranten hauptsächlich Asyl während (oben, S. 857-863).

⁵⁷ Oben, S. 911-936.

⁵⁸ Beide Mächte hatten die Westfälischen Friedensverträge mitunterzeichnet. Für Frankreich (Ludwig XIV): § 115-§ 120, § 123 u. § 124 IPM (*Vast, Traités Louis XIV, Tome I, III, p. 53-55, 56-57*). Für Schweden (Königin Christine von Schweden) Art. XVII § 1 u. § 11 IPO (*Instrumenta Pacis Westphalicae, ... Caesareo-Suecicum ...*, S. 75, 77).

⁵⁹ § 115 IPM „Pacem hoc modo conclusam promittunt Caesarei et Regii, Ordinumque Imperii Legati et Plenipotentiarii, respective ab Imperatore et Christianissimo Rege, Sacrique Imperii Romani Electoribus, Principibus et Statibus, ad formam hic mutuo placitam ratihabitu iri, ...“ (*Vast, Traités Louis XIV, I, III, p. 53-54 (p. 53)*), § 118 „Qui vero huic Transactioni vel Paci publicae, consilio vel ope contravenerit, ..., poenam fractae pacis ipso jure et facto incurrat, ...“ (p. 55), § 119 „Pax vero conclusa nihilominus in suo robore permaneat, teneanturque omnes hujus Transactionis consortes universas et singulas hujus Pacis leges contra quemcunque sine Religionis distinctione tueri et protegere, ...“ (p. 55).

Art. XVII § 1 IPO „Pacem hoc modo conclusam promittunt Caesarei et regii ordinumque imperii legati et plenipotentiarii respective ab imperatore et regina Sueciae sacrique imperii Romani electoribus, principibus et statibus ad formam hic mutuo placitam ratihabitionum ...“ (*Instrumenta Pacis Westphalicae, ... Caesareo-Suecicum ...*, S. 75).

⁶⁰ *Steck*, Abhandlung von den Rechten und Pflichten der hohen Garans des Westphaelischen Friedens, § VI. „Die beiden Kronen Frankreich und Schweden haben die Garantie des Westphaelischen Friedens feierlichst uebernommen. Es ist also kein Zweifel, daß diesen beiden Maechten das Recht zustehe: 1) vor die Erhaltung und Verewigung dieses Friedens und Reichsgesetzes besorgt zu seyn; 2) auf die Erfuellung aller Bedingungen ernstlich zu dringen; 3) die darauf gegruendete Verfassung des deutschen Reichs und Kirchenstaats zu beschuetzen und zu vertheidigen. Hingegen aber sind sie auch verpflichtet, selbsten am allerwenigsten diesen

Die Garantiemächte konnten von ihrer Garantienstellung auch nur Gebrauch machen, wenn sie von einem bedrängten Teil des Friedensvertrages hierum angegangen wurden.⁶¹

Bei der von ihr gewollten alleinigen Schadenstragung der geistlichen Reichsstände hatte die Französische Republik ihre Befugnis als Garantiemacht der Reichsverfassung überschritten.

3. Vorbestimmung der nachherigen Festlegungen und Zusprachen von geistlichen Entschädigungen an die erblichen Reichsstände durch die Französische Republik im Einvernehmen mit dem Kaiserreich Russland

a) Ungewisse Garantienstellung des Kaiserreichs Russland

In Art. XII des zur Beendigung des Bayerischen Erbfolgekrieges von 1778-79⁶² zwischen Österreich und Preußen am 13. Mai 1779 abgeschlossenen Teschener Frieden war der

Frieden zu uebertreten, oder zu dessen Vernichtung und Kraenkung etwas zu unternehmen, ...“ (*ders.*, Abhandlungen aus dem deutschen Staats= und Lehnrecht, S. 114-115) und *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band I, 21. Cap., §. 33., S. 447-455.

In der von König Ludwig XV. von Frankreich und König Adolf Friedrich in Schweden bei Ausbruch des 7 jährigen Krieges beim Reichstag abgegebenen Declarationen vom 14. März 1757 „Da nun beyde Maechte von gleicher Begierde und Eifer sich belebet finden, die Staende des Reichs zu beschuetzen, die Reichs=Verfassung aufrecht zu erhalten, und besonders die Gerechtsame der dreyen in Deutschland ueblichen Religionen zu vertheidigen; ...“ (deutsche Übersetzung, in: *Moser*, Versuch des neuesten Europaeischen Voelker=Rechts, X. Theil, 2. Band, 22. Buch 13. Cap., §. 12., Koeniglich=Franzoesische Declaration., S. 562-564 (563), Koenigl. Schwedische Declaration. vom selbigen Tag, S. 562, 564-565 (564)).

⁶¹ *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band I, 21. Cap., §. 33., S. 451 „... Die Garantie berechtigt diese Cronen nicht eher, sich in die Begebenheiten und Haendel Teutschlands zu mengen, als wenn I. der Friede wuerklich verletzt ist, und 2. der bedraengte Theil um die Unterstuetzung und Mitwuerkung Ansuchung gethan hat. ...“, „... Wenn also die teutsche Reichsstaende die auswaertige Garants nicht selber herbeyrufen, so koennen diese ihren Beystand nicht aufdringen, und sich unter dem Vorwand der Gewaehrleistung in die Reichshaendel nicht einmischen. ...“, insg., S. 449, 451-452; *ders.*, Von der Garantie des Westphaelischen Fridens, 2. Abschnitt, §. 24., S. 58-59; *Steck*, Abhandlung von den Rechten und Pflichten der hohen Garans des Westphaelischen Friedens, § VI. „... Garans koennen sich demnach 1. in alle Streitigkeiten der schließenden Theile mengen, darinn von der Erfuellung des Buendnißes die Frage ist. 2. Sie muessen aber vorhero um ihre Huelfe und ihren Beistand von einem schließenden Theil ersucht seyn. ...“ (*ders.*, Abhandlungen aus dem deutschen Staats= und Lehnrecht, S. 115), insg., §. IX. (S. 120-121) und *Martens*, Einleitung in das positive Europaeische Voelkerrecht, § 332., S. 374 „Endlich werden zuweilen dritte Maechte ersucht die G a r a n t i e a) des Friedensschlusses zu uebernehmen. ... Nach der Natur der Garantie verpflichtet sich der Garant, demjenigen beyzustehen, fuer welchen er diese uebernommen, wenn er ihn im Fall einer Verletzung des Tractats zum Beystand auffordert.“

In den von König Ludwig XV. von Frankreich und König Adolf Friedrich in Schweden bei Ausbruch des 7 jährigen Krieges beim Reichstag abgegebenen Declarationen vom 14. März 1757 „...“, haben verschiedene der ansehnlichsten Staende des Reichs die Krone Frankreich und Schweden ersucht, Dero uebernommene Garantie der Westphaelischen Fridenstractaen zur Wuerkung und Ausuebung zu bringen: ...“ (*Moser*, Versuch des neuesten Europaeischen Voelker=Rechts, X. Theil, 2. Band, 22. Buch, 13. Cap., §. 12., Koeniglich=Franzoesische Declaration, S. 562-564 (563), Koenigl. Schwedische Declaration vom selbigen Tag, S. 562, 564-565 (564)).

⁶² *Gebhardt*, Deutsche Geschichte, 9. Aufl., II. Band, III., § 84., S. 334-336.

Westfälische Frieden miteinbezogen⁶³ und es war durch eine von Frankreich und Russland als Puissances Médiatrices am selben Tag mitgegebene Erklärung der Teschener Friede von diesen garantiert worden.⁶⁴

Ob Russland damit neben Frankreich und Schweden eine weitere Garantiemacht des Westfälischen Friedens wurde ist ungewiss.⁶⁵

b) Dominanz der Französischen Republik bei den von ihr mit dem Kaiserreich Russland am 3. Juni und 26. September 1802 aufgestellten Entschädigungsplänen

In der am 10. Oktober 1801 in Paris zwischen der Französischen Republik und Zar Alexander I. von Russland abgeschlossenen Geheimkonvention verpflichteten sich beide Mächte, im gegenseitigen Einvernehmen die Entschädigungen wegen der linksrheinischen Gebietsverluste zu regeln und die interessierten Teile zur Annahme des von ihnen deswegen aufgestellten Planes zu bewegen.⁶⁶ Als Begründung und Rechtfertigung bezogen sie sich auf das seit dem Teschener Friedensschluss zwischen ihnen hergestellte Einverständnis, auf ihre identischen Interessen in den Reichsangelegenheiten und auf ihren Wunsch, möglichst geringe Veränderungen in der Reichsverfassung herbeizuführen.

Die Französische Republik hatte in weiteren nach dem Friedensschluss von Lunéville mit Reichsständen in Paris abgeschlossenen Friedensverträgen, mit Kurfürst Maximilian IV. von Pfalz-Baiern am 24. August 1801,⁶⁷ Herzog Friedrich II. von Württemberg am 20. Mai 1802,⁶⁸

⁶³ *Martens*, Traités Puissances de l'Europe, Tome II, N° 71 a., p. 1-8 (6).

⁶⁴ *Martens*, Traités Puissances de l'Europe, Tome II, N° 71 k., p. 26-27.

⁶⁵ Bejahend: *Gönnner*, Teutsches Staatsrecht, 2. Theil, 1. Buch, 1. Hauptstück, §. 466., S. 784-785 und *Roth*, Ist die Kaiserin von Rußland Garant des westphaelischen Friedens? §. 1.-§. 7., S. 3-38, insb. §. 2.-§. 4., S. 7-19, §. 7., S. 38; verneinend: *Leist*, Lehrbuch teutsches Staatsrechts, 2. Aufl., B), 1. Buch, 1. Theil, II), §. 19., S. 68-69 und *Wackenhagen*, Versuch eines Beweises, dass die Kaiserin von Rusland den Westphälischen Frieden weder garantiren könne, noch dürfe, insb. VI., S. 86-101.

⁶⁶ Art. I der Geheimkonvention (*Martens*, Recueil des traités conclus par la Russie, Tome II, N° 489, p. 259, 266-269 (266)).

⁶⁷ Art. III, Satz 2 „... La République Française promet en même temps, qu'elle usera de toute son influence et de tous ses moyens pour que l'article 7 du Traité de paix de Lunéville, en vertu duquel l'Empire est tenu de donner aux Princes héréditaires qui se trouvent dépossédés à la rive gauche du Rhin, un dédommagement pris dans son sein, soit particulièrement exécuté à l'égard de la maison Électorale Palatine de Bavière; en sorte que cette Maison reçoive une indemnité territoriale située, autant que possible, à sa bienséance, et équivalente aux pertes de tous les genres qui ont été une suite de la présente guerre.“ (*Clercq*, Traités de la France, Tome I, p. 449-452 (p. 450)).

⁶⁸ Art. IV „En consequence de l'article 7 du Traité de Lunéville, la République Française promet et engage ses bons services, pour faire obtenir à S. A. S. des indemnités territoriales situées, autant que possible, à la convenance et bienséance de S. A. S. équivalentes aux pertes de tout genre qui ont été une suite de la guerre et analogues aux avantages et prééminences attachées aux possessions cédées.“ (*Clercq*, Traités de la France, Tome I, p. 581-583 (582)).

König Friedrich Wilhelm III. von Preußen am 23. Mai 1802,⁶⁹ diesen Reichsständen die Garantie ihrer geistlichen Entschädigungen übernommen.

Danach war am 3. Juni 1802 in Paris der Erste Französisch-Russische Entschädigungsplan aufgestellt worden.⁷⁰

Am folgenden Tage hatte Zar Alexander I. durch seinen Bevollmächtigten in Paris den französischen Bevollmächtigten vertraglich die Befugnis eingeräumt, die Entschädigungssache im Namen Russlands und Frankreichs zu befehlen.⁷¹

Außenminister Talleyrand hatte in seinem zur Abfassung des Französisch-Russischen Entschädigungsplanes in der Senatssitzung am 3 fructidor an X (20 août 1802) dem 1. Konsul erstatteten Bericht die zwei Gesichtspunkte, einer Ausgleichung der erlittenen Verluste und der Notwendigkeit der höheren Politik erwähnt. Das durch den Krieg zerstörte Gleichgewicht in Deutschland war wieder herzustellen, wobei Preußen weiterhin das Gegengewicht zu Österreich bilden, das vergrößerte Pfalz-Baiern eine zu seiner vorteilhaften Verteidigung wirksame Einrichtung erhalten und mit dem Haus Baden der zwischen Frankreich und Österreich gelegene Schwäbische Kreis befestigt werden musste.⁷²

⁶⁹ Art. VII „S. M. le Roi de Prusse acquiert, à titre d'indemnité, pour la partie de ses États située sur la rive gauche du Rhin et cédée à la République Française, ..., les États, Pays et Villes ci-dessous spécifiés, savoir: 1^o l'Évêché de Paderborn; 2^o l'Évêché de Hildesheim; 3^o le Eichsfeld; 4^o la ville et territoire d'Erfurt et Untergleichen; 5^o la ville de Munster et la partie du haut Évêché de ce nom située à la droite d'une ligne tirée sous Olphen, passant par Seperad, ...; 7^o les abbayes de Herforden, Elten, Essen, Werden et Quedlimbourg avec leurs dépendances. Lesquels Évêchés, Abbayes et Domaines ecclésiastiques seront sécularisés pour être, ..., désormais possédés par S. M. le Roi de Prusse en toute souveraineté et sur le même pied que le reste de ses États d'Allemagne.“ (*Clercq*, *Traité de la France*, Tome I, p. 583-587 (585)).

⁷⁰ *Gaspari*, *Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan*, III., S. 20-146. Zu seiner Datierung am 3. Juni 1802 *Sorel*, *L'Europe et la Révolution française*, VI. Partie, Livre 2, Chap. III, III, p.231 „... L'acte signé par Markof et Talleyrand le 3 juin ...“.

⁷¹ *Schlosser*, *Geschichte des 18. und 19. Jahrhunderts*, VI. Band, 2. Abschnitt, 3. Hauptstück, 3. Hauptstück, §. 1., A., S. 424-425 „... Diese Deputation trat übrigens erst in Wirksamkeit, als nach neun Monaten die einzelnen Fürsten ihre Sache einzeln mit Frankreich ausgehandelt hatten und Frankreich mit Rußland übereingekommen war, daß dem Schreiben und Dictiren in Regensburg ein Ende gemacht werden sollte. Dies geschah seit dem 4. Juni 1802, an welchem Tage Markoff endlich den Tractat unterzeichnete, der den drei Franzosen Laforet, Matthieu und Bacher, die in Regensburg mit gründlicher Kenntniß des deutschen Staatsrechts (wenigstens was die zwei Letztern angeht) die Sache leiteten, das Recht gab, im Namen Rußlands und Frankreichs zu befehlen. In diesem von der russischen und französischen Regierung geschlossenen Tractate waren alle vorher in Paris von deutschen Fürsten erbettelten oder erkauften Zugeständnisse von Rußland anerkannt. Die Urkunde ward, ohne des russischen Kaisers Bestätigung abzuwarten, dem Reichstage noch im Juni 1802 als Befehl der beiden Mächte zur Nachachtung gebieterisch übergeben. Man wußte hernach den russischen Kaiser durch eine neue Cabale dahin zu bringen, daß er am 16. Juni bestätigte, was ohne seine Bestätigung schon im Juni den deutschen als sein Wille kund gemacht war⁷⁴). ...“.

⁷² Bei der Abfassung des Planes mussten zwei Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Einmal die Ausgleichung aller erlittenen Verluste und zum zweiten die Notwendigkeit der höheren Politik. Das durch den Krieg gestörte innere Gleichgewicht in Deutschland war wieder herzustellen, insbesondere war eine Verminderung der möglichen Kriegsfälle in Betracht zu ziehen. Es war eine Nachbarschaft und Berührungspunkte von Österreich und Preußen zu verneinen, wobei Österreich den Vorteil erhielt, seine Besitzungen um seinen Mittelpunkt zu vereinigen. Preußen wird weiterhin sein Gegengewicht sein. Das Haus Pfalz (Pfalz-Baiern) wird gleichfalls eine stärkere und seiner Verteidigung vorteilhaftere Einrichtung erhalten. Bei den Entschädigungen 2. Ranges, dem Haus Baden wollte man den Schwäbischen Kreis befestigen, welcher

Zum Vorwand für sein Eingreifen nahm Frankreich die Behauptung, das Gleichgewicht Deutschlands sei durch den Krieg zerstört.⁷³

Die Entschädigungen begehrenden Reichsstände hatten an die Bevollmächtigten der Französischen Republik für die Aufnahme der geistlichen Entschädigungen in die französisch-russischen Entschädigungspläne hohe Bestechungsgelder bezahlt.⁷⁴

sich zwischen Frankreich und Österreich befindet, welcher Fürst sich auch durch sein Verhalten während des Krieges das Wohlwollen der Republik besonders verdient habe (*Talleyrand*, Rapport suivant, sur les arrangements pris pour l'exécution du traité de Lunéville relativement aux indemnités des Princes et Etats de L'Allemagne, 3. fructidor an X (20 Août 1802).

⁷³ *Exposé de la situation de la République, Paris, 1^{er} frimaire an X (22 novembre 1801) ... Bonaparte* „... De grandes discussions se sont élevées à Ratisbonne sur l'exécution du traité de Lunéville; ... La paix de Lunéville, conclue avec l'Empire et ratifiée par la diète, a fixé irrévocablement de ce côté-là tous les intérêts de la France. Si la République prend encore part aux discussions de Ratisbonne, ce n'est que comme garante des stipulations contenues dans l'article 7 du traité de Lunéville, et pour maintenir un juste équilibre dans la Germanie. ...“ (*Bonaparte*, Correspondance de Napoléon I^{er}, Tome VII, 5874., p. 416-429 (428)) und Brief Markoffs (Petersburg/Paris) an Zar Alexander I. am 4. Juni 1802 „... Les principes qu'on avouait étaient ceux de compenser les pertes reconnues et de conserver entre les maisons principales en Allemagne l'équilibre qui subsistait avant la guerre. Or d'un côté les compensations excédaient presque partout les pertes et de l'autre on renversait totalement l'équilibre tel qu'il était déterminé et entendu dans le préambule susmentionnée. ...“ (*Diplomatičeskija snošenija Rossii s Franciej v epochu Napoleona I*, Vol. I, N^o 169, S. 416-424 (418)).

Marquis de Girardin, Mitglied es Tribunat hatte kurz nach Abschluss des Friedensvertrages von Lunéville hierzu die Ansicht vertreten, die Französische Republik solle, ohne die Entschädigungen in Deutschland aus dem Auge zu verlieren, sich nicht in die Einzelheiten einmischen. „... Il reste encore des arrangements majeurs à prendre au sujet des indemnités. Cette affaire semble regarder le corps germanique particulièrement et peut-être une bonne politique doit s'abstenir de s'en mêler. Que la France laisse les Allemands s'occuper de leurs intérêts, sans perdre leur conduite de vue. Quel est l'inconvénient de les laisser compenser leurs pertes à leur gré, de les laisser de distribuer ce qui leur reste derrière les barrières que la victoire a mis entre eux et nous?“ (*Girardin*, Lunéville en l'an IX, in: *Revue des études historiques*, 1919, janvier février, Articles, p. 37).

⁷⁴ *Ritter von Lang*, Memoiren, II. Band, Fußn.*) S. 42-43 „Die Geldlieferungen beim Reichsdeputationstage in Regensburg im Jahre 1802 für die gesuchten Entschädigungen und Vergrößerungen gingen in ersten Hand an diesen Mäkler Feder⁽¹⁾, durch diesen an den Banquier Durand in Paris, und durch diesen an die Madame le Grand, nachherige Frau von Talleyrand. Nassau=Weilburg versprach den Franzosen sechshundert tausend Gulden; weil es aber nur mit vierhundert tausend Gulden einhielt, wurden ihm die schon zugesagten Entschädigungen um ein Drittheil gestrichen, Hessen=Kassel bot zwanzigttausend Louisd'or, die mit Verachtung zurückgewiesen wurden, dagegen versprach Hessen=Darmstadt eine Million, und dann Herrn Matthieu insonderheit noch zwei Rittergüter. Wittgenstein zahlte zweitausend Louisd'or, um sich damit eine Geldentschädigung von dreihundert tausend Thalern zu verschaffen. Württemberg, wie es sich selbst in aufrichtigem Schmerzenslaut laut berühmte, lieferte seine Summe zentnerweis, und als geringen Abfall überdies noch dem Herrn Matthieu eine R e n t e von achttausend Louisd'or; dem Gesandten la Forêt eintausend Louisd'or baar und eine Dose von zwanzigttausend Gulden an Werth. Derselbe Matthieu erhielt von Baden an Geld und Kostbarkeiten sechstausend Louisd'or und der russische Staatsrath von Bühler eine Dose zu viertausend Louisd'or. ...“, ⁽¹⁾ „... der berühmte Entschädigungsmäkler Feder bei der französischen Gesandtschaft in Regensburg ...“ (II. Band, S. 42).

Weis, Bayern und Frankreich in der Zeit des Konsulats und des Ersten Empire, III., in: *HZ*, CCXXXVII. Band, Aufsätze, S. 574 „... In den Jahren 1802 und Anfang 1803 ging in Regensburg und Paris ein beispielloses Feilschen vonstatten, an dem Bayern besonders aktiv, und, wie die spätere Landkarte zeigt, erfolgreich teilnahm. ...“, S. 577-578: an einem Tag Anfang Okt. 1802 erhielten von dem bayerischen Gesandten Talleyrand und seine Frau eine Tabatière von 22 000 Francs und eine Perlengarnitur von 36 000 F., welche Perlen mehr wert waren als das Jahresgehalt eines bayerischen Ministers und 50 mal mehr, als ein Gymnasiallehrer oder Pfarrer im Jahr verdiente, 3 Mitarbeiter von Talleyrand erhielten zusammen 28 000 F. und erhielt der russische Vermittler Baron Bühler um diese Zeit wiederholt erhebliche Summen, insg., S. 574-579.

In der am 24. August 1802 abgeschlossenen weiteren französisch-preußischen Pariser Konvention waren zugunsten des Hauses Nassau-Dietz zusätzliche geistliche Entschädigungen ausbedungen worden.⁷⁵

In der am 5. September 1802 von der Französische Republik mit dem König von Preußen und dem Kurfürst von Pfalz-Baiern in Paris abgeschlossenen Konvention hatten sich Frankreich und der preußische König verpflichtet, das Reich zur Annahme des Entschädigungsplanes zu bewegen, dies insbesondere in Hinblick auf die dem Kurfürsten von Pfalz-Baiern zugesagten Entschädigungen.⁷⁶

Danach war am 26. September 1802 in Paris der Zweite Französisch-Russische Entschädigungsplan aufgestellt worden.

c) Weitgehende Übernahme der französisch-russischen Entschädigungspläne durch den RDH vom 25. Februar 1803

Die vom Reichstag mit dem Reichsgutachten vom 2. Oktober 1801 in Regensburg eingesetzte 8 köpfige Reichsdeputation⁷⁷ besaß keine Vollmacht zu einer definitiven Beschlussfassung. Sie hatte:

Haebler, Ein Staat wird aufgebaut, I., 3., S. 24 „... Es beginnt nun die Wallfahrt zum Ländermarkt nach Paris: ... Bei dem Pariser Handel geht es zu wie auf jeder Börse: jeder möchte alles, und keiner gönnt dem andern etwas. ... Auch Reitzenstein, Karl Friedrichs tüchtiger Unterhändler im aufblühenden Paris der Jahrhundertwende, weiß, daß nicht nur Klugheit, sondern auch klingende Münze eine nützliche Eigenschaft der Diplomatie sein kann, ... die badische Kasse ist noch gefüllt genug, um das Unternehmen zu finanzieren. ...“, S. 25 „... Er hatte sich 4000 Louisdor für diplomatische Präsente bewilligen lassen; als er dann am Schluß abrechnete, waren es 20 000 geworden – fast eine halbe Million Francs, eine sehr große Summe für jene Zeit. ... Immerhin, gegenüber dem, was man dann 1803 erwarb, ist jene große Summe eine nicht allzu große Spesenrechnung. ...“, insg., S. 24-25.

⁷⁵ Art. III „Afin d’indemniser la maison de Nassau-Orange-Dillenbourg-Dietz de l’abdication et des cessions mentionnées dans l’Article I. de ce traité, Son altesse recevra: 1. l’Évêché et l’Abbaye de Fulde; 2. l’Abbaye de Corvey; l’Abbaye de Weingarten, avec ses Dépendances; ...“ (*Martens*, Traités puissances de L’Europe, Supplément, Tome III, N° 31., a., p. 219-221 (220)).

Art. I: sein Verzicht auf die Statthalterschaft und seine eigenen Besitzungen, gelegen in der jetzigen Batavischen Republik und in den Kolonien (*Martens* ebd., p. 219).

⁷⁶ „... En conséquence, le Premier Consul de la République Française et S. M. le Roi de Prusse s’engagent à réitérer, de concert, à Ratisbonne et à Vienne, leurs efforts pour faire adopter au Corps Germanique et justifier par l’Empereur le plan présenté dans sa totalité et spécialement en ce qui garantit à l’Électeur de Bavière la conservation de ses possessions sur la rive droite de l’Inn, et lui assure la ville de Passau. Et si, contre leur espoir et malgré leurs efforts réunis, S. M. l’Empereur, tirant parti de l’occupation de la ville de Passau, se refusait à l’évacuer dans l’espace de soixante jours marqué pour les délibérations de la Diète Impériale, les Gouvernements de France et de Prusse s’engagent à combiner leurs forces avec celles de la bavière pour assurer à la Bavière, tant la conservation de ses anciens domaines sur la rive droite de l’Inn, que la possession et de l’entière indemnité qui lui est abjuguée.“ (*Clereq*, Traités de la France, Tome I, p. 605-606).

⁷⁷ Kurfürstenrat: Katholischer Seits: Kurmainz, Kurböhmen: Augsburgischer Confession Seits: Kursachsen, Kurbrandenburg, Fürstenrat: Katholischer Seits: Bayern, Wuerttemberg, Augsburgischer Confession Seits: Hoch- und Teutschmeister, Hessenkassel: *Reichs=Gutachten 2ten Oktober 1801. Ueber die reichsstaendische Mitwirkungsart zur gaenzlichen Berichtigung und Beendigung des zu Lueneville am 9ten Febr. d. J. mit der*

„... das Resultat ihrer Verhandlung, und den dereinstigen Deputationsschluß seiner Kaiserl. Majestaet, und dem gesammten Reich zur Ratifikation geziemend vorzulegen. ...“⁷⁸

Sie begann mit ihrer Tätigkeit am 24. August 1802.⁷⁹

Bereits vor Aufnahme ihrer Tätigkeiten war ihr am 18. August 1802 der Erste Französisch-Russische Entschädigungsplan vom 3. Juni 1802 durch zwei inhaltsgleiche Erklärungen der französischen und russischen Bevollmächtigten am Reichstag übergeben worden.⁸⁰ Er war von ihr am 8. September 1802 im allgemeinen angenommen worden.⁸¹

Der ihr danach am 8. Oktober 1802 übergebene Zweite Französisch-Russische Entschädigungsplan vom 26. September 1802 war am 21. Oktober 1802 im allgemeinen angenommen⁸² und nach Änderungen⁸³ am 23. November 1802 in einen vorläufigen Hauptschluß gebracht worden.⁸⁴

franzoesischen Republik geschlossenen Reichsfriedens, Ziff. 3) (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 90. Stück).

⁷⁸ *Reichs=Gutachten 2ten Oktober 1801. Ueber die reichsstaendische Mitwirkungsart zur gaenzlichen Berichtigung und Beendigung des zu Lueneville am 9ten Febr. d. J. mit der franzoesischen Republik geschlossenen Reichsfriedens, Ziff. 7) (Regensburger Correspondenz, LIX. Band, 90. Stück).*

⁷⁹ *Protokoll Regensburg, I. Band, SESSIO I., 24sten August 1802, S. 3-16.*

⁸⁰ Die beiden der Außerordentlichen Reichsdeputation in Regensburg am 18. Aug. 1802 übergebenen inhaltsgleichen *D É C L A R A T I O N. Le Premier Consul de la République française animé du désir de contribuer à consolider le repos et la tranquillité de l'Empire Germanique, ... Paris 18 Thermidor, an dix. ... T a l l e y r a n d* und *D É C L A R A T I O N. Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies animé du désir de contribuer à consolider le repos et la tranquillité de l'Empire Germanique, ... St. Petersbourg le 4/16 Juillet 1802. ... d e K o u r a k i n, ...*, Beilage der beiden *Note(n) des französischen bevollmächtigten Ministers am Reichstag Laforêt, Ratisbonne le 30 Thermidor an X (18 Août 1802)* und *des russischen residierenden Ministers am Reichstag Klüpfell, Ratisbonne le 6/18 Août 1802 an den Chur=Maynzischen Directorial=Gesandten Freiherr von Albini (Regensburger Correspondenz, LX. Band, 46. u. 47. Stück).*

⁸¹ Die beiden inhaltsgleiche *Note(n) des französischen bevollmächtigten Ministers am Reichstag Laforêt, Ratisbonne le 16. Vendemiaire an 11 (8. Octobre 1802.)* und *des russischen Bevollmächtigten am Reichstag Baron von Bühler, Ratisbonne le 26. Sept./8. Octobre 1802 Août 1802 an den Chur=Maynzischen Directorial=Gesandten Freiherr von Albini* [Abweichungen in Klammern] „Le soussigné Ministre extraordinaire de la République française près la diète de l'Empire germanique [Le soussigné Plénipotentiaire de Sa Majesté l'empereur de toutes les Russies près la diète de l'Empire germanique] a reçu du Plénipotentiaire Impérial l'arrêté Principal [principal,] que la Députation extraordinaire a pris dans la séance du 8. Septembre dernier en adoption préalable sous la reserve de modifications ultérieures du plan tracé par la Déclaration remise au nom des Puissances médiatrices le 30. Therm. dernier (18 Aout 1802) [le 18. Août 1802]. ...“, Beilage des *Schreiben des französischen bevollmächtigten Ministers am Reichstag Laforêt und des russischen Bevollmächtigten am Reichstag Baron de Bühler, Ratisbonne 26. Sept. 1802/16 vendémiaire an XI (8. Oçtob. 1802) an den Chur=Maynzischen Directorial=Gesandten Freiherr von Albini (Regensburger Correspondenz, LX. Band, 70. Stück)* und *Sorel, L'Europe et la Révolution française, VI. Partie, Livre 2, Chap. III, III, p. 231 ,... L'acte signé par Markof et Talleyrand le 3 juin fut porté à la Diète le 18 août et forma la base du fameux Recès de l'Empire du 25 février 1803¹. ...“.*

⁸² *Hömig, Der Reichsdeputationshauptschluß vom 25. Februar 1803, Kap. II, IV., S. 28.*

⁸³ *Hömig, Der Reichsdeputationshauptschluß vom 25. Februar 1803, Kap. II, IV., S. 28.*

⁸⁴ *Hauptschluß der ausserordentlichen Reichsdeputation, S. (1)-(32).*

Nach weiteren inhaltlichen Änderungen und insbesondere unter Berücksichtigung der am 26. Dezember 1802 in Paris von der Französischen Republik mit Kaiser Franz II. und Zar Alexander I. von Russland abgeschlossenen Konvention,⁸⁵ in welcher der Kaiser seinen bisherigen Widerstand gegen den Entschädigungsplan aufgab,⁸⁶ und nach verschiedenen von französisch-russischer Seite verlangten Zusätzen und Modifikationen⁸⁷ war der Zweite Entschädigungsplan dem am 25. Februar 1803 von der Reichsdeputation beschlossenen Hauptschluß zugrundegelegt worden.

Die Zustimmung des Reichstages und die reichsoberhauptliche Genehmigung seitens des Kaisers erfolgten mit dem vom 24. März 1803⁸⁸ datierenden Gutachten des Reichstages⁸⁹ und mit dem vom 27. April 1803 datierenden kaiserlichen Ratifikations-Kommissionsdekret.⁹⁰

⁸⁵ *Clercq*, *Traité de la France*, Tome I, p. 608-611.

⁸⁶ In Art. I und II waren dem Großherzog von Toskana Entschädigungen in Deutschland in Aussicht gestellt worden (*Clercq*, *Traité de la France*, Tome I, p. 609), wobei sich der Kaiser in Art. IV verpflichtete, seinen Einfluss geltend zu machen, dass der Zweite Französisch-Russische Entschädigungsplan unter Berücksichtigung des Inhaltes der Konvention vom Reich angenommen werde (*ebd.*, p. 610).

⁸⁷ *Hömig*, *Der Reichsdeputationshauptschluß vom 25. Februar 1803*, Kap. II, IV., S. 28.

⁸⁸ Nach Beratungen und Abstimmungen im Reichstag am 7. Jan., 28. Febr., 7., 11., 14., 21. und 24. März 1803: *Im Reichsfürsten=Rath Freytag den 7ten Jaenner 1803 (Regensburger Correspondenz, LXI. Band, 3. Stück), Zweite, Dritte, Vierte, Fuenfte, Sechste, Siebente des Protokolls Im Reichs=Fürstenrath Montag am 28sten Februar 1803, Montag am 7ten Maerz 1803, Freytag am 11ten Maerz 1803, Montag am 14ten Maerz 1803, Montag am 21ten Maerz 1803, Donnerstag am 24ten Maerz 1803 (ebd., 28., 30., 32, 33., 38., 38. Stück).*

⁸⁹ *An Jhro Roemisch=Kaiserl. Majestaet allerunterthaenigstes Reichs=Gutachten, de dato Regensburg den 24ten Maerz 1803. Den von Jhro Kaiserl. Majestaet und des Reichs wegen zu ratifizirenden, am 25sten Febr. d. J. verfaßten Hauptschluß der ausserordentlichen Reichsdeputation dahier betreffend/diét. 26. Mart. 1803 (Regensburger Correspondenz, LXI. Band, 39. Stück).*

Die nach dem Inhalt des Reichsdeputationshauptschluß ihre Stimmen im Reichstag verlierenden geistlichen Reichsständen und Reichsstädten waren bei den Beratungen und Abstimmungen im Reichstag über den RDH zwar aufgerufen, jedoch – obwohl ihre reichsständischen Befugnisse bis zur Gesetzeskraft des RDH fort dauerten – für abest erklärt worden, so dass sie an den Beratungen und Abstimmungen nicht teilnehmen konnten. Wegen dieses Verfahrensmangels, welcher zusätzlich auch ihre erforderlichen Zustimmungen zu ihren eigenen Säkularisierungen und Mediatisierungen betraf, verstieß der RDH gegen die Reichsverfassung (*Hömig*, *Der Reichsdeputationshauptschluß vom 25. Februar 1803*, Kap. IV, II., S. 40-58 (5., S. 55-58)). Gleichwohl hat er als ein revolutionärer Akt Rechtswirksamkeit erlangt (*Hömig ebd.*, III., S. 58-61).

⁹⁰ *Kaiserlich=allergnaedigs tes Kommissions=Ratifikations=Dekret an die hochloebliche allgemeine Reichsversammlung zu Regensburg, de dato 27ten April, 1803. Die von Jhrer Kaiserlichen Majestaet ertheilte Ratifikation des Reichsgutachtens vom 24. Maerz, den Deputations=Hauptschluß vom 25. Febr. d. J. betreffend/diét. 28. April 1803: Es verweigerte die Genehmigung zu der in seinem § 32 angeordneten Vermehrung der Virilstimmen (oben, S. 280) „... dem ... Reichsgutachten Ihre Reichsoberhauptliche Genehmigung unter folgenden Bedingnißen zu ertheilen: ... Daß, nachdem die Bedenken, welche von **Seiner Kaiserlichen Majestaet** bei Gelegenheit der, in den fruehern Deputations=Vorschlaegen gemachten Antraege zur Vermehrung der Virilstimmen im Reichsfürstenrathe gaeussert wurden, durch die spaetern Vorschlaege keineswegs gehoben worden sind, **Seine Kaiserliche Majestaet** sich durch Ihre fuer die Erhaltung der Reichsverfassung, und die Beschuetzung der katholischen Religion heilig beschwornen Pflichten, gemueßiget sehen, Ihre Ratifikation ueber diesen Gegenstand einweilen zu suspendiren, ...“ (S. (3)-(4)) (*Regensburger Correspondenz*, LXI. Band, 46. Stück).*

4. Vorzeitige Inbesitznahme der geistlichen Entschädigungen durch die erblichen Reichsstände

Die erblichen Reichsstände hatten die ihnen in Aussicht gestellten Entschädigungen nahezu alle vor dem Wirksamwerden des *RDH* am 27. April 1803 in Besitz genommen.

Teilweise war dies auch bereits vor der am 24. August 1802 erfolgten Aufnahme der Tätigkeit der Reichsdeputation geschehen.

König Friedrich Wilhelm III. von Preußen besetzte am 3. August 1802⁹¹ die Hochstifter und Stifter Hildesheim,⁹² Münster,⁹³ Paderborn,⁹⁴ Essen,⁹⁵ Werden,⁹⁶ Helmstedt,⁹⁷ Elten,⁹⁸ am

⁹¹ Dies war der Geburtstag von König Friedrich Wilhelm III. (*Allgemeine Zeitung*, Jahrg. 1802, III. Band, 11 Aug. 1802 Nro. 223., Deutschland, S. 892).

⁹² Militärische Besetzung am 3. Aug. 1802 (*Lücke*, Die landständische Verfassung im Hochstift Hildesheim 1643-1802, VII., S. 159; *Der Deutsche Zuschauer*, I. Band, 2. Heft, X., S. 153 und *Allgemeine Zeitung*, Jahrg. 1802, III. Band, 12 Aug. 1802 Nro. 224., Preussen, S. 895-896; Königl. preuß. Patent v. 6. Juni 1802 die Besitznahme von Hochstift Hildesheim, 14 Aug. 1802 Nro. 226., Preussen, S. 904).

⁹³ Militärische Besetzung des größeren östlichen Teiles des Hochstiftes am 3. Aug. 1802, am 25. Aug. 1802 Übernahme der Verwaltung seines kleineren westlichen Teiles, welcher der Batavischen Republik zukommen sollte, Ende Aug./Anfang Sept. 1802 Einstellung der Tätigkeiten des Landtages (*Kuhna*, Die ständische Verfassung in den westfälischen Landesteilen Preußens und im Fürstbistum Münster, 2. Hauptteil, 4. Abschnitt, 15. Kap., 1., S. 148-150, 2., S. 150-151; *Lahrkamp*, Münster in napoleonischer Zeit, Kap. I, II, 1., S. 30-34; *Der Deutsche Zuschauer*, I. Band, 2. Heft, X., S. 153 und *Allgemeine Zeitung*, Jahrg. 1802, III. Band, 9 Aug. 1802 Nro. 221., Deutschland, S. 883-884; Königl. preuß. Patent v. 6. Juni 1802 die Besitznahme von dem östlichen Teil von Hochstift Münster, 14 Aug. 1802 Nro. 226., Preussen, S. 904). *Kuhna* ebd., 1., S. 148 „Am 3. August 1802 wurde das Fürstbistum Münster durch preußische Truppen besetzt²¹⁹⁾. Rein formal gesehen bedeutete der Einmarsch Preußens einen klaren Rechtsbruch, denn der Reichsdeputationshauptschluß, der Preußen den größten Teil des Fürstbistums als Entschädigung für seine verlorenen links-rheinischen Provinzen zusprach, erging erst am 25. 2. 1803²²⁰⁾. ...“.

⁹⁴ Militärische Besetzung am 3. Aug. 1802 (*Heggen*, Die Säkularisation des Hochstifts Paderborn, 3., S. 8-10 und *Der Deutsche Zuschauer*, I. Band, 2. Heft, X., S. 153).

⁹⁵ Militärische Besetzung und zivile Inbesitznahme am 3. Aug. 1802 (*Mohaupt*, Kleine Geschichte Essens, III., 2., Blüchers Truppen in Essen und Werden, S. 73; *Körholz*, Die Säkularisation in Essen, Werden und Elten, II., S. 1-4; *Hankel*, Die reichsunmittelbaren evangelischen Damenstifte und ihr Ende, 6. 4, S. 160-161 und *Allgemeine Zeitung*, Jahrg. 1802, III. Band, 14 Aug. 1802 Nro. 226., Preussen, S. 904).

⁹⁶ Militärische Besetzung und zivile Inbesitznahme am 3. Aug. 1802 (*Mohaupt*, Kleine Geschichte Essens, III., 2., Blüchers Truppen in Essen und Werden, S. 73; *Körholz*, Die Säkularisation in Essen, Werden und Elten, II., S. 1-4; *Allgemeine Zeitung*, Jahrg. 1802, III. Band, 14 Aug. 1802 Nro. 226., Preussen, S. 904 und *Jacobs*, Geschichte der Pfarreien im Gebiete des ehemaligen Stiftes Werden, I. Theil, IX. Kap., Die Säkularisation, S. 209, II. Theil, Anhang, XXXVII., S. 483-484; Patent über die Besitzergreifung der Stifter Essen, Werden und Elten durch den König von Preußen, Friedrich Wilhelm III.-6. Juni 1802).

⁹⁷ Militärische Besetzung am 3. Aug. 1802 durch preußische Truppen. Nachdem durch Teilbeschluss der Reichsdeputation am 8. Okt. 1802 das Stift Helmstedt Herzog Carl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig-Wolfenbüttel zuerkannt worden, nahm dieser von ihm am 30. Nov. 1802 zivilen Besitz (*Stubbendiek*, Stadt und Stift Helmstedt in ihren gegenseitigen Beziehungen, 8. (Die Aufhebung der Klöster Werden und Helmstedt), S. 200-202).

⁹⁸ Militärische Besetzung und zivile Inbesitznahme am 3. Aug. 1802 (*Körholz*, Die Säkularisation in Essen, Werden und Elten, II., S. 1-4).

16./19. August 1802 die Stifter Herford,⁹⁹ Quedlinburg,¹⁰⁰ am 21. August 1802 das mainzische Erfurt¹⁰¹ und Eichsfeld und für das Haus Oranien am 22. Oktober 1802 das Hochstift Fulda.¹⁰²

Kaiser Franz II. ließ die für Großherzog Ferdinand III. von Toskana bestimmten Gebiete, Teil des Hochstiftes Passau am 16. August 1802,¹⁰³ Erzstift Salzburg¹⁰⁴ und Stift Berchtesgaden am 19. August 1802¹⁰⁵ und die beiden Hochstifter Trient und Brixen am 4. Februar 1803¹⁰⁶ besetzen.

Kurfürst Maximilian IV. Joseph von Pfalz-Baiern besetzte am 16. Juli 1802 einen Teil des Hochstifts Passau,¹⁰⁷ am 19.-31. August 1802 die Hochstifter und Stifter Freising,¹⁰⁸

⁹⁹ Zivile Inbesitznahme mit der Unterstellung der Fürstabtei unter preußische Verwaltung am 16. Aug. 1802 (*Hankel*, Die reichsunmittelbaren evangelischen Damenstifte und ihr Ende, 6. 2, S. 137-141 (138) und *Pape*, Sancta Herfordia, 81., S. 254).

¹⁰⁰ Zivile Inbesitznahme mit Unterstellung der Fürstabtei, bei Aufhören ihrer Reichs- und Kreisstandschaften unter preußische Verwaltung am 19. Aug. 1802 (*Hankel*, Die reichsunmittelbaren evangelischen Damenstifte und ihr Ende, 6. 1, S. 117-126 (122-126)).

¹⁰¹ Militärische Besetzung am 21. Aug. 1802 (*Der Deutsche Zuschauer*, I. Band, 2. Heft, X., S. 157).

¹⁰² Militärische Besetzung am 22. Okt. 1802 durch ein preußisches Bataillon für das Haus Oranien, zivile Inbesitznahme am 6. Dez. 1802 durch den Kronprinz Wilhelm Friedrich von Oranien, welcher Prinz Wilhelm von Oranien zugunsten seines Sohnes verzichtet hatte (*Langer*, Zur Geschichte des ehemaligen Hochstifts Fulda, A., I., S. 3 mit Anm. 20), S. 91; *Föllinger*, Die Säkularisation der extemten reichsunmittelbaren Benediktiner-Abtei Corvey, Schlußbemerkungen, S. 177 mit Fußn. 23 und *Allgemeine Zeitung*, Jahrg. 1802, IV. Band, 28 Okt. 1802 Nro. 301., Deutschland, S. 1213).

¹⁰³ Einmarsch der österreichischen Truppen in die Stadt Passau in der Nacht vom 16./17. Aug. 1802 (*Ringelmann*, Die Säkularisation des Hochstifts und des Domkapitels Passau, Die Säkularisation des Hochstifts Passau, Das Hochstift unter der Regierung des letzten Fürstbischofs, S. 21-22 und *Allgemeine Zeitung*, Jahrg. 1802, III. Band, 23 Aug. 1802 Nro. 235., Deutschland, S. 939, 1 Sept. 1802 Nro. 244., Deutschland, S. 976: Erklärung des Kaiserlichen Hofes die Besetzung des Hochstifts Passau durch kaiserl./königl. Truppen, diktiert am 28. Aug. 1802).

¹⁰⁴ Provisorische militärische Besetzung durch österreichische Truppen für Großherzog Ferdinand III. von Toskana am 19. Aug. 1802, zivile Inbesitznahme durch diesen am 11. Febr. 1803 (*Geschichte Salzburgs*, II. Band, 1. Teil, VII. Die letzte Epoche des Erzstifts Salzburg ..., von *L. Hammermayer*, Etappen zum Ende ..., Vom Erzstift zum weltlichen Kurfürstentum ..., S. 532-535; *Emmer*, Erzherzog Ferdinand III. Großherzog von Toscana, III., S. 26-31 und *Allgemeine Zeitung*, Jahrg. 1802, III. Band, 25 Aug. 1802 Nro. 237., Deutschland, S. 946-947).

¹⁰⁵ Provisorische militärische Besetzung durch österreichische Truppen für Großherzog Ferdinand III. von Toskana am 19. Aug. 1802, zivile Inbesitznahme durch diesen am 28. Febr. 1803 (*Koch-Sternfeld*, Geschichte des Furerstenthums Berchtesgaden, 3. Buch, Joseph Conrad XXXXVII. Propst: J. 1780-1803, S. 111; *Füglein*, Joseph Konrad, der letzte Fürstpropst von Berchtesgaden, S. 10 und *Emmer*, Erzherzog Ferdinand III. Großherzog von Toscana, III., S. 30-31, 32).

¹⁰⁶ Kaiser Franz II. nahm durch das Patent vom 4. Febr. 1803 beide Hochstifte, über welche er als Graf von Tirol bereits ein Teil der landeshoheitlichen Rechte ausübte (oben, S. 513- 514) in seinen vollen Besitz und vereinigte sie vollkommen mit seiner Grafschaft Tirol (*Egger*, Geschichte Tirols, III. Band, 12. Buch, Kaiser Franz II., § 9., S. 291-296 (296) und *Granichstaedten=Czerva*, Brixen, 1. Abschnitt, VIII., S. 54).

¹⁰⁷ Den am linken Ufer der Inn gelegenen kleineren Teil (*Scheglmann*, Geschichte der Säkularisation im rechtsrheinischen Bayern, I. Band, 10. Kap., S. 239, III. Band, 1. Theil, 2. Kap., 1., S. 37; *Ringelmann*, Die Säkularisation de Hochstifts und des Domkapitels Passau, Die Säkularisation des Hochstifts Passau, Das Hochstift unter der Regierung des letzten Fürstbischofs, S. 21 mit Anm. 45., S. 129 und *Churfuerstl. Pfalzbaierisches Regierungs= und Intelligenz=Blatt*, MDCCCIII., XI. Stueck 16. Maerz 1803, Sp. 169-171:

Otto-beuren,¹⁰⁹ Eichstätt,¹¹⁰ Augsburg,¹¹¹ Wettenhausen,¹¹² Elchingen,¹¹³ am 1.-4. September 1802 die Hochstifter und Stifter Kaisersheim,¹¹⁴ Kempten,¹¹⁵ Ursberg,¹¹⁶ Söflingen,¹¹⁷

Hochst-landesherrliche Verordnung Maximilian Joseph v. 14. Febr. 1803 zur Besitzergreifung des Teiles von Passau).

¹⁰⁸ Provisorische militärische Besetzung am 19/23. Aug. 1802, zivile Inbesitznahme am 27. Nov. 1802 (*Scheglmann*, Geschichte der Säkularisation im rechtsrheinischen Bayern, III. Band, 1. Theil, 2. Kap., 3., S. 91–92; *Das Bistum Freising in der Neuzeit*, X. Kap. Das Ende des Fürstbistums Freising von *G. Schwaigern*, 3., Die bayerische Besitzergreifung des Hochstifts, S. 549, S. 549-550 und *Churfuerstl. Pfalzbaierisches Regierungs- und Intelligenz=Blatt*, MDCCCII., XLIX. Stueck 8. Dezember 1802, Sp. 841-843: Hoechst-landesherrliche Verordnung Maximilian Joseph v. 26. Nov. 1802 zur Besitzergreifung des Hochstifts Freising, Sp. 844-845: Verordnung des Entzuges der Appellationen an die Reichsgerichte v. 27. Nov. 1802).

¹⁰⁹ Provisorische militärische Besetzung am 29. Aug. 1802, zivile Inbesitznahme am 1. Dez. 1802 (*Scheglmann*, Geschichte der Säkularisation im rechtsrheinischen Bayern, III. Band, 1. Teil, 3. Kap., 20., S. 618-622; *A. Breitsamer*, Aufhebung und Fortbestehen des Klosters, Einer der dunkelsten Tage ...-Gründlich säkularisiert, in: *Otto-beuren. Schicksal einer schwäbischen Reichsabtei*, S. 202-208 und *Churfuerstl. Pfalzbaierisches Regierungs- und Intelligenz=Blatt*, MDCCCII., LI. Stueck 22. Dezember 1802, Sp. 883-885: Hoechst-landesherrliche Verordnung Maximilian Joseph v. 26. Nov. 1802 zur Besitzergreifung der Abteien, Prälaturen und Stifter im Schwäbischen Kreis).

¹¹⁰ Provisorische militärische Besetzung am 30. Aug. 1802, zivile Inbesitznahme vom 29. Nov.-1. Okt. 1802 (*Lengenfelder*, Die Diözese Eichstätt zwischen Aufklärung und Restauration, 3. Kap., I., 1., S. 259-260, 2., S. 265-266; *Bauernfeind*, Die Säkularisationsperiode im Hochstift Eichstätt, 3. Abschnitt, S. 29-30, 37-38 und *Churfuerstl. Pfalzbaierisches Regierungs- und Intelligenz=Blatt*, MDCCCII., LI. Stueck 22. Dezember 1802, Sp. 885-887: Hoechst-landesherrliche Verordnung Maximilian Joseph v. 26. Nov. 1802 zur Besitzergreifung des Hochstifts Eichstätt). In der nachherigen österreichisch-französisch-russischen Pariser Konvention vom 26. Dez. 1802 wurde das Hochstift Eichstätt mit Ausnahme des Oberstifts, welches Baiern zukommen sollte dem Großherzog Ferdinand III. von Toskana zuerkannt (Art. III, in: *Clercy, Traités de la France*, Tome I, p. 608-611 (609-610)). Für diesen Verlust wurde Kurfürst Maximilian IV. von Baiern durch die Reichsdeputation dahingehend kompensiert, dass auf sein Betreiben, in Art 35 RDH die Säkularisationsbefugnis der Landesherren auf alle Klöster in den alten sowohl in den neuen Besitzungen ausgedehnt wurde (*Lengenfelder* ebd., 2., S. 267-268 und *Scharnagel*, Zur Geschichte des Reichsdeputationshauptschlusses von 1803, in: *HJ*, 70. Jahrg., Aufsätze, S. 250-252). Das Hochstift wurde am 23. Febr. 1803 durch österreichische Truppen besetzt, welche baierischen aus ihm am 28. Febr. 1803 abzogen und erfolgte die Zivilbesitznahme durch den Großherzog am 25. Febr. 1803 (*Bauernfeind* ebd., 4. Abschnitt, 1., S. 45-46).

¹¹¹ Provisorische militärische Besetzung von Dillingen am 30. Aug. 1802, des Pflégamtes Füssen am 3. Sept. 1802, zivile Inbesitznahme von Dillingen am 1. Dez. 1802 (*Scheglmann*, Geschichte der Säkularisation im rechtsrheinischen Bayern, III. Band, 1. Teil, 2. Kap., 4., S. 145-147 und *Allgemeine Zeitung*, Jahrg. 1802, III. Band, 6 Sept. 1802 Nro. 249., Deutschland, S. 996).

¹¹² Provisorische militärische Besetzung am 30. Aug. 1802, zivile Inbesitznahme am 30. Nov. 1802 (*Scheglmann*, Geschichte der Säkularisation im rechtsrheinischen Bayern, III. Band, 2. Teil, 3. Kap., 16., S. 684-685).

¹¹³ Provisorische militärische Besetzung am 31. Aug. 1802, zivile Inbesitznahme am 29. Nov. 1802 (*Scheglmann*, Geschichte der Säkularisation im rechtsrheinischen Bayern, III. Band, 1. Teil, 3. Kap., 8., S. 334-336 und *D. Beck*, Die letzten Zeiten der Benediktiner in Elchingen, in: *JHVD*, 23. Jahrg., I., S. 11-17 (12, 13-14, 16)).

¹¹⁴ Provisorische militärische Besetzung am 1. Sept. 1802, zivile Inbesitznahme am 29. Nov. 1802 (*Scheglmann*, Geschichte der Säkularisation im rechtsrheinischen Bayern, III. Band, 2. Teil, 1. Kap., 6., S. 120-122; *Schaidler*, Chronik Kaisersheim, Franz Xaver Müller, der 42. und letzte Abt, S. 238-242 und *Churfuerstl. Pfalzbaierisches Regierungs- und Intelligenz=Blatt*, MDCCCII., LI. Stueck 22. Dezember 1802, Sp. 885-887: Hoechst-landesherrliche Verordnung Maximilian Joseph v. 26. Nov. 1802 zur Besitzergreifung der Abtei Kaisersheim).

¹¹⁵ Provisorische militärische Besetzung am 2. Sept. 1802, zivile Inbesitznahme am 20. Nov. 1802 (*Scheglmann*, Geschichte der Säkularisation im rechtsrheinischen Bayern, III. Band, 1. Teil, 3. Kap., 14., S. 443).

Würzburg,¹¹⁸ Bamberg,¹¹⁹ Irsee,¹²⁰ Roggenburg¹²¹ und am 20. September 1802 das Stift St. Ulrich und Afra.¹²²

Herzog Friedrich II. von Württemberg ließ am 9./10. September 1802 das Stift Zwiefalten¹²³ und das Hochstift Ellwangen,¹²⁴ am 17. Oktober 1802 das Stift Rottenmünster¹²⁵ besetzen.

Markgraf Karl Friedrich von Baden besetzte am 22.-24. September/1. Oktober 1802 die rechtsrheinisch verbliebenen Gebiete der Hochstifter Straßburg,¹²⁶ Basel,¹²⁷ Speyer,¹²⁸ die

¹¹⁶ Provisorische militärische Besetzung am 2. Sept. 1802, zivile Inbesitznahme am 13. Dez. 1802 (*Scheglmann*, Geschichte der Säkularisation im rechtsrheinischen Bayern, III. Band, 2. Teil, 2. Kap., 7., S. 403-407).

¹¹⁷ Provisorische militärische Besetzung am 2. Sept. 1802, zivile Inbesitznahme am 1. Adventssonntag 1802 (*Erzberger*, Die Säkularisation in Württemberg, 2. Buch, I., C., 5., S. 341; *Frank*, Das Klarissenkloster Söflingen, 6. Teil, S. 157-158 und *Scheglmann*, Geschichte der Säkularisation im rechtsrheinischen Bayern, I. Band, 10. Kap., S. 239).

¹¹⁸ Provisorische militärische Besetzung am 3. Sept. 1802, zivile Inbesitznahme am 29. Nov. 1802 (*Günther*, Der Übergang des Fürstbistums Würzburg an Bayern, 2. Kap., S. 66-75 (70-71, 74, 75) und *Churfuerstl. Pfalzbaierisches Regierungs- und Intelligenz=Blatt*, MDCCCII., LI. Stueck 22. Dezember 1802, Sp. 881-883; Hoechst-landesherrliche Verordnung Maximilian Joseph v. 26. Nov. 1802 zur Besitzergreifung der Abteien, Prälaturen und Stifter im Fränkischen Kreis).

¹¹⁹ Provisorische militärische Besetzung vom 3.-4., 6. Sept. 1802, zivile Inbesitznahme am 29. Nov. 1802 (*Scheglmann*, Geschichte der Säkularisation im rechtsrheinischen Bayern, III. Band, 1. Teil, 2. Kap., 2., S. 64-65); *Berbig*, Das Hochstift Bamberg, II. Teil, Kap. IV, 18., S. 423-424 und *Neukam*, Der Übergang des Hochstifts Bamberg an die Krone Bayern, III., 1., 2., in: *Bayern Staat und Kirche*, 2. Teil, S. 275-278, 278-279).

¹²⁰ Provisorische militärische Besetzung am 3. Sept. 1802, zivile Inbesitznahme am 29. Nov. 1802 (*Scheglmann*, Geschichte der Säkularisation im rechtsrheinischen Bayern, III. Band, 1. Teil, 3. Kap., 13., S. 422-423 und *Rottenkolber*, Die Säkularisation der Reichsabtei Irsee, in: *SMBO*, L. Band, (Aufsätze), S. 232-234).

¹²¹ Provisorische militärische Besetzung am 4. Sept. 1802, Enthebung von Abt Thaddä von allen ferneren Regierungsgeschäften und Vereidigung der Beamten auf den Kurfürsten von Baiern am 29. Nov. 1802 (*Scheglmann*, Geschichte der Säkularisation im rechtsrheinischen Bayern, III. Band, 2. Teil, 2. Kap., 2., S. 321-323 und *Tuscher*, Das Reichsstift Roggenburg im 18. Jahrhundert, Die Säkularisation, S. 168).

¹²² Provisorische militärische Besetzung am 20. Sept. 1802, zivile Inbesitznahme am 12. Dez. 1802 (*Historischer Atlas von Bayern*, Schwaben: *Liebhart*, Die Reichsabtei St. Ulrich und Afra zu Augsburg (1006-1803), Teil I, VII., 4., S. 282-283 und *Scheglmann*, Die Säkularisation im rechtsrheinischen Bayern, III. Band, 1. Teil, 3. Kap., 4., S. 238-239).

¹²³ Militärische Besetzung am 8./9. Sept. 1802, zivile Inbesitznahme am 25. Nov. 1802 (*Erzberger*, Die Säkularisation in Württemberg, 2. Buch, I., A., 3., S. 216-217; *Das Ende von Reichsabtei und Kloster Zwiefalten*, Einführung, S. 8-9, Gregor Weinemer (1738 bis 1816) - Der letzte Zwiefalter Abt, Zehn böse Jahre, S. 52 und *Allgemeine Zeitung*, Jahrg. 1802, IV. Band, 27 Nov. 1802 Nro. 331., Stuttgart, S. 1337: Patent von Herzog Friedrich II. von Württemberg v. 23. Nov. 1802 zum Übergang des bisherigen provisorisch militärischen Besitzstandes seiner Entschädigungsländer in eine wirkliche Besitznahme).

¹²⁴ Militärische Besetzung am 9. Sept. 1802, zivile Inbesitznahme am 23. Nov. 1802 (*Erzberger*, Die Säkularisation in Württemberg, 2. Buch, I., A., 1., S. 196-198).

¹²⁵ Provisorische Besitzergreifung am 17. Okt. 1802, zivile Inbesitznahme am 23. Nov. 1802 (*Erzberger*, Die Säkularisation in Württemberg, 2. Buch, I., A., 5., S. 239-240 und *Betz*, Reichsstift Rottenmünster, III., Säkularisation, S. 48-49).

¹²⁶ Militärische Besetzung von Oberamt Oberkirch am 22. Sept. 1802, von Oberamt Ettenheim am 27. Sept. 1802, zivile Inbesitznahme von Oberkirch am 29. Nov. 1802, von Ettenheim am 27. Nov. 1802 (*Schell*, Das Hochstift Straßburg rechts des Rheins im Jahre 1802, in: *ZGO*, XLVIII. Band, S. 126-130 und *Schmid*, Der

Stifter Odenheim,¹²⁹ Gengenbach¹³⁰ und den ihm zugedachten größeren Teil des Stiftes Salem¹³¹ und am 2./6. Oktober 1802 das Hochstift Konstanz¹³² und Stift Petershausen.¹³³

Fürst Wilhelm V. von Nassau-Dillenburg besetzte am 13. September 1802 das Stift Weingarten¹³⁴ und sein Erbprinz Friedrich Wilhelm von Oranien am 21. Oktober 1802 das Hochstift Corvey.¹³⁵

rechtsrheinische Teil der Diözese Straßburg in den Jahren 1802-1808, in: *Badische Heimat*, 60. Jahrg., 3. Heft, S. 421).

¹²⁷ Militärische Besetzung der rechtsrheinischen Herrschaft Schliengen am 23. Sept. 1802, zivile Inbesitznahme am 30. Nov. 1802 (*Seith*, Die rechtsrheinischen Gebiete des Bistums Basel und ihr Übergang an Baden, B., II., a), S. 37-38, b), S. 38-41).

¹²⁸ Militärische Besetzung des noch verbliebenen rechtsrheinischen Teiles am 1. Okt. 1802, zivile Inbesitznahme am 24. Nov. 1802 (*Remling*, Geschichte der Bischöfe zu Speyer, II. Band, 7. Abschnitt, Philipp Franz Wilderich Nepomuk, ..., neun und siebenzigster Bischof, ..., S. 825; *Stamer*, Kirchengeschichte der Pfalz, III. Teil, 2. Hälfte, Die Wende zur modernen Zeit um 1750, Die katholische Kirche in der Pfalz während der Französischen Revolution – Das Ende des alten Bistums Speier, S. 217 und *Reich*, Die Säkularisation des rechtsrheinischen Teiles des Hochstiftes Speyer, IV., S. 30-32).

¹²⁹ Provisorische militärische Besetzung am 23. Sept. 1802, zivile Inbesitznahme am 1. Dez. 1802 (*Wetterer*, Die Säkularisation des Ritterstifts Odenheim in Bruchsal, § 2., in: *ZGO*, KA VIII, S. 72-85 (76, 81, 83-85)).

¹³⁰ Provisorische militärische Besetzung am 24. Sept. 1802, zivile Inbesitznahme am 28. Nov. 1802 (*Schell*, Zur Geschichte der Abtei Gengenbach, besonders in den Jahren 1802 bis 1807, II., in: *ZGO*, LXV. Band, S. 593-594 und *H. Schmid*, Die Säkularisation der Klöster in Baden 1802-1811, VII., 13., S. 215).

¹³¹ Militärische Besetzung des größeren Teiles, ausgenommen der dem Fürsten von Thurn und Taxis zuerkannten Oberamt Ostrach und im Pflegamt Ehingen gelegenen Ortschaften Frankenhofen, Tiefenhülen, Stetten am 1. Okt. 1802, zivile Inbesitznahme am 4. Dez. 1802 (*H. Schmid*, Die Säkularisation des Reichsstifts Salem, Der Übergang von Landschaft und Stift an Baden und Taxis, S. 17-21, Der Reichs- und Kreisstand Salem im Jahr 1802, Das Oberamt Salmansweiler-Das Pflegamt Ehingen, S. 10-16; *ders.*, Die Säkularisation der Klöster in Konstanz und Umgebung 1782-1832, Das Reichsstift Petershausen, in: *Schrr VG Bodensee*, XCVI. Heft, S. 109: (Spezielles) Patent der Fürsten Friedrich und Ludwig von Baden, den beiden Brüdern Markgraf Karl Friedrichs von Baden vom 22. Nov. 1802, die Besitznahme der Reichsstifter Salem und Petershausen; *ders.*, Die Säkularisation der Klöster in Baden 1802-1811, V., 2., S. 61-63).

¹³² Provisorische militärische Besetzung am 2./3./5. Okt. 1802, zivile Inbesitznahme am 24. Nov. 1802 (*Bischof*, Das Ende des Bistums Konstanz, III., 1., S. 200-207, 2., S. 208, 208-210 und *H. Schmid*, Die Säkularisation und Mediatisierung in Baden und Württemberg, Die Aufhebungen von 1802/03, in: *Baden und Württemberg im Zeitalter Napoleons*, II. Band, S. 140: Patent von Karl Friedrich von Baden v. 16. Sept. 1802, die vorläufige Besitznahme seiner Entschädigungsobjekte; *ders.*, Die Säkularisation der Klöster in Konstanz und Umgebung 1782-1832, Das Reichsstift Petershausen, in: *Schrr VG Bodensee*, XCVI. Heft, S. 102: Patent von Karl Friedrich von Baden v. 19. Nov. 1802, die endgültige Besitzergreifung seiner Entschädigungsobjekte).

Die militärische Besetzung war erfolgt, nachdem der 1. Konsul Bonaparte am 11 fructidor an X (29. Aug. 1802) den Markgrafen in einem persönlichen Schreiben dazu aufgefordert hatte. „J’ai reçu la lettre de V. A. S. du 24 juillet³. ... L’Autriche, la Russie⁴ et la Bavière ayant chacune occupé les possessions qui leur reviennent, il me paraît instant que V. A. S. occupe les pays qui Lui sont échus. S’il se présentait quelqu’obstacle, je n’oublierai rien pour le lever promptement. J’apprendrai avec plaisir que V. A. S. jouit paisiblement de Ses nouveaux états. ...“ mit Fußn. ⁴ „Sic! lege: Prusse. ...“ (*Karl Friedrich, Herzog von Baden*, Politische Correspondenz, IV. Band, II., 1., 211., S. 190-191).

¹³³ Provisorische militärische Besetzung am 6. Okt. 1802, zivile Inbesitznahme am 30. Nov. 1802 (*H. Schmid*, Die Säkularisation der Klöster in Konstanz und Umgebung 1782-1832, Das Reichsstift Petershausen, in: *Schrr VG Bodensee*, XCVI. Heft, S. 100-101, Faltblatt zwischen S. 98-99, S. 109: (Spezielles) Patent der Fürsten Friedrich und Ludwig von Baden, den beiden Brüdern Markgraf Karl Friedrichs von Baden vom 22. Nov. 1802, die Besitznahme der Reichsstifter Salem und Petershausen; *ders.*, Die Säkularisation der Klöster in Baden 1802-1811, V., 1., S. 57-58).

König Georg III. von Großbritannien/Kurfürst Georg Wilhelm von Braunschweig-Lüneburg-Hannover nahm am 4. November 1802 von dem Hochstift Osnabrück Besitz.¹³⁶

Herzog Carl II. Wilhelm Ferdinand von Braunschweig-Wolfenbüttel nahm am 23. September 1802 vom Stift Gandersheim Besitz¹³⁷ und am 30. November 1802 zivilen Besitz vom Stift Helmstedt.¹³⁸

Fürst Carl Anselm von Thurn und Taxis besetzte am 8. September 1802 das Stift Buchau,¹³⁹ am 4. Oktober 1802 das Stift Marchtal,¹⁴⁰ am 22. Dezember 1802 das Stift

¹³⁴ Provisorische Besitzergreifung am 13. Sept. 1802, zivile Inbesitznahme am 2. Nov. 1802 (*Erzberger*, Die Säkularisation in Württemberg, 2. Buch, II., A., b), S. 360; *A. Dreher*, Zur Gütergeschichte des Klosters, IV, in: *Weingarten Festschrift*, S. 151 und *Weingarten. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, Teil 2, Die Zeit der Aufklärung, Das Ende des Reichsstifts Weingarten (von *H. U. Rudolf*), Vom Reichsstand zum Entschädigungsobjekt, S. 263-264, Oranisches Patent zur Besitzergreifung Weingartens v. 2. Nov. 1802, Titelblatt, S. 264, Die Reaktion der betroffenen Patres? S. 264-267).

¹³⁵ Militärische Besetzung am 21. Okt. 1802 durch Erbprinz Wilhelm Friedrich von Oranien (*Föllinger*, Die Säkularisation der extemten reichsunmittelbaren Benediktiner-Abtei Corvey, Schlußbemerkungen, S. 177 mit Fußn. 23).

¹³⁶ Besitzergreifung am 4. Nov. 1802 durch König Georgs III. von Großbritannien, welcher letzter Bischof Friedrich von Osnabrück sein Sohn, der Herzog von York war. Dieser erhielt von ihm eine Bischofspension von 80 000 Reichstalern, das Dreifache seiner bisherigen Einkünfte (*Van den Heuvel*, Beamtenschaft und Territorialstaat im Hochstift Osnabrück, II., 3. 5, S. 158-159; *Bär*, Abriß einer Verwaltungsgeschichte des Regierungsbezirks Osnabrück, A., Einleitung, S. 5; *Seegrün*, Zwölf Jahrhunderte Bistum Osnabrück, 7., S. 34 und *Allgemeine Zeitung*, Jahrg. 1802, IV. Band, 27 Nov. 1802 Nro. 331., Deutschland, S. 1340: Patent von Bischof Friedrich v. 10. Nov. 1802 die eingetretene Regierungsveränderung für das königl.-kurfürstl. Haus Braunschweig-Lüneburg).

Von den Hochstiftern war allein das lutherische Hochstift Lübeck nicht frühzeitig in Besitz genommen worden. Sein letzter Bischof Peter Friedrich Ludwig aus dem Hauses Holstein-Oldenburg seit 1785, welcher auch seit 1785 Administrator des Herzogtum Oldenburg war (oben, S. 475-476). In § 8 RDH war diesem sein eigenes Hochstift als Entschädigung für die Aufhebung des Elsfl ether Weserzolls, die Abtretung von Dörfern und die ihm und dem Domkapitel in den Stadt Lübeck zugestandenen Rechte und Besitzungen als ein weltliches Fürstentum mit seinem Domkapitel zuerkannt worden (*Radtke*, Die Herrschaft des Bischofs von Lübeck, II., 3., c), S. 55-56; *Meyer*, Das große Conversations-Lexicon fuer die gebildeten Staende, 1. Abtheilung, XIX. Band, 2. Abtheilung, Lübeck (Geogr.), I. deutsches Fürstenthum, S. 1130 und *Das Ende des Alten Reiches*, A., II., S. 24).

¹³⁷ Äbtissin Auguste Dorothea von Gandersheim war die Schwester von Herzog Carl II. Wilhelm Ferdinand von Braunschweig-Wolfenbüttel. Sie sprach ihm die Landeshoheit über das Stift zu und verzichtete auf seine Reichsstandschaft (*Germania Sacra. Goetting*, Das Stift Gandersheim, 3., § 12., S. 143-145 und *Hankel*, Die reichsunmittelbaren evangelischen Damenstifte und ihr Ende, 6. 3, S. 152-157 (153-155)).

¹³⁸ Nach der militärische Besetzung am 3. Aug. 1802 durch preußische Truppen und der Zuerkennung des Stiftes durch Teilbeschluss der Reichsdeputation am 8. Okt. 1802 an Herzog Carl II. Wilhelm Ferdinand von Braunschweig-Wolfenbüttel, nahm dieser von ihm am 30. Nov. 1802 zivilen Besitz (*Stubben diek*, Stadt und Stift Helmstedt in ihren gegenseitigen Beziehungen, 8. (Die Aufhebung der Klöster Werden und Helmstedt), S. 200-202 und oben S. 1049).

¹³⁹ *Erzberger*, Die Säkularisation in Württemberg, 2. Buch, II., A., a), 1., S. 346-348.

¹⁴⁰ Provisorische Besitzergreifung am 4. Okt., zivile Inbesitznahme am 7. Dez. 1802 (*Erzberger*, Die Säkularisation in Württemberg, 2. Buch, II., A., a), 2., S. 350-351).

Neresheim¹⁴¹ und Ende November 1802 den ihm zugedachten kleineren Teil des Stiftes Salem.¹⁴²

Fürst Karl August von Bretzenheim nahm am 6. Dezember 1802 von Stift Lindau Besitz.¹⁴³

Die Stifter Ochsenhausen, Roth, Schussenried, Gutenzell, Heggbach, Baintd, Weissenau und Isny, für welche in dem Zweiten Französisch-Russischen Entschädigungsplan in § 24 eine vorläufige Zuweisung und Administration durch eine Kommission – errichtet am 13. November 1802 in Ochsenhausen¹⁴⁴ – vorgesehen war, waren von dieser im November 1802 in Besitz und vorläufige Verwaltung genommen worden.¹⁴⁵ Anschließend wurden besetzt der Hauptteil des Stiftes Ochsenhausen am 20. Februar 1803 durch Graf Franz Georg von Metternich-Winneburg,¹⁴⁶ das Stift Isny am 24. Februar 1803 durch Graf Otto von Quadt-

¹⁴¹ *Erzberger*, Die Säkularisation in Württemberg, 2. Buch, II., A., a), 3., S. 357.

¹⁴² Militärische Besetzung Ende Nov./Anfang Dez. 1802 der ihm zugedachten Oberamt Ostrach und der im Pflamgt EHINGEN gelegenen Ortschaften Frankenhofen, Tiefenhülen, Stetten, als Reaktion auf die badische Inbesitznahme des anderen größeren Teiles am 1. Okt. 1802 (*Schmid*, Die Säkularisation des Reichsstiftes Salem, Der Übergang von Landschaft und Stift an Baden und Taxis, S. 17-20, Der Reichs- und Kreisstand Salem im Jahr 1802, Das Oberamt Ostrach, S. 14, Das Pflamgt EHINGEN, S. 15-16).

¹⁴³ *Geschichte der Stadt Lindau*, I. Band 2. Abteilung, 7. Buch, 1. Kap. Die Bretzenheimische und Oesterreichische Zeit (1803-1806) (von *K. Wolfart*), S. 215-217 (217).

¹⁴⁴ Die Kommission wurde gebildet aus Herzog Friedrich II. von Württemberg und Markgraf Karl Friedrich von Baden, welche ihrerseits 2 Subdelegierte beauftragten. Sie nahm ihren Sitz am 13. Nov. 1802 in Ochsenhausen. § 24 des *P L A N G É N É R A L proposé par les Puissances médiatrices avec les modifications résultantes des instructions ultérieures qu'elles ont données à leurs Ministres, en conséquence des observations, pétitions, réclamations, qu'elles ont reçues, ou qui ont été transmises à ces Ministres par le Plenipotentiaire Imperial d'après les arrêtés de la Deputation extraordinaire de l'Empire Germanique ... à Ratisbonne, le 26 Sept. (8 Oct.) 1802. Laforêt. Le baron de Bühler, Beilage des Schreiben des französischen bevollmächtigten Ministers am Reichstag Laforêt und des russischen Bevollmächtigten am Reichstag Baron de Bühler, Ratisbonne 26. Sept. 1802/16 vendémiaire an XI (8. Octob. 1802) an den Chur=Maynzischen Directorial=Gesandten Freiherr von Albin, S. (3)-(16) ((9)) (*Regensburger Correspondenz*, LX. Band, 70. Stück); *Erzberger*, Die Säkularisation in Württemberg, 1. Buch, 2. Kap., III., S. 35-36 und *Allgemeine Zeitung*, Jahrg. 1802, IV. Band, 10 Nov. 1802 Nro. 234., Deutschland, S. 1268.*

¹⁴⁵ *Erzberger*, Die Säkularisation in Württemberg, 1. Buch, 2. Kap., III., S. 36-37, 2. Buch, II., A., c), S. 364-365, d), 1., S. 379, 2., S. 382, e), S. 385-386, f), S. 388, g), S. 390, h), S. 395, i), S. 398; *K.-J. Reiff*, Geschichte der Benediktinerreichsabtei Ochsenhausen, „Fürstliches Ochsenhausen nach der Säkularisation, in: *Reiff-Spahr-Hauße*, Kloster Ochsenhausen, S. 83; *H. Tüchle*, Rot im Auf und Ab der Geschichte, Säkularisation und Aufhebung, in: *Tüchle-Schahl*, 850 Jahre Rot, S. 36; *K. Kaufmann*, Der ehemalige Klosterflecken Schussenried von der Säkularisation bis zum Ersten Weltkrieg, Das Kloster wird aufgehoben, in: *Bad Schussenried Festschrift*, S. 143; *H. Tüchle*, Mehr als 650 Jahre Prämonstratenserstift, Aufklärung und Aufhebung, in: *Weissenau Festschrift*, S. 50-51 und *O. Beck*, Baintder Äbtissinnen, Maria Xaveria Lohmiller (24. 4. 1802-25. 2. 1803), in: *Baintd – Hortus Floridus*, S. 68; *ders.*, Die Reichsabtei Heggbach, Die Reichsabtei Heggbach, Das Kloster, Säkularisation und Neubeginn 1803-1980, S. 91-93, Fußnoten, S. 129.

¹⁴⁶ Den größeren und Hauptteil erhielt Franz Georg Graf von Metternich-Winneburg und Beilstein, dessen jährlicher Ertrag auf 73 112 jährliche Gulden geschätzt wurde, Graf Schäsberg das Amt Thannheim mit 15 300 Gulden und Graf Sinzendorf das Dorf Winterrieden mit 2 500 Gulden Einkünften. Die Besitzergreifung des Metternichschen Anteils erfolgte am 20. Febr. 1803 (*Erzberger*, Die Säkularisation in Württemberg, 2. Buch, II., A., c), S. 365-368; *H.-J. Reiff*, Geschichte der Benediktinerreichsabtei Ochsenhausen, Reichsprälät Romuald Weltin: Tragik eines Prälatenlebens, „Fürstliches“ Ochsenhausen nach der Säkularisation, in: *Reiff-Spahr-Hauße*, Kloster Ochsenhausen, S. 82-83, 83-84 und *Reichsabtei Ochsenhausen*, Zeittafel zur Geschichte des Klosters ..., von *F. Zieher und K. Diemer*, 1803 20. Februar, S. 158).

Wykradt,¹⁴⁷ das Stift Roth am 1. März 1803 durch Graf Ludwig von Warttemberg,¹⁴⁸ das Stift Heggbach am 1. März 1803 durch Graf Johann von Waldbott-Bassenheim,¹⁴⁹ das Stift Gutenzell am 9. März 1803 durch Graf Joseph von Törring-Gronsfeld,¹⁵⁰ die Stifter Schussenried¹⁵¹ und Weissenau am 21/28. März 1803 durch Gräfin Augusta von Sternberg-Manderscheid,¹⁵² das Stift Baintdt am 17. November 1802 durch Graf Philipp von Leyen und danach am 11. März 1803 durch Graf Aspremont-Lynden.¹⁵³

5. Keine Rechtfertigung der alleinigen Schadenstragung der geistlichen Reichsstände

Die in Art. VII des Friedensvertrages von Lunéville als Grundsatz festgelegte alleinige Schadenstragung der geistlichen Reichsstände war von der Französischen Republik maßgeblich mitbestimmt worden.¹⁵⁴

Die noch unregelte genauere Festlegung der Entschädigungen der einzelnen Reichsstände im *RDH vom 25. Februar 1803* war von der Französischen Republik und dem Kaiserreich Russland weitgehend vorbestimmt worden, wobei Frankreich dominierte.¹⁵⁵

¹⁴⁷ *Erzberger*, Die Säkularisation in Württemberg, 2. Buch, II., A., e), S. 385-387.

¹⁴⁸ *Erzberger*, Die Säkularisation in Württemberg, 2. Buch, II., A., f), S. 388-389 und *H. Tüchle*, Rot im Auf und Ab der Geschichte, Säkularisation und Aufhebung, in: *Tüchle-Schahl*, 850 Jahre Rot, S. 36-37, nach welchem letzteren es Abt Nikolaus nicht auf eine militärische Exekution, wie später (1862) behauptet, habe ankommen lassen, welche zeitgenössischen Bezeugungen hierfür keine Hinweise geben (S. 36).

¹⁴⁹ Besetzung am 1./2. März 1803 (*Erzberger*, Die Säkularisation in Württemberg, 2. Buch, II., A., g), S. 390-391 und *O. Beck*, Die Reichsabtei Heggbach, Die Reichsabtei Heggbach, Das Kloster, Säkularisation und Neubeginn, S. 94-95, Fußnoten, S. 129).

¹⁵⁰ *Erzberger*, Die Säkularisation in Württemberg, 2. Buch, II., A., h), S. 394-395 und *J. Engelbrecht*, Das gräfliche Haus Toerring und Gutenzell, in: *Gutenzell Festschrift*, S. 63, Abb. S. 64: Urkunde der Inbesitznahme Gutenzells v. 9. 3. 1803.

¹⁵¹ Vom 1. Dez. 1802 datiert die Abdankungsurkunde von Abt Siard (*Erzberger*, Die Säkularisation in Württemberg, 2. Buch, II., A., d), 2., S. 382; *K. Kaufmann*, Der ehemalige Klosterflecken Schussenried von der Säkularisation bis zum Ersten Weltkrieg, Das Kloster wird aufgehoben, in: *Bad Schussenried Festschrift*, S. 143-144; *Kasper*; Das säkularisierte Reichsstift Schussenried, Verlauf der Säkularisation, in: *ThQ*, CXXXVI. Band, (3. Quartal), I., 6., S. 330-331 und *Kaufmann*, Die Äbte des Reichsstifts Schussenried, Siard Berchtold 24. und letzter Abt von Soreth (1792-1803) Fortsetzung, Die Säkularisation und Aufhebung des Stifts).

¹⁵² *Erzberger*, Die Säkularisation in Württemberg, 2. Buch, II., A., d), 1., S. 381 und *H. Tüchle*, Mehr als 650 Jahre Prämonstratenserstift, Aufklärung und Aufhebung, in: *Weissenau Festschrift*, S. 50-51.

¹⁵³ Nach dem 1. Plan der Außerordentlichen Reichsdeputation vom 24. Aug. 1802 sollte Baintdt den trierischen Grafen von Baintdt zukommen, welche auch am 17. Nov. 1802 von ihm Besitz ergriffen. Im *RDH vom 25. Febr. 1803* wurde es in § 24 dem westfälischen Graf von Aspremont-Lynden zugesprochen, wovon Äbtissin Maria Xaveria im Dez. 1802 Kenntnis erlangte. Dieser nahm es am 11. März 1803 in Besitz (*Erzberger*, Die Säkularisation in Württemberg, 2. Buch, II., A., i), S. 398; *O. Beck*, Baintdter Äbtissinnen, Maria Xaveria Lohmiller (24. 4. 1802-25. 2. 1803), in: *Baintdt – Hortus Floridus*, S. 68-69 und *Das Ende des Alten Reiches*, A., II., S. 30).

¹⁵⁴ Oben, S. 911-936, 1041-1042.

¹⁵⁵ Oben, S. 1042-1048.

Die vorzeitigen Inbesitznahmen der geistlichen Entschädigungen durch die erblichen Reichsstände unter Beistand der Französischen Republik waren Ausdruck ihrer machtmäßigen Überlegenheit und Durchsetzung ihrer subjektiven Interessen gegenüber den schwächeren geistlichen Reichsständen.¹⁵⁶

Die der alleinigen Schadenstragung der geistlichen Reichsstände auf Seiten der erblichen Reichsstände zugrundeliegenden Eigeninteressen: Erhalt von Entschädigungen und von weiteren Libertäten,¹⁵⁷ Schwächung des Reiches¹⁵⁸ hatten ihre Entsprechung in den von der Französischen Republik verfolgten außenpolitischen Zielen: Schwächung des Reiches,¹⁵⁹ Schwächung des Einflusses der Reichskirche,¹⁶⁰ Vermeidung von Revancheabsichten seitens der mächtigen erblich-weltlichen Reichsstände.¹⁶¹

Die in Art. VII des Friedensvertrages von Lunéville festgelegte alleinigen Schadenstragung der geistlichen Reichsstände war nach den historischen Umständen eine Überwältigung der schwächeren geistlichen Reichsständen durch die mächtigen erblich-weltlichen Reichsstände mit Hilfe der militärisch und politisch überlegenen Französischen Republik.

Reitemeier, Deutschland vor und nach dem Lueneviller Frieden (1804):

„... In dem politischen Zustande Deutschlands hat der Lueneviller Friede so viel erhebliche Veraenderungen hervorgebracht,⁽¹⁶²⁾ ... Seit der neuen Revolution aber, wovon das Resultat im Lueneviller Frieden liegt, ...“¹⁶³ und

Höck, Statistische Darstellung der europaeischen Staaten (nach ihrem neuesten Zustande 1805):

„... Ich darf um so weniger befuerchten, eine ueberfluessige Arbeit unternommen zu haben, als der Friede von Lueneville, durch welchen bekanntlich der ganze politische Bau unsers Welttheils umgeformt worden ist, R a n d e l s ... und andere Werke dieser Art zu statistischen Antiquitaeten gemacht hat. ...“¹⁶⁴

¹⁵⁶ Oben, S. 1049-1056.

¹⁵⁷ Oben, S. 758. 1040.

¹⁵⁸ Oben, S. 753-756, 1040.

¹⁵⁹ Oben, S. 828, 829, 1040.

¹⁶⁰ Oben, S. 826-827, 1041.

¹⁶¹ Oben, S. 830-831, 1041.

⁽¹⁶²⁾ I. Band, Vorrede, S. III.

¹⁶³ I. Band, Vorrede, S. IV.

¹⁶⁴ Vorrede.

Die Geschichtsschreibung und die rechtshistorische Literatur kennzeichnete den Friedensvertrag von Lunéville als revolutionärer Geschehen.

Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, I. Band, A., Kapitel I., §. 3., II., 3, S. 40:

Als eine mit Hilfe der Französischen Republik vorgenommene Revolution der mächtigen erblich-weltlichen Reichsstände gegen die schwachen geistlichen ist die alleinige Schadenstragung der geistlichen Reichsstände nicht von der nach der Reichsverfassung gegebenen Möglichkeit, die Reichsstände unterschiedlich zu belasten gedeckt. Der Grundsatz der ungleichen Belastbarkeit der Reichsstände betraf jene Bereiche, bei denen im Rahmen der allgemeinen staatlich-politischen Geschäfte ungleiche Belastungen bei den Reichsständen eintraten, nicht aber bei von machtmäßig-gewaltsamen Strukturen bestimmten staatsumwälzenden Begebenheiten.

„... Denn der Westfälische Frieden hatte, verfassungsrechtlich gesehen, ... im Ganzen doch einen erhaltenden Character. Der Frieden von Lunéville dagegen war verfassungsrechtlich ein Akt des Umsturzes; man ist versucht, ihn eine ‚legale Revolution‘ zu nennen. ...“;

Bornhak, Deutsche Verfassungsgeschichte, 2. Periode, Kap. I., § 27., S. 229:

„... Das Reich in seiner Gesamtheit verlor. Die weltlichen Fürsten gewannen. Sie gewannen mehr, als sie hatten aufgeben. Der Umsturz bedeutete eine große Fürstenrevolution. ...“;

Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, I. Teil, 1. Buch, 2. Abschnitt, (Friedrich Wilhelm III. Der Reichsdeputationshauptschluß ...), S. 180-181:

„... Wenige unter den großen Staatsumwälzungen der neuen Geschichte erscheinen so häßlich, so gemein und niedrig wie diese Fürstenrevolution von 1803. Die harte, ideenlose Selbstsucht triumphierte; kein Schimmer eines kühnen Gedankens, kein Funken einer edlen Leidenschaft verklärte den ungeheuren Rechtsbruch. ...“;

„... holte der deutsche Süden mit einem gewaltsamen Schläge nach, was Preußen durch die Arbeit zweier Jahrhunderte langsam erreicht hatte. In Norddeutschland war die Mehrzahl der geistlichen Gebiete schon während des sechzehnten und siebzehnten Jahrhunderts mit den weltlichen Nachbarstaaten vereinigt worden; der Reichsdeputationshauptschluß brachte diesen Staaten nur eine mäßige Vergrößerung, ohne ihren historischen Charakter zu verändern. Im Südwesten dagegen brach der gesamte überkommene Länderbestand jählings zusammen; ...“; S. 185, insg., S. 180-187,

Brück, Geschichte der katholischen Kirche in Deutschland im 19. Jahrhundert, I. Band, 1. Abschnitt, 7. Kap., S. 123:

„... Die deutschen Reichsfürsten von 1803 standen auf demselben Standpunkt wie die Revolutionshelden in Frankreich. Beide plünderten die katholische Kirche. Nur der große Unterschied waltet ob: In Frankreich erfolgte die Beraubung der Kirche im Sturme der Revolution, welche weder Recht noch Gesetz anerkannte; in Deutschland dagegen mitten im Frieden, unter dem Scheine der Legalität und von Männern, welche sich als Hüter und Vertheidiger des Rechtes gerirten. ...“;

„... Wie man auch die Säcularisation auffassen mag: sie ist und bleibt ein in sich ganz unberechtigter, in seiner Ausführung schmachvoller und grausamer und in seinen Folgen höchst verderblicher Eingriff in die wohl erworbenen und feierlich garantierten Besitzungen und Rechte einer Kirche, welcher Deutschland vorzüglich das Ansehen und die Stellung verdankt, die es unter den abendländischen Völkern ein Jahrtausend einnahm. ...“; S. 129,

Zorn, Lehrbuch des Kirchenrechts, 1. Buch, §. 12., II., 10., S. 173-174:

„... Der Luneviller Friede machte diesen geistlichen Fürstentümern prinzipiell ein Ende. ... Nach einem Rechtstitel im Sinne des Privatrechtes sucht man vergeblich für dies Verfahren: ...“ und

Sell, Die Entwicklung der katholischen Kirche im 19. Jahrhundert, I., S. 15:

„... Dieser im tiefsten Reichsfrieden vollzogene Gewaltstreich der Majorität der damaligen deutschen Reichsstände, die Auflösung jener Verfassung, auf die das alte Reich gegründet worden war, ...“.

I

Ein Verfassungswandel in Richtung auf Auflösung der geistlichen Staaten?

Kant in seiner im Jahre 1797 erschienenen *Die Metaphysik der Sitten*:

„... Denn die Kirche selbst ist als ein bloß auf Glauben errichtetes Institut, und, wenn die Täuschung aus dieser Meinung durch Volksaufklärung verschwunden ist, so fällt auch die darauf gegründete furchtbare Gewalt des Klerus weg, und der Staat bemächtigt sich mit vollem Rechte des angemessenen Eigenthums der Kirche: nämlich des durch Vermächtnisse an sie verschenkten Bodens; wiewohl die Lehnsträger des bis dahin bestandenen Instituts für ihre Lebenszeit schadensfrei gehalten zu werden, aus ihrem Rechte fordern können. ...“¹

¹ *Kant*, Gesammelte Schriften, 1. Abtheilung: Werke, VI. Band, Die Metaphysik der Sitten, 1. Theil. Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre, 2. Theil. Das öffentliche Recht, Anhang erläuternder Bemerkungen zu den metaphysischen Anfangsgründen der Rechtslehre, 8. Von den Rechten des Staats in Ansehung ewiger Stiftungen für seine Unterthanen, B., S. 369, insg., S. 369-369, Der Rechtslehre 2. Theil, 1. Abschnitt. Das Staatsrecht, Allgemeine Anmerkung von den rechtlichen Wirkungen aus der Natur des bürgerlichen Vereins, B., S. 324 Z 30-S. 325 Z 7 „... Die Comthureien auf einer, die Kirchengüter auf der anderen Seite können, wenn die öffentliche Meinung wegen der Mittel, durch die *Kriegshere* den Staat wider die Laufigkeit in Vertheidigung desselben zu schützen, oder die Menschen in demselben durch Seelmessen, Gebete und eine Menge zu bestellender Seelsorger, um sie vor dem ewigen Feuer zu bewahren, anzutreiben, aufgehört hat, ohne Bedenken (doch unter der vorgenannten Bedingung) aufgehoben werden. Die, so hier in die Reform fallen, können nicht klagen, daß ihnen ihr Eigenthum genommen werde; denn der Grund ihres bisherigen Besitzes lag nur in der *Volkseinnung* und mußte auch, so lange diese fortwährte, gelten. So bald diese aber erlosch, und zwar auch nur in dem Urtheil derjenigen, welche auf Leitung desselben durch ihr Verdienst den größten Anspruch haben, so mußte, gleichsam als durch Appellation desselben an den Staat (*a rege male informato ad regem melius informandum*), das vermeinte Eigenthum aufhören. ...“, insg., S. 323-325, S. 324 Z 24-25 „... Der Staat kann sie zu aller Zeit aufheben, nur unter der Bedingung, die Überlebenden zu entschädigen. ...“.

I

Der mögliche Eintritt eines Verfassungswandels

1. *Kants* Befürwortung einer evolutionären Veränderung der Verhältnisse

Kant - „Ob das menschliche Geschlecht im beständigen Fortschreiten zum Besseren sei.“² - , vertraute auf das fortschreitende Wirken der Aufklärung. Da die natürlichen Rechte des Menschen betroffen sind, soll sie von den Philosophen über den Staat an die Regierung vordringen und kommt für ihr Wirken der Publizistik die entscheidende Bedeutung zu.

Der Streit der Facultäten (1798):

„V o l k s a u f k l ä r u n g ist die öffentliche Belehrung des Volks von seinen Pflichten und Rechten in Ansehung des Staats, dem es angehört. Weil es hier nur natürliche und aus dem gemeinen Menschenverstande hervorgehende Rechte betrifft, so sind die natürlichen Verkündiger und Ausleger derselben im Volk nicht die vom Staat bestellte amtsmäßige, sondern freie Rechtslehrer, d. i. die Philosophen, welche eben um dieser Freiheit willen, die sie sich erlauben, dem Staate, der immer nur herrschen will, anstößig sind, und werden unter dem Namen A u f k l ä r e r als für den Staat gefährliche Leute verschrien; ...“³

Die Verbreitung der Aufklärung im Volk soll nach einem einheitlichen Plan erfolgen und evolutionär wirken.⁴

Bei der von *Kant* für befürworteten Monarchie in republikanischer Form,⁵ ist eigentlicher Souverain das Volk.⁶ Dem Monarchen ist der Volkswille zwar nicht institutionell, jedoch

² *Kant*, Gesammelte Schriften, 1. Abtheilung: Werke, VII. Band, Der Streit der Facultäten in drei Abschnitten, 2. Abschnitt, Erneuerte Frage:..., S. 79.

³ *Kant*, Gesammelte Schriften, 1. Abtheilung: Werke, VII. Band, Der Streit der Facultäten ..., 2. Abschnitt, Erneuerte Frage:..., 8., S. 89 Z 19-27, insg., S. 89.

Kant, welcher in Religionsdingen dem Einzelnen die Freiheit uneingeschränkt zusprach (*ebd.*, VIII. Band, Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung? (1784), S. 38 Z 32-S. 41 Z 22), vertraute auf das fortschreitende Wirken von der Aufklärung, dies im öffentlichen Gebrauch der Vernunft, als der freien Meinungsäußerung (S. 36 Z 16-S. 38 Z 32).

⁴ „... das ganze Maschinenwesen dieser Bildung hat keinen Zusammenhang, wenn es nicht nach einem überlegten Plane der obersten Staatsmacht und nach dieser ihrer Absicht entworfen, ins Spiel gesetzt und darin auch immer gleichförmig erhalten wird; wozu wohl gehören möchte, daß der Staat sich von Zeit zu Zeit auch selbst reformire und, statt Revolution, Evolution versuchend, zum Besseren beständig fortschreite. ...“ (*Kant*, Gesammelte Schriften, 1. Abtheilung: Werke, VII. Band, Der Streit der Facultäten ..., 2. Abschnitt, Erneuerte Frage: Ob ..., 10., S. 93 Z 4-9).

⁵ *Kant* löste sich bei der Charakterisierung der Staaten von der aristotelischen allgemeinen Dreieit Monarchie, Aristokratie, Demokratie; forma regiminis: nach welchen Prinzipien ist die staatliche Gewalt organisiert, republikanisch oder despotisch; forma imperii: Unterschied der Personen, welche die Staatsgewalt ausüben, Autokratie, Aristokratie, Demokratie, welche forma regiminis übergeordnet ist. Eine republikanisch-freiheitliche Regierungsform – insbesondere Gewaltenteilung und Repräsentation – kann in Autokratie, Aristokratie, Demokratie verwirklicht werden (*Kant*, Gesammelte Schriften, 1. Abtheilung: Werke, VIII. Band,

ideell und faktisch übergeordnet.⁷ Die republikanisch-monarchische Form⁸ ist ein Stadium des Durchganges zu den demokratischen Formen⁹ der Beherrschung.¹⁰

Reformen sind das genuine Mittel der Politik, das Verfahren das ihrer Natur eigentümlich ist,¹¹ wobei Kant auch die Französische Revolution hierunter zählt.¹²

Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf, 2. Abschnitt, 1. Definitivartikel, S. 349-353 und VI. Band, Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre, 2. Theil, 1. Abschnitt. Das Staatsrecht, § 45., S. 313). „... Autokratisch herrschen und dabei doch republicanisch, d. h. im Geistes des Republicanism und nach einer Analogie mit demselben, regieren, ist das, was das Volk mit seiner Verfassung zufrieden macht.“ (ebd., VII. Band, Der Streit der Facultäten ..., 2. Abschnitt, Erneuerte Frage: Ob ..., 6., S. 86-87, Fußn. **) (87 Z 35-38)).

⁶ „... Sobald aber ein Staatsoberhaupt der Person nach (es mag sein König, Adelstand, oder die ganze Volkszahl, der demokratische Verein) sich auch repräsentiren läßt, so repräsentirt das vereinigte Volk nicht bloß den Souverän, sondern es ist dieser selbst; denn in ihm (dem Volk) befindet sich ursprünglich die oberste Gewalt, von der alle Rechte der Einzelnen, ..., abgeleitet werden müssen, ...“ (Kant, Gesammelte Schriften, 1. Abtheilung: Werke, VI. Band, Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre, 2. Theil, 1. Abschnitt. Das Staatsrecht, § 52., S. 341 Z 12-18). Diesem entsprechend „... Der Beherrscher des Volks (der Gesetzgeber) kann also nicht zugleich der Regent sein, denn dieser steht unter dem Gesetz und wird durch dasselbe folglich von einem Andern, dem Souverain, verpflichtet, Jener kann diesem auch seine Gewalt nehmen, ihn absetzen, oder seine Verwaltung reformieren, aber nicht strafen ...“ (ebd., § 49., S. 317 Z 9-13).

⁷ „... Alle wahre Republik aber ist und kann nichts anders sein, als ein repräsentatives System des Volks, um im Namen desselben, durch alle Staatsbürger vereinigt, vermittelst ihrer Abgeordneten ... ihre Rechte zu besorgen. ...“, welcher Monarch wie die Abgeordneten das Volk repräsentiert (Kant, Gesammelte Schriften, 1. Abtheilung: Werke, VI. Band, Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre, 2. Theil, 1. Abschnitt. Das Staatsrecht, § 52., S. 341 Z 9-21).

⁸ Der Satz König Friedrichs II. von Preußen, er sei der oberste Diener des Staats deutete Kant als eine dem Geiste des repräsentativen Systems gemäße Regierungsart: „... ist es ... doch wenigstens möglich, daß sie eine dem Geiste eines repräsentativen Systems gemäße Regierungsart annähmen, wie etwa Friedrich II. wenigstens sagte: er sei bloß der oberste Diener des Staats“, ...“ (Kant, Gesammelte Schriften, 1. Abtheilung: Werke, VIII. Band, Zum ewigen Frieden ..., 2. Abschnitt, S. 352 Z 30-33), insg. (Z 24-33).

⁹ Kants Kritik von der Demokratie galt allein der unmittelbaren, wegen des Fehlens einer Repräsentation. „... Alle Regierungsform nämlich, die nicht repräsentativ ist, ist eigentlich eine Unform, weil der Gesetzgeber in einer und derselben Person zugleich Vollstrecker seines Willens (so wenig wie das Allgemeine des Obersatzes in einem Vernunftschlusse zugleich die Subsumtion des Besondern unter jenem im Untersatze) sein kann; ...“ (Kant, Gesammelte Schriften, 1. Abtheilung: Werke, VIII. Band, Zum ewigen Frieden ..., 2. Abschnitt, 1. Definitivartikel, S. 352 Z 25-28), „... Die Griechen kannten nicht das repräsentative System.“ (ebd., XXIII. Band, Vorarbeiten zum ewigen Frieden, S. 167 Z 3-4).

¹⁰ Für Kant war die Monarchie in republikanischen Formen nicht Endziel, als Repräsentanten im Sinne von den Stellvertretern des Volkes verstand er zuerst den Monarchen (Kant, Gesammelte Schriften, 1. Abtheilung: Werke, XIX. Band, Reflexionen zur Rechtsphilosophie, R 7436 S. 374, R 7954 S. 563-564, R 8018 S. 582-583, R 8048 S. 593, R 8055 S. 595-596): „... Wenn also ein König das Volk in seinen repräsentanten zusammen beruft, um den Staat zu reformiren, so hält sie nun keine Verbindlichkeit ab, dem Staate eine ganz andre Form zu geben, und sie können so fort die Souveränität an sich nehmen.“ (R 8018, S. 583 Z 6-10). Es kam Kant darauf an, dass Autokratie (Monarchie) und Aristokratie „... vorsätzlich Principien der Republikanischen Regierungsart zu allmählicher Einschränkung ihrer Staatsgewalt durch die Stimme des Volks ...“ annehmen (ebd., XXIII. Band, Vorarbeiten zum ewigen Frieden, S. 166 Z 10-18 (Zitat Z 16-18)).

¹¹ Kant, Gesammelte Schriften, 1. Abtheilung: Werke, VII. Band, Der Streit der Facultäten ..., 2. Abschnitt, Erneuerte Frage: Ob ..., 10. In welcher Ordnung allein kann der Fortschritt zum Besseren erwartet werden? S. 92-93, insb. „...“, daß der Staat sich von Zeit zu Zeit auch selbst reformire und, statt Revolution Evolution versuchend, zum Besseren beständig fortschreite. ...“ (S. 93 Z 8-9), VIII. Band, Zum ewigen Frieden ...,

Obgleich es nach Kant Revolutionen nur in den Köpfen der Menschen, hingegen nicht in ihrer Sinnesart geben durfte:

„Es ist doch s ü ß, sich Verfassungen auszudenken, die den Forderungen der Vernunft (vornehmlich in rechtlicher Absicht) entsprechen: aber v e r m e s s e n, sie vorzuschlagen, und s t r a f b a r, das Volk zur Abschaffung der jetzt bestehenden aufzuwiegeln. ...“¹³

wird einer durchgeführten Revolution ihre nachherige Legitimierung nicht abgesprochen:

„... Wenn auch durch den Ungestüm einer von einer schlechten Verfassung erzeugten R e v o l u t i o n unrechtmäßigerweise eine gesetzmäßigere errungen wäre, so würde es doch alsdann nicht mehr für erlaubt gehalten werden müssen, das Volk wieder auf die alte zurück zu führen, ...“¹⁴

2. *Justis* Unterscheidung von pouvoir constituant und pouvoir constitué

Johann von Justi in seinem *Natur und Wesen der Staaten*¹⁵ (1771) „... Dasjenige, was offenbar dem Endzwecke und der Natur einer Gesellschaft widerstreitet, kann wohl ohne

Anhang I., S. 372 Z 12-33, insb. „... Ein Staat kann sich auch schon republikanisch r e g i e r e n, wenn er gleich noch der vorliegenden Constitution nach despotische H e r r s c h e r m a c h t besitzt: bis allmählig das Volk des Einflusses der bloßen Idee der Autorität des Gesetzes (gleich als ob es physische Gewalt besäße) fähig wird und sonach zur eigenen Gesetzgebung (welche ursprünglich auf Recht gegründet ist) tüchtig befunden wird. ...“ (Z 28-33).

¹² „Es muß etwas M o r a l i s c h e s im Grundsatz sein, ... das menschliche Geschlecht im Ganzen ... angeht, dessen verhofftem Gelingen ... es mit so allgemeiner und uneigennütziger Theilnehmung zujauchzt. – Diese Begebenheit ist das Phänomen nicht einer Revolution, sondern ... der E v o l u t i o n einer n a t u r r e c h t l i c h e n Verfassung, die zwar nur unter wilden Kämpfen noch nicht selbst errungen wird – indem der Krieg von innen und außen alle bisher bestandene s t a t u a r i s c h e zerstört -, die aber doch dahin führt, zu einer Verfassung hinzustreben, welche nicht kriegssüchtig sein kann, nämlich der republicanischen; ...“ (*Kant*, Gesammelte Schriften, 1. Abtheilung: Werke, VII. Band, Der Streit der Facultäten ..., 2. Abschnitt, Erneuerte Frage: Ob ..., 7., S. 87 Z 5-S. 88 Z 3, VI. Band, Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre, 2. Theil, 1. Abschnitt. Das Staatsrecht, § 52., S. 341 Z 23-S. 342 Z 13).

¹³ *Kant*, Gesammelte Schriften, 1. Abtheilung: Werke, VII. Band, Der Streit der Facultäten ..., 2. Abschnitt, Erneuerte Frage: Ob ..., 9., Fußn. *, S. 92.

„Der Ursprung der obersten Gewalt ist für das Volk, das unter derselben steht in praktischer Absicht u n e r f o r s c h l i c h: d. i. der Unterthan s o l l n i c h t über diesen Ursprung als ein noch in Ansehung des ihr schuldigen Gehorsams zu bezweifelndes Recht (ius controversum) werktätig v e r n ü n f t e l n. ...“ (*Kant* ebd., 1. Abtheilung: Werke, VI. Band, Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre, 2. Theil, 1. Abschnitt. Das Staatsrecht, Allgemeine Anmerkung von den rechtlichen Wirkungen aus der Natur des bürgerlichen Vereins, A., S. 318 Z 19-24).

Für das gegenwärtige Volk ist es unerheblich, wie die staatliche Gewalt entstand, ob durch einen wirklichen Vertrag oder durch Gewalt, entscheidend ist, dass für den entstandenen Staat die Rechtsgesetze a priori gelten (S. 318-319).

¹⁴ *Kant*, Gesammelte Schriften, 1. Abtheilung: Werke, VIII. Band, Zum ewigen Frieden Frieden ..., Anhang, I., S. 372 Z 33-37, nachfolgend „... obgleich während derselben jeder, der sich damit gewalthätig oder arglistig bemengt, mit Recht den Strafen des Auführers unterworfen sein würde. ...“ (S. 372 Z 37-S. 373 Z 2).

¹⁵ *Natur und Wesen der Staaten* als die Quelle aller Regierungswissenschaften und Gesetze.

Zweifel vor der Gesellschaft nicht verbindlich seyn. ...“¹⁶, unterschied zwischen der Grundgewalt des Volkes und der obersten Gewalt, der Regentengewalt des Staates:

„... Man muß ... zweyerley Gewalten im Staate unterscheiden, die thaetige oberste Gewalt, welche durch die Grundverfassungen des Staates eingefuehret ist, und die Grundgewalt des gesammten Volkes, aus welcher jene entsteht, ...“¹⁷

Dem Regenten ist, da seine oberste Gewalt in den Grundverfassungen des Volkes ihren Ursprung hat, die Grundgewalt des Volkes nicht zugänglich.¹⁸

Die Grundgewalt des Volkes ruht, bis die Frage von der Grundverfassung ist oder der Staat in die Gefahr des Untergangs – durch äußere Feinde oder durch Maßnahmen der Regentengewalt – gerät.¹⁹

Wenn das Volk die Gefahr sieht, dass die von ihm angeordnete Gewalt seiner vereinigten Kraft kein Genüge leisten kann, so muss es vermöge seiner Grundgewalt selbst nach seinen Angelegenheiten sehen.²⁰ Im Falle des eigenen Unterganges:

„... Alle Gewalt, die von einem andern angeordnet ist, hoeret der Natur der Sache nach so fort auf, und faellt wieder auf ihren Ursprung zurueck; so bald es offenbar ist, daß diese angeordnete Gewalt ihrem Endzwecke keine Genuege leisten kann.“²¹

¹⁶ 4. Hauptstueck, §. 41., S. 90.

¹⁷ 4. Hauptstueck, §. 46., S. 99-100.

¹⁸ „... hat ... die oberste Gewalt, wenn sie nicht bey dem Volke selbst beruhet, niemals ein Recht ueber die Grundgesetze des Staates, sondern das gesammte Volk ist es, welche hierinnen allein eine Aenderung vornehmen kann. ...“ (3. Hauptstueck, §. 41., S. 91),

„... Kein Monarch in der Welt, er sey auch noch so uneingeschraenkt, kann demnach eine Gewalt ueber die Grundverfassungen des Staates haben, und die Veraenderung der Regierungsform, die Nachfolge in der Regierung und alle andere Grundverfassungen sind gaenzlich außer der Graenzen ihrer Macht^k. Denn wie koennen sie ueber dasjenige einige Gewalt haben, was selbst der Grund und Ursprung ihrer eignen Macht ist? ...“ (4. Hauptstueck, §. 46., S. 99).

¹⁹ „... bis die Frage von denen Grundverfassungen ist, oder bis der Staat in der aeußersten Gefahr des Unterganges stehet^l. ...“ (4. Hauptstueck, §. 46., S. 100), „... es sey durch auswaertige Feinde, denen man nicht widerstehen kann, oder durch die ueblen Maaßregeln der obersten Gewalt; so muß natuerlicher Weise die Grundgewalt des Volkes wieder Platz finden. ...“ (4. Hauptstueck, §. 46., S. 101).

²⁰ „... daß diejenige Art und Weise, seine vereinigte Kraft zu gebrauchen, die es angeordnet hat, der Sache kein Genuege leisten kann, und daß der Staat auf dem Punkt seines Untergangs stehet; so ist es wohl dem Endzweck der Republiken nicht gemaeß, zu verzweifeln und sich in diesem Untergange verzagter Weise zu ergeben; sondern das Volk muß vermoege seiner Grundgewalt nunmehr selbst nach seinen Angelegenheiten sehen und darueber einen Entschluß fassen. ...“ (4. Hauptstueck, §. 46., S. 101).

²¹ 4. Hauptstueck, §. 46., S. 101-102.

und das Volk nimmt „... Vermoegte dieser Grundgewalt ... eine gaenzliche Aenderung in der Regierungsform vor, ...“²²

Mit seiner Unterscheidung zwischen der dem Volk zustehenden Grundgewalt und der dem Regenten zustehenden obersten Gewalt sprach Justi die von Abbé Sieyès zur Rechtfertigung einer Revolution kreierte beim Volk liegenden *pouvoir constituant* und die durch die Verfassung eingesetzten *pouvoirs constitués* an.²³

3. *Fichtes* Bejahung revolutionärer und evolutionärer Veränderungen der Verfassungen

Fichte begründete das Recht des Volkes auf Veränderungen seiner Verfassung durch Revolutionen in seinen im Jahre 1793 verfassten beiden Reden: Beitrag zur Berichtigung der Urtheile des Publikums ueber die franzoesische Revolution und Zurueckforderung der Denkfreyheit von den Fuersten Europens, die sie bisher unterdrueckten, welche ewige Gültigkeit eines Vertrages gegen das Recht der Menschheit verstoße,²⁴ „... daß das Recht eines Volkes, seine Staatsverfassung zu veraendern, ein unveraeußerliches, unverlierbares Menschenrecht sey, ...“²⁵

Revolutionen und Evolutionen kommen hierfür in Betracht:

„... Keine Staatsverfassung ist unabaenderlich, es ist in ihrer Natur, daß sie sich alle aendern. Eine schlechte, die gegen den nothwendigen Endzweck aller Staatsverbindungen streitet, muß abgeaendert werden; eine gute, die ihn befoerdert, aendert sich selbst ab. ...“²⁶

²² 4. Hauptstueck, §. 46., S. 100, nachfolgend „... Vermoegte dieser Gewalt ist das Volk befugt eine Familie, auf welche sonst das Recht der Nachfolge fallen wuerde, von dem Thron auszuschließen, wenn der Staat dadurch in Gefahr stehet, eine abhaengliche Provinz eines andern Reiches zu werden, oder Bedrueckungen seiner Religion zu leiden, ... Vermoegte dieser Gewalt werden Aenderungen in der Religion vorgenommen, die allemal zu denen Grundverfassungen gehoeret und ueber welche der Regent niemals Gewalt haben kann. ...“ (S. 100-101).

²³ *Sieyès*, *Qu'est-ce que le Tiers État? Qu'est-ce ...*, Chap. V., p. 159-160 „... La nation existe avant tout, elle est l'origine de tout. Sa volonté est toujours légale, elle est la loi elle-même. Avant elle et au-dessus d'elle il n'y a que le droit *naturel*. Si nous voulons nous former une idée juste de la suite des lois *positives* qui ne peuvent émaner que de sa volonté, nous voyons en première ligne les lois *constitutionnelles*, qui se divisent en deux parties: les unes règlent l'organisation et les fonctions du corps *législatif*; les autres déterminent l'organisation et les fonctions des différens corps *actifs*. Ces lois sont dites *fontamentales*, non pas en ce sens, qu'elles puissent devenir indépendantes de la volonté nationale, mais parce que les corps qui existent et agissent par elles, ne peuvent point y toucher. Dans chaque partie, la constitution n'est pas l'ouvrage du pouvoir constitué, mais du pouvoir constituant. ...“.

²⁴ „... Es ist ein unveraeußerliches Recht des Menschen, auch einseitig, so bald er will, jeden seiner Vertraege aufzuheben; Unabaenderlichkeit und ewige Gueltigkeit irgend eines Vertrags ist der haerteste Verstoß gegen das Recht der Menschheit an sich. ...“ (*Fichte*, Beitrag franzoesische Revolution, I. Theil, 2. Heft, 4. Kap., S. 204).

²⁵ *Fichte*, Beitrag franzoesische Revolution, I. Theil, 1. Buch, 2. Kap., S. 107.

²⁶ *Fichte*, Beitrag franzoesische Revolution, I. Theil, 1. Buch, 1. Kap., S. 103.

Als stetiges Fortschreiten der Menschheit liefert die Weltgeschichte Beispiele für Revolutionen und Evolutionen.²⁷

Evolutionäre Veränderungen sind besser:

„...Gewaltsame Revolutionen sind stets ein kühnes Wagestück der Menschheit; ... Sicherer ist allmähliches Fortschreiten zur grösseren Aufklärung, und mit ihr zur Verbesserung der Staatsverfassung. Die Fortschritte, die ihr macht, sind weniger bemerkbar, indem sie geschehen; ...“²⁸

und im gegenwärtigen Jahrhundert hat die Menschheit in Deutschland große Fortschritte bei weiterem Erhalt seines gothischen Gebäudes gemacht²⁹ :

„... Es ist wahr, der gothische Umriss des Gebäudes ist noch fast allenthalben sichtbar; die neuen Nebengebäude sind noch bei weitem nicht in ein festes Ganze vereinigt: aber sie sind doch da und fangen an bewohnt zu werden, und die alten Raubschlösser verfallen. ...“³⁰

4. Der demokratische Volkswille als Konstitutionsgrund für die Entstehung und Formierung von staatlichen Gemeinschaften bei den *Publizisten* des Würzburger Bischofstuhles

Der Volkswille mit einer demokratischen Mitbeteiligung des Volkes als Konstitutionsgrund für die Entstehung von staatlichen Gemeinschaften und der in ihm ausgeübten Herrschergewalten wurde zu Ausgang des 18. Jahrhunderts insbesondere von den Publizisten des Würzburger Bischofstuhles befürwortet.

Hochheim, Das Saekularisationsprojekt nach dem Zeitgeist:

„Ich habe nicht erst auszufuehren noethig, dass die oberste Staatsgewalt sich einzig bey der Masse der Menschen, welche den Staat bilden, b e y d e r

²⁷ „... Die Menschheit sollte elend seyn, aber sie sollte nicht elend bleiben. Ihre Staatsverfassungen, die Quelle ihres gemeinsamen Elends, konnten bis jetzt freilich nicht besser seyn – sonst wären sie es – aber sie sollten immer besser werden. Dieses geschah, soweit wir die Menschengeschichte vor uns verfolgen können, und wird geschehen, so lange eine Menschengeschichte seyn wird, auf zweierlei Art: entweder durch gewaltsame Sprünge, oder durch allmähliches, langsames, aber sicheres Fortschreiten. ... Die Weltgeschichte liefert Belege zu beiden. ...“ (*Fichte*, Sämtliche Werke, VI. Band, Zurückforderung der Denkfreiheit ..., Vorrede, S. 5).

²⁸ *Fichte*, Sämtliche Werke, VI. Band, Zurückforderung der Denkfreiheit ..., Vorrede, S. 5.

²⁹ „... So machte in unserem gegenwärtigen Jahrhundert die Menschheit, besonders in Deutschland, ohne alles Aufsehen einen grossen Weg. ...“ (*Fichte*, Sämtliche Werke, VI. Band, Zurückforderung der Denkfreiheit ..., Vorrede, S. 6).

³⁰ *Fichte*, Sämtliche Werke, VI. Band, Zurückforderung der Denkfreiheit ..., Vorrede, S. 6.

N a t i o n befinde,⁽³¹⁾ ... Der Wille des Volkes und die Konstitution hat den Fuersten zu dem ersten Staatsbeamten erhoben; ...^{“32}

Baur, Allgemeine Grundsätze des Völkerrechtes:

„... Die executive Gewalt (*imperans*) im weitesten Sinne des Wortes soll nämlich keine andere seyn, als der allgemeine Wille des Volkes, so daß der Wille der Executoren und des Volkes einerley ist, wodurch dann jener Satz die Bedeutung erhält: *das Volk stehet unter einem Gesetze, weil es sich solchem unterworfen hat*,⁽³³⁾ ..., indem das Volk dadurch festsetzte, dass der Regent, dessen Gewalt keine andere als der allgemeine Wille des Volkes ist, ...^{“34}

der Verfasser von *Die Vernunft fordert die Säcularisierungen nicht*:

„... Alle Souveränität gehet vom Volke aus. Diess ist ein Axiom der Rechtslehre. Und wäre nach geschichtlichen Gründen die Souveränität des deutschen Reiches nicht von dem erklärten VolksWillen ausgeflossen, wie sie auch wirklich nicht von ihm ausgegangen ist; so könnte sie doch in rechtlicher Hinsicht nach keiner andern Entstehungsart vorstellig gemacht werden. Die erste Bedingung, unter welcher ein Volk seine Souveränität überträgt, ist die Erhaltung des Volkes als eines bürgerlichen Ganzen. ...^{“35}

der Verfasser des *Merkwuerdigen Sendschreibens die Unrechtmaessigkeit der Saekularisationen*:

„... Ein Staat ist keine Habe, kein Patrimonium, das sich vom Vater auf den Sohn u. s. w. vererben kann – sondern der Staat ist eine Gesellschaft von Menschen, ueber die Niemand anders als er selbst, zu gebieten und zu disponiren hat. ...^{“36}

und *Wende*, Die geistlichen Staaten:

„Doch den entscheidenden Schritt tun die Würzburger Publizisten, wenn sie in Anlehnung an Kant den Rechtsgrund eines Staates in dem Gesellschaftsvertrag sehen wobei gleichzeitig versichert wird, daß dieser Vertrag keineswegs als historisches Faktum verstanden werden dürfe, vielmehr als bloße ‚Idee der Vernunft.‘ ...^{“37}

⁽³¹⁾ S. 142.

³² S. 190.

⁽³³⁾ 2. Hauptstück, §. I., 2., S. 109.

³⁴ 2. Hauptstück, §. V., S. 168, insg., §. I., 3. u. 4., S. 110-114, §. V., 2., S. 154-167.

³⁵ II. Abschnitt, §. 2., S. 56-57.

³⁶ Fußn. *, S. 37-38 (37).

³⁷ III., S. 92.

Die lehnsmäßigen Einsetzungen durch Kaiser, Reich und durch die Landesherren wurden als im voraus durch die Gesetze vom Volk bestimmt und der äußere Weg und die Form zur Gelangung der Herrschaftsausübung gedeutet, wogegen die sachliche Berechtigung dazu als eine durch das Volk vorgenommene Übertragung der Herrschafts- und Staatsgewalt auf die Territorialherren angesehen wurde.³⁸

Der sächsische Publizist *Friedrich Siegmann* deutete in seinem im Jahr 1787 erschienenen Versuch ueber die Rechte des Kaisers bei Streitigkeiten der Reichsstaende ueber ihre Staatsgerechtsame im Verhaeltnisse zur Verfassung des Reiches als Ganzen, „..., da alle Reichsgesetze, ohne Unterschied ihres Gegenstandes, mit Zuthun der Staende, als Repraesentanten der Nation, errichtet werden ...“ (1. Abschnitt, XIV., S. 46). Diese doppelte Seite des Reichs würde mehr in die Augen fallen „..., wenn jede durch aeusere Merkmahle bezeichnet, und so die eine wie die andere, an ihrer Gestalt, gleich zu erkennen waere. Dieß koennte der Fall seyn, wenn dem Kaiser die Privatgesetzgebung einseitig zustuende, die Staende hingegen, im Nahmen der ganzen Nation, bloß die Bestimmungen der Grundverfassung verrichteten, oder wenn vielleicht gar die Nation selbst an letztern, auf gewisse Art, Antheil naehme. ...“ (XIV., S. 46). In Deutschland, wo anfänglich die Nationalfreiheit in den Volksversammlungen existent war, war die die Majestät des Regenten beschränkende Einwilligung des Volkes, vom Volk den Ständen in einer stillschweigend erteilten Vollmacht für die Grundbestimmungen der deutschen Staatverfassung übertragen worden. Dieser Kompromiss berechtigt jedoch die Reichsstände, nach dem wahrscheinlichen Willen der Nation nicht zu einer uneingeschränkten Bestimmung der Staatsverfassung. Sie können dem Hauptgrundvertrag genauere Bestimmungen setzen, die kaiserliche Gewalt und die Regierungsform genauer bestimmen (XV., S. 50). „... Aber sie sind nicht befugt, selbige nach Gutbefinden gaenzlich aufzuheben und abzuaendern, welches sich nicht anders, als mit audruecklicher, oder stillschweigender Genehmigung der ganzen Nation denken laeßt. ...“ (XV., S. 51). Insbesondere konnte die Umschaffung des Reiches „..., aus einem einfachen zu einem zusammengesetzten Staatskoerper, ..., daher das heutige Reichssystem wohl nie zu Stande gekommen waere, wenn nicht die ganze Nation selbst dazu mitgewirkt, und es stillschweigend genehmigt haette. ...“ (XV., S. 51).

Nach der im Jahr 1796 erschienene *Kritik der deutschen Reichsverfassung* (Anonymus), I. Band: Kritik der Regierungsform des deutschen Reichs ist:

„... Deutschland ... kein monarchischer Staat; ...“, sondern „...: eine Pantokratie der Repraesentanten der einzelnen vereinigten deutschen Staaten unter der gesetzmaeßigen Autoritaet des Veto eines aus ihrer Mitte selbst gewaehlten Einzigen. ...“ (1. Abschnitt, S. 57),

„Wenn Gesetze der Ausdruck des a l l g e m e i n e n Willens sind, ..., so wird, in Abstrakto genommen, diejenige Regierungsform unter allen die beste sein, wo jeder Antheil an der Gesetzgebung nimmt, oder doch, im Falle der Nichtuebereinstimmung aller, die von allen in dem buergerlichen Verein beliebte Mehrheit der Stimmen Gesetze gibt. Eine solche Regierungsform heißt: P a n t o k r a t i e, G e s e t z g e b u n g A l l e r. ...“ (2. Abschnitt, I., S. 60-61). Die Gesetzgebung Aller würde jedoch bei der Größe des Reiches mit dem Organisationsaufwand die Regierungstätigkeit ersticken, weshalb dieses Recht auf die Repräsentanten der verbundenen deutschen Staaten übertragen worden sei, „die in dieser Qualität Stände des Reiches“ heißen. (2. Abschnitt, I., S. 61-62 (S. 61). Die Übertragung ist aber keineswegs als eine Entäußerung anzusehen (S. 64-65), dies gebietet auch das Gebot der im Staatsrecht geltende praktische Vernunft, welche Übertragung eine nur bedingte ist (S. 67). Die Gesetze müssten, um verbindlich zu sein, inhaltlich dem allgemeinverbindlichen Vernunftsprinzip folgen (S. 65), wofür Prüfstein der Kategorische Imperativ ist (S. 66). Die Reichstagsgesandten müssten von den Instruktionen befreit werden, und nach eigener Einsicht handeln (S. 70-78 (75)), gleichfalls müsste die Abschaffung der drei ständischen Kurien und ihre Abstimmung nach Köpfen erfolgen (S. 78-95), womit der Reichstag eine Versammlung von Experten bei einem Rückzug der Reichsfürsten aus der Reichspolitik werde. Das Ratifikationsrecht des Kaisers ist eine alleinige Bestätigung, sein Veto nur, wenn Rechte der Untertanen verletzt sind, insbesondere ist der Kaiser „... Vermoege dieses hohen Rechts ... der Schutzengel der gesetzlichen Gleichheit und Freiheit der deutschen Buerger, ...“ (2. Abschnitt, II., S. 181-189 (188).

Majer, Teutsche Staatskonstitution, 1800 erschienen, I. Band, S. 1: sein Entwurf sah für die Ausübung von der exekutiven Gewalt – entsprechend der französischen Direktorialverfassung an III – ein fünfköpfiges Direktorium vor.

³⁸ *Baur*, Allgemeine Grundsätze des Völkerrechtes, 2. Hauptstück, §. I., 3., S. 110-111 „... Das Feudal-System bestimmt nicht die Art der Regierung (*forma regiminis*), sondern die Art der *B e h e r r s c h u n g*

Die vorhandene adelsmäßige Abstammung der Territorialherren wurde allein als die förmliche Seite gesehen, wogegen die sachliche Einsetzung in die Regentschaft ihrer Territorien durch die Verfassung ihres Landes erfolgt müsse.³⁹

Die adelsmäßige Abstammung begründete demnach für sich allein noch kein Anrecht auf die Regierung eines Territorialstaates, sondern das Volk musste die Regentschaft der aus den Adelsfamilien stammenden Erstgeborenen im voraus anerkannt haben.⁴⁰

(*forma imperii*), das heisst, es wird durch dasselbe nicht bestimmt, dass der Regent, weil er die Regierung des Staates nicht durch den Willen seiner Unterthanen, sondern als Lehen erhalte, und die Huldigung der Investitur als etwas nicht zu verweigerndes, nicht diese jener nachfolge, nicht gehalten sey, seine Regierung jener Idee eines ursprünglichen Vertrages angemessen zu machen, sondern nur, dass, da es durch die Gesetze schon im voraus bestimmt ist, wen das Volk als seinen *Herrscher* anerkennen solle, der Wille desselben in einzelnen Fällen schon als erklärt anzusehen sey. ...“, 4., S. 112 „... Es kann also durch das Feudal-System in teutschen Staaten nichts weiter festgesetzt und bestimmt werden, als die Art, zur Regierung entweder des ganzen Reiches oder eines einzelnen Staates in demselben zu gelangen, und die Weise, wie derselbe an das Reich gebunden und geknüpft sey, nie aber die Art und Weise, wie die Regierung zu verwalten sey: vielmehr gilt hier wie überall das Gesetz: *Was das gesammte Volk nicht als rechtlich über sich beschließen kann, das kann sein Beherrscher auch nicht zum Gesetze machen wollen.* ...“.

³⁹ Baur, Allgemeine Grundsätze des Völkerrechtes, 2. Hauptstück, §. V., 2., S. 164-165 „... Die regierenden Familien von Teutschland gehören zwar sämmtlich zu dem hohen Reichsadel, und scheinen in so fern eine eigene Klasse von Staatsbürgern, welche zwischen dem Volke und Souverän mitten inne stehen, und zu Reichsständen geboren sind, auszumachen: allein damit möchte denn doch noch nichts weiter bewiesen seyn, als dass ihnen von Geburt aus schon eine gewisse Präeminenz zustehe, welche aber nichts weiter als *Titel, Wapen und Rang* im Äüßern mit sich führt, und um auf die Regierung eines Landes Anspruch zu geben, in der Constitution desselben als *zur Regierung berechtigt* festgesetzt werden muss; ...“.

⁴⁰ Baur, Allgemeine Grundsätze des Völkerrechtes, 2. Hauptstück, §. V., 2., S. 163 „... Dergleichen geborne Repräsentanten sind nicht etwa, auch vor Uebernehmung einer Regierung, oder nachdem sie dieselbe auf irgend eine Art verloren haben, besser als alle andere Staatsbürger, denen man eine Regierung auch mit Hintansetzung der Rechte des Volkes übertragen muss, sondern sie sind geborne Unterthanen, denen aber das Volk schon zum Voraus durch die Constitution den erledigten Fürstenstuhl zugesichert hat.*) ...“ und

der Verfasser des *Merkwuerdigen Sendschreibens die Unrechtmaessigkeit der Saekularisationen*, S. 37-38, Fußn.* „Das Succesionsrecht entspringt keineswegs aus der Erbschaft des Vaters. ... Hat nun ein Volk einmal sein Wahlrecht aufgegeben, und sich foermlich und feyerlich anheischig gemacht; jedes Mal den Erstgebohrnen aus der regierenden Familie fuer seinen Regenten anzuerkennen, so ist das Succesionsrecht des Erstgebohrnen nach dem Tode seines Vaters *kein geerbtes*, sondern ein *persoentliches* Recht. Im ersten Fall hat das Volk ein=fuer allemal gewaehlt – im letzten Falle waehlt es entweder selbst, oder durch seine Gewalttraeger, Repraesentanten (engerer Ausschuß oder Domkapitel genannt, thut hier nichts zur Sache).“ Hieraus wurde auch das Entstehen eines Schadens bei den linksrheinischen Reichsständen verneint.

Baur, Allgemeine Grundsätze des Völkerrechtes, 2. Hauptstück, §. V., S. 158-161 „... Die Verkürzung des Gebiethes und die Verringerung der Anzahl seiner Einwohner durch diese Verkürzung kann nicht als Verlust betrachtet werden; denn die unterjochten Staatsbürger waren nicht ein Eigenthum des Staates, sondern Personen, welche neben den anderen in ihrer alten Verfassung noch lebenden frey bestanden, ... Es ist also nicht einzusehen, was denn die Fürsten, welche die Eroberung eines Theils ihrer Länder durch den Feind als einen Schaden betrachten, Verlust nennen, wenn es nicht die Verkürzung ihrer Tafelgelder, die Verengung ihres Jagdgebietes und dergleichen gemeint ist, welche aber doch wohl nicht gegen die Rechte des Volkes, nur sich selbst Gesetze zu geben, und die ursprüngliche Freyheit der Menschen, welche man, um seine Casse vollzählig zu erhalten, aufopfert, in Anschlag gebracht werden kann! ... Diess auf das teutsche Reich angewendet, so lässt sich ohne alles Weitere einsehen, dass kein Stand desselben wegen seines zum Theile verlorenen Gebiethes eine Entschädigung von dem Reiche verlangen könne, weil er wirklich keinen Schaden

5. Bejahung von Verfassungsänderungen durch den Zeitgeist bei dem Verfasser von *Ueber die Einwirkung des Geistes in das Verderbniß der deutschen Constitution*

Der Verfasser von *Ueber die Einwirkung des Geistes in das Verderbniß der deutschen Constitution* bejahte den Geist der Zeit als Ursache und Grund für Revolutionen:

„Große Revolutionen entstehen aus dem G e i s t d e r Z e i t. Sie entzuenden sich, wie die Vulkane, aus dem Stoff, den die Erde bis zum Uebermaß in sich gesammelt hat. ... der Geist der Zeit bildet sich durch die Zusammenwirkung verschiedener einander ganz ungleichen Verhaeltnisse. ... die Wirkungen gewisser Begebenheiten ganze Epochen hervorbringen. ... Der Geist der Zeit ist zwar in Sich nichts anders, als ein e n t s c h i e d e n e r H a n g d e r M e n s c h e n e n t w e d e r z u g e w i s s e n H a n d l u n g e n, oder zu g e w i s s e n M e i n u n g e n.⁽⁴¹⁾ ... Die Erfahrung bestaetigt uns leider dasjenige, was der Geist der Zeit vermag. Die großen Veraenderungen, welche sich in deutschen Verfassung seit der Regierung K. R u d o l f s I bis auf die gegenwaertigen Regierungsjahre K. F r a n z II darstellen ueberzeugen uns, daß der Geist der Zeit ueber Nationen, Fuersten und Verfassung herrsche. ...“⁴²

Das von Reichsständen unter dem Einfluss der Zeit zur Verfolgung ihrer eigenen Interessen mit der Französischen Republik eingegangene ⁴⁵gemeinsame Zusammenwirken bewirkte eine Revolution in der Verfassung des Reiches.

erlitten hat, noch weniger aber ein Regent, der sein ganzes Land einbüste, in einem andern Lande die Regierung verlangen könne. ...“ und

Hochheim, Das Saekularisationsprojekt nach dem Zeitgeist „... Die persoenlichen Rechte eines Volks, sind Selbststaendigkeit, Unabhængigkeit und Verfassung naemlich, sind unveraeußerlich; ueber diese hat kein Staat zu disponiren, weil keine Regierung je eine Gewalt ueber dieselbe hatte. Diese koennen daher nie der Gegenstand einer Entschaedigung werden, wenn die Regierung mit der andern handelt, weil eine Entschaedigung von beyden Seiten Eigenthum voraussetzt. – Hr. Weise scheint eines von den ungluecklichen Subjecten zu seyn, die jezt noch – am Ende des philosophischsten aller Jahrhunderte und trotz dem c o n t r a c t S o c i a l und der franzoesischen Revolution – die Staatsbuerger zu dem Eigenthume der Regenten rechnen, ... Verkuerzung der Tafelgelder, Verengung des Jagdgebieths, Verminderung der Revenuen kann doch wohl gegen die Volksrechte in keinen Betracht kommen. ...“ (S. 177-178), insg. (*ebd.*), „... Das ist ein armer Suender, der im Jahre 1799, dem Schlußjahre des philosophischen Jahrhunderts, noch so ein Argument aufstellt, und den Fuersten ein Eigenthumsrecht ueber ihr Land einraeuert; ...“ (S. 197), insg. (S. 196-197).

⁽⁴¹⁾ In: *Magazin der Europaeischen Staatenverhaeltnisse*, I. Band, 2. Heft, I., 2., S. 155.

⁴² In: *Magazin der Europaeischen Staatenverhaeltnisse*, I. Band, 2. Heft, I., 2., S. 156.

⁴³ „... Verschiedene Staende glaubten berechtigt zu seyn, bey gegenwaertigem Reichskriege ihr besonderes Interesse zur alleinigen Richtschnur ihrer Handlungen zu nehmen. Diese Abweichung erhielt ihre Impulsion durch den Geist der Zeit, der aus laengeren Vorbereitungen das System einer souveraeenen Freyheit und Ungebundenheit gleichsam festgesetzt hat. Diese souveraeene Art zu handeln zerriß die Bande der Verfassung, machte die mindermaechtigen Staende Huelfs= und Schutzlos, und gab sie mit Gut und Blut dem Feinde des Reichs preis. Der Unterschied zwischen der Revolution Frankreichs, und der Revolution in der deutschen Verfassung besteht nur darinn, daß sich die franzoesische Nation eng v e r e i n i g t e, durch Vertilgung ihrer alten Verfassung, eine mehr der Freyheit angemessene Constitution zur Behauptung ihrer innerlichen und aeußerlichen Sicherheit zu Stande zu bringen; da hingegen ein grosser Theil der deutschen Reichsfuersten sich von ihren Mitstaenden m i t G e w a l t r e n n t e, um durch willkuehrliche Handlungen ihre urspruengliche Konstitution ... zu zerstoeren. ...“ (*Magazin der Europaeischen Staatenverhaeltnisse*, I. Band, 2. Heft, I., 2., S. 166).

Der Geist von Freiheit und Gleichheit ist keine Erfindung der Fürsten, sondern er schleicht sich aus dem Volk in die Kabinette ein.⁴⁴

Da der Geist der Zeit nicht bloß jedem die Lehren gibt, sondern durch tausende Beispiele Überzeugungen hervorbringt, erkennt man bei der inneren Beschaffenheit mancher Reichsländer, dass nicht die Französische Revolution sondern der Geist der Zeit das Verderben der Reichsverfassung herbeigeführt hat.⁴⁵

Mit dem Geist der Zeit ist demnach die deutsche Verfassung nicht mehr zu vereinbaren:

„... Es ist daher nicht zu läugnen, daß die deutsche Verfassung mit gegenwärtigem Geist der Zeit sich nicht mehr verträgt. ...“⁴⁶

⁴⁴ „... Der Geist der G l e i c h h e i t und F r e y h e i t ist keine Erfindung der Fürsten. Er schleicht sich ganz unvermerkt aus der niedern Klasse der Menschen in die Cabinete derselben ein. ...“ (*Magazin der Europaeischen Staatenverhaeltnisse*, I. Band, 2. Heft, I., 2., S. 168) „... Die philanthropische und encyclopedistische Lehrmethode bildet in allen Staaten einen Schwarm solcher unsinniger Köpfe, die aus Mangel aller Staatsklugheit auch das Regierungsgeschäft ganz philanthropisch**) und Encyclopaedisch*) behandeln, und sich unter das Volk durch ihre Verwegenheit und täuschenden Grundsätze Anhang verschaffen. ...“ (S. 168-169), „... Ohne den Vorschub dieser Race von Menschen, würden die Franzosen niemals so viele Anhänger in Deutschland gefunden, und so grosse Progressen in ihren Friedens=Neutralitäts=Relutions=und anderen Demarschen gemacht haben; ...“ (S. 170).

⁴⁵ Der Geist der Zeit bringt durch tausende Beispiele Überzeugungen von Schwärmereien hervor, bei „... der innerlichen Beschaffenheit mancher deutschen Reichsländer, ihren Cheffen, und ihren Regierungsgehuelfen; ...“ erkennt man „...“, daß nicht die französische Revolution, sondern der Geist der Zeit das Verderben der deutschen Verfassung herbeygefuehrt habe. ...“ (*Magazin der Europaeischen Staatenverhaeltnisse*, I. Band, 2. Heft, I., 2., S. S. 171).

⁴⁶ In: *Magazin der Europaeischen Staatenverhaeltnisse*, I. Band, 2. Heft, I., 2., S. 170.

II

Das gemeinsame Zusammenwirken von Kaiser und Reichsständen zum Schutze und Erhalt der alten Privilegienordnung als der nach dem historischen Selbstverständnis des Reiches maßgebende Konstitutionsgrund seiner Verfassung

Die theoretische Begründung und Rechtfertigung des Reiches mit den in ihm ausgeübten Herrschergewalten war in seinen Anfängen eine sowohl transzendente als auch irdisch-weltliche gewesen.

Nach den Grundgedanken der mittelalterlichen Weltanschauung: Gott als der Quelle alles Seins, Prinzip der Einheit als obersten Zweck und Indienststellung jedes Sonderzweckes für die Erreichung des großen Allgemeinen, Unterordnung des Einzelnen und seiner individuellen Interessen in den göttlichen Weltenplan und unter die göttliche Vernunft, von Gott gegebener einheitlicher Menschenverband, Einheit allen Rechtes und aller Gewalten in Gott und Durchdringen von Gottes Willen in jeden Lebensbereich,⁴⁷ wurde auch die Entstehung des Staates und der in ihm ausgeübten Herrschergewalten als Ausfluss einer transzendenten göttlichen Legitimation gesehen.

In Fortführung der antiken griechischen – eine sich ständig in eigener souveräner Beschlussfassung bildende Lebensgemeinschaft von Bürgern⁴⁸ – und römischen – eine beim

⁴⁷ *Geldner*, Die Staatsauffassung und Fürstenlehre des Erasmus von Rotterdam, Grundzüge der mittelalterlichen Staatslehre, S. 12; *Dyckmans*, Das mittelalterliche Gemeinschaftsdenken unter dem Gesichtspunkt der Totalität, 1. Teil, A., 1., S. 34-38; *Gierke*, Die Staats- und Korporationslehre des Alterthums und des Mittelalters und ihre Aufnahme in Deutschland, § 11., II., S. 514-515, III., S. 515-517; *Manz*, Der Ordo-Gedanke, 1. Kap., 1. Abschnitt, S. 5; *Schwer*, Stand und Ständeordnung im Weltbild des Mittelalters, I., 2., e), S. 43; *Kern*, Gottesgnadentum und Widerstandsrecht im früheren Mittelalter, I., § 1., S. 7-8; *ders.*, Recht und Verfassung im Mittelalter, I., 1. u. 2., II., 1., in: *HZ*, CXX. Band, S. 3-12, 45-52: Gott ist der Anfang allen Rechtes, dieses ist ein Stück der göttlichen Weltordnung und nicht vom Staat gesetzt, das Recht steht über dem Staat, ihm gebührt die Souveränität und nicht dem Staat und seinem Herrscher, Bindung des Herrschers an die Rechtsordnung; *Conrad*, Deutsche Rechtsgeschichte, I. Band, 3. Teil, 4. Abschnitt, 1. Kap., § 1., S. 345-347; *Nova Vulgata*, Rom 13, 1-7 (1), p. 1692 „... Non est enim potestatis nisi a Deo; quae autem sunt, a Deo ordinatae sunt.“ und *Ssp*, Ldr, Prologus „...²¹ Got is selve recht, dar umme is em recht leif²¹). ...“ (*Sachsenspiegel*, Landrecht, Vorreden, S. 51-52), insg. (S. 51-52: Prologus und Textus Prologi).

⁴⁸ In der griechischen Staatenwelt besaß nach dem Ende des heroischen Königtums die Ekklesia, was dem allgemeinen Freiheitsideal der Griechen entsprach, die höchste beratende und beschließende Staatsgewalt und entschied über Krieg und Frieden, Schließung und Aufhebung von Waffenbündnissen, über den Erlass von Gesetzen, über Tod, Verbannung, Vermögenseinziehung und über die Wahl und Rechenschaftsablegung der Beamten (*Aristoteles*, *Politica*, *Politikon* A, 1298 a, p. 136-137; *Euripides*, *Fabulae*, *Tomus* II, IKETIAEC, V 404-408, 426-462: Theseus zum Herold der Thebener (Kreon), hier gibt es keinen Fürsten, die Stadt ist frei, die Bürger bekleiden die Ämter, Arm und Reich haben gleiche Rechte, nichts ist dem Volk so verhasst wie der Tyrann, dann gibt es keine Gleichheit, wo das Volk selbst gebietet, schafft es reichen Lebensgenuss (*Ehrenberg*, *Der Staat der Griechen*, 1. Teil, 2. Kap., 3., a), S. 64-72). Der daneben auch vorhandene kleinere Rat mit zumeist etwa 400-600 Mitgliedern, dem die durch Alter und Adel hervorragenden Männern zugehörten und welcher die Regierungsgeschäfte erledigte, hatte gegenüber der Ekklesia eine je stärkere Stellung, als eine Vormacht des Adels gegeben war (*Ehrenberg* ebd., 3., a) und b), S. 63-79). Der zu wählende Beamte besaß kein öffentliches Imperium, sondern er erschien als Beauftragter des Volkes (*Ehrenberg* ebd., 3., c), S. 79-87, a), S. 70 und *Seidl*, *Römische Rechtsgeschichte*, § 21, S. 127-130). In der Ekklesia, dem Rat und den Beamten, bei beiden letzteren mit kurzfristig und oft wechselnden Teilnahmen verkörperte sich die Grundidee der Polis, eines Personenverbandes und nicht eines Territorialstaates. Eine sich ständig in eigener souveräner

Volk gelegene,⁴⁹ jedoch für dieses, durch von ihm mitbestimmte Vertreter mittelbar ausgeübte, Staatsgewalt – und des germanischen Staatsgedankens – Rechtswahrung der Thing-Gewalt mit den von diesem bestimmten Fürstenrat, Herzog, Volkskönig⁵⁰ – wurde die irdisch erkennbare allgemeine Herrschergewalt als bei der Allgemeinheit, dem Volk gelegen

Beschlussfassung bildenden Lebensgemeinschaft von Bürgern, mit einer unmittelbaren Teilnahme und persönlichen Mitverantwortung dieser an dem alle menschlichen Bereiche einschließlich der materiellen Versorgung umfassendes staatliche Leben, und nicht, ein von Natur gegebenes Volk, aus sich selbst bestehend und in sich selbst ergänzend (*E. Meyer, Vom griechischen und römischen Staatsgedanken, II., in: Das Staatsdenken der Römer, S. 68-78*), welche staatliche Polis Staat nach Aristoteles sich aus der geselligen Natur des Menschen ableitete (*Aristoteles ebd., 1252 b und 1253 a, p. 2-4 (1253 a, p. 4)*).

⁴⁹

Im Rom war in der Königszeit bei Vakanz des Königs dem Senat, der aristokratisch beratenden, jedoch einflussreichen Körperschaft des Königs die Zwischenregierung zugewachsen. Sie wurde von einzelnen Mitglieder, den *interreges* in fünfjährigem Wechsel wahrgenommen. Nachdem die Person des Königs durch Befragung der Götter ermittelt war, ernannte der amtierende *interrex* den König, welcher von der *comitia curiata* durch die *lex imperio* bestätigt werden musste (*Kaser, Römische Rechtsgeschichte, § 6, S. 34-37 und Siber, Römisches Verfassungsrecht, § 5, I., S. 23-30*). Im freistaatlichen Rom lag die oberste Gewalt bei den drei Komitien und der *concilia plebis*, welche die Gesetze beschlossen und die Höchstmagistrate – Regierungsgewalten – : Konsul, Prätor, Diktator, Zensor, Ädil, Quästor, Volkstribun wählten, womit sie auch die Mitglieder des Senats mitbestimmten und die politische Strafgerichtsbarkeit ausübten, welcher Senat ihren Gesetzen und Wahlen seine Zustimmung erteilen musste (*Kaser ebd., § 10 u. § 11, S. 49-555, § 8, S. 40-46, § 9, II., 1., S. 47; Dulkeit, Römische Rechtsgeschichte, § 17., S- 93-98, § 16., S. 88-92, § 15., I.-VII., S. 78-87 und Cicero, Opera omnia, (21) De re pUBLICA, Liber I, 25, p. 52 Z 11-14 „Est igitur, inquit Africanus, res publica/res populi, populus autem non omnis hominum coetus quoquo modo congregatus, sed coetus multitudinis iuris consensu et utilitatis communione sociatus.“, insg. (Z 11-19). Im Prinzipat hatte die freistaatliche Verfassung im grundsätzlichen fortbestanden. *Mommsen, Römisches Staatsrecht, II. Band, 2. Teil, II., Der Principat, Die Idee des Principates. ..., Rz. (727), S. 749-750* „Wie die frühere Republik, so ruht auch der Principat auf der Volkssouveränität¹⁾. Alle Gewalten im Staate üben nicht eigenes Recht aus, sondern stellvertretend dasjenige des Volkes, und der Princeps ist nichts als ein Beamter mehr²⁾, ...“ Insbesondere waren gegeben: die Kumulation der volkstribunizischen und prokonsularischen Gewalten mit der Person des Princeps Senatus, das Fortbestehen der Gesetzgebungsbefugnisse der Komitien, hierbei den *senatus consulta* im 2. Jahrhundert gesetzgleiche Kraft zuerkannt wurden, die Volkswahlen, welche seit der Wahlrechtsreform Tiberius' im Jahre 14 zu einem Bestätigungsrecht der vorgeschlagenen Kandidaten wurden, die Ernennung der Konsule und Prätores seit dem 3. Jahrhundert unmittelbar vom Princeps und die Volksstrafgerichtsbarkeit, bereits im letzten Jahrhundert der freistaatlichen Zeit nahezu auf die vermehrten Strafgerichtshöfe übergegangen, wobei auch der Senat eine begrenzte Strafgerichtsbarkeit erhielt (*Kaser ebd., § 24 u. § 25, S. 104-111 und Dulkeit ebd., § 26., II.-IV., S. 170-176, § 27., I.-III., S. 176-180*). Seit dem Ende des 3. Jahrhunderts unter der Regierung Diokletians das Dominat, mit dem vom Senat zu einer bloßen Akklamation ernannten Kaiser, von dem alle Gewalt im Staat ausging (*Kaser ebd., § 46 u. § 47, S. 206-213 und Dulkeit ebd., § 35., II., S. 245-248, § 36., S. 248-257*). In den in der Hochzeit der römischen Staatlichkeit vorhandenen Komitien, *concilia plebis*, dem Senat und den Höchstmagistraten verkörperte sich die Grundidee der römischen *res publica*, einer zwar beim Volk gelegenen, jedoch für dieses durch von ihm mitbestimmten Vertretern mittelbar ausgeübten Staatsgewalt (*E. Meyer, Vom griechischen und römischen Staatsgedanken, III., in: Das Staatsdenken der Römer, S. 79-83*).*

⁵⁰

Nach dem germanischen Staatsdenken lag die höchste Gewalt bei der zu bestimmten Zeiten zusammengetretenen Versammlung, das Thing, den freien wehrhaften Männern. Bei den älteren freistaatlichen Verfassungsformen wählten diese einen kollegialen Fürstenrat und es existierte nur in Kriegszeiten der gekorene Herzog. Bei den Völkerschaften mit Königen gab es den durch das germanische Geblütsrecht vermöge ihrer göttlichen Abstammung und damit auch ein göttliches Heil innehabenden, einzelnen Geschlechtern zugehörenden von dem Thing zu wählenden Volkskönig. Das Thing, welche dem König seine Stellung gab, hatten immer das oberste Recht gewahrt und konnte dieser von ihr zur Verantwortung gezogen werden. Der Gesamtheit, dem Thing gebührte die Festsetzung der Rechtsordnung durch Weisung des Rechts und durch seine Findung im Einzelfall. Ihre Verwirklichung hatte die Obrigkeit, der Fürstenrat oder der König und eine Anzahl vom Volk höher gewerteter Sippen, ein Volksadel (*Gierke, Der germanische Staatsgedanke, S. 6-8; Conrad, Deutsche Rechtsgeschichte, I. Band, 1. Teil, 2. Abschnitt, 1.-4. Kap., S. 12-20 und Borch, Das Gottesgnadentum, VI., A., 1., a), S. 133*).

angesehen, welches diese dem König/Kaiser übertragen hatte.⁵¹ Diese Übertragung und damit auch die Entstehung des Reiches entsprach dem göttlichen Willen und es kam in der Wahl des Königs/Kaisers durch das Volk und später durch die Fürsten Gottes Wille zum Ausdruck und es wurde Gottes Wille damit vollzogen, womit die transzendente göttliche Legitimierung des Reiches und die in ihm ausgeübten Herrschergewalten gegeben war.⁵²

Der Grundgedanke dafür, der insbesondere Karl den Großen und seine karolingische Staatsgründung beeinflusste⁵³ und auch die gesamte mittelalterliche Welt- und Herrschaftsausübungen kennzeichnete,⁵⁴ war die Vorstellung des Augustinus in seinem *De Civitate Dei*, wonach die solche nicht erkennbare Bürgerschaft Gottes,⁵⁵ als Gemeinschaft der

⁵¹ *Schubert*, Volkssouveränität und Heiliges Römisches Reich, I., in: *HZ*, CCXIII. Band, Aufsätze, S. 93; *Bezold*, Die Lehre von der Volkssouveränität während des Mittelalters, in: *HZ*, XXXVI. Band, Aufsätze, VI. (vielmehr VII.), S. 314-315; *Treumann*, Die Monarchomachen, 2. Kap., § 1., S. 21 und *Schultz*, Die Staatsphilosophie des Nikolaus von Kues, II., a., 2., S. 18 mit Fußn. 39).

⁵² *Kern*, Gottesgnadentum und Widerstandsrecht im früheren Mittelalter, I., § 1., S. 7, 10-13, § 2., S. 43 mit Anm. 95; *Sickel*, Die Kaiserwahl Karls des Grossen, in: *MIÖG*, XX. Band, S. 36-37, Fußn. 1); *Conrad*, Deutsche Rechtsgeschichte, I. Band, 3. Teil, 2. Abschnitt, 1. Kap., § 1., S. 213-214; *Bezold*, Die Lehre von der Volkssouveränität während des Mittelalters, in: *HZ*, XXXVI. Band, Aufsätze, VI. (vielmehr VII.), S. 314-315; ein im Reich verbreitetes Rundschreiben Kaiser Friedrichs II. von Okt. 1157, in welchem er über die Vorfälle, die sich auf dem Hoftag zu Besançon ereignet haben, berichtet und seine Anschauungen über Sacerdotium und Imperium darlegt „Cumque l) per electionem principum a solo deo regnum et imperium nostrum sit m), ...“ (*MGH*, DD, Tomus X., Pars prior, Friedrich I., N^o 186., p. 313-315 (315 Z 8-9), insg. (S. 314-315); *Dante*, *Monarchia*, Liber tertius, XV., 12-13, p. 274-275: 56-66 „... Qumque dispositio mundi huius dispositionem inherentem celorum circulationi sequatur, necesse est ad hoc ut utilia documenta libertatis et pacis commode locis et temporibus applicentur, de curatore isto dispensari ab Illo qui totalem celorum dispositionem presentialiter intuetur. Hic autem est solus ille qui hanc preordinavit, ut per ipsam ipse providens suis ordinibus queque connecteret. Quod si ita est, solus eligit Deus, solus ipse confirmat, cum superiorem non habeat. Ex quo haberi potest ulterius quod nec isti qui nunc, nec alii cuiuscunque modi dicti fuerint ‚electores‘, sic dicendi sunt: quin potius ‚denuntiatores divinae providentie‘ sunt habendi. ...“, insg., XV. (p. 271-275) und *Walther von der Vogelweide* in seinem im Frühjahr 1212 zur Begrüßung von Kaiser Otto IV. bei dessen Rückkehr aus Italien verfassten Gedicht „Her keiser, sît ir willekommen. ... Got gît ze künege swen er wil: ...“ (*Vogelweide*, Gedichte, 73, S. 86-88 (86 V 1-13)), insg. (S. 86-88 V 1-72).

⁵³ *Figgis*, The political aspects of S. Augustine's ‚City of God‘, V, p. 82-84; *Bernheim*, Mittelalterliche Zeitanschauungen in ihrem Einfluss auf Politik und Geschichtsschreibung, I. Teil, I., 2., S. 60-61, III., S. 113; *Bryce*, The Holy Roman Empire, Coincides with the World-Empire, p. 38, Fußn. c; *Ohr*, Der karolingische Gottesstaat in Theorie und Praxis, Einleitung, S. 3-5 (5), 7-8; *Ketterer*, Karl der Große und die Kirche, § 6., S. 120-131, § 8., S. 219-220, § 9., S. 258-259 und *Lilienfein*, Die Anschauungen von Staat und Kirche im Reich der Karolinger, 1. Kap., S. 36.

⁵⁴ *Figgis*, The political aspects of S. Augustine's ‚City of God‘, V, p. 81-100; *Reuter*, Augustinische Studien, (Studie) VII., 2.-8., S. 488-516 (6., S. 511); *Kienitz*, Augustinus, 13. Kap., S. 322-325; *Bryce*, The Holy Roman Empire, Coincides with the World-Empire, p. 83, Fußn. c; *Schneider*, Welt und Kirche bei Augustin, I., S. 15; *Bernheim*, Mittelalterliche Zeitanschauungen in ihrem Einfluss auf Politik und Geschichtsschreibung, Teil I, I., 2., S. 51-52, 56-58, 61-62, III., S. 113-114; *Salin*, Civitas Dei, De Civitate Dei, 4., S. 187-188; *Dempff*, Die Hauptform der mittelalterlichen Weltanschauung, II., 1., S. 30-32 (31) und *Gierke*, Die Staats- und Korporationslehre des Alterthums und des Mittelalters und ihre Aufnahme in Deutschland, § 5., I., S. 108.

⁵⁵ Die Bürgerschaft Gottes ringt mit den irdischen Reichen (*Augustinus*, *De Civitate Dei*, Vol. II., Liber XV., Cap. V., p. 54-55, insb. p. 55 Z 20-23 und *Seidel*, Die Lehre des heiligen Augustinus vom Staate, I., a., S. 8) und führt neben diesen auf Erden mit ihrem dortigen Teil das Dasein einer Pilgerfahrt und ist als solche nicht erkennbar (*Augustinus* ebd., Vol. II., Liber XIX., Cap. XVII., p. 335-337, insb. p. 336 Z 9-17, p. 337 Z 14-20, 26-30, Liber XV., Cap. VI., p. 56-57, insb. p. 56 Z 5-10, 29-31).

Rechtgläubigen und der von Gott Erwählten,⁵⁶ auf Erden sichtbar verwirklicht werden sollte.⁵⁷

In Abweichung vom antiken und auch antik-christlichen Staat, nach dessen Auffassung der höchste und einzige Zweck des Menschen, der alle Bereiche seines Daseins ausmachte, das Leben in der irdischen Gemeinschaft, dem Staat ist, welchem auch die religiöse Kultusausübung dient,⁵⁸ hatte der mittelalterliche Staat neben seinen irdischen Belangen

⁵⁶ Die civitas dei, die Gemeinschaft der Heiligen, welche als Katholiken des Glaubens und der Liebe von Gott vorbestimmt wurden, ist nicht identisch mit der Kirche. Erst am jüngsten Tag, wenn die Scheinchristen aus der Kirche Gottes ausgeschieden werden, erkennt man ihre eigentlichen Mitglieder. Die Kirche ist demnach nicht der Gottesstaat in Vollendung sondern der Gottesstaat im Kommen (*Kienitz*, Augustinus, 13. Kap., S. 314-315).

⁵⁷ Obwohl nach der Konzeption Augustinus' das Reich (bei ihm das Römische Reich) mit dem irdisch-weltlichen Staat weitgehend identisch war und es für die Bürgerschaft Gottes mit dem absterbenden irdisch-weltlichen Staat nur ein *modus vivendi* gab, sollte nun die Bürgerschaft Gottes in Abweichung von der Konzeption Augustinus' sichtbar durch Vereinigung des christlich gewordenen Römischen Reiches und der heiligen Kirche Roms im *Sacrum Imperium* verwirklicht werden (*Kienitz*, Augustinus, 13. Kap., S. 322-325).

⁵⁸ *Morino*, Church and state in the teaching of St. Ambrose, Chap. 3, Independence and Transcendence of Religion, p. 29, Chap. 6, Religion and the State, p. 80; *Salin*, Civitas Dei, Antike Staatsgesinnung, S. 1-10 (1-2, 5, 9); *Foerster*, Der Staatsgedanke des Mittelalters, S. 12; *Schilling*, Die Staats- und Soziallehre des hl. Augustinus, § 32., 2., S. 267 und *Seidel*, Die Lehre des heiligen Augustinus vom Staate, Die Bedeutung der Lehre des heiligen Augustinus über den Staat, Schluß, S. 53.

Dem antiken Diesseitsbezug des Menschen und des Staates und die Rolle der Religion im Staatsleben entsprach das Selbstverständnis der Römer, die Kultusausübung der Menschen zu einer Entsprechung der Ob- und Fürsorge der Götter auf Vergrößerung und Beschützung des irdischen Reiches und des irdischen Wohlbefindens zuzuordnen. Die Religion war ein korrelatives Verhältnis auf der Grundlage des *do ut des*, oder auch eines Vertrags- und Rechtsverhältnis mit beiderseitiger Leistung und Verpflichtung. Roms Erfolge waren Dank und Anerkennung der Götter für römische Religionsausübung (*Wlosok*, Rom und die Christen, 4. Kap., S. 53-67 (A., S. 54-56, B., S. 58-60, C., S. 61, 64-65, 67) und *Berkhof*, Kirche und Kaiser, Staatsreligion, Kaiserverehrung, Reichseinheit, S. 14-18).

Der in den Jahre 311-416 die christliche Religion von ihrer zuerst neben den heidnischen Religionen zugebilligten Duldung zur Reichsreligion erhebende römische Staat:

Edikt der Kaiser Galerius, Konstantin I., Licinius vom 1. März-1. Mai 311: Einstellung der Verfolgungen gegen die Christen und der Gestattung ihrer Kultausübung: *Christentum religiones licitae* (*Eusebius*, Werke, II. Band, 2. Teil, Eusebius, Kirchengeschichte, VIII 17, p. 790, 792, 794),

Toleranzedikt der Kaiser Konstantin I. und Licinius im Febr. 313 in Mailand: freie und unbedingte Erlaubnis der Christen zu ihrem Glauben und ihrer Gottesausübung (*Eusebius*, Werke ebd., X 5, V 1-15, p. 883-887), womit der Römische Staat ein toleranter Staat wurde,

Kaisers Konstantin I. Begünstigung der christlichen Religion gegenüber den heidnischen (insb. seit 324) (*Berkhof* ebd., Der Staat auf dem Wege zu einer christlichen Ideologie, S. 61-62),

Festlegung der Kaiser Gratianus, Valentinianus, Theodosius am 3. März 380: alle Völker über die sie ein gnädiges Regiment führen, sollen in der Religion des göttlichen Apostel Petrus leben und nur sie dürfen den Namen eines katholischen Christen führen (*Codex Theodosianvs*, Tomus VI., Pars I., Liber 16., Titlvs I., II., p. 5-10 (5)) und

die gegen die heidnischen Religionen erlassenen *Gesetze der Kaiser Theodosius I. und II. am 3. März 391, 15. Juli 391, 6. Nov. 392, 7. Dez. 416*: Verbot ihrer Kultausübung und Ausschließung ihrer Zugehörigen von öffentlichen Ämtern (*Codex Theodosianvs* ebd., Titlvs X., X., p. 306-308 (306), XI., p. 308-309 (308), XII., p. 309-317 (309-310), XXI., p. 327), womit jedoch niemand gezwungen wurde, Christ zu werden (*Opitz*, Die Alte Kirche, 3. 2. 4., S. 142)

primär⁵⁹ eine jenseitige Zweckbestimmung:⁶⁰ Die Hinführung des Menschen zu seiner jenseitigen christlichen Endbestimmung.⁶¹ Er war ein christlicher Staat,⁶² hinter welchem, als Stifter und Lenker Gott stand⁶³ und zu dessen Regierung er dem Kaiser das weltliche und dem Papst das geistliche Schwert gegeben hatte.⁶⁴

Mit der im Investiturstreit erfolgten genaueren Unterscheidung, Trennung und gegenseitigen Abgrenzung der geistlichen und weltlichen Gewalten, der ersten

hatte das grundsätzliche antike Verständnis der *do ut des* Beziehung zwischen der Verehrung der Gottheit und dem Willen des Staates und des Einzelnen auch und gerade für die christliche Religion übernommen, welche beiden Edikten der Jahre 311 und 313 dies auch beinhalteten (*Eusebius*, Werke ebd., VIII 17, p. 790, 792, 794, X 5, V 1-15, p. 883-887).

Kaiser Konstantin I. hatte vor der Schlacht gegen Kaiser Maxentius am 28. Okt. 312 an der Milvischen Brücke die Vision des Siegens durch das Kreuz. Er glaubte, dass er sich des christlichen Gottes, als dem gegenüber den heidnischen Göttern stärkere und ohne dessen Hilfe er seinen politischen Gegner nicht besiegen könne, bedienen zu können.

Kaiser Theodosius hatte aus Dankbarkeit für seine Genesung das Gesetz vom Jahre 380 erlassen, welches für die von ihm regierten Völker das Leben in dem nicäisch-konstantinopolischen Glaubensbekenntnis vorsah (*Berkhof* ebd., *Der Staat auf dem Wege zu einer christlichen Ideologie*, S. 63-64). Seine Aufgabe der Toleranz zugunsten der einseitigen Stellungnahme für das Christentum war von der religiösen Überzeugung bestimmt, dass es allein den christlichen Gott gäbe, der keine anderen Götter, kein Opfer neben sich dulde und der demnach auch dem Kaiser und Reich seinen Schutz nur dann gewähre, wenn dieser jeden anderen als den christlichen Kult verbiete. *R. Laqueur*, *Das Kaisertum und die Gesellschaft des Reiches*, in: *Probleme der Spätantike*, (2), S. 16 und *Berkhof* ebd., *Die Kirche auf dem Wege zum Byzantinismus*, 1., S. 93 „... Die Religionspolitik des *do ut des* war auch für die christlichen Bürger des Römischen Reiches ein so selbstverständliches Stück ihres geistigen Inventars, daß ihnen eine christlich-kritische Haltung demgegenüber beinahe unmöglich war. ...“, insg., S. 84-93.

⁵⁹ Sein oberster und auch die Priorität bestimmender Zweck.

⁶⁰ *Foerster*, *Der Staatsgedanke des Mittelalters*, S. 18-19: sieht in der mit der antiken zur mittelalterlichen Welt erfolgten Hinwendung des Menschen vom Diesseits zum Jenseits die tiefste Revolution des Geistes- und Gemütslebens, welche die Menschheit im Verlauf ihrer Entwicklung durchgemacht hat.

⁶¹ *Augustinus*, *De Civitate Dei*, Vol. II., Liber 19, Cap. XVII., p. 335-337, insb. p. 335 Z 30-p. 336 Z 4, p. 337 Z 14-30; *Schilling*, *Die Staats- und Soziallehre des hl. Augustinus*, § 10., S. 66-76, insb. 2., b), S. 73-74 und *Seidel*, *Die Lehre des heiligen Augustinus vom Staate*, Die Bedeutung der Lehre des heiligen Augustinus über den Staat. Schluß, S. 53. Augustinus hatte sich auch in den ersten 5 Büchern seines *Civitas Dei* gegen den Zusammenhang der Kultausübung mit dem irdischen Wohlbefinden gewandt (*Augustinus* ebd., Vol. I., Liber 1-5, p. 3-213).

⁶² *Augustinus*, *De Civitate Dei*, Vol. I., Liber 2, Cap. XIX., p. 67-68, insb. p. 68 Z 19-26, Liber 4, Cap. III., p. 131-132, insb. p. 132 Z 14-20, Vol. II., Liber 19, Cap. XXI., p. 341 Z 7-11, p. 341 Z 28-p. 342 Z 22; *Seidel*, *Die Lehre des heiligen Augustinus vom Staate*, III., b), S. 28-29 und *Schilling*, *Die Staats- und Soziallehre des hl. Augustinus*, § 14., 2., a), S. 94-95.

⁶³ Obgleich durch ein geselliges Band unter seinen Mitgliedern verbunden (*Augustinus*, *De Civitate Dei*, Vol. II., Liber 19, Cap. XII., p. 325-328, insb. p. 327 Z 24-30, Liber 15, Cap. XVI., p. 78-81, insb. p. 80 Z 30-31 und *Seidel*, *Die Lehre des heiligen Augustinus vom Staate*, IV., S. 41), stand Gott als Stifter und Lenker hinter der Bürgerschaft Gottes, wie auch hinter den irdischen Reichen (*Augustinus* ebd., Vol. I., Liber 4., Cap. XXXIII., p. 165-166, Liber 5., Cap. XXI., p. 205-206). Augustinus hatte demnach nicht nur die Notwendigkeit des Staates sondern auch die Möglichkeit, dass dieser zu einem Helfer der auf Erden versprengten Mitglieder des Gottesstaates zu werden, anerkannt (*Tellenbach*, *Libertas*, 1. Kap., III., S. 38-39).

⁶⁴ Die Anfänge der Zweischwerterlehre finden sich bei *Nova Vulgata*, *Lc 22, 38*, p. „At illi dixerunt: ‚Domine, ecce gladii duo hic‘. At ille dixit eis: ‚Satis est‘.“

geistesgeschichtlichen Säkularisierung,⁶⁵ löste sich das Reich aus seiner bis dahin christlich geschichtstheologischen und endzeiterwartenden Begründung der Verwirklichung der Civitas Dei auf Erden. Geistliche und weltliche Gewalt⁶⁶ bildeten nunmehr, institutionell unterschieden, die christliche Gemeinschaft – christianitas –, mit der nunmehrigen alleinigen Zuständigkeit des Papstes für die Kirche und dem Kaiser als eines verweltlichten Herrschers.⁶⁷ Die nachfolgenden salischen Kaiser und insbesondere die Dynastie der Staufer brachten ein nicht mehr vom Papst dem Römischen Volk mitverliehenes Kaisertum, sondern ein vom Papst unabhängiges und allein durch die Wahl der Reichsfürsten, auf welche die Rechte des römischen Senates übergegangen waren⁶⁸ durch das Römische Kaiserrecht und die Bibelüberlieferung der Gottgewolltheit aller irdischen Gewalten begründetes Kaisertum.⁶⁹

Während im frühen Mittelalter dem Volk bei einer Rechtsverletzung seitens des Königs ein Widerstandsrecht zugebilligt wurde,⁷⁰ wurde von den salischen und staufischen Kaiser

⁶⁵ Böckenförde, Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation, I., in: *ders.*, Staat, Gesellschaft, Freiheit, (2.), S. 44; Koch, Sacrum Imperium: Bemerkungen zur Herausbildung der staufischen Herrschaftsideologie, in: *ZfG*, XVI. Band, Heft 5, Miscellen, S. 597 und *Mirgeler*, Rückblick auf das abendländische Christentum, Das mittelalterliche Christentum, Die Scheidung von Geistlich und Weltlich, S. 109-120.

⁶⁶ Als *ecclesia universalis* mit dem Kaiser als Priesterkönig – *vicarius christi* –, der in engster Zusammenarbeit mit dem Papst als dem obersten Bischof der universalen Kirche diese schützt und für die Verbreitung des christlichen Glaubens sorgt (*Böckenförde*, Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation, I., in: *ders.*, Staat, Gesellschaft, Freiheit, (2.), S. 44-45; A. *Brackmann*, Canossa und das Reich, 1., in: *Canossa als Wende*, S. 312-315; A. *Mayer-Pfannholz*, Die Wende von Canossa, Die Wende, in: *Canossa als Wende*, S. 23 und Koch, Auf dem Wege zum Sacrum Imperium, III., S. 68-72).

⁶⁷ Böckenförde, Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation, I., in: *ders.*, Staat, Gesellschaft, Freiheit, (2.), S. 45-49 und *Mirgeler*, Rückblick auf die abendländische Christenheit, Das mittelalterliche Christentum, Die Christenheit, S. 120-122.

⁶⁸ Welche damit den Willen Gottes inhaltlich und formell vollzogen.

⁶⁹ Die insbesondere Vorstellung der Staufer als ein vom Papst nicht mehr vermittelnde Vergabe des weltlichen Schwertes.

Ssp, Ldr., Art I „²⁹Twei swert²⁹ let Got in ertrike to bescermene de kristenheit. ³⁰Deme pavese is gesat dat geistleke, dem keisere dat werltleke³⁰. ...“ (*Sachsenspiegel*, Landrecht, Landr., S. 69).

Koch, Sacrum Imperium: Bemerkungen zur Herausbildung der staufischen Herrschaftsideologie, in: *ZfG*, XVI. Band, Heft 5, Miscellen, S. 598-601: die von ihm mitangegebene Begründung des Macht- und Eroberungsgedankens, welcher Recht und eine Voraussetzung des Kaisertums schaffte, erscheint ideologisch überzogen, S. 598-600; *Kaerst*, Studien zur Entwicklung und theoretischen Begründung der Monarchie im Altertum, 6. Kap. Das Fortwirken der antiken Monarchie in der Folgezeit, S. 104-105 und *Goez*, *Translatio Imperii*, 8. Kap., III., S. 170-171.

⁷⁰ *Kern*, Gottesgnadentum und Widerstandsrecht im früheren Mittelalter, III., § 6.-§ 9., S. 138-225, Zusammenfassung, S. 241-247 und *Geldner*, Die Staatsauffassung und Fürstenlehre des Erasmus von Rotterdam, Grundzüge der mittelalterlichen Staatslehre, S. 14.

Insbesondere *Manegold von Lautenbach* (1060-1085) begründete in seinem in den Jahren 1083-1085 verfassten *liber ad Gebhardum* das Verhältnis des Königs zum Volk als ein solches mit gegenseitigen Rechten und Pflichten, mit der daraus sich ergebenden Absetzbarkeit des Regenten bei Gesetzesverletzung (*Koch*, *Manegold von Lautenbach und die Lehre von der Volkssouveränität unter Heinrich IV.*, 1. Teil, II. Kap., S. 50-55, I. Kap., S. 16-17 und *Laakmann*, Die Königsgewalt bei Manegold von Lautenbach, 3. Kap., 3., d), S. 84-86, 4. Kap., 1., S. 89-98).

insbesondere unter dem Einfluss römischer Rechtsvorstellungen die Übertragung der Herrschergewalt vom Volk auf den Herrscher als eine einmalige und unwiderrufliche angesehen und damit auch die Herrschergewalt als eine vom Volk losgelöste und unabhängige bewertet.⁷¹ Im nachfolgenden Spätmittelalter wurde die Herrschaftsausübung⁷² im Reich mit einer vom Volk vorgenommenen Übertragung der Herrschergewalt begründet und insbesondere als die Folge des Scheiterns der staufischen Kaiserpolitik allein im Sinne einer Ausübung der Herrschergewalt durch den Herrscher gedeutet, womit das Volk weiterhin die grundsätzliche Herrschaftssouveränität behielt und insbesondere den Herrscher absetzen konnte.⁷³

⁷¹ *Geldner*, Die Staatsauffassung und Fürstenlehre des Erasmus von Rotterdam, Grundzüge der mittelalterlichen Staatslehre, S. 15; *Schubert*, Volkssouveränität und Heiliges Römisches Reich, II., in: *HZ*, CCXIII. Band, Aufsätze, S. 106-110 (106-108); *Conrad*, Deutsche Rechtsgeschichte, I. Band, 3. Teil, 2. Abschnitt, 1. Kap., § 1., S. 213-214 (213) und die von den Hohenstaufern beanspruchte *Lex Regia* D. 1. 4. 1. „Quod principi placuit, leges habet vigore: utpote cum lege regia, quae de imperio eius lata est, populus ei et in eum omne suum imperium et potestatem conferat.“ (*Corpus Iuris Civilis*, Vol. I., Iustiniani Digesta, p. 7 und D. 1. 2. 11. und D. 1. 2. 12. (p. 2).

⁷² *Schubert*, Volkssouveränität und Heiliges Römisches Reich, II., in: *HZ*, CCXIII. Band, Aufsätze, S. 100, 108-110; *Bezold*, Die Lehre von der Volkssouveränität während des Mittelalters, Die Volkssouveränität in der scholastischen Lehre vom 12. bis zum 14. Jahrhundert, Ausbildung und praktischer Einfluss der scholastischen Staatslehre im 14. und 15. Jahrhundert, in: *HZ*, XXXVI. Band, Aufsätze, VI. (vielmehr VII.), S. 336-351; *Klassen*, Die Grundlagen des aufgeklärten Absolutismus, II., S. 16-17 und *Herzog*, Allgemeine Staatslehre, 2. Kap., II., 1., S. 49-50.

Thomas von Aquin (1225-7. März 1274) leitete die staatliche Entstehung in Anlehnung an die aristotelische Lehre von der geselligen und zur staatlichen Vereinigung drängenden Natur des Menschen aus einem genetisch-tatsächlichen Vorgang ab, der bewusst von den Individuen vollzogen wird und dem auch eine zwischen ihnen und dem König vorhandene Willensübereinstimmung zugrundeliegt. Er legitimiert zusätzlich zum heidnisch-aristotelischen Staat seine Entstehung in einem von der christlichen Vorsehung festgesetzten Menschheitszweck, woraus sich die Überordnung der Kirche über den Staat ergab und er den letzten Staatszweck in der durch ein tugendhaftes irdisches Leben zu erfolgende Hinführung der Einzelnen zum jenseitigen Genusse Gottes erblickte (*Schilling*, Die Staats- und Soziallehre des Heiligen Thomas von Aquin, § 12.-§ 14., S. 55-90, insb. § 13., S. 74-76, § 14., 4., S. 85, § 12., 4., S. 67-68).

⁷³ *Schubert*, Volkssouveränität und Heiliges Römisches Reich, II., in: *HZ*, CCXIII. Band, Aufsätze, S. 106-110 (108-110); *Conrad*, Deutsche Rechtsgeschichte, I. Band, 3. Teil, 2. Abschnitt, 1. Kap., § 1., S. 213-214 und *Geldner*, Die Staatsauffassung und Fürstenlehre des Erasmus von Rotterdam, Grundzüge der mittelalterlichen Staatslehre, S. 15-16.

Nach *Marsilius von Padua* (1275/80-1343) in seinem im Jahre 1324 vollendeten *Defensor Pacis*, war der Regent vom Volk zu wählen (*Marsilius von Padua*, *Defensor Pacis*, *Dictionis Primae*, *Capvt IX.*, p. 30-36), war das Volk oder die Gesamtheit der Bürger – die erwachsenen Männer – der Gesetzgeber (*Marsilius ebd.*, *Capvt XII.*, p. 47-52 (48-49)), wobei er bei letzterem offensichtlich von den oberitalienischen Stadtrepubliken ausging (*Geschichte der politischen Ideen*, 2. Teil, 22., „Volkssouveränität“: *Marsilius von Padua*, von *D. Mertens*, S. 222-224 (223-224)). Der Regent war bei Übertretungen von Gesetzen zu bestrafen und seines Amtes zu suspendieren (*Marsilius ebd.*, *Capvt XIIX.*, p. 93-96).

Nach *Nikolaus von Kues* (1401-1464) in seiner in den Jahren 1432/33 entstandenen *De concordantia catholica* hatte die Hoheit ihren Ursprung in einer Übereinkunft, welche im Wege der Wahlen eine freiwillige Unterwerfung ausdrückt und liegt dieser göttliche Keim im Volk (*Cusanus*, *Opera omnia*, Volumen XIV., *Liber tertius*, *Capitulum IV.*, p. 348: 331) und konnte das Volk dem Regenten die gesetzgebende Gewalt wieder entziehen (*Cusanus ebd.*, p. 352-353: 339).

Pernthaler, Die Repräsentationslehre im Staatsdenken der Concordantia Catholica, II., 5., a) und b) mit 3., Zu b), in: *Cusanus Gedächtnisschrift*, II., S. 70-72 (71), 75-78: nach welchem bei Nikolaus von Kues das Imperium zwar durch *electio* und *consensus* begründet wurde, jedoch dem Volk die ordnende Qualität gerade nicht zukam. Wahl und Consensus waren vielmehr schon in der Ordnung zur Begründung der Macht des

Damit war jedoch, auch wegen der fehlenden Organisiertheit des Volkes⁷⁴ und der mangelnden Gleichheit seiner Mitglieder⁷⁵ keine Volkssouveränität im Sinne einer demokratischen Mitwirkung, Mitsprache und Kontrolle des Volkes gemeint. Die beim Volk gelegene Herrschaftssouveränität wurde vielmehr für das Volk durch die Privilegierten ausgeübt, vermöge ihrer ständischen und adeligen Vorrechte und rechtlich begründeten Überordnung über das Volk. Eine aktive Mitwirkung bei der Bestellung des Regenten und den Willensbildungen kam dem Volk nicht zu. Die Herrschaft vollzog sich durch Bevormundung und patriarchalische Fürsorge.⁷⁶

Insbesondere seit der zunehmenden korporativen Konsolidierung der Reichsstände⁷⁷ wurden die Privilegierten weniger als Vertreter und Repräsentanten ihrer in ihren Territorien ansässigen Völker, denn als Repräsentanten ihrer Länder angesehen, welche in den Versammlungen des Reichstages neben ihren eigenen Interessen und jenen des gesamten⁷⁸ Reiches in obrigkeitlicher Fürsorge auch jene ihrer Untertanen zu berücksichtigen hatten.

Im 30 jährigen Krieg und dem ihn beendenden Westfälischen Friedensschluss war die Frage der Zuordnung der Reichsgewalt umstritten und umkämpft. Dies war aber immer nur eine kaiserlich-reichsständische Auseinandersetzung gewesen, an welcher das Volk als eigener Mandatsträger nicht mitgewirkt und teilgenommen hatte.⁷⁹

Nach seinem historischen Selbstverständnis verstand sich das Reich als eine durch die ständischen Mitwirkungsrechte der Reichsstände eingeschränkte kaiserliche Wahlmonarchie.

Imperators eingespannt. Demnach wurden mit der Wahl keine Befugnisse gleichen Rechtsinhaltes übertragen, sondern es wurden neue rechtliche Kategorien begründet und das Volk, bzw. seine Repräsentanten und der Imperator waren gemeinsam die Träger der Staatsgewalt, welche ihre Rechte jeweils gegeneinander zu verteidigen hatten.

⁷⁴ Dies vor allem in Bezug auf die Bestellung von Repräsentanten (*Rachfahl*, Der dualistische Ständestaat in Deutschland, II., in: *JGVVDR*, 26. Jahrg., 3. Heft, (I.), S. 192-193, S. 194-195; *Gierke*, Johannes Althusius und die Entwicklung der naturrechtlichen Staatstheorien, 2. Teil, 3. Kap., I., 1., S. 132-139, 4. Kap., S. 213 und *Hintze*, Typologie der ständischen Verfassungen des Abendlandes, in: *HZ*, CXLI. Band, Aufsätze, S. 229-230).

⁷⁵ *Tezner*, Technik und Geist des staendisch-monarchischen Staatsrechts, VIII., S. 77-78 und *Schubert*, Volkssouveränität und Heiliges Römisches Reich, I., in: *HZ*, CCXIII. Band, Aufsätze, S. 94.

⁷⁶ *Hintze*, Typologie der ständischen Verfassungen des Abendlandes, in: *HZ*, CXLI. Band, Aufsätze, S. 229-231; *Tezner*, Technik und Geist des staendisch-monarchischen Staatsrechts, VIII., S. 69-84 und *Rachfahl*, Der dualistische Ständestaat in Deutschland, II., in: *JGVVDR*, 26. Jahrg., 3. Heft, (I.), S. 192-200: die beiden letzteren in Bezug auf die Vertretung des Volkes durch die Landstände. Die von ihnen angegebenen Begründungen kennzeichnen jedoch und machen aus wegen ihren Grundsätzlichkeiten auch das Verhältnis der des Volkes zu den es im Reich vertretenen reichsständischen Landesherren.

⁷⁷ Bereits im späten Mittelalter eingetreten.

⁷⁸ *Schubert*, Die Deutschen Reichstage in der Staatslehre der frühen Neuzeit, XI. Kap., S. 385-386.

⁷⁹ *Schubert*, Die Deutschen Reichstage in der Staatslehre der frühen Neuzeit, XI. Kap., S. 386.

Sein Konstitutionsgrund war das gemeinsame Zusammenwirken von Kaiser und Reichsständen zum Schutze und Erhalt der alten Privilegienordnung.⁸⁰

⁸⁰ In diesem vorhandenen Konstitutionsgrund der Reichsverfassung sahen auch die den königlichen Absolutismus in ihren Ländern mit einem Widerstandsrecht bekämpfenden staatsrechtlichen Publizisten während der 2. Hälfte des 16. Jahrhunderts, die Monarchomachen – insbesondere in Frankreich als Mutterland, dies als Folge der Hugenottenkriege und in Schottland und in Spanien – ein positives Beispiel ihrer Staatslehre. Die Verbindung der göttlichen Herleitung der Macht mit den Herrschaftslehren der Volkssouveränität, ein von Gott auserwählter König, dem Gott jedoch, um ihm seine Unterordnung unter die Volkssouveränität zu zeigen, seine Einsetzung durch das Volk vorgeschrieben hatte. Das Volk nimmt am Gesetzgebungsverfahren teil, wobei jedoch als Volk nur die bevorrechtigten Stände verstanden wurden und auch nur sie ein Widerstandsrecht besaßen. Hinter diesen Lehren stand insbesondere auch die Idee des alttestamentarischen religiösen Bundes (*Treumann*, Die Monarchomachen, 1. Kap., § 3., u. § 4., S. 7-17, 4. Kap., S. 49-83, insb. § 2., S. 53-57 (56-57), § 6., 3., S. 75-79; *Näf*, Herrschaftsverträge und Lehre vom Herrschaftsvertrag, in: *Schweizer Beiträge zur Allgemeinen Geschichte*, VII. Band, Abhandlungen, S. 43-50; *Schubert*, Die Deutschen Reichstage in der Staatslehre der frühen Neuzeit, XI. Kap., S. 384-387, S. 391-393 und *G. Oesterreich*, Die Idee des religiösen Bundes und die Lehre vom Staatsvertrag, in: *ders.*, Geist und Gestalt des frühmodernen Staates, I., S. 157-178 (167-172).

Innerhalb des Reiches gehörte insbesondere *Althusius* (1557-1638) zu den Befürwortern der Monarchomachen mit seiner im Jahre 1603 erschienenen *Politica Methodice digesta*: Entstehung der Staaten und die Einsetzung des Regenten durch vertraglichen Vereinbarung unter den Menschen, zu welcher diese ihre Natur und in diese Gott treibe (*Althusius*, *Politica Methodice digesta*, Caput I., N° 12, p. 4-5, N° 3 u. 33, p. 10), die durch das Volk vorzunehmende Wahl und Bevollmächtigung des Herrschers und seiner Minister, durch das Mittel Volk zugleich Gott Recht und Auftrag gibt und sobald sie gegen den mit dem Volk abgeschlossenen Vertrag verstoßen, sie jede göttliche Autorität verlieren und das sie unmittelbar absetzende Volk hiermit zugleich mittelbar Gottes Wille vollstreckt (*Althusius* ebd., Caput XIX., N° 67-69, p. 361-362, N° 103-106, p. 379-380).

III

Die Veränderung des Konstitutionsgrundes der Reichsverfassung durch das Gedankengut der Aufklärung

1. Die aufgeklärten Staatstheorien des 17. und 18. Jahrhunderts

a) Die rationale Deutung der Entstehung des Staates

Die mit dem Rationalismus und der Aufklärung eintretende geistesgeschichtliche Säkularisierung, die insbesondere auch den politischen Bereich erfasste, hatte dazu geführt, dass man der Entstehung des Staates und der Herrschergerwalt ihre sakral-transzendente Deutung aus dem Gottesgnadentum⁸¹ nahm und sie weltlich rationalistisch erklärte.

⁸¹

Nach dem modernen Gottesgnadentum war die Herrschaftserlangung von Willensakten der Gesellschaft unabhängig. Sie war allein durch die erbliche Legitimation, die blutsmäßige Abstammung einer durch den natürlichen geschichtlichen Prozess hervorgebrachten von Gott eingesetzten und Gottes Heil habenden Dynastie begründet. Der Herrscher wurde durch das königliche Blut als Herrscher geboren und wurde nicht von der Gesellschaft oder von kirchlichen Autoritäten hierzu gemacht. Im königlichen Blut lagen auch seine gesteigerten Fähigkeiten mit seiner hervorgehobenen Stellung gegenüber anderen Menschen. Der allein vom Herrscher verkörperte Staat erlangte dadurch eine Verselbstständigung und Überordnung über die Gesellschaft und damit seine Souveränität.

Le Bret, De la Souveraineté du Roy (1629/1632), Livre I., Chap. II., p. 9 „...: Quant à moy, j'estime qu'on de doit attribuer le nom & la qualité d'une Souveraineté parfaite & accomplie, Qu'à celles qui ne dependent que de Dieu seul, & qui ne sont subjectes qu'à ses loix. ...“, insg., p. 9-15 (10).

Richelieu in seinem Politischen Testament (1641/42), 1. Partie, Chap. VI „... Dieu étant le principe de toutes choses, le souverain maître des Rois et Celui seul qui les fait régner heureusement, ...“ (*Richelieu*, Testament Politique, Testament politique (ou les maximes d'État ...), p. 264).

Bossuet (Hofprediger Ludwigs XIV. und Erzieher des Dauphin), Politique tirée des propres paroles de l'écriture-sainte à Monseigneur le Dauphin, insb. I. Partie, Livre II., Article I., XII. Proposition, p. 68 „...: car il n'y a point de puissance qui ne soit de Dieu; ...“ (VII. u. VIII. Proposition, p. 60-63, Conclusion, p. 71-72), Livre III., Article II., I. Proposition, p. 73 „... Nous avons déjà vû que toute puissance vient de Dieu. ...“, p. 74 „Les princes agissent donc comme ministres de Dieu, ...“ (Art. II., p. 73-79), Livre VI., Art. I., I. Proposition, p. 218 „... P e r s o n n e n'en peut douter, après que nous avons vû, que tout l'état est en la personne du Prince. ...“ (I.-III. Proposition, p. 218-221).

Ludwig XIV. in seinen an den Duc d'Anjou gerichteten Instruktionen (1700) „... Je finis par un des plus importants avis que je puisse vous donner: ne vous laissez pas gouverner; ...: Dieu, qui vous a fait roi, vous donnera les lumières qui vous sont nécessaires tant que vous aurez de bonnes intentions. ...“ (*Louis XIV.*, Mémoires, Instructions au Duc d'Anjou (1700), 33., p. 286).

Lacour-Gayet, L'éducation politique de Louis XIV, Livre II La théorie du pouvoir royal chez les contemporains de Louis XIV, Chap. I Le droit divin du pouvoir, p. 290-291 „... Seule, la source de l'autorité et de toute autorité est de droit divin; la forme de l'autorité et de toute autorité est, toujours et partout, le droit humain. Ce qu'il y a de divin en la personne d'un roi, ce n'est pas sa qualité de roi, c'est le principe même de l'autorité qu'il se trouve représenter. Le pouvoir vient de Dieu même et de Dieu seul, le détenter du pouvoir ne vient de Dieu. ...“, Cap. III, p. 331 „... Tels sont les termes auxquels on peut ramener la thèse fondamentale du droit divin monarchique. Les papes sont les vicaires de Dieu, on ne peut le nier sans tomber dans l'hérésie; mais les princes sont de même les vicaires de Dieu, puisque tout pouvoir vient de Dieu. ...“

Jakob I. König von England (1603-1625) in seiner am 21. März 1610 gehaltenen Parlamentsrede, in welcher er die Könige mit Götter vergleicht, welche wie Gott alle Macht über ihre Untertanen haben und

Mit ihrer Rückbesinnung auf den Menschen und seine Natur,⁸² mit dem Einzug der Vernunft als Grundlage der menschlichen Erkenntnis,⁸³ dem Gebrauch seiner vernunftmäßigen Veranlagung zur Verbesserung des irdischen Lebens,⁸⁴ der Selbstverwirklichung des Einzelnen in individueller Freiheit⁸⁵ erstrebte die Aufklärung eine Zuordnung der Herrschaftsausübung im Staat zu den Einzelnen an, wozu sie sich der

welche Könige ihren Ursprung in jenen Vätern und Familien haben, welche sich in den Ansiedlungen über die Welt ausbreiteten (*Tanner, Constitutional documents of the reign of James I, The Succession Question and Divine Right, (4) The King's Speech to the Parliament, 1610, p. 14-17 (15)*).

Karl I. König von England (1600-1649), bei der gegen ihn eröffneten Gerichtsverhandlung am 20. Januar 1649 gehaltenen Verteidigungsrede, in welcher er die Zuständigkeit des Gerichtes damit verneinte, dass er als König von England allein Gott und sonst niemand verantwortlich sei (*Charles I, King of England, The Letters speeches and proclamations, Chapter VI, XXVI, p. 243-247 (244-246) mit XXV., p. 241-243*).

König Friedrich Wilhelm I. von Preußen, „Statthalter und Amtmann Gottes auf Erden.“ (*Weber=Krohse, Sieben Preußen als Bahnbrecher des deutschen Gedankens, Friedrich Wilhelm I., S. 89-140 (89)*) in seinem Politischen Testament, niedergeschrieben vom 22. Jan.-17. Febr. 1722 „... und wen (n) mein lieber Successor erstl: ..., der liebe Gott hat euch auf den thron gesetzt nicht zu faullentzen sondern zu arbeiten und seine Lender wohl zu Regiren, ...“ (*Die politischen Testamente der Hohenzollern, I. Band, (3.) Instruction König Friedrich Wilhelms I. für seinen Nachfolger, S. 72*).

Der absolutistischen Staatstheorie ging es primär um allgemein politische Aspekte und nicht um Religion und Theologie (*Greschat, Die Aufklärung – ein Prozeß gegen das Christentum? in: Kerygma und Dogma, 22. Jahrg., S. 301-304: Ziff. 1. (S. 301)*).

Borch, Das Gottesgnadentum, VII., A.-D., S. 133-149; O. Brunner, Vom Gottesgnadentum zum monarchischen Prinzip, in: ders., Neue Wege der Verfassungs- und Sozialgeschichte, VIII., S. 171-176 und F. Merzbacher, Staat und Jus publicum im deutschen Absolutismus, I, in: Peters Gedächtnisschrift, 2., S. 147-149.

⁸² Dies war insbesondere auch die Reaktion der Aufklärung auf den barocken-absolutistischen Lebensstil, mit seinem himmlisch-irdischen Prunk und seinem illusionistischen Großen und seines gefühlsseligen Überschwanges (*G. Schwaiger, Die katholische Kirche Bayerns zwischen Aufklärung und Erneuerung, Aufklärung in Kurbayern, in: Johann Michael Sailer und seine Zeit, I., S. 15-16*).

Die auf wirtschaftlichem Gebiet die Aufklärung insbesondere tragenden Physiokraten forderten dann auch in Abkehr zu der im damaligen insbesondere in Frankreich gehabten gekünstelten und unnatürlichen Wirtschaftsordnung, des Merkantilismus die natürliche Ordnung. Mit der Freiheit des Einzelnen als der Grundlage für das Wirtschaftsleben und insbesondere die Freiheit der Berufswahl, die Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung und die Freiheit und Sicherheit des Eigentums mit einem vom Staat nicht gestörten Wirtschaftsablauf, wie dies Jean-Claude Gournay (1712-1759) mit seinem *laissez faire laissez passer* ausdrückte (*F. Hartung, Der Aufgeklärte Absolutismus, in: Der Aufgeklärte Absolutismus, 1. Teil, S. 58-59*).

⁸³ *Kunisch, Staatsverfassung und Mächtepolitik: Zur Genese von Staatskonflikten im Zeitalter des Absolutismus, II., 1. u. 2., S. 21-35 und O. Brunner, Vom Gottesgnadentum zum monarchischen Prinzip, in: ders., Neue Wege der Verfassungs- und Sozialgeschichte, VIII., S. 160-186.*

⁸⁴ *Kant* in seiner im Jahr 1784 erschienenen Abhandlung: Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?

„Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Selbstverschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht an Mangel des Verstandes, sondern der Entschliebung und des Muthes liegt, sich seiner ohne Leitung eines andern zu bedienen. Sapere aude! Habe Muth dich deines eigenen Verstandes zu bedienen! Ist also der Wahlspruch der Aufklärung. ...“ (*Kant, Gesammelte Schriften, 1. Abtheilung: Werke, VIII. Band, S. 33-42 (35), insg. (S. 35-42)*).

⁸⁵ *Der Aufgeklärte Absolutismus, Einleitung (v. Aretin), 6., S. 38; Aretin, Die historische Dimension der Aufklärung, in: Aufklärung und Gottesglaube, S. 20-21, 22 und E. Troeltsch, Aufklärung, 2., in: Aufklärung, Absolutismus und Bürgertum in Deutschland, II., S. 250-251 (251)*.

Theorien von den Gesellschafts-, Herrschafts- und Staatsverträgen bediente,⁸⁶ welche das politische Bewusstsein der Gebildeten mitbestimmten.⁸⁷

Die Vertragstheorien teilen sich in zwei Gruppen: Sie begründeten entweder allein die Entstehung der Gesellschaft und des Staates oder zusätzlich eine Mitbeteiligung und Kontrolle des Volkes bei der Ausübung der Herrscher- und Staatsgewalt.

b) Keine Volkssouveränität in der von Hobbes vertretenen Gesellschafts- und Staatstheorie

Hobbes (1588-1679)⁸⁸ befürwortete in seinem im Jahr 1651 erschienen Leviathan zur Vermeidung des unter den Individuen eintretenden bellum omnia contra omnes eine Übertragung der Herrschergewalt von den Individuen auf den großen Leviathan, den Staat. Da diese Übertragung eine inhaltlich unbeschränkte und unwiderruflich war, waren keine Mitwirkungs- und Kontrollrechte des Volkes gegeben.⁸⁹

⁸⁶ E. Troeltsch, Aufklärung, 1., in: *Aufklärung, Absolutismus und Bürgertum in Deutschland*, II., S. 247-248 und *Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft*, Teil I, Aufklärung, B., II., 2., Sp. 443 (v. I. Fetscher).

⁸⁷ Schottky, J. G. Fichte: Beitrag zur Berichtigung der Urteile des Publikums über die französische Revolution, Einleitung (v. R. Sch.), II, S. XI „... Nicht erst Rousseau, sondern z. B. schon Hobbes und Milton⁹⁾ hatten als ‚Ursprung‘ des Staates einen Urvertrag angesetzt, ja es war seit der Mitte des 17. Jahrhunderts die Vertragstheorie zur herrschenden Lehre geworden, die dann auch das politische Bewußtsein der gebildeten Schichten in Europa allgemein mitbestimmte. ...“.

⁸⁸ Hobbes war ein mehr oder weniger isolierter politischer Denker. Seine Zeit wertete seine politischen Schriften als Gelegenheitsschriften ab, aus denen sich kein System und Zusammenhang wie den klassischen Werken der Staatstheorie ergibt (*Schnur*, Individualismus und Absolutismus, I., 3., S. 20).

Von den Zeitgenossen war Hobbes Lehre weniger im Sinne der rationale Ableitung der absoluten Staatsgewalt als vielmehr von der Beweiskraft gegen die Kampftheorien des Widerstandsrechtes und für die Autorität des legitimen Herrschers verstanden worden (*Skalweit*, Das Herrscherbild des 17. Jahrhunderts, in: *Absolutismus*, S. 264).

⁸⁹ *Hobbes*, Leviathan, The second Part, Chap. XVII., p. 85-88, insb. „... And in him consisteth the Essence of the Commonwealth; which (to define it,) is *One Person, of whose Acts a great Multitude, by mutuall Covenants one with another, have made themselves every one the Author, to the end he may use the strength and means of them all, as he shall think expedient, for their Peace and Common Defence.* ...“ (p. 68).

Die mit der unbedingten und unwiderruflichen Übertragung der Herrschergewalt von den Individuen auf den großen Leviathan, den Staat befürwortete absolutistische Staatsform auf der alleinigen Grundlage des zwischen den Individuen abgeschlossenen Gesellschaftsvertrages (*Pigge*, Die Staatstheorie Friedrichs des Grossen, in: *Finke Festgabe*, XI., S. 406 und *Heinemann*, Zur Geschichte der Staatsanschauungen in Deutschland während des XVIII. Jahrhunderts vor der französischen Revolution, (I.), S. 1-2), wobei Hobbes die absolutistische Staatsperson auch nicht als Monarchen kennzeichnete.

Hobbes' Begründung des Absolutismus entsprach mit ihrer Vertragskonstruktion nicht der allgemeinen sakral-transzendent Deutung der absoluten Monarchie (oben, S. 1080-1081).

c) Volkssouveränität in den von Althusius, Spinoza, Locke, Montesquieu, Rousseau und Kant vertretenen Gesellschafts- und Staatstheorien

Althusius (1557-1638) befürwortete in seiner im Jahr 1603 erschienenen *Politica methodice digesta* die Wahl der Staatsdiener durch die vereinigten Körperschaften als Glieder des Staates:

„Ministri hi regni publici ad bene recteque universalis consociationis corpus, ..., seu membris regni eliguntur, ...“⁹⁰

und leitete von dieser Wahl und der Übernahme der öffentlichen Pflicht⁹¹ die Macht her, den Staat zu verwalten:

„Ab hac ministrorum horum electione & demandati officii susceptione, potestas administrandi regni jura, provenit. ...“⁹²

Spinoza (1632-1677) forderte in seinem im Jahr 1670 erschienenen *Tractatus-Theologico-Politicus* eine Übertragung der Rechte der Einzelnen auf den Herrscher,⁹³ wobei jedoch den Einzelnen eine Mitwirkung bei der Herrschaftsausübung zukommen sollte:

„... Atque his imperii Democratici fundamenta fatis dare ostendisse puto; ... Nam in eo nemo jus suum naturale ita in alterum transfert, ut nulla sibi imposterum consultatio sit, sed in majorem totius Societatis partem, cujus ille unam facit. ...“⁹⁴

Locke (1632-1704) vertrat in seinen im Jahr 1689 erschienenen *Two Treatises of Government*, dass trotz einer Übertragung der Staatsgewalt vom Volk auf den Herrscher,⁹⁵ dem Volk eine Mitwirkung und Kontrolle verbleiben sollte:

„... there remains still *in the people a supreme power to remove or alter the legislative*, when they find the *legislative* act contrary to the trust reposed in them: ... And thus the community perpetually retains a supreme power. ...“⁹⁶

Montesquieu (1689-1755) übertrug in seinem im Jahr 1748 erschienenen *De l'Esprit des lois* bei seiner Lehre von der Gewaltenteilung die gesetzgebende Gewalt einer Korporation

⁹⁰ *Althusius*, *Politica Methodice digesta*, Caput XVIII, 3-6, p. 136-137 (Zitat: 3, p. 136).

⁹¹ *Althusius*, *Politica Methodice digesta*, Caput XVIII, p. 135-157.

⁹² *Althusius*, *Politica Methodice digesta*, Caput XVIII., 25, p. 140.

⁹³ *Spinoza*, *Tractatus-Theologico-Politicus*, Caput XVI., p. 175-186.

⁹⁴ *Spinoza*, *Tractatus-Theologico-Politicus*, Caput XVI., p. 181.

⁹⁵ *Locke*, *Two Treatises of Government*, Book II, Chap. VIII., §. 114.-§. 122., p. 297-305, Chap. IX. u. X., p. 305-312.

⁹⁶ *Locke*, *Two Treatises of Government*, Book II, Chap. XIII., §. 149, p. 328.

des Adels und einer vom Volk gewählten Korporation:

„... Ainsi la puissance législative sera confiée et au Corps des Nobles et au Corps qui sera choisi pour représenter le Peuple, ...“⁹⁷

wobei er das Wahlrecht allen zusprach, die einen eigenen Willen haben.⁹⁸

Rousseau (1712-1778) forderte in seinem im Jahr 1762 erschienenen Contract Social die Identität von Regierenden und Regierten⁹⁹ :

„... Chacun de nous met en commun sa personne et toute sa puissance sous la suprême direction de la volonté générale; et nous recevons en corps chaque membre come partie indivisible du tout. ...“¹⁰⁰

Kant (1724-1804) sah die eigentliche Souveränität – auch bei einer monarchisch-autokratischen Beherrschung – beim Volk,¹⁰¹ und die Natur des Staates in der „... Vereinigung einer Menge von Menschen unter Rechtsgesetzen. ...“¹⁰² Er nahm eine Aufspaltung der Staatsgewalt in die Herrschergewalt des Gesetzgebers, die vollziehende Gewalt der Regierers

⁹⁷ *Montesquieu*, De L'Esprit des Loix, 1. Partie, Livre XI., Chap. VI., p. 157. Die Gewaltenteilung beinhaltete auch das Prinzip der Teilung der legislativen Gewalt.

⁹⁸ *Koch*, Montesquieus Verfassungstheorie, V., S. 24-25 (25).

Göhring, Montesquieu: Historismus und moderner Verfassungsstaat, S. 30-33 (31-33): Montesquieu sah die Parlamente nicht als Stellvertreter oder Nachfolger der Generalstände, sondern führte sie auf die März- und Maifelder der Merowinger und Karolinger zurück, und war das von ihm geforderte Prinzip der Teilung der legislativen Gewalt (in zwei Korporationen) in demokratische Form gegossen.

⁹⁹ *Rousseau*, Du Contract Social, Livre I., Chap. VI., p. 16-20, Livre II., Chap. I., p. 31-33, Chap. III., p. 36-38, Chap. IV., p. 39-45.

¹⁰⁰ *Rousseau*, Du Contract Social, Livre I., Chap. VI., p. 19.

Niebuhr, Geschichte des Zeitalters der Revolution, I. Band, Zustand Europa' s vor der Revolution, II., S. 83 „... Der Einfluß von Rousseau war in Deutschland ungeheuer; er wirkte viel mehr in die Tiefe des Gemüths, als der von Voltaire; Rousseau war der Held der meisten geistreichen Leute ...“, insg., S. 83-84 und *Weissel*, Von wem die Gewalt in den Staaten herrührt, Einleitung, S. 11-65, I-III., S. 67-279, insb. IV., S. 281-311 „... Mehr als andere Aufklärer des 18. Jahrhunderts trug Rousseau durch seine Schriften vor und während der Revolution zur Entwicklung des bürgerlichen Selbstbewußtseins ...“ (S. 298).

¹⁰¹ *Oben*, S. 1060-1061.

¹⁰² *Kant*, Gesammelte Schriften, 1. Abtheilung: Werke, VI. Band, Die Metaphysik der Sitten, 1. Theil. Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre, 2. Theil, 1. Abschnitt. Das Staatsrecht, § 45., S. 313 Z 10-11, nachfolgend „... So fern diese als Gesetze a priori nothwendig, d. i. aus Begriffen des äußeren Rechts überhaupt von selbst folgend, (nicht statutarisch) sind, ist seine Form die Form eines Staats überhaupt, d. i. der Staat in d e r J d e e, wie er nach reinen Rechtsprincipien sein soll, welche jeder wirklichen Vereinigung zu einem gemeinen Besten (also im Inneren) zur Richtschnur (norma) dient. ...“ (S. 313 Z 11-16),

die den Staat begründenden a priori vorgegebenen Gesetze orientieren sich inhaltlich an dem Begriff des Rechts „... Das Recht ist also der Inbegriff der Bedingungen, unter denen die Willkür des einen mit der Willkür des andern nach einem allgemeinen Gesetze der Freiheit zusammen vereinigt werden kann.“ (*ibd.*, Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre, Einleitung in die Rechtslehre, B., S. 230 Z 24-26).

und die rechtsprechende Gewalt vor.¹⁰³ Der Regent sollte keinen Anteil an der Gesetzgebung haben.¹⁰⁴ Vielmehr sprach Kant die gesetzgebende Gewalt dem vereinigten Willen des Volkes zu:

„Die gesetzgebende Gewalt kann nur dem vereinigten Willen des Volkes zukommen. Denn da von ihr alles Recht ausgehen soll, so muß sie durch ihr Gesetz schlechterdings niemand unrecht thun können. ... Also kann nur der übereinstimmende und vereinigte Wille Aller, so fern ein jeder über Alle und Alle über einen jeden ebendasselbe beschließen, mithin nur der allgemeine vereinigte Volkswille gesetzgebend sein. ...“¹⁰⁵

Dem Gedankengut der Aufklärung entsprach demnach nicht nur eine rationale Begründung der Entstehung des Staates und der in ihm ausgeübten Herrschergewalt durch vom Volk übertragene Willensakte, sondern auch eine Mitwirkung und Kontrolle des Volkes bei der Ausübung der Staats- und Regierungsgewalten an.¹⁰⁶

¹⁰³ Der allgemein vereinigte Wille erscheint jeweils in dreifacher Person (*Kant*, Gesammelte Schriften, 1. Abtheilung: Werke, VI. Band, Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre, 2. Theil, 1. Abschnitt. Das Staatsrecht, § 45. u. § 46., S. 313-315).

¹⁰⁴ „... Der Beherrscher des Volks (der Gesetzgeber) kann also nicht zugleich der Regent sein, denn dieser steht unter dem Gesetz, und wird durch dasselbe, folglich von einem anderen, dem Souverän verpflichtet. ...“ (*Kant*, Gesammelte Schriften, 1. Abtheilung: Werke, VI. Band, Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre, 2. Theil, 1. Abschnitt. Das Staatsrecht, § 49).

¹⁰⁵ *Kant*, Gesammelte Schriften, 1. Abtheilung: Werke, VI. Band, Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre, 2. Theil, 1. Abschnitt. Das Staatsrecht, § 46., S. 313 Z 29-S. 314 Z 3.

Die inhaltlichen Grenzen der Gesetzgebung sind „... Das allgemeine Princip aber, wornach ein Volk seine Rechte negativ, d. i. bloß zu beurtheilen hat, was von der höchsten Gesetzgebung als mit ihrem besten Willen nicht verordnet anzusehen sein möchte, ist in dem Satz enthalten: Was ein Volk über sich selbst nicht beschließen kann, das kann der Gesetzgeber auch nicht über das Volk beschließen. ...“ (*ebd.*, VIII. Band, Über den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis (1793), II., Folgerung, S. 304 Z 30-35).

Kants Unterscheidung zwischen der natürlichen Verfassung – in reinen Vernunftsbegriffen wurzelnd und absolute Gültigkeit beanspruchend – und der statuarischen Verfassung – das geschichtlich Überkommene und den staatlichen Bereich betreffend – implizierte auch die durch das Naturrecht bestimmte bürgerliche Gesellschaft, und den durch das statuarische Recht bestimmten Staat (*ebd.*, VIII. Band, Über den Gemeinspruch: ..., II., S. 290).

Der bürgerliche Zustand ist als ein rechtlicher Zustand a priori auf die Prinzipien von Freiheit, Gleichheit und Unabhängigkeit ausgerichtet (*ebd.*, VIII. Band, Über den Gemeinspruch: ..., II., S. 290). Die die Gesetzgebung habenden Glieder des Staates, den Staat ausmachenden Individuen müssen somit in ihrer Person diese Attribute von Freiheit, Gleichheit und Selbstständigkeit besitzen (*ebd.*, VI. Band, ..., 1. Abschnitt. Das Staatsrecht, § 46., S. 314 Z 4-16).

In dem vom statuarischen Recht bestimmten staatlichen Bereich befürwortete Kant eine republikanische Regierungsform – allgemein freiheitlicher Inhalt, Absonderung der ausführenden Gewalt von der gesetzgebenden –, dies auch in einer monarchischen Staatsform möglich (*ebd.*, VIII. Band, Zum ewigen Frieden ..., 2. Abschnitt, 1. Definitivartikel, S. 349-353 und VII. Band, Der Streit der Facultäten ..., 2. Abschnitt, Erneuerte Frage: Ob ..., 6., S. 87 Z 35-38).

¹⁰⁶ *Aretin*, Die historische Dimension der Aufklärung, in: *Aufklärung und Gottesglaube*, S. 16; *Der Aufgeklärte Absolutismus*, Einleitung (v. *Aretin*), 6., S. 38-39 und *E. Troeltsch*, Aufklärung, 8., in: *Aufklärung, Absolutismus und Bürgertum in Deutschland*, II., S. 268.

2. Befürwortung der Volkssouveränität in der Literatur der Aufklärung

Herder (1744-1803) beklagte die fehlende demokratische Mitwirkung des Volkes bei den vorhandenen Staatseinrichtungen¹⁰⁷ und wies immer auf das Vorbild des athenischen Staates mit seiner Freiheit, Aufklärung, Hinwendung des Redners zu dem Volke mit deren positiven Auswirkungen auf Regierung, Talente, Wissenschaften und Künste hin.¹⁰⁸ Jeder Mensch ist frei und von den anderen unabhängig, alle Gesellschaften beruhen auf Verträgen und bei Zerstörung der einen Seite falle auch die andere Seite fort.¹⁰⁹ Er forderte auch zur Auflehnung gegen die bestehende Staatsordnung auf.¹¹⁰

Graf Friedrich Leopold zu Stolberg (1750-1819) sah in seinem im Jahr 1775 verfassten Gedicht *Freiheitsgesang aus dem zwanzigsten Jahrhundert* mit dem Sturz der Tyrannen für Deutschland die Freiheit voraus.¹¹¹ In seinem Brief an Johann Heinrich Voß vom 1. Juli 1777 will er „...: allen Welteingekerkerten auf einmal Freiheit geben, Freiheit, mehr als Griechenfreiheit! ...“¹¹² In seinem während der Jahre 1779-1782 verfassten Gedicht *Die Zukunft* sah er eine deutsche Regierung wie bei den Germanen voraus, indem sich die von den Völkern gesandten Väter des Volkes unter den Linden versammeln.¹¹³ In seinem Werk *Die Insel* vom Jahre 1788 lässt er alle Bewohner der Insel als Gleiche unter Gleichen leben und die aus allen Hausvätern einer Gemeinde gebildete Landsgemeinde die Gesetze geben und abschaffen.¹¹⁴

Klopstock (1724-1803) beschreibt in seiner im Jahre 1774 erschienenen *Die deutsche Gelehrenrepublik* als anzustrebendes Ideal den germanischen Staat mit der vom Volk

¹⁰⁷ Haben wir noch jetzt das Publikum und das Vaterland der Alten? (1765), 1. Abschnitt, Erstlich (*Herder*, Sämtliche Werke, I. Band, (III.), S. 16) und Ueber die neuere Deutsche Litteratur (1767), 3. Sammlung, III. Von einigen Nachbildungen der Römer, 5. Haben wir Deutsche Ciceronen? (*ebd.*, (VIII.), S. 497-498 (497)).

¹⁰⁸ Vom Einfluß der Regierung auf die Wissenschaften, und der Wissenschaften auf die Regierung (1779, diss.), 1. Frage, 3., 6., 1. (*Herder*, Sämtliche Werke, IX. Band, S. 325, 329, 361) und Ideen zur Philosophie der Geschichte und Menschheit 3. Theil (1787), 13. Buch, IV. (*ebd.*, XIV. Band, S. 121).

¹⁰⁹ Problem: wie die Philosophie zum Besten des Volkes allgemeiner und nützlicher werden kann, 3. Abschnitt (*Herder*, Sämtliche Werke, XXXII. Band, Aus Herders Frühzeit, VII., S. 56).

¹¹⁰ Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit, Anhang, 2. Zum neunten Buch (2. Theil, 1785), 4. Kap., a: IV. mit 2. Theil, 9. Buch, IV. (*Herder*, Sämtliche Werke, XIII. Band, S. 452-453, S. 381: Ziff. 257).

¹¹¹ *Stolberg, Christian und Friedrich Leopold*, Gesammelte Werke, I. Band, S. 87-95.

¹¹² *F. L. Stolberg*, Briefe, Text, 79., S. 91 (Auszug).

¹¹³ *F. L. Stolberg: Otto Hartwig*, Die Zukunft. Ein bisher unbekanntes Gedicht des Grafen Friedrich Leopold zu Stolberg aus den Jahren 1779-1782, Dritter Gesang, Strophen 206-216, in: *Archiv für Literaturgeschichte*, XIII. Band, S. 255-256.

¹¹⁴ Die Insel, Sophron (*Stolberg, Christian und Friedrich Leopold*, Gesammelte Werke, III. Band, S. 146-148 (147)), Sophron (*ebd.*, S. 173-175).

gebildeten Landesversammlung, welche die größeren Dinge entscheidet und die Oberrichter wählt.¹¹⁵

Lessing (1729-1781) legitimiert in seinem im Jahre 1753 erschienenen Trauerspiel *Samuel Henzi* seinen Titelhelden Henzi durch freie Wahlen eines frei regierenden Volkes und nicht durch ein angemessenes Recht.¹¹⁶

3. Die Veränderung des Konstitutionsgrundes der Reichsverfassung durch ein evolutionäres geistig-literarisches Einwirken des Gedankengutes der Aufklärung

Für eine Veränderung des Konstitutionsgrundes der Reichsverfassung durch das Gedankengut der Aufklärung bedurfte es, da eine zwangsweise revolutionäre Geltendmachung desselben durch die Bevölkerung gegen Kaiser und Reich im 18. Jahrhundert nicht erfolgt war, dessen evolutionär geistig-literarischen Einwirkens auf die staatlichen und sozialen Verhältnisse des Reiches.

Hammerstein, Aufklärung und katholisches Reich:

„... Auch im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation – diesem eigentlich so altertümlich ‚gothischen‘ Bau – tritt die Aufklärung erobernd, verändernd, anregend und revolutionierend auf. ...“¹¹⁷

a) Gelehrter und wissenschaftlicher Charakter der Aufklärung in Deutschland

Anders als die englische und französische Aufklärung, welche beide volkstümshafte Züge trugen und damit in Frankreich auch die Revolution hervorbrachten,¹¹⁸ war die Aufklärung in Deutschland mehr von gelehrtem und wissenschaftlichem Charakter.

¹¹⁵ Die deutsche Gelehrtenrepublik Geschichte des letzten Landtages, Dritter Morgen, Denkmale der Deutschen, Unsre verlorne Freyheit (*Klopstock*, Werke und Briefe, Abteilung Werke: VII, I. Band, S. 134 Z 8-27).

¹¹⁶ 22. und 23. Brief. Ueber ein Trauerspiel Samuel Henzi (22. Brief, Samuel Henzi, Berlin 1749, 1. Aufzug, 1. Abschnitt) (*Lessing*, Sämtliche Schriften, V. Band, 2. Theil, S. 97-122 (S. 104, Henzi, Z 168-169)).

¹¹⁷ Einleitung, S. 9.

¹¹⁸ *Brandes*, Politische Betrachtungen ueber die franzoesische Revolution „... In keinem Lande, bey keinem Volke, haben je Schriftsteller so viel zu dem gaenzlichen Umsturz einer alten Verfassung beygetragen, als sie es in Frankreich thaten.*) *V o l t a i r e* hatte mit einem bezaubernden Witze, und so oft mit der Sprache der gesunden Vernunft, gegen das tyrannische und drueckende mancher Einrichtungen geeifert. Er ward in allen Klassen, in allen Staenden gelesen. ...“ (S. 53-54) und die weiteren Beispiele von *Montesquieu*, *Rousseau*, *Raynal* und *Mable* (S. 53-55), und die auf die Assemblée Nationale insbesondere Einfluss habenden *Economisten* (S. 59-61).

F. *Kopitzsch*, Die Sozialgeschichte der deutschen Aufklärung als Forschungsaufgabe:

„... Die Öffnung der Gelehrtenrepublik, die Hinwendung zum Publikum hatte 1773, als Nicolai diese Zeilen verfaßte⁽¹¹⁹⁾, eben erst begonnen. Erst im letzten Drittel des Jahrhunderts erfaßte die Aufklärung den größeren Teil der Intelligenz, also der ‚Menschen, die beruflich vorwiegend geistige Arbeit leisten und in der Regel eine höhere Schulbildung haben⁽¹²⁰⁾, ... Die Träger der Aufklärung ... Sie rekrutierten sich aus Teilen der Universitätsprofessoren, der Lehrer an Gymnasien und Lateinschulen, der Studenten und Kandidaten, der Verwaltungs- und Justizbeamten, der Geistlichkeit aller Konfessionen - aus den akademisch gebildeten Kreisen des Bürgertums und Adels. Die Aufklärung, die zuerst und für lange Jahrzehnte eine Angelegenheit innerhalb der Gelehrtenrepublik war, drang nur sehr langsam in die nichtakademischen Schichten ein. ...“⁽¹²¹⁾

Rudé, Revolutionary Europe 1783-1815 „... In the revolutions of our day, this ideological preparation has been the concern of political parties; but there were no such parties in eighteenth-century France. In this case, the ground was prepared, in the first place, by the writers of the Enlightenment. It was they who, as Burke and Tocqueville both noted, weakened the ideological defences of the Old Régime. The ideas of Montesquieu, Voltaire and Rousseau, and those of many others, were, as we have seen, being widely disseminated and absorbed by an eager reading public, both aristocratic and middle class. ...“ (Chap. IV., p. 74 insg., p. 74-75) und „... How did the ideas of the Enlightenment, propagated by the writers, journalists and fashionable clientèle of the salons, begin to grip the minds of the poorer townsmen, if not the peasantry? ...“ (p. 70).

Der Aufgeklärte Absolutismus, Einleitung (v. *Aretin*), 6., S. 37 „... In Frankreich ... Die Aufklärung war dort vielmehr so weit fortgeschritten und stützte sich auf so breite Schichten, ...“

Hammerstein, Aufklärung und katholisches Reich, Einleitung, S. 11: die Aufklärung war in ihrem Ursprungs- und in ihrem klassischen Ausformungsland England und Frankreich ein eminent gesellschaftliches Phänomen.

Valjavec, Die Entstehung der politischen Strömungen in Deutschland 1770-1815, I., 1., S. 16 und *Kantzenbach*, Protestantisches Christentum im Zeitalter der Aufklärung, 12., Friedrich der Große und Voltaire, S. 140: zur Aufklärung in Frankreich und England gehörte insbesondere Voltaire, der König unter den französischen Aufklärer, welcher insbesondere ein geschickter Literat und weniger ein eigenständiger Denker war und er seine Gedanken angenehm formulieren wusste, er dachte immer an ein breites literarisches Publikum, das er auch anzusprechen vermochte.

Insbesondere der gegenüber den Bischöfen wirtschaftlich stark benachteiligte französische Parochialklerus hatte aus Verbitterung über seine eigene wirtschaftliche Lage es abgelehnt, weiterhin an dem Glauben und an der offiziellen Lehre festzuhalten, dass der Unterschied zwischen Arm und Reich Gottes Wille entspräche. Dies könne vielmehr durch Gesetz geändert werden. Der Parochialklerus hatte auch durch seine von der Kanzel und aus dem Beichtstuhl vertretenen Ansichten die Bauernschaft und das Proletariat in den großen und kleinen Städten, welche ihre Anschauungen über die soziaethischen Fragen und die Gerechtigkeit der sozialen Ordnung von ihm erhielten, in dieser Weise beeinflusst (*Zywczyński*, Die Kirche und die französische Revolution, Die soziale Zusammensetzung des französischen Klerus am Vorabend der Revolution, S. 31-33, Die Kirche und das Proletariat vor Ausbruch der Revolution, S. 47-51, Ideeller Widerstand gegen die Kirche, S. 21).

⁽¹¹⁹⁾ Gemeint war die Erstausgabe des 1. Bandes von Friedrich Nicolai, Das Leben und die Meinungen des Herrn Magister Sebalduß Nothanker, welches im Jahr 1773 erschienen war.

⁽¹²⁰⁾ 4., in: *Aufklärung, Absolutismus und Bürgertum in Deutschland*, Einleitung: Die Sozialgeschichte ..., S. 60.

¹²¹ 4., in: *Aufklärung, Absolutismus und Bürgertum in Deutschland*, Einleitung: Die Sozialgeschichte ..., S. 62, insg. und mit weiteren statistischen Angaben, S. 59-63.

Valjavec, Die Entstehung der politischen Strömungen in Deutschland 1770-1815:

„... In Deutschland gewinnt die Aufklärung stärker als anderswo wissenschaftliche Züge, sie ist gelehrter, zugleich aber auch pedantischer und bekundet einen starken Zusammenhang mit der Studierstube.“¹²²

Hammerstein, Aufklärung und katholisches Reich:

„... - , daß auch die Aufklärung, die ja in ihrem Ursprungs- und in ihrem klassischen ‚Ausformungsland‘, in England und Frankreich, ein eminent ‚gesellschaftliches‘ Phänomen war, sich im Reich anderer Träger, anderer Äußerungsformen, anderer Vermittler bedienen mußte als dort. Anstelle einer Öffentlichkeit fungierten hier u. a. die Universitäten. ...“¹²³

und *Knigge*, Ueber die Ursachen, warum wir vorerst in Teutschland wohl keine gefaehrliche politische Haupt=Revolution zu erwarten haben:

„... Es herrscht im Allgemeinen unter dem medern Volke in Teutschland weniger schaedliche Aufklaerung, wie in Frankreich, weniger Raisonier=Sucht ...“¹²⁴

Ursächlich hierfür war die erhebliche Anzahl von Analphabeten im Volk. Während der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts gab es deren 80-90 %. Danach stieg bis zum Jahr 1800 die Zahl der Lesekundigen bis auf 25 %, wobei jedoch die Zahl der erwachsenen Leser zu dieser Zeit nur bei 1 % gelegen haben dürfte.¹²⁵

Die Mitglieder der im 18. Jahrhundert zahlreichen Lesegesellschaften im Reich, von denen es bis zum Jahr 1800 ca. 420 Gründungen gab, kamen im allgemeinen aus dem akademischen Bürgertum.¹²⁶

Auch hatte sich im Deutschland des 18. Jahrhunderts der Stand der Schriftsteller hauptsächlich auf den Gelehrten beschränkt. Es gab nicht den Typus des auch das ungelehrte Publikum ansprechenden *Homme de lettres*, was bereits die Zeitgenossen erkannten.¹²⁷

¹²² I., 1., S. 16-17.

¹²³ Einleitung, S. 11, insg., S. 11-12.

¹²⁴ In: *Schleswigsches Journal*, II. Band, 1793, 7. Stueck, July 1793., 3., S. 287-288: Ziff. 8.: medern (=niedrig) (Druck, S. 288). *Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft*, Teil I, Aufklärung (v. I. Fetscher), A., Sp. 439.

¹²⁵ *Vernunft ist immer republikanisch*, Aufklärung in Deutschland, von H. J. Schütz, S. 30. Als Lesepublikum kam insbesondere die Landbevölkerung nicht in Betracht (S. 30). In Preußen konnten, obwohl im Jahr 1717 die allgemeine Schulpflicht eingeführt worden war, um 1800 auch nur die Hälfte der Bevölkerung flüssig lesen (S. 30).

¹²⁶ H. G. Göpfert, Lesegesellschaften im 18. Jahrhundert, in: *Aufklärung, Absolutismus und Bürgertum in Deutschland*, III., S. 403-411 (404, 406-407 (406)). Ursächlich hierfür waren neben der nach ihren einzelnen Statuten festgelegten personellen Begrenzung und Ausschließung ihrer Mitgliedschaften (S. 406), auch die Errichtung von Beiträgen, welche für die kleinbürgerlichen Kreise zu hoch waren (*Vernunft ist immer republikanisch*, Aufklärung in Deutschland, von H. J. Schütz, S. 31-32 (32)).

b) Das Fehlen eines sich das Gedankengut der Aufklärung zueigenmachenden Bürgertums in Deutschland

Auch fehlte es in Deutschland, im Gegensatz zu England und Frankreich,¹²⁸ bei seiner wirtschaftlichen Rückständigkeit¹²⁹ an einem wohlhabenden, selbstbewussten, zur politischen

Schubart in seiner Vaterlandschronik, Dienstag, den 2ten Februar 1790 zur Ulmer Lesegesellschaft „... Sie hat nun auch eine *L e s e g e s e l l s c h a f t*, deren Einrichtung und Geseze sie zu einer der auserlesensten in ganz Deutschland machen. Ihr Zweck ist, die interessantesten Zeitschriften zu lesen und die Vorteile eines anständigen und geistvollen Umganges genießen zu koennen. Die Mitglieder sind aus allen Staenden – Patriziern, Professoren, Geistlichen, Offiziers, Kaufleuten, Offizianten und Buergern gewaehlt, und bereits zu 100 angewachsen ..., wer sollte sich nicht ueber solche Anstalten freuen, wo die Menschen gesellschaftlich zusammentreten und sich durch wechselseitiges Reiben geistige Funken entloken die bald zu einer Lichtmasse werden muessen, die waermt und erleuchtet.“ (*Schubart*, Chronik, 1790, 10., IV., Ulm, S. 80).

¹²⁷ *Friedrich Nicolai* in seinen im Jahr 1773 erschienenen *Das Leben und die Meinungen des Herrn Magister Sebaldu Nothanker*:

„... *H i e r*. ... Jch liebe die Aufklaerung des menschlichen Geschlechts; sie faengt auch an, sich bey uns zu zeigen; allein sie gehet noch mit sehr langsamen Schritten fort. ...

S e b. Aber ich habe doch gehoert, daß in England und in Frankreich sich die Buchhaendler bey guten Buechern sehr wohl stehen sollen.

H i e r. Das komt daher, weil in Frankreich und in England, die Classe der Schriftsteller der Classe der Leser entspricht; weil jene schreiben was diese zu lesen noethig haben, und lesen koennen.

S e b. Jst es denn in Deutschland nicht eben so?

H i e r. Sehr selten. Der Stand der Schriftsteller beziehet sich in Deutschland beinahe bloß aus sich selber, oder auf den gelehrten Stand. Sehr selten ist bey uns ein Gelehrter ein *Homme de lettres*. Ein Gelehrter ist bey uns ein Theologe, ein Jurist, ein Mediciner, ein Philosoph, ein Professor, ein Magister, ein Director, ein Rector, ein Conrector, ein Subrector, ein *Baccalaureus*, ein *Collega infimus*, und er schreibt auch nur fuer seine Zuhoerer und seine Untergebnen. Dieses gelehrte Voelkchen von Lehrern und Lernenden, das etwa 20000 Menschen stark ist, verachtet die uebrigen 20 Millionen Menschen, die außer ihnen Deutsch reden, so herzlich, daß es sich nicht die Muehe nimmt fuer sie zu schreiben, und wenn es zuweilen geschieht, so riecht das Werk gemeiniglich dermaßen nach der Lampe,*) daß es niemand anruehren will. Die zwanzig Millionen Ungelehrten, vergelten den 20000 Gelehrten Verachtung mit Vergessenheit: sie wissen kaum daß die Gelehrten in der Welt sind. Weil nun kein Gelehrter fuer Ungelehrte schreiben will, und da doch die ungelehrte Welt so gut ihr Beduerfniß zu lesen hat, als die gelehrte, so bleibt das Amt fuer Ungelehrte zu schreiben, endlich den Verfassern der *Inseln Felsenburg*, den *Postillenschreibern*, und den *moralischen Wochenblaetter*, deren Faehigkeiten den Faehigkeiten der Leser, die sie sich gewaehlt haben, viel genauer entsprechen, als die Faehigkeiten der groesten Gelehrten ihren Lesern, die daher weit mehr gelesen werden, als die groesten Genien, die aber auch ihre Leser nicht um einen Daumbreit hoeher hinaufheben, die vielmehr sehr oft nicht wenig beytragen, daß das Licht der wahren Gelehrten sich nicht auf die Ungelehrten ausbreitet. Daher sind einige Staedte bey uns so helle, und die ganze Laender sind in der groeßten Finderniß. ...

H i e r. ... wenn die Nation durch die Schriften der Gelehrten soll erleuchtet werden, so muß sich die Anzahl der bloß fuer Gelehrten geschriebenen Buecher, zu den fuer das ganze menschliche Geschlecht geschriebenen Buechern verhalten, wie die Anzahl der Gelehrten zu dem uebrigen menschlichen Geschlechte, vielleicht wie 1 zu 1000, vielleicht wie 1 zu 2000. Jch befuerchte aber, es wird in Deutschland gerade umgekehrt seyn.“ (I. Band, 2. Buch, 2. Abschnitt, S. 119-123), insg. (S. 110-134).

¹²⁸ In England und Frankreich hatte sich im 17. und 18. Jahrhundert die Bourgeoisie gebildet. Durch die mechanisch-naturwissenschaftlich-technologischen Erfindungen und die politischen Verhältnisse hatten sich bedeutende Wirtschaftsräume und eigene Absatzmärkte gebildet, Colbert hatte in Frankreich durch Aufhebung der Binnenzölle aus Nord- und Mittelfrankreich ein einheitliches Wirtschaftsgebiet geschaffen (*R. Wittram*, Formen und Wandlungen des europäischen Absolutismus, II, in: *Absolutismus*, S. 101) und beide profitierten vom Kolonialhandel. In England hatte nach einer um das Jahr 1760 einsetzenden Vorbereitungsperiode zwischen 1782 bis 1792 die industrielle Revolution eingesetzt, mit der Ersetzung des bisherigen Manufaktursystems durch das Fabrikssystem. Die Anlegung von konstantem fixem Kapital, die gewinnbringende Motivation wurde mitgetragen durch den miteintretenden Produktionszuwachs. Dieser kann

durch den vorhandenen Bedarf allein nicht gedeckt werden, sondern antezipierte eine zukünftige Nachfrage, womit auch das Wachstum der größeren Städte einsetzte (*Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland*, I. Zum Wesen der industriellen Revolution in England, v. *H. Mottek*, S. 11-18, II. Zur Vorbereitungsperiode der industriellen Revolution in Deutschland, v. *H. M.*, S. 18-26; *Barnard*, A short history of English education from 1760 to 1944, Introduction, p. XIII, XVI und *K. Gutkas*, Österreich unter dem geistigen Einfluß von Aufklärung und Josephinismus, in: *Österreichische Bildungs- und Schulgeschichte von der Aufklärung bis zum Liberalismus*, S. 11 (Manufaktursystem in Österreich bis etwa 1800).

129

Ursächlich waren:

Die territoriale und wirtschaftliche Zergliederung: Mit der politisch-territoriale Zergliederung des Reiches und des Machtwachses der Territorialherren gingen die von Kaiser und Reich zuerst als Regal gehalten und auch ausgeübten Rechte aus der Zollhoheit, welche bereits bis zum 16. Jahrhundert von den Territorialherren zu ihrer Vergabe und Verpfändung ausgeübt worden waren, dem Reich verlustig (oben, S. 376-377 und *Gradl*, Die deutsche Zoll- und Steuerpolitik 1524-1806, B., I., 1., S. 24-32). Damit war eine wirtschaftliche Zergliederung des Reiches in wirtschaftlich autonome Einheiten mit ca. 1 800 Zollschranken gegeben (*I. Stephan*, Literarischer Jacobinismus, 2., 1., S. 24; *Reinalter*, Der Jakobinismus in Mitteleuropa, I., S. 9 und *Vernunft ist immer republikanisch*, Aufklärung in Deutschland, von *H. J. Schütz*, S. 26), welche zusätzlichen Binnenzölle sowohl fiskalische als auch schutzpolitische Zwecke vor fremder Konkurrenz hatten (*Gradl ebd.*, 2., S. 33-41 (39-40) und *Blaich*, Die Wirtschaftspolitik des Reichstags im Heiligen Römischen Reich, V., 2., b), S. 198). Dazu kamen die verschiedenen Maß-, Münz- und Gewichtssysteme (*Zur Geschichte der Arbeitserziehung in Deutschland*, Teil 1, 2. 1., S. 24, 2. 1., S. 50). Es gingen dem Reich größere Wirtschaftsräume und eigene größere innere Absatzmärkte ab.

K., Betrachtungen ueber den Einfluß der deutschen Staatsverfassung auf das Nazionalglueck der Deutschen ,... Zu einer vollkommnen alles belebenden Industrie wird Vereinigung der Nazionalkraefte erfordert; und die Kraefte der deutschen Nazion sind unter hundert groeßere oder kleinere Staaten vertheilt. Was aber noch schlimmer ist, und eigentlich das Uebel ausmacht: jeder dieser Staaten will die Porzion Kraefte, die ihm zu Theil wurden, bloß fuer sich, zu seinem eigenen Vortheil, wirken lassen; wendet sie wohl gar wider seine Nachbarn, wider das Ganze an. ... Mit einem Markte von einigen Meilen macht man Ein- und Ausfuhrgesetze, wie die Englaender, deren Markt die ganze Welt ist. Auch unser Markt haette die ganze Welt sein koennen, wenn unsre Fuersten und die Hanse zu rechter Zeit ihr gemeinschaftliches Interesse erkannt haetten. ...“ (*Berlinische Monatsschrift*, XIX. Band, 1792, Maerz, 5., S. 284-285).

Weissel, Von wem die Gewalt in den Staaten herrührt, Einleitung, 2., S. 55 ,... Die Grenzen, die die einzelnen Territorialstaaten trennten, waren ebenso viele Hindernisse für die Herausbildung eines nationalen Marktes. Jeder Landesfürst konnte ‚Reglements‘ für die Wirtschaftspolitik seines Territoriums erlassen. ...“

Halder, Sollte man die Vernichtung der teutschen Reichsverfassung wuenschen? S. 70 ,... Zerstueckelt in m e h r e r e k l e i n e S t a a t e n muß sich nemlich der Handel Teutschlands nie zu der Hoehe emporarbeiten koennen, wohin ihn sonst der Fleiß und die einsichtsvolle Thaetigkeit seiner Bewohner, bei so manchen Beguenstigungen der Natur, zu erheben vermoegte. ...“

Die Folgen des 30 jährigen Krieges und das Abgehen eines Kolonialhandels. Der 30 jährige Krieg mit seinen großflächigen Verwüstungen hatte Reich, welches im 15. und 16. Jahrhundert prosperierte, in seiner wirtschaftlichen Entwicklung hinter den beiden westlichen Königreiche zurückgeworfen. Es ging ihm, gegensätzlich zu diesen, den Generalstaaten der Vereinigten Provinzen und den beiden Königreichen Spanien und Portugal der Kolonialhandel ab (*Stephan*, I., Literarischer Jacobinismus, 2., 1., S. 23-25; *Reinalter*, Der Jakobinismus in Mitteleuropa, I., S. 9-10; *Weissel*, Von wem die Gewalt in den Staaten herrührt, Einleitung, 2., S. 55 und *Vernunft ist immer republikanisch*, Aufklärung in Deutschland, von *H. J. Schütz*, S. 24-25).

Die nicht eingetretene Frühindustrialisierung.

In Deutschland, bei einer um die Jahre 1784/85 einsetzenden Vorbereitungsphase hatte die Industrialisierung jedoch erst in der Mitte der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts begonnen (*Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland*, I. Zum Wesen der industriellen Revolution in England, S. 11-18, II. Zur Vorbereitungsperiode der industriellen Revolution in Deutschland (v. *H. Mottek*), S. 18-26; *Barnard*, A short history of English education from 1760 to 1944, Introduction, p. XIII, XVI und *K. Gutkas*, Österreich unter dem geistigen Einfluß von Aufklärung und Josephinismus, in: *Österreichische Bildungs- und Schulgeschichte von der Aufklärung bis zum Liberalismus*, S. 11 (Manufaktursystem in Österreich bis etwa 1800).

Verantwortung drängenden¹³⁰ und damit sich das Gedankengut der Aufklärung zueigenmachenden Bürgertum.¹³¹

Zur Geschichte der Arbeitserziehung in Deutschland:

„... Auf Grund der ökonomischen Rückständigkeit war die im Entstehen begriffene Bourgeoisie nicht in der Lage, Träger einer neuen politischen Entwicklung zu sein; sie hielt sich weiterhin gefügig innerhalb der ihr durch die absolute Monarchie gesetzten Handlungsgrenzen. Die Herrschaft des Absolutismus galt weiten Kreisen des Bürgertums noch als vertrauenswürdig.
...“¹³²

K., Betrachtungen ueber den Einfluß der deutschen Staatsverfassung ..., „... Daher sind einige hundert, vielleicht einige tausend winzige krueppelhafte Fabrikchen entstanden, die sich zu den Englischen verhalten, wie Pygmaeen zu Riesen. ...“ (*ebd.*, S. 285).

¹³⁰ F. C. Moser, Von dem Deutschen Nationalgeist (1766) beklagt das Abgehen von einer National-Denkungsart der Deutschen gegensätzlich zu Nachbarnvölker „... Nicht nur bey dem grossen Haufen des gemeinen deutschen Mannes, welcher nur den Strich Erde, worauf er gebohren und erzogen ist, vor sein wahres und alleiniges Vaterland haelt; es ist vielleicht nie stark genug da gewesen, oder doch schon allzulang erloschen, als daß man auch bey dem gemeinen Deutschen eine solche N a t i o n a l = D e n k u n g s a r t, eine allgemeine Vaterlandsiebe suchen sollte, wie man sie bey einem Britten, Eydgenossen, Niederlaender, oder Schweden antrifft etc. Wann man in Engelland Kohlenbrenner und in Holland Karrenschieber, in Schweden den Bauer und in der Schweiz den Schaefer von Nationalrechten mit Vernunft und Enthusiasmo sprechen hoert, so ist in Deutschland nur etwa noch hie und da ein Reichsstaedtischer Burger, der an seinen Nachbar mit einer gewissen Angelegenheit des Gemueths die Frage ergehen laeßt: Wie siehts jetzt in Deutschland aus? ...“ (S. 9), er empfiehlt die alte Reichsherrlichkeit durch ein deutsches nationales Bewusstsein zu erneuern, Untertanen waren an der Situation mitschuldig, da sie sich dem reichsständischen Absolutismus zu leicht beugten und so auch zur Erosion der Reichsverfassung beitrugen (S. 38), keinen umfassenden Reformakt, sondern, „... wie die Verderbniß einer politischen Verfassung nur Stufenweise waechst, ...“, so kann sich auch „... unsere i n n e r e V e r b e s s e r u n g ...“ „... die Verbesserungs= und Heilungsmittel nur in gleicher Verhaeltniß wuerken ...“ (S. 41), er rät zur Herbeiführung eines patriotischen Reichsgeistes, insbesondere in den Schulen, in der Ausbildung den patriotischen Geist zu erwecken (S. 41-45) und bei den „... in wuercklichen Staatsgeschaeften und Landesregierungen stehende Maenner ...“ (S. 45).

¹³¹ Bahner, „Aufklärung“ als Periodenbegriff der Ideologieggeschichte „... Das gegenüber England, Frankreich oder Holland ökonomisch rückständige, weil in zahlreiche Territorialstaaten zersplitterte Deutschland brachte im 18. Jahrhundert keine ökonomisch starke oder politisch einflußreiche bürgerliche Klasse hervor. ...“ (*Sitzungsberichte des Plenums und der Klassen der Akademie der Wissenschaften der DDR*, Jahrg. 1972, Nr. 9., 6., S. 22); Vierhaus, Politisches Bewusstsein in Deutschland vor 1789, II., in: *Der Staat*, VI. Band, S. 178 und C. Schmid, Die deutschen Bildungsschichten und die Politik, in: *ders.*, Gesammelte Werke, I. Teil, S. 238-239.

Dies galt auch für die Territorialstaaten des Aufgeklärten Absolutismus, da insbesondere auch die Garantie des Eigentums erst die Folge und das Ergebnis der mit den Rechtskodifikation des Aufgeklärten Absolutismus eingeleiteten Rechtsstaatlichkeit war (*Der Aufgeklärte Absolutismus*, Einleitung (v. Aretin), 4., S. 28, 6., S. 39).

Faust I, Auerbachs Keller, Frosch „... Singt Das liebe, heil'ge Röm'sche Reich,/Wie hält's nur noch zusammen?“, seine Frage wird vom Bürgerlichen Brandner zurückgewiesen „Ein garstig Lied! Pfui ein politisch Lied!/Ein leidig Lied! Dankt Gott mit jedem Morgen/Daß er nicht braucht für's Röm'sche Reich zu sorgen!/Ich halt'es wenigstens für reichlichen Gewinn,/Daß ich nicht Kaiser oder Kanzler bin.“ (*Goethe*, Werke, I. Abteilung, Band 7/1, S. 90 Z. 2089-2096).

¹³² Teil 1, 2. 2. 1., S. 50, insg., S. 50. *Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft*, Teil I, Aufklärung (v. I. Fetscher), A., Sp. 439 „... Die A. in Deutschland ... und wird durch die deutsche Kleinstaaten und die subalterne Position des deutschen Bürgertums in ihrer Entfaltung gehemmt. ...“.

c) Keine demokratischen Mitwirkungsrechte des Volkes im aufgeklärten Absolutismus

Die allein im Reich unter dem Einfluss der Aufklärung verwirklichte Staats- und Regierungsform war jene des aufgeklärten Absolutismus,¹³³ welcher die Entstehung des Staates und der in ihm ausgeübten Herrschergewalten aus der vertraglichen Übertragung an den Herrscher deutete,¹³⁴ womit das Gottesgnadentum verneint wurde.¹³⁵

Nach den staatsphilosophischen Deutungen und Erklärungen hatte jedoch die Übertragung ihren Anlass und Motivation nicht in dem positiven Menschenbild und Menschheitsglauben der Aufklärung und diente insbesondere nicht zur Verwirklichung von Freiheit und Selbstbetätigung der Einzelnen, sondern gründete in den subjektiven Eigenschaften des Regenten als dem Fähigsten zum Regieren.¹³⁶ Zuordnungssubjekt des Staates waren die Einzelnen und der Regent in seiner Stellung als ein auf den Thron gestiegenes Mitglied von ihnen,¹³⁷ als 1. Diener seines Staates.¹³⁸ Der Regent stand damit nicht mehr vor und über dem

¹³³

Sein originärster und bedeutendster Vertreter war König Friedrich II. von Preußen (31. Mai 1740-17. Aug. 1786). Ihn ahmten und folgten insbesondere nach: der habsburgische Mitregent und Kaiser Joseph II. für seine österreichischen Erblände (1765-1790), Markgraf Karl Friedrich von Baden (1738-1811), Herzog Karl August von Sachsen-Weimar (1758-1828) und im Nebenland Italien Großherzog Peter Leopold I. von Toskana (1765-1790), der spätere Kaiser Leopold II.

¹³⁴

H. Liebel, *Der aufgeklärte Absolutismus und die Gesellschaftskrise in Deutschland im 18. Jahrhundert*, in: *Absolutismus*, S. 527; Conrad, *Staatsgedanke und Staatspraxis des aufgeklärten Absolutismus*, 2., a), S. 18-19 und *Der Aufgeklärte Absolutismus*, Einleitung (v. Aretin), 1., S. 14.

¹³⁵

E. Lousse, *Absolutismus, Gottesgnadentum, Aufgeklärter Despotismus*, in: *Der Aufgeklärte Absolutismus*, 1. Teil, S. 100 und E. Walder, *Aufgeklärter Absolutismus und Revolution* in: *ebd.*, S. 107-109.

¹³⁶

Die von *König Friedrich II. von Preußen* verfasste *Réfutation du prince de Machiavel* (Originaltext des von Voltaire bearbeiteten und von diesem in den Jahren 1740 und 1741 zuerst anonym und danach unter des Königs Namen erschienenen *L'Antimachiavel, ou examen du prince de Machiavel*), Chap 1 „...; il y aurait eu mauvaise grâce à Machiavel de dire que les peuples, ayant trouvé nécessaire, pour leur repos et leur conservation, d'avoir des juges pour régler leurs différends, des protecteurs pour les maintenir contre leurs ennemis dans la possession de leurs biens, des souverains pour réunir tous leurs différents intérêts en un seul intérêt commun, avaient choisi, d'entre eux, ceux qu'ils avaient crus les plus sages, les plus équitables, les plus désintéressés, les plus humaines, les plus vaillants, pour les gouverner et pour prendre sur soi le fardeau pénible de toutes leurs affaires. ...“ (*Friedrich II., König von Preußen, Oeuvres de Frédéric le Grand, Tome VIII, IV., p. 189*), sein am 13. Aug. 1777 erschienenen *Essai sur les formes de gouvernement et sur les devoirs des souverains* (*ebd.*, Tome IX, XV., p. 224-225; Klassen, *Die Grundlagen des aufgeklärten Absolutismus*, VII., S. 119-121; *Der Aufgeklärte Absolutismus*, Einleitung (v. Aretin), 1., S. 14-17 und E. Walder, *Aufgeklärter Absolutismus und Revolution*, in: *Der Aufgeklärte Absolutismus*, 1. Teil, S. 108-109.

¹³⁷

König Friedrich II. von Preußen, Essai sur les formes de gouvernement et sur les devoirs des souverains, „... Je le répète donc, le souverain représente l'État; lui et ses peuples ne forment qu'un corps, qui ne peut être heureux qu'autant que la concorde les unit. Le prince est à la société qu'il gouverne ce que la tête est au corps: il doit voir, penser et agir pour toute la communauté, afin de le procurer tous les avantages dont elle est susceptible. ...“ (*Friedrich II., König von Preußen, Oeuvres de Frédéric le Grand, Tome IX, XV., p. 229*).

¹³⁸

König Friedrich II. von Preußen, Réfutation du prince de Machiavel, Chap. 1 „...Il se trouve que le souverain, bien loin d'être le maître absolu des peuples qui sont sous sa domination, n'en est lui-même que le premier domestique, a et qu'il doit être l'instrument de leur félicité, comme ces peuples le sont de sa gloire. ...“ (*Friedrich II., König von Preußen, Oeuvres de Frédéric le Grand, Tome VIII, IV., p. 190*).

Staat¹³⁹ und seine übermenschliche und institutionelle Majestät entfiel.¹⁴⁰ Das Regentenbild des aufgeklärten Absolutismus entsprach nicht dem von seinem Thron herabgestiegenen menschlichen König, sondern dem vom Volk auf seinen Thron emporgehobenen königlichen Menschen.¹⁴¹ Entsprechend der Begründung und Legitimierung der Herrschergewalt durch die Volkssouveränität und den Zeitgeist der Aufklärung durfte der Herrscher die ihm übertragene Gewalt allein im Interesse seines Volkes und seines Staates¹⁴² und nicht zu persönlichen oder zu dynastischen¹⁴³ Zwecken ausüben.¹⁴⁴

¹³⁹ E. Schmidt, Rechtsentwicklung in Preussen, 3. Kap., § 20., S. 22-23 „...; der König, selber ein tiefer Denker in staatsphilosophischen Dingen, sah seine Stellung zum Staate nicht mehr unter dem Gesichtswinkel jener alten Objekttheorie, sondern erkannte, fußend auf der naturrechtlichen Lehre vom Staatsvertrag, in seiner fürstlichen Stellung ein organschaftliches Verhältnis zum Staat. Er war der erste Diener eines auch ihm ü b e r g e o r n d e t e n Wesens; er stand wie jeder Beamte, jeder Offizier, jeder Untertan im Staate, nicht außerhalb des Staates als dessen Beherrschungssubjekt¹ ...“ und Bradler-Rottmann, Die Reformen Kaiser Josephs II., C., S. 176-177 „... Joseph II. verstand unter dem Staat, für den er rastlos arbeitete, mehr als seinen eigenen fürstlichen Machtapparat. Er faßte ihn auf als eine politische Gemeinschaft von Herrscher und Untertanen, in der das Wohl des Einzelnen vom Wohl der Gesamtheit abhängig ist und daher mit letzterem zusammenfällt. ...“.

¹⁴⁰ Klassen, Die Grundlagen des aufgeklärten Absolutismus, VII., S. 120 „... Die ganze Freiheit des aufgeklärten Herrschers beruhte also in seinen Eigenschaften als Mensch und Bürger, nicht auf dem Königtum als Institution. ...“.

¹⁴¹ König Friedrich II. von Preußen, Réfutation du prince de machiavel, Chap. 26 „... que la véritable sagesse des souverains était de faire du bien, et être les plus accomplis dans leurs État; ...“, Chap. 8 (L'Antimachiavel) „... Il me semble que, lorsqu'il s'agit de l'histoire de l'esprit humain, la différence des conditions et des états disparaissant, les rois ne sont que des hommes, et tous les hommes sont égaux; ...“ (Friedrich II., König von Preußen, Oeuvres de Frédéric le Grand, Tome VIII, IV., p. 327, 97; ders., Examen de l'essai sur les préjugés „Les rois sont hommes comme les autres; ils ne jouissent point du privilège exclusif d'être parfaits dans un monde où rien ne l'est; ...“ (ebd., Tome IX, XI., p. 173-174); Klassen, Die Grundlagen des aufgeklärten Absolutismus, VII., S. 115-120 und Der Aufgeklärte Absolutismus, Einleitung (v. Aretin), 1., S. 14-15.

¹⁴² Ueber Deutschlands verlorne Freyheit, IV., S. 29-30 „... Friedrich der Weise ließ die Aufklaerung sich verbreiten, ... Er war ja selbst Lehrer derselben, enthuelte selbst die Pflichten der Regenten, und uebte sie gewissenhaft aus. Er lehrte selbst: D a ß K o e n i g e d i e e r s t e n D i e n e r d e s S t a a t s - d i e S c h a t z m e i s t e r d e r N a t i o n w a e r e n , u n d i h r e M a c h t v o m V o l k h a e t t e n“.

¹⁴³ König Friedrich II. von Preußen, Examen critique du Système de la nature (Juli 1770): die erbliche Monarchie wurde allein gewählt, um die bei der Wahlmonarchie bei den dortigen Regentenvakanzen eintretenden Wirren und Nachteile zu vermeiden (Friedrich II., König von Preußen, Oeuvres de Frédéric le Grand, Tome IX, XII., p. 192-193) und H. Pigge, Die Staatstheorie Friedrichs des Grossen, in: Finke Festgabe, XI., S. 415.

¹⁴⁴ König Friedrich II. von Preußen, Réfutation du prince de Machiavel, Chap. 26 „... Les princes qui font des guerres injustes sont plus cruels qu'eux. Il sacrifient à l'impétuosité de leurs passions le bonheur, la santé et la vie d'une infinité d'hommes que leur devoir serait de protéger et de rendre heureux, au lieu de les exposer aussi légèrement à tout ce que l'humanité a de plus à redouter. ...“ (Friedrich II., König von Preußen, Oeuvres de Frédéric le Grand, Tome VIII, IV., p. 335); ders., Essai sur les formes de gouvernement et sur les devoirs des souverains „... Il n'y a qu'un bien, qui est celui de l'État en général. ...“ (ebd., Tome IX, XV. P. 229); Bradler-Rottmann, Die Reformen Kaiser Josephs II., C., S. 172 „... Als Herrscher des aufgeklärten Absolutismus hat er als erstes und einziges Ziel das Staatswohl vor Augen, das für ihn mit dem Allgemeinwohl, dem größten Glück der größten Zahl, identisch ist. ...“ und Klassen, Die Grundlagen des aufgeklärten Absolutismus, VII., S. 118-119.

Dem Volk waren hierbei, trotz Zubilligung von Denkfreiheiten¹⁴⁵ keine Mitwirkungs- und Kontrollrechte zugebilligt worden.¹⁴⁶ Der Regent war das einzige Organ des Staates¹⁴⁷ und bei

¹⁴⁵ *König Friedrich II. von Preußen*, Essai sur les formes de gouvernement et sur les devoirs des souverains „... Mais si l'on remonte à l'origine de la société, il est de toute évidence que le souverain n'a aucun droit sur la façon de penser des citoyens. Ne faudrait-il pas être en démence pour se figurer que des hommes ont dit à un homme leur semblable: Nous vous élevons au-dessus de nous, parce que nous aimons à être esclaves, et nous vous donnons la puissance de diriger nos pensées à votre volonté? Ils ont dit au contraire: Nous avons besoin de vous pour maintenir les lois auxquelles nous voulons obéir, pour nous gouverner sagement, pour nous défendre; du reste, nous exigeons de vous que vous respectiez notre liberté. ...“ (*Friedrich II., König von Preußen*, Oeuvres de Frédéric le Grand, Tome IX, XV., p. 237), insg. (S. 236-238),

Kant in seiner im Jahr 1784 erschienenen Schrift *Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?* nach welchem der aufgeklärte Fürst, welcher in Religionsdingen den Menschen nichts vorzuschreiben habe, auch in Ansehung der Gesetzgebung ohne Gefahr seinen Untertanen erlauben könne, von ihrer eigenen Vernunft öffentlich Gebrauch zu machen und ihre Gedanken über eine bessere Abfassung derselben sogar mit einer freimütigen Kritik der schon gegebenen der Welt öffentlich vorlegen können, er jedoch weitergehende Konsequenzen ausdrücklich verwarf, und Friedrich der Große, welcher ein wohldiszipliniertes Heer zum Bürgen habe, das sagen dürfe, was ein Freistaat nicht wagen dürfe „...: r ä s o n n i r t, s o v i e l i h r w o l l t, u n d w o r ü b e r i h r w o l l t; n u r g e h o r c h t!“ (*Kant*, Gesammelte Schriften, Erste Abtheilung: Werke, Band VIII, (1784., 3), S. 40-42 (41)).

Lessing hatte aber am 25. Aug. 1768 Friedrich Nicolai in Berlin noch geschrieben „... Wenn der Phädon in Berlin confiscirt ist: so muß es bloß geschehen seyn, weil er i n B e r l i n gedruckt worden, und man sich nicht einbilden können, daß man in Berlin für die Unsterblichkeit der Seele schreibe. Sonst sagen Sie mir von Ihrer Berlinischen Freyheit zu denken und zu schreiben ja nichts. Sie reducirt sich einzig und allein auf die Freyheit, gegen die Religion so viel Sottisen zu Markte zu bringen, als man will. Und dieser Freyheit muß sich der rechtliche Mann nun bald zu bedienen schämen. Lassen Sie es aber doch einmal einen in Berlin versuchen, über andere Dinge so frey zu schreiben, als Sonnenfels in Wien geschrieben hat; lassen Sie es ihn versuchen, dem vornehmen Hofpöbel so die Wahrheit zu sagen, als dieser sie ihm gesagt hat; lassen Sie einen in Berlin auftreten, der für die Rechte der Unterthanen, der gegen Aussaugung und Despotismus seine Stimme erheben wollte, wie es itzt sogar in Frankreich und Dänemark geschieht: und Sie werden bald die Erfahrung haben, welches Land bis auf den heutigen Tag das sklavischste Land von Europa ist. ...“ (*Lessing*, Sämtliche Schriften, XVII. Band, Nr. 237., S. 297-298 (298 Z 12-28)).

¹⁴⁶ *König Friedrich II. von Preußen* in seinem Politischen Testament, verfasst von April-Juli 1752, De la politique, De la politique intérieure, Qu'un souverain doit gouverner par lui-même „... Dans un État comme celui-ci, il faut de nécessité que le prince fasse ses affaires par lui-même, ... Mais s'il est nécessaire que le prince gouverne par lui-même l'intérieur de son État, combien plus l'est-il qu'il dirige sa politique lui-même, qu'il fasse les alliances qui lui conviennent, qu'il forme lui-même ses desseins et prenne son parti dans les conjunctures délicates et scabreuses. ... Il faut qu'un gouvernement bien conduit ait un système de philosophie, 2 que toutes les mesures prises soient bien raisonnés, et que finances, la politique et le militaire concourent à un même but, qui est l'affermissement de l'État et l'accroissement de sa puissance. Or, un système ne peut émaner qu'une tête; donc il faut qu'il parte de celle du souverain. ...“, Conclusion „... Par ces détails déjà trop allongés vous voyez sans doute de quelle importance il est qu'un roi de Prusse gouverne par lui-même. Aussi peu qu'il aurait été possible à Newton d'arranger son système de l'attraction, s'il avait travaillé de concert avec Leibniz et Descartes, aussi peu un système de politique peut-il se faire et se soutenir, s'il ne sort pas d'une seule tête. Il faut que ce soit de celle du souverain; il faut que la tête de Jupiter accouche de Minerve toute armée, c'est-à-dire que le prince fasse son système et l'exécute lui-même. Plus vivement affecté de ce feu qu'il faut pour les faire réussir; et son amour-propre qui l'intéresse à son ouvrage, deviendra par cela même utile à la patrie. ...“ (*Friedrich II., König von Preußen*, Politische Correspondenz, Ergänzungsband: Die politischen Testamente Friedrich's des Grossen, Test ... Pol ... [1752], S. 37, 38, 77), insg. (S. 37-39, 77-78).

Svarez, Hauptverfasser des ALR hatte auch ausdrücklich in seinen Kronprinzenvorträgen für Kronprinz Friedrich Wilhelm (spätere König Friedrich Wilhelm III.) die Staatsform der Demokratie mit einer Mitbeteiligung des Volkes bei der Ausübung von Souveränitätsrechten in Versammlungen oder durch von ihm gewählten Repräsentanten abgelehnt (*Conrad*, Die geistigen Grundlagen des Allgemeinen Landrechts für die preußischen Staaten von 1794, II., 3., S. 33-34).

¹⁴⁷ *ALR*, 2. Teil, 13. Titel, § 1 „Alle Rechte und Pflichten des Staats gegen seine Bürger und Schutzverwandten vereinigen sich in dem Oberhaupt desselben. ...“, insbesondere das Recht die Verteidigung

seiner Willensbildung wurde er nur von seinen eigenen Vorstellungen vom Wohl des Volkes bestimmt.¹⁴⁸ Alles für das Volk, nichts durch das Volk war die Staats- und Herrschaftsmaxime des aufgeklärten Absolutismus,¹⁴⁹ trotz der Gewährung von einzelnen Freiheiten¹⁵⁰ und auch noch vorhandenen ständischen Mitwirkungsbefugnissen. Der Einzelne sollte im Dienen und der Hingabe¹⁵¹ an das allgemeine Wohl seine Bestimmung haben.¹⁵² Diesem entsprach auch die Praxis der Reform von oben.¹⁵³

des Staates anzuordnen und Krieg zu führen (§ 5), das Recht Gesetze zu geben (§ 6) (*Allgemeines Landrecht für die Preussischen Staaten*, III. Band, S. 895), wobei alleinig jeder Entwurf zu einer neuen Verordnung, welcher die Rechte des Bürgers bestimmt, der Gesetzeskommission zur gutachterlichen Prüfung vorzulegen ist (Einleitung, § 7-§ 9: I. Band, S. 4), die allgemeine und höchste Gerichtsbarkeit im Staat gebührt dem Staatsoberhaupt als ein Hoheitsrecht (2. Teil, 17. Titel, § 18: III. Band, S. 1005). *E. Schmidt*, Rechtsentwicklung in Preussen, 3. Kap., § 20., S. 23 „... So lag die Frage, warum der Staat im Könige das einzige Organ zur Ausübung aller Funktionen der Staatsgewalt habe, warum nicht weitere Organe mit der gleichen Stellung zum Staate neben ihm treten sollten, gewissermaßen in der Luft. Aber die Zeit, sie bewußt aufzuwerfen, war noch nicht gekommen. Der Absolutismus hatte seine geschichtliche Sendung noch nicht erfüllt.“

¹⁴⁸ Das Rechtsgutachten der Juristenfakultät in Tübingen vom 26. Jan. 1839 betreffend die hannoversche Verfassungsfrage, §. 11. „... da formell in Preußen Staat und Regierung zur Zeit der Abfassung des Landrechts, ... identisch waren, und wenn daher irgend ein Monarch, so Friedrich der Große das Wort Ludwigs XIV. auf sich anwendbar machte: ‚l'état c'est moi‘¹⁾ ...“ (*Gutachten der Juristen=Facultaeten in Heidelberg, Jena und Tübingen, die Hannoversche Verfassungsfrage betreffend*, IV., S. 247), insg. (S. 247); *H. Pigge*, Die Staatstheorie Friedrichs des Grossen „... Daß der Staat eine rechtliche Person ist, ... Diese Vorstellung schwebte auch Friedrich vor, jedoch wird, wie es bei einem, der in der Praxis so tief im absoluten Staate steht, schwerlich anders sein kann, die Person des Herrschers zu sehr mit der Person des Staates zu identifiziert. ...“ (*Finke Festgabe*, XI., S. 413) und *E. Walder*, Aufgeklärter Absolutismus und Revolution, in: *Der Aufgeklärte Absolutismus*, 1. Teil, S. 110.

¹⁴⁹ *E. Walder*, Aufgeklärte Absolutismus und Staat. Zum Staatsbegriff der aufgeklärten Despoten, in: *Der Aufgeklärte Absolutismus*, S. 123-124, welcher an dessen Stelle: Alles für den Staat und nichts durch das Volk setzen möchte.

¹⁵⁰ Insbesondere die in den Ländern des aufgeklärten Absolutismus mehr oder weniger verwirklichten Abschaffungen von Leibeigenschaft und von Folter, die religiös-christlichen Toleranz, die Pressefreiheit, eine Aufnahme von Bürgerlichen in den höheren Staatsdienst, die Möglichkeit zur Anrufung von Gerichten, auch gegen den Regenten, bei seiner Nichteinmischung in das laufende Verfahren, dem Regenten verblieb jedoch ein nachträglicher Machtspruch.

Kaiser Joseph II. hatte in seinen österreichischen Staaten in den Jahren 1781, 1782 und 1785 die persönliche Abhängigkeit der Bauern aufgehoben, eine Ablösung der Frondienste und eine gleichmäßigere Verteilung der Steuern eingeführt (*Bradler-Rottmann*, Die Reformen Kaiser Josephs II., IV 2., b), S. 115-128). Die im Jahr 1781 gemachten Erleichterungen der Zensur mit der insbesondere Ausschaltung von jeglicher kirchlicher Zensur, hatte er jedoch im Januar 1790 seine Länderchefs unter dem Eindruck des Ausbrechens der Revolte in seinen belgisch-niederländischen Provinzen und der Revolution in Frankreich wieder zu einer strengen Überwachung der Zeitungen angewiesen (III 2., c), S. 80-85).

¹⁵¹ Dies bei dem Staatspostulat der Glückseligkeit der Bevölkerung, welches menschliche Glücksverlangen im Mittelpunkt der vom Staat zu verwirklichenden Ziele stand. Das spezifische Neue war nicht das individuelle Glücksstreben, welches es immer gegeben hatte, sondern, dass der ein Einzelne einen dahingehenden Anspruch gegen den Staat besaß (*E. Walder*, Aufgeklärter Absolutismus und Staat: Zum Staatsbegriff des aufgeklärten Despoten, in: *Der Aufgeklärte Absolutismus*, 1. Teil, S. 124-125).

¹⁵² *Klassen*, Die Grundlagen des aufgeklärten Absolutismus, VII., S. 126 „... Die Freiheit, zu welcher der aufgeklärte Absolutismus seine Untertanen erheben sollte, die Freiheit in der Hingabe an das öffentliche Wohl, konnte niemals dazu führen, das Herrschertum, ... aufzuheben. Denn die Gleichheit aller, welche durch die restlos durchgeführte Freiheit aller sich ergibt, die Gleichheit nämlich in ihrem sittlichen Willen zur Gemeinschaft, welcher all ihr Handeln bedingen soll, ...“ und *Der Aufgeklärte Absolutismus*, Einleitung (v.

Der aufgeklärte Absolutismus wurde insbesondere in den vier weltlichen Staaten im Reich, im Preußen Friedrichs II., im Österreich Josephs II., im Baden Markgraf Karl Friedrichs und im Sachsen-Weimar Herzogs Karl August' verwirklicht.¹⁵⁴ In den geistlichen Staaten war hingegen, obgleich auch geistliche Reichsstände seine persönlichen Anhänger und Befürworter waren¹⁵⁵ und ihre Regierung sich danach orientierte,¹⁵⁶ ein die objektiv-staatlichen Verhältnisse beeinflussender und reformierender aufgeklärte Absolutismus¹⁵⁷ kaum gegeben.¹⁵⁸

Aretin), 8., 11. These, S. 44 „Das Gesellschaftsideal des Aufgeklärten Absolutismus, das in der Hingabe jedes einzelnen an das öffentliche Wohl bestand¹⁵¹, ...“.

¹⁵³ *Der Aufgeklärte Absolutismus*, Einleitung (v. *Aretin*). 8., These 8., S. 43 „Der Aufgeklärte Absolutismus begründet in den Ländern, in denen er sich durchsetzte, die Tradition der Revolution von oben.“

¹⁵⁴ *E. Weis*, Absolute Monarchie und Reform im Deutschland des späten 18. und des frühen 19. Jahrhunderts, 1., in: *Aufklärung, Absolutismus und Bürgertum in Deutschland*, I., S. 192-195 und *Conrad*, Staatsgedanke und Staatspraxis des aufgeklärten Absolutismus, 1., S. 11-18.

¹⁵⁵ Insbesondere der dem kursächsischen Haus entstammende und seit 1768 Erzbischof von Trier Clemens Wenzeslaus (*Haxel*, Verfassung und Verwaltung des Kurfürstentums Trier im 18. Jahrhundert, Schlußbetrachtung, in: *Trierer Zeitschrift*, Jahrg. 5, S. 85).

¹⁵⁶ Für die beiden Erzstifter Köln, Trier und die beiden Hochstifter Würzburg, Münster *E. Weis*, Absolute Monarchie und Reform im Deutschland des späten 18. und des frühen 19. Jahrhunderts, 1., in: *Aufklärung, Absolutismus und Bürgertum in Deutschland*, I., S. 195 und *Braubach*, Maria Theresias Jüngster Sohn Max Franz, II. Teil, 1. Kap., S. 92-96, insb. S. 93.

¹⁵⁷ Wegen den dort noch vorhandenen spätmittelalterlichen Strukturen (*Raab*, Clemens Wenzeslaus von Sachsen, Band I, Die geistlichen Staaten des Reichs Ihr Ruf, ihre Erforschung, die Aufgabe, S. 10). Hinsichtlich des Erzstiftes Trier *Haxel*, Verfassung und Verwaltung des Kurfürstentums Trier im 18. Jahrhundert, Die Lokalverwaltung, Schlußbetrachtung, in: *Trierer Zeitschrift*, Jahrg. 5, S. 73, 84.

Insbesondere: die größere Beeinflussung des Staatszweckes durch die geistlichen Belange (oben, S. 698-701), der größere Einfluss der Konfessionen bei der Besetzung der Ämter (oben, S. 701) und die größeren Beschränkungen in den Denkfreiheiten und in den Geistestätigkeiten (oben, S. 701-702).

¹⁵⁸ Hinsichtlich des Erzstiftes Trier *Haxel*, Verfassung und Verwaltung des Kurfürstentums Trier im 18. Jahrhundert, Schlußbetrachtung, in: *Trierer Zeitschrift*, Jahrg. 5, S. 85.

Ausnahmen hiervon könnten sein, das Erzstift Köln und das Hochstift Münster während ihren von April 1784 bis 25. Juli 1801 gehaltenen Regentschaften des gemeinsamen Erz- und Bischofs Max Franz, jüngster Sohn Maria Theresias (*Braubach*, Maria Theresias Jüngster Sohn Max Franz, II. Teil, 1. Kap., S. 93).

Schlözer, Freimuethige Gedanken veranlaßt durch die Fuldaische PreisAufgabe, III. „... Indessen faengt man ja sogar in geistlichen Staten an, an Aufklaerung zu arbeiten, und sucht den SchulAnstalten und Universitaeten eine ganz andere und nuetzlichere Gestalt zu geben. Jch verehere allerdings die edle Absichten der Fuersten: allein worinn bestehen die Verbesserungen, die Umschaffungen der Universitaeten? In einem feineren aeußerlichen Ansehen; auch, wenn ich mich so ausdruecken darf, vielleicht in einem besseren Mechanismus der LerArt; und endlich in Abaenderung einiger Saetze des kanonischen Rechtes, wodurch den roemischen Anmassungen engere Schranken gesetzt werden. Aber wer gewinnt, was Rom verliert? In einem geistlichen State gewinnt es nicht der Fuerst oder der LandsVater, noch sein Volk, sondern der Bischof: das Verhaeltnis der Geistlichkeit zum NarungsStande bleibt ganz dasselbige; die Lere ist im Grunde ersterer immer gleich guenstig; und immer bleibt das Heil des Landes der Wolfart der Priesterschaft untergeordnet. Auch sieht man, wie alle Eigentuemmer, alle vermoegende und ansenliche Einwoner, unmittelbar, oder durch Soene, Brueder, Vettern oder Oehmen, sich an den maechtigen Koloß der Geistlichkeit anschließen, und damit in Verbindung setzen. ...“ (*Stats=Anzeigen*, IX. Band, 36. Heft, 42., S. 407-408).

d) Keine Veränderung des Konstitutionsgrundes der Reichsverfassung durch das Gedankengut der Aufklärung

Der mehr gelehrte und wissenschaftliche Charakter der deutschen Aufklärung spricht dagegen, dass die Aufklärung die große Masse der Bevölkerung im Reich im Sinne einer demokratischen Mitwirkung und Kontrolle der staatlichen Gewalten beeinflusst hätte.

Hierfür spricht auch, dass der in den vier größeren Territorialstaaten im Reich unter dem Einfluß der Aufklärung tatsächlich angewandte aufgeklärte Absolutismus keine demokratischen Mitwirkungs- und Kontrollrechte des Volkes enthielt.¹⁵⁹

Das Gedankengut der Aufklärung erreichte vielmehr die Masse der Bevölkerung in Deutschland erst während der liberalistischen Epochen im 19. Jahrhundert.

Fischer, Das Fürstentum Hohenlohe im Zeitalter der Aufklärung:

„... Bis die Gedanken der Aufklärung in den breiteren Schichten der Gebildeten heimisch wurden, verging ein Jahrhundert. Als sie die führenden Geister Europas schon überwunden hatten, waren sie kaum über die akademischen Schichten hinausgelangt. Erst im 19. und 20. Jahrhundert sind sie in das Bewußtsein der großen Mehrzahl der Menschen eingedrungen. Ende des 18. Jahrhunderts hatten sie kaum die Hälfte des Weges zurückgelegt. ...“¹⁶⁰

¹⁵⁹

Anders das von Großherzog Peter Leopold I. von Toskana, dem späteren Kaiser Leopold II. für sein im Nebenland Italien gelegenes Großherzogtum Toskana während der Jahre 1778-1782 ausgearbeitete und auch geplante toskanische Verfassungsprojekt. Es wurzelte in den Ideen der französischen Physiokraten und der Aufklärer und war auch durch die Verfassungen der im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg frei gewordenen amerikanischen Einzelstaaten mit der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung vom Jahre 1776 mitbeeinflusst worden. In einer von Peter Leopold I. bewusst und gewollten Abkehr vom ständischen Staat mit seinen historischen Ständen sollte das Volk allein in die natürlichen Stände der possessori (Land- und Hausbesitzer) und der artisti stabiliti (Handwerker und freie Berufe) eingeteilt werden, welche zusammen ohne Unterschiede das Volk bildeten. Ihnen sollten in den drei Stufen: Gemeindeversammlungen, Provinzialversammlungen, Generalversammlung die Volksvertretung mit der grundsätzlichen Souveränität des Staates zustehen, welchem Fürsten nur einzeln aufgezählte Herrschaftsbereiche verblieben (*A. Wandruszka*, Das toskanische Verfassungsprojekt, in: *Der Aufgeklärte Absolutismus*, 2. Teil, S. 264-284 (267-269, 272-274, 278, 279) und *Zimmermann*, Das Verfassungsprojekt des Großherzogs Peter Leopold von Toskana, (3.), S. 60-71 (60-65, 71), (4.), S. 71-74, (5.), S. 86-89). Diese von einem aufgeklärten Herrscher von oben geplante Verfassungsreform ging über den aufgeklärten Absolutismus hinaus, löste sich von dem in Deutschland praktizierten aufgeklärten Absolutismus und beschritt den Weg zur modernen egalitären Demokratie. *Holldack*, Die Reformpolitik Leopolds von Toskana „...“, daß die Regierung Peter Leopolds auf die Errichtung der konstitutionellen Monarchie abzielte. ...“ (*HZ*, CLXV. Band, Aufsätze, S. 45), insg. (S. 44-45). Das Bestreben Kaiser Josephs II. die habsburgische Sekundogenitur Toskana nach seinem Ableben und der Erbfolge Großherzogs Peter Leopold mit der Österreichische Monarchie zu vereinigen (*Wandruszka*, Joseph II. und das Verfassungsprojekt Leopolds II., in: *HZ*, CXC. Band, Aufsätze, S. 18-30 (19, 28-30) und *Zimmermann* ebd., (4) S. 76), die in dem Großherzogtum Toskana im Jahre 1790 ausgebrochenen Aufstände der unteren Bevölkerungsschichten, welche sich gegen die bereits durchgeführten Reformen im kirchlichen Bereich und in der Handelsfreiheit wandten (*Zimmermann* ebd., (4.), S. 76-77) und der Ausbruch der Revolution in Frankreich, welche die leopoldinischen Reformen insbesondere in Italien völlig in den Schatten drängte (*Holldack*, Die Reformpolitik Leopolds von Toskana, in: *ebd.*, S. 44) verhinderten jedoch seine Durchführung.

¹⁶⁰

5. Kap., III., S. 221.

F. Kopitzsch, Die Sozialgeschichte der deutschen Aufklärung als Forschungsaufgabe:

„... Der Prozeß der Modernisierung, an dessen Anfang in Deutschland der Absolutismus und Aufklärung standen, erfaßte die gesellschaftlichen Schichten und die verschiedenen Regionen in ganz unterschiedlichen Situationen und Intensitäten. Die Aufklärung erreichte im achtzehnten Jahrhundert keineswegs die übergroße Mehrheit der Bevölkerung. Manche ihrer Reformversuche blieben stecken oder fanden an der Mentalität der ‚Aufzuklärenden‘ ihre Grenze. ...“¹⁶¹

„Die Krise des Feudalabsolutismus und das Heranreifen der bürgerlichen Umwälzung. Das Scheitern der Politik des ‚aufgeklärten‘ Absolutismus (1763 bis 1789)“:

„... Der kulturelle Aufschwung im letzten Drittel des 18. Jh. reflektierte die Krise des feudalen Systems. Die vom Bürgertum erzielten kulturellen Leistungen bereiteten die bürgerliche Umwälzung ideologisch vor. Die Masse des Städtebürgertums wurde jedoch ebenso wie ein großer Teil der bürgerlichen Intelligenz von dieser Entwicklung nicht erfaßt. Sofern sie überhaupt gegen die herrschende Staats- und Gesellschaftsordnung Einwände erhoben, begnügten sie sich mit der Forderung nach einer Reform einzelner Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, zum Beispiel der Wirtschaftspolitik und des Justizwesens. Aber diese Reformvorschläge gingen von der Anerkennung der existierenden feudalen Ordnung aus. ...“¹⁶²

und Hampe, Ehre und Elend der Aufklärung gestern wie heute:

„... Damals waren Landvolk und weite Teile des unteren Mittelstandes weil unaufgeklärt noch lange traditionsgebunden. ...“¹⁶³

¹⁶¹ 4., in: *Aufklärung, Absolutismus und Bürgertum in Deutschland*, Einleitung: Die Sozialgeschichte ..., S. 77, insg., S. 59-77.

¹⁶² In: *Klassenkampf, Tradition, Sozialismus*, XI., S. 198, insg., S. 198.

¹⁶³ *Moral in London und Paris ...*, S. 33.

IV

Die Veränderung des Konstitutionsgrundes der Reichsverfassung durch die Ideen von 1789

1. Die rege publizistische Verbreitung der Volkssouveränität und demokratische Mitwirkung des Volkes fordernde Ideen von 1789 in Deutschland

Die zur Französischen Revolution hinführenden und durch sie hervorgebrachten Ideen von 1789 befürworteten mit der Gewährung der Menschen- und Bürgerrechte,¹⁶⁴ dem Glück aller als Ziel der Gesellschaft,¹⁶⁵ der Gewährung von allgemeiner Freiheit,¹⁶⁶ bürgerlicher und staatsbürgerlicher Gleichheit,¹⁶⁷ von Freiheit in wirtschaftlichen Betätigungen,¹⁶⁸ der Bestellung und Kontrolle der staatlichen Funktionsträger durch das Volk¹⁶⁹ mit Verfassungs-

¹⁶⁴ *Déclaration des droits de l'homme et du citoyen de 26 août 1789*: erlassen von der Assemblée nationale constituante: tendance liberté; Préambule à la Constitution du 3 sept. 1791 (*Duvergier*, Collection des lois, Tome III, p. 239-255 (239-240)),

^{2.} *Déclaration des droits de l'homme et du citoyen*, Préambule à la Constitution du 24 juin 1793 (trat nicht in Kraft: oben, S. 786): tendance égalité (*ebd.*, Tome V, p. 352-358 (352-353)),

^{3.} *Déclaration des droits de l'homme et du citoyen*, Préambule à la Constitution du 5 fructidor an III-22 août 1795: tendance bourgeois, Droits, Art. 1-22, Devoirs, Art. 1-9 (*ebd.*, Tome VIII, p. 223-242 (223-224)).

¹⁶⁵ ^{2.} *Déclaration des droits de l'homme et du citoyen*: Constitution de 24 juin 1793 (trat nicht in Kraft), Art 1 „Le but de la société est le bonheur commun. ...“ (*Duvergier*, Collection des lois, Tome V, p. 352-358 (352)).

¹⁶⁶ *Déclaration des droits de l'homme et du citoyen de 26 août 1789*: Art. 4 „... La liberté consiste à pouvoir faire tout ce qui ne nuit pas à autrui: ...“ (*Duvergier*, Collection des lois, Tome III, p. 240).

Constitution de 3 sept. 1791: erlassen von der Assemblée nationale constituante, Titre I „... La constitution garantit pareillement, comme droits naturels et civils: La Liberté à tout homme d'aller, de rester, de partir ... selon les formes déterminer par la constitution. La liberté à tout homme de parler, d'écrire, ...“ (*ebd.*, p. 239-255 (241)).

¹⁶⁷ *Constitution de 3 sept. 1791*: „L'Assemblée nationale, voulant établir la constitution française sur les principes qu'elle vient de reconnaître et de déclarer, abolit irrévocablement les institutions qui blessaient la liberté et l'égalité des droits. Il n'a plus ni noblesse, ni prairie, ni distinction héréditaire, ... Il n'y a plus ni vénalité ni hérédité d'aucun office public. Il n'y a plus, pour aucune partie de la nation, ni pour aucun individu, aucun privilège ni exception au droit cummun de tous le Français. ...“ (*Duvergier*, Collection des lois, Tome III, p. 239-255 (240-241)).

¹⁶⁸ *Constitution de 3 sept. 1791*: „... Il n'a plus ni jurandes, ni corporations de professions, arts et métiers. ...“, Titre I „... La constitution garantit l'inviolabilité des propriétés...“ (*Duvergier*, Collection des lois, Tome III, p. 239-255 (241)).

¹⁶⁹ *Déclaration des droits de l'homme et du citoyen de 26 août 1789*: Art. 3 „Le principe de toute souveraineté réside essentiellement dans la nation; nul corps, nul individu ne peut exercer d'autorité qui n'en émane expressément.“ (*Duvergier*, Collection des lois, Tome III, p. 240).

Constitution de 3 sept. 1791: Titre III, Chap. I: Assemblées primaires: jeder Franzose, der das 25. Lebensjahr vollendet hat und direkte Steuern von 3 Arbeitstagen entrichtet, wählt die Wahlmänner der Assemblées électorales: über 25 Jahre und Vermögen von 100-750 Arbeitstagen, welche die Assemblée nationale législative wählen (*ebd.*, Tome III, p. 239-255 (242-245)).

und Gesetzesplebisziten,¹⁷⁰ der konstitutionellen Kontrolle der Staatsgewalten,¹⁷¹ und der Übernahme von Wohlfahrtsaufgaben durch den Staat¹⁷² die demokratisch orientierte Volkssouveränität für die Entstehung und Ausübung der staatlichen Gewalten.

Die Ideen von 1789 waren im Reich rege publiziert worden.

Das elsässische Straßburg war das Zentrum der Verbreitung,¹⁷³ *Sieyès* gesammelte politische Schriften waren im Jahr 1796 in deutscher Sprache und kommentiert erschienen.¹⁷⁴

Verordnung zur Wahl der Convention nationale 11 aout 1792: erlassen von der Assemblée nationale législative: Assemblées primaires und die Wahlmänner der Assemblées électorales: alle Franzosen ab 21 Jahren, welche ein Jahr in Frankreich ansässig sind und von ihrem Einkommen oder von ihrer Arbeit leben und keine Dienstboten sind (*ebd.*, Tome IV, p. 297).

Constitution de 24 juin 1793: „De la souveraineté du peuple. 7. Le peuple souverain est l’universalité des citoyens français. 8. Il nomme immédiatement ses députés.“; „De la représentation nationale. 21. La population est la seule base de la représentation nationale.“ (*ebd.*, Tome V, p. 352-358 (p. 354)), 4.-61. Assemblées primaires – jeder Franzose, mindestens 21 Jahre alt und wohnhaft seit 6 Monaten in einem Kanton – wählt die Assemblée législative (p. 353-356).

Constitution de 5 fructidor an III-22 août 1795: Art. 2 „L’universalité des citoyens français est le souverain.“ (*ebd.*, Tome VIII, p. 223- 242 (224)), Titre III-V: Assemblées primaires: jeder Franzose über 21 Jahre, der direkte Steuern entrichtet und 1 Jahr ortsansässig ist, wählt die Wahlmänner der Assemblées électorales: über 25 Jahre und Eigentümer/Pächter eines Gutes von 100/200 Tagelohnung, diese wählen den Corps législatif (p. 225-231), Titre V, Art 44 „Le Corps-Législatif est composé d’un Conseil des Anciens et d’un Conseil des Cinq-Cents.“ (p. 227), Titre VI, Art. 132 „Le pouvoir exécutif est délégué à un directoire de cinq membres, nommés par le Corps Législatif, ...“ (p. 231), Art. 137 „Le Directoire est partiellement renouvelé par l’élection d’un nouveau membre, chaque année. ...“ (p. 231).

¹⁷⁰ *Constitution de 24 juin 1793*: „Des assemblées primaires. ... 19. Les suffrages sur les lois sont donnés par oui et par non.“ (*Duvergier*, Collection des lois, Tome V, p. 352-358 (354)), Plebiszit juillet 1793: voix oui 1 801 918, voix non 11 610, abstention 4 300 000 (oben, S. 786).

Constitution de 5 fructidor an III-22 août 1795: Plebiszit 6-22 sept. 1795: voix oui 1 057 390, voix non 49 978 (*Godechot*, Les institutions de la France sous la Révolution et l’Empire, Livre 4, Chap. I, III, p. 467-468).

Constitution de 22 frimaire an VIII-13 déc. 1799: Plebiszit 22 déc. 1799-20 janv. 1800: voix oui 3 011 007, voix non 1 562, abstention 4 000 000 (oben, S. 217).

¹⁷¹ *Déclaration des droits de l’homme et du citoyen de 26 août 1789*: Art. 16 „Toute société dans laquelle la garantie des droits n’est pas assurée, ni la séparation des pouvoirs déterminée, n’a point de constitution.“ (*Duvergier*, Collection des lois, Tome III, p. 240).

Constitution de 3 sept. 1791: Titre III, Art. 3 „Le pouvoir législatif est délégué à une Assemblée nationale. ...“, Art. 4 „Le gouvernement est monarchique: le pouvoir exécutif est délégué au Roi, ...“, Art. 5 „Le pouvoir judiciaire est délégué à des juges élus à temps par le peuple.“ (*Duvergier*, Collection des lois, Tome III, p. 239-255 (242), Chap. V, Art. 1 „Le pouvoir judiciaire ne peut, en aucun cas, être exercé par le Corps-Législatif ni par le Roi.“ (p. 251).

¹⁷² *Constitution de 3 sept. 1791*: Titre I „... Il sera créé et organisé un établissement général de secours publics, pour élever les enfants abandonnés, soulager les pauvres infirmes, et fournir du travail aux pauvres valides qui n’auraient pas pu s’en procurer. Il sera créé et organisé instruction publique, commune à tous les citoyens, gratuite à l’égard des parties d’enseignement indispensable pour tous les hommes, ...“ (*Duvergier*, Collection des lois, Tome III, p. 239-255 (241)).

Constitution de 24 juin 1793: „De la garantie des droits. 122. La Constitution garantit à tous les Français ..., la propriété, ..., une instruction commune, des secours publics, ...“ (*Duvergier ebd.*, Tome V, p. 352-358 (357)).

Schubart in seiner Vaterlandschronik, Freitag, den 30sten September 1791:

„... Die eigentlichen Grundsätze der zertrümmerten französischen Monarchie waren: ‚Der König ist die einzige Quelle der Gesetze und hat von der Ausübung seiner Macht Gott allein Rechenschaft zu geben!‘ ‚Das Volk hat die unbedingte Schuldigkeit, alles **für ihn zu thun** und alles **von ihm zu leiden**.‘ ... Das gegenseitige System, zu dem sich die Demokraten bekennen, ist dieses: ‚Fürsten sind um des Volks willen, das Volk nicht um des Fürsten willen. Die Nation ist es, welche – sie sei nun versammelt oder gesetzmäÙig durch Vertreter oder Verweser vorgestellt – die Befugnis hat, die Anordnungen und Gesetze zu machen, unter welchen sie leben will. Gegen diese darf das Oberhaupt, es sei gewählt oder erblich, nichts einwenden: obgleich Klugheit und das Gemeinwohl anrathen, die Erfahrungen der Regenten anzuhören, zu erwägen und das Brauchbare daraus zu behalten. Die Fürsten sollen jene Anordnungen bloÙ vollstrecken und zum Besten des Ganzen handhaben. ‚Dies seien ewigste, der reinen Vernunft einleuchtende Grundsätze, die alleinige Basis einer guten Verfassung, das Bollwerk der Freiheit. ... Und wer kann der Herr sein? Doch niemand anders als die Nation, **deren allgemeiner Wille**, der Natur der Sache nach, allein Gesetz ist? ...‘¹⁷⁵

der Verfasser des im Jahr 1798 erschienenen *Merkwürdigen Sendschreibens die Unrechtmäßigkeit der Säkularisationen*:

„... Ueberhaupt lassen die vielen Schand=Schmaeh= und Lästerschriften, die während der französischen Revolution in ungeheurer Anzahl gegen Fürsten und Fürstenregierungen im Deutschlande herausgekommen sind, keinen Augenblick zweifeln: daß eine litterarische Revolutionskluge und gewisse Männer im Deutschlande existiren, ...“¹⁷⁶

und *Brandes* in seinen im Jahr 1792 erschienenen Ueber einige bisherige Folgen der Französischen Revolution, in Rücksicht auf Deutschland:

„... Die große Ausbreitung der Französischen Litteratur in Deutschland, vorzüglich und vor allen andern aber den Eingang den *R o u s s e a u*’s Werke fanden,⁽¹⁷⁷⁾ ... Die Einfachheit der demokratischen Grundsätze dient ihnen nicht wenig, um sie, sowohl bey Schriftstellern als Lesern beliebt zu machen. Diese Grundsätze haben mit denen des Depotismus, wie schon gesagt ist, eine sehr große Aehnlichkeit. Die Simplicität der Begriffe, von denen jene Partheyen ausgehen, dient beyden um sich die meisten Anhaenger unter dem großen Haufen

¹⁷³ R. Marx, Strasbourg, centre de la propagande révolutionnaire vers l’Allemagne, in: *Deutschland und die Französische Revolution*, S. 16-25.

¹⁷⁴ *Sieyès*, Politische Schriften, I. und II. Band.

¹⁷⁵ *Chronik 1791*, 78., Vorschlag, S. 643-644, insg., S. 643-645.

¹⁷⁶ S. 20.

⁽¹⁷⁷⁾ S. 50, insg., S. 50.

zu erwerben. ⁽¹⁷⁸⁾ ... Die Folgen des Einflusses der Franzoesischen Revolution auf die Gesinnungen und Neigungen, sind freylich durchaus nicht mit Gewißheit anzugeben, noch vorher zu sehen. ...¹⁷⁹

Die deutschen Jakobiner, welche auch eine gewaltsame Veränderung der Verhältnisse im Reich befürworteten ¹⁸⁰ waren die hauptsächlichlichen Verbreiter der Revolutionsideen im Reich. ¹⁸¹

Reinalter, Die Französische Revolution und Mitteleuropa:

„... Die politischen und sozialen Ziele der Jakobiner in Mitteleuropa waren ... auf eine Umwandlung der bestehenden monarchisch-absolutistischen Staatsform in einen parlamentarischen Rechts- und Verfassungsstaat ausgerichtet. ⁽¹⁸²⁾ ... Die mitteleuropäischen Jakobiner waren – wie ihre französischen Freunde – davon überzeugt, daß mit der bürgerlichen Emanzipation auch die allgemeine Befreiung erzielt werden könnte und daß alle bürgerlichen Gleichheits- und Freiheitsforderungen wirkungslos bleiben mußten, wenn nicht mit dem Volk und für das Volk politische Rechte durchgesetzt werden. ...¹⁸³

Ihre ausgearbeiteten Verfassungsentwürfe orientierten sich an der Déclaration des droits de l’homme et du citoyen vom 26 août 1789 und an den drei revolutionären Verfassungen vom 3 sept. 1791, 24 juin 1793 und 5 fructidor an III (22 août 1795). ¹⁸⁴

⁽¹⁷⁸⁾ S. 59-60, insg., S. 60, 71-73.

¹⁷⁹ S. 154, insg., S. 154-155.

¹⁸⁰ Damit unterschieden sie sich von den liberalen Aufklärern, welche glaubten und hofften, dass das Ancien Régime an seinen Widersprüchen – insbesondere seiner Nichtvereinbarkeit mit der von ihnen erkannten menschlichen Natur – selber zugrundegehen werde.

¹⁸¹ *Jacobinische Flugschriften aus dem deutschen Süden Ende des 18. Jahrhunderts*, Flugschriften aus den Reichsstädten, 1.-8., S. 51-79, 9.-12., S. 80-106, Flugschriften vom Oberrhein, 13.-20., S. 107-183, Flugschriften aus Württemberg, 21.-25. S. 184-219, Flugschriften aus Bayern, 26.-45., S. 220-489 und *Grab*, Norddeutsche Jakobiner, Quellenanhang: Die Flugblätter der Altonaer Jakobiner, S. 104-116.

Gründungen von zahlreichen Jakobinerklubs (1792/93), die bekanntesten: Mainz, Aachen, Speyer, Worms, Landau, Altona, Kiel, Sachsenhausen/Frankfurt, ab Dezember 1797 Gründungen der konstitutionellen Zirkel: linksrheinisch zwischen Rhein und Kleve mindestens 21 – Bonn, Koblenz, Alzey, Düren, Monschau, Stolberg, Aachen, Köln, Trier, Wittlich, Kreuznach, Speyer, Kleve, Eschweiler, Lechenich, Krefeld, Bergheim, Baumholder, Zülpich, Nezstadt, Zweibrücken – , von welchen Bonn, Köln und Koblenz größere Bedeutung besaßen (A. Kuhn, Die Stellung der deutschen Jakobinerklubs in der Frühgeschichte deutscher Parteien, in: *Die demokratische Bewegung in Mitteleuropa im ausgehenden 18. und frühen 19. Jahrhundert*, 2. Arbeitssitzung: Die deutschen revolutionären Demokraten, 3. Referat, S. 74-75).

⁽¹⁸²⁾ II., Der Jakobinismus in Mitteleuropa, S. 67.

¹⁸³ II., Der Jakobinismus in Mitteleuropa, S. 68.

¹⁸⁴ Constitutions-Vorschläge des Handelsstandes zu Mainz, beantwortet von *Karl Borst*, Bürger Mitglied der Gesellschaft der Freiheit und Gleichheit in Mainz [Mainz 1792] (*Die Anfänge des Konstitutionalismus in Deutschland*, S. 45-50),

Im Reich hatte man die fundamentale Bedeutung der in Frankreich stattfindenden Vorgänge und Veränderungen für das allgemeine Zeitgeschehen, für die Verhältnisse in den anderen Staaten und für das Reich erkannt.

Hoff, Das Teutsche Reich (1801):

„Ueber die Wichtigkeit des Zeitpuncts, in welchem wir leben, ueber das Ungeheure der neuesten Weltbegebenheiten, der Veraenderungen, welche die wichtigsten, so wie die unbedeutendsten Staaten seit dem ersten Ausbruche der franzoesischen Revolution betroffen haben, hier nur ein Wort zu verlieren, wuerde ueberfluessig seyn. Jedermann sieht diese Begebenheiten, und staunt, und schwebt in banger Erwartung der Folgen, die sich daraus entwickeln werden. ... Die neuesten Weltbegebenheiten sind so auffallend, so weit verbreitet, und so schnell auf einander gefolgt, daß sie sich jetzt kaum mit Einem Blicke uebersehen, ... lassen. ...“¹⁸⁵

Der Deutsche Zuschauer (1802):

„... Von diesem Zeitpunkte beginnt eine neue Epoche fuer das deutsche Vaterland. ...“¹⁸⁶

Laukhard in seinen im Jahre 1793 erschienenen Briefe eine preußischen Augenzeugen ueber den Feldzug des Herzogs von Braunschweig gegen die Neufranken im Jahre 1792:

„... Wirklich, die f r a n z o e s i s c h e R e v o l u t i o n ist in der Geschichte der menschlichen Begebenheiten eine so reichhaltige wichtige Erscheinung, daß an deren gehoeriger Betrachtung, Zergliederung und Aufloesung nicht nur dem Staatsmanne, sondern auch jedem Philosophen und Menschenfreunde recht sehr viel gelegen sein muß. ...“¹⁸⁷

Joseph Rendler, Erklär- und Erläuterung der Rechte und Pflichten des Menschen, zur Gründung des bürgerlichen Glücksstandes abgefaßt und angenommen in der Volksversammlung zu ... o. O. u. J. [1793/94?] (*ebd.*, S. 51-67),

Christian Sommer, Konstitution der Stadt Köln, den städtischen Bürgern zur Prüfung vorgelegt [Köln 1797] (*ebd.*, S. 68-113),

Wilhelm Traugott Krug, Grundlinien zu einer allgemeinen deutschen Republik, gezeichnet von einem Märtyrer der Wahrheit [Altona-Wien 1797] (*ebd.*, S. 114-146),

Teuschlands neue Konstitution. Ein Bruchstück. *Entworfen von einem teutschen Staatsbürger*. Herausgegeben von Erdmann Weber, Profess. Der Philosophie V.Z.E. [Frankfurt-Leipzig 1797] (*ebd.*, S. 147-176),

Entwurf einer republikanischen Verfassungsurkunde, wie sie in Deutschland taugen möchte. Im 7. Jahr der Mutterrepublik [Basel 1799]: Constitution de 5 fructidor an III (22 août 1795) als direkter Vorbild, Wahlen noch mehr demokratisch (*ebd.*, S. 177-234).

¹⁸⁵

I. Theil, Einleitung, S. 1.

¹⁸⁶

I. Band, S. 29.

¹⁸⁷

2. Pack, 10. Brief, S. 5-78 (6), insg., S. 6-8.

Knigge in seinen gleichfalls im Jahre 1793 publizierten Ursachen, warum wir vorerst in Teutschland wohl keine gefaehrliche politische Haupt=Revolution zu erwarten haben:

„... Ueber die wichtigste Begebenheit unsers Jahrhunderts, ueber die franzoesische Revolution und ihre Folgen, ist schon so viel Gutes, Mittelmaeßiges und schlechtes gesagt worden, ...“¹⁸⁸

Novalis, *Die Christenheit und Europa* (1799):

„... Ruhig und unbefangen betrachte der ächte Beobachter die neuen staatsumwälzenden Zeiten. ...“¹⁸⁹

und *Friedrich Schlegels* Fragment (1798):

„Die Franzoesische Revoluzion, Fichte’s Wissenschaftslehre, und Goethe’s Meister sind die groeßten Tendenzen des Zeitalters. Wer an dieser Zusammenstellung Anstoß nimmt, wem keine Revoluzion wichtig scheinen kann, die nicht laut und materiell ist, der hat sich noch nicht auf den hohen weiten Standpunkt der Geschichte der Menschheit erhoben. ...“¹⁹⁰

Die Auseinandersetzung zwischen dem revolutionären Frankreich und dem monarchischen Europa war auch bereits in der Zeit als eine ideologische zwischen zwei Systemen gesehen und gedeutet worden.

Pahl, *Patriotisches Appel an den Friedenscongreß in Lueneville* (1801):

„... – noch lange werden die zwey Systeme, das monarchische und das demokratische in Europa im Kampfe mit einander liegen, und durch Ausbreitung ihrer Gebiete ihre Gegner zu schwachen suchen; - ...“¹⁹¹

2. Zustimmung zu den Ideen von 1789 bei der geistigen Elite Deutschlands

Nach dem Ausbruch der Revolution in Frankreich hatten die Ideen von 1789 bei der geistigen Elite Deutschlands Zustimmung und auch Begeisterung gefunden.

Kant kennzeichnete noch im Jahr 1798 die Französische Revolution als die Revolution eines geistreichen Volkes, welche ihre Ursache in der moralischen Anlage des Menschen habe

¹⁸⁸ In: *Schleswigsches Journal*, II. Band, 7. Stueck, Juli 1793, 3., S. 273.

¹⁸⁹ *Novalis*, *Werke, Tagebücher und Briefe*, II. Band, *Die Christenheit oder Europa*, S. 743, Z 18-19, insg., S. 743-744.

¹⁹⁰ *Athenaeum*, I. Band, 2, Stueck, I., S. 56, nachfolgend „... Selbst in unsern duerftigen Kulturgeschichten, die meistens einer mit fortlaufendem Kommentar begleiteten Variantensammlung, wozu der klassische Text verlohren ging, gleichen, spielt manches kleine Buch, von dem die laermende Menge zu seiner Zeit nicht viel Noziz nahm, eine groeßere Rolle, als alles was diese trieb.“ (S. 56).

¹⁹¹ S. 18.

und alle Gemüter bewege.¹⁹² Seiner Kritik der praktischen Vernunft entsprechend, war für Kant die Moralität der zentrale Aspekt, wobei er den Akteuren der Französischen Revolution und ihren Zuschauern moralische Motivationen zubilligt. Er befürwortet, dass sich das französische Volk selber eine Verfassung gab und versprach sich von ihrer republikanischen Natur eine friedensstiftende Wirkung und dies auch nach außen durch eine Eindämmung des Krieges.¹⁹³ Die negativen Begleiterscheinungen des terreurs der Jahre 1792-1794¹⁹⁴ vermochten Kants insgesamt positives Urteil über die Französische Revolution nicht zu verändern, sondern allein ihre Nachahmung zu problematisieren.¹⁹⁵

Fichte, in seiner Philosophie am unmittelbarsten von der Französischen Revolution beeinflusst,¹⁹⁶ war am stärksten mit der Französischen Revolution verbunden, auch während

¹⁹² „... Die Revolution eines geistreichen Volks, die wir in unseren Tagen haben vor sich gehen sehen, mag gelingen oder scheitern; sie mag mit Elend und Greuelthaten dermaßen angefüllt sein, daß ein wohl denkender Mensch sie, wenn er sie zum zweitenmale unternehmend glücklich auszuführen hoffen könnte, doch das Experiment auf solche Kosten zu machen nie beschließen würde, - diese Revolution sage ich, findet doch in den Gemüthern aller Zuschauer (die nicht selbst in diesem Spiele mitverwickelt sind) eine *T h e i l n e h m u n g* dem Wunsche nach, die nahe an Enthusiasm grenzt und deren Äußerung selbst mit Gefahr verbunden war, die also keine andere als eine moralische Anlage im Menschengeschlechte zur Ursache haben kann. ...“ (*Kant*, Gesammelte Schriften, 1. Abtheilung: Werke, VII. Band, Der Streit der ..., 2. Abschnitt, Erneuerte Frage: Ob ..., 6. S. 85 Z 19-29).

¹⁹³ „... Diese moralische einfließende Ursache ist zwiefach: erstens die des *R e c h t s*, daß ein Volk von anderen Mächten nicht gehindert werden müsse, sich eine bürgerliche Verfassung zu geben, wie sie ihm selbst gut zu sein dünkt; zweitens die des *Z w e c k s* (der zugleich Pflicht ist), daß diejenige Verfassung eines Volks allein an sich *r e c h t l i c h* und moralisch=gut sei, welche ihrer Natur nach so beschaffen ist, den Angriffskrieg nach Grundsätzen zu meiden, welche keine andere, als die republicanische Verfassung, wenigstens der Idee nach, sein kann,* mithin in der Bedingung einzutreten, wodurch der Krieg (der Quell aller Übel und Verderbniß der Sitten) abgehalten und so dem Menschengeschlechte, bei aller seiner Gebrechlichkeit der Fortschritt zum Besseren negativ gesichert wird, im Fortschreiten wenigstens nicht gestört zu werden. ...“ (*Kant*, Gesammelte Schriften, 1. Abtheilung: Werke, VII. Band, Der Streit der ..., 2. Abschnitt, Erneuerte Frage: Ob ..., 6. S. 85 Z 30-S. 86 Z 5).

¹⁹⁴ Die Septembermorde 1792 (oben, S. 776) wirkten sich bereits negativ auf die Ausstrahlung und Verbreitung der Revolutionsideen auf Europa aus, da die im Begriff zu werdende junge Republik – 10. Aug. 1792: Suspendierung des Königtums (*Duvergier*, Collection des lois, Tome IV, p. 292, 290-291), 11. Aug. 1792: Beschließung zur Wahl des Nationalkonvents (*Duvergier* ebd., Tome IV, p. 297), 21. Sept. 1792: Anerkennung der Volkssouveränität als alleiniger Konstitutionsgrund und Abschaffung des Königtums (*Duvergier* ebd., Tome V, p. 1) – sich mit diesen Tötungen belastete.

Der danach einsetzende terreur verursachte 35 000-40 000 Menschen (*Soboul*, Dictionnaire Révolution française, Terreur, de *C. Mazauric*, p. 1023).

¹⁹⁵ Für Deutschland erschien ihm eine evolutionäre Veränderungen angemessener. Offenbar für Preußen sprechend, gewähre gerade seine monarchische Verfassung Schutz gegen seine mächtigen Nachbarn. Die für Frankreich befürwortete Revolutionsbegeisterung des Volkes wird als Murren seiner Untertanen gekennzeichnet. Diese habe ihre Ursachen nicht in dem Wunsch nach eigenen inneren Verbesserungen, sondern in ihren Forderungen an die ausländischen Mächte zur Nichteinmischung in die eigenen inneren Angelegenheiten. Die Jakobiner werden als unschuldige Kannegießer abqualifiziert, von welchen dem Staat keine Gefahr drohe, zumal dieser von den Schauplatz der Revolution weit entfernt sei (*Kant*, Gesammelte Schriften, 1. Abtheilung: Werke, VII. Band, Der Streit der ..., 2. Abschnitt, Erneuerte Frage: Ob ..., 6., Fußn.*, S. 86).

¹⁹⁶ Das sich selbst verwirklichenden philosophische absolute Ich hat sein Entsprechung im Individuum, welches allen Gewalten gegenüber frei, nicht anderen Mächten untertänig ist und nur seinem eigenen Gewissen gehorchen muss.

der Jakobinerherrschaft¹⁹⁷ der Jahre 1793-94.¹⁹⁸ Bei der mit dem einsetzenden terreur erfolgten Abwendung der deutschen Intelligenz von der Französischen Revolution, sah er sich im Jahr 1793 veranlasst, seine beiden Reden: Zurueckforderung der Denkfreiheit von den Fuersten Europens, die sie bisher unterdrueckten¹⁹⁹ und Beitrag zur Berichtigung der Urtheile des Publikums ueber die franzoesische Revolution zu veröffentlichen. Die Bedeutung der Französischen Revolution für die gesamte Menschheit wird von ihm erkannt,²⁰⁰ er erhebt jedoch auch die Forderung auf eine vorherige Besserung des Menschen vor der Durchführung einer Revolution.²⁰¹

Hegel kennzeichnete in seinen Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte die Französische Revolution als den herrlichen Sonnenaufgang. Was vorher während der gesamten Menschheitsgeschichte niemals stattgefunden habe, sei nunmehr eingetreten, der Mensch habe die Wirklichkeit nach dem Gedanken geschaffen.²⁰² Ihre welthistorische

Karl Leopold Reinhard kennzeichnete ihn als „der Robespierre der teutschen philosophischen Revolution“ (M. Espagne, Die Wirkung der Fichte-Rezeption auf das Revolutionsverständnis, I., 2., in: *Deutscher Idealismus und Französische Revolution*, S. 83).

¹⁹⁷ Der Jakobinerstaat war die Synthese von der bürgerlichen Revolutionsregierung (12 köpfiges Comite du Salut public) und den Volkserhebungen.

¹⁹⁸ M. Buhr, Die Philosophie Fichtes und die Französische Revolution, I ,,,,,, die Beziehungen der Philosophie Fichtes zur Französischen Revolution gehen tiefer, sind konkreter und betreffen einen ganz bestimmten Abschnitt der Revolution: *den der revolutionär-demokratischen Diktatur der Jakobiner. ...*“ (*Deutscher Idealismus und Französische Revolution*, S. 104).

¹⁹⁹ „... Der Mensch kann weder ererbt, noch verkauft, noch verschenkt werden; er kann niemandes Eigenthum seyn, weil er sein eigenes Eigenthum ist, und bleiben muss. Er trägt tief in seiner Brust einen Götterfunken, der ihn über die Thierheit erhöht und ihn zum Mitbürger einer Welt macht, deren erstes Mitglied Gott ist, - sein Gewissen. Dieses gebietet ihm schlechthin und unbedingt - dieses zu wollen, jenes nicht zu wollen; und dies *frei* und *aus eigener Bewegung*, ohne allen Zwang ausser ihm. ...“ Rede (*Fichte*, Sämtliche Werke, VI. Band, Zurückforderung der Denkfreiheit ..., Rede, S. 11), nachfolgend „... Soll er dieser inneren Stimme gehorchen - und sie gebietet dies schlechterdings - so muss er auch von aussen nicht gezwungen, so muss er von allem fremden Einflusse befreit werden. Es darf mithin kein Fremder über ihn schalten; er selbst muss es, nach Massgabe des Gesetzes in ihm, thun: er ist frei und muss frei bleiben; nichts darf ihm gebieten, als dieses Gesetz in ihm, denn es ist sein alleiniges Gesetz - und er widerspricht diesem Gesetze, wenn er sich ein anderes aufdringen lässt – die Menschheit in ihm wird vernichtet, und er zur Klasse der Thiere herabgeüridigt...“ (Rede, S. 11-12).

²⁰⁰ „Die franzoesische Revolution scheint mir wichtig fuer die gesammte Menschheit. Ich rede nicht von den politischen Folgen, die sie sowohl fuer jenes Land, als fuer benachbarte Staaten gehabt, und welche sie, ohne das ungebetene Einmischen, und das unbesonnene Selbstvertrauen dieser Staten wohl nicht gehabt haben wuerde. Das alles ist an sich viel, aber es ist gegen das ungleich Wichtigere immer wenig. ...“ (*Fichte*, Beitrag franzoesische Revolution, Vorrede, S. III).

²⁰¹ „... So lange die Menschen nicht weiser und nicht gerechter werden, sind alle Bemuehungen, gluecklich zu werden, vergebens. Aus dem Kerker des Despoten entronnen werden sie mit den Truemmern ihrer zerbrochenen Fesseln sich unter einander selbst morden. Das waer ein zu trauriges Loos, wenn nicht ihr eignes, oder wenn sie sich in Zeiten warnen lassen, fremdes Elend sie zur spaetern Weisheit und Gerechtigkeit leiten koennte. ...“ (*Fichte*, Beitrag franzoesische Revolution, Vorrede, S. III-IV).

²⁰² „... So lange die Sonne am Firmamente steht und die Planeten um sie herum kreisen, war das nicht gesehen worden, daß der Mensch sich auf den Kopf, das ist auf den Gedanken stellt, und die Wirklichkeit nach diesem erbaut. ... Es war dieses somit ein herrlicher Sonnenaufgang. Alle denkenden Wesen haben diese Epoche mitgefeiert. Eine erhabene Rührung hat in jener Zeit geherrscht, ein Enthusiasmus des Geistes hat die

Bedeutung wurde von ihm anerkannt²⁰³ und sie erschien ihm aus der Philosophie der Aufklärung hervorgegangen²⁰⁴ und insbesondere zur Beseitigung der sozialen Missstände im Ancien Regime gerechtfertigt.²⁰⁵

Hölderlin sprach in seinen Briefen mehrfach seine Sympathie für die Französische Revolution aus.

An seine Schwester Rike am 19./20 Juni 1792:

„... Glaube mir, liebe Schwester, wir kriegen schlimme Zeit, wenn die Oestreicher gewinnen. Der Misbrauch fürstlicher Gewalt wird schrecklich werden. Glaube das mir! und bete für die Franzosen, die Verfechter der menschlichen Rechte. ...“²⁰⁶

In seinen Tübinger Hymnen (1790-1793) gab Hölderlin seine Begeisterung für die Französische Revolution kund:

Welt durchschauert, als sey es zur wirklichen Versöhnung des Göttlichen mit der Welt nun erst gekommen. ...“ (Hegel, Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte, 4. Theil, 3. Abschnitt, 3. Cap., S. 557-558).

²⁰³ „... Wir haben haben die französische Revolution als *welthistorische* zu betrachten, denn dem *Gehalte* nach ist diese Begebenheit welthistorisch, und der Kampf des Formalismus muß davon wohl unterschieden werden. ...“ (Hegel, Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte, 4. Theil, 3. Abschnitt, 3. Cap., S. 563).

²⁰⁴ „... Man hat gesagt, die *französische Revolution* sey von der Philosophie ausgegangen, und nicht ohne Grund hat man die Philosophie *Weltweisheit* genannt, denn sie ist nicht nur die Wahrheit an und für sich, als reine Wahrheit, sondern auch die Wahrheit, insofern sie in der Weltlichkeit lebendig wird. Man muß sich also nicht dagegen erklären, wenn gesagt wird, daß die Revolution von der Philosophie ihre erste Anregung erhalten habe. Aber diese Philosophie ist nur erst abstractes Denken, nicht concretes Begreifen der absoluten Wahrheit, was ein unermesslicher Unterschied ist. Das Princip der Freiheit des Willens also hat sich gegen das vorhandene Recht geltend gemacht. ...“ (Hegel, Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte, 4. Theil, 3. Abschnitt, 3. Cap., S. 556).

²⁰⁵ „... Der fürchterliche harte Druck, der auf dem Volke lastete, die Verlegenheit der Regierung, dem Hofe die Mittel zur Ueppigkeit und zur Verschwendung herbeizutreiben, gaben den ersten Anlaß zur Unzufriedenheit. ... Man sah, daß die dem Schweiß des Volks abgepreßten Summen nicht für den Staatszweck verwendet, sondern aufs unsinnigste verschwendet wurden. Das ganze System des Staats erschien als Eine Ungerechtigkeit. ...“ (Hegel, Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte, 4. Theil, 3. Abschnitt, 3. Cap., S. 557).

²⁰⁶ Hölderlin, Sämtliche Werke, VI. Band 1. Hälfte, 51., S. 77 Z 20-23.

An seine Mutter in der 2. Hälfte von November 1792 „... will ich die kindliche Bitte an Sie thun, liebe Mamma! wegen dem Kriege sich nicht zu viele Sorge zu machen. Warum sollen wir uns mit der Zukunft plagen? Was auch kommen mag, so arg ist's nicht, als Sie vielleicht fürchten mögen. Es ist wahr, es ist keine Unmöglichkeit, daß sich Veränderungen auch bei uns zutragen. Aber gottlob! wir sind nicht unter denen, denen man angemessene Rechte abnehmen, die man wegen begangener Gewalththätigkeit u. Bedrückung strafen könnte. Überall, wohin sich noch in Deutschland der Krieg zog, hat der gute Bürger wenig oder gar nichts verloren, u. viel, viel gewonnen. ...“ (ebd., 55., S. 81-82 (82 Z 15-25)).

An seinen Freund Sinclair am 24. Dez. 1798 „... Es ist auch gut, und sogar die erste Bedingung alles Lebens und aller Organisation, daß keine Kraft monarchisch ist im Himmel und auf Erden. Die absolute Monarchie hebt sich überall selbst auf, denn sie ist objectlos; es hat auch im strengen Sinne niemals eine gegeben. ...“ (ebd., 171., S. 299-301 (300 Z 50-54)).

Hymne an die Unsterblichkeit vom Oktober 1790:

„Wenn die starken den Despoten weken,/Ihn zu mahnen an das
Menschenrecht./Aus der Lüste Taumel ihn zu schrecken,/Muth zu predigen dem
faulen Knecht!/Wenn in todesvollen Schlachtgewittern,/Wo der Freiheit
Heldenfahne weht,“²⁰⁷

In seinem während der Jahre 1795-1799 entstandenen Briefroman *Hyperion*,²⁰⁸ verlagert er die Französische Revolution in den griechischen Freiheitskampf gegen die türkische Fremdherrschaft im Jahr 1770. Es müsse im neuen griechisch-athenischen Freistaat – Französische Republik – eine vom Staat garantierte Freiheit herrschen und zwischen den Bürgern Gleichheit bestehen.²⁰⁹

Sein in den Jahren 1797 und 1800 entstandenen Trauerspiel *Empedokles*²¹⁰ ist gleichfalls geschichtsphilosophischer Natur. Das Volk fordert Empedokles auf, die Königswürde zu übernehmen, aber dieser lehnt es ab „Diß ist die Zeit der Könige nicht mehr.“²¹¹ und fordert das Volk auf, die Herrschaft selber zu übernehmen, da es hierfür nunmehr alt genug sei.²¹² Es soll die alten sakral-monarchischen Gesetze abwerfen, sich zur revolutionären Tat entschließen.²¹³ Dem Menschen ist aufgegeben ist, seine Zeit zu verändern,²¹⁴ auch durch den

²⁰⁷ *Hölderlin*, Sämtliche Werke, I. Band, 1. Hälfte, S. 118 V 73-78, 2. Hälfte, S. 415-419 (419).

Hymne an den Genius Griechenlands von Ende des Jahres 1792 „Zu gerechtem Siege reichte den Stahl/Die heilige Freiheit dir.“ (*ebd.*, I. Band, 1. Hälfte, S. 125-127 (125 V 17-18), 2. Hälfte, S. 422-428 (422)).

Hymne an die Menschheit vom November 1791 „Schon fülen an der Freiheit Fahnen/Sich Jünglinge, wie Götter, gut und groß,/Und ha! die stolzen Wüstlingen zu mahnen./Bricht jede Kraft von Bann und/Kette los!“ (*ebd.*, I. Band, 1. Hälfte, S. 146-148 (147 V 25-28), 2. Hälfte, S. 450-455 (450)).

²⁰⁸ *Hyperion* oder der Eremit in Griechenland.

²⁰⁹ *Hölderlin*, Sämtliche Werke, III. Band [*Hyperion*], 1. Band, 2. Buch, S. 76-90 (Athenerbrief): aus dem Bewusstsein ihrer inneren Göttlichkeit erwuchs das Freiheitsgefühl.

²¹⁰ Empedokles glaubt, wie Robespierre allein im Besitz der Wahrheit zu sein, was für das Volk das richtige ist. Er nimmt seinen Opfertod in Kauf, um das Volk mit sich selber zu versöhnen.

²¹¹ 1. Fassung (*Hölderlin*, Sämtliche Werke, IV. Band, 1. Hälfte, S. 62 V 1449).

²¹² „... Schämt euch,/Daß ihr noch einen König wollt; ihr seid/Zu alt, zu eurer Väter Zeiten wärs/Ein anderes gewesen. Euch ist nicht/Zu helfen, wenn ihr selber auch nicht helft. ...“ (1. Fassung: *Hölderlin*, Sämtliche Werke, IV. Band, 1. Hälfte, S. 63 V 1460-1464).

²¹³ „So wags’ was ihr geerbt, was ihr erworben,/Was euch der Väter Mund erzählt, gelehrt,/Gesez und Brauch, der alten Götter Nahmen,/Vergeßt es kühn, und hebt, wie Neugeborne,/.../..., daß die Brust/Wie Waffenträgern euch nach Thaten klopft,“ (1. Fassung: *Hölderlin*, Sämtliche Werke, IV. Band, 1. Hälfte, S. 65 V 1537-1540, S. 66 V 1553-1554).

²¹⁴ „... Menschen ist die große Lust/Gegeben, daß sie selber sich verjüngen.“ (1. Fassung: *Hölderlin*, Sämtliche Werke, IV. Band, 1. Hälfte, S. 65 V 1528-1529).

eigenen verjüngenden Opfertod,²¹⁵ in ein Reich der Gleichheit, der Gesetze und der Freiheit.²¹⁶

Brandes in seinen im Jahr 1808 erschienenen Betrachtungen ueber den Zeitgeist in Deutschland in den letzten Decennien des vorigen Jahrhunderts:

„I) Die franzoesische Revolution aeusserte ihre Wirkungen in Deutschland vornehmlich darin, daß sie einen großen Enthusiasmus fuer demokratische Staatsformen und Grundsaeetze erzeugte.⁽²¹⁷⁾ ... Dieser Einfluß zeigte sich feylich nur deutlich in den sogenannten gebildeten, eigentlich verbildeten Staenden, die aber die fast allenthalben nur Ruhe wuenshende Mehrzahl weit uebertoeunte. ...“²¹⁸

und *Von deutscher Republik 1775-1795*:

„... Als daher am 14. Juli 1789 in Paris die Bastille gestürmt wurde, waren in Deutschland bereits alle Voraussetzungen eines begeisterten Echos gegeben. Vor allem die frühen Reaktionen haben eine geradezu überschwengliche Note. Förster, Schlözer, Wieland, Klopstock, Stolberg, Voss, Bürger, Schubart, Hölderlin, Weckhrlin, Garve, Gentz, Halem, Ewald, Knigge, Rebmann, Tieck: alle wurden vom Rauschen des gallischen Freiheitskatarakts zur hymnischen ‚Sentiments de liberté‘ hingerissen. Aus dem vielverlästerten Volk der Franzosen wird so mit einem Male die Brudernation der Franken und Gallier, die man aufrichtig beneidet. ...“²¹⁹

²¹⁵ „Und aus dem reinigenden Tode, den/Sie selber sich zu rechten Zeit gewählt./Erstehn, wie aus dem Styx Achill, die Völker.“ (1. Fassung: *Hölderlin*, Sämtliche Werke, IV. Band, 1. Hälfte, S. 65 V 1530-1531).

²¹⁶ „... dann reicht die Hände/Euch wieder, gebt das Wort und theilt das Gut,/O dann ihr Lieben theilet Tat und Ruhm/Wie treue Dioskuren; jeder sei,/Wie alle, - wie auf schlanken Säulen, ruh/Auf richt’gen Ordnungen das neue Leben/Und euern Bund bevest’ge das Gesetz./.../Den engbeschränkten Sterblichen .../... bringt,/Das freie Volk zu seinen Festen ein./... denn liebend giebt/Der Sterbliche vom Besten, schließt und engt/Den Busen ihm die Knechtschaft nicht-“ (1. Fassung: *Hölderlin*, Sämtliche Werke, IV. Band, 1. Hälfte, S. 65 V 1555-1561, 1566-1571).

⁽²¹⁷⁾ § 203., S. 180.

²¹⁸ § 204., S. 181, insg., § 203.-§ 205., S. 180-182, § 205., S. 182 „... Die Empfaenglichkeit fuer einen leicht lodernenden Enthusiasmus im Wissenschaftlichen, in Allem, in neuern Zeiten sichtbar, dem Anscheine nach dem ernststen bedaechtlichen Charakter der Deutschen so fremd, ist der Verwundrung tiefsehender Franzosen nicht entgangen. ...“.

²¹⁹ I. Band: Aktuelle Provokationen, Vorbemerkung, v. *J. Hermand*, S. 16, insg., S. 16-18, mit den unter Erste Reaktionen auf die Französische Revolution, S. 86-100 wiedergegebenen:

Ode von *Friedrich Gottlieb Klopstock*, Die Etats Generaux (S. 86), sein Gesang für freie Bürger, am Freiheitsfest ihrer Franken-Bürger (S. 87-89),

die Abhandlungen von: *August Ludwig Schlözer*, Der 14. Juli (S. 89-90), *Gerhard Anton von Halem*, Das größte Schauspiel der Menschheitsgeschichte (S. 91-92), *Andreas Georg Friedrich Rebmann*, Das Emigrantengeschmeiß (S. 92-94), *Friedrich Christian Laukhard*, Zweierlei Maß (S. 94-95), *Friedrich Cotta*, Von der Staatsverfassung in Frankreich (S. 96-99),

Auszüge der Briefe von: *Ludwig Tieck* an Wilhelm Heinrich Wackenroder (S. 90-91), *Friedrich Gentz* an Christian Garve (S. 99-100).

Mit der nach den Septembermorden des Jahres 1792 einsetzenden Schreckensherrschaft und der seit dem Jahre 1793 durch die fürstliche Reaktion bestimmten öffentlichen Meinung²²⁰ war dies einer nüchternen Betrachtungsweise gewichen.

Brandes, Ueber einige bisherige Folgen der Franzoesischen Revolution, in Ruecksicht auf Deutschland (1792):

„... Sind gleich, seit der großen Begebenheit in Frankreich, manche politische Ideen in Deutschland mehr gaeng und gebe geworden, so ist hingegen grade durch diese Begebenheit die Sache der Freyheit auch bey vielen denkenden vormaligen Freunden derselben verhaßt gemacht, wenigstens sind so manche von diesen, durch die entsetzlichen Misbraeuche, zu denen das Wort Gelegenheit gab, selbst fuer die wichtigste Angelegenheit des Menschen=Geschlechts in Lauheit versunken. ...“²²¹

und *Ein Beytrag zur Geschichte der Separatfriedensschluesse vom Jahr 1795 und 1796*:

„... Als aber das siegreiche F r a n k r e i c h durch innerliche Umstaende genoethigt wurde, seine eigene Destruktion durch besondere Friedensschluesse abzuleinen, so bemerkte man in der allgemeinen Meinung, eine neue Stimmung, welche auch allgemein verkuendigte, daß der hoechste Grad der Freyheit auch der hoechste der Slaverey seye. ...“²²²

Zu der zuerst gehabten anfänglichen Begeisterung der geistigen Elite Deutschlands *Valjavec*, Die Entstehung der politischen Strömungen in Deutschland 1770-1815, III., 1., S.161-174; *Stern*, Der Einfluß der Französischen Revolution auf das deutsche Geistesleben, I, S, 3-16, II, S. 17-42, V 1, S. 108-128, VI, S. 152-168, VII 1, S. 169-184, VII 2, S. 185-192; *Wenck*, Deutschland vor hundert Jahren, II. Band, 6. Abschnitt, S. 79-95; *Handbuch der Deutschen Geschichte*, Band 3/I, 1. Teil, Deutschland um 1800 – Krise und Neugestaltung 1789-1815 v. K. v .*Raumer*, 1. Teil, Die geistige Auseinandersetzung mit der Französischen Revolution, S. 24-28, 32-52, 53-60 und *Heigel*, Deutsche Geschichte, I. Band, 2. Buch, 1. Abschnitt: Die französische Revolution und der deutsche Volksgeist, S. 273-307.

²²⁰ *Von deutscher Republik 1775-1795*, I. Band: Aktuelle Provokationen, Vorbemerkung, v. *J. Hermand*, S. 18-19 (19).

²²¹ S. 159.

²²² In: *Magazin der Europaeischen Staatenverhaeltnisse*, I. Band, 2. Heft, I., 3., S. 187.

Zu der nachherigen nüchternen Betrachtung *Von deutscher Republik 1775-1795*, I. Band: Aktuelle Provokationen, Vorbemerkung, v. *J. Hermand*, S.19-22; *Valjavec*, Die Entstehung der politischen Strömungen in Deutschland 1770-1815, III., 1., S. 171-177; *Stern*, Der Einfluß der Französischen Revolution auf das deutsche Geistesleben, IV 1, S. 60-90, IV 2, S. 91-107, V 2, S. 129-151, VIII, S. 193-209; *Wenck*, Deutschland vor hundert Jahren, II, 7. Abschnitt, S. 96-111; *Handbuch der Deutschen Geschichte*, Band 3/I, 1. Teil, Deutschland um 1800 – Krise und Neugestaltung 1789-1815 v. K. v . *Raumer*, 1. Teil, Die geistige Auseinandersetzung mit der Französischen Revolution, S. 28-32, 52-53, 62-69 und *Heigel*, Deutsche Geschichte, I. Band, 2. Buch, 1. Abschnitt: Die französische Revolution und der deutsche Volksgeist, S. 307-326.

3. Die von den deutschen Bildungsschichten für die eigenen Verhältnisse vorgenommene Umdeutung der Ideen von 1789

Für die eigenen Verhältnisse im Reich und in den einheimischen Territorien erstrebte man hinsichtlich der Verwirklichung der Ideen von 1789 im Sinne des allgemeinen deutschen idealistischen und wirklichkeitsfremden Denkens,²²³ wobei die in Frankreich vom dortigen Tiers État angestrebte und erkämpfte politische Freiheit des Einzelnen in eine sittliche Freiheit des Einzelnen umgedeutet wurde,²²⁴ durch ein primär geistiges Einwirken der Ideen

²²³ Für das Bild von Deutschland in den beiden letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts waren die geistig-kulturellen Belange bestimmend gewesen.

Zur politischen Abstinenz des gelehrten Deutschlands: *Schiller* in seinen im Musenalmanach im Jahre 1797 gebrachten Xenien „D a s d e u t s c h e R e i c h Deutschland? Aber wo liegt es? Ich weiß das Land nicht zu finden, Wo das gelehrte beginnt, hört das politische auf.“ (*Schiller*, Werke, I. Band, Musenalmanach für das Jahr 1797; Xenien, 95, S. 320) und Der Zeitpunkt „Eine große Epoche hat das Jahrhundert gebohren./Aber der große Moment findet ein kleines Geschlecht.“ (*ebd.*, Xenien, 31, S. 313).

Seine Vorstellung von Deutschland als einer Kulturnation: Xenion Deutscher Nationalcharacter (1797) „Zur N a t i o n euch zu bilden, ihr hoffet es, Deutsche vergebens, Bildet, ihr könnt es, dafür freyer zu Menschen euch aus.“ (*ebd.*, Xenien, 96., S. 321).

Harl, Deutschlands neueste Staats= und Kirchenveraenderungen (1804), Einleitung, S. 7-8 „... Genau betrachtet war es außer einigen Glaubensaenderungen anfangs meist bloß eine Protestation gegen den Mißbrauch der geistlichen Gewalt, ... Sehr zu wuenschen waere es gewesen, daß die, selbst fuer die Nationen und ihre Regenten so wichtigen Saetze, ..., gleich damals von Kaiser und Reich in genauere Erwaegung gezogen worden waeren; Deutschland wuerde dann sicher frueher zu seinem so großen Ziele einer erhoeheteren Kultur gelangt seyn, ...“.

²²⁴ Für die deutsche literarische Klassik war die Französische Revolution die maßgebende Determinante. Während es in Frankreich um eine Verwirklichung von der Freiheit im Tatsächlichen ging, arbeitete die Deutsche Klassik dies in die sittlich-persönliche Freiheit des Einzelnen um.

Schiller: war im Don Carlos (1784-86) noch davon ausgegangen war, dass man den Menschen durch politische Freiheit zur Entfaltung seiner inneren seelischen Kräfte hinführen könne. Unter dem Eindruck der Ausschreitungen der Französischen Revolution verfasste er Über die ästhetische Erziehung des Menschen in einer Reihe von Briefen (Febr. 1793-Juni 1795). Eine Besserung der Verhältnisse kann nicht durch eine Erziehung durch den Staat sondern sie muss durch die Kunst erfolgen. Vor einer Veränderung der staatlich-gesellschaftlichen Verhältnisse muss eine Erziehung des Menschen zu einer Veredelung seines Quarakters führen, dies unter Vermeidung von innerer Zwistigkeit und Spezialistentum und zum Menschen als Ganzem hin, wohin ihn die Kunst, bzw. das Schöne hinführen kann. Die im Menschen vorhandenen beiden Triebe, der sinnliche Sachtrieb und der geistige Formtrieb vereinigen sich in ihrer gegenseitigen Begrenzung – das Schöne –, im Spieltrieb. Der ästhetische Zustand, als das Erlebnis des Schönen soll nicht nur in der Kunst verwirklicht sein, sondern soll auch der Status quo eines sittlichen Vernunftstaates sein.

Deutsche Größe, als „sittliche Größe, sie wohnt in der Kultur und im Charakter der Nation, der von ihrem politischen Schicksal unabhängig ist.“ (oben, S. 2-3).

Wallenstein (beendet 1798), Maria Stuart (beendet Juni 1800), Jungfrau von Orléans (niedergeschrieben Juli 1800-April 1801): der Mensch erfährt das geschichtliche Dasein als unbegreiflich frei und als notwendig zugleich, Dichotomien: Notwendigkeit-Freiheit, Macht-Geist, Wirklichkeit-Ideal: in Auflehnung und Widerstand gegen die Geschichte (national) muss und kann sich der Mensch veredeln (Erdenbürger).

Goethe: Wilhelm Meisters Lehrjahre (Febr. 1777-Nov. 1785: Urmeister, 1787, Jan. 1791, Jan.-März 1793, April 1794-Juni 1796), Begründung des klassischen deutschen Bildungsromanes, alleinige Hinführung des Menschen zu seiner geistig-sittlichen Reife.

Vier Jahreszeiten (Distichen), 1796 entstanden, 1797 veröffentlicht „Franztum drängt in diesen verworrenen Tagen, wie ehemals/Luthertum es getan, ruhige Bildung zurück“ (*Goethe*, Werke, I. Abtheilung, Band 2, Die Sammlung von 1815, Vier ..., 63, S. 244).

von 1789 auf die Person des Herrschers und auf die staatlichen Verhältnisse im Reich und seiner Territorien eine weitere evolutionäre Verbesserung mit humanitären Fortschritten an.²²⁵

Hermann und Dorothea (Sept. 1796-Juni 1797), mit besonderem Nachdruck wird es abgelehnt, die französischen Revolutionsideen auf Deutschland zu übertragen, das Vordringen der Revolutionsheere auf deutschem Boden wird sorgenvoll geschildert. Die Neutralisierung Norddeutschlands und der vor ihrer Fertigstellung abgeschlossene Friede werden die alten Zustände beschützen und sichern. Naturgewalt der französischen Vorgänge werden zum Stehen gebracht, die Kraft der deutschen Jugend soll an der Grenze deutschen Boden schützen. Hermann „Aber wär'ich nicht besser zu widerstehen da vorne/An der Grenze, als hier zu erwarten Elend und Knechtschaft?“, „Aber wer fest auf dem Sinne beharrt, der bildet die Welt sich.“, das Erhalten und das Bewahren (*Goethe, Werke nach Epochen, Band 4.1, Epische Werke, Hermann und Dorothea, S. 550-629 (Euterpe, V 93-94, S. 577, Urania, V 304, S. 629).*

Der Bürgergeneral (April 1793), Parodie der menschlichen Schwächen, die sich bei den Revolutionären, wie bei jenen zeigen, die Angst vor ihnen haben, die politischen Grundideen der Revolution werden verspottet.

Unterhaltungen deutscher Ausgewanderten (Nov. 1794-Sept. 1795), deutsche Flüchtlinge die vom linken Rheinufer kommen, ernsthafte politische Diskussion, Baroness gibt Goethes Auffassung wieder, dass es auf die Exekutive und nicht auf die Legislative ankomme.

Die natürliche Tochter (Dez. 1799, Okt. 1801-Jan. 1802, Febr. 1802, Nov. 1802-März 1803), Eugenie, vor die Wahl gestellt, in Verbannung zu gehen, dabei das Bewusstsein ihres Standes im Glanz der Hoffnung zu bewahren oder sich mit einem Bürgerlichen zu verheiraten, wählt den Verzicht auf ihre hochfliegenden Pläne, sie will unerkannt auf die Gelegenheit warten, ihrem Vaterland, dem ein jäher Umsturz droht, mit der Kraft der Versöhnung zu dienen.

Natur und Kunst (1800) „Vergebens werden ungebundene Geister/Nach der Vollendung reiner Höhe streben./Wer Großes will muß sich zusammenraffen;/In der Beschränkung zeigt sich der Meister,/Und das Gesetz nur kann uns Freiheit geben.“ (*Goethe, Werke, I. Abteilung, Band 2, Nachlese 1800 ..., <Übergangenes, ..., S. 838-839 (839 V 10-14).*

C. Schmid, Die deutschen Bildungsschichten und die Politik, in: *ders.*, Gesammelte Werke, I. Teil, S. 238-239.

²²⁵ *Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, I. Band, § 1, III., S. 13-15; Stern, Der Einfluß der Französischen Revolution auf das deutsche Geistesleben, VII., I., S. 180-181 (hinsichtlich Kant) und W. Grab, Die deutschen Jacobiner, Grundlagen und Tendenzen der liberalen Aufklärung Deutschlands, in: *Leben und Werke norddeutscher Jakobiner, I. S. 4-5.**

Goethe: vertraute auf die natürliche Entwicklung, sein Gespräch mit Kanzler v. Müller am 6. 6. 1824: „... Und Sie wissen, daß ich ein fortwährend Werdendes statuiere. ...“ (*Goethes Unterhaltungen mit Kanzler Müller, Am Pfingsttage, 6. Juni (1824), S. 87-89 (89)*) und „... Einem thätigen productiven Geiste, einem wahrhaft vaterländisch gesinnten, und einheimische Literatur befördernden Manne, wird man es zu Gute halten, wenn ihn der Umsturz alles vorhandenen schreckt, ohne daß die mindeste Ahnung zu ihm spräche, was denn Besseres ja nur Anderes daraus erfolgen solle. Man wird ihm beystimmen wenn es ihn verdrießt, daß dergleichen Influenzen sich nach Deutschland erstrecken und verrückte ja unwürdige Personen das Heft ergreifen. ...“ (*Goethe, Werke, I. Abtheilung, Band 17, Tag- und Jahres-Hefte, 1793, S. 25-26 Rz 41*). Daraus resultierte seine positive Stellung zum Ständestaat: die Einheit des Staates muss aus der Mannigfaltigkeit erwachsen, seine Ablehnung des aufgeklärten Absolutismus König Friedrichs II. von Preußen und Kaiser Josephs II., sein Wenden gegen die schematische gleiche Untertanenposition, gegen die gleichmachenden Bestrebungen und Vereinheitlichungen des Staates. Vielmehr: Die Ungleichheit der Menschen bedingt die Existenz der Stände, dies ist von Gott gewollt, mit einer Monarchie. Außenpolitisch mitmotiviert durch seine Ablehnung gegen eine Bevormundung der kleineren und mittleren norddeutschen Staaten durch Preußen, er wollte die Fürsten, deren Länder sich genauso wie Sachsen-Weimar von den Hegemonialbestrebungen Preußens bedroht sahen, zu Eingehung von Koalitionen veranlassen, und versuchte dann auch Herzog Karl August für den Fürstenbund zu gewinnen (*Badelt, Das Rechts- und Staatsdenken Goethes, B., III., 2., b), S. 314-323, c), S. 323-339*).

Mommsen, Die politischen Anschauungen Goethes, Das Zeitalter der Französischen Revolution und Napoleons, 1, S. 106-118: Nach Goethe sollte das Regieren das Privileg einer zahlenmäßig kleinen Schicht sein, welche auch von Geburt her dazu bestimmt sind und nicht von der Masse. Er wandte sich gegen jeden

Vorbilder hierfür waren die Reformation mit ihrer geistig-geistlichen Natur, die – Luther folgend – von oben von den Landesherrn durchgeführt worden war,²²⁶ und der eigene zeitgenössische aufgeklärte Absolutismus mit seinen gleichfalls von oben durchgeführten Reformen.

Die Zustimmung zu den Ideen von 1789 war demnach für das Reich und die Territorien nicht mit revolutionären Forderungen verbunden gewesen.²²⁷

Brandes, Ueber einige bisherige Folgen der Franzoesischen Revolution, in Ruecksicht auf Deutschland:

„... Eigene sehr sichere Erfahrungen haben mich nicht allein im Allgemeinen ueberzeugt, daß abstrakte Grundsätze, oder ein Hang zu diesen, auf die Handlungen der Menschen und die Denkungsarten des Augenblicks, die am meisten die Handlungen bestimmen, oft wenig oder gar keinen Einfluß haben, sondern auch in dem speciellen Falle vielfaeltig gezeigt, daß gerade diejenigen, die fuer die Franzoesische Revolution am meisten eingenommen waren, sich am staerksten dem Ausbrechen aehnlicher Revolutionen in ihrem Vaterlande widersetzen wuerden. ...“²²⁸

R. Vierhaus, „Sie und nicht wir“ Deutsche Urteile über den Ausbruch der Französischen Revolution:

„... Die Mehrzahl der deutschen Gebildeten indes kam nicht so dicht wie Forster in Berührung mit revolutionärer Unruhe. Sie hielten an der ihnen gewohnten ideenpolitischen Betrachtungsweise fest und auch an der Überzeugung, daß

Unberufenen, der sich mit Politik und dem Regieren beschäftigt, die Massenkräfte müssen dem politischen Leben ferngehalten werden „Jeder kehrt vor seiner eigenen Tür“. Er ahnte die Gefahren des entstehenden Chauvinismus, er lehnte auch eine Übernahme von fremden Vorbildern ab. Die Massenkräfte waren ihm unorganisch, unheimlich, er sah die gesellschaftliche Unordnung und Verwirrung, und nicht die großen politischen Ideen und Kräfte, welche dahinter standen.

Hölderlin: Hyperion (1792-1796): Teilnahme am griechischen Befreiungskampf, welcher Hyperion am Ende seiner Laufbahn seine Berufung zum Dichter und zum Lehrer erkennt.

²²⁶ Die Reformation war in ihren inhaltlichen Ursachen und Zielsetzungen primär eine geistig-geistliche Bewegung gewesen, mit der eingetretenen historisch-politischen Konzeption, dass sich die Landesherrn ihrer annahmen und für ihre eigenen Territorien von oben einführten.

Die im Juni 1792 erschienene Abhandlung *Einige Aehnlichkeit der Reformation und der Revolution* brachte eine Gleichstellung der Reformation mit den zu Ausgang des 18. Jahrhunderts in Nordamerika und in Frankreich stattgefundenen Revolution (*Schleswigsches ehemals Braunschweigisches Journal*, 1792, II. Band, 6. Stueck, 3., S. 173-198), insb. „... Daher waren die Revolutionen des 16ten und 18ten Jahrhunderts, so groß sie selbst und ihre Folgen waren, einzig und allein das Werk von Schriftstellern, deren Untersuchung unbemerkt aus ihrem niedrigen Wirkungskreis in eine hoehere Sphaere, in die Praxis der Kirche und des Staats uebergingen. Die Kirchen=schriftsteller der Reformation fuehrten ihre Lehrlingen zur Kenntniß der Bibel, zur Kenntniß der ersten Verfassung der christlichen Kirche zurueck. ...“ (S. 178).

²²⁷ Für die literarische Klassik, den philosophischen Deutschen Idealismus und für die Bewegung der Romantik ist der Mensch nicht außerhalb der Gemeinschaft, sondern der Mensch ist das Glied eines übergordneten Geistes. Die Freiheit des Menschen ist im Staat, gegensätzlich zur französischen Aufklärung und Liberalismus, mit der Freiheit des Einzelnen gegen den Staat.

²²⁸ S. 101.

Deutschland eine politische Revolution weder brauche noch ertrage, daß es ein Land der geistigen, nicht der politischen Revolution sei. ...²²⁹

und R. Reichardt, Die Französische Revolution als Masstab des deutschen >Sonderweges<?:

„..., daß diese Sicht keineswegs dem Bewußtseinshorizont der deutschen gebildeten Zeitgenossen entspricht, welche die Französische Revolution als freiheitsstiftendes Menschheitsereignis bejahten, ohne in ihr ein direktes Vorbild für Deutschland zu sehen, ...“²³⁰

4. Die Aufruhre und Aufstände im Reich nach dem Ausbrechen der Revolution in Frankreich

Auch beim Volk hatten die Ideen von 1789 Anklang und Anhänger gefunden, wie mehrere Aufruhre und Aufstände im Reich nach Ausbruch der Revolution zeigen.²³¹ So insbesondere im Hochstift Lüttich – ständische Rebellion –,²³² in den Österreichischen Niederlanden – Révolution brabançon –,²³³ Volksunruhen im Erzstift Trier,²³⁴ im Rheinland, in Hessen,²³⁵

²²⁹ In: *Deutschland und die Französische Revolution*, S. 14.

²³⁰ Kleines Nachwort zu einer grossen Debatte, in: *Deutschland und die Französische Revolution*, S. 323.

Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, I. Band, § 1, III, S. 13-15 und *Stern*, Der Einfluß der Französischen Revolution auf das deutsche Geistesleben, VII., 1., S. 179-180.

²³¹ *Stats=Anzeigen*, XVI. Band, Heft 61, 12., II., S. 91 „... Dennoch sind einige Gegenden unsers Vaterlandes von dem Beispiel unsrer Nachbarn ang steckt worden, haben sich der gesetzlichen Gewalt entgegen gestellt, und zum Teil eigenmaechtige Veraendrunge n vorgenommen; andre, bescheidner, dringende Vorstellungen um Abstellung vermeinter oder warer Beschwerden gemacht. ...“, insg., S. 89-91.

²³² Lütticher Rebellion von 1789-1791, aus Streitigkeiten zwischen Fürstbischof Franz von Hoensbroech und den Landständen über die Errichtung einer weiteren Spielbank in Bad Spa entstanden, nahm sie jedoch später einen vom Volk getragenen sozialrevolutionären Charakter an (*Winkopp-Hoeck*, Magazin fuer saemtliche geistlichen Staaten, I. Band, XI. Wichtigste Aktenstuecke zur Geschichte der Luetticher Unruhen, S. 268-382, II. Band, X. Fernere Aktenstuecke zur Geschichte der Luetticher Unruhen, S. 265-310 und *Handbuch der Deutschen Geschichte*, Band 3/I, 1. Teil, Deutschland um 1800 – Krise und Neugestaltung 1789-1815 v. K. v. *Raumer*, 1. Teil, Die politische Auseinandersetzung mit der Französischen Revolution, S. 72-73, Randstichwort: Lütticher Rebellion). Angesichts der in Frankreich ausgebrochenen Revolution schritt das Reichskammergericht ex officio ein und erließ am 4. Dez. 1789 ein in seinem Inhalt und Diktion erstaunliches Urteil gegen den Fürstbischof „Demnächst versieht man sich zu dem Herrn Fürsten zu Lüttich, derselbe werde, nach allenthalben wieder hergestellter Ruhe und Besitzstand, wie solcher vor ausgebrochenem Tumulte gewesen, die Beschwerden des Volkes g ä n z l i c h z u e n t f e r n e n, und die allenfalls nötige Reformation der Landesverfassung auf dem neu auszuschreibenden Landtage in Proposition zu stellen, sofort mit seinen Ständen in reife Erwägung zu ziehen und was zum allgemeinen Wohl des Landes, auch Wieder-Aufleben der zwischen dem Landesherrn und seinen Unterthanen so unentbehrlichen wechselseitigen V e r t r a u e n s gereichen mag, zu beschließen von selbst geneigt und ernstlich bedacht sein“ (*Bloem*, Verfassungsgeschichtliche Probleme von 1495-1806, E., 5., c), S. 113-115 (Zitat S. 114)).

²³³ Im Oktober 1789 brach die von den Patrioten getragene gegen Kaiser Joseph II. gerichtete Révolution brabançon aus, mit der Existenz der Vereinigten Belgischen Staaten von Januar bis Dezember 1790, sie brachte jedoch keine demokratisch gewählte Nationalversammlung und auch keine Menschen- und Bürgerrechte: Déclaration d'indépendance du Brabant du 24 octobre 1789, Traité d'union et établissement du congrès souverain des États-Belgiques unis, Bruxelles, 11 janvier 1790. „... Die Brabanter Umwälzung war eine bürgerliche Revolution, ..., die mit dem Anfang der großbürgerlich-liberaladligen Phase der französischen

am Oberrhein,²³⁶ in Kursachsen – Bauernaufstände – ,²³⁷ in Schlesien – Webererhebung – ,²³⁸ in Böhmen – Bauernunruhen –²³⁹ und in den Reichsstädten Worms, Speyer, Köln, Hamburg, Nürnberg, Kiel, Bremen, Reutlingen soziale Gärungen und Demokratisierungen bei der Stadtherrschaft.²⁴⁰ Diese Aufstände waren zwar zumeist aus regionalen Streitigkeiten

Revolution vergleichbar ist. ...“ (K. Vetter, Die Brabanter Revolution 1789 bis 1790, in: *Die französische Revolution und Europa 1789-1799*, III., S. 393-404 (401); Koll, »Die belgische Nation«, 5, S. 217-279, 6., S. 281-253) und *La pensée révolutionnaire en France et en Europe 1780-1799*, Textes, I, 8., p. 67-69, 9., p. 70-72).

²³⁴ Die kurfürstliche Regierung gab im Oktober 1789 den Forderungen der Bürger nach, und es wurden alle wirtschaftliche Freiheiten des Adels und der Geistlichkeit für abgeschafft erklärt (*Reinalter*, Die Französische Revolution und Mitteleuropa, II., Volksbewegungen und Jakobinismus, I., S. 79-80, 83 und *Lüdtke*, Kurtrier und die revolutionären Unruhen in den Jahren 1789-1790, 1.-3., in: *Trierer Zeitschrift*, Jahrg. 5, S. 21-24).

²³⁵ Aufgrund von Lebensmittelknappheiten soziale Unruhen in Bonn, Koblenz, es gab Unruhen in der Grafschaft Saarwerden: Gründung eines Jakobinerklubs in Bockenheim und in der Grafschaft Saarbrücken: Errichtung von Freiheitsbäumen und Gewalttätigkeiten gegen Beamte, rheinhessische Dörfer erklärten sich Ende 1792 für frei – insbesondere Dirnstein beim Worms – und wählten eine eigene Munizipalität (*Handbuch der Deutschen Geschichte*, Band 3/I, 1. Teil, Deutschland um 1800 – Krise und Neugestaltung 1789-1815 v. K. v. Raumer, 1. Teil, Die politische Auseinandersetzung mit der Französischen Revolution, S. 74-75, Randstichwort: Revolten im Rheinland und in Hessen und *Reinalter*, Die Französische Revolution und Mitteleuropa, II., Volksbewegungen und Jakobinismus, I., S. 79-80).

²³⁶ Unruhen am Oberrhein, in der österreichischen Ortenau bedrohten mehrere tausend Bauern den kaiserlichen Landvogt, im badischen Bühl gab es Unruhen wegen der Waldung mit Vertreibung der markgräflichen Beamten, das Kloster Schwarzach wurde nach Vertreibung der Mönche von ca. 3 000 Bauern besetzt, dies gleichfalls im Kloster Frauenalb (*Handbuch der Deutschen Geschichte*, Band 3/I, 1. Teil, Deutschland um 1800 – Krise und Neugestaltung 1789-1815 v. K. v. Raumer, 1. Teil, Die politische Auseinandersetzung mit der Französischen Revolution, S. 75, Randstichwort: Unruhen am Oberrhein und *Reinalter*, Die Französische Revolution und Mitteleuropa, II., Volksbewegungen und Jakobinismus, I., S. 82-83).

²³⁷ Soziale Unruhen in Kursachsen, in dem historisch überlebten Zustand einer unerträglichen Ausbeutung durch die Feudalherren und einer rapiden Verschlechterung der Lage der Bauern in den Jahren 1790/91 war die Französische Revolution zwar nicht die Ursache, sie gab jedoch den entscheidenden Anstoß. „... Das Vorbild der französischen Revolution war ein bedeutender Faktor zur Formung des Bewußtseins der Aufständischen, vermittelt über die kleine Schicht demokratischer Intellektueller und Handwerker. ...“ (*H. Schmidt*, Die sächsischen Bauernunruhen des Jahres 1790, in: *Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Stadt Meissen*, VII. Band, S. 261-428; *S. Hoyer*, Der Beginn der Französischen Revolution und Kursachsen. Verbindungen zum sächsischen Bauernaufstand (1790), in: *Die französische Revolution und Europa 1789-1799*, III., S. 369-379 (Zitat S. 376); *Handbuch der Deutschen Geschichte*, Band 3/I, 1. Teil, Deutschland um 1800 – Krise und Neugestaltung 1789-1815 v. K. v. Raumer, 1. Teil, Die politische Auseinandersetzung mit der Französischen Revolution, S. 75-76, Randstichwort: Soziale Unruhen in Kursachsen und *Reinalter*, Die Französische Revolution und Mitteleuropa, II., Volksbewegungen und Jakobinismus, I., S. 83-84).

²³⁸ Gärung in Schlesien, eine Volksbewegung im preußischen Schlesien Ende 1792, aufständische Weber gingen gegen die feudalen Grundherren und gegen bereits vorhandene kapitalistische Kaufherren und Manufakturisten vor (*Handbuch der Deutschen Geschichte*, Band 3/I, 1. Teil, Deutschland um 1800 – Krise und Neugestaltung 1789-1815 v. K. v. Raumer, 1. Teil, Die politische Auseinandersetzung mit der Französischen Revolution, S. 76-77, Randstichwort: Gärung in Schlesien und *Reinalter*, Die Französische Revolution und Mitteleuropa, II., Volksbewegungen und Jakobinismus, I., S. 84).

²³⁹ Die Begeisterung der Bauern für die französischen Bauern war besonders groß, unter Berufung auf das französische Vorbild weigerten sich die Untertanen Dienste und Zahlungen an die Grundherren zu erbringen (*Reinalter*, Die Französische Revolution und Mitteleuropa, II., Volksbewegungen und Jakobinismus, I., S. 79).

²⁴⁰ In Worms und Speyer: Die Demokratisierung war durch programmatische Eindeutigkeit und hohe Institutionalisierung gekennzeichnet; in Köln: Die Zünfte erlangten mit Hilfe einer Massenversammlung vom

zwischen dem Landesherrn und den Landständen hervorgegangen, sie nahmen aber auch einen vom Volk mitgetragenen sozialrevolutionären Charakter an.

5. Die im Gebiet des Reiches erfolgten und geplanten Einführungen der französischen Revolutionsideen

a) Der Aachener Konvent Ende Februar 1793

Bei²⁴¹ vom 5.-12. Februar 1793 mit Widerwillen der Bevölkerung durchgeführten²⁴² Wahlen wurde am 25. Februar ein Nationalkonvent eröffnet, dem die Aufgabe oblag, eine neue Verfassung für die Stadt Aachen zu beschließen.²⁴³ Der Konvent kam jedoch zu keiner Beschlussfassung und wurde Aachen am 2. März von den Franzosen geräumt.²⁴⁴

Rat der Stadt die Durchsetzung ihrer Forderungen; in Hamburg: 1791 kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Aufständischen und den Bürgern, ausgelöst von den Handwerksgelellten; in Nürnberg: Bei den Unruhen erfolgte ein Aufruf zur Zerstörung des Adels und zu geheimen Anschlägen auf ihn; in Kiel: Ende 1792 gab es bei den Unruhen Freiheitsmahlzeiten und erfolgte die Gründung eines Patriotischen Klubs, das Volk warf dem Magistrat vor, Länderein zum großen Nachteil der unteren Schicht verpachtet zu haben (*Reinalter*, Die Französische Revolution und Mitteleuropa, II., Volksbewegungen und Jakobinismus, I., S. 78-82); in Reutlingen: 1797-1798 kam es zur Errichtung eines bürgerlich-demokratischen Zwölferausschusses aus je einem Vertreter der Zünfte zu durchgreifenden inneren Reformen: Verbesserung der soziale Lage der armen Schichten, Konsolidierung der Finanzen, administrative Mängel, durch Reichshofratsbescheid vom 2. Juli 1799 aufgehoben (*Junger*, Johann Jacob Fezer, Kap. IV, S. 220-285).

In Bremen nahmen die Lohnkämpfe und Unruhen der Handwerksgelellten 1791-96 zunftsübergreifenden und demonstrative Formen an, dies unter der Einwirkung der „... Phrasen von Freiheit und Gleichheit ...“, die vom jenseitigen Rheinufer nach Deutschland ... herüberschallten.“ (Bürgermeister) (*R. Reichardt*, Die Französische Revolution als Maßstab des deutschen ›Sonderweges‹? Kleines Nachwort zu einer großen Debatte, 2, in: *Deutschland und die Französische Revolution*, S. 325-326).

²⁴¹ Nach der Niederlage der Österreicher in der Schlacht bei Jemappes am 6. Nov. 1792 (oben, S. 865) und den während Dezember 1792-Anfang März 1793 gemachten ersten Vorstoß der französischen Truppen in das niederheinische Gebiet bis zur linksrheinischen Rur und Erft, mit Brandschatzungen bis Geldern und Krefeld erfolgte die Einnahme von Aachen am 15.-17. Dez. 1792 (*Hansen*, Quellen Rheinland, II. Band, (II., B), II.), S. 70-72, (III., a)), 296. u. 297., S. 649.-653).

²⁴² In dem Dekret der Convention nationale vom 19 nov. 1792: *Décret qui promet secours et fraternité à tous les peuples qui voudront recouvrer leur liberté* war die Bringung von Brüderlichkeit und Freiheit an alle Völker, welche die Freiheit wollten und mit militärischem Beistand zugesichert worden (oben, S. 276). Ihr weiteres Dekret vom 15 déc. 1792: *Décret par lequel la France proclame la liberté et la Souveraineté de tous les peuples chez lesquels elle a porté et portera ses armes (Décret contenant la déclaration des motifs qui déterminent les résolution de la France, et l'exposition des principes qui dirigeront sa conduite dans l'exercice du droit de la guerre)* enthielt die von den Generälen abzugebenden Proklamierungen der Volkssouveränität, der Unterdrückung aller bestehenden Gewalten, die Aufhebung der Feudalität, die Ankündigungen an das Volk zur Bringung von Frieden, Brüderlichkeit, Freiheit und Gleichheit und die zu erfolgenden Einberufungen des Volkes zu *assemblées primaires* und *communales* hinsichtlich einer provisorischen Verwaltung und Rechtsprechung (oben, S. 276).

²⁴³ *Hansen*, Quellen Rheinland, II. Band, (II., B), II.), S. 70-72, (III., a)), 296. u. 297., S. 649-653.

²⁴⁴ Der Jakobinerklub konnte keine führende Stellung in der Stadtverwaltung erlangen, und der Konvent kam zu keiner Beschlussfassung, da gleich nach seiner ersten Sitzung österreichische Truppen gegen Aachen vorrückten, welches am 2. März 1793 von den Franzosen geräumt werden musste (oben, S. 867; *Hansen*,

b) Die Mainzer Republik im Frühjahr und Sommer 1793

In dem im Oktober 1792 von den französischen Truppen besetzten linksrheinischen Gebiet zwischen Landau und Bingen²⁴⁵ hatten Ende Februar und im März 1793 in 132 munizipalisierten Orten²⁴⁶ Wahlen zu den Gemeindeversammlungen und zur Errichtung einer freien Volksversammlung stattgefunden.

Der hieraus gebildete, am 17. März 1793 in Mainz zusammengetretene²⁴⁷ Rheinisch-deutsche Nationalkonvent²⁴⁸ sprach sich am 18. März 1793 für die Errichtung eines vom

Quellen Rheinland, II. Band, (III., b)), 333., S. 736-738, 347., S. 765-766 und *Julku*, Revolutionäre Bewegung im Rheinland, II. Band, I., 5., S. 96-102).

²⁴⁵ Bei dem Rückzug der preußischen Invasionsheeres nach der Kanonade von Valmy am 20. Sept 1792 konnte der seit dem 29. Sept. 1792 von dem Frankreich zugehörenden Landau mit seiner armée du Rhin operierende général Custine die Reichsstadt Speyer am 30. Sept., die Reichsstadt Worms am 4. Okt. und Mainz am 21. Okt. 1792 besetzen und gelangte das gesamte Gebiet am Oberrhein von Landau bis Bingen in französische Hände (oben, S. 864-865).

²⁴⁶ Mit einer aktiven Wahlberechtigung von das 21 Lebensjahr habenden männlichen Bewohnern, ausgenommen die Dienstboten und die fremden Handwerksburschen.

In Mainz beteiligten sich von 4 626 Stimmberechtigten zu den Wahlen der Munizipalitäten und der Deputierten 8 %. Bei der Beendigung der Wahl am 28. 3. 1793 hatten von den 4 626 Stimmberechtigten 372 den Eid abgelegt und beteiligten sich zu den Wahlen des Maire, des Gemeindeprokurators, der Munizipalbeamten und der Deputierten zum Nationalkonvent (*Dumont*, Die Mainzer Republik, 6. Kap., III., 1., S. 378-379 und *Scheel*, Die Mainzer Republik II, C, I, 1, S. 263-268 (263), 3., S. 270-273, 6., S. 277-278 (277)).

In Speyer nahmen von den etwa 1 500 Wahlberechtigten bei der Wahl des Maire und des Gemeindeprokurators 479 (32 %) und der Deputierten 341 (30 %) teil (*Dumont* ebd., III., 1., S. 379 u. 382 und *Scheel* ebd., C, III, 5, S. 304-305 (304)).

In Worms gaben von den etwa 1 500 Wahlberechtigte bei der Wahl des Maire 427 (28 %), des Gemeindeprokurators 266 (18 %) und der Deputierten 50 (3 %) ihre Stimmen ab (*Dumont* ebd., III., 1., S. 379 u. 382 und *Scheel* ebd., C, 7, S. 290-295 (290-291)).

Bei weiteren 29 Gemeinden zu den Wahlen der Urversammlungen: in 6 Orten 12 %-30 %, in 11 Orten 31 %-50 % und in 12 Orten mehr als die Hälfte (*Dumont* ebd., I., 1., S. 315-325, 2., S. 325-354; *Scheel* ebd., B, S. 189-260, C., S. 262-395 und *Käss*, Die Organisation auf dem linken Rheinufer 1792-1801, 1. Teil, 6. Kap., S. 55-65, Anhang, Nr. 1. Unterricht für die Gemeindeversammlungen und die in den Städten einzurichtenden Urversammlungen, S. 203-211 (§ 4.-§ 7., § 10.: Festlegung des aktiven Wahlrechtes, S. 203-204)).

Die Wahlbeteiligung war auch zurückzuführen, dass von Seiten der französischen Besatzungsmacht zur Eidleistung und Wahl Gewalt angedroht und auch angewandt wurden, insbesondere durch Einquartierungen, Schanzarbeit, Plünderung und Zerstörung (*Dumont* ebd., III., 1., S.382-385). In dem Dekret der Convention nationale v. 15 déc. 1792 über die Einführung der revolutionären Gewalten in den besetzten Gebieten war in seinem Art. 7 allen Gemeinden und Bürgern, welche sich nicht versammeln wollten, um zu einer freien Verfassung derselben durch ihre Deputierten mitzuwirken, die Behandlung nach dem Kriegsrecht angedroht (*Duvergier*, Collection des lois, Tome V, p.83).

In Frankreich selber hatten zu der Wahl der Convention nationale am 2 sept. 1792 nicht mehr als 10 % der Stimmberechtigten teilgenommen (*Aulard*, Histoire politique de la Révolution française, 2. Partie, Chap. II, IX, p. 243-245 und *Godechot*, Les institutions de la France sous la Révolution et l'Empire, Livre 3, Chap. I, I, p. 274).

²⁴⁷ Es waren 131 Orte mit 130 Deputierten repräsentiert (*Dumont*, Die Mainzer Republik, 7. Kap., I., S. 412-413 und *Chuquet*, Les guerres de la Révolution, VII Mayence (1792-1793), 1. Partie, Chap. IV, I., p. 115). Von den 130 Deputierten waren 70 Bauern (55 %), 24 Beamte, fast alle akademisch gebildete Juristen (17 %), 14 Intellektuelle, den Beruf des Gelehrten, Professors oder Lehrers ausübend (11 %), 9 Handwerker (7 %), 9 Geistliche beider Konfessionen (7 %), 4 Kaufleute (3 %) (*Dumont* ebd., 7. Kap., I., S. 413-416). Nach *Die*

Reich gelöst, auf Freiheit, Gleichheit und der Souveränität des freien Volkes beruhenden Freistaates²⁴⁹ zwischen Landau und Bingen,²⁵⁰ und am 21. März 1793 für die Einverleibung in die Französische Republik²⁵¹ aus,²⁵² dem die Convention nationale am (30. mars 1793) mit der Einverleibung von 87 namentlich aufgeführten Städten und Orten entsprach.²⁵³

neue Mainzer Zeitung, Nro. 34. Dienstag den 19. im Maerz 1793, im zweiten Jahre der Republik; Mainz, S. 137 bestand wohl die Hälfte der am ersten Tag erschienenen 65 Deputierten aus guten Landbauern.

²⁴⁸ *Scheel*, Die Mainzer Republik II, D, II, 1, S. 423-426 und *Die neue Mainzer Zeitung*, Nro. 33. Sonntags den 17. im Maerz 1793, im zweiten Jahre der Republik; Mainz, vom 16. Maerz, S. 133, Nro. 34. Dienstag den 19. im Maerz 1793, im zweiten Jahre der Republik; Mainz, S. 137.

²⁴⁹ Der Rheinisch-deutschen Republik.

²⁵⁰ „Der ganze Strich Landes von Landau bis Bingen, welcher Deputirte zu diesem Konvent schickt, soll von jetzt an einen freyen, unabhaengigen, unzertrennlichen Staat ausmachen, der gemeinschaftlichen, auf Freiheit und Gleichheit gegruendeten Gesetzen gehorcht.“, „Der einzige rechtmäßige Souverain dieses Staats, naemlich das freie Volk, erklart durch die Stimme seiner Stellvertreter allen Zusammenhang mit dem deutschen Kaiser und Reichs fuer aufgehoben.“ Art. 1 und 2 des Dekrets des zu Mainz versammelten rheinisch=deutschen Nationalkonvents, vom 18ten Maerz 1793, wodurch in dem Striche Landes, von Landau bis Bingen, alle bisherigen angemachten Gewalten abgeschafft werden (*Dumont*, Die Mainzer Republik, 7. Kap., II., Abb. 19, S. 426, Bildnachweis, S. 530 Abb. 19, S. 426, insg. S. 426). Die Reden anlässlich der Beschlussfassung der Pariser Deputierten der Convention nationale Merlin de Thionville, Haussmann, des Regierungskommissars Simon und von général Custine (*Scheel*, Die Mainzer Republik II, D, II, 3. Sitzung vom 18. 3. 1793, Montag, S. 432-442).

²⁵¹ Dies bei dem Erkennen von der eigenen Schwäche. Das Fehlen eigener Truppen, die Abgeschnittenheit vom übrigen Deutschland mit der Umlagerung durch die Truppen der Koalitierten hätten dazu geführt, dass man das Schattendasein eines von der Französischen Republik abhängigen Staates führen müsse – 3 Sitzungen am 19., 20., 21. März 1793 mit den Hauptrednern Wedekind, Metternich, Dorsch, Forster, Hofmann und Lux – (*Scheel*, Die Mainzer Republik II, D, II, 4 Sitzung ..., S. 444-446 mit Anm. d, S. 446, h, S. 447, 5 Sitzung ..., S. 448-449 mit Anm. f-n, S. 451-460, 6 Sitzung ..., S. 461-463 mit Anm. a-i, S. 463-472).

²⁵² Das Gesuch, gerichtet an die Französische Republik „... Daß das rheinisch-deutsche freie Volk die Einverleibung in die fränkische Republik wolle und bei derselben darum anhalte ...“, einstimmig beschlossen (*Scheel*, Die Mainzer Republik II, D, II, 6 Sitzung ..., S. 473, Anm. J) und das vom 25. März 1793 an die Convention nationale gerichtete Schreiben der anwesenden 89 Deputierten, von Präsident Hofmann genehmigt und unter Beifügung ihrer Wahlorte unterschrieben (*Scheel* ebd., 8 Sitzung ..., S. 482 mit Anm. r, S. 491-493, 10 Sitzung ..., S. 499 mit Anm. J, S. 501-503).

²⁵³ „La Convention nationale, ... décrète que les villes et communes de Mayence, Worms, Dürkheim, ..., font partie intégrante de la République.“ (*Scheel*, Die Mainzer Republik II, D, II, 19 Protokoll des Pariser Nationalkonvents vom 30. 3. 1793 ..., Anm. e, S. 544): 87 namentlich aufgezählte Städte und Orte, die im Rheinisch-deutschen Nationalkonvent vertreten waren und ihre Deputierten auch das Schreiben vom 25. März unterschrieben hatten, sind Bestandteil der Französischen Republik.

Damit hatte die Convention nationale entgegen den Vorstellungen des Rheinisch-deutschen Nationalkonventes das Selbstbestimmungsrecht jeder einzelnen Gemeinde anerkannt (*Hansen*, Quellen Rheinland, II. Band, (III., b)), 361., Fußn. 2), S. 812 mit 358., Erläuterung, S. 804 und *Dumont*, Die Mainzer Republik, 7. Kap., II., S. 439-440 (440)).

Von den preußischen Truppen wieder belagert und seit dem 14. April 1793 eingeschlossen, kapitulierte die Festung Mainz am 23. Juli 1793: *Kapitulationspunkte, welche der General ..., Kommandanten Chef von Mainz, Kastel ... vorgeschlagen., und von dem König von Preußen überwiegend bewilligt wurden*, insb. Punkt V. (*Mainzisches Intelligenzblatt*, Mittwoch den 31ten im Julius 1793, Bekanntmachungen, S. 233-234 (233) und

c) Die Einverleibungen von Reichsgebieten in die Französische Republik während der Jahre 1793-1795

Der nassau-weilburgische Teil der Grafschaft Saarwerden und das Fürstentum Salm waren am 14. Februar²⁵⁴ /2. März 1793²⁵⁵ von der Convention nationale zu integralen Bestandteilen der Französischen Republik erklärt worden.

Das Hochstift Basel, nach Unruhen in den Jahren 1790/91 im Mai 1792 von den französischen Truppen besetzt²⁵⁶ und von der revolutionären Partei am 19. Dezember 1792 als République de la Rauracie²⁵⁷ proklamiert,²⁵⁸ war am 23. März 1793 als neues département Mont-Terrible von der Convention nationale zum Bestandteil der Französischen Republik erklärt worden.²⁵⁹

Die württembergische gefürstete Grafschaft Mömpelgard wurde Ende September 1792 und am 10. April 1793 von den französischen Truppen besetzt. Die Bewohner des Dorfes

Dumont, Das Ende der Mainzer Republik, Die Kapitulation in Mainz, in: *Mainzer Zeitschrift*, Jahrg. 75, S. 175-177). Die zurückkehrenden deutschen Landesherren stellten die alten Verhältnisse wieder. Hinsichtlich des Kurstaates und Erzstifts Mainz *Dumont*, Das Ende der Mainzer Republik, „Restauration“ in Mainz, in: *ebd.*, S. 181-184), insbesondere die *Verordnung Friedrich Karl Joseph von Erthal Kurfürst von Mainz, Bischof von Worms über die Herstellung der alten Ordnung in seinen Landen, gegeben in Aschaffenburg am 25. Juli 1793 (Mainzisches Intelligenzblatt ebd., Verordnungen, S. 231)*. Folge der französischen Besetzung mit der Belagerung und Befreiung war, dass Kurfürst Friedrich Karl erst 6 Wochen nach der Kapitulation Einzug in Mainz hielt, er in der Folgezeit Aschaffenburg als Residenz bevorzugte, Mainz eine durch Truppen besetzte Stadt blieb, womit es seine traditionelle Rolle als Landeshauptstadt, seine politische und kirchliche Bedeutung für das Reich und seine Funktion als mittelhessisches Kulturzentrum mehr und mehr einbüßte (*Dumont*, Das Ende der Mainzer Republik, „Restauration“ in Mainz, Mainzer Republik und Mainzer Stadtgeschichte, in: *ebd.*, S. 181-184).

²⁵⁴ *Summarische Vorlegung der dem Fuersten zu Nassau=Weilburg und dessen dies= und jenseits rheinischen Landen von den Franzosen zugefuegten Vergewaltigungen und Schaeden. Weilburg den 29ten Junii 1793, IV.*, S. 16-19, Beylagen, Ziffer 12., S. 46-47 (*Regensburger Correspondenz*, XLVIII. Band, 35. Stück) und *Duvergier*, Collection des lois, Tome V, p. 153, Ziff. 3.

²⁵⁵ *Die durch Franzoesische National=Schluesse dem Fuerstlichen Hause Salm=Salm zugefuegten Friedens= und Vertragsbruechigen Kraenkungen, dagegen nothdringlich ergriffenen Maßregeln, und endlich geschehene gewaltsame Bemaechtigung des Reichsunmittelbaren Fuerstenthums Salm, und seiner in Frankreich gelegenen Herrschaften. 1793*, Beilagen, Ziffer 17.-30., S. 22-40 (*Regensburger Correspondenz*, XLVIII. Band, 42. Stück) und *Duvergier*, Collection des lois, Tome V, p. 178.

²⁵⁶ *Ries*, Die Neuorganisation des Bistums Basel am Beginn des 19. Jahrhunderts, I., 2., Fürstbischof ... und die Unruhen 1790/91, S. 27-30, Die französische Besetzung, S. 30-33.

²⁵⁷ In Anlehnung an das Volk der Rauracier.

²⁵⁸ *Ries*, Die Neuorganisation des Bistums Basel am Beginn des 19. Jahrhunderts, I., 2., Revolution, Okkupation und Ende der fürstbischöflichen Regierung, S. 33-35.

²⁵⁹ *Ries*, Die Neuorganisation des Bistums Basel am Beginn des 19. Jahrhunderts, I., 2., Revolution, Okkupation und Ende der fürstbischöflichen Regierung, S. 35 und *Duvergier*, Collection des lois, Tome V, p. 209.

Mandeure hatten sich am 15. April 1792 zur République de la Mandeure proklamiert.²⁶⁰ Die Grafschaft war am 10. Oktober 1793 der Französischen Republik einverleibt worden.²⁶¹

Die zweibrückische Exklave Bergzabern, von örtlichen Revolutionsanhängern Ende Januar 1793 als Südpfälzische Republik proklamiert,²⁶² war am 14. März 1793 einverleibt worden.²⁶³

Von den Österreichischen Niederlanden waren die wichtigsten Orte bereits²⁶⁴ im März 1793 von der Convention nationale zu Bestandteilen der Französischen Republik dekretiert.²⁶⁵ Nach den erneuten militärischen Erfolgen am Ende des Jahres 1793 und im Jahr 1794²⁶⁶ war am 1. Okt. 1795 das Gebiet von Belgien²⁶⁷ und das Hochstift Lüttich zu Bestandteilen der Französischen Republik erklärt worden.²⁶⁸

²⁶⁰ *Le pays de Montbéliard du Wurtemberg à la France 1793*, 1. Partie, II-Le rattachement de 1793: les événements (J. B. Debard), p. 31, 34-47, III-L'errance administrative de la Révolution à la Restauration 1790-1816 (J. Courtieu), p. 41-42.

²⁶¹ *Le pays de Montbéliard du Wurtemberg à la France 1793*, 1. Partie, III-L'errance administrative de la Révolution à la Restauration 1790-1816 (J. Courtieu), p. 42-43: réunit au département de la Haute-Saône.

²⁶² Bereits vor der französischen Besetzung und ohne ihre Unterstützung entstand ein von der Volksbewegung und deutschen Jakobinern getragenes und der Convention nationale mitgeteiltes Ansinnen auf Austritt aus dem Reich und Anschluss an die neue Republik. Danach erfolgte die Vertreibung der landesherrlichen Beamten und Gründung des Bergzaberner Jakobinerklubs am 17. Nov. 1792 (*M. Neugebauer-Wölk*, Reich oder Republik? Pläne und Ansätze zur republikanischen Neugestaltung im Alten Reich 1790-1800, Die zweite Phase ... 1792/93, in: *Reich oder Nation?* S. 36-37, 39 und *Schaber*, Rede im Club zu Bergzabern, S. 1-8).

²⁶³ *M. Neugebauer-Wölk*, Reich oder Republik? Pläne und Ansätze zur republikanischen Neugestaltung im Alten Reich 1790-1800, Die zweite Phase ... 1792/93, in: *Reich oder Nation?* S. 39.

²⁶⁴ Mit der Niederlage der österreichischen Truppen in der Schlacht bei Jemappes am 6. Nov. 1792 waren die Österreichischen Niederlande und das Hochstiftes Lüttich zur Roer bis Mitte Dez. 1792 von ihnen geräumt worden (oben, S. 865).

²⁶⁵ Am 14. Febr., 1., 2., 3., 4., 6., 8., 9., 11., 14., 19., 20. März 1793 wurden die wichtigsten in den Österreichischen Niederlanden gelegenen Städte mit Umgebung (26) und weitere Orte (346), in den von den französischen Truppen besetzten oder besetzt gewesenen Gebieten, deren Bevölkerung diesen Wunsch geäußert hatten, zu integralen Bestandteilen der Französischen Republik erklärt (*Duvergier*, Collection des lois, Tome V, p. 153, 177, 178, 180-181, 183, 186, 189-190, 193, 197, 205-206 und *Koll*, ›Die belgische Nation‹, 7. 2, S. 359-367).

²⁶⁶ Zwar hatten die beiden österreichischen Siege bei Aldenhoven und Neerwinden am 1./18. März 1793 bis Anfang April wieder zur französischen Räumung der Österreichischen Niederlande und des Hochstiftes Lüttich (oben, S. 867) geführt, mit der in den Österreichischen Niederlanden unter nunmehr Kaiser Franz II. zweiten habsburgische Restauration (*Koll*, ›Die belgische Nation‹, 7. 3, S. 367-369).

Diesen folgten jedoch die französischen Siege bei Hondschoote und Wattignies am 8./16. Okt. 1793 (oben, S. 869), bei Reichshofen am 22. Dez. 1793 (oben, S. 869-870), bei Tourcoing am 17./18. Mai 1794 (oben, S. 870) und insbesondere bei Fleurus am 26. Juni 1794 (oben, S. 870-871) nach.

²⁶⁷ Von den Österreichischen Niederlanden waren damit ausgenommen die beiden Herzogtümer Luxemburg und Limburg.

²⁶⁸ *Duvergier*, Collection des lois, Tome VIII, p. 300-301 und *Hansen*, Quellen Rheinland, III. Band, (III., 2), 191., S. 651-658.

Das Stift Stablo-Malmedy, dessen Fürstabt Celestin seiner rebellisch gewordenen Bürgerschaft eine „Nationalversammlung“ zur Anfertigung von cahiers doléances zugebilligt hatte,²⁶⁹ war am 2. März 1793²⁷⁰ und erneut²⁷¹ am 1. Oktober 1795²⁷² zum Bestandteil der Französischen Republik dekretiert worden.

d) Die Cisirhenanische Bewegung im Jahre 1797

Nachdem die linksrheinischen Reichsgebiete Ende Oktober 1794 unter die französische Besatzung²⁷³ gelangt waren, hatte sich dort zu Anfang des Jahres 1797 die 25 000-80 000 Anhänger²⁷⁴ umfassende Cisirhenanische Bewegung gebildet,²⁷⁵ welche die Loslösung des Gebietes zwischen Maas, Rhein und Mosel vom Reich und seine Gelangung unter den Einfluss von der Französischen Republik anstrebte.²⁷⁶ Hiermit wollten sie nicht ihr kulturelles deutsche Erbe aufgeben, welches sie den französischen philosophischen Leistungen überlegen

²⁶⁹ H. Neu, Die territoriale Geschichte Eupen=Malmedys, in: *Eupen=Malmedy=Moresnet*, S. 234 und G. Kallen, Die Reichsabtei Malmedy und das Alte Reich, in: *ebd.*, S. 247-248.

²⁷⁰ Duvergier, Collection des lois, Tome V, p. 178.

²⁷¹ Der österreichische Sieg in Neewinden befreite auch wieder Stablo-Malmedy, nach den neuen französischen Erfolge im Feldzug 1794, rückten die französischen Truppen wieder am 1. Sept. 1794 in das Stiftsgebiet ein (H. Neu, Die territoriale Geschichte Eupen=Malmedys, in: *Eupen=Malmedy=Moresnet*, S. 234).

²⁷² Duvergier, Collection des lois, Tome VIII, p. 300-301.

²⁷³ Besetzung der trierischen und niederrheinischen Gebiete im August bis Oktober 1794 (oben, S. 871) und der mittelrheinischen Gebiete bis Ende Oktober 1794 (oben, S. 871-872).

²⁷⁴ Ihre Anhänger der Aufklärung zugetane Idealisten, vor allem Intellektuelle und dem Lehrstand Zugehörnde – resignierende Priester und Odengeistlich – auch Handwerker und dem niederen Volk Angehörnde (*Mensen*, Die Cisirhenanerbewegung, VI. Kap., S. 101-104 und *Julku*, Revolutionäre Bewegung im Rheinland, II. Band, II., 2., B, e, S. 159-160, f, S. 177).

²⁷⁵ Hansen, Quellen Rheinland, III. Band, (III.) Quellen, 300., S. 1076 (Fußn. 2)); Biro, The german policy of revolutionary France, Vol. II, Chap. XXVII, 1., i., p. 867, insb. Fußn. 161; *Julku*, Revolutionäre Bewegung im Rheinland, II. Band, II., 2., B, f, S. 176-177; *Remling*, Die Rheinpfalz in der Revolutionszeit, II. Band, 12. Abschnitt, §. 4., S. 348-349; *Deutsche Jakobiner. Mainzer Republik und Cisirhenanen*, III. Band, (VII.), Cisirhenanen in Koblenz, S.111 und *Görres*, Gesammelte Schriften, I. Band: Politische Schriften der Frühzeit, Einleitung (v. M. Braubach), S. XXI-XXII).

²⁷⁶ Der von den Coblenzer Cisirhenanen in der Rheinpfalz und namentlich im Herzogtum Zweibrücken verbreitete, an vielen Orten heimlich angeheftete Aufruf zur Vereinigung mit der französischen Nation oder zur Bildung eines eigenen Freistaates (*Remling*, Die Rheinpfalz in der Revolutionszeit, II. Band, Urkundenbuch, Nr. 44., S. 492-495 (494) mit 12. Abschnitt, §. 4., S. 349). Ein von dem Distrikt=Bureau der Cisirhenanischen Föderation in Coblenz anfangs Sept. 1797 in Neustadt und Edenkoben angeschlagener Aufruf zur Bildung eines Cisirhenanischen Freistaates (*Remling ebd.*, Urkundenbuch, Nr. 45., S. 495-498 mit 12. Abschnitt, §. 4., S. 351), für welche eigene Errichtung eines Freistaates die Batavische Republik das Vorbild war (*Droz*, La pensée des Cisirhénans, Chap. I, p. 15 und Hansen, Quellen Rheinland, III. Band, (III., 4), 266., Fußn. 1), S. 946). Insbesondere hatte die Batavische Republik bei ihren seit November 1796 bis in den Mai 1797 dauernden Beratungen der neuen Verfassung, über welche die rheinischen Zeitungen häufig berichteten, die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt (*Hansen ebd.*).

ansahen.²⁷⁷ Sie verstanden die von ihnen gewollte Freiheit im Sinne des Kantschen Imperativs²⁷⁸ als eine sittlich-moralische Freiheit und nicht als die Freiheit gegen staatliche Gewalten.²⁷⁹

Nachdem das Direktorium ihren Förderer général Hoche²⁸⁰ am 13. April 1797 angewiesen hatte, auf die Bildung einer getrennten, jedoch von Frankreich abhängigen Republik²⁸¹ hinzuwirken,²⁸² wurde²⁸³ in September von örtlichen Anhängern der Cisrhenanen in mehreren Orten die Cisrhenanische Republik²⁸⁴ ausgerufen,²⁸⁵ was jedoch nur bei einem kleinen Teil

²⁷⁷ In ihrer deutschen Kultur erblickten sie das universelle Ideal für die Menschheit. Verhaftet in ihrem Deutschtum, strebten sie vielmehr als gleichberechtigte Partner einen gegenseitigen kulturellen Austausch unter der neuen bürgerlichen Freiheit und Gleichheit der Franzosen an (*Mensen*, Die Cisrhenanenbewegung, VII. Kap., Stellung zum Deutschen Reich, S. 116-121; *Droz*, La pensée des Cisrhénans, Chap. II, p. 40-41 und *Hansen*, Das linke Rheinufer und die französische Revolution 1789-1801, in: *Deutsche Akademie*, XII. Heft, S. 453-454).

Görres hatte in seiner im Frühjahr 1797 fertiggestellten *Der Allgemeine Frieden*, ein Ideal, für die Französische Republik Stellung genommen „... Dann wird das Französische Phlogiston, mit dem deutschen Oxyde cementirt, einen philosophischen König bilden, wie ihn die Welt noch nie sah; und der gleich dem Steine der Weißen, die Existenz der Nation, die ihn besitzt, auf Ewigkeit verlängert. ...“ (*Görres*, Gesammelte Schriften, I. Band, Erste Publizistische Versuche (1795-1797), *Der Allgemeine Frieden*, ein Ideal, XVII., S. 61-62 (61 Z 15-44, Zitat Z 41-44)).

²⁷⁸ *Hansen*, Das linke Rheinufer und die französische Revolutionszeit 1789-1801, in: *Deutsche Akademie*, XII. Heft, S. 429-430 und *Julku*, Revolutionäre Bewegung im Rheinland, I. Band, II., B., a., S. 116-117: um 1780 „... war es Kant, von dem die stärksten Anregungen ausgingen, der am Rhein viel gelesen wurde und der in hohem Grade den Philosophenunterricht bestimmte. Der eigentliche Durchbruch der kantischen Philosophie fällt in die Zeit nach 1786, und der Kampf um sie tobte am heftigsten, als nach dem Ausbruch der Revolution eine starke Reaktion der traditionalistischen Richtung in der Philosophie einsetzte. ...“.

²⁷⁹ Als eine sittlich-morale Freiheit des Einzelnen zur Verwirklichung seiner eigenen Person, bei seiner Mitverantwortung und zur Erreichung des höchsten Wohls im Staat. Hingegen weniger als die Freiheit des Individuums gegen unumschränkte Gewalten. Die Freiheit der Französischen Revolution sahen sie nicht als das Werk geschichtlich bedingter und ganz konkreter Kräfte, sondern als ein Werk des sich fortentwickelnden frei schaffenden Menschengenies an (so die allgemeine Ansicht im Reich: *Meinecke*, Weltbürgertum und Nationalstaat, 1. Buch, 2. Kap., S. 33) an (*Droz*, La pensée des Cisrhénans, Chap. II, p. 25-26 und *Mensen*, Die Cisrhenanenbewegung, VII. Kap., Einfluß der Aufklärung und der französischen Revolution, S. 111-112, Moralische Staatsauffassung und Kants Imperativ, S. 112-114).

²⁸⁰ Seit 24. Jan. 1797 Befehlshaber der armée du Sambre-et-Meuse.

²⁸¹ Nach dem Vorbild der in Oberitalien errichteten Cisalpinischen Republik, von général Bonaparte im Juni/Juli 1797, mit ihren beiden der Direktorialverfassung nachgebildeten Verfassungen v. 20 messidor an V (8. juillet 1797) und 24 fructidor an VI (10 sept. 1798) (oben, S. 243).

²⁸² *Hansen*, Quellen Rheinland, III. Band, (III., 4), 266., b), S. 946-947.

²⁸³ Unter dem Schutz der französischen Besatzungsverwaltung und des französischen Militärs, welche Commission intermédiaire in ihrem arrêté vom 29 fructidor an V (15 sept. 1797) hatte sie den Gemeinden, welche eine Freiheitsbaum errichteten und ihren Wunsch zu einer eigenen republikanische Verfassung geäußert hatten, Begünstigungen in Ansehung des Zehnten, Feudal- und Judenabgaben gemacht (*Handbuch der fuer die Koenigl. Preuß. Rheinprovinzen verkündigten Gesetze*, VI. Band, 2. Abtheilung, II., E., 215., S. 434-437).

²⁸⁴ Im September 1797 bestand zwischen dem Präsidenten der commission intermédiaire, dem Regierungskommissar Reuthel und dem Magistrat von Köln das Einvernehmen demnächst Köln anstelle von Bonn als Hauptstadt der Cisrhenanischen Republik zu machen (*Hansen*, Quellen Rheinland, IV. Band, (III., 1.), 17., S. 66-81 (70)).

der Bevölkerung Anklang fand²⁸⁶ und auch von den städtischen Magistraturen und von den Zünften Ablehnung²⁸⁷ und Protest²⁸⁸ erfuhr.²⁸⁹

Das Direktorium wies Hoche am 30 fructidor an V (16. sept. 1797), da eine eigenständige Republik nicht stark genug wäre, sich selber zu erhalten,²⁹⁰ auf eine Eingliederung der

²⁸⁵

Am 5. Sept. in Rheinbach und in den folgenden Tagen in benachbarten Ortschaften (*Hansen, Quellen Rheinland, III. Band, (III., 4), 333., S. 1182-1189*). Das von der Cisirhenanischen Republik Rheinbach – commissaire du pouvoir exécutif bei der Munizipalverwaltung zu Rheinbach – am 14. Sept. 1797 erlassene Dekret, in welchem gegen die Verbreiter von gegen die französische Verwaltung gerichteten Schandschriften die Arretierung angeordnet wird (*Linksrheinische deutsche Jakobiner, II., 21, S. 133-134 (134)*), am 14. in Koblenz, am 17. in Köln und am 22. in Bonn (*Hansen ebd., IV. Band, (III., 1.), S. 3-7, 6., S. 21-30, 17., S. 66-81*). In Bonn auch die Rede, welche an diesem Tag bei der feierlichen Errichtung des Freiheits=Baumes von dem Sprecher des hiesigen Westrheinischen Konföderations=Bureau gehalten wurde, mit der Antwort des Präsidenten der Intermediär=Kommission (*Handbuch der fuer die Koenigl. Preuß. Rheinprovinzen verkündigten Gesetze, VI. Band, 2. Abtheilung, II., E., 215., Anm. 1), S. 434-436*).

²⁸⁶

In Koblenz: *Hansen, Quellen Rheinland, IV. Band, (III., 1.), 1., S. 3-7 (4-6 (6))*.

²⁸⁷

In Koblenz: Ablehnende Haltungen des Magistrats und der Bürgerschaft, welcher Magistrat trotz der an ihn ausgesprochenen Einladung zu der Pflanzung des Freiheitsbaumes und der Ausrufung der Cisirhenanischen Republik nicht erschien und er und der Bürgermeister danach auch bei den französischen Behörden Klage gegen das eigenmächtige und gegen die Verfassung von Koblenz gerichtete Verhalten der Cisirhenanen vorbrachten. Der Magistrat wurde bei seinem andauernden Widerstand gegen die Cisirhenanen von dem örtlichen französischen General abgesetzt und durch einen aus Cisirhenanen bestehenden ersetzt (*Hansen, Quellen Rheinland, IV. Band, (III., 1.), 1., S. 3-7, 3., S. 10-12, 5., S. 18-21, 14., S. 55-59, 35., S. 154-164 und Julku, Revolutionäre Bewegung im Rheinland, II. Band, II., 2., B, e, S. 165-166*).

In Köln: Auflösung des Magistrats anlässlich der Errichtung des Freiheitsbaumes und der Ausrufung der Cisirhenanischen Republik durch den Regierungskommissar Reuthel, der einen neuen einsetzte (*Hansen ebd., 4., S. 12-18, 6., a), S. 21-22, 8., S. 33-37*).

In Bonn: Absetzung des der Pflanzung eines Freiheitsbaumes und der Ausrufung der Cisirhenanischen Republik ablehnend gegenüberstehenden Magistrats – mit seiner Begründung, der alten Verfassung und ihrem Landesherrn so lange treu zu bleiben, bis durch einen allgemeinen Frieden ihr Schicksal entschieden ist – , durch die commission intermédiaire am 7. Sept. 1797 und die Ernennung eines neuen Magistrats durch sie am 21. Sept. (*Hansen ebd., 17., S. 66-69*).

²⁸⁸

In Koblenz: Proteste der Zünfte am 16.-18. Sept. 1797 gegen die Errichtung einer eigenen Republik, welche Zünfte ihrer alten Verfassung getreu bleiben wollten und jene ihres Zunftrechtes verlustig erklärten und ganz von sich ausstießen, welche als Klubisten bekannt sind (*Hansen, Quellen Rheinland, IV. Band, (III., 1.), 5., S. 18-21*).

In Köln: Einspruch des die große Bannierfahne der Stadt Köln aufbewahrenden Bannerrates für die Kölner Zünfte am 18.-20. Sept. 1797 gegen die am 17. erfolgte Pflanzung des Freiheitsbaumes und Ausrufung der Cisirhenanischen Republik (*Hansen ebd., 7., S. 31-33*).

²⁸⁹

Die ablehnenden Haltungen waren auch über die Ungewissheit einer möglichen Rückkehr der Landesherrn bedingt. Neben den durch den jahrelangen Krieg erlittenen Belastungen, den Requisitionen und Einquartierungen, welche die Bevölkerung für die revolutionären Parolen nicht aufgeschlossener machten, mussten sie zudem mit einer Rückkehr ihrer Landesherrn rechnen und deren Reaktionen fürchten. Dies, nachdem in den bekannt gewordenen Friedenspräliminarien von Leoben vom 18. April 1797 die Reichsintegrität in Aussicht gestellt worden war (oben, S. 908), und die von Hoche selber vorgenommene Wiedereinsetzung von vorrevolutionären Gewalten sie hierin bestärkte (*W. H. Stein, Ein unbekannter Cisirhenanenbrief, in: Deutsche Jakobiner. Mainzer Republik und Cisirhenanen, I. Band, B., S.150 und Springer, Die Franzosenherrschaft in der Pfalz, I. Teil, 5. Kap., S. 129*).

²⁹⁰

Die bei der Bevölkerung auf dem linken Rheinufer erfreulich vorhandene Begeisterung für die Freiheit, welche er in deren Interesse zu dirigieren habe, nicht auf die Bildung einer Republik, welche sich nicht selber erhalten könne und für Frankreich ein Hemmnis wäre.

linksrheinischen Reichsgebiete zu dringen.²⁹¹ Die führenden Cisrhenanen willigten auch in die Herrschaft der Französischen Republik ein.²⁹²

e) Die Departementalisierung, Munizipalisierung und Entfeudalisierung der linksrheinischen Reichsgebiete im Jahre 1798

Nach dem die Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete mit der Nette-Rur-Linie festlegenden Friedensvertrag von Campo Formio vom 17. Oktober 1797²⁹³ und seiner Ratifikation am 3. November 1797²⁹⁴ hatte das Direktorium am 14 brumaire an 6 (4. nov. 1797) den Richter am Pariser Kassationshof und Elsässer Rudler zum Regierungskommissar der Gebiete zwischen Maas und Rhein und Rhein und Mosel ernannt. Er hatte den Auftrag dort, auf der Grundlage einer vorläufigen Einteilung des Gebietes in départements, arrondissements und cantons, eine departementale und municipale Verwaltung mit Zivil- und Strafgerichten zu errichten.²⁹⁵ Augereau als Oberbefehlshaber hatte am 6 frimaire an 6 (26. nov. 1797) in einem arrêté die commission intermédiaire aufgehoben und für die Verwaltung der eroberten Gebiete die Errichtung einer Régie nationale der Französischen Republik verfügt.²⁹⁶

Mitte Dezember 1797 begann Rudler mit der Einteilung des Gebietes in die 4 départements Roer mit chef-lieu Aix-en-Chapelle, Sarre mit chef-lieu Trier, Rhin et Moselle mit chef-lieu Koblenz und Mont-Tonnere mit chef-lieu Mainz.²⁹⁷ Grundlage war die von ihm am 4 pluviose an 6 (23. janv. 1798) erlassene Territorial=Eintheilung der neuen Departements²⁹⁸ mit dem

²⁹¹ Hansen, Quellen Rheinland, III. Band, (III., 4)), 339., b), S. 1212-1213.

²⁹² Die von dem Generalkomitée der Cisrhenanischen Föderation in Bonn im Auftrag von allen Zentralausschüssen der Föderation der Patrioten des linken Rheinufer im ganzen Lande zwischen Maas, Rhein und Mosel bekannt gemachten *Souverainetéserklärung des Volkes zwischen Maas, Rhein und Mosel vom 23 Brumaire an 6 (13 nov. 1797)*, „... 4) das Volk zwischen Maas, Rhein und Mosel verbindet sich, um seine politische Independenz zu sichern, mit dem Französischen Volke und inkorporirt sein Gebiet mit jenem der Republik ... 5) die Verbindung mit dem deutschen Reiche ist für immer aufgehoben; ...“ (Hansen, Quellen Rheinland, IV. Band, (III., 1.), 59., S. 315-326 (321-326 (325))).

²⁹³ Oben, S. 290.

²⁹⁴ Käss, Organisation auf dem linken Rheinufer 1792-1801, 3. Teil, 1. Kap., § 1., S. 134.

²⁹⁵ Arrêtes vom 14 brumaire an VI (4 nov. 1797) über die Ernennung Rudlers und den an ihn gerichteten Instruktionen (*Handbuch der fuer die Koenigl. Preuß. Rheinprovinzen verkündigten Gesetze*, VI. Band, 2. Abtheilung, II., G., 231. mit der dazugehörenden Anm. 1), S. 454-455).

²⁹⁶ *Handbuch der fuer die Koenigl. Preuß. Rheinprovinzen verkündigten Gesetze*, VI. Band, 2. Abtheilung, II., F., 227., S. 447-448.

²⁹⁷ Käss, Organisation auf dem linken Rheinufer 1792-1801, 3. Teil, 1. Kap., § 2.-2. Kap., S.135-160.

²⁹⁸ *Handbuch der fuer die Koenigl. Preuß. Rheinprovinzen verkündigten Gesetze*, VI. Band, 2. Abtheilung, II., G., 241., S. 466-518 (Art. 1-9, S. 466-474).

Uebergang aus der bisherigen Organisation in die neue²⁹⁹ und die von ihm am 6 germinal an 6 (25. mars 1798) erlassene Verordnung, die Abschaffung der Feudalverhaeltnisse betr.³⁰⁰

6. Das Fehlen einer evolutionären Einwirkung und einer revolutionären Geltendmachung der Ideen von 1789

Für ein evolutionäres Einwirken der Ideen von 1789 auf die staatlich-sozialen Verhältnisse im Reich zur Veränderung seines maßgebenden Konstitutionsgrundes war die Zeit von 1789 bis zum Jahre 1801 zu kurz.

Für eine revolutionäre Geltendmachung und Durchsetzung der Ideen von 1789 seitens der Bevölkerung gegenüber dem Reich bedurfte es ihrer reichseinheitlichen Geltendmachung gegenüber Kaiser und Reich.

Ungeachtet dessen, dass sich die nach Ausbruch der Revolution in Frankreich stattgefundenen Aufreure und Aufstände nicht hatten durchsetzen können, sondern immer von den örtlichen und angrenzenden Landesherren hatten niedergehalten werden können,³⁰¹ fehlte es bereits, da sich die Aufreure und Aufstände immer auf regionale Auflehnungen gegen die eigenen Landesherren und das eigene Gemeinwesen beschränkt hatten³⁰² an der Voraussetzung einer reichseinheitlichen Geltendmachung der Ideen von 1789 gegen Kaiser und Reich.³⁰³

²⁹⁹ *Handbuch der fuer die Koenigl. Preuß. Rheinprovinzen verkündigten Gesetze*, VI. Band, 2. Abtheilung, II., G., 244., S. 557-559.

³⁰⁰ *Handbuch der fuer die Koenigl. Preuß. Rheinprovinzen verkündigten Gesetze*, VI. Band, 2. Abtheilung, II., G., 266., S. 631-633, insg., Verordnungen der Gouvernements=Kommissarien (G., 232.-626., S. 455-909).

³⁰¹ Die Landesherren rechneten immer auf ein Eingreifen der preußischen Armee, nachdem der im Jahr 1785 von König Friedrich II. initiierte Fürstenbund auch als ein gegenseitiges Schutzbündnis seiner Fürsten gegen aufsässige Landstände und Untertanen angesehen wurde. Seine Art. VI-IX (*Martens, Traités Puissances de l'Europe*, 2. éd., N. 6., p. 22-23).

*Lüdtk*e, Kurtrier und die revolutionären Unruhen in den Jahren 1789-1790, 1. Weniger bekannt dürfte es sein, daß der Kurfürst schon vor dem Ausbruch der Unruhen auch bei dem Haupte des Deutschen Fürstenbunds, dem Könige von Preußen, Schutz suchte gegen seine rebellischen Untertanen. Ein befremdlicher Schritt: hatte sich doch Kurtrier unter dem Einflusse Frankreichs bisher den Werbungen des Fürstenbundes versagt. Aber vom französischen Könige war seit Einberufung der Generalstände keine Unterstützung mehr zu erwarten, Kaiser Josef II. war im Reiche wegen seiner imperialistischen Tendenzen gefürchtet: da blieb als letzte Hoffnung nur noch jene Vereinigung deutscher Fürsten, die als ihr Ziel proklamiert hatte, jeden Reichsstand, auch die nicht dem Fürstenbunde angehörigen, im Besitze seiner Rechte und Besitzungen zu schützen. Nun war es allerdings fraglich, ob darunter auch Schutz der Landesherren gegen rebellische Untertanen zu verstehen sei; aber Kurfürst Klemens Wenzeslaus, und nicht er allein, glaubte doch, den Fürstenbundsvertrag in diesem Sinne interpretieren zu dürfen. ...“ (*Trierer Zeitschrift*, Jahrg. 5, S. 21-22).

³⁰² Aus den regionalen Aufreuren waren keine überregionale entstanden.

³⁰³ *I. Stephan*, Literarischer Jacobinismus in Deutschland (1789-1806), 6., S. 93, Die Volksaufstände (vgl. 2. 2.), die im Gefolge der Französischen Revolution an zahlreichen Orten in Deutschland aufflackerten, blieben regional begrenzt und konnten eine allgemeine deutsche Revolution nicht initiieren. ...“.

Ursachen hierfür waren neben der revolutionsneutralen Einstellung der Bevölkerung im Reich,³⁰⁴ seiner politischen und konfessionellen Aufspaltung in die verschiedenen Territorien,³⁰⁵ die auch eine Zersplitterung der Anhänger der Revolutionsideen bewirkte³⁰⁶ und dem Mangel einer die politischen Vorstellungen und Ziele seiner Bevölkerung artikulierenden einzigen Hauptstadt,³⁰⁷ das Fehlen eines zur politischen und staatlichen

³⁰⁴ *Knigge* in seiner Abhandlung (1793) Ueber die Ursachen, warum wir vorerst in Teutschland wohl keine gefaehrliche politische Haupt=Revolution zu erwarten haben „... Warum aber haben wir dergleichen in Teutschland nicht zu befuerchten? Ich will hier nicht die Gruende geltend zu machen suchen, deren sich ein Paar gutmuethige Schriftsteller kuerzlich bedient haben, indem sie entweder die Ruhe unsrer Staaten auf das Pflagma des teutschen Characters, oder auf die ueberschwengliche Treue der Nation und Liebe fuer die Fuersten zu stuetzen suchen. ...“ (*Schleswigsches Journal*, II. Band, 7. Stueck, July 1793, 3., S. 279) und *Schlözer* in seinem im gleichen Jahr erschienenen Allgemeines StatsRecht und StatsVerfassungsLere, Allgemeine StatsVerfassungs=Lere ..., Recapitulation, ..., IX., S.162 „... ,R e f o r m e n, aber keine R e v o l u t i o n! LosungsWort des bedaechtigen Deutschen, ...“ und in seinen im Jahre 1791 erschienenen *Stats=Anzeigen* „... Mir koemmt kein Volk in der Welt reifer zur ruhigen WiederEroberung verlornen MenschenRechte vor, als das deutsche Volk; und zwar gerade wegen seiner, von Unwissenden so oft verlaesterten StaatsVerfassung. ...“ (XVI. Band, Heft 61, 12., III., Anm. 5, S. 96).

Forster drückte dies in seinem aus Mainz am 21. Dez. 1792 an den Buchhändler Voß in Berlin gerichteten Brief aus der Sicht des deutschen Jakobiners aus „... Ich bleibe dabei, daß Deutschland zu keiner Revolution reif ist, und daß es schrecklich, graeßlich sein wird, sie durch das halsstarrige Bestehen auf der Fortsetzung des unglueckseligsten aller Kriege unfehlbar vor der Zeit herbeizufuehren. ... Unser rohes, armes, ungebildetes Volk kann nur wuethen, aber nicht sich constituiren, ...“ (*Forster*, Saemmtliche Schriften, VIII. Band, S. 236, 247-249 (248). Johann Georg Adam Forster (27. Nov. 1754-10. Jan. 1794) wohl der bedeutendste deutsche Jakobiner, war das führende Mitglied des Mainzer Jakobinerklubs und Vizepräsident des Rheinisch-deutschen Nationalkonvents, in dessen Auftrag er 1793 dessen Anschlussgesuch der Convention Nationale überbrachte. Bis zu seinem in Paris an einer Brustentzündung erlittenen Tode war er publizistisch und auch für die französische Revolution tätig (*NDB*, V. Band, Forster. (ref.) 1) Johann Georg(e) Adam, ..., S. 301 und aus der Sicht der damaligen Zeit die im Jahre 1878 erschienene *ADB*, VII. Band, Forster: Johann George Adam F., ..., S. 172-181).

³⁰⁵ *Knigge*, Ueber die Ursachen, warum wir vorerst in Teutschland wohl keine gefaehrliche politische Haupt=Revolution zu erwarten haben „Angenommen aber auch, daß ein Volk in Teutschland so auf's Aeusserste getrieben wuerde, daß ein allgemeiner Geist der Rebellion es ergriffe, so fuehlt vielleicht gerade dies Voelkchen sich allein zu schwach, zur Ausfuehrung zu schreiten. Es ist aber von Nachbarn umgeben, die keine Ursache haben, mit ihm gemeinschaftliche Sache zu machen, die vielmehr ihren Fuersten lieben, auf den ersten Wink bereit sind, mit bewaffneter Hand einzuruecken und die Ruhe wieder herzustellen. Ein auffallendes Beyspiel, welches hierher gehoert, haben wir an Mainz. Dort begannen, auf franzoesische Anreizung, die Unzufriednen eine Umkehrung der Dinge Sie rechneten darauf, daß die Nachbarn dem Beyspiele folgen wuerden; und haette Frankfurth mit eingestimmt; so wuerde vielleicht schnell das Feuer um sich gegriffen haben, indem immer die angrenzenden kleinen Staaten sich mit dem empoerten verbunden und so eine nicht leicht zu trennende Kette geschlossen haetten – an Unzufriednen fehlte es auf dem ganzen Striche nicht. Nun aber weigerte Frankfurth den Beytritt; (aus Ursachen, die ich nachher entwickeln werde) und so war auf einmal die Grenzlinie gezogen; die Mainzer standen von Einer Seite isolirt da und durften sich von der andern nur noch schwach an Frankreich lehnen, das jetzt genug zu thun hatte, sich selber gegen die Waffen des vereinigten Europa zu schuetzen.“ (*Schlewigisches Journal*, II. Band, 7. Stueck, July 1793, 3., S. 282-283; Ziff. 3. (zit. Text), S. 283; Ziff. 4.); der Verfasser von *Wie wird es im saekularsirten Teuschlande gehen?* Fuenfter Brief, S. 64-65 und *C. Schmid*, Die deutschen Bildungsschichten und die Politik, in: *ders.*, Gesammelte Werke, I. Teil, S. 238.

³⁰⁶ Die Anhänger der Revolution in Deutschland waren, abgesehen von den ausgesprochen revolutionären Geheimgruppen, nur lose gruppiert. Sie kamen bei ihren zwar grundsätzlich freisinnigen Auffassungen auch nicht zu einer einheitlichen Beurteilung der Ereignisse in Frankreich, welche sie auch gar nicht anstrebten (*Valjavec*, Die Entstehung der politischen Strömungen in Deutschland 1770-1815, III., 1., S. 158-159).

³⁰⁷ Die politischen Aktivitäten und Zentren der Reichsgewalten waren auf mehrere Orte verteilt: Wahl- und Krönungsstadt der Römischen Könige und Kaiser war, nach alter Überlieferung auf fränkischem Boden zu erfolgen, die Reichsstadt Frankfurt am Main. Der Reichstag tagte seit 1663 ständig in der Reichsstadt

Verantwortung und Macht drängendes Bürgertums, welches, wie der Tiers État in Frankreich, sich die Ideen von 1789 zur Verfolgung seiner eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen zu eigen machte.³⁰⁸ Auch hatten sich im Reich in seinen größeren Flächenstaaten durch die von ihren Landesherrn von oben eingeführten Reformen³⁰⁹ im Gegensatz zu den im Frankreich des Ancien Régime bestehenden staatlichen Verhältnissen³¹⁰ leistungsfähige Staaten gebildet.³¹¹ Es gab in den 51 Reichsstädten³¹² mit ihrem wirtschaftlich starken

Regensburg. Die Reichsregierung mit dem Kaiser, dem Reichsvicekanzler, dem Reichshofrat, dem kaiserlich-österreichischen Hof befand sich schwerpunktmäßig in Wien. Die Residenz des Erzkanzlers für Deutschland, Erzbischof/Kurfürst von Mainz war Mainz. Das Reichskammergericht hatte seit 1693 seinen Sitz in Wetzlar. Die kulturellen Zentren waren im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts Berlin (Aufklärung), Weimar (literarische Klassik), Mannheim (Theater), Wien (Musik). Wirtschaftliche Aktivitäten lagen insbesondere in Hamburg und Frankfurt/Main. Halder, Sollte man die Vernichtung der teutschen Reichsverfassung wuenschen? S. 4 „... Frei von einer alles verschlingenden Hauptstadt ...“ und C. Schmid, Die deutschen Bildungsschichten und die Politik, in: *ders.*, Gesammelte Werke, I. Teil, S. 238.

³⁰⁸ Mit der Französischen Revolution sind neben den Ideen der Aufklärung die Interessen des Tiers État wirksam geworden. Die Ideen der Aufklärung konnten letztlich nur bestehen und die Welt verändern, weil sich die politischen und wirtschaftlichen Interessen des 3. Standes ihrer annahmen. C. Schmid, Die deutschen Bildungsschichten und die Politik, in: *ders.*, Gesammelte Werke, I. Teil, S. 239; Aretin, Die historische Dimension der Aufklärung, in: *Aufklärung und Gottesglaube*, S. 19 und Knigge, Ueber die Ursachen, warum wir vorerst in Teutschland wohl keine gefaehrliche politische Haupt=Revolution zu erwarten haben „... Der, durch Zuruecksetzung gekraenkte tiers-état hat in Frankreich die Revolution bewuerkt und den Volkshaufen getrieben; Woraus aber besteht bey uns groeßentheils der tiers-état? Aus Fuersten=Dienern, Raethen, Secretarien, Beamten, Officianten, Hof=Factorn, Livranten, Advocaten, Aerzten u. d. gl., die Alle, mehr oder weniger, von den Brosamen leben, welche von der Herrn Tischen fallen. In Staaten Aber, wo dies nicht also ist, wo zum Beyspiel reiche Negocianten, Capitalisten und Fabricanten den tiers-état ausmachen, herrscht entweder schon eine Art republicanischer Verfassung, wie namentlich in den noerdlichen Reichsstädten,...“ (*Schleswigsches Journal*, II. Band, 7. Stueck, July 1793, 3., S. 284: Ziff. 4.).

³⁰⁹ Schlözer in seinen im Jahre 1791 erschienenen *Stats=Anzeigen* „... Langsam wird die Revolution freilich geschehen, aber sie geschicht! Die Aufklaerung steigt, wie in Frankreich, von unten herauf; aber sie stoeßt auch oben an Aufklaerung; wo gibt es mer cultivirte Souverains, als in Deutschland? Dieses Aufsteigen laeßt sich nicht durch 5KreuzerMaenner und 12Pfuender in die Laenge hintern. Und daß es allmaelig, one Unfug, one Anarchie, geschehe, wird nach allem Anschein, mer das Werk der Schriftstellerei, als der Cabinetes, seyn. Fuersten werden Fuersten bleiben, u. alle deutsche Menschen freie Menschen werden.“ (XVI. Band, Heft 61, 12., III., Anm. 5, S. 96).

³¹⁰ In Frankreich war das von den Physiokraten, dem von König Ludwig XVI. unmittelbar nach seiner Thronbesteigung zum leitenden Minister im Jahre 1768 berufenen Anne Robert Turgot eingeleitete weitgespannte aufgeklärte Reformprogramm mit einer insbesondere Steuer- und Justizreform nach nicht einmal 2 Jahren gescheitert. Dies einerseits, an der Kritik der Privilegierten, welche König Ludwig XVI. das Ende aller Ordnungen einredeten und andererseits, an der Kritik der Aufklärer, welche Turgot vorwarfen, mit seinen Reformen nicht weit genug zu gehen und die Ideale der Aufklärung zu verraten und sie mit einer Flut von aufklärerischen Anti-Turgot Flugschriften seinen Sturz einleiteten (Aretin, Die historische Dimension der Aufklärung, in: *Aufklärung und Gottesglaube*, S. 17-18 (18)).

Obwohl die Ideen von 1789 und der in den größeren Territorialstaaten im Reich eingeführte aufgeklärte Absolutismus mit den vertraglichen Begründungen des Staates und seiner Herrschergewalt und dem Abstellen auf das Wohl und Glück des Volkes ihren teilweisen gemeinsamen Ursprung in der Aufklärung hatten, hätten in Frankreich, im Rahmen des aufgeklärten Absolutismus von oben eingeführten Reformen die Revolution nicht verhindern können. In Frankreich war die politische Aufklärung im Volk breiter und tiefer verhaftet gewesen und hätte sich der Tiers État nicht mit von oben eingeführten Reformen eines aufgeklärten Herrschers mit der dadurch weiter mitgegebenen Bevormundung der Einzelnen durch die staatlichen Gewalten zufrieden gegeben.

³¹¹ *Der aufgeklärte Absolutismus*, Einleitung (v. Aretin), 6., S. 39 „... Am Ende des 18. Jahrhunderts waren Österreich und Preußen moderner organisiert, effektiver und finanzkräftiger als das Frankreich des ancien

Bürgertum bereits eine Form von Republikanismus und die von aufgeklärten Landesherrn durchgeführten Reformen hatten die ärgsten Mißstände beseitigt oder abgemildert, und den Untertanen zwar nicht die Freiheit, jedoch Freiheiten zugebilligt.³¹³

régime. ...“ und *Knigge*, Ueber die Ursachen, warum wir vorerst in Teutschland wohl keine gefaehrliche politische Haupt=Revolution zu erwarten haben „Zu allen diesen Umstaenden nun, welche uns in Teutschland Ruhe und Dauer unsrer Verfassung zusichern, kommen noch die weisen Anstalten der mehrsten Fuersten. ...; den unnuetzen asiatischen Aufwand einzuschraenken und die alberne Etikette abzuschaffen; sich selbst um die Regierungs=Geschaefte zu bekuemmern und die Blutigel des Volks zu entfernen; ...“ (*Schleswigsches Journal*, II. Band, 7. Stueck, July 1793, S. 288-289: Ziff. 9.).

³¹² Oben, S. 120.

³¹³ *Knigge*, Ueber die Ursachen, warum wir vorerst in Teutschland wohl keine gefaehrliche politische Haupt=Revolution zu erwarten haben „In den mehresten teutschen Provinzen geht es noch nicht so schlimm her, ist der Druck des Despotismus noch nicht so groß, daß das, an einen gewissen Grad von Zwang und Armuth gewoehnte Volk dadurch zur aeussersten Verzweiflung gebracht werden koennte. ...“, „Hat aber auch ein einzelnes Land das Unglueck, ein halbes Jahrhundert lang hart und unverstaendig regiert zu werden; so giebt es doch noch Palliativ und Troestungsmittel gegen dieses Uebel. Man hat Landstaende, welche dringende Vorstellungen thun und von Zeit zu Zeit erneuern; Man darf den Landesherrn selbst bey seinen Gerichtshoefen verklagen – dies laesst einen Schein von Freiheit uebrig; Endlich wendet man sich nach Wetzlar, oder nach Wien. ...“ (*Schleswigsches Journal*, II. Band, 7. Stueck, July 1793., 3., S. 280: Ziff. 1. u. 2, S. 280, insg., S. 280-281) und für die preußischen Staaten *Ueber Deutschlands verlorne Freyheit*, IV., S. 29-30 „... F r i e d r i c h d e r W e i s e ließ die Aufklaerung sich verbreiten,... – Waren bey diesen Grundsuetzen die Preußischen Staaten nicht gluecklich? – Waren nicht Kuenste, Wissenschaften, Gewerbe und Handtierungen im größten Flore? – Waren die aufgeklaerten Bewohner nicht gluecklich? – Herrschte nicht Duldung, Druck= und Preßfreyheit, ohne daß der Staat dabey Gefahr litt? – Durfte der philosophische Koenig wohl eine Revolution befuerchten? Befuerchtete er sie von der Aufklarung der Vernunft? ...“, insg., S. 29-30.

Nach dem Ausbrechen der Revolution in Frankreich wurden sie auch in Deutschland eingeführt.

Knigge, Ueber die Ursachen, warum wir vorerst in Teutschland wohl keine gefaehrliche politische Haupt=Revolution zu erwarten haben „... Selbst diejenigen unter ihnen, welche ehemals zu despotischen Grundsuetzen geneigt schienen, fangen jetzt an, gelindre Maßregeln zu ergreifen; sich die Liebe und das Zutraun ihrer Unterthanen zu erwerben; ihnen einen Theil der drueckenden Abgaben zu erlassen;...; jedermann freien Zutritt zu ihrer Person zu gestatten; der Vernunft und dem Glauben keine Fesseln anzulegen; Denk= und Preß=Freyheit zu beguenstigen und einzusehn, daß dies das sicherste Mittel ist, heimlichen Meutereyen vorzubeugen - ...“ (*Schleswigsches Journal*, II. Band, 7. Stueck, July 1793., 3., S. 289: Ziff. 9.), insg. (S. 288-289) und *Brandes*, Ueber einige bisherige Folgen der Franzoesischen Revolution, in Ruecksicht auf Deutschland (1792), S. 154-155 „... Mir scheint es jedoch hoechst wahrscheinlich, daß, wenn keine neue Veranlassungen eintreten, die oeffentliche Ruhe in Deutschland im Allgemeinen gar nichts zu befuerchten hat. Es zeigen sich in den meisten Staaten keine Symptome, die eine Furcht fuer um sich greifende innere Unruhen wahrscheinlich machen. Wenn es auch Staaten giebt, wo im Großen eine dunkle Unzufriedenheit verbreitet seyn sollte, so duerfte, gluecklicher Weise, die Gaehrung nicht aufbrausen, wenn nicht aeußere Umstaende hinzutreten. Ja, fast ausschließend scheint allenthalben noch der Zeitpunkt vorhanden, wo billige Maaßregeln der Regierungen diese Gaehrungen im Werden ersticken koennen. Eine gute Administration und eine allmaehliche den Menschen und Umstaenden angemessene Verbesserung der Constitution, wo diese moeglich ist, kann noch allem vorbeugen. ...“.

V

Das Zusammenwirken von Kaiser und Reichsständen zum Schutze und Erhalt der alten Privilegienordnung als der zu Ausgang des 18. Jahrhunderts noch maßgebende Konstitutionsgrund des Reiches

Der nach dem historischen Selbstverständnis des Reiches maßgebende Konstitutionsgrund, das Zusammenwirken von Kaiser und Reichsständen zum Schutze und Erhalt der alten Privilegienordnung hatte weder durch das Gedankengut der Aufklärung noch durch die Ideen von 1789 eine Abänderung im Sinne einer Einführung von Volkssouveränität mit einer demokratischen Mitwirkung und Kontrolle des Volkes erfahren. Das nicht die Entwicklung von der ständischen Monarchie des ausgehenden Mittelalters³¹⁴ zum modernen absolutistischen Flächenstaat des 16. und des 17. Jahrhunderts mitmachende Reich³¹⁵ war auch während der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts weder den Weg des aufgeklärten Absolutismus noch den der Volkssouveränität mit demokratischen Mitwirkungsrechten und Kontrollen der Einzelnen gegangen.

Das Reich war vielmehr in seinen mittelalterlich-lehnsrechtlichen Strukturen einer durch die Mitwirkungsrechte der Reichsstände eingeschränkten kaiserlichen Wahlmonarchie verblieben,³¹⁶ und die Territorialstaaten waren gleichfalls ihren ständisch/absolutistischen Strukturen und dem von oben eingeführten aufgeklärten Absolutismus verhaftet geblieben.

Dem entspricht auch ihre Charakterisierung in der Reichspublizistik von der Wende des 18. zum 19. Jahrhundert.

Häberlin, Handbuch Teutschen Staatsrechts (1797):

„Hier ist es vorlaeufig genug zu bemerken, daß Teutschland, nach der gewoehnlichen Eintheilung der Europaeischen Staaten in R e i c h e und R e p u b l i k e n unter die Zahl der R e i c h e gehoert, dessen Oberhaupt wirklicher und wahrer M o n a r c h i s t, daß es aber auch I) ein durch

³¹⁴ Die ständische Monarchie war zu Ausgang des Mittelalters in nahezu sämtlichen europäischen christlichen Staaten die Staats- und Regierungsform gewesen. Ihre nicht genau festgelegten Machtverhältnisse und das labile Gleichgewicht zwischen ihren beiden Gewalten hatten entweder zu einer Ausschließung der Stände zugunsten des Königs: so in Frankreich, zu einer Abschwächung der königlichen Gewalt mit erweiterten Befugnissen der Stände: so in England, oder zu einem weiteren und gegenseitig gerichteten Fortbestehen der beiden Machtträger, bei laufenden Vereinbarungen unter ihnen über ihre gegenseitige Mitarbeit geführt: hierzu gehörte die Grafschaft/Herzogtum (seit 1495) Württemberg (*E. Lousse*, Absolutismus, Gottesgnadentum, Aufgeklärter Absolutismus, in: *Der Aufgeklärte Absolutismus*, S. 91-92).

³¹⁵ *W. Mommsen*, Zur Beurteilung des Absolutismus, I., in: *Absolutismus*, S. 66 und *F. H. Schubert*, Französische Staatstheorie und deutsche Reichsverfassung im 16. und 17. Jahrhundert, in: *Lutz-Schubert-Weber*, Frankreich und das Reich im 16. und 17. Jahrhundert, S. 20-21.

³¹⁶ *R. Vierhaus*, Deutschland im 18. Jahrhundert: soziales Gefüge, politische Verfassung, geistige Bewegung, 3. „... Mit dem Reich ragte noch immer universalistisches Mittelalter, wenn auch in erstarrter und verblaßter Gestalt, in die Gegenwart hinein, und es war keineswegs eine politische quantité négligeable. ...“ (*Aufklärung, Absolutismus und Bürgertum in Deutschland*, I., S. 176-177).

S t a e n d e eingeschränktes Reich, ... sey. ...³¹⁷

wobei er seinem Begriff des Reichsstandes, da jegliche Hinweise für eine demokratische Legitimierung von ihnen fehlen, erkennbar den hergebrachten Sinn des ständischen Eigenmandatärs zugrundelegte:

„... Die landesherrlichen Rechte werden jedoch nicht nur ausschließlich von einem jeden Reichsstand, sondern auch aus *e i g n e r G e w a l t*, keineswegs aber nur im Namen des Kaisers und Reichs von ihnen ausgeübt. ...“³¹⁸

Leist, Lehrbuch teutschen Staatsrechts (1803):

„... Wenn man nun das Teutsche Reich als *E i n e n* Staat betrachtet, so ist dessen Regierungsform unstreitig *m o n a r c h i s c h*. Das Oberhaupt desselben heißt *K o e n i g* in *G e r m a n i e n* und *e r w a e h l t e r R o e m i s c h e r K a i s e r* ...; aber er ist nicht alleiniger Inhaber der ReichsStaatsgewalt, sondern daran nehmen zugleich mehrere juristische Personen, die zuletzt eine einzige (*a l l g e m e i n e R e i c h s v e r s a m m l u n g*, ...) bilden, Antheil, deren Mitglieder *R e i c h s s t a e n d e* ... genannt werden, und denen in der Hinsicht allenfalls eine Mitregierung ... beygelegt werden kann. ... Die Theilnahme der Reichsstaende an der Reichshoheit äußert sich bey der Ausübung der vorzueglichsten und wichtigsten ReichsRegierungsrechte⁵⁾, ...⁽³¹⁹⁾ Gerade hieraus ergibt sich die große Beschränktheit der Teutschen Monarchie.“³²⁰

wobei er den Begriff des Reichsstandes im Sinne des ständischen Eigenmandatärs verstand,³²¹ was auch seine Ausführung zur Landeshoheit zeigt:

„Die Landeshoheit ist der Inbegriff saemmtlicher Regierungs= oder HoheitsRechte, welche⁽³²²⁾ ..., aus eigener Macht und in eigenem Namen, ..., ausgeübt werden²⁾. ...“³²³

und *Gönner*, Teutsches Staatsrecht (1804):

„Herrschaft einer physischen Person, welcher zwar die *h ö c h s t e* aber *n i c h t a l l e* Gewalt zukommt, unterscheidet *M o n a r c h i e* von andern Regierungsformen, Teutschland ist daher eine Monarchie, denn nur der Kaiser ist Herrscher und Souverain im Gesamtstaate, wenn gleich in wichtigen

³¹⁷ Band I, 1. Buch, 3. Cap., §. 23., S. 129, insg., §. 24.-§. 26., S. 129-138.

³¹⁸ Band I, 1. Buch, 3. Cap., §. 116., S. 373, insg., §. 116., S. 373, 2. Buch, 2. Cap., §. 71. u. §.72., S. 259-261.

³¹⁹ 1. Aufl., B), 1. Buch, Vorerinnerungen, §. 15., S. 42-43.

³²⁰ 1. Aufl., B), 1. Buch, Vorerinnerungen, §. 15., S. 44, insg., S. 42-44.

³²¹ Bei seiner Kommentierung „Begriff und Abtheilung der Reichsstaende.“ fehlen jegliche Hinweise für eine demokratische Legitimierung (1. Aufl., B), 1. Buch, 2. Theil, 2. Abschnitt, I., §. 57., S. 167-170).

⁽³²²⁾ 1. Aufl., B), 1. Buch, 1. Theil, 1. Abtheilung, 1. Abschnitt, §. 17., S. 47.

³²³ 1. Aufl., B), 1. Buch, 1. Theil, 1. Abtheilung, 1. Abschnitt, §. 17., S. 48.

Angelegenheiten an die Mitwirkung der Reichsstände gebunden.⁽³²⁴⁾ ... Da ..., kein Landesherr auf Reichsversammlungen als Repräsentant seines Landes erscheint, ...³²⁵

⁽³²⁴⁾ 1. Theil, 1. Buch, 1. Abschnitt, 3. Hauptstück, 3. Absatz, §. 39. (vielmehr 93.), S. 102, insg., 4. Absatz „Teutschland als eingeschränkte Monarchie.“, S. 106-110.

³²⁵ 1. Theil, 1. Buch, 2. Abschnitt, 5. Hauptstück, 1. Absatz, §. 139., S. 185.

Der im Jahre 1792 noch während der Anfangsphase des Einwirkens der französischen Revolutionsideen in Deutschland erschienene *Pütter*, *Institvtiones Ivris Pvblici* wird nicht zitiert. Entsprechend dem hergebrachten Verständnis kennzeichnete er das Reich als eine durch die Mitwirkungsrecht der Reichsstände eingeschränkte Wahlmonarchie, mit den Reichsständen als ständische Eigenmandatäre (§. 23.-§. 26., p. 28-30, §. 71.-§. 74., p. 73-75).

VI

Die Beeinflussung des Volkswillens im Reich zur Auflösung der geistlichen Staaten

Zur Beeinflussung des Volkswillens im Reich durch den Zeitgeist im Sinne einer Auflösung der geistlichen Staaten der Verfasser des *Merkwuerdigen Sendschreibens die Unrechtmaessigkeit der Saekularisationen*:

„Man hat zwar durch eine Menge Pampflets, welche die nichtswuerdigsten Menschen zu Verfassern hatten, die oeffentliche Meynung, zum Nachtheil der geistlichen Staaten, zu bestechen und zu verleiten versucht; man hat sich alle Muehe gegeben, darzuthun, daß die geistlichen Laender gleichsam dazu geeigenschaftet waeren, um bey den Enschaedigungen der Staende abzuhehlen; man hat auf die Unmuendigkeit und den Bloedsinn der geistlichen Unterthanen gerechnet - ...“³²⁶

1. Verschiedene, den Volkswillen im Reich im Sinne einer Auflösung der geistlichen Staaten möglicherweise beeinflussende Umstände

Eine Beeinflussung des Volkswillens im Reich zur Auflösung der geistlichen Staaten könnte durch das staats- und vermögensrechtliche Säkularisationen fordernde Gedankengut der Aufklärung,³²⁷ die im Reich während der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts existenten Säkularisationsprojekte,³²⁸ in den österreichischen Staaten insbesondere durch die im Rahmen der dortigen josephinischen Reformen während der Jahre 1782-86 durchgeführten Klosteraufhebungen,³²⁹ durch die Aufhebung des Jesuitenordens³³⁰ und durch die Ideen von 1789³³¹ eingetreten sein.

2. Aufrechterhaltung und Förderung des religiösen Bewusstseins der Bevölkerung durch die Aufklärung

Die Toleranz der Aufklärung schwächte die konfessionellen Gegensätze ab und relativierte die dogmatischen Streitfragen. Die aufgeklärten Konfessionen konnten vom Volk besser

³²⁶ S. 34.

³²⁷ Oben, S. 646-647.

³²⁸ Oben, S. 647-655.

³²⁹ Oben, S. 657.

³³⁰ Oben, S. 655-657.

³³¹ Oben, S. 658-661.

verstanden und aufgenommen werden. Die sich dem Menschen zuwendende theologische Aufklärung mit ihren liturgischen Bestrebungen, mit der von ihr in deutscher Sprache gehaltenen Predigt und den Bemühungen, das alltägliche Leben des Einzelnen zu verbessern, erschloss das Christentum für das Volk besser.

Trotz der Nivellierung der christlichen Religion und ihrer Konfessionen wirkte sich die Aufklärung auf das religiöse Bewusstsein und die Religiosität der Bevölkerung erhaltend und fördernd aus.

Hofmann, Ueber die Juden und deren Duldung (1781):

„... Doch in diesen Tagen, da eine wohlthaetige Philosophie das Christenthum bei dem besseren Theile der Menschen wirksamer gemacht hat, da eine aberglaeubische Schwaermerei mit all den unseligen Folgen des Fanatismus aus unsern Koepfen und Herzen gebannt worden, da mehr Menschheit und reines Menschengefuehl unter Menschenbruedern zu herrschen beginnt, ...“³³²

Hoffmann, Die Frömmigkeit der deutschen Aufklärung:

„... Trotz aller ihrer Mängel ist die Frömmigkeit der Aufklärung mit ihrem Dringen auf eigene Ueberzeugung, auf Vereinfachung und auf praktische Betätigung der Religion im moralischen Handeln, mit ihrem Gottes= und Vorsehungsglauben, mit ihrem freudigen, religiös begründeten Optimismus, ihrer Ueberzeugung vom Werte der von Gottes Vorsehung behüteten, unsterblichen Seele eine lebendige Frömmigkeit gewesen und zu einer Macht im Volksleben geworden. Mehr als die Pastorenkirche der Orthodoxie und auch mehr noch als der volkstümliche, aber auf kleiner Kreise beschränkt gebliebene Pietismus hat die Aufklärung eine Volks= und Laienfrömmigkeit hervorgebracht. Die durchdrang das Volk oben und unten. Die geistigen Führer der Zeit teilen diese Frömmigkeit, die ganze Profanliteratur ist von ihr durchdrungen. ...“³³³

Schäfer, Deutsche Geschichte:

„... Die Zeit der Aufklärung und des Rationalismus und die zu ihr im Gegensatz stehende und doch ohne sie nicht denkbare Blütezeit unserer klassischen Dichtung sind es gewesen, welche die Spannung der Glaubensrichtungen zuerst nachhaltig gelockert haben. In diesem Verdienst steht die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts unerreicht da; auch die Folgezeit hat ihr Höhe nicht immer zu behaupten vermocht. Der Vorzug mag gelegentlich erworben sein auf Kosten der Tiefe und Innigkeit religiösen Lebens; im Ganzen hat wahre Frömmigkeit nicht Not gelitten,

³³²
S. 3-4.

³³³
ZThK, XVI. Jahrg., S. 248, insg., S. 248-249.

„... Am selbständigsten lebt sich die Frömmigkeit der Aufklärung in ihrem Optimismus aus. Trotz der engen und kleinen Verhältnisse des damaligen Deutschlands herrschte ein freudige, heitere Stimmung, wie sie wenige Zeiten gekannt haben. Die alte Schwerblütigkeit des deutschen Charakters schien verschwunden zu sein. Auch die Frömmigkeit erhielt einen freudigen, ja fast heiteren Charakter. Leibnitz erklärt die Zufriedenheit und Freude für die sicherste Grundlage der Religion, und Teller meint, Religion sei Freude und führe zur Freude. ...“ (S. 343).

und unendlich wohltuend, gerade für unsere deutschen Verhältnisse, berührt doch der Geist der gegenseitigen Duldung und der Einigkeit in christlicher Liebe, der trotz rationalistischer Entgleisungen den Grundton der Zeitstimmung bildete.⁽³³⁴⁾ ... Gerade das Hinausheben über die Glaubensenge, die Unbefangenheit gegenüber den Merkmalen äußeren Kirchenwesens, die mit wahrer Frömmigkeit und festem Gottesglauben durchaus vereinbar ist, bildeten Inhalt und Vorzug der neuen Bildung, die sich wie kaum eine andere die Stellung und Bedeutung einer gesamtdeutschen errungen hat. ...³³⁵

Rogier, Die Kirche im Zeitalter der Aufklärung und Revolution:

„... Gute Einsicht und gesunder Reformsinn sind auch wirksam bei den sogenannten ‚Neologen‘ in Deutschland⁽³³⁶⁾ ... Dagegen rief die Aufklärung in Deutschland eine religiöse Erneuerung in breiten Volksschichten hervor und bewirkte während einiger Jahrzehnte eine starke Bewegung im kirchlichen Leben. Die methodische Erneuerung der theologischen Studien mit ihrer Differenzierung und Spezifizierung hat trotz erbitterten Widerstandes auf die Dauer Schule gemacht. ...³³⁷

Maurer, Aufklärung, Idealismus und Restauration:

„Auf religiös=kirchlichem Gebiet vor allem hat die allgemeine Kulturbewegung der Aufklärung ihre nachhaltigsten Spuren im Geistesleben ... hinterlassen.⁽³³⁸⁾ ... in Deutschland eine eigenartige Religiosität geschaffen, die den verschiedenartigsten Geistesrichtungen und Bildungsstufen genug tat:⁽³³⁹⁾ ... „... Diese Glaubenszuversicht gründet sich also vor allem auf die Gewißheit der göttlichen *V o r s e h u n g*. Diese wird als ein Teil der natürlichen Gotteslehre verstanden⁵). ... Und als das religiöse Kernstück der Aufklärungsfrömmigkeit bildet er zugleich den Protest gegen die Gottesanschauung des Deismus:⁽³⁴⁰⁾ ...⁽³⁴¹⁾ ... Es ist bei diesen Einzelzügen der Aufklärungsfrömmigkeit klar geworden,

⁽³³⁴⁾ II. Band, 5. Buch, 2. Kap., S. 240.

³³⁵ II. Band, 5. Buch, 2. Kap., S. 241, insg., S. 240-241, 6. Buch, 2. Kap., S. 345.

⁽³³⁶⁾ Nachfolgend „... jedoch mit dem wesentlichen Unterschied: in Italien fanden die Konzilsväter von Pistoja für ihre Anregungen kein Echo; Klerus und Volk rührten sich nicht. ...“.

³³⁷ 5. Kap., 1., in: *Geschichte der Kirche*, IV. Band, 1. Teil, S. 101, insg., S. 100-102.

⁽³³⁸⁾ Nachfolgend „... Hier hat ihr Zusammenprall mit den schon durch den Pietismus erweichten kirchlichen Institutionen und Dogmen vor allen Dingen ...“.

³³⁹ I, Einleitung, S. 1.

⁽³⁴⁰⁾ Kap. 3, I., S. 66: Frömmigkeit und kirchliches Leben im Hessen=Kassel zur Zeit der ausgehenden Aufklärung, (Die Frömmigkeit der Gebildeten).

⁽³⁴¹⁾ „... Auch darin zeigt sich etwas von seiner reformatorischen Wurzel, daß er dem philosophischen Gottesbilde der Zeit widerstreitet. ...“ (Kap. 3, I., S. 66: Frömmigkeit und kirchliches Leben im Hessen=Kassel zur Zeit der ausgehenden Aufklärung, (Die Frömmigkeit der Gebildeten).

wie stark in ihr das *Moralische* hervortritt.⁽³⁴²⁾ ... So sehen wir, daß die Frömmigkeit der ausgehenden Aufklärung, wie jede lebendige Frömmigkeit, durchaus nicht arm ist an Spannungen, daß in ihr vielmehr die Grundtriebe, die reformatorischen Erfahrungen wirksam gewesen waren, in abgebläbter Form sich erhalten haben³⁵⁾. Abschließend lässt sich sagen: Die Aufklärungsfrömmigkeit ist *biblische Frömmigkeit*.⁽³⁴³⁾ ... Diese Meinung deckt sich auch mit der Selbstbeurteilung der Aufklärungstheologen. Die Grundzüge ihrer Frömmigkeit aber, die wir zusammengefaßt haben, stellen das Idealbild dar, zu dem hin sie die breiten Massen des Volkes erzogen.⁽³⁴⁴⁾ ... Die *Volkspfömmigkeit* zur Aufklärungszeit weicht selbstverständlich dem Wesen nach von den allgemein geschilderten Grundzügen nicht ab. Auch in ihr spielen Vorsehungsglaube, Tugendstreben und Unsterblichkeitshoffnung die entscheidende Rolle. ...³⁴⁵

und *Braubach*, Die kirchliche Aufklärung im katholischen Deutschland im Spiegel des „Journal von und für Deutschland“ (1784-1792):

„... Wir fragen endlich: Wie ist die katholische Aufklärung vom Standpunkte der katholischen Kirche aus zu beurteilen?⁽³⁴⁶⁾ ... , daß sie ... viele Menschen von äußerer Devotion zur inneren Frömmigkeit führte. Die Reformen in der Liturgie, in dem Schul- und Erziehungswesen, in Predigt und katechetischem Unterricht waren vielfach wohl geeignet, ein frischeres Leben, eine freudigere Frömmigkeit in der Kirche zu entfachen. ...³⁴⁷

⁽³⁴²⁾ Nachfolgend „... Wenn wir auch nicht in abwertendem Sinne von dem ‚platten Moralismus der Aufklärung‘ sprechen können¹⁶⁾, sondern in ihm den Versuch einer Verlebendigung der Religion und ihrer Umsetzung ins praktische Leben – wie beides der ursprüngliche Pietismus auch erstrebt hat – erblicken, so müssen wir uns umso mehr wundern, dass in ihr die Tatsache der *Sünde* so wenig religiös gewürdigt wird. ...“.

⁽³⁴³⁾ Nachfolgend „... Mag auch die Sprache, in der sie sich gibt, abstrakt geworden sein und die Fülle und Wucht biblischer Redeweisen verloren haben³⁶⁾, mag auch manches wertvolle Stück reformatorischen Gedankengutes verloren gegangen oder entstellt worden seyn³⁷⁾: das, was hinter den Hüllen steckt, ist eine biblisch orientierte Frömmigkeit. ...“.

⁽³⁴⁴⁾ Kap. 3, I., S. 68: Frömmigkeit und kirchliches Leben im Hessen=Kassel zur Zeit der ausgehenden Aufklärung, (Die Frömmigkeit der Gebildeten).

Nachfolgend „... Und diese Erziehungsarbeit zu leisten, das ermöglichte ihnen der biblische Charakter ihrer eigenen Frömmigkeit. Hier liegt das Bindeglied zwischen der Frömmigkeit der Gebildeten und des Volkes. ...“, insg., S. 64-72.

³⁴⁵ Kap. 3, II., S. 73: Frömmigkeit und kirchliches Leben im Hessen=Kassel zur Zeit der ausgehenden Aufklärung, (Die vulgärkirchliche Frömmigkeit in ihren einzelnen Äußerungen), insg., S. 73-74.

⁽³⁴⁶⁾ Nachfolgend „... Es ist das ja eine Frage, die schon lebhaft diskutiert worden ist. Es dürfte auch nach dem Material, das ich hier vorlegen konnte, kein Zweifel sein, daß sie den Kampf gegen zahllose Mißbräuche im kirchlichen Leben mit vollem Recht aufnahm, daß sie tatsächlich, um einen Lieblingsausdruck der Aufklärer zu brauchen, manches Dunkel erhellte, ...“.

³⁴⁷ *Ders.*, Diplomatie und geistiges Leben im 17. und 18. Jahrhundert, II., 22., S. 659, insg., S. 659.

3. Die christliche Religion mit ihren Konfessionen als Grundlage der Erziehung und Bildung des Volkes

a) Die Aufklärung als pädagogisches Zeitalter

Mit ihrem Glauben an die menschliche Natur, an den menschlichen Fortschritt, ihrer diesseitsbejahenden und vernunftorientierten Einstellung, ihrem Hinwirken auf eine Verbesserung der menschlichen Gesellschaft hatte die Aufklärung insbesondere ein pädagogisches Anliegen, wobei sie den schulmäßigen Erziehungsbegriff sprengte, und die Erziehung vom Kindes- und Jugendalter auf das gesamte Leben, vom Institutionellen auf die gesamte gesellschaftliche Welt und das Personale übertrug.³⁴⁸

Eine Verbesserung der schulischen Einrichtungen war ein Hauptanliegen der Aufklärung, wobei sie sich vom herkömmlichen systematischen und dogmatischen Unterricht zur Anschauung als dem pädagogischen Mittel zuwandte.³⁴⁹ Die staatlichen Gewalten hatten dann auch im 18. Jahrhundert Erziehung und Unterricht als einen wesentlichen Teil ihrer Fürsorge angesehen.³⁵⁰

Bereits die Zeitgenossen hatten die Aufklärung das pädagogische Zeitalter genannt.

Sextro, Ueber die Bildung der Jugend zur Industrie, erschienen 1785:

„... Ueber die Mittel dem fernern Verfall der erwachsenen Menschheit vorzubeugen,..., muß ich vorlaeufig erinnern, wie man in unserm paedagogischen

„... Freilich lagen in der Aufklärung auch Tendenzen, die zur Verflachung, zur Verspottung heiliger Dinge, zur Bekritteltung und Verwerfung der Dogmen, ja zu Indifferentismus und Unglauben führen konnten. ...“
(*ebd.*).

³⁴⁸

Götze, Die Begründung der Volksbildung in der Aufklärungsbewegung, Einleitung, S. 5.

Schlözer, Freimuetige Gedanken veranlaßt durch die Fuldaische PreisAufgabe, III. „... Bei der Erziehung also, die dem State einen nuetzlichen Buerger bilden soll, muß Aufklaerung zum Grunde liegen. Der Mensch muß nach Masgabe, daß seine Vernunft sich entwickelt, mit der Lage, in welche die Natur ihn gesetzt hat, vorzueglich aber mit den Verhaeltnissen, in denen er sich gegen seine Mitbuerger findet, bekannt werden. ...“
(*Stats=Anzeigen*, IX. Band, Heft 36, 42., S. 404).

Entsprechend dieses besonderen Anliegens der Aufklärung zur Erziehung und Bildung des Menschen war dann auch der Bildungsroman, die Darstellung des individuellen, auch exemplarischen Reifeprozess eines jungen Menschen zu einem ausgeglichenen Ende eines der Hauptthemen und primären Ausdrucksformen der Schriftsteller während der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts. Insbesondere Rousseau in seinem 1762 erschienenen *Émile*, Wieland in seiner während der Jahre 1760-67 erstmalig verfassten Geschichte des Agathon, Goethe in seinem in den Jahren 1795/96 vollendeten *Wilhelm Meister Lehrjahre*, Hölderlin in seinem während der Jahre 1792-96 verfassten *Hyperion* und Jean Paul in seinem *Titan* und *Flegeljahre*, entstanden 1791-1792 und 1795-1799.

³⁴⁹

F. Paulsen, Aufklärung und Aufklärungspädagogik. 1. u. 2., in: *Aufklärung, Absolutismus und Bürgertum in Deutschland*, II., S. 275-289 und *Reuß*, Die Industrieschulen um die Wende des achtzehnten Jahrhunderts, 1. Teil, § 4., S. 31-34.

³⁵⁰

König Friedrich II. von Preußen in seinem Politischen Testament vom Jahre 1768 „... Alles hängt von der Erziehung des Menschen ab. Ist erst ihr Geist etwas geweckt, so werden sie fleißig und tätig. Unwissenheit macht sie stumpf und träge. ...“ (*Friedrich II., König von Preußen*, Die Politischen Testamente, S. 141) und *Schumann*, Die Auffassung des Philanthropinismus von Gesellschaft und Staat, I. Kap., 2., S. 14.

Zeitalter ueber Schwierigkeiten und den geringen Erfolg dieser Mittelanwendung oft so abzusprechen pflegt, ...“³⁵¹

b) Bildungsferne der Bevölkerung zu Ausgang des 18. Jahrhunderts

Von den zu Ausgang des 18. Jahrhunderts im Reichsgebiet vorhandenen 24-30 Millionen Menschen lebten bei einer Beschäftigung von ca. $\frac{2}{3}$ in der Landwirtschaft und $\frac{1}{3}$ im Handel, Gewerbe und anderen Berufen³⁵² etwa $\frac{3}{4}$ auf dem Land und $\frac{1}{4}$ in den Städten,³⁵³ womit das Reich zu Ausgang des 18. Jahrhunderts und insbesondere auch wegen des Ausbleibens der industriellen Revolution³⁵⁴ seine Struktur als ein im wesentlichen agrarisches Land beibehalten hatte.³⁵⁵

Trotz der während des letzten Drittels des 18. Jahrhunderts verstärkten Verbreitung des Lesens auch bei der handwerklichen und bäuerlichen Bevölkerung³⁵⁶ waren um 1800 nur etwa $\frac{1}{4}$ des Lesens kundig.³⁵⁷

c) Prägung der Dorfschule zu Ausgang des 18. Jahrhunderts noch weitgehend durch Religions- und Katechismusunterricht

In der bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts gegebenen Dorfküsterschule – in den evangelischen und in den katholischen Staaten³⁵⁸ – war es allein um die Vermittlung der christlichen Lehre in einer für die ländliche Bevölkerung zugeschnittenen Fassung, welche daneben auch Lesen, Schreiben und Rechnen erlernten, gegangen.³⁵⁹

³⁵¹ IV., S. 28.

³⁵² Heigel, Deutsche Geschichte, II. Band, 4. Buch, 3. Abschnitt, S. 260.

³⁵³ Heigel, Deutsche Geschichte, II. Band, 4. Buch, 3. Abschnitt, S. 260 und *Zur Geschichte der Arbeitserziehung in Deutschland*, Teil 1, 2. 2., S. 50 (noch mehr als $\frac{3}{4}$ auf dem Land).

³⁵⁴ Gegensätzlich zu England, in welchem die industrielle Revolution in den Jahren 1782-1792 einsetzte (oben, 1091), hatte sie im Reich erst in der Mitte der 30. Jahre im 19. Jahrhundert begonnen (oben, S. 1091-1092).

³⁵⁵ *Zur Geschichte der Arbeitserziehung in Deutschland*, Teil I, 2. 2. 1., S. 50 und Götze, Die Begründung der Volksbildung in der Aufklärungsbewegung, Die bildungssoziologische Situation des 18. Jahrhunderts, S. 11.

³⁵⁶ Götze, Die Begründung der Volksbildung in der Aufklärungsbewegung, Die Entwicklung und Organisierung der Lektüre als allgemeiner Bildungsgelegenheit, S. 62-63.

³⁵⁷ Oben, S. 1089.

³⁵⁸ Als ein Mittel der Gegenreformation zur Rekatholisierung.

³⁵⁹ Menzel, Die Anfänge der Volksschule in Deutschland, II, A., S. 24-33 (24-30), C., S. 41-92 (2., S. 49-56, 4., S. 63-74, 5., S. 79, 81, 6., c), S. 85-88, e), S. 91-92), E., S. 100-106; Heppel, Geschichte des deutschen Volksschulwesens, I. Band, 1. Abteilung, Erste Periode, §. 1., S. 3-30 (12-15), §. 2., S. 31-38, Zweite Periode,

Auch nachdem um die Mitte des 18. Jahrhunderts und in dessen zweiten Hälfte in den meisten Territorien das Schulregiment bei den Volksschulen von den bisherigen kirchlichen Stellen auf weltlich-staatliche Behörden übergegangen war, womit die Volksschule von einem bisherigen *ecclesiasticum* zu einem *politicum* und der Schulunterricht zu einer anerkannten bürgerlichen Pflicht wurde und auch die Forderung auf eine besondere Ausbildung der Lehrenden gestellt worden war,³⁶⁰ hatte der Religions- und Katechismusunterricht seine für den gesamten Unterricht grundlegende Bedeutung beibehalten.³⁶¹

§. 5., S. 76-97 (77, 89-97) und *Paulsen*, Das deutsche Bildungswesen in seiner geschichtlichen Entwicklung, 2. Buch, 3. Kap., Das Volksschulwesen, S. 46-49.

³⁶⁰

Der Schulunterricht wurde weiterhin in großem Umfang von Geistlichen ausgeübt.

Paulsen, Das deutsche Bildungswesen in seiner geschichtlichen Entwicklung, 3. Buch, 2. Kap., Die Volksschule, S. 85; *ders.*, Geschichte des gelehrten Unterrichts, II. Band, 4. Buch, 6. Kap., 2., S. 149: bei den Volksschulen hatte der Staat am Ende des 18. Jahrhunderts in allen deutschen Ländern das Schulregiment übernommen und war der Schulzwang im Verlauf des 18. Jahrhunderts wenigstens seinem Prinzip überall durchgeführt worden; *Geschichte der Erziehung*, B., I., 5., Die Erziehung der Kinder der breiten Massen, S. 139: „... am Ende des 18. Jahrhunderts in fast allen deutschen Staaten die theoretische Proklamation der allgemeinen Volksschule erfolgt. ...“ war.

Auch im 18. Jahrhunderts war bei den Dorfschulen der Unterricht durch die den evangelischen Pfarrern und den katholischen Jesuiten unterstehenden Küster und sonstigen Schulmeister erteilt worden. Sie gehörten zumeist handwerksähnlichen Berufen zu und hatten keine besondere Lehrerausbildung. Es konnte sich jedermann ohne Vorbildung um eine Lehrstelle bewerben, für welche Annahme allein christlicher Lebenswandel, Singen und gute Fürsprache maßgebend waren (*Menzel*, Die Anfänge der Volksschule in Deutschland, II, C., 6., c), S. 85-88, 5., S. 79; *Kruenitz*, Oekonomisch=technologische Encyklopaedie, LXI. Theil, Land=Schule, S. 625-1028 (664-667); *Geschichte der Erziehung*, B., I., 5., Die Erziehung und Bildung der breiten Masse, S. 141 und *Paulsen*, Geschichte des gelehrten Unterrichts ebd., S. 149). Mit dem reformpädagogischen Anliegen der Aufklärung wurde auch die Forderung nach einer besonderen Ausbildung der Lehrenden an den Volksschulen in Schulmeister-Seminarien gestellt und in einzelnen Ländern auch verwirklicht (*Kruenitz* ebd., S. 667-737 (667-668); *Niemeyer*, Ueber Oeffentliche Schulen und Erziehungsanstalten, IIIte Abtheilung, 1. Cap., 45., S. 121-122, 48.-51., S. 127-139 und *Geschichte der Erziehung* ebd., S. 141).

³⁶¹

Kruenitz, Oekonomisch=technologische Encyklopaedie (erschienen 1802), LXI. Theil, Land=Schule, S. 625-1028 (752) „... Noch weit größer aber und schaedlicher ist unstreitig in unsern Dorf=Schulen dieser Fehler, daß Jahr aus, Jahr ein, und von Woche zu Woche beynahe gar nichts anders, als Religion gelehrt wird, wofern ich den aeusserst schlechten Unterricht, der da den Kindern von Gott und dem Christenthume ertheilt wird, mit diesem ehrwuerdigen Nahmen der Religion belegen darf. ...“, insg., S. 752; *Wagemann*, Ueber die Bildung des Volks zur Induestrie (erschienen 1791), 1. Theil, 2. Abschnitt, (b., 3.), S. 66 „... Die oeffentliche Erziehung der Bauer=Jugend, ist im Ganzen noch auf dem Punkte, daß wir nicht viele erwuenschte Wuerkungen fuer den Character davon erwarten koennen; denn sie beschraenkt sich meistens noch auf die Uebung im Lesen, dem Unterricht in den Religions=Lehren mit sehr weniger Beziehung auf das Leben, und denn eine mangelhafte Anleitung zum Schreiben und Rechnen. ...“, insg., S. 66; *P. J. Lieberkühn*, Ueber National=Erziehung und zweckmaeßige Einrichtung des oeffentlichen Erziehungswesens „... – Man ueberzeugt sich ferner immer mehr davon, daß der Landmann die Kraft und Stuetze des Staats sey, ... – Eine unverkennbare Aufklaerung hat sich wenigstens in den Geschaefften des Lebens und im Umgange ueber viele Menschen verbreitet. ... Aber von dieser Aufklaerung ist kein Strahl bis zu dem wichtigen und ausgebreiteten Stande der Menschheit auf dem Lande gedungen, viel weniger noch zu ihm geleitet worden. Noch immer verwendet er die beste Zeit seiner lehrsamen Jugend, die Worte eines unverstandenen und unbekehrten Katechismus, wie vor zwey Jahrhunderten, gedankenlos zu kauen, wovon ihm in erwachsenen Jahren kaum einzelne Worte, viel weniger also Eindruck und Gesinnung zurueck bleiben. ... Großentheils beschraenkt sich ihr Unterricht nur dahin, daß die Kinder unter vieljaehriger Muehe und Plagen die unverstandenen Worte des Katechismus auswendig lernen, und kuemmerlich lesen und schreiben lernen: ...“ (*Gedanken, Vorschlaege und*

d) Ausrichtung der neu errichteten Industrieschulen an einem praktischen Christentum

Im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts waren viele Volksschulen unter dem Einfluss insbesondere der pädagogischen Bewegung der Aufklärung,³⁶² und der neuen ökonomischen Bestrebungen³⁶³ in Industrieschulen³⁶⁴ umgewandelt worden.³⁶⁵ In diesen wurde neben dem

Wuensche zur Verbesserung der oeffentlichen Erziehung: als Material zur Paedagogik; V. Band, 4. Stueck., I., S. 5-6, 8, insg., S. 4-8) und *Paulsen*, Geschichte des gelehrten Unterrichts, II. Band, 4. Buch, 6. Kap., 2., S. 149.

Der Verfasser von *Die Vernunft fordert die Säcularisirungen nicht*, I. Abschnitt, §. 5., S. 21-22 „... Der Stand der moralischen VolksLehrer ist verpflichtet, die Grundsätze des sittlichen Lebens zu verkündigen, und ihre Achtung dafür zu beleben. ... Der moralische VolksLehrer ist ein Lehrer der Religion: und da nun die Gemeinen, denen die sittlich-religiösen Wahrheiten verkündigt werden, eine Kirche ausmachen; so heissen die moralischen VolksLehrer auch *D i e n e r, B e a m t e d e r K i r c h e* ...“

Für die österreichischen Länder: Allgemeine Schulordnung für die deutschen Normal= Haupt= und Trivialschulen in sämmtlichen k. k. Erbländern d. d. Wien den 6. Decbr. 1774 (inhaltlich wiedergegeben in: Heppe, Geschichte des deutschen Volksschulwesens, I. Band, 1. Abteilung, Zweite Periode, §. 8., S. 105-107 (Trivialschulen, S. 106-107), im Jahre 1780 auch auf die evangelischen Volksschulen angewandt, §. 9., S. 118-119).

Für die preußischen Staaten: *Preußische Generallandschulregiment, unterschrieben von König Friedrich II. am 12. Aug. 1763* (inhaltlich wiedergegeben in: *Heubaum*, Das Zeitalter der Standes- und Berufserziehung, 4. Buch, 4. Kap., 1., S. 323-328 (325) und seine *Kabinettsorder an den Chef des geistlichen Departements der lutherischen Schul- und Kirchensachen Zedlitz vom 5. Sept. 1779* „...: Daß die Schulmeister aufm lande, die religion, und die moral, den jungen Leuten lernen, ist recht gut, und mueßen sie davon nicht abgehen, damit die Leute bey ihrer religion huebsch bleiben, und nicht zur Catholischen uebergehen, denn die Evangelische religion ist die beste, und weit besser wie die Catholische, darum mueßen die Schulmeister sich Muehe geben, daß die leute attachement zur religion behalten, und sie so weit bringen, daß sie nicht stehlen und nicht morden: ...: sonsten ist es auf dem platten Lande genung, wenn sie ein bisgen lesen und schreiben lernen, wissen sie aber zu viel, so laufen sie in die Staedte, und wollen Secretairs und so was werden: ...“ (enthalten in: *Anekdoten von Koenig Friedrich II. von Preussen*, V. Heft, LXII., S. 33-40 (39-40)).

³⁶² Die um das Jahr 1770 von Johann Bernhard Basedow (1724-1790) gegründete insbesondere pädagogische Aufklärungsbewegung – Philanthropismus – , aus protestantischem Denken kommend, jedoch die starre konfessionelle Dogmatik eliminierend, orientierte die Bildung des Volkes auf den diesseitigen Lebenszweck, mit dem Streben nach irdischem Glück, individuellem beruflichem Erfolg und nach einer pragmatischen Anwendung des Erlernten mit bewusster tätiger Einordnung in die Gesellschaft. Erziehungsmittel sollten sein: freie Selbsttätigkeit mit einer Abwendung von Polyhistorie und der Zuwendung zur Technologie, Kenntnis der Künste, Handwerke, Lebensklugheit, praktische Vernunftslehre, nicht die wissenschaftliche Tat und das künstlerische Schaffen, sondern die bewusste tätige Einordnung in die Gesellschaft, und die Berufstätigkeit sichere vor allem das Glück (*Schrader*, Die Erziehungstheorie des Philanthropismus, S. 10-128 (A., I., 1., S. 11-12, 5., S. 37-38, II., 1. u. 2., S. 41, B., II., 2., S. 69-70, 3., S. 82, 83, 87, 89, 5., S. 110-115, Schluß, S. 121, 125)).

³⁶³ Die Erziehung der Einzelnen zu einem industriösen-arbeitsamen Verhalten (*Kruenitz*, Oekonomisch=technologische Encyklopaedie, LXII. Theil, Land=Schule, Land=Induестrie=Schule, S. 3-219 (4-6) und *Lachmann*, Das Industrieschulwesen, (Einleitung), Darstellung der Nothwendigkeit, in allen Buerger= und Landschulen Industrieswesen einzufuehren, S. 20-23) und eine Verminderung der Armen (*Sextro*, Ueber die Bildung der Jugend zur Induестrie, XI., S. 129-131; Abhandlungen des Pastors zu Göttingen *L. G. Wagemann*, Ueber Induестrie=Schulen im algemeinen, und ueber die Goettingische insbesondere (1789) und Erfahrungen ueber Induестrieschulen (1791), in: *Goettingisches Magazin fuer Induестrie und Armenpflege*, I. Band, Ites Heft, I., S. 1-34, II. Band, Ites Heft, I., S. 1-35: zur Bekämpfung der Armut im algemeinen und in Göttingen empfahl er für die unteren Bevölkerungsschichten die Einführung von Industrieschulen und *U. Hermann*, Armut-Armenversorgung-Armenerziehung an der Wende zum 19. Jahrhundert. Ein Nachwort zu Wagemanns „Magazin“, in: *Goettingisches Magazin* ebd., VII. Band, S. 197-208: Vermeidung von bettelnden Kinder).

herkömmlichen Unterricht auch solcher in produktionserbringenden Arbeiten,³⁶⁶ wie Textilherstellung³⁶⁷ und landwirtschaftlichen Beschäftigungen erteilt.³⁶⁸ Dabei wurde der Religions- und Katechismusunterricht als Instrument zur Vermittlung einer praktischen Religiosität angesehen und behielt weiterhin eine allgemein bestimmende Funktion.³⁶⁹

³⁶⁴ Den Industrieschulen waren seit der Mitte des 18. Jahrhunderts auch im Reich eingerichtete Arbeits-, Spinn- und Erwerbsschulen vorausgegangen, welche ihre Vorbilder in Holland und England hatten (*Sexto*, Ueber die Bildung der Jugend zur Industrie, Einführung (v. G. Koneffke), S. V).

³⁶⁵ Erlasse zur Errichtung von Industrieschulen gab es in Böhmen, Sachsen, Sachsen-Meiningen, Gotha, Anhalt, Preußen, Mecklenburg-Schwerin, Greifswald, Rostock, Lübeck, Hamburg, Holstein, Oldenburg, Hannover, Lippe-Detmold, Braunschweig, Hochstift Hildesheim, Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt, Nassau, Hochstift Würzburg, Nürnberg, Baden, Württemberg, Reichsstift Neresheim, Hochstift Eichstätt, Baiern (*Alt*, Die Industrieschulen, A., I., S. 18). *Bendokat*, Die Industriepädagogik bei den Philanthropen und bei Pestalozzi, (A.), II., 1., S. 8, Fußn. 34) „Wir haben Nachrichten über die Einrichtung von Industrieschulen aus fast allen Teilen Deutschlands: Aus Dresden, Würzburg, Hamm, Hannover, Naumburg, Magdeburg, aus Dörfern und Städten in Hessen, Brandenburg, Westfalen, Schlesien u. a. Drei ausführliche Berichte sind vorhanden über die Industrieschulen in Böhmen, Dänemark und Hannover.“

Insbesondere gab es Industrieschulen in Böhmen: 1786 mehr als 100, 1787 gegen 200, 1798 ihre 674; in Preußen: um 1800 fast alle Garnisonsschulen; in der Markgrafschaft Baden-Durlach: 1783 waren nur noch 3 Gemeinden ohne solche; im Hochstift Würzburg: 1793 erwirtschafteten 17 341 Kinder in ihnen einen Reinertrag von 40 000 Gulden; in Göttingen und Umgebung: 1790 ca. 20 (*Sexto*, Ueber die Bildung der Jugend zur Industrie, Einführung (v. G. Koneffke), S. IX-X; *Alt*, Die Industrieschulen, A., I., S. 19 und *Jven*, Die Industrie=Pädagogik des 18. Jahrhunderts, VIII., 4., S. 114) und im Herzogtum Westfalen 1798 10 mit 344 arbeitenden Kindern, 1799 13 mit 494 arb. K., 1800 24 mit 1 048 arb. K., 1801 38 mit 1 561 arb. K. (*Sauer*, Die Industrie=Schulen im Herzogtume Westfalen, Tabellarische Uebersicht ...; in: *Germanien und Europa*, I. Band, 1. Heft, II., zwischen S. 32/33).

³⁶⁶ *Alt*, Die Industrieschulen, B., Vorbemerkung, a) u. b), S. 57-65 (a), S. 58, 60), A., IV., a), 2., S. 45-48, 4., S. 55 und *Menzel*, Die Anfänge der Volksschule in Deutschland, III, S. 109.

³⁶⁷ *Alt*, Die Industrieschulen, A., IV., a), 2., S. 43-50.

³⁶⁸ *Alt*, Die Industrieschulen, A., IV., a), 3., S. 50-54.

³⁶⁹ *Sexto*, Ueber die Bildung der Jugend zur Industrie, VIII., S. 66-67, VIII., S. 75 „...; so muessen religioese Gesinnungen, Arbeitsamkeit und Fleiß nicht nur gelehrt, sondern die Kinder auch dazu angefuehrt werden, solche Gesinnungen, Arbeitsamkeit und Fleiß auf die Stelle zu beweisen; ...“, VIII., S. 79-80 für die eigentliche Arbeitsklasse in den Industrieschulen „... Die Befoerderung, Bildung und Befestigung religioeser Gesinnungen bey der Arbeit und fuer das kuenftige Leben, sucht man ... durch eine treffende Anwendung der Religionspueche bey jeder Veranlassung zum Lobe und Tadel bey der Arbeit selbst, ... zu bewirken. ...“, XI., S. 105 „...“, wie besonders die Schulen der geringeren Staende durch jene Einrichtung wahre Pflanzschulen des Fleisses, der praktischen Religiositaet, ..., werden koennten: ...“, insg., Einführung (v. G. Koneffka), S. V, VIII., S. 66-67, 75, 76-80, X., S. 96-97, XI., S. 105, 120, 126-127, 134; *Resewitz*, Die Erziehung des Buergers zum Gebrauch des gesunden Verstandes, §. IV., S. 62-63 „... Sie sollen nicht allein gute Christen, sie sollen auch brauchbare, und verstaendige Buerger seyn, ja sie koennen jenes nicht recht seyn, wenn sie nicht die Pflichten des letztern kennen, und auszuueben geneigt sind; denn das Christenthum soll eben in den mannigfaltigen Verbindungen und Geschaeften dieses Lebens seinen Einfluß beweisen, ... Deswegen darf er nichts weniger als gelehrt werden. Er soll nur mehr lernen als seinen Katechismus. Die Religion muß er verstehen lernen, daß er sie auf seinen Zustand, und auf seine Geschaefte auch anzuwenden wisse. ...“, insg., S. 61-64; *Sauer*, Die Industrie=Schulen im Herzogthume Westfalen „... Die geistige Natur ist der edlere Theil des Menschen: ihre Entwicklung und Bildung zur Religiositaet und Sittlichkeit ist und bleibt immer die vorzuegliche Aufgabe fuer unsere Schulen. Alles Uebrige muß als untergeordnet betrachtet, und fuer die Erreichung des Hauptzwecks befoerderlich gemacht werden. Von der andern Seite ist der Mensch aber auch ein Sinnen=Wesen, und besitzt

e) Alleinige religiöse Erziehung und Bildung für die Masse der Bevölkerung

Für die Masse der Bevölkerung im Reich war mit den ländlichen Volksschulen, den aus pietistischem Anliegen entstandenen städtischen Armenschulen und Waisenhäusern³⁷⁰ und

als solches eigene Anlagen und Kraefte, die mit seinem hoehern, oder Vernunft=Wesen in Harmonie gebracht werden sollen: und das ist die Aufgabe fuer unsere Industrie=Schulen. ...“ (*Germanien und Europa*, I. Band, 1. Heft, II., S. 33-34), insg. (S. 33-34); *Menzel*, Die Anfänge der Volksschule in Deutschland, III., S. 110 ,.... Dem Landvolk soll ökonomisches Denken anezogen werden, es soll umsichtig gemacht und vom tief eingewurzeltten Aberglauben befreit werden. Kurz: Es enthält die seinem Stande an- und zugemessene Aufklärung. Deshalb tritt neben den bisherigen Religions-, Lese- und Schreibunterricht ein, wenn auch äußerst dürftiger bodenständiger Realienunterricht. ...“, insg., S. 109-110 und die von Pfarrer *Kohler* bei dem Einzug der Schuljugend in Fehlbach (heutiges Fellbach bei Stuttgart) in der dort neu erbauten Volksschule am 23. Sonntag nach Trinitatis (12. Nov. 1801), in welcher die Industrieschule in der Weise errichtet wurde, daß die Schulstunden ungeändert verblieben und die noch übrigen Tagesstunden zum Industrieunterricht in privaten Häusern eingeführten Näh- und Strickstunden verwandt wurden, gehaltene Rede ,.... S c h u l e n sind Pflanz=Staette der b u e r g e r l i c h e n G e s e l l s c h a f t. Gemeinlich behaelt der sittliche Charakter der Kinder in der Folge eben diejenige Richtung, welche ihm in der Schule gegeben worden ist. ... S c h u l e n sind aber auch Pflanz=Staette der c h r i s t l i c h e n K i r c h e, Je gruendlicher die Kinder, in Schulen und Kinder=Lehren von den Lehren des Christenthums unterrichtet werden; desto mehr Vestigkeit erlangen sie in ihrem Glauben, desto weniger ist zu besorgen, daß sie ..., etwas fuer Glaubens=Sache anzunehmen, was den aus der heiligen Schrift gelehrtten Wahrheiten des Christenthums widerspricht. ...“ (*Kohler*, Schul=Rede von der Wichtigkeit der Schulen und Schulhaeuser, bey den Einzug der Schul=Jugend zu Fehlbach am 23sten Sonntag nach Trinitatis 1801, II., S. 18-19, insg., S. 14-21, 43-44, I., S. 5-6 (6); *ders.*, Gedanken ueber Einfuehrung der Industrieschulen, §. 13., 3), S. 10).

³⁷⁰

Für die Stadtarmut hatte es zuerst allein die sonntägliche Kinderlehre und den Katechismusunterricht gegeben (*Menzel*, Die Anfänge der Volksschule in Deutschland, II, D., 3., S. 95-96, E., S. 102). Vor allem unter dem Einfluss des Pietismus mit seiner Forderung auf ein in tätiger Nächstenliebe sich ergehendes Christentum waren in den Städten Armen- oder niedere Bürger und Handwerksschulen und Waisenhäuser errichtet worden (*Heppe*, Geschichte des deutschen Volksschulwesens, I. Band, 1. Abteilung, Zweite Periode, §. 1., S. 50). In ihnen waren in Anlehnung an die Dorfküsterschule die christlichen Lehren die Grundlage für die gesamte Erziehung (*Menzel*, Die Anfänge der Volksschule in Deutschland, III., S. 110-112; *Heppe*, Geschichte des deutschen Volksschulwesens, I. Band, Zweite Periode, §. 1., S. 49-54; *Niemeyer*, Ueber Oeffentliche Schulen und Erziehungsanstalten, Iste Abtheilung, 8., S. 16-17, IIIte Abteilung, 2. Cap., I., 65. u. 66., S. 168-172 (66., S. 169-170); *Resewitz*, Die Erziehung des Buergers zum Gebrauch des gesunden Verstandes, §. V., S. 75-80 (75-76, 79); *R. Schmidt*, Volksschule und Volksschulbau, 3. Teil, A., S. 51; *Gloria*, Der Pietismus als Förderer der Volksbildung, (B.), III., 1., S. 27-43, 2., a)-c), S. 43-56, d), S. 56-58 (1., a), Erziehungsinhalte, S. 29-30, b), S. 36-41, 2., a), S. 44-46, b), S. 46-48, c), S. 51-53, d), S. 56-57): für Preußen; *Kallert*, Waisenhaus und Arbeitserziehung im 17. und 18. Jahrhundert, A., I., c), S. 6, d) u. e), S. 6-13, II., S. 14-23 (2., Unterricht, S. 21, Religiöse Erziehung, S. 21-22, 23), III., S. 24-41 (a), 1., S. 25-27, 2., Unterricht, S. 30, Religiöse und sittliche Erziehung, S. 32-33, b), 2., S. 38-39), IV., S. 42-47 (2., S. 46) und *Jacobs*, Der Waisenhausstreit, Hauptteil, I. u. II., S. 15-48, III., 1. u. 2., S. 49-73, 3., S. 73-80, 82-86, IV., S. 86-98, V., S. 98-105 (99-100), V. (vielmehr VI.), S. 105-115, Schluß, S. 117-119).

Bei der im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts erfolgten Einrichtung von Armenschulen in Industrieschulen, insbesondere für die zur späteren Handarbeit bestimmten unteren Bevölkerungsschichten behielten diese ihre religiös-christliche Grundmotivation bei (*Niemeyer* ebd., IIIte Abtheilung, 2. Cap., I., 67., S. 172-174; *Resewitz* ebd., §. V., S. 80-82; *Kallert* ebd., I., 1., S. 98-103, 2., S. 103-110 und die von dem Pastor zu Göttingen *L. G. Wagemann* im Jahre 1789 veröffentlichten Abhandlung Ueber Industrie=Schulen im allgemeinen, und ueber die Goettingische insbesondere ,.... Sowol in Absicht der extensiven als intensiven Zweckmaessigkeit, schien unter vielen anderen Planen, die Verbindung des Unterrichts in mancherlei Arbeiten, mit dem Religionsunterricht besonders zu empfehlen; ... Von den vorhin genannten 300 Kindern fuer welche das Schulgeld aus der Armenkasse bezahlet wird, geniessen etwa 150 in der Marien=Parschule, sowol in der Religion als in den verschiedenen Arbeiten abwechselnden Unterricht. ...“ (*Goettingisches Magazin fuer Industrie und Armenpflege*, I. Band, Ites Heft, I., S. 6, 12), insg. (S. 5-13).

den katholischen Kloster- Dom- und Stiftsschulen³⁷¹ auch zu Ausgang des 18. Jahrhunderts eine allein religiöse Erziehung und Ausbildung existent gewesen.

Nur ein kleiner privilegierter Teil hatte in den städtischen Lateinschulen,³⁷² den protestantischen Gelehrten-³⁷³ und Fürstenschulen,³⁷⁴ den Ritter-Akademien³⁷⁵ und den

³⁷¹ Die für die Ordensgeistlichen bestimmten Klosterschulen und für die Weltgeistlichen bestimmten Kathedral-, Dom- und Stiftsschulen, in welchen die katholische Konfession den gesamten Unterricht bestimmte. Der Einzelne musste sein Seelenheil durch und innerhalb der Institutionen der Kirche suchen, dies vermittelt in einer autoritären Auslegung der Bibel durch den geistlichen Stand.

Klosterschulen: nach der Regel des heiligen Benedikt von Nursia (480-547) eingerichtet. Tagesablauf durch Gebet, Andacht und Gesang bestimmt, mit geistlichen Anweisungen und Unterrichtungen. *Benedicti Regvla*, *Benedicti regula*, Prologus, p. 1-9, *Capitula regulae*, I-LXXIII, p. 10-165 (VIII.-XX., p. 52-76, XXXVIII., p. 97-99, XLIII., p. 106-110, XLVII., p. 113-114, LII., p. 122-123).

Kathedral-, Dom- und Stiftsschulen: nach Bischof Chrodegang von Metz (715-766, Bischof seit 742): *Sancti Chrodegangi metensis episcopi Regula Canoniorum*, Caput XLVIII. - De pueris nutriendis custodiendis (Patrologiae cursus completus. Series Latina, Tomus LXXXIX, p. 1057-1098 (1078)). In jedem Stift sollte ein Bruder mit untadeligem Wandel mit der Fürsorge für die Ausbildung der Jungen betraut werden. Mit der kirchlichen Gelehrsamkeit und mit geistigen Waffen gerüstet und würdig, sollen sie so zu den Ehrenstellen der Kirche aufsteigen können.

³⁷² In der 2. Hälfte des 13. und insbesondere während des 14. Jahrhunderts von den Patriziern in den Städten gegen den Widerstand der Geistlichkeit – hatten bis dahin für das gesamte Bildungswesen das Privileg – für den eigenen Bedarf und von den Städten als Träger errichteten Stadt- oder Lateinschulen (*Heppe*, Das Schulwesen des Mittelalters, 1. Abschnitt, §. 3., S. 26-37; *Paulsen*, Das deutsche Bildungswesen in seiner geschichtlichen Entwicklung, 1. Buch, 3. Kap., S. 18-19 mit S. 13 und *Menzel*, Die Anfänge der Volksschule in Deutschland, I, B., 2., S. 16, III, S. 107).

³⁷³ Die Forderung der Reformatoren, insbesondere Melanchthons, einer unter dem Schutz der Obrigkeit zu verwirklichenden Einheit von evangelischer Lehre und von humanistischer Bildung im reformatorischen Zeitalter und während der 2. Hälfte des 16. Jahrhunderts, erbrachte die von den Städten neu gegründeten oder aus bisherigen Lateinschulen umgewandelten protestantischen Gelehrtschule (*Paulsen*, Geschichte des gelehrten Unterrichts, I. Band, 2. Buch, 5. Kap., S. 276-297; *ders.*, Das deutsche Bildungswesen in seiner geschichtlichen Entwicklung, 2. Buch, 2. Kap., S. 33-37 (36), 3. Kap., Die Gelehrtschulen, S. 40-41).

³⁷⁴ Als eine weitere Errungenschaft der Reformation, welche Fürsten- oder Landesschulen dazu bestimmt waren, die Knaben, ausgewählt nach Begabung und Bedürftigkeit für das weltliche oder geistliche Regiment heranzubilden (*Paulsen*, Geschichte des gelehrten Unterrichts, I. Band, 2. Buch, 5. Kap., S. 297-325 (298), II. Band, 4. Buch, 6. Kap., 2., S. 150-151; *ders.*, Das deutsche Bildungswesen in seiner geschichtlichen Entwicklung, 2. Buch, 3. Kap., Die Gelehrtschulen, ..., S. 41-42, 3. Buch, 2. Kap., Die Gelehrtschulen, S. 78-83).

In Preußen wurde mit der am 23. Dez. 1788 erfolgten Einführung der Abiturientenprüfung die Schulen, an welchen der königliche Kommissarius die Prüfung abhielt, als die eigentlichen gelehrten Schulen anerkannt. Die anderen schieden aus diesem Kreise aus (*Jeismann*, Das preußische Gymnasium in Staat und Gesellschaft, I. Band, Teil I, 2. Kap., 2., c), S. 102-108 (115-116) und *Paulsen*, Geschichte des gelehrten Unterrichts, II. Band, 5. Buch, 4. Kap., 3), S. 288-289, 4. Buch, 4. Kap., S. 95-96).

³⁷⁵ Während der 2. Hälfte des 17. und zu Beginn des 18. Jahrhunderts als Folge des im 17. Jahrhundert und im 30 jährigen Krieg stattgehabten Niederganges der Städte und des Bürgertums und der Erhebung des territorialen Flächenstaates und des Adels errichteten Ritter-Akademien. Vom Bürgertum und seinen Latein- und Stadtschulen getrennte Ausbildungsstätten, in denen die adelige Jugend nach dem neuen höfischen Bildungsideal des galant-homme eine standesmäßige Erziehung und Ausbildung erhielt (*Paulsen*, Das deutsche Bildungswesen in seiner geschichtlichen Entwicklung, 3. Buch, 2. Kap., Die Ritterakademien, S. 69-71 und *Geschichte der Erziehung*, B., I., 5., Das höhere Schulwesen, Die Ritterakademien, S. 141-142).

Ritter-Akademien waren in Tübingen (1589), Kassel (1599), Kolberg (1653), Lüneburg (1655), Halle (1680), Wolfenbüttel (1687), Erlangen (1701, im Jahr 1743 in eine Universität umgewandelt), Brandenburg

Bürger- und Realschulen³⁷⁶ eine humanistische und realbezogene Ausbildung erhalten.³⁷⁷
 Dabei bestand aber die Unterrichtung in Religion³⁷⁸ in den Lateinschulen, den

(1704), Berlin (1705), Liegnitz (1708), Kassel (1709), Ettal (1711), Hildburghausen (1714), Dresden (1725), Kremsmünster (1744), Braunschweig (1745), Wien (1746) gegründet worden (*Debitch*, Die staatsbürgerliche Erziehung an deutschen Ritterakademien, Kap. 1., S. 6-7 und *Mengin*, Die Ritter-Academie zu Christian-Erlang, II. (Haupt-) Teil, (I. Abschnitt), A., I. Kap., S. 4, B), III. Periode, III. Kap., S. 56-57, Anhang, Beilage I., S. 108-110).

³⁷⁶ Bei den neuen ökonomischen Verhältnissen und der wieder gestiegenen Bedeutung des Bürgertums, in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts für eine zeitgemäße bürgerliche Bildung errichtet (*Menzel*, Die Anfänge der Volksschule in Deutschland, I, B, 2., S. 18-21; *Schöler-Maasen*, Geschichte der Mittel- und Realschulpädagogik, I. Band, B., III., S. 52, 58 und *Paulsen*, Das deutsche Bildungswesen in seiner geschichtlichen Entwicklung, 3. Buch, 2. Kap., Die Realschule, S. 83-84).

Vorläufer waren die vormaligen deutschen Lese- und Schreibschulen im 14. Jahrhundert für das mittlere Bürgertum, für eine dem damaligen wirtschaftlichen Wirken angemessene lateinlose Ausbildung in deutscher Sprache entstanden (*Menzel*, Die Anfänge der Volksschule in Deutschland, I, B., 2., S. 16-18, III, S. 107-108). Sie waren vielfach den neu gegründeten fürstlichen Landesschulen einverleibt worden (*Schöler-Maasen* ebd., I. Band, A., III., S. 17-18). Zu Ausgang des 18. Jahrhunderts waren sie zumeist nur noch als Privatunternehmungen existent (*Schöler-Maasen* ebd., S. 17-18 (18): in den Reichsstädten zum Teil erhalten geblieben).

³⁷⁷ In den Städtischen Lateinschulen, den protestantischen Gelehrten- und Fürstenschule als den gelehrten Schulen und als den zum Studium Bestimmten und zu einem bürgerlichen Beruf hinführenden Schulen (*P. J. Lieberkühn*, Ueber National=Erziehung und zweckmaeßige Einrichtung des oeffentlichen Erziehungswesen, Ueber zweckmaeßige Einrichtung ..., in: *Gedanken, Vorschlaege und Wuensche zur Verbesserung der oeffentlichen Erziehung*, V. Band, 4. Stueck, I., S. 8-13 (9)): die humanistischen Fächer, insbesondere Latein, Griechisch, die im Vordringen befindlichen deutschen Sprache, die höfischen Sprache Französisch, die wissenschaftlichen Fächer, insbesondere Geschichte, Geographie, Statistik, in den größereren Schulen Mathematik und Naturwissenschaft (*Paulsen*, Geschichte des gelehrten Unterrichts, II. Band, 4. Buch, 6. Kap., 2., S. 151-154; *ders.*, Das deutsche Bildungswesen in seiner geschichtlichen Entwicklung, 3. Buch, 2. Kap., Die Gelehrtenschulen, S. 78-83 und *Jeismann*, Das preußische Gymnasium in Staat und Gesellschaft, I. Band, Teil I, 1. Kap., 2., S. 59-68).

In den Ritterakademien, dem Bildungsideal des galant homme entsprechend, eine Verbindung des für einen jungen Adeligen Angenehmen mit dem für ihn Nützlichen. An wissenschaftlichem Unterrichtsstoff in öffentlichem Unterricht wurden insbesondere erteilt: Theologie, Privat- und Staatsrecht, Historia Oratoria, Mathesis. Im Privatunterricht gab es die realbezogenen Fächer: insbesondere Logik, Metaphysik, Physik, Astronomie, Kriegswissenschaft und das ritterliche Exercitien, Reiten, Fechten, Tanzen (*Debitch*, Die staatsbürgerliche Erziehung an den deutschen Ritterakademien, Kap. 2., S. 7-8: nach dem einen allgemeinen Maßstab bietenden Schulplan der Wolfenbütteler Ritterakademie vom Jahr 1688 (S. 7-8) und *Paulsen*, Das deutsche Bildungswesen ..., 3. Buch, 2. Kap., Die Ritterakademien, S. 71-72). Bei den Äußerlichkeiten und Oberflächlichkeiten des Unterrichts und ihren rein ständischen Einstellungen, wogegen sich die dem Menschen allein zuwendende Aufklärung wandte, befanden sich die Ritter-Akademien in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts in einem Niedergang (*Debitch* ebd., Kap. 9., S. 129 und *Geschichte der Erziehung*, B., I., 5., Das höhere Schulwesen, Die Ritterakademien, S. 142).

In den Bürger- und Realschulen, eine zeitgemäße bürgerliche Bildung in real- und wirtschaftsbezogenen Fächern: Geographie, Geometrie und Mechanik, Sprachunterricht, insbesondere in Deutsch und in den modernen Sprachen (*Menzel*, Die Anfänge der Volksschule in Deutschland, I, B, 2., S. 18-21; *Schöler*, Geschichte der Mittel- und Realschulpädagogik, I. Band, B., III., S. 52, 58 und *Paulsen* ebd., 2. Kap., Die Realschule, S. 83-85).

³⁷⁸ Ritterakademien: neben den gelehrten Wissenschaften, den realbezogenen Fächern und dem ritterlichen Exercitium gab es stets Unterricht in christlicher Religion (*Debitch*, Die staatsbürgerliche Erziehung in den deutschen Ritterakademien, Kap. 1., S. 7-8; *Encyklopädie des gesammten Erziehungs= und Unterrichtswesens*, VII. Band, 1. Teil, Ritterakademien, S. 221-244 (225, 240-241) und *Mengin*, Die Ritter-Academie zu Christian-Erlang, II. (Haupt-) Teil, II. Abschnitt, I. Abteilung, V. Kap., S. 82-88 (83): für Erlangen).

Bürger- und Realschulen: mitgehabter Religionsunterricht (*Maassen-Schöler*, Geschichte der Mittel- und Realschulpädagogik, I. Band, B., III., S. 58; *Quellen zur Geschichte der Mittel- und Realschulpädagogik*, I.

protestantischen Gelehrten- und Fürstenschulen als den gelehrten Schulen mit dem zeitgemäß aufgeklärt-philanthropischen Inhalt fort.³⁷⁹

Kopitzsch, Die Sozialgeschichte der deutschen Aufklärung als Forschungsaufgabe:

„... Bis weit in das neunzehnte Jahrhundert war für das Kleinbürgertum und die bäuerlichen Schichten die jeweilige Konfession die entscheidende Bildungsmacht – und nicht alle Geistlichen waren und blieben Aufklärer! Gesangbuch, Katechismus und Bibel waren noch lange für viele Menschen die einzige Lektüre.
...“³⁸⁰

4. Die christlich-religiöse Verwurzelung der Bevölkerung im Reich

Die das religiöse Bewusstsein erhaltenden und fördernden Tendenzen der Aufklärung und die religiös christliche Erziehung und Ausbildung der Menschen, mit der immer noch vorhandenen Verpflichtung des Regenten, in seinem Staat die christliche Religion zu erhalten,³⁸¹ hatten bewirkt, dass bei dem deutschen Volk als einem in seiner Grundnatur im

Band, B., III., Die Fachklassen der Heckerschen Realschule, S. 37; *Niemeyer*, Ueber Oeffentliche Schulen und Erziehungsanstalten, IIIte Abtheilung, 2. Cap., II., 69., S. 178-179 mit I., 66., S. 169-171, II., 70., S. 180-183; *Paulsen*, Das deutsche Bildungswesen in seiner geschichtlichen Entwicklung, 3. Buch, 2. Kap., Die Realschule, S. 83 und *Geschichte der Erziehung*, B., I., 5., Das höhere Schulwesen, Die Realschulen, S. 143).

³⁷⁹ Die natürlichen Religion mit dem Dasein Gottes, die Unsterblichkeit der Seele, die Tugend, deren Summe ein allumfassende Menschenliebe ist, die künftige Vergeltung für das diesseitige Leben als Grundlage des irdischen Lebens, die an der Vernunft orientierte geoffenbarte Religion mit insbesondere den göttlichen Offenbarungen, den göttlichen Gesandten, vor allem Jesus Christus, der Nachweis der Autorität der Bibel, die insbesondere Verneinung der Erbsünde, die Zurückdrängung der konfessionellen Gegensätze mit der allgemeinen Beibehaltung des Religionsunterrichts zur Hinführung des Kindes in das richtige Verhältnis zu Gott und nicht allein auf eine irdische Glückseligkeit (*Czilchert*, Zum Religionsunterricht im Zeitalter der Aufklärung, S. 1-94 (I., I., a), S. 6-7, b), S. 13-19, II., a), S. 22-24, b), S. 24-28, c), S. 28-29, II., 1., a), S. 37, 40, 41, 42, b), S. 52-53, 3. (vielmehr 2.), S. 68 (3.) Rückblick, S. 76, III., 1., S. 78, 3., b), S. 83, 4., a), S. 88-89, Schluss, S. 94); *Encyklopädisches Handbuch der Pädagogik*, II. Band, Fürstenschule, 3. (vielmehr 4.), S. 493) und *Jeismann*, Das preußische Gymnasium in Staat und Gesellschaft, I. Band, Teil I, Kap. 1, 2., S. 60- 61, 63, 65-66: Erhaltung der großen Bedeutung des Religionsunterrichtes und des geistlichen Singens in den vielen kleinen lateinischen Schulen).

In Preußen war mit dem Religions-Edikt vom 9. Juli 1788 für den Religionsunterricht der Schulen eine Festlegung der Religionslehre auf den alten Lehrbegriff einer jeden Konfession nach Maßgabe der symbolischen Bücher, das Verbot von Diskussion bei der geoffenbarten Religion nach dem Maßstab von menschlicher Vernunft, was zur zügellosen Freiheiten in Absicht des Lehrbetriebs geführt habe und eine eingegrenzte Toleranz und Gewissensfreiheit auf die persönliche und nicht zu äußernde Meinung der Lehrer und Geistlichen festgelegt worden (*Jeismann*, Das preußische Gymnasium in Staat und Gesellschaft, I. Band, Teil I, Kap. 3, 1., Das Religionsedikt von 1788, S. 127-131 und *Novum Corpus Constitutionum Prussico-Brandenburgensium praecipue Marchicarum*, VIII. Band, Verzeichniß derer in dem 1788sten Jahre ergangenen Edicte, ..., Verordnungen von 1788, No. XLIX., Ad, Sp. 2175, §. 2., Sp. 2176-2177). Zudem erfolgte in den Jahren 1793 und 1794 für die preußischen lutherischen Gymnasien und die übrigen preußischen lutherischen Schulen eine dahingehende Revision des Religionsunterrichts (*Schwartz*, Die Gelehrtenschulen Preußens unter dem Oberschulkollegium (1787-1806) und das Abiturientenexamen, I. Band, I., Anhang, 3., S. 50-57 (52)).

³⁸⁰ 4., in: *Aufklärung, Absolutismus und Bürgertum in Deutschland*, Einleitung: Die Sozialgeschichte ..., S. 77.

³⁸¹ *König Friedrich Wilhelm II. von Preußen* in seinem Religions-Edikt vom 9. Juli 1788 „...“, da Wir es fuer eine der ersten Pflichten eines Christlichen Regenten halten, in seinen Staaten die Christliche Religion, deren

Glauben verhafteten Volk³⁸² auch zu Ausgang des 18. Jahrhunderts der religiös-christliche Gedanke noch stark verwurzelt war.³⁸³ Die Bevölkerung war überwiegend durch das

Vorzug und Vortreflichkeit laengst erwiesen und ausser allen Zweifel gesetzt ist, bey ihrer ganzen hohen Wuerde und in ihrer urspruenglichen Reinigkeit, so wie sie in der Bibel gelehrt wird und nach der Ueberzeugung einer jeden Confession der Christlichen Kirche in ihren jedesmaligen Symbolischen Buechern einmal festgesetzt ist, gegen alle Verfaelschung zu schuetzen und aufrecht zu erhalten, damit die arme Volksmenge nicht den Vorspiegelungen der Modelehren Preiß gegeben, und dadurch den Millionen Unserer guten Unterthanen die Ruhe ihres Lebens und ihr Trost auf dem Sterbebette nicht geraubet und sie also ungluecklich gemacht werden.“ (§. 7.: *Novum Corpus Constitutionum Prussico-Brandenburgensium praecipue Marchicarum*, VIII. Band, Verzeichniß derer in dem 1788sten Jahre ergangenen Edicte, ..., Verordnungen von 1788, No. XLIX., Ad, Sp. 2180),

Kaiser Franz II. an Markgraf Karl Friedrich von Baden am 18. Aug. 1794: Mitteilung des Kaiserlichen Hof-Dekrets v. 13. Aug. 1794 die Reichskriegsarmatur auf das Fünffache zu erheben mit der Bitte „..., damit schleunigst und baldmöglichst ein solches Reichsgutachten zu Stande komme, wie es dem jetzigen, höchst wichtigen Zeitpunkt, wo um den höchsten Preis, für Unverletzlichkeit der theuersten Friedensschlüsse, für Religion, Eigenthum, bürgerliche Ordnung und Staatsverfassung im ausgedehntesten Umfange, für die Ehre, Wünsche und Souveränität des deutschen Vaterlandes, für Selbststrettung und Erhaltung zu kämpfen, ... ist, ...“ (*Karl Friedrich, Herzog von Baden*, Politische Correspondenz, II. Band, III., 186., S. 134-135 (135)) und

Die *Betrachtungen ueber den maechtigen Einfluß der Religion auf Politik, und ueber die Tauschungen der Religionsgarantie bey einer Revolution* „Die Religion ward zu allen Zeiten als die mechtigste Triebfeder der Politik und selbst als die staerkste Barriere betrachtet, die man den leidenschaften und den Ausschweifungen der Fuersten entgegensezte. ...“ (*Magazin der Europaeischen Staatenverhaeltnisse*, II. Band, 11. Heft, I., 3., S. 594).

³⁸²

Die im Glauben verhaftete Natur der Deutschen zeigte sich insbesondere in der Reformation, als der bis in das 19. Jahrhundert einzig geglückten Revolution in Deutschland. Ihren inhaltlichen Ursachen und Zielsetzungen eine geistlich-geistige Bewegung gewesen, erfasste sie in kürzester Zeit 90 % der Bevölkerung, und war Luther bis zu seiner Stellungnahme zum Bauernkrieg der Volksheld.

Erzherzog Ferdinand schrieb Anfang des Jahres 1523 seinem Bruder Kaiser Karl V. „..., Die Lehre Luthers ist im ganzen Reiche so eingewurzelt, daß unter tausend Personen heute nicht eine davon frei ist. Das Ganze ist in so uebler Lage, daß es nicht schlimmer sein koennte.“ ..., am Ende des Jahres klagte er „..., Die lutherische Sekte herrscht in diesem Lande so, daß die guten Christen sich fuerchten, dagegen aufzutreten.“ ...“ (zitiert in: *Brieger*, Die Reformation, IV., 3., S. 160). *Brieger* ebd., IV., 2., S. 159 „..., Diese Reichstagsbeschluesse sind das beredteste Zeugnis von der Macht der evangelischen Bewegung im Volke. ... Jch denke an den Abschied des Reichstages von 1523, der offen mit der Sprache herausgeht. Er macht naemlich geltend, man habe von den Mandaten wider Luther bisher ‚nicht ohne merkliche Ursache‘ abgesehen, weil ihre Befolgung die Vorstellung erweckt haben wuerde, ‚als wollte man die evangelische Wahrheit durch Tyrannei unterdruecken und unchristliche schlimme Mißbraeuche aufrecht erhalten; daraus dann unzweifelhaft eine große Empoerung, Abfall und Widerstand wider die Obrigkeit erwachsen wuerde‘. Es kommt vielmehr alles darauf an, ein Mittel ausfindig zu machen, um ‚diese Empoerung, Irrung und Unwillen des gemeinen Mannes‘ zu stillen. ...“

Althaus, Christus und die deutsche Seele: Bejahung einer engen Verbindung des Deutschen mit dem als die Gnade Gottes vermittelnd anzusehenden Christus, insbesondere, die im Reich ansässigen germanischen Stämme nahmen mit Ausnahme der Sachsen freiwillig das Christentum an. Christentum und Germanentum durchdrangen sich bald. Luther verkündete das Christentum gerade so, wie es eine Antwort auf die besondere Frage der germanischen und deutschen Seele ist. Das was man Deutsch nennt wurde überhaupt erst durch die Wirkung des Christentums hierzu (S. 5-34 (2., S. 6, 3., S. 9-10, 4., S. 10-12, 5., S. 16-17, 9., S. 27-30)).

Troeltsch in seiner am 6. Dez. 1914 in der väterländischen Versammlung in der Karlsruher Stadthalle gehaltenen Rede: Das Wesen des Deutschen, in welchem der deutsche Ordnungssinn und die deutsche Gemütsiefe von dem deutschen metaphysisch-religiösen Geist ausgehen und in ihm eine innere Einheit bilden (S. 24-27).

³⁸³

Selbst der Deismus König Friedrichs II. von Preußen beruhte gegensätzlich zu jenem der Vertreter der westlichen Aufklärung nicht auf einer durch die Vernunft zu bejahenden Existenz eines höchsten Wesens, sondern war für ihn eine innerliche Herzenssache (*Reinherz*, Friedrich der Große und die Religion, B., k), S. 25-29 (27-28), m), S. 32).

Christentum mit seinen drei Konfessionen gekennzeichnet und stand diesen positiv gegenüberstand. Sie anerkannte ihre Bedeutung für das soziale und staatliche Zusammenleben, für die Erziehung des Einzelnen und für Kultur und Wissenschaft.

Knigge, Ueber die Ursachen, warum wir vorerst in Teutschland wohl keine gefaehrliche Haupt=Revolution zu erwarten haben:

„... Es herrscht im Allgemeinen unter dem medern Volke in Teutschland ... noch mehr vernuenftige Religiositaet, besonders in protestantischen Laendern. ...“³⁸⁴

Chateaubriand, Essai historique, politique et moral, sur les Révolutions anciennes et modernes, considérées dans leurs rapports avec la Révolution Française:

„Du Clergé en Allemagne. C’est en Allemagne que la religion trouvera son dernier refuge. Elle s’y soutient par la force morale du peuple, et par les vertus et les lumières du Clergé. J’y ai souvent vu quelque vénérable pasteur à la porte de son presbytère champêtre, faire un prône naïf à de bonnes gens qui sembloient tout attendris, et je me suis cru transporté à ces temps où le Dieu de Jacob se communiquoit aux Patriarches, au bord des fontaines. ...“³⁸⁵

Schleiermacher in seinen im Jahr 1799 vorgelegten Reden über die Religion an die Gebildeten unter ihren Verächtern:

„In das Hülferrufen der Meisten über den Untergang der Religion stimme ich nicht ein, denn ich wüßte nicht, daß irgend ein Zeitalter sie beßer aufgenommen hätte als das gegenwärtige. ...“³⁸⁶

Holl, Die Bedeutung der großen Kriege für das religiöse und kirchliche Leben innerhalb des deutschen Protestantismus:

„... Denn die Tatsache steht groß da, daß im Unterschied von andern Ländern in Deutschland der Gottesglaube auch während des 18. Jahrhunderts nie in Frage gestellt wurde. ...“³⁸⁷

Reinalter, Der Jakobinismus in Mitteleuropa:

„... Äußerst widersprüchlich war bei den mitteleuropäischen Jacobinern das Verhältnis zur Religion. ... Aus taktischen Gründen wollten sie auf die in der Bevölkerung fest verankerte Religiosität Rücksicht nehmen, ...“³⁸⁸

³⁸⁴ In: *Schleswigsches Journal*, II. Band, 1793, 7. Stueck, July 1793, 3., S. 287-222: Ziff. 8.

³⁸⁵ Livre 1., 2. Partie, Chap. LII., in: *Chateaubriand*, Oeuvres, Tome II., p. 373.

³⁸⁶ Erste Rede, in: *Schleiermacher Schriften aus der Berliner Zeit 1796-1799*, Über die Religion. Reden an die Gebildeten unter ihren Verächtern, S. 190 Z 26-28.

³⁸⁷ II., (a) Der religiöse Ertrag, in: *ders*, Gesammelte Aufsätze zur Kirchengeschichte, III. Band, 15., S. 347-348.

Barth, Die protestantische Theologie im 19. Jahrhundert:

„... Angesichts dieser bewundernswerten Übereinstimmung von drinnen und draußen glaubt der Mensch des 18. Jahrhunderts (mit wenigen Ausnahmen) an einen Gott als an den gemeinsamen, aber dem Menschen unbedingt näher stehenden Herrn des Menschen und seiner Welt, des Drinnen und des Draußen ...“³⁸⁹

„... Das 18. Jahrhundert war so fromm wie irgend ein anderes Jahrhundert. ...“³⁹⁰

und *Heigel*, Deutsche Geschichte:

„... Dazu kam, dass die Deutschen trotz alledem weit religiöser geblieben waren, als ihre Nachbarn. Die Religionsverachtung war bei ihnen nicht, wie in Frankreich, ins Volk gedrungen; bei ihnen war die Religion noch immer Gegenstand der Wissenschaft, Poesie und allgemeinen Erbauung. ...“³⁹¹

5. Keine Säkularisationswünsche der Bevölkerung in den geistlichen Staaten

Angesichts der subjektiv-persönlichen Vorteile der Bevölkerung in den geistlichen Staaten³⁹² galt zu Ausgang des 18. Jahrhunderts immer noch, dass unter dem Krummstab gut wohnen ist.

Samhaber, Freymuethige Gedanken ueber die Saecularisirung:

„...: und ich berufe mich hierueber auf die Voelker selbst, die unter dem Krummstabe stehen. Einmuethig werden sie bekennen, daß u n t e r d e m K r u m m s t a b e g u t w o h n e n s e y. ...“³⁹³

³⁸⁸ VII., S. 98.

³⁸⁹ Vorgeschichte, § 2 Der Mensch im 18. Jahrhundert, S. 54.

³⁹⁰ Vorgeschichte, § 3 Das Problem der Theologie im 18. Jahrhundert, S. 63.

³⁹¹ I. Band, 2. Buch, 1. Abschnitt, Die französische Revolution und der deutsche Volksgeist, S. 321.

Zu Baiern *Steinmetz*, Erziehung und Konfession, 3. Kap., IV., 2.), S. 209 „... Als in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die volkspädagogischen Reformen der katholischen Aufklärung in Bayern schärfere Konturen annahmen, ... Noch lebte man in den Formen des ‚nachmittelalterlichen‘ Volksbarock. Im Bewusstseinshorizont der sog. ‚Unterschichten‘ nahm das religiöse Denken noch eine dominierende Stellung ein. Allerdings war die Volksfrömmigkeit z. T. zum Formalismus erstarrt, nicht zuletzt, weil das Leitbild des Fürstenhauses und der politisch führenden Schicht verblasst war. ...“, insg., S. 209-210.

³⁹² Ihrer Nichtheranziehung zum Kriegsdienst in Friedenszeiten und ihre Nichtverwendung in fremde Kriegsdienste (oben, S. 743-744), dem abgemilderte Inhalt und Ausübung von der Leibeigenschaft (oben, S. 744-745), ihren geringeren Geld- und Sachauflagen (oben, S. 745-747), dem Vorhandensein von allgemein weniger Zwang und von vernünftigen Freiheit (oben, S. 747), der durch die engere Verbindung von Religion und Politik wohl gegebenen allgemeinen besseren Ertüchtigung des Menschen (oben, S. 748) und ihrem mehr empfundenen Glückseligkeit (oben, S. 748-749).

³⁹³ §. 15, S. 55.

Hochheim, Das Saekularisationsprojekt nach dem Zeitgeist:

„... So ist a posteriori so wie a priori auch jetzt noch das Spruechwort gerechtfertigt, Unterm Krummstabe ist es gut Wohnen: ,auf alle Faelle besser, als unter dem Korporalstocke. ...“³⁹⁴

Fabritius, Ueber den Wehrt der geistlichen Staaten:

„...: und im Ganzen genommen, kann der Weidspruch: Unterm Krummstab ist gut wohnen! im Vergleich mit den groeßten weltlichen Staaten Deutschlands, noch jetzt als Lob und Wahrheit gelten. ...“³⁹⁵

F. C. Moser, Ueber die Regierung der Geistlichen Staaten:

„... und i n s G a n z e genommen, kann der Weydspruch: U n t e r m K r u m m s t a b i s t g u t w o h n e n, in Vergleichung mit den groesten weltlichen Staaten Deutschlands, noch jezo als Lob und Wahrheit gelten. ...“³⁹⁶

und der Verfasser von *Unter dem Krummstab ist gut wohnen*:

„... sowohl der Klerus als das Volk ... die mesiten rufen: u n t e r d e m K r u m m s t a b e i s t g u t w o h n e n: Volksstimme ist Gottes Stimme: ...“³⁹⁷

Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Bevölkerung in den geistlichen Staaten ihre Umwandlung in weltliche Staaten mit ihrer neuen Zuordnung unter die linksrheinisch deposedierten erblichen Reichsstände wollten.

Der Verfasser von *Noch ein Wort ueber das Saekularisationswesen*:

„... Endlich moegen doch auch die strengen Verfechter des Ordnung stoehrenden Saekularisationssystemes auf die wirklich bestehende politische Wohlfahrt der Unterthanen in geistl. Staaten hinblicken, und zwischen der glueklichen Lage derselben und jenen in weltlichen Landen eine Parallele ziehen! Man sammle, in Beziehung auf das Saekularisationswesen, die Stimmen, und ueberall wird sich d a g e g e n ein Verhaeltniß wie 1 - 100 ergeben. ... Diese Zufriedenheit der Unterthanen ist die beste Lobrede des Regenten und der Staatsverfassung! Der Ausspruch des ganzen Landes, das Urtheil von Tausenden – dieß hoeret, wuerdiget und dann – richtet! ...“³⁹⁸

³⁹⁴ S. 114.

³⁹⁵ 2. Buch, VI., S. 161.

³⁹⁶ S. 70-71.

³⁹⁷ §. 27., S. 46.

³⁹⁸ Vierter Satz, S. 70-71.

der Verfasser von *Unter dem Krummstab ist gut wohnen*:

„... Stelle mans in die freye Wahl, und vernehme Kopf fuer Kopf, ob die Unterthanen geistlicher Wahlstaaten die Versetzung unter weltliche Regenten, oder die alte Verfassung wuenschen; so werden, wo nicht alle und jede, sammt und sonders; gewißlich zween Drittheile, mit beyden Aermen nach ihren alten Herren und Verfassungen greifen. ...“³⁹⁹

der Verfasser von *Ueber Schadloshaltung der jenseits des Rheins verlierenden ReichsStände*:

„... Diese Völker sind mit ihrer Verfassung zufrieden: sie verabscheuen im voraus die Regenten, die man ihnen aufdringen will. ...“⁴⁰⁰

Der Deutsche Zuschauer:

„... Daß die Unterthanen der deutschen geistlichen Staaten nicht gleichgueltig sey, eine sanfte Regierung zu verlieren, und unter den Szepter weltlicher Herrschaft zu kommen, welche sie fuer strenger halten, das darf wohl diesen guten Menschen nicht veruebelt werden. ...“⁴⁰¹

und *Fabritius*, Ueber den Wehrt der geistlichen Staaten:

„... Doch man vergleiche dagegen den Hof, die Auffuehrung eines geistlichen Fuersten, und wer da, noch einen Augenblick unschlueßig bleibt, unter welche von beiden Regierungen er am liebsten lebte, der verdient unter der Zuchtruthe eines willkuehrlichen Beherrschers zu bluten. Um sich zu ueberzeugen, frage man nur einen Buerger oder Bauer aus einem bischoeflichen Lande: ob er wohl mit seinem Nachbar dem Unterthan irgend eines weltlichen Fuersten tauschen moegte? und wenn die erklaerteste Abneigung durch Worte, Mienen und Gebaerden gegen jede weltliche Regierung, eben noch kein Grund ist, die geistlichen Regierungen fuer besser zu halten, so ist doch der Umstand: daß alle benachbarten Unterthanen weltlicher Fuersten, das Loos bischoeflicher Unterthanen beneiden, ihr Wunsch, unter eine eben so sanfte Regierung zu leben, ...“⁴⁰²

³⁹⁹
§ I, S. 3.

⁴⁰⁰
S. 20.

⁴⁰¹
I. Band, 1. Heft, Einleitung, S. 32.

⁴⁰²
2. Buch, S. 108-109, nachfolgend „...“, so ist dies alles doch ein unzweideutiger Beweis: daß die geistlichen Staaten, bei all ihren Maengeln und Gebrechen, wovon sie eben so wenig frei sind, als die weltlichen: und die ihnen von leztern oft mit so vieler Bitterkeit und Unbescheidenheit vorgeworfen werden *), doch immer noch Vorzuege und Bequemlichkeiten haben muessen, woran es den weltlichen Staaten gaenzlich mangelt. ...“ (S. 109-110).

Der von *Häberlin*, Handbuch Teutschen Staatsrechts, Band II, 5. Buch, 4. Cap., §. 208., S. 109-114 vertretenen Ansicht, dass das ehemalige Sprichwort Unter dem Krummstab sei gut wohnen, zu Ausgang des 18. Jahrhunderts nicht mehr gegolten habe, kann nicht gefolgt werden. Häberlin zog seine Schlussfolgerung auch primär aus den bei den geistlichen Staaten vorhandenen sachlich-objektiven Mängeln und weniger aus den für

Nach dem Ausbrechen der Revolution in Frankreich im Sommer des Jahres 1789 war es dann auch allein in dem Hochstift Lüttich zu einer Rebellion gekommen, welche ihre Ursachen jedoch in der Errichtung einer neuen Spielbank durch den Fürstbischof hatte.⁴⁰³ Hingegen hatte es in den weltlichen Staaten mit der Révolution brabançon in den Österreichischen Niederlanden,⁴⁰⁴ den Revolten im Rheinland und in Hessen,⁴⁰⁵ den Unruhen am Oberrhein,⁴⁰⁶ den Bauernaufständen in Kursachsen,⁴⁰⁷ den Webererhebungen in Schlesien,⁴⁰⁸ den Bauernunruhen in Böhmen⁴⁰⁹ und den sozialen Gärungen und Demokratisierungen in den Reichsstädten Worms, Speyer, Köln, Hamburg, Nürnberg, Kiel, Bremen, Reutlingen⁴¹⁰ stärkeren Widerstand gegen die bisherigen Verfassungen gegeben.

Fabritius, Ueber den Wehrt der geistlichen Staaten:

„... In den uebrigen Erz= und Hochstiftern Deutschlands blieb es – Trotz allen Aufhezzungen von Freiheitsschwärmern und Staatsverraethern *) alles ruhig: und dieses ist kein geringer Beweis fuer die Guete Bischoeflicher Regierungen.
...“⁴¹¹

die Bevölkerung gehabt subjektiv-persönlichen Vorteilen (S. 111). Häberlins Ansicht ist auch eine vereinzelte.

⁴⁰³ Oben, S. 1115.

Die revolutionären Unruhen im Erzstift Trier von 1789-1790 konnten leicht und schnell durch die kurtrierischen Stellen mit denen des Kurrheinischen Kreises beruhigt werden (*Lüdtk*e, Kurtrier und die revolutionären Unruhen in den Jahren 1789-1790, 1.-3., in: *Trierer Zeitschrift*, 5. Jahrg., S. 21-24 und oben, S. 1115).

Die Errichtung der Mainzer Republik im Jahr 1792/93 kann nicht als im Volk wurzelnden soziale Unruhen angesehen werden, da sie nach der militärischen Eroberung von Mainz durch die französischen Revolutionsheere zu Ende des Jahres 1792 von der französischen Besatzungsmacht angeordnet wurde (oben, S. 1118-1120).

Fabritius, Ueber den Wehrt der geistlichen Staaten, S. 93-94: Mainz, waren Staatspfuscher und vom Pöbel getragen.

⁴⁰⁴ Oben, S. 1115-1116.

⁴⁰⁵ Oben, S. 1115-1116.

⁴⁰⁶ Oben, S. 1116.

⁴⁰⁷ Oben, S. 1116.

⁴⁰⁸ Oben, S. 1116.

⁴⁰⁹ Oben, S. 1116.

⁴¹⁰ Oben, S. 1116-1117.

⁴¹¹ 2. Buch, S. 95, S. 92-93: Lütticher Rebellion lag nicht an der Verfassung der Regierung.

6. Ergebnis: Keine Beeinflussung des Volkswillens im Sinne einer Auflösung der geistlichen Staaten

Trotz der im Reich während der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts vorhandenen Tendenzen und Bestrebungen zu staats- und vermögensrechtlichen Säkularisationen und den auch tatsächlich durchgeführten Klosteraufhebungen kann bei der religiös-christlichen Verwurzelung der großen Masse der Bevölkerung im Reich und bei den subjektiv-persönlichen Vorteilen der Bevölkerung der geistlichen Staaten nicht davon ausgegangen werden, dass eine Beeinflussung des Volkswillens im Reich dahingehend entstanden war, dass sie eine Auflösung der geistlichen Staaten wollte.

Da weder eine nachträgliche Veränderung des Konstitutionsgrundes der Reichsverfassung im Sinne einer Mitwirkung des Volkes bei der Willensbildung eintrat, noch bei der Bevölkerung im Reich ein Wille zur Auflösung der geistlichen Staaten existent war, scheidet ein eingetretener Verfassungswandel zur Auflösung der geistlichen Staaten als Rechtfertigungsgrund für die alleinige Schadenstragung der geistlichen Reichsstände aus.

Schluss

Unvereinbarkeit der in Art VII festgelegten alleinigen Schadenstragung der geistlichen Reichsstände mit der Reichsverfassung

A

Die im Friedensvertrag von Lunéville in Art. VII selbst enthaltenen Regelungen

Nach dem aus dem staatsrechtlichen Verhältnis der Reichsstände zum Reich sich ergebenden Notrecht und Aufopferungsanspruch oblag dem Reich die Verpflichtung, den mit der Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete in Art. VI des Friedensvertrages von Lunéville ihre linksrheinischen Gebiete an die Französische Republik verlierenden Reichsstände einen rechtsrheinischen gebietlichen Ausgleich zu geben.¹ Nach den Grundgedanken des Aufopferungsanspruches musste dieser auf die geistlichen und weltlichen Reichsstände gleichermaßen aufgeteilt werden.²

Die durch Art. VII des Friedensvertrages festgelegte alleinige Heranziehung von rechtsrheinischen geistlichen Staaten festgelegte alleinige Schadenstragung der geistlichen Reichsstände,³ bedurfte zu ihrer Rechtfertigung eines besonderen Rechtsgrundes.⁴

Die hierfür in Betracht kommenden Gründe:

— die Einwilligungen der geistlichen Reichsstände,⁵

— ein geringerer Bestandsschutz der geistlichen Staaten gegenüber den weltlichen Staaten nach der Reichsverfassung,⁶

¹ Oben, S. 180-310 (310).

² Oben, S. 311-314.

³ Oben, S. 5-179.

⁴ Oben, S. 315-317.

⁵ Oben, S. 318-346 (344-346).

- eine Reform der Reichsverfassung im Interesse des Reiches zur Beseitigung der bei den geistlichen Staaten vorhandenen Mängel,⁷
- eine von der Französischen Republik für das Reich bewirkte Notlage zur alleinigen Schadenstragung der geistlichen Reichsstände,⁸
- ein Reichsherkommen mit dem Inhalt einer alleinigen Schadenstragung der geistlichen Reichsstände,⁹
- ein in der Reichsverfassung enthaltener Grundsatz von der ungleichen Belastung der Reichsstände¹⁰ und
- ein Verfassungswandel in Richtung auf Auflösung der geistlichen Staaten¹¹

lagen nicht vor und konnten kein Rechtsgrund für die alleinige Schadenstragung der geistlichen Reichsstände sein.

Die alleinige Schadenstragung der geistlichen Reichsstände konnte unter dem Gesichtspunkt des Notrechtes und des Aufopferungsanspruches nur dann mit der Reichsverfassung vereinbar sein, wenn die ihre Territorien verlierenden geistlichen Reichsstände – unmittelbarer Verlust ihrer linksrheinischen Gebiete und Hergabe ihrer rechtsrheinischen Gebiete zur Entschädigung der linksrheinisch depossedierten erblichen Reichsstände – ihrerseits hierfür angemessene Entschädigungen zugesprochen bekamen.

Der Friedensvertrag von Lunéville selber enthielt in seinen offenen¹² und in seinem Geheimartikel¹³ keinerlei Bestimmungen für die Zusprache von Entschädigungen für die in Art. VII zur alleinigen Schadenstragung bestimmten geistlichen Reichsstände.

⁶ Oben, S. 347-601 (600-601).

⁷ Oben, S. 602-762 (757-762).

⁸ Oben, S. 763-942 (937-942).

⁹ Oben, S. 943-1028 (1028).

¹⁰ Oben, S. 1029-1058 (1056-1058).

¹¹ Oben, S. 1059-1152 (1152).

¹² Art. I: Friedensvereinbarung (*Napoleonische Friedensverträge*, II., S. 19-20), Art. II: Abtretung der früheren belgischen Provinzen, Österreichische Niederlande, der Grafschaft Falkenstein und des Fricktals an Frankreich (*ebd.*, II., S. 20), Art. III: Erneuerung des in Art. VI des Vertrages von Campo Formio festgelegten Erwerbes von Istrien, Dalmatien, Cattaro, der Stadt Venedig mit Zugehörungen an den Kaiser (*ebd.*, II., S. 20), Art. IV: Erneuerung des Art. XVIII des Vertrages von Campo Formio, dass der Kaiser dem Herzog von Modena zur Entschädigung seines modenesischen Territoriums den Breisgau abtritt (*ebd.*, II., S. 20), Art. V: Verzicht des Großherzogs von Toskana auf sein Territorium an den Herzog von Parma, welcher Großherzog in Deutschland eine volle Entschädigung erhalten wird (*ebd.*, II., S. 21), Art. VI: Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete an Frankreich (*ebd.*, II., S. 21), Art. VII: Entschädigung der linksrheinisch depossedierten erblich-weltlichen Reichsstände durch Staaten rechtsrheinisch geistlicher Reichsstände (*ebd.*, II., S. 21-22), Art. VIII: Übertragung der auf den abgetretenen, erworbenen oder ausgetauschten Ländern haftenden verhypothekierten Schulden an die neuen Erwerber (*ebd.*, II., S. 22), Art. IX: Aufhebung der Sequester für die Bewohner und Eigentümer der

abgetretenen, erworbenen oder getauschten Länder, mit der Verpflichtung zur Zahlungen, was man ihnen schuldig ist, die französischen Bürger, welche Aktionäre der Wiener Bank geworden sind, behalten weiterhin die Vorteile ihrer Aktien (*ebd.*, II., S. 22), Art. X: Aufhebung von aller Sequester an den Gütern und Rechten von Reichsangehörigen in Frankreich und von französischen Bürgern im Reich (*ebd.*, II., S. 22), Art. XI: Verbindlicherklärung des Vertrages in den Batavischen, Helvetischen, Cisalpinischen und Ligurischen Republiken (*ebd.*, II., S. 23), Art. XII: Verzicht des Kaisers auf alle sein Rechte, welche er in den nunmehrigen Gebieten der Cisalpinischen Republik haben könnte (*ebd.*, II., S. 23), Art. XIII: Verzicht des Kaisers und des Reiches auf die früheren kaiserlichen Lehen, gelegen in der Ligurischen Republik (*ebd.*, II., S. 23), Art. XIV: gemäß Art. XI des Vertrages von Campo Formio ist Schifffahrt auf der Etsch frei, welche die Grenze zwischen den kaiserlichen Ländern und der Cisalpinischen Republik bildet (*ebd.*, II., S. 23), Art. XV: Freilassungen der Kriegsgefangenen (*ebd.*, II., S. 23), Art. XVI: Zurückgabe der noch nicht veräußerten, in den an die Französische Republik abgetretenen Länder befindlichen Güter von Erzherzog Karl und der Erben von Erzherzogin Christine, mit ihrer Verpflichtung, diese in 3 Monaten zu veräußern, gleiches für die von Erzherzog Ferdinand und seiner Gemahlin im Territorium der Cisalpinischen Republik habenden Güter (*ebd.*, II., S. 23), Art. XVII: Einbeziehung der Artikeln des Vertrages von Campo Formio: – Art. XII venetianische Gebiete, Art. XIII Zurückgaben von Archiven und Urkunden, Art. XV abzuschließender Handelsvertrag zwischen dem Kaiser (Österreich) und Frankreich, Art. XVI keine Verfolgungen von österreichischen und französischen Staatsangehörigen in den von den beiden Armeen besetzten Gebieten, Art. XVII der Kaiser (Österreich) wird keine Hilfeleistungen mehr in seine Häfen annehmen, Art. XXIII Rangfragen (*ebd.*, I., S. 12-14) – (Art. XV: *ebd.*, II., S. 24), Art. XVIII: Einstellung der gegeneinander gerichteten Kriegslieferungen (*ebd.*, II., S. 24), Art. XIX: Ratifikation in spätestens 30 Tagen, nach der Austauschung der Ratifikationen, innerhalb von 10 Tagen der Zurückzug der kaiserlichen Armeen in seine Erblande, welche in der gleichen Zeit von den französischen Armeen zu verlassen sind und welche französischen Armeen innerhalb von 30 Tagen gänzlich das Reichsgebiet räumen werden (*ebd.*, II., S. 24).

¹³ Article séparé et secret: die dem Großherzog von Toscana in Art. V der offenen Artikel, zugesagte Entschädigung wird vorzugsweise das Erzstift Salzburg und die Propstei Berchtesgaden sein (*Napoleonische Friedensverträge*, II., S. 24-25 und oben, S. 15).

B

Art. VII des Friedensvertrages von Lunéville und die im nachfolgenden RDH vom 25. Februar 1803 enthaltenen Regelungen

I

Die generellen Regelungen für die geistlichen Reichsstände

1. Der weitere Erhalt ihrer persönlichen Reichsunmittelbarkeit

In § 48 war den abtretenden geistlichen Regenten neben ihren persönlichen Würden mit dem davon abhängenden Rang ihre weitere persönliche Reichsunmittelbarkeit zuerkannt worden.¹⁴

2. Der weitere Erhalt von Gerichtsbarkeiten über ihre Dienerschaft

Nach § 49 behielten die Fürstbischöfe und die gefürsteten Äbte und Pröpste über ihre Dienerschaft – bei Vorwissen der oberen Landesbehörde – die weiter fortbestehende Gerichtsbarkeit in bürgerlichen Sachen der 1. Instanz des Landgerichtes und in peinlichen Sachen die erste Cognition. Wenn sich das Vorliegen eines peinlichen Falles ergab, musste der Verbrecher aber dem peinlichen Gericht des Landes ausgeliefert werden.¹⁵

3. Die Gewährung einer standesgemäßen Wohnung

Nach § 50 mit § 47 war jedem abtretenden geistlichen Regenten entsprechend seinem Grad lebenslang eine seinem Rang und Stand angemessene Wohnung mit Meublement von dem sein Territorium übernehmenden weltlichen Reichsstand zu verschaffen und den Fürstbischöfen und Fürstäbten des ersten Ranges ein Sommeraufenthalt.¹⁶

¹⁴ § 48 mit § 47 RDH (*Das Ende des Alten Reiches*, A., II., S. 49).

¹⁵ § 49 mit § 47 RDH (*Das Ende des Alten Reiches*, A., II., S. 49).

¹⁶ § 50 „Den sämtlichen abtretenden geistlichen Regenten ist nach ihren verschiedenen Graden auf lebenslang eine ihrem Range und Stande angemessene freie Wohnung mit Meublement und Tafelservice, auch den Fürstbischöfen und Fürstäbten des erster Ranges ein Sommeraufenthalt anzuweisen; wobei sich von selbst

4. Die Zahlungen von Sustentationen

Nach § 51 mit §§ 47, 35 erhielten die geistlichen Regenten, deren Lande ganz oder größtenteils mit ihren Residenzstädten an einen einzigen weltlichen Regenten übergingen, von diesen zu erbringende jährliche Sustentationen: die Fürstbischöfe zwischen 20 000 bis 60 000 Gulden, die Fürststäbte und Pröpste 1. Ranges 20 000 Gulden, die anderen Fürststäbte zwischen 6 000 bis 12 000 Gulden, die gefürsteten Äbtissinnen zwischen 3 000 bis 6 000 und die Reichsprälaten, Äbtissinnen, unmittelbare Äbte zwischen 2 000 bis 8 000 Gulden.¹⁷

Für die geistlichen Reichsstände, deren Lande nicht ganz oder größtenteils mit ihren Residenzen an einen weltlichen Herrn kamen, sondern unter mehrere verteilt wurden, ungeachtet, ob sie ihre Residenzen und ihre meisten Lande diesseits des Rheins hatten, sah § 68 bei den entsprechend anzuwendenden Regelungen für die Verteilung der Sustentationssummen einen zu bildenden Fonds vor.¹⁸

Für jene geistlichen Regenten, denen auf dieser Rheinseite sehr wenig an Lande übrig blieb, wie insbesondere den sein Land gänzlich verlierenden Fürstbischof von Lüttich und den Fürstbischof von Basel enthielt § 75 einen Sustentationsfonds, dessen Beiträge von den auf dem rechten Rheinufer mehrfach präbendierten Bischöfe zu erbringen wari, für den Fürstbischof von Lüttich 20 000 Gulden und für den Fürstbischof von Basel 10 000 Gulden.¹⁹

versteht, daß dasjenige, was ihnen an Möbeln eigentümlich zugehört, ihnen gänzlich zu überlassen bleibe, das aber, was dem Staate zugehört, nach ihrem Tode diesem zurückfalle.“ (*Das Ende des Alten Reiches*, A., II., S. 49-50),

mit den betroffenen Entschädigungsländer, § 47 „In Ansehung der Verhältnisse der aus dem Besitz tretenden Regenten und Besitzer, ... und in Ansehung der besonderen Verbindlichkeiten der entschädigten Fürsten und Stände, welche sich auf den anständigen Unterhalt der gedachten Regenten ... beziehen, und welche mit dem Eintritt in den wirklichen Genuß der Entschädigungsländer und Gebiete ihren Anfang nehmen, soll es nach den in den folgenden §§ enthaltenen Vorschriften gehalten werden.“ (*ebd.*, II., S. 49).

Für den Erzbischof/Kurfürsten von Trier (auch Bischof von Augsburg: oben, S. 107) war in § 69 besonders festgelegt worden „...; dann wird festgesetzt, dass die Stadt Augsburg dem Herrn Kurfürsten von Trier ihr bischöfliches Schloss und die für ihre Dienerschaft nötigen Gebäude in ihrem gegenwärtigen möblierten Zustande nebst den bisher gehabtten Immunitäten in ihrem ganzen Umfange lebenslang ungestört zu belassen habe.“ (*ebd.*, S. 56).

¹⁷ § 51 (*Das Ende des Alten Reiches*, A., II., S. 50) mit den betroffenen Entschädigungsländer, § 47 (oben, S. 1157) und dem gleichfalls betroffenen Dispositionsgut, § 35 „Alle Güter der fundierten Stifter, Abteien und Klöster, in den alten sowohl als in den neuen Besitzungen, katholischer sowohl als A. C. verwandten, mittelbarer sowohl als unmittelbarer, deren Verwendung in den vorhergehenden Anordnungen nicht förmlich festgesetzt worden ist, werden der freien und vollen Disposition der respektiven Landesherren, ... überlassen, unter dem bestimmten Vorbehalte der festen und bleibenden Ausstattung der Domkirchen, ..., und der Pensionen für die aufgehobene Geistlichkeit nach den unten teils wirklich bemerkten, teils noch unverzüglich zu treffenden näheren Bestimmungen.“ (*ebd.*, S. 44).

¹⁸ § 68 (*Das Ende des Alten Reiches*, A., II., S. 55-56), mit den betroffenen Entschädigungsländer, § 47 und dem gleichfalls betroffenen Dispositionsgut, § 35 (oben, S. 1157).

¹⁹ § 75 (*Das Ende des Alten Reiches*, A., II., S. 58-60), mit den betroffenen Entschädigungsländer, § 47 und dem gleichfalls betroffenen Dispositionsgut, § 35 (oben, S. 1157).

Für den links- und auch rechtsrheinisch rechtsrheinische Besitzungen habenden Erzbischof/Kurfürst von Trier enthielt § 69 eine von den 9 anderen Kurfürsten zu übernehmende Sustentation von 100 000 Gulden.²⁰

²⁰ § 69 (*Das Ende des Alten Reiches*, A., II., S. 56), mit den betroffenen Entschädigungsländer, § 47 und dem gleichfalls betroffenen Dispositionsgut, § 35 (oben, S. 1157).

II

Die für den Erzbischof/Kurfürsten von Mainz, den Hoch- und Teutschmeister und den Johanniter-Meister getroffenen Regelungen

1. Die Regelungen für den Erzbischof/Kurfürsten von Mainz

In § 25 wurde der erzbischöfliche Stuhl zu Mainz auf die Domkirche zu Regensburg übertragen, welche Würde eines Kurfürsten, Reichserzkanzlers, Primas von Deutschland und des Metropolitan-Erzbischofs auf ewig mit ihm vereinigt bleiben sollte. Seine Metropolitangerichtsbarkeit sollte sich über die rechtsrheinischen ehemaligen geistlichen Provinzen von Mainz, Trier, Köln und Teilen von Salzburg erstrecken.²¹

Für seinen als Kurfürst und Reichserzkanzler gebotenen gebietlichen Besitz erhielt er das neu geschaffene Kurfürstentum, die beiden Fürstentümern Aschaffenburg und Regensburg ausmachend.²²

Das Fürstentum Aschaffenburg bestand aus dem bisherigen mainzischen Oberamt Aschaffenburg, weiteren mainzischen Ämtern auf der rechten Mainseite und dem würzburgischen Amt Aurach.²³

Das Fürstentum Regensburg wurde gebildet aus dem bisherigen Hochstift Regensburg, der Stadt gleichen Namens und den darin befindlichen mittelbaren und unmittelbaren Stiftern, Abteien, Klöster, namentlich: Sankt Emmeran, Ober- und Niedermünster.²⁴

Zusätzlich erhielt der Erzbischof die Reichsstadt Wetzlar als Grafschaft und alle Stifter, Abteien und Klöster die in den beiden Fürstentümern und der Grafschaft gelegen waren.²⁵

²¹ § 25, Sätze 1-3 (*Das Ende des Alten Reiches*, II., S. 33-34).

§ 25, Satz 15 „... Der Kurfürst Erzkanzler wird fernerhin nach den Statuten seiner alten Metropolitankirche gewählt werden. ...“ (*ebd.*, S. 35).

²² § 25, Satz 4 (*Das Ende des Alten Reiches*, II., S. 34).

²³ § 25, Satz 5 „... begreift das Oberamt Aschaffenburg in seiner gegenwärtigen Vollständigkeit und Ausdehnung, sodann die Ämter Aufenau, Lohr, Orb mit den Salzwerken, Prozelten, Klingenberg auf der rechten Seite des Mains und das würzburgische Amt Aurach im Sinngrunde. ...“ (*Das Ende des Alten Reiches*, II., S. 34); *Büsching*, Erdbeschreibung, VI. Theil, Der chur=rheinische Kreis, Die chur=maynzische Laender, §. 17., I., 12., S. 532-534 (Aschaffenburg), 11., S. 532 (Haussen=Orb), 13., S. 534 (Klingenberg), 14., 3), S. 534 (Prozelten), VII. Theil, Der fraenkische Kreis, Die Grafschaft Rieneck, 2., S. 1053 (Lohr), Das Hochstift Wuerzburg, §. 14., I., 11., S. 874 (Aurach) und *Gaspari*, Der Deputations-Recess, II. Theil, §. 25., S. 229-231.

²⁴ § 25, Satz 6 (*Das Ende des Alten Reiches*, II., S. 34) und *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der bayerische Kreis, Das Hochstift Regensburg, S. 800-804, Die freye Reichsstadt Regensburg, S. 837-838, Die gefuerstete Abtey zu S. Emmeram in Regensburg, S. 818-821, Die gefuerstete Abtey Ober=Muenster in Regensburg, S. 826-827, Die gefuerstete Abtey Nieder=Muenster zu Regensburg, S. 824.

²⁵ § 25, Sätze 7-9 (*Das Ende des Alten Reiches*, II., S. 34) mit *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober=rheinische Kreis, Die Reichsstadt Wetzlar, S. 355-356).

Seine Einkünfte sollten bis zu einer Million Gulden aus dem Ertrag der Rhein-Schifffahrtsoktroi ergänzt werden.²⁶

Neben seiner kurfürstlichen Stimme im Kurkollegium bekam er im Reichsfürstenrat nach § 32 für das neue Fürstentum Aschaffenburg eine neue Stimme und behielt die Stimme des vormaligen Hochstifts Regensburg als nunmehriges Fürstentum Regensburg.²⁷

2. Die Regelungen für den Hoch- und Teutschmeister und für den Johanniter-Meister

Aus Rücksicht auf die Kriegsdienste ihrer Glieder²⁸ wurden in § 26 der Teutsche Orden und der Malteser-Orden nicht der Säkularisation unterworfen und erhielten für ihre Verluste auf der linken Rheinseite:²⁹

Der Hoch- und Teutschmeister, „... die mittelbaren Stifter, Abteien und Klöster im Vorarlberg, im österreichischen Schwaben und überhaupt alle Mediatklöster der Augsburger und Konstanzer Diözesen in Schwaben, worüber nicht disponiert worden ist, mit Ausnahme der im Breisgau gelegenen. ...“³⁰

Der Johanniter-Meister, „... die Grafschaft Bondorf, die Abteien St. Blasi, St. Trupert, Schuttern, St. Peter, Tennenbach und überhaupt alle Stifter, Abteien und Klöster im Breisgau mit allen auf der rechten Rheinseite gelegenen Zugehörungen ...“³¹ Die Abtei St. Blasien und die ihr zugehörnde Grafschaft Bondorf waren reichsunmittelbar, hatte auch landsässigen Besitz,³² die Abteien Sankt Trupert, Schuttern, Sankt Peter, Tennebach und die übrigen in Breisgau gelegenen Stifte, Abteien, Klöster standen unter österreichischer Landeshoheit.³³

²⁶ § 25, Sätze 9-14, § 39 (*Das Ende des Alten Reiches*, II., S. 34, 45-47).

²⁷ § 32 (*Das Ende des Alten Reiches*, II., S. 39, 41 „... Die Aufrufordnung sowohl der alten als der neuen Stimmen im Reichsfürstenrate wird künftig nach der 10. Strophe folgende sein: ... 7. Regensburg ...).

²⁸ Beide Orden hatten am Ende des 18. Jahrhunderts kaum eine militärische Bedeutung und besaßen sie keine besonderen militärischen Institute zur Ausbildung von Soldaten. Ausschlaggebend war wohl das persönliche militärische Ansehen von Erzherzog Karl, welcher nach dem Tod von Max Franz am 27. Juli 1801 neuer Hoch- und Teutschmeister wurde (*Täubl*, *Der Deutsche Orden im Zeitalter Napoleons*, II. Kap., 2., b), 2., S. 44 und *Hofmann*, *Der Staat des Deutschmeisters*, I., 6., „Konzentrische Konzentration“, *Reichsdeputationshauptschluß*, S. 335-336).

²⁹ § 26, Satz 1 (*Das Ende des Alten Reiches*, II., S. 35).

³⁰ § 26, Satz 1 (*Das Ende des Alten Reiches*, II., S. 35).

³¹ § 26, Satz 2 (*Das Ende des Alten Reiches*, II., S. 35), nachfolgend „... jedoch mit der Obliegenheit, nach einer noch vorzunehmenden Liquidation die persönlichen Schulden der vormaligen Bischöfe von Basel und Lüttich zu bezahlen, welche sie seit der Entfernung von ihren Sitzen gemacht haben.“ (*ebd.*).

³² Annex, S. 63-64.

³³ *Gaspari*, *Der Deputations-Recess*, II. Theil, §. 26., S. 237 „... die 4 andern genannten Abteyen, nebst allen übrigen Stiftern, Abteyen und Klöstern des Breisgaves an, ohngeachtet sie alle ohne Ausnahme der Hoheit eines alten Erblandes unterworfen waren, ...“ und *Büsching*, *Erdbeschreibung*, V. Theil, *Der oestreichische Kreis*, IV., A., S. 618-620, I., 4., 1), (2), S. 625-626, (3)-(6), S. 626, 5., S. 626, II., 1., 3), S. 628, 3., S. 630.

Beide behielten in § 32 weiterhin ihre Stimmen im Reichsfürstenrat.³⁴

³⁴ § 32 „... Die Aufrufordnung sowohl der alten als der neuen Stimmen im Reichsfürstenrate wird künftig nach der 10. Strophe folgende sein: ... 9. Teutschorden ... 59. Malteserorden ...“ (*Das Ende des Alten Reiches*, II., S. 41, 42).

C

Keine Modifizierung der in Art. VII des Friedensvertrages von Lunéville vereinbarten alleinigen Schadenstragung der geistlichen Reichsstände durch den RDH

Art. VII des Friedensvertrages von Lunéville legte fest, dass die erblich-weltlichen Reichsstände für ihre Verluste durch rechtsrheinische Territorien von geistlichen Reichsständen zu entschädigen sind. Die Modalitäten der Entschädigungen sollten nach diesen Grundlagen später festgelegt werden:

„..., suivant les arrangements qui, d’après ces bases, seront ultérieurement déterminés.“³⁵

Die später festzulegenden Modalitäten im *RDH vom 25. Februar 1803* mussten sich nach dem Wortlaut von Art. VII innerhalb des von ihm festgelegten Grundsatzes, der alleinigen Zusprachen von gebietlichen Entschädigungen an die linksrheinisch depossedierten erblich-weltlichen Reichsstände durch rechtsrheinische Territorien geistlicher Reichsstände, halten.

Die im *RDH* den abtretenden geistlichen Reichsständen gewährten Rechte: In § 48 weitere persönliche Reichsunmittelbarkeit, in § 49 weitere Gerichtsbarkeit über ihre Dienerschaft, in §§ 50, 47 standesgemäße Wohnung und in §§ 51, 68, 75 verschiedene Sustentationen machen keinen Entschädigungsausgleich aus. Sie beinhalten vielmehr allein Übergangsregelungen für die bei Erlass des Reichsdeputationshauptschlusses hiervon persönlich betroffenen Reichsstände, deren persönliches weiteres standesgemäßes Wohlergehen sichergestellt werden sollte. Mit ihnen wurde keine über den Entschädigungsausgleich des Art. VII des Friedensvertrages von Lunéville hinausgehende Entschädigungsregelung getroffen, sie beinhalten nur Modalitäten für die später festzusetzenden Entschädigungen.

Die im *RDH* in § 26, 32 dem Hoch- und Teutschmeister und den Johanniter-Meister für ihre linksrheinischen gebietlichen Verluste rechtsrheinisch zuerkannten gebietlichen Erwerbungen:

Hoch- und Teutschmeister:

linksrheinischer Verlust: 9 QM, 19 000 Einwohner und 186 000 Gulden Einkünfte,³⁶
rechtsrheinische Erwerbungen: 36 mediate Stifter, Klöster, Abteien³⁷ mit 1 915 255
Gulden Einkünfte,³⁸

³⁵ *Napoleonische Friedensverträge*, II., S. 22.

³⁶ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Teutschen Ordens Hochmeisterthum (zu Mergentheim), 1) jenseits des Rheins, 31 Kommenden, S. 94.

Protokoll Regensburg, Beilagen, I. Band, 11. Beilage, S. 36-39: Hoch- und Teutschmeisterliche Reklamation ... den 30. August 1802 ..., S. 40-44: 395 604 Gulden.

Johanniter-Meister:

linksrheinischer Verlust: 11 QM, 19 800 Einwohner und 143 000 Gulden Einkünfte,³⁹
 rechtsrheinische Erwerbungen: 10 ½ QM, 30 800 Einwohner und
 154 000 Gulden Einkünfte,⁴⁰ davon reichsunmittelbar 3 ½ QM, 8 000 Einwohner und
 56 000 Gulden Einkünfte⁴¹,

mit ihren weiter fortbestehenden Mitgliedschaften im Reichsfürstenrat⁴² beinhalten dagegen einen vollwertigen Entschädigungsausgleich.

Das im *RDH* in § 25 dem Kurfürsten von Mainz und Reichserzkanzler für seinen gesamten links- und rechtsrheinischen gebietlichen Verlust von 145 QM, 322 000 Einwohnern und 1 614 000 Gulden Einkünfte,⁴³ neu errichtete Kurfürstentum, mit 25 QM, 84 000 Einwohner und 1 Million Gulden Einkünfte,⁴⁴ dies bei weiterem Fortbestehen seiner reichsständischen Berechtigungen und seines Amtes als Erzkanzler des Reiches,⁴⁵ enthielt einen ihm teilweise gewährten Entschädigungsausgleich.

³⁷ Die in § 26 Satz 1 *RDH* enthaltene Regelung „... die mittelbaren Stifter, Abteien und Klöster im Vorarlberg, im österreichischen Schwaben und überhaupt alle Mediatklöster der Augsburger und Konstanzer Diözesen in Schwaben, worüber nicht disponiert worden ist, mit Ausnahme der im Breisgau gelegenen. ...“ (*Das Ende des Alten Reiches*, II., S. 35) hätte ca. 75 Stifter, Abteien, Klöster ausgemacht (*Täubl*, Der Deutsche Orden im Zeitalter Napoleons, II. Kap., 3. S. 59).

Durch den Verzicht des Hoch- und Teutschmeisters auf die Mediat-Stifter, Abteien, Klöster in Vorarlberg (Österreich) und in Österreich-Schwaben verminderte sich diese um 15, und bei seinem weiteren Verzicht auf die in den alten weltlichen Territorien der Fürsten gelegenen und nicht zur Entschädigung besonders bestimmten mediaten Stifter, Abteien, Klöster (*Täubl* ebd., 2., c), S. 45-48, 3., S. 59 und *Protokoll Regensburg*, I. Band, SESSIO XXI., 30ten Oktober 1802, §. 12., Hoch- und Teutschmeister, S. 442-445 (444) „...Jhro Koenigliche Hoheit erkannten allerdings in der fuer den hohen ritterlichen teutschen Orden in dem neuen Plane §. 26. enthaltene Entschaedigungs=Bestimmung ... die damit fuer den gesammten teutschen Adel verbundene Vortheile, theils Hoechtsihro Pflicht, als Hoch- und Teuschmeister, das Interesse des hohen Ordens nach Moeglichkeit zu befoerdern, schuldig seyen, diejenigen Bestandtheile der angewiesenen Entschaedigung anzunehmen, welche in solchen Landen gelegen sind, die selbst in die allgemeine Entschaedigungs=Masse gezogen werden.‘ ...“) waren ihm nominell deren 45 zgedacht (*Täubl* ebd., 3., S. 59). Von diesen wurden nur 36 in tatsächlichen Besitz genommen, 20 unter kurpfalzbaierischer Hoheit, 14 unter kurbadischer Hoheit, 2 unter teuschherrischer Hoheit in der Ballei Elsass und Burgund (*Täubl* ebd., 3., S. 62-63; *Das Hoch- und Teuschmeisterthum und der teutsche Ritterorden im Jahr 1809*, §. 52., in: *Der Rheinische Bund*, XIX. Band, 55. Heft, 2., S. 56 und *Hofmann*, Der Staat des Deutschmeisters, I., 6., „Konzentrische Konzentration“, Konsolidierungsversuche, S. 341-342, insb. Fußn. 644, S. 341).

³⁸ *Täubl*, Der Deutsche Orden im Zeitalter Napoleons, II. Kap. 3., S. 63: insgesamt 2 309 629 Gulden Einkünfte bei 394 374 Gulden Schulden.

Die mitangegebenen 570 Personen (*ebd.*, S. 63) bezogen sich auf die Angehörigen der Stifter, Abteien und Klöster selber.

³⁹ *GRSH* 1803, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Johanniter=Maltheser=Orden, S. 308.

⁴⁰ *GRSH* 1803, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Johanniter=Maltheser=Orden, S. 308-309.

⁴¹ Die dem Abt von St. Blasien gehörende Reichsgrafschaft Bondorf (*Annex*, S. 63-64).

⁴² Oben, S. 1161.

⁴³ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Mainz, 1.-3., 5.: rheinische Churlande, Erfurt nebst Gebiet, Eichsfeld, Anteil an Gleichen, Rieneck, S. 68, unter Nichtberücksichtigung des in Personalunion besessenen Hochstiftes Worms (4.).

Im *RDH vom 25. Februar 1803* waren demnach, und dies anders als in Art. VII des Friedensvertrages von Lunéville, als Prinzip für die Entschädigung im Reich vorgesehen, nicht nur den linksrheinisch depossedierten erblich-weltlichen Reichsständen, sondern auch zwei geistlichen Reichsständen eine vollwertige und einem geistlichen Reichsstand eine teilweise rechtsrheinische Entschädigung aus geistlichen Gütern für ihre linksrheinischen gebietlichen Verluste zugesprochen. Diese Zusprachen hielten sich nicht an das in Art. VII des Friedensvertrages von Lunéville festgelegte Prinzip, der Gewährung von Entschädigungen allein an die linksrheinisch depossedierten erblich-weltlichen Reichsstände. Sie stellen damit auch keine der möglichen Modalitäten dar, welche Art. VII den nachfolgenden Vereinbarungen zur Festlegung der Entschädigungen überließ.

Die im *RDH vom 25. Februar 1803* den 3 geistlichen Reichsständen für ihre linksrheinischen gebietlichen Verluste vollständig und teilweise zuerkannten gebietlichen Entschädigungen werden nicht durch die generelle Schadensausgleichsregelung von Art. VII des Friedensvertrages von Lunéville erfasst und gedeckt. Sie haben vielmehr ihren alleinigen und originären Rechtsgrund im *RDH* selber.

Der Aufopferungsanspruch als Bestandteil der Reichsverfassung gebot die Aufteilung des durch die Abtretung der linksrheinischen Reichsgebiete eingetretenen Schadens auf die erblich-weltlichen und auf die geistlichen Reichsstände gleichermaßen. Ein die Aufteilung des Schadens allein auf die geistlichen Reichsstände gebietender Rechtsgrund lag nicht vor. Die Entschädigungsregelung des Art. VII war demnach mit der Reichsverfassung nicht vereinbar.

⁴⁴ *GRSH* 1803, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Churstaat des Erz=Canzlers, S. 239-241 (240-241).

Hein, Der Staat Karl Theodor von Dalberg's, III.), 1.), S. 43, Anmerkungen, S. 82 gibt bei verschiedenen Quellen 26 QM und 109 000 Einwohner an.

⁴⁵ Oben, S. 1159-1160.

Annex

Die linksrheinischen gebietlichen Verluste und die rechtsrheinischen Entschädigungen

A

Die linksrheinischen Verluste der erblichen Fürsten und Reichsstände¹

	Fläche QM	Volkszahl	Einkünfte Gulden ²
Kaiser Franz II. als Oberhaupt seines Hauses Österreich³			
Fricktal zwischen Basel und Zurzach ⁴	5	10 000	60 000⁵

¹ Zu berücksichtigen sind:

die von den linksrheinisch erblich-weltlichen Reichsständen gehaltenen reichsunmittelbaren Territorien und Berechtigungen, die von ihnen besessenen landsässigen Güter, ihre reichsritterschaftlichen Besitzungen und ihre unter französischer Hoheit stehenden Besitze, welche Französische Republik keinerlei Gebiete von Reichsständen in dem erworbenen linksrheinischen Territorium haben wollte

und die von nicht reichsständischen Fürsten und Grafen linksrheinisch mit voller Landeshoheit gehaltenen Territorien, welche Französische Republik eine weitere Ausübung von landeshoheitlichen Rechten in ihrer neuen Staatsstruktur für unvereinbar hielt (Hauptteil, S. 157-162, 163-168, 168-172).

² Als Einkünfte werden die insgesamten Einkünfte der Staaten und nicht ihre Kameral-Einkünfte genommen. Die Staatseinkünfte ohne Abziehung der Verwaltungs- und Unterhaltungskosten und unter Einbeziehung der Einkünfte von den Landständen (*Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, (Vorwort), S. 8-9, 11).

³ *GRSH* 1801, I. Theil, 1. Abschnitt, 1. Abtheilung, Kaiserlich roemisch-deutsches Haus, S. 1.

Nicht zu berücksichtigen sind die Österreichischen Niederlande und die gleichfalls linksrheinische Grafschaft Falkenstein, für welche der Kaiser nach den Art. VI der offenen und Art. IV der geheimen Artikel des Friedensvertrages von Campo Formio v. 17. Okt 1797 eine Entschädigung aus ehemals venetianischen Gebieten erhalten sollte und welche Regelungen auch inhaltlicher Bestandteil des Friedensvertrages von Lunéville wurden (Hauptteil, S. 11-15 und *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Einige allgemeine Betrachtungen, S. 31 7tens „Hierbei ist noch keine Entschädigung für den burgundischen Kreis begriffen; ...“).

König Friedrich Wilhelm III. von Preußen⁶

linksrheinischer Teil des Herzogtums Cleve ⁷	16	40 000⁸	
Fürstentum Mörs ⁹	3, 93	18 410¹⁰	
linksrheinischer Teil des Herzogtums Geldern ¹¹	21, 13	47 903¹²	
			900 000
Sevenaer, Huyßen	2	5 000	50 000
Rhein- und Maas-Zölle			450 000¹³

Kurfürst Maximilian II. von Pfalz-Baiern¹⁴

linksrheinischer Teil der Pfalzgrafschaft ¹⁵	36	130 000¹⁶	1 621 000¹⁷
Fürstentum Simmern ¹⁸	6, 77¹⁹	21 000²⁰	190 000²¹

⁴ Dem österreichischen Breisgau zugehörend, linksrheinisch zwischen dem Rhein und der Schweizerischen Eidgenossenschaft gelegen (*Büsching*, Erdbeschreibung, V. Theil, Der oestreichische Kreis, IV., A., II., 2., 2), 1), S. 629 und *Roeder*, Lexikon von Schwaben, I. Band, Frikthal, ..., Sp. 626-627).

⁵ *Gentner*, Beschreibung der zu Lueneville abgetretenen und ertheilten Laender, II. Theil, Das Erzhaus Oesterreich ..., S. 19-20 (20).

Hoff, Das Teutsche Reich, I. Theil, 2. Abtheilung, 4., a., 1., 3., S. 173: 8 QM, gleichfalls 10 000 Einw.

⁶ *GRSH* 1801, I. Theil, 1. Abschnitt, 1. Abtheilung, Preussen, S. 19.

⁷ *Büsching*, Erdbeschreibung, VI. Theil, Der westphaelische Kreis, Das Herzogthum Cleve, S. 30-62 (§. 2., S. 32).

⁸ *Hoff*, Das Teutsche Reich, I. Theil, 2. Abtheilung, 4., a., 2., 1., c., S. 174.

Deutschlands Gewinn und Verlust bei der Rastadter Friedens-Basis, II., 3., 1., S. 13: 18 QM, 45 000 Einw.

⁹ *Büsching*, Erdbeschreibung, VI. Theil, Der westphaelische Kreis, Das Fuerstenthum Moers, S. 305-311.

¹⁰ *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, III., 8., S. 341-344 (341-343): 21 647 ha = 3, 93 QM, 18 410 Einw. im Jahr 1787.

¹¹ *Büsching*, Erdbeschreibung, VI. Theil, Der westphaelische Kreis, Anhang von dem preußischen Antheil am Herzogthum Geldern, S. 311-314.

¹² *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, I., 1., Preussisch Geldern, S. 5-15 (6-9), Anhang, E., A., 1., b), S. 640: 116 368 ha = 21, 13 QM, 47 903 Einw. (1786).

¹³ *Vollgraf*, Die teutschen Standesherrn, Beilage N^{ro} I., Preußen.

¹⁴ *GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Pfalz und Bayern, A), S. 203.

¹⁵ *Hoff*, Das Teutsche Reich, I. Theil, 2. Abtheilung, 4., a., 3., S. 174.

¹⁶ *Deutschlands Gewinn und Verlust bei der Rastadter Friedens-Basis*, II., 4., 4., S. 19-20.

¹⁷ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. II., Pfalz, S. 15.

¹⁸ Bestehend aus den beiden linksrheinisch gelegenen Oberämtern Simmern und Stromberg (*Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober = rheinische Kreis, Das Fuerstenthum Simmern, S. 55-59 (§. 2., S. 56) und *Hoff*, Das Teutsche Reich, I. Theil, 2. Abtheilung, 4., a., 3., 2., S. 175). Unberücksichtigt bleibt das mit dem Fürstentum Simmern als verbunden angesehene Amt Böckelheim, das im Jahr 1714 von Kurfürst Johann Wilhelm als ein Umteramt dem Oberamt Kreuznach von dem ihm zugehörenden Anteil an der Grafschaft

Fürstentum Lautern ²²	14 ²³	20 000 ²⁴	300 000 ²⁵
Fürstentum Veldenz ²⁶	3 ²⁷	7 000 ²⁸	24 000 ²⁹
Herzogtum Zweibrücken reichsunmittelbares Territorium ³⁰	36 ³¹	65 000 ³²	767 000 ³³

Sponheim unterstellt wurde (*Büsching* ebd., Das Fürstentum Simmern, §. 3., 3., S. 58-59, Die Grafschaft Sponheim, Die vordere Grafschaft Sponheim, I., Anmerk., S. 207 und *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, IV., 7., Grafschaft Sponheim, Kurpfälzischer Anteil, Oberamt Kreuznach, Unteramt Böckelheim (Ziff. 23.-33.), S. 446-447, Erläuterungen, S. 448-449 (448)).

¹⁹ *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, IV., 2., S. 410-413, Erläuterungen, S. 409-410, 413-414, Anhang, E., A., 3., b), S. 641: 37 265 ha = 6, 77 QM.

²⁰ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Pfalz = Bayern, D), 15), S. 171.

Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, IV., 2., S. 410-413, Erläuterungen, S. 409-410, 413-414, Anhang, E., A., 3., b), S. 641: 2 631 Wohnhäuser (1786).

²¹ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Pfalz = Bayern, D), 15), S. 171.

²² Bestehend aus linksrheinischen 4 Städten, 71 Flecken, Dörfer und 55 Meyerhöfen (*Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober = rheinische Kreis, Das Fürstentum Lautern, S. 60-61 (60) und *Hoff*, Das Teutsche Reich, I. Theil, 2. Abtheilung, 4., a., 3., 3., S. 175).

²³ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Pfalz = Bayern, D), 14), S. 171 und *Grosbritannischer Kalender auf das Jahr 1799*, Verzeichniß der Regenten ..., B), b), Pfalzbaiern, 1., b., S. 104 mit S. 130.

²⁴ *Deutschlands Gewinn und Verlust bei der Rastadter Friedens-Basis*, II., 5., 6., S. 22.

Hoff, Das Teutsche Reich, I. Theil, 2. Abtheilung, 4., a., 3., 3., S. 175: 18 000 Einw.; *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Pfalz = Bayern, D), 14), S. 171: 32 000 Einw.

²⁵ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Pfalz = Bayern, D), 14), S. 171.

²⁶ Bestehend aus den beiden linksrheinischen Ämtern Veldenz und Lauterecken (Hauptteil, S. 479).

²⁷ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Pfalz = Bayern, D), 16), S. 171; *Grosbritannischer Kalender auf das Jahr 1799*, Verzeichniß der Regenten ..., B), b), Pfalzbaiern, 1., b., S. 104 und *Lang*, Tabellen über Flächen-Inhalt der Teutschen Reichs-Lande, A., Pfalz Bayern, Die Rheinischen Lande, b), Veldenz, S. 20.

²⁸ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Pfalz = Bayern, D), 16), S. 171 und *Deutschlands Gewinn und Verlust bei der Rastadter Friedens = Basis*, II., 5., 7., S. 22.

²⁹ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Pfalz = Bayern, D), 16), S. 171.

³⁰ Die linksrheinischen 9 Oberämter Zweibrücken, Homburg, Lichtenberg, Schaumberg (seit 1786), Meisenheim, Trarbach, Allenbach, Castellaun, Bergzabern und das Amt Nohfelden (*H.-W. Herrmann*, Das Herzogtum Pfalz-Zweibrücken, Unter Pfalz=Birkenfeld, Landesverwaltung, in: *Geschichtliche Landeskunde des Saarlandes*, Band II, Kap. II, S. 372-373; *Bachmann*, Pfalz Zweibrückisches Staats = Recht, 1. Kap., §. 18., S. 22 und *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober = rheinische Kreis, Das Fürstentum Zweibrücken, S. 65-75 (§. 7., I., 2., 8), S. 73)).

³¹ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Pfalz = Bayern, D), 13), S. 171; *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. II., Zweibrücken, Herzogthum, S. 105 und *Höck*, Statistische Übersicht der Deutscher Staaten, Statistische Übersicht der Kurpfalzbaiernschen Staaten, 2. Tabelle, IV.

³² *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Pfalz = Bayern, D), 13), S. 171.

unter französischer Hoheit ³⁴	7	30 000	128 000 ³⁵
^{3/5} Anteil an der Vorderen Grafschaft Sponheim und Anteil an der Hinteren Grafschaft Sponheim ³⁷	4 ² / ₃ 8	17 000 ³⁶ 22 000	200 000 ³⁸
Herzogtum Jülich ³⁹	64, 6 ⁴⁰	230 000 ⁴¹	1 000 000 ⁴²
in den Generalstaaten der Vereinigten Niederlande Markgrafschaft Bergenopzoom u. a. ⁴³	6	11 000	75 000 ⁴⁴

Traiteur, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. II., Zweibrücken, Herzogthum, S. 15: 59 500 Menschen; *Höck*, Statistische Übersicht der Deutscher Staaten, Statistische Übersicht der Kurpfalzbaierischen Staaten, 2. Tabelle, IV.: 96 000 Volkszahl.

³³ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Pfalz = Bayern, D), 13), S. 171 und *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. II., Zweibrücken, Herzogthum, S. 15.

Höck, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Kurpfalzbaierischen Staaten, 2. Tabelle, Finanzwesen, IV.: nach glaubwürdigeren Quellen 800 000 Gulden Einkünfte und nach anderer 550 000 Gulden.

³⁴ Im Unter-Elsass die Ämter/Herrschaften Guttenberg, Bischweiler, Kleeburg, Selz, Hagenbach, Lützelstein (Petite Pierre), sein jüngerer Bruder Maximilian im Ober-Elsaß die Grafschaft Rappolstein. In formellen Verträgen von 1668 (Rappolstein), 1738 (Guttenberg), 16. 6. 1766 (Selz und Hagenbach) und durch lettres patentes vom Oktober 1736 (Lützelstein), Juli 1780 und 9. 5. 1781 (Bischweiler), 1788 (Kleeburg) der Krone Frankreichs unterstellt.

Die alten Territorien des Elsaß 1648, B., 41., S. 157-159, 42., S. 160-161, 50., S. 166-167, A., II., 15., S. 58-69; *Die alten Territorien des Bezirkes Lothringen 1648*, I. Theil, 1. Abschnitt, II., Die einzelnen Territorien, C., S. ,156-168; *Hoff*, Das Teutsche Reich, I. Theil, 1. Abtheilung, II., 3., d., S. 82-85; *Teutsche Staatskanzley*, XXIV. Theil, 2. Abschnitt, II., §. 24., S. 292-294; *Ammerich*, Landesherr und Landesverwaltung Pfalz-Zweibrücken, 4. Teil, II, 3., S. 158-159, 5., S. 165-168, III, 5., S. 190-198 (192, 194, 196), Beilagen, 6. (Karte) Pfalz-Zweibrücken im Jahr 1789; *Büsching*, Erdbeschreibung, III. Theil, Frankreich, 40. (vielmehr 39.), Unter=Elsas, III., S. 937-938, V., 6, 3), S. 947, 8, S. 948-949; *H.-W. Herrmann*, Das Herzogtum Pfalz-Zweibrücken, Unter Pfalz=Birkenfeld, Landesverwaltung, Unter französischer Souveränität, in: *Geschichtliche Landeskunde des Saarlandes*, Band II, Kap. II, S. 373; *Pfalzatlas*, Karte 66 mit Textband II, S. 1213-1224 (1219) und *Kirchner*, Das Reichsland Elsass-Lothringen 1648-1789 (Karte), Elsass, 1680 beansprucht Frankreich ganz Elsass ..., II., A., 30., 32., 33., Lothringen, Die noch 1789 von deutschen Reichsständen ... beherrschten Gebiete, B., 8.: ö. L. von Ferro 240 30' -260, n. B. 470 30' 490 30'.

³⁵ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Pfalz=Bayern, F), 21) u. 22), S. 172.

³⁶ *Deutschlands Gewinn und Verlust bei der Rastadter Friedens-Basis*, II., 5., 10., a), S. 23.

³⁷ *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober=rheinische Kreis, Die Grafschaft Sponheim, Die vordere Grafschaft Sponheim, S. 204-108 (I., S. 205-207), Die hintere Grafschaft Sponheim, S. 209-214 (I., S. 211-213, Anm., 1), S. 214).

³⁸ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Pfalz=Bayern, D), 17), S. 171.

³⁹ *Büsching*, Erdbeschreibung, VI. Theil, Der westphaelische Kreis, Das Herzogthum Juelich, S. 112-134.

⁴⁰ *Geschichtlichen Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 160 bis 1794, III., 2., S. 257-305 (259-286), Anhang, E., A., 3., e), S. 642: 355 755 ha = 64, 6 QM.

⁴¹ *Deutschlands Gewinn und Verlust bei der Rastadter Friedens-Basis*, II., 3., 3., S. 14.

⁴² *Hoff*, Das Teutsche Reich, I. Theil, 2. Abtheilung, 4., a., 3., 5., S. 175-176 ,,... (vermuthlich nach ganz verschiedenen Berechnungs=Arten) sehr verschieden angegeben, von 600,000 Thaler bis zu 1,500000 Gulden.“.

⁴³ *Büsching*, Erdbeschreibung, X. Theil, Die vereinigte Niederlande, III., II, 5, S. 211-214.

⁴⁴ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Pfalz=Bayern, F), 23), S. 172.

Herrlichkeit Ravenstein ⁴⁵	3	14 000	88 000 ⁴⁶
Herzog Friedrich II. von Württemberg⁴⁷			
gefürstete Grafschaft Mömpelgard ⁴⁸	7 ⁴⁹	19 000 ⁵⁰	95 000 ⁵¹
10 burgundische und 2 elsässische Herrschaften unter französischer Hoheit ⁵²	15	38 000	153 000 ⁵³
Landgraf Georg Wilhelm IX. von Hessen-Kassel⁵⁴			
Herrschaft Wasserburg unter französischer Hoheit	¼	800	8 000 ⁵⁵

⁴⁵ *Büsching*, Erdbeschreibung, X. Theil, Die vereinigte Niederlande, III., I, 1, C, S. 204-205.

⁴⁶ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Pfalz=Bayern, F), 24), S. 172.

⁴⁷ *GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Wuerttemberg, 1), S. 253.

⁴⁸ In der Franché-Comté gelegene reichsständische gefürstete Grafschaft Mömpelgard (Hauptteil, S. 482).

⁴⁹ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Wuerttemberg, 3), S. 213 und *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 9., S. 68-69 (68).

⁵⁰ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Wuerttemberg, 3), S. 213.

Deutschlands Gewinn und Verlust bei der Rastadter Friedens-Basis, II., 7., 1., S. 28: wohl kaum 20 000 Einw.; *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 9., S. 68-69 (68): 18 000 Einw. und in der Vergleichungs-Tafel (am Ende), Interessenten/Württemberg/Gefürst. Grsch. Mömpelgard: 14 000 Einw.

⁵¹ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Wuerttemberg, 3), S. 213 und *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, Vergleichungs-Tafel (am Ende), Interessenten/Württemberg/Gefürst. Grsch. Mömpelgard.

⁵² Die 2 elsässischen Herrschaften Horburg, Reicheinweier und die in der Franche-Comté gelegenen 10 Herrschaften Blamont, Clémont, Héricourt, Châtelot, Clerval, Granges, Passavant, Franquemont, Bélieu, de Goux. In formellen Verträgen vom 10. Mai 1748 und 21. Mai 1786 der Krone Frankreichs unterstellt.

Scherb, Politische Beziehungen Mömpelgard zu Württemberg, 1. 4., S. 23-33, 1. 5., S. 33-35, 1. 6., S. 35-40. 1. 7., S. 41-44, 4. 8. 1., S. 237-243, 4. 8. 4., S. 249-252; *Adam*, Mömpelgard und sein staatsrechtliches Verhältnis zu Württemberg und dem Reiche, in: *WVjLG*, 7. Jahrg., S. 181-200, 278-285 (283-284); *Hoff*, Das Teutsche Reich, I. Theil, 2. Abschnitt, S. 95-104; *Büsching*, Erdbeschreibung, III. Theil, Frankreich, 40. (vielmehr 39.), Ober = Elsas, VII., 3 und 4, S. 960-961, 40., III, 3, 6), S. 983-985 und *Hölzle*, Der deutsche Südwesten am Ende des alten Reiches, Beiwort, Herrschaftsgebiete im deutschen Südwesten, Württemberg, Sonstiger herzoglicher Besitz, S. 35-36, Karte (im Anhang): Württembergischer Besitz: ... Besitz unter französischer Landeshoheit (seit 1748).

⁵³ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. VII., Württemberg, Herzog, S. 23.

⁵⁴ *GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Hessen, A), 1), S. 137.

⁵⁵ *Gentner*, Beschreibung der zu Lueneville abgetretenen und erteilten Laender, I. Theil, Von dem Landgrafen zu Hessenkassel ..., S. 253.

Landgraf Karl Emanuel von Hessen-Rheinfels-Rothenburg⁵⁶

Anteil an der Niedern Grafschaft Katzenellenbogen unter fremder Landeshoheit ⁵⁷	1	6 000	75 000 ⁵⁸
--	---	-------	----------------------

Landgraf Ludwig X. von Hessen-Darmstadt⁵⁹

Herrschaft Hanau-Lichtenberg linksrheinischer Teil ⁶⁰			
reichsunmittelbares Territorium ⁶¹	7 ½	16 500	174 000 ⁶²
unter französischer Hoheit ⁶³	24	53 000	489 000 ⁶⁴

⁵⁶ GRSH 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Hessen, A), 1) (vielmehr 3) Die Nebenlinie Hessen = Rheinfels, S. 142.

⁵⁷ Das geschlossene Gebiet der 3 Ämter Rheinfels, Reichenberg, Hohenstein unter hessen-kasseler, das im Zweibrücker Oberamt Castellaun gelegene Amt/Vogtei Pfalzfeld unter dessen Landeshoheit (*Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober = rheinische Kreis, Hessen, I., Die Quart, ..., S. 132-135, II., S. 142-148).

⁵⁸ *Gentner*, Beschreibung der zu Lueneville abgetretenen und ertheilten Laender, I. Theil, Von dem Landgrafen zu Hessen Rheinfels = Rothenburg, ..., S. 257-259 (259).

⁵⁹ GRSH 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Hessen, B), 1), S. 145.

⁶⁰ Neben ihrem größeren linksrheinischen Teil hatte die Herrschaft Hanau-Lichtenberg auch die beiden rechtsrheinischen Ämter Lichtenau und Wilstädt (*Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober = rheinische Kreis, Die Herrschaft Hanau-Lichtenberg, S. 267-270 (§. 4. u. §. 5., S. 269-270)).

⁶¹ Das nördlichere bei Pirmasens gehabte Amt Lemberg lag innerhalb des geschlossenen Reichsgebietes (*Grimme*, Die reichsunmittelbaren Herren in Lothringen, I., in: *JBfLG*, 12. Jahrg., S. 249).

⁶² *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. II., Darmstadt, im Westerich Lemberg, ..., S. 15.

⁶³ Von der Grafschaft Hanau-Lichtenberg ihr im unteren Elsass gelegener größerer Teil, wogegen ihr nördliches Amt Lemberg nicht unter französische Souveränität gelangt war und innerhalb des Reichsgebietes lag. Durch lettres patentes vom 11. Mai 1701 (1702), 12. Dez. 1707, 20. Sept. 1717 der Krone Frankreichs unterstellt.

*Promemoria Nahmens Seiner Hochfuerstlichen Durchlaucht des regierenden Herrn Landgrafens zu Hessen=Darmstadt, als Grafens zu Hanau=Lichtenberg, in Bezug auf die Schluesse der Franzoesischen Nationalversammlung zu Paris vom 4ten u. f. f. August 1789; Darmstadt: 1790, §. I.-§. XIX., S. 3-19 mit Beilagen, A.-D., p. 1-10 (Regensburger Correspondenz, XL. Band, 35. Stück); Die alten Territorien des Elsaß 1648, B., 35., S. 132-142; Die alten Territorien des Bezirkes Lothringen 1648, I. Theil, 1. Abschnitt, II., Die einzelnen Territorien, E., S. 173-181 (173); Hoff, Das Teutsche Reich, I. Theil, 1. Abtheilung, II., 3., I., S. 93-96; Teutsche Staatskanzley, XXIV. Theil, 2. Abschnitt, II., §. 24., S. 292-296; Büsching, Erdbeschreibung, III. Theil, Frankreich, 40. (vielmehr 39.), Unter=Elzas, II, 9, S. 929-932, VII. Theil, Der ober=rheinische Kreis, Die Herrschaft Hanau=Lichtenberg, S. 267-270 (zu ihren beiden auch rechtsrheinisch im Oberrheinischen Kreis gehabten Ämter Lichtenau und Wilstädt); Grimme, Die reichsunmittelbaren Herren in Lothringen, I., in: *JBfLG*, 12. Jahrg., S. 244, 249 und Kirchner, Das Reichsland Elsass-Lothringen 1648-1789 (Karte), Elsass, 1680 beansprucht Frankreich ganz Elsass ..., II., A., 31., B., 45., Lothringen, Die noch 1789 von deutschen Reichsständen ... beherrschten Gebiete, A., 5., ö. L. von Ferro 240 30'-260, n. B. 480 30'-490 30'.*

⁶⁴ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. VII., Hessen-Darmstadt, Landgraf. Grafschaft Hanau-Lichtenberg, S. 13.

Amt Kutzenhausen unter französischer Hoheit⁶⁵

Markgraf Karl Friedrich von Baden⁶⁶

Anteile an der Vorderen und Hinteren Grafschaft Sponheim ⁶⁷ und Amt Rhod ⁶⁸	8 ⁶⁹	25 500 ⁷⁰	162 000 ⁷¹
Herrschaft Rodemachern ⁷² und Amt Beinheim unter französischer Hoheit ⁷⁴	1 $\frac{2}{3}$ ⁷³ 0, 5 ⁷⁵	1 635 ⁷⁶	

GRSH 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Hessen, B), 5), a), S. 146: die linksrheinischen reichsunmittelbaren und unter französischer Souveränität gestandenen Gebiete 30 QM, 70 000 Einw.

⁶⁵ Gelegen im Unter-Elsass in der Unterstatthaltschaft Landau (*Büsching*, Erdbeschreibung, III. Theil, Frankreich, 40., Unter = Elsas, III., 8., S. 939).

⁶⁶ GRSH 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Baden, S. 117.

⁶⁷ Zur Hinteren Grafschaft Sponheim gehörten die Herrschaft Gräfenstein und die nördlich im kurkölnischen gelegene Vogtei Winingen (*Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober = rheinische Kreis, Die vordere Grafschaft Sponheim, S. 204-208 (II., S. 207-208), Die hintere Grafschaft Sponheim, S. 209-214 (II., S. 213-214, Anmerkung, 2), S. 214) und *Hölzle*, Der deutsche Südwesten am Ende des alten Reiches, Beiwort, Baden, Grafschaft Sponheim, S. 39-40, Karte (Anhang): Badischer Bezirk ..., Hintere Grafschaft Sponheim, Vordere Grafschaft Sponheim).

⁶⁸ Linksrheinisch dem vormaligen Baden-Durlachischen Teil – Untere Markgrafschaft Baden – der Markgrafschaft Baden reichsunmittelbar zugehörend (*Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der schwaebische Kreis, Von der Markgrafschaft Baden, B., A., VI., S. 511).

⁶⁹ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. II., Baden, Antheil an der Grafschaft Sponheim, Gräfenstein und Amt Roth etc, S. 15 und GRSH 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Baden, 1), a), S. 124.

Hoff, Das Teutsche Reich, I. Theil, 2. Abtheilung, 4., a., 8., 1. u. 2., S. 178: 7 $\frac{1}{2}$ QM.

⁷⁰ GRSH 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Baden, 1), a), S. 124.

Traiteur, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. II., Baden. Antheil an der Grafschaft Sponheim, Gräfenstein und Amt Roth etc, S. 15: 25 930 Menschen; *Hoff*, Das Teutsche Reich, I. Theil, 2. Abtheilung, 4., a., 8., 1. u. 2., S. 178: 20 000 Einw.

⁷¹ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. II., Baden, Antheil an der Grafschaft Sponheim, Gräfenstein und Amt Roth etc, S. 15 und GRSH 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Baden, 1), a), S. 124.

⁷² Im Luxemburgischen gelegen. Lehnseid zugunsten der französischen Könige wiederholt geleistet, wobei die dem Markgrafen von Baden verbliebenen Rechte vom französischen Hof respektiert wurden.

*PROMEMORIA Welches die Rechte des Herrn Margrafen zu Baden und Hochberg, in Ihren Reichslanden am linken Ufer des Rheins und im Luxemburgischen, und die Eingriffe darlegt, welche die Decrete der franzoesischen Nationalversammlung seit dem Jahr 1789. in diese Rechte haben; Carlsruhe im Jahr 1791, §. 2.-§. 4., S. 1-2, §. 12.,-§. 22., (§. 22.), S. 4-7 (7) (Regensburger Correspondenz, XLII. Band, 46. Stück); Die alten Territorien des Bezirkes Lothringen, I. Theil, 1. Abschnitt, I., Die einzelnen Territorien, C., I., S. 54-65; Grimme, Die reichsunmittelbaren Herren in Lothringen, I., in: *JBfLG*, 12. Jahrg., S. 249-250 und *Hölzle*, Der deutsche Südwesten am Ende des alten Reiches, Beiwort, Herrschaftsgebiete im deutschen Südwesten, Baden, Herrschaften Rodemachern ..., S. 40, Karte (im Anhang): Badischer Besitz ..., Besitz unter französischer Landeshoheit (Herrschaft Rodemachern).*

⁷³ Ca 90 km² (*Hölzle*, Der deutsche Südwesten am Ende des alten Reiches, Beiwort, Herrschaftsgebiete im deutschen Südwesten, Baden, Herrschaften Rodemachern ..., S. 40, Karte (im Anhang): Badischer Besitz ..., Besitz unter französischer Landeshoheit (Herrschaft Rodemachern): kartographische Eintragungen) = 1 $\frac{2}{3}$ QM.

Herrschaft Hespringen unter luxemburgisch-
österreichischer Landeshoheit⁷⁷

landeshoheitliche Rechte über die linksrheinischen
unter französischer Hoheit gehaltenen Besitzungen
der Abtei Schwarzach⁷⁸

0, 92	3 809 ⁷⁹	
5 ½	12 500	78 000 ⁸⁰

Fürst Wilhelm V. von Nassau-Dietz, vormaliger

Erbstatthalter der vereinigten Provinzen⁸¹

12 ¼	34 000	200 000 ⁸²
------	--------	-----------------------

Grafschaft Vianden, Land Sichen, Stadt Diest
in Brabant,
Städte Ronse, Warneton in Flandern
unter österreichischer Landeshoheit⁸³

⁷⁴ Im Unter-Elsass unter französischer Souveränität – Unterstatthalterschaft Landau – gelegen.

Büsching, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der schwabische Kreis, Von der Markgrafschaft Baden, A., I., 7., S. 501, III. Theil, Frankreich, 40. (vielmehr 39.), Unter = Elsas, III., 5, S. 938; *Hoff*, Das Teutsche Reich, I. Theil, 1. Abtheilung, II., 3., m., S. 96; *PROMEMORIA Welches die Rechte des Herrn Margrafen zu Baden und Hochberg, in Ihren Reichslanden am linken Ufer des Rheins und im Luxemburgischen, und die Eingriffe darlegt, welche die Decrete der franzoesischen Nationalversammlung seit dem Jahr 1789. in diese Rechte haben; Carlsruhe im Jahr 1791*, §. 1.-§. 11., S- 1-4 (*Regensburger Correspondenz*, XLII. Band, 46. Stück); *Die alten Territorien des Elsaß*, B., 38., S. 150-151; *Kirchner*, Das Reichsland Elsass-Lothringen 1648-1789 (Karte), Elsass, 1680 beansprucht Frankreich ganz Elsass ..., II., A., 34., ö. L. von Ferro 250 30'-260, n. B. 480 30'-490; *ders.*, Elsass im Jahre 1789 (Karte), 37, ö. L. von Paris 50 30'-60, n. B. 480 30'-490.

⁷⁵ Ca. 30 km² (*Kirchner*, Elsass im Jahre 1789 (Karte), 37, ö. L. von Paris 50 30'-60, n. B. 480 30'-490: kartographische Eintragungen) = ½ QM.

⁷⁶ *Höck*, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, (IV., 9.) Statistische Übersicht der Markgräflich Badischen Länder, Amt Beinheim, im Jahr 1786.

⁷⁷ *Hölzle*, Der deutsche Südwesten am Ende des alten Reiches, Beiwort, Baden, Herrschaften ... Hespringen, S. 40, Karte (Anhang). Badischer Besitz ..., Besitz unter französischer Landeshoheit, Herrschaften ... Hespringen.

⁷⁸ Die linksrheinischen Besitzungen waren unter die Hoheit Frankreichs gelangt, über welche die Markgrafen von Baden weiterhin landeshoheitliche Rechte behielten (*Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der schwabische Kreis, Von der Markgrafschaft Baden, A., I., 6., 2), 501 und *Hoff*, Das Teutsche Reich, I. Theil, 1. Abtheilung, II., 3., m., S. 96).

⁷⁹ *Heunisch*, Tabellarische Uebersicht der Erwerbungen u. Abtretungen Badens von 1746 bis auf die neueste Zeit, Ansicht der Erwerbungen und Abtretungen vom Jahr 1746. bis auf die jezige Zeit, Dritte Epoche. Reichs Deputations Recess 1803, A., 8.

⁸⁰ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. VII., Baden, Markgraf. Amt Beinheim. ... Die Landeshoheit über die Güter der Abtei Schwarzach. Abschnitte durch Veränderung des Rheinlaufs, im Luxemburgischen die Herrschaft Rodemachern, ... Hespringen, S. 23 und *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Baden, 1), b), S. 124.

⁸¹ *GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Nassau, II., Nassau=Oranien mit Dietz, S. 195 und Hauptteil, S. 103

⁸² *Gentner*, Beschreibung der zu Lueneville abgetretenen und erteilten Laender, I. Theil, Von dem Fuersten von Nassau = Oranien ..., S. 266-269 (269).

Herrlichkeit und Amt Monfort in den Generalstaaten
der Vereinigten Niederlande unter dortiger Hoheit⁸⁴

Herzog Ludwig Engelbert von Arenberg ⁸⁵	7	15 500	108 000 ⁸⁶
Fürstentum Arenberg ⁸⁷	1, 6 ⁸⁸	3 000 ⁸⁹	60 000 ⁹⁰
Herrschaft Saffenburg ⁹¹	0, 29 ⁹²	1 500 ⁹³	10 500 ⁹⁴

⁸³ *Büsching*, Erdbeschreibung, V. Theil, Das oestreichische Antheil an dem Herzogtum Brabant, §. 10., IV., 4., S. 719-720 (Vianden), I., (14), S. 682 (Sichen), I., 3., (13), 4), S. 681 (Diest), Das oestreichische Antheil an der Grafschaft Flandern, §. 11., I., 3., 6), S. 737 (Ronse), III., 4., S. 746 (Warneton).

⁸⁴ *Büsching*, Erdbeschreibung, X. Theil, Die vereinigten Niederlande, III., 3, 3, S. 224-225.

⁸⁵ *GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Aremberg, S. 111.

⁸⁶ *Gentner*, Beschreibung der zu Lueneville abgetretenen und erteilten Laender, I. Theil, I. Tabelle (am Ende), Nro: 13.

⁸⁷ Die Herrschaft Arenberg im Jahr 1549 zur Reichsgrafschaft erhoben, war bei dem Erwerb des Standes als Reichsfürst der Grafen von Arenberg im Jahr 1576 durch Kaiser Maximilian II. zu einer fürstlichen Grafschaft und anlässlich der Erhebung des gefürsteten Grafen Philipp Franz zu des Reichs Herzog im Jahr 1644 zum Herzogtum Arenberg erhoben worden (Hauptteil, S. 484 und *Büsching*, Erdbeschreibung, VI. Theil, Der chur=rheinische Kreis, Das Fuerstenthum Aremberg, S. 681-682 (§. 2. u. §. 3., S. 681-682)).

⁸⁸ *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, II., Herzogthum Aremberg, S. 223: 8 791 ha = 1, 6 QM.

Gaspari, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 20., S. 89-90 (89): 1 ½ QM; *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. II., Aremberg, Fürst. Herzogthum, S. 16: 1 ¾ QM.

⁸⁹ *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 20., S. 89-90 (89) und *Deutschlands Gewinn und Verlust bei der Rastatter Friedens-Basis*, II., 4., 5., S. 20.

Herzoglich Arenbergische Reklamation v. 2. Sept. 1802, Tabellarische Uibersicht, des Werths der saemmtlichen Herzoglich=Arenbergischen – im Kurrheinischen und Westphaelischen Kreise auf dem linken Rheinufer gelegenen – durch die franzoesische Revolution und den dadurch erfolgten Krieg entzogenen Laender und Besitzungen (auf der Regensburger Reichsdeputation 1802/03 vorbracht): 2 918 Seelen (*Protokoll Regensburg*, Beilagen, I. Band, 33. Beilage, Zur Beilage 33. ad pag. 169., nach S. 168) und *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1660 bis 1794, II., Herzogthum Arenberg, S. 223, II., 6., S. 225-226, Erläuterungen, S. 225-226, Anhang, E., A., 14., a), S. 643: im Jahre 1782 2 296 Einw.

⁹⁰ *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 20., S. 89-90 (90) und *Hoff*, Das Teutsche Reich, I. Theil, 2. Abtheilung, 4., a., 9., S. 179.

Traiteur, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. II., Aremberg, Fürst. Herzogthum, S. 16: 53 000 Gulden Einkünfte; *Herzoglich Arenbergische Reklamation v. 2. Sept. 1802, Tabellarischen Uibersicht, des Werths der saemmtlichen Herzoglich = Arenbergischen – im Kurrheinischen und Westfaelischen Kreise auf dem linken Rheinufer – durch die franzoesische Revolution und den dadurch erfolgten Krieg entzogenen Laender und Besitzungen* (auf der Regensburger Reichsdeputation 1802/03 vorbracht): jährlicher Ertrag 30 072 Rheinische Gulden (= 30 072 Reichsgulden), 13 ½ Kreuzer (*Protokoll Regensburg*, Beilagen, I. Band, 33. Beilage, Zur Beilage 33. ad pag. 169., nach S. 168).

⁹¹ Die Herrschaft Saffenburg war nach dem Tod von Graf Ludwig Engelbert von der Mark im Jahr 1773 durch seine Tochter Luise Margarete an deren Ehemann Herzog Karl Leopold von Arenberg gelangt (*Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die

Grafschaft Schleiden unter luxemburgisch-
österreichischer Landeshoheit⁹⁵

2, 21

3 600

25 500⁹⁶

Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, V., c), S. 503-504: Ziff. 4) (S. 504).

Obwohl die Herrschaft Saffenburg im Gebiet des Erzstiftes Köln lag, ein kurkölnisches Lehen war und dieses sie auch zu seinen Landständen rechnete (*Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 20., S. 89-91 (90); *Büsching*, Erdbeschreibung, VI. Theil, Der chur = rheinische Kreis, Das Erzstift Coeln, §. 4., S. 592-595 (593) und *Neu*, Differenzen um die Herrschaft Saffenburg, in: *JfGKM*, 18./19. Jahrg., Teil I: Aufsätze, S. 116-119), wurde sie dennoch als reichsunmittelbar angesehen.

Büsching, Erdbeschreibung, IX. Theil, Unterschiedene unmittelbare Reichslaender, die zu keinem der obigen Kreise gehoeren, Die Herrschaft Saffenberg, S. 621; *Norrmann*, Handbuch der Laender= Voelker = und Staatenkunde, I. Band, 5. Abtheilung, Anhang. Unmittelbare Reichslande (S. 3126-3130), Die Herrschaft Saffenberg, (S. 3128); *Herzoglich Arenbergische Reklamation v. 2. Sept. 1802, Tabellarischen Uibersicht, des Werths der saemmtlichen Herzoglich = Arenbergischen – im Kurrheinischen und Westfaelischen Kreise auf dem linken Rheinufer – durch die franzoesische Revolution und den dadurch erfolgten Krieg entzogenen Laender und Besitzungen* (auf der Regensburger Reichsdeputation 1802/03 vorbracht): Mitaufführung von Saffenburg zu den dem Herzog von Arenberg gehörenden unmittelbaren Reichslanden und ergänzender Teil des Fürstentums Arenberg, in: *Protokoll Regensburg*, Beilagen, I. Band, 33. Beylage, S. 164-169 (165-167); *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, V., c), S. 501-504 und *Neu*, Differenzen um die Herrschaft Saffenburg, in: *ebd.*, S. 116-127 (117-118, 124-126, 118-119): auf herzoglich-arenbergischer Seite hatte man sich vor der Besetzung von Saffenburg durch die französischen Revolutionsheere immer auf ihre Reichsunmittelbarkeit berufen, nachher auf ihre Landsässigkeit, um das erfolgte französische Sequester aufzuheben.

⁹² *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, V., c), 4), S. 502, Erläuterungen, c), S. 503-504: Ziff. 4), Anhang. Tabellen über die Standschaftsverhältnisse und die Statistik der rheinischen Territorien, E., 14., b), S. 643: 1 609 ha = 0, 29 QM.

Gentner, Beschreibung der zu Lueneville abgetretenen und ertheilten Laender, I. Theil, Von dem Grafen von der Mark. Saffenberg, Saffenburg, ..., S. 305-306 und *Deutschlands Gewinn und Verlust bei der Rastadter Friedens-Basis*, II., 6., 11., S. 30: ½ QM.

⁹³ *Herzoglich Arenbergischen Reklamation v. 2. Sept. 1802, Tabellarischen Uibersicht, des Werths der saemmtlichen Herzoglich = Arenbergischen – im Kurrheinischen und Westfaelischen Kreise auf dem linken Rheinufer – durch die franzoesische Revolution und den dadurch erfolgten Krieg entzogenen Laender und Besitzungen* (auf der Regensburger Reichsdeputation 1802/03 vorgebracht): 1 574 Seelen (*Protokoll Regensburg*, Beilagen, I. Band, 33. Beylage, S. 164-169 (ad pag. 169., nach S. 168)).

Gentner, Beschreibung der zu Lueneville abgetretenen und ertheilten Laender, I. Theil, Von dem Grafen von der Mark. Saffenberg, Saffenburg, ..., S. 305-306 (306): 1 400 Einw.; *Deutschlands Gewinn und Verlust bei der Rastadter Friedens-Basis*, II., 6., 11., S. 30: 1 000 Einw.

⁹⁴ *Gentner*, Beschreibung der zu Lueneville abgetretenen und ertheilten Laender, I. Theil, Von dem Grafen von der Mark. Saffenberg, Saffenburg, ..., S. 305-306 (306).

Herzoglich Arenbergische Reklamation v. 2. Sept. 1802, Tabellarischen Uibersicht, des Werths der saemmtlichen Herzoglich = Arenbergischen – im Kurrheinischen und Westfaelischen Kreise auf dem linken Rheinufer – durch die franzoesische Revolution und den dadurch erfolgten Krieg entzogenen Laender und Besitzungen (auf der Regensburger Reichsdeputation 1802/03 vorbracht): Summe des jährlichen Ertrages 7 490 rheinische Gulden, 36 ½ Kreuzer (*Protokoll Regensburg*, Beilagen, I. Band, 33. Beylage, S. 164-169 (ad pag. 169., nach S. 168)).

⁹⁵ Das während des 17. und 18. Jahrhundert zu wiederholten Male die Landeshoheit über die Grafschaft ausübende Herzogtum Luxemburg, wogegen ihre Grafen von der Mark vergeblich den Schutz des Reiches erbat, und welche Grafschaft Schleiden nach dem Tod von Graf Ludwig Engelbert von der Mark im Jahr 1773 durch seine Tochter an deren Ehemann den Herzog Karl Leopold von Arenberg gelangte.

Herzogtum Arschot unter
brabantisch-österreichischer Landeshoheit⁹⁷

**Graf Ludwig Wilhelm
von Bentheim-Steinfurt⁹⁸**

Herrschaft Alpen ⁹⁹	0,5	800	10 000¹⁰⁰
--------------------------------	------------	------------	-----------------------------

**Fürst Anton Aloysius von
Hohenzollern-Sigmaringen¹⁰¹**

Grafschaft s' Heerenberg, gelegen in den Generalstaaten der Vereinigten Niederlande ¹⁰³ Herrschaft Dixmuyden unter französischer Hoheit ¹⁰⁴	4	12 000	66 000¹⁰²
---	----------	---------------	-----------------------------

Büsching, Erdbeschreibung, VI. Theil, Der westphaelische Kreis, Die Grafschaft Schleiden, S. 493-494 (494); *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 4. Cap., §. 158., S. 879-881 und *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, II., 6., S. 225-226 (226).

⁹⁶ Dem Herzog von Arenberg zugehörnde beiden Grafschaft Schleiden und Herrschaft Saffenburg: *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 20., S. 89-90 (90): 2 ½ - 3 QM, 5 000 Einw., 36 000 Gulden Einkünfte und *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Aremberg, b), S. 123: 2 ½ QM, 5 000 Einw. unter Berücksichtigung der 0, 29 QM großen, 1 400 Einw. und 10 500 Gulden Einkünfte habenden Herrschaft Saffenburg (oben, S. 9-10).

⁹⁷ *Büsching*, Erdbeschreibung, V. Theil, Der burgundische Kreis, Antheil an dem Herzogthum Brabant, §. 10., I., 3. (vielmehr 2.), (15), S. 682.

⁹⁸ *GRSH* 1801, I. Theil, 4. Abschnitt, 1. Abtheilung, Bentheim, b), Aelterer Ast, S. 293.

⁹⁹ *Büsching*, Erdbeschreibung, VI. Theil, Der chur=rheinische Kreis, Das Erzstift Coeln, §. 15., A., II., b), (3), S. 621.

¹⁰⁰ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Bentheim, c), 2), S. 126.

¹⁰¹ *GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Hohenzollern, B), S. 158.

¹⁰² *Gentner*, Beschreibung der zu Lueneville abgetretenen und ertheilten Laender, I. Theil, Von dem Fuersten zu Hohenzollern = Siegmaringen ..., S. 256 (vielmehr S. 260)-261.

GRSH 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Hohenzollern, b), S. 153: 3 QM, 9 000 Einw., 30 000 Gulden Einkünfte.

¹⁰³ Gelegen in Geldern (*Büsching*, Erdbeschreibung, X. Theil, Die vereinigten Niederlande, §. 20., I., II, 3, 5), S. 66.

¹⁰⁴ In Flandern unter französischer Hoheit gelegene (*Büsching*, Erdbeschreibung, V. Theil, Der burgundische Kreis, Das freye Land, S. 748-749, I., 16., S. 751 und *Gentner*, Beschreibung der zu Lueneville abgetretenen und ertheilten Laender, I. Theil, Von dem Fuersten zu Hohenzollern = Siegmaringen ..., S. 256 (vielmehr S. 260)-261).

Fürst Constantin Alexander zu Salm-Salm¹⁰⁵

	10	28 000	116 000¹⁰⁶
Fürstentum Salm ¹⁰⁷	7 ¹⁰⁸	12 000 ¹⁰⁹	90 500 ¹¹⁰
Anteile an reichsunmittelbaren Gebiete ¹¹¹			
in den Generalstaaten der Vereinigten Niederlande und in den Österreichischen Niederlande gehabten Besitze ¹¹²			
Güter und Geldrenten im französischen Lothringen und Champagne ¹¹³			
			10 000 ¹¹⁴

Fürst Friedrich IV. von Salm-Kyrburg¹¹⁵

	4 ½	12 400	96 000¹¹⁶
Wildgrafschaft Kyrburg	2, 30 ¹¹⁷		

¹⁰⁵ *GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Salm, 1), a), S. 225.

¹⁰⁶ *Gentner*, Beschreibung der zu Lueneville abgetretenen und ertheilten Laender, I. Theil, Von dem Fuersten von Salm=Salm ..., S. 277-280.

¹⁰⁷ Die zwischen dem Elsass und Lothringen gelegene reichsständische gefürstete Grafschaft Salm (Hauptteil, S. 486).

¹⁰⁸ *GRSH* 1802, II. Theil, 1. Abschnitt, 3. Kap., Salm, a), 1), S. 209; *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 18., S. 85 und *Seillière*, Documents principauté de Salm, Chapitre 6, 5. Partie, Einlage 54: Carte de la Principauté de Salm. 1783. (zwischen p. 210 u. 211) mit Text, p. 210-212.

¹⁰⁹ *GRSH* 1802, II. Theil, 1. Abschnitt, 3. Kap., Salm, a), 1), S. 209 und *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 18., S. 85.

Deutschlands Gewinn und Verlust bei der Rastadter Friedens-Basis, II., 5., 11., S. 23: über 12 000 Einw.

¹¹⁰ *Summarische Darstellung des von dem Fuerstlichen Hause Salm = Salm waehrend dem nun geendigten Reichskrieg erlittenen Verlusts, und seiner Reichsfriedensschlußmaeßig erwartenden Entschaedigung und Restitution* (auf der Regensburger Reichsdeputation 1802/03 vorgebracht), I., I): 90 500 Gulden rheinischer Währung (*Protokoll Regensburg*, Beilagen, IV. Band, 350. Beylage, Nro. I.), S. 299-303 (299)).

GRSH 1802, II. Theil, 1. Abschnitt, 3. Kap., Salm, a), 1), S. 209 und *Brunn*, Deutschland, in geographischer, statistischer und politischer Hinsicht II. Theil, Erster Anhang, welcher die durch die Abtretung des linken Rheinufer an Frankreich entstandenen Veraenderungen, ... enthaelt, XVI., A., 1., S. 527: 90 000 Gulden.

¹¹¹ *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober=rheinische Kreis, Von den Wild= und Rhein= Grafen ueberhaupt, Die fuerstlich=salmische Linie, I., S. 302, III., S. 304-305, Die 1750 ausgegangene dhaunische Linie, S. 308-311.

¹¹² *Gentner*, Beschreibung der zu Lueneville abgetretenen und ertheilten Laender, I. Theil, Von dem Fuersten von Salm=Salm ..., In dem Herzogtum Brabant, S. 279-280.

¹¹³ *Gentner*, Beschreibung der zu Lueneville abgetretenen und ertheilten Laender, I. Theil, Von dem Fuersten von Salm=Salm ..., S. 279.

¹¹⁴ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. VIII., Salm-Salm, S. 24.

¹¹⁵ *GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Salm, 1), b), S. 227.

¹¹⁶ *Gentner*, Beschreibung der zu Lueneville abgetretenen und ertheilten Laender, I. Theil, Von dem Fuersten von Salm=Kyrburg ..., S. 275-277.

Anteile an reichsunmittelbaren Gebiete¹¹⁸

Wild- und Rheingraf

August Carl zu Grumbach¹¹⁹

6 **17 000**¹²⁰ **90 000**¹²¹

Reichsherrschaft Grumbach 1, 68¹²²

Anteile an reichsunmittelbaren Gebiete¹²³

nach dem Aussterben der rheingrafensteinischen
Linie am 1. Juni 1793 angefallene Erbschaft¹²⁴

4 11 000¹²⁵ 80 000¹²⁶

Rheingrafschaft zum Stein 0, 8¹²⁷

Wildgrafschaft Dhaun 0, 8¹²⁸

Anteile an reichsunmittelbaren Gebiete¹²⁹

¹¹⁷ *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, IV., 9., Wild- und Rheingrafschaft, 4., S. 472-473, Erläuterungen, 4., S. 476-477: 12 654 ha = 2, 30 QM.

¹¹⁸ *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober=rheinische Kreis, Von den Wild= und Rhein= Grafen ueberhaupt, Die fuerstlich=salmische Linie, II., S. 302-304, III., S. 304-305, Die 1750 ausgegangene dhaunische Linie, S. 308-311.

¹¹⁹ *GRSH* 1801, I. Theil, 4. Abschnitt, 1. Abtheilung, Wild= und Rheingrafen zu Salm, der Grumbachischen Hauptlinie, 1), A), S. 440.

¹²⁰ *Wallner*, Die kreissässigen Reichsterritorien am Vorabend des Luneviller Friedens, Oberrheinischer Kreis, 22), S. 15, Anhang, II., D., c), 17), S. 38.

¹²¹ *Gentner*, Beschreibung der zu Lueneville abgetretenen und ertheilten Laender, I. Theil, Von dem Wild= und Rhein=Grafen zu Grumbach, S. 318-320 (320).

¹²² *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, IV., 9., Wild- und Rheingrafschaft, 3., S. 471-472, Erläuterungen, 3., S. 475-476: 9 342 ha = 1, 68 QM.

¹²³ *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober=rheinische Kreis, Von den Wild= und Rhein= Grafen ueberhaupt, Die rhein=graefl. Grumbachische Linie, S. 305-307, Die 1750 ausgegangene dhaunische Linie, S. 308-311.

¹²⁴ Hauptteil, S. 533-534 (534).

¹²⁵ *Wallner*, Die kreissässigen Reichsterritorien am Vorabend des Luneviller Friedens, Oberrheinischer Kreis, 33), S. 16, Anhang, II., D., c), 18), S. 38.

¹²⁶ *Gentner*, Beschreibung der zu Lueneville abgetretenen und ertheilten Laender, I. Theil, Von dem Wild= und Rhein=Grafen zum Stein, oder Rheingrafenstein, S. 320-322 (322): bei 5 ¼ QM und 13 200 Einw.

¹²⁷ *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, IV., 9., Wild- und Rheingrafschaft, 6., S. 474, Erläuterungen, 6., S. 479: 4 422 ha = 0, 8 QM.

¹²⁸ *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, IV., 9., Wild- und Rheingrafschaft, 1., S. 471, Erläuterungen, 6., S. 475: 4 415 ha = 0, 8 QM.

Fürst Carl Wilhelm von Nassau-Usingen¹³⁰

im Jahre 1797 angefallene nassau-saarbrückische Erbschaft¹³¹

Grafschaft Saarbrücken ¹³²	7 ¼	14 457 ¹³³	228 300 ¹³⁴
Herrschaft Ottweiler ¹³⁵	5 ¼	9 591 ¹³⁶	84 000 ¹³⁷
⅔ Anteil von Grafschaft Saarwerden und an Vogtei Herbitzheim ¹³⁸	4	8 920	88 666 ¹³⁹

¹²⁹ *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober=rheinische Kreis, Von den Wild= und Rhein= Grafen ueberhaupt, Die rhein=graefliche Linie zu Stein, S. 307-308, Die 1750 ausgegangene dhaunische Linie, S. 308-311.

¹³⁰ *GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Nassau, I., Nassau=Usingen, S. 191.

¹³¹ Nach dem Tod des kinderlosen Fürsten Heinrich Ludwig Karl Albrecht von Nassau-Saarbrücken am 27. April 1797 gingen seine Länder auf seinen Vetter Fürst Karl Wilhelm von Nassau-Usingen über.

Schliephake-Menzel, Geschichte von Nassau, VII. Band, 21. Cap., S. 549-551 (551) und *GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Nassau, I., S. 190-191, Nassau = Usingen, S. 191-192 (191): Grafschaft Saarbrücken, den ⅔ Anteilen an Grafschaft Saarwerden und Vogtei Herbitzheim, Herrschaft Ottweiler, dem ⅓ Anteil an Gemeinschaft Wölstein, Amt Jugendheim (*Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober=rheinische Kreis, Die fuerstlich=nassauischen Lande ..., Die nassau=saarbrueck=saarbrueeckischen Lande, I.-VII., S. 233-239).

¹³² *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober = rheinische Kreis, Die fuerstlich = nassauischen Lande ..., Die nassau = saarbrueck = saarbrueeckischen Lande, I. S. 233-235, II. Anmerk., S. 236- 237, V., S. 238.

¹³³ *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1789, IV., 4., Grafschaft Nassau-Saarbrücken, 1. u. 2., S. 417-419, Erläuterungen, S. 421-425, Anhang, E., A., 12., S. 643: 39 943 ha = 7, 25 QM, 14 457 Einw. im Jahr 1799.

¹³⁴ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. II., Nassau-Saarbrücken, Grafschaft ..., S. 15.

GRSH 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Nassau, a), 2), S. 167: gleichfalls 8 QM, mit 17 000 Einw., 228 000 Gulden Einkünfte.

¹³⁵ *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober = rheinische Kreis, Die fuerstlich = nassauischen Lande ..., Die nassau = saarbrueck = saarbrueeckischen Lande, II., S. 236-237.

¹³⁶ *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1660 bis 1789, IV., 4., Grafschaft Nassau-Saarbrücken, 3., S. 419-420, Erläuterungen, S. 425-428, Anhang, E., A., 12., S. 643: 28 900 ha = 5, 25 QM, 9 591 Einw. im Jahr 1790.

¹³⁷ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. II., Nassau-Saarbrücken, Ottweiler, S. 15 und *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Nassau, 2), d), S. 167.

¹³⁸ Die ⅔ Anteile der zwischen dem Elsass und Lothringen gelegenen Grafschaft Saarwerden und der Erbkastenvogtei Herbitzheim, wobei die in den Jahren 1766 u. 1770 für einige der Örtlichkeiten vorgenommenen Abtretungen von einzelnen Hoheitsrechten an König Ludwig XV. von Frankreich ihren allgemeinen Status als reichsunmittelbar nicht hinderten.

Büsching, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober = rheinische Kreis, Die fuerstlich = nassauischen Lande ..., Die nassau = saarbrueck = saarbrueeckischen Lande, III. u. IV., S. 237-238; *Hoff*, Das Teutsche Reich, I. Theil, 1. Abtheilung, II., 3., o., (2), S. 97-98 (97); *Die alten Territorien des Bezirkes Lothringen*, F., III., S. 197-214 (211-214), II., a., S. 187-193 (192-193); *Fischer*, Histoire de l'ancien comté de Saarwerden et de la prévôté der Herbitzheim, in: *Revue d'Alsace*, Tome VI, p. 103-124, 177-206, 331-368, 475-503, Tome VII, p. 101-126, 245-264, 378-400 (Chap. V, p. 378-400); *Grimme*, Die reichsunmittelbaren Herren in Lothringen, I., in: *JBfLG*, 12.

1/3 Anteil an Gemeinschaft Wöllstein ¹⁴⁰ und Amt Jugenheim ¹⁴¹	0,75	1 250	7 000 ¹⁴²
Fürst Friedrich Wilhelm von Nassau-Weilburg¹⁴³	6 3/4	15 199	179 233¹⁴⁴
Herrschaft Kirchheim ¹⁴⁵	4 1/2	9 339	123 300 ¹⁴⁶
1/3 Anteil von Grafschaft Saarwerden und an Vogtei Herbitzheim ¹⁴⁷	2	4 460	44 333 ¹⁴⁸

Jahrg., S. 244, 247-248; *Ehrmann*, Historisches Statistisch=Topographisches Lexikon von Frankreich, III. Band, Herbitzheim, Vogtei ..., Sp. 63-64 und *Kirchner*, Das Reichsland Elsaß-Lothringen 1648-1789 (Karte), Elsass, 1680 beansprucht Frankreich ganz Elsass, ..., II., B., 42., ö. L. von Ferro 240 30'-250, n. B. 480 30'; *ders.*, Das Reichsland Lothringen 1. Febr. 1766 (Karte), III., B. 16.).

¹³⁹ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. II., Nassau-Saarbrücken, Saarwerden und Vogtei Herbisheim 2 Drittel, S. 15.

GRSH 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Nassau, a), b) u. c), S. 167: gleichfalls 4 QM, mit 7 900 Einw., 88 000 Gulden Einkünfte.

¹⁴⁰ *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober = rheinische Kreis, Die fuerstlich = nassauischen Lande ..., Die nassau = saarbrueck = saarbrueeckischen Lande, VI., S. 238 und *Gentner*, Beschreibung der zu Lueneville abgetretenen und ertheilten Laender, I. Theil, Von dem Fuersten von Nassau = Saarbrueck, ..., Die Grafschaft Saarwerden, Woellstein, ..., S. 27.

¹⁴¹ *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, der ober = rheinische Kreis, Die fuerstlich = nassauischen Lande ..., Die nassau = saarbrueck = saarbrueeckischen Lande, VII., S. 239.

¹⁴² *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. II., Nassau-Saarbrücken, Jugendheim und Wöllstein, S. 15.

GRSH 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Nassau, a), 2), e), S. 167: 1 QM, 1 260 Einw., gleichfalls 7 000 Gulden Einkünfte.

¹⁴³ *GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Nassau, I., Nassau=Weilburg, S. 193.

¹⁴⁴ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. II., Nassau-Weilburg, S. 16.

¹⁴⁵ *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober = rheinische Kreis, Die fuerstlich = nassauischen Lande ..., Die nassau = weilburgischen Lande, §. 2., II., 1., S. 223-225.

¹⁴⁶ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. II., Nassau-Weilburg, Kirchheim, S. 16.

GRSH 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Nassau, b), f), S. 168: 4 QM, 9 500 Einw., 123 000 Gulden Einkünfte.

¹⁴⁷ Den 1/3 Anteil von der Grafschaft Saarwerden und von der Erkastenvogtei Herbitzheim.

Die alten Territorien des Bezirkes Lothringen 1648, I. Theil, 1. Abschnitt, II., Die einzelnen Territorien, F., III., S. 197-214 (211-214); II., a., S. 187-193 (192-193); *Fischer*, Histoire de l'ancien comté de Saarwerden et de la prévôté de Herbitzheim, in: *Revue d'Alsace*, Tome VI, p. 103-124, 177-206, 331-368, 475-503, Tome VII, p. 101-126, 245-264, 378-400 (Chap. V, p. 378-400); *Grimme*, Die reichsunmittelbaren Herren in Lothringen, I., in: *JBfLG*, 12. Jahrg., S. 244, 247-248; *Hoff*, Das Teutsche Reich, I. Theil, 1. Abtheilung, II., 3., n., S. 96-97; *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober = rheinische Kreis, Die fuerstlich = nassauischen Lande ..., Die nassau = weilburgischen Lande, §. 2., II., 2., S. 225, Die nassau = saarbrück = saarbrückischen Lande, III. und IV., S. 237-238 und *Kirchner*, Das Reichsland Elsass-Lothringen 1648-1789 (Karte), Elsass, 1680 beansprucht Frankreich ganz Elsass ..., II., B., 42. ö. L. von Ferro 240 30'-250, n. B. 480 30'-490 30'; *ders.*, Das Reichsland Lothringen 1. Febr. 1766 (Karte), III., B., 16., ö. L. von Paris 40 30'-50, n. B. 480 30'-490 30'.

Amt Alsenz ¹⁴⁹	0, 25	1 400	11 600 ¹⁵⁰
---------------------------	-------	-------	-----------------------

**Graf Franz Wilhelm von
Öttingen-Katzenstein-Baldern¹⁵¹**

Herrschaft Dachstuhl ¹⁵²	1 ½	3 800	15 000 ¹⁵³
-------------------------------------	-----	-------	-----------------------

**Graf Franz Xaver von Solms-Rödelheim-
Assenheim¹⁵⁴ mit den Erben der
Grafen von Leiningen-Heidesheim**

Reichsherrschaft Scharfenstein ¹⁵⁵	0, 5	1 500	8 000 ¹⁵⁶
---	------	-------	----------------------

**Fürst Carl Friedrich Wilhelm von
Leiningen-Dachsburg-Hardenburg¹⁵⁷**

größerer Teil der Grafschaft Leiningen ¹⁵⁸	6	12 000	168 000 ¹⁵⁹
---	---	--------	------------------------

Grafschaft Dachsburg unter französischer Hoheit ¹⁶⁰	3	6 500	45 000 ¹⁶¹
--	---	-------	-----------------------

¹⁴⁸ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. II., Nassau-Weilburg, Ein Drittel Antheil Saarwerden und Vogtei Herbisheim, S. 16.

¹⁴⁹ *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober = rheinische Kreis, Die fuerstlich = nassauischen Lande ..., Die nassau = weilburgischen Lande, §. 2., II., 3., S. 226.

¹⁵⁰ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. II., Nassau-Weilburg, Alsenz, S. 16.

GRSH 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Nassau, b), g), S. 168: ¾ QM, 1 400 Einw., 11 000 Gulden Einkünfte.

¹⁵¹ *GRSH* 1801, I. Theil, 4. Abschnitt, 1. Abtheilung, Oettingen, S. 349-350.

¹⁵² *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober=rheinische Kreis, Die Herrschaft Dachstuhl, S. 339-340.

¹⁵³ *Patriotische Wuensche fuer Teutschland bei dem bevorstehenden Defintiv=Reichs=Frieden*, Verlusts=Tabelle (am Ende), Oettingen.

¹⁵⁴ *GRSH* 1801, I. Theil, 4. Abschnitt, 1. Abtheilung, Solms, Die Laubachische Hauptbranche, A), S. 391.

¹⁵⁵ *Gentner*, Beschreibung der zu Lueneville abgetretenen und ertheilten Laender, I. Theil, Von dem Fuersten von Solms=Assenheim ..., S. 280.

¹⁵⁶ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. III., Solms-Assenheim, S. 18.

¹⁵⁷ *GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Leiningen, Leiningen (Dachsburg) Hardenburg, S. 172.

¹⁵⁸ *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober = rheinische Kreis, Von der Grafschaft und dem Hause Leiningen ueberhaupt, S. 311-312, Das juengere Haus von Leiningen, §. 1.-§. 3., S. 321-322, §. 4., 1.-5., S. 322-323.

¹⁵⁹ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. II., Leiningen fuerstl. Hardenburger Linie ..., S. 16; *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Leiningen, a), 1), S. 158 und *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 15., S. 78-79 (79).

**Grafen Carl Christian von
Leiningen-Westerburg Christopherische
und Carl Wilhelm von
Leiningen-Westerburg-Georgische Linie¹⁶²**

Anteil von Grafschaft Leiningen ¹⁶³ und Herrschaft Westerburg ¹⁶⁴	2 ½	6 500	48 000 ¹⁶⁵
--	-----	-------	-----------------------

**Grafen Wilhelm Carl von
Leiningen-Guntersblum und
Wenzel Josef von Leiningen-Heidesheim¹⁶⁶**

Anteil von Grafschaft Leiningen ¹⁶⁷	1 ½ ¹⁶⁸	4 500	50 000 ¹⁶⁹
--	--------------------	-------	-----------------------

¹⁶⁰ Im Unter-Elsass gelegen und am 9. Aug. 1680 durch Beschluss der Reunionskammer in Breisach eingezogen, welche Grafen und nachherigen Fürsten seit 1779 die Huldigungen an König Ludwig XVI. erbrachten.

Büsching, Erdbeschreibung, III. Theil, Frankreich, 40. (vielmehr 39.), Unter = Elsas, V., 6, S. 947-948; *Die alten Territorien des Bezirkes Lothringen*, I. Theil, 1. Abschnitt, II., Die einzelnen Territorien, B., S. 146-156 (154-155); *Beaulieu*, Le comté de Dagsbourg, 4. Partie, Chap. XII., p. 237-238; *Grimme*, Die reichsunmittelbaren Herren in Lothringen, I., in: *JBfLG*, 12. Jahrg., S. 249-250, 255-256; *La Grande Encyclopédie inventaire raisonné des sciences, des lettres et des art*, Tome XIII., Dabo ..., p. 739 und *Kirchner*, Das Reichsland Elsass-Lothringen 1648-1789 (Karte), Lothringen, Die noch 1789 von deutschen Reichsständen ... beherrschten Gebiete, B. 7., Elsass, 1680 beansprucht Frankreich ganz Elsass ..., II., A., 41., ö. L. von Ferro 240 30'-250, n. B. 480 30'-490.

¹⁶¹ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. VII., Leiningen, Fürst. Herrschaft Daxburg, S. 24 und *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Leiningen, a), 2), S. 158.

¹⁶² *GRSH* 1801, I. Theil, 4. Abschnitt, 1. Abtheilung, Leiningen, B), 1), S. 327, 2), S. 328.

¹⁶³ *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober = rheinische Kreis, Von der Grafschaft und dem Hause Leiningen ueberhaupt, S. 311-312, Das aeltere graefliche Haus zu Leiningen, ..., §. 1.-§. 3., S. 312-315, §. 4., I., S. 315-317.

¹⁶⁴ *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober = rheinische Kreis, Von der Grafschaft und dem Hause Leiningen ueberhaupt, Das aeltere graefliche Haus zu Leiningen, ..., §. 1.-§. 3., S. 312-315, §. 4. I., S. 317-320.

¹⁶⁵ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Leiningen, c), S. 158.

Traiteur, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. II., Leiningen, ..., Westerburger Grafschaft, S. 16: 2 ¼ QM, 6 500 Menschen, 48 000 Gulden Einkünfte. Zur gebietlichen Größe *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober=rheinische Kreis, Von der Grafschaft ... Leiningen ..., Das aeltere graefliche Haus zu Leiningen, ..., §. 4., II. Die Herrschaft Westerburg, §. 1., S. 317-318 „Sie ... hat nur ohngefaehr 2 Stunden in Umfang.“

¹⁶⁶ *GRSH* 1801, I. Theil, 4. Abschnitt, 1. Abtheilung, Leiningen, A), a), S. 326, b), S. 326 und *Bundschuh*, Lexikon vom Kur= und Oberrheinischen Kreis, (1. Theil), Leiningen, die Fuerst und Graeflichen Haeuser und ihre Besitzungen. ..., II., Die juengere graefl. Leiningische Linie. ..., Sp. 469-473 (472-473 (473)).

¹⁶⁷ *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober = rheinische Kreis, Von der Grafschaft und dem Hause Leiningen ueberhaupt, S. 311-312, Das juengere Haus von Leiningen, §. 1.-§. 3., S. 321-322, §. 4., 6. u. 7., S. 323.

Graf Franz von Sickingen ¹⁷⁸	3	7 200	130 000 ¹⁷⁹
Amt Landstuhl			
Anteil an der Grafschaft Wartenberg			
Herrschaft Schallodenbach ¹⁸⁰			

Graf Johann Friedrich von Ostein ¹⁸¹	0, 31 ¹⁸³	2 220 ¹⁸⁴	9 000 ¹⁸⁵
Herrschaft Mylendonk ¹⁸²			

Wiedrunke Karl Ludwig, Die Grafschaft Krichingen, S. 280-281) war von dem die Oberhoheit habenden Lothringen im Jahr 1766 unter jene von Nassau-Saarbrücken gelangt und war seither ein Bestandteil dieses Fürstentums und innerhalb der Reichsgrenzen (*Büsching* ebd., Die Grafschaft Krichingen, §. 4., S. 336, Die fuerstlich=Nassauischen Lande ..., Die Nassau=Saarbrueck=Saarbrueeckischen Lande, I., 6., S. 235; *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen* ebd., IV., 4., S. 418: Ziff. 2., f) Meierei Püttlingen, 58., S. 424-425: Ziff. VIII., a) und *Geschichtliche Landeskunde des Saarlandes* ebd., Karte: Territoriale Gliederung der Saargegend im Jahre 1789, A., a., 3., Fürstenth. Nass.-Saarbrücken, (Oberamt St. Johann), ö. L. 240 30' - 400, n. B. 490 12' - 24').

¹⁷⁵ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Wied, S. 213; *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 19., S. 88 und *Hoff*, Das Teutsche Reich, II. Theil, 2. Abtheilung, 4., a., 22., S. 184.

Traiteur, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Nro. III., Neuwied, S. 17: in Lothringen gelegenen Teile der Grafschaft 2 QM.

¹⁷⁶ *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 19., S. 88.

GRSH 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Wied, S. 213: 3 800 Einw. und *Hoff*, Das teutsche Reich, I. Theil, 2. Abtheilung, 4., a., 22., S. 184: 5 000 Einw.; *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Nro. III., Neuwied, S. 17: in Lothringen gelegenen Teile der Grafschaft 3 800 Menschen.

¹⁷⁷ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Wied, S. 213.

Gaspari, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 19., S. 88: 20 000 Gulden Einkünfte und *Hoff*, Das Teutsche Reich, I. Theil, 2. Abtheilung, 4., a., 22., S. 184: 50 000 Gulden; *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Nro. III., Neuwied, S. 17: in Lothringen gelegenen Teile der Grafschaft 28 000 Gulden jährliche Einkünfte.

¹⁷⁸ *GRSH* 1801, I. Theil, 4. Abschnitt, 1. Abtheilung, Sickingen, A), Juengerer Ast, ..., S. 386-387.

¹⁷⁹ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Sickingen, S. 208-209.

¹⁸⁰ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Sickingen, S. 208-209.

¹⁸¹ *GRSH* 1801, I. Theil, 4. Abschnitt, 1. Abtheilung, Ostein, S. 351.

¹⁸² *Büsching*, Erdbeschreibung, VI. Theil, Der westphaelische Kreis, Die Herrschaft Mylendonk, S. 490-491 (490) und *Bremer*, Die reichsunmittelbare Herrschaft Millendonk, Die staatsrechtliche Stellung Millendonks, 1., S. 82-84, 2., b), S. 86-88.

¹⁸³ *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, III., 17., S. 389: 1 714 ha = 0, 31 QM, Erl., S. 390.

Hoff, Das Teutsche Reich, I. Theil, 2. Abtheilung, 4., a., 29., S. 185 und *Deutschlands Gewinn und Verlust bei der Rastadter Friedens-Basis*, II., 3., 15., S. 16: ½ QM.

Fürst Lyudwig Aloys von Hohenlohe-Waldenburg-Bartenstein¹⁸⁶

¼ Anteil vom Amt Oberbronn unter französischer Hoheit ¹⁸⁷	1 ¼	3 800	24 600 ¹⁸⁸
--	-----	-------	-----------------------

Graf Maximilian Friedrich von Plettenburg¹⁸⁹

	2 ¹⁹⁰	3 800 ¹⁹¹	36 000 ¹⁹²
Reichsgrafschaft Wittem	1 ½	2 655	18 000 ¹⁹³
Reichsherrschaft Schlenacken ¹⁹⁴			

¹⁸⁴ *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, Anhang, E., A., 38., S. 644: 2 220 im Jahr 1790.

¹⁸⁵ *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, Vergleichungs-Tafel (am Ende), Interessenten/Westphälische Grafen, v. Ostein und *Hoff*, das Teutsche Reich, I. Theil, 2. Abtheilung, 4., a., 29., S. 185.

Traiteur, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. III., Ostein, S. 18: 9 800 Gulden Einkünfte.

¹⁸⁶ *GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Hohenlohe, B), 1), S. 153.

¹⁸⁷ ¼ von dem Amt Oberbronn in der Herrschaft Oberbronn, gelegen im Unter-Elsaß – Unterstatthaltertschaft Zabern – (*Büsching*, Erdbeschreibung, III. Theil, Frankreich, 40. (vielmehr 39.), Unter = Elsas, V., 6, S. 946-947 (1)).

¹⁸⁸ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. VII., Hohenlohe-Waldenburg, Fürst. Oberbronn, S. 24.

¹⁸⁹ *GRSH* 1801, I. Theil, 4. Abschnitt, 1. Abtheilung, Plettenburg=Wittem, Die reichsgraefl. Linie zu Nordkirchen. S. 350.

¹⁹⁰ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. III., Plettenberg, Graf. Herrschaft Wittem, Lys und Schlenacken, S. 18; *Hoff*, Das Teutsche Reich, I. Theil, 2. Abtheilung, 4., a., 27., S. 185 und *Deutschlands Gewinn und Verlust bei der Rastadter Friedens-Basis*, II., 3., 12., S. 15: höchsten 2 QM.

¹⁹¹ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. III., Plettenberg, Graf. Herrschaft Wittem, Lys und Schlenacken, S. 18.

Hoff, Das Teutsche Reich, I. Theil, 2. Abtheilung, 4., a., 27., S. 185: 3 000 Einw.; *Deutschlands Gewinn und Verlust bei der Rastadter Friedens-Basis*, II., 3., 12., S. 15: 4 000 Einw.

¹⁹² *Hoff*, Das Teutsche Reich, I. Theil, 2. Abtheilung, 4., a., 27., S. 185.

Traiteur, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. III., Plettenberg, Graf. Herrschaft Wittem, Lys und Schlenacken, S. 18: 17 500 Gulden Einkünfte.

¹⁹³ *Weitere Vorstellung der katholisch=Westphaelischen Herrn Reichsgrafen, IV. Summarische Uebersicht des Ertrags und Werths der dem graeflichen Hause Plettenberg Nordkirchen durch die Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich entzogenen Reichsgrafschaft Wittem, und derselben inkorporierten Reichsherrschaft Eyß, und auch des während dem Kriege seit 1794 bis 1802 erlittenen Schadens* (auf der Regensburger Reichsdeputation 1802/03 vorgebracht) (*Protokoll Regensburg*, Beilagen, I. Band, 46. Beylage, S. 215-220 (S. 216, 215-219)).

Graf August Joseph von Törring-Jettenbach-Gronsfeld¹⁹⁵

Grafschaft Gronsfeld ¹⁹⁶	1 ¹⁹⁷	1 500 ¹⁹⁸	10 000 ¹⁹⁹
-------------------------------------	------------------	----------------------	-----------------------

Graf Johann Gobert von Aspremont²⁰⁰

Grafschaft Reckheim ²⁰¹	1 1/2 ²⁰²	2 800 ²⁰³	13 000 ²⁰⁴
------------------------------------	----------------------	----------------------	-----------------------

¹⁹⁴ In die Reichsgrafschaft Witten war die Reichsherrschaft Eyß inkorporiert. *Büsching*, Erdbeschreibung, VI. Theil, Der westphaelische Kreis, Die Herrschaften Wittem, Eyß und Schlenacken, S. 476-484 (vielmehr S. 478), §. 5., S. 484 (vielmehr S. 478) „... Jetzt soll Oestreich der wegen Brabant gehabten Oberherrlichkeit ueber Eyß sich nicht mehr bedienen. ...“ und *Moser*, Staats=Recht derer Reichs=Graeflichen Haeuser von der Leyen, von Plettenberg und von Virmont, Staats=Recht des Reichs=Graeflichen Hauses Plettenberg, 2. Cap., §. 3., S. 13, 7. Cap., §. 1., S. 22 (zur Reichsunmittelbarkeit von Wittem), 2. Cap., §. 9., S. 13-14, 5. Cap., §. 12., S. 21-22, 7. Cap., §. 5., S. 23 (zur Reichsunmittelbarkeit von Eyß).

¹⁹⁵ *GRSH* 1801, I. Theil, 4. Abschnitt, Toerring und Dengling, B) ,1), S. 412.

¹⁹⁶ Gelegen im Herzogtum Limburg (*Büsching*, Erdbeschreibung, VI. Theil, Der westphaelische Kreis, Die Grafschaft Gronsfeld, S. 476 (vielmehr S. 470)).

¹⁹⁷ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. III., Gronsfeld-Törring, Grafschaft an der Maas ..., S. 17; *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, Vergleichungs-Tafel (am Ende), Interessenten/Westphälische Grafen, v. Törring und *Hoff*, Das Teutsche Reich, I. Theil, 2. Abtheilung, 4., a., 23., S. 184.

¹⁹⁸ *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, Vergleichungs-Tafel (am Ende), Interessenten/Westphälische Grafen, v. Törring; *Hoff*, Das Teutsche Reich, I. Theil, 2. Abtheilung, 4., a., 23., S. 814 und *Deutschlands Gewinn und Verlust bei der Rastadter Friedens-Basis*, II., 3., 9., S. 15.

¹⁹⁹ *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, Vergleichungs-Tafel (am Ende), Interessenten/Westphälische Grafen, v. Törring und *Hoff*, Das Teutsche Reich, I. Theil, 2. Abtheilung, 4., a., 23., S. 184.

Traiteur, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. III., Gronsfeld-Törring, Grafschaft an der Maas ..., S. 17: 10 800 Gulden Einkünfte.

²⁰⁰ *GRSH* 1801, I. Theil, 4. Abschnitt, 1. Abtheilung, Aspremont, Aspremont=Lyden und Reckheim, S. 291.

²⁰¹ *Büsching*, Erdbeschreibung, VI. Theil, Der westphaelische Kreis, Die Grafschaft Reckheim, S. 477 (vielmehr S. 471).

²⁰² *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. III., Aspremont-Linden. Grafschaft Reckheim. ..., S. 18; *Hoff*, Das Teutsche Reich, I. Theil, 2. Abtheilung, 4., a., 24., S. 184 und *Höck*, Materialien der Reichsgraftchaften (erschienen 1792), I. Band, (4. Heft), I., Seite nach S. 385.

²⁰³ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. III., Aspremont-Linden. Grafschaft Reckheim. ..., S. 18.

Höck, Materialien der Reichsgraftchaften (erschienen 1792), I. Band, (4. Heft), I., S. 387: 2 529 Volkszahl und *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, Vergleichungs-Tafel (am Ende), Interessenten/Westphälische Grafen, v. Aspremont: 3 000 Einw.

²⁰⁴ *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, Vergleichungs-Tafel (am Ende), Interessenten/Westphälische Grafen, v. Aspremont und *Deutschlands Gewinn und Verlust bei der Rastadter Friedens-Basis*, II., 3., 10., S. 15.

Graf Adolph von Sayn-Wittgenstein-Berleburg²⁰⁵

Herrschaft Neuhemsbach und Neumagen ²⁰⁶	1	3 000	15 000 ²⁰⁷
--	---	-------	-----------------------

Graf Franz Georg von Metternich²⁰⁸

Reichsgrafschaften Winnenburg und Beilstein ²⁰⁹	2 ½ ²¹⁰	6 500	46 000 ²¹¹
--	--------------------	-------	-----------------------

Fürst Dominicus Constantin von Löwenstein-Wertheim-Rochefort²¹²

Grafschaft Püttlingen unter französischer Hoheit ²¹³	3	8 000	40 000 ²¹⁴
---	---	-------	-----------------------

Höck, Materialien der Reichsgrafschaften (erschieden 1792), I. Band, 4. Heft, I., S. 388: 11 961 Gulden, 16 Kreuzer Einkünfte; *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. III., Asprenont-Linden. Grafschaft Reckheim. ..., S. 18: 13 500 Gulden.

²⁰⁵ *GRSH* 1801, I. Theil, 4. Abschnitt, 1. Abtheilung, Sayn, 1), S. 374-375.

²⁰⁶ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Sayn und Wittgenstein, a), S. 204.

²⁰⁷ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Sayn und Wittgenstein, a), S. 204.

²⁰⁸ *GRSH* 1801, I. Theil, 4. Abschnitt, 1. Abtheilung, Metternich, S. 342.

²⁰⁹ *Büsching*, Erdbeschreibung, VI. Theil, der westphaelische Kreis, Die Herrschaften Winnenburg und Beilstein, S. 473 u. 480 (vielmehr S. 474) (§. 3., S. 480 (vielmehr S. 474)).

²¹⁰ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. III., Metternich, Graf. Winneburg und Beilstein, S. 18; *Gentner*, Beschreibung der zu Luneville abgetretenen und ertheilten Laender, I. Theil, Von dem Grafen von Metternich Franz Georg Karl, ... Die Herrschaft Beilstein, ... Die Herrschaft Winnenburg, ..., S. 307 und *Lang*, Tabellen über Flächen-Inhalt der Teutschen Reichs-Lande, A., Metternich, S. 15.

²¹¹ *Weitere Vorstellung der katholisch=Westphaelischen Herrn Reichsgrafen, I. Summarische Uebersicht des Ertrags und Werths der dem Reichsgraeflich Metternich=Winneburgischen Hause durch die Abtretung des linken Rheinufer an Frankreich entzogenen Grafschaften, ... und des waehrend dem Kriege vom October 1794. bis Jaenner 1802 erlittenenen Schadens* (auf der Regensburger Reichsdeputation 1802/03 vorgebracht (*Protokoll Regensburg*, Beilagen, I. Band, 46. Beylage, S. 204-208 (204)) und *Gentner*, Beschreibung der zu Lueneville abgetretenen und ertheilten Laender, I. Theil, Von dem Grafen von Metternich ..., Die Herrschaft Beilstein, ... Die Herrschaft Winnenburg, ..., S. 307: 6 400 Seelen, 46 000 Gulden Einkünfte.

Traiteur, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. III., Metternich, Grafschaft. Winneburg und Beilstein, S. 18: 5 900 Menschen, 29 800 Gulden Einkünfte.

²¹² *GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Loewenstein=Wertheim, Juengere ... zu Rochefort, S. 184.

²¹³ Gelegen in Lothringen unter französischer Hoheit (*Das Reichsland Elsass-Lothringen*, III. Theil, 2. Hälfte, Püttlingen, lothringische Lehensherrschaft ..., S. 849-850; *Grimme*, Die reichsunmittelbaren Herren in Lothringen, I., in: *JBfLG*, 12. Jahrg., S. 249-250, 251-252; *Huhn*, Deutsch-Lothringen, II., 5., C., Püttlingen, S. 393-394 und *Kirchner*, Das Reichsland Lothringen 1. Febr. 1766 (Karte), II., 10., ö. L. von Paris 40 30'-50, n. B. 480 30'-490 30').

²¹⁴ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Loewenstein = Wertheim, a), 8), S. 162.

8 Herrschaften unter luxemburgisch- österreichischer Landeshoheit ²¹⁵	5	12 000	30 000 ²¹⁶
ritterschaftliches Gut Scharfeneck ²¹⁷	1 ½	3 000	20 000 ²¹⁸

Grafen Johann Carl und Friedrich Carl von Löwenstein-Wertheim-Virneburg²¹⁹

Grafschaft Virneburg kleinerer Teil ²²⁰	1, 49 ²²¹	3 000 ²²²	36 000 ²²³
--	----------------------	----------------------	-----------------------

Fürst von Colloredo²²⁴

Reichsherrschaft Dachstuhl ²²⁶	1, 77 ²²⁷	1 500	6 000 ²²⁸
---	----------------------	-------	----------------------

²¹⁵ Im Herzogtum Luxemburg die 2 souveränen Herrschaften Chassepierre, Cugnon unter dessen Schutz stehend, die 6 weiteren Herrschaften Heebemont, Feuilli, Oregon, Havresse, Hatton, ⅓ von Neufchateau unter österreich-luxemburgischer Hoheit sich befunden (*Büsching*, Erdbeschreibung, V. Theil, Der burgundische Kreis, Das oestreichische Antheil an dem Herzogthum Luxemburg, §. 9., IV., 1., 2), (1)-(8), S. 718-719, 1), (6), S. 718).

²¹⁶ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Loewenstein = Wertheim, a), 9), S. 162.

²¹⁷ Nahe Landau gelegen, gehörte zum Rheinischen Ritterkreis als reichsunmittelbarer Besitz (*Büsching*, Erdbeschreibung, IX. Theil, Die drey Kreise der unmittelbaren Reichs = Ritterschaft ..., Der rheinische Ritterkreis, Scharfeneck, ein fuerstlich loewenstein = wertheimisches Amt, ..., S. 695 und *Hoff*, Das Teutsche Reich, I. Theil, 2. Abtheilung, 4., a., 21., S. 184).

²¹⁸ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Loewenstein = Wertheim, a), 7), S. 162.

²¹⁹ *GRSH* 1801, I. Theil, 4. Abschnitt, 1. Abtheilung, Loewenstein = Wertheim, 1), S. 338, 2), S. 340.

²²⁰ Nach dem Aussterben der Grafen von Virneburg Mitte des 15. Jahrhunderts war die Grafschaft zu ihrem größeren ⁵/₆ Teil an den Erzbischof von Trier und zu ihrem kleineren ¹/₆ Teil an die Fürsten und Grafen von Löwenstein gelangt.

Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, III., 13., S. 377-379 (378-379), II., 2., Niederes Erzstift, 28., S. 208-209; *Büsching*, Erdbeschreibung, VI. Theil, Der westphaelische Kreis, Die Grafschaft Virneburg, S. 450-451; *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 4. Cap., §. 182., S. 890 und *Zedler*, Universal Lexicon, XXXXVIII. Band, Virnenburg, ..., ein kleiner Ort mit einer darzu gehoerigen ansehnlichen grafschaft ..., Sp. 1774-1779 (1778).

²²¹ *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, III., 13., S. 378, Erläuterungen, S. 378-379, Anhang, E., A., 34., S. 644: 8 249 ha = 1, 49 QM.

Deutschlands Gewinn und Verlust bei der Rastadter Friedens-Basis, II., 3., 8., S. 15 und *Lang*, Tabellen über Flächen-Inhalt der Teutschen Reichs-Lande, A., Löwenstein, c), S. 14: 1 ½ QM.

²²² *Deutschlands Gewinn und Verlust bei der Rastadter Friedens-Basis*, II., 3., 8., S. 15 und *Lang*, Tabellen über Flächen-Inhalt der Teutschen Reichs-Lande, A., Löwenstein, c), S. 14.

GRSH 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Loewenstein = Wertheim, b), 4), S. 162: 5 600 Einw.

²²³ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Loewenstein = Wertheim, b), 4), S. 162.

²²⁴ Hauptteil, S. 539-540 (539).

²²⁵ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. III., Colloredo, Fürst., S. 19.

Söternsche Fideikommiss²²⁹**Graf August Friedrich von Schaesberg**²³⁰Grafschaft Kerpen und Lommersum²³¹0, 85²³²3 166²³³25 000²³⁴

²²⁶ *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober = rheinische Kreis, Die Herrschaft Dachstuhl, S. 339-340: Stimme beim Oberrheinischen Kreis.

²²⁷ *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, IV., 11., S. 481-483 (482): 9 752 ha = 1, 77 QM.

²²⁸ *Tabellarische Uebersicht der Staatskräften von Deutschland überhaupt und von jedem Reichsstande insbesondere*, N^o 2. A), S. 18.

²²⁹ Durch Urteile des Reichshofrates vom 15. Juli 1791 und 10. Juli 1799 waren ihm alle Rechte an der Herrschaft Dachstuhl und dem Söternschen Fideikommiss abgesprochen und ihre Herausgabe an die Fürsten von Öttingen-Wallerstein auferlegt worden (*Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, IV., 11., S. 481-483 (483)).

²³⁰ *GRSH* 1801, I. Theil, 4. Abschnitt, 1. Abtheilung, Schaesberg, S. 370.

²³¹ Die von Kaiser Karl VI. als Herzog von Brabant im Jahre 1711 mit aller Landeshoheit und Gerechtsamen an Kurfürst Johann Wilhelm von der Pfalz übergebenen beiden reichsunmittelbaren Grafschaften waren von diesem im selbigen Jahr dem Graf Johann Friedrich von Schäsberg überlassen worden und wurden am 21. Febr. 1712 vom Kaiser zu einer Reichsgraftchaft erhoben. Von dem Hof von Brabant seit dem Jahr 1735 die Landeshoheit über sie gegen den Willen des Grafen von Schaesberg für sich beanspruchend, schlug Kaiser Joseph II. am 4. März 1786 die Hoheitsansprüche ihres Rates von Brabant nieder.

Büsching, Erdbeschreibung, VI. Theil, Der westphaelische Kreis, Die Grafschaft Kerpen und Lommersum, S. 492-493; *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 4. Cap., §. 87., S. 850; *ders.*, Diplomatisches Archiv des XIX. Jahrhunderts, Nr. 14., S. 125-129 und *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, III., 16., S. 388-389 (389).

²³² *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, III., 16., S. 388, Erläuterungen, S. 388-389, Anhang, E., 43., S. 645: 4 703 ha = 0, 85 QM.

Hoff, Das Teutsche Reich, I. Theil, 2. Abtheilung, 4., a., 31., S. 186: 1 QM und *Deutschlands Gewinn und Verlust bei der Rastadter Friedens-Basis*, II., 3., 16., S. 16: 1 ¼ QM.

²³³ *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, III., 16., S. 388, Erläuterungen, S. 388-389, Anhang, E., A., 43., S. 645 und *Weiteren Vorstellung der katholisch = Westphaelischen Herrn Reichsgrafen, IX. Summarische Uibersicht des jaehrlichen Ertrags und Werths der dem Reichsgraeflichen Hause Schaesberg durch die Abtretung des linken Rheinufer an Frankreich entzogenen unmittelbaren und mittelbaren Besitzungen*, ... (auf der Regensburger Reichsdeputation 1802/03 vorgebracht) (*Protokoll Regensburg*, Beilagen, I. Band, 46. Beylage, S. 229-233).

GRSH 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Schaesberg, S. 205 und *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, Vergleichungs-Tafel (am Ende), Interessenten/Westphälische Grafen, v. Schaesberg: 3 500 Einw.

²³⁴ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Schaesberg, S. 205 und *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, Vergleichungs-Tafel (am Ende), Interessenten/Westphälische Grafen, v. Schaesberg.

Hoff, Das Teutsche Reich, I. Theil, 2. Abtheilung, 4., a., 31., S. 186: 20 000 Gulden Einkünfte.

Graf Franz Joseph von Sternberg ²³⁵	7 ½	19 000	105 000 ²³⁶
Grafschaften Blankenheim und Gerolstein ²³⁷	6, 44 ²³⁸	15 000 ²³⁹	100 000 ²⁴⁰
12 nahegelegene Herrschaften, Orte mit 2 unter luxemburgisch-österreichischer Landeshoheit ²⁴¹			

Graf Johann Franz von Nesselrode-Reichenstein²⁴²

Reichsherrschaft Mechernich ²⁴³	0, 5	1 000	9 900 ²⁴⁴
--	------	-------	----------------------

²³⁵ *GRSH* 1801, I. Theil, 4. Abschnitt, 1. Abtheilung, Sternberg, 1), S. 403: nach dem Aussterben der Grafen von Manderstein im Mannesstamm im Jahr 1789 gingen die beiden Grafschaften auf den Ehemann der Tochter seines Bruders über.

²³⁶ *Gentner*, Beschreibung der zu Lueneville abgetretenen und ertheilten Laender, I. Theil, Von der Graefin von Sternberg, ..., S. 313-315 (315).

²³⁷ *Büsching*, Erdbeschreibung, VI. Theil, Der westphaelische Kreis, Die Grafschaften Blankenheim und Gerolstein, S. 485 (vielmehr S. 479)-481. Zu den beiden Grafschaften gehörten die mit ihnen zu Annex verbundenen beiden Herrschaften Dollendorf und Junkerath dazu (*Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, III., 9. 10., S. 344-353 (345-347); *Büsching* ebd., S. 485 (vielmehr S. 479)-481 (§. 2., S. 480-481 (Ziff. 1., 2., 1) u. 2), S. 480)) und *GRSH* 1801, I. Theil, 4. Abschnitt, 1. Abtheilung, Manderscheid, S. 340-341).

²³⁸ *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, III., 9. 10., S. 345-347, Erläuterungen, S. 347-353, Anhang, E., A., 47., S. 645: 35 450 ha = 6, 44 QM.

Traiteur, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. III., Sternberg, Gräfin. Grafschaft Blankenheim, Gerolsheim, S. 18: 6 QM; *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 31., S. 105-106 (106): 7 ½ QM.

²³⁹ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. III., Sternberg, Gräfin. Grafschaft Blankenheim, Gerolsheim, S. 18; *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 31., S. 105-106 (106) und *Hoff*, Das Teutsche Reich, I. Theil, 2. Abtheilung, 4., a., 26., S. 185.

²⁴⁰ *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 31., S. 105-106 (106) und *Hoff*, Das Teutsche Reich, I. Theil, 2. Abtheilung, 4., a., 26., S. 185.

Traiteur, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. III., Sternberg, Gräfin. Grafschaft Blankenheim, Gerolsheim, S. 18: 75 000 Gulden Einkünfte.

²⁴¹ Die Baronien Junkerrath, Dollendorf, Meerfeld, Kronenburg und Neuerburg unter luxemburgischer Hoheit, Bettingen, Heistart, Schüller, Erb, Daun, Kayll, Schloß und Flecken Manderscheid (*Büsching*, Erdbeschreibung, VI. Theil, Der westphaelische Kreis, Die Grafschaften Blankenheim und Gerolstein, S. 479-481, V. Theil, Der burgundische Kreis, Das oestreichische Antheil an dem Herzogthum Luxemburg, §. 9., S. 711).

²⁴² *GRSH* 1801, I. Theil, 4. Abschnitt, 1. Abtheilung, Nesselrode, A), S. 344-345.

²⁴³ *Büsching*, Erdbeschreibung, VI. Theil, Der westphaelische Kreis, Die Herzogthuemer Juelich und Berg, Das Herzogthum Juelich, §. 9., II., 35., 4), S. 131.

²⁴⁴ *Patriotische Wuensche fuer Teutschland bei dem bevorstehenden Defintiv=Reichs=Frieden*, Verlusts=Tabelle (am Ende), Nesselrode.

**Graf Johann Maria von
Waldpott-Bassenheim**²⁴⁵

Reichsherrschaft Ollbrück ²⁴⁶	0, 69 ²⁴⁷	1 500 ²⁴⁸	1 000 ²⁴⁹
--	----------------------	----------------------	----------------------

**Fürst Carl August
von Bretzenheim**²⁵⁰

Reichsherrschaft Bretzenheim ²⁵²	0, 27 ²⁵³	3 000	25 000 ²⁵¹
---	----------------------	-------	-----------------------

Graf Prosper zu Sinzendorf²⁵⁴

Burggrafschaft Rheineck ²⁵⁵	0, 5	1 600	11 500 ²⁵⁶
Burgfriede reichsunmittelbar ²⁵⁷	0, 03	94 ²⁵⁸	
landsässige Besitze ²⁵⁹			

²⁴⁵ GRSH 1801, I. Theil, 4. Abschnitt, 1. Abtheilung, Waldpott=Bassenheim, S. 431.

²⁴⁶ Ein Oberrheinischer Kreisstand (*Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober = rheinische Kreis, Die Herrschaft Ollbrück, S. 340).

²⁴⁷ *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, Fabricius, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, IV., 13., S. 488-489 (488): 3 811 ha = 0, 69 QM.

²⁴⁸ *Deutschlands Gewinn und Verlust bei der Rastadter Friedens-Basis*, II., 5., 22., S. 26.

²⁴⁹ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. III., Waldpott-Bassenheim, Graf. Herrschaft Ollbrück, S. 19.

²⁵⁰ GRSH 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Bretzenheim, S. 126.

²⁵¹ *Vollgraf*, Die teutschen Standesherrn, Beilage (am Ende), Nro. I, Bretzenheim.

²⁵² Bei früherer Zugehörigkeit der Reichsherrschaft zum Westfälischen Grafenkollegium war eine solche zu Ausgang des 18. Jahrhunderts nicht vorhanden (*Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober = rheinische Kreis, Die Herrschaft Bretzenheim, S. 338-339).

²⁵³ *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, Fabricius, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, IV., 10., S. 480-481 (480): 1 474 ha = 0, 27 QM.

²⁵⁴ GRSH 1801, I. Theil, 4. Abschnitt, 1. Abtheilung, Sinzendorf, S. 388, a), S. 388.

²⁵⁵ Am Mittelrhein zwischen Andernach und Bonn gelegen (*Büsching*, Erdbeschreibung, VI. Theil, Der ober = rheinische Kreis, Das Burggrafenthum Reineck, S. 687-688).

²⁵⁶ *Gentner*, Beschreibung der zu Lueneville abgetretenen und ertheilten Laender, I. Theil, Von dem Grafen von Sinzendorf, S. 313.

²⁵⁷ Schloß und Tal Rheineck (Ahrweiler).

²⁵⁸ *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, Fabricius, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, II., Burggrafschaft Rheineck, S. 224: 165 ha = 0, 03 QM, 94 Einw. (1785).

Graf Ludwig von Wartenberg²⁶⁰

Grafschaft Wartenberg ²⁶¹	3 ²⁶²	7 000 ²⁶³	38 000 ²⁶⁴
--------------------------------------	------------------	----------------------	-----------------------

Graf Otto von Quadt²⁶⁵

Reichsherrschaft Wickeradt ²⁶⁶	0, 45 ²⁶⁷	2 500 ²⁶⁸	20 000 ²⁶⁹
---	----------------------	----------------------	-----------------------

Graf von Hillesheim²⁷⁰

Reichsherrschaft Reipoltskirchen größerer Teil ²⁷¹	2	4 800	33 000 ²⁷²
---	---	-------	-----------------------

²⁵⁹ *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, II., 8., S. 226, Burggraftchaft Rheineck, S. 224.

²⁶⁰ *GRSH* 1801, I. Theil, 4. Abschnitt, 1. Abtheilung, Wartenberg, S. 436-437 (436).

²⁶¹ Im Kreisstag aufgenommen (*Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober = rheinische Kreis, Die Grafschaft Wartenberg, S. 336-337).

²⁶² *Hoff*, Das Teutsche Reich, I. Theil, 2. Abtheilung, 4., a., 36., S. 187.

Traiteur, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. III., Wartenberg, Grafschaft, S. 17: 2 QM und *Gentner*, Beschreibung der zu Lueneville abgetretenen und ertheilten Laender, I. Theil, Von dem Grafen von Wartenberg; ..., S. 318: 4 QM.

²⁶³ *Hoff*, Das Teutsche Reich, I. Theil, 2. Abtheilung, 4., a., 36., S. 187.

Traiteur, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. III., Wartenberg, Grafschaft, S. 17: 3 900 Menschen; *Gentner*, Beschreibung der zu Lueneville abgetretenen und ertheilten Laender, I. Theil, Von dem Grafen von Wartenberg; ..., S. 318: 9 800 Einw.

²⁶⁴ *Hoff*, Das Teutsche Reich, I. Theil, 2. Abtheilung, 4., a., 36., S. 187 und *Gentner*, Beschreibung der zu Lueneville abgetretenen und ertheilten Laender, I. Theil, Von dem Grafen von Wartenberg; ..., S. 318.

Traiteur, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. III., Wartenberg, Grafschaft, S. 17: 38 000 Gulden Einkünfte.

²⁶⁵ *GRSH* 1801, I. Theil, 4. Abschnitt, 1. Abtheilung, Quadt zu Wykradt, S. 361.

²⁶⁶ *Büsching*, Erdbeschreibung, VI. Theil, Der westphaelische Kreis, Die Herrschaft Wickerad, S. 489.

²⁶⁷ *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, III., 19., S. 393-394: 2 450 ha = 0, 45 QM.

²⁶⁸ *Hoff*, Das Teutsche Reich, I. Theil, 2. Abtheilung, 4., a., 28., S. 185 und *Tabellarische Uebersicht der Staatskräften von Deutschland überhaupt und von jedem Reichsstande insbesondere*, N^o 2. e), S. 26.

Traiteur, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. III., Quadt, Graf. Herrschaft Wickerad, S. 18: 3 500 Menschen.

²⁶⁹ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. III., Quadt, Graf. Herrschaft Wickerad, S. 18 und *Hoff*, Das Teutsche Reich, I. Theil, 2. Abtheilung, 4., a., 28., S. 185.

Tabellarische Uebersicht der Staatskräften von Deutschland überhaupt und von jedem Reichsstande insbesondere, N^o 2. e), Wickerad, Herrschaft, S. 26: 6 000 Gulden Einkünfte.

²⁷⁰ *Hoff*, Das Teutsche Reich, I. Theil, 2. Abtheilung, 4., a., 16., S. 182.

Fürst Wolfgang Ernst II. von Isenburg²⁷³

Altbamberg und Anteil an Reipoltskirchen ²⁷⁴	1 ¼	2 300	12 300 ²⁷⁵
---	-----	-------	-----------------------

Fürst Carl Joseph von Ligne²⁷⁶

Fürstentum Ligne ²⁷⁸	0, 5 ²⁷⁹	500 ²⁸⁰	5 500 ²⁸¹
und Herrschaft Belloeil ²⁸² unter hennegausch- österreichischer Landeshoheit			

²⁷¹ Besaß keine Stimme im Grafenkollegium (*Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober=rheinische Kreis, Die Herrschaft Reipoltskirchen, S. 333-334).

²⁷² *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. III., Manderscheid u. Hillesheim, Grafen. Reipoltskirchen, S. 18.

Tabellarische Uebersicht der Staatskräften von Deutschland überhaupt und von jedem Reichsstande insbesondere, N° 2. d), Reipolzkirchen, Herrschaft, S. 24: 2 QM, 6 000 Volkszahl, 12 000 Gulden Einkünfte.

²⁷³ *GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Jsenburg ..., Jsenburg=Offenbach=Birstein, S. 165.

²⁷⁴ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 3. Kap., Jsenburg, A), S. 156 und *Hoff*, Das Teutsche Reich, I. Theil, 2. Abtheilung, 4., a.16., S. 182.

²⁷⁵ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. III., Isenburg, Fürst. Altbamberg, und Antheil an Reipoltskirchen, S. 18.

²⁷⁶ *GRSH* 1801, I. Theil, 3. Abschnitt, 1. Abtheilung, Ligne, S. 177.

²⁷⁷ *Gentner*, Beschreibung der zu Lueneville abgetretenen und ertheilten Laender, I. Theil, Von dem Fuersten von Ligne und Amboise, ..., S. 264-265.

²⁷⁸ *Büsching*, Erdbeschreibung, VI. Theil, der westphaelische Kreis, Die Grafschaft Fagnolles, S. 497.

²⁷⁹ *Gaspari*, Der Deputations-Recess, II. Theil, Vergleichungs-Tafel (am Ende), Teilnehmer/Ligne, Fürst. Fagnolles; *Weitere Vorstellung der katholisch=Westphaelischen Herrn Reichsgrafen, X. Summarische Uebersicht des Ertrags und Werths der dem fuerstlichen Hause Ligne durch die Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich entzogenen Reichsherrschaft Fagnolles, ...* (auf der Regensburger Reichsdeputation 1802/03 vorgebracht) (*Protokoll Regensburg*, Beilagen, I. Band, 46. Beylage, S. 233-235) und *Deutschlands Gewinn und Verlust bei der Rastadter Friedens-Basis*, II., 3., 18., S. 17.

²⁸⁰ *Gaspari*, Der Deputations-Recess, II. Theil, Vergleichungs-Tafel (am Ende), Teilnehmer/Ligne; *Weitere Vorstellung der katholisch = Westphaelischen Herrn Reichsgrafen, X. Summarische Uebersicht des Ertrags und Werths der dem fuerstlichen Hause Ligne durch die Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich entzogenen Reichsherrschaft Fagnolles, ...* (auf der Regensburger Reichsdeputation 1802/03 vorgebracht) (*Protokoll Regensburg*, I. Band, Beilagen, 46. Beylage, S. 233-325) und *Wallner*, Die kreissässigen Reichsterritorien am Vorabend des Luneviller Friedens, Westfälischer Kreis, 55), S. 23.

²⁸¹ *Weitere Vorstellung der katholisch = Westphaelischen Herrn Reichsgrafen, X. Summarische Uebersicht des Ertrags und Werths der dem fuerstlichen Hause Ligne durch die Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich entzogenen Reichsherrschaft Fagnolles, ...* (auf der Regensburger Reichsdeputation 1802/03 vorgebracht) (*Protokoll Regensburg*, Beilagen, I. Band, 46. Beylagen, S. 233-235).

Traiteur, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. III., Ligne, Fürst. Fagnolles, S. 19: 5 800 Gulden Einkünfte.

²⁸² *Büsching*, Erdbeschreibung, V. Theil, Der burgundische Kreis, Das oestreichische Antheil an der Grafschaft Hennegau, §. 9., V., 2., S. 759.

Graf Ernst Maria von Limburg-Bronchorst-Styrum²⁸³

Herrschaft Oberstein ²⁸⁴	0, 82²⁸⁵	2 000²⁸⁶	16 800²⁸⁷
-------------------------------------	----------------------------	----------------------------	-----------------------------

Graf Moritz Casimir II. von Bentheim-Teklenburg²⁸⁸

Herrschaft Budberg ²⁸⁹	0, 5	800	6 800²⁹⁰
-----------------------------------	-------------	------------	----------------------------

Graf Philipp Franz von der Leyen und Hohen=Geroldsegg²⁹¹

ritterschaftliche Güter ²⁹²	8	20 000²⁹³	150 000²⁹⁴
--	----------	-----------------------------	------------------------------

²⁸³ *GRSH* 1801, I. Theil, 4. Abschnitt, 1. Abtheilung, Limburg, Limburg=Styrum, B), S. 333.

²⁸⁴ Auf dem Hunsrück im Erzstift Trier gelegen, welchem Erzbischof $\frac{1}{3}$ gehörte, er seinem Anteil dem Graf von Limburg zur Pacht überließ und mit voller Territorialherrschaft (*Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, IV., 12., S. 483-488).

²⁸⁵ *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, IV., 12., S. 484: 4 506 ha = 0, 82 QM.

²⁸⁶ *Deutschlands Gewinn und Verlust bei der Rastadter Friedens-Basis*, II., 7., 12., S. 30.

²⁸⁷ *Gentner*, Beschreibung der zu Lueneville abgetretenen und ertheilten Laender, I. Theil, Von dem Grafen von Limburg Brinkhorst = Styrum, S. 316.

²⁸⁸ *GRSH* 1801, I. Theil, 4. Abschnitt, 1. Abtheilung, Bentheim. A), S. 202.

²⁸⁹ *Büsching*, Erdbeschreibung, VI. Theil, Der westphaelische Kreis, Das Fuerstenthum Moers, §. 7., 11), S. 311: Herrlichkeit Budberg (Nieder-Boetberg).

²⁹⁰ *Patriotische Wuensche fuer Teutschland bei dem bevorstehenden Defintiv=Reichs=Frieden*, Verlusts=Tabelle (am Ende), Teklenburg.

²⁹¹ *GRSH* 1801, I. Theil, 4. Abschnitt, 1. Abtheilung, Leyen und Hohengeroldsegg, S. 330.

²⁹² Herrschaft Bliescastel, Bongard, Burweiler, Medesheim, Münchweiler, Saffig und zerstreut liegende Güter (*Deutschlands Gewinn und Verlust bei der Rastadter Friedens-Basis*, II., 8., S. 32).

²⁹³ *Deutschlands Gewinn und Verlust bei der Rastadter Friedens-Basis*, II., 8., S. 32 und *Gentner*, Beschreibung der zu Lueneville abgetretenen und ertheilten Laender, I. Theil, Von dem Grafen von der Leyen und Hohen=geroldsegg, S. 304-305 (305).

²⁹⁴ *Gentner*, Beschreibung der zu Lueneville abgetretenen und ertheilten Laender, I. Theil, Von dem Grafen von der Leyen und Hohen=geroldsegg, S. 304-305 (305).

Thurn und Taxis

General-Erb-Post-Amt

330 000²⁹⁵

Insgesamt	441, 83	1 184 816	10 031 299 ²⁹⁶
-----------	----------------	------------------	----------------------------------

²⁹⁵ *Behringer*, Thurn und Taxis, II. Kap., Lunéville und der Reichsdeputationshauptschluß, S. 144.

²⁹⁶ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen:

Tabelle Nro. II. Die Reichs unmittelbare Besitzungen der deutschen Fürsten und Grafen auf der linken Rheinseite, S. 15-16: 338 ½ QM, 847 399 Menschenzahl, 6 962 850 Gulden Einkünfte,

Tabelle Nro. III. Die Reichs unmittelbare Besitzungen der deutschen Grafen und Herren auf der linken Rheinseite, S. 17-19: 42 QM, 89 100 Menschenzahl, 530 100 Gulden Einkünfte,

Tabelle Nro. IV. Reichs-Ritterschaft in corpore unmittelbar unter Kaiser und Reich auf der linken Rheinseite, S. 20-21: 17 ¾ QM, 32 500 Menschenzahl, 272 000 Gulden Einkünfte,

Tabelle Nro. VII. Die mit dem deutschen Reiche verbundene Besitzungen der weltlichen Reichsstände im Elsaß und andern französischem Gebiete, S. 23-24: 60 ¾ QM, 160 300 Menschenzahl, 1 049 600 Gulden Einkünfte,

Tabelle Nro. VIII. Besitzungen deutscher Reichsstände in Lothringen und andern französischem Gebiete, S. 24: 56 000 Gulden Einkünfte

gab die linksrheinischen erblichen Verluste mit 459 QM, 1 129 299 Menschenzahl, 8 870 550 Gulden Einkünfte an.

Dies unter Mitberücksichtigung für die nach dem Friedensvertrag zu Lunéville keine Entschädigungen zu gewährenden ritterschaftlichen Güter der Reichsritter (Tabelle Nr. IV: ritterschaftliche Güter der Reichsritter und der erblichen Reichsstände: 17 ¾ QM, 32 500 Menschenzahl, 272 000 Gulden Einkünfte) und bei Nichtberücksichtigung der Einkünfte aus dem General-Erb-Post-Amt (Thurn und Taxis).

Lang, Tabellen über Flächen-Inhalt der Teutschen Reichs-Lande, Bilanz, Verlusts-Masse der erblichen Reichs-Staende, Summa des Verlusts gab 472 QM und 1 144 523 Seelen an.

B**Die rechtsrheinischen geistlichen Gebiete**

	Fläche QM	Volkszahl	Einkünfte Gulden ²⁹⁷
Erzbischof von Mainz			
rechtsrheinisch			1 324 000
Teil des Erzstiftes Mainz	95	168 000	
Erfurt nebst Gebiet	10	36 000	
Eichsfeld	32	70 000 ²⁹⁸	
Erzstift Trier			
rechtsrheinischer Teil	15 ²⁹⁹	35 000 ³⁰⁰	182 000 ³⁰¹
Erzbischof von Köln			
rechtsrheinisch			
Teil des Erzstiftes Köln	4 ½	8 600	58 000 ³⁰²

²⁹⁷ Die insgesamten Einkünfte der Staaten geistlicher Stände, ohne Abziehung der Verwaltungs- und Unterhaltungskosten und unter Einbeziehung der Einkünfte der Kapitel (*Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, (Vorwort), S. 8-9, 11).

²⁹⁸ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Mainz, 1., b), 2., 3., S. 68.

Traiteur, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Kurrheinische Kreis, Kurfürstenth. Mainz ..., S. 28: für die Kurländer (=Erzstift) 96 QM, 165 000 Menschen, für Erfurt 8 QM, 3 500 Menschen, für das Eichsfeld 35 QM, 70 000 Menschen und insgesamte Einkünfte 1 325 000 Gulden.

²⁹⁹ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Trier, 2), S. 99; *Höck*, Zusätze Statistische Übersicht Deutscher Staaten, Zusätze und Verbesserungen zu der Statistischen Übersicht der Deutschen Geistlichen Staaten, 1. Tabelle, II. und *Gentner*, Beschreibung der zu Lueneville abgetretenen und ertheilten Laender, I. Theil, Von Kur = Trier, Die gefuerstete Abtey Pruem ..., S. 219-200 (220).

³⁰⁰ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Trier, 2), S. 99; *Höck*, Zusätze Statistische Übersicht Deutscher Staaten, Zusätze und Verbesserungen zu der Statistischen Übersicht der deutschen Geistlichen Staaten, 1. Tabelle, II. und *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Kurrheinische Kreis, Rest von Kurfürstenthume Trier, S. 28.

³⁰¹ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Trier, 2), S. 99 und *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Kurrheinische Kreis, Rest vom Kurfürstenthume Trier, S. 28.

Höck, Zusätze Statistische Übersicht Deutscher Staaten, Zusätze und Verbesserungen zu der Statistischen Übersicht der Deutschen Geistlichen Staaten, 1. Tabelle, II.: 250 000 Gulden Einkünfte.

Herzogtum Westfalen	70 ³⁰³	120 000 ³⁰⁴	413 000 ³⁰⁵
Herrschaft Recklinghausen	12	18 000	90 000 ³⁰⁶

Hoch- und Teutschmeistertum mit Kommenden

rechtsrheinisch	38	86 000	380 000 ³⁰⁷
Meistertum Mergentheim reichsunmittelbar ³⁰⁸	5, 54 ³⁰⁹	24 500 ³¹⁰	259 300 ³¹¹

³⁰² *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der kurrheinische Kreis, Rest von Kurfürstenthum Cölln. ..., S. 28.

Höck, Zusätze Statistische Übersicht Deutscher Staaten, Zusätze und Verbesserungen zu der Statistischen Übersicht der Deutschen Geistlichen Wahlstaaten, 1. Tabelle, III., 1.: 3 ½ QM, 11 000 Volkszahl, 66 000 Gulden Einkünfte.

³⁰³ *Reekers*, Beiträge zur statistischen Darstellung der gewerblichen Wirtschaft Westfalens um 1800, Teil IV: Herzogtum Westfalen, Herzogtum Westfalen, 4., in: *WF*, XX. Band, S. 73-74, mit Angaben von den in der zeitgenössischen Literatur unterschiedlichen Größen von 55-80 QM.

Traiteur, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Westphälische Kreis, Herzogtum Westfalen oder Erzstift, S. 29: 76 QM; *Höck*, Zusätze Statistische Übersicht Deutscher Staaten, Zusätze und Verbesserungen zu der Statistischen Übersicht der Alten Fürstenthümer, VI. Kurfürstlich- und Fürstlich Hessische Länder, II. Hessen-Darmstadt (nach Art. VII RDH gelangte das Herzogtum Westfalen an den Landgraf von Hessen-Darmstadt: *Das Ende des Alten Reiches*, A., II., S. 23-24): 79 QM.

³⁰⁴ *Reekers*, Beiträge zur statistischen Darstellung der gewerblichen Wirtschaft Westfalens um 1800, Teil IV: Herzogtum Westfalen, Herzogtum Westfalen, 4., in: *WF*, XX. Band, S. 74: nach einem Summarischen Verzeichnis aus dem Jahr 1803, mit einer angegebenen Gesamtzahl der Familien mit 24 485, die Addition deren Einzelposten jedoch 23 998 ergibt, bei Berechnung einer Familie von 5 Personen = 119 995 Einw., ohne Geistliche und Adelige.

Traiteur, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Westphälische Kreis, Herzogtum Westfalen oder Erzstift, S. 29: 97 000 Menschen; *Höck*, Zusätze Statistische Übersicht Deutscher Staaten, Zusätze und Verbesserungen zu der Statistischen Übersicht der Alten Fürstenthümer, VI. Kurfürstlich- und Fürstlich Hessische Länder, II. Hessen-Darmstadt: 100 000 Volkszahl.

³⁰⁵ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Westphälische Kreis, Herzogtum Westfalen oder Erzstift, S. 29.

Höck, Zusätze Statistische Übersicht Deutscher Staaten, Zusätze und Verbesserungen zu der Statistischen Übersicht der Alten Fürstenthümer, VI. Kurfürstlich- und Hessische Länder, II. Hessen-Darmstadt: 450 000 Gulden Einkünfte.

³⁰⁶ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Westphälische Kreis, Recklinghausen, Lippisches Niederstift, S. 29.

³⁰⁷ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Fränkische Kreis, Deutschordens-Meisterthum mit den Commenden Ellingen, ..., S. 26 und *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Teutschen Ordens ..., 2), S. 94.

³⁰⁸ Vom Meistertum Mergentheim in den beiden Oberämtern Tauberoberrat und Neckaroberrat unstreitig die Landeshoheit, die in den Jahren 1788/1791 mit ihm vereinigten anderen Besitzungen der Ballei Franken waren zumeist reichsunmittelbar (Hauptteil, S. 499-500).

³⁰⁹ Der geschlossene Besitz der beiden Oberämter: Tauberoberrat: durchschnittlich in nord-süd 17 km, in ost-west 10 km = ca. 170 km² und Neckaroberrat: durchschnittlich in nord/west-süd/ost 15 km, in ost/nord-west/süd 9 km = ca. 135 km² (*Hofmann*, Der Staat des Deutschmeisters, Karte 1: Meistertum und Ballei Franken Deutschen Ordens am Ende des Alten Reiches (1788), Meistertum, Tauberoberrat und Neckaroberrat: kartographische Eintragungen, II., Statistisch-topographische Übersicht: Meisterthum und Ballei Franken

11 Balleien landsässige Besitzungen³¹²

Hochstift Bamberg ³¹³	65	195 000 ³¹⁴	1 500 000 ³¹⁵
Hochstift Würzburg ³¹⁶	96	262 409	1 500 000 ³¹⁷
Hochstift Worms			
rechtsrheinischer Teil ³¹⁸	1 ½	3 500	23 000 ³¹⁹

Deutschen Ordens am Ende des Alten Reiches (1788), Erläuterungen zu den Karten, Karte 1:, S. 515-517), insg. ca. 305 km² = 5, 54 QM.

Das seit 1788/91 mit auch landsässigen Besitzungen vergrößerte Meistertum: ungefähr 10 QM (*Bundschuh*, Franken vor dem Lueneviller Frieden, 1. Abschnitt, 1. Hauptstueck, zwischen S. 9-10: Tabelle zu den §. 10. 12. und 18., I. Bank geistlicher Fuersten, 4) mit §. 10., S. 9 und die Jahre 1802 in Nürnberg erschienene *Tabellarische Uebersicht der geographischen Eintheilung und politischen Verfassung des Fränkischen Kreises*, A. Geistliche Fürsten-Bank, IV (Nachdruck: im *Historischen Atlas von Bayern*, Franken: *Hofmann*, Franken seit dem Ende des Alten Reiches, Beilage).

³¹⁰ Tauberoberrat: 12 000 Einw., Neckaroberrat: 12 500 Einw. (*Hofmann*, Der Staat des Deutschmeisters, II., Meistertum, Tauberoberrat, S. 403, Neckaroberrat, S. 404), insg. 24 500 Gulden.

³¹¹ Tauberoberrat: 132 000 Gulden Einkünfte, Neckaroberrat 127 300 Gulden (*Hofmann*, Der Staat des Deutschmeisters, II., Meistertum, Tauberoberrat, S. 404, Neckaroberrat, S. 404), insg. 259 300 Gulden Einkünfte.

Das seit 1788/91 mit auch landsässigen Besitzungen vergrößerte Meistertum: ungefähr 540 000 Gulden Einkünfte (*Hofmann* ebd., Deutschmeisters, II., Statistisch-topographische Übersicht: Meistertum und Ballei Franken Deutschen Ordens am Ende des Alten Reiches (1788), Statistische Auswertung, S. 448, Der „Geistliche Staat“ des Deutschmeisters 1788, Anlage, S. 513-514).

³¹² Nahezu alle Gebiete der Kommenden der anderen 11 Balleien Elsass und Burgund, Österreich, an der Etsch und am Gebirge, zu Koblenz, Altenbiesen, Westfalen, Lothringen, Hessen, Sachsen, Thüringen, Utrecht (Hauptteil, S. 500).

³¹³ Hauptteil, S. 500.

³¹⁴ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Bamberg, S. 29; *Höck*, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Deutschen geistlichen Wahlstaaten, 4. Tabelle, II. und *Schneidawind*, Beschreibung des Hochstifts Bamberg, 1. Abtheilung, 3. Abschnitt, S. 8-10 (10): Menschenzahl von 195 000 als die wirklich seiende.

³¹⁵ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Bamberg, S. 29 und *Grosbritannischer Kalender auf das Jahr 1799*, Verzeichniß der Regenten ..., B), 1. Abschnitt, S. 38-39 mit S. 130: für Ende Juli 1798 1 Million Taler, bischöfliche 700 000 Gulden.

Höck, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Deutschen Geistlichen Wahlstaaten, 4. Tabelle, II.: gleichfalls bischöfliche Einkünfte geschätzte 700 000 Gulden.

³¹⁶ Hauptteil, S. 500.

³¹⁷ *Höck*, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Deutschen Geistlichen Wahlstaaten, 4. Tabelle, I.: 262 409 Volksmenge im Jahr 1788.

GRSH 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Wuerzburg, S. 106: 95 QM, 266 000 Einw., geschätzte Landeseinkünfte 1 500 000 Taler oder 1 000 000 Gulden oder 1 130 000 Gulden bei bischöflichen Revenüen von 500 000 Gulden.

Hochstift Eichstätt ³²⁰	23	60 000 ³²¹	295 000 ³²²
reichsunmittelbares Territorium ³²³	20	57 183 ³²⁴	
landsässige Besitzungen ³²⁵			

Hochstift Speyer

rechtsrheinischer Teil ³²⁶	10 ³²⁷	28 000 ³²⁸	168 000 ³²⁹
---------------------------------------	--------------------------	------------------------------	-------------------------------

³¹⁸ Hauptteil, S. 500-501.

³¹⁹ *Höck*, Zusätze Statistische Übersicht Deutscher Staaten, Zusätze und Verbesserungen zu der Statistischen Übersicht der Alten Fürstenthümer, VI. Kurfürstlich- und Fürstlich- Hessische Länder, II. Hessen-Darmstadt, 3) Den Rest des Hochstifts Worms (der rechtsrheinische Teil des Hochstiftes Worms gelangte nach § 7 RDH an Landgraf Friedrich von Hessen-Darmstadt: *Das Ende des Alten Reiches*, A., II., S. 23-24) und *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, Vergleichungs-Tafel (am Ende), Interessenten/Hessen-Darmstadt, Entschädigung/Hst. Worms.

Traiteur, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Oberrheinische Kreis, Rest von Worms, S. 28: 2 QM, 3 500 Menschen, 23 000 Gulden Einkünfte.

³²⁰ Hauptteil, S. 501.

³²¹ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Eichstaedt, S. 45.

Traiteur, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Fränkische Kreis, Bist. Eichstätt, S. 26: 23 QM, 58 000 Menschenzahl.

³²² *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Fränkische Kreis, Bist. Eichstätt, S. 26.

Tabellarische Uebersicht der Staatskräften von Deutschland überhaupt und von jedem Reichsstande insbesondere, N^o. 1. a) Recapitulation der geistlichen Staaten, Eichstaedt, Bistum, S. 6-7 (6): 290 000 Gulden Einkünfte.

³²³ Hauptteil, S. 501.

³²⁴ *Bundschuh*, Lexikon von Franken, I. Band, Eichstaedt, das Fuerstenthum Eichstaedt, ..., Sp. 725-744, 20 QM (Sp. 726-727 (727)), 57 183 Volksmenge (Sp. 732-733) und *Grosbritannischer Kalender auf das Jahr 1799*, Verzeichniß der Regenten ..., B), 1. Abschnitt, Eichstaedt, S. 43 mit S. 130: für Ende Juli 1798 20 QM und 57 000 Einw.

³²⁵ Im Herzogtum Baiern die Herrschaft Flügelsberg und die Hofmark Mayren, bei welchem er neben den grundherrlichen Rechten allein die niedere Gerichtsbarkeit innehatte und hatte das Domkapitel eigene Güter in dem dem pfalz-neuburgischen Pflegeamt Mannheim gelegenen Wolferstadt (*Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der fraenkische Kreis, Das Hochstift Eichstaedt, §. 13., Anmerk., S. 938, Der bayerische Kreis, Die Fuerstenthüemer Neuburg und Sulzbach, §. 6., 1. Das Fuerstenthum Neuburg, I., 3., S. 793; *Fabri*, Geographie fuer alle Staende, I. Theil, 2. Band, Der fraenkische Kreis, Das Hochstift Eichstaedt, §. 16., S. 948; *Melchinger*, Lexikon von Baiern, I. Band, Fluegelsberg, ..., Sp. 618, II. Band, Mairen, ..., Sp. 225; *Bundschuh*, Lexikon von Franken, VI. Band, Wolferstatt, ..., Sp. 283 und *Historischer Atlas von Bayern*, Franken: *Hirschmann*, Eichstätt, Teil 1., 1., S. 30-32 (32): Spätere Erwerbungen).

³²⁶ Hauptteil, S. 501-502.

³²⁷ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Oberrheinische Kreis, Rest von Speyer, S. 28 und *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Speyer, a) S. 92.

Höck, Zusätze Statistische Übersicht Deutscher Staaten, Zusätze und Verbesserungen zu der Statistischen Übersicht der Deutschen Geistlichen Staaten, 5. Tabelle, VI., VII. Kurfürstlich-Badische Länder (der

Hochstift Straßburgrechtsrheinischer Teil³³⁰8 ½³³¹26 188³³²130 000³³³**Hochstift Konstanz**dem Reich zugehöriger Teil³³⁴

5

14 000

80 000³³⁵**Hochstift Augsburg**³³⁶

43

83 000

415 000³³⁷

rechtsrheinische Teil von Speyer gelangte nach § 5 RDH an Markgraf Karl Friedrich von Baden: *Das Ende des Alten Reiches*, A., II., S. 22): 11 QM.

³²⁸ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Oberrheinische Kreis, Rest von Speyer, S. 28.

Höck, Zusätze Statistische Übersicht Deutscher Staaten, Zusätze und Verbesserungen zu der Statistischen Übersicht der Deutschen Geistlichen Staaten, 5. Tabelle, VI., VII. Kurfürstlich-Badische Länder: 30 000 Volkszahl; *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Speyer, a) S. 92: 24 000 Einw.

³²⁹ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Oberrheinische Kreis, Rest von Speyer, S. 28.

GRSH 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Speyer, a), S. 92: 150 000 Gulden Einkünfte; *Reich*, Säkularisation rechtsrheinischer Teil Speyer, III., 2., S. 26: für das Jahr 1788 an Geld und Naturalien der rechtsrheinischen Gefälle ca. 239 000 Gulden.

³³⁰ Hauptteil, S. 502.

³³¹ *Heunisch*, Tabellarische Uebersicht der Erwerbungen u. Abtretungen Badens, Ansicht der Erwerbungen und Abtretungen vom Jahr 1746. bis auf die jezige Zeit, Dritte Epoche. Reichs Deputations Recess 1803, A., 4. Reste des Bist. Strasburg, Herrsch. Ettenheim: 1, 72 QM, Herrsch. Oberkirch: 6, 71 QM, insg. 8, 43 QM.

³³² *Schell*, Das Hochstift Straßburg rechts des Rheins 1802, in: *ZGO*, XLVIII. Band, S. 158 mit Fußn. 1), S. 126: 26 188 Volkszahl im Jahr 1802.

³³³ *Höck*, Zusätze Statistische Übersicht Deutscher Staaten, Zusätze und Verbesserungen zu der Statistischen Übersicht der Alten Fürstenthümer, VII. Kurfürstlich-Badische Länder, Hochstift Strasburg.

³³⁴ Hauptteil, S. 502.

³³⁵ *Höck*, Zusätze Statistische Übersicht Deutscher Staaten, Zusätze und Verbesserungen zu der Statistischen Übersicht der Alten Fürstenthümer, VII. Kurfürstlich-Badische Länder (der rechtsrheinische und dem Reich zugehöriger Gebietsteil des Hochstiftes Basel gelangte nach § 5 RDH an Markgraf Karl Friedrich von Baden: *Das Ende des Alten Reiches*, A., II., S. 12).

Bundschuh, Verlust und Gewinn am Schlusse des zehnjährigen franzoesischen RevolutionsKrieges, ..., A., I., FuerstBischof zu Constanz, S. 3, in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1803, 2. Band, 4. u. 5. Stueck, III. (nach S. 118): gleichfalls 5 QM, 14 000 Einw., 60 000 Gulden Einkünfte.

Für sein der nunmehrigen Helvetischen Republik zugehöriger Gebiet in § 29 RDH festgelegt war, „Alle und jede Gerichtsbarkeit eines Fürsten, Standes oder Mitgliedes des Deutschen Reichs in dem Bezirke des helvetischen Territoriums hört künftig auf, gleichwie alle Lehenherrlichkeit und alle bloße Ehrenberechtigung.“ (*Das Ende des Alten Reiches* ebd., S. 38).

³³⁶ Hauptteil, S. 503.

³³⁷ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Schwäbische Kreis, Bist. Augsburg mit Domkapitel, S. 27.

hiervon $\frac{1}{4}$ in der dem Haus Österreich zugehörenden
Markgrafschaft Burgau gelegenengelegenen
mit inhaltlich eingeschränkter Landeshoheit³³⁸

Hochstift Hildesheim ³³⁹	47	78 000 ³⁴⁰	587 850 ³⁴¹
Hochstift Paderborn ³⁴²	54	96 920 ³⁴³	900 000 ³⁴⁴
Hochstift Freising ³⁴⁵	21	42 000 ³⁴⁶	170 000 ³⁴⁷
reichsunmittelbares Territorium ³⁴⁸	13 ³⁴⁹	11 500 ³⁵⁰	169 000 ³⁵¹

GRSH 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Augsburg, S. 26: gleichfalls etwa 43 QM 92 000 Einw., bischöfliche Einkünfte von 200 000 Reichstaler, Einkünfte eines Domherren zwischen 1 000-1 700 Gulden (40 Domherren mit bei 1 500 Gulden = 60 000 Gulden), insg. 360 000 Gulden und *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, Vergleichungs-Tafel (am Ende), Interessenten/Pfalz-Bayern, Entschädigung/Hst. Augsburg: gleichfalls 43 QM, 96 000 Einw., 500 000 Gulden Einkünfte.

³³⁸ Hauptteil, S. 503.

³³⁹ Hauptteil, S. 503.

³⁴⁰ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der niedersächsische Kreis, Bisthum Hildesheim mit Domkapitel u. Landschaft, S. 29.

Bundschuh, Verlust und Gewinn am Schlusse des zehnjährigen franzoesischen RevolutionsKrieges, ..., A., I., FuerstBischof zu Hildesheim, S. 3, in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1803, 2. Band, 4. u. 5. Stueck, III.(nach S. 118): 48 QM, 70 000 Einw.

³⁴¹ *Malchus*, Ueber die Hochstift=Hildesheimische Staats=Verwaltung, 1. Abschnitt, §. 3., S. 16: Landesherr 110 000 Reichstaler, Geistlichkeit: 281 900 Reichstaler = 587 850 Gulden, insg., S. 14-17.

GRSH 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Hildesheim, S. 54: mit Inbegriff des Domkapitels und der Stifter 500 000 Reichstaler Einkünfte.

³⁴² Hauptteil, S. 504.

³⁴³ *Das Fuerstenthum Paderborn im Jahre 1802*, in: *Annalen der Preußischen Staatswirthschaft und Statistik*, I. Band, 4. Heft II., S. 15, insg. S. 15-39.

Erzischöfliches Generalvikariat Paderborn – Erzbistumsarchiv, Aktenband 6 rot fol. 59 bis 69 (Fasc. 238): für das Erbfürstenthum Paderborn enthaltene Bevölkerungslisten aus den Jahren 1804 bis 1807: die Anzahl der Kommunikanten lag bei 64 000-67 000. Da in diesen Tabellen die zur Kommunion nicht zugelassenen Kinder und die Andersgläubige nicht enthalten sind, ist davon auszugehen ist, dass die Gesamtzahl der Bevölkerung erheblich über der Zahl der Kommunikanten lag.

³⁴⁴ *Bundschuh*, Verlust und Gewinn am Schlusse des zehnjährigen franzoesischen RevolutionsKrieges, ..., A., I., FuerstBischof zu Paderborn, S. 3, in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1803, 2. Band, 4. u. 5. Stueck, III. (nach S. 118) und *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, Vergleichungs-Tafel (am Ende), Interessenten/Preussen, Entschädigung/Hst. Paderborn.

³⁴⁵ Hauptteil, S. 504.

³⁴⁶ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Freysingen, S. 48-49 (49) und *Statistische Übersicht der deutschen geistlichen Staaten*, Freysingen, S. (22): 21 $\frac{1}{4}$ QM.

³⁴⁷ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Freysingen, S. 48-49 (49).

landsässige Besitzungen³⁵²

Hochstift Regensburg ³⁵³	6	9 000 ³⁵⁴	111 379 ³⁵⁵
reichsunmittelbares Territorium	5 ½ ³⁵⁶		

³⁴⁸ Das hochstiftische Territorium bestehend aus den reichsunmittelbaren Gebieten von Stadt Freising mit Burgfrieden, der Grafschaft Ismaning, der Herrschaft Burgrain und der Grafschaft Werdenfels (Hauptteil, S. 504).

³⁴⁹ Stadt Freising mit Burgfried und Grafschaft Ismaning: durchschnittlich in nord-süd 30 km, in ost-west 5 km (*Historischer Atlas von Bayern, Altbayern: Stahleder*, Hochstift Freising (Freising, Ismaning, Burgrain), Die Grafschaft Ismaning, A., S. 223, Kartenbeilage 1 (am Ende): Landkreis Freising: kartographische Eintragungen) = ca. 150 km²; Herrschaft Burgrain: durchschnittlich in nord-süd 10 km, in ost-west 5 km (*Historischer Atlas ebd.*, Die Herrschaft Burgrain, A., 1., S. 272, Kartenbeilage 1 (am Ende): Landkreis Freising: kartographische Eintragungen) = ca. 50 km²; Grafschaft Werdenfels: durchschnittlich in ost-west 35 km, in nord-süd 15 km (*Historischer Atlas von Bayern, Altbayern: Albrecht*, Grafschaft Werdenfels (Hochstift Freising), Karte (am Ende): Klostergerichte Ettal und Benediktbeuren (Kurbayern) Grafschaft Werdenfels ...: kartographische Eintragungen, Grafschaft Werdenfels, Umfang und Grenzen der Grafschaft, S. 13) = ca. 525 km².

Insgesamt ca. 725 km² = 13, 18 QM. *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Baiersche Kreis, Bist. Freisingen, S. 26: gleichfalls 13 QM.

³⁵⁰ *Historischer Atlas von Bayern, Altbayern: Stahleder*, Hochstift Freising (Freising, Ismaning, Burgrain), Die Herrschaft Burgrain, A., 11., S. 295-296, Die Stadt Freising, A., 14., S. 201, Die Grafschaft Ismaning, A., 8., S. 254: für das Jahr 1785 11 268 Einw. (S. 296), für das Jahr 1803 11 919 Einw. (S. 296).

³⁵¹ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Baiersche Kreis, Bist. Freisingen, S. 26.

Höck, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Deutschen Geistlichen Wahlstaaten, 2. Tabelle, IV. Das Hochstift Freisingen: die bischöflichen Einkünfte ungefähr 150 000 Gulden.

³⁵² Neben seinem reichsunmittelbaren Territorium besaß der Fürstbischof noch weiteren gebietlich größeren auswärtigen Besitz, von Herrschaften, Hofmarken und Besitze im Erzherzogtum Österreich, in den Herzogtümern Krain, Steiermark, in der Grafschaft Tirol und im Herzogtum Baiern unter den dortigen Landeshoheiten (*Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der bayerische Kreis, Das Hochstift Freising, Anmerkungen, S. 788-789).

³⁵³ Hauptteil, S. 504.

³⁵⁴ *Höck*, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der deutschen Geistlichen Wahlstaaten, 2. Tabelle, III. Das Hochstift Regensburg; *Fabri*, Geographie fuer alle Staende, I. Theil, 2. Band, Der Baiersche Kreis, Das Hochstift Regensburg, S. 739 und *Tabellarische Uebersicht der Staatskräften von Deutschland überhaupt von jedem Reichsstande insbesondere*, N^o 1. c) Recapitulation der geistlichen Staaten, S. 10-11 (10).

³⁵⁵ *Schwaiger*, Das dalbergische Fürstentum Regensburg (1803-1810), in: *ZBLG*, XXIII. Band, Aufsätze, S. 46 u. 49: im Jahre 1802 111 379 Gulden, 41 Kreuzer und ⁹/₁₀ Heller.

Matrikel der Diözese Regensburg 1916, 1. Abschnitt, S. 6: über 100 000 Gulden Einkünfte und *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 35., S. 114: 75 000 Gulden.

³⁵⁶ Die in der Reichsstadt Regensburg gehaltenen Örtlichkeiten und die 3 unmittelbaren Reichsherrschaften Donaustauf, Wörth, Hohenburg (Hauptteil, S. 504).

Reichsherrschaft Donaustauf: durchschnittlich in ost-west 10 km, in nord-süd 7 km = ca. 70 km², Reichsherrschaft Wörth: durchschnittlich in ost-west 16 km, in nord-süd 9 km (*Historischer Atlas von Bayern, Altbayern: Schmid*, Regensburg I, Kartenbeilage: kartographische Eintragungen, 4. Teil, 4. 2, S. 224-236, 4. 3, S. 236-250, 5. Teil, 5. 2, S. 265-271, 5. 3, S. 271-284) = ca. 144 km²; Reichsherrschaft Hohenburg: durchschnittlich in west/nord-ost/süd 12 km, in ost/nord-west/süd 7 km (*Historischer Atlas von Bayern, Altbayern: Jehle*,

landsässige Besitzungen³⁵⁷

Hochstift Passau³⁵⁸

reichsunmittelbares Territorium ³⁵⁹	18 ³⁶⁰	55 500 ³⁶¹	200 000 ³⁶²
landsässige Besitzungen ³⁶³	3	4 000 ³⁶⁴	300 000 ³⁶⁵

Parsberg, Kartenbeilage: Parsberg, Reichsunmittelbare, ...: kartographische Eintragungen, B., IV., Hohenburg, b), Bestandteile und Umfang des Amtes Hohenburg, S. 395-404) = ca. 84 km².

Insgesamt ca. 298 km² = 5, 42 QM. *Höck*, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Deutschen Geistlichen Wahlstaaten, 2. Tabelle, III. Das Hochstift Regensburg (mit den in der Stadt Regensburg sich befindenen Örtlichkeiten): 6 QM.

³⁵⁷ 13 mediate Herrschaften und Hofmarken in den Herzogtümern Baiern und Österreich unter den dortigen Landeshoheiten (Hauptteil, S. 504).

³⁵⁸ Hauptteil, S. 505.

³⁵⁹ Hauptteil, S. 505.

³⁶⁰ Durchschnittlich in nord-süd 44 km, in ost-west 23 km (*Historischer Atlas von Bayern*, Altbayern: *Veit*, Passau Das Hochstift, Kartenbeilage 1: Passau Hochstift Passau, die kurbayerischen Landgerichte Bärnstein, ... (=Der historische Raum Passau am Ende des Alten Reiches): kartographische Eintragungen, Erläuterungen zu den Kartenbeilagen, Karte 1, S. 694: Hochstift Passau reichsunmittelbarer Besitz) = ca. 1 012 km² = 18, 4 QM.

Buchinger, Geschichte des Fuerstenthums Passau, I. Baendchen, Geographisch=statistische Vormerkung, S. 23-24 (23): ungefähr 18 QM und *Schrödl*, Passavia sacra, 9. Abschnitt, 5., S. 388: 17 QM.

³⁶¹ *Buchinger*, Geschichte des Fuerstenthumes Passau, I. Baendchen, Geographisch=statistische Vormerkung, S. 35-37 (36): 55 575 Einw.

Schrödl, Passavia sacra, 9. Abschnitt, 5., S. 388: für das Jahr 1803 52 000 Einw. und der im Jahre 1796 erschienene *Fabri*, Briefe eines Reisenden, über das Hochstift Passau an seinen Freund zu ***, 14. Brief, S. 114: ungefähr 60 000 Menschen.

³⁶² *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 1., S. 22 und *Fabri*, Briefe eines Reisenden, über das Hochstift Passau an seinen Freund zu ***, 14. Brief, S. 115-116 (115).

Buchinger, Geschichte des Fuerstenthums Passau, I. Baendchen, Geographisch=statistische Vormerkung, S. 37-41: für den mit Ausnahme der Hauptstadt Passau und ihren Vorstädten nebst 500 Toisen im Jahr 1802 an das nunmehrige Großherzogtum Salzburg gelangten überwiegenden Teil des Hochstiftes die Arealeinkünfte (direkte und indirekte Steuern) 53 590 Gulden und die Kameraleinkünfte 111 465 Gulden, wobei zum gesamten Einkommen des unmittelbaren Fürstentums noch eine große Summe für Erträge aus Ritter- und Beutellehen hinzuzurechnen sind.

³⁶³ Im Erzherzogtum Österreich und im Herzogtum Baiern sich unter den dortigen Landeshoheiten befindenen Besitzungen (Hauptteil, S. 505).

³⁶⁴ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Passau, S. 83 und *Statistische Übersicht der deutschen geistlichen Staaten*, Passau: für das insgesamte Land von Passau 18 QM, 28 000 Einw., bei für seine unmittelbaren Reichslande 15 QM, 24 000 Einw.

Die den größeren Teil der landsässigen Besitzungen ausmachende unter österreichischer Landeshoheit gestandene Grafschaft Neuburg, durchschnittlich in nord/west-süd/ost 18 km, in nord/ost-süd/west 5 km (*Historischer Atlas von Bayern*, Altbayern: *Veit*, Passau Das Hochstift, Kartenbeilage 1: Passau Hochstift Passau, die kurbayerischen Landgerichte Bärnstein, ... (Der historische Raum Passau am Ende des Alten Reiches): kartographische Eintragungen, Erläuterungen zu den Kartenbeilagen, Karte 1, S. 694: Passau Hochstift Passau, ... Grafschaft Neuburg) = ca. 90 km² = 1, 63 QM.

Hochstift Basel³⁶⁶rechtsrheinischer Teil³⁶⁷**0,5**³⁶⁸**2 100**³⁶⁹**17 000**³⁷⁰**Hochstift Münster**³⁷¹**180**³⁷²**310 847**³⁷³**1 200 000**³⁷⁴

³⁶⁵ *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 1., S. 22.

Buchinger, Geschichte des Fuerstenthums Passau, I. Baendchen, Geographisch=statistische Vormerkung, S. 44-45: für die mittelbaren Besitzungen in Österreich bei Nichtberücksichtigung der domkapitelichen Herrschaften 176 903 Gulden Einkünfte; *Fabri*, Briefe eines Reisenden, über das Hochstift Passau an seinen Freund zu ***, 14. Brief, S. 115: flossen aus diesen vor kurzem noch 400 000 Gulden.

³⁶⁶ Hauptteil, S. 506.

³⁶⁷ Herrschaft Schliengen mit der ihr einverleibte Propstei Idstein (*Seith*, Die rechtsrheinischen Gebiete des Bistums Basel und ihr Übergang an Baden, A., V., b.), S. 29-32; *Hölzle*, Der deutsche Südwesten am Ende des alten Reiches, Beiwort, Herrschaftsgebiete im deutschen Südwesten, Erzbistümer und Bistümer, Bistum Basel, 2., S. 70 und *Schmidlin*, Die Entwicklung des Bisthums Basel, V., 19., S. 50).

³⁶⁸ *Seith*, Die rechtsrheinischen Gebiete des Bistums Basel und ihr Übergang an Baden, B., III., a.), S. 44; *Höck*, Zusätze Statistische Übersicht Deutscher Staaten, Zusätze und Verbesserungen zu der Statistischen Übersicht der Deutschen Geistlichen Staaten, 5. Tabelle, III. Baden (der rechtsrheinische Teil des Hochtiftes Basel gelangte nach § 5 RDH an den Markgrafen von Baden: *Das Ende des Alten Reiches*, II., S. 22).

Heunisch, Tabellarische Uebersicht der Erwerbungen u. Abtretungen Badens, Ansicht der Erwerbungen und Abtretungen vom Jahr 1746. bis in die jezige Zeit, Dritte Epoche. Recess 1803, A., 3.: 0, 57 QM.

³⁶⁹ *Seith*, Die rechtsrheinische Gebiete des Bistums Basel und ihr Übergang an Baden, B., III., a.), S. 44: 2 168 Menschen bei der im Sept.-Nov. 1802 erfolgten militärischen und zivilen Besitznahme (B., II., a.) und b.), S. 36-41).

Höck, Zusätze Statistische Übersicht Deutscher Staaten, Zusätze und Verbesserungen zu der Statistischen Übersicht der Deutschen Geistlichen Staaten, 5. Tabelle, III., Baden: 1 500 Volkszahl; *Heunisch*, Tabellarische Uebersicht der Erwerbungen u. Abtretungen Badens, Ansicht der Erwerbungen und Abtretungen vom Jahr 1746. bis in die jezige Zeit, Dritte Epoche. Reichs Deputations Recess 1803, A., 3.: 2 558 Einw. (Zitat nach 2. April 1814).

³⁷⁰ *Seith*, Die rechtsrheinischen Gebiete des Bistums Basel und ihr Übergang an Baden, B., III., b.), 3., S. 49 mit S. 48: 17 080 Gulden jährliche Einnahmen aus den die Haupteinnahme bildenden direkten Steuern, S. 49-50: zu den indirekten Steuern oder Accise, welche zumeist in die landständische Kasse flossen und bei deren Erhebung die größten Missstände herrschten, werden keine Angaben gemacht.

Höck, Zusätze Statistische Übersicht Deutscher Staaten, Zusätze und Verbesserungen zu der Statistischen Übersicht der Deutschen Geistlichen Staaten, 5. Tabelle, III., Baden: 10 000 Gulden Einkünfte; *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Oberrheinische Kreis, S. 28: 32 000 Gulden.

³⁷¹ Hauptteil, S. 506.

³⁷² *Katz*, Das letzte Jahrzehnt des Fürstbistums Münster, Einleitung, S. 1: 9 900 km² = 179, 80 QM.

Höck, Zusätze Statistische Übersicht Deutscher Staaten, Zusätze und Verbesserungen zu der Statistischen Übersicht der Deutschen Geistlichen Staaten, 3. Tabelle, II. und *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Muenster, S. 74: 220 QM.

³⁷³ *Bevoelkerungsliste des Hochstifts Muenster, um Ostern 1795*, in: *Neues fortgesetztes Westphaelisches Magazin zur Geographie, Historie und Statistik*, I. Band, 4. Stueck, 1., S. 375-385 (385): 310 847 um Ostern 1795.

Hochstift Osnabrück ³⁷⁵	56	125 000	369 000 ³⁷⁶
Hochstift Lübeck ³⁷⁷	10	20 000	75 000 ³⁷⁸
Hochstift Fulda ³⁷⁹	32	90 000 ³⁸⁰	525 000 ³⁸¹
Hochstift Kempten ³⁸²	16 ³⁸³	42 000 ³⁸⁴	250 000 ³⁸⁵

GRSH 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Muenster, S. 74: 370 000 Einw.; *Katz*, Das letzte Jahrzehnt des Fürstbistums Münster, Einleitung, S. 1: etwa 350 000-400 000 Einw.

³⁷⁴ *Büsching*, Erdbeschreibung, VI. Theil, Der westphaelische Kreis, Das Hochstift Muenster, §. 8., S. 10-11 (11); *Höck*, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Deutschen Geistlichen Wahlstaaten, 3. Tabelle, II. und *Lang*, Tabellen über Flächen-Inhalt der Teutscher Reichs-Lande, B., Münster, S. 38.

³⁷⁵ Hauptteil, S. 506.

³⁷⁶ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der westphälische Kreis, Bisthum Osnabrück, S. 29.

Weddigen, Statistische Übersicht von Westphalen, Statistische Tabellen über Westphalen, TAB. XXIX., Recapitulation, Volksmenge/Summa, S. 40, Recapitulation des Flächenraums und der Bevölkerung sämtlicher oben benannten Westphälischen Provinzen, 11), S. 46: 56 QM, 117 896 Volksmenge im Jahre 1772; *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Osnabrueck, S. 78: 50 QM, 126 000 Einw., 370 000 Gulden Einkünfte, bei den bischöflichen zu 140 000 Taler (=210 000 Gulden) und *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 37., S. 119: 50 QM, 126 000 Einw., beinahe 400 000 Gulden.

³⁷⁷ Hauptteil, S. 507.

³⁷⁸ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Luebeck, S. 66: 50 000 Reichstaler (75 000 Gulden), mit bei bischöflichen Revenüen 16 000 Taler (=24 000 Gulden) und *Bundschuh*, Verlust und Gewinn am Schlusse des zehnjährigen franzoesischen RevolutionsKrieges, ..., A., I., FuerstBischof zu Luebeck, S. 3, in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1803, 2. Band, 4. u. 5. Stueck, III. (nach S. 118).

Gaspari, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, Vergleichungs-Tafel (am Ende), Interessenten/Oldenburg, Entschädigung/Hst. Lübeck: 11 QM, 25 000 Einw., 75 000 Gulden Einkünfte.

³⁷⁹ Hauptteil, S. 507-508.

³⁸⁰ *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 7., S. 52-53 (53); *Winkopp-Höck*, Magazin fuer saemtliche geistliche Staaten, I. Band, I. Statistick der saemtlichen deutschen geistlichen Staaten (von *Höck*) (VII.) Das Bistum Fulda, §. 2., S. 55: 32 ½ QM, §. 5., S. 57: 90 000 Bewohner und *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der ober = rheinische Kreis, Das Hochstift Fulda §. 2., S. 31 mit §. 9., S. 34-44: 32 bis 33 QM, §. 4., S. 32 mit §. 9., S. 34-44: 90 000 Einw.

³⁸¹ *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 7., S. 52-53 (53) und *Winkopp-Höck*, Magazin fuer saemtliche geistliche Staaten, I. Band, I. Statistick der saemtlichen deutschen geistlichen Staaten (von *Höck*), (VII.) Das Bisthum Fulda, §. 12., S. 62: die Einkünfte des Fürsten mit 350 000 Taler (525 000 Gulden).

³⁸² Hauptteil, S. 508.

³⁸³ *Höck*, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Deutschen Geistlichen Wahlstaaten, 2. Tabelle, IV. und *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Kempten, S. 63.

reichsunmittelbares Territorium ³⁸⁶	16 ³⁸⁷		
Gebiet mit überwiegend eigener Landeshoheit ³⁸⁸	0, 18 ³⁸⁹	820 ³⁹⁰	
landsässiger Kleinstbesitz ³⁹¹			
Hochstift Ellwangen ³⁹²	6 1/2 ³⁹³	15 800 ³⁹⁴	120 000 ³⁹⁵
reichsunmittelbares Territorium ³⁹⁶	4, 85 ³⁹⁷	14 500 ³⁹⁸	

³⁸⁴ *Höck*, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Deutschen Geistlichen Wahlstaaten, 2. Tabelle, IV. und *Rottenkolber*, Geschichte des Stiftes Kempten, 6., S. 196: ca. 42 000 Einw. bei der Aufhebung im Jahre 1802.

³⁸⁵ *Rottenkolber*, Geschichte des Stiftes Kempten, 6., S. 204-206 (205-206): nach zehnjährigem Durchschnitt.

Traiteur, Der deutschen Reichsstände Verlust und Gewinn, Tabelle Nro. X., Der Schwäbische Kreis, Abtei Kempten, S. 27: 187 000 Gulden Einkünfte.

³⁸⁶ Hauptteil, S. 508.

³⁸⁷ Durchschnittlich 30 × 30 km (*Historischer Atlas von Bayern*, Schwaben, *Blickle*, Kempten, Karte 1 (am Ende): Landkreis Kempten Landeshoheit und Gerichtsorganisation, Reichsstift Kempten: kartographische Eintragungen) = ca. 900 km² = 16, 35 QM.

³⁸⁸ In der Markgrafschaft Burgau gelegenen Ritterherrschaft Binswangen, in welcher dem Abt die durch die Rechte der Markgrafschaft beschränkte, jedoch überwiegend bei ihm gelegene Landeshoheit zustand (Hauptteil, S. 508).

³⁸⁹ Ca. 10 km² (*Schröder-Schröder*, Die Herrschaftsgebiete im heutigen Regierungsbezirk Schwaben und Neuburg Mitte 1801 (Karte): kartographische Eintragungen, III., C., 1) = 0, 18 QM.

³⁹⁰ *Roeder*, Lexikon von Schwaben, I. Band, Binswangen, Pfarrdorf, Sp. 270.

³⁹¹ In der dem Haus Österreich zugehörenden Herrschaft Hohenegg unter dortiger österreichischer Landeshoheit (*Stampfer*, Besitzungen der bayerischen und schwäbischen Benedictinerstifte in Tirol bis zum Jahre 1803, in: *SMBCO*, IV. Jahrg., I. Band, 2. Abtheilung, S. 120: Übersicht Kempten, S. 117-118).

³⁹² Hauptteil, S. 508.

³⁹³ *Roeder*, Lexikon von Schwaben, I. Band, Ellwangen, Probstei ..., Sp. 525-541 (526) und *Seckler*, Vollständige Beschreibung der gefürsteten Reichs=Propstei Ellwangen, IV., S. 17: 6-7 QM.

GRSH 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Ellwangen, S. 46: 6 QM.

³⁹⁴ *Beschreibung des Oberamts Ellwangen*, Ortsbeschreibung, 1., Schloß Ellwangen, Geschichte des Klosters ..., S. 479-480: im Jahr 1799 15 799 Seelen.

Fabri, Geographie fuer alle Staende, I. Theil, 2. Band, Der Schwaebische Kreis, Die fuerstliche Probstei Ellwangen, S. 199: 20 000 Einw.

³⁹⁵ *Bundschuh*, Verlust und Gewinn am Schlusse des zehnjährigen franzoesischen RevolutionsKrieges, ..., A., I., FuerstBischof zu Ellwangen (fuerstl. Propstei), S. 3, in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1803, 2. Band, 4. u. 5. Stueck, III. (nach S. 118); *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Ellwangen, S. 46: 80 000 Reichstaler und *Roeder*, Neu=Wirtemberg, (A. Die Landvogtei Ellwangen), (I.) Das Fuerstenthum Ellwangen, S. 25: Einkünfte des Landes 120 000 Gulden bei fürstbischöflichen von 80 000 Gulden und kapitelschen von 30 000-40 000 Gulden.

Traiteur, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Schwäbische Kreis, Probstei Ellwangen, S. 27: 169 000 Gulden Einkünfte; *Erzberger*, Die Säkularisation in Württemberg, 2. Buch I., A., I., S. 194: der württembergische Hofkammervizedirektor Parrot hat in seinem Bericht an den Herzog mehrmals die doppelte Summe der bei *Traiteur* angegebenen, nämlich über 366 000 Gulden genannt.

landsässige Besitzungen³⁹⁹

Johanniter-OberstMeistertum mit Kommenden⁴⁰⁰

rechtsrheinische Besitzungen nahezu landsässig⁴⁰¹ **9** **18 000** **113 000**⁴⁰²

Stift Salmannsweiler **4 1/2**⁴⁰³ **8 500**⁴⁰⁴ **100 000**⁴⁰⁵

³⁹⁶ Das gebietlich in sich geschlossene Territorium und die beiden abgesondert liegenden Ämter Heuchlingen und Waldstetten (Hauptteil, S. 508).

³⁹⁷ Ca. ¾ des Besitzes (*Hölzle*, Der deutsche Südwesten am Ende des alten Reiches, Karte: Klöster und Stifter, 7. (7 a): kartographische Eintragungen, Beiwort, Herrschaftsgebiete im deutschen Südwesten, Klöster und Stifter, 7., S. 79-80 (a), S. 80)).

³⁹⁸ *Beschreibung des Oberamts Ellwangen*, Ortsbeschreibung, 1., Schloß Ellwangen, Geschichte des Klosters ..., S. 479-480: im Jahr 1799 14 504 Seelen.

³⁹⁹ Das Stiftskapitel besaß die auswärtigen Besitze Zoltingen mit eigener Landeshoheit, das Dorf Rauenstetten und 5 weitere Dörfer unter öttingisch-wallenstein-spielbergischer und das Amt Stimpfach unter ansbachischer Landeshoheit (*Schröder*, Die staatsrechtlichen Verhältnisse im bayerischen Schwaben um 1801, III., Geistliche Fürsten, (Stift Ellwangen), in: *JHVD*, 19. Jahrg. I., S. 173; *Roeder*, Neu=Württemberg, Das Amt Raustetten, S. 55, Das Amt Stuepfach, S. 67; *ders.*, Lexikon von Schwaben, I. Band, Aufhausen, Markt flecken ..., Sp. 84, Buehlingen, ..., Sp. 388, II. Band, Schopfloch, im Ries, ..., Sp. 594; *Seckler*, Vollständige Beschreibung der gefürsteten Reichs=Propstei Ellwangen, V., G., Amt Rauenstetten, S. 71, Amt Stimpfach, S. 71-72 und *Beschreibung des Oberamts Ellwangen*, Ortsbeschreibung, 1., Schloß Ellwangen, Geschichte des Klosters ..., S. 480, S. 484-489: neben seinem Territorialbesitz stand dem Fürstentum noch die Lehnsherrlichkeit zu).

⁴⁰⁰ Hauptteil, S. 512-513.

⁴⁰¹ Hauptteil, S. 512.

⁴⁰² *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Oberrheinische Kreis, Johanniter-Meisterthum mit Comment., S. 28.

⁴⁰³ *Bundschuh*, Verlust und Gewinn am Schlusse des zehnjährigen franzoesischen RevolutionsKrieges, A., I., Abteien und Stifter auf dem rechten RheinUfer, I., 1., in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1803, 2. Band, 4. und 5. Stueck, III. (nach S. 118).

Traiteur, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Schwäbische Kreis, Abtei Salmansweil, S. 27: 6 QM.

⁴⁰⁴ *H. Schmid*, Die Säkularisation des Reichstifts Salem, Der Reichs- und Kreisstand Salem im Jahr 1802, S. 10.

Traiteur, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Schwäbische Kreis, Abtei Salmansweil, S. 27: 7 800 Menschen; *Bundschuh*, Verlust und Gewinn am Schlusse des franzoesischen RevolutionsKrieges, A., I., Abteien und Stifter auf dem rechten RheinUfer, I., 1., S. 5, in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1803, 2. Band, 4. und 5. Stueck, III. (nach S. 118): 7 000 Einw.

⁴⁰⁵ *H. Schmid*, Die Säkularisation des Reichstifts Salem, Das Ende der Kommunität, S. 33.

Traiteur, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Schwäbische Kreis, Abtei Salmansweil, S. 27: 78 000 Gulden Einkünfte; *Bundschuh*, Verlust und Gewinn am Schlusse des zehnjährigen franzoesischen RevolutionsKrieges, A., I., Abteien und Stifter auf dem rechten RheinUfer, I., 1., S. 5, in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1803, 2. Band, 4. und 5. Stueck, III. (nach S. 118): 80 000 Gulden Einkünfte.

reichsunmittelbares Territorium ⁴⁰⁶	2 $\frac{3}{4}$ ⁴⁰⁷	6 100 ⁴⁰⁸	81 700 ⁴⁰⁹
Gebiet mit beschränkter bei eigenem Schwerpunkt habender Landeshoheit ⁴¹⁰	0, 5 ⁴¹¹	800 ⁴¹²	
landsässige Besitzungen ⁴¹³	1 $\frac{1}{4}$ ⁴¹⁴	1 600 ⁴¹⁵	

⁴⁰⁶ In den 3 Oberämter Salmansweiler, Ostrach und Schemmerberg besaß der Abt nahezu alle landeshoheitlichen Rechte (Hauptteil, S. 558-559).

⁴⁰⁷ Oberamt Salmansweiler: durchschnittlich in ost-west 11 km, in nord-süd 7, 5 km (*Hölzle*, Der deutsche Südwesten am Ende des alten Reiches, Karte: Klöster und Stifter, 34.: kartographische Eintragungen, mit den bei *Staiger*, Salem topographisch-historisch beschrieben, Geschichte von Salem, Der XXXX. und letzte Abt ..., S. 191, Zum Oberamt Salem gehörten: ... angegebenen Beschreibung) = ca. 82, 5 km² = 1, 49 QM.

Oberamt Ostrach: durchschnittlich in ost-west 11 km, in nord-süd 4 km (*Hölzle* ebd., 34.: kartographische Eintragungen) = ca. 44 km² = 0, 79 QM. *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 26., S. 99: $\frac{3}{4}$ QM.

Oberamt Schemmerberg: Gebietsteil um den Ort Schemmerberg: durchschnittlich in ost-west 8 km, in nord-süd 2 km, Gebietsteil um Äpfingen: durchschnittlich in nord-süd 5 km, in ost-west 2 km (*Hölzle* ebd., 34.: kartographische Eintragungen, mit den bei *Staiger*, ebd., S. 191, Zum Oberamt Schemmerberg gehörten: ... angegebenen Beschreibung) = ca. 26 km² = 0, 49 QM. *Hoff*, Das Teutsche Reich, II. Theil, 2. Abtheilung, 2. Abschnitt, II., 2., XXVI., 2., S. 219: $\frac{1}{2}$ QM.

Insgesamt: ca. 2, 77 QM.

⁴⁰⁸ Oberamt Salmansweiler: knapp 3 800 Einw. im Jahr 1802 (*H. Schmid*, Die Säkularisation des Reichstifts Salem, Der Reichs- und Kreisstand Salem im Jahr 1802, Das Oberamt Salmansweiler, S. 10), Oberämter Ostrach und Schemmerberg: im Jahre 1802, Ostrach: 1 263 Einw., Schemmerberg: 1 062 Einw. (*Fürst Thurn und Taxis-Zentralarchiv Regensburg*, Rentamt Ostrach-Scheer, Nr. 64, Schwäbische Akten 1341), insg. im Jahr 1802: 6 125 Einw.

Bundschuh, Verlust und Gewinn am Schlusse des zehnjährigen franzoesischen RevolutionsKrieges, ..., B., III., Der Fuerst von Thurn und Taxis., 3. Das zu Salmansweil gehoerige Amt Ostrach, S. 21 in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1803, 2. Band, 4. und 5. Stueck, III. (nach S. 118): 2 000 Einw.

⁴⁰⁹ Oberamt Salmansweiler: rund 40 000 Gulden, Oberamt Ostrach: rund 23 743 Gulden, Oberamt Schemmerberg: rund 18 000 Gulden, insg. 81 743 Gulden Einkünfte (*H. Schmid*, Die Säkularisation des Reichstifts Salem, Der Übergang von Landschaft und Stift an Baden und Taxis, S. 25, Aufstellung).

Bundschuh, Verlust und Gewinn am Schlusse des zehnjährigen franzoesischen RevolutionsKrieges, ..., B., III., Der Fuerst von Thurn und Taxis., 3. Das zu Salmansweil gehoerige Amt Ostrach, S. 21, in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1803, 2. Band, 4. und 5. Stueck, III. (nach S. 118): 14 000 Gulden Einkünfte.

⁴¹⁰ In den 2 Pflegeämter Unterelchingen und Ehingen war die Landeshoheit beschränkt. In Unterelchingen durch die bei der Reichsstadt Ulm gelegene Kriminal- und Forsthoheit und andere kleinere Hoheitsrechte (Hauptteil, S. 558-559).

⁴¹¹ Pflegeamt Unterelchingen: ca. 9 km²; Pflegeamt Elchingen: ca. 17 km² (Hofgut um Frankenhofen ca. 12 km² und Hofgut bei der Stadt Ehingen: ca. 5 km² (*Hölzle*, Der deutsche Südwesten am Ende des alten Reiches, Karte: Klöster und Stifter, 34.: kartographische Eintragungen, mit der bei *Staiger*, Salem topographisch-historisch beschrieben, Geschichte von Salem, Der XXXX. und letzte Abt ..., S. 191 Zum Pflagamt Unterelchingen: ..., Zum Pflegeamt Ehingen gehörten: ..., angegebenen Beschreibungen), insg. ca. 26 km² = 0, 47 QM.

⁴¹² Pflegeamt Unterelchingen: rund 470 Einw. im Jahr 1802 (*H. Schmid*, Die Säkularisation des Reichstifts Salem, Der Reichs- und Kreisstand Salem im Jahr 1802, Das Pflegeamt Unterelchingen, S. 15), Pflegeamt Ehingen: 328 Einw. im Jahr 1802 (*Fürst Thurn und Taxis-Zentralarchiv Regensburg*, Schwäbische Akten 552), insg. 798 Einw.

Stift Weingarten	6	11 000 ⁴¹⁶	120 000 ⁴¹⁷
reichsunmittelbares Territorium	4 ½		
Gebiete mit beschränkter Landeshoheit	1, 2		
landsässige Besitzungen	0, 3		⁴¹⁸

⁴¹³ Die 2 Obervogteiamter Münchhof und Stetten am kalten Markt, welches Münchhof in der Landgrafschaft Nellenburg und Stetten am kalten Markt sich in der Grafschaft Hohenberg befindend, unter der Landeshoheit des Hauses Österreich als Inhaber der Landgrafschaft Nellenburg (*H. Schmid*, Die Säkularisation des Reichsstifts Salem, Der Reichs- und Kreisstand Salem im Jahr 1802, Das Obervogteiamt Münchhof, S. 13; *Baumann*, Die Territorien des Seekreises 1800, S. 26 (Münchhof), (Blumhof und Frauenberg), S. 31 (Mainwangen) und *H. Berner*, Die Landgrafschaft Nellenburg, in: *Vorderösterreich*, 2. Teil, S. 618-620 mit Abb. 242, (S. 619)) und der Grafschaft Hohenberg befanden (*Schmid* ebd., Das Obervogteiamt Stetten am kalten Markt, S. 13-14 und *E. Stemmler*, Die Grafschaft Hohenberg, II., Unruhige Zeiten, Abb. 224, in: *Vorderösterreich* ebd., S. 586).

⁴¹⁴ Obervogteiamt Münchhof ca. 24, 5 km² (Gebiet um Münchhof ca. 9 km², Gebiet bei Meinwangen/Madachenhöfe ca. 7 km², Gebiet um Gründelbach ca. 4 km², Gebiet um Dornsberg ca. 4, 5 km²); Obervogteiamt Stetten am kalten Markt, durchschnittlich in ost-west 10 km, in nord-süd 5 km = ca. 50 km² (*Hölzle*, Der deutsche Südwesten am Ende des alten Reiches, Karte: Klöster und Stifter, 34.: kartographische Eintragungen, mit den bei *Staiger*, Salem topographisch-historisch beschrieben, Geschichte von Salem, Der XXXX. und letzte Abt ..., S. 191, Zum Obervogteiamt Münchhof: ..., Zum Obervogteiamt Stetten am kalten Markt: ..., angegebenen Beschreibungen), insg. ca. 74, 5 km² = 1 ¼ QM.

⁴¹⁵ Obervogteiamt Münchhof: wenig mehr als 400 Einw. im Jahr 1802, Stetten am kalten Markt: 1 200 Einw. im Jahr 1802 (*H. Schmid*, Die Säkularisation des Reichsstifts Salem, Der Reichs- und Kreisstand Salem im Jahr 1802, Das Obervogteiamt Münchhof, S. 13, das Obervogteiamt Stetten am kalten Markt, S. 13), insg. 1600 Einw.

⁴¹⁶ *Bundschuh*, Verlust und Gewinn am Schlusse des zehnjährigen französischen Revolutionskrieges, ..., A., I., Abteien und Stifter auf dem rechten RheinUfer, I., 2., S. 5, in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1803, 2. Band, 4. u. 5. Stueck, III. (nach S. 118).

Traiteur, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Schwäbische Kreis, Abtei Weingarten, S. 27: 6 ½ QM, 8 900 Menschen; *Lang*, Tabellen über Flächen-Inhalt der Teutschen Reichs-Lande, Bilanz (am Ende), Masse der geistlichen Güter, die zu Entschädigungen übrig bleiben, 43.: 5 QM, gleichfalls 11 000 Seelen.

⁴¹⁷ *Reichle*, Säkularisation Weingarten, III., B, 1.), S. 25 „... Nach den amtlichen Berechnungen vom 30. April 1806 betragen die jährlichen Einkünfte der Abtei, die an Württemberg kamen (also ohne die Herrschaft Blumenegg und das Vogteiamt Hagnau) zwischen 115 000-120000 Gulden. Diese Schätzung ist einem Bericht vom 30. 4. 1806 im Staatsarchiv Stuttgart entnommen. ...“

Bundschuh, Verlust und Gewinn am Schlusse des zehnjährigen französischen Revolutionskrieges, ..., A., I., Abteien und Stifter auf dem rechten RheinUfer, I., 2., S. 5, in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1803, 2. Band, 4. u. 5. Stueck, III. (nach S. 118): 100 000 Gulden Einkünfte; *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Schwäbische Kreis, Abtei Weingarten, S. 27: 97 000 Gulden.

⁴¹⁸ Die Abtei Weingarten verlor in dem in den Jahren 1531/33 mit der Oberen Landvogtei Schwaben abgeschlossenen Vertrag die Reiß- und Steuerhoheit über ⅔ ihrer Güter und Leute. Sie besaß diese in jenen Gebieten, in welchen sie auch die niedere Gerichtsbarkeit hatte (*Reinhardt*, Restauration Weingarten 1567-1627, 5. Kap., 1. Abschnitt, B., I., S. 169-171 (170). Damit standen der Abtei für jene Gebiete, in welchen sie die niedere Gerichtsbarkeit ausübte, zu Ausgang des 18. Jahrhunderts nahezu alle landeshoheitlichen Rechte zu, wogegen ihr weiterer Besitz sich unter fremder Landeshoheit und insbesondere der Oberen Landvogtei Schwaben befand. Die von ihrer niederen Gerichtsbarkeit gegensätzlich der Oberen Landvogtei Schwaben betroffenen Gebiete machten zu Ausgang des 18. Jahrhunderts ca. ⅔ ihres im südwestdeutschen Raumes insgesamt gehaltenen Besitzes aus (*E. Gönner und M. Miller*, Die Landvogtei Schwaben, 1, Abb. 268: Gebiet der Oberen Landvogtei Schwaben: Landvogtei Schwaben (Ende 18. Jh.) Landeshoheit mit Niedergericht (mit Ämtereinteilung), in: *Vorderösterreich*, 2. Teil, S. 685; *Fabri*, Geographie fuer alle Staende, I. Theil, 2. Band,

Stift Ochsenhausen⁴¹⁹

reichsunmittelbares Territorium ⁴²⁰	4	8 000	95 000 ⁴²¹
--	----------	--------------	------------------------------

Stift Elchingen⁴²²

reichsunmittelbares Territorium	1 ½	5 300	69 000 ⁴²³
Gebiete mit überwiegend eigener Landeshoheit	0, 5 ⁴²⁴		

Stift Jrsee⁴²⁵

reichsunmittelbares Territorium ⁴²⁷	2	4 400	60 000 ⁴²⁶
	1 ¼ ⁴²⁸	3 200 ⁴²⁹	40 000 ⁴³⁰

Der Schwaebische Kreis, unmittelbare Reichspraelaten, Die Abtei Weingarten, S. 417 u. 418 (Angabe der einzelnen reichsfreien Herrschaften und Dörfer und der der Landvogtei Schwaben unterliegenden Örtlichkeiten, wobei er auch bei den zweiteren der Landvogtei die niedere Gerichtsbarkeit zubilligt); *Hölzle*, Der deutsche Südwesten am Ende des alten Reiches, Karte: Klöster und Stifter, 45.: und *Scherer*, Weingarten im 18. Jahrhundert, Kap. II., 1., S. 8, Karte I.: Das Niedergericht des Reichsstifts am Ende des 18. Jahrhunderts).

Zusätzlich besaß die Abtei einzelne weitere Besitzungen im heutigen Bayern, in Tirol und in Vorarlberg unter der dortigen bayerischen und österreichischen Landeshoheit (A. *Dreher*, Zur Gütergeschichte des Klosters, V, Abbildung 2: Die wichtigsten Orte und Ämter des Klosterbesitzes und (Listen) Bayern und Tirol und Vorarlberg (Schweiz), in: *Weingarten Festschrift*, S. 152, 155-156).

Dem Abt standen in ca. ¾ seines Besitzes die Landeshoheit, in 1/5 war seine eigene Landeshoheit durch jene der Oberen Landgrafschaft Burgau inhaltlich beschränkt und ca. 1/10 befanden sich unter fremder Landeshoheit (auch die bei A. *Dreher*, Zur Gütergeschichte des Klosters, V, (Listen) Württemberg, Baden, Bayern und Tirol und Vorarlberg (Schweiz), in: *Weingarten* ebd., S. 154-156 angegebenen insgesamt Besitzungen).

⁴¹⁹ Hauptteil, S. 559.

⁴²⁰ Hauptteil, S. 559-560.

⁴²¹ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Schwäbische Kreis, Abtei Ochsenhausen, S. 27 und *Bundschuh*, Verlust und Gewinn am Schlusse des zehnjährigen franzoesischen Revolutionskrieges, A., I., Abteien und Stifter auf dem rechten RheinUfer, I., 3., S. 5, in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1803, 2. Band, 4. u. 5. Stueck, III. (nach S. 118) und *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 27., S. 100.

⁴²² Hauptteil, S. 560.

⁴²³ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Schwäbische Kreis, Abtei Elchingen, S. 27 und *Höck*, Zusätze Statistische Übersicht Deutscher Staaten, Zusätze und Verbesserungen zu der Statistischen Übersicht der Alten Fürstenthümer, I. Kurbaiersche Staaten (Elchingen gelangte nach § 2 RDH an Kurfürst Maximilian II. von Pfalz-Bayern: *Das Ende des Alten Reiches*, A., II., S. 19-20 (20)).

Lang, Tabellen über Flächen-Inhalt der Teutschen Reichs-Lande, Bilanz (am Ende), Masse der geistlichen Güter, die zu Entschädigungen übrig bleiben, 7.: 2 QM, 5 000 Seelen.

⁴²⁴ Hauptteil, S. 560.

⁴²⁵ Hauptteil, S. 560.

⁴²⁶ *Berghaus*, Deütschland seit hundert Jahren, 2. Abtheilung, I.Band, 10. Kap., §. 2., S. 269, Ziff. II., 10.

⁴²⁷ Das gebietlich zusammenhängenden Territorium und das durch die Reichsstadt Kaufbeuren getrennten Gebiet von Mauerstetten und Hausen (Hauptteil, S. 560).

⁴²⁸ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Schwäbische Kreis, Abtei Yrsen, S. 27 und *Höck*, Zusätze Statistische Übersicht Deutscher Staaten, Zusätze und Verbesserungen zu

landsässige Besitzungen⁴³¹

Stift Urspring⁴³²

Territorium mit beschränkter Landeshoheit ⁴³³	1 ½	3 000	48 000 ⁴³⁴
--	-----	-------	-----------------------

Stift Kaisersheim⁴³⁵

	6 ⁴³⁶	9 500 ⁴³⁷	80 000 ⁴³⁸
--	------------------	----------------------	-----------------------

der Statistischen Übersicht der Alten Fürstenthümer, I. Kurbaierische Staaten, Reichsabtei Irsee (Irsee gelangte nach § 2 RDH an Kurfürst Maximilian II. von Pfalz-Bayern: *Das Ende des Alten Reiches*, II., S. 19-20 (19)).

Lang, Tabellen über Flächen-Inhalt der Teutschen Reichs-Lande, Bilanz (am Ende), Masse der geistlichen Güter, die zu Entschädigungen übrig bleiben, 15.: 1 ½ QM.

⁴²⁹ *Schröder*, Die staatsrechtlichen Verhältnisse im bayerischen Schwaben um 1801, III., Klöster und Stifte, (Irsee), in: *JHVD*, 19. Jahrg., I., S. 185: 3 220 jährlicher Durchschnitt während der zehn Jahre 1791–1800.

Lang, Tabellen über Flächen-Inhalt der Teutschen Reichs-Lande, Bilanz (am Ende), Masse der geistlichen Güter, die zu Entschädigungen übrig bleiben, 15.: 3 000 Seelen; *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Schwäbische Kreis, Abtei Yrsen, S. 27: 3 400 Menschen.

⁴³⁰ *Rottenkolber*, Die Säkularisation der Reichsabtei Irsee, in: *SMGBO*, Jahrg. 1932, S. 229-230 (229).

Traiteur, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro., Der Schwäbische Kreis, Abtei Yrsen, S. 27 und *Höck*, Zusätze Statistische Übersicht Deutscher Staaten, Zusätze und Verbesserungen zu der Statistischen Übersicht der Alten Fürstenthümer, I. Kurbaierische Staaten, Reichsabtei Irsee: 66 000 Gulden Einkünfte.

⁴³¹ Hauptteil, S. 560.

⁴³² Hauptteil, S. 568.

⁴³³ Hauptteil, S. 568.

⁴³⁴ *Bundschuh*, Verlust und Gewinn am Schlusse des zehnjährigen franzoesischen RevolutionsKrieges, ..., A., I., Abteien und Stifter auf dem rechten RheinUfer, I., 6., S. 5, in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1803, 2. Band, 4. u. 5. Stueck, III. (nach S. 118) und *Höck*, Zusätze Statistische Übersicht Deutscher Staaten, Zusätze und Verbesserungen zu der Statistischen Übersicht der Alten Fürstenthümer, I. Kurbaierische Staaten (Urspring gelangte nach § 2 RDH an Kurfürst Maximilian II. von Pfalz-Bayern: *Das Ende des Alten Reiches*, A., II., S. 19-20 (19)).

Traiteur, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Schwäbische Kreis, Abtei Ursperg, S. 27: 1 ¾ QM, 3 200 Menschenzahl, 52 000 Gulden Einkünfte.

⁴³⁵ Hauptteil, S. 560.

⁴³⁶ *Bundschuh*, Verlust und Gewinn am Schlusse des zehnjährigen franzoesischen RevolutionsKrieges, ..., A., I., Abteien und Stifter auf dem rechten RheinUfer, I., 7. Kaisersheim auch Keyßheim, CisteRcienser Ordens. ..., S. 5, in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1803, 2. Band, 4. u. 5. Stueck, III., (nach S. 118); *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, Vergleichungs-Tafel (am Ende), Interessenten/Pfalz-Bayern, Entschädigung/R. Abt. Kaisersheim und *Tabellarische Uebersicht der Staatskräften von Deutschland überhaupt und von jedem Reichsstande insbesondere*, N^o 1. b) Recapitulation der geistlichen Staaten, Kaisersheim, S. 8-9 (8).

⁴³⁷ *Reithofer*, Die letzten 31 Jahre von Kaisersheim, 17., S. 16-17 (17) und *Hoffmann*, Die ältesten Urbare des Reichsstiftes Kaisheim, Einführung, S. 23: 9 537 Einw.

Gaspari, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, Vergleichungs-Tafel (am Ende), Interessenten/Pfalz-Bayern, Entschädigung/R. Abtei Kaisersheim: 10 000 Einw.

⁴³⁸ *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, Vergleichungs-Tafel (am Ende), Interessenten/Pfalz-Bayern, Entschädigung/R. Abt. Kaisersheim; *Bundschuh*, Verlust und Gewinn am Schlusse

reichsunmittelbares Territorium ⁴³⁹	0, 09 ⁴⁴⁰		
Gebiete mit bei abgehender Kriminalhoheit ansonsten eigener Landeshoheit ⁴⁴¹	0, 35 ⁴⁴²		
Gebiete mit überwiegend eigener Landeshoheit ⁴⁴³ landsässige Besitzungen ⁴⁴⁵	0, 82 ⁴⁴⁴		
Stift Roggenburg ⁴⁴⁶	2 ⁴⁴⁷	4 200	68 000 ⁴⁴⁸
reichsunmittelbares Territorium	0, 5		
Gebiet mit überwiegend eigener Landeshoheit	1 ½ ⁴⁴⁹		

des zehnjährigen französischen Revolutionskrieges, ..., A., I., Abteien und Stifter auf dem rechten Rheinufer, I., 7. Kaisersheim auch Keyßheim, Cistercienser Ordens. ..., S. 5, in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1803, 2. Band, 4. u. 5. Stück., (nach S. 118) und *Tabellarische Uebersicht der Staatskräften von Deutschland überhaupt und von jedem Reichsstande insbesondere*, N^o 1. b) Recapitulation der geistlichen Staaten, Kaisersheim, S. 8-9 (8).

⁴³⁹ Die innerhalb der Ringmauern gelegenen Örtlichkeiten und einen weiteren Bezirk (Hauptteil, S. 560-561).

⁴⁴⁰ Ca. 5 km² (*Schröder-Schröder*, Die Herrschaftsgebiete im heutigen Regierungsbezirk Schwaben und Neuburg Mitte 1801 (Karte): kartographische Eintragungen, III., D., 24) = 0, 09 QM.

⁴⁴¹ In der Grafschaft Öttingen gelegenen Besitzungen (Hauptteil, S. 560-561).

⁴⁴² Amt zu Nördlingen: ca. 3 km², Gebiet im Amt zu Wörnitzstein: ca. 18 km² (*Schröder-Schröder*, Die Herrschaftsgebiete im heutigen Regierungsbezirk Schwaben und Neuburg Mitte 1801 (Karte): kartographische Eintragungen, III., D., 24), insg. ca. 21 km² = 0, 35 QM.

⁴⁴³ Im Bereich der Markgrafschaft Burgau die 2 Pflegeämter Genderkirchen, Thürheim und im Amt Ulm-Biberberg gebietlichen Besitz (Hauptteil, S. 560-561).

⁴⁴⁴ Pflegeamt Genderkirchen: ca. 15 km², Pflegeamt Thürheim: ca. 14 km², Gebiete im Amt Ulm-Biberberg: ca. 16 km² (*Schröder-Schröder*, Die Herrschaftsgebiete im heutigen Regierungsbezirk Schwaben und Neuburg Mitte 1801 (Karte): kartographische Eintragungen, III., D., 24), insg. ca. 45 km² = 0, 82 QM.

⁴⁴⁵ Besitzungen unter fremder Landeshoheit, insbesondere des Kurfürsten von Pfalz-Baiern als Herzog von Neuburg (*Schröder*, Die staatsrechtlichen Verhältnisse im bayerischen Schwaben um 1801, III. Klöster und Stifte, (Kaisheim), in: *JHVD*, 19. Jahrg., I., S. 187-189 (188-189)).

⁴⁴⁶ Hauptteil, S. 561-562.

⁴⁴⁷ Geschlossenes Territorium: durchschnittlich in nord-süd 12 km, in ost-west 9 km (*Tuscher*, Das Reichsstift Roggenburg im 18. Jahrhundert, Seelsorge ... in der Klosterherrschaft, Die Pfarreien, S. 103-104 (103), Die Reichsherrschaft, Umfang, S. 120-121: kartographische Eintragungen) = ca. 108 km² = 1, 96 QM.

Traiteur, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Schwäbische Kreis, Abtei Roggenburg, S. 27: 2 QM; *Höck*, Zusätze Statistische Übersicht Deutscher Staaten, Zusätze und Verbesserungen zu der Statistischen Übersicht der Alten Fürstenthümer, I. Kurbaierische Staaten (Roggenburg gelangte nach § 2 RDH an Kurfürst Maximilian II. von Pfalz-Bayern: *Das Ende des Alten Reiches*, A., II., S. 19-20 (19)): 2 ½ QM.

⁴⁴⁸ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Schwäbische Kreis, Abtei Roggenburg, S. 27.

Höck, Zusätze Statistische Übersicht Deutscher Staaten, Zusätze und Verbesserungen zu der Statistischen Übersicht der Alten Fürstenthümer, I. Kurbaierische Staaten: 5 000 Einw., 75 000 Gulden Einkünfte; *Lang*, Tabellen über Flächen-Inhalt der Teutschen Reichs-Lande, Bilanz (am Ende), Masse der geistlichen Güter, die zu Entschädigungen übrig bleiben, 31.: 3 000 Seelen.

landsässiger Kleinstbesitz⁴⁵⁰

Stift Roth⁴⁵¹

reichsunmittelbares Territorium⁴⁵²

1⁴⁵³

2 300⁴⁵⁴

34 000⁴⁵⁵

landsässiger Kleinstbesitz⁴⁵⁶

Stift Weißenau⁴⁵⁷

1⁴⁵⁸

2 400⁴⁵⁹

27 000⁴⁶⁰

⁴⁴⁹ $\frac{3}{4}$ im Bereich der Markgrafschaft Burgau gelegen (Hauptteil, S. 561-562).

⁴⁵⁰ *Tuscher*, Das Reichsstift Roggenburg im 18. Jahrhundert, Seelsorge ... in der Klosterherrschaft, Die Pfarreien, S. 103-104 (103): Karte des Roggenburger Gebietes, Die Reichsherrschaft, Umfang, S. 120-121: kartographische Eintragungen.

⁴⁵¹ Hauptteil, S. 562.

⁴⁵² Hauptteil, S. 562.

⁴⁵³ *Bundschuh*, Verlust und Gewinn am Schlusse des zehnjährigen französischen Revolutionskrieges, A., I., Abteien und Stifter auf dem rechten Rheinufer, I., 9., S. 5, in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1803, 2. Band, 4. u. 5. Stueck, III. (nach S. 118); *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Schwäbische Kreis, Abtei Münchroth, S. 27 und *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 27., S. 100-101 (101).

⁴⁵⁴ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der schwäbische Kreis, Abtei Münchrodt, S. 27.

Bundschuh, Verlust und Gewinn am Schlusse des zehnjährigen französischen Revolutionskrieges, A., I., Abteien und Stifter auf dem rechten Rheinufer, I., 9., S. 5, in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1803, 2. Band, 4. u. 5. Stueck, III. (nach S. 118): 2 000 Einw.; *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 27., S. 100-101 (101): 2 800 Einw.

⁴⁵⁵ *Bundschuh*, Verlust und Gewinn am Schlusse des zehnjährigen französischen Revolutionskrieges, A., I., Abteien und Stifter auf dem rechten Rheinufer, I., 9., S. 5, in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1803, 2. Band, 4. u. 5. Stueck, III. (nach S. 118).

Gaspari, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 27., S. 100-101 (101): 20 000 Gulden Einkünfte; *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Schwäbische Kreis, Abtei Münchrodt, S. 27: 40 000 Gulden.

⁴⁵⁶ *Fabri*, Geographie fuer alle Staende, I. Theil, 2. Band, Der Schwäbische Kreis, Unmittelbare Reichspraelaten, Die Abtei Roth, S. 423 (Kleinstbesitz).

⁴⁵⁷ Hauptteil, S. 562.

⁴⁵⁸ *Bundschuh*, Verlust und Gewinn am Schlusse des zehnjährigen französischen Revolutionskrieges, A., I., Abteien und Stifter auf dem rechten Rheinufer, I., 10., S. 5, in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1803, 2. Band, 4. u. 5. Stueck, III. (nach S. 118); *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Schwäbische Kreis, Abtei Weissenau; S. 27 und *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 31., S. 106.

⁴⁵⁹ *Bundschuh*, Verlust und Gewinn am Schlusse des zehnjährigen französischen Revolutionskrieges, A., I., Abteien und Stifter auf dem rechten Rheinufer, I., 10., S. 5, in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1803, 2. Band, 4. u. 5. Stueck, III. (nach S. 118); *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 31., S. 106 und *Lang*, Tabellen über Flächen-Inhalt der Teutschen Reichs-Lande, Bilanz (am Ende), Masse der geistlichen Güter, die zu Entschädigungen übrig bleiben, 44.

reichsunmittelbares Territorium	0, 33
Gebiet mit überwiegend eigener Landeshoheit	0, 67 ⁴⁶¹
landsässiger Kleinstbesitz ⁴⁶²	

Stift Schussenried⁴⁶³

reichsunmittelbares Territorium ⁴⁶⁴	2 ⁴⁶⁵	3 300 ⁴⁶⁶	62 000 ⁴⁶⁷
--	------------------	----------------------	-----------------------

Stift Marchthal⁴⁶⁸

2 ½ ⁴⁶⁹	6 000 ⁴⁷⁰	50 000 ⁴⁷¹
--------------------	----------------------	-----------------------

⁴⁶⁰ *Erzberger*, Säkularisation in Württemberg, 2. Buch, II., A., d), 1., S. 380 u. 379: 27 112 Gulden und 43 Kreuzer: nach einem Bericht vom 8. Dez. 1802 bei einem 20 jährigen Durchschnitt.

Bundschuh, Verlust und Gewinn an Schlusse des zehnjährigen franzoesischen RevolutionsKrieges, A., I., Abteien und Stifter auf dem rechten RheinUfer, I., 10., S. 5, in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1803, 2. Band, 4. u. 5. Stueck, III. (nach S. 118): 30 000 Gulden Einkünfte.

⁴⁶¹ Hauptteil, S. 562-563.

⁴⁶² Kleinerer Streubesitz in der dem Haus Österreich zugehörenden Grafschaft Tettngang (*G. Wieland*, Besitzgeschichte des Reichsstiftes Weißenau, 6., e., in: *Festschrift Weissenau*, S. 206).

⁴⁶³ Hauptteil, S. 563.

⁴⁶⁴ Hauptteil, S. 563.

⁴⁶⁵ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Schwäbische Kreis, Abtei Schussenried, S. 27 und *K. Kaufmann*, Der ehemalige Klosterflecken Schussenried von der Säkularisation bis zum Ersten Weltkrieg, Das Kloster wird aufgegeben, in: *Festschrift Bad Schussenried*, S. 142 mit der bei *S. Krezdorn*, Vom Klosterterritorium zum Stadtgebiet, in: *Festschrift ebd.*, S. 64 befindlichen T (ext) A (bbildung) 6 Das Herrschaftsgebiet des Prämonstratenserklusters Schussenried.

Gaspari, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 28., S. 101-102 (101): 2 ½ QM und *Lang*, Tabellen über Flächen-Inhalt der Teutschen Reichs-Lande, Bilanz (am Ende), Masse der geistlichen Güter, die zu Entschädigungen übrig bleiben, 36.: 1 ½ QM.

⁴⁶⁶ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Schwäbische Kreis, Abtei Schussenried, S. 27.

Kasper, Das säkularisierte Reichsstift Schussenried, Verlauf der Säkularisation, in: *ThQ*, CXXXVI. Band, I., 6., S. 342 und *Lang*, Tabellen über Flächen-Inhalt der Teutschen Reichs-Lande, Bilanz (am Ende), Masse der geistlichen Güter, die zu Entschädigungen übrig bleiben, 36.: 3 200 Einw.; *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 28., S. 101-102 (102) „... wohl mehr als 3 oder 4000 Einw., wahrscheinlicher 6000, ...“; *P. Beck*, 700 Jahre Schussenried, IV., S. 69-70 (70): gegen 4 000 Seelen.

⁴⁶⁷ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Schwäbische Kreis, Abtei Schussenried, S. 27.

P. Beck, 700 Jahre Schussenried, IV., S. 69-70 (70): 60 000 Gulden und *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 28., S. 101-102 (102) mehr als 30 000 Gulden.

⁴⁶⁸ Hauptteil, S. 563.

⁴⁶⁹ *Bundschuh*, Verlust und Gewinn am Schlusse des zehnjährigen franzoesischen RevolutionsKrieges, A., I., Abteien und Stifter auf dem rechten RheinUfer, I., 12., S. 5, in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1803, 2. Band, 4. u. 5. Stueck, III (nach S. 118).

Traiteur, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Schwäbische Kreis, Abtei Marchthal, S. 27: 3 QM.

reichsunmittelbares Territorium ⁴⁷²	2, 16 ⁴⁷³		
landsässige Besitzungen ⁴⁷⁴			
Stift Petershausen ⁴⁷⁵	1 ½	3 500 ⁴⁷⁶	63 500 ⁴⁷⁷
reichsunmittelbares Territorium ⁴⁷⁸	0, 99 ⁴⁷⁹	1 370 ⁴⁸⁰	

⁴⁷⁰ *Bundschuh*, Verlust und Gewinn am Schlusse des zehnjährigen französischen Revolutionskrieges, A., I., Abteien und Stifter auf dem rechten Rheinufer, I., 12., S. 5, in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1803, 2. Band, 4. u. 5. Stueck, III. (nach S. 118); *Höck*, Zusätze Statistische Übersicht Deutscher Staaten, Zusätze und Verbesserungen zu der Statistischen Übersicht der Neuern Fürstenthümer und Reichsgrafschaften, 4. Tabelle, III. Thurn und Taxis (Marchthal gelangte nach § 13 RDH an Fürst Carl Anselm von Thurn und Taxis: *Das Ende des Alten Reiches*, A., III., S. 26) und *Lang*, Tabellen über Flächen-Inhalt der Teutschen Reichs-Lande, Bilanz (am Ende), Masse der geistlichen Güter, die zu Entschädigungen übrig bleiben, 22.

⁴⁷¹ *Bundschuh*, Verlust und Gewinn am Schlusse des zehnjährigen französischen Revolutionskrieges, A., I., Abteien und Stifter auf dem rechten Rheinufer, I., 12., S. 5, in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1803, 2. Band, 4. u. 5. Stueck, III. (nach S. 118) und *Höck*, Zusätze Statistische Übersicht Deutscher Staaten, Zusätze und Verbesserungen zu der Statistischen Übersicht der Neuern Fürstenthümer und Reichsgrafschaften, 4. Tabelle, III. Thurn und Taxis.

Traiteur, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Schwäbische Kreis, Abtei Marchthal, S. 27: 80 000 Gulden Einkünfte.

⁴⁷² Hauptteil, S. 563.

⁴⁷³ Durchschnittlich in nord-süd 17 km, in ost-west 7 km (*Hölzle*, Der deutsche Südwesten am Ende des alten Reiches, Karte: Klöster und Stifter, 16.: kartographische Eintragungen) = ca. 119 km² = 2, 16 QM.

⁴⁷⁴ Verschiedene Güter und Höfe unter fremder Jurisdiktion (*Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 26., S. 98 und *Roeder*, Lexikon von Schwaben, II. Band, Marchthal, ..., Reichsstift, ..., S. 120-125 (125)).

⁴⁷⁵ Hauptteil, S. 563.

⁴⁷⁶ *Höck*, Zusätze Statistische Übersicht Deutscher Staaten, Zusätze und Verbesserungen zu der Statistischen Übersicht der Alten Fürstenthümer, VII. Kurfürstlich-Badische Länder (Petershausen gelangte nach § 5 RDH an Markgraf Karl Friedrich von Baden: *End Alt R*, A., II., S. 22); *Bundschuh*, Verlust und Gewinn am Schlusse des zehnjährigen französischen Revolutionskrieges, A., I., Abteien und Stifter auf dem rechten Rheinufer, I., 13., S. 5, in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1803, 2. Band, 4. u. 5. Stueck, III. (nach S. 118) und *Lang*, Tabellen über Flächen-Inhalt der Teutschen Reichs-Lande, B., Petershausen, S. 39, Bilanz (am Ende), Masse der geistlichen Güter, die zu Entschädigungen übrig bleiben, 29.

⁴⁷⁷ *H. Schmid*, Die Säkularisation der Klöster in Konstanz und Umgebung 1782-1832, Das Reichsstift Petershausen, in: *Schr VG Bodensee*, XCVI. Heft, S. 105 mit Fußn. 97: insgesamte jährliche Einkünfte der Abtei 65 707 Gulden, 45 Kreuzer, bei Abziehung von 2 141 Gulden Einkünfte der unter der Schweizerischen Eidgenossenschaft sich befindenen Probstei Klingenzell, nach einem im Nov. 1802 von der Oberamtskanzlei Petershausen erstellten summarischen Ausweis.

Höck, Zusätze Statistische Übersicht Deutscher Staaten, Zusätze und Verbesserungen zu der Statistischen Übersicht der Alten Fürstenthümer, VII. Kurfürstlich-Badische Länder und *Bundschuh*, Verlust und Gewinn am Schlusse des zehnjährigen französischen Revolutionskrieges, A., I., Abteien und Stifter auf dem rechten Rheinufer I., 13., S. 5, in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1803, 2. Band, 4. u. 5. Stueck, III. (nach S. 118): 45 000 Gulden Einkünfte.

⁴⁷⁸ Die Abteigebäude mit den dazu gehörenden Häusern und die Herrschaft Herdwangen (Hauptteil, S. 563-564).

⁴⁷⁹ Herrschaft Herdwangen, bestehend aus drei gebietlich getrennten Teilen mit den Hauptörtern Sauldorf, Herdwangen und Gailhofe; um Sauldorf: durchschnittlich in nord-süd 5, 5 km, in ost-west 4, 5 km; um

Gebiet mit überwiegend eigener Landeshoheit⁴⁸¹ 0, 51⁴⁸²

Stift Wettenhausen⁴⁸³

Territorium mit eigener und
überwiegend eigener Landeshoheit⁴⁸⁴ 2 5 400⁴⁸⁵ 50 000⁴⁸⁶

Stift Zwiefalten⁴⁸⁷ 8 000⁴⁸⁸ 100 000⁴⁸⁹

Herdwangen: durchschnittlich 5, 2 km Länge × Breite; um Gailhofe: durchschnittlich 2 km Länge × Breite (*Hölzle*, Der deutsche Südwesten am Ende des alten Reiches, Karte: Klöster und Stifter, 28.: kartographische Eintragungen, mit *Roeder*, Lexikon von Schwaben, I. Band, Herdwangen, Herrschaft, ..., Sp. 859-860 und *Staiger*, Die ehemalige Benedictiner- und Reichsabtei Petershausen bei Constanx, in: *FDA*, VII. Band, S. 269), insg. ca. 55, 80 km² = 0, 99 QM.

⁴⁸⁰ *H. Schmid*, Die Säkularisation der Klöster in Konstanz und Umgebung 1782-1832, Das Reichsstift Petershausen, in: *Schr VG Bodensee*, XLVI. Heft, S. 98: 1 379 im Jahre 1802.

⁴⁸¹ In der österreichischen Landgrafschaft Nellenburg gelegenen Dörfer und Herrschaften Hilzingen, Rietheim und Staufen (Hauptteil, S. 563-564).

⁴⁸² Das Gebiet von Hilzingen, Rietheim, Staufen: durchschnittlich in ost-west 8 km, in nord-süd 3, 5 km (*Hölzle*, Der deutsche Südwesten am Ende des alten Reiches, Karte: Klöster und Stifter, 28.: kartographische Eintragungen) = ca. 28 km² = 0, 51 QM.

⁴⁸³ Hauptteil, S. 564.

⁴⁸⁴ Hauptteil, S. 564.

⁴⁸⁵ *Höck*, Zusätze Statistische Übersicht Deutscher Staaten, Zusätze und Verbesserungen zu der Statistischen Übersicht der Alten Fürstenthümer, I. Kurbaierische Staaten (Wettenhausen gelangte nach § 2 RDH an Kurfürst Max von Pfalz-Bayern: *Das Ende des Alten Reiches*, A., II., S. 19-20 (19)) und *Bundschuh*, Verlust und Gewinn am Schlusse des zehnjährigen franxoesischen RevolutionsKrieges, A., I., Abteien und Stifter auf dem rechten RheinUfer, I., 14., S. 5, in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1803, 2. Band, 4. u. 5. Stueck, III. (nach S. 118).

Traiteur, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Schwäbische Kreis, Abtei Wettenhausen, S. 27: 1 ½ QM und 2 900 Menschen.

⁴⁸⁶ *Bundschuh*, Verlust und Gewinn am Schlusse des zehnjährigen franxoesischen RevolutionsKrieges, A., I., Abteien und Stifter auf dem rechten RheinUfer, I., 14., S. 5, in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1803, 2. Band, 4. u. 5. Stueck, III. (nach S. 118) und *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Schwäbische Kreis, Abtei Wettenhausen, S. 27.

Höck, Zusätze Statistische Übersicht Deutscher Staaten, Zusätze und Verbesserungen zu der Statistischen Übersicht der Alten Fürstenthümer, I. Kurbaierische Staaten: 70 000 Gulden Einkünfte.

⁴⁸⁷ Hauptteil, S. 564.

⁴⁸⁸ *Bundschuh*, Verlust und Gewinn am Schlusse des zehnjährigen franxoesischen RevolutionsKrieges, A., I., Abteien und Stifter auf dem rechten RheinUfer, I., 15., S. 5, in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1803, 2. Band, 4. u. 5. Stueck, III. (nach S. 118) und *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 9., S. 66.

⁴⁸⁹ *Holzherr*, Geschichte Reichsabtei Zwiefalten, Anhang, Das Klostergebiet und dessen Verwaltung, S. 180-181 „... Die Einkünfte wurden ohne Abzug der Verwaltungskosten auf 100 000 fl. berechnet; sie flossen aus Grund und Boden und den Gewerbeberechtigungen. ...“; *Vanotti*, Beiträge zur Geschichte der Orden in der Diöcese Rottenburg, C. Klöster (Fortsetzung), 6. Zwiefalten, in: *FDA*, XIX. Band, S. 243 „... Zu Regensburg wurden die Brutto=Einnahmen zu 100 000 fl. berechnet, wenigstens um 20-30 000 fl. zu nieder. ...“ und *Pfaff*, Geschichte des Klosters Zwiefalten, in: *WJVG*, Jahrg. 1851, 2. Heft, Abhandlungen, Aufsätze und Nachrichten, S. 104.: gleichfalls 100 000 Gulden.

reichsunmittelbares Territorium ⁴⁹⁰	3, 9 ⁴⁹¹	4 700 ⁴⁹²
landsässige Besitzungen ⁴⁹³		
Stift Gengenbach ⁴⁹⁴	0, 5 ⁴⁹⁵	30 500 ⁴⁹⁶
reichsunmittelbares Territorium ⁴⁹⁷	0, 49 ⁴⁹⁸	380 ⁴⁹⁹
landsässige Besitzungen ⁵⁰⁰		

⁴⁹⁰ Hauptteil, S. 564.

⁴⁹¹ *Maurer*, Die Ausbildung der Territorialgewalt oberschwäbischer Klöster vom 14. bis zum 17. Jahrhundert, I. Einteilung Die Klosterterritorien um 1800, in: *BdL*, 109. Jahrg. , S. 154, Liste, Zwiefalten: 220 km² = 3, 9 QM.

Roeder, Neu=Wirtemberg, III. Die Landvogtei Rottweil, VI. Das Stift und Oberamt Zwiefalten, S. 451: zusammenhängenden Lande ca. 5 QM; *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 9., S. 66: wenigstens 3 QM.

⁴⁹² *Roeder*, Neu=Wirtemberg, III. Die Landvogtei Rottweil, VI. Das Stift und Oberamt Zwiefalten, S. 456 mit S. 457, 450-451: 4 781 in den Jahren 1801/02.

⁴⁹³ Viele einzelne Häuser, Höfe und Gerechtsamen in fremden Gebieten, Obergiersberg (Thurgau), Aretshofen, Bingen, Ehingen, Möhringen u. a. (*Roeder*, Lexikon von Schwaben, II. Band, Zwiefalten, Reichsabtei, ..., Sp. 1343-1347 (1346-1347); *ders.*, Neu=Wirtemberg, III. Die Landvogtei Rottweil, VI. das Stift und Oberamt Zwiefalten, S. 484-485 und *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 9., S. 66).

⁴⁹⁴ Hauptteil, S. 564.

⁴⁹⁵ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Schwäbische Kreis, Abtei Gengenbach, S. 27 und *Höck*, Zusätze Statistische Übersicht Deutscher Staaten, Zusätze und Verbesserungen zu der Statistischen Übersicht der Alten Fürstenthümer, VII. Kurfürstlich-Badische Länder (Gengenbach gelangte nach § 5 RDH an Landgraf Karl Friedrich von Baden: *Das Ende des Alten Reiches*, A., II., S. 22).

⁴⁹⁶ *Schell*, Zur Geschichte der Abtei Gengenbach, besonders in den Jahren 1802 bis 1807, I., in: *ZGO*, XLV. Band, S. 586-587: 30 521 Gulden Einkünfte der Abtei im Jahr 1803: nach den von dem Oberschaffner Scheffel zu Anfang des Jahres 1803 vorgenommenen Berechnungen.

Höck, Zusätze Statistische Übersicht Deutscher Staaten, Zusätze und Verbesserungen zu der Statistischen Übersicht der Alten Fürstenthümer, VII. Kurfürstlich-Badische Länder: 20 000 Gulden Einkünfte und *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Schwäbische Kreis, Abtei Gengenbach, S. 27: 40 000 Gulden.

⁴⁹⁷ Gebietlich geschlossenen Besitz (Hauptteil, S. 564).

⁴⁹⁸ Durchschnittlich in nord-süd 9 km, in nord-west 3 km (*Hölzle*, Der deutsche Südwesten am Ende des alten Reiches, Karte: Klöster und Stifter, 8.: kartographische Eintragungen) = ca. 27 km² = 0, 49 QM.

⁴⁹⁹ *Schell*, Zur Geschichte der Abtei Gengenbach , besonders in den Jahren 1802 bis 1807, I., in: *ZGO*, XLV. Band, S. 568-569 (569): 383 im Jahre 1802.

⁵⁰⁰ Gelegen insbesondere in dem Territorium der Reichsstadt Gengenbach, den markgräfllich badischen Länder und in der dem Haus Österreich zugehörenden Landvogtei Ortenau (*H. Schmid*, Die Säkularisation der Klöster in Baden 1802-1811, Hauptteil, VII., 13., S. 214-215; *Roeder*, Lexikon von Schwaben, I. Band, Gengenbach, Reichsstift. ..., Sp. 694-698 (687-698); *Staedele*, Die Abtei Gengenbach zur Zeit der Säkularisation, in: *Die Ortenau*, XXXIV. Heft, S. 124-129, XXXV. Heft, S. 81-87; *Schell*, Zur Geschichte der Abtei Gengenbach, besonders in den Jahren 1802 bis 1807, I., in: *ZGO*, XLV. Band, S. 569, 577-578; *Hitzfeld*,

Stift Neresheim ⁵⁰¹	1 ½	3 500	50 000 ⁵⁰²
reichsunmittelbares Territorium ⁵⁰³	1, 37 ⁵⁰⁴		
landsässige Besitzungen ⁵⁰⁵			
Stift Heggbach ⁵⁰⁶	0, 91 ⁵⁰⁷	1 700 ⁵⁰⁸	53 000 ⁵⁰⁹
Territorium mit nahezu eigener Landeshoheit ⁵¹⁰		1 681 ⁵¹¹	

Die wirtschaftlichen Grundlagen der Abtei Gengenbach, 2.-11. Kap., in: *Die Ortenau*, XXXIX. Heft, S. 192-217, XLI. Heft, S. 77-140, XLII. Heft, S. 84-123 und *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der Schwäbische Kreis, Die Abtey Gengenbach, S. 584).

⁵⁰¹ Hauptteil, S. 564.

⁵⁰² *Bundschuh*, Verlust und Gewinn am Schlusse des zehnjährigen franzoesischen RevolutionsKrieges, A., I., 21., S. 5, in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1803, 2. Band, 4. u. 5. Stueck, III. (nach S. 118) und *Höck*, Zusätze Statistische Übersicht Deutscher Staaten, Zusätze und Verbesserungen zu der Statistischen Übersicht der Neuern Fürstenthümer und Reichsgrafschaften, 4. Tabelle, III. Thurn und Taxis (Neresheim gelangte nach § 13 RDH an Fürst Carl Anselm von Thurn und Taxis: *Das Ende des Alten Reiches*, A., II., S. 26).

Traiteur, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Schwäbische Kreis, Abtei Neresheim, S. 27: gleichfalls 1 ½ QM und 50 000 Gulden Einkünfte, 2 500 Menschen.

⁵⁰³ Hauptteil, S. 564-565.

⁵⁰⁴ Durchschnittlich in ost-west 9 km, in süd-nord 8, 5 km (*Hölzle*, Der deutsche Südwesten am Ende des alten Reiches, Karte: Klöster und Stifter, 22. Neresheim: kartographische Eintragungen) = ca. 76, 5 km² = 1, 37 QM.

⁵⁰⁵ Nach dem am 1. Okt. 1764 zwischen dem Haus Öttingen-Wallerstein und der Abtei zur Regelung der landeshoheitlichen Berechtigungen vereinbarten Vergleich (Hauptteil, S. 565) behielt die Abtei im Öttingen-Wallersteinischen Territorium mit dem Dominium (Eigentumsrecht) und der Nutzung 6 Zehenden an Örtlichkeiten und das Patronatsrecht an dortigen Pfarrkirchen (§ 9-§ 11, § 15, in: *Cramer*, Wetzlarische Nebenstunden, LVIII. Theil, III., S. 92-97, 101-102).

⁵⁰⁶ Hauptteil, S. 565.

⁵⁰⁷ *O. Beck*, Die Reichsabtei Heggbach, ... Heggbach, Das Kloster, Säkularisation ..., T(ext) A(bbildung) 23, S. 92, Die Klosterherrschaft, S. 209-210 (209), Der Erwerb von Gütern und Einkünften, Die wirtschaftliche Weiterentwicklung, S. 240, Die Vermögenslage bei der Säkularisation, S. 241, Das Privileg der Reichsunmittelbarkeit, S. 274: ca. 50 km² = 0, 91 QM.

Lang, Tabellen über Flächen-Inhalt der Teutschen Reichs-Lande, Bilanz (am Ende), Masse der geistlichen Güter, die zu Entschädigungen übrig bleiben, 13.: 1 QM; *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Schwäbische Kreis, Fr. Stift Heggbach, S. 27: 1 ¾ QM.

⁵⁰⁸ *O. Beck*, Die Reichsabtei Heggbach, ... Heggbach, Die Klosterherrschaft, Der Erwerb von Gütern ..., Die Vermögenslage bei der Säkularisation, S. 240-241: 1 718 im Jahre 1802 (nach einem im Dez. 1802 von dem heggbachschen klösterlichen Oberamtman Schaubert an die Herzoglich-Wirtembergische und Markgräfllich-Badische Sub-Delegation-Commission zu Ochsenhausen mitgeteilten Schreiben).

Lang, Tabellen über Flächen-Inhalt der Teutschen Reichs-Lande, Bilanz (am Ende), Masse der geistlichen Güter, die zu Entschädigungen übrig bleiben, 13.: 1 600 Seelen.

⁵⁰⁹ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Schwäbische Kreis, Fr. Stift Heggbach, S. 27.

⁵¹⁰ Hauptteil, S. 565.

landsässiger Kleinstbesitz⁵¹²

Stift Gutenzell⁵¹³

reichsunmittelbares Territorium ⁵¹⁴	0, 83 ⁵¹⁵	2 200	20 000 ⁵¹⁶
--	----------------------	-------	-----------------------

Stift Rottenmünster⁵¹⁷

reichsunmittelbares Territorium ⁵¹⁹	1 ½	2 900	58 000 ⁵¹⁸
--	-----	-------	-----------------------

landsässige Besitzungen ⁵²⁰		238 ⁵²¹	
--	--	--------------------	--

⁵¹¹ O. Beck, Die Reichsabtei Heggbach, ..., Heggbach, Die Klosterherrschaft, S. 209-210 (209): 1 681 im Jahre 1802 (nach dem am 25. Sept. 1802 von dem heggbachschen klösterlichen Oberamtman Schnauber verfassten Bericht).

⁵¹² Einige kleinere auswärtige unter fremder Landeshoheit gestandene Besitzungen (O. Beck, Die Reichsabtei Heggbach, ... Heggbach, Die Klosterherrschaft, S. 209-210 (210)).

⁵¹³ Hauptteil, S. 565.

⁵¹⁴ Hauptteil, S. 565-566.

⁵¹⁵ P. Beck, Kurze Geschichte des Cistercienser-Nonnenklosters Gutenzell, in: *Cistercienser-Chronik*, 23. Jahrg., Nro. 264., S. 46: 13 865 Morgen. Unter Zugrundelegung von 1 Morgen = 33 ar (*Klimpert*, Lexikon der Münzen, Maße, I., Morgen, S. 235, regional verschiedene ar Angaben eines Morgens: in Baden 36 ar, in Bayern 34, 07 ar, in Wirtemberg 31, 517 ar).

Bundschuh, Verlust und Gewinn am Schlusse des zehnjährigen französischen Revolutionskrieges, ..., A., I., Abteien und Stifter auf dem rechten Rheinufer, I., 18., S. 5, in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1803, 2. Band, 4. u. 5. Stueck, III. (nach S. 118) und *Lang*, Tabellen über Flächen-Inhalt der Deutschen Reichs-Lande, Bilanz (am Ende), Masse der geistlichen Güter, die zu Entschädigungen übrig bleiben, 12.: 1 QM.

⁵¹⁶ *Bundschuh*, Verlust und Gewinn am Schlusse des zehnjährigen französischen Revolutionskrieges, ..., A., I., Abteien und Stifter auf dem rechten Rheinufer, I., 18., S. 5, in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1803, 2. Band, 4. u. 5. Stueck, III. (nach S. 118) und *Gaspary*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 28., S. 102.

Traiteur, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Schwäbische Kreis, Fr. Stift Gutenzell, S. 27: 2 856 Menschen, 51 000 Gulden Einkünfte (bei 1 ½ QM); *Lang*, Tabellen über Flächen-Inhalt der Deutschen Reichs-Lande, Bilanz (am Ende), Masse der geistlichen Güter, die zu Entschädigungen übrig bleiben, 12.: 1 600 Seelen.

⁵¹⁷ Hauptteil, S. 566.

⁵¹⁸ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Schwäbische Kreis, Fr. Stift Rottenmünster, S. 27 und *Höck*, Zusätze und Verbesserungen zu der Statistischen Übersicht der Deutschen Staaten, Zusätze und Verbesserungen zu der Statistischen Übersicht der Alten Fürstenthümer, V. Kurfürstenthum Wirtemberg (Rothenmünster gelangte nach § 6 RDH an Herzog Friedrich Eugen von Wirtemberg: *Das Ende des Alten Reiches*, A., II., S. 22-23 (22)).

Roeder, Neu=Wirtemberg, III. Die Landvogtei Rottweil, V. Das Stabs- und Rentamt Rottenmünster, S. 445-450 (445-446): 1 QM, ungefähr 3 000 Menschen; *Brinzinger*, Reichsstift Rottenmünster, III., S. 22: etwa 3 000 Einw., 30 000 Gulden Einkünfte.

⁵¹⁹ Hauptteil, S. 566.

⁵²⁰ Die im Jahr 1768 erworbene Hälfte des Flecken Hausen, dessen andere Hälfte seit der Reformation wirtembergisch war, die Hochgerichtsbarkeit wurde von der Stadt Rottweil ausgeübt (*Reichenmiller*, Reichsstift

Stift Baidt ⁵²²	0, 32	195 ⁵²³	13 500 ⁵²⁴
reichsunmittelbares Territorium	Klosterbezirk		
landsässige Besitzungen ⁵²⁵			
 Stift Söflingen ⁵²⁶			
reichsunmittelbares Territorium ⁵²⁷	2 ⁵²⁸	3 800 ⁵²⁹	60 000 ⁵³⁰
 Stift St. Jörgen zu Isny ⁵³¹	0, 27 ⁵³²	455 ⁵³³	27 000 ⁵³⁴

Rottenmünster, Anhang, I., Hausen ob Rottweil, S. 114-115, Rotenstein, S. 127; *Roeder*, Lexikon von Schwaben, II. Band, Rottenmuenster, weibliche Reichsabtei, ..., S. 533-535) und *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 12., S. 75).

⁵²¹ *Roeder*, Neu=Wirtemberg, III. Die Landvogtei Rottweil, V. Das Stabs= und Rentamt Rottenmuenster, S. 449 (Hausen).

⁵²² Hauptteil, S. 566.

⁵²³ *Maurer*, Die Ausbildung der Territorialgewalt oberschwäbischer Klöster vom 14. bis zum 17. Jahrhundert, I. Einteilung Die Klosterterritorien um 1800, in: *BdL*, 109. Jahrg. , S. 154: Liste, Baidt: 8 km² = 0, 32 QM.

⁵²⁴ *Erzberger*, Säkularisation in Württemberg, 2. Buch, II., A., i), S. 398.

Gaspari, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 28., S. 102: 10 000 Gulden Einkünfte; *Hoff*, Das Teutsche Reich, II. Theil, 2. Abtheilung, 2. Abschnitt, II., 2., XXXVIII., S. 236: nicht völlig 14 000 Gulden.

⁵²⁵ Hauptteil, S. 566-567.

⁵²⁶ Hauptteil, S. 567.

⁵²⁷ Hauptteil, S. 567.

⁵²⁸ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Schwäbische Kreis, Fr. Stift Söflingen, S. 27; *Bundschuh*, Verlust und Gewinn am Schlusse des zehnjährigen franzoesischen RevolutionsKrieges, A., I., Abteien und Stifter auf dem rechten RheinUfer, I., 23., S. 5, in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1803, 2. Band, 4. u. 5. Stueck, III. (nach S. 118) und *Lang*, Tabellen über Flächen-Inhalt der Teutschen Reichs-Lande, Bilanz (am Ende), Masse der geistlichen Güter, die zu Entschädigungen übrig bleiben, 37.

⁵²⁹ *Fabri*, Geographie fuer alle Staende, I. Theil, 2. Band, Der Schwaebische Kreis, Die Abtei Soeflingen, S. 431; *Höck*, Zusätze Statistische Übersicht Deutscher Staaten, Zusätze und Verbesserungen zu der Statistischen Übersicht der Alten Fürstenthümer, I. Kurbaierische Staaten (das Stift Söflingen gelangte nach § 2 RDH an Kurfürst Maximilian II. von Pfalz-Bayern: *Das Ende des Alten Reiches*, A., II., S. 19-20 (19) und *Lang*, Tabellen über Flächen-Inhalt der Teutschen Reichs-Lande, Bilanz (am Ende), Masse der geistlichen Güter, die zu Entschädigungen übrig bleiben, 37.

⁵³⁰ *Höck*, Zusätze Statistische Übersicht Deutscher Staaten, Zusätze und Verbesserungen zu der Statistischen Übersicht der Alten Fürstenthümer, I. Kurbaierische Staaten.

Traiteur, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der schwäbische Kreis, Fr. Stift Söflingen, S. 27: 65 000 Gulden Einkünfte; *Bundschuh*, Verlust und Gewinn am Schlusse des zehnjährigen franzoesischen RevolutionsKrieges, A., I., Abteien und Stifter auf dem rechten Rheinufer, I., 23., S. 5, in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1803, 2. Band, 4. u. 5. Stueck, III. (nach S. 118): 40 000 Gulden.

⁵³¹ Hauptteil, S. 567.

reichsunmittelbares Territorium	0, 00765 ⁵³⁵		
landsässige Besitzungen ⁵³⁶			
Stift Werden ⁵³⁷	3 ⁵³⁸	8 000 ⁵³⁹	120 000 ⁵⁴⁰
reichsunmittelbares Territorium ⁵⁴¹	1, 24	7 000 ⁵⁴²	

⁵³² Maurer, Die Ausbildung der Territorialgewalt oberschwäbischer Klöster vom 14. bis zum 17. Jahrhundert, I. Einleitung Die Klosterterritorien um 1800, in: *BdL*, 109 Jahrg., S. 154, Liste, Isny: 15 km² = 0, 27 QM.

⁵³³ Maurer, Die Ausbildung der Territorialgewalt oberschwäbischer Klöster vom 14. bis zum 17. Jahrhundert, I. Einleitung Die Klosterterritorien um 1800, in: *BdL*, 109 Jahrg., S. 154, Liste, Isny.

Höck, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der deutschen Geistlichen Wahlstaaten, 5. Tabelle, Deutsche Reichsstifter, I., 23 und Lang, Tabellen über Flächen-Inhalt der Teutschen Reichs-Lande, B., Isny, S. 34: 400 Einw.

⁵³⁴ Eisele, Stadt- und Stiftsgebiet Isny in den Jahren 1803-1810, Säkularisierung, in: *Ulm und Oberschwaben*, XXXVIII. Band, S. 189: 27 226 Gulden Einkünfte nach den Berechnungen der Subdelegationskommission.

⁵³⁵ Hauptteil, S. 567.

⁵³⁶ Hauptteil, S. 567.

Erzberger, Säkularisation in Württemberg, 2. Buch, II., A., e), S. 395: 2 ¼ Jauchert Äcker, 52 Jauchert Wiesen, 5 ½ Jauchert Garten, 154 Jauchert Weinberg, 1 825 Jauchert Wald, insg. 2 038 ¾ Jauchert = ca. 9 km² = 0, 16 QM.

⁵³⁷ Hauptteil, S. 569.

Obwohl der Abt von Werden auch noch den Titel eines Abtes von Helmstedt trug, besaß er nur die Abtei Werden. Im Jahre 1489 hatte er die Stadt Helmstedt mit der darin gelegenen Abtei, bei seinem eigenen weiteren Behalt ihres Titels dem Herzog von Braunschweig überlassen (*GRSH* 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Hauptabtheilung, Werden und Helmstaedt, S. 84; Moser, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 3. Cap., §. 48., S. 773 und Büsching, Erdbeschreibung, VI. Theil, Der westphaelische Kreis, Die Abtey Werden, §. 2., S. 254).

⁵³⁸ Bundschuh, Verlust und Gewinn am Schlusse des zehnjährigen franzoesischen RevolutionsKrieges, ..., A., I., Abteien und Stifter auf dem rechten RheinUfer, IV., Das Stift Werden, S. 5, in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1803, 2. Band, 4. u. 5. Stueck, III. (nach S. 118) und *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Werden und Helmstaedt, S. 104.

Traiteur, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Westphälische Kreis, Abtei Werden, S. 29: 3 ½ QM.

⁵³⁹ Bundschuh, Verlust und Gewinn am Schlusse des zehnjährigen franzoesischen RevolutionsKrieges, ..., Abteien und Stifter auf dem rechten RheinUfer, IV. Das Stift Werden, S. 5, in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1803, 2. Band, 4. u. 5. Stueck, III. (nach S. 118).

Lang, Tabellen über Flächen-Inhalt der Teutschen Reichs-Lande, B., Werden S. 43: 5 000 Seelen.

⁵⁴⁰ Bundschuh, Verlust und Gewinn am Schlusse des zehnjährigen franzoesischen RevolutionsKrieges, ..., A., I., Abteien und Stifter auf dem rechten RheinUfer, IV., Das Stift Werden, S. 5, in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1803, 2. Band, 4. u. 5. Stueck, III. (nach S. 118).

GRSH 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Werden und Helmstaedt, S. 104 und Büsching, Erdbeschreibung, VI. Theil, Der westphaelische Kreis, Die Abtey Werden, §. 3., S. 254: 70 000-80 000 Reichstaler.

⁵⁴¹ Das entlang der Ruhr bis zur Mündung des Rheines gelegene Territorium (Hauptteil, S. 569-570).

landsässige Besitzungen⁵⁴³

**Stift Odenheim und
Bruchsal⁵⁴⁴**

58 000⁵⁴⁵

reichsunmittelbares Territorium⁵⁴⁶

0, 93⁵⁴⁷

5 081⁵⁴⁸

Gebiet mit geteilter Landeshoheit⁵⁴⁹

0, 31⁵⁵⁰

1 477⁵⁵¹

Stift St. Ulrich und St. Afra⁵⁵²

2

5 500⁵⁵³

32 000⁵⁵⁴

⁵⁴² *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, III., 7., S. 340, Erläuterungen, S. 340: 6 818 ha = 1, 24 QM, Anhang, E., A., 20., S. 644: 7 026 Einw. im Jahr 1802.

Körholz, Geschichte Werdens, 6., S. 32: 68 km² oder reichlich 1 ¼ QM, 10., S. 57: zur Zeit seiner Säkularisation 7 325 Einw.; *Bart*, Die alte Reichsabtei, Die Schützen und ihre Landesherren, S. 54: etwa 70 km² = 1, 27 QM; *Schuncken*, Geschichte Werdens, §. 14., S. 215: für das Jahr 1798 8 390 Einw.

⁵⁴³ Die Abtei besaß noch weitere rechtsrheinische auswärtige Besitzungen im Westfälischen und im Niedersächsischen Kreis (*Rheinische Urbare*, IV. Band, (2. Teil), (Kap.) IV: Die Wirtschaftsverfassung und Verwaltung der Grossgrundherrschaft Werden, Kap. II., S. CCLI-CCXCI; *Germania Sacra. Stüwer*, Die Reichsabtei Werden, 6. Der Besitz, § 35-§ 39, S. 242-292; *Kötzschke*, Verwaltungsgeschichte Werden, Kap. I., § 1., 1., S. 8-14, 3., S. 30, 4., S. 39, § 2., 1., S. 52-57, 2., S. 57-61 und *Die Benediktinerklöster in Nordrhein-Westfalen*, Werden (v. W. Stüwer), Grundherrschaft und Vogtei, S. 589-592.

⁵⁴⁴ Hauptteil, S. 570.

⁵⁴⁵ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der oberrheinische Kreis, Probstei Odenheim, S. 28.

⁵⁴⁶ Die Orte Odenheim, Tiefenbach, Eichelberg, Landshausen und Rohrbach (Hauptteil, S. 570-571).

⁵⁴⁷ *Wetterer*, Die Säkularisation des Ritterstifts Odenheim in Bruchsal, § 2., in: *ZRG*, KA VIII, III., S. 85, Fußn. 2) und *Böhm*, Stift Odenheim, in: *ders.*, Unbekannter Kraichgau, S. 183: für Odenheim Tiefenbach, Eichelberg, Landshausen, Rohrbach und dem ⁹/₁₀ mit dem Herzog von Wirtemberg in Kondominat gehaltenen Mitbesitz von Grossgartach (unten, S. 57): 1, 2 QM. Grossgartach: durchschnittlich in ost-west und in nord-süd 4 km (*Hölzle*, Der deutsche Südwesten am Ende des alten Reiches, Karte: Bistümer, Speyer (Sp 6), Württemberg (12): kartographische Eintragungen) = insg. 16 km², davon ⁹/₁₀ Odenheim-Wirtembergischer Anteil = 14, 6 km² = 0, 27 QM. Insgesamt 0, 93 QM.

⁵⁴⁸ *Wetterer*, Die Säkularisation des Ritterstifts Odenheim in Bruchsal, § 2., in: *ZRG*, KA VIII, III., S. 85 und *Böhm*, Stift Odenheim, in: *ders.*, Unbekannter Kraichgau, S. 183.

⁵⁴⁹ Die Hälfte von Waldangelloch und ⁹/₁₀ von Grossgartach in Kondominat mit Wirtemberg (Hauptteil, S. 570-571).

⁵⁵⁰ Der hälftige Anteil von Waldangelloch: durchschnittlich in ost-west 2 km, in nord-süd 1 km (*Hölzle*, Der deutsche Südwesten am Ende des alten Reiches, Karte: Bistümer, Speyer (Sp 6): kartographische Eintragungen) = ca. 2 km² = 0, 04 QM; ⁹/₁₀ von Grossgartach ca. 0, 27 QM (oben, S. 57), insg. 0, 31 QM.

⁵⁵¹ ⁹/₁₀ Anteil von Grossgartach: 1 085 Einw. und der hälftige Anteil von Waldangelloch: 392 Einw. (*Wetterer*, Die Säkularisation des Ritterstifts Odenheim in Bruchsal, § 2., in: *ZRG*, KA VIII, III., S. 85, Fußn. 3) und *Böhm*, Stift Odenheim, in: *ders.*, Unbekannter Kraichgau, S. 183), insg. 1 477 Einw.

Roeder, Lexikon von Schwaben, I. Band, Grossgartach, Flecken von 1230 Seelen, im württembergischen Amte Brakenheim, ..., Sp. 627: insgesamter Flecken Grossgartach 1240 Einw., II. Band, Waldangelloch, evangelisches Pfarrdorf, in der Pfalz, ..., Sp. 1032-1033 (1033): insgesamte Dorf Waldangelloch 786 Einw.

reichsunmittelbares Territorium ⁵⁵⁵	Klosterbezirk und Herrschaft	250 ⁵⁵⁶	
	Haunstetten 0, 11 ⁵⁵⁷	560 ⁵⁵⁸	
Gebiet mit überwiegend eigener Landeshoheit ⁵⁵⁹	0, 73 ⁵⁶⁰		
landsässige Besitzungen ⁵⁶¹			
Stift St. Emmeran zu Regensburg⁵⁶²	2	1 500⁵⁶³	90 900⁵⁶⁴

⁵⁵² Hauptteil, S. 571.

⁵⁵³ Hoff, Das Teutsche Reich, II. Theil, 2. Abtheilung, 2. Abschnitt, II., 2., III., 16., S. 137.

Traiteur, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Schwäbische Kreis, Abtei St. Ulrich, S. 27: 1 ½ QM, 2 300 Menschen und *Lang*, Tabellen über Flächen-Inhalt der Teutschen Reichs-Lande, B., St. Ulrich und Afra, S. 43, Bilanz (am Ende), Masse der geistlichen Güter, die zu Entschädigungen übrig bleiben, 41.: 1 QM, 2 500 Seelen.

⁵⁵⁴ *Historischer Atlas von Bayern*, Schwaben: *Liebhart*, Die Reichsabtei St. Ulrich und Afra zu Augsburg (1006-1803), Teil 1, VII., 3., S. 277.

Tabellarische Uebersicht der Staatskräften von Deutschland überhaupt und von jedem Reichsstande insbesondere, N^o 1. d.) Recapitulation der geistlichen Staaten, S. Ullrich und Afra, S. 12-13 (12): 40 000 Gulden Einkünfte und *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Schwäbische Kreis, Abtei St. Ulrich, S. 27: 46 000 Gulden.

⁵⁵⁵ Hauptteil, S. 571.

⁵⁵⁶ Geschätzt.

⁵⁵⁷ Herrschaft Haunstetten: durchschnittlich in ost-west 3 km, in nord-süd 2 km (*Schröder-Schröder*, Die Herrschaftsgebiete im heutigen Regierungsbezirk Schwaben und Neuburg Mitte 1801 (Karte): kartographische Eintragungen: III., D., 8) = ca. 6 km² = 0, 11 QM.

⁵⁵⁸ *Roeder*, Lexikon von Schwaben, I. Band, Hausstetten, Pfarrdorf bei Augsburg, Sp. 821.

⁵⁵⁹ Hauptteil, S. 571.

⁵⁶⁰ Dorf Häder ca. 9 km²; Dorf Schönebach mit Fischweiher ca. 3 km²; Dorf Wengen mit Fischweiher ca. 9 km²; Dorf Bonstetten mit Fischweiher ca. 4 km²; Weiler Erkhausen ca. 2 km²; Weiler Hilpoldsberg ca. 0, 75 km²; Weiler Ahlingen ca. 1 km² (Ahli); Hof zu Ellgau ca. 1 km², Besitzungen zu Maingründel ca. 0, 5 km², zu Vallried ca. 0, 75 km², zu Buch ca. 0, 5 km², zu Aretsried ca. 1 km², zu Edenbergen ca. 0, 5 km² (*Schröder-Schröder*, Die Herrschaftsgebiete im heutigen Regierungsbezirk Schwaben und Neuburg Mitte 1801 (Karte): kartographische Eintragungen: III., D. 8) = ca. 33 km². Die Besitzungen zu Nachstetten, Fischach, Reitenbuch, Wollishausen und die zertret liegenden Waldungen: ca. 7 km² (geschätzt nach den Angaben von *Historischer Atlas von Bayern*, Schwaben: *Liebhart*, Die Reichsabtei St. Ulrich und Afra zu Augsburg (1006-1803), Teil 2, Ortskatalog, Nachstetten, S. 551 (1 Hof), Fischach, S. 430-431 (1 Gut, 2 Erblehen mit Zubau, 2 Feldlehen, 1 Sölde), Reitenbuch, S. 587 (1 Lehen (=Gut) im Jahr 1741: 9 Jauchert, 6 Tagewerk Wiesen), Wollishausen, S. 678-679 (3 je ½ Lehen und 2 je ¼ Lehen)). Insgesamt ca. 40 km² = 0, 73 QM.

⁵⁶¹ Dies waren Hofmarken im Herzogtum Bayern und im Herzogtum Pfalz-Neuburg, Besitzungen im Hochstift Augsburg, im Allgäu, in der Herrschaft Mindelheim-Schwabeck und in der österreichischen Grafschaft Tirol (*Historischer Atlas von Bayern*, Schwaben: *Liebhart*, Die Reichsabtei St. Ulrich und Afra zu Augsburg (1006-1803), Teil 1, VII., 3., S. 274-278, Karte 3: Besitzstand um 1788, S. 280, VI., S. 225, 1., S. 225-230, 4., 4., S. 239-242, 5., S. 242-243, 6., S. 243-250, Exkurs:, S. 250-253; *Schroeder*, Die Aufhebung von St. Ulrich und Afra, 2. Kap., S. 31-40: Aufstellung Ziff. A., B., I., 1., b)-p), 2.-5., 6., h), l)-n), p)-s), 7., c), e)-i), II.-V., S. 42-43 und *Stampfer*, Besitzungen der bayerischen und schwäbischen Benedictinerstifte in Tirol bis zum Jahre 1803, in: *SMBCO*, IV. Jahrg., I. Band, II. Abtheilung, S. 119: Übersicht, St. Ulrich in Augsburg, S. 117-118).

⁵⁶² Hauptteil, S. 572.

reichsunmittelbares Territorium ⁵⁶⁵	Klosterbezirk und Propstei Vogtareute	250 ⁵⁶⁶	
landsässige Besitzungen ⁵⁶⁷			
Stift Essen ⁵⁶⁸			
rechtsrheinisch			
reichsunmittelbares Territorium ⁵⁶⁹		2, 45 ⁵⁷⁰	8 000
			50 000 ⁵⁷¹
Stift Buchau ⁵⁷²			
reichsunmittelbares Territorium ⁵⁷⁴	Klosterbezirk und Herrschaft	2	4 000
			60 000 ⁵⁷³
		250 ⁵⁷⁵	

⁵⁶³ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Baierische Kreis, (Hochstift) Regensburg mit S. Emmeran, S. 26: 8 QM, 10 500 Menschen, davon: Hochstift Regensburg: 6 QM, 9 000 Menschen).

⁵⁶⁴ *H. W. Schlaich*, Das Ende der Regensburger Reichsstifte, I., 2., d), aa), S. 45 mit S. 43-44, III., 1., a), S. 76-81: 90 906 Gulden bei Beginn der Ende Nov. 1802 einsetzenden Dalbergzeit.

Gaspari, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 35., S. 114-115 (115): 45 000 Gulden Einkünfte; *Tabellarische Uebersicht der Staatskräften von Deutschland überhaupt und von jedem Reichsstande insbesondere*, N^o 1. b) Recapitulation der geistlichen Staaten, S. 8: 40 000 Gulden.

⁵⁶⁵ Hauptteil, S. 572.

⁵⁶⁶ Geschätzt.

⁵⁶⁷ Hauptteil, S. 572.

⁵⁶⁸ Hauptteil, S. 573.

⁵⁶⁹ Hauptteil, S. 573.

⁵⁷⁰ *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, III., 4., S. 333-335, Anhang, E., A., 17., S. 643: 13 511 ha = 2, 45 QM.

Funcke, Fürstenthum und Stadt Essen, Vorrede, S. (V): Fußnote 1): 2, 497 QM; *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, Vergleichungs-Tafel (am Ende), Interessenten/Preussen, Entschädigung/R Abt. Essen und *Bundschuh*, Verlust und Gewinn am Schlusse des zehnjährigen franzoesischen RevolutionsKrieges, ..., B., III., Der Koenig von Preussen:, 5. Die Abtei Essen, S. 17, in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1803, 2. Band, 4. u. 5. Stueck, III. (nach S. 118): 2 ½ QM.

⁵⁷¹ *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, Vergleichungs-Tafel (am Ende), Interessenten/Preussen, Entschädigung/R Abt. Essen und *Bundschuh*, Verlust und Gewinn am Schlusse des zehnjährigen franzoesischen RevolutionsKrieges, ..., B., III., Der Koenig von Preussen:, 5. Die Abtei Essen, S. 17, in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1803, 2. Band, 4. u. 5. Stueck, III. (nach S. 118).

⁵⁷² Hauptteil. S. 574.

⁵⁷³ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der schwäbische Kreis, Fr. Stift Buchaus, S. 27 und *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Buchau, S. 37.

⁵⁷⁴ Hauptteil, S. 574.

⁵⁷⁵ Klosteranlagen geschätzt mit 0, 5 km² und 250 Menschen.

	Strasberg ⁵⁷⁶	0, 75	1 380 ⁵⁷⁷	
landsässige Besitzungen ⁵⁷⁸				
Stift Quedlinburg⁵⁷⁹				
Gebiet unter überwiegend fremder Landeshoheit ⁵⁸⁰		2 ¼ ⁵⁸¹	11 500 ⁵⁸²	60 000 ⁵⁸³
Stift Herford⁵⁸⁴				
		0, 75	1 800 ⁵⁸⁵	20 000 ⁵⁸⁶
reichsunmittelbares Territorium mit Vogteigerechtsamen ⁵⁸⁷	Abteibezirk			
landsässige Besitzungen ⁵⁸⁸				

⁵⁷⁶ Hauptteil, 539-540 (540).

⁵⁷⁷ Dreieck von 9 × 9 × 9 km (*Hölzle*, Der deutsche Südwesten am Ende des alten Reiches, Karte, Klöster und Stifter, 3. Buchau) = ca. ¾ QM. Umfang 6-7 Stunden und im Jahr 1802 1 380 Einw. (*Fürst Thurn und Taxis-Zentralarchiv Regensburg*, Schwäbische Akten 1366: Topographie der Herrschaft Straßberg 1802).

⁵⁷⁸ Hauptteil, S. 574.

⁵⁷⁹ Hauptteil, S. 578.

⁵⁸⁰ Hauptteil, S. 578-579.

⁵⁸¹ *Fritsch*, Geschichte Quedlinburg, 2. Theil, 2. Abtheilung, 5. Abschnitt, b), S. 319-320 (320).

Fabri, Geographie fuer alle Staende, I. Theil, 4. Band, Der obersaechsische Kreis, Das kaiserl. ... Frauenstift Quedlinburg, §. 1., S. 768 und *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, Vergleichungs-Tafel (am Ende), Interessenten/Preussen, Entschädigung/R Abt. Quedlinburg: 2 QM.

⁵⁸² *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Quedlinburg, S. 87.

Gaspari, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, Vergleichungs-Tafel (am Ende), Interessenten/Preussen, Entschädigung/R Abt. Quedlinburg: 12 000 Einw.

⁵⁸³ *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, Vergleichungs-Tafel (am Ende), Interessenten/Preussen, Entschädigung/R Abt. Quedlinburg und *Fabri*, Geographie fuer alle Staende, I. Theil, 4. Band, Der obersaechsische Kreis, Das kaiserl. ... Frauenstift Quedlinburg, §. 4., S. 769: 40 000 Taler.

⁵⁸⁴ Hauptteil, S. 576.

⁵⁸⁵ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Westphälische Kreis, Abtei Protest. Herforden, S. 29.

Gentner, Beschreibung der zu Lueneville abgetretenen und ertheilten Laender, II. Theil, Der Koenig von Preußen ... Erhaelt ..., Die gefuerstete Abtei Herforden, S. 25: 1 QM, 2 000 Menschen.

⁵⁸⁶ *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, Vergleichungs-Tafel (am Ende), Interessenten/Preussen, Entschädigung/R Abt. Herforden und *Bundschuh*, Verlust und Gewinn am Schlusse des zehnjährigen französischen Revolutionskrieges, ..., A., I., Abteien und Stifter auf dem rechten RheinUfer, IV. Das Stift Herforden, S. 5, in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1803, 2. Band, 4. u. 5. Stueck, III. (nach S. 118).

Traiteur, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Westphälische Kreis, Abtei Protest. Herforden, S. 29: 13 000 Gulden Einkünfte.

⁵⁸⁷ Hauptteil, S. 576-577.

Stift Niedermünster in Regensburg ⁵⁸⁹	0, 5	1 300 ⁵⁹⁰	40 000 ⁵⁹¹
reichsunmittelbares Territorium ⁵⁹²	Klosterbezirk	250 ⁵⁹³	
landsässige Besitzungen ⁵⁹⁴			
Stift Obermünster in Regensburg ⁵⁹⁵	0, 5	1 500 ⁵⁹⁶	16 500 ⁵⁹⁷
reichsunmittelbares Territorium ⁵⁹⁸	Klosterbezirk	250 ⁵⁹⁹	
landsässige Besitzungen ⁶⁰⁰			
Stift Gandersheim ⁶⁰¹	2	4 000 ⁶⁰²	30 000 ⁶⁰³
reichsunmittelbares Territorium ⁶⁰⁴	Abteibezirk		

⁵⁸⁸ Hauptteil, S. 576-577.

⁵⁸⁹ Hauptteil, S. 574.

⁵⁹⁰ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Baierische Kreis, Abtei Niedermünster, S. 26.

⁵⁹¹ *H. W. Schlaich*, Das Ende der Regensburger Reichsstifte, I., 2., d), aa), S. 47, 43-44, III. 1., a), S. 76-81: 40 775 Gulden bei Beginn der Ende Nov. 1802 einsetzenden Dalbergzeit und *Tabellarische Uebersicht der Staatskräften von Deutschland überhaupt und von jedem Reichsstande insbesondere*, N^o 1. c) Recapitulation der geistlichen Staaten, S. 10: 40 000 Gulden.

⁵⁹² Hauptteil, S. 574.

⁵⁹³ Geschätzt.

⁵⁹⁴ Hauptteil, S. 574.

⁵⁹⁵ Hauptteil, S. 574.

⁵⁹⁶ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Baierische Kreis, Abtei Obermünster, S. 26.

⁵⁹⁷ *Schwaiger*, Das dalbergische Fürstentum Regensburg (1803-1810), in: *ZbLG*, XXIII. Band, Aufsätze, S. 48: Ende 1802 jährliche Rein-Einkünfte der Abtei durchschnittlich 12 579 Gulden; 4 041 Gulden, 50 Kreuzer an Ausgaben für Lasten (*Hittl*, Säkularisation Obermünster, II., 5., b), S. 58).

Traiteur, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der baierische Kreis, Abtei Obermünster, S. 26: 19 000 Gulden Einkünfte.

⁵⁹⁸ Hauptteil, S. 574.

⁵⁹⁹ Geschätzt.

⁶⁰⁰ Hauptteil, S. 574-575.

⁶⁰¹ Hauptteil, S. 575.

⁶⁰² *Tabellarische Uebersicht der Staatskräften von Deutschland überhaupt und von jedem Reichsstande insbesondere*, N^o 1. b) Recapitulation der geistlichen Staaten, Gandersheim, Stift, S. 8-9 (8).

⁶⁰³ *Gaspari*, Der Deputations-Recess, II. Theil, V., §. 4., B., S. 75 und *Hoff*, Das Teutsche Reich, II. Theil, 2. Abtheilung, 2. Abschnitt, II., 2., XI., 1., S. 190: über 30 000 Gulden Einkünfte.

Tabellarische Uebersicht der Staatskräften von Deutschland überhaupt und von jedem Reichsstande insbesondere, N^o 1. b) Recapitulation der geistlichen Staaten, Gandersheim, Stift, S. 8-9 (8): 25 000 Gulden.

landsässige Besitzungen⁶⁰⁵

Stift Ottobeuren

reichsunmittelbares Territorium ⁶⁰⁶	2	5 000	68 000 ⁶⁰⁷
--	---	-------	-----------------------

Stift Lindau

landsässige Besitzungen ⁶⁰⁸	0, 5	360	30 000 ⁶⁰⁹
--	------	-----	-----------------------

Stift Elten

reichsunmittelbares Territorium ⁶¹⁰	0, 27 ⁶¹¹	2 000	30 000 ⁶¹²
--	----------------------	-------	-----------------------

⁶⁰⁴ Hauptteil, S. 575-576.

⁶⁰⁵ Hauptteil, S. 575-576.

⁶⁰⁶ Die Abtei Ottobeuren hatte zwar im Jahre 1641 (1640) den Reichsabschied von Regensburg mituntergeschrieben, tat solches danach nicht mehr und war zu Ausgang des 18. Jahrhunderts kein Reichsstand (*Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 3. Cap., §. 29., S. 756-757 (757) und *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der schwäbische Kreis, Anhang, 1. Die Abtey Ottobeuren, S. 688-690 (689)). Ihr Abt blieb jedoch weiterhin reichsunmittelbar und übte die Landeshoheit über das abteiliche Gebiet aus, welche Abtei den nicht reichsständischen aber reichsunmittelbaren Stifter zugehörte (*Schröder*, Die staatsrechtlichen Verhältnisse im bayerischen Schwaben um 1800, II., III., Klöster und Stifte, (Ottobeuren), in: *JHVD*, 19. Jahrg., S. 146, 183-184 (183); *Moser* ebd., §. 29., S. 756-757 und *Büsching* ebd., S. 689).

⁶⁰⁷ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Schwäbische Kreis, Abtei Ottobeuren, S. 27.

Bundschuh, Verlust und Gewinn am Schlusse des zehnjährigen französischen Revolutionskrieges, A., I., Abteien und Stifter auf dem rechten Rheinufer, I., 22., S. 5, in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1803, 2. Band, 4. u. 5. Stueck, III. (nach S. 118): 2 ¾ QM, nach anderer Quelle 3 ½ QM, 10 000 Einw., 70 000 Gulden Einkünfte an.

⁶⁰⁸ Die Äbtissin der in der Reichsstadt Lindau gelegenen Damen-Abtei, obgleich sie keine Sitz und Stimme in einem der beiden Prälatenkollegien im Reichsfürstenrat besaß, war reichsunmittelbar (*Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der schwäbische Kreis, Die gefürstete Abtey Lindau, §. 1., S. 524-526 (524); *GRSH* 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 1. Hauptabtheilung, Lindau, S. 75-76 (75), II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Lindau, S. 65 und *Moser*, Neues deutsches Staatsrecht, Band III, 2. Buch, 3. Cap., §. 20., S. 748). Die Abtei besaß kein unter ihrer Landeshoheit stehendes Gebiet mehr, sondern nur noch einzelne Güter, welche größtenteils sich unter der Gerichtsbarkeit der Reichsstadt Lindau befanden und konnte sie ihren eigenen Leuten, welche anderen Herrschaften mit Steuern unterwürfig waren, keine Abgaben mehr auferlegen. (*Büsching* ebd., §. 3., S. 526; *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 29., S. 103-104 (104) und *Hoff*, Das Deutsche Reich, II. Theil, 2. Abtheilung, 2. Abschnitt, II., 2., XXXVIII., 18., a., S. 243). Trotz dieses Fehlens von einem eigenen reichsunmittelbaren Territorium wurde die Abtei bei der gegebenen persönlichen Reichsunmittelbarkeit ihrer Äbtissin und der Abteiangehörigen weiterhin als eine Reichsabtei angesehen (*Büsching* ebd., S. 524-526 (524); *GRSH* ebd., I. Theil, S. 75 und *Hoff* ebd.).

⁶⁰⁹ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Schwäbische Kreis, Fr. Stift Lindau, S. 27 und *Tabellarische Uebersicht der Staatskräften von Deutschland überhaupt und von jedem Reichsstande insbesondere*, N^o 1. b) Recapitulation der geistlichen Staaten, Lindau, S. 8-9 (9).

GRSH 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Lindau, S. 65: gleichfalls etwa 0, 5 QM, 30 000 Gulden Einkünfte, hingegen 860 Einw.

Stift Buxhause	1	2 500 ⁶¹³	39 000 ⁶¹⁴
reichsunmittelbares Territorium	größter Teil		
landsässige Besitzungen ⁶¹⁵			

Stift St. Blasien

rechtsrheinisch

reichsunmittelbares Territorium ⁶¹⁶	3 ½	7 500	56 000 ⁶¹⁷
--	------------	--------------	------------------------------

⁶¹⁰ Die nicht mehr reichsständische Reichsabtei, welche unter dem Schutz der Herzöge von Kleve (Könige von Preußen) stand, war ein reichsunmittelbares Stift (*Büsching*, Erdbeschreibung, XI. Theil, Unterschiedene unmittelbare Reichslaender, die zu keinem der obigen Kreise gehoeren, Das Stift Elten, S. 607-608; *Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band III, 3. Buch, 2. Cap., §. 12., S. 1479; *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 4., S. 42 und *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, V., a), S. 494: Ziff. 6)).

⁶¹¹ *Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen*, II. Band, *Fabricius*, Die Karte von 1789 ..., Die Territorien der Rheinprovinz in ihrer Einteilung und Entwicklung von 1600 bis 1794, V., a), 6), S. 490, Erläuterungen, V., a), S. 494: Ziff. 6): 1 469 ha = 0, 27 QM.

Gaspari, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, Vergleichungs-Tafel (am Ende), Interessenten/Preussen, Entschädigung/R Abt. Elten und *Bundschuh*, Verlust und Gewinn am Schlusse des zehnjährigen franzoesischen RevolutionsKrieges, ..., B., III., Der Koenig von Preussen:, Die Abtei Elten, S. 17, in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1803, 2. Band, 4. u. 5. Stueck, III. (nach S. 118): 0, 5 QM.

⁶¹² *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, Vergleichungs-Tafel (am Ende), Interessenten/Preussen, Entschädigung/R Abt. Elten und *Bundschuh*, Verlust und Gewinn am Schlusse des zehnjährigen franzoesischen RevolutionsKrieges, ..., B., III., Der Koenig von Preussen:, 5. Die Abtei Elten, S. 17., in: *Posselts Annalen*, Jahrg. 1803, 2. Band, 4. u. 5. Stueck, III. (nach S. 118).

⁶¹³ *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 28., S. 102-103: unter Berücksichtigung der von der Kartause besessenen 7 Dörfer.

Traiteur, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Schwäbische Kreis, Kartause Buxsheim, S. 27: 0, 25 QM, 860 Einw.

⁶¹⁴ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Schwäbische Kreis, Kartause Buxsheim, S. 27.

⁶¹⁵ Der Prior der Kartause, obgleich er kein Sitz und keine Stimme in einem der beiden Prälatenkollegien im Reichsfürstenrat hatte, war reichsunmittelbar und übte auch über dem größten Teil seines Gebietes die Landeshoheit aus (*Schröder*, Sie staatsrechtlichen Verhältnisse im bayerischen Schwaben um 1801, II., III., Klöster und Stifte, (Reichskartause Buxheim), in: *JHVD*, 19. Jahrg., S. 146, 189-190 (190) und *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der schwaebische Kreis, Anhang, 3. Die Doerfer der Kartause Buxheim, S. 691-692).

⁶¹⁶ Nach dem Erwerb der reichsunmittelbaren Herrschaft Bondorf im Jahre 1614 wurde Abt Franz II. von St. Blasien am 10. Dez. 1746 auf Grund von ihr in den Reichsfürstenstand erhoben, und erhielt er wegen ihr auch Sitz und Stimme im Schwäbischen Grafenkollegium und konnten er und seine Nachfolger sich Fürst und Abt von St. Blasien nennen (Hauptteil, S. 539-540 (539) und *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 1., S. 23-24 (24)).

Insbesondere wegen des Erhaltes der reichsfürstlichen Würde wurde St. Blasien zu den geistlichen Staaten gerechnet (*GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., St. Blasien, S. 34-35; *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Oberrheinische Kreis, Rest von St. Blasi, S. 28 und *Tabellarische Uebersicht der Staatskräften von Deutschland überhaupt und von jedem Reichsstande insbesondere*, N^o 1. a) Recapitulation der geistlichen Staaten, S. Blasi, Abtey, S. 6-7).

landsässige Besitzungen⁶¹⁸

3 ¼

5 800

46 000⁶¹⁹**Stift St. Gallen**⁶²⁰⁶¹⁷ Hauptteil, S. 543.

⁶¹⁸ Unter der vorderösterreichischen Landeshoheit besaß die Abtei die Herrschaften Stauffen, Kirchhofen, die Probstei Oberried, die Probstei und Dorf Berau, mehrere Dörfer, im Baden-Durlachischen in der Landgrafschaft Sausenberg die Probstei Bürglen und in der vorderösterreichischen Grafschaft Hauenstein die niedere Gerichtsbarkeit (*Büsching*, Erdbeschreibung, V. Theil, Der oestreichische Kreis, IV., A., I., 4., 1), (1), (b)-(d), S. 624-625 (625), VII. Theil, Der schwaebische Kreis, Von der Markgrafschaft Baden, B., E., 7., S. 515; *Roeder*, Lexikon von Schwaben, I. Band, St. Blasien, Benediktiner Moenchenkloster, ..., Sp. 276-283; *Müller*, Die staatsrechtliche Stellung St. Blasiens, Neuer Erwerb von Herrschaftsrechten, St. Blasien und Hauenstein, in: *Das tausendjährige St. Blasien*, II. Band, S. 60-61, 61 und *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., St. Blasien, S. 34-35 (34)).

In der Schweizerischen Eidgenossenschaft besaß die Abtei im Gebiet der bischöflich-konstanziischen Obervogtei Klingnau die Propstei Klingnau (*Büsching* ebd., X. Theil, Die Eidgenossenschaft ..., I, B, 8, §. 5., III, 1, 1), S. 541) und an 13 Örtlichkeiten die niedere Gerichtsbarkeit, 2 Pfarreien und eine weitere Propstei in Wislikon (*Büsching* ebd., X. Theil, §. 5., VII, 1, S. 544-545 und *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., St. Blasien, S. 34-35 (34)).

⁶¹⁹ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Oberrheinische Kreis, Rest von St. Blasi, S. 28.

Tabellarische Uebersicht der Staatskräften von Deutschland überhaupt und von jedem Reichsstande insbesondere, N^o 1. a) Recapitulation der geistlichen Staaten, S. Blasi, Abtey, S. 6-7: 3 QM, 7 000 Einw., 33 000 Gulden Einkünfte.

Für die gesamten von der Abtei besessenen Gebiete: reichsunmittelbar, landsässig unter österreichischer Hoheit und unter schweizerischer Hoheit: *GRSH*, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., St. Blasien, S. 34-35 (34): 9 QM, 14 000 Einw., 90 000 Gulden.

⁶²⁰ Die von Kaiser Ludwig V. im Jahre 1335 zur gefürsteten Reichsabtei erhobene, ihre Hoheitsrechte und Herrlichkeiten zu Reichslehen vergebenen und mit der Reichsstandschaft versehenen Abtei St. Gallen war im Jahre 1451, insbesondere zur Sicherung ihrer in ihrer Alten Landschaft gehabten Herrschaft durch mit den 4 eidgenössischen Städten Zürich, Luzern, Schweiz, Glaru abgeschlossenen Schirm-, Bürger- und Landrechts als zugewandter Ort der Eidgenossenschaft mit 1. Rang aufgenommen worden. Hierbei war ihr Recht als des Kaisers obersten Lehensherrn ausdrücklich vorbehalten worden. Im Jahr 1469 erwarb sie die gleichfalls vom Kaiser zu Lehen vergebene Grafschaft Toggenburg dazu.

Bei der von der Schweizer Eidgenossenschaft im Westfälischen Frieden in Art. VI IPO erlangten völligen Exemption vom Reich beteiligte sich die Abtei weder an der schweizerischen Gesandtschaft noch kam es deren Aufforderung einen Teil der Gesandtschaftskosten zu tragen nach. Den nachherigen Versuchen der Schweizer Eidgenossenschaft die Exemption auch auf die Abtei St. Gallen zu erstrecken, waren die Abtei und der Kaiser, trotz ihrer Eigenschaft als ein der Schweizer Eidgenossenschaft Zugewandter Ort entgegengetreten und hatten die Abtei weiterhin als eine Reichsabtei angesehen (*Meier*, Abt Pankraz und die Aufhebung der Fürstabtei St. Gallen, 2. Teil, VIII. Kap. 2., S. 239-243; *Büsching*, Erdbeschreibung, X. Theil, Die Eidgenossenschaft ..., II, A, I, S. 574-591; *Weidmann*, Geschichte des Stiftes St. Gallen unter den zween letzten Fürstäbten, Beilagen, 44., S. 309-312 und *Instrumenta Pacis Westphalicae*, ..., Caesareo-Suecicum ..., S. 46, 77-78: Art. XVII § 10 u. § 12).

Der Abt hatte die Verbindungen mit dem Reich, hierbei er die Zeremonie der Regalienbestätigung und der Lehenserteilung durch den Kaiser entgegen den Aufforderungen der Eidgenossenschaft immer nachsuchte und erhielt, nie ganz aufgelöst und sie nötigenfalls auch immer gegen die Eidgenossenschaft geltend machen können. Er vertrat die Theorie, der Westfälische Frieden habe bewußt die Zugewandten Orte nicht als Unterzeichner des Friedens mitangegeben und „... der ‚Eid- und Reichsgenosse‘ hätten sich jederzeit ganz wohl miteinander vertragen; ...“ (*Oechsli*, Orte und Zugewandte, III., B., a., Neuenstadt, Abt von St. Gallen als Reichsfürst, in: *JfSchwG*, XIII. Band, S. 200, 201-203 (Zitat S. 202); *ders.*, Geschichte der Schweiz, I. Band, (Einleitung), I., S. 65-67 (66-67)).

rechtsrheinisch	0, 25	300	1 500 ⁶²¹
reichsunmittelbares Territorium ⁶²²			
landsässige Besitzungen ⁶²³			
Hochstift Chur ⁶²⁴			10 000 ⁶²⁵
reichsunmittelbares Territorium	Hofbezirk Chur ⁶²⁶		
Insgesamt	1 066, 19	2 299 912	13 691 779 ⁶²⁷

Ihr letzter Fürstabt Pankraz Vorster (1796-1805) hatte sich auch bei den revolutionären Unruhen während der Jahre 1797/98 an Kaiser Franz II. mit dem Ersuchen zu einer Intensivierung der Beziehungen zu dem Reich auf Grund der vorhandenen Reichslehensverhältnisse gewandt (*Meier* ebd., VIII. Kap., S. 235, 1., S. 235-239).

Ihr Abt galt bei seiner vom Kaiser jeweils vor dem Antritt seiner Regierung durch seine abtischen Gesandten vorgenommenen Belehnung mit den Reichsregalien und Lehen über die stiftisch Alte Landschaft und die Grafschaft Toggenburg, obgleich er während des 18. Jahrhunderts auch nicht mehr Mitglied des Schwäbischen Kreises war und nichts mehr zu den Reichsanlagen erbrachte als ein unmittelbarer geistlicher Reichsfürst ohne die Innehabung von der Reichsstandschaft (*Büsching* ebd., X. Theil, Die Eidgenossenschaft ..., II, A, 1, S. 575 und *GRSH* 1801, I. Theil, 2. Abschnitt, 2. Hauptabtheilung, St. Gallen, S. 95).

Für ihre rechtsrheinische Besitzungen wurde die Abtei zu den geistlichen Staaten im Reich gerechnet (*Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der oberrheinische Kreis, Rest von St. Gallen, S. 28 und *Tabellarische Uebersicht der Staatskräften von Deutschland überhaupt und von jedem Reichsstande insbesondere*, N^o 1. a) Recapitulation der geistlichen Staaten, S. Gallen, Abtey, S. 8-9).

⁶²¹ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X., Der Oberrheinische Kreis, Rest von St. Gallen, S. 28.

Tabellarische Uebersicht der Staatskräften von Deutschland überhaupt und von jedem Reichsstande insbesondere, N^o 1. a) Recapitulation der geistlichen Staaten, S. Gallen, Abtey, S. 8-9: bei gleichfalls 300 Einw. 1 000 Gulden Einkünfte.

⁶²² Die reichsunmittelbare Herrschaft Neu-Ravensburg im Allgäu (*Büsching*, Erdbeschreibung, X. Theil, Die Eidgenossenschaft ..., II, A, 1, S. 577, VII. Theil, Der schwaebische Kreis, Anhang, 4., S. 692 und *Roeder*, Lexikon von Schwaben, II. Band, Neuravensburg, ..., Sp. 254).

⁶²³ Die unter vorderösterreichischer Herrschaft nahe Freiburg gelegene Herrschaft Ebringen und übte der Abt in der österreichischen Grafschaft Bregenz dort zu St. Johann, Höchst, Gaissau die niedere Gerichtsbarkeit und andere gerechsam aus (*Büsching*, Erdbeschreibung, X. Theil, Die Eidgenossenschaft ..., II, A, 1, S. 577-578, V. Theil, Der oestreichische Kreis, IV., A., I., 6., 1), S. 626 und *Roeder*, Lexikon von Schwaben, I. Band, Ebringen, Pfarrdorf, im Breisgau, ..., Sp. 498).

⁶²⁴ Hauptteil, S. 514-515.

⁶²⁵ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Chur, S. 37-18.

⁶²⁶ Von dem in Graubünden gelegenen Hochstift waren mit der Loslösung der Territorien der Schweizerischen Eidgenossenschaft und von Graubünden (Freisstaat der Drei Bünde) vom Reich im 16. und 17. Jahrhundert nur noch dem Reich zugehörend der Churhof geblieben (Hauptteil, S. 514-515).

⁶²⁷ *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen:

Tabelle Nro. X. Die des deutschen Reiches unmittelbare Besitzungen der katholischen Geistlichkeit auf der rechten Rheinseite, S. 26-29: 1 295 QM, 2 361 776 Menschenzahl, 12 726 300 Gulden Einkünfte,

Tabelle Nro. XI. Die Besitzungen der mittelbaren Geistlichkeit nach Collegiats- Stifter und Abteien, ohne die Mönchsklöster, S. 30: 2 870 000 Gulden Einkünfte,

Nicht zu berücksichtigen sind:

Das Erzstift Salzburg und das an das Erzstift angrenzende Hochstift Berchtesgaden, welche beiden nach Art. V Sätze 1 u. 2 des Friedensvertrages von Lunéville und seines Geheimartikels dem Großherzog von Toskana für seine im Nebenland Italien eintretenden gebietlichen Verluste, dem Großherzogtum Toscana und den mit ihm abhängenden Gebieten vorzugsweise und vorab als in Deutschland zu gewährenden Entschädigungen in Aussicht gestellt waren.⁶²⁸

	Fläche QM	Volkszahl	Einkünfte Gulden
Erzstift Salzburg ⁶²⁹			
reichsunmittelbares Territorium ⁶³⁰	164 ⁶³¹	200 000 ⁶³²	Landesherr 2-3 000 000 Landschaft 317 177 ⁶³³
landsässige Besitzungen ⁶³⁴	24	46 000 ⁶³⁵	75 000 ⁶³⁶

gab an rechtsrheinischen geistlichen Entschädigungen insgesamt 1 295 QM, 2 361 776 Menschenzahl, 15 596 300 Gulden Einkünfte an (S. 30). Dies unter Mitverwendung der nach Art. VII des Friedensvertrages von Lunéville zur Entschädigung nicht heranzuziehenden Erzstift Salzburg und Hochstift Berchtesgaden. Salzburg: 180 QM, 225 000 Menschenzahl, 1 250 000 Gulden Einkünfte; Berchtesgaden: 9 QM, 18 000 Menschenzahl, 98 000 Gulden Einkünfte (Tabelle Nro. X, Der Baiarische Kreis, S. 26).

Unter ihrem Abzug: 1 106 QM, 2 118 776 Menschenzahl, 14 248 300 Gulden Einkünfte.

Lang, Tabellen über Flächen-Inhalt der Teutschen Reichs-Lande, Bilanz, Masse der geistlichen Güter, die zu Entschädigungen übrig bleiben, Summa gab als rechtsrheinische geistliche Entschädigungen 1 112 QM und 1 844 650 Seelen an. Dies unter Einbeziehung von Erzstift Salzburg: 180 QM, 200 000 Seelen (Ziff. 35), Hochstift Berchtesgaden: 10 QM, 10 000 Seelen (Ziff. 2), und bei Nichtberücksichtigung der „protestantischen Stifter“ Lübeck: 8 QM, 19 600 Seelen (B., S. 36), Osnabrück: (56 QM, 120 000 Seelen (B., S. 38), Quedlinburg: 2 QM, 12 000 Seelen (B., S. 39), Herford: 2 000 Seelen (B., S. 33) und des katholischen Werden wegen dessen „Mediat-Eigenschaft“ 5 000 Seelen (B., S. 43).

Unter Berichtigung: 988 QM und 1 793 250 Seelen.

⁶²⁸ Hauptteil, S. 15.

⁶²⁹ Hauptteil, S. 499.

⁶³⁰ Hauptteil, S. 499.

⁶³¹ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Salzburg, 1), S. 89 und *Höck*, Zusaetze zu dem Lexikon von Baiern, Zum Dritten Band, Sp. 153.

⁶³² *Hübner*, Beschreibung des Erzstiftes Salzburg, III. Band, (Zweyte allgemeine Abtheilung) B., (b)) Statistik des Erzstiftes, (1)) Bevoelkerung, S. 874-884 (883), insg., S. 874-884 und *Melchinger*, Lexikon von Baiern, III. Band, Salzburg, Erzstift und Fuerstenthum im baiernschen Kraise, ..., Sp. 9-230, 31).

⁶³³ *Hübner*, Beschreibung des Erzstiftes Salzburg, III. Band, (Zweyte allgemeine Abtheilung) B., (b)) Statistik des Erzstiftes, (5)) Staatswirthschaft, S. 903-928 (904-905: Landesherr, 908: Landschaft), insg., S. 903-928.

Hochstift Berchtesgaden⁶³⁷

reichsunmittelbares Territorium ⁶³⁸	7 ½ ⁶³⁹	8 000 ⁶⁴⁰	70 000 ⁶⁴¹
landsässige Besitzungen ⁶⁴²			70 000 ⁶⁴³

Die beiden Hochstifter Trient und Brixen wegen ihrer gehabten Mediateigenschaft.⁶⁴⁴

⁶³⁴ Auswärtige unter österreichischer Landeshoheit in Kärnten, Steiermark und Krain sich befindenden Herrschaften (*Hübner*, Beschreibung des Erzstiftes Salzburg, I. Band, (Erste allgemeine Abtheilung) A., Eintheilung, S. 32, b), III. Band, (Dritte besondere Abtheilung), Auswaertige Herrschaften, S. 752-762).

⁶³⁵ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Salzburg, 2), S. 89.

⁶³⁶ *Hübner*, Beschreibung des Erzstiftes Salzburg, III. Band, (Zweyte allgemeine Abtheilung), B., (b) Statistik des Erzstiftes, (6) Staatswirthschaft, S. 903-904.

⁶³⁷ Hauptteil, S. 508.

⁶³⁸ Hauptteil, S. 508-509.

⁶³⁹ *Roth*, Die gefürstete Propstei Berchtesgaden 1780-1803, B., I., a), S. 30, 36: 7 QM und 67 ½ Quadratzoll und *Koch=Sternfeld*, Salzburg und Berchtesgaden, I. Band, I., S. 3-5 mit der zugehörigen Uebersicht der geographischen Lage, ... des ... Fuerstenthums Berchtesgaden, nach einer während den Jahren 1805-1808 von der österreichischen Regierung durch den Generalstab vorgenommenen Vermessung des Landes: nicht volle 8 QM.

⁶⁴⁰ *Roth*, Die gefürstete Propstei Berchtesgaden 1780-1803, B., I., a), S. 40: 8 300 im Jahr 1804 und *Koch=Sternfeld*, Salzburg und Berchtesgaden, I. Band, I., S. 4: nach einer Zählung vom Jahr 1806 8 328 Seelen und nach der Konskription vom Jahr 1808 8 276 Einw.

⁶⁴¹ *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 1., S. 23-24 (24): wenigsten 70 000 Gulden und *Höck*, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der der Deutschen Geistlichen Wahlstaaten, 2. Tabelle, V.: 60-70 000 Gulden.

⁶⁴² Außerhalb des geschlossenen Territoriums ansehnliche Herrschaften, Güter und Untertanen, insbesondere im Erzherzogtum Österreich die Herrschaft Eisenthur und im Herzogtum Baiern und Erzstift Salzburg mehrere Propsteien, welche auswärtige Besitzungen von der Fürstpropstei nicht in eigener Verwaltung genommen, sondern von anderen Standesherrn verwaltet und bewirtschaftet wurden (*Roth*, Die gefürstete Propstei Berchtesgaden 1780-1803, B., I., a), S. 34-36, b), S. 57; *Büsching*, Erdbeschreibung, VII. Theil, Der bayerische Kreis, Die gefuerstete Probstei Berchtesgaden, §. 7., S. 816: Anmerk. und *Fabri*, Geographie fuer alle Staende, I. Theil, 2. Band, Die gefuerstete Probstei Berchtesgaden, S. 756).

⁶⁴³ *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, III., §. 1., S. 23-24 (24): ebenso viel Einkünfte wie das eigentliche stiftische Gebiet 70 000 Gulden.

Höck, Zusätze Statistische Übersicht Deutscher Staaten, Zusätze und Verbesserungen zu der Statistischen Übersicht der Deutschen Geistlichen Staaten, 2. Tabelle, IX.: sämtlichen Einkünfte des Hochstiftes im Jahr 1792 183 052 Gulden.

⁶⁴⁴ Hauptteil, S. 513-514.

In den zeitgenössischen Entschädigungstabellen waren die Bischöfe von Brixen und Trient bei den rechtsrheinischen geistlichen Entschädigungen nicht mitberücksichtigt worden.

Lang, Tabellen über Flächen-Inhalt der Teutschen Reichs-Lande, Bilanz (am Ende), Masse der geistlichen Güter, die zu Entschädigungen übrig bleiben: begründet ihre nicht gemachte Mitberücksichtigung ausdrücklich mit ihrer mediaten Eigenschaft. *Traiteur*, Der deutschen Reichsstände Verlust und Besitzungen, Tabelle Nro. X. Die des deutschen Reiches unmittelbare Besitzungen der katholischen Geistlichkeit auf der rechten Rheinseite,

Hochstift Trient	70	150 000 ⁶⁴⁵	550 000 ⁶⁴⁶
Hochstift Brixen	17	26 000 ⁶⁴⁷	250 000 ⁶⁴⁸

S. 26-29: führt beide Hochstifte und den ihnen zugehörigen Österreichischen Kreis (*Moser*, Neues teutsches Staatsrecht, Band X, 3. Cap., §. 42. u. §. 43., S. 84-85) nicht mit an.

⁶⁴⁵ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Trient, S. 99; *Höck*, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Deutschen Geistlichen Wahlstaaten, 5. Tabelle, VIII. und *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, Vergleichungs-Tafel (am Ende), Interessenten/Toscana, Entschädigung/Hst. Trident.

⁶⁴⁶ *Berghaus*, Deutschland seit hundert Jahren, 2. Abtheilung, I. Band, 10. Kap., S. 262: bei gleichfalls mitangegebenen 150 000 Einw. und mit 75 QM.

⁶⁴⁷ *GRSH* 1801, II. Theil, 2. Abschnitt, 2. Kap., Brixen, S. 35; *Höck*, Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, Statistische Übersicht der Deutschen Geistlichen Wahlstaaten, 5. Tabelle, IX. und *Gaspari*, Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan, Vergleichungs-Tafel (am Ende), Interessenten/Toscana, Entschädigung/Hst. Brixen.

⁶⁴⁸ *Berghaus*, Deutschland seit hundert Jahren, 2. Abtheilung, I. Band, 10. Kap., S. 262: bei gleichfalls mitangegebenen 17 QM und mit 30 000 Einw.

Abkürzungs-, Quellen- und Literaturverzeichnis

Übersicht

Abkürzungen	S. II-IV
Quellen	
ungedruckt	S. V-VI
gedruckt	
Reichsverfassung – Reichspublizistik – Staatslehren – Frieden von Lunéville (Genesis)	S. VII-XXXVI
Allgemeine Geschichte – Französische Revolution	S. XXXVII-XLIX
Philosophie – Theologie – Literatur – Jakobinismus	S. XLIX-LIX
Territorien – geographische Beschreibungen – Statistiken – Karten	
Generell	S. LIX-LXII
Weltliche Territorien	S. LXII-LXVIII
Geistliche Territorien	S. LXVIII-LXXXII
Literatur	
Reichsverfassung – Staatslehren – Frieden von Lunéville (Genesis)	S. LXXIII-CXII
Allgemeine Geschichte – Französische Revolution	S. CXIII-CLXX
Philosophie – Theologie – Literatur – Jakobinismus	S. CLXX-CXC
Territorien – geographische Beschreibungen – Statistiken – Karten	
Generell	S. CXCI-CXCIII
Weltliche Territorien	S. CXCIV-CCIX
Geistliche Territorien	S. CCIX-CCXXXV

Abkürzungen

ADB: Allgemeine Deutsche Biographie

AöR: Archiv des öffentlichen Rechts

BdL: Blätter für deutsche Landesgeschichte: Neue Folge des Korrespondenzblattes.

BWDG: Biographisches Wörterbuch zur Deutschen Geschichte

CIC: Corpus Iuris Canonici

Cjc: Corpus juris civilis

Dvjs: Deutsche Vierteljahrsschrift für Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte

FDA: Freiburger Diözesan Archiv

Forsch DtG: Forschungen zur Deutschen Geschichte

GRSH: Genealogisches Reichs- und Staats- Handbuch

HHStA: Österreichisches Staatsarchiv, Abt. Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien

HTb: Historisches Taschenbuch

HJ: Historisches Jahrbuch

HRG: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte

HV: Historische Vierteljahrsschrift

HZ: Historische Zeitschrift

Ldr.: Landrecht

Lnr.: Lehnrecht

LThK: Lexikon für Theologie und Kirche

MGH: Monumenta Germaniae Historica

SS: Scriptorum

DD: Diplomata

Const: Constitutiones

Min Aff Étr: Ministère des Affaires étrangères et européennes, Paris

Arch Dipl: Archives Diplomatiques

Corr polit: Correspondance politique

MIÖG: Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung

NDB: Neue Deutsche Biographie

N.F.: Neue Folge

NS: Nouvelle Série

Preuß Jbb: Preußische Jahrbücher

Realencyklopädie: Realencyklopädie für protestantische Theologie und Kirche

RG: Die Religion in Geschichte und Gegenwart

RH: Revue Historique

Schmollers JB: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich

Schwsp.: Schwabenspiegel

Ssp.: Sachsenspiegel

ThQ: Theologische Quartalschrift

VHVOR: Verhandlungen des Historischen Vereins der Oberpfalz und Regensburg

WVjLG: Württembergische Vierteljahrshefte für Landesgeschichte

WWKL: Wetzer und Welte's Kirchenlexikon

ZBLG: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte

ZfG: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft

ZGO: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins

ZHF: Zeitschrift für historische Forschung

ZRG: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte,

GA Germanistische Abteilung

KA: Kanonistische Abteilung

ZThK: Zeitschrift für Theologie und Kirche

ZWLG: Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte

Quellen

ungedruckt

Archives de l'État à Liège; dossier 271

Archives nationales, Paris; historiques, F^{1e} Pays annexés ou dépendants (1792-1815),
F⁹ Affaires militaires

Bayerisches Hauptstaatsarchiv München; I. Abteilung, Gerichtsurkunden Waldthurn, KU
Kaisheim 1980

Erzschöfliches Generalvikariat Paderborn – Erzbistumsarchiv, Aktenband 6 rot fol. 59 bis
69 (Fasc. 238)

Fürst Thurn und Taxis-Zentralarchiv Regensburg; Bestände: Rentamt Ostrach-Scheer, Urk.
Fr.-Scheer, Schwäbische Akten 552, 674, 1341, 1366

Generallandesarchiv Karlsruhe; Institutionen und Herrschaften des Alten Reiches,
Amtsbücher, 68

Hauptstaatsarchiv Stuttgart; E 36-E 105: Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten I

Hessisches Hauptstaatsarchiv (Wiesbaden); Abt. 172

Ministère des Affaires étrangères et européennes, Paris; Archives Diplomatiques,
Correspondance politique

Autriche, VOL 366, 367, 370, 371

Prusse, VOL 8, 220, 221, 222

Allemagne, VOL 674

Russie, VOL 32

Niedersächsische Landesbibliothek Hannover; LH

Niedersächsisches Staatsarchiv Wolfenbüttel, Hauptabteilung Urkunden, 6 Urk:

Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv Münster, Corvey, Herford

Österreichisches Staatsarchiv, Abt. Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien;

I. Reichkanzlei,

Rastatter Friedensacten

II. Staatskanzlei,

Friedensacten, 1796-97 Karton 79 Friedensacten 1797 Campo Formio, Karton 79 und 80

Friedensacten, 1800-1801 Friede von Lunéville, Karton 95

Vorträge

III. Reichshofkanzlei,

Reichskrieg gegen Frankreich, Friede zu Luneville 78 und ad 78

Schleswig-Holsteinisches Landesarchiv; Abt. 401, Abt. 65. 2

Staatsarchiv Amberg; Bestände: Regierung, Kammer des Innern, Kammer der Finanzen

Staatsarchiv Coburg; Bestand: LAB, LReg.

Staatsarchiv Detmold; Bestand: L 41

Staatsarchiv Nürnberg; Reichsstadt Nürnberg, Bestand: Reichstagsakten, Nr. 606

Staatsarchiv Sigmaringen (Landesarchiv Baden-Württemberg); Ho 1 T 1-6, FAS HH 1-50 T 6

Staatsarchiv Wertheim (Landesarchiv Baden-Württemberg); Bestände: Volkszählungen R 65 h/522, Rechnungen F 7/12

Stadtarchiv Esslingen, Bestand: Reichsstadt, Reichstagsakten, Jahrgang 1801

Stadtarchiv Reutlingen, Bestände: Reichstagsakten 1793, Teil I und II und Reichstagsakten 1801, Teil I und II

Thüringisches Staatsarchiv Rudolstadt; Bestand: Geheimes Ratskollegium Rudolstadt

gedruckt

Reichsverfassung – Reichspublizistik – Staatslehren – Frieden von Lunéville (Genesis)

Abhandlung ueber die Frage: Ist es dem Interesse der Franzoesischen Republik gemaeß, daß mit dem Theile von Deutschland, der an der rechten Seite des Rheines liegt, eine Revolution in entgegengesetzter Richtung vorgenommen und die Unabhaengigkeit der kleinern Staaten vernichtet werde, damit aus den Truemmern des Reichs sich eine grosse militairische Macht erhebe? in: *Frankreich im Jahre 1796. Aus den Briefen Deutscher Maenner in Paris, mit Beilagen*, III. Band, 9. Stueck, IV., S. 37-42, Altona, 1796

Abschiedt der Roe. Kay. Mt. vnd der verordneten Churfuersten/Fuersten vnd Staende/fuer sich selbst vnd in Namen aller anderer gemeiner deß heyligen ReichsStaende zu Regenspurg/im Jahr M.DC.XLI. auffgericht; Mainz, 1641

Allgemeines Landrecht für die Preussischen Staaten; I-IV. Band und Register, 2. Aufl., Berlin, 1792 (Register), 1794

Anhäuser, Johannes; Predigt am Friedensfeste den 25ten Mai 1801. gehalten in der reformirten Kirche in Stuttgart von J. A., Stuttgart, 1801

Antwort auf die Abhandlung: die Vernunft fordert Saekularisirungen nicht. Mit einem Anhang den Maltheser= und den deutschen Orden betreffend. Vom Verfasser der Abhandlung: die Vernunft fordert Saekularisationen; 1799

(Aretin, Johann Adam Christoph Joseph von); *Recueil des Traités de Paix, de Trêve, d’Alliance, de Neutralité, de Commerce, de Limites, d’Echange etc. etc. relatifs à la pacification générale de l’Allemagne, conclus par la République française avec les différentes puissances belligérantes, depuis l’an 1795 jusqu’à présent*: Sammlung von Staatsvertraegen, Friedensschlussen, Waffenstillstands=Konventionen, Buendnissen, Neutralitaets= Handels= Graenz= Tausch= Vertraegen u. s. w. zwischen der franzoesischen Republik, und den uebrigen kriegfuehrenden Maechten, von dem Jahr 1795 bis jezt in Bezug auf den allgemeinen Frieden in Teutschland, Berlin (vielmehr Sulzbach), 1801

Barthélemy, François; *Papiers de Barthélemy ambassadeur de France en Suisse 1792-1797*, publiés sous les auspices de la Commission des archives diplomatiques par Jean Kaulek et Alexandre Tausserat-Radel, Tome I: Année 1792, Tome II: Janvier-Août 1793, Tome III: Septembre 1793-Mars 1794, Tome IV: Avril 1794-Février 1795, Tome V: Septembre 1794-Septembre 1796, Tome VI: Paix avec l’Espagne (Novembre 1794-Janvier 1796), Échange de Madame Royale (Juillet 1795-Février 1796) (Inventaire analytique des Archives du Ministère des Affaires Étrangères), Paris, 1886-1894, 1910

ders.; Mémoires de Barthélemy 1768-1819 publiés par Jacques de Dampierre, 2. édition, Paris, 1914

Batz, August Friedrich); Ueber die sogenannte Rechtfertigung des Versuchs einer doktrinellen Auslegung des siebenten Friedensartikels von Lueneville und ueber eine das Postwesen betreffende Stelle der Schrift: Der Friede von Lueneville ist ueber alle Auslegung erhaben von dem Verfasser einer natuerlichen Erklaerung dieses Artikels, Germanien, 1802

(ders.); Versuch einer natuerlichen Erklaerung des siebenten Friedensartikels von Lueneville, Germanien, 1801

Baur, Franz Nikolaus; Allgemeine Grundsätze des Völkerrechtes, als Prämissen zur Entscheidung der Frage: Kann die Säcularisirung zur Basis des mit der Fränkischen Republik zu schliessenden Friedens dienen? Nebst einer Prüfung der Weisseischen Schrift über die Säcularisation, hrsg. von F. N. B., Bremen, Lübeck, 1799

Beck, Christian August; Recht und Verfassung des Reiches in der Zeit Maria Theresias: Die Vorträge zum Unterricht des Erzherzogs Joseph im Natur- und Völerrecht sowie im Deutschen Staat- und Lehnrecht unter Mitarbeit von Gerd Kleinheyer, Thea Buyken und Martin Herold herausgegeben von Hermann Conrad (Wissenschaftliche Abhandlungen der Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Band 28), Köln, Opladen, 1964

(Berg, Franz); Ueber das Staatsnothrecht als Grund des Rechtes zu säcularisiren. Eine Antwort auf Dr. Christ. Er. Weissens Nachtrag zu seiner Abhandlung über die Säcularisation deutscher geistl. Reichsländer, und den beygedruckten Aufsatz desselben über den Umfang und die Gränzen des Nothrechts. Vom Verfasser der Unrechtmässigkeit der Säcularisirungen, Philalethopolis (Würzburg), 1800

(ders.); Die Unrechtmässigkeit der Säcularisirungen als Antwort auf des Hrn. Drs. und Professors Weisse Schrift: Ueber die Säcularisationen deutscher geistlicher ReichsLänder etc., Philalethopolis (Würzburg), 1799

Berg, Günther Heinrich von; Grundriß der reichsgerichtlichen Verfassung und Praxis, Göttingen, 1797

Betrachtungen eines patriotischen Wirtembergers über die geheimen FriedensArtikel des verstorbenen Herzogs von Wirtemberg mit der Französischen Republik, Reutlingen, 1798

Betrachtungen ueber die Freiheit und Wolfahrth des deutschen Reichs, und ueber die Mittel zu deren Erhaltung von einem Patrioten; 1789

Betrachtungen ueber die letzten Friedensunterhandlungen, (Berlin), Im Dezember 1800

(*Beuerlin, Carl Ludwig*); Ueber den Laenderverlust des deutschen Reichs auf dem linken und die Entschädigung durch Sekularisationen auf dem rechten Rheinufer, Rastadt, (Frankfurt/M.), 1798

Bibra, Siegmund Freyherr; Freymuethige Gedanken ueber die Entschädigungen der Erbfürsten in Hinsicht auf die katholische Religion und die deutsche Reichsverfassung: ungedruckte Quelle (*HHStA*, Reichshofkanzlei, Reichskrieg gegen Frankreich, Friede zu Luneville 78 und ad 78)

Biener, Christian Gottlieb; Bestimmung der kaiserlichen Machtvollkommenheit in der teutschen Reichsregierung. Nach ihrem wahren Ursprung und Absichten aus Urkunden, Staatshandlungen und Gesetzen erwiesen, Leipzig, 1780

(*Bingel*); Bedarf der siebente Artikel des Friedens von Luneville einer Auslegung? Ein Gegenstück zu dem Versuch einer doctrinellen Auslegung des siebenten Friedensartikels von Luneville, Germanien, 1801

(*ders.*); Der Friede von Lueneville ist ueber alle Auslegung erhaben. Ein Nachtrag zu der Piece: Bedarf der siebente Artikel des Friedens von Lueneville einer Auslegung? Germanien, 1801

(*Blum*); Coup d'oeil sur la négociation de la paix à Rastatt entre l'Empire germanique et la République française, Rastadt, 1799 mois de Janvier

Boeckmann, Johann Lorenz; Versuch ueber Telegraphic und Telegraphen nebst der Beschreibung und Vereinfachung des franzoesischen Telegraphen und der Anzeige einiger von ihm vorgeschlagenen neuen Methoden, Karlsruhe, 1794

Boehmer, Georges Guillaume; La rive gauche du Rhin, limite de la République française. Ou recueil de plusieurs dissertations, jugées dignés des prix proposés par un négociant de la rive gauche du Rhin, Paris, an IV (1795)

Brandes, Ernst; Politische Betrachtungen ueber die franzoesische Revolution, Jena, 1790

ders.; Ueber einige bisherige Folgen der Franzoesischen Revolution, in Ruecksicht auf Deutschland, Hannover, 1792

Breyer, Johann Christoph Friedrich (Praes.) *Ziegler, Johann Ludwig* (Resp.); De caractere immedietatis in imperio S. R. G., jur. Diss. Tübingen 1774, Tübingen, 1774

Buri, Friedrich Carl; Abhandlung von der Regalitaet derer Jagten in Teutschland, Worin die beyderseitige zu der Behauptung oder Wiederlegung derselben Vorgebrachte Gruende

angefuehret und beurtheilet, Des Verfassers Saetze hinzugefueget, Und nach deren Anleitung die streitige Fragen beantwortet werden, Offenbach, 1744

ders.; Ausfuehrliche Erlaeuterung des in Deutschland ueblichen Lehenrechts. Mit einer Vorrede und berichtigenden Anmerkungen aufs neue herausgegeben von Justus Friedrich Runde, I. u. II. Abtheilung, Giessen, 1788, 1789

Cassandra oder der neue Prophet Micha ueber die Saecularisationen und ihre Folgen, Germanien, 1798

Chimani, Franz; Erlaeuterung des longobardischen, teutschen, und oesterreichischen Lehenrechtes. Nach des Herrn Justizraths Boehmers Prinzipien, und den Vorlesungen an der Wiener hohen Schule, Wien, 1801

Clercq, Alexandre Jehan Henry; Recueil des Traités de la France. Publié sous les auspices de M. C. de Freycinet, Tome I: 1713-1802, Tome II: 1803-1815, Paris, 1880

Constant, Benjamin; Benjamin Constant: Cours de politique constitutionnelle ou collection des ouvrages publiées sur le gouvernement représentatif par B. C. Avec une introduction et des notes par Édouard Laboulaye, 2. édition, Tome I et II, Paris, 1872 (Réimpression Slatkine Genève-Paris, 1982)

Corpus Iuris Canonici; Editio Lipsiensis Secunda post Aemilii Ludouici Richteri curas ... instruxit Aemilius Friedberg, Pars I et II, Leipzig, 1879, 1881

Corpus juris civilis; Vol. I Editio stereotypa undecima, Vol. II Editio stereotypo tertia, Vol III Editio stereotypa, Berlin, 1908, 1884, 1895

Cramer, Johann Georg; Commentarii de ivribus et praerogativis nobilitatis avitae, eivsque probatione ex institvtis germanorvm et priscis et hodiernis, Leipzig, 1780

Cramer, Johann Ulrich; Wetzlarische Nebenstunden, worinnen auserlesene beym Hoechtspreißlichen Cammergericht entschiedene Rechts=Haendel zur Erweiter= und Erlaeuterung der teutschen in Gerichten ueblicher Rechts=Gelehrsamkeit angewendet werden, LVIII. Theil, Ulm, 1766

Crome, August Friedrich Wilhelm; Allgemeine Uebersicht der Staatskraefte der saemtlichen kriegfuehrenden Maechte gegen Frankreich, auf der einen, und die des franzoesischen Reichs auf der andern Seite, mit drey Tabellen, ueber die gegenwaertig agirenden Truppen, so wie ueber die Groeße, Volkszahl, den Finanz= und Kriegs=Etat, zu Wasser und zu Lande, von diesen saemtlichen Staaten. Voran einige Bemerkungen ueber die jetzige Lage Frankreichs, in: *Journal fuer Statskunde und Politik*, hrsg. von Helwig Bernhard Jaup und August

Friedrich Wilhelm Crome, 2. Jahrg., I. Stueck (Neues Journal fuer Staatskunde und Politik, I. Stueck), IV., S. 182-261, Gießen, 1793,

ders.; Aufforderung zur groeßern Publicitaet, in Betref der Staatskunde unseres deutschen Vaterlandes, nebst einem Beitrag zur Statistik der Rheinischen Laender, in: *Journal fuer Statskunde und Politik*, hrsg. von Helwig Bernhard Jaup und August Friedrich Wilhelm Crome, 1. Jahrg., I. Stueck, V., S. 139-157, Frankfurt/M., 1792

ders.; Ueber die Verhaeltnisse des Burgundischen Kreises zu dem teutschen Reich und zu den hoechsten Reichsgerichten, in: *Journal fuer Statskunde und Politik*, hrsg. von Helwig Bernhard Jaup und August Friedrich Wilhelm Crome, 2. Jahrg., I. Stueck (Neues Journal fuer Statskunde und Politik, I. Stueck), III., S. 105-181, Gießen, 1793

Cusanus, Nikolaus de; Nicolai de Cusa Opera omnia, iussu et auctoritate Academiae Litterarum Heidelbergensis ad codicum fidem edita, Vol. I-XIX, Hamburg, 1932-2007

Dabelow, Christoph Christian; Lehrbuch des Staats- und Völkerrechts der Deutschen, Erster Theil, welcher das Staatsrecht der Deutschen enthält, Halle a. S., 1795

Das Ende des Alten Reiches: Der Reichsdeputationshauptschluß von 1803 und die Rheinbundakte von 1806 nebst zugehörnden Aktenstücken; 3., durchges. Aufl. bearbeitet von Ernst Walder (Quellen zur neueren Geschichte, hrsg. von Ernst Walder, Historisches Institut der Universität Bern, Heft 10), Bern, Frankfurt/M., 1975

Das Neue Licht oder Rastatter Friedens=Congreß=Aussichten, Rastatt, Im Januar 1798

Der Deutsche Zuschauer oder Archiv aller merkwuerdigen Vorfaelle welche auf die Vollziehung des zu Lueneville abgeschlossenen Friedens Beziehung haben; Nebst historisch=geographisch=statistischen Beschreibungen der verlohnen und dafuer erhaltenen Lande, I. Band, 1.-3. Heft, Offenbach, 1802

Der franzoesische Freiheitskrieg an dem Oberrhein, der Saar und der Mosel in den Jahren 1792=93 und 1794; I. u. II. Theil, Frankfurt/M., 1796

Der Frieden von Campoformio: Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte der Beziehungen zwischen Österreich und Frankreich in den Jahren 1795-1797; Gesammelt von Hermann Hüffer †, ergänzt, hrsg. und eingeleitet von Friedrich Luckwaldt (Quellen zur Geschichte des Zeitalters der Französischen Revolution, hrsg. im Auftrage von Hermann Hüffer †, Teil 2, Band 1), Innsbruck, 1907

Der jüngste Reichsabschied von 1654. Abschied der Römisch Kaiserlichen Majestät und gemeiner Stände, welcher auf dem Reichstag zu Regensburg im Jahr Christi 1654

aufgerichtet ist; bearbeitet von Adolf Laufs (Quellen zur neueren Geschichte, ..., Heft 32), Bern, Frankfurt/M., 1975

Der Schwabenspiegel oder schwäbisches Land- und Lehen- Rechtbuch; nach einer Handschrift vom Jahre 1287 hrsg. von F. L. A. Freiherrn von Lassberg, Tübingen, 1840

Der schwaebische Feuerhauptmann mit seinem Loeschzeuge; das ist: Mit der Frage: Was von den Kirchenguetern ueberhaupt; Was von den Klosterguetern insbesondere; Was von der Saekularisation dieser und jener zu halten sey, s. 1., 1801

Deutschlands Gewinn und Verlust bei der Rastadter Friedens-Basis nebst Voschlaegen zu einem Entschaedigungs-Plan und zu einer verbesserter Reichs-Verfassung, 1798

Die Goldene Bulle Kaiser Karls V. 1356; Lateinischer Text mit Übersetzung, 3. Aufl., bearbeitet von Konrad Müller (Quellen zur neueren Geschichte, ..., Heft 25), Frankfurt/M., 1970

Die Anfänge des Konstitutionalismus in Deutschland: Texte deutscher Verfassungsentwürfe am Ende des 18. Jahrhunderts; hrsg. und mit einer Einleitung von Horst Dippel, Frankfurt/M., 1991

Die kaiserlichen privilegia de non appellando; Mit einer Abhandlung eingeleitet und in Zusammenarbeit mit Elsbeth Markert registiert und in einer Auswahl hrsg. von Ulrich Eisenhardt (Quellen und Forschungen zur höchsten Gerichtsbarkeit im alten Reich, Band 7), Köln, Wien, 1980

Die kaiserliche Wahlkapitulation Seiner Majestaet Franz des Zweyten; mit kritischen Anmerkungen und einem Versuche ihres Vortrags in gereinigter Kanzelley=Sprache des jetzigen Zeitalters von Friedrich August Schmelzer, Helmstädt, 1793

Die Vernunft fordert die Säcularisirungen nicht; Deutschland (Würzburg), 1798, Verf. Franz Berg oder Andreas Greß

Die Vernunft fordert Saekularisationen; Deutschland (Würzburg), 7. August 1798

Dilcher, Hermann; Die sizilianische Gesetzgebung Kaiser Friedrichs II.: Quellen der Constitutionen von Melfi und ihre Novellen (Studien und Quellen zur Welt Kaiser Friedrichs II., 3.), Köln, Wien, 1973

Diplomatičeskija snošenija Rossii s Franciej v epochu Napoleona I.; Vol. I: 1800-1802, hrsg. von Aleksandre Tracevskij (Sbornik Imperatorskago Russkago Istoričeskago Obščestva, Vol. 70), St. Petersburg, 1890

Emerich, Friedrich Joseph; Blick in die Zukunft bei dem Lunéviller Frieden, Mainz, 20 floréal an IX (10. Mai 1801)

English historical documents 1783-1832, edited by A. Aspinall and E. Anthony Smith (English historical documents, Tome XI, General Editor: David C. Douglas), London, 1959

(*Eplen von Hartenstein, Joseph Franz Xaver*); Geschichte der Landeshoheits=Streitigkeiten, und Grundsätze, nach welchen dieselbe beurtheilt werden muessen, Ulm, 1795

(*Eppler, Jos. Franz Xaver von*); Ueber das Prinzip der deutschen Territorialverfassung: Widerlegung der Schrift des Herrn Professor Zachariae: Geist der deutschen Territorialverfassung, Frankfurt/M., 1803

Fabritius, Karl Moritz; Ueber den Wehrt und die Vorzuege geistlicher Staaten und Regierungen in Teutschland, Frankfurt/M., Leipzig, 1797

Fahnenberg, Egid Josef Karl von; Uber die Fortdauer der ueberrheinischen Reichstags=Stimmen: nebst einer Tabelle des Misverhaeltnisses in der Stimmenzahl der altfuerstlichen Haeusser, s. l., 1801

Fischer, Friedrich Christoph Jonathan; Kleine Schriften aus der Geschichte, dem Staats= und Lehenrechte. Mit Urkunden, I. u. II. Band, Halle a. S., 1781

(*Frank, Peter Anton*); Etwas ueber die Wahlkapitulationen in den geistlichen Wahlstaaten. Aus Veranlassung des Entschlusses, eine bestaendige Wahlkapitulation fuer das mainzische Erzstift zu errichten. Von der Feder eines Unpartheyischen, Frankfurt/M., 1788

Frey, Julius; Die neuen und alten Churfuersten und Fuersten der Entschaedigungslaender als Mitglieder des deutschen Reiches, als Regenten und als Menschen geschildert, Leipzig, Gera, 1804

Freymuethige Beytraege ueber den Frieden von Lueneville. Zur Reichstags=Berathschlagung ueber Entschaedigung und Saecularisation, Germanien, 1802

Friedrich Wilhelm II., König von Preußen; Erklarung im Namen Seiner Koeniglichen Majestaet von Preussen der allgemeinen Reichsversammlung mitgetheilt in Betref des zu Basel am 5 April geschlossenen Friedens, mit einigen Anmerkungen (v. *Johannes von Müller*), 1795

ders.; Erklarung Sr. Koenigl. Maj. von Preussen an Ihre Hoechst= und hohen Reichs=Mitstaende in Betreff des am 5 April 1795. mit der Franzoesischen Republik geschlossenen Friedens=Tractates. Nebst den Friedenspunten in Franzoesischer und Deutscher Sprache, 1795

Gaspari, Adam Christian; Der Deputations-Recess mit historischen, geographischen und statistische Erlaeuterungen und einer Vergleichungs-Tafel, I. u. II. Theil, Hamburg, 1803

(*ders.*); Der Französisch-Russische Entschädigungs-Plan mit historischen, geographischen und statistischen Erläuterungen und einer Vergleichungs-Tafel, Regensburg September, 1802

Gebauer, Georg Christian; Leben und denckwuerdige Thaten Herrn Richards, erwaelhten Roemischen Kaysers, Grafens von Cornwall und Poitou, in dreyen Buechern beschrieben, Leipzig, 1744

Genealogisches Reichs= und Staats= Handbuch auf das Jahr 1792, - 1800, - 1801, - 1802, - 1803, - 1804; Frankfurt/M., 1792, 1800-1804

Gentner, Johann Daniel; Geographisch=statistische Beschreibung der nach dem Friedensvertrage von Lueneville von Deutschland an Frankreich abgetretenen und den ehemaligen Besitzern als Entschaedigung dagegen ertheilten Laender, I. u. II. Theil, Regensburg, 1802, 1803

Gentz, Friedrich; Ueber den Ursprung und Charakter des Krieges gegen die Franzoesische Revolution, Berlin, 1801

Germania im Jahr 1795. Aus den Himmeln herabgesandt den 6 Nivose des Jahrs 4, und ehrerbietigst gewidmet Seiner hochreichsfreiherrlichen Excellenz dem hochwohlgebohrnen, hochweisen, hochgelahrten, hochehrfahnen, hochuneigennuezzigen, und hochdemokratischen Herrn Christoph Albrecht Reichsfreiherrn von Seckendorf [ein Schauspiel], Stuttgart, 1796

Girardin, Marquis de; Lunéville en l'an IX ou petits côtés du traité de Lunéville, du 16 brumaire an IX au 27 pluviôse an IX (7 nov. 1800-16 févr. 1801): journal d'un témoin oculaire, in: *Revue des études historiques*, publiée par la Société des études historiques, 1919, janvier, février, Articles, p. 1-43, Paris 1919

Gönner, Nicolaus Thaddäus; Teutsches Staatsrecht, Landshut, 1804

Goldast (Melchiorn von Haiminsfeld); Reichshandlung: Tractaten, Keyserliche, Koenigliche vnd Fuerstliche Mandanten, So dem Gemeinen Nutz zu gutem, vnd Politischen Personen zu sonderm Gefallen, auß der Reichs Staendt Cantzleyen, vnd alten Monumenten, herfuer gesucht vnd zusammen getragen worden, Durch Melchior von Haymynsfeld, genant Goldast, Hanau, 1609

Grotius, Hugo, De iure belli ac pacis libri tres, curavit B. J. A. de Kanter-Van Hettinga Tromp, Leiden, 1939

Grund=Saeze des Besteuerungs=Rechts derer Teutschen Reichs=Staende; 1765

Günther, Carl Gottlob; Europaeisches Voelkerrecht in Friedenszeiten nach Vernunft, Vertraegen und Herkommen mit Anwendung auf die teutschen Reichsstaende, I. u. II. Theil, Altenburg, 1787, 1792

Häberlin, Carl Friedrich; Handbuch des Teutschen Staatsrechts nach dem System des Herrn Geheimen Justizrath Puetter. Zum gemeinnuetzigen Gebrauch der gebildetern Staende in Teutschland, mit Ruecksicht auf die neuesten merkwuerdigsten Ereignisse, Neueste verbesserte und vermehrte Ausgabe, I.-III. Band, Berlin, 1797

ders.; Staats=Archiv, angelegt und geordnet von Hofrath und Prof Haeberlin zu Helmstedt, I.-IX. Band, Helmstädt, Leipzig, 1796-1802

ders.; Ueber Aufhebung mittelbarer Stifter, Abteien und Kloester in Teutschland. Zur Erlaeuterung des §. 35. des Reichsdeputations-Hauptschlusses vom 25. Febr. 1803. mit Anwendung auf die Meklenburgischen Jungfrauen=Kloester, Helmstedt, 1805

Häberlin, Franz Dominicus; Neuere Teutsche Reichs=Geschichte bis auf unsere Zeiten, fortgesetzt von Renatus Karl Freyherrn von Senkenberg, XXVI. Band, Halle a. S., 1795

(Halder); Sollte man die Vernichtung der teutschen Reichsverfassung wuenschen? Frankfurt/M., Leipzig, 1798

(Haller, Karl Ludwig von); Geheime Geschichte der Rastadter Friedensverhandlungen in Verbindung mit den Staatshaendeln dieser Zeit. Von einem Schweizer, I.-IV. Theil, V. Theil, (1.) u. 2. Abtheilung, VI. Theil, Germanien, 1799

Handbuch des Congresses zu Rastadt. Mit einem Anhang über die Negociation in Seltz (bis April 1798) mit erster (May und Junius 1798), zweyter (Julius bis zum 18. November 1798) dritter Fortsetzung (von November 1798 bis zu dessen Auflösung, und dem Unfalle vom 28. April mit seinen Folgen, bis zum July 1799, Rastadt, Basel 1798, 1799, Leipzig, 1799

Hansen, Joseph; Quellen zur Geschichte des Rheinlandes im Zeitalter der französischen Revolution 1780-1801. Gesammelt und hrsg. v. J. H., I.-IV. Band (Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde, 42), Bonn, 1931-1938

Harl, Johann Paul; Deutschlands neueste Staats= und Kirchenveraenderungen: historisch, politisch, staats= und kirchenrechtlich entwickelt; ..., Berlin, 1804

Hatzfeld, Friedrich Heinrich; Pruefung der Grundsätze welche ueber die Peraequation der Kriegslasten bisher sind aufgestellt worden, Frankfurt/M., 1801

Hauptschluß der ausserordentlichen Reichsdeputation; Signatum Regensburg den 23. November 1802

Haus, Ernst August; Beytraege zur Berichtigung der rechtlichen Grundsätze ueber den Ersatz und die Vertheilung der Kriegsschaeden, Nürnberg, 1801

Heigel, Karl Theodor; Das Manifest des Herzogs von Braunschweig vom 25. Juli 1792, in: *Sitzungsberichte der philosophisch-philologischen und der historischen Klasse der k. (öniglich) b. (ayerischen) Akademie der Wissenschaften zu München*, Jahrg. 1896, Historische Classe, (Sitzung vom 4. Juli 1896), S. 633-686, München, 1897

Heerden, Eitel Friedrich von; Des Heil. Roem. Reichs teutscher Nation Grundfeste, oder auserlesene Anmerckungen ueber den VIII. Artic. des Oßnabrueeckischen Friedensschlusses, 9. Aufl., Frankfurt/M., 1750

(Held, Willibald); Reichspraelatisches Staatsrecht, I. Theil von der Reichspraelaten Staatsgerechtsamen in Ansehung des heiligen roemischen Reichs, II. Theil von der Reichspraelaten Staatsgerechtsamen in Ansehung ihrer Lande und Gebiethe, Kempten, 1785

Herrschaftsverträge des Spätmittelalters; bearbeitet von Werner Näf (Quellen zur neueren Geschichte, ..., Heft 17), Bern, 1951

Herrschaftsverträge, Wahlkapitulationen, Fundamentalgesetze; hrsg. von Rudolf Vierhaus (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, 56), Göttingen 1977

Hobbes, Thomas; Leviathan, or the Matter, Forme, & Power of a Common-Wealth ecclesiasticall and civill, London, 1951

Hochheim, Carl Josef; Das Saekularisationsprojekt nach dem Zeitgeist kuehn entworfen und geprueft von einem Mainzer Buerger, Mainz, 1800

Hoff, Karl Ernst Adolf von; Das Teutsche Reich vor der franzoesischen Revolution und nach dem Frieden von Lunéville: eine geographisch-statistische Parallele nebst einigen Urkunden und einer Karte, I. u. II. Theil, Gotha, 1801

Hoffmann, Gottfried Daniel (Praes.) Hartmann, Christoph Friedrich (Resp.); De principibus ecclesiasticis in comitiis plura svffragia habentibus, Tübingen, 1756

ders.; De novo dvcatv oldenbvirgico pavca haec verba fecit cum die XXXVIII. Novembris MDCCLXXVII Prorektoris mvnere, Tübingen, 1779

(Hoffmann, Matthäus); Versuch einer Theorie von der innern Collegialverfassung des schwaebischen Reichsgrafenstandes. Als Anhang zur Theorie von dem schwaebischen Reichskreise, Kempten, 1785

Hofmann; Ueber die Juden und deren Duldung, Prag, 1781

(*Ickstatt, Johann Adam von*); Warum ist, oder war bisher der Wohlstand der Protestantischen Staaten so gar viel groeser als der Katholischen? von Christ. Fried. Menschenfreund, Wien, 1782

Instrumenta Pacis Westphalicae. Die Westfälischen Friedensverträge; Vollständiger lateinischer Text mit Übersetzung der wichtigeren Teile und Regesten, 3., durchges. Aufl., bearbeitet von Konrad Müller (Quellen zur neueren Geschichte, ..., Heft 12/13), Bern, Frankfurt/M., 1975

Ivernois, Francis de; Usurpation et chute du général Bonaparte, London, 1800

Jacobi, Andreas Ludolph; Beytrag zur Entwicklung der natuerlichen Rechte der hoechsten Gewalt, in Ruecksicht auf buergerliche Freiheit, Dessau, Leipzig, 1783

Jaup, Helwig Bernhard; Etwas ueber das deutsche Interregnum, besonders das jezige, und die Merkwuerdigkeiten desselben, in: *Journal fuer Statskunde und Politik*, hrsg. von H. B. J. und August Friedrich Wilhelm Crome, 1. Jahrg., I. Stueck, IV., S. 102-138, II. Heft (Stueck), III., S. 276-341 und 342-356 (Beilagen, Num. 1.-7.), Frankfurt/M., 1792

Jhro Roemisch=Kayserlichen Majestaet Carls des Siebenden Wahl=Capitulation; mit Beylagen und Anmerckungen versehen von Johann Jacob Moser, Frankfurt/M., 1742

Justi, Johann Heinrich Gottlob; Natur und Wesen der Staaten als die Quelle aller Regierungswissenschaften und Gesezze, mit Anmerckungen herausgegeben von Heinrich Gottfried Scheidemantel, Mittau, 1771

Kaeyser Carls des Sechsten Wahl=Capitulation; Mit noethigen Anmerckungen aus der Historie, des Reichs grund=gesetzen und Aétis Publicis erlaeutert, Dabey der unterschied von dem project der bestaendigen capitulation gezeigt wird, (hrsg. von Heinrich Burchard Meder oder Eucharius Gottlieb Rinck), Leipzig, 1712

Kann Deutschland bey seiner gegenwaertigen Lage hoffen, seine politische Existenz lange zu erhalten? und wird die deutsche Nation, wenn es das Schicksal von Polen erfahren sollte, dabey verlieren oder gewinnen?, in: *Häberlin, Staats=Archiv*, VII. Band, 27. Heft, VI., S. 354 (vielmehr 360)-392

Kaufmann, Karl Philipp; Beitrag zur Geschichte der Viril=Stimmen im Reichs=Fuerstenrath, Deutschland, 1804

Kemmerich, Dietrich Hermann; Introductio ad jvs pvblicvm Imperii Romano-Germanici, ex Historia Germaniae, Legibvs fvndamentalibvs, Actis pvblicis, et Diplomatisibvs, Frankfurt/M., Leipzig, 1744

Klenk, Ernst von; Preisfrage: Da die Staaten der geistlichen Reichsfürsten Walstaaten und ueberdis groestentheils die gesegnetesten Provinzen von Teutschland sind, so solten sie von Rechtswegen auch die weisesten und glueklichsten Regierung geniesen; sind sie nun nicht so glueklich, als sie sein solten, so ligt die Schuld nicht sowol an den Regenten, als an der innern Grundverfassung. Welches sind also die eigentlichen Maengel? Und wie sind solche zu heben? Beantwortet von Ernst von Klenk, Frankfurt/M., Leipzig, 1787

Knesebeck, Karl Friedrich; Betrachtung ueber den jetzigen Krieg, und die Ursachen seiner falschen Beurtheilung, Eigenthuemlichkeit und Schwierigkeit des jetzigen Krieges, 1794

Knigge, Adolf Franz Friedrich Ludwig von; Ueber die Ursachen, warum wir vorerst in Teutschland wohl keine gefaehrliche politische Haupt=Revolution zu erwarten haben, in: *Schleswigsches Journal*, II. Band, 1793, 7. Stueck, July 1793, 3., S. 273-290, Altona, 1793

Koch, Geheimer Rath und Kanzler; Ueber die Fragen: I. Ob die teutschen Besitzungen der aufgehobenen franzoesischen Abtey Wadgassen fuer bona vacantia zu halten seyn? II. Ob derselben nicht freystehe, sich wieder in Teutschland ueberpflanzen ..., Giessen, 1792

Kopp, Johann Adam; Tractatus juris publici de insigni differentia inter S. R. I. Comites et Nobiles Immediatos. Accesserunt supplementum multis diplomatibus adhuc ineditis et observationibus auctum, Editio secunda, Argentorati, 1728

Kopp, Ulrich Friedrich; Betraege zum Territorial=Staats=Recht des Hochstifts Paderborn, in: *ders.*, Bruchstuecke zur Erlaeuterung der Teutschen Geschichte und Rechte, I., S. 1-96, Kassel, 1799

Kreittmayr, Wiguläus Xaver Aloys; Anmerkungen ueber den Codicem Maximilianeum Bavaricum Civilem: worinn derselbe sowol mit dem gemein= als ehemalig= Chur Bayrischen Land= Recht genau collationirt, I.-V. Theil, München, 1759-1768

ders.; Grundriß des Allgemeinen, Deutsch= und Bayrischen Staatsrechtes, 2. Aufl., München, 1789

Kretschmann, Theodor; Versuch eines Lehrbuchs des positiven Rechts der Deutschen, I. Theil: auch unter dem Titel: Versuch eines Lehrbuchs des deutschen Staatsrechts, Bayreuth, 1793

Kritik der deutschen Reichsverfassung; Erstes Bändchen: Kritik der Regierungsform des deutschen Reichs, Zweites Bändchen: Kritik der Kriegsverfassung des deutschen Reichs, Drittes Bändchen: Kritik der staatswirtschaftlichen Verfassung des deutschen Reichs, Germanien, 1796, 1798

Laufs, Adolf; Die Reichskammergerichtsordnung von 1555, eingeleitet und hrsg. von A. L. (Quellen und Forschungen zur höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich, 3), Köln, Wien, 1976

Laukhard, Friedrich Christian; Briefe eines preußischen Augenzeugen ueber den Feldzug des Herzogs von Braunschweig gegen die Neufranken im Jahre 1792, I. u. II. Pack, Germanien, 1793

ders.; Leben und Schicksale, von ihm selbst beschrieben, und zur Warnung fuer Eltern und studierende Juenglinge herausgegeben, I.-V. Theil, Halle a. S., 1792, Leipzig, 1796, 1797, 1802

ders.; Schilderung der jetzigen Reichsarmee, nach ihrer wahren Gestalt: nebst Winken ueber Deutschlands kuenftiges Schicksal, Köln, 1796

Le Bret, Cardin; De la Souveraineté dv Roy, Paris, 1632

Le Costituzioni italiane 1796-1799; a cura di Mario d'Addio u. a., Rom, 1993, Editore Colombo

Ledderhose, Carl Wilhelm; Kleine Schriften, III. Band, Marburg/L., 1789

Leist, Justus Christoph; Lehrbuch des teutschen Staatsrechts. Nebst einem Abdrucke des Lueneviller Friedens, des Friedens von CampoFormio, des den ersteren ratificirenden Reichsschlusses, des ReichsdeputationsHauptschlusses von 1803. und des denselben genehmigenden Reichsschlusses, 1. Aufl., Göttingen, 1803, 2., verb. Aufl., Göttingen, 1805

Les frontières de la France considérées sous un point de vue politique et militaire. Ouvrage dédié à la Convention nationale; Paris, 1795

Ludewig, Johann Peter; Vollstaendige Erlaeuterung der Gueldenen Bulle, in welcher viele Dinge aus dem alten Teutschen Staat entdeckt, verschiedene wichtige Meynungen mit andern Gruenden besetzt, und eine ziemliche Anzahl von bishero unbekandten Wahrheiten an das Licht gegeben werden, I. u. II. Theil, Zweyte Aufl., Frankfurt/M., Leipzig, 1752

Lünig, Johann Christian; Corpus jurisfeudalis germanici, Das ist: Sammlung derer Teutschen Lehen=Rechte und Gewohnheiten, worinnen nicht nur die allgemeinen Reichs=Lehen=Rechte, sondern auch die in den teutschen Provintzien hergebrachte Jura feudalia, in ihrer Ordnung, mehrentheils aus ungedruckten Nachrichten hergebracht worden, Tomus I-III, Frankfurt/M., 1727

ders.; Selecta scripta illustria, Welche Viel wichtige und auserlesene in Causis Publicis ergangene Materien in sich halten, Die nicht alleine Des Heil. Roem. Reichs Ober=Haupt,

Sondern auch deßen Glieder, Jngleichen Die freye Reichs=Ritterschafft betreffen. ... Dem Pulico zum Besten ans Licht gegeben von J. C. L., Leipzig, 1723

ders.; Thesavris Jvris Derer Grafen und Herren Des Heil. Roem. Reichs, worinn von deren Ursprunge, Wachsthum, Praerogativen und Gerechtsamen gehandelt wird, Frankfurt/M., Leipzig, 1725

Lundorp, Michael Caspar; Der Roemischen Kayserlichen Majestaet und deß Heiligen Roemischen Reichs Geist= und Weltlicher Staende/Chur= und Fuersten/Grafen/Herren und Staende Acta Publica und Schriffliche Handlungen, I.-XVIII. Theil mit Register zu I.-XII. Theil, Frankfurt/M., 1668-1721

Lyncker, Heinrich Ferdinand Christian; Abhandlung von der Reichs=Standschaft und dem damit verknuepften Sitz= und Stimmrecht auf Reichstagen, Frankfurt/M., Leipzig, 1761

Majer, Johann Christian; Teutsches Geistliches Staatsrecht abgetheilt in Reichs= und Landrecht, I. u. II. Theil, Lemgo, 1773

ders.; Teutsche Staatskonstitution, I. u. II. Band, Hamburg, 1800

ders.; Teutsches weltliches Staatsrecht abgetheilt in Reichs= und Landrecht, I.-III. Band, Leipzig 1775, 1776

ders. (Praes.) *Schmid, Georg Friedrich* (Resp.); De imperii immedietate ejusdemove acquirendae Modis, jur. Diss. Tübingen 1788, Tübingen, 1788

(*Marcard, Heinrich Matthias*); Preußen Neutralitaets=System dessen Ursachen und wahrscheinliche Folgen, Deutschland (Hamburg), 1799

Marcère, Édouard; La Prusse et la rive gauche du Rhin: Le traité de Bâle – 1794-1795, d'après des Documents inédits tirés des Archives du Ministère des Affaires étrangères (Bibliothèque d'histoire contemporaine), Paris, 1918

Marsilius von Padua; Marsilii de menandrino, patavini vulgò dicto Defensor Pacis, siue Apologia pro Ludouico III. Imp. Bauaro, Tractatvs de translatione Imperij, 1599

Martens, Georg Friedrich; Einleitung in das positive Europaeische Voelkerrecht auf Vertraege und Herkommen gegruendet, Göttingen, 1796

ders.; Recueil des principaux traités d'Alliance, de Paix, de Trêve, de Neutralité, de commerce, de limites, d'échange etc. conclus par les Puissances de l'Europe tant entre elles qu'avec les puissances et états dans d'autres parties du monde depuis 1761 jusqu'à présent, Tome I-VII, Supplément, Tome I-IV, Göttingen, 1791-1808;

2. édition revue et augmentée, Tome I-VIII (Tome V-VIII = supplément, Tome I-IV),
Göttingen, 1817-1820

ders.; Recueil des traités et conventions conclus par la Russie avec les puissances étrangères,
publié par d'ordre du Ministère des Affaires étrangères par F. M, Tome II, St. Petersburg,
1875

Meiern, Johann Gottfried; Acta Comititalia Ratisbonensia Pvblica oder Regenspurgische
Reichstags=Handlungen und Geschichte von den Jahren 1653. und 1654., I. u. II. Theil,
Leipzig, Göttingen, 1738, 1740

ders.; Acta Pacis Westphalicae Publica oder Westphaelische Friedens=Handlungen und
Geschichte, I.-VI. Theil, Hannover, 1734-1736

ders.; Acta Pacis Executionis Publica, Oder Nürnbergische Friedens=Executions_Handlungen
und Geschichte, in denen enthalten, wie und welcher gestalt die wuerckliche Vollziehung des
Westphaelischen Friedens, ..., I. u. II. Theil, Hannover Tübingen, Göttingen, 1736, 1738; mit
Universal-Register ueber die Sechs Theile der Westphaelischen Friedens=Handlungen und
Geschichte, ingleichen ueber die Zween Theile der Nuernbergischen
Friedens=Executions=Handlungen und Geschichte, gefertigt und zusammen getragen von
Johann Ludolph Walther, Göttingen, 1740

*Merkwuerdiges Sendschreiben an den Kardinal-Erzbischoff Migazzi in Wien. Die
Unrechtmaessigkeit der Saekularisationen und die mit Ausfuehrung derselben verbundenen
Gefahren und Nachtheile betreffend. Mit noethigem Vorbericht und naehern Aufschluessen
ueber den geheimen Zerstoerungsplan versehen*; von den Herausgebern, Frankfurt/M.,
Leipzig, 1798

Mittler; Reminiszensen aus dem Feldzuge am Rhein in den Jahren 1792 bis 1795, Berlin,
Leipzig, 1802

Montesquieu, Charles de Secondat, Baron de; De L'Esprit des Loix, Nouvelle édition, 1.
Partie, Genf, 1749

*Moreau und sein letzter Feldzug, eine historische Skizze von einem Offiziere seines
Generalstabes*; Tübingen, 1801

Moser, Friedrich Carl; Abhandlung von den Europaeischen Hof=und Staats=Sprachen, nach
deren Gebrauch im Reden und Schreiben. Mit authentischen Nachrichten belegt,
Frankfurt/M., 1750

ders.; Entwurf eines Solmsischen Staats=Rechts, in: *ders.*, Kleine Schriften zur Erlaeuterung des Staats= und Voelker= Rechts wie auch des Hof= und Canzley Ceremoniels, X. Band, VII., S. 418-427, Frankfurt/M., 1763

ders.; Ueber die Regierung der geistlichen Staaten in Deutschland, Frankfurt/M., Leipzig (Mannheim), 1787

ders.; Von dem Deutschen Nationalgeist, 1766

Moser, Johann Jacob; Betrachtungen ueber die Wahlcapitulation Kayser Josephs II., Frankfurt/M., 1777

ders.; Beytraege zu dem neuesten Europaeischen Voelkerrecht in Fridens-Zeiten, Theile I-V, Tübingen, Frankfurt/M., 1778-1780

ders.; Der Teschenische Fridensschluß vom Jahr 1779. mit Anmerkungen. Als eine Fortsetzung der Staatsgeschichte des zwischen Oesterreich und Preussen in denen Jahren 1778. und 1779. gefuehrten Krieges, Frankfurt/M., 1779

ders.; Die heutige besondere Staats=Verfassung der Staende des Teutschen Reichs, oder Sammlung des besondern Staats=Rechts aller einzelnen Staende des Roem. Reichs, I. Band, Leipzig, 1745

ders.; Diplomatisches Archiv des XIIX. Jahrhunderts, darinnen viele wichtige, das Heil. Roem. Reich u. dessen Staende betreffende Urkunden, so vom J. 1701 an biß jetzo abgefasst worden ... mitgetheilet werden, Frankfurt/M., 1743

ders.; Einleitung in das Chur=Fuerstlich=Bayrische Staats=Recht, 1754

ders.; Einleitung in das Churfuerstlich=Maynzische Staats=Recht, vermittelt kurzer Saeze, und Anzeigung vieler derer besten und neuesten Scribenten, allwo mehrere Nachricht davon anzutreffen ist, Frankfurt/M., 1755

ders.; Einleitung in das Churfuerstlich=Pfaelzische Staats=Recht. Vermittelst kurzer Saetze und Anzeigung vieler der besten und neuesten Scribenten allwo mehrere Nachricht davon anzutreffen ist, etc.; entworfen, Frankfurt/M., Leipzig, 1762

ders.; Einleitung in das Chur=Fuerst=und Herzoglich= Braunschweig=Lueneburgische Staats=Recht; vermittelt kurzer Säze ..., Frankfurt/M., Leipzig, 1755

ders.; Einleitung in das Markgraeflich=Badische Staatsrecht, mittelst kurzer Saetze, und Anzeigung derer Schriften, wo mehrere Nachricht davon zu finden ist, Frankfurt/M., Leipzig, 1772

ders.; Einleitung zu dem Reichs= Hof= Raths=Prozeß, I.-IV. Theil, Frankfurt/M., 2. Aufl., Leipzig, Frankfurt/M., Nürnberg, 1738-1755

ders.; Erste Grundlehren des jezigen Europaeischen Voelcker=Rechts, in Fridens= und Kriegs= Zeiten, Nürnberg, 1778

ders.; Erste Grundlehren des Teutschen Staatsrechts zum Gebrauch der Anfaenger in dieser Wißenschafft, Ulm, Frankfurt/M., 1776

ders.; Grund=Saeetze des jetzt ueblichen Europaeischen Voelcker=Rechts in Friedens=Zeiten, auch anderer unter denen Europaeischen Souverainen und Nationen zu solcher Zeit fuerkommender willkuehrlicher Handlungen. abgefasset, Frankfurt/M., 1763

ders.; Grund=Saeetze des Europaeischen Voelcker=Rechts in Kriegs=Zeiten, vormahl zum Gebrauch seiner Staats= und Canzley=Academie entworffen, ..., Tübingen, 1752

ders.; Johann Jakob Mosers Mömpelgardisches Staatsrecht, hrsg. und eingeleitet von Wolfgang Hans Stein mit einer Übersetzung von Georg Anders (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe A, Quellen, Band 35), Stuttgart, 1983

ders.; Lebens=Geschichte Johann Jacob Mosers von ihm selbst beschrieben, 3. Aufl., Theile I- IV, Frankfurt/M., Leipzig, 1773-1783

ders.; Nachtrag zu seinen Anmerkungen ueber den Teschnischen Fridensschluß, 1780

ders.; Neuestes Reichs=Staats=Handbuch, oder hinlaengliche Nachricht von denen seit dem Hubertusburger oeffentlich bekannt gewordenen Staats=Handlungen, ..., I. u. II. Theil, Frankfurt/M., Leipzig, 1768, 1769

ders.; Neues teutsches Staatsrecht, Bände I-XX mit Allgemeines Register und 3 Zusaetze, Bände I-III, Stuttgart, Frankfurt/M., Leipzig, 1766-1783

ders.; Staats=Recht derer Reichs=Graeflichen Haeuser von der Leyen, von Plettenberg und von Virmont, Leipzig, 1744

ders.; Staats=Recht des Fuerstlichen Hoch=Stiffts Augspurg, Leipzig, 1740

ders.; Staats=Recht des Fuerstlichen Hoch=Stiffts Costanz, Wie auch der Fuerstlichen Abbtey Reichenau, Leipzig, 1740

ders.; Teutsches Staats=Archiv, oder Sammlung derer newest= und wichtigsten Reichs= Crays= und anderer Handlungen, Deduções, Urtheile ...; Mit Anmerckungen und gelehrten Neuigkeiten von Teutschen Staats=Sachen begleitet von J. J. M., 1751, 1.-6. Theil, 7.-12. Theil, Hanau, 1751

ders.; Teutsches Staats-Recht, Theile I-L und Zusatze, Theile I u. II, Nürnberg, 1737-1744

ders.; Ueberzeugend= und unwiderleglicher Beweis, daß die Cron Boehmen auf die Landes=Hoheit des von derselben zu Lehen gehenden Gerichtes Asch weder in Possessio noch Petitorio die allergeringste Ansprache zu machen berechtigt, Hingegen aber derer Herrn von Zedwitz, als Besizere ermelten Gerichts, So wohl persoenliche, als auch reale Reichs=Unmittelkeit in Possessio et Petitorio unwidersprechlich auf das vollkommenste gegruendet sey, 1746

ders.; Versuch des neuesten Europaeischen Voelker-Rechts in Friedens- und Kriegs-Zeiten, vornehmlich aus denen Staatshandlungen derer Europaischen Maechten, auch anderen Begebenheiten, so sich seit dem Tode Kaysers Carls VI. im Jahr 1740 zugetragen haben, entworfen von J. J. M., Theile I-X, Frankfurt/M., 1778-1780

ders.; Von der Garantie des Westphaelischen Fridens nach dem Buchstaben und Sinn desselbigen, Gießen, 1767

Müller, Georg Heinrich; Predigt an dem Friedens = Dankfeste den 25. May 1801. in der Stiftskirche zu Tuebingen gehalten von G. H. M., Tübingen, 1801

Napoleonische Friedensverträge: Campo Formio 1797 – Lunéville 1801 – Amiens 1802 – Preßburg 1805 – Tilsit 1807 – Wien-Schönbrunn 1809; 2. Aufl., neu bearbeitet von Peter Hersche (Quellen zur neueren Geschichte, ..., Heft 5), Bern, 1973

Neue und vollstaendigere Sammlung der Reichs=Abschiede, welche von den Zeiten Kayser Conrads des II. bis jetzo auf den Teutschen Reichs=Taegen abgefasset worden, sammt den wichtigsten Reichs=Schluessen, so auf dem noch fuerwaehrenden Reichs=Tage zur Richtigkeit gekommen sind. In Vier Theilen, (hrsg. von Johann Jacob Schmauß, Heinrich Christian von Senckenberg, Vorrede Ernst August Koch), Frankfurt/M., 1747

Neurath, Johann Friedrich; Observationes de cognitione et potestate iudiciaria in cavis quae politiae nomine venivnt, Wetzlar, 1780

Noch ein Wort ueber das Saekularisationswesen. Von einem Freunde der Menschheit und der guten Sachen; Teutschland, 1801

Noel, Peter Franz; Reichs=Verfassungsmaessiger Beweis, daß dem regierenden Herrn Fuersten Ludwig Otto zu Salm=Salm die Ausuebung des Hochfuerstl. Salm=Salmischen Siz=

und Stimmrechts auf der Reichsversammlung und dem Oberrheinischen Crayß gebuehre, und Demselben weder sein geistlicher Stand sothanen Siz= und Stimmrechtes im mindesten im Weeg stehe, Senones, um 1770

Oberländer, Samuel; Lexicon Jvridicvm Romano-Tevtonicum Das ist: vollstaendiges Lateinisch-Teutsches Juristisches Hand-Lexicon, Nürnberg, 1726

Paetz, Karl Wilhelm; Lehrbuch des Lehnrechts, nach des Verfassers Tode hrsg. von Christian August Gottlieb Goede, Göttingen, 1808

(*Pahl, Johann Gottfried von*); Patriotisches Appel an den Friedenscongreß in Lueneville und die Reichsversammlung in Regensburg, eine hoechst wichtige und hoechst dringende Veraenderung der teutschen Staatsconstitution betreffend, Osnabrück, Münster i. W., 1801

Patriotische Bemerkungen in Hinsicht der Sekularisation und dessen unvermeidlich betruebten Folgen, Germanien, 1802

Patriotische Wuensche fuer Teutschland bei dem bevorstehenden Definitiv=Reichs=Frieden. Nebst Verlust= und Entschaedigungs= Tabellen, Frankfurt/M., 1801

Pfaff, Christoph Matthäus; De Originibus Juris Ecclesiastici veraque ejusdem indole, Liber Singvlaris, Tübingen, 1719

Pfeiffer, Gerhard; Quellen zur Geschichte der fränkisch-bayerischen Landfriedensorganisation im Spätmittelalter (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte, Band 69), München, 1975

Pistorius, Wilhelm Friedrich; Historisch= und Juridische Anmerckungen ueber allerhand Den Ursprung, Historie, Vor=Rechte etc. derer Des Heil. Roem. Reichs Graven betreffende Materien, Erster-Vierter Theil, Frankfurt/M., 1726-1728

Posse, Adolf Felix Heinrich; Ueber das Staatseigenthum in den deutschen Reichslanden und das Staatsrepraesentationsrecht der deutschen Landstaende, Rostock, Leipzig, 1794

ders.; Ueber die Sonderung reichsstaendischer Staats= und Privatverlassenheit, Göttingen, 1790

ders.; Ueber Grundherrschaft und Wahlcapitulationen der deutschen Domcapitel, Hannover, 1787

Posselt, Ernst Ludwig; Europaeische Annalen, Jahrgang 1795-1814, Tübingen, 1795-1814

ders.; Geschichte des Krieges der Franzoesischen Nazion wider die Koenige von Ungarn und Preussen und deren Alliirte. Nebst einer kurzen Uebersicht des Ursprungs und Fortgangs der Franzoesischen Revolution. Geschichte des Jahres 1792. Aus dem Lateinischen, Frankfurt/M., Leipzig, 1793

Pragmatische Darstellung des Constitutionswidrigen Preussischen Separatfriedens in Bezug auf die Reichsstandschaft nebst einigen Betrachtungen über die bekannte Ruksprache; Frankfurt/M., Leipzig, 1795

(*Preuschen, Georg Ernst Ludwig von*); Gedanken von Einfuehrung neuer Stimmen, in dem Reichs=Fuersten=Rath bey Gelegenheit des seithero, und noch am 10ten und 17ten Jenner 1757. im Reichs=Fuerstlichen Collegio wider die Fuerstlich Taxische Stimmfuehrung vorgefallenen Widerspruchs, eroeffnet von P., nebst Beylagen in einem Auszug der Reichstags=Acten, Frankfurt/M., Leipzig, 1758

Preußen und Frankreich von 1795 bis 1807. Diplomatische Correspondenzen; hrsg. von Paul Bailleu, I. Theil (1795-1800), II. Theil (1800-1807) (Publicationen aus den K. Preußischen Staatsarchiven, 8. u. 29. Band, veranlaßt und unterstützt durch die K. Archiv=Verwaltung), Leipzig, 1881, 1887

Preussens Benehmen nach seinem Separatfrieden mit Frankreich verglichen mit dem kaiserlichen Hofdekrete vom 29sten Julius 1795. Neueres Schreiben eines deutschen Comitialgesandten an das Ministerium seines Hofes; Germanien, 1795

Preussens Friede mit Frankreich. In Bezug auf seine Folgen fuer Oesterreich, Teutschland und ganz Europa; In Briefen welche die neue Postkommission zu Amsterdam im April 1795 erbrochen und weggeworfen hat, Basel, 1795

Preußens Neutralitaets=System dessen Ursachen und wahrscheinliche Folgen; Deutschland, 1799

Procès-verbal des séances du Corps Législatif; Pluviôse an IX (20 janv.-18 févr. 1801), Ventôse, an IX (19 févr.-20 mars 1801), Paris 1801, Imprimerie Nationale

Procès-verbal des séances du Tribunat; Pluviôse an IX (20 janv.-18 févr. 1801), Ventôse, an IX (19 févr.-20 mars 1801), Paris, 1801, Imprimerie Nationale

Protocoll der Reichs=Friedens=Deputation zu Rastatt; hrsg., mit den Originalien genau verglichen, und mit einigen erlaeuternden Anmerkungen begleitet von Heinrich Freyherrn Muench von Bellinghausen, I.-VI. Band, Rastatt, 1800

Protokoll der ausserordentlichen Reichsdeputation zu Regensburg; I. u. II. Band, Beilagen: I.-IV. Band, Regensburg, 1803

Pütter, Johann Stephan; Anleitung zum Teutschen Staatsrechte. Aus dem Lateinischen übersetzt von Carl Anton Friedrich Graf von Hohenlohe. Mit einer Vorrede und einigen Anmerkungen von Friedrich Wernhard Grimm, I. Theil, II. Theil, 1. u. 2. Band, Bayreuth, 1791-1793

ders.; Auserlesene Rechts=Faelle aus allen Theilen der in Teutschland ueblichen Rechtsgelehrsamkeit in Deductionen, rechtlichen Bedenken, Relationen und Urtheilen theils in der Goettingischen Juristen=Facultaet theils in eignem Namen ausgearbeitet, I.-IV. Band, Göttingen, 1768, 1774, 1777, 1801

ders.; Beytraege zum Teutschen Staats=und Fuersten=Rechte, I. u. II. Theil, Göttingen, 1777, 1779

ders.; Elementa Ivris Germanici Privati Hodierni in vsvm avditorvm. Editio III. passim emendatior, Göttingen, 1776

ders.; Eroerterungen und Beyspiele des Teutschen Staats= und Fuerstenrechts, I. u. II. Band, Göttingen, 1793, 1794

ders.; Geist des Westphaelischen Friedens nach dem innern Gehalte und wahren Zusammenhange der darin verhandelten Gegenstaende historisch und systematisch dargestellt, Göttingen, 1795

ders.; Grundriß der Staatsveraenderungen des Teutschen Reichs, vom geheimen Justizrath P. zu Goettingen zum Gebrauche in seinen Lehrstunden, 7., verb. und fortges. Ausg., Göttingen, 1795

ders.; Historische Entwicklung der heutigen Staatsverfassung des Teutschen Reichs, I.-III. Theil, 3., meist unveränd. Aufl., Göttingen, 1798, 1799

ders.; Institvtiones Ivris Pvblci Germanici, Editio V. passim avctior et emendatior, Göttingen, 1792, (Editio I), 1770

ders.; Kurzer Begriff des Teutschen Staatsrechts, 2., verb. Aufl., Göttingen, 1768

ders.; Litteratur des Teutschen Staatsrechts, Theile I-IV, Theil IV von Johann Ludwig Kleiber, Göttingen, 1776-1791

ders.; Neuester Reichsschluß ueber einige Verbesserungen des kaiserlichen und Reichs=Cammergerichts, mit einer Vorrede zu naeherer Erlaeuterung des cammergerichtlichen Praesentationswesens, Göttingen, 1776

ders.; Teutsche Reichsgeschichte in ihrem Hauptfaden entwickelt, 3., meist unveränd. Ausg., Göttingen, 1793

ders.; Ueber den Unterschied der Staende, besonders des hohen und niedern Adels in Teutschland. Zur Grundlage einer Abhandlung von Mißheirathen Teutscher Fuersten und Grafen, Göttingen, 1795

Pufendorf, Samuel; De Habitu Religionis Christianae ad Vitam Civilem, Liber singularis, Bremen, 1687; Faksimle-Neudruck Frommann Stuttgart-Bad Cannstatt, 1972

Quellen zur Geschichte der deutschen Kaiserpolitik Oesterreichs während der französischen Revolutionskriege. 1790-1801; Urkunden, Staatsschriften, diplomatische und militärische Actenstücke, ausgewählt und herausgegeben nach bisher ungedruckten Originaldocumenten der K. K. Oesterr. Archive, hrsg. von Alfred Ritter von Vivenot fortgesetzt (ab Dritter Band) von der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften durch Heinrich Ritter von Zeissberg, I.-V. Band, Wien, 1873, 1874, 1882, 1885, 1890

Quellen zur Geschichte der Kriege von 1799 und 1800; I. Band: Quellen zur Geschichte des Krieges von 1799, II. Band: Quellen zur Geschichte des Krieges von 1800. Aus den Sammlungen des K. und K. Kriegsarchivs, des Haus-, Hof- und Staatsarchivs und des Archivs des Erzherzogs Albrecht in Wien, hrsg. von Hermann Hüffer (Quellen zur Geschichte des Zeitalters der französischen Revolution, hrsg. von H. H., Theil I, Band 1), Leipzig, 1900, 1901

Rave, Jacob; Betrachtung ueber den Unterschied der Oberherrschaft und des Eigenthums, Jena, Leipzig, 1766

Recueil des Réglemens et Arrêtés émanés du Commissaire du Gouvernement dans les quatre nouveaux départemens de la rive gauche du Rhin; contenant les Lois, Ordonnances, Édits, Déclarations, Arrêtés du Directoire exécutif, Décisions des Ministres, et Instructions, publiés dans ces départemens depuis le 14 brumaire an VI, première époque de leur organisation républicaine, jusqu'au 1.er vendémiaire an VIII. Imprimé par ordre du Commissaire du Gouvernement, pour être distribué aux autorités administratives et judiciaires: Sammlung der Verordnungen und Beschlüsse erlassen durch den Regierungs=Kommissaer in den vier neuen Departementen des linken Rhein=Ufers; enthaltend die Gesetze, ..., I^{er}-XII^e Tome (1^{er}-24^e Cahier), Strasbourg: Straßburg, An VII de la République: Jm VIIten Jahre der Franken-Republik

Regensburger Correspondenz vom Jahr 1771 bis 1805: Sammelbände (Denkschriften und Handschriften enthaltend); in Universitätsbibliothek Tübingen unter HG 256. 2, Bände I-LXIII

Regestum domni Innocentii tertii pape super negotio Romani imperii; Für akademische Übungen hrsg. von Walther Holtzmann, I. u. II. Teil, Bonn, 1947, 1948

Reich und Länder. Texte zur deutschen Verfassungsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert; hrsg. von Hans Boldt (dtv wissenschaft, 4443), München, 1987

Reichs=Grund=Gesez=maessige Beantwortung der Frage: Wie vil Soldaten eines Teutschen Reichs=Standes Land zu erhalten schuldig seye? Wer den Anschlag darinn geben koenne?
1765

(*Reinking, Theodor*); Kurtze doch Grundmaessige Belehrung von dem Wahrhafften Unterschied, zwischen mediaten und immediaten Commenden, des Hochloeblich Teutschen Ritter=Ordens, bey Gelegenheit der fuerdaurenden Streitigkeit zwischen Hochgedachtem Teutschem Ritter=Orden, und denen Hochfuerstlichen Haeusern Hessen=Cassel und Darmstadt, heraus gegeben, Frankfurt/M., 1753

ders.; Tractatvs De Regimine Seculari Et Ecclesiatico; exhibens brevem et methodicam Juris publici delineationem, ..., Giessen, 1619

Reitemeier, Johann Friedrich; Deutschland vor und nach dem Lueneviller Frieden: Ein Handbuch der Deutschen Geschichte und Statistik, imgleichen des Staats= Buerger= und Privatrechts, I. Band, Frankfurt/O., 1804

Religionsvergleiche des 16. Jahrhunderts I; 3., durchges. Aufl. bearbeitet von Ernst Walder (Quellen zur neueren Geschichte, ..., Heft 7), Bern, Frankfurt/M., 1974

Repertorium des Teutschen Staats und Lehnrechts ehemals von einer Gesellschaft ungenannter Gelehrter mit einer Vorrede des Herrn Buders herausgegeben nunmehr aber mit Zusaezen und neuen Artikeln weit ueber die Haelfte vermehrt und durchaus verbessert; I. u. II. Teil von *Heinrich Godfried Scheidemantel*, III. u. IV. Teil von *Carl Friedrich Häberlin*, Leipzig, 1782, 1783, 1793, 1795

(*Rinieri, Ilario*); La S. Sede e la secolarizzazione dei principati e dei beni ecclesiastici della Germania (1798-1805), in: *La Civiltà Cattolica*, Anno 56^o-1905, Vol. III, p. 167-179, Rom 1905

(*ders.*); La cause della secolarizzazione dei beni ecclesiastici della Germania (Federico II, Giuseppe II, Bonaparte), in: *La Civiltà Cattolica*, Anno 56^o-1905, Vol. II, p. 148-167, Rom 1905

(*ders.*); I mali effetti delle secolarizzazioni, in: *La Civiltà Cattolica*, Anno 56^o-1905, Vol. III, p. 539-559, Rom 1905

(ders.); La secolarizzazione degli Stati ecclesiastici della Germania per opera del Primo Console (1802-1805), in: *La Civiltà Cattolica*, Anno 56^o-1905, Vol. I, p. 682-697, Rom 1905

Roberjot, Claude; Rapport fait à la Convention nationale, par Roberjot, représentant du peuple, sur sa mission dans les pays conquis par les armées du Nord et de Sambre-et-Meuse (35 pages), Paris, Thermidor an III (1795), Imprimerie Nationale

Roeder, Johann Ulrich; Von den Herzoglich=Saechsischen Reichs=Tags=Stimmen und der Frage: Ob der Grund der jetzigen Stimmen der alt=welt=fuerstlichen Haeuser im Reichs=Fuersten=Rath, und besonders der Herzoglich=Saechsischen, in der Observanz des Reichs=Tags vom Jahr 1582. zu suchen sey? Hildburghausen, 1771

Roth, Johann Richard; Die zwei wichtigsten Reichsgrundgesetze, I. Kaiserliche Wahlkapitulation, II. Osnabrueckischer Friede nach den Originalien des Reichsarchivs zu akademischen Vorlesungen bestimmt, Mainz, 1788

(ders.); Frage: Jst die Kaiserin von Rußland Garant des westphaelischen Friedens? Frankfurt/M., Leipzig, 1791

ders.; Staatsrecht deutscher Reichslande akademischen Vorlesungen gewidmet. Nebst einem Abdrucke der neuesten kaiserlichen Wahlkapitulation und des westphaelischen Friedens nach den Originalien des Reichsarchivs, I. u. II. Theil, Mainz, Frankfurt/M., 1788, 1792

Runde, Justus Friedrich; Abhandlung vom Ursprung der Reichsstandschaft der Bischoefe und Aebte, Göttingen, 1775

Sachsenspiegel Landrecht, Lehnrecht; hrsg. von Karl August Eckhardt, 2. Neub. Ausg. (Monvmenta Germaniae historica, [Leges], Fontes ivris Germanici antiqvi, nova series, Tomi I, Pars I, II), Göttingen, Berlin, 1955, 1956

Samhaber, Johann Baptist Aloys); Freymuethige Gedanken eines teutschen Staatsbuergers ueber die Saecularisirung der geistlichen Wahlstaaten Teutschlands in rechtlicher und politischer Hinsicht, Altona u. Hamburg, 1798

Sammlung auserlesener Abhandlungen aus dem Lehnrechte; hrsg. von Karl Friedrich Zepernick, I.-IV. Theil, Halle a. S., 1781-1783

Sartori, Joseph Edlen von; Geistliches und Weltliches Staatsrecht der Deutschen Catholischgeistlichen Erz= Hoch= und Ritterstifter, I. Band, 1. u. 2. Theil, II. Band, 1. Theil, 1. Abschnitt, II. Band, 1. Theil, 2. Abschnitt, II. Band, 2. Theil, 1. Abschnitt, II. Band, 2. Theil, 2. Abschnitt, Nürnberg, 1788, 1790, 1791

ders.; Staatistische Abhandlung ueber die Maengel in der Regierungsverfassung der geistlichen Wahlstaaten, und von den Mitteln, solchen abzuhelpfen, Augsburg, 1787

ders.; Fortsetzung der Staatistischen Abhandlung ueber die Maengel in der Regierungsverfassung der geistlichen Wahlstaaten, und von den Mitteln, solchen abzuhelpfen, Augsburg, 1787

ders.; Staats=Geschichte der Markgrafschaft Burgau in Bezug auf die zwischen dem Erzhaue Oesterreich und den Burgauischen Innsassen obwaltenden Streitigkeiten, Frankfurt/M., Leipzig, 1788

Savigny, Friedrich Carl von; Das Recht des Besitzes: Eine civilistische Abhandlung, Gießen, 1803

(*Scheidt*); Anmerkungen und Zusatze zu des Herrn Geheimen Raths von Moser Einleitung in das Braunschweig=Lueneburgische Staats=Recht nebst vielen ungedruckten Urkunden ..., Göttingen, 1757

Schlabrendorf, Gustav; Napoleon Bonaparte und das französische Volk unter seinem Consulate, Germanien, 1804

Schlözer, August Ludwig; Allgemeines StatsRecht und StatsVerfassungsLere, Allgemeine StatsVerfassungs=Lere. Voran: Einleitung in alle Statswissenschaften, Encyklopaedie derselben, Metapolitik. Anhang. Pruefung der v. Moserschen grundsetzen des Allgem. Statsrechts, Göttingen, 1793

Schmalz, Theodor; Handbuch des teutschen Land= und Lehnrechts zum Gebrauch academischer Vorlesungen, Königsberg, 1796

Schmauß, Johann Jacob; Academische Reden und Vorlesungen ueber das teutsche Staatsrecht, hrsg. v. Johan Albert Herman Heldman, Lemgo, 1766

ders.; Corpvs Ivris Pvblici S. R. Imperii Academicvm, enthaltend des heil. Roem. Reichs deutscher Nation Grund=Gesetze, nebst einem Auszuge der Reichs=Abschiede ..., Neue und mit verschiedenen Anmerkungen verm. Aufl. durch Heinrich Gottlieb Franken, und Gottlieb Schumann, Leipzig, 1774

Schnaubert, Andres Joseph; Anfangsgruende des Staatsrechts der gesammten Reichslande, Jena, 1787

ders.; Besondere Grundsätze des Kirchenrechts der Katholicken in Deutschland, Jena, 1794

ders.; Beytraege zum deutschen Staats= und Kirchenrecht, I. u. II. Theil, Gießen, 1782, 1783

ders.; Grundsätze des Kirchenrechts der Protestanten und Katholicken in Deutschland, Jena, 1794

ders.; Ueber des Freiherrn von Moser's Vorschlaege zur Verbesserung der geistlichen Staaten in Deutschland, Jena, 1788

ders.; Ueber Kirche und Kirchengewalt in Ansehung des kirchlichen Religionsbegriffs nach Grundsätzen des natuerlichen und protestantischen Kirchenrechts, Jena, 1789

Schreber, Daniel Gottfried; Abhandlung von Cammerguetern und Einkuenften, deren Verpachtung und Adminstration, 2., weit verm. u. veränd. Aufl., Leipzig, 1754

(Seuffert, Johann Michael); Der jämmerliche Prediger mit dem Vorspruche Unser Reich ist nicht von dieser Welt; oder Noch Etwas über die Säcularisirungen besonders nach Grundsätzen der Kantischen Philosophie, Regensburg, 1798

(ders.); Der siebente Artikel des Friedens von Lueneville bedarf allerdings einer Auslegung. Ein Nachtrag zu dem Versuche einer doctrinellen Auslegung des siebenten Friedensartikels von Lueneville, Germanien, 1801

(ders.); Versuch einer doctrinellen Auslegung des siebenten Friedensartikels von Lueneville, Germanien, 1801

Siegmann, Friedrich Huldreich Carl; Versuch ueber die Rechte des Kaisers bei Streitigkeiten der Reichsstaende ueber ihre Staatsgerechtsame im Verhaeltnisse zur Verfassung des Reiches im Ganzen, Leipzig, 1787

Sieyès, Emmanuel Joseph; Emmanuel Sieyes Politische Schriften vollstaendig gesammelt von dem deutschen Uebersetzer nebst zwei Vorreden ueber *Sieyes Lebensgeschichte, seine politische Rolle, seinen Charakter, seine Schriften etc.*, I. u. II. Band, 1796

ders.; Qu'est-ce que le Tiers État? précédé de l'essai sur les privilèges, Nouvelle édition, augmentée de 23 notes, par l'abbé Morellet, Paris, 1822

Skizzen zum reifen Nachdenken ueber die richtige Bestimmung der beym Rastatter Reichsfriedenskongreß abzuhandelnden Jndemnisations= und Saekularisationsbasis; 1798

Soden, Julius von; Die Franzosen in Franken: im Jahr 1796, Nürnberg, 1797

Spangenberg, Carl Friedrich Wilhelm; De Observantia Imperii. Commentatio Iuris Publici, Halle a. S., 1795

(*Steck, Johann Christoph Wilhelm von*); Abhandlung von den Rechten und Pflichten der hohen Garans des Westphaelischen Friedens, in: (*ders.*); Abhandlungen aus dem deutschen Staats- und Lehnrecht zur Erlaeuterung einiger neuer Reichsangelegenheiten, S. 99-132, Halle a. S., 1757

Struben, David Georg; Neben=Stunden, Neueste Ausg., I.-IV.. Theil, Darmstadt, 1789

ders.; Rechtliche Bedenken, 2. Aufl., I.-V. Band, Hannover, 1777

Struve, Burkhard Gotthelf; De Allodiis Imperii commentatio horum originem, exempla atque iura complectens ex legibus imperii ..., Jena, 1734

Talleyrand, Charles Maurice; Correspondance diplomatique de Talleyrand, Tome III: Le ministère de Talleyrand sous le Directoire. Avec introduction et notes par Georges Pallain, Paris, 1891

ders.; Raport suivant, sur les arrangemens pris pour l'exécution du traité de Luneville relativement aux indemnités des Princes et Etats de L'Allemagne: République Française: Paris le 3. fructidor an X (20 Août 1802): Le Premier Consul a présidé aujourd'hui le Sénat conservateur ...; Le Ministre des Relations Extérieures a ensuite fait au 1er Consul, en Senat, le raport suivant, sur les arrangemens pris pour l'exécution du traité de Luneville relativement aux indemnités des Princes et Etats de L'Allemagne, s. l., (1802), (p.) 1-4

Tanner, Joseph Robson; Constitutional documents of the reign of James I: A. D. 1603-1625: with an historical commentary, Cambridge, 1961 (Reprint 1930)

Teutschland am Rande des Abgrunds oder das Entschaedigungsprincip durch Saekularisation in seiner ganzen Widerrechtlichkeit, Nichtigkeit und Verderblichkeit dargestellt, und allen teutschen Patrioten ans Herz gelegt; Von einem Vaterlandsfreunde, Hamburg, Altona, 1798

Thomasius, Christian (Praes.) Pagendarm, Bernhard Heinrich (Resp.); De bonorum secularisatorum natura, jur. Diss. Halle 1707, Halle a. S., Magdeburg, 1748

Thugut, Johann Amadeus Franz Paula; Vertrauliche Briefe des Freiherrn von Thugut Österr. Ministers des Äussern: Beiträge zur Beurtheilung der politischen Verhältnisse Europa's in den Jahren 1792-1801, ausgewählt und hrsg. nach den Original-Quellen der K. u. K. österr. Staats- und mehrerer Privat-Archive von Alfred Ritter von Vivenot, I. u. II. Band, Wien, 1872

Titius, Gottlieb Gerhard; Das Teutsche Lehn=Recht; nach seiner eigenen Beschaffenheit und Verfassung des Teutschen Staats, ... vorgestellt, 3. Aufl., Leipzig, 1714

(*Tobiesen, Ludolph Hermann*); Basis des Rastaedter Friedens, enthaltend die zu Kampo Formido festgesetzten Friedensartikel, welche zu Rastadt ratificirt werden sollen, 3. Aufl., Paris, Rastadt, 1798

Ueber das franzoesische Militair, von einem Officiere in einem Briefe aus Aachen, in: Frankreich im Jahre 1796. Aus den Briefen Deutscher Maenner in Paris, mit Beilagen, I. Band, 1. Stueck, II., S. 20-37, Altona, 1796

Ueber den Frieden zwischen Preussen und Frankreich. Schreiben eines deutschen Comitialgesandten an das Ministerium seines Hofes; Germanien, 1795

Ueber Deutschlands verlorne Freyheit, seine politische Verfassung, den Despotismus der Fuersten, ueber Aufklaerung, Toleranz, Patriotismus, Gesetzgebung, Publicitaet, und Preßfreyheit; s. 1., 1798

Ueber Deutschlands Verlust und das dabei eintretende Entschaedigungssystem, in Bezug auf das Interesse des gesamten Reichs und der uebrigen Maechte Europens; 1801

Ueber die Geistlichen Staaten in Deutschland und die vorgebliche Nothwendigkeit ihrer Saecularisation; 1798

Ueber die Nothwendigkeit einer allgemeinen Saecularisation der deutschen Erzbisthuemer, Bisthuemer, Praelaturen und Kloester. Mit Hinsicht auf Deutschlands gegenwaertige Verfassung; Germanien, 1798

Ueber Entschaedigung der ihre Lande und Besitzungen auf dem linken Rheinufer verlierenden Weltlichen Reichsstaeude. In Beziehung auf die neuerdings erschienenen Schriften ueber Secularisationen; Ellwangen, 1798

Ueber Schadloshaltung der jenseits des Rheins verlierenden ReichsStaeude. Bericht eines ReichstagsGesandten an seinen Herrn ueber zwey Schriften unter dem Titel: Ueber Entschädigung der ihre Lande und Besitzungen auf dem linken RheinUfer verlierenden ReichsStaeude, und Noch ein Wort ueber Entschädigung &c; Wohnfurt in Franken (Würzburg), 1798

Ueber Secularisationen, Reichsvicariat, und Bisthum Regensburg; Deutschland, Im August 1798

Unbefangene Anmerkungen ueber das neueste Projectt der Nothwendigkeit einer allgemeinen Sekularisation; (von einem ungenannten Regensburger), Im September 1798

Unser Reich ist nicht von dieser Welt: Ein erbaulicher Sermon fuer Geistliche und Weltliche; 1798

Unter dem Krummstab ist gut wohnen, oder Beweis von der Achtung der geistlichen Rheinlande gegen ihre Regenten und politischreligioese Verfassungen; 1801

Vattel, Emer de; Le droit des gens, ou principes de la loi naturelle, appliqués à la conduite & aux affaires des Nations & des Souverains, Nouvelle édition, Tome I-III, Neuchâtel, 1777

Vollstaendige Sammlung aller von Anfang des noch fuerwaehrenden Teutschen Reichs=Tags de Anno 1663. biß andero abgefaßten Reichs=Schluesse: worinnen, nebst der bey Eroeffnung dieses Reichs=Tags beschehenen Kayserlichen Proposition, alle nachhero von Zeit zu Zeit dahin ergangene Kaeyserl. Commissions- und andere Decreta ...; zusammengetragen durch Johann Joseph Pachner von Eggenstorff, I.-IV. Theil, Regensburg, 1740, 1776, 1777

Vorstellungen der deutschen Fuerstbischoefe an die meisten Hoefe Europens ueber den Frieden zu Lueneville; 1801

(Wackenhagen, Johann Karl Christian); Versuch eines Beweises, dass die Kaiserin von Rusland den Westphälischen Frieden weder garantiren könne, noch dürfe. Nebst einigen Bemerkungen über die neuesten Weltbegebenheiten, 1794

Wahl=Capitulation Des Allerdurchlauchtigsten, Großmaechtigsten Fuersten und Herrn, Herrn Francisci, Erwehlten Roemischen Koenigs, ... Beschlossen und auffgerichtet zu Franckfurt am Mayn den 10. Septembris 1745; 1745

Wahlkapitulation des roemischen Kaisers Leopolds des Zweiten, nach dem kurmainzischen Originale zum Drucke befoerderet, von Johann Richaed Roth, Mainz, Frankfurt/M., 1790

Was sollten die geistlichen Reichsstaende jetzt thun? Mai 1798

Weber, Georg Michael; Handbuch des in Deutschland ueblichen Lehenrechts, I.-IV. Theil und Register, Leipzig, 1807-1818

ders.; Ueber die Repartition der Kriegsschaeden, in juristischer und kammeralistischer Hinsicht; nebst einer kritischen Darstellung aller bisher gemachten Vorschlaege, Würzburg, 1798

Wegelin, Johann Reinhard; Gruendlich=historischer Bericht Von der Kayserlichen und Reichs Landtvogthey in Schwaben wie auch Dem Frey Kayserlichen Landtgericht auf Leutkircher-Haid und in der Pirß, Theile I u. II, 1755

Weisse, Christian Ernst; Nachtrag zu seiner Abhandlung ueber die Sekularisation deutscher geistlicher Reichslaender. Nebst einem Aufsatz ueber den Umfang und die Graenzen des Nothrechts, Leipzig, 1800

ders.; Ueber die Sekularisation Deutscher geistlicher Reichslaender in Ruecksicht auf Geschichte und Staatsrecht, Leipzig, 1798

Wenck, Friedrich August Wilhelm; Codex ivris gentivm recentissimi, e tabvlariorvm exemplorvmqve fide dignorvm monvmentis compositvs, Tomvs I-III, Leipzig, 1781, 1788, 1797

(*Wessenberg, Ignaz Heinrich*); Die Folgen der Saekularisationen. Cuique Suum!, Germanien, 1801

Westphal, Ernst Christian; Das Teutsche Staatsrecht in wissenschaftlich geordneten und mit praktischen Ausarbeitungen bestaerkten Abhandlungen und Anmerkungen ueber dessen wichtigste Gegenstaende, Leipzig, 1784

Wiese, Georg Walter Vincent; Handbuch des gemeinen in Teutschland ueblichen Kirchenrechts als Commentar ueber seine Grundsuetze desselben, I.-III. Theil, Leipzig, 1799-1804

Wie wird es im saekularisirten Teuschlande gehen? Beantwortet in vertrauten Briefen an einen Freund; (Bamberg), 1802

(*Zachariae von Lingenthal, Karl Salomo*); Die Einheit des Staats und der Kirche. Mit Ruecksicht auf die deutsche Reichsverfassung, Leipzig, 1797

ders.; Geist der Deutschen Territorial=Verfassung, Leipzig, 1800

ders.; Ueber die vollkommenste Staats=Verfassung, Leipzig, 1800

Zeumer, Karl; Quellensammlung zur Geschichte der Deutschen Reichsverfassung in Mittelalter und Neuzeit, 2., verm. Aufl. (Quellensammlungen zum Staats-, Verwaltungs- und Völkerrecht. In Verbindung mit Hermann Rehm u. a. vornehmlich zum akademischen Gebrauche hrsg. von Heinrich Triepel, Band 2), Tübingen, 1913

Ziegler, Christoph; Wahl=Capitulationes, welche mit denen Roemischen Kaeysern und Koenigen/dann des H. Roem. Reichs Churfuersten/als dessen vordersten Gliedern und Grund=Saeulen/seit Carolo V. her/biß auff Ferdinandum IV. vor sich/und folglich biß auff Josephum I. zugleich vor saemtliche des Heil. Roem. Reichs Fuersten und Staende/Geding=und Pacts=weise/auffgerichtet/vereiniget und verglichen. ..., Frankfurt/M., 1711

Allgemeine Geschichte – Französische Revolution

Acta Borussica: Denkmäler der Preussischen Staatsverwaltung im 18. Jahrhundert; hrsg. von der Königlichen Akademie der Wissenschaften, Die Behördenorganisation und allgemeine Staatsverwaltung Preußens im 18. Jahrhundert, IV. Band, Berlin, 1908

Acta imperii inedita seculi XIII. et XIV.: Urkunden und Briefe zur Geschichte des Kaiserreichs und des Königreichs Sicilien in den Jahren 1200-1400; hrsg. von Eduard Winkelmann (Acta imperii inedita, Band 2), Innsbruck, 1885

Actes et mémoires des négociations de la paix de Nimegue; Tome I-III, Amsterdam, 1679, 1680

Actes et mémoires des négociations de la paix de Ryswick; 2. édition revue, corrigée et augmentée, Tome I-IV und Continuation, Den Haag, 1707

Anekdoten von Koenig Friedrich II. von Preussen, und von einigen Personen, die um Jhn waren. Nebst Berichtigung einiger schon gedruckten Anekdoten; hrsg. von Friedrich Nicolai, V. Heft, Berlin, Stettin, 1791

Annales de la Religion, ou Mémoires pour servir à l'Histoire du dix-huitième siècle; par une Société d'Amis de la Religion et de Patrie, Tome I: 1795 An III de la République [2 Mai 1795] N° 1er [13 Floréal an 3]-[24. Octob. 1795] N° 26. [2 Brumaire an 4], Tome II: 1795 An III de la République [31. Octob. 1795] N° 1er [9 Brumaire an 4]-[30 Avril 1796] N° 26. [11 Floréal an 4], Tome III: 1796 An IV de la République [7 Mai 1796] N° 1er [18 Floréal an 4]-[29 Octob. 1796] N° 26. [8 Brumaire an 5], Tome IV: 1796 An V de la République [5 Novembre 1796] N° 1er [15 Brumaire an 5]-[29 Avril 1796] N° 26. [10 Floréal an 5], Tome V: An V – 1797 [6 Mai 1797] N° 1er [17 Floréal an 5]-[7 Brumaire an 6] N° 25 et 26 [28 Octobre 1797], Tome VI: IIIe Année, N° 1er Mercredi 15 Novembre 1797 (25 Brumaire an 6), Tome VII: IVe Année, N° 1er Du Primidi 11 Prairial an VI, Tome VIII: IVe Année An VII de la République, Tome IXe Ve Année, An VIIe de la République, Tome Xe, Ve Année, Tome XI: VIe Année, An VIIIe de la République, Tome XII: VIe Année, An IX de la République, Tome XIII: VIIe Année, An IX de la République, Tome XIV: VIIe Année, Tome XV: An X.-1802, Tome XVI: An XI.-1802, Tome XVII: An XI-1803, Tome XVIII: An XII-1803, Paris, 1795-1803

Archives parlementaires de 1787 à 1860, recueil complet des débats législatifs et politiques des Chambres Française, imprimé par Ordre de l'Assemblée Nationale sous la direction de M. J. Mavidal; 1. série: 1787 à 1799, Tome I-CI, 2. série: 1800 à 1860, Tome I et II, Paris, 1867-2005

Barthélemy, François; Mémoires de Barthélemy 1768-1819 publiés par Jacques de Dampierre, 2. édition, Paris, 1914

Betrachtungen ueber die Paepstlichen Nunciaturen in Teutschland zur Aufklaerung der neuesten Wahlcapitulation und des Kayserlichen Rescripts vom 12. October 1785; 1786

Biographie moderne, ou dictionnaire biographique de tous les hommes morts et vivans qui ont marqué à la fin du XVIII^e siècle et au commencement de celui-ci, et sur-tout dans le cours de la révolution française, par leurs vertus, leurs talens, leurs malheurs ou leurs crimes etc., 3. édition, corrigée et augmentée d'un grand nombre d'articles, Tome I-IV, Leipzig, 1807

Blattau, Johannes Jacob; Statuta sinodali, ordinationes et mandata archidioecesis Trevirensis. Nunc primum coll. et ed. J. J. B., Tomus I-IX, 1844-1859

Bonaparte, Napoléon; Correspondance de Napoléon I^{er}, publié par ordre de l'Empereur Napoléon III, Tome I-XXXII, Paris, 1858-1870

ders.; Correspondance inédite officielle et confidentielle de Napoléon Bonaparte avec les Cours étrangères, les Princes, les Ministres et les Généraux français et étrangers, en Italie, en Allemagne et en Égypte, Tome I u. II: Italie, Tome III: Venise, Tome IV: Suite de Venise, Traité de Campo-Formio, Affaires de Gênes, etc., Tome V u. VI: Égypte, Tome VII: Diverse, Paris, 1809, 1819, 1820

ders.; Mémoires pour servir à l'histoire de France, sous Napoléon, écrits à Sainte-Hélène, sous sa dictée, par les généraux qui ont partagé sa captivité, et publiés sur les manuscrits entièrement corrigés de la main de Napoléon, Édition originale, Tome I et II écrit par le Général Gourgaud, son aide-de-camp, Tome III, IV, V, VI écrit par le Général Montholon, Notes et mélanges, Tome I et II écrits par le général Comte de Montholon, Paris, 1823-1825

ders.; Napoleon. Die Memoiren seines Lebens. In neuer Bearbeitung hrsg. von Friedrich Wencker-Wildberg in Verbindung mit Friedrich M. Kircheisen, I.-XIV. Band, Wien, Hamburg, um 1930

Bossuet, Jacques Benigne; Politique tirée des propres paroles de l'écriture-sainte a Monseigneur le Dauphin, Ouvrage pothume, I et II Partie, Brüssel, 1710/21

Boug de; Recueil des édits, déclarations, lettres patentes, arrêts du Conseil d'État et du Conseil souverain d'Alsace, ordonnances & règlements concernant cette province, avec des observations, Tome I: 1657-1725, Tome II: 1726-1770, Colmar, 1775

Briefe und Akten zur Geschichte des sechzehnten Jahrhunderts mit besonderer Rücksicht auf Bayern Fürstenhaus; bearbeitet von August von Druffel, Walter Goetz und Leonhard Theobald. Auf Veranlassung und mit Unterstützung Seiner Majestät des Königs von Bayern

hrsg. durch die Historische Commission bei der Königlichen Academie der Wissenschaften, I.-VI. Band, München, 1873, 1880, 1882, 1896, 1898, 1913

Brissot de Warville, Jacques-Pierre; Discours, sur les dispositions des Puissances étrangères, relativement à la France, et sur les préparatifs de guerre ordonnés par le Roi, prononcé à l'Assemblée Nationale, le 29 décembre 1791, Paris, 1791, Imprimerie Nationale

ders.; Société des Amis de la Constitution, seánte aux Jacobins, à Paris, Discours sur la nécessité de déclarer la guerre aux princes allemands qui protègent les émigrés; prononcé, le 16 décembre, à la société, Paris, 1791, Imprimerie Nationale

ders.; Société des Amis de la Constitution, seánte aux Jacobins, à Paris. Second Discours sur la nécessité de faire la Guerre aux Princes allemands; prononcé à la société, dans la séance du vendredi 30 décembre 1791, Paris, 1791, Imprimerie Nationale

Buchez, Philippe Joseph Benjamine et Prosper Charles Roux; Histoire parlementaire de la Révolution française ou Journal des Assemblées nationales depuis 1789 jusqu'en 1815, Tome I-XL, Paris, 1834-1838

Canones et Decreta Sacrosancti Oecumenici Concilii Tridentini sub Paulo III., Iulio III. Et Pio IV. Pontificibus Maximis. Cum additamentis et indicibus amplissimis; Quibus in appendice accedunt Decreta et Canones Concilii Vatiocani I. Cum permissu reverendissimi ordinariatus archiepiscopalis Bambergensis, Regensburg, 1884

Carl, Erzherzog von Österreich; Feldzug von 1794 und 1795. Aus den hinterlassenen Papieren Sr. Kaiserl. Hoheit Erzherzog Carl. Mit drei Übersichts-Karten Tafel NR. 2, 3, 5, Wien, 1872

ders.; Geschichte des Feldzuges von 1799 in Deutschland und in der Schweiz, I. u. II. Theil, Wien, 1914

ders.; Grundsätze der Strategie erläutert durch die Darstellung des Feldzugs 1796 in Deutschland. Mit Karten und Planen, I. Theil: Grundsätze der Strategie und Anwendung derselben auf einen angenommenen Kriegsschauplatz, II. u. III. Theil: Geschichte des Feldzugs, Beilagen: Karten, Wien, 1814

Charles I, King of England; The Letters speeches and proclamations of King Charles I, edited by Charles Petrie, London, 1935

Churchill John, Duke of Marlborough and Anthonie Heinsius; The correspondence 1701-1711 of John Churchill, First Duke of Marlborough and Anthonie Heinsius, Grand Pensionary of Holland, edited by B. Van't Hoff (Werken uitgegeven door het Historisch Genootschap te Utrecht, 4. Serie, 1. Volume), Den Haag, 1951

Codex Theodosianvs cvm perpetvis commentariis Iacobi Gothofredi; praemittvntvr Chronologia accvratior, Chronicon historicvm et Prolegomena., Tomus I-VI, Leipzig, 1736-1745

Conciliarum Oecumenicorum Decreta; curantibus Josepho Alberigo u. a., consultante Huberto Jedin, Editio tertia, Bologna, 1973

Consalvi, Ercole; Memorie del Cardinale Ercole Consalvi. A cura di Mario Nasalli Rocca di Corneliano, Rom, 1950

Danske Tractater. 1751-1800; udgivet paa Udenrigsministeriets foranstaltning, Kopenhagen, 1882

Das Augsburger Interrim von 1548; Nach den Reichstagsakten deutsch und lateinisch herausgegeben von Joachim Mehlhausen (Texte zur Geschichte der evangelischen Theologie, Heft 3), Neukirchen, 1970

Der Investiturstreit: Quellen und Materialien; hrsg., übersetzt und mit einer Einleitung versehen v. Johannes Laudage (Böhlau-Studien-Bücher, Quellen, Dokumente, Materialien), Köln, Wien, 1989

Deutsche Encyclopaedie oder Allgemeines Real=Woerterbuch aller Kuenste und Wissenschaften von einer Gesellschaft Gelehrten; I.-XXIII. Band (A-Ky), Frankfurt/M., 1778-1807

Deutsche Reichstagsakten; IX. Band: Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Sigmund, 3. Abtheilung 1427-1431, hrsg. von Dietrich Kleber; XXII. Band, 2. Hälfte: Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Friedrich III., 8. Abteilung, 2. Hälfte Reichstag zu Regensburg 1471, hrsg. von Helmut Wolff; Mittlere Reihe: Deutsche Reichstagsakten unter Maximilian I., I. Band Reichstag zu Frankfurt 1486, 1. u. 2. Teil, bearbeitet von Heinz Angermeier (hrsg. durch die Historische Kommission bei der Königlich Academie der Wissenschaften; ab XXII. Band durch die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Göttingen, Gotha, 1887, 1989, 1999

Dictionnaire de l'Academie françoise; 3. édition 1740, Tome I et II, Nouvelle édition 1802, Tome I et II, Paris, 1740, 1802

Die neue Mainzer Zeitung oder der Volksfreund; 1793, Nro. 1-38, Mainz, 1793

Documents inédits relatifs aux affaires religieuses de la France 1790 à 1800. Extraits des Archives secrètes du Vatican publiés par le R. P. Augustin Theiner; Tome I et II, Paris, 1857, 1858

Documents sur la négociation du Concordat et sur les autres rapports de la France avec le Saint-Siège en 1800 et 1801; publiés par Boulay de la Meurthe, Tome I-VI, Paris, 1891-1893, 1895, 1807, 1905

Die Lateran=Verträge zwischen dem Heiligen Stuhl und Italien vom 11. Februar 1929; Italienischer und deutscher Text, autorisierte Ausg. mit einer Einleitung des Päpstlichen Nuntius Eugenio Pacelli in Berlin, Freiburg/Br., 1929

Die politischen Testamente der Hohenzollern; nebst ergänzenden Aktenstücken, hrsg. von Georg Küntzel, I. u. II. Band (Quellensammlung zur deutschen Geschichte), Leipzig, 1911

Dubois de Crancé, Edmond Louis; Analyse de la Révolution française depuis l'ouverture des États Généraux jusqu'au 6 brumaire an IV de la République. Suivie du compte rendu fait par Dubois-Crancé de son administration au Ministère de la Guerre, 1799, Ouvrage postume publié par Th. Jung, Paris, 1885

Du Mont, Jean; Corps universel diplomatique du droit des gens; contenant vn recueil des traitez d'alliance, de paix, de treve, ..., Tome III-VIII, Supplement Tome III, Amsterdam, La Haye, 1726, 1728, 1731, 1739

Dunod de Charnage; Histoire de l'église, ville et diocèse de Besançon, Tome I et II, Besançon, 1750

Duvergier, Jean Baptiste; Collection complète des lois, décrets, ordonnances, réglemens, avis du conseil-d'état publiée sur les éditions officielles du louvre; ... (de 1788 à 1830 inclusivement, par ordre chronologique), ..., 2. édition, Tome I-XVI (1788-1809), Paris, 1834-1836

Einige Aehnlichkeit der Reformation und der Revolution, in: *Schleswigsches ehemals Braunschweigisches Journal*; 1792, II. Band, 6. Stueck, Junius 1792, 3., S. 173-198, Altona 1792

Entretien politique sur la situation actuelle de la France, et sur les plans du nouveau gouvernement; Paris, Frimaire an VIII

Friedrich II., König von Preußen; Briefwechsel Friedrichs des Grossen mit Voltaire, hrsg. von Reinhold Koser und Hans Droysen, III. Teil: Briefwechsel König Friedrichs 1753-1778 (Publicationen aus den K. Preussischen Staatsarchiven, Band 86), Leipzig, 1911

ders.; Die Politischen Testamente, übersetzt von Fr. von Oppeln-Bronikowski (Klassiker der Politik, Band 5), Berlin, 1928

ders.; Oeuvres de Frédéric le Grand, Tome I-XXXIV, Berlin, 1848-1857

ders.; Politische Correspondenz Friedrich's des Grossen, hrsg. von der Preußischen Akademie der Wissenschaften, I.-XL. Band, Ergänzungsband: Die politischen Testamente Friedrich's des Grossen. Redigirt von Gustav Berthold Volz, Berlin, Leipzig, 1879-1928

(Gebhardt, Adam Gottlieb); Recueil des traités de paix, d'amitié, d'alliance, de neutralité et autres conclus entre la République française et les différentes puissances de l'Europe depuis 1792 jusqu'à la paix générale, I et II Partie, Göttingen, 1796, 1797

Gedanken, Vorschlaege und Wuensche zur Verbesserung der oeffentlichen Erziehung: als Materialien zuer Paedagogik; hrsg. von Friedrich Gabriel Resewitz, I.-V. Band, Berlin, 1777-1786

Geissel, Johannes; Schriften und Reden von Johannes Cardinal von Geissel Erzbischof von Köln, hrsg. von Karl Theodor Dumont, I.-III. Band, Köln, 1869, 1870

Geschichte in Quellen; III. Band: Renaissance, Glaubenskämpfe, Absolutismus, bearbeitet von Fritz Dickmann, hrsg. von Wolfgang Lautemann und Manfred Schlenke, München, 1966

Goetten, Gabriel Wilhelm; Das Jetztlebende Europa, Oder Nachrichten von den vornehmsten Lebens=Umstaenden und Schriften Jetztlebender Europaedischer Gelehrten, Der II. Theil, Braunschweig, Hildesheim, 1736

Hardenberg, Karl August von; Denkwürdigkeiten des Staatskanzlers Fürsten von Hardenberg, hrsg. von Leopold von Ranke, I.-V. Band, Leipzig, 1877

Hauterive, Alexandre-Maurice; De l'état de la France à la fin de l'an VIII., Paris, 1800

Histoire de Bonaparte, Premier Consul depuis sa naissance jusqu' à la Paix de Lunéville, suivie de ses Actions remarquables, Réponses et Traits sublimes, avec les Anecdotes relatives à ses différentes Campagnes; 3. édition, considérablement augmentée, Tome I et II, Paris 1802

Historische Sammlung von Staats=Schriften zur Erlaeuterung der neuesten Welt= und Teutsche Reichs=Geschichten unter Kayser Carl dem VII.; I.-III. Band, Frankfurt/M., 1744-1747

Hugues du Tems; Le clergé en France, ou tableau historique et chronologique des Archevêques, Evêques, Abbés, Abbesses et Chefs des Chapitres principaux du Royaume: depuis la fondation des Eglises jusqu'à nos jours, Tome I-III, Paris, 1774, 1775

Jenisch, Daniel; Geist und Charakter des achtzehnten Jahrhunderts: politisch, moralisch, ästhetisch und wissenschaftlich betrachtet, 1.-3. Theil, Berlin, 1799-1801

Karl Friedrich, Herzog von Baden; Politische Correspondenz Karl Friedrichs von Baden. 1783-1806, bearbeitet von B. Erdmannsdorfer u. a., hrsg. von der Badischen Historischen Commission, I.-VI. Band, Heidelberg, 1888-1915

K., Betrachtungen ueber den Einfluß der deutschen Staatsverfassung auf das Nazionalglueck der Deutschen in Beziehung auf zwei Aufsätze von Mirabeau und von Wieland, in: *Berlinische Monatsschrift*, XIX. Band, 1792, Maerz, 5., S. 268-300, Jena, 1792

Koch, Christophe Guillaume; Abrégé de l'histoire des traités de paix entre les puissances de l'Europe depuis la paix de Westphalie, Tome I-IV, Basel, 1796, 1797

Kohler, Friedrich Wilhelm; Gedanken ueber Einfuehrung der Jndustrieschulen: auf Begehren der Wirtembergischen allgemeinen Landesversammlung aufgesetzt und uebergeben, Leipzig, 1801

ders.; Schul=Rede von der Wichtigkeit der Schulen und Schulhaeuser, bey den Einzug der Schul=Jugend zu Fehlbach in ihre neu erbaute Schule, am 23sten Sonntag nach Trinitatis 1801. Nachmittags in oeffentlicher Kirche gehalten, Stuttgart, 1801

Krünitz, Johann Georg; Oekonomisch=technologische Encyklopaedie, oder allgemeines System der Stats= Stadt= Haus= und Land= Wirthschaft, und der Kunst= Geschichte, in alphabetischer Ordnung, I.-CCXVI. Theil, Berlin, 1782-1853

Lachmann, Carl L. T.; Das Industrieschulwesen, ein wesentliches und erreichbares Beduerfnis aller Buerger- und Landschulen: unveränd. Neudruck der Ausg. Braunschweig, Helmstedt 1802, mit einer Einleitung von Gernot Koneffke (Pädagogica, Quellenschriften zur Industrieschulbewegung, 3), Braunschweig, 1973

La déportation ecclésiastique sous le Directoire; Documents inédits recueillis et publiés pour la Société d'histoire contemporaine par Victor Pierre; Arrêtés de déportation – Rapports d'arrêtés – Appendices, Paris, 1896

Laguille, Louis; Histoire de la Province D'Alsace depuis Jules César jusqu'au Mariage De Louis XV. Roy De France ET DE Navarre; avec des figures en taille douce, ..., I-III Partie, Straßburg, 1727

La société des Jacobins. Recueil de documents pour l'histoire du Clubs des Jacobins de Paris, par F.-A. Aulard; Tome I-VI (Collection de documents relatifs à l'histoire de Paris pendant la Révolution française. Publiée sous le patronage du Conseil municipal), Paris, 1889-1897

Liénard, Alain; Saint-Just: Théorie politique, Textes établies et commentés par A. L., Paris, 1976

Louis XVI. Roi des François; Réponse du Roi au Message de l'Assemblée Nationale, du 29 Novembre 1791, Prononcée par sa Majesté le 14 Décembre 1791, Paris, 1791, Imprimerie Nationale

Lünig, Johannes Christian; Das Teutsche Reichs=Archiv. Aus den beruehmtesten Scribenten, raren Manuscripts, u. durch kostbare Correspondenz zusammen getragen ... und ans Licht gegeben von J. C. L., Pars generalis (I.-IV. Band), Pars specialis (V.-XIV. Band), Specilium ecclesiastum (XV.-XXI. Band), Specilium seculare (XXII. u. XXIII. Band), Haupt-Register (XXIV. Band), Leipzig, 1711-1722

Mansi, Joannes Dominicus; Sacrorum conciliorum nova, et amplissima collectio, in qua praeter ea quae Phil. Labbeus, et Gabr. Cossartius et novissime Nicolaus Coleti in lucem edidere, ..., quae J. D. Mansi, Archiepiscopus Lucensis evulgavit, Editio novissima, Introductio (0), Tomus I-XXXI mit Suppl. Tomus XXXII-LIII, Florenz, Venedig, Paris, 1759-1927, Tomus XXXVI A (Index), 1962

Mirbt, Carl; Quellen zur Geschichte des Papsttums und des Römischen Katholizismus, 4., verb. u. wesentl. verm. Aufl., Tübingen, 1924

MONITEUR: GAZETTE NATIONALE, ou le MONITEUR UNIVERSEL; Mardi 24 Novembre 1789 (N^o 1er.)-Mardi, 30 Septembre 1806 (N^o 273.), Paris, 1789-1806

Monumenta Boica; Volumen XXIX, edidit Academia Scientiarum Boica (Monumentorum Boicorum, Collectio Nova, Vol. II., Pars I), München, 1831

Nahmer, Wilhelm von; Handbuch des Rheinischen Particular=Rechts, III. Band: Entwicklung der Territorial- und Verfassungs- Verhältnisse der deutschen Staaten an beiden Ufern des Rheins, Frankfurt/M., 1832

Necker, Jacques; Oeuvres complètes de Necker, publiées par M. le Baron de Staël, son petit fils, Tome VI, Paris, 1821

Ötter, Samuel Wilhelm; Das auferweckte Interregnum, Frankfurt/M., Leipzig, 1756

Paebstlicher Gebotsbrief, die gaenzliche Aufhebung des Jesuiten=Ordens betreffend, d. d. Rom, den 21sten Julii 1773. Wovon das Lateinische ein Nachdruck des in Rom selbst mit Obrigkeitlicher Bewilligung herausgekommenen Abdrucks ist, Rom, den 18 August 1773 (lateinisch/deutsch), mit Paebstliches Circular-Schreiben, welche nebst der Aufhebungs=Bulle, an alle Bischoeffe erlassen worden, Rom den 18 August 1773 (20 Seiten); 1773

Paris pendant la Réaction thermidorienne et sous le Directoire. Recueil de documents pour l'histoire de l'esprit public à Paris, par François-Alphonse Aulard; Tome I: Du 10 thermidor

an II au 21 prairial an III (28 juillet 1794-9 juin 1795), Tome II: Du 21 prairial an III au 30 pluviôse an IV (9 juin 1795-19 février 1796), Tome III: Du 1er ventôse an IV au 20 ventôse an V (20 février 1796-10 mars 1797), Tome IV: Du 21 ventôse an V au 2 thermidor an VI (11 mars 1797-20 juillet 1798), Tome V: Du 3 thermidor an VI au 19 brumaire an VIII (21 juillet 1798-10 novembre 1799) (Collection de documents relatifs à l'histoire de Paris pendant la Révolution française, publiée sous le patronage du Conseil municipal), Paris, 1898-1900, 1902 (Tome V: AMS Press New York, 1974)

Paris sous le Consulat: Recueil de documents pour l'histoire de l'esprit public à Paris, par Alphonse Aulard; Tome I: Du 18 brumaire an VIII au 30 brumaire an IX (9 novembre 1799-21 novembre 1800), Tome II: Du 1er frimaire an IX au 30 germinal an X (22 novembre 1800-20 avril 1802) (Collection de documents relatifs à l'histoire de Paris pendant la Révolution française. Publiée sous le patronage de Conseil municipal), Paris 1903, 1904: AMS Press, New York 1974

Parry, Clive; The consolidated Treaty series, edited and annotated by C. P., Vol. I.: 1648-1649, Vol XXXVI.: 1740-1742, Vol. XXXVII.: 1742-1746, Vol. XL.: 1753-1757, Vol. XLVI.: 1775-1778, Vol. XLI.: 1757-1760, Vol. L.: 1786-1790, Vol. LI.: 1790-1793, Vol. LII.: 1793-1795, Vol. LIII.: 1795-1797, Vol. LIV.: 1797-1799, Vol. LV.: 1799-1801, Vol. LVI.: 1801-1803, New York, 1969

Patrologiae cursus completus. Series Latina prior, in qua prodeunt patres ... ecclesiae Latinae a Tertulliano ad Innocentium III.: seu bibliotheca universalis, integra, uniformis, commoda, oeconomica, omnium ss. patrum, ... scriptorumque ecclesiasticorum, sive Latinorum, sive Graecorum ... juxta ed. accuratissimas ... accurante J. B. Migne; Tomus LXXXIX, Paris, 1850

Picart, Benoît; Histoire ecclésiastique et politique de la ville et du diocèse de Toul, Toul, 1707

Planck, Gottlieb Jakob; Neueste Religionsgeschichte fortgesetzt von G. J. P. (Geschichte der kirchlichen Revolution in Frankreich), III. Theil (Fortsetzung von Christian Wilhelm Franz Walch Neueste Religionsgeschichte 1771-1782, Lemgo), Lemgo, 1793

Politische Annalen; hrsg. von Christoph Girtanner, IV. Band: Oktober, November, Dezember, Berlin, 1793

Politischer Zuschauer für die Niedern Reichslande; 2.-8. Jahrg., Aachen, 1791-1797

Portalis, Jean Etienne Marie; Rapport présenté au premier Consul par le conseiller d'état chargé de toutes les affaires concernant les cultes, sur les journaux 23 brumaire an IX (14 nov. 1800), in: *La Révolution française*, Revue d'histoire moderne et contemporaine, publiée par la

Société de l'histoire de la Révolution, Tome XXXII, Janvier, Documents inédits, Un rapport ..., p. 66-72, Paris, 1897

Preussische Staatsschriften aus der Regierungszeit König Friedrichs II.; bearbeitet von Reinhold Koser, hrsg. von J. G. Droysen und M. Duncker, I. Band: 1740-1745, II. Band: 1746-1756, III. Band: Der Beginn des Siebenjährigen Krieges, Berlin, 1885, 1877, 1892

Prudhomme, L.; Histoire générale des crimes commis pendant la Révolution française, sous les quatre législatures, et particulièrement sous le Règne de la Convention nationale, Tome I-VI, ab Tome III. unter dem Titel: Histoire générale et impartiale des erreurs, des fautes et des crimes commis pendant la Révolution, Paris, 1796, 1797

Quellen zur Geschichte der Mittel- und Realschulpädagogik; hrsg. von Nikolaus Maassen, I. Band: Von den Anfängen bis Ende des 19. Jahrhunderts, Berlin, 1959

Quellen zur Reformation 1517-1555; hrsg. von Ruth Kastner (Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte der Neuzeit, Freiherr vom Stein-Gedächtnisausgabe, Band 16), Darmstadt, 1994

Ramel de Nogaret, Dominique-Vincent; Des finances de la République Française en l'an IX, Paris an IX (1801)

Recueil de documents relatifs aux Séances des Etats-Généraux Mai-Juin 1789; Préparé par l'Institut d'Histoire de la Révolution française de la Faculté des Lettres et Sciences humaines de Paris sous la direction de Georges Lefebvre et Anne Terroine, Tome premier, I, II, Tome deuxième, I, 1/I, 2 (Centre National de la Recherche Scientifique), Paris, 1962-1983

Recueil des actes du Comité de salut public avec la correspondance officielle des Représentants en mission et le registre du Conseil exécutif provisoire, publié par François-Alphonse Aulard; (Collection de documents inédits sur l'histoire de France publiés par les soins du Ministre de l'Instruction Publique), Tome I-XXVIII, 10 août 1792-26 octobre 1795 (4 brumaire an IV), Supplément, I-IV volume, préparé par l'Institut d'histoire de la Révolution française sous la direction de Marc Bouloiseau, Paris, 1889-1951, 1966-1992

Recueil des actes du Directoire exécutif (Procès-verbaux, arrêtés, instructions, lettres et actes divers), publiés et annotés par A. Debidour; Tome I: Du 11 brumaire au 30 ventôse an IV (2 novembre 1795-20 mars 1796), Tome II: Du 1er germinal au 15 messidor an IV (21 mars-3 juillet 1796), Tome III: Du 16 messidor an IV au 15 vendémiaire an V (4 juillet-6 octobre 1796), Tome IV: Du 16 vendémiaire au 15 pluviôse an V (7 octobre 1796-3 février 1797) (Collection de documents inédits sur l'histoire de France publiés par les soins du Ministre de l'Instruction publique), Paris, 1910, 1911, 1913, 1917

Resewitz, Friedrich Gabriel; Die Erziehung des Buergers zum Gebrauch des gesunden Verstandes, und zur gemeinnuetzigen Geschaefftigkeit: unveränd. Neudruck der Ausgabe Wien 1787, mit einer Einleitung von Horst M. P. Krause (paedagogica), Wien, 1975

Resumé Général, ou Extrait des Cahiers de Pouvoirs, Instructions, Demandes et Doléances, remis par les divers Bailliages, Sénéchaussées et pays d'Etats du Royaume; à leurs Députés à l'Assemblée des Etats-Généraux, ouverts à Versailles, le 4 mai 1789; Par une Société de gens de lettres. Publié par le sieur (Louis Marie) Prudhomme, Tome I-III, Paris, 1789

Richelieu, Armand Jean du Plessis; Testament Politique du Cardinal de Richelieu, Édition critique publiée avec une introduction et des notes par Louis André, et un préface de Léon Noël, Paris, 1947

(*Riesbeck, Johann Kaspar*); Briefe eines reisenden Franzosen ueber Deutschland an seinen Bruder zu Paris. Uebersetzt von Kaspar Riesbeck, 2., betraechtlich verb Ausg., I. u. II. Band, Zürich, 1784 (1. Ausgabe erschienen 1783)

Robespierre, Maximilien; Discours de Robespierre, Prononcé dans la séance des Jacobins du primidi et octidi Frimaire de la 2^e année de la République française, une et indivisible (p. 1-5), s. l., 1793/94

ders.; Le Comité de Salut Public à la Convention Nationale. Rapports faits en son nom par Robespierre, Paris, 1794, Imprimerie Nationale

Rogge, Cornelius; Abriß der Geschichte der neuesten Revolution in den vereinigten Niederlanden. Aus dem Hollaendischen, Göttingen, 1800

Roskovány, Agost; Monumenta Catholica pro Independentia Potestatis Ecclesiasticae ab Imperio Civili, collegit et ed. Augustinus de R., Tomus I: Sec. IV. usque Sec. XVIII. complectens, Quinque-Ecclesiis 1847

Salver, Johann Octavian; Proben des hohen Teütschen Reichs Adels oder Sammlungen alter Denkmäler, Grabsteinen, Wappen, Jnn= und Urschriften, u: d: nach ihrem wahren Urbilde aufgenommen, unter offener Treüe bewähret, und durch Anenbäume auch sonstige Nachrichten erklärt und erläutert, Würzburg, 1775

Schweder, Christoph Hermann; Theatrum Historicum Praetensionum et Controversiarum illustrium, Oder Historischer Schauplatz der Ansprueche und Streitigkeiten Hoher Potentaten und anderen regierenden Herrschafften in Europa, ... suppliret und continuiert von Adam Friedrich Glafeyn, Erster u. Zweyter Theil, Leipzig, 1727

Sextro, Heinrich Philipp; Ueber die Bildung der Jugend zur Industrie: ein Fragment: Nachdruck der Ausgabe 1785 Göttingen, mit einer Einführung von G. Koneffke (Paedagogica, Quellenschriften zur Industrieschulbewegung, 1), Göttingen, 1968

Staat und Kirche in Frankreich I; bearbeitet von Ernst Walder (Quellen zur neueren Geschichte, ..., Heft 18/19), Bern, 1953

Staat und Kirche in Frankreich II; bearbeitet von Ernst Walder (Quellen zur neueren Geschichte, ..., Heft 20/21), Bern, 1953

Svenska Riksrådets Protokoll med understöd af statmedel i tryck utgifvet af Kongl. Riks-Archivet genom N. A. Kullberg; I. 1621-1629. (Handlingar rörande Sveriges Historia. Med understöd af statsmedel i tryck utgifna af Kongl. Riks-Archivet, Tredje serien)

Talleyrand, Charles Maurice; Talleyrand. Mémoires 1754-1815. Introduction, notes et établissement du texte par Paul-Louis et Jean-Paul Couchoud, Nouvelle édition revue par Jean-Paul Couchoud (Collection Les Mémoires), Paris, 1982

Theatrum Evropaem oder außfuehrliche und wahrhafftige Beschreibung aller und jeder denkwuerdiger Geschichten, so sich hin und wieder in der Welt, fuernemblich aber in Europa, und Teutschlanden/so wol im Religion= als Prophan- Wesen/vom Jahr Christi 1617 bis zu Ausgang des 1718ten Jahres zugetragen haben. Beschrieben durch Joannem Philippum Abelinum; I.-XXI. Theil, Frankfurt/M., 1662-1738

Thevenin, Léon; La fête constitutionnelle du 10 août 1793, à Bar-sur-Ornin (Bar-le-Duc), in: *Mémoires de la Société des Lettres, Sciences et Arts de Bar-le-Duc*, 4. Série, Tome VI, Mémoires, p. 39-57, Bar-le-Duc, 1908

Urkundenbuch zur Reformationsgeschichte des Herzogthums Preußen; hrsg. von Paul Tschackert, I.-III. Band (Publicationen aus den K. Preußischen Staatsarchiven, Bände 43-45), Leipzig, 1890

Vast, Henri; Les grands traités du règne de Louis XIV, publiés par H. V., Tome I: Traité de Munster, Ligue du Rhin, Traités des Pyrénées (1648-1659), Tome II: Traité d'Aix-la-Chapelle, Traités de Nimègue et Trêve de Ratisbonne, Traités de Turin et de Ryswick (1668-1697), Tome III: La succession d'Espagne, Traités d'Utrecht, de Rastadt et de Bade (Collection de textes pour servir à l'étude et à l'enseignement de l'histoire, 15, 23, 28), Paris, 1893, 1898

Wagemann, Arnold; Ueber die Bildung des Volks zur Industrie: Neudruck der Ausgabe Göttingen 1791 mit einer Einleitung von Gernot Koneffke (Paedagogica, Quellenschriften zur Industrieschulbewegung, 4), Glashütten/Taunus, 1971

Zedler, Johann Heinrich; Grosses vollstaendiges Universal Lexicon aller Wissenschaftten und Kuenste, welche bißhero durch menschlichen Verstand und Witz erfunden und verbessert worden, ..., I.-LXIV. Band, Supplemente, I.-IV. Band, Halle a. S., Leipzig, 1731-1754

Philosophie – Theologie – Literatur – Jakobinismus

Alembert, Jean Le Rond d'; Oeuvres philosophiques, historiques et littéraires de d'Alembert, publiée par Jean-François Bastien, Tome I, Paris, An VIII (1805)

Allgemeine Literatur-Zeitung vom Jahre 1790; I-IV. Band, Jena, 1790

Allgemeine Zeitung; hrsg. von Friedrich Christoph Cotta, Jahrg. 1801, I.-IV. Band, Jahrg. 1802, I.-IV. Band, Tübingen, Stuttgart

Athenaeum. Eine Zeitschrift von August Wilhelm Schlegel und Friedrich Schlegel; I.-III. Band, Berlin, 1798-1800

Althusius, Johannes; *Politica Methodice digesta*, reprinted from the third edition 1614, with an introduction by Carl Joachim Friedrich (Harvard political classives, Vol. 2), Cambridge, 1932

Aristoteles; *Politica*, recognovit brevique adnotatione critica instruxit W. D. Ross (Scriptorum classicorum bibliotheca Oxoniensis), Oxford, 1958

Augustinus, Aurelius; *Sancti Aurelii Augustini episcopi De Civitate Dei Libri XXII.*, recensuit B. Dombart, Vol. I et II, Leipzig, 1863

Benedicti Regvla, recensvit Rvdophvs Hanslik; (Corpvs scriptorum ecclesiasticorum Latinorum, editvm consilio et impensis Academiae Scientiarvm Avstricae, Vol. LXXV), Wien, 1960

Berkeley, Goerge; *The Works of George Berkeley, D. D.*, including many of his writings hitherto unpublished by Alexander Campbell Fraser in four volumes, Vol. I-IV, Oxford, 1871

Berlinische Monatsschrift; hrsg. von F. Gedike und J. E. Biester, I. Band: Januar bis Junius (1783)-XXVIII. Band: Julius bis Dezember 1796, Berlin, 1783-1796

Chateaubriand, François René; Oeuvres complètes de Chateaubriand, Nouvelle édition revue avec soin sur les éditions originales. Précédée d'une étude littéraire sur Chateaubriand par Sainte Beuve, Tome I-XII, Paris, 1929-1942

Chrodegang <Sanctus>, Theodulfus <Aurelianensis>; The Old English version of the enlarged rule of Chrodegang together with the Latin Original, by Arthur S. Napier, London, 1916

Chronik; hrsg. von Christian Friedrich Daniel Schubart, 1790, Erstes und Zweites Halbjahr, 1791, Erstes und Zweites Halbjahr, Stuttgart, 1790/91

Clemens XIV. (Papst); Clementis XIV Pont. Max epistolae et brevia: selectiora ac nonnulla alia acta pontificatum ejus illustrantia, quae ex secretioribus tabulariis Vaticanis deprompsit et nunc edidit Augustinus Theiner, Florenz, 1854

Cicero, Marcus Tullius; Opera omnia quae exstant critico apparatu instructa. Consilio et auctoritate collegi ciceronianis studiis provehendis, Tomus XXI: Petrus Krarup recognovit, Florenz, 1967

Corpus Christianorum, Series Latina, XXXIII Avrelii Avgvstini Opera, Pars V, Turnholt, 1958

Dante, Alighieri; Monarchia, a cura di Pier Giorgio Ricci (Le opere di Dante Alighieri Edizione Nazionale a cura della Società Dantesca Italiana, 5), 1965

Das Württembergische Pietisten-Reskript vom Jahr 1743; hrsg. vom Evang. Oberkirchenrat Stuttgart (liegt das im Landeskirchlichen Archiv Stuttgart befindliche Exemplar dieses Reskriptes zugrunde [Bestand A 26/Bund 464,1], Stuttgart, 1977

Der aufgeklärte Reformkatholizismus in Österreich; bearbeitet von Peter Herrsche (Quellen zur neueren Geschichte, ..., Heft 33), Bern 1976

Descartes, René; Oeuvres, publiées par Charles Adam et autres, Nouvelle édition, Tome I-XI, Paris, 1971-1975

Deutschland; I. Band, 1., 2. Heft u. (3. Heft), Gotha, 1806

Eberhard, Johann August; Ueber die Zeichen der Aufklaerung einer Nation: eine Vorlesung gehalten vor Sr. Herzogl. Durchlaucht dem regierenden Herzog von Wuerttemberg als Reichsgrafen von Urach zu Halle am 11. Febr. 1783, Halle a. S., 1783

Encyclopédie, ou Dictionnaire raisonné des Sciences, des Arts et des Métiers, par une société de gens de lettres, mis en ordre & publié par M. Diderot et M. D'Alembert; Tome I-XXXVI mit Planches, Tome I-III, Lausanne et Berne, 1780-1782

Euripides; Fabulae, recognovit brevisque annotatione critica instruxit Gilbertus Murray, Tomus II (Scriptorum classicorum bibliotheca Oxoniensis), Oxford, 1909

Eusebius; Werke, II. Band: Die Kirchengeschichte, 2. Teil: Die Bücher VI bis X, hrsg. im Auftrage der Kirchenväter-Commission der Königl. Preussischen Akademie der Wissenschaften von Eduard Schwartz (Die griechischen christlichen Schriftsteller der ersten drei Jahrhunderte, Eusebius II, 2), Leipzig, 1908

Fichte, Johann Gottlieb; Beitrag zur Berichtigung der Urtheile des Publikums ueber die franzoesische Revolution, Erster Theil, Danzig, 1793

ders.; Einige Vorlesungen ueber die Bestimmung des Gelehrten, Jena, Leipzig, 1794

ders.; Sämmtliche Werke, hrsg. von J. H. Fichte, I-VIII. Band, Leipzig, um 1844

ders.; Über Gott und Unsterblichkeit: Aus einer Kollegnachschrift von 1795, mitgeteilt von Ernst Bergmann, Berlin, 1914

Forster, Georg; Saemmtliche Schriften, hrsg. von dessen Tochter, I.-IX. Band, Leipzig, 1843

Frank, Gustav; Das Toleranz-Patent Kaiser Joseph II., Wien, 1882

Friedrich II., König von Preußen; Briefwechsel Friedrichs des Grossen mit Voltaire, hrsg. von Reinhold Koser und Hans Droysen, III. Teil: Briefwechsel König Friedrichs 1753-1778 (Publicationen aus den K. Preussischen Staatsarchiven, Band 86), Leipzig 1911

Görres, Joseph; Gesammelte Schriften, hrsg. im Auftrage der Görres-Gesellschaft von Willhelm Schellberg, I.-XVI. Band, Ergänzungsbände I u. II, Köln, 1928-1993

Goethe, Johann Wolfgang; Sämtliche Werke. Briefe, Tagebücher und Gespräche, hrsg. von Dieter Borchmeyer u. a. (Bibliothek Deutscher Klassiker), Deutscher Klassiker Verlag Frankfurt/M., 1985-1999

ders.; Sämtliche Werke nach Epochen seines Schaffens: Münchner Ausgabe, hrsg. von Karl Richter u. a., Bände 4.1 u. 4.2: Wirkungen der Französischen Revolution 1791-1797, München, Wien, 1986, 1988

ders.; Goethes Unterhaltungen mit dem Kanzler Friedrich v. Müller, hrsg. von C. A. H. Burkhardt, Stuttgart, 1870

Goettingisches Historisches Magazin; hrsg. von Christoph Meiners und Ludwig Timotheus Spittler, I.-VIII. Band, Hannover, 1787-1791

Goettingisches Magazin fuer Industrie und Armenpflege; hrsg. von Ludwig Gerhard Wagemann, I-VI. Band, Göttingen, 1789-1803 (unveränd. Neudruck Vaduz, 1982), VII. Band: Materialien zum Göttingischen Magazin für Industrie- und Armenpflege, Vaduz, 1983

Grégoire, Henri-B.; Histoire des sectes religieuses qui sont nées, se sont modifiées, se sont éteintes dans les différentes contrées du globe, depuis le commencement du siècle dernier jusqu' à l'époque actuelle, Nouvelle édition, corrigée et considérablement augmentée, Tome I, Paris, 1828

ders.; Oeuvres de l'abbé Grégoire, Volume I-XIV, Éditions d'Histoire Sociale, Paris, 1788-1831 (Kraus Reprint Nendeln/Liechtenstein, 1977)

Hampson, J.; Leben Johann Wesleys, Stifters der Methodisten nebst einer Geschichte des Methodismus (dt. Übersetzung: Memoirs of John Wesley). Mit Anmerkungen, Zusätzen und Abhandlungen hrsg. von August Hermann Niemeyer, I. u. II. Band, Halle a. S., 1793

Hegel, Georg Wilhelm Friedrich; Gesammelte Werke, in Verbindung mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft hrsg. von der Rheinisch-Westfälischen Akademie der Wissenschaften, I.- XXI. Band, Düsseldorf, 1975-1989

ders.; Theologische Jugendschriften, hrsg. von Herman Nohl, Tübingen, 1907

ders.; Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie, I.-III. Band (ders., Sämtliche Werke. Jubiläumsausgabe in zwanzig Bänden, hrsg. von Hermann Glockner, Bände 17.-19), Stuttgart, 1928

ders.; Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte (ders., Sämtliche Werke. Jubiläumsausgabe in zwanzig Bänden, hrsg. von Hermann Glockner, Band 11), Stuttgart, 1928

Herder, Johann Gottfried; Sämtliche Werke, hrsg. von Bernhard Suphan und Carl Redlich, I.-XXXIII. Band, Berlin, 1877-1913

Hölderlin, Friedrich; Sämtliche Werke, Grosse Stuttgarter, im Auftrag des Württembergischen Kultusministeriums hrsg. von Friedrich Beissner, I.-VIII. Band, Stuttgart, 1953-1985

Humboldt, Wilhelm von; Werke in fünf Bänden, hrsg. von Andreas Flitner u. a., I u. IV. Band: 3., gegenüber der 2. Auflage unveränd. Aufl., Darmstadt, 1980, 1982, II. Band: 2., durchges. Aufl., III. Band: 4., unveränd. Aufl., 1972, V. Band: 1981, Darmstadt 1972-1982

Hume, David; The philosophical works, Vol. I-IV, edited by T. H. Green and T. H. Grose, London, New York, 1907, 1909

Jacobinische Flugschriften aus dem deutschen Süden Ende des 18. Jahrhunderts; eingeleitet und hrsg. von Heinrich Scheel (Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Schriften des Instituts für Geschichte, Reihe I: Allgemeine und deutsche Geschichte, Band 14), Berlin (Ost), 1965

Jerusalem, Johann Friedrich Wilhelm; Betrachtungen ueber die vornehmsten Wahrheiten der Religion an Se. Durchlaucht den Erbprinzen von Braunschweig und Lueneburg, 5. Aufl., I. u. II. Theil, Braunschweig, 1776

Journal von und fuer Deutschland; II. Jahrg., Frankfurt/M., 1785

Kant, Immanuel; Gesammelte Schriften, hrsg. von der Königlich Preußischen Akademie der Wissenschaften, I.-XXIX. Band, Berlin, 1900-1997

Klopstock, Friedrich Gottlob; Werke und Briefe, Historisch-Kritische Ausgabe, begründet von Adolf Beck u. a., hrsg. von Horst Gronemeyer u. a., Berlin, New York, 1975-2007

Kurmainzischer Hof= und Staats=Kalender auf das Jahr 1790, - Jahr 1797; Mainz, 1790, 1797

Laroche, Sophie; Ihre Briefe an die Gräfin Elise zu Solms-Laubach 1787-1807, mit einer Einleitung von Kurt Kampf (Offenbacher Geschichtsblätter, Nr. 15), Offenbach, 1965

Leibniz, Gottfried Wilhelm; Die philosophischen Schriften von G. W. L., hrsg. von C. J. Gerhardt, I.-VII. Band, Berlin, 1875-1880

ders.; Neue Abhandlungen über den menschlichen Verstand, übersetzt, eingeleitet und erläutert von Ernst Cassirer (Philosophische Bibliothek, Band 69), Hamburg, 1971

ders.; Sämtliche Schriften und Briefe, hrsg. von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, 2. Reihe: Philosophischer Briefwechsel, I. Band: 1663-1685, Darmstadt, 1926

Lessing, Gotthold Ephraim; Sämtliche Schriften, hrsg. von Karl Lachmann, 3., auf's neue durchges. u. verm. Aufl., besorgt durch Franz Wuncker, Stuttgart, 1886-1924

Linksrheinische deutsche Jakobiner: Aufrufe, Reden, Protokolle, Briefe und Schriften 1794-1801; hrsg. von Axel Kuhn (Deutsche revolutionäre Demokraten, 2), Stuttgart, 1978

Locke, John; An Essay concerning human understanding, 28. edition, with the author's last additions and corrections, London, 1838

ders.; Two Treatises of Government, reprinted the sixth time, London, 1763

Ludovici, Carl Günther; Ausfuehrlicher Entwurff einer vollstaendigen Historie der Wolffschen Philosophie, zum Gebrauch seiner Zuhoerer herausgegeben von C. G. L., Erster-Dritter Theil, Leipzig, 1737, 1738

Luther, Martin; Kritische Gesamtausgabe, X. Band, 2. Abtheilung, XXX. Band, 2. u. 3. Abtheilung, Weimar, 1907, 1909, 1910

Magazin der Europaeischen Staatenverhaeltnisse; I. Band, 1.-3. Heft 1797, 4.-6. Heft 1797, II. Band, 7.-11. Heft 1797, Frankfurt/M., Leipzig, 1797

Mainzisches Intelligenzblatt, mit kurfuerstlichem gnaedigsten Privilegium, Mittwoch den 31ten im Julius 1793, Nro.55, Mainz, 1793

Meier, Georg Friedrich; Philosophischen Betrachtungen ueber die christliche Religion, I.-VIII. Stueck, Halle a. S., 1761-1767

Neues Goettingisches historisches Magazin; hrsg. von Christoph Meiners und Ludwig Timotheus Spittler, I.-III. Band, Hannover, 1792-1794

Nicolai, Friedrich; Das Leben und die Meinungen des Herrn Magister Sebaldus Nothanker, I. u. II. Band, Berlin, Stettin, 1773

Niederrheinische Blaetter fuer Belehrung und Unterhaltung; In Verbindung mit mehreren Gelehrten hrsg. von Johann Wilhelm Aschenberg, I. u. II. Band, Dortmund, 1801, 1802

Niemeyer August Hermann; Populaere und praktische Theologie, oder Materialien des christlichen Volksunterrichts (*ders.*, Handbuch fuer christliche Religionslehrer, Erster Theil), Halle a. S., 1792

ders.; Ueber Oeffentliche Schulen und Erziehungsanstalten, nebst einigen Zusaetzen zu den Grundsuetzen der Erziehung und des Unterrichts fuer die Besitzer der ersten und zweyten Ausgabe, Halle a. S., 1799

Novalis, Friedrich von Hardenberg; Novalis Schriften. Die Werke Friedrich von Hardenbergs. Begründet von Paul Kluckhohn und Richard Samuel, hrsg. von Richard Samuel, Historisch-kritische Ausgabe in vier Bänden, einem Materialband und einem Ergänzungsband mit dem dichterischen Jugendlachß und weiteren neu aufgetauchten

Handschriften, I.-IV. Band, 2., nach den Handschriften erg., erw. u. verb. Aufl., V. Band: Materialien und Register, Darmstadt, 1960, 1965, 1968, 1975, 1988

Nova Vulgata bibliorum sacrorum editio; sacrosancti oecumenici concilii Vaticani II ratione habita, iussu Pauli PP. VI recognita auctoritate Ioannis Pauli PP. promulgata, editio typica altera, Città del Vaticano, 1998

Novum Corpus Constitutionum Prussico-Brandenburgensium praecipue Marchicarum, oder Neue Sammlung Koenigl.-Preuß. und Churfuerstl. Brandenburgischer sonderlich in der Chur= und Marck=Brandenburg, wie auch andern Provinzien, publicirten und ergangenen Verordnungen, Edicten, Mandaten, Rescripten, ...; hrsg. von der Academie der Wissenschaften, Achter Band: Von 1786, 1787, 1788, 1789 und 1790, Berlin, 1791

Otto von Freising; *Chronica sive historia de duabus civitatibus* (Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte des Mittelalters. Freiherr von Stein-Gedächtnisausgabe, Band 16), Darmstadt, 1961

Reimarus, Hermann Samuel; Apologie oder Schutzschrift für die vernünftigen Verehrer Gottes. Im Auftrag der Joachim-Jungius-Gesellschaft der Wissenschaften Hamburg hrsg. von Gerhard Alexander, I. u. II. Band, Frankfurt/M., 1972

Rivarol, Antoine; *De l'Universalité de la langue française*. Sujet proposé par l'Académie de Berlin en 1783. Edited by W. W. Comfort, Boston, New York, 1919

Rousseau, Jean Jacques; *Du Contract Social; ou Principes du droit politique*, Amsterdam, 1762

ders.; *Oeuvres complètes*, édition publiée sous la direction de Bernard Gagnebin et Marcel Raymond, Tome IV, Paris, 1969

Schaber, Karl Friedrich Wilhelm; Rede im Club zu Bergzabern gehalten – Weißenburg 1793 (Blauwolkasse, Band 4), Paris, Reutlingen, 1992

Scheel, Heinrich; Die Mainzer Republik I: Protokolle des Jacobinerclubs (Akademie der Wissenschaften der DDR, Schriften des Zentralinstituts für Geschichte, Band 42), Berlin (Ost), 1975

ders.; Die Mainzer Republik II: Protokolle des Rheinisch-deutschen Nationalkonvents mit Quellen zu seiner Vorgeschichte (Akademie der Wissenschaften der DDR, Schriften des Zentralinstituts für Geschichte, Band 43), Berlin (Ost), 1981

Schelling, Friedrich Wilhelm Joseph; Werke. Nach der Originalausgabe in neuer Anordnung hrsg. von Manfred Schröter, Münchner Jubiläumsausgabe, I.-VI. Hauptband, I.-VI. Ergänzungsband, Nachlassband, München, 1958-1966

Schiller, Friedrich; Schillers Werke, Nationalausgabe, im Auftrag des Goethe- und Schiller-Archivs, des Nationalmuseums und der Deutschen Akademie hrsg. von Julius Petersen u. a., Weimar, 1943-2006

Schleiermacher, Friedrich Daniel Ernst; Schriften aus der Berliner Zeit 1796-1799, hrsg. von Günter Meckenstock (Schleiermacher Kritische Gesamtausgabe, hrsg. von Hans-Joachim Birkner u. a., 1. Abteilung: Schriften und Entwürfe, Band 2), Berlin, New York, 1984

Schleswigsches ehemals Braunschweigisches Journal; 1792, I.-III. Band, Altona, 1792

Schleswigsches Journal; 1793, I.-III. Band, Flensburg, 1793

Schubart, Christian Friedrich Daniel; Chronik, Stuttgart, 1791

Schwaebische Chronik. Eine Zeit Schrift, welche Materialien zur neuesten Geschichte von Schwaben enthaelt. Jahr 1789-Jahr 1801. Eine wochentlich dreimal erscheinende Zeitschrift; Verfaßt von Professor M. Christian Gottfried Elben, Stuttgart Im Verlag des Verfassers 1789-1801

Schwaebischer Merkur. Eine politische Zeitschrift, welche, in Verbindung mit der Schwaebischen Chronik, und von eben demselben Verfasser, woechentlich bis zum 27 Sept. 1798 viermal, von da an aber woechentlich fuenfmal, in Stuttgart ausgegeben wird; (Verf. Christian Gottfried Elben), Auf das Jahr 1796, Nro. 1. – Freitag den 1. Januar 1796, S. 1-Nro. 208. – Freitag, den 30 December 1796, S. 596 mit Register, S. 597-608; Auf das Jahr 1797, Nro. 1. – Sonntag, den 1 Januar 1797, S. 1-Nro. 209. – Sonntag, den 31 December 1797, S. 690 mit Register, S. 691-699; Auf das Jahr 1798, Nro. 1. – Montag, den 1 Januar 1798, S. 1-Nro. 224. – Montag, den 31 December 1798, S. 726 mit Register, S. 727-736; Auf das Jahr 1799, Nro. 1. – Mittwoch, den 2 Januar 1799, S. 1-Nro. 249. – Sonntag, den 15 December 1799, S. 890; Auf das Jahr 1800, Nro. 240. – Montag, den 1 December 1800, S. 767-Nro. 261. – Mittwoch, den 31 December 1800, S. 864 (vielmehr 866); Auf das Jahr 1801, Nro. 1. – Donnerstag, den 1 Januar, S. 1-Nro. 218. – Freitag, den 30 Oktober 1801, S. 840, Stuttgart, 1796-1801

Spalding, Johann Joachim; Die Bestimmung des Menschen, Von neuem verb. u. verm. Aufl. mit einigen Zugaben, Leipzig, 1774

ders.; Neue Predigten, I. u. II. Band, Tübingen, 1787

ders.; Religion eine Angelegenheit des Menschen, 3. Aufl., mit einigen Zusätzen, Berlin, 1799

ders.; Ueber die Nutzbarkeit des Predigtamtes und deren Beförderung, 2., verm. Aufl., Berlin, 1771

Spener, Philipp Jacob; PIA DESIDERIA: Oder Hertzliches Verlangen, Nach Gottgefälliger Besserung der wahren Evangelischen Kirchen, sampt einigen dahin einfaeltig abzweckenden Christlichen Vorschlaegen. Sampt angehengten Zweyer Christlichen Theologorum darueber gestellten, und zu mehrer auferbauung hoechstdienlichen Bedencken, Frankfurt/M., 1680

Spinoza, Benedikt; Tractatus-Theologico-Politicus, Hamburg, 1670

Stats=Anzeigen; gesammelt von August Ludwig Schloetzer, I.-XVIII. Band, Hefte 1-72, Göttingen, 1782-1793

Stephani, Matthias; Tractatus de jurisdictione, qualemque habeant omnes iudices, tam seculares, quam ecclesiastici in Imperio Romano; in tres libros divisus, Frankfurt/M., 1611

Stolberg, Brüder Christian und Friedrich Leopold; Gesammelte Werke der Brüder Christian und Friedrich Leopold Grafen zu Stolberg, I.-XX. Band, Hamburg, 1827

Stolberg, Friedrich Leopold Graf zu; Briefe, hrsg. von Jürgen Behrens (Kieler Studien zur deutschen Literaturgeschichte, Band 5), Neumünster, 1966

ders.: *Otto Hartwig*; Die Zukunft. Ein bisher ungedrucktes Gedicht des Grafen Friedrich Leopold zu Stolberg aus den Jahren 1779-1782, in: *Archiv für Literaturgeschichte*, hrsg. von Franz Schnorr von Carolsfeld, XIII. Band, S. 82-115, 251-272, Leipzig, 1885

Teutsche Staatskanzley; hrsg. von Johann August Reuß, I.-XXXIX. Theil, Jahrg. 1799 I.-IX. Band, Jahrg. 1800, I.-V. Band, Jahrg. 1801, I.-III. Band, Ulm, 1783-1803

Thomas von Aquin, Summa Theologiae, Alba – Editiones Paulinae, Rom, 1962

Töllner, Johann Gottlieb; Kurze vermischte Aufsätze, I. u. II. Band, Frankfurt/O., 1767, 1769

ders.; System der Dogmatischen Theologie in vier Büchern, I. u. II. Band, Nürnberg, 1775

ders.; Theologische Untersuchungen, I. u. II. Band, Riga, 1772, 1774

ders.; Versuch eines Beweises der Christlichen Religion fuer Jedermann, Mitau, 1772

ders.; Wahre Gruende warum Gott die Offenbarung nicht mit augenscheinlichern Beweisen V.hn hat, Leipzig, 1764

Thomasius, Christian; Allerhand bißher publicirte Kleine Teutsche Schrifften. Mit Fleiß colligiret und zusammen getragen. Nebst etlichen Beylagen und einer Vorrede, Halle a. S., Salfeld, 1701

ders.; Das Recht Evangelischer Fuersten Jn Theologischen Streitigkeiten, gruendlich ausgfuehret, und wider die Papistischen Lehssaetze eines Theologi zu Leipzig vertheydiget, Halle a. S., 1696

ders.; Einleitung zu der Vernunfft=Lehre, Worinnen durch eie leichte und allen vernuenfftigen Menschen, ..., verstaendliche Manier der Weg gezeiget wird, ..., Halle a. S., 1691

ders.; Fundamenta juris naturae et gentium ex sensu communi deducta, in quibus ubique secernuntur principia honesti, ..., Halle a. S., Leipzig, 1718

ders.; Summarischer Entwurff Derer Grund=Lehren, Die einem Studioso Juris zu wissen, und auff Universitäten zu lernen noethig, nach welchen D. C. T. Kuenfftig, so GOtt will Lecciónes privatissimas ... anzustellen gesonnen ist, Halle a. S., 1679

ders.; Von der Kunst Vernuenfftig und Tugendhaft zu lieben. Als dem einzigen Mittel zu einem glueckseeligen, galanten und vergnuegten Leben zu gelangen; ..., Halle a. S., 1720

Vernunft ist immer republikanisch: Texte zur demokratischen Tradition in Deutschland 1747-1807; hrsg. und eingeleitet von Hans J. Schütz; 2., erw. Aufl., 1980 Modautal-Neunkirchen

Vogelweide, Walther von; Gedichte, hrsg. von Hermann Paul, in 10. Aufl. besorgt von Hugo Kuhn (Altdeutsche Textbibliothek, Nr. 1), Tübingen 1965

Voltaire, Francois Arouet; Voltaire's Correspondance, edited by Theodore Besterman, Vol. LXV: March-May 1767 (Publications de l'Institut et Musée Voltaire), Genf, 1961

Von deutscher Republik 1775-1795: Texte radikaler Demokraten; hrsg. von Jost Hermand, I. Band: Aktuelle Provokationen, II. Band: Theoretische Grundlagen, Frankfurt/M., 1975

Wackenroder, Wilhelm Heinrich; Werke und Briefe, hrsg. von Friedrich von der Leyen, I. u. II. Band, Jena, 1910

Wagner, Hans; Die Aufklärung im Erzstift Salzburg: Antrittsvorlesung gehalten am 22. November 1966 an der Universität Salzburg (Salzburger Universitätsreden, Heft 26), Salzburg, München, 1968

Werkmeister, Benedict Maria; Predigten in den Jahren 1784-91 gehalten zu Stuttgart und Hohenheim, I.-III. Band, Ulm, 1812, 1815

Wolff, Christian; Jus naturae methodo scientifica pertractatum, Pars prima-Pars octava, Frankfurt/M., Leipzig, 1740-1749

ders.; Theologia naturalis methodo scientifica pertractata, Pars prior, Pars posterior, Frankfurt/M., Leipzig, 1736, 1738

ders.; Vernuenfftige Gedancken von dem Gesellschaftlichen Leben der Menschen und insonderheit dem gemeinen Wesen zu Befoerderung der Glueckseeligkeit des menschlichen Geschlechtes, den Liebhabern der Wahrheit mitgetheilet, Frankfurt/M., Leipzig 1740

ders.; Vernuenfftige Gedancken von den Kraefften des menschlichen Verstandes und ihrem richtigen Gebrauche in Erkaentniß der Wahrheit, den Liebhabern der Wahrheit mitgetheilet, Halle a. S., 1749

ders.; Vernuenfftige Gedancken von Gott, der Welt und der Seele des Menschen, auch allen Dingen ueberhaupt, den Liebhabern der Wahrheit mitgetheilet, I. und Anderer Theil, Frankfurt/M., Leipzig, 1733

Territorien – geographische Beschreibungen – Statistiken – Karten

Generell

Büsching, Anton Friedrich; Erdbeschreibung, I-IV. Theil, 8. rechtmäßige Aufl., V.-IX. Theil, 7., rechtmäßige und stark verb. u. verm. Aufl., X. Theil, 5. Aufl., XI. Theil, 1. Abtheilung, 3., verb. u. verm. Aufl., Hamburg, 1787-1792

ders.; Große Erdbeschreibung, I.-XXIV. Theil, Troppau, 1784-1787

Bundschuh, Johann Kaspar; Verlust und Gewinn am Schlusse des zehnjährigen franzoesischen RevolutionsKrieges, mit Bezug auf die FriedensSchluesse, den ReichsDeputationsHauptReceß, das Protokoll der ausserordentl. ReichsDeputation, und andre neue staatsrechtliche Schriften, zur schnellen Uebersicht entworfen, in: *Posselt, Ernst Ludwig*,

Europaeische Annalen, Jahrg. 1803, II. Band, 4. u. 5. Stueck, III. (nach S. 118), Tübingen, 1803

ders.; Franken vor dem Lueneviller Frieden (den 9. Februar 1801) nach seinen physischen, gewerblichen, wissenschaftlichen, politischen und oertlichen Verhaeltnissen; Ein Versuch zum Besten der studierenden Jugend und unstudierten Liebhaber, 1. Abschnitt, Nürnberg, 1802

(ders.); Geographisches Statistisch=Topographisches Lexikon von Franken oder vollstaendige alphabetische Beschreibung aller im ganzen Fraenkischen Kreis liegenden Staedte, Kloester, Schloesser, ..., merkwuediger Gegenden u. s. w. mit genauer Anzeige von deren Ursprung, ehemaligen und jezigen Besizern, Lage, ..., vornehmsten Merkwuedigkeiten etc. etc., I.-VI. Band, Ulm, 1799-1802, 1806

(ders.); Geographisches Statistisch=Topographisches Lexikon vom Kur= und Oberrheinischen Kreis, oder vollstaendige alphabetische Beschreibung aller noch zum Kur= und Oberrheinischen Kreis gehoerenden Staedte, Kloester, Schloesser, ..., merkwuediger Gegenden u. s. w. mit genauer Anzeige von deren Ursprung, ehemaligen und gegenwaertigen Besitzern, Lage, ..., vornehmsten Merkwuedigkeiten etc. etc., Ulm, 1805

(Ehrmann, Theophil Friedrich); Historisches Statistisch=Topographisches Lexikon von Frankreich und dessen saemtlichen Nebenlaendern und eroberten Provinzen, nach der ehemaligen und gegenwaertigen Verfassung; oder vollstaendige alphabetische Beschreibung aller vormaligen Provinzen, ... von Frankreich; ..., I.-IV. Band, Ulm, 1795, 1797, 1799, 1802, 1807

Fabri, Johann Ernst; Beytraege zur Geographie, Geschichte und Staatenkunde, I. u. II. Band, Nürnberg, 1793-1796

ders.; Geographie fuer alle Staende, I. Theil, 1.-5. Band, Leipzig, 1786-1808

Gentner, Johann Daniel; Geographisch=statistische Beschreibung der nach dem Friedensvertrage von Lueneville von Deutschland an Frankreich abgetretenen und den ehemaligen Besitzern als Entschaedigung dagegen ertheilten Laender, I. u. II. Theil, Regensburg, 1802, 1803

Grosbrittannischer historisch-genealogischer Kalender auf das Jahr 1799, Frankfurt/M. 1799

Hassel, Johann Georg Heinrich; Das Königreich Westphalen vor seiner Organisierung. Statistisch dargestellt, Braunschweig, 1807

Höck, Johann Daniel Albrecht; Materialien zu der Geschichte, Statistik und Topographie der deutschen Reichsgrafschaften, I. Band, Frankfurt/M., 1791/92

ders.; Statistische Darstellung der europaeischen Staaten nach ihrem neuesten Zustande, I. Heft, Amberg, 1805

ders.; Statistische Übersicht der Deutschen Staaten, in Ansehung ihrer Grösse, Bevölkerung, Producte, Industrie und Finanzverfassung. Geschrieben am 2. Mai 1800, Basel, um 1800

ders.; Zusätze und Verbesserungen zu der Statistischen Übersicht der Deutschen Staaten, Basel, 1802

Lang, Karl Heinrich; Tabellen über Flächen-Inhalt, Menschen-Zahl, Einkünfte, und bevorstehenden Verlust der Teutschen Reichs-Lande, Basel, Dezember 1798

Norrmann, Gerhard Philipp Heinrich; Geographisches und Historisches Handbuch der Laender= Voelker= und Staatenkunde. In bestaendiger Ruecksicht auf physikalische Beschaffenheit, Produkte, Industrie, Aufklaerung, Politik und Menschengeschichte als ein Lehrbuch und Lesebuch fuer alle Staende, I. Band: (1.), 2., 3., 4., 5. Abtheilung, II. Band: Geographisch=statistische Darstellung des Schweizerlandes ..., 1., 2., 3. Theil, 4. Theil, 1. Abtheilung, Hamburg, 1785-1787, 1795-1798

Randel, Johann Adolf Friedrich; Statistische Übersicht der vornehmsten deutschen und sämmtlichen europäischen Staaten in Ansehung ihrer Grösse, Bevölkerung, ihres Finanz- und Kriegszustandes, 1786

Rheinische Urbare. Sammlung von Urbaren und anderen Quellen zur rheinischen Wirtschaftsgeschichte; IV. Band: Die Urbare der Abtei Werden an der Ruhr, (1. u. 2. Teil), hrsg. von Rudolf Kötzschke (Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde, 20), Bonn, 1950, 1958

Roeder, Philipp Ludwig Hermann; Geographisches Statistisch=Topographisches Lexikon von Schwaben oder vollstaendige alphabetische Beschreibung aller im ganzen Schwaebischen Kreis liegenden Staedte, ..., I. u. II. Band, Zweite, verm. Aufl., Ulm, 1800, 1801

Schmidburg, G. H. Freiherr von; Statistische Tabellen zur bequemen Uebersicht der Groeße, Bevoelkerung, des Reichthums und der Macht der vornehmsten europaeischen Staaten, Leipzig, 1785-1786

Schultes, Johann Adolph; Neue diplomatische Beytraege zu der Fraenkischen und Saechsischen Geschichte, I. Theil, Bayreuth, 1792

Statistische Übersicht der deutschen geistlichen Staaten in Ansehung ihrer Größe, Bevölkerung, Produkte, Handlung, und ihrer Finanzverfassung; Num: 177 zum 222 Bericht vom Dez: 1801: ungedruckte Quelle (*HHSStA*, Reichshofkanzlei, Reichskrieg gegen Frankreich, Friede zu Luneville 78 und ad 78)

Tabellarische Uebersicht der Staatskräften von Deutschland überhaupt, und von jedem Reichsstande insbesondere, vor und nach dem Frieden von Lüneville; Dargestellt von einem alten Geschäftsmanne aus seinem, in Manuscript fertig liegenden, und künftig erscheinenden: Handbuch der reinen Statistik von Deutschland, Mannheim, 1802

Traiteur, Theodor von; Der deutschen Reichsstände Verlust auf dem linken Rheinufer, und die Besitzungen der katholischen Geistlichkeit auf dem rechten, nach Größe, Bevölkerung und Einkünften geschätzt von T. v. T., Mannheim, 1799

Weddigen, Peter Florens; Statistische Übersicht von Westphalen, s. I., 1791

Winkopp, Peter Adolph und Johann Daniel Albrecht Hoeck; Magazin fuer Geschichte, Statistick, Litteratur und Topographie der saemtlichen deutschen geistlichen Staaten, I. u. II. Band, Zürich, 1790, 1791

Weltliche Territorien

Badische Gebiete

Geographisch, statistisch, topographische Beschreibung von dem Kurfuerstenthum Baden. Mit einer illuminirten Chartre; I. Theil: Die Badische Markgrafschaft geographisch, statistisch, topographisch bearbeitet von Johann Wilhelm Schmidt, II. Theil: Die badische Pfalzgrafschaft geographisch, statistisch, topographisch bearbeitet von Peter Wund, Das Obere Fuerstenthum georgaphisch, statistisch, topographisch bearbeitet von Wilhelm Schmidt, Karlsruhe, 1804

Sachs, Johann Christian; Einleitung in die Geschichte der Marggravschaft und des marggraevlichen altfuerstlichen Hauses Baden, I.-V. Theil, Karlsruhe, 1764-1773

Bayerische – Pfälzische Gebiete

Bachmann, Johann Heinrich; Pfalz Zweibruekisches Staats=Recht, Tübingen, 1784

Biechl, Ignatz; Vollstaendige Beschreibung aller in dem Herzogthume der obern Pfalz, der Landgrafschaft Leuchtenberg, und andern oberpfaelzischen Reichsherrschaften sich befindlichen Landgerichter etc., München, 1783

Churfuerstl. Pfalzbaierisches Regierungs= und Jntelligenz=Blatt; hrsg. von Johann Baptist Strobel, MDCCC.-MDCCCIII., München

Destouches, Joseph Anton; Statistische Darstellung der Oberpfalz und ihrer Hauptstadt Amberg vor und nach der neuesten Organisation von 1802, mit einem tabellarisch statistischen Ueberblick des dormalen organisirten Naabkreises, Erster und Zweyter Theil, Dritter Theil, Sulzbach, 1809

Hazzi, Joseph; Statistische Aufschluesse ueber das Herzogthum Baiern, aus aechten Quellen geschoefft. Ein allgemeiner Beitrag zur Laender= und Menschenkunde, I., II. Band, III. Band 1.-(3.) Abtheilung, IV. Band 1.-3. und letzte Abtheilung, Nürnberg, 1801-1805, 1807-1808

Höck, Johann Daniel Albrecht; Zusaetze und Berichtigungen zu dem Geographisch=Statistisch=Topographischen Lexikon von Baiern Zum Dritten Band, Ulm, 1802 (= Melchinger, Johann Wolfgang; Geographisches Statistisch=Topographisches Lexikon von Baiern ... I.-III. Band, Ulm, 1796, 1797)

(*Melchinger, Johann Wolfgang*); Geographisches Statistisch=Topographisches Lexikon von Baiern oder vollstaendige alphabetische Beschreibung aller im ganzen Baiernschen Kreis liegenden Staedte, Kloester, Schloesser, ..., merkwuerdiger Gegenden, u. s. w. mit genauer Anzeige von deren Ursprung, ehemaligen und jetzigen Besitzern, Lage, ..., vornehmesten Merkwuerdigkeiten, u. s. w., I.-III. Band, Ulm, 1796, 1797

Hannoverische-Kur Gebiete

Jacobi, Andreas Ludolph; Ueber die Bevoelkerung des Fuerstenthums Lueneburg, in: *Annalen der Braunschweig=Lueneburgischen Churlande*, 5. Jahrg., II. Stueck, V., S. 280-306, Hannover, 1791

Spittler, Ludwig Timotheus; Berechnung des Flaechen=Jnnhalts aller Chur=Hannoeverschen Lande nebst Bemerkungen ueber die Populations=Verhaeltnisse derselben, in: *Goettingisches Historisches Magazin*, I. Band, 2. Stueck, VIII., S. 288-293, Hannover, 1787

Versuch ueber die Bestimmung der Volksmenge in den Herzogtuemern Bremen und Verden, in: *Annalen der Braunschweig=Lueneburgischen Churlande*, 4. Jahrg., II. Stueck, VI., S. 345-373, Hannover, 1790

Henneberg, gefürstete Grafschaft

(*Schultes, Johann Adolph*); Diplomatische Geschichte des Graeflichen Hauses Henneberg mit CCIV. (CCC.) Urkunden und neun (eif) Kupfertafeln, I. u. II. Theil, Leipzig, Hildburghausen, 1788, 1791

(ders.); Historisch-statistische Beschreibung der gefürsteten Grafschaft Henneberg, I. u. II. Theil, Hildburghausen, 1794-1815

Hessische Gebiete

Crome, August Friedrich; Allgemeine Uebersicht der, zu dem Fuerstenthum Oberhessen gehoerigen, Souverainetaets=Laender, nach ihren Abtheilungen in Staedte, Doerfer und Hoefe, der Haeuser=Anzahl und dem Betrag der Bevoelkerung; letztere in Hinsicht auf Alter und Geschlecht, Diensboten und verschiedene Religions=Verwandten geordnet. Mit einer Nachschrift und einer Tabelle, in: *Germanien, eine Zeitschrift fuer Staats=Recht, Politik und Statistik von Deutschland*; hrsg. von August Friederich Wilhelm Crome und Karl Jaup, I. Band, (2.Heft), XIV., S. 373-376, Tabelle nach S. 376, Giessen, 1808

ders.; Gegenwaertige Bevoelkerung der Hessen=Darmstaedtischen Laender, im Verhaeltniß mit ihrer Groeße (1791.), in: *Journal fuer Statskunde und Politik*, hrsg von Helwig Bernhard Jaup und August Friedrich Wilhelm Crome, 1. Jahrg., (3. Stueck), III., S. 474-506, Frankfurt/M., 1792

Limpurg (Grafschaft)

Prescher, Johann Philipp Heinrich; Geschichte und Beschreibung der zum fraenkischen Kreise gehoerigen Reichsgrafschaft Limpurg worinn zugleich die aeltere Kochergau=Geschichte ueberhaupt erlaeutert wird, I. u. II. Theil, Stuttgart, 1789, 1790

Österreichische Gebiete

Anich, Peter und Blasius Hueber; Atlas Tyrolensis, Faks. d. Originalausg. Vienna 1774 (Tiroler Wirtschaftsstudien, Folge 30), Innsbruck, 1974 (23 Bl.)

Atlas de géographie historique de la Belgique, publié sous la direction de Léon van der Essen; Carte X: La Begique en 1786 (Les Pays-bas autrichens), Carte XI: La Belgique sous la domination française (1794-1814), Brüssel, Paris, 1919

Atlas Tyrolensis: die großen Kartographen aus Oberperfuss/Tirol: Peter Anich (1723-1766), Blasius Hueber (/1735-1814), Anton Kirchebner (1750-1831); hrsg. von Max Edlinger, Innsbruck, 1981

Handbuch aller unter der Regierung des Kaisers Joseph des II. für die K. K. Erbländer ergangenen Verordnungen und Gesetze in einer sistematischen Verbindung, enthält die Verordnungen und Gesetze vom Jahre 1780 bis 1784; II. u. IV. Band, Wien 1785

Preußische Gebiete

Codex diplomaticus Brandenburgensis. Sammlung der Urkunden, Chroniken und sonstigen Quellenschriften für die Geschichte der Mark Brandenburg und ihrer Regenten; II.

Haupttheil: Urkunden-Sammlung zur Geschichte der auswärtigen Verhältnisse der Mark Brandenburg und ihrer Regenten, namentlich in Beziehung auf Anhalt, Bayern, ... und andere Länder, hrsg. v. Adolph Friedrich Riedel, II., III. u. VI. Band, Berlin, 1845, 1846, 1858

General=Tabelle der Volksmenge des Herzogtums Pommern in den Jahren 1756, 1788, 1794, 1797, nach den bey der Kön. Kr. U. Dom. Kammer eingereichten Listen, in: Jahrbuecher der preußischen Monarchie unter der Regierung Friedrich Wilhelms des Dritten, Jahrg. 1799, I. Band, Februar 1799, Chronik der Provinzen, S. 216-224, März 1799, Chronik der Provinzen, S. 337-344, April 1799, Chronik der Provinzen, S. 334 (vielmehr S. 434)-448, Berlin, 1799

Handbuch der fuer die Koenigl. Preuß. Rheinprovinzen verkündigten Gesetze, Verordnungen und Regierungsbeschluesse aus der Zeit der Fremdherrschaft, VI. Band, 2. Abtheilung, hrsg. von K. Th. F. Bormann und A. von Daniels, Köln, 1841

Leonhardi, Friedrich Gottlieb; Erdbeschreibung der Fraenkischen Fuerstenthuemmer Bayreuth und Anspach, Halle a. S., 1797

ders.; Erdbeschreibung der Preußischen Monarchie, I.-V. Band, Halle a. S., 1791-1799

Sammlung der Gesetze und Verordnungen, welche in dem Herzogthum Cleve und der Graffschaft Mark ueber Gegenstaende der Landeshoheit, Verfassung, Verwaltung uned Rechtspflege ergangen sind: vom Jahre 1418 bis zum Eintritt der koeniglich preußischen Regierungen im Jahre 1816; zusammengetragen und hrsg. von J. J. Scotti, I. Theil: vom Jahre 1418 bis zum Jahr 1700, Düsseldorf, 1816

Spittler, Ludwig Timotheus; Statistische Beschreibung der Gr. Sayn=Altenkirchen, in: Goettingisches Historisches Magazin, II. Band, 4. Stueck, XIII., S. 722-741, Hannover, 1788

Wutstrack, Christian Friedrich; Kurze historisch=geographisch=statistische Beschreibung von dem koeniglich=preussischen Herzogthume Vor= und Hinter=Pommern, Berlin, 1793

Sächsische Gebiete

Codex diplomaticus Saxoniae; Im Auftrage der Sächsischen Staatsregierung herausgegeben von Hans Beschorner, I. Hauptteil, Abteilung B, Band IV: Urkunden der Markgrafen von Meissen und der Landgrafen von Thüringen 1419-1427, bearbeitet von Hubert Ermisch und Beatrix Dehne, Leipzig, Dresden, 1941

Glafey, Adam Friedrich; Kern der Geschichte des Hohen= Chur= und Fuerstlichen Hauses zu Sachsen, 4. Aufl., Nürnberg, 1753

Gruner, Johann Gerhard; Historisch=statistische Beschreibung des Fuerstenthums Coburg, S. Saalfeldischen Antheils, 1783 (= I. Theil), Coburg, 1783

Leonhardi, Friedrich Gottlieb; Erdbeschreibung der Churfuerstlich= und Herzoglich=Saechsischen Lande, Leipzig, 1788

(Matthaei); Historisch kurzer Zusammenhang derer in denen fuerstlichen Haeusern Gothaisch=Ernestinischer Linie, ueber Herrn Herzogs Ernst des Frommen Verlassenschaft und die Coburg=Eisenberg=Roemhildischen Anfaelle getroffenen Recesse und derer, in denen ueber die letztern entstandenen Streitigkeiten, bey dem hochpreislichen Reichshofrathe eroeffneten Conclusum, in: *Archiv der Saechsischen Geschichte*. Gesammelt von Gottfried August Arndt, I. Theil, I., S. 1-234, Leipzig, 1784

Roeder, Philipp Ludwig Hermann; Geographisches Statistisch=Topographisches Lexikon von Obersachsen und der Ober= und Nieder= Lausiz, oder vollstaendige alphabetische Beschreibung aller im Obersaechsischen Kreise und der Lausiz befindlichen Staedte, Schloesser, Doerfer, ... , merkwuerdiger Gegenden u. s. w. mit genauer Anzeige von deren Ursprung, ehemaligen und jezigen Besizern, Lage, ..., vornehmsten Merkwuerdigkeiten etc. etc., I.-VIII. Band, Ulm, 1800-1805, 1807

Saalfeldisches Receß=Buch: die Verfassung des Herzoglichen Sachsen-Gothaischen Gesammthauses die in demselben vorgenommenen Erbtheilungen vornehmlich aber die Herzoglich-Coburg-Saalfeldischen Gerechtsamen betreffend, Neuer verb. und verm. Druck, Coburg, 1783

Schleswig – Holstein

Chronologische Sammlung der im Jahre 1774 ergangener Verordnungen und Verfuegungen fuer die Herzogthuemer Schleswig und Holstein etc.; 1799, Kiel

Schwedisch – Pommern

Gadebusch, Thomas Heinrich; Schwedischpommersche Staatskunde, II. Theil, Greifswald, 1788

Reichenbach, Johann David; Patriotische Beytraege zur Kenntniß und Aufnahme des Schwedischen Pommerns, I.-VIII. Stueck, Stralsund, Greifswald, 1784-1787

Schweizer Eidgenossenschaft

Acta vnd Handlungen, betreffend Gemeiner Eydgnosschafft Exemption, vnd was deren durch die Cammer zu Speyr, darwider vorgenommener Turbationen, halb so wol bey den Westphaelischen Fridens-Tractaten, alß am Kayserl: Hoof vnd anderstwo negocirt vnd verrichtet worden; (von J. J. Brandenburg?), Basel, 1651

Amtliche Sammlung der Acten aus der Zeit der Helvetischen Republik (1798-1803), im Anschluss an die Sammlung der Ältern Eidg. Abschiede hrsg. auf Anordnung der Bundesbehörden, I.-X. Band, Bern, 1886-1905

Fäsi, Johann Konrad; Genaue und vollständige Staats= und Erdbeschreibung der ganzen Helvetischen Eidgenoßschaft, derselben gemeinen Herrschaften und zugewandten Orten, 2. Aufl., I.-IV. Band, Zürich, 1768

Jan, Ludwig Friedrich; Staatsrechtliches Verhaeltnis der Schweiz zu dem deutschen Reiche von dem Ursprung der Eidgenossenschaft bis zum Ende des achtzehnten Jahrhunderts, I.-III. Theil, Nürnberg, Altdorf, 1801-1803

Wirtemberg – Mömpelgard

Ausgewählte Urkunden zur Württembergischen Geschichte; hrsg von Eugen Schneider (Württembergische Geschichtsquellen, Band 11), Stuttgart, 1911

Höck, Johann Daniel Albrecht; Volksmenge des Herzogthums Wirtemberg in den Jahren 1782-1786, in: *Neueste Staats=Anzeigen*, gesammelt und hrsg. von Freunden der Publizitaet und der Staatskunde I. Band, Germanien (Hamburg), 1797

Roeder, Philipp Ludwig Hermann; Geographie und Statistik Wirtembergs, I. u. II. Theil, Laybach/Krain, Ulm, 1787, 1804

ders.; Neu=Wirtemberg; für Neu=Wirtemberg oder geographische und statistische Beschreibung der durch die Entschaedigung etc. an Wirtemberg gekommenen neuen Laender, Staedte, Kloester, Ortschaften etc., Ulm, 1804

Sattler, Christian Friedrich; Geschichte des Herzogthums Wuerttemberg unter der Regierung der Herzogen, I.-XIII. Theil, Ulm, Tübingen, 1769-83

Wolfenbüttel, Fürstentum, Braunschweig

Hassel, Johann Georg Heinrich und Carl Friedrich Bege, Geographisch=statistische Beschreibung der Fuerstenthuemmer Wolfenbuettel und Blankenburg, Braunschweig, 1802

Geistliche Territorien

Bamberg, Hochstift

Schneidawind, Franz Adam; Versuch einer statistischen Beschreibung des kaiserlichen Hochstifts Bamberg, 2 Abtheilungen, Bamberg, 1797

Basel, Hochstift

Lehmann, Heinrich Ludwig; Das Bisthum Basel, der Zankapfel zwischen Frankreich und der Schweiz: Ein polit. histor. statist. geograph. Gemaehld als Anhang zu dem Buche: Ueber die Schweiz und die Schweizer, Leipzig, 1798

Chur, Hochstift

(*Roeder, Georg Wilhelm*); Historische=staatsrechtliche Beleuchtung der Hoheitsrechte des Standes Graubuenden in Angelegenheiten des Bistums Chur, bearbeitet und hrsg. auf Veranstaltung der Kantonsregierung, Chur, 1835

Corneli-Münster, Stift

Sch ... dt, J.; Die Abtei Corneliusmuenster, in: *Niederrheinische Blaetter fuer Belehrung und Unterhaltung*. In Verbindung mit mehreren Gelehrten hrsg. von W. Aschenberg, I. Band, Heft 1., 1. Quartal, VII., S. 137-162, Dortmund, 1801

Herford, Stift

Klaproth, C. A. L.; Historische Nachrichten von dem Kayserlichen Freyweltlichen Stift zu Hervorden insbesondere von der Wahl der Abtissinnen und Coadjutricinnen und der Concurrenz des regierenden Hauses dabey. ex Actis Archivi Secreti regii zusammengetragen. Berlin den 30. Nov. 1790, mit Nachtrag 1791-1794 scheinbar von gleicher Hand. Mit einer *Einführung von Kuno Meyer*: Zur Geschichte der Abtei Herford, in: *22. Jahresbericht des Historischen Vereins für die Grafschaft Ravensberg zu Bielefeld*, S. 88-113, Bielefeld, 1908

(*Storch, Carl Ludwig*); Chronica, Oder Kurtzgefasste Nachrichten von der Stadt Herford, im Westphaelischen Creise gelegen, 6. Aufl., Bielefeld, 1748

Hildesheim, Hochstift

Malchus, Carl August; Ueber die Hochstift=Hildesheimische Staats=Verwaltung in Bezug auf die, bei Gelegenheit der vom Brabeckschen gegen dieselbe gemachten Beschuldigungen, Hildesheim, 1800

Hoch- und Teutschmeisterthum

Bundschuh, Johann Kaspar; Beytrag zu einer statistischen Topographie des Teutschmeisterthums, in: *Journal von und fuer Franken*, IV. Band, 2. Heft, I., S. 129-167, Nürnberg, 1792

Das Hoch= und Teutschmeisterthum und der teutsche Ritterorden im Jahr 1809, in: *Der Rheinische Bund. Eine Zeitschrift historisch=politisch – statistisch=geographischen Inhalts*, hrsg. in Gesellschaft sachkundiger Männer von Peter Adolph Winkopp, XIX. Band, 55. Heft, 2., S. 29-83, 56. Heft, 12., S. 145-194, Frankfurt/M., 1811

Feder, Johann Heinrich; Historisch=Diplomatischer Unterricht, von des Hohen Teutschen Ritter=Ordens, und insbesondere der Loeblichen Balley Hessen, Seit zwey hundert Jahren hart angefochtenen Immedietaet, Exemption und Gerechtsame, Regensburg, 1753

Hoch= und Deutsch= Meisterthum, in: *Journal fuer Geschichte, Statistik und Staats=Wissenschaft*, hrsg. von Georg Heinrich Keyser, I. Band, S. 221-229, II. Band, 1. Heft, I. Abhandlungen, 1., S. 1-46, 2. Heft, I. Abhandlungen, 1., S. 97-131, Münster i. W., Leipzig, 1806

Johannitermeisterthum

(*Sauter, Josef Anton*); Ueber den Maltheserorden und seine gegenwaertigen Verhaeltnisse zu Deutschland ueberhaupt und zum Breisgau insbesondere. Ein Wort zu seiner Zeit, Frankfurt/M., 1804

Lübeck, Hochstift

Nachricht vom Zustande des Hochstifts Luebeck (abgefasst im Jahre 1731 oder kurz nachher), in: *Sammlungen zur naehern Kunde des Vaterlandes in historischer, statistischer und*

staatswirthschaftlicher Hinsicht; hrsg. von Niels Nikolaus Falck, II. Band, IV., S. 79-174, Altona, 1821

Ukert, Georg; Annalen der Residenz Eutin nebst einer Topographie des Fuerstenthums Luebek, Eutin, 1809

Münster, Hochstift

Bevoelkerungsliste des Hochstifts Muenster, um Ostern 1795, in: *Neues fortgesetztes Westphaelisches Magazin zur Geographie, Historie und Statistik*, hrsg. von Peter Florens Weddigen, I. Band, 4. Stueck (Viertes Quartal), 1., S. 375-385, Wesel, 1799

Neresheim, Stift

Nack, Carl Alois; Reichsstift Neresheim. Eine kurze Geschichte dieser Benediktinerabtey in Schwaben, und Beschreibung ihrer im Jahre 1792 eingeweihten neuen Kirche. Herausgegeben bey Gelegenheit dieser Einweihung, Neresheim, 1792

Osnabrück, Hochstift

Klöntrup, Johann Aegidius; Alphabetisches Handbuch der besondern Rechte und Gewohnheiten des Hochstifts Osnabrueck mit Ruecksicht auf die benachbarten westfaelischen Provinzen, I. u. II. Band, Osnabrück, 1798-99

Paderborn, Hochstift

Das Fuerstenthum Paderborn im Jahre 1802, in: *Annalen der Preußischen Staatswirthschaft und Statistik*, I. Band, 4. Heft, II., S. 15-40, Halle a. S., Leipzig, 1804

Von den betraechtlichsten Maengeln und Gebrechen im Bißthume Paderborn von einem Landeskundigen. 1797, in: *Magazin fuer Westfalen*, Jahrg. 1797, 6. Stueck, V., S. 532-564, Dortmund, 1797

Passau, Hochstift

Fabri, Johann Ernst; Briefe eines Reisenden, über das Hochstift Passau an seinen Freund zu ***, hrsg. von J. E. F., Nürnberg, 1796

Quedlinburg, Stift

Lorenz, Hermann; Quellen zur städtischen Verwaltungs-, Rechts- und Wirtschaftsgeschichte von Quedlinburg vom 15. Jahrhundert bis zur Zeit Friedrichs des Grossen, I. Teil: Baudinge nebst sonstigen obrigkeitlichen Verordnungen und Abmachungen (Geschichtsquellen der Provinz Sachsen und angrenzender Gebiete, Band 44), Halle a. S., 1916

Salzburg, Erzstift

Hübner, Lorenz; Beschreibung des Erzstiftes und Reichsfuerstenthums Salzburg in Hinsicht auf Topographie und Statistik, I.- III. Band, Salzburg, 1796

ders.; Beschreibung der hochfuerstlich=erzbischoeflichen Haupt= und Residenzstadt Salzburg und ihrer Gegenden verbunden mit ihrer aeltesten Geschichte, I. u. II. Band, Salzburg, 1792, 1793

Kleinmayrn, Johann Franz Thaddäus; Nachrichten vom Zustande der Gegenden und der Stadt Juvavia vor, waehrend, und nach der Beherrschung der Roemer bis zur Ankunft des heiligen Ruperts und von dessen Verwandlung in das heutige Salzburg, Salzburg, 1784

(Koch-Sternfeld, Josef Ernst von); Salzburg und Berchtesgaden in historisch=statistisch=geographische=und staatsoekonomischen Beytragen, (I. Band), Salzburg, 1810

Sammlung der wichtigsten Salzburgischen Landesgesetze seit dem Jahre 1790 bis zum Schluß der hochfuerstlichen Erzbischoeflichen Regierung; hrsg. von Judas Thaddäus Zauner, Salzburg, 1805

Stablo-Malmedy, Stift

Loix, statuts, réformations, ordonnances, et réglemens généraux de la justice du Pays & Principauté de Stavélot, et Comté de Loigne; um 1720

Werden, Stift

Müller, Peter Franz Joseph; Ueber Stadt und Stift Werden und dessen Verhaeltnisse zu den Grafen von der Mark, (Düsseldorf), 1798

Würzburg, Hochstift

Schöpf, Gregor; Historisch=statistische Beschreibung des Hochstifts Würzburg,
Hildburghausen, 1802

Literatur

Reichsverfassung – Staatslehren – Frieden von Lunéville (Genesis)

Absolutismus; hrsg. von Walter Hubatsch (Wege der Forschung, Band 314), Darmstadt, 1973

Adler-Bresse, Marcelle; Sieyes et le monde allemand, Tome I u. II, thèse l'université de Paris I 1976, Paris, Lille, 1977

Aegidi, Ludwig Karl; Der Fürsten-Rath nach dem Lüneviller Frieden. Eine reichsrechtliche Abhandlung, Berlin, 1853

Angermeier, Heinz; Königtum und Landfriede im deutschen Spätmittelalter, München, 1966

Anschütz, Gerhard; Der Ersatzanspruch aus Vermögensbeschädigungen durch rechtmäßige Handhabung der Staatsgewalt. Drei öffentlichrechtliche Studien, in: *Verwaltungsarchiv. Zeitschrift für Verwaltungsrecht und Verwaltungsgerichtsbarkeit*, hrsg. von M. Schultzenstein und A. Keil, V. Band, A., I., S. 1-136, Berlin, 1897

Arzt, Karl Otmar; Das Alte Reich 1648-1806, I.-III. Band, Stuttgart, 1993, 1997

ders.; Heiliges Römisches Reich 1776-1806: Reichsverfassung und Staatssouveränität, I. Teil: Darstellung, II. Teil: Ausgewählte Aktenstücke, Bibliographie, Register (Veröffentlichungen des Instituts für europäische Geschichte Mainz, Band 38, Abteilung Universalgeschichte), Wiesbaden, 1967

Arnold, Wilhelm; Die Rezeption des römischen Rechts und ihre Folgen, in: *ders.*, Studien zur Deutschen Kulturgeschichte, 2. Buch., 4., S. 301-352, Stuttgart, 1882

Aubin, Hermann; Die Entstehung der Landeshoheit nach niederrheinischen Quellen: Studien über Grafschaft, Immunität und Vogtei (Historische Studien, Heft 143), Berlin, 1920

Bader, Karl Siegfried; Territorialbildung und Landeshoheit, in: *BdL*, 90. Jahrg., 1953, S. 109-131

ders. und Gerhard Dilcher; Deutsche Rechtsgeschichte: Land und Stadt - Bürger und Bauer im Alten Europa (Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft: Abteilung Rechtswissenschaft), Heidelberg, 1999

Bailleu, Paul; König Friedrich Wilhelm II. und die Genesis des Friedens von Basel, in: *HZ*, N.F., XXXIX. Band, 1895, Aufsätze, S. 237-275

Barthold, Friedrich Wilhelm; Geschichte der Kriegsverfassung und des Kriegswesens der Deutschen, I. u. II. Theil (Das deutsche Volk dargestellt in Vergangenheit und Gegenwart zur Begründung der Zukunft, Band 17 u. 18), Leipzig, 1855

Bartl, Harald; Sonderfrieden und Friedegebote in Ingelheim (1400-1450), jur. Diss. Frankfurt/M., 1971

Bassenge, Rosemarie; Die deutsche Handelspolitik im Spiegel der Reichsgesetzgebung von 1498-1806, staatswirtsch. Fak. Diss. München 20. Jan. 1949, maschinenschriftlich

Battenberg, Friedrich; Die Gerichtsstandsprivilegien der deutschen Kaiser und Könige bis zum Jahre 1451, I. und II. Teilband (Quellen und Forschungen zur höchsten Gerichtsbarkeit im alten Reich, Band 12), Köln, Wien, 1983

Bayer, Bernhard; Sukzession und Freiheit: Historische Voraussetzungen der rechtstheoretischen und rechtsphilosophischen Auseinandersetzungen um das Institut der Familienfideikomisse im 18. und 19. Jahrhundert, jur. Diss. Köln 1997 (Schriften zur europäischen Rechts- und Verfassungsgeschichte, 25), Berlin, 1999

Becker, Winfried; Der Kurfürstenrat: Grundzüge seiner Entwicklung in der Reichsverfassung und seine Stellung auf dem Westfälischen Friedenskongreß, phil. Diss. Bonn 1971 (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V., 5), Münster i. W., 1973

Below, Georg von; Die Bedeutung der Reformation für die politische Entwicklung (Vortrag gehalten in der Gehe=Stiftung zu Dresden am 6. Oktober 1917), in: *Vorträge der Gehe=Stiftung zu Dresden*, IX. Band, S. 1-38, Leipzig, Dresden, 1919

ders.; Die Entstehung des ausschließlichen Wahlrechts der Domkapitel mit besonderer Rücksicht auf Deutschland (Historische Studien, Heft 11), Leipzig, 1883

ders.; Die Ursachen der Rezeption des Römischen Rechts in Deutschland (Historische Bibliothek, Band 19), München, Berlin, 1905

Bendiner, M.; Die Reichsgrafen, eine verfassungsgeschichtliche Studie, phil. Diss. München 1888, München, 1888

Berchtold, Joseph; Die Entwicklung der Landeshoheit in Deutschland in der Periode von Friedrich II. bis einschliessig zum Tode Rudolfs von Habsburg, staatsrechtlich erörtert, I. Band, München, 1863

Berkhof, Hendrik; Kirche und Kaiser: eine Untersuchung zur Entstehung des byzantinischen und der theokratischen Staatsauffassung im vierten Jahrhundert; aus dem Holländischen übers. v. Gottfried W. Locher, Zollikon (Zürich), 1947

Berney, Arnold; August Ludwig von Schlözers Staatsauffassung, in: *HZ*, CXXXII. Band, 1925, Aufsätze, S. 43-67

Bezold, Friedrich von; Die Lehre von der Volkssouveränität während des Mittelalters, in: *HZ*, XXXVI. Band, 1876, Aufsätze, VI. (vielmehr VII.), S. 313-367

Blaich, Fritz; Die Wirtschaftspolitik des Reichstags im Heiligen Römischen Reich: ein Beitrag zur Problemgeschichte wirtschaftlichen Gestaltens, Habil.-Schr. Marburg 1969 (Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen, 16), Stuttgart, 1970

Blaschke, Karlheinz.; Wechselwirkungen zwischen der Reformation und dem Aufbau des Territorialstaates, in: *Der Staat. Zeitschrift für Staatslehre, ...*, IX. Band – 1970, (Abhandlungen und Aufsätze), S. 347-364, Berlin, 1970

Blickle, Peter; Die Revolution von 1525, München, Wien, 1975

Bloem, Tilman; Verfassungsgeschichtliche Probleme von 1495-1806, jur. Diss. Kiel 1969

Bock, Ernst; Monarchie, Einung und Territorium im späteren Mittelalter. Ein Beitrag zur deutschen Verfassungsgeschichte, in: *HV*, 24. Jahrg., 1929, Aufsätze, S. 557-572

Böckenförde, Ernst-Wolfgang; Der Westfälische Frieden und das Bündnisrecht der Reichsstände, in: *Der Staat. Zeitschrift für Staatslehre, ...*, VIII. Band – 1969, (Abhandlungen und Aufsätze), S. 449-478, Berlin, 1969

ders.; Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation, in: *ders.*, Staat, Gesellschaft, Freiheit: Studien zur Staatstheorie und zum Verfassungsrecht, (2.), S. 42-64 (suhrkamp taschenbuch wissenschaft, 163), Frankfurt/M., 1976

Böhme, Ernst; Das fränkische Reichsgrafenkollegium im 16. und 17. Jahrhundert. Untersuchungen zu den Möglichkeiten und Grenzen der korporativen Politik mindermächtiger Reichsstände, phil. Diss. Tübingen 1989 (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Abteilung Universalgeschichte, Band 132), Wiesbaden, 1989

Boerger, Robert; Die Belehnungen der deutschen geistlichen Fürsten (Leipziger Studien aus dem Gebiet der Geschichte, Band 8, Heft 1), Leipzig, 1901

Boniface, Joseph Xavier (Pseud. Saintine, Xavier Boniface); Die Feldzüge in Italien, I. Theil: Die Alpenfeldzüge von 1792 bis 1796, II. Theil: Der Feldzug von 1796 und 1797, I.

Bändchen. Aus dem Französischen, mit Zusätzen und Anmerkungen (Allgemeine Geschichte der Kriege der Franzosen und ihrer Alliierten, vom Anfange der Revolution bis zum Ende der Regierung Napoleons ..., (1, 1 u. 1, 2)), Darmstadt, 1828, 1829

Borch, Herbert von; Das Gottesgnadentum: historisch-soziologischer Versuch über die religiöse Herrschaftslegitimation (Probleme der Staats- und Kulturosoziologie, 9), Berlin, 1934

Borck, Heinz-Günther; Der Schwäbische Reichskreis im Zeitalter der französischen Revolutionskriege (1792-1806), phil. Diss. F.U. Berlin 29. April 1968 (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B Forschungen, Band 61), Stuttgart, 1970

Bornhak, Conrad; Deutsche Verfassungsgeschichte vom westfälischen Frieden an (Bibliothek des öffentlichen Rechts, Band 7), Stuttgart, 1934

Bosl, Karl; Die Reichsministerialität der Salier und Staufer: Ein Beitrag zur Geschichte des hochmittelalterlichen deutschen Volkes, Staates und Reiches, I. u. II. Teil, Habil.-Schr. München 1950 (Schriften der Monumenta Germaniae historica (Deutsches Institut für Erforschung des Mittelalters), 10), Stuttgart, 1950, 1951

Breuer, Hans; Die Strategie Erzherzog Carls und Jourdans im Feldzuge von 1799, phil. Diss. Gießen 1914, Berlin, 1914

Bruckauf, Julius; Vom Fahnlehn und von der Fahnenbelehnung im alten deutschen Reiche, phil. Diss. Leipzig 1906, Leipzig, 1907

Brülcke, P (aul); Die Entwicklung der Reichsstandschaft der Städte von der Mitte des XIII. bis zum Ende des XIV. Jahrhunderts, phil. Diss. Göttingen 1881, Hamburg, 1881

Brunner, Otto; Land und Herrschaft: Grundfragen der territorialen Verfassungsgeschichte Österreichs im Mittelalter, 5. Aufl., Wien, 1965

ders.; Neue Wege der Verfassungs- und Sozialgeschichte, 2., verm. Aufl., Göttingen, 1968

Bryce, James; The Holy Roman Empire, new. ed. enl. and rev., New York, 1932

Buchner, Max; Die Entstehung der Erzämter und ihre Beziehung zum Werden des Kurkollegs mit Beiträgen zur Entstehungsgeschichte des Pairskollegs in Frankreich (Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland, Sektion für Rechts- und Sozialwissenschaft, Heft 10), Paderborn, 1911

Burgdorf, Wolfgang; Reichskonstitution und Nation: Verfassungsreformprojekte für das Heilige Römische Reich Deutscher Nation im politischen Schrifttum von 1648 bis 1806, phil.

Diss. Bochum 1995 (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Abteilung Universalgeschichte, Band 173, Beiträge zur Sozial- und Verfassungsgeschichte des Alten Reiches, Nr. 13), Mainz, 1998

Busson, Arnold; Die Doppelwahl des Jahres 1257 und das römische Königthum Alfons X. von Castilien: Ein Beitrag zur Geschichte des grossen Interregnums, Münster i. W., 1866

Busz, Berndt; Die Historische Rechtsschule und die Beseitigung des geteilten Eigentums in Deutschland: Ein Beitrag zum Verhältnis von Rechtswissenschaft und Rechtswirklichkeit im 19. Jahrhundert, jur. Diss. München, 1966

Carnot, Hippolyte Lazare; Mémoires sur Lazare Carnot par son fils, Tome I et II, Paris, 1907

Carsten, F. L.; Die Ursache des Niedergangs der deutschen Landstände, in: *HZ*, CXCII. Band, 1961, Aufsätze, S. 273-281

Chandler, David G.; Dictionary of the Napoleonic Wars, London, 1979

Coing, Helmut; Epochen der Rechtsgeschichte in Deutschland, 2. Aufl. (Beck'sche Schwarze Reihe, Band 48), München, 1971

ders.; Römisches Recht in Deutschland (Jus Romanum Medii Aevi, Pars V, 6), Mailand, 1964

Conrad, Hermann; Deutsche Rechtsgeschichte, I. Band: Frühzeit und Mittelalter, 2., neu bearb. Aufl., II. Band: Neuzeit bis 1806, Karlsruhe, 1962, 1966

ders.; Religionsbann, Toleranz und Parität am Ende des alten Reiches, in: *Römische Quartalschrift für christliche Altertumskunde und Kirchengeschichte*, hrsg. von August Schuchert und Engelbert Kirschbaum S J. im Auftrage des Römischen Instituts der Görres-Gesellschaft, LVI. Band, S. 167-199, Rom, Freiburg/Br., 1961

ders.; Staatsgedanke und Staatspraxis des aufgeklärten Absolutismus (Rheinisch=Westfälische Akademie der Wissenschaften, Geisteswissenschaften, Vorträge G 173, Jahresfeier am 19. Mai 1971), Opladen, 1971

Criste; Thugut und die Kriegführung 1793-1801, in: *Streffleurs Militärische Zeitschrift. Zugleich Organ der Militärwissenschaftlichen Vereine*. Redigiert von Viktor Grzesicki, 49. (der ganzen Folge 85.) Jahrg., I. Band, 3. (März-) Heft, S. 382-412, Wien, 1908

Cusanus Gedächtnisschrift (anlässlich des 500. Todestages des Nikolaus von Kues); Im Auftrag der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Innsbruck hrsg. von Nikolaus Gass (Forschungen zur Rechts- und Kulturgeschichte, 3), Innsbruck, 1979

Das Staatsdenken der Römer; hrsg. von Richard Klein, 2., unveränd. Aufl. (Wege der Forschung, 46), Darmstadt, 1973

Der Aufgeklärte Absolutismus; hrsg. von Karl Otmar Freiherr von Aretin (Neue Wissenschaftliche Bibliothek, 67, Geschichte), Köln, 1974

Der deutsche Bauernkrieg von 1525; hrsg. von Peter Blickle (Wege der Forschung, Band 460), Darmstadt, 1985

Der deutsche Territorialstaat im 14. Jahrhundert; hrsg. von Hans Patze, I. u. II. Band (Vorträge und Forschungen, Bände 13 u. 14) Sigmaringen 1970, 1971

Der Feldzug von 1800 in Deutschland. Nach österreichischen Originalquellen, in: *Oestreichische militaerische Zeitschrift*, Jahrg. 1836, I. Band, 3. Heft, I., S. 243-274, II. Band, 4. Heft, I., S. 3-30, 6. Heft, III., S. 294-312, III. Band, 8. Heft, III., S. 172-192, 9. Heft, I., S. 227-256, IV. Band, 10. Heft, I., S. 3-38, 11. Heft, III., S. 194-224, Wien, 1836

Der Westfälische Friede: Diplomatie – politische Zäsur – kulturelles Umfeld – Rezeptionsgeschichte; hrsg. von Heinz Durchhardt (HZ, Beihefte, N.F., Band 26), München, 1998

Deutsche Verfassungsgeschichte; hrsg. von Kurt G. A. Jeserich u. a., I. Band: Vom Spätmittelalter bis zum Ende des Reiches, Stuttgart, 1983

Deutsche Verwaltungsgeschichte; Im Auftrag der Freiherr-vom-Stein-Gesellschaft e. V. hrsg. von Kurt G. A. Jeserich, Hans Pohl, Georg-Christoph von Unruh, I. Band: Vom Spätmittelalter bis zum Ende des Reiches, II.: Band Vom Reichsdeputationshauptschluß bis zur Auflösung der Deutschen Bundes, VI.: Band Registerband, Stuttgart, 1983, 1988

Dickmann, Fritz; Der Westfälische Friede und die Reichsverfassung, in: *Forschungen und Studien zur Geschichte des Westfälischen Friedens. Vorträge bei dem Colloquium französischer und deutscher Historiker vom 28. April-30. April 1963 in Münster* (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der neueren Geschichte e. V., 1 Forschungen und Studien zur Geschichte des Westfälischen Friedens), S. 5-32, Münster i. W., 1965

ders.; Buchbesprechung: Albrecht Randelzhofer, Völkerrechtliche Aspekte des heiligen Römischen Reiches nach 1648, in: *HZ*, CCVIII. Band, 1969, Bericht über das Schrifttum, A., S. 143-145

Die Entstehung des modernen souveränen Staates; hrsg. von Hanns Hubert Hofmann (Neue Wissenschaftliche Bibliothek, 17, Geschichte), Köln, Berlin, 1967

Die geschichtlichen Grundlagen der modernen Volksvertretung. Die Entwicklung von den mittelalterlichen Korporationen zu den modernen Parlamenten; 2. Bände, hrsg. von Heinz Rausch, I. Band: Allgemeine Fragen und europäischer Überblick, II. Band: Reichsstände und Landstände (Wege der Forschung, Bände 196, 469), Darmstadt, 1980, 1974

Diehl, Adolf; Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation, in: *HZ*, CLVI. Band, 1937, Aufsätze, S. 457-484

Die Ratifikation von Staatsverträgen, in: *Deutsche Vierteljahrschrift*, I. Heft, 1845, S. 163-239, Stuttgart, Tübingen, 1845

Die Rolle der Juristen bei der Entstehung des modernen Staates; hrsg. von Roman Schnur, Berlin, 1986

Döberl, Anton; Die Säkularisation und die päpstliche Diplomatie. (1798-1803.), in: *Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland*, hrsg. von Franz Binder und Georg Jochner (gegründet von Joseph und Guido Görres), CLIII. Band (Des Jahrg.s 1914 Erster Band), LXIX., S. 759-770, München, 1914

Du Casse, Albert; Histoire des négociations diplomatiques aux traités de Montfontaine, de Lunéville et d'Amiens, Tome II, Paris, 1855

Dulckeit, Gerhard; Römische Rechtsgeschichte: ein Studienbuch, begründet von G. D.; Fritz Schwarz, neu bearbeitet von Wolfgang Waldstein, 9., neu bearb. Aufl., München, 1995

Dungern, Otto Freiherr von; Adelsherrschaft im Mittelalter, München, 1927

ders.; Die Entstehung der Landeshoheit in Oesterreich, Wien, Leipzig, 1910

Du Teil, Joseph; Rome, Naples et le Directoire: Armistices et traités 1796-1797, Paris, 1902

Dyckmans, Wilhelm; Das mittelalterliche Gemeinschaftsdenken unter dem Gesichtspunkt der Totalität: eine rechtsphilosophische Untersuchung, phil. Diss. Köln 1937 (Veröffentlichungen der Sektion für Rechts- und Staatswissenschaft, Görres Gesellschaft, 73), Paderborn, 1937

Ebner, Herwig; Das Freie Eigen: Ein Beitrag zur Verfassungsgeschichte des Mittelalters (Aus Forschung und Kunst, hrsg. vom Geschichtsverein für Kärnten, Band 2), Klagenfurt, 1969

Ehrenberg, Hermann; Der deutsche Reichstag in den Jahren 1273-1378. Ein Beitrag zur deutschen Verfassungsgeschichte (Historische Studien, Heft 9), Leipzig, 1883

Ehrenberg, Victor; Der Staat der Griechen (Bibliothek der alten Welt), 2., erw. Aufl., Zürich, 1965

Eigentum und Verfassung: Zur Eigentumsdiskussion im ausgehenden 18. Jahrhundert; hrsg. von Rudolf Vierhaus (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, 37), Göttingen, 1972

Engelbert, Günther; Die Erhebungen in den Reichsfürstenstand bis zum Ausgang des Mittelalters, phil. Diss. Marburg 1948, maschinenschriftlich

Esebeck, Frieda; Die Begründung der hannoverschen Kurwürde: Ein Beitrag zur Geschichte des Heiligen Römischen Reichs im 17. und 18. Jahrhundert (Quellen und Darstellungen zur Geschichte Niedersachsen, Band 43), Hildesheim, Leipzig, 1935

Falck, Ludwig; Klosterfreiheit und Klosterschutz: Die Klosterpolitik der Mainzer Erzbischöfe von Adalbert I. bis Heinrich I. (1100-1153), in: *Archiv für Mittelrheinische Kirchengeschichte*. Im Auftrag der Gesellschaft für Mittelrheinische Kirchengeschichte hrsg. von Ludwig Lenhart und Anton Ph. Brück, 8. Jahrg., 1956, S. 21-75, Speyer/Rh., 1956

Fehr, Hans; Die Entstehung der Landeshoheit im Breisgau, Leipzig, 1904

Feierabend, Hans; Die politische Stellung der deutschen Reichsabteien während des Investiturstreites (Historische Untersuchungen, Heft 3), Neudruck der Ausg. Breslau 1913, Aalen, 1971

Feine, Hans Erich; Die Besetzung der Reichsbistümer vom Westfälischen Frieden bis zur Säkularisation 1648-1803, Habil.-Schr. (Kirchenrechtliche Abhandlungen, hrsg. von Ulrich Stutz, Heft 97 u. 98), Stuttgart, 1921

ders.; Einwirkungen des absoluten Staatsgedankens auf das deutsche Kaisertum im 17. und 18. Jahrhundert, insbesondere bei der Besetzung der Reichsbistümer, in: *ZRG, GA, XLII*. Band, 1921, Miscellen, S. 474-481

ders.; Kirchliche Rechtsgeschichte. Die Katholische Kirche, 5., durchges. Aufl., Köln, Wien, 1972

ders.; Papst, Erste Bitten und Regierungsantritt des Kaisers seit dem Ausgang des Mittelalters, in: *ZRG, KA XX*, 1931, I., S. 1-101

ders.; Reich und Kirche: ausgewählte Abhandlungen zur deutschen und kirchlichen Rechtsgeschichte, hrsg. und eingeleitet von Friedrich Merzbacher, Aalen, 1966

ders.; Zur Verfassungsentwicklung des Heil. Röm. Reiches seit dem Westfälischen Frieden, in: *ZRG, GA, LII*. Band, 1932, IV., S. 65-133

Ficker, Julius; Über das Eigentum des Reichs am Reichskirchengute, Wien, 1873

ders.; Ueber die Entstehungszeit des Sachsenspiegels und der Ableitung des Schwabenspiegels aus dem Deutschenspiegel: ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Rechtsquellen, Innsbruck, 1859

ders.; Vom Reichsfürstenstande: Forschungen zur Geschichte der Reichsverfassung im XII. und XIII. Jahrhundert, I. Band, 2. Aufl., unveränd. (anastatischer) Nachdruck der 1. Aufl. 1861 mit einem Geleitwort von Paul Punschart, II. Band, I., II. u. III. Teil, hrsg. und bearbeitet von Paul Punschart, Innsbruck, 1932, 1911, 1921, 1923

Figgis, John Neville; The political aspects of S. Augustine's 'City of God', Gloucester, 1963 (Reprint 1921)

Fitte, Siegfried; Das staatsrechtliche Verhältnis des Herzogtums Lothringen zum Deutschen Reiche seit dem Jahre 1542, phil. Diss. Berlin 23. Febr. 1891 (Beiträge zur Landes- und Volkeskunde von Elsass-Lothringen, Band 3, Heft 14), Straßburg, 1891

Fleckenstein, Josef; Zum Begriff der ottonisch-salischen Reichskirche, in: *Geschichte, Wirtschaft, Gesellschaft: Festschrift für Clemens Bauer zum 75. Geburtstag*, hrsg. von Erich Hassinger, J. Heinz Müller und Hugo Ott, S. 61-71, Berlin, 1974

Floßmann, Ursula; Landrechte als Verfassung (Linzer Universitätsschriften, Festschriften, Monographien, Studententexte: Monographien Band 2), Habil.-Schr. Linz WS 1975/76, Wien, New York, 1976

Foerster, Franz; Der Staatsgedanke des Mittelalters: ein Vortrag, Greifswald, 1861

Franklin, Otto; Das Reichshofgericht im Mittelalter. Geschichte-Verfassung-Verfahren, I. u. II. Band, Weimar, 1867, 1868

Franzel, Emil; König Heinrich VII. von Hohenstaufen: Studien zur Geschichte des 'Staates' in Deutschland (Quellen und Forschungen aus dem Gebiete der Geschichte, 7), Prag, 1929

Frenzel, Otto; Luthers Katechismus und das Zeitalter der Aufklärung, in: *Allgemeine Evangelisch=Lutherische Kirchenzeitung*. Gegründet von Chr. E. Luthardt, 62. Jahrg., 1929, Nr. 22., Leipzig, 31. Mai 1929, Sp. 511-514 (I.), Nr. 23., Leipzig, 7. Juni 1929, Sp. 535-539 (II.), Nr. 24., Leipzig, 14. Juni 1929, Sp. 558-562 (III.), Nr. 25., Leipzig, 21. Juni 1929, Sp. 583-589 (IV.), Leipzig, 1929

Fried, Johannes; Der Regalienbegriff im 11. und 12. Jahrhundert, in: *Deutsches Archiv für Erforschung des Mittelalters*. Namens der Monumenta Germaniae Historica hrsg. von Horst Fuhrmann und Hans Martin Schaller, 29. Jahrg., (Aufsätze), S. 450-528, Köln, Wien, 1973

Friedrich, Manfred; Die Erarbeitung eines allgemeinen deutschen Staatsrechts seit der Mitte des 18. Jahrhunderts, in: *Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart: Das öffentliche Recht der Gegenwart*, hrsg von Peter Häberle, N.F., XXXIV. Band, Abhandlungen, S. 1-33, Tübingen, 1985

Fürnrohr, Walter; Der immerwährende Reichstag zu Regensburg das Parlament des alten Reiches: Zur 300-Jahrfeier seiner Eröffnung 1663, Regensburg, Kallmünz, 1963

Gasser, Adolf; Entstehung und Ausbildung der Landeshoheit im Gebiete der Schweizerischen Eidgenossenschaft: Ein Beitrag zur Verfassungsgeschichte des deutschen Mittelalters, Aarau, Leipzig, 1930

Geldner, Ferdinand; Die Staatsauffassung und Fürstenlehre des Erasmus von Rotterdam, phil. Diss. Heidelberg 1928 (Historische Studien, 91), München, 1930

Gerber, C. F.; Beiträge zur Lehre vom deutschen Familienfideikommiß, in: *Jahrbücher für die Dogmatik des heutigen römischen und deutschen Privatrechts*, I. Band, II., S. 53-110, Jena, 1857

Gernhuber, Joachim; Die Landfriedensbewegung in Deutschland bis zum Mainzer Reichslandfrieden von 1235 (Bonner rechtswissenschaftliche Abhandlungen, Heft 44), Habil.-Schr. Bonn 1952, Bonn, 1952

Geschichte der politischen Ideen. Von der Antike bis zur Gegenwart; von Hans Fenske, Dieter Mertens, Wolfgang Reinhard, Klaus Rosen, aktualisierte Neuausg. 2003, Frankfurt/M., 2003

Gierke, Otto; Die Staats- und Korporationslehre des Alterthums und des Mittelalters und ihre Aufnahme in Deutschland (Das deutsche Genossenschaftsrecht, Band 3), Berlin, 1881

ders.; Der germanische Staatsgedanke. Vortrag gehalten am 4. Mai 1919 (Staat, Recht und Volk, 5), Berlin, 1919

ders.; Fideikommiss, I. Geschichte und Recht der Fideikommiss, in: *Handwörterbuch der Staatswissenschaft*, IV. Band, S. 104-116, Jena, 1909

ders.; Johannes Althusius und die Entwicklung der naturrechtlichen Staatstheorien: zugleich ein Beitrag zur Geschichte der Rechtssystematik, 5., unveränd. Ausg., mit Vorwort von Julius von Gierke, Aalen, 1958

Göhring, Martin; Montesquieu – Historismus und moderner Verfassungsstaat: Vortrag gehalten am 19. Jan. 1956 in der von der Abteilung Universalgeschichte veranstalteten Reihe Grosse Europäer (Institut für Europäische Geschichte Mainz, Vorträge, 20), Wiesbaden, 1956

Goetting, Hans; Die klösterliche Exemtion in Nord- und Mitteldeutschland vom 8. bis zum 15. Jh., in: *Archiv für Urkundenforschung*, hrsg. von Karl Brandi, XIV. Band, S. 105-187, Berlin, Leipzig, 1936

Goetz, Hans-Werner; „Dux“ und „Ducatus“. Begriffs- und verfassungsgeschichtliche Untersuchungen zur Entstehung des sogenannten „jüngeren“ Stammesherzogtums an der Wende vom neunten zum zehnten Jahrhundert, phil. Diss. Bochum 1976, Bochum, 1977

Goetz, Werner; Der Leihzwang: Eine Untersuchung zur Geschichte des deutschen Lehnrechtes, Habil.-Schr. Frankfurt/M. 1962, Tübingen, 1962

ders.; *Translatio Imperii*: Ein Beitrag zur Geschichte des Geschichtsdenkens und der politischen Theorien im Mittelalter und in der frühen Neuzeit, phil. Diss. Frankfurt/M. 1954, Tübingen, 1958

Gouvion Saint-Cyr, Laurent de; *Mémoires pour servir à l'histoire militaire sous le Directoire, le Consulat et l'Empire*, Tome I-IV, Paris, 1831

ders.; *Mémoires sur les campagnes des armées du Rhin et de Rhin-et-Moselle, de 1792 jusqu'à la paix de Campo-Formio*, Tome I-IV, mit Atlas des cartes et plans relatifs aux campagnes du Maréchal Gouvion St. Cyr aux armées du Rhin et de Rhin et Moselle pendant les années 1792, 1793, 1794, 1795, 1796 et 1797, Paris, 1829

Gradl, Herbert; Die deutsche Zoll- und Steuerpolitik im Spiegel der Reichsgetzgebung von 1524-1806, phil. Diss. München 1948

Gross, Lothar; Die Geschichte der deutschen Reichshofkanzlei von 1559 bis 1806 (Inventare Österreichischer Staatlicher Archive, 5. Inventare des Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchivs, 1), Wien, 1933

Gschließer, Oswald von; Der Reichshofrat: Bedeutung und Verfassung, Schicksal und Besetzung einer obersten Reichsbehörde von 1559 bis 1806, Nachdruck 1970 (von Ausg. Wien, 1942) mit einer „Vorbemerkung zur Neuausgabe“ von Wolfgang Sellert sowie zahlreichen Korrekturen des Verfassers (Veröffentlichungen der Kommission für neuere Geschichte des ehemaligen Österreich, 33), Nendeln/Liechtenstein, 1970

Guba, Paul; Der deutsche Reichstag in den Jahren 911-1125. Ein Beitrag zur deutschen Verfassungsgeschichte (Historische Studien, Heft 12), Leipzig, 1884

Günther, Reinhold; Geschichte des Feldzuges von 1800 in Ober-Deutschland, der Schweiz und Ober-Italien. Von der Schweizerischen Offiziersgesellschaft gekrönte Preisarbeit, Frauenfeld, 1893

Gunia, Herbert; Der Leihzwang: Ein angeblicher Grundsatz des deutschen Reichsstaatsrechts im Mittelalter, phil. Diss. Berlin 1938, Düsseldorf, 1938

Gutachten der Juristen=Facultaeten in Heidelberg, Jena und Tuebingen, die Hannoversche Verfassungsfrage betreffend; hrsg. von Dahlmann, Jena, 1839

Haase, Carl; Das ständische Wesen im nördlichen Deutschland (Calenberg-Grubenhagensche Studien, hrsg. von der Calenberg-Grubenhagenschen Landschaft, Hannover), Göttingen, 1964

Härter, Karl; Reichstag und Revolution 1789-1806: Die Auseinandersetzung des Immerwährenden Reichstags zu Regensburg mit den Auswirkungen der Französischen Revolution auf das Alte Reich, phil. Diss. TH Darmstadt 1991 (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Band 46), Göttingen, 1992

Haller, Carl Ludwig von; Restauration der Staatswissenschaft oder Theorie des natürlich-geselligen Zustands, der Chimäre des künstlich-bürgerlichen entgegengesetzt, II. Band, Aalen 1964: Neudruck der 2. Aufl. Winthertur, 1820

Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte; hrsg. von Adalbert Erler, Ekkehard Kaufmann und Dieter Werkmüller unter philologischer Mitarbeit von Ruth Schmidt-Wiegand, mitbegründet von Wolfgang Stammler, I.-V. Band, Berlin, 1971-1998

Hankel, Hans Peter; Die reichsunmittelbaren evangelischen Damenstifte im Alten Reich und ihr Ende: Eine vergleichende Untersuchung, phil. Diss. Hamburg 1995 (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3 Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Band 712), Frankfurt/M. 1996

Hansen, Joseph; Das linke Rheinufer und die französische Revolution 1789-1801, in: *Mitteilungen der Akademie zur wissenschaftlichen Erforschung und zur Pflege des Deutschtums – Deutsche Akademie –*, XII. Heft, April 1927, Wissenschaftliche Abteilung, S. 421-455, München, 1927

Hardeland, Jutta; Der Westfälische Frieden im Urteil der deutschen Wissenschaft und Publizistik. (1648-1848), phil. Diss. Bonn 16. Febr. 1955, maschinenschriftlich

Harster, Wilhelm; Die letzten Veränderungen der reichsständischen Verfassung Speiers, in: *ZGO, N.F.*, V. Band, 1890, S. 443-473

Hartung, Fritz; Der Aufgeklärte Absolutismus, in: *HZ*, CLXXX. Band, 1955, Aufsätze, S. 15-42

ders.; Deutsche Verfassungsgeschichte vom 15. Jahrhundert bis zur Gegenwart, 9. Aufl., Stuttgart, 1969

ders.; Staatsbildende Kräfte in der Neuzeit: Gesammelte Aufsätze, Berlin, 1961

Hattenhauer, Hans; Die Bedeutung der Gottes- und Landfrieden für die Gesetzgebung in Deutschland, jur. Diss. Marburg 1958

Hauck, Albert; Die Entstehung der bischöflichen Fürstenmacht, Leipzig, 1891

ders.; Die Entstehung der geistlichen Territorien (Abhandlung der philologisch-historischen Klasse der Königl. Sächsischen Gesellschaft der Wissenschaften, Band. 27, N^o 18, S. 645-672 (1-28)), Leipzig, 1909

Heckel, Johannes; Cura religionis, ius in sacra, ius circa sacra, in: *Festschrift Ulrich Stutz zum siebzigsten Geburtstag, dargebracht von Schülern, Freunden und Verehrern* (Kirchenrechtliche Abhandlungen, 117 u. 118 Heft), S. 224-298, Stuttgart, 1938

ders.; Das Decretum Gratiani und das deutsche evangelische Kirchenrecht, in: *Studia Gratiana post octava decreti saecularia. Avctore consilio commemorationi Gratianae instrvendae edita, III. Cvrantibvs Ios. Forchielli, Alph. M. Stickler*, p. 483-537, Bonn, 1955

ders.; Die evangelischen Dom- und Kollegiatstifter Preussens insbesondere Brandenburg Merseburg Naumburg Zeitz. Eine rechtsgeschichtliche Untersuchung, Habil.-Schr. Berlin Sommersemester 1923 (Kirchenrechtliche Abhandlungen, hrsg. von Ulrich Stutz, Heft 100 u. 101), Stuttgart, 1924

ders.; [Höchstes Regal], in: *ZRG*, KA XIII, 1924, Miscellen, S. 518-523

Heckel, Martin; Autonomia und Pacis Compositio: Der Augsburger Religionsfriede in der Deutung der Gegenreformation, in: *ZRG*, KA XLV, 1959, IV., S. 141-248

ders.; Itio in partes: Zur Religionsverfassung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, in: *ZRG*, KA LXIV, 1978, VI., S. 180-308

ders.; Parität, in: *ZRG*, KA XLIX, 1963, VI., S. 261-420

ders.; Säkularisierung. Staatskirchenrechtliche Aspekte einer umstrittenen Kategorie, in: *ZRG*, KA LXVI, 1980, I., S. 1-163

ders.; Staat und Kirche nach den Lehren der evangelischen Juristen Deutschlands in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts, jur. Diss. Heidelberg 1955 (Jus Ecclesiasticum, Band 6), München, 1968

Hecker, Hermann; Das Project einer süddeutschen Republik im Jahre 1800, in: *HTb*, V. Folge, 1. Jahrg., 1871, S. 117-175

Heilfron, Eduard; Die rechtliche Behandlung der Kriegsschäden, 1. Teil: Bis zum Kriege von 1918, II. Band, Mannheim, Berlin, 1918

Heilmann, Alfons; Die Klostersvogtei im rechtsrheinischen Teil der Diözese Konstanz bis zur Mitte des dreizehnten Jahrhunderts (Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland, Sektion für Rechts- und Sozialwissenschaft, Heft 3), Köln, 1908

Heinemann, Emma; Zur Geschichte der Staatsanschauungen in Deutschland während des XVIII. Jahrhunderts vor der französischen Revolution, phil. Diss. Bonn 1914, Braunschweig, 1915

Heinemann, Ulrich; Lehnserteilungen und lehnsrechtliche Verfügungen Kaiser Karl IV., phil. Diss. Halle-Wittenberg 1907, Halle a. S., 1907

Helbig, Herbert; Fürsten und Landstände im Westen des Reiches im Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit, in: *Rheinische Vierteljahrsblätter*. Mitteilungen des Instituts für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande an der Universität Bonn, XXIX. Band, Aufsätze ..., S. 32-72, Bonn, 1964

Hermkes, Wolfgang; Das Reichsvikariat in Deutschland: Reichsvikare nach den Tode des Kaisers von der Goldenen Bulle bis zum Ende des Reiches (Studien und Quellen zur Geschichte des deutschen Verfassungsrechts, Reihe A, Band 2), Karlsruhe, 1968

Herrmann, Alfred; Der Aufstieg Napoleons. Krieg und Diplomatie vom Brumaire bis Lunéville, Berlin, 1912

Herrmann, Willy; Alfons X. von Castilien als römischer König, phil. Diss. Berlin 1897, Teildruck, Berlin, 1897

Herrschaft und Staat im Mittelalter; (Wege der Forschung, 2), Darmstadt, 1956

Hersche, Peter; Die deutschen Domkapitel im 17. und 18. Jahrhundert, I. (Band): Einleitung und Namenslisten, II. (Band): Vergleichende sozialgeschichtliche Untersuchungen, III. (Band): Tabellen, Bände I. u. II. Habil.-Schr. Bern 1981, Bern 1984

Hertz, Friedrich; Die Rechtsprechung der höchsten Reichsgerichte im römisch-deutschen Reich und ihre politische Bedeutung, in: *MIÖG*, LXIX. Band, 1961, (Aufsätze), S. 331-358

Herzberg-Fränkell, S.; Die ältesten Land- und Gottesfrieden in Deutschland, in: *Forschungen zur Deutschen Geschichte*, XXIII. Band. Auf Veranlassung Seiner Majestät der Königs von Bayern hrsg. durch die historische Commission bei der Königl. Akademie der Wissenschaften, S. 117-163, Göttingen, 1883

Herzog, Roman; Allgemeine Staatslehre (Athenaeum, Lehrbücher des öffentlichen Rechts, Band 1), Frankfurt/M., 1971

Hinschius, Paul; System des katholischen Kirchenrechts in besonderer Rücksicht auf Deutschland, I., II. u. V. Band (Das Kirchenrecht der Katholiken und Protestanten in Deutschland, I., II. u. V. Band), Berlin, 1869, 1878, 1895

Hintze, Otto; Geist und Epochen der preußischen Geschichte (Gesammelte Abhandlungen, hrsg. von Fritz Hartung, Band 3), Leipzig, 1943

ders.; Staat und Verfassung: Gesammelte Abhandlungen zur allgemeinen Verfassungsgeschichte, hrsg. von Gerhard Oestreich mit einer Einleitung von Fritz Hartung, 3., durchges. und erw. Aufl. (ders., Gesammelte Werke, Band 1), Göttingen 1970

ders.; Typologie der ständischen Verfassungen des Abendlandes, in: *HZ*, CXLI. Band, 1930, Aufsätze, S. 229-248

Hirsch, Hans; Die hohe Gerichtsbarkeit im deutschen Mittelalter, 2., unveränd. Aufl. mit Nachwort von Theodor Mayer, Köln, Graz, 1958

ders.; Die Klosterimmunität seit dem Investiturstreit: Untersuchungen zur Verfassungsgeschichte des deutschen Reiches und der deutschen Kirche, Weimar, 1913

His, Rudolf; Das Strafrecht des deutschen Mittelalters, Teil I u. II, Neudruck der Ausg. 1920 (Teil I) und der Ausg. 1935 (Teil II), Weimar, Scientia Verlag Aalen, 1964

Hock, Carl von und Bidermann und Hermann Ignaz; Der österreichische Staatsrath (1760-1848): eine geschichtliche Studie, vorher. und begonnen von C v. H., aus dessen literarischem Nachlasse fortgesetzt und vollendet von H. I. B., Wien, 1879

Hömig, Klaus Dieter; Der Reichsdeputationshauptschluß vom 25. Februar 1803 und seine Bedeutung für Staat und Kirche unter besonderer Berücksichtigung württembergischer Verhältnisse, jur. Diss. Tübingen 1966 (Juristische Studien, Band 14), Tübingen 1969

Hörger, Karl; Die reichsrechtliche Stellung der Fürstäbtissinnen, in: *Archiv für Urkundenforschung*, hrsg. von Karl Brandi und Harry Breslau, IX. Band, S. 195-270, Berlin, Leipzig, 1926

Hoffmann, Brigitte; Das deutsche Königtum Konrads IV., phil. Diss. Tübingen 1960, maschinenschriftlich

Hoke, Rudolf; Die Emanzipation der deutschen Staatsrechtswissenschaft von der Zivilistik im 17. Jahrhundert, in: *Der Staat. Zeitschrift für Staatslehre, ...*, XV. Band, (Abhandlungen und Aufsätze), S. 211-230, Berlin, 1976

Hollmack, Heinz; Die Reformpolitik Leopolds von Toskana, in: *HZ*, CLXV. Band, 1942, Aufsätze, S. 23-46

Hoyer, Ernst; Gratian und der Blutbann der geistlichen Fürsten des mittelalterlichen deutschen Reiches, in: *Studia Gratiana post octava decreti saecularia. Avctore consilio commemorationi gratianae instrvenda edita*, IV. cvrantibvs Ios. Forchielli, Alph. M. Stickler, p. 131-183, Bologna, 1956

Huber, Ernst Rudolf; Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, I. Band: Reform und Restauration 1789 bis 1830, Nachdruck der 2., verb. Aufl., Stuttgart, Berlin, 1975

ders.; Reich, Volk und Staat in der Reichsrechtswissenschaft des 17. und 18. Jahrhunderts, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, hrsg. von Hermann Bente u. a., CII. Band, (Abhandlungen), S. 593-627, Tübingen, 1942

Hüffer, Hermann; Forschungen aus dem Gebiete des französischen und des rheinischen Kirchenrechts nebst geschichtlichen Nachrichten über das Bisthum Aachen und das Domkapitel zu Köln, Münster i. W., 1963

ders.; Der Krieg des Jahres 1799 und die zweite Koalition, I. u. II. Band, Gotha, 1904, 1905

ders.; Die Neapolitanische Republik des Jahres 1799, in: *HTb*, VI. Folge, 3. Jahrg., S. 279-388, 1884

Hürten, Heinz; Die Mainzer Akzeption von 1439, in: *Archiv für mittelrheinische Kirchengeschichte*, im Auftrag der Gesellschaft für mittelrheinische Kirchengeschichte hrsg. von Ludwig Lenhart, 11. Jahrg., 1959, I. Abhandlungen, S. 42-75, Speyer/Rh., 1959

Investiturstreit und Reichsverfassung; hrsg. von Josef Fleckenstein (Vorträge und Forschungen, hrsg. vom Konstanzer Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte, Band 17), Sigmaringen, 1973

Isemann, Eberhard; Zur Frage der Reichsstandschaft der Frei- und Reichsstädte, in: *Stadtverfassung, Verfassungsstaat, Pressepolitik: Festschrift für Eberhard Naujoks zum 65. Geburtstag*, hrsg. von Franz Quarthal u. a., II., S. 91-110, Sigmaringen, 1980

Jordan, Karl; Die Bistumsgründungen Heinrichs des Löwen: Untersuchungen zur Geschichte der ostdeutschen Kolonisation, Habil.-Schr. Halle-Wittenberg 1938 (Schriften des Reichsinstituts für ältere deutsche Geschichtskunde: Monumenta Germaniae historica, 3), Leipzig, 1939

ders.; Herzogtum und Stamm in Sachsen während des hohen Mittelalters, in: *Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte*, XXX. Band, Aufsätze, S. 1-27, Hildesheim, 1958

Just, Leo; Stufen und Formen des Absolutismus: Ein Überblick, in: *HJ*, 80. Jahrg., 1961, Aufsätze, S. 143-159

Kaerst, Julius; Studien zur Entwicklung und theoretischen Begründung der Monarchie im Altertum (Historische Bibliothek, 6), München, 1898

Käss, Ludwig; Die Organisation der allgemeinen Staatsverwaltung auf dem linken Rheinufer durch die Franzosen während der Besetzung 1792 bis zum Frieden von Lunéville (1801), jur. Diss. Giessen 8. Juli 1928, Mainz, 1929

Kallen, Gerhard; Das Kölner Erzstift und der „ducatus Westfalie et Angarie“ (1180) (Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde, Vortrag gehalten am 10. April 1956), Bonn, 1957

ders.; Der Investiturstreit als Kampf zwischen germanischem und romanischem Denken, Köln, 1937

Kaltenborn, Carl von; Einleitung in das constitutionelle Verfassungsrecht, Leipzig, 1863

Karnbaum, Anton; Die Aufhebung des Herzogtums Franken, in: *Neues Archiv der Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde*, XXXVII. Band, XVI., S. 786-790, Hannover, Leipzig, 1912

Kaser, Max; Römische Rechtsgeschichte, 2. Aufl., Göttingen, 1967

Kastner, Karl; Die grosse Säkularisation in Deutschland (Schöninghs Sammlung kirchengeschichtlicher Quellen und Darstellungen, Heft 9), Paderborn 1925

Kern, Ernst; *Moderner Staat und Staatsbegriff: Eine Untersuchung über die Grundlagen und die Entwicklung des kontinental-europäischen Staates (Abhandlungen der Rechts- und Staatswissenschaften)*, Hamburg, 1949

Kern, Fritz; *Gottesgnadentum und Widerstandsrecht im früheren Mittelalter: Zur Entwicklungsgeschichte der Monarchie*, hrsg. von Rudolf Buchner, 2. Aufl., Münster i. W., Köln, 1954

ders.; *Recht und Verfassung im Mittelalter*, in: *HZ*, CXX. Band, 1919, Aufsätze, S. 1-79

Kesting, Hermann; *Geschichte und Verfassung des Niedersächsisch-Westfälischen Reichsgrafen-Kollegiums*, in: *Westfälische Zeitschrift. Zeitschrift für Vaterländische Geschichte und Altertumskunde*, hrsg. von dem Verein für Geschichte und Altertumskunde Westfalens durch Karl Zuhorn u. a., CVI. Band, 1. Abteilung, S. 175-246, Regensburg, Münster i. W., 1956

Ketterer, Johann; *Karl der Große und die Kirche*, München, Leipzig, 1898

Kirchengut in Fürstenhand: 1803: Säkularisation in Baden und Württemberg, Revolution von oben; hrsg. von Staatliche Schlösser und Gärten Baden-Württemberg, Stadt Bruchsal, Bruchsal, Heidelberg, 2003

Klassen, Peter; *Die Grundlagen des aufgeklärten Absolutismus (List Studien. Untersuchungen zur Geschichte der Staatswissenschaften, Heft 4)*, Jena, 1929

Kleinheyer, Gerd; *Die kaiserlichen Wahlkapitulationen: Geschichte, Wesen und Funktion*, Habil.-Schr. Bonn 1968 (Studien und Quellen zur Geschichte des deutschen Verfassungsrechts, hrsg. von Hermann Conrad und Ulrich Scheuner, Reihe A: Studien, Band 1), Karlsruhe, 1968

Kleinschmidt, Arthur; *Die Säkularisation von 1803 (Deutsche Zeit- und Streit-Fragen, Jahrgang VII, Heft 107)*, Berlin 1878

Klingelhöfer, Erich; *Die Reichsgesetze von 1220, 1231/32 und 1235: Ihr Werden und ihre Wirkung im deutschen Staat Friedrich II.*, phil. Diss. Marburg 1948 (Quellen und Studien zur Verfassungsgeschichte der Deutschen Reiches in Mittelalter und Neuzeit. Begründet von Karl Zeumer, hrsg. von Fritz Hartung, Band 8, Heft 2), Weimar, 1955

Kloß, Rudolf; *Das Grafchaftsgerüst des Deutschen Reiches im Zeitalter der Herrscher aus sächsischem Hause. Mit einem Anhang (Zur Frage der Grafchaftsverleihungen an die Kirche) und einer Karte*, phil. Diss. Breslau 1939, Breslau, 1940

Klüpfel, Karl; Die Friedensunterhandlungen Würtembergs mit der französischen Republik 1796-1802, in: *HZ*, N.F., X. Band, 1881, Aufsätze, VI., S. 385-429

Knapp, Theodor; Zur Geschichte der Landeshoheit, in: *WVjLG*, N.F., 38. Jahrg., 1932, S. 9-112

Koch, Georg; Manegold von Lautenbach und die Lehre von der Volkssouveränität unter Heinrich IV., phil. Diss. Gießen 1902 (Historische Studien, 34), Berlin, 1902

Koch, Gottfried; Auf dem Wege zum Sacrum Imperium: Studien zur ideologischen Herrschaftsbegründung der deutschen Zentralgewalt im 11. und 12. Jahrhundert (Forschungen zur mittelalterlichen Geschichte, 20), Wien, 1972

ders.; Montesquieus Verfassungstheorie, phil. Diss. Halle 1883

ders.; Sacrum Imperium: Bemerkungen zur Herausbildung der staufischen Herrschaftsideologie, in: *ZfG*, XVI. Band, Heft 5, 1968, Miscellen, S. 596-614

Koch, Hugo; Richard von Cornwall. Erster Teil (1209-1257), phil. Diss. Straßburg 1887

Koehlin, Raymond; La politique française au Congrès de Rastadt (1797-1799), Les préliminaires et la formation du congrès, L'Ouverture du congrès et les premières démarches des plénipotentiaires français, La cession de la rive gauche du Rhin, Le principe des sécularisations. Premières négociations de la coalition, in: *Annales de l'École libre des sciences politiques. Recueil trimestriel, publié avec la collaboration des professeurs et les anciens élèves de l'école*, 1. année-1886, I.–Articles originaux, p. 90-126, 394-425, 2. année-1887, I.–Articles originaux, p. 190-221, 3. année-1888, I.–Articles originaux, p. 268-284, 399-422, Paris, 1886-1888

Körner, Theodor; Iuramentum und frühe Friedensbewegung (10.-12. Jahrhundert) (Münchener Universitätschriften, Juristische Fakultät, Abhandlungen zur rechtswissenschaftlichen Grundlagenforschung, Band 26), Berlin, 1977

Kormann, Karl; Die Landeshoheit in ihrem Verhältnis zur Reichsgewalt im alten Deutschen Reich seit dem westfälischen Frieden, in: *Zeitschrift für Politik*, hrsg. von Richard Schmidt u. a., VII. Band, (A.) Abhandlungen, IV., S. 139-170, Berlin, 1914

Krammer, Mario; Das Kurfürstenkolleg von seinen Anfängen bis zum Zusammenschluß im Renser Kurverein des Jahres 1338 (Quellen und Studien zur Verfassungsgeschichte des Deutschen Reiches in Mittelalter und Neuzeit, hrsg. von Karl Zeumer, Band 5, Heft 1), Weimar, 1913

Krause, Hans-Georg; Das Papstwahldekret von 1059 und seine Rolle im Investiturstreit (Studi gregoriani per la storia di Gregorio VII e della riforma gregoriana, 7), Rom, 1960

Kremer, Bernd Mathias; Der Westfälische Friede in der Deutung der Aufklärung: Zur Entwicklung des Verfassungsverständnisses im Hl. Röm. Reich Deutscher Nation vom Konfessionellen Zeitalter bis ins späte 18. Jahrhundert, jur. Diss. Tübingen 1986

Kretschmayr, Heinrich; Das deutsche Reichsvicekanzleramt, in: *Archiv für österreichische Geschichte*, hrsg. von der zur Pflege vaterländischer Geschichte aufgestellten Commission der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften, LXXXIV. Band, S. 381-502, Wien, 1892

Krieger, Karl Friedrich; Die Lehnshoheit der deutschen Könige im Spätmittelalter (ca. 1200-1437), erweiterte Habil.-Schr. Regensburg 1977 (Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, N.F., Band 23), Aalen, 1979

Küchler, Winfried; Das Bannmeilenrecht: Ein Beitrag der mittelalterlichen Ostsiedlung zur wirtschaftlichen und rechtlichen Verschränkung von Stadt und Land, gekürzte Fassung phil. Diss. Freiburg/Br. 1961 (Marburger Ostforschungen, 24), Würzburg, 1964

Kuhl, Hermann; Bonapartes Erster Feldzug 1796, der Ausgangspunkt moderner Kriegsführung. Mit 5 Übersichtsskizzen und 10 Textstellen, Berlin, 1902

Kunisch, Johannes; Staatsverfassung und Mächtepolitik: Zur Genese von Staatenkonflikten im Zeitalter des Absolutismus (Historische Forschungen, Band 15), Berlin, 1979

Kuriki, Hisao; Die Rolle des Allgemeinen Staatsrechts in Deutschland von der Mitte des 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts – Eine wissenschafts- und dogmengeschichtliche Untersuchung –, in: *AöR*, IC. Band, 1974, Abhandlungen, S. 556-585

Laakmann, Reinhold; Die Königsgewalt bei Manegold von Lautenbach, phil. Diss. Hamburg 1968

Laband, Paul; Der Begriff der Sonderrechte nach Deutschem Reichsrecht (aus: *Annalen des Deutschen Reichs*, Jahrg. 1874), Leipzig, 1874

ders.; Rede über die Bedeutung der Rezeption des Römischen Rechts für das deutsche Staatsrecht (Der Rectoratswechsel an der Kaiser-Wilhelm-Universität Strassburg am 1. Mai 1880, Jahresbericht erstattet von Prorector Albert Lücke, S. 24-57), Straßburg, 1889

Läwen, Gerhard; Stammesherrzog und Stammesherrzogtum: Beiträge zur Frage ihrer rechtlichen Bedeutung im 10.-12. Jahrhundert (Neue Deutsche Forschungen, Abteilung Mittelalterliche Geschichte, Band 1), Berlin, 1935

Lammert, Friedrich; Der Streit um die Kurwürde zwischen Sachsen=Lauenburg und Sachsen=Wittenberg, in: *HV*, 30. Jahrg., 1935, Aufsätze, a), S. 305-315

Landwehr, Götz; Königtum und Landfrieden. Gedanken zum Problem der Rechtsbildung im Mittelalter, in: *Der Staat. Zeitschrift für Staatslehre, ...*, VII. Band 1968, (Berichte und Kritik), (Buchbesprechungen), S. 84-97, Berlin, 1968

Lange, Hermann und Maximiliane Kriechbaum; Römisches Recht im Mittelalter, I. Band: Die Glossatoren (Lange), II. Band: Die Kommentatoren (Lange, Kriechbaum), München, 1997, 2007

Laufs, Adolf; Rechtsentwicklungen in Deutschland, 5., überarb. u. erweit. Aufl., Berlin, New York, 1996

ders., Ernst Gottfried Mahrenholz, Dieter Mertens u.a.; Das Eigentum an Kulturgütern aus badischem Hofbesitz (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B, Heft 172), Stuttgart, 2008

Levy, Max; Worms am Ende der reichsstädtischen Verfassung, in: *Vom Rhein. Monatsschrift des Altertums-Vereins für die Stadt Worms*. Im Auftrage des Altertums-Vereins hrsg. von A. Weckerling u. a., 8. Jahrg., 1919, Februar, S. 11-14, März und April, S. 25-32, Mai, S. 36-40, Worms, 1919

Lilienfein, Heinrich; Die Anschauungen von Staat und Kirche im Reich der Karolinger: ein Beitrag zur mittelalterlichen Weltanschauung, phil. Diss. Heidelberg 1902 (Heidelberger Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte, 1), Heidelberg, 1902

Link, Christoph; „Jus divinum“ im deutschen Staatsdenken der Neuzeit, in: *Festschrift für Ulrich Scheuner zum 70. Geburtstag*, hrsg. von Horst Ehmke u. a., S. 337-398, Berlin, 1973

Lintzel, Martin; Der Ursprung der deutschen Pfalzgrafschaften, in: *ZRG, GA, IL. Band*, 1929, V., S. 233-263

ders.; Zu den deutschen Königswahlen in der Ottonenzeit, in: *ZRG, GA, LXVI. Band*, 1948, II., S. 46-63

List, Albrecht; Zur Geschichte der revolutionären Bewegung in Schwaben im Frühjahr 1799, in: *WVjLG, N.F.*, 25. Jahrg., Festband, 1916, S. 523-531

Loening, Edgar; Die Sonderrechte der Deutschen Staaten und die Reichsverfassung, in: *Annalen des Deutschen Reichs für Gesetzgebung, Verwaltung und Statistik*, hrsg. von Georg Hirth, 8. Jahrg., 1875, 3. Heft (Januar 1875), S. 337-370, Leipzig, 1875

Lohmann, Karl; Das Reichsgesetz vom Jahre 1654 über die Steuerpflichtigkeit der Landstände, phil. Diss. Bonn 1893, Bonn, 1893

Longy, Louis-Ferdinand-René-Joseph; La Campagne de 1797 sur le Rhin (Publié sous la direction de la Section historique de l'État-major de l'armée), Paris, 1909

Männl, Ingrid; Die gelehrten Juristen in den deutschen Territorien im späten Mittelalter, phil. Diss. Gießen 1987

Maier, Hans; Hegels Schrift über die Reichsverfassung, in: *Politische Vierteljahresschrift. Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft*, hrsg. von Karl Dietrich Bracher u. a., 4. Jahrg., 1963, (Abhandlungen), (Politische Theorie und Ideengeschichte), S. 334-349, Köln, Opladen, 1963

Manz, Luise; Der Ordo-Gedanke: ein Beitrag zur Frage des mittelalterlichen Ständegedankens, phil. Diss. Heidelberg 1936

Massenbach, Hermann; Amberg und Würzburg 1796: Ein Säkular=Beitrag zur Kriegsgeschichte, München, 1896

Masson, Frédéric; Le Département des Affaires étrangères pendant la Révolution 1787-1804, Paris, 1877

Maurer, Hans-Martin; Die Ausbildung der Territorialgewalt oberschwäbischer Klöster vom 14. bis zum 17. Jahrhundert, in: *BdL*, 109. Jahrg., 1973, S. 151-195

Mayer, Otto; Deutsches Verwaltungsrecht, I. u. II. Band, 3. Aufl. (Systematisches Handbuch der Deutschen Rechtswissenschaft. Begründet von Karl Binding, hrsg. von Friedrich Oetker, Abteilung 6, Band 1), München, Leipzig, 1924

Mayer, Theodor; Analekten zum Problem der Entstehung der Landeshoheit, vornehmlich in Süddeutschland, in: *BdL*, 89. Jahrg., 1952, S. 87-111

ders.; Fürsten und Staat: Studien zur Verfassungsgeschichte des deutschen Mittelalters, Weimar, 1950

ders.; Geschichtliche Grundlagen der deutschen Verfassung: Festrede gehalten bei der Reichsgründungsfeier am 18. Januar 1933 (Schriften der Hessischen Hochschulen, Universität Giessen, Jahrgang 1933, Heft 1), Giessen, 1933

Meister, Aloys; Die Entstehung der Kuriatstimmen, in: *HJ*, Jahrg. 1913 (XXXIV. Band), 2. Kleine Beiträge, S. 828-834

Mejer, Otto; Zur Geschichte der römisch-deutschen Frage, I.-III. Theil, Rostock, Freiburg/Br., 1871, 1872, 1885

Menadier, J.; Das Münzrecht der deutschen Stammesherzoge, in: *Zeitschrift für Numismatik*, XXVII. Band, S. 158-167, Berlin, 1909

Merkle, Sebastian; Die Bedeutung der geistlichen Staaten im alten deutschen Reich, in: *ders.*, *Ausgewählte Reden und Aufsätze: Anlässlich seines 100. Geburtstags in Verbindung mit dem Sebastian-Merkle-Institut der Universität Würzburg* hrsg. von Theobald Freudenberger, *Aus Merkles wissenschaftlicher Arbeit, I.*, S. 469-487 (Quellen und Forschungen zur Geschichte des Bistums und Hochstifts Würzburg, Band 17), Würzburg, 1965

Meyer, Ernst; Das Herzogtum des Bischofs von Würzburg und die fränkischen Landgerichte, in: *Deutsche Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, N.F., 1. Jahrg., 1896/97, Vierteljahreshefte, S. 180-237, Freiburg/Br., Leipzig, 1897

Meyer, Georg; Der Staat und die erworbenen Rechte (Staats- und völkerrechtliche Abhandlungen, hrsg. von Georg Jellinek und Georg Meyer, I. 2), Leipzig, 1895

Michailowski-Danilewski, Alexander und Dimitri Miliutin; Geschichte des Krieges Rußlands mit Frankreich unter der Regierung Kaiser Pauls'I. im Jahre 1799, in's Deutsche übertragen von Chr. Schmitt, I.-V. Band, München, 1956-58

Mikoletzky, Hanns Leo; Kaiser Heinrich II. und die Kirche (Veröffentlichungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung, 8), Wien, 1946

Miot de Melito; Mémoires du Comte de Miot de Melito, Tome I-III, Paris, 1858

Mitteis, Heinrich; Der Staat des hohen Mittelalters: Grundlinien einer vergleichenden Verfassungsgeschichte des Lehnzeitalters, 7., unveränd. Aufl., Weimar, 1962

ders.; Die deutsche Königswahl: Ihre Rechtsgrundlagen bis zur Goldenen Bulle, 2., erw. Aufl., Brünn, München, Wien, 1944

ders.; Lehnrecht und Staatsgewalt: Untersuchungen zur mittelalterlichen Verfassungsgeschichte, Weimar, 1933

ders.; Zum Mainzer Reichslandfrieden von 1235, in: *ZRG, GA*, LXII. Band, 1942, II., S. 13-56

Mittenzwei, Ingrid; Der „aufgeklärte“ Absolutismus in den deutschen Territorialstaaten: Ein historischer Vergleich, in: *Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde*, Jahrg. 1972, (XIV), S. 1112-1121, Berlin, 1972

Mohrmann, Wolf-Dieter; Lauenburg oder Wittenberg? Zum Problem des sächsischen Kurstreites bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts (Veröffentlichungen des Instituts für Historische Landesforschung der Universität Göttingen, Band 8), Hildesheim, 1975

Mommsen, Theodor; Römisches Staatsrecht, Bände I-III (I., II. Band 3. Aufl.) (Handbuch der Römischen Alterthümer, Bände 1-3), Leipzig, 1887, 1888

Montanus, Reinhard; Zum Problem der Reichskontinuität im öffentlichen Bewußtsein Deutschlands im Jahrhundert nach dem Westfälischen Frieden, phil. Diss. Bonn 5. Juni 1957, maschinenschriftlich

Moraw, Peter; Über gelehrte Juristen im deutschen Spätmittelalter, in: *Mediaevalia Augiensia: Forschungen zur Geschichte des Mittelalters*, vorgelegt von Mitgliedern des Konstanzer Arbeitskreises für mittelalterliche Geschichte, hrsg. von Jürgen Petersohn, Sozial- und Verfassungsgeschichte, S. 125-147, Stuttgart, 2001

ders.; Versuch über die Entstehung des Reichstags, in: *Politische Ordnungen und soziale Kräfte im alten Reich*, hrsg. von Hermann Weber (Veröffentlichungen des Instituts für europäische Geschichte Mainz, Abteilung Universalgeschichte, Beiheft 8, Beiträge zur Sozial- und Verfassungsgeschichte des alten Reiches, Nr. 2), S. 1-36, Wiesbaden, 1980

Moreau (Jean Viktor) *Ein Blick auf seine Feldzuege, seinen Charakter und seine Schicksale*; 2., verm. Aufl., Berlin, 1814

Mras, Karl; Der Feldzug 1799 in Italien, nach dem Abmarsch der Russen in die Schweiz. Nach oestreichischen Originalquellen bearbeitet, in: *Oestreichische militaerische Zeitschrift*, Jahrg. 1822, (I. Band), 3. Heft, I., S. 259-304, Wien, 1822

ders.; Der Feldzug 1800 in Italien. Nach östreichischen Originalquellen bearbeitet, in: *Oestreichische militaerische Zeitschrift*, Jahrg. 1822, III. Band, 7. Heft, II., S. 16-55, 8. Heft, III., S. 173-200, 9. Heft, III., S. 283-313, IV. Band, 10. Heft, IV., S. 80-107, 11. Heft, III., S. 165-203, 12. Heft, I., S. 239-292, Jahrg. 1823, III. Band, 7. Heft, I., S. 3-27, 8. Heft, I., S. 119-155, 9. Heft, I., S. 235-272, Jahrg. 1828, I. Band, 1. Heft, II., S. 34-56, 2. Heft, II., S. 172-188, 3. Heft, II., S. 274-289, II. Band, 4. Heft, IV., S. 302-330, III. Band, 7. Heft, II., S. 35-71, Wien, 1822, 1823, 1828

Müller, Heinrich; Der letzte Kampf der Reichsritterschaft um ihre Selbständigkeit (1790-1815) (Historische Studien, Heft 77), Berlin, 1910

Müller, Klaus; Zur Reichskriegserklärung im 17. und 18. Jahrhundert, in: *ZRG*, GA, XC. Band, 1973, (Miscellen), S. 246-259

Müller, Richard; Die rechtlichen Wandlungen der „advocatio ecclesiae“ des römischen Kaisers deutscher Nation, jur. Diss. Erlangen 1895, Kaiserslautern, 1895

Nabonne, Bernard; La diplomatie du Directoire et Bonaparte d' après les papiers inédits de Reubell, Paris, 1951

Näf, Werner; Herrschaftsverträge und Lehre vom Herrschaftsvertrag, in: *Schweizer Beiträge zur Allgemeinen Geschichte Etudes suisses d'histoire générale Studi svizzeri di storia generale*, hrsg. von Werner Näf, VII. Band, Abhandlungen, S. 26-52, Aarau, 1949

ders.; Staat und Staatsgedanke: Vorträge zur neueren Geschichte, Bern, 1935

Neumann, Walther; Die deutschen Königswahlen und der päpstliche Machtanspruch während des Interregnums (Historische Studien, 144), Berlin, 1921

Oestreich, Gerhard; Geist und Gestalt des frühmodernen Staates: Ausgewählte Aufsätze, Berlin, 1969

Ott, Irene; Der Regalienbegriff im 12. Jahrhundert, in: *ZRG, KA XXXV*, 1948, IV., S. 234-304

Overmann, Alfred; Die Abtretung des Elsass an Frankreich im Westfälischen Frieden, in: *ZGO, N.F.*, XIX. Band, 1904, S. 79-111, 434-478, XX. Band, 1905, S. 103-145

Perthes, Clemens Theodor; Das deutsche Staatsleben vor der Revolution: Eine Vorarbeit zum deutschen Staatsrecht, Hamburg, Gotha, 1845

ders.; Politische Zustände und Personen in Deutschland zur Zeit der französischen Herrschaft, I. Band: Das südliche und westliche Deutschland, II. Band: Die deutschen Länder des Hauses Oesterreich, Gotha, 1862, 1869

Pesendorfer, Franz; Ein Kampf um die Toskana: Grossherzog Ferdinand III. 1790-1824 (Österreichische Akademie der Wissenschaften, Veröffentlichungen der Kommission für die Geschichte Österreichs, Band 12), Wien, 1984

Pick, Eckhart; Die Bemühungen der Stände um eine beständige Wahlkapitulation und ihr Ergebnis 1711, phil. Diss. Mainz 1968

Piétri, François; Napoléon et le Parlement ou la dictature enchainée, Paris, 1955

Planitz, Hans und Karl August Eckhardt; Deutsche Rechtsgeschichte, 3. Aufl., Graz, Köln, 1971

Politische Ordnungen und soziale Kräfte im alten Reich; hrsg. von Hermann Weber (Veröffentlichungen des Instituts für europäische Geschichte Mainz, Abteilung Universalgeschichte, Beiheft 8, Beiträge zur Sozial- und Verfassungsgeschichte des alten Reiches, Nr. 2), S. 1-36, Wiesbaden, 1980

Pomtow, Max; Ueber den Einfluss der altrömischen Vorstellungen vom Staat auf die Politik Kaiser Friedrichs I. und die Anschauungen seiner Zeit, phil. Diss. Halle 1885

Poniatowski, Michel; Talleyrand et le Directoire 1796-1800, Paris, 1982

Press, Volker; Das «Droit d'Epaves» des Kaisers von Österreich. Finanzkrise und Stabilisierungspolitik zwischen Lunéville und Pressburger Frieden, in: *Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft*, hrsg. von Helmut Berding u. a., 6. Jahrg., 1980, S. 559-573, Göttingen, 1980

Rachfahl, Felix; Der dualistische Ständestaat in Deutschland, in: *Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich. Des „Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege des Deutschen Reichs“* N.F., 26. Jahrg., hrsg. Gustav Schmoller, III. Heft, (I.), S. 165-219 (1063-1117), Leipzig, 1902

ders.; Waren die Landstände eine Landesvertretung? in: *Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft in Deutschen Reiche*, 40. Jahrg., hrsg. von Gustav Schmoller, 3. Heft, S. 55 (S. 1141)-84 (S. 1180), München, Leipzig, 1916

Rambaud, Alfred; Les Français sur le Rhin (1792-1804) (La domination française en Allemagne (1)), Paris, 1919

Randelzhofer, Albrecht; Völkerrechtliche Aspekte des Heiligen Römischen Reiches nach 1648, jur. Diss. München 1967 (Schriften zum Völkerrecht, Band 1), Berlin, 1967

Raumer, Kurt von; Absoluter Staat, korporative Libertät, persönliche Freiheit, in: *HZ*, CLXXXIII. Band, 1957, Aufsätze, S. 55-96

Rechtsprobleme in Staat und Kirche: Festschrift für Rudolf Smend zum 70. Geburtstag 15. Januar 1952, dargebracht von Freunden, Schülern und Kollegen; S. 103-143 (Göttinger Rechtswissenschaftliche Studien, hrsg. von der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Göttingen, Band 3), Göttingen, 1952

Reden-Dohna, Armgard von; Reichsstandschaft und Klosterherrschaft: Die Schwäbischen Reichsprälaten im Zeitalter des Barock (Institut für Europäische Geschichte Mainz, Vorträge Nr. 78., Vortrag gehalten am 6. November 1981 im Institut für Europäische Geschichte, Abteilung Universalgeschichte), Wiesbaden, 1982

Redslob, Robert; Die Staatstheorien der französischen Nationalversammlung von 1789: Ihre Grundlagen in der Staatslehre der Aufklärungszeit und in den englischen und amerikanischen Verfassungsgedanken, Leipzig, 1912

Reibstein, Ernst; Volkssouveränität und Freiheitsrechte: Texte und Studien zur politischen Theorie des 14.-18. Jahrhunderts, hrsg. von Claus Dieter Schott, I. u. II. Band (Orbis Academicus. Problemgeschichten der Wissenschaft in Dokumenten und Darstellungen, Sonderbände 1/1 u. 1/2), Freiburg/Br., München, 1972

Reich oder Nation? Mitteleuropa 1780-1815; hrsg. von Heinz Duchhardt und Andreas Kunz (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz: Beiheft; 46: Abteilung Universalgeschichte), Mainz, 1998

Reisinger, Roswitha; Die Römisch-Deutschen Könige und ihre Wähler 1198-1273, phil. Diss. Wien 1970 (Untersuchungen zur deutschen Staats- und Verfassungsgeschichte, N.F., 21) Aalen, 1977

Renouard, C.; Geschichte des französischen Revolutionskrieges im Jahre 1792. Grossentheils nach bisher unbenutzten handschriftlichen Originalien so wie anderen Quellen politisch-militärisch bearbeitet, Kassel, 1865

Reuß, Johann August; Zur Geschichte der Repräsentativverfassung in Deutschland, in: *AöR*, N.F., XXVII. Band, 1936, I., S. 1-27

Rhenius, Luise; Die Idee der natürlichen Grenzen und die französische Revolution. 1789-1815, phil. Diss. Jena 1918, Wieda i. Th., 1981, Teildruck

Richter, Gregor; Die Vertretung der thüringischen Staaten beim Regensburger Reichstag 1663-1806, in: *BdL*, 98. Jahrg. 1962, Aufsätze, S. 121-158

Rieker, Karl; Staat und Kirche nach lutherischer, reformierter, moderner Anschauung, in: *HV*, Jahrg. 1898 (I. Jahrg.), Aufsätze, S. 370-416

Rietschel, Siegfried; Das Burggrafnamt und die hohe Gerichtsbarkeit in den deutschen Bischofsstädten während des früheren Mittelalters (Untersuchungen zur deutschen Stadtverfassung, Band 1), Leipzig, 1905

Ritter, Paul; Die Konvention von Reichenbach (27. Juli 1790), phil. Diss. Berlin 6. Aug. 1898, Teildruck 34 Seiten, Berlin, 1898

Ritter von Lang, Karl Heinrich; Memoiren: Skizzen aus meinem Leben und Wirken, meinen Reisen und meiner Zeit, I. u. II. Theil, 2. Aufl., Braunschweig, 1842

Roberg, Burkhard; Die Abdankung Alfons'X. von Kastilien als deutscher König, in: *HJ*, 84. Jahrg., 1964, Aufsätze, S. 334-351

Roberts, L. M.; The negotiations preceding the peace of Lunéville, in: *Transactions of the Royal Historical Society*, New Series, Vol. XV., p. 47-130, London 1901, Kraus Reprint Nendeln/Liechtenstein, 1971

Rodger, Alexander Bankier; The war of the Second Coalition, 1798 to 1801: A strategic commentary, Oxford, 1964

Roeck, Bernd; Reichssystem und Reichsherkommen: Die Diskussion über die Staatlichkeit des Reiches in der politischen Publizistik des 17. und 18. Jahrhunderts, überarb. phil. Diss. München WS 1979/80 (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Abteilung Universalgeschichte, Band 112, Beiträge zur Sozial- und Verfassungsgeschichte des Alten Reiches, Nr. 4), Stuttgart, 1984

Röd, Wolfgang; Geometrischer Geist und Naturrecht: Methodengeschichtliche Untersuchungen zur Staatsphilosophie im 17. und 18. Jahrhundert (Bayerische Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-Historische Klasse, Abhandlungen, N.F., Heft 70), München, 1970

Roederer, Pierre Louis; Journal du Comte P. – L. Roederer Ministre et Conseiller d'Etat. Notes intimes et politiques d'un familier des Tuileries. Introduction et notes par Maurice Vitrac (Bibliothèque du Vieux Paris, Autour de Bonaparte), Paris, 1912

ders.; Oeuvres du Comte Pierre Louis Roederer, publiés par son fils le baron A. M. Roederer, tant sur les manuscrits inédits de l'auteur, que sur les éditions partielles de ceux de ses ouvrages qui ont déjà été publiés, avec les corrections et les changements qu'il y a faits postérieurement, Tome I-VII, Paris, 1853-1857

Rörig, Fritz; Die Entstehung der Landeshoheit des Trierer Erzbischofs zwischen Saar, Mosel und Ruwer und ihr Kampf mit den patrimonialen Gewalten. – Anhang: Zur Entstehung des Agrarkommunismus der Gehöferschaften (Westdeutsche Zeitschrift für Geschichte und Kunst, Ergänzungsheft 13, hrsg. von Joseph Hansen), Trier, 1906

Rösch, Adolf; Das Kirchenrecht im Zeitalter der Aufklärung (Febronianismus und Josephinismus), in: *Archiv für katholisches Kirchenrecht, mit besonderer Rücksicht auf Deutschland, Oesterreich-Ungarn und die Schweiz. Zugleich Organ des katholischen Juristenvereins*, LXXXIII. Band (3. Folge VII. Band), (3. Heft), I., 5., S. 446-482, (4. Heft), I., 2., S. 620-652, LXXXIV. Band (3. Folge VIII. Band), (1. Heft), I., 4., S. 56-82, (2. Heft), I., 2., S. 244-262, (4. Heft), I., 4., S. 495-526, LXXXV. Band (3. Folge IX. Band), (1. Heft), I., 3., S. 29-63, Mainz, 1903, 1904, 1905

Rohden, Josef; Der Sturz Heinrichs (VII), in: *Forsch DtG*, XXII. Band, 1882, S. 353-414

Rosenstock, Eugen; Herzogsgewalt und Friedensschutz: Deutsche Provinzialversammlungen des 9.-12. Jahrhunderts, jur. Diss. 1909 Heidelberg (Untersuchungen zur Deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, Band 104), Breslau, 1910

ders.; Königshaus und Stämme in Deutschland zwischen 911 und 1250, Leipzig, 1914

Sägmüller, Johannes Baptist; Das Verhältnis von Kirche und Staat am Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts, in: *Rottenburger Monatschrift für praktische Theologie*, hrsg. von R. Storr, 11. Jahrg., 1927/28, S. 34-37, Rottenburg/N., 1927/28

ders.; Lehrbuch des katholischen Kirchenrechts, I. u. II. (Schluss-) Band, 3., verm. u. verb. Aufl., Freiburg/Br., 1914

Säkulare Aspekte der Reformationszeit; hrsg. von Heinz Angermeier unter Mitarbeit von Reinhard Seyboth (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien, 5), München, Wien, 1973

Säkularisation am Oberrhein; hrsg. von Volker Rödel u. a. (Oberrheinische Studien, Band 23), Ostfildern 2004

Säkularisation der Reichskirche von 1803: Aspekte kirchlichen Umbruchs; hrsg. von Rolf Decot (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Abteilung für abendländische Kirchengeschichte, Beiheft 55), Mainz 2002

Säkularisation und Säkularisierung im 19. Jahrhundert; hrsg. von Albrecht Langner (Beiträge zur Katholizismusforschung, hrsg. von Anton Rauscher, Reihe B: Abhandlungen), München, Paderborn, Wien, 1978

Säkularisierung und Säkularisation vor 1800; hrsg. von Anton Rauscher (Beiträge zur Katholizismusforschung, Reihe B: Abhandlungen), München, Paderborn, 1976

Salin, Edgar; Civitas Dei, Tübingen, 1926

Sanmann=v. Bülow, Hedwig; Die Inkorporationen Karls IV.: Ein Beitrag zur Geschichte des Staatseinheitsgedankens im späteren Mittelalter, phil. Diss. Marburg 1939 (Marburger Studien zur älteren deutschen Geschichte, Reihe II, Stück 8), Marburg/L., 1942

Santifaller, Leo; Zur Geschichte des ottonisch-salischen Reichskirchensystems (Österreichische Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-historische Klasse, Sitzungsberichte, Band 229, Abhandlung 1), 1. Aufl., Wien, 1953, 2. Aufl., Wien, 1964

Schäfer, Rudolf; Die Geltung des kanonischen Rechts in der evangelischen Kirche Deutschlands von Luther bis zur Gegenwart. Ein Beitrag zur Geschichte der Quellen, der Literatur und der Rechtsprechung des evangelischen Kirchenrechts, in: *ZRG*, KA V, 1915, III., S. 165-413

Schaeffner, Wilhelm; Das Römische Recht in Deutschland während des zwölften und dreizehnten Jahrhunderts, Erlangen, 1859

Scharnagel, Anton; Zur Geschichte des Reichsdeputationshauptschlusses von 1803, in: *HJ*, 70. Jahrg. 1951, Aufsätze, S. 238-259

Scheyhing, Robert; Eide, Amtsgewalt und Bannleihe: Eine Untersuchung zur Bannleihe im hohen und späten Mittelalter, Habil.-Schr. Tübingen 1960 (Forschungen zur deutschen Rechtsgeschichte, Band 2), Köln, Graz, 1960

Schick, Johannes; Der Reichstag zu Regensburg im Zeitalter des Baseler Friedens 1792-1795, phil. Diss. Bonn 1931, Dillingen a. D., 1931

Schilling, Otto; Die Staats- und Soziallehre des hl. Augustinus, phil. Diss. Freiburg/Br. 1912, Freiburg/Br., 1910

ders.; Die Staats- und Soziallehre des Heiligen Thomas von Aquin, 2., wesentl. verm. u. verb. Aufl., München, 1930

Schlaich, Klaus; Der rationale Territorialismus. Die Kirche unter dem staatsrechtlichen Absolutismus um die Wende vom 17. zum 18. Jh., in: *ZRG*, KA LIV, 1968, VI., S. 269-340

ders.; Kollegialismus: Die Kirche und ihr Recht in der Zeit der Aufklärung, jur. Diss. Tübingen 1967, Tübingen, 1967

ders.; Maioritas – protestatio – itio in partes – corpus Evangelicorum: Das Verfahren im Reichstag des Hl. Römischen Reichs Deutscher Nation nach der Reformation, in: *ZRG*, KA LXIII, VII., 1977, S. 264-299, KA LXIV, 1978, V., S. 139-179

Schleifer, A.; Die Schlacht bei Hohenlinden am 3. Dezember 1800 und die vorausgegangenen Heeresbewegungen, Erding/Bayern, 1885

Schlesinger, Walter; Die Anfänge der deutschen Königswahl, in: *ZRG*, GA, LXVI. Band, 1948, Miszellen, S. 381-440

Schlie, Ulrich; Johann Stephan Pütters Reichsbegriff (Göttinger Rechtswissenschaftliche Studien, hrsg. von der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Göttingen, Band 38), Göttingen, 1961

Schmelzeisen, Gustav Klemens; Das polizeiliche Rechtsgebot in der neueren Privatrechtsgeschichte. Vortrag gehalten vor der Juristischen Studiengesellschaft in Karlsruhe am 23. Mai 1967 (Juristische Studiengesellschaft Karlsruhe, Schriftenreihe, Heft 80), Karlsruhe, 1967

Schmid, Paul; Der Begriff der kanonischen Wahl in den Anfängen des Investiturstreites, Stuttgart, 1926

Schmidt, Günther; Das würzburgische Herzogtum und die Grafen und Herren von Ostfranken vom 11. bis zum 17. Jahrhundert, erw. phil. Diss. Göttingen (Quellen und Studien zur Verfassungsgeschichte des Deutschen Reiches in Mittelalter und Neuzeit, Band 5, Heft 2), Weimar, 1913

Schneidawind, Franz Joseph Adolph; Geschichte des Feldzuges der Franzosen in Deutschland 1796 und 1797. Von Jourdan's zweitem Vordringen über den Rhein bis zum Frieden von Campo Formio, I.-III. Bändchen (Allgemeine Geschichte der Kriege der Franzosen und ihrer Alliierten, vom Anfange der Revolution bis zum Ende der Regierung Napoleons. Fortgesetzt und bearbeitet von F. J. A. Schn. (Bändchen 37-39)), Darmstadt, 1837, 1838

Schneider, Philipp; Die Bischöflichen Domkapitel, ihre Entwicklung und rechtliche Stellung im Organismus der Kirchen, Mainz, 1885

Schneiders, Werner; Die Philosophie des Aufgeklärten Absolutismus. Zum Verhältnis von Philosophie und Politik, nicht nur im 18. Jahrhundert, in: *Der Staat. Zeitschrift für Staatslehre, ...*, XXIV. Band 1985, (Abhandlungen und Aufsätze), S. 383-406, Berlin, 1985

Schnur, Roman; Individualismus und Absolutismus: zur politischen Theorie von Thomas Hobbes (1600-1640) (Schriften zur Verfassungsgeschichte, 2), Berlin, 1963

Schönberg, Rüdiger Freiherr von; Das Recht der Reichslehen im 18. Jahrhundert: Zugleich ein Beitrag zu den Grundlagen der bundesstaatlichen Ordnung, jur. Diss. Bonn Juli 1975 (Studien und Quellen zur Geschichte des deutschen Verfassungsrechts, Reihe A: Studien, Band 10), Heidelberg, Karlsruhe, 1977

Schönherr, Fritz; Die Lehre vom Reichsfürstenstande des Mittelalters, phil. Diss. Leipzig 1913, Leipzig, 1914

Schrader, Ernst; Ursprünge und Wirkungen der Reichsgesetze Friedrichs II. von 1220, 1231/32 und 1235 (zugleich Besprechung der gleich betitelten phil. Diss. Marburg von Erich Klingelhöfer, 1948), in: *ZRG, GA*, LXVIII. Band, 1951, Miscellen, S. 354-396

Schrader, Franz; Ringen, Untergang und Überleben der katholischen Klöster in den Hochstiftern Magdeburg und Halberstadt von der Reformation bis zum Westfälischen Frieden

(Katholisches Leben und Kirchenreform im Zeitalter der Glaubensspaltung, 37), Leipzig, Münster i. W., 1977

Schramm, Percy Ernst; Kaiser, Rom und Renovatio: Studien und Texte zur Geschichte des römischen Erneuerungsgedankens vom Ende Karolingischen Reiches bis zum Investiturstreit, I. u. II. Teil (Studien der Bibliothek Warburg, 17), erw. Habil.-Schr. Heidelberg 1924, Berlin, 1929

Schröder, Jan; Wissenschaftstheorie und Lehre der „praktischen Jurisprudenz“ auf deutschen Universitäten an der Wende zum 19. Jahrhundert, Habil.-Schr. Bonn Wintersemester 1977/78 (Ius Commune: Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Europäische Rechtsgeschichte Frankfurt am Main, Sonderhefte, Texte und Monographien, 9), Frankfurt/M., 1979

Schröder, Richard und Eberhard Freiherr von Künßberg; Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte, 7. Aufl., Berlin, Leipzig, 1932

Schubert, Friedrich Hermann; Die Deutschen Reichstage in der Staatslehre der frühen Neuzeit, Habil.-Schr. München 1959 (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Schrift 7), Göttingen, 1966

ders.; Volkssouveränität und Heiliges Römisches Reich, in: *HZ*, CCXIII. Band, 1971, Aufsätze, S. 91-122

Schütze, Klaus; Die Deutung des lehnsrechtlichen Grundeigentums in rechtsvergleichender Sicht unter Berücksichtigung verwandter Eigentumsformen, jur. Diss. Tübingen 1960

Schulte, Aloys; Frankreich und das linke Rheinufer, Stuttgart, Berlin, 1918

ders.; Fürstentum und Einheitsstaat in der deutschen Geschichte. Rede gehalten am 18. Jan. 1821 bei der Universitätsfeier in Bonn (Öffentlich-rechtliche Abhandlungen, Band 1, 1. Heft), Berlin, 1921

Schulte, Johann Friedrich; Lehrbuch der deutschen Reichs- und Rechtsgeschichte, 5., verb. Aufl., Stuttgart, 1881

Schultz, Rudolf; Die Staatsphilosophie des Nikolaus von Kues, Meisenheim am Glan, 1948

Schulz, Hermann; Vorschläge zur Reichsreform in der Publizistik von 1800-1806, phil. Diss. Gießen 1926, Gießen, 1926

Schulze, Hermann Johann Friedrich; Das Recht der Erstgeburt in den deutschen Fürstenthümern und seine Bedeutung für die deutsche Staatsentwicklung, Leipzig, 1851

Schwalm, Jakob; Die Landfrieden in Deutschland unter Ludwig dem Baiern, phil. Diss. Göttingen, 1889

Schwarz, Georg; Die Vorgeschichte des Feldzuges von 1796 in Italien und die Gefechte vom 10.-15. April, phil. Diss. Bonn 1910

Schwer, Wilhelm; Stand und Ständeordnung im Weltbild des Mittelalters: die geistes- und gesellschaftsgeschichtlichen Grundlagen der berufsständischen Idee (Veröffentlichungen der Sektion für Wirtschafts- und Sozialwissenschaft, Görres-Gesellschaft, 7), Paderborn, 1934

Seidel, Bruno; Die Lehre des heiligen Augustinus vom Staate, phil. Diss. Breslau 1910 (Kirchengeschichtliche Abhandlungen, 9,1), Breslau, 1909

Seidl, Erwin; Römische Rechtsgeschichte und Römisches Zivilrecht, 3., erg. Aufl. (Academia Iuris), Köln, 1971

Siber, Hinrich; Römisches Verfassungsrecht in geschichtlicher Entwicklung, Schauenburg in Lahr, 1952

Sickel, Wilhelm; Das Wesen des Volksherzogthums, in: *HZ*, N.F., XVI. Band, 1884, Aufsätze, VII., S. 407-490

ders.; Die Kaiserwahl Karls des Grossen: Eine rechtsgeschichtliche Erörterung, in: *MIÖG*, XX. Band, 1899, S. 1-13

Smend, Rudolf; Politisches Erlebnis und Staatsdenken seit dem 18. Jahrhundert, in: *Nachrichten von der Akademie der Wissenschaften in Göttingen aus dem Jahre 1943*, Philologisch-Historische Klasse, S. 517-534, Göttingen, 1943

Sohm, Rudolf; Die fränkische Reichs- und Gerichtsverfassung (ders., Die altdeutsche Reichs- und Gerichtsverfassung, Band 1), Weimar, 1871

ders.; Fränkisches Recht und römisches Recht: Prolegomena zur deutschen Rechtsgeschichte, in: *ZRG*, GA, I. Band, 1880, S. 1-84

ders.; Kirchenrecht, I. Band: Die geschichtlichen Grundlagen (Systematisches Handbuch der Deutschen Rechtswissenschaft, 8. Abteilung, Band 1), Leipzig, 1892

Sorel, Albert; Bonaparte et Hoche en 1797, Paris, 1896

ders.; La diplomatie française et l'Espagne de 1792 à 1796 (1797), I.–La guerre et les négociations entre la France et l'Espagne en 1793 et 1794, II.–Le Comité de Salut public de

l'an III et l'Espagne, III.–Le traité de Bâle du 4 thermidor an III (22 juillet 1795), IV.–Le traité d'alliance entre la République et l'Espagne 1795-1797, in: *RH*, Tome XI – Septembre-Décembre 1879, 1879, Articles de fond, p. 298-330 (I), Tome XII – Janvier-Avril 1880, 1880, Articles de fond, p. 279-313 (II), Tome XIII – Mai-Août 1880, 1880, Articles de fond, p. 41-80 (III.), p. 241-278 (IV)

ders.; La neutralité du Nord de l'Allemagne 1795, in: *RH*, Tome XVII – Septembre-Décembre 1881, 1881, Articles de fond, p. 257-303

ders.; La paix de Bâle. Étude sur les négociations qui ont précédé le traité du 15 germinal an III (4 avril 1795) entre la France et la Prusse, in: *RH*, Tome V – Septembre-Décembre 1877, 1877, Articles de fond, p. 265-305, Tome VI – Janvier-Avril 1878, 1878, Articles de fond, p. 29-86, 315-354, Tome VII – Mai-Août 1878, 1878, Articles de fond, p. 14-65, 316-361

ders.; L'Autriche et le Comité de salut public Avril 1795, in: *RH*, Tome XVII – Septembre-Décembre 1881, 1881, Articles de fond, p. 25-63

ders.; Le Comité de salut public et la question de la rive gauche du Rhin en 1795, in: *RH*, Tome XVIII – Janvier-Avril 1882, 1882, Articles de fond, p. 273-322

ders.; L'Europe et la Révolution française, I.-VIII. Partie (I., VI. Partie: 2. édition, VII. Partie: 4. édition) und Table alphabétique, Paris, 1887, 1891, 1892, 1903, 1904, 1911

ders.; L'Europe et le Directoire, in: *Revue des deux mondes*, LXVIIe Année – 4. Période, Tome CXXXII, p. 241-269, 834-861, Tome CXXXIII, p. 367-394, Tome CXXXIV, p. 779-809, LXVIIIe Année – Quatrième Période, Tome CXXXV, p. 144-174, Paris, 1897, 1898

ders.; Les discordes de la coalition en 1793, in: *Annales de l'École libre des sciences politique. Recueil trimestriel*, publié avec la collaboration des professeurs et des anciens élèves de l'école, 3. année 1888, (I.), p. 161-179, Paris, 1888

ders.; Les frontières constitutionnelles 1795, in: *RH*, Tome XIX – Mai-Août 1882, 1882, Articles de fond, p. 21-59

Spangenberg, Hans; Landesherrliche Verwaltung, Feudalismus und Ständetum in den deutschen Territorien des 13. bis 15. Jahrhunderts, in: *HZ*, CIII. Band, 1909, Aufsätze, S. 473-526, S. 473-526

ders.; Vom Lehnstaat zum Ständestaat: Ein Beitrag zur Entstehung der landständischen Verfassung (Historische Bibliothek, Band 29), München, Berlin, 1913

Ständische Vertretungen in Europa im 17. und 18. Jahrhundert; hrsg. von Dietrich Gerhard (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, 27), Göttingen, 1969

Stein, Gerhard; Die Einungs- und Landfriedenspolitik der Mainzer Erzbischöfe zur Zeit Karls IV., phil. Diss. Mainz 1960

Steinbach, Hartmut; Die Reichsgewalt und Niederdeutschland in nachstaufischer Zeit (1247-1308) (Kieler historische Studien, 5), Stuttgart, 1968

Stengel, Edmund E.; Abhandlungen und Untersuchungen zur mittelalterlichen Geschichte, Köln, Graz, 1960

ders.; Grundherrschaft und Immunität, in: *ZRG, GA*, XXV. Band, 1904, VIII., S. 286-323

ders.; Land- und lehnrechtliche Grundlagen des Reichsfürstenstandes, in: *ZRG, GA*, LXVI. Band, 1948, VII. (vielmehr VIII.), S. 294-342

ders.; Regnum und Imperium: Engeres und weiteres Staatsgebiet im alten Reich (Marburger Akademische Reden, Nr. 49), Marburg/L., 1930

ders.; Zur Geschichte der Kirchengvogtei und Immunität, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, X. Band, II., S. 120-137, Stuttgart, 1912

Stercken, Martina; Königtum und Territorialgewalten in den rhein-maasländischen Landfrieden des 14. Jahrhunderts, phil. Diss. Bonn WS 1987/88 (Rheinisches Archiv, 124), Köln, 1989

Stöckert, Georg; Die Admission der deutschen Reichsstände zum westfälischen Friedenscongresse: Ein Beitrag zur Geschichte des westfälischen Friedens, Kiel, 1869

Stölzel, Adolf; Die Entwicklung des gelehrten Richterthums in deutschen Territorien: Eine rechtsgeschichtliche Untersuchung mit vorzugsweiser Berücksichtigung der Verhältnisse im Gebiete des ehemaligen Kurfürstenthums Hessen, I. u. II. Band, Stuttgart, 1872

Stolleis, Michael; Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland, I. Band: Reichspublizistik und Policeywissenschaft 1600-1800, München, 1988

Stolz, Otto; Zur Entwicklungsgeschichte des Zollwesens innerhalb des alten Deutschen Reiches, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, hrsg. von Hermann Aubin, XXXXI. Band 1954, S. 1-41, Wiesbaden, 1954

Stutterheim, Joseph von; Der Feldzug 1799 in Italien bis zum Abzug der Russen in die Schweiz, in: *Beitraege zur Kriegsgeschichte Östreichs* (Aus den vergriffenen Jahrgängen 1811 und 1812 der österreichischen militärischen Zeitschrift), V., S. 337-577, mit Plan von der Gegend zwischen der Etsch und dem Mincio (am Ende), Wien, 1820

Stutz, Ulrich; Ausgewählte Kapitel aus der Geschichte der Eigenkirche und ihres Rechtes, Weimar, 1937 (Sonderdruck aus *ZRG*, KA XXVI)

ders.; Die Eigenkirche als Element des mittelalterlich=germanischen Kirchenrechtes. Antrittsvorlesung, gehalten am 23. Oktober 1894, Berlin, 1895

ders.; [Höchstes Regal], in: *ZRG*, KA XII., 1922, Miscellen, S. 416-418

Sybel, Heinrich von; Geschichte der Revolutionszeit von 1789 bis 1795, I.-III. Band, Düsseldorf, 1853-1860

ders.; Geschichte der Revolutionszeit von 1795 bis 1800, I. u. II. Band, Düsseldorf, Stuttgart, 1870, 1879

Tellenbach, Gert; Königtum und Stämme in der Werdezeit des Deutschen Reiches (Quellen und Studien zur Verfassungsgeschichte des Deutschen Reiches in Mittelalter und Neuzeit, Band 7, Heft 4), Weimar, 1939

ders.; Libertas: Kirche und Weltordnung im Zeitalter des Investiturstreites, Habil-Schr. Heidelberg 1932 (Forschungen zur Kirchen- und Geistesgeschichte, Band 7), Stuttgart, 1936

Tezner, Friedrich; Technik und Geist des staendisch-monarchischen Staatsrechts (Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, Band 19, Heft 3), Leipzig, 1901

Thieme, Hans; Die Funktion der Regalien im Mittelalter, in: *ZRG*, GA, LXII. Band, 1942, III., S. 57-88

Thimme, Hermann; Forestis. Königsgut und Königsrecht nach den Forsturkunden vom 6. bis 12. Jahrhundert, in: *Archiv für Urkundenforschung*, II. Band, S. 101-154, Leipzig, 1909

Töpfer, Bernhard; Volk und Kirche zur Zeit der beginnenden Gottesfriedensbewegung in Frankreich, phil. Diss. Berlin-Humboldt 1954 (Neue Beiträge zur Geschichtswissenschaft, Nr. 1), Berlin, 1957

Treumann, Rudolf; Die Monarchomachen: eine Darstellung der revolutionären Staatslehren des 16. Jahrhunderts (1573-1599) (Staats- und völkerrechtliche Abhandlungen, 1,1), phil. Diss. Heidelberg 1895, Leipzig, 1895

Triepel, Heinrich; Das Interregnum: Eine staatsrechtliche Untersuchung, Leipzig, 1892

Trusen, Winfried; Anfänge des gelehrten Rechts in Deutschland: Ein Beitrag zur Geschichte der Frührezeption (Recht und Geschichte, Band 1), Wiesbaden, 1962

Tupetz, Theodor; Der Streit um die geistlichen Güter und das Restitutionsedict (1629), in: *Sitzungsberichte der Philosophisch-Historischen Classe der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften*, CII. Band, 26. Sitzung am 29. November 1882, S. 315-566, Wien, 1883

Uhlenbrock, Henning; Der Staat als juristische Person: Dogmengeschichtliche Untersuchung zu einem Grundbegriff der deutschen Staatsrechtslehre (Schriften der Verfassungsgeschichte, Band 61), Berlin, 2000

Unverhau, Thassilo; Lex: Eine Untersuchung zum Gesetzesverständnis deutscher Publizisten des 17. und 18. Jahrhunderts, jur. Diss. Heidelberg 8. Juli 1971

Veit, Adolph; Über die Entstehung der Reichsstandschaft der Städte, jur. Diss. Erlangen 1897, München, 1898

Verdross, Alfred; Völkerrecht, 5., neubearb. u. erw. Aufl. unter Mitarbeit von Stephan Verosta und Karl Zemanek (Rechts- und Staatswissenschaften, Band 10), Wien, 1964

Vierhaus, Rudolf; Land, Staat und Reich in der politischen Vorstellungswelt der deutschen Landstände im 18. Jahrhundert, in: *HZ*, CCXXIII. Band, 1976, Aufsätze, S. 40-60

ders.; Politisches Bewusstsein in Deutschland vor 1789, in: *Der Staat, Zeitschrift für Staatslehre, ...*, VI. Band 1967, S. 175-196, Berlin, 1967

Vivenot, Alfred; Thugut und sein politisches System. Urkundliche Beiträge zur Geschichte der deutschen Politik des österreichischen Kaiserhauses während der Kriege gegen die französische Revolution, (1.) u. 2. Abtheilung, in: *Archiv für österreichische Geschichte*, hrsg. von der zur Pflege vaterländischer Geschichte aufgestellten Commission der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften, XLII. Band, V., S. 363-492, XLIII. Band, II., S. 103-197, Wien, 1870

ders.; Zur Geschichte des Rastadter Congresses: Urkundliche Beiträge zur Geschichte der deutschen Politik Oesterreichs während der Kriege gegen die französische Revolution. October 1797-Juni 1799, Wien, 1871

Vollgraf, Karl; Die teutschen Standesherrn: ein historisch-publicistischer Versuch, Giessen, 1824

Voltelini, Hans; Königsbannleihe und Blutbannleihe, in: ZGR, GA, XXXVI. Band, 1915, S. 290-335

Waas, Adolf; Herrschaft und Staat im deutschen Frühmittelalter (Historische Studien, Heft 335), Berlin, 1938

ders.; Vogtei und Bede in der deutschen Kaiserzeit, I. u. II. Teil, I. Teil: S. 1-33 phil. Diss. Giessen 18. 2. 1917: Das Wesen der Vogtei im Fränkischen und Deutschen Reich (Arbeiten zur deutschen Rechts- und Verfassungsgeschichte, 1. u. 5. Heft), Berlin 1917, 1923

Wacker, Carl; Der Reichstag unter den Hohenstaufen. Ein Beitrag zur deutschen Verfassungsgeschichte (Historische Studien, Heft 6), Leipzig, 1882

Wagner, Heinz; Das geteilte Eigentum im Naturrecht und Positivismus (Untersuchungen zur Deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, Band 149), Breslau, 1938

Walter, Gero; Der Zusammenbruch des Heiligen Römischen Reichs deutscher Nation und die Problematik seiner Restauration in den Jahren 1814/15, rechts- u. staatswissenschaftl. Diss. Bonn 1979 (Studien und Quellen zur Geschichte des deutschen Verfassungsrechts, Reihe A: Studien, Band 12), Heidelberg, Karlsruhe, 1980

Wandruszka, Adam; Joseph II. und das Verfassungsprojekt Leopolds II.: Die Abolition und Wiedererrichtung der toskanischen Sekundogenitur 1784-1790, in: *HZ, CXC*. Band, 1960, Aufsätze, S. 18-30

Weigel, Hanns; Die Kriegsverfassung des alten Deutschen Reiches von der Wormser Matrikel bis zur Auflösung, jur. Diss. Erlangen 1911, Bamberg, 1912

Weis, Eberhard; Bayern und Frankreich in der Zeit des Konsulats und des Ersten Empire (1799-1815), in: *HZ, CCXXXVII*. Band, 1983, Aufsätze, S. 559-595

ders.; Der aufgeklärte Absolutismus in den mittleren und kleinen deutschen Staaten. Karl Bosl zum 70. Geburtstag gewidmet, in: *ZBLG, XXXXII*. Band, 1979, S. 31-46

Weissel, Bernhard; Von wem die Gewalt in den Staaten herrührt: Beiträge zu den Auswirkungen der Staats- und Gesellschaftsauffassungen Rousseaus auf Deutschland im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts, teilweise Diss. Gesch. Humboldt Berlin 1959 (Schriftenreihe des Instituts für Allgemeine Geschichte an der Humboldt-Universität Berlin, Band 7), Berlin (Ost), 1963

Wende, Peter; Die geistlichen Staaten und ihre Auflösung im Urteil der zeitgenössischen Publizistik (Historische Studien, hrsg. von Wilhelm Berges u. a., Heft 396), Lübeck, Hamburg, 1966

Werle, Hans; Titelherzogtum und Herzogsherrschaft, in: *ZRG, GA, LXXIII. Band, 1956, IV.*, S. 225-299

Werminghoff, Albert; Geschichte der Kirchenverfassung Deutschlands im Mittelalter, I. Band, Hannover, Leipzig, 1905

ders.; Verfassungsgeschichte der deutschen Kirche im Mittelalter (Grundriss der Geschichtswissenschaft, Band 2, Abteilung 6), 2. Aufl., Leipzig, Berlin, 1913

Wieacker, Franz; Privatrechtsgeschichte der Neuzeit unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Entwicklung, 2., neubearb. Aufl., Göttingen, 1967

ders.; Zum heutigen Stand der Rezeptionsforschung, in: *Festschrift für Joseph Klein zum 70. Geburtstag*, hrsg. von Erich Fries, Geschichte und Philologie, S. 181-201, Göttingen, 1967

Wilhelm, Arnold; Die Rezeption des römischen Rechts und ihre Folgen, in: *ders.*, Studien zur Deutschen Kulturgeschichte, 2. Buch., 4., S. 301-352, Stuttgart, 1882

Willoweit, Dietmar; Die Territorialisierung der Blutgerichtsbarkeit im späten Mittelalter, in: *Wirtschaft – Gesellschaft – Mentalitäten im Mittelalter: Festschrift zum 75. Geburtstag von Rolf Sprandel*, hrsg. von Hans-Peter Baum u. a. (Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Nr. 107), Mittelalterliche Gesellschaft zwischen Konflikt und Konsens, S. 247-270, Stuttgart, 2006

ders.; Dominium und Proprietas: Zur Entwicklung des Eigentumsbegriffs in der mittelalterlichen und neuzeitlichen Rechtswissenschaft, in: *HJ*, 94. Jahrg., 1974, Aufsätze, S. 131-156

ders.; Rechtsgrundlagen der Territorialgewalt: Landesobrigkeit, Herrschaftsrechte und Territorium in der Rechtswissenschaft der Neuzeit, Habil.-Schr. Heidelberg 1970 (Forschungen zur deutschen Rechtsgeschichte, Band 11), Köln, Wien, 1975

Winkelmann, Eduard; Die Wahl König Heinrichs (VII.), seine Regierungsrechte und sein Sturz, in: *Forsch DtG*, I. Band, 1862, S. 11-43

Wohlwill, Adolf; Frankreich und Norddeutschland von 1795 bis 1800, in: *HZ, N.F.*, XV. Band, 1883, Aufsätze, VI., S. 385-433

Zallinger, Otto von; Ueber den Königsbann, in: *MIÖG*, III. Band, 1882, S. 539-564

ders.; Zur Geschichte der Bannleihe, in: *MIÖG*, X. Band, 1889, Kleine Beiträge zur deutschen Verfassungsgeschichte im 13. Jahrhundert, II., S. 224-243

Zeissberg, Heinrich Ritter von; Aldenhofen, Neerwinden, Löwen (1., 18., 22. März 1793). Zur Erinnerung an Erzherzog Carl, in: *Sitzungsberichte der philosophisch-historischen Classe der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften*, CXXVII. Band – 1892, VII., S. 1-100, Wien, 1892

Zeller, (Heinrich) Georg (Otto); König Konrad IV. in Italien 1252-1254, phil. Diss. Straßburg 1906, Bremen, 1907

Zeumer, Karl; „Die Goldene Bulle Kaiser Karls IV.“ I. Theil: Entstehung und Bedeutung der Goldenen Bulle (Quellen und Studien zur Verfassungsgeschichte des Deutschen Reiches in Mittelalter und Neuzeit, hrsg. von Karl Zeumer, Band 2, Heft 1), Weimar, 1908

ders.; Die böhmische und die bayrische Kur im 13. Jahrhundert, in: *HZ*, XCIV. Band, 1905, Aufsätze, S. 209-250

Zimmermann, Joachim; Das Verfassungsprojekt des Großherzogs Peter Leopold von Toskana, phil. Diss. Heidelberg 1901

Zoepfl, Heinrich; Alterthümer des deutschen Reichs und Rechts. Studien, Kritiken und Urkunden zur Erläuterung der deutschen Rechtsgeschichte und des praktischen Rechts, I. u. II. Band, Leipzig, Heidelberg, 1860

ders.; Grundsätze des gemeinen deutschen Staatsrechts, mit besonderer Rücksicht auf das allgemeine Staatsrecht und auf die neuesten Zeitverhältnisse, I. u. II. Theil, 5., durchaus verm. u. verb. Aufl., Leipzig, Heidelberg, 1863

ders. u. Joseph von Pözl; Ueber hohen Adel und Ebenbürtigkeit nach dem deutschen Reichsstaatsrecht und dem deutschen Bundesrecht ..., Stuttgart, 1853

Zorn, Philipp; Lehrbuch des Kirchenrechts, Stuttgart, 1888

Zorn, Wolfgang; Reichs- und Freiheitsgedanken in der Publizistik des ausgehenden 18. Jahrhunderts (1763-1792). Ein Beitrag zur Vorgeschichte der deutschen Nationalbewegung, in: *Darstellungen und Quellen zur Geschichte der deutschen Einheitsbewegung im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert*. Im Auftrage der Gesellschaft für burschenschaftliche Geschichtsforschung hrsg. von Paul Wentzcke, II. Band: Männer und Zeiten des Vormärz, S. 11-66, Heidelberg, 1959

Zuber, Wolfgang; Die Staatsperson Pufendorfs im Lichte der neuen Staatslehre, in: *AöR*, N.F., XXX. Band, 1939, I., S. 33-70

Allgemeine Geschichte – Französische Revolution

Acten des Wiener Congresses in den Jahren 1814 und 1815; hrsg. von Johann Ludwig Klüber, I-IX. Band, Erlangen 1815-1835

Aftalion, Florin; *L'économie de la Révolution française* (Collection Pluriel dirigée par Georges Liébert), Paris, 1987

Allgemeine Deutsche Biographie; hrsg. durch die Historische Commission bei der Königlichen Akademie der Wissenschaften, I.-LVI. Band, mit Generalregister, Leipzig 1875-1912

Alt, Robert; *Die Industrieschulen. Ein Beitrag zur Geschichte der Volksschule*, päd. Fak. Diss. 20. Jan. 1949, Berlin, 1948

Althaus, Paul; *Christus und die deutsche Seele: ein Vortrag*, Gütersloh, 1934

Andreas, Willy; *Friedrich der Grosse, der Siebenjährige Krieg und der Hubertusburger Friede: Eine historische Rückschau*, in: *HZ*, CLVIII. Band, 1938, Aufsätze, S. 265-307

Anglade, Maurice; *De la sécularisation des biens du clergé sous la Révolution*, thèse état Faculté de Droit, l'Université de Paris 1901, Paris 1901

Arbois de Jubainville, Paul de; *Les cahiers de doléances de Verdun en 1789*, in: *Mémoires de la Société des Lettres, Sciences et Arts de Bar-le-Duc*, 4. Série, Tome VI, Mémoires, p. 177-211, Bar-le-Duc, 1908

Arenberg, Jean Engelbert de; *Les princes du St. Empire à l'époque napoléonienne*, trad. de l'original anglaise par la Princesse Evrad d'Arenberg, Louvain, 1951

Arendt, Wilhelm Amadeus; *Die brabantische Revolution 1789-1790. Eine Skizze*, in: *HTb*, N.F., 4. Jahrg., 1843, S. 239-412

Arndt, Felix; *Zur Publizistik über Kirche und Staat vom Ausgang des 18. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts* (Teildruck), phil. Diss. Kiel 1917, Berlin, 1918

Artaud de Montor, Alexis-François; *Histoire du Pape Pie VII.*, Tome I, II, 2. édition, Paris, 1837

Aster, Ernst von; *Die französische Revolution in der Entwicklung ihrer politischen Ideen*, Leipzig, 1926

Aulard, Alphonse; Histoire politique de la Révolution française: Origines et Développement de la Démocratie et de la République (1789-1804), 6. édition, Paris, 1926

ders.; Le Christianisme et la Révolution française (Christianisme cahiers publiés sous la direction de P.-L. Couchoud, 7), Paris, 1925

ders.; Le culte de la raison et le culte de l'être suprême (1793-1794). Essai historique, Paris, 1892

ders.; Les Noms révolutionnaire des Communes, in: *La Revue de Paris*, Septembre-Octobre 1926, (Livraison du 1^{er} octobre), 33. année, Tome V, p. 551-569, Paris, 1926

Baden und Württemberg im Zeitalter Napoleons: Ausstellung des Landes Baden=Württemberg unter der Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten Lothar Späth. Württembergisches Landesmuseum Stuttgart. Ausstellung veranstaltet aus Anlaß des 125 jährigen Bestehens des Württembergischen Landesmuseums Stuttgart; Bände I. 1 u. I. 2: Katalog, Band II: Aufsätze, Stuttgart, 1987

Bärmann, Johannes: Festschrift; II. Teil (Geschichtliche Landeskunde. Veröffentlichungen des Instituts für Geschichtliche Landeskunde an der Universität Mainz, Band 3), Wiesbaden, 1967

Baltzer, Georg; Historische Notizen über die Stadt Saarlouis und deren unmittelbare Umgebung, I. u. II. Theil, Trier 1865, Neudruck: Dillingen a. D., 1979

Bannier, Godard Willem; Grondwetten van Nederland; teksten der achtereenvolgende staatsregelingen en grondwetten sedert 1795, met verschillende andere staatsstukken, historische toelichtingen en eenige tabellen, verzameld door mr. G. W. B. ... met een voorwoord van jhr. mr. B. C. de Savornim Lohman, Zwolle/N., 1936

Barnard, H. C.; A short history of English education from 1760 to 1944, London, 1949

Barthold, Friedrich Wilhelm; Der Roermierzug Koenig Heinrichs von Luetzelburg, in sechs Buechern dargestellt, I. u. II. Theil, Königsberg, 1830, 1831

Barton, Peter Friedrich; Maurer, Mysten, Moralisten: Ein Beitrag zur Kultur- und Geistesgeschichte Berlins und Deutschlands 1796-1802. Feßler in Berlin (Studien und Texte zur Kirchengeschichte und Geschichte, 2. Reihe. In Zusammenarbeit mit dem Institut für protestantische Kirchengeschichte, Wien hrsg. von Peter F. Barton, Band 5/2), Wien, Köln, Graz, 1982

Basler Frieden 1795: Revolution und Krieg in Europa; hrsg. von Christian Simon, Basel, 1995

Baumstark, Reinhold; Kaiser Leopold I. (Sammlung historischer Bildnisse, 2. Serie, 3), Freiburg/Br., 1873

Beer, Adolf; Zur Geschichte des bayerischen Erbfolgekrieges, in: *HZ*, XXXV. Band, 1876, Aufsätze, V., S. 88-152

Beiträge zur Geschichte der frühneuzeitlichen Garnisons- und Festungsstadt: Referate und Ergebnisse der Diskussion eines Kolloquiums in Saarlouis vom 24.-27. 6. 1980; zusammengestellt von Hans-Walter Herrmann und Franz Irsigler (Veröffentlichungen der Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung 13), Saarbrücken, 1983

Beiträge zur Geschichte des Erzbistums Magdeburg; hrsg. von Franz Schrader (Studien zur katholischen Bistums- und Klostergeschichte, Band 11), Leipzig, 1968

Bendokat, Bruno; Die Industripädagogik bei den Philanthropen und bei Pestalozzi, phil. Diss. Halle-Wittenberg 1932

Berding, Helmut; Die Reform des Zollwesens in Deutschland unter dem Einfluß der napoleonischen Herrschaft, in: *Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft*, hrsg. von Helmut Berding u. a., 6. Jahrg., 1980, S. 523-537, Göttingen, 1980

Bergeron, Louis; Die französische Gesellschaft von 1750 bis 1820. Kontinuitäten und Diskontinuitäten (überarbeitete Fassung eines an der Universität Frankfurt am Main gehaltenen Vortrages in deutscher Übersetzung), in: *ZHF*, IV. Band 1977, Abhandlungen und Aufsätze, S. 131-146

Berney, Arnold; Reichstradition und Nationalstaatsgedanke (1789-1815), in: *HZ*, CXL. Band, 1929, Aufsätze, S. 57-86

Bernheim, Ernst; Mittelalterliche Zeitanschauungen in ihrem Einfluss auf Politik und Geschichtsschreibung, I. Teil: Die Zeitanschauungen, Tübingen, 1918

Berry, Victor Hippolyte; Études et recherches historiques sur les monnaies de France, Tome I et II, planches (Tome III), Paris, 1852, 1853

Bezzel, Irmgard; Kurfürst Maximilian I. von Bayern als Reichsfürst in den Jahren 1623-1627, phil. Diss. München 1957

Bezzel, Oskar; Die letzten Belagerungen der Reichsfestung Philippsburg im Jahre 1799 nach dem Tagebuch des kurpfalz=bayerischen Oberst Johann von Triva, in: *ZGO*, N.F., IL. Band, 1936, S. 583-622

ders.; Geschichte des Kurpfalz-bayerischen Heeres von 1778 bis 1803. Mit 2 Plänen und 14 Skizzen (Geschichte des Bayerischen Heeres. Im Anschluß an einen früheren dienstlichen Auftrag hrsg. vom Bayerischen Kriegsarchiv, Band 5), München, 1930

Bianchi, Serge; Les curés rouges dans la Révolution française, in: *Annales Historiques de la Révolution Française*, Fondateur: Albert Mathiez, Directeur: Georges Lefebvre, Albert Soboul, (Année) 1982, p. 364-392, (Année) 1985, p. 447-479, Paris, 1982, 1985

Biarnès, Pierre; Les Français en Afrique Noire de Richelieu à Mitterrand: 350 ans de présence française au sud de Sahara, Paris, 1987

Bibl, Viktor; Die niederösterreichischen Stände und die französische Revolution, in: *Jahrbuch für Landeskunde von Niederösterreich*. Redigiert von Anton Mayer, N.F., 2. Jahrg., 1903, S. 77-97, Wien, 1904

Bibra, Reinhard; Die Schlacht bei Würzburg am 3. September 1796 (Separatabdruck aus „Archiv des Histor. Vereins von Unterfranken u. Aschaffenburg“, Band 39, S. 223-252 (S. 1-30)), Würzburg, 1897

Biermanns, Paul; Die Politik des Kurfürsten von Köln Maximilian Franz gegenüber der französischen Revolution in den Jahren 1789-1792, phil. Diss. Münster 24. Okt. 1910, Hildesheim, 1910

Bierther, Kathrin; Der Regensburger Reichstag von 1640/1641, phil. Diss. Mainz 1970, Kallmünz/Opf., 1971

Biographisches Wörterbuch zur Deutschen Geschichte; begründet von Hellmuth Rössler und Günther Franz, I.-III. Band, 2., Neub. Aufl., von Karl Bosl, Günther Franz, Hanns Hubert Hofmann, München, 1974/75

Birnbaum, Joh. von; Geschichte der Stadt und Bundesfestung Landau, mit dazu gehöerigen Belegen, 2., durchaus umgearb. u. vervollst. Ausg., Kaiserslautern, 1830

Biro, Sydney Seymour; The German policy of Revolutionary France: a study in French diplomacy during the War of the First Coalition, 1792-1797, Vol. I u. II, Cambridge Mass., 1957

Birtsch, Günter; Gesetzgebung und Repräsentation im späten Absolutismus: Die Mitwirkung der preußischen Provinzialstände bei der Entstehung des Allgemeinen Landrechts, in: *HZ*, CCVIII. Band, 1969, Aufsätze, S. 265-294

Bittard des Portes, René; Histoire de l'armée de Condé pendant la révolution française (1791-1801), Paris, 1896

Blanning, Timothy Charles William; The origins of the French Revolutionary wars (Origins of modern wars), London, New York, 1986

Blaschke, Karlheinz; Geschichte Sachsens im Mittelalter, München, 1990

Blickle, Peter; Landschaften im Alten Reich: Die staatliche Funktion des gemeinen Mannes in Oberdeutschland, Habil.-Schr. Saarland 1971, München, 1973

Blume, W.; Die Armee und die Revolution in Frankreich von 1789-1793, Brandenburg, 1863

Boehm, Max Hildebert; Lothringerland: Anderthalb Jahrtausende Grenzlandschicksal zwischen Argonnen und Vogesen, 2. Aufl., München, 1943

Bohlen, Julis Freiherr von; Die Erwerbung Pommerns durch die Hohenzollern: Zur Erinnerung an die vor funfzig Jahren erfolgte Wiedervereinigung des ganzen Pommern unter die Herrschaft seines erlauchten Königshauses, Berlin, 1965

Bois, Paul; Cahiers de doléances du Tiers État de la Sénéchaussée de Château-du-Loir pour les États généraux de 1789, thèse complémentaire présentée pour le Doctorat ès lettres devant la Faculté des Lettres de Paris, Paris, 1960

Bollnow, Hermann; Studien zur Geschichte der pommerschen Burgen und Städte im 12. und 13. Jahrhundert (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Pommern, Reihe 5, Heft 7), Köln, Graz, 1964

Bordeaux au XVIII^e siècle; sous la direction de François-Georges Pariset avec la collaboration de P. Bécamps, Fr. Crouzet, L. Desgraves et autres (Histoire de Bordeaux, V), Bordeaux, 1968

Born, Karl Erich; Wirtschaft und Gesellschaft im Denken Friedrichs des Großen, in: *Akademie der Wissenschaften und der Literatur – Mainz, Abhandlungen der Geistes- und Sozialwissenschaftlichen Klasse*, Jahrg. 1979, Nr. 9, S. 1-20, Stuttgart, 1979

Bornhak, Conrad; Preußische Staats- und Rechtsgeschichte, Berlin, 1903

Bosl, Karl; Heiligkeit und Frömmigkeit: Bemerkungen zu den Zusammenhängen zwischen Religion, Kult, Herrschaft, Gesellschaft, in: *Bayerisches Jahrbuch für Volkskunde 1969*, hrsg. von der Kommission für bayerische Landesgeschichte bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften – Institut für Volkskunde –, S. 9-15, Volkach vor Würzburg, 1970

Bouillet, Tony; Le rétablissement du culte catholique en 1797, in: *Le Correspondant: Recueil périodique, Religion-Philosophie-Politique-Sciences-Littérature-Beaux Arts*, NS, Tome LXXX, p. 273-284, Paris, 1879

Boulay de la Meurthe, Alfred; Histoire du rétablissement du culte en France (1802-1805), Tours, 1925

ders.; Histoire de la négociation du Concordat de 1801, Tours, 1920

Bouloiseau, Marc; Étude de l'émigration et de la vente des biens des émigrés (1792-1830): Instruction-Sources-Bibliographie-Législation-Tableaux (Ministère de l'éducation nationale. Commission d'histoire économique et sociale de la Révolution française), Paris, 1963

Bourgin, G.; Die Französische Revolution (Weltgeschichte in gemeinverständlicher Darstellung, 7. Band, 1. Hälfte), Stuttgart, 1922

Boussoulade, Jean; L'Église de Paris du 9 thermidor au Concordat, Paris, 1950

Bradler-Rottmann, Elisabeth; Die Reformen Kaiser Josephs II. (Göppinger Akademische Beiträge, 67), Göppingen, 1973

Brandt, Otto; Das Problem der „Ruhe des Nordens“ im 18. Jahrhundert, in: *HZ*, CXL. Band, 1929, Aufsätze, S. 550-564

Braubach, Max; Diplomatie und geistiges Leben im 17. und 18. Jahrhundert. Gesammelte Abhandlungen, Bonn, 1969

ders.; Maria Theresias jüngster Sohn Max Franz: Letzter Kurfürst von Köln und Fürstbischof von Münster, überarb. Habil.-Schr. Bonn 1924, Wien, München, 1961

ders. und Eduard Schulte; Die politische Neugestaltung Westfalens 1795-1815, in: *Der Raum Westfalen*, II. Band: Untersuchungen zu seiner Geschichte und Kultur, 2. Teil, hrsg. von Hermann Aubin und Eduard Schulte, S. 71-158: II. Die Neugestaltung Westfalens im Zeitalter der Säkularisation (1795-1803), S. 78-103, Berlin, 1934

Brette, Armand; Les Constituants: Liste des députés et des suppléants élus à l'Assemblée Constituante de 1789. Précédée d'un avertissement par A. B., Paris, 1897 (Mégariotis Reprints Genève, 1977)

Brieger, Theodor; Die Reformation: ein Stück aus Deutschlands Weltgeschichte, Berlin, 1914

Brück, Heinrich; Geschichte der katholischen Kirche in Deutschland im neunzehnten Jahrhundert, I.-III. Band, IV. Band, 1. und 2. Abtheilung, 2., verm. u. verb. Aufl., Mainz, Münster i. W., 1902, 1903, 1905, 1907, 1908

Bruggaier, Ludwig; Die Wahlkapitulationen der Bischöfe und Reichsfürsten von Eichstätt 1259-1790: Eine historisch-kanonistische Studie (Freiburger Theologische Studien, Heft 18), Freiburg/Br., 1915

Buchholz, Gustav; Die Napoleonische Weltpolitik und die Idee des französisch=russischen Bundes, in: *Preuß Jbb*, LXXXIV. Band: April bis Juni 1896, 1896, S. 385-402

Büttner, Heinz; Vogesen und Schwarzwald. Ein Vergleich ihrer historischen Entwicklung im Früh= und Hochmittelalter, in: *Deutsches Archiv für Landes= u. Volksforschung*, 3. Jahrg., 1939, S. 677-685, Leipzig, 1939

Cabanis, André; Introduction à l'histoire économique et sociale de la France au XIXe et au XXe siècle, Toulouse, 1977

ders.; La presse sous le Consulat et l'Empire (1799-1814) (Bibliothèque d'histoire révolutionnaire, 3^e série. N^o 16), Paris, 1975

Cadoudal, Georges; La question religieuse à l'Assemblée nationale de 1790, in: *Le Correspondent. Recueil Périodique. Religion, Philosophie, Politique, Sciences, Littérature, Beaux-Arts*, Tome XXII, p. 209-222, Paris, 1848

Calvert, Michael and Peter Young; A dictionary of battles 1715-1815, London, 1978

Canossa als Wende: Ausgewählte Aufsätze zur neueren Forschung; hrsg von H. Kämpf (Wege der Forschung, Band 12), Darmstadt, 1969

Carlsson, Sten; Schweden und Pommern in der neueren Geschichte, in: *Zeitschrift für Ostforschung: Länder und Völker im östlichen Mitteleuropa*, 15. Jahrg., 1966, I. Heft, S. 262-278, Marburg/L., März 1966

Caron, Pierre; Les massacres de Septembre. Avec une carte hors texte, Paris, 1935

Castelot, André; Louis XVII (Revolutions et empires), Paris, 1974

Castries, René de la Croix; La Fayette, Paris, 1981

ders.; La fin des rois, 1815-1848, Tome I-V, Paris 1969, 1972

Cevdet, Pasa, Ahmet (Ĝewdet Pāša, Ahmed); Tarih-i Cevdet (Tārih-i Ĝewdet), cilt 6 (Ĝild 6), Istanbul, 1891 (Dersa c-adet 1309)

Chabanne, Robert; Les institutions de la France de la fin de l'ancien régime à l'avènement de la III^{ème} République (1789-1875) (Bibliothèque Droit-Economie-Gestion. Collection dirigée par Henri Roland), Lyon, 1977

Chabert, Alexandre; Essai sur les mouvements des prix et des revenus en France de 1798 à 1820. Avec préface de M. E. Labrousse, Paris, 1945

Champagnac, Jacques-Philippe; Quiberon: La répression et la vengeance, Paris, 1989

Champdor, Albert; Lyon pendant la Révolution 1789-1793, Lyon, 1983

Champion, Edme; La séparation de l'église et de l'état en 1794, Paris, 1903

Chappe, Ignaze Urbaine Jean; Histoire de la télégraphie, avec planches, Paris, 1848

Charavay, Étienne; Le général La Fayette 1757-1834 Notice biographique, Paris, 1898, (Slatkine-Megariotis Reprints Genève, 1977)

Chartier, Rogier; Die kulturellen Ursprünge der Französischen Revolution, Originaltitel: Les origines culturelles de la Révolution française 1990, Frankfurt/M., New York, 1995

Chassin, Charles-Louis; Le général Hoche à Quiberon, Paris, 1898

ders.; Les pacifications de l'ouest 1794-1801, Tome I-III (Études documentaires sur la Révolution française), Paris, 1896, 1897, 1899

Cherfils, Christian; Bonaparte et l'Islam d'après les documents français & arabes. Préface du Chérif Abd El-Hakim, Paris, 1914

Chevalier, Édouard; Histoire de la Marine française sous la première République, faisant suite à l'histoire de la marine française pendant la guerre de l'indépendance américaine, Paris, 1886

ders.; Histoire de la Marine française sous le Consulat et l'Empire, Paris, 1886

Christie, Ian R.; Wars and Revolutions: Britain 1760-1815 (The New History of England, General Editors A. G. Dickens and Norman Gash, 7), London, 1982

Christophe, Paul; Les choix du Clergé dans les Révolutions de 1789, 1830 & 1848, Tome I: 1789, Tome II: 1830-1848, Lille, 1975/1976

Chuquet, Arthur; Les guerres de la Révolution, Tome I: La première Invasion prussienne (11 Août-2 Septembre 1792), Tome II: Valmy, 7. éd., Tome III: La retraite de Brunswick, Tome

IV: Jemappes et la Conquête de la Belgique (1792-1793), 3. éd., Tome V: La Trahison de Dumouriez, 3. éd., Tome VI: L'Expédition de Custine, 2. éd., Tome VII: Mayence (1792-1793), 3. éd., Tome VIII: Wissembourg, 2. éd., Tome IX: Hoche et la lutte, pour l'Alsace (1793-1794), Tome X: Valenciennes, Paris, 1886-1926

ders.; Quatre généraux de la Révolution: Hoche & Desaix, Kleber & Marceau, Lettres et Notes inédites suivies d'Annexes historiques et biographiques, 2. série, Paris, 1911

Churchill, Winston Spencer; Marlborough his life and times, Volume I-IV, London, 1933, 1934, 1936, 1938

Combet, Joseph; La Révolution dans le Comté de Nice et la Principauté de Monaco (1792-1800) (Bibliothèque d'histoire révolutionnaire, publiée sous la Direction de M. Albert Mathiez, NS-8), Paris, 1925

Conrad, Hermann; Das Allgemeine Landrecht von 1794 als Grundgesetz des friderizianischen Staates. Vortrag gehalten vor der Berliner Juristischen Gesellschaft am 25. Juni 1965 (Schriftenreihe der Juristischen Gesellschaft Berlin, Heft 22), Berlin, 1965

ders.; Die geistigen Grundlagen des Allgemeinen Landrechts für die preußischen Staaten von 1794 (Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Geisteswissenschaften, Heft 77), Köln, Opladen, 1958

Conrady, Sigisbert; Die Wirksamkeit König Georgs III. für die hannoverschen Kurlande, in: *Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte. Neue Folge der „Zeitschrift des Historischen Vereins für Niedersachsen“*, hrsg. von der Historischen Kommission für Niedersachsen, XXXIX. Band, (Aufsätze), S. 150-191, Hildesheim, 1967

Conte, Arthur; Le premier janvier 1800, Paris, 1990

Crassier, Louis de; Dictionnaire historique du Limbourg néerlandais, de la période féodale à nos jours, Maastricht, 1930

Daly, Vere T.; The Making of Guyana, London, Basingstoke, Hong Kong, 1974

Daniel, René; Après Thermidor. Quelques aspects de la vie religieuse, in: *Bulletin de la Société Archéologique du Finistère*, Tome CIII 1975: religion and révolution, p. 163-176, Quimper, 1975

Dansette, Adrien; Histoire religieuse de la France contemporaine: L'Église catholique dans la mêlée politique et sociale, édition revue et corrigée, Paris, 1984

Daudet, Ernest; Histoire de l'émigration (d'après des documents inédits), (Tome I): Les Bourbons et la Russie pendant la Révolution française, (Tome II): Les émigrés et la seconde coalition 1797-1800, (Tome III): Coblenz 1789-1793, Paris, 1886, 1889

Debitsch, Friedrich; Die staatsbürgerliche Erziehung in den deutschen Ritterakademien, phil. Diss. Halle 1927

Decker, Klaus Peter; Frankreich und die Reichsstände 1672-1675: Die Ansätze zur Bildung einer „Dritten Partei“ in den Anfangsjahren des Holländischen Krieges, phil. Diss. Mainz 1978 (Pariser Historische Studien, hrsg. vom Deutschen Historischen Institut in Paris, Band 18), Bonn, 1981

Dehérain, Henri; La vie de Pierre Ruffin. Orientaliste et diplomate 1742-1821, Tome I et II (Haut-Commissariat de la République française en Syrie et au Liban, Service des Antiquités et des Beaux-Arts, Bibliothèque archéologique et historique, Tome 13, 14), Paris, 1929, 1930

Delbrück, Hans; Geschichte der Kriegskunst im Rahmen der politischen Geschichte, I.-IV. Teil, III. Teil: 2., neu durchgearb. Aufl., Berlin, 1900, 1902, 1920, 1923

Denys-Buirette, A.; Les questions religieuses dans les cahiers de 1789, thèse pour le Doctorat, sciences politiques et économiques, Faculté de Droit et des Sciences économiques, l'Université de Paris, Paris, 1919

Déprez, Eugène; Les Volontaires nationaux (1791-1793): Étude sur la formation et l'organisation des bataillons d'après les archives communales et départementales, Paris, 1908 (Slatkine-Megariotis Reprints: Genève, 1977)

Der Fall der Reichsstadt Straßburg und seine Folgen: Zur Stellung des 30. September 1681 in der Geschichte; (Schriften der Erwin von Steinbach-Stiftung Frankfurt/M., Band 7), Bad Neustadt/Saale, 1981

Derichsweiler, Hermann; Geschichte Lothringens (der tausendjährige Kampf um die Westmark), I. u. II. Band, Wiesbaden, 1901

Der Zweite Schlesische Krieg. 1744-1745; hrsg. vom Großen Generalstabe, Abtheilung für Kriegsgeschichte, I.-III. Band (Die Kriege Friedrichs des Großen, Teil 2), Berlin, 1895

Deschard, Bernard; L'armée et la Révolution: Du service du Roi au service de la Nation, Paris, 1989

Deslandres, Paul; La politique religieuse du Directoire, in: *Revue d'Histoire de l'Église de France. Organe de la Société d'Histoire ecclésiastique de la France*, Directeur: Victor Carrière, 13. année, Tome VIII (1922), (Articles), p. 5-20, Paris, 1922

Desroche, Henri; Religion et Développement. Le thème de leurs rapports réciproques et ses variations, in: *Archives de Sociologie des Religions*. Publiées par le groupe de sociologie des religions. Centre d'études sociologiques (C.N.R.S.), Fondation nationale des sciences politique, 12/Juillet-Décembre 1961, p. 3-34, Paris, 1961

Deutsche Könige und Kaiser des Mittelalters; hrsg. von Evamaria Engel und Eberhard Holtz, Köln, Wien, 1989

Deutschland und die Französische Revolution: 17. Deutsch-Französisches Historikerkolloquium des Deutschen Historischen Instituts Paris: Bad Homburg 29. Sept.-2. Okt. 1981; hrsg. von Jürgen Voss, Zürich, München, 1983

Deutschland und Italien im Zeitalter Napoleons. Deutsch-Italienisches Historikertreffen in Mainz 29. Mai-1. Juni 1975; hrsg. von Armgard von Reden-Dohna (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz: Beiheft; Abteilung Universalgeschichte, Beiheft 5), Wiesbaden, 1979

Deybeck, F.; Die Politik Bayerns in der Zeit des polnischen Thronfolgekrieges (1733-1735.), phil. Diss. München 1897, München, 1897

Dickerhof, Harald; Akademien und gelehrte Gesellschaften, in: *Rottenburger Jahrbuch für Kirchengeschichte*, III. Band 1984, hrsg. vom Geschichtsverein der Diözese Rottenburg-Stuttgart), (I.), S. 21-34, Sigmaringen, 1984

Dickmann, Fritz; Der Westfälische Frieden, 2. Aufl., Münster i. W., 1965

Die Benediktinerklöster in Nordrhein-Westfalen; bearbeitet von Rhaban Haacke u. a. (Germania Benedictina, Band 8), St. Ottilien, 1980

„*Die Bildung des Bürgers*“ *Die Formierung der bürgerlichen Gesellschaft und die Gebildeten im 18. Jahrhundert*; hrsg. von Ulrich Herrmann (Geschichte des Erziehungs- und Bildungswesens in Deutschland, Band 2), Weinheim a. d. Bergst., Basel, 1982

Die Bistümer des Heiligen Römischen Reiches von ihren Anfängen bis zur Säkularisation; hrsg. von Erwin Gatz unter Mitwirkung von Clemens Brodkorb u. a., Freiburg/Br., 2003

Die deutschen Mächte im Revolutionskrieg, in: *Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland*, redigiert von Edmund Jörg und Franz Binder, LXV. Band (Des Jahrgangs 1870 Erster Band), XXIII., S. 321-337, XXVIII., S. 405-420, XXXV., S. 509-522, München, 1870

Die Französische Revolution und die Saar, Ausstellung des Landesarchivs Saarbrücken im Auftrag der Regierung des Saarlandes zum zweihundertjährigen Gedenken an den Ausbruch

der Französischen Revolution; Saarbrücken Saarland – Museum 10. Dezember 1989-28. Januar 1990, Katalog, Katalog-Redaktion: Hans-Walter Herrmann, Mitarbeiter an Katalog und Ausstellung: Hanns Klein u. a., St. Ingbert, 1989

Die französische Revolution und Europa 1789-1799; hrsg. von Heiner Timmermann (Forum: Politik, 7), Saarbrücken, 1989

Die Große Französische Revolution 1789-1795. Illustrierte Geschichte; hrsg. von Kurt Holzapfel unter Mitwirkung von Walter Markov, Autorenkollektiv: Wolfgang Büttner, Kurt Holzapfel (Leiter), Herbert Langer u. a., Berlin, 1989

Die Rolle Schlesiens und Pommerns in der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen im Mittelalter. XII. deutsch-polnische Schulbuchkonferenz der Historiker vom 5.-10. Juni 1979 in Allenstein/Olsztyn (Polen); (Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung, Band 22/3), Braunschweig, 1980

Die Säkularisation im Prozess der Säkularisierung Europas; hrsg. Peter Blickle und Rudolf Schlögl (Oberschwaben – Geschichte und Kultur, Band 13), Epfendorf, 2005

Diplomatie und Außenpolitik Österreichs. 11 Beiträge zu ihrer Geschichte; hrsg. von Erich Zöllner (Schriften des Institutes für Österreichkunde, 30), Wien, 1977

Dohmen, Günther; Bildung und Schule: die Entstehung des deutschen Bildungsbegriffs und die Entwicklung seines Verhältnisses zur Schule, Habil.-Schr. Tübingen 1962, I. u. II. Band, Weinheim a. d. Bergst., 1964/65

Dommanget, Maurice; 1793 – les enragés contre la vie chère: Les curés rouges Jacques Roux – Pierre Dolivier. Manifestes des enragés et des égaux (Spartacus, Série B - no 139), Paris, 1987

Doré Graslin, Philbert; Itinéraires de la Vendée militaire: Journal de la Guerre des Géants – 1793-1801, Paris, 1979

Drews, Paul; Der Einfluß der gesellschaftlichen Zustände auf das kirchliche Leben: Vortrag, gehalten auf der Versammlung der Sächsischen kirchlichen Konferenz zu Chemnitz am 18. Oktober 1905, in: *ZThK*, 16. Jahrg., 1906, S. 39-86

ders.; Der Rückgang der Kommunikanten in Sachsen, in: *ZThK*, 10. Jahrg., 1900, S. 148-166

Droz, Jacques; L'Allemagne et la Révolution française (Presses universitaires de France), Paris, 1949

Dubois, Jean; Liste des émigrés, des prêtres déportés et des condamnés pour cause révolutionnaire du département de la Meuse, in: *Mémoires de la Société des Lettres, Sciences et Arts de Bar-le-Duc*, 6. Série, Tome VIII, Mémoires, p. 3-193, Bar-le-Duc, 1910

Duffy, Michael; *Soldiers, sugar and seapower: The British expeditions to the West Indies and the war against revolutionary France*, Oxford, 1987

Du Jarry, Carl; *Der dreißigjährige Krieg, vom militärischen Standpunkte aus beleuchtet*, I.-III. Band mit Plänen 1-8, Schaffhausen, 1848-1852

Duport, Anne Marie; *Terreur et revolution: Nîmes en l'an II 1793-1794*, Préface de Michel Vovelle, Paris, 1987

Durdent, R. S.; *Histoire critique du Sénat-conservateur, depuis sa création, en nivose an VIII, jusqu'à sa dissolution, en avril 1814*, Paris, 1815

Dutruch, Roger; *Le Tribunat sous le Consulat et l'Empire*, thèse pour le Doctorat, sciences politiques et économiques, Faculté de Droit et des Sciences économiques, l'Université de Paris 1921

D. W. v. H.; *Coup d'oeil historique sur l'ordre bénédictin en Hollande avant le protestantisme*, in: *Revue Bénédictine (Messenger des Fidèles)*, Tome VII.-1890, VII. année, N° 8.-Août, p. 369-376, N° 9.-Septembre, p. 401-415, N° 11.-Novembre, p. 501-515, N° 12.-Décembre, p. 545-553, Namur, 1890

Ebbinghaus, Therese; *Napoleon, England und die Presse (1800-1803)* (Historische Bibliothek, Band 35), München, Berlin, 1914

Eberlein, Hellmut; *Schlesische Kirchengeschichte*, 4., unveränd. Aufl. (Das Evangelische Schlesien, 1), Ulm/D., 1962

Eichler, Hermann; *Die Nationalversammlung, der Klerus und der König 1789-1791 – Vortrag gehalten in der Österreichischen Gesellschaft für Kirchenrecht am 16. März 1978 –*, in: *Österreichisches Archiv für Kirchenrecht. Vierteljahresschrift*, 29. Jahrg., 1978, S. 217-247, Wien, 1978

Eid, Ludwig; *Reichsgräfin Marianne von der Leyen, geb. von Dalberg. Leben, Staat, Wirken. Aufgrund archivalischer Quellen dargestellt von Ludwig Eid, hrsg. von Wolfgang Krämer*, Saarbrücken, 1937

Emmer, Johannes; *Erzherzog Ferdinand III. Großherzog von Toscana als Kurfürst von Salzburg, Berchtesgaden, Passau und Eichstädt. 1803-1806. Eine geschichtliche Studie*, Salzburg, 1878

Encyclopaedie van Nederlandsch-Indië; Tweede Druk, met medewerking van verschillende Geleerden ambtenaren en officieren samengesteld door J. Paulus, D. G. Stibbe, E. M. Uhlenbeck u. a., I.-VIII. Deel, s'Gravenhage, Leiden, 1917-1939

Encyklopädie des gesammten Erziehungs= und Unterrichtswesens; bearbeitet von einer Anzahl von Schulmännern und Gelehrten, hrsg. von K. A. Schmid, 2., verbes. Aufl., I.-X. Band, Gotha, Leipzig, 1876-1887

Encyklopädisches Handbuch der Pädagogik; hrsg. von Wilhelm Rein, I.-VII. Band, Langensalza, 1895-1899

Engel, Franz; Beiträge zur Siedlungsgeschichte und historischen Landeskunde. Mecklenburg – Pommern – Niedersachsen, Köln, Wien, 1970

Engelsing, Rolf; Der Bürger als Leser. Die Bildung der protestantischen Bevölkerung Deutschlands im 17. und 18. Jahrhundert am Beispiel Bremens, in: *Archiv für Geschichte des Buchwesens*, hrsg. von der Historischen Kommission des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels e. V., III. Band, Sp. 205-368, Frankfurt/M., 1961

ders.; Die Perioden der Lesergeschichte in der Neuzeit. Das statistische Ausmaß und die soziokulturelle Bedeutung der Lektüre, in: *Archiv für Geschichte des Buchwesens*, hrsg. von der Historischen Kommission ..., X. Band, Sp. 945-1002, Frankfurt/M., 1970

ders.; Die periodische Presse und ihr Publikum. Zeitungslektüre in Bremen von den Anfängen bis zur Franzosenzeit, in: *Archiv für Geschichte des Buchwesens*, hrsg. von der Historischen Kommission ..., IV. Band, Sp. 1481-1534, Frankfurt/M., 1963

ders.; Zeitung und Zeitschrift in Nordwestdeutschland 1800-1850. Leser und Journalisten, in: *Archiv für Geschichte des Buchwesens*, hrsg. von der Historischen Kommission ..., V. Band, Sp. 849-956, Frankfurt/M., 1964

Erdmann, Carl; Die Entstehung des Kreuzzugsgedankens (Forschungen zur Kirchen- und Geistesgeschichte, Band 6), Stuttgart, 1935

Erdmann, Karl Dietrich; Volkssouveränität und Kirche: Studien über das Verhältnis von Staat und Religion in Frankreich vom Zusammentritt der Generalstände bis zum Schisma, 5. Mai 1789-13. April 1791, Köln, 1949

Erlanning, Even; Le resistance bretonne à Napoléon 1799-1815, Paris, 1986

Ernst, Mechthild; Talleyrand und die angelsächsische Welt, 1792-1799, phil. Diss. Münster i. W. 13. Febr. 1970, s. l., 1971

Ersch, Johann Samuel und Johann Gruber; Allgemeine Encyclopaedie der Wissenschaften und Kuenste, 1. Section, I.-IC. Theil (A=G), 2. Sectin, I.-XLIII. Theil (H=N), 3. Section, I.-XXV. Theil (O=Ph), Leipzig, 1818-1889

Espositio, Vincent Joseph and John Robert Elting; A military history and atlas of the Napoleonic wars. Compiled for the Department of military art and engineering, The United States Military Academy West Point, NY. Prepared by V. J. E., J. R. E., London, 1964

Europäische Stammtafeln; Stammtafeln zur Geschichte der europäischen Staaten. Begründet von Wilhelm Karl Prinz zu Isenburg, fortgeführt von Frank Baron Freytag von Loringhoven, N.F., hrsg. von Detlev Schwennicke, I.-XVI. Band, Marburg/L., Berlin, 1979-1995

Expansion und Integration: Zur Eingliederung neugewonnener Gebiete in den preußischen Staat; Mit Beiträgen von Richard Dietrich, Ernst Opgenoorth, Hans Nordsiek u. a., hrsg. von Peter Baumgart (Neue Forschungen zur brandenburg-preussischen Geschichte. Im Auftrage der Preußischen Historischen Kommission in Zusammenarbeit mit dem Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz hrsg. von Oswald Hauser, Band 5), Köln, Wien, 1984

Fain, Agathon-Jean François; Manuscrit de l'an trois (1794-1795) contenant les premières transactions des puissances de l'Europe avec la République française, et le tableau des derniers événements du régime conventionnel, pour servir à l'histoire du cabinet de cette époque (Mémoires des contemporains pour servir à l'histoire de France et principalement à celle de la République et de l'empire, 2^e livraison, 1), Paris, 1828

Feckl, Klaus-Ludwig; Preussen im Spanischen Erbfolgekrieg, phil. Diss. FU Berlin 1977 (Europäische Hochschulschriften, 3/123), Frankfurt/M., 1979

Ferrero, Guglielmo; Aventure. Bonaparte en Italien (1796-1797), Paris, 1836

Finke, Heinrich: Festgabe, enthaltend vornehmlich vorreformationsgeschichtliche Forschungen, Heinrich Finke zum 7. August 1904 gewidmet von seinen Schülern Gottfried Buschbell u. a.; Münster i. W., 1904

Fischer, Engelbert Lorenz; Cardinal Consalvi: Lebens- und Charakterbild des grossen Ministers Papst Pius' VII, Mainz, 1899

Floreys, Gerhard; Bischöfe, Ketzer, Emigranten: Der Protestantismus im Lande Salzburg von seinen Anfängen bis zur Gegenwart, Graz, Wien, 1967

Forneron, H.; Histoire générale des émigrés pendant la Révolution française, Tome I et II, Paris, 1884

Forrest, Denys; Tiger of Mysore: The life and death of Tipu Sultan, London, 1970

Forschungen und Versuche zur Geschichte des Mittelalters und der Neuzeit: Festschrift Dietrich Schäfer zum siebzigsten Geburtstag dargebracht von seinen Schülern; Jena, 1915

Fortescue, John William; A history of the British army, Vol. III: 1763-1793, Vol. IV-Part I: 1789-1801, Vol. IV-Part II: 1789-1801, Vol. IV-(Part III): Maps and Plans, Vol. V: 1803-1807, Reprint of the 1910, 1911, 1915 ed. Published by Macmillan, London, New York, 1976

François, Etienne; Die Volksbildung am Mittelrhein im ausgehenden 18. Jahrhundert. Eine Untersuchung über den vermeintlichen „Bildungsrückstand“ der katholischen Bevölkerung Deutschlands im Ancien Régime, in: *Jahrbuch für westfälische Landesgeschichte*, hrsg. im Auftrage der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz von H. W. Herrmann u. a., 3. Jahrg., 1977, S. 277-304, Koblenz, 1977

Frankreichs Streitkräfte und Stärke der in den verschiedenen Feldzügen der Revolutions=Kriege von 1792 bis 1815 aufgestellten Armeen; Nach offiziellen Berichten und den bewährtesten Quellen bearbeitet, Leipzig, 1831

Frey, Linda und Marsha; A question of Empire: Leopold I and the war of spanish succession, 1701-1705 (East European Monographs, N° 146), New York, 1983

dies.; Friedrich I.: Preußens erster König, aus dem Amerikanischen übersetzt von Uta Szyszkowitz, Graz, Wien, Köln, 1984

Friedrich Barbarossa; hrsg. von Gunther Wolf (Wege der Forschung, Band 390), Darmstadt, 1975

Fuchs, Norbert; Die Wahlkapitulationen der Fürstbischöfe von Regensburg (1437-1802), in: *VHVOR*, CI. Band, 1961, S. 5-108

Fürst, Ludwig; Bonapartes finanzielle Sanierungsaktion (1799-1806), phil. Diss. Berlin 15. Dez. 1922, Berlin, 1922

Fuller, John Frederick Charles; The conduct of war 1789-1961: A study of the impact of the French, industrial, and Russian revolutions on war and its conduct, London, 1961

Funck-Brentano, Frantz; L'affaire du collier. D'après de nouveaux documents recueillis en partie par A. Bégis, 2. édition, Paris, 1901

Funk, Franz Xaver; Geschichte des kirchlichen Zinsverbotes (Tübinger Universitätschriften aus dem Jahre 1876, (2.)), Tübingen, 1876

Furet, François et Denis Richet; La Révolution, Tome I: des états généraux au 9 thermidor, Tome II: du 9-Thermidor au 18-Brumaire, Paris, 1965, 1966

Furet, François et Mona Ozouf; Dictionnaire critique de la Révolution française, avec la collaboration de: Bronislaw Baczko, Keith M. Baker, Louis Bergeron etc., Paris, 1988

Gaedeke, Arnold; Die Politik Oesterreichs in der Spanischen Erbfolgefrage. Nebst Akten und Urkunden, I. u. II. Band, Leipzig, 1877

Gaffarel, Paul; Bonaparte et les républiques italiennes (1796-1799), Paris, 1895

Garden, Guillaume de; Histoire générale des traités de paix et autres transactions principales entre toutes les puissances de l' Europe depuis la paix de Westphalie. Ouvrage comprenant les travaux de Koch, Schoell, etc, Entièrement refondus et continués jusqu' à ce jour, Tome I-XIV, Paris, 1848-1887

Garnier, Robert; Lazare Hoche ou l'honneur des armes (Bibliothèque Historique), Paris, 1986

Gazier, Augustin; Études sur l'histoire religieuse de la Révolution française d'après des documents originaux et inédits: Depuis la réunion des états généraux jusqu'au Directoire, Paris, 1887

Gebhardt; Handbuch der deutschen Geschichte, 9., neu bearbeitete Aufl., II. u. III. Band, Stuttgart 1970, 1973; 10., völlig neu bearb. Aufl., V.-XII. Band, Stuttgart, 2001-2007

Gebler; Die Ereignisse und Truppenbewegungen in der Zeit vom Friedensschlusse zu Campo formio 1797 bis zur Eröffnung des Feldzuges 1799, in: *Oestreichische militaerische Zeitschrift*, Jahrg. 1836, I. Band, 1. Heft, I., S. 3-36, 2. Heft, III., S. 181-211, Wien, 1836

Geiben, Klaus; Verfassung und Verwaltung des Herzogtums Lothringen unter seinem letzten Herzog und einstigen König der Polen Stanislaus Leszczynski, jur. Diss. Saarbrücken 1989

Geist, Gustav; Die Säkularisation des Bistums Halberstadt im westfälischen Friedenskongresse, auf Grund archivalischen Materials dargestellt, phil. Diss. Halle-Wittenberg 14. Jan. 1911, Halle a. S., 1911

Gembruch, Werner; Staat und Heer: Ausgewählte historische Studien zum ancien régime, zur Französischen Revolution und zu den Befreiungskriegen, hrsg. von Johannes Kunisch (Historische Forschungen, Band 40), Berlin, 1990

Gendron, François; La Jeunesse dorée: Épisodes de la Révolution françaises. Préface de Albert Soboul, Québec/Canada, 1979

Gerteis, Klaus; Bildung und Revolution. Die deutschen Lesegesellschaften am Ende des 18. Jahrhunderts, in: *Archiv für Kulturgeschichte*, hrsg. von Fritz Wagner, LIII. Band, S. 127-139, Köln, Wien, 1971

Gervais, L.-A.; Étude sur la constitution civile du clergé de 1790 et sur le clergé issu de cette constitution, thèse pour obtenir le grade de bachelier en théologie Genève, Genf, 1875

Geschichte der Erziehung; Redaktion Karl-Heinz Günther u. a., 11. Aufl., Berlin (Ost), 1973

Geschichte der Kirche; hrsg. von L. J. Rogier, R. Aubert, M. D. Knowles, III. Band: Reformation und Gegenreformation, IV. Band: Die Kirche im Zeitalter der Aufklärung, Revolution und Restauration, Einsiedeln, Zürich, 1965, 1966

Geschiedenis van Nederlandsch Indië; onder Leiding van F. W. Stapel, Deel I-V, Amsterdam, 1938-1940

Ghillany, Friedrich Wilhelm; Chronologisches Handbuch für die neuere politische Geschichte vom westphälischen Frieden bis auf die Gegenwart, Nürnberg, 1856

ders.; Diplomatisches Handbuch: Sammlung der wichtigsten Europaeischen Friedensschlusse, Congressacten und sonstigen Staatsurkunden vom Westphaelischen Frieden bis auf die neueste Zeit. Mit kurzen geschichtlichen Einleitungen, I.-III. Theil, Nördlingen, 1855, 1868

ders.; Europäische Chronik von 1492 bis Ende 1865. Mit besonderer Berücksichtigung der Friedensverträge, deren wichtigste Paragraphen nach dem Wortlaut in der Grundsprache der Friedensinstrumente eingeführt werden. Ein Handbuch für Freunde der Politik und Geschichte, I. Band: 1492-1830, Leipzig, 1865

Giboury, Jacques-Philippe; Dictionnaire des régicides 1793, Paris, 1989

Gindely, Anton; Die maritimen Pläne der Habsburger und die Antheilnahme Kaiser Ferdinand II. am polnisch-schwedischen Kriege während der Jahre 1627-1629. Ein Beitrag zur Geschichte des Dreissigjährigen Krieges, in: *Denkschriften der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften*, Philosophisch-historische Classe, XXXIX. Band, IV. Abhandlung, S. 1-54, Wien, 1891

Glagau, Hans; Die französische Legislative und der Ursprung der Revolutionskriege 1791-1792: Mit einem Anhang politischer Briefe aus dem Wiener K. und K. Haus- Hof- und Staatsarchiv (Historische Studien, veröffentlicht von E. Ebering, Heft 1), Berlin, 1896

Godechot, Jacques; La contre-révolution: Doctrine et action 1789-1804, Paris, 1961

ders.; La Grande Nation: L'expansion révolutionnaire de la France dans le monde de 1789 à 1799, 2. édition, entièrement refondue (Aubier, Collection historique dirigée par Maurice Agulhon et Paul Lemerle), Paris, 1983

ders.; La Prise de la Bastille 14 Juillet 1789 (Trente journées qui ont fait la France, 17), Paris, 1965

ders.; Les institutions de la France sous la Révolution et l'Empire, 2. édition, revue et augmentée (Histoire des Institutions, (1)), Paris, 1968

ders.; Les Révolutions (1770-1799) («Nouvelle Clio» L'Histoire et ses problèmes. Collection dirigée par Robert Boutruche et Paul Lemerle, N° 36), Paris, 1936

ders.; Regards sur l'époque révolutionnaire, Toulouse, 1980

Göhring, Martin; Die Ämterkäufllichkeit im Ancien régime (Historische Studien, Nr. 9 der Schriftenreihe: Forschungen zur Geschichte des Ancien régime und der großen Revolution, Heft 346), Berlin, 1938

ders.; Geschichte der Grossen Revolution, I. u. II. Band, Tübingen, 1950, 1951

Goerlitzer, Max; Die Barrierefestungen gegen Frankreich in ihrer militärischen und politischen Bedeutung, phil. Diss. Halle-Wittenberg 1889, Halle a. S., 1889

Goetz-Bernstein, H.-A.; La politique extérieure de Brissot et des Girondins, thèse pour le Doctorat ès lettres, présentée à la Faculté des Lettres de l'Université de Paris 1912, Paris, 1912

Goldschmidt, Bernhard Anton; Lebensgeschichte des Kardinal=Priesters Franz Wilhelm, Grafen von Wartenberg etc. Fürstbischofs von Osnabrück und Regensburg, Minden und Verden, Osnabrück, 1866

Gollwitzer, Heinz; Ideologische Blockbildung als Bestandteil internationaler Politik im 19. Jahrhundert, in: *HZ*, CCI. Band, 1965, Aufsätze, S. 306-333

Gomel, Charles; L'Assemblée constituante et les biens du clergé, in: *Journal des Économistes. Revue mensuelle de la Science économique et de la Statistique*, 56. année, 5^e série – Tome XXX, (avril à juin 1897), (N° 2. – Mai 1897, I.), p. 161-175, Paris, 1897

ders.; Histoire financière de la Législative et de la Convention, Tome I: 1792-1793, Tome II: 1793-1795, Paris, 1902, 1905

ders.; Histoire financière de l'Assemblée Constituante, Tome I: 1789, Tome II: 1790-1791, Paris, 1896, 1897

ders.; Les causes financières de la Révolution française, Tome I: Les ministères de Turgot et de Necker, Tome II: Les derniers contrôleurs généraux, Paris, 1892, 1893

Graham, Ruth; Les mariages des ecclésiastiques députés à la Convention, in: *Annales Historiques de la Révolution Française*, Fondateur: Albert Mathiez, Directeur: Georges Lefebvre, Albert Soboul, (Année) 1985, p. 480-499, Paris, 1985

Granier, Gerhard; Der deutsche Reichstag während des Spanischen Erbfolgekrieges (1700-1714), phil. Diss. Bonn Juli 1954

Gravière, Edmond Jurien de la; Guerres maritimes sous la République et l'Empire, Nouvelle édition, Tome I et II, Paris, 1853

Greer, Donald; The incidence of the emigration during the French Revolution (Harvard historical monographs, 24), Gloucester/Mass., 1966

Grégoire, Henri-B.; Histoire des sectes religieuses qui sont nées, se sont modifiées, se sont éteintes dans les différentes contrées du globe, depuis le commencement du siècle dernier jusqu'à l'époque actuelle, Nouvelle édition, corrigée et considérablement augmentée, Tome I, Paris, 1828

Griewank, Karl; Die Französische Revolution 1789-1799, 7. Aufl. (Böhlau-Studien-Bücher, Grundlagen des Studiums), Köln, Wien, 1980

Grosse, Franz; *Joseph von Görres (1776-1848): Franz Grosse zum 60. Geburtstage*; Veröffentlichungen der Stadtbibliothek Koblenz, 2., erw. Aufl., Koblenz, 1976

Grotefend, Hermann; Zeitrechnung des deutschen Mittelalters und der Neuzeit, I. Band: Glossar und Tafeln, Hannover, 1891

Gruart, Léon; Le diocèse de Senlis et son clergé pendant la Révolution (Société d'Histoire et d'Archéologie de Senlis), Senlis, 1979

Gruffy, Louis; La vie et l'oeuvre juridique de Merlin de Douai (1754-1838), thèse pour le Doctorat présentée et soutenue le 13 juin 1934, à 14 heures (Université de Paris, Faculté de Droit), Paris, 1934

Guérin, Daniel; Bourgeois et bras nus 1793-1795 (Collection idées/Gallimard, 304), Paris, 1973

Guès, André; Le Jacobin, la Prusse et l'Autriche, in: *Itinéraires. Revue mensuelle*, Chroniques et documents, Juin 1974 – Numéro 184, p. 59-69, Paris, 1974

ders.; Le patriotisme jacobin, in: *Itinéraires. Revue mensuelle*, Chronique et documents, Juillet-août 1974 – Numéro 185, p. 70-79, Paris, 1974

ders.; Les finances de la Révolution 1792-1800, in: *Itinéraires. Revue mensuelle. Chroniques et documents*, Février 1981 – Numéro 250, p. 57-69, Novembre 1981 – Numéro 257, p. 63-72, Décembre 1981 – Numéro 258, p. 44-54, Janvier 1982 – Numéro 259, p. 29-37, Paris, 1981, 1982

Gurian, Waldemar; Die politischen und sozialen Ideen des französischen Katholizismus 1789/1914, Mönchengladbach, 1929

Guyot, Raymond; Du Directoire au Consulat. Les transitions, in: *RH*, Tome CXI – Septembre-Décembre 1912, 1912, Articles de fond, p. 1-31

ders.; Le Directoire et Bonaparte, in: *Revue des études napoléoniennes*, Tome I, p. 321-334, Paris, 1912

ders.; Le Directoire et la paix de l'Europe, des traités de Bâle à la deuxième coalition (1795-1799), thèse pour le Doctorat ès lettres, présentée à la Faculté des Lettres de l'Université de Paris 1911, Paris, 1911

Gymnasium und Wissenschaft. Festgabe zur Hundertjahrfeier des Maximiliansgymnasiums in München; Nördlingen, 1949

Haag, Eugène et Émile; La France protestante ou vies des protestants français qui se sont fait un nom dans l'histoire depuis les premiers temps de la réformation jusqu'à la reconnaissance du principe de la liberté des cultes par l'assemblée nationale, Tome I-X, Paris, 1846-1859 (Slatkine Reprints Genève, 1966)

Haan, Heiner; Der Regensburger Kurfürstentag von 1636/1637, phil. Diss. Bonn 1965 (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der neueren Geschichte e. V., 3), Münster i. W., 1967

ders.; Obrigkeit und öffentliche Meinung in Kurhannover 1789-1803, in: *Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Neue Folge der „Zeitschrift des Historischen Vereins für Niedersachsen“*; hrsg. von der Historischen Kommission für Niedersachsen, XXXIX. Band, (Aufsätze), S. 192-294, Hildesheim, 1967

Hackert, Hermann; Der Friede von Nimwegen und das deutsche Elsass, in: *HZ*, CLXV. Band, 1942, Aufsätze, S. 472-509

Häusser, Ludwig; Deutsche Geschichte vom Tode Friedrichs des Großen bis zur Gründung des deutschen Bundes, I.-IV. Band, 3., verb. u. verm. Aufl., Berlin, 1861-1863

Haferkorn, Hans Jürgen; Zur Entstehung der bürgerlich-literarischen Intelligenz und des Schriftstellers in Deutschland zwischen 1750 und 1800, in: *Literaturwissenschaft und Sozialwissenschaft 3: Deutsches Bürgertum und literarische Intelligenz 1750-1800*, mit Beiträgen von Ulrich Dzwonek, Hans Freier, Hans Jürgen Haferkorn u. a., hrsg. von Bernd Lutz, S. 113-275, Stuttgart, 1974

Hahlweg, Werner; Barriere – Gleichgewicht – Sicherheit: Eine Studie über die Gleichgewichtspolitik und die Strukturwandlung des Staatensystems in Europa 1646-1715, in: *HZ*, CLXXXVII. Band, 1959, Aufsätze, S. 54-89

ders.; Untersuchungen zur Barrierepolitik Wilhelms III. von Oranien und der Generalstaaten im 17. und 18. Jahrhundert, in: *Westfälische Forschungen. Mitteilungen des Provinzialinstituts für Westfälische Landes- und Volkskunde*, im Auftrage des Instituts hrsg. von Peter Schöller, XIV. Band, S. 42-81, Münster i. W., 1961

Hampe, Karl; Der Zug nach Osten: Die kolonisatorische Großtat des deutschen Volkes im Mittelalter (Aus Natur und Geisteswelt: Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen, Band 731), Leipzig, Berlin, 1921

Handbuch der Deutschen Geschichte; hrsg. v. Leo Just, Band 3/I, 1. Teil: Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, Deutschland um 1800: Krise und Neugestaltung, Von 1789 bis 1815 von Kurt von Raumer und Manfred Botzenhart, Wiesbaden, 1980

Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte; hrsg. von Hermann Aubin und Wolfgang Zorn, I. Band: Von der Frühzeit bis zum Ende des 18. Jahrhunderts, verfasst von Wilhelm Abel, Hermann Aubin, Karl Bosl u. a., Stuttgart, 1971

Handbuch der Europäischen Geschichte; hrsg. von Theodor Schieder, III. Band: Die Entstehung des neuzeitlichen Europa, IV. Band: Europa im Zeitalter des Absolutismus und der Aufklärung, Stuttgart, 1971, 1968

Handbuch der Geschichte der böhmischen Länder; hrsg. im Auftrag des Collegium Carolinum von Karl Bosl, I.-IV. Band, Stuttgart, 1967-1974

Handbuch der Kirchengeschichte; hrsg. von Hubert Jedin, V. Band: Die Kirche im Zeitalter des Absolutismus und der Aufklärung, VI. Band, 1. Halbband: Die Kirche zwischen Revolution und Restauration, Freiburg/Br., Basel, 1970, 1971

Hartmann, Hans Walter; Korsika zur Zeit der französischen Revolution 1789-1794, phil. Diss. Zürich 1930

Hashagen; Der Kultus der Göttin der Vernunft in der ersten französischen Revolution, in: *Neue Kirchliche Zeitschrift*. In Verbindung mit Th. Zahn, K. von Burger, Ph. Bachmann u. a. hrsg. von Wilhelm Engelhardt, 16. Jahrg., S. 383-396, 428-446, Erlangen, Leipzig, 1905

Hauck, Albert; Kirchengeschichte Deutschlands, I. Teil (erschienen 1914), II. Teil (1912), III. Teil (1906), IV. Teil (1913), V. Teil (1911), Leipzig

Haug, Ferdinand; Die Aufhebung des Jesuitenordens in der Pfalz und ihre Folgen, in: *Mannheimer Geschichtsblätter. Monatsschrift für die Geschichte, Altertums- und Volkskunde Mannheims und der Pfalz*, hrsg. vom Mannheimer Altertumsverein, 10. Jahrg., August, September 1909, Nr. 8 u. 9, Sp. 171-180, Mannheim, 1909

Haussherr, Hans; Hardenberg: Eine politische Biographie, I. Teil: 1750-1800, hrsg. von Karl Erich Born (Kölner Historische Abhandlungen, Band 8), Köln, Graz, 1963

Haverkamp, Alfred; Aufbruch und Gestaltung: Deutschland 1056-1273 (Die Neue Deutsche Geschichte, Band 3), 2., vollst. überarb. Aufl. , München, 1993

Heckel, Martin; Deutschland im konfessionellen Zeitalter (Deutsche Geschichte, Band 5), Göttingen, 1983

Hecker, Hermann; Die territoriale Politik des Erzbischofs Philipp I. von Köln (1167-1191): Ein Beitrag zur Geschichte des XII. Jahrhunderts (Historische Studien, Heft 10), Leipzig, 1883

Heigel, Karl Theodor; Deutsche Geschichte vom Tode Friedrichs d. Gr. bis zur Auflösung des alten Reiches, I. u. II. Band (Bibliothek Deutscher Geschichte, 11, 1, 2), Stuttgart, Berlin, 1899, 1911

Heilbrunn, Rudolf M.; Die politische und militärische Bedeutung der Schlacht von Morlautern, in: *Jahrbuch zur Geschichte von Stadt und Landkreis Kaiserslautern*, XVI./XVII. Band, 1978/79: „Revolutionskrieg und Franzosenherrschaft im Kaiserslauterer Raum 1792/1813“, 1. Teil, S. 1-16, Otterbach-Kaiserslautern, 1980

Hein, Nils; Der Staat Karl Theodor von Dalberg's: Theoretischer Führungsanspruch und politische Ohnmacht im Alten Reich und im Rheinbund (1802 bis 1813), phil. Diss. Frankfurt/M., 1995, 1996

Heinrichs, Katharina; Die politische Ideologie des französischen Klerus bei Beginn der großen Revolution, phil. Diss. Kiel 1934

Helbok, Adolf; Deutsche Siedlung: Wesen, Ausbreitung und Sinn (Volk, Grundriß der deutschen Volkskunde in Einzeldarstellungen, Band 5), Halle a. S., 1938

Hempelmann, Franz; Die Emigranten und die französische Revolution in den Jahren 1789-92, phil. Diss. Hamburg 1935

Hennis, Wilhelm; Politik als praktische Wissenschaft: Aufsätze zur politischen Theorie und Regierungslehre, München, 1968

Henrich, Wolfgang; Landau in den Jahren 1648 bis 1714. Die Entwicklung der Stadtverfassung im Kräftespiel zwischen Frankreich und dem Reich, jur. Diss. München 1969

Heppe, Heinrich; Das Schulwesen des Mittelalters und dessen Reform im XVI. Jahrhundert; nebst Bugenhagen's Schulordnung der Stadt Lübeck, Marburg/L., 1860

ders.; Geschichte des deutschen Volksschulwesens, I.-V. Band, Gotha, 1858-1860

Herold, Jean Christopher; Bonaparte en Egypt, New York, Evanston, London, 1962

Heubaum, Alfred; Das Zeitalter der Standes- und Berufserziehung (*ders.*, Geschichte des deutschen Bildungswesens seit der Mitte des siebzehnten Jahrhunderts, 1), Berlin, 1905

Heuvel, Gerd van den; Grundprobleme der französischen Bauernschaft 1730-1794: soziale Differenzierung und sozio-ökonomischer Wandel vom Ancien Régime zur Revolution. Mit einem Vorwort von Abel Poitrineau (Ancien Régime, Aufklärung und Revolution, Band 6), München, Wien, 1981

Histoire de Besançon; Publiée sous la direction de Claude Fohlen, Tome I: Des origines à la fin du XVIIe Siècle, Tome II: De la conquête française à nos jours, Paris, 1964, 1965

Histoire de France; Ouvrage publié sous la direction de Marcel Reinhard, Tome II: De 1715 à 1946, Paris, 1946

Histoire de Marseille; Publiée sous la direction d'Edouard Baratier (Univers de la France et des pays francophones. Collection dirigée par Ph. Wolff de l'Institut, Série: Histoire des villes), Toulouse, 1972

Histoire de Saint-Denis; Sous la direction de Roger Bourderon et de Pierre de Peretti (Pays et villes de France, 29), Toulouse, 1988

Histoire de Toulon; Publiée sous la direction de Maurice Agulhon (Univers de la France et des pays francophones. Collection dirigée par Philippe Wolff de l'Institut, Série: Histoire des villes), Toulouse, 1980

Histoire économique et sociale de la France; Dirigée par Fernand Braudel et Ernest Labrousse, Tome II: Des derniers temps de l'âge seigneurial aux préludes de l'âge industriel (1160-1789) per Ernest Labrousse et autres, Tome III: L'avènement de l'ère industrielle (1789-années 1880) par Pierre Léon et autres, Premier et Second Volume, Paris, 1970, 1976

Histoire générale du IV^e siècle à nos jours; Ouvrage publié sous la direction de Ernest Lavisse et Alfred Rambaud, Tome VIII: La Révolution française 1789-1799, Paris, 1904

Hörger, Hermann; Dorfreigion und bäuerliche Mentalité im Wandel ihrer ideologischen Grundlagen, in: *ZBLG*, XXXVIII. Band, 1975, Aufsätze, S. 244-316

Höynck, Paul Otto; Frankreich und seine Gegner auf dem Nymwegener Friedenskongreß, phil. Diss. Bonn 26. 2. 1958 (Bonner Historische Forschungen, Band 16), Bonn, 1960

Hoffmann, Hermann; Friedrich II. von Preussen und die Aufhebung der Gesellschaft Jesu (Bibliotheca Instituti Historici S. I., 30), Rom, 1969

Hofmann, Etienne; Les „Principes de politique“ de Benjamin Constant: La genèse d'une oeuvre et l'évolution de la pensée de leur auteur (1789-1806), thèse présentée à la Faculté des Lettres de l'Université de Lausanne pour obtenir le grade de Docteur ès lettres, Tome I : (thèse Lausanne 1979), Tome II: Principes de politique applicables à tous les gouvernements, Texte établi d'après les manuscrits de Lausanne et de Paris avec une introduction et des notes, Genf, 1980

Hofmann, Walther von; Das Säkularisationsprojekt von 1743, Kaiser Karl VII. und die römische Kurie, in: *Riezler-Festschrift. Beiträge zur Bayerischen Landesgeschichte*, hrsg. von Karl Alexander von Müller, S. 213-259, Gotha, 1913

Holl, Karl; Gesammelte Aufsätze zur Kirchengeschichte, III. Band, Darmstadt, 1965

Homan, Gerlof D.; Jean François Reubell: French revolutionary, patriot, and director (1747-1807), Den Haag, 1971

Hubatsch, Walther; Grundlinien preussischer Geschichte: Königtum und Staatsgestaltung 1701-1871, Darmstadt, 1983

Hublot, Emmanuel; Valmy ou la défense de la nation par les armes (Collection: Fondation pour les études de défense nationale), Paris, 1987

Huhn, Eugen H. T.; Geschichte Lothringens, I. u. II. Band (Bibliothek für Wissenschaft und Literatur, Band 24 u. 25, Historische Abtheilung, Band 6 u. 7), Berlin, 1877, 1878

Hunecke, Volker; Antikapitalistische Strömungen in der Französischen Revolution. Neuere Kontroversen der Forschung, in: *Geschichte und Gesellschaft: Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft*, hrsg. von Helmut Berding u. a., 4. Jahrg., 1978, III. Heft: Sozialgeschichtliche Aspekte europäischer Revolutionen, hrsg von Heinrich August Winkler, S. 291-323, Göttingen, 1978

Hutt, Maurice George; The rôle of the curés in the Estates general en 1789, in: *The Journal of Ecclesiastical History*, Volume VI – 1955, p. 190-220, London, 1955

Immich, Max; Geschichte des europäischen Staatensystems 1660-1789, München, 1967

Ireland and the French Revolution; Edited by Hugh Gough and David Dickson, Dublin, 1990

Isenburg, Wilhelm Karl; Stammtafeln zur Geschichte der europäischen Staaten (Europäische Stammtafeln), I. Band: Die deutschen Staaten, berichtigter und ergänzter Abdruck der 2., verb. Aufl. von 1953, hrsg. von Frank Baron Freytag von Loringhoven, Marburg/L., 1969

Jacobs, Josef; Der Waisenhausstreit: ein Beitrag zur Geschichte der Pädagogik des 18. und 19. Jahrhunderts, Univ. Diss. Freiburg/Br. 1931

Jähns, Max; Das französische Heer von der großen Revolution bis zur Gegenwart: Eine kulturhistorische Studie, Leipzig, 1873

Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte; Bände I-XV., hrsg. und eingeleitet von Walter Grab, Band XVI. unter dem Titel: Tel Aviv Jahrbuch für deutsche Geschichte, hrsg. vom Institut für Deutsche Geschichte, Tel Aviv, 1972-1987

James, Cyril Lionel Robert; The black Jacobins: Toussaint L'Ouverture and the San Domingo Revolution, new revised edition, London, 1980

Japikse, Nicolas; Die Oranier: Statthalter und Könige in den Niederlanden, eingeleitet von Heinrich Sproemberg (berechtigte Übersetzung aus dem Holländischen von Lily Sproemberg: De Geschiedenis van het Huis van Oranje-Nassau), München, 1939

Jasinski, Béatrice W.; L'engagement de Benjamin Constant. Amour et politique (1794-1796), Minard, 1971

Jaurès, Jean; Histoire socialiste (1789=1900) sous la direction de Jean Jaurès, Tome I: La Constituante (1789=1791) par J. J., Tome II: La Législative (1791=1792) par J. J., Tome III: La Convention I par J. J., Tome IV: La Convention II par J. J., Tome V: Thermidor & Directoire (1794=1799) par Gabriel Deville, Tome VI: Consulat & Empire (1799-1815) par Paul Brousse & Henri Turot, Paris, 1901-1905

Jesmann, Karl-Ernst; Das preußische Gymnasium in Staat und Gesellschaft, I. Band: Die Entstehung des Gymnasiums als Schule des Staates und der Gebildeten 1787-1817, 2., vollst. überarb. Aufl. (Industrielle Welt, Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, 15), Stuttgart, 1996

Jeschonnek, Bernd; Revolution in Frankreich 1789-1799: Ein Lexikon, Berlin, 1989

Jomini, Antoine-Henry de; Histoire critique et militaire des guerres de la Révolution, Nouvelle édition, rédigée sur de nouveaux documents, et augmentée d'un grand nombre de cartes et de plans, Tome VIII-XIV, Paris, 1821-22, 1824

Jordan, Karl; Ausgewählte Aufsätze zur Geschichte des Mittelalters (Kieler Historische Studien, Band 29), Stuttgart, 1980

Jordan-Rozwadowski, Jan v.; Die Bauern des 18. Jahrhunderts und ihre Herren im Lichte der neuesten deutschen Forschungen, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, LXXV. Band (3. Folge XX. Band), (I. Abhandlungen), V., S. 337-368, VII., S. 478-514, Jena, 1900

Jven, Kurt; Die Industrie=Pädagogik des 18. Jahrhunderts: eine Untersuchung über die Bedeutung des wirtschaftlichen Verhaltens für die Erziehung (Göttinger Studien zur Pädagogik, 15), Langensalza, 1929

Kahnt, Helmut und Bernd Knorr; Alte Maße, Münzen und Gewichte: ein Lexikon, Mannheim, Wien, 1987

Kail, Owen C.; The Dutch in India, New Dehli, 1981

Kallert, Heide; Waisenhaus und Arbeitserziehung im 17. und 18. Jahrhundert, phil. Diss. Frankfurt/M., 1964

Kann, Robert A.; Geschichte des Habsburgerreiches 1526-1918, Wien, Köln, Graz, 1977

Karal, Enver Ziya; Fransa-Mısır ve Osmanlı imparatorluğu (1797-1802) (Istanbul Üniversitesi yayınlari: 63 Edebiyat Fakültesi Tarih Semineri VIII), Istanbul, 1938

Kaschuba, Wolfgang; Volkskultur zwischen feudaler und bürgerlicher Gesellschaft: Zur Geschichte eines Begriffs und seiner gesellschaftlichen Wirklichkeit, Frankfurt/M., New York, 1988

Kaufmann, Hermann; Die Reunionskammer zu Metz, in: *Jahr-Buch der Gesellschaft für lothringische Geschichte und Altertumskunde*, 11. Jahrg., 1899: *Annuaire de la Société d'histoire et d'archéologie lorraine*, 11. Année – 1899, S. 1-313, Metz, 1899

Keep, John L. H.; The Russian Army's response to the French Revolution, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas*. In Verbindung mit Dietrich Geyer u. a. hrsg. von Günther Stökl. Osteuropa-Institut München, N.F., XXVIII. Band 1980 (der ganzen Reihe Band 46), Abhandlungen, S. 500-523, Wiesbaden, 1980

Kerviler, René; La Bretagne pendant la Révolution (Société des bibliophiles bretons et de l'histoire de Bretagne), 1912, Réimpr.: Mayenne, 1980

Kessel, Eberhard; Die Wandlung der Kriegskunst im Zeitalter der französischen Revolution, in: *HZ*, CXLVIII. Band, 1933, Aufsätze, S. 248-276

Klassenkampf, Tradition, Sozialismus: von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft der Deutschen Demokratischen Republik – Grundriß; hrsg. vom Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Hrsg.-Kollektiv Ernst Diehl u. a., Berlin (Ost), 1974

Klein, Erich; Preußen und der Utrechter Frieden, phil. Diss. Königsberg 1910, Danzig, 1910

Klein, Karl; Geschichte von Mainz während der ersten französischen Occupation 1792-1793. Mit den Aktenstücken, Mainz, 1961

Kleindel, Walter; Österreich: Daten zur Geschichte und Kultur, Wien, Heidelberg, 1978

Klerk de Reus, Gerardus Cornelius; Geschichtlicher Ueberblick der administrativen, rechtlichen und finanziellen Entwicklung der niederländisch-ostindischen Compagnie (Verhandelingen van het Bataviaasch Genootschap van Kunsten en Wetenschappen, Deel XLVII., (3)), Batavia, s'Hage, 1894

Klewitz, Hand Walter; Ausgewählte Aufsätze zur Kirchen- und Geistesgeschichte des Mittelalters, Aalen, 1971

Kleyntjens, Josef; Die Jesuiten im Herzogtum Cleve von 1773 bis 1778, in: *Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein insbesondere Das alte Erzbistum Köln*, CXXX. Heft, Kleinere Beiträge, S. 109-115, Düsseldorf, 1937

Klimpert, Richard; Lexikon der Münzen, Maße, Gewichte, Zahlarten und Zeitgrößen aller Länder der Erde, unveränd. Nachdruck der 2. Aufl. 1896, Graz, 1972

Kloe, Karl; Die Wahlkapitulationen der Bischöfe zu Speyer (1272-1802), Speyer/Rh., 1928

Kolb, Georg Friedrich; Die thatsächlichen Ergebnisse der in Folge der französischen Revolution in der damaligen Baierischen Pfalz eingeführten Institutionen, insbesondere bezüglich der unbedingten Gütertheilbarkeit, der Freiheit der Ansäßigmachung, der völlig

unbeschränkten Gewerbsfreiheit und des öffentlich-mündlichen Gerichtsverfahrens mit Schwurgerichten in: *Konstitutionelle Jahrbücher*, hrsg. von Karl Weil, 1842, III. Band, S. 227-250, Stuttgart, 1843

Koll, Johannes; ›Die belgische Nation‹ Patriotismus und Nationalbewußtsein in den Südlichen Niederlanden im späten 18. Jahrhundert (Niederlande-Studien, Band 33), Münster i. W., New York, 2003

Koser, Reinhold; König Friedrich der Große, II. Band, 3. Aufl., Stuttgart, Berlin, 1905

Kossmann, Ernst Heinrich; The Low Countries, 1780-1940, Oxford, 1978

Kraft, Heinz; Die Württemberger in den Napoleonischen Kriegen, Stuttgart, 1953

Kramer, Karl-Sigismund; Volksleben im Hochstift Bamberg und im Fürstentum Coburg (1500-1800). Eine Volkskunde auf Grund archivalischer Quellen (Beiträge zur Volkstumsforschung, hrsg. vom Institut für Volksunde der Kommission für Bayerische Landesgeschichte bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, XV. Band: Veröffentlichungen der Gesellschaft für Fränkische Geschichte Reihe 9, Band 24), Würzburg, 1967

Krüger, Karin-Jutta; Karl Friedrich Willibald von Groschlag (1729-1799): Ein Beitrag zur kurmainzer Politik und zur Aufklärung im Rhein-Main-Gebiet, phil. Diss. München 1967

Krug-Basse, Jules; L'Alsace avant 1789 ou Etat de ses institutions provinciales et locales, de son régime ecclésiastique, féodal et économique, de ses moeurs et de ses coutumes sous l'ancienne administration française, Paris, Colmar, 1876

Kuhn, Annette; Der Herrschaftsanspruch der Gesellschaft und die Kirche, in: *HZ*, CCI. Band, 1965, Aufsätze, S. 334-358

Kuhn, Walter; Vergleichende Untersuchungen zur mitteldeutschen Ostsiedlung (Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart, 16), Köln, Wien, 1973

Kultur zwischen Bürgertum und Volk; (Argument-Sonderband AS 103), Berlin, 1983

Kunzer, Georg Eugen; Die Beziehungen des Speierer Fürstbischofs Damian August Philipp Karl, Grafen von Limburg-Styrum, zu Frankreich, phil. Diss. München 17. Juli 1914, Speyer/Rh., 1915

Kutz, Martin; Die Entwicklung des Außenhandels Mitteleuropas zwischen Französischer Revolution und Wiener Kongreß, in: *Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische*

Sozialwissenschaft; hrsg. von Helmut Berding u. a., Geschäftsführend Reinhard Rürup, 6. Jahrg., 1980, S. 538-558, Göttingen, 1980

Labourdette, Jean-François; Le Portugal de 1780 à 1802 (Regards sur l'histoire. Histoire moderne sous la direction de André Corvisier, 57), Paris, 1985

Lacour-Gayet, Georges; L'éducation politique de Louis XIV, 2. édition, revue, Paris, 1923

Lacour-Gayet, Michel; Marie-Caroline Reine de Naples: (1752-1814) Une adversaire de Napoleon. Préface de Jean Tulard, Paris, 1990

Lacouture, Joseph; La politique religieuse de la Révolution, Paris, 1940

Lagniau, Jean; Les guerres de Vendée. Chronique illustrée par les cartes postales et les gravures anciennes, Paris, 1982

La Gorce, Pierre de; Histoire religieuse de la Révolution française, Tome I-V, Paris, 1909-1931

Lamartine, Alphonse de; Histoire des Girondins, Tome I-VIII, Paris, 1848

Landgraf Karl von Hessen-Kassel 1654-1730: Ausstellung des Hessisches Staatsarchivs Marburg: 28. 3.-9. 5. 1980; (Marburger Reihe, 14), Marburg/L., 1980

La patrie en danger 1792-1793; Les campagnes de la Révolution (Tome I), Texte: Jean Tranié, Conception, iconographie, légendes: Juan Carlos Carmigniani, Cartes: Georges Bézard, Paris, 1987

La Revellière-Lépeaux, Louis Marie de; Mémoires de Larevellière-Lépeaux, Membre du Directoire Exécutif de la République Française et de l'Institut National, publiés par son fils (Ossian La Revellière-Lépeaux) sur le manuscrit autographe de l'auteur et suivis des pièces justificatives et de correspondances inédites, Tome I-III, réédités par Robert David d'Angers, Paris, 1873, 1895,

La Révolution en Haute-Normandie 1789-1802; Ouvrage collectif publié en coédition avec le Comité régional d'Histoire de la Révolution française (Haute-Normandie) avec le concours du Centre National des Lettres etc., Éditions du P'tit Normand, 2. édition, Rouen, 1989

Larivière, Charles de; Catherine II et la Révolution française d'après de nouveaux documents. Avec préface de Alfred Rambaud (Catherine le Grand d'après sa correspondance), Paris, 1895

L'armée et la guerre; Direction scientifique: Jean-Paul Bertaud, Daniel Reichel, Conception graphique: Jacques Bertrand (Atlas de la Révolution française sous la direction de Serge Bonin et Claude Langlois, 3), Paris, 1989

La Rochefoucauld, Jean-Dominique de, Claudine Wolikow, Guy Ikini; Le duc de La Rochefoucauld-Liancourt 1747-1827: De Louis XV à Charles X Un grand seigneur patriote et le mouvement populaire, Paris, 1980

Las Casas, Emmanuel Auguste; Le Mémorial de Sainte-Hélène, 1. édition intégrale et critique, établie et annotée par Marcel Dunan, Tome I et II, Paris, 1983

Latreille, André; L'Église catholique et la Révolution française: Tome I: Le Pontificat de Pie VI et la crise française (1775-1799), Tome II: L'ère napoléonienne et la crise européenne (1800-1815), Paris, 1946, 1950

ders.; Napoléon et le Saint-Siège 1801-1808: L'ambassade du Cardinal Fesch à Rome, thèse pour le Doctorat ès lettres, présentée à la Faculté des Lettres de l'Université de Paris 1935, Paris, 1935

Lauer, Hermann; Geschichte der katholischen Kirche im Großherzogtum Baden von der Gründung des Großherzogtums bis zur Gegenwart, Freiburg/Br., 1908

Lautzas, Peter; Die Festung Mainz im Zeitalter des ancien Régime, der französischen Revolution und des Empire (1736-1814): Ein Beitrag zur Militärstruktur des Mittelrhein-Gebietes, phil. Diss. Mainz 18. Dez. 1971 (Geschichtliche Landeskunde. Veröffentlichungen des Instituts für geschichtliche Landeskunde an der Universität Mainz, Band 8), Wiesbaden, 1973

Lavallée, Théophile; Les frontières de la France, Paris, 1864

Lavaquery, Louis-Eugène; Les Sources manuscrites de l'histoire religieuse de la France aux Archives des Affaires étrangères, in: *Revue d'Histoire de l'Église de France. Organe de la Société d'Histoire ecclésiastique de la France*, Directeur: Victor Carrière, 16. année, Tome XI – 1925), (Articles), p. 53-72, Paris, 1925

Lavisse, Ernest; Histoire de France contemporaine depuis la Révolution jusqu'à la paix de 1919, Tome I: La Révolution (1789-1792) par P. Sagnac, Tome II: La Révolution (1792-1799) par G. Pariset, Tome III: Le Consulat et l'Empire (1799-1815) par G. Pariset, Paris, 1920, 1921

Le diocèse d'Aix-en-Provence; Sous la direction de Jean-Rémy avec la collaboration de Edouard Baratier u. a. (Histoire des diocèses de France, NS, 3), Paris, 1975

Le diocèse d'Angers; Sous la direction de François Lebrun avec la collaboration de Joseph Avril et autres, (Histoire des diocèses de France, NS, 13), Paris, 1981

Le diocèse de Belley; Par Louis et Gabrielle Trenard (Histoire des diocèses de France, NS, 7), Paris, 1978

Le diocèse de Bordeaux; Sous la direction de Bernard Guillemain avec la collaboration de Raymond Darricau et autres (Histoire des diocèses de France, NS, 2), Paris, 1974

Le diocèse de Châlons; Sous la direction de Georges Clause avec la collaboration de Jean-François Boulanger et autres (Histoire des diocèses de France, NS, 23), Paris, 1989

Le diocèse de Clermont; Sous la direction de Abel Poitrineau avec la collaboration de Pierre Charbonnier et autres (Histoire des diocèses de France, NS, 9), Paris, 1979

Le diocèse de Genève-Annecy; Sous la direction de Henri Baud avec la collaboration de Louis Binz et autres (Histoire des diocèses de France, NS, 19), Paris, 1985

Le diocèse de Grenoble; Sous la direction de Bernard Bligny (Histoire des diocèses de France, NS, 12), Paris, 1979

Le diocèse de Lyon; Sous la direction de Jacques Gadille avec la collaboration de René Fédou et autres (Histoire des diocèses de France, NS, 16), Paris, 1983

Le diocèse de Metz; Sous la direction de Henri Tribout de Morembert (Histoire des diocèses de France, [Ancienne Série, 2]), Paris, 1970

Le diocèse de Montpellier; Sous la direction de Gérard Cholvy. Avec la collaboration de Xavier Azema et autres (Histoire des diocèses de France, NS, 4), Paris, 1976

Le diocèse de Nantes; Sous la direction de Yves Durand avec la collaboration de Marius Faugeras et autres (Histoire des diocèses de France, NS, 18), Paris, 1985

Le diocèse de Rennes; Sous la direction de Jean Delumeau avec la collaboration de André Chédeville et autres (Histoire des diocèses de France, NS, 10), Paris, 1979

Le diocèse de Rouen-Le Havre; Sous la direction de Nadine-Josette Chaline avec la collaborations de Jean-Pierre Chaline et autres (Histoire des diocèses de France, NS, 5), Paris, 1976

Le diocèse de Strasbourg; Sous la direction de Francis Rapp avec la collaboration de Louis Châtellier et autres (Histoire des diocèses de France, NS, 14), Paris, 1982

Le diocèse de Toulouse; Sous la direction de Philippe Wolff avec la collaboration de Georges Bacrabère et autres (Histoire des diocèses de France, NS, 15), Paris, 1983

Ledré, Charles; L'Église de France sous la Révolution (Bibliothèque chrétienne d'histoire), Paris, 1949

Leeb, Isidore Leonard; The ideological origins of Batavian Revolution: History and Politics in the Dutch Republic 1747-1800, Columbia Univ. Diss. New York, Den Haag, 1973

Lefebvre, Armand; Histoire des cabinets de l'Europe pendant le Consulat et l'Empire, écrite avec les documents réunis aux archives des Affaires étrangères, 1800-1815, Tome I-III, 2. édition, Paris, 1845-1847

Lefebvre, Georges; La France sous le Directoire (1795-1799), Edition intégrale du cours «Le Directoire» présentée par Jean-René Suratteau; Avant-propos d'Albert Soboul; Controverse entre Georges Lefebvre et Albert Meynier à propos du dix-huit fructidor; Mise à jour bibliographique et état des questions par Jean-René Suratteau (Editions sociales), Paris, 1977

ders.; Les Thermidoriens (Collection Armand Colin: Section d'Histoire et Sciences économiques, 196), Paris, 1960

Leflon, Jean; La crise révolutionnaire 1789-1846 (Histoire de l'Église depuis les origines jusqu'à nos jours. Publiée sous la direction de Augustin Fliche et Victor Martin, 20), Paris, 1949

L'Église de France et la Révolution, Histoire régionale; Tome I: L'Ouest, Textes de N.-J. Chaline – M. Lagrée – S. Chassagne. Introduction générale de Bernard Plongeron, Tome II: Le Midi, Textes de J. Castex – G. Cholvy – R. Darricau – P. Guiral – J. C. Meyer – M. Vovelle. Introduction générale de Gérard Cholvy (Bicentenaire de la Révolution), Paris, 1983, 1984

Legrelle, Arsène; La diplomatie française et la succession d'Espagne, Tome I-IV, Paris, 1888-1892

Lehmann, Max; Ein Regierungsprogramm Friedrich Wilhelm's III., in: *HZ*, N.F., XXV. Band, 1889, Aufsätze, S. 441-460

Léouzon Le Duc, Claude-Henri; La fortune de clergé sous l'ancien régime, in: *Journal des Économistes: Revue de la Science économique et de la Statistique*, 40^e année de la fondation, 4^e série-4^e année, Tome XV (juillet à septembre 1881), (N^o 44.-Août 1881), p. 217-240, Paris, 1880

LePoittevin, Gustave; La liberté de la presse depuis la Révolution 1789-1815, Paris, 1901 (Slatkine-Megariots Reprints, Genève, 1975)

Les diocèses de Besançon et de Saint-Claude; Sous la direction de Maurice Rey avec la collaboration de Jean Courtieu et autres (Histoire des diocèses de France, NS, 6), Paris, 1977

Les diocèses de Cambrai et de Lille; Sous la direction de Pierre Pierrard avec la collaboration de Henri Platelle et autres (Histoire des diocèses de France, NS, 8), Paris, 1978

Les diocèses de Chambéry, Tarentaise, Maurienne; Par Jacques Lovie (Histoire des diocèses de France, NS, 11), Paris, 1979

Les diocèses de Nice et de Monaco; Sous la direction de Françoise Hildesheimer avec la collaboration de Pierre Bodard et autres (Histoire des diocèses de France, NS, 17), Paris, 1984

Les guerres de l'ouest 1793-1815: Normandie, Bretagne, Vendée, Maine, Anjou, Poitou; Préface de J. F. Chiappe, Texte: Jean Tranié (Collection: Les grands moments de notre histoire. Dirigée par Guy Devautour), Paris, 1983

Lever, Évelyne; Louix XVIII, Paris, 1988

Lévy-Schneider, L.; Un prélat très représentatif du haut clergé de la fin de l'ancien régime. Le cardinal de Boisgelin (1732-1804), in: *Revue d'Histoire de l'Église de France. Organe de la Société d'Histoire ecclésiastique de la France*, Directeur: Victor Carrière, 13. année, Tome VIII (1922), (Articles), p. 170-181, Paris, 1922: Reprint Amsterdam 1968

Liesenfeld, Franz; Klemens Wenzeslaus der letzte Kurfürst von Trier, seine Landstände und die französische Revolution [1789-1794] (Westdeutsche Zeitschrift für Geschichte und Kunst, Ergänzungsheft 17, hrsg. von J. Hansen u. a.), phil. Diss. Bonn 6. März 1912, Trier, 1912

Lipowsky, Felix Joseph; Friderich V. Churfuerst von der Pfalz und Koenig von Boehmen. Eine historisch=biographische Schilderung, München, 1924

Loesche, Georg; Geschichte des Protestantismus im vormaligen und im neuen Österreich, 3., verb., verm., mit 3 Karten und einer Notenbeilage versehene Aufl., Wien, Leipzig, 1930

Lorenz, Gottfried; Das Erzstift Bremen und der Administrator Friedrich während des Westfälischen Friedenskongresses: Ein Beitrag zur Geschichte des schwedisch-dänischen Machtkampfes im 17. Jahrhundert, phil. Diss. Saarbrücken 29. Juni 1969, Saarbrücken, 1969

Lorenz, Reinhold; Volksbewaffnung und Staatsidee in Österreich (1792-1797) (Deutsche Kultur, Historische Reihe, 4), Wien, Leipzig, 1926

Louis XIV; Mémoires de Louis XIV, publiés avec un Introduction et des Notes par Jean Longnon (Collection des meilleurs écrivains politiques, 1), Paris, 1927

Loutchisky, Jean; De la petite propriété en France avant la Révolution et de la vente des biens nationaux, in: *RH*, Tome LIX – Septembre-Décembre 1895, 1895, Articles de fond, p. 71-107

ders.; Quelques remarques sur la vente des biens nationaux, Paris, 1913

Ludwig, Theodor; Die deutschen Reichsstände im Elsaß und der Ausbruch der Revolutionskriege, Straßburg, 1898

Lüdtke, Wilhelm; Der Kampf zwischen Oesterreich und Preussen um die Vorherrschaft im „Reiche“ und die Auflösung des Fürstenbundes (1789/91), in: *MIÖG*, XLV. Band, 1931, S. 70-153

ders.; Friedrich Wilhelm II. und die revolutionäre Propaganda (1789-1791), in: *Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte. Neue Folge der „Märkischen Forschungen“ des Vereins für Geschichte der Mark Brandenburg*, XLIV. Band, S. 70-83, München, Berlin, 1932

ders.; Kurtrier und die revolutionären Unruhen in den Jahren 1789-1790, in: *Trierer Zeitschrift. Vierteljahreshefte für Geschichte und Kunst des Trierer Landes und seiner Nachbargebiete*, hrsg. von der Gesellschaft für nützliche Forschungen und dem Provinzialmuseum, 5. Jahrg., 1930, Heft 1-4, S. 21-28, Trier, 1930

ders.; Preußen und Frankreich vom Bastillesturm bis Reichenbach (1789-1790), in: *Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte. Neue Folge der „Märkischen Forschungen“ des Vereins für Geschichte der Mark Brandenburg*, XLII. Band, S. 230-262, München, Berlin, 1929

Luther und die Reformation im Herzogtum Preussen: Ausstellung des Geheimes Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz zum Lutherjahr 1983; Berlin, 1983

Lutz, Heinrich, Friedrich Hermann Schubert und Hermann Weber; Frankreich und das Reich im 16. und 17. Jahrhundert (Kleine Vandenhoeck-Reihe), Göttingen, 1968

Lynn, John Albert; The bayonets of the Republic: Motivation and tactics in the army of revolutionary France 1791-94, University of Illinois Press: Urbana and Chicago, 1984

Mack Smith, Denis; The making of Italy 1796-1870, edited by D. M. S. (Documentary history of western civilization), London, Melbourne, 1968

Madelin, Louis; De Brumaire à Marengo (ders., Histoire du Consulat et de l'Empire, 3), Paris, 1938

ders.; Fouché 1759-1820, Tome I u. II, Paris, 1947

ders.; La Contre-Révolution sous la Révolution 1789-1815, Paris, 1935

ders.; Le Consulat (ders., Histoire du Consulat et de l'Empire, 4), Paris, 1949

Mager, Wolfgang; Frankreich vom Ancien Régime zur Moderne: Wirtschafts-, Gesellschafts- und politische Institutionengeschichte 1630-1830, Stuttgart, Berlin, 1980

Maier, Franz; Frankreich und der Kriegsausbruch von 1792, in: *Schweizer Beiträge zur Allgemeinen Geschichte, Etudes suisses d'histoire générale, Studi svizzeri di storia generale*, VIII. Band 1950, hrsg von Werner Näf, Abhandlungen, S. 135-190, Bern, 1950

Maier, Hans; Revolution und Kirche: Zur Frühgeschichte der Christlichen Demokratie, 5., Neubearb. u. erw. Aufl., Freiburg/Br., 1988

Maria Theresia und ihre Zeit: Eine Darstellung der Epoche von 1740-1780 aus Anlass der 200. Wiederkehr des Todestages der Kaiserin; hrsg. von Walter Koschatzky, Salzburg, 1979

Marion, Marcel; Histoire financière de la France depuis 1715, Tome I-VI, Tome I-IV: 2. tirage, Paris, 1927, 1928, 1931

ders.; La vente des biens nationaux pendant la Révolution, avec étude spéciale des ventes dans les départements de la Gironde et du Cher, Paris 1908 (Slatkine-Megariotis Reprints Genève, 1974)

Markov, Walter und Albert Soboul; 1789, die Grosse Revolution der Franzosen, 3. Aufl., Köln, 1989

Martin, Jean; L'Empire renaissant 1789-1871 (L'aventure coloniale de la France, (1)), Paris, 1987

Mathiez, Albert; Autour de Robespierre (Bibliothèque historique), Paris, 1926

ders.; La Révolution française, Tome I et II, 6. édition, Tome III, 8. édition (Collection Armand Colin, Section d'Histoire et Sciences économiques), Paris, 1973, 1938, 1948

ders.; La théophilanthropie et le culte décadaire: essai sur l'histoire religieuse de la révolution 1796-1801, thèse pour le Doctorat ès lettres, présentée à la Faculté des Lettres de l'Université de Paris 1905, Paris, 1911

ders.; La vie chère et le mouvement social sous la terreur (Bibliothèque Historique), Paris, 1927

ders.; L'exercice du Culte sous la première Séparation (1795-1802), in: *Revue Politique et Parlementaire. Paraissant le 10 de chaque mois*, Fondateur: Marcel Fournier, Directeur: Fernand Faure, 14. Année, Tome LI, Janvier-Février-Mars, (Numéro 151-Janvier), p. 79-106, Paris, 1907

Mayer, Theodor; Die Besiedlung und politische Erfassung des Schwarzwaldes im Hochmittelalter, in: *ZGO*, N.F., LII. Band, 1939, Miscellen, S. 500-522

Mayr, Josef Karl; Wien im Zeitalter Napoleons: Staatsfinanzen, Lebensverhältnisse, Beamte und Militär (Abhandlungen zur Geschichte und Quellenkunde der Stadt Wien, hrsg. vom Verein für Geschichte der Stadt Wien, Schriftleitung Friedrich Walter, 6), Wien, 1940

Mecenseffy, Grete; Geschichte des Protestantismus in Österreich, Graz, Köln, 1956

Meinecke, Friedrich; Der Regensburger Reichstag und der Devolutionskrieg, in: *HZ*, N.F., XXIV. Band, 1888, Aufsätze, S. 193-222

ders.; Die Entstehung des Historismus, I. Band, München, Berlin, 1936

ders.; Weltbürgertum und Nationalstaat: Studien zur Genesis des deutschen Nationalstaates, 4., durchges. Aufl., München, Berlin, 1917

Meisenburg, Friedrich; Der Deutsche Reichstag während des Österreichischen Erbfolgekrieges (1740-1748), phil. Diss. Bonn 1931, Dillingen a. D. 1931

Mejer, Otto; Kulturgeschichtliche Bilder aus Göttingen, Linden-Hannover, 1889

Mengin, Ernst; Die Ritter-Academie zu Christian-Erlang: ein Beitrag zur Geschichte der Pädagogik, phil. Diss. Erlangen 15. Okt. 1919

Mentalitäten und Lebensverhältnisse: Beispiele aus der Sozialgeschichte der Neuzeit. Rudolf Vierhaus zum 60. Geburtstag; hrsg. von Mitarbeitern und Schülern, Göttingen, 1982

Menzel, Rudolf; Die Anfänge der Volksschule in Deutschland: dargestellt unter besonderer Berücksichtigung der mitteldeutschen protestantischen Territorien, gekürzte Fassung Diss. Päd. Fak. Jena 3. Sept. 1955 (Diskussionsbeiträge zur Frage der Pädagogik, 13), Berlin, 1958

Meyer, Jean; La France moderne de 1515 à 1789 (Histoire de France, Tome 3), Paris, 1985

Meyer, Jean-Claude; La vie religieuse en Haute-Garonne sous la Révolution (1789-1801). Préface de Jacques Godechot (Publications de l'Université de Toulouse-Le Mirail, Série A, Tome 49), Toulouse, 1982

Meyer, Joseph; Das große Conversations-Lexicon fuer die gebildeten Staende. In Verbindung mit Staatsmännern, Gelehrten, Künstlern und Technikern hrsg. von J. M., 1. Abtheilung, I.-XXIII. Band: A-N, 2. Abtheilung, I.-XV. Band: O-Z, Hildburghausen, Amsterdam, Paris, 1840-1853

Meynier, Albert; Le Dix-huit brumaire an VIII (9 Novembre 1799) et la fin de la République (ders., Les coups d'État du Directoire, 3), Paris, 1928

ders.; Le Dix-huit fructidor an V (4 Septembre 1797) (ders., Les coups d'État du Directoire, 1), Paris, 1927

ders.; Le Vingt-deux floréal an VI (11 Mai 1798) et le Trente prairial an VI (18 Juin 1799) (ders., Les coups d'État du Directoire, 2), Paris, 1928

Meynier, Joseph; Réunion de Besançon à la Franché-Comté (1654-1664), in: *Mémoires de la Société d'Émulation du Doubs*, 7. Série, II. Volume 1897, Séance du 13 février 1897, p. 18-35, Besançon, 1898

Mirgeler, Albert; Rückblick auf das abendländische Christentum, Mainz, 1961

Mohr, Walter; Geschichte des Herzogtums Lothringen, I.-IV. Teil, Saarbrücken, Trier, 1974, 1976, 1979, 1986

Molitor, Hansgeorg; Vom Untertan zum Administré: Studien zur französischen Herrschaft und zum Verhalten der Bevölkerung im Rhein-Mosel-Raum von den Revolutionskriegen bis zum Ende der Napoleonischen Zeit, Habil.-Schr. Tübingen WS 1973/74 (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Band 99, Abteilung Universalgeschichte), Wiesbaden, 1980

Montagnon, André; Les guerres de Vendée 1793-1832, Paris, 1974

Moritz, Erhard; Preußen und der Kościuszko-Aufstand 1794: Zur preußischen Polenpolitik in der Zeit der Französischen Revolution (Schriftenreihe des Instituts für Allgemeine Geschichte

an der Humboldt-Universität Berlin, Band 11), phil. Diss. Humboldt-Universität 1964, Berlin (Ost), 1968

Moser, Arnulf; Die französische Emigrantenkolonie in Konstanz während der Revolution (1792-1799) (Konstanzer Geschichts- und Rechtsquellen, 21), Sigmaringen, 1975

Moulin, H.; Les marins de la République: Le Vengeur et Les droits de l'homme, La Loire et la Bayonnaise, Le treize prairial. – Aboukir et Trafalgar, Paris, 1882

Moulinas, René; Histoire de la Révolution d'Avignon (Les gens du sud), Avignon, 1986

Müllenheim u. v. Rechberg, Hermann Freiherr von; Die Annexion des Elsass durch Frankreich und Rückblicke auf die Verwaltung des Landes vom Westphälischen Frieden bis zum Ryswicker Frieden (1648-1697), 2. Aufl. (Beiträge zur Landes- und Volkeskunde von Elsass-Lothringen, Band 5, Heft 22), Straßburg, 1896

Müller, Michael G.; Die Teilungen Polens: 1772, 1793, 1795, München, 1984

Muret, Pierre; L'affaire des princes possessionnés d'Alsace et les origines du conflit entre la Révolution et l'Empire, in: *Revue d'histoire moderne et contemporaine*, Tome I: Première année 1899-1900, p. 433-456, 566-592, Paris, 1899

Muret, Théodore; Histoire des guerres de l'ouest : Vendée, Chouannerie (1792-1815), Tome I-V, Paris 1848 (Laffitte Reprints Marseille, 1979)

Näf, Werner; Die Epochen der neueren Geschichte: Staat und Staatengemeinschaft vom Ausgang des Mittelalters bis zur Gegenwart, I. Band, Aarau, 1945

Napoleon I. und das Militärwesen seiner Zeit; Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes und der Ranke-Gesellschaft-Vereinigung für Geschichte im öffentlichen Leben hrsg. von Wolfgang v. Groote und Klaus-Jürgen Müller, Freiburg/Br., 1968

Narr, Dieter; Volksfrömmigkeit, in: *Württembergisches Jahrbuch für Volkskunde*, 1959/60. Im Auftrag der Württembergischen Landesstelle für Volkskunde in Stuttgart hrsg. von F. Heinz Schmidt-Ebhausen, S. 68-71, Stuttgart, 1960

Neue Deutsche Biographie; hrsg. von der Historischen Commission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, I.-XXIII. Band und Gesamtregister, Berlin, 1953-2007

Nicolas, Jean; La Révolution française dans les Alpes: Dauphiné et Savoie 1789-1799 (Série: Histoire provinciale de la Révolution Française, dirigée par Louis Bergeron et Jean-Luc Mayaud, (VII)), Toulouse, 1989

Niebuhr, Barthold Georg; Geschichte des Zeitalters der Revolution: Vorlesungen an der Universität zu Bonn im Sommer 1829 gehalten, I. u. II. Band, Hamburg, 1845

Noorden, Carl von; Europäische Geschichte im achtzehnten Jahrhundert, Erste Abtheilung, Der spanische Erbfolgekrieg, I.-III. Band, Düsseldorf, 1870, 1874, 1882

Nouvelle biographie générale depuis les temps les plus reculés jusqu'à nos jours; publiée par MM. Firmin Didot Frères sous la direction M. Hoefer, Tome I-XLVI, Paris 1855-1866

Oberlé, Raymond; L'Alsace entre la paix de Westphalie et la Révolution française (L'Histoire de l'Alsace, (5)), Wettolsheim, 1977

ders.; Mulhouse ou la genèse d'une ville, Steinbrunn-le-Haut, 1985

Österreichische Bildungs- und Schulgeschichte von der Aufklärung bis zum Liberalismus; (Jahrbuch für Österreichische Kulturgeschichte, Band 4), Eisenstadt, 1974

Ogger, Günter; Kauf dir einen Kaiser: Die Geschichte der Fugger, München, 1978

Ohr, Wilhelm; Der karolingische Gottesstaat in Theorie und Praxis, phil. Diss. Leipzig 1902

Ollivier, Albert; Le Dix-huit brumaire: 9 Nov. 1799 (Trente journées qui ont fait la France, 20), Paris, 1959

Opitz, Helmut; Die Alte Kirche: ein Leitfaden durch die ersten fünf Jahrhunderte (Leitfaden der Kirchengeschichte, 1), Berlin, 1983

Palmer, Robert Roswell; The Age of the democratic revolution: A political history of Europe and America (1760-1800), Tome I: The challenge, Tome II: The struggle, Princeton/USA, 1959, 1964

ders.; Twelve who ruled: The year of the terror in the French revolution, Princeton/USA, 1941

Parker, Geoffrey; Der Aufstand der Niederlande: Von der Herrschaft der Spanier zur Gründung der Niederländischen Republik 1549-1609: englische Originalausgabe: The Dutch Revolt (1977), München, 1979

Pastor, Ludwig; Geschichte der Päpste im Zeitalter des fürstlichen Absolutismus von der Wahl Benedikts XIV. bis zum Tode Pius' VI. (1740-1799), III. Abteilung: Pius VI. (1775-1799) 1.-7. Aufl. (ders., Geschichte der Päpste seit dem Ausgang des Mittelalters. Mit

Benutzung des Päpstlichen Geheim-Archives und vieler anderer Archive bearbeitet, Band 16), Freiburg/Br., 1933

Paulsen, Friedrich; Das deutsche Bildungswesen in seiner geschichtlichen Entwicklung (aus Natur und Geisteswelt, Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen, 99./100. Bändchen), 4. Aufl., Leipzig, Berlin, 1920

ders.; Geschichte des gelehrten Unterrichts auf den deutschen Schulen und Universitäten vom Ausgang des Mittelalters bis zur Gegenwart. Mit besonderer Rücksicht auf den klassischen Unterricht, 3. erw. Aufl., hrsg. und in einem Anhang fortgesetzt von Rudolf Lehmann, I. u. II. Band, Leipzig, 1919

Pemsel, Helmut; Seeherrschaft: Eine maritime Weltgeschichte von den Anfängen der Seefahrt bis zur Gegenwart, I. u. II. Band, Koblenz, 1985

Peters, Hans: *Gedächtnisschrift Hans Peters*; hrsg. von H. Conrad u. a. (zum 70. Geburtstag), Berlin, Heidelberg, 1967

Peters, Jan; Unter der schwedischen Krone: Zum 150. Jahrestag der Beendigung der Schwedenherrschaft in Pommern, in: *ZfG*, 14. Jahrg., 1966, Heft 1, S. 33-51

Petersen, Susanne; Lebensmittelfrage und revolutionäre Politik in Paris 1792-1793: Studien zum Verhältnis von revolutionärer Bourgeoisie und Volksbewegung bei Herausbildung der Jakobinerdiktatur. Mit einem Vorwort von Albert Soboul, phil. Diss. Hamburg 1980 (Ancien Régime, Aufklärung und Revolution, Band 2), München, Wien, 1979

Pfister, Kurt; Kaiser Friedrich II., München, 1942

Picheloup, René; Les ecclésiastiques français émigrés ou déportés dans l'État pontifical 1792-1800 (Publications de l'Université de Toulouse, Le Mirail, Série A, Tome 15., Association des publications de l'Université de Toulouse), Toulouse, 1972

(*Picot, Michel*); Mémoires pour servir à l'histoire ecclésiastique, pendant le dix-huitième siècle, 2. édition, considérablement augmentée, Tome I-IV, Paris, 1815, 1816

Pieris, Paulus Edward; Ceylon and the Hollanders 1658-1796, Third edition, Colombo, 1930

Pierrard, Pierre; Histoire des curés de Campagne de 1789 à nos jours (Terres de France), Paris, 1986

ders.; L'Église et la Révolution (1789-1889) (Éditions nouvelle cité), Paris, 1988

Pigeard, Alain; Dictionnaire des batailles de Napoléon 1796-1815 (Bibliothèque Napoléonienne), Paris, 2004

Piquet-Marchal, Marie-Odile; La chambre de réunion de Metz (Travaux et recherches de la Faculté de Droit et des Sciences économiques de Paris, Série «Sciences historiques», N° 17), Paris, 1969

Pisani, Paul; L'Église de Paris et la Révolution, Tome I-IV (Bibliothèque d'Histoire religieuse), Paris, 1908-1911

Ploetz, Karl; Konferenzen und Verträge: Vertrags-Ploetz ein Handbuch geschichtlich bedeutsamer Zusammenkünfte und Vereinbarunge: III. Band, Teil 2: Neuere Zeit 1492-1914, 2., erw. u. veränd. Aufl. bearbeitet von Helmut K. G. Rönnefarth, Würzburg, 1958

Pluchon, Pierre; Toussaint Louverture: Un révolutionnaire noir d'Ancien Régime, Paris, 1989

Préclin, E.; La situation ecclésiastique et religieuse de la Franche-Comté à la veille de la Révolution, in: *Bulletin de la Fédération des Sociétés Savantes de Franche-Comté*, publié avec le concours du Centre National de la Recherche Scientifique, Académie des Sciences, Belles-Lettres et Arts de Besançon ..., N° 2 Année 1955, I., p. 3-28, Besançon, 1955

Presle, Benedikt; Die Einstellung der Regierung der österreichischen Niederlande zur französischen Emigration in den Jahren 1789-1794, phil. Diss. Wien 1947

Preußen-Ploetz: eine historische Bilanz in Daten und Deutungen; Tabellen; hrsg. von Manfred Schlenke, Freiburg/Br., 1983

Preussen und die katholische Kirche seit 1640. Nach den Acten des Geheimen Staatsarchives; I.-VII. Theil von Max Lehmann, VIII. u. IX. Theil von Hermann Granier. Veranlasst und unterstützt durch die K. Archiv-Verwaltung (Publicationen aus den K. Preussischen Staatsarchiven, Bände 1, 10, 13, 18, 24, 53, 56, 76, 77), Leipzig, 1878, 1881-1883, 1885, 1893, 1894, 1902

Probleme der Spätantike: Vorträge auf dem 17. Deutschen Historikertag; gehalten von Richard Laqueur u. a., Stuttgart, 1930

Propyläen Geschichte Deutschlands; II. Band: Hagen Keller; Zwischen rationaler Begrenzung und universalem Horizont: Deutschland im Imperium der Salier und Staufer 1024 bis 1250, Berlin, 1986

Prüsener, Marlies; Lesegesellschaften im 18. Jahrhundert: Ein Beitrag zur Lesergeschichte, phil. Diss. München 1971, in: *Archiv für Geschichte des Buchwesens*, hrsg. von der

Historischen Kommission des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels e. V., XIII. Band, Sp. 369-594, Frankfurt/M., 1973

Raab, Heribert; Clemens Wenzeslaus von Sachsen und seine Zeit (1739-1812), I. Band: Dynastie, Kirche und Reich im 18. Jahrhundert, Habil.-Schr. Mainz 29. Juli 1960, Freiburg/Br., 1962

Ranke, Leopold von; Der Ursprung des Siebenjährigen Krieges, Leipzig, 1871

ders.; Ursprung und Beginn der Revolutionskriege 1791 und 1792, Leipzig, 1875

ders.; Zwölf Bücher Preussischer Geschichte, I.-VI. Band (Leopold von Rankes Historische Meisterwerke, Bände (1)-(3)), Wien, Hamburg, 1928

Raumer, Kurt von: *Dauer und Wandel der Geschichte: Aspekte europäischer Vergangenheit: Festgabe für Kurt von Raumer zum 15. Dezember 1965*; hrsg. von Rudolf Vierhaus u. a. (Neue Münstersche Beiträge zur Geschichtsforschung, Band 9), Münster i. W., 1966

Ravens, Jürgen Peter; Staat und katholische Kirche in Preußens polnischen Teilungsgebieten (1772-1807), phil. Diss. München 1964 (Veröffentlichungen des Osteuropa Institues München, Band 21), Wiesbaden, 1963

Real, Willy; Der Friede von Basel, I. u. II. Teil, in: *Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde*, L. Band, S. 27-112, LI. Band, S. 115-228, Basel 1951, 1952

ders.; Die preußischen Staatsfinanzen und die Anbahnung des Sonderfriedens von Basel 1795, in: *Forschungen zur Brandenburgischen und Preussischen Geschichte*, N.F., I. Band (der ganzen Reihe Band 66), Abhandlungen und Aufsätze, S. 53-100, Berlin 1992

ders.; Von Potsdam nach Basel: Studien zur Geschichte der Beziehungen Preußens zu den europäischen Mächten vom Regierungsantritt Friedrich Wilhelms II. bis zum Abschluß des Friedens von Basel, 1786-1795 (Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft, Band 70), Basel, Stuttgart, 1958

Reichard, Konrad; Die maritime Politik der Habsburger im 17. Jahrhundert, Berlin, 1867

Reichardt, Rolf; Bevölkerung und Gesellschaft Frankreichs im 18. Jahrhundert: Neue Wege und Ergebnisse der sozialhistorischen Forschung 1950-1976, in: *ZHF*, IV. Band, 1977, Berichte und Kritik, S. 154-221

ders.; „Histoire des Mentalités“. Eine neue Dimension der Sozialgeschichte am Beispiel des französischen Ancien Régime, in: *Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen*

Literatur, hrsg. von Georg Jäger u. a., III. Band 1978, Forschungsberichte und Sammelrezensionen, S. 130-166, Tübingen, 1978

Reimann, Eduard; Geschichte des Bairischen Erbfolgekrieges, Leipzig, 1869

Reinhard, Marcel; Le grand Carnot, Tome I: De l'Ingénieur au Conventionnel 1753-1792, Tome II: L'Organisateur de la victoire 1792-1823 (Figures du passé, Hachette), Paris, 1950, 1952

Reinhardt, Rudolf; Die Auswirkungen der nachtridentinischen Kirchenreform auf die wirtschaftliche Entwicklung der Klöster in Oberschwaben, in: *BdL*, 109. Jahrg. 1973, S. 124-138

Religion – Politik – Gesellschaft im 17. und 18. Jahrhundert: Ein Versuch in vergleichender Sozialgeschichte; Einführung von Erich Angermann, I. Der englische Puritanismus von Peter Toorn, II. Jansenismus und Gesellschaft in Frankreich von Eberhard Weis, III. Der Pietismus im Alten Reich von Hartmut Lehmann, in: *HZ*, CCXIV. Band, 1972, Aufsätze, S. 26-95

Remling, Franz Xaver; Die Rheinpfalz in der Revolutionszeit von 1792 bis 1798: ein urkundlicher Beitrag zur vaterländischen Geschichte I. u. II. Band, Speyer/Rh., 1865, 1866

(*Reuchlin, Hermann*): Pseudonym: Bernhard; Franz Ludwig von Erthal, Fürstbischof von Bamberg und Würzburg; Herzog von Franken, von 1779-1795: Ein Lebensbild aus den letzten Jahrzehnten des deutschen Reichs, Tübingen, 1852 (281 Seiten)

Reuß, Albert; Die Industrieschulen um die Wende des achtzehnten Jahrhunderts: ein Beitrag zu ihrer Geschichte unter besonderer Berücksichtigung ihrer Entwicklung in Baden und Hessen, phil. Diss. Frankfurt/M. 1926

Reuss, Rodolphe; La France et l'Alsace à travers l'histoire („Chiffons de papier“, qui n'ont pas été déchirés), Paris, 1915

ders.; L'Alsace au dix-septième siècle, au point de vue géographique, historique, administratif, économique, social, intellectuel et religieux, Vol. I et II (Bibliothèque de l'École des hautes études, Sciences historiques et philologiques, 116, 120), Paris 1897, 1898

Reutlingen: aus der Geschichte einer Stadt; hrsg. Paul Schwarz und Heinz Dieter Schmid, Reutlingen, 1973

„*Revolutionskrieg und Franzosenherrschaft im Kaiserslauterer Raum 1792/1813*“; (Jahrbuch zur Geschichte von Stadt und Landkreis Kaiserslautern, 16./17. Band 1978/79), Otterbach-Kaiserslautern, 1980

Reynaud, Jean; Vie et correspondance de Merlin de Thionville, Paris, 1860

Rhode, Gotthold; Geschichte Polens: ein Überblick, 3., verb. Aufl., Darmstadt, 1989

Richard, Camille; Le Comité de salut public et les fabrications de guerre sous la Terreur (Bibliothèque d'histoire moderne, (20)), Paris, 1922

Richard, M.; Histoire des diocèses de Besançon et de Saint-Claude, Tome I et II, Besançon, 1847, 1851

Rinieri, Ilario; Il Concordato tra Pio VII e il Primo Console anno 1800-1802 (ders., La diplomazia pontificia nel secolo XIX, Volume 1), Civiltà Cattolica, Rom, 1902

Ritter von Rittersberg, J.; Biographien der ausgezeichnetsten verstorbenen und lebenden Feldherrn der k. k. österreichischen Armee aus der Epoche der Feldzüge von 1788-1821, I. Theil, Prag, 1827-1829

Robinet, Jean F.; Dictionnaire historique et biographique de la révolution et de l'empire 1789-1815, Tome I et II, Paris, 1899

Rössler, Hellmuth; Napoleons Griff nach der Kaiserkrone: Das Ende des alten Reiches 1806 (Janus-Bücher, Berichte zur Weltgeschichte, hrsg. von H. Rössler u. a., Band 3), München, 1957

Rohr, Theo; Der deutsche Reichstag vom Hubertusburger Frieden bis zum Bayerischen Erbfolgekrieg (1763-1778), phil. Diss. Bonn 1968

Ross, Steven Thomas; The military strategy of the Directory: The Campaigns of 1799, in: *French Historical Studies*, Volume V, Number 2, Fall 1967, (Articles), p. 170-187, Worcester/Massachusetts, 1967 (Kraus Reprint Co. New York 1974)

ders.; The War of the Second Coalition, Diss. Princeton Univ. 1963, Ann Arbor/Mich. 1964

Rousset, Camille; Les Volontaires, 1791-1794, Paris, 1870

Rudé, George; Revolutionary Europe 1783-1815, New York, 1966

Rudolphi, Wilhelm; Zur Kirchenpolitik Preußens, 2., verb. u. verm. Aufl., Paderborn, 1897

Rüsch, Erwin; Die Revolution von Saint Domingue, phil. Diss. Hamburg 6. Dez. 1929 [1930] (Übersee-Geschichte, Eine Schriftenfolge, hrsg. von Adolf Rein, Band 5), Hamburg, 1930

Sagnac, Philippe; La composition des États généraux et de l'Assemblée nationale (1789): Étude statistique et sociale, in: *RH*, Tome CCVI – 75^e Année – 1951, Articles de fond, p. 8-28, Paris, 1951

ders.; Le Rhin français pendant la révolution et l'empire (Bibliothèque d'histoire contemporaine), Paris, 1917

Saintoyant, Jules François; La Colonisation française pendant la période napoléonienne (1799-1815), Paris, 1931

ders.; La Colonisation française sous l'Ancien Régime (du XV^e Siècle à 1789), Tome I: Du XV^e siècle au traité d'Utrecht (1713), Tome II: Du traité d'Utrecht à 1789, Paris, 1929

Sauer, Friedrich Adolf; Die Industrie=Schulen im Herzogthume Westfalen, in: *Germanien und Europa, eine Zeitschrift*, hrsg. von August Friedrich Wilhelm Crome und Heinrich Karl Jaup, I. Band, 1. Heft, II., S. 33-59, Gießen, 1812

Schaefer, Arnold; Geschichte des siebenjährigen Kriegs, I. Band, II. Band, 1. u. 2. Abtheilung, Berlin, 1867, 1870, 1874

Schäfer, Dietrich; Deutsche Geschichte, I. u. II. Band, 5., bis auf die Gegenwart fortgef. Aufl., Jena, 1916

Schäfer, Wilhelm; Die Halsbandgeschichte, in: *ders.*, Erzählende Schriften, II. Band, 2. Aufl., S. 77-173, München, 1918

Schaffner, Siegfried; Die Siéyès'schen Entwürfe und die Entstehung der Verfassung des Jahres VIII., phil. Diss. Leipzig 30. April 1907, Leipzig, 1907

Schama, Simon; Patriots and liberators: revolution in the Netherlands, 1780-1813, London, 1977

Scheichl, Franz; Leopold I. und die österreichische Politik während des Devolutionskrieges 1667/68, phil. Diss. Leipzig 1887, Leipzig, 1887

Schicksalswege am Oberrhein: Beiträge zur Kultur= und Geistesgeschichte, zur Wirtschafts= und Staatenkunde; hrsg von Paul Wentzcke (Elsass-Lothringisches Jahrbuch, 22), Heidelberg, 1952

Schildhauer, Johannes; Auswirkungen der Französischen Revolution auf Mecklenburg (1789-1800), in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Ernst Moritz Arndt-Universität Greifswald*, 7. Jahrg., 1957/58, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe Nr. 1/2, S. 1-8, als Manuskript gedruckt, Greifswald, 1957/58

Schleinert, Dirk; Anna Maria von Mecklenburg (1627-1669) und August von Sachsen (1614-1680) und die Begründung des Hauses Sachsen-Weißenfels. Dynastische Beziehungen zwischen Mecklenburg und Kursachsen im 17. Jahrhundert, in: *Mecklenburgische Jahrbücher*, 123. Jahrg., 2008, Aufsätze und Miszellen, S. 123- 157, Schwerin, 2008

Schlesinger, Walter; Die Landesherrschaft der Herren von Schönburg: Eine Studie zur Geschichte des Staates in Deutschland (Quellen und Studien zur Verfassungsgeschichte des Deutschen Reiches in Mittelalter und Neuzeit, Band 9, Heft 1), Münster i. W., Köln, 1954

Schlosser, F. C.; Geschichte des achtzehnten Jahrhunderts und des neunzehnten bis zum Sturz des französischen Kaiserreichs mit besonderer Rücksicht auf geistige Bildung, I.-VIII. Band, 5. Aufl., Heidelberg, 1864-1866

Schmid, Carlo; Die deutschen Bildungsschichten und die Politik, in: *ders.*, Gesammelte Werke als Einzelausgaben, I. Teil: Politik als geistige Aufgabe, S. 227-249, Bern, München, 1973

Schmid, Hermann; Die Säkularisation der Klöster in Baden 1802-1811, phil. Diss. Freiburg/Br. 1977, Überlingen, 1980

Schmidt, Eberhard; Die Mark Brandenburg unter den Askaniern (1134-1320) (Mitteldeutsche Forschungen, hrsg. von Reinhard Olesch u. a., Band 71), Köln, Wien, 1973

ders.; Rechtsentwicklung in Preussen, 2., völlig durchgearb. u. verm. Aufl. (Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft, Abteilung Rechtswissenschaft, 6), Berlin, 1929

Schmidt, Hellmuth; Die sächsischen Bauernunruhen des Jahres 1790, in: *Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Stadt Meissen*, VII. Band, S. 261-428, Meissen, 1908

Schmidt, Rudolf; Volksschule und Volksschulbau: von den Anfängen des niederen Schulwesens bis in die Gegenwart (Probleme der Erziehung, 3/4), Wiesbaden, 1967

Schmitt, Alphonse; La vente des biens nationaux à Lisle-en-Barrois, in: *Memoires de la Société des Lettres, Sciences et Arts de Bar-le-Duc*, IV^e Série, Tome VI, Mémoires, p. 147-160, Bar-le-Duc, 1908

Schmitt, Eberhard; Repraesentatio in toto und Repraesentatio singulariter. Zur Frage nach dem Zusammenbruch des französischen Ancien régime und der Durchsetzung moderner parlamentarischer Theorie und Praxis im Jahr 1789, in: *HZ*, CCXIII. Band, 1971, Aufsätze, S. 529-576

Schmitz, Otto; Die maritime Politik der Habsburger in den Jahren 1625-1628, phil. Diss. Bonn 1903

Schnath, Georg; Geschichte Hannovers im Zeitalter der neunten Kur und der englischen Sukzession 1674-1714. Im Anschluß an Adolf Köchers unvollendete „Geschichte von Hannover und Braunschweig 1648-1714“, I.-IV. Band und Namensweiser (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen: früher: für Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Schaumburg-Lippe und Bremen, XVIII), Hildesheim, Leipzig, 1938, 1976, 1978, 1982

Schneider, Karl Gerhard; Überblick über die Herrschafts- und Rechtsformen des französischen Vordringens nach Osten in der Zeit von 1550 bis 1812, Düsseldorf, 1938

Schneider, Rudolf; Welt und Kirche bei Augustin: ein Beitrag zur Frage des christlichen Existentialismus (Christentum und Geistesleben, 6), München, 1949

Schöler, Walter; Geschichte der Mittel- und Realschulpädagogik, hrsg. von Nikolaus Maassen, I. Band: Von den Anfängen bis Ende des 19. Jahrhunderts (Handbuch der Mittelschulpädagogik in Einzeldarstellungen, hrsg. von Nikolaus Maassen, 2,1), Berlin, Hannover, 1960

Schott, Theodor; Das Toleranzedikt Ludwig's XVI., in: *HZ*, N.F., XXV. Band, 1889, Aufsätze, S. 385-424

Schrader, Karl; Die Erziehungstheorie des Philantropismus (Versuch eines Systems) (Friedrich Mann's pädagogisches Magazin, Heft 1218), Langensalza, 1928

Schu, Hans Jörg; Chronik der Stadt Saarlouis 1680-1980. Ein chronologischer Bericht über die Entwicklung der Festungsstadt, Saarbrücken, 1980

Schulin, Ernst; Die Französische Revolution, München, 1988

Schultze, Hans; Die Grundzüge der Assignatenwirtschaft der französischen Revolution, ihre historischen Grundlagen und ihre Probleme, phil. Diss. Berlin 1926, maschinenschriftlich

Schultze, Johannes; Die Mark Brandenburg, I. Band: Entstehung und Entwicklung unter den askanischen Markgrafen (bis 1319), Berlin, 1961

Schwaiger, Georg; Kardinal Franz Wilhelm von Wartenberg als Bischof von Regensburg (1649-1661) (Münchener theologische Studien, 1. Historische Abteilung, Band 6), München, 1954

Schwartz, Paul; Die Gelehrtenschulen Preußens unter dem Oberschulkollegium (1787-1806) und das Abiturientenexamen, I.-III. Band, Berlin, 1910-1912

Schweer, Helga; Weissenburg im Elsass: Eine Stadtgeographie, phil. Diss. Freiburg/Br. 1963 (Veröffentlichungen der Pfälzischen Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften in Speyer, Band 46), Speyer/Rh., 1964

Sciout, Ludovic; Histoire de la Constitution civile du clergé (1790-1801), Tome I-IV, Paris, 1872-1881

Scott, Samuel F.; The regeneration of the Line Army during the French Revolution, in: *The Journal of Modern History*. Co-Editors Hanna H. Gray and Charles M. Gray, March-December 1970, Volume XLII, p. 307-330, Richmond/Virginia, Chicago, 1970

ders.; The response of the Royal army to the French Revolution: The role and development of the Line Army 1783-93, Oxford, 1978

Séché, Léon; Les origines du Concordat, Tome I: Pie VI et le Directoire, Tome II: Pie VII et le Consulat, Paris, 1894

Sée, Henri; Histoire économique de la France, Tome I: Le moyen âge et l'ancien régime, Préface de Armand Rébillon, Tome II: Les temps modernes (1789-1914), Préface de Henri Hauser, Paris, 1948, 1942

Seemacht: Eine Seekriegsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart; von Elmar B. Potter und Flottenadmiral Chester W. Nimitz, amerikanische Originalausgabe: *Sea Power, A Naval History*, deutsche Fassung hrsg. im Auftrag des Arbeitskreises für Wehrforschung von Jürgen Rohwer, München, 1974

Sell, Karl; Die Entwicklung der katholischen Kirche im neunzehnten Jahrhundert, Vorträge, Leipzig, 1898

Sen, Sibi Pada; The French in India 1763-1816, Second edition July 1971, New Delhi, 1971

Smid, Menno; Ostfriesische Kirchengeschichte (Ostfriesland im Schutze des Deiches, 6), Pewsum, 1974

Soboul, Albert; Dictionnaire historique de la Révolution française, publié sous la Direction scientifique de Jean René Suratteau et François Gendron, Paris, 1989

ders.; La France à la veille de la Révolution, Tome I: Economie et Société, Nouvelle édition revue et augmentée, Paris, 1966

ders.; Le Directoire et le Consulat (1795-1804), 3. édition corrigée (Que sais-je? 1266), Paris, 1980

ders.; Précis d'histoire de la Révolution française (Éditions Sociales), Paris, 1962

ders.; Sur les „curés rouges“ dans la Révolution française, in: *Annales Historiques de la Révolution Française*, Fondateur: Albert Mathiez, Directeur: Georges Lefebvre, (Année) 1982, p. 349-363, Paris, 1982

Sommermeier, Julius; Preussen und die Campagne von 1794 gegen Frankreich, phil. Diss. Berlin 8. Juli 1905

Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft: eine vergleichende Enzyklopädie; hrsg. von Claus D. Kernig, Teil I: Abbildtheorie – Diktatur des Proletariats, Freiburg/Br., 1966

Sozialer und kultureller Wandel in der ländlichen Welt des 18. Jahrhundert; hrsg. von Ernst Hinrichs und Günter Wiegelmann (Wolfenbütteler Forschungen, Band 19), Wolfenbüttel, 1982

Spillmann, Georges; Napoléon et l'islam, Paris, 1969

Spindler, Max; *Festschrift zum 75. Geburtstag*; hrsg. von Dieter Albrecht u. a., München, 1969

Springer, Max; Die Franzosenherrschaft in der Pfalz: 1792-1814 (Departement Donnersberg), Stuttgart, 1926

Srbik, Heinrich Ritter von; Wien und Versailles 1692-1697: Zur Geschichte von Strassburg, Elsass und Lothringen, München, 1944

Steinacker, Gustav; Geschichtliche Uebersicht der Entwicklung der evangel. Gemeinde A. B. zu Triest, als Einleitung des bei dieser Gemeinde bestehenden Ehrenbuches, Triest, 1840

Steinmetz, Richard; Erziehung und Konfession: eine problemgeschichtliche Studie zur kulturhistorisch arbeitenden Volkskunde in Bayern; Spätmittelalter bis Aufklärung, phil. Fak. I. Diss. München 1970 (Europäische Hochschulschriften, Reihe 11, Band 27), Bern, 1976

Stourm, René; Les finances de l'Ancien Régime et de la Révolution: Origines du système financier actuel, Tome I et II, Paris, 1885

ders.; Les finances du Consulat, Paris, 1902

Strahl, Philipp und Ernst Herrmann; Geschichte des russischen Staates, I. u. II. Band von P. S., III.-VI. Band von E. H., Ergänzungs-Band: Diplomatische Correspondenzen aus der

Revolutionszeit 1791-1797 von E. H. (Geschichte der europäischen Staaten, hrsg. von A. H. L. Heeren und F. A. Ukert), Hamburg, 1832, 1839, 1846, 1849, 1853, Gotha, 1860, 1866

Streisand, Joachim; Deutschland von 1789 bis 1815: von der Französischen Revolution bis zu den Befreiungskriegen und dem Wiener Kongreß, 4., durchges. Aufl. (Lehrbuch der deutschen Geschichte (Beiträge), 5), Berlin (Ost) 1977

Studien zur deutsch-französischen Musikgeschichte im 18. Jahrhundert: Einflüsse und Wirkungen; hrsg. von Wolfgang Birtel u. a. (Aufklärungen, Band 2) (Annales Universitatis Saraviensis, Reihe: Philosophische Fakultät, hrsg. von Friedrich Hiller u. a., Band 20), Heidelberg, 1986

Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland; von H. Mottek u. a. (Veröffentlichungen des Instituts für Wirtschaftsgeschichte an der Hochschule für Ökonomie Berlin-Karlhorst, 1), Berlin, 1960

Stutz, Ulrich; Buchbesprechung: Cesare Magni, Ricerche sopra le elezioni episcopali in Italia durante l'alto medio evo. Parte seconda, Roma 1930, in: *ZRG*, KA XX, 1931, Literatur, S. 647- 651

Suratteau, Jean-René; Les élections de l'an VI et le „coup d'état du 22 fléoreal“ (11 mai 1798): Étude documentaire, statistique et analytique, Essai d'interprétation (Publications de l'Université de Dijon, 43), Paris, 1971

Szczeponik, Benedikt; Herzog Ernst Bogislav von Croy, der letzte Bischof von Cammin, im Streite Schwedens und Brandenburgs um den Besitz des Bistums, phil. Diss. Greifswald 1913, Stettin, 1913

Tackett, Timothy; Religion, revolution, and regional culture in the eighteenth-century France: The ecclesiastical Oath of 1791, Princeton, 1986

Tarling, Nicholas; Anglo-Dutch rivalry in the Malay World 1780-1824, London, St. Lucia/Australia, 1962

(Tausend) 1000 Jahre Österreichisches Judentum. Ausstellungskatalog [d. Österreichische Jüdische Museum in Eisenstadt]; hrsg. von Klaus Lohrmann (Studia Judaica Austriaca, 9), Eisenstadt, 1982

Taylor, George V.; Revolutionary and nonrevolutionary content in the Cahiers of 1789: An interim report, in: *French Historical Studies*, Editorial Board: David H. Pinkney, Scott Lytle (University of Washington) u. a., Volume VII, Number 4, Fall 1972, p. 479-502, Worcester/Massachusetts, 1972

Tenbruck, Friedrich H.; Die Kirchengemeinde in der entkirchlichten Gesellschaft. Ergebnisse und Deutung der „Reutlingen-Studie“, in: *Soziologie der Kirchengemeinde*, hrsg. von Dietrich Goldschmidt u. a. (Soziologische Gegenwartsfragen, N.F., (Heft 7), in Verbindung mit A. Achinger u. a. hrsg. von C. Jantke u. a.), 2. Teil, (9), S. 122-132, Stuttgart, 1960

Textor, Fritz; Die französische „Saarprovinz“ 1680-1697. Ein Beitrag zur Geschichte der Reunionen, in: *Rheinische Vierteljahrsblätter*, 10. Jahrg., 1940, hrsg. von A. Bach, Mitteilungen des Instituts für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande an der Universität Bonn, S. 1-76, Bonn, 1940

Theiner, Augustin; Histoire des deux Concordats de la République française et de la République cisalpine conclus en 1801 et 1803 entre Napoléon Bonaparte et le Saint-Siège, Tome I, 1. Partie: Concordat de 1801, Tome II, 2. Partie: Concordat de 1803, 3. Partie: Sacre – Pièces justificatives, Paris, 1869

Thevenin, Léon; La fête constitutionnelle du 10 août 1793, à Bar-sur-Ornin (Bar-le-Duc), in: *Mémoires de la Société des Lettres, Sciences et Arts de Bar-le-Duc*, 4. Série, Tome VI, Mémoires, p. 39-57, Bar-le-Duc, 1908

Thielen, Peter Gerrit; Karl August von Hardenberg 1750-1822: Eine Biographie, Köln, 1967

Thiry, Jean; Le coup d'État du 18 brumaire, Paris, 1947

Tranié, Jean et Juan Carlos Carmigniani; Bonaparte La Campagne d'Égypte. Préface de Juan Tulard, Paris, 1988

Treitschke, Heinrich von; Deutsche Geschichte im Neunzehnten Jahrhundert, I.-V. Teil, Leipzig, 1928

Tritz, Michael; Geschichte der Abtei Wadgassen zugleich eine Kultur- und Kriegsgeschichte der Saargegend, Wadgassen, 1901

Troeltsch, Ernst; Das Wesen des Deutschen: Rede gehalten am 6. Dezember 1914 in der väterländischen Versammlung in der Karlsruher Stadthalle, Heidelberg, 1915

Trummel, Walter; Der Norddeutsche Neutralitätsverband 1795-1801, phil. Diss. Münster 1913 (Beiträge für die Geschichte Niedersachsens und Westfalens, Heft 41), Hildesheim, 1913

Tulard, Jean; Le Consulat et l'Empire: 1800-1815 (Nouvelle histoire de Paris, Série 1), Paris, 1970

ders.; Les révolutions de 1789 à 1851 (Histoire de France sous la direction de Jean Favier, Tome 4), Paris, 1985

ders.; Napoléon ou le mythe du sauveur, Nouvelle édition revue et complétée, Paris, 1992

Tumbült, Georg; Wie wurde Elsaß französisch? in: *HJ*, Jahrg. 1905 (XXVI. Band), 1. Aufsätze, S. 508-548, 737-772

Turba, Gustav; Reichsgraf Seilern aus Ladenburg am Neckar 1646-1715 als kurpfälzischer und österreichischer Staatsmann: Ein Lebens- und Zeitbild, Heidelberg, 1923

Uhlhorn, Gerhard; Hannoversche Kirchengeschichte in übersichtlicher Darstellung, Neudruck der Ausgabe Stuttgart 1902, Göttingen, 1988

Ulmer, Andreas; Die Volksbewegung gegen die kirchenpolitischen Neuerungen Josefs II. im Lande Vorarlberg und im besonderen in der Pfarre Dornbirn 1789-91, in: *Montfort: Zeitschrift für Geschichte, Heimat= und Volkskunde Vorarlbergs*; Herausgeber: Vorarlberger Landesarchiv und Vorarlberger Landesmuseum, 1. Jahrg., 1946, S. 45-55, 100-118, 3. Jahrg., 1948, S. 50-60, 196-231, Dornbirn, 1946, 1948

Vandal, Albert; Avènement de Bonaparte, Tome I: La genèse du Consulat, Brumaire, la Constitution de l'an VIII, 21. édition, Paris, 1924

Van Dülmen, Richard; Religionsgeschichte in der Historischen Sozialforschung, in: *Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft*, hrsg. von Helmut Berding u. a., 6. Jahrg., 1980, S. 36-59, Göttingen, 1980

Van Kley, Dale; Christianity, christian interpretation and the origins of the French Revolution, in: *Fides et Historia: Official Publication of the Conference on Faith and History*, Vol. XI, Spring 1979, N^o 2, p. 7-35, North Newton/Kansas, 1979

Vanotti, Johann Nepomuk; Beiträge zur Geschichte der Orden und der Diözese Rottenburg, C. Klöster (Fortsetzung), in: *FDA*, XIX. Band, 1887, S. 215-263

Veit, Andreas Ludwig; Geschichte und Recht der Stiftsmäßigkeit auf die ehemals adeligen Domstifte von Mainz, Würzburg und Bamberg, in: *HJ*, Jahrg. 1912 (XXXIII. Band), 1. Aufsätze, S. 323-358

Vezin, Liselotte; Die Politik des Mainzer Kurfürsten Friedrich Karl von Erthal vom Beginn der französischen Revolution bis zum Falle von Mainz 1789-1792, phil. Diss. Bonn 19. Dez. 1931, Dillingen a. D., 1932

Vialay, Amédée; Les cahiers de doléances du Tiers État aux états généraux de 1789: Étude historique, économique et sociale, Préface de René Stourm, Paris, 1911

Vierneisel, Emil; Ernst Ludwig Posselt (1763-1804), in: *ZGO*, N.F., IL. Band, 1936, S. 243-271, LI. Band, 1938, S. 89-126, LII. Band, 1939, S. 444-499

Viguerie, Jean de; Christianisme et Révolution: Cinq leçons d'Histoire de la Révolution française, Paris, 1986

Vocelka, Karl; Österreichische Geschichte 1699-1815: Glanz und Untergang der Höfischen Welt: Repräsentation, Reform und Reaktion im Habsburgischen Vielvölkerstaat (Österreichische Geschichte, hrsg. von Herwig Wofram, Band 7), Wien, 2001

Vogel, Walter; Die kirchlichen Anschauungen der Constituante (1790-1791), phil. Diss. Gießen 1925, maschinenschriftlich

Volbehr, Theodor; Der Ursprung der Säkularisationsprojekte in den Jahren 1742 und 1743, in: *Forsch Dt G*, XXVI. Band, 1886, S. 263-281

Volkskultur: Zur Wiederentdeckung des vergessenen Alltags (16.-20. Jahrhundert); hrsg. von Richard van Dülmen und Norbert Schindler, Frankfurt/M., 1984

Volksleben zwischen Zunft und Fabrik: Studien zu Kultur und Lebensweise werktätiger Klassen und Schichten während des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus; hrsg. von Rudolf Weinhold (Akademie der Wissenschaften der DDR, Zentralinstitut für Geschichte, Veröffentlichungen zur Volkskunde und Kulturgeschichte, Band 69), Berlin (Ost), 1982

Volz, Gustav Berthold; Friedrichs des Grossen Plan einer Losreisung Preussens von Deutschland, in: *HZ*, CXXII. Band, 1920, Aufsätze, S. 267-277

Vovelle, Michel; Die Französische Revolution – Soziale Bewegung und Umbruch der Mentalitäten. Mit einem Nachwort des Autors zur deutschen Ausgabe und einer Einführung von Rolf Reichardt (Ancien Régime Aufklärung und Revolution, 7), München, Wien, 1982

ders.; Religion et révolution: la déchristianisation de l'an II (le temps & les hommes. Collection dirigée par Jean Delumeau), Paris, 1976

Vührer, A.; Histoire de la dette publique en France, Tome I et II, Paris, 1886

Wächter, Carl Georg; Geschichte, Quellen und Literatur des Württembergischen Privatrechts, 1. Abtheilung (Handbuch des im Koenigreiche Wuerttemberg geltenden Privatrechts, Band 1, 1. Abtheilung), Stuttgart, 1839

Wahl, Adalbert; Die wirtschaftlichen Beziehungen Elsass-Lothringens zu Frankreich und Deutschland vor der französischen Revolution, in: *ZGO*, N.F., XVII. Band, 1902, S. 531-538

ders.; Geschichte der französischen Revolution 1789-1799 (Wissenschaft und Bildung, Einzeldarstellungen aus allen Gebieten des Wissens, 266), Leipzig, 1930

ders.; Vorgeschichte der Französischen Revolution: Ein Versuch, I. Band, Tübingen, 1905

Walter, Friedrich; Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte von 1500-1955, aus dem Nachlaß hrsg. von Adam Wandruszka (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs, 59), Wien, Köln, 1972

Walter, Gérard; La conjuration du Neuf Thermidor 27 juillet 1794 (Trente journées qui on fait la France, 19), Paris, 1974

Wandel, Uwe Jens; Kein Verdacht von Demokratismus: Die Koalitionskriege im Spiegel von Universitätsarchivalien, in: *Attempto (Nachrichten für die Freunde der Tübinger Universität)*, Heft 39/40 1971, Tubingesia, S. 3-13, Tübingen, 1971

Wangermann, Ernst; From Joseph II to the Jacobin trials: Government Policy and Public Opinion in the Habsburg Dominions in the Period of the French Revolution (Oxford historical series, Editors: R. W. Southern etc., 2. series), London, 1959

Weber, Matthias; Das Verhältnis Schlesiens zum Alten Reich in der frühen Neuzeit (Neue Forschungen zur schlesischen Geschichte, Band 1), Weimar, Wien, 1992

Weber, Max; Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, in: *ders.*, Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, I. Band, I., S. 17-206, 5., photomechanisch gedr. Aufl., Tübingen, 1963

Weber=Krohse, Otto; Sieben Preußen als Bahnbrecher des deutschen Gedankens, Gütersloh, 1939

ders.; ‚Montgelas‘ innenpolitisches Reformprogramm: Das Ansbacher Mémoire für den Herzog vom 30. 9. 1776, in: *ZBLG*, XXXIII. Band, 1. Heft (Festschrift für Heinz Lieberich zum 65. Geburtstag), 1970, S. 219-256

Weller, Karl; Besiedlungsgeschichte Württembergs vom 3. bis 13. Jahrhundert n. Chr. (Besiedlungsgeschichte Württembergs, Band 3), Stuttgart, 1938

ders.; Geschichte des schwäbischen Stammes bis zum Untergang der Staufer, München, Berlin, 1944

Wenck, Woldemar; Deutschland vor hundert Jahren: Politische Meinungen und Stimmungen bei Ausbruch der Revolutionszeit, I. u. II. Band, Leipzig, 1887, 1890

Wendel, Hermann; Frankfurt am Main von der großen Revolution bis zur Revolution von oben (1789-1866), Frankfurt/M., 1910

Wendland, Wilhelm; Versuche einer allgemeinen Volksbewaffnung in Süddeutschland während der Jahre 1791 bis 1794 (Historische Studien, Heft 24), Berlin, 1901

Wilson, Geoffrey; The old telegraphs, London, 1976

Winner, Gerhard; Die Klosteraufhebungen in Niederösterreich und Wien (Forschungen zur Kirchengeschichte Österreichs, 3), Wien, 1967

Wirtz, Peter; Das französische Konkordat vom Jahre 1801, in: *Archiv für katholisches Kirchenrecht, mit besonderer Rücksicht auf Deutschland, Oesterreich-Ungarn und die Schweiz. Zugleich Organ des katholischen Juristenvereins*. Begründet von Ernst Freiherrn von Moy de Sons, fortgesetzt von Friedrich H. Vering, hrsg. von Franz Heiner, LXXXV. Band (Dritter Folge neunter Band), (I. Heft). I. Abhandlungen, 6., S. 85-107, (II. Heft), I. Abhandlungen, 1., S. 209-235, München, 1905

Wlosok, Antonie; Rom und die Christen: zur Auseinandersetzung zwischen Christentum und römischem Staat (Der altsprachliche Unterricht, 13,1), Stuttgart, 1970

Wohlfeil, Rainer; Vom Stehenden Heer des Absolutismus zur Allgemeinen Wehrpflicht (1789-1814) (Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939, Militärgeschichtlichen Forschungsamt, hrsg. von Hans Meier-Welcker, Band 1, II. Abschnitt), Frankfurt/M., 1964

Wühr, Wilhelm; Die Emigranten der Französischen Revolution im bayerischen und fränkischen Kreis. Mit dem Verzeichnis aller im Gebiet des rechtsrheinischen Bayerns festgestellten Emigranten (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte, 27), München, 1938

ders.; Emigranten der Französischen Revolution im Kurfürstentum Mainz, in: *Aschaffener Jahrbuch für Geschichte, Landeskunde und Kunst des Untermaingebietes*, II. Band, hrsg. vom Geschichts- und Kunstverein Aschaffenburg e. V., S. 61-97, Aschaffenburg, 1955

Wurzbach, Constant von; Biographisches Lexikon des Kaiserthums Oesterreich, enthaltend die Lebensskizzen der denkwürdigen Personen, welche seit 1750 in den österreichischen Kronländern geboren wurden oder darin gelebt und gewirkt haben, I.-LX. Theil, Wien, 1856-1890

Wysocki, Josef; Frankreich und die Kurpfalz von 1680-1688, in: *Geschichtliche Landeskunde*. Veröffentlichungen des Instituts für Geschichtliche Landeskunde an der Universität Mainz, II. Band, Aufsätze, S. 46-108, Wiesbaden, 1965

Zenz, Emil; Die Gründung der Bistümer Nancy und St. Dié: Ein Beitrag zu den kirchenpolitischen Beziehungen zwischen Frankreich, Lothringen und Trier, in: *Archiv für mittelrheinische Kirchengeschichte*. Im Auftrag der Gesellschaft für mittelrheinische Kirchengeschichte in Verbindung mit A. Fath u. a. hrsg. von Ludwig Lenhart und Anton Ph. Brück, 2. Jahrg., 1950, I., S. 175-192, Speyer/Rh., 1950

ders.; Die Gründung des Generalvikariates Longwy: Ein Beitrag zu den kirchenpolitischen Beziehungen zwischen Kurtrier und Frankreich am Ende des 18. Jahrhunderts, Trier, 1950

ders.; Die kirchenpolitischen Beziehungen zwischen dem Erzstift Trier und Frankreich nach Ausbruch der französischen Revolution, in: *Archiv für mittelrheinischen Kirchengeschichte*. Im Auftrag der Gesellschaft für mittelrheinische Kirchengeschichte in Verbindung mit A. Fath u. a. hrsg. von Ludwig Lenhart und Anton Ph. Brück, 4. Jahrg., 1952, I., S. 217-228, Speyer/Rh., 1952

ders.; Verträge zwischen Frankreich und dem Erzstift Trier im 17. und 18. Jahrhundert, in: *Trierisches Jahrbuch*, 1951, hrsg. von der Stadtbibliothek und dem Verein „Trierisch“, S. 50-58, Trier, 1951

Zeumer, Karl; *Historische Aufsätze Karl Zeumer zum sechzigsten Geburtstag als Festgabe dargebracht von Freunden und Schülern*, Weimar, 1910

Ziebura, Gilbert; Frankreich 1789-1870: Entstehung einer bürgerlichen Gesellschaftsformation, Frankfurt/M., New York, 1979

Zierke, Fritz; Die deutsche Politik Hardenbergs in der ersten Periode seines staatsmännischen Wirkens. 1770-1807: Ein Beitrag zum politischen Bilde des preußischen Staatskanzlers und zur Geschichte des preußisch=deutschen Problems im Zeitalter der französischen Revolution, phil. Diss. Frankfurt/M. 1932

Zivy, Henry; Le treize vendémiaire an IV (Université de Paris, Bibliothèque de la Faculté des Lettres, 6), Paris, 1898

Zur Geschichte der Arbeitserziehung in Deutschland; von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Robert Alt, Teil I: Von den Anfängen bis 1900 (Monumenta paedagogica, 10: Reihe A, Fortschrittliche Traditionen der bürgerlichen Pädagogik und problemgeschichtliche Untersuchungen), Berlin (Ost), 1970

Zur Geschichte der Bayern; hrsg. von Karl Bosl (Wege der Forschung, Band 60), Darmstadt, 1965

Zywczyński, Mieczysław; Die Kirche und die Französische Revolution, Leipzig, 1953

Philosophie – Theologie – Literatur – Jakobinismus

Aner, Karl; Die Theologie der Lessingzeit, Halle a. S., 1929

Arnsperger, Walther; Christian Wolff's Verhältnis zu Leibniz, Habil.-Schr. Weimar, 1897

Aufklärung, Absolutismus und Bürgertum in Deutschland; Zwölf Aufsätze, hrsg. von Franklin Kopitzsch (Nymphenburger Texte zur Wissenschaft, Modelluniversität 24), München, 1976

Aufklärungen: Frankreich und Deutschland im 18. Jahrhundert; I. Band, hrsg. von Gerhard Sauder und Jochen Schlobach (Annales Universitatis Saraviensis, Reihe: Philosophische Fakultät, hrsg. von Friedrich Hiller und Gerhard Sauter, Band 19), Heidelberg, 1985

Aufklärung in Mainz; hrsg. von Hermann Weber (Schriften der Mainzer Philosophischen Fakultäts-gesellschaft, Nr. 9), Wiesbaden, 1984

Aufklärung und Gottesglaube; hrsg. von Walter Kern (Schriften der Katholischen Akademie in Bayern, 92), Düsseldorf, 1981

Aufklärung und Humanismus; hrsg. von Richard Toellner (Wolfenbütteler Studien zur Aufklärung, Band 6), Heidelberg, 1980

Aufklärung und literarische Öffentlichkeit; Mit Beiträgen von Reinhart Meyer, Jochen Schulte-Sasse, Rolf Grimminger u. a., hrsg. von Christa Bürger, Peter Bürger und Jochen Schulte-Sasse (edition suhrkamp 1040, N.F., Band 40), Frankfurt/M., 1980

Badelt, Otto; Das Rechts- und Staatsdenken Goethes (Schriften zur Rechtslehre und Politik, hrsg. v. Ernst von Hippel, Band 45), Bonn, 1966

Bahner, Werner; „Aufklärung“ als Periodenbegriff der Ideologieggeschichte, in: *Sitzungsberichte des Plenums und der Klassen der Akademie der Wissenschaften der DDR*, Jahrg. 1972, Nr. 9, S. 1-26, Berlin (Ost), 1973

Barth, Karl; Die protestantische Theologie des 19. Jahrhunderts. Ihre Vorgeschichte und ihre Geschichte, 3. Aufl., Zürich, 1960

Barthold, Friedrich Wilhelm; Die Erweckten im protestantischen Deutschland während des Ausgangs des 17. und der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts, besonders die Frommen Grafenhofe, I. u. II. Abtheilung, in: *HTb*, III. Folge, 3. Jahrg., 1852, S. 129-320 u. 4. Jahrg., 1853, S. 169-390

Barton, Peter F.; Jesuiten, Jansenisten, Josephiner: eine Fallstudie zur frühen Toleranzzeit: der Fall Innocentius Feßler, I. Teil (Studien und Texte zur Kirchengeschichte und Geschichte, Reihe 2, Band 4), Wien, Köln, 1981

Bauch, Bruno; Immanuel Kant, 4., verb. Aufl. (Sammlung Göschen, 536), Berlin, 1933

Bednář, František; Zápás moravských evangelíků o náboženskou svobodu v letech 1771-1781, Prag, 1931

Beiträge zur Leibniz-Forschung; hrsg. von Georgi Schischkoff (Monographien zur philosophischen Forschung, Band 1), Reutlingen, 1947

Benz, Ernst; Leibniz und die Wiedervereinigung der christlichen Kirchen, in: *Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte*, hrsg. durch Hans Joachim Schoeps, 2. Jahrg., 1949/50, 2. Heft, S. 97-113, Erlangen, 1949/50

Bertaux, Pierre; Hölderlin und die französische Revolution, 3. Aufl. (Edition Suhrkamp, 344), Frankfurt/M., 1974

Beutler, Ernst; Goethe und die französische Revolution, in: *Preuß Jbb*, CCXXXV. Band: Januar bis März 1934, Berlin 1934, S. 18-28

Beyreuther, Erich; Der geschichtliche Auftrag des Pietismus in der Gegenwart: drei Fragen an Pietismus und Kirche (Calwer Hefte zur Förderung biblischen Glaubens und christlichen Lebens, 66), Stuttgart, 1963

ders.; Geschichte des Pietismus, Stuttgart, 1978

Bienert, Walter; Der Anbruch der christlichen deutschen Neuzeit dargestellt an Wissenschaft und Glauben des Christian Thomasius (Theologische Arbeiten zur Bibel-, Kirchen- und Geistesgeschichte, 2.), Halle a. S., 1934

Bodi, Leslie; Tauwetter in Wien: Zur Prosa der österreichischen Aufklärung 1781-1795, Frankfurt/M., 1977

Böhm, Franz; Anti-Cartesianismus: Deutsche Philosophie im Widerstand, Leipzig, 1938

Bößenecker, Hermann; Pietismus und Aufklärung: Ihre Begegnung im deutschen Geistesleben des 17. und 18. Jahrhunderts. Eine geistesgeschichtliche Untersuchung, phil. Diss. Würzburg 1958

Braunreuther, Kurt; Über die Bedeutung der physiokratischen Bewegung in Deutschland in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts: Ein geschichtlich-politökonomischer Beitrag zur „Sturm-und-Drang“-Zeit, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin*, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, Jg. V (1955/56), Nr. 1, S. 15-65: als Manuskript gedruckt, Berlin, 1955-1956

Breymayer, Reinhard; Pietistische Rhetorik als eloquentia novantiqua. Mit besonderer Berücksichtigung Gottfried Polykarp Müllers (1684 bis 1747), in: *Traditio-Krisis-Renovatio aus theologischer Sicht: Festschrift Winfried Zeller zum 65. Geburtstag*, hrsg. von Bernd Jaspert u. a., II., S. 258-271, Marburg/L., 1976

Brück, Heinrich; Geschichte eines Gesangbuchs, in: *Der Katholik. Zeitschrift für katholische Wissenschaft und kirchliches Leben*, 46. Jahrg., 1866, 2. Hälfte, XI., S. 202-218, Mainz, 1866

Brunschwig, Henri; La crise de l'État prussien à la fin du XVIII^e siècle et la genèse de la mentalité romantique, Paris, 1947

Bürger und Bürgerlichkeit im Zeitalter der Aufklärung; hrsg. von Rudolf Vierhaus (Wolfenbütteler Studien zur Aufklärung, Band 7), Heidelberg, 1981

Burg, Peter; Kant und die Französische Revolution, phil. Diss. Saarbrücken 1973 (Historische Forschung, Band 7), Berlin, 1974

Cassirer, Ernst; Die Philosophie der Aufklärung, 3. Aufl., unveränd. Neudruck der 2. Aufl., Tübingen, 1973

ders.; Die Philosophie im XVII. und XVIII. Jahrhundert (Philosophie; chronique annuelle, pub. par l'Institut international de collaboration philosophique, 5), Paris, 1939

ders.; Freiheit und Form. Studien zur deutschen Geistesgeschichte, Berlin, 1916

Christian Wolff als Philosoph der Aufklärung in Deutschland. Hallesches Wolff-Kolloquium 1979 anlässlich der 300. Wiederkehr seines Geburtstages; hrsg. von Hans-Martin Gerlach u. a. (Beiträge zur Universitätsgeschichte), Halle a. S., 1980

Christian Wolff 1679-1754. Interpretationen zu seiner Philosophie und deren Wirkung, mit einer Bibliographie der Wolff-Literatur; hrsg. von Werner Schneiders: Vorträge der vierten

Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für die Erforschung des achtzehnten Jahrhunderts, vom 21.-23. November 1979 in der Herzog-August Bibliothek in Wolfenbüttel, 2., durchges. Aufl. (Studien zum achtzehnten Jahrhundert, Band 4), Hamburg, 1986

Cramer, Wolfgang; Die Monade: das philosophische Problem vom Ursprung, Stuttgart, 1954

Czilchert, Robert; Der Religionsunterricht im Zeitalter der Aufklärung, Uni-Diss. Leipzig 1898

Das Bild Lessings in der Geschichte; hrsg. von Herbert G. Göpfert (Wolfenbütteler Studien zur Aufklärung, Band 9), Heidelberg, 1981

Das Zeitalter des Pietismus; hrsg. von Martin Schmidt (Klassiker des Protestantismus, 6), Bremen, 1965

Deeter, Allen C.; A historical and theological introduction to Philipp Jakob Spener's *Pia desideria*: a study in early German Pietism, (=Vol I), with App.= Vol II, Princeton Diss. 1963, Ann Arbor Mich., Microfilms 1974

Deinhardt, Wilhelm; Der Jansenismus in den deutschen Landen: ein Beitrag zur Kirchengeschichte des 18. Jahrhunderts (Münchner Studien zur Historischen Theologie, 8), München, 1929

Dempf, Alois; Die Hauptform mittelalterlicher Weltanschauung: eine geisteswissenschaftliche Studie über die Summa, München, 1925

Deppermann, Klaus; Der hallesche Pietismus und der preußische Staat unter Friedrich III. (I.), phil. Diss. Göttingen 1961

Der Idealtyp des aufgeklärten Herrschers; hrsg. von Günter Birtsch (Aufklärung. Interdisziplinäre Halbjahresschrift zur Erforschung des 18. Jahrhunderts und seiner Wirkungsgeschichte, 2. Jahrg., Heft 1), Hamburg, 1987

Deutsche Jakobiner. Mainzer Republik und Cisirhenanen 1792-1798; Ausstellung des Bundesarchivs und der Stadt Mainz im Foyer des Mainzer Rathauses, 2. Aufl., I.-III. Band, Mainz, 1981

Deutscher Idealismus und Französische Revolution; Vorträge von Manfred Buhr, Peter Burg, Jacques D' Hondt, u. a., gehalten bei den Kolloquien am 10. April, 31. Mai und 12. Juni 1987 im Studienzentrums Karl-Marx-Haus Trier (Schriften aus dem Karl-Marx-Haus Trier, 37), Trier, 1988

Die bleibende Bedeutung des Pietismus: zur 250-Jahrfeier der von Cansteinschen Bibelanstalt; hrsg. von Oskar Söhngen, Witten, Berlin, 1960

Die demokratische Bewegung in Mitteleuropa im ausgehenden 18. und frühen 19. Jahrhundert; bearbeitet und herausgegeben von Otto Büsch und Walter Grab (Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Band 29), Berlin, 1980

Die französische Revolution im Spiegel der deutschen Literatur; hrsg. von Claus Träger (Röderberg-Taschenbuch, Band 36) Frankfurt/M., 1975

Die Religion in Geschichte und Gegenwart, Handwörterbuch für Theologie und Religionswissenschaft; 3., völlig neu bearb. Aufl. hrsg. von Kurt Galling u. a., I.-VI. Band und Registerband, Tübingen, 1957-1965

Droz, Jacques; La pensée politique et morale des Cislethénans, thèse pour le Doctorat ès lettres, présentée à la Faculté des Lettres de l'Université de Paris 1940, Paris, 1940

Dumont, Franz; Das Ende der Mainzer Republik in der Belagerung, in: *Mainzer Zeitschrift. Mittelrheinisches Jahrbuch für Archäologie, Kunst und Geschichte*, hrsg. von dem Altertumsverein, dem Mittelrheinisches Landesmuseum, dem Staatlichen Amt für Vor- und Frühgeschichte, der Stadtbibliothek und dem Stadtarchiv Mainz, 75. Jahrg., 1980, S. 159-186, Mainz, 1980

ders.; Die Mainzer Republik von 1792/93: Studien zur Revolutionierung in Rheinhessen und der Pfalz, phil. Diss. Mainz 1978 (Alzeier Geschichtsblätter, Sonderheft 9), Alzey, 1982

Du Moulin Eckart, Richard; Bayerische Zustände und die französische Propaganda im Jahre 1796, in: *Forschungen zur Kultur- und Literaturgeschichte Bayerns*, hrsg. von Karl von Reinhardstöttner, II. Buch, S. 168-211, Ansbach, 1894

Dyrssen, Carl; Ueber die religiöse Grundstimmung der Romantik und ihre Gefahren, in: *ZThK*, N.F., 3. Jahrg., 1922, I., S. 129-147

Eklektik, Selbstdenken, Mündigkeit; hrsg. von Norbert Hinske (Aufklärung. Interdisziplinäre Halbjahresschrift zur Erforschung des 18. Jahrhunderts und seiner Wirkungsgeschichte, 1. Jahrgang, I. Heft 1986. In Verbindung mit der Deutschen Gesellschaft für die Erforschung des 18. Jahrhunderts hrsg. von Günter Birtsch u. a.), Hamburg, 1986

Erbe, Hans Walter; Zinzendorf und der fromme hohe Adel seiner Zeit, phil. Diss. Leipzig 1928

Erdmann, Johann Eduard; Versuch einer wissenschaftlichen Darstellung der Geschichte der neuern Philosophie, Faksimilie-Neudruck in sieben Bänden, mit einer Einführung in J. E.

Erdmanns Leben und Werke von Hermann Glockner, 1. u. 2. Abteilung: Von Cartesius bis Kant, IV. Band: Leibniz und die Entwicklung des Idealismus bis Kant, Stuttgart, 1932

Evers, Gerd; Wilhelm von Humboldt. Ideen zu Staat und Recht, jur. Diss. Köln 1964

Fleischer, Manfred P.; Katholische und lutherische Ireniker. Unter besonderer Berücksichtigung des 19. Jahrhunderts (Veröffentlichungen der Gesellschaft für Geistesgeschichte, hrsg. von H.-J. Schoeps, Band 4), Göttingen, Frankfurt/M., 1968

Flückiger, Felix; Philosophie und Theologie bei Schleiermacher, theol. Diss. Basel 1947, Zürich, 1947

Formen der europäischen Aufklärung: Untersuchungen zur Situation des Christentum, Bildung und Wissenschaft im 18. Jahrhundert; hrsg. von Friedrich Engel-Janosi u. a. (Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit, hrsg. von Friedrich Engel-Janosi u. a., Band 3), München, 1976

„Frankfurt aber ist der Nabel dieser Erde“ *Das Schicksal einer Generation der Goethezeit*; hrsg. von Christoph Jamme und Otto Pöggeler (Deutscher Idealismus, Philosophie und Wirkungsgeschichte in Quellen und Studien, Band 8), Stuttgart, 1983

Französische Revolution und deutsche Literatur; hrsg. von Karl Eibl (Aufklärung. Interdisziplinäre Halbjahresschrift zur Erforschung des 18. Jahrhunderts und seiner Wirkungsgeschichte, 1. Jahrg., II. Heft 1986. In Verbindung mit der Deutschen Gesellschaft für die Erforschung des 18. Jahrhunderts hrsg. von Günter Birtsch u. a.), Hamburg, 1986

G. E. G.; Die Unionsversuche seit der Reformation bis auf unsere Zeit, in: *Deutsche Vierteljahrs Schrift*, 1846, 1. Heft, S. 85-153, 2. Heft, S. 139-195, Stuttgart, Tübingen, 1846

Geheime Gesellschaften; hrsg. von Peter Christian Ludz (Wolfenbütteler Studien zur Aufklärung, Band 5/1), Heidelberg, 1979

Geiger, Max; Aufklärung und Erweckung: Beiträge zur Erforschung Johann Heinrich Jung-Stilling und der Erweckungstheologie, Habil.-Schr. Basel 1956 (Basler Studien zur historischen und systematischen Theologie, 1), Zürich, 1963

Geismeyer, Willi; Die Malerei der deutschen Romantiker, Dresden, 1984

Getzeny, Heinrich; Die Gemeinschaftsauffassung der Romantik in der frühen Tübinger Schule, in: *HJ*, 74. Jahrg., 1955, Aufsätze und Beiträge, S. 405-415

Gloria, Elisabeth; Der Pietismus als Förderer der Volksbildung und sein Einfluß auf die preußische Volksschule, phil. Diss. Halle-Wittenberg 1933

Götze, Walter; Die Begründung der Volksbildung in der Aufklärungsbewegung, Langensalza, 1932

Grab, Walter; Die Revolutionspropaganda der deutschen Jakobiner 1792/93, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, IX. Band 1969, S. 113-156, Hannover, 1969

ders.; Eroberung oder Befreiung? Deutsche Jakobiner und die Franzosenherrschaft im Rheinland 1792 bis 1799, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, X. Band 1970, S. 7-94, Hannover, 1970

ders.; Norddeutsche Jacobiner. Demokratische Bestrebungen zur Zeit der französischen Revolution (Hamburger Studien zur neueren Geschichte, hrsg. von Fritz Fischer, Band 8), Frankfurt/M., 1967

Greschat, Martin; Die Aufklärung – ein Prozeß gegen das Christentum? in: *Kerygma und Dogma: Zeitschrift für theologische Forschung und Lehre*, hrsg. von Wilfried Joest u. a., 22. Jahrg., 1976, S. 299-316, Göttingen, 1976

Groos, Helmut; Der deutsche Idealismus und das Christentum: Versuch einer vergleichenden Phänomenologie, München, 1927

Gross, Guido; Trierer Geistesleben unter dem Einfluss von Aufklärung und Romantik (1750-1850), phil. Diss. Mainz 1954, maschinenschriftlich

Grupp, G.; Der Vater des Deismus, in: *Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland*, hrsg. von Edmund Jörg u. a., CXX. Band, (Des Jahrgangs 1897 Band 2), LIII., S. 625-629, München, 1897

Hammermayer, Ludwig; Der Wilhelmsbader Freimaurer-Konvent von 1782: Ein Höhe- und Wendepunkt in der Geschichte der deutschen und europäischen Geheimgesellschaften, Heidelberg, 1980

Hammerstein, Notker; Aufklärung und katholisches Reich: Untersuchungen zur Universitätsreform und Politik katholischer Territorien des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation im 18. Jahrhundert (Historische Forschungen, 12), Berlin, 1977

Hampe, Johann Christoph; Ehre und Elend der Aufklärung gestern wie heute. Ein engagierter Versuch (Kaiser-Traktate, 4), München, 1971

Haug, Richard; Reich Gottes im Schwabenland: Linien im württembergischen Pietismus, Metzingen, 1981

Heidelberg im säkularen Umbruch: Traditionsbewußtsein und Kulturpolitik um 1800; hrsg. von Friedrich Strack (Deutscher Idealismus, Philosophie und Wirkungsgeschichte in Quellen und Studien, Band 12), Stuttgart, 1987

Heimsoeth, Heinz; Metaphysik der Neuzeit. Unveränderter reprografischer Nachdruck der Ausg. München und Berlin 1934 (aus dem Handbuch der Philosophie, Abteilung I, Beitrag F), vermehrt um ein Namensregister, München, 1967

Heinrich, Gerda; Geschichtsphilosophische Positionen der deutschen Frühromantik (Friedrich Schlegel und Novalis) (Literatur und Gesellschaft, hrsg. von der Akademie der Wissenschaften der DDR, Zentralinstitut für Literaturgeschichte), Berlin (Ost), 1976

Helferich, Christoph; Geschichte der Philosophie: von den Anfängen bis zur Gegenwart und Östliches Denken, Stuttgart, 1985

Heppe, Heinrich; Geschichte des Pietismus und der Mystik in der reformierten Kirche, namentlich der Niederlande, Leiden, 1879

Hering, Robert; Wilhelm Meister und Faust und ihre Gestaltung im Zeichen der Gottesidee, Frankfurt/M., 1952

Hersche, Peter; Der Spätjansenismus in Österreich (Veröffentlichungen der Kommission für Geschichte Österreichs, 7), Wien, 1977

Hinrichs, Carl; Der Hallische Pietismus als politisch-soziale Reformbewegung des 18. Jahrhunderts, in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands*, hrsg. vom Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, II. Band, S. 177-189, Tübingen, 1953

ders.; Preußentum und Pietismus: der Pietismus in Brandenburg-Preußen als religiös-soziale Reformbewegung, Göttingen, 1971

Höffding, Harald; Geschichte der neueren Philosophie: eine Darstellung der Geschichte der Philosophie von dem Ende der Renaissance bis zu unseren Tagen, deutsche Übersetzung, I. u. II. Band, Leipzig, 1895-1896

Hölzle, Erwin; Zur revolutionären Bewegung im Schwaben 1796, in: *WVjLG*, N.F., 36. Jahrg., 1930, S. 99-101

Höb, Irmgard; Die konfessionelle Lage in Brandenburg-Preußen und Österreich im Zeitalter des Absolutismus, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht. Zeitschrift des Verbandes der Geschichtslehrer Deutschlands*, hrsg. von Karl Dietrich Erdmann und Felix Messerschmid, 15. Jahrg., 1964, (Heft 10), S. 616-626, Stuttgart, 1964

Hoffmann, Heinrich; Die Frömmigkeit der deutschen Aufklärung, in: *ZThK*, 16. Jahrg., 1906, S. 234-250

ders.; Goethes Religion, Bern, 1940

Hoffmeister, Gerhart; Deutsche und europäische Romantik (Sammlung Metzler; M 170: Abt. F., Wechselbeziehungen), Stuttgart, 1978

ders.; Goethe und die Französische Revolution, in: *Goethe Viermonatsschrift der Goethe=Gesellschaft*, Neue Folge des Jahrbuchs. Unter Mitwirkung von Ernst Bertram u.a., hrsg. von Hans Wahl, VI. Band 1941, S. 138-168, Weimar, 1941

Holborn, Hajo; Der deutsche Idealismus in sozialgeschichtlicher Beleuchtung, in: *HZ*, CLXXIV. Band, 1952, Aufsätze, S. 359-384

Hollweg, Walter; Die Geschichte des älteren Pietismus in den reformierten Gemeinden Ostfrieslands von ihren Anfängen bis zur grossen Erweckungsbewegung (um 1650-1750) (Abhandlungen und Vorträge zur Geschichte Ostfrieslands, 57), Aurich, 1978

Homburg vor der Höhe in der deutschen Geistesgeschichte: Studien zum Freundeskreis um Hegel und Hölderlin; hrsg. von Christoph Jamme und Otto Pöggeler (Deutscher Idealismus, Philosophie und Wirkungsgeschichte in Quellen und Studien, Band 4), Stuttgart, 1981

Hugenotten in Berlin; hrsg. von Gottfried Bregulla, Berlin, 1988

Idealismus und Aufklärung: Kontinuität und Kritik der Aufklärung in Philosophie und Poesie um 1800; hrsg. von Christoph Jamme und Gerhard Kurz (Deutscher Idealismus, Philosophie und Wirkungsgeschichte in Quellen und Studien, Band 14), Stuttgart, 1988

Jäger, Albert; Das Eindringen des modernen kirchenfeindlichen Zeitgeistes in Oesterreich unter Karl VI. und Maria Theresia, in: *Zeitschrift für katholische Theologie*, redigirt von J. Wieser und F. Stentrup, 2. Jahrg., 1878, S. 259-311, 417-472, Innsbruck, 1878

ders.; Die Genesis des modernen kirchenfeindlichen Zeitgeistes. Ein geschichtlicher Rückblick, in: *Zeitschrift für katholische Theologie*, 1. Jahrg., 1877, S. 222-240, Innsbruck, 1877

Jamme, Christoph; „Ein ungelehrtes Buch“: Die philosophische Gemeinschaft zwischen Hölderlin und Hegel in Frankfurt 1797-1800, überarbeitete und insgesamt gekürzte Diss der Abteilung für Philosophie, Pädagogik, Psychologie Bochum Sommersemester 1981 (Hegel-Studien, hrsg. von Friedhelm Nicolin und Otto Pöggeler, Beiheft 23), Bonn, 1983

Jansen, Bernhard; Die Religionsphilosophie Kants: Geschichtlich dargestellt und kritisch-systematisch gewürdigt, Berlin, Bonn, 1929

ders.; Leibniz erkenntnistheoretischer Realist. Grundlinien seiner Erkenntnislehre (Bibliothek für Philosophie, Band 18), Berlin, 1920

Jens, Walter, Hans Küng; Dichtung und Religion: Pascal, Gryphius, Lessing, Hölderlin, Novalis, Kierkegaard, Dostojewski, Kafka (Serie Piper), München, Zürich, 1988

Im Zeichen der Toleranz: Aufsätze zur Toleranzgesetzgebung des 18. Jahrhunderts in den Reichen Joseph II., ihren Voraussetzungen und ihren Folgen; Eine Festschrift, hrsg. von Peter F. Barton (Studien und Texte zur Kirchengeschichte und Geschichte, 2. Reihe, Band 8), Wien, 1981

Johann Michael Sailer und seine Zeit; hrsg. von Georg Schwaiger u. a., (Beiträge zur Geschichte des Bistums Regensburg, Band 16), Regensburg, 1982

Judentum im Zeitalter der Aufklärung; hrsg. vom Vorstand der Lessing-Akademie (Wolfenbütteler Studien zur Aufklärung, Band 4), Wolfenbüttel, 1977

Julku, Kyösti; Die revolutionäre Bewegung im Rheinland am Ende des achtzehnten Jahrhunderts, I. u. II. Band (Suomalaisen Tudeakatemian toimituksia: Sar. B; ...), Helsinki, 1965/69

Junger, Gerhard; Johann Jacob Fezer als Spätaufklärer und frühliberaler Publizist im Zeitalter der Französischen Revolution in Reutlingen und Wien (1760-1844), phil. Diss. Tübingen 1987 (Reutlinger Geschichtsblätter, Jahrg. 1987, N.F., Nr. 26), Reutlingen, 1987

Just, Leo; Zur kirchenpolitischen Lage in Österreich beim Regierungsantritt Franz' II. (März bis Dezember 1792), in: *Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken*, hrsg. vom Preussischen Historischen Institut in Rom, XXIII. Band, S. 242-266, Rom (27), 1931/32

Kaiser, Gerhard; Pietismus und Patriotismus im literarischen Deutschland: ein Beitrag zum Problem der Säkularisation, 2., erg. Aufl. (Wissenschaftliche Paperbacks Literaturwissenschaft), Frankfurt/M., 1973

Kantzenbach, Friedrich Wilhelm; Die Erweckungsbewegung: Studien zur Geschichte ihrer Entstehung und ersten Ausbreitung in Deutschland, Neuendettelsau, 1957

ders.; Geschichte des Protestantismus von 1789-1848 (Evangelische Enzyklopädie, 21), Gütersloh, 1969

ders.; Orthodoxie und Pietismus (Evangelische Enzyklopädie, 11/12), Gütersloh, 1966

ders.; Protestantisches Christentum im Zeitalter der Aufklärung (Evangelische Enzyklopädie, 5/6), Gütersloh, 1965

Karniel, Josef; Die Toleranzpolitik Kaiser Josephs II. (Schriftenreihe des Instituts für Europäische Geschichte Universität Tel-Aviv, 9), Gerlingen, 1985

Kattenbusch, Ferdinand; Reformation und Aufklärung in ihrer Bedeutung für die Gegenwart (Dem Theologischen Ferienkursus in Hannover vorgelegt, September 1906), in: *ZThK*, 16. Jahrg., 1906, Thesen und Antithesen, S. 506-510

Kienecker, Friedrich; Der Gottesbegriff in Schillers philosophischen Schriften, phil. Diss. Münster 1951, maschinenschriftlich

Kienitz, Erwin Roderich von; Augustinus: Genius des Abendlandes, Wuppertal, 1947

Kindt, Karl; Diese Welt – Gottes Welt? Ein Versuch über Leibnizens Theodizee, in: *Zeitwende*. Monatsschrift, hrsg. von Friedrich Längenfäss 21. Jahrg., Juli 1949 mit Juni 1950, Aufsätze, S. 176-194, München, 1949

Klassiker der Philosophie; hrsg. von Otfried Höffe, 2., verb. Aufl., I. u. II. Band, München, 1985

Klessmann, Eckart; Die Welt der Romantik. Mit 280 Abbildungen und 24 Farbtafeln (Große Kulturepochen in Texten, Bildern und Zeugnissen, (6)), München, Basel, 1969

Klin, Eugeniusz; Die frühromantische Literaturtheorie Friedrich Schlegels (Acta Universitatis Wratislaviensis, No 26, Germanica Wratislaviensis, VIII), Wroclaw (Breslau), 1964

Kluckhohn, Paul; Das Ideengut der deutschen Romantik, 5., unveränd. Aufl. (Handbücherei der Deutschkunde, Band 8), Tübingen, 1966

Körner, Alfred; Die Wiener Jakobiner. „Homo hominibus“ (Franz Hebenstreit): Übersetzung und Kommentar von Franz-Josef Schuh, hrsg. und eingeleitet von Walter Grab (Deutsche revolutionäre Demokraten, 3), Stuttgart, 1972

Kopper, Joachim; Ethik der Aufklärung, Darmstadt, 1983

Krüger, Karin-Jutta; Karl Friedrich Willibald von Groschlag (1729-1799): Ein Beitrag zur kurmainzer Politik und zur Aufklärung im Rhein-Main-Gebiet, phil. Diss. München 1967

Kuhn, Axel; Jacobiner im Rheinland: Der Kölner konstitutionelle Zirkel von 1798, Habil.-Schr. Stuttgart 1975 (Stuttgarter Beiträge zur Geschichte und Politik, hrsg. von Martin Greiffenhagen u. a., Band 10), Stuttgart, 1976

La Grande Encyclopédie inventaire raisonné des sciences, des lettres et des arts par une société de savants et de gens de lettres sous la direction de MM. Berthelot, Derembourg, Dreyfus etc.; Tome I-XXXI, Paris, 1886-1902

Lang, August; Puritanismus und Pietismus: Studien zu ihrer Entwicklung von M. Butzer bis zum Methodismus (Beiträge zur Geschichte und Lehre der reformierten Kirche, 6), Neukirchen, 1941

La pensée révolutionnaire en France et en Europe 1780-1799; Textes choisis et présentés par Jacques Godechot, Paris, 1964

Leben und Werke norddeutscher Jacobiner; hrsg. und eingeleitet von Walter Grab (Deutsche revolutionäre Demokraten, Band 5), Stuttgart, 1973

Lechner, A.; Systematische Darstellung der Leibniz'schen Theodicee. Zur 200-jährigen Erinnerung an das erste Erscheinen der „Essais de Théodicée ...“, Amsterdam 1710, in: *Schweizerische Theologische Zeitschrift*, 27. Jahrg., 1910, S. 97-121, 147-167, 213-235, Zürich, 1910

Lehmann, Gerhard; Die Erweckungsbewegung im südlichen Teil des Hessischen Hinterlandes, theol. Diss. Mainz 1973

Lehmann, Hartmut; Pietismus und weltliche Ordnung in Württemberg: vom 17. zum 20. Jahrhundert, Habil.-Schr. Köln 1967, Stuttgart, 1969

Lempp, Otto; Das Problem der Theodicee in der Philosophie und Literatur des 18. Jahrhunderts bis auf Kant und Schiller, Leipzig, 1910

Lessing und der Kreis seiner Freunde; hrsg. von Günter Schulz (Wolfenbütteler Studien zur Aufklärung, Band 8), Heidelberg, 1985

Leube, Martin; Das Tübinger Stift in der Weltbewegung zwischen 1790 und 1813, in: *WVjLG*, N.F., 42. Jahrg., 1936, S. 158-183

ders.; Die geistige Lage im Stift in den Tagen der französischen Revolution, in: *Blätter für württembergische Kirchengeschichte*, N.F., 39. Jahrg., 1935, S. 149-171, Stuttgart, 1935

Levy, Harry; Die Religionsphilosophie Christian Wolff's, phil. Diss. Würzburg 1929

Lexikon für Theologie und Kirche; begründet von Michael Buchberger, 2., völlig neu bearb. Aufl. unter dem Protektorat von M. B. u. a., hrsg. von Josef Hörger a. u., Freiburg/Br., 1957-1965

Lilje, Hanns; Goethes Glauben, Nürnberg, 1949

Lindemann, Klaus; Geistlicher Stand und religiöses Mittlertum. Ein Beitrag zur Religionsauffassung der Frühromantik in Dichtung und Philosophie (Gegenwart der Dichtung, Band 5), Frankfurt/M., 1971

Literatur Lexikon. Autoren und Werke deutscher Sprache; hrsg. von Walther Killy unter Mitarbeit von Hans Fromm, Franz Josef Görtz, Gerhard Köpf u. a., I.-XI. Band, Bertelsmann Lexikon Verlag, Gütersloh, München, 1988-1991

Lochmann, Jan Milič; Wahrheitseifer und Toleranz: Rektoratsrede gehalten an der Jahresfeier der Universität Basel am 27. November 1981 (Basler Universitätsreden, Heft 75), Basel, 1981

Loesche, Georg; Von der Duldung zur Gleichberechtigung: Archivalische Beiträge zur Geschichte des Protestantismus in Österreich 1781-1861. Zur 50 jährigen Erinnerung an das Protestantenpatent (Jahrbuch der Gesellschaft für die Geschichte des Protestantismus in Österreich, 32. u. 33. Jahrg.), Wien, Leipzig, 1911

ders.; Von der Toleranz zur Parität in Österreich. 1781-1861. Zur Halbjahrhundertfeier des Protestantenpatentes, Leipzig, 1911

Logik im Zeitalter der Aufklärung: Studien zur „Vernunftlehre“ von Hermann Samuel Reimarus; hrsg. von Wolfgang Walter und Ludwig Borinski (Veröffentlichung der Joachim-Jungius-Gesellschaft der Wissenschaften Hamburg, 38), Göttingen, 1980

Lüdtke, Wilhelm; Kurtrier und die revolutionären Unruhen in den Jahren 1789-1790, in: *Trierer Zeitschrift. Vierteljahreshefte für Geschichte und Kunst des Trierer Landes und seiner Nachbargebiete*, hrsg. von der Gesellschaft für nützliche Forschungen und dem Provinzialmuseum, 5. Jahrg., 1930, Heft 1-4, S. 21-28, Trier, 1930

Lütgert, Wilhelm; Die Religion des deutschen Idealismus und ihr Ende, I.-IV. Theil (Beiträge zur Förderung christlicher Theologie, Reihe 2, Bände 6, 8, 10, 21), Gütersloh, 1923, 1925, 1929, 1930

Mahnke, Dietrich; Eine neue Monadologie (Kant-Studien, Ergänzungshefte, 39), Berlin, 1917

Mai, Gottfried; Die niederdeutsche Reformbewegung: Ursprung und Verlauf des Pietismus in Bremen bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts (Hospitium Ecclesiae, Forschungen zur Bremischen Kirchengeschichte, 12), phil. Diss. Bremen 1978, Bremen, 1979

Mainz – „Centralort des Reiches“: Politik, Literatur und Philosophie im Umbruch der Revolutionszeit; hrsg. von Christoph Jamme und Otto Pöggeler (Deutscher Idealismus: Philosophie und Wirkungsgeschichte in Quellen und Studien, hrsg. von Hans Michael Baumgartner u. a., Band 11), Stuttgart, 1986

Maurer, Wilhelm; Aufklärung, Idealismus und Restauration: Studien zur Kirchen- und Geistesgeschichte in besonderer Beziehung auf Kurhessen 1780-1850, I. Band: Der Ausgang der Aufklärung, II. Band: Idealismus und Restauration, Gießen, 1930

Mensen, Heinrich; Die Cisrhennanenbewegung im Jahre 1797, phil. Diss. Bonn 1955, maschinenschriftlich

Merkle, Sebastian; Das Menschbild im Zeitalter aufgeklärten Denkens, in: *Das Bild vom Menschen: Beiträge zur theologischen und philosophischen Anthropologie*, Fritz Tillmann zum 60. Geburtstag (1. Nov. 1934), hrsg. von Theodor Steinbüchel, Erster, historischer Teil, S. 92-105, Düsseldorf, 1934

Mommsen, Wilhelm; Die politischen Anschauungen Goethes, Stuttgart, 1948

Morino, Claudio; Church and state in the teaching of St. Ambrose, Washington, 1969

Müller, Andreas; Kunstanschauung der Frühromantik (Deutsche Literatur, Sammlung literarischer Kunst- und Kulturdenkmäler in Entwicklungsreihen, hrsg. von Heinz Kindermann, Reihe (17) Romantik, Band 3), Leipzig, 1931

Narr, Dieter; Fragen der Volksbildung in der späteren Aufklärung, in: *Württembergisches Jahrbuch für Volkskunde*, 1959/60, S. 38-67, Stuttgart, 1960

ders.; Studien zur Spätaufklärung im deutschen Südwesten (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B, Band 93), Stuttgart, 1979

Obenauer, Karl Justus; Goethe in seinem Verhältnis zur Religion, Jena, 1923

O'Brien, Charles H.; Ideas of religious toleration at the time of Joseph II: a study of the enlightenment among Catholics in Austria (Transactions of the American Philosophical Society, New Series, 59,7), Philadelphia, 1969

Obser, Karl; Baden und die revolutionäre Bewegung auf dem rechten Rheinufer im Jahre 1789, in: *ZGO*, N.F., IV. Band, 1889, S. 212-247

ders.; Der Marquis von Poterat und die revolutionäre Propaganda am Oberrhein im Jahre 1796, in: *ZGO*, N.F., VII. Band, 1892, S. 385-413

ders.; Die revolutionäre Propaganda am Oberrhein im Jahre 1798, in: *ZGO*, N.F., XXIV. Band, 1909, S. 199-258

ders.; Ein Bericht Ernst Ludwig Posselts über die Vorgänge in Durlach im Juli 1796, in: *ZGO*, N.F., XIX. Band, 1904, S. 112-121

„*O Fürstin der Heimath! Glückliches Stutgard*“: *Politik, Kultur und Gesellschaft im deutschen Südwesten um 1800*; hrsg. von Christoph Jamme und Otto Pöggeler (Deutscher Idealismus: Philosophie und Wirkungsgeschichte in Quellen und Studien, Band 15), Stuttgart, 1988

Palleske, Emil; Schiller' s Leben und Werke, 9., neu verb. Aufl., I. u. II. Band, Stuttgart, 1877

Pfrimmer, Albert; Beethoven und Frankreich, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Ernst Moritz Arndt-Universität Greifswald*, 6. Jahrg., 1956/67: Vorträge und Reden an der Philosophischen Fakultät anlässlich der 500-Jahrfeier, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe Nr. 1/2, S. 13-22, als Manuskript gedruckt, Greifswald, 1956/57

Pietismus und Bibel; hrsg. von Kurt Aland (Arbeiten zur Geschichte des Pietismus, 9), Witten, 1970

Pietismus und moderne Welt; hrsg. von Kurt Aland (Arbeiten zur Geschichte des Pietismus, 12), Witten, 1974

Prignitz, Christoph; Die Bewältigung der Französischen Revolution in Hölderlins ‚Hyperion‘, in: *Jahrbuch des Freien Deutschen Hochstifts*, hrsg. von Detlev Lüders, 1975, S. 189-211, Tübingen, 1975

Realencyklopädie für protestantische Theologie und Kirche; begründet von Johann Jacob Herzog, in 3., verb. u. verm. Aufl. unter Mitwirkung vieler Theologen und anderer Gelehrter hrsg. von Albert Hauck, I.-XXIV. Band, Leipzig, 1896-1913

Reinalter, Helmut; Die Französische Revolution und Mitteleuropa: Erscheinungsformen und Wirkungen des Jakobinismus, seine Gesellschaftstheorien und politischen Vorstellungen (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 748), Frankfurt/M., 1988

ders.; Der Jakobinismus in Mitteleuropa: eine Einführung (Urban Taschenbücher, Band 326), Stuttgart, 1981

Reinherz, Heinz W.; Friedrich der Große und die Religion, Berlin, 1936

Reuter, Hermann; Augustinische Studien, Gotha, 1887

Rieder, Heinz; Schiller: Religion und Menschenbild, Wien, 1966

Rintelen, Michael von; Zwischen Revolution und Restauration: Die Allgemeine Zeitung 1798-1823, phil. Diss. Freiburg/Br. 1992 (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3 Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Band 597), Frankfurt/M., 1994

Roessle, Julius; Zeugen und Zeugnisse: die Väter des rheinisch-westfälischen Pietismus, Konstanz, 1968

Rößler, Johannes; Die kirchliche Aufklärung unter dem Speierer Fürstbischof August von Limburg-Sturum (1770-1797). Ein Beitrag zur Geschichte und Beurteilung des Aufklärungszeitalters, theol. Diss. Würzburg 1914

Romantik; hrsg. vom Kollektiv für Literaturgeschichte im Volkseigenen Verlag Volk und Wissen (Erläuterungen zur deutschen Literatur, Band 5), Berlin (Ost), 1967

Romantik. Ein Zyklus Tübinger Vorlesungen; von Wilhelm Boeck, Carl Brinkmann, René J. Cheval u. a., hrsg. von Theodor Steinbüchel, Tübingen, Stuttgart, 1948

Rosenzweig, Franz; Das älteste Sytemprogramm des deutschen Idealismus, ein handschriftlicher Fund (Sitzungsberichte der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-historische Klasse, Jahrg. 1917, 5. Abhandlung), Heidelberg, 1917

Rürup, Reinhard; Johann Jacob Moser: Pietismus und Reform (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, 35: Abt. Universalgeschichte), Wiesbaden, 1965

Schäfer, Gerhard; Pietismus in Württemberg: Einführung in die Ausstellung im Foyer des Rathauses Calw, Tübingen, 1981

Schäfer, Philipp; Johann Michael Sailer und die Aufklärung, in: *Rottenburger Jahrbuch für Kirchengeschichte*, I. Band – 1982, hrsg. vom Geschichtsverein der Diözese Rottenburg-Stuttgart, (I.), S. 59-68, Sigmaringen, 1982

ders.; Philosophie und Theologie im Übergang von der Aufklärung zur Romantik dargestellt an Patriz Benedikt Zimmer, theol. Diss. Tübingen 1971

ders.; Thesen zur Aufklärung, in: *Rottenburger Jahrbuch für Kirchengeschichte*, III. Band – 1984, (I.), S. 9-20, Sigmaringen, 1984

Schanze, Helmut; Romantik und Aufklärung: Untersuchungen zu Friedrich Schlegel und Novalis, phil. Diss. Frankfurt/M. 1965, 2., erw. Aufl. (Erlanger Beiträge zur Sprach- und Kunstwissenschaft, Band 27), Nürnberg, 1976

Scheel, Heinrich; Die Mainzer Republik III: Die erste bürgerlich-demokratische Republik auf deutschem Boden (Akademie der Wissenschaften der DDR, Schriften des Zentralinstituts für Geschichte, Band 44), Berlin (Ost), 1989

ders.; Süddeutsche Jakobiner: Klassenkämpfe und republikanische Bestrebungen im deutschen Süden Ende des 18. Jahrhunderts, 2., durchges. Aufl. (Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Schriften des Zentralinstituts für Geschichte, Reihe 1: Allgemeine und deutsche Geschichte, Band 13), Berlin (Ost), 1971

Schellberg, Wilhelm; Die Menschenauffassung des deutschen Idealismus und der deutschen Romantik und Josef Görres, in: *Das Bild vom Menschen: Beiträge zur theologischen und philosophischen Anthropologie, Fritz Tillmann zum 60. Geburtstag (1. Nov. 1934)*, hrsg. von Theodor Steinbüchel, Erster, historischer Teil, S. 106-118, Düsseldorf, 1934

Schering, Ernst; Leibniz und die Versöhnung der Konfessionen (Arbeiten zur Theologie, Reihe 1, 28), Stuttgart, 1866

Schindling, Anton; Professor Franz Berg, ein Aufklärer in Würzburg: Eine biographische Skizze, in: *Rottenburger Jahrbuch für Kirchengeschichte*, III. Band 1984, hrsg. vom Geschichtsverein der Diözese Rottenburg-Stuttgart, (I.), S. 35-43, Sigmaringen, 1984

Schmidt, Uwe; Südwestdeutschland im Zeichen der Französischen Revolution, phil. Diss. Freiburg/Br. 1989/90 (Forschungen zur Geschichte der Stadt Ulm, 23) Ulm, 1993

Schmitt, Jakob; Die Gnade bricht durch: aus der Geschichte der Erweckungsbewegung im Siegerland, in Wittgenstein und den angrenzenden Gebieten, 3., durchges. Aufl., Gießen, Basel, 1958

Schneiders, Werner; Aufklärung und Vorurteilkritik: Studien zur Geschichte der Vorurteilstheorie (Forschungen und Materialien zur deutschen Aufklärung, Abt. 2, Monographien, 2), Habil.-Schr. Trier 1979, Stuttgart, 1982

ders.; Die wahre Aufklärung: zum Selbstverständnis der deutschen Aufklärung (Alber Broschur Philosophie), Freiburg/Br., München, 1974

ders.; Naturrecht und Liebesethik: zur Geschichte der praktischen Philosophie im Hinblick auf Christian Thomasius (Studien und Materialien zur Geschichte der Philosophie, 3), Hildesheim, 1971

Schober, Joyce; Die deutsche Spätaufklärung (1770-1790), erweiterte Fassung (dieser Untersuchung), phil. Diss. München 1973 (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3 Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Band 54), Frankfurt/M., 1975

Schottky, Richard; Johann Gottlob Fichte: Beitrag zur Berichtigung der Urteile des Publikums über die französische Revolution, hrsg. von R. Sch. (Philosophische Bibliothek, Band 282) Hamburg, 1973

Schumann, Reinhold; Die Auffassung des Philanthropismus von Gesellschaft und Staat, Leipzig, 1905

Schwab; Professor Berg in Würzburg: Ein Beitrag zur Charakteristik des katholischen Deutschlands im Zeitalter der Aufklärung, in: *Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland*, redigirt von Edmund Jörg und Franz Binder, LXV. Band, IV., S. 54-73, XIV., S. 185-202, München, 1870

Schwaiger, Georg; Die Aufklärung in katholischer Sicht, in: *Concilium. Internationale Zeitschrift für Theologie*, 3. Jahrg. – 1967, Heft VIII/IX, S. 559-566, Zürich, Mainz, 1967

Schwartz, Paul; Eine geplante Religionsvereinigung in der Zeit der Aufklärung, in: *Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte. Neue Folge der „Märkischen Forschungen“ des Vereins für Geschichte der Mark Brandenburg*. In Verbindung mit G. Schmoller hrsg. von Otto Hintze, XXI. Band, III., S. 65-97, Leipzig, 1908

Sell, Karl; Die Religion unserer Klassiker: Lessing Herder Schiller Goethe, 2., verb. Aufl., Tübingen, 1910

Shanahan, William O.; German Protestants face the social question, Vol. I: The conservative phase 1815-1871 (International studies of the Committee on International Relations University of Notre Dame), Notre Dame, Indiana, 1954

Siegfried, Theodor; Das romantische Prinzip in Schleiermachers Reden über die Religion, phil. Diss. Jena 7. Okt. 1916

Spranger, Eduard; Der Anteil des Neuhumanismus an der Entstehung des deutschen Nationalbewußtseins, in: *Reichsgründungsfeier der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin gehalten in der neuen Aula am 18. Januar 1923*, Festrede von ... Eduard Spranger, S. 3-12, Berlin, 1923

Stammler, Gerhard; Leibniz: Mit einem Bildnis Leipnizens (Geschichte der Philosophie in Einzeldarstellungen, Abt. IV, Band 19), München, 1930

ders.; Vom Welt- und Menschenverständnis seit der Renaissance: eine Skizze (Studienreihe der Jungen Gemeinde, Heft 33), Gelnhausen, Berlin-Dahlem, 1952

Stanslawski, Volker; Natur und Staat: Zur politischen Theorie der deutschen Romantik (Sozialwissenschaftliche Studien. Schriftenreihe des sozialwissenschaftlichen Instituts der Universität Hamburg, Heft 17), Opladen, 1979

Stephan, Horst; Luther in den Wandlungen seiner Kirche, 2. Aufl., Berlin, 1951

ders.; Schleiermachers „Reden über die Religion“ und Herders „Religion, Lehrmeinungen und Gebräuche“, in: *Zeitschrift für Theologie*, 16. Jahrg., S. 484-505, Tübingen, 1906

Stephan, Inge; Literarischer Jacobinismus in Deutschland (1789-1806) (Sammlung Metzler, M 150, Abteilung D Literaturgeschichte), Stuttgart, 1976

Stern, Alfred; Der Einfluß der Französischen Revolution auf das deutsche Geistesleben, Stuttgart, Berlin, 1928

Stevens, Hermann; Toleranzbestrebungen im Rheinland während der Zeit der Aufklärung [Kurmainz, Kurtrier, Kurköln, Reichsstädte Köln u. Aachen], phil. Diss. Bonn 1938

Stolleis, Michael; Über die Verbindung der Moral mit der Politik: Ein Beitrag zur Spätphase der Aufklärungsphilosophie in Deutschland, in: *Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie*, hrsg. im Auftrage der Internationalen Vereinigung für Rechts- und Sozialphilosophie (IVR), Vol. LV/1 – 1969, S. 269-277, Wiesbaden, 1969

Suphan, Bernhard; Deutsche Größe: ein unvollendetes Gedicht Schillers 1801; Nachbildung der Handschrift, hrsg. und erläutert von B. S. (Schriften der Goethe-Gesellschaft zu Weimar), Weimar, 1902

Tarnói, László; Joseph Görres zwischen Revolution und Romantik (Budapester Beiträge zur Germanistik, 1), Kurzfassung Diss. Humboldt Univ. 1969, Budapest, 1970

Toleranz am Mittelrhein: Referate der 35. Jahrestagung der Gesellschaft für mittelrheinische Kirchengeschichte vom 12. und 13. April 1983 in Worms; L. Band, Mainz, 1984

Trescher, Hildegard; Montesquieus Einfluß auf die Geschichts- und Staatsphilosophie bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts, in: *Schmollers JB*, 42. Jahrg., I. Heft, 1918, (1. Aufsätze), S. 267-304

dies.; Montesquieus Einfluß auf die philosophischen Grundlagen der Staatslehre Hegels, I und II, in: *Schmollers JB*, 42. Jahrg., II. Heft, 1918, (1. Aufsätze), S. 49-76, III. u. IV. Heft, (1. Aufsätze), S. 77-114

Valjavec, Fritz; Das Woellnersche Religionsedikt und seine geschichtliche Bedeutung, in: *HJ*, 72. Jahrg., 1953, Aufsätze und Beiträge, S. 386-400

ders.; Die Entstehung der politischen Strömungen in Deutschland 1770-1785, München, 1951

Venedey, Jakob; Die deutschen Republikaner unter der französischen Republik. Mit Benutzung der Aufzeichnungen seines Vaters Michel Venedey dargestellt, Leipzig, 1870

(Vierhundert) 450 Jahre Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; [Red.-Ausschuß Kurt Aland u. a.], I. u. II. Band, Halle-Wittenberg, 1952

Wahl, Adalbert; Die Reaktion von 1781, in: *HV*, Jahrg. 1898 (I. Jahrg.), Aufsätze, S. 204-221

Walzel, Oskar; Deutsche Romantik, I. Welt= und Kunstanschauung, 5. Aufl., Anastatischer Nachdruck (Aus Natur und Geisteswelt. Sammlung wissenschaftlich=gemeinverständlicher Darstellungen, Band 232), Leipzig, Berlin, 1923

Weltanschauung der Frühromantik; hrsg. von Paul Kluckhohn (Deutsche Literatur. Sammlung literarischer Kunst= und Kulturdenkmäler in Entwicklungsreihen, hrsg. von Heinz Kindermann, Reihe (17) Romantik, Band 5), Leipzig, 1932

Wemyss, Alice; Histoire du Réveil 1790-1848, Paris, 1977

Wentscher, Else; Das Problem des Empirismus: dargestellt an John Stuart Mill, Bonn, 1922

Wernicke, Alex; Die Begründung des deutschen Idealismus durch Immanuel Kant, Braunschweig, 1910

Wertheim, Ursula; Über den Begriff des „Weltbürgers“ und die Vorstellung vom „Weltbürgertum“ bei Schiller, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena*, 5. Jahr. 1955/56, Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe, 1. Heft
Herausgeber: Der Rektor, Aus dem Germanistischen Institut, S. 141-162, Jena, 1956

Wetzer und Welte's Kirchenlexikon oder Enzyklopädie der katholischen Theologie und ihrer Hilfswissenschaften; 2. Aufl., in neuer Bearbeitung, unter Mitwirkung vieler katholischer Gelehrter begonnen von Joseph Cardinal Hergenröther, fortgesetzt von Franz Kaulen, I.-XII. Band mit Register, Freiburg/Br., 1886-1903

Wilharm, Heiner; Politik und Geschichte. Jakobinerforschung in Deutschland, I. Band: DDR, II. Band: Bundesrepublik (Europäische Hochschulschriften, Reihe III Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Band 212), Frankfurt/M., Bern, 1984

Windelband, Wilhelm; Die Geschichte der neueren Philosophie in ihrem Zusammenhange mit der allgemeinen Kultur und den besonderen Wissenschaften, I. u. II. Band, 4. , durchges. Aufl., Leipzig, 1907

Winter, Eduard; G. W. Leibniz und die Aufklärung (Sitzungsberichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Klasse für Philosophie, Geschichte, Staats-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, Jahrg. 1968, Nr. 3), Berlin (Ost), 1968

Wissenschaften im Zeitalter der Aufklärung; Aus Anlaß des 250jährigen Bestehens des Verlages Vandenhoeck & Ruprecht hrsg. von Rudolf Vierhaus, Göttingen, 1985

Wolff, Hans Matthias; Leibniz: Allbeseelung und Skepsis, Bern, München, 1961

ders.; Die Weltanschauung der deutschen Aufklärung in geschichtlicher Entwicklung, München, 1949

Wolny, Reinhold Joseph; Die Josephinische Toleranz unter besonderer Berücksichtigung ihres geistlichen Wegbereiters Johann Leopold Hay (Wissenschaftliche Materialien und Beiträge zur Geschichte und Landeskunde der böhmischen Länder, 15), München, 1973

Wotke, Karl; Kant in Österreich vor 100 Jahren (Ein Beitrag zur Geschichte der Philosophie in Österreich), in: *Zeitschrift für die österreichischen Gymnasien*, Verantwortliche Redakteure: J. Huemer, E. Hauler, H. v. Arnim, 54. Jahrg. – 1903, Erste Abteilung, S. 289-305, Wien, 1903

Wundt, Max; Christian Wolff und die deutsche Aufklärung, Stuttgart, Berlin, 1941: Sonderdruck aus: *Das Deutsche in der Deutschen Philosophie*, hrsg. von Theodor Haering, Stuttgart, 1941, S. 227-246

ders.; Die deutsche Philosophie im Zeitalter der Aufklärung, in: *Zeitschrift für Deutsche Kulturphilosophie. Neue Folge des Logos*. hrsg. von Hermann Glockner und Karl Larenz, II. Band, S. 225-250, Tübingen, 1936

Zocher, Rudolf; Leibniz' Erkenntnislehre (Leibniz zu seinem 300. Geburtstag 1646-1946, hrsg. von E. Hochstetter, Lieferung 7), Berlin, 1952

Territorien – geographische Beschreibungen – Statistiken – Karten

Generell

Bader, Karl Siegfried; Der deutsche Südwesten in seiner territorialstaatlichen Entwicklung, Stuttgart, 1950

Baumann, Franz Ludwig; Die Territorien des Seekreises 1800 (Badische Neujahrsblätter, 4. Blatt 1894), Karlsruhe, 1894

Das Stiftsland der Schweriner Bischöfe um Butzow und Warin: ein Beitrag zur 750-Jahr Feier 1983; hrsg. von Josef Traeger, Leipzig, 1984

Berghaus, Heinrich Karl Wilhelm; Deütschland seit hundert Jahren: Geschichte der Gebiets-Eintheilung und der politischen Verfassung des Vaterlandes, 2. Abtheilung, I.-III. Band, Leipzig, 1861, 1862

Brunn, Friedrich Leopold; Deutschland, in geographischer, statistischer und politischer Hinsicht, wie es war, bis zum Reichs=Deputations=Rezeß 1803, und wie es gegenwaertig nach den neuesten Bestimmungen ist, I.-III. Theil, Berlin, 1819

Brunner, Luitpold; Beiträge zur Geschichte der Markgrafschaft Burgau, in: *Jahres-Bericht des historischen Kreis-Vereins im Regierungsbezirke von Schwaben und Neuburg*. Für die Jahre 1863 und 1864 (XXIX. und XXX. combinirter) Band, Vorwort, (S. III-VIII) und S. 1-116. Für das Jahr 1865 (XXXI.) Band, S. 1-150, Augsburg, 1865, 1866

Der Alb-Donau-Kreis; I. u. II. Band mit Kartenbeilagen, Statistischer Anhang, Katalog archäologischer Fundstellen, Register (Kreisbeschreibungen des Landes Baden-Württemberg), Sigmaringen, 1989, 1992

Der Landkreis Vohenstrauss; München-Aßling, 1969

Emmer, Johannes; Erzherzog Ferdinand III. Großherzog von Toscana als Kurfürst von Salzburg, Berchtesgaden, Passau und Eichstädt. 1803-1806. Eine geschichtliche Studie, Salzburg, 1878

Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz; Im Auftrage des Provinzialverbandes hrsg. von der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde, mit *Erläuterungen zum Geschichtlichen Atlas der Rheinprovinz*, I. Band: Die Karten von 1813 und 1818 von *Constantin Schulteis*, II. Band: Die Karte von 1789 Einteilung und Entwicklung der Territorien von 1600 bis 1794 von *Wilhelm Fabricius*, IV. Band: Das Fürstentum Prüm von *Hermann Forst* (Publikationen der

Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde, XII, Abteilung 1, Atlas, Erläuterungen zum Geschichtlichen Atlas der Rheinprovinz, 1., 2., 12. Band), Bonn, 1894, 1895, 1898, 1903

Geschichtlicher Handatlas von Westfalen; 1., 2., 3. Lieferung, hrsg. vom Provinzialinstitut für Westfälische Landes- und Volksforschung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, Münster i. W., 1975, 1982, 1991

Großer Historischer Weltatlas; hrsg. vom Bayerischen Schulbuch-Verlag, Redaktion: Josef Engel u.a., II. Teil: Mittelalter, 2., überarb. Aufl., III. Teil: Neuzeit, 4., überarb. u. erw. Aufl., Erläuterungen, 1. Aufl., München, 1979, 1981, 1984

Historischer Atlas von Baden-Württemberg; hrsg. von der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Kartenteil und Erläuterungen, I-III und Ortsregister, Stuttgart, 1972-1988

Historischer Atlas von Bayerisch-Schwaben; im Auftrag der Schwäbischen Forschungsgemeinschaft unter Mitwirkung der Kommission für bayerische Landesgeschichte hrsg. von Wolfgang Zorn, 2., neu bearb. u. erg. Aufl. hrsg. von Hans Frei, Augsburg, 1982, 1985

Hölzle, Erwin; Der deutsche Südwesten am Ende des alten Reiches: Geschichtliche Karte des reichsdeutschen und benachbarten Gebiets. Mit Beiwort. Unter Mitwirkung von Helmut Kluge bearbeitet von E. H., hrsg. vom Württ. Statistischen Landesamt, Stuttgart, 1938

Internationaler Atlas The International Atlas El Atlas Internacional L'Atlas International O Atlas Internacional; Redaktion: Internationale Planungskonferenz ..., Allgemeine und kartographische Berater Manlio Castiglioni u. a., Revised printing, Braunschweig, 1991, Westermann, dt., engl., span., franz., port.

Klosterlandschaft Oberschwaben I Heiligkreuztal – Salem; (Materialien zur Landeskunde und Landesgeschichte, hrsg. vom Oberschulamt Tübingen, Heft 10), Tübingen, o. J.

Lancizolle, Carl Wilhelm von; Uebersicht der deutschen Reichsstandschafts- und Territorial-Verhältnisse vor dem franzoesischen Revolutionskriege, der seitdem eingetretenen Veraenderungen und der gegenwaertigen Bestandtheile des deutschen Bundes und der Bundesstaaten; zusammengestellt von C. W. v. L., Berlin, 1830

Nebinger, Gerhard; Die Standesherrn in Bayerisch-Schwaben, in: *Probleme der Integration Ostschwabens in den bayerischen Staat: Bayern und Wittelsbach in Ostschwaben. Referate und Beiträge der Tagung auf der Reinsburg am 21./22. März 1980*; hrsg. von Pankraz Fried (Augsburger Beiträge zur Landesgeschichte Bayerisch-Schwabens, Band 2), S. 154-216, Sigmaringen, 1982

Schröder, Alfred; Die staatsrechtlichen Verhältnisse im bayerischen Schwaben um 1801, in: *Jahrbuch des Historischen Vereins Dillingen*, 19. Jahrg., 1906, I., S. 134-220

ders. und Hugo Schröder; Die Herrschaftsgebiete im heutigen Regierungsbezirk Schwaben und Neuburg nach dem Stand um Mitte 1801, aus archivalischen Quellen bearbeitet von A. Sch., kartographisch dargestellt von H. Sch., hrsg. vom Historischen Verein für Schwaben und Neuburg, Stuttgart, 1906 (Karte)

Stampfer, Coelestin; Besitzungen der bayerischen und schwäbischen Benedictinerstifte in Tirol bis zum Jahre 1803, in: *Studien und Mittheilungen aus dem Benedictiner- und Cisterzienser-Orden mit besonderer Berücksichtigung der Ordensgeschichte und Statistik*, IV. Jahrg., I. Band, 2. Abtheilung: Mittheilungen, S. 115-120, Würzburg, Wien, 1883

Strecker, Kurt; Das Rhein=Main=Gebiet vor 150 Jahren (1787), entworfen und gezeichnet von K. S., hrsg. von Walter Wagner (Karte), Darmstadt: Historische Kommission für den Volksstaat Hessen, 1938

The Times atlas of the world; Editorial direction: John C. Bartholomew, P. J. M. Geelan, H. A. G. Lewis u. a., Comprehensive Edition: Six edition, Times Books London, In collaboration with John Bartholomew & Son Limited, London, 1980

Vanotti, Johann Nepomuk; Beiträge zur Geschichte der Orden und der Diöcese Rottenburg, C. Klöster (Fortsetzung). Aus dem handschriftlichen Nachlasse von J. N. V., in: *FDA*, XIX. Band, 1887, S. 215-263

Vollgraf, Karl; Die teutschen Standesherrn: ein historisch-publicistischer Versuch, Giessen, 1824

Wagner, Walter; Das Rhein=Main=Gebiet vor 150 Jahren (1787), in: *Archiv für hessische Geschichte und Altertumskunde*, N.F., XX. Band, 1. u. 2. Heft, hrsg. von Eduard Edwin Becker, S. 1-220, Darmstadt, 1938

Wallner, Emil; Die kreissässigen Reichsterritorien am Vorabend des Luneviller Friedens. Mit einem Anhang über die uneingekreisten Reichsterritorien sowie die Reichs- und Kreisstimmterritorien, Innsbruck, 1929

Wolff, Carl; Die unmittelbaren Theile des ehemaligen römisch=Deutschen Kaiserreiches nach ihrer früheren und gegenwärtigen Verbindung, Berlin, 1872

Wrede; Die Westfälischen Länder i. J. 1801: politische Gliederung; Übersichtskarte, Münster i. W., 1953

Weltliche Territorien

Arenberg, Fürstentum

Compendium express sur Arenberg; hrsg. von der Arenberg-Stiftung Vaduz, Vaduz, 1988

Kleinschmidt, Arthur; Geschichte von Arenberg, Salm und Leyen 1789-1815, Gotha, 1912

Neu, Heinrich; Das Herzogtum Arenberg: Geschichte eines Territoriums der Eifel, 2., verm. Aufl., Euskirchen, 1940

ders.; Differenzen um die Herrschaft Saffenburg, in: *Jahrbuch für Geschichte und Kunst des Mittelrheins und seiner Nachbargebiete*, hrsg. vom Verein für Geschichte und Kunst des Mittelrheins in Verbindung mit der Nassauischen Kulturstiftung, 18/19. Jahrg. 1966/1967, I. Teil: Aufsätze, S. 116-127, Neuwied/Rhein, 1968

Badische Gebiete

Andreas, Willy; Badische Politik unter Karl Friedrich, in: *ZGO*, N.F., XXVI. Band, 1911, S. 415-442

Gothein, Eberhard; Beiträge zur Verwaltungsgeschichte der Markgrafschaft Baden und Karl Friedrich, in: *ZGO*, N.F., XXVI. Band, S. 377-414, 1911

Haebler, Rolf Gustav; Ein Staat wird aufgebaut: Badische Geschichte 1789-1818, Baden-Baden, 1948

Heunisch, Adam Ignaz Valentin; Beschreibung des Grossherzogthums Baden (Der Erdball und seine Völcker), Stuttgart, 1836

ders.; Tabellarische Uebersicht der Erwerbungen u. Abtretungen des Groshertzoglichen Hauses Baden vom Regierungs Antritt des höchstseeligen Groshertzogs Carl Friedrich 1746 bis auf die neueste Zeit. Nebst namentlicher Aufführung aller Standes und Grundherrn ..., Karlsruhe, 1819

Kolb, Johann Baptista; Historisch-statistisch-topographisches Lexicon von dem Großherzogtum Baden enthaltend in alphabetischer Ordnung eine vollständige Beschreibung aller Festungen, Städte, Dörfer, Schlösser I.-III. Band, Karlsruhe, 1813-1816

Krieger, Albert; Badische Geschichte (Sammlung Göschen, 230), Berlin, Leipzig, 1921

Bayerische Gebiete

Brunner, Luitpold; Die Grafen von Hals: Ein Beitrag zur Geschichte Bayern, Augsburg, 1857

Historischer Atlas von Bayern; hrsg. von der Kommission für bayerische Landesgeschichte, München

Teil Altbayern:

Albrecht, Dieter; Fürstpropstei Berchtesgaden, 1954 (Heft 7)

ders.; Grafschaft Werdenfels (Hochstift Freising), Text und Karte, 1955 (Heft 9)

Bernd, Dieter; Vohenstrauß: Pflegamt Tännesberg-Treswitz, Amt Vohenstrauß, Pflegamt Pleystein, Landgrafschaft Leuchtenberg, Herrschaft Waldthurn, 1977 (Heft 39)

Fried, Pankraz und Sebastian Hiereth; Landgericht Landsberg und Pfliegericht Rauhenlechsberg, Landgericht, Hochgericht und Landkreis Schongau, 1971 (Heft 22/23)

Jehle, Manfred; Parsberg: Pfügämter Hemau, Laaber, Beratzhausen (Ehrenfels), Lupburg, Velburg, Mannritterlehengut Lutzmannstein, Ämter Hohenfels, Helfenberg, Reichsherrschaften Breitenegg, Parsberg, Amt Hohenburg, phil. Diss. München 1979, 1981 (Heft 51)

Jungmann-Stadler, Franziska; Landkreis Vilshofen, 1972 (Heft 29)

Schmid, Diethard; Regensburg I: Das Landgericht Stadtamhof, die Reichsherrschaften Donaustauf und Wörth, 1976 (Heft 41)

Stahleder, Helmuth (nach Vorarbeit von Kurt Steigelmann); Freising (Freising, Ismaning, Burgrain), 1974 (Heft 33)

ders.; Mühldorf am Inn, 1976 (Heft 36)

Sturm, Heribert; Neustadt an der Waldnaab – Weiden: Gemeinschaftsamt Parkstein, Grafschaft Störnstein, Pflegamt Floß (Flossenbürg), 1978 (Heft 47)

Veit, Ludwig; Passau Das Hochstift, 1978 (Heft 35)

Teil Schwaben:

Blickle, Peter; Kempten, 1968 (Reihe I, Heft 7)

Liebhart, Wilhelm; Die Reichsabtei St. Ulrich und Afra zu Augsburg (1006-1803): Studien zu Besitz und Herrschaft, phil. Diss. Augsburg 1980, 1982 (Reihe II, Heft 2)

Vogel, Rudolf, Mindelheim, phil. Diss. München 1967, 1970 (Reihe I, Heft 6)

Teil Franken:

Castell=Castell, Prosper und Hanns Hubert Hofmann; Die Grafschaft Castell am Ende des Alten Reiches (1792), 1955 (Reihe II, Heft 3)

Hirschmann, Gerhard; Eichstätt: Beilngries-Eichstaett-Greding, mit 2 Karten und 1 Beil., 1959 (Reihe I, Heft 6)

Hofmann, Hanns Hubert; Franken seit dem Ende des Alten Reiches, 1955 (Reihe II, Heft 2)

Rall, Hans; Kurbayern in der letzten Epoche der alten Reichsverfassung 1745-1801 (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte, hrsg. von der Kommission für bayerische Landesgeschichte bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Band 45), München, 1952

Scheglmann, Alfons Maria; Geschichte der Säkularisation im rechtsrheinischen Bayern, I.-II. Band, III. Band, 1. u. 2. Theil, Regensburg, 1903-1908

Spindler, Max; Die Anfänge des bayerischen Landesfürstentums (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte, Band 26), München, 1937

Dachsburg, Grafschaft

Beaulieu, Dugas de; Le comté de Dagsbourg aujourd'hui Dabo (ancienne Alsace): Archéologie et histoire, 2. édition, corrigée et augmentée, Paris, 1858

Elsass, Lothringen

Das Reichsland Elsass-Lothringen. Landes- und Ortsbeschreibungen; hrsg. vom Statistischen Bureau des Ministeriums für Elsass-Lothringen, I. Theil: Allgemeine Landesbeschreibung, II. Theil: Statistische Angaben, III. Theil, (1.) u. 2. Hälfte: Ortsbeschreibung, Straßburg, 1898-1903

Die alten Territorien des Bezirkes Lothringen (mit Einschluß der zum Oberrheinischen Kreise gehörigen Gebiete im Bezirke Unter-Elsaß) nach dem Stande vom 1. Januar 1648; I. und II. Theil (Statistische Mittheilungen über Elsaß-Lothringen, hrsg. von dem Statistischen Bureau des Kaiserlichen Ministeriums für Elsaß=Lothringen, Heft 28 u. 30), Straßburg 1898, 1909

Die alten Territorien des Elsaß nach dem Stande vom 1. Januar 1648; (Statistische Mittheilungen über Elsaß=Lothringen, hrsg. von dem Statistischen Bureau des Kaiserlichen Ministeriums für Elsaß=Lothringen, Heft 27), Straßburg, 1896

Elsass-Lothringischer Atlas: Landeskunde, Geschichte, Kultur und Wirtschaft Elsass-Lothringens, dargestellt auf 45 Kartenblättern mit 115 Haupt- und Nebenkarten. Mit Erläuterungsband; hrsg. von Georg Wolfram und Werner Gley (Veröffentlichungen des Wissenschaftlichen Instituts der Elsaß-Lothringer im Reich an der Universität Frankfurt), Frankfurt/M., 1931

Grimme, Fr.; Die reichsunmittelbaren Herren im Gebiete des heutigen Lothringen und ihre Schicksale in den Jahren 1789-1815, in: *Jahr-Buch der Gesellschaft für lothringische Geschichte und Altertumskunde*, 12. Jahrg., 1900: *Annuaire de la Société d'Histoire et d'Archéologie Lorraine*, Douzième Année 1900, p. 242-323, Metz, 1900

Kirchner, Moritz; Das Reichsland Elsass-Lothringen nach seiner territorialen Gestaltung von 1648 bis 1789, Maßstab: 1 : 150.000, Straßburg, 1884

ders.; Das Reichsland Lothringen am 1. Febr. des Jahres 1766 und sein Nachbargebiet im Westen und Süden. Die topographische Grundlage nach der französischen Generalstabkarte in 1 : 320.000 die bezüglichen Gemarkungen nach derselben in 1 : 80.000, Maßstab 1 : 320.000, Straßburg, 1882

ders.; Elsass im Jahre 1789. Die topographische Grundlage nach der französischen Generalstabkarte in 1 : 320.000 die Gemarkungen nach derselben in 1 : 80.000, Maßstab 1 : 320.000, Straßburg, 1880

Erbach, Grafschaft

Killinger, German; Die ländliche Verfassung der Grafschaft Erbach und der Herrschaft Breuberg im 18. Jahrhundert: Ein Beitrag zur deutschen Rechts- und Wirtschaftsgeschichte (Abhandlungen aus dem staatswissenschaftlichen Seminar zu Strassburg i. E., Heft 29), Straßburg, 1912

Friedberg-Scheer, gefürstete Grafschaft (Thurn und Taxis)

Behringer, Wolfgang; Thurn und Taxis: Die Geschichte ihrer Post und ihrer Unternehmen, München, 1990

Heberle, G.; Der Übergang der Grafschaft Friedberg-Scheer vom Hause Waldburg an das Haus Thurn und Taxis, Zulassungsarbeit für das Lehramt an Gymnasien, Freiburg/Br., 1968, maschinenschriftlich

Lohner, Anton; Geschichte und Rechtsverhältnisse des Fürstenhauses Thurn und Taxis, Regensburg, 1895

Nordmann, Jürgen; Kodifikationsbestrebungen in der Grafschaft Friedberg-Scheer am Ende des 18. Jahrhunderts, in: *ZWLG*, 28. Jahrg., 1969, S. 265-342

Piendl, Max; Das fürstliche Haus Thurn und Taxis: Zur Geschichte des Hauses und der Thurn und Taxis-Post, Regensburg, 1890

Fürstenberg, Fürstentum

Link, Richard; Verwaltung und Rechtspflege im Fürstentum Fürstenberg in den letzten Jahrzehnten vor der Mediatisierung (1744-1806), jur. Diss. Freiburg/Br. 1942

Tumbült, Georg; Das Fürstentum Fürstenberg von seinen Anfängen bis zur Mediatisierung im Jahre 1806, Freiburg/Br., 1908

Hannoverische-Kur Gebiete

Schnath, Georg; Geschichte Hannovers im Zeitalter der neunten Kur und der englischen Sukzession 1674-1714. Im Anschluß an Adolf Köchers unvollendete „Geschichte von Hannover und Braunschweig 1648-1714“, I.-IV. Band und Namensweiser (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen: früher: für Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Schaumburg-Lippe und Bremen, 18), Hildesheim, Leipzig, 1938, 1976, 1978, 1982

Wagner, Hermann; Hagemanns Flächenberechnung des Kurfürstentums Hannover vom Jahre 1786, in: *Niedersächsisches Jahrbuch, Neue Folge der „Zeitschrift des Historischen Vereins für Niedersachsen“*, hrsg. von der Historischen Kommission für Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Schaumburg=Lippe und Bremen, I. Band, S. 198-219, Hildesheim, 1924

Henneberg, gefürstete Grafschaft

Wagner, J. G.; Geschichte der Stadt und Herrschaft Schmalkalden nebst einer kurzen Uebersicht der Geschichte der ehemaligen gefuersteten Grafschaft Henneberg, Marburg/L., 1849

Hessische Gebiete

Beiträge zur Statistik des vormaligen Kurfürstenthums Hessen; I. Heft (1866), hrsg. von der Königlichen Commission für statistische Angelegenheiten, Kassel, 1866

Demandt, Karl E.; Geschichte des Landes Hessen, 2., neu bearb. u. erw. Aufl., Kassel, 1972

Fabricius, C. A.; Die Bevölkerungs-Aufnahmen in der Landgrafschaft Hessen-Darmstadt und in dem Grossherzogthum Hessen bis zum Jahre 1858, in: *Beiträge zur Statistik des Grossherzogthums Hessen*, hrsg. von der Grossherzoglichen Centralstelle für die Landes-Statistik, III. Band, S. 1-55, Darmstadt, 1864

Friedrich König von Schweden, Landgraf von Hessen-Kassel: Studien zu Leben und Wirken eines umstrittenen Fürsten (1676-1751); hrsg. von Helmut Burmeister, Hofgeismar, 2003

Geschichtlicher Atlas von Hessen; begründet und verbreitet von Edmund E. Stengel, bearbeitet von Friedrich Uhlhorn, Text und Erläuterungsband, hrsg. von Fred Schwind, Planung und Gestaltung von F. Uhlhorn, Hessisches Landesamt für geschichtliche Landeskunde, Marburg/L., 1960-78, 1973, 1984

Philippi, Hans; Die Landgrafschaft Hessen-Kassel 1648-1806 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen, 46, 8), Marburg/L., 2007

Stammler, Rudolf; Der Marburger Erbfolgestreit. 1604-1650, in: *ders.*, Deutsches Rechtsleben in alter und neuer Zeit, gesammelt und bearbeitet von R. S., I. Band: Im Alten Reich, XII., S. 163-179, Charlottenburg, 1828

Hohenlohe, gefürstete Grafschaft

Fischer, Wolfram; Das Fürstentum Hohenlohe im Zeitalter der Aufklärung (Tübinger Studien zur Geschichte und Politik, Nr. 10), teilweise phil. Diss. Tübingen 1951, Tübingen, 1958

Schenk, Hans Konrad; Hohenlohe vom Reichsfürstentum zur Standesherrschaft: Die Mediatisierung und die staatliche Eingliederung des reichsunmittelbaren Fürstentums in das Königreich Württemberg 1800-1847, phil. Diss. Heidelberg 2005, Künzelsau, 2006

Ulshöfer, Fritz; Die Hohenlohischen Hausverträge und Erbteilungen: Grundlinien einer Verfassungsgeschichte der Grafschaft Hohenlohe seit dem Spätmittelalter, jur. Diss. Tübingen 1960

Isenburg, gefürstete Grafschaft

Philippi, Hans; Territorialgeschichte der Grafschaft Büdingen, mit einem Atlas – Ausg. B - von 5 Kartenblättern, phil. Diss. Marburg 1951 (Schriften des Hessischen Amtes für geschichtliche Landeskunde, Stück 23), Marburg/L., 1954

Leuchtenberg, Landgrafschaft

Brunner, Georg; Geschichte von Leuchtenberg und der ehemaligen Landgrafen von Leuchtenberg, größtentheils aus bisher unbekanntem Urkunden und Acten zusammengetragen, Weiden, 1862

Wagner, Illuminatus; Geschichte der Landgrafen von Leuchtenberg, urkundlich bearbeitet, I.-VI. Teil, I. Teil: 2. Aufl., Kallmünz, 1950-1956

Wittmann; Geschichte der Landgrafen von Leuchtenberg, in: *Abhandlungen der Historischen Classe der Königlich Bayerischen Akademie der Wissenschaften*, VI. Band, 1. Abtheilung, S. 1-83, 2. Abtheilung, S. 237-309, 3. Abtheilung, S. 472-533, München, 1850-1852

Liechtenstein, Fürstentum

Fetz, Joh. Franz; Leitfaden zur Geschichte des Fürstenthums Liechtenstein. Geschichte der alten St. Florins-Kapelle und der neuen Pfarrkirche zu Vaduz, Buchs (Kt. St. Gallen) 1882, unveränderter Nachdruck Beiträge zur Geschichte und Kultur Liechtensteins und seiner Umgebung, Band 2, Ruggell/Liechtenstein, 1984

InderMaur, Carl von; Die Gründung des Fürstenthums Liechtenstein, in: *Jahrbuch des Historischen Vereins für das Fürstenthum Liechtenstein*, I. Band, S. 5-80, Vaduz, 1901

Liechtenstein – Fürstliches Haus und staatliche Ordnung: Geschichtliche Grundlagen und moderne Perspektiven; hrsg. von Volker Press und Dietmar Willoweit, Wien, 1987

Marquardt, Bernd; Liechtenstein im Verbands des Heiligen Römischen Reiches und die Frage der Souveränität, in: *Jahrbuch des Historischen Vereins für das Fürstenthum Liechtenstein*, CV. Band, S. 5-31, Vaduz, 2006

Seger, Otto; 250 Jahre Fürstentum Liechtenstein, in: *Jahrbuch des Historischen Vereins für das Fürstenthum Liechtenstein*, LXVIII. Band, S. 5-63, Vaduz, 1968

Statistisches Jahrbuch 2007/2008 Fürstentum Liechtenstein; hrsg. vom Amt für Volkswirtschaft, Abteilung Statistik, Schaan, 2008

Limpurg, Grafschaft

Wunder, Gerd, Max Schefold und Herta Breutter; Die Schenken von Limpurg und ihr Land (Forschungen aus Württembergisch Franken, Band 20), Sigmaringen, 1982

Mecklenburg

Beste=Benthen, Niklot; Mecklenburgs Verhältnis zu Kaiser und Reich vom Ende des Siebenjährigen Krieges bis zum Ausgang des alten Reiches (1763 bis 1806), in: *Jahrbücher*

des Vereins für mecklenburgische Geschichte und Altertumskunde, XC. Band, VI., S. 211-312, Schwerin, 1926

Die Geschichte Mecklenburgs; bearbeitet von Wolf Karge, Ernst Münch, Hartmut Schmied, Rostock, 1993

Hamann, Manfred; Das staatliche Werden Mecklenburgs (Mitteldeutsche Forschungen, 24), Köln, Graz, 1962

ders.; Mecklenburgische Geschichte. Von den Anfängen bis zur Landständischen Union von 1523. Auf der Grundlage von Hans Witte neu bearbeitet von M. H. (Mitteldeutsche Forschungen, 51), Köln, 1968

Myllendonk, Herrschaft (Graf von Ostein)

Bremer, Jakob; Die reichsunmittelbare Herrschaft Millendonk, das sind die heutigen Gemeinden Korschenbroich u. Pesch, ferner Horst, ..., Mönchengladbach, 1939

Nassauische Gebiete

Bald, Ludwig; Das Fürstentum Nassau-Siegen: Territorialgeschichte des Siegerlandes. Mit einem Atlas von 10 Kartenblättern (Schriften des Instituts für geschichtliche Landeskunde von Hessen und Nassau, Stück 15), phil. Diss. Marburg 1939, Marburg/L., 1939

Egenolf, Peter; Die Erbfolge im Fürstentum Nassau-Hadamar von 1711-1743, in: *Nassauische Annalen. Jahrbuch des Vereins für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung*, XLIV. Band – 1916 u. 1917, S. 1-68, phil. Diss. Bonn 1914, Wiesbaden, 1918

Fischer, Dagobert.; Histoire de l'ancien comté de Saarwerden et de la prévôté de Herbitzheim, in: *Revue d'Alsace*, NS, 6. année Tome VI, p. 103-124, 177-206. 331-368, 475-503, 7. Année Tome VII, p. 101-126, 245-264, 378-400, 487-524, Colmar, 1877, 1878

Geck, Elisabeth; Das Fürstentum Nassau-Saarbrücken-Usingen im 18. Jahrhundert: Ein Beitrag zur Entwicklungsgeschichte des deutschen Kleinstaates, phil. Diss. Mainz 1953, maschinenschriftlich

Keller; E. F.; Fürst Wilhelm Hyacinth von Nassau-Siegen, Prätendent der oranischen Erbschaft, seine Regierung und Zeitgenossen, in: *Annalen des Vereins für Nassauische Alterthumskunde und Geschichtsforschung*, IX. Band – 1868, S. 49-122, Wiesbaden, 1868

Schenck, Karl Friedrich; Statistik des vormaligen Fuerstenthums Siegen, Wien, 1820

Schliephake, Friedrich Wilhelm Theodor und K. Menzel; Geschichte von Nassau von den ältesten Zeiten bis auf die Gegenwart, auf der Grundlage urkundlicher Quellenforschung, Bände I-VII, Wiesbaden, 1866-1889

Österreichische Gebiete

Beidtel, Ignaz; Untersuchungen über die kirchlichen Zustände in den Kaiserlich österreichischen Staaten, die Art ihrer Entstehung und die in Ansehung dieser Zustände wünschenswerten Reformen, Wien, 1848

Egger, Josef; Geschichte Tirols von den ältesten Zeiten bis in die Neuzeit, I.-III. Band, Innsbruck, 1876, 1871, 1880

Genersich, Johann; Geschichte der Oesterreichischen Monarchie von ihrem Ursprunge bis zu dem letzten Frieden von Paris, VII. Band, Wien, 1816

Vocelka, Karl; Österreichische Geschichte 1699-1815: Glanz und Untergang der Höfischen Welt: Repräsentation, Reform und Reaktion im Habsburgischen Vielvölkerstaat (Österreichische Geschichte, hrsg von Herwig Wofram, Band 7), Wien, 2001

Vorderösterreich. Eine geschichtliche Landeskunde; hrsg. von Friedrich Metz, 2., erweit. u. verb. Aufl., Freiburg/Br., 1967

Walter, Friedrich; Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte von 1500-1955, aus dem Nachlaß hrsg. von Adam Wandruszka (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs, 59), Wien, Kön, Graz, 1972

Oldenburg, Herzogtum

Kohli, Ludwig; Handbuch einer historisch=statistisch=geographischen Beschreibung des Herzogthums Oldenburg sammt der Erbherrschaft Jever, und der beiden Fuerstenthümer Luebeck und Birkenfeld, II. Theil, 2. Abtheilung, Bremen, 1826

Lübbing, Hermann; Oldenburgische Landesgeschichte, Oldenburg, 1953

Pfälzische Gebiete

Doll, Anton; Vom Landcommissariat zum Landratsamt: Verwaltungsgeschichte der Pfälzischen Landkreise. Ein historischer Beitrag zur geplanten Verwaltungsreform, in: *Pfälzer Heimat*, hrsg. von der Pfälzischen Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, 16. Jahrg. – 1965, S. 11-20, Speyer/Rh., 1965

Fabricius, Wilhelm; Die Grafschaft Veldenz: Ein Beitrag zur geschichtlichen Landeskunde des ehemaligen Nahegaus, in: *Mitteilungen des Historischen Vereins der Pfalz*, XXXIII. Band, S. 1-91, XXXVI. Band, S. 1-48. Im Auftrag des Vereins hrsg. von Hanns Oberseider (Band 33) und Albert Pfeiffer (Band 36), Speyer/Rh., 1913, 1916

Gümbel, Theodor; Geschichte des Fürstenthums Pfalz=Veldenz, dargestellt nach den Original=Urkunden des kgl. Bayerischen Geheimen Haus=Archivs München; ..., Kaiserlautern, 1900

Häusser, Ludwig; Geschichte der Rheinischen Pfalz nach ihren politischen, kirchlichen und literarischen Verhältnissen, I. u. II. Band, 2. Ausg., Heidelberg 1856, Register von Friedrich Loos und Theodor Neubauer, Pirmasens, 1971

Pfalzatl; Im Auftrag der Pfälzischen Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften herausgegeben von Willi Alter, mit Textbände I, II, III, IV, Speyer/Rh., 1963-1994

Stamer, Ludwig; Kirchengeschichte der Pfalz, I., II., III. Teil, 1. u. 2. Hälfte, IV. Teil, Speyer/Rh., 1936, 1949, 1955, 1959, 1964

Sturm, Hans-Georg; Pfalzgraf Reichard von Simmern 1521-1598, phil. Diss. Mainz 1967, Trier, 1968

Pommern

Petsch, Reinhold; Verfassung und Verwaltung Hinterpommerns in siebzehnten Jahrhundert bis zur Einverleibung in den brandenburgischen Staat, phil. Diss. Berlin 1907 (Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, hrsg. von Gustav Schmoller und Max Sering, Heft 126), Leipzig, 1907

Renn, Gerhard; Die Bedeutung des Namens "Pommern" und die Bezeichnungen für das heutige Pommern in der Geschichte, phil. Diss. Greifswald 1937

Preußische Gebiete

Berghaus, Heinrich Karl Wilhelm; Landbuch des Herzogthums Pommern und des Fürstenthums Rügen, III. Theils Band I., Anklam, 1867

Bohlen, Julis Freiherr von; Die Erwerbung Pommerns durch die Hohenzollern: Zur Erinnerung an die vor funfzig Jahren erfolgte Wiedervereinigung des ganzen Pommern unter die Herrschaft seines erlauchten Königshauses, Berlin, 1965

Expansion und Integration: Zur Eingliederung neugewonnener Gebiete in den preußischen Staat; Mit Beiträgen von Richard Dietrich, Ernst Opgenoorth, Hans Nordsiek u. a., hrsg. von Peter Baumgart (Neue Forschungen zur brandenburg-preussischen Geschichte. Im Auftrage der Preußischen Historischen Kommission in Zusammenarbeit mit dem Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz hrsg. von Oswald Hauser, Band 5), Köln, Wien, 1984

Hintze, Otto; Die Hohenzollern und ihr Werk: Fünfhundert Jahre vaterländische Geschichte, 5. Aufl., Berlin, 1915

Hubatsch, Walther; Grundlinien preussischer Geschichte: Königtum und Staatsgestaltung 1701-1871, Darmstadt, 1983

Hubrich, Eduard; Staat und Kirche in der preußischen Monarchie am Ausgange des 18. Jahrhunderts, in: *Verwaltungsarchiv. Zeitschrift für Verwaltungsrecht und Verwaltungsgerichtsbarkeit*, hrsg. von M. Schultzenstein und Alfred Keil, XX. Band, A., VIII., S. 309-352, X., S. 519-563, XXI. Band, A., VII., S. 205-240, Berlin, 1912, 1913

Kallenberg, Fritz; Die Fürstentümer Hohenzollern am Ausgang des Alten Reiches: ein Beitrag zur politischen und sozialen Formation des deutschen Südwestens, phil. Diss. Tübingen 1962, Teil I u. II, maschinenschriftlich

Meyer, Christian; Geschichte der Burggrafschaft Nürnberg und der späteren Marktgrafschaften Ansbach und Bayreuth (Tübinger Studien für schwäbische und deutsche Rechtsgeschichte, Band 2, Heft 1), Tübingen, 1908

ders.; Hardenberg und seine Verwaltung der Fürstenthümer Ansbach und Bayreuth, Breslau, 1892

Müller, Gerhard; Das Fürstenthum Kammin. Eine historisch=geographische Untersuchung, in: *Baltische Studien*, hrsg. von der Gesellschaft für pommersche Geschichte und Altertumskunde, N.F., XXXI. Band, S. 109-205 mit Karte 1: Der Fürstentums-Kreis im Anfang des 19. Jahrhunderts und Karte 2: Das Fürstenthum Kammin im Jahre 1628 (Anhang nach S. 235), Stettin, 1829

Ravens, Jürgen Peter; Staat und katholische Kirche in Preußens polnischen Teilungsgebieten (1772-1807), phil. Diss. München 1964 (Veröffentlichungen des Osteuropa Institutes München, Band 21), Wiesbaden, 1963

Zechlin; Das Fürstentum Kammin. Historisch=topographisch dargestellt von Z., I. u. II., in: *Der Globus: Illustrierte Zeitschrift für Länder= und Völkerkunde*. Begründet 1862 von Karl Andree, hrsg. von Richard Andree, LX. Band, Nr. 14., S. 215-220, Nr. 15., S. 232-238, Braunschweig, 1891

Saarland

Geschichtliche Landeskunde des Saarlandes; II. Band: Von der französischen Landnahme bis zum Ausbruch der französischen Revolution. Hrsg. von Kurt Hoppstädter (†) und Hans=Walter Herrmann unter Mitwirkung von Hans Klein (Mitteilungen des Historisches Vereins für die Saargegend e. V., N.F., Heft 4), Saarbrücken, 1977

Geschichtlicher Atlas für das Land an der Saar; hrsg. von Hektor Ammann u. a., Kartenband und Erläuterungen (Veröffentlichungen des Instituts für Landeskunde des Saarlandes), Saarbrücken, 1965-1975

Sächsische Gebiete

Beck, Lorenz Friedrich; Herrschaft und Territorium der Herzöge von Sachsen-Wittenberg (1212-1422), Diss. Berlin Techn. Univ., FB 01, Kommunikations- und Geschichtswissenschaften, 1998 (Bibliothek der Brandenburgischen und Preußischen Geschichte, Band 6), Potsdam, 2000

Blaschke, Karlheinz; Geschichte Sachsens im Mittelalter, München, 1990

Haensch, Ernst; Die Wettinische Hauptteilung von 1485, und die aus ihr folgenden Schwierigkeiten bis 1491, phil. Diss. Leipzig 1909

Historischer Atlas von Sachsen in 25 illuminirten geographischen Charten mit Erläuterungen ueber die Vergrößerungen und Verkleinerungen dieses Landes von 950 bis zum Jahre 1815; Leipzig, 1816

Salm, Fürstentum

Seillière, Frédéric; Documents pur servir à l'histoire de la principauté de Salm en Vosges et de la ville de Senones sa capitale dans la seconde moitié du XVIIIe siècle, Paris, 1898, Rééd.

de l'ouvrage de Paris an 1898, augmentée d'une introduction, ...: de Albert Ronsin, Bischofsheim, 1982

Schwarzenberg, Fürstentum

Boehaimb, Carl August; Die Grafschaft Illeraichen, in: *Zwanzigster Jahres=Bericht des historischen Kreis=Vereins im Regierungsbezirk von Schwaben und Neuburg für das Jahr 1854*, S. 1-37, Augsburg, 1854

Schwarzenberg, Fürst Karl zu; Geschichte des reichsständischen Hauses Schwarzenberg (Veröffentlichungen der Gesellschaft für Fränkische Geschichte, Reihe IX, Band 16), Neustadt a. d. Aisch, 1963

Schweizer Eidgenossenschaft

Handbuch der Schweizer Geschichte; I. u. II. Band, Zürich, 1972

Historischer Atlas von der Schweiz – Atlas Historique de la Suisse – Atlante Storico della Svizzera; hrsg. von Hektor Ammann u. a., 2. Aufl., Aarau, 1958

Müller, Konrad; Die Exemption der Eidgenossenschaft 1648. Ein Beitrag zur Erklärung des Exemptionsartikels im Westfälischen Frieden, in: *Schweizer Beiträge zur Allgemeinen Geschichte. Études suisses d'histoire générale. Studi svizzeri di storia generale*, IV. Band, Miscellen, S. 216-228, Aarau, 1946

Sternstein, Grafschaft (Fürst von Lobkowitz)

Fröhlich, Baptist; Störnstein: Eine Burg und eine Herrschaft, in: *Oberpfälzer Heimat*, III. Band 1958, hrsg. vom Heimatkundlichen Arbeitskreis im Oberpfälzer-Wald-Verein, S. 87-92, Weiden, 1958

Volkert, Wilhelm; Neustadt an der Waldnaab und die Fürsten Lobkowitz, in: *VHVOR*, C. Band, 1959, S. 175-194

Sulzbürg und Pyrbaum, Herrschaften (Graf von Piech)

Pernice, Ludwig; Die staatsrechtlichen Verhältnisse des Gräflichen Hauses Giech während des Bestehens des Deutschen Reichs und nach der Auflösung desselben: ein publicistisches Erachten, Halle a. S., 1859

Tarasp, Reichsherrschaft (Fürst von Dietrichstein)

Calven 1499-1999; hrsg. vom Südtiroler Kulturinstitut: Vorträge der wissenschaftlichen Tagung im Rathaus Glurns vom 8.-11. Sept. 1999 anlässlich des 500-Jahr-Gedenkens der Calvenschlacht, redigiert von Josef Riedmann, Bozen, 2001

Müller, Iso; Die Herren von Tarasp, Disentis, 1980

Stolz, Otto; Beiträge zur Geschichte des Unterengadins aus Tiroler Archiven, in: *LIII. Jahresbericht der Historisch-antiquarischen Gesellschaft von Graubünden*, Jahrg. 1923, S. 53-227, Chur, 1924

Thengen, Reichsgrafschaft (Fürst von Auersberg)

Sauter, Gottfried; Kommingen auf dem Randen: Eine ehemals tengisch-nellenburgische Gemeinde (Hegau Bibliothek, Band 24; Schriftenreihe des Landkreises Donaueschingen, Band 30) Singen/H., 1973

Thüringische Gebiete

Geschichte Thüringens; hrsg. von Hans Patze und Walter Schlesinger, I. Band, II. Band, 1. u. 2. Teil, III. u. IV. Band, V. Band, 1. Teil, 1. u. 2. Teilband, 2. Teil, VI. Band (Mitteldeutsche Forschungen, Band 48), Köln, Wien, 1967-1984

Heß, Ulrich; Geschichte der Behördenorganisation der thüringischen Staaten und des Landes Thüringen von der Mitte des 16. Jahrhunderts bis zum Jahre 1952 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Thüringen, Kleine Reihe, Band 1), Jena, 1993

Waldburg, Grafschaft

Rauh, Rudolf; Das Hausrecht der Reichserbtruchsessenen Fürsten von Waldburg, I. Band: Die Hausgesetze, Familienverträge und Rechtsverhältnisse des Fürstlichen Gesamthauses Waldburg vom Ende des 14. Jahrhunderts bis zur Mediatisierung 1394-1806 (Veröffentlichungen des Fürstlich Waldburg-Zeil'schen Gesamtarchivs in Schloß Zeil, Band 1, hrsg. von Rudolf Rauh), Kempten, 1971

Wertheim, Grafschaft

Ehmer, Hermann; Geschichte der Grafschaft Wertheim, Buchheim, 1989

Wiesentheid, Herrschaft (Schönborn)

Domarus, Max; Territorium Wiesentheid: Urkunden zur Geschichte der reichsständischen Herrschaft (Grafschaft), 1681-1806, München, 1956

Württemberg – Mömpelgard

Adam, Albrecht Adam; Mömpelgard und sein staatsrechtliches Verhältnis zu Württemberg und dem alten deutschen Reiche, in: *WVjLG*, 7. Jahrg., 1884, S. 181-200, 278-285

Erzberger, Matthias; Die Säkularisation in Württemberg von 1802-1810. Ihr Verlauf und ihre Nachwirkungen, Stuttgart, 1902

Grube, Walter; Mömpelgard und Altwürttemberg, in: *Alemannisches Jahrbuch*, 1959, S. 235-254, Lahr, 1959

Hölzle, Erwin; Das alte Recht und die Revolution: Eine politische Geschichte Württembergs in der Revolutionszeit 1789-1805, München, Berlin, 1931

Le pays de Montbéliard du Wurtemberg à la France 1793: Bicentenaire du rattachement de la principauté de Montbéliard à la France (1793-1993); Société d'Émulation de Montbéliard 1992, Mömpelgard, 1992

Maurer, Hans-Martin; Von der Landesteilung zur Wiedervereinigung: Der Münsinger Vertrag als ein Markstein württembergischer Geschichte, in: *ZWLG*, 43. Jahrg., 1984, S. 89-132

Mériot, B.; Nouvelles Éphémérides du Pays de Montbéliard, (Tome) I et Tome II (Mémoires de la Société d'Émulation de Montbéliard, LIX^e et LX^e Volume), Montbéliard, 1955, 1959

Reyscher, August Ludwig; Vollstaendige, historisch und kritisch bearbeitete Sammlung der wuerttembergischen Gesetze, hrsg. v. A. L. R., I-XIX. Band, Anhänge, I u. II, Stuttgart, Tübingen, 1828-1851

Richter, Gregor; Die württembergischen Reichstagsstimmen von der Erhebung zum Herzogtum bis zum Ende des alten Reiches: Ein Beitrag zur Frage der Reichsstandschaft von Württemberg, Mömpelgard und Teck, in: *ZWLG*, 23. Jahrg., 1964, S. 345-373

Scherb, Wolfgang; Die politischen Beziehungen der Grafschaft Mömpelgard zu Württemberg von 1723 bis zur französischen Revolution, phil. Diss. Tübingen 1981, Bamberg, 1981

Willburger, August; Die Säkularisation und die Aufhebung der Prämonstratenserklöster in Württemberg, in: *FDA*, N.F., XXVIII. Band, 1927 (Beiträge zur Gründungsgeschichte der Oberheinischen Kirchenprovinz veröffentlicht zum Jahrhundertjubiläum der Erzdiözese Freiburg i. Br., 1. Teil), S. 259-294

Zweibrücken, Herzogtum

Ammerich, Hans; Landesherr und Landesverwaltung: Beiträge zur Regierung von Pfalz-Zweibrücken am Ende des Alten Reiches, phil. Diss. München 30. Juli 1979 (Veröffentlichungen der Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung, 11), Saarbrücken, 1981

Heintz, Philipp Casimir; Das ehemalige Fürstenthum Pfalz-Zweybrücken und seine Herzoge bis zur Erhebung ihres Stammes auf den bayerischen Königsthron, I. Theil, welcher die Periode von 1410 bis 1514 umfasst (Abhandlungen der Historischen Classe der Königlich Bayrischen Aklademie der Wissenschaften, Band 1, Theil 1), München, 1833

Lang, Willy; Ein deutscher Kleinstaat am Ausgang des heiligen römischen Reiches: Eine staatsrechtliche Studie, in: *Zweibrücken 600 Jahre Stadt 1352-1952: Festschrift zur 600-Jahrfeier*. Im Auftrag der Stadtverwaltung Zweibrücken hrsg. vom Historischen Verein Zweibrücken, S. 219-235, Zweibrücken, 1952

Geistliche Territorien

Augsburg, Hochstift

Braun, Placidus; Geschichte der Bischoefe von Augsburg. Chronologisch und diplomatisch verfaßt, und mit historischen Bemerkungen beleuchtet, I.-IV. Band, Augsburg, 1813-1815

Baindt, Stift

Baindt – Hortus Floridus. Geschichte und Kunstwerke der früheren Zisterzienserinnen-Reichsabtei: Festschrift zur 750-Jahrfeier der Klostergründung 1240-1990; hrsg. von Otto Beck, München, Zürich, 1990

Bamberg, Hochstift

Berbig, Hans Joachim; Das kaiserliche Hochstift Bamberg und das Heilige Römische Reich vom Westfälischen Frieden bis zur Säkularisation, I. u. II. Teil, Habil.-Schr. München (Beiträge zur Geschichte der Reichskirche in der Neuzeit, Heft 5 u. 6), Wiesbaden, 1976

Christ, Günter; Das kaiserliche Hochstift Bamberg zwischen westfälischem Frieden und Säkularisation. Reichs-, Kreis- und Kirchenpolitik (Bemerkungen zu: Hans Joachim Berbig, Das Kaiserliche Hochstift Bamberg und das Heilige Römische Reich vom Westfälischen Frieden bis zur Säkularisation. Beiträge zur Geschichte der Reichskirche in der Neuzeit 5/6 Wiesbaden 1976. (2 Teile) LVII und VI, 508 S.), in: *ZBLG*, XXXXII. Band, 1979, S. 505-526

Neukam, Wilhelm G.; Der Übergang des Hochstifts Bamberg an die Krone Bayern 1802/1803, in: *Bayern Staat und Kirche, Land und Reich: Forschungen zur bayerischen Geschichte vornehmlich im 19. Jahrhundert, Wilhelm Winkler zum Gedächtnis* hrsg. von den staatlichen Archiven Bayerns (Archiv und Wissenschaft, Band 3), 2. Teil, S. 243-291, München, 1961

Wittmann, P.; Die Wahl-Capitulationen der Fürstbischöfe von Bamberg, in: *Archiv für katholisches Kirchenrecht, mit besonderer Rücksicht auf Deutschland, Oesterreich und die Schweiz*, N.F., XLIII. Band, XXXVI., S. 337-362, Mainz, 1883

Basel, Hochstift

Bessire, Paul O.; Histoire du Jura bernois et de l'ancien Évêché de Bâle, 2., erg. Aufl. der Ausg. 1935, Moutier, 1977

Bosshart-Pflugger, Catherine; Das Basler Domkapitel von seiner Übersiedlung nach Arlesheim bis zur Säkularisation (1687-1803), phil. Diss. Freiburg/Schweiz 1981 (Quellen und Forschungen zur Basler Geschichte, 11), Basel, 1983

Brahier, Simon; L'organisation judiciaire et administrative du Jura Bernois sous le régime des Princes-Evêques de Bâle, jur. Diss. Bern 1920, Moutier, 1920

Jorio, Marco; Der Untergang des Fürstbistums Basel (1792-1815): der Kampf der beiden Fürstbischöfe Joseph Sigismund von Roggenbach und Franz Xaver von Neveu gegen die Säkularisation, Freiburg/Schweiz, 1981

Mayer=Edenhauser, Theodor; Zur Territorialbildung der Bischöfe von Basel. Rechtsgeschichtliche Betrachtungen, in: *ZGO*, N.F., LII. Band, 1939, S. 225-322

Quiquerez, Auguste; Histoire des institutions politiques, constitutionnelles et juridiques de l'Évêché de Bâle, des villes et des seigneuries de cet État, Délémont, 1877

Rennefahrt, Hermann; Die Verstärkung der Staatsgewalt im Fürstbistum Basel unter Bischof Jakob Christoph (1575-1608), in: *Schweizer Beiträge zur Allgemeinen Geschichte Etudes suisses d'histoire générale Studi svizzeri di storia generale*, XVIII./XIX. Band 1960/61, hrsg. von Ernst Walder, S. 267-310, Bern, 1961

Ries, Markus; Die Neuorganisation des Bistums Basel am Beginn des 19. Jahrhunderts (1815-1828), theol. Diss. München 1991 (Münchener Kirchenhistorische Studien, Band 6), Stuttgart, Berlin, 1992

Schmidlin, Ludwig Rochus; Die territoriale, jurisdictionelle und kirchliche Entwicklung des Bistums Basel. Historische Skizze, Laufen/Schweiz, 1907

Seith, Günther; Die rechtsrheinischen Gebiete des Bistums Basel und ihr Übergang an Baden, phil. Diss. Freiburg/Br. 1950

Berchtesgaden, Hochstift

Füglein, Hygin; Joseph Konrad, der letzte Fürstpropst von Berchtesgaden: Eine Gedenkschrift zu dessen 100. Todestage, Berchtesgaden, 1903

Koch-Sternfeld, Joseph Ernst Ritter von; Geschichte des Fürstenthums Berchtesgaden und seiner Salzwerke: in drey Buechern, Berchtesgaden, 1815

Roth, Gertrud; Die gefürstete Propstei Berchtesgaden in der Zeit ihres letzten gefürsteten Propstes: 1780-1803, phil. Diss. München 23. Jan. 1940, München, 1939

Brixen und Trient, Hochstifter

Bastgen Hubert; Die Ursachen der Säkularisation der Bistümer und Domkapitel von Trient und Brixen und ihr Verhältnis zur Grafschaft Tirol. Zwei Vorträge der Minister Metternich und Saurau, mitgeteilt von H. B., in: *HJ*, Jahrg. 1913 (XXXIV. Band), Kleine Beiträge, S. 560-571

Göbel, Walter; Entstehung, Entwicklung und Rechtsstellung Geistlicher Territorien im Deutsch-Italienischen Grenzraum: Dargestellt am Beispiel Triests und Aquileias, phil. Diss. Würzburg 1976

Granichstaedten=Czerva, Rudolf; Brixen. Reichsfürstentum und Hofstaat, Wien, 1948

Koegl, Joseph; La sovranità dei vescovi di Trento e di Bressanone, Trient, 1964

Wolfsgruber, Karl; Das Brixner Domkapitel in seiner persönlichen Zusammensetzung in der Neuzeit: 1500-1803 (Schlern-Schriften, 80), Innsbruck, 1951

Buchau, Stift

Schöttle, Johann Evang.; Geschichte von Stadt und Stift Buchau samt dem stiftischen Dorfe Kappel, I. u. II. Band, Waldsee, 1884

Burtscheid, Stift

Quix, Christian; Historisch=topographische Beschreibung der Stadt Burtscheid, Aachen, 1832

Chur, Hochstift

Danuser, Jakob; Die staatlichen Hoheitsrechte des Kantons Graubünden gegenüber dem Bistum Chur, Univ. Diss. Zürich 1896, Zürich, 1897

Helvetia Sacra; hrsg. von Albert Brucker, Abteilung 1, Band I: Schweizerische Kardinäle ... Erzbistümer und Bistümer I, Bern, 1972

Mayer, Johann Georg; Geschichte des Bistums Chur, I. u. II. Band, Stans, 1907-1914

Corneli-Münster, Stift

Becker, D. J.; Der Güterbesitz der drei kölnischen Klöster und Stifter Cornelimünster, Altenberg und St. Mariae ad gradus in Niederheimbach a. Rh., in: *Annalen des Historischen Vereins für Niederrhein insbesondere der alten Erzdiözese Köln*, LXXXVIII. Heft, S. 128-175, Köln, 1910

Capellmann, Heinrich Benedikt; Kornelimünster, Konelimünster, 1950 [um]

Nagel, Franz; Geschichte der Reichsabtei Cornelimünster, Cornelimünster, 1925

Corvey, Hochstift

Behr, Hans-Joachim; Landstände und Landtage in Corvey, in: *Westfälische Forschungen*. Mitteilungen des Provinzialinstituts für Westfälische Landes- und Volksforschung des

Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe. Im Auftrage des Instituts hrsg. von Peter Schöller u. a., XXIX. Band 1978/79, S. 1-23, Münster i. W., 1979

Föllinger, Georg; Die Säkularisation der exemten reichsunmittelbaren Benediktiner-Abtei Corvey und die Gründung des Bistums 1786-1794 (Paderborner theologische Studien, 7), theol. Diss. Freiburg/Br. 16. Juni 1977, Minden, 1978

Leesch, Wolfgang und Paul Schubert; Heimatchronik des Kreises Höxter (Heimatchroniken der Städte und Kreise des Bundesgebietes, Band 29), Köln, 1966

Wigand, Paul; Der Corveysche Güterbesitz, aus den Quellen dargestellt und als Fortsetzung der Corveyschen Geschichte, Lemgo, 1831

Eichstätt, Hochstift

Bauernfeind, Ernst; Die Säkularisationsperiode im Hochstift Eichstätt bis zum endgültigen Übergang an Bayern 1790-1806 (Historische Forschungen und Quellen, Heft 9), München, Freising, 1927

Lengenfelder, Bruno; Die Diözese Eichstätt zwischen Aufklärung und Restauration: Kirche und Staat 1773-1821 (Eichstätter Studien, N.F., Band 28), Diss. Geschichts- und Gesellschaftsw. Fak. Kath. Univ. Eichstätt, SS. 1988

Elchingen, Stift

Beck, D.; Die letzten Zeiten der Benediktiner in Elchingen: Nach dem Tagebuch des Priors P. Benedikt Baader, in: *Jahrbuch des Historischen Vereins Dillingen*, 23. Jahrg., 1910, I., S. 1-83, Dillingen a. D., 1910

Ellwangen, Hochstift

Beschreibung des Oberamts Ellwangen; hrsg. von dem K. statistisch=topographischen Bureau, Stuttgart, 1886

Pfeifer, Hans; Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte der Fürstpropstei Ellwangen, phil. Diss. Tübingen 1956, maschinenschriftlich 1959

Seckler, Aloys; Vollständige Beschreibung der gefürsteten Reichs=Propstei Ellwangen. Eine Gabe zur eilfhundertjährigen Feier im September 1864, Stuttgart, 1864

Seiler, Alois; Der württembergische Schutz und Schirm über Kloster und Stift Ellwangen (1370-1590), in: *ZWLG*, 28. Jahrg., 1969, S. 343-362

Essen, Stift

Arens, Franz; Die Verfassung des Kaiserlich-freiweltlichen Stiftes Essen festgestellt in dem Landesgrundvergleich vom 14. September 1794 mit einer Einleitung, in: *Beiträge zur Geschichte von Stadt und Stift Essen*, XV. Heft, (3.), S. 21-52, Essen, 1894

Funcke, Franz Philipp; Geschichte des Fürstenthums und der Stadt Essen. Ein Beitrag zur Geschichte Rheinland-Westphalens, Mühlheim a. R., 1848

Geuer, F.; Der Kampf um die essendische Vogtei, in: *Beiträge zur Geschichte von Stadt und Stift Essen*, hrsg. von dem Historischen Verein für Stadt und Stift Essen, XIII. Heft, (3.), S. 103-144, Essen, 1889

Hoederath, Hans Theodor; Die Landeshoheit der Fürstäbtissinnen von Essen, ihre Entstehung und Entwicklung bis zum Ende des 14. Jahrhunderts, in: *Beiträge zur Geschichte von Stadt und Stift Essen*, XLIII. Heft, S. 145-194, Diss. Rechts- u. Staatsw. Fak. Münster 1925, Essen, 1925

Hüsgen, Kurt; Die militärische Vertretung des Stiftes Essen durch Brandenburg=Preußen im 17. und 18. Jahrhundert, in: *Beiträge zur Geschichte von Stadt und Stift Essen*, hrsg. von dem Historischen Verein für Stadt und Stift Essen, XXX. Heft, S. (V)-X, S. 1-92, Essen, 1909

Körholz, Franz; Die Säkularisation und Organisation in den preussischen Entschädigungsländern Essen, Werden und Elten 1802-1806, phil. Diss. Münster, Münster i. W., 1907

Mohaupt, Helga; Kleine Geschichte Essens. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn, 1991

Wisplinghoff, Erich; Der Kampf um die Vogtei des Reichstifts Essen im Rahmen der allgemeinen Vogteientwicklung des 10.-12. Jahrhunderts, in: *Aus Geschichte und Landeskunde: Forschungen und Darstellungen: Franz Steinbach zum 65. Geburtstag gewidmet*; von seinen Freunden und Schülern, S. 308-332, Bonn, 1960

Wittkamp, August; 1100 Jahre Huckarde (Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark, 56), Dortmund, 1960

Freising, Hochstift

Das Bistum Freising in der Neuzeit; hrsg. von Georg Schwaiger (Geschichte des Erzbistums München und Freising, Band 2), München, 1989

Wissenschaftliche Festgabe zum zwölfhundertjährigen Jubiläum des Heiligen Korbinian; hrsg. von Joseph Schlecht, München, 1924

Fulda, Hochstift

Arnd, Karl; Geschichte des Hochstifts Fulda von seiner Gründung bis zur Gegenwart, 2. Ausg., Frankfurt/M., 1862

Enneking, Franz; Das Hochstift Fulda unter seinem letzten Fürstbischof Adalbert III. von Harstall 1788-1801, phil. Diss. Bonn 1934

Hofemann, Anneliese; Studien zur Entwicklung des Territoriums der Reichsabtei Fulda und seiner Ämter, mit einem Atlas von 3 Kartenblättern (Schriftenreihe des Hessischen Landesamtes für Geschichtliche Landeskunde, 25), Marburg/L., 1958

Langer, Claudia; Zur Geschichte des ehemaligen Hochstifts Fulda in den Jahren von 1806 bis 1816, phil. Diss. München 1981

Simon, Hans Alfons; Die Verfassung des geistlichen Fürstentums Fulda dargestellt unter besonderer Berücksichtigung der nachgewiesenen Manuskripte von Eugen Thomas (1758-1813), Univ.-Diss. Marburg 1911, Fulda, 1912

Stengel, Edmund Ernst; Die Reichsabtei Fulda in der deutschen Geschichte. Festvortrag bei der 1200-Jahrfeier der Reichsabtei Fulda am 21. März 1944, Weimar, 1948

Gandersheim, Stift

Germania Sacra. Goetting, Hans; Das reichsunmittelbare Kanonissenstift Gandersheim (G. S., N.F., 7: Die Bistümer der Kirchenprovinz Mainz, Das Bistum Hildesheim, 1), Berlin, New York, 1973

Goetting, Hans; Gandersheim und das Reich, in: *Der Landkreis Gandersheim*, I. Band, S. 117-141, Bad Gandersheim, 1958

Kronenberg, Kurt; Chronik der Stadt Bad Gandersheim, Bad Gandersheim, 1978

ders.; Die Gestalt der Stadt Gandersheim; zu ihrer topographischen Entwicklung, in: *Braunschweigisches Jahrbuch*. Im Auftrage des Braunschweigischen Geschichtsverein hrsg. von Hans Goetting, Der ganzen Reihe XLIII. Band, S. 77-101, Braunschweig, 1962

Mühe, Adolf; Geschichte der Stadt Gandersheim, 2. Aufl., Bad Gandersheim, 1950

Gengenbach, Stift

Hitzfeld, Karl Leopold; Die wirtschaftlichen Grundlagen der Abtei Gengenbach, in: *Die Ortenau. Veröffentlichungen des Historischen Vereins für Mittelbaden*, XXXVIII. Heft–1958, S. 50-69, XXXIX. Heft–1959, S. 192-217, XLI. Heft–1961, S. 77-140, XLII. Jahresband–1962, S. 84-154, XLIII. Jahresband–1963, S. 134-148, XLIV. Jahresband–1964, S. 158-178, Offenburg/B., 1958, 1959, 1962-1964

Schell, Erwin; Zur Geschichte der Abtei Gengenbach, besonders in den Jahren 1802 bis 1807, in: *ZGO*, N.F., XLV. Band, 1932, S. 566-606

Staedele, Alfons; Die Abtei Gengenbach zur Zeit der Säkularisation, in: *Die Ortenau. Veröffentlichungen des Historischen Vereins für Mittelbaden*, XXXIV. Heft–1954, S. 124-129, XXXV. Heft–1955, S. 81-87, Offenburg/B. 1954, 1955

Gutenzell, Stift

Beck, P.; Kurze Geschichte des Cistercienser-Nonnenklosters Gutenzell, in: *Cistercienser-Chronik*, 23. Jahrg., Nro. 264, S. 33-49, Bregenz, 1911

Gutenzell. Geschichte und Kunstwerke: Festschrift zur 750-Jahrfeier der einstigen Frauenzisterze 1238-1988; hrsg. von Otto Beck und Ludwig Haas (Grosser Kunstführer Schnell & Steiner, Band 155), München, Zürich, 1988

Heggbach, Stift

Beck, Otto; Die Reichsabtei Heggbach. Kloster, Konvent, Ordensleben: Ein Beitrag zur Geschichte der Zisterzienserinnen, Sigmaringen, 1980

Helmstedt, Stift

Stubbendiek, Dieter; Stadt und Stift Helmstedt in ihren gegenseitigen Beziehungen, phil. Diss. Göttingen 1973, Göttingen, 1974

Herford, Stift

Cohausz, Alfred; Herford als Reichsstadt und papstunmittelbares Stift am Ausgang des Mittelalters: Ein Beitrag zur Geschichte der Landeshoheit in den westfälischen Reichsstiftsstädten, in: *42. Jahresbericht des Historischen Vereins für die Grafschaft Ravensberg zu Bielefeld*, S. 1-106, Bielefeld, 1928

Fürstenberg, Michael; „Ordinaria loci“ oder „Monstrum Westphaliae? Zur kirchlichen Rechtsstellung der Äbtissin von Herford im europäischen Vergleich, Rom, Päpstliche Univ. Diss. 1989/90 (Studien und Quellen zur westfälischen Geschichte, Band 29), Paderborn, 1995

Jlgen, Theodor; Zur Herforder Stadt- und Gerichtsverfassung, in: *Zeitschrift für vaterländische Geschichte und Alterthumskunde*, hrsg. von dem Verein für Geschichte und Alterthumskunde Westfalen, II. Band, 1. Abtheilung, hrsg. vom Director der Münster'schen Abtheilung A. Tibus, I., S. 1-58, Münster i. W., 1891

Korte, Friedrich; Die staatsrechtliche Stellung von Stift und Stadt Herford vom 14. bis zum 17. Jahrhundert, phil. Diss. Marburg 22. Juni 1955 (58. Jahresbericht des Historischen Vereins für die Grafschaft Ravensberg, Jahrg. 1955), Bielefeld, 1956

Meyer, Kuno; Beiträge zur Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte Herfords unter den Kurfürsten Friedrich Wilhelm und Friedrich III., phil. Diss. Göttingen 1908

ders.; Herford im Jahre 1650, in: *22. Jahresbericht des Historischen Vereins für die Grafschaft Ravensberg zu Bielefeld*, S. 1-46, Bielefeld, 1908

Pape, Rainer; Sancta Herfordia: Geschichte Herfords von den Anfängen bis zur Gegenwart, Herford, 1979

Schwettmann, C.; Beiträge zur Geschichte der Abtei und Stadt Herford, 2., erw. Ausg., Herford, 1898

Hildesheim, Hochstift

Klewitz, Hans-Walter; Studien zur territorialen Entwicklung des Bistums Hildesheim. Ein Beitrag zur historischen Geographie Niedersachsens (Studien und Vorarbeiten zum Historischen Atlas Niedersachsens, Heft 13), Göttingen, 1932

Lücke, Justus; Die landständische Verfassung im Hochstift Hildesheim 1643-1802: Ein Beitrag zur territorialen Verfassungsgeschichte, jur. Diss. Göttingen WS 1966-67 (Quellen und Darstellungen zur Geschichte Niedersachsens, Band 73), Hildesheim, 1968

Müller, Otto; Die Entstehung der Landeshoheit der Bischöfe von Hildesheim, phil. Diss. Freiburg/Br. 1908

Hoch- und Deutschmeistertum

Barczyk, Michael; Wiener Quellen zur Neueren Geschichte der Deutschordenskommende Altshausen als Hauptort der Ballei Elsaß-Burgund, Zulassungsarbeit für das höhere wissenschaftliche Lehramt Baden-Württemberg, Tübingen, Herbst 1972

Hennes, Johann Heinrich; Commenden des Deutschen Ordens in den Balleien Coblenz, Altenbiesen, Westphalen, Lothringen, Oesterreich und Hessen, Mainz, 1878

Hofmann, Hanns Hubert; Der Staat des Deutschmeisters. Studien zu einer Geschichte des Deutschen Ordens im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation. Kommission für Bayerische Landesgeschichte (Studien zur bayerischen Verfassungs- und Sozialgeschichte, Band 3), Münster i. W., 1964

Meese, Johanna; Die Ballei Koblenz unter ihren letzten Landkomturen (Untersuchungen zur Geschichte der Ballei von 1689 bis 1809), phil. Diss. Köln 1957, maschinenschriftlich 1958

Schmidt, Rüdiger; Die Deutschordenskommenden Trier und Beckingen 1242-1794, phil. Diss. Bonn 1976 (Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens, hrsg. von Udo Arnold unter der Patronanz des Deutschen Ordens, Band 9), Marburg/L., 1979

Täubel, Friedrich; Der Deutsche Orden im Zeitalter Napoleons (Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens, Band 4), Bonn, 1966

Voigt, Johannes; Geschichte des Deutschen Ritter=Ordens in seinen Balleien in Deutschland, I. u. II. Band, Berlin 1857, 1859

Walter, Theobald; Zur Geschichte des Deutschritterordens im Oberelsass, in: *Jahrbuch für Geschichte, Sprache und Litteratur Elsass-Lothringens*, hrsg. von dem Historisch-Litterarischen Zweigverein des Vogesen-Clubs, 14. Jahrg., II., S. 3-55, Straßburg, 1898

Irsee, Stift

Das Reichsstift Irsee: Vom Benediktinerkloster zum Bildungszentrum, Beiträge zur Geschichte, Kunst und Kultur; (Beiträge zur Landeskunde von Schwaben, Band 7), Weißenhorn, 1981

Rottenkolber, Josef; Die Säkularisation der Reichsabtei Irsee, in: *Studien und Mitteilungen zur Geschichte des Benediktiner=Ordens und seiner Zweige*, hrsg. von der Bayerischen Benediktinerakademie, L. Band 1932, (Aufsätze), S. 235-248, München, 1932

Isny, Stift

Eisele, Karl Friedrich; Stadt- und Stiftsgebiet Isny in den Jahren 1803-1810, in: *Ulm und Oberschwaben. Zeitschrift für Geschichte und Kunst*, XXXVIII. Band – 1967, S. 185-221, Ulm, 1967

Johannitermeistertum

Ehrler, Joseph; Agrargeschichte und Agrarwesen der Johanniterherrschaft Heitersheim: ein Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte des Breisgaus, Univ. Diss. Freiburg/Br. 1900 (Volkswirtschaftliche Abhandlungen der badischen Hochschule, Band 4, Heft 2), Tübingen, 1900

Finck, Rudolf; Übersicht der Geschichte des souveränen ritterlichen Ordens St. Johannis vom Spital zu Jerusalem und der Balley Brandenburg, Leipzig, 1890

Herrlich, C.; Die Besitzungen des ehemaligen deutschen Groß-Priorats des Johanniter-Ordens, in: *Wochenblatt der Johanniter=Ordens=Balley Brandenburg*, 21. Jahrg., 1880, Nr. 17., Berlin, den 28. April 1880, S. 99-102, Nr. 18., Berlin, den 5. Mai 1880, S. 103-106, Nr. 19., Berlin, den 12. Mai 1880, S. 109-111, Nr. 20., Berlin, den 19. Mai 1880, S. 117-119, Berlin, 1880

Kirchhoff, Hermann; Der Souveraene Johanniter-Malteser-Ritter-Orden und sein deutsches Großpriorat: ein kuzer geschichtlicher Abriß, Münster i. W., 1955

Maurer, Bernhard; Die Jonanniter und Malteser im Breisgau: Aus Geschichte und Gegenwart des Johanniter- und Malteserorden am Oberrhein, 2. Aufl., Freiburg/Br., 1999

Rödel, Walter Gerd; Das Großpriorat Deutschland des Johanniter-Ordens im Übergang vom Mittelalter zur Reformation an Hand der Generalvisitationsberichte von 1494/95 und 1540/41, 2., neubearb. und erw. Aufl. illustriert mit Abbildungen aus Ordensgeschichte, zwei Faltkarten, erw. phil. Diss. Mainz 1965, Köln, 1972

Schmid, Hermann; Die Malteser-Kommende Hemmendorf und Rexingen im Spiegel eines Visitationsprotokolls aus dem Jahre 1803, in: *Rottenburger Jahrbuch für Kirchengeschichte*, V. Band–1986, hrsg. vom Geschichtsverein der Diözese Rottenburg-Stuttgart, (I.), S. 213-229, Sigmaringen, 1986

Schneider, Walter; Das Fürstentum und Johannitergroßpriorat Heitersheim und sein Anfall an Baden, Diss. Rechts- u. Staatsw. Fak. Freiburg/Br. 1950, maschinenschriftlich

Steinert, Paul; Das Fürstentum Heitersheim und das Johannitermeistertum in Deutschland: Ein Beitrag zur Geschichte des souveränen Malteser-Ritterordens, Berlin, Oderberg, den 24. Februar 1942, Abschrift mit einem Nachtrag im September 1962

Kaisersheim, Stift

Hoffmann, Hermann; Die ältesten Urbare des Reichsstiftes Kaisheim 1319-1352 (Schwäbische Forschungsgemeinschaft bei der Kommission für Bayerische Landesgeschichte, Reihe 5, Band 1), Augsburg, 1959

Huber, Karl; Die Zisterzienserabtei Kaisheim im Kampfe um Immunität, Reichsunmittelbarkeit und Souveränität, phil. Diss. Erlangen 1928

Reithofer, Franz Dionys; Die letzten 31 Jahre von Kaisersheim. Ein Denkmal der Dankbarkeit, München, 1817

Schaidler, Martin; Chronik des ehemaligen Reichsstiftes Kaisersheim (Kaisheim) nebst einer Beschreibung der Kirche, Nördlingen, 1867

Kempten, Hochstift

Rottenkolber, Joseph; Geschichte des hochfürstlichen Stiftes Kempten, München, 1932

Köln, Erzstift

Düsterwald, Erich; Kleine Geschichte der Erzbischöfe und Kurfürsten von Köln (795-1801) (Reihe Düsterwald, Historische Aufsätze, (3)), Sankt Augustin, 1974

Hecker, Hermann; Die territoriale Politik des Erzbischofs Philipp I. von Köln (1167-1191): Ein Beitrag zur Geschichte des XII. Jahrhunderts (Historische Studien, Heft 10), Leipzig, 1883

Kallen, Gerhard; Das Kölner Erzstift und der „ducatu Westfalie et Angarie“ (1180) (Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde, Vortrag gehalten am 10. April 1956), Bonn, 1957

Reekers, Stephanie; Beiträge zur statistischen Darstellung der gewerblichen Wirtschaft Westfalens um 1800, Teil IV: Herzogtum Westfalen, in: *Westfälische Forschungen. Mitteilungen des Provinzialinstituts für Westfälische Landes- und Volkskunde*. Im Auftrage des Instituts hrsg. von Peter Schöller und Alfred Hartlieb von Wallthor, XX. Band – 1967, S. 58-108, Münster i. W., 1967

Walter, Ferdinand; Das alte Erzstift und die Reichsstadt Cöln: Entwicklung ihrer Verfassung vom fünfzehnten Jahrhundert bis zu ihrem Untergang (ders., Das alte Erzstift und die Reichsstadt Cöln, ihre geistliche und weltliche Verfassung und ihr Recht: Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Staats- und Privatrechts, des deutschen Kirchenrechts und des rheinischen Adels, Buch 1), Bonn, 1866

Konstanz, Hochstift

Bischof, Franz Xaver; Das Ende des Bistums Konstanz: Hochstift und Bistum Konstanz im Spannungsfeld von Säkularisation und Suppression (1802/03-1821/27) (Münchener Kirchenhistorische Studien, Band 1), theol. Diss. Luzern SS 1988, Stuttgart, Berlin, 1989

Fleig, Edgar; Fürstbischof Karl Theodor v. Dalberg und die Säkularisation des Fürstbistums Konstanz, in: *Beiträge zur Gründungsgeschichte der Oberrheinischen Kirchenprovinz veröffentlicht zum Jahrhundertjubiläum der Erzdiözese Freiburg i. Br.*, II. Teil (FDA, N.F., Band 29), S. 250-293, Freiburg/Br., 1928

Fleischhauer, Marlene; Das geistliche Fürstentum Konstanz beim Uebergang an Baden, phil. Diss. Heidelberg (Heidelberger Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte, Heft 66), Heidelberg, 1934

Heilmann, Alfons; Die Klostervogtei im rechtsrheinischen Teil der Diözese Konstanz bis zur Mitte des dreizehnten Jahrhunderts (Görres=Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland, Sektion für Rechts= und Sozialwissenschaft, Heft 3), Köln, 1908

Jsele, Eugen; Die Säkularisation des Bistums Konstanz und die Reorganisation des Bistums Basel dargestellt mit besonderer Berücksichtigung der Entstehung und Rechtsnatur des Diözesanfonds (Freiburger Veröffentlichungen aus dem Gebiete von Kirche und Staat, Band 3), Basel, Freiburg/Br., 1933

Schmid, Hermann; Die Säkularisation der Klöster in Konstanz und Umgebung 1782-1832, in: *Schriften des Vereins für Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung*, XCVI. Heft – 1978, S. 69-124, Friedrichshafen, 1978

Lindau, Stift

Geschichte der Stadt Lindau im Bodensee; im Auftrag der Stadtgemeinde unter Mitwirkung von Fr. Joetze, H. Loewe, Th. Stettner u. a. hrsg. von K. Wolfart, I. Band, 1. u. 2. Abteilung, II. Band, Lindau, 1909

Lübeck, Hochstift

Alberts, Julius; Das Fürstenthum Lübeck: Handbuch der Heimatkunde für Schule und Haus, mit einer Karte des Fürstenthums, Eutin, 1882

Feine, Hans Erich; Das protestantische Fürstbistum Lübeck, in: *ZRG*, KA XI, 1921, Miscellen, S. 439-442

In welchem Verhaeltniß stand das Hochstift Luebeck mit dem Herzogthum Holstein? in: *Sammlungen zur naehern Kunde des Vaterlandes in historischer, statistischer und staatswirthschaftlicher Hinsicht*, hrsg. von Niels Nikolaus Falck, II. Band, V., S. 175-220, Altona, 1821

Radtke, Wolfgang; Die Herrschaft des Bischofs von Lübeck: Ein Beitrag zur Verfassungs- und Sozialgeschichte, phil. Diss. Hamburg 1968, Hamburg, 1968

Lüttich, Hochstift

Daris, Joseph; Histoire du diocèse et de la principauté de Liège, Tome I-VII, Reproduction anastatique de l'éd. De librairie catholique Louis Demarteau, Liège, 1890 (Culture et Civilisation), Brüssel, 1974

Ruwet, Joseph; La Principauté de Liège en 1789. Carte de géographie historique, Brüssel, 1958

Villenfagne d'Ingihoul, Hilarion Noël; Recherches sur l'histoire de la ci-devant principauté de Liège, Tome I et II, Lüttich, 1817

Mainz, Erzstift

Stimming, Manfred; Die Entstehung des weltlichen Territoriums des Erzbistums Mainz (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte, 3), Darmstadt, 1915

ders.; Die Wahlkapitulationen der Erzbischöfe und Kurfürsten von Mainz (1233-1788), phil. Diss. Göttingen 1909

Münster, Hochstift

Dehio, Ludwig; Zur Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte des Fürstbistums Münster im 17. und 18. Jahrhundert, in: *Zeitschrift für vaterländische Geschichte und Altertumskunde*, hrsg. von dem Verein für Geschichte und Altertumskunde Westfalens, LXXIX. Band, 1. Abteilung, hrsg. vom Direktor der Münsterischen Abteilung Domkapitular Msgr. Schwarz, I., S. 1-24, Münster i. W., 1921

Erhard, Heinrich August; Geschichte Muensters, Münster i. W., 1837

Katz, Johannes; Das letzte Jahrzehnt des Fürstbistums Münster unter besonderer Berücksichtigung der Tätigkeit des Geheimen Staatsreferendars Johann Gerhard Druffel, phil. Diss. Bonn 1933

Kuhna, Rainer; Die ständische Verfassung in den westfälischen Landesteilen Preußens und im Fürstbistum Münster 1780-1806, jur. Diss. Münster 1963, Köln, 1963

Lahrkamp, Monika; Münster in napoleonischer Zeit 1800-1815: Administration, Wirtschaft und Gesellschaft im Zeichen von Säkularisation und französischer Herrschaft, phil. Diss. Münster 1975

Olfers, Clemens; Beitrage zur Geschichte der Verfassung und Zerstückelung des Oberstiftes Münster besonders in Beziehung auf Jurisdiktions-Verhältnisse, Münster i. W., 1848

Neresheim, Stift

Engelhardt, Klaus; Die Rechtsverhältnisse der Pfarreien des Klosters Neresheim. jur. Diss. Tübingen 1962, Kallmunz, 1962

Obermünster, Niedermünster, St. Emmeran

Hiltl, Franz; Die Geschichte der Säkularisation des Reichsstiftes Obermünster zu Regensburg: Eine Erinnerungsgabe zum 1100jähr. Jubiläum des Reichsstiftes Obermünster; 883-1933, Regensburg, 1933

Schlaich, Heinz Wolfgang; Das Ende der Regensburger Reichsstifte St. Emmeran, Ober- und Niedermünster unter Fürstprimas Dalberg und dem Königreich Bayern (1802-1813): Ein

Beitrag zur Geschichte der Säkularisation in Bayern, phil. Diss. Würzburg 1955,
maschinenschriftlich

Ochsenhausen, Stift

Gruber, Ewald; Zur Besitzgeschichte des Klosters Ochsenhausen, in: *Zeit und Heimat. Beiträge zur Geschichte, Kunst und Kultur von Stadt und Kreis Biberach*, Freitag, 12. April 1957, Beilage der „Schwäbischen Zeitung“ – Ausg. Biberach, Nr. 9/1. Jahrg., S. (1)-(2)

Ils, Jakob; Das ehemalige Bendiktinerkloster und Reichsstift Ochsenhausen, 3., verm. u. verb. Aufl., Ochsenhausen, ca. 1930

Reichsabtei Ochsenhausen: Geschichte und Kunst; hrsg. von der Stadt Ochsenhausen, Bad Buchau, 1984

Reiff, Hans Jörg, Gebard Spahr und Dieter Hauffe; Kloster Ochsenhausen: Geschichte, Kunst, Gegenwart, Biberach, 1985

Odenheim, Stift

Böhm, Heinrich; Stift Odenheim, in: *ders.*, Unbekannter Kraichgau: Weinort Eichelberg und Stift Odenheim, S. 137-193, Heidelberg, 1946

Wetterer, Anton; Die Säkularisation des Ritterstifts Odenheim in Bruchsal: Ein Beitrag zur Geschichte der Säkularisationspraxis, in: *ZRG, KA VIII*, 1918, III., S. 44-153

Osnabrück, Hochstift

Bär, Max; Abriß einer Verwaltungsgeschichte des Regierungsbezirks Osnabrück (Quellen und Darstellungen zur Geschichte Niedersachsen, hrsg. vom Historischen Verein für Niedersachsen, Band 5), Hannover, Leipzig, 1901

Hugo, Ferdinand von; Uebersicht über die neuere Verfassung des im Jahre 1802 saecularisirten Hochstifts Osnabrück, in: *Mittheilungen des Vereins für Geschichte und Altertumskunde des Hasegaves*, II. Heft 1893, S. I-VIII, S. 1-50, Lingen, 1893

Renger, Reinhard; Landesherr und Landstände im Hochstift Osnabrück in der Mitte des 18. Jahrhunderts: Untersuchungen zur Institutionengeschichte des Ständestaates im 17. und 18. Jahrhundert, phil. Diss. Göttingen 1965/66 (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, 19), Göttingen, 1968

Seegrün, Wolfgang; Zwölf Jahrhunderte Bistum Osnabrück: Eine kleine Diözesangeschichte, Osnabrück, 1979

Van den Heuvel, Christine; Beamtenschaft und Territorialstaat: Behördenentwicklung und Sozialstruktur der Beamtenschaft im Hochstift Osnabrück 1550-1800, phil. Diss. Bochum Sept. 1981 (Osnabrücker Geschichtsquellen und Forschungen, hrsg. vom Verein für Geschichte und Landeskunde von Osnabrück, 24), Osnabrück, 1984

Ottobeuren, Stift

Ottobeuren. Schicksal einer schwäbischen Reichsabtei; hrsg. im Auftrag der Abtei Ottobeuren von Aegidius Kolb unter Mitarbeit der Ottobeurer Lehrerschaft, 2., geänd. u. neugest. Aufl., Kempten, 1986

Paderborn, Hochstift

Amedick, Bernhard; Das Forst- und Jagdwesen im Hochstifts Paderborn während des 17. und 18. Jahrhunderts, phil. Diss. Münster 1909

Bessen, Georg Joseph; Geschichte des Bisthums Paderborn, I. u. II. Bändchen, Osnabrück, 1820

Böhmer, Joseph; Das Geheime Ratskollegium, die oberste Landesbehörde des Hochstifts Paderborn. 1723-1802. Ein Beitrag zur Verwaltungsgeschichte des Fürstbistums, phil. Diss. Münster 1910

Heggen, Alfred; Die Säkularisation des Hochstifts Paderborn 1802/03 (Heimatkundliche Schriftenreihe 10/1979, Volksbank Paderborn), Paderborn, 1979

Jacobs, Friedrich; Die Paderborner Landstände im 17. und 18. Jahrhundert: Ein Beitrag zur Verfassungsgeschichte des Hochstiftes Paderborn, in: *Westfälische Zeitschrift: Zeitschrift für Vaterländische Geschichte und Altertumskunde*, hrsg. von dem Verein für Geschichte und Altertumskunde Westfalens durch dessen Direktoren H. J. Wurm und A. Eitel, XCIII. Band, 2. Abteilung, S. 42-112, Münster i. W., 1937

Rosenkranz, G. J.; Die Verfassung des ehemaligen Hochstifts Paderborn in aelterer und spaeterer Zeit, in: *Zeitschrift fuer vaterlaendische Geschichte und Alterthumskunde*, hrsg. von dem Verein fuer Geschichte und Alterthumskunde Westfalens, N.F., II. Band, I., S. 1-162, Münster i. W., 1851: Neudruck Osnabrück, 1971

Passau, Hochstift

Buchinger, Johann Nepomuk; Geschichte des Fürstenthums Passau, aus archivalischen Quellen bearbeitet, I. u. II. Bändchen, München, 1816, 1824

Ringelmann, Edith; Die Säkularisation des Hochstifts und Domkapitels Passau, phil. Diss. München 1939, Passau, 1939

Schrödl, Karl; Passavia sacra. Geschichte des Bisthums Passau bis zur Säkularisation des Fürstenthums Passau, Passau, 1879

Petershausen, Stift

Staiger, Franz Xaver Conrad; Die ehemalige Benedictiner- und Reichsabtei Petershausen bei Constanz, in: *FDA*, VII. Band, 1873, S. 231-272

Prüm, Stift

Forst, H.; Die territoriale Entwicklung des Fürstentums Prüm, in: *Westdeutsche Zeitschrift für Geschichte und Kunst*, 20. Jahrg., Abteilung II., b), S. 251-288, Trier, 1901

Quedlinburg, Stift

Breywisch, Walter; Quedlinburgs Säkularisation und seine ersten Jahre unter der preußischen Herrschaft 1802-1806, in: *Sachsen und Anhalt: Jahrbuch der Historischen Kommission für die Provinz Sachsen und für Anhalt* hrsg. von R. Holtzmann und W. Möllenberg, IV. Band, S. 207-249, Magdeburg, 1928

Fritsch, Johann Heinrich; Geschichte des vormaligen Reichsstifts und der Stadt Quedlinburg, I. u. II. Theil, Quedlinburg, 1828

Regensburg, Hochstift

Erb, Nicolaus; Die Reichsherrschaft Hohenburg auf dem Nordgau: Ein Beitrag zur Geschichte des Hochstiftes Regensburg, in: *VHVOR*, N.F., XXX. Band, 1884, II., S. 121-227

Matrikel der Diözese Regensburg 1916; hrsg. vom Bischöflichen Ordinariate Regensburg, Regensburg, 1916

Meissner, Erhard; Fürstbischof Anton Ignaz Fugger (1711-1787), phil. Diss. Erlangen 1967 (Veröffentlichungen der Schwäbischen Forschungsgemeinschaft bei der Kommission für Bayerische Landesgeschichte, Reihe 4, Band 12), Tübingen, 1969

Raab, Heribert; Das Fürstbistum Regensburg, Bayern und die Wittelsbachische Kirchenpolitik, in: *VHVOR*, CXI. Band, 1971, S. 75-93

Schwaiger, Georg; Das dalbergische Fürstentum Regensburg (1803-1810), in: *ZBLG*, XXIII. Band, 1960, Aufsätze, S. 42-65

Roggenburg, Stift

Tuscher, Franz; Das Reichsstift Roggenburg im 18. Jahrhundert, Stuttgart, Ulm, 1976

Roth, Stift

Nuber, Winfried; Studien zur Besitz- und Rechtsgeschichte des Klosters Rot von seinen Anfängen bis 1618, phil. Diss. Tübingen 1961, I. Band: Text, II. Band: Karten, maschinenschriftlich

Tüchle, Hermann und Adolf Schahl; 850 Jahre Rot an der Rot. Geschichte und Gestalt: Neue Beiträge zur Kirchen- und Kunstgeschichte der Prämöntrater-Reichsabtei, Sigmaringen, 1976

Rottenmünster, Stift

Betz, Franz; Reichsstift Rottenmünster und Rottweiler Barock, Rottweil, 1966

Brinzinger, Adolf; Das ehemalige Reichsstift Rottenmünster bei Rottweil a. N.: dessen Gründung, Entwicklung und Aufhebung; Vortrag, gehalten den 19. Nov. 1906 im Altertums-Verein zu Rottweil a. N. (Rottweiler Geschichts- und Altertumsverein, (16)), Rottweil a. N., 1906

Glatz, K. J.; Das ehemalige Reichsstift Rottenmünster in Schwaben, in: *FDA*, VI. Band, 1971, S. 27-71

Reichenmiller, Margareta; Das ehemalige Reichsstift und Zisterziensernonnenkloster Rottenmünster: Studien zur Grundherrschaft, Gerichts- und Landesherrschaft (Veröffentlichungen der Kommission für Geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B: Forschungen, Band 28), Stuttgart, 1964

Salmansweiler, Stift

Schmid, Hermann; Die Säkularisation des Reichsstifts Salem durch Baden und Thurn und Taxis: 1802-1804, Überlingen, 1980

Staiger, Franz Xaver Conrad; Salem oder Salmansweiler: ehemaliges Reichskloster Cisterzienser-Ordens jetzt Großh. Markgräfl. Bad. Schloß und Hauptort der Standesherrschaft Salem, sowie der Pfarreien Bermatingen, ...; Topographisch-historisch ausführlich beschrieben, Konstanz, 1863

Salzburg, Erzstift

Geschichte Salzburgs: Stadt und Land; II. Band, 1. Teil, unter redaktioneller Mitarbeit von Oswald Reiche hrsg. von Heinz Dopsch und Hans Spatzenegger, Salzburg, 1988

(*Koch-Sternfeld, Josef Ernst von*); Die letzten dreissig Jahre des Hochstifts und Erzbisthums Salzburg: Ein Beytrag zur teutschen Staats= Kirchen= und Landesgeschichte, Nürnberg, 1816

Richter, Eduard; Untersuchungen zur historische Geographie des ehemaligen Hochstiftes Salzburg und seiner Nachbargebiete, in: *MIÖG*, I. Ergänzungsband, 1885, S. 590-738

Riedl, J.; Salzburg' s Domherren. Von 1514-1806, in: *Mittheilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde*, 7. Vereinsjahr – 1867, I., V., S. 122-278, Salzburg, 1867

Sankt Blasien, Stift

Das tausendjährige St. Blasien: 200 jähriges Domjubiläum; Ausstellung im Kolleg St. Blasien, Abteiflügel, vom 2. Juli bis 2. Oktober 1983; Historische Ausstellung Kloster St. Blasien 1983 e. V., Texred.: Christel Römer, Bildred.: Ernest Patrasch, I. Band: Katalog, II. Band: Aufsätze, 2., erg. Aufl., Karlsruhe, 1984

Gerbert, Martin (1720-1793) Fürstabt von St. Blasien; Eine Ausstellung der Stadt Rastatt in der Historischen Lehrerbibliothek des Ludwig-Wilhelm-Gymnasiums in Rastatt vom 7. November-29. Dezember 1989, Ausstellungskatalog, Konzeption: Hans Heid, Texte: Erwin Butz, Hans Heid, Karlheinz Weiß, Johannes Werner, Rastatt, 1989

Kürzel, Albert; Der Amts-Bezirk: oder die ehemalige sanktblasische Reichsherrschaft Bondorf; geschichtliche Beschreibung, Freiburg/Br., 1861

Sutter, Konrad; Die Aufhebung der Benediktinerabtei St. Blasien und der Neubeginn in St. Paul/Kärnten, in: *Badische Heimat: Mein Heimatland: Zeitschrift für Heimatkunde und*

Heimatspflege/Natur- und Denkmalschutz Volkskunde und Volkskunst/Familienforschung, hrsg. Im Auftrag des Landesvereins Badische Heimat e. V., 57. Jahrg., III. Heft, Sept. 1977, S. 401-418, Freiburg/Br., 1977

Sankt Gallen, Stift

Meier, Alfred; Abt Pankraz Vorster und die Aufhebung der Fürstabtei St. Gallen (Studia Friburgensia, Herausgeber: Die Dominikaner-Professoren an der Universität Freiburg/Schweiz, N.F., 8), Freiburg/Schweiz, 1954

Oechsli, Wilhelm; Geschichte der Schweiz im Neunzehnten Jahrhundert, I. u. II. Band (Staatengeschichte der neuesten Zeit, Bände 29 u. 30), Leipzig, 1903, 1913

ders.; Orte und Zugewandte, eine Studie zur Geschichte des schweizerischen Bundesrechtes, in: *Jahrbuch für Schweizerische Geschichte*, hrsg. auf Veranstaltung der allgemeinen geschichtsforschenden Gesellschaft der Schweiz, XIII. Band, S. 1-497, Zürich, 1888

Weidmann, Franz; Geschichte des ehemaligen Stiftes und der Landschaft St. Gallen unter den zween letzten Fürstbäben von St. Gallen, besonders waehrend den Jahren der helvetischen Revolution bis zur Aufhebung des Stiftes. Mit Original=Aktenstücken, Korrespondenz=Auszügen und andern Beilagen, St. Gallen, 1834

Sankt Ulrich und Afra, Stift

Drexel, Sturmius; Reichsstift und Reichsstadt: eine Darstellung der rechtlichen Auseinandersetzungen zwischen Reichsstift St. Ulrich und Afra in Augsburg und der Reichsstadt Augsburg im 17. und 18. Jahrhundert, phil. Diss. München 1938 (Studien und Mitteilungen zur Geschichte des Benediktiner-Ordens und seiner Zweige, Ergänzungsheft, 14), München, 1938

Liebhart, Wilhelm; Sankt Ulrich und Afra: Aspekte aus der Geschichte des Klosters. Vortrag bei ein einer Tagung der Katholischen Akademie Augsburg (Akademie-Publikation, Nr. 65), Augsburg, 1983

Schroeder, Barnabas; Die Aufhebung des Benediktiner-Reichsstiftes St. Ulrich und Afra in Augsburg 1802-1806: ein Beitrag zur Säkularisationsgeschichte im Kurfürstentum Bayern und in der Reichsstadt Augsburg (Studien und Mitteilungen zur Geschichte des Benediktiner-Ordens und seiner Zweige, Ergänzungsheft, 3), München, 1929

Schussenried, Stift

Bad Schussenried. Geschichte einer oberschwäbischen Klosterstadt. Festschrift zur 800-Jahrfeier der Gründung des Prämonstratenserstifts; Im Auftrag der Stadt Bad Schussenried hrsg. von Hubert Kohler, Sigmaringen, 1983

Beck, Paul; Zum siebenhundertjährigen Jubiläum des Prämonstratenser-Reichsstifts Schussenried, Separat=Abdruck aus dem „Deutsches Volksblatt“ – 1883, Stuttgart, 1883

Kasper, Alfons; Das säkularisierte Reichsstift Schussenried, in: ThQ, CXXXVI. Band, 1956, (3. Quartal), I., 6., S. 325-348

Kaufmann, Karl; Die Äbte des Prämonstratenser-Reichsstifts Schussenried 1440-1803, Bad Schussenried, 1985

Söflingen, Stift

Frank, Karl Suso; Das Klarissenkloster Söflingen: Ein Beitrag zur franziskanischen Ordensgeschichte Süddeutschlands und zur Ulmer Kirchengeschichte (Forschungen zur Geschichte der Stadt Ulm, hrsg. vom Stadtarchiv Ulm, Band 20), Ulm, 1980

Speyer, Hochstift

Bühler, Emil; Die Landes- und Gerichtsherrschaft im rechtsrheinischen Teil des Fürstbistums Speyer (Fürstentum Bruchsal), vornehmlich im 18. Jahrh., in: ZGO, N.F., XXXVIII. Band, 1923, S. 124-165

Eid, Ludwig; Wo und wie der Bischof von Speyer weltliches Regiment führte, in: Der Rheinpfälzer: „Landauer Zeitung“ – „Neue Germersheimer Zeitung“ – „Edenkobener Tageblatt“ – „Neustadter Tageblatt“: Verkündigungsblatt für die Amtsgerichtsbezirke Annweiler u. a., 41. Jahrg., 1930, Nr. 217 vom 18. 9. 1930: Pfälzische Heimatgeschichte und Nr. 218 vom 19. 9. 1930: Pfälzische Heimatgeschichte (Schluß), Landau, 1930

Reich, Hermann; Die Säkularisation des rechtsrheinischen Teiles des Hochstiftes Speyer, phil. Diss. Heidelberg 1935, Bottrop/W., 1935

Remling, Franz Xaver; Geschichte der Bischöfe zu Speyer, I. u. II. Band, mit Urkundenbuch: Aeltere und Jüngere Urkunden, Mainz, 1852-1854

Wetterer, Anton; Das Bischöfliche Vikariat im Bruchsal von der Säkularisation 1802/3 bis 1827, II. Teil, in: Beiträge zur Gründungsgeschichte der Oberrheinischen Kirchenprovinz

veröffentlicht zum Jahrhundertjubiläum der Erzdiözese Freiburg i. Br., III. Teil (FDA, N.F., XXX. Band), S. 208-289, Freiburg/Br., 1930

Stablo-Malmedy

Baersch, Georg; Nachrichten über die Abteien Malmedy und Stablo, in: *Annalen des historischen Vereins für den Niederrhein, insbesondere die alte Erzdiözese Köln*, hrsg. von dem wissenschaftlichen Ausschusses des Vereins, VII. Heft, S. 29-111, Köln, 1859

Eupen=Malmedy=Moresnot (Rheinische Heimatpflege. Zeitschrift für Museumswesen, Denkmalpflege, Archivberatung, Volkstum, Natur= und Landschaftsschutz; 12. Jahrg., Heft 3), Düsseldorf, 1940

Hansotte, Georges; La principauté de Stavelot-Malmedy à la fin de l'ancien régime: carte de la principauté en 1789 ... (Publications de la Commission Royale d'Histoire in-quarto), Brüssel, 1973

Noüe, Arsène; Études historiques sur l'ancien pays de Stavelot et Malmédy, Lüttich, 1848

Straßburg, Hochstift

Burg, André Marcel; Die alte Diözese Straßburg von der bonifazischen Reform (ca. 750) bis zum napoleonischen Konkordat (1802): Ein geschichtlicher Überblick mit besonderer Berücksichtigung des elsässischen Teiles, in: *FDA*, LXXXVI. Band – 1966, S. 220-351, 1967

ders.; L'Église de Strasbourg au XVIIIe siècle: notes sur la pastorale, ses cadres et ses méthodes, in: *Parole de Dieu et Sacerdoce. Etudes présentées à S. Exc. Mgr Weber, Archevêque-Évêque de Strasbourg, pour le cinquantenaire de son ordination sacerdotale*, réunis par Mgr. E. Fischer et le R. P. L. Bouyer avec une introduction de S. Exc. Mgr L. A. Elchinger, p. 275-288, Paris, Tournai, 1962

Glöckler, Ludwig Gabriel; Geschichte des Bisthums Straßburg, I. u. II. Theil, Straßburg, 1879, 1880

Schell, Erwin; Das Hochstift Straßburg rechts des Rheins im Jahre 1802, in: *ZGO*, N.F., XLVIII. Band, 1935, S. 126-188

Schmid, Hermann; Der rechtsrheinische Teil der Diözese Straßburg in den Jahren 1802-1808: Ein Beitrag zur Geschichte der oberrheinischen Kirchenprovinz, in: *Badische Heimat: Mein Heimatland*, 60. Jahrg., 1980, 3. Heft, S. 419-429, Freiburg/Br., 1980

Sieger, Jörg; Louis René Edouard, Prince de Rohan-Guémené: Persönlichkeit und Wirken des letzten Straßburger Fürstbischofs im Schatten der Französischen Revolution, theol. Diss. Freiburg/Br. 17. Okt. 1985, Kehl, 1986

Vom Fürstbischof zu Straßburg zum Markgraf von Baden – Herrschaft Oberkirch –; Begleitbuch zur Ausstellung Heimat- und Grimmelshausenmuseum Oberkirch 4. Nov. 2003-7. Jan. 2004, Oberkirch 2003, Redaktion: Carl Heinz Ciz

Wackenheim, Charles; Les évêques de Strasbourg. Témoins de leurs temps (L'Alsatique de Poche, 11), Straßburg, 1976

Thorn, Stift

(*Wolters, Mathias Joseph*); Notice historique sur l'ancien chapitre impérial de chanoinesses à Thorn dans la province actuelle de Limbourg, Gent, 1850

Trier, Erzstift

Düsterwald, Erich; Kleine Geschichte der Erzbischöfe und Kurfürsten von Trier (Reihe Düsterwald, Band 7), Sankt Augustin, 1980

Haxel, Edwin; Verfassung und Verwaltung des Kurfürstentums Trier im 18. Jahrhundert, in: *Trierer Zeitschrift. Vierteljahreshefte für Geschichte und Kunst des Trierer Landes und seiner Nachbargebiete*, 5. Jahrg., 1930, Heft 1-4, S. 47-87, Trier, 1930

Marx, Jakob; Geschichte des Erzstifts Trier d. i. der Stadt Trier und des Trier. Landes, als Churfürstenthum und als Erzdiöcese, von den ältesten Zeiten bis zum Jahre 1816, 1. Abtheilung: I. u. II. Band, 2. Abtheilung: I. u. II. Band, 3. Abtheilung, V. Band, Trier, 1858, 1859, 1860, 1862, 1864

Reifart, Ernst; Der Kirchenstaat Trier und das Staatskirchentum: Ein Beitrag zur Geschichte der Säkularisation, jur. Diss. Rechts- u. Staatsw. Fak. Freiburg/Br. 30. Okt. 1950, maschinenschriftlich 1950

Weingarten, Stift

Reichle, Bernhard; Die Säkularisation der Benediktiner-Abtei Weingarten, PH Weingarten, Zulassungsarbeit 1967

Reinhardt, Rudolf; Restauration, Visitation, Inspiration: die Reformbestrebungen in der Benediktinerabtei Weingarten von 1567 bis 1627, theol. Diss. Tübingen 1958
(Veröffentlichungen der Kommission für Geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B, Forschungen, 11), Stuttgart, 1960

Scherer, Peter; Reichsstift und Gotteshaus Weingarten im 18. Jahrhundert: Ein Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte der südwestdeutschen Grundherrschaft (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B, Band 57), Stuttgart, 1969

Schneider, Eugen; Das Kloster Weingarten und die Landvogtei, in: *WVjLG*, N.F., 9. Jahrg., 1900, S. 421-437

Weingarten. Festschrift zur 900-Jahr-Feier des Klosters 1056-1956: Ein Beitrag zur Geistes- und Gütergeschichte der Abtei; Abtei Weingarten, 1956

Weingarten. Von den Anfängen bis zur Gegenwart; Im Namen der Stadt Weingarten hrsg. von Norbert Kruse, Hans Ulrich Rudolf, Dietmar Schilling u. a., Biberach/Riss, 1922

Weissenau, Stift

Weissenau in Geschichte und Gegenwart: Festschrift zur 700-Jahrfeier der Übergabe der Heiligblutreliquie durch Rudolf von Habsburg an die Prämonstratenserabtei Weißenau; Im Auftrag der Katholischen Kirchengemeinde Weissenau ... hrsg. von Peter Eitel, Sigmaringen, 1983

Werden, Stift

Bart, Jan (Otto Friedrich Bartels); Die alte Reichsabtei. Bilder aus Werdens Geschichte, Essen, 1963

ders.; Werden und Helmstedt: Bilder und Dokumente. Ein Folgeband für „Die alte Reichsabtei“, Essen, 1964

Germania Sacra. Stüwer, Wilhelm; Die Reichsabtei Werden an der Ruhr (G. S., N.F., 12: Die Bistümer der Rheinprovinz Köln, das Erzbistum Köln, 3), Berlin, New York, 1980

Jacobs, P.; Geschichte der Pfarreien im Gebiete des ehemaligen Stiftes Werden a. d. Ruhr, I. u. II. Theil, Düsseldorf, 1893, 1894

Körholz, Franz; Abriß der Geschichte des Stifts und Stadt Werden, Werden a. d. Ruhr, 1925

Kötzschke, Rudolf; Das Gericht Werden im späteren Mittelalter und die Ausübung der Landesgewalt im Stiftsgebiet, in: *Beiträge zur Geschichte des Stiftes Werden*, hrsg. von dem Historischen Verein für das Gebiet des ehemaligen Stiftes Werden, X. Heft – 1904, S. 70-126, Werden a. d. Ruhr, 1904

ders.; Studien zur Verwaltungsgeschichte der Grossgrundherrschaft Werden an der Ruhr, Diss. Leipzig 1899, Leipzig, 1901

Schulte, Aloys; War Werden ein freiherrliches Kloster? in: *Beiträge zur Geschichte des Stiftes Werden*, hrsg. von dem Historischen Verein für das Gebiet des ehemaligen Stiftes Werden, XII. Heft – 1907, Miscellen, I., S. 165-180, Werden a. d. Ruhr, 1907

Schunken, Albert; Geschichte der Reichsabtei Werden an der Ruhr, Köln, 1865

Worms, Hochstift

Das Bistum Worms. Von der Römerzeit bis zur Auflösung 1801; in Verbindung mit Andreas Urban Friedmann u. a., hrsg. von Friedhelm Jürgensmeier (Beiträge zur Mainzer Kirchengeschichte, Band 5), Würzburg, 1997

Jllert, Friedrich M.; Der Wendepunkt der Wormser Geschichte um 1800: Beiträge zur Geschichte des alten und neuen Worms, I. Allgemeine Grundsätze, II. Die Säkularisation im Wormser Stadtgebiet, III. Der auswärtige Besitz der Wormser Geistlichkeit im 18. Jahrhundert, in: *Der Wormsgau. Zeitschrift des Altertumsvereins, der Direktion der Städt. Sammlungen, der Direktion der Stadtbibliothek und des Stadtarchivs zu Worms*, I. Band, Heft 5 März 1928, S. 130-136 (I.), S. 136-142 (II.), Heft 6 März 1929, S. 178-187 (III.), Worms, 1933

Seiler, Alois; Die Besitzungen des Hochstifts Worms nördlich des Maines, in: *Der Wormsgau. Zeitschrift der Kulturinstitute der Stadt Worms und des Altertumsvereins Worms*, III. Band, 3. Heft, Dezember 1953, S. 126-131, Worms, 1953

Sofsky, Günter; Die verfassungsrechtliche Lage des Hochstifts Worms in den letzten zwei Jahrhunderten seines Bestehens unter besonderer Berücksichtigung der Wahl seiner Bischöfe (Uni-Diss Mainz 1955), in: *Der Wormsgau. Zeitschrift der Kulturinstitute der Stadt Worms und des Altertumsvereins Worms*, Beiheft XVI, S. 3-70, Worms, 1970

Würzburg, Hochstift

Flurschütz, Hildegunde; Die Verwaltung des Hochstifts Würzburg unter Franz Ludwig von Erthal (1779-1795) (Veröffentlichungen der Gesellschaft für Fränkische Geschichte, Reihe IX, Darstellungen aus der fränkischen Geschichte, Band 19), Würzburg, 1965

Günther, Leo; Der Übergang des Fürstbistums Würzburg an Bayern: Das Ende der alten und die Anfänge der neuen Regierung (Würzburger Studien zur Geschichte des Mittelalters und der Neuzeit, Heft 2), Leipzig, 1910

Wendehorst, Alfred; Das Bistum Würzburg. Ein Überblick von den Anfängen bis zur Säkularisation, in: *FDA*, LXXXVI. Band, 1966, S. 9-93

Zwiefalten, Stift

Bernzen, Michael; Zwiefalten um 1750: die Loslösung von Württemberg, Zulassungsarbeit Univ. Tübingen 1968, maschinenschriftlich

Das Ende von Reichsabtei und Kloster Zwiefalten: Berichte, Aufzeichnungen, Briefe und Dokumente; hrsg. und um Biographien der letzten 50 Zwiefalter Mönche erw. von Irmtraud Betz-Wischnath und Hermann Josef Pretsch, Ulm, 2001

Holzherr, Karl; Geschichte der ehemaligen Benediktiner- und Reichsabtei Zwiefalten in Oberschwaben, Stuttgart, 1887

Pfaff, Karl; Geschichte des Klosters Zwiefalten, in: *Württembergische Jahrbücher für vaterländische Geschichte, Geographie, Statistik und Topographie*, hrsg. von dem königl. statistisch-topographischen Bureau, mit dem Verein für Vaterlandskunde, Jahrg. 1851, II. Heft, S. 65-104, Stuttgart, 1852

Setzler, Wilfried; Kloster Zwiefalten: eine schwäbische Benediktinerabtei zwischen Reichsfreiheit und Landsässigkeit: Studien zu ihrer Rechts- und Verfassungsgeschichte, phil. Diss. Tübingen 1977, Sigmaringen, 1977